BRIEFE UND AKTEN

ZUR GESCHICHTE DES

DREISSIGJÄHRIGEN KRIEGES

IN DEN ZEITEN

DES VORWALTENDEN EINFLUSSES DER WITTELSBACHER.

NEUNTER BAND.

AUF VERANLASSUNG UND MIT UNTERSTÜTZUNG SEINER MAJESTÄT DES KÖNIGS VON BAIERN HERAUSGEGEBEN DURCH DIE HISTORISCHE KOMMISSION BEI DER KÖNIGLICHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN.

MÜNCHEN.
M. RIEGER'SCHE UNIVERSITÄTSBUCHHANDLUNG.
(G. HIMMER)
1903.

Digitized by Google

D

VOM

EINFALL DES PASSAUER KRIEGSVOLKS BIS ZUM NÜRNBERGER KURFÜRSTENTAG.

BEARBEITET

VON

ANTON CHROUST.

AUF VERANLASSUNG UND MIT UNTERSTÜTZUNG SEINER MAJESTÄT DES KÖNIGS VON BAIERN HERAUSGEGEBEN DURCH DIE HISTORISCHE KOMMISSION BEI DER KÖNIGLICHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN.

MÜNCHEN.

M. RIEGER'SCHE UNIVERSITÄTS-BUCHHANDLUNG.
(G. HIMMER.)
1903.

Digitized by Google

Vorwort.

Nach Ablauf von acht Jahren kann ein neuer Band der „Briefe und Akten zur Geschichte des dreissigjährigen Krieges“ der Oeffentlichkeit übergeben werden, — in der von Moriz Ritter und Felix Stieve begründeten Reihe der neunte, der die Akten zur Vorgeschichte des grossen Krieges vom Einfall des passauer Kriegsvolks in Oesterreich seit dem 1. Januar 1611 bis zum Beginn der Verhandlungen des nürnberger Kurfürstentags am 9. Oktober des gleichen Jahres enthält. So bleibt zwischen diesem und dem zuletzt erschienenen sechsten Band vorläufig noch eine Lücke offen; sie wird sich hoffentlich in kurzer Zeit durch die Veröffentlichung der von Felix Stieve hinterlassenen Sammlungen für den siebenten und achten Band schliessen, deren Herausgabe Herr Dr. Karl Mayr-Deisinger übernommen hat. Die historische Kommission hat aber nicht dafür gehalten, dass mit der Veröffentlichung der von mir fertig gestellten drei Bände der „Briefe und Akten“ für die Jahre 1611—1613 bis zum Erscheinen der zeitlich vorausgehenden Bände mit den Akten von 1609 und 1610 gewartet werden solle, sondern hat in der Plenarversammlung des Jahres 1901 mich beauftragt, mit dem Druck des von mir übernommenen Teiles der „Briefe und Akten“ sogleich zu beginnen. So kommt es, dass der vorliegende Band Rückverweise auf die unmittelbar vorausgehenden Bände vermissen lässt.

Der neunte und die ihm folgenden Bände unterscheiden sich übrigens in einem wesentlichen Punkte von den vorausgehenden: die bisher durchgeführte Trennung der Akten der Union und der Liga in zwei nebeneinander laufenden Serien

Digitized by Google

ist aufgegeben; für die Ordnung der mitgeteilten Stücke ist lediglich die zeitliche Folge entscheidend. Der Vorteil dieser längst geplanten Verschmelzung beider Aktenreihen und die dadurch erzielte Vereinfachung leuchtet ohne weiteres ein, sobald man versucht, etwa den Verlauf des Reichstags von 1608 aus den teils im ersten und teils im sechsten Band der „Briefe und Akten“ mitgeteilten Protokollen und Berichten zu kombinieren. So manches hat zweimal gesagt werden müssen und anderes ist bei dieser Scheidung der Akten nach der damaligen Gruppierung der politischen Parteien übergangen worden; namentlich die neutralen Reichsstände, die keiner der Parteien sich angeschlossen hatten, sind in den Hintergrund geschoben worden, darunter selbst das einflussreiche Haus Sachsen, an dessen Hof sich die Vertreter beider Richtungen begegnen, das in fortwährender Verbindung mit dem Kaiser steht und das von allen Seiten her mit Nachrichten versorgt wird. Das ziemlich lückenlos erhaltene kursächsische Archiv, das unter diesen Umständen zu ausserordentlichem Umfang anschwellen konnte, gewährt zuweilen tiefere Einblicke in das Getriebe der Parteien als sie aus den Archiven der Unions- oder Ligastände selber zu gewinnen sind. Es ist für den vorliegenden Band vielfach herangezogen worden. — Ebenso ist hier das Archiv eines andern „Neutralisten“, des Deutschmeisters Erzherzog Maximilian, ausgibig und für weitere Kreise überhaupt zum ersten mal ausgenützt. Als Vermittler in der schwierigen Successionsfrage, im Besitz des Vertrauens der evangelischen Stände rückt der Erzherzog zuweilen geradezu in den Mittelpunkt der politischen Verhandlungen. — Auch die Politik des kaiserlichen Hofes kann nach der Vereinigung beider Aktenreihen in den „Briefen und Akten“ nachdrücklicher als zuvor zur Darstellung gebracht werden, ja die auf die Politik Rudolfs II. bezüglichen Akten stehen von nun ab der Zahl nach an erster Stelle, wie dies dem ungemein lebhaften Interesse entspricht, das alle Stände für die Vorgänge im Mittelpunkt des Reiches an den Tag legen. Noch ist die kaiserliche Macht keine Chimäre, noch kann sie empfindlich hemmen oder nachdrücklich fördern; Unierte und Ligisten sind gleichmässig gewöhnt, nach Prag hinzuhorchen, und bemühen sich, Einfluss auf das dortige Regiment und dessen Rechtssprechung zu gewinnen,

Digitized by Google

vor allem aber den Ausgang des Bruderzwistes ihren Interessen dienstbar zu machen. Darum wird es einer besonderen Begründung wol nicht bedürfen, dass in der ersten Hälfte des vorliegenden Bandes der österreichische Hausstreit so stark in den Vordergrund tritt. Er ist in dieser seiner letzten Phase ein Ereignis von folgenschwerer Bedeutung für die Reichsgeschichte; die andern politischen Handlungen, die Unions- und Ligatagungen, müssen dahinter zurückweichen. — In den Veröffentlichungen Ritters und Stieves bildeten die beiden Bündnisse im Reich, ihre Entstehungsgeschichte, Entwicklung und ihre Wirkungen gewissermassen das Rückgrat der Sammlung: in diesem und in den folgenden Bänden wird die kaiserliche Politik und die Politik der Reichsstände in Bezug auf den Kaiser und das Kaisertum im Mittelpunkt stehen müssen. Dass dabei die Vertreter der beiden Linien des Hauses Wittelsbach nicht in den Hintergrund zu treten brauchen, ist selbstverständlich; sie bleiben auch unter diesen Umständen die Protagonisten unter ihren Parteigenossen, diejenigen, von denen die stärksten Einwirkungen auf den kaiserlichen Hof ausgehen.

Durch die Vereinigung der Akten der Liga und der Union mit denen der Neutralisten und des kaiserlichen Hofes ist die Masse des vom Herausgeber zu bewältigenden Materials ungemein angewachsen, so dass es nicht überraschen wird, wenn ich für die Briefe und Akten der drei Jahre 1611—1613 drei starke Bände in Anspruch nehme. Und dabei wird mich kaum der Vorwurf treffen können, das Archiv in die Druckerei geschickt zu haben; vielmehr war der schwierigste Teil meiner Aufgabe, unsern Reichtum zu Rat zu halten und von der Veröffentlichung auszuschliessen, was irgend entbehrlich schien. Die rund 3400 Auszüge und Abschriften, die mir für die ersten neun Monate des Jahres 1611 zur Verfügung standen, sind zu 372 Nummern, freilich von manchmal sehr bedeutendem Umfang und mit einem ansehnlichen Anmerkungsapparat versehen, zusammengepresst worden. Dabei sind von vorneherein von der Veröffentlichung alle jene Stücke ausgeschlossen worden, die sich nur auf die innere Geschichte des österreichischen Hausstreits beziehen und mit den Reichsangelegenheiten nichts zu tun haben. Der Bearbeiter selbst konnte freilich nicht darauf verzichten, das

Digitized by Google

gesamte Aktenmaterial für die letzte Phase des Bruderzwists im Hause Habsburg zu studieren und grossenteils auszuziehen. Diese Auszüge sind in den Sammlungen der historischen Kommission vorläufig hinterlegt; vielleicht wird es möglich sein, sie mit denen, die Felix Stieve über den gleichen Gegenstand für die Jahre 1608—1610 gesammelt hat, an einem anderen Ort zu veröffentlichen. — Auch aus den Akten des jülicher Erbstreits, die ebenso eingehend zu bearbeiten waren, sind mit Rücksicht auf eine von der Gesellschaft für rheinische Geschichte vorbereitete Publikation nur solche Stücke hier mitgeteilt worden, die Fragen der allgemeinen Reichspolitik behandeln; desgleichen erscheinen aus den über den kurpfälzischen Administrationsstreit erwachsenen Akten hier nur die allerwichtigsten; der braunschweiger Handel, die aachener Sache, der Streit zwischen Salzburg und Baiern blieben unberücksichtigt.

Trotz der geübten Zurückhaltung ist der Umfang des neunten Bandes stark angeschwollen. Das reiche Material für diese bewegte Zeit, in der die Tagungen und Besprechungen rasch aufeinander folgen und eine ungewöhnlich grosse Anzahl von Verhandlungsprotokollen, Abschieden und Beilagen erzeugen, hat dies ebenso verursacht wie die grössere Zahl der Archive, die ausgebeutet worden sind; nicht zuletzt trägt auch die umständlichere Wiedergabe des Inhalts der Akten daran Schuld. — Vielleicht sind zu dieser Neuerung einige Worte der Rechtfertigung nicht überflüssig. Während der Vorbereitung dieser Bände haben sowol Felix Stieve als ich selber an unsern eigenen, noch unveröffentlichten Aktenauszügen wie auch an den gedruckten Auszügen anderer Herausgeber die Wahrnehmung gemacht, dass die allzu knappe Fassung der Exzerpte, mag auch der Bearbeiter den Inhalt des Aktenstückes für seine Person richtig erfasst haben, leicht zu Misverständnissen führt, die sich unter Umständen zu literarischen Kontroversen auswachsen können oder wenigstens den gewissenhaften Benützer, dem Zweifel aufsteigen, zwingen, auf das Original im Archiv zurückzugehen. Dieser Beobachtung gegenüber erschien es mir als das kleinere Uebel, mich enger an den Wortlaut der Vorlage anzuschliessen, manchmal selbst eine Wiederholung nicht zu scheuen, wenn die Vorlage zur Verdeutlichung ihrer Ausführungen eine solche unternimmt, mit Artikeln und Fürwörtern nicht zu sparen und wol gar

Digitized by Google

eine Periode in mehrere Sätze aufzulösen. Bei Stellen von entscheidender Bedeutung oder von zweifelhafter Auslegung habe ich die wörtliche Wiedergabe vorgezogen. — Was endlich die Heranziehung einer grösseren Zahl von Archiven betrifft, so leitete mich bei deren Auswahl der Wunsch, nicht nur die verschiedenen Parteien im Reich gleichmässig zu Wort kommen zu lassen sondern auch innerhalb dieser die Vertreter der verschiedenen Richtungen, deren Handeln mit einander und gegen einander Kraft und Wirkung der Parteiaktionen bestimmt; nicht nur der Gegensatz zwischen den auch unter sich nicht einigen Städten und den Fürsten in der Union war zum Ausdruck zu bringen sondern auch der Widerstreit zwischen den ungestüm vorwärts drängenden Pfälzern und Anhaltern und den bedächtigeren Hessen, Württembergern und Badenern, denen Gunst und Ungunst des kaiserlichen Hofes noch keineswegs gleichgiltig waren. In gleicher Weise wurde die Tatsache des stetig wachsenden Mistrauens zwischen den rheinischen Ligaständen unter der Führung des Kurfürsten von Mainz und den Oberländern unter Herzog Maximilian von Baiern für mich Anlass, je ein Archiv eines rheinischen und eines oberländischen Ligastandes so vollständig als möglich auszubeuten.

Wegen der benützten Archive verweise ich auf das folgende Verzeichnis der angewendeten Siglen zur Bezeichnung der Archive und nehme gleich an dieser Stelle Anlass, den Vorständen und Beamten aller der Archive, die zu dem vorliegenden und den folgenden Bänden aus ihren Beständen beigesteuert haben, für die werktätige Unterstützung meiner Arbeiten und für die Erfüllung meiner oft sehr weitgehenden Wünsche meinen aufrichtigen Dank auszuprechen.

Die Technik der Edition entspricht der des sechsten Bandes und den von Stieve beim leipziger Historikertag aufgestellten Regeln für die Herausgabe von Aktenstücken. Diesen Regeln gemäss sind die mitgeteilten Auszüge in direkter Rede und in subjektiver Fassung gehalten; nur bei kurzen Inhaltsangaben in den Anmerkungen ist davon manchmal Umgang genommen. Die Orthographie der im Wortlaut wiedergegebenen Stücke ist nach Stieves Vorschlägen reguliert, dagegen habe ich mir in der Anwendung von Abkürzungen im Text grössere

Digitized by Google

Beschränkung auferlegt, um die geringe Uebersichtlichkeit des eng gedrängten Drucksatzes nicht noch mehr einzuschränken. -- Alle Datierungen am Seitenrande sind auf den neuen Stil bezogen. Vollkommene Sicherheit ist dabei freilich nicht zu erreichen gewesen, weil in einzelnen Fällen zweifelhaft bleibt, welchen Stil der Briefschreiber verwendet; denn auch evangelische Schreiber bedienen sich an katholischen Orten zuweilen des neuen Stils. — Die nicht sehr umfangreiche Literatur ist in den Anmerkungen verwertet; Polemik ist dabei grundsätzlich vermieden worden.

Ich habe noch festzustellen, was fremde Hände zu dem vorliegenden Band beigesteuert haben. Die Depeschen Baugys und die Briefe Aerssens habe ich nach Abschriften herausgegeben, die Felix Stieve in Paris und im Haag angefertigt hat; von ihm rühren auch die Auszüge aus Vischeres Berichten im brüsseler Archiv her, ebenso einzelne Stücke aus den kurmainzischen Ligaakten des Staatsarchivs in Wien; diese sind aber von mir auf Stieves eigenen Wunsch überarbeitet worden. Die aus Simancas stammenden Stücke sind von Herrn Dr. Karl Mayr-Deisinger an Ort und Stelle ausgewählt worden. Sie lagen mir — abgesehen von einigen Auszügen — in unkollationierten Abschriften eines spanischen Kopisten vor; für die Verbesserung der sehr im argen liegenden spanischen Texte bin ich dem Sekretär der k. Staatsbibliothek in München, Herrn Dr. Stollreither, zu Dank verpflichtet.

In den Ausführungen dieses Vorwortes hatte ich immer wieder Felix Stieves zu gedenken, der seit fast fünf Jahren nicht mehr in unserer Mitte weilt. Unter seiner anregenden und umsichtigen Leitung sind die Vorarbeiten und Sammlungen für diesen und die folgenden Bände begonnen worden, sein Rat und sein Beistand hat die Arbeit durch manche Wechselfälle begleitet, der Reichtum seines Wissens und sein zäher westfälischer Sammelfleiss hat sie in jeder Phase gefördert. Wie er selbst darauf aus gewesen ist, die Sorgsamkeit der Forschung auf dem Gebiet der älteren Geschichte auf seine eigenen Arbeiten trotz des unermesslich anschwellenden Quellenmaterials zu übertragen, so hat er auch uns Jüngere angehalten, gleiche Sorgfalt zu pflegen und den umständlicheren Weg

Digitized by Google

nicht zu scheuen, der zu einer die verschiedenen Bestrebungen gleichmässig erfassenden Darstellung der bewegten Zeit führen und jedem der streitenden Teile sein Recht geben soll. Freilich ist dieser Weg so weit, dass er selber ihn nicht hat zu Ende gehen können: mitten unter den unvollendeten Arbeiten für die Vorgeschichte des dreissigjährigen Krieges, denen er dreissig Jahre seines Lebens gewidmet hatte, und unter neuen Entwürfen ist er aus seiner Bahn gerissen worden, ein nicht zu ersetzender Verlust für die Forschung auf diesem Gebiet der Geschichte. Den Zurückgebliebenen obliegt aber, zu Stieves Gedächtnis sein Werk in seinem Geiste fortzuführen.

Würzburg, am 14. Mai 1903.

Anton Chroust.

Digitized by Google

Digitized by Google

Abkürzungen.

Ba. Kreisarchiv zu Bamberg.
Bbg. Anhaltisches Haus- und Staatsarchiv zu Zerbst, bernburger Abteilung.
Be. Preussisches geheimes Staatsarchiv in Berlin.
Brs. Archives du royaume Belge zu Brüssel (Secrétairie d'état d'Allemagne).
Cob. Preussisches Staatsarchiv in Coblenz.
De. Anhaltisches Haus- und Staatsarchiv zu Zerbst, dessauer Abteilung.
Drs. Sächsisches Hauptstaatsarchiv in Dresden.
Dü. Preussisches Staatsarchiv in Düsseldorf.
Eybach. Gräflich degenfeld-schönburgisches Archiv in Eybach.
Haag. Koninglijkes Rijksarchiv im Haag.
Ib. Statthaltereiarchiv in Innsbruck.
Ka. Generallandesarchiv in Karlsruhe.
Ma. Geheimes Staatsarchiv in München, schwarze [bairische] Abteilung.
Mb. Geheimes Staatsarchiv in München, blaue [pfälzische] Abteilung.
Mc. Allgemeines Reichsarchiv in München.
Md. Kreisarchiv in München.
Me. Königliches Hausarchiv in München.
Nbg. Kreisarchiv in Nürnberg.
Pa. Bibliothèque nationale in Paris.
Sim. Archivio general de España in Simancas.
Schl. Archiv des fürstlichen und reichsburggräflichen Hauses Dohna-Schlobitten in Schlobitten in Ostpreussen.
Stg. Württembergisches Haus- und Staatsarchiv in Stuttgart.
U. Archiv der Stadt Ulm.
Wh. K. u. k. Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien.
Wi. Archiv des k. k. Ministeriums des Innern in Wien.
Wk. Archiv der k. k. Hofkammer in Wien (Allgemeines k. k. Finanzarchiv).
Wmz. Kurmainzisches Erzkanzlerarchiv im k. u. k. Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien.
Wo. Braunschweigisches Staatsarchiv in Wolfenbüttel.
Wöa. Oesterreichische Akten im k. u. k. Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien

Digitized by Google

Digitized by Google

Inhaltsverzeichnis

1.	Zuñiga an König Philipp III.	1611 Januar	1.
2.	Ramée an Kaiser Rudolf II.	„	3.
3.	Zuñiga an Herzog Maximilian von Baiern	„	3.
4.	Bescheid von Kurmainz auf Donnersbergs Werbung .	„	4.
5.	Der Reichshofratspräsident Hohenzollern an Kursachsen	„	5.
6.	Kurmainz an Kurtrier, desgl. an Kurköln	„	7.
7.	Instruktion des Hauses Sachsen für Brandenstein, Gerstenberg und Pfretzschner	„	7.
8.	Althans Vertrag mit dem Erzbischof von Salzburg .	„	8.
9.	Kursachsen an König Matthias	„	8.
10.	Bangy an Puysieulx	„	8.
11.	Erzherzog Leopold an Kurmainz	„	8.
12.	Herzog Maximilian von Baiern an Erzherzog Leopold .	„	11.
13.	Aerssen an Kurbrandenburg	„	11.
14.	Bericht Grienbergers an Erzherzog Maximilian . . .	„	[12.]
15.	Bericht der Nürnberger über die nördlinger Besprechung	„	12.
16.	Nürnberg an Kurbrandenburg	„	14.
17.	Peter Fuchs an das Gesamthaus Sachsen	„	14.
18.	Zuñiga an König Philipp III.	„	15.
19.	Herzog Maximilian von Baiern an Kurmainz . . .	„	15.
20.	Herzog Maximilian von Baiern an P. Haller	„	15.
21.	Karl Freiherr von Wolkenstein an Erzherzog Maximilian	„	16.
22.	Das Gesamthaus Sachsen an den Herzog von Braunschweig	„	16.
23.	Ubezkos Werbung beim Herzog Maximilian von Baiern	„	[vor 18.]
24.	Brömser an Kurmainz	„	18.
25.	Bescheid des Erzbischofs von Salzburg an Grünthal .	„	22.
26.	Der Herzog von Württemberg an König Matthias .	„	22.
27.	Instruktion Kursachsens für Goldstein	„	22.
28.	Fürst Christian von Anhalt an Lynar	„	23.
29.	Der Administrator der Kurpfalz an Kurmainz . . .	„	24.
30.	Abschied der ausschreibenden unierten Städte zu Heilbronn	„	25.
31.	Kurmainz an Herzog Maximilian von Baiern . . .	„	26.

Digitized by Google

32.	Kurmainz an Zuñiga	1611 Januar	28.
33.	Der Kammerdiener Ericius an Buwinckhausen	„	30.
34.	König Matthias an Erzherzog Maximilian	„	31.
35.	Zuñiga an König Philipp III.	„	31.
36.	Padavin an den Dogen von Venedig	„	31.
37.	Brömser an Kurmainz	„	31.
38.	Instruktion des Herzogs Wilhelm von Baiern für einen Ungenannten an Erzherzog Leopold	„	[Ende.]
39.	Pfretzschner an Kaspar von Schönberg	Februar	1.
40.	Ausschreiben zum schweinfurter Unionstag	„	2.
41.	Khlesl an den Herzog von Braunschweig	„	3.
42.	Kurköln an Kurmainz	„	3.
43.	Papst Paul V. an König Matthias	„	4.
44.	Instruktion des Herzogs Maximilian von Baiern für Viepeckh	„	5.
45.	Kurbrandenburg an König Matthias	„	6.
46.	Der Rat zu Schweinfurt an den Administrator der Kurpfalz	„	7.
47.	Das Gesamthaus Sachsen an Kaiser Rudolf II.	„	7.
48.	Herzog Maximilian von Baiern an den Koadjutor von Köln	„	8.
49.	Kaiser Rudolf II. an Sulz und Althan	„	9. [?]
50.	Die kaiserliche Hofkammer an Kaiser Rudolf II.	„	9.
51.	Zuñiga an König Philipp III.	„	9.
52.	Aerssen an Oldenbarnevelt	„	9.
53.	Kurmainz an Herzog Maximilian von Baiern	„	9.
54.	Zuñiga an König Philipp III.	„	10.
55.	Zuñiga an König Philipp III.	„	10.
56.	Abschied des wormser Partikulartages	„	10.
57.	Ramée an Kaiser Rudolf II.	„	12.
58.	Denkschrift wegen der Einnahme Sachsens in Jülich	„	12.
59.	Aerssen an Buwinckhausen	„	13.
60.	Das passauer Kriegsvolk an Kaiser Rudolf II.	„	16.
61.	Der Erzbischof von Salzburg an Hegenmüller	„	17.
62.	Kurmainzische Instruktion zum frankfurter Kommunikationstag	„	17.
63.	Zuñiga an König Philipp III.	„	19.
64.	Der Administrator der Kurpfalz an Kurmainz	„	19.
65.	Zuñiga an Herzog Maximilian von Baiern	„	21.
66.	Hegenmüller an den Erzbischof von Salzburg	„	22.
67.	Instruktion des Kaisers Rudolf II. für Tengnagel	„	23.
68.	Protokoll des frankfurter Kommunikationstages	Febr. 23.-März	2.
69.	Der Grosshofmeister Solms an Fürst Christian von Anhalt	Februar	23.
70.	Kurmainz an den Administrator der Kurpfalz	„	24.
71.	Aerssen an Bongars	„	25.
72.	König Matthias an Erzherzog Maximilian	„	26.
73.	Der Prior Benno von St. Margarethen an den Abt von Braunau	„	26.

Digitized by Google

74. Kurmainz an Dr. Gerstenberg . . . . . 1611 Februar 28.
75. Dompropst Bucholz an Herzog Maximilian von Baiern „ 28.
76 Die oberösterreichische Regierung an Erzherzog Maximilian . . . . . März 1.
77. Kaiser Rudolf II. an Erzherzog Leopold und das passauer Volk . . . . . „ 2
78. Instruktion Kurbrandenburgs für Hans Meinhard von Schönburg . . . . . „ 3.
79. Aufzeichnungen des Fürsten Christian von Anhalt für Hans Meinhard von Schönburg . . . . . „ [3.]
80. Kursachsen an König Matthias . . . . . „ 5.
81. Die böhmischen Stände an Kursachsen . . . . . „ 5.
82. Hegenmüller an den Erzbischof von Salzburg . . . „ 5.
83. Baugy an Puysieulx . . . . . „ 5.
84. Tengnagels erste und zweite gütliche Aussage . . . „ 5. u. 7.
85. Zuñiga an König Philipp III. . . . . „ 5.
86. Der Administrator der Kurpfalz an Kurbrandenburg „ 5.
87. Koadjutor Ferdinand von Köln an Herzog Maximilian von Baiern . . . . . „ 6.
88. Zuñiga an König Philipp III. . . . . „ 7.
89. Kurpfälzische Instruktion zum schweinfurter Unionstag „ 7.
90. Ausschreiben zum würzburger Ligatag . . . . . „ 7.
91. König Matthias an Kardinal Montalto . . . . . „ 8.
92. Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm an Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg . . . . . „ [8.]
93. Der Erzbischof von Salzburg an Erzherzog Maximilian „ 9.
94. Papst Paul V. an König Matthias . . . . . „ 10.
95. Die Erzherzoge Maximilian und Ferdinand an Kursachsen . . . . . „ 11.
96. Hans Meinhard von Schönburg an Fürst Christian von Anhalt . . . . . „ 11.
97. Erzherzog Maximilian an König Matthias . . . . „ 12.
98. Zuñiga an König Philipp III. . . . . „ 12.
99. Baugy an Puysieulx . . . . . „ 12.
100. Protokoll des schweinfurter Unionstages . . . . . „ 13.-23.
101. Tengnagels dritte gütliche Aussage . . . . . „ 14.
102. Instruktion des Herzogs von Baiern zum augsburger Bundestag . . . . . „ 14.
103. König Philipp III. an Zuñiga . . . . . „ 16.
104. Kursachsen an Kurmainz . . . . . „ 16.
105. Hans Meinhard von Schönburg an Kurbrandenburg . „ 17.-30.
106. Tengnagels vierte gütliche Aussage . . . . . „ 17.
107. Gravamina der unierten Reichsstädte . . . . . „ 17.
108. Georg Schröttl an König Matthias . . . . . „ 19.
109. Bericht von der Pazifikationshandlung zu Jüterbogk „ 19.
110. Abschied der oberländischen Bundesstände zu Augsburg „ 21.

Digitized by Google

111.	Instruktion von Kurmainz für die Schickungen an Kurtrier, Kurköln und Kursachsen	1611 März	22.
112.	Herzog Maximilian von Baiern an den Koadjutor Ferdinand von Köln	„	22.
113.	Abschied des schweinfurter Unionstags	„	23.
114.	Dr. Pfretzschner an Kaspar von Schönberg	„	24.
115.	Baugy an Puysieulx	„	26.
116.	Zuñiga an König Philipp III.	„	28.
117.	Zuñiga an König Philipp III.	„	28.
118.	Der Herzog von Braunschweig an Kursachsen . . .	„	30.
119.	Gaugler an Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg .	„	30.
120.	Der jüterbogker Vertrag	„	31.
121.	Tengnagels „revelatio consiliorum“	„	Ende.
122.	Zuñiga an König Philipp III.	April	2.
123.	Baugy an Puysieulx	„	2.
124.	Das Gesamthaus Sachsen an Kurmainz	„	2.
125.	Bescheid des Herzogs Maximilian von Baiern für die Gesandten des Königs Matthias	„	4.
126.	Kanzler Faust an Kurmainz	„	[vor 5.]
127.	„Defectus unionis nostrae“	„	5.
128.	Bescheid von Kurmainz auf Kanzler Fausts Gutachten	„	5.
129.	Herzog Maximilian von Baiern an Kurköln	„	5.
130.	Kanzler Faust an Kurmainz	April	[nach 5.]
131.	Der Herzog von Braunschweig an die Fürsten in Torgau	April	6.
132.	Zuñiga an König Philipp III.	„	7.
133.	König Matthias an Kursachsen	„	9.
134.	Instruktion des Gesamthauses Sachsen für den Landgrafen Ludwig von Hessen	„	9.
135.	Kurköln an Kurmainz	„	10.
136.	Die böhmischen Stände an Kaiser Rudolf II. . . .	„	12.
137.	Die kurpfälzischen Räte an den Administrator der Kurpfalz	„	12.
138.	Kurmainzische Instruktion zum würzburger Ligatag .	„	12.-13.
139.	Der Bischof von Speier an Kurmainz	„	12.
140.	Der Herzog von Württemberg an König Matthias .	„	13.
141.	Kaiserliche Instruktion für Christoph Pflug	„	13.-15.
142.	Zuñiga an König Philipp III.	April	[etwa 15.]
143.	Tengnagels fünfte Aussage	April	15.
144.	Bescheid von Kurmainz für die Gesandten des Königs Matthias	„	16.
145.	König Matthias an Erzherzog Maximilian	„	17.
146.	Herzog Maximilian von Baiern an Kurköln	„	17.
147.	Der Herzog von Braunschweig an Kursachsen . . .	„	17.
148.	Werbung Pflugs bei Kursachsen	„	19.
149.	Brömser an Kurmainz	„	19.
150.	Unterredung des Erzherzogs Leopold mit Peter Casal	April	[vor 20.]

Digitized by Google

151. Kursachsen an König Matthias . . . . . 1611 April 21.
152. Der Herzog von Braunschweig an Kursachsen . . „ 21.
153. Der Markgraf von Ansbach an den Administrator der Kurpfalz . . . . . „ 21.
154. Protokoll des würzburger Ligatages . . . . . „ 21.-30.
155. Brömser an Kurmainz . . . . . „ 22.
156. Kurmainz an Herzog Maximilian von Baiern . . . „ 24.
157. Khlesl an Erzherzog Maximilian . . . . . „ 25.
158. Zuñiga an König Philipp III. . . . . „ 25.
159. Kanzler Faust an Kurmainz . . . . . „ [zu 25.]
160. Gerstenberg und Lüttichau an Kursachsen . . . . „ 26.
161. Kurmainz an Brömser . . . . . „ 27.
162. Ausschreiben zum mühlhauser Kurfürstentag . . „ 27.
163. Der Administrator der Kurpfalz an den Herzog von Württemberg . . . . . „ 28.
164. Vorschläge zu einem Vergleich zwischen Rudolf II. und König Matthias . . . . . April [etwa 28.]
165. Unterredung zwischen den kursächsischen Gesandten und den Räten des Königs Matthias . . . . April 29.
166. Geheimes Anbringen Starhembergs beim Landgrafen Ludwig von Hessen . . . . . „ [29.]
167. Der Administrator der Kurpfalz an Kurmainz . . . „ 29.
168. Kurköln an Herzog Maximilian von Baiern . . . . „ 29.
169. Brömser an Kurmainz . . . . . „ 30.
170. Baugy an Puysieulx . . . . . „ 30.
171. Kurmainz an Kursachsen . . . . . „ 30.
172. Abschied des würzburger Ligatages . . . . . „ 30.
173. Instruktion des Fürsten Christian von Anhalt für Johann von Dordt . . . . . [April Ende.]
174. Kurbrandenburg an Kursachsen . . . . . Mai 1.
175. Brömsers erster Bericht aus Prag . . . . . „ 2.-7.
176. Der Markgraf von Ansbach an den Administrator der Kurpfalz . . . . . „ 3.
177. Kurbrandenburg an den Herzog von Braunschweig . „ 6.
178. Kursachsen an Kurmainz . . . . . „ 6.
179 Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm an Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg . . . . . „ 6.
180. Brömser an Kurmainz . . . . . „ 7.
181. Lüttichau und Gerstenberg an Kursachsen . . . . „ 7.
182. Bericht aus Prag . . . . . [Mai 7.]
183. Brömsers zweiter Bericht aus Prag . . . . . Mai 8.-14.
184. Eigenhändige Aufzeichnung von Kurmainz . . . . „ 9.
185. Der Rat von Nürnberg an den Rat von Ulm . . . „ 9
186. Werbung Sigmunds von Götze beim Kaiser und Bescheid darauf . . . . . „ 10.
187. Kurmainz an den Bischof von Bamberg . . . . . „ 10.

Digitized by Google

188. Lüttichau und Gerstenberg an Kursachsen . . . 1611 Mai 11.
189. Kursachsen an Kurmainz . . . . . „ 11.
190. Erzherzog Ferdinand an König Matthias . . . . „ 12.
191. Kurmainz an Kurtrier . . . . . „ 14.
192. Kursachsen an Lüttichau und Gerstenberg . . . . „ 14.
193 Kurmainz an Brömser . . . . . „ 15.
194. Brömsers dritter Bericht aus Prag . . . . . „ 15.-21.
195. Die württembergischen Räte an ihren Herzog . . . „ 18.
196. Der Administrator der Kurpfalz an Fürst Christian von Anhalt . . . . . „ 19.
197. Kurmainz an den Bischof von Speier . . . . . „ 19.
198. Kurmainz an Kursachsen . . . . . „ 21.
199. Instruktion des Administrators der Kurpfalz für Lautern und Camerarius . . . . . „ 21.
200. Brömsers vierter Bericht aus Prag . . . . . „ 22.-28.
201. Vischere an Erzherzog Albrecht . . . . . „ 22.
202. Kurmainz an Kursachsen . . . . . „ 22.
203. Erzherzog Ferdinand an Kaiser Rudolf II. . . . . „ 24.
204. Zuñiga an Kurmainz . . . . . „ 24.
205. Herzog Maximilian von Baiern an Kurköln . . . . „ 24.
206. Erzherzog Ferdinand an Erzherzog Maximilian . . „ 25.
207. Zuñiga an König Philipp III. . . . . „ 25.
208. Instruktion des Administrators der Kurpfalz für Colli „ 25.
209. Erzherzog Leopold an den Herzog von Braunschweig „ 26.
210. Der Administrator der Kurpfalz an Khlesl . . . . „ 26.
211. Kurmainzischer Bescheid für die kurpfälzischen Gesandten . . . . . „ 26.
212. Baugy an die Königin-Regentin von Frankreich . . „ 28.
213. Ausschreiben zum rotenburger Unionstag . . . . „ 28.
214. Kaiser Rudolf II. an Kursachsen . . . . . „ 30.
215 Instruktion Kaiser Rudolfs II. zum mühlhauser Kurfürstentag . . . . . [Zu Mai 30.]
216. Vischere an Erzherzog Albrecht . . . . . Mai 31.
217. Reichard von Starhemberg an König Matthias . . . „ Ende.
218. Aussage des Alchimisten Christoph Hauser . . . . „ „
219. Kaiser Rudolf II. an Kurmainz . . . . . Juni 1.
220. Kanzler Faust an Kurmainz . . . . . „ 3.
221. König Matthias an die Teilnehmer des prager Konvents „ 4.
222. Khlesl an Kurmainz . . . . . „ 4.
223. Zuñiga an König Philipp III. . . . . „ 4.
224. Vischere an Erzherzog Albrecht . . . . . „ 5.
225. Der Administrator der Kurpfalz an Kurbrandenburg „ 6.
226. Zuñiga an Herzog Maximilian von Baiern . . . . „ 6.
227. Der Herzog von Braunschweig an Dr. Gerstenberg . „ 7.
228. Peter Fuchs an Kursachsen . . . . . „ 8.
229. Beratung des spanischen Staatsrats . . . . . „ 9.

Digitized by Google

230. Landgraf Moriz von Hessen an den Administrator der Kurpfalz . . . . . 1611 Juni 10.
231. Zuñiga an König Philipp III. . . . . „ 11.
232. Beer und Silbermann an Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg . . . . . „ 11.
233. König Matthias an Erzherzog Maximilian . . . . „ 12.
234. Khlesl an Kurmainz . . . . . „ 12.
235. Instruktion des Markgrafen von Ansbach zur Schickung an den Markgrafen von Baden . . . . . „ 13.
236. Pfalz-Neuburgische Beratung wegen der Herstellung des Vertrauens im Reich . . . . . „ 15.
237. Der Administrator der Kurpfalz an Kurmainz . . . „ 15.
238. Zuñiga an König Philipp III. . . . . „ 18.
239. Aussagen Hannewalds und Hegenmüllers . . . . „ 18.
240. Die österreichischen Erzherzoge an die Kurfürsten . „ 18.
241. Dr. Rebmanns Werbung bei Kurmainz . . . . . „ 18.
242. Vischere an Erzherzog Albrecht . . . . . „ 18.
243. Ratschlag wegen der nürnbergischen Instruktion zum rotenburger Unionstag . . . . . „ 20.
244. Kanzler Fausts Gutachten für den Kurfürstentag . . Juni [zum 20.]
245. Ulmische Instruktion zum rotenburger Unionstag . . Juni 22.
246. Kaiser Rudolf II. an Kurmainz . . . . . „ 23.
247. Brömser an Kurmainz . . . . . „ 23.
248. Günterode an Kursachsen . . . . . „ 24.
249. Colli an den Administrator der Kurpfalz . . . . „ 25.
250. Baugy an Puysieulx . . . . . „ 25.
251. Vischere an Erzherzog Albrecht . . . . . „ 25.
252. Die oberösterreichische Regierung und Kammer an Erzherzog Maximilian . . . . . „ 25.
253. Die Räte der Hofkammer an Kaiser Rudolf II. . . „ 27.
254. Colli an Fürst Christian von Anhalt . . . . . „ 28.
255. Herzog Maximilian von Baiern an Papst Paul V. . . „ 29.
256. Bericht über Günterodes Werbung bei Anhalt und Ansbach . . . . . [Juni 30.-Juli 5.]
257. Gutachten der bairischen Räte wegen einer Korrespondenz mit den Unkatholischen . . . . . [Juni.]
258. Kaiser Rudolf II. an Landgraf Moriz von Hessen . Juli 1.
259. Baugy an die Königin-Regentin von Frankreich . . „ 2.
260. Bongars an Villeroy . . . . . „ 2.
261. Vischere an Erzherzog Albrecht . . . . . „ 2.
262. Zuñiga an König Philipp III. . . . . „ 3.
263. Colli an Fürst Christian von Anhalt . . . . . „ 3.
264. König Philipp III. an Zuñiga . . . . . „ 5.
265. Fürst Christian von Anhalt an den Markgrafen von Ansbach . . . . . „ 6.
266. Instruktion des Königs Matthias zum Kurfürstentag „ [zum 6.]

Digitized by Google

267. Die kurmainzischen Abgesandten zum Kurfürstentag an ihren Herrn . . . . . 1611 Juli 7.
268. Brömser an Kurmainz . . . . . „ 7.
269. Der Herzog von Braunschweig an Kursachsen . . . „ 8.
270. Kaiserliche Instruktion für die Schickung nach Dresden „ 9.
271. Colli an Fürst Christian von Anhalt . . . . . „ 9.
272. P. Mander von Neuhausen an Erzherzog Maximilian . „ 9.
273. Unterredung des Fürsten Christian von Anhalt mit Kurmainz . . . . . „ 9.
274. Der Administrator der Kurpfalz an die Unierten . . „ 9.
275. Bairische Instruktion für Wensin zum Kurfürstentag „ 10.
276. Fürst Christian von Anhalt an Kurmainz . . . . „ 12.
277. Kursachsen an Rudolf II. . . . . „ 13.
278. Spanisches Gutachten wegen der Succession im Reich „ [zu 13.]
279. Kursachsen an König Matthias . . . . . „ 14.
280. Zuñiga an König Philipp III. . . . . „ 15.
281. Brömser an Kurmainz . . . . . „ 15.
282. Die kurmainzischen Abgesandten zum mühlhauser Kurfürstentag an ihren Herrn . . . . . „ 15.
283. Kursächsische Denkschrift wegen des jüterbogker Vergleichs . . . . . Juli [erste Hälfte].
284. Vischere an Erzherzog Albrecht . . . . . Juli 16.
285. Der Koadjutor von Köln an Herzog Maximilian von Baiern . . . . . „ 17.
286. Kursachsen an Kurmainz . . . . . „ 18.
287. Dr. Gerstenberg an Kurmainz . . . . . „ 20.
288. Memorial für den Administrator der Kurpfalz zum rotenburger Unionstag . . . . . „ 20.
289. Zuñiga an Kurmainz . . . . . „ 23.
290. Baugy an die Königin-Regentin von Frankreich . . „ 23.
291. Dr. Hämmerle an Brömser . . . . . „ 23.
292. Württembergisches Gutachten zum rotenburger Unionstag . . . . . „ 26.
293. Kursachsen an Kaiser Rudolf II. . . . . „ 27.
294. Kurmainz an die Mitkurfürsten . . . . . „ 28.
295. Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg an die Unierten „ 28.
296. Kurbrandenburg an Kursachsen . . . . . „ 29.
297. Der Markgraf von Ansbach an Kursachsen . . . . „ 29.
298. Der Herzog von Braunschweig an Kursachsen . . „ 30.
299. Vischere an Erzherzog Albrecht . . . . . „ 30.
300. Brömser an Kurmainz . . . . . „ 30.
301. Kaiserliches Dekret in der Administrationssache . . „ 30.
302. Colli an Fürst Christian von Anhalt . . . . . „ 31.
303. Gutachten über die Lage des Kaisers und des Reiches [Juli.]
304. Khlesl an Erzherzog Maximilian . . . . . August 1.
305. Protokoll des rotenburger Unionstags . . . . . Aug. 2.-Sept. 2.

Digitized by Google

306. Kurmainz an Herzog Maximilian von Baiern . . . 1611 August 2.
307. Werbung Hannewalds und Hertels bei Kursachsen . „ 3.
308. Lynar an Kursachsen . . . . . „ 4.
309. Vischere an Erzherzog Albrecht . . . . . „ 6.
310. Geizkofler an Reichshofratssekretär Pucher . . . . „ 8.
311. Der kölnische Nuntius an Kurmainz . . . . . „ 9.
312. Kaiser Rudolf II an seine Kommissarien zum Unionstag „ 10.
313. Der Vergleich zwischen Kaiser Rudolf II. und König Matthias . . . . . „ 11.
314. Kaiser Rudolf II. an jeden der Kurfürsten . . . . „ 11.
315. Werbung der kaiserlichen Kommissarien bei den Unierten . . . . . „ 11.
316. Kurmainz an den Koadjutor von Köln . . . . . „ 11.
317. Kursachsen an Kurbrandenburg . . . . . „ 12.
318. Bescheid der Unierten auf die Werbung der kaiserlichen Kommissarien . . . . . „ 14.
319. Herzog Maximilian von Baiern an Kurköln . . . . „ 16.
320. Khlesl an Erzherzog Maximilian . . . . . „ 16.
321. Die bambergischen Untertanen evangelischen Bekenntnisses an die Unierten . . . . . „ 16.
322. Unterredung der Unierten mit den kaiserlichen Kommissarien . . . . . „ [17.]
323. Kursachsen an Kurmainz . . . . . „ 19.
324. Kurmainz an Barvitius . . . . . „ 23.
325. Zuñiga an König Philipp III. . . . . „ 24.
326. Vischere an Erzherzog Albrecht . . . . . „ 25.
327. Beratung der Abgesandten der geistlichen Kurfürsten zu Mainz . . . . . „ 25.
328. Geizkofler an Erzherzog Maximilian . . . . . „ 25.
329. Khlesl an Erzherzog Maximilian . . . . . „ 29.
330. Hauptabschied des rotenburger Unionstags . . . . „ 29.
331. Erster Nebenabschied des rotenburger Unionstags . „ 29.
332. Zweiter „ „ „ „ . „ 29.
333. Dritter „ „ „ „ . „ 29.
334. Metternich an Herzog Maximilian von Baiern . . . „ 30.
335. Der Administrator der Kurpfalz an den Grosshofmeister und die Räte in Heidelberg . . . . . „ 31.
336. Bericht der kaiserlichen Kommissarien vom rotenburger Unionstag . . . . . „ [Ende.]
337. Fürst Christian von Anhalt an Erzherzog Maximilian September 1.
338. Die unierten Fürsten an den König von England . . „ 1.
339. Vierter Nebenabschied des rotenburger Unionstags . „ 2.
340. Fünfter „ „ „ „ . „ 2.
341. Cardenas an König Philipp III. . . . . „ 2.
342. Baugy an die Königin-Regentin von Frankreich . . „ 3.
343. Kaiser Rudolf II. an den Markgrafen von Ansbach . „ 5.

Digitized by Google

344. Hannewald an Dr. Gerstenberg . . . . . 1611 Sept. 5.
345. Die nürnbergischen Gesandten zum Unionstag an den Rat von Nürnberg . . . . . „ 5.
346. Kursachsen an Kaiser Rudolf II. . . . . „ 11.
347. Metternich an Herzog Maximilian von Baiern . . . „ 13.
348. Kaiserliches Dekret an die neuburgischen Gesandten „ 16.
349. Baugy an die Königin-Regentin von Frankreich . . „ 17.
350. Eine Unterredung neuburgischer Räte mit Geizkofler „ 17.
351. Cardenas an König Philipp III. . . . . „ 19.
352. Der Administrator der Kurpfalz an Loefenius . . . „ 19.
353. Die evangelischen Bürger der Stadt Köln an die Kurfürsten . . . . . Sept. [zum 22.]
354. Baugy an die Königin-Regentin von Frankreich . . September 24.
355. Vischere an Erzherzog Albrecht . . . . . „ 24.
356. Metternich an Herzog Maximilian von Baiern . . . „ 26.
357. Instruktion für die kaiserlichen Kommissarien zum Kurfürstentag . . . . . „ 26.
358. Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg an die Unionsstände . . . . . „ 27.
359. Zuñiga an König Philipp III. . . . . „ 30.
360. Vischere an Erzherzog Albrecht . . . . . „ 30.
361. Kurpfälzisches Memorial zum Kurfürstentag . . . „ 30.
362. Kurmainzischer „Diskurs“ zum Kurfürstentag . . . [September.]
363. Baugy an die Königin-Regentin von Frankreich . . Oktober 1.
364. Instruktion des Königs Matthias zum nürnberger Kurfürstentag . . . . . „ 1.
365. Der prager Nuntius an Herzog Maximilian von Baiern „ 3.
366. [Stralendorf d. Ae.] an einen kurmainzischen Rat . „ [3.]
367. Instruktion des Erzherzogs Leopold zu einer Schickung an Kursachsen . . . . . „ 4.
368. König Ludwig XIII. an die unierten Fürsten . . . „ 4.
369. Dr. Oelhafen an den Rat von Nürnberg . . . . . „ 4.
370. Cardenas an König Philipp III. . . . . „ 7.
371. Vischere an Erzherzog Albrecht . . . . . „ 8.
372. Hertel an Kurmainz . . . . . „ 9.

Digitized by Google

1611.

1. Zuñiga an König Philipp III. Januar 1.

Am 23. überschritten die Passauer die Donau, angeblich um nach Tirol zu ziehen, und die kaiserlichen Minister sagten, dass dies ohne Befehl des Kaisers geschehen sei. Ich gab Erzherzog Leopold mein Befremden darüber zu erkennen „que un soldado tan honrado como el coronel Altam y maestro del campo general del emp.or huviese tomado aquella resolucion sin orden del emp.or. Me dijo que creya sin duda que avia tenido orden [1].“ Ich machte ihn ernstlich auf die da-

[1] Das mitgeteilte Datum ist unrichtig. Der Uebergang der Passauer unter Ramée über die Donau bei Hafnerzell erfolgte in der Nacht vom 21. auf den 22. Dezember 1610. — Wie die kaiserlichen Abdankungskommissarien Lasotto und Kleinsträtl den bairischen Kommissarien an der Grenze mitteilten, hatte der Feldmarschall Graf Adolf von Althan vom Kaiser vorlängst den Befehl erhalten, das Kriegsvolk nach Tirol zu führen, wenn es sich nicht im Stiftsgebiet von Passau erhalten lasse. Erzherzog Leopold hatte also Zuñiga die Wahrheit gesagt. (Vgl. die Berichte der bairischen Kommissarien an Herzog Maximilian von Baiern vom 22. und 23. Dezember 1610: Ma., 425/2, f. 427 und 446; Orr.). Einen besondern kaiserlichen Befehl vom 3. November 1610, das Kriegsvolk nach Tirol abzuführen, erwähnt auch der bairische Agent in Prag Wilhelm Bodenius in seinem Bericht an Herzog Maximilian vom 1. Januar 1611 (Mc., Entstehnng des 30jähr. Kriegs, Fasz. III, No. 26, f. 4; Or. eigh.; vgl. auch unten no. 23). — Am 2. Januar berichtet der Erzbischof von Salzburg dem Herzog Maximilian von Baiern von einer schon im Mai 1610 ergangenen kaiserlichen „Plenipotenz“ für Karl Ludwig Grafen von Sulz und Adolf Grafen von Althan, die über die in den ungarischen Kriegen den Brüdern des Kaisers erteilten Vollmachten weit hinausgehe (Ma., 111/11, — Or.). — Dem Herzog von Braunschweig wurde ausserdem noch in Wien mitgeteilt, Ramée habe nicht nur ausgegeben, vom Feldmarschall Althan zum Zug nach Oesterreich befehligt worden zu sein; es habe auch Althan selber auf seine Brust geschlagen und gesagt, er habe darin d. h. im Wamms, des Kaisers gemessenen Befehl, (Herzog von Braunschweig an den Kaiser aus Wien am 19./29. Januar 1611; „Gründlicher Bericht“, S. 230 f.). — Für die Geschichte des Einfalles der Passauer in Oberösterreich ist hauptsächlich zu verweisen auf Franz Kurz, der Einfall des von Kaiser Rudolf II. in Passau angeworbenen Kriegsvolkes in Oberösterreich und Böhmen. Aus Kurz' Nachlass mitgeteilt von Albin Czerny. I.—III. Teil im 54. bis 56. Jahresbericht des Museums Francisco-Carolinum. Linz 1895—1897. — Vgl. auch Hammer-Purg-

Digitized by Google

Januar 1. raus entstehenden Ungelegenheiten und auf die Gründe aufmerksam, „que avia de tener respeto al s.or archiduque Maximiliano[1] y de que S. A. se le perdiese, mostrase offendido del que haze muy sentido, desdeque el s.or archiduque Maximiliano le dio una gran fraterna sobre sus inquietudes. Afirmo mucho que no se havia savido nada

---

stall, Khlesls Leben, II., Wien 1847, S. 237 f; Friedrich von Hurter, Geschichte Kaiser Ferdinands II. und seiner Eltern. VI., Schaffhausen, 1853, S. 363 ff.; Anton Gindely, Rudolf II. und seine Zeit. II., Prag 1865, S. 164 ff, besonders 182 ff. und Alfons Huber, Geschichte Oesterreichs, V., Gotha 1896, S. 27 f. Die wichtigsten Aktenstücke zur Geschichte des passauer Kriegsvolks bis zu dessen Abdankung sind gedruckt in zwei offiziösen gleichzeitigen Veröffentlichungen: 1. „Unser von Gottes Gnaden Heinrichen Julii, . . herzogen von Braunschweig Gründlicher und warhaftiger Bericht wegen der zwischen der Rom. keys. Mayt. Herrn Rudolpho dem Andern etc. und der Kön. Wr. zu Ungern, Herrn Matthiae etc. getroffener Vergleichung, auch Abdankung des Passawischen Kriegsvolks etc. Sampt angehengter notwendigen Ausführung, Entschuldigung und Verantwortung. Helmstadt 1611 (Am 28. Februar 1611 schreibt der Herzog von Braunschweig an einen der Räte des Königs Matthias, er sei im Begriff, eine Anzahl von Schreiben in der passauer Sache zu seiner Entschuldigung im Druck zu veröffentlichen; Wi., I A 1, Ka. 2990; Or. eigh.). 2. „Gedruckte Copeyen und Abschriften deren Absendungen, Instructionen, Propositionen und Hauptschriften, so die Röm. Kais. etc. Mayt. uber dem mit Ihrer Kün. Mayt. etc. im Sechshundert Achten Jahr vor Prag aufgerichten und hernach durch Chur-Erzhersogen und Fürsten Anno etc. sechshundert zehen von neuen becreftigten etc. verträgen und des darauf durch das kais. Kriegsvolk beschehenen feindlichen einfals halber in Oesterreich ob der Enss zu ihrer entschuldigung an . . Ihre kün. Mayt. etc. gelangen lassen.“ S. d. et a. [1611]. (Vollständiger Titel bei Hammer-Purgstall, a. a. O., II.; Urkunden-Sammlung, no. 296.) Anlass zur Drucklegung der „Copeyen und Abschriften“, — ein Abdruck der Resolution samt Beilagen, die Matthias am 27. Februar 1611 den Gesandten des Kaisers, dem Herzog von Braunschweig und dem Grafen von Zollern, erteilte, — war, dass die kaiserliche Instruktion für Braunschweig und Zollern zur Schickung an Matthias von Prag aus allenthalben verbreitet und schliesslich gedruckt worden war. Um seine durch die Instruktion angegriffene Unschuld darzuthun, liess der König die erwähnte Sammlung von Akten und Aktenauszügen drucken. Am 14. März konnte er bereits ein Exemplar dem Erzherzog Maximilian schicken; (Jb., Ambraser Akten, Missiven vom März 1611, no. 21; Or.); am 20. April überreichte Gundaker von Polheim dem Kurfürsten von Sachsen dieselbe Schrift (Drs., l. 9167, II. B. passauer Kriegsvolks; f. 80).

[1] Schon zu Anfang des November 1610 hatte Erzherzog Maximilian Verdacht geschöpft und seinen Kämmerer und Stallmeister Ortlieb von Pöttingen nach Passau (vgl. Albert Jäger, Beitrag zur Geschichte des Passauischen Kriegsvolks, soweit es Tirol und die Oesterreichischen Vorländer berührte, im Archiv für österreichische Geschichte, 51. Bd., Wien 1883, S. 249), seinen geheimen Rat Ducker nach Prag geschickt (Bericht eines kurpfälzischen Agenten, wol Philipp Ehems, vom 1./11. Dezember 1610 aus Prag; De., Aqa, I c, no. 8; Kop.), während fast gleichzeitig Warnungen der Nachbarn, besonders des Herzogs von Baiern und des Erzbischofs von Salzburg (vgl. Jäger, a. a. O., S. 267 f, wegen Salzburg vgl. Kurz-Czerny, a. a. O., II., S. 65) bei ihm ein-

Digitized by Google

desta resolucion. Yo le dije que creia lo que S. A. decia, mas que estuviese cierto que todo el mundo creeria lo contrario, siendo S. A. capitan general de aquella gente. El tiempo es terrible para Tirol y lo que mas temo es que intenten algo en Austria, de donde no se sabe que ayan salido hasta agora y de qualquiera manera no pueden dejar de causarse incombenientes grandisimos." Das war alles vorauszusehen für den Fall, dass man das Volk nicht befriedigen Januar 1.

---

liefen. Zu Anfang des Dezember berief der Erzherzog den kleinen Ausschuss der tirolischen Landschaft zur Bewilligung der Mittel für die Landesverteidigung (Jäger, a. a. O., S. 262) und wandte sich gleichzeitig an Brüder, Nachbarn und Freunde um Hilfe, so am 1. Dezember an den Kurfürsten von Sachsen (Drs., l. 7395/1, f. 862; Or.), früher schon an seinen Bruder Erzherzog Albrecht in Brüssel. — Dieser verlangte am 4. Dezember durch seinen Sekretär Julio Mancicidor darüber Zuñigas Gutachten. Zuñiga urteilte am 17. Dezember: so lange das Volk unter kaiserlicher Fahne stehe, werde König Philipp kaum gut aufnehmen, „de mezclarse en contiendas domesticas"; wolle Albrecht aber als Miteigentümer Tirols etwa von Burgund aus Hilfe senden, so sei dagegen nichts einzuwenden; (Sim., Fasz. 2497, f. 127; Kop.). — Die Warnungen verdichteten sich gegen das Ende des Dezember; am 26. Dezember 1610 liess König Matthias seinen Bruder Maximilian bereits wegen des Durchzugs der Passauer erinnern (Erzherzog Maximilian an König Matthias am 1. Januar 1611; Jb., Regimentssachen von 1611, f. 77; Kptkop.). Hilferufe des Erzherzogs beim Erzbischof von Salzburg von 1. Jan. (ebenda, f. 81; Kptkop.) und am gleichen Tag beim Herzog von Baiern (Ma., 111/11, —; Or.). — Am 7. Januar schreibt der Erzherzog an den Kaiser, er habe vernommen, dass durch Anstiftung einiger dem Hause Oesterreich feindselig Gesinnter dem passauer Kriegsvolk Anleitung gegeben worden sei, nach Verheerung des Bistums Passau seinen Mutwillen in der Grafschaft Tirol fortzusetzen, weshalb er mit seiner Landschaft Massregeln der Abwehr ergriffen habe; er könne nicht glauben, dass der Einfall mit des Kaisers Wissen und Willen oder gar auf dessen Verordnung geschehen sei, wolle ihm aber nicht verbergen, dass davon der Länder Abfall und Verlust drohe (Jb., Regimentssachen von 1611, f. 113; Kptkop.). Ungefähr gleichzeitig wird aber der Erzherzog das Schreiben empfangen haben, das am 1. Januar der Kaiser an ihn wie an den Erzherzog Ferdinand richtete und worin beiden angezeigt wird, dass das kaiserliche Kriegsvolk in Tirol seine Abdankung erwarten wolle, weshalb die Erzherzoge diesem allen Vorschub leisten mögen. (Wi., I. A 1., Ka. 2991. — Kop.; vgl. S. 12, Anm. 2.) Die Warnungen und Besorgnisse scheinen nicht überflüssig gewesen zu sein. Ein Bericht, den ein salzburgischer Beamter im Jahre 1612 an Erzbischof Marx Sittich über die Verhandlungen des Erzbischofs Wolf Dietrich mit dem Kaiser erstattet, behauptet: nach Andeutung der nach Salzburg abgeordneten kaiserlichen Räte [Hegenmüller] sei die vornehmste Ursache des geplanten Zugs nach Tirol gewesen, dass der Kaiser den Argwohn gefasst habe als ob sich Erzherzog Maximilian der tirolischen Lande mehr als dem Kaiser lieb sei annehmen wolle, wovor dieser sich durch die Einlagerung der Passauer zu sichern gedachte (Wöa., Salzburg, Band 10, Fasz. 3.; Kptkop.). Aehnliches versichert Erzbischof Wolf Dietrich in einem Schreiben vom 7. Juli 1611; (Jb., Ambraser Akten, Missiven vom Juli 1611, no. 3; Or.). — Am 2. Februar weiss Wilhelm Bodenius dem Herzog von Baiern aus Prag zu berichten, dass der Präsident des kaiserlichen geheimen Rats, der Landgraf von Leuchtenberg, ihm von einem Anschlag

Digitized by Google

Januar 1. werde können. Die Schwierigkeit, dies ins Werk zu setzen, erhöht sich noch dadurch „que los Bohemios se retiran de sus promesas, viendo el fuego lejos.[1] El archiduque esta mal dispuesto y con calenturas de tres dias a esta parte y han le començado a salir birvelas[2]. Con todo eso esta negociando continuamente en la cama, que es en estremo activo y amigo de governar y cierto de muchas partes buenas, si algunos consejeros suyos no le embaraçasen y embarcasen en tantos devaneos. Y esta platica de Tirol es terrible, porque va endereçando a sacar del gobierno al s^or^ archiduque Maximiliano de la edad y bondad que V. M.^d^ save y introducirle a el y Maximiliano esta resuelto de defenderse. Praga 1. enero 1611."

Sim., Fasz. 2497, f. 126; Kop.

Januar 3. 2. Lorenz von Ramée[3] an Kaiser Rudolf II.

„E. ksl. M.^t^ werden sich ohne zweifel zu erindern haben, welcher massen Deroselben noch vor disem des damalen in dem hochstift Passau gelegenen kriegsvolks grosse not und mangel weiterer leibsunderhaltung durch Deroselben veldmarschalken herrn grafen von Althan mit vilfeltigen curirn und schreiben endeckt und fürgebracht worden. Weiln dann einmal kain müglikheit gewesen, das kriegsvolk weiters in ermeltem hochstift zu erhalten und aber E. ksl. M.^t^ zu vilmalen ernstlichen anbevolhen, ermeltes kriegsvolk durchaus nit in das königreich Behaimb zu führen, zu gehorsamer volziehung dessen und damit ermeltem kriegsvolk durch mangel täglicher unumbgenklicher leibsnotturft zu meutiniren und

der „Winkelräte" erzählt habe, Erzherzog Maximilian aus Tirol zu entfernen, den Markgrafen von Burgau „in andere Wege zu expediren" und dann für den mit Tirol ausgestatteten Erzherzog Leopold die Hand der Herzogin Magdalena von Baiern zu erbitten (Mc., Entstehung des dreissigjährigen Kriegs, Fasz. III. No. 26, f. 27; Or. eigh.). Auch Hannewald bekennt in seinem Verhör am 18. Juni 1611 (vgl. unten no. 239), dass Sulz im geheimen Rat berichtet habe, der Kaiser wolle dem Erzherzog Leopold das „Gubernament" der Vorlande einräumen. — Noch im Mai 1614 erzählte Erzherzog Maximilian seinem Gast, dem jungen Christian II. von Anhalt, der Kaiser habe Erzherzog Leopold zum römischen König machen wollen; „damit sie aber ein ort hetten, dem röm. könig dahin zu setzen, hetten sie wollen den Maximilian auss lande und leute verjagen". (Fürst Christians d. J. Memorial von seiner Reise aus Italien nach Deutschland vom 6. Mai 1614; Bbg., A. 9. a; no. 110, f. 1371; Or. eigh. — Vgl. ausser no. 8 noch no. 2 und 14, S. 31 Anm. 2.

[1] Ueber diese Versprechungen der Böhmen vgl. Gindely, a. a. O., II., 173.

[2] Windpocken, Masern.

[3] Ueber Lorenz von Ramée vergl. das Register zu den Briefen und Akten, VI, F. Hurter, a. a. O., S. 350, Anm. 1 und den Messager des sciences historiques de Belgique, 1853, S. 333 ff; über einen ältern Plan Ramées und Althans zu Gunsten des Kaisers vgl. Briefe und Akten, II, S. 52.

Digitized by Google

volgents in das königreich Behaimb aigens willens mit besorgender unordnung zu ziehen nit irgents ursach gegeben werde, also haben herr veldmarschalk und ich bei so beschaffener extremitet zu verhüetung erzehlter ungelegenheiten und auf E. ksl. M.t vorige resolution und gegebene ordinanz [1] nach Tyrol das kriegsvolk aufgeführt und [sind] durch diss erzherzogthumb Oesterreich ob der Ens durchgezogen. Als wir nun an die steyrischen frontiern kumen, befinde ich, dass die fürstl. D.t erzherzog Ferdinandus zu Oesterreich, gleichwol auf vorgangene warnung der auch fürstl. D.t herrn Maximilians des eltern, erzherzogen zue Oesterreich, durch dero landleut und underthanen alle päss und clausen, da ich notwendig durchziehen müessen, aller orten und zum sterkisten verwahren und vermachen lassen; dannenhero ich mit dem kriegsvolk in disem erzherzogthumb Oesterreich ob der Ens bis dato stil ligen und verbleiben müssen". Ich bitte, den Erzherzog Ferdinand oder den Erzbischof von Salzburg entweder zur Freigabe des Passes nach Tirol zu bewegen oder auf Mittel zur Bezahlung und Abdankung des Kriegsvolkes zu denken. E. ksl. M mögen die Schuld an den entstehenden Ungelegenheiten „der so lang hinderstelligen ordinanz" zumessen, welcher Verzögerung halber der Durchzug den Ländern nicht rechtzeitig hat zu wissen gemacht werden können. — Datum zu Kirchdorf den 3. januarii anno 1611. Januar 3.

Drs., l. 9166; I. Buch passauer Kriegsvolks, f. 29; Kop.

3. Zuñiga an [Herzog Maximilian von Baiern]. Januar 3.

„XXVII. decembris scripsi Ser.tl Vestrae [2], quod non respondebam prolixo illo scripto nuper mihi misso [3], donec in aliud idioma translatum esset. Vidi et perlegi et quod mihi circa illud dicendum occurrit est, quod dominus elector Moguntinus literis suis ad me datis 22. novembris significaverat ipsum institisse apud dominum electorem Saxoniae, [ut] vellet unacum dominis ducibus domus suae unioni se adjungere et negotium in bonis terminis esse atque ex parte domus Saxonicae desiderari, ut conventus in hunc effectum indiceretur. Respondi confoederationem cum domo Saxonica magni esse momenti et regem dominum meum singulari benevolentia principes illos amplecti (ut revera amplectitur propter observantiam, qua caesarem semper prosecuti sunt), sed mandatum a rege domino meo me non habere, quod latius pateat et sese extendat quam ad ea, quae transacta nuper fuerunt pro parte mea nomine S. cath. M.tis Monachii 5. sep-

[1] Wegen der Absichten des passauer Kriegsvolks auf Oesterreich vgl. Kurz-Czerny, I, S. 32 und die vorige Nummer.

[2] Mc., Entstehung des 30jähr. Krieges, Fasz. V. no. 29, f. 604; Or.

[3] Gemeint ist offenbar der kurmainzische Entwurf einer neuen Notel für den katholischen Bund, den der Herzog ohne Wissen des Kurfürsten von Mainz Zuñiga mitgeteilt hatte; vgl. darüber die folgenden Nummern 31 und 32. Der Entwurf liegt in Mc., a. a. O., f. 538 in Abschrift vor.

Digitized by Google

Januar 3. tembris elapsi. Sed quando literas domini electoris Moguntini primo vidi, ne quidem suspicabar, quod de alia re ageretur quam de mutua defensione ditionum principum reciproce et vicissim sese juvare volentium, non tam prolixe extendendo contractum neque tam varias clausulas adjiciendo; atque hoc quidem modo res minus incommodi habitura videretur et spero fore, ut per consultationem et tractationem inter Ser.tem Vestram et dominum electorem Moguntinum super hac materia instituendam negotium dirigatur ad terminos convenientes et ad divinae majestatis honorem et gloriam, quod caput rei est, atque ad commodum utilitatemque principum confoederatorum. Pragae 3. januarii 1611."

Wmz., Religionsakten, Bd. 11, no. 133; Kop.

Januar 4. **4.** Bescheid des Kurfürsten von Mainz auf die Werbung des bairischen Oberstkanzlers Joachim von Donnersberg.[1]

Dem Vorschlag des Herzogs von Baiern, einen Bundestag fürderlich auszuschreiben, möchte sich der Kurfürst gerne bequemen; aber er entnimmt dem dritten Punkt der Werbung, dass der Herzog doch starke Bedenken habe, das Haus Sachsen und andere gehorsame Stände augsburgischer Konfession dabei in die katholische Union aufzunehmen. Nun ist dem Kurfürsten von Sachsen versprochen worden, dass die Ausschreibung eines Bundestages ihm notifiziert werden soll; die Unterlassung wird Kursachsen ungleiche Gedanken machen. Die Bedenken des Herzogs sind ja gewiss erheblich, besonders das erste, dass der Papst und Spanien der Union die Hilfe versagen könnten, wenn die Einnahme Sachsens ohne ihr Wissen und Willen erfolge; nicht minder das andere, dass sich man durch die Einnahme Sachsens der jülicher Sache teilhaft mache, was gegen die Absicht und Resolution der katholischen unierten Stände wäre; endlich dass es sehr bedenklich wäre, wenn Sachsen und andere unkatholische Stände auf den Bundestagen die Unvermögenheit der Katholischen erführen, was diesen, wenn jene wieder ihren Sinn ändern, sehr abträglich werden könnte.[2] —

---

[1] Die Werbung wurde am 31. Dezember 1610 abgelegt (Donnersbergs Instruktion vom 22. Dezember 1610 in Mc., Entstehung, Fasz. II., no. 17, f. 18; Kpt. von Gewold; Ma., 427/8, bietet die Kptkopie mit Aenderungen des Herzogs und Donnersbergs; Mc., Entstehung, Fasz. V. no. 29, f. 730 ist das Or.; im Auszug steht die Instruktion bei P. Ph. Wolf, Geschichte Maximilians I. und seiner Zeit; III. München 1809, S. 27 f.) — Von der Neigung des Gesamthauses Sachsen in den katholischen Bund zu treten, hatte der Kurfürst von Mainz schon am 24. November 1610 dem Herzog von Baiern Mitteilung gemacht (Mc., Entstehung, Fasz. V., no. 29, f. 534; Or.) und am 5. Dezember unter Beischluss der Erklärung des Herzogs Johann Casimir von Sachsen-Coburg (vom 19./29. November) Maximilian aufgefordert, das ganze Haus Sachsen oder wenigstens den Kurfürsten von Sachsen von der Abhaltung des geplanten Bundestages zu verständigen (Mc., a. a. O., f. 556; Or.).

[2] Dies Bedenken war von Kurfürst Ernst von Köln erregt worden, obgleich sich dieser anfangs mit der Gewinnung Sachsens und anderer

Digitized by Google

Gegenüber diesen Bedenken erwägt aber Kurmainz, wie schwach die katholische Union für sich selbst ist, dass sie deshalb fast gezwungen wurde, die Komposition mit der protestantischen Union wegen Abdankung des beiderseitigen Kriegsvolkes vorzunehmen, wobei fast alles, was oben und unten Landes kontribuiert wurde, ohne einigen Vorteil für die katholischen Stände verloren gegangen ist. Dazu sind auch die Verhandlungen mit Sachsen und anderen protestantischen Ständen besonders auf dem prager Konvent von den Katholischen ernstlich erwogen worden: Kurmainz hat mit Kurköln wiederholt vertraulich davon geredet; dieser hat Kurmainz zur Fortsetzung der Verhandlung mit Sachsen ermuntert; Kurmainz hat auch mit den damals in Prag anwesenden Erzherzogen darüber gesprochen und hat, als er deren Neigung hiefür verspürte, auch dem päpstlichen und spanischen Botschafter davon Mitteilung gemacht, die den Plan nicht misbilligten; endlich lief inzwischen auch noch des Erzherzogs Albrecht Erklärung ein, wonach der König von Spanien nichts dagegen habe; ebenso hat auch schon Kurtrier seine Zustimmung erklärt. Dazu hat Kurmainz auf Einraten Kurkölns den Weg von Prag über Dresden genommen und hat dort persönlich den Eintritt des Hauses Sachsen in die katholische Union betrieben. Sachsen hat darauf nicht nur willfährigen Bescheid erteilt sondern hat auch begehrt, dass es, wenn ein Bundestag angestellt würde, davon zur Abordnung der seinen verständigt würde. Man hat auch Sachsen zugemutet, mit Braunschweig und andern verwandten Häusern zu gleichem Ende zu verhandeln. Sowohl die Erklärung Sachsens als die Sachsen gegebene Versprechung, es von der Anstellung eines Bundestages zu benachrichtigen, ist dem Herzog vordem mitgeteilt worden. Januar 4.

Der Kurfürst wüsste nun gar nicht, wie er dazu käme, Schimpf und Unglimpf auf sich zu laden, wenn die Beschreibung Sachsens unterbliebe; es müsste auch die Unterlassung zuvor dem päpstlichen und spanischen Botschafter zu Prag mitgeteilt werden, da sie von der beabsichtigten Beschreibung Sachsens bereits unterrichtet waren und sie als ein heilsames Werk erkannten. —

Was die befürchtete Hereinziehung der unierten Katholiken in die jülicher Sache betrifft, so wird der Herzog sich erinnern, dass die geistlichen Kurfürsten sich bei ihrer ersten Erklärung nur unter der Bedingung zu einem Beitrag an die Unionskasse entschlossen, dass von den verglichenen dreissig Monaten zehn dem Erzherzog Leopold zu besserer Beschützung der Festung Jülich erlegt würden, da von dorther den Kurfürsten als den nächsten Nachbarn die grösste Gefahr drohe. Nun weiss Kurmainz gar nicht, ob Kursachsen für sein oder seines Hauses Interesse eine besondere Hilfe begehren wird, es wäre denn dass der Kaiser auf die gegen die praetendierenden Fürsten zu

---

friedfertiger evangelischer Stände für die katholische Union einverstanden erklärt hatte. Vgl. Kurkölns Schreiben an Herzog Maximilian von Baiern vom 19. Dezember 1610 (Mc., Entstehung, Fasz. V., no. 29, f. 658; Or.).

Digitized by Google

Januar 4. Düsseldorf angedrohten Achtsprozesse nunmehr die Achtserklärung ergehen liesse und deren Exekution dem einen oder anderen Stand auftrüge; da würden sich wol alle gehorsamen Stände ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zur Union der Bestimmungen der Exekutionsordnung erinnern. Abgesehen von diesem Fall bleibt zweifelhaft, ob die unierten Stände schuldig wären, sich der jülicher Sache anzunehmen; es können sich aber die katholischen Unierten bei künftiger Einnahme des Hauses Sachsen oder anderer protestantischer Stände davor durch besondere Bedingungen (ausser wenn es zu einer offenen Achtserklärung käme) sichern.

Auch das dritte Bedenken scheint Kurmainz nicht so wesentlich: die Anschläge aller Stände sind durch die gemeine Reichsmatrikel männiglich bekannt; die Armut und das Unvermögen eines jeden kann bei einer solchen Partikularversammlung nicht lauter als auf sämmtlichen Reichstagen geklagt werden, bei denen die Verhältnisse jedes Standes mehr als zuviel offenbar werden. Der Kurfürst weiss auch nicht, welche Arkana der katholischen Stände dort traktiert werden sollen oder können, wenn man bei der Unionsnotel bleibt: denn dieselbe geht nur auf Befestigung der Reichsgesetze, des Religions- und Profanfriedens, Erhaltung kaiserlicher Hoheit und Versicherung jedes Standes vor Gewalt.

Würde die Beschreibung Kursachsens zum Bundestag unterbleiben, so wird es nicht ohne dessen und der andern gehorsamen protestantischen Stände schweres Mistrauen gegen alle katholischen Stände und ohne schweren Unglimpf für Kurmainz selbst abgehen, was der Herzog gewiss weder der Union noch dem Kurfürsten wünschen wird.

Donnersberg soll daher alle diese Gründe dem Herzog ausführlich berichten und ihn dabei erinnern, dass, da Kurmainz sich ohne Richtigmachung dieses Punktes und ohne seiner geistlichen Mitkurfürsten Gutachten eingeholt zu haben, nicht zur Ausschreibung eines Bundestages verstehen kann, der Herzog sich dies alles sowie das kundbare Unvermögen der Union, die einer Verstärkung durch andere Stände bedarf, zu Gemüt führen und alsdann Kurmainz seine Wolmeinung zukommen lassen möge. Sobald man wegen der Beschreibung Sachsens einig ist, will sich Kurmainz mit dem Herzog wegen Ausschreibung eines Bundestages ehestens vergleichen.

Was die Abdankung des rietbergschen Kriegsvolkes[1] betrifft, so lässt der Kurfürst dem Abgesandten wissen, dass er ausser

---

[1] Johann Graf zu Ostfriesland und Rietberg war auf dem münchener Bundestag im August 1610 zum General der Artillerie des katholischen Bundes bestellt und mit der Werbung eines Regiments betraut worden, das die niederrheinischen Stände, besonders die Stifter Paderborn, Münster und Osnabrück gegen die possidierenden Fürsten in Jülich zu schützen hatte (Bundesabschied vom 4. September 1610). Auf Anlass des münchner Akkords stellte der katholische Bund die weiteren Zahlungen für diese Truppen ein und Herzog

Digitized by Google

den 6000 fl., die der Bischof von Worms statt des ihm auferlegten Januar 4.
Geschützes zahlte, und weitern 800 fl. nicht das geringste von den rheinischen Bundesständen bekommen hat; trotzdem aber hat er, abgesehen von dem, was er zur Sicherung seines Erzstiftes und der Stadt Mainz (woran den katholischen Ständen doch eben so viel als an anderen Orten gelegen ist), zur Bestreitung der Legationen und anderer Notdurft der Union ausgegeben hat, dem Koadjutor von Köln zur Beschützung des Erzstiftes Köln 8000 fl. erlegt und dem Grafen von Rietberg versprochen, ihm binnen wenigen Wochen 40 000 fl. zu bezahlen. Man wird daraus spüren, dass er sein äusserstes Vermögen anwendet und wird ihm hoffentlich nicht zumuten, allein zu tragen, was er zum Schutz seines Erzstiftes und seiner Stadt anwendete, und sich ohne Zuschuss der Union zu erschöpfen. — Er kann nicht raten, das rietbergsche Volk länger auf Bundeskosten zu unterhalten, besonders wenn die Bezahlung allein aus der rheinischen Kasse geschehen soll und von der oberen Kasse keine Hilfe zu erwarten ist. Will man dies Volk behalten, so muss es aus gemeinem Vorrat bezahlt werden, wobei darauf zu achten ist, dass, weil es mit einem Bundestage noch anstehen könnte, Rietberg nicht noch zu grösseren Unkosten geführt werde, die dann die Unierten auch noch zu tragen hätten; vielleicht wäre deshalb doch besser, dies Volk jetzt abzudanken und hernach anderes zu werben. Es ist zwar bekannt, was zur Rettung der westphälischen Stifter aus dem Hause Rietberg geschehen kann; aber diese Stifter waren bisher nicht zur Union zu bewegen und würde es den unierten Ständen sehr beschwerlich fallen, denen zu helfen, von denen sie keine Hilfe zu erwarten haben.

Die von Donnersberg übergebenen Konzepte von Dankbriefen an den Papst [1] und an den König von Spanien und den Entwurf der Instruktion für Crivelli an die Signorie Venedig wegen der katholischen Union lässt der Kurfürst sich gefallen; doch soll man mit dem Praedikat eines Protektors gegen Spanien etwas vorsichtig sein, da sich unter fremder Potentaten Protektion zu begeben den Bündnissen im Reich entgegen wäre und der Kaiser beleidigt werden könnte. Der Kurfürst zweifelt auch, ob der Bischof von Speier sich bewegen lassen wird, die Legation nach Frankreich zu übernehmen; daher wird man sich zu einer geeigneten Persönlichkeit entschliessen und um die Geldmittel kümmern müssen.

Maximilian als Bundesoberster wies gemäss einem Beschluss des augsburger Bundestages den Grafen mit seinen Ansprüchen an die rheinische Kasse. — Die Auseinandersetzungen zwischen den oberländischen und rheinischen Ständen, respektive zwischen den zwei Bundesobersten wegen der Befriedigung des rietbergschen Volkes ziehen sich durch das ganze Jahr 1611 und vermehren die schon merkbare Spannung zwischen Kurmainz und Baiern.

[1] Kopien dieser Schreiben in Wmz., a. a., O., no. 100, 102, 103; die beiden letzteren wurden im Mai 1611 ausgefertigt.

Digitized by Google

Januar 4. Die beim augsburger Bundestag ausgesetzten Punkte[1], die auf fernere Beratung der Stände gestellt sind, lässt der Kurfürst auf sich beruhen. Den augsburger Abschied wird er den rheinischen Ständen zu deren Erwägung mitteilen. — Signatum Aschaffenburg 4. januarii 1611.

Wmz; Religionsakten Band 11, no. 97; Konzept von Faust mit einigen Zusätzen Brömsers. — Auf der Rückseite bemerkt Hensel: Donnersberg habe nach diesem Bescheid erwidert, wenn der Herzog wegen Sachsens Einnahme so unterrichtet gewesen wäre wie jetzt, so würde er sich gegen den Kurfürst anders erklärt haben, was gewiss noch durch eigenen Kurier geschehen werde.[2]

---

[1] Vgl. den Abschied vom 8. Dezember 1610 bei C. M. von Aretin, Chronologisches Verzeichnis der bayerischen Staatsverträge, Passau 1838, S. 153 ff.

[2] In einem Beiheft zu Wmz., Religionsakten Bd. 11 findet sich eine eigenhändige Aufzeichnung des Kurfürsten von Mainz über eine Unterredung mit Donnersberg, die zwischen 1. und 4. Januar stattfand, mit der Ueberschrift „Was mitt dem bayrischen cantzler discurirt: Hertzog Wilmhelms halber wegen Leop. — Wie die vnion besser zu stabiliren. — Saxens einnahms halber was meine motiuen:

1. Kein bedencken ist vernewerung voriger verein. 2. Es werden sich dardurch die Caluisten [!] und Lutteraner tailen, weil die Lutteraner sehen, das der Caluinisten angeben lautter erdichtt, indem sie vorgeben, die Catholischen woltten die Euangelische aussrotten mitt hilff des Antechrist, wie den in der Pfaltz gebett in druck aussgangen. 3. Der religionfrieden wird dardurch gesterckt, indem sie sich verbinden, in allem folg zu thun vnd dagegen nichts zu thun oder auch gestatten [!], gethan werde; vff reichtstägen illorum votis von vns nitt absondern. 4. I. M.t hoffprocess werden confirmirt, das auch die gaistliche sich dessen zu erfreyen. 5. Execution werden desto leichter ins werck gerichtt, sonsten ist alles stecken plieben vnd ist der pfaffen thun allein gewesen; do ist kein handpietung gewesen. 6. Alberaidt ergange vrtell konnen exequirt werden. 7. Der Catholischen grauaminibus konnen erortert werden, weil der religionfriedt maass gibtt. 8. Iustitie wesen wird verhoffentlich remediirett werden. 9. Successionsach kan dardurch befurdertt werden. 10. Gutt vertrawen wirt gestifft. 11. Die vnion wirdt vermehrett vnd gesterckt vnd werden die vngehorsame nitt so grossen zufall haben, wie das Franckreich allerhandt gedancken machen wirdt vnd gehtt ime ein grosses abe. 12. Hett sich mehr zu erfrewen als bedenckens zu haben, dieweil Saxen in derselben verpflichttung die lehen entpfangen, auch sich gegenhilff anerbotten; kan auch kein bedenckens sein, weil sich Saxen zum religionfrieden erbotten vnd zu der execution, so darwider gehandlett. [13. Mutation der chur et per consequens gut vertrawen zu hoffen.] (*Dieser Satz wurde wieder getilgt.*) 14. I. M.t werden mehr respects haben vnd wirdt ein jeder zur pfandtschafft kommen konnen. 15. Maiora vota werden vff tägen desto leichter zu erlangen sein.

Belangent angerechtten difficulteten wegen der gulchischen sachen ist meines erachtens kein bedencken, insonderheitt do der process legitimo modo volführett, ohne das alle craiss zur execution verbunden. Soltte Gulch in der Staden henden kommen, wie denn ir intent, a Dieu Colln vnd Trier. — Wegen bapstl. H.lt, Spanien kan ebenmössig nichts bedencklichs vorfallen, den in religione nichts immutirt, sonder man hatt sich handtpietung zu getrösten. Wegen vermögenheit hatt es sein weg, dan ohne das Saxen bewusst, was die matricul. 16. I. ksl. M.t werdt desto eher zur vnion verstehen.

Wie die vnion von I. M.t confirmirt mochtt werden? Wie I.

Digitized by Google

5. Reichshofratspraesident Hans Georg Graf von Hohenzollern an den Kurfürsten von Sachsen. Januar 5.

Ich bin vorgestern angekommen und habe heute sehr gnädige und lange Audienz beim Kaiser gehabt[1], E. kfl. Gnaden Schreiben übergeben[2], Ihren und Ihres Hauses grossen Eifer zur Rettung des kaiser-

---

M.t zu contentiren, domitt man sich wurcklicher hilff zu getrösten von Bohmen vnd den oesterischen erblanden, vltimo ratione protectionis vnionis. Bayrische Werbung bey Pfaltz. Legation ahn Franckreich. Befelchshaber. Bourgawe". —

Wie sehr dem Kurfürsten die Aufnahme Sachsens am Herzen lag, erhellt auch aus dem eigenhändigen Schreiben, das er am 4. Januar 1611 an den Dompropst von Bamberg, Hektor von Kotzau, richtete und worin er beklagte, „dass wegen der einnam etlicher gehorsamer churfürsten und fürsten der rechten A. C. difficulteten erregt, so zwar vor mein person der erheblikeit nit befinde sich zu difficultirn. Einmal spüre ich, dass man mit jetziger union nit gesichert, wie dan erstlich von mir erregt, dass nötig, die sachen besser zu praeparirn, sed frustra. Bin auch in den verdacht kommen verhinderung zu thun. Alles ist uf gute hofnung gestelt gewesen; ob daruf zu bauen, hat der her selbst zu ermessen. Ich hab vermaint dank zu verdienen, kan jedoch nit verspüren, das es darvor angesehen. Was von mir geschehen, ist mit vorwissen Triers, Colns und samptlicher erzherzogen LL. beschehen, wie dan bevelcht zu schliessen. Solte es retractirt werden, were es mir nachtheilig, auch ernrürig. Man will jetzunt fortassis propter ambitionem nichts von solchem wissen, da doch cum scitu gehandelt. Das directorium wird vil zu weit extendirt. Haec omnia sub rosa; caetera coram fusius, mit pit nach verlesung dissen zettel dem feuer zu bevelhen (Wmz., Religionsakten Bd. 11, no. 103; Kptkop.). — Schon am 5. Januar verständigt der Kurfürst von Mainz den von Sachsen, dass aus erheblichen Ursachen der Bundestag verschoben werden müsse; doch werde er seiner Zeit seines Versprechens [wegen der Beschreibung] eingedenk sein (Wmz., a. a. O., no. 108; Kpt. und Drs., l. 8807, 20. Buch jülicher Sachen, f. 375; Or.).

[1] Hans Georg Graf von Hohenzollern war mit Erzherzog Leopold Ende November 1610 nach Dresden gereist. (Ueber den Zweck dieser Reise vgl. vorläufig F. D. Häberlins Neuere Teutsche Reichsgeschichte, fortgesetzt von R. K. von Senckenberg, XXIII. Bd., Halle 1792, S. 370, Anm. e, und A. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II, S. 179.) Während Leopold am 13. Dezember vom Kaiser gerufen nach Prag zurückkehrte (Bericht des pfalz-neuburgischen Agenten in Prag Dr. Gregor Silbermann an Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg vom 8./18. Dezember in Ma., 297/18, f. 78 und 80; Kop.), blieb der Graf in Dresden zurück und wartete die Zusammenkunft des Kurfürsten mit den Herzogen von Coburg und Eisenach ab, die am 20. Dez. stattfand. Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung bildete die Anteilnahme des Hauses Sachsen an der vom Kaiser beabsichtigten Exekution gegen die ungehorsamen possidierenden Fürsten in Jülich und die Anwerbung eines Teils des passauer Kriegsvolks, das in Jülich verwendet werden sollte. (Protokolle der Verhandlungen zwischen den kursächsischen und coburgischen Räten vom 12./22. bis 20./30. Dezember in Drs., l. 8807, 20. Buch jülicher Sachen, f. 495 ff; Or.)

[2] Das Schreiben des Kurfürsten an den Kaiser scheint mit dem bei Hurter, Geschichte Kaiser Ferdinands II, VI. 361, Anm. 48, er-

Digitized by Google

Januar 5. lichen Ansehens und die mir von E. kfl. Gn. wegen des Kaisers erwiesene ausserordentliche Ehre sehr gerühmt. Der Kaiser hat es „mit lachendem mund und sonderbahrem contento“ angehört und mich seiner besonderen Zuneigung gegen E. kfl. Gn. versichert, auch baldigen Bescheid versprochen. Er hat auch gleich, nachdem ich abgetreten war, das Schreiben dem Barvitius zugestellt und befohlen, es sofort mit Zuziehung des Grafen Sulz im geheimen Rathe zu erwägen. „Sulz könte bei der höchsten wahrheit eifriger und begüriger nit sein, E. kfl. Gn. intento zu befürdern, dan er ist,“ wie E. kfl. Gn. Abgesandte, wenn sie hierher kommen, selbst finden werden. Der Kaiser ist also „nunmehr optime disponirt, wan nur andere böse und zum theil verfürete leut nit widerumben neue fünd erdenken, I. M.t zu divertieren“, wie E. kfl. Gn. von Gerstenberg ausführlicher hören werden.

Da ich höre, dass des Königs von Ungarn Agent Rebmann zu E. kfl. Gn. reisen wird, ohne Zweifel um Sie mit vielen Lamentationen über den jüngsten Durchzug des passauer Volkes in Oesterreich dem Kaiser zu entfremden, so berichte ich E. kfl. Gn., dass der Kaiser an dem Verzug der Ausbezahlung des Volkes keine Schuld trägt, weil die, die das Geld erlegen sollten, die Frist nicht einhielten; dazu hat nicht der Kaiser sondern Braunschweig durch eine Ordonnanz vom 9. December erlaubt, dass, wenn die Bezahlung oder Anweisung eines neuen Quartiers nicht binnen acht Tagen erfolge, das Volk hinziehen möge, wo es dem Kaiser am gelegensten sei [1]. Weshalb sich nun der Kaiser entschlossen hat, das Volk in Tirol einzulagern und durch Oesterreich ziehen zu lassen, zeigt das beiliegende Schreiben,[2] welches an Matthias abgehen sollte, doch dadurch zurückgehalten wurde, dass inzwischen das trotzige Schreiben

---

wähnten identisch zu sein. In Drs., l. 8807, 20. jülicher Sachen, f. 216 liegt die Konzeptkopie eines Schreibens des sächsischen Gesamthauses an den Kaiser vom 19./29. Dezember vor, worin jenes den Kaiser zur Aufnahme des Prozesses und zur Achtserklärung gegen die possidierenden Fürsten aneifert und dem Kaiser die Verwendung des passauer und elsässer Volks empfiehlt, das aber vorher zu befriedigen wäre; das Haus Sachsen wolle vom Tag der Veröffentlichung des für Sachsens Ansprüche günstigen kaiserlichen Urteils von jenem Volk zwei Regimenter und 1000 Pferde unterhalten. (Vg'. auch den Bescheid des Kurfürsten von Sachsen und seines Bruders Hans Georg an Erzherzog Leopold vom 5. Dezember in Wmz., Religionsakten, Bd. 11, no. 118; Kopie.

[1] Kopie davon in Drs., l. 9166, I. Buch passauer Kriegsvolks, f. 22. In dem braunschweigschen „Gründlichen und Wahrhaftigen Bericht“, wo S. 167 diese Ordonnanz abgedruckt ist, ist nur von sechs Tagen die Rede.

[2] Vom 1. Januar 1611 und gleichen Wortlauts mit dem Schreiben an die Erzherzoge Maximilian und Ferdinand (vgl. S. 3, Anm.): Das zur Erhaltung von Frieden und Ruhe im Reich geworbene Kriegsvolk hat zwar die Widerwärtigen von ihren bösen Anschlägen abgeschreckt, aber mit so grossen Unkosten, dass zu seiner Abdankung die kaiserlichen Mittel nicht reichen. Da das Volk in den gänzlich erschöpften

Digitized by Google

des Königs, welches fast einem Absagebrief gleichsieht, einlief[1]. Ich versichere E. kfl. Gn. bei meiner Ehre, dass dieser Durchzug durchaus nicht zu irgend einer Verletzung des Vertrages [von 1610] angesehen war. Der Kaiser hatte sich in dem Vertrag vorbehalten, das Volk abführen zu können und Matthias hatte als Lehensmann nicht das Recht, ihm den Pass zu verwehren, zumal sich der Kaiser wol nicht geweigert hätte, etwaigen Schaden zu ersetzen. Zudem soll das Volk schon wieder Oesterreich verlassen haben. Gleichwol kommt Nachricht, das man in Oesterreich und Mähren stark wirbt, was dem Kaiser allerhand seltsame Gedanken erregt; es hat das Ansehen, als wolle man unter diesen gesuchten Vorwand das Spiel wie vor Jahren wieder anfangen. Dieser Zwischenfall [d. h. der verunglückte Zug der Passauer] würde nun zwar die von E. kfl. Gn. begehrte Zusammenführung des passauer und elsässer Volkes an sich nicht hindern; sollte aber Matthias von seinen Werbungen nicht abstehen, so wird sich der Kaiser der dann ihm selber drohenden Gefahr halber schwerlich wegen der begehrten Einquartierung in die jülichschen Lande entschliessen können. E. kfl. Gn. werden sich daher beim König schleunigst zur Stillung des Unwesens interponieren müssen[2]. — Datum den 5. Januarii a. 1611. Januar 5.

Drs., l. 9166, I. Buch passauer Volkes, f. 13; eigh. Or.[3]

---

passauer Quartieren durch Hunger verderben müsste, es aber vor Anstellung eines neuen Landtages nicht nach Krumau in Böhmen gelegt werden kann, so soll es in Tirol seine Abdankung erwarten. Bitte dem Volk beim Durchzug allen Vorschub zu gewähren und an der Massregel kein Missfallen zu tragen. Beglaubigung für den an Matthias abgeordneten obersten Proviantmeister Henning Ubezko (Drs., l. 9166, f. 23; Kop.).

[1] Vom 29. Dezember 1610; Wi., I. A. 1, Ka. 2988, no. 105; Konzept mit Zusätzen Khlesls; gedruckt bei Hammer-Purgstall, Khlesls Leben, II., Urkundensammlung, no. 291.

[2] Siehe das Schreiben des Kurfürsten vom 8. Januar in no. 9.

[3] Gleichzeitig schreibt Zollern an den kursächsischen geheimen Rat Dr. Marx Gerstenberg: Wir fürchten, dass durch die Vorgänge in Oesterreich das jülichsche Exekutionswerk gehindert werden wird, wollen uns aber bemühen, dass der Kaiser dem König schreibe; „alleinig gehet es propter offensionem hart und langsam zue", weshalb gut wäre, dass der Kurfürst sich sogleich bei Matthias verwende. Leopold wird hoffentlich morgen den jungen Kriechingen zum Kurfürsten schicken [Geschah am 7. Januar]. „Der [Leopold] hatt sich ab des hochlöblichen hauss Saxen resolution hoch erfreut." Sulz ist diesem jülichschem Werk auch sehr geneigt. Ich weiss nicht, wer diesen beim Kurfürsten angeschwärzt hat; da Sulz beim Kaiser so guten „credito" als irgend einer bei Hofe hat, wäre es gut, wenn der Kurfürst ihm schriebe. Heute morgens ist die Beratung der sächsischen Entschliessung im geheimen Rat angefangen worden. Ich melde im höchsten Vertrauen, „das der weniger theil lust darzu hat und besorgentlichen etliche corrumpirt oder verfüret seind; haben viel difficultates movieret, besonders das österreichische wesen" [Matthias' Rüstungen]. Da Sulz und ich gemerkt haben, dass man die Sache auf die lange Bank schieben will, der Zusammenführung des Volkes halber aber Gefahr im Verzug ist und diese doch geschehen kann, man entschliesse sich auch wie man wolle, so hat Sulz beim Kaiser deshalb

Digitized by Google

Januar 7. 6. Der Kurfürst von Mainz an den von Trier, desgl. an den von Köln.

Mitteilung der Werbung Donnersbergs und des darauf erteilten Bescheides wegen der Aufnahme Sachsens in die katholische Union[1].

Die Aufnahme Sachsens darf aber nicht länger verzögert werden, sonst würden wir uns grossen Verweis zuziehen und grosses Misstrauen zwischen Sachsen und den andern gehorsamen evangelischen Ständen einerseits und den katholischen Ständen andrerseits erweckt werden, so dass alles, was jetzt gut gemacht wird, zu einem beschwerlichen Ende ausschlagen würde. Wir halten daher für nötig (zumal es ohnehin gut ist, die auf den künftigen Bundestag verschobenen Punkte in vorbereitende Beratung zu nehmen, um sich dann einer einhelligen Meinung vergleichen zu können), unsere, der Kurfürsten, Räte, etwa nach Frankfurt zusammenzuordnen, dazu auch die Bischöfe von Speier und Worms zu beschreiben, dort von den Bundessachen, besonders aber von der Aufnahme Sachsens zu reden und sich unter den rheinischen Bundesständen für den Fall zu vergleichen, dass Baiern auf seinem

---

Audienz erbeten, die er bald erhalten wird. Willigt der Kaiser, wie nicht zu zweifeln ist, in die Zusammenführung, so soll sie sogleich bewerkstelligt werden, was ein grosser Vorteil für die Einlagerung im Jülichschen wäre. Inzwischen wollen wir die geheimen Räte antreiben, ihre Gutachten in gewünschtem Sinn dem Kaiser bald zu geben. Dazu könnt auch Ihr mit Euren Zugeordneten nach Eurer Hierherkunft helfen. Zusammen werden wir hoffentlich den Karren „auss dem tiefsten laisten auf die ebene“ bringen können. Doch muss ich bemerken, dass unter den geheimen Räten nicht die wenigsten so beschaffen sind, dass sie, wenn sie etwas verhindern wollen, nicht besser von ihrem Vorhaben abzubringen sind als durch Einjagung von Furcht. Der Kurfürst und der Herzog von Sachsen könnten also, wenn nicht alle so doch Barvitius und Hannewald durch ein Schreiben ersuchen, die Sache schleunigst zu erledigen, da sie sich nicht versähen, dass einer gegen ihren Vorschlag den Kaiser beraten werde (Drs., a. a. O., f. 19; Or. eigh.).

Am 7. Januar berichtet Zollern an den Kurfürsten von Sachsen weiter, dass auf sein und Sulz' Betreiben, der deshalb beim Kaiser achtmal Audienz gehabt, Erzherzog Leopold endlich die kaiserliche Vollmacht erhalten habe, „das passauische und elsässische kriegsvolk alssbald zusammenfüeren und sonsten alle diejenige anordnung mit demselbigen thuen zu lassen, wie es I. D.t für notwendig und nutzlich ermessen werden“ (Drs., l. 8807, f. 344; eigh. Or.). Schon tags darauf muss aber Zollern melden, dass ein Schreiben Ramées [oben no. 2] eingetroffen sei, wonach das passauer Volk vorläufig in Oesterreich bleiben müsse, was aber ein grosser Vorteil für die Zusammenführung sei (Drs., l. 9166, f. 28; eigh. Or.). — Auf das Schreiben Zollerns vom 5. erwiderte aber D.r Gerstenberg, „dass dises wesen gleichsamb ein ursach seie, I. ksl. M.t umb die cron Böheimb zu bringen“. Zollern soll aber dieses Schreiben unterdrückt haben (Aussage Hannewalds vom 18. Juni 1611; vgl. unten no. 239).

[1] Vgl. no. 4.

Digitized by Google

Zögern beharrte und sich mit den andern oberländischen Bundesständen zur Aufnahme nicht verstehen könnte, was zu thun sei, um dem Misstrauen Sachsens gegen die katholischen Stände vorzubeugen und wie, wenn die Union nicht auf diese Weise gestärkt sondern in ihrer bisherigen Schwäche gelassen wird, die rheinischen Stände, denen von dem jülichschen Unwesen alle Beschwerungen herkommen, sich helfen sollen. Januar 7.

Wenn E. L. und Kurköln solche Zusammenkunft zu Frankfurt nicht misfällt, so setzen wir dazu Sonntag den 6. Febr. an, um am 7. die Beratungen zu beginnen. Da man auch auf die mitfolgenden kurbrandenburgischen Schreiben [fehlen] wegen der Ausleger[1] sich einer Antwort entschliessen muss, so hoffen wir umso mehr, dass E. L. an der Abordnung Ihrer Räte kein Bedenken haben werden. Wir bitten um Mitteilung Ihrer Gemütsmeinung. Datum Aschaffenburg den 7. januarii a. 1611.

Nachschr. Wir stehen in Zweifel, da Pfalz-Neuburg so heftig protestiert, dass man ihm zu Praejudiz keinen Kollegialakt mit dem Administrator der Kurpfalz vornehme[2], ob wir diesen zum frankfurter Konvent beschreiben sollen; andererseits ist aber zu bedenken, ob, wenn etwas Tätliches wegen der Ausleger vorgenommen werden soll, wir geistliche Kurfürsten ohne den Administrator etwas unternehmen dürfen. Ut in literis 7. januarii 1611.

Wmz., Religionsakten, 12. Bd. no. 1; Kpt. von Faust[3].

---

[1] Die Possidierenden hatten bei Monheim ein armirtes Schiff im Rhein verankert und von hier aus Zölle, die Lizenten, zum schweren Schaden des Handels der rheinischen Kurfürsten und der Stadt Köln erhoben. Die Abschaffung des Auslegers war schon Gegenstand der Verhandlungen des prager Fürstenkonvents gewesen, doch war alles Bemühen vergeblich; die geldbedürftigen Possidierenden konnten sich eine solche Einnahmequelle nicht entgehen lassen, ja Ende Januar legten sie bei Rodenkirchen oberhalb Kölns einen zweiten Ausleger ein. (Schreiben eines Ungenannten an den kurmainzischen Grosshofmeister Kaspar von Eltz vom 19. Januar 1611; Ma., 519/12, f. 10; Kopie; Kurmainz an Kursachsen am 5. Februar 1611; Wmz., Juliacensia, t. V., — Kpt); vgl. noch unten no. 68.

[2] Anspielung auf den seit dem Tod des Kurfürsten Friedrich IV. von der Pfalz (gestorben in der Nacht vom 18. auf den 19. September 1610) entbrannten Streit zwischen dem testamentarisch verordneten „Tutor und Administrator", Herzog Johann von Pfalz-Zweibrücken, und dem ältesten Agnaten des kurpfälzischen Hauses, Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg, um die Vormundschaft über den minderjährigen Kurerben Friedrich V. und um die Administration der Kurlande. Von den Aktenmassen, die sich wegen des Administrationsstreites von September 1610 bis zum August 1614 aufhäuften, werden im folgenden nur die mitgeteilt, die den Einfluss dieses Streits um die Auslegung der goldenen Bulle auf den Gang der Unionsangelegenheiten und der allgemeinen Reichspolitik abspiegeln. Die zahlreiche Streitschriftenliteratur über diesen Handel ist verzeichnet bei J. Ch. Lünig-Jenich, Bibliotheca deductionum II. S. 258—269.

[3] Gleichzeitig mit diesem Schreiben schickte der Kurfürst von Mainz, der besorgte, dass Donnersberg sich auch nach Speier begeben möchte, seinen geheimen Rat und Vizedom Hans Reichard Brömser

Digitized by Google

Januar 7. 7. Instruktion des sächsischen Gesammthauses für Schweipold von Brandenstein Kammerrat, D.r Marx Gerstenberg und D.r Ambrosins Pfretzschner zu deren Sendung nach Prag.

Da die kölnische Kommission ganz fruchtlos abgegangen ist und die Gegner sich dem Kaiser nicht akkomodieren wollen, so wird der diesen Ungehorsam gewiss höchlich empfinden und auf Mittel bedacht sein, seine Reputation zu wahren. Unserm Hause obliegt aber, beim Kaiser um die sententia declaratoria und privativa wegen Jülich anzuhalten, darum habt Ihr Euch nach Prag aufzumachen, Audienz zu begehren und die Sentenz fleissig zu sollizitieren, wozu Ihr Euch der im Schreiben an den Kaiser[1] angezogenen Motive zu bedienen habt; auch habt Ihr Euch eifrig zu erkundigen, in welchen Rat die Sachen zur Expedition gegeben werden, um bei den betreffenden Räten fleissig wegen Ausfertigung der Sentenz anzuhalten. Dabei könnt Ihr die kaiserlichen Räte erinnern, wie die Gegner die kaiserlichen Herolde,

von Rüdesheim zum Bischof Philipp Christoph von Speier und fragte bei diesem an, ob er die Zusammenkunft für ratsam halte. Die Instruktion für Brömser vom 7. Januar ist dem vorstehenden Schreiben an die Kurfürsten fast gleichlautend; in einer Nachschrift ersucht noch der Kurfürst den Bischof, dem Wunsch des Kaisers zu willfahren und das Kammerrichteramt anzunehmen; (Wmz., Religionsakten, 11. Band, no. 110; Kpt. von Faust und Or.). — Am 14. Januar wandte sich der Kurfürst von Mainz wegen der Einnahme Sachens auch noch an die Bischöfe von Würzburg und Bamberg mit der Erinnerung, wie schwach die katholische Union sei, wie man zum münchner Akkord und zur Abdankung des Kriegsvolks aus Geldmangel gekommen sei und wie ohne die Stärkung der katholischen Union die vermöglicheren Stände sich erschöpfen müssten. Trotz des [ersten] würzburger Abschiedes, der den Bundesobersten anheim gebe, mit Sachsen und andern friedfertigen evangelischen Ständen zu verhandeln, habe Baiern allerlei Bedenken gegen die Einnahme. Der Kurfürst wolle den Bischöfen die Sachsen zugestellte Bundesnotel mitteilen, deren etwas abweichende Fassung mit Kurkölns Gutachten zu stande gekommen sei, da man Sachsens oftmals geäusserte Intention dahin verstanden, dass es kein Bedenken zur Union trüge, wenn sie zur Handhabung des Religions- und Profanfriedens und kaiserlicher Autorität gemeint sei. Ohne Sachsens Einnahme sei keine Stärkung der Union zu erhoffen und eher deren Auflösung zu befahren. Bitte um Gutachten wegen Sachsens Einnahme und wegen der Beschreibung zum Bundestag (Wmz., Religionsakten Bd. 11, no. 112[1]; Kpt. von Faust). — Zuerst sollte der kurmainzische Grosshofmeister Kaspar von Eltz an die Bischöfe abgefertigt werden, dann wurde auf Grund der bereits verfassten Instruktion (Wmz., a. a. O., no. 113; Kpt. von Faust) dieses Schreiben ausgefertigt.

[1] Vom $\frac{\text{27. Dezember 1610}}{\text{6. Januar 1611}}$; Drs., l. 8807, 20. B. jül. Sachen, f. 186; Kptkop. a. a. O., f. 526; unbesiegeltes Or., das die Gesandten hätten übergeben sollen und das die Bitte enthält, mit dem Prozess zu verfahren und die Exekution mit Rücksicht auf die gefährdete kaiserliche Reputation, Reichsgesetze und Religionsfrieden anzuordnen; das Haus Sachsen werde dem Kaiser dazu alle mögliche Beihilfe leisten.

Digitized by Google

abgefertigten Notarien und Subdelegierten in die Eisen schlugen, in schmähliches Gefängnis legen und ranzioniren liessen; wie die kaiserlichen Mandate mit Schimpf abgerissen, die in der Festung Jülich fliegenden kaiserlichen Fähnlein spöttlich herab geschossen, „S. ksl. M.t schimpflichen nachgeredet mit vermeldung, Carolus von Gent lebte nicht mehr, dadurch gleichsamb anzeigende, als hielten sie S. M.t nicht für so kühn, dero kaiserliche autoritet zu retten, inmassen Carolus V. gegen denjenigen gethan, deren verbrechen wo nicht geringer jedoch nicht grösser gewest, die vestung Gülich, in welcher I. M.t hochansehenlicher fürnehmer commissarius seine residenz und I. M.t redlich und ansehenlich kriegsvolk bei sich gehabt, nicht zu geringem I. M.t despect eine mordgrube und raupennest intituliret“: durch welche Attentate kein geringes Crimen begangen und die hochbeteuerten Reichsgesetze zu des Kaisers und Reichs äusserster Verkleinerung merklich überschritten worden sind. Januar 7.

Die Gesandten haben die Adjunktion von Assessoren des Reichskammergerichts zur Urteilsfällung im Reichshofrat nach Möglichkeit abzuwenden; eher würden wir uns die Zuordnung von Räten der Kurfürsten, Erzherzoge und Fürsten, die der Kaiser in dieser Sache schon gebraucht hat, gefallen lassen. Die Gesandten sollen auch erinnern, dass den Gegnern durch die kaiserliche Sentenz im März 1610 aufgetragen worden war, binnen vier Monaten vor dem Kaiser zu erscheinen und ihr Recht zu deduzieren, was aber unterblieben ist, so dass die Gegner dadurch schon in die Praeklusionsstrafe verfallen sind.

Als kaiserliche Kommissarien mögt Ihr auf Befragen den Erzherzog Leopold und den Grafen Hans Georg von Hohenzollern vorschlagen, zu denen wir besonderes Vertrauen tragen. Dabei habt Ihr beim Kaiser und dessen Räten fleissig anzuhalten, dass er andere gehorsame Stände zur Hilfeleistung bei Zeiten ersuche, besonders den Erzherzog Albrecht, ohne dessen Hilfe die Generalstaaten allerlei zur Hinderung der Exekution anstellen möchten. Gut wäre auch, die Könige von Frankreich und England zur Neutralität zu ermahnen. Sie werden hoffentlich, da mancher Verdacht, durch den sie vordem eingenommen worden waren, beseitigt ist, den Lauf des Rechts nicht hindern. Wir haben auch bereits eine Schickung an sie ins Werk gesetzt[1]. Dem Erzherzog Leopold und dem Grafen von Zollern habt Ihr beiliegende Schreiben zur Förderung der Sache zu

[1] An Ludwig XIII. liegt ein Schreiben des Gesamthauses Sachsen vom 12./22. Dezember 1610 vor (Drs., a. a. O., f. 265; Kpt.), an Jakob I. von England eines vom $\frac{\text{17. Dezember 1610}}{\text{6. Januar 1611}}$ (Drs., a. a. O., f. 260; Kpt.). Ausserdem wird am $\frac{\text{27. Dezember 1610}}{\text{6. Januar 1611}}$ der kursächsische Rat Paul Helf-

Digitized by Google

Januar 7. überreichen[1] und Euch der Hilfe beider zu bedienen, falls die Audienz verzögert würde.

Hätte man am kaiserlichen Hof Bedenken, es mit der Schärfe zu wagen und wollte man dort die kölnische Handlung reassumieren, so habt Ihr dagegen die Motive unseres Schreibens vom 19./29. Dezember[2] einzuwenden „und mit allem vleiss I. M.t und den räthen vor augen zu stellen, was für grossen schimpf I. M.t ferner erlangen würde, da sie auf solcher meinung der güte verharreten, aldieweil doch ganz reichskündig, dass gegenteils gedanken nur dahin gerichtet, wie sie I. M.t mit worten zwar sänftigen, mit der that aber zum heftigsten offendirn, uns von I. M.t abalienirn, die sache ins weite feld und dohin spielen möchten, damit sie bei der possess bleiben und dergestalt einnisteln könten, dass alsdann sie heraus zu treiben unmüglichen; dessentwegen wir I. M.t fernern glimpf nicht rathen wolten sondern, do je die güte noch eins zu versuchen, es mit gewehrter hand post latam sententiam declaratoriam geschehen und maiori cum autoritate als die colnische tractation ablaufen möchte, wie Ir dann mehr denn genugsame rationes in der kaiserlichen schrift zu befinden, dadurch Ir I. M.t potius ad executionem quam amicabilem compositionem zu persuadirn."

Dem Herzog von Braunschweig, dessen Gutachten in der jülichschen Sache Gerstenberg kennt[3], habt Ihr beiliegendes Schreiben zu überreichen und ihm den Verlauf der kölnischen Handlung vorzustellen, mit weiterer Ausführung, was für ein Unheil im Reich erfolgen würde, wenn solcher Ungehorsam unbestraft bliebe, ja ihm Recht gegeben würde. Der Herzog möge daher beim Kaiser Urteil und Exekution ausbringen helfen. Gleichzeitig habt Ihr bei ihm anzufragen, mit wie viel Reitern und Knechten er uns wirklich zu unserm Rechte helfen wolle.

Wenn der Kaiser oder seine Räte Euch fragen, ob wir geneigt sind, uns in die „katholische Liga" zu begeben, so habt Ihr zu entgegnen, „dass wir zwar zu keiner union niemals sonderliche beliebung getragen, sondern wüsten wol, was solche confoederationes auf sich hetten und gefehrligkeiten mit sich brechten, wolten auch nichts liebers wünschen denn dass man bei

---

frich von dem Gesamthause Sachsen zu einer Schickung an den König und an die Königin-Regentin von Frankreich, an den Herzog von Nevers, den Grossherzog von Toskana und den Herzog von Savoyen beglaubigt (Drs., a. a. O., f. 259; Kpt.).

[1] Beglaubigung für die Gesandten bei den bezeichnenden Personen von 27. Dez. / 6. Jan. in Drs., a. a. O., f. 208 ff, Kpt.

[2] Drs., a. a. O., f. 186.

[3] Das braunschweigische Gutachten vom 15./25. Dezember 1610 in Wolfenbüttel, Reichssachen no. 51, Acta die ungerischen Unruhen betr., Kpt. eigh.; Drs., l. 8807, 20. Buch jül. Sachen, f. 246; Or. eigh.; vgl. P. P. Wolf, Geschichte Maximilians I., III. S. 32 f. und A. Gindely, Rudolf II., II. S. 186.

Digitized by Google

denjenigen verfassungen verbliebe, so albereit aufgerichtet, beschworen und darbei sich das heil. röm. reich bisanhero wol befunden. Wann wir aber gleichwol considerirten, was die Catholischen zu aufrichtung irer union bewogen, so hielten wir davor, es würden I. M.t und die räthe dessen mit uns einig sein, dass inen, den Catholischen, von den evangelischen unirten mehr denn gnugsamb ursach sei darzu gegeben worden, aldieweil benambte evangelische unirte den vergangenen sommer die catholischen stifter mit gewalt angefallen, feindlichen uberzogen, belägert und eingenommen und sich davon durch kein kaiserliches mandatum, ermahnen, bitten und flehen abhalten lassen, und stünden wir in denen gedanken, wann sich die Catholischen nicht zusammen verbunden, es solte derselben ubel gewartet worden sein. Uberdiss befinden wir gleichwol, dass der Catholischen union auf erhaltung des religion- und profanfridens und I. M.t hoheit gegründet, dasselbe auch bishero in der that bewiesen worden; dann obwol die evangelischen unirten gleichmessiges fundamentum vor sich, so haben sie doch solches noch zur zeit allein mit worten, mit der that aber das contrarium bewiesen, indem sie keine kaiserliche mandata geachtet, die herolde aufgefangen, ja zuwider des religion- und profanfridens die stifter feindlichen angefallen und sich so erwiesen, dass man mehr destructionem imperialium constitutionum und violationem autoritatis caesareae als conservationem gemerket und gespüret, inmassen sie sich dann auch mit gar frembden und auslendischen potentaten dergestalt verknupft und verbunden, dass inen davon abzuweichen unmüglich, solcher beistand auch dem reich und I. M.t mehr schedlich denn beförderlich. Welches gleichwol die Catholischen nicht gethan und, wann je eine union zu billichen, so were der Catholischen liga der evangelischen weit vorzuziehen: denn in derselben nichts neues statuirt sondern eine puraputa renovatio des religion- und profanfridens, welche vergangenen reichstag embsig gesucht und allein dohin gerichtet, wie I. M.t autoritet wider die ungehorsamen erhalten und sie sich bei dem irigen defendirn möchten. Wir hetten uns zwar noch zur zeit in keine begeben; wann aber I. M.t die catholische würden ratificirn, so wüstet Ir wol so viel, dass wir eher die catholische als evangelische union approbirn möchten. Wir könten auch gleichwol bei uns nicht befinden, wie solches zu dissuadirn; denn obwol I. ksl. M.t wegen der catholischen union allerlei eingebildet würde, so keme doch solches allein von denen leuten her, die es mit I. M.t nicht gut meineten sondern dero und des reichs undergang ganz gerne befördert sehen wolten. Darbei liessen wir I. M.t das vorgewissern, do wir uns je in die catholische liga begeben, dass solches mit der mass beschehen solle, dass, do zu deprimirung I. M.t hoheit, schwechung des religion- und profanfridens und offension einiges gehorsamen standes ichtwas vorgenommen werden solte und wir solches erführen, [wir] alsdann ipso jure et facto davon entledigt sein wolten, welches uns I. M.t sicherlich zuzutrauen." Januar 7.

Digitized by Google

Januar 7. Ihr habt Euch ferner bei den böhmischen Ständen um ein Darlehen von ein bis drei Tonnen Goldes auf sechs Jahre zu bewerben. Auch bei Zuñiga habt Ihr Euch mit beifolgendem Schreiben anzumelden und mit ihm wegen der jülichschen Lehen in Burgund und wegen der Assistenz zu reden, besonders aber ihm die Gefahr für das Haus Burgund vorzustellen, wenn die Generalstaaten sich in den jülichschen Landen einnisten würden. Datum Dresden am 28. decembris anno 1610.

Drs., l. 8807; 20. Buch jülicher Sachen, f. 196; Kptkop.; f. 519, unausgefertigtes Original.[1]

Januar 8. 8. Vertrag des Feldmarschalls Grafen Althan mit dem Erzbischof von Salzburg.

Im Namen des Kaisers sind zwischen Adolf Grafen von Althan, Feldmarschall und General über das jetzt in Oesterreich ob der Enns liegende kaiserliche Kriegsvolk, dessen Befehlshabern hohen

[1] Die Schickung unterblieb, wie schon die unbesiegelten Originale der Instruktionen und der Beglaubigungan im dresdner Archiv erkennen lassen. Vermutlich hängt dies mit der Wendung der kursächsischen Politik in Bezug auf Jülich zusammen. Nach Zerschlagung der kölner Handlung kam der Vorschlag gütlicher Handlung gleich von zwei Seiten her auf die Bahn: einmal war es König Jakob I. von England, der durch Fürst Christian von Anhalt (dieser war im November 1610 in London gewesen) den Gedanken der Aufnahme Sachsens in den Gemeinbesitz von Jülich den Unierten vortragen liess (undatiertes Schreiben des Königs an die Unierten aus dem November 1610 in Stg., Unionsakta, X., 382; Kop.; vgl. auch unten no. 13, S. 29, Anm. 2), andererseits war es wieder der unermüdliche Landgraf Moriz von Hessen, der den Vorschlag neuer gütlicher Handlung hervorholte; schon am 2./12. Dezember 1610 schrieb er an den Kurfürsten von Sachsen, er wolle wegen der Erbverbrüderung zwischen den drei Häusern Sachsen, Brandenburg und Hessen sich ins Mittel legen und sei schon im Werk, Brandenburg und Neuburg nebst den Assistenten zu solcher gütlicher Handlung zu ersuchen (Drs., l. 8807, 20. B. jül. Sachen, f. 231; Or.). Des Kurfürsten Antwort vom 18./28. Dezember (a. a. O., f. 237; Kpt.) wies zwar das Anerbieten nicht ab, enthielt aber zugleich die Anfrage, welche materielle Hilfe Sachsen vom Landgrafen zur Behauptung seines Rechts erwarten dürfe. Inzwischen hatten auch Markgraf Christian von Brandenburg-Culmbach und Landgraf Ludwig von Hessen-Darmstadt, die der dresdner Zusammenkunft (vgl. no. 5, S. 11. Anm. 1) anwohnten, ihre Vermittlung angeboten, die gleichfalls nicht abgelehnt wurde (Protokoll des kursächsischen geheimen Rats vom 16./26. Dezember, a. a. O., f. 505). Die beiden reisten noch Ende Dezember zum Kurfürsten von Brandenburg und begannen mit diesem am 5. Januar (vgl. Stg., Arch. Pfalz, C 35[1]; no. 9c; Kop.) wegen der interimistischen Admission Sachsens in den Gemeinbesitz von Jülich zu verhandeln. Schon am selben Tag erlangten sie Kurbrandenburgs Zustimmung, dass die Frage der Einnahme Sachsens durch Markgraf Christian und die beiden Landgrafen als Schiedsrichter erörtert und entschieden werden solle (Stg., a. a. O., no. 9d; Kop.); am 4./14. Januar konnten die Unterhändler den glücklichen Erfolg der Vorverhandlung Kursachsen melden (Drs., a. a. O., f. 309; Or.); als Ort der Verhandlung wurde zunächst Erfurt vorgeschlagen (Drs., a. a. O., f. 383; Kop.). — Noch am 12. Januar hatte der Kurfürst von Sachsen seine bestellten Obersten und Oberstleutnante befragen lassen, ob Sachsen „die favorable commodität“ mit dem passauer und

Digitized by Google

und niedern Standes, Reitern und Knechten einerseits,[1] dem Erzbischof von Salzburg, dessen Domkapitel, Erzstift und Untertanen andererseits zur Verhütung drohender Tathandlung und zur Erhaltung gebührlicher Korrespondenz folgende Vergleichs- und Einigungsartikel geschlossen worden: Januar 8.

1. Aus den bisherigen Verhandlungen hat sich genugsam ergeben, dass die wesentlichste Ursache zu Weiterungen, die sich wegen des kaiserlichen Kriegsvolks mit den benachbarten Reichsständen, besonders Baiern und Salzburg, ergeben könnte, dessen beabsichtigte Einlagerung in Tirol sein dürfte, die — neben den Fürsten des Hauses Oesterreich — auch Salzburg und Baiern durchaus nicht gestatten können. Es ist daher verglichen und von Althan im Namen des Kaisers und aller andern Interessenten bewilligt worden, dass die Einlagerung des Kriegsvolks in Tirol aus beweglichen Ursachen,

---

elsässer Volk ausnützen wolle und wo vorläufig dies Volk in Jülich zu quartieren wäre? Das abmahnende Gutachten der Kriegsräte (vom 3./13. Januar in Drs., a. a. O., f. 158; Kptkopie) wird auch nicht ohne Eindruck auf den Kurfürsten geblieben sein. Jedenfalls verstummen seitdem die kriegerischen Aspirationen Sachsens. Die Abneigung der Landstände, Opfer auf sich zu nehmen (vgl. das Protokoll des kursächsischen geheimen Rats vom $\frac{\text{24. Dezember 1610,}}{\text{3. Januar 1611,}}$ Drs., a. a. O., f. 511), und die ablehnenden Antworten auf verschiedene Darlehensgesuche (vgl. Drs., a. a. O., f. 408) steigerten die friedfertige Gesinnung Sachsens. — Die Akten der Vorbereitung zum jüterbogker Tag und die der jüterbogker Handlung selber müssen wegen Raummangels bei seite bleiben.

[1] Althan, der wegen des Durchzugs der Passauer nach Tirol schon am 14. November in Salzburg erschienen war (vgl. Kurz-Czerny, II., S. 65), war am 29. Dezember 1610 (Ma., 425/2, f. 533; Or.) abermals vom Kaiser an den Erzbischof von Salzburg und an den Herzog von Baiern abgefertigt worden und weilte seit Neujahr 1611 in Salzburg (Erzbischof von Salzburg an den Herzog von Baiern am 2. Januar 1611; Ma., 111/11, —; Or.). Ueber Althans Anbringen spricht sich der Erzbischof nicht deutlich aus; am 5. Januar schreibt der Geheimsekretär des Erzbischofs, Thomas Perger, darüber an die bairischen Kommissarien, Althan sei ohne Wissen und Willen des Erzbischofs in Salzburg erschienen, seine Werbung sei gewesen, zwischen Salzburg und Baiern Mistrauen zu säen (Ma. 111/11, —; Or. eigh.). Von Salzburg aus begab sich Althan nach Burghausen und Neuötting, von wo aus er an den Herzog von Baiern am 4. Januar schrieb, dass das Kriegsvolk wol im Lande ob der Enns werde bleiben müssen (der Versuch der Passauer, zu Claus vor Spital am Pyhrn nach Steiermark durchzubrechen, war am 30. Dezember von den Bauern abgeschlagen worden), dass es aber das bairische Gebiet respektieren werde (Ma., 111/11, —; Or. eigh.). Von Altötting kehrte aber Althan plötzlich um, angeblich weil kaiserliche Schreiben ihn veranlassten, nach Salzburg zu gehen (Ma., a. a. O.), wo am 8. der Vertrag geschlossen wurde; am 9. Januar reiste der Graf nach Prag zurück, um Resolution einzuholen, was nun mit dem Volke geschehen solle (Viepeckhs Bericht aus Salzburg an Herzog Maximilian vom 13. Januar; Ma., 111/11, —; Or. eigh.). Auf das, was sonst zu Salzburg abgemacht worden war, wirft das in no. 34, S. 83, Anm. 3 erwähnte Schreiben ein Licht. — Das Kriegsvolk hatte sich inzwischen unter Ramées Führung vom Gebirge gegen die Traun zurückgewendet, diese überschritten und lagerte von Vöcklabruck bis gegen Wels hin.

Digitized by Google

Januar 8. die nicht nur Salzburg und Baiern sondern das ganze Haus Oesterreich betreffen und grosse Gefahr in sich tragen, unterbleibe. Dafür verspricht der Erzbischof, wenn der Kaiser für sich oder andere auf Tirol Ansprüche hätte, ihm behilflich zu sein, sie gütlich durchzusetzen, damit ihm und andern an diesen Landen Interessierten nichts entzogen werde. Würde das dennoch geschehen, so wollen der Erzbischof und der Herzog von Baiern — wenn der dieser Handlung beitritt — dem Kaiser zur Erhaltung seines Rechts behilflich sein.

2. Die Einquartierung des kaiserlichen Kriegsvolkes in Oesterreich ob der Enns hat Salzburg und Baiern mistrauisch gemacht und bewogen, zur Sicherung ihrer Landen zu rüsten und gemeinsamen Widerstand zu vereinbaren, weshalb es leicht zwischen dem kaiserlichen und dem Kriegsvolk der Fürsten zu Tätlichkeiten kommen könnte. Es haben sich daher Althan und der Erzbischof dahin verglichen, dass das kaiserliche Kriegsvolk, so lange es in Oesterreich ob der Enns liegt, sich nicht über Vöcklabruck und die daranstossenden khevenhillerschen Herrschaften, die Herrschaft Wildenegg, in der Mondsee liegt, und die Stadt Gmunden hinaus gegen das Erzstift hin einlagere oder streife, sondern zu Unterhalt und Quartier sich mit den Orten donauabwärts und ausserhalb obigen Bezirkes begnügen und das Gebirge keineswegs berühren solle. Zur Versicherung Althans und des Kriegsvolks, dass ihnen von diesen Orten an den salzburgischen Grenzen nichts feindliches begegne, sollen die Orte Vöcklabruck, Mondsee und Gmunden bis zum Abzug des kaiserlichen Kriegsvolkes oder bis zu weiterer brüderlicher Vergleichung zwischen dem Kaiser und König salzburgische Besatzungen aufnehmen und soll der Erzbischof erst nach der brüderlichen Vergleichung und dieser gemäss die Plätze zurückstellen, inzwischen aber die Orte wegen der Religion unbedrängt lassen. Da sich Salzburg und Baiern zur Defension ihrer Lande und zur Verhütung der Einlagerung in Tirol gegenseitiger nachbarlicher Assistenz bereits verglichen haben, so soll Althan wegen des Kriegsvolks verpflichtet sein, gleiche Handlung mit dem Herzog zu pflegen und auf das einzugehen, wessen sich Baiern absonderlich oder neben Salzburg vergleichen wird.

3. Zwischen dem kaiserlichen Kriegsvolk in Oesterreich ob der Enns und den beiden Fürsten von Salzburg und Baiern soll Frieden und Einigkeit erhalten bleiben und kein Teil von dem andern etwas zu befahren haben bei höchster Verpfändung von Treue, Ehre, Leib und Gut. Es sollen sich auch Salzburg und Baiern, wenn dem Herzog die Handlung annehmlich ist, „diser und anderer österreichischen sachen sowol von disem kriegsvolk als von anderm herrürend, sie haben gleich namen wie sie wöllen, wider I. ksl. M.t und dero kriegsvolk im wenigsten nicht anzenemen oder zu beladen haben sondern denselbigen ihren lauf lassen“, ausser was sie mit Zustimmung des Kaisers und Althans gütlich beim Kriegsvolk auf Ersuchen des einen oder andern Teils

Digitized by Google

thun könnten, wogegen das Kriegsvolk von des Kaisers wegen sich in keinen „widrigen Verstand“ gegen Salzburg und Baiern einlassen wird. Januar 8.

4. Damit sich niemand mit Unkenntnis dieser Verhandlung entschuldigen kann, soll Althan die kaiserliche Ratifikation dieses Vertrags binnen drei Wochen beiden Fürsten übersenden, inzwischen aber, da diese Handlungen keinen langen Verzug leiden, sollen beide Fürsten oder der eine, falls der andere nicht zustimmt, den Vertrag fertigen, ebenso Althan als Feldmarschall, die Obersten, „hohen Aemter,“ Oberstleutnante, Rittmeister und Hauptleute ihn unterzeichnen und bei ihren ritterlichen Ehren versprechen, dem allen treulich nachzukommen und zwar binnen acht Tagen. Inzwischen und von heute an soll zwischen beiden Teilen Waffenstillstand sein und das kaiserliche Kriegsvolk über die gezogenen Grenzen hinaus weder gegen Salzburg und nicht gegen Baiern über die von dem Herzog zu bestimmende Linie rücken. Nach der Fertigung soll der Vertrag durch Althan oder dessen Vertreter im Beisein salzburgischer und bairischer Kommissarien den Reitern und Knechten verkündet und daran bei Verpfändung Leibs und Lebens festgehalten werden. Actum Salzburg den 8. januarii 1611.

Ib., Ambraser Akten, Missiven vom August 1611, zu no. 16; Kop.[1]

9. Der Kurfürst von Sachsen an König Matthias. Januar 8.

Auf das königliche Schreiben vom 28. Dezember.[2] Da wir gänzlich dafür halten, dass der Einfall des passauer Volkes ohne Wissen des Kaisers geschehen ist, so zweifeln wir nicht, dass E. L. den Kaiser für entschuldigt halten werden, zumal der Einfall nicht feindselig gemeint ist sondern nur der Durchzug begehrt wird. Wir hören „von fernst“, dass der Kaiser entschlossen ist, das Volk zur Erhaltung seiner Hoheit[3] bis zur völligen Bezahlung in Tirol einquartieren

[1] Auf die baierische Kopie (Ma., 111/11, —), die der Erzbischof dem Viepeckh mitteilte, schrieb Herzog Maximilian eigenhändig: „Vertrag Salzburg mit dem von Altheim, darein Salzburg ohne wissen vnd willen Ire Durchlaucht in Beyrn gern gebrokht hette, zweifelsohne dardurch sein vnfueg etwass zu bemantlen vnd zu besterkhen. Welchs alles aber Bayrn nit allein ganz frembd vorkhommen sonder auch mit disem vertrag weder vil noch wenig zu thuen haben wollen, wie sie dann nit vnderlassen, denselben, als sie dessen erindert worden, erzherzogen Maximilian dem eltern solches zu communizieren.“ — Ein Dankschreiben Erzherzog Maximilians an den Herzog für Mitteilung des Vertrags vom 7. März in Ib., Regimentssachen von 1611, f. 353; Kptkopie.

[2] Drs., l. 9166, l. Bd. pass. Kriegsvolks, f. 4; Or. Der König ersucht auf Grund des prager Abkommens den Kurfürsten, ihm als „haltenden Teil“ wirklichen Beistand zu leisten und ihm wissen zu lassen, wie stark und wie bald der Kurfürst ihn unterstützen könne.

[3] Zuerst hiess es im Konzept, der Kaiser sei entschlossen, seine Hoheit zu gebrauchen u. s. w.

Digitized by Google

Januar 8. zu lassen. E. kgl. W. sind als Reichsstand schuldig, über der Würde des Reichshauptes zu halten; daher können wir nicht sehen, weshalb E. kgl. W. dem Volke den Durchzug verwehren und grössere Weitläufigkeit, deren Sie wol überhoben sein könnten, verursachen wollen. Wir bitten E. kgl. W., dies zu bedenken und, wenn ja ein Fehler mit unterläuft, denselben um des Kaisers und des gemeinen Wesens halber nicht so hoch zu achten, weil ja durch diese Abführung des Volkes dem Vertrage von Prag ein „Realgenügen" geschieht und E. kgl. W. von dem Volke nichts mehr zu besorgen haben. Wir wollen aber auch den Kaiser an den Vertrag erinnern und daran sein, dass E. kgl. W. befriedigt werden. Datum Dresden den 29. decembris a° 1610.

Drs., l. 9166, I. Buch passauer Kriegsvolks, f. 101; Kptkopie [1]

Januar 8. **10.** Nicolas de Baugy an den Staatssekretär Puysieulx.

„Monsieur. Pendant que le remuement de ces gens de guerre de Passaw tient tout le monde de deçà en cervelle, l'archiduc Leopold leur general garde la chambre malade de la petite verolle, faisant semblant de ne rien savoir de leurs entreprises[2] qu'aprez le coup,

---

[1] Am gleichen Tag schrieb der Kurfürst an den Kaiser: er zweifle nicht, der Kaiser werde dem König allen Verdacht genommen und Verfügung getan haben, dass gegen Matthias und dessen Lande nichts Feindseliges unternommen werde, da dies gegen den prager Vertrag wäre. Wenn es nicht schon geschehen sei, möge Matthias in des Kaisers Namen um den Durchzug ersucht werden (Drs., a. a. O, f. 12; Kptkopie). An den Grafen von Hohenzollern, der das kurfürstliche Schreiben dem Kaiser überreichen sollte, schrieb der Kurfürst drei Tage später: er habe das Einrücken des Kriegsvolks in Oesterreich mit Unmut verstanden; der Graf möge sorgen, dass es wieder herausgeschafft werde; etwaige Tätlichkeiten des Volkes würden nur die Unierten frohlocken machen und den Possidierenden sowie den ausländischen Potentaten zu neuen Attentaten Anlass geben (Drs., a. a., O., f. 35; Kpt). Aehnlich schrieb der Kurfürst am 7./17. Januar an Erzherzog Leopold mit dem Beifügen, dass er sonst auf weiteres Anmahnen seinem fürstlichen Worte nachkommen müsste; (Drs., a. a. O., f. 38; Kpt.). — Der König erwiderte auf obiges Schreiben durch die Schickung seines bestellten Obersten und Kämmerers, Philipp Otto Wildgrafen zu Daun und Kirchberg und Rheingrafen von Stein, der mit Instruktion vom 22. Februar nach Dresden abgefertigt wurde und neue Klagen überbrachte, besonders dass der Kaiser das königliche Schreiben vom 29. Dezember nicht beantwortet und den Durchzug seines Kriegsvolkes nicht rechtzeitig angemeldet habe; zum Schluss wird der Kurfürst abermals an seine Pflichten als Mitbürge des prager Vertrags erinnert (Drs., l. 9166, I. Buch passauer Kriegsvolks, f. 310; Or.).

[2] In der Tat hatte Erzherzog Leopold noch am 7. Januar den Herzog von Baiern an Eidesstatt versichert, dass er von dem Aufbruch des Kriegsvolkes nach Oesterreich gar nichts gewusst habe und dazu nie seine Zustimmung gegeben hätte, „welches dan E. L. so gewiss als das heil. evangelium glauben wollen; (Ma., 111/11, — Or.); vgl.. no. 1 und 12.

Digitized by Google

comme si elles partoient seulement de la teste du comte d'Althaim et du s.r de Ramée qui sont les chefz qui les conduisent maintenant, le baron de Trautmensdorff suget et vassal de l'archiduc Ferdinand s'en estant retiré, depuis qu'il ouyt qu'ilz proposoient de faire le chemin de la Stirie et de la Carinthie pour passer en Tiroll. Toutesfois les plus entendus tiennent que ce sont des chimeres dudit Leopold et quelques autres jeunes barbez dont il suit le conseil, lesquelz unanimement poussent l'empereur, oultré de douleur et d'appetit de vengence contre ceulx qui l'ont offencé, a des resolutions qui luy pourroient estre autant prejudiciable qu'ilz se promettent d'en recevoir de l'honneur et de l'utilité. De fait l'on m'a dit qu'estant venu aviz, que l'on estoit sur le point de contenter et licentier les soldatz dudit Leopold qui sont en Alsace, il a depesché un courrier pour les retenir, voulant les faire joindre, s'il est possible, avec les autres et les employer tous ensemble a l'execution de ses dessains.[1] L'ambassadeur d'Espagne faict mine, ains que je Vous aye mandé, n'y avoir point de part, mais il ne le peut persuader a qui le connoist, ceux qui luy sont les plus favorables disans, que pour le moins il saura bien convertir le tout au profit et a l'advantage de son maistre. Luy et ses domestiques sement des bruitz de quelque prochain mouvement en Baviere avec un plaisir qui monstre le desir qu'ilz en ont, mais comme faire se peut, que ce soit pour donner reputation et credit aux remonstrances et offices du conte de Zollern qui est marqué a leur coing et pour diminuer l'opinion que l'on a des forces des princes de Brandebourg et de Neubourg, quand l'on estimera que les Ma.téz seront diverties de les ayder par l'apprehension des divisions internes du royaume. J'ay ceste confience en la bonté divine et en la prudence de la royne et des messeigneurs du conseil que lez effetz de ces mauvais augures tomberont sur ceux qui en sont les autheurs. Januar 8.

Nous avons icy pour nouveau nonce monsignor Salvago Genevois evesque de Sarzana; quand je l'ay esté visiter, il m'a asseuré de son inclination au bien des affaires de leurs Ma.téz, non seulement comme ministre du pape mais aussy comme faisant particuliere profession d'estre leur serviteur, me priant de leur en rendre ce tesmoignage. J'ay monstré de le croire et luy ay promiz d'accomplir cet office pour acquerir quelque confidence auprez de luy, bien que je scache que S. S.tete est coustumiere de n'envoyer personne en ceste court qui ne luy soit nommé par les Espagnols ou du moings qui ne leur soit agreable. De Prague le 8 de janvier 1611."

Pa., Harlay, no. 238, XII., f. 7; Or. eigh.

---

[1] Vgl. no. 5, S. 13, Anm. 4.

Digitized by Google

Januar 8. **11.** Erzherzog Leopold an den Kurfürsten von Mainz.

Ich bin von den Blattern wieder hergestellt. — Der Kaiser will den nach unfruchtbarem Ausgang der augsburger Zusammenkunft in Aussicht genommenen katholischen Bundestag „zu erhaltung ihrer kaiserlichen authoritet, respect und hoheit durch eine ansehenliche schickung zu dem ende besuchen, damit sie, was die unionsverwanten bei dem gülichschen wesen den gehorsamben ständen zu guetem oder aber, da si durch ihre mit dem gegenthail aufgerichtete vergleichung hieran verhindert, auf den fal, dass pars adversa des gülichschen wesens sich annemben würden, was sie alsdan zu thun oder zu lassen gesinnet, vernemben mögen". Damit sich die Gesandten nicht etwa mit Mangel Befehls entschuldigen, mögen E. L. den Bundesständen hievon Mitteilung machen. — Prag den 8. januarii a. 1611 — Praes. Aschaffenburg 17. jan. a. 1611.

Wmz., Religionsakten, Band 11, no. 126; Or.[1]

Januar 11. **12.** Herzog Maximilian von Baiern an Erzherzog Leopold.

Auf das Schreiben vom 25. Dezember.[2] Ich habe mich allerdings, aber nicht auf die Weise, wie die von E. L. mir mitgeteilte Schrift ausweist, mit Kurpfalz in Korrespondenz eingelassen und wegen der augenscheinlichen Gefahr Handlung gepflogen. E. L. wissen, dass ich vom Anfang dieser passauer Werbungen dem Kaiser durch Schreiben und Schickungen die zu besorgenden Unzuträglickheiten vorgestellt habe: wie die Protestanten deshalb rüsten und auch die Katholischen zwingen würden, sich mit grossen Kosten in Gegenverfassung zu setzen, wodurch ein unlöschbares Feuer in Deutschland entstehen könnte; ich habe ferner oft vor der Einquartierung des Kriegsvolkes im Stifte Passau gewarnt — aber alles vergeblich, ja ich habe nicht einmal eine Nachricht bekommen, wohin dieses Volkes gemeint sei. — Darstellung der bisher erwachsenen Ungelegenheiten und der bisherigen vergeblichen Abdankungsversuche des Herzogs von Braunschweig. — Das Volk hat sich unverholen vernehmen lassen, den Pass durch mein Land auch mit Gewalt zu

---

[1] Der Erzherzog schrieb im gleichen Sinn am 11. Januar an den Herzog von Baiern. Dieser Herzog erwiderte am 19. Januar kurz: der Bitte könne nicht willfahrt werden, denn er habe schon vor Einlangen des Schreibens auf Veranlassung von Kurmainz die Ausschreiben zu einem Bundestag unterfertigt; dazu sei der Bundestag nur zur Ordnung des Rechnungswesens im Bund bestimmt; Wh., Reichsakten in genere, no. 59a, Or. — Der erste Entwurf für das Ausschreiben zum Bundestag in Würzburg ist wirklich vom 15. Januar datiert (Mc., Entstehung, Fasz. V, no. 37, f. 172; Kop.)

[2] Ma., 425/2, f. 452; Or.

Digitized by Google

nehmen, die Pässe in mein Land wurden mehrmals erforscht, ja Januar 11.
E. L. selbst haben meinen Kommissarien zu S.t Nikola vor Dero Aufbruch nicht versprechen wollen, dass der Durchzug, um den wir nie ersucht worden sind, nicht durch unser Land gehen solle.

Nun ist geschehen, was man damals besorgte: das Volk ist E. L. Schreiben nach wider Dero Wissen und Willen und gegen des Kaisers Befehle aufgebrochen und unversehens und wider den Vertrag in das Land o/E. eingerückt, um durch Steiermark und Kärnthen nach Tirol zu ziehen; auch Trautmannsdorf soll, wie ihm die kaiserlichen Kommissarien zu Passau, Lasotto und Kleinsträtl vorwerfen, wider selbst angezogenen Befehl sein Regiment und die Artillerie mitmarschieren lassen, da es doch vordem nur hiess, dass es nach Böhmen gehe und ich in Sorgen gestanden habe, dass das Volk aus Böhmen in mein Land zurückgetrieben würde.

Bei den Beschwerden, in die ich und mein Land gesetzt wurden, weil das Volk nicht gehörig unterhalten und bezahlt wurde (denn sonst hätte ich mich keiner Ungelegenheit von ihm besorgt), lasse ich E. L. und jedermann urteilen, ob ich hätte still sitzen, den Ausgang erwarten und mich der Barmherzigkeit dieser Leute unterwerfen sollen oder vielmehr, ob ich nicht ebenso wie Kurpfalz und andere mich notwendig in Defension stellen musste, wie ich dies gleich anfangs vorausgesehen und dem Kaiser zu erkennen gegeben habe. Auf diese Defension sind mir abgesehen von dem Verlust von Einkünften und Regalien schon einige 100 000 Taler gegangen. — Habe ich da Unrecht getan, dass ich wegen der zu besorgenden Vergewaltigung zu besserer Versicherung meiner Lande und Leute, da ich beim Kaiser kein Gehör finden konnte, bei meinen nächsten Nachbarn, die schon in Bereitschaft standen, für den äussersten Notfall Beistand gesucht habe, da doch jedem erlaubt ist, in Notfällen jedermann anzulangen? E. L. konnten mich ja nicht gegen eine Meuterei versichern, welche Gefahr sehr nahe war, zu geschweigen, dass das Volk, nachdem ihm der Weg nach Steiermark verlegt ist, sich nunmehr nicht gegen Böhmen sondern unmittelbar gegen mein Land und Salzburg gewendet hat. Wenn nun Erzherzog Maximilian, Dero Vetter und des Kaisers Bruder, gestattet war, mit seiner Landschaft dem kaiserlichen Volk Pass und Quartier in einem Land, das dem Kaiser und Haus Oesterreich zugehört, zu verwehren, ja die äussersten Gegenmittel zu gebrauchen, sich dazu ebenso wie das Land ob der Enns um die Hilfe des Königs von Ungarn, des Erzherzogs Ferdinands u. s. w. zu bewerben, wenn die steirische Landschaft rüsten und den Pass verweigern durfte, so sehe ich nicht, warum mir das verboten sein oder warum es am kaiserlichen Hof so grosses Nachsinnen geben soll, dass ich zu meiner Versicherung nach erlaubten Mitteln bei meinen Verwandten gemäss den Verträgen getrachtet habe, damit, wenn das Volk von Tirol abgetrieben würde, nicht die ganze Kriegslast auf mein Land kommt. Das ist mir um so weniger zu verdenken, als Althan offen äusserte, er könne gegen eine

Digitized by Google

Januar 11. Meuterei nicht bürgen. Ich versehe mich daher vom Kaiser umso weniger, dass er meine Schickung nach Heidelberg übel aufnimmt, zumal dabei nicht das geringste angebracht wurde, was ihm nachteilig wäre, vielmehr besteht der ganze Vertrag aus den zwei wolverantwortlichen Punkten: 1. wofern das passauer Volk Gewalt anwenden würde, 2. wenn sie an jenem Ort zu meinem und der meinen Schaden überwintern wollten. Beides werden weder der Kaiser noch E. L. gerne sehen und, wenn E. L. es nicht wehren können, wird es Ihnen nicht zuwider sein, wenn ich und andere benachbarte Interessenten uns vor grösserem Unheil selber schützen, zumal mir meine bereits aufgewendeten Unkosten und die durch dies Volk erlittenen Schäden noch nicht ersetzt worden sind. — Wenn das passauer Volk in des Kaisers Devotion und in gebührendem Respekt gegen seine Obersten geblieben wäre und sich gegen mich und die meinen klaglos und nachbarlich verhalten hätte, so würde ich weitere Hilfe nicht gesucht haben. Der Sache wäre aber auch dann noch geholfen gewesen, wenn ich von dem Aufbruch und Durchzug dieses Volkes vom Kaiser oder E. L. nach meiner ausdrücklichen Bitte verständigt worden wäre, zumal so verschiedene Nachrichten umliefen und bald vom Abdanken, bald von Böhmen, bald von Tirol, Mähren, Oesterreich die Rede war, auch E. L. selbst versicherten, dass der Kaiser nach der Abdankung des Volkes trachte; nun ist aber ein anderes erfolgt. Ich weiss auch nicht, warum E. L. mir von dem Aufbruch, weiterm Vorhaben und von der Abforderung Trautmannsdorfs trotz des vorigen Erbietens guter Korrespondenz nicht schrieben. —

Ich möchte von denen, die meine Defension so übel deuten, gern hören, warum gerade mir, der ich der Gefahr am nächsten bin, meine Vorkehrungen verdacht werden, [„als ob] dardurch ein anderes, so doch mit Gottes hilf nit angehn sol, gesucht werden wil.“ E. L. werden Gelegenheit haben, sich Ihres und Ihres Stifts Schaden zu erholen; ich sehe aber noch nicht, wie ich die aufgewendeten Unkosten und den erlittenen Entgang ersetzt erhalte, zweifle aber nicht, der Kaiser werde mir den Ersatz zubilligen und E. L. mir dazu behilflich sein. — Ich lege eine Abschrift der braunschweigischen Missiven und Protestation bei und bitte E. L., sie mit meiner heidelberger Werbung zu vergleichen, sie auch allen denen, die mir diese verdenken, zustellen zu lassen. Dass in meiner Werbung des Königs Matthias einige male gedacht wurde, geschah, weil ich von ansehnlichen Ständen glaublich vernahm, dass sie ein Einverständnis zu dem Ende gemacht hätten, damit der König dem Kaiser die grosse vom passauer Volk drohende Gefahr zu erkennen gebe und neben andern Nachbarn ihn ersuche, das Volk abzudanken und aus dem Stift abzuführen. Ich wollte auch meine bereits unterfertigten Schreiben abgehen lassen, habe aber, da die Lage sich geändert, damit zurückgehalten und mit dem König weder vor noch

Digitized by Google

nachher korrespondiert oder traktiert. Ich bitte um Nachricht, worauf es mit dem Volk endlich angesehen ist. Datum München den 11. januarii a. 1611. Januar 11.

Ma., 111|11 —; Kptkopie mit Aenderungen Jochers.[1]

13. Aerssen an den Kurfürsten von Brandenburg. Januar 11.

„Monseigneur. Je confesse ingenuement, que ie n'ay rien contribué de solide qui ait peu avancer le service de V. A. en ceste cour, que le seul soin de le recommander selon les occasions, et partant ie n'ay pas merité cest honneur que V. A. se soit souvenue de moy. Toutesfois ie le prens comme erre à un plus grand devoir duquel ie ne m'excuseray iamais, quand Vous estimerés à propos de me le commander. Le feu roy a eu de mouvemens particuliers par lesquels il affectionnoit la justice de Vostre cause; les considerations de ses voisins ne l'avoient peu divertir de sa resolution pour seconder les desseins de V. A. et estoit prest de mettre son armée aux champs, quand ce detestable assassinat le nous osta qui fut certes une perte grande à ceux qui ne desirent point la grandeur d'Espagne, mais singulierement à V. A., car ie scay au vray que l'intention de S. Ma.té estoit de Vous asseurer dans la possession de la succession delaissée par le feu duc de Cleves, pour ayant achevé ce coup en faveur de ses alliés porter la guerre dans l'estat de Milan, d'où sans doute fut suivye la paix et pour l'Allemaigne et pour les Pays-Bas. Dieu ne nous en a pas encor iugés dignes. Desormais ie n'ose pas promettre à V. A. qu 'Elle doive esperer pareille faveur de ceste cour. La royne a bien de la bonne volonté pour entretenir les anciennes alliances de ceste couronne et mesmes de ne rien alterer dans les maximes du feu roy, mais sa regence est agitée d'une sy grande diversité d'opinions, comme il est accoustumé d'arriver à toute minorité que malaysément sa bonne vollonté pourra estre accompagnée des effects qui luy sont necessaires pour la rendre parfaicte. Le sr. Belin l'a bien observé se trouvant sur ces lieux et sans doute en aura faict particulier rapport à V. A., ce qui me retiendra d'en importuner davantage V. A. que pour Vous asseurer, que la cause de V. A. est sy importante à la chrestienté, mais singulierement à nos Provinces Unies, que ie suis obligé de l'embrasser avec tout soin en ceste cour, quand mesmes ie n'auroy point cest honneur d'en estre sommé par V. A. De Paris ce 11.e de ianvier 1610.

Haag, Aerssens Briefe, Band VII. — Kopie.[2]

---

[1] Vorstehendes Schreiben ist erwähnt bei Hurter, a. a. O., VI., S. 369, Anm. 67.

[2] Am 5./15. Januar schreibt Aerssen an den obengenannten kurbrandenburgischen geheimen Rat Christian von Bellin: „La rupture du traicté de Couloigne n'est point imputée à mess. les princes unis, mais aux dures et peu

Digitized by Google

[Januar 12.] **14. Bericht Franz Grienbergers, Kammerdieners des Erzherzogs Maximilian, über seine Verrichtung bei König Matthias und Erzherzog Ferdinand.**

Schilderung der Reise durch Oesterreich ob der Enns. Ankunft in Wien am 10. Januar. Tags darauf brachte ich dem König meine Werbung gemäss der Instruktion[1] vor, worauf ich folgenden Bescheid erhielt: Ich würde bei meinem Durchzug durch das Land ob der Enns selbst gesehen haben, dass die Sachen nun in andern terminis als zur Zeit

---

equitables propositions faictes de la part de Saxe, et neantmoins on croit que ceste separation ne sera pas asses forte pour esclater en guerre. La foiblesse qui se reconnoit dans la ligue de Leopold engendrera une paix de souffrance plustost que de convention. C'est le jugement de ceste cour, confirmé par le rapport de mons. de Bouillon. Les expediens qu' a rapporté mons. le prince d'Anhalt d'Angleterre pour associer Saxe en la possession de Juliers et partager l'administration entre Nieuburch et mons. le duc de Deux Ponts, ont peu pleu. On estime que mess. les princes possedans de part et d'autre ne s'accommoderont point à ce changement, moins encor qu'il soit à propos de le souffrir, quand ils seroient pour relascher de leur droict; car ce seroit ietter Saxe et Nieuburch tout à faict entre les bras de l'empereur, auquel ils seroient obligés de ceste acquisition. Nous verrons ce que Vos princes en diront eux mesmes et en leur interest, quand ils entendront la proposition de mons. le prince d'Anhalt; mais sy le refus des ses ouvertures Vous met en peril de guerre pour le printemps, je presuppose que desirés scavoir, sy ceux qui Vous donnent des hardys conseils, voudront aussy participer en Vos incommodités. Sy i'avoy autant de clairvoyance en la conduite des affaires de ce temps comme i'ay bien de la volonté de servir au succes de Vostre Union, ie Vous diroy en trois parolles ce qu' auries à esperer. Vous avés veu, quels estoient non seulement les desseins, ains les preperatifs du feu roy pour cest effect; mais sa mort nous a iettés en tant de confusions pour le dedans que difficilement nous pouvons preveoir ce qu'on pourra faire pour le dehors. Pour ne Vous tromper d'aucune vaine esperance, le plus asseuré est de croire que ce royaulme n'est pas desormais en estat de pouvoir nuire à ses ennemis ne supporter grandement ses amis et bien que ie ne doute pas, que la presente affection de la royne ne soit encor esgale á celle que par cy devant en la mesme minorennité elle a monstré à Vostre cause; toutesfois ie la voy sy agitèe de divers conseils et la pluspart de ses ministres pousses d'une sy grande contrarieté de desseins, que malaysément on puisse rien attendre de solide ou genereux de ce gouvernement, iusques à ce que la maiorité du roy ait dissipé les interests et animosités particuliers pour raffermir le royaulme et le conduire par les maximes du feu roy. J'entends que Vous estes pour venir deçà; Vous aves veu une partye de nos foiblesses et à Vostre venue Vous connoistrés que n'avons rien amandé du depuis. Cependant il est à propos que mess. les princes concluent leur traicté avec les roix de la Grand' Bretaigne et de Dannemarq et y comprennent les Provinces Unies, de tant plus considerables que voisines et qui ont leur milice et bien disciplinée et sur pied. Sy la France se faict tirer, c'est qu'elle craint de troubler sa minorité, mais ne doutez pas qu' apres elle ne se ligue avec Vous. Elle a trop d'interest en Vostre defense et ne peut se joindre avec l'Espagne, quelque pene en prenne le pape. Le roy d'Espagne esgale son ambition à sa puissance, tous le craignent, ce qui est cause que le roy de France doibt prendre le party contraire sans avoir esgard à la religion." Haag a. a. O., Kop.

[1] Vom 3. Jannar. Bitte um eilende Hilfe (Ib., Hofkonzepte vom Januar 1611, no. 4; Kpt.).

Digitized by Google

meiner Abfertigung stünden, die Absicht des passauer Volks durch die Steiermark zu kommen sei vereitelt; daher sei für die vorderösterreichischen Lande keine Gefahr und E. fl. D.t bedürften keiner Hilfe mehr. Würde sich wider Verhoffen der Lauf nochmals wenden, so werde der König auf Erfordern mit seiner ganzen Macht E. fl. D.t zuziehen. — Die geheimen Räte, bei denen ich am folgenden Tage meine Werbung ablegte, wiederholten diese Erklärung und zeigten mir noch an: der König habe seit langer Zeit mit Schmerzen betrachtet, wie der bisherige Glimpf nicht respektiert werde und der Ruin des Hauses drohe, wenn man den Praktiken [am kaiserlichen Hof] nicht begegne. Zur Abwendung des Unheils sei kein anderes Mittel als „par pari referre". Der König sei, so schmerzlich es ihm falle, gezwungen worden, die äussersten Mittel zur Hand zu nehmen und wider diejenigen, die seine Lande und Leute unverschuldeter Weise verdürben, seine Autorität stürzen und keinen Glauben halten wollen, das Werk zu reassumieren, wo er es vor dritthalb Jahren gelassen; denn es sei nun am Tag, dass der Kaiser Wort und Vergleich nicht halten, die Bürgschaft der Kurfürsten, Erzherzoge und Fürsten nicht achten und die königlichen Lande mit Krieg überziehen wolle; er habe sich verlauten lassen, den König von allen seinen Landen zu bringen[1] (wie auch die kaiserlichen Praktiken mit dem Siebenbürger[2] erweisen). Der König mit seinen Landen sei völlig entschlossen, „einen volkombenen zug von hungerischen und teutschen kriegsvolk zue ros und zue fues als stark dieselbige immer aufkomen werden künen, nach Prag fürzenemen", um sich für immer vor diesen Praktiken zu versichern; er wolle dabei allen Fleiss anwenden, „damit sie ksl. M.t aintweder in ihren gwalt bringen oder doch aus dem nest, alda alle schädliche actionen ausgebrietet werden, zu höben." Auch die Länder sind entschlossen, die durch die Einfälle erlittenen Iniurien neben dem König zu rächen und mit ihm zu sterben oder sich ein ruhiges Leben zu verschaffen. Da dies Werk nicht nur den König sondern die Ruhe und Erhaltung aller österreichischen Lande und des ganzen Hauses betrifft und der Gegner stark ist, so bittet der König E. fl. D.t um Bericht, ob Sie ihm mit Volk oder Geldhilfe und mit guter Beförderung bei Kurfürsten und Fürsten, besonders bei den Bürgen des prager Vertrags, sowie bei Erzherzog Albrecht heimlich oder öffentlich beispringen wollen; wegen der Gefahr im Verzug erwartet er ehestens Dero Erklärung. [Januar 12.]

---

[1] Auch der Erzbischof von Salzburg kam zur Meinung, dass das kaiserliche Kriegsvolk es auf Oesterreich abgesehen habe. Dem zu ihm abgesandten baierischen Kommissar Theodor Viepeckh teilte er diese Vermutung mit, ja er glaubte, dass man sogar das elsässische Volk nach Oesterreich führen wolle, um „daselbst die brieder selbst zu tribuliren oder villeicht gar zu ruiniren". Dabei machte der Erzbischof sehr geringschätzige Bemerkungen über Matthias und dessen Regierung (Viepeckh an Herzog Maximilian vom 13. Januar; Ma., 111/11, — Or. eigh.).

[2] Gabriel Bathory; vgl. Alfons Huber, Geschichte Oesterreichs, V., S. 60.

Digitized by Google

[Januar 12.] Die königlichen Räte[1] raten E. fl. D.t zur Vereitlung der Praktiken, die wider Sie im Schwange sind, dass Sie die Gemüter dieser [der tirolischen] Landstände gewinnen und sich bei ihnen aufs beste insinuieren, sich auch mit Erzherzog Ferdinand dahin vergleichen, dass E. fl. D.t im Notfall diese [tirolischen] Lande zu Eigentum verbleiben; der König werde sein bestes dazu thun. Derselbe lasse E. fl. D.t ganz treulich ermahnen, nicht zu trauen, auf Ihre Schanze zu sehen und ihm für gewiss zu glauben, dass er von ansehenlichen Orten die sichere Nachricht habe, dass „alle hiezige motiva und practiken" auf E. fl. D.t und Dero Landen Verderb angesehen seien, „darein sie numehr alle andere österreichischen länder leider gesetzt haben und, wo nit der notturft nach abgewöhrt werden soll, alles in boden zu versturzen gedenken."

Am 16. Januar hatte ich bei Erzherzog Ferdinand in Graz Audienz. Wegen des passauer Volkes erhielt ich denselben Bescheid wie vom König, dass alles nun in anderm Stand sei und E. fl. D.t nichts mehr zu befürchten hätten. Der Erzherzog habe es bisher auch ohne besondere Anmahnung an sich nicht fehlen lassen und werde sich auch künftig gefasst halten; er wolle nicht eher trauen, bis nicht alles wieder in gutem Stande sei. O. D.[2]

Ib., Ambraser Akten, Missiven vom Februar 1611, zu no. 12; Or. eigh.

---

[1] Graf Paul Sixt Trautson liess den Erzherzog noch besonders warnen: „1. Künne aus grosser zu I. D.t tragenden affection nit unterlassen, I. fl. D.t in högsten vertrauen zu avisieren, wie dass er von Prag her gewisse aigentliche nachrichtung habe, dass kein sachen den kaiser leichter bewegt habe, die expedition wider die oberösterreichischen lande und in alle miteinlaufente practiken zu consentiren als dass I. fl. D.t sich gegen I. M.t den kaiser nach dem actu deprecationis gar zue vil und hoch erboten haben, dahero er, graf, selbst solches nit guethaissen wollen (vgl. Gindely, Kaiser Rudolf II., II., S. 149); 2. weiln furs ander nichts gewissers als dass I. M.t und die practicanten darauf gefuest und des aigentlichen willen gewest, die lande mit diesem volk zue ubersiehen und dardurch zur abzahlung dieses volks um 7 oder 800000 fl. ranzionieren und bezwingen zu lassen; 3. dahero fürs drütte sowohl I. D.t als die land sovil mehrers ursach haben, miteinander wol zu correspondieren, vest bei einander zu halten, den gueten worten und aisserlichem schein nit trawen und auf iere schanz selbst wol zu sehen; 4. dan eben dises habe die kgl. M.t und die lender bezwungen, ehe dass sie in der stäten forcht und überfal verbarren und leben wollen, guet und bluet zu lassen oder den kaiser von seinem sitz zu jagen oder gar zu heiblen [!], auf welichen fal er seinen weg nach Tyrol nemen wüerde wollen; destwegen sich I. D.t mit erzherzogen Ferdinando auf denselben faal, was zu thuen sein möchte, zeitlich vergleichen sollen; 5. allermassen auch die kgl. M.t I. D.t mit land und leut, unangesehen sie der zeit nichts bei den landen haben, zue manutenieren nit unterlassen wollen; 6. und möge alles dieses, wo sich die gelegenhait orzeigte, auch denen hiesigen landständen, als von ihme herkoment, glaubwürdig vorgetragen und entdöckt werden. Damit er sich I. fl. D.t ganz gehorsamblich thuet befehlen". O. D. (Ib., a. a. O., von Grienbergers Hand, mit der Ueberschrift: „herrn grafen Trautson memorial".)

[2] Datiert nach der Rückbeglaubigung Grienbergers vom 12. Januar Ib., a. a. O., no. 30; Or.).

Digitized by Google

15. Bericht der nürnbergischen Gesandten G. Volckhamer, L. Grundherr, D.r J. C. Oelhafen und D.r Burckhard an den Rat von Nürnberg über die nördlinger Besprechung mit den Ulmern. Januar 12.

Ankunft in Nördlingen am 7. Januar.[1] Von Ulm waren anwesend Hans Kraft des ältern Rats, D.r Hieronymus Schleicher und Sekretär Schwarz. Wir übergaben ihnen Zeitungen vom passauer Volk und die Schreiben der Kurfürsten von Mainz[2] und Brandenburg[3] — Am 8. proponierten wir: vor dem längst notwendigen Konvent der ausschreibenden Städte [zu Heilbronn am 13./23. Januar] soll hier ein Gedankenaustausch erfolgen, zunächst über das Schreiben, das der Administrator der

---

[1] Die Zusammenkunft der Nürnberger und Ulmer in Nördlingen zur Besprechung der durch den speirer Partikularabschied vom 7. Dezember (vgl. Briefe und Akten, III., no. 294) geschaffenen Lage und zur Vorbereitung der Zusammenkunft der ausschreibenden Städte zu Heilbronn war von Nürnberg vorgeschlagen worden (Ulm an Nürnberg vom 19./29. Dezember; Nbg., Unionsakten, 39. Bd., f. 255; Or.)

[2] Kurfürst von Mainz an Nürnberg am 20. Dezember (Nbg., a. a. O, f. 280; Or.): Ablehnung der Entschuldigung vom $\frac{\text{29. Novemb.}}{\text{9. Dezemb.}}$ wegen des Verbleibens der Stadt in der Union. Den Beschwerden der Städte könnten die höhern [katholischen] Stände „übertriftigere“ Beschwerden entgegensetzen. Die Taten des auch im Namen der uniorten Städte geworbenen Kriegsheers in den fränkischen Bistümern und im Strassburgischen lassen sich durch das Zeugnis der höhern Stände, dass sie die Verantwortung auf sich nehmen wollen, schwerlich entschuldigen. Die neuerlichen Einlagerungen unierten Kriegsvolks im Ellwangenschen und Speierischen machen die Aufrichtigkeit der münchener Handlung zweifelhaft, die katholischen Stände werden daher ihre Schanze aufs neue in Acht nehmen müssen (Nbg., a. a. O., f. 281; Or.) — Die Nürnberger antworteten am $\frac{\text{22. Dezemb. 1610}}{\text{1. Januar 1611}}$ höflich, der Kurfürst werde „als ein hochberühmter eifriger Justitiarius und Liebhaber von Ruhe und Frieden“ den Beschwerden und dem Mistrauen abzuhelfen wissen. Der Einlagerungen hätten sie sich nicht teilhaft gemacht, wol aber die Abdankung befördert, auch dem Herzog von Braunschweig zur Abdankung der Passauer eine Summe vorgestreckt. Als geringe Stände hätten sie nicht die Verteidigung der von den vornehmeren geschlossenen Union auf sich zu nehmen und jedes einzelnen Handeln zu rechtfertigen. Der Kaiser habe durch sein Mandat gewiss nicht den evangelischen Schirmsverein aufheben wollen, da ja Defensivbündnisse im Reich erlaubt seien (Nbg., f. 286; Kpt.).

[3] Der Kurfürst von Brandenburg schrieb am 1./11. Dezember an den Rat von Nürnberg, er beobachte seit einiger Zeit die Praktiken, durch die man Nürnberg von der Union abwendig machen wolle, lobt die Beständigkeit und rät zum Ausharren. Es könnte noch geschehen, dass die Gegner der Union einstmals zu ihr treten und deren Hilfe begehren werden (Nbg., Unionsakten, 40. Bd., f. 246; Or.). Ueber die jener Besorgnis zu grunde liegenden Stimmung der Städte vgl. Briefe und Akten, III., no. 291, Anm. 1.

Digitized by Google

Januar 12. Kurpfalz an Nürnberg und Ulm[1] wegen der Assistenz gegen die Passauer, wegen der zu Speier bewilligten Monate[2] und wegen der Abdankung des Kriegsvolks in der Oberpfalz richtete, sodann über die verschiedenen Beschwerden der Städte.

Die Unterredung beruhte auf vierzehn Punkten: 1. Bairische Assistenz. Nürnberg beschwert sich, dass ein einzelner nach Gefallen schliesse, was alle angehe. Die „Konjunktion" mit Baiern ist nicht weiter zu hindern; da aber zur Zeit der ersten Werbung keine Gefahr im Verzug war und man die Sache wol hätte an die andern Stände gelangen lassen können, so soll man künftigen Praejudizes halber widersprechen, sonst wäre der Streit um die Vota vergeblich. Die Assistenz zu blosser Defension ist nicht zu widerraten, wol aber die „freiwillige Invasion". Uebrigens ist durch den Einfall der Passauer in Oesterreich die Sache nun in ganz anderm Stand. — Auch die Ulmer klagen, dass die höheren Stände in Sachen allein schliessen wollen, die die ganze Union angehen; der Administrator hat Baiern die Assistenz eher bewilligt als er den andern Ständen davon schrieb; wäre bei den bekannten jesuitischen Praktiken eine Gefahr daraus entstanden, wäre die ganze Union geschwächt worden; jetzt lässt sich ohne Schimpf nichts mehr an dem ändern, was der Administrator bewilligt hat. Die Assistenz wird übrigens nicht mehr begehrt werden, die Ligisten danken ihr Volk ab. — Die Ulmer wissen auch zu erzählen, dass das passauer Volk einen Anschlag auf Tirol vorhabe.

2. Kontribution. Nürnberg: Man wird viel Geld brauchen, ob man das Volk behält oder abdankt. Leider ist zu Speier von einigen Ständen den übrigen schon praejudiziert worden und der Administrator sowie Graf Johann von Nassau ziehen diesen Abschied an. Diese Partikularbeschlüsse sind aber gegen die Unionverfassung. Einige

---

[1] Vom 8./18. Dezember: Da fast niemand die zu Speier bewilligten sieben Monate bezahlt hat und die ganze Last des unabgedankten Kriegsvolks der Kurpfalz auf dem Halse liegt, so fordert der Administrator binnen vierzehn Tagen die Erklärung, ob die dem Baiern versprochene Assistenz geleistet und das Kriegsvolk, das in der erschöpften Oberpfalz nicht bleiben kann, unter die benachbarten Unierten ausgeteilt oder trotz des Assistenzversprechens und der Passauer ganz abgedankt werden soll. Entsteht aber dann eine Gefahr, so will Kurpfalz entschuldigt sein (Nbg., Unionsakten, Bd. 39, f. 258. Kop., kurz erwähnt in Briefen und Akten, III., no. 292, Anm.).

[2] Zu Speier, wo sich Kurpfalz, Württemberg, Baden, Strassburg, Worms und Speier eingefunden hatten, waren zur Bezahlung der Ausstände und zum Unterhalt des nicht abgedankten Volks der Union sieben Monate von den bewilligten sechzig angewiesen worden; Kurpfalz verlangte ausserdem noch acht Monate von den zwanzig, die jeder Unierte „in subsidium" zur Hand haben sollte (vgl. Anm. 1.).

Digitized by Google

Städte klagen schon über die Lasten,[1] wogegen man nicht weiss, was die höhern Stände thun wollen; die scheinen bedacht, die ganze Bürde auf die Städte zu wälzen, indem sie die Rechnungen hinterziehen und die Restanten ausstehen lassen. Die Nürnberger sind wegen der dargeliehenen 80 000 fl. noch nicht versichert, das kölersche Fähnlein und vierzig Pferde sind mit ihrem Sold auf Nürnberg angewiesen worden, die Darlehensgesuche hören nicht auf. Darum muss man an sich halten und auf Justifikation der Rechnungen dringen. Aber um den Schaden nicht noch grösser zu machen, wird man wenigstens teilweise abdanken und die sieben Monate auf sich nehmen müssen; die begehrten andern acht Monate gehören auf den Unionstag, der Notfall, für den die zwanzig Monate bestimmt sind, ist noch nicht eingetreten. — Die Ulmer treten dieser Ansicht bei, betonen aber, dass die kleineren Städte des schwäbischen Kreises sich schwer in eine neue Anlage schicken können, bisher darüber auch noch nicht gefragt worden sind. In einem Jahre sind sechzig Monate dahingegangen, mehr als man je einem Kaiser in einem Jahr bewilligt hat. Januar 12.

3. Abdankung oder fernere Unterhaltung des Kriegsvolks. Nürnberg findet gänzliche Abdankung wegen der widrigen Zeitungen noch bedenklich, aber der Graf von Nassau will sie am 3./13. oder 4./14. Januar geschehen lassen. Es ist jedoch zu besorgen, dass die sieben Monate zur Abdankung nicht reichen und dass man die Städte wieder um ein Darlehen angehen wird. — Die Nürnberger einigen sich mit den Ulmern, dem Administrator zu schreiben, dass es der [bairischen] Assistenz nicht bedürfe, dass man die sieben Monate bewilligen, die acht auf einen Unionstag verschieben wolle, dass die Abdankung vor sich gehen oder das Volk unter alle Unierten ausgeteilt werden solle.

4. Gravamina. Nürnberg: Die allgemeinen und besondern Beschwerden der Städte rühren von der Ueberschreitung der Unionsverfassung her, hauptsächlich aber 1. vom jülicher Wesen, dessen man sich nie teilhaftig machen wollte; es wurde aber obendrein noch 2. die elsässische Expedition eingeflochten, derenwegen man den höhern Ständen ausdrücklich erklärt hatte, dass man damit nichts zu tun haben wolle; aber die Obersten bei dieser Sache möchten „ihren Staat durchbringen“ und die Städte in Sachen „einflicken“, die sie nichts angehen; 3. die höhern Stände machen abgesonderte Beschlüsse und wollen sie dann

[1] Geheime des Rats von Speier an die von Strassburg am $\frac{\text{22. Dezemb. 1610}}{\text{1. Januar 1611}}$ wegen der „Partikularersuchung“; (Nbg., Unionsakten, Bd. 41, f. 39; Kop.); Weissenburg i/E. und Landau klagen den Geheimen von Strassburg am $\frac{\text{28. Dezemb. 1610}}{\text{7. Januar 1611}}$, dass die Lasten bedenklich und unerschwinglich werden und die dem Feuer am nächsten Gesessenen sich dadurch völlig entblössen (Wh., Reichsakten in genere, f. 459; Kop.). Vgl. das Anbringen von Rotenburg, Windsheim und Weissenburg a/S. bei den Nürnbergern vom 5./15. Januar in no. 16 auf S. 40, Anm. 1.

Digitized by Google

Januar 12. den Städten aufdrängen; 4. sie misbrauchen die Mehrheit, wie bei der Gesandtschaft nach England und den Niederlanden und mit dem scharfen Schreiben an den Kaiser nach der prager Schickung geschehen ist, und versuchen dabei auch ihre Privatsachen, wie die eickensche[1] und kaisheimische[2] durchzusetzen; 5. man will den Städten das Geld durch Einlagerungen und Bedrohungen gewaltsam abnötigen, wie dies noch jüngst Graf Johann von Nassau mit seinem Privatschreiben an Wolf Löffelholz vom $\frac{\text{23. November}}{\text{3. Dezember}}$ versucht hat.[3] Das würde zum Untergang der Städte führen, wenigstens aber ihnen die Verantwortung vor Kaiser, Kurfürsten und Fürsten schwer machen, die man mit Darlehensgesuchen oft abgewiesen hat. Man muss, soll die Union nicht eine societas leonina werden, diese Klagen beim Unionstag vor die höhern Stände bringen, damit abgeholfen werde, sonst aber mit Glimpf sich von der Union absondern. — Die Ulmer klagen gleichfalls, dass man die jülicher Sache und die Schickung nach Frankreich bei den Unionstagen in die Beratung gezogen und dadurch die Städte darein habe verwickeln wollen, auch des elsässer Zugs und der Drohungen gegen die Städte beim heilbronner Tag müsse gedacht werden[4] „und dass man solcher gestalt nicht beisammen könne bleiben". Die Markgrafen von Ansbach und Baden geben laut aus, wegen der Städte habe man in diesem Jahr nichts besonderes erreicht und sei zu keinem bessern Vertrag gekommen. Wegen der Partikularkonvente, der Ueberstimmung[5] durch die Mehrheit und der Darlehen fallen sie den Nürnbergern bei und erinnern, dass man zu Heilbronn den Städten abgeschlagen habe, deren Meinung zu besserer Verantwortung gegen die Obern gesondert in den Abschied zu bringen. Pfalzgraf Philipp Ludwig hat kürzlich bei Ulm wieder ein Darlehen gesucht; sein Vertreter hatte die Weisung, ohne willfährigen Bescheid nicht zu weichen, so dass die Stadt schliesslich 20 000 fl.

---

[1] Wegen der eickenschen Sache vgl. J. D. Schöpflin, Historia Zaringo-Badensis, III., Carolsruhae, 1765, S. 63 ff., Häberlin-Senckenberg, Neuere Teutsche Reichsgeschichte, XXII. Bd., S. 509 ff., Briefe und Akten, V., 63 ff., VI., 156 ff. und das Register unter Baden, Markgraf Eduard Fortunat.

[2] Streit zwischen Pfalz-Neuburg und der Abtei Kaisheim wegen der Reichsunmittelbarkeit; vgl. Häberlin-Senckenberg, a. a. O., XXII. Bd., S. 516 ff.

[3] In der Nachschrift schrieb der Graf, Löffelholz möge das beste tun, damit die „restierenden" Städte, Schwäbisch-Hall, Memmingen, Rotenburg und Schweinfurt, wenn nicht 100.000 fl., so doch 70.000 fl. zur Abdankung aufbringen, „sonsten wirt es viel malcontenten und vileicht bose nachbarschaft machen"; in der Oberpfalz ist alles „ausgefressen" und wird man in diesem Fall bessere Quartiere suchen müssen (Nbg., Unionsakten, Bd. 39, f. 68; Or. eigh.).

[4] Vgl. Briefe und Akten, III., no. 188 und Moriz Ritter, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation etc. II. Stuttgart 1895, S. 346.

[5] Vgl. Briefe und Akten, III., no. 194 (S. 335).

Digitized by Google

hergab. Freilich ist während des Administrationsstreits wegen des Januar 12.
streitigen Direktoriums den Beschwerden kaum Abhilfe zu schaffen, da man deshalb weder an Neuburg noch an Zweibrücken schreiben kann; wegen dieses Streits wird man auch nicht sobald zu einem Unionstag kommen.

5. und 9. Unionsrechnung und elsässische Expedition. Nürnberg: Man muss achten, dass in die Rechnungen nichts vom jülicher oder elsässer Wesen eingeflochten wird, wie Württemberg schon zu Heilbronn versucht hat; man könnte deshalb termini a quo und ad quem ansetzen, etwa vom Abzug aus Franken zum Zug ins Elsass bis zur Abführung des Volks aus dem Elsass; denn man war einverstanden, dass das nach Jülich bestimmte Volk eine Zeit lang heroben Landes erhalten werde, bis man mit dem andern Volk gefasst sei; für jene Zwischenzeit soll man aber nichts bewilligen. Alle Posten durchgehen zu lassen, wäre auch den Erklärungen entgegen, die man den Kurfürsten und Fürsten, auch Baiern gegeben hat. Zu erwägen ist ferner, ob man anstatt der zuweilen misbrauchten Geldhilfe künftig auf Volkshilfe gehen soll. Es ist auch zu beklagen, dass die rheinischen Städte den andern nicht beipflichten und den Zug ins Elsass zu sehr billigen, ja verlangt haben, da das elsässer Volk sie gefährde, dass ihnen kraft der Union Hilfe geleistet werde. — Die Ulmer sind mit Nürnbergs Vorschlägen einverstanden, aber die höheren Stände werden die Städte darüber ansehen; man wird etwas tun müssen, zumal man zu Heilbronn erklärt hat, man wolle, wenn Friede gemacht werde, nicht ganz absetzen; den Vorschlag der Volkshilfe werden die höhern Stände nicht annehmen, es würde auch bei der Werbung grosse Schwierigkeiten geben. Württemberg hat auch nicht mehr viel Lust zur Union wegen der vielen Unzuträglichkeiten; die anfangs dazu geraten haben, werden jetzt dort übel angesehen; man wird also auch bei den höhern Ständen mit dem Widerstand etwas Beifall finden. Württemberg hat sich wegen des elsässer Zuges bei Erzherzog Maximilian entschuldigt; auch hat der Herzog geäussert, er habe davon nichts gewusst, habe keinen Kriegsrat beigestellt und habe den Grafen von Oettingen zum Markgrafen geschickt, um diesen zu ermahnen, die Sachen so anzustellen, dass die Städte nicht offendiert und gar aus der Wiege geworfen würden; aber es hat nicht viel geholfen, die Soldaten liessen sich nicht weisen, neun Tage lagen sie auf den ulmischen Untertanen und war kein Regiment und Disziplin zu erhalten.

6. Unionskonvent. Nürnberg: Wegen der Gravamina muss die Abhaltung eines Unionstages befördert werden, wie ja schon zu Speier einige Punkte auf einen solchen allgemeinen Tag verschoben worden sind. Loefenius hat den Städten Hoffnung auf einen solchen gemacht, wenn sie ihn bei Zweibrücken begehren. Obwol Neuburg durch das Anbringen bei Zweibrücken beleidigt werden möchte, muss man doch auf das Mehr sehen und sollen die drei ausschreibenden Städte

Digitized by Google

Januar 12. gemeinsam an Zweibrücken schreiben. Dies ist um so besser zu verantworten als alle Akten noch bei der heidelbergischen Kanzlei sind und das Direktorium dort so lange bleiben muss, bis es einem andern aufgetragen wird. — Es wird beschlossen, dem Schreiben anzuhängen, dass man es wegen weiterer Zahlung der Kontribution auf einen Unionstag stelle, der fürderlich ausgeschrieben werden möge; auch soll man dabei erinnern, dass man nichts bewilligen werde, ausser wenn den Gravamina abgeholfen wird.

7. Wegen des streitigen Direktoriums ist auf einem Unionstag zu verhandeln.

8. Administrationsstreit. Nürnberg begrüsst die Interposition der drei Fürsten[1]; dem gemeinen Wesen wird die Beilegung dieses Streits zum besten gereichen; Pfalzgraf Philipp Ludwig hat die jülicher Sache zu bedenken, die er ohne Kurpfalz' Zutun nicht durchbringen wird, denn die ausländischen Potentaten sehen vornehmlich auf jene. Schwierigkeit macht die Titelfrage, Zweibrücken begehrt den Titel des Administrators. — Ulm: Neuburg hat eine gute Sache, wird sie aber nicht durchsetzen; Frankreich hat Neuburg abgemahnt, der Herzog von Bouillon, als er zu Neuburg war, hat sogar stark gedroht. Die Sache gehört vor Kaiser und Kurfürsten, nicht vor die Union, obwol Neuburg deren Hilfe begehrt. Ulm gibt beiden Praetendenten den Titel.

10. Beisprung wider das elsässer Volk. Nürnberg findet die Hilfeleistung wider das elsässische Volk bedenklich, weil sie mit der elsässer Expedition zusammenhängt. Es ist dieselbe Frage, wie sie zuvor Ulm anregte, ob man beispringen solle, wenn einem Unierten wegen Jülich zugesetzt würde. Man könnte dadurch auch in die jülichsche Sache kommen. — Ulm: Hoffentlich ist das elsässer Volk jetzt abgedankt; Erzherzog Maximilian soll an den Markgrafen von Baden geschrieben haben, er wolle verordnen, dass das Volk über die Brücke zu Breisach geführt werde, so dass Baden jetzt hoffentlich ausser Gefahr ist. Wird aber gegen den willstätter Vertrag gehandelt,[2] so wird man sich der Sache annehmen müssen; man kann die Angrenzenden, Württemberg, Kurpfalz, Strassburg, nicht hilflos lassen; würde erst ein Stand unterdrückt, so kämen dann auch die andern daran.

11. und 12. Das kaiserliche Mandat und das mainzische Schreiben [vom 20. Dez.]. Nürnberg berichtet, dass wegen der Legation nach Prag nötig war,[3] an den Kaiser und beide Kurfürsten [von Mainz und Sachsen] zu schreiben, da die Abgesandten

---

[1] Ansbach, Württemberg und Baden hatten auf sich genommen, auf einem „Kommunikationstag" zu Schwäbisch-Hall, der am 20./30. Januar seinen Anfang nehmen sollte, den Streit zu vergleichen.

[2] Vgl. Briefe und Akten, III., no. 239 und J. Du Mont, Corps universel diplomatique, V., S. 147.

[3] Ueber die Schickung der Nürnberger nach Prag vgl. F. Stieve, Der Kampf um Donauwörth, München 1875, S. 417 ff. und Briefe und Akten, III., no. 218.

Digitized by Google

das, was ihnen wegen der Union und Donauwörth zugemutet worden war, nur zu Bericht genommen hatten und darum eine Erklärung im Namen des Rates geschehen musste. Die Schreiben und Antworten werden verlesen und das Gutachten der Ulmer darüber erbeten. Wegen des kaiserlichen Mandats, falls man es noch für kräftig halten will, wird an die Union selbst zu berichten sein. — Die Ulmer sind mit den Schreiben einverstanden. Januar 12.

13. Beantwortung des kurbrandenburgischen Schreibens. Nürnberg bemerkt nach Wiederholung des Inhalts: von der Union will man sich nicht sondern, wenn man in den Grenzen der ersten Verfassung bleiben kann; Zeit und Läufe sind jetzt gefährlicher als bei Aufrichtung der Union; wegen der Beschwerden sollte man freilich billig Bedenken haben, dabei zu verharren, wenn sie nicht remediert werden; daran kann man in der Antwort an Kurbrandenburg erinnern. — Ulm ist damit einverstanden.

14. Verlegung des Konvents der ausschreibenden Städte von Speier nach Heilbronn. Gründe: Weite des Weges; zu Speier lassen sich die Dinge weder vor den Papisten noch vor den Heidelbergern verhehlen; letztere würden hinschicken und das eine und das andere begehren; darum soll man die Zusammenkunft lieber nach Ulm oder Heilbronn legen. — Ulm ist für Heilbronn.

Schliesslich erkundigen sich die Ulmer, wie es mit den zu Passau arrestierten Kaufleuten und Waren gehalten wurde; ihre Bürger, die auch für 7000 fl. Schaden erlitten, geben vor, dass Nürnberg das Geld zur Auslösung hergegeben, ja beinahe geschenkt hätte, und begehren dasselbe vom ulmer Rat. — Nürnberg berichtet, dass die Stadt 11 000 fl. hergeliehen habe, weil die Relaxation trotz kaiserlichen Dekrets nicht unentgeltlich erfolgt sei; Ramée habe weder auf des Kaisers noch auf des Erzherzogs Befehle etwas gegeben sondern gesagt, er müsse Geld haben und wenn hundert Befehle, ja Gott selbst käme.

Volckhamer ermahnt noch, wegen der Beschwerden sich insgemein zu verwahren, treu zusammenzuhalten und beim Unionstag in grosser Zahl zu erscheinen, was beiderseits zugesagt wird. — Signatum 2. januar a. 1611. — Praes. 4. jan.

Nbg., Unionsakten, Bd. 39, f. 302; Kpt.[1]

16. Die Aeltern und Geheimen des Rats von Nürnberg an den Kurfürsten von Brandenburg. Januar 14.

In dem Schreiben vom 1./11. Dezember[2] ermahnen E. kfl. Gn. uns wegen der getroffenen Union beweglich zur Standhaftigkeit und versichern uns Ihrer Affektion gegen diese Stadt und gegen das evangeli-

[1] Ein [ulmer] Protokoll der nördlinger Besprechung in U., Unionsakta, vol. XIX., n. 1893.

[2] Vgl. S. 33, Anm. 3.

Digitized by Google

Januar 14. sche Wesen. Dank hiefür. Wir haben anfangs diesen Schirmverein und die nähere Korrespondenz einiger evangelischer Kurfürsten, Fürsten und Stände wegen der spanischen und päpstlichen Praktiken und wegen der beschwerlichen Hofprozesse für nützlich und verantwortlich gehalten und sind mit der Bedingung beigetreten, dass es eine politische und so umschriebene Defension sein solle, dass weder der Kaiser noch ein gehorsamer Stand des Reichs dadurch offendiert werde, die Reichsgesetze, besonders der Religionsfrieden in Kraft bleiben, im Votieren und Kontribuieren billige Gleichheit gehalten und keiner vor dem andern beschwert werde, auch fremde Potentaten und Privatsachen, die das gemeine Wesen nicht berühren, nicht hereingezogen werden sollen; wir sind auch entschlossen, bei so beschaffenem nützlichen und bei den beschwerlichen Läufen notwendigen Werk zu verharren. Eurer kfl. Gn. werden aber Dero Gesandte zu den Unionstagen berichtet haben und gibt es der Verlauf selbst, wie vielfach diesen Bedingungen und Schlüssen zuwider durch Einmischung der jülichschen und elsässischen Expedition, durch anderweitig verursachte Erschöpfung des Vorrats, durch Darleihen und dabei gefallene Drohungen, durch angemasstes Ueberstimmen, zumal aber durch praejudizierliche Partikularschlüsse die Städte als die geringeren beschwert, übereilt und vor andern über die Massen beladen worden sind, während die wichtigsten Rechnungen hinterzogen und die Restanten nicht eingefordert werden. Dies ist den Städten insgemein sehr bedenklich und werden wir besonders von denen, die wir zur Union erhandelt haben, deswegen jetzt beweglich erinnert.[1] Daher geben wir E. kfl. Gn. davon

[1] Vgl. S. 35, Anm. 1. Am 5./15. Januar brachten die von Nürnberg erforderten Gesandten der fränkischen Reichsstädte Rotenburg, Windsheim und Weissenburg a S. beim nürnberger Rat folgendes vor: Die Städte haben die Union bisher für ein nützliches und verantwortliches Werk gehalten. Sie sind eingetreten, da die ausschreibenden Städte dagegen kein Bedenken trugen, die Fürsten leidliche Quoten ansetzten, es bei der Defension bleiben lassen wollten und fremde Händel fern bleiben sollten, auch Gleichheit in den Voten und Lasten erhofft wurde. Dem entgegen ist aber der jülicher Erbstreit hereingezogen worden, obschon ihn die Städte sogleich von der Union ausschlossen; es wurde zum Einfall in das Elsass das Volk der Union auf deren Kosten gebraucht; die Einlagerung in die fränkischen Bistümer und die dabei gehaltene schlechte militärische Disziplin ist reichskundig. Dadurch wurden der Kaiser, das Haus Sachsen und andere Kurfürsten beleidigt, der Städte Entschuldigungen wollen bei niemandem haften und werden die Städte verdächtigt, mit den höhern Ständen unter einer Decke zu liegen; nicht einmal die zu Heilbronn versprochene Entschuldigung der Städte durch die höhern Stände ist erfolgt. Klage über die praejudizierlichen Partikularkonvente. Die Kriegskosten werden fast allein den Städten aufgehalst, denn die höheren Stände zahlen spät oder gar nicht. Unerhörte Bestallungen und Besoldungen werden erteilt, dagegen kann man keine Rechnungen von den höheren Ständen erlangen, weshalb einige Städte von vornehmen Personen gewarnt wurden, sich vorzusehen. Die drei fränkischen Städte haben auch nicht geglaubt, dass der Unionsvorrat so bald verbraucht werden würde. Hätten sie dies vorausgesehen und gewusst, dass die Grafen und Herren nicht in die Union aufgenommen würden, so wären sie gar nicht eingetreten. Sie finden sich dazu

Digitized by Google

Bericht, damit Sie neben den andern Kurfürsten und Fürsten fürderlicht auf einen allgemeinen Unionstag und auf erspriessliche Mittel denken, diesen unerträglichen Beschwerden gründlich abzuhelfen, „zuvorderst aber inskunftig alle unirte stände bei dem wahren intent und scopo, der angesehenen beschirmung des religion- und landfridens gelassen, die erschöpfung des vorrats auf den eussersten bedingten notfall in subsidium der craisshülfe und executionordnung gesparet, gleichmessige onera allenthalben getragen, auch mit den maioribus also verfahren werde, damit andere sachen, so für sich selbsten in die union nicht gehörig und durch sonderbare abschied davon bereit ausgeschlossen, auch nochmals per indirectum und durch gesuchte nebenweege darein nicht vermenget, nichts desto minder allenthalben richtige rechnungen erfordert, eingeschicket, der gebühr iustificirt, restanten eingeholet und in summa bei dem anfenglichen, verantwortlichen begriff der union also bestendig verharret und kein stand vor dem andern beschwert werde, als wir unsers teils alles dasjenige, dazu wir uns einmal verpflichtet, zu halten erpietig sein, allermassen es von unsern vorfahrn Gott lob auf uns geerbet.“ Januar 14.

Sonst und wenn solche Sachen, mit denen die Städte niemals zu tun gehabt und deren sie sich nie teilhaftig machen können und sollen, in den Verein gezogen werden, so werden bei der Beschaffenheit des Regiments eines jeden Ortes solche Gedanken aufsteigen, die wir gern vermieden sehen wollen. Wir teilen dies E. kfl. Gn. auf

---

zu schwach und unvermögend, können es den ausschreibenden Städten (die grosse Einkünfte und Handel haben) nicht gleichtun, sind durch die vieljährigen Reichs- und Kreiskontributionen bereits erschöpft, müssen die Unionsquoten [statt aus dem Aerarium] von den Bürgern und Untertanen erheben, was wegen der Missjahre und Teuerungen immer schwieriger wird, und sich in immer grössere Schuldenlast stürzen. Und da man [in den Städten] sich nicht so bereitwillig und einhellig sondern nur per maiora und „fast timide“ in die Union begeben hat und nun diese Beschwerungen vorkommen, so gibt es in den Ratskollegien allerlei Differenzen und ungleiche Gedanken, Unwillen und Ungeduld und könnte leicht hier oder dort ein Aufstand verursacht werden. Abgesehen von der Gefahr für die Aeltern und Geheimen und deren Syndici steigen auch allerlei Gedanken auf, wie es mit den Städten gemeint und was durch diese Union stillschweigend angerichtet worden sei. Das alles macht die drei Städte sehr bestürzt. Sie stellen ihre Sorge den Nürnbergern vor und hoffen, dass diese, die sie zur Union erhandelt haben, ihre Beschwerden desto mehr betreiben helfen werden. Um die höheren Stände die Ungeduld und den Unwillen der geringeren Städte merken zu lassen und um die Rechnungen auszubringen, schlagen Rotenburg und Windsheim vor, die schon erlegten sieben Monate zurückzuhalten und Zweibrücken die Beschwerden mitzuteilen. Sie fragen auch an, ob es wahr, sei, dass Landgraf Ludwig von Hessen die Reichsvogtei über alle Reichsstädte erlangt habe (Anbringen vom 5./15. Januar; Nbg., Unionsakten; Bd. 39, f. 341; Kop.). — Die Nürnberger antworteten am 8./18. Januar mit dem Hinweis auf die bevorstehende Zusammenkunft der ausschreibenden Städte; die Angelegenheit sei allen Städten gemeinsam und gehöre auf einen Unionstag. Die sieben Monate seien von Ulm bewilligt und von den rheinischen Städten schon erlegt; es könnten aber die drei Städte wegen der Zurückhaltung der Quote sich unmittelbar an Zweibrücken wenden (Nbg., a. a. O., f. 378; Kpt.).

Digitized by Google

Januar 14. Erinnern anderer unierter Städte und gemäss Ihrem Erbieten, alles zu tun, was in Ihrem Vermögen ist, mit. — Datum den 4. januarii a. 1611.

Nbg., Unionsakten, Bd. 39, f. 384; Kpt. von Oelhafen [1]

Januar 14. **17. Bericht des altenburgischen Rates Peter Fuchs an das Gesamthaus Sachsen über seine Verrichtung in Brüssel.**

Ankunft in Brüssel am 1./11. November. Auf des Erzherzogs Albrecht Befehl begab ich mich nach Bins bei Marienberg, wo ich durch Graf Octavio Visconti und Antonio Suarez, des Erzherzogs geheimsten Kammersekretär, empfangen wurde; am 8./18. hatte ich beim Erzherzog Audienz zu Marienberg, wobei ich mein Anbringen wegen der burgundischen Lehen in Jülich vorbrachte. Der Erzherzog erwiderte mit einem Glückwunsch zur Belehnung des Hauses Sachsen mit den jülichschen Landen; wegen der beständigen Affektion des Hauses Sachsen gegen das Haus Oesterreich, die er auch für künftig erhoffe, wolle er sich auf das Ansuchen zur Zufriedenheit des Hauses Sachsen erklären, das er gern zum Nachbar habe. Der Erzherzog bedauerte alsdann den Ausgang der kölner Handlung, freute sich aber, dass der Unglimpf davon den Gegnern verbleibe. — Da ich also des Erzherzogs gute Affektion gegen das Haus Sachsen erkannte, so konnte ich gemäss meiner Instruktion[2] ihm auch die andern Punkte derselben[3] mündlich und schriftlich vorbringen, worauf der Erzherzog erwiderte: er gönne Sachsen den ruhigen Besitz der jülichschen Lande gern; wenn es dazu gelange, wären die alten Verbündnisse zwischen den Häusern Burgund und Jülich zu erneuern; aber fürs erste wäre zu fragen:

---

[1] Am $\frac{\text{28. Februar}}{\text{10. März}}$ teilt der Kurfürst von Brandenburg die Antwort der Nürnberger dem Administrator der Kurpfalz mit der Bemerkung mit, „und bedeucht uns dieselbe weit auszusehen, also das zimblich gelinde zu verfahren sein will, da diese nicht gar abalieniert werden sollen“ (Mb., 419/4. f. 130; Or.).

[2] In Drs., l. 8807, 21. B. jül Sachen, f. 35 liegt das Or. der Instruktion des Herzogs Johann Kasimir von Sachsen-Coburg für Fuchs vom 1./11. November wegen der Belehnung mit den flandrischen Lehensstücken vor.

[3] Nebeninstruktion für eine geheime Werbung vom gleichen Tag (Drs., a. a. O., f. 37; Or.): Anfrage, was der Erzherzog zu tun geneigt ist, wenn das Haus Sachsen die vom Kaiser zu erkennende Exekution auf sich nimmt, da es nicht zweifelt, dass der Erzherzog die jülichschen Lande lieber Sachsen, das dem Hause Oesterreich so oft treulich gedient hat, als denen gönnen wird, die Oesterreich mehr Despekt als Respekt erwiesen haben. Das Haus Sachsen rechnet darauf, dass der Erzherzog auch die alten Verbündnisse zwischen Burgund und Jülich mit dem Hause Sachsen als belehnten Herrn der Lande fortsetzen wird, wie dieses Haus sie seinerseits noch erweitern will. — Eine dritte Werbung das. f. 41, Or.: zur Verwirklichung der Exekution bittet das Haus Sachsen den Erzherzog, ihm in den niederburgundischen Landen heimliche Werbungen zu verstatten, ihm einige vornehme Befehlshaber zu überlassen, ebenso einen Musterplatz und zwei Retiradeplätze.

Digitized by Google

wer die Exekution vornehmen solle und, wenn das Haus Sachsen meinem Anbringen nach damit beauftragt und die benachbarten Kreise als der rheinische und westphälische dazu ersucht würden, ob diese auch willig wären? wie stark sich Sachsen zu diesem Vorhaben „praesentieren" könnte? ob es sich nicht dabei eines Einfalls der Feinde in seine eigenen Lande zu befahren hätte? — Ich erwiderte: der Kaiser hat sich entschlossen, dem Hause Sachsen die Achtsexekution im Fall der Zerschlagung der kölner Handlung aufzutragen; Sachsen will aber den Kaiser in dieser Sache nicht weiter behelligen, bevor es nicht der Mittel zur Ausführung gewiss ist; daher will das Haus Sachsen zunächst hören, ob der Erzherzog sich diesem Wesen beipflichtig machen wird. Ist Sachsen dessen versichert, dann wollen sich die Fürsten beim Kaiser um endlichen Ausschlag in der Sache, wenn nötig, in der Person bemühen. Sachsen hat mit den Kurfürsten am Rhein und mit den Ständen des westphälischen Kreis gute Korrespondenz und findet dort Zuneigung, wie ich noch dieser Tage gespürt habe, so dass an deren Zutun nicht zu zweifeln ist; auch will es sich selbst mit solcher Macht gefasst machen, dass man conjunctis viribus auf alle Fälle den Feinden begegnen kann und die Last des Krieges nicht allein auf den Erzherzog fallen würde. Wegen Schutzvorkehrungen für das eigene Land ist alles Nötige vorgesehen. — Der Erzherzog erwiderte, er wolle sich wegen dieses und wegen des dritten Anbringens, heimliche Werbung in den niederburgundischen Landen zu gestatten, noch bedenken; ausserdem fragte er, ob Sachsen nach der Belehnung nicht an Frankreich und England geschickt habe, sie von fernerer Assistenz der Possidierenden abzumahnen, was vielleicht nicht fruchtlos wäre. — Ich: es ist vorläufig schriftlich geschehen. — Erzherzog: Was ist denn die eigentliche Ursache, dass Sachsen von so nahe Verwandten wie England und Dänemark verlassen wird? — Ich: Es ist die hergebrachte Devotion und Korrespondenz mit dem Haus Oesterreich; dazu besorgen jene, dass Sachsen die jülicher Lande dem Hause Oesterreich in die Hände spielen wolle; daher hofft Sachsen um so mehr, von Oesterreich nicht verlassen zu werden. — Der Erzherzog versprach, diese Devotion und Korrespondenz bei jeder Gelegenheit gegen das Haus Sachsen zu verdienen; dann fragte er nach dem gegenwärtigen Zustand der Liga und ob das Haus Sachsen sich nicht in dieselbe begeben möchten, um sich ihrer zu bedienen. — Ich: Der Kurfürst und die Fürsten sind dazu wol ersucht worden, sind aber noch nicht eingetreten; wenn es aber mit des Kaisers Belieben geschehen könnte und die Liga einer Erneuerung des alten Religions- und Profanfriedens gleich gehalten werden soll, so möchten der Kurfürst und die Fürsten künftig wol dazu geneigt sein und sich wenigstens deren Defensivhilfe bedienen. Der Erzherzog schwieg dazu; es schien ihm aber nicht übel zu gefallen. Also wurde ich entlassen. Januar 14

Darauf legte ich bei der Erzherzogin meine Werbung ab, die spanisch antwortete, was Graf Visconti ins italienische übersetzte.

Digitized by Google

Januar 14. Am 11./21. reiste ich nach Brüssel und hatte am 12./22. bei Spinola Audienz. Nach abgelegter Werbung dankte er für EE. kfl. und fl. Gnaden Schreiben und erinnerte gleichfalls an die alte Freundschaft zwischen den Häusern Sachsen und Oesterreich, zu deren beiden Besten dies Suchen angesehen sei. Seine Fragen waren dieselben wie die des Erzherzogs; besonders fragte er, ob dieser Sachen wegen EE. kfl. etc. Gnaden auch nach Spanien geschickt hätten; der König könnte Denselben hierin viel beständigere Assistenz leisten. — Ich: es sei meines Wissens nicht geschehen, vielleicht weil EE. kfl. etc. Gnaden dafür hielten, der König werde dem Erzherzog sein Belieben und Konsens zu dieser Sache bereits im allgemeinen gegeben haben, wie dieser ja auch den Kurfürsten von Köln und Trier, wenn sie von den Staaten oder sonst bekriegt würden, von sich aus Hilfe und Schutz zugesagt habe, ohne dass der König von den Kurfürsten ersucht worden wäre; wenn EE. kfl. etc. Gnaden aber vernähmen, dass die Ersuchung nötig sei, würde es an gebührender Verordnung nicht fehlen. — Spinola: Er sei nicht der Meinung, dass es nötig sei; der Erzherzog werde sich gewiss nach Möglichkeit willfährig erweisen; er wolle nach des Erzherzogs Rückkehr dessen Meinung erforschen und im übrigen mein Anbringen nach Kräften fördern.

Am 13./23. und 14./24. besuchte ich die vornehmsten geheimen Räte als Salinas, Vizepraesidenten des geheimen Rats, Nicolas de Montmorency, Chef der Finanzen, Ludwig Vereycken, Audienzierer, Pater Iñigo de Brisvela, ersten Sekretär und Peter de Damandi, burgundischen Kanzler, denen ich namentlich die Belehnungssache empfahl. Alle erboten sich wegen der Beziehungen der beiden Häuser zu allem guten.

Am $\frac{\text{24. November}}{\text{4. Dezember}}$ erst kehrten die Erzherzoge nach Brüssel zurück; ich besuchte die folgenden Tage Don Rodrigo Nivoylasso, conde de Añover, spanischen Kriegsrat und obersten Kammerherrn des Erzherzogs, Grafen Visconti, Kriegsrat und Kämmerer, Johann de Mancicidor, königlichen Kriegsrat und Sekretär und Suarez und bat um Beförderung meiner Sachen, worauf ich die besten Zusagen erhielt.

Am $\frac{\text{27. November}}{\text{7. Dezember}}$ teilte mir Suarez mit, der Erzherzog habe sich auf mein Anbringen bereits resolviert und die Sache an den deutschen Sekretär Fleckhamer verwiesen; doch werde man mir die Resolution vor der Ausfertigung zeigen, falls ich etwas zu erinnern hätte. Dazu liess mich Fleckhamer auch am $\frac{\text{30. November}}{\text{10. Dezember}}$ rufen und forderte mich hernach auf, die von mir erhobenen Einwände schriftlich beim Erzherzog anzubringen, wie auch am 1./11. Dezember geschah.[1]

[1] Der Bescheid des Erzherzogs vom 10. Dezember lautet: Freude über die Belehnung Sachsens mit den jülicher Landen. Bewilligung der nachgesuchten Belehnung mit den niederburgundischen Lehensstücken. Die Erneuerung der alten Verträge geschieht am besten, nachdem Sachsen die Possession der jülicher Lande erlangt hat. Einige geeignete Befehlshaber

Digitized by Google

Als ich wegen meines Memorials, das ich übergab,[1] auch mit Don Rodrigo sprach, versicherte der mich, dass sowol der König von Spanien als auch der Erzherzog gegen Sachsen allen guten Willen hätten; es habe sich aber der Erzherzog wegen der Assistenz nicht endlich erklären können sondern es auf den König schieben müssen, ohne dessen Vorwissen hierin nichts geschehen könne; doch dürfte deswegen heute noch ein besonderer Kurier nach Spanien abgefertigt werden, worauf hoffentlich bald ein günstiger Bescheid erfolgen werde. Januar 14.

Am 2./12. Dezember sprach ich auch mit Spinola wegen des Assistenzpunkts und bat ihn um Beförderung, damit der Erzherzog sich hierin etwas deutlicher erkläre. Er erwiderte wie Don Rodrigo: die den geistlichen Kurfürsten erteilte Resolution sei mit Bewilligung des Königs von Spanien geschehen und habe sich nur auf die Defensive bezogen; übrigens habe er meine Sache dem König und dem Erzherzog bestens empfohlen. Ich dankte und bat, da es zu Gewinnung der Zeit gut wäre, der günstigen Antwort schon jetzt versichert zu sein und da bei der Stimmung der erzherzoglichen Räte an der Bewilligung der Assistenz ohnehin nicht zu zweifeln sei, „ex praesumta voluntate I. kgl. W. die sachen dahin zu remediren", damit der Erzherzog sich deshalb in gewisseren Ausdrücken erkläre. Spinola versprach nochmals mit dem Erzherzog zu reden. Wegen der in der erzherzoglichen Resolution verweigerten Muster- und Retiradeplätze äusserte sich Spinola ebenso: die Sache könne nicht heimlich geschehen: sobald man

---

sollen zur Verfügung gestellt werden. Werbungen in den burgundischen Landen werden Sachsen zugelassen, Muster- und Quartierplätze können nicht eingeräumt werden, wol aber eine Stadt zur Einlagerung von Proviant und Munition. Das meiste von Sachsens Begehren hängt vom König von Spanien ab, bei dem der Erzherzog alle guten Dienste leisten will (Drs., l. 8807, 21. Buch jülicher Sachen, f. 100; Or.).

[1] Bitte, der Erzherzog möge sich gleichmässig wie wegen der Belehnung auch wegen der Assistenz erklären. Das Haus Sachsen hätte sich besonders wegen der vom Erzherzog den geistlichen Kurfürsten erteilten und Fuchs vertraulich kommunizierten Resolutionen eingebildet, der Erzherzog habe bereits des Königs Konsens, so dass er bei Weiterungen im Reich ohne weiters eingreifen könnte. Fuchs habe dem Erzherzog auch in der Audienz entdeckt, dass, bevor der Erzherzog sich erklärt, weder der Kaiser noch Sachsen ernstlich zu den Sachen thun könnten und dass Verzug den Gegner begünstige. Der Erzherzog möge sich also jetzt noch weiter erklären, wie dies den niederburgundischen Landen ja selbst zu Vorteil gereiche; Sachsen werde sich alsdann mit des Erzherzogs Gutachten dem König praesentieren. Wäre dies nicht zu erhalten, so möge der Erzherzog die Resolution aus Spanien möglichst befördern, auch einraten, wie die sächsische Sendung nach Spanien vor sich gehen solle. Was die Muster- und Retiradeplätze anlange, so sei allerdings richtig, dass die erzherzoglichen Lande mit Garnisonen so stark belegt sind, dass es zu andern Quartieren und Musterplätzen keine Gelegenheit gebe. Es könnten aber die in Niederburgund bewilligten Werbungen keinen Nutzen haben, wenn man die Musterplätze ausser Landes suchen müsste, auch würde das sächsische Vorhaben zu offenbar werden; eine ähnliche Erlaubnis sei Erzherzog Leopold als kaiserlichen Kommissar erteilt worden. Wiederholung der Bitte (Drs. a. a. O., f. 86; Kop.).

Digitized by Google

Januar 14. würbe und Musterplätze anstellte, würde es den Nachbarn böse Gedanken machen und auch sie zu Werbungen bewegen; das sei ohne des Königs Wissen nicht zu verantworten. Dazu wären die Lande durch die langen Kriege verderbt, die Untertanen hätten dem Erzherzog eine gewisse Summe gezahlt, dass er sie dafür mit Quartieren verschone; selbst des Erzherzogs Bruder habe im vorigen Jahr kein Winterquartier haben können. Es sei kein Grund, auf diesen Punkt jetzt so sehr zu dringen; denn wenn der König erklärt, Sachsen mit einem Heer öffentlich beizustehen, so werde der Erzherzog noch etwa 10 000 Mann annehmen müssen und dann für andere Soldaten im Lande schwerlich Platz sein; würde der König dem Hause Sachsen aber sonstwie helfen wollen, so wäre noch Zeit genug, sich deshalb zu entscheiden. Er wisse nicht, ob es Sachsen zu raten sei, sich vor dem Eintreffen der königlichen Resolution der Exekution zu unterziehen; ebenso widerrate er, dass EE. kfl. etc. Gnaden an zwei Orten ein Heer aufstellten, denn abgesehen von der Konfusion gehöre dazu ein grosses; wenn der König sich mit einem Heer der Sache beipflichtig machen würde, müssten die Heere völlig getrennt bleiben, der König diesseits, Sachsen jenseits des Rheins seiner Zeit den Feind angreifen. Er würde dem Erzherzog eher raten, Sachsen mit des Königs Heer beizustehen als die Muster- und Rückzugsplätze zu gestatten, da so viel Nachteil daraus entstünde. — Ich suchte diese Argumente nach Möglichkeit zu entkräften und widerholte meine Bitten.

Am 5./15. war ich bei Spinola geladen, der sich nochmals zu allem guten erbot und dabei äussert, er merke, dass der Erzherzg „ein grosses Obligo“ von dem Hause Sachsen auf sich trage, wie das nach Spanien gerichtete Schreiben zu erkennen gegeben habe; hoffentlich werde bald gute Resolution darauf folgen.

Am 6./16 erfuhr ich, dass die Expedition der Belehnungssache an den geheimen Rat verwiesen worden sei; ich wandte mich deshalb an den ältesten Rat Wilhelm de Greisster, da Salinas dieser Tage gestorben war und wurde an den niederländischen Sekretär Philipp Pratz weiter verwiesen. Am 8./18. erhielt ich von Pratz zwei verschlossene Schreiben an den brabantischen und burgundischen Lehenhof. — Schilderung der Belehnung.[1] — Reise nach Gent und Brügge wegen der Belehnung mit den Herrlichkeiten Bresgensant und Wienenthal. — Am 26. Dezember 1610 / 5. Januar 1611 erfolgte die Abschiedsaudienz zu Brüssel. — Am Abends besuchte mich Graf Boucquoy und erbot sich dem Hause Sachsen zu Diensten, da die Erzherzoge und der König EE. kurfürstlichen etc. Gnaden Begehren stattgeben würden; die gesuchte Assistenz komme mehr als Sachsen dem Könige und den Erzherzogen zu gute:

[1] Vgl. Joh. Seb. Müller, Annales des chur- und fürstlichen Hauses Sachsen, Weimar 1701, S. 258.

Digitized by Google

Das Haus Sachsen könnte sich auch ohne die jülichschen Lande fürstlich erhalten; wie es aber den Erzherzogen ergehen würde, wenn diese Lande in die Hände der Gegner fielen, wäre leicht zu ermessen. Spanien habe bisher zu sehr seiner Macht getraut und sich mit den deutschen Fürsten nicht viel eingelsssen; Kursachsen sei aber ein mächtiges Haus, das sich seit langem besonders dem Hause Oesterreich treu erwiesen habe; mit dem müsse man sich in gutes Verständnis einlassen und ihm in billigen Dingen beispringen; die Resolution aus Spanien werde demgemäss ausfallen. — Datum Coblenz den 4. jan. a. 1611. Januar 14.

Drs., l. 8807, 21. Buch jülicher Sachen, f. 1; Or.[1]

18. Zuñiga an König Philipp III. Januar 15.

König Matthias bittet durch die beiliegende Depesche [fehlt] dringend um die Unterstützung E. M.[t] „A sido terrible resolucion esta de meter el emp.[or] su gente en la Austria superior" und völlig gegen die mit Interzession E. M.[t] und des Papstes und mit Bürgschaft der Erzherzoge, Kurfürsten und anderen Fürsten zustande gekommenen Verträge. Alle Länder unter Matthias werben „y los Bohemios requeridos del las han pedido licencia para armar." Im Auftrag des Kaisers haben ihnen gestern Erzherzog Leopold und der Landgraf von Leuchtenberg geantwortet, der Kaiser habe den Herzog von Braunschweig und den Grafen Zollern[2] nach Wien geschickt, um dem König zu sagen, sein Wunsch sei niemals gewesen, dass das Volk dessen Ländern Schaden thue; die Böhmen möchten die Antwort des Königs erwarten „y sino se quietase, entonces daria licencia." Heute sind die Böhmen entschlossen, ihm zu sagen, dass sie nicht darauf warten werden und kein Mittel sehen, das Volk zu befriedigen. „El emp.[or] se pone en esta guerra con tantos enemigos sin tener un vasallo obediente ni principe ni persona humano que le ayude ni consejero que no

---

[1] Am $\frac{\text{30. Januar}}{\text{9. Februar}}$ wurde Fuchs abermals nach Brüssel entsendet, um die Besitzergreifung zu vollenden. Zum Dank für die geleisteten Dienste hatte der Gesandte Spinola und Boucquoy des Kurfürsten „gesellschaft, so wir niemandes als unsern gar guten und wolaffectionirten freunden, räten und dienern zu geben pflegen, zu einem stets wehrenden gedechtnus zu uberantworten" (Drs., l. 8807, 21. Buch jül. Sachen, f. 270; Kpt.).

[2] Die erste Nachricht von der Schickung des Reichshofratspraesidenten Grafen von Zollern nach Wien gibt der bairische Agent Wilhelm Bodenius in seinem Bericht an Herzog Maximilian vom 10. Januar 1611 (Mc., Entstehung, Fasz. III, no. 26., f. 11; Or. eigh.) — Die kaiserliche Instruktion für Braunschweig und Zollern vom 7./17. Januar ist gedruckt im Gründlichen Bericht etc., S. 205 und in den Copeyen und Abschriften, no. 2. Der in Wi., I. A. 1., Ka. 2991 erliegende Auszug der Instruktion mit Braunschweigs und Zollerns eigenhändiger Unterschrift und dem Datum vom 20. Januar 1611 ist der vor König Matthias gehaltene Vortrag.

Digitized by Google

Januar 15. sea falto de juicio natural, ora por loco furioso, ora por simple del todo; digo consejero de los que entienden en este negocio (que del consejo de estado no se haze ningun caso), tiene gran parte la astrologia y se han hecho mercedes a los que han pronosticado que el rey Matthias a de ser preso esto año.[1] Yo he profesado siempre que no sentia bien desta gente de guerra que juntaba el emp.or y que tenia esta leva por muy contraria al servicio mismo de S. M.d ces.a Y con cuidado lo e dado a entender asi en conversaciones, porque ha convenido y conviene muchisimo que no se venga al hazer esta guerra de religion, ni entiendan los hereges que V. M.d favorece una empresa tan desvaniada. El tratar de tener audiencia del emp.or y hablarle sobre este negocio ni que vea papel mio, es negocio imposible. Al s.or archiduque he ablado diversas vezes, todo es admirarse de que el rey Matthias reciba disgusto de que el exercito del emp.or entre en sus provincias y dize que van a Juliers a ayudar al duque de Saxonia, que es como encaminar a Aragon la gente que hubiese de marchar a Portugal; pero danse a entender S. A. y los que le traen embaucado que todos los otros, con quien hablan, son mentecaptos. Embio me a llamar tres o quatro dias a muy negociado con que el duque de Saxonia ofrece seis mil infantes y dos mil cavallos para lo de Juliers, paraque se junten con el exercito del emp.or de que S. A. a de ser general y mandome que luego lo escriviese a V. M.d, paraque tubiese por bien que el conde de Buquoy, general de la artilleria de Flandes, viniese a ser su teniente general. Preguntando que medios tenia el emp.or, no parecio que avia ninguno y asi dixe a S. A. que me parecia, se podia ir de espacio en esta peticion del conde de Bucoy, peroque en todo lo que V. M.d pudiese buenamente complazer al duque de Saxonia, lo haria por el respeto que avia guardado y guardaba al emp.or en todas ocasiones. Voy con cuidado en esta materia de Saxonia, quando trato con el s.or archiduque y los suyos." — De Praga 15 enero 1611.

Sim., Fasc 2497, f. 204; Or.a

---

[1] Von dem Einfluss der Prognostika auf Rudolf II. berichtet auch der pfalz-neuburgische Agent in Prag, Dr. Gregor Silbermann, an Pfalzgraf Philipp Ludwig am 1./11. Dezember 1610: darnach soll der Kaiser in der Furcht schweben, aus Prag verjagt zu werden, weil ein Prognostikon (dessen Druck nicht mehr zu haben sei) verkünde, dass ein Wolf, der Passau bedeute (denn Passau führt den Wolf im Schilde), den Löwen, Böhmen, angreifen und ihm hart zusetzen werde; ein schneller Hirt, den man auf König Matthias beziehe, werde dem Löwen beispringen, nicht nur den Wolf abtreiben, sondern auch den Adler verjagen (Ma., 299/18, f. 71; Kopie).

[2] Obiges Schreiben Zuñigas wurde am 3. März 1611 vom spanischen Staatsrat gesondert vorgenommen. Der Comendador mayor de Leon beklagt, „que esta discordia esta muy adelante y es muy perniciosa, no solo para los hermanos, que todos se van revolviendo y encontrando con ella, pero para la christianidad particularmente en Alemania y Italia; que al principio parecio que el rey de Ungria reparo poco en el respeto debito al emp.or su hermano, despues trato de capitular y hazer la concordia, aunque mas de fuerza que de grado y agora pide socorros de V. M.d contra la gente del emp.or

Digitized by Google

19. Herzog Maximilian von Baiern an den Kurfürsten von Mainz. Januar 15.

Donnersberg hat uns über seine Verrichtung bei E. L.[1] Bericht erstattet. Wir ersehen daraus, dass E L. zu baldiger Ausschreibung eines Bundestages geneigt sind, dass Sie sich aber mit dem Hause Sachsen wegen dessen Einnahme in den katholischen Bund bereits so weit eingelassen haben, dass es die Einladung zum nächsten Bundestag erwartet, weshalb Sie sich wegen eines solchen nicht eher erklären können, bevor wir uns unsererseits wegen der Einnahme Sachsens erklärt haben; E. L. ziehen auch erhebliche Gründe an, warum die verbündeten katholischen Stände sich mit dem Hause Sachsen und andern gehorsamen evangelischen Ständen in ein „gleichmässiges Verständnis" einlassen sollen. Wir lassen uns dies nicht entgegen sein und wollen gern befördern helfen, „dass ein gueter vertreulicher verstant" zwischen den katholischen und den gehorsamen protestantischen Fürsten zur Erhaltung des Religions- und Profanfriedens und zur Herstellung der Einigkeit im Reiche geschaffen werde; denn es ist bekannt genug, wieviel

---

amotinada y tambien el agente, que tiene en esta corte, representa los inconvenientes de no acudir luego a aquello y ya se vee, quan grandes se pueden seguir de que no se acomoden los hermanos que se le podia escrivir a don Balthasar que ponga mucho cuidado en esto y se le embie copia del papel que ha dado el dicho agente, paraque lo sepa y de la salida, que le pareciere mas conveniente advirtiendole que busque camino qualquiera que aya, aunque sea de echadizos astrologos, pues estan tan acreditados con el emp.or, paraque entienda que no puede hazer cosa tan contra si como faltar a su palabra, pues si para mover armas ha menester tantos, que le ayuden si venque falta su palabra, quien se llegava a el y se le de a entender bien esta verdad por los mejores medios que se pudiere ya que no se puede hazer alli lo que en Francia, donde aquella reyna oye y sigue el parecer del embaxador de V. M.d que al dicho rey Mathias y a los archiduques se les responda con buenas palabras generales remitiendose a don Balthasar, a quien se podran embiar las cartas, paraque las de y el estienda la creencia dellas, como y quando le pareciere." — Marques de Velada: „Zuñiga es tan platico de todo lo de alli y de los humores de cada uno que se le puede remitir la forma de acomodarlo segun el estado de las cosas"; der Papst soll einen eigenen Nuntius zur Beilegung des Streites senden. — Der Herzog del Infantado bedauert gleichfalls den Zustand in Deutschland und befürchtet den gänzlichen Untergang des Hauses Oesterreich; man sehe deutlich „que el s.or archiduque Leopoldo es la levadura destas discordias, pues es el consejero del emp.or y el rey Mathias esta muy descontento con razon, aviendole faltado a la palabra"; es sei notwendig, sofort alle Vorkehrungen zur Unterdrückung des nicht erst drohenden sondern bereits ausgebrochenen Brandes zu treffen; „pone en consideracion, si seria bueno embiar persona a ello o procurar que el emp.or oyese a don Balthasar y si huviese de ir persona que fuese subordinada a el y no saliese de lo que le dixese"; der Papst, dem alles durch den spanischen Botschafter de Castro mitgeteilt werden soll, möge einen besonderen Legaten senden. — Der Herzog von Albuquerque schliesst sich dem Comendador mayor an, wegen der Sendung eines eigenen Legaten dem Marques von Velada (Sim., Fasz. 709, f. 191).

[1] Vgl. no. 4.

Digitized by Google

Januar 15. die Freundschaft unseres Ahnherrn Albrecht mit Kurfürst August von Sachsen dem Reiche genützt hat. Damit aber beim Bundestage „die sachen mit bestant und allerseits gueter satisfaction ablaufen mögen", ist nötig, sie vorher mit allen Bundesständen zu erörten; sollten Sachsen und sein Anhang „alssgleich erfordert und der mitverainigung halben nit darauf incontinenti villeicht ain schluss beschechen", so würde statt der gesuchten Einigkeit nur Misverstand und Unglimpf entstehen. Wir hoffen übrigens, dass die Bundesstände dem Begehren Sachsens um so weniger entgegen sein werden, als es dem Bunde selbst nützlich ist. Da aber die Abhaltung eines Bundestages, ausschliesslich zur Richtigmachung der Bundesrechnungen und zur Beratung, wie zur Erstattung unserer und Augsburgs Vorschüsse zu gelangen, unumgänglich nötig ist, so überschicken wir das Ausschreiben zu einem solchen zur Mitfertigung.[1] Bei dieser ersten Versammlung kann über Sachsens Ansuchen Beschluss gefasst und dann ein neuer Bundestag zur Erledigung der zu Augsburg ausgesetzten Punkte angesetzt und Sachsen dazu geladen werden. Dass es zu dem ersten Tage nicht zugezogen wird, kann Sachsen nicht übel aufnehmen, da dieser nur Vergangenes betrifft und es daher, selbst wenn es schon Mitglied wäre, nicht an ihm teilnehmen könnte.

Datum in unserer statt München den 15. januarii anno 1611.

Nachschrift. „Obwolen E. L. in dero unserm obristen canzler ertheilten schriftlichen resolution under andrem melden, dass des hern churfürsten zue Sachsen ersuechen der pabstlichen Heil.t nuncius und kgl. W. in Hispanien ambasciator zue Prag nit improbiern, so lassen doch E. L. wir abschrift hiemit zuekommen wass desswegen uns obbesagter orator hierunter antwortlich angefügt,[2] auch wol vermuetlich andern buntsstenden gleicher gestalt zu versteen geben: darauss abzuenemen, das man umb desto mehr ursach, disfalls collegialiter zu verhandlen und diesen punct zuvor richtig zu machen." — E. L. haben auch Donnersberg mündlich entdeckt, dass Derselben die von unserm Gesandten zu Heidelberg abgelegte Werbung von Innsbruck aus mitgeteilt worden ist; auch Erzherzog Leopold hat uns Abschrift davon zugeschickt;[3] wir übersenden unsere an den Erzherzog Leopold gerichtete

---

[1] Ausschreibung eines Bundestages nach Würzburg für den 13. März zur Prüfung der Bundesrechnungen, zur Tilgung der von Baiern und Augsburg geleisteten Vorschüsse und zur Aufnahme Sachsens in den Bund, datiert vom 15. Januar (vgl. S. 26, Anm. 1). Da der „Kommunikationstag" zu Frankfurt (vgl. no. 6) auf den 20. Februar verschoben wurde, hielt man wegen Sachsen mit der Verschickung der Ausschreiben zum Bundestag bis zu dieser Zusammenkunft ein und schob diesen selbst hinaus (Kurmainz an Kurtrier am 1. Februar: Wmz., Religionsakten, Band 12, No. 8; Kpt.).

[2] Vgl. no. 3.

[3] Vgl. no. 12.

Digitized by Google

Antwort und stellen E. L. anheim, sie nach Innsbruck weiter mitzuteilen. — Praes. Aschaffenburg 24. jan. 1611.

Mc., Entstehung, Fasz. V., n. 35, f. 32; von Donnersberg umgearbeitetes Kpt. Lackners; — Wmz., Religionsakten. Fasz. 11, n. 131; Or.[t]

20. Herzog Maximilian von Baiern an P. Richard Haller. Januar 15.

Auf ein Schreiben vom 1. November 1610. Ratschläge wegen der Behandlung einer überschickten Stuccoarbeit.

„Es werden E. Erw. nunmehr auch aus der unlangst hineingeschickten relation vernomen haben, was es dieser zeit mit der Catholischen bindnus für ain beschaffenhait und in quibus terminis dasselbe werk bestehe. An meinem getreuem eufer, vleis und sorgfeltigkait für die catholische religion und gemaines vaterlands wolstand habe ich an mir nichts lassen erwinden sonder mein eusseristes darbei gethon.

Das dan I. M.[t] ainer verzaichnus in materia der hazienda in secreto begern,[2] wissen E. Erw. selbst, das zwischen den weitschichtigen spänischen, auch andern Irer kgl. M.[t] königreichen und provincien, dann den hieigen landen, sogar in Teitschland selbsten zwischen disen und jenen örtern, denselben regierungen und politischem stado ain grosser und merklicher unterschid, auch vil in ainer, aber nit in den andern sich practiciern lasst, und da man die beschaffenhait sambt allen circumstantien nit gründlich waiss, von ainem und anderm zu discuriern fast schwer und allerseits bedenklich, wie entgegen niemand mer die defect und mengl procaviern und remediern kan als

---

[1] Am 17. Januar fertigte Herzog Maximilian seinen Oberstkanzler Donnersberg an Erzherzog Ferdinand nach Graz ab und liess diesem die Resolution von Mainz samt der obigen Antwort und dem Schreiben Zuñigas, das den Anschauungen von Kurmainz über die Haltung Spaniens in der Frage der Aufnahme Sachsens widerspreche, mit der Bitte mitteilen: der Erzherzog, der schon am 28. Dezember 1610 wegen der Aufnahme Sachsens allerlei Bedenken geäussert habe, möge ihm, dem Herzog, das Ergebnis seines weiteren Nachdenkens mitteilen, besonders ob es nicht dem König von Spanien allerlei Gedanken verursachen würde, wenn, ohne dessen Resolution einzuholen und abzuwarten, die Aufnahme Sachsens bei nächstem Bundestage erfolgen würde (Ma., 346/36, f. 29; Kpt. von Lackner). Der Erzherzog stimmte diesem Bedenken zu und wünschte, dass hierin nicht nur mit Spaniens sondern auch mit des Papstes Vorwissen gehandelt werde (Herzog Maximilian an den Koadjutor von Köln am 14. Februar; Ma., 39/22, f. 26; Kpt.

[2] Richard Haller S. J., Beichtvater der König in Margarete von Spanien, hatte u. a. an den Herzog geschrieben: „Weil J. M.[t] die kunigin sehen, wie ubel man allenthalben ihrem hern dem kunig hauset und was für groses inconvenientes und schaden der Christenheit daraus entstehe, haben sie mir gnedigst bevolen, E. D.[t] in ihrem namen zu bitten, dass Sie einen erfahrnen in dieser materi aus E. D.[t] dienern bevelen wöllen, J. M.[t] in secreto und für sie allein kürzlich zu verzeichnen die fürnembste mittl und weg, durch welche E. D.[t] Ir hazienda zu disem guten stand, darin sie sich mit general ruem und nutz befinden, gebracht haben. Werden E. D.[t] Irer M.[t] ein sonders gros gefallen daran thun und verhoffentlich durch I. M.[t] diser monarchei nit wenig darmüt nutzen.“ (Ma., 292/9, f. 278; Or. eigh.)

Digitized by Google

Januar 15. der, welcher dieselben in dem werk sicht, warnimbt und die mitl darzu vor der hand hat. [Mich hat mörkhlich geholffen ein steiffes propositum, alle vnnotwendikheiten abzustellen, item dass ich selbs zu meinen sachen gesehen, die rechnungen selbs gelesen vnd wass ich für mengl dabei gefunden, geandet, bericht genommen, der sachen remediert, auch den mittlen, das einkhommen debito modo zu uerbössern, selbst nahgedacht; vnd ist in hac materia das sprichwort ganz wahr: oculus domini saginat equum. Ess wird das maiste an I. M.[1] resolution selbs gelegen sein, dass sie gedenkhen, dass die rehte reputation vnd grandezza nit in dem spendiern sonder in dem wolspendiern vnd gespärikheit stett; dann vil khlaine machen ein gross vnd von vilen hunderten entspringen vil tausent vnd auss den tausenten werden die milliones, vnd ein fürst, so nit bei diser itzigen bösen welt reich ist, der het khein authoritet noch reputation, vnd wo dise 2 nit sein, da muss das publicum bruchen leyden. Ich hab gleichwol den brauchen, dass alle monat ein jeder pfening, so bei meinem zolamt oder hazienda ein vnd aussget, mir ordenlich verzaichnet muss zugestelt werden; da khan nun nit sich baldt ein verlogenheit oder untrew verbergen; dan wo ich ein bedenkhen finde, muss mans incontinenti erleittern; also auch, da in der einnamb sich ein vnderschid oder abgang befindt, khan man gleich denselben merkhen und alssbalt nahsuchen, woher er sich nimbt, also auch wie solhem zu remediern oder dabei sonsten wass zu uerbössern. Dass ich nit mer satisfaction in diser materia gib, werden E. Erw. aus vorangerehten vrsachen mich entschuldigen"].[1] — Datum in meiner statt München den 15. januarii a. 1611.

Ma., 292|10, f. 1; Kpt. von Pichler mit eigenhändigem Zusatz des Herzogs.

Januar 16. **21.** Bericht des Karl Freiherrn von Wolkenstein an Erzherzog Maximilian über seine Schickung nach Udenheim und Heidelberg.

Am 24. Dezember erhielt ich E. fl. D.[t] Befehl und traf am 30. in Udenheim ein. Gegenstand der Besprechung mit dem Bischof von Speier war vornehmlich die bruchsal-udenheimische Sache,[2] in der er Dero Fürwort erbat. — Am 2. Januar kam ich nach Heidelberg. Noch abends lud ich Lingelsheim zu mir, der im Gespräch äusserte, wenn nicht das leopoldische Volk im Elsass und Passau etwas errege, werde man wol Frieden in diesem Jahre haben; es heisse aber, man wolle dies Volk nicht abdanken und noch das mailändische Volk ins Reich kommen lassen; in diesem Fall müsse man daran denken, dem Unheil zuvorzukommen. Neulich seien deswegen die Gesandten der Kurpfalz,

[1] Eigenhändiger Zusatz des Herzogs.
[2] Vgl. Briefe und Akten, VI., no. 384 und F. X. Remling, Geschichte der Bischöfe zu Speyer, II., Mainz 1854 S. 431 f., 452 f.

Digitized by Google

von Baden, Ansbach, Württemberg, Strassburg, Worms, Speier und Lindau Januar 16.
beisammen gewesen und hätten Defensionsmassregeln gegen das elsässer Volk beraten.[1] Dabei schlug ich auf den Busch, was der Gesandte des Königs Matthias[2] bei dieser Versammlung zu thun gehabt hätte und weshalb ein Ausschuss der Gesandten zu ihm geschickt worden wäre. L. wollte davon nichts weiteres wissen als dass der Gesandte zufällig in demselben Wirtshaus abgestiegen wäre, in dem die städtischen Gesandten wohnten, von denen jener den strassburger Syndikus aus Italien her gekannt habe. Der königliche Gesandte habe in Heidelberg kondoliert und erzählt, dass die österreichischen katholischen Stände ihn gewarnt hätten, sich vorzusehen, damit er beim Kaiser nicht in Ungnaden komme; er soll geantwortet haben, er komme nur den Befehlen seines Königs nach. Der Gesandte erzählte L. auch, Matthias habe einen Gesandten wegen der Kondolenz nach Frankreich geschickt und dabei begehrt, dass den Protestierenden von dort kein Beistand mehr geleistet werde, denn die Versprechen des ermordeten Königs seien bereits erfüllt; ausserdem habe er den König und die Königin bitten lassen, bei den Kurfürsten und Fürsten des Reichs das beste zu thun, damit er zum römischen König erwählt werde. Darauf sei ihm zur Antwort geworden: Frankreich wolle die alte Korrespondenz mit den deutschen Kurfürsten und Fürsten fortsetzen und könne sie nicht hilflos lassen; wegen der Wahl werde man des Anbringens eingedenk sein. Der Gesandte sei sehr unzufrieden aus Paris abgereist.

Am 5. erhielt ich in Gegenwart des Grosshofmeisters Grafen von Solms und des Kanzlers von der Grün Audienz beim Administrator zur Ablegung der Kondolenz, darauf hatte ich sie bei der Kurfürstin-Witwe im Beisein der kurfürstlichen Kinder. Abends bei der Tafel sagte mir der Administrator, man hätte erwartet, E. fl. D.[t] würden heraus ins Reich reisen; dann fragte er, ob und wann das mailänder Volk ins Reich komme, ob das passauer Volk abgedankt sei, ob es nach Tirol wolle, auch von Jülich sprach er. Endlich konnte ich auch der bruchsaler Angelegenheit gedenken, wobei der Administrator sagte: „Ihr Catholische, seit Ihr nur ruwig, wir wollen gern fried halten.“ Ich erwiderte, wenn man den Katholischen täglich das ihrige nehme, wie man da ruhig sein könne. Der Administrator sprach auch von Donauwörth und Kaisersheim und weshalb der Kaiser Sachsen mit Jülich belehnt habe, worauf ich nur auf die Deduktionen verwies; wegen der Belehnung meinte ich, der Kaiser habe damit zeigen wollen, dass er die Lande nicht für sich behalten wolle.

Am 7. besuchte mich noch von der Grün, dankte abermals für die Kondolenz und bat um Fortsetzung der Korrespondenz sowie um E. fl. D.[t] Interzession, damit der fünfzehnjährige Kurerbe vom Kaiserbelehnt werde;

---

[1] Vgl. Briefe und Akten, III., no. 294.

[2] Gemeint ist Gundaker Freiherr von Polheim. Nach dem Diarium Christophs zu Dohna war P. vom 8. bis 15. Dezember in Heidelberg (Schl., no. 429, eigenhändige Aufzeichnung Christophs).

Digitized by Google

Januar 16. dann stünde es ihm frei, sich des Rats eines seiner Vettern zu bedienen, wodurch der Friede erhalten bleibe; es werde deshalb in kürze Colli und noch ein Rat nach Prag geschickt werden,[1] um beim Kaiser die Belehnung zu erbitten; wegen der Herauskunft des mailänder Volkes, besonders der madruzzoschen Regimenter lasse der Administrator E. fl. D.[t] bitten, dies verhüten zu helfen. Ich erwiderte: E. fl. D.[t] würden am kaiserlichen Hof und sonst gewiss alles, was Kurpfalz dienlich sei, befördern, aber man möge in andern Sachen dem Kaiser nicht aus Handen gehen; eben jetzt wäre Gelegenheit, um dem Kaiser und dem Haus Oesterreich die gebührende Observanz zu bezeigen; es heisse aber, die letzte Zusammenkunft zu Speier sei wider den Kaiser und das Haus Oesterreich angesehen gewesen und sei daselbst beraten worden, wie man dasselbe unterdrücken könne; ich glaubte zwar nicht daran; aber dem Kaiser und den Erzherzogen werde es Nachdenken verursachen. — Grün verstummte und sagte dann, das müssten böse Leute sein, die mit Fleiss die grossen Herrn zusammenhetzten; man habe stets zum Hause Oesterreich gehalten, Lingelsheim habe mir die Ursache dieser Zusammenkunft angezeigt; so weitaussehende Sachen liessen sich überhaupt nicht durch Doktoren und Räte beraten, auch wenn man diesseits wirklich zur Unruhe geneigt wäre und das Kriegsvolk nicht abgedankt hätte. — Ich selbst glaube, dass dies Geschwätz blosse Erfindung ist. — Mit den kaiserlichen Räten ist man nicht zufrieden und beklagt die langsamen Audienzen und anderes. Datum Mergentheim den 16. januarii a. 1611. — Praes. 23. jan. 1611.

Jb., Ambraser Akten, Missiven von 1611, n. 40; Or.

Januar 16. **22.** Das Gesamthaus Sachsen an den Herzog von Braunschweig.

Auf das braunschweigische Gutachten vom 15./25. Dezember,[2] worin verschiedene Diffikultäten wegen des Eintritts des Hauses Sachsen in die katholische Union und wegen des jülichschen Wesens

[1] Die Instruktion für den kurpfälzischen Hofrichter Hippolytus a Collibus zur Sendung nach Prag ist schon vom $\frac{\text{24. Dez. 1610}}{\text{3. Jan. 1611}}$ (Mb., 101/4, — Kpt.) datiert.

[2] Vergl. S. 18, no. 7, Anm. 3. An dies Gutachten des Herzogs von Braunschweig knüpfte sich noch eine verdriessliche Auseinandersetzung; schon am 11./21. Januar beschwerte sich das Gesamthaus Sachsen beim Herzog, dass das Gutachten neben dem Begleitschreiben von Prag mit der „Ordinari-Zeitung" nach Leipzig geschickt und dort verbreitet worden sei (Drs., l. 8807, 21. Buch jülicher Sachen, f. 373; Kpt.); am 7./17. Februar berichtete Peter Fuchs aus Köln, dass Abschriften des Gutachtens aus Leipzig, Prag und Wien an vornehme Leute hier mitgeteilt worden seien und grosses ärgerliches Nachdenken verursachten (Drs., a. a. O., f. 399; Or.); am 27. Februar besitzt auch der Kurfürst von Mainz eine Abschrift und beschwert sich beim Landgrafen Ludwig von Hessen-Darmstadt über des Herzogs Mistrauen gegen die Katholischen (Da., VIII. Abt. I., com. 10; Or. eigh.). — Die Sache wurde

Digitized by Google

angezogen werden. „Was dan die union und zuesammensezung mit den Catholischen anbelangt, werden E. L sich freundlichen entsinnen, wie oft und viel Sie uns den churfursten und unsere geheimen räthe zu Praga daran erinnert, dieselb approbiret und ermahnet, uns darvon nicht zu entziehen. Wir seind auch nochmals der meinunge, wan dieselb uf erhaltunge der kaiserlichen hoheit, handhabung der justiz, auch religion- und prophanfrieden und dahero erfolgenden friedlichen zuestand im heil. reich gemeinet und gerichtet bleibt, wie wir dann von den catholischen ständen bis auf diese stunde nichts anders vormerken können, dass wir allesambt mit ihnen albereit im religionfrieden stark gnug verbunden und derowegen nicht ursach haben, uns auf evangelische oder catholische uniones zu legen oder deren zu gebrauchen. Were uns auch nichts liebers, dann dass man bei solchen mitteln als legibus imperii bliebe und sich beederseits aller nebenwege enthielte, darunter es an unserm wohlmeinenden erinnern nicht gemangelt. Wans aber je nicht anders sein und die neutralitet nicht mehr gelten oder deroselben zu vortrauen sein solte, so seind wir (wie zuvorn E. L. auch mit uns dem churfursten einig gewest) nochmals der meinunge, es sei besser, sich zueförderst bei der röm. ksl. M.t unsern allergnädigsten herrn als dem haubt und allen gehorsamen gliedern uns finden zu lassen, als bei denen, so J. M.t allein mit worten respectiren, in der that aber solche consilia haben und treiben, dadurch die deutzsche nation umb ihr höchstes kleinot, wir umb unsere freiheit und den heilsamen frieden im reich augenscheinlichen bracht werden. Aber von deme allen und E. L. eingeführten argumenten ausführlicher zu tractiren, stellen wir uf förderliche gelegenheit.“ Januar 16.

Was Jülich betrifft, so haben E. L. selbst zu Prag mit den andern anwesenden Fürstlichkeiten geschlossen,[1] dass, wenn die Possidierenden nicht die Waffen niederlegen, sich nicht der Kognition des Kaisers unterwerfen, den rechtlichen Ausschlag nicht erwarten und sich an diesem genügen lassen, der Kaiser die Achtserklärung ergehen und sie exequieren lassen solle. „Das ist auch die furnembste ursach gewest, darumb wir der churfurst der cölnischen commission stat zu thun gewilliget, do wir sonsten, wann wir die nahe verwantnus und friedlichen zuestand im reich nit consideriret, gleich so leicht die execution und immission promoviren und erhalten können.“

Wir können nicht denken, dass man uns auf eine vergebliche Handlung weisen wollte, während man unterdessen die Festung Jülich belagern und erobern liess, was wir damals wol hätten wehren können. Wir wollen auch nicht hoffen, dass es unsern Gegnern zu besonderm

nicht aufgeklärt; der Herzog von Braunschweig rechtfertigte sich gegen Sachsen schon am $\frac{\text{22. Januar}}{\text{1. Februar}}$ durch die Mitteilung, dass er das Original des Gutachtens mit eigener Hand konzipiert und nur durch seinen Kammerschreiber habe abschreiben lassen (Drs., l. 8807, 21. B. jül. Sachen, f. 384; Or.); vgl. unten no 74.

[1] Vgl. Gindely, Kaiser Rudolf II., II. S. 115, f.

Digitized by Google

Januar 16. Vorteil gereichen soll, dass wir dem Kaiser Gehorsam erwiesen, während er und die seinen belagert, vergewaltigt und ausgetrieben wurden. E. L. meinen zwar, dass die kriegführenden Fürsten durch ihr Erbieten in acht Punkten ein volles Genügen getan hätten und dass der Kaiser ohne einen Reichstag den Prozess und dessen Exekution nicht befehlen könne, wie das auch zu Köln am 12./22. Oktober vorgebracht worden ist; das alles ist aber schon zu Köln abgelehnt und die Beschaffenheit jener Parition dargetan worden.[1] Es ist auch reichskundig, wie nach dem erwähnten Beschluss zu Prag, dem E. L. selbst anwohnten, gegen Kapitulationen und Reichsgesetze fremdes Kriegsvolk ins Reich eingeführt, die kaiserliche Festung Jülich belagert, der Reichsadler herabgeschossen, die kaiserlichen Fahnen und Soldaten schimpflich ausgewiesen wurden etc. [vgl. die Aufzählung in no. 7., S. 16] Wir können daher nicht glauben, dass E. L. der Meinung sein könnten, dass durch blosse Worte dem Kaiser Genugtuung geschehen oder wir uns von unsern vorigen Beschlüssen abführen lassen würden; „denn obgleich allerhand difficultates vorfallen möchten, deren wir albereit zur notturft erinnert und berichtet sein, so wollen wir doch nicht hoffen, dass E. L. an der justitia im reich und deren execution genzlichen desperiret haben, viel weniger aber uns die schuld einiger unruhe, kriegs- oder blutvergiessens könne zugemessen werden, die wir numehr uber jar und tag dem spiel zugesehen und erfaren, wie nicht allein die verledigte gülische lande sondern auch fast das ganze röm. reich mit krieg, raub und blut erfüllet worden, alles unterm praetext, fried im reich zu erhalten, in der that aber einen stand nach dem andern ohn unterschied der religion, sonderlichen aber uns und unserm haus hinderlichen und beschwerlichen zue sein.

Vor uns stehen wir nochmals wie alzeit in dem gewissen vertrauen, Gott werde uber der ksl. M.[t] als seiner ordenunge so weit halten, dass nicht allein was recht ist erkennet sondern auch mit assistents E. L. und aller gehorsamen stände exequiret und zu werk gerichtet werden möge.

Wann wir uns dan zu E. L. der verwandtnus nach aller treuen freundschaft ungezweiflichen vorsehen, als gelanget an Dieselb hiermit unser freundlich bitten, Sie wollen unsern an dem kaiserlichen hof abgesandten bei I. ksl. M.[t] und wo es noth so viel billiche förderung erzeigen, darmit wir zu unsern rechten gelangen und das erhalten möchten, darzu wir ihnen sonderlichen bevehl und instruction geben".[2] Datum Dresden am 6. januarii anno 1611.

Drs., 1. 8807, 20. Buch jülicher Sachen, f. 336; Kpt. — f 543; unbesiegeltes Or.

---

[1] Vgl. die „Wahrhafte Relation, welcher massen die in der h. Reichs Stadt Cölln am Rhein . . . unlängst gepflogene gütliche Handlung wegen der Jülischen Streitigkeiten angefangen, continuirt und geendet worden"; gedrukt bei Martin Meyern, Lundorpius suppletus et continuatus, I., Frankfurt und Leipzig 1739, S. 332 ff, besonders 336 f.

[2] Vgl. oben no. 7.

Digitized by Google

23. Werbung des kaiserlichen Abgesandten Henning Ubezko beim Herzog Maximilian von Baiern. Januar [vor 18.].

Uebergibt seine heute[1] angebrachte Werbung schriftlich. Der Kaiser hat das passauer Kriegsvolk auch nach der brüderlichen Vergleichung wegen der kölnischen Handlung behalten. Als er endlich zur Abdankung schreiten wollte, kam die Nachricht, dass die Handlung sich wegen des Ungehorsams der Fürsten zerschlagen habe. Darauf sandte er den Erzherzog Leopold nach Dresden[2] und liess dem Kurfürsten von Sachsen vorschlagen, den grössern Teil des Volkes, das er wegen der Kosten nicht länger erhalten könne, anzunehmen, wofür er, der Kaiser, wissen werde, was er vermöge seines richterlichen Amts zu tun schuldig sei. Der Kurfürst verschob die Entscheidung bis zur Zusammenkunft der Mitglieder seines Hauses, bat aber den Kaiser, alles im bisherigen Stand zu erhalten. Inzwischen war aber der nach Passau entsandte Herzog von Braunschweig nach Prag zurückgekehrt und hatte berichtet, dass das Volk wegen Proviantmangels dortselbst nicht bleiben könne. Um es aber beisammen zu halten, hatte er ihm versprochen, dass entweder binnen acht Tagen das Geld zur Abdankung beschafft oder dass es in andere Quartiere abgeführt werden solle; für den Fall, dass beides unterbliebe, erteilte der Herzog dem Volk Ordonnanz, sich selbst in den kaiserlichen Landen Quartier zu suchen. Als der Herzog nun sah, dass alle Bemühungen des Kaisers, zu Geld zu kommen, vergeblich blieben, so hat er neben dem Kaiser die böhmischen Landstände um die Erlaubnis ersucht, dem Volk auf der kaiserlichen Herrschaft Krumau in Böhmen quartieren zu dürfen, was rundweg abgeschlagen wurde; dabei war zu erkennen, dass die Hereinführung des Volkes nach Böhmen zu einem Aufruhr geführt hätte. Daher fertigte der Kaiser mich mit dem Befehl an Althan ab, das Volk ja nicht nach Böhmen zu führen und jegliche Meuterei zu verhindern.

„Wie ich zu Passaw angelanget, ist bereits der terminus, so ihnen der herzog von Braunschweig (wie gemeldet) gegeben, verflossen gewesen, derwegen das volk sehr geschwierig, dass sie nicht sein weggeführet. So ist noch dieses dazukommen, dass E. fl. D.[t] durch Deren commissarien alle weitere zufuhr des proviants aufkundigen lassen, welches auch alsbald under die soldaten erschallet und die schmerzen des hungers, weil sie noch mehr hungern solten, ihn noch viel grösser gemacht, derowegen dan das fuessvolk in den quartiren in der nacht zusammengelaufen und alle: »frisch auf, frisch auf immer nach Cromaw« geschriehen. Weilen nun solches nicht allein andere befelichshaber sondern auch dem veldmarschalk der obrister von

---

[1] Die Datierung nach dem Datum der Sitzung des bairischen geheimen Rats am 18. Januar (Protokoll in Md., geh. Rat, XIII. no. 619, f. 106).

[2] Vgl. für das folgende no. 1 und no. 5.

Digitized by Google

Januar [vor 18.]. Trautmansdorf auf dem morgen selbst berichtet und alle andere bevelichshaber, dass die meuterei verhanden und das volk nach Cromaw ziehen wolte, ihme angezeiget, als hat er ihnen dagegen des kaisers bevehlich, so ich ihm gebracht, vorgehalten und dass sie sie noch ein kleine zeit in den dasigen quartiren erhalten wolten, ermahnet. Es hat sich aber keiner [der befehlshaber] den soldaten anzuzeigen solches understehen dörfen, dan sie gewisslich wusten, dass alsbald die meuterei ein furtgang gewinnen wurde. Obwol der veldmarschalk I. M.t gerne solchs hette avisiren wollen, so hat es dennoch die zeit nicht erlitten, derwegen nach gehaltenem rath sich resolvirt: weil I. M.t hiebevoren diese resolution schriftlichen ihm gegeben, dass sie das volk auf solchen eussersten fall in Tirol wolten quartiren lassen[1] und derwegen, weil ihme bei leibesstraf, sie in Böheimb nicht zu fuhren, auch zu keiner meuterei kommen zu lassen, aufs neue verboten, auf beste geachtet, sie nach Tirol zu fuhren und ihren weg durch das land ob der Enss, weil ihm hiebevor der landshaubtman daselbsten ohne alles bitten und begehren einen pass zugeschickt, zu nehmen.[2] Zu mehrer sicherheit doch, damit sich sowol I. kgl. W. als die landschaft daselbsten dessen nicht zu beschweren hetten, hat der generalwachtmeister de novo gen Linz an die landständ umb pass wieder angehalten, auch zweine freiherrn, nemblich den herr Colredo und herrn von Rottenthal zu geiselen de non offendendo et refundendis damnis den landständen dahin überschickt, darauf auch alsbald ein schreiben erfolget, dass sie sicher und frei passiren solten. Darauf er, Rammey, den generalquartirmeister uber die Tonaw setzen lassen, das volk gegen dem kunftigen tag, wan es ubersezete, zu quartiren. Do haben sich

---

[1] Vgl. no. 1, S. 1, Anm. 1.

[2] Vgl. Kurz-Czerny, Einfall der Passauer, I. Teil, 1895. S. 107. Die folgende Darstellung, offenbar die offiziöse der Umgebung Leopolds, die auch in der „Artikulierten gegeninformation der röm. ksl. M.t auf dasjenige, dessen sie von der kgl. W. in Hungern und der österreichischen Landschaft ungütlich beschuldigt worden“ wiederkehrt (vom 30. Januar aus Wien datiert, also offenbar von Braunschweig oder Zollern verfasst; Jb., Ambraser Akten Missiven von März 1611, zu no. 29; Kopie), ist grossentheils unwahr; die Behauptung, dass die Stände des Landes ob der Enns rechtzeitig um Gewährung des Passes und Durchzugs für das passauer Kriegsvolk ersucht worden seien, findet sich zwar auch in der kaiserlichen Instruktion vom 17. Januar für Braunschweig und Zollern, wird aber von König Matthias, namentlich in dessen Bescheid an die kaiserlichen Abgesandten vom 27. Februar (Copeyen und Abschriften, no. 3) nachdrücklich widersprochen, nachdem er die Stände des Landes ob der Enns zu eingehendem Bericht aufgefordert hatte (Matthias an die Verordneten des Landes ob der Enns am 27. Januar 1611: Jb., Ambraser Archiv, Missiven vom Februar 1611, zu no. 27; Kopie). In der Antwort vom 31. Januar verwahrten sich die Verordneten der Stände sehr lebhaft gegen die Darstellung in der kaiserlichen Instruktion, besonders gegen die Behauptung, dass der Durchzug rechtzeitig nachgesucht worden sei, selbst Ramées Anmeldung (s. das Zitat aus Kurz-Czerny) sei erst am 23. Dezember dem Landeshauptmann eingehändigt worden (Jb., a. a. O.; das Schreiben benutzt von Kurz-Czerny, a. a. O., I. 68). Wegen der Erlaubnis zum Durchzug vgl. auch Ramées Schreiben an den Kaiser oben no. 2.

Digitized by Google

ezliche pauern zusammengemacht und die weg, do man hienauf gesolt, verhauen. Wie nun der quartirmeister darzu kommen und sie dovon abgemohnet mit anzeigung, dass ihnen der durchzug erlaubt, haben sie fluchs losgebrent, sein pferd under ihm und noch einem andern quartirmaister, auch einem soldaten erschossen; darumb sie sich dan zue der wehre gestelt und ezliche pauren wiederumb niedergeschlagen. Sobald sie dies zu Lynz erfahren, haben sie an den Rammey geschickt und anzeigen lassen, dass solches wider ihr wissen und willen gescheen, derwegen sie es ihnen nicht beimessen wolten, die pauern hettens fur sich selbst gethan, darumb sie auch ihren gebührlichen lohn empfangen. Wie nun das volk durch das land ob der Enss, eilends sie gekunt, gepassirt und zur Clauss gekommen, sind sie alda von den Obderensern aufgehalten [worden]. Wie nun der Rammey angezeiget, wofern sie ihn mit dem volk nicht passieren liessen, sie selbsten ein ursach sein wurden, dass er dort im land quartir nehmen müeste, dan in Böhaimb dorft er nicht kommen; weilen sie aber dessen ungeacht daruber verhart, hat er daselbst die quartir genomen. Bald darauf schickt der könig Matthias ein schreiben an I. ksl. M.t und erzherzogen Leopolden,[1] welcher copeien E. fl. D.t ich heutiges tags ubergeben, darinnen I. kgl. W. I. ksl. M.t aus zweien ursachen des friedbruches beschuldiget: 1. dass I. M.t das kriegsvolk zu Passau so lang unabgedankt gelassen, 2. dass sie dieselben in das land ob der Ens einquartiret. — Was dies vor ursachen sein, werden E. fl. D.t aus folgenden, wie Sie dieselben auch aus vorigen narratis vernommen [vernehmen]: So viel die erste ursache belanget, derselben nichtigkeit ist in dem berührten contract zur genüeg deducirt, dergestalt dass wan eines oder anderes thails zur abdankung des volks nicht kommen kunte oder zur abfuhrung kein gelegenheit hette, dass dero keines solte etwas zu rerfen [!eifern?] haben. Die ander ursach ist eben der nichtigkeit: dan niemals kan erwiesen werden, wie es auch vorige narrata mit sich bringen, dass I. M.t solche einquartirung sowol auch den durchzug durch das land ob der Enss bevohlen; und posito, wan sie es bevohlen, ist beides mit der maniera als nemblich gebetenem und erlangtem pass, dargebung der geissel de non offendendo et refundendis damnis gescheen; so kunte I. ksl. M.t demnach des friedbruchs darumb nicht beschuldigt oder einige gewaltsamkeit darauss beigemessen werden. Dass solcher pass aber vom könig nicht selbsten begeret, ist eben die ursach, darumb der feldmarschalk auch den aufbruch I. ksl. M.t nicht berichten kunnen: periculum erat in mora; und ist in diesem fall zu entschuldigung I. M.t kriegsofficirer auch dies genugsam, dass sie also gesetzter massen den pass erhalten und haben sich nicht zu bekümmern, wie I. kgl. W. dero officirer in dergleichen sachen informiret; gehöret zu ihrer verantwortung. Und posito, wan gleich die praesupposita, so in I. kgl. W. schreiben gesetzet, sich so ver-

Januar [vor 18.].

[1] Vom 29. Dezember 1610.

Digitized by Google

Januar [vor 18.]. hielten, so hett ihnen [kgl. W.] doch, wan sie der grosen iniurien, so sie hiebevor I. M.t zugefüget und dargegen I. M.t grosse brüederliche patienz und erzeigte genad nicht beherzigen, dennoch als einem vasallo nicht gebühren wollen, solche zu I. M.t höchstem despect gereichende schreiben unerhört und unverantwortet I. ksl. M.t abgehen zu lassen, viel weniger I. M.t königreich Böhaimb, auch andere fursten zur assistenz wider I. M.t zu ermahnen sondern vielmehr dieselbe brüederlichen zu ersuchen und dero meinung wegen solches dings zu vernehmen. Hetten sich dan I. ksl. M.t nicht mit solch einer antwort so erleidlich vernehmen lassen, so weren solche schreiben noch unverseumet gewesen. Wan dan hieraus genugsam offenbar, dass I. M.t keineswegs des friedbruchs können beschuldiget werden sonder dass I. kgl. W., denselben unverschuldet I. M.t zu brechen [willens], sich zu ihnen nötigen, [denselben] auch durch solche schreiben bereits gebrochen haben, dohero dan I. M.t bereits genugsam verursacht, ohne einziges weiters andeiten die gebuhr darauf zu verordnen, so sein sie dannoch mehrers glimpfs halben den herzog von Braunschweig wiederumb zu I. kgl. W. abzuschicken entschlossen gewesen, deren unfugs sie zu erinnern und ob sie hinfuro I. M.t freind oder feind sein wollen, eine categorische erclerung zu geben.

Weilen aber I. M.t derer leite, so I. kgl. W. umb sich haben, intention wol wissend, als kinnen sie sich schlechte hoffnung zum guten schepfen. Darumb auf allem fall ersuchen I. ksl. M.t E. fl. D.t nicht allein als ihren getreuen fürsten sondern als ihren nanden blutsfreind und vetter, Sie deroselben Dero getreuen rath auf volgende punct erteilen wolle:

1. Ob I. ksl. M.t ohne verlezung ihrer kaiserlichen ehr und autoritet solche grosse iniurien ohne vindicta, weil sie zuvor deren mehr als ihnen wol zu verdienen gebuhret bereits gegessen, kinnen passiren lassen?

2. Ob sie solches ohne verletzung des ganzen röm. reichs ehr und autoritet thun konnen; dan einmal in die cronicen es dergestalt muess gebracht werden, entwieder dass J. M.t ein schlechter mensch, der ihrer kaiserlichen ehr und hoheit wenig geachtet oder dass die damalige reichsstände des reichs authoritet und ihre eigene hoheit, weil sie ihren kaiser und herrn mit solchen iniurien belegen lassen, wenig mussen wahrgenommen haben?

3. Weil I. kgl. W. in ihren schreiben sich erkleret, die mittel furzunehmen, damit sie sich und ihre länder in sicherheit bringen können, weilen aber desselben von chur- und fürsten sowol von I. M.t noch einhabenden eigenen ländern genungsam gescheen, so kunnen sie solche angedeutte versicherung nicht anders verstehen, dann I. M.t ad impossibile und von ihren noch inhabenden königreichen und landen zu bringen; ob derwegen J. M.t nicht besser und rühmlicher sei, sich der praevention zu gebrauchen?

4. Weil I. kgl. W. fur sich selbst nicht hat das vermögen, solche sach in effect zu bringen sondern dies durch die landschaften,

Digitized by Google

die sie nun haben, gescheen mueste, welche alsdann neuer privilegien zu grossem verderben des ganzen hauses von Osterreich, wie in dem vorigen actu gescheen, nicht wieder vergessen wurden, ja so weit gereichen, dass sie nomine und nicht re fursten in den österreichischen landen sein wurden, als wollen E. fl. D.t auch erwegen, ob sie [nicht] auch wegen dieses puncts des iuris praeventionis wegen erhaltung ihres hauses besser und nutzlicher gebrauchen? Januar [vor 18.].

Dieses sein die punct, daruber I. M.t E. fl. D.t rath begeren. Wan auch, wen I. M.t aus vorigen ursachen mit dem werk zu verfahren gedrungen, die not erfodert, dass sie ihr im Elsass liegendes kriegsvolk zu dem dasigen bringen, als ersuchen I. ksl. M.t E. fl. D.t ganz vetterlich, dass Sie demselben, wo sie Ihr land berüehren wurden, den pass und durchzug gestatten wollen. I. M.t erbieten sich wegen der schaden, so E. fl. D.t gescheen möchten, [Dieselbe] so zu assecuriren, dass Sie daran vergnüget sein werden. I. M.t bitten auch E. fl. D.t, [dass Sie] ihnen selbsten rathen wolten, wie der durchzug desto fieglicher gescheen kunte. Were es auch, dass diese sach noch einen andern ausgang gewunne und I. kgl. W. gegen I. M.t sich also erzeigen wurde, dass sie zufrieden sein kunten, alsdan sind sie gemainet, weil das haus zu Sachsen, wie E. D.t in Dero von mir heitiges tags Ihnen ubergebenen resolution ersehen werden, umb execution der gülischen sachen anhalten und I. M.t auch sich aus tragendem richterlichem ambt dazu verpflicht befinden, solches vor die hand zu nehmen. Wan aber in solchem fall abermal von nöten, dass das hiesige kriegsvolk zu dem dasigen gefuhret werde, als gesinnen I. ksl. M.t wiederumb an E. fl. D.t, Sie demselben auch den pass durch Ihre land, wo sie dasselbe berühren möchten, gestatten wollen. I. M.t wollen Sie mit ebenmässiger caution und versicherung als wie auch im vorigen fall so versehen, dass Sie uber einigen schaden zu klagen kein ursach haben sollen.

Weil nun E. fl. D.t in dem dritten punct sich schon heit pure erkleret, als erachte ich dasselbige wiederumb zu melden unvonnöten, bin sonst der tröstlichen hoffnung, E. fl. D.t wegen Ihrer hulf und beistands auf allem fall gegen I. M.t also sich werden vernehmen lassen, dass sie sich in ihrem hohen alter dessen zu erfreuen und billich, dass sie einen getreuen freind und vetter an Ihnen in ihren eissersten bedrangnussen gehabt, zu Ihrem grossen lob der posteritet in den cronicen verlassen können. Solches wollen etc.“ O. D.

Ma., 111|11, — Schlechte Kopie.[1]

[1] Bei der Beratung der Werbung im geheimen Rat (vgl. Anm. auf S. 57) votiert Graf Rechberg, dass von dieser Werbung nicht viel zu halten sei; der Gesandte sei zu so ansehnlichem Vorbringen eine zu geringe Person, die „Kredenz“ (von 9. Januar 1611, Ma. 111/11 — Or.) „suspect“ und in Erzherzog Leopolds Kanzlei geschrieben; die Sache komme von Nebenräten her. Er rate zu einer Schickung an den Kaiser. — Demgemäss lautet dann auch der am 19. Januar erteilte Bescheid des Herzogs (Ma., 111/11, — Kpt.) — Ubezkos Schickung ist erwähnt bei Gindely, Kaiser Rudolf II., II. S. 184.

Digitized by Google

Januar 18. **24. Hans Reichard Brömser an den Kurfürsten von Mainz.**

Durch das grosse Wasser behindert bin ich erst am 13. zu Speier angekommen.[1] Auf meine am 14. abgelegte Werbung hat mir der Bischof am 15. kurz vor seiner Abreise nach Trier geantwortet: die Aufnahme Sachsens sei „fast grosser importants" und könne er sich „als der wenigsten ainer under den buntstenden ohne vorgehorte der churfursten erklerung nicht wohl anitzo resolvirn". Da er aber jetzt zum Kurfürsten von Trier reise, so wolle er mit demselben „sowol der gemeinen werbung halben als auch, was Brömser sonsten privatim tractiret, sonderlich des passauischen kriegsvolks und dahero besorgender gefahr (welchen I. fl. gn. vor den anderen punkten gesetzet) umbstendlich tractiren", nach der Rückkehr seines Kapitels Gutachten anhören und sich dann erklären. Das Kammerrichteramt wolle er trotz aller Bedenken, da der Kaiser darauf besteht und E. kfl. Gn. nebst anderen katholischen Ständen dazu als ihnen vorteilhaft raten, annehmen, falls ihm E. kfl. Gn. Gewährung der früher gestellten Forderungen, besonders hinsichtlich des Unterhaltes und der Verschonung mit anderen Aufträgen erwirken. — Darauf hat der Bischof seine Räte abtreten lassen und mir weiter erklärt: er könne für jetzt öffentlich nicht wol mehr sagen als er getan, doch sei seine Meinung keine andere als dass die Aufnahme Sachsens und der übrigen gehorsamen augustanischen Stände nicht beanstandet werden dürfe, wie er denn auch die Zusammenkunft der rheinischen Bundesstände für nöthig erachte und sich möglichst bemühen wolle, Kurtrier für E. kfl. Gn. Absichten zu gewinnen. Er selbst „stehe in sorgen, es werde von Baiern ein anderes gesuchet, als unsere oder des gemeinen wesens notturft oder nuzen erfordert". Die jetzige Verfassung des Bundes sei ganz unvollkommen und wisse er nicht „bei solcher ohnsicherhait sich ferners vergeblich anzuegreifen. Er were aber in arbeit, verhoffte es auch in kurzen zu vernehmen, was doch Baierns intention aigentlich sei." Einen Kurfürstentag ehestens zu halten, erachte er für sehr notwendig, sehe jedoch nicht, wie „ohne offension I. M.t darzue zue gelangen"; auch davon wolle er mit Kurtrier handeln. Es misfalle ihm höchlich, „dass man sich aus den waffen thedigen lassen; hat sorge, es werde sich bald finden, was darmit gesucht worden: einmahl ist es voriger intention nicht gemess und dardurch ein merkliches vergebens aufgewendet worden. — Sonsten ist I. fl. gn. einritt stattlich und wol abgangen: haben vermeinet wenig wesens zu haben, so seint sie doch über 300 pfert, ohne der statt auch ohngefehr 100, stark gewesen." Datum Rüdesheim, den 18. januarii anno 1611.

Nschr. Nach Ladenburg zum Bischof von Worms hätte ich des grossen Wassers wegen nur auf weitem Umwege gelangen können.

[1] Wegen Brömsers Schickung vgl. oben no. 6, S. 15, Anm. 3.

Digitized by Google

Ich habe daher, weil ich geglaubt, dass meine Schickung zu dem- Januar 18.
selben „nur zur avisation ongesehen, was bei künftiger zuesamenkunft zue tractiren", auf Grund meiner Instruktion ein ausführliches Schreiben an ihn gerichtet. Datum ut in literis. — Praes. Aschaffenburg 24. jänner a. 1611.

Wmz., Religionsakten, Bd. 11, no. 110[3]; Or. eigh.[1]

25. Bescheid des Erzbischofs von Salzburg auf die Werbung des Wolf Niklas von Grünthal, Abgesandten des Königs Matthias. Januar 22.

Die am 21. Januar abgelegte Werbung[2] gieng auf zwei Punkte: 1. um Hilfe beim jetzigen Zustand, 2. um Rat und Gutachten.

Zu 1. Der Erzbischof bedauert, dass sich die Streitigkeiten zwischen dem Kaiser und dem König abermals erheben. Er muss sich aber seiner reichsständischen Pflichten gegen den Kaiser erinnern und versieht sich vom König, dieser werde ihm nicht verübeln, dass

[1] Fast gleichzeitig liefen bei Kurmainz auch die Antwortschreiben des Kurfürsten von Trier (vom 19. Januar; Wmz., Religionsakten, Bd. 12, no. 4; Or.) und der Bischöfe von Würzburg und Bamberg (vom 19. Januar; Wmz., Religionsakten, Bd. 11, no. 129; Or.) ein (vgl. no. 6, S. 15, Anm. 3). Kurtrier erklärt sich mit der Zusammenschickung der Räte einverstanden, möchte aber den Termin bis 13. oder 20. Februar hinausgeschoben wissen; Sachsen bei nächstem Bundestag zu übergehen hält auch er für sehr bedenklich; von der Beschreibung des Administrators der Kurpfalz rät er ab. — Aehnlich äussert sich statt des Kurfürsten von Köln, dessen Weisung noch ausstand, am 23. Januar der Koadjutor Ferdinand von Köln; er wünscht gleichfalls die Vertagung auf den 20. Februar (Wmz., Religionsakten, Bd. 12, no. 6; Or.). — Auch die beiden fränkischen Bischöfe halten die Aufnahme Sachsens in den Bund nicht für unratsam, da die Läufe je länger je gefährlicher werden und man starke Ursache habe, auf Erweiterung des Bundes bedacht zu sein; aber auch die bairischen Gegenbedenken seien der Beachtung wert. Mit diplomatischer Feinheit schliessen daher die beiden: „wollen wir dannenhero nit zweiveln, E. L. werden sich mit S. L. dieser einnehmung halb freuntlich dahin vergleichen, damit nit allein des bunts wolfart befördert sondern auch dasjenige in acht zehalten seie, was man, wie E. L. bewust, umb vermeidung allerlei beschwerlichen anhangs je und allwegen mit reifem nachdenken wahrzenemen."

[2] Eine besondere Instruktion für Grünthal habe ich nicht gefunden. Sie muss aber den Bescheiden nach zu schliessen identisch sein mit der undatierten, wahrscheinlich zum 29. Dezember 1610 einzureihenden Instruktion, mit der König Matthias die Herrn Reichard von Starhemberg, Gundaker von Polheim, Hans Georg von Teufel und den olmützischen Kanzler Dr. Johann Jakob Wacker an die Reichsfürsten sandte (Wi., I. A. 1, no. 2983; Kptkopie); an die Stelle Polheims scheint dann Grünthal getreten zu sein, der vor dem 27. Januar in München (Ma., 111/11, — Kop.), vor dem 31. Januar in Neuburg (Stg., Unionsacta. X., 410; Kop.), am 17. Februar in Heidelberg (Nbg., Unionsakten, Bd. 41, f. 212, Kop.) mit verschiedenem Erfolg dieselbe Werbung ablegte. — Der Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg hofft zwar, der Kaiser werde dem brüderlichen Vergleich nachleben, ist aber geneigt, dem König der Kreishilfen die Hand zu bieten. (Bescheid vom 31./21. Januar: Stg, a. a. O.) — Der Herzog von Baiern möchte gern die Gefahr für die österreichischen Erblande abwenden helfen, erinnert sich aber seiner Vasallenpflichten gegen den Kaiser und hofft, der Kaiser werde dem König wegen des im Lande ob der Enns geschehenen Einfalls Satisfaktion geben und dadurch beweisen,

Digitized by Google

Januar 22. er diese vor allem ins Auge fasst und sich keiner Sache teilhaftig macht, die dem Kaiser entgegen sein könnte. 2. Wegen des begehrten Gutachtens will der Erzbischof dem König nicht bergen, dass er dessen Schreiben an den Kaiser[1] keineswegs billigen, auch nicht glauben kann, dass der König zu einem so weitaussehenden Schreiben Ursache gehabt hat; er hält vielmehr dafür, dass der König sich selbst und seine Lande in augenscheinliche Gefahr gesetzt und dem Kaiser zu höchster Ungnade mehr als starke Ursache gegeben hat; denn jedermann weiss, von wem und mit welchen Bedingungen der König seine Lande besitzt: dass er sie nur durch die Güte des Kaisers unter Vorbehalt der obersten Hand und unter gewissen Bedingungen hat, wodurch der König zu grösserer Rücksicht und Dankbarkeit verpflichtet wird als in jenem Schreiben erscheint.

Davon abgesehen sind auch die vom König vorgegebenen Beschwerden gar nicht derartig, dass sie so hoch zu empfinden und als Friedensbruch anzusehen sind, zumal noch ganz zweifelhaft ist, ob die Einlagerung des kaiserlichen Kriegsvolks im Lande ob der Enns mit Wissen und Befehl des Kaisers geschehen ist Und wenn dem auch so wäre, so wäre des Kaisers vermöge der vorbehaltenen Obhand dazu genugsam befugt. Will man selbst darauf nicht achten, so hat doch der Weltlauf, besonders bei den niederländischen Kriegen genügend zu erkennen gegeben, dass die Einlagerung von Kriegsvolk auf fremden Boden keinen Friedensbruch oder Feindschaft notwendig nach sich ziehen muss, sonst wären alle Jülich benachbarten Stände Feinde der Possessoren und ebenso Spaniens, Burgunds und der Staaten. Ausserdem handelt es sich diesmal nur um den Durchzug durch das Land ob der Enns und war dieses Volkes Intent anders wohin gerichtet.

Deshalb kann der Erzbischof dem König nicht besser raten, als dass dieser das unzeitige Schreiben ehestens und bestens entschuldige und dem Kaiser wirkliche Satisfaktion gebe, damit der angesichts der unzeitigen Offension nicht Ursache habe, sich der Mittel zu bedienen, zu denen er bei solcher Undankbarkeit genügend befugt wäre. Der Erzbischof hätte gewünscht, den König mit solchen Erinnerungen verschonen zu können; da aber der Friedensbruch an sich selber stark ist, so versieht sich der Erzbischof, der König werde „die sin-

---

dass er an dem brüderlichen Vergleich festhalte; er will dies nächstens dem Kaiser vorstellen und gute Dienste leisten, kann aber den an dem Vergleich beteiligten Kurfürsten, Erzherzogen und Fürsten nicht vorgreifen. (Bescheid vom 27. Januar: Ma., a. a. O.) — Der Administrator der Kurpfalz gab am 9./19. Februar nur eine Vorantwort (Nbg., a. a. O.); er macht die Nebenräte des Kaisers, die dessen Autorität missbrauchen, für den Bruch des Vergleichs verantwortlich, verdenkt dem König nicht, dass er sich und sein Land schützt und versichert ihn des „guten Favors“ und Willens der Unierten. Das Hilfsgesuch wird der Administrator bei bevorstehendem Unionstag vorbringen, zu dem er den königlichen Gesandten einladet.

[1] Gemeint ist des Königs Schreiben vom 29. Dezember, das den Reichsfürsten mitgeteilt wurde.

Digitized by Google

ceritet und notturft des werks hierunter mehr in obacht nemben als was derselben sonsten in dieser sachen belieben mögte.“ Geben Saltzburg den 22. januarii a. 1611. Januar 22.

Jb., Ambraser Akten, Missiven vom März 1611, zu no. 29; Kop. und Ma., 111|11 — Kop. mitgeteilt von Thomas Perger.[1]

26. Herzog Johann Friedrich von Württemberg an König Matthias. Januar 22.

Dero Abgesandte,[2] die E. kgl. W. im November zu mir und zu andern unierten Kurfürsten und Fürsten geschickt haben, werden Derselben berichtet haben, wie schwach es jetzt mit dem Reich bestellt ist, so dass, wenn nicht bei Zeiten durch E. kgl. W. und andere vornehme und genehme Glieder des Reichs beim Kaiser Unterbauung geschieht, die Zerrüttung und das Mistrauen unter den Ständen zu noch grösseren Weiterungen und zum Untergang des Reiches führen könnte. Wie zu dieser Interposition zu gelangen wäre, werden E. kgl. W. aus meiner damals erteilten schriftlichen Resolution vernommen haben, wobei ich mich erbot, zur Fortpflanzung des Vertrauens es an mir nicht fehlen zu lassen. Aber die Läufe hieroben Landes lassen sich gegen den Frühling immer gefährlicher an; die Lage ist viel drohender als im Vorjahr, da die kölnischen Verhandlungen sich zerschlagen haben und das elsässer Volk des Erzherzogs Leopold nicht aus der Gegend weichen will sondern obwol bezahlt

---

[1] Gleich unwirsch antwortet der Erzbischof dem Pfalzgrafen Philipp Ludwig von Neuburg, der in seiner Aengstlichkeit eine Aktion des baierischen Kreises bei den Kreisobersten angeregt hatte; der Erzbischof berühmt sich, dass das passauer Volk sich vornehmlich durch sein Zutun über die Donau zurück begeben habe; so lange er und der Herzog von Baiern mit schweren Unkosten unter Waffen gestanden hätten, habe er nicht gehört, dass der Pfalzgraf seine Hilfe angeboten hätte, deren er, der Erzbischof, Gott lob auch nicht bedurft hätte. „Jetzt aber, da alberait die sachen schier fürüber, kommen E. L. erst mit dem craiss herfür und, das noch mehr ist, suechen Si mehr als unzeitlich darzue denselbigen in die österreichischen sachen zu vermischen, so dahero kaineswegs gehörig. Wann dann diss alles sachen sain aines scharpfen und weiten aussehens, also seind wir weder zu dem ainen oder zu dem andern uns bewegen zu lassen nicht gesint sondern vilmehr bei unserm vorhaben zu beharren in deme entschlossen, das wir mit den jetzigen schwierigkaiten des reichs unverworen begern zu verbleiben und die macht, so uns Gott verlichen, zu verthädigung unserer land und leute, wie biss anhero beschehen, also auch fürbass allain anzuwenden.“ (Erzbischof von Salzburg an Pfalzgraf Philipp Ludwig am 10. Februar 1611; Mb., 303/2, f. 15; Or.).

[2] Ueber diese Schickung vgl. no. 21, S. 53, Anm. 2.

Digitized by Google

Januar 22. auf weitere Resolution wartet;[1] das passauer Volk ist zwar aufgebrochen, hat aber, wie ich höre, Dero Landen nicht geringen Schaden zugefügt und soll entschlossen sein, sich in das Stift Konstanz zu begeben, um sich mit dem oberelsässischen und einem Teil des mailänder Volkes,[2] das durch Tirol herausziehen soll, zu vereinigen. Die Absicht ist zwar noch unbekannt; aber es ist unschwer zu ermessen, dass dabei nicht nur die jülichschen sondern auch andere, vielleicht der unierten Stände Lande gemeint sind und allerlei gefährliche Anschläge darunter verborgen sein mögen. Ich glaube nun zwar nicht, dass die unierten Stände beim Kaiser in so ungleichem Konzept sein sollten, zumal sie nie gegen den Kaiser etwas vorsätzlich gehandelt haben; sie haben vielmehr zur Vermeidung Verdachts die innegehabten

---

[1] Die Furcht vor dem elsässer Volk des Erzherzogs Leopold stak allen Ständen Südwestdeutschlands in den Gliedern. Dass das mit Hilfe nachbarlicher Anleihen bezahlte Kriegsvolk (es handelte sich um die Regimenter Reuschenberg, Salm, Lützelburg und um Kriechingens Reiter), das sehr gegen den Willen der Nachbarn im Oberelsass einquartiert worden war, nicht entlassen wurde, erregte namentlich im Zusammenhang mit den Bewegungen des passauer Volkes das grösste Mistrauen, nicht nur bei den Unierten, die schon im speirer Abschied vom 7. Dezember (Briefe und Akten III, no. 294) Vorkehrungen gegen dies Volk trafen sondern auch bei Erzherzog Maximilian (vgl. dessen Befehlschreiben an die vorderösterreichische Regierung vom 19. Januar 1611; Jb., Regimentssachen von 1611, Kopialbuch, f. 53'). Es verlautete, Erzherzog Leopold habe den Obersten Kriechingen angewiesen, die Truppen unabgedankt zu lassen und mit dem passauer Volk zu vereinen (Erzherzog Maximilian an Erzherzog Ferdinand am 19. Januar; Jb., Regimentssachen von 1611, f. 161; Kptkop). Schon machte sich der Herzog von Württemberg, der mit Erzherzog Maximilian in reger Korrespondenz stand, bereit, diesem beizuspringen, die andern Unierten erwogen die Beteiligung an diesem Unternehmen (Hinterlassene Grosshofmeister und Räte der Kurpfalz an deren Administrator am 9./19. Januar; Mb., 119/3, f. 23; Kpt.) und der Markgraf von Baden schlug eine Zusammenkunft aller benachbarten Unierten zur Vergleichung einer Defension vor (Mb., 119/3, f. 42; Kpt). Diesen Gedanken griff Kurpfalz auf und schrieb auf den $\frac{\text{27. Januar}}{\text{6. Februar}}$ einen Kommunikationstag nach Worms aus (Administrator an Württemberg am 11./21. Januar. Stg.; Unionsacta, IX., f. 4; Or.) Doch bevor der Tag zu stande kam, teilten sich die Wolken: schon am 20./30. Jan. konnten die Strassburger nach Heidelberg berichten, dass der Abzug des Volkes begonnen habe (Mb., 119/3, f. 146; Or.). Trotzdem blieb es bei dem angesetzten Tag zu Worms, der eine „Landrettung" unter den benachbarten Unierten organisierte (Abschied vom $\frac{\text{31. Januar}}{\text{10. Februar}}$ unten no. 56.).

[2] Gemeint ist das spanische Kriegsvolk, das nach der Aussöhnung zwischen Spanien und Savoyen (vgl. D. Carutti, Storia della diplomazia della corte die Savoia, II. Rom 1876, S. 101 f.) von dem neuen Gouverneur des Herzogtums Mailand Juan Mendoza abgedankt wurde, dabei auch zwei deutsche Regimenter, die ihren Lauf nach Deutschland nahmen. (Erzherzog Maximilian an den Administrator der Kurpfalz am 26. Januar; Mb., 119/3, f. 139; Or. und der züricher Rat an den Administrator am $\frac{\text{23. Januar}}{\text{2. Februar}}$ das., f. 224, Or.; vgl. auch no. 21 und no. 29.)

Digitized by Google

Besitzungen und Orte des Stiftes Strassburg freiwillig wieder abgetreten und ihr Volk völlig abgedankt. Unter den jetzigen Umständen aber wird man sich den Sommer über keines friedlichen Wesens zu erfreuen, noch sich der Abhilfe der Beschwerden auf dem E. kgl. W. von mir jüngst angedeuteten Weg zu getrösten sondern viel eher zu besorgen haben, da die Stände weiter angefochten und alteriert würden, dass solche und andere gütliche Mittel schwerlich mehr zu praktizieren sein werden. — Ich bringe dies E. kgl. W. vor, nicht als ob ich der Stände Gedanken genau kennte oder mich ohne Ursache vor andern mit diesen wichtigen Sachen beladen wollte, sondern weil mir die Wolfahrt von Kaiser und Reich aufs höchste angelegen ist und ich keine Gelegenheit versäumen will, dem Vaterlande zu dienen; so hoffe ich auch, dass durch meine und anderer Stände Interposition der kurpfälzische Administrationsstreit bei der Zusammenkunft am 20./30. Januar verglichen werden wird.[1] Ich habe E. kgl. W. nur zum Nachdenken geben wollen, wie man wieder zu gutem Einvernehmen unter den Ständen gelangen und diesem unsichern Wesen abhelfen könne; die unumgängliche Notdurft der Unierten erfordert, sich deswegen zu beraten und zu sichern. Ich erbitte hierüber Dero Gutachten.[2] Datum Januar 22.

---

[1] Die Vergleichung des Administrationsstreits (vgl. no. 6, S. 15, Anm. 2, no. 15, S. 38 und no. 40, S. 92, Anm. 2) mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Union lag besonders dem Herzog von Württemberg am Herzen (vgl. die zahlreichen Akten darüber in Stg., Archiv Pfalz, D 30a); auch der Vergleichsversuch zu Schwäbisch-Hall ist wesentlich sein Werk, an dem auch noch der Markgraf von Baden und der von Ansbach teilnahmen. Die Handlung zerschlug sich aber vornehmlich an der Unnachgiebigkeit der Kurpfälzer, die Neuburg auch nicht die geringste Konzession machten (Bericht der ansbachschen Räte an den Markgrafen am $\frac{\text{31. Januar}}{\text{10. Februar}}$ in Bbg., A 9a, n. 155[1], f. 23; Kopie).

[2] Der König antwortet am 3. Februar mit den Hinweis auf die prager Handlung im Sommer 1610, hebt den Vertragsbruch hervor, der durch den Einfall der Passauer verübt wurde und der friedhässigen Leuten zuzuschreiben ist, die das Reich und das Haus Oesterreich verderben wollen. Gleich seinen Vorfahren, die sich nichts mehr angelegen sein liessen als das Vertrauen im Reich zu erhalten, will auch er als Aeltester des Hauses nächst dem Kaiser die hergebrachte gute Korrespondenz und Einigkeit erhalten. Er würde wünschen, dem Herzog mit einem Gutachten wegen der Interposition willfahren zu können. Es sind hierinnen aber schwere und gefährliche termini, „weliche man hart kan praeterirn, dass man nemblich die ksl. M.[t] durch ein vernünftige legation oder aber auf ainen andern unverdachtigen gehaimben modum sambt den räthen praeoccupiren und zu diser fridlichen intention disponiren, nebens personen füerschlagen [kunte], weliche die thail vernemen und guetlich soliche beilegen kunten. Es mechte sich aber auch, wie am selben hof laider der gebrauch, das werk zum schaden verziehen, daher man auf andere weeg gleichesfalls kunte gefasst sein oder die interessierte persuadiern, dass si inen etliche unparteiische und uninteressierte neben ainem obman gefallen liessen, bei welchem termino die unierten füersten ingemain vil vermögen kunten.“ Das würde dem Kaiser zu keinem Praejudiz gereichen, da es doch seines Amtes ist, Frieden und Einigkeit zu erhalten, ihm auch bei der Unruhe und den vielen Geschäften nicht alle Zeit wol ist. Kann der König sich den Unierten zur Erhaltung des Friedens im Reich

Digitized by Google

Januar 22. Stuettgardt den 12. januarii a. 1611.

Stg., Unionsacta, X. f. 391, Kpt. mit Zusätzen Fabers; Wi., I. A. 1., Ka. 2991. — Or.[1]

Januar 22. **27. Instruktion des Kurfürsten Christian II. und des Herzogs Hans Georg von Sachsen für den Oberstleutnant Karl Goldstein zu dessen Sendung an Erzherzog Leopold.**

Goldstein soll dem Erzherzog zunächst für die beiden Schreiben vom 20. Januar[2] danken. Wir, Herzog Hans Georg, wären zwar gern bereit, mit Vorwissen unseres Bruders uns beim Kaiser einzustellen; es haben sich aber vor wenigen Tagen Markgraf Christian von Brandenburg und Landgraf Ludwig von Hessen auf Ersuchen des Kurfürsten von Brandenburg hieher verfügt, der durch dieselben sich zu gütlicher Vergleichung in der jülicher Sache erbietet und um unseres ganzen Hauses Erklärung deshalb ansucht;[3] es müssen daher die von Brandenburg vorgeschlagenen Mittel in reifliche Erwägung gezogen werden, damit des Kaisers Autorität und Reputation erhalten und dem Hause Sachsen an seinen Rechten nichts entzogen werde; wir, der Kurfürst,

---

und zur Aufrichtung des alten Vertrauens nützlich erweisen. so will er sich dazu erboten haben. Das passauer Volk war nach der Erklärung der kaiserlichen Abgesandten nach Tirol bestimmt; zu welchem Zweck aber, weiss der König nicht. Vor allem ist darauf zu sehen, die Stände beider Bekenntnisse zur Einigkeit zu bringen und darin zu erhalten, um deren Kraft gegen den Erbfeind verwenden zu können (Wi., I. A 1., Ka. 2991, — Kpt; Stg., Unionsacta, XI., f. 449; Or.)

[1] Ein ähnliches „Interpositionsschreiben" richtet der Herzog am 10./20. Januar auch an den Kurfürsten von Sachsen, worin er ihn ermahnt, mit Rücksicht auf die Lage im Reich und zur Vermeidung der Trennung unter den evangelischen Ständen die Ansprüche auf Jülich statt mit den Waffen lieber vor unparteiischen Schiedsrichtern mit Zutun des Kaisers auszuführen. Das würde auch zur Förderung des geschwächten Vertrauens und zur Abhilfe vieler Beschwerden dienen (Drs., l. 8807, 21. Buch jül. Sachen, f. 359; Or.).

[2] Erzherzog Leopold schrieb am 20. Januar an Herzog Hans Georg „aus sonderbahrn bevelch I. ksl. M.t," die von dem Vorhaben des Herzogs, nach Prag zu kommen, gehört hat: derselbe möge seine Reise hieher beschleunigen, da an dieser Beschleunigung ihm und dem Hause Sachsen viel gelegen sei, „dieweil von Brandenburg vnd anderen orten allerley practicen vorvbergehn vnd auch grosse offerta bescheehen. Vir mein person waiss mein herr brueder, wie hoch ich begere, meim hern bruedern zue dienen; also bitt ich ganz freuntlich, Er wolle sein raiss ehist befirdern, ime selbst zumb besten; dan summum periculum in mora vnd verlangen I. ksl. M.t ser nach des herrn bruedern person; insonderheit währ auch guet, dass die durch den grafen von Zollern angedeite gesandten [vgl. no. 7 mit Anm. 1 auf S. 20] baldt alher geschikt wurden. Der von Praunschweich und graf von Zollern sein heut fordt nach Wien von I. ksl. M.t geschikt vnd hatt der kaiser wider alles verhoffen das credentz an den khonich underschriben; ihre instruction will ich meinen herrn bruedern mit ehistem hernach schikhen" (Drs., a. a. O., f. 358; Or. eigh.). Vom gleichen Tag auch ein Schreiben an den Kurfürsten mit der Bitte, die Reise des Bruders zu befördern (ebenda, f. 357; Or. eigh.).

[3] Vgl. no. 7, S. 20, Anm. 1.

Digitized by Google

können also unsern Bruder nicht beurlauben. Wir bitten aber den Erzherzog, den geringen Verzug beim Kaiser aufs beste zu entschuldigen und ihn zu versichern, „dass wir und unser hauss von I. M.t nicht weichen sondern, do I. M.t wegen vilfaltigen zugezogenen despects vom gegentheil nicht gebürliche satisfaction geschehen wurde, das wir im geringsten nicht gemeinet, von I. M.t uns zu sondern oder in einige handlung und vergleichung uns einzulassen"; auch erbieten wir uns, da wegen der jülicher Streitigkeiten von beiden Teilen eine Tagfahrt angesetzt werden würde, dem Kaiser dieselbe bei Zeiten zu berichten und ohne dessen Konsens und Ratifikation nichts schliessen zu lassen, damit er zur Erhaltung seiner Autorität und Hoheit jemanden abordnen könne und zu seinem Nachteil oder Verkleinerung nichts vorgenommen oder abgehandelt werde; denn wir haben vom Anfang dieser Irrungen mehr die Rücksicht auf den Kaiser und den Gehorsam als unser eigenes Interesse in Acht genommen. Der Erzherzog möge Goldstein auch von den erwähnten Praktiken[1] gegen unser Haus unterrichten. Wenn auch wir selbst, Herzog Hans Georg, uns nach Prag begäben, so könnten wir doch weder den Kaiser noch den Erzherzog völlig zufrieden stellen, da wir das eine und andere an unsern Bruder zurückbringen müssten. Sollte dem Erzherzog inzwischen von unserm Vorhaben etwas ungleiches vorkommen, möge er daran nicht glauben und es beim Kaiser aufs beste entschuldigen. Goldstein soll sich bei dieser Gelegenheit auch über die eigentlichen Absichten des passauer Volks erkundigen. Geschehen zu Dresden den 12. januarii a. 1611. Januar 22.

Drs., l. 8807, 20. B. jül. Sachen, f. 365; Kpt., daneben das Or.[2]

---

[1] Vgl. S. 68, Anm. 2. Mit einem undatierten Schreiben hatte der Erzherzog dem Kurfürsten auch Abschrift eines Schreibens der Kurfürstin von Brandenburg an den Kaiser vom 9./19. Dezember 1610 geschickt und die Warnung beigefügt: „Wan dan hierauss genugsamb clar erscheint, wass vil practigen in schwung sein und wie ser notwendig, dass Dein herr brueder Hans Gerg sein raiss ehist alher befideren welle, also hab ich E. L. disen aigenen potten schikhen wellen mit freuntlicher bitt, Er wolle dise communication in hegstem vertrauen halten, den khain auss I. ksl. M.t lait noch I. M.t selbst darummen wissen und mechte mihr solliches sonst zue schaden geraichen" (Drs., a. a. O., f. 397; Or. eigh.). — Die Kurfürstin beklagt in dem angezogenen Schreiben, dass der Kaiser ihr und ihren Kindern wegen der jülicher Sache seine Gnade entzogen habe, erinnert an ihre nahe Verwandtschaft mit dem Kaiser von Ferdinand I. her und bittet ihn, sich die jülicher Sache zu gunsten Kurbrandenburgs empfohlen sein zu lassen; hingegen versichert sie, dass ihr Gemahl nichts unterlassen werde, was zur Erhaltung und Mehrung kaiserlicher Autorität dienen mag (Drs., a. a. O., f. 398; Kop.).

[2] Goldstein kam am 25. Januar in Prag an, hatte am 26. bei Erzherzog Leopold Audienz, wurde aber dann, wie er klagt, von einem Tag zum andern hingehalten (Bericht vom 29. Januar an den Kurfürsten: Drs., a. a. O., f. 469; Or.); am 2. Februar erst erhielt er seine Rückbeglaubigung, nachdem der Erzherzog ihm des Kaisers Befehl mündlich angezeigt hatte (Drs., l. 8807, 21. Buch jül. Sachen, f. 304; Or.). Der Erzherzog hatte gegen ihn geäussert, dass er die gütliche Traktation wegen

Digitized by Google

Januar 23. **28. Fürst Christian von Anhalt an Johann Kasimir Grafen von Lynar.**

„Je Vous dis doncques que depuis que ie me suis employe aux affaires importantes de ma patrie, que i'ay eu tousjours en horreur la monarchie et domination Espagnole et tout ce que ie sceu apporter d'obstacles a la dicte intention pour le bien de nostre liberte Germanique, ie n'ay jamais manque pour mon petit talent. Ainsi aussy me suis-ie proposé pour le faict de Juliers ces deux fins pour le bien public: asçavoir la comprehension de la maison de Saxen en la possession de Juliers non moyens que celle de Neuburg, sans laquelle admission i'ay tousjours preueu l'euidente ruine du parti protestant, fort suject par cela d'estre totalement aneanti du coste des Catholiques. Le secondiesme poinct que ie me suis mis deuant les yeulx a este d'empescher la maison d'Espagne, affin qu'elle ne mette point ses longues branches es dictes pays de Juilliers, fort commodement situées pour ses intentions.

Je me representé non seulement ces dictes deux fins avec tres uiue contemplation, mais ie me suis euertue a tout possible de les pouuoir mettre en execution. Quant a la premiere intention, Vous trouuerez ce que i'ay comunique a mr. Vostre maistre,[1] — il y a vn an et demy — de ce que i'avois respondu au Palatin Wolf Wilhelm, quand i'estoys appelle a ma charge, que ie desirois deuant touttes aultres conditions la susdicte admission de la maison de Saxen.[2] J'ay pourchassé le mesme aux asseemblées de Hal et de Heidelberg, dont les Unis scauront ancores mes motives. Oultre cela i'ay dispose le feu roy de France d'y prendre goust, ainsi qu'il auoyt expressement commandé a son ambasadeur mr. de Boysise d'y vouloir trauailler. Mais voyant qu'il y falloyt du temps a cela et que l'aultre fin, de traverser les intentions des Espagnes, estoyt plus

---

Jülich ungern sehe. — Die fürstlichen Unterhändler in der jülicher Sache wussten schon am 15./25. Januar aus Dresden an den Kurfürsten von Brandenburg zu berichten, dass am kaiserlichen Hof allerlei „Consilia" gegen die gütliche Handlung wegen Jülich vorgiengen (Bamberg, Jül. Successions-Acta, III., St. 30; Kopie.) — Die eigentliche Ursache der Berufung des Herzogs hatte Goldstein nicht in Erfahrung bringen können; noch am $\frac{\text{24. April}}{\text{4 Mai}}$ beauftragt der Kurfürst von Sachsen seine Gesandten in Prag, sich darnach zu erkundigen (Drs., l. 9167, II. Buch passauischen Kriegsvolks, f. 315; Kpt.). Auch Gerstenberg konnte darüber selbst bei den geheimen Räten nichts erfahren, ja diese meinten, es werde auch der Kaiser davon nichts gewusst haben, „dann sich Leopold des dings zu derselben zeit gebraucht" (Bericht vom $\frac{\text{27. April}}{\text{7. Mai}}$: Drs., a. a. O., f. 426; Or.).

[1] Markgraf Christian von Brandenburg-Culmbach, dessen geheimer und oberster Kammerat Lynar war.

[2] Vgl. Briefe und Akten, II. no. 225, wegen des folgenden auch no. 284 und 285.

Digitized by Google

pressant, ie n'oublié point le premier et ay pourchasse cependant le Januar 23.
second, ne doubtant point moyenant la grace diuine de parvenir avec l'vn et l'aultre a vne fin tres-desirée. Pour ne negliger pas doncques la secondiesme intention i'accepté en nom de Dieu la charge de ma vocation si legitime et en ay eu tousjours l'oeil sur l'occasion d'obtenir la premiere quand et quand. —

Voyla les occasions des mes motiues, parmy lesquelles Vous en trouuerez des euenements estranges, beaucoup des peines, pereils, depences et fort peu de profit de mon coste, ayant ceste satisfaction dans ma conscience, de n'auoir cherche que le bien public.

Je me rendu doncques ennemys les plus grandes potentats de la chrestiente: l'empereur, le roy d'Espagne, le pape et tout le parti catholique, peult-estre quelques vns de ceul ci, pour le bien desquels i'ay travaille,[1] ne voyant nul recours pour moy en cas de desastre de pouuoir esperer paix ou reconciliation, laissant en proye le bien de mon heritage, ma femme, enfans, subjets et ainsi aussy l'estat de mes freres, neantmoyens i'auois considere tout cela. Vous scavez, quelques voyages et peines que i'eu pour cela. J'ay monstré le chemin a l'Union, affin de se n'embarquer trop profondemment ny de delaisser trop la dicte affaire. J'ay disposé le roy de France contre l'opinion de son conseil, obtestations de la reine en certaine maniere, exhortations du pape et remonstrances d' Espagnols, d'entendre au dict secours et de pousser mrs. les Estats et Angleterre au mesme fin. Ayant obtenu tout cela et trouuant les passages pour sortir de France fermées a cause des embouschades qu' on m' auoyt dressé, ie me suis hazarder moy troisisme par tout le pays ennemy et suspect, de Peronne trauersant le pays d'Artois, Hennyault, Brabant, voyre par Bruselles et Anvers mesmes iusques au pays des Estats, lesquels i' ay faict entrer au mesme secours.

Apres estre retourne en Alamagne pour aprester les nouuelles leuées, justement que ie debuoys monter a cheual pour partir, voyla nostre traitte auec France rompu a cause de nouuelles demandes qu' on nous faisoyt, que nous ne pouuions point accorder ny arrester nos leuées. Lors personne estoyt plus en extremite que moy; mais ie demeure en mon cours commence, retourne en France par vn grand detour et raccommode auec le roy en vn jour tout ce qu' estoyt rompu et obtiens dauantage de lui et le dispose de plus en plus en nos susdictes intentions. Je m' hazardi derechef par mer, viens

[1] Von der Verfeindung mit Sachsen, auf die der Fürst anspielt, gibt ein Schreiben des Gesamthauses an den Fürsten vom 4./14. Januar 1611 Zeugnis. Darin wird der Fürst an ein älteres Schreiben vom $\frac{\text{30. Sept.}}{\text{10. Okt.}}$ 1610 erinnert, worin unter Aufzählung der Verdienste des Hauses Sachsen um das Haus Anhalt und im Hinblick auf des Fürsten Haltung im jülicher Erbstreit dessen bestimmte Erklärung gefordert wird, wessen sich Sachsen künftig von ihm zu versehen habe; da auf das vorige Schreiben nicht einmal Antwort erfolgte, wird diese nochmals urgiert (Drs., l. 8807, 20. B. jül. Sachen, f. 290; Kpt.),

Digitized by Google

Januar 23. en Holande, embarquant mrs. les Estats de me donner vn grand convoye, dont ie me serfs si bien que i' eu ceste bonne rencontre et victoire sur la Meuse, laquelle m' a facilité puis apres touttes mes actions. Et ancores que la tragedique mort de ce grand roy de France me debuoyt mettre hors de toutte esperance, si est ce que ie me sceu preualoir ancores de l' authorite de son ombre si bien, que j' obtenu ce secours et assistance tant de France que d' Angleterre et des Estats, moyennant les quels joints auec ceulx de l' Union l' effet a este apres heureulx et facile.

Je Vous fait ce recit, affin que de ceste miene constance Vous puissiez comprendre, combien que i' eu au coeur les fins proposes, a quoy ie Vous peux monstrer des listes autentiques que ie m' espargne pas ny mon credit ny propres frais.

Et combien que cela Vous pourroyt suffire, neantmoyens ie Vous diray d' auantage que sans toucher les labeurs et continuels perills, que i'enduré pendant toutte ceste conduitte de la guerre, ie suis aller de mon propre mouuement a mes propres frais en Holande et Angleterre,[1] dont le roy de la Grande Brettagne pourra tesmoigner, auec combien de fidelite et integrite i' ay traitte ce dict negoce, dont ie Vous enuoye copies des ses deux lettres que je Vous ay monstre en original.

Et affin que soyez ancores tant plus asseure, ie peulx affirmer que ie ne suis nullement plus lié a nul de ces princes possedants, ancores que i' eusse fort bien peu retenir ma capitulation quelques trois ou 4 moys et profiter quelque vingt ou trente mille talars, si n' aye pas voulu auoir nul respect au particulier et pourtant ay ie renonce au moys de decembre mon dict office pour pouuoir user tant plus de liberte, en conseillant ce que concerne le bien comun.

J' espere que ie Vous auray dans si peu de loisir representé les fondaments palpables et indubitables, pour quoy ne debucz plus doubter et adjousteray seulement ces deux choses: l' vne que Vous ne me verrez pas partir de ceste negotiation, tandis que la moyndre esperance de l' accomodement sera et par consequent que ie Vous seconderay brauement; l' autre que ie Vous prie ne vouloir diuulger ceste miene lettre auec les copies jointes, ainçois la tenir secrette

[1] Ueber die Reise des Fürsten nach England sind wir leider fast gar nicht unterrichtet; vgl. Briefe und Akten, III. n. 287, Anm 2. Das Reisetagebuch des Fürsten von 1610 (Bbg., A 9 a, n. 106—) enthält nur dürftige Notizen; im zerbster Archiv waren weitere Nachrichten über diese Reise nicht aufzufinden. — Wegen Englands Einfluss auf das Zustandekommen des friedlichen Vergleichs zwischen Sachsen und den Possidierenden vgl. oben no. 7, S. 20, Anm. 1. In einer Instruktion, die Fürst Christian am 7/17. April dem Obersten Hans Meinhard von Schönburg zu einer Schickung an Prinz Moriz von Oranien und Oldenbarnevelt ausstellt, erklärt er ausdrücklich, dass er wegen der Miteinnahme Sachsens in den Besitz von Jülich „sonderbare commission aus England" gebracht habe (Eybacher Archiv; Papiere H. M. von Schönburg betr. a. 1611; no. 59; Or.).

Digitized by Google

et pour vn gage d'vne miene infallible esperance que i'ay, asçauoir Januar 23.
que triumferons ancores sur ces intentione et labeurs auec l'accomodement d'iceulx qui touche et au bien de la chrestiente et la confusion des nos ennenmis. A Dieu. A Berlin ce 13. januarii 1611.

Postscript.: Mon amy. Le loisir ne me permet pas tout, mais poursuiuez uaillemant en nom de Dieu et ne doubtez plus de moy et ie Vous promets en foy de cauallier et vray gentilhomme qu' en cas que ie verray, que le party, ou ie suis maintenant, ne se veut ranger a la raison, que pour ceste occasion de Juliers ie ne porteroy les armes ne tireroy plus vn seul coup d'espee pour son seruice, pour tesmoigner ma franchise et fidelite que i'ay au public; mais i'espere qu'il ne fauldra pas attendre si mauuaise ysseue, aingois que triumferons ancores sur nos laborieulx dessains et saines intentions. A Dieu, ce jourdhui le 14. janvier 1611."

Bamberg, Jül. Succ.-Acta, vol. III. 1610|11, St. 26; Or. eigh.[1]

29. Der Administrator der Kurpfalz an den Kurfürsten von Mainz. Januar 24.

E. L. werden wissen, wie sehr man sich bemüht hat, so viel Geld zusammenzubringen, um das Kriegsvolk zu bezahlen, das fast ein ganzes Jahr im Elsass lag, und wie wiederholt dessen Abdankung versprochen, auch schon die Quartiere und Nachtlager zum Abzug vorbereitet worden sind.[2] Nun erhalten wir von verschiedenen Seiten Nachricht, es sei zwar die Bezahlung durch Kommissarien erfolgt, aber das Volk ziehe nicht ab, sondern wolle entgegen dem getroffenen Akkord seine alten Quartiere wieder einnehmen und begebe sich auf besondern Befehl des Erzherzogs Leopold nach dem untern Elsass, nachdem die Kommissarien auf Anordnung mit der Abdankung eingehalten hätten. — E. L. wissen auch, wie sehr sich der Herzog von Braunschweig um die Abdankung des passauer Volkes bemüht hat, um dem Kaiser die Last abzunehmen und das Vaterland, besonders die Nachbarn von der drohenden Gefahr zu befreien. Es war vergeblich; die Abdankung unterblieb auch hier, das Kriegsvolk ist aus seinen alten Quartieren aufgebrochen und ist auf dem Weg, sich mit dem elsässer Volk zu vereinen.

---

[1] Fürst Christian war vom Kurfürsten von Brandenburg nach Berlin berufen worden und am 14. Januar dort eingetroffen (Schreiben des Fürsten an Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm vom 6./16. Januar in Mc., Jül. Succession, Fasz. 54, no. 100, f. 91; Or.), Lynar dagegen hatte sich mit den fürstlichen Unterhändlern (vgl. oben no. 7, S. 20, Anm. 1) nach Dresden begeben, um das Haus Sachsen zu bewegen, dass es sich gegen Einnahme in die Possession von Jülich gleichfalls gütlicher Handlung bequeme (Drs., l. 8807, 20. B. jül. Sachen, f. 391; Kopie); am 13/23. hielt der Graf den Vortrag, am 14./24. erfolgte die zustimmende Erklärung Sachsens (Drs., a. a. O., f. 393; Kpt.).

[2] Vgl. oben No. 26, S. 66, Anm. 1.

Digitized by Google

Januar 24. Man sieht also, wie begründet ist, worüber sich auch der Herzog von Baiern und andere vornehme Stände beschweren, dass einige wenige in dieser Sache am kaiserlichen Hofe das Ruder führen und dem Kaiser schädliche Ratschläge geben, dass er dies Kriegsvolk beisammen halte. Wenn sich nun beide Völker vereinen und vielleicht gar noch das mailändische oder savoysche, wie man Nachricht hat, dazu stösst, so ist wol zu denken, wessen sich eine so starke Kriegsmacht unterstehen kann. Wir sehen die schreckliche Verwirrung im Reiche vor Augen: man würde neuerlich zur Gegenverfassung greifen und sich schützen müssen, wobei schwerlich die Sachen so einfach ablaufen würden, dass nicht auch Unschuldige Schaden und Gefahr zu erwarten hätten oder gar ein Aufstand im Reich entstehen könnte.

Wir sind sicher, dass E. L. an diesen Anschlägen keinen Anteil oder Gefallen haben; man hat auch dieserseits seit dem münchner Akkord in den Herzog von Baiern und in seine Bundesverwandten so wenig Mistrauen gesetzt, dass man seither fast alles Kriegsvolk abgedankt hat.

Da aber diese Anschläge so viel Gefahr mitbringen und es den Kurfürsten nicht verantwortlich wäre, dem Treiben derer, die ohne des Kaisers Wissen vermutlich, aber unter dem Deckmantel seines Namens solche Dinge treiben, zuzusehen, so erinnern wir E. L., kraft Ihres Amtes den Verlauf allenthalben in Acht zu nehmen und am kaiserlichen Hof und an andern Orten, wo es nützen kann (da vermutlich bei der bekannten Beschaffenheit am kaiserlichen Hofe diesen Sachen nicht in der Eile abzuhelfen sein wird), es dahin zu richten, dass solche Vorhaben unterbleiben und den unierten evangelischen Ständen nicht Ursache gegeben werde, zu den von Gott verliehenen Mitteln oder wol gar „ad extrema", die Schuldige und Unschuldige treffen, zu schreiten. Zugleich bitten wir um Erklärung, welcher nachbarlichen Hilfe wir, die wir nicht nur unsere sondern als Administrator und Vormund auch die kurpfälzischen Lande zu schützen haben, uns von E. L. im Notfall versehen können. Dagegen erbieten wir uns, obwohl wir noch nicht in den Kurverein aufgenommen sind, alles das zu thun, was dieser Verein und die Nachbarpflicht fordert. Datum Heidelberg den 14. jan. 1611.

Mb., 119|3, f. 48; Kpt. von Hausmann.[1]

---

[1] Der Kurfürst erwiederte am 26. Januar, er habe sich schon im Vorjahre die Abdankung dieses Kriegsvolks angelegen sein lassen und habe erst neulich den Kaiser und den Erzherzog Leopold darum ersucht, wolle aber nochmals Erinnerung tun. Der Kaiser würde zur Abdankung leichter zu bewegen sein, wenn die, die ihm zu solcher Werbung Anlass gaben, sich grössern Respekts gegen ihn beflissen und die Reichsgesetze besser respektierten. Wegen der nachbarlichen Hilfe werde der Kurfürst sich den Reichgesetzen gemäss verhalten (Mb., a. a. O., f. 134, Or.).

Digitized by Google

30. Abschied der ausschreibenden unierten Städte und der Stadt Heilbronn nach der heilbronner Zusammenkunft. Januar 25.

Wegen allerlei Beschwerungen der unierten Städte und um weitere Unzukömmlichkeiten hintanzuhalten, hatten die drei ausschreibenden Städte vereinbart, die ihrigen am 13./23. Januar zu Heilbronn zusammenkommen zu lassen.[1] — Mit Zuziehung der Heilbronner wurde zunächst der Verlauf mit dem passauer und elsässer Volk erörtert; sodann verglich man sich, wie angesichts des bevorstehenden höchst notwendigen Unionstages den unleidlichen, der Unionsverfassung ganz widrigen Beschwerden der unierten Städte abgeholfen werden solle. — Beim ersten Artikel der Unionsverfassung, die durchgenommen wurde, wurde für nötig befunden, gegen die höhern Stände zu ahnden, dass das Kriegsvolk der Markgrafen von Ansbach und Baden ohne Wissen der Stadt Strassburg nicht nur ins Stift Strassburg eingefallen sei sondern auch Herrschaften und Untertanen der Stadt und anderer unierter Stände entgegen diesem Artikel beschwert habe. — Ferner werden entgegen dem 3. Artikel die Tätlichkeiten bei nachbarlichen Irrungen von einigen höhern gegen geringere Stände der Union fortgesetzt. — Die Zeit über sind auch verschiedene Werbungen ohne Wissen und Willen der Städte vorgegangen, wogegen man die Ablegung der aufgewendeten Kosten entgegen dem 6. Artikel von ihnen begehrt hat. — Obwol verglichen ist, dass, was aller Unionsstände Wolfahrt betrifft, auch insgemein beraten und beschlossen werden soll, so sind doch allerlei Partikularkonvente angestellt worden, wobei andern zu Praejudiz Beschlüsse gefasst wurden; es sind auch ausserhalb solcher Zusammenkünfte weitaussehende Resolutionen genommen oder von einigen wenigen Städten, denen die Umstände der Sachen unbekannt waren, eilfertige Erklärungen begehrt worden, worüber absonderlich sich zu erklären die Städte nicht unzeitiges Bedenken trugen; daher wird für ratsam erachtet, dass solche Sachen, die alle angehn, insgemein beratschlagt werden. — Es werden die säumigen Stände nicht gemäss dem 15. Artikel zur Erstattung der Gebühr angehalten, noch weniger die Rechnungen liquidiert und berichtigt; den unierten Städten aber werden trotzdem, dem letzten Artikel zuwider, vielfältige Kontributionen

[1] Die Anregung zum heilbronner Tag war von Strassburg ausgegangen, Anlass gab der speirer Partikulartag (vgl. oben no. 15, S. 34 Anm. 2; Schreiben der strassburger Dreizehner an die Geheimen von Ulm am 8/18. Dez. 1610, Nbg., Unionsakten, Bd. 40, f. 249; Kop.). — Anwesend waren von Strassburg: der Altammeister Peter Storck und der Advokat Dr. Joh. Hartlieb, genannt Walsporn; von Nürnberg: Leonhard Grundherr und Andreas Im Hof des innern Rats, die Advokaten Dr. Johann Christoph Oelhafen und Dr. Georg Adelbert Burkhard; von Ulm: Leo Roth des geheimen Rats und Advokat Dr. Hieronymus Schleicher; von Heilbronn: die Bürgermeister Simon Weinmann und Dr. Jakob Feyerabend, Philipp Ort des Rats und der Advokat Dr. Georg Spitzer.

Digitized by Google

Januar 25. mit starken Drohungen und dem „nachdenklichen“ Anhang abgefordert, dass, wenn aus der Nichterstattung der angemuteten Kontribution Unheil entstünde, man dies den Städten beimessen und das Volk auf deren Untertanen legen wolle, während gewöhnlich verborgen bleibt, was von den höhern Ständen diesfalls erfolgt. Auch werden auf ungewöhnlichem Weg hohe Anleihen gesucht und die versprochenen Assekurationen unter allerlei Vorwänden verzogen. — Man hat auch bei jüngster Expedition ins Elsass und bei andern Durchzügen in der Unierten Landen mit Schaden erfahren, dass die Kriegsdisziplin so locker gewesen ist, dass kein unierter Stand sich der Assistenz, wenn er deren bedürfen würde, zu getrösten hätte, da ohne Unterschied alle, die etwas gehabt, für Feinde gehalten und bei dem ihrigen nicht gehandhabt worden sind. — Bei Abdankung des Volks hätte man ein ansehnliches erspart, wenn man nicht nach der ersten Musterrolle ausgezahlt sondern vorher gemustert, die Kommiss abgezogen, etwas zeitlicher abgedankt und den Tross verringert hätte. — Die Bestallungen der Obersten und Befehlshaber sind zu hoch und ohne Wissen der Städte nur unter den höhern Ständen aufgerichtet, weshalb auf deren Verringerung zu dringen ist. — Beim Rechnungspunkt ist darauf zu sehen, dass die Städte insgemein zur Anhörung gezogen und die Assistenzhilfe für die jülicher Lande von den gemeinen Unionskosten unterschieden und abgezogen werde. — Aus dem heidelberger Abschied vom März 1610 und aus andern unter den höhern Ständen aufgerichteten Abschieden wie auch sonst geht hervor, dass die elsässische Expedition ein Anhang des jülicher Wesens und bestimmt war, Erzherzog Leopold den Zuzug abzuschneiden. Da aber die Städte gemäss letztem heilbronner Abschied sich des elsässischen Kriegs nicht teilhaftig machen wollten, so werden die Städte bei künftigem Rechnungstag und sonst daran denken müssen, dass der „nervus unionis“, der durch den elsässer Zug merklich erschöpft wurde, von den höhern Ständen allein wieder erstattet oder der Unterschied wenigstens soweit geachtet werde, dass die Städte sich zu einiger Gelddarlage für die Zeit bis zum Abzug des Kriegsvolks aus dem Elsass nicht herbeilassen, damit nicht den dem Kaiser, Baiern und andern Kurfürsten und Fürsten gegebenen Erklärungen zuwider gehandelt werde und die Städte sich höchste Ungnade und Verweis zuziehen. — Da Donauwörth im vorigen Drangsal stecken bleibt, soll der Administrator der Kurpfalz erinnert werden, mit Kurmainz und anderen zu handeln, wie dieser Stadt zur vertrösteten Restitution zu verhelfen sei und dadurch der Friede im Reich erhalten werden könne. — Man hat dabei zu bleiben, dass die Städte sich der jülichschen als einer nicht zur Union gehörigen Sache nie annehmen wollten.

Da diese Beschwerden alle unierten Städte betreffen, so sollen, sobald der Unionstag ausgeschrieben ist, die ausschreibenden die andern unierten Städte ihres Kreises rechtzeitig erinnern, dass diese die ihrigen unfehlbar zum Unionstag abordnen, damit man die Abhilfe der Be-

Digitized by Google

schwerden gehörig betreiben und mit Zutun aller auch erreichen könne. Januar 25.
— Actum Hailbronn den 15. januarii 1611.

U., Unionsacta, t. XX, n. 1906; Kpt. von Hieronymus Schleicher.[1]

---

[1] Der vorliegende Abschied erscheint als ein Kompromiss zwischen den merklich auseinandergehenden Meinungen Strassburgs einerseits, Ulms und Nürnbergs andererseits: Während diese den elsässer Zug aufs nachdrücklichste verurteilen, Nürnberg sich noch besonders wegen mangelnder Nachbarlichkeit der fränkischen Markgrafen beschwert fühlt, Ulm die steten Darlehensforderungen und die Erpressungen des Kriegsvolks anzieht und mit dem Austritt der schwäbischen Städte aus der Union droht, verteidigt Strassburg wenigstens den zweiten Zug ins Elsass und nimmt die höhern Stände gegen den Vorwurf in Schutz, die Städte zu überstimmen; übrigens rückt dann auch Strassburg mit einer ganzen Reihe von Beschwerden heraus. Schliesslich gibt aber auch Nürnberg zu, dass man sich von der Union nicht absondern dürfe, weil die Ursachen, die zum Eintritt bewogen, noch fortwirkten: die spanischen und jesuitischen Praktiken, die Hofprozesse und die Sperrung der Justiz; trotz der Denkschriften der Teilnehmer am prager Konvent sei vom kaiserlichen Hof nichts zu hoffen. So sehr die Städte sich entschuldigen, sie gelten als die Ungehorsamen, ja als des Kaisers öffentliche Feinde. Man müsse also bei der Union bleiben, aber in „terminis defensionis", die Exzesse und Gravamina abschaffen, die Lasten gleich verteilen, das publicum und privatum nicht vermischen. Wenn man mit Erschöpfung der städtischen Mittel fortfahre, kämen die Obern bei ihrer Bürgerschaft in Gefahr und könnten dieser leicht andere Gedanken kommen. Keinem Kaiser sei je so viel kontribuiert worden als der Union in diesem Jahr. Gehe das so fort, so würden die Städte ein „patrimonum, imo spolium" einiger Fürsten. Der elsässer Zug sei dem jülicher Wesen zum besten gewesen; darum habe man die Nürnberger nach Prag berufen (vgl. Briefe und Akten, III. no. 218) und ihnen vorgehalten, dass sie diese beiden Dinge hinausführen geholfen hätten u. s. w. Aus dem jülicher und elsässer Wesen stamme alles Unheil, die Erschöpfung des Unionsvorrats, die Darlehensbegehren u. s. w. Ein Unionstag müsse zu stande gebracht werden trotz des Administrationsstreits und des strittigen Direktoriums. — Nürnberg gab dabei zu erwägen, ob nicht, wenn die Ausschreibung unterbleibt und den Beschwerden nicht abgeholfen wird, die Kontributionen zurückzuhalten seien (Nürnberger Protokoll der Zusammenkunft in Nbg., Unionsakten, Bd. 41, f. 1). — Strassburg setzte sich noch für die Unterstützung Badens in der eickensche Sache ein (vgl. oben no. 15, S. 36, Anm. 1), die andern lehnten dies aber wegen mangelnder Instruktion ab. — In Nürnberg erwog man nach Einlaufen des Protokolls und Abschieds, ob man die Beschwerden der Städte beim Unionstag nicht besser schriftlich vorbringen solle, da die Strassburger, die den mündlichen Vortrag zu tun hätten, sehr zu den Fürsten neigten und gar zu kühl proponieren möchten (Nbg., a. a. O., f. 45). — Die üble Stimmung der Nürnberger war in den Kreisen der Unierten kein Geheimnis: der oberpfälzische Rat Theophil Richius schreibt am $\frac{\text{25. Januar}}{\text{4. Februar}}$ an Fürst Hans Georg von Anhalt: die Städte seien insgemein mit der Union unzufrieden, besonders die fränkischen, die sich zu Nürnberg versammelt hätten (vgl. no. 16, S. 40, Anm. 1), um zu beraten, wie man sich aus der Union ziehen könne; die Union habe in Nürnberg durch den Tod Christoph Fürers einen guten Förderer verloren, jetzt bekämen die Uebelwollenden die Oberhand; schon solle den Nürnbergern die Unterschrift der Konkordienformel zugemutet werden (De., A 9a, I c, no. 8. — Or. eigh.). — Auf das wolmeinende Schreiben des Herzogs von Württemberg an die drei ausschreibenden Städte vom 12./22. Januar (Stg., Unionsacta, IX, f. 104; Kpt.), in dem ein Unionstag verheissen und die Erwartung ausgesprochen wird, dass angesichts der gefahrvollen Lage auch fürderhin sich

Digitized by Google

Januar 26. **31.** Der Kurfürst von Mainz an Herzog Maximilian von Baiern.

Vorantwort auf des Herzogs Schreiben vom 15. Januar.[1] — Wir würden uns dem Vorschlage E. L. „mehr als gern“ fügen, doch werden Sie hoffentlich nicht verkennen, dass wir Sorge tragen müssen, damit uns unseres Vorgehens halber, „so mit gnugsamen vorrath, thails auch antreiben etlicher vornehmer catholischer chur- und fursten allein unserer catholischen union zu guetem geschehen, statt eines verhofften danks kein schimpf oder ohnglimpf zuwechst.“ Da E. L. und vielleicht noch andere Stände gegen die Einladung des Hauses Sachsen Bedenken haben, so haben wir für nötig erachtet, uns mit den anderen geistlichen Kurfürsten und rheinischen Ständen zu beraten, „wie wir auch in denen gedanken gestanden und E. L. canzlern andeutung darauf gethan, damit der buntstag nicht so lang aussgestelt, auch Saxens L. durch zuvil lange verweilung nicht ufgehalten oder zu andern gedanken anlass geben werde, E. L. konten alsobalt die adjuncten der obern kreiss zu sich vermogen, auss diesen sachen mit inen underred pflegen und sich desto eher darin und darüber entschliessen.“ Da wir die rheinischen Stände auf den

---

die Städte die Sicherheit gemeiner Union angelegen sein lassen werden, antworten am $\frac{\text{31. Januar}}{\text{10. Febr.}}$ die Nürnberger: sie hoffen, es werde beim Unionstag den Städten das zur Defension bestimmte und anderweitig verwendete Geld erstattet, die Restanten eingebracht, Darlehen nicht mehr gesucht, die Partikularbeschlüsse abgestellt werden; in den Rechnungen müsse das „per obliquum“ zum jülicher Zug Verwendete von den Ausgaben für die Defension getrennt werden; denn die Städte seien nur mit dem in die Union getreten, dass im Stimmen und Zahlen Gleichheit gehalten und Privat- und Nebensachen nicht in die Union gezogen werden. Wenn dem allen nachgelebt und die Städte von allen den „Exorbitantien“ befreit werden, derenwegen sie, die Nürnberger, von den fränkischen Städten beweglich angelangt werden, so wollen sie von dieser Zusammensetzung nicht abtreten und einraten und tragen helfen, was die Union erfordere. Der Herzog möge auf Mittel denken, den unerträglichen Beschwerden bei nächstem Unionstag abzuhelfen (Nbg., Unionsakten, 39. Bd., f. 421; Kpt. von Oelhafen). — Fast ebenso verklausuliert lautet die Antwort der Ulmer vom $\frac{\text{23. Januar}}{\text{2. Februar}}$: sie betonen, dass die Unternehmungen des vorigen Jahres den unierten Städten das Unionswerk fast unerträglich machen; die Vergeudung des Vorrats, die Durchzüge, die Anlehen und die mit starken Drohungen geforderten Vorschüsse lassen die Sache nicht so weiter gehen; schon habe ein Teil der Städte erklärt, mit den Kontributionen nicht mehr folgen zu können; der Herzog möge die Abhilfe dieser Beschwerden befördern helfen (U., Unionsacta, t. XX., n. 1944; Kpt. von Schleicher). — Nur die Strassburger antworten am $\frac{\text{29. Januar}}{\text{8. Februar}}$ mit der Versicherung, sich neben den andern Städten aller Gebühr nach verhalten zu wollen (Stg., Unionsacta, t. IX., f. 122; Or.).

[1] Vgl. oben no. 19.

Digitized by Google

6. Februar nach Frankfurt berufen haben und die in E. L. Ausschreiben für den Bundestag angesetzte Frist so geraum ist, dass die Versendung der Ausschreiben Verzug erleiden kann, so verschieben wir die Mitfertigung und die endgiltige Antwort auf E. L. Schreiben bis nach jener Zusammenkunft. — Datum Aschaffenburg den 26. januarii anno 1611. Januar 26.

I. Einlage. Aus der Abschrift des Schreibens des spanischen Gesandten an E. L.[1] haben wir vernommen, wie sich dieser auf die dem Kurfürsten von Sachsen zu Prag zugestellte Bundesnotel, die E. L. Zuñiga mitteilten, erklärt hat. Nun haben wir E. L. „solche notul in sonderbarem vertrauen allein zur nachrichtung und besserer information zugeschickt" und daher dafür gehalten, „es mochte eine unnotturft sein, dieselbige weiter zu communicirn oder aber andere particularia mit zu berichten, aus was ursachen und mit was gepflogenem gutachten solche notul also begriffen und von hant geben worden". Nachdem sie jedoch jetzt dem Gesandten zugestellt worden ist, wollen wir, „damit dan bei demselbigen gegen uns kein ohngleicher verstant entstehe, nachdenkens haben, ime ambasciatorn die notturftigen umbstende hierunder zu berichten. Dan wir ime dessen hiebevor wie auch dem herrn bäpstlichen nuncio nichts zukommen lassen sonder allein zu Prag inen baiden müntlich angezeigt: demnach wir zu mehrmaln von inen vernomen, dass sich sowol die bäpstliche Heiligkeit als auch die kgl. W. in Hispanien dessen rund erkleret, da die Catholischen gemeint, dem religion- und prophanfriden zuwider etwas gegen den protestierenden stenden vorzunehmen, dass sie kein pfenning zur hülf beischiessen wolten, dass wir uf gutachten des herrn churfürsten zu Cöln und der erzherzogen in handlung mit Saxen begriffen und dabei ein ganz gute inclination zu der catholischen union verspürten." Die Erklärung des spanischen Gesandten, dass sich sein Auftrag nicht weiter, als er am 5. September zu München angezeigt hat, erstrecke, bezieht sich nicht auf die Aufnahme Sachsens, deren wir in unserm Schreiben gar nicht gedachten „sonder per schedulam sovil avisirt, dass Saxen L. halber zur Union guete hoffnung", sondern auf die nach Dr. Jochers Begehren an Zuñiga wie auch an den Nuntius gerichtete Bitte, dass die von Spanien und vom Papste bewilligte Hilfe „nicht allein anticipirt sonder auch nach gestalt ufwachsender gefahr doplirt oder sonsten erhohet werden mochte."

II. Einlage. E. L. haben in einem zweiten Schreiben begehrt, wir möchen jemanden an Stelle des Bischofs von Speier, der sich wol nicht gebrauchen lassen werde, zur Sendung nach Frankreich vorschlagen. Wir haben bereits Donnersberg einen Fürsten bezeichnet und auf dessen Einwendungen gegen den Genannten geraten, dem

[1] Vgl. oben no. 3 S. 5, und Anm. 3.

Digitized by Google

Januar 26. Grafen von Helfenstein noch einen oberländischen Grafen oder den kaiserlichen Rat von Ulm, „als der seiner sprachen und anderer erfarenheit halben beruempte qualiteten hierzu hat", beizuordnen. Ut in litteris.

Wmz., Religionsakten Bd. 11, no. 135; Kpt. von Faust.[1]

Januar 28. **32. Der Kurfürst von Mainz an Zuñiga.**

Vom Herzog von Baiern haben wir erfahren,[2] das E. Exz. die Notel, welche wir mit Rat Kurkölns und anderer katholischer Fürsten dem Kurfürsten von Sachsen in Prag zugestellt haben, mitgeteilt worden ist, doch ohne jede Erläuterung der Gründe ihrer Abfassung. Damit nun E. Exz. nicht aus Mangel daran gegen die von dem ersten Unionsentwurf etwas abweichende Notel Bedenken fassen, wollen wir Derselben unsere und der beiratenden Fürsten Absicht darlegen. — Wir haben E. Exz. wie dem Nuntius zu Prag vorgestellt, wie nötig es sei, die katholische Union durch Zuziehung mehrerer, auch friedliebender protestantischer Fürsten zu befestigen und dabei bemerkt, dass E. Exz. und der Nunzius, dies Vorhaben, „si bonis conditionibus fieret", nicht misbilligten. Da nun nicht allein damals, als wir uns zuerst mit den anderen Kurfürsten zu Mainz über die Errichtung der Union einigten, für rätlich angesehen sondern auch in dem würzburger Abschiede uns und dem Herzog von Baiern aufgetragen worden war, gewisse friedliche Protestanten für den Bund zu gewinnen, der Kurfürst von Sachsen aber ebenso wie der Herzog von Braunschweig und der Landgraf [Ludwig] von Hessen sich zu Prag in allen Beziehungen dem Kaiser sehr ergeben und den Katholiken geneigt erzeigt und erklärt hatten, dass sie der Union nicht zuwider seien, „si modo eadem ad manutenendam constitutionem imperii religionis et pacis publicae tum etiam authoritatem et reputationem caes: M.tis conservandam dirigeretur," so haben wir nach reiflicher Erwägung mit Kurköln und den Erzherzogen jene Notul entworfen, „ut electori Saxoniae ea proponeretur, ita quidem ut confoederatis catholicis nihilominus judicium illorum desuper liberum permaneret." Da nun das Haus Sachsen zum Eintritt in die Union entschlossen ist, wie aus dem Schreiben des Herzogs von Coburg hervorgeht,[3] und um Nachricht von der Abhaltung des nächsten Bundestages gebeten hat, so sehen wir nicht, welches Hindernis dessen Einladung entgegenstehen und wie die Aufnahme Sachsens und anderer friedlicher Protestanten den Katholiken bedenklich sein könnte, „quandoquidem in istis consiliis et conventibus nihil tractandum veniat, nisi

[1] Am 7. Februar macht der Herzog mit Berufung auf den mainzischen Vorschlag den „oberländischen Adjunkten" d. i. den Bischöfen von Würzburg, Bamberg, Augsburg und Konstanz Mitteilung von der beabsichtigten Aufnahme Sachsens in den katholischen Bund und ersucht um deren Gutachten (Mc., Entstehung, Fasz. V., no. 35, f. 36; Kpt. von Gewold).

[2] Vgl. oben no. 19 und 31.

[3] Vgl. no. 4, S. 6, Anm. 1.

Digitized by Google

quod ad defensionem cuiusque status tàm religionis quam aliorum Januar 28.
jurium contra malevolorum impetus et manutenendas imperii constitutiones et conservandum imperatoris nostri respectum pertineat; illud vero emolumenti et commodi Catholicis accrescat, ut spes maior sit ex hac animorum coniunctione omnibus illis difficultatibus, quae in proximis comitiis subortae sunt, facilius occurrendi utque Catholici ex horum principum assistentia maiore securitate gaudeant eorumque ecclesias ab omni illicita invasione liberas servent, omnes isti principes confidentiores inter sese reddantur, Calvinistarum consilia dissipentur eorumque figmenta et contra Catholicos sparsa mendacia reprimantur, justitia lapsa erigatur, liberae imperii civitates facilius etiam ad vota et unionem Catholicorum accedant, quod etiam hoc ipso forte moveri posset rex Galliae animum potius hisce quam adversariis adiungere, ser.mus Hispaniae rex quoque aliquando ita ferente occasione et exigente necessitate ex succursu et suppetiis horum principum non parum commodi sentiret. Denique omnes expeditiones in imperio melius succedent et successionis negotium certiore spe promovebitur". Welches Misstrauen es dagegen erwecken müsste, wenn die Berufung Sachsens zum nächsten Bundestage verzögert oder dagegen Schwierigkeiten erhoben würden, können E. Exz. leicht ermessen. — Aschaffenburgii 28 mensis januarii a.° 1611.

Nschr. Den Bedenken Baierns, obwol wir sie für geringfügig halten, haben wir noch Folgendes entgegenzustellen: 1. Dass der König von Spanien an der Aufnahme Sachsens und anderer Protestanten Misfallen haben werde, scheint um so weniger zu fürchten, je mehr Nutzen der katholischen Sache durch jene erwächst; denn sie versprechen „fide data disertis verbis" nachdrückliche Hilfe gegen die kalvinistische Liga und dazu kommt, „quod hoc pacto S. caes. Maj.tis tanquam supremi in imperio capitis ac judicis, uti agnoscitur et confirmatur authoritas, ita ad faciliorem executionem faciendam roboratur quoque eiusdem potestas: cui quidem voto consequendo vix intra LX annos tam commoda nobis affulsit opportunitas." 2. Das zweite Bedenken, dass nämlich die Katholiken durch Sachsens Aufnahme sich stillschweigend den jülichschen Streit aufladen würden, ist zwar gewichtig; aber der Kurfürst von Sachsen hat bisher in dieser Hinsicht weder von der katholischen Union etwas verlangt noch sucht er überhaupt etwas anderes als rechtlichen Austrag nach den Reichsgesetzen, wozu ihm billig jeder beistehen muss. „Quid vero, si status Hollandici (quod sane parum abesse videtur) ducatuum illorum Juliacensium potiantur, quantum damni, periculi atque irreparabilis jacturae quum regi catholico tum Rhenanis inprimis electoribus inde foret pertimescendum! Hic mens defigenda est". 3. Dass man den Protestanten die Kräfte der katholischen Stände offenbaren müsste, braucht man nicht zu scheuen, denn sie sind aus der Matrikel ohnehin bekannt. Datum ut in litteris.

Wmz., Religionsakten, Bd. 11, no. 137 und 138; Kpt. von Faust.

Digitized by Google

Januar 30. **33.** Johann Ericius, kaiserlicher Kammerdiener, an Benjamin von Buwinckhausen.

. . . . Alles ist voll Unruhe. „Seyn I. M.[t] nicht pesser versehen als itzo, tum nostra infirmitas regem Mathiam animabit, und es sei dan etwas extraordinari im wege, darvon wir itzo noch nicht wissen, so furchte ich etwas ergers alss vor 2 jahren.“ Die Spanier unterstützen Matthias nach Kräften. Ich habe von einem guten Freunde vernommen, dass vergangenen Freitag ein Wechselbrief auf 300 000 Kronen auf der Post hier durchgekommen sei für Matthias.[1] Aus Wien schreibt jemand, dass dort sechs Fahnen zugerichtet würden, auf einer in der Mitte ein Szepter, nach dem zwei Hände greifen, mit dem Spruche „aut mihi aut tibi“; auf einer andern ein Ambos, auf den zwei Fäuste zuschlagen, mit dem Spruche „donec rumpatur“. Was dabei gemeint ist, ist leicht ersichtlich; aber Recht wird doch Recht bleiben. Hier gibt es grosse Praktiken; unser Hof ist in zwei Parteien gespalten, „interim patitur imperator“. Möchte doch Gott den Kaiser erleuchten, dass er resoluter wäre, um diesen Wirren zu wehren. Wir können darüber nur klagen, nicht aber es bessern. Mich dünkt, dass der Kaiser wol ein wenig ein Auge auf Frankreich habe;[2] aber ich sehe nicht, warum sich dasselbe unserthalben beunruhigen solle, da es von hier wenig Nutzen haben könnte. Der englische Gesandte ist noch hier.[3] Gestern ist Hippolyt de Collibus wegen der zweibrückenschen Sache angekommen.[4] Prag den 30. januarii a. 1611.

Nachschr.: Ich gebe E. Gn. zu bedenken anheim, ob es nicht eine treffliche Gelegenheit wäre, sich um den Kaiser verdient zu machen (falls Matthias etwas neues unternehmen sollte), wenn die Unierten dem Kaiser in solcher Not beisprängen. Sie würden nur tun, was billig und ihre Pflicht ist, und der Kaiser würde es ihnen durch jede Gnade lohnen. Aber Schnelligkeit tut not, denn Gefahr ist im Verzug. „Werden sie sich aber verfuhren lassen durch ihre falsche praesupposita (intelligo de affectione, quam existimant S. M.[tem] et archiducem Leopoldum Hispanis portare) und gedenken, das sie

---

[1] Dasselbe wird auch vom kurpfälzischen Agenten Philipp Ehem berichtet. (Zeitung aus Prag vom 30. Januar; Mc., Entstehung, Fasz. V., no. 37½, f. 285; Kop.)

[2] Wegen der Beziehungen Kaiser Rudolfs zu Frankreich vgl. die Schreiben Baugys an Puysieulx seit 28. Mai.

[3] Stephan Lesieur.

[4] D. h. wegen des Administrationsstreits und wegen der Belehnung des Kurerben der Pfalz. Vgl. no. 21, S. 54, Anm. 1.

Digitized by Google

in ainem und anderen pesser von Matthia muchten versichert sein, wahrlich so fürchte ich, es wird ihnen ergehen also den fröschen." Januar 30.

Mb., aus 89/3, f. 49, Or.; eigh. (Fragment.)[1]

34. König Matthias an Erzherzog Maximilian. Januar 31.

Der Erzbischof von Salzburg hatte mir und den Ständen des Landes ob der Enns vordem grosse Anerbieten gemacht, ja gar Aufrichtung eines Bündnisses begehrt, auch durch Job Hartmann Freiherr von Enikl, der von den obderennsischen Ständen deswegen zu ihm geschickt worden war, die einzelnen Punkte überschickt.[2] Als aber ich und die Landstände sein Begehren verwirklichen wollten, hat er nicht nur mit der zuvor angebotenen Hilfe sondern auch mit dem Bündnis zurückgehalten, ohne dass ich den Beweggrund dieser Veränderung weiss. Ich höre aber, der Erzbischof soll sich mit Althan in Salzburg verglichen und lauter erklärt haben, beim Kaiser zu stehen, was mir nicht geringes Nachdenken verursacht,[3] „da ich anderst auf E. L. durch den Grienberger mir eröffneten rath und allermassen Dieselb von meinem rath, dem Schrötl,[4] berait vernommen werden haben, mit

[1] Johann Ericius aus Hamburg war reformierten Bekenntnisses und vermittelte neben dem Kammerdiener Martin Hastal und dem Alchimisten Jakob Hauser den Verkehr zwischen dem Kaiser und einigen protestantischen, besonders unirten Fürsten. Schon am 5. Dezember 1610 schrieb er an Buwinkhausen: er wolle den Kaiser zu bewegen suchen, B. nach Prag zu berufen und ihn selbst anzuhören; B. möge darüber an den geheimen Rat Barvitius schreiben, „doch deutlich und teutsch, dan es [B.s Schreiben] vleicht I. ksl. M.t soll zu handen kommen;" Mb., aus 89/3, f. 44; Or. eigh.

[2] Die Akten dieser Bündnisverhandlungen im Nov. und Dez. 1610 liegen, in Wi., I. A. 1, Ka. 2988, ein Teil ist gedruckt bei Kurz-Czerny, II, S. 1 ff., 65 ff.; der Bescheid des Erzbischofs auf Enikls Werbung, wonach jener mit dem König ein Bündnis auf Lebenszeit eingehen will, vom 23. Dez. 1610 liegt in Ma., 107/42, f. 77; Kpt. Weitere Aktenstücke von seiten Salzburgs finden sich erst wieder, als der heraufziehende Konflikt mit Baiern dem Erzbischof eine Annäherung an Matthias empfehlenswert machte. Dagegen drückte der Erzbischof den Ständen des Landes ob der Enns seine Bereitwilligkeit aus, die Grenzbezirke um Vöcklabruck und Lambach „in Verwahrung" zu nehmen (Erzbischof an die Stände am 2. Januar, Ma., 107/42, f. 116; Kpt.; Kurz-Czerny, II. S. 15; vgl. oben no. 8, S. 22).

[3] Das Mistrauen des Königs in den Erzbischof war ganz gerechtfertigt. Zwischen dem Kaiser und dem Erzbischof bestand eine durch Hegenmüller und Althan unterhaltene Verbindung. Am 31. Januar dankt der Kaiser dem Erzbischof für eine durch Althan überbrachte Mitteilung und für die gute Affektion und erwartet des Erzbischofs weitern Rat, was angesichts der Aenderung der Quartiere des passauer und der Abdankung des elsässer Volks zu tun sei. Da er nach den einlaufenden Nachrichten aus Wien nichts gutes zu erwarten habe, so wolle er sich ganz auf die vom Erzbischof versprochene Hilfe verlassen. Der Erzbischof hatte auch übernommen, mit Erzherzog Maximillan wegen Abtretung von dessen Anteil an Tirol und Vorderösterreich an den Kaiser zu verhandeln, wozu er die Vollmacht erhält (Wöa., Salzburg, Bd. 10, no. 3. — Or.). Vgl. oben no. 8, besonders S. 21, Anm; 1 und das Register unter Salzburg

[4] Vgl. wegen Grienberger oben no. 14. Am 23. Januar schickte Matthias seinen Rat Georg Schröttl von Schrotenstein an den Erzherzog; Beglaubigung in Ib., Ambraser Akten, Missiven vom Februar 1611, no. 12; Or.

Digitized by Google

Januar 31. meinem numehr auf den fuess gebrachten kriegsvolk fortrucken, sein des erzbischofen L. nit genuegsamb versichert sondern neben dem herzogen auss Bayern als feind hinderlassen solte.“ Da E. L. beim Erzbischof viel vermögen, wollen Sie sich bemühen, Aufklärung zu erlangen, wessen ich mich von ihm zu versehen habe, und ihn zu guter Korrespondenz mit mir zu vermögen.

Ich überschicke E. L., was Braunschweig und Hohenzollern im Namen des Kaisers bei mir angebracht, was mir die böhmischen Landoffiziere auf mein Schreiben wegen des Einfalls in Oberösterreich geantwortet und was ich darauf erwidert habe.[1] Da mir die Verordneten des Landes ob der Enns am 26. und 27. berichteten, dass das passauer Volk sich nach Böhmen begeben habe, wodurch E. L. vor aller Gefahr versichert sind, so hoffe ich, Sie werden sich gegen Schröttl so erklären, wie es meine und unseres Hauses Notdurft fordert; denn ich will mich dieses gefährlichen Zustandes entledigen, wenn ich nur nicht hilflos bleibe. Geben Wien den lesten januarii a. 1611. — Praes, 13. Feb. 1611.

Jb., Ambraser Akten, Missiven vom Feb. 1611, no. 20; Or.

Januar 31.

35. Zuñiga an König Philipp III.

Los varones y cavalleros y ciudades deste reyno, que hazen los tres estados del que son los, que comunmente se juntan (por que el quarto, que es el eclesiastico, desde las eregias antiguas quedo tan baxo que no lo han admitido a las deliberaciones publicas), han venido por mandado de S. M.[d] cesarea firmado de su nombre, aunque segun se entiende sin su voluntad y antes de començar la dieta, le han importunado a que firme las patentes de coroneles y capitanes y las ha firmado, tambien se entiende contra su voluntad, de manera que havra en este reyno dos exercitos contrarios ambos con patentes del emp.[or], que debe de ser cosa pocas veces vista[2]. Oy se

[1] Anbringen Braunschweigs und Zollerns vom 27. Januar in Wi., I. A. 1; Ka. 2991. — Böhmische Landoffiziere an König Matthias auf dessen Hilfebegehren am 19. Januar: ebenda; Matthias an die böhmischen Landoffiziere am 23. Januar: eine lange Rechtfertigung seines Vorgehens und erneute Aufforderung zum Beistand zugleich mit der Ankündigung, dass er entschlossen sei, mit seiner ganzen Macht gegen die Räuber zu ziehen und die Erblande vor ihnen zu sichern; Wi., a. a. O., Kpt., von Khlesl überarbeitet. (Nach einer Bemerkung Khlesls war dies Schreiben, offenbar mit Rücksicht auf Braunschweigs Werbung, vom 27. auf den 23. Januar zurückdatiert worden.)

[2] Ueber den Beginn der ständischen Rüstungen in Böhmen vgl. Gindely, Kaiser Rudolf etc., II. S. 182 und 188. Die Rüstungen waren von langer Hand vorbereitet; als Führer war von Anfang an Graf Heinrich Matthias von Thurn ausersehen (Schreiben Silbermanns an Pfalzgraf Philipp Ludwig vom 8./18. Dezember aus Prag, wonach schon damals die Werbung verordnet wurde, in Ma., 299/18, f. 83; Kopie. — Schreiben Friedrichs Grafen von Fürstenberg an König Matthias vom 13. Januar in Wi., I. A. 1, Ka. 2991; Or. eigh.) Am 19. Januar teilen die böhmischen Landoffiziere, Räte und Defensoren dem König bereits mit, dass sie mit des Kaisers Zustimmung Reiter und Knechte werben und zum Schutz des Kaisers und des

Digitized by Google

ha de hazer la proposiçion de la dieta de parte del emp.^{or} y sera Januar 31.
con gran rumor de los congregados, por que vino ayer un correo del señor de Rosemberg con una copia de carta del coronel de la Rame[1], que govierna la gente de guerra del emp.^{or}, en que le avisa que no pudiendo entretenerse en el alojamiento que tenia en Austria superior, le ha sido neçesario entrar en Bohemia, pero que no tocara en sus estados y que, para que le guie por otras partes, le embie un cavallero de su casa y que su intento es alojar en Cromao, que es señoria particular del emp.^{or} y ofrecese de alojar siempre en las de S. M.^{d} cesarea hasta que se pague y despida la gente. Pero los Bohemios no se aseguran de los ofrecimientos ni el rey Mathias de los que el emp.^{or} le ha hecho por medio del duque de Brancuyque y del conde de Zoleren que le llevaron una carta suya con el sobreescrito del rey y dentro con titulo de archiduque, que para el tiempo en que se halla fue buena deliberaçion del secretario. Va juntando toda la gente de guerra de aquellas provincias de su obediencia y temese con color de deshazer esta jente del emp.^{or}, el y los Bohemios echen a S. M.^{d} cesarea deste reyno, que le ha quedado, petrera en que le han metido consejos de la mas vana y simple gente, que debe aver se admitio jamas a consejo de ningun principe.

El señor archiduque Leopoldo me llamo ayer[2] para pedirme que yo tratase de apaçiguar al rey de Ungria y de significarle que el emp.^{or} no avia rompido la capitulacion hecha ultimamente en el convento de principes que se tuvo aqui en Praga el año pasado, por que la entrada de su gente en Austria no avia sido con su voluntad. Yo le dixe que siempre procuraria hazer todo buen officio procurando que el rey respetase al emp.^{or}, pero que en quanto a significar que no se avia rompido el contrato pasado, no podria hazello

prager Vertrags an die Grenze legen wollen (Wi., a. a. O., Uebersetzung). Am 20. kann dagegen der kursächsische Agent Dr Ambrosius Pfretzschner an Kaspar von Schönberg melden, dass die Böhmen Befehlshaber in Bestallung nehmen und täglich werben, obgleich der Kaiser ihnen schriftlich habe andeuten lassen, dass er von keiner Werbung wissen wolle (Drs., l. 9166, I. Buch passauer Kriegsvolks, f. 73; Or. eigh.). Am 22. Januar liessen die Stände die Räte der prager Alt- und Neustadt verständigen, sich auf Quartierung von tausend Pferden und einem Regiment Knechte gefasst zu machen, und dies „citra assensum caesaris" (Wilhelm Bodenius an Herzog Maximilian vom 22. Januar in Mc., Entstehung, Fasz. III., no. 26, f. 20; Or. eigh.). Das bestätigt Zuñiga in einem Bericht an Philipp III. vom 29. Januar mit dem Beifügen, dass der Kaiser die Werbepatente noch nicht ausgefertigt habe (Sim., Fasz. 2497, f. 7; Kopie). — Der böhmische Landtag war auf den 28. Januar einberufen worden; vgl. Hurter, Geschichte Kaiser Ferdinands II., VI., S. 38.

[1] Es liegen mir zwei Schreiben Ramées an Wok von Rosenberg vor, das eine vom 26. Januar aus Pregarten, worin er den Zug nach Krumau anzeigt und beteuert, dass Rosenbergs und der böhmischen Stände Güter ganz unbeschwert bleiben sollen; Rosenberg möge einige seiner Leute als Kommissarien abordnen (Wi., I. A. 1., Ka. 2991 — Kopie). Am 29. Januar entschuldigt sich Ramée von Leopoldschlag aus, dass er wegen der Länge des Weges auf Rosenbergs Gütern habe Nachtlager nehmen müssen (Wi., a. a. O., Kopie).

[2] Vgl. Gindely, Kaiser Rudolf, II. S. 190 f.

Digitized by Google

Januar 31. entendiendolo de otra manera. Hizo instançia S. A. todavia en que yo hiziese buenos officios de mi parte y llego a proponerme que para este efecto fuese en persona a Viena. Escuseme dello diziendo a S. A. que yo no podria yr sino llevando orden del emp.^{or} de ofreçer al rey que se despediria luego esta gente y que por lo venidero se guardaria puntualmente lo concertado en el ultimo convento de Praga y que si llevase esta orden y le hiziese este ofreçimiento, seria cosa llana que el rey me preguntaria luego, si dava yo palabra de que esto se guardaria asi y que no avendo yo de dar esta palabra al rey como en ninguna manera se la daria que antes haria daño que provecho mi yda. Entro[1] despues con un gran preambulo a rebelarme un gran secreto, que contenia que el nuncio y yo fuesemos medianeros para que el emp.^{or} y el rey su hermano se concertasen y juntasen sus exerçitos y diesen contra sus vasallos para romper estas confederaçiones que tienen entre si estas provincias y reynos. que posee la casa de Austria, hechas de nuevo, quando se hizo la ultima paz con el Turco; que es pensamiento que, quando cada uno destos dos prinçipes fuera Carlos 5° y estuvieran ambos conformes en amor y voluntad, tuviera gran dificultad esta empresa. Yo dize a S. A. que bien se veya que el exercito del rey Mathias, aunque tenia algunos capitanes y coroneles catolicos, muchos dellos eran erejes y los unos y los otros servian por quuenta de las provincias y que el rey no podia nada sino contemplando con ellos y que el retirandose del emperador estava en estado, que ni el papa ni V. M.^{d} podrian entrar en nuevas confederaçiones con S. M.^{d} cesarea y que bien sabia que yo avia sido siempre muy contrario a estas levas de gente, conoçiendo que el estado, en que se hallava S. M.^{d} cesarea, no era para removelle sino para dexalle vivir en paz y gozar deste reyno de Bohemia y Silesia que le avian quedado y que pasase asi vexez. No hallo el señor archiduque razones para hazer fuerça en sus propuestas despues de mis replicas y hizome lastima pareçiendome que estava congojado y arrepentido de aver pasado tan adelante esta dança.

Pasando por el Tirol un criado mio que llego anteayer por la posta avia topado al camarero mayor del señor archiduque Maximiliano, que le dixo que venia de Alsaçia de licenciar aquella gente de guerra, que alli tenia el emp.$^{or.}$ y que quedava licenciada efectivamente toda la cavalleria y parte de la infanteria y que quedavan solamente hasta 2000 hombres mucho a estos traçistas que meten al emp.^{or} en empresas tan sin fundamento y sera causa en mucha parte de que se aquiete el señor archiduque Maximiliano. Praga a 31. de ennero 1611.

Sim., Fasz. 2496, f. 8; dechiffr. Kopie.[2]

---

[1] Das folgende bis „esta empresa“ ist schon von Gindely, a. a. O., S. 191, Anm., mitgeteilt worden.

[2] Schon am 29. Januar hatte Zuñiga (vgl. die Anm. 2 auf S. 84) seinem Herrn von der Versammlung des Landtags und von der ständischen Werbung Mitteilung gemacht. Wegen der verzögerten Ausfertigung der Werbepatente „me dizen agora que esta llena la antecamera de gente dando voces, sobre que los confirme

Digitized by Google

36. Padavin an den Dogen von Venedig. Januar 31.

„. . . . L'Eguemiler che fù mandato à gli elettori per la sospensione della dieta elettorale,[1] che havevano i principi rissoluta à Pasqua, è ritornato e da Magonza in particolare hà riportato risposta affatto contraria all' espettatione,[2] perche quell' elettore liberamente hà detto che non ſolo i bisogni dell' imperio non richiedono, che si prolunghi, mà che bisognerebbe che fosse già seguita e ch' egli non asentirà mai, che ſi tiri più inanti. Da che si cava il desiderio di questi di venire. Cosa certa è che ceſare non abhorisse cosa con maggior nausa, che quando le viene tenuto proposito di ciò et hora con questi motti si trova in tanta combustione d'animo, che hà commandato al cameriere maggiore che non le porti ambasciata d'alcuno e che non le dimandi audienza per chi si sia.“ . . . Di Praga li 31. genaro 1611.

Wh., Dispacci Veneti, 44. Bd., f. 340; Kop.

37. Hans Reichard Brömser an den Kurfürsten von Mainz. Januar 31.

Ich würde mich auf E. Kfl. Gn. Erfordern gern am 1. Februar einstellen; aber um diese Zeit sind die Dingtage im Rheingau, auch haben sich durch meine lange Abwesenheit die Geschäfte zum Nachteil der Untertanen stark gehäuft; ich bitte mich daher zu entschuldigen. E. kfl. Gn. kennen ohnehin meine Meinung über die Einnahme Sachsens und anderer gehorsamer Stände augsburgischer Konfession, dass, „man wolle dan alles vnderst vnd obrist wenden vnd in ohnumbgengliche gefahr vnd verderben setzen,“ die

---

que con tan poco respecto tratan S. M.d y saviendo quan pocas son sus fuerças y quantos sus trabajos a querido esta gente que le fomenta hazer prueba de su caudal; hablan ya muchos Bohemios en el rey Matias y las cosas estan de manera que dificultosamente se puede escusar el rompimiento.“ Zuñiga wolle gemäss seinem Befehl zwischen den Brüdern vermitteln, obgleich es in der Tat „terrible cosa“ sei, da der Kaiser den feierlichen Vertrag gebrochen habe.

[1] Vgl. die Instruktion des Kaisers für den Reichshofrat Hans Ruprecht Hegenmüller zur Schickung an die geistlichen Kurfürsten vom 4. Dez. 1610, um die Abhaltung eines Kurfürstentages mit Hinweis auf den jülicher Erbstreit und den kurpfälzischen Administrationsstreit zu verhindern, wenigstens aber den Kurfürsten anzudeuten, dass, falls von der Nachfolge bei einem Kurfürstentag gehandelt werden solle, es nur mit Zustimmung des Kaisers geschehe; dagegen wünschte der Kaiser Reassumtion des Reichstags (Wmz., Religionsakten, Band 11, no. 79; Kopie und Ma., 107/42; f. 61, Kopie von Hegenmüllers Hand für Salzburg). Das letztere Ansinnen sollte auch Erzherzog Leopold beim Kurfürsten von Sachsen stellen (Kaiser an Erzherzog Leopold am 3. Dezember 1610 in Wmz., a. a. O., no. 77; Kopie). Vgl. oben no. 23.

[2] Der Bescheid des Kurfürsten von Mainz an Hegenmüller vom 27. Dez. 1610, durch den der Kaiser wegen Abhaltung eines Kurfürstentags, zu dem gar keine Vorbereitungen getroffen seien, beruhigt wird, liegt in Wmz., a. a. O., no. 87; Kpt. von Faust.

Digitized by Google

Januar 31. Einnahme mit allen Mitteln und ehestens zu betreiben sei, damit durch den langen Verzug kein Mistrauen erwachse, welches anzuregen und zu unterhalten die Gegner keine Mühe sparen werden. Wie ich sichere Nachricht habe, gehen sie damit bereits um und machen sich gute Hoffnungen. Wir haben diesmal eine Gelegenheit, des Reiches Wolfahrt zu befördern, wie sie sich seit der leidigen Religionstrennung nicht mehr erzeigt hat. Versäumen wir sie diesmal, so kommen wir nimmer dazu und ist vielleicht alles verloren. E. kfl. Gn. wissen, „wie vbel vnser vermeinte vnion vnd verfassung fundiret vnd fassoniret vnd wie wenig sich darauff in einem ernst zu verlassen, das es auch erscheinet als ob sie mehr schedlich oder ie gefehrlich dan nutz vnd sicher sei, aldieweil dardurch auch vnder den vnirten stenden allerhand mistrauen vnd wiederige gedanken erreget werden vnd allbereit vor augen, wie weit man von dem vorgebildeten vnd gesetzten zweck voriger wolgemeinter intention abgewichen, auch so weit, das allen vmbstenden nach nicht ohnfuglich oder abwegs der argwon erwachsen, als ob vnder diesem scheinbaren praetext und mantel von theils leuten vnder vns ein anderes als man gemeinet oder auch vns vnd dem gemeinen wesen nutzlich sein kan, gesuchet vnd erpracticiret werde; E. chfl. Gn. werden mich wol verstehen.“[1]

Was die Zusammenkunft in Frankfurt am 6. Februar betrifft, so sorge ich, dass man wegen des bösen Wetters zu dieser Frist nicht wird fortkommen können und dass niemand erscheinen wird. Vor Eintreffen der Resolution der Mitkurfürsten und Bundesstände unterbleibt besser jede Bestellung oder Abordnung der Ihrigen. Datum Eltuel den letzten januarii a. 1611. — Praes. Aschaffenburg 2. Feb. 1611.

Wms. Religionsakten, Bd. 11, Beiheft. — Or. eigh.

Januar [Ende] 38. Instruktion des Herzogs Wilhelm von Baiern für einen Ungenannten an Erzherzog Leopold.

Nach den Komplimenten soll der Gesandte[2] dem Erzherzog anzeigen: Unser Sohn Herzog Maximilian hat jüngst seinen Gesandten [Donnersberg] beim Kurfürsten von Mainz gemeinen Wesens halber gehabt, da dem Kurfürsten der gefährliche Zustand des Reichs, besonders aber der Despekt und die Anschläge gegen den Kaiser und die katholischen Stände, namentlich in den Stiftern Trier, Köln, Strassburg, Würzburg, Bamberg, Speier, Worms, Bruchsal, sowie der ärgerliche Ungehorsam in den jülichschen Landen mit den verderblichen Lizenten immer mehr zu Herzen geht und die Gefahr täglich wächst, weshalb der Kurfürst auf Mittel zur Abhilfe denkt.

Der Kurfürst kann aber keine bessern finden als er sie dem Erzherzog in seinem Handschreiben [fehlt] insgeheim entdeckte, das er aber nicht der Post anvertraute sondern durch Donnersberg uns zu-

[1] Anspielung auf den Herzog von Baiern; vgl. oben no. 24.

[2] Vielleicht Viepeckh, der am 5. Februar vom Herzog Maximilian nach Prag geschickt wird; vgl. unten no. 44.

Digitized by Google

kommen liess, damit wir es dem Erzherzog überschicken und ihm die schleunige Expedition des Werks ans Herz legen. Demnach ersuchen wir den Erzherzog, dies Schreiben mit allen Umständen zu beherzigen, die bisherigen Verhinderungen und Mängel zu bedenken und, wozu er die beste Gelegenheit hat, beim Kaiser die notwendige Resolution (an der wir und die Kurfürsten und alle Katholischen nicht zweifeln und sie mit Verlangen erwarten) zu befördern. Januar [Ende]

Aus dem kurfürstlichen Handschreiben wird der Erzherzog auch erkennen, dass der Kurfürst einiges wegen der Gefahr gar nicht aufs Papier gebracht sondern sich auf den Ueberbringer bezogen hat, indem er es Donnersberg nur mündlich anvertraute: nämlich dass der Kurfürst für ratsam und angemessen finde, dass der Kaiser nach dem einhelligen Schluss der zu Prag versammelten Kurfürsten, Erzherzoge und Fürsten, da die kölner Traktation sich zerschlagen hat und der Ungehorsam in Jülich fortgeht, nunmehr gegen die ungehorsamen Reichsstände ordentlich prozediere, den Prozess gehörig formiere und das Erkenntnis ergehen lasse, „darauf die execution sich nach und nach, da es gleich anfangs nit allerdings geschicht (sonderlich wann die acht alle lechenschaft, pfandschaft, huldigung, den gehorsamb bei den unterthanen sambt allen obligationen aufhebt), wurde schicken und den ungehorsamben mehr als sie oder ihre adhaerenten gedenken auf den hals wachsen; so wurden die gehorsamben reichsstend, wann I. M.t den fürsetzlichen beharrlichen despect sambt andern vilfeltigen gravaminibus, die ihr von den ungehorsamben begegnet, aufs papier bringen und inen, den gehorsamben, zuestellen, alsdann desto eher die hand bieten und dieselb nit lassen.

Weil auch der erzbischof zue Salzburg mit den protestierenden conföderierten colludiert und sich dahin neigt,[1] sonderlich aber durch gefährliche anschläg, alles den ungehorsamben zue guetem, bei I. M.t mit glatten worten gegen einen spottgelt ein perdon des bisheero geüebten frävels, ungehorsambs und verwürchter peen will erhalten, 2. die catholische union zertrennen, 3. ein sonderbare ligam eingeen, — dass sein des erzherzogen Leopoldi L. mit ernst darob sei, damit solches thails schedliche vorhaben zue abbruch gemeinen weesens aller orten abgestellt, entgegen vor allen dingen den ungehorsamben ir verworchte straf gar nit nachgesehen oder dardurch mit verschimpfung ksl. M.t alles übel guetgehaissen, die ungehorsamben zue mehrerm trutz, gefehrlichen anschlegen und der Catholischen genzlichen verderben veranlast, dardurch auch die Catholischen mit desto mehrer gefahr negsten überfals gesezt werden."

Man muss auch daran denken, die Macht der Ungehorsamen etwas zu schwächen u. a. auf dem Weg, dass der Kaiser der Kurpfalz [„und anderer chur- fürsten und stend, so sich ungehorsamb erzaigt"],[2] vor-

[1] Vgl. wegen dieser protestantischen Neigungen Wolf Dietrichs Karl Mayr-Deisinger, Wolf Dietrich von Raitenau, München, 1886, S. 107 f.
[2] Eigenhändiger Zusatz des Kurfürsten von Mainz.

Digitized by Google

Januar [Ende] nehme Reichspfandschaften wie Oppenheim, Germersheim, den ingelheimer Grund um ein geringes einlösen und, wenn Pfalz widerstrebt, mit der Exekution verfahren lasse; hat doch unlängst die Kurpfalz dasselbe Verfahren mit Weibstatt gegen das Stift Speier angewendet. Darum möge der Erzherzog zu Prag solche Pfandschaften aufsuchen lassen und, da bei der Geringfügigkeit der Pfandschillinge das Geld leicht aufzutreiben ist, weitere Anordnung treffen. Der Kurfürst von Mainz findet in seiner Kanzlei und in den Kompaktaten nichts, was der Kurpfalz zu gutem gereichte und glaubt nicht, dass die Pfalz entgegenstehende Privilegien habe.

[„S. L. sollten auch diesse sach also dextre dirigiren, damitt solches nitt propalirt, auch alles mundtlich I. ksl. M.t vortragen; do aber I. M.t kein gefallens und villeichtt bedencklich fallen soltte, were zu pitten, in gehaimbs zu haltten, auch copeyliche werbung zu hinderhaltten.“][1]

Ma, 111|11, — Kptkopie von bairischer Kanzleihand mit zwei eigenhändigen Zusätzen des Kurfürsten von Mainz.

Februar 1. **39.** Dr. Ambrosius Pfretzschner an Kaspar von Schönberg

Die Instruktion, die dem Herzog von Braunschweig nach Wien mitgegeben wurde,[2] ist in jedermanns Händen;[3] ich habe sie gestern auch gelesen. Der Kaiser beruft sich darin u. a. auch darauf, dass der Kurfürst von Sachsen ihm vorgeschlagen habe, das Kriegsvolk noch eine Zeit lang zu erhalten, da dieser sich desselben an anderen Orten bedienen wolle; zugleich überschickt der Kaiser Abschrift des kurfürstlichen Schreibens.[4] „Sonsten seind die dorinnen [in der kaiserlichen Instruktion] angezogne excusationes zimlich frivolae und mächtig kalt.“ — Maximilian Hoë, des Königs und der österreichischen Stände Abgesandter hat heute morgens in der Sitzung des böhmischen Landtags sein Schreiben überreicht und statt der vorigen auf Schrauben gestellten Resolutionen[5] eine kategorische Antwort begehrt, ob die böhmischen Stände dem nach kommen wollten, wozu sie sich einmal verpflichtet haben. Jedermann ist bei diesem

[1] Eigenhändiger Zusatz des Kurfürsten von Mainz.

[2] Vom 20. Januar, Copeyen und Abschriften, S. 82; Hammer-Purgstall, Khlesls Leben, II. Urkunden-Anhang no. 300.

[3] Wegen der Verbreitung der Instruktion vgl. oben no. 1, S. 2, Anm. 1.

[4] Vom 19./29. Dezember. — Wie Georg Friedrich Graf von Hohenlohe am $\frac{\text{22. Januar}}{\text{1. Februar}}$ dem Kurfürsten von Sachsen aus Prag schreibt, erregte die Mitteilung von diesem Schreiben bei den böhmischen Ständen Verwunderung und wollten sie daran nicht glauben, weil das Schreiben nicht unter den Beilagen der Instruktion war (Drs., l. 9166, I. B. pass. Kriegsvolk, f. 63; Or. eigh.)

[5] Vom 12. Januar (Stg., Unionsacta, XI., f. 443; Kopie) und 19. Januar (Wi., I. A. 1., Ka. 2991; Kopie); vgl. oben no. 34, S. 84, Anm. 1. Hoë war vermutlich der Ueberbringer des dort zitierten königlichen Schreibens vom 23. Januar. — Colli berichtet am $\frac{\text{24. Januar}}{\text{3. Februar}}$ an den Administrator der Kurpfalz, dass Hoë vor den Ständen sehr scharf geredet und sie erinnert habe, dass bei allen Verhandlungen zwischen dem Kaiser und den Ständen seit

Digitized by Google

Zustand sehr traurig, die Böhmen sind schwierig und wird gewiss ein jämmerlicher Handel daraus werden, weil wir schon Feinde in der Stadt das Kriegsvolk der böhmischen Stände, vor der Stadt das „verfluchte reichsverderbliche" passauer Volk — und Feinde auf den Grenzen sehen und das alles „wegen der unzeitigen, rachgirigen, verblümbten rahtschlägen, die von blutgirigen, jesuitischen, kritischen und gleichsam nackenden leuten herrühren und dirigiret werden. E. Gestrengen glauben, dass wir hier wundersachen innerhalb zwei monat erfaren werden, dieweil sich sonderlich albereit factiones ereignen und deren capita sich tag und nacht, tanquam in medio hostium versarentur, verwaren lassen, auch nichts anderes als ein parisisch blutbad erwarten." Letzten Freitag zu Nacht hat die Musketierguardia gegen sonstigen Gebrauch im Schloss mit brennenden Lunten aufgewartet. Die Böhmen wurden benachrichtigt, dass man Thurn, Fels und Popel in Haft legen wolle, bis die Versammlung der Stände getrennt sei, damit diese nicht aufgereizt oder beraten würden.[1] Die Bedrohten haben es sofort ihren Kapitänen und Befehlshabern angezeigt, die sich in Thurns Haus versammelten und Schar- und Schildwachen anordneten. Dies Vorhaben hat die ganze Stadt in grösstes Mistrauen versetzt. Die Höflinge geben vor, die Guardia habe Bereitschaft gehalten, weil man Nachricht hatte, dass die Böhmen in der Nacht Erzherzog Leopold und Sulz aus den Fenstern stürzen wollten. Die gegenseitige Erbitterung ist so gross, dass man schon den böhmischen Oberstkanzler[2] von den Beratungen ausschliesst. „Der ganze zuestand ist J. M.t nicht unbekant, wie dann derselben auch des königs ausschreiben und aufmanung seiner untertanen neben höchster verkleinerung kaiserlicher und des reichs reputation, vernichtung des teutschen glaubens zu verlesen exhibirt worden, das I. M.t auch gethan, darüber geseufzet und in grosse melancholei gefallen." Das „vermaledeite" Volk ist im Anzug auf Krumau, wo es Proviant, Geschütz, Waffen und „animum ad audenda maiora" haben kann. Gott öffne denen die Augen, die durch Praejudicia okkupiert, die schädlichen Consilia, wo nicht befördern, doch gut heissen. Prag den 1. Februarii 1611. Februar 1

Drs., l. 9166, I. Buch passauer Kriegsvolks, f. 77; Or. eigh.[3]

---

fünfzehn Jahren nichts oder wenig von den gegebenen Zusagen gehalten worden sei; der König wolle sich daher in keine Handlung mit dem Kaiser mehr einlassen und begehre der Stände Hilfe. „Dieses sei der Jesuiter practik wider den könig in Ungarn pro Leopoldo, damit dieser zu der cron von Böheim kommen möge, qui gradus ad altiora" (Mb., 101/4, — Or. eigh.).

[1] Vgl. darüber Gindely, Kaiser Rudolf, II., S. 179 und im folgenden Tengnagels Aussagen. Was man im böhmischen Lager dem Ehrgeiz des Erzherzogs Leopold zutraute, zeigt eine von Hanka und Gindely dem Wenzel von Kinsky zugeschriebene Aufzeichnung „die intention des kaisers wegen des passawischen volks" (W. Hanka, Correspondenz etc. in Betreff des passauischen Kriegsvolks, Abhandlungen der böhm. Gesellschaft der Wissenschaften, V. F., 4. Bd., S. 42); vgl. Hurter, Geschichte Kaiser Ferdinands II., VI. S. 378.

[2] Zdenko Popel von Lobkowitz.

[3] Am 3. Februar nach der Einnahme von Krumau berichtet Pfretzschner von den Anstalten zur Verteidigung Prags, dessen Tore man besetze, als ob

Digitized by Google

Februar 2. **40.** Der Administrator der Kurpfalz an die Unionsstände (Ausschreiben zum schweinfurter Unionstag).

Wir beschweren zwar E. L. etc. ungern mit vielfältigen Zusammenkünften, die Unkosten und bei den Gegnern Nachdenken verursachen; aber es ist E. L. bekannt, wie im Reich und dessen Nachbarschaft noch starkes Kriegsvolk auf den Beinen ist, von dem ein Teil aus Italien nach Deutschland sich begeben soll;[1] auch ist das elsässer und passauer Kriegsvolk nicht völlig abgedankt sondern hat nur seine Quartiere verändert und soll wieder in Bestallung genommen worden sein; daher wird die Gefahr nur um so grösser und muss um so zeitlicher bedacht werden, wie einem unvorgesehenen Einfall vorzubauen wäre, auch wie man endlich aus so unsicherm Zustande zu besserem Vertrauen kommen könne. Da überdies noch unaufschiebbare Unionsgeschäfte vorliegen und man jüngst zu Speier eine persönliche Zusammenkunft für gut angesehen hat, um deren Beförderung wir von den meisten Unierten ersucht worden sind.[2] so schreiben wir eine

---

der Feind[?] davor sei, „welcher doch billich für keinen feind zu rechnen, dieweil das haubt selbsten in der stadt ist. Summa es ist ein wunderes verdecktes essen, darein sich niemand. auch nicht diejenigen, die es gekocht, finden können und höret man wunderliche selzame discurs, die doch der feder nicht zu trauen.“ Heute geht Trautmannsdort zu dem Volke ab; Gott weiss, zu welchem Ende. „I. M.t seind wol zu entschuldigen, aber von andern jungen directorn und alten rathgebern ist zu befürchten, sie werden das land räumen müssen.“ Ramée hat heute ein Schreiben an die Stände geschickt (vom 31. Januar, Drs., a. a. O., f., 83; Kopie), worin er ihnen die dem Kaiser praejudizierlichen Werbungen verbietet und mit feindlichem Bezeigen droht; das Kriegsvolk sei zu des Kaisers Schutz bestellt (Drs., a. a. O., f. 81; Or. eigh.). — Colli, der von Ramées Schreiben gleichfalls weiss, bemerkt dazu: „Ramée muss einen wind haben; Gott geb, wa derselb herkomme; il n' oseroit parler si haut. s' il ne fust soubstenu;“ s. oben S. 90, Anm. 5.

[1] Vgl. oben no 26, Anm. 3 und 2.

[2] Der speirer Abschied vom 7. Dezember 1611 stellte einen Unionstag in Aussicht (Briefe und Akten, III, n. 294) Schon hatte auch der Administrator der Kurpfalz die Ausschreibung eines Unionstages angeregt; aber der Streit um die Tutel und Administration der Kurpfalz zwang zur Hinausschiebung der Versammlung (Herzog von Württemberg an den Administrator der Kurpfalz am 13./23. November 1610; Stg., Archiv Pfalz, D 30a, n. 116,; Kpt.); besonders Württembergs Bedenken hielt den Administrator zurück, der wegen der hinausgeschobenen Geldbewilligungen zur Abdankung des in der Oberpfalz unterhaltenen Kriegsvolks der Unierten die Versammlung gern beschleunigt hätte, wozu namentlich die Städte drängten (Instruktion des Administrators für Christoph zu Dohna zu dessen Schickung nach Stuttgart vom $\frac{\text{30. Dezember 1610}}{\text{9. Jan 1611}}$; Mb., 116/2, III, f. 190; Kpt.; vgl. auch oben no. 15 und 30); Württemberg aber wollte durch die Beschickung des Unionstages und durch die damit verbundene Anerkennung des Direktoriums des Herzogs Johann von Zweibrücken nicht dem Ergebnis der gütlichen Handlung vorgreifen, die Ende Januar zu Schwäbisch-Hall stattfinden und den Streit zwischen Zweibrücken und Neuburg um die Administration der Kurpfalz beilegen sollte (Württemberg an den Administrator am 2./12. Januar; Stg., Archiv Pfalz D 30b, n. 1; Kpt. von Faber). Durch die Schickung Christophs zu Dohna

Digitized by Google

persönliche Zusammenkunft aller unierten Stände aus, wobei folgende Punkte zur Beratung kommen sollen: Februar 2.

1. Wie ist diese hochnotwendige Union zu erhalten und zu festigen? — Dabei sind die Rechnungen und Liquidationen der Einnahmen und Ausgaben mit gebührlicher Moderation durch Sachverständige zu prüfen, damit die Restanten einlaufen und die der Union zum besten gemachten Vorschüsse erstattet werden können. Ferner ist auch die Verbesserung der Mängel, Besetzung der nötigen Aemter, Bestellung der Räte, Abstellung der Beschwerden einzelner Stände und was sonst zur Festigung der Union dienen kann, zu bedenken.

2. Durch welche Mittel ist diese Union zu vermehren und zu stärken? — Dabei ist über die bisherigen Verhandlungen mit den übrigen evangelischen Kurfürsten, Fürsten und Ständen zu berichten, auch die völlige Einnahme der fränkischen und wetterauischen Grafen, der Ritterschaft und der Hansestädte zu bedenken; ebenso hat man sich zu vergleichen, wie die Korrespondenz mit ausländischen Potentaten und andern benachbarten Ständen, die dem evangelischen Wesen gewogen sind, nicht nur gepflegt sondern auch soweit gebracht werden könnte, dass man im Notfall ihrer Hilfe sich versehen kann.

3. Wie soll man sich dieser Union bedienen, um deren Ziel zu erreichen? — Da es auf der andern Seite fast das Ansehen hat, als ob man nicht abdanken, vielmehr nur den Frühling abwarten wolle, um den Vorstreich zu gewinnen, so wird zu reden sein, wie man,

---

nach Stuttgart, der die Notwendigkeit eines Unionstages auch mit der vom passauer und elsässer Volk her drohenden Gefahr begründete, wurde der Herzog von Württemberg endlich soweit gewonnen, dass er zusammen mit dem Markgrafen von Baden den Pfalzgrafen Philipp Ludwig bat, das Ausschreiben des Zweibrückers (der Titel ‚Administrator' wurde natürlich vermieden) anzunehmen und den Tag zu beschicken (Schreiben vom 3./13. Januar in Stg., a. a. O., no 2; Kpt.), sich selbst aber zu dessen Besuch bereit erklärte, ja nun zu dessen Beschleunigung drängte (Administrator an Württemberg am 8./18. Januar: Stg., Unionsacta, IX., f. 93; Or.). Die Vorstellungen beim alten Pfalzgrafen von Neuburg blieben nicht ganz vergeblich, Philipp Ludwig selbst schlug Auskunftsmittel vor, den Unionstag ohne Praejudiz der beiderseitigen Rechte abzuhalten (Neuburg an Württemberg und Baden am 16./26. Januar: Stg., Unionsacta, IX., f. 107; Or.); allein der Administrator wies alle derartigen Vorschläge zurück, wie auch seine Vertreter beim Vergleichstag zu Schwäbisch-Hall keinerlei Zugeständnisse machten (vgl. oben no. 26, S. 67, Anm. 1). Infolge dessen nahm Neuburg an den Verhandlungen des Unionstags nicht teil und unterliessen die Fürsten von Baden und Württemberg den persönlichen Besuch; Pfalz-Neuburg aber protestierte gegen die Ausschreibung des Unionstags und gegen Zweibrückens Direktorium, ersuchte die Unierten, dem Unionstag fern zu bleiben (Pfalzgraf Philipp Ludwig an die Stände der Union am 7./17. Februar, Me., n. 85/1, — Kopie) und schrieb 8./18. Februar, als Direktor der Union einen Partikularkonvent der benachbarten Unierten nach Nördlingen für den 18./28. Februar zur Beratung von Abwehrmassregeln gegen die Passauer aus (U., Unionsacta, XX, n. 1989; Or.).

Digitized by Google

Februar 2. falls einem unierten Stand oben oder unten Landes unversehens zugesetzt würde, ihn retten und sich überhaupt vor Gewalt schützen, wie man besonders zu besserm Einverständnis und beständiger Ruhe im Reiche gelangen, den bisher geklagten Beschwerden abhelfen und die Stadt Donauwörth in bessern Stand bringen könne und was deswegen sowol beim Kaiser, als bei den geistlichen Kurfürsten und beim Herzog von Baiern anzubringen wäre. Auch sind dem Direktorium verschiedene Punkte, den König Matthias, Erzherzog Maximilian, den Herzog von Baiern, die österreichischen und mährischen Stände belangend, mitgeteilt worden, über die man zu reden hat. Ebenso ist vorzunehmen, was in früheren Abschieden auf fernere Unterredung gestellt worden ist.

Als Tag der Zusammenkunft bezeichnen wir den 11./21. März, an dessen Abend E. L. in Schweinfurt ankommen wollen. Wir ersuchen E. L. in der Person und mit geringer Begleitung zu erscheinen oder sonst Dero genugsam bevollmächtigte Räte zu schicken. Datum Heydelberg den 23. januarii 1611..

Nachschrift an die höhern Stände: Es wird auch von einigen Nebenpunkten zu reden sein, die bisher allein vor den höheren Ständen verhandelt worden sind, besonders ob eine engere Verständigung mit Frankreich, England, den Staaten und Dänemark anzustellen sei, auch wie man der jülichschen Sache Rat schaffen und wie man sich mit den Böhmen, Ungarn, Oesterreichern, Mährern und Schlesiern in etwas nähere Verfassung, als von den Städten bewilligt worden ist, einlassen könnte; endlich sind die Rechnungen wegen der jülichschen Assistenz und wegen der verschiedenen Gesandtschaften richtig zu machen. Ut in literis.

Mb., 119|3, f. 153; Kpt. von Dathenius.[1]

Februar 3. **41.** Melchior Khlesl an den Herzog von Braunschweig.

E. fl. Gn. eigenhändigen, durch Dero Sekretär mit dieser Tage überschickten „Zettel“[2] habe ich empfangen, eben als ich in den Rat fuhr, und da ich mich nicht versehen hatte, dass E. fl. Gn. sich ohne alle Ursache so gegen mich alterieren sollten, den Zettel öffentlich im Rat im Beisein der Länderausschüsse, um allen Verdacht abzuschneiden, eröffnen und verlesen lassen. Als ich den unverhofften Inhalt vernahm, habe ich bedauert, ihn zuvor nicht überlesen zu haben, hatte aber die Genugthuung, das alle Anwesenden ohne Unterschied der Religion mit mir Mitleid hatten, da sie wussten, dass ich in dieser Sache unschuldig sei. Da E. fl. Gn. in so hoher fürstlicher

[1] Grossenteils nach einem Gutachten des D.r Michael Loefenius vom 14/24. Januar; Mb. 119/3, f. 95; Or. eigh.

[2] Vom 29. Januar, gedruckt im „Gründlichen Bericht,“ S. 227 und darnach bei Hammer-Purgstall, Khlesls Leben, II. Urkunden-Sammlung no. 298.

Digitized by Google

Stellung sind, ich dagegen von Kurfürsten, Erzherzogen und Fürsten samt deren Räten das Zeugnis habe, wie aufrichtig ich bei letzter Traktation gehandelt habe, so lasse ich es mir billig an meiner Ehrbarkeit, Wissen und Gewissen genügen und will auf die von E. fl. Gn. mir insinuierten Stellen der heil. Schrift, die von unehrlichen, verdammten, falschen Propheten und Leuten reden, nur so viel melden, dass E. fl. Gn. bewust, „dass diese sowol des Achabs als andere falsche propheten kein ordentliche succession ihres berufs gehabt, selbst gelaufen und nicht gesandt gewesen, — ich aber bin entgegen zu meiner vocation und stand ordentlich durch oblegung recht bischoflicher handen berufen worden; darumb bin ich furgenanten und also angezogenen falschen propheten nicht zu vergleichen sondern denselben allzeit schrift- und mundlich zuwider gewesen und noch bin.“ Dass mich aber der Kaiser und hernach der König zu weltlichen Sachen zogen, ist zwar gegen meinen Willen, aber nicht unordentlich sondern durch meine Landesfürsten geschehen, in deren Jurisdiktion ich geboren und erzogen worden bin, die mir dies aufzutragen Macht hatten. Ich nehme aber gleichwol den König, dessen Blutsfreunde, geheime Räte und andere Wissende zu Zeugen, dass ich mich seit dem Anfang der Regierung des Königs bei diesem persönlich und durch andere um meine Entlassung bemüht habe, aber vergebens; es würden mir also E. fl. Gn. die höchste Gnade der Welt erweisen, wenn Sie ohne Praejudiz meiner Ehre meine Entlassung beim König erlangen könnten. — So lange ich aber in dieser Stellung bleiben muss, will ich lieber dem Beispiel Samuels, Abimelechs, Michas', Ezechiels, Esaias' und anderer frommer Propheten und Priester folgen, die ihrem König beständig beigetan waren, nur Gott, Wahrheit und Gewissen zur Richtschnur hatten, auf niemanden sahen oder sich von ihrem Amt und Geist schrecken liessen, als falschen Propheten, wie dazu mich ja auch das Wort Gottes, die heilige katholische Kirche, meine Religion und Gewissen, geistliches und weltliches Recht, Natur und Vernunft treiben. „Dass ich aber danebens ein mensch und daher irren kan, bin ich doch Gottlob also beschaffen, dass ich mich gern von verstendigeren mit grund und guten rationibus allezeit eines bessern underweisen lasse, auch der obstinatiae und hoffart vom herzen feind. So wol ich aber weiss, dass ich ein mensch und also irren kan, also weiss ich, dass ich augenblicklich sterben und alles, was ich gethan, strenge rechenschaft geben muss; darumb ich nit gern umb einer sachen willen uf der ganzen welt oder ex passione oder affectu mein seelen gefehrt und verdambt werden wolte.“ Februar 3.

Zur Rache, von der E. fl. Gn. sprechen, habe ich weniger als irgend ein Mensch Ursache; denn ich habe vom Kaiser mehr Ehre, Gnade und Gut empfangen als ich würdig bin und bleibe ich für mein Leben sein Schuldner. Dass er mich kurze Zeit übel behandelt hat, ist auf ungleichen Bericht loser Leute geschehen; schliesslich bin ich aber vom Kaiser ganz und gar in integrum restituiert worden. Wie könnte ich mich auch mit Ehren und Gewissen, da die Rache an sich ein

Digitized by Google

Februar 3. verdammliches Laster ist, als Christ und Geistlicher zur Rache überreden lassen, da ich auch politisch dazu keine Ursache habe. „Wolte Gott, I. ksl. M.t hetten meinem getreuen rath, da noch res integra gewesen, und nit denen bösen leuten damaln ad partem gefolget, so wurde es zu denen terminis gewisslich nit kommen sein. Dass ich aber viel ding nicht kan recht heissen und strafe, hab ich vor I. ksl. M.t uf der canzel, offentlich, privatim, in audienzien und meinen ubergebenen schriften, da sie noch wurklich mein landsfurst gewesen, ohne scheu gethan; dann sonsten wurde ich mich vorangezogener heil. propheten nur beruhmen, aber im werk nicht volgen wöllen. Das thue ich mit mass es sich gebühret, nicht allein gegen meinen herrn und meniglich, sondern ich bins auch zu thun schuldig, so weit sich mein talentum und vocation erstrecket, da ich auch daruber sterben soll."

Was das Interesse betrifft, von dem E. fl. Gn. reden, so wissen Sie selbst, dass ich von meinem Herrn nie eine Besoldung oder Gnade begehrt, auch keine dieser [politischen] Dienste halber empfangen habe, ja ich habe, um von allem Verdacht frei zu sein, als mich der König dem Papst zum Kardinalat empfahl, dagegen gebeten und eher abziehen als deshalb in Verdacht kommen wollen. Das können E. fl. Gn. vom König und dessen Räten erfahren. „Hab kein anders interesse als dass es dem haus Osterreich sol wol gehen und dasselb in seiner hoheit und terminis erhalten werden."

Die Drohungen, die E. fl. Gn. wider die anhängen, die Dero Intentionen nicht korrespondieren, können mich nicht irren; ich will jeden Augenblick um der Wahrheit willen sterben und werde ich wider meine Vernunft, Wissen und Gewissen weder aus Liebe noch aus Furcht etwas thun und sollte auch tausendfacher Tod darauf stehen. Dem König bin ich geschworen, nach meinem Vermögen treu und aufrecht zu raten, seinen Nutzen zu befördern und seinen Schaden abzuwenden. „Das thue ich ohne rumb von herzen, begehr auch neben und bei derselben in billichen sachen mein leben zu lassen; das will ich bei aller gelegenheit, so meiner vocation anhengig, erweisen.

Was letzlich I. kgl. M.t gethanes brüderliches schreiben belangt, bin ich weder schreiber, secretarius, concipist noch canzler.[1] Also hats I. M.t gefallen; die werdens wissen zu vertheidigen und zu verantworten." Ich bitte also E. fl. Gn., meiner zu verschonen, sich meiner Person halben keine Ungelegenheit zu machen und sich durch meinen Stand, Religion, Gewissen, Natur und Kondition nicht anfechten zu lassen. „Ich bleib in meiner religion ufrecht und mische dieselbe in diese sachen gar nicht, allermassen dann solche damit nichts zu thun hat sondern, da ich E. fl. Gn. verdächtig bin, können Dieselbe bei I. kgl. M.t wider mich excipiren, destwegen ich Ihr danksagung

[1] Tatsächlich ist aber das in Wi., I A 1., Ka. 2988, n. 105 verwahrte Konzept des königlichen Schreibens an Rudolf II vom 29. Dezember 1610 mit verschiedenen eigenhändigen Zusätzen Khlesls versehen.

Digitized by Google

schuldig. Es seind I. kgl. M^t. selbst, die [mit den] geheimen räthen und ländern verhandeln, an mir ist das wenigste gelegen." Wien den 3. febr. 1611. Februar 3.

Bbg., A 9 a; no. 166, f. 78; schlechte Kopie.

42. Der Kurfürst von Köln an den von Mainz.

Auf verschiedene Schreiben. Wir haben daraus von E. L. Vorschlag Kenntnis genommen, dass wir geistliche Kurfürsten unsere Räte zu Frankfurt zur Beratung einer Reihe wichtiger, in jenen Schreiben berührten Angelegenheiten, die teils uns Kurfürsten, teils unsere katholische Union, teils die Mishelligkeiten zwischen dem Kaiser und dem König betreffen, zusammenschicken,[1] zugleich auch die andern rheinischen Bundesstände dahin berufen sollen, um die zu künftigem Bundestag ausgesetzten Punkte einer Vorberatung zu unterziehen, besonders den „schwerwichtigen" Punkt der Einnahme Sachsens in unsere Union. Wir haben diese Punkte bereits beraten lassen und werden den frankfurter Kommunikationstag durch unsere Räte beschicken. — Aus Donnersbergs Werbung und E. L. Bescheid[2] haben wir ungern ersehen, dass sich wegen der Einnahme Sachsens zwischen E. L. und dem Herzog von Baiern „etwas ungleichs verstants sich wol ereugnen lassen", hauptsächlich darüber, ob Sachsen ohne weitere Praeparation und Deliberation aufgenommen oder ob vorher sämtliche Bundesstände versammelt werden sollen, um die Bedingungen der Aufnahme zu beraten. Bei Erwägung der beiderseits angezogenen Argumente haben wir einige so beschaffen gefunden, „dass sie vielleicht der zu Prag desshalb gepflogener communication zuwiderlaufen, auch auf die nunmehr eingebrachte sächsische resolution allerhand disgusto und offension verursachen können." Wir haben daher als einen Ausweg bedacht, dass ein allgemeiner Bundestag baldigst ausgeschrieben werde, die Bundesstände aber acht Tage zuvor sich an dem bestimmten Ort versammeln und die Bedingungen der Aufnahme der gehorsamen Stände a. C. beraten und beschliessen; nach dieser Beschlussfassung soll dann Sachsen angesagt werden, binnen der folgenden acht Tage sich bei der Versammlung einzustellen. So könnten die Differenzen beseitigt und brauchte „diss hochnötig und nuzlich werk" nicht länger zurückgestellt zu werden. — Aus E. L. Schreiben vom 30. Oktober haben wir entnommen, was E. L. in Dresden mit Kursachsen und dessen geheimen Räten wegen der Succession, wegen des gesteckten Justizwesens, wegen des unordentlichen Regiments am kaiserlichen Hof, wegen der Jurisdiktion des Reichshofrates und wegen anderer Beschwerden gehandelt haben und wie alles auf einen Kurfürstentag Februar 3.

[1] Die Zusammenkunft war inzwischen (vgl. oben no. 19, S. 50. Anm. 1) verschoben worden; Kurmainz an Kurtrier, desgl. an Kurköln am 1. Februar (Wmz., Religionsakten, Bd. 12, no. 8 und 10; Kpte.).

[2] Vgl. oben no. 4.

Digitized by Google

Februar 3. verschoben worden ist. Dass E. L. Ihrem Andeuten nach in Dresden bei Herrn und Dienern aufrichtige Affektion zu diesen Sachen verspürt haben, freut uns vom Herzen; wir stellen aber alles auf eine persönliche Zusammenkunft. — Den mitgeteilten Bescheid auf Hegenmüllers Werbung[1] billigen wir völlig und hoffen, dass sich der Kaiser damit begnügen werde; wir wüssten „in hoc perturbato statu imperii" auch nichts anderes zu raten. — König Matthias hat an uns ebensolche Schreiben wie an E. L. geschickt, worin wir unseres fürstlichen Wortes „und interponirter fideiussion vast scharpf erinnert und darbei dise demonstration gemacht wirt", dass, da der Vergleich nicht seine Wirkung erlangt, wir neben den andern Kurfürsten, Erzherzogen und Fürsten dem König zu dessen wirklicher Vollziehung assistieren sollen. Wir haben gleichen Inhalts wie E. L. an den Kaiser geschrieben.[2] Wir haben auch beiliegenden Diskurs [fehlt] erhalten, wonach der Kaiser den Verzug der Abdankung der Passauer entschuldigen und die „Kontravention" den österreichischen Ständen zumessen will. Eben erfahren wir auch, dass der Herzog von Braunschweig und der Graf von Hohenzollern zur Beilegung der Mishelligkeiten nach Wien gereist sind. — Wegen des Gutachtens, das der Kaiser von uns Kurfürsten in dem kurpfälzischen Administrationsstreites gefordert hat,[3] halten wir dafür, ein solches bei der Zusammenkunft unserer Räte beratschlagen zu lassen, ebenso die Antworten auf die Schreiben beider Pfalzgrafen von Zweibrücken und Neuburg. — Die Dinge im Jülichschen lassen sich wieder so an, dass alle Stifter von der Mosel bis zur Weser dadurch gefährdet sind. Die praetendierenden Fürsten haben zwar nach Eroberung der Festung Jülich einiges Kriegsvolk abgedankt, dann aber wieder staatisches in diese Festung gelegt, sie haben Partikularlandtage und jetzt eine allgemeine Tagung zu Düsseldorf angestellt und wollen von den Ständen grosse Kontributionen erzwingen; sie ordnen Garnisonen zu Lippe, Hamm, Unna, Camen, Bielefeld und Spornberg an und besetzen so die Grenzen der Stifter Köln, Münster und Paderborn, wovon wir uns täglichen Ueberfalls und Raubes zu Verderb unserer armen, ausgemergelten Untertanen zu versehen haben. Datum Arnsperg den 3. februarii a. 1611. — Praes. Aschaffenburg 10. februarii 1611.

---

[1] Vgl. no. 36, S. 87, Anm. 1 und 2.

[2] Der Kurfürst von Mainz stellte am 8. Januar dem Kaiser vor, wie sich der König schon ehedem wegen der Verzögerung der Abdankung des Kriegsvolks beschwert habe; jetzt erinnere Matthias abermals an das verbürgte Wort. Wenn die Lande des Königs durch das passauer Kriegsvolk feindlich angefallen würden, werde dies dem Kaiser zur Verkleinerung, den Bürgern zu Schimpf und Spott gereichen und könnte ein Blutbad daraus entstehen; der Kaiser möge das Kriegsvolk baldigst abdanken (Mb., 119/3, f. 136; Kop.). — Ebenso schrieb Kurköln am 4. Februar an den Kaiser (Wh., Nationalakten, Coloniensia; Fasz. 1. — Or.).

[3] Am 8. November 1610 (Me., no. 85/5. — Kopie).

Digitized by Google

Nachschrift: Aus des bairischen Abgesandten D.r Jocher Bericht[1] vernahmen wir, aus welchen „hochdringentsten bewegnussen" E. L. eine persönliche Unterredung mit uns wünschen. Wir sind aber von unsern Landen so lange fern geblieben, haben bei unserer Rückkehr wegen der bösen Nachbarschaft so viel Verwirrung gefunden, haben auch aus Dero Bescheid an Hegenmüller gesehen, dass die wichtigsten Gegenstände einer solchen Unterredung „wol etwas anstants erleiden können" und bitten daher, uns diesmal zu entschuldigen. Datum ut in litteris. Februar 3.

Wmz., Religionsakten Bd. 12., no. 15; Or.

43. Papst Paul V. an König Matthias.

„Paulus papa V. Charissime in Christo fili noster; salutem et apostolicam benedictionem. Ex literis M.tis Tuae intelleximus, quae nuper in Austria superiori evenerunt, nec quidem sine summa animi nostri molestia. In Tua tamen prudentia confisi consolamur non sane leviter; nam cum Tu optime cognoscere possis, quantum detrimentum ab eiusmodi perturbationibus immineat, non dubitamus quin cogitationes omnes Tuas directurus sis ad pacis conservationem, ad quam rem M.tem Tuam efficacissime hortamur. Jam vero charissimo in Christo filio nostro imperatori electo scripseramus atque iterum scribimus postulantes, ut occasiones harum perturbationum velit removere. Aliis quoque scribimus, quorum operam atque diligentiam nostro huic paterno desiderio perficiendo oportunam esse credimus. Nullum denique officium praetermisimus neque praetermissuri sumus in posterum, ut cuncta in pace ac quiete conserventur. Fiducia, quam in nostra paterna charitate habere Te vidimus, charissime fili, pergrata nobis fuit, cui, quantum cum Deo poterimus, respondere semper curabimus. M.ti Tuae incrementum divinae gratiae optamus et benedictionem apostolicam toto nostri cordis affectu impartimur. — Datum Romae apud S. Marcum sub annulo piscatoris pridie nonas februarii MDCXI pontificatus nostri anno sexto. Februar 4.

Petrus Stroza."

Wh., Urkunden, — Or.

44. Instruktion des Herzogs Maximilian von Baiern für Theodor Viepeckh zu dessen Sendung nach Prag. Februar 5.

Viepeckh soll sich sogleich bei Erzherzog Leopold anmelden und vorbringen: Wir hätten auf Ubezkos Werbung[2] schon früher durch einen Abgesandten antworten lassen, wenn wir nicht zuvor die ange-

[1] Dr. Jocher war im Oktober 1610 vom Herzog Maximilian in Angelegenheiten der katholischen Union zum Kurfürsten von Mainz abgefertigt worden (undatierte Instruktion in Mc., Entstehung, Fasz. IV., no. 28, f. 978; Kop.).

[2] Siehe oben no. 23.

Digitized by Google

Februar 5. kündigte Werbung Tengnagels[1] hätten abwarten wollen; da aber diese sich verziehe, hätten wir Viepeckh abgeordnet, der den Erzherzog um Beförderung einer Audienz beim Kaiser ersuchen solle; vermöge unseres Vertrauens zum Erzherzog habe Viepeckh ausdrücklichen Befehl, ihm noch vor der Audienz beim Kaiser unsere Gemütserklärung zu eröffnen und ihn dabei zu ersuchen, beim Kaiser gute Dienste zu leisten.

Was die an uns gebrachten Begehren des Kaisers belangt, so haben wir mit dessen Beschwerden vetterliches Mitleid und könnnen ihm gar nicht verdenken, dass er seine Autorität und die seinen Königreichen und Landen drohende Gefahr in weltlichen und Religionssachen in Acht nimmt und auf Mittel denkt, sich bei den Landen zu behaupten. Es fällt uns aber schwer, unser Gutachten darüber zu geben, ob er die durch den Absagebrief des Königs zugefügten Beleidigungen ersitzen lassen und seiner Hoheit nicht achten oder ob er zur Erhaltung des Hauses Oesterreich iure praeventionis den Vorstreich nehmen solle; denn wir haben kein gründliches Wissen von dem, was dem brüderlichen Vergleich vorangegangen ist, noch weniger, weshalb sich der folgende Streit erhoben hat, ausser was mit dem passauer Volke vorgieng, wegen dessen bedrohlichen Vorhaben wir uns mit grossen Kosten gefasst machen mussten. Den brüderlichen Vergleich haben wir nie gesehen, die Intention, Gutachten und Vorschläge der zu Prag gewesenen Kurfürsten, Erzherzoge und Fürsten nie eigentlich erfahren; daher können wir weder zu einem noch andern raten. Da aber die zu Prag gewesenen Kurfürsten etc. gewiss alles mit Bedacht verfassen geholfen und sich dafür verbürgt haben, so kann niemand besser als eben diese Kurfürsten etc. raten und beurteilen, ob der König den Vertrag überschritten hat und was dagegen vorzunehmen ist; die werden dem Kaiser auch die Mittel an die Hand zu geben wissen. Der Kaiser soll dann deren Rat samt dem Verlauf der Sache den andern Reichsständen zur Nachricht mitteilen, deren Meinung anhören und sie sämtlich der Sache beipflichtig machen. Es werden dann gewiss die Reichsstände ihrem Oberhaupt zur Erhaltung seiner Autorität nach bestem Vermögen beispringen und nicht gestatten, dass ihr Kaiser wider Gebühr angefochten oder mit Gewalt angegriffen werde; auch wir werden es dann an unserm Zutun nicht fehlen lassen. — Wir haben aber von Ubezko gern gehört, dass der Kaiser vorerst eine Gesandtschaft an den König abgeordnet hat, um ihn seines Unfugs zu erinnern und dessen kategorische Erklärung, ob er Freund oder Feind sei, zu vernehmen, und hoffen, der König werde wohl in Acht nehmen, wie durch Feindschaft das Haus Oesterreich noch mehr getrennt, Land und Leute,

[1] Erzherzog Leopold stellte in einem Schreiben vom 22. Januar dem Herzog Tengnagels Erscheinen in baldige Aussicht (Ma., 111/11, — Or.), musste aber am 29. Januar mitteilen, dass der Kaiser vor Abfertigung Tengnagels noch den Bescheid aus Wien erwarten wolle; inzwischen halte man mit allen Resolutionen inne (Ma., a. a. O., Or.). — Die Instruktion für Tengnagel ist erst vom 23. Februar datiert; vgl. unten no. 67.

Digitized by Google

seine eigene Autorität, ja selbst die Religion gefährdet, die Privi- Februar 5.
legien zum Nachteil der obersten Gewalt erweitert und schliesslich eine völlige Exemtion, wie auch an andern Orten, durch heimliche Praktiken der Gegner des Hauses gesucht werden würde; der König wird gewiss in sich gehen, diese heimlichen Anschläge wahrnehmen und dem Kaiser in allem, worin er ihn wider Verträge, Recht und Billigkeit beleidigt, zur Verhütung gefährlicher Weiterungen Genugtuung geben. Sicherlich werden auch die Erzherzoge Maximilian und Ferdinand, zu denen der Kaiser schicken will, sich in diesem Sinne bemühen.

2. Was den für das elsässer Volk begehrten Pass durch unser Land nach Oesterreich gegen den König oder, falls dieser sich akkomodiert, für das passauer Kriegsvolk gegen die Possidierenden betrifft, möge sich der Kaiser erinnern, dass wir und unsere Voreltern uns zu allen Zeiten dem Hause Oesterreich und dessen Kaisern als gehorsame Reichsfürsten erwiesen haben, wie eben auch aus unserm Verhalten gegen das passauer Volk zu sehen ist, das seinen Weg meist durch unser Land genommen hat, von da aus mit Proviant versehen, vor Zertrennung in seinem Quartier durch unsere Nachbarschaft und die Rücksicht gegen uns behütet worden ist, was alles man an andern Orten kaum getan hätte. — Diese getreue Affektion werden wir in allem Verantwortlichen noch fortsetzen, müssen aber wegen dieses Begehrens dem Kaiser unsere getreue Meinung dahin eröffnen, dass wir wol merken, dass der Kaiser auf die Schickung nach Wien wenig Hoffnung setzt und gewillt ist, mit dem elsässer und passauer Volk seinen Bruder zu bekriegen. Wir besorgen dabei aber: 1. Der König und die Oesterreicher werden sich dagegen aufs stärkste gefasst machen, wie bereits geschieht. 2. Die Ungarn und Mährer werden ihren König nicht hilflos lassen, zumal sie sich dadurch auch desto mehr vor zu besorgender Ahndung wegen des wider den Kaiser Begangenen sichern. 3. Des Königs Lande stehen mit den Böhmen in starker Korrespondenz, haben diese auch bereits um Hilfe angerufen und werden auf sie um so mehr zählen dürfen als ihr König auch zum böhmischen designiert ist und die Unkatholischen dabei zu grösseren Privilegien und anderen Neuerungen zu des Kaisers Praejudiz zu gelangen hoffen. 4. Man sagt auch, dass der König durch seine Leute mit den protestantischen Reichsständen unterhandle und neulich dahin und nach Frankreich eigene Gesandte abgeordnet habe;[1] auch die österreichischen Länder sollen sich, wie einige eröffnete Briefe ergeben, auf solchen Fall mit den Protestanten verbunden haben, die ohne Zweifel wegen ihrer Glaubensgenossen „und, damit hiedurch die eingefierte novation in glaubenssachen der orten nit zugleich wieder cassirt werde,“ dem König beistehen, „zugleich mit dieser erwinschten gelegenheit die gülchische sach, deren execution man sich hoch besorgt, weit von ihnen aus dem reich in die erzherzogischen länder sowohl

[1] Vgl. oben no. 21, besonders S. 53, Anm. 2.

Digitized by Google

Februar 5. wegen gemainer als aller interessirten stende particularinteresse verschieben, sich des grossen uncosten erledigen und doch gleichwohl ihr völliges intent und in ihrer stabilirten sicherheit zu mehrerm ungereimbten beginnen desto mehr occasion und anlass bekommen; entgegen im ganzen römischen reiche neue unruhe, werbung, kriegspraeparation und partialische tumult erweckt, solchs alles und mit der nechstanrainenden hechstem schaden in den österreichischen ländern tota belli moles sambt allen bekannten consequenzen derselben, nemblich verwüestung wo nit gar untergang derselben land und leut, mit welchem J. M.' oder irem hauss nit geholfen, eingefürt und verursacht wirdet." 5. Ferner ist der Ausgang jedes Krieges ungewiss; der Kaiser möge bedenken, was er, wenn er dabei den kürzern zöge, in Böhmen und in seinen andern Ländern zu erwarten habe, zumal die Böhmen die Abdankung des passauer Volks heftig begehrt haben und die beabsichtigte Expedition vermutlich nicht gern sehen. 6. Die Gefahr des Unterliegens ist um so besorglicher als die Frage, ob und wie der König gegen den prager Akkord gehandelt habe, von den kurfürstlichen etc. Bürgen, die der König bereits um Hilfe angegangen hat, noch nicht entschieden ist, sie auch nicht zu dieser Expedition geraten haben, so dass sich der Kaiser von ihnen und von andern gehorsamen Reichsständen, die auf jene sehen, schleuniger Hilfe nicht zu getrösten hätte. 7. Der Kaiser hat sich zuvor wiederholt entschlossen, dass er das Volk ganz und gar abdanken wolle; Kursachsen, dem es der Kaiser durch Erzherzog Leopold mehrmals hatte anbieten lassen, sollte es zur jülichschen Exekution in seine Bestallung nehmen und nur mangels an Geld und zur Abdankung wollte man es durch Oesterreich o./E. nach Tirol rücken lassen, damit es dort die Abdankung erwarte, wobei der Kaiser selbst angedeutet hat, wie schwer er mit den Mitteln aufkomme. Wenn nun der Kaiser nicht abdankt sondern so starke „Impresen" fortsetzt, so ist zu besorgen, es werde der Mangel an Mitteln zum Kriegen des Kaisers Vorhaben verhindern und er sich nur in neue Schwierigkeiten stürzen, zumal Sachsen nur in dem Fall, wenn in der jülichschen Sache der Spruch zu seinen Gunsten fällt, und nur vom Tag des Spruches ab einen Teil des Volkes in seinen Sold nehmen will; wenn aber der Kaiser zuerst die österreichische Expedition, die sich lange verweilen kann, vornimmt, ist er von Sachsen der versprochenen Hilfe gegen Oesterreich nicht versichert. 8. Gesetzt auch, der Kaiser wäre seinem Bruder an Volk, Geld und Hilfe überlegen, so besorgen wir doch, da der König und die österreichischen Stände zur äussersten Gegenwehr entschlossen sind, sie würden sich eher dem Erbfeind als dem Kaiser unterwerfen wollen, im Notfall sogar die Türken zu Hilfe rufen, diese auf deutschen Boden führen und sich mitsamt den Gegnern ins Verderben stürzen, so dass, wenn der eine Teil übermannt wäre, der andere ohne Schwertstreich in des Türken Gewalt käme. Der Türke würde durch den Bruderzwist erlangen, was er bei Einigkeit nie er-

Digitized by Google

reichen kann. Hinweis auf Ungarn. — Da es sich also um das ganze übrige Ungarn, Böhmen, Mähren, die niederösterreichischen Lande, um das ganze Reich und um Millionen unschuldiger Seelen, die in ewige tyrannische Dienstbarkeit dadurch verkauft würden, also um so viel Christenblut handelt, so wird der Kaiser als Vater des Vaterlandes das gewiss beherzigen, minder bedenkliche Mittel zur Hand nehmen und nicht um der Rache willen begehren, dass so herrliche Lande dem Hause Oesterreich entrissen werden und in des Erbfeindes Hand zu Grunde gehen sollen; vielmehr möge er zuvor des Königs Antwort abwarten, darauf mit den Mediatoren und den Reichsständen sich verständigen und dann mit gesamtem Zutun aller das, wozu er kraft kaiserlichen Amtes berechtigt ist, mit gewissem Nachdruck vollführen. Februar 5.

Wenn der Kaiser trotzdem auf Durchführung des elsässer Volkes durch unser Land besteht, so ist nichts gewisser als dass wir beim König, dessen Ländern und Anhang in den Verdacht kommen, dass wir uns durch die Bewilligung des Passes wirklich dieses Werkes wider sie teilhaftig machen und dass wir, nachdem wir schon das passauer Volk so lange in Baiern gleichsam geschützt haben, ihnen noch mehr Feinde ins Land bringen wollten, während des Kaisers Vetter in Steiermark und der leibliche Bruder in Tirol diesem Volk den Pass weigerten. Dabei ist unser armes Land durch den Durchzug der Passauer, durch die Einlagerung der Truppen der Liga, durch den Durchlauf der madruzzischen Knechte so sehr beschwert worden und würde, wenn noch der Durchzug so vieler tausend Soldaten dazu kommen sollte, noch mehr verderbt werden. Das wäre selbst bei barer Bezahlung und gutem Regiment, wie bei den Ligatruppen der Fall war, nicht zu verhüten, wie viel weniger bei dem elsässer Volk, das nicht ganz befriedigt worden ist. Dieselbe Meinung hätte es mit der Durchführung der Passauer, besonders bei den Protestanten, „dern feind wider unsern aufgerichten accord irem fürgeben nach wür dardurch sein und gleicher gestalt aller gefahr erwarten müessten.“ Wir müssen daher den Kaiser bitten, falls er beides Volk zusammenführen will, unser Land zu verschonen und das Volk lieber durch seine eigenen Lande zu führen als uns Gefahr und schwere Ungelegenheiten zu bereiten und uns zugleich die Mittel zu benehmen, dem Kaiser im unverhofften Fall beizuspringen. Es muss dem Kaiser doch daran liegen, dass die katholischen gehorsamen Stände nicht beschwert und durch das kaiserliche Kriegsvolk nicht geschwächt werden.

Viepeckh soll dies alles dem Erzherzog vorstellen und in unserm Namen bitten, dass er sich beim Kaiser unsere Sache angelegen sein lasse und durch seine Interposition den Pass durch unser Land abwende, ihm auch beim Kaiser eine Audienz verschaffe, bei der er, Viepeckh, das Obige in Kürze wiederholen soll.

Aus der Antwort des Erzherzogs wird Viepeckh bald merken,

Digitized by Google

Februar 5. ob und mit wem er sonst deshalb weiter tractieren soll, sonst soll er sich mit niemandem einlassen. [„Er soll auch bei leib khein abschrifft, do sie auch schon begert wurde, von dieser instruction noch sonsten etwass schrifftlichs von sich geben, so den khünig in Vngern oder auch andere so wol die Protestierende offendirn khünde].[1] Actum München den 5. februarii a. 1611.

Ma., 111|11, — erste Kptkopie mit eigenhändigem Zusatz des Herzogs und mit der Datierung auf der Rückseite: 30. jan. 1611. — Ma., 329|38, f. 1; zweite Kptkopie.[2]

45. Der Kurfürst von Brandenburg an König Matthias.

Februar 6. E. kgl. W. Schreiben vom 15. Januar[3] wegen des Einfalls der Passauer haben wir nicht ohne grosses Befremden gelesen: „dann so keine so hoch beteurte compactate, keine bruederliche verwandnus, keine gemeinschaft des glaubens und der religion diese nicht unbekante leute (denn I. ksl. M.t, wie E. kgl. W. in ebener meinung auch sein, halten wir wol entschuldigt) mer abhalten können, mit anstellung dergleichen weitaussehenden händel wider E. kgl. W. zu verfahren, sehen wir nicht, worauf wir oder andere hinfürter zu sehen oder uns zu verlassen.“ Da E. kgl. W. hiebei unsern Rat und im Notfall unseren Beistand begehren, so erinnern wir uns gar wol, dass E. kgl. W. sich stets als Freund unseres Hauses erwiesen und sich noch unlängst unser auf unser Ersuchen in der hochwichtigen jülichschen Sache ganz günstig beim Kaiser fürbittlich angenommen haben, weshalb wir gern E. kgl. W. jetzt etwas erspriessliches raten möchten. Seit E. kgl. W. Schreiben aber sind nach den täglich einlaufenden, sich widersprechenden Zeitungen die Sachen in einen ganz anderen Stand geraten, von dem wir wegen der Entfernung keinen gründlichen Bericht haben können; wir können daher kein genügendes Gutachten geben, halten aber gänzlich dafür, dass durch Vermittelung des Herzogs von Braunschweig (der vom Kaiser vermocht sein soll, zu E. kgl. W. zu ziehen) die Sache soweit gebracht sein wird, dass es unseres Beistandes nicht bedarf. E. kgl. W. mögen aber versichert sein, dass, wenn die Sache einen andern Ausschlag gewinnt oder wenn E. kgl. W. uns etwas eingehender anzeigen, was Sie gern von uns verrichtet sehen, wir uns stets als Derselben treuer Freund erweisen wollen. Geben in aller eil zu Cöln an der Sprew am 27. januarii 1611.

Bq, Differenz zwischen Rudolf und Matthias, no. 2; Kop.

[1] Das Eingeklammerte ist eigenhändiger Zusatz des Herzogs.

[2] Viepeckhs Sendung erwähnt bei Gindely, Rudolf II., II, S. 184.

[3] Am 14. und 15. Januar ergieng eine Anzahl königlicher Schreiben an die unierten Fürsten mit Klagen über den Einfall der Passauer und mit der Bitte, Hilfe zu leisten und den Darstellungen des Verlaufs durch die Gegner nicht Glauben zu schenken; zugleich wird das Schreiben des Königs an den Kaiser vom 29. Dezember 1610 mitgeteilt. Die Schreiben an Kurpfalz und Württemberg liegen in Stg., Unionsacta XI., f. 399 und f. 421 in Or., beziehungsweise Kopie vor. Vgl. oben no. 26.

Digitized by Google

46. Die Aeltern und Geheimen des Rats von Schweinfurt an den Administrator der Kurpfalz. Februar 7.

Auf das Schreiben vom 1. Februar wegen Abhaltung eines Unionstages.[1] Wir können E. fl. Gn. nicht bergen, dass wir und andere unierte Städte wegen der Union beim Kaiser und bei geistlichen und weltlichen Kurfürsten und Fürsten in merkliche Ungnade und schlechtes Ansehen geraten sind, was wir bisher vielfach entgelten mussten; vor allem aber werden wir von unserm nächsten Nachbar Würzburg, von dessen Gebiet wir ganz umgeben sind, sehr unnachbarlich gehalten, so dass uns eben das zustiess, was wir, bevor wir in die Union traten, besorgt hatten. Besonders seitdem das markgräfliche Kriegsvolk im vergangenen Frühjahr bei uns zu Schweinfurt gemustert und in die benachbarten Flecken und Dörfer quartiert, demselben auch freier Pass, in unserer Stadt einzukaufen, gestattet worden war, haben die würzburgischen Beamten und Untertanen angefangen, uns anzufeinden; man beschreit uns öffentlich, als wären wir diejenigen, die das Volk und den Markgrafen Joachim Ernst hieher gezogen hätten; man hat uns auch aufs äusserste bedroht und uns zugeschworen, wenn es wieder angienge, müsste Schweinfurt zuerst herhalten. Ein bestellter würzburgischer Hauptmann hat vor dem Spitaltore überlaut gedroht, er wolle das Rattennest zerstören und in Grund und Boden verderben helfen; solche Aeusserungen gebraucht auch das Bauernvolk auf dem Lande, die würzburgischen Beamten, Diener und Untertanen. Es sind auch schon Tätlichkeiten darauf erfolgt, indem die Viktualien gesperrt wurden, wodurch sehr grosse Teurung bei uns einfiel; die würzburgischen Soldaten haben den Pass dies- und jenseits des Mains eingenommen; würzburgische und andere Untertanen, die etwas in die Stadt zum Verkauf bringen wollen, werden angehalten und untersucht und Viktualien, Leder u. a. auf freier kaiserlicher Landstrasse und meist auf unserm Gebiet gewaltsam weggenommen, ja nahe vor der Stadt in der hilpersdörfschen Kirche wird gleichsam ein Lager aufgeschlagen und die Beute verteilt, zu geschweigen von den täglichen Streifungen, Einfällen in unsere Gemarkung, Schiessen auf unsere Wachen und sonstigen Mutwillen, was alles uns wegen der Union zugefügt wird. Wegen dieser Ungelegenheiten haben wir bereits mit Vorwissen einiger benachbarter Unierten achtzig versuchte Soldaten auf Abzug unserer Quote in Bestallung genommen.

Würde nun der Unionstag hieher verlegt, so würden sich die Anfeindungen nur mehren und, wenn die Viktualiensperre fortgesetzt würde, wüssten wir auch nicht mit der nötigen Traktation für die Fürsten oder deren Gesandten aufzukommen, zumal wir im Vorjahr

[1] Mitteilung an den Rat, dass der Unionstag am 1./11. März zu Schweinfurt abgehalten werden soll (Mb., 119/3, f. 142, Kpt.).

Digitized by Google

Februar 7. durch Hagel schweren Schaden gelitten haben und das übrige von den würzburgischen Soldaten verdorben oder verzehrt worden ist; dazu haben wir für so hohe Personen nicht genügende Wohnungen und in der Umgebung gefährliche Krankheiten. — Ausser dem allen liegt uns das kaiserliche Poenalmandat vom 21. Juli 1610 wegen Aufhebung der Union an, das an alle Unierten ausgegangen, uns aber nicht mitgeteilt worden ist; wir haben auch nicht erfahren können, ob es abgelehnt, suspendiert oder ihm sonstwie unterbaut worden ist. Da dies nun der erste Unionstag wäre, der diesem Mandat zuwider gehalten würde, so hätten wir, wenn es zur angedrohten Exekution käme, nicht unzeitig zu besorgen, dass man mit uns den Anfang machte. Daher haben wir E. fl. Gn. bitten müssen, uns zu entschuldigen und den Unionstag an einen andern Ort (denn nur Kurbrandenburg, Culmbach, Hessen und Anhalt haben zu uns näher, die andern aber viel weiter) zu verlegen. Lässt der Ort sich aber nicht mehr abändern, so müssen wir es geschen lassen, hoffen aber dann, dass man uns die Mängel nicht verüblen und, wenn man uns zusetzt, uns verantworten helfen werde. Datum Schweinfurt montags den 28. januarii a. 1611. — Praes. Heidelberg 1. febr. 1611.

Mb., 119|3, f 197; Or.[1]

Februar 7. **47.** Das Gesamthaus Sachsen an Kaiser Rudolf II.

Als wir uns zur Beratschlagung der jülicher Sache hier zusammen fanden, haben uns Markgraf Christian von Brandenburg und Landgraf Ludwig von Hessen zu erkennen gegeben, wie sehr es ihnen nahe gehe, dass die Handlung zu Köln so fruchtlos abgelaufen sei.[2] Wegen der daraus zu besorgenden üblen Folgen haben sie unsere Zustimmung eingeholt, motu proprio zu versuchen, ob der Kurfürst von Brandenburg nochmals auf die zu Köln vorgeschlagenen Mittel mit sich handen lassen möchte. Trotzdem wir Ursache gehabt hätten, bei unserer vorigen Resolution zu verharren, so haben wir doch in Erwägung der Vorteile eines Vergleichs für das Reich und dessen Angelegenheiten und in Erinnerung, was E. ksl. M.[1] durch Erzherzog Leopold und Hegenmüller laut Dero Resolutionen vom 3. u. 4. Dezbr.[3] mir, dem Kurfürsten, und den geistlichen

[1] Der Administrator erwidert am 5./15. Februar: eine Aenderung der Malstatt könne wegen Kürze der Zeit nicht mehr geschehen; vor etwaigen Ungelegenheiten seien die Städte durch die besondern Versprechungen der unierten Fürsten geschützt. Wegen der Zufuhr wolle er vor dem Unionstag noch an den Bischof von Würzburg schreiben. Die Exzeptionen wider die kaiserlichen Mandate seien noch nicht an den kaiserlichen Hof geschickt worden, weil ein Teil der Unierten, besonders die Städte dagegen Einwendungen erhoben hätten; hoffentlich werde man sich deshalb zu Schweinfurt vergleichen (Mb., 119/3, f. 200; Kpt.).

[2] Vgl. oben no. 7, S. 20, Anm. 1 und no. 27.

[3] Kaiser an Erzherzog Leopold am 3. Dezember (Wmz., Religionsakten, Bd. 11, no. 77; Kopie). Wegen der Instruktion für Hegenmüller vom 4. Dezember vgl. oben S. 87, Anm. 1.

Digitized by Google

Kurfürsten vorstellen liessen — nämlich, dass Dero ganzes Bestreben dahin gienge, im Reich Krieg zu verhüten und dass Sie bei Kurbrandenburg und Neuburg nochmals einen Anwurf tun wollten (was nun mit mehr Autorität E. M.t geschehen kann) — zugegeben,[1] dass JJ. LL., doch nur für sich, den Versuch einer neuen Handlung machen sollen. Wir hoffen, dass E. M.t sich dies gefallen lassen werden, da wir aus vielen Ursachen unsern Freunden nicht aus Handen gehen können. JJ. LL. haben sich sodann nach Berlin verfügt und haben beim Kurfürsten erreicht, dass man am 3./13. Februar zu Jüterbogk zusammenkommen und vor den Unterhändlern durch die beiderseitigen Gesandten gütliche Handlung pflegen will; zur Erlangung schleuniger Resolution wollen wir uns in der Nähe aufhalten. Wir bitten E. M.t, sich dies Werk gefallen zu lassen [und gnädigst zu vermerken, dass wir gemäss Dero Erinnerung mehr zu gütlicher Vermittlung als zu gefährlichem Krieg noch zur Zeit geneigt sind].[2] E. M.t mögen versichert sein, dass, wie wir bisher mehr auf Erhaltung E. M.t Hoheit und des Reiches Wolstand als auf unser Interesse gesehen haben, wir auch bei dieser Handlung darauf achten wollen, dass E. M.t genügende Satisfaktion geschehe, wie wir auch ohne E. M.t Ratifikation uns in nichts verbindliches einlassen wollen. Datum Dressden am 28. januarii 1611. Februar 7.

Drs., l. 8807, 22. B. jül. Sachen, f. 14; Kop.[3]

48. Herzog Maximilian von Baiern an den Koadjutor Ferdinand von Köln. Februar 8.

Aus Dero Schreiben vom 30. Januar[4] habe ich E. L. und des Erzstifts Köln schwierige Lage ersehen. „Und ist mier ie laid, dass

[1] Zustimmungserklärung des Hauses Sachsen vom 14./24. Januar (in Bamberg, Jül. Succ.-Acta, III. 1610/11, no. 27; Or.): Sachsen verlangte dabei Anstellung der Handlung binnen vierzehn Tagen zu Jüterbogk, während Kurbrandenburg mit Rücksicht auf Pfalz-Neuburg, auf die zuzuziehenden Verwandten und die jülichschen Landstände den Termin bis auf den 3./13. März erstreckt wissen wollte und als Malstatt Erfurt wünschte. Erst am 4. Februar gab Kurfürst Johann Sigismund nach (Fürstliche Unterhändler an Kursachsen am $\frac{\text{25. Januar}}{\text{4. Februar}}$ aus Berlin (Bamberg, a a. O., no. 44; Kop.).

[2] Das Eingeklammerte setzte Gerstenberg an die Stelle des Passus: der Kaiser möge einen Kommissar nach Jüterbogk abordnen.

[3] Am $\frac{\text{29. Januar}}{\text{8. Februar}}$ erfolgte auch eine entsprechende Anzeige an Erzherzog Leopold mit der Bitte, das vorstehende Schreiben dem Kaiser zu übergeben (Drs., l. 8807; 21. B. jül. Sachen; f. 294; Kpt.). — Am $\frac{\text{31. Januar}}{\text{10. Februar}}$ gab Gerstenberg dem Kurfürsten von Mainz von der bevorstehenden Handlung Nachricht (Wmz., Religionsakten, Band 11, no. 160[2]; Or.). — Vgl. unten no. 53.

[4] Ma., 39/22, f. 14; Or.: der Koadjutor bittet, ihm aus der päpstlichen oder spanischen Hilfe etwas zukommen zu lassen oder ihm mit einem Darlehen von 30 000 fl. beizuspringen.

Digitized by Google

Februar 8. ich Deroselben in solcher Irer not, wie gern ich auch wolte, nit kan hülflich erscheinen. Die ursachen aber, warumben es nicht sein kan, haben E. L. aus vorigen meinen unterschidlichen schreiben und warnungen verstanden[1] und mögen mir Dieselben glauben, dass ime im grund der warhait also und sich diser zeit gar kaine media an die hand geben, E. L. begern statt zu thuen; dann in der oberlendischen bundscassa [die mittl nit][2] verhanden und sein nicht allain die 42 monatliche contributionen sonder auch die extraordinarianlag der 10 monaten, sovil daran erlegt worden, allerdings aufgangen und bleibt man noch daruber 200 000 fl., [so man auf verzinsung aufgenommen],[3] schuldig, ist auch diser zeit auf ain neue contribution kain rechnung zu machen. So hat sich der spanische ambasciator unlangst rund gegen mir erclert, dass er uber die bewilligte und alberait erlegte 2 monat kainen weitern bevelch, auch verrer nichts werde hergeben. Nachdem auch gleich ietz der bäpstliche nuncius von Prag[4] hierdurch nach Rom verraisst, hab ich nit unterlassen, ime den ubeln stand des erzstifts Cölln und in specie, in was beschwerlichen terminis E. L. sich der zeit befinden, umbstendig und ausfierlich zu gemiet zu fiern und umb hülf anzuesuechen. Er hat mir aber mit vilfeltiger extenuation des bapstes einkommen nit allain für ietz alles gewaigert und abgeschlagen sondern auch inskonftig schlechte und ubergeringe hoffnung gemacht oder machen wöllen, dass es also diss orts auch vergeblich. [Obwohl ich auch für mein person E. L. Ihrem begehrn nach dissfals nicht hülflos zu lassen nit ungewillt, so ist doch Derselben guten theils unverborgen, was ich bisshero unter wernden disen leufen für merkliche grosse aussgaben ob mir ghabt, was für merkliche uncosten auch das passausche volk verursacht, wie ich dan noch immerzue bei so beschaffnem gefehrlichem wesen auf die versicher-

---

[1] Zwischen dem Koadjutor und dessen Bruder, dem Herzog von Baiern, hatte sich wegen des Unterhalts des zum Schutz der kölnischen Stiftslande angenommenen Kriegsvolks und wegen der Abdankung des rietbergschen Regiments, das die rheinischen Bundesstände zu schützen gehabt hatte, eine sehr lebhafte Korrespondenz entsponnen. Der Herzog, der im katholischen Bunde zunächst die Interessen der oberländischen Bundesstände vertrat, hatte den Koadjutor sowol wie den Grafen mit ihren Ansprüchen an die Kasse der rheinischen Bundesstände gewiesen (Herzog an den Koadjutor am 14. Januar; Ma., 322/10, f. 8; Kptkopie), in die aber nur Kurmainz und Worms ihre Quoten eingezahlt hatten (Kurmainz an den Koadjutor am 1. Februar; Wmz., Religionsakten, Bd. 11, no. 142; Kpt.; vgl. oben no. 4, S. 9), die zur Befriedigung Rietbergs nicht ausreichten. So kam der Koadjutor immer wieder auf die Bitte um Beihilfe aus der oberländischen Kasse zurück. Vgl. die Wittelsbacher Briefe, mitgeteilt von Felix Stieve, VIII., no. 430 ff.

[2] Zusatz des Herzogs.

[3] Vom Herzog im Kpt. getilgt.

[4] Antonio Caëtano, Erzbischof zu Capua, der Ende 1610 von Prag abberufen worden war.

Digitized by Google

ung meiner land und unterthanen zu gedenken habe, dannenhero mich E. L. werden vor entschuldigt halten.][1] Und dieweil E. L. ohne das bei Maintz zwai mitl vorgeschlagen,[2] werden Sie ohne zweifel daselbsten solche zue urgiern und bei andern Reinischen als Ihren nechsten benachperten hülf zue suechen wissen.“ Datum München den 8. februarii a. 1611. Februar 8.

Ma., 39|22, f. 22; Kpt. von Gewold mit Zusatz Herwarts; — f. 24; Kptkopie Lackners mit eigenhändigen Korrekturen des Herzogs und einem Zusatz Gewolds

49. Kaiser Rudolf II. an die Grafen Ludwig von Sulz und Adolf von Althan. Februar 9. [?]

„Wolgeborne liebe grafen.[3] Ihr wisset, aus was erhöblichen ursachen ich mich zu erhaltung meiner und des heil. röm. reichs

---

[1] Zusatz Gewolds nach der eigenhändigen Anweisung des Herzogs: „Wo bleibt, wass mich abhalt, weil er von mier ein anlehen begert.“

[2] Der Koadjutor hatte zunächst durch seinen Kanzler D.r Christoph Wintzler den Kurfürsten von Mainz um einen Beitrag zur Erhaltung seines Kriegsvolks angegangen, hatte aber eine Ablehnung erfahren, da der Kurfürst für die Erhaltung des rietbergschen Volkes schon 40 000 fl. bewilligt hatte (Wintzlers Bericht vom 10. Januar in Ma., 39/22, f. 18; Kop.). Am 26. Januar ordnete der Koadjutor seinen Marschall Johann von der Hoevelich zu Hülchenradt an denselben Kurfürsten ab, um Mittel zur völligen Abdankung des rietbergschen Volkes und zum Schutz des kölnischen Erzstifts zu erbitten; aber Kurmainz lehnte wieder mit dem Hinweis auf die geringe Opferwilligkeit der rheinischen Stände ab, nicht einmal des Koadjutors eigene Stifter Lüttich, Hildesheim, Münster, Stablo hätten sich in die katholische Union begeben. Der Koadjutor hatte zwar einen Vorschlag gemacht, wie man einige Monate Zuschuss unter den rheinischen Ständen aufbringen könnte, aber der Kurfürst gab ihm zu bedenken, wie viel Rechnung darauf zu machen sei (Kurmainz an den Koadjutor am 1. Februar; Wmz., a. a. O.; vgl. S. 108, Anm. 1).

[3] Diesem Befehlsschreiben des Kaisers war der Einfall des passauer Kriegsvolks in Böhmen, die Besetzung von Budweis und Tabor, die energischen Rüstungen der böhmischen Stände und das am 5. Februar abends dem Kaiser abgerungene Versprechen vorausgegangen, das passauer Volk nach Möglichkeit aus eigenen Mitteln zu bezahlen, die beiden Städte zu restituieren, das Kriegsvolk in der kaiserlichen Herrschaft Krumau zu quartieren, Sulz dazu zum Volk zu entsenden und den Ständen Werbungen und die Besetzung des Schlosses in Prag durch 200 altstädter Bürger zu gestatten; endlich erlaubte der Kaiser noch, dass die Wenzelskrone und die Privilegien vom Karlstein ins Schloss gebracht würden (vgl. des Bodenius Bericht an den Herzog von Baiern vom 6. Februar in Mc., Entstehung, Fasz. III., no. 26, f. 30; Or. eigh. und einen anonymen Bericht aus Prag vom gleichen Tag in U., Unionsacta, tom. XX., n. 1973; Kopie). Schon am 7. erwartete man Ramée in Prag; Silbermann sprach bereits die Vermutung aus, dass Sulz, der an diesem Tag zu den Passauern abgieng, das Kriegsvolk eher in seinem Vorhaben bestärken als abhalten werde (Silbermann an Pfalzgraf Philipp Ludwig am 7. Februar; Ma., 299/18, f. 128; Kopie). Tatsächlich aber wurde Sulz ein vom 8. Februar datierter Abdankungsbefehl des Kaisers an Sulz, Althan und Trautmannsdorf nachgesandt: „Unser endlicher schluss und meinung ist, dass allem und jedem kriegsvolk zue ross und fuess, welches wir eine zeit lang in dem stift Passau haben unterhalten lassen und sich anitzo, zwar ohn all unser vorwissen und bevelch, in unser cron Boeheimb befindet, genzlich und völlig abgedanket und alles aus unseren dinsten gebracht werden solle, inmassen wir dan im werk sein

Digitized by Google

Februar 9. [?] autoritet habe armieren miessen. Weiln ich Euch dann neben meinen getreuen kriegsobersten, dem von Trautmannsdorff und Ramee, das im stift Passau geworbene kriegsvolk allerdings übergeben und anvertraut, so ist mein gnädigster befehl, dass Ihr solches volk ohn einigen meiner gehörigen königreich und länder und reichsstende nachteil oder schaden zu beschutzung aller getreuwen, gnad und hantreichung der resipiscierenden, dempfung und bezwingung aller widerwertigen gebrauchet, zum faal der noth in meinem namen sambt oder sonders weiter kriegswerbung anstellet,[1] der bezahlung, musterplätz und underhaltung halber Euch mit den obristen, so Ihr von meinetwegen ferner bestellen werdet, vergleichet, auch alles andere handelt, so meiner und des heil. reichs reputation und gemeinem wesen zum besten, auch allen getreuen zu schutz gereichen kan. Dazu ich Euch hiemit allen gewalt gegeben und in Euer person, Derselben discretion und fidelitet mein sonders vertrauwen gestellet haben will, des versehens, Ihr werdet den sachen recht zu thun wissen. Welches umb Euch etc. Datum Prag den 9. febr. a. 1611. — Rudolff."

Ma. 111|11, — Kopie.[2]

---

und auch bereit so viel anordnung gethan, dass zu verrichtung solcher abdankung unsere hierzue deputierte commissarien mit richtigen und gueten mitteln inner wenig tagen hienach folgen könten. Befehlen derowegen Euch hiemit sembtlich und sonders und ernstlich, dass Ihr Euch nach empfahung diss nicht allein alsbald mit Euren personen von hinnen erheben und Euch zue gedachtem kriegsvolk und Euren befehlen verfüegen sondern auch zu Eurer hinauskunft erstlich und vor allen dingen dasjenige volk, welches, wie wir vernemben müssen, kürzlichen von Euch gleichsfals ausser unserm wissen und bevelch geworben oder sich sonsten sider dem aufzueg aus gedachtem stift Passau zuegeschlagen haben möchte, mit ernst abschaffen, nit weniger auch folgends mit allem eifrigen und eusseristen zuthuen, ja so lieb Euch unser kaiserliche gnad ist, die andern reuter und knecht aus unserer cron Boeheimb wieder zueruck an die grenzen bringen, doselbst unsere commissarien erwarten und inmittels mit und bei Euren untergebenen die sachen dahin tractirn, anordnen und richten wöllet, damit dieselben der abdankung und ihrer bezahlung nach billigen dingen unweigerlich gehorsambist stat thuen. An deme volzihet Ihr etc. Geben Prag den 8. februarii 1611" (Drs., l. 9166, I. Buch passauer Kriegsvolks, f. 109; Kopie). Dieser kaiserliche Befehl, den vermutlich Trautmannsdorf überbringen sollte (Silbermann an Pfalzgraf Philipp Ludwig am 2./12. Februar; Ma., 299/18, f. 129; Kopie) kam aber gar nicht zur Kenntnis des Kriegsvolks sondern wurde durch den oben stehenden ersetzt.

[1] Ramée hatte die Erlaubnis zu werben längst antizipiert; einer seiner Leutnante erschien am 20. Februar in Regensburg und begehrte vom Rat der Stadt unter Vorlegung eines Werbepatentes Ramées vom 6. Februar die Erlaubnis, öffentlich werben zu dürfen (Rat von Regensburg an Pfalzgraf Philipp Ludwig; Nbg., Unionsakten, Bd. 41, f. 241; Kopie). Das Werbepatent (Nbg., a. a. O., f. 243; Kopie) bezieht sich auf ein Schreiben des Kaisers an die Grafen von Sulz und Althan wegen Verstärkung des passauer Volkes, das trotz des widersprechenden Datums mit dem obigen wol identisch sein wird. Entweder ist die Datierung 9. Februar durch einen Ueberlieferungsfehler verderbt oder es existieren mehrfache Ausfertigungen desselben kaiserlichen Schreibens.

[2] Das Schreiben wurde in Abschriften stark verbreitet und in den „Copeyen und Abschriften" als 33. Beilage abgedruckt.

Digitized by Google

50. Die kaiserliche Hofkammer an Kaiser Rudolf II. Februar 9.

Im Namen E. M.[t] werden der Hofkammer täglich allerlei an sich zwar unumgängliche Ausgaben anbefohlen, zuweilen aber mit solchem Ernst und scharfen Drohungen, dass man sich darüber entsetzen und bei der oft geklagten Unmöglichkeit zu zahlen wundern muss. Die Hofkammer ist allerdings verpflichtet, Mittel zu finden, die befohlenen Ausgaben zu leisten, aber derzeit weiss sie auch zur geringsten Ausgabe nicht die Mittel, auch nur um einem Stallmeister einen Monatssold zu reichen; denn sie verfügt über keine Gefälle oder Einkommen, ausser was ihr von andern Kammern und Aemtern zusteht; davon ist die böhmische Kammer ganz abgesondert und von ihr keine Hilfe zu erwarten, die schlesische ist aber so verschuldet, dass sie für einige Jahre nicht helfen kann. Das Mistrauen ist so gross, dass man auch auf Pfand nichts erlangen kann; hat jemand Geld, so hält er bei diesen schweren Zeiten damit an sich und richtet sich zur Flucht. Von Reichs- und Kreishilfen ist nichts übrig, die Biergelder in Böhmen und Schlesien sind auf lange hinaus antizipiert. Seit zwei Jahren lebt man vom Borg und kann nichts zahlen. Die Hofkammerräte haben einander so hineingesetzt und in Schulden vertieft, dass sie sich nicht herauszuwickeln wissen. Aus diesem Grund hat der Hofkammerpräsident[1] seinen Dienst aufgekündet und können wegen äusserster Erschöpfung der Kammer weder er noch die andern Räte mit Ehre und Nutzen darin dienen. Die Hofkammer bittet E. M.[t], zur Ergründung der augenscheinlichen Unmöglichkeit die wiederholt erbetene Visitation des Hofkammerwesens vorgehen zu lassen, unterdess aber die Kammer für entschuldigt zu halten, dass sie keinen „Verlag" hergeben kann. Werden ihr aber Mittel eingeräumt oder kann sie bei fleissigem Nachsinnen noch welche finden, so wird sie es an ihrer Pflicht nicht erwinden lassen. 9. februar 1611.

Wk., Hoffinanzakten, 1611 Februar. — Kpt.[2]

---

[1] Abraham Burggraf zu Dohna auf Wartenberg.

[2] Die Lage der Hofkammer beleuchtet deren Mitteilung an Karl Ludwig Grafen von Sulz am 22. Januar, dass die der Jurisdiktion des Obersthofmarschalls untergebenen Hofhandelsleute sich weigern, dem Kaiser ein Darlehen von 12 000 Thalern zu gewähren; selbst die Drohung, den Kaufleuten die Läden zu sperren und ihnen die Privilegien wegzunehmen, verfieng nicht (Wk., a. a. O.; Kpt.). Die Drohung wurde am 6. Februar auf Befehl des Kaisers verwirklicht. — Dem Erzherzog Ferdinand war am 13. Januar 1611 das vom Kaiser bewilligte Deputat für Uebernahme der Kommission beim Reichstag von 1608 noch nicht völlig ausbezahlt (Erzherzog Ferdinand an Erzherzog Leopold am 13. Januar 1611: Wk., Hoffinanzakten, 1611 Mai; Or.). — Der Herzog von Braunschweig hatte für seine Schickung an König Matthias 2000 Gulden auf eigenen Kredit aufbringen müssen, dem Grafen von Zollern war kein Pfennig mitgegeben worden (Bodenius an den Herzog von Baiern am 22. Januar 1611; Mc., Entstehung, Fasz. III. no. 26, f. 20; Or. eigh.).

Digitized by Google

Februar 9. **51.** Zuñiga an König Philipp III.

„El obispo de Sarzana nuncio de S. S.[d] en esta corte ha rescivido carta del cardenal Burgesio, en que se le ordena tiemple al archiduque en estas sus pretensiones. Tubo audiencia de S. A. antier y significole algo desto. Mostrose muy sentido dello y refiriole que avia una carta de la reyna nuestra señora en la misma sustancia y muy declarada de que estava muy afligido; viendose como S. A. dezia desamparado de todos y muy cargado de deudas, el nuncio le procuro consolar y poner en razon, pero a su parecer quedo muy disgustado, estaralo este principe mientras no fuere rey o cosa semejante, por que son notables sus brios. No me ha parecido entrar con razon en estas platicas, viendo que V. M.[d] no me lo manda y viendo que estos officios se encaminan por mano de la reyna nuestra señora que ymagino deve ser por mas decencia de la persona del señor archiduque que es causa muy considerable.

Mandeme V. M.[d] que procurare entender diestramente lo que pretende S. A. y lo avise por que assi podria haver mas brevedad en dalle satisfacion que yendo S. A. a España como yo havia escrito; estare a la mira en esto aunque no preguntandoselo claro dificultosamente se declara de suyo, y tambien temo que no tiene V. M.[d] cosa, que podelle dar que yguale con la grandeça de sus pensamientos; sy huviera tenido quien se los moderara y ajustara con la razon pudiera lucir mucho su persona. De Praga 9 de hebrero 1611.“

Sim., Fasz 2497, f. 295; dechiffr. Kopie.[1]

Februar 9. **52.** Aerssen an Oldenbarnevelt.

Der Herzog von Bouillon hat mir gesagt: „que pour ce seul respect[2] on abandonne les affaires des princes d'Allemaigne soubs une frivole excuse, qu'en ceste minorité on ne leur scauroit departir autre secours que de leur donner conseil de s'accorder entr'eux du mieux qu'ils pourront. Certes mons. de Bouillon blasme infiniement l'imprudence de mons. le prince d'Anhalt, qu'il accuse de legerité d'esprit, d'avoir apporté des expediens d'Angleterre,[3] capables de diviser

[1] Erwähnt bei A. Gindely, Rudolf II., II, 196.

[2] Gemeint ist die Rücksicht der Königin-Regentin von Frankreich auf die Religion und den Papst; vgl. oben no. 13.

[3] König Jakob I. hatte dem Fürsten Christian von Anhalt wegen des kurpfälzischen Administrationsstreits ähnliche Ratschläge wie wegen des jülicher Erbstreits gegeben und der Befriedigung der Ansprüche Neuburgs das Wort geredet, um den drohenden Zwiespalten unter den Unierten zu begegnen; vgl. Jakobs Schreiben an die Unierten vom Dezember 1610 (Stg., Unionsacta, X., 382; Kopie) und Beaulieus Schreiben an Trumbull vom 14. Dezember 1610 aus Paris bei Ralph Winwood, Memorials of affairs of state; III., London 1725, S. 240. — Es scheint Fürst Christian selbst gewesen zu sein,

Digitized by Google

toute l'Allemaigne au lieu de la reunir; qu'il scait bien, que madame l'electrice et mons. l'administrateur ne souffriront iamais, qu'il soit rien innové au testament du feu monsieur l'electeur, et qu'il est superflu de voulloir regratter une possession de qualité qui a desia esté reconnue quasi de tous tant protestans que catholiques, où maintenant sur ces nouvelles ouvertures il y aura du danger, que les princes ne se laissent aller à ce qu'on leur persuadera devoir servir à un accommodement. D'ailleurs il suspecte, que l'admission de Saxe en la possession .... soit pour gaster tout. Le roy d'Espagne a remis neuf cens mil escus pour la gendarmerye des Pays-Bas à raison de soixante mil escus par mois et vingt mil par dessus l'ordinaire, d'où on coniecture, qu'il a du dessein contre Juiliers et connoit mons. de Bouillon assés, qu'on n'y contribuera rien d'icy, plaignant en cela la condition de nostre estat, car de laisser perdre ces estats voisins que ce seroit nostre affoiblissement et donner apres la perte subiect à l'Espagnol d'attenter plus genereusement contre nostre treve sans crainte de diversion par l'intervention des voisins qui seroient estonnés d'une sy grande conqueste; d'entreprendre aussy seuls, il voit d'autre part de grands inconveniens, que n'en sortans point avantageusement on nous rejette en guerre, laquelle aurons par apres à soubstenir sans secours, qu'en cela nous avons à ouvrir les yeux de bonn'heure, croyans, que devons prendre nos resolutions sy genereusement, comme sy sans support on nous devoit recommencer la guerre. Mais sans doute Vous penses à ceste matiere de bien plus pres. L'Allemaigne y contribuera peu, l'Angleterre lentement et comm'ie croy ce qu'elle tirera de Vos forces, la France rien, de sorte que l'Espagnol a beau ieu, s'il estoit capable de s'en prevalloir, mais il a aussy ses defauts qui le retiennent. — De Paris ce 9e de fevrier 1611. Februar 9.

Haag, Aerssens Korrespondenzen, Band VII. — Kopie.

53. Der Kurfürst von Mainz an Herzog Maximilian von Baiern. Februar 9.

Wir erhalten soeben vom Kurfürsten von Trier beiliegende Zeitung,[1] aus der zu ersehen ist, wie sehr sich die protestantischen

der dem König Vermittlungsvorschläge wegen des Administrationsstreites unter den Fuss gab; wenigstens findet sich in Schl. 3/4 eine eigenhändige Aufzeichnung des Fürsten, welche die Bedingungen zur „Admission" Neuburgs formuliert. In einem offenbar ziemlich gleichzeitigen Schreiben an Christoph zu Dohna vom 26. Oktober aus dem Haag (Schl. 3/4; Or. eigh.) berichtet der Fürst, dass Prinz Moriz von Oranien (einer der Vormünder des Kurerben) mit jenen Artikeln einverstanden sei, die Dohna mit Württemberg, Baden und Ansbach betreiben solle. — Bouillon hatte übrigens selbst bei seiner Anwesenheit zu Heidelberg im November 1610 dem Administrator zur Nachgibigkeit geraten (Diarium Christophs zu Dohna von seiner Schickung nach Heidelberg; 1610, zu November 17; Schl. no. 429 — eigenhändige Aufzeichnung).

[1] Ueberschrieben: „Discurs etlicher catholischer personen uber der churfurstlich heidelbergischen tutel- oder vormünderschaft." — Von gut katholischer Seite werde geschrieben, dass eine gütliche Vergleichung der

Digitized by Google

Februar 9. unierten Fürsten bemühen, das Haus Sachsen von unserer katholischen Union abzubringen und auf ihre Seite zu ziehen. E. L. können daraus entnehmen, wie viel daran gelegen ist, mit der Einnahme Sachsens nicht länger zu zögern. Datum Aschaffenburg den 9. februarii 1611.

Nachschrift. Der frankfurter Kommunikationstag ist auf den 20. Februar verschoben.

Wmz., Religionsakten, Band 11, no. 147; Kpt. von Hensel; Nachschrift ebenda Band 12, no 14.

Februar 10.

54. Zuñiga an König Philipp III.

„He recibido la carta de V. M.[d] de 12 de diçiembre juntamente con el papel, que con ella venia, tocante a la persona del señor archiduque Ferdinando y el duplicado de la carta de 12 de noviembre y del papel, que con ella vino. Y ofreceseme poco que dezir de nuevo, por que tengo respondido a V. M.[d] muy particularmente en carta de 25 de diziembre sobre esta materia, de que agora va el duplicado y en esto mesmo me afirmo. Solo se me ofreçe que dezir a V. M.[d] que entiendo que no ha tenido orden de aca el prinçipe de Castellon para esto; aunque no lo afirmo es bien verdad que pareçe concepto del emp.[or], por que le pareçeria cosa imposible el succeder y aproposito para entretener a V. M.[d] y al papa, pero juzgo que no ay en ello mas que el ser el principe de Castellon tan afiçionado criado de V. M.[d] como lo ha mostrado en las ocassiones, que se le han ofrecido y el estar con el desseo, que tiene ob-

Streitigkeiten zwischen Neuburg und Zweibrücken wegen der kurpfälzischen Vormundschaft im Werk sei und die drei geistlichen Kurfürsten sich erboten haben sollen, den Streit beilegen zu helfen. Dadurch würde jedoch „dem ganzen catholischen wesen in Teutschlant merklicher, auch kunftiger zeit unwiderpringlicher schaden und praeiudicirlicher nachteil zugefüget werden, ja es vielmehr fur ein sonderbare verplendung und grosse straf zu halten sein, welche Gott uber die Catholischen verhengen thue, indeme sie irer widersacher und zwar eben derjenigen wolfart, nuz und erwunschte gelegenheit allzeit mit so besonderbaren willen und vleis befürdern, welche die catholische religion in grunt und poden ausszurotten und alle Catholische im teutschen reich nach und nach zu verderben, underzutrucken und zu vernichtigen tag und nacht ersinnen“ und, wie so viele Beispiele zeigen, keine Gelegenheit, den Katholiken Schaden zu thun, versäumen, „da hingegen die Catholischen irerseits uf ein jeglichs gutes werk und simulirte frietfertigkeit, auch schon erpieten, dass sie es nimmer wolten thun sonder anderst nicht als ruhe und ainigkeit im reich suchen und begern, frit machen und halten, underdessen aber die widersacher tamquam filii huius seculi, qui prudentiores sunt filiis lucis in generatione sua, ire feintliche tatligkeiten immerzu continuirn und under dem schein des beliebten friedens . . . . . die Catholischen hinder das liecht führen“, wodurch das Reich ins äusserste Elend gebracht wird und endlich gänzlich untergehen muss. Wollte man „dieser occasion recht warnemen“ und sich das Heil des Glaubens und Vaterlandes eifrig angelegen sein lassen, so wäre es wol noch nicht zu spät und könnte noch wol allem Unwessen begegnet und Rat geschafft werden. (Wmz., a. a. O., no. 148; Kopie.)

Digitized by Google

ligaçion de mostrarlo en otras mayores. Aca ha escrito que V. M.d desseava embialle a negoçio con el emp.or y he entendido que de aca le escriven que lo tendran por bien, pero si solamente es su venida para este del señor infante Don Carlos, pareçeme que seria tomar trabajo en valde. Februar 10.

En quanto al papel, que han dado a V. M.d tocante al señor archiduque Ferdinando, en lo primero digo a V. M.d con toda humildad lo que creo, que he dicho otras vezes que en los casos que no son nuevos o no se han mudado considerablemente despues de la muerte de don Guillen[1], que el conformarse con el voto que el dexo, sera lo mas açertado, por que nadie puede presumir ni de mas recto juiçio ni de mayor experiençia en las cosas de Alemania ni de mayor amor a las de V. M.d y el siempre entendido y me dixo que en primer lugar convenia tratar de la persona del rey Mathias y a mi siempre me ha parecido lo mesmo. Y quando no me lo pareciera, siguiera antes el de don Guillen que el mio. Y el crimen lese maiestatis que imputan al rey Mathias, es menester largo conocimiento de causa para calificarle con este nombre, espeçialmente que en quanto a la dignidad imperial y sus preeminencias nunca el ha ydo ni venido y si ha condeçendido con los erejes en algunas ocassiones, tanta ocassion ay en esto de tenerle lastimas como de vituperarla, y veemos que el emp.or Carlos 5.o de gloriosa memoria poderosisimo y christianisimo prinçipe se vio tan apretado que concedio a los Luteranos el Interim de la confesion Agustana y estotro pobre prinçipe a su respecto es un escudero y finalmente aunque a V. M.d toca muchisimo esta parte, le toca mas al papa y sin embargo de esta oposiçion que se haze a la persona del rey Mathias y sus ministros todos los que yo he conoçido, que son tres nunçios y un legado, se conforman en tenerle por el primer sujeto.

En quanto al señor archiduque Maximiliano bien entendido con razon se puede dessear antes el señor archiduque Ferdinando, pero el dia de oy, yo me contentara de que se pudiera salir con Maximiliano y el no tener hijos el y el señor archiduque Alberto, que se les opone por tacha, para el particular de V. M.d no es ninguna, pues tiene V. M.d, Dios se los guarde, como lo emos menester, hijos que Sus A.zas podrian prohijar.

En quanto a la exclusion del señor archiduque Leopoldo me conformo con todo lo que este papel dize, pero el persuadirle a que se haga dechado de verdad, era reformaçion perseverando muy exemplarmente en su habito eclesiastico, cosa dificultosa por que esta inclinado a la guerra como el duque de Saboya y muy galan y gentilhombre y esta tan confiado dello que no arrostrara nunca a grandezas eclesiasticas sino es que tenga alguna inspiraçion divina.

---

[1] San Clemente, der Vorgänger Zuñigas am prager Hof, der am 3. September 1608 gestorben war; vgl. Briefe und Akten, V. 538 und Register.

Digitized by Google

Februar 10. Todo lo demas que dize del señor archiduque Ferdinando esta muy en su lugar y no ay alavança que baste a esagerar el valor y constançia, con que se ha avido contra los erejes de los estados. Solo se me ofrece que apuntar que en este papel se dize, que aunque algunos erejes no le quieren bien, viendo la election ya hecha, se aquietaran y de lo que se trata es del hazerla election, para la qual estos erejes son mucha parte y en esto es menester reparar mucho en esta materia, en la qual muchas personas zelosas hablan como si fuese ispatronato de V. M.[d] el imperio y no fuese negoçio lleno de mill dificultades el salir con un sujeto de la casa de Austria, en quien estaria muy bien assentado el imperio, en el señor archiduque Ferdinando por su gran virtud y las razones, que en este papel se dizen; pero la septima que dize que el señor archiduque Ferdinando y sus hijos seran herederos de todo lo que tiene la casa de Austria en Alemania, no se que le convenga a V. M.[d] el concederla como arriva lo apunto. Antes tengo por uno de los mayores negoçios, que se le ofreçen agora a V. M.[d] en Su monarchia, al procurar encaxar en este reyno de Bohemia uno de los señores infantes y don Guillen estava muy en esto y entiendo que ha embiado a V. M.[d] papeles de importançia sobre ello. Pero por no estar asegurado de que V. M.[d] los aya recibido me ha pareçido embiar el que sera con esta. Y no es reyno de despreçiar, que con las provincias de Silesia y Moravia, que son aderentes a el, es un muy prinçipal reyno y muy rico y muy bastante para sustentar a un prinçipe en gran autoridad y esta ciudad de Praga tan grande y tan calificada que puede igualarse con las prinçipales de la christiandad. Y es de gran consideraçion que de los mesmos Bohemios se ruje ya y se haze mucho caso desta acçion de V. M.[d] y que es provincia Bohemia, que se puede tener por muy vezina al estado de Milan por la comodidad de transitos y de rios navegables, que ay de Milan aqui. Y como yo voy siendo ya de los criados viejos de V. M.[d] y el que en mas dibersas partes le ha servido en negoçios grandes, atrevome con toda humildad a representar a V. M.[d] con esta ocasion que siendo de suma importancia el acomodar a los señores infantes, por estas partes convendria muchisimo que desde luego se les procurase de enseñar dibersas lenguas, que en niños poniendose cuydado, es cosa facil y en una coyuntura el saber aleman o bohemio podria ser causa eficazisima de salir con lo que se pretendiese salir. Para esto seria muy necessario tener meninos sus alteros Alemanes y Flamencos y aun Bohemios y cobrar amor y conocimiento destas naçiones que el ser buen Castellano en un infante de Castilla de suyo se esta. Pero el tratar sin despego como otras naçiones es harte, que conviene infinito a los prinçipes de la casa real de España, pues sus reynos y dependençias se estienden a tan dibersas provinçias y quiça el averse faltado en esto en otros tiempos ha sido de mucho perjuiçio. Aqui seria façil encaminar algunos hijos de condes del imperio o de

Digitized by Google

personas de semejante calidad para servir al prinçipe nuestro señor y a los señores infantes. Y suplico a V. M.[d] se sirva de perdonarme que aya deçendido tan en particular en la materia desta carta que el parecerme de mucha importançia para el serviçio de V. M.[d] ha sido causa dello. Praga a 10 de hebrero 1611. Februar 10.

Sim., Fasz. 709. Dechiffr. Kopie.[1]

55. Zuñiga an König Philipp III.

Februar 10.

Mit Patenten des Kaisers begannen die Böhmen gegen das kaiserliche Kriegsvolk zu werben, so dass zur Zeit zwei Heere in Böhmen gegeneinander stehen, welche mit kaiserlichen Patenten geworben sind. Die Böhmen sagen, dass der Kaiser ihnen versprochen habe, „de no meter ninguna gente en este reino sin su consentimiento y S. M.[d] dize que han entrado en el sin su orden.“ Die Passauer haben sich bereits Tabors und Budweis' bemächtigt „con violencia“ und in dem katholischen Budweis einige Magistratspersonen getötet. „Los Bohemios van creciendo en sus levas con gran miedo de que la gente de guerra del emp.[or] no venga a saquear esta ciudad. S. M.[d] se muestra muy disgustado desta soldadesca y del archiduque Leopoldo y trata de aplacar al rey Mathias y demas del duque de Braunsveig y del conde de Zoleren, que estan alla por mandado del emp.[or], se han diputado aqui agora seis personas de este reino para ir a tratar con el rey, que se detenga en sus limites y se licencie la gente de una parte y otra. Porque aunque ha avido en los estados de este reyno algunos y inclinados a que se llame al rey Mathias para hazelle rey y escluir al emp.[or], hasta agora no ha prevalecido esta parte y el mayor numero va continuando en la orden de S. M.[d], mitigandose el odio, que con el tenian y creciendo el archiduque Leopoldo, a quien tienen por instrumento principal de esta entrada de la gente de guerra; pero sospechase que el emp.[or] anda de falso y que se entiende con Leopoldo y que esta todavia

[1] König Philipp antwortete auf diese Darlegungen am 2. April: „Haveis hecho bien de acordarmelo del derecho, que puedo tener a lo de Bohemia y embiar aquel papel; pero porque este es breve y los que os persuadis, que embio Don Guillen sobre la misma materia, no se hallan, sera bien que hagais poner el caso y fundamentos del derecho en relacion muy estendida, juntamente con el estilo y costumbre de ese reyno, en que se funda esta action de mi parte, para en caso que el emp.[or] y sus hermanos no tengan hijos legitimos, aunque los aya de mis tios y del mismo emp.[or] como los ay y pues dezis, que a los Bohemios se les trasluze esto y hazen mucho caso desto derecho, procurareis que aya quien le abona paraque sea tenido portal y despues no se haga nuebo, si en algun tiempo conviniere salir a ello y siempre me avisareis del punto, en que viereis ponerse este negocio“ (Sim., Fasz. 2452, f. 408; Kpt.). Ueber die Stellung Spaniens in der Successionsfrage und Philipps III. eigene Pläne vgl. noch A. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 154 f. und desselben Geschichte des dreissigjährigen Krieges, I., Prag 1869, S. 8; ferner Briefe und Akten, V. und VI., im Register unter Spanien, Nachfolge Rudolfs.

Digitized by Google

Februar 10. metido en sus chimeras y si duran en ellos y aunque no duren, porque es de tarde, lo mas cierto es que se perderan ambos.“ Mit grosser Feierlichkeit wurde die böhmische Königskrone, was schon seit mehr als 100 Jahren nicht mehr der Fall war, von Karlstein nach der Wenzelskapelle im Dom verbracht und daselbst eine starke Wache aufgestellt „de manera que tiene S. M.d ces.a doble guardia, aunque la suia propia no es mas de la ordinaria. Todas estas cerimonias que hazen con la corona se fundan en tener realmente por asentado, que quien la tuviese en su poder, tendria gran action al reyno, que tienen esta y otras mil superstitiones a este tono y siendo los mas hereges estos mismos, que ni tienen por santo ni por martir a S. Venceslao, le veneran en este caso y les parece que esta bien debajo de su patrocinio la corona. En todo lo que se ofrece vamos unidos el nuncio y yo, haziendo aqui y en Viena los buenos oficios, que podemos para la pacificacion, aunque aviendo llegado a este termino no se sirva lo menos malo que viniesen todos estos estados a poder de uno y si con effecto tratase el emp.or de quitar la designacion de Bohemia al rey Mathias y que darla al Leopoldo, teniendola asigurada por los estados de Bohemia y confirmada por el emp.or entonces y despues en el ultimo convento de principes con autoridad de todos ellos, es tan gran injusticia y tan perjudicial a la casa de Austria y a V. M.d, que es cosa muy considerable, si convendra que V. M.d con esta occasion se haga a la parte de Mathias, para apartar de echar al emp.or de lo, que le queda de la casa de Austria; pues la quietud y seguridad dello es para V. M.d interes muy mas importante que todo lo que toca al imperio. que perdiendose el imperio se abenturaria en alguna manera, pero las provincias, que pose la casa de Austria, son perpetuas y los dos reynos de Ungria y Bohemia se pretende, que tambien lo son y entrando Leopoldo en Bohemia siendo tan remoto se perderia la orden de la subcesion y V. M.d que seria frustrado de su derecho, de que hablo en otra carta.“ De Praga 10 de hebrero 1611.

Nachschrift vom 12. Februar: Das Heer des Kaisers steht etwa 5—6000 Mann zu Fuss und 2000 zu Pferd stark drei Meilen von hier in Verona[1] „y el archiduque va y viene para tratar de concertellos con los Bohemios, los quales estan apoderados del castillo que aqui llaman, que es un palacio viejo con un poco de fosso, en que habita el emp.or y tienen alguna gente de guerra fuera, pero poca y aunque el s.r archiduque es el instrumento de la paz, se entiende que es el que enciende la disension y S. M.d ces.a muda opinion, ora deseando quietud, ora la guerra con ansia de vengarse del rey su hermano, lo qual le parece que no puede poner por

[1] D h. Beraun.

Digitized by Google

obra licenciando esta gente. El rey va juntando la suya muy de proposito y ay nueba, que van acercandose; muchos Bohemios se le van inclinando. Februar 10.

Sim., Fasz. 2497, f. 9; Or.

56. Abschied des wormser Partikulartages der Unierten. Februar 10.

Die Versammlung war auf den 6. Februar ausgeschrieben worden,[1] um zu beraten und zu beschliessen, wie die zu Speier auf fernere Handlung gestellten Vorschläge wegen nachbarlicher Assistenz unter den Unierten ins Werk zu setzen seien. Wegen Abwesenheit verschiedener interessierter Stände[2] wird die endgiltige Vergleichung auf den bevorstehenden allgemeinen Unionstag verlegt und diesmal nur „praeparatorie" geredet: Die zu Speier vorgeschlagene Schickung ist beim nächsten Notfall von dem zunächst gefährdeten Bundesmitglied ins Werk zu setzen.[3] Empfohlen wird sorgfältige Kundschaft, Verwahrung der Pässe, gute Korrespondenz unter den Nachbarn, allenfalls Verständigung durch Zeichen. Die vorläufige nachbarliche Hilfe kann mit eingeübtem Landvolk in festgesetzter Zahl geleistet werden; den Städten ist aber freigestellt, diese Hilfe mit Volk oder Geld zu leisten. Detailbestimnungen über Artillerie und Munition. Wegen des Kommandos gelten die Bestimmungen der Unionsnotel. Die nachbarliche Hilfe geschieht auf Kosten gemeiner Union. Geschehen zu Wormbs den 31. januarii a. 1611.

Stg., Unionsacta, IX., f. 45; Or.[4]

57. Ramée mit den hohen und niedern Befehlshabern des passauer Kriegsvolkes an Kaiser Rudolf II. Februar 12.

Dieses kaiserliche Kriegsvolk und besonders dessen Befehlshaber werden von jedermann beschuldigt, dass sie fortwährend Ursache suchten, sich nicht abdanken zu lassen.[5] Daran geschieht ihnen — namentlich bis zum Aufbruch von Passau, — grosses Unrecht; seither

[1] Das Ausschreiben des Administrators der Kurpfalz erging am 10./20. Januar an Ansbach, Württemberg, Hessen, Baden, Strassburg, Worms, Speier, Weissenburg i. E. und Landau (Mb., 119/3, f. 41; Kpt.).

[2] Ansbach, Hessen und Strassburg waren nicht erschienen, Weissenburg und Landau waren ohne Instruktion.

[3] Vgl. Briefe und Akten, III., no. 294, Art. 1.

[4] Vgl. Christian Friedrich Sattler, Geschichte des Herzogtums Würtemberg, VI., Ulm 1773, S. 54.

[5] Ueber die Ereignisse, die diesem Schreiben vorausgiengen; vgl. A. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 196.

Digitized by Google

Februar 12. allerdings haben die Befehlshaber gesehen, dass sie in Waffen bleiben müssen. Vor dem Aufbruch wurde beraten, wohin man das Volk am besten führen könne: damals haben der Feldmarschall, der Oberstproviantmeister Ubezko und ich geltend gemacht, dass, wenn man das Volk nach Böhmen führte, der Kaiser in die grösste Gefahr, ja um die Krone kommen könnte, worauf Trautmannsdorf einwandte, letzteres Bedenken sei gar nicht nötig, denn er wisse für gewiss, dass die böhmischen Stände den Kaiser ohnehin auf Mitfasten ganz absetzen wollten. Umsoweniger wollten wir also mit unserm Einzug in Böhmen dazu Ursache geben sondern sahen für ratsamer an, nach Tirol zu ziehen, wohin E. M.[t] uns im Notfall das Quartier verordnet hatten. Da zum Durchzug durch das Land ob der Enns der Landeshauptmann uns Passbriefe zugeschickt hatte und solche auch neuerdings auf mein Anhalten durch den Landes-Oberstleutnant wiederholte,[1] so beschlossen wir den Zug. Als man aber das Kriegsvolk vor Claus aufhielt, gab uns das Ursache zum Argwohn, die Einladung sei geschehen, damit, sobald wir uns [im Land ob der Enns] quartierten, der König Ursache hätte, wider E. M.[t] zu verfahren,[2] wie wir denn auch sechs Tage hernach erfuhren, es habe der König an E. M.[t] deswegen einen Absagebrief geschickt und Kurfürsten, Fürsten und die böhmischen Stände zum Beistand aufgemahnt. Da wir aber wussten, dass dies wider E. M.[t], Gott, Recht und Billigkeit geschieht, so sind wir aus folgenden Ursachen im Lande ob der Enns geblieben: 1. damit der König, so lange wir in diesem Lande liegen, nicht nach Böhmen ziehen könne: 2. damit er aus diesem Lande keine Hilfe haben könne: 3. damit die böhmischen Stände, die nicht offendiert waren, E. M.[t] treu bleiben.

Als ich aber merkte, dass der König unsern Absichten entgegenarbeite, mit dem Volk heimlich wegen des Abfalls verhandle, allenthalben werbe und vornehme Leute in Böhmen sich öffentlich verlauten liessen, sie wollten auch werben und dem König beistehen, so haben wir, damit uns der Weg nicht abgeschnitten werde, wieder über die Donau gesetzt, um abzuwarten, was weiter geschehen würde. Sobald ich nun erfuhr, dass der König die Städte Krumau und Budweis einnehmen wollte, um uns abermals den Weg abzuschneiden und dass zu Tabor die „Eidgenossen" des Königs einen Musterplatz erpraktizieren wollten, habe ich als getreuer Diener E. M.[t] diese Orte und das Kriegsvolk vor Gefahr

[1] Wegen dieser Passbriefe vgl. oben no. 23, S. 58 Anm. 1.

[2] Denselben Vorwurf erhob ein Entschuldigungsschreiben der „Direktoren" des passauer Volkes, das Sulz vor dem Herzog von Braunschweig verlas und worin es hiess, das Volk sei mit „sonderm vleiss" des Landeshauptmanns von Oesterreich ob der Enns in dies Land geführt worden, damit der König davon Anlass nehmen könne, sich dem prager Vertrag zu opponieren und den Kaiser um die Regierung in Böhmen zu bringen. Der Herzog erwiderte aber: „wer weiss, herr graf, ob Ir nit dises schreiben selber erdacht habt" (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom März 1611, zu no. 29; Kopie).

Digitized by Google

sichern wollen. Und da wir täglich hörten, dass einige Leute bei den böhmischen Ständen herumliefen und sie aufhetzten, den König hereinzurufen und zwar dieselben, die bei den Ständen die Werbung so sehr betrieben hatten, so haben wir daraus nichts anderes schliessen können als dass diese Leute gegen E. M.t und Dero Landstände Intention die Werbung vornehmen wollten. Darum und weil das Kriegsvolk fast an der Grenze lag, haben wir als getreue Diener nicht anders thun können als E. M.t und Dero getreue Stände auch davor zu versichern. Wir sind daher zu E. M.t nach Prag gekommen und erbieten uns anfänglich, „für E. ksl. M.t und alle lobliche getreue stend dises königreichs zu sterben. Damit aber E. ksl. M.t sowohl als die getreuen stend dises königreichs aller besen praktiken versichert, so ist darzue das einige mittel, E. ksl. M.t inen allerg.st befehlend, dass sie das kriegsvolk, so sie geworben, alsbald zu uns rucken lassen, damit wir sambtlich E. ksl. M.t feind begegnen“ und alles Uebel von diesem Land abwenden können. Zu mehrerer Versicherung erbieten wir uns, wenn E. M.t es befehlen, nicht allein E. M.t sondern auch dem Königreich neuerdings zu schwören. Die auf unser Erbieten eingehen, meinen es mit E. M.t gut, die andern aber wollen E. M.t und diesem Königreich zuwider handeln. Als deren Feinde erklären wir uns hiemit und hoffen, dass E. M.t unsere treue Affektion daraus verspüren werden; wenn sie aber zu uns rücken, so sind wir erbietig, E. M.t Befehle alsbald zu vollziehen; sonst sind wir entschlossen, „dem ubel nit säumig ohne das aus dem grund E. ksl. M.t zum bösten zue helfen, dann wir einmal E. ksl. M.t zue conserviren uns furgenommen“. Den 12. februar 1611. Februar 12.

Ib., Ambraser Akten, Missiven vom März 1611, zu no. 29. Kop.[1]

---

[1] Von obigem Schreiben Ramées schweigen die zahlreichen Berichte über die „prager Fastnacht“ (nur der venezianische Orator Padavin hat davon oberflächliche Kenntnis: P. an den Dogen in den Dispacci Veneti, Bd. 44, f. 355; Or.), dagegen erzählen sie von einem Schreiben Ramées an die böhmischen Stände vom gleichem Tag, worin er von diesen freien Pass und Quartier begehrt; auch sollen diese sich binnen drei Tagen entschliessen, ob sie sich mit den Passauern vereinigen und mit diesen gegen des Kaisers Feinde streiten wollten, sonst würden die Passauer in Prag ihr Quartier nehmen. — Die Stände wandten sich hierauf an den Kaiser, der zuerst den Erzherzog Leopold, Sulz, Althan, dann aber, da keiner von diesen zurückkehrte, Abraham zu Dohna zum Kriegsvolk hinaussandte, das eine halbe Meile vor Prag lagerte, um mit den Führern, bei denen sich seit 11. Februar Erzherzog Leopold befand (Silbermann an Pfalzgraf Philipp Ludwig am 2./12. Februar, Ma., 299/18, f. 129; Kopie), wegen des Abzugs zu verhandeln. Was Dohna ausgerichtet, zeigt dessen nachfolgender Bericht an den Kaiser nach seiner Rückkehr (am 14. Februar): „E. ksl. M.t bevehl gemess habe zu I. D.t [Erzherzog Leopold] ich mich begeben und die entlichen nach langem irren bei St. Margarethen in dem trauttmanstorfischen quartir sampt dem von Altheimb und Rame gefunden. Darauf E. ksl. M.t ernsten geschaffnen willen, dass sie nit weiter rucken noch was thätliches wider diese stadt vornemben solten, nicht allein I. D.t bei verlust der lieb, die E. M.t zu derselben tragen, sondern auch denen anwesenden obristen

Digitized by Google

Februar 12. **58. Denkschrift wegen der Einnahme Sachsens in den Gemeinbesitz Jülichs (für den Kurfürsten von Brandenburg).**

Man hat bemerkt, dass manche Leute den Rat der Freunde, Verwandten und Räte des Kurfürsten misbilligen, auf den angebotenen Akkord mit dem Hause Sachsen wegen des Gemeinbesitzes in den jülichschen Fürstentümern einzugehen. Um gegenüber der Nachwelt gerechtfertigt zu sein, ist diese Schrift aufgesetzt worden, die bei den Akten hinterlegt werden soll.

Es ist nicht ganz in Abrede zu stellen, dass die Einräumung des Gemeinbesitzes der Reputation Kurbrandenburgs abträglich sein

---

bei verlust E. M.t gnad fürgehalten. Auf welches sich I. D.t sambt den bevehlshabern dahin erkleret, dass sie vors erste in E. M.t diensten leben und sterben wolten; dass sie aber so nahe anhero gerucket, habe sie die eusserste notturft hierzu verursacht, sintemal zwen aus E. M.t räthen sie fort von der zeit an, als sie geworben worden, verfolget und noch darob weren, wie sie in E. M.t eusseriste ungnad gebracht werden möchten. Wie gerne sie auch morgendes tags nit nähender und in die stadt rucken wolten, so fehlet es ihnen doch an profiant. Bitten derohalben, man wolte vor dem morgenden tage sie mit brod und bier in abschlag ihres soldes versehen; da solches beschehe, wolten sie supplicando morgen umb 7 uhr E. M.t ihre petita unterthenigst ubersenden und darauf E. M.t resolution erwarten. So viel ich auch von weitem vermerket, werden die petita diese sein: 1. Seind sie mit denen durch mich erbotnen 50000 thlr. auf raitung zufrieden. 2. Seind sie auch erbötig, von stund an darauf auf die frontirstädte Budweis, Tabor und Crumaw sich zu referiren und aldort zu erwarten, bis E. M.t mit I. kgl. W. verglichen wurden; do aber I. kgl. W. wider E. M.t was tentiren solten, wolten sie sich in E. M.t diensten ritterlich brauchen lassen. 3. Ist ihr höchst begehren, dass sie die herrn Beheimb nicht vor feind sondern freund achten und neben ihnen die land defendiren wolten; uber den punkt werden sie am meisten halten. 4. Dass E. ksl. M.t nach geschlossnem allerseits frieden sie mit gnaden abdanken lassen wolten. — Nach diesem allen haben sich die obristen zum hechsten beschwert, dass sie alhier in der stadt von etlichen obristen ganz gröblich iniurirt und, wie die wort gelautet, vor kale praktikanten gescholten worden, man ihnen auch solches zuentbieten lassen und mit namen den herrn grafen von Thurn genant, der sie verkleinerlich halten solte. Darum wolten sie sich morgen auf dem weissen berg in voller schlachtordnung sehen lassen und mit der that damit erweisen, ob sie so geringe leut zu achten sein. Obwol ich sie hiervon zum heftigsten abgemahnet, ihnen auch angezeiget, dass der herr graf mehr beschwer wider sie zu führen und, wie mir herr Wenzel Kinsky und der herr graf gleich im hinausreisen angezeiget, sie, die passauischen obristen, den herrn Beheimb die sterbstund morgen umb 7 uhr angekündiget, so seind sie doch darvon zu bringen nicht gewest, diss aber versprochen und zugesagt, do sie nur mit profiant befürdert wurden, der herr graf treffe gleich morgen mit ihnen oder nicht, so wolten sie doch respectshalber in die stadt nit rucken sondern sich wider in ihre quartir begeben und E. M.t resolution wie gemelt in demuth erwarten. Weren auch erbötig, den von Altheimb neben zween haubtleuten, ihre notturft mündlich bei E. M.t zu befürdern, herein zu senden, do die herrn Beheimb ihnen genugsamb freien zu- und abzug halber caviren theten." O. D. (Drs., l. 9167, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 15; Kopie).

Digitized by Google

könnte, da auch der geringste Stand darauf nur bei Rechtszwang oder offener Gewalt eingehen wird, Sachsen alle Erbvereine, Freundschaft, Korrespondenz, Religion u. a. in dieser Sache ganz zurückgestellt hat, ja — wie es heisst — wenn es damit der strittigen Lande habhaft werden könnte, den völligen Ruin des kurfürstlichen Hauses Brandenburg suchen würde; daher ist es ganz unnötig, aus Freundschaft etwas zu tun. Man weiss auch, was für Ungelegenheiten und Beschwerden der Gemeinbesitz verursacht, wie aus der Gemeinschaft mit Neuburg zur Genüge zu ersehen ist. Man hat auch reiflich erwogen, dass das sächsische Begehren gar nicht begründet ist und dass es Sachsen ebenso schwer wie andern fallen dürfte, mit einem Kriegsheer aufzukommen. — Aber diesen Gründen stehen viel gewichtigere Gegengründe gegenüber, besonders wenn man auf die assistierenden Potentaten, Kurfürsten, Fürsten und Stände Rücksicht nimmt und erwägt, was für Ungelegenheiten daraus entspringen würden, da es zwischen Brandenburg und Sachsen zu Tätlichkeiten käme, dagegen welcher Nutzen aus der Einigkeit beider Häuser erwachsen kann. Februar 12.

Was die Assistierenden betrifft, wird man nächst Gott auf sie das meiste Fundament setzen müssen; denn dem Kurfürsten wäre es unmöglich, für sich allein auch nur die Kriegslast unten Landes, zu geschweigen auch noch heroben zu tragen. Dazu hat sich seit dem Tod Heinrichs IV. in Frankreich alles verändert und ist von dort keine weitere Hilfe zu erwarten[1]; es hat vielmehr die Königin-Regentin durch Villeroy und Bouillon, als dieser zu Heidelberg war, ausdrücklich zum Verein mit Sachsen raten lassen[2]. Der König von England hat nicht nur schriftlich zum Akkord mit Sachsen gemahnt,[3] er hat auch im vorigen November dem Fürsten Christian von Anhalt zu Westminster rund erklärt, er werde wegen dieser Sache keinen Mann schicken; die Sache sei jetzt in ganz anderm Stand: man habe es jetzt mit Sachsen zu tun, der ebenso ein evangelischer Reichsstand sei wie Brandenburg, ja dazu des Königs „fast näherer schwager", der ihn nie beleidigt habe. Auf die Hilfe des Königs von Dänemark ist schon gar nicht zu rechnen; denn der König hat sich sogar geweigert, ein blosses Rekommendationsschreiben zu gunsten Kurbrandenburgs an Frankreich und England abgehen zu lassen. Die Generalstaaten haben im vorigen Jahr ein hohes aufgewendet, ohne bisher die Erstattung zu begehren; sie sind aber entschlossen, ohne die

---

[1] Vgl. oben no. 13, S. 29, Anm. 2.

[2] Auch zu Umstadt bei der Zusammenkunft des Landgrafen Moriz von Hessen mit dem Herzog von Bouillon in den ersten Dezembertagen 1610 war die Einnahme Sachsens in den Gemeinbesitz ein Hauptgegenstand der Unterredung (Christoph zu Dohna an Fürst Johann Georg I. von Anhalt am 29. November / 9. Dezember 1610 (De., A 9a, Ia; no. 73; Or. eigh.).

[3] Vgl. oben no. 52, S. 112, Anm. 2.

Digitized by Google

Februar 12. Nebenassistenz von Frankreich und England die Hand nicht weiter anzulegen, wie dies Oldenbarnevelt und Aerssen, bei denen die Direktion dieser Dinge vornehmlich steht, dem Fürsten von Anhalt bei dessen Anwesenheit im Haag deutlich gesagt haben. Die Unierten haben in diesem Jahr gleichfalls grosse Kosten gehabt und haben durch den Administrator der Kurpfalz schriftlich angezeigt, dass es ihnen zu beschwerlich falle, dies Werk weiter fortzusetzen; ebenso hat Landgraf Moriz angemahnt, der unterwegs ist, sich deshalb mit dem Kurfürsten persönlich zu unterreden. Man kann daraus deutlich sehen, wie man aller Hilfe entblösst ist, wenn man diese Dinge nicht in Güte beilegt. Das Vermögen des Kurfürsten reicht aber nicht aus, den Angriff allein auszuhalten.

Dazu sind die sonstigen Ungelegenheiten eines Streits mit Sachsen zu erwägen: zunächst die Gefahr der Acht, die nicht ausbleiben würde, ja vielleicht schon erfolgt wäre, wenn nicht das in Oesterreich aufgeloderte Feuer sie zurückhielte; es haben auch die vornehmsten und geheimsten Räte des Kaisers erst dieser Tage den Kurfürsten vertraulich warnen lassen, dass in des Kaisers geheimen Rat noch jetzt „fast gefehrliche, aber I. ksl. M.t nicht unanmütige consilia vorgiengen.“

Wer es aber mit dem Kurfürsten gut meint, wird ihm nicht raten können, dass er bei den vielen Mitbewerbern, deren jeder Herr der Lande da unten werden möchte, und bei der Ungewissheit des Sieges auch einer gerechten Sache, seine getreuen, opferwilligen Lande, die ihm in wenig Jahren viele Millionen Goldes gutwillig gesteuert haben, seine Immunitäten und Freiheiten samt seinen sonstigen Anwartschaften daran setze und sein und der seinigen Ehre, Leben und Gut in die Schanze schlage. An Mitteln der Exekution der Acht, sobald sie ergeht, würde es sicherlich nicht fehlen: am meisten würden die Nachbarn zugreifen und wer weiss, wenn es einmal so weit ist, ob nicht „das mobile vulgus“ auch in diesen Landen „dahin fiele“, wenn ihm die Gefahr, die es sonst zu erwarten hätte, recht vorgestellt und dazu etwa ausgegeben würde, es geschehe die Okkupation der Mark dem Hause Brandenburg selbst zum besten, damit die Lande nicht in des Kaisers oder in der Papisten Hände kämen; und das würde sich umso leichter praktizieren lassen, wenn man dem gemeinen Pöbel Erlassung der Steuern und anderer Bürden zusagte. Der Kurfürst wäre auch nicht versichert, dass nicht die Lande unten, wenn sie wegen der Acht den Ernst sehen oder die Exekution dem Erzherzog Albrecht aufgetragen würde, sich „alterieren oder gar revoltieren,“ so dass man zum Entgang des Gewinns noch in äusserster Gefahr sässe. Würde man aber der Acht trotzen und auch die untern mit den obern Lande zu verteidigen vermögen, so würde es zur jetzigen Zeit alsbald an Proviant fehlen, so dass man aus Hunger zu andern Entschlüssen gezwungen würde, ohne der einmal geladenen Gäste quitt werden zu können. Sicherlich aber würde der

Digitized by Google

Kurfürst von jenen Landen, wenn diese [die obern] verloren wären, nichts behalten: denn jene Leute sind nicht gewohnt, ihrem Herrn viel zu geben, sondern sie wollen einen haben, der sie reich macht. Gefahrvoll ist auch, dass Spanien oder Burgund, wenn sie inne werden, dass der Kurfürst von den Assistierenden ganz verlassen ist, nicht wie bisher still sitzen sondern versuchen werden, sich jener Lande zu bemächtigen; und will Burgund schon nichts unmittelbar anfangen, so braucht es nur Sachsen einen Reiterdienst zu tun; denn die jülicher Lande sind allenthalben offen, dagegen viele Plätze darin, die leicht so befestigt werden können, dass sie ohne besondere Macht und unerschwingliche Kosten vom Feind nicht zurückgewonnen werden können, die auch an günstiger Lage die Festung Jülich weit übertreffen; ja um die Lande nur vor einem gewöhnlichen Ueberfall in etwas zu sichern, bedürfte man eines stetigen Heers von 6000 Mann zu Fuss und 1000 Pferden. Woher soll man aber auf die Dauer dazu die Kosten nehmen, zumal wenn man auch heroben eine „Landrettung" anstellen müsste; denn dazu bedürfte man noch mehrern Kriegsvolks, da dies ganze Land allenthalben fast offen ist oder nur „ganz liederliche" Pässe hat. Der Kurfürst kennt zudem die Schwierigkeit, auch nur das geringe Kriegsvolk, das man bisher erhielt, zu befriedigen. Februar 12.

Bleibt es beim jetzigen Zustand, so hat der Kurfürst von den Landen unten nur den „schlechten Titul" und muss zu allen Sorgen und Mühen noch sein ganzes Vermögen hineinstecken. Wie leicht könnte es aber kommen, dass die untern Lande von Soldaten „übermacht" würden und daraus eine gänzliche Rebellion entstünde, wie man ohnehin bereits viele Klagen vernimmt; der Kurfürst könnte überrascht und, ehe man diesseits aufkäme, so geängstigt werden, dass er sich aller Ansprüche auf die Lande begeben müsste; mindestens aber würde man, wenn man auch die Stirn böte und sich gegenseitig Land und Leute weidlich verdürbe, da diese Lande wegen der auf ihnen liegenden Schuldenlast nichts ertragen können, im besten Fall schliesslich doch zu diesem Mittel [des Verzichts] greifen müssen.

Der Kurfürst hat zwar zwei junge Herrn, aber nicht von starker Komplexion; würden sie in jungen Jahren dahin sterben, so hätte man mit allen Mühen und Kosten nur ein fremdes Haus, in das man ein Fräulein verheiratet, gross gemacht. Darum ist besser einen Frieden zu machen als des Lands Verderben zu erfahren, „sonderlich da auch hin und wider im lande in kurz verwichnen jaren allerhand ostenta und prodigia sich sehen und merken lassen, welche ominos genug gewesen, dahingegen aber wenig frölichs ausgangs angedeutet"; auch die Prognostika, die nicht zu verachten sind, klingen nicht zum besten. Und selbst, wenn der Kurfürst oben oder unten Landes einen Sieg erringt, so wird die Sache darum doch „ninderst auf einen ort gebracht": unterliegt auch Sachsen, so bleiben

Digitized by Google

Februar 12. doch der Kaiser und Spanien übrig; unterliegt der Kurfürst, so wird er schwerlich wieder auf die Beine kommen. — Ist man aber mit Sachsen einig, so fallen die Gefahr und die unerträglichen Unkosten weg oder muss zu letzteren Sachsen das seine pro rata beitragen; die armen Untertanen unten werden der Lasten erledigt, wogegen es eine Gewissenssache wäre, ihnen mit weitern Kriegsbeschwerden lästig zu fallen; denn die Oekonomie- und Rentkammersachen liegen ganz darnieder und sind bei jetzigem Zustand nicht aufzurichten, die Lizenten, die Haupteinkünfte des Landes, sind nur mit den Waffen zu erhalten; mit Zutun Sachsens würde man sie aber beim kurfürstlichen Kollegium durchbringen.

Es kann Sachsen auf diesem Weg auch der päpstischen Liga und der Abhängigkeit vom kaiserlichen Hof entzogen und besseres Einverständnis zwischen den evangelischen Ständen hergestellt werden, woran dem ganzen gemeinen Wesen viel gelegen ist. Man käme dadurch wieder zu den gewöhnlichen Mitteln, den Beschwerden im Reich abzuhelfen, könnte die Reichs- und Kurfürstentage, die bei „zergänztem" kurfürstlichem Kolleg unterbleiben mussten, wieder aufnehmen und sie zur Wolfahrt des Reiches benützen. Man entgienge auch der Exekution und den Exekutionskosten, mit denen sonst der Kurfürst oder dessen Nachkommen neben Verlust eines guten Teils von Land und Leuten beschwert würden, wie an Sachsen-Coburg, Donauwörth u. a. zu sehen war. Die Einnahme Sachsens würde auch dazu dienen, dass die jülicher Successionssache endlich ein Ende erreichte; denn so lange man nicht allerseits die Waffen niedergelegt hat, bleibt alles ungewiss und verwendet man sein Geld, ohne zu wissen, wer es geniessen soll. Man weiss, wie hart bereits Pfalz-Neuburg steckt, also dass der Pfalzgraf, mag er auch noch so fest entschlossen sein, dem dortmunder und haller Vertrag zu folgen, aus Not sich in ein Verständnis mit Sachsen einlassen dürfte, zumal die Möglichkeit einer Heirat zwischen Sachsen und Neuburg vorhanden ist. Würde das „ad partem" unter Ausschluss Kurbrandenburgs geschehen, so wäre das für den Kurfürsten sehr übel; „den es hengen sowol Sachsen als Neuburg an den unaccomodirten, dieselbe würden sich solche unaccomodirte herfürzuziehen höchst angelegen sein lassen;" dadurch würden Brandenburgs Anhänger ganz unterdrückt, der Kurfürst aber, ehe er sich dessen versieht, aus dem Besitz sein, was alles durch gegenwärtige Handlung vermieden bleibt.

Die entgegenstehenden Motive sind leicht abzulehnen: die Einwilligung in die Handlung, die mit Rat und Gutachten der Freunde, Verwandten und Verbündeten des Kurfürsten in und ausserhalb des Reichs geschieht, ist der kurfürstlichen Reputation unabbrüchig; und wäre sie selbst auch abträglich, so ist immer noch besser, eine Zeit lang einen Abgang zu dulden als die kurfürstliche Würde, Leib und Leben, Land und Leute bei ungewissem Ausgang sowol des Kriegs als des rechtlichen Austrags in die Schanze zu

Digitized by Google

schlagen. Man wird wol auch Gelegenheit finden, diesen Abgang zu ersetzen und die Reputation wieder zu vermehren. Es ist zwar zuzugeben, dass das Haus Sachsen sich in dieser Sache unfreundlich genug erwiesen und man daher keine Ursache hat, demselben nachzugeben und ihm viel Freundschaft zu erweisen; es geschieht aber die Einwilligung zur Einnahme zunächst gar nicht wegen der sächsischen Freundschaft sondern aus ganz andern Rücksichten. Den zu besorgenden Ungelegenheiten eines Gemeinbesitzes für die Lande lässt sich zum Teil durch die Bedingungen der Einnahme abhelfen; die Einnahme geschieht auch nur interimsweise und hört auf, sobald die rechtliche Erkenntnis in der Hauptsache ergangen ist; dazu kann man aber, wenn man nur will, in kurzer Zeit gelangen. Uebrigens sind die Ungelegenheiten der Einnahme mit den sonst drohenden gar nicht zu vergleichen. Dazu kommt alle Tage vor, dass hohe und niedere Standespersonen, um grösseres Unheil zu verhüten, von ihrem Recht weichen und durch Unterhandlung auf etwas eingehen, wozu sie von rechtswegen nicht verpflichtet wären. Man braucht daher diesorts nicht zu erwägen, wie weit das sächsische Begehren im Recht begründet ist. Februar 12.

Uebrigens muss man gänzlich der Meinung sein, dass Sachsen sonderlich gegen die Lande heroben gar wol aufkommen könnte: wie leicht kann Sachsen, wenn es zu einem Vergleich zwischen Kaiser und König kommt, durch Angebot von ein paar Monatssolden das passauer Volk zu einem Reiterdienst bewegen und könnte sich die Mark auch nur von einem Durchzug des Feindes auf Menschengedenken nicht erholen. Es würde dabei zwar auch Meissen nicht „auf Rosen tanzen“, aber es könnte das Volk auch durch die Lausitzen, ohne Berührung Meissens hereingeführt werden. Ist man übrigens einmal von Feindschaft soweit eingenommen, so achtet man auch des Schadens der eignen Untertanen nicht, wenn nur der Gegner grössern leidet. Sachsen hat dazu den Kaiser und die ganze Liga auf seiner Seite, die mit Geld, Rat und Tat das Feuer schüren werden, das zwischen den evangelischen Ständen aufgegangen ist; in den Landen unten hat Sachsen das erzherzogliche Volk zu seinem Willen und wird auch das des Koadjutors von Köln, Rietbergs und das der Stadt Köln haben können. Ja vielleicht würde es überhaupt keiner besonderen Gewalt bedürfen, da man besonders die herobern Lande durch die blosse Acht schon so verderben kann, dass es entweder zu einem allgemeinen Aufstand in den Landen kommen dürfte („dazue es ohne das eins und des andern orts albereit inclinirt“) oder dass man gezwungener massen andere Consilia zu noch grösserem Schimpf würde fassen müssen: denn wenn zufolge der Acht die Landeseinwohner ausserhalb der Landesgrenzen oder im Lande selber des ihrigen beraubt, ja gar als Gefangene weggeschleppt würden (wie das die Acht erlaubt), so wird in wenigen Monaten die ohnehin sehr geschwächte Nahrung und Hantierung im Lande aufgehoben und un-

Digitized by Google

Februar 12. säglicher Jammer gestiftet werden, alle Schösse und Steuern werden aufhören, alle Einwohner, die das ihrige bei den Landschaften oder Städten stehen haben, werden gar zu Grunde gehen, „ja umb der besten und fürnembsten siegel, ehr und glauben, als welche sie mannigfaltig vor die landschaft versezt, will es fast gefehrlich stehen, wo sie hierumb nicht gar kommen.“ Ob dies die Untertanen nicht zur Ungeduld und schliesslich zum Aufstand bewegen wird, wird die Erfahrung eher bezeugen denn gut ist und also viel Schwertschlagens nicht nötig sein.

Aus allen diesen Gründen, die von den Verwandten und Freunden des Kurfürsten, auch von uns Räten in Acht genommen wurden, raten wir dem Kurfürsten, diese Handlung, wenn sie nach Recht und Billigkeit und ohne Praejudiz der Hauptsache und des Successionswerks geschehen kann, zu versuchen und nicht auszuschlagen.

„Lectum et approbatum in consilio praesentibus electore, marchione Joachimo Ernesto et principe Christiano Anhaltino. Coloniae ad Spream 2. febr. a. 1611.“

„Hiebey[1] seyndt noch ferner gewesen her Adam von Pudlitz, her Wedigo von Pudliz, her vicecanzler D.r Bruckmann, D.r Pistorius. Reichartt Beyer.“

Bbg., A 9a. no. 85, f. 106; Kopie.[2]

59. Aerssen an Benjamin von Buwinckhausen.

Februar 13. „Vous attendés, qu'on prenne icy les affaires de Vos princes á coeur selon leur merite et selon les conventions, mais on est tant occupé au dedans, que ie ne scay pas, sy on peut penser au dehors ou mesmes, sy entre ceux de dehors Vous estes les plus considerables. Pour Vous dire vray, i'ay peur, que ne trouves point encor ceste prudence en nostre minorité.“ Folgt eine Schilderung der Zustände am Hof von Paris: . . . . „Nostre thresor aussy est espuisé iusques á cinq millions pres. A Vostre advis, monsieur, sont ce pas de grandes espines dans l'esprit de nos conseillers d'estat? Avec cela mille incidens iournaliers sont cause, qu'on ne s'occupe qu'au dedans et sy on a quelque relasche pour ietter l'oeil sur le dehors, Rome et Espagne excluent tous autres. Rome veut, qu'on face la guerre á ceux de la religion, Espagne se faict craindre, sy on ne la contente en l'alliance. Malaysement me puis ie persuader, qu'on soit en estat pour gratifier le pape en son desir, quelque animosité qu'on porte contre la religion, mais l'Espagnol tirera ce qu'il vouldra. Les affections y sont

[1] Die folgende Bemerkung ist von Fürst Christians eigener Hand.

[2] Das von dem kurbrandenburgischen Vizekanzler D.r Pruckmann eigenhändig geschriebene Original der Denkschrift war am 19./29. September 1612 dem Fürsten Johann Georg von Anhalt zur Abschrift mitgeteilt worden.

Digitized by Google

portées et les fers en sont mis au feu pour l'execution sur ce fondement, que la royne a besoin d'achever sa regence en paix, que nul ne la peut alterer que le roy d'Espagne. Estimés Vous, qu'en suiste de ceste maxime on puisse exhorter la royne d'embrasser Vostre cause et d'intervenir à Vostre union. On luy feroit peur de la guerre et d'une despense, de laqpelle le fonds luy va manquer. Vous scavés, de quelle consideration luy devroient estre les Pays-Bas, sy elle vouloit gouverner le royaulme par les desseins du feu roy, et toutes fois elle delibere, s'il est à propos de nous continuer son secours ou non. Pour tout dire ie crains plus nos ennemis en ceste deliberation que ie n'espere de sa prudence et toutes fois ce secours est accordé pour la garentye de nostre treve, pour la conservation de la souvenance, que devons à ceste monarchie de ses bienfaicts. Pour cela i'ay peur, qu'on ne se porte pas à s'interesser en Vos affaires que par des conseils. Et quels? Certes timides et fievreux, conformes à ceste constitution. On n'approuve pas les expediens, que porte mons. le prince d'Anhalt pour accommoder les differens de Juilliers et de l'administration, comme fortifians l'empereur par l'affoiblissement des autres princes que partageront ou la possession de Juliers avec Saxe ou l'administration avec Nieuburch. Ce neantmoins quelque interest qu'on y reconnoisse, encor souffrira on, que le facies, plustost que de venir à la guerre. C'est á Vous de prendre Vos resolutions fermes en Vostre propre cause que les voisins ne connoissent qu'en tant que leurs interests les y portent. Ceste couronne ne Vous fera en sa minorité ne bien ne mal. Cependant Vous aves l'Angleterre, Vous avés les Provinces Unies qui Vous sont considerables. Que ne les liés Vous avant le peril? Leur union peut servir á intimider les brouillons. Nos provinces sont asses voisines, sy Vos resolutions sont asses hardies; mais ce seroit imprudence de Vous en remettre comme pour le passé sur nostre bonne foy. La treve nous est chere et ne l'exposerons plus au hasard d'une rupture que bien asseures de l'evenement de la querelle par un solide traicté avec Vos princes. Vous y devés penser de bonn'heure. Milan n'est point encor desarmé, huict mille Espagnols et plus s'y entretiennent en corps, ce qui ne s'est point veu de toutes nos guerres. Le duc de Savoye croist son armée de iour á autre et le connestable de Castille[1] l'accommode de ce qu'il desire, par où nous voyons qu'ils ont concerté leur dessein par ensemble. Aucuns croyent, qu'il a volonté de se mettre en possession du paix de Vaux, l'evesque de Syon ayant par convention cedé son evesché á son fils, mais á cela il ne faut point vingt mil hommes de pied et deux mille chevaux. Plusieurs dient, que c'est contre Geneve; on le croit communement icy.[2] Pour

Februar 13.

[1] Vizekönig von Mailand.

[2] Ganz übereinstimmend schreiben am 12. Februar die Zürcher an den Administrator der Kurpfalz, dass der Herzog von Savoyen sein Heer vermehre und von Spanien verstärkt werde; es scheine, dass er etwas gegen Genf und Bern im Schilde führe; (Mb., 119/3, f. 229; Or.).

Digitized by Google

Februar 13. ceste consideration mons. de Baraux est envoyé vers le duc pour l'admonester de sa foy et l'intimider de la guerre, s'il se mesprend. Il luy est impossible d'y attenter, quand la France en entreprend la defence. Elle a trop d'interest pour le negliger; un des quatre ou cinq passages conservé par ceste courronne rendra tous les desseins du duq elusoires. Et partant y a il inconvenient d'apprehender, que ces forces soient pour descendre dans les Pays Pas et foudre dans l'estat de Juiliers. L'archiduc Albert a investy Saxe dans les pays de Ravestein; à quelle autre intention que pour diviser ces princes et nourrir les animosités pour les faire esclatter en guerre. Vous et nous avons interest, que l'Espagnol ne se niche point dans ces estats, mais nous non plus que Vous. Je reviens donq pour Vous dire que Vous aves besoin de prendre Vos affaires en main, sans Vous attendre à des grandes choses de decà qui sont incompatibles avec nostre minorité. Vous nous avés veu deliberer et tastonner sur le secours de Juilliers; les affaires sont bien empirées du depuis; en un mot, tout est confus et tout se conduict par des interests particuliers." De Paris ce 13e de fevrier 1611.

Haag, Aerssens Korrespondenz, Band VII. — Kopie.

Februar 16. **60.** Das passauer Kriegsvolk an Kaiser Rudolf II.

„Allerdurchleuchtigster etc. Gleicher gestalt wie wir uns alzeit gegen E. ksl. M.t erklert, so erkleren wir uns gehorsambist noch,[1] dass wir nichts anders begehren, keiner andern ursach auch herkommen, dann E. ksl. M.t bei Deroselben hohen ksl. authoritet zu erhalten und dass Sie libere selbsten, was zu Ihrem nutzen, ehrn, hoheit und wurden dienet, disponirn konten; dabei wir auch nochmals verbleiben mit bitt, E. ksl. M.t geruhen numehr zu befehlen, dass dieses Deroselben zue Passau geworbenes kriegsvolk mit deme, so Sie hier zue Prag werben lassen, dergestalt de novo vereinbart, dass sie samentlich E. ksl. M.t schwören und angeloben, dasselbe ohne ainiges widerreden und einwenden zu thuen, was zu erhaltung E. M.t kaiserlichen und königlichen autoritet und schuldigen gehorsambs und erhaltung der wolfahrt und ehrn dieses löblichen königreichs, auch aller

[1] Wegen der Vorgänge zu Prag am 15. Februar ist auf Gindelys ausführliche Darstellung, a. a. O., S. 199 f. zu verweisen. Die verschiedenen mir vorliegenden Berichte über den Ueberfall ergänzen jene nur in unwesentlichen Einzelnheiten und weichen noch untereinander ab. Am zuverlässigsten erscheint neben dem Bericht Zuñigas vom 19. Februar (vgl. unten no. 63) der Padavins vom 21. Februar (Dispacci Veneti, 44. Bd., f. 361), des bairischen Agenten Bodenius vom 19. Februar (in Zeitungsform: Mc., Entstehung, Fasz. V. no. 37½, f. 507) und der der lüneburgischen Gesandten Grote, Hoyor und Heydemann, die Augenzeugen der Greueltaten waren (De., A 9a. I. c. no. 4'; Kopie).

Digitized by Google

denselben incorporirten landen, privilegien gehörig und dienlich. Und thuen E. ksl. M.t uns etc. Datum Prag den 16. feb. a. 1611. Februar 16.

Hohe und niedere bevelchshaber Ires zue Passau geworbenen kriegsvolks sambt und sonders."

Stg., Unionsacta, XI., f. 522; Kopie.[1]

[1] Noch am selben Tag ergieng an das kaiserliche Kriegsvolk folgendes kaiserliches Dekret: „Die röm. ksl. M.t etc.... haben dero zu Passau gelegenen kriegsvolks suppliciren vernommen. Wann dan I. ksl. M.t aus demselben nichts anderst sehen und spüren können als dass jetztgedachtes kriegsvolk allein zu erhaltung deroselben reputation und authoritet sich alhie befindet, derowegen I. ksl. M.t verursacht werden, alle drei prager städt und obristen landofficier aus allen drei ständen des königreichs Beheimb dergestalt zu citiren, dass sie auf dem prager schloss zusamben kommen, alda mit dem passauischen kriegsvolk sich beaidigen, dass keine partei (bei verlust leibs und lebens) nichts feindliches gegen einander fürnemben und auch I. ksl. M.t fernere resolution aldort erwarten sollen. Das ist I. ksl. M.t ernster entlicher will und meinung. Datum Prag den 16. februarii anno 1611" (Drs., l. 9167, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 17; Kopie; vgl. P. Ph. Wolf, Geschichte Maximilians I., III., S. 243). Zugleich liess der Kaiser obiges Ansuchen des Kriegsvolks den böhmischen Landoffizieren und Ständen mit dem ernstlichen Befehl zustellen, „weil I. M.t erstgemeltem passauerischen sowol als dessen alhier in Behaimb bestelten kriegsvolks ainziges oberhaubt und kriegsherr sein, I. M.t auch kain anders befinden als dass der Passauerischen intent und mainung eben dasjenig ist, was I. M.t bestallung, so sie zu defendierung und versicherung des königreich Behaimb an dato den 31. januar diss jars underzaichnet, vermag und mit sich bringt, hierumb so sollen mehrbesagter baider kriegshör hoch und nider befelchshaber samet ihren undergebenen reutern und knechten morgen frue ir jurament und aid de novo dahin richten und erstatten, dasjenige ohne ainiche widerred und einwendung zu thun, was zu erhaltung I. M.t kaiserlichen und königlichen authoritet und hocheit, auch dises loblichen konigreichs und all derselben incorporirten landen ehr, wolfart und privilegien gehörig und dinstlich ist, hiezwischen aber heut und inkünftig von kainer seiten, wie auch auss allen prager stätten (bei vermeidung I ksl. M.t höchsten ungnad und straf) nichts feintliches gegen einander fürnemen. Das ist I. ksl. M.t ernster entlicher will und mainung. Signatum zu Praag den 16. febr. a. 1611" (Ib., Ambraser Akten, Missiven von März 1611, zu no. 27; Kop.) Beide Dekrete liess der Kaiser am 17. Februar mit der Nachricht, dass er sie an diesem Tag habe publizieren und beide Heere darauf schwören lassen, dem Herzog Karl von Münsterberg mit dem Befehl mitteilen, der Herzog habe von Oberamtswegen dafür zu sorgen, dass, falls aus Schlesien eine Volkshilfe hieher geschickt würde, solches Volk sich gleichfalls der kaiserlichen Ordnung bequeme (Drs., l. 9166, I. Buch passauer Volks, f. 236; Kopie). — Ein kaiserliches Dekret ähnlichen Inhalts und Wortlauts wie das vom 16. Februar an die Landoffiziere, jedoch vom 18. Februar datiert, steht bei P. Ph. Wolf, Geschichte Maximilians I., III., S. 243. Da aber schon am 17. Februar die neue Vereidigung des kaiserlichen und ständischen Kriegsvolks in Gegenwart des Erzherzogs Leopold und der böhmischen Landoffiziere stattgefunden hatte (Bericht des Bodenius an Herzog Maximilian vom 19. Februar; Mc., Entstehung, Fasz. V., no. 37½, f. 507; Kopie), so liegt bei Wolf wol ein Ueberlieferungsfehler vor. — An die in die Alt- und Neustadt geflüchteten böhmischen Stände ergieng am 20. Februar ein neues kaiserliches Dekret, wonach sie am 21. in Gegenwart kaiserlicher Kommissarien und eines Ausschusses des kaiserlichen Kriegsvolkes das vorige kaiserliche Dekret anhören, dann denselben Eid, wie er am 17. geschworen worden war, ablegen, das in die Alt- und Neustadt hereingelaufene Volk abschaffen und den Verkehr mit

Digitized by Google

Februar 17. **61.** Der Erzbischof von Salzburg an Hans Ruprecht Hegenmüller.

Von des Herrn [Hegenmüller] Rückkehr nach Prag unterrichtet nehme ich den Briefwechsel in des Kaisers Sachen wieder auf[1] und verweise zunächst auf das eingeschlossene Schreiben an den Kaiser.[2] Es gibt „ein zeit her in Tirol selzame leufte und pratiken, auch vil reutens und schickens zwischen dem könig und erzherzog Maximilian; in den landen aber werden vil haimbliche zusammenkunften angestelt und darbei allerlei tractiert", ohne Wissen des Kaisers und des Erzherzogs Ferdinand. Eben erhalte ich Nachricht, dass auf den 7. März ein Landtag ausgeschrieben sein soll. Davon kann Erzherzog Ferdinand durchaus nichts wissen, „seitemalen der Casal[3] erst diese tag bei mir gewest und sich stark beklagt von seines hern wegen, dass erzherzog Maximilian ein zimbliche zeit her ime wenig oder gar nichts in den tirolischen sachen mehr communiciert und dieweil ich schon dieses vorhabens, einen landtag auszuschreiben, ein geruch von vertrauten orten aus Tirol empfangen gehabt, also hab ich ime Casal solches auch andeut, darauf er mir geantwort, dass sein her das wenigste wissen darumb nicht hette, könne es auch nicht glauben." Der eine grazerische zugeordnete Rat soll bereits hintergangen sein, dem andern, Schurpf, gibt man auf seiner Pflege soviel zu tun, dass

der Kleinseite wieder herstellen sollen, wogegen der Kaiser die aufgefahrenen Geschütze wieder abführen lassen wolle. Da man bei dem angedrohten, „schon fast für augen schwebenden sorglichen uberfall" sich einer einhelligen Defensionsordnung für das schon vorhandene und noch aus dem Reich und sonsther zu erwartende Kriegsvolk vergleichen müsse, so möge dazu morgen ein Ausschuss der in der Alt- und Neustadt anwesenden Herrn, Ritter und Städte auf dem kaiserlichen Schloss erscheinen (Drs., l. 9166, 1. Buch pass. Kriegsvolks, f. 178; Kopie; vgl. dazu A. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 216 f.)

[1] Hegenmüller hatte dem Erzbischof zuletzt am 13. Dezember über seine Schickung an die geistlichen Kurfürsten geschrieben (Ma., 107/42, f. 69; Or. eigh.); vgl. oben no. 36, S. 87, Anm. 1.

[2] Vom 17. Februar als Antwort auf ein kaiserliches Schreiben vom 31. Januar (vgl. oben no. 34, S. 83, Anm. 3): der Erzbischof bittet, um den begehrten Rat erteilen zu können, um Information über die Lage des Kaisers durch eine vertraute Person. Aus Tirol will er allerlei verdriessliche Nachrichten erhalten haben; er unterbaue aber bei den Landständen so, dass es keine Gefahr für den Kaiser habe; aber Aufacht sei sehr nötig (Wöa., Salzburg, 10. Bd., Fasz. 3; Kpt.).

[3] Geheimsekretär Erzherzog Ferdinands. Nach einem Schreiben Erzherzog Ferdinands an Erzherzog Maximilian vom 20. Februar sollte Casal in Salzburg für die angesichts des drohenden Einfalls der Passauer angebotene Hilfeleistung des Erzbischofs danken und dann in München eine Beglaubigung des Herzogs Maximilian von Baiern an König Matthias erheben, deren er [Casal] zu einer ihm vom Herzog auf Ferdinands Ersuchen aufgetragenen Werbung bedürfe; diese Werbung Casals in Wien betreffe aber das ganze Haus Oesterreich (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom März 1611, no. 37; Or.). Nach einem zweiten Schreiben Erzherzog Ferdinands vom gleichen Tag (Ib., a. a. O., no. 10) hoffte dieser durch die Schickung Casals die brüderliche Versöhnung zwischen Kaiser und König herbeizuführen. Vgl. unten no. 72, S. 164 und Anm. 1.

Digitized by Google

er wenig Zeit hat, zu Innsbruck zu weilen. Wie es mit den kaiserlichen Zugeordneten steht, wird der Herr besser wissen als ich. Ich habe Casal „stark gewarnt“ und gefunden, dass dessen Reise zu mir „nicht ain geringe notturft gewesen, dieweil ich aus seinen reden leichtlich genuegsamb abnemen hab können, dass man von Wien aus zu Grätz stark practiciert und villeicht alberait etwas wegig gemacht möchte haben; wil aber verhoffen, da sie sich von mir nicht gar wenden, jedoch irr werden machen lassen. So hab ich auch in den tirolischen sachen bis daher nicht gefeirt sonder bald nach des grafen von Althan verraisen[1] von mir durch unterschidliche mitl und wege die sachen bei den fürnembsten landständen also underpaut, dass sich die meisten under inen alberait zimblich vernemen lassen, nichts einzugehen noch zu verwilligen, so I. ksl. M.t und erzherzog Ferdinanden zu Grätz praejudicierlich sein könnte. Ja ich stehe auch in der arbeit, den hievor angedeuten landtag.... sovil möglich zu hindern und zu wasser zu machen. Jedoch bin ich dessen im wenigsten nicht vergwist und hielte derhalben für ein sondere notturft, I. ksl. M.t hetten an die gemainen landstände in Tirol mir ein schreiben zukommen lassen“, des Inhalts: der Kaiser habe Bericht empfangen, was in Tirol seit einiger Zeit vorfalle; er habe bei den bisherigen Handlungen die Treue der meisten Stände gegen ihn mit Freuden verspürt und fordere sie auf, da ihm „die ein zeit her geübte process verdechtlich fürkemen“, ohne seine ausdrückliche Einwilligung hinfort keiner Handlung, die dieses Land betreffe, statt zu geben.[2] Dies Schreiben würde ich schleunigst und noch vor dem Landtag dem Landeshauptmann an der Etsch zuschicken, wodurch ohne Zweifel „die vor augen schwebende practiken“ für diesmal vereitelt werden würden. Die Sache scheint mir so wichtig, dass ich den Brief durch einen eigenen Eilboten schicke, zumal ich höre, dass, während die Landschaft zur Verhütung alles Verdachts ihre zwei Fähnlein abdankt, Erzherzog Maximilian „mit meniglichs verwunderung im land“ 400 Mann zum jetzigen Landtag unter einem Lichtenstein werben lässt. — „In Baiern vernimb ich auch, das es selzamb solle zugehn, dieweil Maximilianus sein schwester dem könig in Ungarn suecht zu verheuraten, herzog Wilhelm aber solches keineswegs zugeben wil, wie auch die fürstin selber villeicht

Februar 17.

---

[1] Vgl. oben no. 8, S. 21 Anm. 1.

[2] Dies Schreiben ergeht schon am 21. Februar und ist dem Vorschlag des Erzbischofs ganz entsprechend; Wöa., Tirol, Fasz. 7; Kpt. (mit der interessanten Bemerkung des Konzipisten: „Eodem die 21. febr. vocatus a satellite caesareo comparui in aula in der wachstuben und ist in I. ksl. M.t namen mir dise expedition in praesentia ser.mi archiducis Leopoldi, dominorum comitis de Sulz, comitis ab Althan, Hannewaldi durch herrn Hegemüller, quem a caesare exeuntem et quasi ex ore S. M.tis loquentem vidi, anbevohlen worden. Die habe ich gleich in selbiger stund mandantibus in specie archiduce et Hegemullero verfertigt und ime, herrn Hegemüllern, una cum copia zugeschickt“).

Digitized by Google

Februar 17. wenig lust dahin hat."[1] — Soll ich dem Kaiser im Kriegswesen mit Rat dienen, so muss ich durch einen Vertrauten mündlich unterrichtet werden. Datum Salzburg den 17. februarii a. 1611.

Ma., 107|42, f. 129; Kpt. von Kurz.

Februar 17. **62. Instruktion des Kurfürsten von Mainz zum frankfurter Kommunikationstag.**

Zur Vermeidung ungleichen Verdachts soll die Verhandlung, die allein unter den geistlichen Kurfürsten und Fürsten vorgenommen wird, im Prediger- oder einem andern Kloster angestellt werden. — Bei der Verhandlung sind zuerst die Bundessachen vorzunehmen, damit die Gesandten von Worms und Speier, wenn darüber Beschluss gefasst ist, heimreisen können. — Beim Vortrag haben die Gesandten kurz zu wiederholen, was wir wegen der Einnahme Sachsens und wegen der Meinungsverschiedenheit mit Baiern den rheinischen Bundständen mitgeteilt haben.[2] Wir konnten uns zur Ausschreibung eines neuen Bundestages mit Uebergehung Sachsens ohne vorgängige Beratung mit den rheinischen Bundständen nicht verstehen, da wir dadurch bei Sachsen, das sich einmal zu der Union resolviert, das grösste Mistrauen zu erwecken besorgten „und andern theils uns einen solchen starken unglimpf nicht wollen ufladen lassen, do wir mit gnugsamem vorrath aller nechst zu Prag beisamen gewesener catholischer churfürsten und erzherzogen, auch nicht ohne bewust beider des zu Prag residirenden bäpstlichen nuncii und hispanischen orators eine solche behandlung des churfürsten zu Sachsen übernommen und das werk zu solcher wilfahrigen resolution gefürdert, dass wir nunmehr solche beschreibung selbst mit zurückstellen sollten". Zwar hat der Herzog von Baiern jüngst neue Ausschreiben geschickt,[3] welche, um die Nichtbeschreibung Sachsens entschuldigen zu können, nicht auf alle zu Augsburg ausgesetzten Punkte gestellt gewesen sind. Wir haben aber dennoch, weil die Einnahme Sachsens und anderer friedfertiger Stände A. C. vom Herzog noch ziemlich diffikultirt wird, vor der Ausfertigung uns mit den rheinischen Bundständen beraten wollen; auch über andere Angelegenheiten des so übel stabilierten Unionswesens, namentlich über die zu Augsburg ausgesetzten Punkte halten wir eine Vorbesprechung für nötig. Die Gesandten sollen sich zu weiterem Bericht erbieten, den sie aus den mitzunehmenden Akten (des baierischen Kanzlers Werbung und unsere Antwort darauf,[4] die zwischen uns und dem Herzog

---

[1] Vgl. zu dieser Behauptung die Wittelsbacher Briefe, mitgeteilt von F. Stieve, Abteilung VII, S. 677 fg. und VIII., S. 8 ff.
[2] Vgl. oben no. 6.
[3] Vgl. oben no. 19, besonders S. 50, Anm. 2.
[4] Vgl. oben no. 4.

Digitized by Google

von Baiern gewechselten Schreiben[1] und namentlich des kölnischen Kanzlers „memorial uf Dresden“,[2] sowie, was Trier vor einem Jahr im Januar 1609 more Trevirorum[3] an uns geschrieben hat u. s. w.) werden tuen können. Februar 17.

Darauf, dass die sächsische Angelegenheit zuerst vorzunehmen sei, haben die Gesandten nicht unbedingt zu bestehen; geschieht es aber und zeigt sich bei der Umfrage, dass nicht nur Baierns Bedenken in sonderlicher Konsideration gehalten werden, sondern dass man sich auch daran stösst, dass mit Sachsen auch bei dem landsberger Verein, „nit vortzukommen gewesen, ohnangesehen dass man doch die statt Nürnberg und Augspurg als der augspurgischen confession verwandten stend mit in demselbigen bunt gehabt,“ und dass man deshalb dahin neigt, die Beschreibung Sachsens aufzuschieben, bis mit allen Bundesständen beraten ist, so haben die Gesandten ausser der schon Donnersberg erteilten Widerlegung auch die Gründe, welche den zu Prag versammelten katholischen Fürsten „zu gemüt gangen,“ entgegenzustellen, dass nämlich der Beitritt Sachsens und anderer der A. C. Verwandten den Katholiken insgemein zu grossem Nutzen „und fritfertigkeit im h. reich ausschlagen und namentlich bei den widerigen ein besser vertrauen zu der catholischen union pflanzen“ werde, wie das weiter in unserm jüngsten Schreiben an Zuñiga[4] ausgeführt ist. Sachsen ist dem landsberger Bund nicht beigetreten, weil die Protestanten damals noch stark zusammengehalten haben, auch fast „begert worden, alle inen anhengige auswertige potentaten mit einzuziehen;“ übrigens hätten damals auch die geistlichen Kurfürsten „wie fast die damals regierende ksl. M.[t] selbst nicht zu einer solchen eintheiligen vereinigung (wie sie derzeit solches wort geprauchet) lust gehabt“ und seien die geistlichen Kurfürsten hauptsächlich wegen des Fernbleibens friedfertiger A. C. Verwandten wieder ausgetreten (Hinweis auf ein Schreiben des Kurfürsten Daniel von Mainz an einen bairischen Gesandten und Befehl, die landsberger Bundesakten nach Frankfurt mitzunehmen); jetzt aber seien die Protestanten durchaus uneinig. Dabei sollen die Gesandten erwähnen, wie beschwerlich es uns sein würde, nachdem wir mit Beirat vornehmer katholischer Stände die Verhandlung mit dem Kurfürsten von Sachsen übernommen und denselben bewogen haben, auch andere Verwandte seines Hauses wie Braunschweig und Hessen für den Bund zu bearbeiten, nun in den Verdacht zu kommen, „als ob wir diese ding allein vor uns tentirt

---

[1] Besonders vom 15. und 26. Januar und 2. und 9. Februar, vgl. oben no. 19, 31 und 53.
[2] Fehlt.
[3] Fehlt.
[4] Vom 28. Januar, vgl. oben no. 32.

Digitized by Google

Februar 17. und villeicht eine andere intention bei den andern catholischen unirten gewusst;" es werde auch gegen diese Mistrauen entstehen. Schliesslich haben die Gesandten dahin zu stimmen, dass Sachsen zum nächsten Bundestage beschrieben und ihm sowie andern friedfertigen A. C. Verwandten die Aufnahme nicht versagt werde; denn bleibe der Bund auf die jetzigen Mitglieder beschränkt oder träten nur die wenigen katholischen Stände bei, auf die man rechnen könne, die sich aber „besorglich in eben dem unvermögen befinden möchten als andere, dahero bis uf diese zeit weder heller oder pfennig an der union vorrath oder gemeiner hülf zu gewarten gewesen," so sei keine Hilfe zu erwarten; wenn die oberländischen Stände darauf bestehen, dass man sich der jülichschen Sache durchaus nicht annehmen dürfe, so nütze der Bund den rheinischen, die grade durch die jülichschen Unruhen aufs höchst bedroht sind, gar nichts und sei es für jene nicht rätlich, sich für den Bund völlig zu erschöpfen. „Umb des unvermögens willen, welches sich bei der schwachen union befunden, habe die jüngste composition mit den protestirenden unirten stenden zu München vorgenommen werden müssen". Wie man sich gegen einen unversehenen Ueberfall, der sehr zu besorgen ist, ohne Aufnahme der friedfertigen A. C. Verwandten in Verfassung setzen wolle, sei nicht zu sehen. Wie wenig die rheinischen Stände bisher geleistet, sei bekannt und ebenso, welche Hilfe von den etwa noch beitretenden österreichischen Erzherzogen zu hoffen sei, da dieselben in ihren eigenen Landen leicht angegriffen werden könnten.

Treten darauf die Stände unserer Meinung bei, so haben die Gesandten zur Beratung zu stellen, ob die vom Herzog von Baiern geschickten Ausschreiben nicht dahin zu ändern seien, dass bei dem Bundestage alle Angelegenheiten vorgenommen werden sollen, damit man nicht alsbald wieder einen Tag ausschreiben müsse, und ob nicht der vorgeschlagene Termin hinauszuschieben sei.

Stimmen die anderen Gesandten gegen uns, was wir doch nicht vermuten wollen, da man weiss, wie sich die Korrespondierenden bemühen, Sachsen von den Katholiken abwendig zu machen, so sind die Gegengründe zu wiederholen und haben die Gesandten darauf zu bestehen, „die ervolgte erclerung zu referiren und so vil vorzubehalten, dass zu unserm nachdenken stehen wurde, wan ohne mitbeschreibung Sachsens L. ein ander buntstag ausgeschrieben werden solte, ob uns solchen tag mitauszuschreiben oder auch hernach durch die unserige besuchen zu lassen und so man sich mit der schwachen union lenger ufhalten wolte, in den schweren und doch vergeblichen auslagen lenger begriffen zu sein, thunlich fallen wolle."

Erklären sich die anderen Abgeordneten zum äussersten dahin, dass die Einnahme Sachsens zu aller Bundesstände Beschluss zu stellen,

Digitized by Google

gleichwol aber dem Kurfürsten von Sachsen von dem Bundestage mit dem Ersuchen Nachricht zu geben sei, „ob ir gefallen wollte, jemant der irigen zu demselben abzuordnen und ire gemüetsmeinung wegen miteintretung in der Catholischen union den versambleten ständen zu eröffnen,“ so könnten wir uns diesen Schluss „zum eussersten“ gefallen lassen und hätten unsere Gesandten sich mit den andern über das Anzeigeschreiben an Sachsen, in dem jedoch die Beratungspunkte nicht anzugeben sind, zu vergleichen. Februar 17.

Darauf haben die Gesandten das bairische Ausschreiben zum augsburger Bundestag und den daselbst gemachten Abschied[1] zu verlesen, und den Anwesenden anheim zu stellen, ob, da in den Punkten 1—4, 7 und 8 (ausser was die Kriegsschäden betrifft) von den Oberländern ein Schluss gemacht worden ist, die Rheinischen es dabei lassen sollen. Erinnern die anderen Gesandten nichts, so sollen auch die unsern zustimmen, weil „ja die werbung des gehabten volks mehrtheils uf derselben obern stend cassa gerichtet gewesen“ und, falls selbst der Zuschuss von zehn Monaten auch auf die rheinischen Stände verstanden werden sollte, diese ihn doch zu der rheinischen Kasse erlegen würden. — Hinsichtlich des siebenten Punktes sollen sie mitteilen, dass die Schreiben an den päpstlichen Nuntius und an den spanischen Botschafter zu Prag schon ausgefertigt sind, und hinsichtlich des achten, dass bereits zwischen uns und dem Herzog von Baiern wegen der Personen zur Gesandtschaft nach Frankreich beraten wurde und, wenn Speier sich dazu nicht herbeilässt, der Graf Helfenstein nebst etwa noch einem Grafen und der von Ulm in Aussicht genommen sind.[2] — Weil dann die zur ferneren Erwägung aller Unierten ausgesetzte Entschädigung für die Kriegsschäden „fast allein uf Baiern und Augspurg gerichtet wurdet oder, da es je auch uf andere stende gemeint, . . . doch eine solche restriction darzue gesezt: »welche mit wissen gehandlet«, wodurch man vielleicht die rheinischen Stände, „dern viel nicht weniger mit durchzügen des von den protestirenden stenden abgedankten und andres volks merklich hoch beschwert worden, gemeint auszuschliessen, dass sie es vielleicht bei den bundstägen nicht geclagt oder clagen können“, so muss man sich in Frankfurt verständigen, wie man beim allgemeinen Bundestag solche Unbilligkeit verhüten will. Auch soll jeder Stand ein Verzeichnis seiner Schäden mitbringen.

---

[1] Vom 8. Dezember 1610 in Mc., Entstehung, Fasz. II, no. 34; Kpt. von Jocher; Mc., Fasz. V., no. 36, f. 67; Kpt. von Leuker; gedruckt bei C. M. von Aretin, Chronologisches Verzeichnis der bayerischen Staatsverträge, S. 153 ff.

[2] Vgl. oben no. 31.

Digitized by Google

Februar 17. Bei Vermehrung des Vorrats ist in Acht zu nehmen, dass, wenn man vier Jahre hindurch zwanzig und dann jährlich zehn Monat dazu erlegen und bei einem plötzlichen Notfall sich darüber noch zum äussersten angreifen müsste, das wol kein Stand aushalten könnte, zumal wenn die Union auf die Katholiken beschränkt bleibt. In diesem Fall hätten die rheinischen Stände wegen der jülichschen Gefahr wol zu überlegen, was sie zu tuen haben, wenn die Union nicht verstärkt wird. Nach Anhörung der anderen Gesandten sollen die unsrigen anzeigen, dass wir uns zu weiteren Beisteuern schwerlich verstehen könne, „do nicht bessere ordnung als bishero mit erlegung der gewilligten hülfen solle gehalten werden.“ Hinsichtlich der vorgeschlagenen Dezimation von allem geistlichen Einkommen wird man sich einer gemeinsamen Erklärung für den nächsten Bundestag zu vergleichen haben, „dieweil deren nacher Franckfurt beschribener stend abgeordneten samptlich bekant, wie schwerlich in diesem begeren mit der geistlichkeit in Teutschlant bei hohen und nidern stiftern vortzukommen und vil eher ein anders schweres onheil darbei zu gewarten als solches begern durchzupringen sein würde, sonderlich wann es nicht ein durchgehent werk in der ganzen christenheit, in Italia, Hispania und andern dergleichen catholischen reichen und orten sein sollte.“ Wir gedenken uns aber von der Mehrheit nicht zu sondern. — Besonders ist darauf zu achten, wenn man sich zu Ansammlung eines neuen Vorrats entschliesst, dass nicht wie bisher jedem Stande freigelassen werde, „umb seiner eigener vorgebener notturft willen seine ganze quotam einzubehalten sonder dass durch die stende determinirt werde, was einem jeden zu seiner selbst eigenen notturft passirt und das ubrig onfelbar zu einer oder anderer verordneter cassa eingeliefert, sonsten aber sovil gleicheit allenthalben gehalten werde, dass eines notturft neben des andern nicht onbedacht pleibe.“ —

Der fünfte Punkt, Verbesserung des Defensionswerkes, ist zu allgemeiner Beratung ausgesetzt; es haben auch Baiern und Augsburg allerhand Mittel dazu vorgeschlagen, diese aber noch nicht mitgeteilt. — Ebenso ist der sechste Punkt, wie das Stift Köln zu versichern sei, auszusetzen; doch ist inzwischen zu erwägen, „wie durch solche defension auch diese reinische lant würklich beschüzt und bei erwegung des erzstifts Cöln notwendigkeit die andere reinische erz- und stifter gegen irer darlag, so sie zur union thun, gleicher gestalt ohne mangel versichert werden.“ —

Wegen der im achten Punkt erwähnten, längst vorbereiteten Gesandtschaft an Erzherzog Albrecht muss man sich vergleichen, ob sie noch vor dem allgemeinen Bundestag in's Werk zu setzen und ob die dafür verfasste Instruktion zu ändern sei oder nicht. —

Bei der Bestimmung des Abschiedes wegen der Rechnungen über die Auslagen jeden Standes hat man sich nicht aufzuhalten,

Digitized by Google

„dieweil einen jeden seine notturft selbst mahnen kann, was ime zu vorkommung seines schadens hierunder zu thun.“ — Februar 17.

Schliesslich sollen die Gesandten mitteilen, was Erzherzog Leopold jüngst an uns wegen einer ansehnlichen Schickung des Kaisers zum nächsten Bundestage geschrieben hat,[1] „um von den stenden zu vernemen, was sich I. M.t gegen denselben der gülchischen executionsachen halben zu versehen.“ —

Dann ist über dies alles ein Abschied zu verfassen, damit die Gesandten von Worms und Speier heimreisen können.

Darauf sind mit den kurfürstlichen Gesandten die in dem Ausschreiben an deren Herren besonders erwähnten Angelegenheiten zu beraten; nämlich: 1) des Kurfürsten von Brandenburg Schreiben an uns Kurmainz wegen der Einnahme in den Kurverein; 2) desselben Schreiben an alle geistlichen Kurfürsten über seine Praeterition bei Einholung des vom Kaiser bei uns Kurfürsten begehrten Gutachtens wegen des kurpfälzischen Administrationsstreits[2] und 3) was wegen des trotz allen Erinnerns nicht abgeschafften Auslegers auf dem Rhein zu tuen sei, besonders wenn, wie verlautet,[3] noch mehrere Schiffe heraufgebracht würden, „ob auch dieselbige mittel ohne zuziehung Pfalz zur notturft bedacht und effectuirt werden und was vileicht dahero incidenter von wegen des izigen administrators der Chur-Pfalz einnehmung in die churfürstlich rheinische verein mit zu beratschlagen vorfallen möchte.“

Wollen die anderen Gesandten die Beratung des ersten Punktes ablehnen, weil das Schreiben nur an uns gerichtet ist, so sollen die unsrigen daran erinnern, dass schon bei der letzten Zusammenkunft zu Mainz davon zwischen uns geistlichen Kurfürsten verhandelt, der Beschluss aber aufgeschoben worden sei, „weil man den anfang des gülchischen wesens und wie stark des churfürsten zu Brandenburg L. schon darin begriffen, gewusst.“ Deshalb und weil die Sache ohnehin alle Kurfürsten angeht, haben wir erst das Gutachten der anderen geistlichen Kurfürsten einholen wollen, dessen Abgabe wol nicht bedenklich sein dürfte. Fällt der Ratschlag für die Antwort etwa dahin aus: weil die Einnahme mit Einwilligung aller Kurfürsten geschehen müsse, habe man jene Zwistigkeiten und „dass sich die ksl. M.t wegen des gülchischen beschwerlichen wesens auch etwas gegen S. L. alterirt befunden,“ ungern vernommen, „bevorab dieweil die churfürstliche verein nicht geringe verpflichtung uf I. M.t respect und erhaltung ruwigen wesens im reich in sich begriffe;“ daher habe man be-

---

[1] Am 8. Januar; vgl oben no. 11.

[2] Wegen des kaiserlichen Schreibens vom 8. November 1610 vgl. oben no. 42, S. 98, Anm. 2.

[3] Vgl. oben no. 6, S. 15, Anm. 1

Digitized by Google

Februar 17. fürchtet, dass die Aufnahme Kurbrandenburgs vor Erteilung der Regalien durch den Kaiser und vor Beilegung der Irrungen sowol dem Kaiser als etwa einem oder dem anderen Kurfürsten Nachdenken verursachen könnte, hoffe aber, dass sich Brandenburg zuerst um Verständigung mit Sachsen und durch diesen um Aussöhnung mit dem Kaiser bemühen werde, — so sollen unsere Abgeordneten solcher Fassung beistimmen und, wenn sich die anderen zur Mitunterzeichnung der Antwort bereit erklären, sich alsbald über einen Entwurf dazu vergleichen.

Wegen des zweiten Schreibens sollen die Gesandten, da man eine Gesamtantwort wird geben müssen, der anderen Meinnung beitreten. Man kann den Vorwand gebrauchen, dass der Kaiser nicht, wie sonst wol gebräuchlich, ein Kollegialschreiben an die mainzische Kanzlei geschickt habe und dass man ausser dem, was Kurbrandenburg andeutete, noch nicht wisse, ob auch an Sachsen geschrieben worden sei „oder ob vileicht I. ksl. M.' ire gedanken meher uf die rheinische churfürsten, aldieweil deren hohe notturft bei richtigmachung dieses werks meher versiret, gestelt"; es sei also nicht zu vermuten, dass der Kaiser die Kurfürsten trennen wolle, noch würden diese darein willigen. — Daneben haben sich unsere Gesandten zu erkundigen, ob die Kurfürsten von Trier und Köln sich schon gegen den Kaiser erklärt haben oder ob sie vielleicht für gut finden, dem Kaiser ausser einem etwaigen besondern noch ein gemeinsames Gutachten — etwa auch mit Zuziehung Sachsens — zu geben. Wir zwar sind dagegen, nicht nur weil die Zuziehung Sachsens Verzögerung verursachen würde „sonder auch damit Brandenburgs L. desto weniger zu scrupulirn hette, wan ein solch schreiben von den geistlichen churfursten collegialiter geschehe, als ob es ein collegialsach were." —

Wegen des Auslegers bei Mondorf sollen die Gesandten daran erinnern, was wir mit Kurköln von Prag aus an den Kurfürsten von Brandenburg, dann alle geistlichen Kurfürsten und der pfälzische Administrator an die Fürsten zu Düsseldorf und wir noch besonders an deren Prinzipale geschrieben haben, was darauf erfolgt und wie hochnötig es daher sei, diesem Einbruch in der rheinischen Kurfürsten Regal nicht länger zuzusehen, wie aber alle gütlichen Mittel an sich selbst misslich und zweifelhaft, rechtliche voraussichtlich unverfänglich und gewaltsame, wenn die geistlichen Kurfürsten allein sie versuchen sollten, entweder auch zweifelhaft oder gefährlich wären, da man sich die düsseldorfer Fürsten zu offenen Feinden machen würde. Auch ist zu überlegen, da das von dem pfälzischen Administrator mitbesiegelte Schreiben von Düsseldorf uneröffnet zurückgekommen ist, ob dieser noch ferner zuzuziehen sei, um Neuburg nicht weiter zu verletzen.

Wird dafür gestimmt, dass man noch weitere schriftliche Ersuchungen ergehen lassen und namentlich den Kaiser zu ernstlichem

Digitized by Google

Einschreiten (gemäss der Wahlkapitulation) auffordern, daneben aber auch „auf die würkliche wege gedanken schlagen“ solle, so haben sich unsere Gesandten zu fügen, die betreffenden Schreiben zu entwerfen und dann wegen der wirklichen Mittel handeln zu lassen. Dabei ist zunächst, da der kurkölnische Gesandte Liz. Wintzler unlängst mitgeteilt hat,[1] „dass man auch vom rath zu Colln etwas anlass hab, wan man die wurkliche abschaffung der ausläger mit ernst vornemen wolle, dass sie auch das irig dabei thun wolten,“ und wir ihm aufgetragen haben, sich um weitere Erklärung zu bemühen, der kurkölnischen Gesandten Bericht darüber zu fordern. Ist daraus zu ersehen, dass man sich von der Stadt einer erheblichen Hilfe zu getrösten hat und wird geschlossen, dass auch wir geistliche Kurfürsten das unsere dabei tun, auch der Administrator der Kurpfalz und Sachsen um Hilfeleistung ersucht werden sollen, so lassen wir uns das gefallen. Sachsen wird sicher willfahren, da es schon uns und Kurköln ermahnt hat, uns nicht so in unser rheinisches Regal greifen zu lassen; der Administrator wird sich vielleicht weigern, da er oft ersucht hat, ihn bei „gemeinen tägen nicht, auszuschliessen“ und man ihn jetzt, obgleich er vorher zur Fertigung des Schreibens an die Possidierenden herangezogen worden war, übergangen hat: auch wird er nicht viel Lust haben, sich mit den düsseldorfer Fürsten zu entzweien. Wenn aber die Beiziehung des Administrators für ratsam erachtet wird, sollen sich unsere Gesandten dem nicht widersetzen. Februar 17.

Wegen wirklicher Abschaffung des Auslegers haben die Gesandten die Vorschläge zu Bericht zu nehmen.

Da endlich wegen der „Kriegsverfassungen“ am untern Rhein und droben im Elsass die Ergänzung des rheinischen Kurfürstenkollegiums sehr nötig ist, damit solchen Zunötigungen wie mit den Auslegern begegnet werden könne, muss beschlossen werden, ob und wie der kurpfälzische Administrator in den rheinischen Verein aufzunehmen sei. Wir würden gern sehen, dass die Abgeordneten, trotzdem die Sache im Ausschreiben nicht erwähnt ist, die Besprechung nicht ablehnen. Allerdings ist der Widerspruch Neuburgs gegen des Administrators Recht sehr stark und hätte man bei Bewilligung der Einnahme desselben desto mehr feindlicher Zusetzung aus dem Jülichschen zu erwarten, da sich auch des Pfalzgrafen Sohn zu Düsseldorf [Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm] der Sache sehr annimmt; auch ist der Administrator noch nicht im allgemeinen Verein der Kurfürsten und hat die Regalien noch nicht vom Kaiser empfangen. Andrerseis aber ist die grosse Gefahr für die geistlichen Kurfürsten zu erwägen, wenn sie dieser Nichtaufnahme wegen der kurpfälzischen Beihilfe entbehren

[1] Wegen Wintzlers Schickung an Kurmainz vgl. oben no. 48, S. 109, Anm. 2.

Digitized by Google

Februar 17. sollten, sowie dass der Administrator den jungen Kurfürsten, der schon im fünfzehnten Jahr ist, bei sich hat, ihn mit in die Räte zieht, der Administrator sich auch in völligem Besitz der Kurlande befindet und ohne rechtliche Ausführung oder grosse Weiterung daraus nicht verdrängt werden kann. Erachten die anderen Gesandten die einfache Aufnahme namentlich ohne Vorwissen des Kaisers nicht für tunlich, so sollen die unsrigen vorschlagen, den Kaiser unter Darlegung der Gefahr um die Einwilligung zu bitten.

Signatum Aschaffenburg, den 17. februarii 1611.

Neben-Memorial: Die rheinischen Mitkurfürsten werden sich erinnern, dass wir bei Einwilligung der Union zu Mainz auf ihr Anhalten das „mitobristenampt sonderlich an dem Rheinstramb" unter der Bedingung angenommen haben, dass, wenn wir Ungelegenheit dabei befinden, uns die Aufkündigung stets frei stehen solle. Da nun dies eingetreten ist, wir auch in der Union nicht geringe Ungleichheit spüren, die wir ohne merkliche Beschwerung unseres Erzstifts nicht länger ertragen können, so sollen die Gesandten den anderen Abgeordneten der rheinischen Stände eröffnen, dass wir das Bundesoberstenamt nicht weiter führen können, weshalb sich deren Herrschaften längstens bis zum nächsten Bundestage wegen anderweitiger Verordnung hierüber erklären mögen.

Der Kurfürst und der Koadjutor von Köln haben sich jüngst dahin geäussert,[1] dass wegen der Einnahme Sachsens und anderer A. C. Verwandten noch etwas Beratung auf dem nächsten Bundestag nötig sein dürfte, „uf was mass einzuwilligen seie." Wir halten solche Weitläufigkeiten für unnötig, zumal Kurköln so gut wie wir weiss, wie sich der Kurfürst von Sachsen zu Prag „so bestendig zu vester unverdechtiger haltung des religion- und prophanfridens erkleret und es wol dahin zu achten sein möchte, wann die catholischen stende bei dem religion- und prophanfriden gehantvestigt zu werden versichert sein können, sie würden der union so hoch nit bedörfen." Doch ist uns, damit die rheinischen Stände auf dem nächsten Bundestage desto einiger auftreten, nicht zuwider, dass unsere Gesandten etwaige Bedenken gegen die Aufnahme erörtern lassen und, „do vileicht solche argumenta geführt, welche zu erweckung gemeinen strits wegen des rechtmessigen verstants des religion- und prophanfridens könten ursach geben, dieselbige so viel an ihnen ablegen mit erinderung," dass dadurch nur Weiterung, Mistrauen und Offension anderer Stände gegen der Katholischen Vereinigung erweckt werden würde, „indem man eben sich dessen ercleren müste, was vileicht gegen die Protestirende gesucht," während doch unsere Union nur zur Verteidigung gegen unversehene und unziemliche Gewalt gemeint sei und dass, „da man sich nunmehr zu einem solchen weitleufigen intent ercleren solte",

[1] Vgl. no. 42. Der Koadjutor von Köln schrieb am 12. Februar in gleichem Sinn und mahnte, mit der Festsetzung des allgemeinen Bundestages nicht länger einzuhalten (Wmz., Religionsakten, Band 12, no. 19; Or.).

Digitized by Google

man bei der jetzigen Verfassung viel zu schwach wäre, „um sich gegen einer hierauss verursachten offension ufzuhalten". Als unsere Meinung sollen die Gesandten mitteilen, dass, wenn man die dem Kurfürsten von Sachsen zu Prag übergebene Notul[1] dahin näher erläutert, dass die Union zur Handhabung der kaiserlichen Hoheit, zur Aufrechthaltung des Religions- und Landfriedens und zur Verteidigung der Bundesstände gegen Vergewaltigung bestimmt sei, man nicht allein hinlänglich gesichert sein sondern „auch bei allen Protestirenden besser vertrauen haben oder je keine sonderliche offension verursachen" wird. Wir zweifeln nicht, dass sich Sachsen und andere friedfertige A. C. Verwandten damit begnügen würden. Dabei mögen die Gesandten im Vertrauen mitteilen, „dass als die churfürstlich sächsische räthe bei uns gewesen und wir nicht allein ires herrn sonder auch irer selbst inclination zu der union befunden, wir uf ir begern, ob sonsten nichts weiters under der Catholischen union begriffen und gesucht würde, damit sie je verspürten, man candide mit inen umbzugehen gemeint, solcher gemeinen union inen bericht gethan und darauf keine sonderliche difficultet von inen verspüren können." — Wollen die andern die Einnahme zu weitläufig modifiziren, „dass man dahero die andere fritfertige stende nicht allein nit gewinnen sonder vilmehr verschlagen, offendirn und einen ungleichen verdacht uf unsere union zihen könte," so haben die Gesandten solche Vorschläge nur zu Bericht zu nehmen. Februar 17.

Wmz., Religionsakten, Band 12, no. 22; Or.[2]

63. Zuñiga an König Philipp III.

„A los 12 deste escrivi a V. M.[d] el estado, en que quedavan las cosas de aqui. A los 15 martes de carnestolendas al alba[3] del dia el coronel de la Rame entro con la gente de gu'erra del emp.[or] en el Clanzeite (que en lengua tudesca quiere dezir la pequeña parte) por la puerta de Nuis, que esta cerca del rio a la parte de arriba, hallo muy poco resistencia a la misma puerta, pero luego acudieron algunos soldados y el conde de la Torre con alguna cavalleria y se peleo gran rato hasta la plaza de Clanzeite a donde el coronel de la Rame hizo su esquadron haviendosele rendido todo lo restante de aquella parte de la çiudad, donde quedaron muchos muertos de una parte y de otra que dizen llegaran hasta 300 hombres y los mas Februar 19.

[1] Vgl. oben no. 3, S. 6, Anm. 3.

[2] In Wmz., Religionsakten, Bd. 12 unter no. 21 und ebenda in Bd. 11 unter no. 153 liegen die Protokolle verschiedener Beratungen des geheimen Rats vor, aus denen die obige Instruktion hervorgegangen ist; ein erster Entwurf von Fausts Hand, der schon im Januar entstanden ist, liegt in Bd. 12, no. 3. — Bevollmächtigt zum Kommunikationstag waren Dompropst Georg Friedrich Greiffenclau von Volrats, Grosshofmeister Kaspar von Eltz, Hans Reichard Brömser von Rüdesheim, Vizedom im Rheingau und Vizekanzler Dr Nikolaus Gereon.

[3] Vgl. oben no. 60, S. 180, Anm. 1.

Digitized by Google

Februar 19. dellos de los de la Rame, que desde las ventanas y texados mataron y hizieron muchos; entre los heridos de la gente de los Bohemios fue el conde de la Torre su teniente general.[1] Haviendo ganado finalmente el Clanzeite, la gente de la Rame intento de seguir la vitoria y dos compañias de cavallos atravesaron todo el puente siguiendoles otra gente; pero entradas que fueron las dos compañias, calaron el rastrillo de la torre, por donde se entra del puente en la tierra vieja y los villanos que avian venido de socorro hizieron pedazos toda aquella cavalleria, que se avia retirado en el monasterio de Emaus, donde avia un solo fraile de san Benito y algunos entraron al mismo tiempo en santa Maria de las Nieves monasterio de san Francisco de la observançia y mataron diez o doze religiosos, que eran casi todos los que alli avia y en otros monasterios han hecho algunas violençias. Como el coronel de la Rame yba entrando y tomando en el Clanzeite los puestos, le yba siguiendo el señor archiduque Leopoldo armado[2] con una tropa de cavalleria, y haviendo dado noticia al emp.^{or} de su entrada, subio a hablar con S. M.^{d} con permision de los Bohemios que estavan en el Rachin, que en lengua tudesca quiere dezir la parte alta, y se començo a tratar de medios con ellos y en estas platicas se andubo hasta los 17., que los capitanes y gente de guerra hizieron juramento al emp.^{or}, pero todavia juntamente con los estados, y assistieron a esto el burgravio, el cançiller[3] y otros officiales de la corona y el baron de Filz, que por la herida del conde de la Torre mandava a la gente, con que quedo por la gente de guerra del emp.^{or}. Todo lo que esta desta parte del rio hazia el castillo, las çiudades vieja y nueva estan en defensa y tiran desde las torres y partes eminentes alguna mosqueteria; andase en demandas y respuestas con ellos, amenazando de arruinarlos con la artilleria desde las eminençias que ay, que son grandes y veçinas, aunque las muniçiones no son muchas. Para esta manera de hostilidad ellos estan llanos en la obediencia del emp.^{or}, pero no en admitir gente de Passau. Los barones y cavalleros se congregaron alli en la casa de la villa de la çiudad vieja el primer dia, pero despues se dize que casi todos sean salido, unos para sus casas y otros para Moravia, los Quinskis son los que conçitan alla

[1] Nach anderen Berichten hatten die Kugeln nur seinen Mantel getroffen.

[2] Padavin beschreibt den Erzherzog sehr anschaulich, „ch'era in arme bianche, vestito di colore cavilino con bande gialle" (Bericht an den Dogen vom 21. Februar, Dispacci Veneti, 44. Bd., f. 361). Der sächsische Agent Pfretzschner, der sich nach Leitmeritz geflüchtet hatte, weiss von dort am 19. an Kaspar von Schönberg zu melden, „Leopold reitet in einem gelben federbusch und cürasse aufm rücken, der pfaffenrock hinterm ofen", (Drs., l. 9166, I. Buch passauer Volks, f. 159; Or. eigh.). Auch die lüneburgischen Gesandten berichten, der Erzherzog habe sich „in vollem kürass praesentiret" (De., A 9a, I c., no. 4[1]; Kopie).

[3] Adam Graf von Sternberg und Wilhelm Popel von Lobkowitz; im folgenden ist natürlich Leonhard Colonna von Fels gemeint.

Digitized by Google

el pueblo, que son quatro cavalleros[1] moços de gran persona y brios, y uno dellos, que es el mas orgulloso que llaman Vençeslao, es de la camara del rey de Ungria y muy declarado en aquella parte.[2] Tenemos aqui dificultad en saber lo que passa en Viena, por tener cerrado el passo los de tierra vieja, pero las cartas ultimas que son de 9 dezian que començava a marchar el campo del rey con buen numero de artilleria, pero no dezian el numero de la gente. Aqui estan con pretension de que el rey se detenga y vea esta tragedia desde los confines. Februar 19.

El emp.[or] nos embio ayer un recado al nunçio y a mi con el lantzgravio y Ernesto de Molart, aunque se duda si ellos han hecho este offiçio de suyo, o por mandado de S. M.[d]. La conclusion era significar los mandatos que havia hecho para que esta gente de Passau no entrase en Praga[3] y que contra su voluntad[4] avia entrado,

---

[1] Wenzel, Ulrich, Wilhelm und Adam von Kinsky. Ueber die Verbindung von Wenzel Kinsky mit Zuñiga vgl. A. Gindely, a. a. O., S. 212. Die böhmischen Ständen suchten sich überhaupt mit Zuñiga im Einvernehmen zu erhalten; darum beeilten sie sich, den Klostersturm bei Zuñiga zu entschuldigen und zu versichern, dass sie gegen die katholischen Stände nichts vornehmen wollten; dabei beriefen sie sich auf die Zeugenschaft der Jesuiten, deren Kolleg von einigen Ständen vor Plünderung geschützt worden war (Stände an Zuñiga, desgl. an den Nuntius am 19. Februar; Drs. l., 9166, I. Buch passauer Volks, f. 355; Kop., vgl. Häberlin-Senkenberg, a. a. O., XXIII. Bd., S. 398, Anm.). Zuñiga antwortete am 24. Februar verbindlich: er habe an dem guten Willen der Stände, den Frevel zu ahnden, nie gezweifelt; zugleich versicherte er die Stände des Wolwollens seines Königs gegen dies Königreich, der es ausdrücklich gebilligt habe, dass er, Zuñiga, den Ständen zur Abdankung der Passauer mit einer grössern Geldsumme beigesprungen sei; sein König werde stets auf die Beruhigung dieses Königreichs hinarbeiten (Wmz., Reichstagsakten 1611, Fasz. 103,[c] no. 26; Kop.).

[2] Ueber Wenzel von Kinsky vgl. F. Hurter, Geschichte Kaiser Ferdinand II., VI., S. 443 f. und A. Gindely, a. a. O., S. 210 f. Bodenius, der von Wenzels Flucht in die Altstadt berichtet, urteilt, dass er dort viel Uebles stifte und Briefe vorzeige, wonach König Matthias in drei Tagen ankommen werde, weshalb die Alt- und Neustädter sich in keinen Vergleich einlassen wollen (Bericht an Herzog Maximilian vom 19. Februar, s. oben no. 60, S. 130, Anm. 1). Auch Baugy bezeichnet in einem Bericht an die Königin vom 26. Febr. die Kinskys als die Führer der Opposition gegen den Kaiser, die sich soweit vorgewagt hätten, dass sie nun um ihr Leben spielten (Paris, Harlay 238, vol. XII., f. 57; Or.).

[3] Vgl. oben no. 49.

[4] Leuchtenberg und Mollart sagten die Unwahrheit. Einer, der es wissen konnte, der Oberproviantmeister Henning Ubezko bekennt in einem Schreiben an Khlesl vom 16. August 1612, worin er seine Restitution betreibt, wegen Ramées Einfall in Prag: „Dass aber ohne der ksl. M.[t] wissen und willen solches allee zugangen seie, wie viele vermeinen, ist nicht; denn I. ksl. M.[t] seliger in jegenwart I. fl. D.[t] mir selbst befolen, dem Rammen anzuzeigen, dass er mit dem volk naher nach Pragk rugken solte“ (Ib, Leopoldinische Akten, Kasten B, no. 71; Kpt.). Auch Tengnagel sagte beim ersten Verhör am 5. März aus, dass der Kaiser um den Einfall gewusst habe (vgl. unten no. 84).

Digitized by Google

Februar 19. que despues viendo que estava en el Clanzeite y la gente de los Bohemios en el Rachin, temiendo alguna gran rotura havia dado orden que se juntasse. A que nos pareçio responder suçintamente mostrando mucho sentimiento del trabajoso estado de las cosas presentes y apuntando el poco credito, que se nos havia dado por lo passado, quando tratavamos de que se remediasen estos inconvenientes.

Despues deste caso aun no hemos visto al señor archiduque Leopoldo el nunçio ni yo, por que desconfiamos ya poderle reduzir ni templar, haviendo visto por experiençia la poca quenta, que ha hecho de nuestras amonestaçiones y verdaderamente haviendo llegado las cosas al punto que estan, que yo no savria que poderle aconsejar ni persuadir, por que haviendo offendido tan asperamente a todo este reyno, no se quien podra aconsejar al emp.^{or} que se desarmase ni proponelle ningun partido, que no sea muy encaminado a su perdiçion, pudiendose aguardar cada hora la nueva de la entrada del rey de Ungria con exerçito poderoso y no se pudiendo descubrir ni alcançar medio humano que le assegure al rey, viendo que la concordia hecha este verano passado con tanta solemnidad y autoridad, no se le ha observado. Y no pudiendose sacar fruto del frequentar las audiençias del señor archiduque ha pareçido yrlas reussando, por que algunos de sus consejeros y capitanes hechan voz de que esta guerra se haze por zelo de religion y para castigar los hereges de Bohemia por los atrevimientos passados y con esto significan que el papa y V. M.^{d} les han de hazer espaldas y[1] siendo en el estado presente de las cosas tan temerario asumpto este y tan dañoso para la republica y para el poco numero de catolicos y religiosos, que ay en Bohemia, ha sido muy forçoso el dar a entender en mis platicas y en todas ocasiones como teniendo toda esta violençia por muy contraria al servicio de Dios y del emp.^{or} y de toda la casa de Austria y aun he estado en mucha duda si convendra o no apartarme algo de Praga para con esta action publica mostrar que a V. M.^{d} le desplazen estos tumultos. Y sobre esto y sobre todo lo que tengo escrito en 12 deste deseo mucho que V. M.^{d} se sirva de responderme luego en particular que verdaderamente aviendo llegado las cosas a este estado, es muy considerable si sera bien ayudar publicamente o sustançialmente de secreto al rey Mathias, para que acabe de enseñorearse de todo el resto, por que el rumor de que el señor archiduque Leopoldo tiene la mira de hazerse coronar rey de Bohemia con consentimiento del emp.^{or}, es mucho y grande el iudiçio; pues se sabe cierto que el emp.^{or} por medio de los principes que estuvieron en el convento trato con grandes veras, de que por lo menos cediese el rey Mathias la designaçion de Bohemia con intento de introduzir a Leopoldo, a que yo me opuse entonçes hablando abiertamente con los electores y a V. M.^{d} le parecio bien.

[1] Die folgenden Zeilen sind abgedruckt bei Gindely, a. a. O., S. 207, Anm.

Digitized by Google

Los principes vezinos entiendo que estan en este estado: el duque de Baviera Maximiliano que govierna y de quien se deve hazer caso siempre, he entendido que le desplazen estos intentos de Leopoldo y ultimamente me lo escrivio assi monseñor Gaetano nuncio de S. S.[d], que hizo por Monaco su camino para Roma; el duque Guillelmo su padre esta metidisimo en favorecerle por zelo indiscreto de religion. Todo lo que es casa de Austria le es muy contrario y el señor archiduque Ferdinando ha ofreçido al rey Mathias de ayudalle contra la gente de Passau; no se hasta agora si esto se entiende para entrar contra ella dentro de Bohemia. En relation de Saxonia tengo entendido que se estara por medio de los ereges calvinistas como son los electores de Brandemburg y Palatino. Entiendo que assistiran a Mathias, y assi antes me recato mucho de que el ser muy ayudado de tantas partes no cause daño a la religion cattolica y para esto tengo por muy conveniente lo que digo arriva del enterar generalmente a todos que V. M.[d] no es participe en estas resoluciones violentas, sino que Su intento es de defender los principes eclesiasticos y todo el estado eclesiastico de Alemania, pero no de turbar indiscretamente la paz unibersal. Y ha me parecido embiar a V. M.[d] copia de un villete[1] que me escrivio el nuncio el dia de la entrada de la gente de guerra en el Clanzeit, que haze muy al caso de todo lo que se dize arriva. El y yo quedamos con la pena que V. M.[d] puede imaginar viendo tantos malos presentes y que de una manera y de otra, si no es que Dios ponga su poderosa mano en ello, ay apariencia de grandes daños y este de los frayles de san Francisco me tiene con grandisima lastima. De Praga a 19 de hebrero 1611." Februar 16.

Sim., Fasz. 251, f. 11; Or.[2]

---

[1] Vgl. Gindely, a. a. O. Der Wortlaut ist: „É fornito il primer atto de la comedia; piaccia a Dio che termini qui. Il ser.[mo] Leopoldo ha mandato in questo punto Miraballo da me a dar conto dell'attione allegando che si è mosso per honor di Dio, per servitio de tutta la christiania e di S. M.[tà] insieme e che non poteva far di meno, di modo che l'habbiano capo dichiarato di sua boca. Risposi che al fatto non era rimedio, ma che pregava S. A. a considerar bene tutti i successi, per che era sicurissimo, che havrebbe operato in modo, che non si accendesse piu un fuoco dificilissimo di smorzare. Io sento poco quello che ho veduto io stesso, rispeto aquello che temo di dover vedere, si Dio non rimedia con la sua potente mano, il quale si degni di donare a V. S.[ria] ogni beneficio" (Sim., Fasz. 2497, f. 12; Kopie).

[2] Zuñigas Bericht wird in manchem von dem Baugys an die Königin-Regentin von Frankreich vom 19. Februar ergänzt. Zwar von den äussern Vorgängen ist Baugy nicht so sorgfältig unterrichtet, denn der ängstliche, der die Wut des czechischen Pöbels gegen die Fremden fürchtete, hielt sich zu Hause (der kursächische Agent Pfretzschner hatte sich sogar nach Leitmeritz geflüchtet), aber sonst weiss er zu erzählen: „L'archiduc Leopold n'est bougé d'avec les dicts gens de guerre de Passau, depuis qu'il leur alla porter la dicte responce, et est tenu pour autheur de ce mouvement, luy et ses adherans, se servans ainsy que j'ay autres fois mandè e Vostre Ma.[té], du maltalent de l'empereur contre le roy de Hongrie pour parvenir a leurs desseins. Nous sommes icy en expectation de la resolution que prendra

Digitized by Google

Februar 19. **64.** Der Administrator der Kurpfalz an den Kurfürsten von Mainz.

Als der verstorbene Kurfürst mit mir wegen Uebernahme der Administration verhandelte, ermahnte er mich, den Wegen zu folgen, die er zur Erhaltung des Vaterlandes und der kurfürstlichen Praeeminenz eingeschlagen habe. Nach Antritt der Administration haben sodann S. L. geheimste Räte mir von jenen Verhandlungen wegen der Nachfolge im Reich, die zwischen S. und E. L. im März 1607 im neuen Schloss geführt worden sind[1], gegen Zusage der Geheimhaltung Mitteilung gemacht, wie ich mich auch dazu durch Revers verbunden habe. Ich mache dies E. L. zu wissen und erbiete mich zur fernerer Reversierung; zugleich verspreche ich hiemit alles, was ich von jenen Verhandlungen weiss, ganz geheim zu halten. — Da die böhmischen Angelegenheiten in so verwirrten Stand geraten sind und zu besorgen ist, es könnte sich dabei etwas menschliches ereignen, so ist es um so nötiger, zur Verhütung solcher Zerrüttung eines gewissen Subjekts versichert zu sein, besonders da man von allerlei Praktiken in dieser Sache redet. Ich möchte daher gerne E. L. Gedanken darüber vernehmen, ob Sie noch bei Ihren vorigen Absichten beharren oder vermeinen, dass die Sachlage sich geändert habe, auch wie die andern Kurfürsten darüber denken und ob auch diese bei ihrer vorigen Meinung bleiben wollen. Ich bitte um schriftliche Antwort, da Lautern[2]

---

le dict s.r roy sur ces nouvelles, l'opinion de plusieurs estant que, s'il se haste de venir, il trouvera encores plusieurs Bohemes, qui sons fort irritez de ceste procedure, a sa devotion et qu'il sera receu dans ceste vieille ville, ou les s.rs de Quinsqui que l'on tient ses confidens et serviteurs, ont usurpé une grande autorité et font travailler continuellement a des retrenchemens et barricades contre ceux qui sont de l'autre costé de la riviere. I'escry cecy a' tout hazard ne sachant, si l'on fera partir la poste ordinaire" (Pa., Harlay no. 238, XII., f. 39; Or.). — Au Puysieulx fügt Baugy noch hinzu, dass alles, was sich ereigne, „n'est que le prologue d'une sanglante tragedie, si l'archiduc Leopold continue comme il a commencé et si le roy de Hongrie avec ses provinces s'opposent a ses entreprises, comme ilz semblent y estre obligez, de quoy ceux qui ont la grandeur des Espagnols et de la maison d'Austriche pour suspecte, ne debvront estre marry" (Pa., a. a. O. f. 42; Or.).

[1] Diese Verhandlung wegen der Nachfolge im Reich fand in den letzten Märztagen 1607 statt; vgl. Briefe und Akten, I. no. 457 und 458, V., S. 890 f.

[2] Fast gleichzeitig mit obigem Schreiben war Engelbert von Lautern an den Kurfürsten von Mainz geschickt worden, um von diesem vertrauliche Mitteilung wegen der eigentlichen Absichten des passauer Volks und eine Intervention zur Verhütung ferneren Unheils zu erbitten; zugleich sollte Lautern von dem Ausgang des Vergleichstags zu Schwäbisch-Hall und von der Abhaltung eines Unionstages zu Schweinfurt Mitteilung machen und wegen des Administrators Aufnahme in den Kurverein und in den rheinischen Verein anklopfen. Auch sollte Lautern des Gerüchtes Erwähnung tun, dass Erzherzog Leopold und vielleicht noch andere mehr mit hohen Gedanken von solchen Sachen umgiengen, von denen allein den Kurfürsten zu reden zustehe. (Instruktion vom

Digitized by Google

von der Sache nichts weiss. Datum Heidelberg den 9. februarii a. 1611. Februar 19.

Ma., 547|14, f. 10; Kpt[1]

65. Zuñiga an Herzog Maximilian von Baiern. Februar 21.

„Dominus elector Moguntinus denuo ad me scripsit super negotio Saxonico,[2] quod magni ponderis et momenti esse sentio et magnopere desidero, ut Ser.[tas] V.[ra] dominusque elector unanimes in eo sint. Fedus enim inire cum principibus aliene religions ad reciprocam defensionem non intelligo vetitum esse, dummodo conditiones et formule inveniantur apte et congruentes. Carolus V. pie memorie in bellis adversus Gallos gestis sepius usus est opera Heinrici regis Anglie et rex catholicus Philippus II. serio cogitavit de federe sanciendo cum rege Daniae adversus rebelles suos Holandos. Et revera si hae turbae mihi permitterent, libentissime Monachium et Moguntiam excurrerem, cum tanti momenti sit ad bonum nostri federis et unionis catholicae, ut inter Ser.[tem] V.[ram] et dominum electorem optime conveniat". Datum Pragae 21. februarii a. 1611.

Bamberg, Bundesakten I., f. 451; Kopie.

66. Reichshofrat H. R. Hegenmüller an den Erzbischof von Salzburg. Februar 22.

Auf das Schreiben vom 17.[3], das am 20. hier einlief und den Kaiser „consoliert" hat. Auf dessen Befehl überschicke ich E. hochfl.

8./18. Februar 1611, Mb., 119/3, f. 215; Kpt.). — Der Kurfürst beschied Lautern am 25. Februar, dass er den augenblicklichen Stand der Dinge in Böhmen selbst nicht genau kenne, jedoch von Verhandlungen zwischen dem Kaiser und König höre und daraus schliesse, dass jener es nicht ungütlich mit Matthias und den Reichsständen meine und dass kein Anlass zu Mistrauen und Kriegsverfassung gegeben sei. Der Administrator möge auf andere Stände beruhigend einwirken, dasselbe wolle auch er tun. Der angekündigte Unionstag werde andern Ständen wol zu ähnlichen Versammlungen Anlass geben; der Kurfürst hoffe aber, dass alles auf das Wol des Vaterlandes gerichtet und mit Zuziehung Ausländischer Mass gehalten werden würde, um das Mistrauen unter den Ständen nicht zu vermehren; gut wäre, wenn der Administrator bei dieser Gelegenheit Kurbrandenburg und Neuburg wegen Jülich zur Güte brächte [vgl. dagegen oben no. 53, S. 113, Anm. 1]. Von den angedeuteten Absichten des Erzherzogs Leopold wisse der Kurfürst nichts und glaube auch nicht daran: der Erzherzog sei auf des Kaisers Befehl nach Prag gekommen und habe beim Kriegswesen Dienste geleistet; er, der Kurfürst, habe ihn wiederholt ermahnt, dabei alles zu vermeiden, was gegen den brüderlichen Vergleich sei. „Höherer Sachen" werde sich der Erzherzog kaum unterfangen; denn der Kaiser wisse, dass hierin ohne die Kurfürsten nichts zu verrichten sei, auch sei der Erzherzog gewiss selbst so einsichtig, dass diese Sache nicht vor ihn gehöre; nötigenfalls werde aber der Kurfürst Erinnerung tun (Stg., Unionsacta, IX., f. 569; Kopie).

[1] Die Antwort vom 24. Februar s. unter no. 70.
[2] Schreiben vom 28. Januar; s. oben no. 32.
[3] Vgl. oben no. 61.

Digitized by Google

Februar 22. Gn. das kaiserliche Schreiben an die tiroler Landstände.[1] Vorher schon hatte ich Althans Schickung zu E. hochfl. Gn. veranlasst. Der Kaiser würde Derselben eigenhändig antworten, „also aber sein sie von feint und freunden dermassen behelliget, perturbiert und gleichsam belägert, dass man fast alles nur mutilatim zur hand richten kan, biss wier ein wenig emporschwimmen.“ E. hochfl. Gn. mögen mir mein bisheriges Schweigen und jetzige „perturbierte acceleration“ wegen dieses Zustandes verzeihen; „dann ich undankbarer als undankbar wäre wann ich meiner schuldigkeit gegen E. hochfl. Gn., bevorab als meines gnedigsten kaisers höchsten und treuisten freunds, ausser der grössten impedimenten vergessen solte.“ Den Einfall des kaiserlichen Kriegsvolks in Oesterreich, Böhmen und gar in Prag werden die zu verantworten haben, „die dessen starke rationes allegiern.“ Ich habe steif auf der von E. hochfl. Gn. schon vor einigen Monaten geratenen Abdankung bestanden und bin deshalb von den Soldaten nicht zu Rat gezogen worden. Jetzt muss man sich in die Umstände schicken und helfe ich nach Kräften zum Besten. Die Soldaten haben nach dem Einfall nicht, wie man befürchtete, etwas unrechtes sondern nur begehrt, dass sich das böhmische Volk mit ihnen gegen alle Feinde zusammenschwöre. Da die Landoffiziere und Stände, so viele ihrer auf der Kleinseite waren, Schwierigkeiten machten, hat der Kaiser den Schwur befohlen, worauf er geschah.[2] Die Alt- und Neustädter stehen noch unter Waffen und wollen vor Abzug des Volkes die Tore nicht öffnen; zum Schwur aber haben sie sich bereit erklärt, da ein Teil des Volkes der Stände, die Wenzel Kinsky leitet, in den Städten ist. Ich halte das für den Anfang noch besserer Vereinigung. Gott gebe, dass der Ueberfall „von dem ganz exacerbierten und haimlich aufgebotenen land“ verhütet werde. E. hochfl. Gn. mögen sich ja nicht aus „der getreuen verfassung [tädigen] lassen,“ die Sie im Notfall dem Kaiser tun wollen. — In der Altstadt hat man schon drei Posten aus Wien aufgefangen; daher weiss ich nicht, was König Matthias zu tun gedenkt; ich glaube aber nicht, dass er sich einmischen wird.[3] An Kursachsen

---

[1] Vom 21. Februar; vgl. no. 61, S. 130., Anm. 2.

[2] Vgl. oben no. 60, bes. S. 131, Anm. 1.

[3] Zufällig schreibt am gleichen Tag König Matthias an Friedrich Grafen von Fürstenberg über den Einfall in Böhmen und Prag: „Nun ist dise mascara auch abgezogen und daher ein anderer process nunmehr zu gebrauchen und offentlich zu erweisen, wer es mit dem königreich .... treu und aufrecht vermeinet, damit die rauber und alle interessirte adhaerenten möchten gestraft werden. Hab also all mein volk bei tag und nacht völlig nach Prag zu reisen verordnet; ich aber bin willens, in wenig tagen mit eigener person ihnen zu folgen und dieser edlen nation, welche dem hauss Oesterreich so vil guets erzeiget, als ihr designatus biss auf den letzten blutstropfen beizustehen“ (Wmz., Reichstagsakten, Fasz. 103c, no. 20; Kopie und Münch-Fickler, Geschichte des Hauses und Landes Fürstenberg, II., 1830, S. 286).

Digitized by Google

hat man eine Schickung getan,[1] ebenso ins Königreich [Ungarn], nach Schlesien und Mähren, „sed satis tarde.“ „Was E. hochfl. Gn. mir wegen Baiern vertraut, „dass ist eben der punct, der mir in silentio eingebunden worden;[2] dann man den Hennot unter anderm darumb zu I. M.t geschickt gehabt,[3] ob sie das freilin Leopolden verheuraten und demselben die succession vermainen wollten; alles beides ist der zeit in seer weitem felt.“ — Der Kaiser hat vor ungefähr vierzehn Tagen durch mich an Zollern schreiben lassen, dass, falls ihm der König genügende Satisfaktion gibt, er es zu einer beständigen Aussöhnung kommen lassen und sich dazu zweier Fürsten bedienen wolle, wobei der Kaiser an Erzherzog Leopold und E. hochfl. Gn. denkt. Er hat mich schon gefragt, ob Sie „gutes leibsvermögens“ sind! — Datum zu Prag den 22. februarii a. 1611. Februar 22.

Ma., 107/42, f. 126; Or. eigh.[4]

67. Instruktion des Kaisers Rudolf II. für Franz Gansneb gen. Tengnagel zur Sendung an die geistlichen Kurfürsten. Februar 23.

„.... Es habe S. L. schon vorhin vernommen und ist zue bestatter erinnerung aus der abschrift no. 2 zue befinden, was uns von unserm eltern brueder für ein feindlicher absagbrief auss Wien zuegeschickt

---

[1] Den Reichshofrat Ehrnfried von Minckwitz; seine Beglaubigung vom 16. Februar in Drs., l. 9166; I. Buch passauer Kriegsvolks, f. 218; Or., seine Instruktion war der Tengnagels gleich; vgl. die folgende Nummer.

[2] Vgl. das Schreiben vom 26. November 1610; Ma., 107/42, f. 50; Or. eigh.

[3] Wegen Hennots Schickung vgl. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 162.

[4] Umgehend erwiderte am 27. Februar der Erzbischof: Althan (der am 23. dem Erzbischof seine Abfertigung mitteilte; Wöa, Salzburg, Bd. 10.; Fasz. 10. — Or. eigh.) möge sich die Reise ersparen; der Kaiser dürfe bei der jetzigen Schwierigkeit dieser ansehnlichen Person nicht beraubt werden; auch sei jetzt wenig mehr zu raten, da das meiste schon zu Werk gerichtet sei; die Schickung so vornehmer Personen könnte bei andern Ständen leicht Eifersucht erregen. Der tirolsche Landtag sei auf den 28. April verschoben; bis dahin werden des Kaisers Angelegenheiten hoffentlich in solchem Stand sein, dass mit Erzherzog Maximilian leichter als jetzt zu handeln sein werde. Dem Kaiser wolle er, Erzbischof, bis zum Tod nach bestem Vermögen dienen und bedaure nur, dass die Leibeskräfte dem Willen nicht immer entsprechen und er deshalb nicht zu allem tauglich sei (Ma., 107/42, f. 134; Kpt. von Kurz.) — Dem Erzherzog Maximilian, der den Erzbischof am 24. Februar wegen angeblicher Werbung eines Fähnleins Knechte für die Passauer in der Stadt Salzburg befragt hatte (Jb., Regimentssachen von 1611, f. 250; Kptkop.), antwortete er am 28. Februar: er wisse nichts von öffentlichen Werbungen; nachdem die Gefahr mit den Passauern vorüber sei, nehme er sich der Sache nicht weiter an und wolle noch weniger Parteilichkeit durch Hinderung oder Förderung solcher Werbung zeigen; die Zumutung des Erzherzogs befremde ihn (Wöa, Salzburg, Bd. 10; Fasz. 3. — Kpt.).

Digitized by Google

Februar 23. worden[1], umb dass unser zue Passau geworbnes kaiserliches kriegsvolk in Oesterreich (gleichwol mit dem intent, wie es mit obgedachtem brief ausgelegt, gar nicht) geruckt, und ob wir zwar einen ausführlichen warhaften bericht, auch ganz friedliebendes erbieten durch eine ansehenliche legation, nemlich den hochgebornen Heinrich Julium herzogen zue Braunschweig etc. und unsern . . . Hans Georgen grafen zu Hohenzollern etc., unsern rath und reichshofrathspraesidenten thuen lassen laut der instruction no. 3[2], darzue seit dessen widerumb zur anmahnung den edlen etc. Marx Becken von Leopoldsdorf, unsern hofkriegsrath und bestellten obristen hinauss abgefertigt mit befelch inhalts der copi 4[3], so bliben wir bis dato unbeantwortet und ungeacht unsers bruedern L., wie wir glaubwurdige nachrichtung empfangen, zum frieden und einigkeit nicht ungenaigt, so bemüeheten sich etliche widerwertige unruhige fridhessige leut von neuem, zwischen uns krieg und entpöruug anzuestiften, wie dann zum selben end zuvorderst in Ungarn, Oesterreich und Mährern starke aufbot und werbungen beschehen, auch inner- und ausserhalb des reichs hilfen und beistand wider uns gesucht und begert wurden; ja noch mehr, als wir neuelich mit den gehorsamen stenden unserer cron Böhem diss orts eine zusamenkunft gehalten, zue beratschlagen, wie wir bei solchem besorglichen zuestand versichert sein möchten, so haben die österreichischen landschaften einen gesandten alher verordnet[4], welcher durch vielerlei bittere verhetzungen und betrohungen die gemüeter untereinander dermassen irr und schwirig gemacht, dass wir daher in nicht schlechte gefahr gerathen. In dessen betrachtung und weil stündlich von neuen geschwinden practiken, ein- und uberfällen geredt und geschriben worden, hingegen [wir] aber mit nothwendiger verfassung in der cron Böhem und dero incorporirten landen so eilends nicht aufkommen konten, sei obbemeltes unser kaiserliches zue Passau geworbenes kriegsvolk aus ihren quartieren aufgebrochen und den 15. diss alhero gen Prag kommen mit schriftlicher erklerung, wie die beilag no. 5[5] aussweiset, darauf wir nach reifer der sachen beschaffenheit erwegung uns einer verordnung entschlossen, inhalts der copi no. 6[5]., die auch alsbald den 17. diss im offnen veld beides sowol dem bohemischen als auch dem andern unserm passauischen kriegsheer in gegenwart unsers vettern und sohns erzherzogen Leopoldi zue Oesterreich L., auch etlich unserer hierzu deputierten fürnehmen commissarien sowol der anwesenden obristen böhemischen landofficirer, räth und rechtsitzer, wie nicht weniger einer zimlichen

---

[1] Vom 29. Dezember 1610.

[2] Vom 27. Januar 1611; Kopeyen und Abschriften, a. a. O., f. 82.

[3] Beglaubigung des Obersten beim Herzog vom 27. Januar 1611. Der Oberst langte am 10. Februar in Wien an und brachte ein kaiserliches Schreiben vom 5. Februar mit, gedruckt im „Gründlichen Bericht," S. 246.

[4] Maximilian Hoë; vgl. oben no. 39.

[5] Vgl. oben no. 60 und Anm. 1 auf S. 131.

Digitized by Google

anzahl aller dreier stend personen publicirt und durch allerseits hohe und nidere befehlshabere sambt den undergebenen reutern und knechten mit einem leiblichen aidschwur und aufgereckten fingern becreftiget und bestetiget worden. Zue dem so haben wir es auch albereit durch unsern eben der zeit alhie gewesten rath und haubtman der fürstenthümer Schweidnitz und Jauer, den Caspar von Rechenberg, freiherrn auf Klitschdorf und Pruckenau, unserm königlichen oberambtman und andern fursten und stenden in Schlesien insinuirn lassen neben angeheftem [bevelch], wie aus der abschrift no 7.[1] zu sehen, ungezweifelt sie werden uns hierin gleichergestalt schuldigen gehorsamb unwaigerlich leisten. Wann wir uns aber zu gnuegsamer abwendung und vorkumung obangedeutten aus Ungarn, Oesterreich und Mährern uns und den unserigen anbetrohenden und bevorstehenden unverschultten ubereilens mit einer grössern macht und gewalt in bereitschaft stellen müessen, so erwarten wir gleichwol in kurzem von underschiedlichen orten einer zimblichen anzahl volks zue ross und fuess, gesinneten aber daneben an S. des churfürsten zu Meinz L., sie wollen uns in gegenwertigem nothfall nicht verlassen sondern als ein fürnehmer des heil. reichs churfurst, zue dessen L. wir jederzeit ein hohes vertrauen getragen und noch tragen, ihrer bishero gegen uns in viel weeg würklich erzeigter treu und guetherzigkeit gemess, bevorab weil hell und clar, dass wir an deren im verschienen sommer durch S. L. und andere bei uns gewesene churfursten, erzherzogen und fursten zwischen uns und unserm brueder getroffener abhandlung violation, riss und bruch mit nichten sondern etliche, die (wie uns der herzog zue Braunschweig und graf von Hohenzollern referirt)[2] ihre begierlichkeit, noch mehr zu herschen, gern erfülleten, das rädlein also spilen und treiben, an dem allen schuldig, mit einer eilenden ergebigen gelt- oder volkhilf beispringen und handreichung thuen, biss einest diss verwirrte wesen gemeiner Christenheit, dem heil. reich, auch unsern königreichen und ländern zue wolfarth (welches verhoffentlich bei unserer als von Gott eingesetzter ordenlicher hoher oberkeit so gerechter sachen nicht lang anstehen möchte) in einen ruhigen fridlichen und bessern stand gebracht und befürdert werde. — Dessen thäten wir uns zu S. L. veranlässig getrösten, wolten es auch etc.“ Die gleiche Werbung hat Tengnagel auch bei den Kurfürsten

Februar 23.

---

[1]) Befehl des Kaisers an den Herzog Karl von Münsterberg vom 17. Februar; vgl. wie oben no. 60, S. 131, Anm. 1.

[2]) Vgl. die Berichte des Herzogs vom 29. Januar und 6. und 9. Februar im Gründlichen Bericht, S. 230, 241 und 243, besonders den letzteren mit einem sehr scharfen Ausfall auf Khlesl, der den König gegen den Kaiser verhetze und sogar bei Ablesung der kaiserlichen Beglaubigung das dem König erteilte Praedikat „durchleuchtigster furst“ in „durchleuchtiger furst“ verwandelte, was Matthias sehr empfunden habe.

Digitized by Google

Februar 23. von Köln und Trier zu verrichten und sich dann ungesäumt zurückzubegeben, um uns Bericht zu erstatten. Geben zue Prag den 23. feb. a. 1611.

Ma., 111|11, — Kopie.[1]

Febr. 23. bis März 2.

68. Protokoll des frankfurter Kommunikationstages der rheinischen Stände des katholischen Bundes.

Teilnehmer: für Kurmainz: Greiffenclau, Eltz, Brömser und D.r Gereon;[2] — für Kurtrier: Kanzler D.r Peter Schneidt; — für Kurköln: Dompropst Eitel Fritz Graf zu Hohenzollern und Liz. Christoph Wintzler; — für Speier: Kanzler D.r Marquard Hauenstein.

Die Verhandlung finden im Prediger-Kloster statt.

Februar 23. D.r Gereon proponiert für Mainz gemäss der Instruktion und stellt zunächst den Punkt wegen Sachsens Einnahme zur Umfrage. Trier tritt für den Vorschlag von Kurmainz in Hinblick auf die Bemühungen des Landgraf Moriz von Hessen und anderer ein, Sachsen der katholischen Union abwendig zu machen, und betont die Notwendigkeit, die Protestanten dadurch zu trennen; des jülichschen Wesens könne der Bund sich ohnehin nicht ganz entschlagen. Auch Köln kann die bairischen Bedenken nicht so schwerwiegend finden. Speier warnt, durch die Ablehnung der Einnahme nicht das Mistrauen zu erwecken als sei die katholische Union zur Ausrottung der Protestanten bestimmt. — Es wird einhellig beschlossen, Sachsen zum Bundestag zu beschreiben und zwar auf acht Tage nach dessen Beginn, der in einer zweiten Umfrage auf Montag nach Misericordia domini [April 18.] festgesetzt wird. Die

---

[1] Mit obiger Instruktion gleichlautend war die des Reichshofrats Ehrnfried von Minckwitz, der sich gleichzeitig nach Dresden begab; (Werbung beim Kurfürsten von Sachsen am $\frac{\text{23. Februar}}{\text{5. März}}$, Drs., l. 9166, I. Buch passauer Kriegsvolks, f. 219; Kopie). — Nach Tengnagels Aussage vom 14. März (vgl. unten no. 101) war die Instruktion von Andreas Hannewald verfasst worden, nach einer früheren Aussage vom 5. März (vgl. unten no. 84) war Tengnagel auch noch an die Bischöfe von Bamberg und Würzburg, an den Landgrafen Ludwig von Hessen-Darmstadt und an den Administrator der Kurpfalz abgefertigt worden. — Die Abfertigung Tengnagels verzog sich, weil, wie Erzherzog Leopold am 26. Februar an den Kurfürsten von Mainz schrieb, man vorher noch alles in ruhigen Stand bringen wollte, aber wegen einiger unruhiger Köpfe nicht so bald „zum straich kommen könne;“ (Wmz., Juliacensia, tom. V. — Or.). — Tengnagel machte sich am 3. März auf die Reise, kam aber nur bis Welwarn, nw. von Prag.; (vgl. die folgenden Nummern.) — Ueber die Persönlichkeit Tengnagels vgl. besonders Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II. Bd. an vielen Orten und Briefe und Akten, VI., no. 379; Zacharias Geizkofler weiss, dass Tengnagel, ein „Westphäling, des Tichonis Brahe basen und [!] tochter genommen“ habe (Geizkofler an den württembergischen Kanzler Melchior Jäger am 9./19. März 1611; Stg., Unionsacta, tom. XI., no. 482; Or. eigh.).

[2]) Vgl. die Instruktion vom 17. Februar, oben no. 62, bes. S. 143, Anm. 1.

Digitized by Google

Konzepte für das Ausschreiben und das Schreiben an Sachsen werden genehmigt. Febr. 23. bis März 2.

Februar 25. Beratung des augsburger Abschiedes.[1] I. Umfrage wegen Ratifikation der dortselbst von den oberländischen Ständen abgehandelten Artikel 1, 2, 3, 7, 8: diese werden angenommen. — II. Umfrage wegen des 4. Artikels: Alle Anwesenden sind bereit, die zur Abdankung nötigen zehn Monate antizipationsweise, jedoch zur rheinischen Kasse zu erlegen, wozu man ohnehin durch den würzburger Abschied verbunden ist; Mainz bezweifelt allerdings, ob man damit ausreichen wird. — Wegen der Schickung nach Frankreich, die zu München bedacht worden war, ist allen der Graf von Helfenstein genehm, wogegen wegen des Reichshofrats Hans Ludwig von Ulm, den Kurmainz empfahl, das Bedenken laut wird, dass er ebenso wenig wie seine ritterschaftlichen Standesgenossen dem Bunde verwandt sei. — Wegen der in Artikel 3 ausgesprochenen Reservation der Kriegsschäden finden die Anwesenden die Restriktion etwas dunkel, erwarten aber, man werde die rheinischen Stände beim Bundestag deshalb nicht benachteiligen und, wenn man den Oberländern die Schäden liquidiert, sie auch den Rheinischen passieren lassen.

Nachmittag: III. Umfrage über Artikel 5: Vermehrung des Unionsvorrats. Trier: hält die Fortsetzung der Union für notwendig und ist bereit, den Vorrat über den Vorschlag hinaus zu stärken, trotzdem das Erzstift seit vierzig Jahren so viel gelitten hat, während die Oberländer des Leidens ungewohnt sind. Da man mit den Landständen eben in Rechnung begriffen ist, kann der Gesandte die zwanzig Monate nur zu Bericht nehmen. Die vorgeschlagene Dezimation der Geistlichen ist im Erzstift nicht Herkommens. — Köln meldet den Eintritt von Berchtesgaden in den Bund an und stellt den der andern Stifter des Erzbischofs in Aussicht; auch er hält die Fortsetzung der Union für nötig und wird wegen der zwanzig Monate mit der Mehrheit stimmen. Wegen der Dezimation soll bei dem zwar völlig erschöpften Klerus das äusserste geschehen. — Speier wünscht, dass er seine zwanzig Monate zum Unterhalt einer Besatzung verwenden dürfe. — In neuer [IV.] Umfrage über denselben Gegenstand stellt Mainz fest, dass Trier wegen der zwanzig Monate nicht befehligt ist, Köln eine Moderation der Matrikel verlangt, Speier alles auf künftigen Bundestag stellt, während man hier zusammengekommen ist, sich eines einhelligen Votums für den Bundestag zu vergleichen; auch wegen der Dezimation kann man keinen Schluss machen. Mainz betont die Notwendigkeit besserer Ordnung bei den Anlagen; bei Begründung eines neuen Vorrats darf nicht jedem Mitglied freigestellt werden, seine Anlage für sich zu verwenden, sonst hat der Kurfürst allein die Last auf dem Hals; er hat bisher für das kurkölnische und rietbergsche Volk ein ansehnliches bezahlt, ohne dass ein Heller in die rheinische

[1] Vgl. no. 62, S. 137, Anm. 1.

Digitized by Google

Febr. 23. bis März 2. Kasse gekommen wäre. -- Wegen der Zurückhaltung der Quoten von der Kasse wird nochmals umgefragt, wobei Trier sich rechtfertigt, dass es 15 Monate zum jülichschen Wesen geliefert, die übrigen 25 zum Unterhalt eines Fähnleins Knechte und zur Behauptung des Ehrenbreitsteins gebraucht habe, wobei auch Köln einige tausend Gulden zugeschossen habe. Köln hat seine Quote ähnlich verwendet und glaubt sich viel zu hoch veranschlagt; er kann höchstens ein Drittel des Matrikularanschlags aufbringen; wegen der langen Kriege sind die Stiftsuntertanen völlig verarmt, der Koadjutor muss auf eigene Kosten Hof halten; man möge Kommissarien zur Untersuchung der Verhältnisse ins Erzstift abordnen und beim Bundestag die Moderation befördern. Speier verspricht, nur die Mittel zur notwendigsten Verteidigung zurückzubehalten.

Februar 26. Auf Kölns Anregung stellt Mainz zur Umfrage, in welcher Weise Sachsen in den Bund aufzunehmen sei. Niemand (auch Köln nicht) ist darauf instruiert; nur äussert Köln das Bedenken, ob nicht Sachsens Einnahme den Katholischen praejudizierlich wäre, da Sachsen und Braunschweig verschiedene Stifter eingezogen hätten. — Darüber findet besondere Umfrage statt, wobei Trier warnt, diesen schweren Stein zu erheben, da man sonst zu einem dem vorigen entgegengesetzten Schluss kommen würde; ebenso warnt Mainz und erinnert, dass man zu Prag eine neue Unionsnotel[1] aufgesetzt und Sachsen mitgeteilt habe, die auf Erhaltung des Religions- und Profanfriedens gehe und des Kaisers Autorität besser „exprimiere.“ Die Verhandlung beim Bundestag, wenn Sachsen erscheint, wird die Bedingungen geben; jetzt ist nicht ratsam, etwas zu „moviern.“ Köln hätte eine Klausel zum Schutz der Katholiken gewünscht, sonst gibt er sich zufrieden.

Bei der dritten Umfrage werden die im augsburger Abschied ausgesetzten Punkte wegen Verbesserung der Mängel im Defensionswesen zur Beratung gestellt. Man einigt sich zunächst, dass man die Bundesobersten nicht durch Abschiede binden könne und dass diese die Beschlüsse pro re nata fassen müssten, allenfalls mit Zuziehung der Adjunkten. Die Vorschläge Baierns und Augsburgs sind beim nächsten Bundestag anzuhören. — Auf die vierte Umfrage wegen der Schickung an Erzherzog Albrecht (8. Artikel) können Trier und Köln sich erst bis zum Bundestag erklären, ebenso wegen des 9. Artikels (Rechnungen). — In fünfter Umfrage wird das kölnische Defensionswesen (6. Artikel) vorgenommen. Trier und Köln betonen die Fortdauer der Gefahr durch das jülichsche Wesen; die Abdankung des auf Rechnung des Bundes geworbenen Volkes ist jetzt unratsam. Man möge Köln nicht hilflos lassen; würde die Besatzung von Kaiserswerth meutern, so könnte daraus die grösste Gefahr erwachsen. Mainz wird sich darüber beim Bundestag erklären,

[1] Vgl. oben no. 3, S. 5, Anm. 3.

Digitized by Google

wobei auch von der Sicherung der andern Stifter zu reden sein wird. Zugleich zeigt Mainz an, dass nach einem Schreiben des Erzherzogs Leopold[1] der Kaiser den Bundestag beschicken und um Hilfe wegen Jülich bitten will und dass der Kurfürst sein Bundesoberstenamt niederzulegen gedenkt. — Bei der sechsten Umfrage bitten alle Anwesenden, dass der Kurfürst von diesem Beschluss abstehe; der andere Punkt wird auf den allgemeinen Bundestag verwiesen. Febr. 23. bis März 2.

Februar 27. Verlesung des an Stelle eines Abschieds verfassten Memorials.[2]

Februar 28 (in Speiers Abwesenheit). Verlesung der beiden kurbrandenburgischen Schreiben wegen des kurpfälzischen Administrationsstreits und wegen Kurbrandenburgs Einnahme in den Kurverein. — In zwei Umfragen einigt man sich, dass das erstere Schreiben von Mainz allein beantwortet werde, weil er allein befragt sei, das zweite von allen drei geistlichen Kurfürsten; dieses Schreiben ist auch dem Kaiser mitzuteilen. — Köln hat erfahren, dass Kurbrandenburg in einem Schreiben an Kursachsen die geistlichen Kurfürsten aufs höchste beleidigt habe und regt eine Ahndung an, Trier erinnert dabei auch an das braunschweigische Gutachten.[3] Man einigt sich, beide Schriftstücke von Sachsen zu verlangen.

März 1. Mainz proponiert wegen der Ausleger im Rhein, die das höchste Regal der rheinischen Kurfürsten bedrohen. — Da man „viam facti" für zu gefährlich hält, Schreiben an die Possidierenden nichts verfangen, so beschliesst man, sich durch eine Schickung an den mitinteressierten Administrator der Kurpfalz zu wenden und ihn zu befragen, was er hiebei tun wolle.

März 2. Verlesung und Genehmigung der Instruktion zur Schickung an den Administrator.[4]

Wmz., Religionsakten, Bd. 12.; no. 43. Protokoll von Hensels Hand.[5]

[1] Vgl. oben no. 11.

[2] Vom 26. Februar in Wmz., a. a. O., no. 1*; Kpt. von Faber, ebenda, no. 38; Or. — Aus der Einleitung ist die Mitteilung hervorzuheben, dass der Bischof von Worms erklärt hatte, sich allen Beschlüssen des Kommunikationstags zu fügen.

[3] Gemeint ist das Gutachten vom 15./25. Dezember 1610; vgl. oben no. 22, S. 54, Anm. 2 und des Kurfürsten von Mainz Schreiben an seinen Kanzler Faust von Ende Februar 1611, unten no. 74.

[4] Die Instruktion für Kaspar von Eltz und Dr. Gereon zur Schickung namens der drei geistlichen Kurfürsten an den Administrator ist vom 2. März datiert. Die Gesandten sollen den Administrator kraft des Kurvereins und als Interessenten ersuchen, gegen die Ausleger Beistand zu leisten und sein Gutachten zu geben, wie die wirkliche Exekution gegen diese Beschwerde vorzunehmen sei; ein etwaiger Hinweis auf rechtliche Mittel und Prozesse wäre mit dem jetzigen Zustand im Reich abzulehnen (Wmz., Religionsakten, Bd 12., no. 60; Kpt.).

[5] Der Kommunikationstag fand bei den unierten Ständen natürlich gebührende Beachtung und erregte mancherlei Vermutungen: so schreibt der württembergische Vizekanzler Dr Faber am 7./17. März aus Schweinfurt an seinen Herrn, es habe den Anschein, als ob zu Frankfurt „Praeparatoria" zu einem Wahltag gemacht werden sollten, was aber der jetzige Zustand zu Prag wol leicht verhindern möchte (Stg., Unionsacta, IX., f. 445; Or. eigh.).

Digitized by Google

Februar 23. **69.** Grosshofmeister Graf Johann Albrecht von Solms an Fürst Christian von Anhalt.

Auf ein Schreiben vom 2./12. Febr. Ich bedaure auch in meinem besonderen Interesse Dero Abwesenheit; aber bei dem Gewicht Ihrer Gründe weiss ich nichts zu tun als Gott zu bitten, dass er Dero Absichten zum Wol unseres armen Vaterlandes fördere. Wir fürchten aber, dass die Handlung zwischen den beiden Kurhäusern uns unsern schweinfurter Tag zerreissen wird, der schon festgesetzt war, bevor wir von jener Handlung wussten und der von den unierten Ständen so sehr gewünscht wurde, besonders von den Städten, die gegenwärtig auf die Abrechnung der Kosten des vorigen Jahres sehr erpicht sind. Wenn E. fl. Gn. nicht dabei sein können, so wird die Zeit, die man dabei zubringt, verloren sein und man wird zu gar keinem Entschluss kommen, obgleich der prager Verlauf feste Entschlüsse fordert. Der Administrator will den Unionstag persönlich besuchen, wenn die andern Fürsten auch kommen wollen, worüber er noch keine Gewissheit hat.[1] Für alle Fälle hat er für sich und E. Exz. Quartiere bestellt. Neuburg scheint den Tag stören und einige bestimmen zu wollen, nicht zu kommen;[2] wir wissen noch nicht, ob er seinen Zweck erreichen wird. Baden hat verheissen, selbst zu kommen oder zu schicken, aber den Rechten Neuburgs unpraejudizierlich, da er Neutralität halten will.[3] Die Nürnberger haben heute dem Administrator geschrieben, dass sie ihre Rüstungen wegen der Wendung, welche die Dinge in Böhmen nehmen, wieder aufnehmen; sie berichten, dass die Passauer sich der Stadt Prag oder wenigstens des Schlosses bemächtigt haben. Ueber die Wahrheit dieser Nachrichten wissen wir noch nichts sicheres; wir haben seit drei Wochen weder von Colli noch von jemandem andern aus Prag Nachricht. — Hier verabschiedet man dagegen diese Woche die zwei Kompagnien Obentrauts, die wir neben den zwei Kompagnien Badens und Ansbachs noch als Kavallerie unterhalten hatten. Ich bin

---

[1] Am 10./20. Februar schrieb Kurbrandenburg ab (Mb., 119/3, f. 256; Or.) am 16./26. Februar die zu Zossen versammelten Markgrafen von Culmbach und Ansbach nebst Fürst Christian von Anhalt, diese mit dem Vorschlag der Vertagung auf den 1. Mai (Mb., 119/4, f. 44; Or.); gleichzeitig verständigten sich der Herzog von Württemberg und der Markgraf von Baden, Schweinfurt nicht zu besuchen (Württemberg an Baden am 18./28. Februar; Stg., Unionsacta, IX., f. 128; Kpt., — Baden an Württemberg am 16./26. Februar, a. a. O., f. 139; Or.); endlich entschloss sich auch der Administrator, nur Gesandte zu schicken (Solms an Christian von Anhalt am $\frac{\text{23. Februar}}{\text{5. März}}$, Bbg., A 9a, no. 82, f. 32; Or. eigh.).

[2] Vgl. oben no. 40, S. 92, Anm. 2.

[3] Kurze Zeit erörterten Baden und Württemberg untereinander wirklich die Frage, ob man nicht mit Rücksicht auf Neuburg dem Unionstag ganz fern bleiben solle (Baden an Württemberg am 3./13. Februar; Stg., Unionsacta, IX., f. 127; Or.).

Digitized by Google

davon überrascht und halte diese Massregel nicht für zeitgemäss. E. Exz. werden aber darüber besser zu urteilen wissen, die Sie die Absichten der Passauer genauer kennen werden als wir hier, die wir sehr schlecht darüber unterrichtet sind. König Matthias hat uns dieser Tage durch seinen Rat Wolfgang Nikolaus von Grünthal um Hilfe mit Volk oder Geld angehen lassen.[1] Die Antwort wurde auf den Unionstag verschoben, wo man seine Werbung mit den andern Unierten beraten will; ebenso wird man mit dem entsprechenden Begehren der österreichischen Stände tun. Diese berichten heute dem Administrator, dass sie die Rückkehr des mailändischen Kriegsvolks besorgen, der Herzog von Baiern habe seine Untertanen schon davor warnen lassen. Grünthal hat mich auch versichert, er wisse für bestimmt, dass der König von Spanien an verschiedenen Orten Deutschlands 150 000 Thaler deponiert habe, um die zu unterstützen, die im Frühjahr den Krieg in Deutschland anfangen wollen, besonders den Erzherzog Leopold. Er verhehlt auch nicht, dass Matthias mit Leopold sehr schlecht steht, von dem er Durchkreuzung seiner Absichten besorgt. Februar 23.

Der Administrator wird dieser Tage Lautern an Kurmainz schicken,[2] um dessen Meinung wegen der böhmischen Dinge zu erkunden „et l'on a quant et quant sondé par lettres sur le subject secret, que V. Exc. scait[3] et dont Elle a faict nagueres mention dans Sa lettre a moi et ainsi l'obligé a respondre par escript, ne pouvant rien discourir sur cela avec Lautern, qui n'en scait rien de tout cela." Ich hoffe, dass man auf diese Weise erkennen wird, ob Mainz und seine geistlichen Mitkurfürsten inzwischen ihre Meinung geändert haben. De Heidelberg ce 13. februarii 1611. — Praes. Zossen 25. feb. 1611.

Nachschrift. Auf besonderen Befehl der Kurfürstin berichte ich E. Exz., dass dieser Tage der Administrator durch mich hat bei ihr sondieren lassen, ob er die Hand des ältesten Fräuleins von der Pfalz[4] erhalten könnte; die Kurfürstin will nicht gleich antworten und schützt das jugendliche Alter der Prinzessin vor; sie will zuvor Ihre Meinung darüber hören und zwar sobald als möglich, damit der Administrator durch den Verzug nicht verletzt werde. Niemand sonst weiss von der Sache. Ce 13. febvrier 1611.

Bbg., A. 9a. n. 82. f. 36; Or. eigh. mit Ziffern.

---

[1] Bescheid Grünthals vom 17. Februar in Nbg., Unionsakten, Bd. 41, f. 212; Kop. Vgl. oben no. 25, S. 63, Anm. 2.

[2] Wegen der Instruktion für Engelbert von Lautern vom 8./18. Februar vgl. oben no. 64, S. 148, Anm. 2 und unten no. 70.

[3] Die Successionssache: vgl. oben no. 64 und unter no. 70.

[4] Louise Juliane von der Pfalz; die Verlobung fand erst am 15. September 1611 statt; vgl. Ch. Häutle, Genealogie des Stammhauses Wittelsbach, München 1870, S 159.

Digitized by Google

Februar 24. **70.** Der Kurfürst von Mainz an den Administrator der Kurpfalz.

Lautern überbrachte E. L. Schreiben vom 9./19. Februar,[1] worin Sie jener hohen und wichtigen „Privatsachen" [Nachfolge im Reich] gedenken, die vor vier Jahren anfangs zwischen Kurfürst Friedrich IV. und mir, dann auch mit meinen geistlichen Mitkurfürsten verhandelt wurden. Ich weiss mich des Verlaufs wol noch zu erinnern; die Sache war ohne Praejudiz der goldenen Bulle und der Rechte des Kurfürstenkollegs gemeint, weshalb auch durch Vermittlung des Kurfürsten Friedrich die beiden andern weltlichen Kurfürsten dafür gewonnen werden sollten. „So hab ich zwar darnach furst Christians zu Anhalt L. zu underschiedlichen malen darunder zu begebender gelegenheit mundlich befragt, woruf es mit nechstangedeuter behandlung bewende, aber allmal die resolution entfangen, dass es darzu keine bequemlichkeit geben mögen."[2] Ich habe daher auch mit meinen geistlichen Mitkurfürsten darüber nicht weiter geredet und weiss daher nicht, was sie darüber denken, zumal man auch von den weltlichen Kurfürsten deswegen gar keine Nachricht hat. Da wegen des Todes des Kurfürsten Friedrich und wegen der noch mangelnden Belehnung Kurbrandenburgs das Kurkolleg sehr geschwächt ist, so kann ich mich nicht weiter verbindlich erklären, bevor es nicht wieder ergänzt ist; denn der verstorbene Kurfürst und ich wollten an der goldenen Bulle und den kurfürstlichen Rechten festhalten. Wenn E. L. von den beiden andern kurfürstlichen Häusern[3] Erklärungen erlangen und

---

[1] Vgl. oben no. 64.

[2] Der kurpfälzische Akten-Faszikel Ma., 574/14 gehörte zur böhmischen Kriegsbeute Herzog Maximilians, dessen Bearbeitung für politische Zwecke der bairische Geheimsekretär D.r Esaias Leuker übernommen hatte; vorläufig versah er ihn mit Randnoten. Zur bezeichneten Stelle bemerkte er: Dem Anhalter wäre es vielleicht nicht lieb gewesen, wenn die Verhandlungen im neuen Schloss ihren Fortgang genommen hätten; denn [Erzherzog] Maximilian begann schliesslich den Possen zu merken, worauf es mit ihm abgesehen war, „do man dessen patrimonii halber ihn contra Rudolf et Matthiam anfrischen wollen"; er zog sich daher zurück, worauf Anhalt mit Matthias in Verhandlung trat, „der es mehr casu als indicio durchgetrungen, biss es den Calvinisten lestlich mit dem Ferdinand, den si gar nie haben wolten, an die gurgel gangen". Um dies zu verhindern, hat man alles „zusambenklaubt" und weil sonst nichts helfen wollte und Ferdinand bei Lebzeiten des Matthias die böhmische Krone erlangte, hat man sie durch den Fenstersturz ihm vom Haupte nehmen wollen; hätte man mit der Abdikation so bald fertig werden können, so hätte man ihn auch an der römischen Krone zu verhindern sich beflissen.

[3] Leuker am Rand: Brandenburg hätte es an Sachsen bringen sollen, es hat sich aber lange verweilt und Anhalt hat immer Mittel gefunden, die Kommunikation zu suspendieren, bis Pfalz und Brandenburg [soll heissen Sachsen] starben; inzwischen ereignete sich der Bruderstreit, weshalb Plessens Sendung, die im Oktober 1608 beschlossen worden war und diesen Punkt in sich begriff, eingestellt wurde.

Digitized by Google

sie mir mitteilen, so will ich solche auch bei den geistlichen Kurfürsten einholen und mich dann weiter erklären. Datum Aschaffenburg den 24. februarii a. 1611. Praes. Heidelberg 19. febr. a. 1611. Februar 24.

Ma., 547|14, f. 12; Or.[1]

71. Aerssen an Bongars. Februar 25.

„Monsieur. J'ay receu deux de Vos lettres, du 16e de janvier et 8e de ce mois. Elles m'empeschent beaucoup en la response, car Vous voyés clair dans les affaires de delà et icy il n'y a que confusion. Vos princes remuent beaucoup de matieres á la fois; en un autre temps et soubs des voisins plus esveillés la moictié eust peu suffire pour embraser, voire pour changer tout l'empire; maintenant i'ose croire, que tous les differens et toutes les ligues et assemblées se determineront sans guerre. La constellation de ce siecle promet cela. L'administrateur ne demembrera rien de ce que luy a esté delaissé par testament et dont il a la premiere possession, recognue quasi de tous; du moins le mande il ainsi et mons. de Bouillon ne luy conseillera pas de changer. Sy Nieuburch entreprend contre cela, peut estre aura il peut de suite que pour faire connoistre sa foiblesse et Vous dites tres bien, qu'il s'est faict le mal duquel il se plaint. Mais i'ay peur, que ce particulier divise l'union de Hal en laquelle il est malaysé, qu'il demeure avec l'administrateur. L'expedient que mons. le prince d'Anhalt porte pour contenter Saxe m'est plus suspect.[2] Qui peut recevoir un prince en la possession d'une succession a laquelle il n'a nul droict? Mais Vous dirés, pour avoir la paix il faut passer ceste formalité iusques au iugement definitif. Qui croira qu'il soit pour en sortir iamais, favorisé comme

[1] Das vorstehende Schreiben teilt der Grosshofmeister der Kurpfalz, Johann Albrecht Graf von Solms, am $\frac{\text{23. Februar}}{\text{5. März}}$ dem Fürsten Christian von Anhalt mit der Bemerkung mit, es lasse sich daraus erkennen, dass sich eine Aenderung ergeben habe. In dieser Meinung werde man durch die Mitteilung des Kurfürsten an Lautern bestärkt: er, Kurmainz, habe wegen der Succession zu Prag beim Kaiser sehr angehalten und ihn versichert, wenn er, der Kaiser, sich hierin den zu Prag anwesenden Kurfürsten bequemen wolle, dass hinwieder diese auf des Kaisers Intention nach Möglichkeit eingehen wollten; aber trotzdem hätte Kurmainz darauf nicht die geringste Resolution erhalten. Solms schliesst daraus, dass die Kurfürsten zu Prag zwar an die Successionssache gedacht, aber ihre vorige Meinung verändert hätten (Bbg., A 9a, no. 82, f. 32; Or. eigh.).

[2] Ueber Christians von Anhalt Stellung in der jülicher Sache schreibt am 26. Februar, also vor Empfang obigen Schreibens, Jakob Bongars, der französische Gesandte in Heidelberg, an den Staatssekretär Villeroy: „Ils disent et escrivent, que le prince d'Anhalt qui s'estoit rendu quasi chef du party contraire, pousse le plus a cest accord, ayant rapporté fort froide responce d'Angleterre et de Hollande et voyant la France troublée, de laquelle ils font en ce pays la d'estranges discours“ (Pa., Harlay, no. 238, vol. XII., f. 51; Or.). Vgl. auch oben no. 52 mit Anm. 3 auf S. 112.

Digitized by Google

Februar 25. il sera de l'empereur et peut estre des autres princes, qui ne voyent pas de bon oeil, que Brandeburch s'esleve par dessus eux? S'il refuse d'obeyr á l'arrest, qui le forcera? Sera ce pas une plus rude guerre de la vouloir dechasser de la possession que pour l'en exclure. Nous croyons icy et sur tout mons. de Boissise, que Saxe est en tout à la devotion de l'empereur et de l'Espagnol. On cerche les causes pour lesquelles mons. le prince d'Anhalt a donné de sy dangereux conseils á ses amis; on les croit toutes particulieres, mais ie ne Vous dis rien du mien que le jugement seul de ceux qui gouvernent icy. Pour Vous dire vray, ils ne sont pas marrys que les affaires de delà se portent à des accommodemens, car ils ne sont pas en estat pour contribuer beaucoup á l'appuy des amis; ils sont trop occupés au dedans, où nous avons divers partis, toutes fois qui n'esclattent point encor ouvertement. La royne veut la paix au dedans et dehors et est plus ialouse de son authorité qu'au commencement, lorsque chacun s'en voulut prevaloir."

Darstellung der Verhältnisse des pariser Hofs. „En un mot, sy demandés ce que nous faisons en ceste cour, tout y est particulier, tout y est venal: les dignités, les offices, les benefices se vendent au plus offrant et en tient on banque, jusques là que la royne dit ces iours passés, qu'elle croit, que l'Espagnol envoye de l'argent en France pour faire ces achepts lesquels elle va defendre par edit de peur, qu'on n'entreprenne de luy vendre le royaume. Certes sy retournies, à pene connoistries aucun de nos vieux officiers. C'est le desordre, c'est la misere du regne. Concini achepte tout, Concini vend tout. Mes maistres ont peu de part, toutesfois la royne se resoult de leur continuer leurs regimens, á quoy les princes du sang s'opposent tant qu'ils peuvent. ..... Au reste, monsieur, ic ne scay pas de quoy par delà on se peut formaliser, sy mess. les Estats aient mis les republiques devant les electeurs. Celle de Venise les a tousiours precedés en tous lieux sans contestation..... J'avoue bien, que ce sont de folies de rompre et perdre des affaires pour ces formalités, mais les Romains de leur naissance jusques á la fin ont esté jaloux de leur rang et mess. les Estats en ce commencement ne doivent rien perdre de ce que leurs voisins leur ont adiugés. Excusés etc." De Paris ce 25e de fevrier 1611.

Haag, Aerssens Korrespondenz; VII. Bd.; Kopie.

Februar 26. **72. König Matthias an Erzherzog Maximilian.**

Auf das Schreiben vom 15.[1] Was Salzburg betrifft, ist es gewiss eine grosse Unbeständigkeit, dass der Erzbischof erst die

[1] Der Erzherzog hatte dem König eine ihm aus Prag zugekommene Abschrift des Bescheids des Erzbischofs von Salzburg auf Grünthals Werbung (oben no. 25) und die Antworten von Kurmainz und Kurpfalz auf sein Erinnerungsschreiben wegen des passauer Einfalls mitgeteilt; ausserden versprach der Erzherzog, zusammen mit Erzherzog Ferdinand nochmals an die Teilnehmer des prager Konvents zu schreiben (Ib., Hofkonzepte vom Febr. 1611, no. 13.; Kpt.).

Digitized by Google

Erneuerung der Kompaktaten mit unserm Hause, gerade da ich am wenigsten daran dachte, von sich aus beim Lande ob der Enns betrieb, deshalb Punkte verfasste und nicht aussetzte, bis man eine Generalberatschlagung vornahm u. s. w. — und dass er gleich darauf auf die Verhandlungen Althans hin sich änderte, dem Kaiser zufiel und mir durch einem Gesandten einen solchen Bescheid gab! Nun wüsste ich zwar wol, was darauf gehört; es würden mir auch die Mittel dazu nicht mangeln; da aber die Umstände keine Weiterungen zulassen, halte ich für besser, den Erzbischof wieder zu gewinnen, ihn besser zu informieren, zumal der prager Verlauf so offen daliegt, dass kein Verständiger ihn billigen kann. Das beste wäre, wenn E. L. die Annäherung einleiteten, dazu als Mittel das Werk der Konföderation wegen Versicherung gegen künftige Einfälle in die Erblande brauchten und sich den Anschein gäben, als wüssten Sie von jenem Bescheide nichts und giengen allein darauf, wie man sich gemeinsam bei einer neuerlichen Bedrohung dieser Länder durch das passauer Kriegsvolks versichern könnte. Da es aber bedenklich ist, mit S. L. schriftlich zu verhandeln, so halte ich fürs beste, dazu eine dem Erzbischof genehme Person zu verwenden. Unterdess wird meine Antwortschrift auf das Anbringen der kaiserlichen Kommissarien gedruckt[1] und also seinem, des Erzbischofs, Pasquill mit Wahrheit geantwortet. — Die Antwortschreiben der beiden Kurfürsten sind ansehnlich und gut, deren Intention ist löblich und muss hoch gehalten werden, wo Vernunft und Billigkeit statt hat und man den rechten Weg wandeln will. Beim Kaiser und dessen Hof, wo man nur mit Leidenschaft regiert und handelt, niemanden hören noch weniger folgen will, werden aber, — besorge ich, — gute Intentionen wenig verfangen und der passauer Sache wird mit Aufzügen, Beratungen und Schreiben wenig geholfen. Dabei darf man freilich wenigstens äusserlich nichts unterlassen, was die Vernunft mit sich bringt, im übrigen aber muss man die wirkliche Assistenz, durch die man den Kaiser am besten zur Billigkeit bewegt, fortsetzen. Februar 26.

Ich danke E. L. für Dero Erklärung wegen dieser Hilfe und nehme sie an, hoffe auch Dero brüderliche Neigung erwidern zu können und will den Ausschlag des von E. L. angestellten Landtags erwarten.

Was E. L. wegen der Succession im Reich und der Unterredung mit Kurköln Schröttl[2] mitteilten, hat er berichtet. „Was aber an der coniunction und union, allermassen ich E. L. zuvor ausfürlich angedeut und das wier in der ordnung unserer voreltern bleiben und

---

[1] Die ‚Kopeyen und Abschriften‘, vgl. oben no. 1, Anm. 1, S. 2.

[2] Schröttls Sendung fällt zwischen 23. Januar (Beglaubigung in Ib., Ambraser Akten, Missiven vom Februar 1611, no. 12; Or.) und 11. Februar (Rückbeglaubigung in Ib., Hofkonzepte vom Febr. 1611, no. 10; Kpt.); seine Werbung beim Erzherzog war, Hilfe zu verlangen (Ib., a. a. O., no. 16); vgl. oben no. 34, S. 83, Anm. 4.

Digitized by Google

Februar 26. diese generalitet in unserm hauss nit einkummen lassen sollen, gelegen und wie gefährlich dieselb sei, sehen E. L. an erzherzogen Leopolden process, welcher sich alspald dises mitls gebraucht, dessen sich auch andere auf ander weeg (davor Gott gnedig sein wölle) gebrauchen möchten. Do aber das werk von denen churfursten dahin gestelt wäre, wie der Schrötl mir angedeut, dass sie keinen römischen könig nemben und elegiern wolten, derselb wäre dann I. ksl. M.t angenemb und gföllig, wurden wir gewisslich (ausser erzherzogen Leopolden L.) alle verworfen werden und also viel rathsamber des churfursten von Cöln L. mainung nach, dass solche tractation der election derzeit gar eingestelt als prosequiert wurde."

Erzherzog Ferdinand hat mich durch Casal erinnern lassen, dass man Erzherzog Leopold von seinen bösen Intentionen am besten durch eine Zusammenkunft aller Erzherzoge abhalten könnte. Da ich für meine Person zur Zeit nicht kommen kann, E. L. vielleicht auch zu Hause werden bleiben müssen, wird sie besser zu einer andern Zeit geschehen. Durch Casal hat mir auch Herzog Maximilian von Baiern in hohem Vertrauen mitteilen lassen, was Erzherzog Leopold im Reich wegen der römischen Krone traktiert und der Kaiser deswegen praktiziert, wobei der Herzog andeutet, dass ihm dies sehr zuwider sei.[1] Ich schicke daher unter einem andern Vorwand Schröttl zum Herzog und lasse ihn ermahnen,[2] mit uns Brüdern und Vettern in Korrespondenz zu bleiben und nicht zu gestatten, dass uns andern Unrecht geschehe, und sich nicht überreden zu lassen, „dass durch S. L. mitl dise lande sollen turbiert werden, allermassen der von Sultz offentlich zu Praag aussgeben solle." E. L. mögen Ihrerseits das gleiche tun. Was ich E. L. durch Dero Kammerdiener Grienberger[3] habe andeuten lassen, dabei bleibe ich und will es dieser Tage ins Werk setzen, „ainmal für alles aus diser servitut kummen und also mich und meine successores versichern oder den ubrigen rest auch daran setzen."

Von verschiedenen ansehenlichen Orten wird mir angedeutet,[4] „mich mit gewissen conditionen und vorbehalt in der protestierunden conföderation einzulassen, so wöllen si mir mit aller ierer macht zu hülf kumen. Nun habe ich bisher erhebliche und wichtige bedenken gehabt, solches einzuwilligen und derowegen I. H.lt den König von Hyspanien, auch andere catholische churfursten und fursten, sonderlich die mir de novo dem vertrag nach verbürgte umb hilf und beistand ersuecht, dieselb aber auf keinerlei weeg be-

[1] Vgl. wegen Peter Casals Schickung nach München oben no. 61, S. 132, Anm. 3.

[2] Neue Rückbeglaubigung Schröttls durch den Herzog Maximilian am 8. März (Wi., I A 1, Ka. 2991; Or.). — Andere Akten über diese Schickung fehlen leider.

[3] Vgl. oben no. 14.

[4] Vgl. oben no. 26 und das Schreiben des Grafen Friedrich von Fürstenberg an den König vom 26. Februar bei E. Münch, Geschichte des Hauses Fürstenberg, II., S. 286.

Digitized by Google

kumen mugen; entgegen wöllen I. ksl. M.[t] von mier nicht aussetzen sondern erdenken von tag zu tag neue practiken, mich von meinen landen zu turbiern, deme sich die Catholischen maistenthailss accomodiern und solchen umb respects willen nicht offendiren und recht unter die augen treten wöllen. So wier ich getrungen, auf die lezte alle dise zu hülf zu nemben, welche sich derselben anerbieten; thue ichs dann nicht, so möchten meine land selbst aussreissen und vermueten, ich wolte si mit vleis ruiniern lassen, allermassen sie albereit untereinander dergleichen reden spargiern und wär ich auf solchen fal des kaisers und der land halben sehr unsicher." Ich bitte daher E. L. unverzüglich um Dero Rat, damit ich mich entschliessen und einmal aus dieser Sache kommen kann. Februar 26.

Was ich den Abgesandten der böhmischen Stände, die vor dem Einfall zu mir geschickt wurden und alle von Erzherzogs Leopolds Partei sind, auf ihr Anbringen als Bescheid erteilt habe, bleibt E. L. unverborgen;[1] vorläufig werden sie aufgehalten und hoffe ich, dass inzwischen mein Volk in Böhmen sein wird; mit dem übrigen will ich selbst nachrücken und bin ich bisher einiger vornehmer Orte zu Prag und in Böhmen versichert. Datum Wien den 26. febr. a. 1611. — Praes. den 14. martii 1611.

Ib., Ambraser Akten, Missiven vom März 1611, no. 35; Or.

73. Prior Benno von St. Margarethen an den Abt von Braunau. Februar 26.

„Intentio Leopoldi et suorum militum est defendere authoritatem imperatoris contra defensores et status illos, qui se obedientiae subtraxerunt et armis ad suam voluntatem faciendam imperatorem coëgerunt. Nova et antiqua civitas adhuc durae sunt cervicis, nolunt se subicere. Posita erant iam tormenta magna, quibus Leopoldus ad deditionem illos cogere voluit, sed imperator compassus sexui feminino et innocenti iuventuti consentire noluit. Milites sibi faciunt pontem ligneum sub arce, per quem liberum volunt aditum ad alteram partem; credo quod inde antiquam civitatem aggredientur. Victoria adhuc est dubia. Si Leopoldus ceciderit, vae Catholicis; si vicerit non dubito quin rebelles facile non solum compesci sed etiam privilegia amittere possint. Raptim 26. februarii 1611."

Stg., Unionsacta, IX., f. 463; Kop.[2]

[1] Dieser Bescheid auf die Werbung der böhmischen Gesandten (Oberststallmeister Adam d. J. von Wallenstein, kaiserlicher Kriegsrat Georg Friedrich Graf von Hohenlohe, Georg Gersdorf von Gersdorf, Prokop Dwořezky von Alwranowicz, Wenzel Mayrle von Soběslau und Georg Schrick von Lukanes), die vor dem 12. Februar von Prag abgereist waren (Silbermann an Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg am 2./12. Februar; Ma. 299/18, f. 129; Kopie), erfolgte erst am 3. März und bestand in der Ankündigung des Erscheinens des Königs in Böhmen (Wi., I A 1, Ka. 2290; Kpt.).

[2] Das Original wurde von den böhmischen Ständen aufgefangen, wie eine Zeitung aus Prag vom 1. März (Stg., a. a. O., f. 470; Kop.) versichert.

Digitized by Google

Februar 28. **74.** Der Kurfürst von Mainz an Dr. Marx Gerstenberg.

Aus Deinem Schreiben vom 31. Januar[1] haben wir gern vernommen, dass in der beschwerlichen jülichschen Sache Kurbrandenburg in den Hauptpunkt, die Einnahme Kursachsens in die Possession, bis „uf die modification", deren man sich jetzt zu Jüterbogk vergleichen will, gewilligt hat. Gott wolle dazu seinen Segen geben. —

Abschriften davon wurden durch die Stände eifrig verbreitet und finden sich in allen Archiven. Ebenso verbreitet ist die Aussage eines Mönchs Aegidius aus dem Kloster unserer lieben Frau im Schneefeuer in der prager Neustadt, der zu Böhmisch-Brod gefangen wurde (Zeitung aus Prag vom 4. März, Drs., l. 9166, I. Buch passauer Volks, f. 271). Die Aussage mit dem Datum vom 17. Februar folgt hier im Auszug:

1. Der Kaiser hat sich mit dem Papst, dem König von Spanien und den Bischöfen von Salzburg, Bamberg und Würzburg dahin verglichen, dass Ramée mit seinem Kriegsvolk (das angeblich auf Jülich geworben war) nach Böhmen rücken, die Schlösser an der Grenze und einige Städte einnehmen, sich der prager Städte und des Schlosses bemächtigen und die dort verwahrte Krone in seiner Gewalt bringen solle. Darauf will der Kaiser den Erzherzog Leopold zum böhmischen König krönen lassen und den Vertrag mit Matthias wegen der Designation umstürzen; dazu hat sich der Kaiser mit den Genannten, einigen geheimen Räten und böhmischen Ständen entschlossen. Daneben will der Kaiser den Böhmen den Majestätsbrief und alle andern Freiheiten nehmen; die Güter der Nichtkatholischen sollen eingezogen und die Besitzer ermordet werden. Die Hauptsache, die der Kaiser gegen Matthias einwendet, ist, dass dieser als leiblicher, aber um fünf Jahre jüngerer Bruder sich untersteht, ihm seine Länder mit Gewalt zu nehmen; solchen Schimpf kann er nicht leiden. Die Böhmen müssen dazu gebracht werden, den Erzherzog als König anzunehmen, die katholische Religion zu halten und, soweit sie Utraquisten, zu ihr überzutreten. Wenn sie dies alles getan haben, sollen ihnen erst ihre Privilegien zurückgestellt werden. Wenn aber der Kaiser mit Ramées Volk nichts ausrichtet und die Böhmen zu nichts zwingen kann, so sollen der Papst und Spanien mit 3000 [!] Mann, die bereits im Anzug sind, der Salzburger mit 1000 [!] und der Baiernherzog mit 12 000 Mann dem Kaiser zu Hilfe kommen. — 2. Der Kaiser will endlich, wenn diese Hilfe nicht reicht, seinen Schatz, der auf 20 Millionen geschätzt wird, angreifen und noch mehr Volk werben lassen, um seine Absicht ins Werk zu setzen, alle Ketzer sub utraque aus Böhmen zu vertreiben und Matthias um dies Königreich zu bringen; er wendet vor, Matthias sei nur um fünf Jahre jünger, habe nicht mehr lange zu leben und keinen Erben zu erwarten, Leopold dagegen sei jung und er, Kaiser, wolle für ihn beim Papst die Heiratsdispens erwirken; von Matthias wisse der Kaiser, dass, wenn jener den böhmischen Thron besässe, die Böhmen, für die Matthias grosse Zuneigung habe und die wieder ihm sehr geneigt seien, alles erlangen würden, was sie begehrten; dann aber, wenn Matthias erbenlos stürbe, würden vielleicht die Böhmen einen Ketzer zum König wählen, damit aber sich die Ketzerei ausbreiten und die katholische Religion ganz unterdrückt werden. — 3. Die letzte Absicht des Kaisers ist, wenn es mit den obigen Mitteln nicht gienge, in Böhmen, Mähren, Schlesien, Oesterreich und Ungarn alle Bauern aufzurufen, sie für ewig frei zu machen und ihnen Macht über ihre Herrn zu geben, damit sie dieselben erschlagen, den katholischen Glauben aufrichten und für immer frei sein sollen (Drs., a. a. O., f. 352; Kop.).

[1] Vgl. oben no. 47, 107, Anm. 3.

Digitized by Google

Durch unsern Kanzler haben wir Dich und Brandenstein ersuchen lassen, uns Abschrift eines Gutachtens, das der Herzog von Braunschweig dem Kurfürsten von Sachsen wegen der katholischen Union und wegen des jülichschen Wesens geschickt haben soll,[1] zu senden. Nun hören wir aber, dass dieser Diskurs „fast in alle vier ort der welt" gelangt ist,[2] wie uns Abschriften aus Jülich und andern Orten als gemeine Zeitungen zukamen. Das jülichsche Wesen lassen wir auf sich beruhen; „dass aber der catholischen stend union halber sonderliche bedenken von Braunschweigs L. causirt werden, das kombt uns darumb vermöge der beigeschlossenen copien frembd vor, dieweil wir nicht allein S. L. intention und meinung zu Prag weit anderst vermerkt sonder uns auch nicht wenig schmerzt und bekümmert, dass uber alle unsere so getreue gutherzige rund und teutsche expectoration nichts desto weniger zu beharrung des nun lange zeit gegen die catholische stend getragenen unverschuldeten misstrauens noch fernere ursach und anlass will geben und die catholische stend des ohnguetlichen verdachts nicht erlassen werden. Mussen gedenken, es seien noch unruhige personen der neuern reformirten oder deformirten [lehr] under wegen, wie es dan bisshero bei allen gueten vorschlägen daran niemals gemanglet, welche das ihrig dabei thun, wie die chur- und fursten und alle stende des reichs under einander in misverstand [zu] erhalten. Aber der getreue Gott wurdet einmal gnad verleihen, damit der geist des friedens die oberhand behalte und solche untreue unruhige gemüeter confundirt werden." Wir hoffen, der Kurfürst und Du werden uns stets „offen, unverschlagen und rund teutsch" erfunden haben. Dabei wollen wir stets bleiben und versehen uns von Dir, Du werdest alles anwenden, „dass es an andern orten gleichergestalt bei vorigen beschehenen erklerungen und runden resolutionen bestendig verbleiben und bewenden möge." Datum Aschaffenburg den 28. februarii a. 1611.[3] Februar 28.

Wmz., Religionsakten, Bd. 11, no. 160[4]; Kptkopie.[4]

[1] Gemeint ist wieder das Gutachten vom 15./25. Dezember 1610.

[2] Vgl. oben no. 22, S. 54, Anm. 2. Wegen der Verbreitung des Diskurses und deren Wirkung vgl. auch unten no. 75.

[3] Auch beim Landgrafen Ludwig von Hessen beschwerte sich der Kurfürst am 27. Februar über dies Gutachten. „Were solchs I. L. [Braunschweig] eingebildt, ist leuchtlich abzunemen; verhoffe jedoch, E. L. sollen bei voriger runden gegebenen erklerung verpleiben und sich solcher ungütiger uflagen nit irren lassen. Was unser intent und zu was ende [unser union] ufgericht, sein E. L. bericht; sollens auch nit anderst spüren, Gott sei mein zeug, das ich nichts such als friede, ruhe und vertreuligkeit auss guttem treuem teutschen und unverschlagenen herzen" (Da., VIII. Abt., I; com. 10; Or. eigh.) — Der Landgraf erwidert darauf am 19./29. März aus Jüterbogk: auch ihm komme wunderlich vor, dass Braunschweig von seiner zu Prag gefassten guten Intention zurücktreten wolle; er, Landgraf, habe stets als nützlich und notwendig erkannt, den seit lange gestörten Frieden wieder herzustellen, wie er dazu auch den Kurfürsten stets geneigt gefunden habe (Wmz., Religionsakten, Bd. 12, no. 62; Or.).

[4] Statt eines Konzepts hat eine eigenhändige briefliche Anweisung des Kurfürsten an den Kanzler Faust gedient, die mit obigem Schreiben fast wörtlich übereinstimmt (Wmz., a. a. O., no. 160[3]).

Digitized by Google

Februar 28. **75.** Domprobst Johann Arnold von Bucholz an Herzog Maximilian von Baiern.

„Questo capitolo[1] un tempo fa ha havuto quella speranza chè il duca di Brunsweych verria ricevuto nell' unione catholica et che all'hora S. A.[2] potria indurre gli altri stati del paese, ancora chè heretici, di entrarvi parimente loro, non potendo venire a nissuna contributione o colletta ne anco de li subditi loro proprii senza congregatione delli detti stati. Ma havendo io veduto la lettera et discorso che il duca ha mandato all' elettore et alla casa di Sassonia[3] .... non vedo piu apparenza di poterlo sperare nè mezzo alcuno di poterci prometter o assicurare la difesa de la detta unione, non fusse, chè la si contentasse de la proportione et portione, che fariano le persone medesime dal detto capitolo o le intrade particolari loro alle quale forse si lasciariano indurre, se ben importaria molto poco. Pero quando la detta unione venesse pure una volta conchiusa et ben stabilita o chè S. Sta comandasse o almanco permettesse agli ordinarii et vescovi di collettare li cleri loro con quelle maniere et forme, che già à V. A. è stato esposto, allora io non dubitarei che tutte queste chiese et provincie possedute da vescovi catholici potriano con gran facultà proveder alle quote et contingenti delle contributioni loro, risolvendosi il clero medesimo o venendo con l'autorità superiore costretto à fare il suo dovere. Di Hildesio alli 28. di fevarario 1611."

Ma., 95|9, f. 51; eigh. Or.

März 1. **76.** Regierung und Kammer der oberösterreichischen Lande an Erzherzog Maximilian.

Auf E. hfl. D.[t] Dekret vom 14.[4] haben wir in Beratung gezogen, ob und wie Sie sich mit Dero oberösterreichischen und vorderösterreichischen Landen in die katholische Liga begeben könnten und wie solches bei den Ligaständen anzubringen wäre.

Zunächst ist zuzugeben, dass angesichts der vielen Konventikel der protestantischen Kurfürsten und Fürsten, die, wenn nicht auf den Ruin der katholischen Religion und deren vornehmster Säule, des Hauses Oesterreich, so doch auf die Freistellung und Einführung ihrer

---

[1] Von Hildesheim. Ueber den Schreiber vgl. Briefe und Akten, IV, V. VI. in den Registern und A. Chroust, Abraham von Dohna. München 1896. S. 317, Anm. 1.

[2] Kurfürst Ernst von Köln.

[3] Vgl. oben no. 74.

[1] Befehl des Erzherzogs an die ober- und vorderösterreichische Regierung und Kammer ein Gutachten wegen des Eintritts in die katholische Liga zu erstatten, der beizustreten er eingeladen worden ist. Zugleich überschickt der Erzherzog einige ‚Mittel und Ursachen' zum Eintritt, die ihm eine vertraute Person [Marx Fugger] mitgeteilt hatte (Wh., Reichsakten in genere, Bd. 59[a]; Kpt. von Saurgrein.

Digitized by Google

Sekte gehen, alle katholischen Häupter genugsam Ursache zur Zusammensetzung haben, um die Religion samt Landen und Leuten zu schützen, wozu ja auch die Liga angesehen sein soll. Nun wissen wir aber nicht, was diese Liga für Mitglieder hat, ob sie offensiv oder defensiv, wie ihre Bundesnotel beschaffen ist, ob der Kaiser sie genehmigt hat, was jeder Stand beitragen muss. Aber auch davon abgesehen haben wir allerlei Bedenken, weshalb E. D.t sich derzeit ohne besonderes Praejudiz in diese Liga nicht einlassen können: März 1.

1. Es wäre gegen Ihres Hauses Hoheit und Reputation, da E. D.t nur kontribuieren, Baiern aber das Direktorium haben sollte. Der uns unbekannte Verfasser des Diskurses [Fugger] subtilisiert zwar, dass, weil E. D.t die Session vor Erzherzog Ferdinand haben und über den bairischen Gesandten sitzen, Baiern nur das Direktorium und die Umfrage bleiben würde, wobei er auf den landsberger Bund und den Vliessorden weist, — aber die Sache lag damals doch anders: denn damals war König Ferdinand alleiniger Regierer aller österreichischen Länder und konnte für sich etwas nachsehen und zugestehen; jetzt aber, wo die Erblande getrennt regiert werden, könnten dies E. D.t nur mit Zustimmung des Kaisers und der mitinteressierten Erzherzoge tun; es wäre auch E. D.t verkleinerlich, wenn der Herzog von Baiern das Direktorium hätte, der nie Kriegsmann war, während E. D.t wiederholt gegen den Erbfeind Feldherr waren.

2. Wenn aber der Kaiser und E. D.t sich den Eintritt in die Liga belieben liessen, so ist ferner zu erwägen, woher man das Geld zur Kontribution nehmen solle? Es soll die Liga sich auf neun Jahre erstrecken, jedes Mitglied soll gleich anfangs vierzig Monate und darüber jährlich noch so viel, als man sich vergleichen würde, erlegen. Solche Summen könnten von den ausgesogenen ober- und vorderösterreichischen Kammern nicht aufgebracht werden; es haben sich auch die tirolische Landschaft und die schwäbischen und vorarlbergschen Herrschaften fast über ihr Vermögen angegriffen, so dass sie jetzt nicht „gefolgen“ können; auf die vorderösterreichischen Lande ist nicht zu rechnen, so dass man mit der Kontribution zurückbleiben und schliesslich mit Schimpf austreten müsste.

3. Fragt man, was die Liga bisher genützt hat und welche Hilfe die ober- und vorderösterreichischen Lande, besonders aber Tirol von ihr zu erwarten hätten, so ist zwar richtig, dass dem Herzog von Baiern im vorigen Jahr eine beträchtliche Summe von der Liga zugekommen ist, damit er den Mitgliedern beispringe; was dies aber geholfen hat, haben Erzherzog Leopold, der als Bischof von Strassburg der Liga angehört, die vorderösterreichischen Lande, Bamberg, Würzburg und andere besonders beim brandenburgischen Zug durch Schwaben erfahren. Baiern hat deswegen keinen Sattel aufgelegt und mit dem Geld der Liga nur sein Land beschützt. Tirol ist ein geschlossenes Land und hat keine andern Feinde als die Venezianer und Graubündner, mit denen

Digitized by Google

März 1. man jetzt gute Nachbarschaft hat; wenn aber diesem Lande eine Gefahr drohen würde, so sehen wir doch nicht, wie man sich der bairischen Hilfe ohne besondere Bedenken bedienen könnte; denn man weiss, wie Baiern gegen diese Lande gesinnt ist und wie ihm die Herrschaften Kufstein, Kitzbüchel und Rattenberg in die Augen stechen, so dass wir mit der bairischen Hilfe uns nur selbst den Feind ins Land ziehen möchten. — Berechnet man ferner, was man gleich anfangs und dann alle Jahre der Liga zu kontribuieren hätte, so wird man finden, dass mit demselben, ja mit geringerem Geld sich Tirol selbst schützen kann, wogegen es, da die Liga sich gar weit und den Rhein hinab erstreckt, diesem Land sehr beschwerlich wäre, die weit Entlegenen schützen zu müssen, von denen es selbst keine Hilfe zu erwarten hat. — Die schwäbischen und arlbergschen Herrschaften sind zwar offenes Land und den Ligisten benachbart; aber es würde die Liga sich ihrer, da sie nur wenig beitragen können, wenig zu getrösten haben; die vorderösterreichischen Lande endlich werden Jahre lang zu schaffen haben, um sich des [vom elsässischen Kriegsvolks zugefügten] Schadens, da sich allein die aufgenommenen Gelder auf 800 000 Gulden erstrecken, zu erholen, so dass sie nicht noch darüber zur Liga beitragen können. U. E. wäre am besten, die grossen und kleinen Schirmvereine in den Vorlanden wieder zu beleben.

Man muss sich auch wundern, weshalb sich der Erzbischof von Salzburg und der Bischof von Eichstätt nicht in die Liga begeben, da sie doch Baiern so sehr benachbart sind; gewiss werden sie dazu ihre erheblichen Ursachen haben.

Daher ist unser Gutachten: E. D.[t] mögen mit Ihrem Entschluss wegen des Eintritts in die Liga noch temporisieren, aber diese Sache alsbald an den Kaiser gelangen lassen und Bescheid einholen, wie Sie sich verhalten sollen; ebenso wäre, da die Landschaft das beste dabei tun müsste, die Sache auf künftigem Landtag zu proponieren und von der tirolischen Landschaft ein Gutachten zu begehren, desgleichen von der vorderösterreichischen Regierung und Kammer.[1] Inzwischen wäre der Diskurrent mit einem „guten Brieflein" hinzuhalten. Datum Ynsprugg 1. martii a. 1611.

Wh., Reichsakten in genere, Bd. 59a; Or.

---

[1] In demselben Band liegt auch das Gutachten der vorderösterreichischen Regierung und Kammer zu Ensisheim, vom 14. April datiert — Die Regierung hatte sich zunächst die Bundesnotel ausgebeten. Auch nach deren Kenntnis findet sie für unratsam, dass sich die vorderösterreichischen Lande in die Liga begeben; denn diese Lande sind offen, haben Nachbarn verschiedener Religion, haben sich stets neutral verhalten und haben vordem auch gewisse Vereine aufgerichtet, wobei sie sich sicher befunden haben. Die Stände der Lande meinen, dass, wenn diese Vereine im Vorjahr noch bestanden hätten, so wären ihnen nicht solche Lasten auferlegt worden. Entäusserung des nachbarlichen Verständnisses, besonders mit den Protestanten, durch den Eintritt in die Liga würde nur die Lande gefährden. Auch würden die Stände nicht einwilligen; denn die Praelaten haben ihre besten Gefälle im württembergischen oder badischen Gebiet und würden deren Einziehung besorgen, wie

Digitized by Google

77. Kaiser Rudolf II. an Erzherzog Leopold und die übrigen Befehlshaber sowie an die Soldaten des passauer Kriegsvolks. März 2.

Wir haben uns entgiltig entschlossen, E. L. und Euch Eurer von uns anvertrauten Kriegsbefehle gänzlich zu entlassen und abdanken zu lassen und haben bereits angeordnet, schon morgen durch unsere Kommissarien wegen der Abdankung und Bezahlung mit Euch handeln zu lassen. Wir befehlen Euch sonach durch dies offene Patent, Euch dem zu bequemen, vor unsern Kommissarien in Person oder durch einen Ausschuss zu erscheinen und während der Abdankung Euch aller und jeder Ungebühr zu enthalten. Geben... Prag den 2. martii a. 1611.

Ma., 111|11, — Kop.[1]

---

dies dem Commenthur von Raitenau durch Württemberg schon geschehen sein soll, weil der Johannitermeister in die Liga eingetreten ist; die Ritterschaft endlich ist wegen der Religion zweifelhaft gesinnt. Fraglich ist auch, ob bei der Entsessenheit der Bundesobersten Hilfe rechtzeitig geleistet werden könnte. Als die Vorlande in den landsberger Bund traten, war das Misstrauen im Reich noch nicht so gross und waren auch Protestanten Mitglieder. — Für den Beitritt spricht aber: Der gute Zweck der Liga und ihr defensiver Charakter; doch müsste sie vom Kaiser bestätigt werden und die Katholischen, auch Spanien und Burgund, der Papst und die Italiener, Lothringen, Frankreich, Venedig und wenigstens die katholischen Orte der Schweiz insgesamt sich daran beteiligen. Würde dies erreicht und könnte man neben der allgemeinen Liga auch noch einen partikularen Schirmverein im Lande selbst aufrichten, so wäre der Eintritt dieser Lande weniger bedenklich; ausserdem müsste der Eintritt in die Liga mit Reputation des Erzherzogs und des Hauses Oesterreich geschehen, dem das Direktorium zu lassen wäre, sei es, dass dem Erzherzog von den beiden Obersten entweder das Mitdirektorium angeboten würde oder dass die Direktion dem Erzherzog wenigstens dann zufiele, wenn etwas gegen diese Lande und die schwäbischen Herrschaften vorgenommen werden und der Bund einschreiten würde; denn es wäre bedenklich, dass die österreichischen und anderen Herrschaften sich erst bei Mainz oder Baiern Bescheid holen sollten. — Ist der Erzherzog zum Eintritt geneigt, so wird sich empfehlen, die Sache nicht gleich vor die Stände zu bringen sondern sich zuvor mit einzelnen Mitgliedern derselben zu beraten, wozu einige hieher berufen werden könnten; Or.

[1] Wegen der dem obigen Patent vorausgehenden Verhandlungen vgl. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 222 – 226. Am 28. Februar fiel den Kaiserlichen ein an die böhmischen Ständen gerichtetes Patent des Königs Matthias in die Hände, das dessen baldige Ankunft ankündigte, während des Königs Feldmarschall Sigismund von Herberstein mit etwa 10 000 Mann österreichischen und mährischen Volks bereits im Lande war und die Aufgebote der böhmischen Kreise sich um Prag sammelten. Zu besserer Sicherheit besetzten darum die Passauer allein das königliche Schloss und trieben die wenigen Truppen der Stände heraus, die sich auf die andere Seite der Moldau begaben, wohin man die Führer Thurn, Fels und Lobkowitz am 24. Februar entlassen hatte. Diese traten unter die dreissig Direktoren ein, die am 28. Februar gewählt wurden und die weitern Verhandlungen mit dem Kaiser und die nötigen Schritte gegen die Passauer leiteten. — Unter diesen Umständen wandte sich der Kaiser, nachdem sich die vorausgehenden Verhandlungen wegen Abführung der Passauer an der Frage des Schadenersatzes zerschlagen hatten, am 1. März wiederum an die böhmischen Stände und begehrte von ihnen

Digitized by Google

März 3. **78. Instruktion des Kurfürsten von Brandenburg für Hans Meinhard von Schönburg zur Schickung an König Matthias.**

Schon die päpstische Liga und die grossen Kriegsvorbereitungen, besonders aber das passauer und elsässer Volk haben den evangelischen Ständen allerlei Gedanken verursacht; der prager Einfall lässt aber tiefer blicken und dahin schliessen, „dass solches ein werk, welches allein durch occasion der gulchischen sachen »reuge« gemacht, vorlengst aber bei den Papisten berathschlaget und zu werk gerichtet werden wollen, nemlich eine absolutam dominationem ins reich einzufuhren und die religion ad antiquum statum wiederumb zu bringen.“ Wachsamkeit tut daher Not, um diesem bösen blutdürstigen Eifer mit gesamtem Zutun zuvorzukommen.

Man muss darum zunächst in Acht nehmen, wie König Matthias bei diesem nunmehr begonnenen Exekutionsprozess gesinnt ist, „ob es mit dern oder eins theils der ihrigen rath unbewust angefangen und sie derowegen darzu still sitzen oder eine gegendefension allein simuliren, in effectu aber es ihnen kein ernst sein möchte,“ zu welchem Verdacht der spanische Wechsel von 300 000 Kronen[1] und dass Khlesl stets in der Umgebung des Königs ist, Ursache geben. Wäre dem so, so stünde es um die Sache nur um so gefährlicher. — Andererseits ist aber zu sehen, ob des Königs Eifer nicht doch rechtschaffen ist, die Krone Böhmen nicht zu verlassen, Leopolds Vornehmen zu bestrafen und nichts wider die Religion und die Unierten zu tun. Wir trauen dem König letzteres zu, wie es für ihn auch rühmlicher ist.

---

für das Kriegsvolk, das er abdanken wolle, nochmals Sicherheit des Rückzuges (Mc., Entstehung, Fasz V., no. 37½, f. 610; Kopie), natürlich vergeblich, da vom Schadenersatz wieder keine Rede war (Stände an den Kaiser am 4. März (Mc., a. a. O., f. 611; Kopie). — Unterdessen waren die Verhandlungen des Kaisers mit den Passauern, denen der Boden unter den Füssen immer heisser wurde, so weit gediehen, dass die Führer im Einverständnis mit den meisten Befehlshabern und mit den Reitern am 4. März einen Revers ausstellten, wonach sie gegen sofortige Auszahlung von 150 000 Thalern in baarem und Lieferung von 100 000 rhein. Gulden in Silbergeschirr, Tüchern und Seidenwaren sofort mit ihren Kriegsvolk nach Budweis und Krumau aufzubrechen versprachen, um dort die endgiltige Bezahlung und Abdankung zu erwarten; Tabor aber sollte gleich abgetreten werden (Ib., Hofkonzepte vom März 1611. — Kopie); das Fussvolk wollte aber von diesem Abkommen nichts wissen und begehrte, noch in Prag völlig bezahlt zu werden. So verzog sich die Abdankung von Tag zu Tag (Bericht eines Agenten in Prag an den Herzog von Württemberg vom 7. März in Stg., Unionsacta, Bd. XI., f. 530; Kop.).

[1] König Matthias waren in der Tat im Jahr 1609 von Philipp III. 200 000 Dukaten in vier Raten bewilligt worden (Spanischer Staatsrat vom 3. März 1611; Sim., Fasz. 709, f. 189; Kop.).

Digitized by Google

Schönburg[1] soll sich daher im geheimen zum König begeben, unterwegs auf alles wol Acht haben und zu erfahren suchen, wie der König sich erzeigt, ob es ihm Ernst ist und er das Werk fortsetzen will oder ob er wegen der Religion laviert. In jedem Fall hat Sch. sich bei Matthias in höchstem Geheimnis anzumelden und vorzubringen: Polheim[2] wird dem König berichtet haben, wie wol wir gegen ihn gesinnt sind, der uns durch vertrauliche Schickungen und Schreiben seinen Zustand entdeckt hat; wir haben daraus abgenommen, dass des Königs Meinung auf die Wolfahrt des Reiches und die Freiheit der Glieder desselben sowie auf Erhaltung von Frieden und Vertrauen gerichtet ist. Darum haben wir und die andern Unierten mit ihm ein Ziel und können mit ihm korrespondieren und, da dem einen oder andern Teil von bösen friedhässigen Leuten etwas übles zugedacht wird, wäre es für eine gemeinsame Sache zu halten und hätte einer dem andern die Hand zu bieten. Polheim hat uns zu solchen Verständigung nicht abgeneigt gefunden; wir erwarteten nur Polheims Bericht, ob es auch dem König also gefiele, damit wir sodann zu vertraulicher Unterredung jemanden von den unsrigen an den König abfertigen könnten. Mit Rücksicht aber auf den inzwischen erfolgten Ueberfall Prags haben wir nicht länger einhalten wollen und haben schon jetzt Sch. an den König geschickt. März 3.

Wir zweifeln nicht, dass der König an dem barbarischen Beginnen der Passauer ein besonderes Misfallen haben und mit den böhmischen Ständen Mitleid tragen wird, die sich gegen ihren Kaiser und König zu allem Gehorsam, Frieden und Einigkeit bequemt und ihm vertraut haben; der König wird aber auch bedacht sein, sie aus dieser Gefahr schleunig zu retten und den Makel, der also dem Hause Oesterreich durch böse Leute zugefügt wurde, mit Hilfe des ganzen Hauses zu tilgen. Da durch das passauer Volk ohne rechtzeitiges Zutun des Königs der Zustand des Reichs verkehrt und alles mit Tyrannei und Krieg erfüllt werden könnte, so bitten wir ihn, daran zu sein, damit fernere Ungelegenheit und Vergiessung christlichen Bluts gehindert und der ganzen Christenheit Ruhe geschafft werde. Das beste Mittel hiezu ist, dass allenthalben de facto prozediert wird und der König dem Mutwillen einiger weniger Leute nicht länger zusieht sondern ihn mit königlicher Macht bricht. Es geht vielfältig und unter dem gemeinen Kriegsvolk die Rede, dass es nach Eroberung Böhmens in unsere Kur gewiesen werden soll; wir wüssten

[1] Ueber ihn vgl. [Kazner], ‚Leben Hans Meynhards von Schönburg' in J. J. Mosers ‚Patriotischem Archiv für Deutschland', VIII., 1788, S. 109 ff.

[2] Polheim war im Januar beim Kurfürsten gewesen. Der altenburgische Kanzler D.r Elias Förster schreibt am 2./12. Januar an die kursächsischen geheimen Räte, gestern sei P. in Altenburg angekommen und wolle weiter nach der Mark (Drs., l. 8807, 20. B. jül. Sachen, f. 267; Or.). Vgl. wegen Polheims Schickung an die Reichsstände oben no. 21, S. 52, Anm. 2 und no. 26.

Digitized by Google

März 3. aber nicht, wodurch wir je den Kaiser dazu gereizt hätten; wir haben uns ihm bei der kölner Handlung also submittiert, dass nur der Punkt wegen der Einnahme des Hauses Sachsen rückständig blieb, worin man sich soeben mit Zutun von Verwandten so bemüht, dass das Haus Sachsen sich nicht zu beschweren hat; wir sind auch vor wenigen Tagen mit dem Kurfürsten in Freundschaft zusammengekommen und haben uns in aller Liebe und Einigkeit verglichen; wir sehen also nicht, wie man einen Kurfürsten „unangemeldet" also überfallen könnte. Der König aber könnte durch seine zeitige und befugte „Vindicta" allem Unheil leicht vorkommen, damit von uns und andern gehorsamen Reichsständen alle Gewalt und Gefahr abgewendet werde; dadurch würde er sich einen unsterblichen Namen machen. Dafür wollen wir ihm treulich die Hand bieten und ihm in allem helfen, worin wir ihm dienen können, auch seiner bei den andern Unierten, da ohnehin ein Unionstag angesagt ist, im besten gedenken, damit er sich von ihnen alles Beistandes zu erfreuen habe.

Wenn Sch. beim König in der Tat den gesuchten Eifer spürt und man sich darauf gewiss verlassen kann, so hat er ihn in seinem Eifer zu bestärken, dass das Unternehmen christlich, löblich und nötig sei, dass es des Hauses Oesterreich und des Königs Reputation erfordere, dass er sich damit einem grossen Namen machen und sich die Unierten verpflichten werde, damit sie die Hand anlegen und sich ihm bei künftigen Gelegenheiten akkomodieren. Da wir bemerkt haben, dass Matthias bei der letzten Expedition an Kraut und andern Sachen ziemlichen Mangel hatte, so soll Sch. anbieten, dass wir ihm damit aushelfen wollten.

Wäre aber zu vermerken. dass der König einer allgemeinen Verfolgung der Religion konnivieren oder daran gar selbst teilnehmen würde, so hat Sch. ihn von diesem Vorhaben abzubringen und ihn auf das Beispiel seiner Vorfahren beim Religionsfrieden zu verweisen, die dafür hielten, dass es nicht eines Menschen sondern Gottes Werk sei, die Gewissen der Menschen zu zwingen; er hat ihn an das schwere Gewissen derer zu erinnern, die zur Vergiessung christlichen Bluts Ursache gaben, an den Ruin des deutschen Vaterlandes, an die von den benachbarten Barbaren drohende Gefahr, wenn wir uns untereinander verderbt hätten, endlich an die Ungewissheit des Ausgangs des Krieges. Sollte endlich der Streit zu einem Vertrag kommen, um den sich zweifellos viele bewerben werden, so soll Sch. sich dahin bemühen, dass Matthias auf keinen Vertrag eingeht, der nicht dem Reich, den Ständen und dem Religionsfrieden zum besten gereicht, d. h. man solle alles feindliche Wesen abstellen, das Kriegsvolk allenthalben abdanken und in gutem Einverständnis zum Reichstag schreiten. Das wird dem König gleichfalls einen guten Namen machen. Geben uf unserm hause Zossen den 21. feb. a. 1611.

Bbg., A 9 a, no. 166, f. 1; anhaltsche Kopie.

Digitized by Google

79. Aufzeichnungen des Fürsten Christian von Anhalt für Hans Meinhard von Schönburg zu dessen Reise ans Hoflager des Königs Matthias. [März 3.]

1. Auf der Reise ist zu erkunden, wie der Handel steht. 2. Bottler [?] ist erst nach dem Zusammentreffen mit Matthias abzufertigen. 3. Matthias ist geheim anzusprechen. 4. Mit Zierotin,[1] Herberstein,[2] Tschernembl[3] ist vertraulich zu handeln, mit Liechtenstein[4] „mittelmässig"; vor den andern geheimen Räten möge Schönburg sich aber in Acht nehmen, besonders vor dem Bruder des Obersten von Hofkirchen.[5] 5. Es ist zu sondieren, ob des Königs Auszug Finte oder Absicht sei.[6] 6. Sch. soll Bericht über den Zustand der königlichen Armee einziehen. 7. über deren Hauptintent und 8. wie es mit den angeblich dem König aus Spanien geschickten 300 000 Kronen beschaffen sei? 9. Der König und dessen vertrauteste Räte sind zu erinnern, dass es nicht wol getan wäre, auf beiden Achseln zu tragen wie 1608 gegen verschiedene evangelische und katholische Stände und im Vorjahr gegen Frankreich geschehen ist. 10. Matthias und alle interessierten Königreiche und Lande sollen hauptsächlich dahin sehen, wirkliche Versicherung zu erlangen, dass künftig nicht alle Tage die Privilegien und Freiheiten gebrochen und alles zu Grunde gerichtet werden könne. 11. Matthias muss auch dahin trachten, bei diesem Werk auszuharren und sich deshalb des Wolwollens von Mähren, Oesterreich und Ungarn versichern; das geschieht am besten, wenn er persönlich mitzieht. 12. Der König soll das Proviantwesen ordentlich anstellen, damit ihn nicht der Hunger von seiner „Impresa" abstehen mache. 13. Der König soll die Prager der Altstadt ermuntern und sie seiner Hilfe und der Erhaltung der Privilegien und des Majestätsbriefs versichern, ihnen auch zusagen, dass er bei ihnen Leib und Leben lassen wolle. 14. Dem Kurfürsten von Sachsen soll Matthias nochmals vorstellen, was er vermöge seiner Zusage zu tun schuldig sei, sich über Erzherzog Leopold beschweren und

---

[1] Karl d. Ae. von Zierotin, Landeshauptmann in Mähren; vgl. Peter v. Chlumecky, Karl von Zierotin und seine Zeit 1564—1615, Brünn 1862.

[2] Hans Sigismund von Herberstein, Feldmarschall des Königs Matthias.

[3] Georg Erasmus von Tschernembl auf Windeck und Schwertberg, Führer der evangelischen Stände Oesterreichs ob der Enns; vgl. über ihn Jodok Stülz im Archiv für Kunde österr. Geschichtsquellen, IX., 171 ff.

[4] Karl von Liechtenstein; vgl. F. Hurter, Geschichte Kaiser Ferdinands II., VI. S. 459, das Register zu Briefe und Akten, V. und VI. und Jakob von Falke, Geschichte des fürstlichen Hauses Liechtenstein, II; Wien 1877, S. 125 f.

[5] Georg Andreas Freiherr von Hofkirchen; ein zweiter, Wolfgang von Hofkirchen, war entschieden evangelisch gesinnt gewesen; vgl. Briefe und Akten, V. 709.

[6] Bis hieher von des Fürsten eigner Hand.

Digitized by Google

[März 3.] „vornemblich seine impresen, beklagungen und intentiones wider den Leopoldum und denselben zusagen an die spitze setzen.“ Sch. soll auch berichten, dass Kursachsen mit Leopold nicht zufrieden sei. 15. Matthias soll mit Erzherzog Maximilian gute Korrespondenz halten, vornehmlich damit kein Volk aus Italien durchgelassen werde. 16. Würde Matthias vernehmen, dass Leopold von Graz her Hilfe zu erwarten hätte, so soll er die steirischen und kärnthnischen Stände durch das Versprechen von Konzessionen in Religionssachen an sich ziehen, sich auch der Ungarn in Niederungarn [gegen Erzherzog Ferdinand] bedienen. 17. Könnte der König mit seiner Impresa nicht bald zu Ende kommen, so soll er eine Gesandtschaft zum Unionstag vorbereiten, dort den Verlauf des Handels und die ihm und den Ständen widerfahrenen Unbilligkeiten beweglich anziehen und seine Notdurft suchen; „wurde ihme von uns andern, die wir alhier zur stelle und in der nehe, gute handbietung geschehen.“ 18. Würde dem König die Zeit bis zum Unionstag zu lang sein, so könnte er dasselbe Begehren durch Botschaften bei den einzelnen Unierten suchen lassen und wird dies gewiss einen guten Ausgang nehmen. 19. Da die kaiserlichen Räte darauf zu gehen scheinen, dass Matthias die Königreiche und Länder wieder abtreten solle, so ist zu erkunden, wie die Lande, besonders Ungarn, deswegen gestimmt sind und soll Sch. mit den Vornehmsten der Lande darüber reden. 20. Würde etwas Tätliches vorgenommen, so hätte es oben auf dem Hradschin zwei gute Gelegenheiten: a) bei der hintersten Brücke, „do man bedeckt in den graben kommen kann“, b) auf dem Berge bei Strahov, von wo aus man die ganze Kleinseite und den Hradschin „commendieren“ kann. Auch Pilsen wäre „per entreprise“ zu behaupten und dann wäre der Pass nach Deutschland und zu den Unierten offen und könnte Zufuhr und Assistenz hernach folgen. 21. Matthias soll alle Nachbarn Böhmens bitten, den Gegnern keinen Proviant zukommen zu lassen, desgleichen nicht Munition oder Waffen. 22. „Dieweil deren orten durch das frawenzimmer vil auskompt, wie solches in specie vermeldt worden, dass man dargegen practiciren welle, sich ebenmessiger mittel zu gebrauchen.“ 23. Zu einem Haupttreffen ist nicht zu raten, aber man soll fleissig den Proviant abschneiden. 24. Der vielen böhmischen Bergknappen könnte man sich, namentlich wo Berghäuser sind, mit Nutzen bedienen. 25. Der Berghäuser in Böhmen, die vielleicht den Gegnern gehören und die mit wenig Kosten und Volk zu behaupten sind, hätte man bei dem Anschlag nicht zu vergessen. 26. „A. [Anhalt] zu gedenken, sein dependenz von Unirten, Frankreich, England, Dennemark, Staden und was dieser seiten praestirt worden und was er sich auch erboten, hinforters in gemeinen sachen in acht zu nehmen.“ 27. Warnung vor falschen Zeitungen, sich dadurch nicht irre machen zu lassen, wie auch Anhalt im jülichschen Krieg es gehalten hat. 28. „Zu remonstriren, gar nit zuzulassen, pacification zu machen, wann hingegen das kriegsvolk uf das reich

Digitized by Google

geführt werden solte;" dadurch würde ihm so wenig als zuvor geholfen sein. 29. Benachrichtigung nach der Oberpfalz. 30. Gebrauch von Ziffern im Verkehr mit Anhalt; Mitteilung des Aufenthalts und Rückwegs. 31. Mitteilung der Befehlshaber und der Regimenter der königlichen Armee. 32. Zu grüssen sind Thurzo,[1] Seifrid und Ferdinand Kollonitsch, Thurn, Fels, Wilhelm Popel, Hoditzky[2], Zierotin, Tschernembl, Starhemberg,[3] Liechtenstein, Ernst Kollonitsch, Ruppa,[4] Budowec.[5] 33. Graf Friedrich von Fürstenberg[6] ist im Namen von Anhalt der zwischen ihnen vorgegangenen Traktation zu Wittingau[7] und Lipschitz zu erinnern; Anhalt will dabei bleiben und hofft, in diesen Sachen jetzt mehr als je zu verrichten „und ihrestheils an dependenz und dergleichen hiezu gehorigen qualiteten nicht abgenommen zu haben." 34. Matthias und seine Räte sind zu erinnern, dem Administrator den Titel zu geben, wenn es nicht schon geschehen ist, da derselbe ihn von Frankreich, England, den Staaten, Dänemark, den geistlichen Kurfürsten, Brandenburg, Baiern, Erzherzog Maximilian und den meisten Reichsständen erhält; das ist besonders durch Liechtenstein zu betreiben, der von diesen Sachen viel weiss. 35. „Allezeit guten minen machen, dass man mit Chursachsen gar nahe beisammen vnd derselben selbsten [!] kaiserliche hilf verdechtig zu halten anfienge." 36. „Gute minen zu machen, wie die gulchische sachen in eine starke manutention gebracht, dass auch die Possedirende ohne assistenz nur aus mittel der lande sich mainteniren könten und was von magazin und dergleichen anstellungen von Anhalt geordnet worden." 37. Wenn Thurn frei und ledig ist und Sch. mit ihm reden kann, soll er ihn der alten Vertraulichkeit mit Anhalt versichern „und dass sie die consilia, so sie mit einander vor diesem gehabt, nun einmal zu exequiren und nicht lenger einzustellen." 38. Im Fall eines Erfolges soll Matthias eine „Demonstration" wider die kaiserlichen Räte als Hannewald, Hegenmüller, Hemmerle[8] und die von Leopold abhängen, vornehmen, sowol wegen der Justiz als um bei den Reichsständen Wolwollen zu erwecken. 39. Matthias soll von allen seinen Fortschritten Kurbrandenburg, Kurpfalz, Ansbach und Anhalt benachrichtigen. 40. Im Fall einer [März 3.]

[1] Georg Graf Thurzó, Palatin von Ungarn; vgl. A. Huber, Geschichte Oesterreichs, IV., 532.

[2] Georg Graf von Hoditzky, königlicher Oberstwachtmeister.

[3] Richard von Starhemberg, der bekannte Vertreter der evangelischen Stände in Oesterreichs ob der Enns.

[4] Wenzel Wilhelm von Ruppa, einer der Führer der böhmischen Brüder und einer der dreissig Direktoren von 1609; vgl. A. Huber, a. a. O., S. 552.

[5] Wenzel von Budowec, das Haupt der dreissig Direktoren.

[6] Ueber Friedrich (IV.) Grafen von Fürstenberg, vgl. E. Münch, Geschichte des Hauses Fürstenberg, II., S. 237 f.

[7] Ueber die Wittingauer Verhandlungen vgl. Briefe und Akten, II., S. 420, Anm. 2.

[8] D.r Hans Ulrich Hemmerle, Reichshofrat.

Digitized by Google

März 3.] Vergleichung soll Matthias darauf sehen, die wirkliche Aufhebung aller Feindseligkeiten im Reich zuwege zu bringen und Ruhe zu stiften, wodurch er sich selbst sehr fördern würde. 41. „Hingegen ob nit muglich, dieweil unter anderm diese unruhe ohne zweifel daher entstanden, dass Gottlob so viel braver leut in Deutschland anizo vorhanden und dass man zu vorkommung innerlicher unruhe mit den Turken wiederumb zu handeln uberkomme und zu solchem intent die gemüter einig machen könte; davon wäre mit Kollonitsch, Herberstein, Thurzo, Hodizky und andern zu reden.“ 42. „Rosenberg, Krumau und dergleichen“. 43. Käme Sch. zu Kleinsträtel,[1] so hat er ihm die zwei Zeichen # ⊢ zu zeigen und von ihm vertrauliche Mitteilung zu begehren. O. D.

Bbg., A 9 a, no. 166, f. 12; Aufzeichnung im Or

März 5. **80.** Der Kurfürst von Sachsen an König Matthias.

E. kgl. W. werden auf Dero Mahnschreiben [vom 29. Dezember] unsere Antwort vom $\frac{\text{29. Dezember 1610}^{2}}{\text{8. Januar 1611}}$ erhalten haben. Wir hatten darnach gänzlich gehofft, E. kgl. W. würden sich auf des Kaisers so ausführliche richtige Erklärung wegen des Einfalls der Passauer gänzlich zufrieden geben und nicht sich, dem Kaiser und Dero Landen neues Ungemach zuziehen wollen. Nun hat uns aber der Kaiser durch einen Gesandten berichten lassen,[3] dass er sich zwar durch eine ansehnliche Gesandtschaft bei E. kgl. W. entschuldigt und erklärt habe; aber es wolle nicht verfangen, er erhalte keine Antwort und wisse nicht, wessen er sich von E. kgl. W. zu versehen habe, zumal man in Oesterreich und den anderen Nachbarländern stark rüste. — Wir messen dies nun zwar nicht E. kgl. W. sondern etlichen friedhässigen Leuten zu; es ist gleichwol uns aber sehr schmerzlich zu hören gewesen. E. kgl. W. ziehen an, dass das passauer Volk sich „etwas“ nach Oesterreich begeben habe; aber Sie haben doch aus des Kaisers Entschuldigung vernommen, dass er den Einfall weder befohlen noch gebilligt sondern ihn, sobald er davon gehört, ernstlich abgestellt und

[1] Gemeint ist derselbe Kleinsträtel, der mit dem Herzog von Braunschweig als einer der Abdankungskommissare in Passau gewirkt hatte; vgl. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 178.

[2] Vgl. oben no. 9.

[3] Minckwitz; vgl. oben no. 67, S. 154, Anm. 1; sein Anbringen entsprach dem Tengnagels. Der am $\frac{\text{25. Februar}}{\text{7. März}}$ erteilte kurfürstliche Bescheid für Minckwitz stellt die Absendung eines Gesandten an Matthias in Aussicht. Würde sich der König dann noch nicht akkomodieren, so wird sich der Kurfürst gemäss dem prager Vertrag und den andern Vereinigungen zu des Kaisers Zufriedenheit erzeigen. Der Kaiser möge aber inzwischen die böhmischen Stände nicht weiter erbittern und ihnen nicht Anlass geben, Matthias zu Hilfe zu rufen (Drs., l. 9166, I. Buch passauer Kriegsvolks, f. 237; Kpt.).

Digitized by Google

sich zum Ersatz der Schäden sowie zu fester Haltung des Vertrags erboten hat, zu geschweigen dass das Kriegsvolk weder aus Mutwillen noch in feindlicher Absicht sondern nur aus äusserster Not eingerückt ist. Da nun viele Stände des Reichs solche Durchzüge, ja ganze Winterlager haben dulden müssen, so meinen wir, dass auch E. kgl. W. es dem Kaiser gegenüber, von dessen Milde Sie Ihre Länder haben, nicht so genau nehmen dürfen. — Wir wissen uns des prager Vertrags wol zu entsinnen und wollen ihn treu halten; unsere Verpflichtung ist aber nicht allein auf den einen oder den andern Teil sondern auf beide in gleicher Weise gemeint. Greifen nun E. kgl. W. den Kaiser und dessen Länder feindlich an, so haben Sie sich unserer im Vertrag ausbedungenen Hilfe nicht zu versehen noch dürfen Sie uns oder unsere Mitbürger dazu ermahnen; der Kaiser aber würde zur Verteidigung sein äusserstes versuchen müssen, seine jetzige Kriegsverfassung nicht nur nicht abschaffen können sondern es müssten ihm auch alle Reichsstände ihrer Pflicht nach beistehen, besonders aber wir, die Bürgen des prager Vertrags, weil der Kaiser die Vergleichung so ernstlich zu halten gemeint ist. E. kgl. W. können auch leicht ermessen, dass, so lange Sie Ihre Erklärung hinterhalten, Sie selbst die Abdankung des passauer Volkes verzögern und haben E. kgl. W. die Kosten und den Schaden für sich, den Kaiser und die Landschaften zu ermessen, wenn man beiderseits unter Waffen bleibt und sich gar nicht vertrauen will, woraus zuletzt ein gefährlicher Aufstand des verzweifelten Volkes entstehen könnte. Wir ermahnen E. kgl. W. also nochmals, sich nicht durch böse Leute zu einem gefährlichen unnötigen Krieg aufbringen zu lassen sondern stetig bei dem Vertrag zu beharren. Wir wollen uns dagegen beim Kaiser für völlige Ausführung des Vertrags verwenden, damit E. kgl. W. und Dero Lande vor aller Gefahr bewahrt bleiben. Goldstein[1] wird dies alles E. kgl. W. noch weiter ausführen. Datum Glücksburg am 23. februarii 1611. März 5.

Drs., l. 9166, I. Buch passauer Kriegsvolks, f. 243; erste Kptkopie mit Verbesserungen Gerstenbergs. — F. 249; zweite Kptkopie mit Verbesserungen Schönbergs.

81. Die böhmischen Stände an den Kurfürsten von Sachsen. März 5.

E. kfl. Gn. werden aus unserm Schreiben, aus Karl von Wartenbergs Anbringen[2] und anderweitig vernommen haben, wie das

[1] Eine Instruktion für Oberstleutnant Karl von Goldstein zur Schickung nach Wien vom $\frac{\text{25. Februar}}{\text{7. März}}$ (in Drs., a. a. O., f. 253; Kpt. von Schönberg) wiederholt nur obiges Schreiben. Die Schickung wurde aber eingestellt (Kaspar von Schönberg an den Hofmarschall Christoph von Loss am 2. 12. März; Drs., a. a. O., f. 304; Kpt.).

[2] Karl von Wartenberg, einer der dreissig Direktoren, war, wie es scheint, gleich nach dem Einfall der Passauer in Prag nach Dresden abgefertigt worden. Oberst Heinrich von Günterode empfiehlt ihn am 18. Februar dem Kurfürsten von Sachsen zu guter Expedition (Drs., l. 9166, I. Buch passauer Kriegsvolks, f. 115; Or. eigh.).

Digitized by Google

März 5. passauer Volk auf Antrieb untreuer schädlicher Räte des Kaisers und anderer Helfershelfer ohne alle Ursache in Böhmen eingefallen ist. Nun hören wir, dass die Rädelsführer gar uns die Schuld an dieser macchiavellistischen Tat beilegen und uns als Aufrührer angeben wollen. Wir müssen uns daher durch dies Schreiben rechtfertigen und bezeugen, dass wir zu dem blutdürstigen Beginnen dieser Gesellen in keiner Weise Ursache gegeben, uns stets gegen den Kaiser als treue Untertanen gehorsam verhalten, ihm mit unaufhörlichen Landsteuern (bis zu unserer und der unsrigen Erschöpfung) beigesprungen sind, ja selbst bei jüngster Konfusion ihn mit Darsetzung Guts und Bluts bei Land und Leuten erhalten geholfen haben. Wir wollten auch, obwol wir schon bei Anfang des passauer Handels dessen Intent leicht abnehmen konnten, gegen die Passauer doch nichts gewaltsames vornehmen, weil wir von E. kfl. Gn. eines andern vergewissert worden waren, haben vielmehr den Kaiser bei Zeiten deshalb erinnert und dessen Schutz erbeten, auch die Zusage erlangt, dass diesem Königreich nichts feindliches begegnen solle. Dieser kaiserlichen Versicherung haben wir getraut, „bis uns entlichen der glaube leider nunmehr in die hand kommen.“ Dass wir aber trotz unserer kleinen Zahl unsern offenen Feinden Widerstand leisteten und mit Zuziehung des Königs von Ungarn und mit Hilfe der einverleibten Länder ihn auch fernerhin noch tun wollen, das fordern Naturrecht, Landtagsbeschlüsse u. s. w. An der Zerstörung etlicher Klöster und an der Ermordung einiger geistlicher Personen sind wir durchaus unschuldig; wir beklagen die Untaten des Pöbels, da wir wol wissen, wie wir uns als vornehmes Glied des heil. römischen Reichs der Religion und des Landfrieden halber auch gegen andere Religionsverwandte verhalten sollen. Wir wollen die Schuldigen ausforschen, haben auch schon einige Personen einziehen lassen, die ehestens verhört und nach Befund bestraft werden sollen; wir haben uns auch gegen den Nuntius und den spanischen Gesandten schon schriftlich entschuldigt, was gut aufgenommen worden ist.[1] Die Ursache, welche den Pöbel zu diesen Untaten bewogen hat, ist wieder die passauer Rotte und deren Konsorten, da sich von den zwei Korneten Reiter, die in die Alt- und Neustadt eindrangen, aber aufgerieben wurden, etliche Leute in die Klöster flüchteten, mit denen wir sonst, besonders mit den Jesuiten, im Einvernehmen standen. Der Pöbel hat aber wegen des Gemetzels auf der Kleinseite und, weil er wol wusste, wie treulich das welsche Gesindel, darunter auch eingesessene Bürger, den Passauern geholfen hatte und wie den unsern aus dem Sachsenhause und in der welschen Gasse mit Schiessen, Pechkränzen, Steinen, heissem Wasser u. s. w. zugesetzt worden war, die Klöster gestürmt und dabei leider die Mönche erschlagen. Da also E. kfl. Gn. sehen, dass wir nichts

[1] Vgl. oben no. 63, S. 145, Anm. 1.

Digitized by Google

gegen Gott, unser Gewissen und unsere Pflicht getan haben, wie wir von den Rädelsführer bezichtigt werden, sondern nur als treue Liebhaber des Vaterlandes es vor solchem räuberischen und mörderischen Gesindel zu verteidigen entschlossen sind, so versehen wir uns gänzlich, dass sich E. kfl. Gn. unser Vorhaben gefallen lassen, uns für treue Untertanen achten, uns bei allen Reichsständen rechtfertigen und sich auf unser jüngstes Hilfsgesuch gnädigst und schleunig entschliessen werden. Datum Prag den 5. martii a. 1611. März 5.

1. Nachschrift. Eben wird uns E. kfl. Gn. Bescheid für Wartenberg vom 11./21. Februar zugebracht.[1] „Dass nun die erforderung der erbvereinigung gemess nicht ervolgt, ist rebus ita stantibus, ungeacht dass I. ksl. M.[1] darein consentieret haben soll, vorsezlich verblieben, daran wier stende, so rechte patrioten und liebhaber des vaterlandes, im wenigsten nit schuldig; müssen auch, was uns der empörung halber auf ungleichen bericht zugemessen werden will, dissmal mit gedult verschmerzen, Gott und der zeit bevehlen.“ Wohin aber und gegen wen das Volk gebraucht werden soll, ist aus der macchiavellistischen Handlung des passauer Volkes so weltkundig, dass es weiterer Erklärung nicht bedarf. Können und wollen wider Zuversicht E. kfl. Gn. diesmal dem bedrängten Vaterlande nicht anders helfen, so bitten wir Sie, sich vermöge der Erbvereinigung wenigstens dahin zu erklären, dass auf einseitige Erforderung des Kaisers keine Hilfe von E. kfl. Gn. erfolgen soll, noch Sie fremdem Volk den Zuzug zu den Passauern durch Ihr Land gestatten wollen. Datum Prag den 7. martii a. 1611.

2. Nachschrift. Eben ist durch besondere Schickung Gottes Tengnagel, der vornehmste geheime Rat des Erzherzogs Leopold und also einer der Rädelsführer der passauer Praktiken, von einigen unserer Reiter aufgehoben worden, die auf die Streife geschickt waren, um Lorenz Rameés Raub abzufangen, den dieser gewisser Kundschaft nach auf der Elbe fortschicken wollte.[2] Wir senden seine zweimalige

[1] Der Kurfürst hat mit etwas Ungeduld von diesen neuen Unruhen gehört. Er und seine Mündel wünschten, da auch sie die Erbvereinigung treu zu halten gedenken, nichts mehr als sich auf Wartenbergs Anbringen gleich so entschliessen zu können, wie es die böhmischen Stände vielleicht erwarten. Da aber die Erforderung Sachsens allein von den Ständen und nicht vom Kaiser als König von Böhmen ausgeht und weder angedeutet wird, wo die Hilfe angenommen und hingeführt, noch gegen wen sie gebraucht werden soll, so haben er und seine Mündel nicht zu schliesslicher Entscheidung kommen können. Sie wollen sich aber nach Beseitigung dieser Hindernisse vermöge der Erbvereinigung so erzeigen, dass die Böhmen sich darob erfreuen sollen (Drs., a. a. O., f. 132; Kpt. von Schönberg). Vgl. wegen Wartenbergs Abfertigung unten no. 82

[2] Die Gefangennahme geschah am 3. März bei Welwarn durch Wilhelm von Kinsky, Bubna und 300 ständische Reiter. Ausser Rameés Schatz und Tengnagel fielen den Böhmen noch der englische Gesandte Stephan Lesieur und der kaiserliche Hofkammerrat Bernhard Wilhelm Meckbach in die Hände, welch letzterer bei den Ständen des niedersächsischen Kreises Antizipa-

Digitized by Google

März 5. gütliche Aussage[1] nebst der eines Mönches,[2] wie wir denn auch, was weiter einkommt, mitteilen wollen. Wir bitten E. kfl. Gn., diese Aussagen wol zu erwägen und uns mit Ihrem Rat beizustehen, wie solche Praktiken abzuwenden seien. Actum ut in literis.

„Gleich diese stunde haben I. fl. D.t [Leopold] ihren vornehmen kammerherrn herrn grafen Mirabaldo zu uns stenden geschickt mit vermeldung, dass er als ein junger und im kriegswesen unerfahrner herr von bössen räthen sei verfürt worden; desgleichen begehren I. fl. D.t freien pass zu I. kgl. M.t in Ungarn, so im anzug nach Böhmen, in willens bei derselben umb gnad zu bitten.“[3]

Drs., l. 9166, I. Buch passauer Kriegsvolks, f. 338, 343, 345; Or. mit Nachschriften.[4]

März 5. **82.** Reichshofrat Hegenmüller an den Erzbischof von Salzburg.

Auf das Schreiben vom 27. Februar,[5] das am 3. hier einlief. Althans Abordnung unterbleibt. — Weil sich die Dinge wegen des passauer Volks stündlich ändern, habe ich den Eilboten aufgehalten, um sicheres melden zu können. „Obwol hievor auf diser seiten der clainen stat etliche actus, auf der andern seiten aber etliche promissiones fürgeloffen, dardurch man aigentlich eines friedvertigen wesens sich hette vergewissen können, so hat doch trauen und glauben aufgehört, dieweil sich könig stark interponirt, seine anzig sich teklich nehern. I. ksl. M.t als des ganzen werks ganz untheilhaftig haben den landstenden alles nachgeben und lezlich dise beiverwarte resolution der abdankung erteilt,[6] damit man auch vor zweien tagen ein anfang gemacht, aber aus mangl der mitl und der register nicht erklecken können.“ Viele ehrliche Leute haben geraten, die so hochurgierte Abdankung, ohne welche der Kaiser sich der Landschaft und anderer nicht wol versichern kann, teils mit Geld teils mit Versicherungen zu Prag zu vollziehen; gleichwol soll das Volk „ad amovendum im-

---

tionen auf die Reichssteuern ausbringen sollte (Kaiserliche Instruktion vom 2. März; Ib., Hofkonzepte vom März 1611; Kop.). — Ueber Tengnagels Gefangennahme berichtet ausführlich der gewesene Reichspfennigmeister Matthaeus Welser an den Herzog von Baiern am 5. März (Mc., Entstehung, Fasz. III., no. 26, f. 42; Or. eigh.), kürzer Wenzel Kinsky in einem Schreiben an König Matthias vom 4. März, worin er den König zur Eile anspornt (Wi., I A 1, Ka. 2991; Or. eigh.); vgl. Hurter, Geschichte Kaiser Ferdinands II., VI., S. 397 und Gindely Rudolf II. und seine Zeit, II. S. 227, der irrig. Ulrich von Kinsky nennt.

[1] Vgl. unten no. 84.

[2] Vgl. oben no. 73, S. 165, Anm. 2.

[3] Vgl. Gindely, a. a. O., S. 228 und Zuñigas Schreiben vom 7. März unten no. 85.

[4] Aehnlich schreiben die böhmischen Stände am 8. März an die schlesischen (Wi., I A 1, Ka. 2989; Kopie) und am 9. März an die Reichsstände (Stg., Unionsacta, Bd. XII., no. 63; Or.).

[5] Vgl. oben no. 66, S. 151, Anm. 4.

[6] Vgl. oben no. 77.

Digitized by Google

prudens et impotens scandalum" jetzt nach Budweis ziehen, „sich März 5.
zur abdankung aufs schörfist obligiern, die commissarien zu disem ende mitnemen, hergegen I. M.[4] (welches dan auch alberait würklich gelaistet worden) ein 150,000 thaler baares gelt und 100,000 fl. in gold, silber und waaren zum effect diser abdankung mitgeben. An Leopold mant man heftig ab, damit er nit mitziehe, ursachen und sach halber, wie E. hochfürstl. Gn. leichtlich ermessen können, sonderlich weil man sagt, dass zu Budweis fast ein neues regiment angeloffen und ein grosse anzal aus elsassisch volk sich auch herbei mache. Aber es wais ainer schier seinen besten confidenten nichts mer zu glauben. — Aldieweil aber sorg und hofnung in höchster bilancia und derjenige theil schier fürschlägt," so habe ich dem Kaiser E. hochfl. Gn. Schreiben und Erbieten, wie ohnehin billig, mitgeteilt, der bestens dankt und bittet, dass, wenn „je von aussen oder inwendig noch merer trangsal erscheinen solte," E. hochfl. Gn. und die treuen Nachbarfürsten „sich eifrig interponirn und nicht gestatten wolten, das man ein römischen kaiser so übel tractiere." — Gestern haben die Stände des Erzherzogs Leopold geheimen Rat Tengnagel, den der Kaiser an die rheinischen Kurfürsten geschickt hatte, sowie den englischen Gesandten Lesieur und den kaiserlichen Hofkammerrat Meckbach gefangen genommen. — „Der baierischen liga marschalk secretarius[1] . . . . . ist vor 5 tagen gähling dorthin [nach München] abgefordert worden. Daneben mörk ich an babst, Spanien, Mathias, Maximilians, Ferdinands ministris, das etwas besonders im heu ist; Albrecht excusando se accusat. — Minckwitz aus Sachsen[2] hat meines wissens noch gar nichts bericht. Ich höre aber mit zimblichem fundament, das der stend abgesandter, einer von Wartenberg, mit schlechtem contento alda abgefertigt sei worden.[3] Datum zu Prag den 5. martii a. 1611."

Ma., 107,42, f 142, Or. eigh.[4]

---

[1] Der Name von Tillys Sekretär ist ausgefallen.

[2] Wegen Minckwitz' Schickung vgl. oben no. 67, S. 154, Anm. 1 und no. 80.

[3] Vgl. oben no. 81.

[4] Hegenmüllers Bericht erfährt durch das eben erwähnte Schreiben des Reichspfennigmeisters Matthaeus Welser an Herzog Maximilian von Baiern vom 5. März noch manche Ergänzung. Welser, der den Kreisen des Erzherzogs Leopold nahe stand wie er auch hernach in dessen Katastrophe verwickelt wurde, schreibt: Die passauische Impresa will ziemlich schlecht ablaufen. Durch lange aufzügliche Verhandlungen und weil der Kaiser keinen Ernst gegen die Altstadt zulassen wollte, haben die Stände an 12000 Mann geworbenen Volkes und 2000 Pferde, das Landvolk ungerechnet, in die Stadt bekommen; doch sind die Soldaten noch ungemustert und grossen teils unbewaffnet, die Reiterei ist vom Adel gestellt. Das Volk des Königs von Ungarn soll nicht mehr weit sein; es wird auf 4—8000 Mann geschätzt. Einige sagen, der König sei gestern aufgebrochen, nach andern ist er bettlägerig. Der Kaiser hat sich endlich entschieden, das passauer Volk von hier abführen zu lassen; es soll 150000 Thaler baar und 100000 fl. in Waren und Silbergeschirr erhalten und damit nach Budweis ziehen, wo die Abrechnung und Abdankung erfolgen soll. Das Unternehmen war auf das unbegründete

Digitized by Google

März 5.

83. Baugy an Puysieulx.

„Monsieur. Les affaires de l'empereur semblent estre en tres mauvais termes et si ceux qui en discourent et jugent plus librement; ne se trompent, il est a la veille de sa totale ruine. Ce qui les confirme en ceste opinion, est que la plus grande part des Bohemes sont tellement irritez de ce que contre la parole qu'il leur avoit donnee, les gens de guerre de Passau sont entrez dans le royaume pour y faire le bel exploict dont je Vous ay cy devant escrit, et qu'ilz disent tout hault qu'ilz n'en peuvent suporter davantage et qu'il est temps de changer de gouvernement apres avoir endure avec tant de patience plusieurs oppressions et outrages dont ilz se seroient ressentiz, n'eust esté qu'ilz ont voulu tesmoigner a tout le monde, mesmes aux despens de leur reputation, l'honneur et le respect qu'ilz portent a leur prince. Ce sera le fruict de s'estre laisse transporter à un apetit de vangeance sans avoir des forces suffisantes pour l'assouvir et d'avoir presté l'oreille aux conseilz de ceux qui pour l'esperance qu'ilz avoient de profiter de ces remuements, ne se sont soucies de l'y engager au peril de tout ce qui luy restoit. J'enten que l'archiduc Leopold luy offre de le conduire avec ses tresors en lieu de seurete pour attendre des secours imaginaires, mais que S.ª M.té imperiale, ayant faict un si mauvais essay de ses services passez' en est fort desgoustee pour l'avenir, tellement qu'elle ne scait a quoy se resoudre ny quel expedient prendre en ceste perplexite de laquelle attendant comme elle sortira, je Vous baise etc. De Prague le 5 de mars 1611."

Pa., Harlay, n. 238, vol. XII., f. 65; Or.

März 5. und 7.

84. Tengnagels erste und zweite gütliche Aussage.

1. Von wem, wohin und weshalb ist T. abgefertigt worden? — Vom Kaiser an die geistlichen Kurfürsten, an Würzburg, Bamberg, an den

Vorgeben einiger begründet: man hatte die Zahl des passauer Volkes auf 10 000 gerühmt, es ist aber kaum die Hälfte; man hatte auf grossen Zuzug aus dem Elsass, Schlesien und Polen gerechnet, von dem man aber nichts sieht; von Entdeckung gefährlicher Praktiken hat man viele Worte gemacht, es kommt aber nichts an den Tag; auch von der strengen Disziplin, scharfen Justiz und guten Ordnung hat man den Leuten viel vorgebildet; man merkt aber davon nichts. So bestehen jene, die all das vorgaben, ziemlich schlecht, viele unschuldige Leute werden aber beschwert. Die geplanten Schickungen von hier sind ausser der Minckwitzens nach Dresden unterblieben; Tengnagel hätte zu Bamberg, Würzburg und zu den drei geistlichen Kurfürsten reisen sollen. — Bericht über dessen Gefangennahme. Die Obersten der Passauer ausser Trautmannsdorf sollen alle mit dem Kriegsvolk abziehen, der Erzherzog aber hier bleiben. Sein Beichtvater [P. Henricus Vivarius Aquensis] hat sich gestern, obwol von Kinsky mit Geleite versehen, in Bauernkleidern aus der Altstadt herüber [auf die Kleinseite] begeben (Mc., a. a. O.). — Auch Wilhem Bodenius bestätigt in seinem Bericht an Herzog Maximilian, dass die kaiserlichen Kriegsdirektoren sehr kleinmütig seien und jetzt gern das Volk nach Budweis und Krumau zurückführen möchten (Mc., a. a. O., f 40; Or. eigh.).

Digitized by Google

Landgrafen Ludwig von Hessen und an den Administrator der Kurpfalz, und zwar vermöge einer im geheimen Rat beratenen und vom Kaiser gefertigten Instruktion des Inhalts, die Genannten möchten den Kaiser gegen Matthias defendieren helfen, der sich an jenem vergreifen wolle.[1] März 5. und 7. 2. Weshalb ist T. geschickt worden? — Wegen der Feindseligkeiten zwischen dem Kaiser und dem König. Von Erzherzog Leopold hatte er an die Obigen Beglaubigungen mitbekommen; mündlich hatte er ihnen anzuzeigen, dass sie den Kaiser gegen dessen Feinde verteidigen helfen möchten. 3. Steht T. ausser in Leopolds noch in anderer Bestallung? — Nein; er ist kaiserlicher Rat, der Erzherzog hat ihn durch Hegenmüller in seinen Dienst berufen. 4. Was weiss T. vom passauer Handel und wer hat das Volk werben lassen? — Vermöge der Bestallung der Kaiser. 5. Hat der Kaiser sich alles Vornehmen der Passauer gefallen lassen? — Ist T. unbekannt. 6. Wozu war das Volk geworben? — Auf Verlangen des Erzherzogs Leopold wegen Jülich; Ramée kam nach Jülich und begehrte vom Erzherzog, dass ihm Passau als Musterplatz eingeräumt werde. 7. Wer hat das Volk in dies Land geführt? — Es war weder des Kaisers noch des Erzherzogs Wille, der Kaiser hat Dekrete dagegen ausgefertigt;[2] warum Ramée dennoch fortzog, ist T. unbekannt. 8. Warum hat Leopold sich selbst beim Einfall befunden? — Weil das Volk kein Dekret achten wollte, erzürnte sich der Erzherzog und schickte Ubezko hinaus. Als dieser nach Prag zurückkam, zeigte er an, er habe draussen einen Eid schwören müssen, nichts von dem Vorhaben des Volkes zu verraten, dem Erzherzog aber und T. teilte er mit, dass Ramée morgen um drei Uhr in Prag sein werde. Darauf ritt der Erzherzog hinaus, um das Volk zurückzuhalten. Später liess er in Prag anfragen, ob er draussen bleiben oder herein kommen solle. Man befahl ihm das erstere; so kam es, dass er beim Einfall zugegen war. 9. Warum hat T., da er von dem Einfall so zeitlich wusste, als kaiserlicher Diener nicht den Kaiser und die andern benachrichtigt? — Der Kaiser hat vom Einfall in Prag wol gewusst. [Am 7. März sagte T. dazu weiter aus: er habe es dem Kaiser nicht mitgeteilt, weil er wusste, wie oft dieser seine Entschlüsse ändere und um ihn bei seiner Reputation zu erhalten; „dieweil were von Ramee angezeigt worden, es wurden bei dem einfall uber zwei personen nicht verbleiben; er hette es aber nicht effectuirt sondern hat den kaiser, den erzherzog und auch seine diener verführt; denn er, Ramee, hat gesagt als wolte er es effectuiren, das corpus des keisers regiment müste geendert werden und sonderlich zu Prag, dieweil von dannen alles böse kommen were. Rat were beim erzherzog gehalten worden, wie man dem grafen von Thurn, dem herrn

[1] Vgl. oben no. 67.
[2] Vgl. oben no. 49, S. 109, Anm. 3.

Digitized by Google

März 5. und 7. von Vels und herrn von Lobkowitz die köpfe nehmen möge; aber er, T., hette gesagt, solches könte man wol in Welschland verrichten, aber hier in Behemen liesse es sich nicht sondern [nur] durch ordentlichen process thun.].[1] 10. Was weiss T. von den Praktiken der Welschen auf der Kleinseite und von sonstigen Anschlägen gegen die unsern? — Nichts, auch nichts von dem weissen Zeichen.[2] 11. Warum ist das passauer Volk in Prag eingefallen? — Der Erzherzog wollte: das ständische Kriegsvolk solle sich mit dem passauischen vergleichen „und [den kaiser] gegen den konig, der dem kaiser abgesagt, defendiren.“ 12. Was wäre geschehen, wenn das Volk die prager Städte eingenommen hätte? — „Der erzherzog hat wollen die union[3] erhalten, hernacher hetten sie wollen auf die grenzen ziehen und zusehen, was der könig machen wollen.“ 13. Gesteht T. zu, was er gestern Wenzel Kinsky sagte, dass der Kaiser einige von den Böhmen, die ihm zuvor getrotzt, habe „butzen“ wollen? — T. will das dahin gemeint haben, dass, weil der Kaiser durch die geheimen Räte um Land und Leute gekommen sei, er im geheimen Rat eine Reformation habe anstellen wollen.[4] 14. Sind die Stände bei den Kurfürsten und Fürsten als Rebellen angegeben worden? — Seines Wissens nicht; es sind aber dem Rechenberg als Hauptmann in Schlesien und dem jungen Dohna nach der Lausitz Beglaubigungen mitgegeben worden; davon kennt er die Intention nicht. 15. Was sollte T. bei den Kurfürsten und Fürsten in specie anbringen? — Er hätte gesagt: er habe zwischen den Böhmen und dem passauer Volk Verbitterung gesehen; die Böhmen sagten, die Passauer sollten nicht dem Landtagsschluss entgegen ins Land fallen, wogegen die andern einwandten, dieser Schluss sei dem Kaiser von den Ständen abgezwungen worden und müsste man aus der Not eine Tugend machen. 16. Was will Ramée tun, wenn er sieht, dass er nicht durchbrechen kann? — Ramée verlässt sich darauf, ungefährdet nach Budweis zu kommen, auch wenn er von Prag weichen müsste. 17. War es nicht ihrer aller

---

[1] Daraus ist ersichtlich, dass hier nicht die Abschrift des ursprünglichen Verhör-Protokolls vorliegt sondern dass die beiden Verhöre vom 5. und 7. März schon kombiniert worden waren (vgl. Frage 25.); in manchen Ueberlieferungen wird auch noch das Verhör vom 14. März hereingezogen.

[2] Die verschiedenen Relationen berichten, dass aus den Häusern der Papisten und der Welschen während des Einfalls weisse Tücher geflattert hätten, offenbar als Parteizeichen; vgl. den Bericht der lüneburgischen Gesandten Grote, Hoyer und Heydemann, die Augenzeugen des Einfalls waren (De., A 9a, 1c.; no. 4[1].; — Kop.).

[3] Das ist die Vereinigung des kaiserlichen und ständischen Kriegsvolkes.

[4] Am $\frac{\text{29. April}}{\text{9. Mai}}$ berichten die kursächsischen Gesandten ihrem Herrn, dass der Kaiser dem Präsidenten des geheimen Rats, dem Landgrafen von Leuchtenberg, und Ernst von Mollart vorgeworfen habe: sie wollte ihm die böhmische Krone vom Haupt nehmen und Matthias aufsetzen (Drs., l. 9167, II. Buch passauer Kriegsvolk, f. 457; Or.); vgl. unten no. 181.

Digitized by Google

Absicht, die Böhmen zu zwingen, von der Designation des Königs Matthias abzulassen? — Er für seine Person bekennt, dass, wenn er den König nicht nur um die Designation sondern auch um Land und Leute bringen und dafür Erzherzog Leopold zum grossen Monarchen machen könnte, er es von Herzen gern tun wollte. Das will T. dem König auch ins Gesicht sagen; denn er handelt damit nur nach seiner Pflicht. 18. Warum wollte Ramée nach Polen ziehen? — Er wollte mit Hilfe des Herzogs von Teschen 2000 Kosaken werben und damit wiederum denen [! den Passauern?] helfen; dazu hat er sich auch polnische Kleider machen lassen. 19. Was ist der Passauer Absicht, wenn sich die Böhmen mit ihnen nicht vereinigen und der König diesen zu Hilfe kommt? — Dann wollen sie gegen des Königs Volk ziehen oder von hier aus in Oesterreich einfallen. 20. Haben die passauer Knechte nicht abfallen wollen? — Daran war etwas, aber der Erzherzog hat es gestillt. „Der erzherzog hat ihme [T.] und dem Ubessko gesagt: der Ramee hat mich verführt und Ihr, Hubessky, auch; darauf der Hubessky geantwortet: ja, wer wolte nicht glauben; man hat gesagt, in sechs tagen werden die kosaken kommen, welches verbliben. Itzo ist des erzherzogs meinung, weil er umb sein land und leute kommen, dass er sich neben dem kriegsvolk will ernehren, der krieg sei gleich, wo er wolle. Man hat alle mittel und wege gemacht, den kaiser zu bereden, er soll wegziehen ins reich nach Passau; man hat auch geraten, der kaiser soll seinen schatz wegschicken; solches rate der erzherzog, alle geheimen räte und auch er selber". 21. Hat der Kaiser Hoffnung, dass der Herzog von Baiern ihm helfen wird? — T. glaubt es; Graf Althan soll mit Kredenzschreiben zum Herzog abgefertigt werden.[1] 22. Was ist Minckwitz' Werbung bei Kursachsen?[2] — Ein Gesuch um Hilfe. 23. Was hat Ramée jetzt weggeschickt? — T. vermutet, dass es Silbergeschirr sei; „durch den verfluchten blunder sei er gefangen, denn er hett ihn zu lang ufgehalten".

März 5. und 7.

Fortsetzung des Verhörs am 7. März. 24. Von der Intention des passauer Volks weiss T. nur, dass des Kaisers Absicht dahin gieng, wieder zu den abgetretenen Ländern zu gelangen und Erzherzog Leopold zum böhmischen und römischen König zu machen. T. bekennt nochmals, aus Pflicht und Liebe zum Kaiser und zum Erzherzog nichts anderes gewünscht zu haben als dass Matthias dabei den kürzern ziehe und dass Leopold durch Vermittlung des Kaisers und durch zulässige Mittel gross, ja wenn möglich ein Monarch der Welt werde. 25. Wie wäre man im Fall eines Sieges mit den Böhmen verfahren, besonders wenn sie sich nicht zur Union mit den Passauern bequemt hätten? — Man hat auf Thurn ein besonderes Auge gehabt und darum hat Ramée vorgeschlagen, erst diesen, dann

[1] Vgl. oben no. 66.
[2] Vgl. oben no. 67, S. 154, Anm. 1.

Digitized by Google

März 5. und 7. Fels und Wilhelm Lobkowitz zu beseitigen, dann werde alles besser gehen; T. hat dies treulich widerraten und Leopold ist ihm mit der Bemerkung beigefallen, man sei nicht in Welschland. 26. Mit welchen Personen inner- oder ausserhalb dieses Königreichs hat der Kaiser diese Intentionen beraten lassen? — T. war nie bei einer Beratung, bei der auch böhmische Stände gewesen wären. Im Rat des Erzherzogs waren ausser ihm Sulz, Althan und Ubezko. So lange er in der Kanzlei war, sind solche Partikularia niemandem sonst mitgeteilt worden. Auf weiteres Befragen gab T. an, dass Wenzel Kinsky öfters in der Kanzlei Leopolds gewesen sei; auch Berka,[1] Slawata[2] und Smeczansky[3] seien oft beim Erzherzog gewesen.

Wmz, Reichstagsakten, Fasz. 103c, no. 7 und 28; Kopie.[4]

März 5.

85. Zuñiga an König Philipp III.

Was E. M.[t] in einem Schreiben vom 18. Januar bezüglich der Person des Herzogs von Baiern in der Frage der Kaiserwahl sagen, „es muy conforme a lo que aca corre,[5] porque cierto el valor y

[1] Ladislaus Freiherr von Berka, Führer der katholischen Partei unter den mährischen Landständen, war bis 1608 Landeshauptmann von Mähren; vgl. A. Huber, Geschichte Oesterreichs, IV., S. 500.

[2] Wilhelm von Slawata, Burggraf von Karlstein.

[3] Schwiegersohn des Oberstburggrafen Adam von Sternberg, hervorragendes Mitglied der katholischen Ständepartei in Böhmen.

[4] Nach einer prager Zeitung vom 6. März wurde Tengnagel zunächst im Hause Kinskys verwahrt und hier von einigen aus den Ständen gütlich examiniert; an Geld fand man bei ihm nur 800 Thaler, dafür aber eine Anzahl Schreiben, aus denen die Stände solche Geheimnisse erfuhren, dass sie die Schreiben höher als grosse Beute achteten. Am Abend bei Tisch äusserte Tengnagel, er habe manchen Galgenritt getan und wäre allezeit noch davon gekommen. Man erwiederte ihm aber, er möge zusehen, dass er jetzt nicht hängen bleibe (Drs., l. 9166., I. Buch passauer Kriegsvolk, f. 293; Kop. von Pfretzschners Hand). — Am 9. März berichteten die Stände über ihren Fang und die Aussagen an König Matthias, der schärferes und peinliches Verfahren gegen Tengnagel zur Erforschung der Wahrheit für nötig hielt (Antwort des Königs vom 14. März aus Znaim; Drs., a. a. O., f. 483, Kopie); in einem Schreiben an Herberstein vom 17. März wiederholte Matthias diesen Wunsch und legte Interrogatorien bei; doch sollte die Befragung vor seiner Ankunft in Prag und in solcher Art geschehen als käme sie nicht von ihm her; Herberstein sollte dies durch Vertraute vermitteln (Wi., I A 1; Ka. 2991; Kpt.).

[5] Dass man damals in München den Kaiserträumen nicht völlig entsagt hatte, zeigen die freilich sehr aphoristischen Aufzeichnungen im Protokoll des geheimen Rats vom 10. Januar, als man wegen Abdankung des mörsbergschen und haslangschen Regiments beriet; dabei äusserte Herwarth: „ob I. D.[t] das intentum, zur römischen cron zu gelangen, ganz und gar fallen wellen lassen, obs ir schon aufgetragen wurde: quo casu das volk zu licentiirn; 2. ob sie [fl. D.[t]] ainem darzue helfen, dem andern enthelfen wellen; hoc casu were das volk zu behalten. I. D.[t] aber haben sich negative resolvirt.“ Dr Jocher bemerkt beim Votieren: „I. D.[t] geen der zeit nit auf denen gedanken, dass man wegen der römischen cron dismalen ain aigentlich conclus zu machen sondern allain al desseo“ (Md., Geh. Rat. XIII. no. 619; f. 100).

Digitized by Google

atencion, con que procede, le da mucho credito en todo el imperio y assi he significado siempre a V. M.[d] que es menester ir con cuidado con el y por otra parte mostrar gran confianza en lo uno y en lo otro. Me he desvelado mucho despues que estoy aqui y en todo lo que toca a esto de la election estare con estraordinario cuidado, observando las ordenes, que podria dar para venir a ello esta gran turbacion del estado del emp.[or]" Nicht der Herzog Maximilian von Baiern zeigt zur Verheiratung der Herzogin Magdalena mit Leopold Lust sondern der alte Herzog Wilhelm „esta muy embarzado en esta empresa del s.[or] archiduque y en todo lo que es grandeza suia.[1] Praga di 5 março 1611". März 5.

Sim., Fasz. 2497, f. 289; Kop.

86. Der Administrator der Kurpfalz an den Kurfürsten von Brandenburg. März 5

Auf das Schreiben vom 20. Februar.[2] Dass E. L. vom Besuch dieses u. E. so notwendigen Unionstages abgehalten werden, vernehmen wir sehr ungern, halten Sie aber wegen der wichtigen Ursachen für entschuldigt. Wir würden zwar den Unionstag gern rückgängig machen; aber wegen Kürze der Zeit, auch weil vermutlich die Gesandten einiger entsessener Stände schon auf dem Wege sind, besonders aber mit Rücksicht auf die Städte, die auf Vorlegung der Unionsrechnungen am heftigsten gedrungen haben, ist es untunlich. Den Städten würde dadurch nur Ursache zum Argwohn gegeben; dazu ist durch die Ereignisse in Böhmen die Oberpfalz und ihre Nachbarschaft in höchste Gefahr gesetzt, so dass wir dafür halten, dass, wenn auch in den Hauptpunkten des Ausschreibens nichts schliessliches verrichtet werden kann, der Unionstag doch fortgehen, von den Punkten wenigstens „praeparatorie" geredet und den Städten durch Vorlegung der Rechnungen, soweit es sein kann, etwas Genügen geschehen muss. Hauptsächlich soll aber beraten werden, da der Kaiser und die böhmischen Stände angeblich mit einander verhandeln, um das passauer Kriegsvolk fünfzehn Meilen weg von Prag zu führen und dies leicht gegen die Lande der Unierten hin geschehen könnte, wie diese drohende Gefahr abzuwenden wäre. Damit ist keineswegs zu

[1] Vgl. oben no. 63 und Wittelsbacher Briefe, Abt. VIII., S. 10 ff.

[2] Mitteilung von dem Stand der Verhandlungen in Jüterbogk, die das gemeine Wesen stark berühren und die Consilia auf künftigem Unionstag beeinflussen werden. Man möge sich daher mit dem schweinfurter Tag nicht übereilen und den Ausschlag der jüterbogker Handlung abwarten (Mb., 119/3, f. 256; Or.). — Schon am 16./26. Februar schlug der Kurfürst mit den beiden Markgrafen von Ansbach und Culmbach und dem Fürsten Christian von Anhalt dem Administrator vor, die Versammlung auf den 21. April / 1. Mai nach Nürnberg zu verlegen (Mb., 119/4, f. 44; Or.).

Digitized by Google

März 5. feiern; es müsste sonst unbedingt wegen der böhmischen Ereignisse eine besondere Zusammenkunft angestellt werden. Wir sind eben daran, die unsrigen nach Schweinfurt abzufertigen und werden E. L. die Verhandlungen mitteilen. Da ohnehin nächstens eine anderweitige persönliche Zusammenkunft nötig sein wird, so wäre zur Beförderung der Sache dienlich, wenn E. L. sich mit den andern Fürsten unterredeten und verglichen, wann und wo eine solche anzustellen wäre, und dies auch unsern Räten zu Schweinfurt anzeigten, damit Tag und Ort im Abschied bezeichnet und ein besonderes Ausschreiben erspart werden könnte. E. L. bitten, dass Fürst Christian nicht heraus zu kommen brauche. Wir gönnen zwar E. L. seinen Rat gern, zweifeln aber nicht, dass der Fürst, wenn er vom jetzigen Zustand hört, bedacht sein wird, durch seine Gegenwart in der Oberpfalz Rat zu schaffen. Datum Heidelberg den 23. februarii a. 1611.

Mb., 119|3, f. 262; Kpt. von Hausmann.[1]

März 6. **87.** Koadjutor Ferdinand von Köln an Herzog Maximilian von Baiern.

„E. L. schreiben vom ersten diss[2] ist mir mit heutiger ordinari wol zuekommen, dessen inhalt mich die warheit zu bekennen nit wenig erschrecket, dieweil ich auss demselben befinde, dass ich nit allein vor dismal sonder auch inskunftig von der union mich einichen beisprungs und hilf nit zu versechen haben solle, welches zwar allen vorigen mir gegebnen vertröstungen sehr ungemess.[3]

---

[2] Am gleichen Tag schreibt der Grosshofmeister Solms an Fürst Christian von Anhalt: man kann den Unionstag wegen der Städte nicht abschreiben, die auf Vorlage der Rechnungen dringen; vielleicht aber werden gerade die böhmischen Dinge den Städten bessere Resolution eingeben. Die Städte glauben, dass bei einigen Fürsten grosse Ausstände seien, man aber trotzdem in sie, die Städte, dringe, in den Beutel zu greifen. Man muss ihnen dies Mistrauen schleunigst benehmen und ihnen vorstellen, dass die unierten Kurfürsten und Fürsten nicht nur nichts erspart sondern einige sogar weit über ihre Quote hinaus Darlagen geleistet haben. Schweinfurt als Ort der Versammlung ist gerade von Kurbrandenburg angeregt worden (Bbg., A 9 a. no. 82, f. 32; Or. eigh.). Vgl. oben no. 70, S. 161, Anm. 1.

[1] Antwort auf ein Klageschreiben des Koadjutors vom 20. Februar (Ma., 39 22, f. 28; Or.). Der Herzog erklärt darin kategorisch, dass der Koadjutor sich auf eine Hilfe aus der oberländischen Bundeskasse zur Bezahlung seiner tausend Mann weder für jetzt noch für die Zukunft Hoffnung machen dürfe, darum möge der Koadjutor dies Volk sobald als möglich abdanken. Er, Herzog, könne ihm bei der augenblicklichen Lage im Reich höchstens soweit aushelfen, dass er ihm jene 10000 Gulden, die er dem Koadjutor aus brüderlicher Liebe „zu aufnemung seines kunftigen wolhausens“ verheissen hat, zur Bezahlung jenes Volkes zur Verfügung stellt; aber auf eine Erstattung dieser Summe durch den Bund dürfe der Koadjutor nicht rechnen (Ma., 39 22, f. 36; Kpt.). Vgl. oben no. 48.

[2] Der Herzog bemerkt dazu am Rand eigenhändig: „die vertröstungen sollen aufgesucht werden.“

Digitized by Google

Wie mir nun bei disem in der union namen geworbnem kriegsvolk März 6.
zu muet sein müesse, das lasse ich E. L. und einen jeden verstendigen bei sich selbsten ermessen, und obwol E. L. in itzig Ihrigem schreiben anregung thun, Sie hetten sich vor disem gegen mir vernemen lassen, berierts kriegsvolk abzedanken, so kann ich mich doch dessen zumal nit erinnern, auch kein dergleichen schreiben finden, ausser wass etwa ungefehr vor finf monaten, da man die von der union bewilligt vollige anzahl der 2000 mann annemen sollen, geschechen sein mag; selbigen mals E. L. ich auch berichtet, dass, ehe und bevor mir Deroselben schreiben zuekommen, die 200 reuter und 800 zue fuess schon geworben gewest, darbei es seithero verbliben und interim keiner weiteren abdankung meldung beschechen sonder vilmehr E. L. freundlich erbieten in allen Ihren schreiben dahin gangen, dass Sie bei vorstehender bundsversaumblung dises betriebten erzstifts im besten gedenken wollen, dass auch, wie E. L. in Irer schreiben einem underm dato 9. januarii[1] jungsthin meldung gethan, nit nötig were, den veldmarschalk oder generalwachtmeister zu einnemung des augenscheins dises erzstifts grenizen herabzeschicken, seitemal in meine vilfeltige eingelangte schreiben und klagen einicher zweifel nit zu stellen sonder alles, was fürkommen, wol zu glauben seie, darbei aber, so auch vor und nach, keiner cassation meldung beschechen. So hette sich auch, seider diser zeit das volk in der union pflicht und eid gewest, auch noch ist, die abdankung wegen grosser unsicherheit und besorgender gefahr (ausser dass es sich wenig wochen hero etwass stiller erzeiget) ganz nit thun lassen. Dass ich nun aber itzo E. L. andeiten nach darmit verfahren solle, ausserhalb wass zur notwendigen besatzung der vestung Keisererswert, weliche zumal nit kann unbesetzt bleiben ohn gewisse verlierung derselben, wie auch zu versicherung meiner person und guardi [erforderlich ist], weliches E. L. ich bei disen schwirigen zeiten zu bedenken gibe, were mir zwar nit zuwider, aber Dieselben haben schon öfters von mir verstanden, dass ich die geringste mitel weder zu fernerm underhalt noch zu abdankung diser ends nit weiss, vil weniger bei Meintz (wie mir der graf von Zollern schreibt) etwas zu gewarten sonder es ist mir auch daselbs wie in gleichem von Trier mit fernerm beisprung abschlegiger bescheid erfolgt.[2] Welches

[1] Der Koadjutor hatte in einem Bittschreiben vom 2. Januar (Ma., 39 22, f. 2; Or. eigh.) den Herzog ersucht, sich durch Absendung von Tilly und Haslang überzeugen zu lassen, dass mit dem vorhandenen Volk die Grenzen nicht genügend besetzt werden könnten, damit bei künftigem Bundestag wegen einer Hilfe ein gemeiner Beschluss zu stande käme. Der Herzog lehnte dies am 9. Januar (Ma., 39 22, f. 4; Kpt. von Gewold) ab.

[2] Am 4. März warben der Dompropst Eitel Friedrich Graf von Hohenzollern und Liz. Wintzler für den Koadjutor beim Kurfürsten von Mainz: derselbe möge raten, ob das im Erzstift Köln unterhaltene Volk behalten oder abgedankt werden solle; der Koadjutor habe aus eigenem schon grosse Opfer gebracht und rege an, die im Zahlen säumigen Stände der rheinischen

Digitized by Google

März 6. alles und dass ich von der union so ganz und gar wegen einer so geringen summa verlassen sein solle, mir billich schmerzlich fürkombt. Muess es also gleich Gott und der zeit befelchen. Und ist sich wol billich zu verwunderen, dass ein cassa der anderen nit so vil freundschaft erzeigen und eine dergleichen geringe summa gelds, dardurch der ganzen catholischen liga schimpf, spott, mutination des volks und dardurch entspringend unwiderbringlicher schaden verhietet werden kunte, fürstrecken solle. Dass mir nun aber alle hoffnung jetzt und inskünftig benommen sein solle, kann ich wiss Gott also nit verschmerzen sonder protestier nochmal hiemit für Gott, da auss diser missbezahlung und dass ich so ganz verlassen werde, einiche mutination von dem in disem erzstift der union zugehörig verpflichtem kriegsvolk erregt und disem armen stift einicher schaden und gefahr (welches der allmechtig verhiete) erfolgen sollte: dass ich hieran genzlich und zumal entschuldiget sein will, dann wie oben und sonst mehrmahl von mir angedeitet, zu ferner underhalt der soldaten nit allein gar kein mitel mehr vorhanden sonder ich muess daneben noch in itzig vorstehender frankforter fastenmess an die achttausend reichstaler, so ich der union zum besten von guten ehrlichen leuten uf meinen credit entlehnet, bezahlen. Das kan aber uf kein andere weiss zugehen als dass ich letztlich meine mobilia und was ich habe, angreifen und meinen biss daheer Gott lob erhaltnen glauben rette. Wie wehe mir aber nun darbei geschechen und zu wass grossem schaden mir diss unionwesen gereiche, ja mich bald zur desperation bringe, gibe E. L. ich freundlich zu erwegen und were mir bei so geschaffenen sachen besser, dass ich disen erzstift, deme ich nunmehr etliche jahr lang ohne rhuemb treulich vorgestanden, niemals gesechen noch darein kommen. Bitte daher E. L. freund-brüederlich, Sie wollen doch diss alles der notturft nach beherzigen und mich berichten, wess ich mich noch entlich zu diser union zu getrösten, wiewols, wann es sich nit anderst als bishero beschechen anlast, mehr einer disunion geleich sechen will.[1] Zu wass ruemb es nun aber diser liga, damit man in die zwei jahr umbgangen, bei meniglich gereichen und wass es sowol bei den Catholischen als Uncatholischen für ein seltzams nachdenken machen wirdet, ist bei verstendigen leichtlich zu erwegen. Ich kann mir aber je nicht einbilden, wann die sambtliche stend bei kunftig fölligem bundstag zusamenkommen, dass man dassjenige, welches hiebevor so reiflich und wol bedacht, von allen interessirten stenden

---

Kasse zur ungesäumten Einlieferung ihrer Quoten zu veranlassen. Der Kurfürst wies auf die leere Kasse hin und erklärte sich einverstanden, die Säumigen, besonders Speier, zu ermahnen; auch eine Zuwendung aus den päpstlichen Hilfsgeldern wolle er unterstützen; wegen der Abdankung des Volkes und der Rettung der Stiftslande handle man am besten beim bevorstehenden Bundestag (Wmz., Religionsakten, Bd. 12, no. 46; Protokoll von Faber).

[1] Der Herzog bemerkt am Rand: „Diss ist der dankh“.

Digitized by Google

hochnutzlich und erspriesslich angesechen, auch vil hohe potentaten, März 6.
welche ihnen dise heilsame liga ebenmessig wol gefallen lassen, zur miteintretung willig gemacht, jetzo widerumb so urblitzlich und gleichsamb nit wissend, auss wass ursachen[1] sollte widerumb zu trimmern gehen lassen; dann uf solche weiss meniglich darfür halten [wurde], dass ein jeder fuchs seines eignen balgs achtung nemen wollte. Wass es aber lestlich für ein aussgang gewinnen [wurde], wurde man besorglich, doch zu spat mit schaden erfahren. Und obwol wir die nechsten dissmals beim feur sitzen, so, welches Gott gleichwol genedig verhiete, aufgefressen werden, kinte es doch auch wol noch auf andere, auch die weitesten und die, welche sich jetzt ganz sicher zu sein vermeinen, bei diser disunion etwo mittreffen. Ich will aber noch der hoffnung leben, es solle bei zukunftigem bundstag ein anders erfolgen und mit der loblichen liga vorbedachter massen continuando fortgefahren werden. So vil sonsten aber die mir von E. L. vor disem verwilligte zechentausend gulden, derentwegen ich mich nochmalss bedanke, anlangt, weil ich inhalt E. L. heutiges schreibens der widererstattung von der liga nit vergewissigt sein kann, alss bin ich auch nit bedacht, wird mirs auch niemands zumuethen, weder diselbe noch auch wass wenigers der union zum besten einzeschiessen; dann ich vermeine, ich habe mit meinem embsigen, getreuen, wolmeinenden fleiss der liga zum besten bisshero ohne ruemb nichts ermanglen lassen, verhoffe auch nit, dass ich dergleichen recompens verdient, auch also ganz und zumahl verlassen sein solle. E. L. wollen mich aber, darumb ich freundlich bitt, mit nechsten zu meiner nachrichtung verstendigen, ob der gemeine bundstag noch entlich seinen fortgang erreichen, ob ich mich auch alssdann ichtwass zu getrösten haben möge. Geben Bonn den 6. martii a. 1611."

Ma., 39|22, f. 40; Or.

88. Zuñiga an König Philipp III. März 7.

A los 19 del passado escrivi a V. M.[d] el estado travajoso en que quedavan las cosas desta çiudad[2]. Despues se fue proçediendo en el tratado con las çiudades vieja y nueva y barones y cavalleros alli congregados, los quales trujeron en palabras al emp.[or] siete ò ocho dias, dando esperanças que abririan las puertas preçediendo çiertos pactos, pero despues cortaron el ylo a la negoçiaçion y cada dia les entra gente de socorro y de la provinçia de Moravia que es de la obediençia del rey Mathias. Se esperan ocho mil hombres y el rey con el resto de sus fuerças se encaminava hazia la frontera y estava señalada su partida para los 4 deste, segun

[1] Der Herzog am Rand: „Die vrsach wirt sich bald finden, dass einem nit zu helffen, der ihm selbst nit helffen will".

[2] Vgl. oben no. 63.

Digitized by Google

März 7. escrive el cavallerizo mayor del emp.^{or}, juez mayor de Bohemia[1], que fue alli dias ha [!] con embaxada juntamente con otros personajes de Bohemia con consentimiento del emp.^{or}. Ha escrito el rey a los estados congregados en la ciudad vieja que venia a socorrellos como designado rey de Bohemia y a librarlos de la tirania de los soldados de Passau y no nombra al emp.^{or} en esta escritura. Yo no he tenido carta del rey ni de nadie de alla, por que todos los caminos estan tomados y detienen todos los despachos los Bohemios. S. M.^{d} cesarea los primeros dias despues de la entrada del señor archiduque se mostrava alegre, aunque siempre a negado que huviese sido con su orden la venida desta gente, y de pocos dias a esta parte haze gran fuerza en que salgan desta çiudad y para esto sea tratado de dalles algun dinero y con effecto se ha conçertado que salgan y el emp.^{or} se resuelve a quedarse a voluntad de los Bohemios, esperando que ellos seran parte para detener al rey Mathias y que tendran por bien de continuar en su serviçio como hasta aqui y los soldados tienen por bien de retirarse, viendo que de otra manera van perdiendo tierra cada dia y dificultandoseles la retirada tienen designio de hazerla encaminandose a Butdebais y Tabor y Cremau, plazas dentro de Bohemia en que tienen presidio suio. El señor archiduque hasta agora esta resuelto a yrse con ellos y segun he entendido, esta en terrible desesperacion[2] y habla en meterse capuchino y no ha faltado, quien le aya propuesto que se vaya a Francia que tan ruyn y tan baxa gente es alguna de la que S. A. trae cabe si [!]. Yo hasta aqui he disentido muy publicamente desta action de S. A., como lo hize siempre desta leva de gente y el ha estado sentidissimo de mi. Agora que le veo en este termino me ha pareçido por medio de Antonio Mirabalo camarero napolitano que es de su camara, abrille manera de camino, para que no se desespere del todo, significandole la voluntad que V. M.^{d} le tiene y lo que gustaran de complazelle y consolalle en qualquiera ocasion. Una de las quejas que el señor archiduque a tenido de

---

[1] Adam d. J. von Wallenstein, einer der sechs Abgesandten der Stände an König Matthias; vgl. oben no. 72, S. 165, Anm. 1.

[2] Am 7. März schreibt Feldmarschall Sigismund von Herberstein an König Matthias: Der Erzherzog hat eben seinen Kämmerer Mirobaldo zum Grafen Thurn und zu Wenzel Kinsky geschickt und ihnen, weil er ihnen vertraue, eröffnen lassen: er sei durch seine Jugend und durch böse Räte in dies Unglück gekommen und erbitte ihren Rat, was er tun solle, sich beim König zu salvieren. Jene erwiderten: sie bedauerten, dass der Erzherzog erst so spät zwischen treuen Dienern und leichtfertigen Heuchlern unterscheiden lerne; hätte er ihnen früher geglaubt, so könnte er mit grösserer Reputation als jetzt leben; sie könnten ihm nur raten, sich vor dem König zu demütigen, alle, die zu diesem Vornehmen geraten haben, gefangen nehmen zu lassen und dem König auszuliefern (Wi., I A 1, K. 2991; Kopie). Aehnliches berichtet Wenzel Kinsky selbst an den König (ebenda, Or.); vgl. oben no. 81, S. 182, Hurter, Geschichte Kaiser Ferdinands II., VI., S. 396, und Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 229.

Digitized by Google

mi a sido[1], de que el dia que entro por fuerça su gente en esta çiudad, Venceslao Quinski viniendo roto del rencuentro, que hubo en la plaza, aporto a la puerta de mi casa a pie y luego llegaron quatro cavallos suios y el pidio otro aqui en casa para poner un criado y con todos çinco passo la rivera y se entro en la çiudad vieja, y pondera mucho el señor archiduque el haverle dado yo este cavallo. Y lo primero los Bohemios peleavan con patentes del emp.^{or} y nunca S. M.^{d} antes ni despues a declarado por rebeldes a este cavallero ni a ninguno dellos, lo otro como passo con çinco cavallos pudiera pasar con quatro, y yo desde la ventana nunca le dije otra cosa que compadeçerme de su travajo y oylle sus quejas que dezia a gritos, de manera que el señor archiduque no tiene causa ninguna de tener sentimiento deste caso; pero es verdad que aunque yo no le signifique al Vençeslao ninguna cosa que guste de que pasase a la otra parte, por que se ha temido mucho y no dexa de temerse, aunque las çiudades vieja y nueva y todo el reyno no solo se apartase de la orden del emp.^{or}, pero que no reçiviese tan poco al rey de Ungria. Y como este Vençeslao es su gentilombre de la camara y persona muy cavida con el pueblo, me pareçio que estaria bien alla, para que ya que se arrojasen este los guiase a la parte del rey; pero como digo yo no trate ni por pensamiento con el nada desto ni hable con el palabra sino tan en publico como de una bentana alta a una placetilla, donde avia muchas personas. El señor archiduque es mozo y ha tenido muchos lisongeros, cave se que le han hecho herrar y abrazar estas quimeras, pero çierto tiene muchas partes buenas y assi tengo por conveniente que V. M.^{d} no le desheche de Su gracia, sino que se sirva de favorezerle y hazerle merçed en lo justo y assi con esta letura yre contemporizando con S. A. März 7.

Los estados de Bohemia que estan juntos en la çiudad vieja me escrivieron una carta[2], disculpandose del caso de los religiosos de santa Maria de las Nieves y embiaron aqui tres diputados a informarme, offreziendo de hazer exemplar castigo y yo les respondi[3], haziendo apretada instançia por la demostraçion y por otra parte asigurandolos del descontento que V. M.^{d} reçiviria de la entrada desta gente de guerra en esta çiudad y del desseo que V. M.^{d} tenia de la paz y tranquilidad deste reyno, teniendola por muy conveniente para el serviçio del emp.^{or} y de toda la casa de Austria; y con esta emvio copia de lo uno y de lo otro y de la carta que en esta ocassion me pareçio escrivir a algunos prinçipes del imperio.

---

[1] Vgl. darüber noch Gindely, a. a. O., S. 212, Anm.; im Schreiben Zuñigas vom 19. Februar (oben no. 63) steht aber nichts von diesem Vorfall.

[2] Stände an Zuñiga und an den Nuntius am 19. Februar; vgl. oben no. 63, S. 145, Anm. 1.

[3] Wegen der Antwort Zuñigas an die böhmischen Stände vom 24. Februar vgl. no. 63, a. a. O.

Digitized by Google

März 7. Agora me emvio a dezir el señor archiduque que queria venir a verme a mi posada y fue a buscarle a palacio, a donde le allado muy confuso, aunque no perdido de animo e le procurado alentar, mostrandole la buena voluntad que V. M.[d] le tiene y lo que le quieren y estiman su persona y que, aunque les a desplaçido siempre esta leva de gente de Pasau y sentiran mucho su entrada aqui, no dejaran en todo lo que fuere justo y haçedero de favoreçelle y tener quenta con la persona de S. A. como es razon. Dijome que tenia aviso que la gente del rey avia alojado antenoche a çinco leguas de aqui, enviava a Saxonia y a otras partes a [!] Technaguel, que es el que fue a tratar negocios suios con V. M.[d], persona de cuia vanidad y poco assiento e escrito a V. M.[d] diversas vezes; han le cojido en el camino los Bohemios y entiendese lo passara mal.

Voy escriviendo esta carta a remiendos y añadiendo lo que se va offreziendo. Esta mañana vino a mi el se cretario Barbiçio[1] que es ministro del emp.[or] de los de mejor razon y mas esperiençia de negoçios y me dijo de parte de S. M.[d], que aviendo entendido que el rey Mathias venia y que buena parte de su gente avia llegado a la çiudad vieja, desseava que el obispo de Sarzana nunçio de S. S.[d] y yo le salieramos al camino y que juntamente fuese el señor archiduque Leopoldo. Respondimosle allando nos juntos que estavamos con mucho desseo de ser de provecho para el servicio de S. M.[d] y que confeririamos sobre el negoçio para darle respuesta mas particular y poco despues se vino el señor archiduque a comer con migo y nos pidio al nuncio y a mi lo mismo que el secretario Barbiçio.[2] Respondimos tambien a S. A. en terminos generales y poco despues enviamos a Jaques Bruneau mi secretario, para que diese la respuesta al secretario Barbiçio de parte de ambos, que fue que estavamos muy aparejados y desseosos de ser de provecho para servir al emp.[or] y que yriamos de muy buena gana a encontrar al rey, que yr juntamente con el señor archiduque no nos pareçia servicio de S. M. cesarea ni de S. A., sino que seria mas conveniente para todo yr algo antes y tener dispuestas en alguna manera las cosas, para quando S. A. llegase. Ha nos pareçido estando estos principes tan aflijidos no darles mas afliçion sino disponer nos de nuestra parte a hazerles todo servicio y templar en quanto pudieremos las cosas, aunque tememos que el rey en ninguna manera querra dejar de acavar con todo desta vez no perdiendo del todo el decoro y respecto tenido a S. M.[d] cesarea.

Con esta va la copia de un papel que acavo de reçivir de Julian de Mediçis embaxador de Toscana que tiene su posada dentro

---

[1] Johann Barvitius, Rat und Geheimsekretär des Kaisers; vgl. über ihn und seinen Einfluss beim Kaiser, Briefe und Akten, V., 819 f. und VI., 707, Anm. 3.

[2] Dasselbe berichtet am 7. März Wilhelm Bodenius an Herzog Maximilian von Baiern (Mc., Entstehung, Fasz. III., no. 26 f. 44; Or. eigh.).

Digitized by Google

de la çiudad vieja, por donde vera V. M.[d] mas particularmente el numero de la gente del rey de Ungria que ha llegado y los cabos que trae que me dizen son soldados de valor y esperiençia; ay entre ellos algunos catholicos y otros que no lo son. Praga a 7 de marzo 1611." März 7.

Sim., Fasz. 2496, f. 270; Or.

89. Kurpfälzische Instruktion für Engelbert von Lautern, Dr. Michael Loefenius und Dr. Ludwig Camerarius zum schweinfurter Unionstag. März 7.

Es war zwar auf eine persönliche Zusammenkunft der Unierten abgesehen; aber es werden nach Kurbrandenburgs jüngstem Schreiben[1] die wenigsten erscheinen, da der Kurfürst, die Markgrafen von Ansbach und Culmbach und Fürst Christian von Anhalt durch die Verhandlungen mit Sachsen abgehalten sind. Man wird daher diesmal wenig hauptsächliches und schliessliches verrichten können. Um aber von den ausgeschriebenen Punkten wenigstens vorbereitungsweise für eine künftige persönliche Zusammenkunft, sowie von dem für die benachbarten Unierten so gefährlichen Lauf der Dinge in Böhmen reden lassen zu können, haben wir diesem Unionstag seinen Fortgang nehmen lassen.

Unsere Räte haben daher zu Schweinfurt die im Ausschreiben[2] bezeichneten Punkte gemäss folgender Anweisung zu proponieren: 1. Zur Erhaltung der Union wissen wir keine besseren Mittel als deren Ziel nachzugehen, alle Widrige zu verhüten, gleiche Bürde zu tragen und in allem gute Ordnung zu halten; dann wird kein Stand Ursache haben, sich von der Union zu trennen. Sollte aber von solchem etwas bei einigen, besonders bei den Städten bemerkt werden, so sind ihnen die schon zu Heilbronn[3] angeregten Gründe vorzustellen, besonders, wie sehr es die Wolfahrt der ganzen Union erfordere, noch länger beisammen zu bleiben, und welchen Schaden die Trennung mit sich bringen würde. Diese Zusammensetzung gerade hält die Gegner von Verwirklichung ihres Vorsatzes ab; sonst hätten sie die beste Gelegenheit, da ihr Kriegsvolk noch beisammen, das der Union bereits abgedankt ist, sich zu rächen, wobei man neben dem Schimpf noch den Schaden zu gewärtigen hätte. Unsere Gesandten sollen sich daher bemühen, dass man noch länger beisammen bleibe, und den Städten die Ursachen zu andern Absichten glimpflich benehmen. — Da die Städte so heftig auf die Abrechnung über die geleisteten Kontributionen gedrungen haben, so ist ihnen durch Ablegung der Rechnungen möglichst entgegenzukommen, damit sie die Verwendung des Geldes erfahren und damit auch diejenigen, die wie Kurpfalz Vorschüsse

[1] Vom 20. Februar; vgl. oben no. 86, S. 189, Anm. 2.
[2] Vgl. oben no. 40.
[3] Vgl. Briefe und Akten, III., no. 207.

Digitized by Google

März 7. geleistet haben, befriedigt werden können. Bei den Rechnungen hat sich Sekretär Dathenus der heilbronner Instruktion zu bedienen;[1] auch sind für die Prüfung der Rechnungen besondere Personen zu verordnen, um das Hauptwerk nicht aufzuhalten. Etwaige Ausstände sind zu begleichen. Auch die Obligation der Stadt Nürnberg auf die dargeliehenen 80,000 fl. muss richtig gemacht werden, um ungleiche Gedanken bei dieser Stadt zu verhüten; es müssen daher entweder sämtliche Unierte diese Versicherung auf sich nehmen oder es sind, wenn es bei der heidelberger Verabschiedung bleiben soll, diejenigen Stände, „die sich dergestalt verobligieren, von den überigen schadlos [zu halten] und in summa dahin zu sehen", dass Nürnberg bei gutem Willen erhalten wird. Auch muss man sich vergleichen, wie dieses und das ulmische Anleihen und andere Vorschüsse erstattet werden sollen.

Von den Beschwerden und Mängeln bei der Union überhaupt und bei dem vorjährigen Kriegszug sollen unsere Gesandten in der Proposition nichts erwähnen sondern zuwarten, ob von anderer Seite deswegen Anregung geschieht; alsdann sind, wie zu Heilbronn geschehen ist, Entschuldigungen vorzubringen.

Der Punkt wegen Bestellung der Aemter muss von den Unierten persönlich verhandelt werden; diesmal lässt sich höchstens „praeparatorie" davon reden.

2. Vermehrung der Union. Es ist der Bericht der Stände, welche Unterhandlungen auf sich genommen haben, anzuhören. Der abschlägige Bescheid Dänemarks[2] ist den Städten nur dann mitzuteilen, wenn man beim 1. Punkt bemerkt, dass sie länger bei der Union bleiben wollen. Die Verhandlung mit den wetterauschen und fränkischen Grafen wegen der Zahl der Stimmen ist zwar Kurpfalz aufgetragen worden; da aber die Erklärungen der Unierten auf die vorgeschlagenen Mittel beim Direktorium noch nicht alle eingelaufen sind, so ist bisher nichts geschehen. Sollte zu Schweinfurt auch wegen der Ritterschaft etwas vorkommen, so soll man sich bemühen, es mit derselben so weit zu bringen, dass man sich im Notfall eines Reiterdienstes von ihr zu versehen hätte; sie in die Union aufzunehmen, hat noch immer seine erheblichen Bedenken.[3] Von der

---

[1] Briefe und Akten, III., no. 182.

[2] Die Verhandlung mit Dänemark war Fürst Rudolf von Anhalt-Zerbst aufgetragen worden, der im November 1610 in Kopenhagen erschien, aber sich keines Erfolges rühmen konnte; Christian IV. wandte vornehmlich die Rücksicht auf den Kaiser und auf England vor, sowie dass einige ihm nahverwandte Fürsten der Union ferngeblieben seien; die Akten dieser Schickung liegen in Mb., 119/3, f. 110 ff.

[3] Solche Bedenken äussert auch die württembergische Instruktion zum Unionstag vom $\frac{\text{22. Februar}}{\text{4. März}}$; es wird dort bemerkt, dass die Ritterschaft viele Beziehungen zu den Katholischen habe, ihnen mit Lehenspflicht verbunden sei, die Unterhandlungen weitläufig, die Verschwiegenheit fraglich sein würde; auch sei die Ritterschaft mit vielen Streitigkeiten beladen (Stg., Unionsacta, IX., f. 162; Kpt. — f. 177; Or.).

Digitized by Google

Korrespondenz mit dem Ausland lässt sich diesmal nicht reden, zumal man weis, wie sich die Städte deshalb erklärt haben. März 7.

3. Wie man sich der Union mit Nutzen zu bedienen hat? Der Ausschlag ergibt sich aus dem ersten Hauptpunkt, dass man nämlich stets dem Zweck der Union nachgehe. Hauptsächlich aber muss bei diesem Punkt ein gewisser Schluss gemacht werden, was die Union tun soll, weil die Gegner noch mit ihrem Kriegsvolk gefasst sind. Unsere Gesandten haben die gefährdete Lage der Oberpfalz und der Nachbarschaft vorzustellen und sich mit den Vorstimmenden zu vergleichen. „Einmal will uf etwas gegenverfassung, die gehe gleich uf ein neue kriegsmacht oder nur verwahrung der grenzen gegen Behmen, bedacht sein," wozu es einer neuen Bundesanlage bedarf.

Zu Worms ist die Beratung einer eilenden Assistenz hier am Rhein auf den Unionstag verschoben worden.[1] Diese Beratung ist daher wieder aufzunehmen. Vielleicht lässt sich angesichts der drohenden Gefahr etwas fruchtbares beschliessen, dessen man sich auch gegen das passauer Volk bedienen könnte. Unsere Meinung wegen einer Versicherung gegen das passauer Volk enthält beiliegendes Memorial.[2]

Beim 3. Punkt ist auch davon zu reden, wie man im Reich zu einem sichern Frieden kommen könnte. Da der münchner Akkord das Mistrauen nicht völlig behoben hat, so ist zu bedenken, ob man nicht den drei geistlichen Kurfürsten und dem Herzog von Baiern schreiben, ihnen den Zweck der Union ausführlich dartun und bezeugen solle, dass sie sich von den Unierten keines widrigen zu versehen hätten; zugleich soll man von ihnen vernehmen, wie das Mistrauen unter den Ständen beseitigt werden könnte. Wir hoffen, dass dies nicht fruchtlos bleiben und die ungleichen Gedanken der Geistlichen mildern wird.[3] Auch mit andern füglichen Vorschlägen haben die unsern sich zu vergleichen.

Wegen der gemeinen Gravamina und wegen Donauwörth wird man diesmal schwerlich zu einem Beschluss kommen; mit Schreiben, ist hierin, wie die Erfahrung lehrt, beim Kaiser und bei Baiern nichts auszurichten.

---

[1] Vgl. oben no. 56.

[2] Erstes Nebenmemorial wegen der nachbarlichen Hilfe und Landrettung: die Gesandten haben die Gefahr bei der Ansammlung fremden Kriegsvolks zu schildern und anzuregen, ob nicht auch droben Landes wegen der Gefahr aus Böhmen gleichfalls eine „nachbarliche Hilfe" angestellt, allenfalls auch einiges Kriegsvolk in Wartegeld genommen werden sollte (Mb., 119/3, f. 276; Or.). — Ein zweites Nebenmemorial betrifft die Begleichung des zweibrückenschen Ausstandes an der Unionsquote in der Höhe von 5811 fl., die der Administrator als Pfalzgraf von Zweibrücken zu zahlen sich weigert, da seine Ausgaben für die Union, besonders für die Legation nach Frankreich viel grösser gewesen seien; auch die im November 1610 zu Speier verglichenen Monate zur jülicher Assistenz gedenkt der Pfalzgraf nicht zu zahlen, da er zu solcher Assistenz nichts beitragen will (Mb., a. a. O., f. 278; Or.).

[3] Vgl. oben no. 64, S. 148, besonders Anm. 2 wegen des angekündigten Unionstags.

Digitized by Google

März 7. König Matthias und die „obderennsischen" Stände haben bei den Unierten um Hilfe wider das passauer Volk angesucht. Da sie dies Suchen vielleicht wiederholen und sogar Gesandte nach Schweinfurt schicken werden, so hat man deren Werbung zu hören; wegen der voraussichtlichen Abwesenheit der unierten Kurfürsten und Fürsten kann ihnen aber ein endgiltiger Bescheid nicht erteilt werden, vielmehr sind sie mit glimpflicher Vorantwort abzufertigen, dass man alles berichten, sich an den Grenzen gegen das passauer Volk gefasst halten und einander die Hand reichen wolle; doch sollen die königlichen Gesandten in der Antwort die gute Affektion der Unierten spüren.

Was in vorigen Abschieden auf fernere Verhandlung gestellt wurde, soll hier reassumiert werden. Datum Heidelberg den 25. februarii a. 1611.

Mb., 119|3, f. 269; Or.[1]

März 7. **90.** Der Kurfürst von Mainz und der Herzog von Baiern an sämtliche Stände des katholischen Bundes und an die Erzherzoge Ferdinand und Maximilian.

(Ausschreiben zum würzburger Ligatag).

E. L. wissen, dass die Richtigmachung der Bundesrechnungen vom augsburger Tag auf einen andern Bundestag hat verschoben werden müssen; inzwischen aber (weil die bewilligten Monate zur Abdankung des Volkes nicht langten) haben wir, der Herzog von Baiern, und der Bischof von Augsburg über unsere Gebühr eine grössere Summe vorgeschossen; endlich haben wir, Kurmainz, nachdem auf verschiedenen Bundestagen die Stärkung der Union bedacht worden ist, mit Gutachten vieler katholischer Stände mit dem Kurfürsten von Sachsen verhandelt, damit er und sein Haus sich mit den vereinigten katholischen Kurfürsten, Fürsten und Ständen zur Erhaltung des Religions- und Profanfriedens in guten vertraulichen Verstand einlasse.[2] Aus diesen drei Gründen (Aufnahme der Rechnungen, Rückzahlung der Vorschüsse und Einnahme des Hauses Sachsen) sowie wegen anderer zu Augsburg ausgesetzter Punkte haben

[1] Mir liegen noch vor die württembergische Instruktion (vgl. oben S. 198, Anm. 3) und die der Stadt Ulm vom 13./23. Februar (U., Unionsacta, tom. XXI., no. 2025; Or.), die sich an den heilbronner Abschied der ausschreibenden Städte anschliesst; vgl. oben no. 30.

[2] Vom gleichen Tag ist ein Schreiben der beiden Bundesobersten an den Kurfürsten von Sachsen datiert, worin die Ausschreibung des Bundestages für den 18. April mitgeteilt und dem Kurfürsten anheim gegeben wird, jemanden im Namen des Gesamthauses Sachsen dahin abzuordnen und dessen Vorhaben wegen der katholischen Union zu eröffnen. Da jedoch einige Tage mit der Rechnungsablage hingehen werden, wird dem Kurfürsten freigestellt, die seinen erst sechs bis acht Tage später in Würzburg eintreffen zu lassen (Wmz., Religionsakten. Bd. 12, no. 42, Kpt. von Faust; Drs., l. 7272, I. Buch Unionssachen, f. 394; Or. (praes. Dresden 20./30. März 1611).

Digitized by Google

wir die Ausschreibung eines allgemeinen Bundestages für nötig erachtet und ersuchen daher E. L., Dero Räte und Botschafter auf Montag den 18. April nach Würzburg so instruiert zu schicken, dass sie ohne „Hintersichbringen" über obige Punkte verhandeln können und, falls während des Bundestags neue Verhandlungsgegenstände sich ergeben, auch diese abzuhandeln vermögen, damit man nicht immer neue Bundestage ausschreiben und dadurch immer mehr Mistrauen gegen die katholischen Stände erwecken muss. Datum den 7. martii a. 1611. März 7.

Wmz., Religionsakten, zu Bd. 12., — Kptkopie mit Verbesserungen Fausts[1].

91. König Matthias an Alessandro Peretto, Kardinal Montalto. März 8.

1. Rechtfertigung des Zuges nach Böhmen. Einfall der Passauer in Oesterreich ob der Enns und Böhmen. Einnahme der prager Kleinseite durch die Machinationen des Generals der Passauer, des Erzherzogs Leopold, und Versuch, sich der Burg zu bemächtigen, wo die böhmische Krone verwahrt ist. — Alles das geschah nur zu dem Zweck, wie man uns sagt, damit dies Kriegsvolk demjenigen, den es wolle, die Krone aufsetzen und ihn den böhmischen Ständen aufdringen könnte. Unter diesen Umständen, da die Stände die Burg und die Königskrone bis zum letzten Hauch zu verteidigen entschlossen waren und Werbungen ausschrieben, also neues Blutvergiessen zu erwarten war, und da der Kaiser von jenem Kriegsvolk gleichsam gefangen gehalten wurde und in Gefahr schwebte, wurden wir iure naturae et sanguinis trotz des Einfalls in Oesterreich angetrieben, den Kaiser aus seinem Gefängnis zu befreien. Wir erwogen zugleich, dass wir auf einem eigens ausgeschriebenen Landtag mit Wissen und Willen des Kaisers zum Nachfolger in diesem Königreich designiert worden waren und konnten daher nicht umhin, auf Begehren der Stände, da der Kaiser sich nicht rührte, diesen Gräueln mit allen unsern und unserer Lande Mitteln zu wehren und der Gefahr, die

---

[1] Die Fertigung des ersten, in der bairischen Kanzlei entworfenen Ausschreibens mit dem Datum 15. Januar (vgl. oben no. 19 und S. 50, Anm. 1) hatte der Kurfürst verschoben, bis seine rheinischen Mitstände sich zu Frankfurt wegen der Einnahme Sachsens erklärt hatten. Nachdem gleich in der ersten Sitzung die Voten zustimmend ausgefallen waren (vgl. das Protokoll oben no. 68), liess der Kurfürst die Ausschreiben „umfertigen" und zur Mitunterfertigung an den Herzog schicken (Kurmainz an Herzog Maximilian am 25. Februar; Wmz., a. a. O. no. 29. und 30, Kpt. von Faust). Der Herzog erwiderte am 8. März, dass er für seine Person kein weiteres Bedenken hätte, dass er aber wegen der Einnahme Sachsens das Gutachten der oberländischen Stände abwarten müsse, die er für den 16. März nach Augsburg berufen habe; hätten auch diese kein Bedenken, so wolle er die Schreiben vollziehen (Wmz., a. a. O., no. 48; Or.); vgl. unten no. 110.

Digitized by Google

März 8. davon diesem Königreich und unserm Haus drohen konnte, vorzubauen, damit nicht uns zu Praejudiz und unter Verletzung des prager Vertrags diesem Königreich ein anderer König vorgesetzt werde. Deshalb haben wir unser Kriegsvolk voraus gesandt und haben beschlossen, ihm bald zu folgen.[1]

2. Wir stellen dies E. Em. zur Information des Papstes, des Kardinalskollegiums u. s. w. dar, damit diese nicht durch die in Schwang gehenden Praktiken dahin irrig unterrichtet werden, als hätten wir diese Schritte zu anderm Zweck als zum Nutzen des Kaisers und der ganzen Christenheit getan. Wir geben E. Em. auch zu bedenken, welcher Schaden unserer Religion erwüchse, wenn unter dem Vorwande notgedrungener Verteidigung den Ketzern Ursache gegeben würde, die Waffen zu ergreifen und sich zu verstärken; schon wüten sie, durch diesen Einfall erbittert, nicht nur in Prag sondern im ganzen Königreiche gegen Kirchen, Klöster und Mönche, und nicht nur die Böhmen sondern alle andern Lande verfolgen den Erzherzog Leopold mit solchem Hass, dass sie offen sagen, sie wollten sich eher der Herrschaft der Türken und Tartaren als der seinen unterwerfen. Wir müssen aber unsere Königreiche und Länder schützen sowol als ältester des Hauses nach dem Kaiser als auch als designierter König von Böhmen und als rechtmässiger Besitzer der übrigen Königreiche und Länder, die unsern Schutz verlangen. Auch die Interessen unseres Hauses zwingen dazu, da sonst durch solche unerhörte Praktiken die Testamente, Verordnungen und Kompaktaten unserer Vorfahren völlig zunichte werden würden und jeder ohne Rücksicht auf seinen Rang unter unrechtmässigem Titel nur aus Herrschbegier und mit Gewalt zum grössten Schaden anderer in die Königreiche und Länder einfallen, alles verwirren und unser Haus und unsere Religion erschüttern könnte, wie die Beispiele lehren.

Alles das kommt aber aus zwei Ursachen: 1. „quod imperator iuvenem istum principem archiducem Leopoldum verborum lenociniis in suum favorem spe successionis illectum tanto melius se vindicare et omnem futuram successionem in rei publicae christianae summum detrimentum tectius protelare et suspendere posset, cuius causa etiam non tam in conservationem transactionis tam sancte initae quam in continuationem armorum summa semper intentio fuerat, et ob id etiam ducis Saxoniae et aliorum principum responsa expetiverat, qualiter pacta iam inita et confirmata denuo rescindi queant; 2. quod nonnulli in eo magnopere laborarint, ne ex domo Austriaca in posterum unica solum persona et quidem aetate senior (prout multis iam saeculis laudabiliter et non sine maximo fructu ser.mae domus nostrae observatum erat) ad electionem regis Hungariae et Bohemiae commendaretur et promoveretur sed indifferenter omnes nominarentur;

[1] Der Aufbruch des Königs erfolgte am selben 8. März (Mägerles Diarium des königlichen Zuges nach Böhmen in Wi., I A 1, Succession, Ka. 2990; Kopie).

Digitized by Google

quam occasionem captans archidux Leopoldus exorbitans huiusmodi dignitates quoque ambire non erubuit.“ Aus all dem erhellt, wie es mit den neuen vom Kaiser, Erzherzog Leopold und dem Kriegsvolk erregten Streitigkeiten steht. E. Em. werden darüber den Papst gewiss so informieren, dass er uns für alle unverhofften Zwischenfälle entschuldigt hält und den Erzherzog Leopold durch heilsame Ermahnungen zu besserer Vernunft und nach seiner bischöflichen Residenz zurückruft, damit durch dessen Anschläge nicht die Religion und alle Katholischen in grösste Gefahr gesetzt werden. März 8.

3. Wir wissen, dass der Kaiser von den seinen schlecht unterrichtet und verführt viel widriges unter dem Schein der Religion und der guten Absicht nach Rom schreibt; ebenso tun einige an seinem Hof, die von Frieden und Eintracht weit entfernt sind. Wir erbitten vom Papst, dass er solchen Informationen nicht eher Glauben schenke als bis er uns gehört hat.

4. Da endlich der Papst aus all dem leicht ersehen kann, dass die ganze Verwirrung daher stammt, dass alle aus dem Hause Oesterreich unerwogen des Vorrechts des einen nach der Kaiserkrone streben, so bitten wir S. H.lt es mit Hilfe des Königs von Spanien dahin zu richten, dass in diesem unsern Hause nach dem alten Herkommen und Verordnungen nur auf ein solches Subjekt gesehen werde, welches Natur und Hausgesetze als geeignet bezeichnen, durch welches die Würde des Hauses erhalten wird, auf das allein der Beistand und die Empfehlungen gerichtet werden mögen, durch das allen Trennungen begegnet, das gemeine und unseres Hauses Wol gefördert wird und die alten Rechte zwischen Brüdern und Verwandten gewahrt bleiben. Wir setzen alles Vertrauen in den Papst, unterwerfen und empfehlen uns ihm. Datum in civitate nostra Vienna..[1] anno 1611.

Wi., I A 1, Ka. 2991; Kpt.

92. Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm an Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg. März [8.]

(Bericht über die Verhandlung mit Herzog Maximilian von Baiern.)

„.. Vnd wie wol ich wegen der cbfl. pfaltzischen administration vnd vormundschafft am ersten proponirt,[2] weil doch in den letztern dem

[1] Auf der Rückseite von Khlesls Hand: „8. marcii“.

[2] Am 17./27. Februar schrieb Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm aus Neuburg a. D., wohin er tags zuvor von Düsseldorf kommend eingetroffen war, an Herzog Maximilian, dass er sich mit ihm einiger Sachen halber, die das gemeine Wesen betreffen, unterreden möchte und dazu eine Zusammenkunft vorschlage (Ma., 519/13, f. 3; Or.). Der Herzog antwortete am 1. März mit einer Einladung nach München (ebenda, f. 7; Kptkopie). Eigentlicher Zweck der Unterredung war, wie Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm seinem Vater am 19. Februar / 1. März auseinandersetzte, sich der Assistenz Baierns im Fall unbilliger Bedrängnis in der jülicher und Administrationssache zu versichern und des Herzogs Interposition beim Kaiser, allenfalls bei Kursachsen und bei Kurpfalz wegen dieser beiden Sachen zu erbitten (Me., no. 17a, f. 41; Kpt. von Gaugler). —

Digitized by Google

März [8.] herzogen von Bairen vbergebenen anmahnung ich für die ersten puncten gesezet: die ergentzung des geschwechten vertrauens im reich vnd anrichtung einer bestendigen gueten nachbarschafft, auch befürderung der wolfart des gemeinen vatterlandts vnd desselben versicherung, alss berichte E. v. Gn. ich hiemit, dass ich mehrgemeltem herzogen desswegen sehr wol affectionirt befunden vnd vber meine ankunfft sowol bei herschafft alss reth, officieren, dienern vnd vnderthanen ein grosse freudte gespüret worden. Vnd haben zwar S. des herzogen Maximiliani L. disen puncten »sicherheit« selbst getriben vnd dan vns [Unirten] starkh zuemessen wellen alss ob sie mit ihren vnderschidlichen einlägerungen auf vnschuldige stende des reichs, durchzüg vndt dabey vorgeloffenen groben vnthaten zue solcher diffidenz vnd darauf erfolgten werbung vrsach geben mit vermelden, dass, wenn I. L. nit die ihrigen so starkh sich aller feindlich thetlikheit zue enthalten eingebunden, lezlich auch nit vf sich genohmen, das vnwesen zue stillen, deswegen sie doch am kaiserlichen hoffe vnd bey ettlichen andern, die nit vil im reich zue verlieren (damit I. L. meines bedunkhens vf erzherzog Leopoldum vndt ettliche desselben reth vnd obersten, wie auch zue Mailand bestelte gubernatores vnd kriegsheubter gewisen), wenig dank verdienet, dass gar leuchtlich ein gross blutbadt im reich entstehen hette konnen, welches feur zue leschen nit mehr bey den anfengen bestanden were. Sie wolten aber getreulich erinnert haben, sich vor dergleichen unverschulder beleidigung ihrer bundgenossen zue hüeten; denn ihnen nit allemahl gelegen sein werde, zue werben vnd das geworbene volkh also vergebens mit vngelegenheit zue halten vnd nur, was die Protestirende anfangen wollen, warten zu lassen vnd, wenn es denselben geliebt, wüder abzuedankhen. Insonderheit aber haben S. L. auf dero schreiben [gewisen], so sie an E. v. Gn. gethan, darin sie von dem zu Hall getroffenen schluss vnd vorgewessten practikhen, davon auch in der relation die churpfeltzische sachen betreffendt anregung gethan, meldung thun]. Ich habe aber nach laut mitgehabter instruction alles vfs best ich gekündt entschuldiget, aber der vorgewesten practikhen halben mit Frankhreich vnd den Staden S. L. versichert, dass nur zue aussfürung des gulchischen wesens die auxilia gesucht vnd bewilligt worden; aber das könten I. L. selbst ermessen, dass, wenn andere sich in das werkh gemischt vnd man mehrer volkhs bedürfft hette, vf solchen fall niemands vns oder vnseren assistenten verdenkhen können, dass man sich auf solchen fall ferner gefast gemacht hette vnd mechten dieselb, [so] sich vns zuewüder erzeigt, alssdann villaicht ein kalt markht gehabt haben.

Am 6. März traf Wolfgang Wilhelm in München ein und schrieb schon am 7. an die neuburgischen Statthalter und Räte in Düsseldorf, er hoffe, das alte gute Vertrauen mit Herzog Maximilian „zu redintegriren und sonsten dem gemeinen wesen zum besten allerhand nutzliche underbauung zue thun“ (Mc., Jülicher Succession, Fasz. 31, no. 25, III.; f. 80; Or.).

Digitized by Google

Aber S. L. nahmen daher nachmaln anlass, dass der Vnirten volkh eben darumb vrsach geben vnd die Catolischen reizen wellen zue thathandlung, damit man an sie ein vrsach vom zaun brechen mög. Alss ich aber S. L. bestendig berichtet, — dass meines wissens zue Hall von beschwerung der stiffter vnd sonderlich des zugs in das stifft Strasburg nit gedacht worden sondern geschlossen worden, der Vnirten volkh allsobaldt hinab in das landt von Gülch zue schikhen, nachdem aber das elsasisch vnd passauisch volkh sich nit allein wüder verhoffen gesterkht vnd hieoben im reich vfgehalten vnd die Vnirten, dass wir daunden ihres volkhs in volliger anzahl nit bedürfftig, gespirt, hetten sie auf versiherung ihres eigenen stats gedenkhen müssen, — haben sich S. L. zue rhue begeben vnd, da ihnen nit zue wüdrigem vrsach geben werde oder krafft der schuldikheit, darzue sie dem reich verbunden, zue einem andern gedrungen wurden, zue müglicher nachbarschafft vndt befürderung der gemeinen wollfart vnd ergentzung des geschwechten vertrauens im reich sich erbotten, dabey aber meine vorschleg, wie darzue zue kommen, zue wissen begert. Wiewol ich nun S. L. ersucht, durch ihr vernünftige gedankhen mir zum nachdenkhen anlass zue geben, hab ich doch mehr nit anfangs heraussbringen können alss dass sie sich erklert, man müsse wissen, was zue solcher diffidenz vrsach geben. Nun haben S. L. vor gesagt, was bey ihnen das misstrauen causiret; sie hofften, sie hetten vns kain vrsach geben. Darauf meldet ich, dass nit allein die beschwerliche process, so von dem kaiserlichen hof aussgangen wüder vnderschidliche fürsten, grafen vnd sonderlich etliche stette des reichs, wie auch die werbung, die von dem Leopoldo alss ihrem bundsverwanten sowohl alss von den vnsern vnd zwar nacher fürgangen, gnugsame diffidenz vervrsacht. So könnten S. L. ermessen, dass E. v. Gn. ein schlechte freudt geben, dass man in Dero landt vnd klester lange zeit bestendige commissarios herainseze vnd hielte ich darfür, wann man zur communication kommen solt, wir wurden vnser theils weit mehr exempel, so zur diffidenz vrsach geben, anzihen können, wie denn dass S. L. so vil volkhs von des donawertischen wesens halben zuesammengebracht, auch nit vnbillich sorgfaltig gemacht. März [8.]

Haben S. L. gleichwol anfangs priora zum theil repetiren wollen vnd insonderheit angedeutt, dass dasjenig, was wüder den kaiserlichen hof geklagt were, S. L. bundtsgenossen nit zue verantworten stiende vnd gleichwol hingegen wisslich, wie es auf dem lezten reichstag zuegangen, wie man mit gwalt den religionfriden hab praetendiret haben wellen vnd interim zue keinem schluss kommen wellen, item dass man wol gewust, dass, was Leopoldus thue, solchs nit alss S. L. bundgenoss sondern auss ksl. M.t bevelch gethan, allso auch S. L. nit für sich sondern auss ksl. M.t geheiss sich vmb die statt Donawert angenohmen vnd nit allein sie gantz treulich vndt vatterlichen gewardnet, dass sie ksl. M.t pariren welten,

Digitized by Google

März [8.] auch E. v. Gn. dermassen caution angebotten, dass Sie nit vrsach gehabt, in I. L. misstrauen zue sezen, — so ist doch endlich, nachdem mit lachendem munde pro et contra vermeldet worden, dass in statssachen mann nit allemahl alles so leucht begreiffen könne, die sachen dahin gestelt worden, wie meine anmahnung aufweiset (welche ich vmb besserer gwissheit willen, ob ich S. L. gemüet recht verstanden, zue papir gebracht und S. L. vbergeben vnd von S. L., wie sie vnden bei dem puncten der administration auch angedeutet vnd approbirt worden, hie beygelegt zue befinden).[1]

Vnd stehet bey E. v. Gn. resolution, ob Sie solche darin gedachte vorschleg verstendig vnd der sach gemes erkennen welln vnd meinte [ich], dass Wirtenberg neben E. v. Gn. am ersten mit S. L. vnd etwa Wurtzburg, Menz oder sonst einem wolaffectionirten

---

[1] „Verzeichnuss etlicher puncten, deren mein herr vetter, herr Maximilian in Beiren hertzog vor meinem abreisen zu erinnern.“ — I. Der Herzog ist zu ersuchen, auf alle möglichen Mittel zu denken, damit das geschwächte Vertrauen im Reich wieder gestärkt, Friede und Einigkeit unter allen Ständen wieder aufgerichtet und allen feindlichen Anschlägen gegen das Corpus des Reichs oder dessen Glieder — auch von seiten solcher, die in der Uneinigkeit der Stände ihren Vorteil suchen — gesteuert werde. Dasselbe will auch mein Vater tun. Da aber dazu vor allem nötig ist, dass die Ursachen zu solchem Mistrauen aufgehoben werden, so soll jeder Teil seine Beschwerden in möglichster Kürze und mit Weglassung des Unnötigen zusammentragen. Wenn man damit gefasst ist, sollen friedliebende Fürsten zusammentreten oder ihre vertrautesten Räte zusammenschicken, um darüber vertraulich zu kommunizieren und von Mitteln zu reden, wie man künftig solchem Mistrauen und Weitläufigkeiten samt dem daraus folgenden Landschaden und Verderben vorbauen könne. Wenn möglich sollen sich die Räte auch eines Gutachtens vergleichen, um es ihren Herrn zu referieren; namentlich aber sollen sie darauf bedacht sein, wie die Justiz wieder in richtigen Gang zu bringen wäre und die unerörterten Sachen ehestens expediert werden könnten; dabei soll soviel immer möglich und tunlich den alten Reichssatzungen, Abschieden und dem Religionsfrieden, die im wesentlichen nicht wol zu verbessern sind, nachgegangen werden. Diese Fürsten könnten es dann an die andern im Reiche bringen. II. Weil wegen des passauer Volks eine General-Mutination zu besorgen ist und dadurch nächst Böhmen dem Reich, vor allem aber dem bairischen Kreis unwiderbringlicher Schaden zugefügt werden könnte, so wird der Herzog wegen allem, was dieses Volkes halber gemeldet wird, mit meinem Vater kommunizieren, den bairischen Kreistag befördern und dem Vater berichten, was für Resolution von Salzburg kommt, damit man sich ehestens einer Defension vergleichen und Unheil verhüten kann. Ich vertraue dem Herzog nicht nur wegen der Kreisverfassung sondern auch wegen der Erbeinigung und Verwandtschaft, dass er, sobald ihm etwas vorkommt, was meinen Eltern, Brüdern oder deren Landen zu Nachteil gereichen könnte, uns ehestens Mitteilung machen, dem Unheil vorbauen oder im Fall widerrechtlichen Zusetzens dies mit der Tat abwenden helfen und uns zur Erreichung unserer Befugnisse und Rechte behilflich sein werde. Dasselbe wollen wir dem Herzog und dessen Landen erweisen und soll man sich gegenseitig aufs äusserste befleissen, gute Nachbarschaft zu halten und dies auch den beiderseitigen Dienern und Räten einschärfen. — Die andern Punkte betreffen den kurpfälzischen Administrationsstreit, die jülicher und die kaisheimische Sache. Actum München den 26. februarii / 8. martii 1611 (Ma., 519/3, f. 5; eigenhändige Aufzeichnung Wolfgang Wilhelms).

Digitized by Google

geistlichen fürsten angedeuter gestalt ein anfang machten, es solte der gemeinen sach damit nit vbel gedienet sein. Mann würdt aber mit Wirtenberg behuetsam in communicatione verfahren müessen vnd fleiss haben zue vnderbauen, dass Büwinkhausen zue diser sach nit gezogen werde: dann ihme alle handlung, die er nit angespunnen vnd von E. v. Gn. oder den Ihrigen herkommet, verdechtig sein würdt.“ O. D. März [8.]

Mb., 343|13a, f. 1; eigenhändige Aufzeichnung.[1]

93. Der Erzbischof von Salzburg an Erzherzog Maximilian. März 9.

Obgleich ich mit meinen Landen durch das passauer Volk in nicht geringe Ungelegenheit geraten bin, so habe ich doch, nachdem ich die Gefahr abgewandt, die Rachbegier nie so weit überwiegen lassen, dass ich mich nicht unverzüglich darauf bemüht hätte, die zu besorgenden Weiterungen zwischen dem Kaiser und dessen Haus, soweit es an mir gelegen war, abzukürzen, wie E. L. aus meinen Schreiben wissen. Nun erhalte ich aber Nachrichten aus Prag, die mich erkennen lassen, dass die Sache zwischen dem Kaiser und dem König auf dem äussersten steht, dass aber auch der Kaiser zur Zeit also gesinnt ist, dass, wenn geeignete Personen sich der Sache annehmen, er nicht nur zu einem Vergleich sondern auch zu völliger Zession unter Bedingungen zu bewegen sein wird, was

[1] An diesen Besuch des Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm in München knüpft ein immer intensiverer Briefwechsel zwischen Neuburg und München an, in dem neben den konkreten Angelegenheiten der Politik die Frage, wie das verlorene Vertrauen unter den Reichsständen wieder herzustellen wäre, immer wieder zum Vorschein kommt. Besonders der alte Pfalzgraf war eifrig in Vorschlägen. In einer Aufzeichnung aus der Mitte des März regt er an, den Herzog von Württemberg und den Erzherzog Maximilian, die beide als Freunde einer Komposition im Reiche galten, ins Vertrauen zu ziehen, vielleicht auch König Matthias. Er denkt daran, dass man die gegenseitigen Beschwerden einander übergebe und deren gütliche Beilegung versuche; er sieht aber selbst ein, dass es dabei zu heftigen Auseinandersetzungen kommen und dadurch die gute Absicht vereitelt werden könnte. Darum sollten Unierte und „Konfoederirte“ sich anfangs nur vergleichen, an den Reichssatzungen, besonders am Landfrieden festzuhalten und keinen Stand, der ordentliches Recht leiden mag, mit Gewalt zu unterdrücken, ihn auch mit getreuer Zusammensetzung bei seinem Recht zu schützen; alsdann könnte man die Punkte vornehmen, bei denen ein Ausgleich zu hoffen sei, den Rest könnte man auf einen Reichstag verschieben (Mb., 343|13a, f. 9; Kopie). — Am 22. März drückt Herzog Maximilian seinerseits dem Pfalzgrafen Philipp Ludwig seine Geneigtheit aus, die Korrespondenz wegen Stärkung des Vertrauens im Reich fortzusetzen und dem Pfalzgrafen und dessen Zugewandten nach Möglichkeit zu willen zu sein (Ma., 519|13, f. 25; Kpt.). Aehnlich versichert der Herzog am 27. März auch Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm, dass „souil an mir ich zur ergenzung des altten vertrauens vnd fortsezung fridlichen wesens im heil. reich je vnd allweg sowol alss bisher von mir beschehen rathen vnd helffen will, dess versehens man anderss tailss khein andere vrsach geben sonder zu solchem ende ebensfals die consilia dirigiren vnd das werkh darnach regulieren werde“ (Ma., 519|13, f. 27; eigenhändiges Konzept des Herzogs).

Digitized by Google

März 9. bei so beschaffnen Sachen vielleicht das einzige Mittel ist, das Haus Oesterreich vor weiteren Gefahren zu behüten. Als „ein alter, treu affectionirter osterreichischer diener“ habe ich dies E. L. andeuten wollen. Wenn Sie mir zustimmen, so mögen Sie mit Erzherzog Ferdinand oder allein sich ohne Zeitverlust in die Sache schlagen, um grössere Weiterungen zu verhüten. Wird diese Gelegenheit verabsäumt und gewinnt der Kaiser oder der König die völlige Oberhand, so wird jeder künftige Vergleich völlig abgeschnitten und das Haus Oesterreich ganz getrennt werden, die Untertanen des Hauses aber, die sich die Erhebung ihres Herrn allein zumessen werden, werden so stark „vorbrechen“, dass man von ihnen künftig wenig Respekt oder Gehorsam zu erwarten haben wird, wie schon jetzt der Augenschein zeigt. Datum Salzburg den 9. martii a. 1611.

Wöa., Salzburg, Bd 10, Fasz. 3., — Kpt.[1]

März 10. **94.** Papst Paul V. an König Matthias.

„Paulus papa V. Charissime in Christo fili noster, salutem et apostolicam benedictionem. Quanta animi nostri dolore accepimus ea, quae nuper Pragae tumultuose acta sunt, ex eo facile compertum esse posse existimamus M.[ti] Tuae, quod optime intelligis, quam ardenti paternae charitatis affectu desideravimus, semper Vos filios nostros in Christo charissimos vinculo pacis coniunctos et unanimes conservare et quia oculis nedum mentis sed corporis iam cernimus inevitabilem ruinam inclitae familiae Vestrae et religionis catholicae in Germania, si haec Vestra discordia ulterius progrediatur. Ideo manus nostras ad Deum patrem misericordiarum levantes eius immensam bonitatem

---

[1] Gleichzeitig schreibt der Geheimsekretär des Erzbischofs, Thomas Perger, an den vertrauten Rat des Erzherzogs Ferdinand, Peter Casal: sein Herr denkt daran, dass die Erzherzoge Ferdinand und Maximilian die Gelegenheit, wie sie der Stand der Dinge in Prag mit sich bringt, unverzüglich benützen sollten „und, dieweil sich auf I. ksl. M.[t]'seiten je keiner bestendigen mutation oder enderung gemeinem wesen zum besten villeicht bei so beschaffnem wesen sonders zu trösten, alle mitl und weg einwendeten, ein völlige cession der erblanden halben mit zimblichen conditionen zu erhandlen, wie auch volgends im reich als ein notwendige consequenz“. Ausser dem sieht der Erzbischof nicht, wie dem Hause Oesterreich zu beständiger Ruhe zu verhelfen wäre; er hat nichts an sich erwinden lassen, den Kaiser bei seiner Autorität und dessen Haus bei Einigkeit zu erhalten; aber es ist alles umsonst und wäre bei diesem Regiment dem Kaiser am nützlichsten, den Rest seines Lebens in Ruhe und ohne grosse Behelligung zuzubringen (Wöa, a. a. O.; Kpt. eigh.). — Casal erwidert am 16. März mit der Mitteilung, dass den Erzherzog Ferdinand die Fürsorge des Erzbischofs für das „hartsinkende“ Haus Oesterreich hoch erfreue und dass sein Herr dem Erzherzog Maximilian eine Zusammenkunft in Salzburg wegen einer Interposition der Herzoge vorgeschlagen habe (Wöa., a. a. O.; Or. eigh.). Am 20. März laden die Erzherzoge Maximilian und Ferdinand den Erzherzog Albrecht zu dieser Zusammenkunft ein, an der der Erzbischof von Salzburg und Herzog Maximilian von Baiern teilnehmen sollen (Wöa., a. a. O.; Kopie).

Digitized by Google

assidue precamur, ut utriusque mentem spiritus sancti lumine illustrare dignetur neque permittet Vos dilabi in eam, quam communes Vestri inimici Vobis exoptant miseriam et nos paratam videmus. Charissime fili, hoc in omni deliberatione considerandum est, detrimentum unius fratris, etsi ad speciem videatur aliquando conducere rationibus commodisque alterius, revera tamen domui familiaeque semper perniciosissimum esse. Quod si hoc in privatis domibus, quando magis in regalibus, cum veritas ipsa dicat, quod desolabitur omne regnum in se divisum. Et quae maior divisio quam regiae domus discordia? Propterea cum omnia alia consilia praeter ea quae pacis sunt nostro quidem iudicio sint non solum importuna sed etiam deterrima, M.tem Tuam cum omni charitatis affectu hortamur ac etiam, si pateris, rogamus, velis pacem cum charissimo in Christo filio nostro fratre Tuo imperatore electo conservare ac tueri eoque studia et cogitationes Tuas omnes dirigere, ne qui cogitant Vobis mala quique ex augustae Austriacae familiae ruina viam ad propriam exaltationem sibi sternunt, ex Vestro dissidio vel potius excidio laetentur. Nos autem omnia officia ad hoc necessaria sicuti antea ita et in posterum sedulo diligenterque obibimus, quemadmodum uberius adhuc intelliges ex venerabili fratre Placido episcopo Melphiensi[1], nuncio nostro apostolico, qui et afflictionem et sollicitudinem, qua laboramus hoc tempore et fiduciam quam in Tua filiali pietate habemus, tibi exponet. Cui eandem fidem adhiberi abs Te desideramus quam nobis haberes, si Te alloqueremur. Et M.ti Tuae benedictionem nostram apostolicam ex intimis nostri cordis visceribus tribuimus. — Datum Romae apud S. Petrum sub annulo piscatoris VI. idus martii MDCXI pontificatus nostro anno sexto". März 10.

Petrus Stroza.

Wh., Urkunden.

95. Die Erzherzoge Maximilian und Ferdinand an den Kurfürsten von Sachsen, desgleichen an die andern Bürgen des prager Vertrags. März 11.

Mit höchster Betrübnis sehen wir, wie wenig alle die eifrigen Bemühungen E. L. und der anderen zu Prag gewesenen Kurfürsten und Fürsten um Aussöhnung in unserem bedrängten Hause gefruchtet haben. Die jetzt aufs neue entstandene Zwietracht zeigt zur Genüge, wie viel mehr die hitzigen Ratschläge verbitterter Leute als die treuherzige Wolmeinung und das Ansehen der damals versammelten Kurfürsten und Fürsten gelten, und möchte es jetzt wol an dem sein, dass der ganze Streit nur noch mit den Waffen geschlichtet werden kann. Doch ist das Vertrauen, welches wir zu E. L. Ansehen im Reich

[1] Der Nuntius am wiener Hof.

Digitized by Google

März 11. und zu Dero vielfach bewiesenen Zuneigung für unser Haus tragen, so gross, dass wir glauben, wenn E. L. sich mit Eifer in die Sache schlagen, es könnten noch Mittel gefunden werden, diesem allerseits gefährlich und erbärmlich aussehenden Werke abzuhelfen. Darum bitten wir E. L. dringend,[1] uns, die wir in unserer Bestürzung fast keinen Rat zu finden wissen, — wenn schon nicht aus Mitleid gegen unser Haus, das es doch um das Reich vielfach verdient hat, so doch zur Rettung vor der der ganzen Christenheit drohenden Gefahr und damit nicht unsere zu Prag angewandte Mühe ganz umsonst sei, — Ihr Gutachten zu eröffnen, wie etwa ein Ausgleich möglich sei und inzwischen Ihr Ansehen zu interponieren, damit Blutvergiessen verhütet, des Hauses Eintracht hergestellt und der Friede den Ländern erhalten werde. Geben zu Insprugg den 11. martii 1611.

Dra., l. 9166, I. B. passauer Kriegsvolks, f. 521; Or.[2]

März 11. **96. Hans Meinhard von Schönburg an Fürst Christian von Anhalt.**

Gestern abends bin ich in Breslau angekommen, wo die Fürsten und Stände Schlesiens versammelt sind. Ich wandte mich an Markgraf Johann Georg von Jägerndorf, um Neuigkeiten zu erfahren; man weis aber nichts sicheres und glaubt, Matthias sei von Wien aufgebrochen. Ramée soll nach Polen gereist sein, um zu werben. Hier nimmt man 4000 Mann in zwei Regimentern zu sechs und fünf Kompagnien und 1500 Reiter an, — schlechtes Volk. Ich vermute, dass das Volk des Matthias nicht anders sein wird, das Leopolds soll weit

---

[1] Das Gesamtschreiben war von Erzherzog Maximilian angeregt worden; Erzherzog Ferdinand hielt zwar nicht viel davon, unterfertigte es aber (vgl. unten no. 97) und schlug seinerseits eine persönliche Zusammenkunft der Erzherzoge vor (vgl. oben no. 93, S. 208, Anm. 1).

[2] Die Antwort des Kurfürsten von Sachsen liegt mir nicht vor, wol aber die von Kurmainz: der Kurfürst beklagt am 30. März den Verlauf in Prag, dem gegenüber er für seine Person nichts nützliches zu raten wisse; er habe sich bereits mit den andern Kurfürsten wegen einer persönlichen Zusammenkunft in Verbindung gesetzt, bei der diese und andere Notwendigkeiten des Reichs beraten werden sollen: schliesslich bittet er, die Verbitterung unter den Brüdern mildern zu helfen (Wmz., Reichstagsakten, Fasz. 103c, no. 10; Kpt. von Faust); vgl. unten no. 111. — Viel ausführlicher ist das Antwortschreiben des Herzogs von Braunschweig vom 8. April, worin er beklagt, dass alle seine Mühe umsonst gewesen sei; der „pragerische fastelabent" habe alles verdorben; er sehe nun kein anderes Mittel als dass der Kaiser freiwillig und mit Autorität tue, was er sonst gezwungen tun müsste; er bemühe sich, den Kaiser zur Einwilligung in die Krönung des Königs und in die Reformation des Regiments zu bewegen, wogegen dem Kaiser die königliche Regierung in Böhmen verbleiben und er nicht schimpflich davon verstossen werden solle; auch die Beseitigung der bösen Ratgeber und die Abdankung des Kriegsvolks befördere er, Herzog, nach Möglichkeit, — kurz, er lasse es an nichts fehlen, des Kaisers Autorität zu erhalten, brüderliches Vertrauen zu stiften und der Zerrüttung zu wehren (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom April 1611, no. 42; Or. eigh.).

Digitized by Google

besser sein. Ich werde morgen von hier über Jägerndorf nach Olmütz reisen; Zierotin wird mir angeben können, wo ich den König treffe. — „Ma commission est quelque chose et rien aussi; on ne parle point ce qu'on veut assister, comment on se veut declarer. Ce ne sont que palabras; cela ne peut encourager Matthias, puisque la flecheur et irresolution nostre est tant connue; me resouvenant du discours, que me ont tenu avant deux ans les estats d'Austriche[1], crains je qu'ils n'estimeront mon discours; ils voudront scavoir ce qu'on voudra faire contre l'empereur en un besoing, tenant la cause pour sien, si on aura pour agreablo Mathias sans ses estats en l'Union, chose de nul fondement en quel terme, en quelle qualité. A quoy sera appele le secours, il eust este bon que j'eusse este instruict en cela." Jetzt kann ich nichts anderes tun als mir des Matthias Intention anhören. Gut wäre es, wenn mir jemand mit erweitertem Auftrag nachgeschickt würde; man muss das Eisen schmieden, so lange es heiss ist, Matthias verpflichten und einen „accord general" machen. De Presla ce 1./11. martii 1611. — Praes. 9. martii 1611. März 11.

Bbg., A 9a, n. 166, f. 15; Or. eigh

97. Erzherzog Maximilian an König Matthias. März 12.

Auf das Schreiben vom 26. Februar.[2] Mitteilung verschiedener Schreiben, die Absichten des Kaisers auf Tirol betreffend, und der Abschrift des althanschen Vertrags.[3] Mistrauen gegen den Erzbischof von Salzburg. — Erzherzog Ferdinand verspricht sich zwar nichts von dem von mir vorgeschlagenen Gesamtschreiben der Erzherzoge an die Teilnehmer des prager Konvents; ich halte aber eine solche Erinnerung wenigstens zu unser aller besseren Entschuldigung nochmals für nötig, weshalb ich sie dem Erzherzog zur Fertigung überschicke.[4]

Was ich wegen des Successionswerks durch Schröttl bei E. M.t anregte, tat ich nur zu Dero Nachricht; auch ich halte zur Zeit nicht für ratsam, dieser Sache nachzugehen. Ich will aber inzwischen sowol bei Erzherzog Ferdinand und Baiern wie auch sonst mich bemühen, dass es deshalb bei unseres Hauses löblichen Gewohnheiten bleibe. Ich glaube auch nicht, dass des Grafen Sulz Bravieren einigen Hintergrund hat.

Was Dero Eintritt in die protestantische Union betrifft, so werden E. M.t gewiss die beiderseits obliegenden Bedenken so erwogen haben, dass deren Wiederholung unnötig ist. Ich hoffe dabei, dass E. M.t zur Erlangung Ihrer billigen Ansprüche und zur Erhaltung von Land und Leuten dieses Mittels um so weniger be-

[1] Vgl. Briefe und Akten, II., no. 107.
[2] No. 72.
[3] No. 8.
[4] Vgl. oben no. 95 und Anm. 1 auf S. 210.

Digitized by Google

März 12. dürfen werden als ich es nicht anders weiss denn dass die Böhmen sich gegen E. M.[t] der Billigkeit nach akkomodieren wollen. „Da es aber je die notturft also erfordern solte, so wäre meines erachtens kein unerhörte sachen, dass in dergleichen faal Catholische und Evangelische zu schutzung land und leut wider solchs landreuberisches volk zuesambenstunden, was aber keiner sonderbaren union bedürfte" sondern etwa auf die Weise geschehen könnte, wie die Unierten dem Herzog von Baiern wider das passauer Volk aus der Oberppfalz beizuspringen versprachen. Dazu sind sie vielleicht auch jetzt noch, da das Volk sich wieder der Pfalz nähert, geneigt, doch wären die Bedingungen reiflich zu erwägen.[1] Ynnspruck den 12. martii a. 1611.

Ib., Hofkonzepte vom März 1611, no. 9; Kpt.

März 12.

98. Zuñiga an König Philipp III.

„En carta de 7 deste[2] tengo escrito a V. M.[d], como havia llegado la gente del rey de Ungria en socorro de la çiudad vieja

[1] Die erste Fassung des Konzepts lautete ganz ablehnend: die Unierten würden sich gewiss in nichts einlassen, was nicht zur Stärkung ihrer Faktion, Schmälerung der Religion und Erreichung ihrer gefährlichen Intentionen diente; der König würde durch den Eintritt in die Union den Papst und alle katholischen Fürsten gegen sich aufbringen und wegen Unterdrückung der katholischen Religion schwere Verantwortung auf sich laden; — ein anderes wäre es, wenn die protestantischen Fürsten dem König ähnlich wie dem Herzog von Baiern einen Reiterdienst täten, ohne dass er in ihre „Liga" einzutreten hätte. — Ueber die Gefahr, dass Matthias in die Union eintreten könnte, sprach sich Erzherzog Maximilian auch gegen Erzherzog Ferdinand in einem Schreiben vom gleichen Tage aus: er könne Ferdinand nicht bergen, dass die protestantischen Unierten sich stark bemühen, den König in ihre „Liga" zu bringen, wofür sie sich erbieten, ihm mit aller ihrer Macht zuzuziehen. Er zweifle zwar nicht, dass der König sich dazu nicht bewegen lassen werde; es könnten aber dessen Lande, die ohnehin gutenteils mit jenen Fürsten korrespondieren, wenn sie durch die neuangefangenen Prozesse zur Desperation gebracht würden, sich so weit einlassen, dass der König ihrer nicht mehr mächtig würde und die ganze Posterität des Hauses Oesterreich sich von diesem Schaden nicht mehr erholen könnte (Ib., Hofkonzepte vom März 1611, no 10; Kpt.). — Was Erzherzog Maximilian widerriet, das war natürlich der Wunsch der evangelischen Stände Oesterreichs: am 12. März schreibt Peter Wok von Rosenberg aus Wittingau an den Administrator der Kurpfalz: er habe den König aus Treue aller Konsequenzen „und wornach er sich gegen den Protestirenden, dem prophan- und religionsfriden und allen treuen Piasten [!], auch patrioten reguliren solle," beweglich informieren lassen; er hoffe auch, dass der König jemanden zum Unionstag abordnen und sich dem Administrator und der ganzen Union nähern werde (Schl., 18/3; Kopie). Aehnliche Ratschläge hatte auch Friedrich Graf Fürstenberg erteilt: vgl. Münch, Geschichte des Hauses Fürstenberg, II., S, 300, — Dass übrigens Maximilian seinem Bruder mit dem ausgesprochenen Argwohn Unrecht tat, ergibt der Entwurf einer Instruktion für die Gesandten, die Matthias eben damals zu verschiedenen protestantischen Reichsfürsten schickte; vgl. Hammer-Purgstall, Khlesls Leben, II., Urkunden-Sammlung, no. 304 und dazu ebenda no. 363.

[2] Oben no. 88.

Digitized by Google

y deste reyno, que como la gente de Passau tratava de salir de aqui, finalmente el emp.or dio mucha priesa para que lo effetuasen y despues de muchas demandas y respuestas se conçertaron en tres pagas, las quales el emp.or saco de su thesoro con harto dolor de su alma. Salieron a la sorda viernes 11. Antes de amanecer devieron de ser numero de quatro mill infantes algo menos y algo mas de mill cavallos, comprehendiendo los que estavan en Veraun tres leguas de aqui con el coronel la Rame (que havia salido dos dias antes con la cavalleria para obligar a la infanteria que le siguiese). El señor archiduque Leopoldo los siguio reçelando algun desacato de los Bohemios. A mi me pedio que le aconsejase sobre el caso.[1] Pareçiome tarde para darle consejos, haviendo hecho S. A. tan poco caso de los mios por lo passado. El dia antes que partiesse me hizo un discurso sobre que le concertase con el rey de Ungria y con lo restante de la casa de Austria, dejando a parte el emp.or y que se le entregasen a el todas estas armas y socorros del papa y V. M.d para domar estas provinçias y le signifique la vanidad que contenia esta traza en que se havian metido y le dije que V. M.d no podria meterse en esto, pero que no dexaria de ayudarle y favorecerle en las pretensiones justas y hazederas que S. A. tuviese. Quando la gente se partio, quedava en el castillo y en este Rachin cosa de mil soldados de bajo de offiçiales Bohemios y del burgravio que estava dentro del castillo, gente que havia hecho çierta forma de juramento nuevo al emp.or juntamente con la gente de Passau, como se escrivio a los 19 de febrero. Al cabo de quatro o çinco horas que los de Passau havian partido, començo a pasar el puente alguna cavalleria bohemia siguiendolos y dieron presto la buelta, y a cosa de la una despues de medio dia se incorporaron con mil cavallos y 1500 infantes de la gente del rey de Ungria y de la provincia de Moravia con seis pieçeçuelas de artilleria, con que tomaron la plaça del Rachin, llegando su vanguardia al fosso del castillo. Mandava a la gente de Bohemia que era muy poca el conde de la Torre teniente general y la del rey su ministro de campo general Ermestan.[2] Llegaron aqui luego a verme los coroneles Puchan y de Ampierre[3] y yo les pedi que dixessen de mi parte a Ermestan, quanto deservicio seria del rey de Ungria y de toda la casa el hazer ningun desacato al emp.or. A que me respondio el Ermestan de manera que colegi que entendia que yo hablava solamente de la persona del emp.or y assi con el secretario Pedro Montañana le embie a dezir que no hablava solo de su persona, sino que el entrar por fuerça en el castillo tenia por mucho deservicio del rey de Ungria y de toda la casa y que al rey le estaria muy

März 12.

[1] Vgl. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 229.
[2] Herberstein.
[3] Hans Christoph von Puchheim und Heinrich Duval Graf von Dampierre.

Digitized by Google

März 12. mal, que en el imperio se entendiesse que se proçedia con desacato de su parte con el emp^or^. El me respondio con Montañana que escusaria esto quanto pudiesse, pero que el venia con orden de governarse conforme el pareçer de los Bohemios. S. M.^d^ se altero mucho de tener tan çerca de si esta gente y llamo a los del consejo de estado y a los offiçiales de la corona que havian quedado aqui y como estos le havian dado esperança, de que retirandose los de Passau se haria todo bien; quexavase dellos y de los que estavan a fuera, diziendo que querrian prenderle y mostrava gran sentimiento de no haverse ydo con los de Passau. Finalmente[1] se determino de mandar llamar al conde de la Torre, el qual haviendo llegado a la presençia de S. M.^d^, le dixo palabras muy sentidas de que su retiramiento y el no querer dar audiençia ni admitir a las personas de gran linage y calidad como el y otros deste reyno y el tratar y conversar con gente baxa havian reduzido a S. M.^d^ a tal estado, que ellos no venian para hazerle ningun deserviçio sino que haviendo venido los de Moravia como miembro desta corona a ayudarlos y socorrerlos contra la gente de Passau querrian tener parte en la guardia del castillo. Y en fin de algunas demandas y respuestas mostrandose el emp.^or^ muy sentido y muy resuelto de no açetar la gente de Moravia dexando a los Bohemios, se entro en otra pieça mas adentro con los consejeros de estado, y Barbiçio salio con orden de que se açetase el postrer medio que havian offrezido que fue que quedasen en esta parte alta 600 hombres de los de Moravia y que en el castillo entrasen 150, quedando 300 de los de Bohemia, con que les viene a tocar una de las tres puertas del castillo. Esta traza se puso en execucion y la demas gente se fue retirando hazia las çiudades vieja y nueva, donde havia quedado el restante de su gente[2] y se van encaminando la buelta de la gente de Passau

---

[1] Hier scheint Zuñiga nicht ganz genau unterrichtet gewesen zu sein: nach Bodenius' Bericht an Herzog Maximilian vom 12. März hatte der Kaiser einen Ausschuss der Stände zu sich erfordern lassen, neben Thurn auch Fels und Ruppa, die sich überzeugen sollten, dass die böhmische Krone und die Privilegien nicht, wie gefürchtet worden war, von Erzherzog Leopold entführt worden seien (Mc., Entstehung, Fasz. III., no. 26, f. 47; Or. eigh.). — Pfretzschner weiss von einer zweimaligen Unterredung des Kaisers mit Thurn am 11. März zu erzählen: der Kaiser habe Thurn geklagt, er sei von den bösen Räten verführt worden; Thurn aber habe geantwortet, wenn es dem Kaiser Ernst sei, möge er an den Rädelsführern ein Exempel statuieren; das ganze Königreich sei in äusserstes Verderben gesetzt „und weren keine remedia" (Pfretzschner an Schönberg am 12. März; Drs., l. 9166, I. Buch passauer Kriegsvolks, f. 375; Or. eigh.).

[2] Herberstein berichtet hierüber an König Matthias am 11. März, dass er, um des Kaisers und des Schlosses versichert zu sein, mit den Böhmen vereinbart habe, eine gemeinsame Garnison in's Schloss zu legen; dazu seien mit Zustimmung des Kaisers vom königlichen Volk zwei mährische Fähnlein bestimmt worden; Thurn habe den Oberbefehl über das Schloss und das Volk (Wi., I A 1, Ka. 2991; Or. eigh.). Dass schliesslich nur 150 Mann von den Mährern das Schloss besetzten, bestätigt auch Bodenius (a. a. O.).

Digitized by Google

con designio de romperlos antes de llegar a Tabor, Butbays y Cremau que son plazas deste reyno en que tienen guarniçion y çercanas a la frontera de Austria superior y al obispado de Passau, pero entiendese que ellos havran marchado con mucha diligençia y que los que los han de seguir con dificultad podran llegar a hazerles daño antes de entrar en sus puestos y que despues destar en ellos no ha de ser muy façil el deshazerlos. März 12.

Agora a estado aqui Vençeslao Quinzki gentilhombre de la camara del rey Mathias que, como tengo escrito, es gran personaje en la çiudad vieja y es uno de los treinta directores que han nombrado diez de cada estado. Hablan muy claro el y otros en que quieren por rey al de Ungria, y que las cosas del emp.^{or} han llegado a terminos que no se pueden fiar del y a punto que combenia encaminar al emp.^{or}, a que se resolviesse en retirarse a Tirol. Es punto muy considerable este, por que por una parte parece que es puesto aquel en que se podria sustentar en la administracion del imperio, y por otra es puesto con vecinos peligrosos y en que con el instrumento del señor archiduque Leopoldo podria por ventura bolver a turbar mucho las cosas.[1] Es bien que V. M.^{d} se sirva de mandarlo considerar para avisarme de Su voluntad que en el interim yre procediendo con consideracion en ello y sin declararme y procurando que se tome otro espediente antes que este.

Entraron aqui con esta gente del rey de Ungria el conde de Candala hijo mayor del duque de Bernon[2] y mos. de la Valeta su hermano.

El rey de Ungria ay nueva que partio de Viena a 8 deste y viene todavia algo tocado de la gota; dizen que trae çinco mil hombres con sigo y solamente quinientos Ungaros entre ellos. Los Bohemios han ydo defiriendo el passaporte, para que el nunçio y yo podamos yr a encontrarle como el emp.^{or} nos lo tiene pedido, pero en fin le han dado, y si S. M.^{d} buelbe a hacer instancia en ello, partiremos mas por cumplir con el respeto devido que por esperança que se tenga de poder hazer mucho effeto en benefiçio de S. M.^{d} cesarea. Estoy con cuidado de que no se suene en el imperio prision este, caso que ayer suçedio y que el administrador del electorato palatino no tome ocasion de entrar exerçiendo el vicariato que le toca en lo prinçipal del imperio, sobre que voy mirando lo que combendra escrivir a los electores eclesiasticos, que es negoçio de grandisima consideraçion. Praga a 12 de março 1611."

Sim., Fasz. 2496, f. 274; Or.

---

[1] Dieselben Bedenken wegen einer Uebersiedlung des Kaisers nach Innsbruck äusserte auch Erzherzog Albrecht in einem Schreiben an König Philipp III. vom 24. März (Sim., Fasz. 2497, f. 275; Kopie).

[2] D' Espernon; vgl. das folgende Stück.

Digitized by Google

März 12.

99. Baugy an Puysieulx.

„Monsieur. De plusieurs particularitez qui pourroient servir d'esclaircissement a ce que j'escry a la royne, je cotteray seulement celles-cy qui me semblent les principales: c'est que l'archiduc Leopold, aprez avoir sceu la prise du s.r Tenknaghel, fut si esperdu, qu'il se laissa eschapper de la main des letres au conte de la Tour plaines de submission, qui l'on a jugé peu convenables a son rang et a sa qualite, jusques a le prier de moyenner que les estatz, luy ayans refusé tout ce qu'il leur avoit demandé, luy accordassent pour le moins une sauvegarde pour demeurer en seurete dans ceste ville aprez le partement des gens de guerre de Passau.[1] Celà luy ayant este desnie aussy bien que le surplus, il fut en termes d'aller trouver le roy de Hongrie pour se jetter a ses piedz et le suplier de luy pardonner en consideration de son jeune aage et de leur estroicte parenté. Sur ce quelcun luy representa que, s'il falloit commettre quelque indignite, il valoit mieux que ce fust avec un roy de son sang qu'avec des subjectz de leur maison; mais ayant ramasse ses espritz il semble avoir repris ses premieres erres et s'estre resolu d'essayer, si la fortune luy voudra estre contraire jusques au bout, ayant tenu ce langage qui met encores la cervelle de ces gens cy a party qu'il a vendu sa peau, mais devant qu'il la livrer, il la rencherira beaucoup a ceux qui l'ont acheptee. Pendant que l'yssue de son entreprise estoit encores incertaine, il s'est laissé entendre, a ce que l'on m'a rapporté, d'attendre du secours de plusieurs endroictz et d'avoir receu des lettres de la royne en chiffre, par lesquelles il estoit bien asseuré de sa bonne volonté et de son inclination au bien de ses affaires, de quoy j'ay estimé Vous devoir informer, m'estant venu un doute que le s.r de Revest, qui m'a dict avoir un chiffre de mons. de Villeroy, pourroit avoir contrefaict quelque lettre de ceste teneur par le commandement du dict s.r archiduc, auquel je scay que dom Balthazar de Cuniga envoya une bonne somme de deniers le jour de devant son partement,[2] bien qu'il face contenance de n'aprouver poinct ses deportemens et de n'y avoir part quelconque. Le s.r de Michbach[3], qui fut priz avec le dict s.r Tenknaghel, est sur le point d'estre relasché, ces mess.rs n'ayant rien trouvé, pourquoy

[1] Vgl. oben no. 88, S. 194, Anm. 2. Unter den Konzepten der leopoldinischen Kanzlei in Innsbruck findet sich auch der Entwurf eines Schreibens des Erzherzogs an Wenzel Kinsky vom 7. März. Darin zeigt Leopold die im Gang befindliche Abdankung des Kriegsvolks an und ersucht, damit er, Leopold, seiner Person halber keine Gefahr zu besorgen habe und sicher wieder in die Stadt kommen könne, dass ihm Kinsky bei den Ständen eine gewisse Assekuration verschaffe, „dieweil ich auch I. ksl. M.t und diesem königreich nur allein zu dienen begere“ (Ib., Leopold. Hofkonzepte vom März 1611; Kpt.).

[2] Wegen der Unterstützung Leopolds durch Zuñiga vgl. das vorausgehende Stück.

[3] Meckbach.

Digitized by Google

il doive estre retenu davantage; mais le dict Tenknaghel est en danger d'estre miz a la question, bien qu'il ayt desia descouvert la plus grand' part de ce que l'on vouloit tirer de luy. Il ne s'est pas verifié, qu'ilz emportassent avec eux des bagues et autres precieux meubles de l'empereur, comme l'on avoit soupçonné, ne s'estant trouvé sur leurs chariotz que la valeur de vintcinq ou trente mille tallers qui appartenoient au s.r de Ramée, dont ce qui estoit en argent contant, estoit destiné a ce que l'on dit, a faire des nouvelles levées pour renforcer les dictes gens de guerre de Passaw." — Die Kinder des Herrn d'Espernon sind bei den Truppen des Grafen Dampierre, der sie sehr gut behandelt. — „Il ne me reste qu'accuser la reception de Vostre derniere du 17 de fevrier, sur le suget de laquelle je n'ay autre chose a dire sinon que celuy[1], qui fait icy les affaires de l'electeur de Saxe, publie, qu'il est d'accord avec celuy de Brandebourg, touchant la succession de Juliers et qu'ilz se devoient entrevoir jeudy dernier a Torga ou a Leipzig. De Prague le 12 de mars 1611." März 12.

Pa., Harlay, no. 238, vol. XII., f. 76; Or.

100. Protokoll des schweinfurter Unionstages. März 13. bis 23.

Verzeichnis der anwesenden Gesandten: Kurpfalz (zugleich für Zweibrücken): Johann Engelbert von Lautern, Dr. Michael Loefenius, Dr. Ludwig Camerarius, Abraham Colbinger und Gottfried Saugenfinger, Räte; Dathenus und Hausmann, Sekretäre. Neuburg: Johann von Sperberseck, Dr. Kaspar Heuchelin, Dr. Georg Zeschlin (Pfennigmeister), Räte; David Widmann, Sekretär. Württemberg: Sebastian Welling von Vehingen, Dr. Sebastian Faber, Melchior von Reichau und Johann Sigmund Gomer, Räte; Johann Christoph Lutz und Sattler, Sekretäre. Hessen-Cassel: Otto von Starschedel und Kaspar Wiedemarcker, Räte. Baden: Johann Peter Breitenacker, Friedrich von Fleckenstein und Christoph Kessel, Räte; Thomas Stotz, Sekretär. Oettingen: Liz. Ludwig Müller und Dr. Friedrich Gottfried Kessler, Räte; Gottfried Herrenschmied, Kanzlist. Strassburg (zugleich für Weissenburg i./E.): Jakob Wurmser, Stark und Hartlieb genannt Walsporn des Rats; Dr. Wendt, Advokat; Lorenz Clussrath, Kanzlist. Nürnberg: Ernst Haller von Hallerstein, Leonhard Grundherr und Andreas Imhof des Rats; Dr. Johann Christoph Oelhafen und Dr. Georg Albert Burkhard, Advokaten; Paul Schwarz, Sekretär. Ulm (zugleich für Kempten): Leo Roth und Sigmund Schleicher des Rats; Dr. Hieronymus Schleicher und Johann Rudolf Wick, Advokaten. Worms: Johann Philipp Weber, Altschultheiss; Dr. Paul Rennekamp, Advokat. Speier (zugleich für Landau): Franz Augspurger, Altbürgermeister; Dr. Franz

[1] Dr. Ambrosius Pfretzschner.

Digitized by Google

März 13. bis 23. Jugert, Advokat. Nördlingen: Kaspar Heider und David Gering des Rats; Dr. Georg Heher, Advokat; Johann Konrad Gundelfinger, Sekretär. Rotenburg a./T.: Michael Reichshöfer des Rats, Dr. Michael vom Berg, Advokat. Schwäbisch-Hall: Georg Melchior Clasius und David Wetzel des Rats; Dr. David Schmalkalder, Advokat. Heilbronn: Simon Weinmann und Konrad Dirr des Rats; Dr. Johann Georg Würth, Advokat. Windsheim: Jakob Hofmann, Oberrichter; Philipp Herbst, Ratschreiber und Syndikus. Weissenburg a./N.: Michael Schmidt des Rats; Dr. Veit Roth, Syndikus. Schweinfurt: Johann Höllerich und Georg Spon des Rats; Dr. Paul Prückner, Advokat.

März 3./13.[1]

Beratung unter Württembergs Vorsitz und in Abwesenheit der Kurpfälzer über das Begehren der pfalz-neuburgischen Gesandten, ihnen vor der Proposition Audienz zu gewähren. Nach deren Verstattung führt Dr. Heuchelin[2] Neuburgs Rechte auf die Administration der Kurpfalz aus, protestiert gegen das Direktorium Zweibrückens in der Union, bittet seines Herrn Rechten nicht zu gunsten des Pfalzgrafen Johann von Zweibrücken zu praejudizieren und schlägt als unverfängliche Mittel, um den Tag fortgehen zu lassen, vor: 1. das Direktorium einem Dritten aufzutragen oder 2. es durch die heidelbergischen Räte, aber nach Erlass der Pflicht gegen Zweibrücken führen zu lassen oder 3. gemeinsamen Vorsitz von Neuburg und Zweibrücken; — unter andern Umständen könnten die Neuburger weder die Proposition anhören noch an den Beratungen teilnehmen. Man beschliesst, die Heidelberger zu berufen und mit ihnen wegen jener Vorschläge zu handeln, vorläufig aber die Proposition einzustellen. Die Heidelberger lehnen es ab, zu Verhandlungen wegen des Administrationsstreits zu erscheinen, wozu sie nicht instruiert seien, und fordern auf, mit der Haupthandlung zu

[1] Den gemeinsamen Beratungen giengen Sonderberatungen der unierten Städte voraus und zur Seite, die im ulmer Protokoll (U., tom. XXI, no. 2031a) verzeichnet sind. Am 1./11. März wird den Städten der heilbronner Abschied der ausschreibenden Städte (oben no. 30) mitgeteilt und die Einzelnbeschwerden der Städte entgegengenommen. Man beschliesst, den höheren Ständen die städtischen Beschwerden erst mündlich, dann auf Begehren schriftlich zu übergeben, und zwar nach der Proposition; vor Erledigung dieser Gravamina soll in keine Kontribution für die Union gewilligt werden. — Zweite Sitzung am 2./12. März: Nördlingen berichtet, was auf den von Neuburg ausgeschriebenen Unionstag (vgl. oben no. 40, S. 93, Anm.) vor sich gegangen sei: ausser Nördlingen erschienen Neuburg und Oettingen. Heuchelin proponierte wegen der Gefahr durch die Passauer; Oettingen wollte nicht schliessen, nur diskurrieren; schliesslich überwog die Meinung, die Sache auf den schweinfurter Tag zu verschieben. — Wegen des Administrationsstreits einigen sich die Städte, den Pfalzgrafen Johann als Administrator anzuerkennen und den Neuburgern, die von den Städten begehrten, dass kein ihrem Herrn praejudizierlicher Akt vorgehe, zu antworten, dass die Sache bei den höhern Ständen stünde, die Städte aber gute Beförderung tun wollten.

[2] Ein entsprechendes schriftliches Ansuchen der Neuburger an alle Unierten vom 1./11. März in Stg., Unionsacta, tom. IX., f. 201; Kopie.

Digitized by Google

beginnen. Auf abermaliges Ersuchen wird endlich der Sekretär Dathenus in die Versammlung geschickt, aber lediglich um zu hören; die schriftliche Deduktion der neuburgischen Rechte anzunehmen verweigert er.[1] Der württembergische Vizekanzler Dr. Faber nimmt endlich auf sich, mit den Heidelbergern weiter zu verhandeln. März 13. bis 23.

März 4./14.

Faber berichtet über das Ergebnis seiner Unterredung mit Camerarius,[2] der die vorgeschlagenen Mittel ablehnte und begehrte, Neuburg zur Ruhe und auf den Rechtsweg zu verweisen. Unter solchen Umständen beschliesst man, den Neuburgern vorzustellen,[3] dass der Administrationsstreit gar nicht vor den Unionstag gehöre, dass die Gesandten darauf nicht instruiert seien und dass man die Beratungen über die Landrettung nicht länger einstellen dürfe; das jetzige Direktorium solle aber den neuburgischen Ansprüchen gar nicht praejudizieren, dazu wolle man eine Rechtsverwahrung der Neuburger annehmen; dagegen mögen diese sich nicht von den Beratungen absondern, was der bisher so respektierten Union zur „Disreputation" gereichen, die Gegner ermutigen und manche Stände vom Eintritt in die Union abhalten würde; der Pfalzgraf als alter weiser Regent möge zeigen, dass er das gemeine Wesen höher halte als solches Misverständnis, und daran denken, dass die so sehr urgierten Rechnungen endlich justifiziert werden müssten. — Tatsächlich gaben die Städtegesandten schon Aeusserungen der Ungeduld von sich. — Heuchelin, dem dieser Beschluss eröffnet wurde, bat nochmals, mit der Proposition einzuhalten und nicht die Neutralität zu verletzen; Zweibrücken könnte wegen des gemeinen Wesens ebensowol als Neuburg auf das Direktorium am Unionstag verzichten. Bei der Umfrage, was weiter zu tun sei, dringt die Ansicht durch, am nächsten Tag die Replik der Neuburger anzuhören und bis dahin die Proposition noch einzustellen.

März 5./15.

Die neuburgische Replik,[4] die die Unierten ersucht, durch vorhergehende Schlichtung des Streits um das Direktorium dem Pfalzgrafen Philipp Ludwig die Teilnahme an dem ohnehin schwach besuchten

---

[1] Vgl. den Bericht der kurpfälzischen Gesandten an den Administrator vom 3./13. März in Mb., 119/4, f. 56; Or. und den Bericht der ulmischen Gesandten vom gleichen Tag in U., Unionsacta, tom XXI, no. 2044; Or. Die Ulmer sind über die Unnachgiebigkeit der Heidelberger sehr ungehalten und bemerken schliesslich: „Und diss ist zue disem convent ein sehr rauher eingang; Gott verhelfe, dass der rest diser unionshandlung besser ablaufe dan es ein anschen hat."

[2] Vgl. den Bericht der württembergischen Gesandten an den Herzog vom 4./14. März (Stg., Unionsacta, tom. IX., f. 436; Or.).

[3] Die Gesandten der Unionsstände an die neuburgischen am 4./14. März (Stg., a. a. O., f. 210; Kpt.).

[4] Vom 5./15. März (Stg., a. a. O., f. 215; Kopie).

Digitized by Google

März 13. bis 23. Unionstag zu ermöglichen, im andern Fall aber mit dem Abzug der Neuburger droht, wird verlesen. Die Württemberger teilen mit, dass sie nochmals den vergeblichen Versuch gemacht hätten, die Heidelberger zu einem der vorgeschlagenen Mittel zu bewegen. — In der Umfrage einigt man sich, beiden Teilen als Vorschlag der Versammlung anzuzeigen: es solle das Direktorium des Pfalzgrafen Johann, der einmal in Possession der Administration sei, der Administrationsfrage keineswegs praejudizieren, man sehe das Direktorium in der Union nicht als Anhang der Administration der Kurpfalz an und wolle zur Bezeugung der Neutralität dieser Anschauung im Abschied gedenken.[1] Ein Ausschuss wird beauftragt, daraufhin nochmals mit beiden Teilen zu verhandeln.[2]

März 6./16.

Württemberg berichtet über das Ergebnis der Verhandlungen:[3] die Heidelberger hätten sich den Vorschlag gefallen lassen, dass sie das Direktorium führen sollen, doch ohne dass es als Anhang der Administration betrachtet und den Neuburgern zu Praejudiz angezogen werde; die Neuburger hätten aber alles abgelehnt und schriftlich erklärt, unter solchen Umständen der Proposition nicht anwohnen zu können.[4] — Darauf einigt man sich namentlich im Hinblick auf die Gefahr, die vom passauer und elsässer Volk droht, nachmittags zur Proposition zu schreiten, den Neuburgern aber nochmals zu schreiben, die vorigen Erbieten zu wiederholen und die Gesandten zum Bleiben zu ersuchen.

Nachmittag beginnen in Abwesenheit Neuburgs die eigentlichen Verhandlungen. Für Kurpfalz hält Dr. Camerarius die Proposition: er schildert die Gefahren, die aus dem prager Unwesen den evangelischen, besonders den unierten Ständen zuwachsen könnten, betont das Recht des Administrators auf die Direktion der Union und entschuldigt dessen persönliches Fernbleiben; die von Kurbrandenburg und von andern zu Jüterbogk anwesenden Unionsständen angeregte Verschiebung der Versammlung[5] konnte nicht mehr bewirkt werden, da ein Teil der Gesandten schon auf dem Weg war und die Ver-

---

[1] Duplik der Unionsstände vom 6./16. März (Stg., a. a. O., f. 222; Kpt.).

[2] Städteratsprotokoll vom 5./15. März: Beratung des Entwurfs der städtischen Gravamina, dann Erörterung der Administrationssache. Dabei schlägt Ulm als Mittel vor, das Direktorium von der Administration zu trennen, was den Widerspruch Strassburgs hervorruft. Man einigt sich, dies Mittel wenigstens zu erwähnen; im übrigen ist man mit Ulm einig, unter Wahrung der Neutralität den Verhandlungen beizuwohnen.

[3] Vgl. den Bericht der Württemberger an ihren Herzog vom 6./16. März (Stg., a. a. O., f. 471; Or.), der Kurpfälzer vom 7./17. März (Mb., 119/4, f. 68; Or.) und der Ulmer vom gleichen Tag (U., Unionsacta, tom. XXI., no. 2046; Or.).

[4] Endliche Resolution der Neuburger vom 6./16. März (Stg., a. a. O., f. 225; Kopie) neben einer abermaligen Schlusserklärung derselben Gesandten (Stg., a. a. O., f. 229; Kop.).

[5] Vgl. oben no. 86, S. 189, Anm. 2.

Digitized by Google

änderung in Böhmen immer grösser wird. Davon wird man reden müssen. Im übrigen wiederholt er die fünf Punkte des Ausschreibens,[1] regt beim ersten, dem Rechnungspunkt, an, noch heute einen besondern Ausschuss zur Prüfung der Rechnungen zu bilden und stellt zugleich zur Umfrage, ob man bei der Ordnung des Ausschreibens bleiben will. — In der Umfrage erklären die Gesandten von Württemberg, Baden und Oettingen und alle Städte ausser Strassburg und Speier, dass sie in der Administrationssache neutral bleiben wollen, einige begehren sogar, dass diese ihre Erklärung protokolliert und dem Abschied einverleibt werde. Einig ist man, dass die Ordnung des Ausschreibens eingehalten und ein Ausschuss für die Rechnungen berufen werde. — Beim Schluss betont Camerarius nochmals, dass der Administrationsstreit nicht hieher gehöre, dass der Administrator die Administration der Kurpfalz nur kraft letztwilliger Verfügung an sich genommen habe und die Direktion nur im Namen des jungen Kurfürsten, dem sie mit der Kur erblich zugefallen sei, führe. März 13. bis 23.

März 7./17.

I. Kurpfalz proponiert: man möge, während der Ausschuss die Rechnungen prüft, mit dem ersten Punkt des Ausschreibens, Erhaltung und Festigung der Union, beginnen.[2] Württemberg: wenn man den Abschieden nachkommt und es miteinander treulich meint, kann die Union wol bestehen. Hessen-Cassel: die Union hat so viel Autorität erlangt, dass sie den Papisten wol Widerpart halten kann, darum bleibe man bei ihrer alten Verfassung; doch sind folgende „Inaequalitaeten“ zu bedenken: 1. Ungleichheit in der Erlegung der Quoten; 2. ungenügende Instruierung oder gänzliches Fernbleiben einiger Stände von den Unionstagen; 3. manche Stände sehen mehr auf ihren privaten als auf den gemeinen Vorteil; 4. die Partikularzusammenkünfte, zu deren Beschlüssen auch andere verbunden werden, erregen Mistrauen; 5. besserer Haushalt im Kriegswesen ist wünschenswert, ebenso 6. gegenseitige Nachsicht unter den Unierten. — Zur Behebung dieser Uebelstände schlägt Hessen vor: 1. man unterlasse alles, was nicht zum Nutzen der Union gereicht und bleibe in „terminis defensionis“; 2. man enthalte sich unnötiger Ausgaben; 3. man richte zur Unterstützung des Direktoriums und zur Ersparung der kostbaren Tagungen ein „consilium politicum“ ein, das vor allem Fragen allgemeiner Natur, ob etwas zu tun oder zu lassen sei, beraten solle; 4. man dringe auf Abhilfe der allgemeinen Gravamina und schreite auf den Reichstagen nicht eher zur Beratung der Proposition; 5. wegen Vermehrung der Union berichtet er: England lässt sich zu einer Korrespondenz herbei, die Hansestädte, mit denen

[1] Oben no. 40.

[2] Vgl. den Bericht der Kurpfälzer an den Administrator vom 9./19. März (Mb., 119/4, f. 120; Or.).

Digitized by Google

März 13. bis 23. der Landgraf selbst verhandelte, wollen lieber mit den niedersächsischen Kreisständen in nähere Beziehung treten; die Verhandlung mit Dänemark will der Landgraf neben Kurbrandenburg fortsetzen; mit den Grafen in der Wetterau könnte bei deren jetzigem Grafentag ein Versuch gemacht werden; die von König Matthias und den österreichischen Ständen oft begehrte Korrespondenz soll nicht ausser Acht gelassen werden. Aehnlich Baden. Oettingen empfiehlt der ersten Unionsverfassung nachzuleben; im einzelnen warnt er, den gemeinen Avisen allzuviel zu glauben und daraufhin gleich Werbungen anzustellen, was nur das Mistrauen vermehre. Man soll auch nicht gleich zu ausserordentlichen Massregeln greifen und sich erst des ordentlichen Mittels der Kreishilfen bedienen. Man möge auf einen neuen [Geld-] Vorrat denken, aber dann sparsam damit umgehen. Zur Abhilfe der allgemeinen Beschwerden ist eben jetzt „herrliche occasion“; künftige unversehene Aenderung des kaiserlichen Regiments wird die Abhilfe erschweren. Ein „consilium politicum“ wäre nicht undienlich. Strassburg erinnert wegen Erhaltung der Union gleichfalls an den Wortlaut der Bundesverfassung. Wäre man ihr nachgegangen, hätte es keine Diffidenz gegeben; aber im Kriegslager im Elsass war keine Disziplin, wurde nicht gemustert, nicht abgedankt; man erzwang Darlehen mit Drohungen, hörte die Rechnungen nicht ab, hielt Partikularkonvente u. s. w. Daher haben die Städte ihre besonderen Gravamina zusammengetragen, die sie hiemit übergeben[1] und deren Erledigung sie von den höheren Ständen erwarten. Nürnberg: die Mängel der Union kommen von Ungleichheit, Egoismus und Mistrauen, Einhelligkeit beruht auf Gleichheit. Ihre Obern wollen aber bei der Union aushalten, wenn die Beschwerden abgestellt werden, worum sie ebenso wie die Nachstimmenden bitten. Ulm (zugleich für Memmingen und Kempten) ist befehligt, vor Erledigung der städtischen Beschwerden sich auf nichts weiteres einzulassen. Besonders klagt Ulm über die angesonnenen Darlehen; denn mit den Städten habe es eine andere Beschaffenheit als die höhern Stände sich vorstellen: die Obern haben kein dominium absolutum über die Bürger, sie sind nur Administratoren, die Bürgerschaft ist keine Untertanenschaft; wenn man sich nur immer an die Städte hält, wird das widrige Gedanken geben. Da Rameé den ulmer Kaufleuten ihre Waren abnahm, glaubten die Bürger, dass der Magistrat mit seiner Unionspolitik dazu Ursache gegeben habe. Ebenso votieren die andern Städte. — Kurpfalz konkludiert: Man hat den ersten Punkt nicht aus Mistrauen ins Ausschreiben gesetzt sondern damit man vertraulich beisammen bleiben und miteinander bedenken kann, wie man Misstände beseitige. Der verstorbene Kurfürst von der Pfalz hat bei der Union sein ganzes Vermögen zugesetzt, der Administrator will in dessen Fusstapfen treten und die Union erhalten helfen. Die Gravamina der Städte sollen erörtert werden;

[1] Vgl. unten no. 107.

Digitized by Google

freilich wird man jetzt nicht alle erledigen können; die Städte werden aber die gefahrvolle Lage erwägen und die Verhandlungen nicht sperren. Die Gravamina werden verlesen. März 13. bis 23.

Dathenus macht hierauf wegen des Rechnungswesens die Mitteilung, dass die dazu Verordneten über den Modus der Prüfung geredet und beschlossen hätten, keine Rechnung anzunehmen, die dem heilbronner Abschied zuwiderlaufe,[1] dass ferner verschiedene Rechnungen fehlen. Es soll Nachmittag umgefragt werden, ob man unter solchen Umständen mit den Rechnungen fortfahren soll?

Nachmittags-Sitzung: Kurpfalz lässt umfragen, was wegen der Rechnungen geschehen und ob wenigstens die eingereichten justifiziert werden sollen? Württemberg und Baden wenden ein, man könnte bei dem Fehlen so vieler Rechnungen doch kein ganzes machen und nicht zur Designation der Restanten kommen, was doch die Hauptsache sei; man möge darum gemäss dem heilbronner Abschied die Rechnungen beim Direktorium einreichen und, wenn alle beisammen sind, einen besondern Rechnungstag ausschreiben; wolle man aber hier anfangen, so möge man zuerst die Rechnungen der geringeren Stände vornehmen, da die Städte sich besonders wegen dieses Mangels beschwert fühlen. Aehnlich Hessen und Oettingen.[2] Die Strassburger erklären vor Richtigmachung der übermässig hohen Rechnungen sich in keine fernere Handlung einlassen zu können; ihre Herren hätten bei einer Anlage von 60,000 fl. 111,241 fl. ausgegeben; die Gesandten müssen auf Begleichung des Rests dringen; man hat der Union in einem Jahr mehr gegeben als dem Kaiser in dreien und vieren. Nürnberg hält für vergeblich, mit den vorhandenen Rechnungen einen Anfang zu machen; die Hauptsache sind die Restanten; hätte man die eingebracht, hätte es keiner Antizipationen bedurft. Mit der Artillerie-Rechnung haben die Städte übrigens nichts zu tun, denn sie gehört zum elsässischen Wesen. Man soll den Säumigen zuschreiben, in gemessener Frist die Rechnungen beim Direktorium einzuliefern und dann einen Rechnungstag ansetzen. Worms lehnt das Eingehen auf die Partikularrechnungen auch ab, da daraus nicht ersichtlich wird, wie weit man sich noch anzugreifen habe. Ihre Obern haben 68 Monate dargeschossen und werden vor Richtigmachung der Rechnungen nichts weiter kontribuieren. Ulm: Seit Jahr und Tag halten die geringeren Stände um Liquidation der Rechnungen an; ihre Herren haben über ihre Quote von 54,000 fl. noch 100,000 fl. hergeliehen und das Versprechen erhalten, aus den Restanten befriedigt zu werden oder

---

[1] Vgl. Briefe und Akten, III., no. 207.

[2] Vgl. den zweiten Bericht der Kurpfälzer an den Administrator vom 9./19. März (Mb., 119/4, f. 116; Or.) der Württemberger an den Herzog vom gleichen Tag (Stg., Unionsacta, tom. IX., f. 492; Kpt.) und der Ulmer an den Rat vom 10./20. März (U., Unionsacta, XXI., no. 2054; Or.).

Digitized by Google

März 13. bis 23. das Darlehen von der künftigen Kontribution abziehen zu dürfen. Vor Erstattung der Schuldigkeit können auch sie sich zu fernerer Kontribution nicht verstehen. Ebenso klagen die andern Städte über die schwere Last der Union und erklären, zur Prüfung von Partikularrechnungen nicht instruiert zu sein. Kurpfalz stellt nochmals zur Umfrage, ob man nicht doch wenigstens die vorhandenen Rechnungen durchgehen solle, um nicht Zeit und Kosten zu verlieren? — Die Fürsten sind dafür, die Städte trotz wiederholter Umfrage dagegen. So bleibt es dabei, die vorhandenen Rechnungen dem Direktorium einzuliefern, die ausstehenden bei Strafandrohung einzufordern.[1]

März 8./18. (In Abwesenheit der Städte).

Kurpfalz stellt die Gravamina der Städte zur Umfrage. Württemberg: die Gravamina betreffen den elsässischen Zug, die Partikularkonvente, die Rechnungen und die nachbarlichen Irrungen. Die Kriegsdisziplin ist wirklich schlecht gewesen, die Kommiss hat man den Knechten geschenkt, die Rechnungen enthalten verschiedene Mängel. Man soll den Städten zugestehen, dass die höheren Stände selbst nicht zufrieden seien, und ihnen für die Zukunft Abhilfe versprechen. Württemberg und Baden haben bei Ulm 70,000 fl. entlehnt; der Herzog hofft, dass die Stadt aus den Restanten bezahlt werden wird. An den Partikularkonventen haben Städte stets teilgenommen. Von nachbarlichen Irrungen weiss Württemberg nichts; desshalb gibt die Union Mass. Das Begehren der Städte wegen der Restanten ist billig. Die Kosten des elsässischen Zugs sollen ihnen nach Verhältnis erstattet werden; beim Akkord mit Baiern hat man aus-

[1] Städteratsprotokoll vom 7./17. März: Man beschliesst, beim Votieren der Gravamina zunächst nur im allgemeinen zu gedenken; jede Stadt möge ihre Spezialgravamina besonders ausführen. — Nachmittags wird der Rechnungspunkt beraten. Strassburg klagt, wie stark die Städte in Anspruch genommen würden. In die neuen Kriegswerbungen sollen die Städte nicht willigen, da man von den Passauern doch nichts zu befahren habe. Auf der Richtigmachung der Rechnungen solle man bestehen, damit man wisse, woran man sei. Ulm ist auch überrascht, dass man in den Rechnungen nicht vorwärts kommen soll. Bei andern Tagen, wenn von Kontributionen die Rede war, seien stets Kriegsleute dagewesen; jetzt, da von den Rechnungen zu reden ist, sei niemand da, nicht einmal der Markgraf von Ansbach. Ihren Obern haben sie ausdrücklich befehligt, sich vor Abhilfe der städtischen Gravamina, unter die auch die Rechnungen gehören, in keine weitere Handlung einzulassen. Worms erinnert, dass man sich schon zu Heilbronn eines besondern Rechnungstages verglichen habe, den man auch zu Speier und Worms betrieb; auch das Ausschreiben habe ihn versprochen; jetzt geschehe wieder nichts; auch sie können vor Ordnung der Rechnungssache nicht kontribuieren. Ebenso die andern; nur Speier gibt zu bedenken, dass ohne Kontribution der „nervus“ der Union zergienge und diese nicht befestigt werde; vielleicht könnte man den Rechnungspunkt diesmal ganz aussetzen. Nürnberg konkludiert aber mit der Mehrheit, dass Rechnungswesen und Kontribution zusammenhängen und man sich auf diese nicht einlassen könne, so lange nicht die Rechnungen geprüft seien.

Digitized by Google

drücklich erklärt, dass die Städte mit dem elsässer Zug nichts zu tun haben; auch im heilbronner Abschied nahmen die höheren Stände die Verantwortung für diesen Zug allein auf sich, doch dass die Kosten aus der gemeinen Unionskasse erfolgen. Baden: man soll die Städte ersuchen, die Erledigung der Gravamina bis zu einer allgemeinen Versammlung zu verschieben. Jetzt möge man ihnen zu ihrer Beruhigung vorstellen, dass es beim Anfang eines Kriegszuges ohne Beschwerden nicht abgehen könne; man habe bei der Disziplin etwas nachgesehen, um rascher Soldaten zu gewinnen; auch bei der Musterung möge es ungleich zugegangen sein. Wegen der Darlehen habe man sich an die Städte gewendet, nicht damit sie selbst Geld hergeben sondern es bei andern aufbringen sollen; sie seien übrigens durch Obligationen gesichert. Hessen hat mit dem jülichschen Wesen wegen seines Erbvertrags mit Kursachsen nichts zu tun, daher auch nichts mit dem elsässischen. Oettingen besorgt, dass besonders die mittleren Städte wegen der übereilten Kontributionen einen andern Entschluss fassen könnten. Die Klagen wegen des Uebermuts der Soldaten sind berechtigt: das Regiment, das von Ulm auf Nördlingen und Nürnberg zog, hat tausend Wagen und Karren gehabt; es wurde übel gehaust, die Abdankung geschah ohne vorausgehende Musterung u. s. w. Die unierten Städte liegen unter den Papisten, die alles von jenen erfahren. Man möge darum mit den Städten sorgfältig umgehen und Gleichheit halten. Wegen der Rechnungen gebe man ihnen feste Versprechungen. Partikularkonvente erzeigen Mistrauen, weil die Vota nicht gehörig in Acht genommen werden; auch werden die Abschiede zu spät mitgeteilt. In die elsässer Expedition haben die Städte übrigens zu Heilbronn schliesslich suo modo eingewilligt. Kurpfalz: Die städtischen Gravamina sind allgemein gehalten und ein Teil der Unierten abwesend; trotzdem muss man trachten, die Städte bei gutem Willen zu erhalten. Man könnte sie im Abschied versichern, dass sie künftig ähnliche Belästigungen wie beim elsässer Zug nicht zu befahren haben sollen; der Zug selbst habe nicht dem jülicher Wesen gegolten sondern der vom elsässer Volk drohenden Gefahr. Die Kriegsdisziplin, besonders beim Regiment des Obersten Fuchs, war allerdings schlecht. Man hat vergessen, einen Proviantkommissar aufzustellen; aber auch die Städte haben von ihrem Recht keinen Gebrauch gemacht, einen Kommissar beizugeben. — Nach mehreren Umfragen wird beschlossen, den Städten zuerst mündlich zu antworten, da man sonst in Schriftenwechsel geraten würde und die Schriften, in denen die Fürsten doch „peccavimus“ sagen müssten, verbreitet werden könnten.

März 13. bis 23.

Nachmittags werden die drei ausschreibenden Städte berufen, denen Camerarius vorhält: bevor die Höhern einen Beschluss wegen der Gravamina fassen, wollen sie sich mit den Ausschreibenden vertraulich unterreden. Ein guter Teil der Gravamina ist berechtigt; zum Teil rühren sie vom plötzlichen Ausbruch des Krieges her; aber auch die Kurpfalz und die andern Stände haben solche Beschwerungen erfahren; es hat an

Digitized by Google

März 13. bis 23. einem General-Proviant- und Pfennigmeister gemangelt; man erbietet sich aber, künftig solche Mängel abzustellen. Im einzelnen ist es unnötig, 1. sich auf die wiederholt besprochene elsässer Expedition einzulassen, deren Verantwortung die höheren Stände übernommen haben; 2. wegen der Disziplin, die auch die Generalstaaten erst mit stattlichem Lehrgeld erreichten, wird man zu bedenken haben, wie man künftig zu gleichem Erfolge kommen könnte; 3. mit der Bezahlung [der Soldaten] konnte es diesmal leider nicht erträglicher gemacht werden; 4. die Werbungen giengen den vorigen Abschieden gemäss vor sich; 5. von den geklagten Bedrohungen der Städte wissen die anwesenden Gesandten nichts; 6. wegen der Anleihen wurde mit Ulm Richtigkeit getroffen; warum das nicht auch bei Nürnberg geschah, wissen die Gesandten; die Richtigkeit im Hauptwerk wird hier und allenthalben die Vergleichung bringen; 7. an Richtigmachung der Restanten liegt allen Ständen, doch müssen vorher die Rechnungen abgehört werden; Anmahnungen wegen der Rechnungen sind bereits erfolgt; 8. zu allen Partikularkonventen wurden Städte erfordert oder wenigstens mit ihnen derhalb kommuniziert; 9. die nachbarlichen Irrungen sind näher zu bezeichnen, wegen ihrer Beilegung gibt die Union Maass. — Da jeder Teil seine Last zu tragen hat, einer dem andern etwas nachsehen muss und man insgemein bedenken soll, wie man den Ungelegenheiten vorbauen kann, mögen die städtischen Gesandten bei ihren Obern auf Abstellung des Mistrauens hinwirken; die Höhern sind aber bereit, weitern Bericht zu nehmen und zu geben, damit man in der Hauptsache nicht aufgehalten und Trennung vermieden werde.

Die Städtegesandten ziehen sich zur Beratung zurück; nach der Rückkehr erklären die Strassburger: die höhern Stände haben wol die Verantwortung des elsässer Zugs auf sich genommen, aber das genügt nicht; es ist für den Zug mehr Volk geworben worden als der Abschied erlaubte und dafür müssen die höhern Stände die Kosten allein tragen. Das fuchsische Regiment war ebenso auf Jülich gemeint wie das Volk im Elsass; alles, was mit diesem Volk geschah, erfolgte in Hinblick auf das jülichsche Wesen. Die Städte gedenken nicht zu bezahlen, was über den Abschied an Volk angenommen oder für Artillerie ausgegeben worden ist. Camerarius: man hat das fuchsische Regiment zwar für Jülich geworben, aber wegen der Gefahr hat man seiner heroben Landes bedurft; hätten die Böhmen sich gegen das passauer Volk so versichert wie die Unierten gegen das elsässische, so wäre ihnen der Einfall erspart geblieben. Nürnberg erinnert gleichfalls, dass die Städte den heilbronner Abschied nur ohne Approbation des elsässer Zuges angenommen und dem Kaiser und den Kurfürsten erklärt haben, dass sie das Aufschlagen des elsässer Volks nichts angehe, da es mit der jülicher Sache zusammenhänge, mit der die Städte nichts zu tun haben wollen; was vor und nach dem Zug ins Elsass aufgieng, wollen ihre Obern mitbezahlen, aber für die Kosten während des Zuges werden sie nicht aufkommen. Aehnlich

Digitized by Google

Ulm. Camerarius warnt vor Disput, der der Union nichts nütze; man sitze keineswegs in Rosen und habe genug zu bedenken; man möge darum nicht so genau ansehen, was vorüber sei. Jetzt handle es sich um festes Zusammenhalten, sonst haben die Gegner gewonnenes Spiel; die ausschreibenden mögen bei den andern Städten bewirken, dass der Punkt wegen des elsässer Zugs diesmal ausgesetzt werde, bis man auf einem andern Tag wieder zusammenkomme. März 13. bis 23.

März 9./19.

Im Plenum. Camerarius rechtfertigt vor der Gesamtheit der Städte den gestern gebrauchten Modus mündlicher Vergleichung. Es handle sich darum, Zeit zu gewinnen, denn das Unwesen mit dem passauer und elsässer Volk daure fort und Savoyen rüste. Die Städte mögen wegen ihrer Beschwerden die Beratung der Hauptsache nicht hindern. Strassburg stimmt zu, dass der Punkt wegen des elsässer Zugs für diesmal ausgesetzt werde; dagegen wünscht es, dass über den zweiten Punkt der Beschwerden wegen der mangelhaften Kriegsdisziplin geredet werde. In der Umfrage wird auch von den Fürsten unter Klagen über erlittene Schäden dieser Mangel anerkannt und dessen Verbesserung dem nächsten Unionstag zugeschoben. Oettingen schlägt dazu als Mittel vor, zu den Aemtern nur exemplarische Personen zu berufen, zur Erhaltung der Disziplin die Soldaten pünktlich zu bezahlen, die Befehlshaber für Schäden eine Kaution leisten zu lassen und Kommissarien zu bestellen, wie das bei den Generalstaaten üblich sei. Die Städte wiederholen ihr ablehnendes Votum wegen des elsässer Zugs und stimmen den Vorschlägen Oettingens bei. — In neuer Umfrage wird beschlossen, dass die Stände Gutachten zur Verbesserung der Kriegsdisziplin an das Direktorium binnen zwei Monaten einschicken mögen, inzwischen sollen die Obersten im Abschied angewiesen werden, weitere Beschwerden hintanzuhalten. Dabei äussert Ulm, dass es an Geld nicht gemangelt habe, da die Städte allein 575 000 fl. kontribuiert hätten,[1] worauf die von Speier Zweifel äussern, ob alles erlegte Geld den Soldaten zu gute gekommen sei. — Es wird dann der 4. und 5. Punkt der Gravamina (denn der 3. ist mit dem 2. erledigt) vorgenommen. Dabei erklären Strassburg und Nürnberg: ihre Obern würden nur für das fuchsische und helmstättische, nicht auch für das mansfeldische Regiment aufkommen; beim fuchsischen wäre auch noch zu unterscheiden zwischen der Zeit vor und nach und

[1] In den ulmischen Akten findet sich eine Zusammenstellung der Leistungen der unierten Städte im Jahre 1610; darnach hatte der rheinische Kreis 152 808 fl. zugeschossen (Strassburg 54 000 fl. als Quote und 51 000 fl. als Darlehen, Worms 18 768 fl., Speier 16 560 fl., Weissenburg i. E. 6720 fl. Landau 5760 fl.), der fränkische Kreis 206 480 fl. (Nürnberg 88 000 fl. als Quote und 80 000 fl. Darlehen, Rotenburg 22 800 fl., Windsheim 8880 fl., Weissenburg 6000 fl., Schweinfurt ? fl.), der schwäbische Kreis 216 480 fl. (Ulm 54 000 fl. als Quote und 100 000 fl. als Darlehen, Nördlingen 15 600 fl., Hall 17 600 fl., Heilbronn 12 480 fl., Memmingen 7440 fl., Kempten 9360 fl.), zusammen also 575 768 fl. (U., Unionsacta, XXI., no. 2065).

Digitized by Google

März 13. bis 23. während des elsässer Zuges; auch seien die Regimenter stärker gewesen als zuerst bestimmt war; endlich wird über Bedrohungen geklagt. Camerarius erinnert, dass man dem General nicht die Hände binden könne; dem Direktorium habe man auch gedroht, wenn kein Geld vorhanden sei, die Truppen in die Pfalz zu legen. — Beim 6. Punkt ersucht Strassburg mit Darlehen künftig verschont zu bleiben. Nürnberg beklagt, dass es für seine dargeliehenen 80,000 fl. noch nicht einmal eine Versicherung empfangen habe. — Beim 7. Punkt werden Massregeln gegen säumige Zahler vorgeschlagen. — Beim 8. Punkt wegen der Partikularkonvente rügt Strassburg, dass man Baiern die Assistenz zugesagt habe, auch die übrigen Städte mahnen zur Vorsicht gegen die Papisten. Camerarius rechtfertigt die Beschreibung nur der Nächstgesessenen zu den Partikularkonventen mit der Weitläufigkeit der Union; ein „consilium politicum“ wird viele Tagungen überflüssig machen. Die Resolution an Baiern geschah mit aller Fürsten Zustimmung und war gut. „Bekennen bäbstische selbst, dass die unruhe und mistrauen vom hof rüre und sich mehrers zu sichern; Bairn würd sich noch besinnen, wann die execution mit Thonawerth nit geschehen, selbige noch zu thun.“ — 9. Nachbarliche Irrungen. Die Nürnberger klagen über die Eingriffe der Markgrafen in ihre hohe Obrigkeit; man könne kein Recht finden; die markgräflichen Beamten bekommen die Hälfte der Strafgelder und verfahren desto schärfer; mit ausgematteten Mitgliedern wäre der Union nicht gedient. Worms klagt über Einträge durch Kurpfalz. Camerarius verspricht, sich um Abhilfe zu bemühen.

Nachmittag kann endlich die Beratung des ersten Punktes des Ausschreibens fortgesetzt werden. Ueber Bestellung der hohen Kriegsämter und über Zuordnung von Kriegsräten wird bei der Abwesenheit der andern Unierten diesmal nichts endgiltiges beschlossen; die Stände sollen auf geeignete Personen denken und sie dem Direktorium vorschlagen. Wegen der Kriegsräte bleibt es beim heilbronner Abschied.

II. Vermehrung der Union. Württemberg erinnert an die älteren Bemühungen, zwei „Corpora“ [oben und unten Landes] der Union anzustellen; heroben Landes wird wegen Hessen-Darmstadt vielleicht mehr zu hoffen sein, wenn die jüterbogker Handlung wol abläuft; mit der Ritterschaft möge man sich höchstens einer Korrespondenz vergleichen. Von den Städten sind Reutlingen und Esslingen mit dem württembergischen Schutz zufrieden; Regensburg besorgt sich wegen Baiern. Beim niedersächsischen Corpus wird man besser erst nach der jüterbogker Handlung anklopfen. Ungarn und Oesterreich soll man in „Consideration“ halten, doch dass es allerseits verantwortlich ist. Wegen des Königs Matthias wird die Union behutsam gehen und sehen müssen, wo die Sache hinaus will. Hessen-Cassel: die Hansestädte sehen auf Dänemark; England hat sich selbst zur Korrespondenz erboten. Baden hält selbst eine Korre-

Digitized by Google

spondenz mit der Ritterschaft für bedenklich. Wegen der Schweizer möge man den Bericht der Strassburger abwarten; namentlich soll man mit den Schweizern, mit Erzherzog Maximilian und Venedig wegen Sperrung der Pässe aus Italien verhandeln; auch muss man mit den Generalstaaten Korrespondenz halten, was auch in der Städte Interesse liegt. Oettingen wünscht Fortsetzung der Verhandlung mit den Grafen. Mit König Matthias möge man jetzt wegen des Verdachts beim Kaiser vorsichtig verfahren, aber bei ihm und Erzherzog Maximilian gutes Vertrauen pflanzen, um später wegen der allgemeinen Gravamina bei ihnen Anregung tun zu können, zu deren Beilegung sie nach den eingelaufenen Berichten Eifer haben sollen. Strassburg: wenn man also „in offensione" fortfährt, wird man zu keiner Stärkung der Union gelangen. Wegen der Schweizer wird Kurpfalz berichten. Die Erhandlung der Grafen wäre gut, die Neutralität der Ritterschaft ist zweifelhaft. Mit ausländischen Bündnissen wollen sie die Union nicht beladen lasssen. Nürnberg erinnert an die gegebene Vertröstung, dass die Union ein gemeines Werk aller Evangelischen sein solle; darum ist zu wünschen, dass noch mehrere wenigstens zur Korrespondenz herbeigebracht werden. Bei Ungarn, Mähren und Böhmen würde man sich nur in „Konfusion" stecken. Könnte man aber beim Hause Sachsen etwas ausrichten, würde das die Papisten erschrecken. Auch Erzherzog Maximilian ist bei gutem Favor zu erhalten, da er guten deutschen Gemüts ist; er wird auch auf Mittel bedacht sein, die Gefahr wegen des passauer Volks abwenden zu helfen. Ein Agent in Venedig wäre nützlich. Die Einnahme der Grafen wäre erwünscht, doch ist zuvor anzuhören, wie es mit den Voten steht. Ulm wünscht auch Verhandlung mit den Grafen und „Vertraulichkeit" mit König Matthias und Erzherzog Maximilian. Speier: auch Braunschweig ist nicht ausser Acht zu lassen; der Herzog sieht jetzt, wie am Kaiserhof gekartet wird. Die Hansestädte wären zur Union nicht ungeneigt gewesen, aber der elsässer Zug hat ihnen misfallen. Nebenbei bemerkt Speier, dass die Bestimmung der Unionsnotel, man möge auf den Kanzeln nicht gegen die Pfaffen predigen, untunlich sei; denn dadurch würden den Predigern die Hälfte ihrer Predigten genommen. Speier sowol wie die andern Städte sprechen sich gegen die Verhandlung mit ausländischen Potentaten aus. Camerarius hätte auch gewünscht, dass aus der Union ein gemeines Wesen aller Evangelischen geworden wäre; aber ein Teil hat es nicht verstehen wollen, ein anderer hat der Gefahr nicht geachtet; man muss sich aber weiter bemühen. Die Verhandlung mit den Grafen und Herrn macht wegen der Voten Schwierigkeit und ist durch den Tod des Kurfürsten von der Pfalz unterbrochen worden. Eine Korrespondenz mit der Ritterschaft wäre wünschenswert, vielleicht könnten die fränkischen Städte dazu Anleitung geben. Mit Regensburg und Frankfurt steht es wie zuvor. Wegen der niedersächsischen Kreisstände ist die jüterbogker Handlung und der Bericht Kur-

März 13. bis 23.

Digitized by Google

März 13. bis 23. brandenburgs, das die Verhandlung auf sich genommen hat, abzuwarten. Mit den Hansestädten mögen Kurbrandenburg und Hessen die Verhandlungen fortsetzen und sie zu einer Abordnung zum nächsten Unionstag bewegen, um daselbst weiter zu traktieren. Bei Dänemark ist wegen Holstein ein Anwurf geschehen, aber wegen des schwedischen Krieges darauf nichts gewisses erfolgt; im Fall der Gefährdung der Religion hat es sich zur Hilfeleistung erboten. Die ausländischen Potentaten will man nicht in die Union ziehen, aber „beständigen Favor" bei ihnen erhalten; darum ist Korrespondenz mit ihnen zu pflegen, wie ja auch die Gegner zu Augsburg Schickungen nach Frankreich und Lothringen beschlossen haben. Die gute Korrespondenz, die der verstorbene Kurfürst von der Pfalz mit Erzherzog Maximilian gepflogen hatte, soll fortgesetzt werden. Die Venezianer haben sich der Pässe und anderer Sachen halber zu vielem guten erboten. Von den Schweizern haben Zürich, Schaffhausen, Basel und Bern erklärt, Gefahr von der Union abwenden zu helfen. — Endlich wird beschlossen, an die Graubündner und Venezianer wegen des savoyschen Volks zu schreiben.[1]

März 11./21.

Im Plenum. III. Zweck der Union. Camerarius schlägt wegen der Gefahr im Verzug vor, im Plenum zwar den Hauptpunkt vorzunehmen, das Partikularwerk der Landesdefension am Rhein und an der Donau aber durch einen Ausschuss beraten zu lassen. Nach Billigung dieses Vorschlags liest Camerarius einen Bericht der amberger Regierung vor, wonach das passauer Volk gegen Oesterreich und die Oberpfalz zieht.[2] Darum muss man sich entschliessen, ob man das in Wartegeld genommene Volk jetzt mustern und damit die Grenzen sichern will; vor allem ist auf Beschaffung von Reiterei zu denken. Ein besonderer Ausschuss wird dazu gewählt. — Inzwischen proponiert Camerarius dem Plenum: Zweck

[1] Städteratsprotokoll vom 9./19. März: Nürnberg berichtet über die gestrige Unterredung mit den Gesandten der höhern Stände, wobei diese ausführten, weshalb man den städtischen Gravamina nicht völlig abhelfen könne; derlei Beschwerden seien im Krieg unvermeidlich u. s. w. Nürnberg habe wieder erklärt, dass die Städte mit dem elsässischen Wesen nichts zu tun hätten, wie sie dies auch an den Kaiser schrieben und wie der speirer Abschied zu erkennen gebe; die höhern Stände seien aber der Meinung, dass die Städte sich des elsässer Wesens auch „realiter" anzunehmen hätten. Schliesslich einigt man sich, diesen Punkt bis zum nächsten Unionstag und bis zur Beschliessung der Hauptrechnung zu verschieben.

[2] Da dem passauer Kriegsvolk der Pass gegen Oesterreich stark verlegt ist, so wird es sich vermutlich gegen die Oberpfalz wenden, wo man zu Widerstand wenig gefasst ist. Man möge sich zu Schweinfurt ehestens resolvieren, ob man das in Wartegeld genommene Volk mustern soll, um die Grenzen besser zu versichern; jetzt liegt nur einiges Landvolk mit einigen Landsassen, etwa 50 Pferde, dort. Es ist aber damit nichts auszurichten; das Landvolk soll jetzt seine Aecker bestellen; der Unterhalt der Landsassen kommt überdies ebenso teuer wie der der geworbenen Knechte (die amberger Regierung an die kurpfälzischen Räte zu Schweinfurt am 6./16. März; Mb., 119/4, f. 93; Or.).

Digitized by Google

der Union ist, sich vor unbilliger Gewalt zu schützen; die Unierten sind verhasst; man wird eine Gelegenheit, sie zu überfallen, nicht versäumen; die Ereignisse mit dem passauer Volk zeigen, dass man sich auf Briefe und Zusagen nicht verlassen darf; die Intention mit diesem Volk kennt niemand; es ist darum zu bedenken, ob man das Landvolk bewaffnen oder wie man sonst die Defension anstellen soll? Württemberg hofft, der Kaiser, der so viel zu schaffen habe, werde sich nicht gegen die Unierten wenden; das elsässer Volk ist abgedankt, das passauer könnte aber über den Böhmerwald streifen; eine eilende Hilfe genügt nicht; man möge die markgräflichen Reiter und die Obentrauts noch auf gemeine Kosten unterhalten. Baden: auch das elsässische Volk kann sich leicht wieder sammeln; es sollen ihm Musterplätze im Elsässischen und Fuldaischen bestimmt sein, auch soll das savoysche Volk herauskommen;[1] die Jesuiten spinnen Pläne wegen ihrer vermeinten spanischen Weltmonarchie. Man muss mit andern Potentaten korrespondieren und, so schwer es auch bei der Erschöpfung der Union fällt, den Soldatem Wartegeld geben oder gar werben. Hessen betont die Gefahr, die gleich von drei Orten her droht. Savoyen ist von Sachsen um Beistand wegen der jülicher Lande ersucht worden, der wird nun wol unterbleiben; gefährlicher ist das passauer Volk, das auf der Flucht ist und kein Haupt hat; aber es wird sich vor einem Einfall hüten. Der Landgraf möchte Unkosten vermeiden: man behalte das Volk, das man hat und ersuche die Strassburger, ihr geworbenes Volk nach der Oberpfalz zu schicken; ausserdem halte jeder Stand seinen Ausschuss zur eilenden Hilfeleistung bereit. Zum Schrecken möge man aussprengen, man habe die Werbung von vielen tausend Mann beschlossen. Oettingen verweist auf die Reichs- und Kreishilfen, die man auch nachsuchen möge. Die Strassburger betonen die vollständige Erschöpfung der Mittel und können unmöglich weiter etwas tun. Man möge den Gegnern nicht Ursache zur Gegenwerbung geben, dadurch würde die Union verhasst; die Papisten sind auch müde und ist von ihnen nichts zu besorgen. Strassburg

März 13. bis 23.

[1] Der Markgraf von Baden schreibt am 4./14. März an den Pfalzgrafen von Neuburg und am 5./15. an den Administrator der Kurpfalz, dass Oberst Reuschenberg wieder fünfzehn Fähnlein neuen Volkes annehme, auch die salmschen Reiter sich sammeln und Salm mit tausend Pferden zu Reuschenberg stossen wolle; der Musterplatz soll im obern Elsass oder, wenn dies nicht angeht, im Stift Fulda sein. Oberst La Fontaine soll dem Herzog von Savoyen zuziehen; das italienische Volk soll sein „Rendez-vous" in Burgund haben (Me., Neuburger Archiv; Jülich-Berg, Fasz. 24, 6d; Or. und Mb., 119/4, f. 29; Or.). — Der Grosshofmeister der Kurpfalz, Johann Albrecht Graf Solms, gibt in einem Schreiben an Fürst Christian von Anhalt vom 5./15. März Nachricht von dem angeblichen Vorhaben des Herzogs von Savoyen, nach dem mislungenen Anschlag auf Genf mit seiner Armee von 20 000 Mann ins Reich einzurücken und daselbst für die Wahl eines römischen Königs im Sinne Spaniens zu wirken; Frankreich und Bern begännen bereits mit Vorkehrungen gegen den Savoyer (Bbg., A 9a, no. 82, f. 40; Or. eigh.).

Digitized by Google

März 13. bis 23. kann einen Beschluss wegen neuer Werbungen nur zu Bericht nehmen; ebenso Worms. Nürnberg ist auch nicht auf weitere Kontributionen instruiert; aber man muss sich vor dem passauer Volk schützen, das das äusserste versuchen wird und keinen andern Ausweg hat als durch die Oberpfalz; es könnte ohne Widerstand bis Nürnberg kommen; Ramée hat wiederholt geäussert, er wolle sich mit 6000 Mann durch ganz Deutschland schlagen. Man muss also auf Defension denken; das Volk in der Oberpfalz wird dazu nicht genügen, man muss geübte Soldaten annehmen, wie ihre Stadt selbst schon 400 geworben hat. Die andern Städte, die Markgrafen und Neuburg werden dem nicht entgegen sein. Man soll auch die Kreishilfen fordern, denn die Passauer würden auch die Papisten nicht verschonen. Auch die von der Gefahr nicht unmittelbar berührt werden, müssen sich anstrengen; Strassburg soll seine drei Fähnlein und Ansbach seine Reiter in die Oberpfalz schicken. Man soll sich nicht in dieselbe Sicherheit wiegen, die Oesterreich in Gefahr gebracht hat. Wenn man zu ordentlicher Werbung schreitet, soll Baiern davon verständigt und um Assistenz wider die Passauer ersucht werden. Ulm weist auch auf die Kreishilfen; ausser Baiern soll man auch Mainz verständigen. Wegen Memmingen sind die Ulmer beauftragt, deren Unvermögenheit einzuwenden. Speier bemerkt, dass man auch von den Passauern nichts sonderliches zu besorgen habe und erinnert an die ordentlichen Mittel der Kreishilfen; vor Abhörung der Rechnungen dürfen sie nichts bewilligen, aber im Fall der Not werden sie mit der Mehrheit gehen. Ebenso die andern Städte. Camerarius schliesst: wegen des elsässer Volks werden die Beratungen über eine eilende Hilfe Mittel geben: wegen der Passauer hat man sich aber vorzusehen: die Praktiken rühren von den Obersten selbst her; das Volk ist desperat, ohne Haupt; Soldaten und Oberste haben sich zusammengeschworen; mit dem Landvolk kommt man dagegen nicht auf; der schon vorhandenen Reiter Obentrauts und Ansbachs sind etwa 500; dazu hat man 1000 Knechte im Wartegeld.

In neuer Umfrage wird erörtert, wie viel Volk man endgiltig werben soll, doch dass die Last gleichmässig verteilt werde. Württemberg schlägt die Werbung von 2000 Knechten vor, die vorhandenen 500 Pferde werden genügen. Dringend zu wünschen wäre Anhalts Anwesenheit im Lande, die den Feinden Furcht machen wird. Wegen Wehren, Rüstungen und Geschütz wird man sich ebenfalls vergleichen und dafür Magazine am Rhein und an der Donau anordnen müssen. Baden: neben der eilenden Hilfe soll man 2000 Mann auf Unionskosten werben; mit den städtischen Truppen und denen im Wartegeld hat man sie schon beisammen; die strassburger Fähnlein nach der Oberpfalz abzuführen würde bedenklich sein. Hessen findet die vorgeschlagene Zahl nicht ausreichend für den Ernst und wünscht Heranziehung der Papisten zum Defensionswerk. Strassburg und Worms können nur zu Bericht nehmen. Nürnberg erinnert dagegen, dass die Gefahr jünger als die Instruktionen

Digitized by Google

sei. Die vorgeschlagene Zahl genügt aber zur Verlegung der Pässe; ihre Obern werden die geworbenen 400 Mann für den gemeinsamen Zweck wol hergeben. Ulm ist mit den Vorschlägen einverstanden. Die andern Städte, obwol nicht instruiert, stimmen mit der Mehrheit. Camerarius: die Mehrheit hat die Annahme von 2000 Mann und 5—600 Pferden beschlossen, wovon man den grössten Teil schon hat; Armaturen für zwei Regimenter liegen in Amberg; der ansbachschen Reiter ist man gewiss, dazu kann man noch Lehenreiter aufbringen. Es handelt sich jetzt um Vergleichung der für die Werbung nötigen Bundesanlage. — Vorher berichtet Dathenus über die Ausschussberatung wegen der eilenden Hilfe; man hat den speirer und wormser Partikularabschied vorgenommen, verschiedene Mängel namentlich wegen Hessen und Württemberg darin gefunden, wegen Abwesenheit der höheren Stände hat man aber über Ausdehnung dieser eilenden Hilfe auch auf die herobigen Lande diesmal nichts beschliessen können. März 13. bis 23.

Nachmittagssitzung. Camerarius lässt umfragen, woher das Geld für die neue Werbung zu nehmen, wie viel, wo und wann es zu erlegen sei und was wegen einer eilenden Hilfe zu geschehen habe, wobei er vorschlägt, es wegen der rheinischen Stände bei jenen Partikularabschieden zu lassen; wegen der Gefahr aus Böhmen sollen die Nächstgesessenen oben Landes Kriegsverständige zusammenordnen, die sich einer eilenden gegenseitigen Hilfe zu vergleichen hätten. Württemberg hält, was die Partikularhilfe anlangt, nichts von der Hilfe durch das Landvolk, das auch grosse Kosten verursacht; es will statt 2000 Mann Landvolks 1000 Soldaten stellen, aber keine Reiterei; es ist an der Hilfe an beiden Strömen interressiert und will je die Hälfte dorthin liefern. Für die Kosten der heute beschlossenen Werbung beantragt es, sieben bis acht Monate in zwei Zielen nach Nürnberg zu erlegen. Baden geht wegen der neuen Kontribution mit der Mehrheit. Hessen kann den Ansatz wegen der eilenden Hilfe am Rheinstrom nur zu Bericht nehmen. Zur Hilfe gegen die Passauer gehen an 2000 Fussknechten und 500 Reitern monatlich etwa 30,000 fl. auf; handelt man mit ihnen auf drei Monate, so wird man 90000 fl. bedürfen, die acht Monaten der Bundesanlage gleichkommen. Oettingen: zum Beschluss einer eilenden Hilfe an der Donau fehlen die Markgrafen und Neuburg; die neue Anlage nimmt es zu Bericht. Strassburg will sich in die neue Hilfe nicht einlassen, sie wird auch zu spät kommen; ihre drei Fähnlein wollen sie schicken, wenn im Elsass keine Gefahr mehr droht. Nürnberg wirft den Rheinischen vor, dass man vordem zu deren Sicherung am Rheine 60 Monate bewilligt habe und dass jene jetzt die an der Donau verlassen wollen; auch sie sind instruiert, nichts zu bewilligen, aber die Gefahr zwingt zu andern Entschlüssen; ob die Hilfe mit Volk oder Geld zu leisten ist, nehmen sie zu Bericht und bitten um Aufschub der Beschlussfassung hierüber bis morgen. Dasselbe tun auch die andern Städte.

Digitized by Google

März 13. bis 23.

Camerarius betont nochmals die Notwendigkeit eilender Hilfe, verschiebt die Beschlussfassung darüber auf morgen und fragt zum dritten Punkt des Ausschreibens um, wie man sich künftig vor derlei Unruhen versichern und zur Abhilfe der allgemeinen Beschwerden kommen könnte, ob man deshalb an den Kaiser, die geistlichen Kurfürsten und Baiern schreiben solle und wie insbesonders Donauwörth zu helfen wäre.[1] Württemberg: Die Gegner sind durch die Union zu Mistrauen und zu Rüstungen bewogen worden; um solches künftig zu verhüten, soll man ihnen anzeigen, warum man werbe. Auch die Ligastände werden bessere Vertraulichkeit wünschen. Da Baiern von der Union Assistenz gegen die Passauer begehrt hat, kann man sie auch von ihm verlangen; man möge das durch eine Schickung tun, zur Vergleichung der Defension eine Zusammenschickung vorschlagen und Baiern das Direktorium dieser Defension anbieten; auch Mainz soll verständigt und um Hilfe ersucht werden. Dem Kaiser schreibe man nicht, bevor man weiss, wo die Sache hinaus will. Die Gravamina rühren teils vom Hof her, teils von den Mitständen; diese letztern Beschwerden können nur auf Reichs- und andern Tagen erörtert werden, wegen der andern gibt die Union Anweisung. Hofprozesse wegen der Religion sind seit der Gründung der Union keine ausgegangen. Wegen Donauwörth ist jetzt beim Kaiser nichts zu erhalten; beim münchener Akkord hat man der Stadt nicht gedenken wollen; Baiern hat die Regel für sich, erst nach Kostenersatz zu restituieren. Baden: Alles Mistrauen im Reich rührt von den Gravamina her; wenn Mainz und Baiern den Zweck der Union kennen, wird sich hoffentlich das Mistrauen verringern und werden die Gegner vielleicht selbst Mittel angeben, wie man zu besserm Vertrauen kommen kann. Hessen: König Matthias begehrt bei verschiedenen Reichsständen Information wegen der Reichsbeschwerden; was soll man antworten? An Mainz und Baiern soll man schreiben, dass man den Gravamina nur durch die Union abzuhelfen wisse. Er gibt zu bedenken, ob man die Kosten wegen Donauwörth allen Ständen aufladen solle und ob Salzburg, das sich bisher neutral hielt, unter den Ständen wegen des Mistrauens etwas ausrichten könnte? Oettingen empfiehlt, sich in guter Bereitschaft zu halten, auf einen Bundesvorrat zu denken und den Zweck der Union den Gegnern vorzustellen, damit diese nicht glauben, sie sei zur Ausrottung ihrer Religion gemeint; doch muss der Schein der Kleinmut dabei vermieden werden. Die Schickung an Baiern lässt es sich gefallen. Am kaiserlichen Hof ist alles vergebens;

[1] In Mb., 119 4, f. 110; Or. liegt eine undatierte Bittschrift vor, von drei donauwörther Exulanten unterschrieben. Darin wird über das Verbot des bairischen Statthalters Bemelberg geklagt, Kinder in eine andere als in eine papistische Schule zu schicken, und über dessen Befehl, bei Beerdigungen Evangelischer in Donauwörth oder bei Heiraten in der Pfarrkirche von Berg (auf neuburgischem Gebiet) dem papistischen Pfarrer Gebühren zu entrichten; endlich werden zwei Fälle von Veräusserung der Häuser und Habe „ausgetretener" evangelischer Bürger berichtet und die Bitte um Hilfe daran geknüpft.

Digitized by Google

von dort kommen alle Beschwerungen; Erzherzog Maximilian hat geäussert, er wolle gern vermitteln, aber am kaiserlichen Hof bleibe alles hangen; auch König Matthias, der bei den Ständen Favor sucht, weiss, wie es dort zugeht. Das beste wäre, wenn die jüterbogker Handlung wol abliefe und man Sachsen besser informieren könnte. In Donauwörth sind vor einigen Wochen neue Gewaltsamkeiten geschehen und ist flüchtigen Bürgern ihre Armut um halbes Geld verkauft worden; man soll den Herzog von Baiern von weiterer Beschwerung abmahnen. Strassburg: Der Administrator soll die gute Korrespondenz mit Mainz fortsetzen und an den Kurfürsten und Baiern eine Schickung tun, um sie über die Union aufzuklären. Wegen der Gravamina soll man nichts anregen, bevor man sieht, wo das Spiel zwischen Kaiser und König hinaus will; bei dem obsiegenden Teil wäre dann anzuklopfen. Donauwörths könnte bei der Schickung an Baiern gedacht oder der Kaiser, wenn die Sachen in andern Stand sind, seines Dekrets erinnert werden. Nürnberg sieht kein Mittel zur Beseitigung des Mistrauens, das mit dem elsässischen Wesen anfieng, billigt aber Oettingens Vorschläge wegen Beseitigung des Verdachts. Zur Abhilfe der Gravamina ist jetzt wol kaum Zeit. Wegen Donauwörth gibt es kein Mittel als Erstattung der Kosten; die Papisten haben schon erklärt, dazu keinen Heller zu geben; vielleicht liesse sich Baiern durch Mainz zu einer Moderation bewegen; dann könnte man versuchen, insgemein einige Monate bewilligt zu erhalten. Man schreibe weder an den Kaiser noch an den König. — Der Redner fragt an, wie es mit der Ablehnung der „donauwörthschen Relation" steht,[1] denn auch evangelische Stände meinen, sie enthalte die Wahrheit. Ulm schlägt vor, Erzherzog Maximilian um dessen Beistand zu bitten, damit man aus den Beschwerden komme und erinnert, wie durch Eingreifen verschiedener Stände der passauer Vertrag zu stande gekommen sei. Speier: So lange die Jesuiten ihr Wesen treiben, wird man nicht zur Ruhe kommen; denn die Papisten müssen tun, was jene wollen. Speier kann Baiern wegen der zollernschen Relation nicht trauen,[2] eher Mainz; aber die Liga wird bleiben. Matthias wird am Hof eine Reformation tun müssen. Die andern Städte votieren mit der Mehrheit. Camerarius: Ursache des Mistrauens ist der Mangel an Justiz. Die wahre Beschaffenheit der Union ist sowol Baiern beim münchener Akkord wie Mainz und Sachsen dargelegt worden. Der elsässer Zug hat gezeigt, wie ungerecht die Unierten bezichtigt werden; denn sonst hätten sie die besetzten Orte nicht wieder geräumt. Wegen einer Verständigung hat der Administrator mit Kurmainz einen

März 13. bis 23.

[1] Vgl. F. Stieve, der Kampf um Donauwörth, S. 420 f.

[2] Vgl. P. P. Wolf, Geschichte Maximilians I., II., S. 560 f.; A. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 125 und M. Ritter, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation, II., S. 344.

Digitized by Google

März 13. bis 23. ziemlichen Anfang gemacht[1] und steht es jetzt auf einer persönlichen Zusammenkunft beider Herrn; vielleicht kann man beiderseits zu einer Versicherung kommen. Die Jesuiten haben verbreitet, dass die Unierten um Frieden gebeten hätten, während man noch in Waffen stand. Die Schickung zu Baiern und Mainz soll man aufschieben, bis man von Mainz mehr versichert ist. Baiern hat um Assistenz gebeten; der Administrator hat für gut befunden, das gleiche zu tun; der Herzog hat den Vergleich ratifiziert, „der assistenz halben [sie] sich gern in der eng ercleren wolten"; auch sieht der Herzog ein, dass am kaiserlichen Hof nicht alles richtig zugeht. Wegen König Matthias wird der Administrator weiter nachdenken. Matthias hat sich zu vielem erboten; Erzherzog Maximilian wird ihm nicht gern vorgreifen wollen. Wegen der Gravamina muss man zusehen, wo die Dinge hinaus wollen. Man bleibe dabei, sich gegenseitig zu helfen und vor Abhilfe der Beschwerden in keinen Reichstag und in keine Kontribution zu willigen. Wegen Donauwörth konnte zu München nichts geschehen, ist auch jetzt nichts auszurichten, vielleicht ergibt sich bei der Zusammenkunft mit Mainz dazu Gelegenheit; man hat bei Hof vorgeschlagen, dass Baiern seine Kontribution bis zur Höhe der Kosten zurückbehalte. Die Widerlegung der donauwörthschen Relation ist verfasst und ist zu erörtern.

März 12./22.

Im Plenum. Camerarius fragt bei den Städten wegen der gestern beratenen Defension gegen die Passauer um. Strassburg kann nur zu Bericht nehmen und verweist auf das Votum von Nürnberg.[2] Nürnberg: wegen der nachbarlichen Hilfe wird man sich bei nächstem Unionstag erklären, wegen der eilenden Hilfe wird man den Obern berichten. Was die neue Hilfe anlangt, so wollen die Städte, da ihnen frei steht, mit Volk oder Geld zu helfen, als ihren Anteil 800 Mann zu Fuss und 150 Pferde auf sich nehmen, diese selber bezahlen und unterhalten, damit Konfusion mit den vorigen Rechnungen verhütet werde; ihre Herrn haben sie befehligt, vor Abhörung der Rechnungen sich in keine neue Kontribution einzulassen. Camerarius gibt dagegen den Städten zu bedenken, dass die freie Wahl zwischen Volk- und Geldhilfe sich nur auf die nachbarliche Hilfe bezieht; jetzt wird in die Union ein neues gebracht. Mit dem Erbieten der Städte wird man nicht fortkommen, es wird den Schein einer Trennung und Unordnung verursachen; die Befehlshaber werden ungleiche Bestallungen haben;

[1] Vgl. oben no. 64.

[2] Vgl. die Berichte der Kurpfälzer vom 12./22. März (Mb., 119/4, f. 124; Or.), der Württemberger vom gleichen Tag (Stg, Unionsacta, t. IX., f. 514; Kpt.) und der Ulmer vom 13./23. März (U., Unionsacta, t. XXI, no. 2056; Or.). Die ulmer Gesandten bemerken zum Schluss: „wie übel nun vermerkt worden, dass die stätt ihr aigen volk haben und besolden, vorige und dise rechnung nit unter einander mengen lassen wollen", davon wollen sie mündlich berichten.

Digitized by Google

die Bewilligung ist auch zu anderen Ausgaben z. B. für die Artillerie angesehen. Die Städte mögen sich anders bedenken; dieserseits wird man alles tun, was der Union zum besten gereicht. — Da die Instruktionen der fürstlichen Gesandten mit dem Erbieten der Städte nicht übereinstimmen, lässt Camerarius deshalb nochmals umfragen. Württemberg sieht, dass die Städte wegen der Rechnungen den Höhern nicht trauen, was für diese verkleinerlich ist; es ist ihnen darum und mangels an Instruktion bedenklich, auf den von den Städten vorgeschlagenen Modus einzugehen. Auch Hessen findet ihn nicht praktikabel und der Religion und Union schimpflich, worauf Nürnberg sich verwahrt, dass der Vorschlag ein Zeichen des Mistrauens sei: man wolle nur Konfusion in den Rechnungen verhüten; die amberger Regierung selber habe die Stadt aufgefordert, Knechte zu werben und Hauptleute zu bestellen; an den Kosten der höhern Aemter u. s. w. wolle man nach Anteil beitragen. Baden: die Städte mögen nicht glauben, dass man sie übereile; die neue Anlage soll mit dem andern nicht konfundiert werden; aber wenn nicht einer kommandiert und einer zahlt, gibt es wirklich Verwirrung. Man möge den Schein einer Trennung vermeiden. Strassburg bleibt beim Beschluss der Städte; bei Reichstagen geht man allerdings nicht auf Volkshilfe, damit es nicht das Ansehen habe, als ob die Stände den Türkenkrieg auf sich nehmen; bei Kreishilfen ist aber der vorschlagene Modus schon öfter praktiziert worden. Nürnberg: da die Städtegesandten vor Abhörung der Rechnungen in keine Kontribution willigen dürfen, so ist dies Mittel das einzige, das sie vor ihren Obern vertreten können. Die Nürnberger selber haben zu Cham ein besonderes Fähnlein unter besonderem Hauptmann gehabt und es besonders bezahlt, ebenso Neuburg. Viele Stände haben in früheren Kriegen dasselbe getan. Da die drei strassburger Fähnlein nicht in der Eile heranzubringen sind, wollen die Nürnberger ihre 800 Mann selbst werben, jene Fähnlein können dagegen abgedankt werden. Ebenso die andern Städte.

März 13. bis 23.

Camerarius erklärt, dass die fürstlichen Gesandten auf diesen neuen Modus nicht instruiert seien und sich beraten müssten. — Nachher eröffnet Camerarius den Städten: Die fürstlichen Gesandten finden den neuen Modus wider die Unionsverfassung und den abwesenden Ständen praejudizierlich, nur im vorigen Jahr hat man die Volkshilfe ausnahmsweise wegen der Eile zugelassen. Die Städte mögen es bei den acht Monaten Geldhilfe lassen und eine eigene Person benennen, welche die Ausgaben überwacht. Wegen der nachbarlichen Hilfe wird man sich nächstens vergleichen. Die Städte verharren bei ihrem Erbieten. Camerarius wiederholt, dass die fürstlichen Gesandten darauf nicht eingehen könnten; die Unionshilfe und Unionsmatrikel sei auf Geld gerichtet. Die Städte mögen der Sache nochmals nachdenken.[1]

[1] Städterateprotokoll vom 12./22. März: Beratung, ob man sich auf die zur Defension notwendigen 7—8 Monate einlassen soll. Nürnberg

Digitized by Google

März 13. bis 23.

März 13./23.

Im Plenum. Camerarius lässt den Entwurf des Abschieds verlesen. Eine Reihe von Abänderungen wegen des Administrationsstreits, wegen der städtischen Beschwerden u. s. w. werden beschlossen. Beim 3. Punkt kommt noch einmal die Volkshilfe der Städte zur Erörterung. Nürnberg verwahrt sich, als ob man den höhern Ständen damit praejudizieren wolle; würden die Höheren deshalb einen Protest anhängen, so könnten die Städte den Abschied nicht unterschreiben. Zugleich wünscht Nürnberg, dass Anhalt sich bei der amberger Regierung einfinde und dass die donauwörthsche Relation widerlegt werde, eher werde Baiern sich auf nichts einlassen. Nachdem Camerarius Erfüllung der geäussorten Wünsche zugesagt, wird die Versammlung geschlossen.

Stg., Unionsacta, t. IX., f. 304—434, Protokoll von Sattlers Hand, ebenda . 280—303, Fabers Handprotokoll. — U., Unionsacta, t. XXI., no. 2081 a, Hauptprotokoll, no. 2081 b., Schleichers Handprotokoll.

März 14.

101. Tengnagels dritte gütliche Aussage.

Zuerst wird Tengnagel angezeigt, man habe inzwischen weitern Bericht über die Praktiken eingezogen, die er bisher geoffenbart habe, worauf ihm die Aussagen eines Mönchs[1] vorgelesen werden. 1. Frage. Ob dem allem so ist? — Der Mönch ist entweder ein Schelm oder ein Narr. Der Kaiser hat mit dem König von Spanien niemals wegen irgend einer Sache Korrespondenz gehabt; er ist und war mit Philipp III. wie mit dessen Vater „contrapique und widerwertiges sinnes;“ der Kaiser hat dem Haus Spanien in den Niederlanden nie beistehen wollen; er, Tengnagel, könnte schwören, dass der König von Spanien und die seinen jetzt wider dies Wesen handeln und es „contraminieren“. Auch der Papst hat seines Wissens daran keine Schuld; mit dem früheren Nuntius hat er, T., deswegen nie geredet, den jetzigen kennt er nicht. Im vorigen Jahr ist er, T., von Erzherzog Leopold nach Spanien geschickt worden[2] und hat dort von der Königin, der Schwester des Erzherzogs, soviel erhandelt, dass zwischen beiden Herrn Liebe und Freundschaft gestiftet und für das passauer Volk, zum jülicher Wesen und zur Erhaltung der katholischen Liga 300,000 fl. erlangt wurden; doch wurde wegen einiger Einwendungen Erzherzogs Albrechts

---

regt an, bei dieser Gelegenheit den Beschwerden wegen der Werbungen abzuhelfen, die Hilfe in Volk zu stellen u. s. w. Strassburg kann alles nur zu Bericht nehmen. Die andern Städte schützen gleichfalls Mangel an Instruktion vor, würden sich aber Volkshilfe am ehesten gefallen lassen. Nach zweimal wiederholter Umfrage kommt endlich der Mehrheitsbeschluss zu stande, den Nürnberg in seinem Votum den höheren Ständen zu eröffnen hat.

[1] Aussage des Mönchs Aegidius; vgl. oben no. 73, S. 165, Anm. 2.

[2] Ueber Tengnagels Schickung nach Spanien vgl. A. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 55 f., P. v. Chlumecky, Carl von Zierotin und seine Zeit, Brünn 1862, I., S. 615 f.

Digitized by Google

und wegen der Lage in den Niederlanden jene Summe auf 100,000 fl. verringert, über die Zuñiga hätte verfügen sollen. Aber es kam auch so weit nicht; denn inzwischen erfuhr der König, wie man damit umgehe, dem Erzherzog Leopold diese Lande zu übertragen, was gegen des Königs Absicht ist; das spanische Haus trachtet nämlich darnach, die Succession in diesen Landen an sich zu bringen; da der Kaiser ohne Leibeserben und bei Matthias wenig Hoffnung auf solche ist, so würde nach deren Tod die Regierung vor Erzherzog Leopold an den König von Spanien kommen. „Desswegen der erzherzog, weilen im der Spanier den possen gerissen, sei er ihme todtfeind und het sich im fall der not an die cron Frankreich und an andere gehenkt und gehalten, beistand zu suchen."[1] 2. Hat der Kaiser mit ihm, T., wegen der aufgetragenen Verrichtung im Reich persönlich geredet; wer hat sonst noch mit ihm darüber geredet und ihm die Instruktion zugestellt? — Der Kaiser hat nicht mit ihm darüber gesprochen; die Instruktion hat Hannewald verfasst und Hertel ihm zugestellt.[2] 3. Hat der Kaiser gutwillig und wissentlich die Instruktion ins Reich und andere Schreiben, auch die Dekrete welche er nach dem Einfall an die Stände erliess, unterschrieben oder hat ihn jemand dazu vermocht? — Der Kaiser hat die Unterschriften gutwillig gegeben. T. hat die Kommission ins Reich nicht sollizitiert; zuerst hätte Leuchtenberg zu allen Kurfürsten ziehen sollen; dann wurde die Schickung ihm aufgetragen, obgleich der Landgraf sie nicht von sich hat geben wollen. T. hat gesagt, wer in Böhmen Blut vergiessen wolle, den hole der Teufel; er hat von der Absicht der Soldaten nichts gewusst „sondern contraria decreta gestellt, wiewol man durcheinander von blutvergiessen geredt; aber des erzherzogen intent sei die union der kriegsleut ins werk zu bringen gewest." 4. Wie kommt es, dass, wenn man diese Vereinigung anstrebte, die Obersten sie nicht früher vorwandten als drei Tage vor dem prager Einfall? Zweifellos haben sie einen anderen Anschlag gehabt. — T. weiss es nicht: in der Kanzlei und vom Erzherzog war die Abdankung ernst gemeint gewesen; was Sulz und andere darüber hinaustaten, kann T. nicht verantworten. 5. Es gibt ein Originalschreiben Zuñigas an Erzherzog Leopold vom 30. Januar 1610,[3] worin es heisst, T. habe im Namen des Erzherzogs eine heimliche Hilfe beim König von Spanien begehrt, was Zuñiga misbilligte; T. soll sagen, gegen wen diese Hilfe gemeint war? — Damit ist die März 14.

---

[1] Dieser Frageartikel findet sich ins spanische übersetzt auch in Sim., Fasz. 2497, f. 267; Zuñiga hatte sich das Verhörsprotokoll zu verschaffen gewusst. Wegen Leopolds Beziehungen zu Frankreich vgl. no. 99.

[2] Vgl. oben no. 67, S. 154, Anm. 1.

[3] Nach Gindely, a. a. O., S. 60, Anm. 3 vom 31. Januar 1610. Am Rand der spanischen Uebersetzung des ersten Frageartikels bemerkt eine Hand: „Hallaron los Bohemios al Tegnagel una carta original del embaxador don Balthasar escrita al s.or archiduque Leopoldo. Ha sido a proposito que hallasen esta carta que por ella se vee la buena fee, con que en esto negocio se ha procedido."

Digitized by Google

März 14. obige Geldhilfe gemeint, die dann anderswohin verwendet wurde; das erwähnte Schreiben Zuñigas an den Erzherzog hat er mitgenommen, um Kurköln zu beweisen, dass für das jülicher Wesen Geldhilfe versprochen worden sei; Zuñiga hat die passauer Werbung niemals gebilligt.

6. Was ist mit T. sonst mündlich und geheim darüber verhandelt worden? — Er weiss von nichts als dass das passauer Volk gegen Jülich geworben wurde. 7. In Zuñigas Schreiben heisst es: T. habe gesagt, der Erzherzog wolle mit dem jülicher Volk in Böhmen einfallen und sich mit dem Fürsten von Teschen vereinen, der an den schlesischen und mährischen Grenzen Volk werben solle. Zu welchem Zweck sollte damals der Einfall in Böhmen geschehen? — Das passauer Volk sollte sich nur auf die böhmische Grenze, das teschner auf die andere Seite legen.

8. Warum sollte das Volk von Jülich an die böhmische Grenze rücken, da doch das Vorhaben nach Zuñigas Schreiben ein anderes Ansehen hat? — Er, T., hat dem König von Spanien im Vorjahre einen Diskurs geben müssen, warum man das jülicher Wesen urgiere, deshalb nämlich, weil durch das Volk und die Behauptung Jülichs dem Kaiser die Waffen in den Händen blieben; dann sollte das Volk an die böhmische Grenze und weiter in das Gebiet des Matthias geführt werden. 9. Warum hat man in der Lausitz, Schlesien und sonst rings um Böhmen geworben, da dies Volk doch notwendig ins Land [Böhmen] hätte rücken müssen? — Das Volk sollte um die Grenze herum in Matthias' Land geführt werden. Das ganze Wesen war überhaupt nicht gegen die Böhmen, auch nicht zur Kassierung ihrer Religion und ihrer Majestätsbriefe gemeint; die Politik brachte viel mehr mit sich, die Krone Böhmens friedlich für Leopold zu erlangen; T. hat darum auch absichtlich und mit besonderer Mühe in die Unionsdekrete die Worte gebracht: „Wass zue erhaltung I. M.ᵗ hocheit, auch dieses löblichen königreichs und all derselben incorporierten landen ehr, wolfahrt und privilegien gehörig und dienlich ist."[1] 10. Wer hat im geheimen Rat zu diesem Wesen geraten? — Sulz, Althan, Hegenmüller, Ubezko; T. ist erst zuletzt in den Rat gelassen worden und hat sich beschwert, dass man in seiner Abwesenheit Rats pflege, da er doch als geheimer Rat installiert worden sei. 11. T. hat zuvor bekannt, wie der Erzherzog Rat halten habe lassen, Thurn, Fels und Lobkowitz sicher aus dem Weg zu räumen; wo und wann ist dieser Rat gehalten worden und wer, besonders von den Böhmen, hat von diesem Anschlag gewusst? — Beraten wurde in Henkels Haus; Ramée hätte die fernere Exekution gegen die Alt- und Neustadt vornehmen sollen; Ramée, Sulz, Althan, Ubezko und er, T., waren im Rat, der nach dem Einfall stattfand. 12. Ist es richtig, dass Thurn und andere böhmische Herren in den Häusern auf der Kleinseite überfallen und eingezogen werden sollten, auch dass der Anschlag bereits zu Tabor beratschlagt worden sei? — T. weiss davon nichts. 13. Da von den Bürgern, besonders von den welschen auf der Kleinseite, viele auf die unsern geschossen haben, soll T.

[1] Vgl. oben no. 60, S. 131, Anm. 1.

Digitized by Google

sagen, wie sie dazu bewogen wurden und was es mit dem weissen Zeichen auf sich hatte?[1] — T. weiss auch davon nichts. 14. Aus anderen Aussagen ergibt sich, dass die gewisse Absicht bestanden hat, nicht nur die genannten drei Personen zu köpfen; was hat man mit den anderen, besonders den zuvor erwählten Direktoren (von denen man sehr schimpflich geredet hat) im Sinne gehabt? — T. weiss nichts anderes als dass man durch gütliche Mittel und durch Liebe die Gemüter der Stände beider Religionen gewinnen wollte. 15. T. hat zuvor bekannt, dass er im Reich sagen sollte, die Böhmen hätten den Landtagsschluss wegen des Kriegsvolk vom Kaiser erzwungen; wer hat das beantragt? — Er kann sich nicht erinnern, vermutlich ist der Antrag im geheimen Rat erfolgt. 15. Da T. zuvor öffentlich bekannt hat, welche Absicht man gegen Matthias wegen der Designation in Böhmen und wegen der andern Länder hatte, so soll er sagen, wann man zu dieser Absicht gekommen sei, weil das Volk zuerst vorgeblich nach Jülich geworben worden war? — Das passauer Volk war zuerst wirklich gegen Jülich geworben; als der Erzherzog aber von Jülich kam, hat er die Unmöglichkeit eingesehen, es dorthin zu bringen. 17. Warum hat man das Volk nicht damals abgedankt? — Aus Mangel an Geld. 18. Es waren doch damals Mittel zur Abzahlung vorhanden und hatte man soviel Geld eingebracht, dass man es davon zufrieden stellen konnte. — Es war ein geringes; übrigens haben die Kriegsobersten dies Wesen gegen des Erzherzogs Willen und Absicht angesponnen. 19. Wie reimt sich, dass der Kaiser schon zuvor die Absicht hatte, den König zu bekriegen und doch wieder das Volk abdanken wollte? — Dem Kaiser ist das erstere erst nach dem Absagebrief des Königs[2] in den Sinn gekommen. 20. Wie kann das sein, da man schon vor einem Jahre Anschläge gegen den König gemacht hatte? — „Das sei ja wahr, dass damalen, als man gesehen, dass das gülchische wesen nicht von statten gehn und glücken wollen, sei man an den anschlag wider den konig zuesambt coniungirung des kriegsvolks, so in Elsass gelegen, kommen und man habe wider den konig hilfe gesuecht.“ 21. Da der Kaiser und die geheimen Räte nicht nur den Kurfürsten und Fürsten sondern auch den Böhmen stets zugesagt hatten, dass das passauer Volk nicht gegen den König und dessen Lande gemeint sei (was nach T's. Aussage sich anders verhält), so möge T. sagen, wie sie, wenn sie ihre Absicht durchgeführt hätten, es bei den Kurfürsten und jedermann verantwortet hätten? — Im Rat ist darüber nicht gehandelt worden; unter seinen Sachen hat er das Konzept einer Verantwortung mitbekommen, die anhebt: „es ist land- und weltkundig?“ 22. Wussten ausser den zuvor genannten noch andere Personen von den Ratschlägen? — Des Erzherzogs Beichtvater P. Henricus Aquentius war anfangs mit im Rat; der böhmische Kammerpräsident Dohna, Slawata und Smezansky haben davon

März 14

[1] Vgl. oben no. 84, S. 186, Anm. 2.
[2] Vom 29. Dezember 1610.

Digitized by Google

März 14. gewusst und giengen darauf aus, den Erzherzog gross zu machen; Ladislaus Berka und Hegenmüller haben den Einfall in die Kleinseite widerraten und zwar noch am Tag zuvor; Heidel[1] war stets um P. Henricus und hat gewiss von ihm den Handel erforscht. 23. Hat der Kaiser von dem Blutbad gründlichen Bericht erhalten, durch wen und was hat er dazu gesagt? — T. weiss es nicht, denn er war nicht bei der Audienz des Erzherzogs anwesend. 24. Auf wessen Geheiss hat man einigen Personen vor dem Einfall Salvaguardia gegeben? — Wenn der Erzherzog solche erteilt hätte, hätte T. sie unterschreiben müssen; er weiss von keiner. Leuchtenberg konnte es tun; T. selbst hat auf Leuchtenbergs und anderer Häuser gedruckte Adler und Salvaguardien am Tag des Einfalls gesehen. 25. Hat der Kaiser wirklich ein Handschreiben an die Obersten der Passauer nach Budweis geschickt und sie um Gotteswillen gebeten, ihn vor der Gewalt der Böhmen zu retten und unverzüglich heranzurücken, mit dem Andeuten, als wenn die Stände den Kaiser belagerten und an seiner Person Gewalt üben wollten? — „Es hette wol geschehen mögen; er halte es für [k]ein figmentum; dann es were crimen falsi, wo man einige schrift, die von J. M.[t] nicht kommen, verlesen hette."

Wi., I A 1, Ka. 2991; Kop.

März 14. **102.** Instruktion des Herzogs Maximilian von Baiern für Joachim von Donnersberg und Christoph Ulrich Elsenheimer zum Tag der oberländischen Bundesstände in Augsburg.

Die Gesandten haben den Anwesenden das von Mainz wegen der Aufnahme Kursachsens Mitgeteilte vorzutragen.[2] In Bezug auf diese sollen die Gesandten den Bundesständen gemäss den beiliegenden Instruktionen nach Mainz und Graz[3] die Gründe für und wider ausführen und schliesslich erklären: da die rheinischen Stände nach einem Briefe des Kurfürsten von Mainz sämtlich für die Einnahme Sachsens und dessen Berufung zum nächsten Bundestage sind[4] und der spanische Botschafter zu Prag laut Beilage geäussert hat, „dass wider seinen könig nit sei, mit dem haus Sachsen ein verstand zu machen,"[5] da also die Gegenbedenken „etlicher massen" beseitigt sind, so lassen wir uns die Berufung Sachsens zum Bundestag gefallen, wenn sie den Oberländern genehm ist. Stimmt die Mehrheit dafür, so ist zu beraten, auf welche Weise man sich mit Sachsen vereinen soll: am besten scheint, Sachsen nicht als Mitglied in den Bund aufzunehmen sondern nur eine wechselseitige Verpflichtung zwischen ihm

[1] Georg Heidel von Rassenstein, Primator von Prag.
[2] Vgl. no. 31
[3] Vgl. oben no. 4 und no. 19, S. 51, Anm. 1.
[4] Vgl. oben no. 90, S. 201, Anm. 1.
[5] Vgl. oben no. 65.

Digitized by Google

und dem Bunde aufzurichten, der zufolge hinfort ewiger Friede und rechtes Vertrauen zwischen beiden Teilen bestehen und keiner den andern mit der Tat beleidigen oder sich mit dessen Gegnern verbinden soll; jeder Streit soll durch gütliche Verhandlung oder schleunigen Kompromiss erledigt werden und soll man sich gegen Angriffe, welche der Reichsverfassung und dem Religions- und Landfrieden zuwiderlaufen, mit einer zu bestimmenden Anzahl Volks gegenseitig beistehen. Sachsen als eigentliches Mitglied in den Bund aufzunehmen, erscheint bedenklich und sollen die Gesandten sich aufs äusserste bemühen, dies abzuwenden und die vorgeschlagenen Mittel durchzusetzen. Entscheidet sich die Mehrheit trotzdem für vollkommene Aufnahme Sachsens, so sollen die Gesandten anzeigen, dass wir uns zwar dem Beschlusse nicht widersetzen werden, jedoch zu bedenken geben, da Mainz dem Hause Sachsen schon eine neue Notel für die beiderseitige Vereinigung zugeschickt hat, ob es den katholischen Ständen nicht schimpflich sei, Sachsens halber ihre alte Notel aufzugeben; es scheine ratsamer, entweder Sachsen auf die alte Notel einzunehmen oder es sollen, wenn das nicht zulässig wäre, die katholischen Stände bei ihrer alten Notel bleiben und sich zugleich mit Sachsen auf die neue mainzer Notel, falls diese nichts Bedenkliches enthält, oder wie man sonst kann, zu einem weitern Bunde vereinigen. Begehrt aber Mainz geradezu die Aufhebung der alten Notel oder wollen die Oberländer von der Aufnahme Sachsens überhaupt nichts wissen, dann ist, um den Uebertritt Sachsens zu den Unierten und Unwillen zu verhüten, der Mittelweg zu empfehlen, „dass die oberlendischen [stende beisamen verbleiben, mit den reinlendischen verainigungsstenden guete correspondenz pflegten, besagte reinlendische stend aber Sachsen zu sich auf die von Mainz neue verfasste bundsnotl in die verain ziechen, wie wir dan unser tails je lenger je mehr verspuren, es gebens auch die bishero vorgeloffne reinische actiones zu erkennen, am ratsambsten zu sein, das ain abtailung gemacht, weil man einmal sicht, dass mit den Reinischen nit vortzukommen, uns auch nit gemeint, solcher gestalt das bundsobristenamt lenger zu tragen sonder dass die reinische verainte stend aus irem mitl ain wurklichen bundsobristen eligiern, bei deme sie auf alle fel und nit bei uns hilf, rat und beisprung suchen.“][1] — Was die Aufnahme der Rechnungen und die Erstattung der von uns und dem Bischof von von Augsburg geleisteten Vorschüsse betrifft, so haben die Gesandten die beiliegenden Rechnungen vorzulegen[2] und auch an der Prüfung der

März 14.

[1] Die eingeklammerte Stelle setzte Donnersberg in die zweite Konzeptkopie ein; der Vordersatz war inhaltlich schon im ersten Entwurf vorhanden und war vom Herzog nicht beanstandet worden, der zweite Teil, der die Sonderung der Oberländer von den Rheinischen überhaupt als wünschenswert bezeichnet, ist die Ausführung nachfolgender eigenhändigen Bemerkung des Herzogs in der ersten Konzeptkopie: „wie dann auch ausser dessen vileicht nit gar vnratsamb, dass dergleichen absonderung vnd verstandt gemacht wurde, weil doch die Reinlendischen den last den herobern vast allain auftragen wollen.“

[2] Fehlen.

Digitized by Google

März 14. Rechnungen anderer Stände teilzunehmen. Zur Deckung unser Vorschüsse ist stark auf die Entrichtung der Rückstände der Prälaten und Grafen an der Bundesquote zu dringen und, da dieselben nicht ausreichen werden, zugleich eine neue Steuer zu fordern, von welcher auch die uns und dem Bischof von Augsburg durch die Musterplätze, Durchzüge und Beistellung der Waffen erwachsenen Kosten zu ersetzen sind. Ueber diesen Punkt sollen sich unsere Gesandten vorher mit den Vertretern des Bischofs von Augsburg verständigen. — Der Versammlung ist auch das beiliegende Gesuch des Koadjutors von Köln[1] um eine Geldhilfe zur Bezahlung der in seinem Stift liegenden Besatzungen, welche zu meutern drohen, vorzulegen und zu empfehlen, dass die Oberländer eine Summe „gegen vergleichung der rheinischen cassa" hergeben, da die Rheinischen den Koadjutor so ganz verliessen. — Würzburg wird Hilfe gegen Ansbach nachsuchen. Die Gesandten sollen befürworten, dass man den Markgrafen von Ansbach schriftlich zum Ersatz der Schäden auffordere oder, falls Güte nicht verfängt, „sich eines schleunigen austrages vor gewissen erkiesten richtern vergleiche." Actum München den 14. martii 1611.

* Mc., Entstehung, Fasz. V. no. 36, f. 81; Kpt. von Leuker; — f. 92; erste Kptkopie mit eigenhändigen Aenderungen und Bemerkungen des Herzogs; — f. 85; zweite Kptkopie mit Aenderungen Donnersberg; — Ma., 399|13, f. 125; dritte Kptkopie mit Aenderungen Donnersbergs und Jochers.[2]

März 16. **103.** König Philipp III. an Zuñiga.

„Despues de firmado las cartas que van con esta de los 12 del presente, se me han dado los tres papeles inclusos que contienen lo que por ellos vereys açerca de desviar al archiduque Leopoldo de sus pretensiones y aconsejar y declarar mi voluntad a su hermano mayor, y aunque estando Vos tan al cavo de todo lo de alla no Os hazen falta estos papeles, todavia he querido embiaroslos y deziros juntamente lo que se me ofreçe para que segun el estado de las cosas hagays lo que mejor Os pareçiere.

Lo primero que se deve procurar, es apartar al archiduque Leopoldo de las quimeras en que le han metido y para esto he escrito a Roma, que de parte del papa se hagan los offiçios neçesarios sobrello y Vos podriades acordar al mismo archiduque lo que la serenisima archiduquesa su madre le pidio al tiempo de su muerte, de que siguiese el camino de la yglesia y la palabra que el la dio y el respeto que esta obligado a tener a su hermano mayor y mas siendo tal; en cuya platica podriades entrar en ocasion de con-

[1] Vgl. oben no. 87.

[2] In Bamberg, Kriegsakten, I., f. 404 liegt das Konzept der bambergischen Instruktion für den Hofmarschall Johann Onuphrius von Pellheim vom 10. März: Wegen der Einnahme Sachsens hat sich P. der Meinung Baierns zu akkomodieren; doch soll vor der Aufnahme die Zustimmung Spaniens und des Papstes eingeholt werden; keinesfalls darf aber der jülicher Streit in die Bundesangelegenheiten gezogen werden.

Digitized by Google

tinuarlas que con el aveys tenido estos dias en la misma materia, fundandolo en que yo trato desto por su mismo bien y pues conforme a lo que me avreys scrito el Os ha dado intençion de querer venir por aca le inclinareys a ello, si vieredes que con apartarle de ahi se han de atajar sus disignios y acomodarse las cosas como conviene. — März 16.

El otro punto que es aconsejar al archiduque Ferdinando lo que deve hazer tiene mucha dificultad, pero su modestia y el termino con que escrive es muy loable y justo mirar mucho por sus cosas. Vos teneys orden para los tres en quien se dessea que cayga la dignidad de rey de Romanos y assi Os remito que le satisfagais por el termino que sabreys, dandole la carta que va con esta del tenor que vereys por su copia y a entender el mucho caso que hago del y que en qualquiera que se ofrezca ha de hallar en mi notable ayuda; pero en la forma de la eleçion guardareys la orden que teneys de los tres por sus grados: es a saver el rey Matias, archiduques Ferdinando o Alberto, el que mas facilmente pudiere salir y no vendreys en Leopoldo, sino fuere en peligro conoçido de que por desbiar esto aya de caer la dignidad en alguno fuera de la casa de Austria.

Tambien se Os embian cartas en Vuestra creençia con sus copias para el dicho rey y para los archiduques Maximiliano y Leopoldo, de las quales usareys como mas vieredes convenir advirtiendo que estas cartas y las que se acusan en las de 12 deste son todas unas.

Assi mismo se Os embia carta para el duque de Baviera[1] de la sustançia que vereys por la copia della, por entenderse que es el quien debe de fomentar mas esto de Leopoldo para encaminar con el el casamiento de su hermana. Desta carta usareys tambien quando y como Os pareçiere.

Tras lo dicho se ha considerado que seria bien diesedes a entender al rey Matias como yo desseo que cayga en su persona aquella dignidad y que desbio como mejor puedo lo de Leopoldo; pues con esto se sosegara el dicho rey y teniendo el la dignidad, supuesto que esta sin hijos, es el camino derecho, para que despues venga en Ferdinando y de excluir por aqui a Leopoldo.

Todo esto he querido apuntar para que tengays entendida mi voluntad, pero fio tanto de la prudençia y açertamiento con que proçedeys que me pareçe lo mejor remitiros como lo hago, para que proçedays en ello segun el estado de los negoçios como que ha dicho."

Sim., Fasz. 2452, f. 385; Kpt.[2]

---

[1] Deutsches Beglaubigungsschreiben vom 14. März: da der König des Herzogs Eifer für des Reiches Nutzen und Einigkeit kennt, hat er Zuñiga befohlen, den Herzog deshalb mündlich oder schriftlich anzureden (Ma., 292/10, f. 5; Or.).

[2] Zusammengesetzt aus den Voten des Commendador mayor von Leon und des Herzogs von Lerma in der Sitzung des spanischen Staatsrats vom 12. März; Protokoll in Sim., Fasz. 709, f. 187 von Arrosteguis Hand.

Digitized by Google

März 16. **104.** Der Kurfürst von Sachsen an den von Mainz.

E. L. erinnern sich noch der Beschwerde des Königs Matthias über den Einfall des passauer Kriegsvolkes und seines Ersuchens um Hilfe bei E. L., bei uns und unseren Mitkurfürsten und bei den Fürsten, die in Prag waren. Darüber haben wir E. L. schon am 10./20. Januar geschrieben;[1] aus den Zeitungen werden E. L. den weiteren Verlauf vernommen haben.

Nun ist zwar das passauer Kriegsvolk, als es mit seinen Befehlshabern merkte, dass es seine Absichten nicht ausführen könne, dass es auch gegen das Volk der böhmischen Stände und die von Matthias geschickte Hilfe zu schwach sei, am 12. [!] nachts von Prag wieder aufgebrochen, hat aber durch seinen Einfall, besonders aber durch die Aussagen Tengnagels über heimliche Praktiken, von denen ich E. L. einige Nachrichten schicke,[2] Anlass gegeben, dass nunmehr zwischen dem Kaiser auf der einen und den böhmischen Ständen und König Matthias auf der anderen Seite ein schwer zu beseitigendes Mistrauen besteht.

Da das Geschehene und die sonst geplanten Praktiken dem prager Vertrag zuwiderlaufen, der Kaiser wegen der böhmischen Krone gefährdet und das ganze Königreich Böhmen in solche Unruhe und Aufstand gesetzt ist, dass schwerlich Mittel der Abhilfe zu finden sein werden, so ersuchen wir E. L. um Dero Gutachten, was Sie von all dem halten und wie Sie dem abzuhelfen vermeinen. Wir sind sowol vom Kaiser als vom König durch besondere Gesandten um Hilfe ersucht worden, haben uns aber bisher keinem Teil beipflichtig machen wollen sondern uns durch Schreiben und Schickung dahin erklärt,[3]

---

[1] Vgl. die oben in no. 9, S. 24, Anm. 1 angezogenen Schreiben.

[2] Pfretzschner hatte Tengnagels Aussagen (wahrscheinlich nur die erste und zweite) am 15. März an Kaspar von Schönberg geschickt (Drs., l. 9166, I. Buch passauer Kriegsvolk, f. 395; Or. eigh.).

[3] Wegen der Schickung des Minckwitz vgl. oben no. 67, S. 154, Anm. 1, wegen der Schickung des Wild- und Rheingrafen vgl. oben no. 9, S. 24, Anm. 1. Der Bescheid an Minckwitz erfolgte am 7. März; vgl. oben no. 80, S. 178, Anm. 3. — Als Antwort auf die Werbung des Wild- und Rheingrafen schrieb der Kurfürst von Sachsen am 5./15. März an den König: Matthias werde sich hoffentlich mit der Erklärung und dem Erbieten zufrieden geben, das Braunschweig und Zollern überbrachten, und ihn, den Kurfürsten, nicht weiter zum Beistand auffordern; dass der König sich auf die kaiserliche Werbung noch nicht befriedigend erklärt habe, müsse dem Kaiser allerlei Nachdenken verursachen; der Kurfürst werde an dem prager Vertrag festhalten und sich mit andern wider den finden lassen, der des andern Lande feindselig überzieht (Drs., a. a. O., f. 319; Kpt. von Schönberg). — In einem zweiten Schreiben an den König vom gleichen Tag verwahrt sich der Kurfürst gegen den vom königlichen Gesandten ausgesprochenen Verdacht, dass er gegen Matthias keine besondere Affektion trüge (Drs., l. 8549, Schreiben Rudolfs II. an Christian II.; Kpt.). — Wesentlich freundlicher lautete die Antwort des Kurfürsten vom 8./18. März auf das Anbringen, das die böhmischen Stände schriftlich (vgl. oben no. 81) und durch Schickung taten. Der Kurfürst versicherte, er werde

Digitized by Google

dass wir an dem prager Vertrag festhalten und uns wider den setzen werden, der des andern Lande feindselig angreift und zu Unfrieden Ursache gibt. März 16.

Da wegen des unveranwortlichen Beginnens und der weiterhin beabsichtigten Praktiken Erzherzog Leopold bei männiglich, besonders aber bei den Evangelischen in starkem Verdacht und Nachrede ist, wodurch das Mistrauen zwischen den katholischen und evangelischen Ständen nur vermehrt wird, so stelle ich E. L. anheim, dem Erzherzog dies Vornehmen zu verweisen, ihn an den aufgerichteten und von ihm mitbesiegelten Vertrag zu erinnern und ihn von aller Tätlichkeit abzumahnen. Wenn dies unterbleibt und der Erzherzog weiteres tentiert, so sorgen wir, dass es einen solchen Aufstand im Reiche verursachen wird, dass er lange nicht zu dämpfen und dem Urheber samt Anhang zu unwiderbringlichem Schimpf und Nachteil geraten wird. Datum Glücksburg den 6. martii a. 1611. — Praes. Aschaffenburg 23. martii 1611.

Drs., l. 9166, I. Buch passauer Kriegsvolk, . 385; Kop. — Wmz., Reichstagsakten, Fasz. 103c., no. 4; Or.[1]

bei der ihm bekannten Treue der Stände gegen den Kaiser keinerlei Beschuldigungen glauben; da die Stände gewiss bei solcher Treue verharren werden, so sei eine besondere Erinnerung dazu überflüssig. Er könne ihnen nur raten, den Kaiser zu respektieren, zwischen ihm und friedhässigen Leuten zu unterscheiden und deren schädliche Praktiken dem Kaiser nicht entgelten zu lassen; auch an den Kompaktaten mit den Katholiken mögen die Stände treulich festhalten (Drs., l. 9166, I. Buch passauer Kriegsvolks, f. 359; Kpt. von Schönberg). — Dies Schreiben gefiel trotzdem den Kaiserlichen sehr wol. Pfretzschner berichtet am 20. April an Schönberg: „Mirum est, quo applausu recipiantur literae Ser.mi ad status. Werden über die massen gerühmet tam propter res quam verba. Die herrn landofficirer haben mich umb eine copei ansprechen lassen, viel kaiserliche räthe und cammerer, abgesanten, agenten, ihren herrn principaln zuzuschreiben.“ Es gibt schon an tausend Abschriften davon. „Die herrn stände aber lassen sich verlauten, dass sie in der antwort die feder wieder spitzen wollen, dessen man erwarten muss“ (Drs., l. 9167, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 188; Or. eigh.).

[1] Der Kurfürst von Mainz erwiderte am 26. März mit der Aufzählung dessen, was er beim Kaiser und bei Erzherzog Leopold zur Einhaltung des prager Vertrags getan habe; er habe auch sogleich nochmals an den Erzherzog ein abmahnendes Schreiben gerichtet. Wie dem Kaiser zu helfen sei, darüber habe er schon eifrig nachgedacht, vorerst aber eine Verständigung mit den andern Kurfürsten hierüber unterlassen. Da aber auf seine verschiedenen Erinnerungsschreiben an den Kaiser nur die Vertröstung auf eine Abordnung [die Tengnagels] erfolgt sei, diese aber ausbleibe, inzwischen die Nachricht von der Einnahme der kaiserlichen Residenz eingelaufen sei, so habe er sich schon vor Eintreffen des kursächsischen Schreibens entschlossen, an alle Mitglieder des Kurvereins Abordnungen zu tun, um zu vernehmen, ob man sich wegen dieser wichtigen Sache nicht bei einer persönlichen Zusammenkunft resolvieren solle (Wmz., Reichstagsakten, Fasz 103c, no. 6; Kpt. — Drs., a. a. O., f. 516; Or.; vgl. unten no. 111). — Das Schreiben von Kurmainz an Erzherzog Leopold vom 26. März enthält Vorstellungen, wie dem Kaiser und dessen ganzem Hause aus dem böhmischen Wesen die grösste Gefahr zuwachsen, ja sogar im Reich ein schwer zu stillender Aufstand entstehen könnte; der Erzherzog möge daher die unverzügliche Abdankung des Kriegsvolkes und die Einhaltung des prager Vertrags befördern helfen (Wmz., a. a. O., no. 5; Kpt.). — Das kursächsische Schreiben sowie das Schreiben an Leopold wurde am 27. März von Kurmainz dem Kurfürsten von Köln, gewiss auch dem von Trier mitgeteilt (Ma., 39/9, f. 25; Kopie).

Digitized by Google

März 17. bis 30. **105. Hans Meinhard von Schönburg an den Kurfürsten von Brandenburg.**

(Tagebuch seiner Schickung zu König Matthias.)

Am 17. März kam ich in Iglau an und traf dort den jägerndorfschen Gesandten und den Landeshauptmann von Mähren, Zierotin. Nach deren Gutachten meldete ich mich tags darauf beim Oberstkämmerer Meggau, der mein Beglaubigungsschreiben abforderte und mich fragen liess, ob ich geheime oder öffentliche Audienz beim König begehre. Ich entschied mich für jene. Die Audienz fand am Nachmittag um 3 Uhr statt, die Werbung legte ich entsprechend der Instruktion ab.[1] Der König, der allein war, wiederholte alle Punkte der Werbung, bedankte sich und erklärte sich zur Fortsetzung der Korrespondenz bereit; ausserdem misbilligte er sehr den Einfall der Passauer und äusserte, dass er eben im Begriff sei, nach Prag zu ziehen, um weiterm Unheil vorzubauen; er empfahl, dass auch die Nachbarn sich vorsähen und versprach mir, mich vor seiner Abreise noch einmal rufen zu lassen, um auf mein Anbringen ausführlicher zu antworten; schliesslich fragte er, ob E. kfl. Gn. nunmehr mit Sachsen verglichen seien, worauf ich antwortete, dass ich es für gewiss hielte. Der König dankte auch, dass Dero Gemahlin ihm wiederholt geschrieben habe und versicherte, des Hauses Kurbrandenburg treuer Freund bleiben zu wollen.

Am 19. nachmittags liess der König mich rufen und sprach fast dreiviertel Stunden lang mit mir, dankte nochmals für E. kfl. Gn. gute Intention und erbot sich auf mein Begehren, falls sich das passauer Volk ins Kurbrandenburgische oder ins Reich flüchten würde, E. kfl. Gn. beizustehen, Sie von den prager Vorgängen zu benachrichtigen „und [dass sie] keinen generalaccord oder ende der sachen machen wolten, sie hetten es den E. kfl. Gn. sampt Deren mitunierten verstendiget.“ Der König will auch Reichard von Starhemberg zum Unionstag abordnen, den Unierten den gegenwärtigen Zustand berichten und sich ihnen empfehlen. Ich habe darauf laut meiner Instruktion den König E. kfl. Gn. und aller Unierten Affektion versichert,[2] „dass die geneigt, I. kgl.

[1] Vgl. oben no. 78.

[2] In einem besondern Bericht über die Unterredung vom 19. März hat Schönburg sein Anbringen noch weiter ausgeführt. Er bat den König, er möge dem Kurfürsten und der Kurfürstin antworten und versprechen, ihnen in der jülichschen, preussischen und jägerndorfischen Sache stets günstig zu sein; dadurch werde der König sich das ganze Haus Brandenburg, Kurpfalz und deren Anhang verpflichten. Es wäre auch gut, dem Administrator in Heidelberg den Titel zu geben, wenn es noch nicht geschehen ist, da es Frankreich, England, Dänemark, die geistlichen Kurfürsten, Brandenburg, Baiern, Lothringen, die Erzherzoge Maximilian und Albrecht und die Generalstaaten tun. Nützlich wäre auch, wenn der König sich der bewusten fürstlichen Person sowol jetzt als in den Reichsangelegenheiten bediente; diese würde sich gewiss auf Erfordern bei ihm einstellen; das würde bei den Ständen hier grosses Vertrauen und grössern Eifer machen und ihm im Reich mehr

Digitized by Google

M.t (da sie gewiss, dass I. kgl. M.t rund mit ihnen handelten, den religionsfriden confirmirten, alle unordentliche processen abschafften, sich von bösen leuten nicht abwenden liessen) in allen deren rechtmessigen fürnemen die hand zu bieten." Darauf sagte der König lachend: „Was ich zusage, will ich halten; habe heute den böhmischen ständen ihren begerten revers und assecuration wegen ihrer freiheit und religion underschrieben, wiewol viel darwider gewesen."[1] Ich: Man mistraut im Reich durchaus nicht E. M.t, „aber den bösen corrumpirten leuten, die stets E. kgl. M.t in den ohren liegen, Dieselbige irre machen, es sei wider E. kgl. M.t gewissen, treuen Dern mit der excommunication, dan sich an ein anderen hangen, E. kgl. M.t umb land und leut zu bringen. So jederzeit E. kgl. M.t von solchen leuten sich commendiren oder ufs wenigst guberniren lassen, so würd erfolgen, dass sie E. kgl. M.t bei Dero landen und im ganzen reich so verhasset machen, dass solche leut zu dero intent leicht kommen werden. E. kgl. M.t wissen, dass nicht allein der erzherzog Leopold sonder andere practiciren, E. kgl. M.t in Dero jetzigem stattlichen vorhaben oder vorstehender gelegenheit zu hindern und die auf sich zu bringen; dan solche leut seind so schlecht nicht, dass sie nicht täglich und nun 40 jahre hero gesehen, dass allen romischen catholischen potentaten zusammen nicht möglich ist, die religion zu endern und uns auszurotten." E. kgl. M.t mögen nur bedenken, was Dero Vorfahren veranlasst hat, den Religionsfrieden zu errichten und zu erhalten und wie es denen gegangen ist, welche die Gewissen zwingen wollten. Was hat die Liga in Frankreich ausgerichtet, welchen Nutzen hat der König von Spanien in den Niederlanden geschaffen, wo nur eine Hand voll Volkes war, von dem Alba fast die Hälfte verbrannte oder hinrichten liess? Als der König die Lande endlich verloren und die Gefahr für sein eigenes Königreich gemerkt hatte, hat er sie um Frieden ersuchen und ihnen wider seine Reputation alles zugestehen müssen. Damals hatten die evangelischen Stände keine Verfassung, keine Macht, keine Hilfe und keinen Trost sondern hatten fast alles wider sich; jetzt haben sie stattliche Bündnisse und Unionen, ihre Macht ist durch die Verfolgung viel grösser geworden, die katholischen Potentaten sind unter einander nicht einig und will wegen der Partikularinteressen einer des andern Aufkommen nicht leiden; darum ist ihre Macht geteilt.

März 17. bis 30.

Ansehen geben, zumal jetzt noch die Sache Haken habe und deren täglich mehr bekomme. Der König möge die jetzige Gelegenheit wol in Acht nehmen und in diesen Traktationen fortfahren, den Gegnern zu Praktiken und Auswegen keine Zeit geben und der Eifrigen Herz nicht erkalten lassen, daher jetzt nicht aussetzen, bis er seinen Zweck erreicht habe (Eybach, a. a. O., no. 48; Kopie)

[1] Der Revers, vom 17. März aus Iglau datiert, ist gedruckt bei J. Du Mont, Corps universel diplomatique du droit des gens; V. 2, Amsterdam et à la Haye, 1728, S. 160 nach J. Ch. Lünig, Teutsches Reichsarchiv; Pars specialis, I., S. 71.

Digitized by Google

März 17. bis 30. Das alles wissen jene „corrumpierten“ Leute, woraus ersichtlich ist, dass sie nicht E. M.t sondern eines andern Nutzen suchen. Da man aber von zweien das kleinere Uebel wählen soll, E. M.t Ihrer Religion durch Verfolgnng keinen Nutzen schaffen und Gottes Wille nicht zu ändern ist, so können sich E. M.t keinen grösseren Namen machen als wenn durch Sie die Christenheit zum Frieden kommt, Sie von jedermann geliebt werden, die Flüche über die Verursacher des Krieges in Gebete sich wandeln und Sie alle Ihre Intentionen erreichen, ohne Blut zu vergiessen, ohne jemanden in seiner Religion zu verletzen und ohne das Weltliche dem Geistlichen vorzuziehen; Sie tun damit auch nichts neues oder praejudizierliches sondern treten, nur in die Fusstapfen Ihrer Vorfahren, lassen zu, was recht, christlich und unabänderlich ist, kommen ohne Gewalt in das Regiment und werden sich im Reich bei beiden Religionsparteien geliebt und geachtet und, weil Sie mit denselben einig, sich und das ganze Reich bei den Fremden „wieder estimirt und gefürchtet machen.“[1]

Der König erwiderte darauf, die evangelischen Stände könnten nicht sagen, dass er sie beschwert hätte, „begehr es auch nimmermehr zu thun“. — Ich: Der spanische und päpstliche Gesandte und Oberst „Kain[2]“ haben sich bemüht, E. M.t Aufbruch von Iglau um

---

[1] Nach dem in Anm. 2 auf S. 248 angezogenen Bericht führte Schönburg noch weiter aus: er könne aus genauer Kenntnis des Zwecks und der Beschaffenheit der Union den König versichern, dass weder die Unierten noch die Evangelischen etwas offensives gegen die Katholischen vornehmen wollen. Die Ursache ihrer Verbindung und ihres bisherigen Wachstums sei eben die Verfolgung, da sie sahen, wie man täglich gegen sie praktiziere, Neuerungen vornehme und sie für Ketzer halte, denen man keinen Glauben zu halten brauche. Darum seien die Unierten unter einander und mit Ausländern ein Defensionsbündnis eingegangen, aber nur um ihre Religion, Gewissen, Freiheit und Lande zu schützen, nicht um etwas gegen die katholische Religion, deren Fürsten, Lande und Freiheiten vornehmen zu wollen, wie friedhässige Leute vielleicht vorgeben. Der König würde in der Tat die Unierten als treue Freunde erkennen. Wollten schon die Kurfürsten und Fürsten der Union etwas anfangen, so würden darauf die andern Stände nicht eingehen und die Union getrennt werden; auch würde es dem einen Fürsten nichts helfen, wenn der andere ein Land gewänne. Misgunst regiere überall. Es fehle nicht an Mitteln zu einer Vergleichung, wonach, wenn ein Teil den Frieden brechen wollte, die andern ihn im Zaume halten und bestrafen könnten; beide Teile könnten friedlich neben einander leben und sei es ein Irrtum, wenn einige meinen, sie könnten die Welt allein unter sich haben und darin nur eine Religion dulden.

[2] Zuñiga und der Nuntius trafen am 16. März in Iglau ein und hatten am 17. beim König Audienz; unmittelbar hinter ihnen kam der Oberst Marx Freiherr von Beck mit einem kaiserlichen Handschreiben an den Herzog, von Braunschweig, worauf auch diese beiden beim König Audienz hatten (Mägerles Tagebuch des königlichen Zuges nach Böhmen vom 16. bis 19. März; Wi., I A 1, Succession, Ka. 2990; Kopie). Schönburg dürfte den Obersten Beck mit dem Obersten „Kain“, d. i. Johann Eusebius Khuen zu Belasy, Freiherrn auf Lengbach, Obersten zu Komorn, verwechselt haben. — Von Zuñigas Anbringen schreibt Wenzel von Kinsky am 18. März aus Deutschbrod an den König: die Werbung bestehe nach Zuñigas eigener

Digitized by Google

einige Tage zu verzögern; als sie sahen, dass es nichts half, haben sie gesagt: in Gottes Namen; E. M.[t] mögen nur sehen, dass Sie nichts der Religion oder Dero Haus praejudizierliches vornehmen. — Darauf erinnerte der König den Hofmarschall[1] nochmals, morgen aufzubrechen. Als dieser einwandte, dass morgen Sonntag sei, sagte der König: „weiss ichs doch wol; es ist eben viel, ich will und muss vort.“ März 17. bis 30.

Sonntag den 20. März ist der König mit dem ganzen Hofstaat, 800 Pferde stark, aufgebrochen; 500 Pferde des Obersten Goltz und 150 Musketiere begleiteten ihn; das Nachtlager nahm er in Deutschbrod, wo der Magistrat ihn als König von Ungarn und Böhmen empfieng; die Nacht über hielt eine Reiterkompagnie auf dem Markt die Wache. Morgens um 6 Uhr [21. März] stieg der König wieder in den Wagen; als der spanische Botschafter des Königs Entschluss sah, reiste er voraus und billigte nochmals des Königs Reise, weil kein anderes Mittel sei. Der Herzog von Braunschweig war wieder auf dem Rückweg von Prag zum König; als er aber des Königs Vortrab gesehen und Zuñiga gesprochen hatte, hat er, ohne den König anzusprechen, umgewendet und sich nur in einem Schreiben an Losenstein beschwert.[2] Abends kam der König in Czaslau an, wo Herberstein mit 1000 puchheimschen Pferden und 500 Musketieren unter Ferdinand Kollonitsch zu ihm stiessen. Bei der Ankunft daselbst überbrachte der kaiserliche Stallmeister Wallenstein dem König ein Schreiben des Kaisers[3] und kehrte am nächsten Morgen wieder zurück. Die böhmischen Stände ermahnten den König nochmals fortzueilen, worauf er am 22. in Kolin übernachtete, am 23. mittags von dort aufbrach und nachts in Böhmisch-Brod blieb, wo einige böhmische

Mitteilung nur aus zwei Punkten: 1. der König möge in der Resignationssache mit der Person des Kaisers glimpflich verfahren; im übrigen wolle Z. mit seiner Werbung den König in dessen Vorhaben durchaus nicht hindern; 2. Z. wolle dem König den böhmischen Klerus empfehlen, damit der nicht länger in Gefahr schwebe (Wi., I A 1, Ka. 2991; Or. eigh.). Ausserdem empfahl Zuñiga dem König die Person des Erzherzogs Leopold und erhielt die Zusicherung, dass Matthias einen Gesandten Leopolds gern anhören werde (Wi., a. a. O.; Kopie).

[1] Wolf Sigmund von Losenstein.

[2] Der Herzog von Braunschweig, der den Zug des Königs gegen Prag vergeblich zu hindern suchte, hatte am 17. März Iglau verlassen, war am 18. in Prag angekommen, wo er schon nachmittags beim Kaiser Audienz hatte und nochmals den Auftrag empfieng, den König zur Einstellung der Reise zu bewegen. Mit einem kaiserlichen Handschreiben an Matthias machte sich der Herzog am 19. früh morgens auf den Weg, traf aber schon in Deutschbrod einen königlichen Kammerfurier, vernahm vom Aufbruch des Königs und kehrte nach Prag zurück; bei Losenstein beschwerte er sich aber, dass der König ihn nicht zu Iglau erwartet habe (eigenhändiges Diarium des Herzogs von Braunschweig über die Verhandlungen mit König Matthias vom 15. März bis 21. Juni; Wolfenbüttel, Landeshauptarchiv und Mägerles Tagebuch, a. a. O.).

[3] Vom 19. März mit der Einladung, die Reise fortzusetzen; gedruckt bei Hammer-Purgstall, Leben Khlesls, II. Urkunden-Sammlung, no. 306.

Digitized by Google

März 17. bis 30. Stände, darunter Kinsky, ankamen und den König bewogen, auch hier nicht still zu liegen sondern am andern Tag mit ihnen gegen Prag zu rücken, wie auch geschah. Auf halbem Weg erwarteten den König 10 Fähnlein des Obersten Ferdinand Kollonitsch mit 3000 Mann und Hauptmann Dorns Fähnlein mit 500 Mann, dazu Dampierre mit 500 Pferden. Feldmarschall Herberstein brachte das Volk in Schlachtordnung, in der es bis zu einem Berg fortmarschierte, an dem das Volk der Stände den König erwartete [nach einem beigelegten Verzeichnis etwa 4000 Mann];[1] zwischen beiden Schlachtordnungen hielten die königliche Kutsche und der Hoftrain; die Stände kamen, an 200 Pferde, stattlich heran, stiegen vierzig Schritte vor der Kutsche ab, worauf der König ihnen mit dem Hut in der Hand einige Schritte entgegen gieng. Auf die Ansprache Adam Wallensteins antwortete der mährische Landkämmerer Popel, der König danke für das Erbieten der Stände und sei auf Erfordern zu deren Schutz gekommen. Da es regnete, setzte sich der König wieder in die Kutsche; voraus zog die böhmische Reiterei, dann folgten die 1000 Pferde Puchheims, die erste Abteilung des Fussvolks und die 500 Reiter Dampierres, die Handrosse des Königs und der Herren, der Hoftrain, die zweite Abteilung des Fussvolks, dann die Herren und Obersten des Gefolges und der König in seiner Kutsche; 2000 Schritte vor der Stadt setzte sich der König auf einen türkischen Fuchs und ritt ungarisch gekleidet in Prag ein; vor ihm ritt Losenstein, hinter ihm Meggau, den Schluss machten die königliche Guardia und 500 Pferde des Obersten Goltz.

Vom ersten Tor bis zu des Königs Wohnung waren alle Fenster voll Volkes, auf den Strassen stand die Bürgerschaft in Waffen. Da der Raum zu eng war, zog das Volk bei einem Tor herein und zum andern hinaus. Während das ständische Volk dem König entgegenrückte, blieben in Prag zur Wache 1500 Soldaten Tiefenbachs und 500 Pferde des Obersten Goltz. Auf dem Hradschin wachten zwei Kompagnien zu Fuss, je eine vom ständischen und königlichen Volk, vor des Königs Behausung zwei Kompagnien zu Fuss, vor

[1] In einer besonderen Aufzeichnung stellt Schönburg die Streitkräfte des Königs Matthias auf diesem Zug zusammen: darnach hatte Feldmarschall Herberstein 1500, Oberst Puchheim 1000 österreichische und Oberst von der Goltz 1000 mährische Reiter, Dampierre 500 Reiter, die Obersten Ferdinand von Kollonitsch und Rudolf von Tiefenbach hatten je ein Regiment von 3000 Mann, von letzterem Regiment standen aber 1500 Mann noch in Mähren; endlich hatte Hauptmann Dorn ein Freifähnlein von 500 Mann. Das königliche Heer zählte also 5000 Reiter und 5000 Mann zu Fuss, wozu noch das königliche Gefolge mit 1050 Pferden kam. In Mähren standen ausser den 1500 Mann Tiefenbachs noch 800 Giltpferde, in Oesterreich unter der Enns 1500 Musketiere und 1200 Giltpferde, in Oesterreich ob der Enns 2000 Fussknechte, 1000 Musketiere und 300 Giltpferde; die Truppen der böhmischen Stände schätzt Schönburg auf 1200 Reiter und 4000 Mann zu Fuss; 15000 Ungarn sollten angeblich binnen acht Tagen marschfertig sein (Eybach, Akten H. M. von Schönburg betreffend, a. 1611, no. 54; Kopie).

Digitized by Google

der Brücke eine Kompagnie, auf dem Markt und sonst drei Kompagnien, eine Kompagnie versah den Rondendienst; die Bürger bewachten die Rathäuser und einige Tore. März 17. bis 30.

Unterwegs sprach der König zweimal mit mir: 1. von der Belagerung Jülichs, von dem Volk, das damals davor lag, wer dort kommandierte, welches Volk jetzt dort sei, ob die Fürsten zu Düsseldorf bei einander wohnten, ob sie sich vertrügen, ob Sachsen mitregieren wolle? 2. wie mir sein Kriegsvolk gefalle und ob das niederländische Volk besser sei? — Ich erzählte ihm lange von der Ordnung, Bewaffnung und Stärke der Kompagnien und Schlachtordnungen, worauf der König nur antwortete: „die continuation thut viel darzu, in Ungern will es gleichwol so nit angehen". Ich antwortete: man habe es nie versucht, es kennten auch die Offiziere die Ordnungen nicht und kämen nicht gern zu kleinen Kompagnien und guten Waffen.

Khlesl ist eigens auf mich zugekommen, hat sehr gerühmt, wie wol der König mit meinem Anbringen zufrieden gewesen sei und wie er, der König, an mir Wolgefallen und mich gern in seiner Bestallung hätte. Dann klagte er, dass er bei den evangelischen Fürsten in so schlechtem Kredit sei, ohne dass er den Grund wisse; er bekenne, dass er gern auf seine Religion sehe und vordem den König selbst mit Androhung der Exkommunikation gehindert habe, den Evangelischen die Religionsübung zu gestatten. Da er aber nun sehe, dass nicht der König sondern dessen Vorfahren die Religionsprivilegien gegeben hätten, dass der König sonst nicht ruhig regieren könne, dass auch die vielen bisherigen Kriege keinen Nutzen geschaffen, dass der König in seinen Landen so wenig gesichert sei, dass der Kaiser selbst dies Werk angesponnen habe, um wieder zu den Landen zu kommen und sich dann an dem König rächen zu können, dass er, Khlesl, selbst beim Kaiser in grossen Ungnaden stehe, „welcher als ein tiran sonder treu, glauben, religion oder consciens sein konig und auch ihn umb das leben bringen zu lassen sich understanden, mit erzehlung mehrer schandlichen facten", so habe all das ihn veranlasst, dem König zur Bestätigung der Religionsprivilegien zu raten. Seitdem dies geschehen sei, habe er niemals zu anderem raten wollen, trotz des Begehrens Kurkölns und des Erzherzogs Ferdinand, vielmehr sei er stets dafür gewesen, mit den Evangelischen friedlich zu leben; die Zusagen an sie wolle er halten, so lange er lebe, nicht aus Liebe zur evangelischen Religion sondern weil er einsehe, dass ein Teil dem andern gewachsen sei, dass es nicht anders sein könne und dass sein Herr sonst nicht nur um Land und Leute sondern auch um seine weiteren Hoffnungen komme und das Haus Oesterreich ganz ruiniert werde. Ich antwortete: „dass, wenn er den halben theil solches meinte, effectuirte und nachkommen würde, dass ich bekennte, dass wir kein nutzlicher person in dem reich hetten als ihn, aus ursachen, dass er in grossem credit bei I. M.[t], auch den

Digitized by Google

März 17. bis 30. geistlichen das, was er thun würde, denselben nimmer suspect, also seinen konig dem ganzen reich [!] beiderseits uns in frieden und einigkeit halten könte." Khlesl erzählte auch: er sei Ursache, dass der König den Revers wegen Bestätigung der Religion und der Freiheiten unterschrieben habe; er wolle auch künftig daran sein, dass sich kein Fürst wegen der Religion zu beschweren habe; Kurköln und Ferdinand von Graz hätten ihn veranlassen wollen, dem König zu einer Heirat aus dem bairischen oder florentinischen Haus zu raten, er wolle aber zu einer solchen raten, welche auf keiner Seite Argwohn errege.

Ich habe mich darauf bei Herberstein, Losenstein und Zierotin erkundigt, wie sich Khlesl nun gegen die Evangelischen verhalte; sie alle bestätigten mir, dass, wenn sie ihn nicht hätten, sie in vielen Sachen nicht fortkommen könnten; wenn sie ihn gewonnen haben, so seien sie des Papstes und ihres Königs versichert; sie traueten ihm zwar nicht weiter als sie sehen, aber sie machten sich das Interim zu Nutzen, brächten die Evangelischen in die vornehmsten Aemter und hätten Fuss um Fuss gewonnen; so hofften sie, dass, wenn nach ihrem Willen die Union zwischen Böhmen, ihren Ländern, Schlesien und den Lausitzen gemacht würde, Khlesl oder der König sich dann gegen die Evangelischen wol nicht etwas unterstehen dürften. Katholische seien um den König drei oder vier, ausser Khlesl Meggau, Khuen und Liechtenstein; diese seien bös und eifrig und kämen mit dem spanischen und päpstlichen Botschafter zusammen. Die Evangelischen hoffen aber, dies „consilium" zu zertrennen. Die vornehmsten Landoffiziere sind evangelisch; darunter ist Zierotin der vornehmste, der den andern mit gutem Beispiel vorangeht.[1]

Ich war zwei Tage in Prag, ohne den König zu sehen, habe aber die vornehmsten Herrn besucht, mit ihnen gesprochen und sie sehr geneigt gefunden, die Union zwischen ihnen und Kurbrandenburg zu erneuern; sie wollen auch E. kfl. Gn. schreiben,

[1] Ueber die katholische Partei in der Umgebung des Königs berichtet Pfretzschner am 5. April an Kaspar von Schönberg: „Die Catholischen trotzen noch sehr und insonderheit die königlichen geheimen räte; Meckau, Kain, Popel und der abgefallene Puchaimb lassen sich ausdrücklich verlauten, man soll sich nur weder mit worten noch werken vernemen lassen, die religion bei diesem wesen fortzusetzen oder den Catholischen einigen abbruch zu thun sondern an dem vergnügen lassen, dass zuvor durch die zwischen beiden herrn brüdern erstandene uneinigkeit die kezereien ihren vollen lauf erreicht und sonderlich in diesen landen merklich fortgepflanzet worden. Ist sich aber wol zu befürchten, es werde allezeit ihr hüten und wachen vergeblich sein, dan, was expresse nicht gescheen kan, wird sich tacite fein von sich selbsten geben, indem bei der reformation des regiments sonder zweifel das werk dermassen wird gefasset werden, dass die protestierenden proceres regni ihre loca und vota höher und stärker als bisshero nicht bescheen haben und per consequens die ihrigen in billichen schuz und befürderung werden nemen können." Die Friedenstraktation, die man jetzt pflegt, „schnupft" ihnen sehr in die Nase, sie dürfen aber nicht merken lassen, dass sie ihnen zuwider sei (Drs., 9166, I. Buch passauer Kriegsvolks, f. 572; Or.).

Digitized by Google

mich hier zu lassen oder wenigstens jemanden andern hieher zu schicken, der ihnen auf ihrem Landtag beistünde und die Union mit ihnen richtig mache. Sie gedenken sich auf dem Landtag so zu vergleichen, dass sie die Zügel der Regierung in der Hand behalten, die katholischen Räte mögen raten, was sie wollen; sie, die Evangelischen hätten doch die Macht in Händen. Die Union mit Oesterreich dürfte Schwierigkeiten haben, weil es ein Erbland ist; sie hoffen es aber bei jetziger Gelegenheit doch dahin zu bringen, dass die Regierung in die Hände der Stände kommt und der Rat aus beiden Religionen bestellt wird. Fast alle Landoffiziere in diesen Landen sind evangelisch; der Herr kann nichts tun, wol aber seine Lande. März 17. bis 30.

Mit Geschütz ist der König wol versehen; er hat über 150 Batterien, im ganzen 500 Metallstücke; aber es fehlt an Zubehör, Munition und an den nötigen Personen; Matthias hat zwar eine Menge Kupfer, Eisen und Salpeter, aber alles [wol die Bergwerke] ist versetzt, „über ein million gulden; hetten sonst jährlichs pflegen zu tragen 600 000 fl.“ Der König hat viele Schulden, seine Kammergüter sind fast alle verpfändet, die ordentlichen Ausgaben übersteigen die Einnahmen. Zum Unterhalt des Kriegs in Ungarn und zum Schutz der ungarischen Grenze bezieht er ausserordentliche, gutwillige Beisteuern der Länder, die dadurch ihr Religionswerk befördern, sich sichern und den König täglich verpflichten; würde er etwas anfangen, was ihnen entgegen wäre, so fehlten ihm die Mittel wie vor drei Jahren, als er das Volk, das er gegen die evangelischen Stände warb, nicht bezahlen konnte.

Was der dreijährige Krieg Ober- und Niederösterreich und Mähren gekostet hat und woher das Geld dazu genommen wurde habe ich besonders verzeichnet.[1] Aus Ungarn bezieht der König nichts,

[1] Der König bezieht aus Ungarn nichts sondern muss noch viel zum Unterhalt der Grenzen beisteuern; er hat daher die Herrschaft Steyer und fast alle anderen Kammergüter versetzt, darunter auch das Salzwerk in Oberösterreich, das zuvor jährlich 300 000 fl. einbrachte, nun kaum 80 000 fl. Der Krieg [in Ungarn] hat bisher Oberösterreich 700 000, Mähren 800 000, Niederösterreich 1 500 000 fl. gekostet; ausserdem geben die Mährer zur Erhaltung der ungarischen Grenze seit drei Jahren 300 000 fl. und für den königlichen Hofhalt jährlich 150 000 fl. Erzherzog Maximilian hat dem König zu dessen Reise 30 000 Taler gegeben und sich erboten, die Tiroler zu bestimmen, auf fünf Monate ein Regiment zu unterhalten; die wiener Bürger haben 10 000, die Praelaten 12 000, die österreichische Landschaft 50 000, die mährischen Städte 6000 und die Geistlichen 6000 Taler gegeben. Damit wird das in der Liste [vgl. S. 252, Anm. 1] verzeichnete Volk unterhalten; es steht also bei der Landschaft, dasselbe wieder abzufordern. — Böhmen, Mähren und Schlesien haben dem Kaiser nie über eine Million getragen; seit einigen Jahren hat er aus Böhmen und Schlesien nicht über 200 000 Taler gezogen, die eigenen Güter ertrugen früher 300 000, jetzt nur 100 000 Taler. Diese Lande sind ihrem Herrn zu sehr wenig verpflichtet; die herkömmliche Bewilligung ist auf jeden Bauer drei Taler; die selbst wieder Herrn haben, geben von ihren Bauern einen Taler; das Bergwerk trägt nicht über 100 000, die Bieraccise 100 000 Taler (Eybach, a. a. O., no. 56; eigenhändige Aufzeichnung).

Digitized by Google

März 17. bis 30. vielmehr müssen seine Lande jährlich noch 300 000 fl. zur Erhaltung der Grenzen hergeben. Wenn sich nicht das ganze Reich der Grenzen annimmt, so wird man mit der Zeit Ungarn verlieren oder seiner nicht mehr mächtig sein. Die Ungarn wollen von keinem Krieg mehr hören, lieber wollen sie dem Türken steuern oder sich ihm ganz ergeben. Der König behauptet nur mehr Raab und Komorn, deren Garnisonen sich vor zwei Jahren sehr übel versehen befunden haben; seither hat sich nichts geändert.

In Prag hat der König mich zweimal rufen lassen. Das eine mal hat er vom Kriegswesen gesprochen und meine Artillerie- und Fortifikations-Sachen und Instrumente, die ich bei mir hatte, zu sehen begehrt; ich habe mit ihm weitläufig davon gesprochen, wobei er mich fragte, ob ich nicht Lust hätte, in diesen Landen zu dienen; auch durch Herberstein hat er deshalb mit mir reden lassen. Zum zweiten mal liess der König mir durch Meggau einige Schreiben übergeben, dann mich vor sich berufen, worauf er mir auf mein Anbringen folgenden Bescheid erteilte:

1. Dank für E. kfl. Gn. „Zuentbieten". 2. Er will von seinem Vorhaben nicht aussetzen und die Königreiche und Lande dieser „Servitut und übeln Administration" entledigen; er wünscht dabei, dass man auch das Reich in gleiche Ruhe und Sicherheit bringen und das alte Vertrauen wieder herstellen könnte, wobei er sich zu allen möglichen Diensten empfiehlt. 3. Der König will andern zum warnenden Beispiel nicht unterlassen, sobald das Regiment reformiert ist, diejenigen zu strafen, die beim Kaiser zu so vielen Uebeln Anlass gegeben haben. 4. Wegen des Religionsfriedens wird der König in die Fusstapfen seiner Vordern treten; er hält ihn für ein Mittel, Frieden, Einigkeit und Vertraulichkeit zu erhalten, „allermassen dan I. kgl. M.t in ihren konigreichen und landen solches gleichfalls practicirt, dass menniglich damit zufrieden." 5. Was der König zu den Protestanten und besonders zum Hause Brandenburg für ein Vertrauen hat, geht daraus hervor, „dass dieselbe [kgl. M.t] in allen ihren nöten und anliegen zu solchen geflogen [!] und noch das vertrauen zu denselben tragen und haben, hoffentlich, die werden I. kgl. M.t in gleicher affection, allermassen sie sich erbieten, correspondiren und wöllen gar gern ihres theils alle vertreulichkeit und freundschaft chur- und fürsten im heil. reich bei aller gelegenheit erzeigen, dessen sie sich gegen Jägerndorf in specie erclärt haben." 6. Der König hofft, E. kfl. Gn. werden ihm seine Aufrichtigkeit nicht entgelten lassen; er hat auch bereits seinen Gesandten befohlen, auf dem Unionstag zu erscheinen.

Eybach, Akten H. M. von Schönburg betreffend, a. 1611, no. 47 und 49; eigh.[1]

[1] In zwei Schreiben vom 9./19. März teilt Schönburg dem Fürsten Christian von Anhalt gleichfalls seine Eindrücke von dem Zustand in Iglau und verschiedene Einzelnheiten aus der Unterredung mit dem König mit. Dass die Truppen des Königs und der Stände Herrn des Schlosses, der Krone und des Kaisers selbst sind, will Sch. nicht gefallen. Der Herzog

Digitized by Google

106. Tengnagels vierte gütliche Aussage. März 17.

Am 17. März ist im Beisein Herbersteins und der Kommissarien der drei böhmischen Stände Tengnagel zum vierten Mal über zehn von Herberstein übergebene Fragen[1] verhört worden. Zuerst wird T. ermahnt, die rechte Wahrheit zu sagen, wer die Anstifter dieser bösen Taten seien; wenn er sie wieder verhielte, würde ihm der Henker als Examinator an die Seite gestellt werden: denn Kaiser, König und so grosse Häupter zusammenzuhetzen und solch Blutbad anzurichten, die Länder zu ruinieren und um ihre Privilegien und Freiheiten zu bringen, das sei ein grosses Werk, zu dem er sich habe brauchen lassen.

I. Hauptfrage: 1. Zu welchem Zweck ist anfangs das passauer Volk geworben worden? was hoffte man mit demselben auszurichten und wer gab Rat und Tat zu solchem Landverderben? — Das Volk war anfangs zur Unterstützung des Erzherzogs Leopold und auf dessen Begehren nach Jülich bestimmt; da man wegen des böhmischen Landtagsbeschlusses in Böhmen keinen Musterplatz haben konnte, so reiste Ramée zum Erzherzog nach Jülich und schlug ihm vor, das Volk ins Stift Passau zu legen. 2. Wie konnte das Volk zu Passau nach Jülich bestimmt sein, da man den Durchzug durch die Lande der Unierten nicht erhalten hätte? — Man sagte, jeder gehorsame Reichsstand sei gemäss den Reichsgesetzen schuldig, dem kaiserlichen Kriegsvolk Durchzug zu gewähren und haben solchen Pass die Kurfürsten und Fürsten zu Prag auch bewilligt. 3. Die Kurfürsten und Fürsten haben doch zwischen dem Kaiser und dem König den Vergleich geschlossen und selbst zugesagt, dass das Volk binnen Monatsfrist abgedankt werden solle? — Das Original dieser Verschreibung hat T. nicht gesehen, in der Abschrift hiess es allerdings so. 4. Warum haben der Herzog von Baiern und andere Fürsten dem Volk keinen Pass geben wollen? — Er weiss nur so viel, dass Baiern ihn zuletzt gewährt habe. 5. Wer hat anfangs geraten, das Volk zu werben? — T. weiss es nicht, „allein des gedacht, als der Ramée

---

von Braunschweig sagte vor seiner Rückkehr nach Prag: „si le roi ne veut patienter avec ce bon seigneur l'empereur, je lui va conseiller qu'il quitte plustost à S. M.té que d'en estre demis par force". Der Nuntius, der auch hier [in Iglau] ist, soll den König gewarnt haben, der Religion nicht zu praejudizieren, „et à son maistre [Khlesl], qu'il ouvriroit la porte aux heretiques, qu'il leur donneroit trop de pied au gouvernement". Der König soll geantwortet haben, er habe nicht anders handeln können; er werde seine Religion behaupten, aber die andere nicht verletzen; diese Sache gehe nicht die Religion sondern die Ehre seines Hauses, vor allem aber seine eigene an; von den Ständen gerufen habe er nicht weniger tun können. Khlesl ist stets um den König; er wird in Böhmen nicht sehr willkommen sein; übrigens hofft man bei dieser Gelegenheit, einige Lieblinge des Königs beseitigen zu können (Bbg., A 9 a, no. 166, f. 20; Or. eigh.) — In dem andern Schreiben weiss Schönburg zu berichten, dass Althan insgeheim vom König Pardon erbitte (Bbg., a. a. O., f. 19; Or. eigh.).

[1] Vgl. oben no. 84, S. 188, Anm. 4.

Digitized by Google

März 17. nach Gülich kommen, so ist dahin geschlossen worden, man kan durch dieses werk den vorigen spott, so sie erlanget, wiederumb einbringen und dadurch könte auch der konig in Hispania wegen der Niederländer, Holländer und Seeländer gesichert werden."

II. Hauptfrage: 1. Warum hat sich Erzherzog Leopold unterfangen, die jülichschen Lande zu überziehen und was hat er dabei gesucht? — Als der Erzherzog zum ersten mal nach Jülich ziehen sollte, haben die geheimen Räte einen Eid schwören müssen, die Intention niemandem zu entdecken; ihm, T., hat der Erzherzog davon erst auf der Reise zu Pilsen geredet; dann ist T. von Leopold zum König von Frankreich geschickt worden, damit sich derselbe der jülicher Sache nicht annehme.[1] 2. Als T. nach Spanien geschickt wurde, was sollte er dort im Namen des Erzherzogs anzeigen? — Der König möge darauf achten, dass die jülichschen Lande nicht Brandenburg und andern in die Hände fielen, da diese mit den Holländern verbündet und des Königs Feinde wären.

III. Hauptfrage: 1. Weshalb und auf wessen Geheiss ist das passauer Volk in Oberösterreich eingefallen und wie wollte es hier seinen Zweck erreichen? — „Sie" haben alle Mittel gesucht, wieder zu den Ehren zu kommen, die sie zu Jülich verloren hatten, darum hätten sie sich gerne mit dem elsässer Volk vereinigt. Einige rieten, den Weg durch das Land des Kurfürsten von Sachsen zu nehmen (der an der jülicher Sache sehr interessiert war), aber Althan riet nach Tirol und sagte, der Durchzug solle und könne durch Tirol geschehen, da in der Kapitulation stehe, der König solle sich gegen den Kaiser wegen dieser Länder als ein Lehensmann verhalten. 2. Warum haben die Passauer, da sie bei Baiern, Salzburg und anderen den Pass suchten, ohne ihn zu erhalten, ihn nicht auch zuvor bei König Matthias gesucht? — T. hat sich den Pass durch des Königs Land nie belieben lassen. 3. War es nicht Absicht der Passauer, sich Oberösterreichs zu bemächtigen? — T. weiss davon nichts und für andere kann er nicht antworten. 4. War nicht ihre Absicht, Matthias nicht nur um die Designation zur böhmischen Krone sondern auch um die Erbländer und Ungarn zu bringen? — T. „Lest es in diesem artikel bei seiner vorigen aussage verbleiben: es sei dem also und weis nicht anders, der kaiser sei auch genzlichen derselben intention gewesen, und solches hette der graf von Sulz, der von Althaim und andere gerathen; und welche personen mehr von den rathschlägen gewust und gerne gesehen hetten, dass man diese intention also aussführen möchte, die habe er vorhin in seiner dritten aussage, so den 14. martii geschehen, mit namen genennet."[2] 5. Wollten sie nicht auch die Böhmen um den Majestätsbrief bringen? — T. weiss es nicht und lässt es andere verantworten.

---

[1] Vgl. A. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 38.
[2] Vgl. Tengnagels dritte Aussage in no. 101, S. 249.

Digitized by Google

IV. Hauptfrage: 1. Wie und warum hat sich das Kriegsvolk der prager Kleinseite bemächtigt? was für Einverständnisse hat es gehabt? ist der Einfall in Prag mit Zustimmung des Kaisers geschehen und was sollte mit den böhmischen Ständen vorgenommen werden? — Man wollte die Böhmen zwingen, sich mit den Passauern zu vereinigen und den Kaiser gegen dessen Feinde zu defendieren. 2. Wen hat man für des Kaisers Feind erklärt? — Den König von Ungarn. 3. Hat der Kaiser in den Einfall gewilligt? — T. weiss es nicht. 4. Warum hat der Kaiser nach dem Einfall ein Dekret ergehen lassen, dass die Böhmen sich mit den Passauern vereinen und dass beides Kriegsvolk zusammengeführt werden solle?[1] — „Er weiss anders nicht, der kaiser sei noch bis auf diese stunde der meinung, den konig in allem zu ruiniren, in welches alles auch der erzherzog Leopoldus consentiret.“ 5. Was hätte man mit den Böhmen gemacht, wenn sie sich mit den Passauern nicht vereinigen wollten? — T. „Darauf hette er zuvor geantwortet, was vor ein anschlag wegen der wegreumung des grafen von Thurn und anderen personen gewesen.“ März 17.

V. Hauptfrage: Wenn den Passauern ihr Vorhaben in Böhmen fehlgeschlagen wäre, was wollten sie darauf unternehmen? — Sich nach Budweis und Krumau zurückziehen, dort sich stärken, mehr Volk werben, auch das elsässer Volk an sich ziehen, nach niemandem fragen sondern dem König ins Land fallen und ihn „defensive oder offensive“ verfolgen.

VI. Hauptfrage: Warum behalten die Passauer bis zur Stunde Budweis und Tabor besetzt? Hoffen sie, von dort den Krieg fortzusetzen und durch wessen Hilfe könnte dies geschehen? — Dass sie Tabor behalten wollen, davon weiss T. nichts, wol aber weiss er von Budweis, dass sie sich dort verstärken können.

VII. Hauptfrage: Haben der König von Spanien, der Papst, Baiern, Salzburg, Bamberg, Würzburg oder andere diesem Werk zugestimmt und zur Beihilfe sich erboten? Konnten der Kaiser und Leopold sich darauf gänzlich verlassen und wie sollte solche Hilfe ihnen zukommen? — T. Der König von Spanien war dawider; der Papst hatte auch nicht zugestimmt; Baiern hat keine gewisse Antwort gegeben sondern geschrieben, er wolle sich bedenken; Salzburg hat erklärt, „es wolte defensive dahingehen, dass ein volk das andere nicht beleidige;“ doch hat man auf Salzburg wegen der Hilfe grosse Hoffnung gesetzt.

VIII. Hauptfrage: Wohin wollte Tengnagel reisen, als er gefangen wurde? wer hat ihn geschickt? was war seine Verrichtung? was und mit wem sollte er mündlich verhandeln? — T. verweist auf seine vorige Aussage, worin er bekannte, er hätte sagen sollen, „obwol die Böhmen sprechen, das kriegsvolk solte wider ihren land-

[1] Vgl. oben no. 60, S. 131, Anm. 1.

Digitized by Google

März 17. tagsbeschluss in Böhmen nicht geführet werden, so were aber solcher landtagsbeschluss vom kaiser erzwungen worden."

IX. Hauptfrage: Wer sind diejenigen, die den Kaiser und Erzherzog Leopold zu diesem Unheil überredet haben? sind in des Königs Ländern oder in Böhmen einige von denen, die von all dem wussten, Rat und Tat dazu gaben und dergleichen Korrespondenz hielten? — Wer dazu geraten, hat er schon bekannt: in Oesterreich waren es Georg Ehrenreich von Puchheim[1] und der alte Hofkirchner,[2] die erklärten, mit dem Kaiser gegen den König zu halten; auch der Graf von Hohenzollern[3] ist sehr kaiserisch und leopoldisch gewesen.

X. Hauptfrage: Durch welche Mittel hoffte man, den König um seine Erbländer und um die Designation in Böhmen zu bringen? wollte man ihm nach dem Leben streben und ihn durch heimliche Praktiken und Gift umbringen lassen? — Am meisten hat man sich auf Salzburg verlassen, mehr selbst als auf des Kaisers Hilfe; dass man den König vergiften wolle, davon hat er nichts gehört.[4]

Schliesslich wurde T. ermahnt, da er offenbar alle Geheimnisse und bösen Praktiken wisse, sie in specie zu bekennen und aufs Papier zu bringen. T. erklärt, damit bereits angefangen zu haben.

Wi, I. A 1, Ka. 2991; Kopie.[5]

---

[1] Wol zu unterscheiden von dem königlich gesinnten Hans Christoph von Puchheim, der im Heereszug des Königs ein Regiment führte; vgl. oben no. 105, S. 252, Anm 1.

[2] Vgl. oben no. 79, S. 175, Anm. 5.

[3] Der Reichshofratspräsident; vgl. oben no. 5.

[4] Vgl. Khlesls Aeusserung zu Hans Meinhard von Schönburg oben no. 105, S. 253.

[5] Der kursächsische Agent Dr. Pfretzschner teilt noch Aeusserungen mit, die Tengnagel zwischen dem 19. und 28. März gemacht haben soll. Zunächst rühmt T. den Erzherzog Leopold als tapfern und tollkühnen Soldaten, der zugleich alle Eigenschaften des Politikers habe; dem sei nie in den Sinn gekommen, die Kleinodien und Privilegien dieses Königreichs zu rauben, dazu habe er ja noch diese Privilegien besonders beschworen; für den Kaiser habe der Erzherzog schon an zwei Tonnen Goldes geopfert. — Dann hebt T. die Stärke der Stellung des passauer Kriegsvolks in Budweis hervor, das er mit 12000 Mann beziffert und das sich täglich verstärke; das Volk sei ganz desperat und werde seine Haut teuer verkaufen; schon habe es den rosenbergischen Teich besetzt und ins Auge gefasst, dessen Damm zu durchstechen, womit der vierte Teil des Königreichs verderbt würde. Ramée dürfte gegenwärtig in Polen sein, um mit geworbenem Volk in Oesterreich einzufallen. Des Kaisers Flucht aus Böhmen sei im Rat in Tengnagels Gegenwart beschlossen worden und sollte Rudolf mit dem passauer Volk abziehen; hätte der Kaiser dies getan, so hätte er leicht alles wiedergewinnen können, so aber sei er ein Gefangener; des Kaisers Schatz, der sich auf viele Tonnen Goldes belaufe, sei mit dessen Wissen bereits von den Passauern weggeführt worden. Prag sei noch nicht gesichert; denn Ramée, obwol nur General-Oberst-Wachtmeister, lenke alles und führe, verschlagen wie er sei, etwas neues im Schilde. Ramée habe sich vor dem Einfall einen ganzen Tag lang in Prag aufgehalten und habe die Oertlichkeiten für den Einfall besichtigt; er wollte auch in die Alt- und Neustadt einfallen und sie wenn nötig durch Feuer verderben; aber der Kaiser und der Erzherzog seien dem entgegen gewesen. — Ramée kenne alle Anschläge durch Kundschafter,

Digitized by Google

107. Gravamina der unierten Reichsstädte. März 17.

Aus dem 1. und 3. Punkt des Ausschreibens zum schweinfurter Unionstag haben die Städte entnommen, dass hiebei auch von Stabilierung der „wol angefangenen christlichen Correspondenz" mit Erhaltung des vorgesetzten Zweckes der Union und Abhilfe der Beschwerden geredet werden soll. Daher haben sie ihren Gesandten aufgetragen, ihre teils allgemeinen teils besonderen Beschwerungen wider den Begriff der Union und der folgenden Abschiede den Versammelten vorzutragen und um Abstellung zu bitten: 1. Es finden sich die Städte insgesamt, besonders aber Strassburg dadurch beschwert, dass man ihrer unwissend und ungehört und dem neuburger und speirer Abschied zuwider im Sommer 1610 mit starker Kriegsmacht ins Elsass eingefallen ist, Belagerungen und anderes, wodurch den Unierten Gefahr und Nachteil zuwuchs, vorgenommen (was zu verantworten zwar die höheren Stände auf sich allein nahmen), während der Expedition Strassburgs, beim An- und Abzug aber auch anderer unierter Städte Untertanen mit Einlagerungen, Abdankplätzen, Entziehung der gutwillig verordneten Kommiss, Einschleppung von Seuchen dem ersten Unionsartikel zuwider beschwert und um viele tausend Gulden geschädigt hat. 2. Das kam aber daher, weil die notwendige zu Heidelberg und Heilbronn verglichne Kriegsdisziplin trotz vielfältigen Erinnerns so laxiert war, dass kein unierter Stand sich einiger Assistenz zu getrösten hatte; denn ohne Unterschied wurden fast alle Vermögenden wie Feinde bedroht und bei dem ihrigen wenig geschützt. 3. Bei der verzogenen Abdankung wurden zu

---

die er an vieler Fürsten Höfe unterhalte. Auch dem österreichischen Heer sei nicht ganz zu trauen, da die vornehmsten Befehlshaber, Dampierre und andere, mit Ramée in enger Verbindung stehen, so dass sie sich gegenseitig verabredeten, einander keinen Schaden zu tun; ja es möchten viele zu Ramée übergehen, da sie wissen, dass er reiche Mittel habe und Beutefreiheit gewähre. Ramée sei verschlagen und tollkühn, Sulz unbeständig und unzuverlässig, Althan weichlich und knabenhaft. — Was Leopold getan habe, sei mit Wissen des Kaisers geschehen, „ut regnum Hispano, qui tamquam nepos ex sorore imperatoris ius aliquando in eo vindicare potuisset eriperetur, praesertim nondum deficiente linea masculina imperatoris Maximiliani II., nec ignarum esse imperatorem, Hispanum quosdam rebus suis admodum faventes in hoc regno habere. Elegisse autem imperatorem hisce suis conatibus perficiendis prae aliis Austriacae domus Leopoldum: 1. propter summam fidem, quam hactenus in eo expertus; 2. quod heredes imperio et regno producere possit, quae spes reliquis huius familiae fere praecisa, excepto Ferdinando et Hispano, qui propter tyrannidem toti mundo exosi; 3. quod inter imperii proceres non sit, per quem aureae bullae Caroli IV. (de eligendo in imperatorem Germano) aeque satisfieri possit; — ut sic recte et imperatorem et Leopoldum fecisse, sanus quilibet facile possit iudicare. Impedimenti quidem aliquid intulisse Romei temeritatem; non tamen dubitandum, Leopoldum adhuc suam monarchiam constituturum, si vitam produxerit Deus" (Drs., l. 9166; I. Buch passauer Kriegsvolks, f. 512; von Pfretzschners Hand und am 30. März an Kaspar von Schönberg geschickt).

Digitized by Google

März 17. nicht geringer Schwächung des für den Notfall bestimmten „nervus“ die verglichenen Musterungen eingestellt, nur auf die erste Musterrolle gesehen, die Kommiss nicht abgezogen, der Tross so wenig abgeschafft, „dass auch der toten stell hernacher mit demselben neben andern ersetzt wurde,“ und den unierten Landen eine merkliche Teurung zugezogen. 4. Auch wurden ganz neue Werbungen ohne Wissen der Unierten vorgenommen, das neue zum andern Volk geschlagen, hernach der Ersatz der Kriegskosten dem 6. Unionspunkt zuwider von den Städten begehrt und mit Androhung der Einlagerung und nachfolgenden Landverderbnis erzwungen. 5. Es wurden auch dem letzten Punkt der bei der Einnahme der Städte verglichnen Abrede zuwider vielfache „voreilende“ Kontributionen und Antizipationen unter Hintansetzung der anfangs bewilligten Dilationstermine mit scharfen Schreiben und dem „nachdenklichen“ Anhang gefordert, dass man etwaiges Unheil, das aus mangelnder Zahlung entstünde, den Städten beimessen und dass man das Volk auf sie legen würde. 6. Bei Geldmangel hat man alsbald den Städten wider den Wortlaut der Einnahmsnotel, dass in keinen über seine Quote gedrungen werden solle, hohe und bei der Bürgerschaft unverantwortliche Darlehen bis zu Tonnen Goldes mit ungewohnten Erinnerungen zugemutet, dagegen die durch den heidelberger Nebenabschied vorgesehenen Versicherungen unter Vorwänden bisher verzogen; andererseits wird gegen die säumigen Zahler der Unionsquote, durch deren hohe Restanten, wenn sie eingebracht würden, man solcher Darlehen entübrigt wäre, nicht mit den im 15. Unionsartikel beliebten Exekutionsmitteln vorgegangen; auch die Rechnungen werden nicht befördert, vielmehr zu grosser Konfusion immer wieder verzogen. 8. Obwol verglichen worden ist, alles, was gemeiner Unierten Wolfahrt betrifft, insgesamt zu beraten und zu beschliessen, so werden doch auch in Fällen, die Verzug leiden könnten, Partikularkonvente angestellt, auch sonst absonderliche weit aussehende Resolutionen erteilt. 9. Die Städte merken nichts davon, dass gemäss dem 3. Artikel der Union die Tätlichkeiten eingestellt oder die nachbarlichen Irrungen beigelegt würden; diese setzen sich vielmehr täglich fort und werden von einigen Beamten, hoffentlich ohne Befehl, zu eigenem Nutzen mit Schmälerung des Einkommens der Städte durch Sperrung des Handels, Verhinderung der Zufuhr von Viktualien, Erhöhung oder Anstellung ungewöhnlicher Zölle, Konfundierung der hohen und niedern Obrigkeit, Entziehung der Jagden, Steuern und Gerechtigkeiten, Beschützung mutwillig austretender Bürger und Untertanen, Gehorsamsentziehung und durch unablässige Eingriffe in die städtischen Rechte bei Verachtung aller Kammergerichtsmandate dermassen gemehrt, dass diese Vorkommnisse selbst den Gegnern mehr als „Zunötigung“ denn als vertrauliche Korrespondenz erscheinen.

Da dies alles dem ursprünglichen Zweck dieses Schirmvereins, den Abschieden, ja selbst den Reichsgesetzen zuwider ist, deren Bestätigung doch diese Union sein soll und da den Gegnern dadurch nur

Digitized by Google

erwünschter Anlass geboten wird, bei den bisherigen Misdeutungen und Verdächtigungen der Union zu verharren, dagegen andere evangelische Stände vom Eintritt abgeschreckt werden, so hoffen die Städte, die ihren Verpflichtungen zum Ueberfluss nachgekommen sind: man werde vor jeder andern Handlung ihre Beschwerden erwägen, den geklagten unerschwinglichen und teilweise unverantwortlichen Anlagen und übermässigen Darlehen Mass und für letztere auch Assekuration geben, auf die versprochene Gleichheit bei Auflegung der Bürden sehen, die „termini defensionis" neben Anstellung scharfer Kriegsdisziplin und Ergänzung des Kriegsrats einhalten, die übermässigen Kosten, Drohungen, die unnötigen Partikularschlüsse neben den weitaussehenden gefährlichen Resolutionen einstellen, die im Zahlen Säumigen zur Gebühr ermahnen, die Rechnungen justifizieren, den durch den elsässer Zug erschöpften „nervus unionis" durch die, die damit den jülicher Landen beisprangen, ersetzen lassen, alle Tätlichkeiten und Unnachbarlichkeiten der Beamten abstellen und insgemein darauf sehen, dass alle in gutem Vertrauen beisammen bleiben, der Religions- und Landfrieden gehandhabt, Ruhe und Einigkeit im Reich gestiftet, niemand über seine Quote und die geringeren Städte auch nicht über ihr Vermögen beschwert und schon gar nicht zu unlauteren Privat- und Nebensachen gedrungen werden. März 17.

Die Städtegesandten sind ausdrücklich befehligt, vor Abhelfung dieser Beschwerden sich in keine „hauptsächliche" Handlung einzulassen: denn diese Abhilfe dient zur Erreichung des Zwecks der Union, es wird dadurch Verwirrung verhütet, zur Vermehrung des ganzen Corpus und zur Abwendung der Gefahr der Weg geebnet, der bisher angewachsene Verdacht von den Mitunierten abgeleitet und das Vertrauen zwischen den Unierten gemehrt. In diesem Fall sind die Städte erbietig, alles zu befördern, was zur Erreichung des ursprünglichen Zweckes dienen mag. Signatum Schweinfurt 7. martii a. 1611.

Stg., Unionsacta, t. IX., f. 238; Kopie.

108. Georg Schröttl an König Matthias. März 19.

Ich habe mich mit E. kgl. M.t Memorial sogleich nach München aufgemacht, mich dort bei Wensin angegeben, Dero Handschreiben überreicht und am andern Tag bei Herzog Maximilian Audienz erhalten. Derselbe dankte für die angebotene Fortsetzung der vertraulichen Korrespondenz und äusserte: er habe des passauer Volks Vornehmen in Oesterreich und Böhmen ungern vernommen; seine Leute, die er an der österreichischen Grenze gehabt, hätten ihm von dessen üblen Hausen weitläufig berichtet; er könne den Prozess nicht gutheissen, habe nie zur Bestellung oder längeren Unterhaltung des Volkes geraten und dem Kaiser, als dieser um sein Gutachten

Digitized by Google

März 19. ersuchte, die drohenden Unzukömmlichkeiten entdeckt, wie auch seine Prophezeiung sich bewahrheitet und er sich hiedurch nur Misgunst auf den Hals geladen habe. Fast alle Reichsfürsten empfänden die Insolenz dieses Volkes, hätten deswegen grosse Unkosten gehabt und seien unzufrieden. Der Herzog habe niemals daran gedacht, etwas Widriges gegen E. M.t oder Dero Lande vorzunehmen sondern gedenke die nachbarliche Korrespondenz fortzusetzen. E. M.t sollen den widerwärtigen Leuten, welche vorgeben, er, der Herzog, wolle dem Kaiser gegen E. M.t beistehen, keinen Glauben schenken; derlei täten diese Leute öfters. Der Kaiser habe ihn nie um Hilfe ersucht; in billigen Sachen sei er zwar als Lehensmann verpflichtet, ihm beizuspringen; er sei aber bisher stets neutral geblieben und sei auch noch entschlossen, solche Widerwärtigkeiten mehr durch Glimpf als durch Blutvergiessen stillen zu helfen und nicht frische Kohlen auf die Glut zu tragen.

Von Erzherzog Leopold hat der Herzog nichts weiter als in genere das geäussert: „dass jetzo die jungen leut öfters was tentiern und fürnemen, weliches hernach vil ein andern ausgang als si vermaint, erraichen thue.“

Wegen des Kriegsvolks, das durch sein Gebiet den Passauern zuzieht, habe er bereits Mandate erlassen, auf das gartende Volk und den Tross Acht zu geben, alle Werbungen einzustellen und Zuwiderhandelnde mit dem Strang hinrichten zu lassen. Einige Befehlshabern seien mit „Boletten“, die von Ramée ausgestellt waren, zu seinen Beamten und in die Städte gekommen, um zu werben, was ihnen aber abgeschlagen wurde.

Dem Kriegsvolk, das ausser Landes, sei es für den Kaiser, sei es für E. M.t geworben worden war, habe man beim Hinabreisen kein Hindernis in den Weg gelegt sondern durch die Finger gesehen. Vor Abdankung des elsässer Volks habe der Kaiser vom Herzog begehrt, dies Volk durch dessen Gebiet ziehen zu lassen, was rund abgeschlagen wurde.

Wegen des Begehrens E. M.t, bei künftigen Einfällen in Dero Lande der Hilfe der benachbarten Kreise versichert zu sein, konnte der Herzog sich diesmal nicht erklären, weil er darüber die angrenzenden Kreise noch nicht vernommen hätte. Wegen der begehrten vertraulichen Avisen will der Herzog nichts unterlassen; mit dem Salzburger wäre er aber nicht so wie E. M.t vertraut, wolle aber auch ihn zu nachbarlicher Korrespondenz bewegen.

Die versprochene Mitteilung von E. M.t Bescheid an die kaiserlichen Gesandten zu Wien erwarte er und wolle bei dem bleiben, was er E. M.t letzthin durch Dero Gesandten[1] habe andeuten lassen; er hoffe übrigens, dass nunmehr die Unruhen in Böhmen gestillt werden

[1] Vgl. oben no. 25, S. 63, Anm. 2.

Digitized by Google

können: denn der Hofrat des Erzherzogs Leopold, Hans Jakob Harmb,[1] der von Prag zu ihm geschickt worden war, habe ihm mitgeteilt, dass der Kaiser sich endlich entschlossen habe, die Passauer abzudanken, und dass der böhmische Kammerpräsident Dohna Mittel zur Bezahlung des Volkes vorgeschlagen habe. März 19.

Am andern Tag hat der Herzog durch Wensin mich nochmals zu sich rufen lassen und gesagt: er hoffe, dass E. M.t mit seinen Erklärungen und Erbieten zufrieden sein werden; das Verfahren des passauer Volkes sei ihm ganz misfällig gewesen, es sei ein weitaussehendes Werk mit böser Konsequenz; er bleibe E. M.t mit treuer Liebe zugetan, meine es mit Derselben nur ganz treuherzig und aufrecht und versehe sich, dass, wenn ihm etwas widerwärtiges zustiesse, Sie ihm gleichfalls beispringen werden. Mit Salzburg habe er keine „intrinseca familiaritas;" der Erzbischof werde E. M.t mehr respektieren, doch wolle er ihm schreiben.

Der Herzog übergab mir endlich beiliegendes Handschreiben und bemerkte nochmals, dass er bei dem bleibe, was er jüngst durch Casal E. M.t habe andeuten lassen.[2]

Am Sonntag, acht Tage vor meiner Ankunft, ist der junge Fürst von Neuburg nach München gekommen und vom Herzog selbst stattlich einbegleitet, auch bis Mittwoch hier traktiert worden.[3] Er soll sich sehr beklagt haben, dass sich Sachsen und Brandenburg wegen Jülich mit einander verglichen und ihn ausgeschlossen hätten; daneben hielt er um Interzession beim Kaiser an, damit seinem Vater die Administration von Kurbrandenburg [!] bestätigt werde. Geben Wien den 19. martii a. 1611.

Wi., I A 1, Ka. 2989; Or. eigh.[4]

109. Bericht von der Pazifikationshandlung zu Jüterbogk. März 19.

Man muss bedauern, dass der Kurfürst [von Brandenburg] hier nicht besser mit wolgeeigneten Räten versehen ist und dass er keinen „rechten, verfassten und bestelten rat" hat; „ja man möcht wol sagen, dass gar kein rat diess orts zu finden, würt alles unordentlich verrichtet und obenhin. Bei I. chfl. Gn. ist wenig

[1] Am 3. März wurde der erzherzogliche Hofrat Hans Jakob Harmb von Eyers an Erzherzog Maximilian beglaubigt (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom März 1611, no. 36; Or.); auf der Reise hatte er auch den Herzog von Baiern angesprochen (Kurköln an Herzog Maximilian am 31. März in Ma., 39/9, f. 17; Or.). Leider habe ich das Schreiben des Herzogs an den Kurfürsten, worin jener seine Resolution an Harmb mitteilt, nicht gefunden.

[2] Vgl. oben no. 61, S. 132, Anm. 3 und no. 72.

[3] Vgl. oben no. 92 und Anm. 2 auf S. 203; darnach war Schröttl etwa am 13. März in München angekommen.

[4] Ein dankendes Antwortschreiben des Königs vom 26. März aus Prag in Wi., a. a. O.; Kpt.

Digitized by Google

März 19. resolution in dergleichen sachen, die räte wollen ohne I. chfl. Gn. resolution nichts thun. I. chfl. Gn. werden sich ruiniren, wo sie dieser unordnung nicht vorkommen, so balt es müglich.“[1]

Was den Vertrag mit Sachsen betrifft, so ist 1. richtig, „dass allein die assistenten die genzliche und realem possessionem der lande Gülich und derselben zuebehörungen erhalten haben und mit nichten die possidirende fürsten durch ihren rat oder durch ihre macht; welche fürsten und ihre räte die sache mehr gehindert, remoriret und ufgehalten als befordert, indem sie uneins, mistrauig, nicht verschwiegen, misgünstig, in summa der sachen nicht gewachsen gewesen.“ Ferner ist das Kriegsvolk der possidierenden Fürsten schlecht diszipliniert und noch schlechter bezahlt gewesen, so dass man davon mehr Schaden als Nutzen gehabt und unleugbar die Eroberung und Erhaltung Jülichs allein der Hilfe der fremden Könige, Fürsten und Potentaten zu verdanken hatte, die einhellig raten, Sachsen in die Possession einzunehmen, und die Brandenburg mit Entziehung der Hilfe drohen, falls es widerstrebt.

2. „So können Brandenburgs sachen in dem jetzigen unwesen nicht lenger bestehen one sonderbare gefahr, dass nicht alles uber einen haufen falle;“ denn den beiden Possidierenden fehlt Vertrauen und Einigkeit zu einander, jeder sieht auf sich und regieren die Privataffekte gar zu sehr bei ihnen. „Die alten ambassadores der frembden potentaten, welche sich haben pflegen zu interponiren und die fürsten, wann sie uneins gewesen und einander raufen wollen, zu vergleichen, seind von ihren herrschaften abgefordert und die jetzigen ambassadores seind weder der qualiteten noch der autoritet, dass sie das praestiren können, was die vorigen gethan.“ Die Possidierenden haben in den jülichschen Landen auch keine rechten Häupter, die dem Kriegswesen vorstehen können, sie können sich auch wegen der Befehle nicht vergleichen, ihre Ratschlüsse sind zwiespältig und, wenn schon in den Landen unten ein guter Entschluss gefasst wird, so ist zu Berlin und Neuburg keine Resolution und fehlen die Mittel zur Ausführung. Daraus und wegen der mangelhaften Bezahlung wird nichts als Konfusion, Verheerung der Lande und Unwille der Leute erwachsen, ohne dass man ein Mittel sieht, dem zu steuern. In sieben Monaten hat das kurbrandenburgische Volk keine Bezahlung er-

---

[1] Aehnlich scharf urteilt Fürst Christian von Anhalt in einem Schreiben an seinen Bruder Johann Georg über die Verhältnisse in Berlin: „Alhie seynd die ordentlichen confusiones in keynem abnehmen. So finde ich keyn formatum consilium vnd vbergrosse factiones vnd dissidia; man praecipitiret one nott vnd hatt den pfalzgrauen [Wolfgang Wilhelm] noch nicht geforderet.“ Englands Ratschläge werden wol ihre Wirkung haben, aber leider nicht „amore virtutis sed formidine poenae vnd lest man sich zu sehr mercken, dass man den hasen im busen.“ (Schreiben vom 6./16. Januar aus Berlin; De., A 9 a; 1a; no. 62; – Or.). Vgl. über die Verhältnisse am berliner Hof M. Ritter, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation, II., S. 369 und A. Chroust, Abraham von Dohna, S. 95.

Digitized by Google

halten und wird wol bis zum achten oder neunten Monat darauf warten müssen.[1] März 19

3. Jeder Politiker kann leicht absehen, dass Spanien sich diese Gelegenheit zu Nutzen machen wird; wenn Erzherzog Albrecht von Sachsen um Assistenz ersucht wird, so dürfte er dazu ebenso bereit sein als die Staaten gegenüber Kurbrandenburg willig waren.[2] Das würde dann kurzen Prozess geben: die unbezahlte Besatzung von Jülich könnte leicht meutern und die Festung (wovor Graf Moriz sich so besorgt) einem dritten überliefern, der nicht Brandenburgs Freund ist, abgesehen davon, dass auch die jülichschen Stände dadurch Lust bekommen würden, sich von aller Untertänigkeit zu befreien; kurz die Sache steht so, dass es weder des passauer Volkes noch der Acht noch anderer Gewalt bedarf sondern, wenn Sachsen nur ein wenig temporisieren will, wird der Pelz so zerrissen, dass Sachsen mit Hilfe der Erzherzoge die Lande in die Hände fallen werden, ohne dass es selbst recht weiss, wie es dazu gekommen ist. Mit Recht sagt der englische Gesandte: „ipsa si nos cuperet salus servare non posset.“ — Dazu ist Jülich ein offenes Land mit vielen kleinen Städten, die entweder Besatzungen erhalten oder geschleift werden müssen; einige davon können fester gemacht werden als die Stadt Jülich, auf die Spanien stets ein Auge hat, weshalb es sich zur Hilfe um so eher gebrauchen lassen wird. Die Residenz Düsseldorf hat nur den Namen einer guten Festung, sonst aber grosse Mängel, so dass man während der Belagerung von Jülich sich vor nichts mehr als vor einer Ueberrumplung Düsseldorfs gefürchtet hat. Von Wesel sagen alle Kriegskundigen, dass, wenn einer mit 800 bis 1000 Mann samt dem nötigen Geschütz und Zubehör davor zieht, er binnen vierzehn Tagen mit Hilfe der dortigen Klerisei der Stadt Herr werden kann. Dasselbe gilt von kleineren Orten.

4. Die Einnahme Sachsens in die Possession hat zwar ihre grossen Schwierigkeiten, ist aber doch erträglicher als wenn man die jülichschen Lande lange in diesem zweifelhaften Stande lässt und dadurch den Nachbarn Anlass gibt, ihre Augen immer mehr darauf zu werfen, wozu sie schon bei Lebzeiten des alten Herzogs geneigt waren. Das Recht auf die Lande steht zwar bei dem unparteiischen Richter, dessen man sich vergleichen wird; aber dies Recht soll so verworren sein, dass, wenn der Richter nach Recht und Gewissen sprechen will, er sich wol noch ein paar Tage wird bedenken müssen, ehe er den rechtlichen Ausspruch tut; lieber wird er es auf gütliche Handlung stellen.

5. Was man jetzt zu Jüterbogk verhandelt, ist kein neues Werk. Von Rechtswegen brauchte zwar Brandenburg ebenso wenig Sachsen zu admittieren als der König von Spanien die Staaten für

[1] Ueber die kurbrandenburgischen Finanzen vgl. M. Ritter, a. a. O., S. 294 und 409.

[2] Vgl oben no. 17.

Digitized by Google

März 19. freie Stände und Lande zu erklären; aber es wurde von zwei Uebeln das geringere gewählt. Man hatte übrigens schon zu Köln in Sachsens Admission gewilligt, wenn der Rechtsspruch nicht binnen sechs Monaten, was doch unmöglich war, erfolgen würde; ebenso ist man dort darauf eingegangen, dass die Possession der Lande in des Kaisers Namen geschehe, dass der Gubernator von Jülich dem Kaiser schwöre und dass die rechtliche Erkenntnis der Sache dem Kaiser und dem kaiserlichen Hof eingeräumt werde. Das alles war gewiss viel praejudizierlicher als das, was man jetzt zu Jüterbogk verhandelt.

Man muss endlich bedenken, dass die fernern Unkosten, die unter diesen Umständen auf die Behauptung Jülichs und die Versicherung der Mark Brandenburg gehen, abgesehen von der grossen Sorge und Gefahr dem Kurfürsten von Brandenburg nicht länger erschwinglich sein werden, dass aber durch einen Vergleich mit Sachsen dies alles erleichtert und aufhören wird; die fernere Hilfe fremder Potentaten ist ohnehin zweifelhaft; das Land wird auch von den täglichen Räubereien und Plünderungen befreit und zur Ruhe kommen, ohne welche die schliessliche Entscheidung ohnehin nicht vorgenommen werden kann. Auch das Regiment in Jülich, das jetzt ganz uneins und zerrissen ist, wird bessere Form gewinnen; vor allem aber wird man zu Ruhe und Frieden und zu besserem Einvernehmen unter den Evangelischen gelangen und Sachsen wird von der Liga und den pragerischen Ratschlägen abgezogen. Das ist aber so nötig, dass man Gott danken muss, dass Sachsen eben während der jüterbogker Pazifikation durch den leopoldinischen Einfall die Augen geöffnet wurden, damit es sehe, wie sehr man seine Autorität zu Prag misbraucht und wie treulich man es mit ihm und allen Evangelischen meint. Dazu finden alle kurbrandenburgischen Räte, alle Assistenten und die Abgeordneten aus Jülich ohne Ausnahme für ratsam, den rechtlichen Ausschlag nach Möglichkeit zu befördern. Datum Jüterbogk 9. martii 1611.

Schl., 16|3; Kopie.[1]

---

[1] Schreiber obigen Berichts ist wahrscheinlich Fürst Christian von Anhalt, wie aus der Empfehlung der englischen Vorschläge, aus der Kritik der brandenburger Verhältnisse, vor allem aus der Parallellität der Argumente mit denen der grossen Denkschrift wegen der Einnahme Sachsens (oben no. 58), die vom Fürsten beeinflusst war, geschlossen werden kann. Der Empfänger ist wol am dessauer Hof zu suchen; die engen Beziehungen zwischen Dessau und Schlobitten legen auch diese Vermutung nahe. — Eine bemerkenswerte Ergänzung obigen Schreibens bildet ein Schreiben aus der Umgebung der Kurfürstin von Brandenburg, die der Einnahme Sachsens aufs äusserste widerstrebte; das Schreiben ist am 20./30. März, also unmittelbar vor Abschluss des jüterbogker Vertrages geschrieben. Der unbekannte Schreiber sagt u. a.: Meine gnädigste Frau und die kurbrandenburgischen Räte haben es treulich gemeint; alle andern Bekannten und Verwandten sind aber von Brandenburg abgefallen und respektieren Sachsen viel mehr. „Die assistenten haben Brandenburg erst in die springe gebracht mit vorgeben, dass Franckreich und Engelland nicht mehr helfen würden, da man doch das contrarium weiss und würt noch wol an den tag kommen,

Digitized by Google

110. Abschied der oberländischen Ligastände zu Augsburg. März 21.

Die Gesandten der Stände sind am 16. zusammengekommen[1] und haben die Punkte des Ausschreibens erörtert. — Wegen der Einnahme des Hauses Sachsen ist ihnen das Schreiben des Kurfürsten

ob man bemelte potentaten darzue disponiret oder sie von sich selbst fernere assistenz abgeschlagen." Einer der kurbrandenburgischen Räte [wol Pruckmann] ist aus Furcht beinahe den Assistenten beigetreten; Hessen [Landgraf Moriz] fiel gar fast mit der Tür ins Haus, wollte Brandenburgs „Notdurft" Sachsen nicht referieren und zwang fast die kurbrandenburgischen Räte, in alles zu willigen, was die Assistenten wollten; „dargegen man Brandenburg theils kein haubt gehabt, dahin man sich hette können halten. Die assistenten haben den churfursten zue Brandenburg unter sich gehabt und zu ihrem gefallen gebraucht. Weil dann auch darzue gekommen, dass des kaisers räte (woruf sich Sachsen verlesst) in höchster gefahr seind und Matthias gegen Brandenburg fleissig correspondiret, auch numehr resolvirt, sich nicht eher aus Behmen zue begeben, er welle dann sein regiment daselbst stabiliren und alles in sicherheit bringen, so hat solcher process wegen einnehmung Saxens in die possession die brandenburgischen räte gar heftig verdrossen; seind darüber ausgefilzt; man hat ihnen die eusserste gefahr anerboten, biss dass sie es entlich cum protestatione tacite haben müessen gehen lassen, wie es gehet." Manche gönnen eben dem Hause Brandenburg den Zuwachs nicht; Gott wird aber alle falschen Herzen wol finden. „Es mangelt allerseits am haubt; reliqua membra languescunt. Ess soll kein mensch glauben, dass solche untreu unter grossen herrn verhanden. Es ist kein amor religionis oder libertatis publicae zue spüeren, ehr und eigennutz haben den vorgang. Man sagt, Brandenburg könne allein die lande nicht erhalten, hingegen sagt man, ein land, das beisammen ist, kann sich besser defendiren als wann es in viel theil zerrissen würt. Sachsen kann auch allein nicht die lande erhalten sondern, wann die lande beisammen bleiben, einen gewissen herrn haben, mit den Staden und Franzosen wol stehen, darin beruhet ihre macht.

Das beste fundament der assistenten ist, dass durch den vertrag bei diesen gefehrlichen leuften das churfurstliche collegium einig sein muss, sonst könne kein reichstag oder andere zusammenkunft gehalten werden. Man fragt aber hinwiderumb, wer dann in solchen fällen weichen soll, der recht oder unrecht begehret. Brandenburg erbeut sich zue schleinigem rechte, Saxen will von keinem rechten hören, will mit gewalt in die possession und [begert] keines andern. Brandenburgs bruder, der erzbischof [von Magdeburg], fellet dem churfursten auch abe, die andern vettern sagen, von der union habe der churfurst zue Brandenburg wenig hilfe zue gewarten, und fallen also dem bei, der der union zuwider. Mancher wünschet, dass er diese zeit nicht erlebet hette; mancher hat sich gemühet, dass er allen seinen vigorem verloren. Hette Brandenburg keine assistenten gehabt, so hette es aequioribus conditionibus pacisciren können". Graf von Lynar hat Kurbrandenburg schlechte Dienste erwiesen, Gerstenberg war stets bei ihm und bei Distelmeyer (Schl., 13./3.; Kopie).

[1] Die Gesandten sind: für Baiern — Joachim von Donnersberg und Elsenheim; für Bamberg — Hans Onuphrius von Pellheim; für Würzburg — Valentin Echter zu Mespelbrunn; für Konstanz — D.r Johann Jakob Deschler; für Augsburg (zugleich für Kempten) — D.r Mathes; für Regensburg — D.r Simprecht Mertz, Kanzler; für Ellwangen — Gebhard Schelhammer; für die Reichspraelaten — D.r Albrecht Everhart; für die Grafen und Herrn — Johann Jakob Oppenheimer.

Digitized by Google

März 21. von Mainz an Herzog Maximilian nebst dem „bunts- und notificationsschreiben“ und der Beschluss der rheinischen Stände mitgeteilt worden.[1] Da von diesen „numero in diser sachen zimblich weit verfaren,“ so ist rätlich befunden worden, das „punts- und notificationsschreiben ehist-auszufertigen,[2] beinebens reiflich und wol zu considerirn, mit was mass und conditionen bei negst vorsteendem puntstag mit ... Sachsen ein verstant zu machen.“ Obwol die Gesandten darauf meist nicht instruiert waren, sind folgende Mittel, „welche den sachsischen abgeordneten gradatim vorzuschlagen,“ bedacht worden: Als das beste scheint, „mit dem hauss Sachsen nit tanquam membro unionis .... sonder als einem gehorsamen stand des reichs ein solche reciprocam obligationem .... zu machen, das zwischen den catholischen buntssteenden und dem hauss Sachsen hinfiro ein guetter vertraulicher fritlibender verstant und rechtes teusches vertrauen gepflanzt, vortgesezt und erhalten werde, keiner den andern, uf was weeg es immer sein kan oder mag, mit der tat belaidigen, schaden zufuegen oder mit desselben widerigen sich verpinden, da auch wider verhoffen zwischen inen streit forfielen, dieselben durch fridliche underhandlung und schleinigen compromiss zu erortern seien; den auch uf den fal, da das hauss Sachsen sambt dero ruewigen [!] furstentumb und lant wider die heilsamen wolfursehnen reichssazungen zu schwechung des religion- und profanfridens gewaltetig de facto angriffen [wurde], dass uf solchen fall der catholische punt dem hauss Sachssen mit einer anzahl volk zu ross und fuss (deren man sich bei konftiger tractation vergleichen könnte) beispringen,“ Sachsen dagegen dem Bunde ebenso Hilfe leisten müsste. — Besteht aber Sachsen gegen Erwarten darauf, „pro vero et integro membro unionis erkant“ zu werden, so wäre es auf die alte Notul einzunehmen, in der jedoch der Ausdruck „der Catholischen verain“ etwa in „der gehorsamen stent des reichs beder religion verpintnuss zu hanthabung des religion- und prophanfridens, des heil. rom. reichs sazungen“ oder ähnliches zu verändern wäre. — Dringt Sachsen endlich auf Zugrundelegung der ihm von dem Kurfürsten von Mainz zugestellten Notel, so „were die sach dohin zu moderirn, dass die oberlendischen buntsstent beisamen bei der vorigen puntsnotul verbleiben, mit den reinschen verainigungsstenden guete correspondenz und zusamensezungen pflegen, besagte reinlendische steende aber das hauss Sachsen zu sich uf die von Maintz neu verfaste puntsnotul in die verain ziehen,“ aus sich einem Obersten erwählen und eine besondere Kasse halten, doch dass beide Teile einander

[1] Vgl. oben no. 102.

[2] Noch am 19. März schreibt der Herzog von Baiern an den Kurfürsten von Mainz: da die oberländischen Bundesstände sich die Einnahme Kursachsens gefallen lassen, so hat er das vom Kurfürsten ihm zugeschickte Schreiben für Kursachsen (vgl. oben no. 90, S. 200, Anm. 2) gefertigt und nach Dresden geschickt, ebenso die Ausschreiben zum würzburger Ligatag (vgl. ebenda, S. 201, Anm. 1) expediert (Wmz., Religionsakten, Band 12, no. 52; Or.).

Digitized by Google

stets beistehen. — Die Prüfung der von Baiern, Bamberg, Würzburg, Konstanz und Augsburg vorgelegten Rechnungen wird, da sie alle Stände angeht, auf den würzburger Tag verschoben. — Da man Baiern, Bamberg, Würzburg und Augsburg 254 189 fl. schuldet[1] und noch 130 607 fl. ausständig sind, so sollen die Bischöfe von Konstanz und Augsburg die schwäbischen Prälaten, Grafen und Herren und deren Bankverwandte,[2] die der grösste Teil der Restanten trifft, zur schleunigen Erlegung der Rückstände ermahnen; weil aber auch darnach ein Teil der Schuld ungedeckt bleibt, sollen neuerdings 15 Monate, zur Hälfte zu Michaelis, znr Hälfte zu Martini erlegt werden. Einige Gesandte haben letzteres nur zu Bericht genommen. Geschehen in Augspurg den 21. marti a. 1611. März 21.

Mc., Entstehung, Fasz. V., no. 36, f. 75; Kpt. von Leuker mit Zusätzen Donnersbergs; — Bamberg, Kath. Bundesakten, I, f. 458; Or.

111. Instruktion des Kurfürsten von Mainz für die verschiedenen Gesandtschaften zu den Kurfürsten von Trier, Köln und Sachsen. März 22.

Die Gesandten[3] sollen anbringen: Seit dem prager Konvent und seit dem Einfall des passauer Kriegsvolkes in Prag ist es dahin gekommen, dass der Kaiser und das ganze kaiserliche Schloss von böhmischem und mährischem Volk verwahrt ist[4] und der König von Ungarn in Prag erwartet wird, ohne dass man weiss, was Gott noch weiter über Kaiser und Reich verhängen wird. Wir sind zwar wiederholt vom Kaiser einer Abordnung vertröstet worden, durch die er uns den Verlauf und seine Intention kund geben wolle; die ist aber bisher unterblieben und wol zu besorgen, dass es in Prag so weit gekommen ist, dass niemand ohne Gefahr aus und ein kann. Wir zweifeln zwar nicht, dass S. L. längst erwogen haben wird, wie übel es im Reiche bestellt wäre, wenn dessen Haupt aus so grosser Gefahr nicht errettet würde oder man gar eines Ober-

[1] Im einzelnen an Baiern 129053 fl., an Bamberg 14770 fl., an Würzburg 52365 fl. und an Augsburg über 58000 fl. (Mc., Entstehung, Fasz. VII., no. 51, f. 326.)

[2] Die Praelaten waren mit 58955 fl. 11 krz., die Grafen und Herrn mit 71652 fl. im Rückstand; von letzteren hatte überhaupt nur Graf Frobenius von Helfenstein seine Quote erlegt, von ersteren (abgesehen von Bamberg, Würzburg und Augsburg) nur Regensburg, Weingarten, Ochsenhausen und Ursberg (Bamberg, Bundesakten, I., f. 381).

[3] Kaspar von Eltz gieng zu Kurtrier, Friedrich von Fürstenberg, kurmainzischer Oberamtmann zu Königsstein, zu Kurköln und Brömser zu Kursachsen (Beglaubigungen vom 22. März in Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 17; Kpte.). — Vgl. oben no. 104, S. 247, Anm. 1.

[4] In dem Anbringen bei Kursachsen hiess es schärfer: ... und der Kaiser dergestalt mit Unbescheidenheit eingetan und versperrt ist, dass es für nichts anderes als eine schimpfliche und verkleinerliche Haft zu achten ist.

Digitized by Google

März 22. hauptes entbehren müsste und wie unverantwortlich es für uns Kurfürsten wäre, dabei still zu sitzen, statt sich zusammenzutun und die Notdurft des Kaisers und des Reiches zu bedenken. Wir wollen daher S. L. wie unserer andern Mitkurfürsten Gutachten durch diese Schickungen darüber einholen, ob es nicht unbedingt nötig ist, dass wenn nicht alle, so doch einige Kurfürsten persönlich zusammenkommen und folgende Punkte beraten: 1. Ob und wie Mittel zu finden seien, den Kaiser und den König zu besserem Verständnis zu bringen und die Niederlegung der Waffen zu bewirken oder, wenn dazu nach dem früheren Verlauf keine Hoffnung wäre, wie der Kaiser schleunigst aus der grossen Unsicherheit gerettet und das Reich seines Oberhaupts versichert werden könnte; 2. wie trotzdem beim Kaiser endlich zuwege gebracht werden könnte, sich ohne weiteres Zaudern der Nachfolge halber so zu erklären, dass den Kurfürsten hierin die Hand nicht länger gesperrt bleibt; 3. wie die Einigkeit im Kurfürstenkolleg, das eine gute Zeit her durch schädliches Mistrauen getrennt und durch die Ungelegenheit mit Kurbrandenburg und durch den kurpfälzischen Administrationsstreit auch unergänzt ist, wirklich und fruchtbar wieder hergestellt, die Ergänzung bewirkt, der alte brüderliche Verein erneuert und das Mistrauen beseitigt werden könnte; 4. wie dem gefallenen Justizwesen wieder aufzuhelfen wäre; 5. wie die Beschwerden gegen die Justiz und das Regiment am kaiserlichen Hof, worüber schon beim prager Konvent viel geklagt und dem Kaiser verschiedene Vorschläge, bisher aber vergeblich gemacht worden sind, endlich abzustellen seien. Als bester Weg zu all dem erscheint uns eine persönliche Zusammenkunft der Kurfürsten.

[Das folgende nur in der Instruktion für Trier]: Wir zweifeln nicht, dass Sachsen derselben Meinung sein wird, da es durch seine geheimen Räte jederzeit erklärt hat, mit uns geistlichen Kurfürsten unbedenklich zusammenzukommen und von den Notwendigkeiten des Reiches zu reden, „bevorab wan sie des gulchischen wesens halb mit Brandenburgs L. nicht uberein kommen konten.“ Noch weniger ist an den Kurfürsten von Köln zu zweifeln, der schon zu Prag diese Sachen sich sehr angelegen hat sein lassen. -- Stimmt Trier einer Zusammenkunft zu, so kann Eltz gleich von dem Ort reden; sollte Trier dabei erinnern, dass der Kurverein für Kurfürstentage bestimmte Orte festsetzt, so kann Eltz erwidern, dass wir meinen, „dieweil dissmals nicht ein collegial churfurstliche versamlung zu weg pracht werden mochte, damit die andere baide churfurstliche heuser [Pfalz und Brandenburg] desto weniger zu scrupuliren haben als wann es vor ein collegialversamblung gehalten und verstanden werden wolte,“ so solle man sich nach Sachsens Bequemlichkeit richten und zustimmen, falls etwa Bamberg oder ein ähnlicher Ort (der auch wegen Böhmen, Baiern u. s. w. gelegen wäre) vorgeschlagen würde. Wenn Kurtrier nur eine Zusammenkunft der geheimen Räte vorschlagen würde, etwa weil das Kollegium nicht ergänzt sei, so weiss Eltz, weshalb wir

Digitized by Google

dazu nicht raten können, da bei den Verhandlungen solche Partikularia vorkommen möchten, die den Räten ohne „Hintersichbringen" nicht anbefohlen werden könnten; dadurch würde Zeit verloren, wie der fuldaer Tag gelehrt hat; auch wäre es gegen das Herkommen. Eher liesse sich daran denken, dass, falls auch das Justizwesen vorgenommen werden würde, die Räte acht Tage vorher zusammentreten und ihre Gutachten verfassen. Würde aber Trier einwenden, dass der vorgeschlagene Partikularkonvent der Sache nicht abhelfen werde, man aber zu einem allgemeinen Kollegialtag wegen des Administrationsstreites und wegen der bisher unterbliebenen Aussöhnung Kurbrandenburgs mit dem Kaiser doch nicht werde kommen können, so soll Eltz erwidern, dass wegen dieser Schwierigkeiten die andern Kurfürsten die gegenwärtige Gefahr nicht unerwogen lassen könnten, abgesehen davon dass es nötig sei, zu bedenken, wie man zur Ergänzung des Kollegiums vorbehaltlich der Rechte des einzelnen und der kaiserlichen Entscheidung gelangen könne, was durch blosse Zusammenordnung der Räte nicht zu erreichen wäre. März 22.

[Das folgende nur in der Instruktion für Sachsen]. Wir halten die persönliche Zusammenkunft und die Beratung dieser Punkte nicht nur für höchst notwendig sondern auch den geringsten Verzug für äusserst gefährlich, können auch nicht anders erachten, „alss das I. ksl. M.' in erwegung deren vilfeltigen erinderungen, welche sonderlich durch die bei nechstem convent gewesene churfürsten sowol dess puncti successionis alss auch anderer halben geschehen, nunmehr selbst anderst als notturftig bei ihro nicht finden oder sich solches successionwesens halben lenger aufhalten oder jedoch auf allen unverhofften ohnwilfahrenden fall der churfürstlichen gebure so viel in acht genommen werden müste, wie sie es zu versicherung des reichs gegen Gott, allen stenden und der geliebten posteritet hernach getraueten zu verantworten." Der Kurfürst möge endlich auch noch zur Abschaffung der Ausleger im Rhein seine Hand bieten.[1] Signatum Aschaffenburg den 22. martii 1611.

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 1; Kpt. von Faust; daselbst no. 17; Or. für Trier, no. 18; Or. für Köln.[2]

[1] Brömser bekam noch eine Nebeninstruktion mit: er sollte Kursachsen nochmals wegen der Ausleger in Bewegung setzen; der Kurfürst möge das rheinische Kurfürstenregal erhalten helfen und besonders auf Kurbrandenburg einwirken, damit dieses die Ausleger entfernen lasse. Wegen des Administrationsstreits soll Brömser erinnern, dass Kurmainz nach seiner Rückkehr von Prag den Administrator in völligem Besitz gefunden habe und als Nachbar ihm daher den Titel habe geben müssen; auch habe Kurmainz von der Bestätigung des kurfürstlichen Testaments durch den Kaiser gewusst. Brömser möge auch betonen, wie sehr den rheinischen Kurfürsten daran liege, bei solchen Händeln auf dem Rheinstrom beisammen zu bleiben, ganz abgesehen davon, dass das Kolleg nicht unergänzt bleiben dürfe. Wenn Kursachsen und Kurbrandenburg sich geeinigt haben, so soll Brömser dahin wirken, dass Kursachsen schriftlich anzeige, es habe gegen den Eintritt Kurbrandenburgs in den Kurverein kein Bedenken (Wmz., a. a. O., no. 2; Kpt. von Faust).

[2] Der Bescheid Kurtriers erfolgte am 30. März: der Kurfürst erklärte

Digitized by Google

März 22. **112.** Herzog Maximilian von Baiern an Koadjutor Ferdinand von Köln.

Auf das Schreiben vom 12.[1] Ich habe wiederholt schon geäussert, wie gerne ich E. L. beistehen würde, aber ich habe auch wiederholt dargetan, was mich daran hindert. E. L. dürfen nicht denken, dass Sie von uns hilflos gelassen werden; es hat auch niemand E. L. beschuldigt, dass Sie der Bundesnotel zuwider gehandelt hätten und dass sich deswegen die oberländischen Stände von E. L. absondern und aus ihrer Kasse nichts folgen lassen wollten; vielmehr wissen die Stände sich gar wol der Bundesnotel zu erinnern, machen aber die Unmöglichkeit [ihr nachzukommen] geltend. E. L.

---

sich mit der Ausschreibung eines Kurfürstentags einverstanden; einstweilen aber und bis man zusammenkäme, mögen der Kaiser und der König zur Niederlegung der Waffen ersucht und dieser noch besonders von Tätlichkeiten abgemahnt werden (Wmz., a. a. O., no. 19; Or.). Mündlich äusserte der Kurfürst das Bedenken, dass der Kurfürstentag dem Kaiser, der sich zu einem solchen nie habe verstehen wollen, schwere Gedanken machen werde (Eltz an Kurmainz am 2. April; Wmz., a. a. O., no. 28; Or. eigh.). — Auch der Kurfürst von Köln gab sogleich zustimmenden Bescheid und wünschte, dass Kurbrandenburg und Kurpfalz von der Tagung wenigstens verständigt und bei ihnen zugleich entschuldigt würde, dass man sie nicht beschrieben habe (Fürstenberg an Kurmainz am 16. April; Wmz., a. a. O., no. 30; Or. eigh.). — Wegen der Antwort von Kursachsen vgl. unten no. 149. — Dem Administrator der Kurpfalz hatte Kurmainz das sächsische Schreiben vom 16. März (oben no. 104) mitgeteilt, worauf der Administrator am 27. März / 6. April gleichfalls einige Briefabschriften, die sich auf die böhmischen Dinge bezogen, überschickte und ein Gutachten von Kurmainz begehrte, was dabei den Kurfürsten zu tun gebühre (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 19; Or.).

[1] Am 12. März hatte der Koadjutor abermals (vgl. oben no. 87) ein eigenhändiges Mahnschreiben an seinen Bruder gerichtet, worin er in leidenschaftlicher Weise beklagte, dass er vom Bund im Stich gelassen werde, während er sich doch stets der Bundesverfassung und den Weisungen der Bundesobersten gemäss verhalten habe; er könne daher nicht verstehen, wie sich die oberländischen Bundesstände der Hilfeleistung entziehen könnten. Wenn schon einige von ihnen aus „eigener Passion" gegen die rheinischen Stände oder gegen ihn nicht helfen wollten, so möge man doch die Gefahr des Untergangs der Religion und des kölner Erzstifts im Auge behalten; denn es drohe die Meuterei der unbezahlten Soldaten, besonders in dem wichtigen Kaiserswerth. Eine Weisung zur Abdankung habe er nie erhalten er hätte ihr sonst gewiss stattgegeben. Da ihm alle Mittel fehlen und die rheinische Kasse leer sei, so hoffe er, dass die Gesamtheit der Bundesstände sich der Bundesnotel erinnern und der Herzog sie auch noch besser informieren werde, damit er, Koadjutor, und der Graf von Rietberg die Mittel zur Abdankung erhalten. In einer Nachschrift bittet der Koadjutor nochmals um einen Vorschuss aus der oberländischen Kasse und um Beförderung eines allgemeinen Bundestages (Ma., 39, 22, f. 49; Or. eigh.). — Am 20. März teilt der Koadjutor dem Herzog mit, dass wirklich die Wallonen der Garnison von Kaiserswerth gemeutert hätten, dass aber Dank der Zuverlässigkeit der Deutschen der Aufruhr unterdrückt worden sei. Daran knüpfen sich neue dringende Bitten um Hilfe (Ma., a. a. O., f. 55; Or. eigh.).

Digitized by Google

können auch selbst erwägen, dass es mir ebenso unmöglich ist, alles allein zu leisten als die oberländischen Bundesstände zu Leistungen zu zwingen. Diese können aber auch nicht die ganze Last auf sich laden und das Erzstift Köln erhalten; sie haben sich bereits sehr tief eingelassen, haben ausser den insgemein bewilligten und baar erlegten Bundesanlagen noch weitere zehn Monate beigesteuert, was alles aber noch nicht reichen will, da noch 200 000 fl. Schulden zu bezahlen sind, man nehme das Geld her, wo man will. Wenn E. L. von der spanischen und päpstlichen Hilfe, auf die fast das ganze Fundament gesetzt wird, absehen, der übrigen oberländischen Stände Anschläge und „Belegung" berechnen und dabei erwägen, wie unvermögend diese meistens sind, wie die schwäbischen Grafen und Herren die bewilligte Quote erst in drei Jahren erlegen wollen, einige Praelaten zu Grunde gerichtet sind und der Bischof von Augsburg und ich zwei Regimenter und die ganze Reiterei in unsern Landen auf unsern armen Untertanen liegen hatten, so werden E. L. selbst bekennen müssen, dass die oberländischen Stände bisher über ihr Vermögen das ihrige getan haben, wobei sie meist selbst Geld haben aufnehmen müssen. Dazu war diesen die Gefahr vielleicht noch näher oder wenigstens ganz vor der Tür, wie der Verlauf mit dem passauer Volke zeigt, das sich immer mehr den Grenzen nähert, weshalb man sich wol vorzusehen hat; auch wenn ein Vorrat vorhanden wäre, dürfte man sich desselben jetzt nicht entäussern. Dagegen hatte man nach dem Abzug der Truppen der Franzosen und der Staaten in den untern Landen keinen Ueberfall, gänzliche Okkupation des Erzstifts oder der Nachbarschaft, wie E. L. besorgen und Hövelich hier vorgegeben hat, überhaupt der ganzen Lage nach nicht solche Gefahr, wie sie heroben vom passauer Volke droht, zu fürchten. Es wäre auch seltsam, wenn die oberländischen Stände, von denen einige durch die Gegner schwer geschädigt wurden und die die ganze bewilligte Anlage und darüber noch zehn Monate haben erlegen und sich selbst versichern müssen, überdies noch die unterländischen „übertragen" müssten, „entgegen gedachte rheinlendische sich von fernerer contribution eximirn, da es doch am maisten sie unden beriert, und da sie, wie die heroben, noch die zehn monat darüber herschiessen, dardurch E. L. und der von Rittperg zue völliger abdankung wol geholfen were worden, also dass sich dieselben irer quoten nit mit fueg zu entschitten sonder billich wie andere stend darzue gethan haben sollen." E. L. mögen dies Ihren Mitständen andeuten. Was wegen Abdankung Ihres geworbenen Volkes zu tun war, haben E. L. aus dem hier geschlossenen Vergleich mit den Unierten und aus den Beschlüssen des augsburger Bundestages entnehmen können und mussten Sie sich darnach richten. Was E. L. von der Gefahr der Meuterei und dem daraus erfolgenden Unheil schreiben, ist ja unwidersprechlich; aber ebenso wahr ist, was oben wegen der Erschöpfung der oberländischen Stände gesagt wurde, dass es derzeit hier an Mitteln fehlt, E. L.

März 22.

Digitized by Google

März 22. beizuspringen. Da aber ein allgemeiner Bundestag nach Würzburg für die Zeit nach Ostern ausgeschrieben worden ist, so kann dort darüber gemeinsam verhandelt und beschlossen werden, wobei ich mich zu aller Beförderung erbiete, ohne aber E. L. darauf Vertröstungen machen zu können. Ich kann inzwischen E. L. nur nochmals raten, wegen dieser Sache mit dem Domkapitel und den Landständen, die es ja zunächst angeht und deren eigene Wolfahrt es berührt, zu verhandeln und sie zur Hilfe zu ermahnen, wovon bisher haben weder ich noch andere oberländische Stände das geringste gehört Die Landstände, die vor den düsseldorfschen Ausfällen durch das Volk des Bundes geschützt worden sind, sollen das ihrige dabei tun und sich nicht bloss „mit der Weitentsessenen Beschwerden" versichern. E. L. und Dero Räte haben auf dem letzten Bundestage selbst versprochen, nach des Erzstifts Vermögen mitzusteuern, was nur billig ist und geschehen muss. Wenn die oberländischen Stände den guten Willen sehen, so werden sie sich desto leichter zu einer Hilfe bewegen lassen. Ich teile dies E. L. so umständlich mit, damit Sie Dero Gesandten zum Bundestag desto besser instruieren können. Datum München den 22. martii a. 1611.

Nachschrift. Ich überschicke Zeitungen vom passauer Kriegsvolk. Ich hätte gern gesehen, wenn ich den von E. L. angekündigten Vorbericht über die Bedrängnis Ihres Erzstiftes vor der Ankunft des Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm, der sich sonst zu Frieden und Einigkeit und, so viel an ihm, zur Abstellung der Beschwerden erboten hat,[1] zur Hand gehabt hätte. Ut in litteris.

Ma., 39/22, f. 86; Kpt. von Gewold mit Zusätzen Jochers, — f. 57; Kptkop. mit Zusätzen Herwarts.[2]

März 23. **113. Abschied des schweinfurter Unionstages.**

Die nach dem münchner Akkord noch fortdauernde Gefahr, besonders vom elsässer und passauer Volk, verschiedene notwendige Unionsgeschäfte und das Anlangen mehrerer unierter Stände haben den Administrator der Kurpfalz zur Ausschreibung eines Unionstages nach Schweinfurt auf den 1./11. März bewogen, welcher Tag trotz des Ersuchens des Kurfürsten von Brandenburg um Vertagung und trotz der Verhinderung einiger Unionsstände durch die jüterbogker Handlung mit Rücksicht auf die Vorgänge in Böhmen seinen Fortgang

[1] Vgl. oben no. 92.

[2] Der Koadjutor erwidert am 27. März, dass der Ratschlag wegen des Domkapitels und der Landstände nicht ausführbar sei; ein offener Landtag wäre gefährlich, da viele Landstände in den jülichschen Fürstentümern begütert und evangelischen Bekenntnisses seien; dazu könnten die Stände wegen der vielen Plünderungen und Räubereien doch nichts beitragen, viele Untertanen hätten sich verlaufen und dazu währe dies Verderben schon dreissig Jahre. Aufzählung, was das Erzstift und er selbst trotzdem für die Union geleistet hätten und Bitte, die vornehmsten oberländischen Bundesstände noch vor dem Bundestag für eine Hilfe zu gewinnen (Ma., 39/22, f. 66; Or.).

Digitized by Google

genommen hat. Gleich zu anfang erhob sich der beschwerliche Misverstand wegen des Administrationsstreites; man schob ihn aber bei seite, indem das Direktorium der Union dem Administrator belassen, aber von der Mehrheit der unierten Stände erklärt wurde, dass dies keinem der streitenden Teile praejudizieren solle. März 13.

Nach Eröffnung der Proposition wurde beschlossen, die einzelnen Punkte nach der Ordnung des Ausschreibens vorzunehmen und die dem ersten Punkt einverleibte Abhörung der Rechnungen einem besondern Ausschuss zuzuweisen. Dabei ergab sich, dass ein Teil der Rechnungen fehlte, so dass man auch mit den vorhandenen zu nichts fruchtbarem kommen konnte. Es wurde aber zu künftiger Richtigmachung beschlossen, dass alle Stände ihre Rechnungen 5—6 mal abschreiben zu lassen und binnen sechs Wochen beim Direktorium einzuliefern hätten, das sie den vornehmsten Ständen mitteilen und alsdann einen besondern Rechnungstag ausschreiben soll. Zugleich sollen die mit ihrer Quote im Rückstand befindlichen Stände zur Richtigmachung ihrer Schuldigkeit aufgefordert werden.

I. Erhaltung und Fortsetzung der Union. Bei diesen gefahrvollen Läufen ist die Erhaltung der Union besonders notwendig; das beste Mittel dazu ist, ihrer Verfassung und den seither aufgerichteten Abschieden nachzugehen, Gleichheit zu halten, Mistrauen zu verhüten, den privaten Vorteil nicht vor den gemeinen der Union zu setzen und in „terminis defensionis“ zu bleiben. Dazu gehört auch, sich nicht durch jede gemeine Zeitung zu Werbungen verleiten zu lassen sondern gute Kundschaft zu bestellen und auch bei wirklicher Gefahr zuerst die „ordentlichen Mittel“ vorzunehmen. — Gutes Vertrauen unter den Unierten wird namentlich durch Beseitigung der eingerissenen Mängel befördert, von denen die Gesandten der Städte in währender Beratung ein Verzeichnis[1] mit der Bitte übergaben, diesen Beschwerden noch im Verlauf dieser Tagung Rat zu schaffen, da sie sonst gemäss ihren Instruktionen mit den übrigen Beratungspunkten nicht fortkommen könnten. Die Gesandten der höhern Stände haben diese Beschwerden zuerst unter sich beraten, dann aber in Erwägung, dass diese Union auf rechtschaffenem Vertrauen beruht und Schriftenwechsel nur Verzögerung verursachen würde, mit den städtischen Gesandten deshalb mündlich geredet, um den Beschwerden, soweit es diesmal und in Abwesenheit vornehmer unierter Stände sein kann, etwas Rat zu schaffen. Dabei hat man bekennen müssen, dass allerlei Mängel eingerissen seien, die aber nicht nur die Städte sondern auch die Fürsten treffen, wie dies bei einem so ansehnlichen „Corpus“ nicht ausbleiben kann, zumal wenn die notwendigen Geldmittel nicht rechtzeitig bei der Hand sind. — Gleich beim 1. Punkt wiederholten die Städte ihre Protestation wegen des elsässischen Zuges; doch wurde dieser Punkt

[1] Vgl oben no. 107.

Digitized by Google

März 23. bis zu nächstem Unionstag ausgesetzt. 2. und 3. Bei den Klagen wegen mangelhafter Disziplin, Bezahlung und Musterung des Kriegsvolks war man der Meinung, dass bei Respektierung der Kriegsbestallungen und Artikelsbriefe viel Unordnung erspart geblieben wäre. Das Verzeichnis dieser Beschwerden soll den abwesenden Unionsständen mitgeteilt, inzwischen aber darauf geachtet werden, wie die zu bestellenden Befehlshaber beschaffen, wo sie begütert seien und wie man sie zum Schadenersatz heranziehen könnte; gut wäre auch, von ihnen bei Durchzügen und Einlagerungen Kaution zu nehmen und einen besondern Kommissar aufzustellen, der die Schuldigen zum Ersatz heranzuziehen hätte. Unordnung würde ferner verhütet, „wan die soldaten durch die bank, wan es immer zu erhalten, bezahlt und ihren sold nit von den obristen und befelchsleuten empfangen, desgleichen auch die musterungen monatlich vorgenommen und darauf die bezahlung gelaistet wurde.“ Um von solchen Verbesserungen nächstens beständiger reden zu können, sollen die Unionsstände ihre Gutachten darüber beim Direktorium einreichen, das sie den andern mitteilen will; auf grund dieser Gutachten sollen Kriegsverständige, die jeder Stand zu nächster Tagung mitzubringen hat, eine beständige Verfassung machen; zugleich soll man sich bei fremden Mächten um solche gute Kriegsverfassungen umtun, inzwischen aber die Befehlshaber und das bestellte Kriegsvolk ermahnen, ihre Bestallungen einzuhalten und Beschwerungen zu vermeiden. — 4. und 5. Die Klagen wegen der neuen Werbungen und wegen der scharfen Schreiben zur Erlangung von Kontributionen werden bis zum Rechnungstag ausgesetzt; inzwischen soll man mit Werbungen gewahrsam gehen. 6. Man hat den Städten dargetan, weshalb man Darlehen aufnehmen musste; künftig soll sich aber niemand deshalb zu beschweren haben und Gleichheit gehalten werden. 7. Die Restanten gehören zum Rechnungspunkt. 8. Partikularkonvente waren zuweilen notwendig, es wurden dazu auch die benachbarten Städte gezogen; ebenso hat man sich gegen Baiern wegen der Assistenz entschliessen müssen; künftig will man aber solche Konvente beschränken oder wenigstens die nächsten Städte beiziehen und den Abwesenden die Abschiede mitteilen. 9. Wegen der nachbarlichen Irrungen soll man auf Mittel denken, sie nach Ausweis der Unionsverfassung gütlich oder im ordentlichen Rechtsweg beizulegen.

Besetzung der Aemter und Bestellung der zugeordneten Räte: Wegen des Kriegsrates bleibt es beim heilbronner Abschied; wegen Verordnung eines Kommissars und eines Adjunkten anstatt eines Pfennigmeisters — wozu die Städte Vorschläge zu machen gehabt hätten — sowie eines Proviantmeisters sollen binnen sechs Wochen Vorschläge ans Direktorium erstattet werden, auf grund deren die Stände die Wahl zu treffen haben werden. Die Anregung eines consilium politicum zur Ersparung der vielen Zusammenkünfte bleibt bis zur nächsten Tagung ausgesetzt.

Digitized by Google

II. Erweiterung der Union. Zur Gewinnung der wetterauischen und fränkischen Grafen, mit der Kurpfalz beauftragt ist, wurden zu Heilbronn gewisse Mittel „ratione votorum“ vorgeschlagen; da aber noch einige Erklärungen der Unierten auf diese Mittel ausstehen, mögen sie ehestens beim Direktorium eingebracht und dann die Verhandlungen fortgesetzt werden. — Landgraf Ludwig von Hessen ist wiederholt zum Beitritt eingeladen worden, aber vergeblich; bei gutem Ausgang der jüterbogker Handlung soll man gelegentlich wieder einen Anwurf tun, desgleichen bei Braunschweig. Mit der rheinischen und fränkischen Ritterschaft zu verhandeln hat man aus allerlei Erwägungen verschoben; man hört auch, dass die Ritter neutral bleiben wollen; da man aber von ihnen vielleicht doch einen Reiterdienst erhoffen kann, so soll man nächstens darüber weiter reden. — Frankfurt und Regensburg waren bisher nicht zu gewinnen; dagegen haben sich Giengen und Aalen zur Union erklärt; Ulm hat den Auftrag, mit Wimpfen zu verhandeln. — Nach gutem Ausgang der jüterbogker Handlung dürfte auch die Gewinnung des Hauses Sachsen und anderer „drinnen Lands“ gesessener Stände erleichtert werden, wozu Kurbrandenburg sie disponieren möge. — Ebenso werden Kurbrandenburg und Landgraf Moriz gebeten, ihre Bemühungen bei den Hansestädten fortzusetzen und es dahin zu richten, dass diese wegen ihres Eintritts zum nächstem Unionstag eine Abordnung schicken. — Dänemark (wegen Holstein) trägt Bedenken, sich derzeit in die Union einzulassen, doch hat es sich zur Korrespondenz und Hilfe bei Gefährdung der Religion erboten; angesichts des schwedischen Krieges hat man es dabei gelassen. — Wegen der ausländischen Potentaten haben die Städte ihre vorige Erklärung wiederholt, doch wurde die Bestellung eines Residenten in Venedig allerseits ratsam befunden und zu Bericht genommen. Die evangelischen Städte der Schweiz haben sich zu guter Korrespondenz erklärt. Um fremdem Kriegsvolk den Pass durch Burgund, Venedig, Tirol und die Schweiz zu sperren, soll das Direktorium an den König von Frankreich, an die Herrschaft Venedig, an Erzherzog Maximilian, an die Schweizer und Graubündner ein entsprechendes Ersuchen richten. Bei Erhandlung neuer Stände für die Union soll die Kontribution erst von der Zeit des Eintritts ab und nicht für die verflossene Zeit berechnet werden. März 23.

III. Wie hat man sich der Union zu bedienen? Man hat in Beratung gezogen, wie man die Stände oben und unten Landes vor dem unabgedankten Kriegsvolk der Gegner schützen könne, namentlich hat man besorgt, dass das passauer Volk sich durch den egerer Kreis oder durch die Oberpfalz ins Reich begeben und die obern Lande der unierten Fürsten verderben möchte. Trotz der Beschwerden einer neuen Kriegsverfassung und Werbung hat man daher beschlossen, — da jedermann sehen kann, dass es sich nur um eine Defension handelt und zu einer Gegenverfassung kein Anlass ist, — zur Verwahrung der Grenzen der Oberpfalz einiges geübtes Volk zu

Digitized by Google

März 23. werben — weil Landvolk gegen einen solchen Kriegshaufen nicht zu gebrauchen ist — und zwar 2000 Mann zu Fuss und 500 Pferde; davon hat Kurpfalz bereits 1000 und Nürnberg 500 Mann im Wartegeld; ebenso sind die beiden Reiterkompagnien der Markgrafen von Ansbach und Baden zu je 150 Pferden und die zwei Kompagnien Obentrauts zu je 100 Pferden noch beisammen, so dass man nur wenig neues Volk anzunehmen braucht. Die Stände oben Landes sollen auch ihre Kriegsverständigen zu Amberg zusammenordnen, um zu beraten, wie neben diesem geworbenen Kriegsvolk noch eine eilende nachbarliche Rettung und Defension anzustellen, wie die Grenzen zu verwahren und das Kriegsvolk gleichmässig auszuteilen wäre und ob man es nicht dahin richten könnte, dass das Volk auf dem Sammelplatz bleibt und seine Musterung und Besoldung erst im Notfall geschieht; auch soll man sich mit dem egerer Kreis wegen Verhinderung des Durchzugs der Passauer, wegen rechtzeitiger Benachrichtigung und gegenseitiger Assistenz in Verbindung setzen. Auch der ordentlichen Mittel der Kreishilfe soll man sich bedienen und den fränkischen und oberrheinischen Kreis nicht umgehen. — Zur Bezahlung des geworbenen Volkes und im Notfall der Lehenreiter und des Ausschusses des Landvolks hat man sich einer neuen Anlage von acht Monaten verglichen, von denen vier binnen vier Wochen a dato des Abschieds, der Rest vierzehn Tage darauf zu Nürnberg ohne Abzug gehabter Kosten (wie denn auch die neue Anlage mit den vorigen Rechnungen nicht konfundiert werden darf) erlegt werden sollen. — Die Städtegesandten haben aber hiebei erklärt, dass sie vor Richtigmachung der Rechnungen keine neue Anlage bewilligen dürfen; wegen der augenscheinlichen Gefahr werden ihre Obern gleichwohl das ihrige, aber diesmal mit Volkshilfe tun und 800 Mann zu Fuss annehmen, — doch soll die Werbung im Namen der Union geschehen und das Volk ihr schwören, — auch von den schon geworbenen Reitern 150 bezahlen und zu den gemeinsamen Auslagen für die höhern Befehle, für Artillerie u. s. w. nach Verhältnis beitragen. Die höhern Stände hätten zwar den gewöhnlichen Modus der Geldhilfe lieber gesehen, haben aber der Gefahr halber auch diesen angenommen, doch dass dadurch den höhern Ständen nicht vorgegriffen und namentlich die Kurpfalz, die bisher mit Vorschüssen und mit Einlagerungen besonders belastet war, nicht vor andern beschwert werde, auch kein Stand sich säumig erzeige und bei Austeilung des Kriegsvolks unter die Unierten Gleichheit gehalten werde. Bei Annehmung des Kriegsvolk soll auf Ersparnisse gedacht und darauf gesehen werden, dass es nach Beseitigung der Gefahr sofort abgedankt werden kann; was an den acht Monaten erübrigt wird, ist jedem Stand nach Verhältnis zurückzugeben und dürfen die acht von den fünfzehn Monaten, die jeder Unionsstand in die Kasse zu erlegen hat, abgezogen werden.

Zu Speier und Worms hat man wegen einer „eilenden Assistenz“ unter den rheinischen Ständen gehandelt, die endgiltige Vergleichung

Digitized by Google

aber hieher verschoben; zugleich hat man sich hier auch einer eilenden Hilfe an der Donau vergleichen wollen. Da aber einige Stände darauf nicht instruiert, andere abwesend waren, hat man beschlossen, sich vorläufig der am Rhein verglichnen Hilfe zu bedienen und alsdann die Stände an der Donau zu entsprechender Vergleichung einer eilenden Hilfe gegen feindlichen Ueberfall zusammenzuordnen. Der Vorschlag, an beiden Strömen Magazine anzulegen, wurde auf nächsten Unionstag verschoben. März 23.

Beim III. Punkt wurde auch beraten, wie man zu besserem Verständnis und Frieden im Reich kommen könnte. Die unierten Stände wollen sich bei jeder Gelegenheit bemühen, den papistischen, die von der Union bisher eine ungleiche Meinung hatten, ihre wahre Absicht vorzustellen, besonders den beiden Bundesobersten. Da dies mit Schreiben nicht wol angeht, Schickungen kostspielig sind und leicht unreputierlich ausfallen können, der Administrator aber mit beiden Fürsten in guter Korrespondenz steht, so wird er ersucht, diese Korrespondenz fortzusetzen, ihnen dabei den Unionszweck mitzuteilen und es bei ihnen auf Mittel zur Wiederbringung des guten Vertrauens und zur Abhilfe der beiderseitigen Beschwerden zu richten; vor allem ist Baiern, das sich kürzlich alles guten gegen den Administrator erboten hat, um Assistenz bei der augenblicklichen Lage, jedoch dergestalt zu ersuchen, dass daraus nicht etwa auf Kleinmütigkeit in der Union geschlossen werde. Auch die Korrespondenz mit Erzherzog Maximilian, „welche [D.lt] eines aufrechten teutschen gemüts berümbt sein und sich jederzeit der sachen gemess erzeigt, auch an jetziger zerritligkeit kein gefallen getragen," ist fortzusetzen. — Zur Abhilfe der allgemeinen Gravamina ist bei jetzigem Zustand in Prag noch geringere Aussicht; man lässt es deshalb bei den vorigen Abschieden bewenden, die festsetzen, wie sich die Unierten gegen die vom Hof ausgehenden Beschwerden und Prozesse und bei künftigen Reichstagen vor Abhandlung der Beschwerden verhalten sollen. — Wegen der Restitution Donauwörths muss man es trotz der eingebrachten Supplik der bedrängten Bürger bis zu anderer Gelegenheit dahingestellt sein lassen; doch möge der Administrator bei nächster Kommunikation mit Baiern der Restitution gedenken und könnte vielleicht Baiern seinen Anteil an künftigen Reichssteuern bis zur Höhe der Exekutionskosten zurückhalten; vor allem aber möge der Herzog bewogen werden, die dortige Bürgerschaft an Habe und Gewissen nicht länger beschweren zu lassen. — Wegen des Hilfegesuchs des Königs von Ungarn und der österreichischen Stände wurde beschlossen, erst abzuwarten, wie die Dinge dort verlaufen werden.

Dieser Abschied soll den abwesenden Unionsständen zur Ratifikation ehestens mitgeteilt werden.

Die Konfutation der „donauwörthischen Relation" ist zu Papier gebracht und einigen Unionsständen zum Gutachten zugestellt worden; diese Gutachten sind dem Direktorium ehestens einzuschicken,

Digitized by Google

März 23. damit die Veröffentlichung durch den Druck nicht länger verschoben werden muss. So geschehen zu Schweinfurt den 13. martii 1611.

Stg., Unionsacta, t. IX., f. 250; Or.[1]

März 24. **114.** Dr Pfretzschner an Kaspar von Schönberg.

Aus der ständischen Kanzlei kommt mir nichts zu; ich habe mich darum bei Schlick[2] beschwert, dass die Stände ihr voriges Versprechen nicht erfüllten, meinem Herrn alles mitzuteilen. Er entschuldigte sich mit der Verwirrung und mit den calvinischen Prokuratoren, die alle Originale mit sich heimschleppten und sie ihren Religionsgenossen „suggerierten". Braunschweig ist bei „den ständen alhier in grosser verdacht, bei I. M.[t] in schlechtem credit und bei dem könig, wie man sagt, nicht hoch angesehen. Ist sich zu besorgen, er werde einstens unversehens aufbrechen und die Böhmen lassen Böhmen sein, dieweil sie ihm in faciem sagen und schriftlichen zu erkennen geben dörfen: er sei eine ursach dieses unglücks, dieweil er sie abgehalten, knecht und reiter ihrem vorhaben nach zu ihrer defension zu werben.[3] Es ist ein jämmerlicher elender handel zu sehen, wie gänzlichen ksl. M.[t] anjezo gelassen und fast die ganze hofstat neben den ständen novum solem adorent." Wer eine Aussöhnung zwischen den Brüdern wünscht, setzt seine Hoffnung auf das Haus Sachsen. Der Oberststallmeister[4] ist gestern zum ersten Mal mit den Ständen zu Rat gegangen; Hohenlohe lässt sich vom Kaiser noch bisweilen als Kommissar gebrauchen. — Die Passauer verschanzen sich zu Budweis, tun ringsum Schaden und zitieren Herren und Ritter und andere vor sich,

---

[1] Den abwesenden Unionsfürsten ausser Neuburg wird zunächst der Inhalt obigen Abschieds am $\frac{\text{23. März}}{\text{2. April}}$ 1611 vom Administrator mitgeteilt. Der Administrator schreibt dazu am gleichen Tag an die zu Torgau versammelten Unionsmitglieder, dass seine Gesandten bei der Stimmung der Städte nicht für ratsam befanden, den Vorschlag der zu Jüterbogk versammelten Fürsten wegen einer neuen persönlichen Zusammenkunft der Unierten zu Nürnberg (vgl. oben no. 86, S. 189, Anm. 2) vorzubringen, da die Städte ohnehin erklärten, sich vor Richtigmachung der Rechnungen in keine neuen Verhandlungen einzulassen; zuerst müsse also der Rechnungstag stattfinden, weshalb auf Einsendung die Rechnungen gedrungen wird (Mb. 119/4, f. 133; Kpt.)

[2] Joachim Andreas Graf von Schlick, einer der Direktoren und zugleich Gewährsmann Pfretzschners. Von Schlicks Geschäftigkeit urteilt Pfretzschner in einem Schreiben vom 21. März: bei den Ständen sei schwer Audienz zu erlangen, besonders bei Schlick, „welcher gar immergiert in negotiis, dass sich zu befürchten, es möchte etwan eine haubtkrankheit mitzueschlagen, dieweil er das cerebrum gar zu heftig erhitzet (Drs., l. 9/166, I. B. passauer Kriegsvolks f. 450; Or. eigh.).

[3] Am 29. März berichtet Pfretzschner an Schönberg über den Herzog, dass derselbe sich über die Massen „gut kaiserisch" erweise, wie er bisher auch nicht den König besucht habe; daher seien die Stände auf den Herzog schlecht zu sprechen (Drs., a. a. O., f. 492; Or. eigh.).

[4] Adam d. J. von Wallenstein, der bisher kaiserlich gesinnt gewesen war.

Digitized by Google

als ob der böhmische König daselbst seine Residenz hätte. Dem Kaiser März 24.
haben sie durch den Obersten Gent folgende Friedensbedingungen stellen lassen:[1] 1. Alsbaldige Auszahlung von 500 000 Talern; 2. Freigabe der arrestierten passauischen Einkünfte in Oesterreich; 3. Freilassung aller Gefangenen, besonders Tengnagels; 4. Generalamnestie und Einsetzung eines jeden in seine vorigen Würden. Zur Gegenantwort soll der Kaiser ihnen zum ersten mal die Acht angekündigt haben, wenn sie nicht alsbald abdanken und das Königreich räumen.[2] — Heute erwarten wir den König; er wird trotz der kaiserlichen Einladung in der Altstadt beim Kaiserrichter wohnen; „wird also ein wunderbares regiment sein, wan der kaiser aufn Ratzschin und der könig in den stätten mandiren werden.“ Es ist hier eine überaus grosse Menge Volks, grosse Teuerung und nicht geringe Besorgnis vor einer Pest. — Tengnagel wird noch mit der Folter verschont, da er sich erboten hat, den ganzen Verlauf schriftlich zu entdecken, wozu ihm fünf Tage Zeit gelassen wurden. Er hat aber ganz wenig geschrieben unter dem Vorgeben, es könne niemand seine Schrift lesen; also wird man wol gegen ihn verfahren und der König schärfere Inquisitoren verordnen.

Schlesien und die Lausitzen sind in guter Bereitschaft, können aber den Böhmen wenig Beistand leisten, da sie den Herzog von Teschen, der mit 1500 Kosaken in die Herrschaft Pless eingefallen ist, und den

---

[1] Der Kaiser hatte noch vor dem Abzug des Volkes, am 10. März, dem Erzherzog Leopold befohlen, das Volk gemäss dem am 9. März von den Befehlshabern unterzeichneten Revers (vgl. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 227) ohne weitern Verzug abzudanken und jede neue Werbung einzustellen. Am 11. wiederholte er den Befehl, das Volk ohne Aufenthalt an die Grenze zu führen und es daselbst abzudanken, mit dem Beisatz, dass bei Ungehorsam er dies Volk nicht mehr als kaiserliches Volk erkennen sondern gegen dasselbe verfahren werde (Kaiser an Erzherzog Leopold am 11. März: Wmz., Reichstagsakten; Bd. 103 c, no. 3; Kopie). Der Erzherzog versicherte am 13., sie alle seien trotz der Angriffe beim Rückmarsch entschlossen, am Revers festzuhalten (Ib., Leopoldinische Hofkonzepte vom März 1611; no. 3; dasselbe schreibt der Erzherzog am 14. März auch an Ramée: ebenda). Am 18. März zeigte der Erzherzog dem Kaiser durch den Oberst Kaspar von Gent an, dass er mit dem Volk auf Zahlung von neun Monatssolden akkordiert und Tabor geräumt habe; trotz der kaiserlichen Ordonnanz werde aber das Volk von den böhmischen Ständen feindselig verfolgt, seine, Leopolds, passauischen Güter vom König eingezogen und Tengnagel gefangen gehalten; sobald diese Beschwerden abgestellt seien, wolle er an die Abdankung gehen (Ib., a. a. O., no. 13). — Offenbar hatte Pfretzschner von diesem Schreiben Kenntnis.

[2] Der Kaiser erwiderte auf das eben zitierte Schreiben am 20. März mit erneutem strengen Befehl, sofort das Volk abzudanken, alle besetzten Orte zu räumen und allen Schaden gut zu machen, bei Vermeidung höchster Ungnade und Strafe; denn er sei im Falle Ungehorsams gewillt, zusammen mit den böhmischen Ständen alle Mittel zur Dämpfung dieser Landesempörung anzuwenden (Mb., 119 1, f. 14; Kopie). Am 26. März schrieb der Kaiser abermals an den Erzherzog, sich dieses Kriegsvolks sofort zu entledigen; er werde von allen Seiten aufgefordert, das Volk in die Acht zu erklären und die Exekution anzuordnen, was er, wenn nicht binnen acht Tage pariert würde, nicht länger verschieben könne (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom April 1611, zu no. 35; Kopie).

Digitized by Google

März 24. Bischof von Breslau,[1] der heimlich praktiziert und durch seine Wälder bei Glatz einen Pass für fünf Pferde neben einander hat eröffnen lassen, zu fürchten haben. Dem Teschner ist aber schon bezahlt, denn die Schlesier haben sein Ländchen mit 2000 Musketieren eingenommen; sie haben 4000 Mann zu Fuss und 1500 Reiter geworben und ist der fünfte Mann aufgeboten.

Der neue geheime Rat und Kammerpräsident Dohna[2] ist bei den Böhmen und bei seinen Landsleuten in schlechtem Ansehen; er hat in einem Schreiben an diese die böhmischen Stände als Rebellen bezeichnet und die Lausitzer von der Hilfeleistung abgemahnt. Das Schreiben kam heute in die Hände der Stände; Dohna wird wol nicht lange präsidieren, zumal noch Vermutungen vorliegen, dass er an den Consiliis wegen der Passauer teilgenommen hat. Die Jesuiten haben ihr Kollegium zum Gottesdienst wieder frei, auch gehen sie unangefochten in der Stadt herum. „Von den kaiserlichen räten ist keiner, der anjezo nicht seine hände wasche und die alle dem teufel ergebe, die zu diesen ratschlägen geholfen haben. Stralendorf[3] sagt mir selbsten, er sei bei ksl. M.t darüber in ungnaden geraten, dass er diese I. M.t intention nicht habe wollen approbiren helfen. Hanebaldt ist seinem vorgeben nach der allerunschuldigste, der graf von Sulz hats einest und allein gethan. Wir wollens erfaren, wie sie in examine bestehen werden. Dem lantfriet trauen sie allzeit nicht, haben ihr haab und gut neben weib und kind ins schloss geflehet, auch noch nicht ersonnen, sich darauss zu begeben, aussgenommen Stralendorf.“ Zuñiga ist vergangenen Dienstag[4] mit sehr schlechter Expedition wieder zurückgekommen; dagegen ist gestern abends Wenzel Kinsky mit dem Gegenrevers[5] zum König gereist, um ihn hereinzubegleiten. — Soeben zieht der König mit 44 Kornet Reitern, etwa 5000 Pferden, und einem Regiment österreichischen Fussvolks ein;[6] Liechtenstein, Dietrichstein[7] und Khlesl hat man nicht bei ihm gesehen.[8]

Einige sagen, es wäre ein gutes Mittel des Vergleichs zwischen den beiden Brüdern, wenn sich Erzherzog Maximilian bereden liesse, dem Kaiser Tirol einzuräumen, also dass die kaiserliche Hofhaltung nach Innsbruck käme,[9] wogegen Maximilian im Namen beider Herrn

---

[1] Karl Erzherzog zu Oesterreich.

[2] Vgl. oben no. 57, S. 121, Anm. 1.

[3] Leopold von Stralendorf, Reichsvizekanzler, wol zu unterscheiden von seinem Sohn, dem Reichshofrat Peter Heinrich von Stralendorf.

[4] Am 22. März; vgl. oben no. 105, S. 250, Anm. 2.

[5] Nach Mägerles Tagebuch hatte Wenzel Kinsky am 23. März zu Böhmisch-Brod dem König den Gegenrevers der Stände (vom 22. März; Ma., 111/11, — Kop.) überreicht; vgl. auch das Schreiben des Königs an seine hinterlassenen Räte zu Wien vom 25. März (Wi, I A 1, K. 2991; Kpt.).

[6] Vgl. H. M. von Schönburgs Angaben in no. 105, S. 251 f.

[7] Franz von Dietrichstein, Kardinal und Erzbischof von Olmütz.

[8] In seinem Bericht vom 29. März widerruft Pfretzschner diese Angabe und versichert, dass Khlesl neben Meggau, Lobkowitz und Khuen zu allen Audienzen gezogen werde (Drs., a. a. O, f. 492; Or. eigh.).

[9] Ueber dies Projekt, den Kaiser nach Tirol zu versetzen vgl. oben no. 98, S. 215 und Anm. 1.

Digitized by Google

Statthalter in Böhmen sein und Matthias zum Successor designiert werden solle. Man hat ein gutes Vertrauen zum Hause Sachsen und hofft, dass durch dessen Intervention alles in friedlichen Stand gebracht werden wird, obgleich die Stände sich jetzt etwas „refractorie" erzeigen. Prag den 24. martii abends um 9 uhr 1611. März 24.

Drs., l. 9166, I. Buch pass. Kriegsvolks, f. 462; Or. eigh.

115. Baugy an Puysieulx. März 26.

„Pendant que les affaires cheminent de deçà en la façon que j'escry a la royne, l'archiduc Leopold est a Cremaw avec partie de ses trouppes et comme il a esté secouru d'argent par l'ambassadeur d'Espagne, quand il est party de ceste ville, ainsy que Vous aurez veu dans quelcune de mes precedentes, aussy a il encores recouru a luy pour moyenner sa reconciliation avec le roy de Hongrie[1], se disant qu'il offre de licentier ses dictes trouppes, pourveu qu'on luy donne de quoy les payer ou qu'on luy permette d'engager a cet effet ladicte seigneurie de Cremaw, qu'on leur octroye a tous un pardon general et saufconduit pour demeurer en seureté dans ce royaume et dans l'empire, aprez qu'ilz auront esté licentiez, et qu'on le laisse jouir paisiblement des biens et revenuz de son evesché de Passaw, situez en la Haute Austriche.[2] Il y en a qui doutent, s'il fait ces propositions a bon escient, par ce qu'aussytost qu'il fut arrivé au dict lieu de Cremaw, le s.r de Ramée de son sceu et consentiment (a ce que l'on dit) feit [!] trencher la teste a neuf officiers qui estoient accusez d'avoir voulu faire mutiner lesdictes trouppes, lors qu'elles estoient a Prague, et les faire passer au service des estatz, en leur livrant les principaux chefz d'icelles,[3] comme si par ceste execution et chastiement il les voulut contenir en discipline et obeissance, pour les employer a l'avancement de ses premiers desseins. Son conseiller Tenknaghel entre plusieurs depositions sur divers interrogatoires, qui luy ont esté faitz, a dit (ainsy que l'on m'a rapporté), que ledict s.r archiduc estoit deliberé de chercher de l'appuy en France, ce qui s'accorde aucunement a ce que j'avois desia entendu, qu'il se vantoit d'avoir receu des lettres de chiffre de la royne, pleines de bienveillance et d'inclination au bien de ses affaires, de quoy j'ay pensé devoir continuer a Vous donner aviz,[4] d'autant que le bruit en est semé par les Espagnoles et leurs suppostz, qui conduisent toutes ces menees avec un merveilleux artifice. Mons. le Rheingrave, que Vous connoissez, est icy depuis deux jours;[5] je ne say s'il est venu pour essayer d'estre employé par ledict s.r roy ou s'il a esté envoyé vers luy (comme il dit) avec quelque charge

[1] Vgl. oben no. 105, S. 250 Anm. 2.
[2] Vgl. oben no. 114, S. 283 und Anm. 1.
[3] Vgl. A. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II. S. 230
[4] Vgl. oben no. 99.
[5] Vgl. oben no. 104, S. 246, Anm. 3 und die folgende no. 116

Digitized by Google

März 26. secrette des electeurs de Saxe et de Brandebourg, de l'accord desquelz touchant les differens de Juliers je n'ay rien appriz davantage que ce que je Vous en ay cy-devant mandé. De Prague le 26. de mars 1611".

Pa., coll. Harlay n. 238., vol. XII, f. 107; Or.

März 28. **116. Zuñiga an König Philipp III.**

„Vienen el rey de Ungria y sus ministros muy puestos en conseguir desta vez no solo la corona de Bohemia, pero tambien la de rey de Romanos, obligando al emp.[or] a que se disponga a darsela. Viene con el rey un embaxador del elector de Brandemburg,[1] de quien se prometen quanto pueden dessear y despues de haver llegado aqui, ha venido el Ringrave, que es un conde de mucha calidad del imperio, de parte del elector de Saxonia, segun me han dicho los ministros del rey, con grandes offrecimientos[2], y lo mismo me ha confirmado y encareçido mucho el mismo Ringrave que es conoçido mio. De lo que toca a los eletores eclesiasticos se hallan con poca luz los del rey y aunque yo la he procurado tomar dellos, se han escusado con la poca seguridad de las cartas y assi con participacion del rey trato de embiar alla alguna persona a tentar el vado y de parte de S. S.[d] haran los nuncios todos los buenos officios que pudieren que la coyuntura es grande, aunque no faltan dificultades, por que hasta aqui los eclesiasticos han sido poco inclinados al rey de Ungria; pero en esta coyuntura no dejo de tener esperanças de que se acomodaran, si bien este favor que por todas partes se va descubriendo en los hereges a la persona del rey, les puede poner en cuydado; pero en qualquier otro camino que quisiesen seguir veo mayores incombenientes.

Suplico a V. M.[d] considere de quanta suma importancia es todo este negocio que aqui tengo entre manos y quanto inporta que el rey Matias se vea favorecido y apoyado de parte de V. M.[d], para que en las cosas justas y raçonables se acomode con los protestantes, pero en las que no lo fueren pueda tomar alguna manera de brios y autoridad en el tratar con ellos y que lo de la election de rey de Romanos se encamine como comviene. Para todo esto seria muy forçoso V. M.[d] se sirviese de remitir con toda prontitud alguna gran suma, que la que yo tengo recivida esta tan baja como V. M.[d] podra

[1] Hans Meinhard von Schönburg; vgl. oben no. 105.

[2] Wie tatsächlich die Erbieten Kursachsens beschaffen waren, ergibt das in no. 104, S. 246, Anm. 3. angeführte Antwortschreiben des Kurfürsten an den König vom 5./15. März. Man scheint systematisch über Sachsens Haltung Unklarheit verbreitet zu haben; denn Friedrich Graf Fürstenberg weiss an Erzherzog Maximilian am 1. April gleichfalls zu melden, dass Kursachsen dem König durch den Rheingrafen habe gratulieren lassen, ohne den Kaiser davon zu unterrichten (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom April 1611, no. 15; Or. eigh.).

Digitized by Google

mandar ver por el tanteo que embio, aunque se ha procurado todo lo posible destribuir el dinero solamente en cosas necesarias o muy importantes para los fines que se pretenden.[1] Praga a 28 di marzo 1611." März 28.

Sim., Fasz. 2496, f. 217; Or.[2]

117. Zuñiga an König Philipp III. März 28.

„Al emperador hizo nueva instancia[3] en que yo fuese encontrar al rey de Ungria; avia pedido lo mismo al nuncio, pero no se hizo instancia segunda vez con el antes; parecio que quedasse y assi yo fui solo. No me mando S. M.[d] ces.[a] otra cosa sino que procurasse que se detuviesse, donde le hallase y que procurase entender, si venia el rey de buena o mala voluntad contra el. Pero esto se trato por medio de consejeros, que yo no vi al emp.[or] partir diciendoles, que pues alla avia personajes de parte de S. M.[d] ces.[a], que eran el duque de Branzwig y el conde de Zoleren, que yo les ayudaria en todo lo que pudiesse como embaxador de V. M.[d] que tanto desseava meter bien entre los hermanos, pero que no me encargava de hazer la embaxada de parte del emp.[or]. Encontre al duque de Branzvig, que venia por la posta a Praga y dixome la resolucion, con que quedava el rey de entrar en Bohemia, quede con el que se diesse priesa por bolver que yo procuraria de tener al rey hasta su buelta, llegue a los 19. a la tarde a Iglau, donde alle a S. M.[d] y tube audiencia a los 20. por la mañana; avia hecho el dia antes instancia con los ministros, paraque aguardase el rey al duque y con S. M.[d] la hize en la audiencia; pero estava ya todo muy apunto y llego un correo del duque con una carta suia y aviso de que el se havia buelto a Praga y assi el rey se resolvio de entrar en Bohemia. Llego aquella noche a la primer ciudada, que llaman Taichenbrot.[4] La mañana siguente me parecio adelantarme y assi con licencia del rey caminava hazia a Praga y encontre al cavallerizo

---

[1] Die Rechnung über die 250000 Escudos, die nur 580085 fl. ertrugen, fehlt.

[2] Am gleichen Tag berichtet Zuñiga seinem Herrn, dass Khlesl und Khuen ihm soeben angezeigt hätten, Matthias habe sich entschlossen, die Erzherzogin Anna [Tochter des Erzherzogs Ferdinand von Tirol] zu heiraten. Zuñiga erwiderte, dass sein König zwar aus Staatsgründen eine Verbindung mit der Herzogin Magdalene von Baiern gewünscht hätte; wenn sich dabei aber Schwierigkeiten ergaben, so sei wol sicher, dass dem König Philipp der neue Entschluss des Königs Matthias sehr angenehm sein werde, „siendo aquella princesa de tanta virtud y de su propria casa" (Sim., a. a. O., f. 216; Or.).

[3] Vgl. oben no. 88 und 98. Ueber Zuñigas Schickung vgl. ferner no. 105 und Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II. S. 248 f.

[4] Deutsch-Brod.

Digitized by Google

März 28. mayor del emp.or,[1] que me dio una carta de Ernesto de Molart,[2] en que de parte de S. M.d ces.a me decia, que juntamente con el cavallerizo mayor pidiese al rey que viniese a Praga[3] y que viniese a posar a la ciudad pequeña y assi hize alto en el lugar, donde el rey venia a comer. Y fue muy facil de alcanzar la primera peticion; en quanto a la segunda hizo el rey dificultad, escusandose con que las vezes que avia venido a Praga, avia posado en palacio y que convidandole el emp.or fuera razon, que le convidara para palacio y que no le seria para la parte de la ciudad, donde queria que posasse. Pero formaron una respuesta decente y cortes que trujo el cavallerizo mayor.[4] Yo tambien me adelante a Praga y referi al Ernesto de Molart que havia hallado en el rey muy buena voluntad de respetar y servir el emp.or, pero con resolucion de no desatarse de los Bohemios, a quienes estava tan obligado y aca le aguardavan ya con paciencia. Ha estado todos estos dias passados travajado de la gota, pero allele con buena disposicion y sin ningun embarazo en el andar, ponderle mucho quanto le convenia en lo que se hubiese de tratar y hazer con el emp.or que se procediese de su parte con toda modestia y que en las cosas de la religion y aun en las demas mostrasse entereça con las Bohemios haziendoles toda merced en lo que fuere justo y razonable y que fiase de V. M.d que le queria y estimava muchisimo y que apoyaria sus cosas como propias. Discurrio sobre todo acertadamente y de manera que halle en el mas de lo que pensava, porque tenia relaciones de muy corto talento y no dejo de discurrir harto a proposito en todo." Von des Königs Räten „me ha parecido el obispo de Viena de muy raro entendimiento y de gran eloquencia en la lengua latin; es tenido comunmente por persona muy doblada, no esta bien quisto ni de catolicos ni de herejes.[5] Meckau es cavallero, muy gentil

[1] Adam von Wallenstein d. J.

[2] Geheimer Rat des Kaisers und einer der wenigen, die in diesen Tagen beim Kaiser aushielten.

[3] Vgl. no. 105, S. 250 Anm. 2.

[4] Vgl. Hammer-Purgstall, Leben Khlesls, II.; Urkundensammlung no. 308 und 302.

[5] Vgl. Schönburgs Urteil in no. 105 und Anm. 1 auf S. 256. Auch Friedrich Graf Fürstenberg klagt in einem Schreiben an Erzherzog Maximilian vom 24. März: Khlesl zieht mit dem König, weshalb die Stände besorgen, er werde nichts gutes stiften und Matthias zu einem gefährlichen Vertrag bringen; „kain müglich nit ist, ohn disen mann zu sein" (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom März 1611, no. 28; Or. eigh.). Und einige Tage später, am 1. April, schreibt Fürstenberg: „man spannet alberait seer auf den Glössl zue Prag und würd man ine nit leiden wollen. Althaimb erpiett sich zue dociren, dass niemand als Glössl an disem landsverderben und allem übel ursach; das würd an seinen orten, sovil ich vermerke, auch virkommen" (Ib., a. a. O., Missiven vom April 1611, no. 15; Or. eigh.). Am 19. April berichtet Fürstenberg an Erzherzog Maximilian: „Glösl dominiret, verwüret die sachen und disgustirt dem könig die besten confidenten; Gott wolle, dass er nit bösers causire (Ib, a. a. O., no. 41; Or. eigh.). Und einen längern Bericht vom 27. April schliesst der Graf mit den Worten: „in summa, Glössl will auch Böhmen regieren" (Ib. a. a. O., Missiven vom Mai

Digitized by Google

persona y de mucha bondad y estilo de palacio. No es propriamento del consejo, pero entra en el, es gran catolico, tiene grandes quejas del emp.or y assi le ha desservido en todos estos negocios pasados con gran pasion. Mit dem ordentlichen [geheimen] Rat Popel, einem Bruder des Oberstkanzlers, habe ich nicht gesprochen; „tiene agora la expedicion de las cosas de Bohemia; dizeme que es hombre de entendimiento, aunque muy vario y asi lo ha sido en materia de religion. El maestro de campo general y su teniente[1] son hereges y se admiten muchas vezes al consejo; entre los coroneles los mas son catholicos.“ Die 6000 Soldaten zu Fuss und 1500 zu Pferd werden hauptsächlich von den österreichischen Provinzen und von Mähren bezahlt. Ein weniges bezahlt der König „y assi no tiene S. M.d libre disposicion, antes necessidad de contemporiçar siempre con ellos.“ Die Böhmen verhandeln über die Berufung eines neuen Landtags, weil der letzte nur berufen worden war „para tratar de la defension.“[2] Jetzt wollen sie Matthias zum König krönen oder ihm die Verwaltung des Königreichs und des Kurfürstentums [Böhmen] übergeben „con estar el emp.or en manos del rey y de los Bohemios, teniendo guarnicion suia en el castillo toda, y algunos dellos indiciados de haver conspirado con el s.or archiduque Leopoldo para hazerle rey, tienen la parte de S. M.d ces.a, aunque sin esperanza ninguna de podelle remediar. Yo voi procurando que se junten con los demas a tratar de los negocios y que los que tienen culpa sean recividos piadosamente, y he ponderado al rey, quanto conviene el salvarlos, si bien a sido cosa lastimosa los hierros, en que han caido muchos catolicos con zelo indiscreto de religion, pues el demonio no pudiera inventar cosa mas perniciosa para ella que la leva y progresos de esta gente de Passau, que a puesto a los catholicos en terrible aborrecimento y opinion de sediciosos y aunque parece, que con la venida del rey se ha de remediar esto en mucha parte y se comiença März 28.

1611, no. 11; Or. eigh.). Ein Agent schreibt am 16./26. März aus Prag: „der gewissenslose pfaff Clösel [ist auch mitgekommen], welches uns nit allerdings gefallen will; hoffen doch, ihme solle der pass den stenden zue schaden gespörrt werden“ (Stg., Uniousacta, t. XI., f. 524; Kopie).

[1] Hans Sigmund von Herberstein und Georg Graf Hoditzky.

[2] Am 27. März ersuchten die böhmischen Stände den Kaiser um Ausschreiben eines Generallandtages auf Montag nach Quasimodogeniti [April 11.]; als Zweck gaben sie an: Einstellung des tyrannischen Vornehmens des passauer Volkes und Vergleichung, wie dies Königreich künftig in bessern Stand gebracht und regiert werden könnte. Würde der Kaiser nicht willfahren, so müssten die Stände den Generallandtag selbst ausschreiben (Wmz., Korrespondenz, Band 1, -- Kopie). Am gleichen Tag teilten die Stände obiges Begehren dem König mit und baten ihn, mit dem Kaiser dahin zu handeln, dass er in Ansehung seines Alters und wohin es durch die bösen Räte gekommen sei und noch kommen könnte, sich ein ruhiges Leben gefallen lasse und sich mit Matthias als designiertem König wegen eines besseren Regiments benehme; Matthias möge so lange bei den Ständen bleiben und ihnen helfen (Wi., 1 A 1, Ka. 2991; Kopie). — Das folgende ist bei Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II. S. 253, Anm. abgedruckt.

Digitized by Google

März 28. ya a ver algun beneficio, todavia es cosa de grandisimo cuidado el ver que el rey viene llamado de los herejes y que si ha de entrar ha de ser con gran vituperio de su hermano y que el dia de oy ni el uno ni el otro tienen mandado en este reyno y quando se venga a asentar el del rey como se puede esperar, no parece que ha de ser tan absoluto ni con aquella autoridad que convendria." Die Böhmen dringen stark in den König, dass er sein Volk gegen Leopold schicke und zwar zugleich mit dem ihrigen, was eine Anzahl von 3000 Pferden und 9000 Knechten ergeben würde. „Yo procuro que el rey y ellos tengan por bien que Antonio Mirabalo, cavallero Neapolitano y gentilhombre de la camara del s.or archiduque, que se halla aqui en mi casa, vaya a tratar con S. A.a, que se a parte de empresa tan sin fundamento y con algunos de sus oficiales, de que efectivamente se licencie aquella gente. Pero es negocio muy intricado y dificultoso yrase haziendo en el de mi parte todo lo que fuere posible. De Praga 28 de marzo 1611."

Sim., Fasz. 2497, f. 220; Or.[1]

März 30. **118.** Der Herzog von Braunschweig an den Kurfürsten von Sachsen.

„Freuntlicher lieber schwager vnd bruder. Ich habe Dein schreiben[2] zu meinen handen wol entphangen vnd gebe Dir darauff freunttlich zu vernemen, das ich vor etzlichen tagen von der ksl. M.t anhero gefordert zu dem ende, des konniges auffbruch zu verhindern, wie ich den schon zuuor vor mich gethan, aber nichts erhalten konnen. Soviel des konniges eigene persohn anlangett, habe ich dennoch so weit gewonnen, das sich I. kgl. W. sowol mündtt- als schrifftlich erkleret, wieder der ksl. M.t person nichts thettliches vorzunemen sondern als ein bruder zu kommen und I. M.t freunttschafft zu beweisen, wie ich den glimpfs halber es so weitt befordert, das die ksl. M.t den konig durch ein handbrieflein eingeladen,[4] auch dieselbige, wie sie alhie angelangett, freunttlich durch den lanttgraffen und hern

[1] Im spanischen Staatsrat beschloss man auf obigen Bericht hin, um Matthias von den Ketzern unabhängig zu machen, ihn aus spanischen Mitteln aufs wenigste mit 100000 Dukaten zu unterstützen (Sim., Fasz. 709, f. 180). —

[2] Der Kurfürst von Sachsen schrieb am 15./25. März an den Herzog: Derselbe möge ihm gewisses über den Vergleich zwischen den Brüdern mitteilen; er, Kurfürst, habe bei beiden schon Erinnerung getan. Der Herzog möge auch sorgen, dass dem Kaiser kein Schimpf widerfahre und nur die bösen Ratgeber bestraft werden. Wenn der Herzog glaube, dass er, Kurfürst, dabei etwas gutes verrichten könnte, so werde er es an sich nicht fehlen lassen (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom Mai 1611, zu no. 11; Kopie.

[3] Vgl. oben no. 105, S. 251, Anm. 2 und F. Hurter, Geschichte Kaiser Ferdinands II., VI. S. 475 f.

[4] Vgl. oben no. 105, S. 251, Anm. 3. Über die Bemühungen des Herzogs in Wien vgl. auch den „Gründlichen Bericht" an vielen Stellen.

Digitized by Google

Ernsten von Mola entphahen, der konig auch herwider I. ksl. M.[t] durch dero obersten cammerer[1] freunttlich grüssen lassen. Sonsten ist der konnig auff verordnung der Bohemen ihn die alte stadtt losirt, mus sich aber selber bekosten. März 30.

Sonsten stehen die sachen ihn einem geferlichen zustandtt vnd ist die verbitterung bey dem gemeinen pebel wieder die ksl. M.[t] so gros, das sie auch von deroselben nichts horen noch dero namen nennen wollen. Her Omnis hatt das regimentt, der altten rahtt gilt nicht vnd werden die vota numeriret vnd nicht ponderiret und in summa, es sihett einem grossen generalauffstandtt gar gleich. Vnd sein dic Bohemen gar insolent vnd ist kein respect mehr verhanden, wie sie den auch heutiges tages den Hegenmüller aus dem schlos wegkgenommen vnd ihn die altte stadt auff das ratthaus gesetzett.[2]

Vorgestriges tags haben die stende bey I. M.[t] vmb einen landtagk angesucht mit dem anhange,[3] wan I. M.[t] ihrem suchen kein statt thun wurden, so wolltten sie vor sich denselben ausschreiben. Es haben aber I. M.[t] darein gewilligett vnd auff den montag nach Quasimodogeniti denselben bestimmett. Das kaiserliche schlos wirdet durch das mehrische volk verwachet vnd obwol anfangs in namen der ksl. M.[t] bestallung ausgangen, darauf auch etzliche bohemische fenlein gerichtett vnd der ksl. M.[t] vnd den stenden zugleich geschworen, so hatt man sie doch vor wenig tagen dessen vngeachtet ihn der stende namen allein beeydiget vnd sowol die ksl. M.[t] als den designirten konig ganz ausgeschlossen.[4] Die obristen, so vorigem eyd zuwider nicht abermals schweren wollen, sein cassirt vnd andere ahn ihre statt verordnet worden vnd ist nuhn es bey den stenden so weit kommen, das es heisset: sic volo, sic iubeo, sit pro ratione voluntas. Sonsten ist ihr einiges intent, den konig zu cronen vnd hinfuro under des keissers regiment nicht länger zu verpleiben. Dem gutten alten herrn schibett man alle last auf den rucken vnd befleissiget sich darjegen, denselben buben, so I. M.[t] miht ihren vermessenen consiliis hinder das licht gefürett, vberzuhelfen vnd bei dem konnige vnd den landen auszusonen.[5] Der graff zu Zollern hatt sich aus dem staube gemacht, der erzhertzog Leopold vnd sein anhang perseveriren ihn vorigem trotz, zwingen die leute mitt gewaltt, sich ihnen mitt eyden verwandt zu machen, rauben viehe vnd andere victualien, Buttwys befestigen sie, der erzherzog verschreibett die landsherrn und dautzett dieselbig vnd schreibt ihnen: liebe, getreue;

---

[1] Leonhard Helferich Freiherr von Meggau, Oberstkämmerer und Oberst-hofmeisteramts-Verwalter.

[2] Zugleich mit Andreas Hannewald und Matthaeus Welser; über diese Verhaftung berichtet ausführlich Pfretzschner am 30. März (Drs., l. 9166, I. B. passauer Kriegsvolk, f. 511; Or. eigh.); vgl. unten no. 122.

[3] Vgl. oben no. 117, S. 289, Anm. 2.

[4] Bestätigt durch Pfretzschners Bericht vom 29. März (Drs., a. a. O., f. 492; Or. eigh.).

[5] Vgl. oben no. 105, S. 250, Anm. 2, und unten no. 131, S. 317 mit Anm. 2.

Digitized by Google

März 30. hatt die enge passe, so auff Baiern vnd Passaw gehen, dardurch nur sonsten die saumros gehen konnen, offnen vnd ganze herstrassen machen lassen, wil auch wider geschens keiserlich gebott vnd den von sich gegebenen reuers, handtt vnd sigel nicht abdancken, ehe dan vnd zuvor 1) ihm seine in Ostereich eingezogene gütter restituiret, 2) die herschafft Crummaw eigenthumblich so lange verschriben, bis ehr sich aller schaden, so ehr gelitten, erholett, 3) das Dennagel vnd ander gefangene losgelassen 4) vnd den sambtlichen officiren vnd kriegsleuten generalpardon gegeben sey.[1] Ich habe mich aber so stark bemuhett, das I. M.t dessen ungeachtet ein scharffes monitorium abgehen lassen[2] vnd nochmals die abdankung innerhalb acht tagen ihns wergk zu richten sub poena banni gebotten haben, wiewohl sich leutte gefunden, so sich solches vmbzustossen gar hoch bemuhett.[3]

Vnd aus obgeseztem allem hatt mein bruder zu vernemen, wie geferlich die sachen mitt der ksl. M.t persohn stehen vnd weil es ein solch werk, das sich dises feuer, so ihn Vngern angefangen vnd durch Ostereich vnd Mehren anhero sich begeben, zur bosen consequenz leichtlich ihn ganz Teutschlandtt vorstrecken vnd ein generalrebellion bey aller chur- vnd fursten vnterthanen erwecken kontte, als hastu neben andern chur- vnd fursten wol auffzuschauen. Es ist mir dise sache allein zu hoch vnd zu schwer. Mitt des konniges persohn hette es enttlich keine streitt, wie aber die Bohmen, so das schwertt ahnizo ihn handen haben, zu stillen, da sehe ich wenig mittel, dieweil sie keine rationes oder admonitiones admittiren.[4]

Vor mein persohn, weyl es leider zu solchen extremitatibus kommen vnd ich ander gestalt, wie gern ich auch woltte, I. M.t nicht dienen kan, stehe ihn bemühung, ob es dahin zu handeln, das I. M.t proprio motu zu versicherung kunftiger succession die kronung

---

[1] Vgl. oben no. 114.

[2] Vgl. Anm. 2 auf Seite 283 zu no. 114.

[3] Der Agent eines evangelischen Fürsten, vielleicht Philipp Ehem, bezeichnet Hannewald, Hegenmüller und den Reichshofratspräsidenten Grafen Hohenzollern als diejenigen, die das scharfe Verfahren gegen die Passauer widerrieten (Bericht aus Prag vom 20./30. März: U., Unionsacta, XXI., no. 2101). —

[4] Ueber die „Insolenz" der Böhmen klagt auch Friedrich Graf Fürstenberg (Schreiben an König Matthias vom 26. März in Wi., I A 1, Ka. 2991; Or. eigh.). Erasmus Tschernembl schreibt an den oberpfälzischen Rat Theophil Richius am 29. März über das böhmische Unwesen: „Viel hette bissher mögen durch die Böhemen ihnen selbst und uns zu gutem leichtlich remedirt werden, wan nicht die forcht der offension, die sorg der aussgab, die blindheit, die hoffnung eines vortheils hetten unsere benachbarten Böhemen beinahent ohne unterscheid alles schadens, nachthail und gefahr der religion, freiheit und guts, ja ihrer nachkommen vergessent und unempfintlich gemacht" (De., A 9a, I c, no. 8; Kopie). Auch Pfretzschner klagt in dem oben (S. 291, Anm. 4) angeführten Bericht: „Es gehet leider gar ubel zu, ist eine pur lauter confusion, dardurch nichts anders verrichtet als das konigreich ausgesogen und in eusserste armuth und verderben gesetzt wird." Ueber die Haltung der Böhmen gegen den Herzog von Braunschweig vgl. oben no. 114 u. Anm. 3 auf S. 282.

Digitized by Google

dem konnige anbotten, soviel aber die regierung anlanget, sich mit dem konnige dahin freunttlich verglichen, das gleichwol I. M.t konig vnd bey der regierung pleiben, doch das das regiment verbessert vnd ihn einen andern stand gesetzet wurde; dan auf solchen wegk ginge es noch zum thayl mit autoritet vnd glimpf zu, da sonsten auff widrigen fal solches alles vnd wol ein mehrers mitt schimpf vnd violenz geschehen mochte. Vnd da ahnsonsten mein bruder kein bedencken hetten, sehe ich gern, das Sie sowol vor sich selber ein ansehnliche legation schickte alss die bey Dero itz anwesenden chur- vnd fursten dahin, das sie ebenmessig thetten, vermugen möchten, damitt gleiwol I. M.t einigen beystandtt habe, auch so wol der konig als die bohmische stende zu aller schittligkeitt ermanet werden mechten. Datum Prag den 20 martii a. 1611." März 30.

Drs., l. 9166, I. Buch passauer Volks, f. 507; Or. eigh.

119. Der pfalz-neuburgische Sekretär Gaugler an Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg. März 30.

Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm hat, nachdem er erfahren, dass der Herzog von Würtemberg nicht in Stuttgart sei, nicht für ratsam erachtet, demselben nachzureiten sondern hat lieber seine Reise nach Düsseldorf befördert.[1] Mich hat er von Cannstadt aus nach Stuttgart abgefertigt, damit ich, was der Pfalzgraf dem Herzog mitteilen wollte, mit Melchior Jäger[2] oder Vizekanzler Faber bespräche. Am 14./24. März kam ich in Stuttgart an und erlangte bei Jäger — Faber war in Schweinfurt — Gehör. Auf meinen Bericht von dem, was Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm mit dem Herzog von Baiern wegen Erneuerung des gefallenen Vertrauens im Reich verhandelt hatte[3], antwortete Jäger: er höre davon gerne und wolle es seinem Herrn berichten, der sich darüber freuen und es an sich nicht fehlen lassen werde; denn ähnliche Kommunikation sei seit einiger Zeit zwischen seinem Herrn und Erzherzog Maximilian vorgegangen und habe er, Jäger, deshalb mit des Erzherzogs Geheimsekretär verschiedene Briefe gewechselt.[4] Der Herzog

[1] Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm hatte am 21. März Neuburg verlassen und war am 31. bereits wieder in Düsseldorf angekommen (vgl. Mc., Jül. Succession, Fasz. 89, no. 270, III., f. 13 und f. 25; eigh. Or.).

[2] Württembergischer Kanzler, gestorben vor dem 19. April 1611.

[3] Vgl. oben no. 92.

[4] Die Versuche des Erzherzogs Maximilian, zu einer Komposition im Reich zu kommen, gehen ins Jahr 1610 zurück, ebenso die Anknüpfung mit Herzog Johann Friedrich von Württemberg; man hielt sich in Stuttgart aber wegen des österreichischen Hausstreites und wegen der Eifersucht des Kaisers gegen Erzherzog Maximilian zunächst zurück (Württembergische Räte an ihren Herzog am $\frac{\text{27. Dezember 1610}}{\text{6. Januar 1611}}$: Stg., Unionsacta, tom. X., f. 379; Or.), doch war man entschlossen, dem Erzherzog bei einer etwaigen Gefährdung durch das elsässer Volk die Hand zu reichen (Kurpfälzische Räte an den Administrator am 9./19. Januar: Mb., 119/3, f. 23; Kpt.).

Digitized by Google

März 30. hätte mit E. fl. Gn. gern schon eher kommuniziert, wenn er nicht für nötig gehalten hätte, in so wichtiger Sache vorher einen guten Grund zu legen, weshalb er auch Baden noch nicht das geringste mitgeteilt habe; er wolle es aber tun, sobald die Sache in Gang gebracht sei; er habe auch seinen nach Schweinfurt abgeordneten Räten anbefohlen, wegen Erneuerung des Vertrauens mit den anderen Ständen zu reden und wegen der Mittel hiezu zu beraten.[1] Da sich aber wegen des Streits um das Direktorium die Verhandlungen zerschlugen und E. fl. Gn. Leute unverrichteter Dinge abzogen, werde dieser Punkt dahinten bleiben. Von des Erzherzogs Anmutung wissen nur er und jetzt ich. Wegen Buwinckhausen sagte Jäger selbst, dass diesem hierin nicht zu trauen sei; sobald dieser davon erfahre, wisse man es allenthalben in deutschen und auch welschen Landen; Buwinckhausen sei in grossem Verdacht. — König Matthias habe fast in gleichem Sinne an Württemberg geschrieben,[2] wie gewiss auch an E. fl. Gn.; doch werde es dabei allerlei Bedenken haben; die Abschrift der Antwort solle E. fl. Gn. um Gutachten zugeschickt werden. — Da die Wiederaufrichtung des Vertrauens nötig sei und man bisher mit Schaden erfahren habe, was das Mistrauen mit sich gebracht und voraussichtlich noch bringen werde, so habe der Herzog der Sache umso eifriger nachgedacht, — zumal man erkannt habe, dass es auch dem Erzherzog Ernst sei. Der Herzog sei der Meinung, dass, wie vor Jahren zu Passau geschehen, einige Kurfürsten und Fürsten in der Enge und Stille mit wenigen Vertrauten an einem besondern Ort zusammen kommen und einander, wie Baiern angedeutet, „recht berichten“ und aufrichtig sagen sollen, was einer vom andern begehre und was zu solchem Mistrauen Ursache gebe; dabei sollen sie auch auf Mittel denken, die Hindernisse wegzuräumen, und also das Vertrauen zu pflanzen; man könnte bei solcher Versammlung einen Eventual-Vergleich treffen und denselben auf einem Reichstag den andern Kurfürsten und Fürsten proponieren. Je geringer anfangs die Zahl der Teilnehmer, desto besser wäre es, etwa von jeder Religion je ein Kurfürst und ein Fürst, vielleicht Mainz und Baiern, und von evangelischer Seite

---

[1] Die württembergischen Abgesandten zum schweinfurter Unionstag wurden zum dritten Punkt des Ausschreibens instruiert: Dem Herzog sei nicht entgegen, mit den geistlichen Kurfürsten und Fürsten in besseres Vertrauen zu kommen; man möge darüber die Meinung der andern hören und sich eines gemeinen Schlusses vergleichen . . . . . Da Baiern gegen das passauer Volk Assistenz und Konjunktion seines und der Unierten Volkes begehrt habe, so sei zu bedenken, ob man nicht auch von Baiern solche Assistenz begehren solle; man würde dabei wenigstens erfahren, wessen man sich von den Päpstischen zu versehen habe. Die Gesandten sollen den Unionsständen auch den württembergischen Briefwechsel mit König Matthias, und Erzherzog Maximilian wegen der Gravamina der Unierten mitteilen und das Gutachten der Anwesenden vernehmen, ob ein oder das andere Mittel zum Zweck dienlich wäre (Instruktion vom $\frac{\text{22. Februar}}{\text{4. März}}$: Stg., Unionsacta tom. IX., f. 162; Kpt.).

[2] Am 3. Februar: vgl. oben no. 26 und Anm. 2 auf S. 67.

Digitized by Google

E. fl. Gn., wenn nicht nomine electorali als Administrator der Kurpfalz, so doch als Fürst; würden E. fl. Gn. als Administrator zugelassen, so solle Württemberg eintreten, sonst aber sollen Sachsen und E. fl. Gn. fungieren. März 30.

E. fl. Gn. werden zu bedenken wissen, was Sie demnach an Melchior Jäger oder an den Herzog selbst schreiben wollen; gut wäre, dem Herzog mitzuteilen, was Sie an Baiern schrieben und darauf zu Antwort erhielten. Es muss aber ganz im geheimen geschehen, denn wenn die Calvinisten davon das geringste erfahren, so werden sie heimlich und öffentlich das Werk zu hindern trachten. Datum Franckfortt den 20. martii a. 1611. — Praes. Neuburg 30. martii. a. 1611.

Mb., 343|13 a, f. 15; Or. eigh.[1]

120. Der jüterbogker Vertrag. März 30.

Die Hauptartikel sind gedruckt bei J. Ch. Lünig, Deutsches Reichsarchiv, Pars spec., II., S. 135 f.; J. du Mont, Corps universel diplomatique du droit des gens, V., 2., S. 160 f.; im Auszug bei M. Meyern, Londorpius suppletus et continuatus, I. 1739, S. 401 und bei Th. von Moerner, Kurbrandenburgs Staatsverträge von 1601—1700; Berlin 1867, S. 151.

121. „Revelatio consiliorum in aula caesarea ad domandos Evangelicos in ducatibus Juliacensibus regnoque Bohemiae et aliis imperii eiusdemque vicinis ditionibus apud Pontificios initorum, a Francisco Tennaglio, ser.mi archiducis Leopoldi cancellario, recens facta et ill.mis regni Bohemiae ordinibus ab eodem in scriptis exhibita.“ März Ende.

„Cum in omnibus consiliis, quibus nunc paene duos interfui annos, hoc tantum simplex et nudum fuerit propositum (sicuti ego

[1] Am 9./19. April schreibt mit Beziehung auf Gauglers Bericht Pfalzgraf Philipp Ludwig an den Herzog von Württemberg: er habe dem Bericht entnommen, dass ihrer beiden Gedanken wegen Herstellung des Vertrauens im Reich gleichgerichtet seien und dass sich auch auf der andern Seite friedliebende Fürsten befänden, durch deren Vermittlung derselbe Zweck erreicht werden könnte. Zur Vermeidung Verzugs müsse man sich dieserseits alsbald wegen der Personen und wegen der Verhandlungsgegenstände vergleichen: von den katholischen Ständen komme es zunächst auf Mainz und Baiern an, durch die man die ganze Liga gewinnen könnte; wenn der Herzog Mainz auf sich nähme, würde er, Pfalzgraf, mit Baiern handeln; als dritter katholischer Stand käme noch Erzherzog Maximilian in Betracht. Auf Seite der Evangelischen seien Kursachsen und Württemberg zu diesem Werk am besten geeignet; der Pfalzgraf wolle es aber auch an sich nicht fehlen lassen. Sobald man wegen der Personen einig sei, solle jede Partei unter sich zunächst bedenken, wie die Sache anzugreifen sei und welche Beschwerden zur Union und Defension Anlass gegeben haben (Mb., 343|13a, f. 22; Kopie nach Heuchelins Kpt. — Stg., Unionsacta, tom. IX., f. 9; Or.).

Digitized by Google

März Ende. bona conscientia testari possum), qua scilicet ratione statim ab initio nunc paene per triennales inter duos dominos fratres [versantium] dissensionum caes. M.tis auctoritas satis imminuta caeteraeque adhuc caesari restantes provinciae conservari atque etiam (si res ad novum et apertum deveniret bellum) aliae, quae antea perditae fuerunt, recuperari, imo si fieri possit, maius aliquid deinceps ab hoste haereditario obtineri posset, haec statim in principio sequentia impedimenta et obstacula prae caeteris hîc sese ostenderunt et obtulerunt:

Inprimis omnino creditum fuit, alterationem et abalienationem animorum dominorum fratrum tum temporis contra caes. M.tem maxime erupisse, cum archidux Ferdinandus a. 1606 ad comitia imperii tum Ratisbonam conscripta a caes. M.te delectus et ablegatus fuit; et cum caes. M.tas ipsiusque fratres aetate satis essent confecti, quidam etiam ipsorum diversis corporum imbecillitatibus per intervalla gravarentur nec a quoquam, ut coniciebatur, ulli imposterum, nedum ante obitum propter aetatem ad imperium idonei et legitimi haeredes essent sperandi, nunc caes. M.tem ratione boni publici et conservationis inclitae suae Austriacae domus rem quoad punctum successionis in provinciis suis haereditariis in lineam Graezensem et in specie in dictum archiducem Ferdinandum tamquam natu maiorem et rerum potentem libenter dirigere ac propterea Ser.tem Suam quasi hac privata ad scopum accomodata legatione etiam electoribus, principibus et statibus sacri imperii, ut in regem Romanorum eligi posset, notam facere et insinuare voluisse.

Quapropter statim opinio ista durantibus adhuc imperii comitiis non tantum per ea quae tum fiebant, verum etiam propter informationes Vienna in imperium emanantes (quarum quidem una a domino comite Mansfeldio accepta et Straubingae ex clementissimo mandato dicti domini archiducis Ferdinandi, sicuti mihi documenta a domino comite Altheimio in ista temporis brevitate comunicabantur, refutata fuit et inter scripta mea intercepta haud dubie adhuc reperiretur) apud multos plurimum crevit. Quoniam vero ab illo statim tempore contractus antea conclusus in ultima transactione inter laudatissimam domum Austriacam sublatus innotuit et novis discursibus ansam praebuit, pro tenui meo iudicio arbitror, quod ab illo tantum tempore caes. M.tas ratione successionis in s. imperium et provincias suas haereditarias, quae liberam habent electionem, in archiducem Leopoldum animum converterit, qui dicto contractui non subscripsit, verum perpetuo partes M.tis Suae simpliciter tenuit. Et quamvis hoc pro certo affirmare non possim, hanc tamen inde habeo coniecturam, quod archidux Leopoldus continuo, posteaquam archiducem Carolum huc est comitatus, in commissione Viennensi pro restitutione regni et provinciarum concessarum adhibitus ipsique comes Sulzius, Altheimius et Hegenmüllerus adiuncti fuerunt. Eodem tempore Joannes Rupertus Hegenmüllerus imperialis aulae consiliarius inter prandendum mihi significavit, proficiscendum sibi esse Viennam et an ipsi comes esse vellem? Quod cum ipsi continuo promisissem, rhedam conduxi et una cum ipso iter suscepi interque viam

Digitized by Google

in Ser.^{tem} Suam incidimus, cui ego per hanc occasionem humillime notus factus sum. Et quoniam illa [Ser.^{tas}] quendam in urbem Hornensem ablegare decreverat, ego me inscio et nescio etiam per quem Ser.^{ti} Suae ad id negotium fui commendatus et eo missus, ut ex domino Georgio Erichio a Buchaim resciscerem, an status ibi tunc congregati ad protectionem caes. M.^{tis}, ut rumor erat, redire vellent. Qui id mihi propter motus tum exorientes pro sua persona est pollicitus et de caeteris ibi congregatis statibus bonam spem fecit. Sic cum hoc responso equis velocibus ad Ser.^{tem} Suam sum reversus eamque Gollersdorfii inveni et in eodem itinere, ut Ser.^{ti} Suae inservire vellem, a me fuit petitum. Quod cum hac conditione promisi, ut mihi dimissionem muneris mei, quo tanquam consiliarius appellationum fungebar quamque diu frustra sollicitaveram, impetraret, quam etiam postea, cum Ser.^{tas} Sua Pragam rediisset, obtinui illaque dimissio reservato titulo consiliarii a domo concepta scripto mihi communicata fuit. März Ende.

Paulo post pascha, cum Ser.^{tas} Sua esset Passavii, a caes. M.^{te} cum litteris propria sua manu scriptis ad Ser.^{tem} Suam missus sum, ut auxiliante comite Sulzio ipsam clam, ne per alios impediretur, Pragam revocarem, quo etiam Ser.^{tas} Sua, quanquam satis longo post tempore se recepit et si recte memini aliquot septimanas ibi substitit, donec ii qui (sicuti adhuc hodierno die indubitanter mihi in mentem induco) Ser.^{ten} Suam non libenter eo venire videbant et rerum gubernacula ut ante in manibus servare malebant, ipsi commissionem Juliacensem obtulerunt, quod (ut postea repertum) ita secrete fuit actum, ut etiam, cum commissio conclusa et a Ser.^{te} Sua acceptata esset, intimi et secretissimi consiliarii, se illam clam habituros iuramento promisisse dicantur et sic a Ser.^{te} Sua, ut una proficiscerer, sum invitatus, inscius quidem, quonam esset eundum. Omnino tandem existimavi, iter illud Monachium et inde Passavium tendere, donec Pilsam venimus, ubi Ser.^{tas} Sua intentionem suam, quod Juliacum vellet proficisci, mihi clementissime concredidit eamque, ut clam haberem, mandavit, ut etiam factum est. Tum Ser.^{tas} quosdam ex comitatu aulico Passavium remisit, nostras duas rhedas Noribergam ablegans, ut pro literis cambii seu traiectitiis, quas Ser.^{tis} Suae supremi camerarii vicarius secum habebat, quandam pecuniae summam ad 12 credo florenorum milia a mercatoribus postularemus et inde quamprimum iter versus Coloniam ingrederemur ibique ulteriora mandata exspectaremus. Sua vero Ser.^{tas} paucis equis veredariis assumptis versus Juliacum descendit interque viam duobus electoribus ecclesiasticis, Moguntino et Trevirensi, ut percepi, propositum suum patefecit et eo, quo toti est orbi notum, modo Juliacum pervenit. Quamprimum itaque nos, qui remanseramus, de Ser.^{tis} Suae Juliacum adventu in via certiores facti sumus, iter nostrum tanto magis Coloniam versus acceleravimus, adventum nostrum Ser.^{ti} Suae literis significavimus et continue, ut nos Juliacum (sicuti factum est) conferremus, mandata accepimus.

Digitized by Google

März Ende. Secundo post adventum nostrum die ad ultimo occisum Galliae regem equis celeribus excurrere me oportuit, ut gravibus et magni ponderis argumentis et rationibus M.tem Suam hortarer, ne duobus principibus Brandenburgico ac Neoburgico ulla auxilia praestaret sed iuxta antiqua et nova cum caesare Romano icta foedera, ne alter alterius iurisdictioni se immisceat atque etiam iuxta tractationem Parisiensem neutralitatem observaret. Post multos vero labores et disputationes nonnisi dubium et simile paene illi, quod postmodum comiti Zollerensi datum responsum reportavi; nihilominus tamen realia auxilia tam ea aestate quam hieme sequente (nisi clam factum sit) emansere.

Quoniam vero ex Praga non tantum minima auxilia nobis non adveniebant verum etiam persecutionis processus non sequebantur, adversarii etiam magis ac magis viribus et auxiliis corroborabantur, in eas tum cogitatationes et suspiciones incidimus, quod illi, qui Ser.ti Suae, ut hanc perplexam et periculosam commissionem acceptaret, persuaserant, rem eo deducere cogitarent, ut Ser.tas Sua despectum et ignominiam reportaret et sic per indirectum gratiam et favorem caesareum amitteret.

Posthac Ser.tas Sua ubique sollicitare auxilia non intermisit et ab electore Trevirensi ac qui tum temporis erat coadjutore nunc episcopo Spirensi per me 12 circiter milia florenorum obtinuit hac cum conditione, ut ista summa in solvendis futuris imperii contributionibus retraheretur et reservaretur.

Apud electorem Moguntinum similiter hac cum conditione aliquid actum, nescio autem quando et quantum, quoniam post meum ab electore Trevirensi reditum continuo in Hispaniam ablegatus fui ibidemque similiter omnibus gravibus et magni momenti argumentis, quae excogitare poteram, auxilia petivi et sollicitavi, hoc praecipue urgens, unumquemque, cui ducatus Juliacensis, Clevensis et Bergensis caeterorumque appertinentium comitatuum et dominioruum conditio nota esset, non ignorare, quanti regiae Hispaniae M.tis ipsiusque regnorum et provinciarum interesset, ne dicti ducatus in principum manus devenirent, qui continuata et aperta inobedientia spretisque omnibus caesareis etiam sub poena banni editis diversis legitimis et omni exceptione maioribus mandatis omnium praetensionum nondum adhuc decisarum se expertes facerent; nam etiam ipsos, ut notorium, cum Hollandis et Galliae rege, coronae Hispanicae hostibus, esse confoederatos et fere quotidie clandestina et aperta ab ipsis accipere auxilia. Unde aperte coniciendum et aestimandum, quod si dicti duo principes intentionen suam manu armata ad finem perducerent, regiae Suae M.ti respectu istarum provinciarum non solum omnia media ad ea, quae Hollandi ipsorumque confoederati ipsi in Belgio armis extorserunt, recuperanda perderentur verum etiam ea, quae ipsi adhuc ibi restarent, non sine summo periculo forent; unde praeterea finitimi electores ecclesiastici facile opprimi et res eo deduci possent, ut laudatissima domus Austriaca imperium amitteret, per quod, sicuti ad potentiam et reputationem toti mundo notam prae caeteris orbis christiani familiis

Digitized by Google

ascenderit, sic etiam eandem necessario, praesertim in praesenti rerum statu per imperium conservari oportere — et quae aliae rationes et promotiones ad obtinendum magnam pecuniae summam et auxilium in diversis et copiosis discursibus propositae fuere, quas impossibile est, memoria continere, nedum calamo concipere. März Ende.

Et quamvis omnino sperassem, fortia quamvis clandestina auxilia ad minimum non fore defutura, praesertim cum certo essem expertus, quod regina archiducem Leopoldum fratrem suum intime amaret atque etiam extreme et vehementissime sibi hoc negotium cordi esse sineret, ut etiam in rebus suis propriis diligentius esse et ipse archidux Leopoldus melius quam ego tractari non potuerit, cum etiam apud sororem suam, magnam Hetruriae ducem (quoniam alia nobis succurrendi media non suppetebant) tantum effecerit, ut iste magnus dux 300 coronatorum milia, quae ex navigationibus indiacis tribus annis sine ullo lucro persolvi deberent, mutuo concesserit. Ex quibus legato Hispanico domino Balthasaro de Zuniga, qui hic residet, 200 coronatorum milia assignata et quae restant archiduci Alberto instanter sollicitanti in Belgium delegata fuerunt.

Sic cum litteris tam ad Ser.^{tem} Suam quam ad dictum legatum Hispanicum remissus fui, hac spe mihi facta, illum pro sua prudentia nobis ista pecunia succurrere sciturum. Et quoniam neque regina neque ii, qui ipsi erant addicti, maius aliquid quoad pecuniae directorium obtinere poterant, ista nixus spe ex Hispania per Galliam Juliacum me recepi et expeditionem meam obedienter retuli et narravi. Continue inde post Pragam ad Rom. caes. M.^{tem} et saepius dictum legatum Hispanicum auxilia me impetraturum sperans profectus et simul a Ser.^{te} Sua pro supremo consiliariorum secretissimorum iuramento praestito susceptus sum.

Cum autem apud legatum Hispanicum essem et contra spem meam nulla auxilia realia (licet ille, prout sese ferebat, pauca florenorum milia, quae magis ad iuvandam sumptuum solutionem quam ad rem et bellum faciebant, duabus vicibus eo miserit) vel per me vel per alios obtinere potuissem, caes. Suae M.^{ti} in longa mihi data audientia humillime declaravi, exacerbationem, quam in Hispania reperissem, ex duabus praecipue causis promanare: primum quod M.^{tas} Sua legatum Hispanicum nulla audientia dignaretur, sicuti praesens legatus per duos annos ad ipsam non venisse diceretur, in Hispania autem ipsius relationes et consilia, quae de huius loci rebus proferret (ut ex ipsa regina intellexeram), in omnibus paene probari ac Viennenses nullam in informando et praeoccupando diligentiam omittere ideoque M.^{tem} Suam ipsum non solum clementissime audire verum etiam ad obtinenda pecuniarum auxilia sufficientibus invicem oblationibus factis ipsam cum illo tractare debere; deinde etiam M.^{tem} Suam marchionem Castilionensem adiunctum legatum quam primum eo mittere debere; nam quod tribus abhinc annis nullus in aula Hispanica inter omnes contrarias informationes, nedum legatus caesareus, qui res M.^{ti} Suae

Digitized by Google

März Ende. in casibus incidentibus procuraret et defenderet, adfuisset, non solum iniquissime ferri verum etiam M.ti Suae summe damnosum esse.

Ad haec M.tas Sua in ambobus punctis consentit iussitque, ut legato Hispanico audientiam indicerem, sicuti factum; M.tas que Sua ipsa supradicta auxilia instanter sollicitavit. Nihil autem effectum, verum legatus in generalibus remansit. Expeditio etiam marchionis ex illo tempore decreta et promota fuit.

Hisce autem negotium hoc non fuit finitum; verum dicta caes. M.tas me ulterius instante et sollicitante una mecum d. Hegenmüllerum ad legatum misit; ibi praesente Hegenmüllero ipsi de novo in mentem adduxi, an non regina ipsa expresse scripsisset, ne dominum fratrem suum ullo modo desereret sed ubique manus auxiliares ipsi praestaret et si remissa illa 200 coronatorum milia non sufficerent, an non regina promitteret, se, quaecumque ulterius expenderet, rato haberi et ipsi reddi curare velle? Quod legatus quidem non negavit, nihil tamen categorice ad haec declarare voluit; licet tandem dimidiam tantum istius summae partem ad belli Juliacensis continuationem flagitaverim, ibi aeque atque antea nihil obtinui. Tandem d. landgravius Leuchteburgius et ut opinor comes Sulzius et d. Lambergius a M.te Sua eo missi fuere, nihil tamen magni ut antea obtinere potuere. Ex illo tempore a superiore nuntio et praesenti legato Hispanico nihil nisi persecutiones partim scriptis partim et saepius coram apud Ser.tem Suam sustinui, quae tamen apud ipsam, quoniam rem gestam et innocentiam meam noverat, nunquam valere potuerunt.

Cum igitur tam a M.tis suae ministris, qui hic erant et nos hinc inde circumducebant, quam ab Hispaniarum rege et archiduce Alberto, in quibus duobus nostram summam spem collocaveramus (siquidem in processibus Pragensibus nullam fiduciam ponere poteramus) atque etiam aliunde sine auxilio relinqueremur, econtra vero duobus principibus ex Gallia, ab Hollandis et aliis unitis principibus magna et potentia nummorum, militum et omnium rerum ad bellum pertinentium auxilia summitterentur, negotium Juliacense se nullum alium quam qui toti mundo notus est exitum sortiri potuit.

Verum quidem est, quod speratis auxiliis duos illos principes istis ducatibus cedere cogere potuissemus; nam Ser.tas Sua illis prius excedere non decreverat quam sumptus impensos recepisset; qui cum plurimum forent augmentati, Ser.tas Sua adhuc longo tempore in possessione remansisset. Et hoc facile evenire potuisset: nam si iuxta spem nostram multa obtinuissemus auxilia sumptuumque magnitudo multum excrevisset et sic difficulter ab illa parte, quae causam iure obtinuisset, rependi potuissent, tum Ser.tas Sua parti causam obtinenti aliquam pecuniae summam (quam ad rem multi istorum principatuum status tam ut tanto citius ex illo labyrintho liberarentur quam quod Ser.ti Suae bene affecti essent, quantum in ipsis fuisset, sine dubio fideliter praestitissent) pro iure suo rependisset, dicti sane duo principes aut ipsorum principales propter inobedientiam aut alioquin propter ius Saxonum validum praetensiones suas amittere potuissent. Recordor

Digitized by Google

etiam adhuc doctorem Joannem Gedelmannum legatum Saxonicum hic residentem vivente adhuc principe defuncto Joanne Wilhelmo, cum mihi obtenta domus Saxoniae privilegia monstraret, mihi tum expresse dixisse, dictam laudatissimam domum Saxonicam sua quidem opinione non alienam foro, ut post illius decessum et in casu victoriae et in foro iustitiae caes. Suae M.ti laudatissimaeque suae domui pro alia recompensatione praetensionibus suis legitimis cederet. März Ende.

Quod autem Ser.tas Sua propter provincias istas tanto aere alieno obrutas, quo omnes paene praefecturae premuntur et nunc magna pars tamquam feuda vacua a diversis dominis directis ortum habentia retrahuntur, non solum electoratum Saxonicum verum etiam totum imperium modo iniustissimo in se concitare, omnes alias spes, quas tempus et fortuna dare potuissent, relinquere et de facto istas provincias sibi subicere voluerit, hoc sane Ser.ti Suae, quantum ego penetrare potui, nunquam in mentem venit. Esset etiam hoc contra omnes rationes politicas omnisque praetextus, quo id coram imperio et exteris principibus defendi possit, nobis sublatus fuisset et consequenter haec res non bene successisset. Et hac quantum ad rem Juliacensem, quoniam in specie de hac fui interrogatus.

Quod iam successionem in imperium et regna illa, quae ut supra dictum liberam electionem habent, attinet, ego antehac transactionem et contractum inter laudatissimam domum Austriacam factum a Ser.te Sua duabus vicibus petivi, ut ex illis videre possem, quousque in hisce praetensionibus procedendum esset, siquidem unus quisque fidelis minister, si per legitima media potest, dominum suum extollere et magnum facere eiusque utilitatem promovere tenetur.

Intellexi autem, nullum in Ser.tis Suae cancellaria Passaviensi exemplar adesse et sic ad hodiernum usque diem, quomodo res illa ex fundamento et particulariter sese haberet, rescire non potui; et mihi hic semper ea, quae aliquando antehac, cum privata mea curarem negotia nec adhuc Ser.ti Suae operam meam addixissem, audivi longusque ille discursus, quem cum episcopo Burgensi habui, in mentem venerunt, qui nescio an serio vel mentem meam expiscandi causa tandem affirmavit, quod hasce domus Austriacae provincias deficiente imperatoria M.te [et] dominis fratribus, de quibus nulla fit spes prolis, et consequenter tota linea masculina Maximiliani II. imperatoris augustae memoriae ad regem Hispaniae delabi oporteret! Ad quod respondi, me hoc propter sequentes rationes et causas probare non posse: primum, in partitione inter Carolum V. et Ferdinandum augustum huic non multum obvenisse et invicem tantorum regnorum Indiarum, Belgii et paene quartae mundi partis nonnisi Austriam, Styriam et ditionem Tirolensem cum pertinentibus provinciis sortitum esse, praesertim cum regna Hungariae et Bohemiae cum adiunctis provinciis tandem post ex fundamento electionis et matrimoniorum obtinuerit; me itaque videre non posse, qua ratione et aequitate rex Hispaniae in hisce pauculis, quae lineae Ferdinandicae relicta essent, successione Maximiliani deficiente praeferri posset, praesertim cum linea Graezensis a communi

Digitized by Google

März Ende. stipite Ferdinandi descenderet et sic stirps mascula nondum interiisset, unde regem Hispaniae hac in parte, quod praetenderet, non habere. — Ad haec si recte memini fuit replicatum: regem Bohemiae Vladislaum multa bona equestria allodialia fecisse et vicissim a statibus hanc transactionem obtinuisse, quod ipsius Vladislai heredes masculi continua serie descendentes aut etiam illis deficientibus filiae in hoc regnum succedere deberent et sic de iure deficiente linea masculina dicti regis hoc regnum per matrimonium ad Ferdinandum devolutum esse, hac tamen re occultata idem per electionem data prius obligatione rex factus et electus esset; caesarem vero Ferdinandum, postquam de omnibus sufficienter informatus fuisset, istam obligationem repetivisse et sustulisse. Cum igitur tam hoc regnum quam reliquae provinciae Austriacae per matrimonium ad domum Austriacam devenerint et propterea etiam filiae iuxta proximitatem gradus succedant, necessario deficiente imperatore et fratribus regem Hispaniae tamquam caesaris ex sorore nepotem iure repraesentationis Graezensibus, qui uno gradu longius abessent, praeferendum esse. In imperio etiam electores ecclessiasticos sua conservandi causa illam sequi oportere; sic devoluto ad se regno Bohemiae quatuor vota in electione imperatoris habiturum; hac etiam ratione conservationis domus Austriacae utilissimum fore et Ferdinandum archiducem eo in casu ob rationes antedictas atque etiam ad conservationem laudatissimae domus Austriacae et boni publici tandem cessurum.

Quamvis autem ego pacta haereditaria ut supra memoratum nunquam viderim, in mentem tamen inducere non potui, quod, quamdiu haeres aliquis masculus ex stipite Ferdinandi imperatoris superesset, illi, qui ex sorore descenderunt, hac in parte aliquid haberent, quod praetenderent. Quoniam vero superiori anno in Hispania comperi, hunc discursum non esse sine causa institutum sed in consiliis etiam Hispanicis eundem scopum peti, non intermisi, quin hoc archiduci Leopoldo diversis vicibus humillime ob oculos ponerem ac simul indicarem, cum iam caes. M.tas ipsiusque fratres anni sint satis confecti nec ulli ex iis sperari haeredes possint, archidux etiam Ferdinandus apud multos in imperio in odium venerit et iuxta communem opinionem difficile futurum sit, ut in regem aut imperatorem Romanorum casu incidente eligatur, Ser.tem Suam animos electorum facile sibi acquirere et sic per legitima media magnum principem fieri posse. Hungariae et Bohemiae eandem esse conditionem nec ullum ex sua familia id iniuriam vocari posse, cum iis, quae veniunt in liberam electionem, nemini inferatur iniuria. Ad imperium enim neminem ex quacunque alia familia facile aspirare posse, quia nemo propriis sit suffultus opibus ad onera imperii ferenda requisitis et quae aliae sunt rationes. A Ser.te autem Sua hoc responsum accepi: nemini feliciter facile cessisse, qui se in alienam vocationem introiceret; se in suo statu et vocatione permanere velle. Ad haec ego respondi: quamvis quondam antiqui in aliqua essent vocatione, Deum tamen saepius quosdam ad aliam vocasse; et quoniam Ser.tas Sua tanto talento regna

Digitized by Google

hominesque gubernandi praedita esset, sicuti in ipsius praesentia dicere me non deceret, ipsam etiam scire non posse, ad quid Deus ipsam vocarit; si Ser.tas Sua per illegitima media ad simile aliquid aspiraret, me ipsum nihili eam facturam, si vero quisquam legitime praesertim idoneus per conciliationem animorum ad aliquid pervenire posset, id nemini vitio vertendum, multo minus id ministro alicui vitio verti posse, qui domini sui gloriam et incrementum legitime propagare et promovere tenetur. März Ende.

Sic itaque, cum Pragam venissem, in ea quam apud caes. M.tem habui audientia, consilia Hispanica, sicut ea resciveram, humillime aperui eademque similiter in ultimo, qui a. 1610 hic fuit, conventu praesentibus electoribus et quidem antea Dresdae electori Saxoniae nec non archiduci Ferdinando detexi significans, nationem Germanicam nunquam adhuc sub alieno dominio fuisse et me non sperare nec ad ea extrema devenisse, ut contra auream Caroli IV. bullam peregrinis nationibus nos submittere et sub iugum venire nos oporteret. Et quantum penetrare potui, omnium animos nequaquam eo inclinatos sed potius iuxta omnia indicia archiduci Leopoldo prae caeteris domus Austriacae affectos sensi. Necessario autem me conicere oportuit, Hispanos propterea successioni fratrum inhaerere, ut affectioni imperatoriae M.tis erga Leopoldum, quantum fieri posset, obsisterent et adversarentur, quo post obitum fratrum supradicto modo ad intentionem suam, quae alias in fumum abiret, pervenire possint.

Iuxta haec confiteor, ligam catholicam aeque atque Hallensem nunquam mihi placuisse. Semper enim existimavi modum esse, per quem Hispanus et Bavarus claves imperii quaererent; saepe etiam tam multa contra eam dixi, ut quandoque reprehensus fuerim. Exinde in omnibus consiliis id quaesivi, ut ante omnia archidux Leopoldus staret constanter partibus imperatoris conscriptis, suffragante iustitia causae, quantum ratione assequi poteram, ut imperatore mediante et electoribus suffragantibus ad intentionem supradictam perveniretur. Et adhuc eam teneo opinionem id nos fallere non debuisse, si modus a Ramaeo inventus rem non turbasset et perdidisset; quoniam vero omnino existimabamus, militum in hoc regno conscriptiones magis in praeiudicium caesaris quam pro utilitate eiusdem fieri, tandem post multa decreta et ordinationes in contrarium editas in id consensum fuit, cum nobis persuaderemus, coniunctionem utriusque partis militum unicum et optimum medium fore, caesaris autoritatem et consequenter modo iam dicto spem nostram integram conservandi, praesertim cum ductor Ramaeus pollicitus esset, omnia sine sanguinis effusione fieri debere seque noctu et clam, ut decreverat, ingressurum. Opinor etiam, si eo tempore, quod per Ubesco significare fecerat, venisset, cum nihil prope ad defensionem erat paratum et quidem noctu et clam, promissis eventum responsurum fuisse.

Haec breviter intentiones et media nostra fuerunt, per quae ad propositum nostrum pervenire sperabamus; hoc etiam corporali iuramento confirmare et sanctissimum sacramentum super hoc sumere paratus sum.

Digitized by Google

März Ende. Pro conclusione humillime rogo, sicut et heri precatus sum, ut omnium gentium iure de non violandis legatis atque etiam salvo conductu hoc regio frui possim. Hoc per omnem meam vitam, sanguine etiam meo non parsurus obedienter commereri studebo.[1]

Franciscus Tennagel."

Wi., I A 1, Succession, Ka. 2990; schlechte Kopie (lateinisch); Wöa., Böhmische Akten, Bd. 14; deutsche Uebersetzung.

April 2. **122.** Zuñiga an König Philipp III.

Die Böhmen haben „Anibal" und „Eckmüler" sowie „Matheo Velsar tesorero", wie Matthias sagt, gegen sein Wissen gefangen genommen.[2] „He sentido en particular lo de Anibal, porque el emp.or me havia mandado que yo tratase con el rey, que no se procediese contra el y me avia escrito el obispo de Viena que no le prenderian y que decia esto aviendolo tratado con algunos de los estados de Bohemia, pero todos resolvieron despues de prenderle. Dize el obispo que sin sabiduria del rey, pero afirman me otros lo contrario y los Bohemios dizen, que se movieron por causa nueva, aviendo venido un aviso de Silesia, de que avian entrado 2000 cosacos en el pais[3] con nombre de soldados del emp.or y que esta leva se avia encaminado por via de Anibal. El obispo me parece demasiado artificioso y que a la larga dificultosamente podra llevar esta carga, que tiene acuestas. Procuro que el rey se anime y cobre autoridad, que estamos en muy trabajosos terminos, no teniendo el emp.or ninguna y el rey muy poca. Dicen los Bohemios, que aguardan a que se junte la dieta y a que sea su rey; pero bien se vee que van con intento de darle la corona muy çerçenada." Erzherzog Leopold hat zu direkten Verhandlungen mit Matthias in meinem Hause den italienischen Kapitän Manfrin Castillon hieher geschickt, „un de los mas honrados de su exercito y el instrumento principal que anduvo entre el emp.or y el coronel de la Rame para traer aqui la gente de Passau y demas desto odiosisimo a los Bohemios por averlos amenaçado y echado mil invectivas contra ellos; fue menester hazerle retirar luego y temo que si da en sus manos lo passara mal. Tiene gran

[1] Bodenius schreibt an den Herzog von Baiern am 9. Mai: es gibt einen von Tengnagel selbst geschriebenen Diskurs, den ich nächstens mitteilen werde, worin der Autor sagt, dass Spanien und Baiern bisher die Schlüssel zum Reich gesucht hätten (Mc., Entstehung, Fasz. III., no. 26, f. 68; Or. eigh.). — Da Tengnagel am Schluss seiner vierten Aussage vom 17. März (oben no. 106) angibt, dass er bereits begonnen habe, seine Geheimnisse niederzuschreiben, so darf die Abfassung dieser „Revelatio" an das Ende des März oder den Anfang des April gesetzt werden, jedenfalls vor die peinliche Befragung am 18. April, auf die Tengnagel sonst wol am Schluss dieses Schriftstückes angespielt hätte; vgl. no. 114, S. 283.

[2] Vgl. oben no. 118, S. 291, Anm. 2.

[3] Der Herzog von Teschen war als Parteigänger des Erzherzogs Leopold in die Herrschaft Pless in Schlesien eingefallen (vgl. oben no. 114).

Digitized by Google

falta el archiduque de personas, que le aconsejen, que aqui debiera embiar una persona pacifica y de buen termino para componerse con el rey." De Praga 2 abril 1611. April 2.

Sim., Fasz. 2497, f. 260; Or.

123. Baugy an Puysieulx. April 2.

„Quelque mine que facent les Espagnols, je croy ainsy que Vous me mandez par Vostre derniere du 13 de mars, qu'ilz ont part aux entreprises de l'archiduc Leopold ou du moins qu'ilz ont eu dessein, qu'il donnast occasion au roy de Hongrie de venir de deca pour s'asseurer de la couronne de Boheme et se faciliter celle de l'empire pour la crainte qu'ilz ont tousjours eue, que l'empereur en vielissant en sa resolution de ne s'accommoder a leurs intentions et venant a deceder sans avoir disposé de sa succession, ella ne tumbast en quelque autre main que d'un prince de la maison d'Austriche. Ce qui me confirme en ceste opinion est, qu'entre eux ilz parlent avec grand mespris dudict s.r empereur et qu'ilz ne peuvent si bien findre, que l'on ne recongnoisse qu'ilz sont fort contantz de le veoir reduict a ceste extremite, en laquelle s'ilz s'employeront, affin que sa cheute ne soit si rude et entierement honteuse, ce ne sera pas pour affection ou compassion qu'ilz en ayent, ayns seulement pour la reputation de la famille qui seroit bien ravallee, si l'on procedoit contre luy en la facon que plusieurs ont desire; mais comme il y en a dedans et dehors l'Alemagne qui seront marriz, que ledict s.r roy n'ayt trouvé plus de resistance en ce pays, aussy croit on qu'il ne seroit pas difficile de renverser ou reculer le dessein, qu'ont lesdictes Espagnoles de le pousser a la dignité imperiale, en faisant remonstrer a quelques electeurs et autres princes, qui y ont interest, le fondement qu'iceux Espagnols font sur sa personne, pour s'en prevaloir un jour á l'advancement et establissement de leur pretendue monarchie. De quoy reviendroit ce profit au public que les choses demeurassent en l'estat qu'elles sont; l'on auroit commodité d'attendre le benefice du temps pendant la foiblesse, division et irresolution des Allemans, dont Vous parlez en Vostre dicte lettre et que les occasions que l'on a au dedans du royaume qui empeschent, que l'on ne peut penser au dehors avec tant de vigueur et d'attention, fussent passées. Le bruit est icy que ledict s.r archiduc Leopold s'est acheminé avec cinq cens chevaux et cinq cens mousquetaires a Passaw[1], pour s'en rendre le maistre et s'en asseurer sur un aviz

[1] Der Erzherzog befand sich seit 27. März in Passau (Ib., Hofkonzepte vom März 1611; — Kpt.); er hatte den Untertanen der Herrschaft Krumau befohlen, einen Weg von solcher Breite zu bauen, dass drei Rosse nebeneinder gehen könnten (Landeshauptmann von Mähren an die geheimen Räte in Wien am 29. März: Ib., Ambraser Akten, Missiven vom April 1611, zu no. 35; Auszug), d. h. den alten Saumweg, den „goldenen Steig", zu verbreitern, und war dann auf diesem Weg mit Sulz und Ramée in Passau

Digitized by Google

April 2. qu'on luy auroit donné que les estatz de la Haute Austriche y avoient quelque intelligence. Ceux de Boheme ont envoyé quelques trouppes de leur cavallerie et infanterie avec des autres dudict s.r roy pour s'emparer de quelques avenues et reserrer celles dudict s.r archiduc qui sont a Budueiz et aux environs. De Prague le 2.e d'avril 1611."

Pa., Harlay no. 238, vol. XII, f. 123; Or. eigh.

April 2. **124.** Das Gesamthaus Sachsen an den Kurfürsten von Mainz.

Auf die Einladung zum würzburger Bundestag.[1] Wir wären nicht abgeneigt gewesen, uns auf E. L. Schreiben näher zu erklären. „Dieweil uns aber dasselbe eben zu der zeit, da wir wegen des gülchischen successionsstreits mit Churbrandenburg in volligem tractat und handlung gestanden, inmassen auch Gottlob derowegen eine vergleichung zwischen uns und S. L. getroffen,[2] zukommen und die zeit etwas kurz, als werden wir dahero verhindert, die angedeute tagfahrt zu beschicken. Pitten derwegen freuntlich, E. L. wöllen uns onbeschwert des verzugs entschuldigt halten und, weil wir bedacht, einen unser vornehmen freund zu vermögen, dass er sich in kurzem persönlich zu E. L. verfüge und Derselben, was ermelter union wegen unser gemüt und meinung, entdecken möge, sich bis dahin freuntlich gedulden".[3] Datum Torgau den 23. martii a. 1611.

Drs, l. 7272, II. Buch Unionssachen, f. 396; Kptkopie — Wmz., Religionsakten, Bd. 12., no. 92; Kopie.

April 4. **125.** Bescheid des Herzogs Maximilian von Baiern auf die Werbung der Gesandten des Königs Matthias.

Dank für die Mitteilung wegen des Verlaufs mit dem passauer Volke. — Das Anbringen der königlichen Gesandten[4] wird wiederholt:

---

erschienen (Verordnete des Landes ob der Enns an die Unierten am 30. März: Stg., Uuionsacta, tom. XII., f. 73; Kopie) und zwar mit je 500 Mann zu Fuss und zu Pferd (Landeshauptmann des Landes ob der Enns an Erzherzog Maximilian am 2. April: Ib., Ambraser Akten, Missiven vom April 1611, no. 7; Or.).

[1] Vgl. oben no. 90, S. 200, Anm. 2 und no. 110, S. 271, Anm. 2.

[2] Am $\frac{\text{22. März}}{\text{1. April}}$ macht das Gesamthaus Sachsen an Kurmainz, ebenso wie an Kurtrier, Kurköln, an den Koadjutor von Köln und an den Herzog von Braunschweig Mitteilung von dem Abschluss des jüterbogker Vertrags und den Eintritt Sachsens in den Mitbesitz der jülichschen Lande (Wmz., Juliacensia, V., — Or.).

[3] Wegen der Schickung des Landgrafen Ludwig von Hessen an Kurmainz vgl. unten no. 134.

[4] Die Gesandten waren Hans Georg Teufel, Freiherr zu Gundersdorf, niederösterreichischer Regimentsrat, und Dr. Johann Jakob Wacker von Wackernfels, erzbischöflich olmützischer Kanzler (Beglaubigung an Baiern und Kurmainz vom 12. März in Mc., Entstehung, Fasz. III., no. 25, — Or. und Wmz., Reichtagsakten. Band 103c, no. 30; Or.). Die Instruktion vom 12. März datiert ist gedruckt bei Hammer-Purgstall, Khlesls Leben, II. Urkundensammlung no. 363; vgl. no. 304.

Digitized by Google

1. Der König hat mitteilen lassen, wie sehr das Königreich Böhmen und die unierten österreichischen Lande durch das passauer Volk gefährdet wurden, weshalb er verpflichtet war, dies Volk mit aller Macht zu verfolgen, die Königreiche und Länder zu sichern und zu diesem Ende vor Prag zu ziehen. Da aber die Königreiche und Länder durch den langen ungarischen Krieg und durch die jetzt entstandenen Unruhen völlig erschöpft sind und, wenn diesem Unwesen nicht gesteuert wird, mehr Unrat daraus folgen, dem Erbfeind das Tor geöffnet und das passauer Volk nicht nur in Böhmen hausen sondern schliesslich gar ins Reich rücken möchte, so begehrt der König in dieser wichtigen Sache 1. des Herzogs Rat, 2. dessen Hilfe mit Volk oder Geld. April 4.

Der Herzog hört von diesen gefährlichen Unruhen und dem Streit zwischen Kaiser und König sehr ungern, da an dessen Beilegung nicht nur der beiden sondern auch des ganzen Hauses Oesterreich und des Reiches Interesse hängt. Was aber das Ersuchen um Rat und Hilfe anlangt, so hat der König an den Herzog dasselbe Begehren bereits durch seinen niederösterreichischen Regimentsrat Wolf Niklas von Grünthal zu Kremseck gelangen lassen[1] und hat der Herzog dem Gesandten ausführlich und schriftlich geantwortet, dass er den ganzen Hergang mit dem passauer Volke bis zum Einfall in Böhmen sehr ungern gesehen und den Kaiser schriftlich und durch eigene Gesandten der drohenden Unzukömmlichkeiten hat erinnern lassen. Die Dinge sind zwar dann ganz anders gekommen; aber jetzt ist es an dem, dass der Kaiser das Volk abdanken will, wie er bereits deswegen dem Erzherzog Leopold ernstlichen Befehl hat zukommen lassen,[2] den dieser eben zu des Volks Zufriedenheit ausführen will, weshalb er, Leopold, erst vor einigen Tagen Ramée zu dem Erzherzog Maximilian um „hilfliche Mittel“ zur Abdankung geschickt hat.[3] Demnach sieht der Herzog für das gemeine Wesen, für den König, dessen Erblande, alle Nachbarn und das ganze Reich keinen bessern Weg als diese Abdankung möglichst zu befördern, indem der König, das Königreich Böhmen und andere zu den Mitteln der Abdankung zuschiessen, mit wenigem die Gefahr abkaufen und Friede, Ruhe und Einigkeit einführen statt sich in weitere Gefahr und Unkosten setzen, zumal angesichts der Türkengefahr und bei der Kostspieligkeit aller Kriegsnotdurft zur jetzigen Zeit. Der Herzog hat dies auch dem Erzherzog Leopold vor kurzem vorgestellt und ihn durch einen eigenen Gesandten zu

---

[1] Vgl. oben no. 25, S. 63, Anm. 2.
[2] Vgl oben no. 114, S. 283, Anm. 1.
[3] Hier liegt ein Irrtum des Herzogs vor: Ramée war wol nach Salzburg und München, nicht aber nach Innsbruck bestimmt. Bei Erzherzog Maximilian beglaubigte Leopold am 29. März dessen in Passau anwesenden Oberst-Stallmeister Hartlieb Freiherrn von Pötting (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom April 1611, no. 9; Or.

Digitized by Google

April 4. schleuniger Abdankung gemahnt,[1] auch auf des Erzherzogs durch Ramée abgelegte Werbung[2], „allem fernern unrath vorzukomen und gemeinem wesen zum besten, dardurch dero wolmeinent gemüt dester mer zu erweisen, sich dahin erboten, gegen gnugsamer angebotener caution ihren credit zu interponirn, wie sein des königs W. aus der vor zwei tagen comunicierten resolution nunmer verstanden."

Der Herzog zweifelt also nicht, dass die ganze Sache ohne Weiterungen durch gütlichen Vergleich beigelegt werden kann und die völlige Abdankung allem Unheil abhelfen wird; dem König und dessen Ständen werden dazu erspriessliche Mittel gewiss nicht mangeln, besonders da auch der König zu gütlichem Vergleich Ursache hat und sonst nur äusserstes Verderben des Reiches zum Frohlocken des Erbfeindes folgen würde. Der Herzog würde nichts lieber sehen als dass unter so nahe Versippten aller Misverstand aufhöre und guter brüderlicher Korrespondenz zum eigenen Wol und dem der Untertanen dafür eintrete. Auch der Papst geht nur auf friedlichen Vergleich und Einigkeit und hat den Herzog erst dieser Tage durch ein Breve ermahnt, es an nichts fehlen zu lassen, was zu friedlicher Beilegung des Streits dienen kann.

Gewiss werden auch die interessierten und dem [prager] Akkord „einverleibten" Kurfürsten, Erzherzoge und Fürsten neben andern friedliebenden Reichsständen das ihrige zur Verhütung von Weiterungen tun; von ihren Beschlüssen will der Herzog sich nicht sondern. Jedenfalls wird er sich der Sache stets annehmen und nichts unterlassen, um in dem so nah verwandten Hause Eintracht herbeiführen zu helfen. Datum München den 4. aprilis a. 1611.

Mc., Entstehung, Fasz. V, no. 39; f. 6; Kpt. von Lackner mit vielen Korrekturen Jochers.[3]

April [vor 5.]. **126.** Kanzler Faust an den Kurfürsten von Mainz.

So viel ich auch über eine Instruktion zum würzburger Tag nachdenke, so kann ich doch nicht finden, dass wegen der Punkte,

---

[1] Ich finde nur eine Rückbeglaubigung Viepeckhs durch den Erzherzog vom 2. April (Ib., Ambraser Akten, Leopoldinische Hofkonzepte von 1611; f. 21).

[2] Ramée wurde am 27. März von Leopold an Herzog Maximilian und Herzog Wilhelm beglaubigt (Ib., Hofkonzepte vom März 1611, —) und legte am 1. April bei ersterem seine Werbung ab, indem er den Verlauf mit dem passauer Volk und die Bemühungen des Erzherzogs um die Abdankung erzählte und um ein Darlehen von 150 000 fl. gegen Verpfändung einiger in Baiern gelegener passauer Stiftsgüter bat; da der Erzherzog einen Einfall des Königs Matthias in das Stift besorge, möge der Herzog ihm auch mit Munition aushelfen. — Der Herzog wies zunächst hin, welche Kosten ihm die Versicherung seines Landes gegen das Kriegsvolk verursacht habe; gleichwol wolle er zur Herstellung der Ruhe und zur Abwendung der Gefahr gegen Einantwortung genügender Pfänder seinen Kredit interponieren, doch dass das Kriegsvolk wirklich abgedankt werde. Dem Erzherzog Munition zu überlassen, lehnte der Herzog ab, da Leopold gegen den König zu schwach sei und Schloss und Stadt doch nicht widerstehen könnten; der Erzherzog möge sich mit Matthias versöhnen, dazu wolle er das beste tun (Ma., 111/11; — Kptkopie).

[3] Am Rücken die Bemerkung: „Gilt nit, ist ein corrigirtes [Konzept] vorhanden."

Digitized by Google

deren hauptsächliche Verhandlung man dahin verschoben hat, eine weitere Anweisung zu geben sei als was die Instruktion für den frankfurter Tag[1] über diese Punkte enthält, „sonderlich dieweil solche puncten des wenigern theils auss vorgewandtem mangel bevelchs damals in keine deliberation komen, sonder mochte bei solcher instruction verpleiben, wass und sovil die von Bayern hiebevor designirte und bei dem nechsten bundstag zu Augspurg aussgesetzte puncten belangen thete.“ April [vor 5.].

1. Nur der Rechnungen halber könnte vielleicht verordnet werden, wie einzelne Posten, welche die Stände etwa nicht passieren lassen, zu justifizieren seien, besonders aber, was wegen der mainzischen Soldaten abgerechnet werden solle, „und wan etwas in residuo pliebe, dieweil es zu volliger abzahlung des hiebevor geworbenen kriegsvolks nicht mangelt und also die bare erlegung solches residui erfordert werden mochte, wie man sich darbei zu resolvirn;“ dazu wäre der Kämmerer Gutachten gut.

2. Es wird einer ernsten Beratung bedürfen, falls Sachsen und andere Evangelische wider Erwarten Bedenken trügen, sich zur katholischen Union zu erklären und die Union so schwach als zuvor bleibt, „wie man sich deren zu erfrewen haben konne und ob dergestalt nicht rathsamer were, von der union abzulassen“ als durch Aufhäufung grossen Vorrats sich ganz zu erschöpfen und trotzdem weder allein noch mit dem Vorrat einem geringen Ueberfall zu begegnen zu wissen. Und obwol, wie E. kfl. Gn. in Ihren Erwägungen[2] anregen, es hochbedenklich wäre, von der Union ganz abzutreten, da dann alle bisherigen Aufwendungen verloren wären und den katholischen Ständen daraus nur grosser Schimpf erwüchse, als ob sie nicht ausführen könnten, was sie angefangen haben, auch des Gegners Mut sehr gestärkt würde, so ist dagegen auch zu bedenken, was denn mit der Union, wenn sie in diesem Stand bleibt und wenn man sich auf sie gar nicht verlassen kann, nützliches ausgerichtet werden kann, zumal wenn die Herrn sich in ihren Kammergefällen ganz erschöpft haben und die Untertanen sich beschweren und sich widersetzen, zu ungewissen Dingen zu kontribuieren; wie übel würden sich dann die Herrschaften befinden, wenn sie einem unversehenen Unglück weder für sich noch mit Hilfe der unwilligen Untertanen widerstehen könnten. — Es wäre daher vielleicht nicht vergeblich zu erwägen, — besonders wenn man keine Mittel wüsste, alle katholischen Stände zur Union zu bringen, oder wenn bei den Protestanten zu erlangen wäre, dass sie ihre Union aufgeben, oder wenn zum äussersten „die versicherte mittel an die hand gegeben wurden, wie die rheynische stende, sonderlich Maintz, Wormbs vnd Speyer bei ihrer rings umbgebener nachbarschaft vor allem uberfall konten versichert und geschutzt werden (darauff Speyer

[1] Vgl. oben no. 62.
[2] Fehlen.

Digitized by Google

April [vor 5.]. nicht [un]vernunftige andeutung thut), — ob den rheynischen chur- und fursten allen oder etlichen so sehr bedenklich fallen konte, sich auss der union zu begeben und ihre sicherung, so gut sie der allmechtig einem jeden an die hand schickt, mit underhaltung einer ohnverdechtigen neutralitet mit den benachbarten zu bedenken und dabei die underthanen in einem willigen gehorsam zu erhalten, alles in der vornemen betrachtung, wan der ander theil selbst spuren wurde, wie ubel die catholischen stende mit ihrer union vortkomen, dass eben solche union den protestirenden den meisten anlass geben wurde, die catholische und sonderlich diejenige, deren angesessenheit halben sie etwas meher mechtig sein konten, zu vervolgen."

3. Man wird sich auch darüber resolvieren müssen, man bleibe in der Union oder nicht, „wie ich leichtlich der meinung sein kan, wan es alle catholische stende also fur gut ansehen und die angeregte beschwerungen nicht attendirn wolten (wiewol die geringere bissweilen in das hundert hinein rathen und reden und maistentheils ihre rechnung uf die vermoglichste stellen"), dass es E. kfl. Gn. auch mochten er[wegen] —", ob Sie das Obersten-Amt länger auf sich nehmen sollen. Es haben zwar E. kfl. Gn. sich deswegen bereits auf dem letzten frankfurter Tag einigermassen erklärt, andere haben aber mangels an Befehl sich nicht geäussert, vielmehr gebeten, dass E. kfl. Gn. das Amt behalten mögen.[1] Dass E. kfl. Gn. sich mit dem Amt länger beladen, habe ich niemals raten können, kann es auch jetzt nicht. E. kfl. Gn. werden aus vielen Vorgängen bemerkt haben, wie sehr Sie deshalb angefochten werden. Doch muss bedacht werden, wie dies Amt auf andere Weise besetzt werde „oder je die rheinische stende in andere wege bei dem ihren gesichert seien." Aber dass es E. kfl. Gn. länger tragen sollen, „dessen werden die nunmehr je lenger je mehr einfallende sorgliche zustende zum nachdenken gnugsamen anlass geben," zumal man stets beim Bundesobersten Beistand sucht. Gewährt er die Hilfe, so geschieht es nicht ohne Offension, verweigert oder verzieht er sie, „so hat man den last von den stenden selbst und darf einem wol der gast heimgewiesen werden, der dem wurt ubel lohnet."

Wenn es schon wegen der andern von Baiern designierten Punkte keiner neuen Instruktion bedarf, so bedürfen diese drei unbedingt des Ausschlags E. kfl. Gn.[2] Bis dahin will ich mit Anfertigung einer Instruktion einhalten. O. D.

Wmz., Religionsakten, Bd. 11, Beiheft; Or. eigh.

---

[1] Schon in einer Sitzung des kurmainzischen geheimen Rats vom 2. Dezember 1610 erwägt Faust, wie der Kurfürst sich des Bundesoberstenamts mit Glimpf entledigen könnte (Wmz., Religionsakten, Bd. 11, no. 50; Protokoll); in der Instruktion zum frankfurter Kommunikationstag (vgl. oben no. 62) wird den Gesandten aufgetragen, die Aufkündung des Amtes den rheinischen Ständen anzukünden; vgl. das Protokoll des Kommunikationstages vom 25. Februar (oben no. 68).

[2] Vgl. unten no. 129.

Digitized by Google

127. „Defectus nostrae unionis" (eigenhändige Aufzeichnung des Kurfürsten von Mainz). April 5.

1. „Confirmatio vnionis von I. ksl. M.t hatt bisshero gemanglett vnd noch; nam sine consensu expresso videmur contra pacta agere vnd wirdt Saxen auch nitt dozue verstehen wöllen.

2. Wegen der contribution oder ahnlaag ist vber verhoffen kein gleicheitt zuspuren gewesen vnd hatt man sich der lägstett halber nichts resoluirt, auch kein lieffeřung beschehen, do doch zu Meintz vff alle stiffter, so jeder churfurst haben möchtte, geschlossen. Zu helffen vnd keiner hilff reciproce zuerwarten, contra rationem est.

3. Ausslandischer hilff halber hatt man sich mit hoffnung abspeissen lassen, deren man doch versichertt sein muss sine vlla conditione.

4. Die vnion ist nitt der büre stabilirt oder vermehrtt sonder geringertt worden, in dem sich etliche stiffter gantz eximirt, gedencken auch wegen unuermögenheitt nichts zugeben.

5. I. H.lt vnd kgl. M.t zu Hispanien hilff halber ist man vf diss stundt nitt gesichertt sonder fallen conditiones vohr; in fall man sich vergleichen wirdt, dan mangeltt es ahn wegssell vnd stehett die anlaag bey einer person; do die verfallen soltte, ist alles nichtts.

6. Der hilff halber hatt man sich ahm Reinstrohm wenig zu erfreyen gehabtt sonder ist einem standt allein der last zugewiesen worden.

7. Ratione directorii grosse defectus, priuatum wirdt publico vorgezogen.

Do diessen defectibus nitt remediirt vnd die vnion nitt verbessert vnd vermehrett mitt würcklicher ahnlaag, kan ich bey mir nitt befinden, was nützlichs zu hoffen, allein das man sich selbst in grundt verdirbt; derhalben billig vff mittul zu gedencken, wie beyde vniones zu cassiren, quod authoritate caes. M.tis wol beschehen kan. Confaederatio aduersariorum wird ire defectus auch haben, doran nit zu zweyffelln, sed nobis sunt cautiores. Datae Aschaffenburg den 5. aprilis a. 1611.

Do man ein gantzes machen will, mussen obstacula auss dem weg geraumbtt werden, derhalben nötig anzuregen vnd zu mouiren."

Wmz., Religionsakten, Bd. 11, Beiheft; — eigenhändige Aufzeichnung.

128. Resolution des Kurfürsten von Mainz auf das Gutachten[1] des Kanzlers Faust. April 5.

„Ad 1 der rechnung halber maag ich wol laiden, das solche ersehen vnd erwogen, ob etwas ausszulassen; der cammerschreiber wirdt solche vbergeben. Ich zweyffel nitt, man werde mir die 300 soldaten zu Meintz nitt passiren lassen; jedoch hatt man staiff

[1] Vgl. oben no. 127.

Digitized by Google

April 5. dorauff zu bestehen mit erholung, was mir vor auisen von trewhertzigen personen, die in consilio gewesen, mitt einnehmung der statt Meintz einkommen mit etlichen particulariteten, so sich auch befunden; wie sich auch etliche auss der burgerschafft erzaigt, ist bewust. Wen den ahn solcher statt nitt wenig gelegen als thue ich mich gäntzlich versehen, man werde biss vf dato kein difficulteten haben. Ingleich was vor vnkosten vff Rayffenbergs regiment gangen; einmahl ist bewilligtt worden, das regiment werben zu lassen, dessen mir der obristleuteampt [!] N., so zu Praag gewesen, zeugnus geben wirdt, wie den andere.

Ad 2. Do man ein gewisses vnnd bestendigs haben will, muss die unionsnotul verbessert vnd in ein ander form gebrachtt werden mit besserer extention, was unsere motiuen; Spanien als protector zuzulassen ist contra praestitum iuramentum, dozue ich nimmermehr verstehen kan, nisi fiat cum scitu imperatoris et electorum. Ist I. ksl. M.t in dem die handt gebunden, kan ich nitt befinden, das es vns zulässig; wirdt auch juramentum fidelitatis solches nitt zulassen, derhalber mir ganz frembt vorkombt, das dorauff geschlossenn.

Do andere der augspurgischen religion nitt dozue verstehen soltten, kan ich in warheitt nitt befinden, das einem oder dem andern mitt bestandt geholffenn; will jedoch hoffen, weil die erklerung obligatorie von Saxen vnd landgraf Ludwig erfolgtt, sie söllen sich wilfarig erkleren. Es ist nitt zu zweyfellln [!], sie ire notturfft vorbringen, insonderheitt wegen des religionsfrieden, des man sich auch zu Praag getröstet, derhalber die vnionsnotul dorauff gerichtt; vnd hatt sich Collns L. gegen Saxen dohin erklerdt, do deshalben einig bedenckens, das sie vrbietig, nachmals juramento zu bekräfftigen; wo nötig jeder churfurst, imo imperator selbst muss schweren, deme nichts zuwider zu handlen sonder zu confirmiren und zu ernewern; vid. compact. imp. art. 2., ni fallor. Kan also nitt befinden, das solches zu difficultiren, man woltte dan die patres ad consilia mitt zuziehen. Quod magis, dixit nuncius, quod Sua Sanctitas cupiat, religionem augustanae confessionis et talia compactata illaesa et si quid contra statuatur, quod non velit contribuere praemissa; idem sentiit legatus Hispanicus, an ex corde non iudico. Do wider verhoffen nichts erfolgen soltte oder aber iniquissimae conditiones zuuerspuren, ist nitt rahttsamb, diesse vnsere vnion alsobald zu cassiren sonder Saxen vnd andere friedtliebende chur- vnd fursten musten handlen, auch I. ksl. M.t solche beyde vniones cassiren vnd vffheben, wie den I. ksl. M.t in compactatis eingebunden, hessige bündtnus vffzuheben vnd abzuschaffen, vid comp. art. 5.

Es pleibe die vnion oder nitt, so musten die costen endtrichtt werden, es thue so wehe als immer wolle; doch gedencke ich kein heller ferners zu erlegen, ehe die andere als Luttig, Münster, Wesphalen, Hildesheim, Freising vnd andere ire quotam gutt gemachtt; deshalben inen ein kurtzer termin zu setzen. Ob man solche zu

Digitized by Google

abdanckung des collnischen vnd rieppergschen regiment anweisen woltt, bin indifferens. Nach abdanckung derselben soll den meinigen auch abgedancktt werden. April 5.

So baldt mein hoffmeinster kombt, können alle sachen zu fernere berahttschlagung gezogen werden. His bene vale. Datum Asch[affenburg]. 5. ap. 1611."

Wmz., Religionsakten, Bd. 11. — Beiheft; Or. eigh.

129. Herzog Maximilian von Baiern an den Kurfürsten von Köln. April 5.

Den übersandten Diskurs [fehlt] habe ich erhalten und hätte darüber gern E. L. Gutachten gehört. Mir scheint, dass er sich nicht praktizieren lassen wird. „Dan mit dem kunig in Ungarn dahin zu handlen (darauf doch fast das ganze fundament gemacht), dass er zum wenigst aines, wo nit beede kunigreich dem curato regi Romanorum resignire, ist darauf gar kain rechnung zu machen. So sein die ubrigen in angeregtem discurss vorgeschlagne media auch also beschaffen, dass sie sich gar nit oder doch schwerlich practiciern lassen werden; dan die Niderlande betreffend, da erzherzog Albreht gar ohne leibserben solte abgen, wierd solche der kunig, weil er so vil junger herrn hat, auch dem willen Gottes nach noch mehr bekumen kan, nit mehr von sich lassen, inmassen der spanische ambasciator zu Prag sich aines solhen, als er dergleichen vermerkt, beraits lauter vernemen lassen. So ist auch anietzo die sach mit I. M.[t] und dem erzherzog Leopold wegen des passauischen volks in solche terminos gerathen, welche totam causam, wo nit gar doch maistens invertiren und forthin wenig hoffnung darauf zu setzen." Ich teile E. L abschriftlich mit, was dieser Tage Erzherzog Leopold durch Ramée und König Matthias durch seine Gesandten bei mir hat anbringen lassen und was ich darauf geantwortet habe.[1] Datum München den 5. martii [!] a. 1611.

Ma, 39|9, f. 7; Kpt. von Donnersberg.

130. Kanzler Faust an den Kurfürsten von Mainz. April [nach 5.].

Dero Bedenken auf meinen Diskurs[2] finde ich hochverständig. Beim 1. Punkt hat man E. kfl. Gn. Motive der verzeichneten Posten halben wol in Acht zu nehmen und steif darauf zu halten: es kann auch nicht für unbillig gehalten werden, wenn das abgezogen wird, was E. kfl. Gn. auf das reiffenbergsche Regiment ausgelegt haben. 2. Die Union muss verstärkt werden, sonst werden sich vermögliche und unvermögliche Stände dabei übel befinden, am übelsten aber der vermöglichste. Die von E. kfl. Gn. angedeutete Abänderung und

[1] Vgl. wegen beider Werbungen oben no. 125, S. 308 und Anm. 2.
[2] Vgl. oben no. 127.

Digitized by Google

April [nach 5]. Verbesserung der Notel scheint mir schwierig zu sein; Sie können aus den eingelaufenen Schreiben des Kurfürsten und des Koadjutors von Köln sehen, dass, wenn schon diese zu Baiern neigen, alle oberländischen Stände erst recht derselben Meinung sind und werden E. kfl. Gn. nur Trier für sich haben oder mit Ihrer Meinung gar allein stehen; was das fruchten würde, haben die vorigen Tage zur Genüge ergeben. „Das argument wegen der uf Spanien gerichteter protection der union ist an sich selbst validum und billich zu behaupten, mag vileicht auch den verstand nicht haben, wie der bayerische obristcanzler sagt, weniger sol es in der union vermeldet werden.“ Die neue eidliche Beteurung des Religionsfriedens wird, wie ich besorge (ausser wenn die geistlichen Kurfürsten es einhellig tun, woran ich sehr zweifle), bei den andern Unionsständen nimmer zu erhalten sein[1] (besonders um einiger weniger Stände willen, die aus besondern Erwägungen zu dieser Union treten) und würde jeder religionseifrige Unionsstand darüber Nachdenken pflegen, wie viel man sich darauf zu verlassen habe, „und werden es besorglich lieber zu allgemeiner catholischer stend schluss stellen; quia quilibet abundat in suo sensu und werden vileicht den churfursten gern frei geben, wass ihre gelegenheit hierunder sei zu thun.“ — Richtig ist, dass man ebenso wie der Kaiser selbst zum Religionsfrieden aufs höchste verpflichtet ist und dass derselbe billig gehalten werden muss. Würde es wirklich zu einer neuen Beteurung desselben kommen, so müsste man eine starke Erklärung von der andern Seite begehren, wie die den Religionsfrieden verstünde, sonst würden die, die ohne Zutun aller katholischen Stände zu einer Beteurung sich bereit erklärten, schweren Verweis und Nachrede auf sich ziehen. Die Kassation beider Unionen sollte man billig beim Kaiser suchen, aber der offenbare Ungehorsam gibt deutlich zu erkennen, was man deswegen zu erwarten hat. „Dass man mit dem rest, welcher bei einem oder andern stand sein mochte, sich wolle uf die stifter referirn“, die bisher trotz alles Anmahnens sich zur Union nicht verstehen wollten oder konnten, ist nicht ratsam. Man hat zwar bei der ersten Vergleichung abgeredet, es solle jeder Kurfürst seine Komprovinzialen und Suffragane zur Union vermögen, aber diese haben zum Teil eingewandt, dass sie ohne Bewilligung ihrer Stände nicht dazu kommen könnten, „und werden E. chfl. Gn. bald einen gegenwurf mit Paderborn zu gewarten haben.“

„Quoad defectus unionis“,[2] Diese Bedenken sind alle wahr, ja es sind ihrer noch mehr und wird es, wenn sie nicht verbessert und die Union nicht verstärkt wird,[3] sehr mislich sein, mit ihr fortzukommen, ohne grosse Gefahren auszustehen. Was die kaiserliche Bestätigung aber anlangt, so erinnern sich E. kfl. Gn., dass der Hauptbeweggrund, an

[1] Der Kurfürst am Rand eigenhändig: „Mögtt villeucht nitt begert werden; ist derhalber gesetztt, do diffidentz.“

[2] Vgl. oben no. 128.

[3] Kurfürst am Rand: „Fiat propter, domitt ein gantzes gemachtt.“

Digitized by Google

eine Union zu denken, war, dass man auf Hilfe von seiten des Kaisers fast gar keine Hoffnung mehr setzte und dass man auch auf früheren Zusammenkünften schon beschlossen hatte, mit der Union fortzufahren, es willige der Kaiser darein oder nicht.[1] April [nach 5.]

Aus des Grosshofmeisters Bericht[2] habe ich noch besonders entnommen, dass man E. kfl. Gn. des Bundesoberstenamts halber gern an der Hand behalten möchte. Ich verdenke das dem Kurfürsten [von Trier] und andern rheinischen Ständen gar nicht; sie haben gute Ursache dazu. Was aber E. kfl. Gn. deswegen zu raten sei, möge ein Verständigerer raten;[3] ich lasse es bei meinem vorigen Ratschlag; denn ich habe die ganze Zeit her nicht spüren können, dass E. kfl. Gn. oder Dero Erzstift sich bei dem Amt wol befunden hätten. kann mir auch nicht denken, dass bei den grossen Gefahren (in denen der Kaiser schon steckt und in die in der Folge auch das ganze Reich geraten muss, wenn man das Haupt nicht ganz aufgeben will) sich E. kfl. Gn. oder Dero Erzstift bei diesen Nachbarverhältnissen besser befinden werden.[4] O. D.

Wmz., Religionsakten, Bd. 11, Beiheft; Or. eigh.

131. Der Herzog von Braunschweig an die zu Torgau versammelten Kurfürsten und Fürsten.[5] April 6.

„Ihn was weittleuffigen vnd geferlichen zustandtt die sachen dieser endes gerathen, dasselbe ist EE. LL. nhumer aus gemeinem geschrey ohne das gnugsamb bewust vnd bekantt. Wie trewlich vnd fleissig ich nhun bishero mich diese sachen angelegen sein lassen vnd sonderlich mich dahin beflissen, damitt zwischen der röm. kay. May.[t] meinem allergnedigsten hern vnd der k. W. zu Vngern guetes bruderliches vertrauen gestifttet vnd alle vnruhe so wol dieses ohrtts als ihm ganzen römischen reich gestillet werden mochte, diser wegen

[1] Kurfürst am Rand: „Die confirmation ist nachmals vor hochnötig angesehen worden, derhalb ich noch Praag durch schickung ersuchtt."

[2] Vgl. oben no. 111, S. 273, Anm. 2. Der Kurfürst von Trier hatte Eltz noch besonders aufgetragen, Kurmainz in seinem Namen um Beibehaltung des Bundesoberstenamts zu ersuchen.

[3] Kurfürst am Rand: „Neben Baiern gedencke ich nitt zu pleiben; den das misstrawens genugsamb zu spüren; pleibtt also bey voriger erklerung, so zu Franckfortt beschehen."

[4] Kurfürst am Rand: „Neutralitet kan wol haltten; ob aber meinen successoribus vorträglich, dubito; nichts desto weniger inter duo mala minus eligendum; hab verhofftt gehabt, betrangtte stiffter zu erhalten; besorg aber bey solcher neutralitet in grosserer gefahr gelangen möchtten."

[5] Zu Torgau waren ausser den beiden Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen noch die beiden Markgrafen von Ansbach und Culmbach, die beiden Landgrafen Ludwig und Moriz von Hessen, zwei Fürsten von Anhalt (Christian und Johann Georg), ein Herzog von Holstein, die zwei Brüder des Kurfürsten von Sachsen, die Herzoge Johann Georg und August, und wahrscheinlich auch der Administrator von Magdeburg anwesend; vgl. Brömsers Bericht aus Torgau vom 13. April (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 2; Or. eigh.).

Digitized by Google

April 6. hoffe ich, werde ich sowol bey EE. LL. als menninglich ein guttes gezeugnus haben. Das nhun aber durch anstifftung böser vnd vermessener leutte alles, was ich gutt vnd trewlich gemeinet, zu wasser gemacht vnd dadurch ein solch grosses vnheyl gestifftett, solches ist mir von grundtt meines hertzens leydtt vnd habens die verursacher schwerlich vor Gott vnd der weltt zu veranttwortten. Das hauptwergk ahn ihm selber belangett, beruhett darauff, das der bohemischen stende intention dieses ist: konig Matthiam zu kronen vnd vnder der kays. May.t regimentt nicht mehr zu sein. Ob nhun wol nicht ohn, das die Bohemen viel grauamina zu praetendiren, so fangen sie es doch nicht ahm rechten ohrtt ahn vnd ist ihr proces, den sie füren, gar zu violent vnd ist aller respect verloschen; wie sie dan die kays. May.t mitt ihrem geworbenen volck nicht allein verwachen lassen[1] vnd ihn der beeydigung der krigsleutte die kays. May.t, auch den designirten konig gar ausgeschlossen vnd dieselbige auff die stende allein gerichtett, sondern sie haben auch Hegenmüllern, so ein reichshoffrahtt, aus dem schlos, Hannibal, so ein geheimer raht, aus seinem hausse wegfüren vnd alle ihre sachen versigeln lassen, auch noch sider des zwey andere diener, so Ihr M.t sonsten zu ihren sachen gebraucht, aus dem schlos vor I. M.t fenster gefenglich weggefuertt[2] vnd solches alles propria autoritate,

---

[1] In einem Schreiben an König Matthias vom gleichen Tag wirft der Herzog diesem vor, dass man dem Kaiser zu besonderm Despekt das mährische Kriegsvolk auf den Hradschin geführt habe und ihn durch dieses wie einen Gefangenen Tag und Nacht bewachen lasse (Landeshauptarchiv in Wolfenbüttel; Kptkopie). Als wegen dieses Schreibens und wegen des Herzogs Eintreten für den Kaiser es zwischen dem Herzog und dem König zu einer scharfen Auseinandersetzung kam und Matthias durch den Herrn von Losenstein und den Grafen von Hardegg den Herzog förmlich verwarnen liess, klagte dieser abermals, dass durch die Wachen viel Unbescheidenheiten geschehen: man habe den Landgrafen von Leuchtenberg nicht in seinen Garten fahren lassen, habe das „Frauenzimmer" mit Musketen und Hellebarden überfallen, dem Kaiser eine Schildwache gesetzt, dass er nicht spazieren gehen kann; die Wache habe dem Kaiser sogar die Muskete vor das Gesicht gehalten und wäre ein unversehener Schuss gefallen, „hettens I. M.t miessen haben" (Protokoll der Beschickung des Herzogs vom 9. April: Drs., l. 9166, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 151; Kopie). Der sächsische Agent Dr. Pfretzschner weiss am 11. April wegen der Wachen zu berichten: man habe sie aufgestellt „zu erwischung des stubenheizers, welcher I. M.t ohr biso anhero gehabt und die sulzischen practiken I. M.t mehrernteils fürgetragen haben soll" (Drs., a. a. O., f. 1; Or. eigh.).

[2] Die Kammerdiener Christoph Kühbach, einen getauften Juden, und den Astrologen Dr. Hauser (Pfretzschners Bericht an Schönberg vom 6. Februar: Drs., l. 9166, I. Buch passauer Kriegsvolks, f. 580; Or. eigh.). Nach Zuñigas Bericht an Philipp III. vom 7. April sollen die beiden dem Kaiser angeboten haben, den König entweder durch Gift oder Zauberei aus dem Weg zu räumen (Sim., Fasz. 2497, f. 261; Kop.); vgl. dazu Khlesls Mitteilung an Hans Meinhard von Schönburg oben no. 105, die Instruktion des Matthias für den Rheingrafen von Stein unten no. 134, Anm. 2 und A. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 256. — Ein paar Tage später wurden noch der kaiserliche Hofkaplan Praetorius und ein altes Weib verhaftet, das einen Hund

Digitized by Google

vnèrsucht I. M.t, das sich noch bishero kein chur- oder fürst ihm reich zu thun ihn den sin genommen, vnd vnderstehen sich also hierdurch die eine vnd ander I. M.t geheimbnus zu expisciren vnd ist alles dahin angesehen, nhur die last einzig vnd allein der rom. kay. May.t auff den hals zu laden vnd darjegen bemuhen sich etzliche gar starck, Alttheimb vnd andere bose leichtferttige leutte, so dieses vnheyls rechte verursacher sein, vberzuhelffen.[1] Vnd geben also alle vmbstende, das etzliche leutte nhur gemeinett, ahn der rom. kays. May.t sich zu rechnen, konig Matthiae sub praetextu, ihne hoch zu heben, die hende zu binden vnd leges vorzuschreiben vnd enttlich das haus Ostereich genzlich zu ruiniren, wie ich solches aus etzlichen discursen vornemer leutte gnugsamb verstanden habe.[2] April 6.

Nhu wil ich zwar ahn disem ohrtt, ob die Bohemen zu diser disjusto vrsach haben, nicht disputiren sondern mus bekennen, das sie vrsach haben, auch eine nutzliche verenderung des regiments in personalibus gar hoch von notten, aber hingegen kan ich solche violentz vnd angesteltten proces, weyl ehs zu der kay. May.t hochsten verkleinerung vnd schimp gereichen thett, ganz nicht loben, ihn mehrerm betracht, wen vnderthanen dergestaltt wider ihre obrigkeit, auch dero rethe vnd diener pro libitu zu procediren freystehen soltte, sich solches feur leichtlich weitter extendiren vnd ihm ganzen romischen reich zu allergemeinem auffstand der vnderthanen wider ihre obrigkeitt vrsach geben, wie dan auch keine obrigkeitt auff solchen fal einigen rahtt oder diener behaltten, auch keiner sich zu einem rahtt oder diener bestellen lassen wurde, wan ehr sich dergleichen proces zu befaren haben soltte.

Demnach nhu aber die rom. kay. M.t mich allergnedigst ihn der person ersuchtt, auch ersuchen lassen, I. M.t ihn diser gefahr nicht zu verlassen vnd alhier zu verpleiben, welches den, ob es wol eine schwere last, so ich dieser wegen auff mich genommen, I. M.t mitt fugen abzuschlagen nicht gewust, so befinde ich doch dises wergk allein zu erheben, weyl der gemeine man sehr mittregiertt, viel zu wichtig vnd zu schwer. Doch damitt meines theyls kein mangel befunden werden moge, so habe ich meinen scopum einzig

---

„zauberisch" getauft, dann zu Pulver verbrannt und mit diesem Pulver und anderm die Zimmer des Königs hatte räuchern wollen, damit er darin umkomme (Bericht aus Prag vom 7. April: Ma., 549/6, — ; Kopie). Nach andern Berichten aus Prag (vom 11. April: Ma., 111/11 —) war es der kaiserliche Hofkaplan, der den Hund auf den Namen Matthias taufte, damit alle Quälereien, die er an dem Hund verübte, den König schädigten. Vgl. unten no. 145.

[1] Wol eine Anspielung auf die Verhandlungen, die mit Vorwissen des Königs besonders mit Althan geführt wurden, um gegen den Preis der Pardonnierung das passauer Volk zu trennen; namentlich Peter Wok von Rosenberg nahm sich dieser Verhandlungen an. Vgl. oben no. 118, S. 291.

[2] Diese und die folgenden Ausführungen finden sich fast wörtlich in dem in Anm. 1 auf S. 316 angezogenen Schreiben des Herzogs an den König wieder.

Digitized by Google

April 6. vnd allein dahin gerichtett, die bruderliche vergleichung vnd personliche besprechung zum hochsten zu vrgiren. So viel die kronung anlangett, darauff gar hartt gedrungen wirdett, furchte, wirdet schwerlich zu hindern sein; doch werde ich nichts vnderlassen. Doch weyl dieselbe zu dem ende angesehen, damit konig Matthias kunfftiger succession halber desto mehr gesichertt sein mochte als konte entlich, weyl dergleichen exempl schon verhanden, mit I. M.t gutten willen geschehen, damitt es gleichwol nicht violenter oder gedrungener weisse zu wergk gerichtet wurde.[1] So viel die bestallung des regimentts belangett, bemuhe ich mich, ob es dahin zu richten, das zwar mitt qualificirten personen solche verenderung vorgenommen, gleichwol aber die kays. M.t konig vnd in residentia verplibe, auch umb mehrern respects willen alles ihn I. M.t namen gefertigett, auch damitt konig Mattias desto mehr gesichertt, dieselben rethe gleichsfals I. kgl. W. mitt pflicht vnd eiden verwantt sich machen musten. Dan wan es auff solchen wegk gerichtet wurd, so kontte man der kays. M.t respect erhalten, die kgl. W. were versichert, die stende wurden contentiret vnd wurde alles mitt bessern respect vnd glimpf zu allen seitten zugehen als wan es auff widrig fal cum violentia zu werk gerichtet werden soltte. Und weyl ich darfur haltte, das propter publicum scandalum et graue praejuditium euitandum chur- vnd fürsten ihn disem fal der rom. ksl. M.t als das haupt der ganzen christenheit, einem romischen keyser vnd gesalbeten des herrn, so nhun etzlich vnd dreissig jahr löblich regirett vnd vnder I. M.t bishero schuz vnd schirmb gehabtt, ihn ihren notten mitt gutten rahtt beyzuspringen nicht lassen konnen, als habe ich nicht vnderlassen wollen, dieweyl ich verstanden, das EE. LL. daselbst beyeinander versamblett, disen zustandtt warhafftiglich zu berichten vnd Sie recht zu informiren, auch daneben freunttlich zu ersuchen, das Sie der ksl. M.t zu vnderthenigsten ehren, auch solche scandala, so weitters greiffen mochten, dadurch bey zeitten zu verhindern, auff beuorstehenden landtag anher Ihre ahnsenliche gesantten abordnen woltten, damitt sie sowol I. ksl. M.t beyrettig sein, auch mir mitt ihrer gegenwartt behülfflich sein vnd die schwere last mitt vbertragen helffen vnd alles darhin richten

[1] An den König schreibt der Herzog wegen der Krönung: da diese nicht ohne des Kaisers „Offension“ geschehen könnte, so gebe er ihm mit Rücksicht auf die lange Regierung und das hohe Alter des Kaisers zu bedenken, ob die Zeremonie — doch gegen Versicherung der künftigen Succession des Königs — nicht besser zu unterlassen sei; jedenfalls aber möge der König in Erwägung der kaiserlichen Würde des älteren Bruders es bei einer etwaigen Veränderung des Regiments dahin richten, dass der Kaiser König von Böhmen und in seiner Residenz bleibe und alles in des Kaisers Name expediert werde. — Fast gleichzeitig (am 8. April) schreibt der Herzog an die Erzherzoge Maximilian und Ferdinand, dass er den Kaiser zur Einwilligung in die Krönung zu bewegen sich bemühe und dass er hoffe, der Kaiser werde die Krönung den böhmischen Ständen selbst proponieren (vgl. oben no. 95, S. 210, Anm. 2.

Digitized by Google

helffen, damit es zufodderst zu I. ksl. M.t respect, bruderlicher eynigkeit vnd gutten friden, ruhe vnd einigkeitt gereichen moge. Ahn dem allen verrichten etc. Datum Prage den 6. april a. 1611." April 6.

Drs., l. 9166, I. Buch pass. Kriegsvolks, f. 575; Or. eigh.[1]

132. Zuñiga an König Philipp III. April 7.

Der Herzog von Baiern macht Schwierigkeiten wegen des Eintrittes des Kurfürsten von Sachsen in die katholische Union „y algunas personas religiosas le han puesto escrupulo en ello; pero yo he imaginado que deve haver tenido algun otro motivo de estado para recusarlo, por lo demas parece seria gran ignorancia. Yo he hecho lo que he podido para venir a estos dos principes y al de Baviera he significado,[2] quan poco escrupulo se puede tener desto a mi parecer, haciendo esta union en forma y con palabras combeniente y le he advertido del exemplo de emp.or Carlo V. que se confedero con Enrico VIII. de Inglatierra, siendo herege, contra el rey de Francia, que es exemplo muy fuerte, pues entonces se tratava de hazer la guerra con principe catolico y agora de defenderse de otro hereje o de defendelle al de Saxonia de otros hereges." Zum Unionstag nach Würzburg werde ich eine Person schicken, um ein Anwachsen des Zwistes zwischen Baiern und Mainz, welches den Eintritt Kursachsens befürwortet, hintanzuhalten. Praga 7. abril 1611.

Sim., Fasz. 2497, f. 262; Or. in Ziffern.

---

[1] An den Kurfürsten von Sachsen fügte der Herzog noch ein eigenhändiges Billet vom 6. April bei: „Weyl ich verstanden, das bey Dir etzliche chur- und fürsten bey einander, so habe ich ihngesambt ahn sie geschrieben, wie Du hierbei zu entpfangen. I. M.t haben zu Dir ein gros vertrauen, wie Du vom graffen zu Hollach mit mehrerm vernemen kanst. Haben auch I. M.t mich ersucht, Dir zu schreiben vnd zu bestendiger trew zu ermanen, das I. M.t in gnaden noch zu erkennen wissen." Falls eine Schickung von Torgau hieher beabsichtigt sei, möge der Kurfürst ihn davon vorher verständigen (Drs., l. 9166, I. Buch pass. Kriegsvolks f. 573; Or. eigh.). — Der Kurfürst erwiderte am 2./12. April: die zu Torgau versammelten Fürsten seien schon in der Abreise begriffen gewesen, als das Schreiben ankam; er habe daher mit ihnen wegen einer Schickung nicht mehr reden können. Er habe vorläufig die Böhmen zum Gehorsam ermahnt (Schreiben vom 2./12. April, gedruckt bei Hammer-Purgstall, Ueber die Verhandlungen mit Herrn von Rosenberg während des Einfalls des Passau'schen Kriegsvolks in Böhmen im Jahre 1611, Abhandlungen der kön. böhmischen Gesellschaft der Wissenschaften, V. Folge, 3. Bd., Prag 1845, S. 812), habe sich aber schon vor einigen Wochen mit Kurmainz in Beziehung gesetzt und erwarte stündlich einen Gesandten von dort, um sich dann zu entschliessen, was zu tun sei. Der Herzog möge den König ermahnen, dass er nicht auf die Krönung dringe, da er wegen der Nachfolge hinlänglich gesichert sei; es genüge, dass das Regiment verbessert und die Räte und Diener dem König vereidigt werden. Der Kaiser solle von des Kurfürsten Intention durch den Herzog unterrichtet werden (Drs., a. a. O., f. 581; Kpt.); vgl. Hurter, Geschichte Kaiser Ferdinands II., VI., S. 495.

[2] Vgl. oben no. 65.

Digitized by Google

April 9. **133. König Matthias an den Kurfürsten von Sachsen.**

Der Rheingraf hat mir E. L. Schreiben vom 15. März zugestellt[1] und auch sonst Bericht erstattet. „Wann ich dann aus disem allem anderst nichts befinde dann E. L. aufrecht getreues und teutsches gemüet, auch sonderliche affection gegen mir, als welche ohne zweifel nunmehr den statum, wie alle meine sachen beschaffen und fundiert, genuegsamb werden eingenommen haben, so verlanget mich nit weniger, E. L. zu sehen, mich mit Derselben zu unterreden, rechte kundschaft und vertreulichkeit zu machen, auch mit allen gelegenheiten mich also zu erzeigen, damit E. L. würklich spüren mechten, dass ichs Derselben gleichesfalls aufrecht, redlich und teutsch vermaine und weit anderst beschaffen bin als villeicht Dieselb vor der zeit von etlichen meinen widrigen informiert gewesen.“ Daher schicke ich nochmals den Rheingrafen, damit derselbe E. L. „zu genüeg mein erclärung confirmiret und auch, wie alle sachen beschaffen, referieret, auch Dieselb genuegsamb informieret, damit E. L. ohne ursach keinen ungleichen gedanken von mir fassen kunten“. Beglaubigung.[2] Datum Praag den 9. aprilis a. 1611.

Drs., l. 9167, II. Buch pass. Kriegsvolks, f. 211; Or.

---

[1] Vgl. oben no. 104, S. 246, Anm. 3.

[2] Eine Instruktion für den Rheingrafen [vom 9. April] zur Schickung an Kursachsen hat sich wenigstens auszugsweise erhalten. Sie kann ihrem Inhalt nach nicht zur Mitteilung an Kursachsen bestimmt gewesen sein, findet sich aber sowol unter den kursächsischen Akten (Drs., a. a. O., f. 40) wie unter den kurmainzischen (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 51). Der Rheingraf soll ausführen: 1. Der König ist von den böhmischen Ständen ordentlich berufen worden. 2. Er ist bei seiner Ankunft feierlich empfangen, kostfrei gehalten und von den Ständen um Rat und Hilfe angegangen worden. 3. Er hat sich bisher in nichts gemischt oder die Stände zu etwas bewogen sondern erwartet den Landtag. 4. Die Stände stehen mit dem Kaiser wegen Aenderung des Regiments in Verhandlung und sind mit Gründen genügend gefasst, warum sie nicht länger unter diesem Regiment bleiben können. 5. Der Kaiser hat zwar mit dem König mündlich verhandeln und sich vergleichen wollen; da aber dies gefährlich ist und die Gemüter verbittert sind, auch ohne die Stände nich's verhandelt werden kann, so bleibt es beim Landtag. 6. Da der König Ungarn, die andern Erblande und das Reich vor den Türken sichern will, so wird er von dem Termin [des Landtags] nicht aussetzen, damit er künftig nicht von des Kaisers Wort und Handschrift, die nicht geachtet werden will, abhängt; der König will sich solcher Servitut auch deshalb entledigen, damit die bösen Leute, die den Kaiser bisher verführten und dadurch Land und Leute verdarben, es künftig nicht mehr tun können; damit wird dem König und dessen Ländern, ja dem Kaiser selbst, dem Hause Oesterreich und dem Reiche geholfen. 7. Der König hat einige Personen einziehen lassen, die ihm nach dem Leben trachteten und es auch selbst einbekannten; er wird noch mehrere, besonders von den Zauberern einziehen lassen, damit auch dieser üble Prozess aus dem Fundament erwiesen und abgestellt werde. 8. Viele wollen aus ungegründetem Mitleid, aus Passion oder Interesse unter dem Schein, des Kaisers und seines Hauses Autorität zu erhalten, diese Reformation und das Eingreifen des Königs verhindern, indem sie diesem beim Kaiser sowie bei den Kurfürsten und Fürsten böse Dienste erweisen und ungleiche Nachrichten verbreiten. Da dies gewiss auch beim Kurfürst geschehen ist, so begehrt der König von ihm, diesen Leuten

Digitized by Google

134. Instruktion des Gesamthauses Sachsen für den Landgrafen Ludwig von Hessen zu dessen Verrichtung beim Kurfürsten von Mainz. April 9.

Der Landgraf hat auf Bitten des Kurfürsten und der Herzoge von Sachsen übernommen, auf seiner Reise von hier nach Hause zu Kurmainz zu gehen. Dort soll er anbringen: Mainz und Baiern haben das Haus Sachsen zum Besuch des würzburger Tages eingeladen; wegen Kürze der Zeit haben sich die sächsischen Fürsten entschuldigt, aber versprochen, einen ihrer vornehmen Freunde zur Reise zu Kurmainz zu vermögen, um ihr Gemüt wegen der katholischen Union zu eröffnen, was nun durch ihn, den Landgrafen, geschieht:[1]

Der Kurfürst und die Herzoge erinnern sich wol, was Mainz bei dem Kurfürsten zu Prag und Dresden wegen der katholischen Union gesucht und wessen sie sich gegen Mainz durch Herzog Johann Casimir erklärt haben.[2] „Es were auch I. I. chur- und fl. Gn. nichts liebers als das demselben sie also nachsezen und in die catholische union sich alsbald mitbegeben konten, indem sie gleich wie vormals solche union allerdings nicht improbiren sondern dieselbe als vor eine vorgenommene nottringliche defension achten, halten und erkennen müssen.“ Sie haben aber bei fleissigem Nachdenken befunden, dass ihre bisherige Neutralität den katholischen Ständen und dem ganzen Reich mehr zuträglich als nachteilig gewesen sei; daher scheint ihnen, dass man noch zur Zeit sich nicht übereilen sondern etwas an sich halten soll. — Mainz weiss wol, was für ein „Bedenken“ der Herzog von Braunschweig sowol der jülichschen Sache als der Union halber proprio motu ihnen übergeben hat,[3] welches Gutachten jetzt im

---

nicht ohne weiteres Glauben zu schenken sondern zuvor darüber den König zu vernehmen. 9. Der Rheingraf soll auch die Gemüter der vertrauten Räte und Diener des Kurfürsten zu gewinnen suchen, um sich dessen desto besser versichern zu können. 10. Desgleichen müssen des Kurfürsten Brüder dem König geneigt gemacht werden. 11. Ueber die Verrichtung hat der Rheingraf schriftlich zu berichten. — Der Rheingraf kam erst am 17. April in Dresden an. Dort traf ihn der kurmainzische Rat Brömser, der am 19. an seinen Herrn berichtet: der Rheingraf habe Bedenken, seine Werbung (die Brömser beilegen kann) abzulegen, da die Stimmung für den König hier ungünstig sei; er sei auch persönlich nicht angesehen und warnen die kursächsischen geheimen Räte vor seiner Unbeständigkeit und geringen Verschwiegenheit (vgl. unten no. 149). Der Rheingraf scheint wirklich seine geheime Instruktion selbst mitgeteilt zu haben; auf dem dresdener Auszug stehen von Kaspar von Schönbergs Hand die Worte: „Diss memorial hat der konig Matthias dem Rheingrafen zugestellet.“ — Ein Bescheid auf diese Werbung erfolgte nicht, da unmittelbar darauf ein anderer königlicher Gesandter, Polheim, mit ähnlicher Werbung eintraf, auf die der Kurfürst durch ein Schreiben vom 11./21. April antwortete (vgl. unten no. 151).

[1] Vgl. oben no. 124.

[2] Vgl. oben no. 4, S. 6, Anm. 1.

[3] Vgl. oben no. 7, S. 18, Anm. 3.

Digitized by Google

April 9. ganzen Reich bekannt geworden ist, „daraus I. chfl. Gn. wol werden abnehmen, wie geneigt des herzogen zue Braunschweig fl. Gn. zu der union sei.“ Da aber der Herzog ein mächtiger Fürst ist, so muss man etwas gemach mit ihm umgehen, damit er, wenn er schon nicht zur katholischen Union zu bewegen ist, doch in der Neutralität erhalten werde; denn es liegt auf der Hand, wie sehr die evangelische Union, durch seinen Beitritt gestärkt würde; dieser Beitritt würde aber ohne Zweifel erfolgen, wenn sich Sachsen ohne vorhergehende vertrauliche Unterredung mit dem Herzog in die katholische Union einliesse. — 2. Ferner finden sich bei der evangelischen Union schon viele Schwierigkeiten und ist zu hoffen, dass sie nicht lange Bestand haben wird, zumal man sich nach dem Tode des Kurfürsten von der Pfalz des Direktoriums halber nicht vergleichen kann und die Mehrheit der Reichsstädte wegen etlicher im Namen der Union vorgenommenen Sachen, in welche sie nicht gewilligt hatten, so schwierig ist, dass sie austreten dürfte; davon würde sie aber der Beitritt Sachsens zur katholischen Union abhalten. — 3. Noch sind viele evangelische Stände neutral, die bis jetzt nicht in die Union traten und auf Sachsen ein besonderes Auge hatten. Diese alle würden ohne Zweifel die Neutralität aufgeben, wenn Sachsen vor dem Eintritt in die katholische Union sich nicht mit ihnen verständigt und allerhand Vorbereitung macht, was bisher wegen der verschiedenen jülichschen und anderen Streitigkeiten nicht möglich war. — 4. Der Kurfürst von Mainz weiss wol, wie viel Gutes bisher Sachsens Neutralität bei Reichs- und anderen Tagen gestiftet hat, indem es zur Erhaltung von Friede und Einigkeit gleichsam die Wage gehalten hat. Verbündet es sich nun mit dem einen oder dem andern Teil, so ist davon nichts als künftige Zerrüttung im Reich zu erwarten; denn dadurch würde Sachsen jede Möglichkeit der Vermittlung benommen und müsste es stets bei seiner Partei verbleiben. — 5. Wollte man auch diese sehr wichtigen Gründe nicht in Acht nehmen, so würde man sich doch nicht leicht wegen des Direktoriums in der Union und anderer Sachen vergleichen können. Sollte man nun unverrichteter Sache vom Unionstage abziehen, so wäre es Sachsen schimpflich, den katholischen Ständen schädlich und der hallischen Union mehr als nützlich. — Deshalb halten der Kurfürst und die Herzoge dafür, man müsse in dieser Sache ganz gewahrsam gehen, zuvor allerhand gute „Praeparatoria“ machen, der Stände Gemüter wol disponieren und es so angreifen, dass der beabsichtigte Zweck sicherlich erreicht werde. — Das alles erinnern die Fürsten ganz wolmeinend, nicht als hätten sie sich geändert und wollten von den vorigen Ansichten abweichen „sondern damit alle sachen so angestellet, dass das imperium mehr conservirt dann destruirt werde; erböten sich aber hierneben dahin, wie bisshero also auch forthin bei dem aufgerichten und hochbeteuerten religion- und prophanfriden, kaiserlichen capitulation, churfürstlichen verein und anderen reichsverfassungen

Digitized by Google

standhaftig zu verharren, darbei zu leben und zu sterben und sich alle weg wider dieselbe finden zu lassen, derer gemüther dahin gerichtet, wie solche bande aufgelöset, zerrüttet und eine anarchia angerichtet werden möchte.“ — Der Landgraf soll den Kurfürsten bitten, diese Gedanken des Hauses Sachsen wol aufzunehmen und auch Baiern mitzuteilen. Geben zu Torgau den 30 martii a. 1611. April 9.

Drs., l. 7272, I. Buch Unionsakten, f. 400; Kpt. von Schönberg.[1]

135. Der Kurfürst von Köln an den Kurfürsten von Mainz. April 10.

Aus dem Bericht unserer nach Frankfurt abgeordneten Räte und aus dem aufgerichteten Abschied haben wir vernommen, dass E. L. das Bundesoberstenamt niederlegen wollen. Nun wissen wir sehr wol, welche Beschwerden E. L. bei diesem Amt ausgestanden und weshalb Sie zu diesem Entschluss grosse Ursache haben, hoffen aber doch zuversichtlich, E. L. werden das Wol des Bundes beherzigen und bedenken: 1. dass, wenn Sie gleich anfangs, da der Bund erst recht „firmiert und stabiliert“[2] werden soll, die Hand davon abziehen, Sie andere Bundesstände dadurch kleinmütig machen und solchen Ständen, die erst eintreten wollen, Bedenken einflössen werden. 2. Bei Anstellung dieser Bundesverfassung ist es für nützlich und nötig angesehen worden, bei diesen schwierigen Zeiten wegen der Weitentsessenheit der Stände zwei Bundesoberste zu benennen, die in den obern Landen wie im rheinischen Kreis jeder für sich bei Zeiten drohenden

---

[1] Der Landgraf legte die Werbung am 22. April zu Höchst mündlich ab und übergab sie noch in einer Schrift, betitelt: „Etliche motiven und ursachen, derhalben noch zur zeit nicht rathsamb, dass diejenigen evangelischen chur- und fursten und stende, welche sich bisshero neutral gehalten, zu der catholischen gegenunion verbunden gemacht werden“ (Wmz., Religionsakten, Bd. 12, no. 106; Kopie). — Ueber den Eindruck der Werbung berichtet der Landgraf am 14./24. April an Kursachsen: Kurmainz besorge, weil er die anderen Stände der früheren Erklärung Kursachsens versichert habe, dass „er jetzt in labyrinth kommen und es sonsten das ansehen gewinnen möchte als würden durch den jütterbockischen vergleich die consilia umb so viel geendert sein oder noch werden.“ Kurmainz gebe zwar zu, dass die vorgebrachten Bedenken gewichtig seien, „worbei dann der mit fleiss S. L. zu gemüth geführte terminus (noch zur zeit) laut des memorials deroselben ein zimlichs contentament gegeben; doch weren I. L. der hoffnung, die angedeutte disponierung und praeparation der neutralstenden gemüther auch vor die hand genommen und ins werk gesezt werden würde. Dass aber mit der neutralitet den sachen zu gebührlicher handhabung des heil. reichs verfassung und constitutionen gedienet werden solt, haben wir von S. L. nicht sondern ihre meinunge fast dahin verstehen können, wie ein jeder dieselbe satzung und ordnunge nach seiner gelegenheit anzuziehen, aber nicht sich deroselben disposition zu accomodiren gewillet, also würde es auch den neutralstenden an allerhand entschuldigung, wann es zum treffen kommen solte, nicht manglen“ (Drs., a. a. O., f. 407; Or.).

[2] Der Kurfürst eigenhändig am Rand: „Utinam.“

Digitized by Google

April 10. Gefahren zuvorkommen können. Dies würde zum Schaden der Bundesverwandten hier am Rhein unterbleiben müssen, wenn man nur zu einem oben Lands gesessenen Bundesobersten seine Zuflucht nehmen und auf dessen Hilfe warten müsste. 3. Man hat bei früheren Beratungen auch erwogen, dass E. L. als Haupt des kurrheinischen Kreises inmitten aller katholischen rheinischen Stände gesessen auch dies Amt durch Dero Autorität dem katholischen Wesen zum besten verwalten würden. 4. Auch ist unumstösslich wahr, „dass bei diser coniunctur nicht leichtlich einer wurde zu finden sein auss allen catholischen rheinischen chur- und fürsten, welcher sich uf solche E. L. vorgenommene abdication dises ambts undernemen oder sonsten dasselbe der notturft nach wurde respicirn können; wir wollen geschweigen, dass es auch zu E. L. reputation nicht sein wurde, dass Derselben ein ander vorgezogen und zu disem ambt solle gebraucht werden.“ [1]

Da wir zu E. L. vertrauen, Sie werden sich diese Intentionen vor Augen halten und erwägen, worauf dieser Bund, als dessen vornehmste Säule wir E. L. erkennen, angesehen ist, so hoffen und bitten wir, dass E. L. von Dero Vorhaben abstehen, das Bundesoberstenamt weiter behalten und andern Bundesständen kein Mistrauen verursachen werden, als ob dieser Bund doch keinen Bestand haben würde; vielmehr sollen andere Stände ausserhalb des Bundes Anleitung bekommen, in denselben freiwillig einzutreten und ihn zu verstärken; dabei wollen wir E. L. nach Möglichkeit unterstützen. — E. L. werden von Ihren Abgesandten auch vernommen haben, weshalb wir uns nicht nur bei den Bundesquoten sondern auch bei allen Reichsanlagen wegen des übermässigen Anschlags in der Reichsmatrikel beschwert finden und erklärt haben, dass es unserm verarmten Erzstift unmöglich fallen würde, ohne Moderation, um die wir wieder bitten, den Anschlag zu zahlen. Demnach ersuchen wir E. L., Dero Räte zum Bundestag dahin zu instruieren, dass diese Moderation uns endlich widerfahre [2] und wir nicht über Vermögen angestrengt werden. Wir haben unsern nach Würzburg abgeordneten Räten befohlen, E. L. unsere Gedanken weiter zu entdecken und Dero Gutachten zu vernehmen. Datum Arnsperg den 10. aprilis a. 1611. — Praes. Aschaffenburg den 16. aprilis.

Wmz., Religionsakten, Bd. 12, no. 83; Or.[3]

---

[1] Der Kurfürst am Rand: „Fistula dulce canit.“

[2] Der Kurfürst am Rand: „NB. Wo sein die zölle und numehr lang erhobene licenten?“

[3] Gleichlautend mit obigem Schreiben war die Werbung, die im Namen des Kurfürsten und des Koadjutors von Köln der Dompropst Graf Eitel Fritz von Hohenzollern beim Kurfürsten von Mainz am 16. April ablegte. Der Kurfürst erwiderte mit dem Hinweis auf die Instruktion seiner Gesandten zum Bundestag (Wmz., a. a. O., no. 82; eigenhändige Aufzeichnung).

Digitized by Google

136. Die böhmischen Stände an Kaiser Rudolf II. April 12.

Auf Anlass des allgemeinen Generallandtages dieses Königreichs und aller inkorporierten Länder, den E. ksl. M.t auf unsere Vorstellung vom 28. März[1] auszuschreiben bewilligt haben, bitten wir E. M.t, unsere Beschwerden anzuhören, sie sich zu Herzen zu nehmen und unser Begehren zu erfüllen.

Unsere Herzen freuen sich noch in der Erinnerung an die Zeit, da E. M.t uns durch einige zwanzig Jahre friedlich und väterlich regiert haben. Da gieng alles ordentlich zu; dem Recht, den Landesordnungen und Gerichten wurde kein Hindernis in den Weg gelegt; männiglich hatte täglich freien Zutritt zu E. M.t und konnte Derselben seine Not klagen, war baldiger und gebührlicher Abfertigung versichert und mit diesem Regiment zufrieden. Dabei ist dies Königreich mit seinen Nebenländern gewachsen und hat an Reichtum zugenommen, wogegen es sich auch bestrebt hat, dies mit allerlei Wolthaten an E. M.t zu verdienen. Es hat Derselben willig unerhört hohe Steuern, wie Dero Vorfahren sie nie erlangten, durch viele Jahre bewilligt, so dass 1593, als der Türkenkrieg begann, dies Königreich mit seinen Nebenländern E. M.t mehr Geldhilfen geleistet hatte als allen andern Königen seit Sigismund.

Mit dieser tröstlichen Regierung hat es sich aber geändert, als E. M.t im Jahr 1600 von Pilsen sich wieder nach dem prager Schloss begaben.[2] Wir haben es zwar E. M.t zu Liebe geduldet, als angefangen wurde, in vielen Sachen wider den alten Brauch zu regieren; da wir aber nicht mehr tägliche Audienz erlangen konnten, so konnte daraus nur allerlei Böses und Schädliches folgen und ist es endlich so weit gekommen, dass die Stände dieser Lande sich unerhörter Mittel bedienen und durch die Kammerdiener (weil die, denen der Zutritt zu E. M.t von rechtswegen gebührt, ihn nicht haben konnten) um schweres Geld Beförderung ihrer Sachen suchen mussten.

Es ist manchen aus den Ständen wider die Landesordnung, „da man den waisen die jare vollstreckt“ und sonst, Verkürzung geschehen; man hat sich vergeblich auf ordentliches Verhör und richterliche Erkenntnis berufen und darum gebeten; auch die mährischen Stände haben dies zu empfinden gehabt; aber wir haben alles mit Geduld überwunden. Diejenigen, die zu E. M.t Zutritt hatten, haben sich grosse Freiheiten, auch gegen die obersten Landoffiziere zu deren Despekt angemasst; es hat diese Unordnung viele Jahre gedauert und wir Stände haben E. M.t mit unsern Klagen

---

[1] Vgl. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 254.

[2] Ueber den verhängnisvollen Einschnitt, den das Jahr 1600 in der langen Regierungszeit Rudolfs bedeutet, vgl. A. Huber, Geschichte Oesterreichs, IV., S. 359 f. und die dort in der Anm. angeführte Literatur.

Digitized by Google

April 12. gleichwol nicht behelligen wollen, da wir auf Besserung hofften — leider vergeblich.

Denn bald darauf sind wegen dieses schlechten Regiments die Grenzhäuser in Ungarn in äusserste Gefahr gekommen und wären, wenn König Matthias sich nicht mit den ungarischen, österreichischen und mährischen Ständen (da sich E. M.t des Regiments nicht selbst annehmen wollten) vereinigt und Mittel zur Abwehr gesucht hätte, ohne Zweifel nicht nur Ungarn sondern auch diese Länder an den Türken verloren worden.

Als der König mit Kriegsmacht nach Böhmen gekommen war,[1] hat er neben den vereinigten Ländern sich wider ein so schlechtes Regiment aufs höchste beschwert und begehrt, dass E. M.t sich lieber ein ruhiges Leben gefallen lassen und die Regierung dieses Königreichs wie Ungarns und Oesterreichs ihm übergeben sollten. Wir Stände aber als E. M.t getreue Untertanen haben dies nicht zugeben wollen sondern haben es mit Darsetzung von Leib und Gut dahin gebracht, dass Matthias von seinem Begehren abstand und zufrieden war, dass wir ihn auf E. M.t Landtagsproposition hin zum designierten König von Böhmen erwählten — und auch das nur unter gewissen Bedingungen, wodurch wir gleichfalls unsere Treue gegen E. M.t erwiesen haben. Dabei waren wir der Hoffnung, E. M.t würden dem mit dem König und den Bevollmächtigten der Markgrafschaft Mähren geschlossenen und von beiden Teilen sowie von den böhmischen und mährischen Ständen bekräftigten Vertrag (der auch der Landtafel einverleibt wurde) genügen und nach dem so lange ertragenen beschwerlichen Regiment es wieder zum vorigen guten kommen lassen. Wir Stände sind auf alle bei jenem Landtag traktierten Sachen desto williger eingegangen, weil E. M.t uns erklärten, Donnerstag nach Martini [1608] einen neuen Landtag beschreiben [2] und sowol den Artikel wegen der Religion als auch die sonst auf vorigem Landtag bezeichneten Punkte zur Verbesserung bringen zu wollen; auch hatten E. M.t versichern lassen, dass, wer künftig zu Derselben seine Zuflucht nehmen und durch den Oberstkämmerer oder sonst jemanden um Audienz bitten würde, sich nicht zu beschweren haben solle.

Wir haben in all dem E. M.t getraut, aber alsbald zu unserm grossen Schaden erfahren müssen, dass abermals einige schädliche Leute und Räte dies Vornehmen haben hindern wollen; wir mussten, ehe nur das bekräftigt und verbessert wurde, was vermöge des Landtagsbeschlusses und E. M.t Zusage in dem Artikel wegen der Religion hat bekräftigt und in andern politischen Artikeln hat verbessert

---

[1] Vgl. über die Vorgänge, die zum Vertrag von Lieben führten, A. Huber, a. a. O., IV., S. 501 f.

[2] Der Landtag trat erst am 28. Januar 1609 zusammen; vgl. A. Gindely, Geschichte der Erteilung des böhmischen Majestätsbriefs von 1609, S. 27 ff. und desselben Rudolf II. und seine Zeit, I., S. 308 f.

Digitized by Google

werden sollen, mehr als $1^1/_2$ Jahre bei den Landtagen verharren und einige hunderttausend Gulden (ausser den Bewilligungen an E. M.t) verzehren und anwenden. Wäre uns die Woltat einer Audienz zu Teil geworden, so wäre es nie zu so erschrecklichen schweren Sachen (wie wir davon weiter reden müssen) gekommen sondern E. M.t hätten ruhig über uns und die andern Länder bis an Ihr Lebensende herrschen können. Aber einige böse Leute, die in diesem Königreich nichts zu verlieren haben sondern nur dahin trachten, sich durch Praktiken mit fremdem Gut zu bereichern und alles nach ihrem Willen zu richten, haben mit ungegründetem Bericht uns unschuldige Untertanen bei E. M.t angegeben und Dieselbe gegen uns so eingenommen, dass nicht nur die gemeinen Stände sondern auch die vornehmsten Landoffiziere in vielen Wochen keinen Zutritt zu E. M.t haben, die Notdurft dieses Königreichs nicht mündlich vorbringen und nicht darüber gehörig beratschlagen konnten. Wie leidsam uns war, des Angesichts E. M.t beraubt zu sein, sei Gott geklagt. April 12.

Welchen Nutzen aber E. M.t von diesen bösen Leuten hatten und worauf sie es anlegten, das müssen wir, wenn auch ungern, kurz dartun, um uns vor E. M.t und der ganzen Welt zu reinigen:

Bald nach Abzug des Königs aus diesem Königreich ist der Landtagsschluss in vielen Dingen gebrochen worden, wobei die unaufrichtigen Räte E. M.t Ansehen aufs höchste verkleinerten statt darauf zu sehen, dass die Verträge, Majestätsbriefe, Landtagsschlüsse und die von E. M.t beschworenen Landesordnungen getreulich ohne arglistige Auslegung gehalten würden. Sie haben aber statt dessen E. M.t grausam verführt, haben sich die böhmischen Dinge, die ihnen nicht zustanden, angemasst, während doch bei allen Landtagen strenge bestimmt worden war, dass alle Sachen diese Königreichs und der einverleibten Länder nur durch die obersten Landoffiziere und Rechtsbeisitzer und durch E. M.t Hof- und Kammergerichtsräte (als geheime Räte des böhmischen Königs) verrichtet werden sollen; E. M.t mögen aber selbst erwägen, wie diese Ausländer und Hofräte verfahren sind.

Im Vertrag zwischen E. M.t und dem König war die beiderseitige Entlassung des Kriegsvolks ausdrücklich vorgesehen worden. Ferner war bei den Landtagen von 1609 und 1610 wegen der Ruhe des Königreiches bestimmt worden, E. M.t sollen sich mit den Ständen dahin vertragen, dass, wenn jemand in dies Königreich einfiele, um E. M.t zu schaden und die Stände in ihren Freiheiten oder in ihrer Religion gegen den Majestätsbrief und die Verträge zwischen Katholischen und Evangelischen zu hindern, E. M.t sogleich das Nötige anordnen wollten, um dem Uebel zuvorzukommen; endlich sollten E. M.t unter gar keinem Vorwande ohne Wissen des ganzen Landes Kriegsvolk annehmen.

Digitized by Google

April 12. Aber das Folgende zeigt, wie dies alles gehalten wurde: denn es haben die untreuen Räte bei sich erwogen, wie sie dies Königreich um ihres eigenen Nutzens willen auf einen andern als auf unsern nach E. M.t Begehren designierten König durch ihre unehrlichen Praktiken übertragen und uns Stände um unsern Namen und unsere Ehre zu unserer ewigen Schmach bringen könnten. Sie wollten Erzherzog Leopold erheben und zu einem grossen Herrn machen, dagegen Dero Bruder nicht nur der Designation sondern aller künftigen Güter entsetzen[1] und sich dies Königreich unterwürfig und dienstbar machen. Dazu haben sie ohne Wissen und Willen des Landes in E. M.t Namen und unter Dero blinder Bestallung, in der kein Feind besonders genannt wurde sondern die auf alle E. M.t Widersacher gedeutet wird, das passauer Volk in der Nachbarschaft und in diesem Königreich selbst unter dem Schein werben lassen als sollte es Erzherzog Leopold nach Jülich zu Hilfe geschickt werden. Da die Musterung nicht in Böhmen stattfinden konnte, haben sie dazu Passau gewählt, woraus der gemeine Mann damals schon schloss, es müsse unter diesem Deckel etwas anderes verborgen sein, wie nun aus Tengnagels Bekenntnis auch wirklich offenbar geworden ist. Als wir Stände besorgten, es möchte durch diese Werbung etwas den Landtagsbeschlüssen zuwider geschehen oder das Volk wegen der Bezahlung in das Königreich rücken, da wurde uns gewaltig zugesprochen, es sei das Volk nicht gegen das Königreich gemeint, werde auch nicht in dasselbe einrücken sondern nach Jülich ziehen; es haben auch der König und die vereinigten Länder, als sie begehrten, dass man mit diesem Volk nichts wider sie und die Verträge vornehmen solle, zur Antwort erhalten, sie hätten nichts zu befürchten.

Nun findet sich aber, dass, als im Jahre 1610 einige Kurfürsten, Erzherzoge und Fürsten bei E. M.t waren, Sie denselben in Ihrer Proposition vom 2. Mai haben vortragen lassen,[2] als wären Ungarn, Oesterreich und Mähren E. M.t unbillig entzogen worden, weshalb E. M.t von den Kurfürsten etc. begehrten, diese Länder E. M.t wieder zu verschaffen. Die Kurfürsten etc. haben sich lange bemüht und endlich zwischen E. M.t und Dero Bruder einen Vertrag abgehandelt, wonach E. M.t und der König binnen einem Monat beide Ihr Volk abdanken sollen. Da aber inzwischen die obgenannten Länder nicht aufhörten, uns böhmische Stände zu ermahnen, Acht zu geben, Volk zu werben, die Grenzen zu besetzen und im Notfall ihnen beizuspringen, so haben die obersten Landoffiziere, Rechtsbeisitzer, Hof- und Kammerräte und die vom Landtag zur Defension verordneten Personen diese Warnungen den versammelten Kurfürsten etc. am 14. Juli 1610 mitgeteilt und Schutz begehrt, widrigenfalls sie zu der

[1] Vgl. den Wortlaut von Tengnagels Aussage in no. 84, S. 187 und n no. 106, S. 258.

[2] Vgl. A. Gindely, a. a. O., II., S. 111 f., 128 f. und F. v. Hurter, Geschichte Kaiser Ferdinands II., VI., S. 247 f.

Digitized by Google

im Landtag beschlossenen Defension greifen müssten. Darauf hat uns der Herzog von Braunschweig am 21., dann alle Kurfürsten etc. am 29. Juli geantwortet: wir sollten nicht Volk werben und unnütz Geld aufwenden, da dies nur die schwebenden Verhandlungen hindern würde; auch hätte der Kaiser ihnen, den Kurfürsten etc., gleich bei ihrer Ankunft angezeigt, dass das passauer Volk nicht gegen den König und dessen Länder gemeint sei; es hätte also dies Königreich nichts zu fürchten und mögen wir Werbungen unterlassen, wenn auch dies Kriegsvolk wegen einiger Unruhen im Reiche nicht so bald abgeführt würde. April 12.

Dieser Zusage und Versicherung haben wir Stände natürlich geglaubt und haben auch die Kurfürsten etc. sich nicht versehen, dass von dem passauer Volk dawider etwas anderes vorgenommen werden sollte, ja sie selbst haben im letzten Vertrag bekräftigt, dass sie zum haltenden Teile stehen wollten.

Was aber trotzdem nach dem Abzug der Kurfürsten etc. für ein feindlicher Einfall durch dies Volk in Oesterreich erfolgt ist, zeigen die Schreiben des Königs an E. M.t, an den Herzog von Braunschweig und an uns Stände, endlich das Werk selbst. Als darauf der König und seine Länder uns, die böhmischen Stände, vermöge der Verträge zur Hilfe aufforderten, haben wir uns für schuldig erkannt, die Zusage zu halten und haben ihnen geantwortet, wir wollten die Grenzen mit geworbenem Volke besetzen und helfen. Nun sollte dies Volk auf E. M.t Bestallung geworben werden, aber weder wir Stände noch die Landoffiziere konnten von E. M.t Audienz oder eine gewisse Resolution erlangen; vielmehr liessen E. M.t uns Ständen durch den Oberstkanzler zuentbieten, wenn E. M.t mit so häufigen Audienzen bemüssigt würden, würden wir Stände E. M.t nicht lange haben sondern Derselben vielmehr vom Leben zum Tod helfen, während man doch wusste, dass die bösen Räte und unsere Feinde täglich und so oft sie wollten bei E. M.t Audienz hatten. So sind wir Stände mit wunderbarlichen Listen verhindert und aufgehalten worden, bis schliesslich das passauer Volk sich nach der Plünderung Oesterreichs nach der böhmischen Grenze zurückwandte, gegen Landtagsbeschluss, Landesordnung und alle uns gegebenen Verheissungen in dies Königreich einfiel und sich Krumaus und Budweis' bemächtigte. Als wir dies E. M.t vortrugen, begehrten Sie, wir sollten uns nur zwölf Tage gedulden und gegen das Volk nichts vornehmen, da E. M.t es abdanken lassen, wenn es aber weiter fortrückte, in die Acht tun, alle Ihre Macht gegen es kehren und die Reichsstände zu Hilfe rufen wollten. Inzwischen aber besetzten die Passauer auch Tabor und während verschiedene Verhandlungen, offenbar nur zum Schein, mit denselben zu Beraun und in deren Lager auf dem weissen Berg und um das prager Schloss herum geführt wurden [1] und uns Ständen in der böhmischen Kanzlei

[1] Vgl. für das folgende oben no. 60, S. 131, Anm. 1.

Digitized by Google

April 12. angezeigt wurde, dass am letzten Faschingstag morgens zwischen E. M.t und dem Erzherzog wegen der Abdankung verhandelt werden solle, haben desselben Tags die Passauer in aller Früh uns Stände (die wir, um nicht gegen solchen Feind gefasst zu sein, mit wunderlichen Praktiken und Vertröstungen aufgehalten worden waren) auf der prager Kleinseite überfallen, haben mit unserm auf E. M.t Bestallung geworbenen Kriegsvolk und einigen Landvolk geschlagen, wobei beiderseits einige hundert Personen, doch mehr von jenen als von uns gefallen sind; in die Altstadt drangen zwei Kornete ihrer Reiterei, welche dieselbe einnehmen und die vornehmsten Orte besetzen sollten, ein, wurden aber niedergemacht. Inzwischen hatten sich die Passauer auch des Schlosses, worin die böhmische Krone mit allen Privilegien und Freiheiten und der Landtafel verblieben war, bemächtigt, es zum Spott der böhmischen Nation mit ihren Wachen besetzt, unser geworbenes Volk herausgestossen, die Schlüssel dem Schlosshauptmann abgenommen und allerlei Praktiken geübt, um ihre Absichten zu vollenden: so haben sie durch Dekrete, die mit E. M.t kleinem Siegel besiegelt und eigenhändig von E. M.t unterschrieben waren und worin ihr Vornehmen gelobt wird, die unsern (die sich in der Altstadt eingeschlossen hatten und mit den Einwohnern der Alt- und Neustadt allerlei Feindseligkeiten ritterlich abwehrten) dahin zu bringen versucht, dass sie sich mit ihnen, den Passauern, vereinigen (was sie aber wider ihr Gewissen und die Landtagsbeschlüsse nicht tun mochten) und dass bei höchster Strafe und Ungnade kein Teil gegen den andern etwas feindseliges vornehmen solle. Damit wollten sie uns zwingen, E. M.t gegen den König zu defendieren. Eine Zeit lang drohten sie auch, die Stadt Prag mit grobem Geschütz (wozu sie aus dem Schloss viele Stücke schaffen und gegen die Stadt richten liessen) zu verderben und darin nicht das Kind im Mutterleib zu schonen; aber Gott hat dies nicht zugelassen sondern den Verteidigern Mut gegeben. — Der Gegner Praktiken mag man auch daraus erkennen, dass sie E. M.t, bewogen, durch offene Mandate den Ständen aller Kreise ernstlich zu verbieten, zum Schutz E. M.t, der Krone, Privilegien etc. mit dem Aufgebot nach Prag zu ziehen und zwar unter dem Vorwand, E. M.t seien oberster Kriegsherr sowol des passauer als unseres zur Defension geworbenen Volkes und sie, die Passauer, hätten die gleiche Absicht wie unser Volk. Schliesslich haben wir nichts anderes tun können als zur Erhaltung unseres Vaterlandes, unserer Rechte, Freiheiten, unserer Habe, Weiber und Kinder die inkorporierten Länder um Hilfe anzurufen.

Als Matthias, unser designierter König, dies vernahm, hat er unsern aus so erheblichen Ursachen zu ihm abgefertigten Kommissarien die Resolution erteilt: weil er uns in solcher Gefahr sehe, wolle er kraft des Vertrags von 1608 nicht nur mit seinem Kriegsvolk sondern auch mit eigener Person diesem Königreich und uns Ständen beispringen. Wir haben dies dankbar angenommen und

Digitized by Google

ihm sagen lassen, dass wir gern von seiner Ankunft hören und dass er sie beschleunigen möge.[1] — April 12.

Wir Stände des Königreichs tragen wegen dieser unerhörten Taten und der Vergiessung unschuldigen Blutes ein herzliches Mitleiden und können kaum an uns halten, laut zu beklagen, dass E. M.t Dero getreuen Untertanen („die E. M.t kurz vor diesem für solche nit allein durch den landgrafen sondern auch mit Deroselben aigenem ksl. und kgl. mund erkant und angesprochen") so grausam haben hinmorden und berauben, dass Sie deren Weiber und Kinder zu Witwen und Waisen haben machen lassen, dass Sie deren Rechte durch solche Dekrete zu brechen gestattet haben und noch gestatten, dass Dero Ständen und Untertanen unwiederbringlicher Schaden zugefügt werde. Wir haben solches keineswegs um E. M.t verdient; hat jemand von uns etwas wider Dieselbe verbrochen, so konnte er durch ordentliches Verhör und schleunige Erkenntnis zur Gebühr gebracht werden und hätte es so arglistiger böser Praktiken, wodurch dies Königreich solchen Schaden genommen, wider die Stände nicht bedurft, abgesehen davon dass das Land nach Tengnagls Aussage künftig noch grössere Gefahren hätte erleiden sollen.

E. M.t mögen darnach selbst urteilen, wohin Sie durch Dero ungetreuen Räte und deren Praktiken (weshalb wir mit E. M.t Mitleid tragen) gekommen sind, so dass man schon in den umliegenden Landen für gemein sagt, man wisse nicht, wie man noch E. M.t Siegeln, Briefen, Verheissungen und mündlichen Anzeigen glauben solle.

Aus diesen und andern gewichtigen Ursachen aber sind wir drei Stände einhellig dabei verblieben, dass wir nicht länger unter einem so schweren und unleidlichen Joch bleiben können „und schlecht heraus gesagt zu bleiben nicht willens haben," sondern bitten, unsere Angst und Bedrängnis barmherzig anzusehen und, damit wir uns von diesem grossen Jammer wieder erholen können, unsere folgenden Begehren unverzüglich zu erfüllen:

1. E. M.t mögen die boshaften Verursacher dieser verderblichen Praktiken, vor allem diejenigen von ihnen, welche sich von hier wieder nach Budweis begaben, sich dort verschanzen und durch Werbung neuen Kriegsvolks sich täglich verstärken, für Ihre und dieses Königreichs offene Feinde erklären, dieselben in unsere Gewalt geben oder andern zum Exempel selbst strafen, diejenigen aber, welche sich etwa bereits aus Böhmen begeben haben, samt dem ganzen passauer Volk, wenn es nicht unverzüglich das Land verlässt, in die Acht tun. 2. Die von den Passauern Geschädigten sollen von ihren Restanten oder sonstwie unverzüglich entschädigt werden.

---

[1] Schreiben der böhmischen Stände an den König vom 10. März (Wi., I A 1, Ka. 2991; Or.).

Digitized by Google

April 12. 3. Da E. M.t an Ihrem hohen Alter und „Arbeitselikeit“ mehr als zuvor laborieren, Audienzen zu geben und was zur königlichen Pflicht sonst gehört, zu erfüllen nicht vermögen, so sollen E. M.t sich forthin ein ruhiges Leben gefallen lassen, sich nach dem Beispiel Ihrer Vorfahren, die es freiwillig taten, zur Ruhe begeben und dies bei dem Generallandtag von uns Ständen (gleich wie bei der Designation) nachsuchen, damit wir nach Dero Begehren und aus vorangedeuteten Ursachen Matthias zum böhmischen König wählen können, was wir zu tun versprechen, doch dass E. M.t ihm das ganze Regiment abtreten; der König wird aber vor der Krönung alle Verträge, Privilegien, Majestätsbriefe, Landtagsbeschlüsse u. s. w. erneuern und durch einen neuen Majestätsbrief bekräftigen.

So werden E. M.t sich dies Königreich verpflichten, wogegen wir drei Stände samt den zugehörigen Landen nicht unterlassen wollen, E. M.t bei Gott langes und ruhiges Leben zu erbitten. Wir hoffen dabei, es werde dies billige und christliche Begehren auch deshalb, weil ein gewaltiges Kriegsvolk von 30000 Mann derzeit im Königreich liegt, das Land verdirbt und täglich ein grosses darauf geht, von E. M.t ehestens ins Werk gesetzt werden. O. D.[1]

Wi., I A 1; Ka. 2989; Kptkopie mit Verbesserungen Khrenbergs.

April 12. **137.** Die kurpfälzischen Räte an den Administrator der Kurpfalz.

Vergangenen Sonnabend ist Colli von Prag zurückgekehrt[2] und hat heute im Rat kurzen Bericht erstattet: er ist von hier nach Nürnberg und von da auf Loefenius' Rat nach Wittingau gereist, wo er Schreiben an Budowec und einige kaiserliche Kammerdiener empfieng.[3] Ankunft in Prag am 20./30. Januar. Auf die versprochene Audienz hat C. eine gute Zeit gewartet, bis endlich einige kaiserliche Räte ihm anzeigten, er werde keine persönliche Audienz erlangen sondern es habe der Kaiser befohlen, dass die Räte ihn hören sollen. C. hat sich trotzdem beim kaiserlichen Kammerdiener Ericius[4] angegeben und nochmals die persönliche Audienz betrieben; aber es verzog sich

[1] Datiert nach einem Vermerk auf der Rückseite.

[2] Der Hofrichter und Stuhlfauth zu Heidelberg, Hippolyt a Collibus, war mit Instruktion vom $\frac{\text{24. Dezember 1610}}{\text{3. Januar 1611}}$ vom Administrator der Kurpfalz nach Prag abgefertigt worden, um in dessen Namen die Belehnung des fünfzehnjährigen Kurerben der Pfalz mit den Regalien der Kurpfalz zu erwirken, obgleich dem Administrator Johann von Zweibrücken Vormundschaft und Administration der Kurpfalz durch Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg streitig gemacht wurden (Instruktion in Mb., 101/4 — Kpt. von Hausmann). Vgl. oben no. 6, S. 15, Anm. 2.

[3] In dem ersten Bericht aus Prag vom 21./31. Januar schreibt Colli, dass er auch an den kaiserlichen Hofmaler Hans von Aachen empfohlen worden sei (Mb., 101/4 — Or. eigh.).

[4] Vgl. über diese Persönlichkeit oben no. 33, S. 83, Anm. 1.

Digitized by Google

doch damit bis zur Ankunft des Erzherzogs Leopold in Prag. Dieser April 12.
versprach C. gleichfalls, ihm zur Audienz zu verhelfen;[1] aber Althan und Hegenmüller gaben C. zu verstehen, dass Leuchtenberg es verhindere und ihn mit Dr. Silbermann[2] gleichgehalten wissen wolle. Dennoch wurde er am $\frac{\text{20. Februar}}{\text{2. März}}$ erfordert und vom Kaiser persönlich nur in Hegenmüllers Gegenwart angehört. Nach etwa acht Tagen erhielt er mündlich zur Antwort, der Kaiser könne diesmal wegen anderer Geschäfte, besonders wegen der Passauer nicht zu einer endlichen Resolution gelangen; sie würde aber in wenigen Tagen nachfolgen und zwar dergestalt, dass E. fl. Gn. und der junge Herr daraus des Kaisers Affektion spüren sollen. Vier Tage später folgte beiliegende schriftliche Resolution,[3] auf die, weil der Kaiser diesmal als Ursache des Verzugs mit der Belehnung das Ausbleiben der kurfürstlichen Gutachten wegen des Administrationsstreits anzog, C. den Kaiser erinnern liess, dass die Administration und die Belehnung ganz verschiedenes seien; er bat dann nochmals um willfährigen Bescheid. Darauf erhielt er wieder zur Antwort, der Kaiser werde sich ehestens zur Zufriedenheit des Administrators und des jungen Herrn erklären. Zugleich liess der Kaiser C. fragen, ob König Matthias etwas bei E. fl. Gn. wider ihn suchen lasse. Darauf C.: der König habe nicht gegen den Kaiser, wol aber gegen die Passauer Hilfe begehrt; E. fl. Gn. hätten sich darauf noch nicht hauptsächlich erklärt.[4] Unter einem bat C. den Kaiser nochmals um erspriessliche Resolution, worauf er die Antwort erhielt, er möge noch drei Tage warten, der Kaiser wolle Barvitius in drei Sachen Befehl auftragen. Inzwischen änderten sich die Dinge immer mehr, der König zog in Prag ein,

---

[1] Am 5./15. März schreibt der Grosshofmeister Graf von Solms an Fürst Christian von Anhalt: Erzherzog Leopold schmeichle Colli sehr und habe ihm versprochen, ihn in dessen Geschäften zu unterstützen; zugleich lasse er aber Colli sondieren, ob der Kaiser im Notfall Hilfe vom Hause Pfalz zu erwarten habe, worauf Colli ausweichend antwortete (Bbg., A 9 a, no. 82, f. 40; Or. eigh.).

[2] Neuburgischer Rat. — Anfangs war Colli wegen Leuchtenberg anderer Meinung: noch am $\frac{\text{24. Januar}}{\text{3. Februar}}$ berichtet Colli nach Hause, dass der Landgraf sich sehr wol erkläre, wie er auch erzähle, dass er sich beim Kaiser um die Bestätigung des kurfürstlichen Testaments bemüht habe (Mb., 101/4, — Or. eigh.). — Leuchtenberg bemühte sich tatsächlich, Gleichheit zwischen den Parteien zu erhalten und wies auch Silbermann zur Geduld, ja riet dem Pfalzgrafen sogar zur Nachgiebigkeit (Dr. Silbermann an Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg am $\frac{\text{28. Januar}}{\text{7. Februar}}$ (Ma., 299/18, f. 121; Kopie).

[3] Vom 12. März datiert. Die Resolution enthielt nur das Versprechen, das Gutachten der Kurfürsten im Administrationsstreits betreiben zu wollen, worauf sogleich die kaiserliche Entscheidung ergehen solle (Mb., 101/4; Or.). Zugleich wurden die Kurfürsten unter dem 10. März neuerdings wegen des Gutachtens angemahnt (Mb., a. a. O., Kopie).

[4] Vgl. oben no. 25, S. 63, Anm. 1.

Digitized by Google

April 12. so dass alles weitere vergeblich war. Vor Collis Abreise kam Leuchtenberg zu ihm und zeigte ihm an, der Kaiser lasse dem Administrator und dem jungen Herrn seinen kaiserlichen Gruss vermelden. — Der König gab C. Audienz und äusserte: es seien die beiden vorigen Kurfürsten der Pfalz gegen ihn stets wolgeneigt gewesen; er hoffe, der junge Kurerbe werde diese Gesinnung geerbt haben. Khlesl bat C., die Kurfürsten und Fürsten des Reichs zu versichern, „dass er seine vorige gedanken umb sovil geendert und nunmehr der entlichen und bestendigen meinung were, dass man die religion freilassen und mehr uf das gemeine wesen sehen solte.“ [1]

C. rühmte endlich, was für Ehre und guten Willen ihm Gabriel von Donnep, gewesener landgräflicher Stallmeister zu Cassel, und Lazarus Henkel erwiesen haben; letzterer versah ihn mit Quartier und nahm für die stattliche Traktion keine Bezahlung an. Das am Samstag eingelaufene Schreiben der österreichischen Stände an die Unierten haben wir diesen mitteilen lassen. Datum Heidelberg den 2. aprilis a. 1611.

Mb., 101|4. — Kpt. von Hausmann.

April 12. und 13. **138. Instruktion des Kurfürsten von Mainz zum katholischen Bundestag zu Würzburg.**

Unsere Gesandten [2] haben sich nach ihrer Ankunft bei den bairischen anzumelden und deren Ansage zu erwarten, sich auch bei der Verhandlung nach der bairischen Proposition zu richten. — Die Baiern werden voraussichtlich das Gutachten der unsrigen wegen des modus procedendi begehren. Dabei meinen wir, dass zuerst von der Einnahme Sachsens und anderer friedfertiger evangelischer Stände, dann von der „Generalstabilierung“ des Bundes sowol durch Aufnahme mehrerer Stände als auch durch Abstellung der bisherigen Mängel und zuletzt von dem „privatum als der stende berechnungen“ zu handeln wäre, weil „die meiste noturft an richtigmachung des hauptwesens bestehe“ und weil den sächsischen Gesandten, die nur auf sechs bis acht Tage später geladen sind,[3] durch längeren Verzug nicht Anlass zu Mistrauen gegeben werden darf. „Wabei dann gleichwie in allen andern proponirten puncten die unserige auch vor dem gemeinen rahtgang mit den Trier-, Cölln-, Speyer- und Wormbsischen fleissige unvermerkte communication pflegen und sie soviel möglich zue einer gleichmessigen meinung disponiren und hierunter mit solcher behuetsambkeit verfahren sollen, damit hierdurch einige trennung der consilien noch misstreuliche gedanken bei den directorn verursacht werden.“ Namentlich ist darauf zu

[1] Vgl. oben no. 105.

[2] Greiffenclau, Eltz und Gereon, also dieselben, die zum frankfurter Kommunikationstag abgeordnet worden waren (vgl. oben no. 62, S. 143, Anm. 2).

[3] Vgl. oben no. 90, S. 200, Anm. 2.

Digitized by Google

sehen, dass sich die Trierer mit den unsrigen übereinstimmend erklären. — Hält man aber an der Ordnung des Ausschreibens fest, so haben unsere Gesandten nachzugeben, „doch mit dem vorbehalt, dass man sich zue keinem solchen particularpuncten verbindlich ercleren könne, bis der hauptpunct der union uf eine bestendige gewisheit gepracht.“ April 12. und 13.

Hinsichtlich der Einnahme Sachsens und anderer Evangelischer halten wir dafür, dass, da sich der Kurfürst von Sachsen zu Prag „zue steifer unverbrüchlicher haltung des religion- und prophanfriedens, wie derselbe in seinem buchstablichen inhalt begriffen, ganz rund und bestendig erclert, es anderer clausulen und reservationen“ nicht bedarf und wäre es auch „ganz unvorträglich, dass an seiten der catholischen diessfals das wenigst dubium movirt werde.“ Sollte aber von den Sächsischen oder anderen Evangelischen eine den Religionsfrieden verletzende Erklärung oder der bekannte Vorbehalt „cum protestatione“ vorgebracht werden oder eines Bundesstandes Abgesandte ‚aus überflüssigem eifer‘ eine Erörterung über den Verstand eines oder des anderen Punktes im Religions- oder Landfrieden und besonders über den geistlichen Vorbehalt anregen, so haben unsere Gesandten das glimpflich abzuwenden, weil diese Punkte vor alle Stände des Reiches gehörten und die Union einzig den Zweck habe, dass „ein ieder stant ohne underschiet der religion bei dem seinigen ruhig verpleiben und gegen denjenigen, so sich an gleichen rechten nicht begnügen lassen sonder den andern feindlich und de facto zuesetzen, überziehen und ohne erkantnus rechtens ihnen seiner lant, leut, rechten und gefellen zue destituiren und zu entsetzen sich understehen wolten, von dem bunt notwendige, würkliche hülf und beistant haben und erlangen möge.“ — Sollten jedoch „andere bedenken hierbei vorfallen und etwa per maiora uf specialclausulen“ zu besserer Versicherung der Katholiken geschlossen werden, so haben die Gesandten sich den anderen möglichst zu fügen, damit wir nicht der „Singularität“ oder der Hinderung der Beratungen oder der Vernachlässigung der Sicherung der Katholiken beschuldigt werden. — Auch wenn wegen der Direktion und sonst ausserhalb des Religionsfriedens in gemeinem Unionswesen gewisse „modi und conditiones“ bei Einnahme der Evangelischen beschlossen werden, haben sich die Gesandten nach Verständigung mit den anderen rheinischen Ständen nicht abzusondern, in jeder Weise aber unnötiges „Skrupuliren“, das zu Mistrauen Anlass geben könnte, nach Kräften zu verhüten.

Bei Abrechnung der Auslagen und Schäden sollen die Gesandten vor allem darauf sehen, dass Gleichheit gehalten und nur die Schäden, „so dem bunt zue guetem bei kriegsverfassungen, durchzügen und einlegerungen verursacht worden“, passiert werden, solche aber, „welche etwa ausser des bunts als bei Strassburg, Passau, Würtzburg, Bamberg, Speyer, Teutschmeister etc. vergangenen jars

Digitized by Google

April 12. und 13. vorgelaufen", dürfen nicht in Anschlag gebracht werden. Geschieht es dennoch, so sollen die Gesandten auch über den in unserm Oberstift durch Durchzüge verursachten Schaden Rechnung legen. — Die Gesandten sollen auch beantragen, dass uns die Kosten für das im vorigen Jahr zur Sicherung der Stadt Mainz geworbene Fähnlein Knechte, welches wir bis jetzt unterhalten haben, erstattet werden; wird dagegen eingewendet, dass die Annahme ohne Bewilligung der Bundesstände geschehen sei, so ist darauf zu erwidern, dass diese Werbung wegen allerhand gefährlicher Anschläge auf die Stadt („wovon wir im höchsten vertrauen und gehaim von personen, so solchen geferlichen consiliis beigewonet, bestendige avis gehabt") unbedingt nötig gewesen, dem Herzog von Baiern davon gebührende Anzeige gemacht und bei den gesamten Bundesständen zu München deshalb angesucht worden, dass auch dem gesamten Bunde und den rheinischen Ständen insbesonders an Behauptung dieser Stadt sehr viel gelegen sei. — Desgleichen ist Erstattung unserer Unkosten für das reiffenbergische Regiment, das wir mit ausdrücklicher Bewilligung des Herzogs von Baiern geworben haben, zu begehren. —

Die geforderten Beiträge zu einem neuen Vorrate, ausser dem man sich bei eilender Not doch noch aufs äusserst würde angreifen müssen, wird nicht leicht ein Stand erschwingen können, zumal wenn der Bund auf die jetzigen wenigen Mitglieder beschränkt bleibt; in diesem Falle werden die dem oberländischen Direktorium weit entsessenen rheinischen Stände wol zu bedenken haben, was sie tun.[1] Unsere Gesandten sollen dazu nach Anhörung der anderen erklären: obgleich wir uns schwer zu einer Bewilligung verstehen können, „do nicht bessere ordnung als bishero mit erlegung der gewilligten hülfen gehalten werden solte", so wollten wir uns doch in der Hoffnung, dass bei dieser Zusammenkunft das Hauptwerk verbessert werden würde, nicht absondern, „jedoch mit dieser austrücklichen mass, dass des churfürsten zue Cöllns L. zuegehörige stifter Lüttich, Münster, Hildesheim, Freisingen, Berchtesgaden, wie zue Maintz desswegen vergleichung geschehen, sich zue der union auch accommodiren und ihre angepürnus sowol an verschienenen als folgenden anlagen richtig erlegen;" denn es wäre uns und andern sonst beschwerlich, ohne gleiche Gegenleistung ihnen in allen Fällen beizustehen.

Die vom Kurfürsten von Köln mehrfach begehrte Ermässigung des Anschlages für sein Stift ist nicht zu bewilligen, weil sonst andere wie Worms, Bamberg und Speier dasselbe Verlangen stellen würden und daraus Verwirrung und Unsicherheit der Hilfe entstehen müsste. — Jeder soll seine Anlage ganz zur Kasse erlegen; nur wenn etwa vor dem Erlagsziel ein Stand überfallen würde, darf

[1] Vgl. die kurmainzische Instruktion zum frankfurter Kommunikationstag oben no. 62.

Digitized by Google

er mit Vorwissen der beiden Obersten seine Verteidigung von der Anlage bestreiten und die Kosten nachher abziehen. — Die Dezimation der Geistlichen scheint nicht tunlich, doch wollen wir uns auch hier der Mehrheit fügen.[1] April 12. und 13.

Hinsichtlich der Verbesserung des Defensionswerks sind die im augsburger Abschied erwähnten Vorschläge Baierns und Augsburgs zu hören und ist darnach mit der Mehrheit zu stimmen.

Wegen der in Frankfurt zu weiterem Nachdenken gestellten Sicherung des Stiftes Mainz sind die Gesandten der rheinischen Stände um ihr Gutachten zu befragen, das auf derselben Gutbefinden dann den sämmtlichen Ständen vorgetragen werden kann. Wir sind übrigens der Meinung, dass, wenn dem ganzen Wesen geholfen ist, auch diese Sache erledigt sein wird.

Die Gesandtschaften an Erzherzog Albrecht, Frankreich und Lothringen sind, „bis die union allerdings firmirt und die unirte unter sich selbsten einig", aufzuschieben, da sonst davon keine Frucht zu hoffen ist. Zur Gesandtschaft nach Frankreich ist neben Helfenstein am besten der von Ulm zu verwenden; doch wollen wir uns dem Schluss der Mehrheit bequemen.

Hinsichtlich des Bundesoberstenamtes wissen die Gesandten hinlänglich, „in was grossen gefahr wir die zeit hero bei vorgewesenen unruhen unsers erzstifts halber nicht allein begriffen gewesen sonder auch noch sein, zue geschweigen was wir darbei vor vielfältige schwere ausgaben und verdriesslich unablässig, zue zeiten auch wol zimlich ongestimmes anlaufen gehabt, indem man uns je zueweilen fast über unser vermögen mit rauen harten worten und reden solches ampts halben zue treiben understanden"; deshalb haben wir die Aufkündigung zu Frankfurt geschehen lassen. Obgleich nun diese von den rheinischen Ständegesandten aus Mangel an Befehl nicht angenommen worden ist und der Kurfürst von Trier sowie der Koadjutor von Köln uns seitdem um Fortführung des Amtes angelegentlich gebeten haben,[2] so sollen unsere Abgesandten dennoch auf der früheren Erklärung fest bestehen. Sollten aber die Stände von uns nicht ablassen noch andere sich zu dieser Funktion bewegen lassen, so wollen wir bis auf weiteres das Amt behalten, „jedoch dass dem hauptunionwerk zuvor allerdings geholfen."

Wird „in craft deren general dem ausschreiben inserirten clausul noch anderes zue beförderung gemeinen bundswesens proponirt," so werden die unsrigen unseres Stiftes und der rheinischen Stände

[1] Aus der frankfurter Instruktion. oben no. 62.

[2] Kurtrier an Kurmainz am 28. März mit der Begründung, wie wichtig es für die rheinischen Stände sei, den einen Bundesobersten bei der Hand zu haben (Wmz., Religionsakten, Bd. 12, no. 63; Or.). Kurtrier liess die Bitte um Beibehaltung des Bundesoberstenamts noch durch Eltz wiederholen; vgl. oben no. 111, S. 273, Anm. 2 und no. 135, S. 324, Anm. 3.

Digitized by Google

April 12. und 13. Nutzen in Acht zu nehmen und dahin zu sehen haben, „damit das hauptwerk dermaleinest zue rechten stant gebracht werde," wobei sie sich nach dem besonderen Memorial [siehe unten] zu richten haben; die Festigung des Bundes wird etwa bei der Einnahme Sachsens zur Sprache zu bringen sein. Signatum Aschaffenburg den 12. aprilis a. 1611.[1]

Neben-Memorial.

Mit der Erledigung der vorstehenden Punkte ist aber der Sache noch nicht geholfen sondern es muss das „Hauptwesen" von Grund aus angegriffen werden; bringen die baierischen Gesandten dies nicht von selbst zur Sprache, so haben die unsrigen sie an das folgende zu erinnern:

Da der Bund einzig den Zweck hat, die Mitglieder vor Vergewaltigung im Sinn des Religions- und Landfriedens zu schützen, „welches dann gleichwol ohne leut nicht geschehen kann, so wurt man notwendig uf eine starke anzal volks und einen instructum exercitum als etwan von zwanzig tausent mann zue ross und fues, wie dann anfangs dieser buntstractation auch bedacht worden, bedacht sein, auch sich des underhalts halber also vergleichen müssen, dass, wann es die notturft erfordert, solcher exercitus nicht allein in eil ufgebracht sonder auch jahr und tag, es seie zue felt oder in guarnisonen und, wie es die notturft erfordert, an solt proviant, munition und aller notturft erhalten werden möge." — Um zu sehen, ob man das vermag, ist ein genaues Verzeichnis sowol der Leistungen, zu denen die Stände fähig sind, als auch der Zuschüsse der auswärtigen Mächte zu machen. Es wird aber nicht genügen, sich gewisser Monate zu vergleichen „und ins hundert hinein (etwa auf die vermöglichere) zue raten sondern würt man bei heller und pfenning wissen müssen, was man von einem ieden stant würklich zu gewarten hab, damit das facit bestendig darnach gemacht werden könne und nicht etwa viel ufm papier und hernacher wenig im seckel sich befinde, aus welchem dann ervolgt, dass man grosse anschläg macht und uf ein ungewisses bauet und gemeinlich nicht allein nichts ausrichtet sonder alles vergeblich angewendet, sich und seine underthanen erseigert und eröset und wol mehr schadens und unglücks als vortheils dabei hat." Ist das Verzeichnis angefertigt, so soll man den Ueberschlag machen, ob man ein solches Heer Jahr und Tag erhalten kann. Bevor man dessen Gewissheit hat, wird man vergeblich von Herbeischaffung eines grösseren Vorrats und anderm handeln und bleibt ungewiss, ob man das Angefangene ausführen kann oder ob man davon nicht etwa mit Schimpf und Schande ablassen muss. Findet man sich aber stark

[1] Zur Entstehung der Instruktion vgl. oben no. 126. Die Hauptinstruktion ist unter Heranziehung der frankfurter Instruktion aus zwei Beratungen des kurmainzischen geheimen Rats vom 11. und 12. April (Wmz., a. a. O., no. 65 und 66) hervorgegangen.

Digitized by Google

genug, so ist der Kaiser um Bestätigung des Bundes zu bitten, sind die Legstätten zu verordnen und die Kassen so zu teilen, dass alle Stände die Hilfe bequem erlangen können. Dabei wird sich auch die Verbesserung der Mängel ergeben und es kann auch vom modus defensionis besser geredet werden. Würden aber die Mittel nicht ausreichen, ein solches Heer zu unterhalten, so wäre wol zu bedenken, ob man nicht besser liegen lässt, was man nicht erheben kann, statt sich in Gefahr zu setzen, sich grosse Feindschaft zu machen, seine Untertanen zu Unwillen zu bewegen und sich selbst in falschem Wahne zu wiegen. Signatum Aschaffenburg den 13. aprilis a. 1611. April 12. und 13.

Wmz., Religionsakten, Bd. 12, no. 86; Kpt. von Faber mit Zusätzen von Faust; ebenda, no. 88; Or. — Nebenmemorial: ebenda, no. 87; Kpt. von Faber mit Zusätzen von Faust und Gereon, no. 89; Or.[1]

---

[1] Zu obiger Instruktion hat der Kurfürst zwei eigenhändige Aufzeichnungen gemacht, die seine persönliche Anschauung von den Unionsangelegenheiten am treuesten wiederspiegeln. Die eine, undatiert, ist überschrieben „Requisita“: „Vor allen dingen die vnion zu uerbessern vnd zu uermehren mitt einnehmung mehrer vermöglicher vnd gehorsammer stende. — Rechtige vnuerwaigerliche gleichmössige anlaag zu gewisser zeitt vnd ahn ein gewiss ortt. — Die stende also ausszutailen, damitt man sich der hilff zu getrösten vnd zu erfrayen. — Weil bey vorigem directorio vill vngelegenheitt vorgefallen vnd man sich wegen entsessenheitt keiner hilff zu getrösten gehabtt, ob nit solchem zu helffen, nemblich durch ausstailung treyer crais: 1. säxisch, 2. bayrisch, 3. reinisch, so doch in einer vnion begriffen vnd tempore necessitatis ein corpus. — Nottwendig vff mittul zu gedenken, wie das hauss Oesterich realiter zu erlangen. — In jedem crays ein bundesobristen neben den adiuncten. — Wasmaassen ein crais dem andern beyspringen sollt. — Nichts tähttlichs vorzunehmen ohn vorwissen der 3 craisobristen vnd derselben adiuncten. — In jedem crais auffs wenigst ein obrister 2 oder 3 rittmeister vff der bundtstende costen. — Vorrahtt ahn geschütz, vnd munition, wie man sich dessen vergleichen kontte, vti factum. — Der ahnlaag halber richtigkeitt zu machen. Hic quaeritur, do einer oder der ander sein ohnuermögen allegiren soltte, was zu schliessen. Meo iuditio woltt daruorhaltten, sie sollten alsdan sehen, wie inen zu helffen, vnd haist: do ut des. — Burgundt müst ebenmössig als ein standt des reichs zur vnion gezogen werden vnd als bundtobrister ahm Reinstrohm mit erpietung proportionabiliter gewisser gegenhilff. — Ausländischer hilff tam tempore pacis quam belli sich nitt mitt hoffnung abspaissen zu lassenn sondern gewisheitt zu haben. — Do Bayern zur abtailung der 3 craissen nitt verstehen woltt, ob den wenigen stenden zu rathen, bey diesser vnion zu uerharren, insonderheitt do andere fridtfertige der augspurgsschen confessionen nitt zu erhandlen. Ich haldt daruor, nitt rahttsamb zu sein sonder man muss vff andere mittel gedencken, wie zuuor von mir angedeuttet; et hoc negotium vff samptlicher chur- vnd fursten persönlicher zusammenkunfftt differiren. — Der ahnlaag halber kan ich nochmals kein bequemerer weg erdencken als wie hiebeuor in meinem ersten bedencken (ehe diesse vnion vffgerichtt) vermeldt“ (Wmz., a. a. O., no. 90). — Die zweite Aufzeichnung, vom 16. April datiert, hat den Charakter einer besondern Nebeninstruktion für die Gesandten und ist auch als „Memoriale“ bezeichnet: „Ich lass es nachmals bey voriger instruction verpleiben: einmahl wöllen die vffgelauffene costen erstattet sein, dozu alle stende, so sich angeben vnd dorin gewilligtt, verobligirt indifferenter vnd sein die hern principalen vnd nitt die vnderthan dessen schuldig; do aber der vorbehaldt erstlich beschehen, hette es seinen

Digitized by Google

April 12. **139.** Der Bischof von Speier an den Kurfürsten von Mainz.

Bei meinem Regierungsantritt[1] steht es mit mir so, dass ich von meinem Domkapitel nicht einmal die Kosten der Regierung erhalten kann und dass, wenn ich nicht mein eigenes Geld hergebe, die ganze Regierung entlaufen würde. Ich kann daher für die Union nichts weiter tun, zumal ich für sie ohnehin das doppelte meiner Gebührnis in Bargeld ausgelegt und noch Schaden erlitten habe. E. kfl. Gn. könnten mir und meinem Stift eine grosse Gnade erweisen, wenn Sie Ihre Gesandten zum Bundestag dahin instruierten, dass man mir nichts weiter zumute und für mein verarmtes Stift billige Moderation eintreten lasse. Trier hat mir das bereits zugesagt und will zu erwägen geben, dass ich mich fast ein Jahr lang für diese Union persönlich bemüht und jetzt auch noch das kostspielige Kammerrichteramt auf mich genommen habe. Ich brauchte eigentlich diese Entschuldigung gar nicht einzuwenden, da mein Stift um

---

wegk, derhalben billig gleicheitt zu haltten. Vnd seintemal alberaidt diesse difficultet vorfeldt, muss man vff mittul gedencken, wie mitt fugen darauss zu kommen; den einen oder 3 den last zu tragen, nitt zuzumuthen. — Des hern bischoffen von Basells schreiben ad Spirensem ist wol in achtt zu nemen [fehlt]. — Ich hab diesser tagen auch meinem hoffministern mein einfalttig bedencken eröffnett der anlaag halben, ob villeicht die stende desto eher zu erlangen, nemblich das man sich jdes standts ahnlaag [quota übergeschrieben] zu uergleichen, indem man die matricul vorzunemen vnd nach vermögenheitt auch mehr als sein gebüre zu setzen, dero gestaldt das jeder solche quotam järlichs an gewiss ahnnemblich ortt verordnett, so auch nahmhafftt gemachtt soltt werden, douon geburende interesse entpfangen; doch soltt kein standt die hauptsumma, so lang diesse vnion weren möchtte, erhäben, vnd obwol die vffkundigung bey den verkeuffer [!] nitt hehrkommen, so haldt jedoch daruor, in hoc casu werde sich practiciren lassenn vnd wirdt ein jeder deshalben sorgfälttig sein; tempore necessitatis aber, do es durch die bundtsobristen vnd der samblichen adiuncten erkandt, soltts inen freystehen, wie es die noturfftt erfordertt, proportionabiliter vel in totum quocumque tempore vffzukunden, wie den solches in der hauptverschreibung aussdrucklich zu specificiren. Durch solche mittul meines erachttens könntte man auch ausslendischer hilff desto besser versichertt sein, den die päpstliche vnd spanische hilff vff die nohtt allein gesetzt. Ad haec köntten alle requisita specificirtt werden. Do die erst ahnlaag nitt sufficiens, musten dieselbige järlichs vermehrett werden, wie man sich dessen zu uergleichen. — Diss mein einfälttig bedencken hab ich derhalben eroffnett, weil ich sehe, das der anlaag halber kein medium zu erdencken, domitt richtigkeitt. Jeder besorgtt, er gebe zu uil vnd werdt verforteltt oder vor dem andern grauirtt. Bitt disses besser als es geschrieben zu uermercken. Beschicht auss sorgfaltigkeitt, domitt das vnionwesen erhaltten. Hisce valete; den 16. aprilis nocturno tempore" (Wmz, a. a. O., no. 91).

[1] Philipp Christoph von Soetern, erst im Dienst Kurtriers, dann als Domscholaster zu Mainz Johann Schweikhards einflussreicher Berater, war am 30. Mai 1609 zum Koadjutor des Bischofs Eberhard von Speier erwählt und am 22. Oktober 1610 dort als Bischof inthronisiert worden (vgl. F. X. Remling, Geschichte der Bischöfe zu Speyer, II., S. 432 f. und Briefe und Akten, VI., S. 734).

Digitized by Google

23 000 fl. mehr Schaden erlitten hat als meine Quote beträgt; ich hore aber, dass Baiern den ausgestandenen Schaden in die Schanze schlagen und überdies den Bundesständen eine neue Kontribution auferlegen will. Diese neue Last zu tragen ist mir unmöglich und wäre billiger, Baiern mit dem Rest seiner Forderungen an Spanien und den Papst zu weisen. Datum Udenheimb den 12. aprilis a. 1611. — Praes. Aschaffenburg 15. aprilis. April 12.

Nachschrift. Aus beiliegenden prager Zeitungen können E. Gn. „ruinam nostri imperatoris et imperii abnemen. Do ich noch in meinem gringern stant were, konnte ich darbei nit still sitzen und seie her Hanniwaldt, Hegenmüllern, Weltzer und Tennagell beschaffen wie sie wollen, fuerunt tamen columnae catholicae religionis und haben ihrem kaiser und hern getreulich vermeint zu dienen.

Herzog zu Braunschweig Darius fuit in comoedia Pragensi, nunc autem idem in tragoedia: hat es alzeit mher uff des konigs als kaysers seiten gehalten.

Quid dicam de nuncio apostolico et oratore Hispanico? Unserm frommen Schmesansky, Schlauata und andern catholischen wirt es nit besser erghen; in summa könig Mathias muss erhöcht, der teutsch kaiser aber supprimirt werden und solte die ganze catholische religion doruf ghen; ob nit auch etliche catholische im reich uff diesen exitum vorlengst ein aug geschlagen, könte ihm wol manchen gedanken machen. Sachsen rhät seint auch nit all gesant. Quid restat? Allein dass Gott unsern kayser erleuchte und zu sich neme."

Wmz., Religionsakten, Bd. 12, no. 78; Or. eigh.[1]

140. Der Herzog von Württemberg an König Matthias. April 13.

E. kgl. W. Abgesandter, Herr Reichard von Starhemberg, hat mir den Zweck seiner Gesandtschaft zu mir und den andern Unierten ausführlich dargelegt.[2] — Ich hatte mich nun nicht wenig des Inhalts der ersten Schickung erfreut,[3] wonach E. kgl. W. zum Akkord mit dem Kaiser gelangt seien, und hatte auf Fortsetzung dieses Vergleichs gehofft, damit E. kgl. W. die Früchte Ihrer ruhmvollen Tätigkeit im ungarischen Feldzug geniessen könnten. — Dass es nun anders ausgeschlagen ist, muss ich den dem gemeinen friedlichen Wesen

[1] Gleichzeitig liess der Bischof durch seinen Rat Jakob Rinck von Baldenstein dem Kurfürsten dasselbe Begehren mündlich vortragen (Beglaubigung vom 13. April, Wmz., a. a. O., no. 74; Or.), erfuhr aber eine abschlägige Antwort.

[2] Die Beglaubigung Reichards von Starhemberg, der zu den evangelischen Reichsfürsten geschickt wurde, ist vom 12. März (Stg., Unionsacta, tom. XI., f. 542; Or.); von seiner Instruktion liegt bei Hammer-Purgstall, Khlesls Leben, II., Urkunden-Sammlung, no. 304 (erster Teil) nur ein erster Entwurf vor (vgl. oben no. 125, S. 306, Anm. 4).

[3] Damit ist wol Polheims Schickung zu Ende des Jahres 1610 gemeint (vgl. oben no. 21, S. 53, Anm. 2).

Digitized by Google

April 13. übel affektionierten Leuten, über die sich auch die evangelischen Stände oft beschwert haben, zumessen. Man weiss, wie am kaiserlichen Hof gegen die Reichsstände, besonders gegen die unierten verfahren wurde; es ist daher E. kgl. W. um so weniger zu verdenken, dass Sie in Acht nehmen, was zur Erhaltung Ihrer Ehre und zu Ihrer Defension gereicht. Da E. kgl. W. nach Dero Ankunft in Prag auch die nötigen Reformationen und Demonstrationen, wie verlautet, vornehmen, dem räuberischen Volk, dass es nicht andere Stände bedränge, wehren und das alte Vertrauen zwischen den Ständen wieder herstellen wollen, so werden Sie davon gewiss nicht aussetzen, es auch hinfürder mit dem Kaiser und den Ständen gut meinen und geneigt sein, den Beschwerden Abhilfe zu schaffen, wie die Unierten beim Kaiser durch besondere Schickung gesucht,[1] aber durch Verhinderung der „unreformierten" Leute nicht haben erlangen können. E. kgl. W. würden sich durch solche Abhilfe um alle Reichsstände noch mehr verdient machen und sich den Weg zu dem bereiten, „was der almechtig E. kgl. W. ohne das gonden mach." Ich zweifle auch nicht, wenn E. kgl. W. den Reichsständen, besonders den Unierten Anleitung geben, wie sie Ihnen dazu helfen könnten, dass sie dazu kein Bedenken tragen werden.[2] Wegen Fortsetzung unserer Kommunikation hatte ich meinen Gesandten zum schweinfurter Tag befohlen, mit den andern Unierten deshalb zu beraten. Da aber wegen Abwesenheit vornehmer Stände dort nichts endliches geschlossen werden konnte, so beschränkte ich mich, seitdem ich von E. kgl. W. Ankunft in Prag vernommen hatte, darauf, mich mit andern Ständen schriftlich zu verständigen, was bei dieser Lage zu tun sei; ebenso muss ich denselben auch E. kgl. W. jetziges Anbringen mitteilen, weshalb E. kgl. W. wegen der Hauptresolution noch etwas Geduld haben mögen. Die Unierten haben wegen dieses prager Volks eine Defension angestellt; wenn E. kgl. W. noch einer Hilfe bedürfen und sie begehren, so wird sie Ihnen zweifelsohne geleistet werden. Was über ein angebliches Anbringen von Gesandten E. kgl. W. beim französischen Hof verbreitet wurde, ist mir zwar auch zugekommen, doch habe ich nie geglaubt, dass es aus E. kgl. W. Befehl herrühre.[3]

---

[1] Anhalts Schickung nach Prag (vgl. A. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 37 und Briefe und Akten, II., no. 200.

[2] Starhemberg hatte, wie aus seiner Schlussrelation (vgl. unten no. 217) hervorgeht, noch eine Nebeninstruktion erhalten, vermöge derer er die Meinung der Unierten wegen der Wahl des Matthias zum römischen König zu sondieren hatte.

[3] Der betreffende Satz in der Instruktion lautete nach einer württembergischen Kopie: Der König hat vernommen, dass im Reich die Rede gehe, er habe durch seinen Gesandten bei der Krone Frankreich von einer Unterstützung der Unierten abmahnen lassen. Daran geschieht dem König Unrecht; denn der Gesandte hatte nur zu kondolieren, dem jungen König zu gratulieren und um Fortsetzung der Vertraulichkeit zwischen ihm, Matthias, und der Krone Frankreich zu ersuchen. Hätte der Gesandte mehr vorgebracht, so wäre es wider Befehl geschehen (Stg., a. a. O., f. 520; Kopie).

Digitized by Google

Datum Stuttgart 3./13. aprilis a. 1611. April 13.

Stg., Unionsacta, tom. XI., 512 Kpt. mit Fabers Verbesserungen.[1]

141. Kaiserliche Instruktion für den oldenburgischen Rat Christoph Pflug zur Schickung an die zu Torgau versammelten Reichsfürsten. April 13. und 15.

I. „Es ist der röm. ksl. M.t will und befehl, Ihr den churfursten, fursten und stenden des heil. reichs, so dieser zeit zu Torgau versammelt, vermelden sollet, welcher massen I. M.t durch vielfeltigen ihr von den stenden der cron Behem erweisten spott und schmach und ganz trozliche betrauung der eisen und ketten und das sie dieselb zu allen zeiten und in ewikeit infam, ehrlos und vor der ganzen welt stinkent machen wollen, gezwungen und genötiget sein, alles dasjenig zu thun und einzugehen, was sie suchen und begeren wurden. Welches höchst- und hochgemelten churfursten, fursten und stenden des heil. reichs zu nachrichtung dienen möge, damit,

[1] Ziemlich gleichlautend war der Bescheid des Markgrafen von Baden auf Starhembergs Werbung am 7./17. April (Stg., Unionsacta, tom. XII., f. 96; Kopie). Auf die geheime Werbung Starhembergs, die Wahl betreffend, erwiderte der Markgraf nach einem Schreiben an Matthias: „Vnd sollen E. kgl. W. mir gewislich zutrauwen, in ansehung ich schon längst wie auch noch dises für das ainige medium meinem betrübten vatterland röm. reichts widerumb zu helffen gehaltten, dass ich bishero als gleichwoll der geringste vnd der principaliter mit solchen sachen, so allein dem chfl. collegio zusteht, nichts zu thuen, iedoch ahn meinem eussersten vermahnen vnd andern hierzu dienlichen demonstrationen nichts ermanglen lassen, welches ich nach meiner möglichkeit zu continuiren genaigt . . . Da ia wider verhoffen sich iemand solche ordeliche wahl zu uerhindern vnderstehn solte, ich mich erbietig mache, die wehr, so ich vnder E. kgl. W. commendo vormahln geführt, auff Dero begern zu Dero dienst nach meinem vermögen zu gebrauchen.“ Carlspurg den 8. aprilis a. 1611 (Wi., I A 1, Ka. 2990; Or. eigh.; vgl. Hurter, Geschichte Kaiser Ferdinands II., VI., S. 492). Ausführlicher ist die Erklärung des Administrators der Kurpfalz vom 15./25. April: Er stimmt des Königs Verfahren gegen die Passauer zu und hält dessen Unterstützung für billig und nötig. Der König möge seiner und des Hauses Pfalz Willfährigkeit versichert sein; aber er, Administrator, kann für sich keinen endgiltigen Beschluss fassen und muss sich deshalb mit seinen Mitunierten verständigen, was er sofort tun will. Er ist auch der Zuversicht, dass der König in Religionssachen niemanden beschweren werde; besonders dadurch wird der König bei den Reichsständen Ruhm und „Favor“ erlangen und seinen Wolstand befördern. Der König möge auch Böhmen und die andern Länder durch gute Verfassung versichern und zur Ruhe bringen (U., Unionsacta, tom. XXII., no. 2142; Kopie). — Wegen der Wahlsache aber schreibt der Administrator an den König am 17./27. April: er wolle es an sich nicht fehlen lassen, „und obwol das beschehen andeuten, wie E. kgl. W. bewust, allein in meinen mächten nicht stehett, so wollen doch Dieselbe sich vergewissert halten, dass, was ich ahn meinem ort werde thun können, so zu Deren erspriesslichen wohlstand gereichen moge, es von mir nicht vnderlassen werden solle“ (Ma., 547/14, f. 35; Kpt. von v. d. Grün; Wi., I A 1, Ka. 2990; Or. eigh.). — Wegen des Bescheides der beiden Landgrafen von Hessen vgl. unten no. 166.

Digitized by Google

April 13. und 15. wann sie hören und erfahren werden, dass I. M.t Dero herrn brudern, dem könig auss Hungern, die cron Behem und derselben administration und regirung willig solle abgetreten haben, wissen und vermerken können, dass alles durch zwang und gewalt geschehen, und inmittelst nicht underlassen, diejenig provision und gute vorsehung bei zeiten zu thun als eine solche an der ksl. M.t geübte schmach erfordert, seitemal dieselb sowohl die churfursten, fursten und stende des reichs als glidmassen als das haupt selbst angehet und berühret. Ueber diss sollet Ihr nicht vergessen mit wahrheit als Ihr thun könnet, zu bezeugen, wass vor trotz und affront gedachte stende I. fl. Gn. dem herzog von Braunschweig erwiesen, wiewohl dieselb ihnen, den stenden, auf verweiss, dass I. fl. Gn. sich in die behemischen sachen und hendel zu mischen nicht underlisse, eine furstliche antwort widerfahren lassen als nemlich, dass alle diejenigen, so sich verlauten liessen, was wirden, wesens oder standes sie auch sein möchten, dass I. fl. Gn. sich in ihre sachen solte ingeriret und eingetrungen haben, die vergessen darin die wahrheit und lögen als ehrlose leute und verleumbder; dagegen weren I. fl. Gn. in keiner abred, dass sie sich bemühet und noch bemüheten, I. M.t mit Dero herren brüdern wiederumb zu vergleichung und in vertraulige ainikait zu sezen, erfreuten sich ihres gewissens, dass sie in dem handelten als ein treuer und gehorsamer reichsfurst, seitemahl I. fl. Gn. sich aus aidspflicht verbunden befänden, vor der ksl. M.t reputation, ehr und hohen wolstand leib und leben zu lassen und wann sich alle ihrer pflicht ebenmessig hetten erinnern wollen, würden sie, die stende, dasjenig, was sie izo üben, nicht thun und begehen."[1]

---

[1] Am 11. April schickten die böhmischen Stände eine Abordnung unter Wenzel Kinskys Führung zum Herzog von Braunschweig und hielten diesem laut einem vom Herzog an den Kurfürsten von Sachsen überschickten Protokoll vor: 1. Es scheine ihnen, dass er den Kaiser „turbiere", ihm durch Einreden vergebliche Hoffnung mache als würde alles wieder in vorigen Stand kommen, und dadurch der Stände Absichten hindere. 2. Der Herzog lasse sich über die Stände allerlei Reden verlauten, gedenke auch in Schriften ihrer nicht zum besten; er möge sich nicht in ihre Landesangelegenheiten mischen. 3. Hätten sie ihm nicht zu viel getraut und lieber bei Zeiten geworben, so hätten sie vom passauer Volk nichts zu befahren gehabt; sie, die Stände, hätten ihm damals auch eine ansehnliche Geldsumme anvertraut, die aber vergeblich ausgegeben worden sei, ohne dass die Abdankung der Passauer darauf erfolgte; sie ersuchten daher um Rückerstattung des Geldes. 4. Würde der Herzog auch fernerhin nicht ablassen, den Kaiser zu turbieren, so müssten sie bedacht sein, es auf andern Weg zu hindern. — Der Herzog erwiderte darauf: Zu 1. Dass man ihn für einen neuen Friedensstörer halten wolle, empfinde er sehr hart und müsse es abnden. Als Fürst des Reiches habe er, so lange er lebe, dem Kaiser Treue zu beweisen, selbst mit seinem Blute. Der Kaiser begehre seinen Rat, da er sonst von Niemandem Beistand oder Trost zu erwarten hat. Er habe es dem Kaiser nicht abschlagen können und werde auch künftig davon nicht ablassen. Seine Ratschläge giengen nur auf Erhaltung der kaiserlichen Autorität, der Ruhe und des Hauses Oesterreich sowie auf Stiftung brüderlichen Vertrauens, dies alles den Ständen selbst zu Glimpf; er wünschte, dass andere das gleiche täten. Dass er Ordnungen geben wolle und den

Digitized by Google

II. Eben lässt der Kaiser durch Herrn Ericius mich berufen und mir befehlen, Euch zu schreiben, dass die Böhmen vorgestern eine neue Proposition getan haben:[1] 1. dass er sie des Eides entlasse, 2. vom Regiment abtrete, 3. die Acht gegen die Passauer veröffentliche; der Rest betrifft die Krönung. Der Kaiser will, dass Ihr auch dies den Reichsfürsten und besonders dem Kurfürsten und den Fürsten des Hauses Sachsen, auf welche er seine Hoffnung mehr als auf andere Fürsten im Reich setzt, mitteilen sollet. — Ihr werdet auch ohne meine Ausführung die spanischen und päpstlichen Griffe erwägen können; denn eben sie sind es, welche das ganze April 13. und 15.

Kaiser turbiere, werde ihm fälschlich angedichtet; wer es den Ständen gesagt, habe wie ein Schelm gelogen. Zu 2. Es sei nicht sein Brauch, jemandem übel nachzureden; aber weil er manchen Vorgang misbilligt, habe er dessen wolmeinende Erinnerung getan; doch seien es nur vertrauliche Warnungen gewesen. Zu 3. Zur Annehmung und Behaltung des passauer Volks habe er nie geraten und werfe man mit Unrecht ihm vor als hätte er der Passauer Taten verursacht, weil er der Stände Werbungen verhinderte. Davon habe er abgeraten, weil er besorgte, 1. dass die Werbungen die gütlichen Verhandlungen zwischen den Brüdern aufhalten würden, 2. dass dadurch die Abdankung der Passauer unter dem Vorwande, den Kaiser gegen die Stände zu schützen, verzögert werden würde, 3. dass zu Tumulten und Aufständen, wie leider jetzt geschehen, Anlass gegeben würde, 4. dass die Stände in vergebliche Unkosten kämen, 5. dass unschuldiges Blutvergiessen und Landverderben verursacht werden könnte. Sonst sei offenbar, was er für den brüderlichen Vergleich und die Abdankung getan habe; hätten die kaiserlichen Räte und Kriegsobersten sowie die Stände seinen Vorschlägen gefolgt, so würde es zu solchen Weitläufigkeiten nicht gekommen sein. Die Wiedererstattung des Geldes sei eine befremdliche Anmutung; er habe davon einen Monatssold erlegt; ohne den wäre, wie Kinsky selber wisse, das Volk zum Despekt des Kaisers schon früher aufgebrochen und meuternd in Böhmen eingefallen. Die Stände könnten das Geld nicht wieder begehren noch werde er es je erstatten; er hätte sich von den Ständen mehr Bescheidenheit und für die angewandte Mühe und ausgestandene Gefahr mehr Dank erwartet. Zu 4. Die unbesonnene Drohung lasse er dahingestellt sein; er rate ihnen aber, ihn als vornehmen Reichsfürsten, der nicht vom Zaun gebrochen worden sei, gebührlich zu respektieren, den Leuten, die ihnen widriges zutrügen, nicht Glauben zu schenken und ihn mit solchen Anmutungen zu verschonen. Er lasse sich den Zutritt zum Kaiser nicht versperren noch sich verwehren, ihm mit Rat beizustehen. Wolle man ihm, Herzog, dabei einen Schimpf antun, so werde er sich, so lange er könne, mit der Wehre verteidigen und müsste er das Leben lassen. Jetzt seien sie stärker als er; aber er habe einen erwachsenen Sohn, königliche, kurfürstliche und fürstliche Verwandten, die ihn nicht ungerochen lassen würden. Er versehe sich daher von ihnen mehrerer Bescheidenheit (Drs., l. 9167, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 158; Kopie); vgl. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 257.

[1] Gemeint ist die Antwort der Stände auf die Landtagsproposition des Kaisers; in der Antwort wird Abänderung des Wortlauts der Proposition in obigem Sinne verlangt (Drs., a. a. O., f. 163; Kopie). Der Kaiser erwiderte am 16. mit teilweiser Gewährung, die Eideserlassung aber sollte erst nach Abhandlung aller strittigen Punkte erfolgen. Vom Verzicht auf die Regierung war in dem ständischen Begehren keine Rede; wol aber verlangten die Stände, dass der Kaiser bei ihnen eine Fürbitte tue, dass sie Matthias zum König wählen mögen, was eine Anerkennung des freien Wahlrechts der Stände in sich geschlossen hätte. In der Tat wurde die kaiserliche Proposition dahin abgeändert, dass der Kaiser um die Krönung seines Bruders bat.

Digitized by Google

April 13. und 15. Werk führen und treiben, ohne sie wäre es längst zum Vergleich gekommen; aber sie haben dies Werk seit langen Jahren angesponnen und fast zu Ende gebracht: den Kaiser ab- und Matthias auf den Kaiserstuhl zu setzen und dann Erzherzog Albrecht zum römischen König zu erheben, wodurch sie leicht alle ihre Absichten erreichen können; den Erzherzog Maximilian, „so an einem geringen sich genügen lest," haben sie schon in Händen. Ist aber Albrecht zur römischen Krone gelangt, so wird ein spanischer Prinz nach Deutschland geschickt werden, um dort Sprache und Sitte zu lernen und so nicht als Ausländer zu erscheinen; der wird schliesslich Albrecht nachfolgen. „Wann auch diessmal die protestierende stende des heil. reichs die augen nicht aufthun wollen, ist es umb sie geschehen; den innerhalb weinig jahren wurden sie die spanische inquisition im reich haben." — Die erste Proposition ist von den Böhmen schriftlich übergeben worden, bei der zweiten haben sie das nicht tun wollen — auf Rat der Königlichen, die hierin wieder von den spanischen Praktikanten unterwiesen werden, damit es nicht den Anschein gewinnt als hätte der Kaiser etwas gezwungen getan und damit die unbillige „ausschweifende" Handlung der Böhmen nicht approbirt und belegt werden kann. — Der Kaiser selbst hat trotz des Anhaltens der Spanier nicht bewogen werden können, den spanischen Gesandten vor sich zu rufen, weil derselbe so nicht oder doch weniger schaden möchte; doch unterlässt Herr Ericius nicht, wegen Gewährung einer Audienz Anregung zu tun, weil ich ihm angedeutet habe, es sei besser, man stelle sich als traue man den Spaniern; dadurch werde man viel gewinnen. Die Spanier bemühen sich aufs äusserste, den Kaiser durch Leuchtenberg und Mollart zu überreden, dass sie ihm helfen wollten, „nemlich zum untergang; aber der fromme alte regente hat ihnen recht in die karten gesehen und klaget, dass niemand denn die Spanier übler mit ihm umbgehen."[1] — Ihr waret der Meinung, der Kaiser würde nicht übel fahren, wenn er einen der böhmischen Rädelsführer zur geheimen Audienz zulasse und zu gewinnen suche. Obgleich der Kaiser sich schwer zu dergleichen „indigniteten" versteht, ist doch heute morgens endlich Wenzel Kinsky heimlich durch Ericius in die Kammer, wo der „motus perpetuus" steht, geführt worden, wo ihn der Kaiser empfangen hat. Wir hoffen davon gute Frucht, „dieweil Kintschky gute satisfaction empfangen und dagegen grosse dinge verheissen." — Alle Abende versammeln sich neben meiner Herberge in der Oberstkanzlerin Hause der spanische Gesandte, die beiden Nuntien[2] und Khlesl; da wird alles beschlossen. — Graf Althan hat mit den Böhmen und Matthias über seine Aussöhnung verhandelt und ihnen versprochen, alles Fussvolk des Erzherzogs Leopold auf ihre Seite zu

[1] Vgl. no. 101, S. 238.

[2] Nämlich der am kaiserlichen Hof beglaubigte Bischof von Sarzana und der mit Matthias eingetroffene Placidus, Bischof von Melfi, Nuntius in Wien.

Digitized by Google

bringen.[1] Das ist durch des Grafen Gemahlin angestiftet worden, die nur scheinbar geflohen ist. Doch soll dem Werk schon Rat geschafft und Althan verhaftet sein.[2] Vielleicht ist aber alles nur geschehen, um Zeit zu gewinnen, damit die Böhmen nicht so heftig auf die Acht dringen und damit das andere Volk, welches erwartet wird, ankommen kann. Ramée soll schon mit 2000 Mann in Passau sein; Ericius versichert es als gewiss. Matthias und die Böhmen haben vorgehabt, sich des Stiftes Passau zu bemächtigen und es Böhmen einzuverleiben. Da dies das Reich betrifft, hat der Kaiser mir befehlen lassen, auch dies den Kurfürsten und Fürsten zu melden. Tengnagel ist noch nicht peinlich befragt worden. O. D.[3] April 13. und 15.

Drs., I. 9167, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 38 und 42; Kopien.[4]

142. Zuñiga an König Philipp III.

April [etwa 15.]

„He reçibido la carta de V. M.[d] de 16 de março[5] y los papeles que con ella venian, tocantes a las cosas del s.[or] archiduque Leopoldo, las quales estan tan caydas que los discursos, que sobre ellas se hazian, no vienen ya a proposito, y entiendo que se halla agora en Pasau, aunque ha dias que no he reçibido carta suya; pero todavia la gente de guerra depende de S. A. y esta en Budebais, plaça de

[1] Vgl. oben no. 131, S. 317, Anm. 1. Nach einem Bericht des Grafen Friedrich von Fürstenberg an Erzherzog Maximilian vom 1. April gieng die Anregung zu diesen Verhandlungen von Althan und den Befehlshabern des Kriegsvolks in Budweis aus, die Peter Wok von Rosenberg anboten, sich zu ergeben, Budweis den Königlichen zu überliefern und sich sogar gegen Ramée gebrauchen zu lassen, wenn sie pardonniert und ihre Soldansprüche befriedigt würden. Der Oberstleutnant Lucan begann dann mit ihnen zu verhandeln (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom April 1611, no. 15; Or. eigh.).

[2] Friedrich von Fürstenberg berichtet am 13. April an Erzherzog Maximilian: Erzherzog Leopold habe Althan, Oberstleutnant Schwendi und andere zu sich berufen; sie hätten sich aber zu ihrem Glück nicht eingestellt, weil sie sonst wegen der Verhandlungen mit den Königlichen bei den Köpfen genommen worden wären. Althans Frau sei bei Nacht aus Prag gewichen und habe zwei Meilen zu Fuss zurückgelegt; erst dann habe sie sich in eine Kutsche gesetzt und sei nach Raabs gefahren (Ib., a. a. O., no. 35; Or. eigh.). — Tatsächlich hatte Erzherzog Leopold den Grafen wiederholt, am 5. und 7. April, zu einer Zusammenkunft nach Wallern geladen, Althan war aber ausgeblieben (Ib., Ambraser Akten, Leopoldinische Hofkonzepte 1611, f. 35).

[3] I. ist datiert nach der Zeitung, mit der es in der Ueberlieferung verbunden ist, II. nach der Uebergabe der ständischen Antwort auf die Landtagsproposition und nach no. 145.

[4] Der Verfasser dieser beiden Schreiben, die Pflug anstatt einer Instruktion dienen sollten, ist in der nächsten Umgebung des Kaisers zu suchen; da der Reichshofratspräsident Hohenzollern geflohen, Hannewald und Hegenmüller verhaftet waren, die in den Schreiben genannten Leuchtenberg und Mollart nicht in Betracht kommen können, Stralendorf nicht des Kaisers Vertrauen hatte, so wird wol nur der geheime Rat Johann Barvitius der Schreiber sein können, der fast allein beim Kaiser aushielt. Der Empfänger kann nur Pflug sein, der am 8. April vom Kaiser beim Kurfürsten von Sachsen und bei den zu Torgau anwesenden Fürstlichkeiten beglaubigt wird (Drs., a. a. O., f. 25; Or.).

[5] Vgl. oben no. 103.

Digitized by Google

April [etwa 15.] Bohemia çerca de su obispado, y si no acaban aqui de darles satisfaçion les ha de dar en que entender; he hechado en la oreja al s.or archiduque por via de Antonio Miravalo, quanto le importa acudir a V. M.d y yr o embiar por alla, que es muy conveniente lo que V. M.d me ha mandado que haga en esto, y agora mas, teniendo cabe si algunos tan ruynes que le hablan en cosas de Francia. La carta que V. M.d ha escrito a S. A. no se la he embiado, porque traya una clausula que mostrandola pudiera dar a entender que V. M.d dezia alli algun misterio tocante a favoreçelle en sus pretensiones de aca. —

Al s.r archiduque Ferdinando he embiado su carta y segun lo que V. M.d me manda no hallo muy façil el escriville, pero en fin le dixe muchos encareçimientos de lo que V. M.d le queria y procurava su grandeza y quanto alava la buena correspondençia y amistad que S. A. tenia con el rey Mathias, y que al s.r archiduque Leopoldo me mandava V. M.d que procurase desviarle de sus intentos, apunte lo del rey Mathias, porque estando sus cosas tan adelante y siendo tan conveniente aun para el mesmo s.r archiduque el encaminarle por medio del rey la succession del imperio, me pareçio que convenia que entendiese que V. M.d se inclinava a esta traça.

Que el duque de Baviera Maximiliano que govierna aya fomentado las cosas de Leopoldo, como han informado a V. M.d, lo tengo por muy ajeno del hecho, pero todavia ha sido muy conveniente que V. M.d le escriva en la forma que lo haze y el lo estimara como es razon; el duque viejo Guillermo tuvo conçertadas vistas con el s.r archiduque en Ratisbona[1] y el duque Maximiliano las ha desviado, y me parece que ha açertado mucho en ello.

Al rey de Ungria di la carta de V. M.d y le dixe el desseo que V. M.d tenia, de que la election de rey de Romanos cayesse en su persona y que me mandava hiziese todas las diligençias posibles de su parte para este efecto. Lo uno y lo otro estimaron el y sus ministros en mucho; aunque sin tener esta ultima orden de V. M.d les avia yo significado harto de Su voluntad en esta parte y comunicandoles el viaje de mi secretario al imperio[2] para descubrir tierra en los electores eclesiasticos y porque haze a este proposito una carta

---

[1] Zuñiga war nicht schlecht unterrichtet: Herzog Wilhelm hatte zum Erzherzog eine vertraute Person geschickt, „um sich alles guets zu erkundigen“, und nahm, wie er am 5. April mit dem Ausdruck herzlicher Teilnahme für Leopold an den Kurfürsten von Köln schreibt (Ma., 39/9, f. 33; Or.), in Aussicht, sich zum Erzherzog zu begeben; aber dieser lehnte am 6. April den Vorschlag einer Zusammenkunft mit der Versicherung ab, „dass dis ganze wesen auf solche wolbegründte ursachen fundiert, angefangen und maneggirt worden, das es bei der ganzen welt und allen ehrliebenden rühmblich zu verantworten ist“; der Herzog möge sich seinethalben nicht mit fremden Gedanken beladen und sein „vetter- und vaterliches“ Herz nicht von ihm abwenden (Ib., Ambraser Akten, Leopoldinische Hofkonzepte, f. 41). — Einige Tage später aber bat der Erzherzog selber um eine Unterredung zu Brühl bei Regensburg (vgl. unten no. 146, S. 354, Anm. 4).

[2] Jacques Bruneau; vgl. oben no. 132.

Digitized by Google

que he tenido del elector de Colonia, embio la copia y [la] de Magunçia, se que inclina a lo mesmo, aunque el uno y el otro se declaran en la persona del rey de Ungria, pero assentandose lo de Bohemia como espero, con dificultad podran inclinar a otra parte. April [etwa 15.]

La negoçiaçion entre el emp.or y el rey se fue estrechando por medio de lanzgrauio de Leitemberg y Arnesto de Molart que llevavan los recados y prinçipalmente entre el obispo de Viena y el secretario Barviçio, el qual dispusso al emp.or, a que tuviesse por bien de que el rey se corone y assi por orden de S. M.d el gran cançiller ordeno la proposiçion de la dieta, la qual hizo el burgravio en nombre del emp.or, exortando a los estados, para que assi como agora tres años avian designado al rey Mathias por rey a su instançia, tanbien le coronen. Fue muy bien admitida la proposiçion, pero andase en demandas y respuestas sobre las condiçiones que pretende el emp.or, aunque dexar este reyno al rey (en estando assentadas las embiare a V. M.d) ha avido tambien dificultades en la forma de la resignaçion, pretendiendo los del reyno que se declare ser electivo[1], pero los exemplos passados no hazen a su proposito dellos, y los ministros del emp.or y del rey han procurado que se assiente en buena forma. Hasta agora no esta del todo concluydo, pero espero que no se pondra mal, siempre ha avido algo desto de election, pero casi siempre regulada conforme a la succession y deçendençia de los reyes. Hanse prendido mas personas por lo tocante a echizos y venenos de que ha avido aqui mucho escandalo[2], y el rey ha estado mal dispuesto, aunque se halla mejor de gomitos con calentura no sin temor de veneno, pero ayer se hallo bien y estuvo levantado.

El emp.or anda muy trabajado de salud y le han tomado diversas vezes acçidentes muy apretados de palpitaçion del corazon y los medicos temen mucho. Ha de vivir poco, da estrañas traças en su salida de aqui y en su manera de vivir y algunas personas aqui en la passion de las injurias reçibidas le tienen del todo fuera desentido, que çierto es grandissima compassion." O. D.[3]

Sim., Fasz. 2497, f. 229; Or.

143. Tengnagels fünfte gütliche Aussage. April 15.

Gedruckt bei Hammer-Purgstall, Ueber die Verhandlungen mit Herrn von Rosenberg während des Einfalls des Passauschen Kriegsvolkes. — Abhandlungen der k. böhmischen Gesellschaft der Wissenschaften. V. Folge, III. Band., S. 790 f.[4]

[1] Vgl. oben no. 141, S. 345, Anm. 1.

[2] Vgl. oben no. 131, S. 316, Anm. 2. Im ganzen waren bis 14. April 35 Personen verhaftet worden (Bericht eines anhaltischen Agenten aus Prag vom 14. April; De., A 9 a, I. c., no. 8; Kopie).

[3] Datiert nach dem Postenlauf, der zwischen Madrid und Prag in der Regel vier Wochen forderte. Das Stück ist jedenfalls zwischen 7. April (oben no. 132) und 25. April (unten no. 158) einzureihen.

[4] Daselbst, S. 792 f., ist auch Tengnagels sechste peinliche Aussage vom 18. April gedruckt.

Digitized by Google

April 16. **144.** Bescheid des Kurfürsten von Mainz auf die Werbung der Gesandten des Königs Matthias.

[Die Werbung geschah am 15. April und bestand in einer geschichtlichen Darstellung dessen, was sich seit dem Vertrag von Lieben, besonders aber seit dem prager Konvent bis zum Einfall des passauer Volks in Prag zwischen den Brüdern zugetragen hatte, und schloss mit der Aufforderung an den Kurfürsten als den „Prinzipal" des geschlossenen Vertrags, zu erwägen, ob diesem Vertrag, besonders aber dessen 7. Artikel wegen Abführung des Kriegsvolks nachgelebt worden sei und mit der Bitte, dem König mit Rat, Volk- und Geldhilfe beizuspringen].[1]

Der Kurfürst, der stets auf Zuhaltung des neuen Vertrags gehofft hatte, ist von diesem beschwerlichen Zustand schmerzlich berührt; er weiss nicht einmal, weshalb dieser Einbruch des passauer Volks geschehen und ob er mit Zustimmung des Kaisers erfolgt ist, der leicht denken konnte, es würde ihm dies sowol beim König wie bei den fürstlichen Unterhändlern „ungleichen Verstand" bringen. Sobald er, der Kurfürst, vom König wie auch von anderer Seite von diesen Vorkommnissen unterrichtet worden war, hat er, obwol die Nachrichten differierten, sowol beim Kaiser als auch an andern Orten zur Einhaltung des Vertrags und Abdankung des Kriegsvolks eifrig gemahnt, wie der König dies selbst weiss. Nun erwartet der Kurfürst zwar immer noch die vom Kaiser verheissene zuverlässige Information darüber, was es mit jenem Einfall auf sich hatte; aber seine Hoffnung, dass der Kaiser nichts wider den Vertrag tun werde, ist durch die ausdrückliche Erklärung in den Schreiben und Instruktionen des Kaisers an den König bestärkt worden, von denen er zum Teil durch einen der in Prag gewesenen Kurfürsten Kenntnis hat. Von dieser Hoffnung lässt der Kurfürst umso weniger als er (abgesehen von dem feindlichen Gebahren des passauer Volkes, bei dem sich eben wie sonst nur zu oft zeigt, zu welcher Vermessenheit ein Kriegsvolk bei Mangel an Bezahlung ohne Zutun der Feldherrn und Obern kommen kann) jüngst vernommen hat, wie freundlich der Kaiser gegen den König und dieser auch hinwieder sich zu brüderlicher Affektion erboten haben; der Kurfürst erwartet daher, der Kaiser werde dem König nicht nur eine befriedigende Erklärung geben, die ihm alles Verdachts ungleicher Gesinnung gegen den Bruder entheben wird, sondern auch alles übrige so vereinbaren, dass es zu beständiger Eintracht zwischen zwei so hohen Potentaten gereichen mag.

Demnach wird der König leicht ermessen können, dass der Kurfürst in Unkenntnis der eigentlichen Absichten des Kaisers sich auf das Begehren um Hilfe (das nach der erfolgten Zusammenkunft

[1] Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 31; Kopie; die Gesandten waren Teufel und Wacker. Vgl. oben no. 125, S. 306, Anm. 4.

Digitized by Google

beider Fürsten hoffentlich unnötig sein wird) in so kurzer Zeit und bevor er sich deswegen mit den andern prager Unterhändlern verständigt hat, nicht entschliessen kann; der König möge ihn daher für entschuldigt halten. Er will aber ehestens diese Verständigung vornehmen,[1] sich dann gemeinem Gutachten bequemen und, da er nicht gewillt ist, von der getroffenen Vergleichung auszusetzen, mit den andern Unterhändlern alles anwenden, damit derselben nachgelebt werde. Er ist auch gern bereit, bei der Zusammenkunft beider Brüder durch treuliche Erinnerung Dienste zu leisten.[2] Dagegen erhofft der Kurfürst vom König, dass er sich zu Bestätigung brüderlicher Affektion so bequemen werde, dass es zum Frieden mit dem Kaiser, zur Wolfahrt des Hauses Oesterreich und zur Handhabung des Religions- und Profanfriedens im Reiche gereichen möge und dass er, wenn einige Irrungen vorfallen, den Kaiser vermöge dessen Alters und langer Regierung für entschuldigt halten werde.[3] Der Kurfürst setzt in den König das gewisse Vertrauen, der werde als ein ansehnliches Glied des Reiches die Rücksicht auf Kaiser und Reich gehörig erwägen und beflissen sein, dessen Ehre und Wolstand zu erhalten. Damit zeigt der König seine Friedfertigkeit und wird sich um das Reich verdient machen. Signatum Aschaffenburg den 16. aprilis a. 1611. April 16.

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no 36; Kpt. von Faust.[4]

---

[1] Am 20. April schreibt der Kurfürst an jeden der Teilnehmer des prager Konvents wegen des Hilfebegehrens des Königs und schlägt eine Gesamtantwort an diesen vor, „damit, wan man je etwas der hülf halben bei derselbigen [kgl. M.t] thun solte, [man] doch der pflichten halben, domit man I. ksl. M.t und dem heil. reich verwandt, welche unsers erachts in obangezogenem vertrag nicht aussgeschlossen sein konnen, salviert und ohngefärt pliebe.“ Der Kurfürst wünscht Gutachten, wie man zu solcher Gesamterklärung kommen könne (Wmz., a. a. O., no. 44; Kpt. von Faust).

[2] Zunächst schrieb unter dem 17. April der Kurfürst an den Kaiser, teilte ihm des Königs Hilfebegehren mit und gab ihm zu bedenken, in welche Gefahr die Unterhändler des prager Vertrags gesetzt würden, wenn der König bei diesem Begehren verharrt und der Kaiser das Kriegsvolk nicht abschafft. Der Kaiser solle die Abdankung nicht länger verziehen und sich bei einer Zusammenkunft dem König also akkomodieren, dass die Reichsstände bei ihrem Vertrauen auf den kaiserlichen Schutz verharren könnten. Der Kaiser möge erwägen, wenn den Ungelegenheiten nicht ehestens abgeholfen wird und die Unterhändler unter sich zu dem Schluss kommen, dass man dem gegebenen Versprechen folgen müsse, „zu was betrüebnussen vileicht E. ksl. M.t dasselbig, uns andern aber neben höchster und schmerzlicher bekümmernuss ohnverträglichen last ausschlagen wurde“ (Wmz., a. a. O., no. 39; Kpt. von Faust).

[3] Im Konzepte folgte noch der später gestrichene Wunsch, der König möge die Freilassung der verhafteten kaiserlichen Räte bewirken, die, wenn sie in ihren Ratschlägen zu weit gegangen sind, — was der Kurfürst nicht bestreiten will — wol noch zur Verantwortung gezogen werden könnten.

[4] Diesen Bescheid teilt der Kurfürst noch am 16. April Kurköln und Kurtrier mit (Wmz., a. a. O., no. 42). Der kurkölnische Bescheid an die königlichen Gesandten vom 7. Mai entsprach demnach dem obigen (Wmz., Korrespondenz, Bd. 1; Kopie). — Die königlichen Gesandten gaben sich aber mit obigem Bescheid von Kurmainz nicht zufrieden sondern replizierten noch am 16.: Der Tenor ihrer Proposition beruhe darauf, dass dem 7. Artikel des

Digitized by Google

April 17. **145. König Matthias an Erzherzog Maximilian.**

Auf ein Schreiben vom 11.[1] Ich will Tengnagel, der gestern zum ersten mal torquiert wurde, auch darüber befragen lassen. Seine Aussage vom 14. März und seinen „Diskurs" schicke ich anbei.[2] Die Zauberer des Kaisers habe ich, soviel ich ihrer bekommen konnte[3], einziehen lassen „und erschrökliche sachen befunden, wie tyrannisch mit mir gehandlet worden, mich umb das leeben armbseelig zu bringen, do nicht Gott mich insonderheit bewahret hette." Bis ich E. L. die Beweise schicke, mögen Sie dafür halten, „dass so erschröckliche sachen fürkummen, welche allein genuegsamb wären,

---

prager Vertrages wegen Abdankung des Kriegsvolkes und Schadloshaltung für die Schäden nicht Folge gegeben sondern von seiten des Kaisers zu Verderb des dem König zedierten Erblandes Oesterreich das Widerspiel praktiziert worden sei. Sie hoffen daher nochmals, der Kurfürst werde sich dahin bemühen, dass dem Vertrag nachgelebt und dem haltenden Teile Beistand geleistet werde. Da der Kurfürst zweifele, ob das passauer Volk über die bestimmte Monatsfrist hinaus in des Kaisers Namen aufgehalten worden sei und unter dessen Namen das Land verderbt habe oder ob es aus eigenem bösen Vorsatz so gehandelt habe, so möge sich der Kurfürst darüber durch schriftliche Anfrage beim Kaiser vergewissern, damit in dem einen Fall das friedbrüchige Vornehmen der Passauer rechtmässig gestraft oder im andern Fall dem Vertrag genügt werde (Wmz., a. a. O., no. 37; Kopie). — Der Kurfürst lehnte dies Begehren vor der Verständigung mit den andern Unterhändlern ab (Wmz., a. a. O., no 38; Kpt. von Faust). — Viel sanguinischer als die Gesandten war Matthias selbst, der am 9. Juni dem Kurfürsten für dessen Bescheid dankte; er fasste des Kurfürsten Erklärung dahin auf, „dass ich mich der so hochen gegen meiner person und ganzem hauss Oesterreich tragenden sonderbaren affektion höchlichen zu erfreuen und dahin zu gedenken hab, solches nach fürfallender occasion gegen E. L. zu erwidern". Der Kurfürst bemerkt dazu eigenhändig am Rand: „Grosses erpietens wais ich mich nitt zu erindern sonder villmehr das contrarium, das modus procedendi nimmer zu verantworten, mich vff ein zettul referirent, dorin die cronung zu suspendieren; hab inen nitt rechtt geben" (Wmz., a. a. O., Bd. 104, no. 58; Or.).

[1] Der Erzherzog hatte dem König mitgeteilt, was Leopolds Beichtvater, P. Henricus Aquensis [Aquentius], ausgegeben hatte und wie es Ramée in München und Salzburg ergangen war. Daraus und aus Tengnagels Aussagen vom 14. März lasse sich erkennen, dass noch allerlei gefährliche Praktiken im Schwange seien; der König möge sich bemühen, den „Praktikanten" die Flügel zu stutzen (Ib., Maximilianische Hofkonzepte vom April 1611, no. 9). — Am 8. April hatte Maximilian auch an Khlesl geschrieben, Tengnagel und andere beim Verhör ernstlich zu befragen, wer jene unruhigen Köpfe seien, die, wie er verspüre, aus den tirolischen Landen mit dem kaiserlichen Hof in verdächtiger Weise korrespondieren und dadurch Mistrauen und Verbitterung im Hause Oesterreich verursachen (Ib., a. a. O., no. 4). In einem Schreiben an seinen Agenten in Prag, Paul Hahn, bezeichnet der Erzherzog besonders den Hofkammer-Präsidenten Paul Freiherrn von Krauseneck und den Hofzahlamts-Kontrolor Gabriel Pühler als dessen verdächtig und lässt durch Hahn den Grafen Heinrich Matthias Thurn ersuchen, die beiden zu verhören und deren Korrespondenzen zu untersuchen (Ib., a. a. O., no. 5; Kpt.). — Offenbar bezieht sich der erste Satz obigen Schreibens auf dieses Begehren des Erzherzogs.

[2] Vgl. oben no. 101 und 121.

[3] Vgl. oben no. 142, S. 349, Anm. 2.

Digitized by Google

I. ksl. M.[1] von ierer digniteten zu deponiern. Ich will aber wie billich des haubts unsers hauss und des eltisten brueders verschonen, da anderst mir nicht zu einer extremitet weiters ursach gegeben wird; dann auf solchen fal wurde ich mehr das gmaine wösen als ein particularperson bedenken.“[1] Dass E. L. dem Verkehr mit Erzherzog Leopold ausweichen, ist sehr vernünftig; er wird daraus ersehen, dass wir eines Herzens und von ihm gleichmässig beleidigt sind.[2] Tengnagels und anderer Aussagen sind derart, „dass S. L. excusation und defension mehr ein accusation ist und dieselb noch heutzutag nicht von mier und denen landen aussetzen sondern aller orten practiciern, sich feundlich wiederumben zu erholen.“ — Ich habe gern gehört, dass der Akkord mit dem elsässer Volk soweit gediehen ist; mit denen in Budweis stehe ich in ebensolchen Verhandlungen. April 17.

Ramée hat mit seiner Abfertigung bei Baiern und Salzburg seinen billigen Lohn empfangen;[3] das übrige steht ihm noch aus. Dass Leopold sich seiner weiter bedient, ist kein Zeichen von Reue sondern vielmehr von Rachbegier, wozu er als fast der jüngste von uns keine Ursache hat.

Ich überschicke E. L. die kaiserliche Proposition beim Landtag, wie sie auf die erste Replik der Stände korrigiert wurde; wegen der Krönung sind die Stände zufrieden; sie begehren aber auch Abtretung des

---

[1] Vgl. oben no. 131, S. 316, Anm. 2. — Ueber diese Verhaftungen hatte Khlesl am 11. April dem Erzherzog berichtet, der am 18. April mit warmen Worten der Anerkennung für des Bischofs Sorge und Mühe zu des Hauses Wolfahrt erwidert: „Die vermessenheit deren inquirierten magischen künstlern ist hoch verwunderlichen zu vernehmen, und weiln mich eben der Praetorius [kaiserlicher Hofkaplan] durch gewisse person vor dem Khüebach und etlichen durch ihne hiehero geführte praktiken verwarnen lassen, so mechte ich sehr wol laiden, dass ainer und der andere destwegen ernstlich befragt, auch womüglich deren originalschreiben, so etwo von hinnen mit ihnen correspondiert, überkomben und was ihnen dissorts sunsten bewust, erfragt werden mechte. Damit Ir auch den Hegemüller und andere complices vorangeteutter massen desto mehrer und mit grund befragen zue lassen ursach finden möget, so überschicke ich Euch hiemit copiam eines schreibens, welches des erzherzogs Leopoldi L. aus Gülch vor ainem jahr an ihne, Hegenmüller, gethan [fehlt], und hielte für ein sehr nuzliches werk, da auch die diser orten falsche und schedliche praktiken derzeit entdekt, bestraft und hinfüro abgeschnitten werden mechten, nit zweiflent, Ihr werdet deme einen anfang albereit gemacht und hiedurch weiter zue procediren mehrers licht zu nehmen haben“ (Ib., a. a. O., no. 15; Kpt.)

[2] In dem oben S. 352, Anm. 1 erwähnten Schreiben vom 11. April hatte Maximilian weiter berichtet, dass Erzherzog Leopold ihn habe ersuchen lassen, den König zu ermahnen, dass der die böhmische oder römische Krone nicht mit den Waffen suche sondern Glück und Zeit ihren Lauf lasse, sonst würde das Haus Oesterreich sein Successionsrecht verlieren und der König zur Freistellung der Religion, Annehmung ketzerischer Räte und zu anderen schweren Bedingungen gedrängt werden; auch eine Zusammenkunft mit Maximilian habe der Erzherzog gewünscht, doch habe er, Maximilian, ihm bisher darauf nicht geantwortet.

[3] Vgl. oben no. 125, S. 307, Anm. 3.

Digitized by Google

April 17. Regiments und Erlassung des Eides.[1] Ich ermahne täglich die Stände, die Sache zu befördern und keinen Aufzug zu gestatten. — Das französische und savoyische Kriegsvolk macht mir allerlei Gedanken,[2] „dass noch ein verdecktes essen wider unser hauss mechte darunter steken"; man muss daher auf die Zeitungen wol achten. Ich erwarte dieser Tage die moldauischen und wallachischen Gesandten, die sich meinem Schutz unterworfen haben. Bathory sucht alle Gelegenheit, Oberungarn zu beunruhigen und sich dessen zu bemächtigen.[3] Wenn ich mit Böhmen in Ordnung und vor dem Kaiser versichert bin, habe ich wol Mittel, mich Bathory entgegenzustellen und ihm mehr zu tun als er sich denkt; aber jetzt liegt mir vor allem an Böhmen. Datum Praag den 17. aprilis a. 1611. — Praes. 21. aprilis 1611.

Ib., Ambraser Akten, Missiven vom April 1611, no. 31; Or.

April 17. **146.** Herzog Maximilian von Baiern an den Kurfürsten von Köln.

Auf ein Schreiben vom 8. April.[4] Aus den mitgeteilten Schreiben ersehe ich, „wie weit erzherzog Leopold mit seinen sachen über so vilfeltige guetherzige warnung gerathen und was für sorglichen

[1] Vgl. oben no. 141, S. 344 und 345 mit Anm. 1.

[2] Die Besorgnis vor den angeblichen Rüstungen des Herzogs von Savoyen war allgemein (vgl. oben no. 59): Herzog Maximilian schreibt am 17. April an den Kurfürsten von Köln, derselbe möge Erkundigungen wegen des savoyischen Kriegsvolks einziehen, das angeblich nicht gegen Genf oder Bern sondern gegen Deutschland angesehen sein soll; auch die Königin von Frankreich treffe an den burgundischen Grenzen Kriegsvorbereitungen (Ma., 39/9, f. 37; Kpt). — Auch Erzherzog Leopold hatte ein Auge auf die savoyischen Rüstungen und befahl am 18. April Ramée, die schon geplante Schickung des Hauptmannes Wilhelm von Croy an den Herzog nicht eine Stunde länger zu verzögern (Ib., Ambraser Akten, Leopoldinische Hofkonzepte von 1611, f. 84; die Beglaubigung für Croy vom 14. April, ebenda, f. 70).

[3] Wegen Gabriel Bathory vgl. A. Huber, Geschichte Oesterreichs, IV., 474 f., V., 60 f.

[4] Der Kurfürst teilte dem Herzog den Vorschlag von Kurmainz wegen eines Kurfürstentages mit (vgl. oben no. 111 und Anm. 2 auf S. 273), ferner das Schreiben des Kurfürsten von Sachsen an den von Mainz vom 6./16. März (oben no. 104) und das Schreiben der Erzherzoge Maximilian und Ferdinand an die Kurfürsten vom 11. März (oben no. 95). Zum zweiten Schreiben bemerkt Kurköln, dass darnach auch in Dresden die Affektion für Erzherzog Leopold zu sinken beginne; zugleich fragt er an, was Herzog Wilhelm zu dem Handel sage „und ob der Leopoldus noch in allem recht muess haben" (Ma., 39/9, f. 19; Or.). — Mit einem zweiten Schreiben vom 15. April überschickt der Kurfürst Abschrift eines an ihn gerichteten Schreibens des Herzogs Wilhelm in den Angelegenheiten Leopolds, aus dem der Herzog sehen möge, „wie meinem bruedern diss werk eingehet und S. L. dem erzherzogen noch wie vor favorisieren" (Ma., 39/9, f. 32; Or.). In dem erwähnten Schreiben (vom 5. April) klagt Herzog Wilhelm über die Fortschritte des Matthias, über die Bedrängnis Leopolds durch den König, der Passau und Oberhaus einnehmen wolle, „welches Leopold zu difficultiern gesinnet; aber niemand will im helfen, jederman

Digitized by Google

geferlichen effect er allenthalben in und ausser des röm. reichs April 17.
causirt, auch zu noch merer angedeiter gefahr anlass geben. Und obwol der herr vater noch in disen verstrichenen hochen festtägen auf des erzherzogen begern nach Brüel bei Regenspurg ein zusamenkonft bewilligt,[1] so ist doch dieselb auf mein erinderung allerhand suspitionen [zu verhietten mit harter mhüe][1] eingestelt und an deren stat von dem herrn vater ain schreiben, wie die beilag [fehlt] vermag, abgangen, daraus E. L. die jetzige intention zu ersehen." Soeben hält aber der Erzherzog, der sich von Passau nach Alt-Oetting begeben hat, bei meinem Vater so inständig an, dass dieser morgen nach Oetting reisen will. Sulz und Ramée sind in Passau, wo man wegen des Königs Drohschreiben 300 Mann zur Verwahrung von Stadt und Schloss werben will. Aber man hat kein Geld, die Obersten flüchten ihre besten Sachen aus Böhmen. „Allain will man sich verlauten lassen, weil I. kgl. W. aus Ungern die passauische in Oesterreich ligende güeter angehalten, dass man dieselben, da der könig solche nit wider relaxirn und restituirn werde, gedenke mit gewalt zue holen und ledig zu machen [auch eher diese soldatesca, wan sie in Behem nach der lizencierung vonn einander weren, wider de nouo zu samblen, vnd diss hat Leopoldus dem herr vatter, dass er entlich resoluirt sey, zuentbotten],[1] dieweil die passauische soldatesca dem erzherzog Leopold geschworen haben solle, wann si schon gar bezalt und abgedankt, dannoch ime erzherzog Leopolden noch darauf und darüber drei monat umbsonst zue dienen. [Es last sich gleichwol der herr vatter verlautten, dass er eben desshalben desto mehr vrsach, hinab zum erzherzog Leopold zu raisen vnd ihne ab hoc proposito zu diuertieren].[1] Gestern abents haben sich des abergemelts erzherzog Leopoldi gesandten, so auf den bundstag raisen, bei mir angemeldt; begern unter anderm, dass der bund ihnen verwilligen soll, drei fendlein zu versicherung des stifts zu werben, welches ich für mein person rund abgeschlagen. — Wie es zu Prag beschaffen und dass die Behaimb zween, wie man sagt, schwarzkünstler in ketten zu verhaft genommen, der ksl. M.t die schiltwacht gar auf den gang bestelt, aus des Hegenmillers und Hanniwaldts deposition ainen process formiern wellen, werden E. L. von dannen bericht haben.

Was nun den vorhabenden churfürstentag und was daselbst zu handlen betrifft, wissen E. L. selbst, was auf solchen fal dem churfürstlichen collegio [vnd dessen directorio][1] obligt, [vnd da

---

respectiert den Matthiam"; er beabsichtige, sich zu Leopold zu begeben und mit ihm zu reden (Ma., 39/9, f. 33; Kopie). Am 20. April wird wirklich aus Passau berichtet, dass man den Herzog von Baiern daselbst erwarte (Kundschaft aus Passau vom 20. April; Ma., 594/6, Kopie); vgl. oben no. 142, S. 348, Anm. 1.

[1] Eigenhändige Zusätze des Herzogs.

Digitized by Google

April 17. hiebevor, ehe es zu diesem laidigen stand gerathen und doch gleichwol gnuegsame vermuetung denselben prognosticiert, raht geschafft werden können, solches villeicht fieglicher geschehen were, vmb sovil desto mer ich nun][1] wünsche, dass jezt solche wichtige geheufte puncten, die an inen selbst hochnotwendig, iren gueten effect erlangen." Datum München den 17. aprilis a. 1611.

Ma., 39|9, f. 35; Kptkopie mit eigenhändigen Zusätzen des Herzogs.

April 17. **147.** Der Herzog von Braunschweig an den Kurfürsten von Sachsen.

„Ich habe Dein schreiben[2] entphangen vnd inhalts daraus verstanden, das sich nhu mein her bruder der röm. ksl. M.t geferlichen vnd betrubten zustand zu herzen gehen lassett vnd sich gegen I. M.t so hoch erbietten thun. Dasselbige hab ich gern vernommen, wil es auch I. ksl. M.t underthenigst zu rumen wissen. Ob nhu wol Dein schreiben ahn die stende[3] ausfurlich vnd beweglich, so wirdet doch dasselbige, weyl leyder der gemeine pobel mittregirtt, wenig frucht schaffen. Den landtagk haben I. M.t in praefixo termino, wie ihn die stende vorgeschlagen, ausschreiben müssen vnd haben I. M.t dahero keine lenger dilation vergonnen wollen. Damitt nhu nicht etwa I. ksl. M.t ein grosser schimpf daraus entstehen mog, dieweyl sie sich austrucklich verlautten lassen, wofern I. M.t begerter massen nicht den landtag ausschreiben wurden, das sie alsdan solches vor sich thun woltten, als haben sich I. M.t bequemen mussen.

So haben sie es auch bey voriger wachtbestellung nicht bewenden lassen sondern auff alle genge, dahin I. M.t ihres leibes recreation halber zu spatziren gehen pflegen, schiltwachen gestellet, wie dan auch vor wenig tagen einer I. M.t, als sie zum fenster hinausgeschauet, die muschetten nach dem gesichtt gehaltten;[4] in summa es ist nhur lautter crucifige und alles, was sie durch guttliche und scharffe fragen von I. M.t eingezogene diener erfaren konnten, nhur disen frommen altten hern zu vnderdrücken vnd bey der gantzen weltt verhast zu machen, daran wirdet nichts vnderlassen.

Gott sey mein zeuge, das mir mein herz so wehe thutt, das mir manchmal die tranen ihn die augen kommen, wan ich den fromen altten hern anschaue, wie dan auch I. M.t allen ihren trost auff mich gesetzet und sie nicht zu verlassen ganz gnedigst begertt

[1] Vom Herzog getilgt.
[2] Vom 2./12. April; vgl. oben no. 131, S. 319, Anm. 1.
[3] Vom gleichen Tag; vgl. das Zitat auf S. 319, Anm. 1.
[4] Vgl. oben no. 131, S. 316, Anm. 1 und F. Hurter, Geschichte Kaiser Ferdinands II., VI, S. 489, wonach diese Bedrohung des Kaisers durch die Wache der Anlass zu dem bekannten Fluch wurde, den Rudolf über die Stadt Prag und Böhmen ausgesprochen haben soll.

Digitized by Google

haben; und krencket mich von hertze, das ich nach meinem willen I. M.t, wie ich gern woltte, nicht dienen kan; dan wie ich von einen vornemen Bohemen, so ich aber itzo nicht nennen magk, gehoret, gehett dises werk nirgent anderst hin als diesen frommen altten hern zu ruiniren, dem konige die hende zu binden und das sie das regiment selber in henden behaltten vnd zu kunfftiger zeitt das haus Ostereich gar vber eine seitten setzen wollen. April 17.

Ich habe nicht vnderlassen, dem konig ganz treuherzig durch ein ausfurlich schreiben, so ich mitt eigen handen gethan, zu erinnern und zu vermanen, wie den aus der copey sub. no. 1[1]. hirbey zu befinden, vnd ob ich wol vermeinett, das ehr solches ihm besten verstanden haben vnd bey sich selber bedacht und erwogen haben soltte, so vermerk ich doch so viel, das ehrs den stenden communicirot, und habe dadurch sowol bey dem konnige als stenden mich in ein grosses mistrauen gesetzett vnd grosse vngunst auff den hals geladen, wie den auch der konig solch mein ausfurlich schreiben schimplich einen zettel genennett vnd eine ganze unfreuntliche anttwort herwider zu handen stellen lassen, wie solches hiebei sub. no. 2[2] zu befinden. Als ich auch solche unfreunttliche anttwortt geandett und dem concipienten zugemessen, wie dan aus der copey sub no. 3[3] mitt mehrem zu vernemen, als bin ich vermoge des protocols sub no. 4[4] von dem konige beschicket worden, derwegen ich auch mitt ihm mich ferner einzulassen bedencken trage.

---

[1] Vgl. oben no. 131, S. 316, Anm. 1.

[2] Das königliche Schreiben vom 8. April beginnt mit den Worten: „E. L. zettel vom 6 aprilis hab ich empfangen, weil aber derselb etlich scharfe anzüg [aufweist], zu abschneidung aller weiterung dissmals nit antworten wöllen.“ Er, der König, habe sein Wort redlich gehalten und den Herzog des seinen mehrmals erinnert, wobei er es verbleiben lasse. „Wan aber dise sachen I. ksl. M.t gefallen nach numehr in einen andern stand geraten, mir auch anderst nichts als die verschribne bürgschaft verblieben, bin ich, was ich hierauf zu thun willens, alberait dessen entschlossen, was ich mir vor Gott und der welt getrewe zu verantworten. Do nun E. L. die angefangene freundschaft mit mir zu continuieren Ihrem vermelden nach gedacht, wie ich dann dieselb meines thails verlange, Jer auch zu keinem andern ursach geben, so werden Sie meiner mit diser materia künftig desto mehr verschonen, weil Sie damit anderst nichts als misverstand und mehrere weiterung verursachen, sonsten aber, wo Sie meinem freundlichen begehren volgen, solche missverständ abschneiden wurden“ (Wolfenbüttel, Landeshauptarchiv, Akten des österr. Hausstreits; Or.).

[3] Der Herzog erwiderte noch am 8.: er wollte mit dem König sprechen, weil man dem Kaiser auf dessen Spazierweg eine Schildwache gestellt habe, die ihm die Muskete vor das Gesicht hielt, was nur Verbitterung hervorrufe, nicht aber zur Hauptsache diene. „Das auch E. kgl. W. meine treuherzige erinnerung so vbel auffgenommen, solches mus ich dahinstellen vnd mehr dem concipienten als E. kgl. W. zumessen; vnd weyl ich vermercke, das ich mitt meiner guttherzigkeitt nicht mehr dank verdienen sol, will ich mich diesen sachen ganz abthun (Wolfenbüttel, a. a. O.; Kpt. eigh.).

[4] Am 9. April erschienen der königliche Hofmarschall Herr von Losenstein und Graf Hardeck beim Herzog und erinnerten ihn an die beim prager Konvent eingegangenen Verpflichtungen: der Herzog, der wegen des

Digitized by Google

April 17. Ich habe mich so hoch vnd fleissig bemuhett, das ich die beyden brüder zuem freunttlichen gesprech zusamenbringen mochtt, vnd ob ich wol I. M.t dahin bewogen, das sie es ihres theyls eingangen weren, so hatt es doch bey dem konig, vermuttlich aus rahtt des Klesels, auch der stende, nicht erhoben werden konnen. Welcher gestalt mich auch die bomischen stend fast unbesonner weisse beschicken lassen, ich ihnen aber darauft zur antwortt geben, das hastu gleichsfals hiebey sub no. 5[1] zu entphangen.

Wie der bestimte tag des lantags sich herzu genahett, hat I. M.t, vnangesehen sie es begert, auch das die merischen stende vnd Schlesinger noch nicht ankommen, keine dilation zur proposition erlangen konnen sonder haben sich vngeschewett verlautten lassen, wofern I. M.t die propositionem nicht thun wurden, das sie alsdan dieselbige ins werk setzen woltten, wie sie den auch ein gros geschmier von acht bogen sollen aufgeseztt haben vnd darin gleich I. M.t accusiren wollen, darunder dan gar grobe, ehrenrugige hendel zu befinden sein sollen.[2]

Solches zu verhutten haben I. M.t die proposition thun lassen vnd ihn die kronung willigen mussen, wie aus der proposition sub.

---

passauer Volkes doch so eifrig gewesen sei, scheine jetzt seinen Sinn geändert zu haben. Den gestrigen „Zettel" des Herzogs mit der Beschwerde gegen den Konzipienten habe der König sehr empfunden; denn er werde darin verdächtigt als sei er seiner nicht mächtig und hänge von seinen Räten ab. Der König habe aber Verstand genug, habe es selbst befohlen und bitte, ihn künftig mit dergleichen Anzügen zu verschonen. Da der König höre, dass der Herzog sich in diese Sachen mische und ihn an seinem Glück hindern wolle, auch dem Kaiser einen Rücken mache, so bitte er den Herzog, von all dem abzustehen, da daraus nur Verbitterung entstehen würde, und lieber den Kaiser zur Billigkeit zu weisen. — Darauf der Herzog: Er wisse sich seiner Erklärung zu Wien und seiner Bürgschaft wol zu erinnern; er habe dem König nicht die geringste Ursache zu Mistrauen gegen ihn gegeben, habe sich auch nie geändert, und wer das dem König gesagt habe, „hette das maul zu weit aufgethan und auf gut teutsch gelogen". Des Königs „fast eiferige antwort", in der er sein, des Herzogs, ausführliches Schreiben und wolmeinendes Erinnern schimpflich einen Zettel nennt und alles, was er, Herzog, in treuherziger Meinung warnungsweise schrieb, verkehrt und widersinnig deutet, habe er sehr empfunden und dem Konzipienten zugeschrieben. Er lasse es aber dahingestellt sein und wolle nur den König warnen, dass er sich nicht zu sehr die Hände binden lasse und so endlich das Haus Oesterreich unter die Bank gesteckt würde. Mit den böhmischen Sachen habe er, Herzog, nichts zu tun und mische er sich nicht darein; aber dem Reichsfürsten werde es niemand verdenken, dass er dem Kaiser, der ihm vertraut und seinen Rat begehrt, sein Gutachten gibt. Seine Consilia wolle er vor männiglich verantworten; sie richten sich darauf, des Kaisers Autorität zu wahren, damit ein brüderlicher Vergleich getroffen, Frieden gestiftet und das Haus Oesterreich erhalten werde; der König werde vielleicht noch inne werden, ob der Herzog oder ein anderer ihm am besten geraten habe. — Darauf folgen Klagen über das ungebührliche Verhalten der Wachen (Wolfenbüttel, a. a. O.; Kpt. eigh.).

[1] Vgl. oben no. 141, S. 344, Anm. 1.

[2] Oben no. 136.

Digitized by Google

no. 6[1] mit mehrem zu vernemen, vnd hetten I. M.t die kronung nicht gutwillich eingangen, so were nichts gewissers erfolgett dan das sie die cron mit gewaltt hinwegk genommen und ihn der altten stadt auff dem rahthausse den konig gekronett hetten, zu geschweigen, was sie I. M.t noch wol sonsten vor einen despect bewiesen, welches aber gleichwol bishero durch meine gegenwart verhindertt worden. Auf solche proposition haben sie I. M.t vnderschittliche puncta, no. 7., vbergeben und alsobaltt erklerung haben wollen;[2] es haben aber I. M.t bis auf den sambstag auffschub der sachen wichtigkeitt nach begerett. Wie nhun der sambstag [April 16] herankommen vnd I. M.t sehr vbel auffgewesen und noch den einigen tagk dilation begertt, hatt man doch solches nicht erhalten konnen sondern ganz mitt vngestumb die resolution gesucht, mit vermeldung, do dieselbige nicht erfolgett, sie vor sich nicht desto weniger vortfaren woltten. Weil man dan ihre insolentiam gespuret vnd sie durchaus nicht mehr vnder I. M.t regiment zu verpleiben sich resoluiret, als habe ich neben den geheimen rethen es gewaget vnd sein zu I. M.t ungefoddert ihns zimmer gangen vnd die gefahr angemeldet vnd I. M.t ersucht, das sie sich gedulden vnd gestaltten sachen nach, wie es die vorigen tage abgeredett, resoluiren mochten, andern schimpf vnd inconvenientz zu verhutten, welches dan erhalten worden; vnd weyl sie die designation dem konig streittig machen vnd auff eine freyhe wal gehen wollen, hat die propositio, wie sie es begeret, geendertt werden müssen, I. M.t auch sich noch der vbrigen puncten halber resoluiret, wie dan solches alles aus den beylagen sub. no. 8, 9, 10[3] mit mererm zu vernemen. Wie sie sich aber darauff resoluiren werden, das mus man erwartten. April 17.

Gott sey mein zeuge, das ich mich vber die ksl. M.t, als ich sie gesehen, gleych entsetzet habe, den sie so erdfarbich ausgesehen und wegen des catharri suffocatiui und palpitatione cordis, so I. M.t die vorige nacht angestossen, fast nicht reden konnen.[4] Soviel den koning sonsten anlangett, haben die stende ihm die kaiserliche proposition zugestellet, aber darneben erinnertt, das ehr ohne der stende vorwissen, rahtt, guttachten vnd bewilligung mit der ksl. M.t nichts tractiren sollte.

---

[1] Vom 12. April: Der Kaiser hat aus brüderlicher Liebe bewilligt, dass der zum König schon designierte Matthias nach altem Brauch publiziert und gekrönt werde. Er erwartet, dass die Stände in die Krönung willigen und sich mit ihm eines gewissen Krönungstages vergleichen werden. Der Kaiser behält sich aber vor, zu dieser Proposition noch einige Artikel zu weiterer Verhandlung nachzutragen (Ma., 542/10, f. 12; Kopie); gedruckt bei M. C. Londorp, Acta publica, I., S. 97; vgl. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 359.

[2] Vgl. oben no. 141. S. 345 und Anm. 1.

[3] Vgl. die vorige Anmerkung.

[4] Ueber den Gesundheitszustand des Kaisers vgl. Zuñigas Bericht oben no. 142.

Digitized by Google

April 17. Dein erbitten wirdt den frommen hern noch in seinem grossen bekummernis ein herz machen; den es haben I. M.t zu vnderschittlichen malen mich gefragtt, ob ich auch hoffnung hette, das die chur- vnd fursten I. M.t nicht verlassen vnd allen respect als einem römischen keiser beweissen werden; daruff ich I. M.t zum besten als ich gekontt getrostett vnd das ich derselben nach mugligkeitt gutte officia praestiren woltte, mich erbotten habe. Vnd weyl ich nicht zweiffle, das man allerhandtt wider I. M.t pratisiren wirdett, so will ich mich doch verhoffen vnd freuntlich darumb gebetten haben, das Du neben Brandenburgk vnd anderen chur- und fursten gleichwol von I. M.t nicht aussetzen und das derselben ihn ihrem hohen altter ein solcher despect vber die albereit erlittene [nicht] widerfaren moge. Das werden I. M.t ihn keyserlichen gnaden zu erkennen wissen vnd ich verdiene es freuntlich herwider." Datum Prag den 7./17. aprilis a. 1611.

Drs., l. 9167; II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 140; Or. eigh.

April 19. **148.** Werbung des kaiserlichen Gesandten Pflug beim Kurfürsten von Sachsen.

1. Die böhmischen Stände haben des passauer Volkes etwas gewaltsamen Einzug in Prag weit anders als er gemeint war aufgenommen, ihn viel schändlicher als er in Wahrheit gewesen den Reichsständen geschildert und gebrauchen ihn meisterlich und ganz arglistig als erwünschte Gelegenheit, ihre böse Absicht ins Werk zu setzen, welche sie vor zweieinhalb Jahren unter dem Schein ihrer Freiheiten, Pakta, Konventionen und anderen dergleichen Vorwänden angesponnen haben: sie wollen damit nur ihre Begierde, die alte Verfassung des böhmischen Reiches zu ändern und die königliche Gewalt zu schmälern und also das Unterste zu Oberst zu kehren, bemänteln. Diese ihre böse Absicht und Feindseligkeit gegen den Kaiser erhellt klärlich daraus, dass sie die Schmach und den überaus grossen Schimpf, den der König von Ungarn vor zwei und einem halben Jahre dem Kaiser und der Krone Böhmen angetan hat, so rasch ausser Acht gelassen und nie daran gedacht haben, ihn zu ahnden, jetzt aber des passauer Volkes „etwas thätliche Handlung" so hoch empfinden und den König von Ungarn, der nicht nur, wie jetzt dem Kaiser zugemessen wird, die Stände sondern auch den Kaiser als König von Böhmen und mithin die ganze Krone Böhmen aufs äusserste beleidigt hat, durch des Kaisers Verderben zu erheben trachten. Dies parteiische Verhalten nebst dem, was sich seit zweieinhalb Jahren in Böhmen und in den österreichischen Ländern ereignet hat, muss billig bei E. kfl. Gn. und allen Reichsständen Nachdenken erwecken.

2. Die böhmischen Stände unterstehen sich, den Kaiser beim ganzen Reich zu verdächtigen als sei alles, was wegen des passauer Kriegsvolkes geschehen ist, dahin gemeint gewesen, den

Digitized by Google

Land- und Religionsfrieden zu schwächen und zu vernichten wie April 19.
auch die Böhmen um ihre alten und neuen Freiheiten zu bringen. Das ist aber nur ein arglistiges, unbegründetes Vorgeben, welches des Kaisers lange friedliche und in höchster Sanftmuth geführte, herrliche Regierung leicht widerlegt, indem weltkundig ist, „dass I. ksl. M.t nicht allein nach gedachtem religion- und prophanfrieden alss eine normam ihre ganze regierung angestellet und dirigiret sondern auch vielen römischen und spanischen praktiken, so demselben zuwider im heil. reich unablässlich angespunnen und getrieben worden, mit vaterlicher embsiger sorgfeltigkeit sich jederzeit wiedersezet und derentwegen nicht ein geringe burde vieler geferlicher missgunst bei dem römischen stuel und der cron Spanien auf sich geladen haben, wie dan der pabstische und spanische rat I. M.t alss eine remoram und verhinderung des pabsts und Spaniens monarchischen ambition nicht weinig verfolget und a. 1605 und 1606 auf die wahl eines romischen konigs heftig zu tringen angefangen[1] und erzherzogen Albrechten zu solcher hoheit zu befürdern sich unternommen und in einer schrift, so der churfurst von Coln dem pabst zu Rom überschicket, vier ursachen, warumb erzherzog Matthias und Maximilian zu excludiren und gedachter hohen dignitet nicht fähig und würdig, ganz verkleinerlichen und mit ehrenverlezlichen worten weitleuftig ausgeführet werden. Alss aber die röm. ksl. M.t alss ein hochverstendiger alter regent gedachten römischen und spanischen practicanten und ihrem anhang ins herz gesehen und derentwegen zu gedachter wahl nicht verstehen wollen, wie viel sich auch der pabst durch seinen nuntium und die cron Spanien durch den churfursten zu Collen und I. M.t beichtvater, den Pistorium,[2] darumb bemühet, haben sie dassjenige, was directe nicht gehen wöllen, via obliqua durchzutreiben sich resolviret und volgents gegen die röm. ksl. M.t, ihren eltisten herrn brudern, welchen sie vordem in obberührter schrift alss ganz undüchtig zur cron verworfen und excludirt, verhezet, werden auch nicht ruhen, biss sie demselben neben der bohemischen die römische cron tanquan infulam aufgesezet und lezlichen erzherzogen Albrechten und dan der cron Spanien einen zugang und weg zum römischen reich zugerichtet und bereitet haben; welche practiken durch den Glesel bisshero getrieben worden und wird er sich nochmaln seinen könig und erzherzog Maximilian, so er izo dem schein nach faviret,[3] umb einen cardinalhuet zu verkaufen und zu übergeben kein gewissen machen."

3. Die Stände sind nach dem Abzug der Passauer mit ihrem und der Mährer und Oesterreicher Volk vor das Schloss gerückt, haben

---

[1] Vgl. darüber F. von Hurter, Geschichte Kaiser Ferdinands II., VI., S. 427 und Briefe und Akten, V., S. 739 f., 753 f.

[2] Ueber Johann Pistorius d. Ae. vgl. Briefe und Akten, V., Register. Er starb am 19. Juni 1608 (Briefe und Akten, VI., 428).

[3] Vgl. oben no. 145, S. 353, Anm. 1.

Digitized by Google

April 19. sich unterstanden, es, weil es verschlossen, mit Gewalt und mit grobem Geschütz und ganz ehrenrührigen Drohungen zu öffnen und haben, um den Kaiser desto mehr zu verhöhnen, durch dessen geschwornen Feind Herberstein die Wachen gegen des Kaisers Willen mit fremdem Volk besetzen lassen, darüber sich die Stände nicht wenig „gekitzelt".[1]

4. Die Stände haben den König von Ungarn in die Krone Böhmen berufen und haben ihn, obgleich er, als er an die Grenze gekommen war, weiter zu ziehen nicht Lust hatte, mit Hilfe des ungestümen Anhalten Khlesls und dessen Anhanges gleichsam gezwungen, wenn er ihre Gunst behalten wollte, sich nach Prag zu begeben, damit jeder gütlichen Handlung zwischen dem Kaiser und ihm ein Riegel vorgeschoben werde und die Stände, welche den König in der Hand haben, desto leichter ihre Absicht erreichen könnten.

5. Die Stände haben den Eid, durch den ihr geworbenes Volk dem Kaiser und der Krone Böhmen verpflichtet war,[2] geändert und auf sich allein gerichtet, auch darin weder des Königs [d. h. von Böhmen] gedacht noch den Kaiser und das Reich ausgenommen, also sich iura maiestatis angemasst. 6. Alle Obersten und hohen Befehlshaber, die den Ständen allein nicht schwören wollten, haben sie schmählich abgedankt. 7. Dadurch ist in der deutschen Nation, die stets wegen ihrer Treue vor anderen berühmt war, ein böses Beispiel gegeben worden, da man die Soldaten zum Meineide an dem Kaiser und ihren Obersten verleitete.

8. Die Stände haben sich nicht gescheut, gegen alles Völkerrecht des Kaisers Gesandten an die geistlichen Kurfürsten aufzuhalten, zu verhaften und wie einen Missetäter zu verhören, ja sie wollen ihn auch peinlich vernehmen.[3] 9. Sie haben des Kaisers geheime und Reichshofräte verhaftet, was sich gegen niemanden, besonders aber nicht gegen das Reich rechtfertigen lässt. 10. Sie haben des Kaisers Kurier niedergeworfen und die Schreiben erbrochen.

11. Sie halten den Kaiser wie einen Uebeltäter gefangen und bewachen ihn wie einen servum fugitivum. 12. Der Inquisitionsprozess, den sie gegen den Kaiser angestellt haben, ist ein ganz abscheuliches und ärgerliches Werk, das dem Kaiser wie dem Reiche zum höchsten Schimpf gereicht und ein sehr böses Beispiel gibt. 13. Die Stände zeigen ihre Bosheit nicht weniger darin, dass sie, immer um ihren Prozess zu rechtfertigen und den Kaiser bei den Reichsständen zu verunglimpfen, etliche Zauberer zur Haft haben bringen lassen und den Kaiser der Zauberei und ähnlicher unerweislicher Beschuldigungen

---

[1] Vgl. oben no. 98 und Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II. S. 243.

[2] Vgl. oben no. 118.

[3] Das peinliche Verhör Tengnagels war inzwischen erfolgt; vgl. oben no. 143, S. 349, Anm. 4.

Digitized by Google

anklagen.[1] 14. Tengnagel und andere Verhaftete werden ganz nachdrücklich nach Sachen, die die Reichsstände und das Reich betreffen, gefragt und so zum Meineid verhalten. 15. Wie weit die Stände die Beschimpfung des Kaisers treiben, zeigt sich darin, dass der Kaiser jüngst auf dem Gang, der nach seinem Lustgarten führt, etliche Musketiere fand, die auf Befehl der Stände mit Leitern durch ein Fenster in den Gang hinaufgestiegen waren; der Kaiser musste deshalb zurückgehen, ist also auch in seinen Gemächern seines Lebens nicht sicher. April 19.

16. Die Stände unterstehen sich, dem Kaiser die Proposition und den Landtagsschluss zu entziehen und alles wie bei einem Interregnum „absoluta potestate" zu verhandeln. 17. Daraus erhellt, dass sie nicht nur ihrem Vorgeben nach „regem et regimen" sondern „ipsum regnum et formam sive rationem imperii, cuius mutatio caedes, rapinas aliaque hostilia portendit", verändern wollen, wie sie denn auch keine Scheu tragen, „sich der Schweizer und Niederlendischen Staaten regierung loco exempli und regulae fur augen zu stellen." 18. Es ist ein Gräuel zu hören, dass der Kaiser zu Prag von Leuten aller Stände als Landesverräter ausgerufen und mit schmählichen Worten gelästert wird, die „sine nefario facinore" nicht zu erzählen sind.

19. Der Kaiser kann sich in dieser Bedrängnis seiner getreuen Räte und Diener nicht wol bedienen und wird von allen verlassen; denn die ihm treu und gewärtig sind, werden auch für Landesverräter ausgegeben und in vielen anderen Wegen gefährdet.

20. Unerhörter, unverschämter Weise wollen die Stände zugleich Kläger und Richter gegen ihren König und Kaiser sein. 21. Wenn die böhmischen Stände die Reichsstände nur im geringsten respektierten, würden sie sich nicht unterstanden haben, einen König ihres Gefallens ab- und einzusetzen. 22. Wie gering die Stände die Reichsfürsten achten, zeigen auch ihre trotzigen Reden und das Beispiel des Herzogs von Braunschweig, von dem sie wissen, dass er ihr Vorgehen nicht billigt und sich des Kaisers annimmt; daher haben sie ihn „besprechen" und sich verlauten lassen, wenn er nicht aufhöre, mit dem Kaiser zu praktizieren und zu handeln, so werde man ihm den Zugang zu demselben durch eine Wache sperren.[2]

23. Als der Kaiser auf Gutachten des Herzogs von Braunschweig am 30. März durch Leuchtenberg, Mollart und Barvitius dem König von Ungarn die Krönung in Böhmen anbot wie sie unter Ferdinand I. und Maximilian II. geschehen ist, der König dies mit höchstem Dank annahm und sich dagegen erbot, sich bei den folgenden Unterhandlungen so zu erzeigen, dass der Kaiser seine brüderliche Affektion merken solle,[3] waren die Stände mit dieser Erklärung übel

[1] Vgl oben no. 131 mit Anm. 1 auf S. 316 und no. 147 mit Anm. 3 auf S. 356.

[2] Vgl. oben no. 141, S. 344, Anm. 1 und no. 147; siehe auch Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., 257.

[3] Zuñiga berichtet am 7. April an seinen Herrn, dass der Kaiser Nachgiebigkeit gegen die Wünsche seines Bruders gezeigt und diesem durch

Digitized by Google

April 19. zufrieden und dringen mit Gewalt auf gänzliche Abtretung der Regierung von Böhmen und der einverleibten Länder, hindern also die brüderliche Vergleichung. 24. Die Stände sollen sogar entschlossen sein, sich des kaiserlichen Schatzes zu bemächtigen.

25. „Betauren I. M.t, dass der könig in Ungarn nicht vermerket und bedenket, dass Spanien, der pabst und die stende in den erblanden, zuvorderst aber in der cron Behmen sich desselben person und hoheit zum eussersten verderb und untergang des hauses Oesterreichs mit sonder gefahrlichem nachtheil des heil. reichs, ihre intention allerseits dermaleins ins werk zu richten, schendlichen missbrauchen.“ 26. Dem König und allen Reichsständen sollte nicht weniger verdächtig sein, dass etliche Reichsfürsten „mit particularpersonen von den stenden, denen die Picarder fürnemblichen anhangen, und nicht mit I. M.t und den stenden, als von E. chfl. gn. hochloblichen beschicht, nicht sonder verweiss und vermutung zukunftiger gefehrlicher verenderung im regiment correspondieren.“ [1]

27. Der Kaiser besorgt, dass das vom König und den Ständen aus verschiedenen Nationen gesammelte zahlreiche Volk, weil keine Mittel zur Bezahlung vorhanden sind, bei so unordentlichem Wesen meutern, ns Reich einbrechen und wie die böhmische Krone so auch die römische mit Gewalt zu erlangen sich unterstehen wird, zumal es an schwierigen Köpfen und gefährlichen Praktikanten nicht fehlt und der König denen, die ihn erhoben, auch gegen seinen Willen wird folgen müssen. 28. Endlich erinnert der Kaiser E. kfl. Gn. ganz väterlich zu erwägen, wie sich dieser Aufstand der Untertanen aus der Moldau in die Wallachei und von da durch Siebenbürgen, Ober- und Nieder-Ungarn, Oesterreich und Mähren wie eine ansteckende Seuche bis nach Böhmen und an E. kfl. Gn. Grenze fortgepflanzt hat, so dass diese Gefahr E. kfl. Gn. jetzt am nächsten ist. Der Kaiser gibt auch E. kfl. Gn. zu erwägen, wie viel des Königs von Ungarn Volk und Anhang bei solchem Ehrgeiz und Verlangen nach Regimentsveränderung und Neuerungen zu trauen ist, da jener Anhang sich so verlauten lässt als stehe die römische Krone in seinen Händen.

Da nun der Kaiser zu E. kfl. Gn. ein besonderes Vertrauen hat und von niemandem in dieser so äussersten Not mehr Gutes erwartet als von Derselben, er auch wol weiss, in welchem Ansehen E. kfl. Gn. bei König Matthias und den Ständen stehen, so bittet er E. kfl. Gn. „ganz embsig“, ihn als das höchste Haupt des Reichs

---

zwei seiner geheimen Räte eine persönliche Zusammenkunft vorgeschlagen habe, dass aber die königlichen Räte mit Rücksicht auf die böhmischen Stände davon abgeraten hätten; Khlesl selber machte Zuñiga davon Mitteilung (Sim., Fasz. 2497, f. 261; Kopie). Ein Schreiben des Königs an die böhmischen Stände vom 19. April (Wi, I A 1, K. 2990; Kpt.) und der Bericht eines Agenten, wahrscheinlich des kurpfälzischen, vom 3. April aus Prag, bestätigen die Tatsache; letzterer verlegt sie auf den 2. April (U., Unionsacta, tom. XXI, no. 2102).

[1] Vgl. no. 79 und no. 105.

Digitized by Google

und der Christenheit, als Mitkurfürsten und jetzt alten und um das Reich nicht übel verdienten Regenten in seiner höchsten Bedrängnis nicht zu verlassen und ihn nicht so schmählich und schändlich durch seine eignen Untertanen und durch jene gefährlichen Praktikanten seiner Hoheit und Würde berauben zu lassen sondern ihm mit Rat und Hilfe beizuspringen. Und da ihm bedenklich ist, E. kfl. Gn. und andere Kurfürsten und Fürsten persönlich nach Prag zu berufen, obgleich es sehr nötig wäre, so bittet er, dass E. kfl. Gn. nicht nur Dero ansehnliche Gesandte ihm zum Beistand schicken und sich bemühen, dass von anderen Kurfürsten und Fürsten, besonders aber von den E. kfl. Gn. Erbverbrüderten dasselbe geschehe, sondern dass E. kfl. Gn. auch, weil Gefahr im Verzug ist und die Stände in ihrem Unwesen ganz unbesonnen verfahren, ungesäumt den König von Ungarn und die Stände durch ein ernstliches Schreiben von Tätlichkeiten gegen den Kaiser abmahnen. Ich, Pflug, soll mich von hier zu Herzog Karl von Münsterberg begeben und ihn im Namen des Kaisers auffordern, sich bei den schlesischen Ständen, zu denen der Kaiser ein besonderes Vertrauen hat, zu verwenden, damit dieselben ihm Treue halten; der Kaiser bittet, dass E. kfl. Gn. mir dazu ein Ermahnungsschreiben an den Herzog in obigem Sinne mitgeben [1] April 19.

Der Herzog von Braunschweig hat mir noch besonders aufgetragen, E. kfl. Gn. zu melden: er könne den Einfall der Passauer nicht billigen, noch weniger aber das Verfahren und die äusserste Insolenz der Böhmen gegen den Kaiser. Da er sich, um der Stände Wüten und Toben Widerstand und dem Kaiser Beistand zu leisten, allein zu wenig finde und fürchte, dass die Stände, wie sie des Kaisers nicht schonen, so auch an seiner Person sich vergreifen könnten, — wie sie sich denn schon durch Schickungen und böse Drohungen haben vermerken lassen, — so bitte er E. kfl. Gn., mit der Abschickung Ihrer Gesandten nicht zu zögern und nur seinem wahrhaften Berichte,[2] der mit meinem obigen ganz übereinstimmt, nicht aber anderem Vorgeben der Stände Glauben zu schenken; nur wer selbst zu Prag sei, könne das Verfahren der Stände für möglich halten. O. D.[3]

Drs., l. 9167, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 27; Or.[4]

---

[1] Am 27. April schreibt der Herzog von Münsterberg an den Kaiser: er habe Pflugs Werbung angehört, beklage des Kaisers Zustand und halte mit den übrigen Fürsten und Ständen Schlesiens ihn für unschuldig an dem Geschehenen. Die Instruktion der schlesischen Gesandten zum Generallandtag gehe auf Erhaltung der kaiserlichen Hoheit, Abschaffung der bösen Räte und Praktiken und Wahrung der Privilegien (Wi., I A 1, Ka. 2990; Or.).

[2] Vom 17. April; vgl. oben no. 147.

[3] Wegen der Datierung vgl. unten Anm. 4.

[4] Noch am 19. April schreibt der Kurfürst an den Kaiser: Seine Gesandten sollen hoffentlich bis Montag [April 25.] in Prag sein; sie sollen nicht nur Schreiben an Matthias und die Böhmen sondern auch an die schlesischen und lausitzischen Stände mitbekommen; einen kurmainzischen Gesandten [Brömser], der eben wegen dieser Sachen in Dresden sei, habe er bewogen,

Digitized by Google

April 19. **149. Brömser an den Kurfürsten von Mainz.**

Zu meinem grossen Verdruss habe ich erst gestern Audienz erhalten,[1] bei der ausser dem Kurfürsten Schönberg, Loss und Gerstenberg anwesend waren. Der Kurfürst liess mir durch ersteren auf meine Werbung [wegen des Kurfürstentags] nur erwidern, er wolle darüber beraten lassen und sich ehestens entscheiden; auf Begehren übergab ich die Werbung schriftlich. Gegen die früheren Zumutungen[2] habe ich mich inzwischen durch gute Gründe geschützt. — Gestern abends liess mich der Kurfürst durch Gerstenberg eilends in den geheimen Rat rufen; dort fand ich die oben Genannten und Herzog Johann Georg. Der Kurfürst gab mir den Platz neben sich und liess mir durch Gerstenberg vortragen, er sei im Begriff, auf meine Werbung einen Bescheid zu verfassen, mit dem E. kfl. Gn. zufrieden sein werden. Soeben habe sich aber ein Adeliger mit geheimen Kreditiven und Handschreiben des Kaisers angemeldet, von dem der Kurfürst mit höchster Betrübnis vernommen habe, wie weit es gekommen sei: dass der Kaiser wie ein Gefangener gehalten und noch mit mehrerem bedroht, dass Räte und Schreiber von ihm fern gehalten werden und dass selbst dieser Adelige nur in grösstem Geheimnis instruiert werden konnte; derselbe habe sich auch nicht als Gesandter ausgegeben und habe ihn der Kurfürst nicht als solchen annehmen dürfen, wollte er dem Kaiser nicht die Gelegenheit abschneiden, sich künftig desselben zu bedienen.[3] Der Kurfürst könne nach solchem Anbringen nicht unterlassen, die begehrte Schickung nach Prag abzufertigen. Er halte es aber für sehr dienlich, dass ich mich namens E. kfl. Gn. derselben anschliesse, da E. kfl. Gn., wenn Sie von dieser höchsten Not des Kaisers

---

mit nach Prag zu ziehen (Drs., l. 9167, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 44; Kptkopie). — Dies Schreiben wird an den Herzog von Braunschweig mit der Bitte geschickt, es dem Kaiser persönlich zu übergeben; die kurfürstlichen Gesandten seien befehligt, sich in allem nach dem Herzog zu richten (Drs., a. a. O., f. 46; Kpt.).

[1] Brömser war schon am 13. April beim Kurfürsten in Torgau eingetroffen, eben als die dortige Versammlung auseinandergieng (vgl. oben no. 131, S. 315, Anm. 5). Der Kurfürst wünschte aber, dass Brömser gleich nach Dresden reise und dort seine Werbung in aller Form ablege; zugleich liess er Brömser andeuten, dass er, Kurfürst, besorge, die von Kurmainz gewünschte Zusammenkunft der Kurfürsten werde sich allzu lange verziehen und inzwischen Kaiser und Reich unwiederbringlicher Schaden zuwachsen; Brömser möge gleich mit einer sächsischen Gesandtschaft nach Prag reisen und dem König und den Ständen dort allerlei im Namen der Kurfürsten vorhalten. Auf Brömsers Einwand mangelnder Instruktion erwiderten die kursächsischen Räte, ihr Herr wolle alles auf sich nehmen. Brömser aber bat sogleich seinen Herrn, ihn mit dieser Schickung zu verschonen, da sie bei Leuten doch nichts fruchten könnte, denen die persönliche Anwesenheit so vieler Kurfürsten, Erzherzoge und Fürsten keinen Respekt eingeflösst habe (Bericht Brömsers an den Kurfürsten von Mainz vom 13. April; Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 2; Or. eigh.).

[2] Vgl. oben no. 111 mit Anm. 2 auf S. 273.

[3] Pflugs Sendung; vgl. oben no. 141 und 148.

Digitized by Google

wüssten, dies gewiss selbst anbefehlen würden. Daher gesinne er an mich, mich dem gemeinen Wesen nicht zu entziehen sondern alsbald abzureisen; er wolle bei E. kfl. Gn. alles auf sich nehmen. Ich wandte darauf nicht nur Mangel an Befehl sondern auch meine Privatverhältnisse ein, wodurch die Reise mir beschwerlich und fast verderblich falle. Es half alles nichts; der Kurfürst und dessen Bruder drangen so in mich, dass ich mich zu meiner grossen Bekümmernis dazu bequemen musste, wie aus des Kurfürsten Schreiben an E. kfl. Gn. hiebei zu ersehen ist.[1] Ich werde also nächsten Montag wieder in dem leidigen Prag sein müssen, dessen ich im vorigen Jahr so müde geworden bin, ohne dass ich weiss, wann ich wieder loskomme. Schönberg und Gerstenberg ziehen mit. Ich bitte E. kfl. Gn. mit Rücksicht auf meinen Hausstand, dass, falls diese Sache sich in die Länge zieht, ich durch eine andere Person von dieser wichtigen und gefährlichen Handlung abgelöst werde. Ich bitte auch E. kfl. Gn. vorzubauen, dass, wenn Sachsen die beiden andern geistlichen Kurfürsten ersuchen wird, gleichfalls Gesandte abzufertigen, die Kurfürsten ihre Instruktionen nicht auf mich richten; denn es wäre mir zu beschwerlich und würde auch der erwachsende Undank auf E. kfl. Gn. allein fallen. Was von des Kaisers Beschwerungen dem Kurfürsten heimlich vorgebracht wurde, habe ich in Erfahrung gebracht und lege es bei [fehlt]. April 19.

Vor zwei Tagen ist der Rheingraf aus Prag mit einer Werbung von König Matthias hier angelangt;[2] er hat aber Bedenken, sie abzulegen, da er sieht, dass die Stimmung für ihn hier ungünstig ist, und will wieder abreisen. Er ist hier nicht angesehen und meinen die geheimen Räte, man müsse sich wegen seiner Unbeständigkeit und

[1] Der Kurfürst von Sachsen schreibt unter dem 8/18. April an Kurmainz: In Prag steht es viel gefährlicher als Kurmainz bei Brömsers Abfertigung gewusst hat: man hat das Schloss mit starken Wachen besetzt, kaiserliche Diener, sogar Reichshof- und geheime Räte verhaftet und gefährliche und unerhörte Inquisitionen gegen den Kaiser selbst angestellt, ja diesen so in die Enge getrieben, dass er keines Dieners oder Sekretärs mehr mächtig ist und jedermann der Zutritt, also auch dem Kaiser jede Verteidigung benommen ist. Soeben ist ein Handbrieflein des Kaisers eingelaufen, worin dieser ihm, dem Kurfürsten, seinen betrübten Zustand ganz wehmütig anzeigt und bittet, ihn nicht zu verlassen und bei andern Kurfürsten und Fürsten solche Beförderung zu tun, wie es seine höchste Not erfordere und wie er zum Kurfürsten vertraue. Da dies ihm, Kurfürsten, sehr zu Gemüt geht, so will er sogleich einige Gesandte nach Prag schicken, die dem Kaiser aufwarten, den König und die Stände zur Mässigung ermahnen und befördern sollen, was zur Erhaltung der Hoheit des Kaisers und des Reiches nötig ist. Er hat Brömser auf eigene Verantwortung bewogen, mitzureisen, da Gefahr in Verzug ist und des Kurfürsten Befehle nicht abgewartet werden konnten. Kurmainz möge eiligst Instruktion und Beglaubigung nachschicken und Kurköln und Kurtrier zu gleichen Abordnungen bewegen; dasselbe will er, Kursachsen, bei Kurbrandenburg tun (Drs., l. 9167, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 64; Kptkopie; — Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 47; Or.; — praes. Aschaffenburg 26. aprilis).

[2] Vgl. oben no. 133 mit Anm. 2 auf S. 321.

Digitized by Google

April 19. geringen Verschwiegenheit vorsehen, was E. kfl. Gn. in Acht nehmen werden, wenn er seinem Vorgeben nach zu Derselben kommt. Ich habe heute auch mit dem kaiserlichen Gesandten aus Prag gesprochen, der mir beiliegenden Auszug eines italienischen Schreibens übergab, das er von einem der Geheimsten des Kaisers hat.[1]

Soeben erhalte ich die kurfürstliche Resolution auf meine Werbung,[2] über die ich nicht weiter berichte, da sie E. kfl. Gn. Intention ganz gemäss ist. Im Gespräch mit den geheimen Räten fand ich, dass es dem Kurfürsten sehr bedenklich sein würde, sich zum Kurfürstentag weit ausser Landes zu begeben; er ist für Mühlhausen; der Termin wäre wegen der Gefahr über zwei Monate anzuberaumen. Mit der vorhergehenden Zusammenkunft der Räte sind sie einverstanden; der Kurfürst wird sich darüber erst am Nachmittag entscheiden.[3] Wegen Kurbrandenburg meinen die Räte, dieser Kurfürst werde sich inzwischen wol zum Kurverein geeignet machen. Ich bemerkte dagegen, dass die rheinischen Kurfürsten sich zu dessen Aufnahme nicht eher verstehen werden, bevor die Aussöhnung mit dem Kaiser erfolgt und die Lizenten abgeschafft sind, da dies sonst dem Kurverein ganz zuwider wäre. Der Kurfürst und seine Räte stimmten dem zu. — Ich habe auch angefragt, wie es E. kfl. Gn. wegen Pfalz mit dem Ausschreiben halten sollen? Die Räte meinten, man solle beide [Pfalz und Brandenburg] wie zu einer Vergleichung beschreiben, versprachen übrigens, darüber die Meinung ihres Herrn einzuholen. — Ich bitte zu sorgen, dass mir Geldmittel für die erweiterte Reise zukommen, damit E. kfl. Gn. und ich bei „den groben, ungeschlachten Leuten" keinen Schimpf erfahren; ich will mich zu

---

[1] Es ist der erste Teil der Instruktion für Pflug (oben no. 141; vgl. Anm. 3 auf S. 347). Die italienische Uebersetzung liegt in Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 52 vor.

[2] Vom 10./20. April: Allerdings wird der Kaiser von den unruhigen Böhmen mehr als zuviel „custodiret", alle Räte werden ihm entzogen, aller Zu- und Ausgang versperrt und ist nichts als lauter Schimpf und Spott hieraus zu besorgen, der Absichten, die man auf die römische Krone haben mag, zu geschweigen; auch sind des Reiches Angelegenheiten so beschaffen, dass, wenn ihnen nicht zeitig abgeholfen wird, es zu Grunde gehen muss. Der Kurfürst kann daher auch kein besseres Mittel finden als die von Kurmainz vorgeschlagene persönliche Zusammenkunft der Kurfürsten, billigt daher dessen Vorschlag auch hinsichtlich der zu proponierenden Punkte vollständig und erwartet das Ausschreiben, doch möge die Malstatt nicht zu weit von den sächsischen Landen gewählt werden, da er dem Feuer am nächsten sitzt. Nachdem er jetzt mit Kurbrandenburg verglichen ist, ist das Kollegium fast ergänzt, — bis auf den Streit mit Kurpfalz, von dem auf dem Kurfürstentag geredet werden kann. Dem Begehren wegen der Lizenten ist durch den jüterbogker Vertrag bereits abgeholfen (Drs., l. 9167, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 58; Kpt. von Schönberg).

[3] Am 20. schreibt Brömser: der Kurfürst entscheide sich für Mühlhausen und wünsche als Termin acht Wochen nach Einhändigung des Ausschreibens angesetzt; im Hinblick auf den Administrationsstreit möge man beiden streitenden Teilen mitteilen, dass man zusammenkommen und von der Zusammenkunft aus ein Gesamtschreiben an beide richten wolle (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 7; Or. eigh.).

Digitized by Google

den Sachsen halten. Datum Dresden den 9./19. aprilis a. 1611. — April 19.
Praes. Aschaffenburg 26. aprilis.

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 4; Or. eigh.

150. Bericht über eine Unterredung des Erzherzogs Leopold mit Peter Casal, Gesandten des Erzherzogs Ferdinand. April [vor 20.]

Erzherzog Ferdinand ist ebenso wie viele andere wegen Erzherzog Leopold ungleich berichtet worden. L. hat beim ganzen Verlauf mit dem passauer Volk nur dem Haus Oesterreich und der gemeinen Wolfahrt dienen wollen; er hat nicht nach der böhmischen oder römischen Krone gestrebt und denkt zur Zeit nicht daran, seinen jetzigen Stand zu ändern, da er sich der mütterlichen Ermahnungen und seiner Erklärung darauf noch wol zu erinnern weiss.[1] Er hat überhaupt bei diesem Werk entweder auf gemessenen Befehl des Kaisers (dessen Verordnungen er sich nicht widersetzen konnte) gehandelt oder er ist mit Gewalt dazu gedrängt worden, so dass er es nicht verhüten konnte.

An dem Versuch eines Durchbruchs des passauer Volkes nach Tirol[2] hat L. die geringste Schuld; er hat dem eifrig widerraten und u. a. auch vorgebracht, dass wegen der Enge der Pässe der Durchzug eines solchen Volkes unmöglich sei und dass, wenn man auch die Erlaubnis dazu erlangte, Proviant und Futter in Tirol mangeln würden, auch Mishelligkeiten im Hause Oesterreich daraus entstehen möchten; er hat den andern stark widersprochen und sich aufs äusserste bemüht, dass das Volk nach Böhmen rücke. Die Böhmen aber hielten steif an der kaiserlichen Zusage fest, dass das Königreich mit diesem Volk verschont werden solle und willigten nicht in den Einmarsch. So ist es dann trotz seines Einredens zu diesem Durchzug [in der Richtung nach Tirol] gekommen. Er bekennt, dass ihn dabei nichts so sehr bekümmert habe als dass Oesterreich, Kärnthen und Krain davon grossen Schaden nehmen und Erzherzog Ferdinand daraus Unwillen schöpfen würde, aber er musste es geschehen lassen; denn der kaiserliche Befehl wollte es so.[3]

Erzherzog Leopold glaubt, den Kaiser habe zu dieser Resolution veranlasst, dass er Nachricht bekam, der König von Spanien sei im Begriff, ein Heer von 80 000 Mann nach Deutschland zu schicken, um einen römischen Kaiser seines Gefallens einzusetzen; dem Kaiser gieng dies sehr zu Gemüt und bewog ihn, mit dem passauer und elsässer Volk diesem Vorhaben zu wehren. Dabei mag der Kaiser auch gedacht haben, dass, weil von der tiroler Erbschaft ihm drei Teile gehören, ihm die Einlagerung umso weniger

[1] Vgl. oben no. 103.
[2] Vgl. oben no. 1 mit Anm. 1 auf S. 1, Anm. 1 auf S. 2 und no. 2 und 8.
[3] Vgl. oben no. 1, S. 1, Anm. 1 und no. 2, S. 5.

Digitized by Google

April [vor 20.] verwehrt werden würde; dass aber das passauer Volk den Zug nach Tirol neuerdings versuche, ist erdichtet. An den Ueberfall der Stadt Prag hat er, Leopold, gar keine Schuld; er hat sich vielmehr bemüht, den schädlichen Einfall zu hindern und ist wie bekannt mehrmals vom Kaiser dem Kriegsvolk entgegengeschickt worden, um allen Tätlichkeiten zu wehren und das Volk zurückzuhalten [1], — trotz alles Fleisses leider vergeblich. Die Verbitterung zwischen dem böhmischen und passauischen Kriegsvolk war zu tief eingewurzelt, weil die Böhmen mit ihren Schreiben gar scharf und grob waren; das wollten die Passauer nicht dulden, vielmehr ihren Vorsatz ausführen, zumal sie glaubten, dem Kaiser damit wirklich zu dienen und ihn vor Gefahr zu retten. Er, L., selbst war nicht beim Einfall, ist erst einige Stunden später nach Prag gekommen und hat an dem Verlauf kein Gefallen gehabt. Nach dem Einfall wurde Frieden und Stillstand geboten und gehalten, der Eid geleistet und anderes verrichtet. Dass dabei vielfältige Unordnung vorlief, ist nicht ihm sondern den bösen Räten (bei denen längst eine Veränderung und Verbesserung hätte geschehen sollen) zuzumessen. Er hat zu beklagen, dass er durch diesen unglückseligen Handel seine Ersparnisse, Silbergeschmeide und Einkünfte darangesetzt und seine beiden Stifter so verderbt hat, dass sie sich in Jahren nicht erholen können; obendrein hat er sich allerlei Verdacht gefallen lassen müssen. Wenn ihm nun auch die Güter und Einkünfte des Stiftes Passau entzogen werden (wozu die aus Wien ergangenen Verordnungen den Anfang machen), würde es ihm sehr beschwerlich fallen; doch will er sich in Ansehung der wahren Beschaffenheit der Sache eines andern getrösten.

Als neulich der König von Wien nach Prag zog, hat der Kaiser ihm, Leopold, stark zugesprochen, dem König entgegenzuziehen und von der Reise abzuhalten.[2] Er hat sich aber damit entschuldigt, dass der König sich daran nicht kehren und sich von ihm nicht abhalten lassen werde. Bei dieser Gelegenheit hat er dem Kaiser auch eifrig geraten, sich mit dem König brüderlich zu vereinigen und demselben mehr als einem andern zu vertrauen.

Leopold dankt seinem Bruder Ferdinand für die treuen Ermahnungen und hofft, sich ehestens in Graz einstellen zu können, wo dann das eine und andere desto besser beraten und beschlossen werden kann. Und da die Läufe sich immer gefährlicher erzeigen, so sollen die Herrn von Oesterreich nicht feiern sondern ehestens zusammenkommen, um weitere Gefahr zu verhüten; er wird gern dabei erscheinen und das seine tun, denn er hat nie etwas anderes gesucht als die Erhaltung des Hauses; am wenigsten hat er daran gedacht, die Ordnung der Nachfolge zu stören und den ältern Herrn

[1] Vgl. oben no. 57, S. 121, Anm. 1 und Gindely, Kaiser Rudolf II. und seine Zeit, II., 196.

[2] Vgl. oben no. 88, S. 196.

Digitized by Google

und deren Nachkommenschaft vorzugreifen, wie er unbillig beschuldigt wird. Der Kaiser hat ihm die Abdankung des passauer Volkes ernstlich auferlegt;[1] die will er nach Möglichkeit vollziehen. Er handelt eifrig mit den Soldaten wegen ihres Ausstandes und trachtet fleissig nach Mitteln zur Bezahlung, wie denn auch ein grosses Darlehen auf die Herrschaft Krumau prokuriert wird. Am liebsten wäre ihm, sich dieses Volkes ganz zu entledigen, sich zur Ruhe zu begeben und seine Stifter aufatmen zu lassen. — Es folgen Klagen über die Einziehung der passauer Stiftsgüter: er hat zum Stift geschworen und kann nicht umhin, Wandel zu begehren; Ferdinand möge sich deshalb beim König interponieren, damit ihm, L., und dem Stift kein weiterer Eintrag geschehe. April [vor 20.]

Wie er, Leopold, bisher Ferdinand respektiert hat, so will er auch künftig ohne dessen Vorwissen nichts tun, will ihm stets seine Vorhaben kund geben und getröstet sich seines Rats und Beistands. „Und ob ihme wol die gelegenheiten, für sein person was zu tentiren, villeicht nit gemangelt hetten, ihme auch destwillen von mehr orten erbietungen zuegemuetet worden, so hab er doch unter seinem hauss kainen zwitracht erwöcken noch ainiche weiterung causiren wöllen, zudem er auch ohne begrüessung I. D.[t] nichts dergleichen fürgenomben hette.“ Schliesslich bittet er, dem König das Nötige zur Verhütung weiterer Ungelegenheiten unverzüglich mitteilen zu lassen und ihm in seiner Not mit einem zweijährigen Deputat anticipando zu Hilfe zu kommen. O. D.

Ib., Ambraser Akten; Missiven vom April 1611, zu no. 40; Kopie.[2]

---

[1] Vgl. oben no. 77.

[2] Am 19. April teilt Erzherzog Ferdinand obige Unterredung König Matthias mit und macht zur Entschuldigung Leopolds geltend, dass derselbe für sich wenig gehandelt habe und von andern in das Spiel gebracht und schliesslich verlassen worden sei. Man könne aber aus obigem abnehmen, dass Leopold sich jetzt seiner soldatischen Neigungen eher entschlagen als ihnen nachhängen wolle und dass er gegen den König guten Willen zeige. Matthias möge daher das Geschehene dem Stift des Erzherzogs nicht entgelten lassen und Restitution des Entzogenen verordnen, damit dem Hause Oesterreich nicht nachgesagt werde, dass unter dessen Herrschaft die geistlichen Güter geschädigt würden; es könnten sich auch der Papst und das Reich in diesen Handel mischen; der König werde sein Gewissen nicht mit dem Patrimonium Christi beschweren wollen (Wi., I A 1, Ka. 2990; — Or.). — Der König erwiderte am 2. Mai: an dieser Sache seien nicht nur er sondern auch die Länder interessiert, die Schadenersatz und Genugtuung begehren; Leopold begünstige immer noch die Rädelsführer dieses Verderbens, habe sie um sich und praktiziere mit ihnen noch heute allenthalben; er könne daher dem Wunsch des Erzherzogs Ferdinand nicht entsprechen. — Verteidigung des Rechts auf Arrestation der passauischen Stiftsgüter. Er, der König, wolle Ferdinand auch informieren, wie Leopold gegen seine Person, die Hausverträge und Testamente gehandelt habe und werde gewiss männiglich im Reich Leopolds Verfahren als gefährlich erkennen (Wi., I A 1, Ka. 2990; Kpt. mit Zusätzen Khlesls).

Digitized by Google

April 21. **151.** Der Kurfürst von Sachsen an König Matthias.

Auf Polheims Werbung.[1] Der Erinnerung an E. kgl. W. Verdienste in Oesterreich und Ungarn hätte es bei uns nicht bedurft, da wir genügend darum wissen und sie mit Dank erkennen, auch der Kaiser sie mit Abtretung so vieler Länder belohnt hat. Wir wissen auch noch, was für ein Vertrag zwischen dem Kaiser und E. kgl. W. im Jahr 1608 aufgerichtet, 1610 erneuert und von uns und den anderen zu Prag anwesenden Kurfürsten, Erzherzogen und Fürsten bekräftigt worden, auch was vorher und nachher geschehen ist und was E. kgl. W. wegen des Einfalls in Oesterreich erst durch Dero Agenten zu Prag Rebmann[2] und dann durch den Rheingrafen zu Stein bei uns gesucht und der Assistenz halber begehrt haben. Wir wollen unsere damals gegebene Antwort hiemit wiederholt haben.[3] — Dass sich E. kgl. W. auf Ersuchen der Böhmen nach Prag begeben haben, dessen waren wir bereits zur Genüge verständigt. Wir wissen aber auch, dass E. kgl. W. sich in Ihrer an Braunschweig und Hohenzollern am 27. Februar[4] erteilten Antwort dahin erklärt haben, dass Sie des Kaisers Hoheit, Würde und Praeeminenz weder mit Gedanken, Worten noch Werken angreifen sondern ihn als dessen Lehensmann stets ehren wollten, auch die böhmischen Gesandten dahin beschieden hätten, dass Sie als ordentlicher Nachfolger dem Kaiser bei diesem unversehenen Zustande hintangesetzt aller vorhergegangenen Privatoffension die schuldige brüderliche Liebe erzeigen, ihm in seiner Bedrängnis zu Hilfe kommen, ihn und das Haus vor Vergewaltigung, Schimpf und Schaden und Böhmen vor gänzlichen Verderben retten wollen. Wir zweifelten daher nicht, dass E. kgl. W. als ein hochlöblicher deutscher Fürst bei Ihrer Anwesenheit zu Prag dies, besonders aber den 1608 aufgerichteten und nachmals vom Kaiser, von E. kgl. W. und den versammelten Kurfürsten, Erzherzogen und Fürsten bekräftigten Vertrag, soweit er die Krone Böhmen, deren ein-

---

[1] Ueber Polheims Schickung vgl. oben no. 133, S. 320, Anm. 2. Seine Werbung, die er am 20. April vor dem Kurfürsten ablegte, entsprach der Starhembergs (vgl. oben no. 140, S. 341, Anm. 2) und schloss mit der Bitte um Hilfeleistung; ausserdem zeigte Polheim an, dass der König von den böhmischen Ständen zuerst zur Hilfeleistung gegen die Passauer aufgefordert und nach Abfertigung dieser Hilfe auch noch um persönliches Erscheinen gebeten worden sei; endlich überreichte Polheim dem Kurfürsten die „Gedruckten Copeyen und Abschriften“ (vgl. oben no. 1, S. 2, Anm. 1; Drs., a. a. O., f. 75; Or.). Zu Polheims Werbung vgl. auch Brömsers Bericht vom 22. April unten no. 155.

[2] Vgl. oben no. 5. Nach einer Notiz auf der Instruktion vom 22. Februar zur ersten Schickung des Rheingrafen zu Stein nach Dresden (vgl. oben no. 9, S. 24, Anm. 1) hatte Dr. Johann Martin Rebmann dem König das kurfürstliche Schreiben vom 8. Januar (oben no. 9) überbracht.

[3] Wegen des Bescheides an den Rheingrafen vgl. oben no. 104, S. 246, Anm. 3.

[4] Vgl. den „Gründlichen und wahrhaftigen Bericht“, S. 279 ff. und „Gedruckte Copeyen etc.“ no. 3.

Digitized by Google

verleibte Länder und die Regierung betrifft, in Acht nehmen und zu grösserer Weiterung und Verbitterung nicht Anlass geben werden. Wir haben aber glaubwürdige Nachricht erhalten, dass des Kaisers Wohnung allenthalben mit starken Wachen besetzt, seine geheimen und Reichs-Hofräte wie auch andere Diener verhaftet und aller Zugang zu ihm so gesperrt worden ist, dass er keines Rates oder Dieners mächtig ist und mit niemandem das geringste kommunizieren kann, wie auch Fürsten und andere Personen, die ihm mit Rat beistehen wollen, schimpflich angelassen und bösen Verdachts beschuldigt werden; ja was das ärgste ist, gegen des Kaisers eigne Person sowie gegen Kurfürsten und Fürsten des Reichs werden ganz gefährliche und unverantwortliche Inquisitionen angestellt und das Fundament auf etlicher leichtfertiger, böser, zauberischer und dem Teufel selbst ergebener Leute Aussage gestellt, die sonst nicht einmal gegen geringe Personen, geschweige denn gegen die höchste Obrigkeit gelten. Da dies Verfahren gegen die höchste Obrigkeit ganz „violent", unverantwortlich und im Reich unerhört ist, so bitten wir E. kgl. W., besonders in Anbetracht der gefährlichen Konsequenzen, bei den böhmischen Ständen, Dero Autorität zu interponieren, damit die kaiserliche Hoheit, königliche Würde, kurfürstliche Dignität „und die von Gott dem allmächtigen solcher person eingepflanzte majestät nicht laedirt" noch das kurfürstliche Kolleg und das ganze Reich beleidigt werden. Wir erbieten uns gegen E. kgl. W. zu aller Freundschaft, erklären uns aber auch zugleich dahin, dass wir wie bisher so forthin standhaft beim Kaiser aushalten und nach dem Beispiel unserer Vorfahren unseren schweren Eid in Acht nehmen wollen, gänzlich vertrauend, dass Gott es uns reichlich vergelten und es uns bei der Mit- und Nachwelt und bei allen ehrliebenden gegen die Obrigkeit wohlgesinnten Leuten rühmliche Nachrede erwecken wird. Datum Dresden am 11. aprilis a. 1611.

April 21.

Drs., I. 9167; II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 139; Kptkopie.[1]

---

[1] Gleichzeitig erlies der Kurfürst ein scharfes Schreiben an die böhmischen Stände: er bedaure, dass seine vorigen Ermahnungen (vgl. oben no. 104, S. 246, Anm. 3) nicht den gehofften Erfolg gehabt hätten, vielmehr gegen den Kaiser in unerhörter Weise prozedirt werde; als Nachbar ermahne er die Stände, die Autorität des Kaisers zu bedenken und dem göttlichen und weltlichen Recht gemäss zu verfahren; um den Kaiser nicht rat- und hilflos zu lassen, schicke er seine Räte, die bei den Ständen noch weitere Erinnerung tun sollen (Drs., a. a. O., f. 178; Kptkopie). — Am 20./30. April weist er aber die nach Prag abgeordneten Räte Dr. Gerstenberg und Wolf von Lüttichau an, die die Schreiben an den König und an die Stände übergeben sollen, mit letzterm Schreiben zurückzuhalten und bei den Ständen nur ein mündliches Anbringen zu tun (Drs., a. a. O., f. 241; Kpt.). — Der kurfürstliche Befehl an Gerstenberg und Lüttichau, nach Prag zu gehen, ist gleichfalls vom 11./21. April datiert. Beiden wird aufgetragen, sich am 25. April in Prag einzufinden, persönliche Audienz beim Kaiser zu begehren, ihm des Kurfürsten Mitleid und bereiten Willen auszudrücken und ihm mit Rat beizustehen; jedesmal sollen sie sich mit dem Herzog von Braunschweig und mit Brömser in Verbindung setzen und mit diesen alles dahin richten, dass dem Unwesen gütlich gesteuert und der Kaiser bei seinem Ansehen erhalten werde (Drs., a. a. O., f. 172; Kpt.).

Digitized by Google

April 21. **152.** Der Herzog von Braunschweig an den Kurfürsten von Sachsen.

„Dein schreiben habe ich von zeigern, Deinem curieren, wol entphangen, auch das originalschreiben,[1] weyl ich es leibesschwacheitt halber ihn der person nicht vberanttwortten konnen, alsobaltt verschaffett, das es I. M.t zur stundt zur handen kommen, wil auch gentzlich verhoffen, das es I. ksl. M.t zu besondern keyserlichen gnaden auffnemen, auch dadurch ihn ihrer hochsten betrübnus ihn etwas trost erlangen werden. Der hertzog von der Lignitz, auch die schlesingische vnd laussenittische gesantten sein gestriges tages angelangett. Ich hab bei ihnen schon der ksl. M.t gutte officia praestiret vnd spuere Gottlob so viel, das sie I. M.t wol affectioniret, wie ich auch nicht vnderlassen wil, alles zu thun vnd ihn acht zu nemen, was mir nhur menschlich vnd muglich ist, ob ich gleich bey allen leutten nicht danck verdine. Dein schreiben,[2] so Du ahn die stende gethan, ist in pleno verlesen vnd sollen darüber gewalttig fulminiret vnd gedonnert haben. Ich mus alles vber mich nemen, das ich solches practisirt, acht es aber gar nicht, dieweyl ich bey disen sachen ein guttes gewissen vnd auffrichtige intention habe. Es sollen sich auch gestriges tages ihm rahtt die stende gezweyhett vnd sehr hartt mitt wortten zusamengestossen haben. Wie schimplich sie die resolution auff I. M.t. vbergebene puncta zu papir gesetzett, hastu hierbey zu entphangen.[3] Es ist aber solche resolutio noch zur zeitt bey dem konig vnd der ksl. M.t nicht vbergeben. Deiner vnd des

---

[1] Vgl. wegen dieses Schreibens oben no. 148, S. 365, Anm. 4.

[2] Vgl. oben no. 131, S. 319, Anm. 1 und no. 147, S. 356.

[3] Die Resolution des Kaisers vom 16. April bestand aus acht Artikeln, nach deren Erfüllung sich der Kaiser bereit erklärte, die Stände nach der Krönung ihres Eides zu entlassen: 1. Beibehaltung des Titels eines Königs von Böhmen; 2. Residenz auf dem prager Schloss und freier Ein- und Auszug daselbst; 3. Uebernahme aller kaiserlichen Schulden durch die Stände; 4. Zusicherung aller bisher im Besitz des Kaisers befindlichen Güter sowie der Restanten von gewissen Steuern; 5. Anerkennung der kaiserlichen Begnadungen; 6. Verschonung der kaiserlichen Autorität im Reden und Schreiben; 7. beiderseitiger Generalpardon; 8. Aufhebung der Verhaftungen (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103 c, no. 76; Kopie); vgl. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., 260. — Ueber diese Punkte erteilte der König den Ständen noch vor dem 21. April ein Gutachten, das bei Hammer-Purgstall, Khlesls Leben, II., Urkundenanhang, no. 316 gedruckt ist. Darauf gab noch der Ständeausschuss seine Meinung zu erkennen: zu 1. der Kaiser darf nach des Königs etwaigem Ableben die Königswürde nicht wieder annehmen; zu 2. der Kaiser darf nur ausserhalb des prager Schlosses residieren; zu 3. die Stände können die 21 Tonnen Goldes an Schulden des Kaisers nicht zahlen; zu 4. was nach Abzahlung der Schulden an Gütern übrig ist, verbleibt dem Kaiser; zu 5. Vergabungen nach dem passauer Einfall und zu Nachteil des künftigen Königs sind ungiltig; zu 6. bewilligt; der Kaiser soll aber zu Nachreden keine Ursache geben; zu 7. die Restanten sind zur Schuldentilgung zu verwenden; zu 8. Treue muss belohnt, Untreue bestraft werden (Wmz., a. a. O, no. 79; Kopie). Diese Resolution ist oben gemeint; die definitive Erklärung der Stände wurde dem Kaiser am 9. Mai übergeben.

Digitized by Google

meintzischen gesantten erwartte ich mitt verlangen vnd wil steiff vnd fest bey ihnen haltten, auch befordern, das der meintzische ihn geburliche acht genommen werde. Vor dismal weys ich Dir nicht mehr zu schreiben, dan dass man sich nhur befleissigett vnd alles bedenckett, den gutten altten herrn zu betrüben vnd zu beleidigen, auch schimp zu beweissen, wie sich auch eines teyls leichtferttige vnd vermessene leutte nicht schemen, offenttlich zu sagen: wen sie dem kayser des tages auff sein person zwey taler geben, wer genug, den ehr vber einen ihm wirtzhausse nicht verzehren wurde; in gleichen es musten die chur- vnd fursten darauff bedacht sein, wohin sie ihren altten kaysser stellen woltten; andere schentliche, teufflische vnd lesterliche calumnien, deren sich gar vorneme leute aus teufflischer rachgir verlautten lassen, scheme vnd scheue ich mich zu schreiben. Ich wil zum lieben Gott hoffen, er werde disen proces nicht vngerochen lassen vnd erfreue mich darneben, das ich ahn Dir vnd Meintz gutte assistentz habe. Ich hoffe Brandenburgk, Coln, Trier vnd Pfaltz[1] noch vnserm exempl folgen, damitt wir also getrewe teutsche auffrichtige chur- vnd fursten vnsern lieben altten keysser ihn geburlichen respect vnd kayserlichen digniteten erhaltten vnd die widrige practicanten, so liber ein anderen sehen, dempfen mogen. Mein bruder wolle seins theyls ahn sich bey andern solches zu befodderen nichts ermangeln lassen; so viel ich darbay thun kan, consilio et auxilio, hatt mein bruder ahn mir zu zweifflen keine vrsach. Prage den 11. aprilis anno 1611." April 21.

Drs., l. 9167, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 207; Or. eigh.

153. Markgraf Joachim Ernst von Ansbach an den Administrator der Kurpfalz. April 21.

Nach Abschluss der jüterbogker Verhandlungen und nach der darauf erfolgten persönlichen Zusammenkunft zu Torgau sind die beiden Häuser

[1] Am 17./27. April schreibt der Herzog an den Kurfürsten von Sachsen: er habe Kurbrandenburg zur Abordnung von Gesandten ermahnt, Kursachsen möge bei demselben und bei den geistlichen Kurfürsten dasselbe tun; könnte man durch Fürst Christian von Anhalt Kurpfalz zu gleichem bewegen, so dass das ganze Kurkolleg zur Sache täte, würde man ohne Zweifel viele Ungehörigkeiten hintanhalten (Drs., a. a. O., f. 244; Or. eigh.). — Am 20./30. April schreibt darauf der Bruder des Kurfürsten, Herzog Johann Georg, an Fürst Christian, er möge es in Heidelberg dahin richten, dass auch von dort Gesandte nach Prag geschickt würden, um den Kaiser zu „besuchen"; das würde die Administrationssache sehr befördern. Hoffentlich werde auch Kurbrandenburg nach Prag schicken, was wegen der jülicher Sache gut wäre; „dann gewisslich itzo kan alles erlangt werden, die furseiende belehnung, ratification und confirmation, so sich sonsten villeicht wol eine weile verziehen möchte." Der Fürst sandte aus Dessau obigen Auszug des Schreibens (in Mb., 101/4) am $\frac{\text{28. April}}{\text{8. Mai}}$ an den Administrator und bemerkt dazu, dass er von einer solchen Schickung für Pfalz nicht viel hoffe; allenfalls würden die Handlungen Neuburgs in Prag gehindert werden und könnte man erfahren, wo hinaus die andern kurfürstlichen Gesandten wollen (Mb., 101/4; — Or.).

Digitized by Google

April 21. Sachsen und Brandenburg völlig verglichen. Bei dieser Gelegenheit ist auch das Interesse der Kurpfalz und E. L. Frau Mutter[1] wol in Acht genommen worden; auch ist die Erbvereinigung unter den Erbverbrüderten neuerdings bekräftigt worden. Davon ist zu erwarten, dass das Haus Sachsen, weil es durch solche Mittel so weit gebracht worden ist, sich künftig näher herzutun und das gemeine Wesen mehr von demselben zu hoffen haben wird. — Wegen der Union Notdurft und weil jüngst zu Schweinfurt einige Punkte ausgesetzt werden mussten, besonders aber weil der Abgesandte des Königs von Ungarn, Starhemberg, so viel man merkt, solche Anbringen hat,[2] die der ganzen Union mitgeteilt werden müssen, so ist zu Torgau von den dort anwesenden unierten Kurfürsten und Fürsten für nötig erachtet worden, ehestens eine persönliche Zusammenkunft aller Unierten auszuschreiben. Wir haben auf uns genommen, E. L. deswegen zu ersuchen und bitten ehestens um Dero Resolution. Datum Onoltzbach den 11. aprilis a. 1611. — Praes. Heidelberg 14. aprilis 1611.

Mb., 119|1, f. 98; Or.[3]

April 21. bis 30.

154. Protokoll des würzburger Ligatages.

Verzeichnis der anwesenden Gesandten: Mainz: Georg Friedrich Greiffenclau von Vollrats, Dompropst und Kämmerer zu Mainz; Kaspar von Eltz, Grosshofmeister und Amtmann zu Brotfelden; Dr. Nikolaus Gereon, Rat. Trier: Johann Wilhelm Husman von Namedy, Chorbischof zu Trier; Dr. Petrus Schneidt, Kanzler. Köln: Eitel Friedrich Graf zu Hohenzollern, Chorbischof und Dompropst zu Köln; Liz. Christoph Wintzler, Kanzler (beide auch für den Koadjutor). Baiern: Joachim von Donnersberg, Oberstkanzler und Pfleger zu Marquartstein, Christoph Ulrich von Elsenheim zu Wolnzach, Hofkammerpräsident. Bamberg: Hektor von Kotzau, Domdechant; Johann Onuphrius von Pellheim, Hofmarschall und Amtmann zu Senftenberg. Würzburg: Konrad Friedrich von Thüngen, Domdechant; Valentin Echter zu Mespelbrunn, Amtmann zu Aschach; Johann Servatius Demantstein und Dr. Johann Brandt, Räte. Speier (zugleich für Udenheim): Otto Heinrich von Hoheneck, Dechant des Stifts Bruchsal; Johann Jakob Rinck von Baldenstein, Rat. Passau: Dr. Stephan Planck

---

[1] Die Herzogin Magdalene von Zweibrücken war als Tochter des Herzogs Wilhelm IV. von Jülich eine der Anwärterinnen der jülicher Erbschaft.

[2] Vgl. oben no. 105 und 140.

[3] Der Administrator erwidert am 15./25. April, dass er bereits befohlen habe, die Ausschreiben zu einem Unionstag aufzusetzen. Da die Zusammenkunft geraume Zeit erfordere, der Verlauf der Dinge in Böhmen aber reifliches Nachdenken nötig mache, so gebe er dem Markgrafen seinerseits zu erwägen, ob man nicht noch vor dem Bundestag die nächstgesessenen Unionsfürsten als Culmbach, Baden und Württemberg neben den drei ausschreibenden Städte zu einer Beratung einladen solle (Mb., 119/1, f. 99; Kpt. von v. d. Grün).

Digitized by Google

und Friedrich Moll, Räte. Konstanz: Dr. Johann Jakob Deschler, Kanzler. Augsburg: Dr. Johann Leonhard Roth, kaiserlicher und augsburgischer Rat; Dr. Matthaeus Wanner, Kanzler (zugleich für Regensburg und Kempten). Ellwangen: Dr. Gebhard Schöllhammer, Kanzler. Schwäbische Praelaten: Dr. Nikolaus Eberhard. Schwäbische Grafen und Herrn: Dr. Johann Jakob Oppenheimer, Syndikus. Rietberg: Johann von Brée, Hauptmann; Martin de Brüen, Sekretär. April 21. bis 30.

Die Sitzungen werden im Rathaus „zum grünen Baum" abgehalten.

April 21.

Prüfung der Vollmachten. Verlesung des sächsischen Schreibens an die Bundesobersten.[1] Beschlussfassung über den „modus procedendi": Nach Baierns Vorschlag beschliesst zuerst die Mehrheit gegen die kurfürstlichen Stimmen, den ersten Punkt des Ausschreibens, die Rechnungsprüfung, durch einen besondern Ausschuss vornehmen zu lassen und inzwischen die übrigen Punkte im Plenum zu verhandeln; aber die kurfürstlichen Gesandten machen den Mangel an rechnungsverständigen Räten geltend und Mainz erklärt, unter solchen Umständen nichts zu schliessen, bevor nicht die Hauptsache erörtert ist. So stimmen auch Baiern und die andern zu, dass vor allem die Rechnungen im Plenum vorgenommen werden.

Nachmittagssitzung. Man beginnt mit der Rechnung von Kurtrier für 42 Ligamonate, die eine Quote von 34 048 fl. ertragen;[2] die zehn resp. fünfzehn Monate für Jülich sollen besonders verrechnet werden. Baiern

[1] Vgl. oben no. 124. Die Werbung des Landgrafen Ludwig beim Kurfürsten war erst am 22. April abgelegt worden (vgl. oben no. 134, S. 323, Anm. 1). Am 24. April schickt der Kurfürst seinen Gesandten eine Abschrift dieser Werbung und bemerkt dazu: „Ob dan wol solche erklerung darfur anzusehen, wiewol der chur- und fursten zu Sachsen LL. mit wurklicher eintretung zu der catholischen union nicht zu eilen rathlich ermessen, dass doch zeit gnung darüber verlaufen mochte, ob und wie sie sich ihren vorigen erklerungen gemess auch hernechst dazu resolvirn werden, sintemal die praetendirte motiven nicht allerdings ohnerheblich sein", so meinen wir doch, man solle die Beratung über die Einnahme dieser und anderer friedfertiger Stände nicht ganz zurücksetzen sondern, wenn von Stärkung und Stabilierung der Union geredet wird, sich auch darüber vergleichen, damit, wenn Sachsen oder andere zum Eintritt in die Union sich entschliessen würden, es dabei keinen Aufenthalt gibt, „sie auch nicht ursach haben, do man inen mit ohnnötigen scrupulis begegnen wolte, dieselbige zu difficultirn". Wir glauben, dass das lange Zaudern mit der Einnahme des Hauses Sachsen zu jener Erklärung Ursache gab, da inzwischen widerwärtige Stände nach Möglichkeit sich bemühten, dies Haus von seiner früheren Absicht abzubringen (Wmz., Religionsakten, Bd. 12, no. 102; Or.).

[2] Die trierische Rechnung stellt in Gegenrechnung 14 017 fl. 6 Batzen 16½ Albus als Anteil an der Hilfe der geistlichen Kurfürsten für Erzherzog Leopold, 7000 fl. als Hilfe für den Koadjutor von Köln zur Abzahlung des Kriegsvolks, 1504 fl. und 12½ Albus für die Gesandtschaft von 1610 nach Italien. Für die 200 Kriegsknechte, die Trier vom 14. Mai bis 14. September 1610 in Bestallung gehalten hatte und für ein weiteres Fähnlein vom 14. September 1610 bis 14. Mai 1611, sind keine Posten ausgesetzt (Mc., Entstehung, Fasz. I., no. 9; Or.).

Digitized by Google

April 21. bis 30. bemängelt vor allem, dass der Anschlag Triers nicht der Matrikel gemäss und dass Partikularsachen in die Rechnung eingemischt worden seien; zugleich beantragt Baiern nochmals die Einsetzung eines Rechnungsausschusses, was wieder abgelehnt wird. — Da sich aber die Erörterung der folgenden kurkölnischen Rechnung abermals als zeitraubend erweist, so einigt man sich schliesslich dahin, dass jeder Stand sogleich einen Auszug seiner Rechnungen in vier Abschriften anfertigen und jedem Kreis der Union eine zustellen solle; die Kreisstände haben dann etwaige Bedenken dem Plenum vorzutragen.

April 22.

Baiern proponiert den Punkt wegen der Einnahme Sachsens und lässt das Schreiben des Herzogs Johann Casimir von Coburg an Kurmainz [1] verlesen. Man beschliesst, die Beratung darüber aufzuschieben und die versprochene Abordnung[2] zu erwarten. — Baiern proponiert weiter, die Beschlüsse des augsburger Bundestages vorzunehmen und zuerst von Vermehrung des Vorrats zu reden; aber nach Mainz' Vorschlag wird dies verschoben, bis man nach Prüfung der Rechnungen den Schuldenstand des Bundes kennt; dagegen soll nach desselben Antrag von den Mitteln der Einnahme Sachsens, von der Verbesserung der Mängel und von der Stabilierung des Bundes gehandelt werden. Mainz: das Unionswerk muss auf eine wirkliche Assistenz mit etwa 20 000 Mann gerichtet werden; der ausländischen Hilfe muss man sich besser versichern, damit man jedes Standes Quote desto richtiger ansetzen kann und nicht die ganze Last allein auf den vermöglicheren Ständen liegt; jeder Stand möge erklären, was er zu solcher Assistenz wirklich tun kann; dann soll man einen richtigen Ueberschlag aufstellen, wie ein solches Volk zu erhalten sei.[3] Baiern: bleibt man beim Buchstaben des mainzer und münchner Abschieds, so werden die Bundesstände erschöpft; nur bei wirklichem Angriff greife man zu den Waffen; den Bundesobersten soll man ermächtigen, bei drohender Gefahr mit Zuziehung der Adjunkten zu handeln. Das Fundament des Bundes ist nicht die ausländische Hilfe; darum darf man, wenn sie ausbleibt, den Bund nicht vernachlässigen; zur gegenseitigen Hilfeleistung braucht man nicht 20 000 Mann. — Ein Teil der oberdeutschen Stände stimmt Baiern zu, der andere will sich morgen erklären.

April 23.

Nachmittagssitzung.[4] Baiern proponiert die Rechnungssache und schlägt vor, zuerst die Rechnungen zur rheinischen, dann zur ober-

[1] Vgl. oben no. 4, S. 6, Anm. 1.
[2] Vgl. Anm. 1 auf S. 377.
[3] Vgl. oben no. 138, S. 338.
[4] Neben den allgemeinen Sitzungen fand im mainzischen Quartier noch eine besondere „Kommunikation" der rheinischen Bundesstände statt, deren Protokoll von Fabers Hand in Wmz., Religionsakten, Bd. 12, no. 122 erliegt (zitiert als Nebenprotokoll). Am 23. April nahm man die Rechnungen vor und hob die Mängel heraus.

Digitized by Google

ländischen Kasse vorzunehmen, da diese jener zu Hilfe kam. Nach Triers Vorschlag bleibt man beim vorigen Beschluss, die Rechnungen nach den vier Kreisen vorzunehmen; zunächst kommt wieder die trierische an die Reihe. Nach verschiedenen Bemängelungen, wobei die wichtigste ist, dass Trier seine Quote nicht der Reichsmatrikel gemäss berechne, wird beschlossen, dass Trier seine 42 Monate gemäss der Matrikel in Ansatz bringen müsse und die 15 Monate, die es für das jülicher Unternehmen zuschoss,[1] ebenso wenig wie die Oberländer von der Unionsquote in Abzug bringen dürfe; auch was Trier für geworbenes Volk vor dem 14. September und nach dem 15. November ausgelegt, solle es selber tragen. Trier wendet ein, dass die Ritterschaft des Erzstifts sich von allen Steuern eximiert habe, weshalb Trier mit Bewilligung des Kaisers seit dreissig Jahren nur zwei Drittel der Reichssteuer zahle; ausserdem seien die Untertanen durch den vierzigjährigen Krieg ganz verarmt; es habe zum Schutz des für die katholische Sache so wichtigen Ehrenbreitsteins 200 Musketiere, wenn auch ohne Bewilligung des Bundes werben, müssen und bitte für alle diese Mehrausgaben sowie für den Abzug der 15 „leopoldischen" Monate um Anerkennung. Mainz tritt für Trier ein, namentlich für den Abzug der 15 Monate, da die geistlichen Kurfürsten dem Kaiser auch noch darüber hinaus mit grossen Summen beigesprungen seien, die man nicht verrechnet habe. Baiern verlangt aber Konformierung an die Matrikel und spricht sich gegen den Abzug aus, auf den auch die Oberländer verzichtet hätten; was ohne Abschied und Bewilligung des Bundesobersten an Volk unterhalten wurde, solle jeder selbst bezahlen; Baiern habe auch auf eigene Kosten ein Regiment unterhalten und behalte sich unter solchen Umständen den Kostenersatz vor. — Da die Stände des fränkischen und schwäbischen Kreises wie Baiern stimmen, wird dessen Antrag zum Beschluss erhoben, wogegen Trier sich verwahrt.

April 21. bis 30.

[1] Man hatte im August 1609, als die drei geistlichen Kurfürsten zu Mainz versammelt waren, auf die im Namen des Kaisers abgelegte Werbung des Grafen Althan dem Erzherzog Leopold zehn Monate bewilligt, da an dem jülicher Wesen der ganzen katholischen Union, vor allem aber den rheinischen Bundesständen viel gelegen sei; diese zehn Monate sollten aber von der Bundesquote abgezogen werden, wogegen sich schon damals Baiern aussprach. Beim würzburger Bundestag im Februar 1610 begehrte Graf Hans Georg von Hohenzollern im Namen des Kaisers und des Erzherzogs Leopold Erhöhung der Hilfe von zehn auf fünfzehn Monate, die dazu von allen Bundesständen übernommen werden sollten. Die geistlichen Kurfürsten waren einverstanden, doch mit dem Vorbehalt, die 15 Monate von der Bundeshilfe abziehen zu dürfen, wenn nicht auch die andern Unierten die Monate ohne Abzug bewilligten. Da die Unionsstände sich auf keine gemeinsame Hilfeleistung einliessen, so wurden die zehn Monate von den zu Prag bewilligten vierzig (vgl. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 124 f.) abgezogen. Den im September 1610 zu München versammelten Bundesständen wurde von den katholischen Mitgliedern des prager Konvents gar zugemutet, jene vierzig Monate nachträglich auch ihrerseits zu bewilligen; das Ansinnen wurde aber abgelehnt (Bericht, wie es mit den zehn monaten, welche zu gulischem wesen dergestalt erlegt worden, dass sie an der unionshilf abgekurzt werden sollen, eigentlich bewandt und geschaffen; Wmz., Religionsakten, Bd. 13, — von Hensels Hand).

Digitized by Google

April 21. bis 30.

April 25.

Baiern schlägt vor:[1] die rheinischen Stände sollen ihre Rechnungen unter sich prüfen und ihre Schulden selber bezahlen;

[1] Ueber den bairischen Vorschlag der Trennung der Kassen berichten die kurmainzischen Gesandten am 24. April eingehend an ihren Herrn und empfehlen die Massregel, da die Schulden der rheinischen Kassa nur etwa 70000 fl., die der oberländischen über 350000 fl. betragen sollen, zu deren Tilgung die Oberländer noch 15 Monate zu erlegen hätten; dabei verbleibe noch ein ungedeckter Rest von 50000 fl. Die Trennung werde also den Rheinischen geringere Opfer auferlegen, doch wäre sie nur mit der Bedingung einzugehen, dass sie keinen Bruch des Unionswesens bedeute. Zugleich klagen die Gesandten über die Baiern und Oberländer überhaupt, die weder die für Erzherzog Leopold bewilligten Monate noch das von Trier unterhaltene Volk passieren lassen wollen; die Oberländer hätten sich offenbar zu Augsburg eines gemeinsamen Votums verglichen, „indeme sie ihres gefallens gegen und wider die rheinische chur- und furstliche in geringer zahl anwesende stende gleichsamb auss einem horn, wiewohl ohne allegirung einiger triftigen motiven sondern vermittelst einziger mitbeistimmung und repetition des bayrischen voti blasen und dardurch per maiora einen schluss erzwingen wöllen". Den rheinischen Kurfürsten und Ständen sei es verkleinerlich, geringern Ständen, die des kurrheinischen Kreises Lage und Not nicht kennen, unterworfen zu sein. Trier, Köln und Speier seien mit den mainzischen Gesandten einig, die Kassen zu trennen. Die Baiern lassen sich übrigens auch verlauten, dass ihr Herr das Bundesoberstenamt aufgeben wolle (Wmz., Religionsakten, Bd. 12, no. 113; Kpt. von Faber). — Am 27. April antwortet der Kurfürst von Mainz, dass er unter den berichteten Umständen in die Trennung der Kassen willigen könne. Der Widerspruch Baierns wegen des Abzugs der leopoldischen Monate und wegen des von Trier geworbenen Volks sei nicht zulässig; er selber wolle weder auf diese Monate noch auf die Auslagen für die Besatzung von Mainz verzichten. In jedem Fall aber sei eine allgemeine Trennung der Union zu vermeiden (Wmz., a. a. O., no. 116; Kpt.) Die Weisung kam erst am 29. April in Würzburg an. — Dem erwähnten Schreiben liegt eine eigenhändige Aufzeichnung zu grunde, in der es u. a. heisst: „Weil die vnion zu keiner perfection vnd vorige requisita [vgl. oben no. 138, S. 339, Anm. 1] nitt in esse, haldt ich nitt daruor, das man astringirtt ad maiora vota. Do sich die vorige stiffter [der Kurfürst hatte zuvor des Eintritts von Lüttich, Münster, Stablo, Hildesheim und Freising gedacht] vnd andere zue jeder quota nitt wilferig erzaigtten, feldt alles vnd werde ich mich können entschuldigen vnd wirdt eim jeden zu wachen angesagt sein. — Bayerns intention ist wol abzunemen; alles vff die contentation der ausslaagen gestellt" (Wmz., a a. O., no. 115). — Nebenprotokoll vom 25. April. Beratung über die Trennung beider Kassen. Mainz möchte den Schein der Separation vermieden sehen und regt sogar an, der oberländischen Kasse zu gutem eine Summe vorzuschiessen. Trier ist der Meinung, man möge in die Trennung willigen, wenn sich ein Vorteil [für die Rheinischen] daraus ergibt. Köln hält auch die Trennung für besser; denn wenn die Rechnungen der Rheinischen in die Hände der Oberländer kämen, würden diese viele Posten disputieren. Dann wird nochmals die trierische Rechnung vorgenommen und festgestellt, dass der Anschlag für Prüm ausgelassen sei. Auch in der kurkölnischen Rechnung wird vieles bemängelt und werden die Gesandten aufgefordert, mit dem Nachlass eines Drittels des Anschlags zufrieden zu sein, da Kölns Einnahmen aus den Lizenten grösser seien als die Rheinzölle mancher Kurfürsten. Köln verantwortet sich wie im Plenum und erhält das Zugeständnis, die 42 und 10 Monate nach dem trierer Anschlag verrechnen zu dürfen, dagegen wird abgelehnt, ihm drei Soldmonate für das vor dem münchner Akkord angenommene

Digitized by Google

dasselbe wollen die Oberländer im Interesse der Rheinischen tun, denen sonst noch grössere Last erwüchsen; der Vorschlag ist nicht zur Trennung sondern zur Beförderung der Union gemeint. Darauf erklärt Mainz im Namen der Rheinischen: die Oberländer sind trotz ihrer grossen Schulden im Vorteil, weil ihrer viele sind, die wenigen Rheinischen aber eine unerschwingliche Last tragen und immer noch Volk erhalten müssen; die Oberländer haben ihre Schäden in Rechnung gesetzt, die Rheinischen können nicht verrechnen, was durch die täglichen Plünderungen und Räubereien verderbt wird; man möge darum zur rheinischen etwas aus der oberländischen Kasse oder aus der spanischen und päpstlichen Hilfe „aus gutem Willen" beisteuern, dann wollen die Rheinischen sich erklären. Baiern führt dagegen aus, dass die Oberländer 65 [gegen 52] Monate zu erlegen hätten, die oberländische Kasse mehr belastet sei, dass man habe Schulden machen müssen und die Anlage bei manchen schwer einzubringen sei; es empfiehlt nochmals seinen Vorschlag, der aber von der Mehrheit abgelehnt wird. — Darauf wird die kurkölnische Rechnung[1] vorgenommen. Köln will nur ein Drittel des Anschlags zahlen und macht ähnliche Gründe wie Trier, besonders die vielen Kriege geltend. — In der Erörterung werden einige Rechnungsmängel hervorgehoben. — Ebenso werden die Rechnungen von Mainz,[2] Speier,[3] April 21. bis 30.

Kriegsvolk passieren zu lassen, womit die Kölner aber nicht zufrieden sind. In der speierischen Rechnung werden die Ansätze für die erlittenen Schäden und für das ausgehobene Landvolk bemängelt.

[1] Köln stellt in Empfang seine Quote von 37 Monaten (15 Monate wurden an Erzherzog Leopold bezahlt) nach dem für Trier giltigen Anschlag (ein Monat = 810 2/3 fl.) mit 29 994 fl. 40 krz.; an Baargeld lieferten ihm Augsburg 20 000 fl., Kurmainz 8000 fl., Kurtrier 7000 fl. und Speier 4000 fl., zusammen 68 994 fl. 40 krz. Seine Ausgaben berechnet Köln mit 80 178 fl. 6 alb. 3 heller (für die Besatzung von Kaiserswerth vom 1. September 1610 bis 16. März 1611 33 260 fl. 48 alb. 2 h., für Bonn 7885 fl. 66 alb. 4 h., für die übrigen Schlösser 7178 fl. 18 alb. 3 h., für Reiterei vom 4. April 1609 bis 28. März 1611 21 724 fl. 51 alb. 9 h., für Zehrungen, Frachten, Gesandtschaften 5726 fl. 45 alb. 6 h., für Wechselgeld 4401 fl. 16 alb. 3 h.), so dass dem Erzstift noch 11 183 fl. 26 alb. 3 h. zu vergüten waren (Wmz., Religionsakten, Bd. 13; — Kopie).

[2] Die mainzische Rechnung stellt in Ausgabe: 96 569 fl. 30 1/2 krz. (die bedeutendsten Posten sind: zehn leopoldische Monate 19 520 fl., dem Koadjutor von Köln im November 1610 bezahlt 8000 fl., für die Bezahlung des rietbergschen Regiments 40 000 fl., Kosten für ein Fähnlein Knechte zur Verwahrung von Mainz vom 4. September 1610 bis 13. April 1611 19 117 fl. 30 kr., dem Obersten Reiffenberg zu Laufgeld für ein Regiment Knechte 4080 fl, zur Schickung nach Italien 3344 fl. 30 kr., für Legationskosten an Soetern 2174 fl. 30 kr., der Rest für Botenlohn etc.). Da die zu Würzburg bewilligten 42 [!] Monate 81 984 fl. ausmachen, so hat Kurmainz 14 585 fl. 30 1/2 kr. von dem Bund zu fordern (Mc., Entstehung, Fasz. I., no. 10, f. 254; Kopie).

[3] Speier hatte 52 Monate mit 29 952 fl. zu erlegen, stellte dagegen 14 130 fl. an Ausgaben (4000 fl. für Erzherzog Leopold, 4000 fl. für den Koadjutor von Köln, 6000 fl. zur Besetzung der Grenzhäuser) und 30 000 fl. an Schäden durch Einlagerung in Rechnung (Wmz., a. a. O.).

Digitized by Google

April 21. bis 30. Augsburg[1] und die der Grafen und Herrn behandelt.[2]

April 26.

Bairische Rechnung.[3] Bei der Umfrage werden der zu niedrige Anschlag, die zu hoch angesetzten Kosten für Proviant und für die hohen Aemter, für Kuriere und Schickungen, die Anrechnung erlittener Schäden bemängelt. Ebenso werden die fränkischen[4] und die konstanzer Rechnung [fehlt] vorgenommen und schliesslich wird von Baiern erinnert, dass jeder Kreis nun zur Zahlung seiner Rechnungen zu schreiten habe. — Dem Grafen von Rietberg wird eine Stimme für sich in der Union zuerkannt, so lange nicht andere rheinische Stände in den Bund treten.

Nachmittagssitzung. Baiern proponiert wegen Vermehrung des Vorrats. Trier will das Unionswesen befördern; man soll sich dazu einer erklecklichen Defension vergleichen, bei der jeder tut, was er kann; friedfertige Stände im Reich und ausserhalb suche man zu gewinnen; vielleicht könnte bei einigen Katholischen der Papst durch Ermahnungen helfen, unkatholische Stände soll man wenigstens zur Neutralität bewegen. Zur Verbesserung der Mängel wäre dienlich, die Adjunkten zeitlich zu berufen und nicht jedesmal Unionstage auszuschreiben. Köln schlägt die Erhandlung der Stadt Köln und der Bistümer Lüttich, Hildesheim und Münster vor, fügt aber bei, dass mit Münster allein zu handeln, hm wegen der Generalstaaten bisher bedenklich war, dass Hildesheim wegen seiner Lage nicht viel Beisprung hoffen kann, in Lüttich bisher geringe Neigung war und die Stadt Köln ihre grossen Ausgaben vorschützt. — Mainz: man muss wissen, ob sich jeder Stand nach der Reichsmatrikel anschlagen lassen und wie hoch er sich angreifen will; darnach ist der Anschlag für den Bund zu machen und auf einen neuen Vorrat zu denken; Mainz könnte auch für sich auf Moderation dringen, lässt es aber bei der Matrikel. — Aehnlich Baiern. — Demnach wird umgefragt, ob jeder Stand sich der Matrikel bequemen will: Trier und Köln, ebenso Strassburg und Passau begehren Moderation und klagen über die Beschwerung ihrer Stifter, während die andern es bei der Matrikel belassen wollen. Konstanz beschwert sich

---

[1] Augsburg stellt an Ausgaben 61396 fl. 15 krz. 5 h. in Rechnung, darunter 52000 fl als Darlehen zur Abdankung des Ligavolks; seine Quote betrug 33252 fl. (Wmz., a. a. O.).

[2] Die Grafen und Herrn legten eine Rechnung mit 26329 fl. 46 krz. für erlittene Schäden und gelieferten Proviant vor; von der Quote hatte nur Frobenius Graf von Helfenstein 2604 fl. erlegt (Mc., Entstehung, Fasz. I, no. 9; Or.).

[3] Die Detailrechnung fehlt; Baierns Quote wurde mit 95056 fl. berechnet, der vom Herzog geleistete Vorschuss (ohne die Ausgaben) betrug 129053 fl. (Wmz., a. a. O.).

[4] Bamberg und Würzburg verrechnen an Ausgaben für Werbung eines Regiments Knechte und dreier Kornete Reiter 162860 fl. 8 krz, wovon auf Bamberg 69650 fl. 51 krz., auf Würzburg 93209 fl. 17 krz. treffen; an der Quote hatte Bamberg 9600 fl., Würzburg 30500 fl. bezahlt (Wmz., a. a. O.).

Digitized by Google

dabei über sein Kapitel, das nicht in der Union bleiben wolle.[1] — In Abwesenheit jener vier Stände wird über eine Moderation ihrer Anlage umgefragt, wobei Mainz und Baiern für eine Ermässigung zu gunsten Triers und Kölns und für Berücksichtigung Passaus und Strassburgs eintreten. Die Mehrheit entscheidet aber, dass Trier den ganzen Anschlag zahlen soll, Köln die Hälfte; Strassburg und Passau sollen gleichfalls das ganze zahlen, weil ihre Beschwerung nur vorübergehend ist. Wegen der von Passau begehrten Hilfe mit Kriegsvolk gegen den König ist niemand instruiert.[2] April 21. bis 30.

April 27.

Baiern teilt die gestrigen Beschlüsse wegen der Moderation mit. Trier: wenn es dabei bleibt, kann es den Verhandlungen nicht weiter beiwohnen. Köln bittet, es wenigstens für einige Jahre bei einem Drittel des Anschlags zu lassen. — In Abwesenheit beider wird nochmals umgefragt und beschlossen, es bei gestrigem Beschluss zu lassen; um aber die Sache nicht zu schädigen, soll Trier und Köln anheimgestellt werden, die Entscheidung des nächsten Bundestages anzurufen; bis dahin soll Trier zwei, Köln ein Drittel zahlen. Das wird beiden angezeigt, die sich endlich zufrieden geben.

Baiern proponiert wegen einer neuen Bewilligung zur Ergänzung des Vorrats gemäss dem 4. Punkt des augsburger Abschieds. Trier darf auf 14—15 Monate gehen, Köln unter Voraussetzung der Moderation bis auf 20; es darf auch von einer Dezimation der Geistlichen reden. Mainz will sich vor jeder Bewilligung erst überzeugen, ob man so viel zusammenbringen kann als zu einer genügenden Defension nötig ist; sonst erschöpft man nur vergeblich die Untertanen. Baiern: man bedarf vorerst zur Schuldentilgung 15 Monate, dann zum Vorrat 60—70; mit 20 Monaten ist nichts zu machen. Da man von den Untertanen und aus den Kammergefällen das nicht erheben kann, so ist die Dezimation das beste Mittel; die Union ist ja hauptsächlich zur Erhaltung der Geistlichen bestimmt. Dies Opfer ist immer noch geringer als alles zu verlieren. Bamberg stimmt zu und hat mit der

[1] Der Bischof von Konstanz liess am 22. April den mainzischen Räten durch seinen Kanzler Deschler vortragen: das Domkapitel wolle auf Anreizung einiger Uebelwollender und des Unionswesens Unkundiger seine Gebühr zur Union nicht beitragen. Der Erzbischof von Mainz als Metropolit möge einwirken und das Kapitel zur Einhaltung seines Versprechens ermahnen, auch den Papst um ein Breve an das Kapitel ersuchen; er, der Bischof, habe für den Bund schon viele tausend Gulden, das Kapitel nicht 500 erlegt (Wmz., Religionsakten, Bd. 12, no. 92). — Am 5. Mai ergieng ein scharfes Mahnschreiben des Kurfürsten an das Kapitel (Wmz., a. a. O., no. 129; Kpt.).

[2] Nebenprotokoll vom 26. April: Köln will nochmals die drei Soldmonate retten und bescheinigen, dass es das Volk mit Baierns Vorwissen angenommen habe, wird aber wieder abgewiesen. Auch an der mainzischen Rechnung wird verschiedenes bemängelt, besonders das Laufgeld für Reiffenbergs Regiment, da das Volk gar nicht auf die Beine kam. Die Mainzer machen geltend, dass ihnen diese Werbung aufgetragen worden sei.

Digitized by Google

April 21. bis 30. Dezimation bei seinem Domkapitel schon den Anfang gemacht. Speier will zunächst hören, welche Hilfe es vom Bund zu erwarten hat und wird dann das äusserste tun. Konstanz beklagt sich nochmals über sein Domkapitel; der Bund möge an das Kapitel schreiben, ebenso an den Papst, damit dieser die widrigen Mitglieder des Kapitels zurechtweise. Augsburg: da die Gegner die Geistlichen und das Patrimonium Petri ausrotten wollen, so muss man sich angreifen; die Dezimation ist dazu der beste Weg, der Ordinarius soll den Anschlag machen und die Gebühr einbringen. Man möge in den vier ersten Jahren je 20 Monate und in den übrigen Jahren bis zum Ablauf des Bundes je 10 Monate erheben. Ellwangen möchte statt des Geldes eingeübtes Landvolk stellen. Die Grafen klagen über die Last der Anlage.

Nachmittagssitzung. Baiern: da die Voten zu einem bestimmten Schluss nicht genügen, muss die Umfrage wiederholt werden. Trier will Fortsetzung der Union, wozu ein Vorrat nötig ist, aber auf so viele Schulden war es nicht gefasst; zur Schaffung eines Vorrats muss die Erweiterung der Union bedacht werden; es weist auf Lothringen und Erzherzog Albrecht hin. Eine Dezimation kann Trier schwerlich erheben, weil der Klerus als Landstand steuert. Ebenso Köln, das noch an die spanische und päpstliche Hilfe erinnert. Mainz hofft nicht viel auf Lothringen und den Erzherzog; die Mitglieder werden sich selbst angreifen müssen; es schlägt für das erste Jahr 15 Monate zur Kasse und 5 zum Vorrat vor und will auch noch mehr tun; die Dezimation scheint auch ihm untunlich. Baiern ist mit der Erweiterung der Union einverstanden und benennt noch den Herzog von Mantua. Zum Vorrat möge man durch vier Jahre je 20 Monate erlegen. Die Dezimation möge geschehen, doch mit der Klausel, dass nach Ablauf des Bundes das in der Kasse vorhandene Geld den Geistlichen wieder zukommen solle, so dass es sich nur um eine Hinterlegung handeln würde. Schliesslich empfiehlt es Partikularvereinigungen der Stände. Dasselbe tut Bamberg, das noch rät, dass jeder Stand sich mit einer gewissen Barsumme gefasst halten solle. Würzburg ist zur Zahlung willig, mahnt aber von der Dezimation ab. Speier erinnert, dass die geistlichen Güter meist unter unkatholischen Herrn liegen. Die andern votieren wie zuvor. Baiern schliesst, dass die Union fortzusetzen ist, dass durch vier Jahre je 20 Monate erlegt werden sollen, wovon im ersten Jahr 15 zur Schuldentilgung zu verwenden sind. Ziele sind im ersten Jahr Michaelis und Nativitas, später Johannis und Nativitas. Partikularvereinigungen unter den Nachbarn sind zu empfehlen. Zur Dezimation haben sich nur Bamberg, Baiern und Augsburg verstanden. Der Papst und Spanien sollen gebeten werden, für dies Jahr drei Monate zum Vorrat zu erlegen.

Baiern stellt die Verbesserung der Defensionsmittel zur Umfrage, lässt den betreffenden Punkt des augsburger Abschieds verlesen

Digitized by Google

und schlägt vor: 1. der Angreifer ist nicht nur abzuweisen sondern auch noch zu verfolgen, bis er Schadenersatz und Bürgschaft für die Zukunft leistet; die Musterplätze soll man auch in das Gebiet der Protestanten verlegen; 2. der Bundesoberst darf, wenn das Heer im Feld ist, bei Gefahr auch ohne Zuziehung der Adjunkten handeln; 3. was der Oberst zu gunsten des Bundes tut, ist genehm zu halten und ihm der daraus entstehende Schaden zu vergüten. — Dazu kommen Augsburgs Vorschläge: 1. die Untertanen der Bundesstände dürfen sich nicht in fremde Bestallung einlassen; 2. die Musterplätze der Gegner soll man nach Möglichkeit „aufschlagen"; 3. jeder Stand soll seine Untertanen mustern und abrichten lassen; 4. die Kreise sollen Oberstleutnante und Knechte ins Wartegeld nehmen; 5. jeder einzelne Unionsstand soll erfahrene Soldaten unterhalten, die unter das Landvolk zu verteilen sind; 6. die daraus erwachsenden Kosten soll jeder Stand, doch ohne Abzug von der Quote bestreiten, damit der Vorrat nicht verringert wird. — Trier gibt zu, dass man den Gegnern zu viel Luft gelassen hat; bevor man aber die Waffen zur Hand nimmt, möge man noch die Adjunkten zu Rat ziehen, dann aber die Waffen in der Hand behalten. Man möge auch bedenken, wie man den Rheinischen beispringen will, da Baiern weit entsessen ist? Köln warnt, die gehörten Vorschläge in den Abschied zu bringen, da der Papst und Spanien erklärt haben, nichts für den Bund zu tun, wenn man zum Angriff schritte; dagegen ist billig, dem Bundesobersten mehr Gewalt zu geben und seine Anordnungen zu ratifizieren. Mainz zweifelt auch an der Ausführbarkeit der augsburgischen Vorschläge und warnt wie Köln, die Beschlüsse in den Abschied zu bringen. Baiern empfiehlt die Partikularverfassung der Stände. Die andern bringen nichts von Belang vor. Schliesslich einigt man sich dahin, es wegen des Direktoriums bei vorigen Abschieden zu lassen, die Defensionsmängel im neuen Abschied anzuführen, nicht aber die obigen Vorschläge. April 21. bis 30.

April 28.

Baiern proponiert wegen der Hilfe für das Erzstift Köln und die andern rheinischen Stifter. Köln dankt für die bisher geleistete Hilfe, die die Gegner zum Akkord veranlasst hat; seitdem konnte man einige Truppen abdanken; da aber die Possidierenden noch viel Volk unterhalten und das Erzstift bedrohen, kann Köln nicht alles Volk entlassen; man möge auch ferner für das Erzstift zwei Fähnlein Knechte und 80 Reiter auf Bundeskosten unterhalten; bei völliger Abdankung könnte man das wichtige Kaiserswerth verlieren, um das sich die Staaten alsbald bemühen würden; ohne diesen Schlüssel kommen sie aber am Rhein nicht fort. Man lasse durch Mainz als Kommissar den Augenschein einnehmen und verfahre nach dessen Gutachten. Speier bittet gleichfalls um Unterstützung. Rietberg verweist auf seine schriftlich eingebrachten Praetensionen.[1] Baiern

[1] Der Graf bittet, dass von den noch übrigen zwei Fähnlein eines auf Bundeskosten zum Schutz des wichtigen Rietbergs unterhalten werde. Für

Digitized by Google

April 21. bis 30. fragt um, ob man nach Kölns Begehren die zwei Fähnlein auf Bundeskosten in Garnison erhalten soll. Trier verlangt, dass auch die Besatzung des wichtigen Ehrenbreitstein vom Bund erhalten werde und ausserdem 100—200 Mann zur Verwahrung der Pässe; auch Speier möge man wegen der gefährlichen Nachbarschaft etwas gönnen; doch achte man, dass damit bei den Protestanten nicht Mistrauen erweckt werde. Mainz hält die Gefahr nicht mehr für so gross, dass man für Köln Kriegsvolk unterhalten sollte, zumal das Kriegsvolk im Jülichschen abgedankt werden soll. Die Kosten der Besatzung von Kaiserswerth kann man dem Bund ebenso wenig aufnötigen wie die der Stadt Mainz; man hat Köln Lizenten nachgesehen, die jährlich 60 000 Taler ertragen. Wegen Speier gibt die Bundesnotel Mass. Es möge übrigens auch von einer Hilfeleistung für das Erzstift Mainz geredet werden, das von Trier, Köln und Speier nichts zu erwarten hat und sich deshalb an die Oberländer halten muss; Mainz wird sich daher auch der partikularen „Zusammenhaltung" bedienen, was man dem Abschied einverleiben möge. Die Heranziehung der andern Stifter Kurkölns ist zu erwägen; das rietbergsche Volk kommt nur Stiftern zu gute, die gar nicht in der Union sind, z. B. Paderborn. Baiern spricht sich ebenso aus: man möge gleichfalls abdanken; soll der Bund jedem Stand seine Festungen erhalten, so bleibt nichts im Vorrat; Trier und Köln sind abzuweisen und das rietbergsche Volk abzudanken. — Da die Nachstimmenden derselben Meinung sind, zeigt Baiern den hereingerufenen Trierern, Kölnern und Speirern als Beschluss an: wegen des kölnischen Begehrens, 500 Mann zu Fuss und 80 zu Pferd auf Bundeskosten zu unterhalten, wird auf die Bestimmungen der Bundesnotel wegen der Hilfeleistung verwiesen; Köln kann jetzt abdanken; jeder hat seine Festungen selbst zu verwahren; Köln ist zudem gering veranschlagt, hat die Lizenten und hat Stifter, die nicht im Bund sind; wenn diese eintreten, wird man sich weiter erklären. Trier zahlt auch nur geringe Anlage. Wegen Speier wird auf die Unionsnotel verwiesen. Das rietbergsche Volk ist abzudanken, da es nur Dritten zu gute kommt. Partikularvereinigungen der Nachbarn werden empfohlen; dann wird es auch Speier nicht an Hilfe mangeln. Köln wendet ein, dass das Erzstift die kaiserswerther Besatzung nicht erhalten könne; die Lizenten dienten zum Unterhalt des Kurfürsten. Man möge zum Schutz gegen Streifen wenigstens 60 Reiter bewilligen. — Bei neuer Umfrage werden die 60 Reiter auf zwei Monate genehmigt.

Baiern proponiert den 7. Punkt des augsburger Abschiedes wegen der Mitteilung des münchner Akkords an den Papst und an Spanien. Das Konzept wird genehmigt. —

Sodann wird der 8. Punkt des Abschiedes wegen der Schickung nach Frankreich u. s. w. vorgenommen. Man beschliesst, allein

---

sich begehrt er Auszahlung der ihm als Artillerie-General des Bundes zu Anfang der Bestallung zugesicherten 3000 fl. und um eine Besoldung (Mc., Entstehung, Fasz. VI., no. 44, f. 93; Kop.).

Digitized by Google

Helfenstein zu schicken. Dabei wird angeregt, Oesterreich, besonders aber Erzherzog Maximilian für den Bund zu gewinnen. April 21. bis 30.

Nachmittagssitzung. Verschiedene Partikularpunkte: 1. Udenheimscher Streit. 2. Aufnahme der antoninischen Linie der Fugger, doch ohne besonderes Votum. 3. Die rietbergschen Ansprüche sind vorerst zu liquidieren. 4. Dem Christoph Erbtruchsess wird eine Interzession an Erzherzog Maximilian bewilligt. 5. Eine „Verehrung" für Tilly wird Baiern anheimgegeben. 6. Mainz lässt sich auf Anhalten aller Stände bestimmen, das Bundesoberstenamt weiter beizubehalten. 7. Kurköln wird ein Gesamtschreiben des Bundes an Fürst Christian von Anhalt wegen der erlachschen Schuld erteilt. 8. Wegen der hartheimschen Händel zwischen Mainz und Würzburg sollen gütliche Verhandlungen versucht werden.[1]

April 30.

Verlesung des Abschieds. Würzburg verlangt ein Schreiben an Brandenburg-Ansbach wegen der im Jahr 1610 durch die Einlagerung erlittenen Schäden, Mainz ein gleiches, weil davon auch sieben seiner Aemter berührt wurden. Man beschliesst ein solches und dass im erstern Fall beide Bundesobersten, im zweiten Baiern und alle Adjunkten ausser Würzburg unterschreiben sollen. — Verhandlung wegen der hartheimschen Händel.

Wmz., Religionsakten, zum 12. Band; Protokoll von Fabers Hand.

155. Brömser an den Kurfürsten von Mainz. April 22.

Der Kurfürst von Sachsen hält angesichts der stündlich einlangenden Nachrichten von dem Uebermut der Böhmen dafür, dass der Kurfürstentag möglichst beschleunigt werde; doch wird es bei den zwei Monaten als Termin bleiben müssen. Er begehrt auch Berücksichtigung, dass er der Gefahr am nächsten sei, weshalb es bei Mühlhausen gelassen werden möge. Gestern hat der Kurfürst mir ein Handschreiben des Herzogs von Braunschweig samt Beilagen mitteilen lassen, deren Abschriften[2] ich überschicke. Es ist daraus zu sehen, bis zu welcher Vermessenheit die Böhmen geraten sind und wie sich der König deren teilhaftig macht. Der Herzog, der sich um den Kaiser besonders verdient macht, hat ihnen aber gebührend geantwortet.

[1] Nebenprotokoll vom 29. April. Beratung über die Trennung der Kassen, Tilgung der Schulden, die nach Einbringung aller Ausstände noch 49 000 fl. betragen u. s. w. Mainz fragt an, ob man, wenn evangelische Stände in den Bund eintreten wollten, in der Bundesnotel die Worte „unsere allein selig machende Religion" abändern und andere wie „Religions- und Profanfrieden", „Erhaltung kaiserlicher Hoheit" besser ausführen solle; was solle ferner geschehen, wenn der geistliche Vorbehalt disputiert würde? — Man beschliesst, in „terminis generalibus" zu bleiben und nicht Bedingungen anzuknüpfen; bestreiten die evangelischen Stände den Vorbehalt, so ist es ihnen mit der Aufnahme ohnehin nicht Ernst. Verlesung des Entwurfs des Abschieds.

[2] Oben no. 147.

Digitized by Google

April 22. Morgen ziehe ich zu meiner grossen Ungelegenheit mit den Sachsen nach Prag und hoffe am Montag dort einzutreffen; der Kaiser ist bereits davon benachrichtigt. Vor einigen Tagen ist hier ein Gesandter des Königs Matthias, ein Herr von Polheim, angekommen dessen Werbung besonders des Königs Einzug in Prag entschuldigen soll.[1], Der Kurfürst hat ihm in meiner Gegenwart gar hart zugesprochen und bemerkt, dass die dem Kaiser von den böhmischen Ständen zugefügte Schmach von den Ständen des Reichs höchlich empfunden werde und sie dies niemals gut heissen würden. Von Polheim habe ich im Privatgespräch vernommen, „dass er die vermählung zwischen dem könig und dem bairischen freulein vor gewiss und beschlossen hält".[2] Das macht mir seltsame Gedanken und wird das Mistrauen zwischen dem Kaiser und Baiern sehr vermehren, „inmassen dan I. M.[t] solches und dass sie dieses unwesens halben Beiern und Spanien in verdacht haben,[3] den churfursten zu Sachsen albereit avisiren lassen, darbei Cöllens chfl. gn. auch etwas verdechtig mit angezogen worden"; doch habe ich noch nichts näheres vernehmen können. Man wird aber mit Baiern vorsichtig sein müssen; „dan also mich jederzeit bedunket hat und noch, so sticht man jeweilens an dem ort durch den zaun und lässet sich ein schädliche emulation zwischen beeden heusern merken." — Ich habe empfangenem Befehl nach nicht unterlassen, das anzügliche Schreiben Kurbrandenburgs an Kursachsen[4] wegen der katholischen Stände von den geheimen Räten zu erbitten; aber sie erklären, dass es nicht mehr gut sei, die Sache nach getroffener Vereinbarung auf die Bahn zu bringen; namentlich hat Gerstenberg mir davon abgeraten, zumal er ohnehin neulich eine ausführliche Inhaltsangabe an Dr. Faust geschickt habe. Besonders befremdet die Räte, dass Kurköln davon Abschrift haben will. Ich glaube auch, dass man in dieser Sache nichts weiteres anregen solle. Es heisst, dass Tengnagel nun gefoltert werden soll. Datum Dressden den 12./22. aprilis a. 1611. — Praes. Aschaffenburg 30. aprilis 1611

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 60; Or.

April 24. **156.** Der Kurfürst von Mainz an Herzog Maximilian von Baiern.

Die Erklärung des Hauses Sachsen[5] kommt uns in Anbetracht der vorigen Erklärungen unerwartet. Wir haben aber immer die Sorge gehabt, dass bei dem langen Zaudern wegen Einnahme und Beschreibung der Sachsen „andere operationes einfallen" möchten, um diese von ihrer Absicht abwendig zu machen; aus den einlaufenden Nachrichten ergibt

[1] Vgl. oben no. 151, S. 372, Anm. 1.
[2] Vgl. über dies Gerücht oben no. 61, S. 133 und no. 116, S. 287, Anm. 2.
[3] Vgl. Pflugs Werbung oben no. 148.
[4] Vgl. oben no. 74.
[5] Vgl. oben no. 124 und no. 134 mit Anm. 1 auf S. 323.

Digitized by Google

sich auch wirklich, dass einige Stände sich dieser Sache sehr annehmen. April 24.
Vorläufig muss man es bei der obigen Erklärung bewenden lassen. Wir glauben aber, da die Sachsen ihr vorige Einwilligung nicht widerrufen wollen sondern nur ratsam befinden, mit der Einnahme nicht zu eilen, dass man beim Unionstag die Beratung wegen Einnahme dieser Stände nicht ganz zurücksetzen sondern, wenn man von Stabilierung der Union reden wird, auch wegen Einnahme dieser und anderer friedfertiger evangelischer Stände sich vergleichen solle, damit man später nicht zu zögern braucht. Da in der sächsischen Erklärung auf eine Gesandtschaft an E. L. und uns Bezug genommen wird, die die Gründe dieser Erklärung eröffnen soll, so teilen wir E. L. mit, dass, bevor wir noch eine Abschrift des sächsischen Schreibens aus Würzburg erlangt hatten, der Landgraf Ludwig von Hessen am 22. zu Höchst zu uns kam, ein Kreditive vom Hause Sachsen überreichte und uns die Gründe der Resolution mündlich und schriftlich eröffnete, wie die Beilagen ergeben. Dem ausgesprochenen Begehren gemäss, diese Schreiben E. L. mitzuteilen, tun wir dies hiemit und ersuchen um Dero Gutachten, was zu antworten ist, damit des Hauses Sachsen gute Intention gegen die katholischen Stände und die katholische Union erhalten wird. Wir erwarten von E. L. den Entwurf eines solchen Antwortschreibens, das wir gern fertigen wollen. Datum Aschaffenburg den 24. aprilis a. 1611.

Wmz., Religionsakten, 12. Bd., no. 97; Kpt. von Faust. — Drs., l. 7272, I. Buch Unionsakten, f. 412; Kopie.[1]

157. Khlesl an Erzherzog Maximilian. April 25.

Auf das Schreiben vom 18. April[2] Ich erhielt es, als ich bei Abfassung der Artikel war, will auch den Sachen recht tun, damit das Glück, das Gott uns in die Hand gab, nicht versäumt werde. Ich überschicke E. D.[t] die letzte Aussage Tengnagels. Die Böhmen sind der Sache etwas müde; denn die „Stellung“ der Artikel fordert grosse Arbeit und Erfahrung, „desswegen ich das passauerisch officialatambt, welches ich 22 jahr auf mier getragen, hiezunt in dieser sachen genüesse, dann daselb täglich articl zu stellen gewesen.“ Die Schlesier und Lausitzer haben heute beim König Audienz gehabt, gestern beim Kaiser; ich höre, dass sie vom alten Regiment sehr „dependieren“. Der Aufzug der Krönung, der durch die Haupttraktation wegen des Unterhalts des Kaisers verursacht

[1] Der Herzog erwiderte am 14. Mai: die Meinung des Kurfürsten, dass das lange Zaudern jene Resolution Sachsens verursacht habe, könne er nicht teilen; denn in der Resolution heisse es, man müsse in der Sache gewahrsam gehen, sich nicht übereilen und alles bedenken; es könne daher der Verzug nicht Ursache sein, da alles noch zu weiterer Deliberation gestellt werde; die Antwort an Sachsen möge der Kurfürst abfassen (Wmz., a. a. O., no. 139 [2]; Or.).

[2] Vgl. oben no. 145, S. 353, Anm. 1.

Digitized by Google

April 25. wird, hindert uns sehr, trotzdem der König und wir Tag und Nacht treiben. Wegen des budweiser Volks stehen wir in guter Hoffnung des Akkords, obwol Erzherzog Leopold neuerdings 500 Mann geworben haben soll. Die Gesandten des Kurfürsten von Sachsen erwartet man täglich; dieser Herr ist nicht gut königlich, seine vornehmsten Räte sollen vom Kaiser Pensionen haben; man muss aber auch hier „durchbrechen". Gestern hatten die wallachischen und moldauischen Gesandten beim König Audienz, sie haben sich dessen Schutz untergeben; ich hoffe, dass des jungen Bathory Insolenz noch diesen Sommer unterdrückt werden wird. Auf den türkischen und ungarischen Frieden zu bauen wird mich kein Verständiger überreden; doch können wir unter diesem Schein unsere Kräfte ausdehnen und uns auf alle Fälle gefasst machen, „welches dann vielleicht uns im heil. röm. reich mehrer authoritet, credit und kunftige befürderung machen möchte." Bei Gottes Segen ist kein besseres Mittel als dem Glück eifrig nachzusetzen und in allen wichtigen Sachen, nachdem sie wol beratschlagt, Resolution, Herz und Exekution zu haben. Prag den 25. april a. 1611. — Praes 1. maii 1611.

Ib., Ambraser Akten, Missiven vom Mai 1611, no. 4; Or.

April 25. **158.** Zuñiga an König Philipp III.

„El rey y los Bohemios han resuelto la respuesta para los puntos que el emp.^{or} pedia como condiçiones, con las quales le resignaria el reyno[1], y todo se reduze a dalle ochenta mil escudos cada año, y estos quieren que no los de el reyno, porque no parezca manera de tributo, sino que de las mayores sumas que el reyno contribuiere al rey, acuda el con esto al emp.^{or}, y aun los lugares y haziendas que S. M.^{d} ces.^{a} avia comprado en este reyno no quieren dejarselas, sino que el rey quede con ellas para pagar las deudas del emp.^{or}, que muchos de los acreedores son Bohemios y les pareçe que se asiguran mas por esta via. Pedia el emp.^{or} que se asentase que pudiese tener su residençia aqui o en otro qualquier lugar del reyno y salir y bolver a el con su corte y recamara y thesoro, quando y como quisiesse. A esto responden señalandole tres o 4 villetas de este reyno, que todas las del fuera desta çiudad son muy pequeñas y Pilzen, que es la que algo vale y adonde inclinan que resida, no tiene palaçio ni avitaçion conviniente y entiendese que a de estar alli sin poder salir a otra parte a lo menos fuera del reyno. Escrivi sobre estas cosas un papel algo aspero al obispo de Viena de que se muestra muy sentido, diziendole que el intento de V. M.^{d} no era de desviar la grandeza del rey y que se asentasen las cosas como mas conviniese, pero que entendiesen que lo que era afrenta y menospreçio del emp.^{or}, le desplazeria a V. M.^{d} muy de veras; he sentido particularmente lo que tocava a la residençia, porque al rey y a los Bohemios y a todos me pareçia que les

[1] Vgl. oben no. 152, S. 374, Anm. 3.

Digitized by Google

convenia que el emp.or se estuviese en su palaçio y aposento ordinario y assi lo havia platicado con el obispo y era cosa mucho mas deçente, quando quisiesen quitalle la livertad quitarsela, diziendo que el rey y los Bohemios recivirian disfavor en que se entendiese que ellos le hechavan de su casa y aposento, donde havia bivido tantos años. Pero el rey y ellos se disculpan con las cosas tan atrozes que dizen han descubierto en materia de hechizos y benenos contra la persona del rey[1], y como en esta misma coiuntura adoleçio de enfermedad de gomitos con calentura que le duro dos o tres dias[2] (de que esta ya bueno), enconaronse mucho mas las cosas, porque el rey y los suios estuvieron con notable miedo de que le avian atosigado. Siempre continuare en hazer todos los buenos offiçios possibles de mi parte, pero las causas de odio de entrambas partes son tan terribles que no ay pensar puedan mitigarse los animos ni reduzirse a sinçera reconçiliaçion. — April 25.

En el llamamiento general de esta dieta de Bohemia que se ha hecho para la coronaçion del rey, fueron llamados los diputados de la provinçia de Silesia que no es de menos consideraçion que la Bohemia y ay entre ellos diferençia antigua sobre si en la coronaçion de los reyes y pretensa election an de seguir a los Bohemios o tener ellos su voz[3], y quando agora tres años se hizo la designaçion y nombramiento de suçession en la persona del rey Mathias, Silesia no concurrio en ella. Ha venido por cabeza de los diputados el duque de Liniz persona de gran calidad y estado en aquella provinçia. Ha tenido audiençia del emp.or y la platica que hizo fue la ordinaria sin tocar en la renunçiaçion de la corona. No se han juntado hasta ora con los Bohemios y es de gran momento su resoluçion en esta coiuntura. El emp.or tiene confiança de que an de querer quedar en su obediençia en todo caso y segun el estado a que han llegado las cosas, tendria esto mucho inconbeniente, pero los del rey esperan ganarlos y reduçirlos a su obediençia como a los demas, pero esta obediençia como e escrito a V. M.d siempre temo que sera tam limitada que el rey no sera señor nunca de veras.[4] Porque ya la tenia muy perdida el

[1] Ueber diese Sache (vgl. no. 131, S. 316, Anm. 2 und no. 145, S. 352) schreibt Zuñiga am 25. April an Herzog Maximilian von Baiern: Täglich mehren sich hier die Schwierigkeiten wegen des wachsenden Mistrauens zwischen den Brüdern, „praesertim propter quaesitiones et examina execrandorum horum astrologorum et nigromanticorum, qui plurimum mihi obfuerunt in tractatione, qua efficere conabar, ut cum caes. M.te procederetur quam mitissime et cum ea qua decet humanitate et respectu“ (Mc., Entstehung, Fasz. III., no. 25, f. 86; Or.).

[2] Vgl. oben no. 142, S 349.

[3] Vgl. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 261 ff.

[4] Dieser Anschauung war auch Graf Friedrich von Fürstenberg, der am 27. April an Erzherzog Maximilian schreibt: man habe wol Ursache, sich vorzusehen; „dann wan der herr vermeint, er habe die länder, so haben die länder ine“. Es sei daher kein beständiges Regiment zu erhoffen und werde die katholische Religion dabei Schaden leiden (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom Mai 1611, no. 11; Or. eigh.).

Digitized by Google

April 25. emp.^{or} y el modo con que le suçede ni el caudal propio de la persona no ayudaran a cobrarla en ninguna manera mas. Si algun remedio tiene es el abrigo y amparo de V. M.^{d}, para lo qual en esta coyuntura asi respeto a las cosas destas provinçias como a las del imperio es sumamente neçessario que V. M.^{d} se sirva de hazer la provision de dinero que tengo pedido, que si de una vez se compusiesen estas cosas, seria de gran descanso para V. M.^{d} y de mucha conviniençia para el bien publico. He savido que oy han corregido los Bohemios en mucha parte la respuesta que tenian ordenada para el emp.^{or} a lo menos en el termino y palabras della que eran muy descompuestas. Pienso que no deve haver hecho daño para esto el offiçio que digo arriva que hize con el obispo de Viena yre continuando el hazer otros tales, porque estoy con mucho rezelo de que se alteren demasiado contra el rey los electores del imperio, respecto del mal tratamiento del emp.^{or}, y de Sajonia me han dicho mucho en lo que toca a esto, pero el poner limitaçion en las benganças es negoçio dificultoso. De Praga 25 de abril 1611."

Sim., Fasz. 2497, f. 226; Or.

April [zu 25.] **159.** Kanzler Faust an den Kurfürsten von Mainz.

Die Nachrichten über des Kaisers Lage habe ich aus dem kursächsischen und aus Brömsers Schreiben [1] mit Schrecken vernommen. Es geht nun fast E. kfl. Gn. Reden nach: „wen die sachen ubersehen und man zuvor keinem wolmeinenden rath volgen wollen, so werde man sich widerumb deren nach dem ersten vertrag zwischen I. M.^{t} und dem könig eingewandten exceptionen gebrauchen." — Vier Dinge sind zu bedenken: was Brömser wegen der prager Reise zu schreiben, was auf das kursächsische Schreiben zu antworten, wie die Zusammenkunft der Kurfürsten auszuschreiben und ob Kurbrandenburg dazu zu laden ist? — Mit den Ausschreiben an Köln und Trier ist nicht länger zu zögern, doch kann, besonders wenn Kurbrandenburg beschrieben werden soll, der Termin zum Kurfürstentag nicht vor August angesetzt werden. Wegen Kurbrandenburgs Beschreibung schlage ich vor, ein Ausschreiben für ihn auszufertigen und an Kursachsen zu schicken, dem anheimgestellt werden möge, das Schreiben an seine Adresse gelangen zu lassen; Trier und Köln sind von diesem Modus zu verständigen. — Wegen Brömsers Instruierung zu raten, halte ich mich für zu schwach; denn wenn ich denke, wie gering E. kfl. Gn. und anderer Herrschaften persönliche Bemühungen angeschlagen wurden, zweifle ich sehr, ob die Abordnung besonders bei dem einen Teile fruchten wird, „der sich zum hochsten zu der newen verfassung genottrengt aussgibt und sich nunmehr bei dem inhabenden vortheil, sich seiner sachen nicht allein vor konftigen contradictionen und revocirung vorgangner handlungen zu versichern sondern auch

[1] Vgl. no. 149 und Anm. 1 auf S. 367.

Digitized by Google

noch die hülf fast gegen I. M.[1] von den gewesenen underhendlern zu extorquiren vornimbt." Doch gebührt es allen Ständen des Reiches und vor allen den Kurfürsten, das Oberhaupt nicht im Stich zu lassen; man kann sich dieser Pflicht nicht entziehen, auch wenn der Kaiser deswegen die Kurfürsten und zunächst E. kfl. Gn. noch nicht ersucht hat. Bei dieser Notlage genügte es, dass der Kaiser durch den Adeligen dem nächsten Kurfürsten seine Lage entdecken liess. Es wäre sehr zu wünschen gewesen, dass der Kaiser beim ersten Handel, bei der Zession der ungarischen Krone, nur halb soviel getan hätte: es hätte dann jeder seine Schuldigkeit getan und wäre gleich anfangs die Sache besser geraten. Da auf die Benachrichtigung durch Kursachsen sich niemand mehr mit Unwissenheit entschuldigen kann, so werden E. kfl. Gn. als vornehmster Kurfürst nicht weniger als die weltlichen Kurfürsten Dero Affektion gegen den Kaiser zeigen und Brömser Kreditive an den Kaiser, den König und die böhmischen Stände neben Instruktion zukommen lassen müssen; dabei wird zu beachten sein, dass man, da die Reichsstände sehr ungleicher Intention in politischen und katholischen Sachen sind, mainzischer seits nicht zu weit gehe. Man möge daher zur Zeit nur Generalbefehle erteilen, bis man genauer weiss, wohin diese sächsische Schickung in specie angesehen ist, und etwa anordnen, dass, — wenn Brömser vernimmt, die Sachsen seien instruiert, den Kaiser zu trösten, sich über den Ursprung der Notlage zu informieren, sich zu treuem Rat zu erbieten, auch den König und die Stände zur Mässigung zu ermahnen, — er sich davon nicht absondere; aber in besondere Verhandlungen ausser einer gütlichen Ersuchung des Königs und der Stände soll er sich ohne ausdrücklichen Befehl nicht verbindlich einlassen sondern alles zu Bericht nehmen, bis E. kfl. Gn. sehen, worauf die ganzen Verhandlungen eigentlich zielen. — Trier und Köln ist die kursächsische Erklärung mitzuteilen und dabei zu bemerken, dass man auf geschehenes Anrufen den Kaiser nicht werde lassen können.[1] O. D. — Praes. Aschaffenburg, 26. aprilis 1611.

April [zu 25.]

Wmz, Reichstagsakten, Bd. 104, no. 9; Or. eigh.

---

[1] Geschieht am 27. April: Kurmainz fordert die beiden Mitkurfürsten auf, an eine eilige Abordnung nach Prag zu denken, damit bei den geistlichen Kurfürsten nicht weniger Eifer erscheine als bei den weltlichen, und auch in der Erwägung, „dass unsers erachtens nicht wenig daran gelegen, wan der weltlichen churfursten abgeordnete allein deren orten begriffen weren und sich vileicht der direction in einem und andern in religion- und prophansachen wurden annemen wollen, damit dennocht der geistlichen churfursten abgeordnete auch mitzusehen und sovil dabei in acht nemen, das in einem und andern gepurende mass gehalten und nicht zu weit gegangen werde" (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 58; Kpt. von Faust). — Kurköln erwidert am 7. Mai, dass es die Abordnung nach Prag vornehmen wolle, Mainz möge aber die Propositionen, was beim Kaiser, König und den Ständen anzubringen sei, verfassen und mitteilen lassen, damit die Kurkölnischen gleichmässig instruiert werden könnten; besonders wäre die feindliche „Anstellung" der böhmischen Stände scharf zu rügen und ihnen anzudeuten, dass die gehorsamen Reichsstände auf Mittel denken müssten, dieser „Gewalt" zu steuern (Wmz., a. a. O., no. 101; Or.). — Kurtrier ordnete am 12. Mai

Digitized by Google

April 26. **160.** Gerstenberg und Lüttichau an den Kurfürsten von Sachsen.

[Beide kamen am 25. April in Prag an und stiegen im Gasthaus „zum Türken" ab, wo auch der Herzog von Braunschweig wohnte.] [1] Heute hatten wir beim Herzog Audienz und teilten ihm den Zweck unserer Schickung mit. Dieser erwiderte, es sei äusserst notwendig, dem Kaiser die Hand zu bieten; er selber wolle stets zum Kaiser halten, verdiene aber damit beim König und den Ständen schlechten Dank, obgleich er es mit beiden Teilen gut meine; er freue sich, dass auch die andern Kurfürsten, besonders Kurbrandenburg, an dem er bisher sehr gezweifelt habe, sich akkomodieren wollen; die böhmischen Stände seien sehr offendiert und verführen schier unverantwortlich; die Krönung des Matthias werde man nicht hindern können, man müsse aber trachten, dass dem Kaiser wenigstens die Regierung bleibe. — Wir eröffneten darauf dem Herzog unsere Gedanken, wie man die Gefahr vom Hause Oesterreich abwenden könnte; der Herzog billigte sie. — Gleich darauf hatten wir mit Brömser Audienz beim Kaiser, der ganz allein war. Erst drückten wir unsern Schmerz über die Drangsale des Kaisers aus; er möge aber den Mut nicht sinken lassen, denn er sei nicht ein Eindringling in seine Würde sondern Gott habe ihn ordentlicher Weise durch die einhellige Wahl der Kurfürsten berufen und werde ihn gegen alle schändlichen

---

den Landhofmeister Johann Zant von Merle nach Prag ab (Beglaubigung an Kurmainz vom 12. Mai; Wmz., a. a. O., no. 143; Or.); derselbe kam aber nur bis Mainz, wo er am 20. Mai beim Kurfürsten Audienz hatte (Wmz., a. a. O., no. 144; eigenhändige Aufzeichnung von Kurmainz), und kehrte, als er daselbst von dem augenblicklichen Stand der Dinge in Prag erfuhr, entgegen dem Wunsch von Kurmainz nach Trier zurück (Rückbeglaubigung vom 21. Mai; ebenda, no. 146; Kpt.). — Der kurkölnische Gesandte, der westphälische Marschall Jobst von Landsberg zu Erwitte, wurde am 16. Mai an Sachsen beglaubigt; am 5. Juni hatte er beim Kurfürsten zu Dresden Audienz, der ihn in der Fortsetzung der Reise nach Prag bestärkte, obgleich die kursächsischen und der mainzische Gesandte von dort schon wieder zurückgekehrt waren (Kursachsen an Kurköln am $\frac{\text{26. Mai}}{\text{5. Juni}}$; Drs., l. 9167, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 750; Kpt.). Jobst von Landsberg traf am 9. Juni in Prag ein (Neuburgische Gesandte an Pfalzgraf Philipp Ludwig aus Prag am 1./11. Juni; Mc., Neuburger Archiv, Jülich-Berg, Fasz. 24, 6m; Kpt.).

[1] Erster Bericht vom 15./25. April: Die beiden melden, dass der Kaiser und der König einander nicht mehr besuchen lassen, dass Tengnagel im weissen Turm liege, wo der Scharfrichter und der Büttel täglich mit ihm essen müssten, damit er kein Gift bekomme, dass Hannewald sich weigere, über Reichssachen auszusagen; nur Barvitius und Stralendorf warten noch täglich dem Kaiser auf; Minckwitz versichere, dass der Kaiser sich über den jüterbogker Vertrag sehr freue und dass, wenn Kurbrandenburg jetzt Gesandte schicke, die Aussöhnung, Bestätigung und Belehnung nicht fehlen werde (Drs., l. 9167, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 213; Or.).

Digitized by Google

Pläne zu erhalten wissen; E. kfl. Gn. bemühten sich seit Wochen bei den andern Kurfürsten, besonders bei Kurmainz wegen einer Hilfeleistung; Brömser sei deshalb zu Torgau erschienen und sei bewogen worden, wenn auch ohne Beglaubigung und Instruktion sich uns anzuschliessen. — Dann sprach Brömser und entschuldigte die Verzögerung einer kurmainzischen Schickung damit, dass man immer auf die vom Kaiser verheissene Information durch einen Gesandten gewartet habe; er erbot sich, bis die Instruktion kommt, als ein reichsunmittelbarer Edelmann dem Kaiser zu Diensten zu sein. — „Hierauf antworten [I. M.t] gar wolbedechtig und ordentlich auf alle puncten ungeverlichen mit diesen worten: Ich bedanke mich gegen den churfursten zu Sachsen seines freundlichen begrüssens und wünsch I. L. hinwieder alle gedeiliche wolfart und sonderlichen, dass mich I. L. in diesem meinem unglücklichem zustande so freundlichen besuchen, trösten und dero hülf und assistenz anerbieten lassen, darneben auch bei Brandenburg und den anderen churfursten so gute officia geleistet, dessen thue ich mich zum allerhöchten und freundlichsten bedanken. Es wird mit mir gar unformblichen wider alle göttliche und weltliche rechte procediret und ich habe keine gelegenheit gehabt, meinen zuestand zu berichten; denn man hat mir meine gemeine diener, wie auch geheime und reichshofräthe eingezogen und abgeschnitten, welches das reich wohl zu consideriren; höre derowegen gerne, das der Pflug die sachen bei I. L. verrichtet, verhoffend die churfursten und das reich, die mich zu dieser hoheit erwehlet, werden mich nicht lassen. Ich höre auch gar gerne, das I. L. Euch anhero geschicket, mir einrathen zu helfen; bedanke mich gegen Euch Euers anerbietens, wils mit gnaden erkennen und durch den von Minkwitz, welchen ich noch als meinen treuen diener erkenne, mit Euch weiter von allen sachen communicieren lassen.“ Darauf wandte sich der Kaiser zu Brömser und sagte: „Ich vernimb auch ganz gerne, dass Meinz mit Sachsen communicieret und einer meinunge seind, mich nicht zu verlassen sondern mir hülf und beistand zu leisten. Das ich aber I. L. meines zustandes nicht ehe berichtet, ist dahero gescheen, dass ich so enge eingethan und in mich deromassen gedrungen, dass ich dazu kein mittel gehabt. Es werden sich aber I. L. erinnern, dass vergangenen herbst, als ich begert, Meinz solt ezliche räthe zu mir abordenen, darauf auch der canzler neben noch einen zu mir kommen, dass ich iziges unwesen damals gleich propheceiet, inmassen ich dann leicht merken können, womit die Boëmen umbgangen und was deroselben intention were. Zweivele demnach nicht, I. L. als ein getreuer churfurst werde von mir nicht absezen, inmassen ich anders nicht gespüret, auch nochmals zu I. L. mein gnediges und freuntliches vertrauen stehet. Wolt derowegen solches I. L. balden berichten, inzwischen wil ich mich Eurs raths gebrauchen und es umb Euch in gnaden erkennen.“ — Heute Nachmittag ist der König Matthias mit grossem Gefolge über den

April 26.

Digitized by Google

April 26. „Stern“ in seine neue Wohnung auf dem Hradschin geritten. Darnach hat der Kaiser dem Herzog von Braunschweig und uns ein Handschreiben geschickt, wie aus beiliegender Abschrift[1] zu sehen ist. Da wir dasselbe in Befehl hatten, was darin gesucht wird, hat sich Braunschweig mit uns gebührlich erboten. — Die Böhmen sind gegen den Kaiser sehr erbittert und ist noch wenig Hoffnung zu hegen. Morgen hoffen wir Audienz beim König zu haben.[2] Datum Prag am 16. aprilis a. 1611.

Drs., I. 9167; II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 218; Or.

---

[1] „Von meinem ietzigen unglücklichem und unverdientem gefehrlichen zustand darf ich nit viel melden, dann E. L. und Ihr sehet den selbst vor augen. Dieweil ich aber uber das zu den chur- und fursten auch noch ein vertrauen zu meinen gehorsamben fürsten und ständen in Schlesien, Ober- und Niederlaussnitz trage, alss welche ich jederzeit treu und gehorsamb erkennt und nicht, wie andere leut gethan, mit practiken wider mich eingelassen, inmassen ich hoff, sie auch noch thun werden, so begehre ich, E. L. und Ihr wollet mit denselben im gehaimb und vertrauen, weil ichs selbst in der audienz wichtigen bedenkens halben nicht thuen können, meinetwegen beweglichen reden, ihnen allerhand motiven zue gemüth führen und sie zur continuation der alten erkannten treu und gehorsamb vermahnen, damit sie sich durch die verbitterte und friedhessige leut nicht verführen lassen und in solchem unverantwortlichen vornehmen nit beipflichten sondern vielmehr bei mir bestendig als rechte, geborne alte Deutsche verbleiben, mich in der noth neben E. L. und Euren principalen, den churfursten, nicht verlassen wollen, und dann neben ihnen aufs beste beratschlagen wollet, wie ich auss disen unzimlichen widerwertigkeiten mit meiner und des reichs reputation ohne fernere gefahr kommen müge.“ (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom Mai 1611, zu no. 31; Kopie mit dem Datum 29. April, mitgeteilt vom Agenten des Erzherzogs Maximilian, Paul Hahn).

[2] Ueber diese Audienz berichten die Gesandten am 17./27. April: sie haben mit Gutachten Braunschweigs und Brömsers dem König, mit dem Khlesl und Meggau erschienen waren, vorgebracht, dass ihr Kurfürst den Dingen in Böhmen nicht länger zusehen könne, da er dem Kaiser mit Eid verbunden, der Krone Böhmen nächster Nachbar und dem König und dem ganzen Hause Oesterreich besonders ergeben sei, wie er ja auch von des Königs nächsten Verwandten beweglich um Interposition gebeten worden sei. Der König möge das Vorhaben des Kurfürsten als treuherzig gemeint auffassen und einen Vertrauten bestimmen, der mit den Gesandten sich vertraulich unterrede. Der König habe sich dazu durch Khlesl ganz freundlich erboten (Drs., a. a. O., f. 234; Or.). — Am 18./28. April berichten die Gesandten weiter: der Kaiser erwarte mit besonderem Verlangen die Ankunft eines kurbrandenburgischen Gesandten und gebe die Versicherung, er werde ihm Audienz und Gnade gewähren. Der Papst soll, wie Braunschweig wissen will, Khlesl sub poena banni befohlen haben, „des königs consilia zu hindern und zu endern; dann er wurde hierdurch sein eigen hauss genzlichen ruiniren, sei auch der bäbstliche nuncius und spanische orator mit diesem process gar übel zuefrieden.“ Aus Hannewald und Hegenmüller hat man nichts herausbringen können; sie sollen bald entlassen werden. Gestern ist Sigmund von Götz als kurbrandenburgischer Gesandter angekommen; es ist noch ungewiss, ob er zum Kaiser oder zum König bestimmt ist (Drs., a. a. O., f. 249; Or.).

Digitized by Google

161. Der Kurfürst von Mainz an Brömser. April 27.

Auf die Schreiben vom 19. und 20. April.[1] Mit Deiner Verrichtung bei Sachsen sind wir zufrieden; wir haben auch schon den Kurfürstentag auf den 15. Juli ausgeschrieben,[2] die Auswahl zwischen Bamberg und Mühlhausen als Malstatt aber dem Kurfürsten von Sachsen überlassen. Dass Du Dich zur Reise nach Prag entschlossen hast, gereicht uns zu Gefallen; denn bei Unterlassung derselben hätte unsere Affektion gegen den Kaiser in Zweifel gezogen werden können, doch wollen wir Deines Wunsches um eheste Ersetzung eingedenk bleiben. Zugleich überschicken wir Dir Kreditive an den Kaiser, den König und die böhmischen Stände.[3] Dich genau zu instruieren fällt uns schwer,[4] da Du uns ganz in Unkenntnis gelassen hast, wie von Sachsen diese Abordnung gemeint ist. Auch aus dem sächsischen Schreiben geht nur hervor, dass die Gesandten sich dem Kaiser vorstellen, ihm in Ermanglung seiner Räte und Diener aufwarten, den König und die Stände zur Mässigung ermahnen und sonst befördern sollen, was zur Erhaltung kaiserliche Autorität dienlich ist. — Wenn Du nun hörst, dass der Sachsen Instruktion nur dahin geht, dem Kaiser bei seinem Zustand zu kondolieren und ihn zu trösten, ihm bei seinem Vornehmen einzuraten, den König und die Stände zur Mässigung zu ermahnen und dass sie sich mit der Krönung nicht übereilen, auch dass sie mit den kaiserlichen Räten und Dienern (wodurch des Kaisers Staat zu seiner und des Reiches nicht geringen Verkleinerung angegriffen würde) nicht so geschwinde verführen, und sonstige Dienste zu leisten, so kannst Du das auch übernehmen. Wollte man aber unter der in genere angedeuteten Notwendigkeit des Reiches sich „in die haupt kaiserliche regierung" schlagen, in Religions- und Profansachen Ordnungen geben oder neue Verhandlungen mit dem König beginnen, die vielleicht zu einer neuen Verbürgung führen möchten, wodurch wir und andere Kurfürsten noch mehr beschwert würden, die wir gegen den König ohnehin schon „dissfals zimblich stark bestrickt und damit gefehrt sein," so hast Du Dich vorzusehen und ohne unsern besondern Befehl auf nichts Verbindliches einzugehen, Dein ganzes Handeln auf die termini generales einzuschränken und Dich zu weiterem nicht zu verstehen „als dass die erinderung allerorten dohin gerichtet, damit der religion- und prophanfrieden ohngeschwecht sondern vestiglich manutenirt und gehandhabt werde," bis wir gründlich von dem Zwecke der Abordnung unterrichtet sind. Dabei hast Du mit der nötigen Vorsicht uns alle Vorfälle zu berichten, worauf wir uns

[1] Vgl. oben no. 149; das Schreiben vom 20. April fehlt.
[2] Vgl. no. 162.
[3] Beglaubigung Brömsers beim Kaiser (Wmz., Religionsakten, Bd. 103 c, no. 53) bei König Matthias (ebenda, no. 53*), bei den böhmischen Ständen (ebenda, no. 54); Kpte., sämtlich vom 27. April.
[4] Vgl. Fausts Schreiben an den Kurfürsten, oben no. 159.

Digitized by Google

April 27. weiter erklären wollen. Die andern Kurfürsten wollen wir zu gleicher Abordnung ermahnen und dabei achten, dass sie nicht Dir diesen Auftrag geben. Datum Aschaffenburg den 27. aprilis a. 1611.

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 56; Kpt. von Faust.

April 27. **162.** Der Kurfürst von Mainz an den von Brandenburg (Kurmainzisches Ausschreiben zum mühlhauser Kurfürstentag).

Wegen des Zustandes in Prag, wegen der Betrübnis, in der sich der Kaiser befindet, und wegen anderer hoher Notwendigkeiten des Reichs haben wir das Gutachten einiger Mitkurfürsten eingeholt, ob nicht eine persönliche Zusammenkunft der Kurfürsten zur Beratschlagung folgender wichtiger Punkte auszuschreiben sei: 1. wie der Kaiser aus der grossen Unsicherheit zu retten und das Reich seines Oberhauptes zu versichern sei; 2. wie man beim Kaiser zu einer gewissen Resolution wegen der Succession kommen könne; 3. wie das Mistrauen im kurfürstlichen Kolleg zu beseitigen, dasselbe zu ergänzen und der kurfürstliche Verein zu erneuern wäre; 4. wie dem gesteckten Justizwesen im Reich aufzuhelfen wäre, ebenso den Klagen gegen die Justiz am kaiserlichen Hof und gegen das ganze Regiment daselbst, derentwegen bei jüngstem prager Konvent verschiedene Beschwerden eingelaufen und dem Kaiser gute Vorschläge gemacht worden waren. Da auch unsere Mitkurfürsten diese Punkte für so wichtig ansahen, dass sie am besten in persönlicher Zusammenkunft zu beraten seien, wobei auch die Kurfürsten sich unter sich persönlich bekannt machen, alles Mistrauen aufheben und den Kurverein nicht nur in Schriften sondern tatsächlich erneuern könnten, so haben sie uns anheimgegeben, das Ausschreiben ergehen zu lassen. — Da wir von Kursachsen mit Freuden verstanden haben, dass er mit E. L. verglichen sei und also zu hoffen ist, man werde sich wegen Dero Einnahmen in den Kurverein akkommodieren, so machen wir auch E. L. diesen Kurfürstentag zu wissen. Wir benennen dazu den 17./27. Juli und die Malstatt zu Bamberg, um dort persönlich einzutreffen und am nächsten Tag mit der Beratung der bezeichneten Punkte zu beginnen. Zur Ersparung von Zeit und Kosten will man zu einigen Punkten, besonders zum Justizpunkt durch die kurfürstlichen Räte Praeparatoria machen lassen, weshalb auch E. L. Dero Räte etwa um zehn Tage vorausschicken mögen. Datum Aschaffenburg, den 27. aprillis a. 1611.

Be., Rep. 88., Unionsacta, ad t. XII., f. 279; Kop.[1]

---

[1] Das Ausschreiben an Kursachsen (Drs., l. 7387, erstes Buch Kurfürstentags, f. 6; Or.) ist kürzer und enthält nur die aufgezählten Beratungspunkte; die Schreiben an Kurtrier und Kurköln weisen noch eine Nachschrift mit der Mitteilung auf, dass, da Kursachsen zu Mühlhausen als Malstatt neige, Kurmainz ihm anheimgestellt habe, falls ihm Bamberg ungelegen wäre, sich für Mühlhausen zu entscheiden und in dem zur Bestellung übersandten Ausschreiben für Kurbrandenburg die nötige Aenderung vorzunehmen (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 13; Kpt. von Faust). —

Digitized by Google

163. Der Administrator der Kurpfalz an den Herzog von Württemberg. April 28

Auf das Schreiben vom $\frac{\text{27. März}}{\text{6. April}}$[1] mit den Vorschlägen, was bei dem jetzigen Zustand in Böhmen von einigen benachbarten Unierten an König Matthias zum besten des Reichs und wegen Abschaffung einiger Gravamina zu schreiben wäre. — Bevor wir E. L. darauf antworteten, wollten wir die Werbung der königlichen Gesandten abwarten,[2] um eigentliches von dem prager Zusand zu vernehmen, desgleichen wollten wir auch den Verlauf der jüterbogker Sache zuvor kennen lernen. Da aber Mitteilungen darüber ausblieben, so haben wir den Sachen für uns allein nachgedacht und befinden sie wichtig genug, dass sie von den Unierten insgesamt bedacht werden müssten; man wird es aber, weil viel Zeit vergeht, bis man zu solcher gemeinsamer Beratschlagung gelangt, nicht auf eine solche stellen dürfen. Nun wollten wir uns gern mit E. L. vergleichen, dass wir, E. L., Ansbach und Baden ein gemeinsames Erinnerungsschreiben an den König abgehen lassen; aber bei weiterm Nachdenken konnten wir nicht den Nutzen eines solchen Schreibens finden, da der König mit Stabilierung seiner Designation, Verbesserung des Regiments in Böhmen u. s. w. genug zu tun hat und sich der Reichssachen wenig wird annehmen können; auch ist noch unbekannt, wie Kur-

---

Das angezogene kurmainzische Schreiben an Kursachsen ist gleichfalls vom 27. April datiert und ist das Begleitschreiben zum Ausschreiben. Darin wird nochmals Bamberg als Malstatt empfohlen, weil es dem Fürstentum Henneberg und anderen vornehmen Ständen benachbart sei, man sich Baierns und anderer Gutachten bedienen und im Fall der Not leicht eine eilende Schickung nach Prag abfertigen könnte; doch sei Kurmainz auch mit Mühlhausen zufrieden. Unter einem dankt der Kurfürst dafür, dass Kursachsen Brömser zur Reise nach Prag bewogen habe und schickt Beglaubigungen und Instruktion für Brömser zur Weiterbeförderung (Wmz., a. a. O., Bd. 103c, no. 57; Kpt. von Faust). — Die kurmainzische Anzeige an den Kaiser, dass die Kurfürsten zusammenkommen wollen, ist vom 12. Mai; als einziger Zweck der Zusammenkunft wird angegeben: alles zu befördern, was zur Erhaltung der Reputation und Hoheit des Kaisers und des Reichs sowie zu Ruhe und Frieden gereichen kann (Wmz., a. a. O., Bd. 104, no. 24; Kpt.).

[1] Das württembergische Schreiben, das gleichlautend an den Administrator, an Neuburg und Baden ergieng, erinnert an die schweinfurter Beschlüsse wegen fernerer Korrespondenz mit König Matthias und Erzherzog Maximilian und regt an, — da sich die Dinge am kaiserlichen Hof so sehr geändert hätten, Gelegenheit zur Abhilfe der von den Unierten geklagten Gravamina sich zu bieten scheine und dem König allerlei Anlass zur Reformierung des kaiserlichen Hofes gegeben werden könnte, dieser sich auch zur Abhilfe der Gravamina erboten habe, — dies jetzt nicht ausser Acht zu lassen und den König durch einige benachbarte Unierte seines vorigen Versprechens erinnern zu lassen. Der König würde aus einem solchen Schreiben wenigstens der Unierten Sorgfalt und Aufacht gegen den Kaiser und das gemeine Wesen spüren und dürfte, wenn er der Mahnung nicht folgt, die Unierten nicht der Saumseligkeit beschuldigen (Stg.. Unionsacta, tom. XII., f. 4; Kpt. von Faber).

[2] Vgl. oben no. 140 und Anm. 3 auf S. 342.

Digitized by Google

April 28. brandenburg, Sachsen und die andern Fürsten die Sachen ansehen; endlich würde das Schreiben beim Kaiser Nachdenken erregen „als wan man albereit sich etwas zu genau zu I. kgl. W. auch ratione des reichs lenken wolte.“ Wir geben daher E. L. zu bedenken, ob man nicht mit dem Schreiben einhalten soll, bis man klarer sieht und mehr Hoffnung auf Erfolg hat. Würden aber E. L. auf einem solchen Schreiben bestehen, so müsste es bei der Unsicherheit der Lage ganz allgemein gehalten sein, wie beiliegender Entwurf[1] ergibt; wir überlassen Derselben das Konzept zu verbessern. — Wir selbst haben mit dem königlichen Gesandten von diesem Gegenstand geredet und ihn erinnert, dass sein Herr bei dieser Gelegenheit auch des Reiches Interresse nicht ausser Acht lassen möge. Nach Anhalts Rückkehr werden sich bessere Consilia anstellen lassen. — Mitteilung der kurpfälzischen Resolution an den königlichen Gesandten [Starhemberg],[2] mit der dieser gestern zu Landgraf Moriz abgereist ist. Datum Heidelberg den 18. aprilis a. 1611. — Praes. Stuttgart 23. aprilis 1611.

Stg., Unionsacta, tom. X., f. 14; Or.[3]

April [etwa 28.] **164.** „Ungefehrliche gedanken [der sächsischen und des mainzischen Gesandten], wie die eingefallene misshelligkeit zwischen JJ. ksl. und kgl. M.tt mit beeder teil reputation und gemeinem wolstand zu componiren.“

1. Die Verträge von 1608 und 1610 sollen in allen Punkten sowol von den Prinzipalen wie von den Bürgen stetig gehalten werden. 2. Das passauer Volk soll vom Kaiser und vom König verfolgt

---

[1] Die Absender hoffen, der König werde den Brunnquell aller bisherigen Beschwerungen verstopfen. Hinweis auf die Tätigkeit friedhässiger Leute, die jegliche Besserung verhindern. Der König möge nach seinem vorigen Erbieten die Wolfahrt des Reiches und der Stände desselben in Acht nehmen (Stg., a. a. O., f. 16). — Die württembergischen Räte fanden nach des Herzogs Bescheid auf Starhembergs Werbung die Ausfertigung dieses Konzepts überflüssig (Stg., a. a. O., f. 19).

[2] Vgl. oben no. 140, Anm. 1 auf S. 343.

[3] Auch im neuburgischen Rat erwog man das württembergische Schreiben vom 6. April und fand auch hier den Vorschlag bedenklich: die Reformation des Hofes würde weitläufige Verhandlungen erfordern, der König habe mit seinen eigenen Sachen genug zu schaffen; dazu komme Sachsens Interposition, die dem Kaiser gemach tun und sich einer Reformation des geheimen und des Reichshofrats nicht annehmen werde; ebenso würden es auch die andern Kurfürsten und Fürsten halten; die Reformation des kaiserlichen Hofs und die Frage, ob man einen „unqualificierten“ Kaiser habe, gehöre mehr vor die Kurfürsten. Eine solche Reformation müsste mit Güte oder Gewalt erfolgen; mit ersterer würde der König wegen seines Verhältnisses zum Kaiser wenig ausrichten, eine gewaltsame Reformierung zu unterstützen wäre aber den Unierten unverantwortlich (Protokoll vom 15./25. April; Mb., 343/13 a, f. 37, von Zeschlins Hand).

Digitized by Google

und abgeschafft und die Urheber dieses schädlichen Ratschlags ernstlich bestraft werden, wozu, 3. wenn nötig, die Bürgen des prager Vertrags auf Ersuchen beider Teile helfen sollen. 4. Um Matthias der Succession in Böhmen desto besser zu versichern, soll der Kaiser ihn zum künftigen König Böhmens krönen und publizieren lassen wie es mit Maximilian II. geschehen ist. 5. Alle Landoffiziere, Räte und Amtleute in Böhmen, Schlesien und in der Lausitz sowie die Räte der königlichen Städte sollen dem Kaiser eidlich huldigen, ihm bis zu seinem Ableben gewärtig zu sein und sich an sonst niemanden zu halten. 6. Es soll eine Universalreformation des Regiments vorgenommen werden; dazu sollen der der Kaiser und der König ihre Kommissarien in gleicher Zahl verordnen, die Sachen in bessern Stand richten und allenthalben mit Rat der Stände handeln. 7. Der Kaiser soll regierender König in Böhmen bleiben und vorigen Verträgen gemäss daran nicht gehindert werden. 8. Was beiderseits ungleiches vorgegangen ist, soll vergeben und vergessen sein und künftig brüderliche Liebe in Worten und Werken erwiesen werden. 9. Kaiser und König sollen deshalb beiderseits die schädlichen Diener, von denen dies Unglück herrührt, abschaffen und sich friedsamer Leute bedienen, die geeignet sind, Vertrauen und gute Korrespondenz zwischen den Brüdern zu stiften und zu erhalten. 10. Der Kaiser wird den König als seinen ältesten Bruder den Kurfürsten des Reiches zu bevorstehendem Kurfürstentag gehörig empfehlen, was nicht allein zur Erhaltung der Praeeminenz und Hoheit des Hauses Oesterreich dienen sondern auch der ganzen Christenheit zum Vorteil gereichen wird, wogegen die drohende Zerreissung der Eintracht dem Hause, dem Kaiser und König verkleinerlich, den Landen schädlich sein und den Türken die Tore nach Ungarn, Oesterreich und Böhmen eröffnen würde. 11. Ueber den Vergleich soll ein ausführliches Dokument verfasst und beiderseits mit körperlichen Eiden bekräftigt werden. 12. Der Kaiser und der König sollen den König von Spanien und alle Erzherzoge ersuchen, neben den Kurfürsten diesen Vergleich zu verbürgen. O. D.[1]

April [etwa 28.]

Wmz., Reichstagsakten; Bd. 103 c, no. 92; Kopie.[2]

---

[1] Datiert nach Brömsers Bericht vom 30. April; vgl. unten no. 169.

[2] Aehnliche Vorschläge enthält die Instruktion, die Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg wegen der böhmischen Dinge seinen beiden Gesandten in Prag, Hugolt Beer und Dr. Silbermann, erteilt: man möge dem König und den böhmischen Ständen raten, wegen des freien Ab- und Zuzugs, wegen einer Geldsumme, wegen des Schatzes dem Kaiser keine Schwierigkeiten zu machen; für Abdankung und völlige Trennung des passauer Kriegsvolks müsse gesorgt, aber dem Volk zum Abzug freier Pass gewährt werden; Erzherzog Leopold solle dem König und den böhmischen Ständen abbitten und für sein künftiges Wolverhalten Bürgschaft stellen; da es im Reich nicht neu sei, dass neben dem Kaiser ein gekrönter römischer König stehe, so könnte das wieder geschehen, doch vorbehaltlich der Rechte der Kurfürsten wegen der freien Wahl (Drs., l. 916 7, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 383; Kopie).

Digitized by Google

April 29. **165. Protokoll der Unterredung der kursächsischen Gesandten mit den Räten des Königs Matthias.**

Khlesl[1] gieng von unserem Memorial aus[2] und sagte: es sei jetzt zwischen dem Kaiser und dem König keine „Unruhe"; der König sei von den Ständen als „designierter rex" ins Land erfordert worden, der Kaiser habe ihn empfangen lassen, ihm auf dem Schloss Wohnung angeboten, die Gemächer des Königs mit Tapezereien schmücken lassen, einen allgemeinen Landtag ausgeschrieben und die Krönung des Königs beantragt, für welche schon ein Tag verglichen sei; beide hätten zusammenkommen wollen und das könnte wol noch geschehen. Die Königlichen versehen sich daher, dass der Kurfürst ihrem Herrn dies gönnen und wir nichts dagegen „tentieren" werden; diese Sache gehe die Kurfürsten nichts an, denen der König in deren Angelegenheiten auch nichts vorschreiben werde.

Wir: Unser Kurfürst nimmt sich der Sache an, weil er dem Kaiser mit schweren Eiden verbunden ist, gegen das Haus Oesterreich besondere Ergebenheit hat und von Erzherzog Maximilian und Ferdinand ausdrücklich darum ersucht worden ist;[3] auch hat ihm der König von Spanien für seine Interposition höchlich gedankt und ihm das Haus Oesterreich befohlen; der Kurfürst hat sich auch dazu erboten. Der Kurfürst hofft daher, dass der König die Abordnung nicht anders auffasst als dass sie aus treuen Herzen geschehen ist. Wir hören gern, dass die Sache in so guten „terminos" steht, besonders hat sich der Kurfürst über die Erklärung des Königs gefreut, dass er als Bruder komme und den Kaiser nicht im geringsten beleidigen wolle. Wir wünschen nichts mehr als die brüderliche Eintracht, die wir nicht hindern sondern fördern wollen und sollen. Der Kurfürst hat aber Bericht und bestätigt es der Augenschein, dass alles voll Kriegsvolk ist und der Kaiser von demselben allerhand „fastidia" erdulden muss; auch wissen wir nicht, ob derselbe die Krönung freiwillig zugestanden hat und ist man der Kautionen halber noch durchaus nicht einig. Die Krönung will der Kurfürst dem König nicht misgönnen, da er ja selbst vor einem Jahre die Designation gewiss machen geholfen hat, doch lässt er ihn ermahnen, „moderate" vorzugehen, dem Kaiser keinen Despekt zu erweisen und den jüngst zwischen dem Kaiser und ihm, dem König, aufgerichteten Vertrag in Acht zu nehmen. Dies ist nicht nur unseres Herrn Meinung sondern all die anderen Kurfürsten, mit welchen über die Sache verhandelt worden ist, haben sich in gleichem Sinne geäussert und erwarten wir täglich deren Gesandte hier. —

---

[1] Ausser Khlesl waren Zierotin, Losenstein, Herberstein, Meggau und Hofkirchen anwesend (Bericht Lüttichaus und Gerstenbergs vom 19./29. April (Drs., l. 9167, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 259; Or.).

[2] Oben no. 164.

[3] Vgl. oben no. 95.

Digitized by Google

Khlesl findet, dass wir besserer Information bedürfen, die er uns geben wolle. Man müsse zwischen der vorigen und jetzigen Transaktion unterscheiden. Der vorigjährige Vertrag sei nicht gehalten worden; denn die Passauer seien gegen dessen Wortlaut in Oesterreich eingefallen, hätten dort für etliche Millionen Schaden getan, dann in Böhmen ärger als Ziska gehaust, endlich Prag mörderisch überfallen und viel böhmischer Adeliger Blut, also Christenblut vergossen. Der König habe die Bürgen des Vertrags ermahnt, sei aber von allen verlassen worden. Da habe man nicht länger warten können, sonst wäre alles zu grunde gegangen. Hätten die Bürgen bald dazu getan, wäre es nicht so weit gekommen; denn der König sei mit seinem Volk auf der Grenze stehen geblieben und habe seinem Feldmarschall verboten, sie zu überschreiten. Da es aber nun mit dem Vertrag eine solche Beschaffenheit gewonnen, habe der König ihn beiseite gesetzt und wolle nicht ferner darauf dringen noch darauf handeln. Die jetzige Handlung aber sei von der vorigen ganz verschieden: sie sei keine Handlung zwischen dem Kaiser und dem König sondern zwischen dem böhmischen König und den Ständen, dessen Untertanen, also eine Privatsache, die mit dem römischen Kaiser nichts zu tun habe. Der König habe sich mit den Ständen eines Tags zur Krönung verglichen und hoffe nochmals, dass der Kurfürst sie ihm nicht misgönnen und wir nichts tun werden, was ihm hinderlich sein könnte. „Wenn man auch die ursach wissen wolte, so were man gefast, mit I. M.t autentischen hand und siegel zu demonstriren, wie man ein hund getauft und sonsten mit allerhand zeuberischen händeln dem könige nachgestellt“;[1] man habe die Länder übel regiert, keine Audienzen gegeben, nicht Brief noch Siegel gehalten, „die stände durch cammerdiener, practicanten und nichtswürdige leute vor schlaven tractiret und darunter keiner religion geschonet, die catholischen sowol als augsburger confession verwandten, dahero sie nunmehr alle handlunge uf vorige transaction abzuschneiden verursachet. Hette man uns aber im reich besser tractiret (lächelte mehrers teils darzu) und wir hetten auch lust, lenger unter solchem regiment zu sein, das wolten sie uns gern gönnen; alleine solten wir an diesem ort nichts verhinderliches einstreuen.“ April 29.

Wir [nach einer Beratung]: Wir können die Handlungen von 1610 und jetzt nicht für verschieden halten sondern beide hängen wie Ursache und Wirkung zusammen; denn der Königlichen eignen Erzählung nach wird alles auf die Nichteinhaltung des Vertrags von 1610 gebaut. Es wird also davon zu reden sein, ob dieser gänzlich aufgehoben sei. „Soviel der Passauer einfälle und darunter gehabte intention anlanget, haben sich I. chfl. Gn. zu höchstem darüber commovirt und anders nicht als pro diabolicis consiliis geacht eines jungen unbesonnenen herrns, der auch mit solchen räthen versehen, welche ihm ehe ein land verlieren denn gewinnen können und den herrn sua temeritate dahin geführet, dass

[1] Vgl. oben no. 131, S. 316, Anm. 2 und no. 158, S. 391, Anm. 1.

Digitized by Google

April 29. er hoch fliegen sollen, ehe ihm die federn wuchsen, dahero an ihme wahr wird: Icarus icariis nomine fecit aquis." Dass aber die Bürgen nichts bei der Sache getan oder den König gänzlich verlassen haben sollen, dagegen müssen wir den Kurfürsten rechtfertigen; denn sobald ihm des Königs Schreiben zugekommen war, hat er den Kaiser ganz ernstlich ermahnt, den Vertrag zu halten und rund erklärt, dass er sich im Gegenfall gegen den König seinem Worte gemäss erzeigen müsste.[1] Das hat bewirkt, dass sich der Kaiser zur Haltung des Vertrags erklärt und Schadenersatz versprochen hat. Damit hätte man sich den Umständen nach wol begnügen können, weil der Kaiser sich Oesterreichs nicht bemächtigen wollte und andererseits kein Reichsfürst dem Kaiser den Durchzug des Kriegsvolks verweigern kann. Der Kurfürst hat sich gegen den König wie gegen den Kaiser stets erboten, sich bei dem Teil finden zu lassen, der den Vertrag hält, hat dies auch noch unlängst gegen Polheim betont[2] und uns befohlen, diese Erklärung nochmals zu wiederholen; gewiss sind auch die anderen Bürgen ebenso gesinnt. — Was des Kaisers Regiment im Reich betrifft, so können wir nicht anders sagen als dass der Kaiser das Reich so lange Zeit weislich und wol regiert, es gegen den Erbfeind verteidigt und Ruhe und Frieden erhalten hat. Es gibt wol allerhand Gebrechen bei Hof, doch mangelt es daran auch nicht bei den Ständen. Verfährt man gesetzlich und mit gebührendem Respekt, so kann da wol geholfen werden. Es hat dem Kurfürsten aber nie gefallen, ein Regiment mit Reitern und Knechten zu verbessern und ist stets nur Verwüstung der Länder darauf gefolgt, wie auch jetzt. Wir haben von St. Paulus gelernt, der Obrigkeit zu gehorchen, auch der gottlosen. Stände den Untertanen frei, ihre Obrigkeit zu judizieren, würde es bald um alle Herrschaft gethan sein. „Der kaiser wird unser vater genennet, sol auch pater patriae sein; si pater, ergo ferendus. Epykia ist die tugend, so alle kinder ihren eltern zu beweisen und mit ihren gebrechen gedult zu haben schuldig. Was von zauberei, hundsteuferei und dergleichen erzehlet, hette ich [wol Gerstenberg] vor drei jaren von den Oesterreichern auch gehört, hieltens aber davor, satius esse ea ignorare quam commemorare. Wann ichs sehe, so wolt ich einen mantel drüber decken wie des Noae gehorsame söhne und nicht entblössen wie Cham. Dazu were ungewiss, was die ksl. M.[t] darzu sagen wurde. Es wurde criminaliter inquirirt in caput imperatoris, caesare non audito et praesertim ab eis, qui nullam habent jurisdictionem. Das were unerhört und res pessimi exempli." Es wäre dem Hause Oesterreich viel rühmlicher, diese Dinge gänzlich zu unterdrücken und die gefährlichen Prozesse abzuschaffen. Wir sind aber nicht hierher geschickt um zu disputieren oder jemanden

---

[1] Vgl. no. 9, S. 24, Anm. 1.
[2] Vgl. no. 151, S. 372, Anm. 1 und no. 155.

Digitized by Google

zu „syndizieren", geschweige die Krönung zu hindern; „wüsten auch wohl, das I. chfl. Gn. dem könig nicht allein solche sondern auch grössere ehr gern gönnen und befördern wurden (das prothocollirten sie alle vleisig und war ihnen sehr anmutlich)", doch muss der König auch in dieser böhmischen Sache des Kaisers Hoheit und Majestät besser in Acht haben und sich nach des Kurfürstenkollegs Rat richten; denn wenn er auch sagt, er habe mit dem Kaiser nichts zu schaffen, so ist doch der böhmische König der siebente Kurfürst und kann demselben nichts verkleinerliches widerfahren, was nicht der Kaiser und das Kurfürstenkolleg höchlich empfinden müssen. Wenn der König der Kurfürsten Gutachten gebührlich respektiert und so vorgeht, „das der löbliche alte kaiser (so etwan noch vier wochen zu leben haben möchte)[1] nicht gar cassirt und, wie man sagt, unter die bank gestecket," wird er beim Kurfürstenkolleg grosse Gunst erlangen; „wenn man aber so schimpflich und nigerose procediren würde, wie mans izo vorhette, so hette man nichts gewissers als eine gevehrliche divulsionem imperii ab his terris zu versehen, wodurch mehr verloren als gewonnen würde." April 29.

Khlesl [nach gehabtem Ratschlag]: Die Gesandten hätten eine wolbegründete und vernünftige Antwort gegeben und mit der Tat bewiesen, dass ihr Herr und sie es mit dem König, dem Haus Oesterreich und der Christenheit treulich meinen. Sie, die königlichen Räte, hätten nicht unterlassen können, uns aus deutschem Herzen ihre Not zu klagen, sonst seien sie derselben Absicht wie wir und hofften desto eher zum Ziel zu kommen. Sie hätten stets zum Kurfürsten von Sachsen ein besonderes Vertrauen gehabt und wenn derselbe auch zuweilen ziemlich stark an den König geschrieben habe, so habe dieser es doch stets als treu gemeint wol aufgenommen. Wären sie Dresden so nahe gewesen als Prag, so würden sie den Kurfürsten besser informiert haben; sie hätten gegen Sachsen stets ein treues Gemüt gehabt und Kurbrandenburg geraten, sich mit Sachsen zu vergleichen; der König sei gleichsam zum Frieden geboren. Sie wollten dem König über die Unterredung berichten und bäten, dass wir morgen wieder kämen. Actum Praag den 19. aprilis a. 1611.

Nachschrift: Am 20./30. April schickte der König Losenstein zu uns. Ich, Gerstenberg, sprach mit ihm zwei Stunden lang und zeigte ihm die Mittel, die Sache mit Reputation beider Herrn zu vergleichen. Losenstein gieng voll Freude von mir und sagte, er wollte tausend Dukaten dafür geben, dass die Sachen also beigelegt würden, und hoffe, dass sein König, dem er die Sache vortragen müsse, sich aller Gebühr nach erweisen werde.

Drs., l. 9167, 1I. Buch passauer Kriegsvolks, f. 278; Or.

---

[1] Ueber des Kaisers Gesundheitszustand vgl. no. 142, S. 349. Auch Dr. Rebmann berichtet am 23. April an den Kurfürsten von Mainz: der Kaiser sei übel auf und laboriere am Schlagfluss; leider sei dessen Wiederkehr zu befürchten (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 75; Or. eigh.).

Digitized by Google

April [29.] **166.** Geheimes Anbringen Reichards von Starhemberg bei Landgraf Ludwig von Hessen.

„Legati memorial; propria manu legati.

Gnediger herr. E. fl. Gn. wolten I. kgl. M.t auss den erheblichen motivis helfen, bei Ihren hern und freunden, sonderlich den churfursten Mainz und Saxen recommendiern, dass sie I. kgl. M.t in konftiger election zur romischen cron wolten in bestem ingedenk sein und wollten sich E. fl. Gn. gegen I. kgl. M.t, dass Sie diss orts Ihr bestes thun wollen, durch ein handbrieflein erkleren."

„Protocollum hieruber bei des gesandten werbung gehalten": Starhemberg hat im Namen des Königs Matthias dem Landgrafen neben der ersten Werbung [1] noch mitgeteilt: Da es sich zutragen möchte, dass der Kaiser wegen seines hohen Alters und wegen der schweren Regierung auf Wege dächte, zur Erleichterung der Last sich einen „consors imperii" zuzugesellen und der König weiss, in welch vertraulicher Korrespondenz der Landgraf mit den Kurfürsten von Mainz und Sachsen steht, so bittet er ihn, bei diesen gute Dienste zu tun, in Anbetracht der Verdienste, die der König sich bei seinen „hochberühmten Qualitäten" gegen die Türken erworben hat, „[die scil. kgl. W.] auch wegen angebornen hohen fürstlichen teutschen geblüets alzeit ein ufrichtig teutsch gemüet haben; wollen sich auch gegen dem heil. reich noch besser verdient machen." — Darauf der Landgraf: Dank für das Vertrauen. Die Sache gehört vor die Kurfürsten. Obwol er bei diesen nicht viel vermag, so will er doch, wenn die Zession und Adjunktion zum Regiment mit des Kaisers Willen geschieht, bei beiden Kurfürsten des Königs im besten eingedenk sein; und wenn der König durch die im Reiche herkömmlichen Mittel zu solcher Würde kommen sollte, wolle er, Landgraf, ihm ebenso wie dem Kaiser Treue erweisen. —

Auf Begehren des Landgrafen hat Starhemberg, wenn auch ungern, obigen Zettel ausgestellt. Actum Darmstadt. O. D.[2]

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 108c, no. 73; Kopie von Fausts Hand.[3]

---

[1] Die Hauptwerbung betraf die Aufforderung zur Hilfeleistung mit Rücksicht auf die zu Prag gegebene Bürgschaft (Wmz., a. a. O., no. 72; Kopie). Ueber den Gegenstand der geheimen Werbung vgl. no. 140.

[2] Datiert nach der am 29. April abgelegten Hauptwerbung.

[3] Der Landgraf schrieb noch am 19./29. April an König Matthias: Starhemberg habe bei ihm im Vertrauen eine Sache angebracht, deren wegen der König ihm zutrauen solle, „wann nur mit verwilligung der ksl. M.t ein solche cession oder adiunction geschehen solte, dass ich dann, ob ich schon nit viel bei Meintz vnd Sachsen vermag, mit meiner wenigen vnd geringen erinnerung gern bei beiden LL. E. kgl. W. bestes vndt dass Sie zu Irem intent gelangen mogen, befördern zu helffen im besten eingedenck sein wöllen; da auch E. kgl. W. zu solcher dignitet durch die im reich herkommene mittel gelangen wurden (dass ich Iro dann vff selbigem fall von hertzen gern gönnen wolte), will ich alssdann nit weniger alss ich ohne ruhm zu melden bisshero bei I. ksl. M.t trewlich gethan, E. kgl. W. mit gleichmessiger vndt bestendiger treuwe begegnen" (Wi., I A 1, Ka. 2990; Or. eigh.). — Zugleich schickte der Landgraf beide Werbungen Starhembergs

Digitized by Google

167. Der Administrator der Kurpfalz an den Kurfürsten von Mainz. April 29.

Man hört, dass ein Gesandter des Königs Matthias bei E. L. gewesen ist;[1] eben ein solcher, Herr Reichard von Starhemberg, war dieser Tage auch bei uns[2] und hat uns die Ursachen erzählt, warum König Matthias nach Prag gezogen ist. Der Gesandte hat auch die Nachricht der Zeitungen bestätigt, dass der König auf Begehren des Kaisers

---

an Kurmainz. Der Kurfürst schrieb unter die mitgeteilte Werbung eigenhändig: da der Landgraf an der Sache nicht interessiert sei und dieselbe nur die Kurfürsten angehe, könne er, Kurmainz, um so weniger etwas versprechen, wolle aber bei der persönlichen Zusammenkunft der Sache eingedenk sein. „Bey mir ist nichts gesuchtt; der modus wirdt vberschritten, indem man die kaiserlichen diener also vbell tractirt. Haec mea sententia" (Wmz., a. a. O., no. 74). In diesem Sinn schrieb der Kurfürst am 30. April an den Landgrafen, der sich beeilte zu versichern, dass er in der Successionssache nicht anders als zur Zufriedenheit des Kaisers zu interzedieren gesinnt gewesen sei; er werde nimmer gegen den Kaiser und die Kurfürsten handeln (Schreiben des Landgrafen vom $\frac{\text{24. April}}{\text{4. Mai}}$ in Wmz., a. a. O., no. 86; Or.). — Am $\frac{\text{29. April}}{\text{9. Mai}}$ teilt Landgraf Ludwig obige Werbung auch Kaspar von Schönberg mit und versichert auch ihm, dass sein Bescheid nichts enthalte, was dem Kaiser oder den Kurfürsten zuwider sein könnte; er gedenke nicht vom Kaiser abzusetzen (Drs., l. 9167; II. Buch pass. Kriegsvolks, f. 665; Or.). — Gleiches Anbringen hatte Starhemberg am 6. Mai auch in Cassel bei Landgraf Moriz getan. Auf das Begehren der Hilfeleistung erwiderte der Landgraf, er wolle deshalb mit einigen wolgeneigten Ständen kommunizieren und werde sich von dem nicht sondern, was den andern Unierten belieben werde; man möge aber des Kaisers Hoheit in Acht nehmen (Bescheid vom $\frac{\text{26. April}}{\text{6. Mai}}$ in Ma., 111/11, — Kop.). Auf Starhembergs geheimer Werbung erwiderte der Landgraf durch ein Schreiben an den König vom $\frac{\text{27. April}}{\text{7. Mai}}$: diese hochwichtige Sache gehöre vor die Kurfürsten; er wolle aber die hohe Ehre, dass der König sich dabei seiner bedienen wolle, so schätzen, „das so viel ich immer bey gedachten hern churfürsten vnd bevorab denen mir zunegst befreundten mit guter anmahnung vnd erinnerung erweisen können werde, nichts vnterlassen" sondern, wenn der König ihm geeignete Wege zeige, diese einschlagen werde (Wi., a. a. O.; Or eigh.). — Der Markgraf von Ansbach schreibt am 5./15. Mai an Matthias: Starhemberg habe ihm des Königs Auftrag mitgeteilt, „die beforderung Deroselben koniglichen persohn zum romischen konig in acht zu nehmen"; er, Markgraf, wolle dazu alles tun, was der König ihm auftragen werde (Wi., a. a. O.; Or. eigh.). Auch Philipp Fuchs von Bimbach, des Markgrafen geheimer Rat, versicherte dem König: er wünsche sehr, dem König in dieser hohen Sache, die das ganze Reich, ja Europa betreffe, dienen zu können und werde sich jedem Auftrag des Königs unterziehen (Wi., a. a. O.; Or. eigh.). Starhemberg hatte auch ein Schreiben und Memoriale an den König von England bei sich, dessen Bestellung der Administrator der Kurpfalz auf sich nahm (Schreiben des Administrators an den König Matthias vom 9./19. Mai in Ma., 547/14, f. 52; Kpt. von Dathenus).

[1] Vgl. no. 144.

[2] Vgl. no. 140, Anm. 1 auf S. 343.

Digitized by Google

April 29. zum König von Böhmen gekrönt werden soll. Man kann sich leicht denken, was nach dieser Krönung erfolgen wird und muss daher sehr darauf achten, in welchen Zustand der Kaiser geraten könnte. Wir möchten gerne hierüber E. L. Gutachten vernehmen, wie wir schon am 6. April[1] darum ersucht haben, ohne dass Antwort darauf erfolgt wäre. Es ist aber dem Reich und dem kurfürstlichen Kolleg nicht reputierlich, dieser Sache stillschweigend zuzusehen, wir müssen vielmehr dabei stets des Reiches Reputation und Wolfart im Auge haben. Datum Heidelberg den 19. aprilis a. 1611. — Praes. Aschaffenburg 3. maii 1611.

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 83; Or.[2]

April 29. **168.** Der Kurfürst von Köln an Herzog Maximilian von Baiern.

Auf das Schreiben vom 17.[3] „Ich vor meine person halt darvor, E. L. haben recht und vernunftig gethon, indem Sie Ihrm herrn vatern die Brielische raiss zu des erzherzogen Leopoldi L. missraten; dan ich hoc perturbatissimo statu Bohemico nicht abnehmen kan, das diesergleichen beisamenkumpst (weiln selbige nicht verschwiegen bleiben) was weiters als mistrawen und grosse suspiciones würken würden. Welche meine impression des Tengnagels lezte vorgangene aussag eben umb sovil mehr bestettigt, dan er bei der siebenten haubtfrag (laut beiligendem extract)[4] ungescheucht dasjenig von E. L. zu deponiren sich gelusten lasset, was bei den bosshaftigen leichtlich in ungleichen verdacht nnd argwohn gezogen werden kont. Stelle also E. L. freundlich anheimb, ob Sie solches tacendo ver-

[1] Vgl. no. 111, Anm. 2 auf S. 273.

[2] Der Kurfürst antwortete am 4. Mai: er habe vorerst die Gutachten der andern Kurfürsten abgewartet, die auf eine persönliche Zusammenkunft giengen, weshalb er einen Kurfürstentag für Mitte Juli ausgeschrieben habe. Zur Ergänzung des kurfürstlichen Kollegs wäre wünschenswert, dass der Administrator beim Kaiser die Beilegung des Administrationsstreits herbeiführte, damit man einhellig der Sache Rat schaffen könnte. Die königlichen Gesandten hätten ihm wegen der Krönung nichts vorgebracht. Da aber er und andere Kurfürsten besorgten, der König und die Stände möchten es an gebührender Moderation gegen den Kaiser fehlen lassen, so habe Kursachsen Gesandte nach Prag abgefertigt und sei Brömser mitgezogen, um den Kaiser zu trösten und die andern zur Mässigung zu ermahnen; daher lasse sich das verlangte Gutachten noch nicht erteilen (Wmz., a. a. O., no. 84; Kpt. von Faust). — Der Passus wegen des Administrationsstreites erregte den Argwohn des Administrators, dass Mainz ihn vom Kurfürstentag ausschliessen und sich vielleicht Neuburg eindrängen wollte oder dass mit Umgehung beider Teile bei unergänztem Kolleg Beschlüsse zum Nachteil gemeinen Wesens gefasst werden könnten (Administrator an Christian von Anhalt am 1./11. Mai in Bbg., A 9a, no. 107, f. 11; Or.). In der Folge liess der Administrator deshalb eine Gesandtschaft an Kurmainz abgehen; vgl. unten no. 199.

[3] No. 146.

[4] Vgl. no. 106, VII. Hauptfrage.

Digitized by Google

schmerzen oder einige andung vorzunehmen ratlich erachten möchten." — April 29.
Wegen des Kurfürstentags hat mir Kurmainz nur geschrieben, dass er Brömser zu Kursachsen abgefertigt habe. Bis mir Sachsens Bescheid mitgeteilt wird, will ich, nächsten Montag oder Dienstag, nach Lüttich verreisen, was mich aber vom Besuch des Kurfürstentags nicht abhalten wird.

„Von dem saphoyschen kriegsvolk oder zu was intent dasselbig geworben sein mag, hab ich ganz keine besondere avisen, vil weniger das dasselb nach Teutschland destinirt sein solte; desto weniger aber nit mach ich mir bei ietziger sachen beschaffenheit wol die gedanken, das auf angeben und guetachten des spanischen zu Prag residirenden ambassator I. kgl. W. solches kriegsvolk wol auss andern ursachen oder allerlei schein und namen oder praetext werben und bisshero beisamenhalten lassen und dennoch das intent auch wol dabei gehabt haben und noch, im fal die protestirende oder jemands anders im reich sich der römischen kron mit gewalt oder sonsten mit hindansetzung ihres hauses underfangen oder auch zwischen I. ksl. M.[t] und der kgl. W. in Ungarn oder andern ihres hauses zu einiger kriegsverfassung anleitung gegeben werden möchte, auf solchen oder dergleichen fall demselbigen, deme sie es gunnen wurden, zum besten solches kriegsvolk zu gebrauchen. Datum auf meinem schloss Arnsperg, den 29. april a. 611".

Ma., 39|9, f. 40; Or.

169. Brömser an den Kurfürsten von Mainz. April 30.

Letzten Montag [April 25] bin ich mit den Sachsen hier angekommen und habe alles in traurigem und gefährlichem Zustande gefunden. Wir haben uns gleich mittags anmelden lassen und wurden für nächsten Morgen zur Audienz berufen; auf besonderes Verlangen des Kaisers musste auch ich dabei erscheinen. Bericht über die Audienz.[1]

Der Kaiser antwortete unser Anbringen kurz wiederholend; ich wunderte mich, dass er bei diesen beschwerlichen Zuständen und Wirrnissen noch so „beständig" redete und alles so wol behielt. — Am selben Tag noch kamen einige von den Ständen, die mit den Sachsen bekannt waren, zu uns und redeten allerlei, woraus der böhmischen Stände verbittertes giftiges Gemüt leicht abzunehmen war. Wir begegneten ihnen mit Bescheidenheit, wobei sich die Sachsen sehr löblich erzeigten.

Am nächsten Morgen schickte der Kaiser ein Handbrieflein[2] an den Herzog von Braunschweig und uns andere herab; wir liessen demselben gemäss die Schlesier sobald als möglich ermahnen, die sich zu allem guten erklärten und vorgaben, bisher in der ganzen Handlung von den Böhmen noch nicht ersucht oder gehört worden zu sein.

[1] Vgl. den Bericht der Sachsen in no. 160.
[2] Vgl. no. 160, S. 396, Anm. 1.

Digitized by Google

April 30. Am selben Tag ist der König aus der Altstadt auf den Hradschin gezogen; er wohnt dort im Hause Popels, wo im vorigen Jahr Rat gehalten worden war. Sein Aufzug war anzusehen als zöge er gegen den Feind oder in grosse Gefahr. Das hat nicht nur der Kaiser übel empfunden sondern auch viele Leute geärgert; denn mit Matthias zogen sechs Fähnlein Reiter in voller Rüstung und einige Fähnlein Knechte, österreichische und böhmische. Darauf wurden die Wachen angestellt: auf dem Platz vor des Königs Behausung blieben zwei Fähnlein, auch auf dem Hradschin und allen andern Plätzen werden so starke Wachen unterhalten, dass alle Stunden 4000 Mann auf Wache sind. Das Schloss wird innen durch die Böhmen und Mährer verwahrt, wobei grosse Vermessenheit und Unbescheidenheit zu spüren ist, indem alle Winkel, wo nur der Kaiser zu gehen pflegt, mit Wachen besetzt sind, so dass das Schloss einem engen Gefängnis gleich sieht, was dem Kaiser sehr zu Herzen geht.[1] Wir haben beim König und den Ständen deswegen wiederholt scharf remonstriert, haben auch gehofft, es werde erträglicher werden, wenn der König herüberzieht, aber es sind die Wachen nur vermehrt worden. Erst heute ist uns in des Königs Namen versprochen werden, man wolle besonders auf den geheimen Gängen sich mehrerer Diskretion bedienen.

Vorgestern haben die Sachsen beim König Audienz gehabt und begehrt, dass er einen Vertrauten zur Kommunikation mit uns verordne. Gestern fieng man mit derselben an[2]; ich bin mangels an Kreditiven weggeblieben, doch haben mir die Sachsen alles berichtet: Khlesl hat ganz eifrig wider den Kaiser gesprochen und wird er für den Direktor alles dessen gehalten, was geschieht. Man antwortete den Königlichen so, dass die verordneten Räte sich erboten, der Sache nachzudenken und des Königs Meinung darüber zu vernehmen; auch begehrten sie, montags wieder zusammenzukommen. Inzwischen schieben sie alles, was sie nicht verantworten können, auf die Stände, deren der König nicht völlig mächtig sei; diese aber wollen ohne Rücksicht auf Kaiser und Reich immer vorwärts und haben bereits den Himmelfahrtstag [Mai 12] für die Krönung bestimmt. Darauf liessen wir den König durch seine geheimen Räte warnen, dass, wenn die Krönung so unförmlich und mit Verachtung des Kaisers und der Kurfürsten vor sich gienge, er sich das ganze Reich zuwider machen, sich alle Hoffnung, weiter zu kommen, abschneiden und sein Haus ruinieren würde; wenn er sich aber nicht übereile, so werde man hoffentlich Mittel und Vorschläge finden, wodurch beide Teile bei „gutem Glimpf" erhalten werden könnten.

---

[1] Dasselbe meldet am 2. Mai Wilhelm Bodenius an den Herzog von Baiern: der Kaiser habe diese Wachen sehr empfunden und sei in solchem Despekt und „angustiis", dass es schier unerhört sei; er sei darüber sehr bekümmert, habe gestern fast den ganzen Tag zu Bett gelegen, „welches kaum ein kaiserlicher Minister gedenket" (Mc., Entstehung, Fasz. III., no. 26, f. 79; Or. eigh.).

[2] Vgl. no. 165.

Digitized by Google

Darauf fiengen die Königlichen an, sich zu Verhandlungen zu erbieten; April 29.
die Stände aber bleiben böse und unbescheiden.

Wir Gesandte haben uns einiger Artikel verglichen,[1] wie aus diesem Unwesen mit Reputation von Kaiser und Reich zu kommen wäre und wollen deswegen heute oder morgen des Kaisers Willensmeinung erforschen. Ich lege sie bei und bitte um Dero Resolution und Gutachten darüber. — Es ist nicht sicher, in geheimen Sachen schriftlich zu berichten; kaiserliche, kurfürstliche und fürstliche Schreiben werden aufgefangen, erbrochen oder zurückgehalten; da ich aber Sachen erfahren habe, die E. kfl. Gn. noch vor dem Kurfürstentag wissen müssen, so bitte ich einen Vertrauten hieherzuschicken, der mich entweder ablöst oder dem ich mündlich Mitteilung darüber machen kann. Ich habe einen Anwurf getan, selbst ins Reich zu ziehen, Berichte zu erstatten und dann wieder zu kommen; man hat sich aber nicht dazu verstanden. Ich erinnere E. kfl. Gn., Dero geistliche Mitkurfürsten ernstlich anzumahnen, auch jemanden hierherzuschicken; der Kaiser und die Sachsen erwarten es und hat es Dero Reputation sehr gemehrt, dass ich mit den Sachsen hieher gezogen bin, so sauer es mich ankam. Sachsen erzeigt sich in allem wol und gut deutsch.

Mit Tengnagel steht es ganz erbärmlich. Er ist wiederholt, wie der Scharfrichter selbst bekennt, schrecklich gefoltert worden — wie es scheint — nur darum, um etwas gegen die Katholischen aus ihm herauszubringen. Ich höre aber, dass die Stände nicht finden, was sie suchen und sollen darum, wie den Sachsen mitgeteilt wurde, Hannewald und Hegenmüller wieder in ihre Häuser gelassen, doch noch im Arrest behalten werden. Nun gibt man vor, dass die Oesterreicher begehren, die beiden in ihre Gewalt zu bekommen. Die Sachsen und ich aber haben beschlossen, falls die Entlassung nicht erfolgt, im Namen des Kaisers und der Kurfürsten die Stände und den König anzureden, dass solches Vorgehen gegen geheime und Reichshofräte für Kaiser und Reich und besonders für das kurfürstliche Kolleg verkleinerlich sei und dass, wenn jene schon den Kaiser hierin für parteiisch erachteten, die Kurfürsten „auf genugsame klag und beweiss darin verfugen wurden," was Recht sei und was des Reiches Notdurft und Reputation erfordere; die Stände könnten nicht Kläger und Richter zugleich sein, noch seien sie dazu kompetent. Schmetschansky und Slawata haben sie hart zugesetzt; Tengnagel hat die beiden ersteren als Mitanstifter angegeben und sie dadurch sehr gefährdet, aber dann immer wieder „losgesprochen; daher sollen sie beide wieder in ihre Ehren bei den Ständen restituiert werden. — Vom passauer Volk hört man hier fast gar nichts, so dass man sich wundern muss, dass die Böhmen so böse und über den armen Kaiser her sind, der ganz wehrlos, ja fast ohne Diener ist, wogegen man das passauer Volk, das sich in seinen Quartieren lustig

[1] No. 164.

Digitized by Google

April 30. macht, unangefochten lässt. Erzherzog Leopold, Sulz und Ramée sollen zu Passau sein, Althan bei den Soldaten in Budweis; die Führer sollen uneins sein und Althan den Ramée und Sulz vor das Kriegsrecht geladen haben; sie wollen aber nicht kommen.

Der Fürst von Siebenbürgen[1] ist vergangene Woche vom Kaiser wieder losgegeben worden; während der Verhaftung hatte man ihm all sein Geld und seine Kleinodien abgenommen und die Truhen versiegelt und in Verwahrung genommen; als man ihm jetzt die Truhen auf Befehl des Kaisers zurückstellte, fanden sie sich alle leer; Sulz soll den Inhalt als Zehrpfennig und, um damit seine Taten zu krönen, mitgenommen haben; daher gedenkt jeder des Grafen wie eines toten Gauls; ich glaube nicht, dass er sobald wiederkommen und sich bei den Böhmen persönlich entschuldigen wird.

Ich wohne noch bei den Sachsen, wo wir uns auch mit der Mahlzeit eingedingt haben; die trockene Mahlzeit kostet für die Herrn einen Taler, für die Diener das Ort eines Talers, der Wein wird auf den Kerbstock geholt. Ich und die Sachsen speisen gesondert. Anderes darf ich der Feder nicht vertrauen und bitte, dass E. kfl. Gn. eine geeignete Person deswegen hierher schicken. Datum Pragk den letzten aprilis a. 1611. — Praes. Aschaffenburg 8. maii 1611.

Nachschrift: Soeben fordern die Kursachsen mich auf, E. kfl. Gn. zu erinnern, bei Dero geistlichen Mitkurfürsten entsprechende Abordnungen hieher zu beschleunigen, damit alles mit Reputation des Reiches und des kurfürstlichen Kollegs geschehe. Ebenso bitte ich, mir jemanden geeigneten beizuordnen; denn es ist mir hochbedenklich, in so wichtigen und gefährlichen Sachen die Katholischen hier allein zu vertreten, zumal die Brandenburger jedenfalls vor den Trierern und Kölnern kommen werden. — Die Reichshofratskanzlisten finden sich beschwert, dass jene Anordnungen, die E. kfl. Gn. vor Dero Abzug gegeben, nicht beachtet werden; auch ich finde, dass dieser Aufschub des Taxators E. kfl. Gn. verkleinerlich und es unbillig ist, dass einer allein den Vorteil geniessen will, der vielen zukommt. — Eben höre ich von Hegenmüllers Weib, dass es mit der Enthaftung ihres Mannes und Hannewalds nichts sei; sie seien wieder in die Altstadt in das gewöhnliche Gefängnis geführt worden. Da der Kaiser die Verhaftungen sehr empfindet und dies in der ersten Audienz stark betont hat, so wollen wir Gesandte morgen dem König und den Ständen deshalb ein Memorial übergeben; ich glaube, dass E. kfl. Gn. mir deswegen noch besonderen ernsten Befehl zukommen lassen sollten. Dr. Rebmann erbietet sich zu allen möglichen Diensten, doch habe ich seinetwegen noch Bedenken. Datum Pragk wie oben.

Wmz, Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 87 und 88; Or. eigh.[2]

---

[1] Sigmund Bathory; vgl. A. Huber, Geschichte Oesterreichs, IV., S. 434.

[2] Der Kurfürst erwiderte am 12. Mai: er könne auch jetzt noch keine weiteren Instruktionen erteilen als dass Brömser mit den anwesenden kurfürstlichen Räten gute Korrespondenz pflege und des Kaisers Hoheit und Frieden und Einigkeit erhalten helfe; das andere beruhe auf der persönlichen Zusammenkunft der Kurfürsten. Brömser habe sich vor weiteren Verbürgungen

Digitized by Google

170. Baugy an Puysieulx. April 30.

„Les Espagnolz en conformite du jugement que Vous en faictes dans Vostre derniere du 13.e de ce mois, aydent tant qu'ilz peuvent a l'advancement des desseings et a l'accroissement du roy de Hongrie, esperans de le trouver plus maniable et favorable a leurs entreprises que n'a este ledict s.r empereur, lequel estant bien averty des mauvais offices qu'ilz luy rendent en cela et mesmes qu'ilz ont gagne ses principaulx ministres pour cooperer a leur intention, s'en plainct grandement et monstre, qu'il voudroit bien s'en ressentir; mais ce desir est vain et ne sert qu'a luy travailler l'esprit, maintenant qu'il luy est quasi impossible de le mettre en execution. Il y en a qui afferment, qu'il avoit projetté de faire passer en Allemagne le duc de Savoye et de le faire joindre aux troupes qui ont este si longtemps inutiles en Alsace et a celles de Passaw, ce que semblent confirmer les intelligences et correspondances que l'archiduc Leopold et le sieur de Ramee entretenoient avec ledict s.r duc,[1] lequel auroit semé le bruit du siege de Geneve et du recouvrement du pays de Vaux, pour avoir quelque pretexte de retenir son armee sur pied. Je Vous laisse a considerer, monsieur, ce qui en peut estre et les empeschemens, qu'eust rencontré ledict s.r duc; celà Vous diray-je seulement que son humeur, que l'on cognoist assez en France, fait que plusieurs croyent que ce discours n'est pas sans fondement. L'on attend icy il y a desja quelques semaines un sien agent et ne

---

im Namen von Kurmainz zu hüten, bis die Absichten der andern Kurfürsten bekannt seien; inzwischen sei die Abschaffung der Schildwachen und die Befreiung der kaiserlichen Diener zu betreiben. Brömser möge sich auch mit den Sachsen unterreden, ob man nicht dem Kaiser vorschlagen solle, einige der Reichssachen kundige Räte aus dem Reich kommen zu lassen, damit er sie zu Schickungen und sonstwie gebrauche. Wegen des Herannahens des Kurfürstentages könne Brömser noch nicht abberufen werden (Wmz., a. a. O., no. 95 und 96; Kpt.).

[1] Vgl. no. 145, S. 354, Anm. 2 und no. 168. Der spanische Staatssekretär Andreas de Prada schreibt am 5. Mai über dieselbe Sache an den Staatssekretär Antonio de Arrostegui: aus Turin habe man Nachricht, dass der Herzog von Savoyen jemanden nach Deutschland abgeordnet habe, um die Absichten des Kaisers zu gunsten des Erzherzogs Leopold zu unterstützen, „llevando el dos fines en lo suyo: el uno de que haziendose guerra a los heregès de Alemaña se diviertan de soccorerer a Genebrinos y Berneses y el otro, porque siendo Leopoldo electo rey de Romanos, piensa el duque tratar casamiento con una de sus hijas o por lo menos ganarle para que se le ayude a tratar en España, y que para este efecto avia embiado letras de cien mil escudos para soccorrerle luego con ellos.“ Man möge Zuñiga deshalb benachrichtigen (Sim., Fasz. 2497, f. 276; Or.). — Das königliche Schreiben an Zuñiga vom 21. Mai; ebenda, f. 399; Kpt. — Auch der Herzog von Württemberg wollte wissen, dass das savoyische Kriegsvolk von der Königin von Frankreich den Pass durch Burgund stark begehre; er besorgte einen Angriff auf seine burgundischen Besitzungen, besonders auf die Festung Blamont (Württemberg an den Administrator der Kurpfalz am 23. April / 3. Mai; U., Unionsacta, tom. XXII., no. 2159; Kopie).

Digitized by Google

April 30. sait un autre suget de son retardement, si non que les affaires ayant priz de deçà un autre train que quelques uns ne pensoient, il a renvoye a Turin querir une nouvelle instruction. Les ambassadeurs de Vallaquie sont icy pour demander secours au roy de Hongrie pour le Vayvode Radul contre Gabriel Battori prince de Transsilvanie; le cousin de cestuy-cy Sigismond a esté finablement miz en liberté depuis quelques jours aprez quinze mois de prison et qu'on l'a despouillé de tout ce qu'on luy a peu prendre. De Prague ce 30.e d'avril 1611".

Pa., coll. Harlay no. 238, vol. XII., f. 151; Or. eigh.

April 30. **171. Der Kurfürst von Mainz an den von Sachsen.**

Brömser hat uns überschickt, was E. L. ihm über das prager Wesen haben mitteilen lassen. Wir waren darüber höchlich bestürzt und konnten nicht erdenken, wie König Matthias sich zu solchem Vornehmen hat bewegen lassen können, nicht nur für sich sondern auch, indem er zu dem Vorgehen der Stände gegen den Kaiser und dessen Diener schwieg; der König ist doch ein Reichsfürst, die Krone Böhmen ein Kurland; gleichwol setzt er die Rücksicht auf das Reich ganz bei Seite als hätte er es nicht zu verantworten oder müssten alle Reichsstände ihm nachgeben, dass er und die Böhmen nach ihrem Gefallen mit dem Kaiser verfahren. Dazu wird es aber hoffentlich nicht kommen und wird Gott alle friedfertigen Stände erleuchten, dass sie zum Haupte halten. Wir danken daher nochmals E. L., dass Sie als nächster Nachbar Böhmens der Sache wahrnahmen und die Ihrigen nach Prag abfertigten; wir haben auch bereits unsere geistlichen Mitkurfürsten zu gleichem ermahnt;[1] leider wird man es trotz der hohen Notwendigkeit bei dem festgesetzten Termin für den Kurfürstentag belassen müssen. Wir bedenken auch, dass bei allem Eifer die Kurfürsten bei ihrer Zusammenkunft die Hauptlast nicht allein werden erheben können, wenn nicht alle Stände des Reiches das ihrige beitragen; andererseits sehen wir nicht, wie der Kaiser bei solcher Einschränkung zur Ausschreibung eines Reichstages kommen, sich zu einer freien Proposition ungefährdet entschliessen oder die ordentliche Direktion bei einem Reichstag würde halten können. Da aber dem Hauptwerke Rat geschafft werden muss und zu besorgen ist, wenn die Kurfürsten bei solcher Lage mit oder ohne Zustimmung des Kaisers selber einen Reichstag ausschreiben, dass wegen der beschwerlichen Spaltung unter den Ständen einem solchen Ausschreiben schlechte Folge gegeben werden würde, so haben wir uns E. L. eröffnen wollen, ob Sie vielleicht einen Weg finden, durch Mittelspersonen des Kaisers „Gelegenheit" zu vernehmen, ob er sich getraue, selbst ein solches Ausschreiben zu erlassen oder ob er sonst den Kurfürsten insgesamt, doch dem Herkommen unabträglich, die Aus-

[1] Vgl. no. 159, S. 393, Anm. 1.

Digitized by Google

schreibung eines Reichstages befehlen wolle, einzig um zu bedenken, wie dem unordentlichen Verfahren gegen ihn, den Kaiser, gesteuert und er aus so unverantwortlicher Gewalt errettet werden könne und mit dem Vorbehalt, dass die Punkte, die allein vor die Kurfürsten gehörten, diesen auch gewahrt bleiben. Würde hierüber dem Kurfürstentag eine Erklärung des Kaisers vorliegen, so könnte man desto eher zu einem gewissen Ausschlag „eines zuträglichen mittels zu versamblung der reichsstende" gelangen und von dort aus gleich das Nötige bedenken und richten. Wir bitten darüber um Dero Gutachten und wollen mit E. L. und den andern Kurfürsten alles befördern, was zu des Kaisers Tröstung, Errettung und zur Erhaltung seiner und des Reiches Ehre dienen mag. Datum Aschaffenburg den 30. aprilis a. 1611. April 30.

Nachschrift. Mit Rücksicht auf das gefährliche Aufwachsen der prager Sache wäre vielleicht dienlich, noch vor dem Kurfürstentag Kurbrandenburg dazu zu bestimmen, dass der Kurfürst, falls er bei der aus dem jülichschen Verfahren entsprungenen Offension gegen den Kaiser noch etwas alteriert wäre und mehr auf des Königs Seite neigte, den Sachen zuvor etwas besser nachdächte, damit man beim Kurfürstentag desto leichter fortkäme und nicht ungleicher Meinung würde.

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 108c; no. 68; Kpt. von Faust.

172. Abschied des würzburger Ligatages. April 30.

Da auf dem im Dezember 1610 zu Augsburg gehaltenen Tag die vorgelegten Punkte wegen Abwesenheit der rheinischen Stände nicht haben erledigt werden können und inzwischen nicht wenig erhebliche Sachen vorgefallen sind, so ist dieser Tag nach Würzburg auf den 18. April ausgeschrieben und endlich folgendes verabschiedet worden:

1. Die Rechnungen sind zuerst in pleno „summariter" durchgegangen, dann aber ist bestimmt worden, dass, „ob gleichwol dis ein gemaines und unabsonderlich werk," für diesmal die rheinischen und oberländischen Stände ihre Rechnungen für sich prüfen und berichtigen sollen; unter den rheinischen Schulden sind die Forderungen des Grafen Rietberg einbegriffen.

2. Ueber die Aufnahme Sachsens ist, weil dasselbe keinen Abgeordneten geschickt hat, nichts verabschiedet, doch bedacht worden, dass dessen und anderer Protestanten Aufnahme gemäss dem Inhalt der Bundesnotel geschehen soll.

3. Die Sammlung eines ergiebigen Vorrates ist für durchaus notwendig erachtet worden. Da aber beide Bezirke der Union grosse Schulden haben, die noch im laufenden Jahr bezahlt werden müssen und sollen, so würde es manchen Ständen unerschwinglich sein, über die dafür nötige Steuer noch mehr zu leisten; um jedoch einen Anfang zu machen, sollen noch vor Ausgang dieses Jahres 5 Monate zum Vorrat erlegt werden, in den nächsten drei Jahren dann je 20 und darauf, so

Digitized by Google

April 30. lange die Union währt, jährlich je 10 Monate. Diese Bewilligung, ausser der für das laufende Jahr, ist von etlichen nur zu Bericht genommen worden; deren Herrschaften sollen sich deshalb noch vor Ende des Jahres erklären. Die neue Steuer soll vollständig an die Kasse gezahlt werden und kein Stand über seine Quote — ausser in dem durch die Bundesnotel vorgesehenen Falle — anderweitig verfügen dürfen. — Da jedoch der so beschaffte Vorrat noch nicht erklecklich sein wird, ein mehreres den Ständen nicht möglich und die Dezimation der Geistlichen bei den meisten nicht „practicierlich" ist, so soll gemäss dem ersten würzburger Abschied dahin gesehen werden, „alle dort benambste in- und auslendische potentaten und stende in dise verain mit einzuziehen und das jeder, dem die erhantlung anderer stent ufgetragen, von dato aines halben jars beden herrn puntsoberisten seiner verrichtung relation thuen sol, dabei aber in allweg bedacht worden, erzherzog Maximilian ... durch bede herrn puntsoberisten vermitls I. fl. Gn. herrn abten zu Kembten zu ersuchen, nit weniger bei bepstlicher H.[lt] und kgl. W. in Hispanien" durch deren Gesandte zu Prag „zu solicitirn, das bede ... aus dero der liga zum besten verortneten suma gelts, wo nit uf einmal, jedoch alle jar was ergibigs, so lang die union weret, zum voraht par erlegen und in bede cassen zugleich eintragen." — „Nachdem aber noch zur zeit bei so geringer anzal der stent und schlechten parschaft einem inskonftig betrangten puntsstant die hilfliche hant nicht, wie es etwa die notturft erfordert, kan geboten werden, so hat man für rahtlich angesehen und gehalten, es sollen die negstbenachtparten stent sich, doch unabrichig diser union, einer particulardefension .... mit einander ehist vergleichen." — Kur-Trier hat erklärt, da es mit seiner Ritterschaft wegen der Steuerfreitheit am Kammergericht rechtshängig sei, könne es, wie es seit mehr als 30 Jahren bei den Reichshilfen tue, nur zwei Drittel des Reichsmatrikelsanschlags erlegen; Kurköln will wegen der bekannten Erschöpfung des Erzstifts, falls es in jetzigem „Ruhestand" verbleibt, ein Drittel erlegen. Beide werden deshalb an die Obersten gewiesen; bis zu künftigem Bundestag und auf Ratifikation wurde aber die Moderation bewilligt.

4. Die Stände werden ermahnt, pünktlich zu zahlen. Der Abgesandte der schwäbischen Grafen erklärt auf Befragen, dass diese die zu Würzburg bewilligten 42 Monate zu den vier von ihnen bezeichneten Zielen (Martini 1610, Invocavit und Michaelis 1611 und Purificationis 1612) unfehlbar erlegen wollen, was die anderen Gesandten angenommen haben. Die neuen Bewilligungen hat der Gesandte zu Bericht genommen.

5. Nach der mainzer und münchener Notel muss derjenige, der einen Bundesstand angreift, ehe der Bund rüstet, um Abstellung der Beschwerung ersucht werden. Diese Bestimmung bewirkt, dass die Gegner die Bundesstände nur um so leichter und ungescheuter vergewaltigen können: denn ehe jene ersucht werden, können sie viel Schaden anrichten; auch muss man, falls die Gegner angesichts der Massregeln der Abwehr die Waffen

Digitized by Google

ablegen und jener Notel nach Kosten und Schäden „dahinden lassen.“ April 30.
Daher ist folgende Erläuterung der Notel beschlossen worden:

„Es sollen gleichwol die catholische buntsstend zue tathandlung und armirung nit anlass geben, da aber auss verursachung dess gegenthails die defension und waffen nottringlich ainmal an die hant genomen, er erpiete sich hernach gleich zur güete oder nit, [so ist] besagte defension oder arma, so gut man kan oder mag, dem freunt zum besten und dem feint zum höchsten nachthail für- und anzuwenden, das volk so balt es imer geschehen kan und mag, uf des feints lant und unterthonen zu legen und zu füeren, auch forderst die waffen weiter so lang nit auss den handen zu lassen sonder damit wirklich vortzusezen und dem gegenthail so lang armata manu nachzuhengen und zu verfaren, biss sowol der erlittne schaden als auch der ufgewandte uncosten zu gnüegen erstadt und von dem gegenthail durch gebürende caution und versicherung die bundständ weiter dergleichen überfals und betrangnus geübrigt; nicht weniger, wann und so oft es ad factum und zur gegenthathandlung kombt, auch das volk auf den beinen, also dass es nur fortruckens und exequierns bedarf und man die gelegenheit an händen, den vergewaltigern wirklich resistenz, widerstand und abbruch zu thun, dass alsdann dem bundsobristen inhalt verglichener bundsnotl ein freie offne hand gelassen werden soll, ohne ferners zuruckgelangen, requiriern und dergleichen seiner discretion und guetachten nach zu verfahrn.“

6. Obgleich die kurkölnischen Gesandten die von Jülich her den rheinischen Stiftern drohende Gefahr „hoch angezogen“ und insbesonders um Unterhalt der kaiserswerther, die kurtrierischen um Unterhalt der ehrenbreitsteiner und der Grenz-Besatzungen gebeten haben, so ist doch beschlossen worden, da die Possidierenden nach dem getroffenen Vergleich ihr Volk entlassen müssen, auch das des Bundes ganz zu verabschieden; nur ist Kurtrier und Kurköln, damit sie während der Abdankung des Volkes der Possidierenden gesichert sind, die Unterhaltung von 60 Pferden auf zwei Monate vom Tage dieses Abschiedes an bewilligt worden.

7. Wie zu Augsburg angeregt worden, wurde nun ein Schreiben an den Papst und an den König von Spanien entworfen, um beide von dem münchener Vertrag mit den Protestanten zu benachrichtigen; Köln, Trier, Würzburg und Augsburg sollen als Adjunkten mitunterzeichnen.

8. Die Gesandtschaft nach Frankreich und Lothringen ist möglichst zu befördern; da der Bischof von Speier sich entschuldigt hat, soll dem Grafen Frobenius von Helfenstein durch die Bundesobersten ein anderer Graf zum Begleiter erhandelt werden; ist keiner zu finden, so soll Helfenstein allein reisen.[1] — Die Abordnung an Erzherzog

[1] Der Abschied steht im Auszug bei P. P. Wolf, Geschichte Maximilians I.; III., S. 39 f. — Am gleichen Tag errichteten die rheinischen

Digitized by Google

April 30. Albrecht wollen die kurfürstlichen Gesandten gleich ins Werk setzen. — Ob die Gesandtschaft nach Venedig anzustellen sei, wird den Bundesobersten überlassen. Geschehen zu Wirzburg den 30. aprilis im jar 1611.

Mc., Entstehung, Fasz. V., no. 37, f. 149; Kpt. von Leuker. — Wmz., Religionsakten, Bd. 12, no. 123; Or.[1]

[April Ende]. **173. Instruktionen des Fürsten Christian von Anhalt für Johann von Dordt zur Schickung an König Matthias und an die böhmischen Stände.**

A. Hauptmemoriale.

I. Zur Werbung beim König:

1. Dank für das Schreiben vom 19. März, das Schönburg überbracht hatte.[2] 2. Mitteilung von dem zwischen Kursachsen und Kurbrandenburg getroffenen Akkord; Ratschlag, beiden Kurfürsten deshalb zu gratulieren und sich bei ihnen also zu insinuieren. 3. Bisher wurde kein Unionstag ausgeschrieben, doch soll der König zeitig genug von der Ausschreibung benachrichtigt werden. O. D.

II. Zur Werbung bei den böhmischen Ständen:

1. Wünsche guten Erfolgs zu deren Vornehmen. Der Fürst war wegen des jülicher Wesens lange von den böhmischen Grenzen abwesend, doch hat er auch so stets der Stände bestes in Acht genommen. 2. Ihren Bericht vom 9. März[3] wegen des Einfalls u. s. w. hat der Fürst erst zu anfang des April

---

Stände unter sich noch einen besonderen Rechnungsrezess mit der Bestimmung, dass jeder rheinische Bundesstand seine Spezialrechnung mit Belegen bis zum 30. Mai der mainzischen Kanzlei einzuliefern habe; ebenso sollen binnen sechs Wochen alle Ausstände an die rheinische Kasse geliefert werden (Wmz., Religionsakten, Bd. 13; — Kpt.). Ein gleicher Rezess der Oberländer fehlt, dagegen liegt (in Wmz., a. a. O.) ein Rechnungsauszug der oberländischen Kasse vor, wonach diese Kasse einschliesslich der Beiträge des Papstes (16 666 fl. 40 krz.) und Spaniens (90 000 fl.) und der bairischen und augsburgischen Vorschüsse (129 053 fl. und 52 000 fl.) 547 048 fl. 49 krz. erhalten, aber (hauptsächlich für die Regimenter von Maradas, Mörsberg und Haslung) 569 703 fl. 19 krz. 5 h. ausgegeben hatte. — Die am Nachmittag des 28. April verabschiedeten Partikularpunkte blieben aus dem Abschied weg und wurden in ein besonderes Verzeichnis gebracht (Wmz., Religionsakten, Bd. 12, no. 124; Kpt.). Dem Abschied trat ausser den Teilnehmern der Versammlung nachträglich noch der Bischof von Worms bei (Bischof von Worms an Kurmainz am 3. Mai; Wmz., Religionsakten, Bd. 12, no. 132; Or.).

[1] Kurmainz schlug am 5. Mai für diese Schickung neben Helfenstein den Grafen Johann von Hohenzollern vor (Wmz., a. a. O., no. 130; Kpt.), Herzog Maximilian von Baiern aber mit Rücksicht darauf, dass die katholische Union meist aus geistlichen Ständen bestehe und man geübte Leute verwenden müsse, weil man es in Frankreich mit „referigen" Köpfen zu tun habe, den Dompropst Arnold Bucholz von Hildesheim (Baiern an Kurmainz am 20. Mai; Wmz., a. a. O., no. 148; Or.).

[2] Vgl. no 105, S. 256.

[3] Vgl. no. 81, S. 182, Anm. 4.

Digitized by Google

empfangen; er hat keinen Augenblick daran gedacht, dass die den Ständen zugemessenen Auflagen wahr sein könnten und zweifelt nicht, die Stände werden die Gelegenheit zur Beförderung der Ehre Gottes und zur Erhaltung gemeiner Libertät gebrauchen. Sie werden sich auch sicherlich bei ihren Erfolgen so zu benehmen wissen, dass sie nicht durch Geringschätzung des geringen leopoldischen Kriegsvolks das Feuer wieder über Hand nehmen lassen. Erbieten zur Korrespondenz. O. D. [April Ende].

B. Nebenmemoriale.

I. Zur Werbung beim König:

1. Der König ist im Privatgespräch daran zu erinnern, dass er sich ein für allemal vor bösen Räten sichere, damit sie nicht wieder aufkommen und das letzte ärger werde als das erste; darüber ist auch mit Thurn, Herberstein und Lucan[1] zu reden. 2. Sollte ein Vergleich zwischen Kaiser und König getroffen werden, so ist darüber ehestens zu berichten. 3. Es ist zu erkunden, wie sich Sachsen gegen den König erweist und was man deswegen hoffen kann. 4. Weitere Aussagen der kaiserlichen Räte, Aerzte u. s. w., die gegen den König etwas vornehmen sollten, sind dem Fürsten mitzuteilen. 5. Es ist zu erforschen, was der Nuntius und Zuñiga gutes kochen? 6. worauf es mit Braunschweig, Leuchtenberg, Barvitius und Wacker[2] besteht? 7. was Erzherzog Albrecht bei diesen Sachen tut und wie der König gegen ihn affektioniert ist? 8. Khlesl ist des Fürsten Gruss zu vermelden und ihm zu sagen, dass Schönburg seiner in allem guten gedacht habe; er möge bei seinem guten Vorsatz beharren und, wenn er dem Fürsten schriebe, wolle dieser auch antworten. 9. Es ist zu berichten, wie das königliche und böhmische Kriegsvolk beschaffen und was dessen Vorhaben ist? 10. wie es mit Magazin und Vorrat steht? 11. Der Zustand des passauer Volks ist zu schildern. 12. Die Vornehmsten, denen D. sich anzuvertrauen hat, sind: Thurn, Herberstein, Zierotin, Losenstein, Wilhelm Lobkowitz, Fels, Budowec, Ruppa, Wallenstein, Karl von Lichtenstein, Lucan, Thurzo, Seifried Kollonitsch, Reichard von Starhemberg, Tschernembl und Graf Friedrich von Fürstenberg. 13. Es ist zu erkunden, wie die Geistlichen, besonders Mainz, Würzburg und Salzburg mit dem König stehen? 14. Korrespondenz in Ziffern. 15. Der Fürst will bis 3. oder 4. Mai [a. St.] in Bernburg bleiben und um Pfingsten zu Amberg sein; darnach ist die Korrespondenz anzustellen. 16. Was ist aus Italien an Kriegsvolk zu erwarten und was will der Papt bei der Sache tun? Ist Aussicht auf einen Türkenkrieg?

[1] Oberstleutnant im Dienste Rosenbergs; L. vornehmlich führte die Verhandlung wegen Zertrennung und Abdankung des passauer Volkes.

[2] Dr. Johann Matthias Wacker von Wackernfels auf Jungferndorf, Referendar des Reichshofrates.

Digitized by Google

[April Ende].

II. Zur Werbung bei den böhmischen Ständen:

Wie können die böhmischen Stände des passauer Volkes ledig werden? — Da dies Volk noch zwei bis drei Monate im Lande bleiben möchte und allerlei Zwischenfälle eintreten könnten, zu einer Aktion mehr Volk und Vorrat vorhanden sein müsste und, wenn man Volk aus dem Reich oder der Nachbarschaft einführte, die Krone Böhmen darüber zu grunde gehen könnte, so sieht der Fürst zu obigem Zweck nur zwei Wege: 1. die Passauer mit der Länge der Zeit auszumatten, wozu aber grosse Vorsicht gehört und wobei die Untertanen auch sehr beschwert würden oder 2., die Passsauer mit Geld abzufinden, was vielleicht das beste Mittel wäre. Damit es aber nicht aussieht, als geschehe es aus Not und Zwang, so könnte diese Abfindung durch Interposition des Fürsten als eines Soldatenfreundes zur grösseren Reputation des Königs und der Stände geschehen. Dordt soll darüber mit Lucan reden.

Wenn Thurn und Herberstein diesen Weg ratsam finden, so könnte Dordt desselben beim König gedenken; dabei wäre darauf zu sehen, dass das passauer Volk völlig abgedankt und es verhütet werde, dass es sich wieder sammle, sonst könnte des Fürsten Intention bei den Unierten leicht anders verstanden werden. Würde man aber das passauer Volk los, so würden die Unierten es dem Fürsten Dank wissen. O. D.

Bbg., A 9a, no. 166., f. 132; Kptkopie.[1]

Mai 1. **174.** Der Kurfürst von Brandenburg an den von Sachsen.

Eben wollten wir E. L. unsere Gedanken wegen der begehrten Abordnung nach Prag weiter entdecken[2] als E. L. fernere Anmahnung vom 16./26. April einlief.[3] Wir lassen nun dahingestellt

---

[1] Johann von Dordt war Generalkommissar und Proviantmeister im Kriegslager vor Jülich gewesen und wurde von Fürst Christian noch mit besonderen Empfehlungen an den König und an die böhmischen Stände, an Herberstein und Thurn ausgerüstet, damit er in Böhmen Dienst finde (Bbg., a. a. O., f. 136; Kpt.). — Am 7. Mai berichten sowol die kursächsischen Gesandten (vgl. unten no. 181) als Bodenius (Mc., Entstehung, Fasz. III, no. 26, f. 83; Or. eigh.) von Dordts Anwesenheit zu Prag.

[2] Schon am 12./22. April hatte Kurbrandenburg die erste Aufforderung Kursachsens (vom 8./18. April), Gesandte nach Prag abzuordnen, mit dem Hinweis darauf abgelehnt, dass er mit dem Kaiser nicht ausgesöhnt und weder von diesem noch von Kurmainz ersucht worden sei, also nicht wissen könne, wie der Kaiser eine solche Abordnung aufnehmen möchte; als des Kurfürsten Vater sich 1608 in derselben Sache wolmeinend interponiert, habe man dessen Gesandte doch von der Handlung ausgeschlossen; auch sei die Zeit zu einer Abordnung zu kurz und würden die Gesandten zu spät kommen; doch wolle der Kurfürst der Sache nochmals nachdenken und baldigst seine Entschliessung mitteilen (Drs., l. 9167, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 195; Or.).

[3] Der Kurfürst von Sachsen schrieb: Da höchste Gefahr im Verzug ist, jeder Kurfürst sich Amts und Pflichten halber des Reichshauptes an-

Digitized by Google

sein, in wieweit wir als Kurfürst verpflichtet sind, uns des Kaisers auch unser unersucht anzunehmen, da eine Verpflichtung doch nur in dem Fall eintreten kann, wenn der Kaiser nach vorhergehender Beratung mit den Kurfürsten etwas anfängt und dabei in Gefahr gerät; wir lassen auch dahingestellt, „dass wir alsdann allein uns unersucht in dem werk mit einzulassen, wan niemand unserer mitchurfürsten ersucht;“ nun ist aber ein Teil ersucht, wir aber sind jetzt ebenso wie in der pfälzischen Vormundschaftssache übergangen worden. Wir besorgen ferner, dass diese Unterhandlung allem Ansehen nach nicht ohne Verweis des Kurfürstenkollegs abgehen wird, weshalb uns um so bedenklicher ist, uns ihrer teilhaftig zu machen. Dazu bleibt das Kolleg, auch wenn wir uns hinzu tun, unergänzt; wir wissen ferner nicht, wie unsere Vorstimmenden, Trier, Köln und Pfalz, uns einen solchen Schritt deuten würden, der uns nicht dem Kurverein durchaus gemäss zu sein scheint. Zudem kann nicht ausbleiben, wie es auch aus den vorigen Handlungen und aus dem Vortrag, den jüngst des Königs Gesandter vor E. L. getan hat,[1] erhellt, dass, wenn wir als Unterhändler auftreten, wir uns auch zur Bürgschaft für das Abgehandelte bewegen lassen müssten. Es würde uns aber ungelegen sein, sollten wir nachher, wenn dem Vertrag nicht durchaus genügt wird, von einem oder den andern Teil in Anspruch genommen werden, wie es nach Polheims Vortrag jetzt schon geschieht; denn dadurch würden wir selbst uns, statt unserem Oberhaupt Beistand zu leisten, nur zu weit vertiefen und zwar so sehr, dass wir nicht sehen, wie es ohne grossen Verweis für uns abgehen könnte, aller anderen Ungelegenheiten zu geschweigen. Wäre ferner auch schon unsere Unterhandlung dem Kaiser nicht unannehmlich, so wissen wir doch nicht, ob sie dem anderen Teil gefällig ist und ob uns nicht von diesem ein Despekt widerfahren würde, zumal er der Stadt Prag weitaus mächtiger ist als der Kaiser. Haben doch die böhmischen Stände dem Herzog von Braunschweig ziemlich hart zugesprochen, weil er sich etwas eifrig bei dem Werk erzeigt hat, und wer will sagen, wie es erst ablaufen möchte, wenn der böhmische

Mai 1.

---

nehmen muss, so möge Kurbrandenburg schleunige Abordnung nach Prag tun, damit jeder desselben Eifer zur Erhaltung der kaiserlichen Würde erkenne, wozu in solchen Fällen jeder Kurfürst auch unersucht schuldig ist. Despekt ist nicht zu besorgen; der Kaiser wird die ihm zum besten gemeinte Abordnung gnädigst vermerken; überdies werden die sächsischen und mainzischen Gesandten neben dem Herzog von Braunschweig unterbauen, damit Kurbrandenburg nicht nur nichts widerwärtiges zustösst sondern hoffentlich die Aussöhnung und Bestätigung des jüterbogker Vergleichs erfolgt (Drs., a. a. O., f. 198; Kpt. von Schönberg).

[1] Der Kurfürst von Sachsen hatte am 13./23. April Polheims Werbung und den Bescheid darauf (vgl. no. 151) nach Berlin mitgeteilt und Kurbrandenburg gebeten, Polheim die gleiche Antwort zu erteilen, damit man daraus der Kurfürsten Einmütigkeit und deren Unwillen über das gegen den Kaiser geübte Verfahren erkenne (Drs., a. a. O., f. 187; Kpt. von Schönberg).

Digitized by Google

Mai 1. Pöbel einmal erst recht erhitzt ist? Beklagte man sich nachher darüber, würde man zum Schaden noch den Schimpf haben, weil in der Sache nicht collegialiter vorgegangen worden sei. Zudem hat sich der Herzog von Braunschweig ohne all unser Verschulden sehr unfreundlich gegen uns erzeigt, denn er hat uns auf wiederholte, selbst eigenhändige Schreiben nicht geantwortet; wir sind daher ganz ungewiss, wie weit er sich bemühen wird, uns vor Despekt bei der Handlung zu behüten.[1] Auch bedenken wir, wenn wir schon bei den jetzigen Läufen (was uns sehr lieb wäre) mit dem Kaiser ausgesöhnt würden und ihm dagegen treuen Beistand leisteten, dass sich doch nachher, wenn es zu besserem Stande gekommen wäre, Leute finden dürften, die den Kaiser bereden möchten, als sei er durch solche Aussöhnung, die zu „ungleicher" Zeit geschehen sei, nicht verbunden. Ferner haben wir kraft unserer Union, ehe E. L. uns etwas von der Sache geschrieben haben, den Administrator der Kurpfalz um dessen Gutachten ersucht, welches wir nun erwarten müssen. Endlich wissen wir nicht, wie und zu welchem Ende die Beiordnung von uns verlangt wird, können aber in so wichtiger Sache die unseren nicht „cum libera" abfertigen; es würde sich auch niemand mit so ungemessenem Befehl beladen lassen; dagegen sehen wir aus einem Schreiben E. L. an Braunschweig,[2] dass Sie sich mit Mainz schon lange vor unserer Zusammenkunft zu Torgau verglichen hatten, was durch die Ihrigen zu Prag zu handeln sei, so dass wir abermals nicht finden können, wie wir bei solcher Be-

---

[1] Der Herzog von Braunschweig hatte, wie er am 18./28. April an Kursachsen schrieb, sogleich beim Kaiser wegen Kurbrandenburg angefragt und durch Minckwitz den Bescheid erhalten, dem Kaiser werde die Ankunft eines kurbrandenburgischen Gesandten nicht nur wolgefällig sein sondern er werde denselben gern hören und „wer vor disem was widriges vorgelaufen, daran weren I. M.t unschuldig und were der leute schult, so es verhindert und I. M.t nicht gebürlich vorbracht". Braunschweig versicherte, dass weder der Kurfürst noch dessen Räte etwas Nachteiliges zu befahren haben würden (Drs., a. a. O., f. 245; Or. eigh.). — Am 2. Mai wandte sich der Herzog unmittelbar an den Kurfürsten von Brandenburg: Da Sigmund von Götze befehligt sei, sich eventuell beim Kaiser anzumelden, so habe er, Herzog, die Audienz für ihn befördert, die nur wegen des Kaisers Schwachheit bisher unterblieben sei. Um zu zeigen, wie gut er, Herzog, es mit dem Hause Brandenburg meine, habe er sich neben den sächsischen Gesandten wegen dessen Vergleichung und Aussöhnung mit dem Kaiser persönlich bemüht und zur Verfertigung eines kaiserlichen Dekrets an die sächsischen Gesandten (vom 2. Mai) des Inhalts Anleitung gegeben: wenn der Kurfürst von Brandenburg und der Pfalzgraf von Neuburg um Verzeihung ansuchen und sich künftig schuldigen Gehorsams befleissen, so wolle der Kaiser sie die Wirkung der sächsischen Interzession geniessen lassen (Drs., l. 8808, 23. Buch jülicher Sachen, f. 220; Or.). Der Kurfürst möge daher ehestens seine Räte hieher abfertigen, um, da die Krönung doch nicht zu hindern sei, wenigstens weitern Despekt vom Kaiser abwehren zu helfen und ihm bei den noch unabgehandelten Artikeln wegen Residenz und Regierung Genugtuung zu verschaffen (Drs., l. 9167, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 349; Kopie).

[2] Vgl. no. 131. S. 319, Anm. 1.

Digitized by Google

schaffenheit zur begehrten Beiordnung gelangen sollen. Trotz aller dieser gewiss gewichtigen Bedenken wollen wir uns aber doch E. L. Mahnung bequemen und uns dem gemeinen Besten zu Ehren zur Beiordnung verstehen, wenn wir vorher genügend versichert werden, dass uns die Aussöhnung beim Kaiser nicht versagt wird und dass sie, wie auch immer die Läufe jetzt beschaffen sind und nachher folgen, in Kräften bleiben soll. Ferner müssen uns E. L. mitteilen, wessen Sie sich mit Mainz verständigt haben, damit wir die unsrigen gleichmässig instruieren können; denn es wäre eine ganz unförmliche Beiordnung, wenn die unsrigen nur alles zu Bericht nehmen oder sich stets der Mehrheit fügen sollten. — Den Kurverein halten wir für nützlich und heilsam, sind zum Eintritt bereit und bitten E. L., uns dazu Tag und Malstatt zu bestimmen; denn bei einem anderen als E. L., unserem nächsten Nachbar, wollen wir den Eintritt nicht suchen. „Geben in aller eil in unserm hoflager zu Cöllen an der Sprew am 21. aprilis des jares 1611." Mai 1.

Drs., I. 9167; II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 320; Or.[1]

175. Brömsers erster Wochenbericht aus Prag. Mai 2. bis 7.

Mai 2.

Minckwitz hat mich erinnert, bei den Sachsen daran zu sein, dass die Kommunikation mit den Schlesiern und Lausitzern befördert werde, wie der Kaiser begehrt, da Gefahr im Verzug sei. Die Sachsen haben daher mit einigen der Abgesandten geredet und ihnen auch das kaiserliche Handschreiben[2] gezeigt. — Darauf liess der Landgraf von Leuchtenberg die Sachsen in seine Wohnung berufen und sagte ihnen in Gegenwart Mollarts: da der König und die Stände so sehr auf die declaratio banni gegen die Passauer drängen, wolle der Kaiser hierüber der Gesandten Gutachten hören. Die Sachsen erklärten, sich zuvor mit Braunschweig und mir unterreden zu wollen. Dies geschah. Der Herzog berichtete, dass der Kaiser schon vordem zweimal die Achtsandrohung habe ergehen lassen, was nicht mehr zurückgenommen werden könne; doch sollen in der Deklaration die „Narrata" möglichst beschränkt und bemerkt werden, dass

[1] Am $\frac{\text{26. April}}{\text{6. Mai}}$ erklärte Kurbrandenburg nochmals in einer Antwort auf ein eigenhändiges Schreiben Kursachsens: „Wann dann ich nicht zweiffele, mein bruder werde mein voriges schreibenn inmittels wol enttpfangen vndt darauss mein bedencken vndt freundtliches erbietten mitt mehrem vernommen haben, so bin ich der gentzlichen hoffnung, der herr bruder werde mich gestalden dingen nach wol entschuldigett halden, desswegen ich dan meines bruder fernerer communication gerne gewertig sein vndt mich in allen also erzeygen will, wie ess einem getrewen churfursten dess reichs wol anstehett, eigenett vnd gebuerett. Habe ess u. s. w." (Drs., a. a. O., f. 397; Or. eigh.).

[2] No. 160, S. 396, Anm. 1.

Digitized by Google

Mai 2. bis 7. die Willfahrung auf inständiges Anhalten des Königs und der Stände geschehe, ebenso solle noch eine gewisse Zeit zur Aussöhnung offengelassen werden.[1] Dies eröffneten wir dann den geheimen Räten auf dem Schloss.[2]

---

[1] Kopie eines kaiserlichen Achtsmandats gegen die Passauer in Drs., l. 9167, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 346. Gerstenberg bemerkt dazu: „Ex autographo domini Brunsvicensis; nos monuimus per Hofmann, inserendam esse clausulam suspensivam ad 8 vel 10 dies, si qui velint resipiscere et esse rationabiles. Dom. Brunsvic. respondit: er hett es mussen machen, wie es die geheimen räht ihm bevohlen, die wurdens wol reformiren."

[2] Lüttichau und Gerstenberg berichten am $\frac{\text{22. April}}{\text{2. Mai}}$ noch über ein am Vortag gehaltenes Gespräch mit Khlesl, der wieder über Nichteinhaltung des Vertrags und über den Einfall klagte und versicherte, man wolle königlicherseits alles nur „moderato und legitimo modo" durchsetzen; die Sachsen möchten dagegen nichts tentieren und dem Kaiser, der ohnehin wankelmütiger Natur sei, nicht Anlass geben, das Bewilligte wieder zurückzunehmen, — denn die Königlichen halten die Landtagsproposition für des Kaisers Entschliessung — sie müssten sonst alle folgenden Unzukömmlichkeiten den Gesandten zuschreiben; dass die Herrn von Oesterreich wegen hohen Alters die Regierung an den Nachfolger abtreten, sei nichts neues; „sie könten und wolten nunmehr in illo puncto resignationis keine enderung noch handlung leiden noch zugeben". Darauf die Sachsen: Sie seien nicht befehligt, Widerwärtigkeiten anzustiften sondern die vorige Mishelligkeit abzuwenden. Sie hätten aber nicht gehört, dass alle Sachen zwischen dem Kaiser und dem König richtig seien sondern, dass der Kaiser der Proposition etliche Bedingungen angehängt habe, auf welche die Böhmen so geantwortet hätten, dass der Kaiser schwerlich damit zufrieden sein könne; auch wüssten sie nicht, ob die Resignation (wie die der früheren Herrscher) frei willig geschehen sei; im Reich seien solche „armata comitia" nicht gebräuchlich. Da man aber keine Handlung mehr leiden könne noch wolle, so möge man ihnen, den Gesandten, eine schriftliche Abfertigung geben, wie bei allen Gesandtschaften gebräuchlich sei, der Kurfürst werde darauf das seine zu tun wissen. Darauf Khlesl: Der Kaiser und der König seien schon in der Hauptsache (er meinte damit die Resignation und die Abtretung Böhmens) verglichen, darum könne man keine Handlung mehr leiden; doch könnte in dem Modus noch vielleicht etwas remediert werden. — Dann fieng Zierotin an, den Vorwurf der „armata comitia" zu verantworten mit langer Ausführung, wie man die Ungarn, Oesterreicher und Mährer behandelt habe; er selbst habe 1000 Dukaten für eine Audienz geboten, sie aber nicht erlangen können. Diese und viele andere Beschwerden hätten vor drei Jahren die Stände in die Waffen gebracht und jetzt wieder u. s. w. Wie vergeblich habe Christian von Anhalt um Abstellung der Beschwerden angehalten. — Die Sachsen brachten darauf vor, weshalb ihr Herr gegen solches Verfahren Bedenken hätte und wie er sich deshalb gegen die evangelischen Unierten erklärt habe; der Kaiser sei für entschuldigt zu halten, da er gemäss dem Religionsfrieden und der Wahlkapitulation schuldig sei, zwischen den Ständen beider Religionen die Wage zu halten; wenn die Evangelischen sich gegen die Katholischen beschweren, müsse er sie hören und umgekehrt; wenn nicht alle Stände ihre Gravamina zusammentragen, könne der Kaiser einem Teil so wenig gratifizieren als dem andern. Dabei blieb es. — Der Kaiser ist totkrank geworden, der König lag vorige Woche drei Tage zu Bett; es sieht aus, als wolle Gott selbst in den Streit eingreifen (Drs., l. 9167, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 332; Or.).

Digitized by Google

Mai 3.

Mai 2. bis 7.

Wegen Slawatas und Smeczankys, ebenso wegen Hannewalds und Hegenmüllers Freilassung vgl. man den Bericht der sächsichen Gesandten.[1] — Da wir und der Herzog von Braunschweig das befremdliche Verfahren gegen des Kaisers und Reiches Hofräte der kaiserlichen Hoheit und dem ganzen Reich für sehr verkleinerlich ansahen, haben wir durch Gerstenberg beiliegendes Memorial[2] an die Stände zu schleuniger

[1] Am $\frac{\text{23. April}}{\text{3. Mai}}$ berichten Lüttichau und Gerstenberg: Polheim ist zurückgekehrt. Die neuburgischen Gesandten haben uns und Brömser besucht und mitgeteilt, dass auch ihr Herr dem Kaiser beispringen wolle, weshalb er ihnen Beglaubigungen an uns geschickt habe. Auf ihre Bitte, ihnen das bisher Verhandelte mitzuteilen, forderten wir sie auf, das Erbieten ihres Herrn dem Kaiser selbst vorzutragen, der sie dann nach seinem Willen anweisen werde: darauf wollten wir ihnen alles mitteilen. — Slawata und Smeczansky sind heute ins Burggrafenamt erfordert worden, wo ihnen angezeigt wurde, „dass sie das böhmische recht hetten ausgestanden; weil sich dann befunden, das sie ganz unschuldig sein, so werde man ihnen brief und sigel geben dass sie ehrliche leut sein und desswegen keinen verweiss haben sollen; seind also dimittiert.“ Nachher wurden Hannewald, Hegenmüller und Heidelius vorgefordert und ihnen dasselbe mit dem Anhang angezeigt, „was den arrest anlange, rüre derselbige von andern orten her“; darum sollten sie sich in ihre vorigen Losamente begeben. Hannewald hat gefragt: ob der Arrest vom König oder von den Ständen herrühre, damit sie wüssten, wo sie weiter anhalten sollten. Es ist aber nur wiederholt worden: er rühre von anderen Orten her; „seind also wieder in ihr quartier [d. h. in Haft] gefahren“. Hannewald und Hegenmüller suchen deshalb sehr fleissig, dass wir uns ihrer annehmen. Wir wollen darüber mit dem Kaiser, Braunschweig, Brömser und den Pfalzgräfischen beraten (Drs., a. a. O., f. 339; Or.).

[2] Begehren der kursächsischen und des kurmainzischen Gesandten vom 2. Mai an die böhmischen Stände, die beiden Reichshofräte und den Reichspfennigmeister [Welser] ihnen zu übergeben. — Die Gesandten verbürgen sich darin für die drei, dass, falls jemand diese in Zivil- oder Kriminalsachen ansprechen würde, sie sich zur Verantwortung stellen und das Urteil leiden würden (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 109). — Das Begehren wurde am 4. dem Grafen Joachim Andreas Schlick übergeben, der die Vorantwort erteilte, „dass sie [die Räte] bis anhero der stände in Böhmen verhafte und gefangene nicht gewesen; es wurden itzo von der kgl. M.t in Ungarn wider Hanniwalden und Hegenmüllern in die 60 articul ubergeben, darauf sie noch examiniret und vernommen werden müssten“. — Die Aussagen der beiden am 2. Mai liegen gedruckt vor bei W. Hanka, Korrespondenz zwischen Kaiser Rudolf u. s. w. in Betreff des Passauischen Kriegsvolks (Abhandlungen der böhmischen Gesellschaft der Wissenschaften, V. Folge, 4. Bd., S. 82). — Das Verhör mit Welser findet sich unter dem Titel: „Ungefehrliche verzeichnuss, was herr Wenzel Kintzsky in der behmischen stend namen Mattheum Welsern gefragt hat“. — „1. Warumb er hieher komben? 2. Warumb er so lang hier gelegen? 3. Ob er den freiherrn von Söttern kenne? 4. Ob er ihm nit zue Augspurg geld geben, warumb und auf wes anordnung? 5. Ob er nit gewisset, dass solch geld dem passauischen volk zum besten gemeint sei? 6. Ob er nit im monat augusti ainen aigenen diener mit einer grossen summa gelds nach Freiburg geschicket? Warumb? auf wess bevelch? und ob nit dem Pistorio ein thail von demselben geld zuekomben? 7. Weiln er gesaget, er sei seiner rechnungen halben hier gelegen, warumben er sich dan deren von chur- und fürsten bewilligten 40 monaten underfangen, was

Digitized by Google

Mai 2. bis 7. Uebergabe verfassen und dem Herzog mitteilen lassen. — Audienz der Neuburger [wie im Bericht der Sachsen vom 3. Mai][1].

Mai 4.

Verhandlung mit den Schlesiern. Deren Ausschuss bestand aus den Herrn von Promnitz und von Loss und einem Syndikus. Sie bezogen sich auf die vorausgegangene Unterredung der Sachsen mit ihnen; aus dieser hätten sie entnommen, dass wir mit ihnen vertraulich verhandeln wollten, wozu sie bereit seien. Darauf verlas der Herzog von Braunschweig ein Memorial,[2] das er dann den Schesiern übergeben liess; ein ähnliches übergaben auch die Sachsen,[3] wobei sie auch meiner gedachten und versicherten, dass Mainz und Sachsen in diesem Fall ganz übereinstimmten; ich würde alsbald Vollmacht bekommen, ebenso seien auch bald Abordnungen der andern Kurfürsten zu erwarten. Darauf erklärten die Abgesandten unter anderm rund: den Schlesiern und Lausitzern hätte dies unförmliche und unverantwortliche Verfahren, das sie selbst sehen und empfinden, niemals gefallen; sie hätten nie etwas dazu getan, wollten auch jetzt nicht zustimmen sondern sich des schuldigen Respekts gegen Kaiser und Reich befleissen, wie man auch aus ihrem gestern den böhmischen Ständen übergebenem Votum[4]

---

er davon empfangen und wie viel anticipirt? 8. Was er von den bohmischen practiken wisse, weiln man ihme leut under augen stellen könde, die gehöret, dass er und sein sein sohn ubel von ihnen geredet? 9. Was Pater Heinricus fur practiken mit den Jesuitern zue Wien gehabt? 10. Warumb er so oft bei erzherzogen Leopoldo und in seiner kanzelei gewesen? 11. Was ihme I. D.t versprochen, wan sie die böhmische cron bekomben? 12. Was er von practiken wider den könig Matthiam wisse? 13. Was man auf dem lezten reichstag wider den könig Matthiam tractirt habe? 14. Wie viel herr Hanniwald geld bei ihme auf interesse ligend habe? 15. Was er so oft, sogar auch bei nechtlicher weil, in des Heydelii haus gethan?a (Drs, l. 9167, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 466; Kopie).

[1] Vgl. oben Anm. 1 auf S. 425.

[2] Gedruckt bei Hammer-Purgstall, Ueber die Verhandlungen mit Rosenberg während des Einfalls des Passauischen Kriegsvolkes u. s. w. (Abhandlung der böhmischen Gesellschaft der Wissenschaften, V. Folge, 3. Bd., S. 800).

[3] Vom 4. Mai datiert. Darin wird besonders betont, wie sehr es die Stände des Reiches empfinden müssten, dass man gegen ihren Kaiser so unförmlich verfahre; die schlesischen und lausitzischen Stände mögen erwägen, was die Verbindung ihrer Lande mit dem Reich bedeute und was aus der Abreissung der Lande der böhmischen Krone für ein Unheil erfolgen könnte; die Gesandten mögen daher befördern, dass der Kaiser respektiert und ausser der Krönung von ihm nichts begehrt werde (Drs., a. a. O., f. 378; Kopie).

[4] Erklärung der schlesischen Gesandten vom 2. Mai: Verwahrung, dass die kaiserliche Proposition in Abwesenheit der Nebenländer angenommen und verhandelt wurde und dass die Böhmen allein den Krönungstag festsetzen und sich als Haupt der inkorporierten Länder angeben; Erinnerung an die Ursachen, weshalb sich Schlesien freiwillig von Polen zu Böhmen begeben hat. Die Schlesier wünschen, dass ihr Land, so lange Rudolf II. lebt, in dessen Hand bleibt; die Sorge des Kaisers für die Zukunft, indem er einen Successor designiert, ist aber dankbar anzuerkennen. Wenn der Kaiser sie von ihren Pflichten loszählt und Matthias ihre Privilegien bestätigt, wollen sie

Digitized by Google

sehen könne; nach Beratung mit ihren Prinzipalen wollten sie sich weiter erklären. Wir gaben ihnen noch die von uns erwogenen „ungefährlichen mittel und vorschläge“[1] zur Beratung mit, worauf sie mit Wiederholung obigen Versprechens sich entfernten. Mai 2. bis 7.

Darauf berichtete der, dem wir unser Memorial wegen der Reichshofräte zur Zustellung an die böhmischen Stände übergeben hatten, er habe es dem Grafen von Schlick zugestellt, der ihm angezeigt habe: Die Gefangenen seien niemals von den böhmischen Ständen angehalten worden sondern vom König; gegen Hannewald und Hegenmüller lägen schwere Sachen vor, die abscheulich zu hören wären; der König werde sie wegen verschiedener Punkte, von denen sechzig sehr wichtig seien, verhören. Er, Schlick, bitte und rate, die Kurfürsten möchten sich ihrer nicht annehmen, der König würde dadurch verletzt und zu anderem verursacht werden. Dabei führte Schlick viele abscheuliche leichtfertige Rede gegen des Kaisers eigene Person, die kein ehrliebender Deutscher anhören oder dulden darf; ich mag davon schriftlich gar nicht berichten. Schlick hat sich auch verlauten lassen, dass die Verhörspunkte vornehmlich gegen den Kaiser, den Papst, den König von Spanien und viele Kurfürsten und Fürsten des Reichs sich richten. — Die Sachsen haben an all dem ihr höchstes Misfallen; doch wird es auch von vielen andern, die sonst dieser unbesonnenen böhmischen Partei wol geneigt sind, eifrig gerügt.

Mittags wurden die Sachsen durch Mittelspersonen zu Zuñiga berufen, auf Begehren gieng auch ich zur Mahlzeit mit. Zuñiga war sehr höflich, sprach von dem grossen Misfallen seines Königs an diesem Unwesen und von dessen Ueberzeugung, dass Sachsen gute Dienste leisten werde.[2] Das passauische Attentat sei unbesonnen und ohne weisen Rat angefangen worden; man habe damit nur das

---

ihn als König anerkennen. Die noch unerörterten Nebenpunkte der Abhandlung mit dem Kaiser sollen dahin gerichtet werden, dass ihm der königliche Titel bleibt und die Länder die kaiserliche Hoheit respektieren, damit man im Reich den Glimpf bemerkt (Wi., I A 1, Ka. 2990; Or.).

[1] No. 164.

[2] Die Sachsen berichten am $\frac{\text{24. April}}{\text{4. Mai}}$ unter anderm: Zuñiga ist mit dem Prozess sehr übel zufrieden; er hat sich heute höchlich bedankt, dass E. kfl. Gn. sich der Sache so annehmen und hat uns viel Ehre bewiesen. „Es laufen unter herr omnes viel verächtliche reden, wie sie die römische cron mit gewalt holen wollen; hat auch gestern der Reingraf gedacht, ob wir nicht werben wolten? Darauf wir geantwortet, es were unss nichts davon bevohlen, hielten es aber vor lauter kinderwerk, das man dem römischen reich die cron abtruzen wurde. Das ärgeste, so bei dieser sach zu befahren, ist ein universalaufstand, daran etliche leut vleisig arbeiten. Man sagt, es sollen sich 600 bauern auss des kaisers embtern zusammengethan haben, die wollen nicht mehr arbeiten noch ackern. Wans dahin kommen solte, wurde es an einem Zischka nicht mangeln. Der kaiser ist übel auf und der könig baufellig, nichts weniger praepariret man alles zur crönung“, wobei es aber noch viele Schwierigkeiten zu überwinden gibt (Drs., a. a. O., f. 367; Or.).

Digitized by Google

Mai 2. bis 7. gemeine Wesen in grosse Gefahr gesetzt. Aus dem ganzen Gespräch war abzunehmen, dass Spanien und Zuñiga das ganze Verfahren und das Vorhaben des Königs Matthias nicht gefällt, besonders der Prozess gegen des Kaisers Räte; Zuñiga versprach auch, sein möglichstes anzuwenden, wenn auf unser Memorial eine widrige Antwort erfolgen sollte. — Nachmittags gab mir der Herzog von Braunschweig Abschrift eines eigenhändigen Schreibens des Pfalzgrafen von Neuburg an den Kaiser und teilte mir des Kaisers Befehl mit, dass die neuburgischen Abgesandten zu unsern Beratungen zu ziehen seien. Ferner begehrte der Kaiser, dass wir mit dem Nuntius und Zuñiga wegen der bevorstehenden Krönung verhandeln sollen, wie beiliegendes Schreiben ergibt.[1]

Mai 5.

Ich gieng zum Nuntius und legte laut Beilage[2] meine Werbung ab. Derselbe erklärte darauf: er habe sich schon zu anfang dieses Unwesens,

---

[1] Schreiben eines Ungenannten an den Herzog von Braunschweig: Dem kurbrandenburgischen Gesandten ist um 3 Uhr zur Audienz angezeigt. Der Kaiser billigt, dass Minckwitz mit Brömser den Verhandlungen mit Zuñiga beigezogen werde; wegen Mollart überlässt der Kaiser dies E. fl. Gn. Ermessen, da Mollart mit Zuñiga sehr intim ist. — Der Kaiser schlägt zur Hinderung der Krönung folgendes vor: Zuñiga und der Nuntius sollen dem König vorhalten „animi fraterni in Caesarem devotionem, quam profitetur"; wolle der König römischer König werden, so dürfe er den Kaiser nicht beleidigen; denn auf keinem andern Weg würde er leichter zum Szepter gelangen als durch des Kaisers Autorität. Wenn der König die Krönung von den Böhmen annehme, so würden diese dafür eine Entschädigung durch Privilegien und Deklarationen begehren, welche nicht nur die Religion schädigen sondern auch die Nachfolge des Hauses Oesterreich in diesem Königreich für künftig abschneiden würden. Der Kaiser hält für gut, dass Brömser das auf die Religion bezügliche Zuñiga und dem Nuntius vorbringt. Wenn der König aus Rücksicht für den Kaiser der Krönung ausweicht, so will der Kaiser alles anwenden, um den König ans Reich zu bringen: das wird dem König die Herzen der Kurfürsten gewinnen. — Sollte aber all dies nicht verfangen, so bittet der Kaiser E. fl. Gn nachzudenken, wie er für die Tage der Krönung mit Reputation sich entfernen und dann wieder zurückkehren könnte. Die Verhandlung mit Zuñiga und dem Nuntius muss alsbald geschehen, denn die Königlichen dringen auf die Krönung. O. D. (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 115; Kopie).

[2] Brömsers Werbung beim Nuntius: Es handelt sich darum, wie man diesem Unwesen mit Reputation des Kaisers und des Reiches und ohne Schaden und Gefahr für die Katholischen in diesen Landen abhelfen kann. Die Stände von Böhmen, Mähren und Oesterreich sind aus Hass gegen die katholische Religion vernünftigen Ratschlägen unzugänglich; wenn der König Matthias diesen Leuten das Ohr leiht, ist alles verloren. Man muss sich deshalb dahin bemühen, den gereizten Sinn des Königs durch Vorstellungen und Vernunftgründe so weit zu mildern, dass er nicht jenen gefährlichen Ratschlägen nachgibt, zumal der ganze Verlauf erkennen lässt, dass die Stände nicht so sehr die königliche Macht und den allgemeinen Frieden fördern als ihren Privataffekten folgen d. h. besonders die katholische Religion ausrotten wollen. Da E. Herrl.t mit Ihrer Autorität beim König hierin viel ausrichten können und es auch gewiss gerne tun werden, so bitten Sie die anwesenden Fürsten und der abwesenden Gesandten und alle Guten und Friedliebenden jeder Religion, durch Ihre Autorität zu verhindern, dass die

Digitized by Google

bevor noch der Einfall geschah, beim Erzherzog Leopold mit Ueberreichung eines päpstlichen Kreditivs angegeben und dies Vorhaben aufs höchste widerraten; es sei aber übel aufgenommen und ihm gesagt worden, das stamme aus seinem Kopf und sei nicht, wie er vorgebe, Befehl des Papstes. Er habe darauf erwidert, der Erzherzog möge bei sich erwägen, ob dieser Ratschlag gut sei oder nicht; wenn ersteres, so möge er sich ihm akkomodieren, auch wenn er aus des Nuntius Kopf sei, sonst könne er ihn verwerfen, auch wenn er vom Papste komme. Nun gebe der Augenschein, wer es besser erraten habe. Er, Nuntius, habe auch bei Ankunft des Königs alles mögliche, aber vergebens versucht; er habe auch Khlesl zu sprechen begehrt, was ihm aber mit dem rund abgeschlagen worden sei: da der Nuntius bei den Ständen so verhasst sei, wolle Khlesl nicht auch in Verdacht kommen. Habe er, Nuntius, Gelegenheit, sich dieser Sache weiter annehmen zu können, so wolle er mit Zuñiga, mit dem wir auch reden sollen, verhandeln, wie sie beide von ihren Herrn ohnehin befehligt seien. — Darauf wurden auf Rat der Sachsen obige „media“ auch dem Nuntius zugestellt. Nachmittags kam Zuñiga zum Herzog von Braunschweig, der dem Gesandten dasselbe vorhielt und ihm auch die „media“ zustellte, wobei Z. sich zu gleichem erbot. — Heute abends bekam ich erst die Schreiben des Kurfürsten[1] samt den Kreditiven. Mai 2. bis 7.

Mai 6.

Ich liess dies Minckwitz anzeigen und stellte ihm anheim, ob ich, da meine Instruktion dem beim Kaiser geschehenen Vortrag gemäss sei, nochmals beim Kaiser Audienz nachsuchen oder nur das Kreditiv ihm überreichen lassen solle. Minckwitz erbot sich, letzteres zu besorgen und fand eine neue Audienz überflüssig. Als ich vormittags auf den Saal gieng, ersah mich Wenzel Kinsky, führte mich bei seite und fragte mich, ob uns die Zeit hier lang würde und ob wir bei den Ständen etwas anzubringen hätten. Ich antwortete: Ja, die Sachsen würden es heute tun, auch meine Kreditive seien an-

---

Krönung des Königs, die schon nahe sein soll, ohne Willen des Kaisers und also zum Schimpf der Kurfürsten und des ganzen Reiches zur bestimmten Frist erfolge sondern dass sie um etwas verschoben werde, bis durch passende Mittel des Kaisers Zustimmung erlangt ist; alle Wolgesinnten versprechen sich davon guten Ausgang, wenn nur vernünftigen Ratschlägen der Zugang zum König durch übelwollende Leute nicht versperrt wird. Der Konig möge überzeugt sein, dass, wenn er nach der Würde des römischen Königs strebt, er vor allem nicht den Kaiser beleidigen darf; denn das Szepter des Reiches kann er auf keinem Weg leichter erlangen als durch die Autorität des Kaisers etc. Wenn der König aus Rücksicht auf den Kaiser der Krönung ausweicht, wird er sich den Kaiser und alle Kurfürsten verpflichten (Wmz., Bd. 1; — eigh. Kpt. Brömsers).

[1] No. 161.

Digitized by Google

Mai 2. bis 7. gekommen und würde ich nun meine Aufträge zu verrichten suchen. Darauf Kinsky: Ihn und die böhmischen Stände nehme es Wunder und sie fühlten sich dadurch auch beschwert, dass unsere Herrn sich unterstünden, diesen Verlauf nun zu „verantworten", da sie doch im vorigen Jahr den Modus des Regiments und wie übel und böslich man seither mit den Ständen umgegangen sei, selber gesehen und erfahren hätten; wären nicht drei oder vier dem zuvorgekommen, so hätte man ihnen die Köpfe abgerissen. Jetzt schwören die Stände, dass unsere und unserer Herrn Bemühungen vergeblich sein sollen; sie würden von ihrem Beschluss nicht weichen; alle seien entschlossen eher zu sterben als nachzugeben; sie wollten auch die unter ihnen, die nicht mit ihnen halten würden, sterben machen. Das solle ich den andern Gesandten anzeigen; er hoffe, dass ich wüsste, wer er sei. — Ich antwortete, ich wüsste nur, dass er Wenzel Kinsky sei. — Darauf antwortete er: Ja. — Ich sagte darauf: Wir Abgesandte könnten nichts anderes tun als die Befehle unserer Herrn den Ständen eröffnen; bei diesen stünde es, sich darauf so zu bescheiden, wie sie es für nötig finden und verantworten könnten, darin wollten wir ihnen kein Mass geben. Dass aber die Stände diese Abordnung dahin deuten, als ob unsere Herrn den bösen Verlauf des Einfalls und anderes Unwesen dabei gutheissen und verteidigen wollten, darin täten sie den Kurfürsten Unrecht; davon hätten sie weder bei unsern Herrn noch bei uns hoffentlich etwas bemerkt. Mein Kurfürst sei durch dies unbesonnene Gebahren sehr bekümmert worden, habe es sehr misbilligt und gewünscht, dass man bei Zeiten seinem treuen Rat gefolgt hätte. Dabei wollte ich aber ihm, Kinsky, nicht verhalten, dass unsere Herrn, die Stände des Reiches, ja alle ehrlichen Deutschen diesen unglücklichen Verlauf sehr misbilligen, besonders den unförmlichen und weitaussehenden modus procedendi der böhmischen Stände und was sonst vorgegangen: man empfinde das aufs höchste und werde gewiss nicht unterlassen, das zu tun, was die Pflicht gegen Kaiser und Reich und die deutsche Redlichkeit erfordere. — Darauf fiel mir Kinsky in die Rede: Es müsse beim gefassten Beschluss verbleiben; sie, die Stände, seien schon entschlossen, uns eine Antwort zu geben, damit wir nicht aufgehalten würden; es bedürfe deshalb keiner weiteren Verhandlungen; wenn dem Reich mit einem solchen Regenten so wol gedient sei, so sollten wir ihn nur nehmen und erhalten, so lange wir wollten und könnten; die Böhmen begehrten seiner nicht mehr, hätten es auch so eingerichtet, dass sie seiner entraten könnten; übrigens wüssten sie wol, wie es in diesem Fall im Reiche stünde, sie bekämen täglich von dort gute Nachrichten. — Darauf ich: Wir müssten alle diese harten Reden an ihren Ort stellen; Kinsky und die Böhmen könnten noch finden, dass dem Reich noch nicht die Mittel fehlten, sein Oberhaupt mit allen seinen Vollkommenheiten und Unvollkommenheiten zu erhalten; Eid und Pflicht und die alte deutsche Redlichkeit wollten ein anderes

Digitized by Google

nicht leiden. Nach diesem zierlichen Dialog schieden wir von einander.[1] Mai 2. bis 7.

Mai 7.

Der Herzog von Braunschweig, Gerstenberg und ich wurden zum Kaiser berufen und mit Leuchtenberg und Mollart ins kaiserliche Gemach geführt, wo der Kaiser allein sitzend uns ganz beweglich proponierte: 1. Was er bei diesem Unwesen tun solle, um „unturbiert" zu bleiben? 2. dass wir dahin trachten möchten, dass die Krönung verhindert oder doch auf ein paar Monate verschoben werde; 3. wenn dies unmöglich wäre, sollten wir Mittel vorschlagen, wie er von hier wegkommen könne, da er nicht dabei

[1] Die Sachsen berichten am $\frac{\text{26. April}}{\text{6. Mai}}$ ihrem Herrn: Heute fand unsere Audienz bei den böhmischen Ständen statt, die katholische wie evangelische in grosser Zahl versammelt waren. Unser Vortrag gieng dahin, dass E. kfl. Gn. diese neue Unruhe in Böhmen mitleidig vernommen und aus vielen Ursachen nicht hätten unterlassen können, Gesandte hieher zu schicken und bei Kaiser und König Werbung ablegen zu lassen, was beide in aller Freundschaft aufgenommen hätten, es sei daher zu hoffen, Gott werde die Herzen der zwei Potentaten dahin lenken, dass sie sich gegen einander brüderlich erweisen. Da die böhmischen Stände dabei vornehmlich interessiert seien, so sollen sie hiemit ermahnt sein, alles dahin zu moderieren, damit weitere Verbitterung verhütet und, was etwa Ungleiches vorgegangen wäre, so geschlichtet werde, dass des Kaisers Hoheit und Majestät nach dessen langer löblicher Regierung gebührlich geachtet und aller Despekt gegen das Reich vermieden werde. Was E. kfl. Gn. dabei tun könnten, wollten Sie leisten und hofften Sie noch Mittel zu finden, um Kaiser und König zu befriedigen und zu verhüten, dass zu den Extremen geschritten werde. Wir seien bereit, uns mit etlichen Abgeordneten der Stände darüber weiter zu unterreden. — Darauf sind wir in ein Nebengemach geführt worden; als wir wieder vorgefordert wurden, haben Oberstburggraf Sternberg böhmisch und dann Sekretär Platteis deutsch E. kfl. Gn. gedankt und versprochen, unsere Anbringen zu beraten und bald Antwort zu geben. — Die Neuburger haben bei den Schlesiern Audienz gehabt und sie zur Standhaftigkeit ermahnt, worauf diese sich gar stattlich erboten, sich beim Kaiser finden zu lassen. — Man spricht von einer Verschiebung der Krönung, angeblich bis zum zweiten Pfingsttag, wegen der vielen noch abzuhandelnden Punkte. — Man ist damit nicht zufrieden, dass unser Kolleg sich hier so verstärkt. — Polheim soll noch nicht wieder hier sein; doch sagt man uns, dass man von allem, was E. kfl. Gn. an Brandenburg schrieben, hier Abschrift habe; auch hat man uns vor wenig Tagen berichtet, was E. kfl. Gn. bei Tafel über den römischen Kaiser gesagt haben. — Man diskurriert hier viel, was wir uns zu schreiben schämen: wie gut man in diesen Landen gefasst sei; man habe sich nicht zu fürchten, besitze gewaltige Macht, gute Korrespondenz im Reich und wolle mit Gewalt die römische Krone holen, Sachsen durch die unierten Länder und die geistlichen Kurfürsten durch die Staaten und Pfalz „ad suam devotionem" bringen. Die Königlichen, welche wir deshalb fragten, widersprechen dem gar hoch und teuer und auch wir halten es für leere Drohungen, weil gar kein Geld vorhanden ist, so dass die Soldaten heute, gestern und fast alle Tage das Brot und die Läden plündern und „die kriegsleute in der statt und ufm lande (wie alle ehrliche leut sagen) die Passauer fromb machen". Wir glauben nicht, dass das kurfürstliche Kolleg, so schlecht es von einigen Leuten gemacht wird, sich die „maiestas imperialis" wird abnötigen lassen (Drs., a. a. O., f. 399; Or.).

Digitized by Google

Mai 2. bis 7. sein wolle. Dabei brachte der Kaiser allerlei Motive und Umstände gar beweglich und vernünftig vor. — Auf Befehl des Kaisers traten wir zur Beratung ab; nach kurzer Zeit berief er uns wieder, um unsere Resolution zu hören. Sie lautete: Zu 1. Da die Stände ihre Resolution auf die Proposition noch nicht übergeben, noch weniger die darin bezeichneten Nebenpunkte ihre Richtigkeit erlangt haben, so muss zuvor dies abgewartet werden. Zu 2. Wegen der Krönung haben wir bereits unsern möglichsten Fleiss angewendet, finden aber die Gemüter der Stände so entfremdet und verrückt, dass auf vernünftige Consilia nicht zu hoffen ist. Wir glauben daher nicht, dass wir die Krönung aufhalten oder die Hartnäckigkeit der Stände lindern können; es werden auch bereits öffentlich Vorbereitungen getroffen und soll die Krönung am Himmelfahrtstag erfolgen. Zu 3. Zum Aufbruch können wir dem Kaiser nicht raten, denn es würde nicht ohne besonderen Schimpf und Nachteil des Kaisers und der seinigen abgehen; auch können wir nicht denken, wohin er sich, während das ganze Land in Aufruhr und voll undisziplinierten Kriegsvolks ist, mit Sicherheit, geschweige denn mit gebührender Reputation wenden soll. Wir halten dafür, dass, wenn die Böhmen die Krönung mit Gewalt fortgehen lassen wollen, der Kaiser sich in seinem Gemach halten, sich selbst überwinden und alles Gott befehlen soll; er hat bisher weder die Böhmen noch die Schlesier und Lausitzer ihrer Pflicht entlassen, die beiden letztgenannten Länder haben sich auch noch nicht zu diesem Verfahren verstanden sondern erzeigen sich als gehorsame Untertanen; es wird vielleicht von selbst mit der Krönung nicht so geschwind gehen; erfolgt sie aber, so hat der Kaiser bei aller Welt den Glimpf und kann bei den Kurfürsten Rat und Beistand mit gebührlicher Reputation fordern. — Der Kaiser hat darauf sehr beweglich und vernünftig repliziert und geklagt, er sei vordem in allem übereilt worden und habe von den Böhmen auch nicht eine Stunde zur Ueberlegung erlangen können, während sie seit so vielen Wochen berieten, sich nicht entschlössen und nun haben wollten, dass der Kaiser sich ohne Verzug entscheide; übrigens wolle er dem heute vorgebrachten nachdenken. Die Audienz dauerte fast eine Stunde.

Nach der Audienz sagte mir Leuchtenberg: der Kaiser erwarte, man werde ihm Zeit und Ort des Kurfürstentags bekannt geben; er wolle die seinigen dazu abordnen; ich solle heute noch meinen Kurfürsten deswegen verständigen.

Vormittags hätte ich bei König Matthias Audienz haben sollen; aber man liess mir durch Rebmann anzeigen, der König sei unwol, ich möchte mich gedulden. Wie die Sachsen so will auch ich bei der Audienz ein schriftliches Memorial meines Anbringens übergeben; ich überschicke davon die Abschrift.[1] Nachmittags hat sich der kurbrandenburgische Gesandte bei uns angemeldet und sich zu guter Korrespondenz erboten.

Wmz., Reichtagsakten, Bd. 103c, no. 108; Or.

[1] Brömsers Werbung bei König Matthias: Der Kurfürst von Mainz hat, als er von der Wendung der Dinge trotz der vorjährigen Komposition vernahm, aus Neigung zum Hause Oesterreich und aus Pflicht gegen Kaiser

Digitized by Google

176. Markgraf Joachim Ernst von Ansbach an den Administrator der Kurpfalz. Mai 3.

Auf das Schreiben vom 15./25. April.[1] Ich habe meines Bruders Christian Meinung wegen Ausschreibung eines Unionstages eingeholt; sie geht dahin, dass die von Kurbrandenburg vorgeschlagene Zusammenkunft aller unierten Stände zu befördern sei. Eine solche wird aber, wie auch E. L. meinen, viel Zeit kosten und wäre es gemeiner Notdurft halber fast besser, wenn vorerst nur die nächstgesessenen Kurfürsten und Fürsten und von den Städten die ausschreibenden berufen würden; es dürften sich doch nur Kurbrandenburg und Hessen absentieren, während die unierten Städte es bei dem verbleiben lassen werden, was die ausschreibenden gehandelt haben. Dabei könnte alles nötige beraten und verhandelt werden und wäre auf Ratifikation der Abwesenden zu schliessen. — Von der Meinung der zu Torgau versammelten Kurfürsten und Fürsten wissen wir bisher nur gerüchtweise. Es wäre daher gut, wenn E. L. Fürst Christian aufforderten, zu bevorstehendem Tag zu kommen; da könnte man dann Kurbrandenburgs Intention erfahren, auch wie zu Berlin des Landgrafen Moriz Sinn befunden worden ist; darnach könnte man die Proposition für den Unionstag richten. Datum Onoltzbach den 23. aprilis a. 1611.[4] — Praes. 26. aprilis 1611.

Mb., 119/1, f. 160; Or.[2]

---

und Reich seine Mitkurfürsten von der drohenden Gefahr verständigt und sie zu einer persönlichen Zusammenkunft beschrieben. Er hat aber inzwischen erfahren, wie durch die böhmischen und anderen Stände bei dieser Zerrüttung gegen des Kaisers eigene Person und gegen dessen und des Reiches Räte verfahren wird, wobei man auch nicht ausländische Potentaten und die Kurfürsten und Fürsten des Reiches verschont. Da dies alles dem Kaiser verkleinerlich ist und dem Reich und der deutschen Nation zu Schimpf gereicht, dabei auch allerlei, was E. kgl. M.t Haus nachteilig ist, mitunterläuft, so lässt er E. kgl. M.t hiemit bitten und ermahnen, Dero Autorität einzusetzen und solch unförmliches Verfahren nicht länger zu dulden, durch das die Hoheit des Kaisers und das Reich verletzt und unwiderruflicher Widerwille aller Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reiches erregt wird, was E. kgl. M.t, Dero Haus und besonders diesen Ländern schädlich und mit Rücksicht auf die Türken verderblich werden kann. Der Kurfürst wird nichts unterlassen, was zu Beseitigung dieses Unwesens, zur Satisfaktion E. kgl. M.t, zur Vermehrung Ihrer und Ihres Hauses Hoheit und zur Wolfahrt dieser Länder dienen mag, soweit es die Reputation des Reiches und die eigene Pflicht gestattet, wie dies auch die Kursachsen (denen mich zu konformieren ich Befehl habe) angeboten haben. O. D. (Wmz., a. a. O., no. 116; Kopie).

[1] Vgl. no. 153, S. 376, Anm. 3.

[2] Am 3./13. Mai forderte der Administrator den Markgrafen von Baden, den Herzog von Württemberg und Fürst Christian von Anhalt auf, ihr Gutachten wegen der vorgeschlagenen Partikularzusammenkunft vor einem allgemeinen Unionstag zu erstatten (Mb., 119/1, f. 162; Kpt.). Württemberg erklärte sich am 6./16. Mai im Hinblick auf das böhmische Wesen und da es vermutlich mit dem Kaisertum eine Aenderung geben werde, mit der Zusammenkunft einverstanden; denn man müsse die Freiheiten und Beschwerden der

Digitized by Google

Mai 6. **177.** Der Kurfürst von Brandenburg an den Herzog von Braunschweig.

Ich hätte wol gewünscht, dass E. L. mit mir die Zeit her eben so fleissig wie mit Sachsen korrespondiert hätten, doch werden Sie durch die böhmischen Unruhen wol vielfältig belästigt gewesen sein.... „Wass anlanget den jezigen zustand unsers allergnedigsten herrn, der rom. kais. M.[t], trage ich mit derselben ein treuherziges mittleiden vnd kan zwar nicht wissen, woher sich derselbe verursachet, sintemal mir von den vorhergehenden tractaten wenig zu wissen gemacht worden. muss aber alss ein churfürst dess reichs, der ichs nach dem exempl meiner löblichen vorfahren mitt I. Maiestedt sowol dem reich eben so treulich meine alss eines theils andere, denen ess weniger zu wissen gebueret, zum hochsten beklagen, dass es mitt der teuzschen chur- vnd fürsten freiheit und praeeminenz dahin geratten vnd habens viel ehr zu beklagen alss nuhmehr zu endern. Vnd obwol ich mich zum höchsten schuldig erkennete, neben andern chur- vnd fürsten das meine zu thun, so kann ich doch bei diesem selzamen vnd allen frommen stenden zimlich vertechtigen wesen fast nicht absehen, wie man sich in die sache schicken soll. Ich habe aber mitt dess churfürsten von Sachsen L. auss der sachen vertraulich communiciert vnd derselben mein nottwendiges bedenken dabei eroffnet vnd stehett zu fernerer vereinbarung, inmassen dan mein erbietten dahin gerichtet, dass ich mich von der andern chur- vnd fürsten des reichs ratht vnd schluess nicht absondern sondern dassjenige mittpraestiren helfen will, wass einem getreuen churfürsten des reichs disfals wol anstehett, eigenett vnd gebueret. Habe u. s. w. Datum Collen an der Sprew den 26. aprilis anno 1611".

Wolfenbüttel, Differenz zwischen Rudolf und Matthias, II. 5., no. 51; Or. eigh.[1]

---

unierten und ihnen verwandten Stände in Acht nehmen, zumal die Ligisten beim König bereits allerlei unterbauen (Stg., Unionsacta, tom. X, f. 45; Kpt.); ebenso zustimmend äusserte sich am 7./17. Mai der Markgraf von Baden (Stg., a. a. O., f. 43; Kopie); vgl. no. 185, S. 447, Anm. 1.

[1] Vgl. über die Haltung Kurbrandenburgs gegenüber der kurfürstlichen Intervention oben no. 174 und Anm. 1 auf S. 423. — Auf ein zweites Schreiben des Herzogs (vermutlich vom 2. Mai; vgl. no. 174, S. 422, Anm. 1) antwortete der Kurfürst am $\frac{\text{28. April}}{\text{8. Mai}}$ mit Dankesworten für Braunschweigs Bemühungen, ihn in der Huld des Kaisers zu befördern. Er, Kurfürst, sei dem Kaiser stets in Treuen zugetan gewesen, habe nie zu andern Gedanken Ursache gegeben und wünsche, dass der Kaiser aus seiner üblen Lage errettet werde; nur sehe er nicht, was er dabei tun könnte und wie seine Intervention, zu der keiner der beiden Teile ihn ersucht habe, aufgenommen werden würde, „da wir uns in frembde händel, die extra imperium sein, einmischen wolten", zumal in so wichtige und gefährliche, deren Absichten nicht leicht zu durchschauen seien. Der Herzog werde sich noch erinnern, „was allain uns füer gefahr in offentlichen keiserlichen instructionibus, numehr auch im druck von der kgl. W. zu Ungern, wegen des so lang auf den beinen gehaltenen kriegsvolks angedeutet wurden; was auch mehr dabei zu besorgen

Digitized by Google

178. Der Kurfürst von Sachsen an den von Mainz. Mai 6.

Auf die beiden Schreiben vom 27. April.[1] Der 7./17. Juli als Termin der Zusammenkunft der Kurfürsten gefällt uns wol; wir wollen auch unsere Räte zu den Vorberatungen am $\frac{26.\text{Juni}}{6.\text{Juli}}$ vorausschicken. Was den Ort anbelangt, so können wir bei den täglich anwachsenden böhmischen Unruhen uns nicht weit von unserm Land begeben; auch ist Bamberg im Kurverein nicht benannt, daher könnte es allerlei „Disputat" und Verzögerungen geben; wir danken daher, dass E. L. auf Bamberg verzichten und sich Mühlhausen gefallen lassen und werden dies sowol Kurbrandenburg bei Zuschickung von E. L. Schreiben zu wissen machen als es dem Bürgermeister und Rat von Mühlhausen bekanntgeben und Pappenheim befehlen, dort für die Kurfürsten Quartier zu bestellen und ihnen wie üblich aufzuwarten; E. L. mögen wegen der Malstatt Trier und Köln verständigen und auch dem Kaiser davon Anzeige machen. — Wir haben aus Dero Schreiben auch gern verstanden, dass Sie mit Brömsers Schickung nach Prag zufrieden sind; wir handelten so, weil uns E. L. standhafte Treue und Gehorsam gegen den Kaiser genugsam bekannt waren und beide nicht besser bewiesen werden konnten als in diesem Notfall. Wie es zu Prag steht und wie der Kaiser sich durch den Herzog von Braunschweig in seiner Proposition sowol gegen den König als gegen die Stände wegen der Krönung und wegen des Regiments erklärt hat und wie, als unsere Gesandten dort ankamen, es nicht mehr „res integra" und die Bewilligung erfolgt war, wird Brömser berichtet haben. Wir haben die böhmischen Stände insgesamt und die vornehmsten darunter noch besonders durch Schreiben und Gesandte zur Mässigung und zum Gehorsam gegen den Kaiser ermahnt und den König ersucht,

gewesen und wohin das ganze werk angesehen, sonderlich da man noch von starker kriegspraeparation auf der papisten seiten schreiben thuet, ist dem lieben Gott bekannt." Er, Kurfürst, sehe deshalb nicht, wie diesem Wesen aus dem Grunde zu helfen sei ausser mit Zutun aller Reichsstände, und da ihm eben ein Ausschreiben des Kurfürsten von Mainz zu einem Kurfürstentage auf den 7./17. Juli zukommt, so scheine ihm dies der beste Weg dazu. Er wolle aber seinen in Prag (wegen der Aussöhnung mit dem Kaiser in der jülicher Sache) anwesenden Gesandten Götze anweisen, dass er bei Matthias und den Böhmen gute Dienste leiste, damit des Kaisers Hoheit, Ansehen und Regierung erhalten und alle hitzigen Ratschläge gemildert oder abgewendet werden. (Wolfenbüttel, a. a. O., no. 51 a; Or.). — Am $\frac{29.\text{April}}{9.\text{Mai}}$ schreibt der Kurfürst in derselben Sache an den Administrator der Kurpfalz: er habe sich auf die verschiedenen Aufforderungen Kursachsens und Braunschweigs bisher dilatorisch erklärt, unter anderm auch deshalb, weil er zuvor des Administrators als des Direktors der Union Gutachten hierüber hören möchte; er wünsche zu wissen, ob der Administrator gleichfalls um eine Abordnung nach Prag ersucht worden sei und wie er es deshalb sowol als auch wegen des persönlichen Besuchs des Kurfürstentages zu halten gedenke (Ma., 547/14, 45; Or.).

[1] Vgl. no. 162, S. 398, Anm. 1.

Digitized by Google

Mai 6. sich bei den Ständen zu interponieren, damit dies üble Verfahren abgeschafft werde, haben aber noch wenig Besserung befunden und Dinge erfahren müssen, die zu schreiben wir Bedenken tragen. Wir wollen aber nichts unterlassen, was zur Abhilfe dieses Unheils dienlich sein kann, hoffen dabei auf E. L. Beistand und bitten Dieselbe nochmals, Trier und Köln wegen der Abordnungen nach Prag zu erinnern. Unsere Gesandten haben Befehl, mit Ihren und den noch folgenden kurfürstlichen Gesandten vertrauliche Korrespondenz zu halten „und pro re nata, dieweil sie in tam turbulento statu auf nichts gewisses instruiert werden können, solche consilia für die hand zu nehmen, die zu erhaltung der kaiserlichen hoheit, fried und ruhe under brüdern, herren und underthanen nützlich und dienstlich sein."

Wir danken auch für die Mitteilung in Dero Schreiben vom 20. April[1] und überschicken dafür, was der königliche Gesandte bei uns geworben hat und wie er beschieden worden ist.[2] Wir finden, dass es wegen der begehrten Hilfe mit Volk oder Geld jetzt ganz anders als zur Zeit der Absendung beschaffen sei; darnach war die Antwort zu richten. Datum Dressden den 26. aprilis a. 1611. – Praes. Aschaffenburg 11. maii 1611.

Drs., l. 7387, I. B. Kurfürstentags, f. 13; Kpt.[3]

Mai 6. **179.** Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm an Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg.

Auf das Schreiben vom 9./19. April wegen Erneuerung des gefallenen Vertrauens und wegen der Kommunikation mit Württemberg.[4] Ich bin ganz der Meinung, dass man diese gute Gelegenheit zur

[1] Vgl. no. 144, S. 351, Anm. 1.

[2] Vgl. no. 151.

[3] Am gleichen Tag schickte Kursachsen an Kurbrandenburg das Ausschreiben zum Kurfürstentag und beteuerte nochmals, dass Kurbrandenburg sich beim Kaiser aller Gnade zu versehen habe und dass die kursächsischen Räte deshalb guten Bescheid erlangt hätten, wie das beiliegende braunschweigische Memorial nebst der Antwort versichere (vgl. no. 174, S. 422, Anm. 1); übrigens habe auch er, Kursachsen, seine Räte auf nichts gewisses instruieren können und habe sie nur angewiesen, je nach der augenblicklichen Lage zu handeln (Drs., a. a. O., f. 19; Kpt.). Allein Kurbrandenburg blieb hartnäckig und kritisierte in seiner Antwort vom $\frac{\text{29. April}}{\text{9. Mai}}$ das Memorial, weil darin allzusehr der „Offens", die er dem Kaiser zugefügt, gedacht wäre, von der er doch gar nichts wisse, wol aber von dem viel grösseren Despekt, der ihm widerfahren sei; eben so wenig genüge das kaiserliche Dekret, das alles auf weitere Entschliessung des Kaisers stelle und nicht Sicherheit gebe, dass nicht bei Besserung der Lage des Kaisers Kurbrandenburg aufs neue gefährdet werde; auch könne er seine Gesandten nicht instruieren und müsse vorerst um Mitteilung über den Stand der Angelegenheit ersuchen. Würden diese Bedenken beseitigt, so wolle er die Abordnung tun; Götze, der in Prag sei, habe ganz andere Aufträge (Drs., l. 9167, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 520; Or.). Vgl. dagegen Anm. 1 auf S. 434.

[4] Vgl. no. 119 mit Anm. 1 auf S. 295.

Digitized by Google

Erneuerung des Vertrauens nicht ausser Acht lassen sondern fleissig verfolgen soll; die Reise des Pfalzgrafen August [nach München] ist daher zu beschleunigen, damit den calvinischen Praktiken vorgebaut, Baiern bei seiner guten Absicht erhalten[1] „und anfangs zwischen den recht evangelischen und den päpstischen, weiln doch E. v. Gn. von der union nichts gutes zu hoffen, zu solcher vertreuligkeit ein anfang gemacht und also Bairn E. v. Gn. zur assistenz in dem administrationstrit bewogen werden und bei S. L. E. v. Gn. den dank behalten"; sonst möchte vermöge des schweinfurter Abschieds Zweibrücken, dem ähnliches von den Unierten aufgetragen ist, Derselben zuvorkommen und wäre zu besorgen, dass Zweibrücken und andere Calviner diesen Auftrag zu ihrem eigenen Nutzen ausbeuten oder das Werk ganz verhindern, besonders wenn es nicht auf ihren Schlag hinausgeht. Ich weiss, dass die wenigsten päpstischen Stände zur Korrespondenz mit den Calvinern, die sie unter den Religionsfrieden nicht begreifen, Lust haben, darum muss man auf der bereits gelegten Grundlage weiter bauen und Verhinderungen begegnen, was E. v. Gn. durch Anmahnungen bei Württemberg zu befördern wissen werden. Sollte es endlich zur geheimen Zusammenkunft kommen, so werden es E. v. Gn. dahin richten, dass von den Evangelischen Sie und Württemberg dazu gezogen werden; könnten Sie als Administrator zugelassen werden, so wäre es noch besser. Sich mit Kursachsen deshalb in Verhandlungen einzulassen, scheint mir bedenklich, denn E. v. Gn. sind mit diesem Haus noch nicht verglichen; der Kurfürst muss tun, wass seine Räte wollen, weshalb auch Baiern dies Haus wenig achtet. Da nun der ganze Stand des Reichs auf dem Ausgang des böhmischen Tumults beruht, so muss man um so behutsamer verfahren und sich vor aller Offension hüten. Ich gebe E. v. Gn. endlich zu bedenken, wenn die Kurfürsten und Fürsten dem Kaiser jemanden der ihrigen zuordnen, ob Sie dies nicht auch tun oder gar einen meiner Brüder nach Prag schicken sollen.[2] Datum Düsseldorf den 6. maii a. 1611. — Praes. Neuburg den 4. maii 1611. Mai 6.

Mb., 343/13 a, f. 52; Or. ganz chiffriert.[3]

---

[1] Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm hatte durch seine Reise nach München im März 1611 (vgl. no. 92) bessere Beziehungen zwischen Baiern und Neuburg angebahnt und war auch von Düsseldorf aus eifrig bemüht, diese Beziehungen zu festigen. Darum beklagte er in einem Schreiben vom 5. Mai an seinen Bruder Pfalzgraf August lebhaft, dass man sein letztes Schreiben an Herzog Maximilian nicht fortgeschickt habe und dadurch aufs neue zu Mistrauen und Verdacht Anlass gebe; was er in München mit grosser Mühe und Kosten gut gemacht habe, werde aus unzeitiger Vorsorge vorsätzlich verdorben; Herzog Maximilian werde des Pfalzgrafen vertrauliche Schreiben ihm zum Nachteil gewiss nicht publizieren (Mc., Jülicher Succession, Fasz. 89, no. 270, III., f. 33; Kpt.).

[2] Vgl. no. 164, S. 401, Anm. 2 und no. 175, S. 425, Anm. 1.

[3] Am 5./15. Mai lief in Neuburg ein Schreiben des Herzogs von Württemberg vom $\frac{\text{26. April}}{\text{6. Mai}}$ ein, das die Antwort auf des alten Pfalzgrafen

Digitized by Google

Mai 7. **180. Brömser an den Kurfürsten von Mainz.**

Vorgestern habe ich Dero Schreiben samt Kreditiven über Dresden erhalten. Die Begebenheiten seit meinem letzten Schreiben entnehmen E. kfl. Gn. aus beiliegendem Protokollauszug.[1] — Ich möchte gerne mehr schreiben; es ist dies aber bei diesen Leuten, die ohne Rücksicht auf Gott und Menschen sind, nicht ratsam. Hannewald, Hegenmüller und Welser ersucht, sind noch in Haft; wir haben den König und die Stände ihretwegen bisher aber noch keinen Bescheid erhalten. Khlesl soll 160 Artikel verfasst haben, über die Hannewald und Hegenmüller verhört werden sollen; sie betreffen Reichssachen, ausländische Potentaten, Kurfürsten und Fürsten des Reiches; jetzt sollen sie auf 42 zusammengezogen werden, von denen der wichtigste ist, was Hegenmüller jüngst im Namen des Kaisers bei den Kurfürsten und Fürsten geworben und was jeder für Bescheid und sonstige Reden gegeben habe. Solche Inquisition ist unerhört und sollen sich dieser Sache alle Potentaten der Welt annehmen, sonst würde es ehrlichen Leuten schwer werden, ihnen zu dienen; auch Sachsen lässt sich dies sehr misfallen und zeigt sich in allem aufrecht und deutsch. — Die unsinnigen Böhmen und Oesterreicher treiben zur Krönung; wir glauben, dass

---

Schreiben vom 9./19. April enthielt. Darin wird mit Rücksicht auf die Dinge in Prag vorgeschlagen, dem Verlauf noch etwas zuzusehen und Kurmainz und Kursachsen nicht vorzugreifen, wie denn die Interposition nicht eines oder zweier Stände Tun sei und sonst leicht „Offensiones“ erweckt werden könnten. Nach der Vergleichung zwischen Kursachsen und Kurbrandenburg werden die Unierten über die Interposition zweifellos Beratungen anstellen, wobei Württemberg es an sich nicht fehlen lassen werde. Anfrage, ob über den neuburgischen Vorschlag nicht das Gutachten der nächstgesessenen Unierten als Ansbachs, Badens und des Pfalzgrafen Johann eingeholt werden solle?(Stg., Unionsacta, tom. X., f. 12; Kpt.). — Im neuburgischen Rat, wo man am 6./16. Mai das Schreiben des Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm und das württembergische beriet, erkannte man, dass Württemberg die Erneuerung des Vertrauens im Reich nicht mehr so eifrig betreibe wie ehedem und die vordem so geheim betriebene Sache nun gar (offenbar nach Buwinckhausens Vorschlag) unter die Calviner bringen wolle, was die Papisten abstossen würde (Protokoll in Mb., 343/13a, f. 53). In diesem Sinn wurde Württemberg am 7./17. Mai geantwortet: Zur vorgeschlagenen Kommunikation mit den Nachbarn sei es noch zu früh, es möchten auch die andern die Ausdehnung des Werkes ungern sehen. Württemberg möge selbst bei Baiern anfragen, welche Stände dieses zur Handlung zu ziehen gedenke; die bairische Resolution würde einen Fingerzeig geben, wer von den Ständen diesseits heranzuziehen wäre; dann könnten die Räte beider Teile sich zuerst absonderlich wegen eines Modus der Handlung vergleichen, darauf solle bei einer gemeinsamen Zusammenkunft der Modus der Interposition beschlossen werden. König Matthias, mit dem Württemberg schon einen ziemlichen Anfang gemacht habe, werde jetzt nicht Zeit haben, sich um diese Dinge zu kümmern. Man solle trotz der böhmischen Unruhen die Verhandlungen nicht verziehen, aber, bevor man die Sache an den Kaiser bringt, sich unter den Reichsständen vorbereitungsweise vergleichen (Mb., 343/13a; — Kpt. von Heuchelin).

[1] No. 175.

Digitized by Google

sie sich davon nicht abweisen lassen sondern sie nächsten Donnerstag [Mai 12.] vornehmen werden. Wenn die Krönung ohne des Kaisers Willen geschieht, so wollen wir uns davon fernhalten, doch haben die Sachsen deswegen noch ihrem Kurfürsten geschrieben; dessen Bescheid will auch ich mich fügen. E. kfl. Gn. ersehen aus dem Protokoll, was der Kaiser durch den Landgrafen von Leuchtenberg mir wegen des Kurfürstentags hat befehlen lassen und können Sie dem entsprechend verfügen. Sachsen will wegen der drohenden Gefahr nicht von Mühlhausen ablassen und stellt sonst sein persönliches Erscheinen in Frage. Die Motive sind derartig, dass man es dem Kurfürsten nicht verübeln kann; man kann aber darüber nicht schreiben. Ich bitte nochmals, bei diesem wichtigen Handel mich nicht allein zu lassen. Datum Pragk den 7. maii a. 1611. — Praes. Aschaffenburg 15. maii 1611. Mai 7.

Nachschrift: Wegen der Wachen und wegen des anderen Kriegswesens ist es hier noch beim alten; die Passauer liegen zu Budweis in guter Ruhe und scheinen nicht weichen zu wollen, wenn nicht die Böhmen näher heranrücken. Mir scheint, dass der Eifer bei diesen nicht mehr so gross ist wie zuvor und sie nicht mehr so böse sind; sie werden wol merken, „dass es ohne starcke cappen nicht abgehen mogte," wollte man jene mit Gewalt vertreiben. „Gott schick alles zum besten und helfe mir balt wieder mit gluck haimb, dan ich der ehren, ein geheimer kaiserlicher rath zu sein, schon gar müed und verdrossen bin, will einem anderen die ehr gar gern ubertragen."

Wms. Reichstagsakten, Bd. 103 c, no. 107; Or. eigh.

181. Lüttichau und Gerstenberg an den Kurfürsten von Sachsen. Mai 7.

Heute haben wir mit Wallenstein und Thurn über unsern gestrigen Vortrag[1] vertraulich gesprochen. Beide erboten sich hoch gegen E. kfl. Gn., aber erklärten schliesslich, es wäre „die gemeine durch den pragischen einfall (dann das übrige wolten sie gerne vergessen) also erhitzet, dass alles denken, handeln und rathschlagen vergeblichen." Sie baten uns, sie bei E. kfl. Gn. aufs beste zu entschuldigen und erboten sich, uns stattliche Ursachen anzuzeigen, warum wegen der Krönung und wegen der gänzlichen Abtretung des Regiments nichts mehr geändert werden könne. Darnach hat uns der Kaiser erfordern lassen und hat uns neben Braunschweig, Leuchtenberg, Mollart und Brömser „bei anderthalben stunden ein solch claglich und beweglich gespräch gehalten, dass wir uns der threnen kaum erwehren können." Der Inhalt der Rede war: „1) die crönung zu verhindern 2) oder auf vier monate zu prorogieren 3) oder von hinnen I. ksl. M.[t] zu bringen, darzu sie dann Regensburg vorschlugen." — Nach gehaltener Beratung hat Braunschweig erwidert:

[1] Vgl. no. 175, S. 431, Anm. 1.

Digitized by Google

Mai 7. Die Krönung könne weder verhindert noch aufgeschoben werden, weil die Böhmen sich davon durchaus nicht abweisen lassen wollten und weil schon in der Kirche dafür gebaut werde. — Das hat der Kaiser noch nicht gewusst, obgleich die ganze Stadt davon voll ist. Er wandte ein, die Stände hätten sich auf seine Artikel noch nicht erklärt; sie hätten fünfzehn Tage darüber beraten, eben so viel Zeit müsse man doch auch ihm [zur Beratung der Antwort] gönnen; die Stände wären ja noch in seiner Pflicht, die Kompaktate bestimmten klar, dass er zeitlebens nicht in der böhmischen Regierung beirrt werden solle; die Passauer hätten geraubt, die Oesterreicher gestohlen; die Passauer hätten die Kleinseite eingenommen, die Oestereicher das Schloss und hielten ihn gefangen. „Man solt doch sehen, das mans hinderte oder I. M.t hinweg brechte, denn sie könnten das gedrümmel, drommeten und schiessen nicht hören; es würde ihr gift sein, man würde sie umbs leben bringen. Was sie solten alhier machen, ob sie solten des Mathiae gubernator sein? Achte nicht mehr alhier zu bleiben oder auch ihren schaz und vorrath, das leben sei ihm lieber.“ Es ist dem Kaiser vorgestellt worden, dass, wenn er Prag einmal verlassen habe, die Rückkehr ihm unmöglich sein werde und dass für ihn bei dem urplötzlichen Aufbruch von dem unbändigen Volk Schimpf und Spott zu fürchten wäre; es hat aber alles nicht haften wollen. Der Herzog von Braunschweig hat angeregt, wenn der König sich mit der Krönung begnügen und dem Kaiser die Regierung in Böhmen lassen würde, ob der Kaiser sich überwinden könnte, den König dem Kurfürstenkolleg zum Nachfolger zu empfehlen; es stünde ja auch dann noch immer bei den Kurfürsten, zu tun, was sie wollten. Das hat aber dem Kaiser gar nicht gefallen sondern hat er gesagt: „Es wurde mich schwer ankommen, ob man im reich solche bendel wolt ungestraft lassen. Es wurde I. M.t ein nagender wormb am herzen sein.“ Endlich entliess er uns mit den Worten, er wolle der Sache weiter nachdenken. — „Dem könig ist auch solcher vorschlag an die hand gegeben; der achtets vor nichts, begert auch der intercession nicht sondern man lest sich an dem ort bedunken, es könne ihm ohne das nicht entstehen, darvon mündlichen ferner bericht geschehen kann.“ Es steht also darauf, dass in wenigen Tagen die Krönung erfolgen und das Regiment mit Willen oder Unwillen des Kaisers dem König übergeben werden wird.

Unser aller Meinung ist, dass der Kaiser hier bleibt, sich in seinem Gemach aufhält und sich wegen der Teilnahme an der Krönung leicht entschuldigen kann. „Wie es aber ferner mit abfuehrung I. ksl. M.t und anstellung ihres kaiserlichen gubernaments“ zu halten ist und was wir auf eine Einladung zur Krönung tun sollen, darüber erbitten wir Bescheid. — Auf Freigebung der Reichshof- und geheimen Räthe haben wir gar keine Hoffnung; denn man hat jetzt im Namen des Königs neue Fragen formuliert und soll, wie man sagt, gegen sie nicht besser als gegen Tengnagel verfahren werden. —

Digitized by Google

Der kurbrandenburgische Gesandte, der hier ist, hält um Aussöhnung seines Herrn und um die Belehnung mit den Reichslehen und den böhmischen und jülichschen Lehen salvo iure Saxonico an; der Bestätigung des jüterbogker Vertrags hat er aber nicht gedacht, weil die neuburgische Ratifikation noch aussteht. Der Kaiser hat durch Dr. Wacker darauf erwidern lassen: er sei dem Hause Brandenburg stets mit Gnaden zugetan gewesen und sei es noch; was geschehen, sei ratione iustitiae geschehen; er habe von dem Vergleich zwischen Sachsen und Brandenburg gern gehört und wolle sich wegen der Lehen Brandenburg gnädig erweisen. — Der Gesandte Christians von Anhalt[1] hat den Böhmen des Fürsten Bedauern über den passauer Einfall ausgedrückt und mitgeteilt, dass der Fürst in der Oberpfalz solche Anstalten treffen wolle, dass Böhmen sich davon Beistands getrösten könne.[2] Datum Praga den 27. aprilis a. 1611. Mai 7.

Nachschrift Gerstenbergs: Ich habe mich vergeblich um den Grund der vorigen Erforderung des Herzogs Johann Georg erkundigt; die geheimen Räte wissen nichts davon und meinen, es werde auch der Kaiser davon nichts wissen, „denn sich Leopold des dinges zu derselben zeit viel gebraucht.“[3]

Drs., l. 9167, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 426; Or.[4]

[1] Johann von Dordt; vgl. no. 173. Nach Bodenius' Bericht vom 7. Mai brachte Dordt am 6. Mai in der prager Landstube vor: sein Herr habe aus der Stände Schreiben vom 9. März die Sachlage in Böhmen ganz anders befunden als hin und wieder verbreitet werde; er habe das Schreiben anderen Kurfürsten und Fürsten mitgeteilt und hoffe von den Ständen, „sie in iren successibus also weiter procedirn und ir propositum continuirn werden“; der Fürst, der bald wieder in die Oberpfalz kommen werde, erbiete sich dem König und den Ständen zu Rat und Beistand (Mc., Entstehung, Fasz. III., no. 26, f. 83; Or. eigh.).

[2] Am $\frac{\text{26. April}}{\text{6. Mai}}$ schreibt aber der Administrator der Kurpfalz an die Unierten: Da noch niemand die acht schweinfurter Monate entrichtet und die Kurpfalz nicht die Mittel hat, das Volk in der Oberpfalz länger im Wartegeld zu erhalten, so hat er die amberger Regierung angewiesen, das Fussvolk ehestens laufen zu lassen, obgleich er leicht ermessen kann, welch ungleiches Ansehen diese Abdankung bei König Matthias verursachen wird, nachdem man jüngst Starhemberg ganz anderes versprochen hat; hoffentlich wird aber der König des Beistands der Union nicht mehr bedürfen (Mb., 119/1, f. 130; Kpt.).

[3] Vgl. no. 27, S. 69, Anm. 2.

[4] In einem Bericht vom $\frac{\text{29. April}}{\text{9. Mai}}$ tragen die sächsischen Gesandten noch folgendes nach: Bei dem neulichen Gespräch mit dem Kaiser hat dieser also begonnen: „Ich habe ein sonders gutes vortrauen zum churfürsten zu Meinz, Saxen und E. L. (den herzogen von Braunschweig meinende), darumb wil ich Euch mein anbegeren entdecken, dann die noth lehrt mich reden. Ihr landgraf habt gesaget: wenn Ihr jenesmal bei mir gewest, ich solte die ungarische cron wol behalten haben; izo wolt Ihr mir die boëmische cron von meinem haupt nehmen und dem Matthiae aufsezen. Darauf sprach der landgraf mit entsezunge: Allergnedigster kaiser, solt ich das thun? Der kaiser antwortet: Ihr beede (den von Mollar neben dem landgraven meinend). Der landgraf trat zurucke und begert

Digitized by Google

[Mai 7.]

182. Bericht aus Prag.

„Los medicos dudan que el catarro no ahoge S. M.[d] ces., porque no se guarda de desordenes, aunque esta aflijidisima por estos trabajos.[1] Los oficios que hazen los electores, hazen estar con el animo muy sospenso al rey de Ungria y a los Bohemios, aunque no dexan por esto de hazerlo que les comple mostrando, que esto no les da mucha pena; mas los embaxadores de dichos electores hablan cierto muy resolutamente y pero se haze, quanto se puede, porque se camine con el emp.[or] con destreça para no ruinar el negocio principal del rey de Romanos, el cual los ministros del rey tienen por siguro, aun sin el favor de S. M.[d] ces.,[2] mas no se cree, stante lo que los embaxadores de los electores hazen y dizen, con los quales eletores esta S. M.[d] ces. muy unida, haziendo entrar sus embaxadores en el consejo de estado y tambien los embaxadores de Brandenburg y Noiburg, a los quales principes ya ha perdonado a instancia del eletor de Sasonia, aviendoles confirmado el concierto hecho entre ellos sobre Juliers, y dichos de Brandenburg y Noiburg han ofrecido ansi mismo a S. M.[d] su asistencia y ayudas. Los oficios de los eletores han obrado que pienso se quitara la guardia a S. M.[d] ces. y que los s.[ores] Slawata, Smisansqui, Anibald, Eghemiler y Velser[3] se an absuelto de la imputacion dada les y se tiene, que estos se libraran de donde estan muy presto.“ Matthias will, wie es heisst, Wolkenstein an den König von Spanien schicken. Der König „vive ahora en el Rachin y en la cama de ayer aca a causa de gota y trata de concertarse con Leopoldo y de asoldar su gente.“ O. D.

Sim., Fasz. 2497, f. 231; Or.[4]

---

alsbalden seinen abschied; wolt wissen, wer ihn also angeben. Mollar sagt kein wort. Der kaiser sprach: Ihr must mich recht vorstehen; Ihr habt mich ubereilet mit der proposition; man hat mir nicht einen tag zeit gelassen zu bedenken und, do ich habe essen wollen, hat mir noch der Barwicius die proposition in die hand gestossen, das ichs habe unterschreiben müssen.“ Dann folgte das neulich berichtete Gespräch. — Wir haben dies nicht gleich mitgeteilt, weil der Kaiser uns darum gebeten hat, doch ist es jetzt ganz bekannt. Obgleich Braunschweig, Brömser und wir den Landgrafen zur Geduld mit dem hochbetrübten Kaiser dringend ermahnt haben, hat derselbe doch gestern dem Oberstkämmerer den goldenen Schlüssel zugeschickt, seinen Abschied verlangt und will nächster Tage fort, um der Krönung nicht beiwohnen zu müssen. Mollart soll auch abdanken wollen, so dass dem Kaiser nur Barvitius als geheimer Rat bliebe. — Mit der Freilassung der Reichshofräte sieht es noch weitläufig aus, doch wird vielleicht heute Hegenmüller vom Rathause in ein anderes Haus logiert und Welser entlassen werden. „Bei demselben mag Hanniwald seine gelder haben, die ihn vieleicht desto lenger in arrest behalten möchten“ (Drs., a. a. O., f. 426; Or.). — Die obige Szene schildert auch Bodenius in seinem Bericht vom 9. Mai (Mc., Entstehung, Fasz. III., no. 26, f. 68; Or. eigh.). Vgl. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 280.

[1] Ueber den Gesundheitszustand des Kaisers vgl. no. 175, S. 424, Anm. 2.

[2] Vgl. no. 181.

[3] Die Freilassung des Matthaeus Welser erfolgte am 10. Mai (Welser an Erzherzog Maximilian am 11. Mai; Ib., Ambraser Akten, Missiven vom Mai 1611, no. 34; Or.).

[4] Der Bericht stammt aus der spanischen Gesandtschaft in Prag.

Digitized by Google

183. Brömsers zweiter Wochenbericht aus Prag.

Mai 8. bis 14.

Mai 8.[1]

Ich habe die Sachsen zur Mahlzeit gebeten, wobei diese für gut fanden, dass ich auch den Brandenburger [Götze] einlade, was auch geschah; aber man hat von ihm nicht erfahren können, was seine eigentlichen Befehle seien.

Mai 9—11.

In diesen Tagen kamen einzelne Personen aus den böhmischen, mährischen und österreichischen Ständen zu uns. Aus den verschiedenen Unterredungen ergab sich nur, dass dort mit Vernunftgründen nichts auszurichten sei; einer sagte, es könnte sie weder Salomon noch ein Engel, ja nicht einmal Christus, wenn er da wäre, abwendig machen.[2]

Mai 12.

Die böhmischen Stände übergaben ihre Resolution auf die kaiserlichen Artikel[3] und begehrten mündlich und ungestüm, der Kaiser solle sich ungesäumt darauf entscheiden, sonst würde er ein anderes zu befahren haben; auch die geheimen Räte wurden von einigen Ständen mit Bitten und Drohungen angegangen, die Resolution zu befördern. — Nachdem der Kaiser sich mit uns und den geheimen Räten beraten hatte, wurde für gut angesehen, den Böhmen beiliegende Antwort schriftlich zuzustellen.[4]

---

[1] Brömser erkrankte in diesen Tagen; daher sind die Aufzeichnungen bis zum 13. Mai spärlich.

[2] Vgl. F. Hurter, Geschichte Kaiser Ferdinands II., VI., S. 497.

[3] Wegen der Artikel des Kaisers vom 16. April vgl. no. 152, S. 374 Anm. 3. Der Bescheid der Stände lautete: Zu 1) der 12. Mai ist als Krönungstag festgesetzt; der Kaiser darf aber auch hernach den Titel eines Königs von Böhmen behalten, doch gegen einen Revers, allen Rechten auf die Länder zu entsagen. Zu 2) der König wird dem Kaiser jährlich 100 000 Schock meissnischer Groschen auszahlen. Zu 3) der Kaiser soll seine Residenz in Pilsen nehmen; der freie Ein- und Auszug daselbst wird wegen der Gefahr abgelehnt. Zu 4) die Herrschaften müssen dem König bleiben, auch um des Kaisers grosse Schulden zu bezahlen. Zu 5) die ordentlicher Weise und vor dem passauer Einfall erteilten Begnadungen sollen in Kraft bleiben. Zu 6) gegen den Kaiser soll nichts geredet und geschrieben werden, doch dass den Ständen kein Anlass gegeben wird, sich ihrerseits verteidigen zu müssen. Zu 7) die Enthaftung der kaiserlichen Diener kann wegen deren geheimen Praktiken gegen das Königreich erst geschehen, wenn sich deren Unschuld herausgestellt hat. Zu 8) der Kaiser möge die Achtserklärung gegen die Passauer ungesäumt vornehmen (Wi., I A 1, Ka. 2990; Kopie).

[4] Da die Stände zur Beratung ihrer Resolution fast vier Wochen gebraucht haben, so kann sich der Kaiser in der kurzen Frist bis zur Krönung auch nicht erklären; es möge daher mit der Krönung nicht so sehr geeilt werden. Der Kaiser kann die Stände auch nicht eher ihrer Eid und Pflichten entlassen, bevor die unerledigten Punkte richtig gemacht sind. Signatum Prag den 10. maii 1611. (Das Konzept, in Wi., I A 1, Ka. 2990, hat 9. Mai — Wmz., Korrespondenz, Bd. 1; Kopie).

Digitized by Google

Mai 8. bis 14.

Mai 13.

Auf diese Antwort haben die Böhmen sich heute erklärt.[1] Diese Erklärung ist aber nicht nur vom Kaiser sondern auch von uns und allen ehrlichen Deutschen stark empfunden worden; denn daraus ist ersichtlich, wie halsstarrig die Böhmen verfahren und wie wenig sie Kaiser und Reich respektieren wollen. Man gieng deswegen zu Rat, befand aber die geheimen Räte in ihren Erklärungen ganz perplex und da alle zu verzweifeln schienen, haben auch wir Bedenken gehabt, der Sache näher zu gehen sondern haben nur betont, dass die Sache ein dreifaches Praejudiz in sich trage, 1. gegen des Kaisers Haus, den König von Spanien und die Erzherzoge; 2. gegen das Reich, 3. gegen alle Potentaten und Fürsten ausserhalb des Reiches; wir könnten daher nur raten, dass der Kaiser sich auf diese bezöge und weiteren Aufschub begehre, um mit den Interessenten zu beraten, allerdings unter Benennung einer gewissen Frist. Damit giengen wir in unsere Behausung, nur der Herzog von Braunschweig blieb oben und brachte uns spät abends ein Verzeichnis einiger Punkte,[2] auf die wir unser Gutachten abgeben sollten. Darauf wurde aber nicht weiter bestanden, dafür kam Hertel zu mir und sagte: der Kaiser habe durch Leuchtenberg und Mollart beim König anhalten lassen, dass die Krönung auf Pfingstmontag [Mai 23.] verschoben werde und habe es auch erlangt; die Böhmen hätten ferner vom Kaiser sehr eifrig begehrt, noch diesen Abend die Achtserklärung gegen die Passauer zu fertigen und ihnen zuzustellen, widrigenfalls sie angezeigt haben wollten, dass morgen etwas erfolgen werde, was dem Kaiser und andern beschwerlich sein würde, was sie aber nicht länger hindern könnten; das passauer Volk zeige sich immer feindseliger. Nun seien die geheimen Räte der Meinung, man solle aus der Not eine Tugend machen, zumal der Kaiser zuvor schon die Achtserklärung versprochen habe; doch wolle man meine Meinung darüber hören. Ich ersuchte Hertel, mich mit den Sachsen bereden

[1] Die Stände erwiderten unter dem Datum des 11. Mai: die Krönung soll auf nächsten Montag [Mai 16] verschoben werden, doch erwarten die Stände vom Kaiser, dass er sie vorigem Erbieten gemäss am nächsten Sonntag ihres Eides entbindet; denn länger als bis Montag kann weder die noch ausstehende Resolution des Kaisers auf die unverglichnen Punkte noch die Krönung und die Abtretung des Regiments verschoben werden (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 130; Kopie).

[2] 1. Verschiebung der Krönung bis Pfingstmontag, worauf der Kaiser, jedoch nach Abhandlung der noch folgenden Punkte, die Stände ihrer Pflicht entlassen will. 2. Der König soll das volle Regiment haben, aber es in des Kaisers Namen führen. 3. Wegen des Reverses soll es wie bei Abtretung der ungarischen Krone gehalten werden. 4. Wegen des Deputats will der Kaiser mit dem König selbst handeln. 5. Der Kaiser will seine Residenz in Prag behalten, aber auch freien Ein- und Auszug haben. 6. Dem Kaiser sollen seine böhmischen Herrschaften zu freier Disposition gelassen werden. 7. Die kaiserlichen Gnaden an die treuen Diener, auch solche, die noch künftig bis zur völligen Abtretung des Regiments gewährt werden, sollen respektiert werden. 8. Der Kaiser begehrt nochmals die Freilassung seiner verhafteten Räte und Diener (Wmz., a. a. O., no. 131; Kopie).

Digitized by Google

zu dürfen, um uns einer Meinung zu vergleichen. Die Sachsen kamen alsbald zu mir und hörten Hertels Bericht an, worauf wir insgesamt antworteten: Wir hätten unter diesen Umständen auch nichts dagegen; „wir sehen und empfinden so viel, wan die stende wollten, dass man unsere herrn solte in die acht thuen, so musste es der gute fromme kaiser wohl gerne thuen, wo er nicht anders mehrers schimpfs gewertig sein wolte;“ [1] wir liessen sonst dahingestellt, ob durch diese Achtserklärung den Böhmen und deren Lande Nutzen geschafft würde. Zur Abfassung der Achtserklärung wollten wir nur nochmals erinnern, dass man betonen möge, diese sei auf Anhalten des Königs und der Stände geschehen, auch solle ein terminus suspensionis angefügt werden. — Von vertrauter Seite habe ich dieser Tage gehört, dass einige böhmische Herrn einen oder den andern kaiserlichen Rat angeredet hätten: sie sollten ihre Consilia dahin richten, dass der Böhmen Vorhaben nicht gehindert werde; sonst müssten sie etwas anderes erwarten. Mai 8. bis 14.

Mai 14.

Wir kurfürstliche Gesandte wurden durch Leuchtenberg in den geheimen Rat erfordert. Als wir uns im Vorzimmer einstellten, teilte uns der Landgraf mit, die Beratung sei wieder eingestellt, wir möchten uns aber über die vom Herzog von Braunschweig uns mitgeteilten Artikel bedenken und in der nächsten Sitzung darüber unsere Meinung sagen; das Gutachten des Herzogs, der unpass sei, solle uns zugestellt werden. Als wir darauf wieder auf den Saal giengen, redete Wenzel Kinsky mich und Lüttichau aus freien Stücken an und erklärte ganz offen: „das er aller dieser sachen ein anfenger und urheber seie“,[2] und erzählte, wie er „disgustiert“ worden sei. Wir hörten es schweigend an und erwiderten nichts. — Bisher hat der kurbrandenburgische Gesandte mit uns keine Kommunikation gepflogen, so dass den Sachsen und mir die Sache verdächtig vorkommt, zumal die Königlichen und die Böhmen sich mehrerer Bestärkung und guter Korrespondenz von dorther öffentlich rühmen. Man sagt auch ganz offen, dass die Generalstaaten ihren Gesandten hier hätten.[3] Hannewald und Hegenmüller werden immer noch in Haft behalten; letzerer hat aber ein leidlicheres Losament bekommen, Hannewald soll begehrt haben, mit den kurfürstlichen Gesandten sprechen zu dürfen; damit hat er nur erreicht, dass man nun niemanden zu ihm lässt.

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 126; Or.[4]

---

[1] Vgl. Hurter, Geschichte Kaiser Ferdinands II., VI., S. 499; wegen der Verhandlung über die Achtserklärung vgl. auch Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 286.

[2] Vgl. Hurter, a. a. O., S. 450.

[3] Gemeint ist natürlich wieder Dordt; über seine vermeintlichen Beziehungen zu den Generalstaaten vgl. ausser Hurter, a. a. O., S. 500 noch die Berichte der sächsischen Gesandten in no. 188, S. 452, Anm. 2.

[4] Das obige „Protokoll“ begleitet Brömser mit einem Schreiben vom 14. Mai, wobei er wieder bemerkt, dass er nicht alles der Feder anvertraue,

Digitized by Google

Mai 9. **184. Eigenhändige Aufzeichnung des Kurfürsten von Mainz [für den Landgrafen Ludwig von Hessen?].**

„Amicus amico. Den ahnwesenden koniglichen gesandten ist mein einfaltig bedencken (wie nichtt allein I. kgl. W. sonder den bömischen stenden in hoc perturbato statu zu helffen vnd fridt zu erlangen) eröffnett worden,[1] haben es auch fideliter zu vberschreiben versprochen; will mit Gott bezeugen, do ich I. kgl. W. würklich diener, das ich deroselben nitt andersts rathen köntte.

---

besonders hier, „da es scheinet als wan aller respect Gottes, der obrichkeit, ja der naturlichen billich- und empfindlichkeiten genzlich verbannet und verwisen sei.“ Die Krönung ist mit Einwilligung des Königs auf Pfingstmontag verschoben worden; von dem Ausschlag in den übrigen Punkten kann ich nichts gewisses schreiben, alles steht bei den Böhmen; da sie aber ganz verstockt und unempfindlich sind, ist keine Hoffnung auf Milderung. Die Sachsen und ich stecken wirklich in einer schweren Sache; aber alles wäre noch zu ertragen, wenn hier nur Vernunft gelten wollte. Die geheimen Räte erzeigen sich sehr zweifelhaft; es werden in den geheimen Rat nur Leuchtenberg und Mollart, zuweilen auch Barvitius gezogen, während man doch der Räte jetzt nicht zu viele haben kann. Der Landgraf ist noch immer unzufrieden, geht aber doch in den Rat, der Vizekanzler wird gar nicht berufen; es ist für ihn nicht übel, bei solcher Verwirrung nicht dabei zu sein. — Die Stadt liegt voll Kriegsvolk, das nicht bezahlt wird; daher hat schon Meuterei und gemeiner Aufstand gedroht, wiederholt wurden die Fleisch- und Brotläden gestürmt; dazu strömt noch täglich wegen der Krönung mächtig viel Volk herbei; weiss Gott, wie es bei der Krönung ablaufen wird. — Die Sachsen waren vorhabens, falls der Kaiser nicht gutwillig der Krönung zustimmt, nach Dresden abzureisen; ich hätte mich ihnen akkomodiert. Da der Kaiser zugestimmt hat und nun die übrigen Punkte verhandelt werden sollen, so besorgen wir, dass wir vor der Krönung nicht werden abkommen können, sehen aber nicht, was unsere Gegenwart noch fruchten mag; denn was von jenen Punkten nicht vor der Krönung abgehandelt wird, darauf ist hernach trotz unserer Anwesenheit wenig Hoffnung und werden die Kurfürsten und das Reich den Sachen selbst nachdenken und nach Notdurft verfahren müssen. — Hier geht man mit seltsamen Praktiken offen um; wir müssen viel hören, was sich nicht schreiben lässt. Dies Unwesen geht die ganze Christenheit an. Sachsen lässt sich alles wol angelegen sein; wir sind aber leider nicht einmal so weit gekommen, dass wir uns des Abzugs des Kaisers versichern können. Fast scheint es, als sei aller Respekt verbannt. Bleibt es so, so gehe ich nach der Krönung mit den Sachsen, falls der Kurfürst es begehrt und es sicherer ist, nach Dresden zurück und von dort gleich an Dero Hoflager. — Das passauer Volk liegt in guter Ruhe; niemand begehrt hinaus, um es zu vertreiben; es soll sich sehr verstärkt haben. Wenn die Stände ihr Volk nicht besser bezahlen, so werden auch die zweiten Passauer bald da sein. Mit den Wachen und sonstigem Gebahren steht es bei vorigem; Versprechungen der Abstellung sind bisher nicht erfüllt worden. Wie dem frommen Kaiser dabei zu Mute sein mag, weiss Gott; „ist ein starkes vorbilt humanae miseriae, daran sich andere, so hierzue helfen oder je nicht hinderen, wol spiegelen mogten, aber da ist kein empfindlichkeit“. Praes. Maintz 21. mai 1611 (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 25; Or. eigh.).

[1] Vgl. no. 144.

Digitized by Google

Mitto in hoc negotio prothocollum, wie ichs breuiter ad notam genommen. Do je die crönung vorgenommen, will ich jedoch verhoffen, soll mitt I. ksl. M.t ratification vnd reputation beschehen, wie den deshalber instendig anzuhalten. Do I. M.t sich der wahl eines römischen konigs resoluirt vnd geburende reformation vorgenommen hetten, setztte kein zweyfell, es soltte solche vnruhe verplieben sein vnd were I. ksl. M.t nachmals dozue zu erindern. Le[gatus] Hisp[anicus] retulit, das I. kgl. W. zu Vngern vnd den die bömische stende erindertt, in alweg dohin die sachen zu dirigiren, domitt I. ksl. M.t authoritet nitt ledirt, im gegenfall könnte His [panicus] I. ksl. M.t nitt lassen. Haec ille! Werde auch bestendig verpleiben; dessen man sich zu getrösten, so ahn geburenden ort zu referiren. I. ksl. M.t ist nitt zu rathen, in solcher vnruhe zu sitzen sonder sollen iro sachen zur ruhe stellen, auch die succession bei den churfffff. suchen; hoc vnicum medium tranquilitatis et compositionis. Mit dem erpieten ist vorsichtich zu gehen, piscator iustus sapit odium. Ist also eingewurzeltt, das nitt zu trawen beyderseits. Plura scribere non licet. Haec ex sincero corde. Den 9. maii 1a hora noctis 1611." Mai 9.

Wmz., Korrespondenz, Bd. 1; — eigenhändige Aufzeichnung.

185. Die Aeltern und Geheimen von Nürnberg an die von Ulm. Mai 9.

Dr. Loefenius hat vor einigen Tagen unserm Ratsfreund Ernst Haller folgendes angedeutet: Es sei bekannt, wie bei der Union nicht allein der Rechnungen halber allerlei Unrichtigkeiten vorgehen sondern auch sonst unter den Unierten allerlei Beschwerungen sich ereignen, woraus leicht ungleicher Verstand, Mistrauen und noch beschwerlicheres erwachsen könnte; dem vorzubauen und um weiteres Unheil zu verhüten, werde von einigen für sehr ratsam angesehen,[1] abermals einen Unionstag auszuschreiben und ihn so anzustellen, dass einige Deputierte 8 bis 14 Tage zuvor zusammenkommen, die Rechnungen prüfen und sich vergleichen sollen, welche Posten passiert werden könnten; dann sollen sie dem Plenum referieren, damit man sich daselbst eines

[1] Der Gedanke, einen neuen Unionstag und zwar auf den $\frac{\text{21. April}}{\text{1. Mai}}$ nach Nürnberg auszuschreiben, gieng von den zu Torgau versammelten Fürsten aus (vgl no. 86, S. 189, Anm. 2). Der Administrator fand zwar eine neue persönliche Zusammenkunft der Unierten selbst für wünschenswert, wagte aber bei der Stimmung der Städte nicht, den Vorschlag in Schweinfurt machen zu lassen (vgl. no. 113, S. 282, Anm. 1). — Wegen der böhmischen Unruhen mahnten die beiden Markgrafen von Ansbach und von Culmbach abermals wegen der persönlichen Zusammenkunft der Unierten an (vgl. no. 153), die der Administrator zwar grundsätzlich verhiess, zunächst aber schlug er eine Partikular-Zusammenkunft der nächstgesessenen Unierten vor (vgl. Anm. 3 zu no. 153 auf S. 376 und no. 176).

Digitized by Google

Mai 9. endlichen entschliesse. Loefenius wünscht darüber und über den Ort der künftigen Tagung unsere Meinung zu vernehmen, da man auch darüber zweifelhaft sei; es sei zwar Rotenburg vorgeschlagen, man möchte aber gern einen solchen Ort, dessenwegen sich Kurbrandenburg mit Entlegenheit nicht zu sehr entschuldigen könnte.

Wir haben dabei allerlei Gedanken: einerseits möchten wir gern die Rechnungen justifiziert und andere Gravamina erledigt sehen, können aber andererseits nicht ratsam finden, dass so viele Tage ausgeschrieben werden, noch weniger, dass man sie gleichsam begehren solle, was sich die höheren Stände vielleicht zu Nutze machen würden. Um niemandem vorzugreifen, erbitten wir Dero Gutachten, ob und wohin ein Unionstag anzustellen wäre. Wir wollen dann mit Loefenius weiter reden lassen. Datum 29. aprilis a. 1611.

U., Unionsacta, tom. XXII, no. 2139; Or.[1]

Mai 10. **186.** Anbringen des kurbrandenburgischen Gesandten Sigmund von Götze beim Kaiser und Bescheid darauf.

Dem Kaiser hat der Kurfürst von Brandenburg vorbringen lassen[2]: Der Kurfürst erinnert sich, wie der Kaiser aus friedhässiger Leute Antrieb auf ihn grosse Ungnade geworfen hat, woraus erfolgte, dass ihm trotz alles Bittens die Belehnung mit den Reichslehen diffikultiert und seinen Gesandten trotz vielfältigen Sollizitierens der Zutritt zum Kaiser so verschränkt wurde, dass der Kurfürst in der so wichtigen jülicher Sache keine Audienz hat erlangen können, auch seine Schreiben ihm uneröffnet zurückgeschickt wurden. Trotzdem hat der Kurfüst sich alles Gehorsams und Respekts gegen den Kaiser beflissen und dies in der Tat bezeugt, indem er unlängst mit dem Hause Sachsen einen Akkord in der jülicher Sache schloss und zwar vornehmlich darum, weil er vernahm, dass dies dem Kaiser lieb wäre. Der Kurfürst ersucht nun den Kaiser, bei seiner genugsam hervorleuchtenden Unschuld allen Zorn und Widerwillen gegen ihn fallen

[1] Die Ulmer erwidern am 9./19. Mai: Man möge es wegen der Rechnungen beim letzten Abschied lassen; die Kurpfälzer hätten in Schweinfurt selbst zugegeben, dass neue Unionstage kostspielig seien und den Gegnern nur Nachdenken verursachten; dazu sei der Administrationsstreit nicht verglichen und hätten die badischen und württembergischen Räte sich verlauten lassen, dass ihre Herrn vor dessen Vergleichung in keinen Unionstag willigen würden; die angedeuteten Beschwerungen unter den Unierten möchten Sachen betreffen, mit denen die Städte sich nicht zu beladen haben; da ohnehin ein Kurfürstentag bevorstehe, möge man Loefenius unter Einwendung obiger Gründe das Tun und Lassen anheimgeben (U., a. a. O., no. 2144; Kpt. von Schleicher).

[2] Die Werbung wurde am 4. Mai abgelegt (Bericht der sächsischen Gesandten vom $\frac{\text{25. April}}{\text{5. Mai}}$; Drs., l. 9167, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 390; Or. und oben no. 175, S. 428, Anm. 2); am 7. Mai kennen die Sachsen bereits den Bescheid (vgl. no. 181).

Digitized by Google

zu lassen, ihn für einen Kurfürsten zu erkennen, mit den Reichslehen zu beleihen und die innehabenden kaiserlichen Begnadungen und Privilegien zu bestätigen. Da im jüterbogker Vergleich auch ausdrücklich vorgesehen ist, dass es dem Hause Sachsen nicht zuwider sei, wenn Kurbrandenburg vom Kaiser die Belehnung mit den jülicher Landen erlangt, und der Kurfürst sich versichert hält, dass der Kaiser durch die sächsische Belehnung keinem Praetendenten praejudizieren wollte, so bittet er, ihm dieselbe Gnade wie Sachsen widerfahren zu lassen und ihn mit den jülichschen Landen auf sein Recht salvo iure Saxonico zu beleihen, wogegen er dem Kaiser und Reich alles tun und leisten will, was von einem getreuen Kurfürsten erfordert wird; und wenn es bei den jetzigen Läufen in seinem Vermögen steht, dem Kaiser nützliche Dienste zu erweisen, so soll es an seinem Fleiss nicht fehlen. Mai 10.

Der Kaiser erklärte darauf: Er ist dem Kurfürsten und dem Hause Brandenburg jederzeit gewogen gewesen; das bisher Vorgegangene ist iustitiae causa und wegen anderer Interessenten geschehen. Von dem gütlichen Vergleich hat er gern vernommen und will er sich so erweisen, dass man allerseits mit ihm zufrieden sein wird; auch will er künftig dem Kurfürsten mit allen kaiserlichen Gnaden beigetan bleiben, wie er auch nicht zweifelt, der Kurfürst werde sich gegen ihn als gehorsamer Lehensfürst verhalten. Wegen der nachgesuchten Belehnungen und Bestätigungen wird der Kaiser beratschlagen lassen und sich dann zu des Kurfürsten Zufriedenheit erklären.[1]

Der Gesandte bat um Ausstellung eines Dekrets über diese Erklärung und erinnerte, es möge auch wegen der übrigen Punkte dem Kurfürsten deferiert werden. Signatum Praga den 1./10. [!] maii a. 1611.

Drs., l. 8808, 23. Buch jülicher Sachen, f. 362; Kopie.

187. Der Kurfürst von Mainz an den Bischof von Bamberg. Mai 10.

Beim würzburger Bundestag wurde für ratsam erachtet, dass sich die nächstbenachbarten Bundesstände, doch unabbrüchig der gemeinen Union, einer Partikulardefension vergleichen. Auch E. L. haben dies Mittel für nützlich befunden. Da wir nicht wissen, ob E. L. noch dieser Meinung sind und die gefährlichen Zeiten längeren Aufzug nicht

[1] Die endgiltige kaiserliche Erklärung erfolgte erst am 24. Juni: aus Affektion gegen das Haus Brandenburg, wegen der sächsischen Interzession und der hohen Erbieten des Kurfürsten lässt der Kaiser allen gefassten Unwillen schwinden, nimmt den Kurfürsten wieder zu kaiserlichen Gnaden auf, verleiht ihm die Regalien und Lehen der Kur und bestätigt die kurbrandenburgischen Privilegien; wegen der nachgesuchten Belehnung mit den jülichschen Fürstentümern wird der Kaiser sich ehestens entschliessen (Bbg., A 9a, no. 85, f. 28; Kopie).

Digitized by Google

Mai 10. leiden, so haben wir E. L. daran erinnern und Sie um Dero Gutachten bitten wollen, ob zu dieser Sondervereinigung ausser Trier und Würzburg noch andere rheinische Stände gezogen werden sollen und wie sie anzustellen ist. Nach Eintreffen der Antwort wollen wir uns der Tags und der Malstatt vergleichen. Datum Aschaffenburg den 10. maii a. 1611.

Wmz., Religionsakten, Bd. 12., no. 134; Kpt. von Faber.[1]

Mai 11. 188. Lüttichau und Gerstenberg an den Kurfürsten von Sachsen.

Als wir heute mit Braunschweig in das kaiserliche Vorzimmer kamen, — Brömser war krank, — schien es als sollte aus der Beratung, wie auf die Erklärung der Böhmen wegen der kaiserlichen Artikel zu antworten sei,[2] nichts werden, da Leuchtenberg diesen Morgen nicht zu Hofe gekommen war; schliesslich schritt man doch dazu, weil mit der Krönung sehr geeilt wird und die Stände auf eine Antwort und Erklärung vermutlich dringen werden. Wir haben votiert: wir hätten neben Braunschweig und Brömser die Artikel bereits bedacht und fänden sie so wichtig, dass man darin mit guten Bedacht verfahren müsste; da an der Sache sowol dem Kaiser als

[1] Das gleiche Schreiben wurde auch an den Kurfürsten von Trier und an den Bischof von Würzburg gerichtet. — Trier schlug in seiner Antwort vom 26. Mai vor, ausser Bamberg und Würzburg noch Erzherzog Albrecht und Lothringen in den Sonderverein einzubeziehen; vorher aber müssten die beschlossenen Schickungen an beide erfolgen und sie sich in den gemeinen Bund begeben haben; man werde die Verhandlungen wegen des Sondervereins daher bis nach dem Kurfürstentag aussetzen können (Wmz., a. a. O., no. 155; Or.). — Würzburg erwiderte am 28. Mai: Die nachbarliche Partikulardefension sei gut und nützlich; da aber der gemeine Bund jährlich ein stattliches erfordere, so werde man vor allem denken müssen, wie die Partikulardefension „neben ertragung der haubtverain mit weniger beschwär der erz- und stifter, gleichwol aber zu derselben schutz und sicherung uf alle und jede weg zu effectuiren sein möchte“; der Kurfürst möge ihm seine Gedanken eröffnen, wie solche Zusammensetzung zu „kontinuieren“ wäre; er wolle dann nach Vermögen seines Stiftes gern dazu helfen (Wmz., a. a. O., no. 151; Or.). — Am 4. Juni antworteten auch Statthalter und Räte des auf seinen Herrschaften in Kärnthen befindlichen Bischofs von Bamberg: Ihr Herr verstehe die Partikulardefension dahin, dass sie allein auf einen eilenden Sukkurs mit Volk angesehen sei, mit dem ein Stand dem andern auf dessen Anrufen bei unversehenen Plackereien, Durchzügen, Einlagerungen, Ueberfällen beispringen solle; darum könne ein solches Sonderbündnis nur unter Ständen statthaben, die so nahe an einander grenzen, dass sie einander ihre Hilfe, ohne das Gebiet anderer „höherer“ Stände zu berühren, zuführen könnten. Wäre ein „mächtiges Feldlager“ nötig, so hätte der Gesamtbund einzuschreiten, inzwischen würde aber der Sonderbund zur Abwehr von Durchzügen und Musterplätzen sehr nützlich sein. Ein solcher Sonderbund wäre zwischen Kurmainz, Bamberg, Würzburg und etwa noch dem deutschen Orden aufzurichten, welch letzterer, wenn er kein Volk schicken könnte, sich zu einer eilenden Geldhilfe verpflichten müsste (Wmz., Religionsakten, Bd. 12, no. 164*; Or.)

[2] Vgl. no. 183, S. 443, Anm. 3.

Digitized by Google

dessen ganzen Hause aufs höchste gelegen sei, werde er den Rat seiner Brüder, Vettern und Spaniens einholen müssen; auch sei des Kaisers Hoheit und Ehre wol in Acht zu nehmen, damit er jetzt nicht auf etwas eingehe, was er nachher gegen die Kurfürsten und die Reichsstände nicht verantworten könnte; da der Kaiser jüngst bemerkte, er habe sich dadurch nicht wenig beschwert befunden, dass er durch die geheimen Räte mit der Proposition so übereilt worden sei und darüber fast keinen Rat habe einholen können, so stehe nun zu bedenken, ob nicht der Kaiser von den Ständen, die zur Verfassung ihrer Punkte an vier Wochen Zeit gebraucht hätten, für sich etwa sechs Monate Bedenkzeit begehren solle, um das Gutachten seiner Brüder und seiner Vettern sowie der Kurfürsten und der Stände des Reiches zu erlangen; inzwischen aber habe es nicht wenig Bedenken, die Stände ihres Eides zu entlassen.[1] — Die kaiserlichen Räte, — Mollart, Minckwitz und Wacker, — haben kurzen Abtritt genommen und sich dann mit unserm Vorschlag einverstanden erklärt, von den Ständen Bedenkzeit zu begehren; einstweilen aber werde gut sein, sich über die einzelnen Punkte zu unterreden; die Antwort an die Stände wollten sie in einen kurzen Bescheid bringen. — Der Herzog von Braunschweig soll übernommen haben, diese Vorantwort an die Stände aufzusetzen.[2] — Krönung und Resignation werden übrigens am 16. Mai sicher erfolgen, es sei dem Kaiser und dessen Anhängern lieb oder leid. Wir haben zwar alles aufgeboten, damit dem Kaiser das Regiment bleibe und es nur mit Zutun des Königs und der Stände reformiert und genugsam restringiert werde, doch ist alles vergeblich, die Stände und der König beharren auf ihrer Meinung; der Hofmarschall Losenstein hat uns noch heute gesagt, es sei nicht zu ändern. Wir, der Mainzer und die Neuburger, werden an der Krönung nicht teilnehmen, da wir von E. kfl. Gn. deshalb gemessenen Befehl haben, obgleich es den König beleidigen wird. — Losenstein hat uns auch gesagt, der König wolle E. kfl. Gn. unversehens besuchen, niemand solle vorher davon wissen; auch sei für uns und die andern Gesandten eine besondere Bühne in der Kirche errichtet, damit wir nicht im Gedränge zu stehen brauchten. Wir haben auf beides nichts erwidert. Durch Brömser haben wir uns bei den päpstlichen Nuntien und bei Zuñiga erkundigt, was diese tun wollen, haben aber nur gehört, sie seien unter sich noch nicht einig. Brömser und die Neuburger wollen sich nach uns richten; Götzens Absicht kennen wir nicht; der Herzog von Braunschweig sagt uns eben, er, Herzog, werde der Krönung nicht anwohnen. — Derjenige, welcher sich hier für einen Gesandten Anhalts ausgibt, ist ein Herr von Dordt, der bei den Staaten viel gelten soll; es ist derselbe, der unlängst bei E. kfl. Gn. zu Torgau war. „Dessen beharrlich anwesen ist uns und andern sehr suspect und wil fast davor gehalten werden

Mai 11.

[1] Vgl. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 284 f.
[2] Vgl. no. 183, S. 443, Anm. 4.

Digitized by Google

Mai 11. als wann die Staaden mit diesem volk einen heimlichen verstand haben oder machen wolten."[1] — Wir bitten um Befehl, ob wir noch länger hier bleiben sollen; denn wir können hier nichts mehr nützen und sind bei diesen steten Aufläufen und dieser Verwirrung in nicht geringer Gefahr, weil wir uns des Kaisers treulich angenommen haben. Datum Praga am 1. mai 1611.

Drs., l. 9167, II. B. passauischen Kriegsvolks, f. 527; Or.[2]

---

[1] Vgl. no. 183, S. 445, Anm. 3 und Hurter, Geschichte Kaiser Ferdinands II., VI., S. 500.

[2] Am 2./12. Mai berichten die sächsischen Gesandten: Nachdem die böhmischen Stände beim Kaiser gestern ganz ungestüm um Bescheid auf die von ihnen übergebenen Punkte mit dem angehalten haben, dass, wenn sie des Eides auch nicht entlassen würden, sie doch die Krönung und Uebergabe der Regierung an Matthias am 16. Mai vornehmen wollten, ist dem Herzog von Braunschweig, Brömser und uns heute wieder zur Beratung mit den kaiserlichen Räten angesagt worden. Braunschweig hat dabei im Namen des Kaisers angezeigt: dieser möchte, bevor er den Bescheid auf der Stände gestriges Suchen erteile, gern des Königs Meinung darüber wissen, weil ihm Matthias, als er nach Böhmen gekommen war, durch Leuchtenberg und Mollart erklärt habe, dass er nicht als Feind oder ihm, dem Kaiser, zum Nachteil sondern als treuer Freund und Bruder komme und dass er, Rudolf, Kaiser, König und Herr in diesen Ländern bleiben solle; man möge den König dieser Zusage wieder erinnern, damit der Kaiser sich bei seinem Bescheide an die Stände nach der Antwort richten könnte. Man hat dies für nützlich erachtet und Leuchtenberg, Mollart, Minckwitz und Wacker beauftragt, sich deshalb noch heute beim Könige zu erkundigen. — Wir lassen es bei den Königlichen und bei den Ständen an Vorschlägen und Erinnerungen nicht fehlen, aber es ist alles vergebens und sagen sie uns ausdrücklich, „wann Salomonis weissheit und Ciceronis sowohl Demosthenis eloquentia vorhanden, so könte und möchte es doch anders nicht sein und geendert werden"; auch fallen viele bedrohliche Reden, so dass wir alles gehen lassen müssen, wie es geht. Man sagt heute, der König habe Tengnagel das Leben geschenkt; einige glauben, er werde zu ewigem Kerker verurteilt werden. — Dordts Anwesenheit und sein Verkehr mit den böhmischen Ständen erregt viel Nachdenken; es scheint, dass er im Namen der Staaten allerlei mit den Böhmen verhandelt. Man sagt, es soll gleich nach der Krönung zwischen den Staaten und diesen Landen ein Bündnis geschlossen werden. Die Kurfürsten mögen darauf wol Acht geben. Khlesl soll ausdrücklich äussern: „er sehe wol, dass hierdurch das hauss Oesterreich ruiniret werde, sie können aber anderer gestalt zu ihrer intention nicht gelangen". — Leuchtenberg sagte uns heute, in drei Tagen werde Graf Visconti als Gesandter des Erzherzogs Albrecht hier sein; binnen vierzehn Tagen soll noch ein spanischer Gesandter und einer von Graz eintreffen. Vielleicht eilt man deshalb so sehr mit der Krönung (Drs., a. a. O., f. 560; Or.).

Am 3./13. Mai berichten die Sachsen weiter: Da die kaiserlichen Räte vernommen haben, dass der Herzog von Braunschweig und wir uns entschuldigten, die Anfrage bei Matthias zu tun, und sie selbst erachten, dass beim König wenig Dank damit zu verdienen ist, haben sie für sich eine Antwort auf die böhmischen Artikel verfasst, dabei aber unsere Erinnerung wegen des Interesses des ganzen Hauses Oesterreich und des Reiches ganz ausgelassen. Diese Antwort ist dem König heute durch Leuchtenberg, Mollart und Minckwitz vorgetragen worden, der darauf erklärte, mit einem starken Ausschuss die Stände darüber beraten zu wollen. Die Krönung soll von den Ständen bis Donnerstag [Mai 19.] verschoben worden sein, vermutlich, weil der König das Podagra hat. An der viel verbreiteten Aussage des Mönchs [vgl. no. 73, Anm. 2] ist

Digitized by Google

189. Der Kurfürst von Sachsen an den von Mainz. Mai 11.

Auf das Schreiben vom 30. April.[1] Wie erbärmlich des Kaisers Zustand geworden, wie alles Bitten, Warnen, Ermahnen vergeblich und man entschlossen ist, die Krönung mit oder ohne Zustimmung des Kaisers vorzunehmen, ihm das ganze Regiment zu entziehen, ihm nicht mehr die Residenz zu Prag zu gestatten sondern ihn nach Pilsen oder sonst wohin in Böhmen zu verweisen, werden E. L. wissen. Wir für unsere Person sehen kein Mittel, wodurch in der Eile dies Unwesen gestillt werden könnte und hätten darum gerne gesehen, dass der Kurfürstentag früher begonnen hätte; doch lassen wir es auf E. L. Erklärung, dass dies unmöglich sei, beim angesetzten Termin bewenden. Nun gilt zu erwägen, ob angesichts des oben Erwähnten dem Kaiser noch zu raten ist, in Böhmen zu residieren. Wir für unsere Person halten es für schimpflich, dass der Kaiser an einem Ort bleibt, wo er keine Jurisdiktion hat und fremder Botmässigkeit unterworfen ist, wohin sich die Reichsstände mit ihren Anliegen begeben sollen, ohne dort ihr Oberhaupt beschützen oder selber sicher zu- und abreisen zu

---

gar nichts, das als Zauberin eingezogene alte Weib ist wieder entlassen worden; Dr. Hauser [vgl. no. 218] hat viel alchymistische Sachen mit Zeichen und Charakteren nach Paracelsus getrieben; „der wälsche pfaff, so protonotarius apostolicus sein und den hund getauft haben soll, ist noch nicht peinlichen examinirt.“ — Eben lässt der Kaiser uns durch Hertel sagen, der König und die Stände hätten in den Aufschub der Krönung bis Pfingstmontag gewilligt, doch soll dagegen der Kaiser die Acht gegen die Passauer veröffentlichen und sie eigenhändig unterzeichnen „mit verwarnung, do es nicht geschee, hetten sich I. M.t morgendes tags von den Bömen eines ungestumern procedirens zu befahren“, weil die Passauer den Königlichen so grossen Schaden zufügen. Auf die Münze, die zur Krönung ausgeworfen werden soll, soll u. a. geprägt werden: „salutem ex inimicis nostris“ (Drs, a. a. O., f. 567; Or.).

Am 4./14. Mai wird weiter berichtet: Gestern ist der Kardinal Dietrichstein angekommen, der anstatt des Erzbischofs von Prag den König krönen soll. „Es ist nicht mehr heimblichen, dass der herr von Dort von wegen der Generalstaaden mit dem könig und diesen landen eine union tractire. Dieweil dann dieselbige ohne zweifel zu aller chur- und fürsten ruin gereichen muss, so will deroselben eusserste notturft erfordern, diesen sachen bei zeiten vorzubauen, es wird sonsten umbs reich gar bald gescheen sein. Der fürst von Anhalt kan es mit einem wort verhindern, desgleichen die Schlesier und Lausnizer. Solten die mit den andern ländern in die verbündnuss kommen, wie sie sich freilich von den andern nicht absondern können, so wurden derogestalt die Staaden mit ihnen unsere nechste nachbarn werden. Der von Dort ist auch zu Braunschweig gewesen, vermuthlichen dieselb sambt den Hansestädten an sich zu bringen. Wann dann die Staaden, Schweizer, Venediger, Hansestädte mit diesen landen als Ungarn, Oesterreich, Mähren, Bömen, Schlesien und Lausnitz die seiten zusammenzögen, ist leicht zu erachten, wie die im mittel gelegne chur- und fürsten bei dem ohne das haftenden grossen mistrauen sizen wurden.“ Man sagt, der König wolle gleich nach der Krönung eine Gesandtschaft nach Innsbruck abfertigen und um die ältere Tochter des Erzherzogs Ferdinand werben, sobald der Kaiser als deren Vormund eingewilligt habe (Drs., a. a. O., f. 574; Or.).

[1] No. 171.

Digitized by Google

Mai 11. können; darum wäre am bequemsten, wenn der Kaiser seine Residenz in eine Reichsstadt, etwa nach Regensburg, verlegte. Sobald er sich dazu entschlossen und dahin begeben hat und damit wieder frei ist, könnte er einen Reichstag ausschreiben, allen Ständen seine Not klagen und deren Hilfe begehren; zugleich könnte über die Bestellung des kaiserlichen Regiments und wie des Kaisers Ehre zu erhalten sei, gehandelt werden. Freilich gehört dazu Zeit; aber ein Reichstag ist der beste Weg, da alle Stände schuldig sind, ihr Oberhaupt zu schützen und zu erhalten. Beim Kurfürstentag könnten dazu Vorbereitungen getroffen, dem Kaiser der Konsens zur Ausschreibung erteilt, ihm auch eine Residenz vorgeschlagen und beraten werden, wie man den Kaiser mit Reputation aus Böhmen bringen könnte. Auch hoffen wir, weil der Kaiser sich gegen Kurbrandenburg wegen der „Offens" zu allen kaiserlichen Gnaden hat vernehmen lassen, dass dieser sich gegen den Kaiser gleichfalls als Kurfürst bezeigen werde, wobei wir es an unserer Erinnerung nicht fehlen lassen wollen; es ist aber nötig, dass E. L. ihm den Kurverein notifizieren und noch vor dem Kurfürstentag ihn darin aufnehmen. Datum Dressden den 1. maii a. 1611. — Praes. Aschaffenburg 18. maii 1611.

Drs., l. 9167, II. B. passauer Kriegsvolks, f. 419; Kpt. von Schönberg. — Wmz. Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 124; Or.[1]

Mai 12. **190.** Erzherzog Ferdinand an König Matthias.

Aus besonderer Sorgfalt für die gemeine Wolfahrt und unsere wahre katholische Religion habe ich E. L. öfter daran erinnert, bei der jetzigen prager Handlung und bevorstehenden Aenderung in der Krone Böhmen dahin zu sehen, dass unserer Religion kein Nachteil zugezogen wird. Ich zweifle nun zwar nicht, dass E. M.[t] und L. für

[1] Kanzler Faust, dem obiges Schreiben zur Begutachtung überschickt worden war, schreibt ungefähr am 20. Mai an den Kurfürsten von Mainz: Kursachsens Motive sind sehr erheblich; denn im angedeuteten Falle wäre der Kaiser zu Pilsen ein Gefangener der Böhmen. Das schwierigste wird aber sein, des Kaisers Schatz aus Böhmen zu bringen und dessen Herrschaften zu sichern oder um angemessenen Preis zu verkaufen. Man soll den kurfürstlichen Räten zu Prag befehlen, dass sie, sobald dem Kaiser die ganze Administration und die Residenz genommen würde, zuerst ihn fragen sollen, wohin er am liebsten gienge; dann sollen sie sich beim König und bei den Ständen aufs äusserste anstrengen, dass jene Artikel wegen Unterhalt des Kaisers und Ausfolgung des kaiserlichen Gutes, über die der Kaiser schon vor der Krönung die Erklärung der Stände gefordert hatte, schleunigst richtig gemacht werden und dem Kaiser von dem seinigen nichts vorenthalten wird. Geschieht dies nicht vor der Krönung und bevor der Kaiser sich wegen des Abzugs erklärt hat, so wird man hernach gar nichts erhalten. Brömser soll dann schleunig darüber berichten, damit man auf dem Kurfürstentag desto besser beschliessen kann. Es sollten wol alle Herrn von Oesterreich den Schimpf, der jedem einzelnen wie dem ganzen Reich aus der Behandlung des Kaisers erwächst, sich zu Herzen nehmen und eine solche Demütigung des Kaisers nicht gestatten; aber wo widerwärtige Affektionen einwurzeln, hat die Vernunft keine Wirkung (Wmz., a. a. O., no. 135; Or. eigh.).

Digitized by Google

sich selbst Ihren bekannten Eifer zeigen werden; aber es geben die im Reich vordem vorgefallenen Handlungen zu erkennen, wie stark sich unsere Widersacher bei solchen Gelegenheiten bemühen, das zur Handhabung und zum Aufnehmen unserer Religion Dienliche zu verhindern. So werde ich u. a. von glaubwürdigen Orten berichtet, dass unter den böhmischen Ständen einige unserer Religion nicht zugethane bei dieser Gelegenheit es dahin richten wollen, die Gesellschaft Jesu aus Prag und aus der ganzen Krone Böhmen zu vertreiben. „Nun ist aber E. M.t und L. ohne mein erinnerung selbsten unverborgen, was diese societet und gottseelige institution bishero sowol im heil. reich deutscher nation als andern königreichen und ländern, die mit irrthumben der religion befleckt worden, mit predigen, unterweisung der lieben jugend, auch andern geistlichen functionibus für frucht geschaffen und wie stark hierdurch der sonsten vor augen gestandene völlige untergang des catholischen glaubens vermehret worden, welches dann gewiesslichen die vornembste ursach ist, dass unsere widersacher diesen orden vor andern abhold sein und dessen vertilgung alles angelegenen vleiss begehren und suchen. Sintemal ich dann der ungezweifelten mainung bin, dass die vertreibung und abthuung mehrberührter societet, derselbigen collegien und schulen, wo nit die vertilgung der catholischen religion mit sich ziehe, jedoch ein gewiesse vorberaitung darzue sei, so lasse ich mir auch derselben societet handhabung umb sovil euveriger angelegen sein und wurde dardurch zue dieser meiner erinnerung angetrieben, E. M.t und L. hiermit beweglich ersuchende, Sie geruehe mir diese meine erinnerung nicht allein in unguten nit zu vermerken sonder Ihro bei gegenwertigen handlungen mit den böhemischen ständen die societet Jesu in gnaden lassen bevohlen sein, damit sie bei ihren unter der cron Behaimb habenden collegiis und schuelen und derselben unverhindertem exercitio ohngedrangt gelassen werden in vleissiger erwegung, dass durch den widerigen fall nit allein dem gegentheil die thür zue leichterer undertruckung unserer wahren apostolischen religion umb sovil mehr geöffnet sondern auch E. M.t und L. catholischer eifer bei andern unserer religion zugewandten potentaten, wie zumal der lieben posteritet in etwas zweifel gezogen werden, zu geschweigen, Sie es etwan in ander weg bei dem lieben Gott sowol im zeitlichen als ewiglich zu entgelten haben möchten. Das schreib ich nit der mainung, als ob in Dieselbige ich einigen zweifel sezte sondern vielmehr aus vetter- und brüderlichen treuen und dienstwilligkeit. Datum Gräz den 12. maii anno 1611“. Mai 12.

Schl., 17/3, — Kopie.[1]

[1] Zugleich schreibt der Erzherzog in derselben Angelegenheit auch an Khlesl: Da er wisse, dass Khlesl in dieser Sache viel tun könne, so ersuche er ihn noch besonders, sich die Gesellschaft Jesu befohlen sein zu lassen und nach Möglichkeit Praktiken gegen sie abzuwehren; denn die Austreibung des Ordens aus Böhmen würde die Austilgung der katholischen Religion dort nach sich ziehen und den König samt dessen katholischen Räten und Ministern beim

Digitized by Google

Mai 14. **191.** Der Kurfürst von Mainz an den von Trier.

Zuñiga hat uns dieser Tage durch seinen Sekretär Jakob Bruneau den Verlauf zu Prag berichten und uns anzeigen lassen, dass sein Herr, der König von Spanien, mit diesem geschwinden und unförmlichen Verfahren gegen den Kaiser sehr unzufrieden sei und ihm, Zuñiga, ausdrücklich befohlen habe, dahin zu trachten, dass des Kaisers Autorität und Hoheit gebührlich erhalten werde; demgemäss habe Zuñiga den König Matthias zur Mässigung ermahnt und etwas hart zugeredet;[1] wir und unsere Mitkurfürsten möchten daher nicht dafür halten als wenn der König von Spanien an diesem Verlauf Gefallen hätte. Auch sei der König der katholischen Union nach wie vor mit Gnaden zugetan. Wir haben geantwortet, dass diese Rücksicht des Königs von Spanien auf den Kaiser uns zu hören ganz erfreulich sei und dass wir hofften, es werde Zuñiga daran festhalten und all sein Tun beständig darauf richten, seines Herrn gute Affektion zu verwirklichen und, wenn die Krönung nicht mehr hinauszuschieben sei, wenigstens zu veranlassen, dass alles mit des Kaisers Satisfaktion und Autorität zugehe. Zugleich dankten wir für die Versicherung wegen der katholischen Union und baten, dass der König sich die katholische Religion und die Ruhe im Reiche aufs beste befohlen sein lassen möge. Datum Aschaffenburg 14. maii anno 1611.[2]

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103 c, no. 105; Kpt.

Mai 14. **192.** Der Kurfürst von Sachsen an Lüttichau und Gerstenberg.

Auf die Berichte vom 9. und 10. Mai.[3] Wir hätten überhaupt gewünscht, dass mit der kaiserlichen Proposition etwas zurückgehalten worden wäre. Wenn nun darin die Krönung des Matthias auch

Papst, bei Spanien und bei allen katholischen Potentaten in solchen Verdacht bringen als hätten sie „umb ihres privatinteresse willen die religion zue schaden und abgang kommen lassen; dessen etwan hernach I. M.t und L. an einem oder dem andern ort zue ihrer aigenen verhindernuss entgelten möchten. Wass nun die vielgemelte societet in der catholischen kirchen bisshero für nutz geschaffet, wie stark sie auch dahero vor anderen orden durch die widersacher verfolget werden, was auch aus abschaffung derselben dem catholischen wesen für merklicher schimpf und schaden zuestehen wurde, das ist Euch ohne unsere erinnerung bestermassen bewust und werdet Ihr derohalben unsers verhoffens für Euch selbsten genaigt sein, dergleichen hochschädliche fürnehmen zu verhüten und dardurch sowohl I. M.t und L. als Euch selbsten allerhand verclainerliche nachreden und verargwöhnung zuesambt der ewigen und zeitlichen rach zu vermaiden (Schl., 37/3; — Kopie).

[1] Vgl. no. 158 mit Anm. 1 auf S. 391. — Bruneau war auch in München gewesen.

[2] Dieselbe Mitteilung erhält auch Kurköln; vgl. unten no. 207, S. 496, Anm. 1.

[3] Vgl. no. 181, S. 441, Anm. 4.

Digitized by Google

bewilligt wurde, so geschah das doch nur in der Meinung, dass nach des Kaisers Tod Unruhen in Böhmen verhütet werden sollen, nicht aber um auf das Regiment zu verzichten. Der Kaiser hat sich in der Proposition auch noch einige Punkte vorbehalten, die mit dem König und den Ständen zuvor abgehandelt werden müssen; sie ist daher teils „eventualis," teils „conditionalis" und ist in ihr vom Verzicht auf das Regiment keine Rede. Da die Stände insgesamt des Kaisers Proposition, wie der Buchstabe lautet, angenommen haben, auf die vom Kaiser den böhmischen Ständen übergebenen Punkte aber keine solche Resolution erfolgt ist, dass der Kaiser damit zufrieden sein kann, auch der Vergleich mit dem König und den Gesandten der inkorporierten Länder noch bevorsteht, so sehen wir nicht, wie man jetzt auf die Resignation dringen oder zur Krönung schreiten kann, zumal der Kaiser „das sterkeste vinculum, nemblich iuramenti, noch in handen und zur relaxation ante impletionem propositorum et proponendarum conditionum nicht konne gezwungen werden." Das habt Ihr wol zu beachten und mit Braunschweig und den andern Gesandten darüber zu reden. — „Sonsten so viel das königreich Behem betrifft, seind wir berichtet, dass dasselbe anfenglich ein herzogthumb gewesen und von kaiser Heinrico anno 1086 zu Meinz auf dem reichstage zum konigreich erigirt und also feudum imperii worden; wie denn die könige in Behem bei den römischen kaisern die confirmationem suchen, auch die salbung und krönung von einem erzbischofe zu Meinz entpfahen müssen; hernachmals aber seind sie dessen allein von Friderico und Carolo IV. anno 1212 und 1347 und 1348 entnommen und ein frei konigreich worden, wie beiliegende privilegia mit mehrerm besagen, welche wir zwar nicht aus unseren archivis sondern ezlichen behmischen historien erlanget. Wir zweifeln aber nicht, man dessen bei kaiserlicher und meinzischer kanzlei mehr bericht uberkommen können. Darbei werden wir aber auch diss verstendiget, dass der könig in Behem im reich keinen anschlag habe, zu keinem reichstage beschrieben, viel weniger sein consensus zum reichstage erfodert, auch nicht in der churfursten verein sowie in austeilung des römischen reichs kreisen befunden werde, inmassen ihme dann auch keine praesentation ans kammergericht zustendig, auch sonsten zu keinen im reich ublichen und gebreuchlichen tägen ausserhalb der wahltägen, welches privilegium ein könig in Behem von Rudolpho imperatore anno 1290 impetrirt, vocirt wurde; doch werdet Ihr weiter nachzufragen wissen, damit man ein ding nicht rege mache, darzu kein fundament vorhanden.[2] Datum Dressden den 4. maii a. 1611." Mai 14.

Drs., l. 9167, II. B. passauer Kriegsvolks, f. 498; Kptkopie.

---

[1] Vgl. no. 152, S. 374, Anm. 3 und no. 183, S. 443, Anm. 3.

[2] Die Gesandten hatten am 9. Mai dem Kurfürsten ihre Ansicht über das staatsrechtliche Verhältnis Böhmens zum Reich geäussert: „Wir wissen anders nicht dann dass die cron Böhmen, wenn sie ein römischer kaiser nicht besitzt, wie nun viel lange jar gescheen, so sei sie doch ein feudum imperii, musse vom romischen kaiser recognosciret werden, wie dann auch

Digitized by Google

Mai 15.

193. Der Kurfürst von Mainz an Brömser.

Auf den Bericht vom 7. Mai.[1] Wir hoffen, dass Du auch künftig mit den anwesenden kurfürstlichen und andern Räten, besonders aber mit dem Herzog von Braunschweig (dessen Gegenwart viel Gutes schaffen kann) nichts unterlassen wirst, was zum Trost und Erleichterung des Kaisers, zur Erhaltung seiner und des Reiches Ehre, gemeiner Wolfahrt und Friedens in Religion- und Profansachen gereichen mag. Du wirst auch mit den andern kurfürstlichen Gesandten (von denen die trierischen und kölnischen bereits auf der Reise sein werden[2]) gute Kommunikation halten und Dich denselben konformieren. Wir ersuchen eben den Kurfürsten von Sachsen,[3] seinen Räten zu befehlen, mit Dir weiter in gutem Verstand zu bleiben.

Warum wir wegen der erbetenen Zuordnung Dir nicht nachgeben können, weisst Du bereits: Faust hat wegen Kränklichkeit sich nach Hause begeben müssen, die anderen, besonders die gelehrten Räte brauchen wir wegen des Kurfürstentags. Hoffentlich werden die Sachen in Prag bald in besseren Stand kommen und Du dann ledig werden. Die Anzeige an den Kaiser wegen des Kurfürstentags ist von uns bereits erfolgt;[4] es wäre gut, wenn der Kaiser dazu solche Personen abordnete, denen die Reichssachen bekannt [„und bey andern nitt verdächtig“][5] wären, was Du Leuchtenberg oder einem andern geheimen Rat gelegentlich andeuten kannst. Mit Deiner Werbung beim Nuntius[6] in unserm Namen sind wir zufrieden; die auf ihn gerichtete Beglaubigung ist nur zufällig hier liegen geblieben. Wir hoffen,

---

die cron Boehmen und Oesterreich ihren sonderlichen anschlag ins reichs matricul haben, welche contribution bisher in die kaiserliche cammer geliefert.“ Da daraus viele nützliche Argumente in der schwebenden Sache genommen werden könnten, so bitten die Gesandten deshalb um nähere Information (Drs., a. a. O., f. 426; Or.).

[1] No. 180.

[2] Der Kurfürst von Trier teilt am 14. Mai nochmals (vgl. no. 159, Anm. 2 auf S. 394) mit, dass er tags zuvor seinen Landhofmeister Johann Zant von Merle nach Prag abgefertigt habe (Wmz., Religionsakten, Bd. 13; Or.). — Am 16. Mai schreibt der Kurfürst von Köln an den von Sachsen, er habe seinen westphälischen Marschall Jobst von Landsberg und seinen Rat Liz. Christoph Wintzler zum Kaiser und zum Kurfürsten abgefertigt (Drs., l. 9167, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 747; Or.). — Vgl. no. 159, a. a. O.

[3] Das gleichzeitige Schreiben des Kurfürsten an Kursachsen ist fast gleichen Inhalts mit obigem: Kurmainz spricht darin noch seine Besorgnis aus, ob nicht die böhmischen Stände, die mit dem passauer Volk verhandeln lassen, daran denken, dies Volk für sich zu werben, um ihre Anschläge gegen den Kaiser, dessen Räte und vielleicht auch gegen die benachbarten Reichsstände um so besser fortsetzen zu können; er gibt daher Kursachsen zu erwägen, ob man die Achtserklärung nicht etwas suspendieren solle (Wmz., a. a. O.; f. 118; Kpt.).

[4] Am 12. Mai; vgl. no. 162, S. 398, Anm. 1.

[5] Eigenhändiger Zusatz des Kurfürsten.

[6] Vgl. no. 175, S. 428, Anm. 2.

Digitized by Google

dass seine und Zuñigas, der anwesenden kurfürstlichen und fürstlichen Räte und besonders Braunschweigs Interposition beim König und bei den böhmischen, mährischen und österreichischen Ständen so viel wirken wird, dass mit dem geschwinden, unförmlichen Verfahren gegen den Kaiser („es seien gleich sonsten die sachen geschaffen wie sie immer wöllen, deme dann in andere, verantwortlichere und glimpflichere wege wol rath und mittel zu finden") und dessen Räte und Diener eingehalten und nicht anderm Ungemach und unausbleiblichem Verweis für den König, dessen Haus und die böhmischen Stände Tür und Tor geöffnet werde. Sollte aber trotz aller Mühe alles fruchtlos ablaufen und weder der Kaiser noch das Reich in Acht genommen sondern nach erklärter Meinung einiger böhmischer Stände immer weiter gegangen werden, so hast Du Dich mit den andern Räten, mit dem Herzog, mit Zuñiga und dem Nuntius dahin zu bemühen, wie der Kaiser samt seinem Hofstaat, besonders seinen geheimen und Reichshofräten, der Reichshofkanzlei, dem Archiv und der Registratur ungefährdet von Prag anderswohin übersiedeln kann und er so vor weiterem Schimpf und Ungelegenheit behütet werde. Dabei hast Du Dich der Mehrheit zu konformieren. Datum Aschaffenburg den 15. maii anno 1611. Mai 15.

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 117; Kpt.

194. Brömsers dritter Wochenbericht aus Prag. Mai 15. bis 21.

Mai 15.

Leuchtenberg berichtet uns Gesandten, dass die böhmischen Stände nochmals ernstlich auf die Ausfertigung der Achtserklärung gegen die Passauer dringen; der Kaiser habe noch Bedenken, da das Gutachten des Reichshofrates dahin laute, es sei nicht förmlich verfahren worden; trotzdem habe der Kaiser unterschrieben und wolle die Achtserklärung den Böhmen zustellen lassen. Leuchtenberg begehrte auch, dass wir unser Gutachten über die Punkte[1], die mit dem König noch vor der Krönung zu verhandeln seien, eröffnen wollten, zugleich stellte er uns das Gutachten des Herzogs von Braunschweig darüber zu.[2] Abends liess Leuchtenberg mich

[1] Vgl. no. 183, S. 443, Anm. 3 und S. 444, Anm. 2. Nach dem Bericht der sächsischen Gesandten vom 5./15. Mai waren diese Artikel dem König gar nicht übergeben worden; die kaiserlichen Räte hatten bei einer Audienz vom König nur die Verschiebung der Krönung bis Pfingstmontag erbeten, aber der andern Punkte keine Erwähnung getan (Drs., l. 9167, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 578; Or.).

[2] 1. Wegen des Titels hat es sein Mass; der begehrte Revers ist zwar hart und für den Kaiser schimpflich, doch werden die Stände sich darauf berufen, dass es mit Ungarn, Oesterreich und Mähren ebenso gehalten worden sei und werden davon nicht ablassen; auch hat der Kaiser in den Punkten, „so mit dem könig geredt werden sollen", sich dazu schon eventualiter erboten. 2. Die 100 000 Schock Groschen sind zu wenig; da der Kaiser sich vorbehalten hat, deswegen mit dem König zu verhandeln, so wird man bei dieser Verhandlung es dahin richten, dass auch die andern Länder, Ungarn, Oesterreich, Mähren,

Digitized by Google

Mai 15. bis 21. ersuchen, ich solle mein Gutachten ihm versiegelt zuschicken; ich verglich mich aber mit den Sachsen, in diesem Fall nichts schriftliches von uns zu geben und das Gutachten nur mündlich zu erstatten; wir boten an, dies morgen zu tun. Die böhmischen Stände haben Hannewald ersucht, ihnen 40 000 Taler gegen genügende Versicherung zu leihen, dafür wollten sie beim König wegen seiner Freilassung interzedieren.

Mai 16.

Wegen Unwolseins bin ich nicht mit den Sachsen in den Rat gegangen. Sie berichteten mir nach der Rückkehr, dass Leuchtenberg sie abermals um ein schriftliches Gutachten ersucht habe; sie erboten sich aber nur, dass, wenn auch die geheimen Räte sich darüber erklärten, wir ihnen unsere Gedanken mündlich eröffnen würden.[1]

Schlesien und Lausitz zum Unterhalt des Kaisers herangezogen werden, doch wäre dem Kaiser unreputierlich, eine bestimmte Summe zu fordern. 3. Der Kaiser soll nochmals darauf dringen, dass das prager Schloss ihm zur Residenz bleibe. Würden die Stände es verweigern, so soll der Kaiser ihnen, wie es bereits gegen den König geschehen ist, anzeigen, er wolle nach Schlesien, Lausitz oder ins Reich und begehre dazu Geleite bis zur Grenze sowie Fuhrwerk für seine Sachen und die Kanzlei. 4. Von den Herrschaften sollen wenigstens die erkauften dem Kaiser zu besserem Unterhalt und zur Erholung bleiben. 5. Das gleiche gilt von den Begnadungen der Diener bis zur wirklichen Abtretung der Krone. 6. Wegen der eingezogenen Räte und Diener soll ein Unterschied gemacht und das Begehren allein auf Hannewald und Hegenmüller als geheime und Reichshofräte beschränkt, es auch dahin ergänzt werden, dass sie gegen genügende Sicherstellung in die Hände der anwesenden Gesandten geliefert und in ihren Häusern arrestiert werden sollen, so dass sie jedem zu Recht stünden. 7. Der Punkt wegen der Acht gegen die Passauer ist erledigt. 8. Der Punkt wegen Abtretung des Regiments muss dahin beschränkt werden, dass der Kaiser dem Bruder die Regierung „cum plenipotentia“ abtritt, dass aber alles in des Kaisers Namen geschehen soll; daher müssen alle Räte und Beamten dem Kaiser und dem König mit Eid verbunden sein; die Bestallung neuer Räte und die Ausschreibung eines Landtags muss dem Kaiser notifiziert werden und die Untertanen dem Kaiser zum Gehorsam um mehreren Respekts willen verpflichtet bleiben. 9. Da die Schulden gross sein sollen, so muss bei künftiger Verhandlung darauf gesehen werden, dass der König und die Stände sie auf sich nehmen (Wmz., a. a. O., no. 157; Kopie).

[1] Die sächsischen Gesandten berichten darüber am 6./16. Mai ausführlich: Leuchtenberg verlangte von uns ein schriftliches Gutachten über die von Braunschweig verfassten Punkte, was wir ablehnten, weil wir an des Herzogs Befehl gewiesen seien und weil man im Rat schon den einhelligen Beschluss gefasst habe, den König an die Zusage zu erinnern, dass er als Bruder ins Land komme und dass der Kaiser daselbst Kaiser, König und Herr bleiben solle, ferner den König um einen Aufschub auf sechs Monate zu ersuchen u. s. w. (vgl. no. 188). Die kaiserlichen Räte entschuldigten sich und versprachen, noch heute ihre Meinung schriftlich zu übergeben. Statt der Schrift kam aber Sekretär Hertel und verlangte von uns abermals ein schriftliches Gutachten, wie man den Böhmen antworten solle. Wir argwohnten, die kaiserlichen Räte wollten uns durch Mitteilung der Schrift beim König und den Ständen in Nachteil bringen und lehnten ab, das Odium auf unsern Herrn und uns zu wälzen (Drs., a. a. O., f. 588; Or.).

Digitized by Google

Darauf versprach Leuchtenberg, uns am Nachmittag die Meinung der geheimen Räte zu berichten, worauf morgen darüber beraten werden könnte. — Nachmittags kam Hertel in unsere Wohnung und brachte die schriftliche Erklärung der geheimen Räte über die Punkte mit; sie unterschied sich von der vorigen nur im zweiten Punkt wegen des Reverses.[1] Ich erwog mit den Sachsen, was man morgen bei der Beratung vorbringen könnte. Wir hielten dafür vorzuschlagen: es seien dem König die Punkte vorzuhalten und, falls er sich zu einer Verhandlung darüber versteht, habe man sich zuvor über Personen, Ort und Art der Verhandlung zu vergleichen; bei der Verhandlung würde sich dann von selbst ergeben, was bei jedem Punkt zu erinnern wäre; doch müsste man wegen der herannahenden Krönung den König ersuchen, die Handlung gleich vorzunehmen und sich alsbald vernehmen zu lassen.[2] Mai 15. bis 21.

Mai 17.

Wir erschienen im Vorzimmer und wurden von Leuchtenberg in ein Nebengemach gerufen, wo wir auch Mollart, Barvitius, Minckwitz und Wacker fanden. Auf Leuchtenbergs Aufforderung gaben wir unser Gutachten ab und stellten den geheimen Räten zu weiterem Nach-

---

[1] Wmz., a. a. O., no. 58; Kopie. Der zweite Punkt lautet nun: Wegen des Reverses, den die Stände vom Kaiser begehren, soll der König mit ihnen verhandeln, dass sie davon abstehen, da dieser Revers nicht nur dem Kaiser sondern auch dem König und dem ganzen Hause praejudizieren würde. — Ausserdem enthält diese neue Redaktion der Bedingungen noch zwei Punkte, die in der ersten fehlen oder weggelassen worden waren: 9. Der König soll die auf den kaiserlichen Herrschaften haftenden Schulden auf sich nehmen. 10. Gemäss der Vergleichung von 1610 werden weder der König noch die Stände dieser Krone sich in eine Union oder in ein Bündnis einlassen, das dem Kaiser oder dem Reich nachteilig wäre.

[2] Die sächsischen Gesandten berichten noch (vgl. Anm. 1 auf S. 460): Man redet hier, dass der Kaiser gleichzeitig mit der Achtserklärung, die gestern abgieng, den Passauern geschrieben habe, sie sollten sich an die Acht nicht kehren, sie sei ihm abgezwungen worden. Althan soll heute hieher geschrieben haben, Leopold habe ihn aufgefordert, die Abdankung zu unterlassen, denn der Kaiser wolle das Volk anderweitig gebrauchen. Eben hört man, dass der Markgraf von Ansbach sich durch List Donauwörths bemächtigt habe; wenn es wahr ist, kann man sich denken, welche Unruhe im Reich daraus entstehen wird. — Wir haben alle möglichen Vorstellungen gemacht, um den König und die Stände von ihrem Vorhaben abzubringen, doch ist alles vergeblich; denn man hat es mit unsinnigen Leuten zu tun. Es steht jetzt so, dass, wenn jemand jetzt noch ein Wort gegen die Krönung redete, er vor der Gemeinde seines Lebens nicht sicher wäre, auch bei Unterlassung gewiss ein allgemeiner Aufstand erfolgen würde; wie wir denn heute auf Begehren des Landgrafen und Wallensteins den Herzog von Braunschweig haben warnen müssen, nicht so freimütig zu reden und zu schreiben; „wolten wünschen, I. fl. Gn. weren bei den ihrigen.“ Eben schicken uns die kaiserlichen Räte beiliegende Artikel, die morgen beraten werden sollen. Es sind dieselben, die sie schon vor etlichen Tagen verfasst haben. Wir wollen erinnern, dass der Artikel wegen der Konfoederationen aus dem Vertrag von 1610 herübergenommen werde, „damit der anfang von der ksl. M.t erfolge, darnach wird sich vielleicht occasion begeben, wie dem Staadischen wesen [vgl. no. 188, Anm. 2 auf S. 453] desto füglicher zu begegnen sei“.

Digitized by Google

Mai 15. bis 21. denken anheim: 1. uns bedünke, wenn der Kaiser in seiner Residenz bleiben solle, müsse der betreffende Artikel so abgefasst werden, dass des Kaisers eigene Diener wie auch die zu ihm aus dem Reiche kommen, gehörig gesichert werden; 2. man rede, dass allerlei dem Reiche gefährliche Unionen im Werke seien; man solle daher den König bei jetziger Verhandlung dahin vermögen, dass solche ihm selbst nachteilige Unionen vermieden bleiben und dass dazu ein entsprechender Punkt in den Vertrag gebracht werde wie im vorigen Jahre. Dies liessen die geheimen Räte sich wol gefallen und versprachen es noch heute dem König vorzuhalten. Als wir uns entfernten, näherte sich Graf Hohenlohe und gab uns zu verstehen, dass das passauer Volk den König in die Rüstung gebracht habe, „dahero man im reich wohl zuzusehen; dann obwohl die Passawischen abziehen oder geschlagen werden solten, so würde doch der könig sogleich nicht zuruckweichen oder nachlassen sondern sein glück verfolgen. Was dieses auf sich hat, stehet zu bedenken."

Mai 18.

Uns wurde berichtet, der Kaiser habe Zuñiga rufen lassen und von ihm begehrt, er solle dem König Matthias die Punkte vorhalten.[1] Zuñiga nahm es auf sich, wurde aber zuerst vormittags einer Antwort vertröstet, dann wurde sie von Khuen auf den Nachmittag, sodann wieder auf morgen verschoben. Man scheint also die Sache absichtlich hinauszuziehen. Die Sachsen haben dieser Tage von ihrem Herrn ein Schreiben bekommen, worin derselbe andeutet, dass er nicht für gut halte, falls die Krönung nicht mit Willen des Kaisers und mit dessen Satisfaktion in den übrigen Punkten vor sich gehe, dass wir derselben anwohnten; die Gesandten sollten aber darüber mein und Braunschweigs Gutachten vernehmen und dann berichten. Der Herzog erklärte, er wolle nicht dabei sein; ich schloss mich dem an, da es sonst das Ansehen

[1] Es sind ihrer zwölf geworden: 1. Der König soll Krönung und Regiment haben, doch soll der Kaiser den königlichen Titel fortführen und der König im Namen des Kaisers regieren. 2. Der Kaiser ist nicht verpflichtet, einen Revers auszustellen, dass er, auch wenn er den König überlebt, sich nicht mehr in das böhmische Regiment mischen wolle; wenn er aber einen Revers ausstellt, so soll es mit der Klausel geschehen, dass er dem Hause unpraejudizierlich sei. 3. Das Deputat von 100000 Talern soll entsprechend der kaiserlichen Hoheit erhöht werden. 4. Der Kaiser kann nach Gefallen in- und ausserhalb des Königreichs wohnen und ein- und ausziehen. 5. Der Kaiser kann seine Herrschaften selbst besitzen und geniessen. 6. Alle kaiserlichen Schenkungen bis zum Tag der Krönung sollen giltig sein. 7. Alle kaiserlichen Räte sollen aus dem Gefängnis befreit werden. 8. Der König soll des Kaisers Schulden bezahlen, 9. soll kein Bündnis gegen den Kaiser und das Reich eingehen, 10. soll die Zession Tirols an den Kaiser bei den Erzherzogen und 11. die Rekompens für den Kaiser aus Ungarn und den zedierten Ländern betreiben. 12. Der König soll ohne Entgelt des Kaisers dem Erzherzog Albrecht eine Entschädigung [für dessen Ansprüche auf Tirol] geben (Wi., I A 1, Ka. 2989; Kopie). Auf die Aussenseite hat Khlesl geschrieben: „Artickhl so die spänische podtschafft den 19. diss vmb 3 vhr I. M.t füerbracht, so alspald berathschlagt worden" (vgl. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 288).

Digitized by Google

haben würde als hiesse man jetzt gut, was man früher so sehr getadelt habe; unsern ganzen bisherigen Fleiss würde man für ein Spiegelfechten achten; man möge aber noch des Kaisers Meinung darüber vernehmen. Wenn wir von der Krönung wegbleiben, ist es besser, dass wir vorher abreisen.[1] Mai 15. bis 21.

Mai 19.

Auf Gutachten der Sachsen sprach ich Barvitius an, um von ihm des Kaisers Meinung wegen der Krönung zu vernehmen; er hielt aber für gut zu warten, bis des Königs Resolution auf die übrigen Punkte erfolgt sei; dann werde man leicht sehen, ob einige Hoffnung sei oder nicht. Da ich von Zuñiga zur Mittagsmahlzeit geladen worden war, hoffte ich von ihm zu erfahren, was er beim König ausgerichtet habe, hörte aber, der König habe die Entscheidung nochmals auf den Nachmittag verschoben, so dass der Argwohn in mir wuchs, man verziehe absichtlich alles bis zum letzten Augenblick; ebenso denkt Zuñiga. Im übrigen habe ich Zuñiga die Beglaubigung meines Herrn überreicht und allerlei mit ihm geredet, was ich auf den mündlichen Bericht verschieben muss.

Nachmittags liess uns der Kaiser durch Minckwitz sagen: wir sollten, da alle Verhandlungen vom König hinausgeschoben würden, nochmals mit dem König und den Ständen in Güte und Ernst handeln, dass die Krönung vertagt werde oder, wenn dies nicht möglich sei, dass er, der Kaiser, von hier weg könne, um während der Krönung nicht hier sein zu müssen. Wir erwiderten, dass wir dies bereits getan hätten, aber es sei alles vergeblich und wären wir keiner Antwort, geschweige denn einer Verhandlung gewürdigt worden; ferneres Verhandeln scheine uns nicht nur überflüssig sondern auch bei dem verwirrten Humor der Böhmen gefährlich, zumal in Bezug auf die Verschiebung der Krönung, da der Kaiser proprio motu, soviel wir wissen, und ohne unsern Rat diesen Termin bezeichnet und mit dem König verglichen habe; würde man da „zurückhandeln", so würde es Mistrauen und Argwohn geben; zu einem eilenden Aufbruch des Kaisers könnten wir auch diesmal nicht raten, der Kaiser würde sich und die seinen allerlei Schimpf und Gefahr aussetzen, doch wollten wir uns darüber morgen weiter resolvieren. — Ich erlangte Abschrift des kaiserlichen Abmahnungsschreiben an Erzherzog Leopold.[2]

---

[1] Auch die Sachsen schreiben am 8./18. Mai: sie sind mit Brömser der Meinung, dass sie nach der Krönung nicht viel nützen und sich vom Kaiser verabschieden könnten. In der Nachschrift regen sie an, ob es nicht noch besser sei, noch vor der Krönung abzureisen, um durch das Wegbleiben vom Krönungsakt den König nicht zu beleidigen (Drs., a. a. O., f. 605; Or.).

[2] Vom 17. Mai: Dem Kaiser ist berichtet worden, der Erzherzog habe sich mit einigen hohen Befehlshabern des passauer Volkes wieder nach Böhmen begeben und verhindere dadurch nicht nur die Verhandlungen wegen der Abdankung des Volkes sondern erwecke dadurch auch allerlei neuen Verdacht. Dies Hereinkommen ohne sein Vorwissen gereicht dem Kaiser zu höchstem Misfallen; daher befiehlt er dem Erzherzog ernstlich, sich

Digitized by Google

Mai 15. bis 21.

Mai 20.

Morgens kam wieder Minckwitz zu uns. Wir sagten ihm, wir seien der vorigen Ansicht. Zuñigas Sekretär lies mir mitteilen, dass sein Herr zwar beim König gewesen, dass aber nichts eigentliches resolviert worden sei. — Hannewald verfiel in verflossener Nacht in einen 16stündigen Schlaf, aus dem er nicht zu erwecken war; er hatte auch fast keine Empfindung mehr, so dass man wenig Hoffnung für sein Leben hatte. Am selben Tag war Hannewald von den Königlichen, nämlich von Losenstein und Dr. Rebmann, im Beisein der Böhmen von Fels und Graf Schlick verhört worden und hatte ihnen sehr unvermutete Antworten gegeben, so dass sie ihm nichts anhaben konnten; abends war er ganz gesund, lustig und unbezecht und fiel dann doch in diesen Zustand, so dass allerlei geargwohnt wird.

Nachmittags wurden ich und die Sachsen zum Kaiser berufen; der Braunschweiger entschuldigte sich mit Unpässlichkeit. Wir mussten eine Stunde in der Antecamera warten; dann liess der Kaiser uns durch Mollart anzeigen: wir sollten beratschlagen, wie er sich gegen die Böhmen wegen der Loszählung vom Eide verhalten solle. Wir resolvierten uns schriftlich, dass man sich noch keines gewissen entschliessen könnte, da Zuñigas Bericht noch ausstehe, wie der König sich auf die vorgeschlagenen Punkte erklärt habe. Mollart und Barvitius erwiderten darauf, dass sie gehört hätten, der König habe diese Punkte den böhmischen Ständen zur Beratung übergeben, diese hätten dann eine sehr unförmliche Schrift nicht wegen der Punkte sondern wegen des Eides überreicht, aber alsbald wieder zurückgenommen; eben korrigieren sie sie.[1] Die geheimen Räte

---

nach Empfang dieses Schreibens sofort wieder in das Stift Passau zu begeben und Böhmen mit fernerer Bedrängnis zu verschonen, widrigenfalls sich der Erzherzog den daraus erwachsenden Schaden und Spott selber zuzuschreiben hätte (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 159; Kopie). — Erzherzog Leopold war wegen der Abdankung und wegen des drohenden Abfalls Althans am 12. Mai in Krumau, am 15. in Budweis eingetroffen (Ib., Ambraser Akten, Leopoldinische Hofkonzepte von 1611, f. 161 ff.); vgl. unten no. 209.

Die sächsischen Gesandten berichten am 9./19. Mai: Je gefährlicher sich hier die Sachen anlassen, desto weniger Ernst wird dazu gebraucht; auch Zuñigas Verhandlung wegen der unlängst verfassten Artikel geht schläfrig von statten und wird eher der Pfingstmontag herankommen, bevor sie in Richtigkeit gebracht sind. Eben lässt uns der Kaiser durch Minckwitz wegen Verschiebung der Krönung befragen; denn er will Prag verlassen, da er das Schiessen und Blasen nicht hören könne. Minckwitz bemerkt, „dass I. M.t über diesem werk sich bestürzt, auch gar wehe- und kleinmütig befinden und erzeigt“. . . . Zuñiga hat dem König gestern wegen des beabsichtigten Bündnisses mit den Staaten hart zugesprochen und erklärt, sein König werde es nicht leiden sondern all sein Vermögen dagegen einsetzen; denn das Haus Oesterreich sei auch sein Haus. Der König hat darauf zur grossen Verwunderung des Gesandten kein Wort gesprochen (Drs., a. a. O., f. 615; Or.).

[1] Das Gutachten der böhmischen Stände lautete: 1. Des Königs Regiment muss absolut sein und darf wegen böser Folgen nicht auf des

Digitized by Google

stimmten uns zu, des Königs Erklärung und die Schrift der Stände zu erwarten. In die Ritterstube kamen uns Minckwitz und der Kammerdiener Ericius nach. Letzterer sagte uns, der Kaiser habe erfahren, es seien Gesandte der Generalstaaten hier;[1] darüber sei derselbe sehr bestürzt, bilde sich ein, dass auch das Reich gegen ihn sei und wolle wissen, was wir davon vernommen hätten; er, Ericius, habe es dem Kaiser auszureden gesucht und ihm vorgestellt, dass, wenn dem so wäre, es ihm im Reich nur noch mehr guten Willen verschaffen würde, da dergleichen Verhandlungen der Staaten nicht wol aufgenommen werden würden. Gerstenberg erwiderte: Es sei ein Niederländer hier gewesen, habe sich aber für einen anhaltischen Gesandten ausgegeben und sei auch von ihnen, den Sachsen, vor zwei Tagen zur Mahlzeit geladen worden, da sie ihn von den kölner Verhandlungen her als einen „Staatischen" gekannt und gerne von ihm seine Absichten erfahren hätten. Er habe ihnen gesagt, dass er mit den böhmischen Ständen in Verhandlung stünde und von denselben beschieden worden sei, in sechs Wochen wieder hieher zu kommen; sonst höre man, dass er unter dem Namen des Anhalters im Auftrag der Staaten mit den Ständen und vielleicht auch mit dem König verhandle; man könne sich leicht denken, wozu. Der König habe den Gesandten ansehnlich gehalten und ihm eine goldene Kette verehrt, so dass daraus abzunehmen sei, dass ihm diese Werbung nicht misfalle und dass er sie höher als die Interposition der Kurfürsten achten werde, da er unser Anbringen und Erbieten noch immer keiner rechten Antwort gewürdigt habe. Der Kaiser möge aber deswegen nicht bekümmert sein; solche Verhandlungen und Bündnisse seien den Kurfürsten und Fürsten des Reiches verdächtig und böten ihnen umso mehr Anlass, sich des Kaisers und des gemeinen Wesens eifrig anzunehmen. Der Gesandte

Mai 15. bis 21.

Kaisers „Plenipotenz" gerichtet werden; die Mährer, die sich eben wegen des schlechten Regiments dem Kaiser entzogen haben, würden sonst nicht dazutreten; dabei sind den Böhmen noch grössere Ungelegenheiten als den Mährern widerfahren. 2. Der Revers des Kaisers soll wie der für Mähren „absolut" sein, sonst hätten die Mährer mehr Rechte als die Böhmen, auch die Schlesier und Lausitzer würden darauf nicht eingehen; die Bedingung wegen des Reverses [vgl. Anm. 1 auf S 462] muss ausgelassen werden, sonst wäre Böhmen kein freies Königreich. 3. Im Landtag wurde beschlossen, dem Kaiser über die 100 000 Taler hinaus keine weitere Zubusse zu bewilligen; der König soll sich dafür gegen den Kaiser etwas „milter" erbieten und mit Hilfe der inkorporierten Länder etwas mehr zu geben bewilligen. 4. Wegen der Residenz sollen sich die Brüder unter einander vergleichen; vielleicht könnte noch ein anderer Ort als Pilsen bezeichnet werden, nur dass kein Betrug dahinter steckt. 5. Die Kammergüter „des königlichen Stuhls" können schon wegen der Schuldentilgung dem Kaiser nicht ausgefolgt werden. 6. Die Begnadungen für verdiente Räte und Diener sollen passiert, die andern auf Erkenntnis gestellt werden. 7. Wegen der Gefangenen wird alles dem König anheimgestellt. 8. Der König hat nur „rechte" Schulden auf sich zu nehmen. Die Punkte 9. bis 12. gehen nur den König an (Ma., 111/11: — Kopie).

[1] Gemeint ist natürlich Dordt. Nach dem Bericht der Sachsen vom 8./18. Mai war er an diesem Tage wieder abgereist (vgl. oben Anm. 1 auf S. 463 und Hurter, Geschichte Kaiser Ferdinands II., VI, S. 500).

Digitized by Google

Mai 15. bis 21. sei vor zwei Tagen abgereist. Abends erfuhr ich, dass es mit Hannewald besser gehe und dass er eingewilligt habe, den Böhmen gegen Versicherung 40 000 Taler zu leihen. — Die Stände haben mit Trommelschlag in der Stadt bekannt gegeben, dass am Feiertag [Mai 23.] die Krönung geschehen werde, dass jeder zu Hause bleiben, sich mit Lebensmitteln auf etliche Tage und mit Wasser, Steinen, Büchsen und Wehren versehen solle; es ist als erwarte man für diese Zeit den Feind und öffentlichen Aufstand. So wird wegen dieser Krönung alles in Sorge und Trauer gesetzt. Auch solche, die dies Wesen bisher gefördert haben, zweifeln, ob dies ein fröhlicher Eingang der königlichen Regierung sei. Abends schickte Zuniga seinen Sekretär mit der Mitteilung zu mir, er sei vom König mit der Resolution abermals auf den nächsten Morgen verwiesen worden.

Mai 21.

Vormittags wurden wir aufs Schloss berufen. Während wir warteten, wurde uns mitgeteilt, dass Zuniga eben jetzt beim König sei; sobald man seine Verrichtung vernommen habe, wolle man Rat halten. Als Zuniga erschien, übergab er schriftlich die königliche Resolution den geheimen Räten,[1] die sie dann uns zustellten und über die sie bis

[1] Allgemeine Zusicherung der Geneigtheit, dem Kaiser brüderliche Rücksicht zu erweisen. Zu 1: Der Punkt wegen des Regiments betrifft hauptsächlich die böhmischen Stände, die eben durch das schlechte Regiment des Kaisers verbittert worden sind und sich um keinen Preis auf dessen Begehren einlassen werden, auch deshalb nicht, weil den andern Ländern nicht das gleiche zugemutet worden ist. Was den freien Ein- und Auszug betrifft, so hat der König nie daran gedacht, den Kaiser wie einen Gefangenen zu halten sondern er sieht in ihm den älteren Bruder, den er respektieren will, so lange derselbe friedlich lebt und sich durch böse Leute nicht beirren lässt. Auch dieser Punkt betrifft übrigens hauptsächlich die Stände, welche wegen der augenscheinlichen Unruhen mistrauisch sind und in ihrem Königreich gesichert sein wollen, aber dem Kaiser nicht verwehren werden, die Reichstage zu besuchen und seines kaiserlichen Amtes zu walten. Zu 2: Durch den begehrten Revers würde der König seinem ganzen Hause praejudizieren und Ursache geben, dass die Stände die altes zwischen diesem Königreich und dem Hause Habsburg aufgerichteten Kompaktate diffikultieren und die freie Wahl begehren; der König aber will das Haus wegen des Praejudizes vertraulich versichern. Zu 3. wegen des Unterhalts: Die Länder sind völlig erschöpft; dazu hat der Kaiser alle Grenzhilfen zurückbehalten, der König hat von den abgetretenen Ländern bisher keinen Heller Vorteil gehabt, aber um einige hunderttausend Gulden Schulden gemacht. Zur Erweisung brüderlicher Liebe will der König dem Kaiser 200 000 Taler geben und sonst noch nach Möglichkeit desselben gedenken, doch dass der Kaiser auf die begehrte weitere Rekompens verzichtet. Zu 4: Der König will den Kaiser nicht aus dessen gewohnter Residenz vertreiben, er will nur darin für sich und seine künftige Gemahlin Wohnung haben und über das Schloss verfügen können; aber es ist ihm nicht zuwider, dass der Kaiser „auf ein zeit“ daselbst verbleibt; beide Teile sollen sich nach Verlauf eines halben Jahres deshalb neuerdings vergleichen. Wegen Tirol lässt es der König bei seinem Verzicht Wegen des Erzherzogs Albrecht bleibt es bei der Erklärung, die der König dem Erzherzog gegeben hat. Der König gedenkt keine Konfoederationen gegen Kaiser und Reich zu machen, „im fall anderst I. ksl. M.t der kgl. M.t, dass sie [kgl. M.t] sich auf alle weeg sie nur

Digitized by Google

zum Nachmittag unser Gutachten begehrten. Wir lasen die Schrift im Beisein von Minckwitz, Barvitius und Wacker und befanden sie im Vergleich zu voriger Handlung nicht besser sondern eher schärfer und mehr verklausuliert, so dass wir alle Hoffnung auf Erfolg der Verhandlung verloren. Inzwischen urgierten die böhmischen Stände wiederholt ernstlich und mit Drohungen die Loszählung vom Eide und wurden nur mit Mühe abgewiesen. Mai 15. bis 21.

Nachmittags giengen wir wieder auf das Schloss und fanden dort den Herzog, Leuchtenberg, Mollart, Barvitius, Wacker und Hertel; etwas später kam Zuñiga. Wir warteten einige Stunden, bis ich zu Barvitius gieng und ihn erinnerte, dass die Zeit vergeblich verstreiche, während die Stände eben jetzt zum dritten und vierten mal um die Loszählung vom Eide anhielten. Barvitius sagte mir, der Kaiser sei auf dem grossen Saal und wolle nicht „turbiert" sein. Da uns dies befremdete und Gefahr im Verzuge war, so entschlossen wir, die Sachsen und ich, uns, Leuchtenberg, Mollart und Barvitius anzusprechen, ihnen unser Gutachten über die königliche Erklärung freiwillig zu eröffnen und sie zu ersuchen, die Sache so zu befördern, dass dem Kaiser und uns kein Schimpf widerfahre. — Unser Gutachten gieng dahin: Wir merkten, dass mit Vernunftgründen weder beim König noch bei den Ständen mehr etwas auszurichten sei; daher sei Aufschub der Krönung oder der Eidesentlassung nicht nur vergeblich sondern auch für den Kaiser gefährlich. Derselbe möge sich also dahin resolvieren: er habe gehofft, sein Bruder und die Stände würden sich besser erklären und bis zu gebührlicher Erledigung der Punkte in ihn wegen der Krönung und Eidesentlassung nicht dringen; nun aber, da er der Stände Ungestüm vermerke, müsse er es wegen der Krönung und dem Eide Gott befehlen, wolle die Unterschrift geben und die Krönung vorgehen lassen; wegen der übrigen Punkte behalte er sich weitere Verhandlungen mit seinem

---

kunten, defendiren müessten, wider verhoffen nicht ursach geben". Die verhafteten Räte wurden von den Ständen eingezogen; nach dem Verhör soll dem Kaiser nach Beschaffenheit der Sache hierin genügt werden. Wegen der Herrschaften, Schulden und Schenkungen lassen es König und Stände, die dabei am meisten interessiert sind, bei voriger Erklärung. Der Kaiser möge die Donative, deren nur vier sein sollen, spezifizieren; kann sie der König auf sich nehmen, so will er es dem Kaiser zu Ehren tun, soweit es sich um Personen handelt, die an dem passauer Einfall nicht beteiligt waren und verdiente Böhmen sind. — Der König knüpft jedoch diese Erbieten an die Bedingung, des Kaisers Neigung in dem zu verspüren: dass 1. der Kaiser den König bei jetzigem Kurfürstentag den Kurfürsten bestens empfiehlt, damit jeder sieht, dass sie beide mit einander ganz verglichen sind; 2. dass der Kaiser die Grenzhilfen aus dem Reich nach bester Möglichkeit befördert; 3. dass der Kaiser das „Trühel", das er aus dem wiener Schatzgewölbe hatte nehmen lassen, mit allen Urkunden, Verträgen und Privilegien im Original dem König zustellt; 4. dass er diejenigen, die in den dem König zedierten Landen wohnen und vom Kaiser auf die Reichshilfen verwiesen wurden, wirklich befriedigt; 5. dass der Kaiser die Ausführung dieses Vertrags so versichert, dass jeder seinen Ernst sieht (Wi., I A 1, Ka. 2989; Kptkopie).

Digitized by Google

Mai 15. bis 21. Bruder vor und wolle darüber auch noch das Gutachten der interessierten Mitglieder seines Hauses und der Kurfürsten und Stände des Reiches vernehmen; man möge ihn daher nicht übereilen. — Der Herzog und die andern stimmten dem Gutachten zu, Leuchtenberg fügte noch bei: inzwischen solle der Kaiser samt seinem Hofgesinde ehrlichen Unterhalt, Respekt und Sicherheit für sich und die seinen haben. — Dies alles wurde dem Kaiser referiert; der aber bewog Zuñiga, nochmals beim König zu versuchen, ob nicht die Krönung etwas hinausgeschoben werden könnte. Obwol wir es für vergeblich und wegen der Stände für gefährlich hielten, fuhr Zuñiga dennoch zum König; inzwischen berief der Kaiser den Braunschweiger, die Sachsen und mich zu sich. Wir wiederholten ihm unser Gutachten, das er sich gefallen liess; nur darin machte er Schwierigkeiten, dass er noch nicht wüsste, ob die Stände mit dem König wegen der Punkte, die sie demselben übergaben, verglichen seien[1]; zähle er, Kaiser, die Stände jetzt los, so wären sie in niemandes Pflicht; wir (Sachsen und ich) sollten daher zunächst den König darüber befragen. Wir nahmen es zwar auf uns, doch kam uns dann das Bedenken, dass unsere Herrn die ganze Handlung nicht wol genehm halten könnten; wenn wir aber die Befragung übernehmen

[1] 1. Bestätigung aller älteren Privilegien und Landtagsbeschlüsse (besonders der von 1608 und 1610), der Vergleichung unter den Ständen sub una und sub utraque, des Bündnisses zwischen den utraquistischen Ständen und den Fürsten und Ständen Schlesiens — und zwar mit Majestätsbrief binnen zwei Wochen. 2. Neubesetzung der Aemter der Landoffiziere und Räte nach der Krönung auf grund von Vorschlägen, die dreissig beim Landtag zu wählende Personen des Herrn- und Ritterstandes dem König machen werden (jeder der dreissig bezeichnet dem König schriftlich je drei taugliche Personen); bei künftigen Vakanzen haben die übrigen Landoffiziere dem König drei taugliche Kandidaten vorzuschlagen; im Hof- und Kammerrecht besetzt der König die Ratsstellen. 3. Der König ordnet die Rangverhältnisse der Land- und Hofoffiziere und der obersten militärischen Befehlshaber. 4. Die Landtage sind auf dem Schloss oder in den prager Städten abzuhalten; bei Seuchen oder anderen Hindernissen kann eine andere Stadt gewählt werden; die Landtagsbeschlüsse sind „ad servandum debitum respectum“ dem König vorzutragen, gemäss der Beschlussfassung zu ratifizieren und sofort auszufertigen. Wenn der König, von den obersten Landoffizieren ersucht, binnen acht Tagen einen Landtag nicht ausschreibt, sollen es jene tun dürfen, jedoch dem König den Zweck der Tagung anzeigen. Die Statthalter des Königs sollen geborene Böhmen sein. 5. „Defensionem paratam pro defendendis regni et coniunctarum provinciarum iuribus et libertatibus ut habere et constituere possint.“ 6. Mit dem Königreich Ungarn und dem Erzherzogtum Oesterreich soll eine gegenseitige Konfoederation für den Fall des Aufruhrs, der Verletzung der Privilegien und Freiheiten Böhmens und der inkorporierten Lande aufgerichtet werden, „exceptis auxiliis pro bello Turcico, quae more solito tractanda erunt“. 7. Ist Gefahr im Verzug, so dürfen die obersten Landoffiziere und die Beisitzer des obersten Landrechts selber Truppenwerbungen anstellen, falls der König den Entschluss dazu über acht Tage verzieht. 8. Den vorigen Verträgen und Einungen zwischen diesem Königreich, der Pfalz und Brandenburg sollen noch einige Artikel zugefügt werden. 9. Die Bürgen für die kaiserlichen Schulden sollen vorläufig nicht in Anspruch genommen werden (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103 c, no. 169; Kopie).

Digitized by Google

und der König erklärte, dass er mit den Ständen verglichen sei, wir hingegen im Namen des Kaisers erklärten, dass daraufhin in die Krönung und Eidesentlassung gewilligt werde, so würde es das Ansehen gewinnen, als billigten wir den ganzen Verlauf, während wir doch wissen, dass der Kaiser durch uns den Bericht ins Reiche tun will, er sei zu allen diesen Dingen gezwungen worden. Während wir uns also weigerten, berichteten einige böhmische Stände, darunter Wenzel Kinsky, dass Matthias mit den Ständen einig sei, es also der Abordnung zum König nicht bedürfe. Mai 15. bis 21.

Die geheimen Räte muteten uns noch zu, dass wir im Namen des Kaisers den Ständen antworten sollten, was wir rund abschlugen; wir rieten, sie möchten den Ständen schriftlich antworten. Als wir aber merkten, dass die geheimen Räte „tergiversierten" und uns den „Dank" aufladen wollten, entfernten wir uns nach mehr als drei Stunden mit Zustimmung des Herzogs und mit der Bemerkung, wir wüssten nichts mehr zu erinnern. Abends liess mir Zuñiga durch seinen Sekretär sagen, der Kaiser habe durch ihn dem König erklären lassen, dass er in die Krönung willigen und die Böhmen ihrer Pflicht entlassen wolle,[1] doch sollten die übrigen Punkte unter ihnen nächstens verglichen und ihm, dem Kaiser, samt seinem Hofhalt inzwischen gebührender Unterhalt beschafft werden. Der König habe darauf erwidert: für das erstere danke er; im übrigen wolle er sich gegen

[1] Kaiserliche Erklärung der Eidesentlassung [vom 21. Mai] (von Braunschweig verfasst): „Demnach I. ksl. M.t die erlassung der pflicht einzuewilligen gedrungen, also liessen sie es auch darbei bewenden; der uberigen puncten halber, dieweil sie wichtig und fernern nachdenkens nötig, wollen I. ksl. M.t mit I. kgl. W. aufs eheste fernere underhandlung pflegen. Biss dahin wöllen I. M.t begehret haben, dass man dieselbige geptierlichen respectiren und bei dero gewonlichen underhalt, wie biss anhero gescheen, verbleiben lassen, auch I. M.t räthe, diener und ganzen hofstat sicherheit verschafft wurde" (Wmz., a. a. O., no. 168; Kopie). — Mit welcher Mühe diese Eidesentlassung erlangt wurde, gibt folgendes undatiertes Schreiben Leuchtenbergs an den Herzog von Braunschweig zu erkennen: „Ich lasse Dich wissen, dass der konig gleich ietz den hern Poppel wieder zu mir geschickt und vermelden lassen: er bitt, I. M.t wellen die losszelung der Schlesinger und Ober- und Nider-Lausnitzer underschreiben und heut noch herauss geben; den er, konig, drau im die stend lenger als heut nit aufzuhalten sonder sie werden ein solche insolenz gebrauchen, die I. M.t geferlich und sehr schedlich sein werde, welches ime leit were. Welches ich Dir avisieren wellen und wirst ime wissen recht zu thuen. Ich habe gleich zum obristen cammerer geschickt, er soll herunder zu mir kummen; dem will ichs auch sagen. Mein ratt were, Du hettest dem kaiser solches durch den Eritzium anzeigen lassen, im faal Du selber nit nach dem essen hinauf wirst" (Aus den Sammlungen der histor. Kommission, ohne Signatur, wahrscheinlich aus Dresden). — Nach der Eidesentlassung zeigte der Kaiser Braunschweig und den kurfürstlichen Gesandten an, sie sähen, wie mit ihm verfahren werde und dass er nur gezwungen und zur Verhütung grösseren Unglücks (da er seines Lebens fast nicht mehr sicher sei) in die Forderungen der Böhmen gewilligt habe; er bitte, ihm dessen künftig vor den Reichsständen Zeugnis zu geben (Bericht der neuburgischen Gesandten an Pfalzgraf Philipp Ludwig vom 18./28. Mai; Mb., 337/15, f. 35; Or.).

Digitized by Google

Mai 15. bis 21. den Kaiser nach der Krönung so erweisen, das dieser seinen guten brüderlichen Willen verspüren solle.

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 155; Or.[1]

Mai 18. **195.** Die württembergischen Räte an ihren Herzog.

E. fl. Gn. hatten Zweifel, ob dem Herzog Johann von Zweibrücken die Direktion der Union über die drei Jahre hinaus noch gebühre, weshalb Sie das Schreiben an ihn wegen der Zusammenkunft[2] zu unterzeichnen Bedenken trugen. Nun bestimmt der achte Punkt des ahauser Hauptabschieds, dass die Kurpfalz in Friedenszeiten das Direktorium während der ganzen zehnjährigen Dauer der Union führen, in Kriegszeiten aber der beschwerte Stand das Direktorium in seinem Lande haben und die übrigen Stände beschreiben solle.[3] Im ahauser Nebenabschied[4] ist aber Kurpfalz das Generalat auch ausser Landes und zu Kriegszeiten auf drei Jahre aufgetragen worden; darnach soll es unter den Unierten umgehen und zwar in anderthalbjährigen Fristen, doch darf dann Kurpfalz einen Oberstleutnant adjungieren. Der verstorbene Kurfürst hat das Generalat zwar angenommen; da er aber wegen Kränklichkeit dies Amt nicht verwalten konnte, hat er gebeten, einen andern General benennen zu dürfen, was ihm im rotenburger Abschied zugestanden wurde, worauf der Markgraf von Ansbach als General und der Fürst

---

[1] Den Protokollauszug begleitet Brömser mit einem Schreiben vom 21. Mai: Alles ist zu solcher Extremität und zu solcher Vermessenheit bei gross und klein gekommen, dass für das Reich grosse Unruhe und äusserste Gefahr zu besorgen ist. Nächsten Montag soll die Krönung stattfinden, bei der, wie ich besorge, auch wir werden sein müssen; die Sachsen erwarten aber noch ihres Herrn Entschliessung, nach der auch ich mich richten werde. Wir gedenken nächsten Montag aufzubrechen; ich will mit den Sachsen nach Dresden, von dort aber möglichst rasch nach Hause reisen. Vorher, wenn möglich morgen, wollen wir des Kaisers Intention in der Weise erforschen, wie E. kfl. Gn. an Kursachsen geschrieben haben, damit man sich beim Kurfürstentag darnach richten kann. Wegen des passauer Volks kann ich nichts gewisses schreiben; der Herold ist schon vor acht Tagen mit der Acht dahin abgegangen, aber noch nicht zurückgekommen. Man sagte mir heute, die Passauer hätten ihn sehr ehrerbietig empfangen und behandelt, aber ihm den Brief nicht abnehmen wollen, indem sie vorgaben, sie hielten den Kaiser für einen Gefangenen, weshalb er ihnen nichts gebieten könne; sie könnten auf den Brief, der ihm abgedrungen worden sei, nichts geben. Des Königs und der Stände Kriegsvolk ist noch hier; es wird übel bezahlt und viele sterben weg; ich glaube, sie werden damit gegen die Passauer nicht viel ausrichten. Mit Hannewald hat es sich gebessert, doch ist er noch in Lebensgefahr (Wmz., a. a. O., no. 154; Or. eigh.).

[2] Vgl. no. 176, S. 433, Anm. 2.

[3] Vgl. Chr. Fr. Sattler, Geschichte des Herzogthums Würtenberg, VI., Ulm, 1773, Beilagen no. 4, S. 14.

[4] Vgl. Ph. E. Spiess, Archivische Nebenarbeiten und Nachrichten, I., Halle, 1783, S. 86.

Digitized by Google

von Anhalt als Oberstleutnant [!] bestätigt wurden. — Wir glauben daher, dass das Direktorium bei Kurpfalz zu lassen sei. Dies haben auch zu Schweinfurt die Kurpfälzer neben Strassburg und Speier stark behauptet, während andere evangelische Stände die Direktion nur für ein Personalwerk, das durch das Ableben des Kurfürsten erloschen sei, ansehen wollten. Man verschob aber diese Frage, als nicht zu jener Tagung gehörig und nur von den Neuburgern wegen des Administrations-Streits erweckt, auf die nächste persönliche Zusammenkunft. Da die Direktion während des Friedens der Kurpfalz überlassen wurde, man aber jetzt Friedens halber zusammenkommt und es sich überdies nicht um einen eigentlichen Unionstag handelt, so werden E. fl. Gn. durch Dero Unterschrift keinem Teil praejudizieren; vielleicht aber könnten E. fl. Gn. darüber noch die Meinung Badens einholen,[1] das die Meinung der Städte zu Schweinfurt verteidigte. 8. maii a. 1611. Mai 18.

Stg., Unionsacta, tom. X., f. 49; Or.

196. Der Administrator der Kurpfalz an Fürst Christian von Anhalt. Mai 19.

Auf das Schreiben vom $\frac{\text{28. April}}{\text{8. Mai}}$[2], aus dem wir ersahen, was Herzog Johann Georg von Sachsen wegen einer Gesandtschaft nach Prag gutachtlich vorgeschlagen hat und dass E. L. eine solche nicht widerraten. Wir haben den Vorschlag lange hin und her beraten lassen, bis schliesslich die Erwägung den Ausschlag gab, dass, wenn Kurpfalz allein still sitzen und den Sachen von ferne zusehen würde, man nicht nur Verweis und Nachrede zu besorgen hätte sondern dass auch von den übrigen Kurfürsten etwas verhandelt werden könnte, was gemeinem Wesen nicht zuträglich wäre; endlich könnte uns Neuburg mit allerlei Praktiken in unserer Administration Schwierigkeiten verursachen, so dass die Abordnung schon deshalb vor sich gehen muss, um die neuburgischen Aktionen zu verhindern. Wir sind also im Begriff, Hippolyt von Colli wieder nach Prag abzufertigen. — Inzwischen scheint aber Kurmainz, wie wir E. L. jüngst mitteilten,[3] wegen der Administration auf andere Gedanken gekommen zu sein und sind wir nicht sicher, ob unser Gesandter zu Prag zu den Consiliis zugelassen oder nicht vielmehr mit Spott übergangen werden wird. Da wir auch nicht wissen, ob in dem Schreiben des Herzogs an E. L. auch der Beförderung der Administrationssache als Zweck der Schickung gedacht und ersichtlich gemacht worden ist, was Kursachsens Meinung wegen der Administration sei, so lassen wir Colli zunächst nach

[1] Geschieht am 9./19. Mai (Stg., a. a. O., f. 51; Kpt.).
[2] Vgl. no. 152, S. 375, Anm. 1.
[3] Vgl. no. 167, S. 408, Anm. 2.

Digitized by Google

Mai 19. Dresden reisen, um den Kurfürsten von dem Stand der Administrationssache zu unterrichten, uns indirekt zu erkundigen, wessen wir uns von dort zu befahren haben und wozu die Abordnung sämtlicher Kurfürsten nach Prag gemeint sei, und um uns zu erbieten, dass wir es an nichts fehlen lassen wollen, was zu des Reiches Wolstand gereichen mag. Wir wollen dazu Colli so instruieren,[1] wie es dem bekannten Zweck dieses kurfürstlichen Hauses gemäss ist, dass er nämlich dahin sehe, wie des Reiches Wolfart in Acht genommen und man der geklagten Beschwerden geübrigt werden könnte; wenn die andern kurfürstlichen Gesandten wegen des Bruderstreits gütliche Mittel vorschlagen und der Kaiser den König derenhalben versichert, so soll Colli sich ihnen bequemen; würde man aber auf schärfere Mittel gegen den König und die böhmischen Stände denken, so könnten wir uns gemäss den Erklärungen, die wir beiden wegen des passauer Volks gegeben haben, darauf nicht einlassen. Bevor aber Colli nach Dresden geht, soll er sich zu Dessau mit E. L. unterreden; er wird in längstens sechs Tagen dahin aufbrechen. Wir bitten, ihn mit Ratschlägen zu versehen, besonders ihn zu unterrichten, was Kurbrandenburgs Gedanken diesfalls sein möchten; E. L. mögen ihm auch durch Schreiben an den Kurfürsten von Sachsen und an Herzog Hans Georg vorbauen, besonders aber letzteren um dessen Unterstützung beim Kurfürsten angehen. Datum Heidelberg den 9. maii anno 1611.

Nachschrift: Mitteilung des kurbrandenburgischen Schreibens vom 9. Mai.[2] Wir glauben demnach erst recht, unsern Gesandten nach Dresden und Prag abfertigen und Kurbrandenburg davon verständigen zu sollen.[3] Wegen des Kollegialtags müssen wir in der Tat nun spüren, dass Mainz in der Administrationssache einen andern Weg, als seine vorigen Erklärungen erwarten liessen, geht und uns nicht beschreiben will. Wegen des Praejudizes und wegen der Wichtigkeit der Punkte, die dabei beraten werden sollen und bei denen die andern Kurfürsten leicht etwas vornehmen könnten, was diesem Hause zum Schaden gereicht, bitten wir um Dero Gutachten, was dagegen zu tun sei. Inzwischen wollen wir an Mainz eine Schickung abordnen.[4] Signatum ut in literis den 9. maii a. 1611.

Mb, 101/4, — Kpt. des Hauptschreibens. — Ma., 547/14, f. 51; Kpt. der Nachschrift — Bbg., A 9a, no. 107, f. 17 und 23; Orr.[5]

---

[1] Vgl. unten no. 208.

[2] Vgl. no. 177, S. 434, Anm. 1.

[3] Geschieht am 15./25. Mai mit langer, der obigen entsprechenden Begründung, weshalb der Administrator trotz der guten Beziehungen der Union zu König Matthias und zu den österreichischen Erblanden sich zur Abordnung Collis entschlossen habe (Ma., 547/14, f. 65; Kpt. von v. d. Grün).

[4] Vgl. unten no. 199.

[5] Am 10./20. Mai treibt der Administrator den Fürsten zur Eile an, damit Colli, der in einigen Tagen von Heidelberg aufbrechen soll, zu Dessau das fürstliche Gutachten vorfinden kann (Bbg., a. a. O., f. 22; Or.)

Digitized by Google

197. Der Kurfürst von Mainz an den Bischof von Speier. Mai 19

Johann Jakob Rinck wird E. L. berichtet haben,[1] was wir ihm auf seine Werbung u. a. wegen Abdankung des kurkölnischen und rietbergischen Volkes geantwortet haben. Wir haben uns inzwischen bemüht, zur Erhaltung des Kredits der katholischen Union das zur Abdankung nötige Geld durch Handelsleute aufzubringen;[2] da dies in der Eile nicht möglich war, auch Kurtrier[3] uns die dazu nötige Obligation ungefertigt mit dem zurückgeschickt hat, dass er erst den Bericht seiner Gesandten vom würzburger Ligatag abwarten und mit dem Domkapitel handeln müsste, sich aber schliesslich zur Quote bereit erklärt hat, und dann auch E. L. wegen Fertigung der Obligation Schwierigkeiten einwandten, so lassen wir vorläufig unsere und Worms' Quote, die erlegt worden ist [ein Betrag von 20 435 fl.], nach Köln schaffen und mit Triers Quote, falls sie erlegt wird, Hoevelich einhändigen, um mit der Bezahlung und Abdankung des rietbergischen Volkes einen Anfang zu machen. Dabei behalten wir, nachdem wir unsere Quote berichtigt haben, uns ausdrücklich vor, wenn der eine oder der andere Stand mit Erlegung der seinigen säumig wäre und dadurch die Last vergrössert würde, dass wir zu deren Tragung uns unverbunden erachten und die daraus entstehenden Ungelegenheiten auf den Säumigen laden. Unser geworbenes Fähnlein Knechte in Mainz wollen wir ehestens abdanken[4] und der Union vom 17. Mai ab deswegen keine weitere Beschwerung zuziehen. E. L. haben aber zu ermessen, was durch Ihre und Triers Weigerung, — die Obligation des Anleihens vor dem 17. Mai zu fertigen, an dem vermöge aufgerichteten Rezesses das Kriegsvolk zu bezahlen gewesen wäre, — uns rheinischen Ständen statt des verhofften Vorteils, der uns zur Ausstellung der Obligation veranlasst hat, für Ungelegenheit zugewachsen ist; wir hätten nämlich, wenn unser wolgemeinter Vorschlag mit der Obligation verwirklicht worden wäre, mit dem zu Würzburg

---

[1] Zur unverzüglichen Abdankung des Kriegsvolks der Liga gedachte Kurmainz auf Rechnung der rheinischen Kasse eine Anleihe von ungefähr 60 000 fl. aufzunehmen und sandte deshalb zunächst an Speier eine Schuldurkunde zur Unterfertigung; der Bischof aber schickte sie am 6. Mai unvollzogen zurück, weil die andern Bundesstände den Vorrang hätten, er sich erst mit seinem Domkapitel benehmen müsste und das rietbergische Volk ihn nichts angienge (Wmz., a. a. O.; Or.). Der Kurfürst lehnte am 8. Mai diese Gründe ab und erinnerte den Bischof, wie gerade er vordem das Bundeswesen so stark und eifrig betrieben habe; die Höhe des Ausstandes rühre davon her, dass der Bischof seine Quote nicht rechtzeitig erlegt habe; vom rietbergischen Volk habe Kurmainz ebenso wenig Vorteil gehabt wie Speier (Wmz., a. a. O.; Kpt.). Darauf ordnete der Bischof am 12. Mai seinen Rat Johann Jakob Rinck von Baldenstein nach Mainz ab (Beglaubigung vom 12. Mai; ebenda).

[2] Am 13. Mai berichten die beiden mainzer Handelsleute Hieronymus Cesta und Johann Paul Volpi dem Kurfürst über ihren Miserfolg, in Köln die Geldsumme aufzubringen (Wmz., a. a. O.; Or.).

[3] Kurtrier an Kurmainz am 14. Mai (Wmz., a. a. O.; Or.).

[4] Vgl. no. 154, S. 381, Anm. 2.

Digitized by Google

Mai 19. gemachten Ueberschlag zur Tilgung der auf der rheinischen Kasse lastenden Schulden auskommen können; nun wird man aber ausser den Restanten noch 13½ Monate erlegen müssen. Zu besserer Erläuterung dessen überschicken wir einen Auszug des Einnahm- und Schuldenstandes der rheinischen Kasse.[1]

Da wir wahrnehmen, dass man die aufgerichteten Rezesse und Abschiede in Zweifel zieht, allerlei Einwendungen erhebt und wir uns leicht denken können, dass die Ungelegenheiten nur anwachsen werden, auch E. L. wissen, dass wir gleich anfangs Bedenken hatten, das Bundesoberstenamt auf uns zu nehmen, so künden wir dies Amt, bei dem wir und unser Erzstift in höchste Gefahr geraten könnten, nochmals auf[2] und werden uns damit nicht mehr beladen lassen. Datum zu St. Martinsburg in unser statt Mainz den 19. maii a. 1611.

Wmz., Religionsakten, Bd. 13, — Kpt. von Faber.

Mai 21. **198.** Der Kurfürst von Mainz an den von Sachsen.

Auf das Schreiben vom 11. Mai.[3] Auch wir können nicht erdenken, was man noch zu gunsten des Kaisers Erspriessliches tun könnte; man muss nun alles Gott überlassen, sodann getrösten wir uns des Eifers und der Treue E. L. Dero Gutachten wegen des Aufenthalts des Kaisers und was beim Kurfürstentag und künftigen Reichstag wegen des Unterhalts des Kaisers beraten werden soll, wollen wir bis zum Kurfürstentag in Erwägung ziehen. Wir halten gleichfalls dafür, dass unter so bewandten Umständen dem Kaiser nicht zu raten ist, länger in Böhmen, wo er gleichsam der Stände Gefangener wäre, zu bleiben, geben aber E. L. zu bedenken anheim, ob nicht unsere Gesandten zu Prag zuerst vom Kaiser in Erfahrung bringen sollen, wohin er am liebsten gienge etc. [wörtlich wie in Fausts Schreiben an Kurmainz in

[1] Die Gesamtschulden der rheinischen Kasse werden am 21. Mai mit 81 673 fl. 12 alb. 3 Pfg. berechnet; bei Einbringung aller Restanten und mit den neubewilligten Monaten im Betrag von 82 947 fl. 7 alb. sollten am 31. Mai in der rheinischen Kasse 1273 fl. 24 alb. 5 Pfg. Ueberschuss sein (Rechnungsüberschlag in Wmz., Religionsakten, Bd. 13, — Kopie).

[2] Mutatis mutandis schreibt der Kurfürst von Mainz dieselbe Erinnerung, doch ohne die Vorwürfe an den Bischof von Worms, — an den Koadjutor von Köln mit der Bemerkung, derselbe möge sich um den versprochenen Eintritt der Stifter Lüttich, Münster, Hildesheim, Freising und Stablo bemühen (Wmz., a. a. O.; Kpte.). — Am 20. Mai ergeht an den Generalkommissar des Bundes, von Hoevelich, der Befehl, mit der Abdankung des rietbergischen Volks zu beginnen und dazu zunächst die mainzische und wormsische Quote, die nächster Tage in Köln erlegt werden soll, zu verwenden; mit den hoffentlich bald nachfolgenden Quoten Triers und Speiers werde man auch das übrige Volk entlassen können (Wmz., a. a. O.; Kpt.). In der Tat versprach Trier am 30. Mai, binnen acht Tagen seinen ganzen Ausstand von 12 728 fl. 12 alb. nach Köln erlegen zu lassen; Speier liess sich am 11. Juni herbei, 11 000 fl. zu zahlen, womit er seiner Meinung nach seine Gebühr erstattet hatte (Mainz berechnete die speirische Gebühr auf 23 598 fl.; Wmz., a. a. O., Or.).

[3] No. 189.

Digitized by Google

no. 189, S. 454, Anm. 1]. Wegen der Ausschreibung des Reichstages haben wir das Bedenken, „es möchten I. ksl. M.[1] etwa vor der verglichenen collegialzusammenkunft an ein solch ort, wie das auch von Deroselben benambt werden würdt, nit eben zu gelangen haben.“ Zur Beförderung der Sache und ehesten Rettung des Kaisers geben wir E. L. aber zu erwägen, ob man nicht auf den äussersten Fall dem Kaiser vorschlagen könnte, — wenn er nicht die Freiheit hätte, einen Reichstag auszuschreiben, — dass er nach erfolgtem Konsens der Kurfürsten uns als Erzkanzler Vollmacht auftrüge, im Notfall ungesäumt einen Reichstag auszuschreiben; auch möchten wir Dero Meinung hören, ob bei derartigem Verfahren alle Stände erscheinen würden. Datum zu St. Martinsburg in unserer statt Mainz den 21. maii anno 1611. Mai 21.

1. Nachschrift: Eben lassen wir an Brömser allerlei schreiben, was in unrechten Händen gefährlich werden könnte. Wir bitten E. L.. das Schreiben entweder mit sicherer Gelegenheit nach Prag zu befördern oder es bis Brömsers Ankunft zu Dresden aufzubewahren.

2. Nachschrift: Wir haben Dero Boten etwas länger aufgehalten, weil wir mit dieser Ordinaripost mehrere und bessere Nachrichten aus Prag erwarteten. Nun schreibt uns Brömser[1] ebenso wie E. L., dass der Kaiser nur zu unverantwortlich behandelt werde, weshalb Dero Abgesandte und Braunschweig zum Abzug entschlossen seien. Wir müssen es dahin gestellt sein lassen; vielleicht wird Gott uns auf dem Kurfürstentag solche Ratschläge eingeben, durch die seine und auch des Reiches Ehre erhalten bleibt. Wir bitten auch, auf die andern Gesandtschaften, die sich nach den Avisen zu Prag aufhalten sollen „und vielleicht ungleiche intentiones gegen unsere abgesandten“ im Befehl haben möchten, besonders auf die der Staaten und der Unierten ein wachsames Auge zu haben, auch bei Kurbrandenburg, falls etwa irgendwo ungleiche Gedanken unterliefen, vorzubauen, damit der Kurfürstentag desto fruchtbarer abgehe; denn wäre man dort ungleicher Meinung, was könnte da ein Reichstag fruchten?

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 136—138; Kpte.[2]

[1] Vgl. no. 183 mit Anm. 4 auf S. 445.

[2] Gleichzeitig und im selben Sinn hatte Kurmainz unter Mitteilung des sächsischen Schreibens auch an Kurköln geschrieben, der am 1. Juni antwortete: Gegenüber den weitaussehenden Folgen des prager Verlaufs muss man auf Vorbeugungsmittel denken; seine Ansicht will er aber erst beim Kurfürstentag entdecken, wo man sich einer einhelligen Meinung vergleichen und den Willen des etwas zweifelhaften Kurbrandenburgers erforschen kann; sein Gesandter nach Prag ist instruiert, die Krönung verhindern zu helfen oder sie wenigstens an Bedingungen zu knüpfen, damit der Schein vermieden bleibe als hätten die kurfürstlichen Gesandten darein gewilligt. Kurköln ist mit Kursachsen einig, dass, wenn die Krönung vor sich geht, der Kaiser aus den Händen der Böhmen zu retten und ins Reich zu führen ist; wegen der Residenz des Kaisers will er sich beim Kurfürstentag mit den andern vergleichen (Wmz, Reichstagsakten, Bd. 104, no. 36; Or.). — Am 21. Mai befiehlt Kurmainz als Reichserzkanzler dem Reichsvizekanzler von Stralendorf, dem Taxator und dem Registrator der Reichskanzlei und der

Digitized by Google

Mai 21. **199.** Instruktion des Administrators der Kurpfalz für Hans Engelbert von Lautern und Dr. Ludwig Camerarius zur Schickung an Kurmainz.

Wir hatten Lautern und Camerarius schon im Oktober 1610 abgefertigt, um wegen der Eingriffe Neuburgs in die Administration der Kurpfalz bei Kurmainz zu klagen und zu bitten, dass, wenn der Neuburger, wie er an andern Orten getan, beim Kurfürsten dehalb etwas suchen würde, derselbe ihm nicht beipflichte sondern bei Ausschreibung von Kreis- und Kollegialtagen und bei Einnahme in den Kurverein nichts geschehen lasse, was unserer Administration praejudizieren könnte. Dabei haben wir Kurmainz an die schriftlichen und mündlichen Versprechungen erinnert, die er dem verstorbenen Kurfürsten von der Pfalz gegeben hatte. Kurmainz hat sich derselben wol entsonnen und erklärt, er setze in unser Recht an der Administration keinen Zweifel, erkenne und als alleinigen Administrator an und werde unsertwegen bei allen Versammlungen die Gebühr in Acht nehmen. Wir haben immer damit gerechnet, bemerken aber nun von allem das Widerspiel; denn als wir von Kurmainz ein Gutachten wegen des prager Unwesens begehrten,[1] da hat er sich wegen der verzüglichen Antwort mit dem entschuldigt, er habe deswegen mit den andern Kurfürsten verhandelt, die eine persönliche Zusammenkunft für das beste hielten und ihm anheimgaben, sie auf Mitte Juli anzustellen; dabei aber wurde mit keinem Wort erwähnt, dass auch wir beschrieben werden sollen. Das könnte unserer Administration und diesem Kurhaus leicht unwiderbringlichen Schaden bringen; dazu hat Kurbrandenburg uns verständigt, dass ein solcher Kollegialtag bereits ausgeschrieben sei, was Mainz uns aber verborgen oder nur von weitem angedeutet hatte.

Daher haben sich unsere Räte bei Kurmainz anzumelden, ihn an seine vorigen Erbieten zu erinnern und zu betonen, wie wir und die Kurfürstin-Witwe uns deshalb zu Dank verpflichtet gefühlt hätten, was das Kurfürstentum Mainz im vorigen Jahr auch in des Kurfürsten Abwesenheit wol verspürt habe. Es befremde uns daher zu vernehmen, dass, wie der Kurfürst in seinem Schreiben vom 4. Mai uns angedeutet hat, ein Kurfürstentag bevorstehe und nur der Ort noch zweifelhaft sei, ohne dass wir als anerkannter Administrator der Kurpfalz darum wissen und ohne dass sich Kurmainz deswegen mit uns ins Einvernehmen gesetzt habe. Wir hätten überdies dieser Tage von anderer Seite her gewisse Nachricht erlangt, dass Kurpfalz ganz bei Seite geschoben, dafür aber Neuburg beschrieben werden solle oder schon beschrieben sei. Das könnten wir uns aber wegen unseres Rechtes und wegen der

---

Reichsregistratur, zu berichten, wie Kanzlei und Registratur verwahrt seien, ob der König und die Böhmen sich um beide kümmern und wie die Akten im Notfall fortzuschaffen wären (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 142; Kpt. von Faust).

[1] Vgl. no. 167 mit Anm 2 auf S. 408.

Digitized by Google

verschiedenen Erbieten von Kurmainz gar nicht vorstellen und wenn wir bedächten, was bei diesem Kurfürstentag vorkommen soll, so sähen wir auch nicht, wie bei unergänztem Kolleg und bei unserer Ausschliessung etwas Beständiges beschlossen werden könnte. Wir wollten daher von Kurmainz den Grund dieses sonderbaren Verhaltens vernehmen. Kurmainz habe sich ja bisher sowol gegen den verstorbenen Kurfürsten als auch jüngst gegen unsere Räte günstig erklärt, auch habe der Kaiser selbst noch dem Kurfürsten Friedrich IV. zugesichert, er wolle den, der sich zu rechtlicher und ordentlicher Ausführung erbiete, beim kurfürstlichen Testament und bei allem, was vom Kurfürstentum dependiert, handhaben; würde Kurmainz bei künftigem Kurfürstentag uns umgehen, so würde er also dem Kaiser selbst vorgreifen. Der Kurfürst habe auch bereits mit uns in kurfürstlichen Sachen verkehrt, z. B. wegen der jülicher Lizenten, Beschreibung zu Münztagen, in Zollsachen; würde er uns jetzt umgehen, so würde er uns gleichsam depossedieren und würde dieser Schimpf weniger uns als diesem Hause und dem Kurerben geschehen. Es scheine, als habe der Kurfürst seit kurzer Zeit andere Gedanken gefasst, wozu wir hoffentlich keine Ursache gegeben haben. Wir versähen uns aber einer Umgehung umso weniger als wir im Besitz der Administration und der Lande selbst sind und die Kur und Stimme auf dem Fürstentum und Lande Pfalz ruht. Wir ersuchten daher, auch uns zu beschreiben, sonst wäre das Kolleg unergänzt und könnte es nichts vornehmen, wie ja auch der fuldaer Tag wegen des Ablebens Kurbrandenburgs auseinander gehen musste. Mai 21.

Unsere Räte haben darüber auch mit den mainzischen Räten zu sprechen und unsere Beschreibung zu betreiben, wobei auch auszuführen ist, dass Neuburg sich in Schriften gegen uns und dieses Kurhaus so „verlaufen“ habe, dass man auf einen Vergleich nicht eingehen könnte, wie auch sonst Ursachen vorhanden wären, Neuburg von der Administration auszuschliessen. Würde Kurmainz sich vor einem Verweis von Neuburg fürchten, so wollten wir dem Kurfürsten gut stehen, dass durch unsere Zulassung dem Hauptstreit nicht praejudiziert sondern alles zu ordentlicher Ausführung und Austrag gestellt werden solle. Würden wir aber trotzdem umgangen werden (dass Neuburg beschrieben werden soll, können wir nicht glauben), so soll erklärt werden, dass wir uns dessen nicht versehen hätten, es für eine Zunötigung an uns und dieses Kurhaus hielten, die Sachen mit den andern Testaments-Exekutoren und Vormündern erwägen müssten und uns ein solches Praejudiz nicht zufügen lassen würden. Datum Heydelberg den 11. maii a. 1611.

Ma., 547/14, f. 58; Kpt. von v. d. Grün; — f. 31; Or.[1]

[1] Vom gleichen Tag ein Handschreiben des jungen Kurerben an Kurmainz mit kurzer Wiederholung des obigen und mit der Bitte, die Rechte des Hauses Pfalz achten zu wollen (Ma., 547/14, f. 63; Kpt.). — Am 15./25. Mai (vgl. no. 196, S. 472, Anm. 3) macht der Administrator dem Kurfürsten von Brandenburg Mitteilung von der Abordnung nach Mainz: Das kurfürstliche Schreiben vom 4. Mai (vgl. no. 167, S. 408, Anm. 2)

Digitized by Google

Mai 22. bis 28.

200. Brömsers vierter Wochenbericht aus Prag.

Mai 22.

Vormittags traf ich Zuñiga in der Antecamera, der mir mitteilte, er habe von seinem Herrn ein Schreiben vom 4. Mai, worin derselbe ihn ernstlich ermahnt, Matthias in seinem Namen zu erinnern, des Kaisers Hoheit und des Reiches Reputation und Gunst in Acht zu nehmen; Matthias habe ihm nach Mitteilung dieses Schreibens versichert, er wolle sich nach der Krönung gebührlich bezeigen Ich habe Zuñiga noch weiter ermuntert und weitläufig erzählt, wie ich und die Sachsen vernommen hätten, dass der böhmischen Stände Vorhaben einzig darauf gerichtet sei, dem König noch vor der Krönung mit „gespitzten" und gefährlichen Reversen die Hände zu binden,[1] damit er dann, auch wenn er wollte, nicht loskommen könnte

---

habe in ihm den Argwohn erregt, als sei es Mainz und dessen Anhang darum zu tun, beim Kurfürstentag alles nach ihrem Schlag zu richten. Wegen des grossen Praejudizes für das Haus Pfalz habe er, Administrator, sich durch diese Schickung beschwert, Kurmainz wegen etwaiger Sorgen vor Neuburg beruhigt und gewarnt, dass, wenn es bei seiner Ausschliessung bliebe, der Pfalz nicht die Mittel fehlen würden, ihre Praeeminenz zu behaupten. Auch Kurbrandenburg möge dies Praejudiz abwehren helfen, das andern kurfürstlichen Häusern zur Konsequenz gezogen werden könnte, zumal man bei den bevorstehenden Verhandlungen ohnehin einige weltliche Kurfürsten nicht gern werde dabei haben wollen. Da bei unergänztem Kolleg (denn an Neuburgs Beschreibung sei wohl nicht zu denken) so wichtige Sachen nicht erspriesslich verhandelt, geschweige denn beschlossen werden könnten, so werde sich Kurmainz hoffentlich eines bessern besinnen. Kurbrandenburg möge auch bei Kursachsen wegen Beschreibung der Kurpfalz unterbauen (Ma., 547/14, f. 65; Kpt. von v. d. Grün).

[1] Vgl. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 291 und Hurter, Geschichte Kaiser Ferdinands II., VI., 512. Matthias selbst berichtet darüber am 24. Mai an Erzherzog Maximilian: Die böhmische Krönung hat sich wider Erwarten lange verzögert. Die Stände erregten allerlei Zwist, der das Hauptwerk aufzog. Schliesslich brachten sie noch fünf schwere Punkte vor und begehrten, dass ich ihnen darüber einen Revers ausstelle. Als ich mich weigerte, darin weiter zu gehen als der Kaiser, liessen es die Stände endlich nach zwei Tagen der Verhandlung beim alten Herkommen, doch dass ich wegen dieser fünf Punkte mit ihnen auf dem nächsten Landtag verhandeln solle, was ich zusagte. Darauf wurde die Krönung auf den 23. Mai festgesetzt. Trotz des obigen Beschlusses brachten die Stände noch am 22. Mai in den Revers, den ich unterschreiben sollte: ich solle die auf den nächsten Landtag verschobenen fünf Punkte schon vierzehn Tage nach der Krönung abhandeln lassen und die Kompaktate bestätigen, welche die böhmischen mit den schlesischen Utraquisten vor drei Jahren aufgerichtet hatten. Da ich darauf nicht eingehen wollte, gab es langen Streit, bis die Stände durch ihr eigenes Original überführt wurden, dass es sich um neue Forderungen handle; sie schoben dann die Schuld auf den Sekretär. Auch die Bestätigung der Kompaktate mit den Schlesiern verweigerte ich, um der katholischen Religion nicht Abbruch zu tun. Darüber wurde bis 11 Uhr nachts verhandelt und da die Stände gar nicht nachgaben, wurde in den Revers schliesslich eine Klausel gesetzt, dass diese Union nicht gegen die Katholischen angesehen sei (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom Juni 1611, no. 1; Or.). — Aehnlich berichtet am 23. Mai auch

Digitized by Google

sondern sich und seinem Hause unwiederbringliches Praejudiz zuziehen müsste; Spanien möge dabei wol achten, was ihm selbst daraus erwachsen würde, wenn nach dem Vorhaben der Böhmen die Konfoederation, erst der Länder untereinander, dann mit den Staaten und mit der calvinischen Union zu stande käme, zu geschweigen des gefährlichen Beispiels für andere christliche Potentaten und Fürsten. Zuñiga versprach nochmals allen Fleiss anzuwenden; er hofft, der König werde nach der Krönung sein Versprechen halten; sein Herr werde so praejudizierliche Unionen nicht billigen sondern eher, wenn Matthias sich auf derlei Sachen einliesse, all sein Vermögen dagegen einsetzen; zum Schluss begehrte Zuñiga, dass ich meinem Herrn den Kaiser, des Reiches Hoheit und König Matthias empfehlen solle. Ich versprach es mit dem, dass Zuñiga dem König Matthias sage: wolle derselbe den Kurfürsten und dem Reiche empfohlen sein, so solle er selbst mildere Massregeln ergreifen und zusehen, dass nicht in der Person des Kaisers den Kurfürsten und dem Reiche Unehre widerfahre; denn wenn das Haupt verletzt würde, müssten die Glieder es empfinden. Zuñiga erbot sich, dies auszurichten. Mai 22. bis 28.

Nachmittags erfuhr ich, dass es zwischen den Ständen und dem König wegen des Reverses noch nicht richtig sei und der König die ihm vorgelegten Bedingungen nicht unterzeichnen wolle; man sieht also schon jetzt, dass die Stände ihn wie den Kaiser behandeln wollen; sie halten mit Ungestüm und Ernst an und wollen nicht nachgeben. — Nachmittags liess mir der kaiserliche Hofmarschall von Losenstein durch einen Diener sagen, morgen sei die Krönung; wollte ich dabei sein, so sollte ich mich um sieben Uhr in die Kirche begeben, für die kurfürstlichen Gesandten seien besondere Plätze vorbereitet. Ich erwiderte, ich sei von meinem Herrn abgeordnet worden, dem Kaiser aufzuwarten und würde mich morgen in dessen Antecamera einfinden. Gleich darauf liess mich der Oberstburggraf zur Mahlzeit einladen, dem ich gleiche Antwort gab. — Abends waren die Stände mit dem König noch nicht einig, so

---

Wilhelm Bodenius über diese Verhandlungen. Darnach war der vorgelegte Revers von Wenzel Kinsky in tschechischer Sprache dem König vorgelegt worden; aus der deutschen Uebersetzung ersah aber Matthias die Täuschung. Die Stände legten sodann einen verdeutschten Revers vor, der aber die neuen Bestimmungen enthielt, dass die bohmischen sich mit den Ständen der andern Länder verbinden, jederzeit nach ihrem Gefallen sich versammeln könnten und nach des Königs Tod freie Wahl haben sollten. Schliesslich liessen sich aber die Stände zur Abänderung herbei (Mc., Entstehung, Fasz. III., no. 26, f. 90; Or. eigh.). — Der Revers für die böhmischen Stände ist gedruckt bei J. Du Mont, Corps universel diplomatique, V. 2., S. 166 und bei J. Ch. Lünig, Deutsches Reichsarchiv, Pars spec., I, S. 72. — Die von Gindely vermissten Reverse für die schlesischen und lausitzischen Stände sind in Mägerles Diarium zum 23. Mai inseriert (Wi., I A 1, Ka. 2990; Kopie, f. 49', f. 52, f. 53; vgl. no 91, S 202, Anm. 1.

Digitized by Google

Mai 22. bis 28. dass die Krönung für morgen zweifelhaft ist. Um 10 Uhr nachts fuhren die böhmischen Stände vom Hradschin herunter.[1]

Mai 23.

Das Wetter liess sich kalt und trüb an; um 5 Uhr morgens wurde das Kriegsvolk aufgeführt und begann man sich zur Krönung zu rüsten, um 7 Uhr stellten ich, die Sachsen und die Neuburger uns in der Antecamera ein, bald darauf kam auch der kurbrandenburgische Gesandte; auch Leuchtenberg, Mollart, Barvitius, einige Kammerherrn, der Vizekanzler und andere waren da. Es hiess, der König sei mit den Ständen noch nicht einig. So vergieng die Zeit bis zwei Uhr; da erfuhren wir, der König habe alles unterschrieben; es würden nun die Schriften verlesen werden, dabei aber weder der spanische noch der päpstliche noch sonst ein Botschafter sein. Als wir uns aber auf den Gang verfügten, um den Einritt des Königs zu sehen, da fuhren alle die Botschafter mit, was uns und auch den Kaiser, wie wir hörten, besonders verdrossen hat. Bald darauf kam der Kardinal von Dietrichstein, der König aber erst zwischen 3 und 4 Uhr zu Pferd im grünen ungarischen Kleid, worauf die Zeremonien der Krönung stattfanden. Während all dem hat der Kaiser sich ganz ernst und herzhaft gezeigt und die Mahlzeit im hintersten grossen Saal gehalten, um das Trommeln weniger zu hören. Alle, die ich ansah, auch die Böhmen zeigten sich traurig, „der landgrave von Leuchtenberg aber sampt etlichen mehrn haben interim alla primiera fleisig gespielet und sich dieses alles wenig irren lassen". Nach dem Einritt hat man uns zu Hof gespeist, sonst hat sich aber um uns nur Barvitius bemüht, später kam auch Mollart; Leuchtenberg und der Oberstkammerherr Proskowsky liessen sich bei uns nicht sehen, obwol die andern sie öfters ermahnen liessen. Abends kehrten wir in unsere Wohnungen zurück.

Mai 24.

Vormittags in der Antecamera erfuhren wir von Barvitius, dass der Kaiser wol geruht habe und nach Gelegenheit wolgemut sei. Da die Sachsen und ich uns hier für überflüssig halten und ohnehin ein anderer modus tractandi vorgenommen werden muss, so haben

[1] Die sächsischen Gesandten berichten am 12./22. Mai: Losenstein habe sie auf morgen zur Krönung eingeladen; sie erwiderten aber, sie seien von ihrem Herrn nicht abgeordnet, um der Krönung beizuwohnen sondern um dem Kaiser aufzuwarten; gebe dieser Urlaub, so wollten sie erscheinen; Braunschweig habe sich mit Krankheit entschuldigen lassen, was der König übel aufnahm (Drs., l. 9167, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 637; Or.). Am 13./23. Mai berichten sie über die Krönung weiter: Sie seien von derselben weggeblieben, weil sie erfuhren, dass ihre Anwesenheit den Kaiser noch mehr betrüben würde; der Kaiser sehe darin eine Billigung des ganzen Werkes. Uebrigens seien weder sie selbst noch der Kurfürst vom König geladen worden, Losenstein habe nur „ungemeldet des königs" mitteilen lassen, dass für die Gesandten in der Kirche ein Stand bereitet sei (Drs., a. a. O., f. 679; Or.).

Digitized by Google

wir uns entschlossen, durch ein Memorial[1] den Kaiser um unsere Entlassung zu ersuchen. Wir baten Barvitius, es dem Kaiser zu überreichen; doch sagte er uns, heute werde beim Kaiser nichts zu verrichten sein, da er nach dem gestrigen Tumult ruhen wolle. Beim Herabgehen trat Graf Schlick zu uns und gebrauchte viele harte, dem Kaiser und Reich schimpfliche Reden, worüber ich mündlich berichten werde. Soeben höre ich, dass Zuñiga vor einer Stunde geäussert habe, der König sei in grossen Aengsten, die Stände muteten ihm über das vorige noch allerlei beschwerliche Sachen mit Ungestüm zu. Am selben Tag hat sich Schlick auch öffentlich vernehmen lassen, die Stände hätten dem König bereits vorgehalten, Khlesl und Khuen (dessen „innerste und geheimste" Räte) abzuschaffen „und möchte der Cain in Oesterreich unruhe anrichten so lang und viel er wolte," worauf Gerstenberg ihm antwortete: „alhier in Böhmen könnet Ihr, herr graf, es selber verrichten." Schlick gieng lachend ab.[2] Mai 22. bis 28.

Mai 25.

Gestern erhielt ich die Schreiben meines Herrn[3] und suchte darauf um Audienz bei Zuñiga an, der mir aber sagen liess: er sei um 8 Uhr zur Audienz beim König berufen, ich möchte warten oder er wolle mich in der Kapuzinerkirche ansprechen; ich liess erwidern, dass ich ihn womöglich noch vor der Audienz sprechen möchte, da die Schreiben meines Herrn ihm zur Information dienen könnten. Als er mich darauf sofort rufen liess, erinnerte ich ihn an sein Begehren, dass ich Matthias bei meinem Herrn empfehlen solle, wozu ich unter gewissen Bedingungen noch erbötig sei; nun schreibe mir aber mein Kurfürst, dass er und Kurköln das Verfahren gegen den Kaiser sehr hoch empfänden; um wie viel mehr werde dies erst der Fall sein, wenn sie des weiteren Verlaufs berichtet würden; wir kurfürstlichen Gesandten könnten durchaus nicht finden, dass der König bei diesem Handel die Kurfürsten und Fürsten des Reiches respektiere, habe er uns ja nicht

[1] Datiert vom 22. Mai und an Barvitius gerichtet; es enthält zugleich die Bitte, dass Barvitius erkunden möge, ob, wann und wohin ins Reich sich der Kaiser begeben wolle und was er deshalb von den Kurfürsten begehren und beim Kurfürstentag etwa vorbringen lassen möchte (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 170; Kopie).

[2] Bericht der Sachsen vom 14./24. Mai: Der Kaiser hat heute die uns zugesagte Audienz nicht erteilt, weil er allein bleiben will. Es ist nicht ratsam, dass der Kaiser jetzt nach vollzogener Krönung, da er hier gar nichts mehr zu befehlen hat, länger hier bleibe; man muss ihm vielmehr Anleitung und Vorschub geben, sich je eher je besser in eine Reichsstadt zu verfügen, etwa nach Regensburg, wohin er besondere Lust hat; er selbst soll nicht die Absicht haben, länger hier zu bleiben. Wir und Brömser sehen auch nicht, was die Gesandten von Kurköln und Kurtrier hier noch anderes tun könnten als dasselbe raten; den Gesandten wäre daher Einstellung ihrer Reise zu empfehlen. Wir hören auch, dass der Kaiser uns bei nächster Audienz selbst entlassen will. Brömser teilt uns eben mit, dass auch Kurmainz das Verbleiben des Kaisers in Prag widerrät (Drs., a. a. O., f. 687; Or.).

[3] Vgl. no. 193.

Digitized by Google

Mai 22. bis 28. einmal einer Antwort, geschweige denn einer Verhandlung gewürdigt; meinen Herrn befremde aufs höchste, dass die geheimen und Reichshofräte noch in Haft wären und über Sachen, die das Reich betreffen, verhört würden, derentwegen sie weder dem König noch den Böhmen sondern nur dem Kaiser und Reich mit Pflichten zugetan seien. Im Namen meines Kurfürsten ersuchte ich daher Zuñiga, dies dem König vorzuhalten und ihn zu ermahnen, das Reich besser in Acht zu haben, die verhafteten Räte zu entlassen und sich gegen den Kaiser und die Kurfürsten mit Respekt zu erzeigen. — Zuñiga fand alles, was ich sagte, für richtig und versprach es vorzubringen, zumal er auch von seinem Herrn entsprechenden Befehl habe; dabei liess er den Wunsch merken zu wissen, was unsere Meinung wegen des Kaisers künftiger Residenz sei. — Ich: Wir wissen von unsern Herrn so viel, dass die Kurfürsten und andere Stände des Reiches ein längeres Verbleiben des Kaisers in Böhmen für unmöglich halten; denn nach der Böhmen jetzigem Gebahren könnten die kaiserlichen Räte und Diener nicht ungehindert ihrer Pflicht nachkommen, stünden vielmehr in höchster Gefahr, auch hätten die Abgesandten der Reichsstände zum Kaiser hier nur Schimpf zu erwarten; endlich was hätte es in der ganzen Welt für ein Ansehen, wenn das Reich in Böhmen einen gefangenen, seiner eigenen Person unmächtigen Kaiser hätte? — Zuñiga glaubte nicht, dass der König oder die Böhmen den Kaiser mit Gewalt aufhalten würden; das würde auch sein Herr ungern vernehmen, allein er besorge, dass die Stände vom Kaiser oder von den Reichsfürsten einen Schein begehren werden, dass am Hof nichts diesem Königreich Gefährliches praktiziert werde. — Ich: Des Reiches Gelegenheit ist jetzt leider derartig, dass man sich von dort gewiss keiner gefährlichen Zumutungen zu befahren hat; es ist auch für den König und die Böhmen unnötig, deshalb etwa vorzubauen, weil sie doch nicht geständig sind, den Kaiser oder das Reich offendiert zu haben; dass die Kurfürsten und Stände sich auf einen solchen Revers einlassen werden, scheint mir sehr zweifelhaft; ich sehe auch nicht, wie man ihnen dies füglich zumuten könnte, es würde höchstens noch mehr Weiterungen verursachen; ich bin der Meinung, dass, selbst wenn der Kaiser selber hier in Böhmen bleiben wollte, sich die Kurfürsten und das Reich nicht dazu verstehen dürften, es wäre denn dass der Kaiser auch auf die kaiserliche Krone und Regierung verzichtet. — Zuñiga gab zu, dass dies alles begründet sei, versprach auch, mit dem König ernstlich davon zu reden; ich solle nur meinem Herrn versichern, dass er, Zuñiga, von seinem König Befehl habe, des Reiches Ehre und Ansehen in Acht zu nehmen, daran wolle er es nicht fehlen lassen. — Ich: Die Kurfürsten versehen sich auch von ihm und seinem Herrn keines andern.[1] — Zuñiga fuhr dann zum König, ich gieng in die Antecamera und fand dort des Königs obersten Kammerherrn Meggau und andere Königliche, die beim Kaiser Audienz hatten, aber kaum fünf „Vater unser lang" darin

[1] Vgl. Zuñigas Schreiben an Kurmainz vom 23. Mai unten no. 204.

Digitized by Google

blieben. Sie hatten dem Kaiser im Namen des Königs für die Abtretung des Königreichs und für die Erlaubnis zur Krönung zu danken. Abends lud Zuñiga mich für morgen früh zu sich.[1] Mai 22. bis 28.

Mai 26.

Ich erfuhr von verschiedenen Seiten, wie die kaiserlichen Hofdiener von den Böhmen und den Königlichen schmählich behandelt würden und die Böhmen, auch höher gestellte, schon anfiengen, die Kaiserlichen schimpflich „auszumachen". Man kann sich daher leicht denken, wie das künftig werden würde, wenn der Kaiser hier bliebe; daher ist unserer Herrn Gutachten umso richtiger, dass der Kaiser sich von hier entferne. Wir hören aber von verschiedenen Orten, dass es zweifelhaft sei, ob der Kaiser selbst wegziehen wolle oder die Böhmen ihn ohne schimpflichen Revers weglassen würden. Ich und die Sachsen sind nach fleissiger Erwägung der Meinung geworden: der Kaiser kann unmöglich hier bleiben, wenn er nicht die Regierung dieses Königreichs behält oder auch auf die des Reiches verzichtet und sich freiwillig zur Ruhe begibt. Ersteres ist bei der Hartnäckigkeit der Böhmen und anderer nicht zu hoffen, letzteres kann man dem Kaiser bei seiner langen Regierung nicht zumuten; es muss also nach dem dritten getrachtet werden, wenn es auch anfänglich mit etwas Unwillen abgeht. Um des Kaisers wie der Böhmen Meinung und Vorhaben zu entdecken, fanden wir für gut, verbreiten zu lassen, dass mein Herr als Erzkanzler auf Gutachten seiner Mitkurfürsten die Reichskanzlei und die Akten ehestens von hier nach einem Ort des Reiches, „da man I. M.[t] sicher rathen und deren geniessen könne", schaffen lassen wolle. Wir beratschlagten dies mit einigen vornehmen Herrn und, nachdem es gebilligt worden, „als dardurch den Böhmen ire praetension benomen, dem könig nachdenkens gemacht, auch der kaiser, ob er schon nicht gern wolte, dannocht zu folgen vermöget wurde (er wölle sich dann alles verzeihen)", habe ich im Namen meines Herrn dem Vizekanzler angemeldet: die Kurfürsten könnten nicht finden, dass der Kaiser mit Reputation und Nutzen des Reiches länger in Böhmen residieren könne; sie giengen daher mit dem Gedanken um, den Kaiser mit gebührenden Ehren ins Reich zu bringen, daher müsste auch die Reichskanzlei samt Zubehör dahin transferirt werden;

[1] Die Sachsen berichten am 15./25. Mai nach Hause: die Audienz ist abermals unterblieben, nur Meggau wurde vom Kaiser vorgelassen, um im Namen des Königs für die Abtretung der Krone zu danken; man sagt, der König wolle zu allen Kurfürsten Gesandtschaften abordnen, um sich um die römische Krone zu bewerben (Drs., a. a. O., f. 692; Or.). — Nach dem Bericht der neuburgischen Gesandten an ihren Herrn vom 18./28. Mai nahm der Kaiser Meggaus Audienz so gut auf, dass er den ganzen Tag über niemanden vor sich liess und seinen Dienern verbot, den König „Majestät" zu nennen. Dieselben Gesandten berichten, dass Stralendorf von Kurmainz Befehl erhalten habe, die Akten des Reichshofrats zusammenzupacken und sich damit ehestens ins Reich zu begeben; die kurfürstlichen Räte raten dem Kaiser zum Abzug, die kaiserlichen Diener meinen aber, der Kaiser werde sich zur Aenderung der gewohnten Residenz nicht entschliessen können (Mb., 337/15, f. 35; Or.).

Digitized by Google

Mai 22. bis 28. der Kurfürst lasse ihm dies mitteilen und ihn auffordern, alles dazu zu richten und die Interessenten zeitig zu verständigen, damit auf fernere Abforderung der Kurfürsten dem Abzug nichts im Wege stünde. Der Vizekanzler liess es sich gern gefallen und meinte, es solle je eher je besser sein.

Aus der Antecamera gieng ich zu Zuñiga. Dieser berichtete: er habe den König gestern ernstlich mit Vorweisung des Schreibens seines Herrn ermahnt; Matthias habe sich darauf zu aller Gebühr erklärt, auch versprochen, die Sache mit den gefangenen kaiserlichen Räten zu Ende zu bringen, aber deren Freilassung habe er nicht verheissen. Zuñiga hofft aber trotzdem, es werde deswegen keine weiteren Schwierigkeiten geben; der König besorge nur, die Räte würden ihm im Reich mit ihren Klagen und Ratschlägen Hindernisse bereiten; er wolle aber den König deshalb nochmals ernstlich ermahnen. Dem König sei auch berichtet worden, dass die böhmischen Stände einen guten Teil des passauer Volkes, mit dem sie nun vertragen sind, in ihre Dienste nehmen wollten, was Matthias sehr verdächtig sei; er denke daher daran, es für sich selbst zu behalten, wenn er das, ohne das Mistrauen der Stände zu erregen, tun könnte. Zuñiga meinte aber, der König solle sich für gänzliche Entlassung jenes Volkes einsetzen und wünschte, dass auch wir kurfürstliche Gesandte den König deshalb ungefähr wie folgt erinnern sollten: es heisse, dass er dies ganze Kriegsvolk oder doch einen grossen Teil im Lande behalten wolle; wir könnten keinen Zweck dabei sehen, es würden nur bei den Nachbarn im Reich Nachdenken und Gegenrüstungen verursacht werden, woraus leicht Ungelegenheiten entstehen könnten, die den König selbst allerseits in Mistrauen brächten; wir möchten daher im Namen unserer Herrn erinnert haben, dies Volk ganz zu entlassen. Zuñiga glaubt, dass unsere und seine Erinnerungen den König von diesem Plan abwenden und ihm zugleich Anlass geben werden, auch die Stände davon abzumahnen. — Ich: Der König wird hoffentlich solche Erinnerungen nicht in den Wind schlagen und sich gegen den Kaiser nach Billigkeit erzeigen. Die Gefangenhaltung der Räte empfinden die Kurfürsten als besondern Despekt; will der König überhaupt auf diese Rücksicht nehmen, so muss er die Räte ehestens entlassen: mehr als die Feindschaft der Gefangenen wird dies unförmliche Gebahren gegen die Räte ihm die Kurfürsten und alle Stände des Reiches entfremden. Was das letzte Begehren Zuñigas anlangt, so haben wir Kurfürstliche bisher nicht merken können dass unsere und unserer Herrn Erinnerungen und Erbieten vom König wol aufgenommen und respektiert worden wären; jedenfalls will ich mich deshalb zuvor mit den Sachsen besprechen. Wir haben schon vorher vernommen, dass der König oder die Stände das passauer Volk im Dienst behalten wollen, haben auch darüber an unsere Herrn berichtet und zweifeln gar nicht, es würde solches bei den friedfertigen Ständen des Reiches um so mehr Nachdenken verursachen als es schon heisst, dass einiger unruhiger Leute Pläne

Digitized by Google

dahin gehen, die Kurfürsten des Reiches mit Gewalt und durch Schrecken zu einer Wahl zu vermögen und zu drängen, wie einige ganz ungescheut und öffentlich sich vernehmen lassen. Ich will nicht hoffen, dass der König sich mit solchen gefährlichen Anschlägen trägt und sich darauf vergebliche Gedanken macht; denn das wäre gar nicht der Weg zur Krone. Jedenfalls würde, wenn der König oder die Stände sich mit einer so schweren Last beladen wie die Annahme des passauer Volkes eine ist, es allenthalben im Reich ein seltsames Ansehen haben, denn man würde den Zweck nicht einsehen.[1] Mai 22. bis 28.

Mai 27.

Ich sprach mit den Sachsen über Zuñigas Mitteilung und fand sie zu derlei Anlangen gleichfalls nicht geneigt, da der König unsere Herrn bisher so wenig beachtet habe; auch sie hielten nicht für reputierlich, sich weiter bei ihm zu bemühen und meinten, man solle es aus Mangel an Befehl unterlassen. Sie wollen Zuñiga erklären: da sie eben ihre Entlassung betreiben, werden sie alles ihrem Herrn berichten, der vielleicht den König schriftlich erinnern wird, was mehr Ansehen bei diesem haben möchte. —

Morgens liess Braunschweig mich zu sich rufen und zeigte mir schriftlich des Kaisers Gedanken,[2] wie der König zu ersuchen wäre;

[1] Bericht der Sachsen vom 16./26. Mai: „Dieser tag ist abermals ganz vergeblichen hingegangen; dan ob wir gleich vleisig aufwarten, so lest man uns doch stehen, bevielt uns nichts und thut auch sonsten kein mensch etwas bei den sachen, wie betrübt und jämmerlichen dieselb geschaffen.“ Fast gewinnt es das Ansehen als wolle der Kaiser auch das römische Reich resignieren. Zunahme der Seuche in Prag [an der am 26. Mai auch der kursächsische Agent Dr. Pfretzschner stirbt] (Drs., a. a. O., f. 702; Or.).

[2] Der Kaiser hat gehofft, man werde wegen der Krönung und Eidesentlassung nicht in ihn dringen, bevor die in der Proposition vorbehaltenen Punkte erledigt sind. Die auf die letzten Punkte erfolgte Resolution und die daran gehängten Begehren sind aber dem Hause Oesterreich schimpflich, der kaiserlichen Hoheit nachteilig und den Kurfürsten und allen Reichsständen praejudizierlich; daher kann sich der Kaiser aus den erwähnten Ursachen und weil er seiner Räte, die teils gefangen gehalten, teils durch Drohungen abgeschreckt werden, nicht mächtig ist und Rat und Gutachten der Kurfürsten und der Erzherzoge seines Hauses einholen muss, auf weitere Verhandlung nicht einlassen. Der Kaiser will sich mit nächster Gelegenheit nach Regensburg begeben und sich mit den Kurfürsten und Fürsten wegen des Empfangs an der Grenze vergleichen; dazu begehrt er Beistellung des nötigen Fuhrwerks für seine Sachen und für die Reichskanzlei und gebührliches Geleite bis zur Grenze. Inzwischen will er gehörig respektiert und mit den Wachen im Schloss nicht weiter belästigt sein, auch soll ihm für die kurze Zeit seines Aufenthaltes das Schloss allein gelassen werden, damit nicht durch die zweierlei Diener Ungelegenheiten entstehen. Er versieht sich auch, dass man ihm den gewöhnlichen Unterhalt verschaffen und die Jurisdiktion über seinen ganzen Hofstaat lassen werde (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 171; Kopie). — Am 28. Mai teilt Matthias dies Schriftstück gleichzeitig mit dem kaiserlichen Dekret an die schlesischen und lausitzischen Stände (vgl. nächste Anmerkung) den Landoffizieren mit und bemerkt, man sehe daraus, dass

Digitized by Google

Mai 22. bis 28. ich sollte darüber mit den Sachsen konferieren, was wir aber unterliessen. Bei dieser Gelegenheit teilte ich dem Herzog auch unser Vorhaben wegen der Reichskanzlei mit, das er sich gefallen liess. Wir hören, dass es den Böhmen und den Königlichen schon allerlei Nachdenken macht, da sie sich dessen nicht versahen. Um 8 Uhr gieng ich hinauf und bat Barvitius, unsere Entlassung zu befördern, was er versprach. — Nachmittags schickte der Kaiser seinen Kammerdiener Ericius zu uns und liess uns sagen: die schlesischen Stände hielten um Eidesentlassung an, er wolle darüber seine Entscheidung auf morgen verschieben; da Leuchtenberg besorge, dass sie gleich den Böhmen ungestüm darum anhalten würden, möchte er, Kaiser, zuvor unser Gutachten hören. Wir erklärten: Die Schlesier dürften sich dem kaiserlichen Wunsch eines Aufschubs wol bequemen, da ja kein Akt auf die Entlassung folge und daher so grosse Eile nicht nötig sei; man solle sie aber vor der Resolution fragen, ob sie wegen dieses Begehrens von ihren Prinzipalen Spezialbefehl hätten, denn wir hätten gehört, es sei vor wenigen Tagen noch kein solcher da gewesen.[1] — Ich hörte auch, dass Khlesl einen ehrlichen Mann angesprochen und gefragt hätte, wie ihm dieser Handel anstünde, worauf mein Gewährsmann antwortete: er liesse sich seltsam an, es wäre zu wünschen, dass es besser wäre. Khlesl: Es werde alles noch gut werden, doch müsse die Handlung anders als bisher angestellt werden; Zuñiga meine es gut, habe aber zu solchen Handlungen keine Qualitäten und sage dem Kaiser und dem König, was jeder gern hört; ebenso stünde es mit den kurfürstlichen Gesandten; selbst wenn auch noch die andern kämen, so wäre es doch dasselbe; sie würden dem Kaiser auch nur sagen, was er gern hört. Der Kaiser habe vor der

der Kaiser noch nicht ruhe sondern auf Antrieb böser Leute neue Wirren verursachen möchte, wodurch den Königreichen und Ländern abermals Schaden zustehen könnte; der König begehrt darüber ein Gutachten (Wi., I A 1. Ka. 2990; Kpt. von Grapler).

[1] Das kaiserliche Dekret an die Schlesier und Lausitzer ist vom 27 Mai datiert: Der Kaiser hat sich nicht versehen, dass die Gesandten wegen der Eidesentlassung in ihn dringen werden, und zweifelt, ob sie dazu instruiert sind; denn das Schreiben des Herzogs von Münsterberg (vgl. no. 148, S. 365, Anm. 1) enthält fast das Widerspiel. Da aber die Eidesentlassung von den Gesandten bei ihm nicht nur inständig gesucht wird „sondern man sich auch gegen I. M.t allerhand betrohung, dass, wo sie solche erlassung nit vollziehen wurden, dass man dieselbige mit insolenz uberlaufen und einen greulichern despect als noch jezt beschehen, beweisen wolte, wie sie dessen durch dero herrn bruedern kgl. W. abgeordnete vertreulich avisiert worden, so haben, weilen sie, die gesandte, auf solchem unvermuetenden suchen beharren, I. M.t (mit der protestation, dass es derselben wider ihren willen abgetrungen und dergleichen sich zue ihnen nit versehen oder vermueten können) die begerte erlassung mit der subscription volziehen und ihnen solche hiemit neben diser schrift überschicken und dises dabei zu ihrem wissen und nachrichtung nit verhalten wöllen“ (Wi., I A 1. Ka. 2990, aus B. Mägerles Tagebuch der böhmischen Reise des Matthias, f. 56; Kopie). Die Gesandten antworteten am 29. Mai mit einer Verwahrung und mit der Bitte, die Protestation aufzuheben und es bei der einfachen, bedingungslosen Loszählung vom Eid zu lassen (ebenda, f. 57; Kopie).

Digitized by Google

Krönung ihn, Khlesl, durch Ericius anreden lassen: ob er bei ihm Audienz begehren wolle, allein er habe geantwortet, dass er beim Kaiser nichts anzubringen habe. Da nun die Krönung vorüber sei und des Hauses Oesterreich, ja des ganzen Wesens Wolfahrt auf der Einigkeit zwischen den Brüdern beruhe, wolle er sich nun beim Kaiser einstellen, wenn dieser ihn ruft; und wenn der Kaiser verspricht, die Kurfürsten dahin zu vermögen, dass sie Matthias zum römischen König wählen, so wolle er beim König solche Bedingungen zuwege bringen, dass der Kaiser damit wol zufrieden sein werde; der König solle darauf dem Kaiser in allem gehorsam sein, auch den Unterhalt und alles erhöhen; „mit der vergewissigung, dass mit dem könig absonderlich zue handlen vergebliche arbeit seie, sondern da man etwas fruchtbarliches zu handlen vermeinet, so müste man mit ime, Cleselio, handelen.[1] Also gar scheinet es, dass der hochmuet diesen man besessen und gleichsam verblendet, dass er ihme selbsten gefehrliche ding ohne scheu redet, da es ihme doch sonsten ane verstand und schleuigkeit nicht mangelt.“ Mai 22. bis 28.

Mai 28.

Morgens besuchte ich Zuñiga und fragte, ob ich seinetwegen bei meinem Herrn etwas zu verrichten hätte; dasselbe tat ich beim Nuntius, erhielt aber noch keinen Bescheid. Ich werde über das Gespräch mündlich berichten. Vormittags suchten ich und die Sachsen beim Kaiser wieder um unsere Entlassung und um Resolution auf die übergebenen Punkte[2] nach, wir erhielten aber keine Antwort. Ich liess mich auch beim König anmelden und wurde auf 5 Uhr zur Audienz bestimmt.[3]

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103 a, no. 167; Or.

[1] Der Kammerdiener Arbaissel, den Erzherzog Maximilian mit Schreiben an König Matthias nach Prag schickte, berichtet am 23. Mai: Khlesl, an den er gewiesen war, nehme sich der Geschäfte so eifrig an, dass kein Bescheid von ihm zu bekommen sei (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom Mai 1611, no. 39; Or. eigh.).

[2] Vgl. S. 481, Anm. 1.

[3] Mit dem Protokoll schickt Brömser am 28. Mai noch ein Schreiben an den Kurfürsten: Er und die andern haben gehofft, Dienstag oder Mittwoch von hier abreisen zu können, da doch nichts besonderes verhandelt wird und man sich auch anstellt als sei hier nichts mehr zu verhandeln. Kursachsen hat seine Gesandten abberufen, die am nächsten Montag auch ohne Erlaubnis des Kaisers abziehen werden; er, Brömser, will mitziehen und hat dies bereits den kaiserlichen Räten mit der Bitte angezeigt, seine Entlassung zu befördern (Wmz., a. a. O., no. 166; Or. eigh.). — Die Sachsen berichten am gleichen Tag: „Obwol die noth, spott und schimpf so gross, dass es nicht ärger sein könte, so ist doch heute abermals niemandes ad audientiam oder consultationem admittirt.“ Zugleich nimmt die Seuche zu. Brömser hat die Verpackung der Reichsakten angeordnet; „das kömbt den königischen und Bömen fast frembde für; denn sie sich bedünken lassen, sie haben am nechsten montag nicht alleine einen bömischen sondern auch in effectu einen römischen könig gekrönet“ (Drs., a. a. O., f. 721; Or.). — Am 20./30. und 21./31. Mai berichten die Sachsen noch über den Versuch, zu einer Abschiedsaudienz beim Kaiser zu gelangen und zugleich die Bestätigung des jüterbogker Vertrags zu erwirken, aber die geheimen Räte dürfen nicht unaufgefordert vor den Kaiser kommen; endlich liess der Kaiser sagen, er

Digitized by Google

Mai 22. **201.** Peter de Vischere an Erzherzog Albrecht.

Nachdem ich am 16. Mai zu Mariemont von E. D.t entlassen worden war,[1] bin ich am 18. nach Lüttich gekommen, wo ich am 19. durch den Dompropst Arnold von Bucholz Audienz beim Kurfürsten von Köln erhielt.[2] Derselbe hat auf meine Werbung erwidert: der Kurfürstentag sei erst auf den 17. Juli angesetzt, weil Kurmainz seinem Drängen gegenüber erklärt habe, dass man Sachsens und Brandenburgs halber keinen früheren Tag wählen könne und in Mühlhausen zusammenkommen müsse. Den Streit zwischen dem Kaiser und Matthias bedauerte der Kurfürst aufs höchste und versprach, beim Kurfürstentag und sonst sein bestes für den Frieden zu tun. „Den successionspunkt im reich belangend wolten sie gern I. kgl. W. in Hungern fur andern sowol der von E. fl. D.t mir aufgetragener ursachen und betrachtungen halber als auch sonst zu solcher dignitet befurdert sehn; es haischet aber die högste notturft, dass der könig Matthias einen anderen modum procedendi mit dem kaiser, I. M.t räten und dienern als bisher geschehn, furneme, wofern I. kgl. W. der chur- und fursten im reich gemueter teils behalten und teils, deren sie noch nit gewiss, gewinnen und an sich bringen wöllen, dan, wie die brief von Prag melden, fahren sie noch immer fort, den kaiser und seine leut je lenger je mehr zuzesetzen und beengstigen, wöllen den kaiser zu Prag nit sonder allein zu Pilsen wissen und gleichwol nit aussm königreich Behem ziehen lassen, die gefangne gehaime und reichs-

wünsche, dass die Gesandten bis 1. Juni warten mögen, er wolle noch wegen einiger Sachen mit ihnen reden (Drs., a. a. O., f. 724 und 722; Or.). — Die Rückbeglaubigung der Gesandten erfolgte am 1. Juni (ebenda, f. 746; Or. und Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 173; Or.). Brömser und Gerstenberg erhielten vom Kaiser zum Dank für die geleistete Hilfe eine Anweisung auf je 12500 Taler, die ihnen der Herzog von Braunschweig auf Abschlag der zu Prag im Jahr 1610 bewilligten vierzig Römermonate auszahlen solle (Drs., l. 9934, Rudolphi II. Schenkung; Kopie).

[1] Ueber Vischeres Mission schreibt Erzherzog Albrecht am 20. Mai an die Erzherzoge Maximilian und Ferdinand: er habe V. zu den geistlichen Kurfürsten abgesandt, damit diese sich bei bevorstehender Zusammenkunft das Haus Oesterreich befohlen sein lassen und auf die Wahl eines römischen Königs bedacht seien, „darbei wir JJ. LL. auch die ursachen, warumb es den sachen erspriesslich sein möchte, dass sie, wann es zu gedachtem puncto electionis kombt, des königs L. in sonderheit in achtung nemen, zu gemüet füeren lassen“ (Wi., I A 1, Ka. 2990; Kopie). Vgl. wegen der Schickung des Erzherzogs Albrecht auch no. 188, S. 452, Anm. 2.

[2] Ueber Vischeres Audienz schreibt Kurfürst Ernst am 20. Mai aus Lüttich an Herzog Maximilian von Baiern: Erzherzog Albrecht hat uns durch Vischere, der als ständiger Resident nach Prag abgefertigt ist, ersuchen lassen, bei unsern Mitkurfürsten während des Kurfürstentags gute Dienste zu tun, um die Mishelligkeiten zwischen den Brüdern beizulegen und das Haus Oesterreich bei Würden zu erhalten; endlich hat Vischere auch noch Matthias „zur römischen cron ganz treueiferig und bruederlich recommendirt“ (Ma., 39/22, f. 93; Or.).

Digitized by Google

hofräte, auch ainige catholische böhmische heren als Schlawata und Mizanski, so von den behmischen stenden auf des Tengnagels widerruf ledig gesprochen, haben I. kgl. W. als ihre gefangne von neuem in die gefengnus arrestiren und anhalten lassen, weil sie nit wider die stend sonder ihrer person gesündigt. Dises alles verursache eine grosse alienation der gemueter wider I. kgl. W.; dan sie, die churfursten, kunnen aids und pflichts halber nicht nachsehen, das man ihren kaiser gleichsam gefangen halten, wider ihre person inquisitiones, ja peinliche frage anstellen, auch die kaiserliche räte, so nit ihnen, den Behmen, sonder dem kaiser und reich verpflichtet, also tractiren solle.“ Das habe er auch einem jüngst bei ihm gewesenen Gesandten des Königs Matthias rückhaltlos gesagt.[1] „Wofern hierin von I. kgl. W. kein wandel geschaffet, muegen sie versichert sein, das kein churfurst ihr die stim zue der succession geben werde, aber aus dem hause Oesterreich werden die drei geistliche und Saxen gewiss nit schreiten . . . und mochte [die cron] wol sobald auf E. fl. D.t als jemanden anders fallen, welches sie mir in vertrauen sageten. Der herzog von Braunschweig hab auch uber den könig geklagt, das I. kgl. W. das schreiben, so I. fl. Gn. ihr im vertrauen geschriben, alsbald den behmischen stenden zugeschickt, daher dem fursten bald ungelegenheit zugestanden sei“. Mit der letzten Post habe er, Kurköln, Nachricht aus Prag erhalten, dass auch die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg sich durch ihre Gesandten des Kaisers stark annehmen, nachdem der Kaiser dem letzteren wegen Jülich verziehen und den jüterbogker Vertrag bestätigt habe; Schlesien und die Lausitzen hätten durch den Herzog von Liegnitz den Böhmen ihren Bund gekündigt und erklärt, auf des Kaisers Seite ausharren zu wollen; die Moldauer und Wallachen rufen den König um Hilfe gegen einen drohenden Ueberfall Bathorys an und heisse es, Matthias wolle die gemeinen Soldaten des passauer Volkes nach Abdankung der Befehlshaber dorthin schicken; — „dass also die sachen sich noch (wie der churfurst saget) sehr misslich auf des königs seiten anlassen.“ — Der Kurfürst behielt mich neben dem neuburger Kanzler Zeschlin zu Tisch. Am kurfürstlichen Hofe höre ich, dass Neuburg den jüterbogker Vergleich aufzuheben trachte, worüber man in den jülicher Landen sehr unzufrieden sei. Als ich am 20. Mai Abschied nahm, wiederholte der Kurfürst seine Erklärung in Bezug auf Matthias, weshalb es gut wäre, den König zu ermahnen, im eignen und des Hauses Interresse einen linderen Weg gegen den Kaiser einzuschlagen; „I. chfl. D.t geben dises scharfen procedirens den meisten schuld dem bischof Gleseln.“ Neuville den 22. mai am pfingstage 1611. Mai 22.

Brs., Secrét d'Allem., no. 96, f. 62; Or. eigh.

[1] Wegen des kurkölnischen Bescheides an Teufel und Wacker vgl. no. 144, S. 351, Anm. 4. Die Gesandten hatten den Kurfürsten auf dessen Reise nach Lüttich zu Brühl angetroffen (Kurfürst Ernst an Herzog Maximilian von Baiern am 13. Mai, Ma., 39/9, f. 43; Or.).

Digitized by Google

Mai 22. **202.** Der Kurfürst von Mainz an den von Sachsen.

Hinweis auf das Schreiben vom 21. Mai.[1] „Vnd will ich gleichwol erhaischender sachen notturfft und wichtigkeit noch nitt vnderlassen, demselben werck nitt allein fur mich selbsten weiter reifflich nachzusinnen sonder auch zu ebenmössigem ende mitt Triers vnd Collns LL. vertrewlich dorauss communiciren.[2] Hab aber darneben in ebenmössigem freundtbruderlichen vertrawen E. L. nitt pergen mogen, das gesterigs tags einer meiner adellichen beampten vnd rähtt mir bestendig referirt, welcher gestalt, als er kurtz verwichnener tagen bey einem furnemen churpfaltzischen beampten, rahtt vnd obristen angelegener priuatgeschefften halber gewesen vnd vnder anderm das izig beschwerlich praagisch ohnwesen vff die bahn ins gespräch kommen, ermelter pfaltzischer rahtt frey rund vnd onuerholen heraussgestossen, man möchte machen, was man wolte, so wurden dessen alles ohngeachtt die protestirende vnirten reichsstende könig Matthiae in Vngern die romische crohn vffsetzen vnd I. kgl. W. darbey handhaben.

Wan nuhn vber solches ytzo auch ein praagischer burger vnd handelsman mitt einem patent (welches die bömische vff dem praager schloss versamblete stendt sub dato 3. hujus vnder 36 ringpittschafften vnd souill handtsubscriptionibus ausgefertigt haben[3]) alhier zur stell begriffen vnd umb verfolgung einer grosser anzahl in den Niderlanden besteltter kriegsrüstungen vnd wehren, so tails alberaid zu Colln tails zu Coblentz angelangtt sein soll, anhaltten thut vnd zwahr in solchem patent obuermeltte bohmische stende, wie E. L. hiebey copeylich zu entpfahen, weder I. ksl. M.t noch der hern churfursten ehrntitul vnd praeminentz etwas [in] respect haltten, so kommen mir diese ding ye lenger ye mehr argwönig vnd verdachtig fur, beuorab auch dorumb, weil denen bey iungster praagerischer post einkommenen auisen nach ermeltte bohmnische stende sich fast eyfferich bemühen vnd bearbeitten sollen (ohnerachtt sie vff die acht bey I. ksl. M. embsich getrungen), das bassawisch, noch zur zeitt zu Boutweiss vnd zu Crommawe liegent kriegsvolk von ihren hauptern vnd obristen zu disiungiren, furders in ire deuotion vnd bestallung zu pringen. Seintemahl dan ohnschweher zu erachtten, vff den fall die bömische stende solches bassawisch vnd andere mehr kriegsvolck zu irem willen vermögen vnd zusammenbringen, also sich fast vor niemandts mehr zu besorgen vnd zu befahren haben soltten, was hoher despect vnd vngemach nitt allein I. ksl. M.t sonder auch allen negst angesessenen stenden des reichs dannenhero noch weitters onuersehens zuwachsen köntte, so möchtte desfalls E. L. rahttsamb guttachtten ich nitt allein gern vernemen sonder stelle auch zu Derselben ebenmössigen vernünftigen

[1] No. 198.

[2] Geschieht am gleichen Tag (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103 c. no. 140; Kpt.).

[3] Drs., a. a. O., f. 740; Kopie. Der Kaufmann war Gisbert de Boys; vgl. Hurter. Geschichte Kaiser Ferdinands II., VI., S. 500.

Digitized by Google

nachdencken (jedoch zumahl nitt vorgegriffen), im fall die achts- Mai 22.
erklerung gegen mehrbesagtten bassawischen kriegsvolck etwa noch wurcklich nitt ergangen vnd auss I. ksl. M.[t] handen erzwungen worden were, ob nitt bey I. ksl. M.[t] durch E. L., meine vnd andere zu Praag anwesende churfurstliche rähtte vnd insonderheitt des hertzogen zu B[raunschweig] L. glimfflichen zu vnderbauen sein möchtte, damitt noch ein zeitt lang ein- vnd also dasselb kriegsvolck in terrorem etwas ahn der hand zu gedulden vndt das disfals E. L. Dero wolmainung Iren räthen wie auch des von B[raunschweig] L. fürderlich zuschreiben thetten. Wurdett vff vorhehrgehende vertrewliche communication mein vicetumb des Ringawes hiebeuor entpfangenen befelch vnd instruction gemoess inn demselben vnd allem andern, was zu erhalttung I. ksl. M.[t] vnd des heil. reichs reputation, ehr vnd wolfahrtt dienlich, erspriesslich vnd nohttwendig zu achten, sich gebürlich zu accomodiren vnd zu uergleichen wissen. Es befrembtt mich des bassawischen kriegsvolcks grosse höffligkeit vnd beschaidenheitt, das sie die bömische hern, so zu jenen geschicktt, also tractirt, do inen bewust, das sie so embsich vff die achtserklerung vrgirt; E. L. ist bewust, was von practicken beuor gewesen, die in hoegster warheitt noch nitt gefallen. Fidendum, sed cui, videndum. Datum Meintz den 22ten mai a.° 1611."

Drs., l. 9167, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 737; Or. eigh.[1]

203. Erzherzog Ferdinand an Kaiser Rudolf II. Mai 24.

Meine Brüder und Vettern erinnern mich,[2] dass in Kürze ein Kurfürstentag abgehalten werden soll, wobei unzweifelhaft auch die

---

[1] In der Nachschrift eines Antwortschreibens an Brömser vom 23. Mai befiehlt der Kurfürst von Mainz: Brömser möge auf seiner Rückreise zu Dresden darauf achten, ob der Kurfürst von Sachsen geneigt sei, das passauer Volk „uf ein vorsorg" noch beisammen zu halten; wenn die sächsischen Räte Mittel wüssten, dies den Passauern unvermerkt zu wissen zu machen, so möge es Brömser nicht widerraten, doch dabei gleichsam nur seine persönliche Meinung aussprechen; vielleicht könnten so die böhmischen Stände in ihren Absichten etwas zurückgehalten werden (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103 c, no. 134; Kpt. von Faust). — Der Kurfürst von Sachsen erwidert am $\frac{22. \text{ Mai}}{1. \text{ Juni}}$ auf die Schreiben vom 21. und 22. Mai: er lasse alles bis zum Kurfürstentag dahingestellt sein; die Achtserklärung gegen die Passauer sei wie alles andere dem Kaiser herausgepresst, aber noch nicht effektuiert worden; mit dem Kriegsvolk sei man verglichen und wollen die Böhmen 2000 Musketiere in Sold nehmen, das übrige Volk soll verabschiedet werden (Drs., a. a. O., f. 742; Kpt. von Schönberg).

[2] Erzherzog Maximilian hatte am 14. Mai dem Erzherzog Ferdinand die von König Matthias vorgeschlagene Schickung der Erzherzoge zum Kurfürstentag widerraten und dafür angeregt, ein Gesamtschreiben derselben nach beigelegtem Entwurf zu fertigen und darin den König zu künftiger Succession beweglich zu empfehlen (Erzherzog Ferdinand an Erzherzog Maximilian am 25. Mai; Ib., Ambraser Akten, Missiven vom Juni 1611, no 13; Or.). Das Gesamtschreiben siehe unter no. 240.

Digitized by Google

Mai 24. Erwählung eines römischen Königs beraten werden wird, weshalb bei diesen Weltläufen die Not erfordere, unseres Hauses Interesse und Hoheit nicht ausser Acht zu lassen sondern dessen Verdienste um das Reich und die Christenheit den Kurfürsten zu Gemüt zu führen und sie zu erinnern, dass in Ansehung dieser Verdienste die Mitglieder dieses Hauses bei Beratung künftiger Wahl nicht übergangen werden mögen. Da nun E. M.t Bruder, der König von Ungarn, nach E. M.t der älteste des Hauses ist, so wurde für gut angesehen, ihn den Kurfürsten zu empfehlen. Da ich nicht zweifle, dass E. M.t diese Empfehlung nicht entgegen sein wird, so habe auch ich sie mir gefallen lassen und in die Unterfertigung eines Gesamtschreiben der Erzherzoge an die Kurfürsten gewilligt. Geben zu Grätz der 24. tag maii des 1611 jahrs. — Praes. 3. junii 1611.

Wh., Reichstagsakten in genere, Bd. 84b; — Or.

Mai 24. **204.** Zuñiga an den Kurfürsten von Mainz.

Auf zwei Schreiben vom 8. und 9. Mai,[1] von denen das erstere Bruneau überbrachte, das zweite Brömser mir überreichte, dessen Verstand, Erfahrung und Art des Handelns mir sehr gefällt. Wir haben unsere Meinungen über den gegenwärtigen Stand der Dinge hier ausgetauscht. Neulich liess der Kaiser mich zur Audienz berufen und übergab mir einige Artikel, die mit dem König zu verhandeln seien;[2] ich unterzog mich der Mühe, obgleich der Auftrag viel zu spät kam. Als aber der Krönungstag herannahte, gestattete der Kaiser, dass die Beschlussfassung über diese Artikel bis nach der Krönung verschoben werde, doch unter der Bedingung, „ne circa censum et proventus quidquam immutaretur, donec de praedictis articulis statutum esset.“ Der König stimmte dem gerne zu und zeigte überhaupt, wie sehr er dem Kaiser zu Willen zu sein wünsche, dessen Wolwollen zu erwerben er bestrebt ist. Ich habe mich sehr bemüht, damit alle diese Verhandlungen glimpflicher ablaufen; aber da die Böhmen durch die Passauer so sehr gereizt waren, stand es dem König nicht frei, dem Kaiser mit aller der Ehrfurcht zu begegnen wie er wünschte. „Rex dominus meus regi Matthiae verbis et factis authoritatem conciliare et animum addere procurat nec alias vices in significationem grati animi reposcit“ als Schutz unserer Religion und Ehrfurcht gegen den Kaiser. Mein Herr wünscht, dass E. kfl. Gn. den König zu gleichem auffordern und hat mir aufgetragen, „ut a Ser.te V.ra instanter ipsius nomine petam, eiusdem regis Matthiae incrementum cordi habere velit ipsumque authoritate Sua et prudentia ad predictum scopum religionis nostrae et reverentia caesaris a rege catholico tam desideratum dirigere conetur.“ Gestern fand die Krönung des

[1] Beide fehlen; eine Beglaubigung Brömsers bei Zuñiga vom 9. Mai in Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 85; Kpt.

[2] Vgl. no. 194 und Anm. 1 auf S. 462.

Digitized by Google

Königs statt, zu der ich mit den andern hier ständig residierenden Gesandten geladen war und auch erschienen bin, nachdem ich zuvor dem Kaiser davon hatte Mitteilung machen lassen, „plane convenire existimans, rebus sic stantibus regias partes fulciendas esse, quandoquidem caesareae partes nequaquam resurgere et stabiliri in hisce provinciis possint et tanti momenti sit, in iis palam facere, regem dominum meum arctissimo concordię vinculo cum augusta domo sua Austriaca in omnibus negotiis ad easdem provincias spectantibus coniunctum esse, specialiter cum rege Hungarię, cui impraesentiarum regimen et administratio earundem incumbit. Pragae 24. maii 1611.“ — Praes. Mainz 2. junii a. 1611. Mai 24.

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 164; Or.

205. Herzog Maximilian von Baiern an den Kurfürsten von Köln. Mai 24.

Auf das Schreiben vom 13. Mai.[1] Ich habe bisher Bedenken getragen, bei jetziger Sachlage und da man mir bisher nichts zugemutet hatte, mich selbst dem Kaiser anzubieten oder der Sache teilhaftig zu machen; denn ich bin der nächste an der Tür und habe die Feindschaft des einen und des andern Teiles zu besorgen. [„Vnd weil sonderlich ich ganz vnschuldig bei vilen inn vnd ausser reichs in dem verdacht, alss wan maiste vorgangne practikhen mit meinem vorwissen vorgangen, hab ich mich“][2] bisher der Neutralität beflissen,[3] wünsche aber vom Herzen, dass dieser üble Stand der Dinge, ehe Weiterungen daraus entspringen, zu guten „Terminis“ gebracht werde, „davon sich niemant soll absondern.“ Ich habe laut beiliegender Abschrift durch einen eigenen Gesandten nach Passau dem Erzherzog Leopold mein Gutachten vorbringen lassen wollen,[4] aber der Erzherzog ist wenige Tage vor meines Gesandten Ankunft trotz Schwendis Abraten von Passau nach Krumau gereist, was wol wieder allerlei Nachdenken machen wird. Datum München den 24. maii a. 1611.

Ma. 39·9. f. 49; Kptkopie mit eigh. Zusatz des Herzogs.

[1] Vgl. no. 201, S. 489, Anm. 1.

[2] Eigenhändiger Zusatz des Herzogs.

[3] Der Herzog strich die Worte der Konzeptkopie; „aus der ich auch vol nit ohne gefahr noch zur zeit kan schreiten.“

[4] Instruktion des Herzogs für Theodor Viepeckh zur Schickung an Erzherzog Leopold vom 14. Mai: Der Erzherzog hat den Herzog um Interposition beim König Matthias ersuchen lassen, damit dieser die okkupierten passauer Stiftsgüter in Oesterreich wieder freigebe; darauf lässt der Herzog einem Vetter, dem Erzherzog, raten, sich seiner Umgebung, besonders Ramées und Sulz' und des ganzen Kriegsvolks zu entschlagen und sich zu Erzherzog Ferdinand nach Graz zu begeben; der Stadt und des Stiftes Passau will der Herzog sich als Oberst des bairischen Kreises annehmen (Mc., Entstehung, Fasz. VI., no. 41, f. 17; Kopie). Wegen der Aussöhnung Leopolds mit Matthias vgl. Hurter, Geschichte Kaiser Ferdinands II., VI., S 404 ff.

Digitized by Google

Mai 25. **206.** Erzherzog Ferdinand an Erzherzog Maximilian.

Wir vermerken aus den Verhandlungen der böhmischen Stände wegen der neuen Krönung, dass sie hauptsächlich damit umgehen, sich künftig das Recht der freien Wahl eines böhmischen Königs anzueignen.[1] Bei Prüfung der uralten Gerechtsame, Verträge und Kompaktate unseres Hauses befinden wir aber und ebenso erfahren wir von denen, die von den geheimen Sachen unseres Hauses Wissen haben, dass die Stände zu solcher freier Wahl keineswegs befugt sind sondern notwendig einen aus unserm Haus erwählen müssen. Wir geben daher E. L. zu erwägen, ob es nicht nützlich und ratsam wäre, „dass zu hinderung angedeuter besorglicher kunftiger fürwendung des anjezo fürgehenden praeiudicii, auch zu würklicher handhabung unser wolhergebrachten hochheit und gerechtsamb jemand von unserm gesambten hauss nacher Prag mit solchem gwalt und bevelch abgeordnet werde, damit derselbige im namen unser aller in fürgeheung der königlichen crönung oder aber auch hernacher (fal solche zu seiner ankonft schon ihr endschaft erraicht) in zierlichister weis oder form protestiere, dass die hievor berüerte von den ständen fürgenomne wahl aines königs wie nit weniger die darauf ervolgte crönung unserm hauss ohne nachthail und schaden sonder demselbigen und dessen mitglidern alle recht und gerechtsame ungeschwecht vorbehalten sein sollen. Hierdurch vermainen wir, dass unsers gesambten hauss hocheit und praerogativa zu solchem königreich mehrers erhalten, dieselben auch durch unser aller stillschweigen inskunftig weniger in weitleufiges schedliches disputat gebracht werden möchte;“ doch wollen wir hierüber E. L. Meinung gern vernehmen. Geben Grätz den 25. tag maii des 1611 jahrs. — Praes. 12. junii 1611.

Ib., Ambraser Akten, Missiven vom Juni 1611, no. 12; Or.

Mai 25. **207.** Zuñiga an König Philipp III.

„A los 7 deste escrivi a V. M.[d] el estado en que quedavan las cosas de aqui.[2] Despues aca se han ydo continuando los tratados entre el emp.[or] y el rey y los estados, assi respecto de los intereses del emp.[or] como de los que los estados tienen con el rey. Y a los 17 deste me llamo el emp.[or][3], cosa que no avia hecho de un año, a esta parte y començo diziendome algunas palabras de la satisfaçion que tenia de la voluntad de V. M.[d] en sus cosas y que la misma podia tener V. M.[d] de su voluntad; que sus consejeros le avian dicho los buenos offiçios que yo avia hecho estos dias en sus cosas con el rey de Ungria, que lo avia estimado y me lo agradeçia, que viese algunos puntos que ellos me mostrarian y que me pedia los tratase con el rey y que muy particularmente le significase la

[1] Vgl. no. 158 und no. 200, S. 478, Anm. 1.
[2] Vgl. no. 182.
[3] Vgl. no. 194.

Digitized by Google

obligaçion que tenia de respetarle como a hermano mayor y el mas ançiano de la casa de Austria, poniendoselo en conçiençia y quan reçia cosa seria tras avelle hecho perder una corona hazello perder otra agora, y esto repitio dos vezes. Respondile el gran desseo que avia tenido desde que llegue aqui, de poder valer en algo para su serviçio cumpliendo con la obligaçion que tenia a esto como ministro de V. M.[d], y en particular lo avia procurado en desviar la leva de la gente de Passau que era la que tenia a S. M.[d] en el presente estado, que quando los consejeros de S. M.[d] me diesen quenta de lo que S. M.[d] mandava, haria todos los buenos offiçios possibles por servirle, advirtiendo que mientras yo tratase, tubiese por bien S. M.[d] que no andubiesen otras platicas. Reparo en esto y dijo que los embaxadores de Magunçia y Saxonia estavan aqui y que se empleavan con buena voluntad en este negoçio y que assi no podria dejar de continuarlo. A esto le respondi que no ablava de estos embaxadores, porque ellos acudian muy bien al serviçio de S. M.[d] ces., y sus amos se avian mostrado siempre muy aficionados a la casa de Austria y yo se lo avia agradeçido de parte de V. M.[d], que lo que avia apuntado era por otras platicas de personas menores y que estas devia huir mucho S. M.[d] y tratar con toda sinçeridad y amistad con su hermano, procurando asentar estos negoçios lo menos mal que se pudiese segun el estado presente de las cosas y quedar de manera con su hermano que èl le tubiese como padre y el al rey como a hijo procurandole como a tal todo acrecentamiento. Respondio a esto que dandole el rey entera satisfaçion, que no dejaria de hazer de su parte todo quanto fuese razon, mas que era rezia cosa quitarle una corona tras otra, a que le replique que suplicava a S. M.[d] advirtiesse que las cosas estavan muy adelante despues de la proposiçion que havia hecho en la dieta; a que replico que le avian engañado y que me pedia que yo hiziese todo lo possible por el, que me lo agradeçeria mucho, a que bolvi a hazer otro offrezimiento general con que me despedi. Mai 25.

Dieronme los consejeros los puntos que avia de tratar con le rey entre los quales los principales eran:[1] que no solo le quedase al emp.[or] el titulo de rey de Bohemia juntamente con su hermano, pero que el huviese de governar en su nombre y con poder suio; que la suma de ochenta mil escudos que se avia señalado para alimentos del emp.[or], se aumentase en muy considerable cantidad; que el emp.[or] pudiese abitar donde quiera que quisiese en esta çiudad o fuera della en el reyno y yr al imperio y bolver del, quando por bien tubiese. Fui al rey y representele las muchas razones que avia de dar satisfaçion al emp.[or]. A que respondio con palabras generales y quiso que de nuevo le propusiese el negoçio en presençia de los del su consejo, y otro dia me dieron respuesta, escusandose[2] el rey en el primer punto con

[1] Vgl. no. 194, S. 462, Anm. 1, no. 200 und Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 289, Anm.
[2] Vgl. no. 194, S. 466, Anm. 1.

Digitized by Google

Mai 25. dezir que avia desseado en estremo complazer al emp.^{or}, pero que a los Bohemios les pareçia cosa muy perjudiçial aquella forma de governaçion y que en ninguna manera passarian por ella, sino que solamente le quedase al emp.^{or} el titulo. Quanto al segundo punto se alargaron de los ochenta mil escudos que avian offrezido hasta ciento y veinte mil. En el terçero dijo el rey que su intento era de servir y respetar al emp.^{or} y que S. M.^{d} pudiese abitar en el palaçio en que agora esta, conque se le diese a el parte del para su abitacion propia y que S. M.^{d} por lo que a el tocava podria yr y venir quando mandase a qualquier parte del reyno o fuera del. pero que los estados de Bohemia desseavan que les asigurase S. M.^{d} çes., que no maquinaria contra ellos y que esto pedian allandose tan gastados y escarmentados de la gente de Passau. — Acudi al emp.^{or} a darle esta respuesta, la qual les parecio muy enjuta a los consejeros. S. M.^{d} me hizo entrar, pareçiome que estava muy diferente que la primera vez que le avia hablado y como fuera de si y aunque le propuse los puntos de la respuesta del rey, no atendia a ello, sino a deçirme que se dilatase la coronaçion, y replicandole yo que estava señalada preçisamente para dos dias despues y que no era possible dilatarla, tornaba a dezir que probase a pedirlo al rey que qué se perdia en provar y con ser la materia tal, dezia estas palabras con una çierta manera de risa y porfio en esto quatro o çinco vezes de manera, que fue menester bolver al rey, que no quiso venir en ninguna manera en esta dilaçion, pero tubo por bien que yo diese sus escusas con todos aquellos cumplimientos y sumisiones que a mirme parecieron convenientes. En fin se hizo tanto con el emp.^{or} que se contento de que yo dijese al rey de su parte que tenia por bien de absolver del juramento a los Bohemios, en que se mostrava muy duro, y que el rey se coronase a los 23 como estava señalado, conque la negoçiaçion de los puntos que yo avia tratado de su parte. quedase pendiente para tratarse despues de la coronaçion y que en el entre tanto que se le dava perfeçion no se le tocase en los miembros de hazienda de que se servia para el sustento de su casa. Hubo dificultad en este postrer punto, pero en fin el rey se contento y me dio un recado muy agradeçido para el emp.^{or}, açetando con aquellas condiçiones la merçed que le hazia; conque quedo asentado el dia de la coronaçion. Solamente restava la dificultad en los puntos que se tratavan entre el rey y los estados y debatiose mucho sobre ellos y en fin en todo lo mas se remitio la resoluçion a la primera dieta que sera muy presto. Avia el rey primero negado del todo estos puntos y fuera muy acertado el permaneçer en aquella negativa, pero le inportunaron tanto que huvo de dar esta salida y en algo conçedelles lo que deseavan. Praga 25 de mayo 1611."

Sim., Fasz. 2497, f. 60; Or.[1]

---

[1] In einem besondern Schreiben vom gleichen Tag berichtet Zuñiga über das Ergebnis der Rundreise seines Sekretärs Jacques Bruneau, der bei

Digitized by Google

208. Instruktion des Administrators der Kurpfalz für Hippolyt von Colli zur Schickung nach Dresden und Prag. Mai 25.

Colli kennt die „beweglichen" Ursachen dieser Schickung und wie gerne wir zuvor noch Fürst Christians Gutachten eingeholt hätten. Wir haben demselben daher von dem Zweck der Schickung Mitteilung mit dem gemacht, dass wir unsern Gesandten vor allem zu ihm nach Dessau schicken wollten, damit er ihm gute Anweisung erteile.[1] Colli soll also zunächst nach Weimar oder Dessau ziehen und sich bei Fürst Christian oder, wenn dieser verreist wäre, bei Fürst Hans Georg anmelden und sich erkundigen, ob ersterer nichts Schriftliches hinterlassen habe, sonst aber mit Fürst Christian oder Fürst Hans Georg mündlich konferieren.

Von Dessau hat sich Colli nach Dresden zu begeben und zu versuchen, den Herzog Johann Georg noch vor Ablegung seiner Werbung beim Kurfürsten zu sprechen und ihm zu erkennen zu geben, dass wir auf S. L. bei Fürst Christian getanen Vorschlag[2] Colli nach Prag schicken wollten, dass wir aber ihn, Colli, zunächst zum Kurfürsten abgeordnet hätten; der Herzog ist um Beförderung guter Expedition zu bitten. Wäre zu dieser „Vorwerbung" keine bequeme Gelegenheit, so soll Colli gleichwol beim Kurfürsten um Audienz anhalten und ihm vortragen: Wir hätten erst vor wenigen Wochen unsern Gesandten am kaiserlichen Hof gehabt, der uns bei seiner Rückkehr von dem gefährlichem Zustand daselbst und in Böhmen berichtet habe, weshalb wir besorgten, es möchte dies Uebel weiter greifen und auch dem Reich zu Nachteil gereichen. Da wir uns als Administrator der Kurpfalz unseres Amts erinnerten und erfuhren, dass die Kurfürsten ihre Gesandten nach Prag abgefertigt hätten, sicherlich um verhüten zu helfen, dass dort dem Reiche Verfängliches verhandelt werde und um

---

Baiern, Hessen-Darmstadt, Würzburg, Speier, „que es gran privado del elector de Treveris", und bei Mainz keine üble Neigung für die Kandidatur des Matthias gefunden habe, „como de su parte se procurase la gracia del emp.or con medios suabes y decentes a la autoritad ces., en que todos los principes del imperio hablan como en cosa divina, aunque en las obras no todas vezes corresponden a esta veneracion." Ich habe Matthias gedrängt, „que procure ajustarse con este desseo, que se conoce en los principes del imperio, que aunque solo los electores son los que efectivamente tienen voto" (Sim., a. a. O., f. 58; Or.). — In einem dritten Schreiben berichtet Zuñiga, er habe sich an den Bischof von Speier gewendet, „que es pensionario de V. M.d y se precia de muy aficionado a Su servicio", um sein Vorhaben, den Kurfürstentag von Mühlhausen zu besuchen, den geistlichen Kurfürsten mundgerecht zu machen; der Bischof sei besonders mit Mainz und Trier sehr vertraut (Sim., a. a. O., f. 67; Or.).

[1] No. 196.

[2] Vgl. no. 152, S. 375, Anm. 1.

Digitized by Google

Mai 25. Frieden und Ruhe zu erhalten, so hätten wir zu gleichem Zweck auch unsern Gesandten geschickt, jedoch für ratsam erachtet, dass er zunächst mit Kursachsen kommuniziere und zu Prag mit dessen Gesandten korrespondiere.

Da unsere Schickung an Kursachsen vornehmlich dahin angesehen ist, zu erfahren, ob der Kurfürst Bedenken trägt, wegen des Administrations-Streits unsern Gesandten zu den gemeinsamen Consiliis der andern kurfürstlichen Gesandten zu Prag zuzulassen, so hat Colli wol zu achten, welchen Bescheid er auf obiges Anbringen erhält. Derselbe wird entweder lauten: der Kurfürst halte diese Schickung für gut und ratsam oder er wird wegen des Administrations-Streits sie widerraten oder endlich uns anheimgeben, was wir tun oder lassen wollen. Im erstern Fall darf sich Colli von kursächsischer Seite der Zulassung zu den Beratungen versehen und wird es dann bei den andern kurfürstlichen Gesandten desto weniger Bedenken haben; in den beiden letztern Fällen soll Colli Anlass nehmen, den Kurfürsten, Herzog Johann Georg und die kurfürstlichen Räte wegen der Administration eines bessern dahin zu belehren, nämlich dass wir diese Administration nur auf inständiges Anhalten des verstorbenen Kurfürsten von der Pfalz übernommen hätten, derselbe darüber ein ordentliches Testament verfasst habe, wir darauf ohne Widerspruch die Huldigung eingenommen, bisher die Possession behauptet und als Administrator von vielen Potentaten und Ständen anerkannt worden seien; auch seien wir gänzlich überzeugt, dass der selige Kurfürst zu solcher Anordnung Macht gehabt habe und dass diese ihm weder durch die goldene Bulle noch sonstwie verwehrt werden konnte; denn nichts wäre den weltlichen Kurfürsten abträglicher als dass sie sich um ihre Kinder und Untertanen nicht über das Leben hinaus bekümmern dürften und dass Bürger und Bauern hierin besserer Kondition wären als sie. Dazu hat Colli die betreffenden Deduktionen unter die kurfürstlichen Räte auszuteilen. — Colli soll dem Kurfürsten auch mitteilen, wessen sich der Kaiser bei Lebzeiten des Kurfürsten von der Pfalz wegen der Administration erklärt hat, dass er nämlich den im Testament ernannten Administrator wider Recht nicht beschweren lassen und gegen Gewalt handhaben werde, so lange dieser sich zu ordentlichem Austrag erbiete, wie wir wiederholt getan haben. Wir hofften daher von Kursachsen und von den andern Kurfürsten, dass sie uns in unserer rechtmässigen Possession nicht durch Ausschliessung von den Sachen, die vor den Kurfürsten zu traktieren sind, praejudizieren werden. — Nun hätten wir gehört, dass Kurmainz kürzlich einen Kurfürstentag nach Bamberg auf den 7./17. Juli ausgeschrieben habe, dabei aber wahrgenommen, dass wir bei der Beschreibung umgangen werden sollen. Das sei uns höchst beschwerlich, wäre gegen das Herkommen im Kollegium und könnten die wichtigen Punkte des Ausschreibens bei unergänztem Kolleg überhaupt nicht verhandelt werden; endlich würde die Ausschliessung nicht nur uns sondern auch den Kurerben treffen. Die Konsequenzen könnte Kursachsen sich leicht vorstellen, — was heute dem einen,

Digitized by Google

könnte morgen dem andern begegnen. Der Kurfürst möge daher solchen schädlichen Eingang verhüten helfen und bei Mainz Erinnerung tun, damit wir beschrieben werden. — Da wir deshalb Gesandte an Kurmainz abordnen,[1] so soll Colli alsbald von dessen Antwort informiert werden, damit er sich bei Sachsen darnach richte, eventuell das Anbringen unterlasse, falls Mainz seine Meinung ändere. Mai 25.

Dies alles hat Colli wenn möglich zunächst dem Herzog Johann Georg und den Räten vorzustellen, um durch deren Vermittlung vom Kurfürsten willfährige Resolution zu erlangen; erfolgt solche, so hat sich Colli zu guter Korrespondenz mit den sächsischen Gesandten zu erbieten. Aber auch bei zweifelhafter oder abschlägiger Antwort hat Colli seine Reise nach Prag fortzusetzen, da jemand von uns dort sein muss, um zu verhindern, dass Neuburg einen Vorteil erlange oder die andern kurfürstlichen Gesandten sich gegen uns einnehmen lassen.

Die Werbung beim Kaiser soll sein: Dank für die Versicherung der kaiserlichen Affektion gelegentlich der letzten Sendung Collis.[2] Derselbe habe uns bei seiner Rückkehr auch berichtet, in welchen Widerwärtigkeiten sich der Kaiser wegen des Einfalls der Passauer befinde. In Erinnerung unseres Amtes als Administrator der Kurpfalz hätten wir für nötig befunden, Colli nochmals zum Kaiser abzuordnen, um zur Wiederbringung friedlichen Wesens miteinzuraten. Ferner habe der Kaiser bei der Nachsuchung der Lehen sich dahin erklärt, er wolle darüber die Gutachten der Kurfürsten einholen; wir hofften, dass dieselben bereits eingelaufen seien. Bitte um Belehnung des jungen Kurfürsten.

Wenn nun dem Kaiser unser Schicken und Erbieten im ersten Punkt angenehm ist und Colli von den in Prag anwesenden kurfürstlichen Gesandten zu den Beratungen zugelassen wird, so wird er, da wir ihn hierin nicht instruieren können, zumeist nach seiner Diskretion handeln müssen; er hat aber darauf zu achten, dass zwar die kaiserliche Autorität gewahrt, aber dem König von Ungarn und den böhmischen und österreichischen Ständen, gegen die wir uns wegen der Passauer zu allem guten erboten haben, durch unsere Schickung keine Ursache zur Offension und zu widrigen Gedanken gegeben werde; es ist auch zu beachten, dass man nicht nur dem Kaiser die Hand biete sondern bei dieser Gelegenheit auch die Abschaffung der 1609 geklagten Gravamina erlange, überhaupt des Reiches Wolstand fördere und das Vertrauen unter den Ständen wiederbringe; darauf ist ja auch die evangelische Union gegründet. Wollen die andern Gesandten auf Nebenwegen gehen, so hat Colli mit Hilfe des kurbrandenburgischen sich vorzusehen, besonders aber sich zu bemühen, dass die verhafteten kaiserlichen Räte nicht wieder in ihre Aemter eingesetzt werden; denn sonst würde

[1] Vgl. no. 199.
[2] Vgl. no. 137.

Digitized by Google

Mai 25. die Sache nicht verbessert werden sondern es zu den vorigen Beschwerlichkeiten kommen. Wenn die andern Gesandten den streitenden Brüdern Vertragsmittel vorschlagen, so soll Colli mithelfen; würde man aber auf tätliche Mittel gegen den König und die böhmischen Stände gehen, so soll Colli das durchaus widerraten, da der Kaiser sich in öffentlicher Proposition beim gegenwärtigen böhmischen Landtag dahin erklärt und von den Ständen begehrt habe, Matthias wirklich zum König zu krönen, weshalb man nur äusserst schwer und bei Gefahr des Ruins von Böhmen dawider handeln könnte.

Sollte aber Colli wegen des Administrations-Streits von den Beratungen der andern Gesandten ausgeschlossen werden und er das zeitlich wahrnehmen, so soll er es geschehen und nicht merken lassen, dass er von uns zu etwas anderm als zur Mutung der Lehen abgeordnet worden sei; die Uebergehung in Prag schafft uns kein grosses Praejudiz, da es sich um keine Kollegialversammlung kurfürstlicher Räte handelt und jeder für sich und unbeschrieben gekommen ist. Nur hat Colli sich stets zu bemühen, die Consilia der andern zu erfahren und, wenn sie den „Holzweg" gehen, den Kurbrandenburger zu erinnern, dass er schädliche Absichten hintertreibe. Würde durch Collis Ausschliessung der neuburgische Gesandte einen Vorteil erlangen wollen, so hat Colli dies nach Möglichkeit zu hindern. Er hat darum fleissig die Belehnung zu sollizitieren und allenthalben, auch bei den kurfürstlichen Räten gute Information zu geben, da der Kaiser sie um ihr Gutachten fragen könnte.

Damit Matthias und die Stände unsere Schickung nicht ungleich aufnehmen, hat Colli sich auch beim König anzumelden,[1] ihm zu berichten, dass wir wieder die Belehnung nachsuchten, und ihn unserer Affektion zu versichern; auch soll Colli sich zugleich erbieten, da er etwas einraten könnte, was dem König und dem Königreich zum besten wäre, dass er es an sich nicht fehlen lassen wolle. Ist der König bereits gekrönt, so hat Colli zu gratulieren, da die Krönung voraussichtlich mit Zustimmung des Kaisers geschehen sein wird. Würden aber der Kaiser und die Gesandten die Krönung zu hindern trachten, der König und die Böhmen damit gleichwol verfahren und die Gesandten derselben daher nicht anwohnen wollen, so hat Colli pro discretione zu handeln. — Colli hat bei seiner letzten Anwesenheit zu Prag seine Werbung bei Braunschweig nicht ablegen können, er soll es gemäss der damals erteilten Instruktion, soweit sie noch passt, diesmal tun und dem Herzog die Administrations-Sache empfehlen. Da wir den Unierten von dieser Sendung berichten müssen,[2] so möge Colli auf der Reise nach Dresden Landgraf Moriz anzutreffen suchen. Datum Heidelberg, den 15. mai 1611.

Mb., 101|4; — Kpt. von Hausmann.

[1] Beglaubigung Collis beim König vom 15./25. Mai in Mb., 101/4; — Kpt. Daselbst auch Beglaubigungen für Colli bei den böhmischen Ständen, bei Budowec, Zierotin, Donep, Hoditzky.

[2] Am 15./25. Mai macht der Administrator dem Kurfürsten von Brandenburg von der Schickung Mitteilung (vgl. no. 199, S. 477, Anm. 1).

Digitized by Google

209. Erzherzog Leopold an den Herzog von Braunschweig. Mai 26.

Hinweis des Erzherzogs auf die dem Kaiser bisher geleisteten treuen Dienste, die er auch ferner zu tun nicht unterlassen wolle . . .[1]

am 16./26. den Unierten insgesamt, beidemale mit der Versicherung, der Gesandte habe in allem darauf zu sehen, dass nichts beschlossen werde, was dem Erbieten der Union gegen den König und die böhmischen und österreichischen Stände entgegen wäre, vielmehr habe er sich dahin zu bemühen, dass mit Hilfe der konföderierten Stände den Gravamina im Reich, wie sie insbesonders 1609 geklagt wurden, abgeholfen und nichts dem Reich verfängliches vorgenommen werde; keinesfalls dürfe sich Colli zu Tätlichkeiten gegen den König und die Stände verstehen (Stg., Unionsacta, tom. X, f. 62; Or.). — Landgraf Moriz von Hessen urteilt über die Schickung in einem Schreiben an Colli, der ihm von derselben Mitteilung gemacht hatte: . . „Je suis tres-marry que telles ambassades ne se font avec meilleure reputation tant pour l'empire en general qu'en particulier pour l'union des Evangeliques, a cause qu'on n'a pas premis le tres-necessaire convent electoral, auquel par main conjointe on auroit peu resoudre solidement ce que seroit de besoing, a fin que par tres-necessaires prejudices de touts nos confederez fussent ostes toutes soubsons et suspicions, qu'un autre mal informe pourroit avoir conceu de ceste Vostre procedure; mais en vain est il de dire ce que devroit estre apres le fait, priant neantmoins le tout-puissant, qu'il veuille prendre soing de Vos negociations." Colli fügt seufzend hinzu: „adeo difficile est omnibus placere" (Colli an den Administrator der Kurpfalz aus Dessau am 2./12. Juni; Mb., 101/4; — Or. eigh.).

[1] Der Erzherzog war am 12. Mai in Krumau erschienen, offenbar herbeigezogen durch die Nachricht von den Verhandlungen, die zwischen den königlichen Kommissarien und dem passauer Kriegsvolk, insbesonders zwischen Oberstleutnant Lucan und dem Grafen Althan geführt wurden und dem Abschluss nahe waren. Der Vorwand für Leopold war, der Abdankung des Kriegsvolks persönlich beizuwohnen (Leopold an Althan am 12. Mai; Ib., Ambraser Akten, Leopoldinische Hofkonzepte von 1611, f. 161; Kptkopie), die eigentliche Absicht, die Abdankung zu hindern, bis ihm eine Versicherung wegen der passauer Stiftsgüter und eine Entschädigung durch Abtretung von Krumau zu teil geworden sei (Leopold an Rudolf II. vom 26. Mai; Ib., a. a. O., f. 220; Kpt.). Am 15. Mai ist der Erzherzog in Budweis, wo es ihm angeblich gelingt, das sulzische und trautmannsdorfische Regiment von den bisherigen Verhandlungen mit den Königlichen abzubringen und dazu zu vermögen, bei ihm weiter auszuhalten (Leopold an Sulz am 15. Mai; Ib., a. a. O., f. 171; Kpt.); aber in einem vertraulichen Schreiben an seinen Beichtvater P. Henricus vom 20. Mai bekennt der Erzherzog, dass er um einen Tag zu spät gekommen sei und dass Althan, dem er zu viel getraut, sich mit den königlichen Kommissarien ohne Rücksicht auf ihn, den Erzherzog, eingelassen, eine grosse Zahl von Soldaten an sich gezogen und dem ganzen Volk die Drohung mit der Acht so vorgehalten habe, dass es hintangesetzt seiner, Leopolds, Person nur abgedankt sein wolle und sich heute schon ein Teil nach Wittingau zu den Königlichen begeben habe (Ib., a. a. O., f. 198; Kpt.). Tatsächlich wurde schon am 21. Mai zwischen den Kommissarien und Althan der Akkord geschlossen, wonach das ganze Volk mit Ausnahme einiger weniger vom König pardonniert wird und 173000 fl. zur Bezahlung und Abdankung empfängt; 2000 Knechte nimmt der König in seine Bestallung (Ma., 111/11; — Kopie). — Der Erzherzog hatte, wie obiger Brief an den Herzog von Braunschweig erkennen lässt, nicht die Absicht, diesen Akkord anzuerkennen und schrieb, den Befehl des Kaisers vom 26. Mai (no. 194, S. 463, Anm. 2) ignorierend,

Digitized by Google

Mai 26. Nun wird mir vom Kaiser selbst wie von andern vornehmen Orten berichtet, dass die Fürsten des Reiches diesem seinem Zustand nicht länger zusehen wollen sondern zur Erhaltung kaiserlicher Dignität dies Kriegsvolk in ihre Bestallung zu nehmen und zu gebrauchen entschlossen wären, wenn sie daran nicht durch dessen Oberste und

---

am 3. Juni an Althan, der sich trotz einer Aufforderung vom 21. Mai (Ib., a. a. O., f. 205; Kpt.) bei Leopold nicht eingestellt hatte, er könne nicht glauben, dass sich der Ausschuss des Volkes auf so unbillige Bedingungen eingelassen habe; als General der Armada, ohne dessen Vorwissen nichts gehandelt werden solle, befehle er, dass Althan den Ausschus seines Regiments über den Hergang vernehme und darüber berichte (Ib., a. a. O., f. 235; Kpt.). — In den Akten liegen drei Erklärungen der Ausschüsse der Regimenter von Sulz, Ramée und Trautmannsdorf, dass sie in den Akkord nicht gewilligt hätten, davon nichts wüssten und den Erzherzog bäten, ihn aufzuheben (Ib., a. a. O., f. 238, f. 240, f. 241, die beiden letztern sind in der erzherzoglichen Kanzlei von Seraphin Hennot entworfen worden). Der Erzherzog liess sodann am 5. Juni den Entwurf eines neuen Akkords ausarbeiten, der die Abdankungssumme auf 183000 fl. erhöht und den Befehlshabern (also auch dem Erzherzog) ihre Ansprüche an den Kaiser vorbehält (Ib, a. a. O., f. 249; Kpt.). Auf Grund dieses Akkords fand am 9. wirklich die Abdankung statt (Ib., a. a. O., f. 259; Kptkopie). — In Prag aber erzählte man, der Erzherzog habe in freiem Feld ein Banquet gehalten, alle Befehlshaber der Passauer dazu geladen und geäussert: „Der teufel ziehe den pfaffenrock mehr an; ich will mich mit krieg nehren und wenn ich für mich selbsten nicht krieg füeren kan, will ich einem obristen ein musqueten nachtragen"; nach der Abdankung habe sich der Erzherzog mit seinem Anhang nach Krumau begeben, wo er mit Ramée neue Praktiken anspinne (Pistorius an Pfalzgraf Philipp Ludwig am 3./13. Juni aus Prag; Ma., 520/16, f. 26; Or. eigh.). Auch Zuniga äussert die Befürchtung, dass der Erzherzog seine Praktiken mit den Kaiserlichen noch immer nicht aufgeben wolle (Zuñiga an Philipp III. am 18. Juni; Sim., Fasz. 2497, f. 160; Or.). Vgl. unten no. 238 und die Beratschlagung der königlichen Räte vom 16. Juni, gedruckt bei Hammer-Purgstall, Khlesls Leben, II., Urkunden-Sammlung, no. 319.

Althan galt aber in den Kreisen Leopolds fortab als der Verräter, dem Ramée am 28. Juli aus Passau folgende Herausforderung zusandte: „Die bereit offenbare verräterei, so Du gethan hast, nicht allein widor die röm. ksl. M.t, Deinen obersten herrn und guetthäter, und den erzherzog, meinen und Deinen general, sondern auch wider Deine guete freund, denen Du aufrichtigkeit geschworn hattest, und wider das ganze kaiserliche kriegshör ist so gross und schandlich, welche, weil sie die einzige ursach dieses gegenwärtigen der röm. ksl. M.t verlusts gewest, mich gedeicht, ich wurde meiner schuldigen pflicht alzu sehr mangeln, so ich dieselbe nit allenthalben kund und offenbar machete und Dir sagete, dass Du gehandlet hast wie ein widerwertiger und weibischer cavalliere. Und diss will ich Dier manteniern, man fur man mit ritterlichen wehren, es sei zu fuss oder zu ross an den grenzen zwischen Germania und Italia, zwischen Monfalcone und Gradisca, innerhalb zwanzig tagen von heint dato an zu erscheinen mit einem einzigen beistand und trommetern zur stunde, wan Du selber wilst und mich dessen avisirn wurst. Und Dir allen verdacht und ausflucht zu benemen, will ich Dir zwene cavallier zu geiseln und versicherung geben." — Althan erwiderte: Der Verräterei sei er nicht geständig; im Welschland werde er sich mit Ramée nicht raufen, in Deutschland stehe er ihm zur Verfügung; die Geisel seien ihm nicht annehmlich, sie möchten eben solche Schelme sein wie Ramée selber (De., A 9a, Ia., no. 79; Kopie).

Digitized by Google

Befehlshaber verhindert würden. Da ich nicht zweifle, dass zumal E. L. Ihr äusserstes dabei tun und Ihren Kaiser nicht unterdrücken lassen werden, so habe ich mich wegen dieses rechtmässigen Vorhabens der deutschen Fürsten bei E. L. erkundigen und Derselben andeuten wollen, dass Sie versichert sein können, es werde bei den hohen Befehlshabern kein Hindernis sein sondern den Fürsten freistehen, zunächst mich und dann die übrigen hohen Befehlshaber samt und sonders zur Erhaltung der kaiserlichen Autorität zu gebrauchen oder auszuschliessen. Doch bitte ich E. L., mir der ganzen Sache Beschaffenheit anzuvertrauen. Datum Budtweis den 26. maii a. 1611. Mai 26.

Ib., Ambraser Akten, Leopoldinische Hofkonzepte von 1611, f. 222; Kpt.

210. Der Administrator der Kurpfalz an Melchior Khlesl. Mai 26.

Colli hat uns nach seiner Rückkehr von Prag berichtet, dass er an Euch vermerkt und Ihr Euch dahin erklärt habet, „dass Ihr nunmehr in religionssachen andere gedanken gefast und ad moderatiora consilia geneigt seiet, mit dem anhang, dass man sich hinfurter dessen und keines andern zu versehen haben solte.“ Das haben wir umso lieber vernommen, „weiln bissanhero das widerige fast allenthalben davor gehalten werden wollen.“ Da die Erfahrung lehrt, dass die Gewissen mit äusserer Gewalt nimmer bezwungen werden können und daraus nur Ungelegenheit und Landverderben folgt, so hoffen wir, Ihr werdet künftig auf dem Weg, den Ihr nunmehr gehen zu wollen erklärt, beständig verharren; denn dadurch allein wird Frieden und Ruhe und das Aufnehmen der Länder erreicht. — Beglaubigung für Colli. Datum Heidelberg den 16. maii a. 1611.

Mb. 101/4; — Kpt. von Hausmann.[1]

211. Bescheid des Kurfürsten von Mainz auf die Werbung der kurpfälzischen Gesandten.[2] Mai 26.

Der Kurfürst weiss sich seiner Erklärung wegen der Administration wol zu erinnern und hat für seine Person auch jetzt noch keine andere Meinung als den Administrator, den er nach seiner Rückkehr aus Prag im Besitz der Administration gefunden hatte, auch von andern Kurfürsten und Fürsten anerkannt sah, als solchen anzuerkennen, wie er ja auch wegen der rheinischen Angelegenheiten stets mit ihm kommuniziert hat. Die Gesandten werden aber wissen, dass er, Kurfürst, wegen des starken Widerspruchs des Neuburgers, der scharf und bedrohlich an ihn geschrieben hat, und wegen der Interessen der andern Kurhäuser immer zu Mitteln geraten hat, diesen Misverstand beim Kaiser und wegen

[1] Vgl. dazu no. 105.
[2] Vgl. no. 199.

Digitized by Google

Mai 26. des Kurvereins bei Kursachsen richtig zu machen. Der Kurfürst wird dessen eingedenk bleiben, was er wegen der Administration versprochen hat, hofft aber entschuldigt zu sein, wenn er andern Kurfürsten hierin nicht Mass gibt. Der bevorstehende Kurfürstentag ist vom Kurfürsten nicht ordinarie und motu proprio sondern auf vorhergehendes Ersuchen und nach Vergleichung unter Mainz, Köln, Trier und Sachsen ausgeschrieben worden, hauptsächlich wegen der Uebelstände in Prag; weil drei der Kurfürsten durch den vorigen prager Vergleich daran interessiert sind und der Kaiser übel behandelt und übereilt wird, hat sich Kurmainz mit den andern wegen einer Zusammenkunft verständigt. Dabei hat Kurmainz selbst den andern Kurfürsten angedeutet, dass das Kolleg unergänzt und daher vor allem der Punkt der Ergänzung zu erledigen sei, damit man in den andern Punkten, die ein ergänztes Kolleg fordern, fortkommen könne. Man hat zuerst weder an die Beschreibung Kurbrandenburgs noch an die des Administrators gedacht, überhaupt nicht an einen eigentlichen Kurfürstentag; dann aber hat man erwogen, dass Kurbrandenburg nach dem Vergleich mit Kursachsen und da er sich dem Kaiser wegen der Aussöhnung akkomodiert habe, als wirklicher Kurfürst zu dieser „Kommunikation" beschrieben werden könnte. Da der Beschreibung von Kurpfalz Neuburgs Widerspruch entgegenstand, so hat man es dahin gestellt, beide Häuser von der verglichenen Zusammenkunft zu verständigen und von derselben aus beiden mitzuteilen, was man dort vereinbaren werde; das war des Kurfürsten Absicht. Der Administrator braucht nicht zu besorgen, dass von den Punkten des Ausschreibens, von denen einige schon bei der jüngsten kurfürstlichen Beratung zu Prag vorgenommen worden waren, auch nur ein einziger, wenn er vor das ganze Kollegium gehört, von dem unergänzten beschlossen werden würde. Der Kurfürst wünscht nichts mehr als dass den Schwierigkeiten zwischen den beiden interessierten Häusern alsbald abgeholfen werden könnte und dass Kurpfalz zur Ruhe käme, wozu er gerne helfen würde. Signatum zu St. Martinspurg in Maintz den 26. maii a. 1611.

Ma., 547/14, f. 72; Or.[1]

---

[1] Obiger Bescheid konnte den Administrator natürlich nicht befriedigen, noch weniger dass der Kurfürst am 13. Juni ihm zwar mitteilte, der Kaiser werde den Kurfürstentag besuchen lassen, zugleich aber ihm, Administrator, zu erwägen gab, ob der von ihm beabsichtigte persönliche Besuch oder auch nur die Schickung nach Mühlhausen ratsam sei; Kurmainz könne in diesen Fällen, die mehr die weltlichen Kurfürsten angiengen, nicht vorsichtig genug sein (Ma., 547/14, f. 88; Or.). — Trotzdem entschloss sich der Administrator, sich in Person zu Mühlhausen einzufinden und schickte wegen der Quartierung einen Furier voraus; aber die Beamten des Reichsmarschalls erklärten, weder Kurpfalz (resp. Zweibrücken) noch Neuburg vor erfolgter Vergleichung einquartieren zu dürfen (Furier Michael Jung an den Grosshofmeister Solms am 18./28. Juni; Ma., 547/14, f. 95; Or. eigh.). Daraufhin fertigte der Administrator am 24. Juni / 4. Juli nochmals Dr. Camerarius an Kurmainz ab, liess erklären, unter solchen

Digitized by Google

212. Baugy an die Königin-Regentin von Frankreich. Mai 28.

Bericht über die Verhandlungen zwischen dem Kaiser, dem Kö nig und den Ständen und über die Krönung des Matthias. „Quand jay esté vers luy [Matthias], pour me coniouyr au nom du roy et de V. M.[té] de ceste sienne nouvelle dignité (comme ont fait tous les autres ambassadeurs et ministres des princes estrangers au nom de leurs maistres), il a monstré d'en recevoir beaucoup de plaisir, me disant qu'il goustera tousiours davantage ses prosperitez, lorsqu'il saura que Voz Ma.[tés] en recevront de la consolation, et m'enchargeant de continuer a Les asseurer qu'il ne desire rien plus que de se conserver en Leur amitié et bonne correspondance. Je prens garde soigneusement en m'acquittant des ces complimens de ne point donner subject a l'empereur de s'en offencer, ce qui m'est fort heureusement reussy, ainsy que V. M.[té] verra par un billet en Italien qu'il m'a escript, le quel je veux inserer icy de mot a mot, afin que V. M.[té], estant bien informée de son intention, me puisse commander ce que j'auray a faire pour son service: »Ringratiamo grandemente li Vostri patroni, nostri carissimi cugini, della dimostratione singolare d'affetto che li compiacciono di fare verso di noi, di che ne facciamo quella stima et capitale che si conviene come di nostri amicissimi, essendo stato sempre il nostro desiderio che fra noi passasse stretta amicitia et corrispondenza; la onde ne sara caro, che facciate per noi un viaggio in Francia per negotii importanti alla nostra conservatione tanto loro cara, quali habiamo gusto particolare di confidare nella Vostra persona piu tosto che a lettere per molti rispetti. Con questo salutarete quelle christianissime corone augurando loro per nome nostro ogni felicita. Del nostro castello di Praga al vinti sette di maggio.« Signé »Rodolpho« et cachette de son cachet secret avec ceste superscription: »Al residente di Francia nostro amico.« Ce qui l'a meu de m'escrire ce billet est, que m'ayant envoye demander par un sien confident, en quelle facon estoient prises en France les choses qui passoient de deca, je luy respondy que V. M.[té] monstroit d'en estre fort marrie pour l'affection, qu'Elle luy a tousiours portee et qu'Elle continue encores; que ce n'est pas la coustume en France de tourner legerement le doz a un affligé et principalement a un prince de la qualite de l'empereur; que les dernieres depesches que j'ay recues, me confirment en ceste creance et que, s'il le vouloit faire scavoir

---

Umständen allerdings von dem persönlichen Besuch oder der Beschickung absehen zu müssen, und beschwerte sich, dass Neuburg also ein Vorteil eingeräumt werde (Memorial für Camerarius, Ma., 547/14, f. 120; Kpt.). — Die Aufregung war ganz überflüssig; denn am $\frac{\text{28. Juni}}{\text{8. Juli}}$ berichtete der kurpfälzische Furier an den Grosshofmeister, er habe Quartiere zugewiesen erhalten und darauf des Administrators ganzen Titel als Vormund und Administrator der Kurpfalz schreiben lassen (Ma., 547/14, f. 131; Or. eigh.).

Digitized by Google

Mai 28 audict s.r empereur, je m'en remettois a sa commodité et discretion. L'ayant faict il retourna vers moy et me demanda, si je voudrois entreprendre un voyage pour le service dudict s.r empereur vers V. M.té, de quoy m'estant excuse sans en avoir expres commandement et conge, il m'envoya ce billet pour l'obtenir de V. M.té, m'enseignant d'user de diligence et de tenir la chose secrete, autant que faire se pourra, afin qu'estant penetree par les Espagnolz, ilz ne la traversent comme ilz sont coustumiers de faire pour parvenir a leurs desseings, lesquelz tendent a l'entiere ruine des autres aussy bien qu'a la sienne; il espere que V. M.té et mess.res de Son conseil s'employeront tant plus volontiers pour empescher qu'ilz ne reussissent. Je represente l'affaire nuement et simplement, madame, et attens la-dessuz Vos commandemens, que j'executeray avec la promptitude et fidelité que je doy. — Le jour precedent le couronnement dudict s.r roy retournerent en ceste ville ses commissaires avec la conclusion de l'accord avec ceux de Passaw moyennant cent cinquante mille tallers qu'on leur doit fournir dans huit jours pour tout ce qui leur est deu, n'estant compriz dans iceluy de tous leurs principaux chefz que le comte d'Althaim,[1] et les nonces et l'ambassadeur d'Espagne traitent separément la reconciliation de l'archiduc Leopold, qui a envoyé icy le s.r Mirabaldo Napolitain, gentilhomme de sa chambre, pour la faciliter.[2] L'on tient que ledict s.r roy prendra a son service deux mille hommes de pied desdictz soldatz de Passaw, sans que l'on sache encores a quelle fin il veult augmenter ses forces, si ce n'est pour aiouster la couronne imperiale a ses autres couronnes. De Prague le 28.e de may 1611." — Praes. 10. juin.

Pa., Harlay, no. 238, vol. XII, f. 183; Or. eigh.[3]

---

[1] Vgl. no. 209.

[2] Beglaubigung Mirabaldos beim Kaiser, beim König, bei Zuñiga und bei den Nuntien vom 20. Mai (Ib., Ambraser Akten, Leopoldinische Hofkonzepte von 1611, f. 184 ff.; Kptkopie).

[3] Gleichzeitig schreibt Baugy an Puysieulx: „Je prie m.r de Preaux de faire courir ceste despesche en diligence, parce que l'empereur le desire ainsy, afin que j'en recoive responce promptement, m'ayant faict dire outre le contenu dans la lettre que j'escry a la royne, que pour accelerer mon voyage et en couvrir le subject aux Espagnolz, il auroit a plaisir que l'on me depeschast un courrier expres, comme si j'estois rapelle pour quelque autre occasion ou qu'il m'aportast conge de faire vistement un tour en France pour mes affaires particuliers, au quel cas il seroit a propoz, qu'il fust charge de lettres de Leurs Ma.téz audict s.r empereur pour le prier de m'en donner permission, en me faisant scavoir en chifre separement, ce que l'on voudra que j'entende et que je face devant mon partement. Je laisse a la prudence de Sa Ma.té et de mess.rs du conseil de considerer l'honnesteté et l'utilité des propositions que pourra faire ledict s.r empereur; celà diray je seulement que lesdictz Espagnolz, nonobstant qu'il semble reduict a une extreme misere, taschent encores aujourd'huy de le gagner pour parvenir plus facilement a leurs desseings et que leur estant contraire comme il est l'on se pourroit ayder de son nom, pour les traverser et asseurer par ce moyen nostre repos en France, en leur taillant de la besongne ailleurs, comme l'on fera sans faute, si on les empesche de faire tomber la

Digitized by Google

213. Der Administrator der Kurpfalz an die Unierten insgesamt. Mai 28.

(Ausschreiben zum rotenburger Unionstag.)

Hinweis auf den schweinfurter Abschied.[1] „Ob wir nun wohl an unserm ort gern gesehen, dass damals ein völliger schluss aller vorkommenen hochnötigen puncten hette können gefasset werden, auch noch liebers nichts wünschen möchten als dass die vorgewesene gefahr sich geendert und die sachen also angelassen hetten, damit man allerseits in frieden und ruwigeren zustand ohne fernere und so costbare zusammenkunft verbleiben könte; — dieweil jedoch im heil. reich und fast an dem höchsten ort die sachen sich je lenger je schwiriger und weitläufiger erzeigen; auch das passawische kriegsvolk, wie man bishero vermeint, nicht abgedankt sondern allen einkommenen berichten nach sich täglich sterken und desswegen neue werbungen vorgehen sollen, derowegen umb soviel mehr, was dabei zu thun, ehe das feuer sich nähert und weiter umb sich greifet, zu beratschlagen die notturft erfordern will; zu dem mehrern theils in vorigem aussschreiben begriffene puncten, wie auch das rechnungswerk, daran gleichwohl nicht wenig gelegen, nicht haubtsächlichen verhandelt sondern zu einer anderweitlichen völligern versamblung ausgesetzet worden und wir dan von denen in Sachsen beisamen gewesenen unirten chur- und fürsten wie auch anderen benachbarten fürsten, welche ihre gesandten zu Schweinfurt gehabt, von neuem aus obangedeuten ursachen instendig ersuchet und ratione directorii erinnert worden, den scopum diser wolgemeinten union, welcher vornemblich dahin gehet, dass dero zugethanen und alle evangelische, auch andere friedliebende stände bei ruhe, friede und hergebrachter freiheit erhalten werden, in ufacht zu nehmen: — als haben wir aus oberzehlten ursachen und damit je dermaleinsten, wie der religion- und prophanfrieden in mehrere sicherheit gebracht, den so lang geclagten gravaminibus abgeholfen und also im heil. reich unserm geliebten vaterland das alte vertrauen zu gemeiner aller dessen stände wolfahrt und ufnehmen wiederumb gepflanzet werden möchte, einen abermaligen persönlichen convent aller unirten chur- fürsten und ständen auszuschreiben hochnötig und unumbgenglich befunden. Thun solchem nach E. L. den 16. künftigen monats junii in des heil. reichs statt Rottenburg an der Tauber gegen abends in der person einzukommen oder aber,

dignite de roy des Romains en la personne de ce luy qu'ilz y veullent porter" (Pa., a. a. O., f. 181; Or. eigh.). Vgl. über die Verbindung Rudolfs mit Frankreich Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 314 und oben no. 33. — Gleichzeitig sandte der Kaiser seinen Diener Simon Wehr „in unsern besonders angelegenen" Geschäften nach England (Auftrag vom 30. Mai an Grafen Simon zur Lippe, Wehr auf Abschlag der rückständigen Reichssteuern 500 Taler vorzustrecken; Wk., Hoffinanzakten, Mai 1611; Kptkopie).

[1] No. 113.

Digitized by Google

Mai 28. da Sie ie aus erheblichen ehehaften ursachen zu erscheinen nicht vermöchten, als dan Ihro verpflichte rähte mit völligem gewalt, schlissliche handlung zu pflegen, abzuordnen freundlich ankünden und benennen, daselbsten alle in vorigem ausschreiben[1] specificirte haubt- und nebenpuncten, wie auch dasjenige, so in obgemeltem schweinfurtischen abschied ausgesetzet und dann vornemblichen, was bei vorstehender sich erzeigender grossen verenderung den unirten sowohl auch allen evangelischen ständen zu thun und bei solcher occasion ihnen zu bestem gesucht oder begert werden möchte, mit einander zu unterreden und zu berathschlagen. Datum Heydelberg den 18. maii anno 1611."

Nachschrift: „Auch erinnern wir uns zwar des zu Schweinfurt wegen überschickung und communication allerseits rechnungen gemachten schlusses. Dieweil aber dieselbe noch nicht alle einkommen, also der für gut angesehene rechnungstag nicht wol zuvor angesetzet werden kan, wir auch nicht sehen, wie ohne beiwesen der principalen ob einer oder anderer in die rechnung gebrachte punct passirlich oder nicht seie, von den deputirten allein könne decidirt werden, als haben wir darfür gehalten, es werde solche verhör, inmassen zu Schweinfurt geschehen sollen, am füglichsten bei diesem tag pari passu et in separato consessu durch sonderbare deputirte geschehen können, da man sich dan jederzeit in pleno über eine oder andere vorfallende difficultet bescheids zu erholen. Zu welchem ende wir E. L. fürderlichst gedachte rechnungen, so viel deren sechsfach einkommen, hernacher schicken wollen. Signatum ut in literis den 18. maii a. 1611."

Stg., Unionsacta, tom. X., f. 65; Or.[2]

Mai 30. **214.** Kaiser Rudolf II. an den Kurfürsten von Sachsen.

„Hochgeborner lieber oheim und churfürst. Weil ich aus gewissen ursachen, so ich E. L. und Derselben mitchurfürsten auf dem bevorstehenden collegialtag zue Mühlhausen durch meine ansehentliche abgesanten berichten lassen will, bedacht, mich fürderligist in das reich zu begeben und ein zeit lang in meiner und des heil. reichs stadt Regenspurg meine kaiserliche residenz und hof zu halten,[3] so

[1] No. 40.

[2] In der Nachschrift eines Schreibens vom 16./26. Mai an Kurbrandenburg entschuldigt der Administrator den frühen Termin des Unionstages mit dem Hinweis auf den Kurfürstentag; die Resolution der Unierten werde zu den verschiedenen Punkten des Ausschreibens zum Kurfürstentag „ziemliche Nachricht" geben (Mb., 119/1, f. 220; Kpt.). Vgl. wegen der Vorbereitungen zum Unionstag no. 153 mit Anm. 3 auf S. 376 und no. 176 mit Anm. 1 auf S. 433.

[3] Der Rat, nach Regensburg zu gehen, war dem Kaiser vom Herzog von Braunschweig eingegeben worden (vgl. Hammer-Purgstall, Khlesls Leben, II., Urkunden-Sammlung, no. 316 und 318). — Am 4. Juni weiss Bodenius dem Herzog von Baiern aus Prag zu berichten, dass der kaiserliche

Digitized by Google

ist an E. L. als mein und des heil. römischen reichs erzmarschalken mein gnedigst begeren, Sie wolten sich dahin richten und gefast machen, das Sie mich auf verrer zuschreiben an ort und enden, so ich Derselben zuekonftig namhaftig machen werde, auf der gräniz anstatt und in namen des heil. reichs geleitlichen annehmen und nach Regenspurg begleiten mögen. Daran thuen E. L. etc. Datum Prag den 20./30. mai a. 1611." Mai 28.

E. L. guetwilliger freund Rudolf."

Drs., l. 7387, I. Buch Kurfürstentags, f. 120; Or.

215. Instruktion Kaiser Rudolfs II. zum mühlhauser Kurfürstentag für den Bischof von Speier, den Landgrafen Moriz von Hessen, Ehrnfried von Minckwitz und Johann Eustach von Westernach. [Zu Mai 30.]

Die Kommissarien[1] haben in unserm Namen vorzubringen: Die Kurfürsten werden aus den „gemeinen Avisen" und aus den Berichten des mainzischen und der sächsischen Gesandten den hiesigen

---

Baumeister [Johann Maria de Philippis] am 5. Juni nach Regensburg und München reisen soll; eben sollen die kaiserlichen Schreiben an den Herzog von Baiern, den Bischof von Regensburg und den Abt von St. Emmeram ausgefertigt werden, damit der Baumeister den regensburger Bischofshof, das Kloster St. Emmeram daselbst und die Städte Ingolstadt, Landshut und Friedberg besichtigen und davon Aufrisse machen könne. Man messe dem Herzog von Braunschweig zu, dass er den Kaiser zur Abreise bewegen wolle, — sehr zum Misfallen des Königs und der geheimen Räte, die auch verstimmt seien, weil sich Braunschweig das Obersthofmeisteramt am kaiserlichen Hof fast anmassen wolle (Ma., 378/87, f. 18; Or. eigh.).

[1] Die Aufforderung an die oben Genannten und an Christoph Pflug, die Kommission bei den Kurfürsten zu übernehmen, sich persönlich in Mühlhausen einzufinden und dort die Instruktion zu erwarten, die Minckwitz mitbringen werde, ist vom 30. Mai datiert (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 68; Kopie). — Von den Aufgeforderten erwiderte Landgraf Moriz von Hessen am $\frac{\text{31. Mai}}{\text{10. Juni}}$: er würde sich gerne bereit erklären, doch müsse er zuvor wissen, worin die Kommission bestehen solle; er bitte daher, ihm zuvor die Veranlassung des Kurfürstentags und was dort verhandelt werden solle, mitzuteilen (Wh., Reichsakten in genere, Bd. 84b; — Or.). Zugleich fragte der Landgraf beim Administrator der Kurpfalz und bei Kursachsen an, was wol der Gegenstand der Verhandlungen sein werde und ob ihm zur Uebernahme der Kommission zu raten sei (Ma., 547/14, f. 79 und Drs., l. 7387, I. Buch Kurfürstentags f. 49; Or.). Beide rieten zu. Inzwischen teilte ihm der Kaiser die Punkte der Proposition aus dem Avisationsschreiben an Kurmainz vom 1. Juni mit (Stg., Unionsacta, tom. X., f. 153; Kopie). — Der Bischof von Speier bat am 13. Juni, ihn wegen Kränklichkeit, wegen der üblen Lage seines Stiftes und wegen der vielen Obligenheiten des Kammerrichteramtes mit dem Auftrag zu verschonen (Cob., Kurf. Trier, A a 1, no. 40, f. 63; Kpt.). Der Kaiser antwortete aber am 3. Juli: er müsse seinen Auftrag wiederholen, da Bamberg, dem die Kommission zugedacht war, ausser Landes sei; künftig solle aber Speier mit Kommissionen verschont werden; die Kosten möge der Bischof von den nächsten Reichs- oder Kreisanlagen abziehen (Cob., a. a. O., f. 65; Or.).

Digitized by Google

[Zu Mai 30.] Verlauf vernommen haben. Für die Erbieten einiger Kurfürsten und für deren Assistenz durch die Schickungen sagen wir Dank. Da wir durch Kurmainz von dieser Zusammenkunft der Kurfürsten verständigt wurden,[1] haben wir nicht Umgang nehmen können, in unserm betrübten Zustand diese Schickung an sie zu tun und mit ihnen einige Punkte verhandeln zu lassen. „Und wolten wir uns versehen, auch allergnädigst begehrt haben, dass JJ. LL. sambt und sonders in dieser hohen betrangnuss uns nicht lassen sondern mit notturftigen rat und assistenz als getreue teutsche churfursten und seulen des heil. röm. reichs zu erhaltung desselben hochheit, dieser weeg JJ. LL. wegen des churfurstlichen collegii hoch interessiret, beispringen wolten. Sonsten aber wolten wir nochmals hiemit, wie wir albereit in gegenwart des herzogen zu Braunschweigs L. gethan, öffentlich protestiren, dass wir hierdurch, was uns also abgenötiget, unser kaiserlichen hochheit und churfurstlichem collegio zu nachteil, praejudiz und gefahr nichts eingereumet haben wolten. Demnach aber die von uns in der proposition reservirte puncta[2] nicht genzlich richtig abgehandelt, auch die darauf von den stenden erfolgte resolution[3] also geschaffen, dass sie uns verkleinerlich und schimpflich und unannemblich, in gleichen auch auf die von uns anderweit verfaste puncta,[4] darauf wir mit unsers herrn brudern L. durch den spanischen oratorem tractiren lassen, eine fast widrige abschlegige und uns ganz schimpfliche, auch dem hause Oesterreich praejudicirliche, auch unser kaiserlichen dignitet, des röm. reichs hochheit und churfurstlichem collegio verkleinerliche und nachteilige resolution erfolget[5] und wir dahero (weil wir doch ohne das theils unser geheimen und reichshofräthe durch die gefengliche einziehung nicht mechtig sein könten, diejenigen auch, so wir sonsten hierzuziehen möchten, durch ezliche von den böhmischen ständen mit allerhand gefehrlicher und nachdenklicher bedrauung abgeschreckt werden wollen) ohne JJ. LL. als des churfurstlichen collegii rat und gutachten uber vorige befundene ubereilung uns in einige fernere tractation und genzlichen schluss einzulassen bedenkens trüegen, als hetten wir keinen umbgang haben können, solches mit JJ. LL. in rat zu stellen und wolten demnach wir allergnädigist begehrt haben, das JJ. LL. sambt und sonders diesen unsern betrüebten zustand wolmeinendlich erwegen und wessen wir uns hierin allerseits zu verhalten, wie auch in specie auf folgende puncta ihr rätliches bedenken und gutachten mittheilen wolten:

---

[1] No. 162, S. 398, Anm. 1.
[2] No. 152, S. 374, Anm. 3. (Dies und die folgenden Schriftstücke liegen in Abschrift bei.)
[3] No. 183, S. 443, Anm. 3.
[4] No. 194, S. 462, Anm. 1.
[5] No. 194, S. 466, Anm. 1.

Digitized by Google

1. Und weil wir nun aus allen umbstenden spürten und vermerkten, dass man uns, unangesehen wir in dem königlichen schloss alhier zu Prag uber 30 jahr residiret und desselben orts zue unser leibesgelegenheit am besten gewohnet, ungeachtet aller gnade und wolthat, so wir dem kunigreich und der stadt Prag, auch ezlichen particularpersonen vielfältig bewiesen, die residenz nicht lenger vergönnen wolte, uns auch bedenklich, dass wir ohne einigen respect und jurisdiction mit stundlicher gefahr unser eigen person, auch unser räte und diener dergestalt alhier verbleiben und neben unserm herrn brudern zugleich bittweise auf eine gewisse zeit wohnen solten, sondern uns zu unsern lieben etc. chur- und fursten und ständen in das reich zu begeben genzlich entschlossen, dass demnach JJ. LL., welcher gestalt wir ohne schimpf und gefahr aus dem kunigreich Böheimb in das reich neben unsern sachen verrucken, auch umb mehrers respects und sicherheit willen gebüerlich im namen des heil. reichs an den grenzen angenommen und also forterst in das reichs begleitet werden möchten, ihr rätlichs bedenken uns eröfnen möchten.[1] 2. Vors ander dieweil man uns in betracht solcher cedirten ansehenlichen kunigreich, erb- und incorporirten lande wegen des jahrlichen underhalts so schlecht tractiren, auch alle unsere erkaufte eigene herrschaften vorenthalten wolte und aber wir mit so schlechtem unterhalt, so uns angeboten, auszukommen nicht vermöchten, dass JJ. LL auf mittel und wege, dahero wir sowol vor unsere person als auch unser nothwendigen hofstat gebuerliche unterhaltung haben könten, gleichfals ihr gutachten eröfnen mochten. 3. Vors dritte, dass uns JJ. LL. zu unser residenz einen bequemlichen ort, welcher den chur- und fursten und stenden des heil. röm. reichs nicht abgelegen, vorschlagen möchten, wiewol wir unserstheils anfangs auf die stadt Regenspurg gedacht hetten. 4. Weil wir auch befunden, dass unser regimentswesen durch die eine und ander inconvenienz in unordnung und abgang geraten, dass demnach JJ. LL. uns dero bedenken, wie solches zu reformiren, mitteilen, auch ehrliche und qualificirte personen, so wir sowol in ratschlegen als commissionibus gebrauchen könten, vorschlagen wolten. 5. Demnach wir auch dafuer hielten, dass hochnötig, dass der aufgeschobene reichstag wieder reassumiret und forderlichst ausgeschrieben werden muste, damit also, was zu erhaltung des religion- und profanfriedens, zu beforderung der heilsamen justiz, auch ruhe und friede im reich nötig und dienlich, reiflich beraten und erwogen und die reichsobliegen und beschwerden in einen besseren stand gerichtet werden könten, dass JJ. LL. dem herkommen nach hierzu ihren consens geben und sich mit uns der zeit und stette vergleichen wolten. 6. Dieweil wir auch vor eine hohe notturft zu sein erachten theten, dass das churfurstliche collegium bei dieser ohne das schwierigen zeit herwieder ersetzet werden möchte, dass

[Zu Mai 30.]

[1] Vgl. no. 214.

Digitized by Google

[Zu Mai 30.] derowegen JJ. LL. solches gleichsfals in reife beratschlagung zu ziehen und zue werk zu richten an sich nichts erwinden lassen wolten. 7. Demnach auch herzog Philips Ludwig pfalzgraf bei Rein zu Neuburg L. bei uns durch dero abgeordneten wegen der administrationsache contra herzog Johans pfalzgraf bei Rein zue Zweibrugken L. ansuchen thun lassen, wie solches JJ. LL. mit mehrerm aus beigefugtem memorial[1] zu vernehmen, als wolten wir begehrt haben, dass dann JJ. LL., wie dieser sache ohne weitleufigkeit abgeholfen werden möchte, in reife berathschlagung ziehen und uns deroselben gutachten eröfnen wolten. 8. Dieweil es auch mit dem kunigreich Böheim zu dieser verenderung geraten und gleichwol unleugbar, dass solches ein ansehenlichs pertinenz- und lehenstuck des heil. röm. reichs sei, dass JJ. LL. reiflich und noturftiglich beraten wolten, dass gleichwol hierunter des heil. röm. reichs iura und hochheit in gebüerliche aufacht genommen und denselben zum vorfange und nachteil nichts nachgelassen, verseumet und eingereumet werden möge. 9. Demnach auch numehr nicht heimblich, dass sich die böhmischen stände mit den Ungern, Oesterreichern und Mährern unieren wolten, dieselbige union sich auch den gemeinen discursen nach leichtlich zu des röm. reichs und aller chur- und fursten merklichen und gefährlichen praejudiz umb böser consequenzen willen, dieweil daraus leichtlich ein allgemeiner aufstand und rebellion der unterthanen wider ihre ordentliche obrigkeit entstehen könte, [weiter] erstrecken mochte, als wolten wir aus väterlicher vorsorge, so wir zu dem heil. röm. reich und den sembtlichen chur- und fursten trüegen, solches JJ. LL. zu erkennen geben haben mit gnädigem begehren, dass dise solchem unheil bei zeiten vorbauen, solches auch in reife berathschlagung ziehen wolten. 10. Demnach auch die unierten, wie sie sich nenneten, willens sein sollen, stetlich eine armada zu ross und fuess zu halten, weil aber dasselbige nicht allein eines weiten aussehens sondern auch dadurch den benachtbarten und dem ganzen heil. röm. reich etwas zu schimpflicher verkleinerung und nachteil zuegezogen werden könte, also begehrten wir, dass sie solches gleichsfals in reife consideration, damit das reich und JJ. LL. sambt und sonders und alle gehorsame stende dieser wegen gnugsamb gesichert sein möchten, ziehen wolten. 11. Dieweil man uns auch, weil wir ins reich zu ziehen gemeinet, eine beschwerliche cautionem aufdringen wolte, die wir aber unserstheils, weil es nicht allein uns sondern auch dem heil. röm. reich zum despect gereichen thete, einzuwilligen nicht gemeinet, wie wir auch bei uns nicht befunden,

[1] Am 21./31. Mai richten die neuburgischen Gesandten Hugolt Beer und Silbermann an den Kaiser das Ersuchen: derselbe möge, falls er Bedenken hätte, sich auf die wiederholten Bitten ihres Herrn wegen Anerkennung der rechtmässigen Administration desselben zu erklären, sich bei bevorstehendem Kurfürstentag durch seine Kommissarien aufs beste interponieren, damit Pfalzgraf Philipp Ludwig bei dem erhalten werde, was die goldene Bulle, deren Deklarationen, Erbverträge und Herkommen bestimmen (Drs., a. a. O., f. 141; Kopie).

Digitized by Google

mit was fuegen sie uns abgefordert werden könte, als theten wir gleichfals begehren, dass auch sonderlich dieses puncts halber JJ. LL., wessen wir uns hierauf, da uns solches ferner angemuthet oder auch sonsten noch ferner solche handlung, so mit unserer kaiserlichen, auch des reichs reputation geschehen könte, angeboten wurde, resolviren solten, ihr räthlichs gutachten mitteilen wolten. 12. Und wolten demnach schliesslich zu JJ. LL. uns versehen, dass sie sambt und sonders unser hohes alter, langwirige beschwerliche und mueheselige regierung, grosse ausgestandene sorge, muehe und last, auch gegenwertige unsere betrangnuss consideriren und uns nicht verlassen noch durch widrige scheininformationes von uns auszusezen und JJ. LL. bis daher gespurtes standhaftiges gemüeth zu abalieniren sich bewegen lassen, sondern bei ihrer bisdahero gespurten teutschen aufrichtigen treu bestendig zu verharren und verbleiben und uns nicht hülf- noch rathlos lassen sondern auch hierunter des heil. röm. reichs hochheit und dignitet, das löbliche churfurstliche collegium, der ehrlichen teutschen nation authoritet, auch JJ. LL. und aller stände des heil. röm. reichs privatinteresse, dieweil, wan solche und dergleichen process, so man mit uns zu unterschiedlichen malen zur hand genommen, auch die vorgewesene uniones und stetige armirung der lande und underthanen zu einer consequenz sich weiters verstrecken solten, [sie] gar leichtlich einen allgemeinen aufstand im röm. reich erwecken und dadurch nicht allein gehorsamb und respect der unterthanen gegen ihre ordentliche obrigkeit aufheben und ein ende machen und den statum des röm. reichs ganz und gar umbkehren und genzlich exstipiren wurde, reiflich bedenken und wie solchem allem zu begegnen, auf notturftige mitttel verdacht sein wolten." Unsere Gesandten haben uns den Bescheid zu berichten und zu achten, dass alles geheim bleibe. Datum Prag den . . juli[1] a. 1611.

[Zu Mai 30.]

Drs., l. 7387, I. Buch Kurfürstentags, f 122; Kopie.

[1] Vom 30. Mai ist ein kaiserliches Schreiben an Kursachsen datiert (Drs., a. a. O., f. 121; Or.), mit dem obiger Entwurf der Instruktion mit der Bitte nach Dresden geschickt wird, ein Gutachten darüber zu erteilen und es an den Herzog von Braunschweig zu schicken. Dieser war der Verfasser des Entwurfs, wie er vertraulich dem kurpfälzischen Gesandten Colli mitteilte (Colli an den Administrator der Kurpfalz am 18./28. Juni; Mb., 101/4; — Or. eigh.). — Die Vordatierung des Entwurfs auf den Juli ist nicht auffallend, wol aber dass man im Entwurf sich auf das neuburgische Memorial bezieht, das erst am 31. Mai eingereicht wurde; vermutlich ist der betreffende Passus erst nachträglich in den Entwurf aufgenommen worden; das Begleitschreiben vom 30. Mai blieb unverändert liegen, während man den erweiterten Entwurf umschrieb. Ich glaube bei der angenommenen Datierung [zu Mai 30.] um so mehr bleiben zu dürfen als schon am 1./11. Juni der Kurfürst von Sachsen dem Kaiser antwortet, er finde an dem Entwurf nichts zu verbessern, wie ihm ja solches auch nicht gebühren würde; er werde beim Kurfürstentag alles befördern, was Kaiser und Reich zu Wolstand gereiche (Drs., a. a. O., f. 142; Kpt. von Schönberg). Am gleichen Tag schreibt der Kurfürst an Braunschweig, der Herzog möge achten, dass die Sache auch am kaiserlichen Hof geheim bleibe; die Kopie des Entwurfs habe er „Gefahr halber" behalten (Drs., a. a. O., f. 144; Kpt. von Schönberg).

Digitized by Google

Mai 31. **216.** Peter de Vischere an Erzherzog Albrecht.

Am 28. Mai kam ich nach kurzem Aufenthalt in Luxemburg nach Trier und hatte am 29. Audienz beim Kurfürsten. Dessen Bescheid lautete: Es sei die höchste Notdurft, dass die Einigkeit zwischen Rudolf und Matthias hergestellt werde und deshalb sowol als auch um die Königwahl vorzubereiten, solle der Kurfürstentag stattfinden. Inzwischen habe der Kaiser sämtliche Kurfürsten um Hilfe angerufen, weshalb auch Kurtrier seinen Landhofmeister Zant nach Prag abgeordnet habe; doch sei dieser zurückgekehrt,[1] als er zu Aschaffenburg vernahm, „das die säxische und mainzische gesanten, weil man ihnen keinen zutritt zum kaiser [gegönnt] sonder fast schimpf- und spottlich ohne ainige verrichtung dort liegen lassen, wider von Prag abgezogen" seien. Der Kaiser werde so genau bewacht, dass keiner seiner Räte, Sekretäre und Diener Zutritt zu ihm erhalte. — Ueber des Königs Matthias Vorgehen und Aussichten hat sich der Kurfürst von Trier ganz wie der von Köln geäussert und ebenfalls gesagt, dass man geneigt sei, E. fl. D.[t] zu wählen. Ich glaube, dass auch der Kurfürst von Sachsen derselben Gesinnung ist und bitte also um Weisung, wie ich mich deshalb verhalten solle.

„I. chfl. Gn. berichten mich auch in hohem vertrauen, das fürst Christian zu Anhalt zwischen den stenden in Behem und Staden in Holland practizire und tractire, dass sie ihnen im nothfal assistenz leisten sollen.[2] „Churbrandenburg soll auch wider I. ksl. M.[t] sein, das also die sachen sich der örter noch selzam anlassen. Sonst befind ich diesen churfursten zu E. fl. D.[t] und hauss Oesterreich sehr wohl und aufrichtig geaffectionirt. I. chfl. Gn. beklageten zum högsten, dass sie bei I. kgl. M.[t] [Spanien] und anderen in den verdacht geraten, als ob sie mehr zu Frankreich als das haus Oesterreich inclinireten und das aus ursachen, weil dem könig von Frankreich sie gratuliren lassen, als sie zum churfürstlichen stand erwehlet worden und sie ihre gesanten zum könig von Frankreich geschickt, als er zu Metz ankommen, auch weil sie titulum archicancellarii per Galliam führeten und was der sachen mehr sein: drauf der churfürst zum höchsten beteuret, das er nie andre gedanken, das successionswerk im reich belangend, als auf haus Oesterreich gemacht;" E. fl. D.[t] möchten nichts ungleiches von ihm glauben und ihn beim König von Spanien entschuldigen. Er hat mir unter anderm auch gesagt, „das sie in ihrem consilio rathsam befunden, das wol guet und nötig were, das der könig von Spanien und alle erzherzogen durch eine ansehnliche legation den convent der samptlichen churfursten besuchen und was zu widerbringung des hauses Oesterreich authoritet und restitution ihrer reputation in den erbländern dienlich, mit den vertrautesten berathschlagen liessen." Trier den 31. mai 1611.

Brs., Secrét. d'Allem., no. 96, f. 71; eigh. Or., teilweise in Ziffern.

[1] Vgl. no. 159, S. 393, Anm. 1.

[2] Anspielung auf die Sendung Dordts; vgl. oben no. 173, 188 mit Anm. 2 auf S. 452 und no. 194.

Digitized by Google

217. Reichard von Starhemberg an König Matthias. [Mai Ende.]

E. kgl. M.t werden den Verlauf meiner Verrichtung im Reich aus meinem schriftlichen Bericht[1] entnommen haben. Dem mitgegebenen Nebenmemorial habe ich ebenso wie der Hauptinstruktion nachgelebt und habe wegen Dero Praetension zur römischen Krone bei allen Fürsten, bei denen ich war, mein Aeusserstes mit der Vorstellung, dass des Reiches Notdurft es also erfordere, und mit Empfehlung von E. M.t Person getan. Ich kann darauf berichten („ist anderst der teutschen nation im hertzen, was sie im mund haben, wie ihs bei ihr viln dafür halte), das hierzu gegen E. kgl. M.t ich grosse affection verspürt, der hoffnung, es wurden dardurch vilerlei beschwerungen und gravamina im reich abgestellt werden." Zwar steht diese Sache eigentlich bei den Kurfürsten, aber die Gunst der anderen Fürsten, die mit den Kurfürsten verwandt sind oder korrespondieren, kann nur förderlich sein. Ich habe daher jeden Fürsten absonderlich und auch einige Räte ersucht, sich hierin ihres guten Willens gegen E. kgl. M.t zu erklären. Darauf habe ich beiliegende Handschreiben erhalten, dazu noch weitere mündliche Erklärungen und Erbieten von Württemberg, Baden, vom Administrator der Kurpfalz und Landgraf Ludwig von Hessen, den ich ersuchte, auch bei Mainz und Sachsen gute Dienste zu tun. Ich verspreche mir zwar vom Landgrafen weniger als von jedem anderen[2], da er einer der Fürsten war, die im vorigen Jahre der prager Traktation beigewohnt hatten, diese Handlung auch, wie ich berichtet werde, wegen seiner Privatpraetensionen, die er am kaiserlichen Hof hat, urgiert haben soll; aber es ist bisweilen gut, auch gegen also Gesinnte Vertrauen zu heucheln und sie dadurch zu gewinnen. — Landgraf Moriz hat sich erboten, wenn E. kgl. M.t ihm eine Kommission an Sachsen auftragen, dabei sein bestes zu tun (wie ich E. kgl. M.t von Amberg aus am 18. Mai geschrieben habe); er hat mir auch befohlen, E. kgl. M.t anzuzeigen, er wünsche dasselbe Glück wie sein Vater Landgraf Wilhelm zu haben, der als erster E. kgl. M.t Vater, Kaiser Maximilian, die Botschaft von seiner Wahl zur römischen Krone überbracht hat. — Markgraf Joachim Ernst ist E. kgl. M.t ebenfalls verbunden, ebenso Christian von Anhalt, der neben seinem Handschreiben [fehlt] noch mündlich vermeldete, er sei zwar für seine Person zu gering, E. kgl. M.t in einer Sache, die die Kurfürsten angehe, zu empfehlen; er wolle aber immer ein guter Patriot sein und gern alles tun, was zu Dero Aufnehmen dienen mag. — Auch mit den fürstlichen Räten habe ich, jedoch ganz geheim, von diesen Sachen geredet und haben mir von den Kurpfälzern der Grosshofmeister Johann Albrecht von Solms und der Kanzler von der Grün, dann der württembergische Landhofmeister Eberhard Schenk zu

[1] Dieser Bericht fehlt; er wird sich auf die Hauptwerbung wegen der Hilfeleistung gegen die Passauer bezogen haben; der vorliegende Bericht ist die Niederschrift einer mündlichen Relation.

[2] Vgl. no. 166 mit Anm. 3 auf S. 406.

Digitized by Google

]Mai Ende.] Limburg, dann Hans Joachim von Grünthal und Oberst Fuchs Schreiben an E. kgl. M.t mitgegeben. — Alle Fürsten haben mich um Geheimhaltung der Handschreiben ersucht. Alle gedachten auch Ihrer Verheiratung und als ich vorbrachte, was deswegen das Nebenmemorial enthielt, fand ich dagegen kein Bedenken. Mit dem hiesigen Regiment waren Fürsten und Räte sehr unzufrieden, besonders richtet sich die Abneigung gegen Hannewald und Hegenmüller. E. kgl. M.t werden daher zu sorgen haben, dass diese nicht wieder in ihre vorigen Stellen kommen, wobei Sie sich durch Fürbitten nicht irre machen lassen dürfen; dagegen haben Fürsten und Räte gebilligt, dass E. kgl. M.t Ihre und Ihrer Länder Versicherung suchen. Ich habe ihnen nicht verschwiegen, dass E. kgl. M.t die böhmische Krone aufsetzen und auch die andern Mittel an die Hand nehmen werden. — Nach der Andeutung des Markgrafen von Ansbach möchten einige Kurfürsten und Fürsten, katholische und evangelische, werben, wozu besonders Sachsen treibt, um sich dann gerüstet zwischen den Kaiser und E. kgl. M.t zu legen, doch mehr zur Erhaltung der Reputation des Reiches und damit es nicht aussehe, als hätte man die römische Krone mit Gewalt erobert denn um E. kgl. M.t zuwider sein; die Fürsten wollen dabei den Kaiser auch bewegen, dass er E. kgl. M.t zur römischen Krone benenne. Wenn aber wider Verhoffen Sachsen oder die Katholischen die Rüstungen gegen E. kgl. M.t kehren wollten, so würden die unierten Fürsten nicht darein willigen. Gegen den Herzog von Braunschweig habe ich fast alle diese Fürsten ausser Landgraf Ludwig (der bisher mit ihm stark korrespondierte) wenig geneigt gefunden, noch weniger billigen sie sein Verfahren im vorigen und diesen Jahr. — Wegen der Titulierung Pfalz-Neuburgs habe ich E. kgl. M.t mein Gutachten von Nürnberg und Heidelberg aus zugeschrieben und habe auch noch Württemberg und Ansbach als interponierende Fürsten deswegen zu Rate gezogen, die es sehr billigten, dass der Titel des Administrators nur dem possedierenden Administrator gegeben werde. Weil ich aber deswegen mit schlechter Satisfaktion nach und von Neuburg gekommen wäre, auch E. kgl. M.t mehr an dem einen als dem andern Ort gelegen ist und die Unierten zu Herzog Johann neigen, so habe ich die mir aufgetragene Mitteilung durch den Markgrafen von Ansbach an Neuburg richten lassen. E. kgl. M.t werden darauf bedacht sein, dass bis zum Austrag des Administrationsstreits dieser „stilus" beibehalten werde, denn man kann einmal ohne Offension des vornehmeren Teils hierin nicht Neutralität halten. — E. kgl. M.t werden wol tun, durch vertrauliche Mitteilungen die Korrespondenz mit Ansbach, Hessen, Anhalt u. a. zu erhalten und zu berichten, wie der Akkord mit den Passauern geschlossen wurde und ob die Führer pardonniert worden sind. Es hätten E. kgl. M.t auch wol daran getan, des Ausbachers Erbieten wegen seiner Reiterkompagnie anzunehmen, wenn schon nicht wegen der Grösse der Hilfe, so doch, um dem Markgrafen und dessen Haus den Argwohn zu benehmen als traue man ihm nicht. Solches

Digitized by Google

Mistrauen sollen E. kgl. M.t bei den deutschen Kurfürsten und Fürsten als schädlich möglichst verhüten, wie überhaupt ein deutscher Kaiser oder König zur Erreichung seiner Absichten in allen Fällen bei der deutschen Nation nichts besseres tun kann als Vertrauen zu zeigen. Wenn es E. kgl. M.t möglich wäre, den Markgrafen auf einen Postritt hieher zu berufen, — was er m. E. nicht abschlagen würde, — und sich mit ihm vertraulich zu unterreden, wie E. kgl. M.t bei künftiger Tagung der Unierten Ihre „Notdurft" bei ihnen anbringen könnten, so würde dies Dero Vorhaben sehr fördern.[1] Der Markgraf ist bei den unierten Fürsten und auch bei Sachsen sehr angesehen, hat hohe Verwandtschaft, ist ein guter Soldat, verständig und begünstigt öffentlich Dero Praetensionen. O. D.[2] [Mai Ende.]

Wi., I. A. 1., Ka. 2990; Or. eigh.

218. Aussage des kaiserlichen Alchimisten Dr. Christoph Hauser.[3] [Mai Ende.]

„Ich hab mich zu erinnern, dass ich neben andern dergleichen büchern in I. ksl. M.t buch einem, dessen namen Picatrix, darinnen von allerlei künsten zum bösen und gutem collectanea, gefunden und unter anderm gelesen einen modum und weg, wie man einem menschen schaden zufügen, ja auch gar umb das leben bringen möge; welches von I. M.t eigenen handen ich selbst empfangen und auch selbst in ihre hand wiederumb zugestellet. Erst über eine zeit hernach fordern I. M.t mich, wie man möchte etwas bekommen, dass der Matthias angetragen (also sind ohngefehrlich die verba formalia ergangen), welches mir gleichsam unmüglich fürkommen und gesagt: ich weiss nicht. Ist wieder etlich zeit verloffen, hernacher fordern sie mich wiederumb und reden davon, ob ich irgend ein mensch könte bekommen, das bei der leibwäscherin dienet und, wan sie etwas hette, davon gieng, mit vermelden, dann da ich soll selbst reisen und solte offenbar

---

[1] Am $\frac{\text{26. Mai}}{\text{5. Juni}}$ zeigt der Markgraf dem König die Ausschreibung des Unionstages nach Rotenburg a. T. an (Be., Rep. 88, Unionsacta, tom. XXII., f. 7; Kpt.).

[2] Am $\frac{\text{25. Mai}}{\text{4. Juni}}$ berichten die neuburgischen Gesandten ihrem Herrn: Losenstein habe ihnen mitgeteilt, dass vorgestern Starhembergs Bericht eingelaufen sei; daraus ergebe sich, dass die ausgesprengten Zeitungen von einer Hilfeleistung der Kurpfalz und Kurbrandenburgs zu gunsten des Kaisers und von deren Unzufriedenheit mit dem König grundlos seien (Me., Neuburger Archiv, Jülich-Berg, Fasz. 24,6; Kpt. von Silbermann).

[3] Wegen der Persönlichkeit Hausers vgl. no. 131, S. 316, Anm. 2 und Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 256. — Am 19. April berichtet Pfretzschner an Schönberg: „Dr. Hauser, kaiserlicher medicus titulotenus, ist auch albereit zu zweien malen gefoltert worden, sed vetat maiestas et religio, quicquam de confessione ipsius perscribere" (Drs., l. 9167, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 138; Or. eigh.).

Digitized by Google

[Mai Ende.] werden, könten sie mich nicht schützen. Auf welches ich noch mehr bedenken geschöpfet und gesprochen: ich will mich bedenken; hab mich hin und wieder bedacht und da ich jemals gewilliget oder hette wollen zu diesem facto helfen, wolte ich wol leute gefunden haben, die umb das gelt (des ich nit hette sparen durfen) solches gethan: dann an dergleichen bösen leuten würde es nit gemangelt haben, da ich mein gemüt dazu hette setzen wollen, welches ich auch umb das gewissen und meiner seelen seeligkeit willen nit gethan. Und ist wieder die sach verschoben worden.

Weil aber ich sein gemüt, begierd und willen gewust, daneben seinen zorn und ungnade gefürcht, bin ich doch von der zeit an in denen gedanken umbgangen, wie und auf was mittel und wege ich möge den kaiser zufrieden halten, dass gleichwol kein schade erfolge. Ist auch niemals mein gemüt, will und sinn gewesen, solches helfen zu effectuiren dem könig zu schaden und nachteil; darauf will ich leben und sterben und bei meiner seeligkeit bezeugen.

Ist also verblieben, bis I. M.t mich selbst zu verschicken entschlossen, wie ich dann gestern schriftlich referirt, dabei ichs beruhen lasse. Allein dieses noch zu melden, dass ich umb mein gelt ein niederlendische leinwath gekauft, das allein in der meinung und intention, wann je der kaiser von mir nit wolte nachlassen (wie dann nach meiner wiederkunft vielmals geschehen und gefragt worden, ob ich noch nichts bekommen), ich davon ein facilet machen lassen (wie mein weib weiss), ich ihms geben könt in bedenken, I. M.t fangen damit an, was sie wollen, mag es doch dem könige nit schaden und [hab] dieses böse factum durch den weg verhüten wollen und bei mir vermeint, auch geschlossen: es sei besser, ein solchen weg zu gebrauchen als dass dem könig was böses wider Gottes gebot und christliche liebe widerfahre; dann ich oftmals genugsam aus allerlei circumstantiis conjecturirt und abgenommen, dass I. ksl. M.t gemüt und affection alzeit wider den könig; dann mir nit wissend, das einmal I. M.t den könig einen brudern oder könig gegen mir genennet hette, will auch forthin nit gern glauben, dass des kaisers gemüt oder herz nisi singulari et divino miraculo sein lebenlang möchte zum könig sezen oder von herzen vereinigen sondern mittel suchen, verfolgung anzurichten.

Wie mir dieser dienst alhie verdriesslich, schwer und schmerzlich furkommen sei, weiss niemand besser als Gott in himmel, dem ichs klage. Es werden auch die zeugen, so mit mir zum theil kuntschaft gehabt haben, wie gern ich mich zu meiner facultet wiederumb begeben hette, die ich alhie also spöttlich durch den kaiserlichen dienst auf ein seit setzen müssen. Und da mir auch Gott der allmechtige und die königliche M.t aus dieser höchsten betrübniss, kummer und schmerzen helfen werden, ich in das kaiserliche schloss niemals mehr begehr, so lang I. ksl. M.t darin regieren, sondern mit weib und kind mich in eine reichsstadt oder ander ehrlich ort begeben [will].

Digitized by Google

da ich meine nahrung, als zuvor in Regenspurg geschehen (wie mein kuntschaft zeuget), haben und erwerben kann. Dann ich wol weiss, wie I. ksl. M.t mich verfolgen werden und habe jeziger zeit kein andern trost, schutz oder schirm zu suchen nechst Gott als zu der in Hungern kgl. M.t, deren ich mich alleruntertbenigst, demütigst und treugehorsamst befehlen thu.[1] Neben hochflehenlicher bitt, I. kgl. M.t wollen mich zu dero königlichen gnad, schutz und schirm auf und annehmen und meine verstrickung allergnedigst ringern. [Mai Ende.]

Christoph Hauser, armer hochbetrübter gefangner."

Drs., l. 7387; II. Buch Kurfürstentags, f. 275; Kopie.[2]

219. Kaiser Rudolf II. an den Kurfürsten von Mainz. Juni 1.

Ich habe für nötig befunden, dass bei diesen gefährlichen und mir so beschwerlichen Läufen ehestens ein Kurfürstentag abgehalten werde. Ich wollte E. L. eben daran erinnern, „als ich vernahm, dass ein solcher bereits auf den 17. Juli ausgeschrieben worden sei.[3] Dies ist mir sehr lieb und bitte ich E. L., daran zu sein, dass der Tag gewiss seinen Fortgang nimmt und die Kurfürsten persönlich erscheinen. Ich werde dazu eine Gesandtschaft abordnen und proponieren lassen: 1. wie das kurfürstliche Kolleg wieder ergänzt und vereinigt, 2. wie mein Regiment tauglich wieder ersetzt und verbessert, 3. wie der jüngste Reichstag reassumiert oder ein neuer ausgeschrieben werden könnte, „auch schliesslich andere mehrere sachen, so meine gesandte anzudeuten in bevelch werden haben." Datum Prag den 1. junii a. 1611. — Praes. Aschaffenburg 13. junii 1611.[4]

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 40[5]; Or.[5]

---

[1] Wirklich berichtet ein kursächsischer Agent im September 1611 aus Prag: Hauser und der wegen des Verdachts der Magie verhaftete Pfaffe [Praetorius] sind freigelassen worden; ersterer muss binnen 24 Stunden Prag und binnen acht Tagen Böhmen verlassen; der Kaiser stellte ihm wegen der falschen Beschuldigungen nach und wollte ihn nochmals foltern lassen, doch Hauser entwich (Drs., a. a. O., f. 257; Or.). Ebenso berichten die neuburgischen Gesandten am 7./17. September an ihren Herrn: Hauser sei dieser Tage entlassen und aus Böhmen verwiesen worden; er begebe sich nach Regensburg, um das gegen ihn gebrauchte Verfahren zu publizieren (Me., no. 85/5; Kopie).

[2] Der königliche Hofmarschall Wolf Sigmund von Losenstein empfiehlt am 7. Juni den kaiserlichen Kammerdiener Christoph Kühbach (vgl. no. 131, S. 316, Anm. 2) an Erzherzog Maximilian mit dem, dass Kühbach von Christoph Hausers gütlichen und peinlichen Aussagen Mitteilung machen könne. Auf Begehren wolle er, Losenstein, dem Erzherzog auch Hausers schriftliches Bekenntnis in höchstem Geheimnis mitteilen, das sonst aus erheblichen Gründen niemandem gezeigt werde (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom Juli 1611, no. 5; Or. eigh.).

[3] Die kurmainzische Anzeige war vom 12. Mai; vgl. no. 162, S. 398, Anm. 1.

[4] Obiges Schreiben wird noch am 13. Juni den andern Kurfürsten mitgeteilt. Gleichzeitig lief ein zweites kaiserliches Schreiben unter dem grossen Siegel ein, worin nur das Erscheinen einer kaiserlichen Gesandtschaft beim Kurfürstentag mitgeteilt wird (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 53; Or.).

[5] Der Kurfürst antwortete am 17. Juni: es werde von des Kaisers Abordnung zum Kurfürstentag von einigen Personen bereits allerlei

Digitized by Google

Juni 3. **220.** Kanzler Faust an den Kurfürsten von Mainz.

Mir sind heute zwei würzburgische Schreiben zur Begutachtung zugestellt worden, das eine wegen der Partikulardefension,[1] das andere wegen Ausschreibung eines fränkischen Kreistags durch Markgraf Christian von Brandenburg.

Wegen der Partikulardefension weiss ich wol, was deswegen von Würzburg und Bamberg im vorigen Jahr nach Prag geschrieben, auch was jüngst zu Würzburg bestimmt und an Kurtrier, Bamberg und Würzburg mitgeteilt worden ist. Ich habe aber dagegen einige Bedenken, von denen das erste auch der Bischof von Würzburg selbst anzieht, dass nämlich 1. schon die „gemeine" Union ein Stattliches erfordert, Kurfürsten und Fürsten sich allenthalben beschwert finden, jeder über die Schwierigkeit klagt, die Mittel herbeizuschaffen, und niemand sich gern noch mehr beladen wird. 2. Der würzburger Abschied hat ferner auf mich den Eindruck gemacht, als ob die Oberländer solche Partikulardefension nicht ganz ohne ihren Vorteil bedacht hätten; denn ich habe wiederholt von Donnersberg gehört, dass es Baiern fast unmöglich fallen würde, den rheinischen Ständen mit oben geworbenem Volk beizustehen, da man es nicht durch die dazwischen liegenden Landschaften bringen könne. Das hat sich wol auch bisher gezeigt, indem kein Pfennig aus der obern Kasse den Rheinischen zu guten gekommen ist und diese die Last allein haben tragen müssen; Gott gebe, dass man die Notdurft unter den rheinischen Ständen aufbringt; aber, wie ich höre, bequemt man sich dazu noch wenig, „den vorigen last abzudrucken und den angestandenen rest richtig zu machen." Der vorgeschlagene Privatverein würde auch nur aus geistlichen Ständen bestehen und dabei sind einige Domkapitel mit ihren Herrn noch wegen der vorigen Hilfe uneins, so dass nicht zu sehen ist, wie zu fernerer Kontribution die Mittel beschaffen werden sollen. 3. Würzburg erwähnt in diesem Schreiben mit keiner Silbe, was er und Bamberg vordem wegen solcher Partikularvereinigung von E. kfl. Gn. begehrt haben, vielleicht weil er jetzt der damaligen Beschwerungen ledig ist, „und wie sie [Würzburgs fl. Gn.] ohn zweifel damals in irem intent, wie nemblich solche hülf zu dirigirn, genugsam resolvirt gewesen, so stellen sie doch itzo diese deliberation uf E. chfl. Gn. und der andern, an die es gelangt, sonderbaren erwegung und bedenken," weil er (wie das andere Schreiben zeigt) jetzt die Gefahr nicht so gross findet. 4. Die Erklärung Triers und Bamberg ist zweifelhaft, da beide klagen, dass sie durch

diskuriert; daher wolle er dem Kaiser unmassgeblich andeuten, dass unter den Abgesandten wenigstens eine im Reich bekannte und beliebte katholische Person sein möge, mit der er und seine geistlichen Mitkurfürsten sich vertraulich unterreden könnten; daneben könnte auch Landgraf Ludwig von Hessen als ein friedfertiger und bei allen Ständen angesehener Fürst zugezogen werden, was des Kaisers Absichten nur fördern würde (Wb., Reichstagsakten in genere, Fasz. 84 b; — Or.).

[1] Vgl. no. 187 mit Anm. 1 auf S. 450.

Digitized by Google

die gemeine Union beschwert seien. 5. Ein solcher Privatverein kann auch nicht auf eine so erkleckliche Hilfe gestellt werden, dass dessen drei oder vier Stände einer besonderen Not gewachsen wären, zumal wenn der gemeine Bund mit der Hilfe aus gemeinem Vorrat so lange zurückhalten wollte, bis diese wenigen Stände nicht nur ihre verglichene Hilfe für sich allein zu Werk gerichtet sondern auch den dazu gehörigen „Verlag" richtig gemacht hätten. 6. Es ist auch zu bedenken, ob diese wenigen Stände, die sich so schnell zum Widerstand anlassen, nicht solche Offension auf sich laden würden, dass sie dessen entgelten müssten, besonders wenn der gemeine Bund nicht mehr als bisher gestärkt würde und diese wenigen Stände dann auch nicht durch ihn gerettet werden könnten. Juni 1.

Dies alles macht mich, so lange nicht Triers und Bambergs Erklärungen vorliegen, zweifelhaft, welchen Nutzen eine solche engere Verfassung gewähren könnte. Wenn aber die andern Stände, die darum ersucht wurden, sich ohne Bedenken dazu verstehen und Mainz und Trier den nötigen Beistand davon erwarten dürfen, so stelle ich es dahin, sich einer gewissen Hilfe mit Volk zu entschliessen, die ein jeder der Vereinigten im Notfall dem Bedrängten zusenden könnte oder aber das Geld dazu zu versichern; solcher Sukkurs wäre auf die in der gemeinen Union bezeichneten Fälle zu richten, damit man auch deren Hilfe um so sicherer wäre. Diesmal wäre Würzburg nur eine Vorantwort zu erteilen, bis die andern Erklärungen einlangen; dann könnte eine Zusammenkunft, etwa zu Aschaffenburg angestellt werden, um sich dieses Privatvereins zu vergleichen. Für das ratsamste halte ich aber, den Ausgang des Kurfürstentags abzuwarten, um den „Humor" der Herren kennen zu lernen, zu achten, wo das Wetter hinausschlagen will und sich inzwischen mit diesem Partikularverein nicht besonders zu beeilen.

Das zweite Schreiben beruht auf sich, denn es ist inzwischen ein Ausschreiben zum Kreistag im Namen beider ausschreibenden Fürsten eingelaufen. Den 3. junii a. 1611.

Wmz., Religionsakten, Bd. 12, no. 152; Or. eigh.

221. König Matthias an die Teilnehmer des prager Konvents und an andere Fürsten, jedem besonders. Juni 4.

Der Kaiser wollte sich noch vor meiner Krönung einiger Artikel mit mir vergleichen,[1] verschob aber dann die Handlung bis nach der Zeremonie, obwol ich meine Bereitwilligkeit zu verhandeln erklärt hatte;[2] ich habe dann aber auch in die Verschiebung gewilligt. Während ich nun erwartete, der Kaiser werde nach der Krönung die Verhandlungen fortsetzen, ist er von friedhässigen Leuten[3] überredet worden, von mir den Abzug für seine Person und sein Hoflager mit

[1] Vgl. no. 194, S. 462, Anm. 1.
[2] Vgl. no. 194, S. 466, Anm. 1.
[3] Damit ist natürlich vor allem der Herzog von Braunschweig gemeint; vgl. Hammer-Purgstall, Khlesls Leben, II., Urkunden-Sammlung, no. 360, 317 und 318.

Digitized by Google

Juni 4. dem Vorgeben zu begehren, dass er wegen der unabgehandelten Artikel zu Regensburg mit den Kurfürsten, Fürsten und Befreundeten weiter handeln wolle.[1] Dies Vorhaben hat aber ein weites Aussehen, zieht allerlei Ungelegenheiten nach sich und gibt zum Argwohn Anlass als hätte ich den Kaiser in diesem Königreich nicht leiden mögen, mich mit ihm nicht vertragen können, ihn nicht gebührlich respektieren und ihm allerlei Ungelegenheiten zufügen wollen, so dass er notgedrungen zu dieser Resolution habe greifen müssen. Ich habe dies E. L. mitteilen und dabei meine Meinung deutsch und aufrecht dahin eröffnen wollen, dass ich nie daran gedacht habe, den Kaiser als den Aeltesten des Hauses, der mir alle diese Königreiche und Länder abgetreten hat, übel zu halten, weniger noch ihn aus diesem Königreich zu vertreiben; ich bin vielmehr jederzeit geneigt, mit ihm brüderlich zu handeln, wenn nur nicht friedhässige Leute bei der Hand wären, die dem Kaiser fremde Gedanken machen und ihn so verwirren, dass er zu keinem festen „terminus" kommen kann. Als wirklicher und regierender König von Böhmen muss ich allerdings tun, was mir von Amtswegen bei jetziger Beschaffenheit zu tun gebührt, aber das soll meinerseits die Vertraulichkeit und brüderliche Liebe nicht aufhalten. Wenn E. L. von diesen Sachen ungleicher Bericht vorkommt, so bitte ich Sie, solchen Informationen keinen Glauben zu schenken sondern dergleichen an mich gelangen zu lassen, damit ich wahrhaften Gegenbericht tun kann. Ich versichere E. L., wenn der Kaiser hier zu erhalten ist, dass ich es an mir nicht fehlen lassen werde; wenn aber böse, friedhässige Leute den Ausschlag erteilen, so will ich wenigstens dazu keine Ursache gegeben haben; vor allem aber will ich mich und meine Königreiche und Länder vor künftigem Uebel, das diese bösen Leute leicht verursachen könnten, gebührlich versichern, das übrige aber dem Kaiser anheimstellen. Geben Prag den 4. junii anno 1611.[1]

Nachschrift: Die verhafteten kaiserlichen Räte sind nicht von mir sondern von den böhmischen Ständen eingezogen worden. Ich bin eben daran, mich über die Beschaffenheit der Sache zu erkundigen und die Gebühr geschehen zu lassen.[2]

Wi., I A 1, Ka. 2990; Kpt. mit Verbesserungen Khlesls.[3]

---

[1] Vgl. no. 200, S. 485, Anm. 2.

[2] Am 6. Juni überschickt der König den Herrn Wolf Sigmund von Losenstein, Hans Georg Freiherrn von Teufel und Ulrich von Gersdorf die Interrogatorien auf Hannewald und dessen Aussagen; wegen verschiedener Widersprüche in diesen und weil Hannewald da und dort mit blossem Vermeinen antworte oder Unwissenheit vorgebe, sollen sie Hannewald nochmals befragen und ihn ermahnen, rund auszusagen und sich nicht durch andere Aussagen und Indizien überführen zu lassen; wenn er offen die Wahrheit sage, wolle ihn der König der Haft entledigen, „im widrigen fall aber [sei der König] durch andere ernstliche mittl auf den grund zu kommen entschlossen". Darnach haben die Kommissarien ebenso das Verhör mit Hegenmüller gütlich, „doch mit ernstlicher betroung" auf grund besonderer Interrogatorien vorzunehmen (Wi., I A 1, Ka. 2990; Kpt.).

[3] Von den Originalen dieses Schreibens liegen mir ausser denen an die Teilnehmer des Konvents noch die an Württemberg und Anhalt

Digitized by Google

222. Melchior Khlesl an den Kurfürsten von Mainz. Juni 4.

Ich habe von dem niederösterreichischen Regimentsrat Hans Georg Teufel verstanden,[1] dass E. kfl. Gn. berichtet seien, als wäre ich der „Autor und Fautor" des Misverstandes zwischen dem Kaiser und dem Könige. Das schmerzt mich umso mehr als ich mich im vorigen Jahre bei der wiener Traktation doch ganz anders gezeigt und E. kfl. Gn. dies auch dankend anerkannt haben. Ich bin zwar aus „ungleicher Opinion" schon damals bei vielen in solchem Verdacht gewesen, habe aber bewiesen, dass mir Unrecht geschieht. Ich weiss mich meines Berufes wol zu erinnern und was es für eine Sünde ist, zwischen Brüdern, zumal so hohen Geblütes, an deren Einigkeit der Christenheit und der Religion so viel gelegen ist, Uneinigkeit und Misverstand zu nähren. Es wäre mir daher umso unverantwortlicher, wenn ich als ein katholischer Bischof mich dieser Sünde schuldig machte und, während ich andere deswegen auf der Kanzel strafte, mit so bösem Exempel das Widerspiel praktizierte. Ich habe mir aber vielmehr die Vereinigung der Brüder wie mein eigenes Leben angelegen sein lassen, arbeite Tag und Nacht daran und suche alle Mittel, zu ihr zu gelangen; davon werden mir die Gesandten hier und alle ehrlichen Leute Zeugnis geben, ja Hannewald selbst, gegen dessen Verhaftung,

---

vor. — Württemberg erwidert am 8./18. Juni mit der Versicherung, er werde die oben ausgedrückte Gesinnung des Königs beim Unionstag zu rühmen wissen, worauf der König von seiten der Unierten gewiss billige Satisfaktion erfahren werde (Stg., Unionsacta, tom. XII., f. 114; Kpt.). — Erzherzog Ferdinand weicht in seiner Antwort vom 21. Juni einer bestimmten Erklärung aus, da ihm der Inhalt der unerledigten Artikel unbekannt sei und er von des Kaisers Vorhaben nur durch die Zeitungen wisse; er stelle daher alles an seinen Ort und bitte Gott, den Widerwärtigkeiten im Hause Oesterreich ein Ende zu machen, wozu ihm gegenwärtige Erklärung des Königs das Beste hoffen lasse (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom Juni 1611, zu no. 15; Kopie).

[1] Teufel schreibt am 10. Juni an Kurmainz: er danke dem Kurfürsten für die empfangenen Gnaden (vgl. no. 144), unter denen nicht die geringste sei, dass derselbe ihm mitgeteilt habe, wie er, Kurfürst, berichtet sei, dass Khlesl bei den Vergleichsverhandlungen zwischen den Brüdern sich sehr hitzig erzeige, ja den Verhandlungen ganz zuwider sein solle. Er, Teufel, habe Khlesl (dessen wolmeinende Intention er kannte) zunächst entschuldigt und ihn, Kurfürsten, gebeten, solchen Nachrichten keinen Glauben zuzumessen, sei aber bei seiner Rückkehr der Sache noch weiter nachgegangen und finde in Wahrheit niemanden am ganzen königlichen Hof, der sich mehr um die Einigung bemühe als Khlesl, so dass dieser eben deshalb bei den Ständen hier in Gefahr sei. Khlesl nehme sich Hannewalds und Hegenmüllers öffentlich an, besuche sie und tue solche Dienste, dass auch der Kaiser mit ihm zufrieden sein könne. Es sei schwer genug, ihn, Khlesl, zum Bleiben bei Hof zu bewegen; die Katholischen würden an ihm viel verlieren, was auch der Kurfürst nach dessen Abzug wol spüren würde (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 179; Or. eigh.). — Ueber seine Beliebtheit im Reich täuschte sich Khlesl selbst keineswegs; vgl. den Vortrag der königlichen Räte an König Matthias wegen des Kurfürstentags bei Hammer-Purgstall, Khlesls Leben, II., Urkunden-Sammlung, no. 325.

Digitized by Google

Juni 4. die ohne Wissen und Willen des Königs erfolgt ist, ich mich schriftlich und mündlich setzte und den ich erst heute besucht habe. „Das ich aber alles, was andern gefallet, reden, approbieren und recht haissen kann, manglet am andern nichts dann das ich die sachen anderst nicht verstehe als wie ichs rede und tractiere, malitiose und pertinaciter aber nichts defendiere sonder von herzen gern besser informiert zu werden begehre. Und wolte Gott, die gsandten alhie hetten sich eiferig und unaussetzlich umb dieses werk importune et opportune angenommen, herrn und knecht sufficienter informiert, so wolten wir weit einen bessern finem villeicht erraicht haben. Weil ich aber dieselbe wenig oder gar nicht gesehen, bin ich von niemants bösser informiert worden.“ Vermutungen, Argwohn und Diskursen hat auch Christus nicht entgehen können; aber das will ich E. kfl. Gn. versichern, dass ich die Seligkeit, Beförderung der katholischen Religion, Aufnehmen der Christenheit und Erhaltung des Hauses Oesterreich von Herzen begehre. Gott hat jeden Augenblick mein Leben und sein Urteil in der Hand; der weiss, dass ich ein Mensch bin und irren kann, aber vorsätzlich und mutwillig nimmermehr meinen Gott, seine Religion und das gemeine Wesen offendieren werde. — E. kfl. Gn. mögen aus dieser Entschuldigung spüren, wie hoch ich Dero Gnade schätze. Ich gebe Derselben anheim, ob Sie damit zufrieden sein wollen; denn ich möchte mich in Dero Gnade erhalten und zu Mistrauen oder Derselben Unwillen gegen mich keine Ursache geben. Datum Prag den 4. junii a. 1611. — Praes. Aschaffenburg 9. junii 1611.

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 40[4]; Or.[1]

Juni 4. **223.** Zuñiga an König Philipp III.

„A los 27 de mayo escrivi a V. M.[d] como el duque de Brancuique me havia venido a hablar sobre los negoçios del emp.[or] con el rey y particularmente sobre su yda al imperio y que lo avia propuesto al rey. El qual ha reparado mucho en que aviendo quedado conmigo el emp.[or], de que la negociaçion començada entre los dos por mi medio se prosiguiese despues de la coronaçion, agora

[1] Als Antwort auf obiges Schreiben Khlesls findet sich (in Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 64) ein undatiertes und nicht ausgefertigtes kurmainzisches Konzept, worin ausgeführt wird: Den Kurfürsten haben die Nachrichten von dem Zustand in Böhmen, der teils von ungleicher Information teils von nicht zuträglichen Consiliis herrühren soll, schmerzlich bewegt; da er Khlesl in besonderem Respekt beim König wusste, hat er ihn durch Teufel erinnern lassen wollen, diesen so beschwerlichen Dingen besser nachzudenken, doch nicht in der Meinung als ob Khlesl es an sich fehlen lasse sondern weil er ihm stets zutraute, dass derselbe als hoher geistlicher Würdenträger alles tun wird, was zur Erhaltung brüderlichen Einverständnisses unter so hohen Potentaten und in so hohem Hause förderlich ist. Der Entschuldigung hätte es nicht bedurft; Khlesl wird sich aber auch nicht des Kurfürsten Sorgfalt für das Haus Oesterreich misfallen lassen, von dem er alle Ungelegenheiten abwehren möchte.

Digitized by Google

la dexe el emp.or y quiera yrse sin acabarla y dexar los negoçios assentados, y assi ha respondido pidiendo que se buelva a cobrar el hilo de aquella negoçiaçion primera; y yo he significado al duque que me pareçe cosa razonable lo que el rey dize en esto. Hasta agora no me ha buelto a responder y es un medio el del duque tan sospechoso para el rey por el fervor que ha mostrado con medios poco açertados en el serviçio del emp.or, que estoy en no bolver al negoçio, sino es que corra por via del consejo secreto que fue de la que uso el emp.or quando me començo a meter en el.[1] Esta en lo publico muy resuelta la yda del emp.or a Retisbona, pero todavia dudan della los que mas notiçia tienen de su humor; mas los electores se han declarado en que quieren que salga de Bohemia o dexe el govierno del imperio, pareçiendoles que no puede atender a el con deçençia en tierra agena y entre los Bohemios. Yo he juzgado siempre que convenia mucho que el emp.or quedase aqui entablandose su estançia con alguna deçençia, pero este torçedor que intentan los electores de que salga o renunçie el imperio viene a ser muy considerable, mientras que no estamos seguros de la futura election. Juni 4.

---

[1] Am 7. Juni schreibt Zuñiga an den Herzog von Braunschweig: „Quia vereor, ser.mum Hungariae regem eo ipso, quod hoc scriptum [wol die kaiserliche Resolution vom 5. Juni mit der Ankündigung der Abreise nach Regensburg] per manus Exc.ae V.rae mitteretur, non lubenter id accepturum, ex estimo non expedire servitio ipsius caes. M.tis, ut per me ipsi tradatur. Quare Exc.am V.ram rogo, ut quemadmodum negotium hoc per consilium secretum caes. M.tis mecum tractari inceptum est, ita per eandem viam quaecumque scripta tradantur. Quia licet aliquod scriptum e manu Exc.ae V.rae acceperim, meminisse poterit iam tum Eandem dubitasse, regem non libenter accepturum, quidquid per manus Illius dirigeretur; itaque venit Exc.a V.ra per hortum meque admonuit, cauerem dicere scriptum illud per manus Ipsius mihi fuisse traditum atque ita accepi quidem; tunc postea vero scit Exc.a V.ra, quantum creverit regis ab Ipsa alienatio. Quare Eandem rogo, ne egre ferat, quod a prima via recedere recusem et sic dictum scriptum sigillatum et non lectum remitto. Quod cum non viderim, de re ac substantia illius nihil dicere possum, solum insisto in modum tractationis“ (Landeshauptarchiv zu Wolfenbüttel, Differenz zwischen Rudolf und Matthias, II., 5; Or.). — Am 11. Juni schreibt Zuñiga über dieselbe Sache an Kurmainz: Der Kaiser hat mir neulich befohlen, bei den Verhandlungen zwischen ihm und seinem Bruder neben Leuchtenberg, Mollart und Barvitius zu intervenieren. Nach Eröffnung der Verhandlungen wünschte aber der Herzog von Braunschweig („qui ferventi suo zelo erga caes. M.tem voluit solus omnium negotiorum pondus in se suscipere non sine magna indignatione consilii secreti et parva satisfactione ablegatorum Ser.tis V.rae et domini electoris Saxonici necnon magna cum regis Hungariae querimonia et offensione“) darüber nur mit mir allein unter Ausschluss der geheimen Räte zu verhandeln „et cum ministerio et interventu hominum abiectae conditionis“. Ich aber drang darauf, dass, wenn ich mich der Sache annehmen sollte, auch die kaiserlichen geheimen Räte beigezogen werden. So sehr ich den Herzog hoch halte, so scheint es mir doch unpassend, dem Ausschluss der alten katholischen kaiserlichen Räte beizustimmen, „quo fonte non latet Ser.tem V.ram quanta incommoda derivari possint“ (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 174; Or.).

Digitized by Google

Juni 4. El rey y los suyos sienten esta platica de la salida que el emp.^{or} trata por dudar, que viendose fuera no rebuelva las cosas destas provinçias; en lo qual pienso çierto que no ay mucho que temer. estando ellas tan interesadas y declaradas en el serviçio del rey y conviniendo a V. M.^{d} y a los demas de la casa el apoyarle y mantenerle en ellas y que no buelva a aver division en el govierno de la casa; pero quanto a las cosas del imperio no ay duda sino que perdera mucha tierra el rey y no veo, si el emp.^{or} insiste como pueda resistirsele, sino es rogandole y ofreciendole comodidades, a lo qual se dan muy poca maña los del rey porque todo es rigor y aspereza, y si quissiesen con ella forzarle a quedar, podria ser que el imperio se moviese de manera que el rey se viese muy apretado, particularmente siendo caso que V. M.^{d} no podria aprovarle ni autorizarle, antes los electores pretenderian con gran instançia que V. M.^{d} los assistiese y assi voy con lectura de que si fuere posible encaminarse con suavidad y sin riesgo de perder el imperio el quedarse el emp.^{or} aqui, procurallo y sino procurar que el rey no le haga estorbo ni impedimento ninguno que huela a violençia. —

La gente de Pasau se ha conçertado de liçençiarla y a partido ya el dinero para pagarla. Es negoçio que se ha tratado con el coronel Altam, el qual fue de los que metieron en este bayle al s.^{r} archiduque Leopoldo, pero agora han negoçiado sin darle a S. A. la parte que quisiera del tratado.[1] Yo ando en avenirle con el rey y no dexa de tener su dificultad, porque de parte del rey quieren grandes sumissiones y al s.^{r} archiduque le pareçe que no es nada lo que ha hecho contra el; tienenle tomado los vienes de su obispado de Pasau que tiene en las provinçias de Austria, que es lo mas de aquel estado, tratase de la restituçion y sobre estos negoçios embie anteayer a Antonio Miravalo gentil hombre de la camara del s.^{r} archiduque, para que le diese quenta del estado en que quedavan y yre continuando los buenos offiçios y procurando la conclusion deste negoçio que importa harto para las cosas universales destas provinçias y al s.^{r} archiduque muchissimo el aquietarse y estar bien con el rey. —

El s.^{r} archiduque Ferdinando ha escrito al emp.^{or}[2], dandole quenta como el y los demas de la casa estan resueltos a embiar al convento electoral que se ha de çelebrar en Milhausen çiudad de la provinçia de Turingia a los 17 de julio, a encomendarles la casa de Austria y en particular el mas ançiano della que es el rey de Ungria. No ha querido responder el emp.^{or} a esta carta, solamente ha mandado dar çertificaçion del reçibo. Esta muy disgustado con el archiduque sobre el caso, sera siempre muy dificultoso reduzir al emp.^{or} a que guste de la election del rey, y por su parte se ha atendido tan poco hasta aqui a dar satisfaçion a los tres eclesiasticos

---

[1] Vgl. no. 209, S. 501, Anm. 1.
[2] No. 203.

Digitized by Google

y a Saxonia que andan muy unidos y estan disgustadissimos de lo que se haze con el emp.or, que dudo mucho mas que hasta aqui del buen successo de su negoçio, pero siempre tengo por muy conveniente para V. M.d y para toda la casa el insistir en procurarle muy en primer lugar y assi se haze de parte del Papa con mucha instançia, respecto de estar ya el rey introduzido en estos dos reynos y en las provincias de Austria. Praga 4 de junio 1611." Juni 4.

Sim., Fasz. 2497; f. 54; Kopie.

224. Peter de Vischere an Erzherzog Albrecht. Juni 5.

Am 2. Juni kam ich zu Mainz an und erhielt am 3. Audienz.[1] Der Kurfürst hat den dem Hause Oesterreich und der katholischen Religion so überaus nachteiligen Bruderstreit sehr beklagt. „I. chfl. Gn. ist treulich laid, dass ainer noch der ander nicht folgen wollen und eben zu der zeit, als die geistliche churfursten sampt Saxen etwas zu werk richten wöllen, so dem ganzen wesen ainen ausschlag hette geben kunnen, wan ihnen mit disen schwirigen geschwinden händeln nit vorkommen wäre. Nun es aber geschehen, sei ja nötig, wofern man nit wil, das die catholische religion wie der örter also volgends anderswo gar verloren gehe und die weltliche churfürsten mit der wahl eines römischen königs ausser dem hauss Oesterreich schreiten, dass auf mittel und wege gedacht werde, wie alles geremediirt und wider in besseren stand gebracht werde möge. Zue solchem ende sei von churfurst zu Mainz auch principaliter die zusamenkunft der samentlichen churfursten unterbauet und erhandlet worden, wiewol villeicht etlicher weltlichen churfursten intent vil anders sein werde. Bei solcher zusammenkunft wöll er gern das beste einwenden und raten helfen (wie vor diesem alle zeit), was zu erhaltung der catholischen religion und des hauses Oesterreich, auch widerbringung ruhigen wesens gedeien kan. Den andren puncten, die succession im reich und den kunig in Hungern betreffend, werde man zwar bei dieser zusammenkunft die succession tractiren und wie es je die högste not erfordert, beratschlagen; ob es aber auf den könig in Hungern fallen werde, zweiflen I. chfl. Gn. sehr, weil sie wegen des zu rigurosen scharfen procedirens wider I. ksl. M.t der geistlichen churfursten,

[1] Beglaubigung Vischeres bei Kurmainz vom 5. Mai, überreicht am 3. Juni. Auf der Beglaubigung hat der Kurfürst Werbung und Bescheid eigenhändig kurz vermerkt: „1.o Salutationes; 2.do. commendauit fratrem Matthiam ad successionem regis Rom.; 3.o bitt in gleichem allen fleis anzuwenden, domitt I. ksl. M.t vnd Matthias verglichen; 4.o erbeut sich, meine sachen zu befurdern, domit in kurtzem vorgeschlagener maassen mir gratificirt. — Ego: generalia; wollte der sach vff begebenten fall eingedenck sein, interea tamen ausfürlich erzehlett, was I. ksl. M.t vnd dem reich begegnett. — Ille: kontte es nit loben. In discessu tantum intellexi, quod commendatio sui fratris rogatus facta sit" (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 165; Or.).

Digitized by Google

Juni 5. auch Saxens gemuetter sehr vom selben alienirt befinden, also das sie schwerlich ohne vorgehender merklicher reparation und gegebener zimblicher satisfaction wider dahin zu bringen und zu gewinnen sein werden, dan ihre aide und pflichten sie sonst auch davon abhalten wurden. Sonst versichere er E. fl. D.t, das [weder] er, churfurst von Mainz, noch die geistliche churfursten ausser dem haus Oesterreich nimmer wehlen werden. Da könig Matthias doch ainige demonstration gethan und I. ksl. M.t in etwas entgegengangen und contentirt, hette man hoffen mögen, die succession im reich auf könig Matthias zue deriviren; aber glaub er, das des könig Matthias intent, indem sie vermainen, weiln sie I. ksl. M.t Hungern und Behem also abgezwungen, das es ihr mit der kaiserlichen cron gleichfals gelingen werde, schwerlich den verhofften effect auch der consequenz halber erreichen werde (et haec dicebantur cum quadam commotione), dan es lasse sich ainem romischen kaiser die cron nit also vom kopf reissen; es seien unter den erzherzogen mehr, die auch land und leut under sich haben und vileicht mit mehrem nachtruck (ich kunte erachten, auf wen sie deuteten, offentlicher zu reden wolte ihr nicht gebueren) als künig Matthias, der ain gebundener künig ist und also wenig ohne seiner stende willen und zulassen dem reich helfen kunne. Die erzherzogen hetten ihres erachtens wolgethan, dass sie sich samentlich disfals der freien wahl der churfursten unterworfen hetten; so wolten sie wol gewust haben, was sie thuen wolten, dan sie nie willens gewesen und noch, nit ainigen zue nemen, der nit mit land und leut genugsam versehn seie." — Das hat der Kurfürst mehrmals in Gesprächen wiederholt. Auch er ist also für E. fl. D.t und erwarte ich mithin Dero Befehle. — „Dass die Staden in Hollant durch fürst Christian zu Anhalt, auch churfurstlich brandenburgische gesante allerhand mit den stenden in Böheim practiziren, sie in gnauen verbund zu bringen und insonderheit wider das haus Oesterreich ainander zue assistiren, affirmiret der churfurst zu Mainz andren gleich.[1] Der churfursten zu Mainz und Saxen gesante sein aus des kunigs Matthias und der stenden in Böhem rat idesmahl geschlossen, aber der brandenburgische gesante zugezogen worden, dahero ihre oberen auch verursacht, sie vor der crönung abzufoderen. Die practiken wegen des königs in Frankreich gehn im reich noch immerda im swang, wie dan dessen agent Bongarsius kurzverruckter tage von Strassburg alher kommen und gester bei dem grafen von Hanau und heut wider hieher gelangt ist und hat das hin und widerlaufen im reich kein end, derhalben wol zue wachen und dergleichen warnungen, wie (leider) bisweilen geschiht, nit auss der acht zu lassen sein." Der Kurfürstentag habe wegen Sachsen nicht eher angesetzt werden können und nach Mühlhausen verlegt werden müssen; ob es bei dieser Bestimmung bleibe, sei nicht gewiss, weil die Luft in Mühlhausen etwas infizirt

[1] Vgl. no. 216, S. 514, Anm. 2.

Digitized by Google

sein soll; Mainz habe deshalb einen Kurier nach Dresden geschickt.[1] Juni 5
„In den andren zween puncten numehr etwas zu tractieren sei es zue spat, weil I. ksl. M.[t] beraits alles, was zu begeren, volens nolens gewilliget, ehe und bevor man ihr auf ainen ainzigen articul, so sie auch ihres teils proponirt, sich habe wöllen erklären. König Matthias mit rat oder hilf zu assistiren, es sei zu errettung der catholischen religion oder verhüetung ihrer und des hauses Oesterreich verreren nachtails in den erbländern, seie ihnen der weg und mittel solches zu thuen bereits benommen, weil könig Matthias schon alles, was zerhalten were, vergeben; es seien auch iziger Zeit die gemueter gar nit dazu disponirt.“ Das habe er auch den königlichen Gesandten, die mit ihm von Aschaffenburg zu Schiff nach Frankfurt fuhren, ausführlich erklärt.[2] — Die kurmainzische Antwort soll der des Kurfürsten von Köln gleich sein; Kurmainz erwähnte auch, die Gesandten hätten neben der Rechtfertigung des Königs nur Hilfe an Volk und Geld gesucht, die zu bewilligen nicht möglich sei. — Wegen seiner „Privatpraetension“ bemerkte der Kurfürst, Zuñiga habe ihm vor einigen Wochen 7000 Reichsgulden zu Nürnberg angewiesen, ohne zu erwähnen, ob das für einmal gelten oder fortgehen soll. Der Kurfürst versicherte wiederholt seine Dankbarkeit und Dienstwilligkeit gegen den König von Spanien und gegen E. fl. D.[t] und riet, Sie beide sollten jede Gelegenheit wahrnehmen, um Sachsen zu gewinnen. — Am 4. ist der Kurfürst nach Aschaffenburg, ich nach Frankfurt gefahren. Alle drei Kurfüsten haben sich also fast gleichlautend erklärt und mir mehr Ehre erwiesen als ich je zuvor bei einer Gesandschaft erfahren habe. Frankfort den 5. junii a. 1611.

Brs., Secrét. d'Allem., no. 96, 73; Or. eigh. mit Ziffern.

225. Der Administrator der Kurpfalz an den Kurfürsten von Brandenburg. Juni 6.

Hinweis auf das Schreiben vom 15./25. Mai[3] und Mitteilung des mainzischen Bescheides [vom 26. Mai].[4] Daraus ergibt sich, dass Kurmainz darauf beharrt, uns nicht zum Kurfürstentag zu beschreiben. Wir geben daher E. L. nochmals zu bedenken, was aus solcher beharrlichen Weigerung der Kurpfalz für Ungelegenheiten erwachsen könnten: sie würde die grössten Konsequenzen im Reiche mit sich bringen und würde es ein weites „Aussehen“ haben, wenn es wegen eines Privatstreites zum Mittel unserer Ausschliessung vom Kollegium käme; hat sich Kurmainz ja auch verlauten lassen, dass auch

[1] Geschah am 29. Mai; Kurmainz gibt Kursachsen zu bedenken, ob nicht wegen der Seuchengefahr der Kurfürstentag nach Nürnberg oder nach einem anderen für Sachsen bequemen Ort verlegt werden solle (Drs., l. 7387, I. Buch Kurfürstentags, f. 45; Or.).

[2] Vgl. no. 144.

[3] Vgl. no. 199, S. 477, Anm. 1.

[4] Vgl. no. 211.

Digitized by Google

Juni 6. E. L. nicht beschrieben worden wären, wenn Sie sich nicht dem Kaiser bequemt hätten; die Geistlichen würden also Gelegenheit erlangen, das durchzusetzen, was ihnen sonst zu erreichen schwer oder unmöglich wäre. Wir geben daher E. L. zu bedenken, ob es nicht besser und dem gemeinen Wesen zuträglicher wäre, diese Zusammenkunft der Kurfürsten ganz zu hindern oder wenigstens hinauszuschieben,[1] ehe man durch die Umgehung benachteiligt würde, oder, wenn dies nicht zu erreichen ist, ob Sie nicht bei Kursachsen vorbauen wollten,[2] damit durch Zustimmung aller Kurfürsten unsere Beschreibung erreicht werde; denn wir hören, dass, wenn Kursachsen darein willigt, auch die geistlichen Kurfürsten kein Bedenken dagegen haben werden. Vielleicht könnten E. L. in ein solches Schreiben an Sachsen auch einfliessen lassen, dass es sonst auch Ihnen beschwerlich fallen würde, an einem solchen Kurfürstentag teilzunehmen; vielleicht wäre das auch noch Kurmainz anzudeuten. Kann aber der Tag nicht gehindert oder unsere Beschreibung nicht durchgesetzt werden, so werden wir ihn gleichwol beschicken und unsere Notdurft vorbringen lassen, denn wir hören, dass auch Neuburg diesen Tag besuchen oder durch einen seiner Söhne beschicken lassen will; unsere Gesandten haben zudem von Kurmainz vernommen, dass ihm eine Beschickung des Tages durch uns nicht zuwider wäre. Für diesen Fall einer blossen Beschickung bitten wir E. L., dass weder Sie in Person noch Dero Räte die Beratungen besuchen, bevor nicht auch die unsrigen zugelassen werden, besonders aber, dass Sie verhindern helfen, dass Neuburg im Administrationsstreit einen Vorteil erlange, der unserm Kurhaus verfänglich wäre. Ueberhaupt halten wir dafür, dass dieser Tag besser durch die Räte als durch die Herrn besucht werde. Datum Heidelberg den 27. maii 1611.

---

[1] Der bairische Geheimsekretär Leuker, der den Faszikel, der aus der Kriegsbeute des weissen Bergs stammt, für eine Veröffentlichung bearbeitete, macht dazu die Bemerkung: „Allenthalben hindert Pfalz das gemeine anligen des reichs, damit man die pfälzischen privatdisegni durchtruken mög."

[2] Kurbrandenburg hatte schon am 8./18. Mai wegen des pfälzischen Administrationsstreits sowol an Kurmainz wie an Kursachsen geschrieben und zu erwägen gegeben, dass dieser Streit nur vor den Kurfürsten selbst, nicht vor deren Räten erörtert werden könnte; daher könnten diese, deren Vorausschickung beantragt war, allein doch nichts Erspriessliches leisten, da vor Einnahme des Pfalzgrafen Johann in das Kolleg dasselbe unergänzt wäre und gemeine Sachen nicht vornehmen dürfte. Bitte um Gutachten (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 39; Or. und Drs., l. 7387, I. Buch Kurfürstentags, f. 34; Or.). Kursachsen erwiderte aber darauf am $\frac{\text{22. Mai}}{\text{1. Juni}}$, dass er zur Abhilfe des Streits kein besseres Mittel als eben die Tagung der Kurfürsten sehe, vor die allein (und nicht wie bisher vor die Unionstage) die Sache gehöre, die ja die Hoheit der weltlichen Kurfürsten betreffe; trotzdem werde er seine Räte vorausschicken, um wegen dieses und wegen anderer Punkte Vorbereitungen treffen zu lassen, damit man dann desto leichter zum Schluss käme; durch ein Privatgutachten wolle er nicht dem einen oder andern Teil praejudizieren (Drs., a. a. O., f. 35; Kpt.). — Ebenso spröde lautete Kursachsens Bescheid auf Collis Anbringen wegen des Administrationsstreites (vgl. no. 208): der Punkt müsse zu Mühlhausen gemeinsam vorgenommen werden (Colli an den Administrator der Kurpfalz am 11./21. Juni, Mb., 101/4; — Or. eigh.).

Digitized by Google

Nachschrift: Da Joachim I. von Brandenburg noch nicht 16 Jahre alt im Jahre 1500 zu Augsburg von Maximilian I. belehnt worden ist, so bitten wir um eine Abschrift oder einen Auszug des Lehnsbriefes. Datum ut in literis den 27 maii a. 1611. Juni 6.

Ma., 547/14, f. 76; Kpt.[1]

226. Zuñiga an Herzog Maximilian von Baiern. Juni 6.

Auf zwei Schreiben vom 24. Mai nebst Beilagen.[2] Wegen des Spanien betreffenden Artikels des würzburger Abschieds will ich gern gute Dienste leisten. — Auf die Entschuldigung Sachsens wegen des Eintritts in den katholischen Bund kann jetzt nicht viel entgegnet werden; meinem König wird es aber sehr angenehm sein, „ut inter unionem catholicam et domum Saxonicam quamoptime semper conveniat bonaque intelligentia conservetur.“ — Die dem Erzherzog Leopold durch Viehpeckh erteilten Ratschlägen sind sehr heilsam. „Et ego cum Ser.te V.ra sentiens eadem inculcare non desino atque omni studio adnitor, ut positis hisce curis animum sedet et cum rege conveniat. Quod autem attinet ad articulum illum, qui agit de arctiori civitatis et arcis Pataviensis protectione, existimarem eandem nimis suspectam fore et quantum ego percipere possum, non video, quod illi civitati periculum ullum impendeat. Quod vero consultissimum judico est, ut reconciliationi ser.mi Leopoldi cum rege, pro qua laboro, Ser.tas V.ra etiam diligenter favere, ut hactenus fecit, dignetur. Dominus dux Brunsvicensis valde assiduus est apud imperatorem, rex autem et Bohemi sunt illi vehementer infensi; caes. M.tis consiliarii secreti omnino ab illo alieni; ablegati quoque dominorum electorum Moguntini et Saxonici,

[1] Kurbrandenburg antwortete am 20./30. Juni: Auch ihn befremde das Verfahren von Kurmainz; es wäre ihm daher nichts lieber als dass der Kurfürstentag ganz zurückgienge oder vertagt würde, wozu er schon eine „Anstellung“ gemacht habe; keinesfalls werde er den Tag persönlich besuchen, obgleich Kursachsen ihn dazu stark ermahnt habe, sondern ihn nur beschicken (Ma., 547/14, f. 99; Or.). — Die „Consilia“ müssen in Berlin rasch gewechselt haben; denn noch am 18./28. Juni quittierte Kursachsen ein kurbrandenburgisches Schreiben, worin Johann Sigismund von der Anstellung seiner Reise nach Mühlhausen Mitteilung machte (Drs., l. 7387, Reise zum Kurfürstentag, f. 30; Kpt.). Aus einem leider undatierten Auszug eines Schreibens der Kurfürstin Anna von Brandenburg an Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm von Neuburg erfahren wir, dass dem Gemahl der Kurfürstin widerraten worden war, sich in Person zu Mühlhausen einzustellen, weil voraussichtlich Landgraf Moriz die kaiserliche Ratifikation des jüterbogker Vertrags mitbringen werde, gegen den die Kurfürstin mit heimlicher Zustimmung ihres Gemahls, — wie man bei dieser Gelegenheit erfährt, — protestiert hatte; Kursachsen habe aber den Kurfürsten wegen des Erscheinens dann wieder umgestimmt, „dan ihr herr sich auss fromkheit oft zue seinem schaden bewegen lasse“ (Me, Neuburger Archiv, Jülich-Berg, Fasz. 5a, f. 10; Auszug von der Hand des Pfalzgrafen Philipp Ludwig).

[2] Es waren dies der würzburger Abschied, die Entschuldigung Sachsens (no. 124 und 134, vgl. no. 156) und die Instruktion für Viehpeckh (vgl. no. 205, S. 493, Anm. 5).

Digitized by Google

Juni 6. qui hinc nuper discesserunt, maxime ab ipso dissentiebant. Itaque cum tam multis nequaquam gratum animadverterem, recusavi cum Exc.ª Sua tractare negotia illa, quae iam vertuntur inter caesarem et regem, et optavi, ut per consilium secretum, viam nimirum solitam et consuetam, illa tractarentur.[1] Pragae 6. junii 1611."

Mc., Entstehung, Fasz. VI. no. 44, f. 44; Or.

Juni 7. **227.** Der Herzog von Braunschweig an Dr. Marx Gerstenberg.

„Ich befinde aus allen vmbstenden vnd discursen so viel, das es dem konige vnd seinen leutten, wie auch den Bohemen, der spannischen bottschafft, nuntio, auch den geheimen rethen durchaus zuwider ist, das der kaysser von hinnen solle verruken[2]; den von gemeinen vrsachen, als das I. M.ᵗ der orts gewonett, das der vffzugk viel difficultet geb, die verenderung I. M.ᵗ schwerlich vorkommen vnd was dergleichen ist, dessen wil ich zwar nicht melden, aber das fornembste, so sie druckett, ist dieses: dieweyl sich der keisser verlautten lasse, es sey ihm die kronung vnd alles abgetrungen vnd soltte darüber wegk zihen, so mechte ehr sich rechnen vnd kurzlich dafon zu reden: conscientia est mille testis et sibi timent de suo coreo, vnd wan der keysser solt wegkzihen, muste er zufodderst einen reuers geben etc.

Nhun seint sie hartt ahn mir gewesen, ich mochte doch zwischen I. M.ᵗ und dem konig tractiren, das sich die bruder vergleichen mochten etc.; ich habe aber zur antwort geben, das mir nihmher ohne der andern chur- und fursten ihm reich vorwissen hierin etwas zu thun nicht geburen wolle.

Nhu bleibe ich nochmals bey voriger meinung, das es I. M.ᵗ nicht zu rathen, auch nicht pro reputatione imperii, weyl man bisher I. M.ᵗ so schimplich zu tractiren sich vndernommen, das sie in loco absque ulla iurisdictione verpleiben sollte; hierneben aber habe ich nicht

---

[1] Vgl. no. 223 mit Anm 1 auf S. 525.

[2] Am 5. Juni hatte der Kaiser des Königs Resolution vom 31. Mai [der König bleibt bei seinem Bescheid auf die von Zuñiga vor der Krönung vorgelegten Punkte und erwartet darauf des Kaisers endliche Erklärung] für abschlägig, vorigen Zusagen entgegen und der kaiserlichen Autorität verkleinerlich befunden, weshalb er nicht annehmen könne, dass fernerhin etwas Erspriessliches gehandelt werden möchte. Alles beruhe nun darauf, dass der Kaiser sich sobald als möglich ins Reich begebe — wie er schon den Kurfürsten von Sachsen als Reichserzmarschall angewiesen habe, ihn nach Regensburg zu begleiten — und sich mit den Kurfürsten zu Mühlhausen wegen einer ständigen Residenz und wegen des Unterhalts vergleiche. Demnach begehre er als römischer Kaiser, dass man ihn wegen dieser Würde und wegen des Reichs gebührlich respektiere, nicht mit solcher „Importunität" in ihn dringe, ihn auch in seinem Vorhaben nicht hindere sondern ihm mit Fuhrwerk und anderem die Hand biete, ihm auch bis zur Abreise das Schloss allein gönne, Unterhalt gewähre, seinen Räten, Dienern und ganzem Hofstaat Sicherheit verschaffe und die Wachen abführe (Wolfenbüttel, Differenz zwischen Rudolf und Matthias, V., 2.; Kpt., teilweise von Braunschweigs Hand). Vgl. no. 200, S. 485, Anm. 2.

Digitized by Google

underlassen, vor mich den sachen nachzudenken, ob es nicht ein wegk, das die churfursten vor sich vorschlege gethan vnd zu solchem behuff ihre rethe geschickt vnd ihnen neben mir ihn disen sachen zu tractiren commission auffgetragen hetten; den so keme die tractatio von den churfursten vnd nicht vom keyser vnd mussten also hirdurch dise alhie die weiche seitten geben vnd mitt sich tractiren lassen, auch musten den discessum cum omnibus mobilibus verstatten vnd ich halte dafur, ehe sie den keysser mitt willen hinwegk lassen, sie dorfften ein vbriges thun. Doch wil ich himitt den andern churfursten nicht vorgreiffen; Eurem hern konnet Ihrs ihm vertrauen berichten, das mans zu Mulhausse proponirte, vnd hab ich also vngefehrlich auf gewisse puncta meinen gedancken, so Ihr hiebei [findet],[1] zu papier bracht. Ich habe dessen keine copiam behalten und konnet Ihr vor Euch den sachen auch ferner nachdenken. Vnd bleibe Euch mit gnaden gewogen. Datum Prag den 7. junii a. 1611. Juni 7.

Euer gnediger herr Heinrich Julius.

---

[1] Vorschläge des Herzogs von Braunschweig, unter welchen Bedingungen der Kaiser in Böhmen bleiben könnte: 1. Dem Kaiser bleibt das ganze Schloss und darf ohne sein Vorwissen daselbst niemand einlogiert werden. Da zwei Hofhaltungen neben einander sich nicht schicken würden, soll der König seinem älteren Bruder und Lehensherrn weichen und seine Residenz in Wien anstellen, das in der Mitte zwischen Böhmen und Ungarn liegt. Würde der König wegen der Landtage oder aus anderm Anlass sich in Prag aufhalten müssen, so sollen die kaiserlichen Räte und Diener vor den königlichen den Vorrang haben. 2. Dem Kaiser soll nicht nur im Schloss sondern auch auf dem Hradschin und in allen drei prager Städten „respectu des kaiserlichen Hoflagers“ die völlige Jurisdiktion bleiben; den Mandaten, die der Kaiser zur Sicherheit seiner Diener und seines Hoflagers publizieren würde, soll jeder gehorchen; gegen die Verbrecher [wider diese Mandate] soll dem Kaiser Bestrafung und Exekution verbleiben. 3. An den dem Kaiser zustehenden Häusern und Wohnungen im Schloss, auf dem Hradschin und auf der Kleinseite darf sich niemand vergreifen noch dieselben okkupieren. 4. Dem kaiserlichen Quartiermeister darf in seinem Amt kein Eintrag geschehen, die kaiserlichen Hofdiener dürfen aus ihren Quartieren nicht verdrängt werden. 5. Die angeschlagenen kaiserlichen Salvaguardien, Mandate und Edikte dürfen nicht abgerissen werden. 6. Niemand darf in der Nähe der kaiserlichen Residenz sich Schiessens, Trommelns, Blasens und Lärmens unterstehen; verdächtige Personen und Banditen, die sich in der Nähe herumtreiben, sollen auf Anordnung des Kaisers bestraft werden. 7. Dem Kaiser verbleibt auch die Jurisdiktion in seinem Lust-, Tier- und Fasanengarten; niemand darf darin etwas verordnen oder verändern. 8. An des Kaisers Räten und Dienern dürfen sich weder der König noch die Stände vergreifen oder sich gegen sie Arrestierung und Strafen anmassen; alle Klagen gegen sie sind auf dem ordentlichen Rechtsweg an den Kaiser oder dessen Hofmarschall oder an den Kaiserrichter u. s. w. zu bringen. Die jetzt Verhafteteten sind sogleich zu entlassen. 9. Alle Gesandten beim Kaiser stehen unter dessen Schutz und darf sich niemand an ihnen vergreifen. 10. Die Wachen im Schloss, auf dem Hradschin, beim Löwenhaus, im Garten und auf der Kleinseite sind abzuschaffen. 11. Die Regierung soll zwar dem König bleiben, aber in des Kaisers Namen geführt werden, also dass es heisst: Wir Rudolf etc. und wir Matthias im Namen obgedachten

Digitized by Google

Juni 7. Damitt es nicht auskomme, das ich autor horum articulorum sey, konnet Ihrs lassen abschreiben vnd meine handtt verbrennen.

Es ist nicht zu zweiffeln, das so wol der konig als die stende auff dem churfurstentage ihre sachen schon weys brenen vnd den keysser gar schwarz machen werden; dagegen ich gleichwol dafur haltt, das ihnen herwider hoch auffzuruken:

1. der processus violentus, das man gleich S. M.t alles mit gewallt abgenottigett, wie solchs notorium vnd offenbar; 2. mitt der cronung so inordinate absque vlla reputatione verfaren; 3. das man allen perdon geben vnd mitt jedem mittleyden gehabtt allein excepto caesare; 4. das man die rethe vnd diener eingezogen vnd auff solch vilfelttigs anhalten nicht relaxiren wollen vnd dieselbige auff I. M.t geheime vnd reichssachen hart examiniert; 5. das man inquisition angestelt contra imperatorem, papam, regem Hispaniae et principes imperii (N.B. die aussage mit dem monche);[1] 6. das sie kleger sowoll vnd richter sein wellen; 7. das rom. reich verkleinertt vnd schimplich von churvnd fursten geredett vnd allerhandtt betrolicher wortt sich verlautten lassen; 8. durchaus keine media admittiren, auch rationes gelten lassen wollen; 9. dass man den keyser so schimplich vnd starck bewachett; 10. vnangesehen der konig geschriben, zugesagtt vnd offentlich drucken lassen, das ehr als ein freindtt vnd bruder komme vnd caesarem defendiren vnd Passauische verfolgen wolle, sey doch nichts erfolgtt vnd were kein einiger ernst wider sie gebraucht; die acht hette man zwar von I. M.t extorquirt, aber nicht exequiret sondern noch geltt darzu geben, da sich doch vorhin kein geltt finden

unseres Bruders. 12. Werden für das Königreich und die inkorporierten Länder Majestätsbriefe erteilt, so sind sie in des Kaisers Namen auszufertigen, doch soll der König sie zugleich konfirmieren; würden die Länder dafür ein Donativ geben, so gebührt die Hälfte davon dem Kaiser. 13. Dem Kaiser bleibes seine Herrschaften auf Lebenszeit ungeschmälert und darf ihm in diesen, in den Tiergärten und Wildfuhren kein Eintrag geschehen; die Diener dortselbst sind dem Kaiser und dem König zu vereidigen, doch soll dem Kaiser kein ungenehmer Diener aufgedrungen werden; der Kaiser kann nach Gefallen nach diesen Herrschaften verreisen, beliebig lange dort verweilen und sich mit der Jagd ergötzen. 14. Dem Kaiser steht frei, zu Reichstagen und sonst ins Reich zu verreisen, auch seine Mobilien dahin bringen zu lassen, wozu die notwendigen Fuhren zu leisten sind, doch soll dies dem Königreich zu keiner Gefahr gereichen. 15. Dem Kaiser sind aus allen an den König abgetretenen Ländern zu seinem Unterhalt jährlich 600000 Taler und 4000 Eimer Wein zu reichen. 16. Der König und die Stände sollen wegen Böhmen den Kaiser als Lehensherrn respektieren, die Lehen empfangen und gegen die kaiserliche Würde und des Reiches Hoheit und Freiheit nichts Feindseliges vornehmen, darum sich auch in keine gefährlichen und nachteiligen Unionen begeben und überhaupt dem Reiche nichts entziehen, wozu das Königreich vermöge der Reichsmatrikel verpflichtet ist. 17. „Das der konig I. ksl. M.t wegen des verpleibens, auch do etwan I. M.t offendiret, vmb reconciliation brüderlich ersuche, die stende aber solches ebenmessig vnd umb vnderthenige verzeihung, da I. M.t ihn dem einen oder andern offendirt, bitten sollen" (Drs., a. a. O., f. 149; Or. von Braunschweigs Hand).

[1] Vgl. no. 73, S. 165, Anm. 2.

Digitized by Google

wollen, wie es I. M.t begertt hetten; 11. das man sich auff I. M.t Juni 7
reseruirte puncta so schimplich erklert, vnangesehen sich der konig erbotten, es sollen I. M.t kayser, konig und herr verpleiben; 12. das man noch anitzo I. ksl. M.t so stark bewachte vnd mitt trommlen trommetten vnd schussen viel vnlust machte; 13. das man des hertzogen zue Braunschweig L. als einen vornemen fursten des reichs mit vnzeittigen beschikungen belestigett vnd dieselbigen darumb, das sie der ksl. M.t treulich des ganzen rom. reichs hochheit zu erhaltten beygestanden, angefeindett vnd fast vnnhettiger betroung sich verlautten lassen;[1] 14 das man diejenige rethe, welche I. M.t adhibiren wollen, mit allerhandt trauwortten abzuschreken sich vnderstanden; 15. vnd in summa nichts vnderlassen mitt wortten, geberden vnd wercken, was I. ksl. M.t zu verdrus, verkleinerung vnd schimpf gereichen mogen."

Drs, l. 7387, I. Buch Kurfürstentags, f. 145; Or. eigh.

228. Der kursächsische Agent Peter Fuchs an den Kurfürsten von Sachsen. Juni 8.

. . . Graf Eitelfritz von Hohenzollern ist dieser Tage als kurkölnischer Gesandter beim Erzherzog [Albrecht] zu Mariemont gewesen. Seine Werbung wird sehr geheim gehalten, doch vermute ich aus allerlei Umständen, dass es sich um die Wahl eines neuen römischen Königs handelt. Fleckhamers[2] Sekretär Pisport sagte mir freilich, es sei wegen der strittigen lüttichischen Grenzen; aber die dem Gesandten beigegebenen Leute des Erzherzogs lassen sich verlauten, Hohenzollern sei von den drei geistlichen Kurfüsten abgefertigt, um dem Erzherzog deren Stimmen anzubieten. Der Graf hat mir übrigens in Brüssel bei meinem Besuch aus freien Stücken gestanden, er sei von seinem Herrn befehligt, mit dem Erzherzog wegen der Wahl eines römischen Königs zu reden; „I. fl. D.t wolten sich gern des königs Matthiae proces halber entschuldigen; es liesse sich aber nit wol thuen; es were die wahl eines newen königs eine schwere sache und könte under allen keinen befinden, bei dessen election nit viel grosse bedenken vorliefen; doch mueste es endlich gewaget sein." Als ich erwiderte, dass man hier sage, das Loos werde auf den hiesigen Erzherzog fallen, antwortete er: „Das weren spanische discurs; I. fl. D.t hetten lust zu rue und frieden, das bei solcher gelegenheit nit zue gewarten; er were weit abgelegen und musten derogestalt die resolutiones aus Spania ersten geholet werden, das der teutschen nation sehr beschwerlich fallen wolte. Er [Hohenzollern] were ein Teutscher; so wolte er auch, dass es bei den Teutschen bliebe." Dies sagte er so offen,

[1] Vgl. no. 221, S. 521, Anm. 3 und no. 223.

[2] Hans Jakob Fleckhamer war deutscher Geheimsekretär des Erzherzogs Albrecht; er starb vor dem 20. August 1611 (Brs., Secr. d'Allemagne, no. 96, f. 138; Or. eigh.).

Digitized by Google

Juni 8. dass ich nicht weiss, ob es zum Schein oder Ernst gemeint war. Einige glauben, es sei auf des Herzogs von Baiern Person angesehen.[1] Ich versuchte Pisport auszuholen, der mir endlich sagte: „I. fl. D.[t] wolten gern, weiln die sachen zu Prag leider so weit kommen, dass alles wol alda accomodiret werden mögte; solte aber [auf] I. [fl. D.[t]] das loess kommen, wiewol sie es itzo nit appetierten, wurden sie es doch hoffentlich nit ausschlagen.“ Gewiss ist, dass deshalb ein besonderer Kurier von Mariemont nach Spanien abgegangen ist. Datum Bruessell den 8. junii 1611.

Drs., l. 8808, 24. Buch jül. Sachen, f. 137; Or.

Juni 9. **229.** Beratung des spanischen Staatsrats.

Eingelaufen sind die Schreiben Zuñigas vom 22., 23., 25. April und 7. Mai. „Don Balthasar[2] apunta las grandes pretensiones que los Bohemios tienen de que les prometa el rey agora y se las conceda despues de coronado; que todos son tan contra la religion catolica y su autoridad que se resolvio don Balthasar a hablar al rey, significandole con mucho encarecimiento, quan gran ruina, vituperio y afrenta suya seria con decender con tales demandas; que si le quisiesen forçar a ellas, V. M.[d] le asistiria y ayudaria y el desde luego començaria a hazerlo en nombre de V. M.[d]; que el rey y sus consejeros le han prometido de estar firmes en la negativa y don Balthasar propone, que esta ayuda podria ser en caso de necessidad de lo que V. M.[d] da para la liga, pues lo puede hacer en virtud de lo tratado, pero seria menester mayor suma de dinero que la que esta ofrecida a la liga, y espera que solo este ofrecimiento ha de hazer mucho fruto. Significa don Balthasar el gran sentimiento que han hecho los embaxadores de Saxonia en favor del emp.[or] y lo que dessean y procuran componer bien el negotio, pero cree que no tendra remedio; que el archiduque Leopoldo se halla en Passau y todavia la gente de guerra depende de S. A.; que don Balthasar le ha echado en la oreja, quanto les importa acudir a V. M.[d] y venir o embiar por aca, que tiene cabe si algunos tan ruines, que le hablan en cosas de Francia.“

Der Comendador von Leon: Zuñiga ist durchweg mit grosser Klugheit vorgegangen. „En lo demas no se puede tomar resolucion fixa, siendo tantos los acidentes de alli, que no se pueden prevenir y assi se debe remitir todo a don Balthasar; pero templandole en lo del quererse valer del socorro de la liga catolica que dize, porque siendo cabeza della el duque de Baviera, de quien se tienen las sospechas que se sabe, quiza se pondrian aquellas cosas en peor estado por este

[1] Wegen der bairischen Kandidatur vgl no. 85 und no. 238.

[2] Es folgen hier die Auszüge aus den nicht mehr vorhandenen Briefen vom 23. April und 7. Mai.

Digitized by Google

camino, y seria mas acertado que don Balthasar se valiese de la negociacion con su buena maña, que no de las armas por este inconveniente y assi le parece que se le embien las cartas que pide con las datas en blanco, paraque use dellas conforme a la ocasion, dexandole correr solo en aquellas cosas; pues tan alcabo esta dellas suspendiendo la ida del conde de Oñate y no embiando otra persona, pues no es menester. Y quanto a la del emp.^{or} no ay si no esperar, pues quiza alla se accomodara mejor esto, que con lo quede aca se podia advertir y ya se vee que les estuviera mejor al rey de Ungria y a los Bohemios detenerle alli, que no dexalle suelto por las asistencias y socorro que podria hallar y las novedades, que esto causaria. Quanto al archiduque Leopoldo se podria advertir a don Balthasar que le aprueve el ponerse en manos de V. M.^{d}, pues tanto le conviene esto, pero que en todo caso escusse su venida por aca y le reduzga a que se contento con embiar alguna persona; pues desta manera podra tratar con menos trabajo y descomodidad suya lo que se le ofreciere que comunicar con V. M.^{d}. Que lo que conviene sobre todo, es embiar a don Balthasar el dinero, pues esto le dara reputacion en todo lo que tratase, paraque vaya acudiendo a lo mas preciso. Que le haze mucha lastima que el duque de Saxonia no sea catholico, teniendo tantas partes de buen principe y mostrando tanto valor y buena ley de amistad, como se vee por sus cartas y se debe desear, que dios le alumbre paraque tenga lo que le falta.“ Der Marques de Velada schliesst sich dem Vorhergehenden an, ebenso im allgemeinen der Erzbischof von Toledo. Dieser bemerkt noch: „Que es muy para consideracion que un rey de España, que por tantas causas y razones ha de ser exemplo de todos los demas del mundo (en estos tiempos y en los venideros en sus reynos y fuera dellos) se diga, que acude al hermano segundo, siendo la primera obligacion al mayor que se halla en tan miserable estado, que le persiguen y desamparan todos y se debe ir por esto con mucho tiento en ayudar al rey Matias contra el emp.^{or}, pero lo remite al muy prudente aviso de V. M.^{d}. En lo que toca al dinero, que se trata de proveer a don Balthasar, debe hablar como teologo y da se a entender que muchas necessidades passadas del imperio proceden de aver aprehendido por obligaciones propias las que no lo eran, porque aunque por rey tan gran catolico, como lo es V. M.^{d}, debe procurar la honra de Dios y de su iglesia, no por acudir a esto en partes tan distantes y agenas, se ha de llegar a terminos, que lo padezcan sus propios reynos, los quales estan tan acabados, como se vee, y si V. M.^{d} se hallara tan rico como lo pide su grandeza, viniera de buena gana, en que se proveyeran gruesas cantidades para empleallas tambien, pero padeciendose tanta necessidad a vista de tantos embaxadores y hombres publicós, se debe ir con mucha consideracion en esto y no obligarse V. M.^{d} a lo que no puede hazer; pues tiene por cosa muy escrupulosa que no se acuda en primer lugar al amparo de sus mesmos reynos, mayormente

Juni 9.

Digitized by Google

Juni 9. que las heregias de Alemania estan tan estendidas y arraygadas que consiste mas su remedio en suplicarlo a Dios que en proveer dinero; porque se persuade que si todo lo que viniere de las Indias, se aplica a esto, no bastara para escusar la eregia en aquellas partes segun el mal estado, en que alli se ha puesto lo de la religion; y si siendo cierto que el embiar mucho no ha de bastar, bueno consejo parece que lo que se avra de embiar, se convierta en reparo a las urgentes necesidades de las fuerzas y presidios que V. M.d tiene en sus reynos. Y a este proposito le ha parecido decir que muchos tuvieron por acertado que S. M.d que aya gloria no se diese a entender, que tenia obligacion de ser inquisidor general con las naciones agenas, pues sin reparar su daño se enflaquecieron tanto estos reynos, y assi el guardallos y conservallos tiene por la primera obligacion de V. M.d que le ha puesto la divina por amparo dellos, porque no succeda lo que dixo el espiritu santo en sus cantares: »vineam meam non custodibi« y lo de aca esta en aprieto y desconsuelo, aunque por la misericordia de Dios puede dar fee como inquisition general, que corre todo bien quanto a la religion catolica y espera en su misericordia que ha de ir muy adelante. Que tras aver dicho esto le parece que se provea luego a don Balthasar el dinero, que le esta ofrecido, paraque se acuda al aprieto presente y al cumplimiento de la real palabra de V. M.d y no mas agena, pero que para el gasto de adelante se considere lo que queda dicho." Der Herzog del Infantado und Spinola wie der Herzog de Albuquerque schliessen sich dem Comendador von Leon an, besonders wegen der baldigen Nachsendung des Geldes; „pero en lo de adelante se conforma como el duque del Infandato con el cardenal de Toledo; pues el aprieto de la real hazienda de V. M.d obliga a mirar mucho en ello."

Sim., Fasz. 709, f. 182.[1]

Juni 10. **230.** Landgraf Moriz von Hessen an den Administrator der Kurpfalz.

Auf das Ausschreiben zum Unionstag. An unserer persönlichen Teilnahme sind wir durch andere notwendige Obliegenheiten verhindert,

[1] Gleichzeitig gab der Staatssekretär Juan de Luna dem König ein Gutachten, das dieser am 10. Juni Zuñiga überschickte: „Hallandose las cosas de Alemaña en el estado que se vee, particularmente las del emp.or que vive por mano agena y con el recato que muestra de la vida, ay quien piense que podria conservalla con mas seguridad, si desde luego çediese el imperio y todo lo demas en el rey Mathias su hermano con liberalidad y sin reparar en ningun genero de administraçion ni derecho en el govierno, porque con esto sacara el emp.or mejores condiçiones para su descanso y estara mas quieto, quanto le bieren mas desnudo de negoçios y del govierno, y que aviendo dado todo lo que tiene, no tiene mas que dar ni ay que esperar del por su falta, y si esto no se haze se considera que nunca le dexaran hasta quitarle todo lo que possee con gran peligro de su vida por assegurarse del. Y si se hiziese esta çesion del imperio en el rey Mathias como que da dicho, al mismo tiempo se podria encaminar lo de rey de Romanos para el infante don Carlos y seria su propia sazon" (Sim., Fasz. 2452, f. 377; Kopie).

Digitized by Google

unsere geheimen zur Union qualifizierten Räte aber haben wir in anderen Sachen ausgeschickt, so dass wir fast keinen zur Hand haben, der für diese Schickung zu gebrauchen wäre. Wir geben dabei auch E. L. zu bedenken, ob es nicht besser wäre, sich fürderlichst des „consilii generalis“[1] mit einander zu vergleichen und durch dieses mit geringerer Ungelegenheit alle Vorfälle beraten zu lassen „als dass es mit demselben consilio in ferner stecken geriete“ und jedesmal kostspielige Versammlungen angestellt werden müssten, die von manchen Ständen, wie es sich beim nähern schweinfurter Tage gezeigt hat, selten besucht oder beschickt werden. Wir besorgen, dass es auch diesmal so gehen und der eine und andere sich entschuldigen oder ausbleiben wird und bitten daher unser Fernbleiben zu entschuldigen. Sobald E. L. gewisse Nachricht haben, wer von den Fürsten erscheint, und Sie uns dies eiligst mitteilen, wollen wir sehen, ob wir noch jemanden zur Schickung aufbringen können. Datum Cassell am 31. maii a. 1611. — Praes. Heidelberg 11. junii a. 1611. Juni 10.

Mb., 119/1, f. 324; Or.[2]

---

[1] Gemeint ist das zu Schweinfurt vorgeschlagene consilium politicum; vgl. no. 100, S. 221 f. und no. 113, S. 278.

[2] Tags zuvor, am $\frac{\text{30. Mai}}{\text{9. Juni}}$, hatte der Markgraf von Baden dem Administrator geschrieben: Er halte eine persönliche Zusammenkunft der Unierten zwar für sehr nötig, zweifle aber, ob bei der Kürze der Zeit alle Bundesstände, besonders Kurbrandenburg zur Stelle sein und ob die Städte vor Abhörung der Rechnungen sich zu einem Unionstag verstehen werden; würden aber die Prinzipale nicht selbst erscheinen und die Sache wieder nur an die Räte kommen, so würde der neue Unionstag mit noch geringerem Nutzen abgehen; wenn möglich werde daher er, Markgraf, persönlich erscheinen (Mb., 119/1, f. 273; Or.). — Am 8./18. Juni zeigte der Herzog von Württemberg dem Markgrafen von Baden an, dass Ansbach, Culmbach und Anhalt ihr persönliches Erscheinen zugesagt hätten; daher wolle auch er kommen (Stg., Unionsacta, tom. X., f. 90; Kpt.). — Am 9./19. Juni riet der Herzog von Württemberg dem Administrator, man möge den Unionstag auch ohne Kurbrandenburg abhalten; vier Tage später mahnte der Herzog nochmals: er sehe nicht ein, warum man auf den Kurfürsten Rücksicht nehme; man möge den Unionstag fortgehen lassen und dadurch das Mistrauen unter den Ständen beheben (Mb., 119/1, f. 333; Or.). — Fürst Christian von Anhalt hatte sein persönliches Erscheinen von dem Erscheinen der anderen Fürsten abhängig gemacht und gebeten, falls der Administrator nicht selbst an dem Unionstag teilnehmen würde, ihn mit der Stellvertretung zu verschonen, da ihm alles „odiose“ ausgelegt werde (Anhalt an den Administrator am 7./17. Juni; Mb., 119/1, f. 305; Or.). — Der Administrator selbst war am 2./12. Juni noch zweifelhaft, ob er beim Unionstag persönlich erscheinen solle und trieb Fürst Christian von Anhalt an, sich alsbald in Heidelberg einzustellen, um wegen des persönlichen Besuchs des Unionstags zu beraten, da zu besorgen sei, dass sich auch Neuburg dabei einstellen werde (Bbg., A 9a, no. 123, f. 129; Or.). Als die Nachricht sich verbreitete, dass auch Fürst Christian von Rotenburg wegbleiben werde, nahmen sowol Württemberg wie Baden ihre Zusagen persönlichen Erscheinens zurück, da beim Wegbleiben des Fürsten Christian doch nichts nützliches ausgerichtet werden könnte und es ihnen „unreputierlich“ erscheine, sich persönlich einzustellen, wenn nicht eine fürstliche Person das Direktorium führe (Buwinckhausen an den Markgrafen von Ansbach am 11./21. Juni; Be., Rep. 88, Unionsacta, tom. XXII., f. 67; Or. eigh. und Baden an den Administrator am 12./22. Juni; Mb., 119/1,

Digitized by Google

Juni 11.

231. Zuñiga an König Philipp III.

Jacques Bruneau fand auf seiner Reise bei den verschiedenen Fürsten[1] „poca inclinacion a las cosas del rey Matias, con que de su parte se procurase la gracia del emp^or con medios suabes y decentes a la autoridad ces.^a, y havia dado desto al rey y procurado de le persuadir, que se ajustase con esta voluntad, que se conoce en los principes del imperio representandole las razones, que para ello avia de su propia combeniencia y estobo y siempre continuando; pero de parte del rey se dan tan poca manera a encaminar esta negociacion que el embaxador de Maguncia me dijo que los tres electores ecclesiasticos y Sajonia estavan muy inclinados a la persona del archiduque Alberto,[2] y el dicho embaxador y el de Sajonia, estando borrachos en un banquete he savido, que dijeron lo mismo con harta publicitad y hizo me pregunta el de Maguncia sobre, si en caso que no se pudiese salir con Matias, si resciviria disgusto V. M.^d, de que se hiziesse Alberto? Yo le dije, quanto entrañablemente amava V. M.^d al archiduque y a la s.^ora infanta como a tales hermanos, pero que juzgava V. M.^d que a la religion y al imperio y a toda la casa y al mismo s.^or archiduque Alberto le combenia mas la elecion del rey de Ungria y que assi y insistiria en ello muy en primer lugar. Siempre el archiduque me escrive mostrando que su fin es que la election cayga en la persona del rey; pero todavia dudo, si entre el y Maguncia pasa alguna correspondencia y si es, figuro que sera con modestia para en caso que no pudiese salir Matias. Esta platica de que podria tener gran negocio Alberto, a començado a berterse por esta corte y a recelarse della los del rey y a fomentarla los del imperio y a lo que entiendo con orden suya, que siempre ha hecho profesion S. M.^d ces.^a de meter cicaña entre los de su casa. Han buelto esta coyuntura dos embaxadores[3] que el rey embio los dias pasados a los electores y el que fue a los ecclesiasticos; he savido que ha dicho a los del rey, que V. M.^d tiene mucha mas parte con los del imperio de lo que pensava, y que de su parte se hazen platicas por el archiduque Alberto; y aunque esto es tan falso, me da cuidado, porque si viniesse a salir S. A. por rey de Romanos, no habria desengañar al rey de Ungria y

f. 326; Or.). — Erst am 4. Juli traf die sehnsüchtig erwartete Antwort Kurbrandenburgs vom 12./22. Juni auf das Ausschreiben in Heidelberg ein: der Kurfürst erklärte, wegen des Kurfürstentags und wegen des bevorstehenden warschauer Reichstags weder selbst kommen noch Gesandte schicken zu können (Mb. 119/1, f 346; Or.); doch hatte der Administrator schon am 11./21. Juni den Rotenburgern mitgeteilt, dass der Unionstag verschoben werden müsse (Mb. 119/1, f. 322; Kptkopie). Christian von Anhalt misbilligte in einem Schreiben vom 12./22. Juni an den Markgrafen von Ansbach scharf diese Verschiebung: er sei über die Suspension des Unionstages ebenso erstaunt, wie er es früher wegen dessen Ueberstürzung gewesen sei (Be., Rep. 88, Unionsakten, tom. LX., f. 135; Or. eigh.).

[1] Vgl. no. 207, S. 496, Anm. 1.

[2] Vgl. no. 201, no. 216, no. 224 und no. 228.

[3] Vgl. no. 144 und no. 222 mit Anm. 1 auf S. 523.

Digitized by Google

. los suyos, de que a sido esto mediante el favor de V. M.[d], pero en Juni 11.
asos semejantes no veo otro remedio que proceder con verdad y
ontinuacion en la observancia de lo que se promete sin curarse
nucho de las calunias que se oponen." Ich habe geglaubt, diese
vichtigen Neuigkeiten E. M.[t] so ausführlich mitteilen zu müssen,
venn ich auch eine bisher noch völlig genügende Instruktion habe.[1]
Praga 11. junio 1611.

Sim., Fasz. 2497, f. 53; Or.[2]

232. Die neuburgischen Räte Hugolt Beer und Dr. Silbermann an Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg. Juni 11.

Der König Matthias hat durch Dekret dem spanischen Botschafter die Reassumtion der Handlung mit dem Kaiser aufgetragen, dieser aber hat sich zu fernerer Handlung nicht verstehen wollen.[3] Dem Herzog von Braunschweig ist dagegen am $\frac{\text{27. Mai}}{\text{6. Juni}}$ von Losenstein und Hofkirchen namens des Königs an die Hand gegeben worden, er könne sich

[1] Gleichzeitig schreibt Zuñiga an Erzherzog Maximilian: Wegen der Wichtigkeit des mühlhauser Tages wäre es gut, wenn der Erzherzog das „benachbarte" Mergentheim aufsuchen würde „y de alli llegarse a Milhausen, a verse con aquellos principes para hazer grandes officios con ellos, a fin que tengan muy en Su gracia y amistad al rey de Hungria y que por Su medio le introduzgan en la del emperador, de lo qual depende el bien universal de todo el imperio y de la Christiandad. En esta occasion y por ser de la calidad que es el negocio, me atrevo a representarle a V. A. muy seguro de que el rey, mi s.or, recivira dello particular contentamiento y lo estimara en estremo grado" (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom Juni 1611, no. 26: Or.).

[2] Am 17. Juni berichtet Zuñiga weiter, dass er seitdem eine Depesche des Erzherzogs Albrecht erhalten habe, worin ihm die Unterredung Vischeres mit Kurköln zu Lüttich wegen der Wahl des Matthias (no. 201) mitgeteilt worden sei. Der Erzherzog lege zwar auf diese Aeusserungen des Kurfürsten keinen Wert, habe aber Zuñiga zu erwägen gegeben, ob man davon dem König Matthias Mitteilung machen solle. Er habe darauf dem Erzherzog erwidert: „Yo estoy de muy diferente opinion en esta parte y entiendo que quando dixo el elector aquellas razones las entendia assi el elector; pero el dar quenta dellas al rey no se, si seria acertado especialmente que en el capitulo del sumario que embio Fijer, que trata deste punto dize con particularidad que se le declara el elector en mucho confiança. Yo tengo por muy çierto que S. A. procede con gran sinçeridad con el rey de Ungria y que tiene por çertissimo que a la religion y a la casa y a su mesma serenissima persona le esta mejor que la dignidad de rey de Romanos cayga en el rey Mathias, respecto del señorio que possee destos reynos y provinçias de aca, y que assi yra captando la venebolençia a los electores prinçipes del imperio, con quien S. A. tiene correspondençia y hecho todas las diligençias que pudiere para la promoçion del rey de Ungria, de que sera açertado darle quenta y este modo de proçeder y esta modestia, aun en caso que tuviera designo para su mesma persona, le metiera quiza en el puerto de su pretension" (Sim., a. a. O., f. 2; Kopie).

[3] Vgl. no. 223 mit Anm. 1 auf S. 525.

Digitized by Google

Juni 11. um Kaiser und König verdient machen, wenn er den Vergleich zwischen ihnen unternehme; aber der Herzog lehnte dies mit Hinweis auf die kaiserliche Resolution und die Abreise der mainzischen und sächsischen Gesandten ab[1]. Der kurkölnische Gesandte, der vorgestern hier ankam,[2] ist ebenso wie der mainzische und sächsische instruiert, beim König und bei den böhmischen Ständen sich zu interponieren, damit des Kaisers Hoheit nicht verletzt werde; da er aber befand, dass es zu allem zu spät sei, beschränkte er sich darauf, dem Kaiser seines Herrn Dienste zu vermelden. — Der Kaiser lässt noch immer einpacken und beharrt bei seinem Entschluss, sich von hier wegzubegeben, sobald der Kurfürsten Gutachten eingelaufen sind. Der König wohnt noch bei Popel und ist noch nicht zu Rosenberg gezogen. Zur Oktave von Fronleichnam hat er an der Prozession auf der Burg teilgenommen und kommuniziert. Heute oder Montag sollen die böhmischen Landesämter wieder besetzt, sodann die Räte der prager Städte erneuert werden.[3]

Der Sekretär der böhmischen Landeskanzlei Hans Müllem, berichtet, dass die böhmischen Stände drei Konfoederationen machen wollen: die erste, die Hauskonfoederation, soll zwischen Böhmen, Mähren, Schlesien und den Lausitzen aufgerichtet werden, so dass diese Länder zur Defension stets 15000 Mann geworbenes Volk beisammen hätten; die zweite soll zwischen diesen Ländern und Ungarn und Oesterreich aufgerichtet werden, wobei jeder Teil, falls Erzherzog Leopold etwas tentierte, 2500 Mann an der Grenze unterhalten soll; die dritte soll mit den mit der Krone Böhmen erbvereinigten kurfürstlichen und fürstlichen Häusern gemacht werden; diese sollen eingeladen werden, zur Vergleichung der Bestimmungen ihre Gesandten zum nächsten Landtag zu schicken. Von den Kurfürsten und Fürsten hat noch niemand dem König gratuliert, ausser was Brömser privatim getan hat. Datum Prag den 1. junii 1611.

---

[1] Vgl. no. 227.

[2] Jobst von Landsberg; vgl. no. 159, S. 393, Anm. 1. Der Agent Eberhard Rahme berichtet am 2./12. Juni aus Prag an den Markgrafen von Culmbach, dass der Kaiser zum kurkölnischen Gesandten, der an diesem Tag Audienz hatte, geäussert habe: „Dass ich alhie als ein schatten an der wand sein solte, das will mir als einem römischen kaiser nit gebüren“ (De., A 9a, Ic, no. 8; Kopie).

[3] Wegen der Besetzung der obersten Landesämter vgl. das Gutachten der königlichen geheimen Räte vom 4. Juni, gedruckt (mit irrigem Datum: 4. Juli) bei Hammer-Purgstall, Khlesls Leben, II., Urkunden-Sammlung, no. 324). Wilhelm Bodenius berichtet darüber am 11. Juni an Herzog Maximilian von Baiern: Die Stände dringen stark auf Besetzung der Aemter, vor allem aber darauf, dass Slawata und Smeczansky ihrer Aemter entsetzt werden; da der Oberstburggraf Sternberg selbst seine Entlassung begehrt, so wird ausser dem obersten Landrichter Wallenstein fast kein Katholischer unter den obersten Landoffizieren sein, was den König sehr perplex macht (Mc., Entstehung, Fasz. III., no. 26, f. 98; Or. eigh.).

Digitized by Google

Erste Nachschrift: Favonius[1] hat uns gestern berichtet, dass der Kaiser vorgestern dem Landgrafen von Leuchtenberg habe sagen lassen, er verzichte auf dessen Dienste. Zuniga soll dies hart empfunden haben und besorgen, dass es Mollart, „der auch ihres fermenti", gleichmässig ergehen werde; Leuchtenberg wird bald abreisen. Inzwischen dirigiert Braunschweig die Consilia[2], befiehlt Hertel und andern zu expedieren und soll beabsichtigen, eine Reformation unter den kaiserlichen Dienern vorzunehmen und die überflüssigen ganz abzuschaffen. Der Kaiser vertraut sich dem Herzog ganz an. — Khlesl war dieser Tage bei dem verhafteten Hannewald und hat ihn abermals examiniert, sich auch erboten, weil er noch mehr befragt werden müsse, die Verhörs-Artikel selber zu machen[3]; Hannewald wird diese Affektion schwerlich sehr rühmen. Datum ut in literis. Juni 11.

Zweite Nachschrift: Der Herzog von Braunschweig hat uns am 28. Mai / 7. Juni mitgeteilt: es habe der König vom Kaiser begehrt, alle Lehensleute des Königreichs ihrer Pflicht zu erlassen, damit sie vom König in dessen Pflicht genommen werden könnten; der Kaiser habe sich aber darauf nicht erklärt. Der Herzog begehrte von uns, dass wir E. fl. Gn. schreiben, auf eine Aufforderung des Königs zur Lehensempfängnis nicht zu „komparieren", wie auch von Kursachsen geschehen werde. E. fl. Gn. können sich u. E. wol entschuldigen. Datum ut in literis.

Dritte Nachschrift: Wegen der Achtsexekution gegen die Stadt Braunschweig[4] hätten wir gern bei den braunschweigischen Räten Erinnerung getan; der Herzog hat aber keine Räte bei sich und macht alles selber; er wird sich auch von der Exekution nicht abhalten lassen, es würde denn auf dem Kurfürstentag ein anderes gehandelt werden. Datum ut in literis.

Me., Neuburger Archiv, Jülich-Berg, Fasz. 24,6m; — Kpt. von Beer.

---

[1] Unter diesem Decknamen birgt sich der von Neuburg bestochene kaiserliche Kammerdiener Martin Hastal.

[2] Schon am 30. Mai berichtet Bodenius über Differenzen zwischen Braunschweig und Leuchtenberg: ersterer liess dem kaiserlichen Kontrolor ein Verzeichnis des kaiserlichen Hofstaats abverlangen, das der Kontrolor ohne Vorwissen Leuchtenbergs, des Obersthofmeisters, zu geben sich weigerte; dieser aber zeigte sich über die Sache sehr empfindlich (Mc., a. a. O., f. 96; Or. eigh.). Am 4. Juni schreibt derselbe Bodenius, der Herzog masse sich fast das Obersthofmeisteramt an (Ma., 378/87, f. 18; Or eigh.), und am 11. (vgl. oben Anm. 3 auf S. 542), dass die Eifersucht zwischen Braunschweig und Leuchtenberg immer mehr wachse; auch ein Ungenannter berichtet am 6. Juni aus Prag: der Kaiser wolle dem Herzog das Direktorium des ganzen Hofes übergeben und habe von ihm schon ein Gutachten zu dessen Reformation begehrt (Ma., 111/11; — Kopie; vgl auch no. 223, S. 525, Anm. 1).

[3] Vgl. no. 222, S. 523, Anm. 1).

[4] Vgl. deshalb Häberlin-Senckenberg, Neuere teutsche Reichsgeschichte, XXII., 429 f., XXIII., 416 f.

Digitized by Google

Juni 12. **233. König Matthias an Erzherzog Maximilian.**

Ich hatte gehofft, der Kaiser werde nach der Krönung die Verhandlungen wieder aufnehmen, wie er durch Zuñiga mich hatte erinnern lassen; aber bisher ist nichts erfolgt als beiliegender Bescheid.[1] Obwol ich diesen Bescheid, dessen Autor der Herzog von Braunschweig ist, nicht annehmen sondern die angefangene Verhandlung fortsetzen wollte, so hat doch der Kaiser auf seiner letzten Resolution desto mehr zu beharren Gelegenheit gesucht und mich erst heute wieder bescheiden lassen, dass ich ihm Bedingungen vorschlagen solle, wie ich ihm genug zu tun vermeine, zweifelsohne, weil er weiss, „dass ich bei würklicher possession des konigreichs Böhaimbs so verworfner condition nicht sein, also was bisher gehandlet, ungewiss und verdächtig machen, bei allen chur- und fürsten im reich, wie auch meinen konigreichen und landen die authoritet verlieren sondern vilmehr auf das sehen wurde, was I. M.t im böhmischen landtag proponiert, sie darüber mit mir handlen und ich dieselb beantworten lassen. Do nun I. M.t solches nicht gefellig, [sollen sie] mir andere conditiones, allermassen sie zuvor gethan, fürschlagen. Weils aber nicht geschiecht noch geschehen will, mues ich mich cathegorice dise tag gegen I. M.t erclären und auf ein richtige strassen begeben, damit ich und meine königreich künftig zu geniegen versichert sein mechten."

Der Herzog von Braunschweig hat den Kaiser auch dazu vermocht, dass er die Calvinisten an sich zieht und Landgraf Moriz von Hessen und den Administrator von Magdeburg als Kommissarien zum Kurfürstentag bestimmen will.[2] „Nun ist mir berürter landgraf von Hessen wie auch Haidlberg, Brandenburg, Württenberg, Baaden, Christian von Anhalt und andere protestierende fürsten, welche mir auch von aigner hand geschriben und vil guetes, auch würklicher assistenz aus denselben gegen meinen commissarien vertröstet und anerboten haben,[3] vertreulich bekannt, daher ich mir aus inen ain oder mehr zu erhalten wol getrauet, do ich nicht hohe und sonderbare bedenken, in denen ich nicht volgen wolte, was andere unrechts thuen." Ich bitte daher um E. L. brüderlichen Rat und Hilfe. — Meine Räte gehen einhellig auf E. L. Person, wenn ich Sie zu persönlichem Besuch des Kurfürstentags aus vielen erheblichen Ursachen und dass ebenso Karl V. und Ferdinand einander beigestanden, bewegen könnte; E. L. sind der nächste an mich, haben grosses Ansehen im Reich und könnte ich E. L. gute, völlig unterrichtete Leute zuordnen. Doch bevor ich nicht Dero Inklination kenne, will ich Derselben nichts zumuten, aber mich wenigstens

---

[1] Vgl no. 227, S. 532, Anm. 2
[2] Vgl. no. 215, S. 509, Anm. 1.
[3] Vgl. no. 166 mit Anm. 3 auf S. 406 und no. 217.

Digitized by Google

Dero Rates bedienen. Erbieten E. L. sich zu mehr, so bin ich Derselben desto mehr verbunden. Praag den 12. junii a. 1611. Juni 12.

Ib., Ambraser Akten, Missiven vom Juli 1611, no. 24; Or.[1]

234. Melchior Khlesl an den Kurfürsten von Mainz. Juni 12.

Vorzeiger dieses, E. kfl. Gn. treuer Diener,[2] wird von König Matthias zu Derselben abgesandt, um Sie seines, des Königs, aufrechten deutschen Gemütes zu versichern. Bei dieser Gelegenheit will ich die Verantwortung nachholen, die ich in meinem letzten Schreiben[3] vergessen habe, da E. kfl. Gn. gegen Teufel gerügt hatten, als hätte ich Dero Gesandten Brömser allhier keine Ehre erzeigt. Ich nehme Gott zum Zeugen, dass ich ihn mit keinem Auge gesehen habe, bevor er sich vom König verabschiedete, wobei ich ihn alsogleich ansprach und empfieng; „dann wie ich mich seiner person von E. chfl. Gn. wegen zu Wien erfreuet, ine nach müglichkeit tractiert, auch mein herz ohne allen vorbehalt ihme eröffnet, also hette ich alhie zu thuen nicht unterlassen, unangesehen seines spargierten schriftlichen discurs [fehlt], in welchem meiner als eines catholischen bischovens ungleich gedacht wird". Das hätte mich aber wegen des schuldigen Respekts gegen E. kfl. Gn. gar nicht abgehalten, Brömser zu ehren; denn ich weiss wol, dass wir alle Menschen und Leidenschaften mehr als gebührlich unterworfen sind. Mich hindern solche Unvollkommenheiten nicht, wenn ich der Religion und gemeinem Wesen nützen kann, denn dies sind Publica, jenes Privata. Ich will darauf sterben, dass man zwischen dem Kaiser und dem König wol alles hätte beilegen können, wenn man sich so eifrig wie E. L. darum angenommen hätte; künftig wird es nur mit Schaden unserer Religion und mit neuen und beschwerlichen Verbindungen der Königreiche und Länder zu höchstem Praejudiz und Nachteil des Hauses Oesterreich wegen des Aufschubs und der täglichen Verbitterung geschehen können. Obwol nun der König, der bisher in Religionssachen nichts vergeben, die Geistlichen und Katholischen geschützt und sie, wo sie geängstigt werden, „liberirt" hat, sehr ungern zu den „desperatis terminis" gelangen wird und sich als jüngerer Bruder gern dem Kaiser akkomodiert hätte, so will doch allda nichts verfangen, „wo man ad partem sich bösen consiliis incliniert", wie E. kfl. Gn. zuvor

[1] Der Erzherzog antwortete am 20. Juni mit einem abschlägigen Bescheid und mit dem Versprechen eines Gesamtschreibens an die Kurfürsten zu Gunsten des Königs; zugleich machte der Erzherzog den König auf die gegen ihn gerichteten Umtriebe im Reich aufmerksam. Der König liess es bei dieser Antwort bewenden und erwog fernerhin, den Bischof von Speier zur Beschwichtigung von Kurmainz zu gewinnen (Matthias an Maximilian am 29. Juni; Ib., a. a. O., no. 26; Or.).

[2] Dr. Johann Martin Rebmann. Dessen Instruktion und Beglaubigung ist vom 7. Juni datiert (Wi., I A 1, Ka. 2990; Kpt.); wegen seiner Werbung vgl. unten no. 241.

[3] No. 222.

Digitized by Google

Juni 12 schon gesehen haben. Ich besorge, dass schliesslich die Geduld reissen und daraus nichts Gutes entstehen wird. Mit meinem Rat soll es aber nicht geschehen und lieber will ich sterben als meinen Stand und Gewissen diesen Spott antun. Ich bin aber hier allein geistlich, mir stehen gegenüber die Ausschüsse und Stände aller Erbkönigreiche und Länder, die ich, zumal ich ihnen ohnehin schon wegen der Religion verdächtig bin, nicht werde zurückhalten können. — Ich stelle dies alles E. kfl. Gn. deutsch und ehrlich vor Augen und bitte Sie um Gottes willen, mit Eifer dazu zu tun, dass es zu keinen Weitläufigkeiten kommt. Datum Praag den 12. junii a. 1611. — Praes. Aschaffenburg 18. junii 1611.

Wmz., Reichstagsakten, Bd 103c, no. 178; Or.[1]

Juni 13. **235. Instruktion des Markgrafen von Ansbach für dessen Obersten und geheimen Rat Philipp Fuchs von Bimbach zur Schickung an den Markgrafen von Baden.**

Der Markgraf wird die beim letzten Unionstag von den „korrespondierenden" Städten eingebrachten Gravamina[2] erhalten und daraus ersehen haben, „mit was ungleichen, mistreulichen und unbeschuldten clagen und zumassungen" wir und unsere mitunierten Kurfürsten und Fürsten einzeln und insgemein von den Städten angesprochen werden. Diese Beschwerden kommen uns umso verdächtiger vor und sehen einem „gesuchten Zunötigen" umso mehr ähnlich als man weder in Werken noch in Worten die gebührende Moderation finden will, so dass wir völlig dafür halten, es sei alles zu einem andern Intent auf die Bahn gebracht worden. Da wir aber diese schweren Anschuldigungen nicht unbeantwortet lassen können und zu vermuten ist, dass bei bevorstehender Tagung die Städte sich ebenso wenig wie in Schweinfurt zur Haupthandlung verstehen werden, bevor ihre Gravamina abgelehnt oder remediert sind, wir auch vermeinen, dass die sechs ersten Punkte der Beschwerdeschrift hauptsächlich auf uns und den Markgrafen gehen, so halten wir für nötig, uns mit S. L. deshalb zu verständigen, wie wir diese unbilligen Auflagen abtun und den Städten zu verstehen geben könnten, dass ihr Verdacht ganz ungleich sei. Am besten scheint uns, jedem Punkt ein-

[1] Kurmainz antwortete darauf am 19. Juni: Khlesl werden seine Bemühungen um die Versöhnung der Brüder bei männiglich Ruhm und Ehre eintragen; was bei Teufels Anwesenheit vorgegangen sei, „das ist anderer gestalt nit als zeitungsweiss, wie uns derozeit aus andern orten eingelangt, beschehen und haben Dieselbe sich zu uns einiger ongleichen affection durchauss nit zu versehen"; er, Kurfürst, zweifle nicht, dass Khlesl bei diesem weitaussehenden Werk gute Dienste leisten und Weiterungen zwischen so hohen Häuptern der Christenheit werde verhüten helfen (Wmz. a. a. O, no. 189; Kpt.).

[2] No. 107.

Digitized by Google

beiderseits verglichene Defension entgegenzusetzen, deren Entwurf hier folgt: Juni 13.

1. Man beschuldigt uns beide, ohne Vorwissen der Mitunierten, besonders ohne Verwilligung Strassburgs ins Elsass eingefallen zu sein. — Wir haben aber hierin mit Gutachten des Kurfürsten von der Pfalz, der deswegen den Grafen Johann von Nassau zu uns abgefertigt hatte, gehandelt und haben nicht gezweifelt, der Kurfürst werde den andern Ständen davon Mitteilung gemacht haben. Uebrigens ist es weder herkömmlich noch ratsam, so wichtige Unternehmungen, deren Erfolg auf Verschwiegenheit und rascher Exekution beruht, vorher kundbar zu machen, besonders wenn bis zur Ausführung noch geraume Zeit vergehen und ein weiter Weg zurückgelegt werden muss; zudem haben wir den Strassburgern eine gute Zeit, bevor wir deren Territorium berührten, unsern Anzug angezeigt. Die Belagerung einiger Orte des Feindes musste geschehen, um das Gesindel von dort zu entfernen; hatten doch vorher die Strassburger selbst sich beschwert, dass der erste Einfall ins Elsass zu nichts mehr geholfen habe als dass die Zaberner sich etwas zurückzogen, hernach aber die vorigen Plätze wieder einnahmen und ärger hausten denn je. Dass auch der zweite Anschlag nicht den erwünschten Erfolg hatte, ist dem zuzuschreiben, dass die Städte sich wegen des Zugs nicht endgiltig resolvieren wollten und dass es an Proviant fehlte, dessenwegen wir mehr abschlägige Antworten als Zusagen erhielten; auch Munition, Geschütz und sonstiges Zubehör war zur Fortsetzung des Anschlags nicht genügend vorhanden und haben ausser Pfalz und Baden die andern Stände mit der Lieferung sich säumig erwiesen. Dass der Stadt Strassburg bei dieser Expedition grosses Ungemach zugefügt worden wäre, davon wissen wir nichts, glauben vielmehr, dass ihre Bürger davon ansehnlichen Nutzen hatten, da sie das meiste Geld in ihre Stadt bekamen. Ihre Leute und Untertanen sind nach Möglichkeit verschont worden und, wenn man schon bei ihnen Quartier nehmen musste, so warnte man sie doch zuvor, ihr Bestes zu flüchten. So lang der Proviant reichte, wurde die Last des Kriegs wenig empfunden; dann aber schlug man uns alle Viktualien mit bedrohlichen, für hohe Standespersonen ungewöhnlichen Schreiben ab, verbreitete sogar diese abschlägigen Antworten und schuf dem Feind dadurch Vorteil. Was man aber an Proviant erhielt, war ungenügend und nicht zu rechter Zeit geliefert, so dass wir unsern Leuten oft durch die Finger sehen mussten. Wenn man sich dann einmal aus Not den Proviant anderwärts holen musste, so geschah es doch aus den Dörfern der Feinde, die Flur der Strassburger wurde durch Salvaguardien und stetige Streifen geschützt; Personen, die sich dagegen vergiengen, wurden zum abschreckenden Exempel justifiziert. Der gelieferte Proviant wurde zuweilen auch nicht in die rechten Quartiere geschafft, blieb liegen, verdarb oder wurde zurückgebracht. — Wegen der Abdankungsplätze und Einlagerungen haben wir beide Markgrafen uns am meisten zu beschweren, da man uns solche im fremden Gebiete nie gestattete, so dass wir unsere Truppen zur Erhaltung der Reputation der Union auf unsere eigenen

Digitized by Google

Juni 13. Untertanen legen mussten, wie wir denn auch hoffen, man werde uns die dadurch unnötig verursachten Unkosten ersetzen. Eine ungereimte Zunötigung ist auch der Vorwurf, wir hätten schwere Seuchen ins Land gebracht, da doch solche in Gottes Hand liegen und wir solchen Heimsuchungen ebenso wie andere Menschen unterworfen sind. Endlich sagt man gar noch, dass dieser Kriegszug ins Elsass den Unierten Gefahren und Nachteile gebracht habe, während wir doch dies alles zum Schutz des Vaterlandes, besonders aber zur Sicherung der Stadt Strassburg mit Darsetzung unseres eigenen Leibes getan haben, so dass wir wol mehr Dank erwarten durften. Wir geben auch zu bedenken, ob die Stadt Strassburg sich gegen einen Angriff des elsässer Volkes in so kurzer Zeit hätte gefasst machen können und was für Konsequenzen zur Beschwer des ganzen Reiches daraus gefolgt wären, wenn Strassburg überwältigt worden wäre. Die Nachwelt wird über unsere Absichten hoffentlich ein anderes Urteil fällen. 2. Uns wird ferner vorgeworfen, die Disziplin sei so lax gewesen, dass kein unierter Stand im Notfall sich unserer Hilfe zu getrösten gehabt hätte. Wo der nötige Proviant geliefert wurde, gab es keine Klagen; bei Mangel an Geld und anderm hat man aber den armen Soldaten zuweilen etwas zulassen müssen; der Krieg kann nicht ohne Disziplin geführt, diese aber nicht ohne Geld und Vorräte erhalten werden; ein hungriger Bauch hat „sehr dicke und übelhörende Ohren.“ 3. Zur Vermeidung von Meuterei musste man zum Geld der Union greifen. Auch uns war unlieb, dass die Musterung keinen Fortgang nahm; wir haben sie nie verhindert, wenn nur Musterkommissarien abgeordnet worden wären. Wir haben auch, obwol es nicht unseres Amtes war, den Proviant vom Sold abziehen lassen, wie die Rechnungen zeigen. Den Tross konnte man nicht abschaffen, weil bis zuletzt ungewiss war, ob das Lager des Kriegsvolks kontinuiert oder das Volk abgedankt werden solle. Dass aus der Einlagerung eine Teurung in den Landen der Unierten entstanden sein soll, befremdet uns zu hören, da das Volk doch nicht so zahlreich war; übrigens wäre die Abhilfe leicht gewesen, wenn man die Einlagerung in katholische Dörfer zugelassen hätte. 4. Wir sollen auch neue Werbungen ohne Vorwissen der Städte angestellt haben. Diese Werbungen hatten aber ihre besondern Ursachen, um dem Feind Abbruch zu tun und uns zu stärken, die Intentionen des Gegners kennen zu lernen und die nächstgesessenen Unierten desto besser zu sichern. Der schnelle Entschluss konnte nach Lage der Sache nicht sogleich allen Ständen mitgeteilt werden, sonst hätten der Graf [Mansfeld] und sein Kriegsvolk in grosse Gefahr kommen können. Diese Sache ist eine Partikularsache, die dem General vorbehalten bleiben muss, wie die Hauptsache wieder vom ganzen Corpus zu beraten und zu beschliessen ist. Die Städte zahlen dazu auch nicht mehr als ihre Quote. 5. Die Antizipationen sind nur in Ansehung der grossen Gefahr begehrt worden, um Meuterei des unbezahlten Volks oder bei den notwendigen Einlagerungen allerlei Unheil zu vermeiden. 6. Die Städte haben wenig

Digitized by Google

Grund sich zu beschweren, dass sie gezwungen worden seien, über ihre Quote Geld herzugeben; denn sie haben dafür die im heidelberger Abschied bedungene Assekuration von uns richtig empfangen und sind auch wegen der Verzinsung versichert worden. Wenn ein Stand dabei säumig ist, haben nicht wir es zu verantworten. Wir haben eben nur zwei Mittel zur Kontentierung des Kriegsvolks gehabt: Bezahlung und Abdankung oder Einlagerung. Juni 13.

Wessen sich der Markgraf über die vorstehenden Punkte resolvieren wird, das soll Fuchs zu Papier bringen, damit man es zu Rotenburg den Städten übergeben kann. Geben zu Anspach den 3. junii a. 1611

Be., Rep. 88, Unionsacta tom. XXII., f. 49; Or.[1]

236. Protokoll einer Beratung im pfalz-neuburgischen Rat wegen der Herstellung des Vertrauens im Reich. Juni 15.

5. junii 1611.

Es wird verlesen, was man bisher mit Baiern und Württemberg wegen Wiederherstellung des Vertrauens im Reich verhandelt hat.[2] Die Sache beruht auf der von Württemberg vorgeschlagenen mündlichen Kommunikation[3] zwischen dem Herzog und dem Pfalzgrafen oder zwischen den beiderseitigen Räten; die Erklärung Württembergs ist abzuwarten. — Vier Hauptpunkte sind vorläufig zu erwägen: 1. Ob es bei den gegenwärtigen Alterationen im Reich ratsamer ist, diese Bemühungen fortzusetzen oder sie „ersitzen" zu lassen? 2. Wenn man sie aber fortsetzen will, unter welchen Personen beiderseits die Verhandlung anzustellen und wie solches Vorhaben anzubringen ist? 3. Welche Punkte man in die Verhandlung bringen soll? 4. Wie die Sache auszuführen ist?

---

[1] Der Inhalt obiger Instruktion wurde dann der Rechttertigungsschrift untergelegt, die die beiden Markgrafen mit dem Datum 1./11. August den versammelten Unierten zu Rotenburg vorlegten (Mb., 119/2, f. 143; Kopie).

[2] Vgl. no. 179 mit Anm. 3 auf S. 437. Zu Baiern hatte Pfalzgraf Philipp Ludwig inzwischen seinen zweiten Sohn Pfalzgraf August geschickt, um die von Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm eingeleiteten Kompositionsverhandlungen (vgl. no. 92) fortzusetzen und zu erkunden, was der Herzog inzwischen bei seinen katholischen Mitständen ausgerichtet habe und wie viel Hoffnung auf die Wiederbringung des alten Vertrauens man schöpfen dürfe (Instruktion für Pfalzgraf August vom 9./19. Mai in Mb., 338/23, f. 1; Kpt.; Beglaubigung vom 10./20. Mai in Mb., 338/15, f. 2; Kptkopie).

[3] Der Herzog von Württemberg hatte mit Rücksicht auf die prager Vorgänge, nach denen die Consilia zu richten seien, dem Pfalzgrafen Philipp Ludwig am 18./28. Mai eine persönliche Zusammenkunft vorgeschlagen (Mb., 343/13 a, f. 67; Or.), zu der der Pfalzgraf sich am 3./13. Juni bereit erklärte. Für eine persönliche Zusammenkunft nahm derselbe Kloster Mödingen und den 16./26. oder 17./27. Juni in Aussicht, für eine Zusammenkunft der Räte Giengen; jedenfalls solle dies Werk noch vor dem Kurfürstentag befördert werden, dagegen sei die Zuziehung anderer Fürsten noch verfrüht (Neuburg an Württemberg am 3./13. Juni; Stg., Unionsacta, tom. X., f. 82; Or.). Württemberg lehnte aber schliesslich die Zusammenkunft mit Rücksicht auf die Nähe des Unionstages ab, zu dem auch Neuburg erscheinen möge (Württemberg an Neuburg am 8./18. Juni; Mb., 343/13 a, — Or.).

Digitized by Google

Juni 15. 1. Ein Grund der ersten Alternative ist, dass ein Kurfürstentag mit ähnlichen Absichten bevorsteht, der von Verbesserung des kaiserlichen Regiments und der Räte und von anderer Notdurft des Reichs handeln soll, weshalb unnötig erscheint, sich noch besonders um dieselbe Sache zu bemühen, die zu Mühlhausen doch insgesamt verhandelt werden wird, ja es könnte dies von den Kurfürsten als ein Vorgreifen aufgenommen werden; überhaupt ist bedenklich, die Sache ohne vorausgehende Kommunikation mit den Kurfürsten vorzunehmen. — Es kann aber andererseits keinem Reichsstand verdacht werden, wenn er um den allgemeinen Frieden besorgt ist; auch die Unierten können keinem Unionsstand übel nehmen, wenn er — noch dazu nur praeparatorie — sich um Aufhebung der Gravamina bemüht; hat man doch auch nicht mit der zu Heidelberg beschlossenen Gesandschaft nach München gefehlt, die auch nicht mit Vorwissen aller Unierten erfolgt ist. — Es soll also in dem Vorhaben der Verhandlung fortgefahren werden. 2. Württemberg will deswegen mit einigen benachbarten unierten Fürsten kommunizieren und sie zu dem Werk ziehen, was man hier (besonders wenn man die zum Frieden wenig geneigten und den Katholischen sehr verhassten Calvinisten beizieht) für unratsam hält. Man soll daher Württemberg diesen Gedanken benehmen und anfänglich nur zwischen dem Herzog und dem Pfalzgrafen die Handlung anstellen. Württemberg wird auch auf Erzherzog Maximilian sehen, mit dem er bereits zu korrespondieren begonnen hat. Man glaubt aber hier, dass der Erzherzog am kaiserlichen Hof und bei den Kurfürsten und Fürsten nicht in so grossem Ansehen ist als Baiern, auch dass wegen der Eifersucht zwischen Baiern und Oesterreich der Herzog von Baiern, wenn der Erzherzog in diese Sache gezogen würde, von ihr ganz abspringen und sehr offendiert werden könnte. Man soll daher bei Jägers[1] Meinung bleiben und zunächst nur mit Mainz und Baiern als den Häuptern der Liga verhandeln. Wenn man darüber mit Württemberg einig ist, wird weiter zu bedenken sein, wie man die Sache an jene beiden bringen kann; denn man muss die Reputation in Acht nehmen und darf nicht den Anschein erwecken als krieche man jetzt zu Kreuz und bekenne begangenes Unrecht. Man soll sich daher bei der Gesamtberatung eines Konzepts vergleichen, wie das Anbringen zu tun sei. Erhält man von den beiden Ligahäuptern eine willfährige Erklärung, dass sie das Werk auch bei ihren Bundesverwandten befördern wollten, so kann man dann, aber nicht eher, den andern Unierten davon Mitteilung machen. — Das Anbringen bei Mainz und Baiern wird am reputierlichsten durch eine gemeinsame Gesandtschaft geschehen. Da dies aber vor dem Kurfürstentag nicht mehr sein kann und Baiern nicht meinen soll, man wolle das Werk ganz ersitzen lassen, so soll man den Verzug bei ihm durch Schreiben oder Schickung entschuldigen; auch die etwaige Zustimmung Württembergs

[1] Der im April 1611 verstorbene württembergische Kanzler.

Digitized by Google

zu solchen Verhandlungen mit Mainz und Baiern soll letzterem mitgeteilt werden. 3. Gegenstand der Verhandlung sind die bei den Reichstagen wiederholt geklagten und dem Kaiser von den Unierten übergebenen Gravamina, die kurz zusammenzufassen sind, darunter besonders die, die zu den Werbungen im vorigen Jahr Anlass gaben; doch dürfen die Werbungen nicht „odiose axaggeriert" werden sondern sind die beiderseitigen Beschwerden gleichsam in einen Busch zu werfen und zu kassieren und ist vor allem auf Aufrichtung des gefallenen Vertrauens zu sehen. 4. Wie das Werk dann zur Vollendung zu bringen ist, ob, wo und wann die vier unterhandelnden Kurfürsten und Fürsten persönlich zusammenkommen und sich eines grössern Konvents mit Zuziehung mehrerer Stände vergleichen sollen, wie die Sache an diese zu bringen, wie sie dem Kaiser vorzutragen ist, ob die endliche Vergleichung vor einem Reichstag oder vor einem Ausschuss der Stände zu treffen, ob unter den Beschwerden eine Unterscheidung solcher, die beim Kaiser stehen und solcher, die allein die Stände betreffen, anzustellen ist, das alles ist nicht mehr in den Händen der Unterhändler hier. Man kann deswegen auch nichts beschliessen sondern muss nun alles den vier unterhandelnden Kurfürsten und Fürsten überlassen. Zunächst ist aber die württembergische Resolution zu erwarten und darnach eine Instruktion zu verfassen. Juni 15.

Mb., 343/13a; — Kopie.

237. Der Administrator der Kurpfalz an den Kurfürsten von Mainz. Juni 15.

Die unierten Stände haben sich einer Zusammenkunft zu Rotenburg verglichen, die in wenigen Tagen vor sich gehen soll, um einige noch rückständige Punkte ganz in Richtigkeit zu bringen. Da die Versammlung niemandem zu Nachteil angesehen ist, so werden E. L. und Dero Mitverwandte daraus auch keinen Argwohn schöpfen.[1] — Wenn, wie wir hören, der Kurfürstentag von Mühlhausen weg nach einem andern Ort verlegt werden sollte, so werden E. L. uns davon benachrichtigen.[2] Datum Meysenheim den 5. junii a. 1611. — Praes. Aschaffenburg 19. junii 1611.

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 55; Or.[3]

---

[1] Gleichzeitig wird auch Reichard von Starhemberg von der Abhaltung des Unionstages am 16./26. Juni verständigt, schon in der Nachschrift aber die Mitteilung gemacht, dass der Tag wegen Kurbrandenburg verschoben sei und dass die amberger Regierung über den Fortgang des Tages an Starhemberg berichten werde (Mb., 119/1, f. 292 und 294; Kpt.).

[2] Der Kurfürst antwortete noch am 19., es bleibe vorläufig bei Mühlhausen (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 56; Kpt.).

[3] Obiges Schreiben wie das an Starhemberg gieng aus der Initiative der zu Heidelberg hinterlassenen Statthalter und Räte hervor, wie aus Mb., 119/1, f. 293 ersichtlich wird.

Digitized by Google

Juni 18.

238. Zuñiga an König Philipp III.

Der Herzog von Braunschweig „ha querido ingerirse en este negocio y escluir a todo el mundo del[1]; pero yo no he querido tratar de passar adelante en el, sino es por via del consejo secreto, porque el duque es hombre de estraños caprichos y estos dias no solo se ha hecho odioso al rey y malquisto de los ministros del emp.or, pero tambien estavan notablamente descontentos de su trato los embaxadores de Maguncia y Sajonia que partieron de aqui el otro dia, y assi embiandome una escritura de parte del emp.or se la bolvi, diziendole que aunque yo havia tomado de su mano otra escritura, despues aca se havian encona do tanto las cosas entre el rey y el, que yo savia que no era servic io del emp.or el dar al rey escritura venido por su mano, insistiendo en que se bolviesse a tratar por la via, que le havia començado que era la del consejo secreto.[2] Es perjudicialisima persona el duque y trata de descomponer al landgravio de Leytenberg[3] y tiene lo muy adelante y de hazerse director del consejo y dicen que de esta blecerle como la camara medio partida de Francia, que sea la mitad de catolicos y la mitad de herejes; procede su ambicion en esta parte ultraque el ser gran papelista del interes, que tiene en los pleites pendientes en esta corte, el uno con la ciudad de Braunsvig y el otro con el duque de Lunenburg. Finalmente el emp.or a tenido por bien de bolver a tratar con migo por via de consejo secreto[4] y ensiste en que haviendo sido muy corta la respuesta que el rey le dio antes de la coronacion se alargue en hazer por S. M.d ces.a lo que es justo, haviendo hecho por el tanto en tener por bien de absolver del juramento a los Bohemios, paraque el se coronase. De parte del rey insisten en que el emp.or ponga nombre al negocio para poder acertar mejor a darle gusto. El emp.or porfia todavia en lo primero y en esto estamos y yo con poca esperança de buena conclusion." Der Kaiser hat als seine Gesandten nach Mühlhausen den Landgrafen Moriz von Hessen, den Bischof

---

[1] Vgl. no. 223.

[2] Vgl. no. 223, S. 525, Anm. 1.

[3] Vgl. no. 232 und Anm. 2 auf S. 543.

[4] Der Kaiser liess am 15. Juni Zuñiga zur Uebermittlung an den König folgende Resolution erteilen: Er wünsche sich mit dem König in allem brüderlich zu vergleichen, wo es ohne Minderung der kaiserlichen Autorität geschehen könne. Das Anerbieten des Königs genüge ihm zwar nicht; er wolle aber deswegen die Verhandlungen nicht abbrechen, nur könne er sich in Weiteres nicht einlassen, bevor er nicht die Meinung der Kurfürsten, die sich alsbald in Mühlhausen versammeln werden, vernommen habe. „Interim imperatorem desiderare, ut reg. M.tas nihil immutet, sicut prius postulaverat, quoad liberam residentiam suam in arce Pragensi et sustentationem atque immunitatem eius officialium, ministrorum totiusque aulae et etiam, ut militares excubiae omnino tollantur" (Wi., I A 1, Ka. 2989; Or.) — Khlesl schrieb auf das Schriftstück: „Spänische podtschafft den 18. junii selbst I. M.t vberaichte antwort von I. ksl. M.t a. 1611." — Vgl. dazu Hammer-Purgstall, Khlesls Leben, II., Urkunden-Sammlung, no. 320.

Digitized by Google

von Speier, den Ritter von Westernach, Minckwitz vom Hofrat und einen gewissen Pflug[1], „hombre acepto a S. M.[d] por via de sus astrologos", bestimmt. Die Wahl aller „va por orden de Brancvig que es conforme a la dotrina de tantos herejes y tantos catolicos y porque vaya bien partido a este quinto no le tienen ni por catolico ni por hereje." Den Böhmen habe ich zur Bezahlung des passauer Volkes in zwei Raten 35 000 fl. geliehen, was alle Welt sehr befriedigt hat, weil man darin einen Beweis der Friedensliebe E. M.[t] erblickte. Für die Förderung der Eintracht zwischen Matthias und Leopold bin ich unausgesetzt tätig; doch fürchte ich, dass Leopold seine Praktiken mit dem Kaiser noch immer nicht aufgibt[2] und habe deshalb ein scharfes Auge auf seine Verhandlung mit Savoyen,[3] von denen mir E. Mt Nachricht gegeben haben. Praga di 18 junio 1611. Juni 18.

Sim., Fasz. 2497, f. 160; Or.

239. Aussagen des kaiserlichen geheimen Rats Andreas Hannewald von Eckersdorf und des Reichshofrates Hans Ruprecht Hegenmüller. Juni 18.

Gedruckt bei J. Hammer-Purgstall, Ueber die Verhandlungen mit Herrn von Rosenberg während des Einfalls des Passauschen Kriegsvolkes in Böhmen i. J. 1611. (Abhandlungen der königlich böhmischen Gesellschaft der Wissenschaften. V. Folge, 3. Band, Prag 1845; S. 795 f.

Wi., I A 1; Ka. 2990; Orr. von der Hand des Geheimschreibers Khlesls geschrieben.[4]

240. Gesamtschreiben der Erzherzoge Maximilian, Albrecht, Ferdinand und Maximilian Ernst an die zu Mühlhausen versammelten Kurfürsten. Juni 18.

Wir erfuhren vor einigen Tagen, dass EE. LL. aus Sorge für des Vaterlandes Ruhe eine Versammlung zu Mühlhausen halten wollen. Dabei hätten wir und unser ganzes Haus gern gewünscht, Dero Beschlüsse und Intentionen nach unserer Möglichkeit zu befördern und ausführen zu helfen. EE. LL. werden auch gewiss bei Dero Affektion gegen unser Haus

[1] Pflug wurde am 1. Juli wegen anderweitiger Verwendung vom Kaiser von der Kommission enthoben (Wh., Reichstagsakten in genere, Fasz. 84 b; — Kpt.).

[2] Vgl. no. 209, S. 501, Anm. 1.

[3] Vgl. no. 145, S. 354, Anm. 2 und no. 170, S. 413, Anm. 1.

[4] Am gleichen Tag wurden Hannewald und Hegenmüller aus der Haft entlassen (Bodenius an Herzog Maximilian am 18. Juni; Mc., Entstehung, Fasz. III, no. 26, f. 104; Or. eigh.). Je ein Urfehdebrief Hannewalds, Hegenmüllers und Georg Heidels von Rassenstein gegen König Matthias und die böhmischen Stände vom 19. Juni liegt im Original in Wi., I A 1, Ka. 2990. Der neuburgische Agent Pistorius weiss am 10./20. Juni dem Pfalzgrafen Philipp Ludwig zu berichten: Hannewald und Hegenmüller seien gegen Revers freigelassen worden, 1. dass sie den Kaiser zum Bleiben in Prag bewegen, 2. dass sie auf den Vergleich zwischen den Brüdern hinwirken; Hegenmüller sei darauf zu Hof gekommen, Hannewald habe sich aber noch nicht sehen lassen (Ma., 520/16, f. 33; Or. eigh.). — Vgl. unten no. 251.

Digitized by Google

Juni 18. mit demselben wegen der langwierigen gefährlichen Türkenkriege und wegen der Mishelligkeiten in den Königreichen und Erblanden Mitleid tragen und bei dieser Zusammenkunft erwägen, wie diesem wichtigen Glied des Reiches geholfen, die gewöhnliche Vormauer des Reiches wieder hergestellt und Ruhe und Frieden im ganzen Vaterlande gepflanzt werden könnte. Wir haben daher nicht umhin gekonnt, EE. LL. unser Haus und dessen betrübten Zustand zu empfehlen und hoffen, Sie werden nicht ungeneigt sein, dasselbe, das seit unvordenklichen Zeiten für das Reich Gut und Blut der Erblande geopfert hat, in seinen Würden und Ansehen wie bisher zu erhalten. Und falls EE. LL. bei Ihrer Zusammenkunft zur Verhütung aller Weitläufigkeiten und Gefahren auch auf die Succession im Reich denken würden und wie demselben ein taugliches Haupt und dem Kaiser ein Throngehilfe gegeben werden möchte, der diesen bei dessen zunehmendem Alter unterstützen könnte, so versehen wir uns, dass EE. LL. sich auch dabei unseres Hauses Verdienste bestens empfohlen sein lassen werden. — Es ist nun durch die göttliche Vorsehung dahin gerichtet worden, dass der Kaiser aus brüderlicher Liebe und nach dem Beispiel der Vorfahren dem König Matthias diejenigen Königreiche und Erblande abgetreten hat, die eben das Reich gegen die Türken beschützen; derselbe König Matthias hat in den letzten Kriegen seine Kriegserfahrenheit, Tapferkeit und glückliches Kommando, auch seinen Eifer für das Vaterland mit Darsetzung von Leib und Blut, auch auf Reichstagen und sonst genügend erwiesen, endlich durch alle seine Handlungen bisher gezeigt, dass ihm die gemeine Wolfahrt, Beschützung von Land und Leuten, Erhaltung des Religions- und Profanfriedens und beständiger Ruhe und Sicherheit aufs höchste angelegen, dass in Kriegszeiten ihm keine Mühe und Gefahr zu viel ist, im Frieden aber ihm allein dessen Erhaltung am Herzen liegt, weshalb ihm nicht nur Land und Leute sondern auch alle Potentaten der Christenheit mit Freundschaft zugetan sind. Daher haben wir nicht unterlassen wollen, EE. LL. diesen unsern Bruder zu empfehlen in der Hoffnung, dass, wie dies von uns nicht anders als dem Kaiser, EE. LL. und dem ganzen Reich unvorgreiflich geschieht, auch EE. LL. sich hierin unser Haus und dabei besonders des Königs Person werden befohlen sein lassen; denn wir zweifeln nicht, es werde dem Reich und ganzer Christenheit zu Nutzen sein und wird sich der König wie alle andern unseres Hauses des Reiches Beschützung und friedliche Erhaltung um so mehr angelegen sein lassen. Dabei wollen wir ihn unterstützen und alles befördern helfen, was zu des Reiches Aufnehmen gereichen mag, auch EE. LL. stete Freundschaft gegen unser Haus mit Dank anerkennen und vergelten. Geben zu Ynnsprugg den 18. junii, zu Grätz den . . .[1] diss und zu Brüssel den 4. julii anno 1611. — Praes. Aschaffenburg 10. julii 1611.

Wmz, Reichstagsakten, Bd. 104, no. 99[2]; Or.[2]

[1] Lücke.

[2] Zur Entstehungsgeschichte dieses Schreibens vgl. no. 203, S. 491, Anm. 2. Die Erzherzoge einigten sich, von der zuerst geplanten und von

Digitized by Google

241. Dr. Rebmanns Werbungen im Namen des Königs Matthias beim Kurfürsten von Mainz. Juni 18.

Dr. Rebmann brachte in der ersten Audienz vor: Seinem König sei vorgekommen, als werde von dessen Person ungleich geredet; darum habe er dem Kurfürsten die nötigen Informationen zukommen lassen wollen. Damit übergab der Gesandte einen kurzen Auszug seiner Instruktion[1] und bat um Bescheid, den Dr. Gereon im Namen des Kurfürsten verhiess. Darauf sagte Rebmann: Er habe dem Kurfürsten noch einige „Particularia" mitzuteilen, wozu der Kurfürst ihm eine geheime Audienz ansetzen möge. Der Kurfürst hörte ihn darauf Vor- und Nachmittag an. Rebmann übergab sodann die Punkte seines geheimen Anbringens schriftlich.[2]

a) Rebmanns öffentliche Werbung (links die eigenhändigen Randbemerkungen des Kurfürsten.)

Kurfürst.	1.
„Der Bömischen entschuldigung anzusehen; haben gelaignett, durch sie gefangen. Quid mali fecerunt? Sein ihrem herrn getrew gewesen, haben getan, was ihnen ahnbefohlen, ergo rei mortis im werck nit zu befinden."	Das Vorgeben, dass der König Hannewald und Hegenmüller eingezogen oder deren Einziehung sich habe gefallen lassen, ist grundlos; vielmehr hat er befohlen, Hegenmüller besser zu quartieren und ist er, nun regierender Herr, entschlossen, nach Beschaffenheit der Inquisitionsartikel und der erfolgten Aussagen beide gänzlich frei zu lassen.[3]
„Quare non fit?"	

Matthias gewünschten Schickung zum Kurfürstentag (vgl. no. 233 mit Anm. 1 auf S. 545) abzusehen, weil — wie Erzherzog Maximilian am 2. Juni an Kurköln schrieb — eine solche Schickung als ein Eindringen in die kurfürstlichen Ratschläge hätte ausgelegt werden können (Wi., I A 1, Ka. 2990; Kopie). Obiger Entwurf des Gesamtschreibens rührt von Erzherzog Maximilian her; Erzherzog Albrecht hatte gleichfalls einen anfertigen lassen, der aber unbenützt blieb (vgl. Ib., Ambraser Akten, Missiven vom Juni 1611, no. 29). — Dem Gesamtschreiben legte Erzherzog Maximilian noch ein besonderes Schreiben an Kurmainz vom 3. Juli bei, worin er den Kurfürsten bittet, bei den Mitkurfürsten daran zu sein, dass dem Unheil im Hause Oesterreich Rat geschafft und die verderblichen Weitläufigkeiten verhütet werden (Wmz., a. a. O., no. 99[3]; Or.). — Der Kurfürst erwiderte am 11. Juli: wegen des Ablebens von Kursachsen könne der Kurfürstentag vorerst nicht fortgehen, weshalb er das Gesamtschreiben zunächst allen Mitkurfürsten mitteilen wolle; bei der nächsten Zusammenkunft werden aber die Kurfürsten die Notdurft bedenken und sich des um das Reich so wolverdienten Hauses gern annehmen (Wmz., a. a. O., no. 99[4]; Kpt. von Faust). — Das Gesamtschreiben wurde im Oktober 1611 wiederholt (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 105 no. 119; Or.)

[1] Vgl. no. 234, S. 545, Anm. 2.

[2] Aufzeichnung Fabers über Rebmanns Werbung (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103c, no. 176.

[3] Vgl. no. 175 mit Anm. 1 auf S. 425 und no. 194, S. 466, Anm. 1, no. 221, S. 522, Anm. 2 und no. 239, S. 553, Anm. 4.

Digitized by Google

Juni 18.

„Videatur I. ksl. M.t resolution, dorin zu befinden, dass alles abgetrungen vnd hatt gehaissen, crucifige, crucifige, nolumus hunc regnare. Ist das bruderliche liebe erzaigt.“

2.

Der Vorwurf, dass der König mit seinem Bruder nicht gern im brüderlichen Verstand wäre, ist ungerecht; er hat vielmehr dem Kaiser zu Ehren in die Verschiebung des vom Kaiser selbst bezeichneten Krönungstages gewilligt.

„In ersehung königlicher schreiben kan ich solche resolution nitt befinden sondern ist villmehr contrarium zu spuren; ist in hoc tenore anzunemen.“

3.

Dem König ist nie in Sinn gekommen, die Reichsakten zu nehmen oder der Reichskanzlei einigen Spott anzutun; er will es sogar noch andern wehren. Er hat bisher nur begehrt, ihm von Akten auszufolgen, was ihm und seinen Königreichen und Länder gebührt.

„Aequum.“

4.

Der König hat nie daran gedacht, „per forza“ oder durch illegitime Mittel zur römischen Krone zu gelangen, hält es auch für unbillig und unchristlich.

„Man hatt sie niemals erstlich zur handlung kommen [lassen]; wie sie entpfangen sowol von könig vnd den stenden, hatt Saxen offentlich gesagtt vnd kein ander erklerung gewesen dan: sic volumus, kan anderst nitt sein.“

5.

Mit den in Prag anwesenden kurfürstlichen Gesandten hätte er gerne verhandelt; sie haben sich aber nur beim Abzug sehen lassen und bei seinen Räten haben sich nur die Sachsen angemeldet.[1]

„Kan den effectum nitt spuren, sein als gefangener zu haltten, des seinigen nitt mächtig, sein als feinde von iro vasallen vnd vnderthanen vberfallen worden. Ist das bruderliche liebe?“

6.

Der König begehrt noch immer, dem Kaiser seine brüderliche Liebe zu erzeigen und hätte sich auch gerne für ihn noch weiter angegriffen, wenn er nicht die Königreiche und Länder mit so unerschwinglicher Schuldenlast beschwert gefunden hätte und wenn nicht die für die ungarischen

[1] Vgl. no. 165 und no. 175, S. 424, Anm. 2.

Digitized by Google

Grenzen bestimmten Kontributionen zu anderen Zwecken verwendet worden wären. Um aber die Grenzen gegen den Erbfeind behaupten zu können, müssen nun andere Kontributionen mit Beschwerung der Königreiche erhandelt werden. Juni 18.

7.

„Latet anguis in herba."

Dem König ist der Abzug des Kaisers nicht zuwider, er kann ihn auch dem Kaiser nicht verweigern; doch darf dem König nicht übel genommen werden, wenn er zur Verhütung neuer Unruhen in den ihm abgetretenen Königreichen und Ländern, zumal daraus auch dem Hause Oesterreich, dem Reiche und der ganzen Christenheit leicht grosser Schaden entstehen könnte, erst genügend gesichert sein will; sind doch andere vom Kaiser, von Kurfürsten, Erzherzogen und Fürsten versicherte und verbürgte Verträge nicht gehalten sondern ist durch böse Leute ihnen zuwider gehandelt worden.

„Videatur wer erstlich gebrochen vnd contra fidelitatem gehandlett. Man hatt I. ksl. M.t die cron vor zwei jahrn entziehen wöllen. Quaeritur ob nitt vrsach, zur defension sich zu stellen. Kintzki gestehtt, das [er] der author lengst gewesen."

8.

Die Wachen werden nicht wegen des Kaisers gehalten; sobald derselbe sich deswegen beschwert hat, hat der König sie abschaffen lassen. So lange aber das passauer Volk noch nicht auseinander gegangen ist, die Kleinodien und Privilegien des Königreiches noch nicht an ihrem gewöhnlichen Orte sind sondern in der Schlosskirche aufbewahrt werden, kann dem König niemand verdenken, dass er zu Sicherung seiner Person und der Kleinodien des Königreiches wie auch aus andern erheblichen Bedenken die Wachen halten lässt.

„Vel quasi."

b) Ueber Rebmanns geheime Werbung besitzen wir eine eigenhändige Aufzeichnung des Kurfürsten von Mainz, die zugleich auch den erteilten Bescheid vermerkt, überschrieben:

Digitized by Google

Juni 18. „Capita propositionis D. Rebmanns den 18. junii 1611.

Diese vertrewligkeitt in guttem zu uermercken, auch I. kgl. W. mein bedencken zu endecken: 1. Ob sie zu itzigem vorstehenden churfurstlichen tag wegen irer konigreich vnd länder schicken soltten, was auch von den irigen zu proponieren vnd anzubefehlgen. 2. Wegen der [churfürstlichen] brüderlichen verein copiam zu ertaillen, iuramentum zu ersehen, was zu thun oder zu juriren et per quem modum, ob bei gantzem collegio solches zu suchen oder ob genug bei Meintz. 3. Weil lange zeitt kein lehen vom reich entpfangen, wie es hiebeuor gehalten, mitt bitt, so was bey diesser archiue, vertrewlich zu communiciren et copias mitzuerteilen.

In finem commendat personam regis, dero zum besten eingedenck zu sein, in simili bitte vmb etwas wilfäriger antwort; er were derhalber zu mir abgeferttigt, weil er, mein agent, dero hoffnung, ime desto bass zu uertrawen; meltte dobey, das Haniwaldt disses vorgeschlagen. Red, man were nitt gesindt, do lenger zu dienen sonder andere dienst zu suchen, woltt mich demütigst ersuchtt, in commendatione inen zu haben.

Ego respondi, das diese puncten solcher wichtigkeitt, meine notturft ettwas nachzudencken; befünde souill, das ich abgesondert der andern churfursten mich schwerlich eines gewisses erkleren könte. Ich hette heut morgen souill angezaigt, das diesse zusammenkunfft nitt als churfurstentag, dorauff etwas geschlossen könntte werden, benendt. Ich woltt diessen sachen etwas nachdencken vnd mich gegen ime dem gesandten resoluirn zu erster gelegenheitt. Acta vt supra.

Nota: In archivo vffzusuchen, was vorhanden vnd was nötig mittzunemen."

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 103 c, no. 182; Or. (Rebmanns öffentliche Werbung); no. 183 (eigenhändiges Protokoll des Kurfürsten über die geheime Werbung).[1]

---

[1] Des Kurfürsten Bescheid vom 19. Juni auf die öffentliche Werbung lautete: Er habe von den Mishelligkeiten zwischen den Brüdern ungern gehört und sich sehr um Stiftung von Frieden und Vertrauen bemüht; davon werde er auch künftig nicht absetzen. Was der König an ihn habe gelangen lassen, wolle er den andern Kurfürsten mitteilen in der Zuversicht, der König werde den Kaiser als ältesten Bruder gehörig respektieren und sich gegen denselben wie gegen dessen verhaftete Diener und Räte so verhalten, dass er, König, davon bei allen Reichsständen immerwährenden Ruhm habe (Wmz., a a. O, no. 185; Kpt.). — Auf Rebmanns vertrauliche Werbung antwortete der Kurfürst am 20. Juni: Der mühlhauser Tag solle nur einer privaten Verständigung zwischen einigen Kurfürsten dienen, damit bei diesen gefährlichen schwierigen Läufen sowol unter den Kurfürsten als im Reich gutes Vertrauen gepflanzt, das gesteckte Justizwesen in Gang gebracht und andern Reichsangelegenheiten Rat geschafft werde. Wenn der König dazu seine Abgeordneten senden wolle, um vielleicht wegen der Beilegung der Mishelligkeiten zwischen ihm und dem Kaiser etwas vorbringen zu lassen, so wolle der Kurfürst ihm hierin kein Mass geben. In dem Kurverein befänden sich ausser Mainz stets nur Trier, Köln, Sachsen, Pfalz und Brandenburg; von diesen allein sei er aufgerichtet und beschworen worden, von diesen allein werden die Kurfürstentage besucht. Wegen der Reichsbelehnung Böhmens finde sich in den hiesigen Archiven nichts, doch solle noch weiter

Digitized by Google

242. Peter de Vischere an Erzherzog Albrecht. Juni 18.

Am 6. Juni reiste ich von Frankfurt ab, kam am 9. zu Nürnberg und am 15. um Mittag zu Prag an. Gleich nach dem Essen erstattete ich Zuñiga Bericht über meine Verhandlung mit den geistlichen Kurfürsten. „Den churfurst von Cöln belangend ist er mit mir ainer mainung, das alles treulich und aufrichtig gemaint . . . bitte derhalben, E. fl. D.t geruhen gnedigst, ihm und mir hierin zu glauben und gegen den churfursten von Cöln bei furfallenden gelegenheiten, so viln sich thun lässt, zu accommodiren und bequemen. Der Don Balthasar halt gar vile vom Bucholz;[1] saget, das er unter allen churfurstlichen ministros kainen geschicktern noch bequemeren als disen gefunden und halt dafur (wie auch ich), das er es mit dem hauss Oesterreich treulich meine. Der sagete mir zue Luttig, das man numehr wol versichert mochte sein, das haus Baiern nichtes die succession im reich betreffend in praejudicium des hauses Oesterreich begeren noch suchen wurde. Interim tamen vigilandum.“[2] Zuñiga wird dem Kurfürsten von Trier brieflich für seine gute Erklärung danken und ihn um Beständigkeit bitten, was jenem sehr angenehm sein wird. Dem Kurfürsten vom Mainz sind die 7000 Gulden nur „provisionsweise“ ausgezahlt worden,[3] bis der König von Spanien sich endgiltig wegen dessen „Praetension“ entschieden haben wird.

---

nachgesucht und das Ergebnis dem König mitgeteilt werden (Wmz., a. a. O., no. 186; Kpt.). Werbung und Bescheid (auch der zweite) werden gleichzeitig den Kurfürsten von Trier, Köln und Sachsen mitgeteilt (Wmz., a. a. O., no. 191; Kpt.). — Am 28. Juni erstattete Rebmann zu Prag seinen Bericht: Er habe über die Werbung mit dem Kurfürsten vier Tage lang verhandelt und dabei keinen Mangel guter Affektion gegen des Königs Person verspüren können; der Kurfürst habe wiederholt versichert, dass er die Differenz mit dem Kaiser gern ehestens verglichen sehen möchte; wenn der König seinem Erbieten nach den Kaiser respektieren werde, möchte vielleicht künftig das Werk zu erkennen geben, dass der Kurfürst es mit dem König wol meine (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom Juli 1611, zu no. 26; Kopie). — Der König dankte am 30. Juni dem Kurfürsten für die Erbieten und bat, dass derselbe seine wolmeinende Zuneigung fortsetzen und bei Gelegenheit im Werk erweisen möge; er dagegen wolle sich bemühen, mit dem Kaiser zu einer Verständigung zu kommen; der Kurfürst möge ungleichen Informationen über ihn, den König, nicht Glauben schenken und ihn immer vorher darüber vernehmen (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 93; Or.).

[1] Vgl. über ihn no. 75, S. 168, Anm. 1.

[2] Vgl. no. 228 und Anm. 1 auf S. 536. Von solchen Plänen Baierns wusste im Juli 1611 auch Zacharias Geizkofler dem neuburgischen Kanzler Georg Ludwig Fröhlich zu erzählen: Baiern gehe mit seltsamen Gedanken um und werde gewiss mit Vorschub des Kaisers etwas zu Nachteil des Königs tentieren, „ob er zu der romischen cron kommen möchte; under deme es aber besorglich viler respect und ursachen halben ein sehr beschwerlich regiment geben wurde, dann diser herr, wie man wisse, sich in horas zu mutirn pflege“ (Fröhlich an Pfalzgraf Philipp Ludwig am 6./16. Juli 1611; Mb., 337/15c, f. 27; Or.).

[3] Vgl. no. 224.

Digitized by Google

Juni 18. Mit Berufung auf meine Instruktion, alles mit Rat Zuñigas zu tun, fragte ich dann diesen, wie ich mit meiner Werbung beim Kaiser verfahren solle. Er riet mir, ich solle sogleich durch den Oberstkämmerer Proskofsky Audienz nachsuchen und mich täglich in der Antecamera sehen lassen, mittlerweile mich aber auch bei Khlesl anmelden (was ich seither viermal vergeblich getan habe) und ihm mitteilen, was ich unterwegs verrichtet hätte und „insonderheit, das die geistliche churfursten gerne wolten, das I. kgl. M.t sich etwas besser gegen I. ksl. M.t erzaigeten, vertreulich und offentlich communiciren, ihnen dadurch den argwohn zu benemen, den sie beraits gefast und vor 15 tagen offenbar uberal bei hofe spargirt worden, das E. fl. D.t nach der römischen cron selbst trachte.“ E. fl. D.t haben nach Zuñigas Meinung sehr recht getan zu befehlen, dass man sich in dieser Hinsicht mit niemandem einlassen solle; man möge es auch ferner nicht tun und ich solle in diesem Sinn auf derartige Andeutungen der kaiserlichen Minister antworten: Erzherzog Albrecht wünsche nichts als dass Matthias mit Zustimmung des Kaisers erwählt werde. Zuñiga will selbst zum Kurfürstentag reisen.

„Den 16. hab ich den Barvitio besuecht, der mir unter ander geklagt, das es mit I. ksl. M.t und das regiment betreffend noch fast in eodem statu bleibe, ja ehe erger werde. Klaget sehr uber den herzog von Braunschweig, wie auch der nuntius apostolicus alhie, don Baltazar und die fürnemiste gehaime und kriegsrät, das der die bruderliche gemueter sehr gegen einander exacerbiret und verbittert.[1] Berichtet mich auch, das I. ksl. M.t den bischof zu Speier, landgraf Morizen von Hessen (quod motu properio et citra consilium ministrorum factum), Eustachium von Westernach und den von Minkwiz, so ein lutherischer, zum churfurstenconvent verordnet haben, welches mit meniglichs verwundern geschicht.

Den 17. bin ich glaubwürdig berichtet worden, das I. ksl. M.t den landgrafen [von Leuchtenberg] inwendig drei oder vier tagen von hofe dimittiren und den herzog von Braunschweig auf sechs monat die direction des ganzen hofwesens und der räten angenommen habe[2] und durch dessen befurderung der von Minkwiz in gehaimen rat gezogen worden, quod hactenus inauditum. — Hannewald und Hegenmüller sizen noch in haft, sollen aber täglich auf ein revers, welchen sie zu unterschreiben angenommen, ledig gelassen werden. Dem Tengnagel ist das leben von I. kgl. M.t geschunken, in bessere gefengnus gesezt und mehrere freiheit gelassen worden.“ Das passauer Kriegsvolk ist mit 170000 fl. abgedankt und hier seine Begnadigung verkündigt worden. Es soll nach der Abdankung dem Grafen Sulz einen grossen Schimpf angetan haben, indem es sein Quartier gänzlich plünderte. Der Kaiser hat zwar seinen Baumeister nach Regensburg

---

[1] Vgl. no. 223 mit Anm. 1 auf S. 525.
[2] Vgl. no. 232, S. 543, Anm. 2.

Digitized by Google

geschickt,[1] um den Bischofshof für ihn herzurichten, „darob sich vile chur- und fursten im reich und insonderheit auch Chursaxen erfreuen"; man meint aber, er werde nicht vor Ende des Kurfürstentags aufbrechen. Prag den 18. junii 1611. Juni 18.

Brs., Secrét. d'Allem., no. 96, f. 80; Or. eigh.

243. Ratschläge der nürnberger Rechtsgelehrten wegen einer Instruktion zum rotenburger Unionstag. Juni 20. und Juli 19.

Actum 10. junii a. 1611.

Der Unionstag ist für den 16./26. Juni ausgeschrieben; das Ausschreiben und der schweinfurter Abschied werden verlesen.

1. Direktorium im Städterat: Nur im äussersten Fall sollen die nürnberger Gesandten es annehmen, zunächst aber es auf Rotenburg schieben. 2. In den Administrations-Streit darf man sich nicht einlassen und bleibt es deshalb bei vorigem Abschied. 3. Mit den andern Städten, besonders mit Ulm ist gute Korrespondenz zu pflegen, was zumal beim Rechnungspunkt nötig sein wird.

I. Hauptpunkt des Ausschreibens: Was ist wegen des passauer Volks zu tun? — Die Dinge haben sich inzwischen geändert und ist das Volk abgedankt worden; aber der Zustand in Böhmen und im ganzen Reich ist noch immer gefährlich und stecken wir noch im Labyrinth und Gefahr; denn wir wissen nicht, ob wir einen Herrn und Haupt haben und „versieren gleichsam in Interregno". Darum durfte das Direktorium der Union bei diesem Punkt wol andere Spezialfragen proponieren. Man kann aber darüber keine Instruktion geben und soll nur darauf sehen, dass die Städte nicht in Gefahr kommen; man wird auch beim Unionstag schwerlich Endgiltiges beschliessen können, bevor man weiss, was auf dem Kurfürstentag abgehandelt worden ist. Voraussichtlich wird dort auch die Frage der Verlegung des kaiserlichen Hoflagers ins Reich erörtert werden und wie des Kaisers Autorität gegen dessen Bruder zu erhalten ist. Darüber haben die Herren Aelteren sich zu entschliessen; aber „es ist nicht gut, solem orientem zu früe anzubeten und solem occidentem gar zu verlassen und weiss man wol, dass noch under etlichen evangelischen fursten furiosa consilia gehen, dardurch leichtlich ein neues feur aufgehen möchte."

II. Hauptpunkt: Reassumtion der unerörterten Punkte des vorigen Ausschreibens. — Diese sind: 1. Erhaltung der Union, Liquidation der Rechnungen, Einbringung der Restanten, Versicherung

[1] Vgl. no. 214, S. 508, Anm. 3.

Digitized by Google

Juni 20. und Juli 19. der Anlehen, Verbesserung der Mängel in der Union und Abhilfe der Beschwerden, die die Städte den fürstlichen Gesandten übergeben haben: 2. Vermehrung der Union; 3. Erreichung ihres Zieles. — In der Hauptsache bleibt es bei voriger Instruktion; bei unverhoffter Gefahr soll man die Exekutions- und Kreisordnungen in Acht nehmen. Wenn von Abhilfe der gemeinen Reichsgravamina der evangelischen Stände die Rede ist, soll auch der vom Bischof von Bamberg unternommenen gewalttätigen Aufdrängung eines papistischen Pfarrers, die dem von Guttenberg begegnet ist, gedacht werden.

III. Hauptpunkt: Rechnungswerk. — Vom Direktorium sind neun verschiedene Rechnungen nebst Beilagen eingesandt worden, die revidiert und deren Mängel notiert worden sind. Diese Mängel betreffen: 1. unnotwendige und übermässige Ausgaben, auch dass man den Soldaten Proviant, Waffen und anderes nicht abgerechnet hat; 2. es mangeln viele Beilagen, ja von Kurbrandenburg, Baden und Hessen stehen überhaupt die Rechnungen aus; 3. der grösste Mangel aber ist, dass diese gewaltigen Ausgaben auf das jülicher Wesen und den elsässer Zug giengen, womit die Städte nie etwas zu tun haben wollten. — Es handelt sich also um die schwere Frage: soll man auf den vorigen Beschlüssen beharren oder nicht? Man hat bisher jeglichen Anteil an diesen Unternehmen abgelehnt und sich auch so gegen den Kaiser, gegen Kurfürsten und Fürsten erklärt; die schweinfurter Instruktion trägt ausdrücklich auf, dass nur das, was vor dem Einzug des Volkes der Union ins Elsass und nach dessen Abzug daraus aufgewendet worden ist, passiert (doch ausserhalb der mansfeldischen, hessischen und obentrautischen Reiter, mit denen die Städte überhaupt nichts zu tun hatten), alles übrige aber den Fürsten zu bezahlen überlassen werden solle, die ohnehin ihre besonderen Hilfen zur jülichschen Sache bewilligt und sie per indirectum durch diesen Einfall, Aufschlagung und Zertrennung der Lager im Elsass geleistet haben; wollten aber die höheren Stände ein anderes durchsetzen, so hätten die Gesandten beim Votieren und Unterschreiben zu protestieren, um zu besserer Entschuldigung vor dem Kaiser, den Kurfürsten und Fürsten den Dissens unserer Herrn zu demonstrieren. — Die Abgesandten zu Schweinfurt hatten auch steif darauf beharrt und 19 Motive schriftlich [fehlen] übergeben, warum man sich des elsässer Zugs nicht teilhaftig machen könne. Sie haben aber nur zu sehr erfahren, wie übel dies die höheren Stände aufnahmen, die auf ihrer Meinung beharrten und starken Unwillen gegen die Städte fassten. Die Abgeordneten waren demnach der Meinung, man werde in diesem Punkt etwas nachgeben müssen, um „Extremitäten“ zu vermeiden.

Wollen unsere Herrn trotzdem auf voriger Meinung beharren, so ist das Mittel leicht gefunden, aus der Sache zu kommen, indem man sagt, man tue und gebe nichts, und wenn man weiter

Digitized by Google

in die Gesandten dringt, so sollen diese nicht mehr zu Rat gehen. Aber die Fürsten können nicht allein bezahlen und so wird es heissen: mitbezahlen oder aus der Union treten. Beide Extreme sind gefährlich und bedenklich, bei letzterem sind aber grössere Ungelegenheiten zu befürchten. Zudem ist zu erwägen, dass man sich der jülicher Sache mit Rücksicht auf den Kaiser und auf Sachsen nicht teilhaftig hat machen wollen, dass diese Rücksichten aber jetzt wegfallen; denn mit dem Kaiser steht es leider so, dass seine Ungnade nicht zu fürchten und auf seinen Schutz nicht zu rechnen ist; Kursachsen aber, das ehedem das grösste Auge auf den Kaiser und dessen Hofräte hatte, hat sich jetzt mit den Possidierenden, die man zuvor in die Acht hat tun wollen, ganz verglichen, so dass von daher nichts zu befahren ist. Dazu haben die Strassburger schon erklärt, das sie den Fürsten gern gratifizieren wollen und ihnen werden die andern rheinischen Städte folgen. — Wollen aber unsere Herrn dennoch das letztere Extrem wählen, so ist zu bedenken: 1. Vom Kaiser und vom kaiserlichen Hof hat man nichts zu erwarten weil dort das ganze Regiment darniederliegt und wir doch schon in der Union sind. 2. Der Favor für uns bei Kurmainz und Sachsen wird stets talis qualis sein und, wenn uns etwas begegnet, werden sie eher, durch die Finger sehen als sich unserer annehmen. 3. Würden diese für uns auch etwas tun, so müsste Nürnberg dafür ebenso zahlen wie bei der Union. 4. Zu andern katholischen Fürsten würden wir keine Zuflucht haben; denn die sind uns eben so wenig geneigt als andern evangelischen Ständen. 5. Wenn wir uns aus der Union begeben, wird der Markgraf von Ansbach ein noch böserer Nachbar sein und noch mehr der Stadt zusetzen. 6. Kurbrandenburg und Kurpfalz würden ihm beistehen oder ihm wenigstens nicht Unrecht geben; dazu würden diese beiden durch unsere Absonderung aufs höchste beleidigt werden, besonders Kurpfalz, das bei der Union viel zugesetzt und bei den Rechnungen das meiste zu fordern hat. 7. Man könnte allerdings sagen, man nehme das Geld, das man bisher der Union gezahlt hat, und erwehre sich damit allein der Nachbarn; aber jeder Verständige weiss, ob dies einem einzigen Stand erschwinglich ist und was dazu gehört, auch nur einer geringen einbrechenden Gewalt zu widerstehen. 8. Man darf sich durch das Beispiel der Frankfurter und Regensburger nicht irren lassen, denen seither solche Sachen begegnet sind, dass sie wol gewünscht hätten, in der Union zu sein und dabei nicht wissen können, was ihnen noch ferner droht. 9. Wäre diese Union nicht gewesen, so würden wir bei diesen gefährlichen Läufen doch einen andern Rückhalt gesucht haben, was unter allen Umständen mit Beschwerden und Kosten verbunden gewesen wäre. — Dagegen hat man den Vorteil der Union doch in folgenden Dingen verspürt: 1. Die beschwerlichen Hofprozesse sind seitdem eingestellt. 2. Die Liga hat auf ihre Praktiken verzichten

Juni 20. und Juli 19.

Digitized by Google

Juni 20. und Juli 19. müssen. 3. Man hat verhindert, dass das passauer Volk ins Reich kam. 4. An den jülicher Landen ist gemeinem evangelischen Wesen doch viel gelegen, wenigstens nach Ansicht der Gegner; diese Lande sind nun durch Vermittlung der Union an evangelische Fürsten statt an Leopold und an die Spanier gekommen, wodurch den Evangelischen unerträgliche Bedrängnis erspart wurde, wie aus Tengnagels Aussagen zu sehen ist. 5. Man hört, dass das Haus Sachsen beim jüterbogker Vergleich nicht wenig Rücksicht auf die Union genommen habe, weil es sah, dass diese von den Possidierenden nicht absetzen wolle. 6. Wären wir nicht in der Union, hätte man seitdem den Kaiser gewiss in unserer Stadt gehabt oder wären wir mit schweren Forderungen geplagt worden, die uns saurer angekommen wären als die der Union. 7. Was für Schaden wäre der Stadt erwachsen, wenn des Markgrafen Volk sich auf deren Untertanen gelegt hätte, was gewiss geschehen wäre, wenn wir nicht in der Union gewesen wären; der Schaden der Würzburger soll sich auf 200 000 fl. belaufen. — Diese Gründe muss man jetzt noch mehr erwägen als bevor man in die Union trat: damals hatte man noch alle Katholischen zu Freunden, die begehrten, dass unsere Herrn zu ihnen treten. Jetzt sind sie uns entfremdet: dazu tragen wir auch den Unwillen der mitunierten Kurfürsten und Fürsten, weil wir uns des jülicher und elsässer Zugs nicht annehmen wollten und den Neuburgs noch besonders, weil wir ihm im Administrations-Streit nicht beipflichteten und wird der Unwille noch zunehmen, wenn wir, nachdem es mit dem Kaiser und Sachsen in anderen Stand gekommen ist und Strassburg neben den rheinischen Städten sich willig finden lässt, uns widrig erzeigen und noch andere Städte abwendig machen. — Darum möge man sich wehren, so lang man kann; wenn es aber nichts hilft, so muss man auf Mittel denken, sich soviel als möglich bei voriger Erklärung zu erhalten und dabei doch den Kurfürsten und Fürsten nicht vor den Kopf zu stossen. — Dazu wären aber folgende von Dr. Oelhafen und Dr. Burkhard vorgeschlagene Mittel gut, die man der Instruktion einverleiben könnte: 1. Man will mit den hessischen, obentrautischen und den Lehenreitern nichts zu tun haben, aber das fuchsische und helmstättische Regiment von der Musterung bis zum Anzug bezahlen helfen. 2. Der elsässische Zug ist ganz bei Seite zu setzen und nur zu passieren, was vor dem elsässischen Einfall und nach dem Abzug aufgegangen ist. 3. Da nicht in Abrede gestellt werden kann, dass durch den Einfall ins Elsass auch der Union insgesamt Nutzen geschaffen worden ist, so soll alles Volk die monatliche Besoldung von gemeiner Union erhalten, aber die Aufwendungen für die hohen Befehle, Munition, Artillerie etc. separiert werden.

Die andern Rechtsgelehrten fanden das dritte Mittel voriger Erklärung zuwider, dass man sich des jülicher und elsässer

Digitized by Google

Wesens nicht teilhaftig machen wolle; deswegen schlug Oelhafen 4. vor, die Städte sollen nur die Kosten tragen, die auf die Abdankung des Volkes giengen, was mit der Erhaltung von Ruhe und Frieden im Reich zu verantworten wäre oder 5., die Städte verwenden das, was sie noch in den Rechnungen passieren lassen wollen, auf Abzahlung des Volks in der Oberpfalz, das nur zur Defension wider die Passauer gebraucht worden war; die Kurpfalz, die viel aufgewendet hat, soll der Städte Bewilligung dafür annehmen, des elsässer Zugs wegen aber mit den Fürsten machen, was sie will; doch sollen die Städte nur so viel bewilligen, als dies Volk die Monate über (ohne die hohe Befehle, Artillerie, Werbung etc.) gleichsam in der Garnison zu erhalten gehabt hätte und zwar gegen Abzug der Kommiss. Juni 20. und Juli 19.

Wegen des Vorrats: Aus den Rechnungen ist zu ersehen, dass in der Kassa der Union nichts ist als die zu Trinitatis verfallenen fünfzehn Monate, von denen die unierten Städte acht schon erlegt haben; es wird also vermutlich von Antizipation der Termine oder anderweitiger Stärkung des Vorrats proponiert werden. Es haben aber die Städte die Ungleichheit und Unordnung erfahren, die davon herrührt, dass jeder Stand seine Quote in Händen behält, so dass man nie weiss, was einer erlegt oder was er im Rest hat; daher ist die ganze Last auf die Städte gekommen, selbst die an sich kostspieligen Visitationen der Vorräte sind unterblieben. Man wird der Unordnung durch Schaffung von ein oder zwei Legstätten am besten abhelfen; doch soll sich Nürnberg nicht um eine solche „reissen"; denn sobald es den Fürsten fehlt, würde die Stadt antizipieren, aber auf die Wiederzahlung warten müssen. —

Konfutation der donauwörthischen Relation: Den Vorwurf, dass nur die evangelischen Stände wider den Religionsfrieden gehandelt hätten, wird man schärfer ablehnen müssen.

Wegen der Gutachten zur Hebung der Disziplin, die ans Direktorium einzusenden sind, wegen Anstellung je eines Magazines am Rhein und an der Donau und wegen Verordnung einer kriegsverständigen Person zum Unionstag wird auf das Gutachten der Kriegsstube verwiesen.

Nach Vertagung des Unionstages auf den 21./31. Juli und da in das neue Ausschreiben vom $\frac{\text{29. Juni}}{\text{9. Juli}}$ (vgl. unten no. 274) neue Punkte gekommen waren, traten die Rechtsgelehrten am 9./19. Juli zu einem zweiten Ratschlag zusammen, um den ersten zu ergänzen.

Zum I. Hauptpunkt. Den Aufbruch des Kaisers ins Reich wird man nicht mehr zu befürchten haben, da der Kaiser bei seinem Alter nur mit grossen Beschwerden reisen könnte und der päpstliche Nuntius und der spanische Orator die Reise nicht zulassen werden aus Furcht, dass der Kaiser, einmal im Reich, den Evangelischen zu viel nachgeben

Digitized by Google

Juni 20. und Juli 19. könnte. Es ist auch nicht zu vermuten, dass der Kaiser nach Nürnberg strebt, da er nicht gern nach einem ketzerischen Ort kommen wird; zudem sind wir bei ihm wegen der Union in Ungnaden. Die Nachbarn um die Stadt, Brandenburg und Kurpfalz, werden ein kaiserliches Hoflager hier noch viel weniger gern sehen als wir, da ihnen mit Jagden, Zöllen u. a. grosser Abbruch geschehen würde. Jedenfalls ist aber insgesamt dahin zu trachten, dass des Kaisers Vorhaben verhindert werde, sonst wird es zumeist an den evangelischen Ständen ausgehen und wieder die grösste Last auf die Städte kommen. Wird vom Unterhalt des Kaisers geredet, so ist darauf zu sehen, dass diesen die Union nicht allein auf sich nimmt sondern dass darüber auf einem Reichstag beraten und alle Stände dazu herangezogen werden.

Zum II. Hauptpunkt wird die Hoffnung ausgesprochen, dass der neue Kurfürst von Sachsen[1] der Union gewogener sein werde. Wegen der allgemeinen Gravamina bleibt es bei dem Grundsatz: vor deren Abhilfe keine Steuerbewilligung.

III. Beim Rechnungspunkt ist zu besorgen, dass Nürnberg überstimmt wird. Die Sachlage hat sich allerdings sehr verändert: der Kurfürst von Sachsen ist tot, der von Kurbrandenburg ist mit dem Kaiser ausgesöhnt; dazu weiss man, mit welchen Anschlägen der Herzog von Braunschweig gegen seine Stadt umgeht, welche Sache per indirectum auch die andern Städte betrifft; die Städte müssen daher einen Rückhalt haben. Den wird man aber nicht erlangen, wenn man sich wegen der jülicher und elsässer Sache den höheren Ständen zu sehr widersetzt. Man wird also dabei etwas tun müssen, auch in Erwägung, dass Nürnberg, als Neuburg es um ein Darlehen angieng, sich erboten hat, zur Abdankung etwas geben zu wollen. Dieses Mittel ist auch am besten zu verantworten.

Die von Kurbrandenburg gesuchte Assistenz zur preussischen Sache ist zuvor nur bei den höheren Ständen begehrt worden[2]; die Städte haben sich daher der angesonnenen Adjunktion nach Möglichkeit zu erwehren, von einem unverfänglichen Interzessionsschreiben aber nicht abzusondern. Das Motiv, dass es sich bei Preussen um eine res acquirenda handle, soll zu Verhütung Unwillens bei Brandenburg nicht angezogen werden, wol aber, dass Preussen nichts zur Union beitrage und auch nicht zum Reich gehöre. Beschliesst die Mehrheit eine Schickung nach Warschau und nimmt sich auch Sachsen der Sache an, so sollen die Gesandten alles nur zu Bericht nehmen. — Wegen des genfer Sukkurses wird es, da Savoyen sein Volk abgedankt hat, weiterer Beratung nicht bedürfen. — Die übrigen Punkte der Nachschrift wegen Reassumtion des Reichstags und Erörterung des Justizwesens gehören nicht vor die Union sondern vor die Kurfürsten und die gesamten Stände. Weil der Unionstag nun dem Kurfürstentag vorausgehen wird, so scheint fast, dass man die Gesinnung

[1] Christian II. von Sachsen war am 3. Juli gestorben.

[2] Wegen dieser preussischen Assistenz vgl. A. Chroust, Abraham von Dohna, S. 66 f.

Digitized by Google

der Unierten vorher erforschen will. Darum soll man sich auf nichts einlassen, bevor nicht die Kurfürsten einen Beschluss gefasst haben; müsste man aber davon schon zuvor handeln, so sollen die Gesandten bei den evangelischen Gravamina verharren und vor deren Abhilfe weder in einen Reichstag noch in eine Kontribution willigen. Je schlimmer es dem Kaiser geht, desto mehr möge man darauf bestehen; denn hat er als König [von Böhmen] tun müssen, was seine eigenen Leute wollten, warum soll er als Kaiser gegen die Reichsstände sich nicht ebenso erweisen. — Beschickt König Matthias den Unionstag, so ist die Proposition seiner Gesandten abzuwarten und Bericht darüber zu erstatten. Auf jeden Fall ist aber dahin zu sehen, dass man nicht zu weit gehe sondern bedenke, dass wir noch einen Kaiser haben, dem wir verpflichtet sind. Die beste Entschuldigung ist, man sei nicht instruiert oder die Sache gehöre auf einen Reichstag oder vor die Kurfürsten. Juni 20. und Juli 19.

Die beantragte Anstellung eines consilium politicum ist wol nützlich, hat aber auch grosse Beschwerlichkeiten; es wird sich niemand gern dazu gebrauchen lassen, da er stets an einem gewissen Ort sein und viel Hass und Neid auf sich nehmen müsste; das consilium könnte auch seine Macht zu sehr ausdehnen, würde viel kosten und die Gegner würden seine Geheimnisse durch Auffangung der Briefe u. s. w. zu erforschen suchen. Auch ist die Gefahr nicht mehr so gross, dass man eines solchen bedürfte. — Die Kaution der 80 000 fl. ist zu betreiben, aber im Notfall soll man von einem und andern annehmen, was man haben kann und die Obligation nicht ansehen; je länger man wartet, desto weniger wird daraus.

Nbg., Unionsakten, tom. 46, f. 91 und f. 125; Orr.[1]

---

[1] Am 14./24. Juli giengen die beiden Aeltern des Rats und die zwei Advokaten nochmals die von Dr. Burckhard verfasste Instruktion und die Ratschläge durch. Bedenken machte nur der vornehmste Hauptpunkt, wie weit den höheren Ständen die Anrechnung der Kosten des elsässer Zugs zu gestatten sei; denn darauf beruhe das ganze Rechnungswerk, das Fundament der Union und die Reputation der Herrn des Rats, damit sie nicht der Veränderlichkeit bezichtigt werden. Man kam dahin überein, dass, wenn die übrigen, besonders die rheinischen Städte den höheren Ständen zu Gefallen von den vorigen Beschlüssen abweichen und sich zu weit vertiefen würden, man im Städterat einen Mittelweg vorschlagen, sich desselben vergleichen und im Plenum darauf handeln solle; denn zu Schweinfurt und bei den vorausgehenden Städtetagen habe man ja bereits beschlossen, den Aufbruch nach dem Elsass und den Abzug des fuchsischen und helmstättischen Regiments und der markgräflichen Reiterei daraus in den terminis a quo und ad quem passieren zu lassen. Von den vorgeschlagenen Mitteln [im Ratschlag vom 20. Juni] würde das erste nur übel aufgenommen werden, denn es enthalte nichts Neues; die vorzuschlagenden Mittel müssten vielmehr auf folgender Steigerung beruhen: 1. des Volks, 2. der Zeit, aber nicht des Volks, 3. der Zeit und des Volks; in jedem Fall aber solle in den Rechnungen alles abgesondert werden, was auf die hohen Befehle, Artillerie, Munition u. s. w. gewendet wurde. Das erste Mittel wäre demnach, die elsässische Expedition ganz beiseits zu setzen, aber passieren zu lassen,

Digitized by Google

Juni [zum 20.] **244.** Kanzler Fausts „ohngefehrliches bedenken, was bei dem uf den 17. julii .... bestimpten und verglichenen churfurstentag, sofern derselbig seinen vortgang erreichen wurdet, zu consideriren sein möchte."

Beim Kurfürstentag sind laut Ausschreiben folgende Hauptpunkte vorzubringen: 1. Der prager Uebelstand, 2. die Succession, 3. die Ergänzung des Kollegiums, 4. die Erneuerung des Kurvereins, 5. die Restitution des Justizwesens im Reich, 6. die Verbesserung der

---

was vor und nachher nicht nur auf obige Regimenter und Reiter sondern auch noch auf die hessischen, mansfeldischen, obentrautischen und die Lebensreiter aufgegangen ist; der Schaden würde dabei nicht so gross sein, weil diese Reiterei nicht vor dem Einfall gedient hat und es sich nur um die kurze Zeit des Abzugs handelt. 2. Das andere Mittel wäre: dem fuchsischen und helmstättischen Regiment und den markgräflichen Reitern wäre der ganze Sold auch für die Zeit des elsässer Zugs zu passieren, doch mit Separation dessen, was auf die wirkliche Belagerung und Expedition und auf die übrige Reiterei aufgegangen ist, und anders nicht als wenn obiges Volk in dieser Zeit nur in terminis defensivis und in blosser Garnison gelegen hätte. Dasselbe hätte man gewiss auch wegen des passauischen Volks leisten müssen, auch wenn die Fürsten nicht den elsässischen Zug vorgenommen hätten oder die Unierten sich auch nur mit Volk zur Defension hätten gefasst halten müssen. 3. Das äusserste Mittel wäre endlich: das gesamte Volk ohne Unterschied der Werbung und Zeit zu bezahlen und nur die hohen Befehle etc. auszusetzen. Damit es aber dann nicht das Ansehen hat, als wolle man sich voriger Erklärung zuwider in das elsässer Wesen verwickeln, wird man der Sache einen andern Schein geben müssen, „dass, so vil der stätt portion und rata sonsten diese ganze zeit uber, alldieweil gemeltes volk im Elsas gelegen, und also ausser dessen, so vor dem aufbruch und nach dem abzug aufgewendet, dazu man sich hievorn bereit erboten, austrägt, zusammengeschlagen und bei der endlichen abdankung von den stätten dargeschossen und ihnen vor andern contributionibus als ein voraus zugeschrieben, den chur- und fursten aber die vollige underhaltung des volks, so lang es in dem Elsas gelegen, in rechnungen einig und allein zugeaignet, auch die verantwortung denselben nochmals überlassen wurde." Da die ordentlichen Kontributionen in der Union so eingerichtet sind, dass auf die höheren Stände zwei, auf die Städte ein Drittel fällt, so würde, wenn die Unkosten des Volks im Elsass (ausser den hohen Befehlen u. s. w.) während der ganzen Zeit z. B. 100 000 fl. betrügen, sich der Städte Anteil daran auf 33 000 fl. belaufen, die sie dann zur Abdankung als einen „Voraus" kontribuieren und im übrigen nach obigem Anschlag den höheren Ständen die Last tragen helfen müssten. Auf diesem Weg erreichen zwar die höheren Stände ihr Intent, die Städte aber können bei der Erklärung bleiben, dass sie sich des elsässer Zugs weder mit Volks- noch mit Geldhilfe teilhaftig gemacht haben; dabei hätten die Herrn des Rats noch den Vorteil, dass, was sie an den dargeliehenen 80 000 fl. über ihre Quote hinausgegeben haben, aus den Kontributionen der andern Städte wieder einnehmen und sich so bezahlt machen könnten. — Ein ähnliches Mittel hatte man schon den Gesandten in der Instruktion nach Ulm vom 4./14. Oktober 1610 an die Hand gegeben, dass man so viel passieren lassen wolle als aufgegangen

Digitized by Google

Justiz am kaiserlichen Hof, 7. die Reformation des kaiserlichen Regiments. Vermutlich werden aber auch noch andere Punkte auf die Bahn kommen, da der Kaiser und die Stände ihre Anliegen den Kurfürsten vorbringen werden. Juni [zum 20.]

1. Prager Unwesen. Dieses ist die Hauptursache der Zusammenberufung, die ohne merkliche Schwächung der Autorität im Reich nicht unterbleiben konnte, da das Reichsoberhaupt so sehr geängstigt wird, man den Kaiser mit so starker Macht fast wie in einem Gefängnis hält und sich beinahe an seiner Person, wenigstens aber an dem kaiserlichen Hofstaat vergreift, indem man seine Räte verhaftet. Daher müssen das Reich und besonders die Kurfürsten, denen an der Erhaltung der kaiserlichen Autorität mehr als andern gelegen ist, sich der Sache annehmen und zeitlich beratschlagen, was zur Rettung und Tröstung des Kaisers dienen möchte. — Da aber bei den Verhandlungen allerlei Affekte mitunterlaufen könnten, wäre es gut, gleich anfangs bei Herrn und Räten, besonders aber bei den sächsischen anzuklopfen, um zu erfahren, wie deren Gesinnung sei und ob sich diese nach erfolgter Vergleichung mit Kurbrandenburg nicht etwa gegenüber der in Prag erwiesenen geändert hat, damit man die etwaigen Neigungen des einen und andern Kurfürsten zu König Matthias kennen lernt und auch sieht, was man bei Beratung des Successionspunktes von dem einen und andern zu erwarten hat. —

---

wäre, wenn das Volk in Garnison gelegen hätte und dass man die Verantwortung des elsässer Zugs und der Exzesse den Fürsten überlasse. Auch die Ulmer haben schliesslich kein anderes Mittel gewusst als dass man, weil man den Unterhalt des Volks bewilligt habe, ihn passieren lasse, sich aber sonst verwahre, indem die zur eigentlichen Expedition gehörigen Unkosten ausgesetzt und den Fürsten allein heimgestellt werden. Es handelt sich nur um ein geringes Geld und man erspart sich Inkonvenientien; man könnte sich auch noch im Abschied verwahren, dass diese Bewilligung nicht in Konsequenz gezogen werden dürfe (Nbg., a. a. O., f. 139; Kopie).

Auf Grund der beiden revidierten Ratschläge wird die Instruktion vom 18./28. Juli abgefasst. Wegen der Kosten des elsässer Zuges wird noch bestimmt, dass das dritte der oben angeführten Mittel nur auf Ratifikation angenommen werden dürfe. — Zur Vermehrung der Union wird die Erhandlung des Hauses Sachsen empfohlen, damit ein zweites Corpus in den sächsischen Landen aufgerichtet und aus der Union ein gemeines Werk aller Evangelischen gemacht werden könne. — Die Anlage von Magazinen am Rhein und an der Donau ist wegen der Kosten und wegen der verringerten Gefahr abzulehnen. — Wegen Donauwörth sind die kurfürstlichen Gesandten zu ersuchen, sich der Stadt beim Kurfürstentag anzunehmen und den Kaiser seines Dekrets zu erinnern, damit er noch vor Bewilligung oder Anstellung eines Reichstags die Restitution verfüge. — Die Kurfürsten sind zu ermahnen, der allgemeinen Gravamina eingedenk zu bleiben und keinen Reichstag zu bewilligen, bevor den Beschwerden abgeholfen oder wenigstens gewisse Vertröstung der Abhilfe gegeben wird; beim Reichstag ist vor allem von dieser Abhilfe zu handeln, vorher zu keiner andern Beratung zu schreiten und vor der Abhilfe der Gravamina und vor der Verbesserung des Justizwesens auch keine Kontribution zu bewilligen (Nbg., a. a. O., f. 149; Kptkopie).

Digitized by Google

Juni [zum 20.] Hat man sich wegen des modus procedendi dahin geeinigt, nach der Ordnung des Ausschreibens zu verfahren, so ist zunächst zu bedenken, wie man es zwischen den Brüdern dahin bringen könnte, dass sie die Waffen niederlegen oder, wenn dazu keine Hoffnung, wie sonst die Ruhe zu erhalten wäre. Die Dinge in Prag gehen allerdings so, dass wenig Hoffnung dazu ist, man werde Matthias zur Niederlegung der Waffen bewegen können; denn er befindet sich jetzt im Vorteil, kann auch den Vertrag vom vorigen Jahre vorwenden, wegen den er sich beschwert glaubt, und wird er sagen, er habe eher der Kurfürsten Beistand als solche Zumutung erwartet. Die Kurfürsten können aber gleichwol zu des Königs Vornehmen nicht stillschweigen und zusehen, wie man dem Kaiser die böhmische Krone de facto vom Haupte nimmt und ihn der Regierung Böhmens entsetzt, während es doch vielleicht noch andere Mittel gegeben hätte, den König, falls er sich wider jenen Vertrag durch den Kaiser beschwert fühlt, zu entschädigen. Jedenfalls ist mit der beschwerlichen, feindlichen „Umringung" des Kaisers, der Bewachung in seiner Residenz und Verhaftung seiner Räte und Diener zur Schmälerung der Reputation des Reiches allzusehr geeilt worden. Was man jetzt noch dagegen tun kann, dazu wird der Bericht der in Prag gewesenen kurfürstlichen Räte Mittel an die Hand geben. Kann man den König durch wolmeinende Erinnerung von seinem tätlichen Vornehmen abhalten (denn eine „thatliche resistenz" dürfte keineswegs unternommen werden, die den Kurfürsten zur vorigen Assekuration der alten Verträge nur eine neue Last auflüde), so wäre dies auf jeden Fall zu versuchen, sei es durch die noch in Prag anwesenden kurfürstlichen Räte oder, wenn diese schon weggezogen sind, durch andere. Ist beim König die Niederlegung der Waffen oder die Versöhnung der Brüder nicht zu erreichen, so kann man trotzdem den Kaiser in solcher Beängstigung nicht stecken lassen, kann ihm aber auch nicht raten, von seinem Wohnort zu weichen (was nur schwer geschehen könnte und wobei auch der Kaiser sein bedeutendes Vermögen zurücklassen müsste und also mittellos gemacht würde) oder ganz unbillige Bedingungen auf sich zu nehmen; die Kurfürsten können aber auch nicht gegen den König noch weitere Verpflichtungen eingehen, — daher wäre es besser, die Sache auf einem Reichstag zu beraten und den Kaiser wenigstens so weit frei zu machen, dass er dessen Ausschreibung vornehmen kann, was der König im Hinblick auf das Völkerrecht ohnehin nicht hindern würde. Würden die Kurfürsten die Ausschreibung des Reichstags selbst auf sich nehmen, was weder die goldene Bulle noch die Reichsgesetze ihnen zugestehen, so wäre bei den ungleichen Intentionen der Reichsstände der Erfolg doch sehr zweifelhaft und könnten die andern Stände sich auch in die Beratung anderer Sachen einmischen wollen, was der kurfürstlichen Praeeminenz nachteilig wäre.[1]

Kommt es zur Ausschreibung des Reichstags durch den Kaiser, so wäre der Kaiser bei Erteilung des kurfürstlichen Konsenses zu

[1] Vgl. oben no. 171.

Digitized by Google

ermahnen, „wie sie [ksl. M.t] etwan bei solchen beschwerlichen zustenden und irem ufsteigenden alter sich zu einem meheren ruhigen wesen, nicht umb dessen iro vor- und zustehenden gewalts willen (als welchem durch embsig und treueiferiges nachdenken der churfursten und anderer reichsstende ohne I. M.t reputation verringerung sonsten etwan bessere mass zu finden sein wurde) sonder iro selbst zu erleichterung und gemeinem des heil. reichs wolstand zum besten accomodirn und dissfalls der churfursten und anderer vornehmer getreuer reichsstenden einrathen volgen möchten mit deren erklerung, dass villeicht sonsten doch dasjenig, was bei solcher mit müehe und grossem uncosten angestelten reichsversamblung beschlossen, müesto effectuirt werden." Juni [zum 20.]

Es ist aber zu besorgen, dass, wenn der Kaiser der böhmischen Krone und Regierung sowie der Residenz im Schloss beraubt würde, er auch bei Ausschreibung eines Reichstags nicht so frei wäre, dass er sich nicht etwa zuvor zu einigen schweren Bedingungen verpflichten müsste und dass, wenn auch der Reichstag über solche Reverse durch seine Beschlüsse hinweggienge, der Kaiser doch, so lange er in Böhmen wäre, nach der Böhmen Willen übel gehalten werden und alle Beschlüsse des Reichstags (besonders bei den ungleichen Intentionen der Reichsstände) ungewiss bleiben könnten. Daran würde auch nichts ändern, wenn der Kaiser den Kurfürsten eine Vollmacht zur Ausschreibung des Reichstags erteilte, da die Böhmen ihm so zusetzen könnten, dass er die Vollmacht widerrufen müsste.

Darum muss vor allem daran gedacht werden, den Kaiser aus Böhmen zu bringen, um gewiss zu einem Reichstag zu kommen; im äussersten Falle müssten freilich die Kurfürsten selber die vornehmsten Reichsstände zu einer Zusammenkunft veranlassen, wobei alles Nötige bedacht und die geringeren Stände hernach desto leichter dazu verpflichtet werden könnten.

Dem Kaiser einen bestimmten Ort [zur künftigen Residenz] anzuraten, ist misslich. Am besten wäre, wenn er sich selbst für einen entschiede; denn wenn er auch allenthalben im Reich seiner Freiheit und seines Respekts gewiss ist, so haben doch die Reichsstädte so viele Privilegien, dass sie dem Kaiser nirgends viel Jurisdiktion einräumen werden, wie man dies schon auf den Reichstagen, wo doch die Städte zu mehrerem verbunden sind, spüren kann. Wenn der Kaiser sich wegen seiner Gesinnung gegen seine Brüder nicht entschliessen kann, gleich nach Tirol zu gehen, so dürften sich Regensburg oder Augsburg noch am besten zur Residenz eignen, beide wegen der Nachbarschaft Baierns, von dem er Assistenz haben kann; Augsburg ist auch nahe an Tirol.

Ein gewisseres Gutachten bei dem ersten Punkt, zu verfassen ist darum fast unmöglich, da alle bisher in Prag durch den Herzog von Braunschweig und die kurfürstlichen Räte geführten Verhandlungen so zweifelhaft abgegangen sind und man noch nicht sicher weiss, ob der Kaiser in Böhmen bleiben kann oder nicht. Man wird daher die Entschlüsse beim Kurfürstentag

Digitized by Google

Juni [zum 20.] nach den aus Prag einlaufenden Berichten fassen und vor allem erwägen müssen, wie der Kaiser aus der Böhmen Gewalt zu bringen ist, ob, wenn man es anders nicht erreichen kann, es in der Kurfürsten oder auch aller Reichsstände Macht liegt, mit „thätlichen und bewehrten Mitteln“ dazu zu kommen und die dem Kaiser und dem Reich zugefügte Unbill an den Böhmen „und wer sich ihrer annimbt“, allein zu rächen oder ob, wenn dies dem Reich allein zu schwer fiele, ansehnliche Gesandtschaften die auswärtigen Potentaten um Hilfe angehen sollen. Jedenfalls würde es dem Reich bei allen Völkern übel ausgelegt werden, wenn die böhmischen Stände so ungescheut gegen den Kaiser verfahren und sich auch an der Reichskanzlei vergreifen dürften, ohne dass etwas dagegen unternommen würde.

Würde man aber auf dem Kurfürstentag diesen ersten Punkt für so schwer und wichtig befinden, dass man ihn bis zum Reichstag aussetzen müsste, so wären zuvor die Gemüter einiger Stände, auch aus der Ritterschaft zu disponieren, „welche [Disposition] gleichwol entweder bei vielen (in betrachtung wie ungleich man sich hiebevor in andern sachen demonstrirt und nicht allein wenig willfart sonder uber das man auch solche sachen vertreulich zu halten an sie begert, doch gegen den protestirenden uuirten von etlichen jactirt, denselbigen solche zumuten eroffnet haben, die es dann in ihren schreiben, deren theils zu Prag einkommen, ihnen wol zu nutz zu machen und dass man dabei fehlgeschlagen, sich zu rühmen gewüst, andere reden zu geschweigen, denen man sich bei etlichen aus der ritterschaft umb deren geringen zumutung willen, so ihnen bei vorgestandenen und villeicht noch nicht ersitzenden nothfall beschehen, gegen den geistlichen herrschaften vernehmen lest) einen ungewissen effectum würken oder doch darumb hart vorfallen möchte,“ weil vieler Stände Intentionen und Bestrebungen ungleich sind „und mancher sein eigen gravamen, so er wegen manglung der iustizien im reich befindet, harter zugemutet als das publicum und ihme derenthalben mehr wurde angelegen sein lassen, demselbigen zuvor oder je mit und neben den gemeinen gravaminibus abzuhelfen.“ Doch darf man nichts unterlassen, um zu besserem Verständnis im Reich zu kommen.

2. Succession. Hier nützen lange Gutachten nichts; die Sache ist ausschliesslich den Kurfürsten vorbehalten, die sich bisher allein ihrer angenommen haben. Zweifelhaft ist, ob sich alle Kurfürsten, sei es vorbereitend, sei es hauptsächlich, auf diesen Punkt einlassen werden, so lange wegen des Administrationsstreits das Kolleg unergänzt ist. Es wird daher vor allem von der Ergänzung zu reden und darüber zu beschliessen sein; davon hängt dann die Bewilligung des Reichstags und der übrigen Punkte des Ausschreibens ab. Dazu kommt als weitere Schwierigkeit, wie die Zustimmung des Kaisers zur Wahl zu erlangen sein wird, die bisher niemals zu haben war; entschlösse man sich aber, auch „renitente imperatore“ hierin zu verfahren, so dürfte

Digitized by Google

umso weniger eine kurfürstliche Stimme im Kolleg abgehen. Man hat unlängst aus der hier abgelegten kurpfälzischen Werbung sehen können,[1] wie man sich dort dazu anstellt, die im Ausschreiben bezeichneten Punkte etwa bei unergänztem Kolleg vorzunehmen. Das Beste, was man deswegen auf dem Kurfürstentag tun kann, wird daher sein zu erwägen, wie man des Kaisers Einwilligung zu einer Wahl ausbringen kann; denn bei unergänztem Kolleg wird keiner der weltlichen Kurfürsten sich gerne entschliessen, auch gegen des Kaisers Willen zur Wahl zu schreiten. Den Konsens des Kaisers kann dann auch ein einziger Kurfürst nachsuchen. Diesen Konsens auszubringen wäre ungemein nützlich, da dem ganzen Reich an einem geeigneten Oberhaupte, das unparteiisches Recht spricht, viel gelegen ist, besonders aber den geistlichen Ständen, um sie bei ihren Stiftern und ihrer Religion zu erhalten. — Man muss auch in Privatgesprächen die Gemüter erforschen, auf welches Subjekt die Gedanken gehen, damit man dann bei der Wahl desto besser fortkommt; denn es wäre sehr fraglich, wie man sich bei einer unvorbereiteten Wahl befände. Es weiss aber jedermann, wie ungleich der Kurfürsten Intentionen hierin sind; daher muss man trachten, Kursachsen zur Intention der geistlichen Kurfürsten zu bringen, wenn diese, was unumgänglich nötig ist, sich unter sich geeinigt haben. Gelingt dies mit Sachsen nicht, so können die geistlichen Stände ihre Hoffnung allein auf Gott setzen; denn schon bei Vergleichung der Kapitulation würden sie in dem, was zur Sicherung ihrer Stifter dient, wenig Beifall haben und sich mit dem blossen Namen eines Religions- und Profanfriedens zufrieden geben müssen und wer weiss, wie derselbe interpretiert werden würde! — Diese Erforschung der Gemüter muss aber sehr behutsam angestellt werden; denn wenn es auch nicht ganz an Vertrauen fehlt, so bedient man [Sachsen] sich doch auch des Einratens anderer Personen; käme es aber dadurch zu einem Widerspruch, so würde dies bei unergänztem Kolleg nicht viel Gutes bringen. Die mühlhauser Akten von 1574 zeigen zwar, was für vertrauliche Kommunikation es damals zwischen Erzbischof Daniel von Mainz und Herzog August von Sachsen wegen der Wahl des jetzigen Kaisers gegeben hat;[2] der ganze Handel war aber damals weniger mühevoll, da man der Zustimmung des Kaisers Maximilian II. nicht nur gewiss war sondern dieser selber inständig zu solcher Kommunikation geraten hatte; daran fehlt es heute. Man möge aber jene Akten wieder durchsehen, daraus die kursächsischen Räte und vielleicht den Herrn selbst informieren, wie vertraulich damals die Sache zwischen beiden Kurfürsten verhandelt worden sei, und möge dadurch die Räte bestimmen, auch diesmal den Kurfürsten von so vertraulicher Konversation nicht abzuhalten.

Juni [zum 20.]

---

[1] Vgl. no. 199 und no. 211.
[2] Vgl. H. Moritz, die Wahl Rudolfs II., Marburg 1895, S. 63 f.

Digitized by Google

Juni [zum 20.] 3. Administrationsstreit. Die Schwierigkeit wegen Ergänzung des Kollegs liegt bei Kurpfalz; Kurbrandenburg ist Successor und in der Possession. Man hat zwar gegen Kurbrandenburgs Einnahme in den Kurverein wegen der Offension, „darin S. chfl. Gn. bei I. M.[t] begriffen", bisher etwas Bedenken gehabt; aber diese Offension ist durch den Vergleich mit Sachsen gefallen und sollten wegen der Aussöhnung noch Schwierigkeiten bestehen [1], so kann doch die Einnahme (obgleich im Verein nirgends zu finden ist, dass die kaiserliche Ungnade aus dem Verein ausschliesst) mit der Salvationsklausel: »vorbehaltlich der Aussöhnung mit dem Kaiser« erfolgen. — Schwieriger ist die Sache bei Kurpfalz wegen Neuburgs Widerspruch, ja sie kann noch schwieriger werden, wenn die beiden andern Kurhäuser strikte auf die goldene Bulle gehen wollen und sich den Vorgang zu Praejudiz anziehen. Es ist daher am besten, da gewiss von beiden Seiten Abordnungen erscheinen werden, auf dem Kurfürstentag zuerst diesen Punkt vorzunehmen, um nicht alle folgenden Handlungen ungewiss zu machen. Da nun Pfalzgraf Johann der besitzende Administrator ist und Kurbrandenburgs Zustimmung hat, auch den geistlichen Kurfürsten unratsam wäre, von ihm, den sie bisher als gesetzmässigen Administrator anerkannt haben, abzufallen und bei so naher starker Nachbarschaft unnötige Offension auf sich zu laden, da sie ferner auch Rücksicht auf die kaiserlicher Autorität wegen der erfolgten Bestätigung des kurfürstlichen Testaments nehmen müssen [2] und sie den Administrator fast noch zu Lebzeiten des Kurfürsten in die völlige Possession der kurfürstlichen Lande haben kommen lassen, so wird gewiss auch Kursachsen, der sich bisher nicht hat vernehmen lassen, nicht Anstoss nehmen und auf wolmeinende Unterbauung eines der Kurfürsten, die gleich anfangs geschehen müsste, der Mehrheit beifallen, jedoch mit Vorbehalt der Bestimmungen der goldenen Bulle für die Zukunft und dass entweder dem Kaiser durch alle Kurfürsten geschrieben oder einem neuen römischen König in die Kapitulation gerückt werde, künftigen abgesonderten Erklärungen gegen den Wortlaut der goldenen Bulle nicht nachzugeben. Sollte dann noch auf „ein würkliches mittel wegen einraumung eines zimlichen ampts gedacht werden, welches Neuburg biss zue antretung des churerben selbstregierung inhaben möchte", so wird es hoffentlich Pfalzgraf Johann sämtlichen Kurfürsten zu Ehren und zur Erhaltung des Friedens im kurpfälzischen Hause daran nicht fehlen lassen. — Vielleicht wäre gut, wenn Pfalzgraf Johann zunächst seine Räte zur Vorbereitung hieherschickte, dann aber, wenn der Vergleich zu Stande kommt, sich zur persönlichen Hieherkunft bereit hielte. Seine wie Kurbrandenburgs Einnahme könnte dann hier erfolgen, es müssten die Kurfürsten nur auch die grossen Siegel mitnehmen. Kann aber die Ergänzung des Kollegs nicht gleich zu Anfang vorgenommen werden, so wird alles stecken

[1] Vgl. no. 186 mit Anm. 1 auf S. 449.
[2] Vgl. Briefe und Akten, V., S. 896 f. und I., S. 597.

Digitized by Google

bleiben, Pfalzgraf Johann wird sich nicht gutwillig aus der Possession verdrängen lassen, Kurbrandenburg wird ihm beifallen und werden die geistlichen Kurfürsten als Nachbarn am meisten gefährdet sein, abgesehen davon, dass weder auf dem Kurfürstentag noch hernach ein fruchtbarer Beschluss wird gefasst werden können. Die kurpfälzischen Räte haben bei ihrer jüngsten Anwesenheit hier ohnehin schon bemerkt, ihr Herr könne wegen der Kurpfalz nicht nachgeben. Wie aber bei solchem Zustande dem Kaiser oder dem gemeinen Wesen geholfen werden könnte, würde sich bald zeigen. Juni [zum 20.]

4. Wegen Erneuerung und Bestätigung des Kurvereins gibt das Ausschreiben genügende Anweisung. Sie beruht zunächst auf Ergänzung des Kollegs, dann auf Herstellung des alten Vertrauens und des guten Einverständnisses unter den Kurfürsten. Den Weg dazu geben die gegenwärtigen Verhältnisse an die Hand; denn alle Wirren im Reich fliessen aus der ungleichen Auslegung des Religions- und Profanfriedens und fast aller andern Reichssatzungen her. Die Kurfürsten müssen sich also gegenseitig bemühen, solche partikulare Auslegungen zu beseitigen und nur die buchstäbliche Disposition der Satzungen gelten zu lassen; doch soll man sich bei diesen Streitigkeiten nicht aufhalten sondern die ganze Sache, die ja ohnehin mit dem Justizwesen zusammenhängt, den Räten zur Vorberatung überweisen und erst, wenn diese sich nicht einigen können, sollen die Kurfürsten, soweit dies durch freundliche Unterredung zu bewirken ist, das ihrige dazu tun; denn der Kurverein ist nur auf den Religions- und Profanfrieden und auf die Reichsgesetze zur Erhaltung kaiserlicher Autorität gegründet. Werden diese Gesetze aufrichtig und unparteiisch gehalten, so kann es an Vertrauen und Einverständnis unter den Kurfürsten nicht fehlen.

5. An der Hebung des verfallenen Justizwesens im Reich ist so viel gelegen, dass, wenn schon dem Kaiser jetzt geholfen, dessen Konsens zur Ordnung der Succession erlangt, das Kolleg ergänzt und der Kurverein erneuert werden könnte, doch mit dem allen für die Wolfahrt von Land und Leuten weniger als nichts geleistet wäre, wenn dazu nicht auch die wirkliche Administration unparteiischen Rechtes kommt; daher ist dieser Punkt vor allen andern zu beachten. Dr. Fleischbein, der auf den Reichstagen die Direktion dieses Punktes gehabt hat, wird gewiss alles erwägen, was zu geschehen hat, um die Revisionen und Visitationen wieder in Gang zu bringen, und wird alles seinem Gutachten einverleiben. Zwar glauben manche, und auch die Kurpfälzer liessen sich dahin verlauten, es könne dieser Sache nur mit Zutun aller Reichsstände abgeholfen werden; aber es würde für den künftigen Reichstag einen grossen Vorsprung gewähren, wenn man zuvor hierüber der Kurfürsten einhelliger Meinung versichert wäre; daher darf hierin nichts unversucht gelassen werden. Hoffentlich ist auch Kursachsens Meinung noch unverändert, wie sie zu Prag besonders wegen der Revisionen geäussert worden ist: der Kurfürst sei einverstanden, dass gemäss dem Abschied von 1598 alle Revisionen indifferenter vorgenommen werden

Digitized by Google

Juni [zum 20.] sollen. Wäre auch bei den zwei andern weltlichen Kurfürsten das Zugeständnis zu erreichen, dass in den Revisionssachen kein Unterschied gemacht werden solle, so hätte man schon den Vorteil, dass dem gemeinen Prozess sein richtiger Lauf gelassen würde. Sonst handelt es sich bei diesem Punkt hauptsächlich darum, dass die weltlichen Inhaber von Erzstiftern und Stiftern zu Visitationen des Kammergerichts nicht geeignet sind und dass die Protestanten nicht zugeben wollen, dass mandata sine clausula gegen sie wegen Eingriffe in Güter innerhalb ihrer Fürstentümer (worin sie die Güter nicht nur der freien Ritterschaft sondern auch der gefreiten ritterlichen Orden, der Erzstifter und Stifter und anderer geistlicher Orden einbeziehen) erkannt werden. — Auf das Dubium de usuris in contractu mutui ist kein grosser Wert zu legen, dagegen beruht auf den beiden ersten Punkten der Geistlichen höchste Gefahr. Es kann daher den geistlichen Kurfürsten, so lange ein Reichsoberhaupt sie bei ihrer Religion und bei ihren Stiften handhabt, nie geraten werden, sich dazu zu verstehen, weltliche Fürsten, die geistliche Stifter okkupierten, für habil zu Revisionen anzuerkennen. Würde aber einmal ein Haupt ins Reich kommen, das mehr der andern Religion zugetan wäre oder nicht Lust oder Macht hätte, die Katholischen zu schützen, so würden diese sich hierin nicht weiter vergeblich bemühen dürfen sondern würden die Protestanten den Ausschlag zu ihrem Vorteil wol zu finden wissen, die Katholischen aber ihre Hilfe allein bei Gott zu suchen haben. — In den beiden obigen Punkten gibt es kein unbedenklicheres Mittel als dass die Visitationen ordentlich unter den Ständen kontinuiert werden; kommt man dann in der Reihe zu den zum geistlichen Stande unqualifizierten Ständen, so sollen der Kaiser oder dessen Kommissarien mit Zuziehung der betreffenden Domkapitel diesen Stand bei der Visitation vertreten, bis dieses Dubium durch die Reichsstände anderweitig behoben wird. — Wegen der mandata sine clausula können die geistlichen Stände ohne ihre höchste Gefahr nicht das Geringste nachgeben, wollen sie nicht alle ihre unter weltlicher Herrschaft stehenden Güter verlieren; es müssen daher die Bestimmungen über Pfändung und Arrest unlimitiert bleiben und muss es mit Erkennung solcher Prozesse wie bisher gehalten werden.

Eine weitere Schwierigkeit, die sich von 1582 herschreibt und sich besonders bei den zwei letzten Reichstagen so sehr geltend gemacht hat, ist, dass man nicht nur „paria discrepantia vota“ sondern auch Partikularvoten einiger weniger Stände referieren will. Es käme dadurch nie zu einem gemeinen Schluss, auf den man sich allseitig verlassen könnte; jeder würde vielmehr glauben, nicht durch die Meinung der Mehrheit sondern nur durch seine eigene verbunden zu sein. Dieser Punkt gehört gerade nicht genau zum Justizwesen, spielt aber stark hinein und ist man um seinetwillen in einigen Sachen nicht fortgekommen. Wird dies Absurdum nicht beseitigt, so hat man nur Konfusion im Reiche zu erwarten, — abgesehen davon, dass niemals und nirgends zu Satzungen und Urteilen zu gelangen sein wird, wenn dieselben nicht nach dem

Digitized by Google

Gutachten aller oder der Mehrheit gerichtet sind; alle geschriebenen Rechte und Reichssatzungen können nur durch dies Mittel zur Anerkennung kommen. Die Kurfürsten mögen sich deswegen auf dem Tag einer einhelligen Meinung vergleichen, der die friedfertigen Stände dann gerne beifallen werden. Juni [zum 20]

6. Von Verbesserung der Direktion im Reichshofrat und in andern Räten und 7. von der Reformierung des ganzen kaiserlichen Regiments zu reden, bringt bei der jetzigen Lage des Kaisers schwerlich viel Frucht, zumal man nicht weiss, ob der Kaiser noch länger in Böhmen bleiben oder ins Reich kommen wird und ob er nicht auf das Kaisertum verzichten, sich zur Ruhe begeben und den Kurfürsten anheimstellen wird, einen römischen König zu wählen. Bleibt der Kaiser in Böhmen bei seinem jetzigen Regiment, aller Jurisdiktion und genügendem Unterhalt, so ist für diesen Fall ohnehin schon im vorigen Jahr zu Prag wegen der Reformierung der Räte und des Regiments einiges bedacht und zu Papier gebracht, auch dem Kaiser und einigen seiner geheimen Räte hinterlassen worden. Man kann dies Gutachten auf den Kurfürstentag mitnehmen, „allein mag es eines subjects halben seithero etwas enderung gewonnen haben, durch welches man verhofft gehabt,[1] den vornembsten mengeln abzuhelfen oder vorzubawen, desswegen vieleicht die sachen ietzmals ein ander und mehr nachdenkens erfordern möchten.“ — Begibt sich aber der Kaiser ins Reich, ohne dem Kaisertum zu entsagen, so wird sich wol das Reich zu dessen Unterhalt etwas angreifen müssen und werden dafür die Stände nicht nur Abhilfe ihrer vorgebrachten Beschwerden begehren sondern auch zu besserer Anstellung des Regiments Mass und Ordnung geben wollen; es dürfte daher darüber weitläufige Verhandlungen geben, bevor die Stände sich zur Bewilligung des Unterhaltes bewegen lassen werden. Leichter wäre es, wenn der Kaiser sich zur Ruhe bequemte und den Kurfürsten einräumte, auf einen Nachfolger zu denken, wobei dann durch die gewöhnlichen Kapitulationen so viel Mass und Ordnung gegeben werden könnte, dass man sich hernach besonderer Ungleichheit nicht zu befahren hätte und doch weitläufige Deliberationen hierüber abgeschnitten würden. O. D.[2]

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 60; Kopie.[3]

---

[1] Anspielung auf Erzherzog Leopold.

[2] Datiert nach dem Begleitschreiben Fausts an den Kurfürsten von Mainz vom 21. Juni (Wmz., a. a. O., no. 61: Or. eigh.).

[3] Ausser diesem zur persönlichen Information des Kurfürsten bestimmten Gutachten setzte Faust noch eine Instruktion für die kurmainzischen Räte Kaspar von Eltz, Gerhard von Waldburg und Liz. Kaspar Fleischbein auf, die gemäss dem Ausschreiben vor dem Eintreffen der Kurfürsten die „Praeparatoria“ erledigen, vor allem aber den Justizpunkt vorberaten sollten. Um dabei von Kurpfalz nicht mit dem Einwurf aufgehalten zu werden, dass das kurfürstliche Kolleg unergänzt sei, sollen die mainzischen den pfälzischen Räten vorstellen, sie möchten sich den Verzug eines halben Tags gefallen lassen; inzwischen soll mit den trierischen, kölnischen und sächsischen Räten wegen der Zulassung von Kurpfalz vertraulich geredet

Digitized by Google

Juni 22. **245. Ulmische Instruktion zum Unionstag von Rotenburg.**

Die Punkte des Ausschreibens sind so allgemein, dass eine Spezialinstruktion darauf nicht nötig erscheint. Erwägt man aber die Konsequenzen aus diesen Punkten, so hat man Ursache genug, die Augen aufzumachen, damit man nicht unversehens in grosse Beschwerden und Weitläufigkeiten kommt.

I. Passauer Volk und neue Werbungen. — Es ist wahr, dass man nicht allzu sicher sondern wachsam sein soll, darum hat man vor alters in die Szepter ein Auge gesetzt; man soll auch keinen Feind verachten; endlich gibt die langwierige Handlung zwischen Kaiser und König genug Ursache zum Nachdenken, besonders weil dabei herauskommt, was für Anschläge gegen die evangelischen Stände geplant waren. Gegenverfassung und neue Werbungen für die Union scheinen uns aber gleichwol zur Zeit nicht ratsam, da nicht anzunehmen ist, es werde jenes Volk, das sich in Budweis verschanzt hat, einen unierten Stand angreifen. Man hat auch im vorigen und diesem Jahr erfahren, wie kostbar und „geldfrässig" Kriegswerbungen sind und werden die Rechnungen es bezeugen; der Vorrat der Union ist erschöpft. Stellt man sich dennoch in Gegenverfassung, so gibt man den Ligisten zu gleicher Anstellung und also zu mehrerem Mistrauen Anlass, zu geschweigen dass mit jenem

---

und, wenn sich bei ihnen Neigung zur Zulassung zeigt, diese proponiert und beschlossen werden. Würden die Sachsen Schwierigkeiten machen, so sind sie an das vom Kaiser bestätigte kurfürstliche Testament und an die Possession des Administrators zu erinnern und ist ihnen mitzuteilen, dass wegen dessen Aufnahme in den rheinischen Verein keine Bedenken erhoben werden würden. Bleiben die sächsischen Räte dabei, diese Sache ihrem Herrn vorzubehalten, so muss man sich bei den Pfälzern deshalb bestens entschuldigen. — Würden die brandenburgischen Gesandten spät oder gar nicht kommen oder wegen des unergänzten Kollegs an den Beratungen nicht teilnehmen wollen, so soll man vorläufig mit den andern Räten in der Beratung des Justizpunktes fortfahren, mit den Brandenburgern sich aber privatim besprechen, damit unter den fünf Kurfürsten die vertrauliche Kommunikation vor sich gehe. — Von neuburgischen Gesandten darf keine Vollmacht, wol aber ein schriftlicher Protest angenommen werden. — Die Proposition ist durch die Mainzer gemäss dem Ausschreiben zu tun; bei der Beratung über den Justizpunkt hat man sich der ausführlichen Relation Fleischbeins zu bedienen, aber mit den darin angedeuteten Mitteln zurückzuhalten, sich stets zuvor mit denen von Trier, Köln und Sachsen zu unterreden und alles auf der Herrn Ratifikation zu stellen. Die Mainzer haben ihr Handeln und Votieren stets dahin zu richten, dass, da beim Justizpunkt seit 24 Jahren auf allen Konventen so viel Verbitterung vermerkt worden ist, diesmal alle Offension vermieden, der Glimpf — doch ohne Verletzung des Rechts — den katholischen Ständen gewahrt und mehr auf Stiftung guten Vertrauens als auf weitläufigen Disput gesehen werde (Instruktion vom 29. Juni; Wmz., a. a. O, no. 69; Kpt.). — Der Kurfürst hatte obendrein noch ein besonderes Nebenmemorial am 29. Juni eigenhändig aufgesetzt, das die Räte anweist, mit den Sachsen vertrauliche Kommunikation, besonders wegen der Zulassung von Kurpfalz, zu pflegen und ihnen Rebmanns Werbung (vgl. no. 241) mitzuteilen (Wmz., a. a. O., no. 72; Or. eigh.).

Digitized by Google

Volk bereits akkordiert ist und die Abdankung bereits vorgenommen sein soll. Es sollen daher unsere Gesandten vorerst die Gefahr, die von diesem Volk drohen soll, gründlich prüfen und den Stand, der um Hilfe ansuchen würde, zunächst auf die eigene Gegenverfassung und auf das Mittel der Kreishilfe weisen. Juni 22.

II. Wegen der Rechnungen gibt die Nebeninstruktion[1] Mass. Die Gesandten sollen dabei die grossen Anleihen Brandenburgs und Württembergs nicht ausser Acht lassen und deren Tilgung nachdrücklich urgieren.

III. IV. Erhaltung des Friedens und der Libertät und Abhelfung der Gravamina. Ein Mittel dazu wäre allerdings, die gewehrte Hand zu gebrauchen, wozu, wie man vor einem Jahr erfahren, einige der höheren Stände nicht übel Lust hätten; wenn man aber den misslichen Ausgang damals, die Kosten, den Schaden und die Verantwortung vor Gott und Welt erwägt, so will sich dies Mittel nicht wieder praktizieren lassen. Es gibt aber andere Mittel, die in der Union begriffen sind: die gütliche Vergleichung zwischen den streitenden Parteien und die Aufrichtung des alten Vertrauens, ein Mittel, das man früher und auch noch zu unsern Zeiten oft angewendet hat. Nun wissen wir aber nicht, ob sich bei diesen unglücklichen Zeiten jemand zu solcher Handlung bereit finden lassen wird und ob zur Wiederbringung des Vertrauens Hoffnung ist, ebenso wie 1552 und 1555 zum Frieden zu kommen; man soll aber doch bei dieser Zusammenkunft auf dies Mittel hinweisen. — Zur Abhelfung der Beschwerden hat man vordem als Mittel vorgeschlagen, durch die Kurfürsten die Reichstage zu verweigern und mit der Kontribution einzuhalten; dabei könnte man es noch lassen. —

Ein Artikel am Schluss des Ausschreibens geht endlich dahin, was die Unierten bei den sich erzeigenden grossen Veränderungen tun und was bei dieser Gelegenheit allen Evangelischen zum Besten gesucht und begehrt werden solle, womit wol auf den bevorstehenden Kurfürstentag gedeutet wird. — Die Städte sollen insgemein suchen, wie sie ruhig beim Religionsfrieden bleiben, mit Hofkommissionen verschont, bei den ordentlichen Austrägen gelassen, Justiz- und Münzwesen gebessert und die Gewalttaten abgeschafft werden könnten; im besondern haben unsere Gesandten die Angelegenheit wegen des uns seit 1569 zugemuteten österreichischen Lehenseides vorsichtig zu urgieren, damit Oesterreich uns Evangelischen den Eid zu allen Heiligen erlasse; denn es wurde nie für ratsam erachtet, aus dieser Sache gegen Oesterreich eine allgemeine Klage zu machen. — Die höhern Stände werden die Freistellung in den Stiftern stark betreiben, aber schwerlich etwas ausrichten; die Städte haben damit in proprio nicht viel zu tun.

Endlich spricht das Ausschreiben von der Reassumtion der letzthin unerledigt gebliebenen Punkte, deren vornehmlich drei sind: 1. Errichtung eines consilium politicum. „Diese Invention hat ein scheinbares Ansehen," rührt von Kurpfalz und Hessen her und wird von

[1] U., Unionsacta, tom. XXIII., no. 2249.

Digitized by Google

Juni 22. den Staaten praktisch geübt; es hatte auch schon der schwäbische Bund seine besondern Kriegsräte, um Unkosten zu vermeiden und die Geschäfte zu beschleunigen. Eine solche Einrichtung wäre sehr beachtenswert, wenn man das nötige Vertrauen zu einander hätte; „parva enim sunt foris arma, nisi sit consilium domi." Da es aber jetzt im Reich also beschaffen ist, dass der Calvinismus immer mehr einreisst und durch derlei Ratsanstellung viel ausgekundschaftet werden könnte, was sonst geheim bliebe, da man überhaupt immer vorsichtiger werden muss, so scheint uns dieser Vorschlag schlecht zu praktizieren, ausser man könnte sich über die Vota und über die Vollmachten, die solche politische Räte haben müssten, vorher einigen. Wie man es aber auch anstellen mag, „so werden die Calvinisten den fahnen füeren und irer gewonheit nach, wie sie selbst wöllen, immer fortgeen." Da aber ohnehin bei Kriegszeiten in der Union Kriegsräte verordnet werden und im Frieden keine Gefahr im Verzug ist, so kann diese „Invention" wol unterbleiben, zumal wir bei letzter Tagsatzung bemerkten, dass auch Württemberg und Baden dazu keine Lust hatten und uns rieten, auf diese Dinge Acht zu geben. — 2. Die nachbarliche Defensivhilfe. Ihretwegen sind im wormser Abschied vom Januar[1] allerlei Mittel zu finden als vom Glockenstreich, Aushängen von Fahnen und Pechpfannen, von Schickung Volkes nach eines jeden Quote, von Besichtigung und Verwahrung der Pässe, von Kriegsmunition, von Unterhalt des Kriegsvolks und stetiger Uebung des Landvolks. Diese Dinge und was wegen der Kriegskommissare, Proviant- und Pfennigmeister noch vorgeschlagen werden wird, wollen wir durch Sachverständige erwägen lassen und deren Gutachten unseren Gesandten nachschicken, vorläufig aber deshalb den Generalbefehl erteilen, dass man hierin auf die Vorstimmenden achten, jedenfalls aber nach Gleichheit trachten solle, damit die geringeren nicht vor den höheren Ständen beschwert werden und unnötige Kosten erspart bleiben. — 3. Gewiss wird auch die polnische Legation zu Gunsten Kurbrandenburgs urgirt werden; es bleibt aber bei dem, was deshalb zwischen Nürnberg und Ulm vereinbart worden ist, ausser man würde aus neuen Nachrichten mehr Beweggründe zu solcher Legation erfahren und dann nicht umhin können, ein für alle mal auf etwas zu schliessen, obwol bei der Einnahme Kurbrandenburgs in die Union das Herzogtum Preussen ausdrücklich ausgeschlossen geblieben ist. — 4. Sicherlich wird man auch mit der Hilfe für König Matthias aufgezogen kommen. Da ihm aber keine Hilfeleistung versprochen worden ist, der Kaiser von den Reichsständen noch immer für einen römischen Kaiser anerkannt wird, die Union allein auf Defension der Unierten und nicht auch anderer gerichtet ist, so kann man hierin nicht willfahren und dürfen die Gesandten dafür weder Volks- noch Geldhilfe bewilligen. — 5. Auch die elsässer Expedition wird wieder vorkommen. Nürnberg und

[1] Vgl. no. 56.

Digitized by Google

andere wollen mit ihr und den darauf gewendeten Unkosten nichts zu tun haben, wogegen der höheren Stände Gesandte nur die Verantwortung, nicht aber auch die ganzen Unkosten auf sich nehmen wollen. Das Mittel, wie es zwischen uns und Nürnberg bereits abgeredet ist, wird sein, dass man diesen Unkosten einen andern Namen gibt, wenn anders man will, dass die Städte daran mittragen; denn sonst würde man ihnen nachsagen, sie hätten jüngst ein anderes geschrieben und ein anderes gehandelt.[1] Die Gesandten sollen darüber noch weiter mit den Nürnbergern reden und nach Möglichkeit entgegenkommen, damit man mit den höheren Ständen nicht in Widerwärtigkeit gerät. — Kommen weitere Punkte vor, so sollen sich unsere Gesandten darüber mit denen der andern Städte vergleichen. — Endlich wird man den Gesandten zweierlei Befehle unter dem Stadtsiegel geben müssen: der erste soll kurz sein und allein den Schluss über obige Punkte enthalten, damit man ihn den höheren Ständen vorweisen kann, wenn sie zu hart in die Gesandten dringen; der andere Befehl, der geheim zu halten ist, mag auf diese Instruktion gehen. Actum 12. junii a. 1611. Juni 22.

Diese Instruktion wird noch durch folgende Zusätze ergänzt: 1. Was ist zu tun, wenn der Kaiser seine Residenz ins Reich verlegen will und wegen seines Unterhalts allerlei bevor wäre? — Man wird ihm die Residenz im Reich nicht abschlagen können. Wegen des Unterhalts ist aber wol wahr, dass kein Potentat von seinem Reich so wenig Einkommen hat als ein römischen Kaiser. Schon 1582 hatte er um eine Kontribution zur Erhaltung seines Hofstaats angesucht; es erzählt auch Sleidan im 17. Buch, dass Karl V. im Jahr 1546 sich durch Granvella habe gegen den Landgrafen Philipp vernehmen lassen, dass er vom römischen Reich nicht einer Bohne gross Nutzen habe. Aber 1582 haben die Stände eingewendet, dass solche Kontribution nicht Herkommens sei und die Städte besonders erinnerten, dass sie in der Matrikel hoch angeschlagen seien und meist noch daneben eine Reichssteuer zu entrichten hätten; bei solcher Entschuldigung soll man es auch diesmal belassen. — 2. Die Reassumierung des zerschlagenen oder die Anstellung eines neuen Reichstags gebührt allein den Kurfürsten; aber man hat schon mehrmals gewarnt, vor Abstellung der Gravamina einen neuen Reichstag zu bewilligen. Würde man aber der Abstellung vor jeder andern Handlung durch das Reichstags-Ausschreiben versichert werden, so sollte man um des Vaterlands willen den Reichstag nicht so sehr diffikultieren. — 3. Ob den Kurfürsten obliegt, den Justizpunkt zu traktieren, wissen wir nicht, halten aber nicht für ratsam, hierin Mass und Ordnung zu geben. — 4. 5. Wegen der Hilfe für Matthias und wegen des consilium politicum bleibt es bei der Hauptinstruktion. — 6. Wegen des Reichstags und wegen des Justizpunktes soll man bei vorigen Resolutionen verharren (man käme denn auf anderm Weg zum selben Ziel), wenn man die Gravamina nicht noch länger stecken lassen will. O. D.

U., Unionsacta, tom. XXIII, no. 2248 und 2250; Orr.

[1] Vgl. no. 243, S. 564 und S. 567, Anm. 1.

Digitized by Google

Juni 23. **246.** Kaiser Rudolf II. an den Kurfürsten von Mainz.

Ich habe den Landgrafen von Leuchtenberg auf sein Begehren meines Dienstes entlassen.[1] Da ich nun niemanden als den Herzog von Braunschweig hier habe, der mir in diesen gefährlichen Zeiten treu beigestanden hat und dem ich die Direktion des geheimen Rates anvertrauen kann, so erbitte ich, da er evangelischer Religion ist, E. L. Rat, ob ich mich seiner bis zu anderweitiger Besetzung dieser Stelle interimistisch ohne Nachteil der katholischen Religion und ohne bösen Verdacht bedienen kann. Auch wollen E. L. auf Personen bedacht sein, mit denen der Reichshofrat besser zu besetzen wäre. Datum Prag den 23. junii a. 1611.[1] — Praes. Aschaffenburg 2. julii a. 1611.

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 80; Or.[2]

Juni 23. **247.** Reichard Brömser an den Kurfürsten von Mainz.

Was ich E. kfl. Gn. wegen der bevorstehenden kaiserlichen Abordnung zum Kurfürstentag berichtet habe, verhält sich wirklich so und wird es deshalb guter Vorsorge und Rates wol bedürfen. Ich habe zwar gehofft, dass auf Dero Erinnerung etwas Aenderung erfolgen werde; aus einem Schreiben des Oberamtmanns von Rheinfels muss ich aber schliessen, dass Landgraf Moriz bereits ersucht worden ist,[3] „woruber ich, weil mir seine humores bekant, etwas besturzt worden"; doch ist mir wegen dieses Fürsten der Mut nicht ganz entfallen. Ich denke, er wird sich durch diese Handlung mit dem Kaiser „wegen voriger verstossung" etwas aussöhnen wollen;[4] auch höre ich, dass er sich bei der letzten Handlung Sachsen wol akkomodiert habe, „auch also,

[1] Vgl. no. 232 und no. 242.

[2] Kurmainz antwortete am 3. Juli: er wolle beim Kurfürstentag, der in wenigen Tagen anhebe, über diesen wichtigen Punkt mit Kurtrier und Kurköln reden und sich mit ihnen eines Gesamtgutachtens vergleichen (Wmz., a. a. O., no. 81; Kptkopie). Gleichzeitig schickte der Kurfürst diese Vorantwort in Abschrift an Barvitius mit der Bitte, das Original dem Kaiser einzuhändigen; dabei versicherte der Kurfürst, dass er und seine geistlichen Mitkurfürsten des Kaisers Hoheit mehr denn je im Auge hätten und nur darauf bedacht seien, dass nicht der Papst oder der König von Spanien oder andere katholische Stände verletzt würden (Wmz., a. a. O., no. 82[1]; Kptkopie). — Am 11. Juli teilte Kurmainz des Kaisers Schreiben samt der Vorantwort Trier und Köln mit der Aufforderung mit, sich darüber zu äussern, wie dem Kaiser darauf bei nächstem Kurfürstentag oder, wenn er dränge, früher zu antworten sei (Wmz., a. a. O., no. 84; Kpt.). — Köln schlug darauf am 22. Juli vor, die Räte der geistlichen Kurfürsten deshalb zu Coblenz zusammentreten und ein Gesamtgutachten an den Kaiser verfassen zu lassen (Dü., Kurkölnische Reichssachen, no. 187, f. 40; Kpt.). Die übrigen Kurfürsten stimmten zu, worauf am 22. August die Zusammenkunft, aber zu Mainz, stattfand (vgl. unten no. 327).

[3] Vgl. no. 215, S. 509, Anm. 1.

[4] Vgl. Christoph von Rommel, Geschichte von Hessen, VII, Cassel 1839, S. 214 f.

Digitized by Google

dass er vorigen seinen verrichtungen schnurstraks zuegegen erschienen.“ Juni 23. Man wird aber auf ein „qualifiziertes Gegengewicht“ trachten müssen, das die Sachen mit Diskretion und „nötiger Gegenhaltung“ wahrzunehmen weiss; dazu wäre der Bischof von Speier erwünscht und sollen, falls er die Annahme der Kommission diffikultiert, E. kfl. Gn. bei ihm unaufhörlich sollizitieren, „dan ja itzo es an die grundhefen gehet.“ — Erfurter Angelegenheiten. Besetzung des dortigen Suffraganeats und Klagen über die ungeistliche Geistlichkeit. Datum Rudesheim den 13./23. junii a. 1611. — Praes. Aschaffenburg 28. junii a. 1611.

Wmz., Korrespondenz, Bd. 1.; Or. eigh.

248. Heinrich von Günterode an den Kurfürsten von Sachsen. Juni 24.

Hannewald und Hegenmüller sind am 20. Juni[1] freigelassen worden; beide sind E. kfl. Gn. für Dero erfolgreiche Interzession sehr verpflichtet.[2] Den Böhmen sind ihre Freiheiten noch immer nicht bestätigt worden, worüber die vornehmsten sehr unwillig sind. Von seiten des Kaisers verhandelt man sehr eifrig wegen des Vergleichs mit Matthias;[3] viele verdriesst es, dass Braunschweig stets der „billigen“ Meinung ist, der Kaiser könne sich ohne Beirat und Gutachten der Kurfürsten und Fürsten in nichts einlassen. „Man hat sich offendlich dürfen verlauten lassen, man wolle I. ksl. M.t die underhaldung abschneiden, darkegen der herzog von Braunschweigk offendlich rett: ob er schon der vornehmbsten chur- und fürsten im reich keiner sei, so wolle er doch vor seine berschon I. M.t so lange erhalden und man werde noch erfaren, dass die churfursten, fursten und stende des romischen reichs ihren kaiser in billigen sachen nicht

[1] Vgl. dagegen no. 239, S. 553, Anm. 4.

[2] Ein Dankschreiben Hegenmüllers an den Kurfürsten von Sachsen vom 23. Juni in Drs., l. 7387, II Buch Kurfürstentags, f. 130; Or.

[3] Gemeint sind Zuñigas Verhandlungen (vgl. no. 238, S. 552, Anm. 4). Der König liess am 21. Juni um nähere Erläuterung der einschränkenden Klausel „ohne Minderung der kaiserlichen Autorität“ ersuchen; ferner möge sich der Kaiser erklären, worin ihm des Königs Erbieten nicht genügen und welche die Punkte seien, in denen die Kurfürsten nicht ohne Verletzung der goldenen Bulle und der besonderen österreichischen Hausprivilegien verfahren könnten. Durch so allgemein gehaltene Wendungen würden die Verhandlungen nur in die Länge gezogen; er, der König, könne sich auch nicht in seinem Recht, abändernde Verfügungen zu treffen, hindern lassen, dagegen wolle er sich mit der einen Hälfte des Schlosses begnügen. Um der Unsicherheit ein Ende zu machen, möge Zuñiga über diese Bedenken ehestens des Kaisers Resolution einholen (Wi., I A 1, Ka. 2990; Kpt. mit Zusätzen Krenbergs und dem Datum 20. Juni, die Kopien haben sämtlich 21. Juni). Am 25. Juni schlug Matthias dem spanischen Gesandten vor, dass beiderseits Kommissarien verordnet werden mögen, um die noch ausstehenden Punkte auf Ratifikation zu erledigen; Zuñiga möge diesen Vorschlag an den Kaiser bringen (Wi., a. a. O.; Kpt.).

Digitized by Google

Juni 24. verlassen werden.“ Das wird von allen ehrliebenden Leuten dem löblichen Herrn hoch angerechnet. Leuchtenberg wird abgedankt und soll Braunschweig, wie die gewisse Rede geht, Direktor des ganzen kaiserlichen Hofstaats werden;[1] der Herzog hat es gegen mich „nicht hart gelaugnet.“ Der König hat Wallenstein zum Landhofmeister gemacht, wogegen Salm des Kaisers Stallmeister wird. Die Böhmen sind sehr unzufrieden, dass Matthias nicht nur alle alten Landoffiziere beibehalten sondern auch einige, über die am meisten geklagt worden war, zu höheren Aemtern befördert hat, „und das sol alstan heissen, das regiment gebessert“.[2] Der Kaiser will mich noch immer nicht entlassen; es wäre mir aber eine grosse Gnade, wenn E. kfl. Gn. mich von hier abforderten.[3] Der König will von hier nach Schlesien und in die Lausitzen zur Huldigung ziehen und dann E. kfl. Gn. in Dresden aufsuchen. Datum Brage den 14./24. junii a. 1611.

Nachschrift: Soeben hat der Kaiser mich rufen lassen und mich dringend gebeten, für ihn einen Postritt zum Kurfürstentag zu machen; er liess mir dabei zwei Handschreiben an den Markgrafen von Ansbach und an Fürst Christian von Anhalt übergeben.[4]

Drs., l. 9167, II. Buch passauer Kriegsvolks, f. 754; Or. eigh.

Juni 25. **249.** Hippolyt von Colli an den Administrator der Kurpfalz.

Gestern kam ich hier an und wurde gleich von Leuchtenberg auf morgen zu Gast gebeten. Ich hoffe von ihm manches Nützliche zu erfahren; denn obwol er keine Stimme mehr im Kapitel hat und angeblich bald verreisen wird, so weiss er doch viele Heimlichkeiten. Heute liess mir der Herzog von Braunschweig durch einen Adeligen sagen, er habe meine Ankunft gern vernommen; wenn ich etwas beim Kaiser zu verrichten hätte, wolle er mir förderliche Audienz verschaffen und persönliche Kundschaft mit mir machen;

---

[1] Vgl. no. 242 und no. 246.

[2] Wegen der Aemterbesetzung vgl. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 304 f. Wilhelm von Slawata war vom Amt des Burggrafen von Karlstein auf das des Obersthoflehnrichters befördert worden.

[3] Heinrich von Günterode befand sich nur vorübergehend in kursächsischer Bestallung als Kriegsoberst. Am 10./20. April 1611 fertigte ihn der Kurfürst mit der Mitteilung vom Abschluss der jüterbogker Handlung an den König von England ab, da Günterode ohnehin im Begriff sei, „ad consueta reg. M.tis V.rae servitia“ zurückzukehren, nachdem er dem Kaiser seine Unschuld so dargetan habe, dass er von Prag mit besonderer Gnade und Ehre scheiden durfte (Drs., l. 8808, 23. Buch jülicher Sachen, f. 52; Kptkopie). Ob Günterode diesen Auftrag nach England ausgeführt hat, ist mit Rücksicht auf die ihm zur Verfügung stehende Zeit sehr zweifelhaft; denn im Juni 1611 ist er wieder in Wien (vgl. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 313).

[4] Vgl. unten no. 256.

Digitized by Google

Montag vormittags werde er mich erwarten. — Der Kaiser will sich mit seinem Bruder in keine Handlung mehr einlassen und verweist auf den Kurfürstentag. Dem König misfällt dies sehr; er lässt nichts unversucht, den Bruder zu versöhnen und bietet 300000 fl. jährlich und einige Herrschaften, aber vergeblich. Alles das soll von Braunschweig herrühren — „summa: oculi omnium in conventum electorum conversi; aiunt Hispanicum quoque legatum eo profecturum.“[1] Landgraf Moriz soll gebeten werden, dort als kaiserlicher Kommissar zu fungieren und zu proponieren: 1. Wo im Reich der Kaiser residieren soll? 2. ob man die Handlung der böhmischen Stände gutheissen oder was man wider sie vornehmen wolle? 3. die Wahl eines römischen Königs; 4. die Gravamina und den Unterhalt des Kaisers.[2] — Ich habe in Dresden bemerkt, dass Kursachsen meint, man werde zu Mühlhausen viel verrichten, andere zweifeln daran: der Kaiser hat viele Schulden, die Gläubiger werden ihn ohne ihre Befriedigung nicht ziehen lassen, die böhmischen Stände und die Oesterreicher möchten eigentlich wissen, ob in den kaiserlichen Archiven nicht etwas sei, was ihnen zustehe; und woher wird man den Unterhalt für den Kaiser nehmen? — Braunschweig ist designierter Obersthofmeister und oberster Praesident; dem Landgrafen von Leuchtenberg lässt der Kaiser 100000 fl. Gnadengeld anweisen, dazu jährlich 3000 fl. reichen. Hannewald ist wieder ledig; man sagt aber bei dieser Gelegenheit: es sei nicht gut, einem Herrn zu dienen, der seine Diener nicht „handhaben“ könne. — Auf Seiten der Böhmen steht es auch nicht gut. Sie klagen, dass der König alle jene Landoffiziere, denen sie zuvor die Ursache ihres Unglückes zuschrieben, wieder bestätige; der König wendet ihnen dagegen ein, es sei alles mit Wissen und Willen, ja mit dem Rat ihrer Verordneten geschehen. — Das Kriegsvolk wird nicht bezahlt und fängt an zu betteln und zu rauben; Dampierre dominiert um Leitmeritz, wie ehedem Ramée zu Budweis. — Der Herzog von Braunschweig hat wider seine Stadt die Acht erlangt; sie soll beim niedersächsischen Kreistag insinuiert werden. — Ich halte für nötig, wenn der Kurfürstentag fortgeht, dass E. fl. Gn. und Anhalt sich dahin begeben, zumal auch Neuburg sich dahin verfügen soll. Der König will Polheim zu E. fl. Gn. und zu andern unierten Fürsten abfertigen, um über die Vorgänge seit der Krönung und über die vorhandenen schädlichen Praktiken berichten und Vorschläge zu deren Abwendung machen zu lassen. — Ich habe hier weder die versprochenen Wechselbriefe noch das Geschenk für Henckel[3] vorgefunden. Auf diese Weise werde ich aber schlechte Reputation erlangen und E. fl. Gn. auch; aber vielleicht kommt beides noch an. „Je suis comme les anguilles de Melun qui crient devant qu'on les

Juni 25.

---

[1] Vgl. no. 242, S. 560.
[2] Vgl. no. 215.
[3] Lazarus Henckel von Donnersmark auf Gföhl und Vösendorf war kaiserlicher Hofhandelsmann und einer der bedeutendsten Gläubiger des Kaisers.

Digitized by Google

Juni 25. escorche." Datum Prag den 15. junii 1611. — Praes. Heidelberg 23. junii 1611.

Mb., 101/4; — Or. eigh.[1]

Juni 25. **250.** Baugy an Puysieulx.

„Par le soin et la peine que prennent les Espagnolz a acommoder ces freres, l'on juge aiséement, combien celà importe a l'advancement de leurs affaires et au contraire, combien ilz seroyent retardez par la continuation et accroissement de leur discorde et mauvaise intelligence. A ceste occasion il semble que l'on ne peut faillir a entendre les ouvertures, que l'empereur veult faire a leurs Ma.^{tés}, tendantes a sa conservation,[2] a quoy il a l'esprit si bande et aux moyens, par les quel il y peult parvenir, qu'il ne se passe gueres jour qu'il ne me face demander, si je n'ay point de responce sur le billet par lequel il me fist scavoir le plaisir, qu'il auroit, que leurs Ma.^{tés} me permisent de faire un voyage en France pour leur deposer de sa part, ce qu'il estime concerner sadicte conservation et leur commune utilite. Je ne say ce que luy apporte de nouveau le s.^{r} de Colli, que le duc des Deux-Pontz a renvoyé de n'agueres en ceste ville, aprez avoir esté vers l'electeur de Saxe;[3] mais lesdictes Espagnolz presuposent, que ce n'est rien de bon pour eux et que ledict s.^{r} duc ne manquera pour faire autoriser son administration de luy faire des offres, qui ne pourront estre que preiudiciables aux pretensions dudict s.^{r} roy, touchant la dignité de roy des Romains, a laquelle ilz le veulent porter a quelque prix que ce soit. Ilz n'ont pas tant de certitude d'en venir a bout qu'ilz ne taschent tirer en avant, autant qu'ilz peuvent, leurs autres desseins comme celuy du marquisat de Final, pour l'investiture duquel ilz traictent de donner a S. M.^{té} imperiale une notable somme d'argent. De Prague le 25 de juin 1611." — Praes. 21. juillet.

Pa., Harlay no. 238, vol. XII, f. 203; Or. eigh.

---

[1] Am gleichen Tag schreibt Colli an Christian von Anhalt: Man hat dem Kaiser glauben gemacht, der mühlhauser Tag „restablira ses affaires, en somme maria et montes aureos". Daher wünscht der Kaiser die Beschleunigung des Tages; „frustra laborabit qui hoc in loco contra niti conabitur, immo pro suspecto habebitur, tamquam publica impediens commoda". Ich halte daher für sehr nötig, dass E. fl. Gn. sich beim Kurfürstentag einfinden; „ce sera un coup de partie". Ich glaube, dass man mich von hier bald fortschicken wird, aber ohne dass ich für den Kurfürsten die Belehnung erlangt habe; denn sie sagen, der Kaiser werde sie nicht geschehen lassen, so lange es Widerspruch dagegen gibt. Es wird nicht an meinem Fleisse fehlen; aber ich sehe, dass alle wichtigen Sachen auf den Kurfürstentag verschoben werden. — Besetzung der böhmischen Landesämter. — Der König hat unter seine Diener noch nicht viele Belohnungen ausgeteilt, nur Wenzel Kinsky hat den lebenslänglichen Fruchtgenuss von zwei Herrschaften, wovon eine Kolin mit 15000 Talern jährlicher Einkünfte ist, erlangt. Ich werde mit dem König erst nach der Audienz beim Kaiser sprechen; dann will ich tun, was E. Exz. mir befahlen (Bbg., A 9a, no. 107, f. 63; Or. eigh.).

[2] Vgl. no. 212.

[3] Vgl. no. 208 und no. 249.

Digitized by Google

251. Peter de Vischere an Erzherzog Albrecht. Juni 25.

Als ich am 19. Juni beim Landgrafen von Leuchtenberg speiste, vernahm ich, dass der Kaiser gegen „den Rat und Willen" der geistlichen Kurfürsten dem Herzog von Braunschweig zu Gefallen die Acht gegen die Stadt Braunschweig verhängt habe.[1] — Matthias hat dem Wenzel Kinsky die Herrschaften Kolin und Chlumez geschenkt, die auf drei bis vierhunderttausend Gulden geschätzt werden und es heisst obendrein, dass Kinsky Oberstjägermeister werden solle. — Am 20. meldete ich mich zum sechsten Male bei Khlesl. Als ich wieder nicht vorgelassen wurde, schickte ich ihm E. fl. D.t Schreiben und drohte mit einer Beschwerde bei Derselben und beim König; denn mir lag daran, das Gerede wegen der Nachfolge zu beseitigen. Darauf empfieng mich Khlesl am 21. und erwiderte auf meinen Bericht über die Verhandlungen mit den geistlichen Kurfürsten: „Die aussönung mit dem kaiser und vergleichung zwischen baiden brudern sei ohne restitution der länder unmöglich; die aber sei keineswegs zue raten, auch sei I. ksl. M.t gemuet also beschaffen, das der bruder keiner mit derselben friden haben noch halten kunnen, wan sie gleich thuen, was mueglich, wie man gesehn hat und erfahren an der frau muetter und erzherzog Ernsten (der zu sagen ein engel gewesen). Das also wider I. ksl. M.t verfahren wird, sei nicht der könig sonder der kaiser selbst [schuld], der, nachdem der könig den aufgerichten vertrag zufolge sein volk abgedankt, durch die unterschidliche einfälle dem versprechen, hand und sigel zuwider die underthanen der erbländer dermassen verbittert und wider sie alterirt, das, wan der könig nit kommen, sie nit allein, was geschehen, wider I. ksl. M.t furgenommen sonder die länder gar vom hause Oesterreich entfremdet und andren untergeben hetten. In den punkten, so von I. ksl. M.t vor der krönung furgeschlagen, haben I. kgl. M.t damals nit, aber itz nach der krönung als könig in Böhem besser willigen kunnen . . . Die kaiserliche rät belangend hab er, bischof, aus befehlich des königs das leben gefristet und das ihnen kein mehrer spott widerfahren, verhuetet.[2] Er verwundert sich nit wenig, das vermuege des von den churfursten und samptlichen hern des hauses Oesterreich so solenniter aufgerichten vertrages contra infringentem dem könig, den ainzigen erzherzog Maximilian ausgenommen, kaine mehrere hilf geleistet wird. Drauf ich ihm berichtet, was E. fl. D.t mir gnedigst befohlen, dem churfursten von Mainz anzudeuten, welchs ihm lieb war zu vernemen." — Am 18. hat Khlesl den Hannewald und Hegenmüller selbst aus dem Gefängnis geholt. — Am 22. speiste ich auf vieles Einladen abends bei Wenzel Kinsky, der mir den ganzen Verlauf erzählte und — was von anderen bestätigt wird — versicherte, „wan er mit seinen freunden

---

[1] Vgl. Londorpius suppletus sive Acta publica, I., Frankfurt 1739, S. 390 f.

[2] Vgl. no. 222 mit Anm. 1 auf S. 523.

Digitized by Google

Juni 25. und adhaerenten sich nit so emsich des königs Matthiae angenommen und I. kgl. M.t zu wurklicher possession der krone befurdert und geholfen hette,[1] so hetten der stend in Böhmen vile den von Brandenburg hereinberuefen. — Denselben bin ich glaubwürdig berichtet worden, das I. ksl. M.t drei auss den appellationsräten dem grafen von Hohenlo und Minkwitz zugeordnet, welche die achtserklärung der statt Braunschweig, dofern sie sich in der guete nicht einlassen wolte, insinuiren solten, denen der könig vortzuziehen verboten." — Den 23. des morgens hat der obrister camerer Proskofsky im gehaimen rat angezeigt, das I. ksl. M.t die nacht wegen aines catharri suffocativi, so derselben heufig auf der brust gesunken, in lebensgefahr gewesen." Am selben Tage kam ein Schreiben, worin der Bischof von Speier die Kommission zum Kurfürstentag wegen Kränklichkeit ablehnte; Landgraf Moriz hat sie dankend angenommen.[2] — „Den tag und vorigen auch sein der Hannewald und Hegenmüller in gehaimen rat beruefen worden, dahin der Wacker und Minkwitz auch gefodert und hat der herzog von Braunschweig das directorium gehabt und die vota colligirt. Der von Stralendorf wird noch nit in gehaimen rat zuegelassen. Wie ich von Ernst von Molart und Hannewald berichtet, ist I. kgl. M.t letste antwort,[3] auch ob I. ksl. M.t sich vor endigung des churfurstlichen convents von hie ins reich begeben sollen oder nit, beratschlagt worden; auf das erste beschlossen omnium votis, das notwendig I. ksl. M.t sich rund gegen den könig erklären und drauf eine vergleichung zwischen beiden herrn brüdern getroffen werden müesse; auf den zwehten punct ist noch keine resolution genommen, wöllen zuvor erwarten, wie die tractation zwischen I. ksl. und kgl. M.t succediren werde. Weil die gewisse sage geht, das der landgraf von Leuchtenberg licentiiret und der herzog von Braunschweig in allen hohen ämptern an seine stell gesezt werden soll, hat don Baltasar gester und heute von mir begert, solches durch hern von Molart und andere zu verhindern helfen;[4] ob aber solches nunmehr wird thuenlich sein, zweifl ich sehr." — Der Kaiser hat Mollart ein Lehensgut in Savoyen geschenkt, das über 100 000 Gulden wert sein soll. — Trotz steten Anmahnens bei Proskofsky, Barvitius und den Kammerdienern habe ich noch keine Audienz beim Kaiser erhalten können, während der kurkölnische Gesandte, von Landsberg, sie schon am zweiten Tage nach seiner Ankunft erhielt.[5] Prag den 25. junii 1611.

Brs., Secrét. d'Allem., no. 96, f. 87, eigh. Or.

---

[1] Vgl. Hurter, Geschichte Kaiser Ferdinands II., VI., S. 445 f.; natürlich ist in der dort zitierten Aeusserung Kinskys nicht Leopold sondern Matthias gemeint (vgl dagegen Hurter, a. a. O., Anm. no. 81 und auch S. 450).

[2] Die endgiltige Annahme der Kommission durch den Landgrafen erfolgte erst durch Schreiben vom 15./25. Juni (Ma., 547/14, f. 103; Kopie). Wegen Speier vgl. no. 215, S. 509, Anm. 1.

[3] Wol die vom 21. Juni; vgl. no. 248, S. 583, Anm. 3.

[4] Vgl. no. 223 und no. 226.

[5] Vgl. no. 232 mit Anm. 2 auf S. 542.

Digitized by Google

252. Die oberösterreichische Regierung und Kammer an Erzherzog Maximilian. Juni 25.

E. fl. D.t haben unser Gutachten wegen des Eintritts der vorder- und oberösterreichischen Lande in den Schirmverein, den einige katholische Fürsten, Grafen und Herrn neben einigen Städten und Ständen des schwäbischen Bezirkes aufrichten wollen, begehrt. Dieser Verein soll zum Schutze der in und um Schwaben gesessenen Stände und der katholischen Religion angesehen sein und scheint es namentlich nach den Erfahrungen des vorigen Jahres, da die Protestanten mangels an Zusammenhalt der Kreisstände das ganze Land verheerten, gut und notwendig, sich schon in Friedenszeiten zu vereinigen.

Bei der Verwirklichung der Absicht stösst man aber auf allerlei Bedenken. — Zunächst ist zu erwägen, ob E. fl. D.t sich in diese Union einlassen sollen? Aus dem Anbringen der Stände erscheint zwar, dass sie zu E. fl. D.t eine besondere Neigung haben und Derselben das Direktorium auftragen wollen; aber E. fl. D.t wissen selbst, wie die schwäbischen Grafen und Herrn gegen das Haus Oesterreich gesinnt sind, wie sie sich stets bemühen, „aus der Halfter zu schleifen" und wie sie es leicht erpraktizieren könnten, dass das Direktorium dann doch einem andern anvertraut würde, was E. fl. D.t verkleinerlicher wäre als wenn Sie das Direktorium selbst anstrebten, aber nicht erlangten. Nun liegen allerdings im schwäbischen Bezirk einige Klöster, Städte und Stände, die unter E. fl. D.t Schutz sind und die man am besten durch diese Union schützen könnte; trotzdem bleibt immer noch zu erwägen, wenn E. fl. D.t das Direktorium und die Ausschreibung anvertraut würde, mit welchen Landen und Herrschaften Sie sich in diesen Schirmverein einlassen könnten. 1488 hat sich Erzherzog Sigmund bei den damaligen Kriegsläufen mit allen seinen Landen — auch mit der Grafschaft Tirol und den arlbergischen Herrschaften — mit den schwäbischen Fürsten und Ständen eingelassen. Dies Bündnis hat Kaiser Maximilian auf drei Jahre erneuert. Als aber der Kaiser im Venezianerkrieg den Bund aufmahnte, wurde erst in Disputat gezogen, wie weit derselbe schuldig sei, mit seinem Volk zuzuziehen und wollte man nicht weiter gehen als bis zum Fernpass und Arlberg. Der Eintritt Tirols in den Schirmverein ist daher nicht ratsam. — Ebenso steht es mit den Herrschaften vor dem Arlberg; sie sind eine Vormauer Tirols und der Grafschaft Tirol gewissermassen inkorporiert, weshalb wir auch nicht sehen, wie dieselben in diese Union gebracht werden könnten. — Die vorderösterreichischen Lande haben einen besonderen Schirmverein, zu dessen Unkosten die Stände $^2/_3$, die Kammer $^1/_3$ beitragen; trotzdem kann letztere mit ihrem Beitrag nicht gefolgen sondern ist bereits stark im Rückstand, zu geschweigen dass sie sich noch in eine andere Union einlassen könnte. — Die Markgrafschaft Burgau, die Landgrafschaft Nellenburg und die Grafschaft Hohenberg waren im vorigen Bund und könnten auch in diesen Schirmverein wol eintreten, wenn es dem Markgrafen von Burgau beliebt.

Digitized by Google

Juni 25. Es bleiben also noch übrig die Landvogtei, das Fürstentum Ober- und Niederschwaben, Stadt und Herrschaft Ehingen, Schelklingen und Perg. Wenn E. fl. D.t sich mit diesen Gebieten, in die Union einlassen wollen, so ist wieder die erste Frage: woher dazu das Geld nehmen? Auf die oberösterreichische Kammer ist nicht zu rechnen, die tiroler Landschaft und die Herrschaften vor dem Arlberg haben sich zuvor fast über Vermögen angegriffen, die Vorlande stecken wegen der vorigjährigen Einlagerung in grossen Schulden, die Gefälle der Landvogtei Schwaben sind mit Zinsen und Ausgaben so überlastet, dass sie passiv sind, die Herrschaften Ehingen, Schelklingen und Perg sind der Stadt Ehingen verpfändet, welche die Gefälle einzieht, — und selbst wenn man die Landvogtei Schwaben nur mit geringer Kontribution belegte, so wäre es doch schimpflich, wenn man auch damit nicht aufkommen könnte, weshalb es besser ist, gleich ausserhalb der Union zu bleiben als sich ihrer später entschlagen zu müssen.

Bedenklich ist uns auch bei dieser Union, dass dadurch die österreichischen Herrschaften gleichsam einem Reichskreis unterworfen und also Oesterreich aus der mühsam erhaltenen Possession gebracht würde. Wenn E. fl. D.t in diese Union treten, so würde dies auch bei den andern katholischen Kurfürsten und Fürsten, in deren Liga Sie sich aus den am 1. März angezeigten Ursachen nicht begeben haben,[1] ein seltsames Ansehen gewinnen. Und was würden erst die angrenzenden unkatholischen Fürsten und Stände sagen, die ohnehin alle Mittel suchen, um den Katholischen, besonders aber dem Hause Oesterreich Abbruch zu tun und ihre Sekte auszubreiten? Wenn E. fl. D.t in diesem Verein wären und er würde von den Unkatholischen angegriffen, so käme man in öffentliche Feindschaft mit ihnen und hätte sich alsdann bei diesen Läufen besonders wegen der Grafschaft Tirol, die als Schlüssel Italiens den protestantischen Fürsten sehr in die Augen sticht, wegen der Vorlande und wegen der arlbergischen Herrschaften, auch wenn sie nicht in dem Verein wären, wol vorzusehen. Lieber lege man das Geld, das jährlich zur Union zu kontribuieren wäre, zusammen; so dürfte man damit stark genug sein, sich selbst zu schützen. — Zudem sind die meisten der in und um Schwaben gesessenen Grafen, Herrn und Stände Dero Lehensleute und also auch ohne die Union E. fl. D.t zum Zuzug verpflichtet. Endlich sind die armen, mit Steuern überlasteten Untertanen zu bedenken; müssten sie auch noch zur Union kontribuieren, würden sie kleinmütig und schwierig werden.

Daher raten wir E. fl. D.t, wegen des Eintritts in diese Union zu temporisieren. Damit aber die Fürsten und Stände nicht meinen, E. fl. D.t wollten zum Schutz der Lande gar nichts tun, so könnten E. fl. D.t an den Bischof von Konstanz einen Brief des Inhalts schreiben: Sie müssten die Sache erst an den Kaiser und die Erzherzoge gelangen lassen; inzwischen möge der Bischof E. fl. D.t mitteilen, wann diese Union fortgehen, wer der ausschreibende Fürst

[1] Vgl. no. 76.

Digitized by Google

sein und wer das Direktorium haben solle. Je nach der Antwort hätten E. fl. D.[t] sich dann zu entschliessen. Inzwischen mögen E. fl. D.[t] die Sache wirklich an den Kaiser, die interessierten Erzherzoge und die tiroler Landschaft bringen. Datum den 25. junii a. 1611. Juni 25.

Ib., An I. fl. Dt., von 1611—12, lib. 42, f. 211'; Kptkopie.

253. Die Räte der kaiserlichen Hofkammer Zach, Zeller und Schmitt an Kaiser Rudolf II. Juni 27.

Auf E. Mt Befehl haben uns vorgestern Dero geheimen Räte vorgehalten, wie E. M.[t] es in Ungnaden empfänden, dass wir wegen der Verhaftung Zachs[1] unseres Dienstes nicht mehr abwarten wollten, da diese Arrestierung von E. M.[t] nicht zu Ungnaden vermeint gewesen sei; wir sollten uns daher wieder unserer vorigen Verrichtung annehmen und nach Geld trachten, an den Hofkammerpräsidenten[2] ein schärferes Erforderungsschreiben verfassen und zu E. Mt Unterschrift richten und dem kaiserlichen Kämmerer Kolowrat 500 fl. und Dero Beichtvater Pape etwas von seiner Besoldung ausfolgen. — Nun wissen wir uns unserer schuldigen Dienstpflicht wol zu erinnern und wären wir nicht durch den der Hofkammer zugefügten Schimpf gezwungen worden, um unsere Entlassung zu bitten, so würden E. M.[t] erfahren haben, dass wir alles mögliche zur Ausführung Ihrer Befehle getan haben. E. M.[t] und die geheimen Räte konnten aus unsern zahlreichen, seit Jahren überreichten Denkschriften entnehmen, wie wir die äusserste Erschöpfung der Kammergefälle beklagten, die Unmöglichkeit,

[1] Am 7. und 8. Juni war an die Hofkammer eine scharfe Erinnerung gekommen, dem kaiserlichen Baumeister 300 fl. und zu Handen des Oberstkämmerers 500 fl. auszuzahlen, ferner für des Kaisers Mundtrank und Hofkeller Wein zu erhandeln. Die Hofkammer stellte in zwei Denkschriften an den Kaiser und die geheimen Räte die Unmöglichkeit vor, diesen Anforderungen zu genügen. Darauf wurde der älteste Hofkammerrat Sebastian Zach, den der Reihe nach die Direktion der Hofkammer traf, am 11. Juni verhaftet. Seine beiden Kollegen Michael Zeller und Stephan Schmitt, letzterer zugleich Reichspfennigmeister, begehrten darauf wegen dieses Verfahrens gegen Zach, der sich um des Kaisers willen in Schulden gestürzt habe und weil durch die Verhaftung der Kredit der erschöpften Hofkammer vollends vernichtet werde, um Enthebung von ihren Aemtern bei der Hofkammer und um Erledigung von ihren für den Kaiser geleisteten Bürgschaften und gefertigten Verschreibungen. Zach hatte sich für den Kaiser um mehr als 40 000 fl. verpflichtet, Zeller und dessen Vater schuldete der Kaiser mehr als 100 000 fl. und Schmitt waren über 700 000 fl. zu erstatten, darunter ein Schuldbrief auf 400 000 fl. lautend, 150 000 fl. Antizipationen wegen des Reichspfennigmeisteramts und 200 000 fl. wegen des passauer Kriegsvolkes (Wk., Hoffinanzakten, Juni 1611; Kpt.).

[2] Paul Freiherr von Krauseneck war durch Tengnagels Aussagen kompromittiert worden, hatte das Weite gesucht (Bodenius an Herzog Maximilian am 7. April 1611; Mc., Entstehung, Fasz. III., no. 26, f. 63; Or. eigh.) und von Schlesien aus um seine Enthebung gebeten; die Aufzählung seiner Verpflichtungen gegen verschiedene Parteien, von denen er erledigt werden wollte, ergibt die Summe von 1 043 832 fl. 20 krz. (Wk., a. a. O., November 1611; Kpt.).

Digitized by Google

Juni 27. so weiter zu hausen und den endlichen Zusammenbruch des ganzen Kammerwesens dartaten, da die Schulden sich stets häufen, die Einnahmen aber so zurückgehen (was auch durch die vorgegangenen Veränderungen mit den Ländern verursacht worden ist), dass man für E. M.t und Dero Hofgesinde Brot, Wein und Licht und für die Pferde Heu und Hafer nicht erkaufen, ja in den Kanzleien nicht einmal Papier und Tinte haben kann. Was wir mit Mühe und Sorgen und mit unserem Kredit und Vermögen leisten konnten, haben wir getan, wie wir letzthin darstellten; dabei haben wir unsern Personalkredit ruiniert, so dass uns niemand mehr trauen will und wir nicht wissen, wie wir noch etwas aufnehmen können. Wenn nicht aus den böhmischen oder schlesischen Kammergefällen etwas hergegeben wird, bleiben E. M.t nur die beiden Reichspfennigmeisterämter, bei welchen man aber zur Zeit nur die Restanten voriger Reichs- oder Kreishilfen einfordern könnte; aber auch diese sind schon so hoch überwiesen, dass an Geizkofler, Welser und Schmitt deren darauf liegende Hypotheken nur langsam, den andern Parteien ihre Forderungen aber gar nicht abgezahlt werden können. Und wenn man auch auf neue Reichs- und Kreishilfen hofft und wenn bei zukünftigen Reichstagen selbst 80 Monate bewilligt werden sollten, so sind auch diese künftigen Bewilligungen mit Anweisungen schon so hoch beschwert, dass höchstens ein geringer Ueberschuss zu hoffen ist; da er aber ganz ungewiss ist, lässt sich darauf nichts antizipieren. Unter solchen Umständen können wir nicht sehen, wie wir mit Ehre und Autorität bei unsern Diensten verharren können, wie gerne wir es auch täten, wenn wir nur Mittel zur Abhilfe wüssten.

Wollen E. M.t diesen unsern Vorstellungen keinen Glauben schenken, so mögen Sie die Inquisition und Visitation der Hofkammer anordnen; dabei wird sich sonnenklar die Unmöglichkeit, etwas herzugeben, erweisen. Auch wenn man sich auf die böhmischen und schlesischen Landtagskontributionen, auf die Haus- und Grenzsteuern oder auf die Biergeldrestanten (als wenn sie noch E. M.t gehörten) Rechnung machen würde, so sind vermutlich darauf doch viel mehr Anweisungen erfolgt als jene Steuern betragen; es wird aber der König, wenn er die von E. M.t gemachten Schulden auf sich nehmen soll, jene Restanten gewiss einbehalten wollen; dazu könnte auch noch praetendiert werden, dass die erwähnten Kontributionen, Haus- und Grenzsteuern sammt deren Restanten zur ungarischen Grenze gehören und nicht auf anderes verwendet werden dürfen; mit Sicherheit darf man also auch darauf nicht rechnen. — Ebenso steht es mit den italienischen Mitteln und Lehensfällen: man hat deren Erörterung und die rechtliche Erkenntnis darüber durch viele Jahre ganz vergeblich betrieben, so wegen Sassella, Piombino, Finale, Correggio; schon seit Jahren erwartet man ein Ende des Prozesses. — Das Mistrauen bei den Handelsleuten wurde aber dadurch verursacht, dass man die aufgerichteten und gefertigten Verschreibungen nicht in Kraft gelassen hat sondern die Mittel, mit denen man sie einlösen sollte, angriff und andern zuwies, wie es Joanelli mit Sassella ergieng, mir,

Digitized by Google

Schmitt mit Piombino; dasselbe erfahren Baiern und Würzburg. Juni 27.
Wir alle können nicht sehen, wie wir E. M.t an dieser Stelle noch weiter mit Nutzen dienen oder bei dem erlittenen Schimpf und Leib- und Lebensgefahr, bei dem ungestümen Anhalten der unbezahlten Parteien und bei so gefährlichen Prozessen sicher sein können. Dazu ist E. M.t mit einem Geringen gar nicht gedient und bedürfen Sie zu Ihrer Abreise und Dero Hofgesinde zur Abzahlung seiner Schulden einer grossen Summe, für die wir die Mittel nicht wissen, ausser wenn E. M.t, wie Ihre geheimen Räte andeuteten, mit den erwähnten „italienischen Mitteln" schleuniger verfahren wollten und es so weit käme, dass man mit den darauf verwiesenen Parteien auf eine vorläufige Teilzahlung traktieren könnte. In diesem Fall könnte man noch über einen grösseren Rest zu E. M.t Ausgaben verfügen, besonders wenn man die Parteien wegen ihrer Restanten anderweitig versichert. Dadurch würde auch der Kredit wieder etwas gehoben und jedermann zu neuen Darlehen um so williger gemacht werden. — Das begehrte Erinnerungsschreiben an den Hofkammer-Praesidenten ist verfasst und kann nach E. M.t Unterfertigung fortgeschickt werden. Doch da er schon zum zweiten mal wegen der obigen Verhältnisse seinen Dienst resigniert hat, so wird auf ihn wenig Rechnung zu machen sein sondern wird man auf Besetzung seiner Stelle mit einer andern Person denken müssen. Kolowrat und Pape mit der Zahlung zu helfen ist gewiss billig, aber es muss, wie oben angezeigt wurde, mangels der Mittel unterbleiben. — Da durch den Schimpf mit der „Verschaffung" [Zachs] zum Profosen der Kredit der Hofkammer noch mehr geschmälert worden, die Unmöglichkeit, Geld aufzubringen, handgreiflich ist und die Visitation von all dem Zeugnis geben kann, so bitten wir E. M.t, uns auf unser Anbringen wegen unserer Pflichterlassung ehestens zu bescheiden; denn wenn wir auch bei der angebotenen kaiserlichen Gnade den erlittenen Spott bei Seite setzen wollen, so finden wir doch bei der Zertrennung der Königreiche und Länder, um derenwillen alle Gefälle ausser aus den Reichspfennigmeisterämtern abgeschnitten sind, keine Mittel, so lange wir nicht unserer Schulden enthoben sind, E. M.t an dieser Stelle mit Nutzen dienen zu können. Prag den 27. junii a. 1611.

Wk., Hoffinanzakten, Juni 1611; — Kpt.[1]

254. Hippolyt von Colli an Fürst Christian von Anhalt. Juni 28.

Ich weiss aus guter Quelle, dass zunächst Landgraf Ludwig von Hessen dem Kaiser als Kommissar zum Kurfürstentag vorgeschlagen war; „elle [M.té imp.] a rayé le nom de Louys et y a mis Maurice."[2]

[1] Die drei Räte wurden aufgefordert, sich bei ihrem Dienst wieder einzustellen (Wh., a. a. O., August 1611; Kpt.).

[2] Vgl. dagegen unten no. 260 und no. 268.

Digitized by Google

Juni 28. Polheim versichert, dass der König damit sehr zufrieden wäre, da dieser der Affektion des Landgrafen gegen ihn und das gemeine Wesen gewiss sei. Die Ursachen, die den Kaiser zur Abänderung bewogen, sind: 1. einen solchen Fürsten auf seine Seite zu ziehen und 2. des Landgrafen Autorität unter denen seiner Religion und in der Union. Der Bischof von Speier hat sich entschuldigt, wie Leuchtenberg mir mitteilt, „le quel continue tousiours a boire à la santé de V. Exc.; sa rime est maintenant: undanck in fine laborum.“ Der Herzog von Braunschweig hat mich ausserordentlich freundlich aufgenommen und erzählt mir von seinen Privatsachen u. a., dass er sich schliesslich vom Kaiser habe überreden lassen, die Würde des Direktors des geheimen Rats auf ein Jahr anzunehmen; allerdings wisse er nicht, ob es den Kurfürsten und Fürsten angenehm sei.[1] Er vertraute mir auch an, dass er die Instruktion für den Kurfürstentag verfasst habe,[2] worin u. a. ein Gutachten begehrt werde, wie der Administrationsstreit zu schlichten sei und, wenn es mit einem Schiedspruch Schwierigkeiten hätte, ob die Kurfürsten nicht für angebracht fänden, den Kurerben grossjährig zu erklären und ihm die Wahl eines Administrators zu überlassen, für welchen Ausweg die meisten geheimen Räte seien. Ich bleibe bei meiner Instruktion und dabei, dass der Kaiser dem verstorbenen Kurfürsten versprochen hat, das Testament und den darin verordneten Administrator zu „handhaben“, so lange derselbe sich zu völligem Austrag Rechtens erbietet. Ich erachte noch immer Dero Anwesenheit beim Kurfürstentag für nötig; man wird dort sehr verschiedene Meinungen treffen. Matthias verlässt sich auf das, was Polheim ihm sagte, dass Sachsen dem Kaiser rate, ihn, Matthias, den Kurfürsten zum römischen König vorzuschlagen. Vielleicht ist dies vor der böhmischen Krönung geschehen, jetzt ist die Stimmung eine ganz andere. — Hohenlohe geht morgen nach dem niedersächsischen Kreis wegen der Acht gegen die Stadt Braunschweig; ich weiss nicht, ob dies die Angelegenheiten des Kaisers fördern wird.[3] De Prague ce 18. de juing. — Praes. Heidelberg 25. junii 1611.

Bbg., A 9a, no. 107, f. 69; Or. eigh.[4]

---

[1] Vgl. no. 246. Bodenius berichtet am 27. Juni an seinen Herrn: es heisse, dass Braunschweig sich sogar in das Obersthofmeisteramt eindrängen wolle. Der Heizer (dessen sich der Herzog zum Verkehr mit dem Kaiser bediente) masse sich zwar viele Dinge an; doch könne er, Bodenius, nicht finden, „dass solches pro dignitate principis geschicht, er auch diss werk nicht verstehet, viel weiniger er sich in solcher confusion befinden sol“ (Mc., Entstehung, Fasz. III., no. 26, f. 113; Or. eigh.). — Wegen des Ofenheizers vgl. no. 131, S. 316, Anm. 1.

[2] Vgl. no. 215, S. 513, Anm. 1.

[3] Vgl. no. 251.

[4] Am gleichen Tag berichtet Colli ungefähr gleichen Inhalts an den Administrator der Kurpfalz (Mb., 101/4; — Or. eigh.).

Digitized by Google

255. Herzog Maximilian von Baiern an Papst Paul V. Juni 29.

Der gegenwärtige Zustand des Reiches, von dem E. H.[lt] ja durch Ihre Nuntien Kenntnis haben, scheint mir nun so gefährlich, dass er mich veranlasst, bei Derselben deswegen mein Herz auszuschütten. Zu den Wirren der verflossenen Monate kommt, dass der Kaiser gezwungen wurde, die böhmische Krone niederzulegen und gleichwol ist er noch rings von Gefahren umgeben. Unter denen, die auch jetzt noch zu ihm halten, sind vor allem der Herzog von Braunschweig und dann der Kurfürst von Sachsen zu nennen. Ersterer besonders hat versucht, die Krönung des Matthias zu hindern und steht auch jetzt dem Kaiser fortwährend zur Seite „illaque forte simulata rarae fidelitatis specie ita caesaris animum et benevolentiam captet, ut ipsi eius intuitu a plerisque imperii principibus ac ordinibus sed etiam a Ste V.[ra] et a rege Hispaniae atque adeo plane a catholicis deseri et negligi videatur eaque propter dominum Brunsvicensem ita apud ipsum imperatorem gratia pollere liqueat, ut ille eius consilia omnia ad proprium libitum regere valeat.“ Das aber birgt grosse Gefahr in sich; denn der Braunschweiger, unter seinen Standesgenossen ein hervorragender Fürst, ist mit den andern ketzerischen Fürsten durch Verwandtschaft verbunden. „Qui revera ut Saxoniae elector et selectissimo eodemque numeroso milite (ad quem finem ignoratur) iam instructus Daniae rex atque alii, si in praeiudicium catholicorum, ut vix aliud animo pervolvunt, coniurarent et postmodum eius ducis opera caesar ad deliberationes et decreta catholicis obnoxia induceretur, prout id certo certius futurum timeo, multum negotii nobis facessere et adversariis nostris ea ipsa, quae sudoribus, impensa et armata manu hactenus nequaquam obtinuerunt, nunc gratuito et nullo prorsus labore obtingere possent; ex quibus deinde totale nostri ac religionis catholicae in Germania, quin et in vicinis regionibus ac Italia praesertim exterminium, imo et successive sedis apostolicae detrimentum (sed Deus meliora) procul dubio consequeretur.“ Da Erinnerungen und Mahnungen E. H.[lt] sowol an die geistlichen Kurfürsten, die sich nächstens zu Mühlhausen i./Th. versammeln werden, als auch an Ihre Nuntien in Deutschland sehr nützlich sein werden, so bitte ich in obigem Sinn ernst und wiederholt an die Kurfürsten zu schreiben, zumal der Kaiser zum Kurfürstentag den Landgrafen Moriz von Hessen, „praecipuum propugnatorem Calvinae religionis“ als Abgesandten bestimmt hat. Datum ex civitate mea Monachio die 29. mensis iunii a. 1611.

Ma., 427/10, f. 27; Kpt. (mit der Datierung: Juni 22), — f. 40; Kptkopie.[1]

---

[1] Der Papst dankt in einem Breve vom 23. Juli und teilt mit, dass die Nuntien entsprechende Aufträge erhalten haben und dass an die geistlichen Kurfürsten geschrieben worden sei; er werde weiteren Anregungen gern genügen, daher möge der Herzog ihm häufig schreiben; „nam prudentiae et pietati Tuae plurimum tribuimus et iudicium Tuum maxime facimus“ (Ma., 427/10, f. 42; Or.).

Digitized by Google

[Zwischen Juni 30. und Juli 5.] **256. Protokoll über einen mündlichen Bericht des Fürsten Christian von Anhalt an den Herzog von Württemberg wegen Günterodes Werbung bei ihm.**

Der wichtige Bericht über Günterodes Werbung bei Anhalt ist im Auszug mitgeteilt von Moriz Ritter, Politik und Geschichte der Union zur Zeit des Ausgangs Rudolfs II. und der Anfänge des Kaisers Matthias (Abhandlungen der k. bayer. Akademie der Wiss., III. Cl., Bd. XV., S. 147 f.) — Ich gebe hier einige Zusätze und Berichtigungen:

S. 147, Z. 14: ist nach „gefolgt hetten" aus Günterodes Vortrag noch zuzufügen: der Kaiser habe von der Anstellung eines Unionstages erfahren und müsse seinen „beschwerlichen und unverschuldten" Zustand den evangelischen Ständen berichten; er habe ein gutes Vertrauen zu Ansbach und Anhalt und ersuche sie zu befördern u. s. w. wie Z. 15. — Z. 19: ist statt „unterlassen werde" „verlassen werden" zu lesen. — Z. 20: nach „wesen stehen" ist einzuschalten: „Solhe Werbung hetten I. M.t durch den von Minquitz repetieren lassen und das solches in geheim geschehen sei." — Z. 21: „kein" statt „keiner". Die ganze Stelle wurde misverstanden; nicht Günterode sondern Anhalt spricht; „sie" auf Z. 21 ist I. fl. Gn. d. h. Anhalt, der Günterode den obersten Platz an der Tafel gewährt. — S. 148, Z. 1: ist „person" zu tilgen. — Z. 2: statt „uber schweren listen und ducken" ist zu lesen „daruber schwarzkunstler und bueben [verhört]." — Die folgende Stelle von Z. 6 ab lautet in ihrem belangreichen Wortlaut: „Derselbe hab mehr einschlag von dem spanischen und papistischen oratorn bekommen und dis werk komme von dem hunt [!] dem papst her; seien spanische practic und wollen sclavanerei [Ritter: „gravamina"] wie zu Graitz im reich anfahen, woltens gern uber einen haufen im reich werfen. Die bohemischen stent weren schwirig mit verlauten, wan es nicht anders werden wolte, konten sie beim konig nicht bleiben, sonderlich graf von Thurn. Hab konig die papistische raet behalten als burkgrafen und canzler; Sclawaten stell ist dem von Thurn geben und er noch hoher promoviert worden, werden auch sonsten die evangelische nicht promoviert." — Auf Z. 15 ist nach „sachen" einzuschalten: „Hetten I. fl. Gn. dem gesanten gesagt: hab konig allerhant im druck publiciert, welhes ein notturft abzuleinen, alsdann desto [besser] in der sachen zu raten."

Nach diesen Mitteilungen geht aber das Protokoll noch weiter: „Neben diesem haben I. fl. Gn. [Anhalt] gemelt: in der gulchischen hantlung mit Sachsen steht die hantlung noch im weiten wesen ex parte Brandenburg und Neuburg, die ihr aug auf die churfurstin haben. Sachsen bekomme andere gedanken; sei ihm eingebildet, andere wolten sie [Anhalt], Anspach und Culmbach umb ihr intention bringen, welches doch nit ist und konnte unser gn. fürst und herr [Württemberg] wol etwas bei Brandenburg thun. Hetten I. fl. Gn. ein schreiben von Engelland an W. [Württemberg?] uberschickt, darin

Digitized by Google

gemelt, wie der administration zu helfen; hab Anglus befunden, dass unioni per administrationsstreit ain stoss geben wurt und konte anders nicht sein als dass dieser und gulchischen sach geholfen werde und vorgeschlagen, man sol zwischen beiden hantlen, konte die regierung ganz in geist- und weltlichen Zweibrücken gelassen werden, externa als wahl- und reichssachen solten Neuburg bleiben mit erstattung eines recompens in gelt. Welches aber hernacher durch prinz Moritz, churfurst Brandenburg [?] verworfen, weil Frankreich, geistliche churfursten und andere Zweibrücken intituliert, welches hernacher auch Engellant gut befunden. Hab solches wollen I. fl. Gn. [Württemberg] referieren, dann I. fl. Gn. auch in verdacht kommen. Sonsten sein I. fl. Gn. [Anhalt] mit Sachsen in gutes vernemen kommen schrift- und mundlichen; hette Sachsen Hans Jorg die union angezogen und vorgeschlagen, dass jemants wegen Churpfalz an kaiserlichen hof geschickt wurde. Darauf I. fl. Gn. den ubelen zustant des kaiserlichen hofs, wie darin von den räthen gehantlet werde und dass Got solchem nicht hab lenger zusehen konnen, [gemelt]. Darauf I. fl. Gn. erlangt, dass Hippolytus dahin geortnet". [Zwischen Juni 30. und Juli 5.]

Stg., Unionsacta, tom. X., f. 113; Protokoll von Fabers Hand.[1]

257. Gutachten der bairischen geheimen Räte an Herzog Maximilian wegen einer Korrespondenz mit den Unkatholischen. [Juni.]

Wegen einer Korrespondenz mit den Protestierenden wäre wol zu wünschen, dass unsere Sachen in Deutschland so stünden, dass man mit jenen gar nichts zu tun hätte. Da wir aber an sie wegen des täglichen Handels und Wandels, wegen der Reichs-, Kreis-,

[1] Beglaubigung des Kaisers für Günterode an Kursachsen, Ansbach, Anhalt und Württemberg vom 26. Juni in Wh., Reichstagsakten in genere, Bd. 84 b; — Kpt. (vgl. no. 248). — Der Bescheid Anhalts und Ansbachs für Günterode vom 20./30 Juni aus Ansbach steht im Auszug bei Ritter, a. a. O., S. 148, Z. 22 f; gleichlautend ist Ansbachs Schreiben vom gleichen Tag an den Kaiser (Be., Rep. 88, Unionsacta, tom. XXII., f. 75; Kopie); vgl. auch die bei Ritter mitgeteilte weitere Korrespondenz. Am 9. Juli schreibt Günterode aus Prag an den Markgrafen von Ansbach: Er hat den „guden alden herrn" durch die vom Markgrafen und Fürst Christian erteilte Antwort zum höchsten erfreut; der Markgraf wird gewiss bei jeder Gelegenheit des Kaisers dankbares Gemüt zu verspüren haben; ein Dankschreiben wäre bereits erfolgt, wenn nicht der leidige Fall mit dem Kurfürsten von Sachsen dazwischen gekommen wäre, weshalb er, Günterode, soeben nach Dresden abgefertigt wird. Spätestens nach seiner Rückkehr soll der Markgraf vom Kaiser Nachricht haben. Alle Sachen lassen sich gemäss dem Diskurs wol an und wird, wenn der Markgraf nach Prag kommt, alles nach dessen Gefallen geschehen (Be., Rep. 88, Unionsacta ad tom. XII., f. 15; Or. eigh.). — Am 28. Juli dankt der Kaiser dem Markgrafen noch durch ein Handschreiben für dessen Erklärung an Günterode und ersucht ihn, seine, des Markgrafen, Affektion beim Unionstag zu erweisen und nichts zu unterlassen, „was zu conservation mein und des ganzen heil. reichs wolstand, hocheit und reputation immer dienstlich" (Be., a. a. O., f. 19; Or.).

Digitized by Google

[Juni.] Deputations-, Münzprobations- und Kommunikationstage gebunden sind „und ein solche connexitet verhanden, dass dieselb nit dissolviert, wie auch zu reden, [wir] ohn sie nit wol leben können", zwischen E. D.[t] und ihnen aber so gar keine Korrespondenz besteht und Entfremdung und Mistrauen sich mehren, als wenn die Protestanten Fremde, Unbekannte und gleichsam die grössten Feinde wären, von denen man nur Feindschaft zu erwarten hätte, so vermeinen wir, dass aus der Not eine Tugend gemacht und das, „was ex se nit füeglich sein kan, doch ex circumstantiis zugelassen, auch dissfalss zu practicirn," nämlich: mit den nächstbenachbarten Protestanten gute Korrespondenz, Frieden und Nachbarschaft so weit einzugehen, dass keiner vom andern feindlichen Einfall oder Beschwerung zu besorgen hat und entstehender Misverstand gütlich oder auf dem Rechtsweg beigelegt werden kann, jeder den andern vor Schaden bewahrt und sich vom andern guter Nachbarschaft versehen darf, ohne dass dabei der katholischen Religion „oder den wehrenden controversiis" ein Nachteil erwächst, vielmehr wären diese Dinge an ihren Ort zu stellen. Dadurch würden die Fürsten unter einander selbst besseres Vertrauen schöpfen, die wahre Lage des Reiches und die schwebenden Schwierigkeiten erkennen, „einer den andern informirn, vor weiterung und gefahr dehortirn, auch ratione religionis unzweifenlich guete progress machen können," was jetzt, da keiner dem andern traut, gehindert wird, gleichwol aber, wenn es sein könnte, der katholischen Religion mehr Nutzen als Schaden bringen würde; hat doch auch Herzog Albrechts Freundschaft mit dem Hause Sachsen der katholischen Religion sehr genützt.

Auch gehen die vornehmsten Theologen dahin, dass, wenn man die Ketzer nur mit grosser Gefahr ausrotten kann, man es lieber unterlassen und mit ihnen Frieden machen soll, wie man es in Frankreich mit den Hugenotten und in Deutschland beim Religionsfrieden gehalten hat; es haben ja auch die Spanier mit den Staaten, Frankreich, Venedig, Spanien, der Kaiser mit den Türken, Persern und andern Ungläubigen Frieden gemacht, ohne dass Papst und Kirche es verdammt hätten. Wir meinen daher, wenn ein solcher Frieden, der niemandem andern, geschweige der katholischen Kirche oder einem katholischen Stand schadet und nur allgemeine Ruhe bedeutet, geschlossen und dem Papst vorgelegt werden würde, dass dieser ihn nicht misbilligen „und villeicht ehe zulassen wurde als dass sie [päpstl. H.[lt]] selbsten mit dem ja nit geringen und propter consequentiam wol so gefahrlichen casu frid gemacht und das eingangen, weliches villeicht etliche catholische bei den uncatholischen nit zuelassen und verdammen."

Man wird vielleicht einwenden, in obigen Fällen sei aus Not gehandelt worden, diese sei aber bei E. fl. D.[t] nicht vorhanden. Aber wir bedenken dagegen, „dass zwar E. D.[t] eusserlich aut de facto noch nit also genottrengt, dass aber dannoch bei den consiliis de extirpandis, occidendis et mactandis haereticis

Digitized by Google

et fide eis non servanda (wie etliche catholici und sonderlich Schoppius durch ein bedenkliches buech, so er mit nechstem zu Inglstat trucken lassen will,[1] stark behaubten und die andern dahin zu moviern sich befleissen) die uncatholische sambtlich, als denen soliche consilia nit unbekant und dahero aus forcht oder vortl den vorstraich nemen und die catholische uberfallen können, nit mehr inflamirt und zu sorglichen resolutionen, sonderlich wider E. D.t, Dern sie alles dergleichen zurechnen, bewegt werden, und also, dass E. D.t in securo dergleichen nicht zu achten, nit in gefahr stehen oder unvergreifliche fridstand und nachbarschaft ausschlagen und auf alle fäl den widerwertigen widerstand zue thuen bastant seien, können wir nit glauben oder uns persuadirn lassen, es were dann dass jemant nit allein mit discursen in genere sonder nach beschaffenheit der umbstend mit wol erwognen und wo nit gewissen, doch der vernunft und gemainer catholischer censur gemessnen mediis ein anders darthuen, auch, da was widerwertigs entstehe, notwendige remedia zu abwendung der gefahr subministrirn, auch so wol die heubter als die membra dergestalt disponirn kont, dass wür uns [nit] allein auf miracula und dass Gott für uns streiten wurde, zu verlassen. So das geschicht, als dann wür unser mainung in allweg ändern und inen beifallen, sonsten wür noch zur zeit auss schuldiger pflicht E. D.t kein anders raten können." [Juni.]

Es ist auch nicht E. D.t Amt, die Ketzer im Reich auszurotten; viel weniger vermöchten Sie den Kaiser, die Erzherzoge, den Kurfürsten von Mainz und andere Katholische dazu zu überreden. Ist dies also bei denen, denen es obliegt, nicht zu erreichen, so sehen wir nicht, wie ein einzelner Stand den Schwall aufhalten und allen Unwillen und Gefahr auf sich laden solle „in sonderbarer erwegung, wann denselben durch ein zeitliche fridliche guete nachbarschaft alle die unverantwortliche thetligkeit ausszuschliessen und den weg zu mehrerm gueten zu pauen citra cuiuscumque praeiudicium et in nullius damnum in etwas remedirt werden kan und machen wür — secundum proportionem tamen — zwischen der gefahr, die E. D.t von den uncatholischen wegen der diffidenz und täglich mehr entstehenden consiliis de extirpandis haereticis angetroet, und weliche dem konig in Hispania zur zeit dess nechst geschlossnen fridens auf dem hals gelegen, geringe differenz in erwegung, dass des konigs in Spania macht damals nit so schlecht gewest [und] wann er dieselb völlig wider die Staaden anwenden wöllen, er vermuetlich denselben bösser als

[1] Vgl. über Scioppius (Kaspar Schopp) A. R. Raess, Die Convertiten seit der Reformation, III., S. 395 f., H. Kowallek, Ueber Gaspar Scioppius in den Forschungen zur deutschen Geschichte, XI., S. 403 f., Briefe und Akten, V., S. 914, Anm. 7 und Allgemeine Deutsche Biographie, 33. Bd., S. 479 f. Das Buch, dessen die Räte gedenken, wird wol der 1611 gedruckte „Ecclesiasticus" gegen König Jakob I. von England sein; als Druckort ist aber nicht Ingolstadt sondern „Hartbergae" angegeben, welchen Namen schon das pariser Parlament als fingiert erkannt hat.

Digitized by Google

[Juni.] E. D.t den uncatholischen, weliche obangeregter massen E. D.t quocunque modo begegnen können"; aber auch Spanien hat nicht für ratsam befunden, seine ganze Macht aufs Spiel zu setzen und lieber einen Teil gerettet und mit Verlust zeitlicher und weltlicher Güter Frieden gemacht. Da aber solche erneute Korrespondenz mit den Protestanten beim Haus Oesterreich und beim Kaiser, wenn sie davon erfahren und wol von den Protestanten selbst in Kenntnis gesetzt werden, „inmassen nechst wider das passauische volk geschechen," neuen Verdacht erregen würde, als entspringe sie nur dem Hass gegen das Haus Oesterreich wegen der Praezedenzsache[1] und um ihm Abbruch zu tun, so wäre die „unvorgreifliche" Korrespondenz mit etlichen Unkatholischen nicht eher anzustellen als bis die Praezedenzsache mit Oesterreich verglichen und dies Haus von E. D.t Vorhaben etwas benachrichtigt ist, damit es nicht widrige Gedanken schöpft. Geschieht es dann dennoch, so hat man sich daran nicht zu kehren, „da dergestalt wol alle E. D.t actiones inen suspect sein und E. D.t gar nit Irer gelegenheit nach handlen mechten."

„Vor allen dingen wöllen wür unser underthenigste erclerung (dass wür E. D.t hierin nit mass oder ordnung geben, etwas der catholischen religion zu nachtl raten, beharren oder [als] diejenige angesehen sein wöllen, die dem gewissen zuwider allein das zeitlich und politisch in acht nemen) widerholen"; und da es sich um eine Gewissenssache handelt, die künftig vielleicht anders ausgelegt werden könnte, so halten wir für nötig, dass E. D.t über beide Fragen Dero Theologen hören und die Korrespondenzsache auch beim Papst, von dem die Gewissens- und Religionssachen abhängen, anbringen und dessen Bescheid erwarten. Zunächst muss aber die Vorfrage gelöst werden nämlich, „obwol, wie E. D.t wissen, fast alle catholische stend bekennen, dass der religionfriden, wegen dass er einmal also geschlossen, festiglich zu halten und gleichsam ein regula im röm. reich sein soll, entgegen aber etliche catholische der mainung sein, besagter religionfriden könne gewissens halber nit confirmirt werden, auch die catholische denselben lenger zu halten nit schuldig, bis sie ein gelegenheit haben, denselben mit fortl zu brechen,[2] diss auch den uncatholischen gar wol bewust ist, so kann es nit wol anderst sein, wann man mit ein oder mehr uncatholischen correspondenz machen will, es werde soliche correspondenz auf den religionfriden, dass man denselben halten wölle, beruen und vast in principio dise erclerung ut fundamentum beiderseits geschechen müessen. Wovern aber die herrn theologi ein anders schliessen und man sich gegen den uncatholischen nit also erklern sonder etwan subtilisirn, aequi-

[1] Es handelte sich bei diesem Streit um den Vorrang der Erzherzoge von Oesterreich vor den regierenden Herrn von Baiern und um die Zuerkennung des Titels „fürstliche Durchlaucht" von seiten des Kaisers an den Herzog von Bayern.

[2] Vgl. Briefe und Akten, IV., 147 und V., Register unter „Religionsfriede, Giltigkeit".

Digitized by Google

vocirn oder mit der sprach nit recht herauss soll oder wöll, so were es vil ratsamer und besser, mit inen alles zu underlassen als durch ein soliches tentamen die suspiciones zu confirmirn, die diffidenz zu mehrn und sie weiters zu irritirn." O. D.[1] [Juni.]

Mc., Entstehung, Fasz. I., no. 10, f. 227; Kopie.

258. Rudolf II. an den Landgrafen Moriz von Hessen. Juli 1.

Von E. L. Erklärung wegen der anbefohlenen Kommission [beim Kurfürstentag] unterrichtet[2], teilen wir E. L. mit, dass wir ausser den drei spezifizierten Punkten noch folgende zur Beratung der Kurfürsten stellen werden: 1. wie, da wir hier nicht länger bleiben wollen, unser Abzug, Residenz und Unterhalt im Reich anzustellen sei? 2. wie dem kurpfälzischen Administrationsstreit abgeholfen werden könnte? 3. wie bei der Belehnung unseres Bruders die Hoheit des Reiches in Acht genommen und den eingerissenen Unruhen und den daraus entstandenen Ungelegenheiten vorgebaut werden könnte? 4. wollen wir auch noch das Gutachten der Kurfürsten wegen der jüngsten gütlichen Verhandlungen zwischen uns und unserm Bruder[3] hören. Prag den 1. julii 1611.

Ma., 39.22, f. 148; Kopie.[4]

259. Baugy an die Königin-Regentin von Frankreich. Juli 2.

„J'ay reçeu lundy 27e de juin avec les lettres du roy et de V. M.té pour l'empereur et le roy de Hongrie celles qu'il Luy a pleu

[1] Das Gutachten hängt offenbar mit den von Pfalz-Neuburg und Württemberg betriebenen Verhandlungen zur Herstellung des Vertrauens im Reich zusammen (vgl. no. 119, no. 179 und no. 236); wegen der Erwähnung des passauer Kriegsvolks wird es in die erste Hälfte des Jahres 1611 zu setzen sein; vielleicht steht das Gutachten in Beziehung zu der geplanten und dann unterbliebenen Schickung des Pfalzgrafen August von Neuburg nach München.

[2] Der Landgraf hatte die Uebernahme der Kommission an die Bedingung geknüpft, dass ihm die Punkte der künftigen Proposition mitgeteilt würden (vgl. no. 215, S. 509, Anm. 1), worauf ihm der Kaiser die Abschrift seines Schreibens an Kurmainz (no. 219) zusandte. Am 15./25. Juni erklärte sich der Landgraf zur Uebernahme der Kommission endgiltig bereit, da die Hauptpunkte der Proposition für Kaiser, Kurfürsten und Reich gleich wichtig seien; aber in dem Schreiben an Kurmainz sei noch die Generalklausel „auch schliesslich von andern mehrern Sachen" enthalten; derenwegen bitte er um genaueren Bericht (Ma., 547/14, f. 103; Kopie).

[3] Wegen dieser neuerlichen Verhandlungen vgl. die bei Hammer-Purgstall, Khlesls Leben, II., Urkundensammlung unter no. 321, 313 und 314 abgedruckten Aktenstücke, die die letzte Phase der Verhandlungen zwischen den Brüdern einleiten. Ihretwegen sollte auch noch der Reichshofrat Gottfried Hertel an die Kommissarien zum Kurfürstentag abgeordnet werden, um sie von dem veränderten Stand der Dinge zu unterrichten (Rudolf II. an seine Kommissarien am 6. Juli; Wh., Reichstagsakten in genere, Bd. 84 b; — Kpt.); wegen der Verschiebung des Kurfürstentags unterblieb diese Schickung.

[4] Obiges Schreiben teilt der Landgraf am 4./14. Juli an Kurmainz mit (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 101; Or.), der am 18. davon die andern Kurfürsten verständigt (Ma., 39/22, f. 146; Kopie des Schreibens an Kurköln).

Digitized by Google

Juli 2. me faire escrire l'onziesme et le douziesme du mesme mois, par lesquelles Elle me commande de faire un voyage en France, suivant le desir qu'en a monstre ledict s.r empereur. Je le luy feis scavoir incontinent par celuy qui m'avoit apporté son billet, et que pour tenir la chose couverte, je demanderois audience par la voye ordinaire pour les luy presenter, si tant est qu'il perseverast en sa premiere volonte de m'envoyer vers V. M.té, d'autant que s'il l'avoit changee, il ne seroit besoing de luy presenter lesdictes lettres ny de le molester d'audience. L'on me rapporta, que ceste nouvelle luy avoit esté fort agreable, desirant plus que jamais, que je face ce voyage, que je demandasse hardiement audience et que j'y serois tost admiz. Ce neantmoins je suis encores l'attendant et ne scay, quelle peut estre la cause de ce retardement, si ce n'est qu'il veult voir premierement quel train prendra le traité d'accord d'entre luy et ledict s.r roy de Hongrie qui feust hier recommance.[1] V. M.té se resouviendra bien de ce que je luy escrivois par mes precedentes du 25e dudict mois de juin, que l'ambassadeur d'Espagne, reconnoissant combien la conclusion d'iceluy importe a l'avancement des desseins de son maistre, travailloit tant qu'il luy estoit possible, pour le renouer. Il en est en fin venu a bout avec soupcon d'avoir par dons et promesses corrompu un qui a l'oreille de l'empereur pour y faire condescendre S. M.té imp., a laquelle on auroit representé, que cela ne prejudiciera aucunement a la part et communication qu'elle veult, que les electeurs ayent de cet affaire, puisque ce qui se fait n'est que pour les soulager de peine et qu'on leurs reserve l'accommodement des pointz qui seront les plus difficiles, si aucuns y en a, avec l'entiere approbation et confirmation de ce qui se traite maintenant. Les deputez pour ledict s.r empereur sont ledict ambassadeur, les barons Ernst de Molard et Abraham de Dona et le s.r Wacker et pour ledict s.r roy l'evesque Glezel, les barons de Meckaw et de Kain et le s.r de Kremberg qui tous s'assemblent en la maison dudict s.r ambassadeur. J'enten que la premiere proposition de la part de l'empereur a esté, que devant toute autre chose l'on oste les gardes qui sont dedans et dehors le chasteau, afin qu'il ne semble estre captif, a quoy auroit esté respondu, qu'elles ne sont pour le reserrer ou avoir l'oeil sur sa personne, ains pour la seureté dudict s.r roy, lequel ne peut faire de moins en un payz, ou il est nouvellement estably et n'agueres tout remply d'armes, et que cet article estant vuydé l'on reprendra ceux qui avoient este miz en avant devant le couronnement dudict s.r roy. Je ne saurais encores bien affermer, s'ilz traitent a bon escient ou si ledict ambassadeur tachant de terminer ces affaires a l'advantage dudict s.r roy et de son maistre, l'empereur y a consenty seulement pour gagner temps, pendant qu'il dresse ses pratiques; mais quoy qu'il en soit, je ne partiray point legerment d'icy, s'il ne m'en fait

[1] Vgl. no. 258, S. 601, Anm. 3.

Digitized by Google

instance et si je n'ay une bonne instruction en main pour informer suffisamment et esclaircir V. M.[té] de son dessein. De Prague le 2 juillet 1611." Juli 2.

Nachschrift: „Ainsy que j'escrivois mon autre lettre, l'empereur m'a fait appeller a l'audience. En icelle je luy ay representé, que non obstant que le roy et V. M.[té] eussent bien desire que je feusse demeuré par deca pour donner continuellement adviz a Voz M.[tez] de son estat et bon portement en ces occurrences, toutesfoys preferant son service et contantement au Leur propre, Elles m'auroyent permiz, pour luy complaire, de faire un voyage en France; a cet effet qu'Elles m'avoyent envoyé des lettres en la forme qu'il verroit, pour couvrir le vray subject de mondict voyage, et qu'Elles m'avoyent commandé, en les luy presentant, de l'asseurer qu'Elles entendront tousiours fort volontiers ce qui pourra servir a sa grandeur et conservation, pour plusieurs respectz et particulierement pour la confiance qu'il monstra d'avoir en Elles, m'enchargeant sur tout de m'en aller bien instruict de son intention, afin que en estans bien informeez, Elles se puissent plus facilement resouldre sur ce qui Leur sera proposé de sa part. Il m'a respondu avec une chere et contenance plus gaye que je ne luy ay jamaits veu, qu'il recevoit une grande consolation de la bonne volonté que Voz M.[tez] luy tesmoignent, qu'il Leur en est infiniment obligè et que de son coste il y correspondra avec autant d'affection et de sincerité qu'Elles en demeureront satisfaictez, qu'il penseroit et se resoudroit au plustost sur ce qu'il Leur faire scavoir par moy, afin que je sois bientost de retour et que je Les saluasse cependant de sa part, se reservant pour le surplus a ce qu'il me dira ou fera dire devant mon partement, duquel j'advertiray V. M.[té] autant que je jugeray que mes lettres pourront arriver devant moy. De Prague ce 2.e de juillet 1611."

Pa., Coll. Harlay, no. 238, vol. XII., f. 211; Or. eigh.[1]

260. Bongars an den Staatssekretär Villeroy. Juli 2.

„Mr. le landgrave m'a depuis fait sçavoir ce que je n'avois lors que d'un advis particulier, que l'empereur par lettre de sa main luy deferoit la principale commission pour assister de sa part à l'assemblée electorale, pour laquelle il recevroit l'instruction sur le lieu des mains des s.[rs] Minckwitz, Westernach et Pflug, ses conseillers; qu'a la reception de ceste depesche il auroit creu, qu'on se seroit abusé à la suscription, le prenant pour son cousin de Dermstat, jusques a la recharge apportée par un sien secretaire qui auroit esté

[1] Der erste, wie es scheint, der Verdacht wegen der Beziehungen Rudolfs zu Baugy schöpfte, war Vischere, der am 9. Juli seinem Herrn von dieser Audienz und der bevorstehenden Abreise Baugys mit der Bemerkung schreibt: „ob er geschickt wird oder abgefordert ist, habe ich noch nit erfahren können" (Brs., Secrét. d'Allem., no. 96, f. 103; Or. eigh.).

Digitized by Google

Juli 2. a Prague pour ses affaires, laquelle l'auroit osté de doute.[1] Il dict differer d'en avertir leurs M.tez, pour ne leur pouvoir rien escrire de certain ny du suject de l'assemblée ny de sa resolution en ceste commission, avoir fait responce a l'empereur, que les points sur lesquelz se fait ceste assemblée luy estants communiquez, s'il se cognoist capable de les traiter, il tiendra ceste charge à honneur et y servira l'empereur et l'empire; dict aussy avoir recogneu des depesches de leurs M.tez qu'elles desirent la conservation de l'empereur, qui le fait pancher du costè de ceste commission, croyant y pouvoir faire chose agreable a leurs M.tez L'empereur luy a ajouit l'evesque de Spire, homme d'esprit et, comme on dict, moderé. Il est nouveau et ne sçay, si on l'a encores bien recogneu. Le roy Mathias y envoye le baron Erasme de Starremberg.[2] Vous sçavez, Monsieur, que ledict roy ne satisfait pas a l'esperance de ses Bohèmes en l'establissement des haults officiers de sa couronne. Le duc de Brunswic a pris pour un an la charge de grand maistre de la cour imperiale au lieu du landgrave de Leuchtenberg qui a son congé et une recompense de deux cents mille thalers. Monsieur l'administrateur par le conseil de Mayence se resoult d'aller en personne à ladite journée electorale, estant celle de l'union du tout retardée par la longueur de Brandenbourg.

Les princes, Monsieur, que Vous dites croire leurs affaires asseurées par la division de la maison d'Austriche, n'ont pas mesnagé leur avantage et sont a mon advis plus empeschez qu'asseurez. J'ay pris la hardiesse d'escrire au landgrave Maurice de Hessen et a quelques autres, qu'ilz devroient regarder a meliorer leur condition laquelle me sembloit empirée par l'advancement du roy de Hongrie de la façon qu'il c'est passé, et chercher le moyen de couper au roy d'Espagne de l'esperance de ceste succession laquelle chargeroit l'Allemagne d'un joug estranger inevitable mesmes avec quelque apparence de raison.

Je ne puis assez m'estonner du roy d'Angleterre qui dort si fort ou se divertist si bien, qu'il ne void et ne sent ce qui se remue a l'entour de luy.

Je rechargeray l'advis porté par celle qu'il Vous a pleu m'escrire le XVI du passé. J'ay assez de tesmoings et nommement monsieur de Buwinckhausen, que depuis le mois de septembre j'ay presché, qu'on negligeoit trop l'empereur lequel, combien qu'il eust trop negligé l'empire, devoit toutes fois estre conservé, si non pour un bien au moins contre un mal. Ilz ont laissé passer le roy de Hongrie et les Bohemiens bien avant pour pouvoir rentrer de bonne grace en ce jeu. Ceulx cy sont a ceste heure les eslecteurs de l'empire qui leur donnent un roy des Romains, qu'ils ne peuvent refuser sans tomber en trop d'autres faultes. Ce silence envers leurs M.tez leur

---

[1] Vgl. no. 254.

[2] Vgl. no. 266. Bei dem unrichtigen Vornamen Starhembergs hat Bongars offenbar der des Tschernembl vor Augen geschwebt.

Digitized by Google

est un mal ordinaire, une finesse grossiere laquelle leur fera du mal. Juli 2.
M.r le landgrave m'avoit fait une depesche apres l'accord de Guterboch laquelle a este perdue, qui n'est pas chose nouvelle. Je pense toutesfois, Monsieur, Vous avoir dict ce qui est de ce traicté la, qui est en effect peu de chose et de peu d'asseurance.

Le cercle de la basse Saxe s'assemble a Halberstat, ville episcopale du duc de Brunswic, le V de ce mois; le comte de Hohenzollern[1] et Minckwitz y doivent assister de la part de l'empereur pour traiter entre ledict duc et la ville de Brunswic et selon qu'il leur reussira proceder au ban.

Le roy de Dennemarc, regardant l'assiette de Calmar entre deux capitaines, a esté tiré de la place; le coup a porte sur un des capitaines et l'a emporté.

Je vous supplie tres humblement, Monsieur, de vouloir excuser mes tres mal digerées; les incommoditez du corps reverberent sur l'esprit. De Strasbourg le 2 de juillet 1611."

Pa., Coll. Harlay, no. 15 580; Or.

261. Peter de Vischere an Erzherzog Albrecht. Juli 2.

Zuñiga hat mir mitgeteilt, „dass er E. fl. D.t noch den 25. [Juni] I. kgl. M.t schriftliche submission zu der guetlichen handlung, welche zwischen beiderseits des kaisers und königs räte furgenommen werden soll, zugeschickt habe und sein darauf von I. ksl. M.t der Don Balthazar de Zuñiga selbst, der Ernst von Molart, Abraham von Donau und der Dr. Wacker verordnet worden," von seiten des Matthias Khlesl, der Oberstkämmerer Meckau, Khuen und Krenberg. — Am 27. liess ich auf Rat Zuñigas und Mollarts dem Kaiser durch Proskofsky anzeigen, da er mir immer noch keine Audienz gebe, müsste ich solche vorher bei Matthias suchen. — Am 29. ass ich mit dem kurpfälzischen Gesandten Hippolyt a Collibus bei Ernst von Mollart. Soviel ich vernahm, soll Colli hauptsächlich die Anerkennung des Pfalzgrafen von Zweibrücken als Administrator betreiben. „Er saget auch, das er befehligt sei, im namen der ganzen heidelbergischen regirung I. ksl. M.t zue raten, das sie sich aus diser kron ins reich begeben, mit der vertröstung, das I. ksl. M.t ein ansehnliches deputat verordnet werden soll. Wie rat- und heilsam solches aber dem haus Oesterreich sein wurde, werden E. fl. D.t hochvernunftig wol nachdenken kunnen." — Am 30. haben die Verhandlungen zwischen den kaiserlichen und königlichen Verordneten begonnen. Am selben Tage ist dem Landgrafen von Leuchtenberg ein „decretum dimissionis" durch Mollart zugestellt worden. Der Kaiser bietet dem Landgrafen ausser einem auf 20 000 Taler geschätzten Haus mit Hof, das er ihm früher geschenkt hatte, 60 000 fl. als Verehrung und

[1] Verwechslung mit Hohenlohe.

Digitized by Google

Juli 2. 2000 fl. jährlich als Pension; Leuchtenberg verlangt jedoch 100000 und 5000 fl. — Am 28. ist Graf Hohenlohe, am 30. Minckwitz nach Braunschweig abgereist.

Am 1. Juli hatte ich morgens um acht Uhr Audienz beim Kaiser und zeigte diesem an, ich sei entsendet, weil bei den Irrungen zwischen dem Kaiser und Matthias Sachen vorkämen, „darunter E. fl. D.t villeicht für Ihre person auch eins und anders dem wesen zu gueten sowol zu Ihrer eignen notturft einzuwenden haben möchten.“ Sehr zurückhaltend habe ich dem Kaiser auch E. fl. D.t Beileid angedeutet, weil ich gehört hatte, er sei unwillig, dass keiner seiner Brüder und Verwandten ihm kondoliert habe. Der Kaiser antwortete sehr freundlich, freute sich, dass ich eine Zeit lang in Prag bleiben wolle und versprach, mich jeder Zeit zu hören. Nach mir hatte der kurpfälzische Gesandte Audienz, dem der Kaiser durch Wacker antworten liess.

Am 2. hatte ich Audienz bei Matthias, bei welchem ich das gleiche Anbringen wie beim Kaiser tat und daran anknüpfend über meine Verrichtung bei den geistlichen Kurfürsten Mitteilung machte. Matthias bedankte sich sehr und versprach, auf die Beschwerden der Kurfürsten über sein Verfahren antworten zu wollen. Prag den 2. julii 1611.

Brs., Secrèt. d'Allem., no. 95, f. 92; Or. eigh.

Juli 3. **262.** Zuñiga an König Philipp III.

Schickung Collis nach Prag. „Y pienso que lo alcançara todo, porque corre hera en el emp.or que muestra fiar mucho en los principes protestantes, como se ha visto en aver nombrado a lantzgravio Mauriçio de Assia por su diputado para tratar con los electores y en tratar de echar de aqui a lantzgravio de Leytemburg que es catolico su mayordomo mayor y director del consejo secreto y de encaxar en estos puestos al duque de Brancuiq; es negoçio este que le tiene con sumo cuidado, y aunque se ha hecho lo posible por desviallo, no ha sido posible hasta agora. Tiene un ayuda de camara italiano y grande astrologo[1] que es todo el gouernalle. En este punto me dan grandes esperanças de que no tendra effecto la provission de Brancuiq, aunque se vaya el lantzgravio que entra a Ernesto de Mollart que es buen catolico y muy criado de V. M.d; pero cada ay novedades.

[1] Vielleicht meint Zuñiga den kaiserlichen Kammerdiener Johann Ericius, der Tengnagels Diener gewesen war und wie Vischere zu erzählen weiss, „propter professionem mathematicam vil bei I. M.t gilt“ (Vischere an Erzherzog Albrecht am 4. Juli; Brs., Secrét. d'Allem., no. 95; f. 92; Or. eigh.). Am 13. August berichtet Vischere von Ericius' Tod, worüber Braunschweig sehr bestürzt sei, „dan er durch ihn fast alles beim kaiser negocirt hat“ (Brs., a. a. O., f. 130; Or. eigh.). Nach Bodenius' Bericht soll es auch Ericius gewesen sein, der den Kaiser abhielt, sich dem neuen Vergleich mit Matthias zu bequemen, und der zur Abreise riet (Bodenius an Herzog Maximilian am 9. Juli aus Prag; Mc., Entstehung, Fasz. III., no. 26, f. 119; Or. eigh.). — Ericius war aber ein geborener Hamburger und calvinisch.

Digitized by Google

El otro dia embio el rey dos de su consejo secreto a representarme una duda que se le ofreçia, pidiendome pareçer sobre ella, y era que aviendo el emp.^{or} nombrado por cabeça de sus diputados, que han de yr al convento, a lantzgravio Mauriçio de Assia, que le pareçia cosa muy considerable, si le convendria o no, embiar al marques de Bada, principe protestante y de aquella mesma liga, por cabeça de sus diputados al mesmo convento. Yo les dixe que se entendia, que la election que avia hecho el emp.^{or}, seria muy odiosa a los electores eclesiasticos y pareceria muy mal generalmente a todos los principes catolicos y que no era bien imitar lo que no era bueno y que tenia por de menos inconveniente embiar personajes de menos autoridad que no meter el rey en negocios tan importantes a principes, que yo esperava que podria yr alla y que mi intento principal no era otro, sino persuadir a los electores a que fuesen buenos medianeros entre el rey y el emp.^{or}, para que el rey le tuviese como a padre y S. M.^{d} cesarea le favoreciesse como a hijo, y adelantase sus cosas. Con esto se quietaron deste pensamiento de embiar al marques de Bada y mostraron gran contentamiento de que yo tratase de yr.[1] Juli 3.

Tengo escrito a V. M.^{d} el cuydado con que estava de concordar al señor archiduque Leopoldo con el rey y el desseo que tenia de que S. A. efectuase el viage de España y como en conformidad de lo que V. M.^{d} me avia mandado, le avia aprobado su pensamiento de ponerle por obra. Ha muchos dias que escrivi a S. A. con Antonio Miravalo, su gentilhombre de la camara, el qual tarda demasiado en bolver, y por diferentes vias tengo avisos de que el señor archiduque no se sosiga, que cierto me da mucha pena por su parte, que por lo demas despues, que se despidio la gente esta en estado que aunque pareçe pueda hazer poco bien ni mal, pero todavia desseo sumamente se aquiete. Es el señor archiduque canonigo de Salzburg y haze hablado muchas vezes de que en caso de vacante podia tener acçion a aquella gran dignidad, y ha se ofrecido agora — segun me escriven de Monaco — un gran embaraço entre el arçobispo y S. A. sobre un hombre, que ha ydo a dezir al arçobispo que el archiduque tratava de hazerle matar, que se tiene por una gran vellaqueria y vanidad del acussador, pero todavia me dizen que tenia congoxado al archiduque este negocio y que avia dado parte del al duque Maximiliano de Baviera, el qual con su prudençia sera parte, para que no passe adelante la enemistad entre aquellos dos principes sus vezinos.[2]

---

[1] Vgl. no. 260, S. 604, Anm. 2.

[2] Am 7. Juli schreibt der Erzbischof von Salzburg an Erzherzog Maximilian: Erzherzog Leopold habe dieser Tage bei ihm Gesandte gehabt, durch die sich derselbe bei ihm wegen des Gerüchts rechtfertigen liess, dass er, Leopold, gegen ihn Leute gedungen hätte. Der wahre Sachverhalt lasse sich schwer beurteilen, da der Erzherzog unter allerlei Vorwänden seine Befehlshaber bei sich behalte und zu Prag und sonst noch heimliche Korrespondenzen haben möchte (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom Juli 1611, no. 3; Or.). — Dem Erzherzog Leopold selber

Digitized by Google

Juli 3. Praga a 3 de julio 1611."

Sim., Fasz. 2497, f. 4; Kopie.[1]

Juli 3. **263.** Hippolyt von Colli an Fürst Christian von Anhalt.

Alles hat sein Augenmerk auf den mühlhauser Tag. Gestern hatte ich Audienz beim Kaiser, der sich dem Administrator und dem jungen Kurfürsten sehr geneigt zeigte. Er sieht ein, dass es Zeit ist, sich Freunde im Reich zu gewinnen; „haec si olim cogitasset et consiliis Tuae Cels.nis credidisset, melius se iam res ipsius haberent." Wegen der Belehnung hat er mir Hoffnung gemacht, ebenso Mollart und Wacker; „mais je cognoit la court". Ich glaube, dass Wacker Vizekanzler wird, obgleich Hannewald auf alle Weise darnach strebt; aber es gibt Leute, die dem Herzog von Braunschweig sagen werden, was er vielleicht noch nicht weiss. Morgen soll der Herzog den Eid als Obersthofmeister und Direktor ablegen. Der Kaiser hat sich gestern um die Höhe der pfälzischen Restanten erkundigt; ich glaube, er will nach dem „facio ut des" handeln.

Von den Verhandlungen mit dem König sagte mir Wacker: der Anfang lasse sich sehr fein an. Am meisten erzürnt den Kaiser die starke Wache im Schloss und selbst im Garten; darum wird zuerst über deren Abschaffung verhandelt; der König stimmt ihr zu, wenn die andern Punkte erledigt sind.[2] Zuñigas Autorität ist ausserordentlich gross; „c'est lui qui par divers moyens a aidé a soubstenir les officiers de la couronne de Boheme".[3] Ich besorge daher, dass die Stände bei diesem Wechsel nicht gewinnen werden. Baugy sagte mir, Zuñiga habe dieser Tage 150000 Taler empfangen; „auro

---

schrieb der Erzbischof am 5. Juli: er habe sich diese Sachen nie so „stark imprimieren" lassen, dass es einer besondern Rechtfertigung bedürfte (Wöa., Salzburg, Bd. 10, Fasz. 3; Kpt.).

[1] Am gleichen Tag berichtet Zuñiga seinem Herrn ausführlich über die neuen Verhandlungen zwischen den Kommissarien des Kaisers, deren erster er selber war, und denen des Königs; Zusammenkünfte fanden seit 1. Juli in seinem Hause statt (vgl. no. 258, S. 601, Anm. 3). Da diese Verhandlungen sich schliesslich nur noch um materielle Fragen drehten und die wichtigsten Aktenstücke davon von Hammer-Purgstall veröffentlicht worden sind, kann ich sie hier ebenso wie den Bericht Zuñigas übergehen. Zum Schluss berichtet Zuñiga: „Y hace [Matthias] instancia, paraque S. M.d açete este concierto y juntamente le responda a sus pretensiones, que entre otras, quando menos es una recomendacion al convento electoral, para que le elijan rey de Romanos. Referirase todo al emperador y, si no se contentare, temo que el rey podra hazer poco mas que esto. Desdeluego parece a todos que resulta en particular reputacion de la grandeza y autoridad de V. M.d, que este negocio se trate principalmente por mi mano y en mi casa" (Sim., a. a. O., f. 14; Or.).

[2] Vgl Hammer-Purgstall, Khlesls Leben, II., Urkundensammlung, no. 314, S. 301 und no. 323, S. 323.

[3] Vgl. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 306.

Digitized by Google

loquente conticescunt omnia. Je trouve, que Clesel qui est le factotum aupres du roy, est personnage pernicieux tellement que je n'espère rien de bon de ce costé-la si longtemps, qu'il sera en credit par apres le roy; [le roy] est bien plus bigot que l'empereur. Prague ce 23. de juing 1611." — Praes. Heidelberg den 3. junii [!] a. 1611. Juli 3.

Bbg., A 9a, no. 107, f. 73; Or. eigh.[1]

264. König Philipp III. an Zuñiga. Juli 5.

„He visto Vuestras dos cartas de 25. mayo en la materia de subcesion de Bohemia y sobre el negocio del infante don Carlos[2] y holgare, que venga con brevedad la relacion que se quedava haziendo. Acerca de lo primero y en lo demas no se ofrece por agora que deciros sino aprovaros el cuidado con que procedeis en ello y encargaros como lo hago. Vais ganando voluntades y endereçando el negocio con la destreza que sabreis conforme al intento que se tiene, avisandome de lo que ocurriere que se ofreciere. Y quanto a la pension de seis mil escudos que proponeis para el duque Juan Jorge hermano y subcesor del eletor de Saxonia, vereis, si seria bien ofrecerle esta merced, para quando hiziese algun servicio relevante en beneficio del infante don Carlos, diziendoselo Vos en el estilo que conviniese, o si seria mejor darle desde luego la pension para tenerle obligado para todo lo que se ofreciere de mi servicio y gusto, y destos dos medios elegireis lo que tuvieredes por mas conveniente, que yo Os lo remito y fio de Vuestra prudencia y esperencia que hareis lo que fuere mas acertado. Y al duque de Baviera procurareis tambien conservarle siempre,[3] pues sabreis lo que este importa, valiendo Os de los medios que Os pareciere y particularmente del elector de Colonia y su coadjutor, pues se hallaran obligados con lo que se ha hecho por ellos. En S. Lorenzo a 5. de julio 1611."

Sim., Fasz. 2452, f. 382; Or.

---

[1] Gleichzeitig und gleichen Inhalts schreibt Colli auch an den Administrator der Kurpfalz. Ausserdem berichtet er noch: Dr. Wacker ist zu ihm gekommen und hat ihm versichert, dass er bei der Administrationssache das seine getan habe und noch ferner tun wolle, — „intelligenti pauca"; auch Braunschweig zeigt sich sehr geneigt gegen Kurpfalz. Beim König hat er sich noch nicht angemeldet, um nicht eine Handlung durch die andere zu stören (Mb., 101/4; — Or. eigh.).

[2] Mir liegt nur das erstere Schreiben (no. 207) vor.

[3] Hiezu empfiehlt Zuñiga am 6. August dem König aufs allerdringlichste, eine baldige Entschliessung wegen der Ordenspfründe zu treffen, die der Herzog von Baiern für seinen Oberhofmeister Grafen von Rechberg, „su gran privado", begehrt, „porque el duque es estrañamente efficaz en sus cosas" (Sim., Fasz. 2497, f. 40; Or.); und in einem zweiten Schreiben vom gleichen Tag wiederholt er die Bitte mit der Begründung: „Esto es sin duda importantissimo por la gran calidad y grandeza de aquel estado y por las señaladas virtudes que resplandecen en su persona. Siempre ay quien me ponga zelos de que el duque tenga la mira en pretender para se el imperio y assi vivo siempre con cuidado sin descubrirle" (Sim., a. a. O., f. 39; Or.).

Digitized by Google

Juli 5. **265. Fürst Christian von Anhalt an den Markgrafen von Ansbach.**

Ich komme erst jetzt dazu, E. L. zu berichten, wie zu Stuttgart und hier die bei uns abgelegte kaiserliche Werbung aufgenommen worden ist.[1] Württemberg ist auf Anstiften Geizkoflers ganz „passionato" auf des Matthias Seite.[2] Auch hat man es bei Württemberg damit verfehlt, dass man [d. h. der Kaiser] ihn nicht ebenso wie uns ersucht hat; der Herzog ist auch gegen Kurbrandenburg unwillig, weil er nicht zum jüterbogker Vertrag gezogen worden ist und mag das die Hauptursache sein, weshalb er ungern sieht, dass E. L. sich nach Prag begeben wollen. Ich bleibe aber dabei, dass, wenn der Kaiser E. L. begehrt, Sie jedenfalls dahin gehen sollen. — Morgen reise ich zu Kurmainz, will aber in vier Tagen wieder hier sein[3]; dann wird man sich des Termins zum Unionstag vergleichen müssen, der vermutlich auf Jakobi fallen wird. Wenn ich den Unionstag anders wohin als nach Rotenburg, wo es zu eng ist, verlegen kann, will ich es an mir nicht fehlen lassen. E. L. sollen Günterode bald schreiben, dass, wofern der Kaiser E. L. noch vor dem Unionstag sehen will, es bald geschehen muss. Ich schlage E. L. vor, zu einer Unterredung hierüber mit mir zu Neustadt a. Kocher zusammenzukommen. Datum Heidelberg den 25. junii a. 1611. — Praes. Windsbach 30. jun. 1611.

Be., Rep. 88, Unionsacta, ad. tom. XII., f. 4; Or.[4]

[Zu Juli 6.] **266. Instruktion des Königs Matthias für Meggau, Colonna von Fels, Reichard von Starhemberg, Polheim und Dr. Wacker zum mühlhauser Kurfürstentag.**

1. Da der Tag auf den 17. Juli ausgeschrieben ist, so habt Ihr bei Zeiten in Mühlhausen anzukommen, Euch zu erkundigen, was etwa schon verhandelt worden und was der kaiserlichen Abgesandten

---

[1] Vgl. no. 256.

[2] Am gleichen Tag schreibt Geizkofler aus Bebenhausen an Erzherzog Maximilian: Er überschicke, was eine vornehme Person ihm aus Stuttgart über Günterodes Verrichtung bei Anhalt und Ansbach mitgeteilt habe [leider fehlt der Bericht], woraus zu ersehen sei, „wie weit man sich ex cupiditate vindictae ohne reifes nachgedenken an den laden lägt und was fir weiterung dorauss entspringen kunde und werde"; ihm, Geizkofler, sei es bedenklich, deswegen an den König zu schreiben; er gebe dem Erzherzog anheim, seiner ungenannt Matthias davon zu verständigen (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom Juli 1611, no. 25; Or. eigh.).

[3] Der Administrator hatte am 5. Juli dem Kurfürsten von Mainz die Ankunft des Fürsten und des Dr. Camerarius angezeigt (Mb., 547/14, f. 159; Or.).

[4] Welche Stellung Anhalt fortab im Hausstreit einzunehmen gedachte, verrät der Schluss seines Schreibens an Colli vom 4./14. Juli: Die böhmischen Dinge nehmen einen Lauf, dass dem Kaiser zu raten ist, sich nach Möglichkeit zu „resentieren"; wie man sich dieserseits [d. h. von seiten der Union] darein zu schicken hat, wird künftige Gelegenheit geben; „ohn

Digitized by Google

Intention und Werbung ist, um darnach Eure Werbung desto besser einzurichten; zu diesem Behuf findet Ihr die Kapitel der „Proposition" [d. h. des Ausschreibens] des Kurfürstentages hiebei. Bei der Audienz ist vorzubringen: [Zu Juli 6.]

1. Hauptzweck unserer Gesandtschaft ist, dass wir als ordentlich gesalbter und gekrönter König von Böhmen nicht unterlassen wollten, kraft der goldenen Bulle uns bei dieser Zusammenkunft als kurfürstliches Mitglied anzumelden, uns zu insinuieren und uns zu allem zu erbieten, was einem Kurfürsten gebührt.

2. Uns ist nicht wenig daran gelegen, dass überall im Reich Ruhe und Frieden, Vertrauen und Korrespondenz aufgerichtet und des Erbfeindes böses Vornehmen gedämpft werde: wir haben uns daher auch als König von Ungarn anmelden und unsere Not vorbringen wollen, damit das Reich auf diese Vormauer denkt und die Grenzen erhalten hilft.

3. Wir sind auch zum König von Böhmen durch die Stände ordentlicher Weise berufen worden, der Kaiser hat uns in seiner Landtagsproposition zum König vorgeschlagen und empfohlen und wir sind darauf ordentlich gekrönt worden; es haben daher unsere Gesandten den Vergleich zwischen den Ständen, uns und dem Kaiser, die Zession des Königreichs Böhmen und der inkorporierten Lande neben beiliegendem Diskurs, „so auf eines churfursten schreiben und seines gesandten relation gemacht,"[1] besonders aber die letzte Erklärung des Kaisers gegen uns zu empfangen[2] und daraus zu vernehmen, wie eifrig wir des Kaisers brüderliche Zuneigung gesucht haben, wie begierig wir gewesen sind, ihm genug zu tun und wie wir uns ihm bequemt haben. [Da wir aber aus dem Aufzug seiner Resolution ersehen, dass er die Sache auf ein Unmögliches richten will, und besorgen, dass friedhässige Leute oder des Kaisers eigene „Kondition und Offension" es zu einem Riss bringen und er sich mehr auf anderer Leute Kriegshilfe als auf freundliche Komposition verlassen möchte, so wollen wir uns gegen die Kurfürsten dahin erklärt haben, dass wir zwar zum Frieden geneigt sind (was unsere Gesandten aus erwähntem Diskurs ersehen), dass wir aber, wenn wir feindlich angegriffen würden, nicht umhin könnten, unsere Königreiche und Länder nach Möglichkeit zu schützen, und dass wir bei ihnen leben und sterben wollen. Bisher aber haben wir alle unsere Gedanken nur auf das gerichtet, was dem Reich zu alter Vertraulichkeit gereichen mag und haben alle Gelegenheit gesucht,

allein, da dem konigreich Behaim und andern evangelischen stenden zu helfen stehet, so ist es allein in deme, dass sie der underschiedlichen konigreich und lender uniones förderlichst ohne allen ufzug und mit bestand in werk richten und sich hieran nichts irren noch aufhalten lassen (Bbg., A 9a, no. 107, f. 55; Kpt.).

[1] Fehlt.

[2] Gemeint ist wol das kaiserliche Schreiben vom 5. Juni; vgl. no. 227, S. 532, Anm. 2.

Digitized by Google

[Zu Juli 6.] dies in der Tat zu erweisen, wie wir uns deswegen schriftlich und auch im Druck erklärt haben. So wollen wir es noch immer halten und sollen unsere Gesandten die Kurfürsten dessen versichern und dass wir gewünscht hätten, dass der Kaiser vor vielen Jahren zu einer Heirat und zur Festsetzung der Succession in den Königreichen und Ländern zu bewegen gewesen wäre, wozu das ganze Haus, alle verwandten Kurfürsten und Fürsten es an Mahnungen nicht haben fehlen lassen. Da aber seine Natur leider so beschaffen ist, dass weder Vernunftgründe noch die Gefahr, es könnte bei solcher Unentschlossenheit unser Haus um die Königreiche und Länder kommen, ihn bewegen konnten, so waren wir als nächst ältester Bruder auf starkes Drängen der Länder und bei der augenscheinlichen Gefahr schuldig, uns ihrer anzunehmen, die Succession [in den Erbländern] zu betreiben und der „Naturschwachheit" des Kaisers, in der er sich nicht anders entschliessen konnte noch wollte, zu Hilfe zu kommen. Wir haben dies so angestellt, dass dabei weder dem Kaiser noch sonst jemandem von uns oder den unsrigen ein Härlein gekrümmt worden ist. Daher haben unsere Gesandten zu achten, „dass sie sich kaineswegs in einen tractat, iudicium oder solche maniers excusation vor denen churfursten einlassen wolten, welche ein ansehen einer accusation oder auf der kaiserlichen commissarien anbringen verantwortung gleich sähe, damit man sich nicht in ainigen process, so ainiges iudicii oder consens bedürftig, einlasse;" die Gesandten haben vielmehr bei dem zu bleiben, dass mit dem Kaiser nicht als mit einem römischen Kaiser sondern als mit dem König von Ungarn und Böhmen und regierenden Erzherzog zu Oesterreich mit einhelliger Bewilligung aller Königreiche und Lande gehandelt worden ist und man sich endlich, nachdem man durch dreissig Jahre aufgezogen worden war, der Succession auf die Weise, wie geschehen ist, hat versichern wollen, indem der Kaiser die Länder ordentlich ihrer Pflicht entlassen hat, was durch „publica instrumenta" geschehen ist, wie die Gesandten aus dem Diskurs entnehmen können. — Was des Kaisers Regiment anlangt, so haben die Königreiche und Länder es männiglich im Druck vorstellen wollen, damit man sehe, dass sie genug Ursache hatten, so inständig um Aenderung des Regiments anzuhalten und dass es nicht aus Vorwitz, Leichtfertigkeit „und suechung neuer freihaiten, welche ihnen von I. ksl. M.t selbst angetragen worden und sie toppelt mehr, da si nur lenger unter disem regiment verharren können, erlangen mögen, ... hergeflossen." Wir haben aber, um den Kaiser und unser Haus zu schonen, solche Veröffentlichung zur Zeit noch eingestellt, auch von uns selbst aus, wie wir seit langen Jahren vom Kaiser öffentlich und heimlich, schriftlich und mündlich, selbst von dessen geringsten Dienern traktiert worden sind, nichts melden sondern alles bis dahin verschieben wollen, da der Kaiser uns selbst dazu Ursache geben würde und wir uns Ehren halber verteidigen müssten. Wir hoffen aber, dass, weil es der Kaiser so gut wie wir weiss,

Digitized by Google

er es dazu nicht kommen lassen wird. Wenn aber unsere Gesandten den Kurfürsten oder deren Räten dergleichen mit Nutzen insinuieren können, so sollen sie es nicht unterlassen.] [1] [Zu Juli 6.]

4. Wegen der Succession im Reich sollen die Gesandten vorsichtig gehen und den Anschein vermeiden als wollten wir etwas erzwingen oder der freien Wahl der Kurfürsten praejudizieren; nur wenn diese finden, dass es dem Reich zuträglicher wäre, noch bei Lebzeiten des Kaisers einem Interregnum vorzubauen, Weiterungen zu verhüten und den Kaiser zu entlasten, haben wir nach dem Beispiel unserer Vorfahren aus guten, erheblichen Gründen Ursache, unsere Person anzubieten und zu empfehlen. Dabei werden die Gesandten, besonders Starhemberg und Polheim, die ihnen in dieser Sache vormals anbefohlenen Instruktionspunkte [2] je nach Umständen anzuwenden wissen. [Würde sich die Sache aber etwa daran stossen, dass der Kaiser nicht geneigt wäre oder mistrauen würde, so erbieten wir uns, nach der Kurfürsten eigenem Rat und Willen einen Revers zu fertigen und dadurch Kaiser und Reich genügend zu versichern, doch darf er unsere Ehre und Gewissen nicht praejudizieren.] [3] Wenn die Successionssache nicht verhandelt wird, so sollen die Gesandten dennoch allenthalben, wo es Not tut, sollizitieren, damit bei diesem Stand der Türkengefahr und bei dieser Lage des Reiches die Succession mit allen Mitteln befördert wird: denn dadurch werde die Justiz im Reich reformiert, das Mistrauen aufgehoben und gutes Regiment und Erledigung aller Sachen beschleunigt. „Ob nun wür wol mit unserer person diser anregung und insinuation verdächtig sein möchten," so gebührt uns doch als einem diesem kurfürstlichen Kolleg inkorporierten Mitglied für das Reich, von dem wir mehr Lehen als andere haben, der wir auch dem Türken mit unsern Königreichen und Ländern am nächsten liegen, zu sorgen und unsere Meinung aufrecht vorbringen zu lassen. Wir wollen aber damit nicht den Kaiser degradieren oder ihm an seiner Hoheit irgend praejudizieren sondern vielmehr diese erhalten und, was er vermöge seines Alters und seiner Kränklichkeit

[1] Die eingeklammerte Stelle wurde in der neuen Redaktion vom 1. Oktober (Wh., Wahl- und Krönungsakten, Bd. 7, no. 5; Kptkopie) ausgelassen, dafür aber folgende eingesetzt: Die Kurfürsten können dies aus dem geschlossenen Vergleich [vom 11. August] und dem kaiserlichen Generaltestimonium [vom gleichen Tag; vgl. unten no. 313 und no. 314] ersehen. Dabei wollen wir die Kurfürsten versichern, dass wir uns nicht nur diesem Vergleich gemäss verhalten sondern auch dem Kaiser alle Ehrfurcht und Liebe bei jeder Gelegenheit erzeigen und seine Ehre wie unsere eigene verteidigen wollen. Wiewol wir uns der brüderlichen Affektion des Kaisers getrösten, so besorgen wir doch, dass friedhässige Leute allerlei Zwist und Mistrauen erregen möchten, woran sie ihr meistes Interesse haben; wenn solche Leute die Kurfürsten — wie vordem — von uns ungleich informieren sollten, so mögen diese sich durch unsere Erklärung der Wahrheit versichert halten und uns verständigen, falls dergleichen vorkommt.

[2] Vgl. Hammer-Purgstall, Khlesls Leben, II., Urkunden-Sammlung, no. 204, besonders S. 280 f.

[3] Was in Klammern steht, ist in der zweiten Fassung ausgelassen.

Digitized by Google

[Zu Juli 6.] vielleicht nicht mehr vermag, „dasselb auf andere gebührliche und diss orts gebreuchige, auch zu erhaltung des heil. römischen reichs interesse, früd, rue und ainigkait notwendige mittel vollziehen.“ Und obwohl zu vermuten ist, dass einige diese Sache auf einen Reichstag verschieben und also aufziehen möchten, um den kaiserlichen Kommissarien einen Gefallen zu tun, so fordert doch die höchste Notdurft, dieser Sache eifrig nachzusetzen und es wenigstens dahin zu bringen, „damit man solches auf gewisse weeg richte, dabei wir unsers interesse halben versichert wurden.“ — Da wir wol wissen, dass die unierten Kurfürsten und Fürsten, darunter Moriz von Hessen uns wol geneigt, wir der Freundschaft und des Vertrauens des Landgrafen mehr als versichert sind[1] und in seine Worte und Vertröstungen kein Mistrauen setzen, so sollen unsere Gesandten „mit solicher, sonderlich aber mit des churfursten von Brandenburgs L. guete correspondenz halten“ und sich mit beiden beraten, was sie für nützlich und notwendig erachten, damit man durch gute Korrespondenz zu glücklichem Ende kommt. Obwol Landgraf Moriz sich vom Kaiser gebrauchen lässt, so halten wir ihn doch für so vernünftig, dem Reiche gewogen und aufrichtig, dass auch wir uns sicherlich auf ihn verlassen können. Ihr habt den Landgrafen in seiner guten Affektion gegen uns zu erhalten, „damit allda gemainer christenhait wolstand allem andern fürgesetzt und nichts anders als die wolfart teutscher nation bedacht werde.“ [Wir wünschen aber nicht, dass der Landgraf seinen Mitkommissarien erklärt, wie er gegen uns gesinnt sei, vielmehr soll er sie nur mit verständigen Mitteln für unsere Intention zu gewinnen suchen. Da auch Minckwitz sich uns zu guten Diensten beim Kurfürstentag erboten hat, so sondert Euch von den kaiserlichen Kommissarien nicht ab sondern zeigt ihnen nach Möglichkeit öffentlich Vertrauen, damit auch die Meinung schwindet, als wären wir mit dem Kaiser uneins und erschienen auf diesem Tag nur wie eine Partei, was uns sehr nachteilig wäre; wenn Ihr Euch aber zu den kaiserlichen Kommissarien schlagt, wenigstens äusserlich mit ihnen für einen Mann steht und Euch dabei des Minckwitz bedient, so ist der Sache viel geholfen].[2]

5. Gute Korrespondenz mit Zuñiga wird sehr nötig sein.

6. Bei den geistlichen Kurfürsten werdet Ihr, je nachdem Ihr sie gesinnt findet, ebenfalls „das werk also tractieren und praeoccupieren.“

7. Da das meiste an den Räten und ansehnlichen Dienern der Kurfürsten gelegen ist, werdet Ihr allen Fleiss anwenden, dieselben, besonders die sächsischen zu gewinnen; dazu habt Ihr einige Ketten, Ehrenpfennige und Silbergeschirr zu empfangen, die Ihr passenden Orts und wo es uns zum Nutzen gereicht, mit gemeinem Rat unsertwegen spendieren sollet.

---

[1] Vgl. no. 166, S. 406, Anm. 3.

[2] In der zweiten Fassung weggelassen.

Digitized by Google

8. Da, wie wir hoffen, Erzherzog Maximilian auf unser Ersuchen auch einen Gesandten schicken wird,[1] so werdet Ihr mit ihm gleichfalls kommunizieren und beraten. [Zu Juli 6.]

9. Weil es den deutschen Fürsten sehr ärgerlich gewesen ist, dass der Kaiser sich nicht verheiratet hat und daraus allerlei „Absurda" erfolgt sind, so werden unsere Gesandten zu betonen haben, dass es bei unserer Heirat nur mehr an der Trauung fehlt, die wir wegen allerlei Ungelegenheiten und Geschäften der gemeinen Christenheit bisher gegen unsern Willen haben aufschieben müssen; sie soll aber in einigen Wochen erfolgen und hoffen wir, uns so zu verheiraten, dass das Reich daraus ersehen wird, „dass unser intention zu der teutschen nation, auch gemainer christenhait früd und ainigkait zu erhalten genaigt seie."[2]

10. Unsere Gesandten sind genügend unterrichtet, was mit Bathory[3] und dessen Haiduken, die er gegen unsere Befehle an sich gezogen hat, vorgegangen ist, wie übel sie in Oberungarn gehaust und wie sie die Wallachei dazu eingenommen haben, die Bathory neben der Moldau aus dem alten Verband mit Ungarn loslösen und sich unterwerfen will; Bathory ist auch wider die alten Verträge zwischen Ungarn und Polen in dieses Königreich eingefallen und hat daselbst und in Ungarn neue Unruhen angefangen, um dann weitergreifen und andere christliche Länder ebenso bekriegen zu können; zu diesem Zweck praktiziert er auch unaufhörlich an der Pforte. Die Moldau und die Wallachei sind aber uns und unserm Königreich Ungarn durch alte und neue Verträge verbunden und Bathory hatte sich vordem eidlich verpflichtet, gegen unser Königreich Ungarn nichts vorzunehmen, die Haiduken wegen ihres Mutwillens zu bestrafen, ja er erbietet sich eben wieder durch neue Verträge und Gesandtschaften dazu. Er hat aber nichts gehalten, die Haiduken haben trotzdem in Oberungarn so gehaust, dass die Landesbewohner dagegen „generalem et personalem insurrectionem" zu beschliessen gezwungen wurden und können wir nichts anderes tun als unsere Untertanen und Verbündeten nach Kräften schützen. Wir haben vorher noch durch den Palatin und die ungarischen Stände Bathory ersuchen lassen, gegen die Haiduken gemäss dem geschlossenen Vertrag Hilfe zu leisten. Was aber auch darauf erfolgt, so sind wir entschlossen, diesem Uebelstand bei Zeiten zuvorzukommen. — Unsere Gesandten haben dies beim Begehren der Grenzhilfe den Kurfürsten vorzustellen, damit diese die den ungarischen Grenzen durch die Türken und Bathory drohende Gefahr desto mehr in Acht nehmen und desto williger sind, die uns vordem durch Kurfürsten und Fürsten versprochene Grenzhilfe zu befördern.

[1] Vgl. no. 233.

[2] Die Vermählung des Königs Matthias mit der Erzherzogin Anna, Tochter des Erzherzogs Ferdinand von Tirol, fand erst im Dezember 1611 statt.

[3] Vgl. A. Huber, Geschichte Oesterreichs, V., S. 60 f.

Digitized by Google

[Zu Juli 6.] 11. Berichtet uns fleissig von dem Verlauf in beiliegenden Ziffern, wenn nötig, durch eigene Kuriere; der Kaiser wird gewiss Aehnliches angeordnet haben, wonach auch Ihr Euch zu richten habt. [Wegen der Geldmittel werden die Gesandten auf Meggau verwiesen, bei dem die Instruktion verbleibt].[1] Geben in unser königlichen statt Prag den . . julii a. 1611.

Wh., Wahl und Krönungsakten, Bd. 7, no. 4; Kopie.[2]

Juli 7. **267.** Die kurmainzischen Abgesandten zum Kurfürstentag an den Kurfürsten von Mainz.

Gestern ist der kursächsische geheime Rat Kaspar von Schönberg und heute am Vormittag sind Brandenstein und Gerstenberg angelangt. Sie haben sich bei uns noch nicht angemeldet sondern in unserm Quartier nur nachfragen lassen, welche Mainzer da seien. Beim Mittagessen hat uns aber der kursächsische Sekretär beiliegendes Schreiben[3] übergeben, worin uns die Gesandten das plötzliche Ableben ihres Herrn mit ihrem Entschluss anzeigen, nach Hause zu reisen. Wir werden uns mit den trierischen Räten, die heute ankommen sollen, und den kölnischen, die gleichzeitig mit uns eintrafen, unterreden, im Namen aller den Sachsen das Leid klagen und dann auch abreisen. Wir beeilen uns, dies E. kfl. Gn. mitzuteilen, damit Sie sich nicht vergeblich auf den Weg machen. Datum Mulhausen 7. julii a. 1611. — Praes. Aschaffenburg 10. julii 1611.

1. Nachschrift: Soeben erhalten wir Nachricht, dass der Bote unser voriges Schreiben an E. kfl. Gn. verloren hat. Der Inhalt unseres Schreibens war, dass ausser den Kölnern noch niemand hier sei, die Brandenburger noch nicht einmal einen Furier hier hätten und die

---

[1] Die eingeklammerte Stelle ist in der zweiten Fassung umgearbeitet und bezeichnet Khlesl als Prinzipalgesandten. — Die zweite Fassung enthält noch eine Nachschrift wegen der Bitte des Pfalzgrafen Philipp Ludwig um Interzession im Administrationsstreit. Die Gesandten mögen sich, wenn sie die andern Kurfürsten zu einer Handlung hierüber geneigt finden, im Namen des Königs, doch keinem Teil praejudizierlich, in die Sache schlagen und Ruhe und Frieden im Reich befördern helfen.

[2] Verfasser der Instruktion war Khlesl, wie er am 29. August dem Erzherzog Maximilian schreibt; vgl. unten no. 329. — Was bei Hammer-Purgstall, a. a. O., no. 326 als Proposition für den Kurfürstentag von Nürnberg bezeichnet ist, ist das Anbringen der königlichen Gesandten beim rotenburger Unionstag.

[3] Vom $\frac{\text{27. Juni}}{\text{7. Juli}}$: Die kursächsischen Gesandten erhalten soeben die Nachricht, dass Kurfürst Christian II. am Sonntag den 3. Juli um 10¼ Uhr abends nach kurzem Unwolsein verschieden ist. Damit ist das Mandat der Gesandten erloschen und wollen sie sich wieder auf den Heimweg machen (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 89; Or. — das Abberufungsschreiben vom $\frac{\text{24. Juni}}{\text{4. Juli}}$ in Drs., l. 7387, I. Buch Kurfürstentags, f. 98; Or.).

Digitized by Google

Luft gut sei. Der zweibrückensche und der neuburgische Furier sind der Quartiere wegen ziemlich hart aneinander geraten; was der eine ans Tor schrieb, löschte der andere aus; endlich vermittelte der Rat der Stadt und wurde jedem sein Quartier bestimmt. Ut in literis. Juli 7.

2. Nachschrift: Dr. Gerstenberg hat mich, Schenkern, am Nachmittag zu sich berufen und von dem Tod seines Kurfürsten erzählt, dass derselbe am letzten Sonntag beim Ringelrennen noch acht Carrieren getan, sich dann bei seinem neuen Marschall [von Berbisdorf] zu Gast geladen und dort ein Spitzgläslein gefordert hatte, das ihm aus der Hand fiel, was aber nicht beachtet wurde. Als er sich das zweite Gläslein geben liess, zitterte er ungewöhnlich mit der Hand; beim dritten fieng er an, sehr zu klagen, so dass man ihn nach Hofe führen musste, wo er im Beisein seiner Gemahlin um 10 Uhr abends verschied. Die sächsischen Gesandten hatten schon zu Naumburg davon Nachricht erhalten, haben sich aber dennoch zur Bezeigung ihres Eifers hieher verfügt. Heute hat der neue Kurfürst, der niemanden bei sich hat, der des Herkommens berichtet ist, sie zurückrufen lassen, weshalb Gerstenberg heute, die andern morgen abreisen werden. — Gerstenberg versicherte mich, dass sich nur die Personen, nicht aber die Consilia damit ändern; der neue Kurfürst werde den alten Spuren folgen und nur schneller handeln, „dieweil dieser ein nuechterner herr" sei, der die Mängel der vorigen Regierung beachtet habe und seine Diener kenne. Wenn auch die Zusammenkunft der Kurfürsten sich verschiebe, werde der Kurfürst doch sobald als möglich seinen Willen erklären, da jene wegen des Kaisers, in dessen Devotion er verharre, keinen Verzug leide. E. kfl. Gn. möchten versichert sein, dass der neue Kurfürst sich nichts würde mehr angelegen sein lassen als die alte Vertraulichkeit und Korrespondenz zwischen beiden Kuren fortzusetzen, was Gerstenberg wiederholt bemerkte. Datum ut in literis.

Wmx., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 76—79; Or.

268. Reichard Brömser an den Kurfürsten von Mainz. Juli 7.

Der Oberamtmann von Rheinfels berichtet mir, dass Landgraf Moriz die Kommission nach Mühlhausen nicht gar wol aufgenommen hat „sonder fast dahin geachtet werden will, dass solches durch I. fl. Gn. misgonstige deroselben zue nachthail oder gefahr erpracticiret worden," wobei man an den Herzog von Braunschweig denkt.[1] Der Landgraf hält die Instruktion nicht für so beschaffen, dass er diese Verrichtung auf sich nehmen oder sie nach der Intention des einen und anderen Teils ausführen kann und fürchtet, dass er entweder den Kaiser oder den König, vielleicht aber beide und das Reich dazu oder doch

[1] Vgl. no. 233, wo König Matthias dieselbe Vermutung äussert; Vischere weiss es anders, wie aus no. 242 hervorgeht.

Digitized by Google

Juli 7. viele Stände offendieren müsste. Er will sich daher nicht entschliessen, bevor er die Instruktion gesehen hat; wenn sie nicht nach seinem Geschmack ist, wird er nicht nach Mühlhausen ziehen.[1] Woher diese Kommission erpraktiziert worden ist, habe ich E. kfl. Gn. schon geschrieben.[2] Der Oberamtmann hat mich auch ein kaiserliches Handschreiben an den Landgrafen lesen lassen, worin der Kaiser einen Grund angibt, weshalb er dem Landgrafen diese Kommission auftrug, nämlich weil er glaubhaft berichtet sei, dass der Landgraf die Handlungen des Königs und der Böhmen nicht gutheisse sondern sich öffentlich habe verlauten lassen, dass in diesem Fall das Reich den Kaiser keineswegs verlassen könne. Ob dies wahr ist, davon wusste der Oberamtmann nichts Gewisses, doch deutete er an, dass der Landgraf und dessen „complices" an dem Gebahren des Königs einen Verdruss zu haben anfangen[3]. „Mich aber will bedunken, dass es nicht wegen des kaisers sonder vielmehr dessenhalben beschee, dieweil sie spuren oder je argwohnen, als wolte es der religion und anderes halben bei dem konig nicht also schleunig naher gehen, wie sie ihnen vor diesem wol eingebildet gehabt." Gestern noch sah ich ein Schreiben, worin man sich beschwert, dass bei Besetzung der Aemter in Böhmen die Katholischen nicht ganz praeteriert würden und worin angedeutet wird, als wäre es der Abrede ungemäss. Jedenfalls ist daraus zu schliessen, „das von seiten des kaisers und des konigs nicht viel guets zue gewarten sonder notwendig ein ender- und verbesserung anderwertlich gesucht werden musse und were zu wunschen, dass der herzog von Braunschweigh zue Wolffenbuttel were."

Aus Prag wurde geschrieben, dass nach unserer Abreise die Publizierung der Acht gegen die Stadt Braunschweig erlangt und dazu der 25. Juni bestimmt worden sei; es soll auch schon der Herold fortgezogen sein.[4] Gewiss hat der Herzog die Achtsache deshalb so beeilt, damit nicht das Kurkolleg einen „Einstand" macht. Da aber an dieser Sache dem ganzen Reich viel gelegen ist, mit ihr aber sehr unordentlich umgegangen worden sein soll, so wäre zu wünschen, dass man es mit Fug verhindern könnte. Wenn E. kfl. Gn. etwas tun können, damit dies grosse Feuer unangezündet bleibt, so könnte dem Reich und dem Fürstenstand nichts Heilsameres widerfahren.

Gestern wurden mir zwei Schreiben des heidelberger Rats Karl Paul mitgeteilt, aus denen ich einen Auszug machte [fehlt]; ich will nicht hoffen, dass an dem, was den Herzog von Braunschweig betrifft, etwas ist. An dem Abzug des Leuchtenbergers allerdings wäre allein zu bedauern, dass er nicht schon längst erfolgt ist; denn seine

---

[1] Vgl. no. 215, S. 509, Anm. 1.
[2] Das Schreiben fehlt leider.
[3] Vgl. no. 256.
[4] Vgl. no. 251.

Digitized by Google

„consilia“ scheinen mir nicht weislich, aufrecht und treulich, „indeme vornehmblich das privatum gesucht worden und vielleicht auss not gesucht werden mussen, darauf dan die schedliche corruptiones ihre würkungen erlanget.“ Man hatte mir schon zu Prag berichtet, dass sowol der Braunschweiger als Mollart wegen der Markgrafschaft Finale für Leuchtenberg sollizitierten, wogegen dieser dem Herzog die Acht, Mollart aber ein Lehen in Italien im Wert von 100 000 Kronen erlangen half, was alles durchgegangen sein soll, ohne dass die Umstände gehörig erwogen wurden und die nötigen Untersuchungen vorhergiengen; an Finale soll aber viel gelegen sein und Spanien dafür ein Darlehen von 5—600 000 Kronen geboten haben; — kurz, wenn dem Unwesen und Regiment zu Prag der Lauf nicht bald gehemmt wird, ist zu besorgen, dass die Leute in der Umgebung des Kaisers den Karren ganz verfahren werden. Juli 7.

Wenn man gleich anfangs zu Mühlhausen einen Weg finden könnte, „dass die kaiserliche verrichtung in diesem fall etwas suspendiret, darbei aber nicht zu weit gangen, I. M.t nicht offendiret und vor allem dem vicariatwesen die thure nicht geoffnet wurde,“ so würde Kaiser und Reich dadurch sehr genützt werden. Ob das nicht durch Beförderung des Abzugs des Kaisers aus Prag, Abforderung der Reichskanzlei und Einstellung des Reichshofrats geschehen könnte, wäre zu bedenken; vielleicht wäre am besten, gleich nach Ergänzung des Kollegs über den Abzug des Kaisers „und wie der ohnordentliche lauf der itzigen kaiserlichen regirung etwas sistirt und gehemmet werden konne,“ zu beraten; denn es ist grösste Gefahr im Verzug und sollte es noch ein Vierteljahr anstehen, so könnte ich mir aus dem Verlauf, den ich selbst ansah, nichts anderes einbilden als unwiederbringlichen Nachteil des katholischen Wesens, Trennung aller Bande unter den Ständen, Vermehrung des Mistrauens, Zerstreuung und Verschwendung der kaiserlichen Güter und Rechte, Begebung aller Vorteile, Entfremdung der ausländischen Potentaten, schmähliche Verachtung und Verhöhnung des Reiches an Haupt und Gliedern, Erhöhung der Bösen, derer man nicht mehr ledig werden könnte, kurz gänzliche Verwirrung des geistlichen und politischen Wesens und also Ruin des ganzen Hauses Oesterreich nnd des Reiches. Ich bin auch nicht der Ansicht, dass man, selbst wenn der Administrationsstreit nicht beigelegt werden kann und das Kollegium unergänzt bleibt, deshalb diesen Beratungen und Beschlüssen Einhalt tun und wegen des Privatum einiger das Publicum zurückstehen und in Gefahr lassen sollte; nur müsste man in diesem Fall mit dem Kaiser behutsamer umgehen, damit nicht dessen Offension erregt werde, „welche [ksl. M.t] alsdan ihrem bekanten humor nach einen und anderen malcontenten an sich zihen und deme oder denselben zue I. M.t selbst aigenen gefahr, schimpf, schaden und nachtheil, ja verderb und ruinirung ihres aigenen hauses, des heil. reichs, der religion und der ganzen christenhait in allem wilfaren wurde, inmassen dieser I. M.t humor neben vielen vorgangenen

Digitized by Google

Juli 7. handlungen sonderlich mit verordnung dieser commission und ganzem itzigem regiment offenbar erscheinet.“[1] Es wird aber bedenklich sein, hievon etwas öffentlich beim Kurfürstentag zu proponieren; E. kfl. Gn. werden hierüber mit Dero geistlichen Mitkurfürsten vertraulich reden müssen. Von Sachsen hoffe ich, dass es sich aufrichtig erzeigen wird; Gerstenberg hat mir neulich geschrieben, er hoffe es gewiss dahin richten zu können, dass Herzog Johann Georg während des grössten Teils der Verhandlungen sich zu Salza aufhalten werde, was er aus sehr erheblichen Gründen für nützlich hält. Derselbe Herzog soll sich auch zum „spanischen entertenement nicht ubel verstehen, allein die conditiones, obligationes und exceptiones zue wissen begeret.“[2] Ich habe deshalb hiebei an Zuñiga geschrieben und bitte um Bestellung dieses Briefes nach Prag; denn Gerstenberg sieht für gut an, dass diese Traktation womöglich zu Anfang des mühlhauser Tags zu begehrtem Ende gebracht werde. „Vor derselben zeit und endung oder schluss wolt vielermelter herzog ohngern, dass diese tractation weiters auskommen solte; nach dem schluss aber wird er es kein scheu tragen. Welches dan, da es zu erlangen, vielen seltzame gedanken machen und zue anderen gueten sachen ohne zweifel wohl dienen wird.“ Datum Schwalbach den 7. julii a. 1611. — Praes. Aschaffenburg 11. julii 1611.

Wmz., Korrespondenz, Bd. 1; — Or. eigh.

Juli 8. **269.** Der Herzog von Braunschweig an den Kurfürsten Johann Georg von Sachsen.

Ueber den plötzlichen Tod Deines Bruders bin ich vom Grund meines Herzens und sonderlich bei jetziger Gelegenheit erschrocken. Den ansehnlichen Gesandten, die der Kaiser zur Kondolenz abordnen will, soll Günterode vorausgeschickt werden.[3] „Vnd weyl nhu I. kal. M.t zu Dir ein sonderbars gnediges vertrawen tragen, das Du gleich wie Dein bruder sel. Dich gegen I. M.t alle bestendige gutte vnd getreue affection bezeigen wirdest, darzu ich Dich auch ganz treulich ermanen thue, als wil ih zu Dir disfals keinen zweiffel setzen. Der Kinski vnd andere redlingsfurer, so dieses lumpen[?]spiel angerichtet, haben vber Deines brudern tottlichen abgangk ein sonderbares frolocken vnd

[1] Vgl. no. 262 und no. 263.

[2] Vgl. no. 264. Bei den Verhandlungen wegen einer spanischen Pension für Herzog Johann Georg hat Kurmainz ebenso die Hand im Spiel gehabt wie bei den entsprechenden Verhandlungen mit Landgraf Ludwig von Hessen-Darmstadt; vgl. unten no. 280 und Chroust, Abraham von Dohna, S. 204, Anm. 2.

[3] Vgl. no. 270. Günterode reiste am 9. Juli der Kondolenzgesandtschaft voraus, um zu vernehmen, ob die Privatnachrichten über den Todesfall sich bestätigten (Vischere an Erzherzog Albrecht am 9. Juli; Brs., Secrèt. d'Allem., no. 96, f. 103; Or. eigh.). Der Kaiser soll nach Vischeres Bericht über die Nachricht „sich zum höchsten entsezt“ haben.

Digitized by Google

dem konige, das seiner ergsten feind einer gestorben, gluk gewinscht vnd das es andern, so gut kaisserisch sein, auch so erghen moge, optirt.[1] Vnd weyl der konig auch schiken wirdett, als wirst Du Dich vorigen Deines gelibtten brudern resolutionibus gemes zu erkleren wissen; dan es schewen die konische den churfurstentagk wie der teuffl das kreutz. Nhu haltt ich aber vor ein grosse notturfft I. ksl. M.[1] vnd des reichs zu sein, das diese sach dahin verschoben werde." Glückwunsch zur angehenden Regierung. Datum Prag den 8. julii a. 1611. Juli 8.

Drs., l. 8552, Schreiben an Kurfürsten Joh. Georg, f. 12; Or. eigh.

270. Kaiserliche Instruktion für Adam von Trautmannsdorf, Hannewald und Günterode zur Schickung nach Dresden. Juli 9.

Auf die Nachricht vom Ableben des Kurfürsten Christian II. haben wir zunächst Günterode nach Dresden geschickt, haben aber, da inzwischen die Trauernachricht bestätigt wurde, gleich darauf diese Gesandtschaft zur Kondolenz und zur Gratulation beim neuen Kurfürsten abgefertigt. — Da derselbe gewiss völlig in die Fusstapfen seines Bruders treten wird, so bitten wir ihn, dass er, da der festgesetzte Termin des Kurfürstentags herannaht und die weiter entsessenen Kurfürsten wol schon auf der Reise oder gar zu Mühlhausen sind, sich alle Mühe gebe, damit der Tag, an dem uns und dem Reiche so viel gelegen ist, nicht verschoben oder gar zerschlagen werde und dass er, Kurfürst, sich dahin begebe; dadurch würde er der ganzen Welt zu erkennen geben, dass er trotz der eingetretenen Veränderung und des bekümmerten Zustandes für die Erhaltung unserer kaiserlichen Hoheit und der gemeinen Wolfahrt sorgen wolle. Damit der Kurfürst sein Amt aber desto füglicher vertreten kann, übersenden wir ihm einen Lehensindult auf sechs Monate. Geben auf unserm schloss zu Prag den 9. julii a. 1611.

Nach Ablegung der ersten Werbung sollen die Gesandten vom Kurfürsten noch geheime Audienz begehren und dabei anbringen: Der Kurfürst wird gehört haben, dass wir mit unserm Bruder in Verhandlung stehen; wir wollen ihm daher über den Stand derselben berichten und ihn um sein Gutachten ersuchen. — Da wir beim letzten böhmischen Landtag sowol mit dem Ausschreiben als mit der Proposition und anderem beschwert und übereilt worden sind und man sich auf unsere reservierten Punkte schlecht und fast schimpflich erklärt hat, so haben wir Bedenken getragen, uns ohne Rat und Zutun der Kurfürsten in fernere Verhandlungen einzulassen, wie dies aus unsern verschiedenen

[1] Bodenius berichtet am 9. Juli seinem Herrn: die Kaiserlichen seien wegen des Todesfalles sehr betrübt, bei den Königlichen spüre man davon nichts (Mc., Entstehung, Fasz. III., no. 26, f. 119; Or. eigh.).

Digitized by Google

Juli 9. Erklärungen[1] hervorgeht. Wir wären auch dabei geblieben, wenn nicht wider Erwarten durch Zuñigas Vermittlung ein neuer schriftlicher Vortrag[2] angebracht worden wäre, welcher ad partem die Warnung enthielt, dass, wenn wir bei voriger Meinung verbleiben und in keine weiteren Verhandlungen willigen wollten, die Schlussklausel der letzten Schrift dahin angesehen sei, uns die geringen für unsern Unterhalt bestimmten Gefälle zu sperren, die Wachen zu verstärken, noch anderes gegen uns vorzunehmen und allenthalben zu verbreiten, dass wir uns zur Vergleichung nicht hätten bequemen wollen, während der andere Teil sich nach Möglichkeit angegriffen hätte. Um nun solchen Unglimpf, die gänzliche Entfremdung des Reiches und der Länder und grosse Bedrängnis zu verhüten, haben wir nach reiflicher Beratung auf Begehren unseres Bruders[3] Kommissarien abgeordnet, die gemäss unserem Dekret[4] mit denen unseres Bruders über die bezeichneten Punkte[5] reden, aber nichts Endgiltiges schliessen sollen. Wie der Bericht[6] ergibt, ist man damit noch nicht weiter gekommen; unsere Abgeordneten haben zwar einen Ratschlag[7] verfasst, trotzdem möchten wir aber hierin am liebsten mit Beirat Kursachsens und seiner Mitkurfürsten verfahren. Wir bitten daher S. L., uns nicht zu verlassen, uns sein Gutachten zu eröffnen und, wenn auch er für das Beste ansieht, dass wir (nach der Meinung unserer Abgeordneten) die begonnenen Verhandlungen zwar fortsetzen, den endlichen Schluss aber bis zum Kurfürstentag aufschieben sollen (worauf wir bereits die Instruktion unserer Kommissarien zu diesem Tag gerichtet haben), unsern Bruder mündlich oder, falls dieser durch Schreiben oder Schickung bei ihm, Kurfürsten, etwas anbrächte, durch schriftlichen Bescheid dahin zu vermögen,[8] dass er sich gleichfalls

---

[1] Kaiserliche Erklärung wegen der Eidesentlassung vom 21. Mai; vgl. no. 194, S. 469, Anm. 1. — Kaiserliche Resolution vom 27. Mai; vgl. no. 200, S. 486, Anm. 1. — Kaiserliche Resolution vem 5. Juni auf Zuñigas Anbringen; vgl. no. 227, S. 532, Anm. 2. — Kaiserliche Erklärung vom 15. Juni, durch Zuñiga dem König vermittelt; vgl. no. 238, S. 552, Anm. 4.

[2] Resolution des Königs vom 21. Juni; vgl. no. 248, S. 583, Anm. 3.

[3] Ein Anhang zu vorigem Stück vom gleichen Tag: Der König sieht aus den Schriften, dass alles nur hinausgezogen werden soll; da er aber längeren Verzug nicht ertragen kann, muss er sich zu baldiger Abhilfe entschliessen; die Verhandlungen würden gefördert werden, wenn der Kaiser aus seinen Räten einige zu Kommissarien verordnete, der König würde dann dasselbe tun; diese Kommissarien hätten die Punkte zu erörtern, die nach der Krönung noch übrig blieben und darüber nach Möglichkeit, jedoch auf Ratifikation, schlüssig zu werden (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 105, no. 22; Kopie).

[4] Kaiserliches Dekret vom 29. Juni; Hammer-Purgstall, Khlesls Leben, II., Urkunden-Sammlung, no. 321.

[5] Hammer-Purgstall, a. a. O., no. 313.

[6] Bericht der kaiserlichen Kommissarien vom 6. Juli; Hammer-Purgstall, a. a. O., no. 323.

[7] Gutachten der kaiserlichen Kommissarien vom 7. Juli, worin sie mit Rücksicht auf das Entgegenkommen der königlichen Kommissarien Fortsetzung der Verhandlungen empfehlen (Wi, I A 1, Ka. 2989; Or.).

[8] Vgl. unten no. 279.

Digitized by Google

gedulde und wegen eines endlichen Schlusses nicht stärker in uns dringe sondern uns gebührlich respektiere. — Endlich hat uns unser Bruder durch einige böhmische Landoffiziere mündlich und schriftlich[1] um die Belehnung ersucht, worauf wir vorläufig antworteten, wir wollten der Sache nachdenken. Nun hören wir, dass man deswegen zum dritten mal in uns dringen und im Fall der Weigerung „documenta trinae requisitionis" begehren und protestieren werde. Wir wollen daher, damit unserm kaiserlichen Recht, der Hoheit des Reiches und dem kurfürstlichen Interesse nichts vergeben wird und damit man auch inzwischen sieht, wie die gütliche Handlung zwischen uns Brüdern abläuft, auch diesen Punkt auf dem Kurfürstentag beraten lassen. Da bei der Belehnung grösste Vorsicht nötig ist, so bitten wir E. L., beiliegenden Lehensbrief[2] Karls V. zu prüfen und darüber unsern Gesandten Dero Gutachten zu eröffnen.[3] Geben auf unserm königlichen schloss zu Prag den 9. julii a. 1611. Juli 9.

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 105, no. 29 und 30; Kopien.[4]

271. Hippolyt von Colli an Fürst Christian von Anhalth. Juli 9.

Günterode hat mir E. Exz. Schreiben überliefert. Er zeigt sic. sehr eifrig, aber ich fürchte, „qu'il aye les reins trop foibles." Gestern sagte er mir, dass auf seinen Bericht hin der Kaiser

---

[1] König Matthias an den Kaiser am 9. Juli (Wmz., a. a. O., no. 27; Kopie).

[2] Lehensbrief Kaiser Karls V. für König Ferdinand wegen Böhmen vom 13. Juli 1541 (Wmz., a. a. O., no. 28; Kopie).

[3] Khlesl hatte also nicht Unrecht, wenn er am 4. Juli, nachdem er dem Erzherzog Maximilian von den bisherigen günstigen Ergebnissen der Verhandlungen berichtet hatte, schliesslich bemerkt: „Wessen sich nun I. M.t der kaiser resoluiren, dessen muess man erwarten. Wie ich I. ksl. M.t natur, condition vnd dispositio khenne, halte ich wenig dauon, dan sie wollen das kunigreich vnd alle andere länder wirkhlich haben. Man vertrag sich vnd mach conditiones, wie man wölle, so bleibt der humor, wie schon zum andermaln geschehen. Dabey wullen E. D.t meiner prophezeihung gedenkhen" (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom Juli 1611, no. 23; Or. eigh.).

[4] Kurfürst Johann Georg antwortete am 4./14. Juli mit einem Hinweis auf eine mündliche Erklärung an Günterode (vgl. no. 277): Was er dabei versprochen hat, will er sein Leben lang halten, damit jeder sieht, dass die Treue des verstorbenen Kurfürsten gegen den Kaiser nicht mit ihm gestorben ist. Die kurfürstlichen Räte mussten von Mühlhausen abberufen werden, weil ihre Vollmachten erloschen waren; er selbst kann vor dem Begräbnis und vor Anstellung seiner Regierung nicht das Land verlassen; sobald aber ein neuer Kurfürstentag ausgeschrieben ist, will er sich persönlich einstellen. Die Akten der brüderlichen Vergleichung hat er geprüft, will aber den andern Kurfürsten mit seinem Gutachten nicht vorgreifen; er persönlich rät zur Fortsetzung der Verhandlungen, doch dass der Kaiser sich wegen des endgiltigen Schlusses das Gutachten der Kurfürsten vorbehält (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 105, no. 31 und 34[1]; Kopie).

Digitized by Google

Juli 9. entschlossen sei, den Markgrafen von Ansbach hieher zu berufen;[1] aber ich weiss nicht, ob es dem Markgrafen zu raten ist, hieher zu kommen, bevor er sicher ist, weshalb. Es gibt hier mehr Intriguen als man glaubt. Zuñiga soll auf jede Weise versuchen, die Absichten Braunschweigs zu durchkreuzen.[2] Der Herzog will seinen Eid [als Obersthofmeister] nicht eher ablegen, bevor er weiss, was der Kaiser ihm aussetzen will; manche finden dies von einem so mächtigen Fürsten etwas sonderbar. E. Exz. spotten meiner mit Ihrer Anspielung wegen des geheimen Rats; aber ich würde Sie eher um eine Schulmeisterstelle in einem kleinen Dorf bei Bernburg bitten, ehe ich eine solche Stelle hier annähme.

Der Tod des Kurfürsten von Sachsen ist gewiss; „comme on la tient icy pour telle, la prophetie de V. Exc. est verifiée; mais ie ne pensois pas d'escrire qu'il fut impossible de [!] et scachant qu'il a moyens d'autre costé, mais de costé icy ie n'en uoyois pas un. L'empereur y estoit totalement porté"; er hat Matthias noch nicht als Kurfürsten anerkannt und gibt vor, er behalte diese Würde sich selbst vor; auch ist der König nicht belehnt und wird von den Kurfürsten nicht als Kollege anerkannt.

Eben kommt Hans von Aachen,[3] der mir tausend schöne Sachen von des Kaisers grosser Zuneigung zur Kurpfalz und von dessen Freude an der Antwort erzählt, die ihm Günterode von E. Exz. überbracht hat „et de l'estime que msr. le duc de Braunswig fait de madamoiselle ma personne." Der Kaiser will Trautmannsdorf und Hannewald nach Dresden schicken, um Herzog Johann Georg zu bitten, trotz des Todesfalls mit dem Kurfürstentag fortzufahren, obwol er noch nicht belehnt ist; denn die Verschiebung des Kurfürstentags wäre den Angelegenheiten des Kaisers sehr schädlich. Hans von Aachen sagte mir auch, dass weder der Kaiser noch Braunschweig daran dächten, Hannewald zum Vizekanzler zu machen.[4] Baugy ist nach Frankreich zurückberufen worden und hat sich schon vom Kaiser verabschiedet. De Prague ce 29.me de juing 1611. — Praes. Heidelberg 5. julii 1611.

Bbg., A 9a, no. 107, f. 75; Or. eigh.[5]

---

[1] Vgl. no. 256, S. 597, Anm. 1.

[2] Vgl. no. 223, S. 525, Anm. 1, no. 226, no. 238.

[3] Kammerdiener und Hofmaler Rudolfs II.; vgl. über ihn unten no. 281 und G. K. Nagler, Neues allgemeines Künstlerlexikon, I., München, 1835, S. 10. Colli war bei seiner ersten Gesandtschaft im Januar 1611 durch Rosenberg an ihn empfohlen worden (Colli an den Administrator der Kurpfalz am 31. Januar, Mb., 101/4; — Or. eigh.).

[4] Vgl. no. 263.

[5] Gleichzeitig schreibt Colli an den Administrator der Kurpfalz ausführlich über die Verhandlungen wegen des brüderlichen Vergleichs (Mb., 101/4; — Or. eigh.).

Digitized by Google

272. P. Mander von Neuhausen an Erzherzog Maximilian. Juli 9.

Die Kurfürsten erzeigen sich unter dem Schild ihrer Pflicht „wegen kaiserlicher protection" in Betreff der Wahl zum römischen König zur Zeit noch einhellig wider den König gesinnt; doch hat sich Kurköln gegen die königlichen Gesandten dahin vermerken lassen, dass, wenn der modus agendi et petendi etwas gemildert würde, die Kurfürsten sich dann dem König nicht zuwider erweisen würden.[1] „Dieweil aber die gewisse nachrichtung, dass Maintz von der ersten des Hanibals relation[2] et sinistris officiis schwärligen abzuewenden, auch sie, die churfursten, etwas grössere demonstrationes von I. kgl. M.t erwarten dan vielleicht ervolgen möchten, inmittels die uncatholischen ihren fürschueb und der catholischen entliche underdruckung suechen, zue solchem auch ganz thienlich zue sein erkennen, wan I. ksl. M.t in irem bruederlichen widerwillen biss zum todt verbleiben," so wird der Papst auf meine Erinnerung mit nächster Post ein ernstliches Breve an die drei geistlichen Kurfürsten insgesamt und ein besonderes an Kurköln abgehen lassen, damit sie Gott, der Religion, gemeinem Wesen und dem Hause Oesterreich zu gutem „in etlichen weltweisen praetensionibus" etwas nachgeben und wegen des Intents der Unkatholischen die Augen aufmachen, was um so fruchtbarer sein wird als Erzherzog Albrecht (wie mir Graf Zollern, der von Kurköln an Erzherzog Albrecht dieser Tage eben deshalb geschickt worden, schrieb) wahrscheinlich auf spanische Weisung bei Kurköln stark anhält, dass König Matthias ohne Verzug zur römischen Krone komme.[3] Da ich gewiss hoffe, dass die Wahl schliesslich zu Gunsten des Königs ausschlagen wird, aber viel daran liegt, dass er nicht in weitaussehende Zwistigkeiten gebracht wird, so wäre gut, wenn E. hfl. D.t dies dem König vertraulich zu wissen täten, damit er zur Beförderung alles Wolstands und zur Ausschliessung gedachten Unheils bei den geistlichen Kurfürsten nichts unterlässt und des Papstes Wolmeinung und Beförderung dankbar erkennt und sich erhält. Rom den 9. julii 1611. — Praes. 17. julii 1611.

Ib., Ambraser Akten, Missiven vom Juli 1611, no. 21; Or. eigh.

---

[1] Davon enthält der kurkölnische Bescheid an die königlichen Gesandten vom 7. Mai (vgl. no. 144, S. 351, Anm. 4) nichts; wol aber sagt der Kurfürst u. a.: „... darbei auch das zu erwegen, da es dahin kommen solt, dass villeicht I. kgl. W. durch diese der Bohemen fürgenommene starke impresa bei den loblichen churfursten zu unverschuldtem verdacht kommen, die gemüter alieniren und andere ungelegenhait uber sich ziehen möchten, welches S chfl. D.t weiss Gott ungern sehen und I. kgl. W. nit gunnen wolten" (Ma., 39/9, f. 45; Kopie).

[2] Gemeint ist wol die Werbung, die Hannewald im September 1608 im Namen des Kaisers bei Kurmainz abgelegt hatte; vgl. Briefe und Akten, VI., no. 262 und 224.

[3] Vgl. no. 228.

Digitized by Google

Juli 9. **273. Eigenhändige Aufzeichnungen des Fürsten Christian von Anhalt über seine Unterredung mit dem Kurfürsten von Mainz.**

I. Anbringen des Fürsten: Hinweis auf ein Schreiben des Administrators der Kurpfalz vom 11. Februar 1611 wegen der Succession und auf die darauf erfolgte Antwort.[1] — „Es hette aber seid dem und noch in neuligkeyt H[err] A[dministrator] P[falz]" geheimste versiegelte Sachen, darunter das Successionswerk, die Originalreverse und die Berichte über das zu Neuschloss,[2] Ladenburg,[3] Heidelberg[4] und mit M[ainz] selbst Verhandelte erlangt. Der Administrator hat sodann den gefährlichen Zustand des Reiches mit Zuziehung besonders verpflichteter Räte erwogen und befunden, dass die vorigen Consilia fleissig fortgesetzt werden sollen; denn dieselben Erwägungen wie damals gelten auch jetzt und bedarf die gegenwärtige Lage der Abhilfe noch viel mehr. — Er hat daher durch mich dem Kurfürsten von Mainz in besonderem Vertrauen eröffnen lassen wollen, dass er die vorigen Consilia völlig billigt und bei ihnen verharren will, zumal er befunden hat, dass die vier rheinischen Kurfürten einander zugesagt haben: 1. „der denominirten person in casu caducitatis das votum zu geben, inmittelst aber es in hochstem silentio zu behalten; 2. auch woferne doch nicht alle, doch der mehrer consens im collegio erlangt, derselben person nicht zu endern, bestendig darbei zu beharren und zur erledigter possession kommen zu lassen; 3. auch do vivente nostro imperatore die benante person abgienge, wie es von neuem zu halten." Aus dem Bericht, was zu Ladenburg zwischen Pfalz und Mainz verhandelt worden ist,[5] geht die Einigkeit der vier Kurfürsten hervor. Damals ist Hauptzweck der Handlung gewesen, dem gefährlichen Zustand und dem Mistrauen im Reich abzuhelfen, da sonst die dignitas imperii Romani an Auswärtige zu kommen und das Reich getrennt zu werden drohte. Den Zweck erreichte man, indem man sich zeitlich eines gewissen Successors verglich, damit es begebenden Falls nicht langen Disputierens wegen der Person bedürfte. Derselbe Gesichtspunkt gilt auch jetzt.

Darüber wollte der Administrator sich durch mich Kurmainz eröffnen und ihm versichern lassen, dass, wie der verstorbene Kurfürst von der Pfalz bei diesem Zustand des Reiches nicht auf das zu sehen begehrte, was ihm durch die goldene Bulle und das Herkommen im Fall der Vakanz gebührte, so auch er, der Administrator, die getroffenen Entschliessungen behaupten helfen wolle; dagegen möge der Kurfürst von Mainz mitteilen, was er zu tun gedenke und was die andern Kurfürsten vorhätten. — Der verstorbene Kurfürst von der Pfalz war nicht daran schuld, dass mit Sachsen und Brandenburg nicht verhandelt

[1] Vgl. no. 64 und no. 70.
[2] Vgl. Briefe und Akten, I., no. 457 und no. 458, V., S. 891.
[3] Vgl. Briefe und Akten, I., no. 467.
[4] Vgl. Briefe und Akten, V., S 896, VI., no. 198.
[5] Von 1607 Mai 19/29.; der Bericht scheint ungedruckt zu sein.

Digitized by Google

worden ist. Nach der ladenburger Relation war es C[öln] bedenklich, sich mit S[achsen] zu übereilen; auch mit Brandenburg sollte es auf eine persönliche Zusammenkunft gestellt werden („dieweyl ohne das die maiora gemacht); indessen aber die sachen, ut notum, nit so sein wollen vnd obwol etzliche vermeynten, es wehre die emulatio wegen M[aximilian?] der beschaffenheyt, dass hierdurch alle diese consilia verhindert, so hielten doch H[err] A[dministrator] darfür, es liesen sich solche consilia andergestalt nicht vmbstossen, ja eben dass noch durch diese mutation denselben consiliis neher zu kommen. H[err] A[dministrator] wehre durchauss der meynung, es wehre in keynem wege zu gestatten, dass M[atthias] zuzulassen, sich mit gewalt eynzudringen; durch ordentliche wahl konne es nit seyn 1. ratione obligationis, 2. imperatoris, 3. dass sich M[atthias] allen teilen verhast gemacht. — Ist so, bleybt es billich bei dem M[a]x[imiliano]". Auch abgesehen von diesen Hindernissen findet der Administrator, dass es wegen Matthias viele Bedenken haben würde; „auch weyl man imperatori aliquo modo eyne satisfaction wurde thun müessen, wurde es vnter anderm in deme geschehen mussen, dass man derselben zu verstehen gebe, man wolte in zur succession nicht kommen lassen; dan ob ihne wol imperator vorschlage, so seye es nuhr eyn gezwungene devotio vnd scheynet also, dass sich der punctus mit dem patrimonio nuhmer [besser] also zuvor geben wurde." Das ist, was der Administrator Kurmainz im Vertrauen eröffnen lassen wollte. Juli 9.

II. Erwiderung des Kurfürsten: Der Kurfürst erinnerte darauf gleichfalls an das Schreiben, das der Administrator im Februar an ihn hatte abgehen lassen und äusserte, dass die Not und die Ursachen, zu vorigem „Remedium" zu greifen, jetzt ebenso dringlich seien wie damals. Auf das Schreiben des Administrators hin hat er vertraulich an Köln und Trier geschrieben; aber beide antworteten, es liessen sich diese Successionsdinge nicht von den andern absondern und wären am besten bei einer Zusammenkunft zu verhandeln. Die grossen Hindernisse liegen beim Hause Oesterreich selbst. „Sonst regt alles an fur Mattiam, bepstliche H.[lt], Spanien,[1] erzherzog Albertus, bruder, vettern, rethe und jedermann dringen drauff." Vor drei Tagen ist ein Substitutus des kölner Nuntius hier gewesen, der ein Breve des Inhalts brachte: weil Matthias nunmehr auch in Böhmen gekrönt sei, so solle Mainz sich ihn beim Kurfürstentag zur Succession empfohlen sein lassen. Der Kurfürst antwortete, er wisse von keinem Wahltag; käme aber dergleichen vor, so werde er sich seines Eids erinnern und werde mit keinerlei Praejudizien sondern mit freier Hand auf dem Kurfürstentag erscheinen;[2]

---

[1] Vgl. no. 207, S 496, Anm. 1.

[2] Das Breve fehlt in Wmz., wol aber ist die Antwort vom 4. Juli vorhanden: In Mühlhausen werde von Stillung der prager Unruhen und von Wiederherstellung des Kaisers und des Friedens, von der Ergänzung des Kurkollegs und Erneuerung des Vereins, vom Justizwesen und von der Reformation

Digitized by Google

Juli 9. auch Albrecht hat durch Gesandte bei ihm, Kurmainz, für Matthias interzedirt, doch mit dem Beifügen, er täte es auf Ersuchen des Matthias, dem es nicht abgeschlagen werden konnte.[1] „Die Consilia mit Maximiliano wehren gut, aber Maximilianus wolt nit dazu verstehen, hette de nouo sich gegen Mattiam verobligirt, ihme nicht entgegen zu sein. Coln hette angezaigt, zu Prag Maximilianus hette sich expresse erklert: sie konden imperatoris sachen vnd procedere nicht defendiren noch loben vnd mussten ex partibus Matthiae bleiben.“ — Wegen Matthias ist Kurmainz der Meinung, dass Khlesl alles regiert, „ohne ihn konte Mattias nicht.“[2] Auch versicherte der Kurfürst, das Kursachsen sich durchaus nicht zu Matthias verstehen wolle; darauf hätte man sich zu verlassen; die grossen Versprechungen der Gesandten des Matthias seien nur Fiktionen. Zu Prag hätten die Kurfürsten dem Kaiser ein Schreiben übergeben lassen, dass er sich zur Succession verstehen möge,[3] aber sie hätten darauf keine Antwort erlangt. Man müsse zu Mühlhausen von dieser Materie weiter reden. — Der Kurfürst besorgt, dass es wegen Maximilian schwer fallen werde: er sei dem Kaiser verhasst, komme wegen der Heirat mit seinem Bruder Albrecht in Händel und sei „sehr colerisch und singularisch“. Kurmainz „hett ezlich mahl dess Alberti gedacht vnd dass er nicht so spanisch als man ihn macht. Coln were wegen Beyern imperatori verdechtig sed innocenter.“ — Die Punkte des mühlhauser Tags sollen sein: Ergänzung des Kollegs, Ersetzung und Besserung des Regiments, Reassumtion des Reichstags. Der Kurfürst meint, der Kurfürstentag werde einen Wahltag verursachen, und rät, dass der Administrator schleunig seine Räte vorausschicke und selbst bald nachfolge; unterdessen könnte er in den Kurverein aufgenommen werden: daher solle er das grosse Siegel mitbringen; der Kaiser müsse dahin gewiesen werden, nur Ruhe zu begehren und einen Wahltag zuzulassen; „Albertus musse spanisch sein concte; dess brot ich esse, dess lied ich singe“. Vischere sei neulich da gewesen.

„N. Cöln hette Leopoldo grosse promissiones gethan, seine fautores zu sein; daruber hette der junge herr zu sehr getrauet.

Als ich Baiern gedacht, dass er imperatori vil authoritet benommen durch die pacification mit der union inscio caesare, wolt er es vermenteln; als ich aber fortfur, dass Baiern hette neben dem unirten dess kaisers volk zu Passau den kopf entzwei schlagen [wollen], sagte er »ei, ei, ei«, et tacebat. — Wurde ihme [?] auch Frankreichs desseing benommen.“ — Die Kurfürsten hätten sich wegen des Ad-

des kaiserlichen Hofes die Rede sein, hauptsächlich aber, ob man die Wahl eines römischen Königs daselbst vorbereiten könne; der Ausgang lasse sich nicht vorhersagen, doch werde der Kurfürst sich alle mögliche Mühe geben (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 81[2]; lateinisches Kpt.). — Die Mitteilung an Anhalt lautete anders.

[1] Vgl. no. 224 und no. 272.

[2] Vgl. no. 200, S. 487.

[3] Vgl. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 153 und S. 159.

Digitized by Google

ministrators eines Votums verglichen. — „Kaiser habe sich vernehmen lassen, dass ihme keyne consilia jehmals besser angestanden als die neynige, derentwegen er mich zweymahl beschreiben wollen". — Kurmainz äusserte schliesslich auch Unzufriedenheit mit Braunschweig. 29. junii 1611. Aschaffenburgk. Juli 9.

Bbg., A 9a, no. 1552, f. 17 und f. 24; eigenhändige Aufzeichnungen.[1]

---

[1] Am $\frac{\text{30. Juni}}{\text{10. Juli}}$ schreibt Anhalt aus Heidelberg an den Markgrafen von Ansbach: Ich komme von Kurmainz, „l'ayant laisse derechef si bien edifié le moy, que ie [!] seulement peur, qu'il me vouldra donner vne foys sa voyx. Il tient a bon esciant le party de nostre administrateur de sorte, que ie n'ay pas mal negotié. Le deces du feu electeur de Saxe occasionera les difficultez, si non au Vostre voyage, aux moyns aux desseings plus particuliers" (Be., Rep. 88, Unionsacta ad tom. XII., f. 7; Or. eigh.).

Das Protokoll der Sitzung des kurpfälzischen geheimen Rats vom ./11. Juli liefert zu obigen Aufzeichnungen mancherlei Ergänzungen: Darnach wurde in Aschaffenburg zunächst wegen der Einnahme des Administrators in den Kurverein geredet, wobei Kurmainz im Vertrauen mitteilte, dass die geistlichen Kurfürsten sich geeinigt hätten, der Administrator im Besitz zu lassen; er empfahl daher das Erscheinen des Administrators in Mühlhausen Kurmainz erfuhr erst am 10. Juli in Aschaffenburg vom Ableben Christians II.; [Kurmainz an Anhalt am 11. Juli; Bbg., a. a. O., f. 26; Or. eigh.]; zugleich deutete er an, dass er von Pfalz-Neuburg, besonders von Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm beleidigt sei, und versicherte, dass Trier sich nicht absondern werde. — Darauf berichtete Anhalt, dass man in Heidelberg die Successionssache beraten und dabei gefunden habe, dass die alten Gründe jetzt fast noch stärker ins Gewicht fielen als vordem; daher wolle der Administrator bei den frühern Verhandlungen bleiben. Dieser habe auch von der Einstimmigkeit der geistlichen Kurfürsten gern gehört, damit die Königswürde nicht an Ausländer komme, und hoffe, dass Mainz sich nicht zu einem andern bereden lassen werde. Er, Anhalt, habe auch den Auftrag, den Verzug zu entschuldigen, dass die Handlung [von Neuschloss?] Sachsen nicht wäre mitgeteilt worden; „Cöln hett avisirt innzuhalten. Obwol etliche hielten, dass dieser schluss propter mutationem in Bohemia umbgestossen, so liesse es doch administrator bei obigem vortrefflichen Schluss der mehrer theil churfursten bewenden. Saxen möcht Matthias auch so leicht nit zufallen, item' caesar darzu nit verstehen und möchte gelegenheit an handen geben, patrimonii wegen auch etwas zu finden". — Kurmainz freute sich, dass der Administrator die alte Vertraulichkeit fortsetzen wolle; man möge nur etwas Geduld haben, bis er mit den andern geistlichen Kurfürsten konferiert habe. „Erinnert sich alles verlaufs und wie schwer es angangen mit Trier, so sehr uf Albertum inclinirt; hilte, dass beim collegialtag davon werde müssen tractiert werden." Mit Maximilian habe er, Kurfürst von Mainz, nicht reden können; es scheine, dass sich mit ihm schwer werde traktizieren lassen; Maximilian weise die Wahl weit von sich und soll dazu Matthias eine neue Obligation gegeben haben, ihm kein Hindernis zu sein. Der päpstliche und der spanische Gesandte und die Räte giengen auf Matthias; Suniga habe zwar bei Kurmainz nichts dergleichen gesucht, doch soll er sich haben vernehmen lassen, dass Spanien des Matthias Wahl nicht ungern sehen würde. Spinola soll auf dem Weg zum Kurfürstentag sein. Der Kurfürst meint, man möge sich wegen Matthias nicht zu sehr übereilen, er mit den Evangelischen und den Geistlichen zugleich verhandle; er habe niemanden um sich als Khlesl, „welcher ein seltzamer man". Die Gesandten des Matthias liessen sich stark verlauten, sie hätten fast bei allen Evangelischen guten Favor gefunden; vermutlich sage man den Evangelischen dasselbe von

Digitized by Google

Juli 9. **274.** Der Administrator der Kurpfalz an die Unierten, jedem besonders.

Am 7./17. Juni haben wir E. L. geschrieben, weshalb wir den Unionstag verschieben mussten.[1] Da aber derselbe nicht länger

---

den Geistlichen. Zum Schluss äusserte der Kurfürst: Maximilian und Ferdinand würden schwerlich in Betracht kommen; „Leopoldo hette er (müste es bekennen) guts gegont und da er gefolgt, wie gerathen, würde sein sachen besser sein, aber puncti successionis wegen hett er kein gedanken uf ihn gehabt. Albertus sei verhast im reich, ob er gehe, wie man sagt, dessen brod ich esse, dessen lied ich singe; man sehe gleichwol, dass er vorm jar und itzt bei so beschaffenen sachen nichts movirt; da er etwan auch anden gelegenheit sehe oder hette, möchte er sich auch eines andern besinnen, ja uf den fall wohl die ganze Niderlanden wider zum reich bringen. Erinderte sich Meintz endlich, dass Pfalz selig sich einmal vernemen lassen, eher uf Albertum als Mathiam zu gehen. Zwei ding wern zu raten, 1. dass kal. M. sich zur ruhe erklerten, 2. dass sie leiden möchten, dass de successione geredt würde. Haec Meintz." — Anhalt bemerkte auch, dass Mainz die auf Hessen-Cassel gerichtete Kommission nicht gern sehe, ebensowenig das braunschweigische Direktorium zu Prag; auch mit der Verhängung der Acht gegen die Stadt Braunschweig war der Kurfürst unzufrieden und sagte, der Herzog habe sie selbst verfasst. Darauf wurde vom vorigjährigen französischen Zug nach Deutschland geredet. Kurmainz fragte, ob man den König nach Deutschland habe führen wollen? Anhalt antwortete: es habe sich, da man in Jülich das Recht auf seiner Seite hatte, nur um einen Sukkurs gehandelt; „bei diser gelegenheit hett sich der könig vielleicht auch an den rechen wollen, die Condaer underschleif geben und ufgehalten, dardurch der krieg vielleicht wider in Niderland kommen mögen, wie auch theils Italiam" (vgl. M. Ritter, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation, II., S. 317; das Protokoll in Mb., 547/14, f. 137; von der Hand v. d. Grüns). — Während Fürst Christian persönlich die Successionssache zur Sprache brachte, verhandelte Camerarius wegen der Administrationssache und wegen der Zulassung von Kurpfalz beim Kurfürstentag. Er empfieng die tröstliche Versicherung, Kurmainz werde es bei den andern Kurfürsten dahin richten, dass der Administrator bis zum ordentlichen Austrag der Sache im Besitz der Administration gelassen werden solle und dass die kurmainzischen Räte in diesem Sinn instruiert worden seien (Bericht von Camerarius vom 29. Juni/9. Juli; Ma., 547/14, f. 162; von Camerarius' Hand). — In der Tat legte Kurmainz in einem Schreiben vom 11. Juli dem Kurfürsten von Sachsen nahe, dass man den Administrator, wenn schon nicht förmlich zum Kurfürstentag beschreiben, so doch auffordern möge, sich in der Nähe der Malstatt aufzuhalten, seine Räte aber dahin abzuordnen und zu erwarten, was wegen seiner Zulassung beschlossen werden würde; man solle nicht den Kurfürstentag an dieser Sache scheitern lassen und nicht das Reich in noch grössere Gefahr setzen (Drs., l. 7387, II. Buch Kurfürstentags, f. 63; Or.). — Am 18. Juli betonte Kurmainz die Notwendigkeit der Beschreibung des Administrators, die den geistlichen Kurfürsten unbedenklich sei, noch nachdrücklicher; da aber die weltlichen Kurhäuser deshalb mehr interessiert seien, erwarte er Kursachsens und Kurbrandenburgs Erklärung hierüber (Drs., a. a. O., f. 76; Or.).

[1] Mitteilung, dass sich Kurbrandenburg noch immer nicht auf das Ausschreiben erklärt hat und dass der Kurfürst den Unionstag wahrscheinlich weder besuchen noch beschicken wird; da man aber ohne Kurbrandenburg voraussichtlich nichts Schliessliches wird handeln können, so mögen die Unierten mit dem Erscheinen oder der Beschickung noch zurückhalten, bis weitere Nachrichten eingelaufen sind (Mb., 119/1, f. 295; Kpt.).

Digitized by Google

unterbleiben darf, so bestimmen wir hiefür Sonntag den 21./31. Juli, an welchem E. L. oder Dero Räte zu Rotenburg eintreffen mögen, um am Montag mit den Beratungen zu beginnen. Datum Heydelberg den 29. junii a. 1611. Juli 9.

1. Nachschrift: Ausser den im vorigen Ausschreiben spezifizierten Punkten will auch der seitherige Verlauf beachtet sein. E. L. werden wissen, dass seit einiger Zeit die Rede davon ist, der Kaiser wolle sich aus Böhmen ins Reich begeben und daselbst seine Residenz nehmen; auch soll wegen seines Unterhalts allerlei bevor sein. Ebenso hören wir, dass man den zerschlagenen Reichstag reassumieren oder neuerdings ausschreiben will, endlich soll bei bevorstehendem Kurfürstentag auch der Justizpunkt verhandelt werden. Da E. L. auch wissen, was König Matthias vordem bei den Unierten gesucht hat und er vermutlich auch diesen Unionstag beschicken wird, so ersuchen wir E L., auch diesen Punkten so wie dem Vorschlag eines consilium politicum nachzudenken, besonders aber darüber, ob die Unierten wegen des Reichstags und wegen des Justizpunktes bei ihren vorigen Beschlüssen verharren sollen. Signatum ut in literis den 2. julii a. 1611.[1]

2. Nachschrift: Mitteilung der kurbrandenburgischen Antwort vom 12./22. Juni.[2]

Mb., 119/3, f. 23, 24, 27; Or.[3]

275. Instruktion des Herzogs Maximilian von Baiern für Lorenz von Wensin zum mühlhauser Kurfürstentag. Juli 10.

Wensin hat sich zunächst beim Kurfürsten von Köln anzumelden und ihm anzuzeigen: 1. Wir haben zwar für uns selbst beim Kurfürstentag nichts anzubringen oder zu verhandeln und wollen auch den Kurfürsten nicht vorgreifen, da wir sicher sind, dass sie den betrübten Zustand des Reiches und seines Hauptes selbst in Acht nehmen werden; denn der Untergang des Reiches ist umso mehr zu besorgen als der hochbetagte Kaiser, durch den Bruderstreit fast aller seiner Erbländer und seines Unterhalts entsetzt, keine Mittel hat, seinen kaiserlichen Stand und Hoheit zu erhalten, daher umso leichter von andern gelenkt werden kann, gleichs am deren Willen leben muss und nichts befehlen oder judizieren darf als was jene wollen. Man kennt die

[1] Die erste Nachschrift fehlt in dem Schreiben an Kurbrandenburg.

[2] Vgl. no. 230, S. 539, Anm. 2. — Der Administrator erwiderte auf das kurbrandenburgische Schreiben am 3./13. Juli mit der Mitteilung des nun festgesetzten Termins und mit der Bitte, einem der unierten Fürsten Vollmacht für gewisse Punkte aufzutragen, die nur unter den Fürsten persönlich verhandelt werden können (Mb., 547/14, f. 155; Kpt.).

[3] Ein Protest des Pfalzgrafen Philipp Ludwig von Neuburg vom 8./18. Juli gegen das nichtige Ausschreiben mit dem Ersuchen an jeden der unierten Stände, dem Unionstag fern zu bleiben und dem neuburgischen Recht auf das Direktorium der Union nicht zu praejudizieren, — in Mb., 343/25; — Kpt.

Digitized by Google

Juli 10. seit langem deshalb gesponnenen Praktiken, die zwar bisher vereitelt wurden, nun aber bei dieser Gelegenheit fast ihr Ziel erreichen werden; die „Autores" lassen davon nicht ab, wenn man auch äusserlich nach Vertrauen, Frieden, Erhaltung der Reichsgesetze u. s. w. schreit, wodurch sich viele Stände seit sechzig Jahren haben überreden lassen und jetzt erst merken, wie sehr sie zu Schaden gekommen sind und was sie noch zu gewärtigen haben. Der Kaiser ist seiner selbst nicht mehr mächtig und wird, weil er sich an seinen Brüdern rächen will, alles andere bei Seite setzen, um dies Ziel zu erreichen. Davon ist für das Reich nur Verwirrung, Uneinigkeit, Krieg und Gewalt zu erwarten und jeder wird im Trüben fischen wollen. Man hat daher darauf zu achten, wie der Kaiser künftig Regiment, Amt und Hof bestellen wird, dass er gleiches Recht erteilt, dass er sich nicht mehr auf die andere Seite wendet und nicht wieder Ursache gibt, dass, wie in Oesterreich, Ungarn und Böhmen, er auch im Reich seine Autorität verliert oder sich andere derselben unterfangen; denn Pfalz und Sachsen werden mit ihren Ansprüchen auf das Vikariat nicht feiern. Was aber daraus, zumal wenn Ausländer und Fremde unter dem Vorwande übel bestellten Regiments die hohen Kleinode des Reichs zu ewiger Schmach der Deutschen okkupieren sollten, erfolgen wird, ist aus den prager Vorfällen leicht zu erschliessen. — 2. Mit König Matthias ist es so weit gekommen, dass das Reich sich schwerlich der böhmischen, österreichischen und ungarischen Privathändel unterfangen, die erfolgte Krönung, Schluss, Zession und Uebergabe widerrufen und den Kaiser restituieren wird; denn das Reich wird dadurch nicht unmittelbar betroffen, hat mit sich selbst zu tun und würde sich nur in Gefahr setzen. Viele werden zum brüderlichen Vergleich raten, der nicht auszuschlagen ist, wenn er dem Reich nicht praejudiziert und das Reich des Unterhalts für den kaiserlichen Hofstaat geübrigt bleibt. — 3. Wenn der Kaiser Böhmen verlässt, so ist an einen Ort zu seiner Residenz zu denken, zu dem man sicher kommen und wo er seines Amtes frei walten kann. — 4. Man weiss, wenn man nicht der Succession versichert ist, was aus dem Interregnum für Unheil entspringen kann, zumal der Kaiser alt und entkräftet ist und desto eher sterben möchte. Die Kurfürsten werden vor allem darauf sehen müssen, dass ihr freies Wahlrecht ungeschmälert bleibt, nichts Neues eingeführt, die deutsche Freiheit nicht gemindert und die hohen Würden nicht auf Fremde übertragen werden.[1]

---

[1] Vielleicht eine Anspielung auf die Beziehungen des Kaisers zu Frankreich (vgl. no. 249, S. 603, Anm. 1). Auch Bodenius schreibt am 9. Juli seinem Herrn: Baugy hat vor einigen Tagen Audienz beim Kaiser gehabt und wird in zehn bis zwölf Tagen nach Paris gehen; man spricht in Prag fast öffentlich davon, der Kaiser wolle die Succession lieber einem Fremden als einem seines Geschlechts gönnen (Mc., Entstehung, Fasz. III., no. 26, f. 119; Or. eigh.).

Digitized by Google

Wir erinnern an dies alles, nicht um den Kurfürsten Mass zu geben sondern aus Affektion gegen das Reich. Kurköln kann aber auch erachten, wie schwer es uns, S. L. selbst und unserm ganzen Hause fallen würde, wenn der Kaiser seinen Hof nach Regensburg verlegen sollte, welche Stadt von unsern Landen ganz umgeben ist und für sich einen Kaiser nicht zu erhalten vermag: es müsste unser Land jedem, der zum Hof reist, offen sein; es würden uns wegen der durchreisenden Fürsten grosse Kosten erwachsen, wir und unsere Untertanen müssten auf jeden kaiserlichen Befehl mit Viktualien, Geld und Geldeswert gefasst sein. Ferner wird der Kaiser, wie auch der brüderliche Vergleich ausgehen mag, bei jeder Gelegenheit nach Mitteln trachten, sich an seinem Bruder, an den Böhmen und an den Erbländern zu rächen, und fehlt es nicht an Ratgebern, welche gerade Regensburg dazu für gut finden, weil es unfern von Böhmen und Oesterreich gelegen geeignet ist, ihre Anschläge, Rendez-vous, Lauf- und Musterplätze, ja den Feldzug selbst von da aus auszuführen. Wir würden dann in unserm eigenen Lande männiglich zum Feind haben und unser Land würde, wie einst im schmalkaldischen Krieg, das Schicksal von Böhmen, Oesterreich, Elsass, Jülich, Würzburg, Schwaben u. s. w. erfahren; ja der Vorschlag, der Kaiser solle in Regensburg wohnen, mag vielleicht gar dahin angesehen sein, dass wir, die wir unter den Katholischen in „ziemlichem Wesen" und den Protestanten fast allein im Wege sind, durch unsere eigenen Glaubensgenossen und durch unser Oberhaupt ohne Zutun der Protestanten zu Grunde gerichtet werden. Daher ersuchen wir Kurköln, beim Kurfürstentag, wohin der Kaiser alles verschiebt, die Sache dahin zu richten, dass die kaiserliche Residenz nach einem andern Orte verlegt und wir der zu besorgenden Ungelegenheiten geübrigt werden oder dass wenigstens, wenn es bei Regensburg bliebe, mit Matthias und den Böhmen ein endgiltiges Abkommen getroffen wird, damit wir, wenn in der kaiserlichen Hofhaltung etwas fehlt und wir nicht jeder Zumutung entsprechen können, deshalb nicht Ungemach, Widerwillen und Ungnade zu befahren haben. Juli 10.

Uns geht ferner zu Gemüt, dass, wenn auch jenen Schwierigkeiten ganz oder teilweise abgeholfen wird, unser Glaube, die geistlichen Kurfürsten- und Fürstentümer, Praelaturen, Orden und alle Katholischen in grösster Gefahr sind: denn der Kaiser, der ganz „perplex" ist, wird von Kursachsen, Braunschweig und andern Protestanten seit einiger Zeit mit guten Worten sehr eingenommen,[1] während er den katholischen Ständen, da sie den vielleicht erhofften Beistand nicht geleistet haben, entfremdet ist, „zum thail auch bei dem beheimischen process in mangel irer aignen gehaimben rät gleichsamb gezwungen [worden], dass sie nit allein unlängst wider der catholischen union sich in der

[1] Vgl. no. 255 und no. 262, no. 263, no. 268.

Digitized by Google

Juli 10. protestierenden wöllen schlagen,[1] dieselb, da nit was darzwischen kommen, underschriben sonder auch an irem hof in gehaimben und andern räten das ganze directorium des herzogen von Braunschweig L., so sich gar um das hofmaisterampt annimbt, mit desto grösserer gefahr uberlassen, dass S. L. iren calvinischen glauben und gegen demselben guete affection in einer absonderlichen bundsnotul[2] entdeckt, mit den andern protestierenden correspondirt", so dass die Protestanten durch den Herzog all ihr Vorhaben am Hof, beim Kurfürstentag und künftigen Reichstag mit Ausdehnung des Religionsfriedens — demselben und anderen Reichssatzungen zu Verfang — durchsetzen können. Eben deshalb hat der Kaiser Kursachsen die Instruktion für den Kurfürstentag mitgeteilt[3] und hat bei der Schickung zu dem Tag das wichtigste Amt einem Calviner übertragen, der im Reich sehr angesehen ist und den Katholischen schon mehr Schaden zugefügt hat, der am kaiserlichen Hof und bei den Protestanten alles auf seinen Schlag richten und bei Stimmengleichheit im kurfürstlichen Kolleg „sub autoritate imperatorii responsi" in allem Maiora machen wird. Wenn die katholischen Stände zur Erhaltung und Versicherung ihrer Religion dem Kaiser etwas vorbringen oder zur Beratung werden stellen wollen, werden die protestantischen Direktoren des Hofes es hindern, ihren Glaubensgenossen davon Mitteilung machen, Widriges praktizieren und allenthalben im Reich dadurch die Oberhand gewinnen. Dass es so kommen wird, zeigt der Augenschein in Oesterreich, Ungarn und Böhmen, wo die Protestanten unter dem Vorwand gemeiner Wolfahrt sich zuerst mit den Katholischen vereinigten, dann aber letztere fast aller Macht, Würden und Aemter beraubten, sich selbst in die geheimen Räte und Regierungen drängten, jetzt ein Begehren nach dem andern durchsetzen und die Katholischen schwächen und unterdrücken, wogegen diese keinen Rat wissen. Wenn dies schon in den österreichischen Erblanden gegen deren eigenen Herrn geschieht, so ist nichts gewisser, als dass man derlei und noch mehr bei dieser Gelegenheit im Reich, dessen Kaiser nur eine begrenzte Macht hat, praktizieren wird.

Wir zweifeln daher nicht, dass die katholischen Kurfürsten auf Mittel gedacht haben werden: 1. damit die Direktion am kaiserlichen Hof in die Hände eines katholischen Standes kommt, 2. damit der Kaiser in den geheimen Rat keinen Unkatholischen, in den Reichshofrat aber höchstens drei bis vier Räte des augsburger Bekenntnisses nimmt, sonst wäre es binnen kurzem um die katholischen Stifter geschehen; 3. ebenso ist an einen künftigen, unzweifelhaft katholischen Nachfolger zu denken (denn ein Unkatholischer ist nicht zu dulden) und sollen die Kurfürsten, bevor sie versichert sind, dass der Successor nichts Praejudizierliches mit der Freistellung, Ausdehnung des Religionsfriedens u. a.

[1] Vgl. no. 137, S. 333, Anm. 1 und no. 268; siehe auch Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 312.

[2] Ist damit etwa das braunschweigische Schreiben an Kursachsen vom 15./25. Dezember (vgl. no. 7, S. 18, Anm. 3 und no. 22, S. 54, Anm. 2) gemeint?

[3] Vgl. no. 215, S. 513, Anm. 1.

Digitized by Google

einführen oder sich gar auf die andere Seite wenden wird, die Wahl nicht vornehmen und eher das Aeusserste ausstehen — da doch nichts Aergeres zu befahren ist, — bis Gott Hilfe schicken wird. Die Gefahr dabei ist um so grösser als „ein römischer kaiser wegen der cron fast aller underhalt entblöst,[1] seinen hofstat, der nun aufs höchst gestigen und nit ringer würd, schwerlich füern, guete getreue catholische leut nit besolden, die notwendige spesa zu den expeditionen nit haben kan, also aus not und in mangl des gelts personen, so mit leichtem sold oder gar umbsonst dienen, brauchen und, da er anderer orten bei den protestierenden (weil es die catholischen allein nit vermögen oder thuen können) hilf und gelt suecht, denselben iren willen machen, vil sachen gleichsamb gezwungen eingehen, gestatten, zuelassen, also seiner selbst nit mechtig sonder zu der protestierenden discretion (weil sie gewislich das eusserist deswegen thuen werden) stehen, regiern und sich erzaigen muest.“ Juli 10.

Der Kurfürst von Köln möge Wensin mitteilen, ob wir dies oder Aehnliches auch bei den andern katholischen Kurfürsten anbringen lassen sollen; wenn ja, so wollen wir Wensin noch einen ordentlichen Gesandten zuordnen. Wird Kurköln über den einen oder andern der erwähnten Punkte unser Gutachten begehren, so soll ihm deshalb Wensin anzeigen:

1. Was das künftige Regiment betrifft, soll (mit obiger Vorsicht) ehestens die Wahl eines römischen Königs vorgenommen und der Kaiser, da er von seinem gewohnten Verfahren vermutlich nicht abzubringen und in seiner Hofhaltung nicht Besserung zu hoffen ist, beredet werden, dass er sich bei seinem hohen Alter des Regiments ganz entschlage, es unter seinem Namen einem römischen König überlasse und sich etwa in Tirol zur Ruhe setze.[2] Wäre dies gar nicht oder nicht sobald zu erreichen, so sollen die geistlichen Kurfürsten alle oder wenigstens einer von ihnen mit dem Bischof von Speier nach Prag reisen, dem Kaiser die Notdurft wegen Bestellung des Regiments eindringlich vorhalten und nicht früher weichen, bis das Regiment entsprechend besetzt ist; denn

[1] Geizkofler, der ehemalige Reichspfennigmeister, schätzte das jährliche Einkommen des Kaisers aus dem Reich auf 5500 fl., wobei die Steuern der Reichsstädte, auch die 400 fl. der Augsburger schon eingerechnet seien; auch von diesem Geld habe der Kaiser nichts; denn es werde schon antizipando von andern Leuten ausgebeten (Bericht des neuburgischen Kanzlers Georg Ludwig Fröhlich vom $\frac{\text{22. Juni}}{\text{2. Juli}}$ an Pfalzgraf Philipp Ludwig über eine Unterredung mit Geizkofler; Mb., 337/15c, f. 17; Or.). Vgl. die Schlussrelation des venezianischen Gesandten am Kaiserhof Girolamo Soranzo vom 11. September 1614 in den „Relationen der Botschafter Venedigs über Deutschland und Oesterreich“, herausgegeben von Joseph Fiedler, Fontes rerum Austriacarum, Diplomataria, Wien 1866, XXVI. Bd., S. 3 und die Bemerkungen Abrahams von Dohna in seinem satirischen Gedicht auf den Reichstag von 1613, V. 1618 ff. und 2547 f. in der Ausgabe von A. Chroust, Abraham von Dohna etc., München 1896.

[2] Das war u. a. auch Geizkoflers Meinung, der Freiburg i. B. oder Ensisheim als Residenz vorschlug (Kanzler Fröhlich an Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg am $\frac{\text{22 Juni}}{\text{2. Juli}}$; a. a. O.).

Digitized by Google

Juli 10. durch Gesandte oder schriftlich lässt sich derlei nicht traktieren und durch viele Mittelspersonen würde auch das Geheimnis gefährdet.

2. Bei den verschiedenen Klagen gegen den kaiserlichen Hof und die Räte wegen der Prozesse und Exekutionen, auch wegen des passauer Einfalls wird sich das Reich schwerlich des Kaisers so weit annehmen, dass man die Verträge umstossen, Matthias entsetzen und die Königreiche und Erblande bekriegen wird, welche mit den Protestanten heimlich verbunden im Notfall das Aeusserste versuchen und wie unter Ferdinand eher den Türken rufen und sich ihm ergeben werden. Es wird niemand leugnen, dass diese Länder besser bei der Christenheit und des Reiches Vormauern und Nachbarn bleiben als dass dieses seine Grenzen auf eigenem Boden haben soll. Auch sehen wir nicht, dass bei der gegenwärtigen Beschaffenheit das Reich die Mittel hätte, Krieg für eine Sache zu führen, an der es wenig interessiert ist, und so ansehnliche und unter einander verbundene Länder zu vergewaltigen. Darum ist das kleinere Uebel zu wählen und darauf zu sehen, dass ein beständiger Frieden geschlossen, der König, die Länder und der Kaiser versöhnt und mit ihnen eine Korrespondenz wider die Türken, besonders wenn dies mit besserer Versicherung der katholischen Religion dort geschehen kann, erzielt wird.

3. Wegen der Residenz wäre am besten, dass der Kaiser in Prag bliebe; wenn dies aber nicht zu erlangen ist, möge er sonst irgendwo in Böhmen „cum absoluto ibidem imperio“ und ansehnlichem Unterhalt seinen Hofhalt aufschlagen. Würden aber die Böhmen dies nicht zugeben und müsste der Kaiser in Böhmen ohne Ansehen und Gewalt gleich einem Privatmann zu des Reiches Schimpf leben, so wäre darauf nicht einzugehen sondern eine Residenz im Reich zu wählen, am besten in den tirolischen oder vorderösterreichischen Landen, zu Innsbruck, Ensisheim, Rottenburg, Costnitz, Breisach, Freiburg. Dort, wo der Kaiser selbst Landesfürst ist, wird er mit mehr Ansehen und Vorteil leben können als unter einem Fürsten oder in einer Reichsstadt, wo es allerlei Beschwerungen geben kann.

4. Was die Succession im Reich anlangt, so ist zweifelhaft, ob der Kaiser von seiner starren Meinung wegen eines römischen Königs abkommen wird. Da aber nun alles in anderem Stand ist, so muss der Kaiser mit guten, zuletzt mit ernstlichen Erinnerungen dazu angetrieben werden. „Bei dem [punct] stracks der unterhalt und des deputats halber sich difficulteten erregen [werden], die nit wol jemants, der nit ohne das ansehliche land und leut hat, kan erschwingen oder mit und neben dem römischen kaiser einige hoffnung auf die reichshilfen machen, durch welches die unvermöglichen fürsten alberait ausgeschlossen“. — An dem Subjekt liegt uns wenig, wenn es nur ein eifriger katholischer Fürst ist, der zu dem schweren Amt in so gefährlichen Zeiten tauglich ist, Verstand hat und von den gehörigen Mitteln nicht entblösst ist. Katholische Bewerber dürften Matthias, Erzherzog Albrecht und Erzherzog Ferdinand sein, von

Digitized by Google

protestantischen wird nur der König von Dänemark (da Sachsen, Brandenburg, Hessen u. a. nicht daran denken) in Betracht kommen[1]. Da der Papst und Spanien sich anstrengen werden, damit die Krone beim Hause Oesterreich bleibt, so ist vor allem auf deren Absichten zu sehen, sowol wegen der von ihnen zu erhoffenden Hilfe als auch um Trennung unter den Katholischen zu vermeiden, bei welcher Gelegenheit ein Unkatholischer durchschlüpfen könnte. — Wegen Matthias hat es allerlei Bedenken: er wird von seinen Untertanen regiert, hat in Wirklichkeit keine Gewalt oder Macht, hat sich in den Niederlanden gegen Spanien und jüngst gegen den Kaiser aufgelehnt, hat seinen Landständen fast alles, besonders durch Approbation, Verheissung von Hilfe und Defension und Freistellung aller Bekenntnisse zu aller Fürsten Praejudiz zugelassen; da die Protestanten bei ihm jetzt schon fast die Oberhand haben, so wird er besorglich solches oder noch mehr auch im Reiche zulassen. Dabei ist er an Kräften und Verstand für solche gefährliche Zeiten „etwas unvermöglich," in seinen Expeditionen nicht sehr glücklich und obendrein ziemlichen Alters, so dass man auch bei ihm sich zeitigen Tods und baldigen Interregnums zu befahren hätte.[2] — Spanien und der Papst werden vermutlich Albrecht befördern wollen. Dieser ist regierender Fürst, hat viele Lande und Leute, guten Verstand, Eifer für die Religion und eine „rechtmässige" Regierung; aber er ist an Spanien gebunden, muss ganz von dort abhangen,[3] ist dem „oberländischen Reich" ganz entlegen, würde auch das Reich in die Feindschaft mit den Niederlanden ziehen und den Reichsbeschwerden daher um so weniger abhelfen können. Juli 10.

So dürfte vielleicht Erzherzog Ferdinand in Erwägung kommen, „der zwar ein güetiger bekanter fürst, zweifilsohne, da S. L. durch die in irem land volfüerte reformation den protestirenden iren magen nit verderbt, den andern in der succession fürgangen were." Nun ist aber zu bedenken, dass die Protestanten sich von ihm gleichen Verfahrens im Reich und des Abbruchs ihrer Religion versehen und sich seiner Wahl widersetzen werden. „Im fal aber der grossen bekanten landsbeschwerden halber, die S. L. auf dem hals ligen, kein bedenken, auch das haus Oesterreich innerlich nit zertrennt und wann konig Matthias, erzherzog Albrecht oder ein anderer merkt, dass er dahin nit kan gelangen, also einem andern aus irem haus will fürschub thuen, ist den sachen alsbald geholfen, und wann die churfursten gleich paria machen, durch jetzigen konigs aus Beheim ausschlag ist erzherzog Ferdinand (oder in eventum Albertus) romischer konig, der wegen von kaiser Maximiliani nun mehr vast deficierender linl auf Oesterreich, Tirol, Hungern und Beheim die negste expectanz, keines

[1] Vgl. wegen der bairischen Absichten no. 85, no. 228 und no. 242 mit Anm. 2 auf S. 559.

[2] Ueber das Verhältnis des Herzogs Maximilian zu König Matthias vgl. F. Stieve, Wittelsbacher Briefe, Abteilung VII., München 1893 (Abhandlungen der k. bayer. Akademie der Wissenhaften, XX.), S. 677 ff.

[3] Vgl. no. 273.

Digitized by Google

Juli 10. hochen alters, mit leibserbon begabt und dem haus Bayrn in vil weg annemlicher, erspriesslicher, mehr zuegethan als alle andere erzherzogen. Were also das werk auf solichen schlag zu richten, die päpstliche H.lt, Spania, konig Mattias, erzherzog Albrecht mit notwendiger erinnerung dahin und zu wirklicher getreuer assistenz zu disponirn und zwar konig Matthias desto mehr, weil erzherzog Ferdinand ebenso wol als er des Türken negster nachbar, also sich der reichshilfen ebenso wol zu getrösten, viel mehr als wann erzherzog Albrecht oder ein anderer im reich succedirt, weliche inen mehr ir aign sach als frembder angelegen sein lassen und die reichshilfen mehr dahin wenden." — Auf Erzherzog Leopold darf man nicht rechnen; er hat fast jedermann beleidigt, ist nicht die geringste Ursache an dem jetzigen Uebelstand im Reich, hat [„den khayser gleich gar vmb den rest seiner lender bringen helffen, ingenio satis inquieto, welher auch in seinen actionibus schlechten verstand erzaigt vnd darzue khein glükh noch stern gehabt"][1]. Er hat auch nicht die Mittel, einen fürstlichen Stand zu führen und hat vom Reich keinen Unterhalt und Gehorsam sondern nur Despekt und Verhinderung zu erwarten, wie das Reich selbst sich von ihm nur mehrerer Ungelegenheiten zu versehen hätte. „Mechte also erzherzog Ferdinand vorzuziehen, do aber mehr andere difficulteten, so diss verhindern, einfallen, alsdann erzherzog Albrecht zu erwöhlen sein."

Kurbrandenburg ist zwar noch nicht in den Kurverein aufgenommen, auch noch nicht belehnt und sind wider ihn scharfe Prozesse ausgegangen, „seine andere catholische mitchurfürsten, sonderlich Mainz, etlicher gegen Sachsen ausgegossener reden halber sehr offendirt"[2]; auch wird wegen der kurpfälzischen Administration sich allerlei erregen. Aber wir glauben, da Kursachsen mit Brandenburg wieder ausgesöhnt ist und sogar für ihn beim Kaiser interzediert hat, auch bei Kurmainz viel vermag, so wird es wegen Kurbrandenburgs Einnahme bei beiden Kurfürsten nicht viel Schwierigkeiten haben, zumal das kurfürstliche Kollegium unergänzt ist und die übrigen bei diesen Zeiten die Sache nicht allein auf sich werden nehmen wollen. — Mehr Schwierigkeiten hat es wegen der kurpfälzischen Administration: Pfalzgraf Johann hat zwar die Kuratel und Administration in der Hand, aber Pfalzgraf Philipp Ludwig hat starke Behelfe für sich, dass vermöge der goldenen Bulle die Administration ihm gebührt. An der Sache sind die Kurfürsten insgesamt (damit nicht künftig jeder beliebige In- und Ausländer niedrigen Standes, wenn er durch Testament zum Kurator verordnet wurde, ins Kollegium aufgenommen werden muss), besonders aber die weltlichen interessiert, damit ihre Praeeminenz nicht geschmälert und ihren eigenen Nachkommen nicht derlei Tutel oder auch die Erbfolge entzogen wird. Vielleicht wäre gut, da der junge Kurerbe ja doch bald sein Alter erreicht,

[1] Eigenhändiger Zusatz des Herzogs.
[2] Vgl. no. 68, S. 157 und no. 155, S. 388.

Digitized by Google

die Entscheidung der Frage unter einem Vorwand hinauszuziehen, zumal ohnehin auf allen Kreis-, Reichs- und andern Tagen eben Kurpfalz das Haupt aller Widerwärtigkeiten ist, die andern Stände an sich zieht, unter den Protestanten das Direktorium führt und, wenn man schon einmal einig ist, gleich Uneinigkeit und Verwirrung im Reich zu seinem Vorteil pflanzt, erweitert und fortsetzt. Juli 10.

Der Justizpunkt wird auf einem Kurfürstentag ohne Zutun des ganzen Reiches weder erörtert noch deshalb etwas Endgiltiges geschlossen werden können, nur Vorbereitungen zu dessen Beförderung beim nächsten Reichstag können getroffen werden; anderes würden die übrigen Stände nicht zulassen.

Wenn auch alle Kurfürsten und der Kaiser einen nächstens anzustellenden Reichstag beschliessen, so hat man davon doch nicht mehr Vorteil als vom letzten zu erwarten, „wegen der fortlhaftigen extension, confirmation des religionfridens, approbation desjenigen, was wider denselben bishero die catholische verlorn, dann auch dass man in religionsachen keinen andern richter als das romische reich und die sambtliche stende zu richter haben, dardurch in re ipsa ganz rechtlos sein soll, darein kein catholischer stand in ewigkeit verstehn kan oder soll; doch muess man einmal daraus kommen und eines reichstag ausgang erwarten."

Sollten „wegen des von Salzburg salzspörr begehrter doppelter maut"[1] oder sonst Privatbeschwerden gegen uns vorkommen, so zweifeln wir nicht, dass sie, da wir nicht erfordert sind, abgewiesen oder wenigstens nichts Praejudizierliches gegen uns vorgenommen werden wird, bevor wir gehört worden sind. Wensin darf sich deshalb nicht auf das Geringste einlassen sondern hat Kurköln in unserm Namen zu ersuchen, nichts derartiges vorgehen zu lassen. Doch soll Wensin ihm berichten, dass Salzburg (wider alle Billigkeit, unser Erbieten und Ermahnen, der wir nur bei den Verträgen und unsern alten Rechten bleiben und uns derselben bedienen wollten) die Verträge „aufgestossen" und die Salzausfuhr bis heute gesperrt hat, obwol wir ihm Schiffe und Geschirr bis Hallein geschickt haben, dass der Erzbischof ferner, als wir das „ordenlich berchtesgadisch fronreuter salz" unlängst wie sonst immer gemäss den Verträgen wegführen lassen wollten, dies unser eigenes Gut auf freier Landstrasse von einigen hundert Soldaten hat aufhalten lassen, dass er sich täglich verstärkt, Blockhäuser und Laufgräben anlegt, um den Salzausgang aus Berchtesgaden zu hindern, und fast 800 Mann dahin gelegt hat, um uns nach seinem Gefallen zu seinem Vorteil und unserm Schaden zu zwingen. Das steht einem katholischen Fürsten übel an und kann leicht Weiterungen verursachen; denn wir werden uns wider unser Recht nicht zwingen oder von der doppelten Maut, die wir vermöge erlangten Indults

[1] Ueber den Salzstreit vgl. K. Mayr-Deisinger, Wolf Dietrich von Raittenau, Erzbischof von Salzburg, München 1886, S. 131 f.

Digitized by Google

Juli 10. bescheiden gebrauchen, uns abdrängen lassen. Sollte deswegen vom Erzbischof oder von sonst jemandem widriger Bericht einlangen, so mögen die Kurfürsten sich zu nichts Ungleichem bewegen lassen oder unser ungehört jemandem Glauben beimessen. O. D.[1]

Ma., 427/10, f. 24; Kpt. von Jocher, — f. 2; Kptkopie mit eigenhändigen Zusätzen des Herzogs und Jochers.[2]

Juli 12. **276.** Fürst Christian von Anhalt an den Kurfürsten von Mainz.

Auf ein Schreiben vom 11. Juli.[3] Was die Frage betrifft, ob E. L. sich auf des Administrators Erklärung in der Successionssache verlassen können, „so erklert herr administrator sich dabey, das E. L. sich druff verlassen, das sie die vorigen bewusten und verglichenen consilia in allewegen zu approbiren vnd continuiren vnd bey denselben, so lange sie nuhr immer erheltlich, zu stehen und also, was die reuers dessen immer vermogen, ihresteyls zu accomplieren bedacht.[4] Soviel aber Mattias belangt, halten sie nochmals darfur, dass man im reych keynswegs zu gestatten, wan [man] sehe, dieselbe mit gewalt eyndringen wolten.

---

[1] Auf der Rückseite findet sich die Datierung: 10. julii.

[2] Diese Instruktion wurde nach der Vertagung des Kurfürstentages dem Kurfürsten von Köln als „Diskurs" zugeschickt. Der Kurfürst versprach in seiner Antwort vom 29. Juli, den Herzog zufrieden zu stellen und Wensin beim künftigen Tag von den Vorkommnissen fleissig zu unterrichten; wegen der Kommission des Landgrafen Moriz und wegen der Stellung Braunschweigs am kaiserlichen Hofe habe er auf Befragen von Kurmainz eine Zusammenkunft der geheimen Räte der geistlichen Kurfürsten zu Coblenz vorgeschlagen, um zu beraten, wie man diese Kommission des Landgrafen „invertieren" und auf eine katholische Person richten könnte (Ma., 39/22, f. 145; Or.); vgl. Anm. 2 auf S. 582.

[3] Der Kurfürst teilte mit, dass ihm gestern das Schreiben der österreichischen Erzherzoge (no. 240) an die Kurfürsten übergeben worden sei, worin um Beförderung des Successionswesens gebeten und besonders des Königs Matthias gedacht werde, so dass dies Schreiben die Mitteilungen des Kurfürsten vom 9. Juli (vgl. no. 273) bestätige „Do nochmals bey E. L. erklerung zu bestehen, muste ich dessen versichertt sein; vff solchen fall mich confirmiren wöllet und nach mögligkeitt befurdern" (Bbg., A 9a, no. 155', f. 26; Or. eigh.). — Am 14. Juli versichert Kurmainz dem Anhalter nochmals: „Meine gedancken sein, wiss der liebe Gott, wie friedt, ruhe vnd gutt vertrawen gepflantztt, dohin ich nachmals meine actiones dirigiren, auch aller vertrewligkeitt vff gutt teutsch mich befleissen will" (Bbg., a. a. O., f. 28; Or. eigh.).

[4] Schreiben des Administrators an Kurmainz vom 2./12. August: Dank für das Erbieten an Anhalt. An ihm, dem Administrator, soll es nicht fehlen, zumal er spürt, dass Kurmainz' Gedanken nur auf Erhaltung des Friedens im Reich gehen. Zur Unterbauung an dem von Kurmainz angedeuteten Ort [Kursachsen] ist er bereit und hofft dafür, dass Kurmainz ihn bei nächstem Ausschreiben in guter Acht halten wird (Mb., 547/14, f. 140; Kpt. von v. d. Grün).

Digitized by Google

vnd sehen auch sonsten vnd nochmals viel grosserer vnd beschwerlicher difficulteten alss bey vorbedachtem vnd denominirtem subjecto, auf welches nochmals S. L., das man zu gehen, ersuche vnd ferner versuche thuen solte, treulich riethe. Heydelberg den 2. julii 1611.“ Juli 12.

Bbg., A 9 a., no. 155[2], f. 37; Kpt. eigh.[1]

---

[1] Am 15. Juli schreibt Kurmainz an Kurköln über die Unterredung mit dem Anhalter und über sein obiges Schreiben: Bei der Unterredung hat der Fürst „auch in specie etlicher maassen dess subiecti halben anregung gethan, dorauss ich zwahr souill vernemmen können, das (wofern es rechtt gemaindt) die gedancken des orts dohin, dorauff diss communicirt schreiben deutet, nichtt gerichtet seyen“. Ich habe mich darauf nicht resolviert sondern die Sache an ihren Ort verwiesen. „S. Anhalts L. wollen von keiner vertröstung, so Matthiae beschen sein soll, wissen. Ich zweyffele nitt, weil der collegialtag in etwas suspendirtt, man werde nachmals nitt nachlassen.“ Ich möchte gern E. L. Gutachten haben; Eingehenderes lässt sich der Feder nicht anvertrauen. [„Priora consilia approbirt man, auch vorige reuers, wo immer erhalttlich, zu accomplirn vrbietig; ohne ist es nitt, dass A[lberti] im besten gedachtt; ob ernst, daran ist wol zu zweyffelln“.] *Das Eingeklammerte wurde wieder getilgt.* — Nachschrift: Soeben läuft obiges Handschreiben des Anhalters ein, aus dessen Abschrift E. L. ersehen können, „ob man wol des andern subiecti keine sonderliche gedancken hatt, das man doch eines andern halben die vorige consilia, welche, wie E. L. bewust, hiebeuor an andern orten vorgangen, nichtt improbirt sonder, wo sie immer erhelttlich, vilmehr approbirtt“. Bei der Unterredung mit dem Anhalter ist Albrechts im besten gedacht worden; „ob es ernst, mag Gott wissen“. Ich lasse es dahin gestellt, bis man „cum fructu et effectu“ davon reden kann und bis die geistlichen Kurfürsten besser ihre Meinungen austauschen können. Damit E. L. wegen des Worts „conformiren“ nicht ungleich denken, als hätte ich mich erboten, mich in einem und andern dem Administrator zu konformieren, so erläutere ich dies Wort dahin, dass „ich mich eines andern subiecti halben nichts gegen S. L erklerdt sonder es pure vff gehörige ort verwiesen und mögen S. Anhalds L. villeicht ire andeutung mitt solchem wort dohin gerichtt haben, das ich mich vff nachgesetzte erklerung des administrators L. desto besser confi[!]rmiren möge“. Ich habe mich auch mündlich dahin erklärt, dass vor des Administrators Einnahme nichts schliesslich gehandelt werden kann und ich wollte nur hören, wohin die Neigung geht, um mich darnach zu richten (Wmz., Wahl- und Krönungsakten, Bd. 6, no. 121; eigh. Kpt. des Kurfürsten mit einigen Verbesserungen Fausts). — Kurköln erwidert darauf am 22. Juli: Ich habe aus E. L. Schreiben mit Freuden vernommen, „das Pfalz L. intention in disem hochwichtigen werckh dermassen geschaffen, das verhoffentlih künfftiger zeitt die sach zu gewinschtem endt ablauffen möchten, vnd wiewol sich status causae et personarum seithero in vil weg verendert, so bin ih doch der tröstlihen hoffnung zu Gott, man werde sich einer reassumirung des vorigen oder aber anderwerts künfftiger zeitt wol vergleichen kinden, wie ih dann von E. L. mainung, wie bishero geschehen, mich nitt begher abzusündern“. Ich wünschte sehr, nur kurze Zeit persönlich bei E. L. sein zu können; da aber der so notwendige Kurfürstentag doch nächstens wieder fortgehen wird, so muss ich bis dahin meine Gedanken zurückhalten; denn die Sache ist der Feder nicht zu vertrauen (Wmz., a. a. O., no. 123; Or. [eines der seltenen eigenhändigen]).

Digitized by Google

Juli 13. **277.** Der Kurfürst von Sachsen an Kaiser Rudolf II.

Ich habe E. M.t Obersten und Abgesandten Heinrich von Günterode angehört[1] und danke für die Kondolenz wie für die Gratulation. Der plötzliche Tod meines Bruders war mir sehr betrüblich, besonders da er zu einer Zeit erfolgte, wo mein Vorgänger E. M.t hätte nützlich sein können. Ich wünsche mir, dass von Anfang meiner Regierung nichts vorgenommen werde, was nicht zu Gottes Lob, Erhaltung E. M.t Hoheit und des Reiches Wolstand gereicht und besorge nur, es könnte E. M.t eingebildet werden, dass ich Derselben nicht mit solcher Zuneigung wie mein Bruder zugetan sei. E. M.t werden aber solchen Reden gewiss nicht glauben in Erwägung, dass alle die guten Consilia meines Bruders in Hinsicht auf E. M.t Person, Hoheit und des Reiches Wolstand von mir jedesmal approbiert und von mir und andern ihm eingeraten worden sind. Damit aber E. M.t aller Verdacht gegen meine Person genommen und bösen Leuten „das Maul gestopft" werde, erkläre ich E. M.t ausdrücklich, dass ich Dieselbe ebenso wie mein Bruder hochhalten, Derselben dienen und mit den andern Kurfürsten alles befördern will, was zu Erhaltung E. M.t Hoheit und zum Wolstand des Reiches dienen mag, und zwar in Worten und Werken; bei dieser Meinung will ich leben und sterben. Ich bitte E. M.t, sich mich wie meinen Bruder befohlen sein zu lassen, bei Beginn meiner Regierung mir, wenn nötig, mit Rat und Hilfe beizuspringen und mich mit meinen Landen und Leuten in Dero Schutz zu nehmem. Datum Dressden den 3. julii a. 1611.

Wmz., Reichstagsakten, Bd., 104, no. 110; Kopie.[2]

Juli [zu 13.] **278.** Gutachten an König Philipp III. wegen der Succession im Reich.

„Cosa cierta es que para la quietud de Alemaña seria mejor espediente elegir al rey Matias por emp.or y el infante Don Carlos por rey de Romanos[3] que no el dexar el emp.or presente y elegir rey de Romanos. Pues el emp.or presente nunca sabra quietarse de todo punto en aver perdido lo que ha perdido, y con la autoridad que

---

[1] Vgl. no. 269 und no. 270.

[2] Dies Schreiben wurde sehr rasch verbreitet; Braunschweig erhielt von Kursachsen selbst eine Abschrift (Drs., l. 8552, Schreiben an Kurfürst Johann Georg, f. 11; Kptkopie). Der Herzog von Baiern schreibt am 24. Juli an seinen säumigen Agenten Bodenius in Prag, er habe von zwei verschiedenen Seiten Abschrift des kursächsischen Schreibens erlangt, „also ess khein so geheime sach, dazue souil zeit gehorig, solhe zu bekhommen" (Mc., Entstehung, Fasz. III., no. 26, f. 129; Kptkopie mit obigem eigenhändigen Zusatz des Herzogs). Auch im anhaltischen Archiv unter den „Avisen" findet sich eine Abschrift (De., A 9a, Ic., no. 10), ebenso unter den nürnberger Unionsakten (Nbg., Unionsakten, Bd. 55b, f. 118; Kopie).

[3] Vgl. oben no. 54 und Anm. 1 auf S. 117.

Digitized by Google

le quedara como emp.or, cada dia rebolvera las cosas para procurar que se le buelba, y desto se puede ver exemplo de lo que suçedio poco ha, que los años pasados despues de conçertado con el rey Mathias y consentidole los estados que le consentio. quiso rebolverlo todo y levanto la gente de Passau que fue para este fin, y haviendose ultimamente juntado en Praga parte de los eletores y archiduques y conçertado de nuebo las diferençias que tenian al punto que avia acavado el conçierto, lo quiso otra vez rebolver que con este intento fueron las reboluciones del archiduque Leopoldo. Y assi como lo quiso hazer estas dos vezes, se puede tener por tan çierto que lo hara cada dia, que no es menester hazer largo discurso sobrello. Y pasando adelante se advierte que por el otro camino que se ha propuesto, de renunçiar el emp.or presente y elegir al rey Matias y el infante Don Carlos, se puede esperar mas quietud pues, aunque el emp.or tendra despues de renunçiado la misma intençion de reboluerlo, no tendra la autoridad de poderlo hazer y mucho menos, si le detubiesen en Bohemia como esta aora, y presupuesto que esto sea assi, aunque se ofrezcan muchas dificultades a encaminarlo, no se ha de desesperar de poderlo hazer. Juli [zu 13.]

Por lo que toca a los prinçipes eletores, çierto es que estan disgustados y alienados del rey Matias, y si la mala inclinaçion proçediese de propios intereses, con mas dificultad se podria componer; pero no biniendo mas que por disgustos de la ofensa que ha hecho al emp.or que al fin no es propia de ninguno dellos, se puede creer, que teniendo como no ay duda que tienen los electores catolicos y duque de Saxonia desseo de la quietud de Alemaña, viniendo a conoçer ser este el mejor camino para ella que el otro, al fin vengan en ello. Por lo que toca a lo del emp.or, venido una vez los electores en conoçer que conviene que el renuncie, entre ellos y el rey Matias que le tiene en su mano, pareçe que como el dicho rey Matias le ha obligado a todo lo demas, le podra aun obligar a esto, dexando aparte lo que se pudiese hazer, aun sin su consentimiento. Y caso que no se pudiesse hazer la eleçion de emp.or en la persona del rey Matias y de rey de Romanos en la del infante Don Carlos, se debe procurar la eleçion de rey de Romanos en el rey Matias y si no se pudiese pasar adelante en lo uno ni en lo otro, venir en lo del archiduque Alberto." O. D.[1]

Sim, Fasz. 2452., f. 379; Kopie.

279. Der Kurfürst von Sachsen an König Matthias. Juli 14.

Wir haben Dero Abgesandten Losenstein Audienz erteilt[2] und danken für die Kondolenz wie für die Gratulation und für Dero Zuneigung

[1] Am 13. Juli schickt der König dies Schriftstück Zuñiga zur Kenntnisnahme („que hagais en estas cosas lo que tubieredes por mas conbeniente"), ohne Angabe, von wem das Gutachten stammt.

[2] Vgl. no. 269.

Digitized by Google

Juli 14. zu uns und unserem Hause, die wir vergelten wollen. Der Tod unseres Bruders ist uns besonders schmerzlich, weil er zu einer Zeit erfolgte, da der Verstorbene dem Kaiser, dem Reich, E. kgl. W. und unserm ganzen Hause nützlich hätte sein können. Wir können nur wünschen, dass von Beginn unserer Regierung nichts anderes vorgenommen werde als was zur Ehre Gottes, Erhaltung der kaiserlichen Hoheit, des Reiches und unserer Lande dienen mag.[1] Die angeregte alte Korrespondenz und Freundschaft zwischen den Häusern Oesterreich und Sachsen wollen wir gern fortsetzen und auf die Nachwelt bringen; denn aus ersterem Hause sind ja E. kgl. W. und der Kaiser als Aeltester dieses Hauses entsprungen. Wir erkennen uns schuldig, den Kaiser zu ehren, damit jeder sieht, dass die gute Affektion unseres Bruders gegen den Kaiser sich auf uns vererbt hat; E. kgl. W. werden dazu gewiss ebenso wie wir geneigt sein, da Sie dem Kaiser und Reich ebenso hoch als wir verbunden sind. — Was aber die erste an uns gestellte Bitte betrifft, dass wir in allen E. kgl. W. betreffenden Sachen Dieselbe zuerst hören sollen, um nicht zu ungleichen Gedanken gegen E. kgl. W. bewegt zu werden, so ist uns das gar nicht entgegen; denn wir haben in allen unsern Vorhaben uns bisher gut informieren lassen, bevor wir unsere Gedanken eröffneten. Wir wollen aber auch gleich an E. kgl. W. die Bitte richten, dass, wenn wir Dieselbe wolmeinend an etwas erinnern werden, was zum Aufnehmen des Hauses Oesterreich nützlich sein könnte, E. kgl. W. es in Gutem verstehen und annehmen mögen. E. kgl. W. tun rühmlich, dass Sie sich dem Kaiser gebührlich akkomodiren wollen, wie wir auch nicht abgeneigt wären, jemanden der unsrigen abzuordnen, um die übrigen Differenzen beilegen zu helfen. Aber es hat uns der Kaiser deswegen nicht ersucht und will uns nicht gebühren, unsern Mitkurfürsten vorzugreifen; auch sind wir zu Anfang unserer Regierung mit so vielen Geschäften überhäuft, dass E. kgl. W. uns für diesmal entschuldigt halten wollen. Wenn wir aber künftig gebührlich ersucht werden, so wollen wir alles befördern, was zu des Hauses Oesterreich Wolfahrt gereichen mag. Datum Dressden den 4. julii a. 1611.

Nachschrift: Der Kaiser hat uns mitgeteilt, was bisher zwischen ihm und E. kgl. W. verhandelt worden ist. Da dabei vor allem des Reiches Hoheit zu betrachten ist, so zweifeln wir nicht, E. kgl. W. werden beflissen sein, diese gebührlich in Acht zu nehmen. Wir bitten daher E. kgl. W., in den Kaiser nicht weiter zu dringen, bis man sich auf dem Kurfürstentag eines gesamten Ratschlusses und Gutachtens verglichen hat. Das wird auch E. kgl. W. selbst zu mehrem Glimpf gereichen. Ut in literis.

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104., no. 111; Kopie. — Die Nachschrift in Drs., l. 7387, II. Buch Kurfürstentags, f. 46; Kptkop. ist gedruckt bei Hammer-Purgstall, Khlesls Leben, II., Urkunden-Sammlung, no. 311.[2]

---

[1] Vgl. no. 277.

[2] Nicht nur die Bescheidung, auch der Empfang Losensteins war sehr kühl. Der Kurfürst gieng dem Gesandten nur bis in die Mitte der Stube

Digitized by Google

280. Zuñiga an König Philipp III. Juli 15.

„He recibido la carta de V. M.[d] de 17 de junio en que me nanda, que este con cuydado en lo que toca a las pretensiones del luque de Baviera al imperio.[1] Lo qual es muy conveniente, si bien no he descubierto hasta agora que el duque trayga platicas sobre esto, y la puntualidad y zelo riguroso con que procede en materia de religion, no es de persona muy çebada en pretensiones las quales no se pueden alcançar sino es concurriendo en su favor los hereges; pero es tan prudente y cauto que podria ser que traxese su juego tan encubierto que yo no alcançase. A este proposito me manda V. M.[d] que proçeda con tiento en lo que es quererme valer del socorro de la liga cattolica; por que siendo cabeça della el duque de Baviera de quien se tienen las sospechas, quiza se pondrian estas cosas en peor estado por este camino y no entiendo que aya despues en ninguna carta mia que seria bien valernos aqui de la liga cattolica, sino que pues V. M.[d] ayudava a la liga cattolica con tanta suma, que tendria por bien de convertir aquella suma en ayudas para el rey de Ungria, en caso que lo tuviese menester, como esta tratado y deslindado con los mesmos de la liga que lo pueda V. M.[d] hazer, y en este caso no tenia que entremeterse el duque de Baviera. Praga a 15 de julio 1611.“

Vom gleichen Tag liegt noch ein zweites Schreiben Zuñigas an den König vor:

„Aunque aqui son muy ordinarios los excesos en banquetes y en el bever, el elector de Saxonia era tan desordenado en esta parte que, quando estuvo aqui al conbento, cada dia temia mas que acavase y assi ha muerto agora subitamente, haviendo sido conbidado de su marichal.“ — Am 25. Mai habe ich E. M.[t] berichtet[2] „de las platicas que traya con el duque Juanjorje su hermano y subcesor sobre

---

entgegen, setzte auch den Hut gleich wieder auf und lehnte sich während der Werbung an den Tisch. Als Losenstein dies den kursächsischen Räten klagte, antworteten sie, ihr Herr habe es den kurfürstlichen Gesandten auch nicht anders gemacht. Den kaiserlichen Gesandten dagegen besuchte der Kurfürst in dessen Quartier und gab ihm dort Audienz (Adam Freiherr zu Wolkenstein an Erzherzog Maximilian am 30. Juli aus Prag; Ib., Ambraser Akten, Missiven vom August 1611, no. 13; Or. eigh.). — Ausserdem einigten sich die beiden Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, zusammen an den König zu schreiben, damit dem Kaiser nicht durch ungestümes Anhalten bei den Verhandlungen ein endlicher Schluss abgedrungen werde, der dem Reich nachteilig wäre (Kursachsen an Kurbrandenburg am 9./19. Juli; Drs., a. a. O., f. 48; Kpt.). Ob das vorliegende Konzept des Gesamtschreibens vom gleichen Datum (Drs., a. a. O., f. 47; Kpt.) ausgefertigt wurde, ist zweifelhaft; es enthält ausser obiger Ermahnung noch das Begehren, die Wachen abzuschaffen, und die Versicherung, dass der König bei den Kurfürsten durch nichts grösseren Favor erlangen könne als indem er dem Kaiser schuldige Satisfaktion erweist.

[1] Vgl. no. 85 mit Anm. 5 auf S. 188 und no. 242 mit Anm. 2 auf S. 559.

[2] Vgl. no. 264.

Digitized by Google

Juli 15. prendalle para el servicio de V. M.[d] dandole una pension; despues pareciendome que la necessidad de ganarle hera urgente y offreciendose occasion de un embaxador a Maguncia amigo mio[1] que se bolvia a Maguncia y hazia su camino por la corte de Sajonia, le di comision, paraque diesse otro tiento al duque Juanjorje y si saliesse a el, le diese muy buenas esperanças de buena conclusion. El hizo el oficio y subcedio muy bien segun me ha avisado, aunque en las particularidades se remite a escrivirmelas con otro ordinario. Este officio que hizo el embaxador, devio de ser cosa de veinte dias antes de la muerte de su hermano, que lo he tenido a muy buena suerte. Es de creer que aviendo sucedido agora en aquella gran cosa, no querra rescivir pension de V. M.[d], pero todavia tengo por muy forçoso el procurar gratificarle por otra via." Es ist von der allergrössten Wichtigkeit zu sorgen, que este nuebo elector siga las pisadas de su hermano en la aficion a la casa de Austria y buena correspondencia con los catolicos, sobre lo qual ay diversas opiniones, pero no estoy desconfiado de que ayа de salir bien." Er hat wol an den Kaiser „con gran sumision" geschrieben, an Matthias aber überhaupt nicht.[2] Beide haben zu ihm Gesandte geschickt. „Si quiere rescivir la pension el proprio, sera gran negocio y por estar començado antes que heredase, pareceria mas decente y quando no se podria dar al duque Agusto, su hermano y hasta agora subcesor suyo, porque no tiene hijos barones, y V. M.[d] se servio el año pasado de dar 6000 talleres de pension al landgravio Ludovico de Hassia[3] lo qual propuse en consideracion de la amistad que tenia con Maguncia y Sajonia, bien se vee, quanto mayor necessidad ay de cumplir con ellos mismos. Al de Maguncia he entretenido como he escrito con un presente que le hize de 6000 talleres[4]; en el trance presente no se puede dejar de dalle satisfacion que como director del conbento electoral tiene suma autoridad y es ya viejo y assi de razon no puede durar muchos años la pension que se le diere. Bien veo que mi oficio en esta coyuntura no es sino de importunar a V. M.[d], pero atrevome mas a ello biendo que las cosas de Alemania son oy en dia las que en la christianidad tienen mas necessidades del favor de V. M.[d] y que mas le tocan, assi por Su casa como por nuestra santa religion, que dura y se mantiene en estas partes mediante la confianza que los catolicos tienen en la grandeza de V. M.[d], la qual esperimentan con Sus favores que son causa principal, para que los herejes no les acaben de perder el respeto. De Praga a 15 de junio [!] 1611".

Sim., Fasz. 2497, f. 195 und f. 196; Orr.

---

[1] Hans Reichard Brömser; vgl. no. 268.

[2] Vgl. no. 277 und no. 279.

[3] Wegen der spanischen Pension für Landgraf Ludwig von Hessen vgl. no. 268, S. 620, Anm. 2.

[4] Vgl. no. 224 und no. 242.

Digitized by Google

281. Hans Reichard Brömser an den Kurfürsten von Mainz. Juli 15.

Ich bedaure den Tod des Kurfürsten von Sachsen, dem ich „wenige auch under den catholischen selbsten vergleichen, will geschweigen vorzihen konnen". Beim Nachfolger habe ich wenig Ursache, an gleicher Intention zu zweifeln; aber mir sind alle Aenderungen verdächtig und werden die Gegner und deren unruhiger Anhang sich gewiss befleissen, das Gemüt des Nachfolgers auf andere Wege zu bringen und ihm unbegründete Sachen vorzutragen. Ich halte daher für sehr nötig, wie auch E. kfl. Gn. am Ende Ihres Schreibens [fehlt] selbst andeuten, so schnell als möglich eine geeignete Person nach Dresden abzuordnen, sich zu voriger Vertraulichkeit zu erbieten und glimpfliche Erinnerung wegen der verlaufenen und noch bevorstehenden Sachen zu tun. Dr. Gereon und Schenkern sind beide geeignet; doch dünkt mich, dass dort nicht immer genehm ist, wenn derlei Sendungen durch Gelehrte verrichtet werden; weder beim verstorbenen noch beim jetzigen Kurfürsten weiss ich ausser Gerstenberg einen Gelehrten, dessen man sich (abgesehen von den Beratungen des geheimen Rats) in dieser Art publice bedient hätte. Ich würde daher eine Adelsperson und zwar Schenkern vorschlagen, dessen Vater beim jetzigen Kurfürsten in gutem Ansehen war. Wenn E. kfl. Gn. ihn vor der Abfertigung hieher schicken, so will ich ihm noch allerlei Anweisungen geben. —

Wegen der kaiserlichen Kommission bin ich stets in dem Gedanken gewesen, dass sie vom Herzog von Braunschweig und von anderen durch die unkatholischen, ja atheistischen Kammerdiener, die jetzt um des Kaisers Person sind „und des Langen vices suppliren",[1] zu dem Ende erpraktiziert worden ist, damit die Katholischen nicht nur vom Direktorium sondern vom ganzen Wesen und Ratschlag „removiert" werden; anfangs war kein einziger Katholischer zu dieser Kommission verordnet „und solches allein durch meine wenige person nicht ohne sonderbare gefahr so viel als es itzunder ist, geendert und auf diese weg, dass noch ein catholischer fürst darzue benambt, dirigirt worden." — Sachsen hat sich auf mein Ansuchen ganz wol und aufrichtig gehalten und hätte ich ohne ihn nicht fortkommen können; daher hat man um so mehr zu wachen und sich zu bemühen, dass die Kollegialhandlung nicht in die Länge gezogen und den unruhigen Praktikanten Zeit gegönnt werde, den angesetzten Keil weiter zu treiben und sich der Zaghaftigkeit und Unentschlossenheit des Kaisers, dem ohnehin alles verdächtig ist, frei zu bedienen. — Was mir wegen der Kommission geschrieben worden ist und ich hiemit überschicke, hat mich bestürzt, besonders da E. kfl. Gn. es bestätigen.

---

[1] Vgl. no. 262 und no. 268; wegen Lang F. Hurter, Philipp Lang, Kammerdiener Kaiser Rudolfs II., Schaffhausen 1851 und Briefe und Akten, V., 727 f.

Digitized by Google

Juli 15. „Braunschweig, Wacker, Minckwitz, Rüdiger seint ein ding, der Otto Melander[1] ist mir ohnbekant, der von Molart ist von keinem nachdruck, Hanniwalt, Hegenmüller dorfen nicht mehr, Stralendorf gilt nichts, der ainzige guete Barvitius ist uberstimpt und verdruckt. gedenkt nur dahin, wie er seine person aus diesem labyrint und gefahr bringen moge, also das nuhmehr das ganze regiment und directorium bei den erst benenten vieren entweder ex professo ohncatholischen oder doch kalten heuchlern bestehet und (das noch erger ist) gleichwol diese 4 nicht eben des vertrauens oder achtung seint bei I. ksl. M.t, das sie recta oder durch aigene person ihr vorhaben bei deroselben dirigiren oder vortbringen sondern mussen sich zweier oder 3 camerdiner, nemblich des Hans von Achen,[2] des Eritii[3] und des leibmedici[4] gebrauchen, darunder der erst ein Lutheraner und zwar nicht so gar ohntractabel, die anderen baide aber extreme Calvinisten, in wichtigen reichs- oder regierungsachen ohnerfahren, nichts desto weniger sonsten practicirerische und verschlagene gesellen seint, vornehmblich der Eritius, welcher, wie mir wissent, den vorschlag bei I. M.t gethan sowol des herzogen als auch des von Minckwitz halben.“ Ich weiss dies daher, dass bei meinem letzten Aufenthalt in Prag Ericius den Sächsischen „per scedulam“ vorschlug, sie sollten beim Kaiser befördern helfen, dass Minckwitz in den geheimen Rat komme, er, Ericius, habe den Kaiser schon dazu disponiert: es zu erlangen sei eben die beste Zeit, man könne jetzt erreichen, was zuvor vom ganzen Reich, besonders von den „Augustanern“ mit grossem Eifer vergeblich gesucht worden sei. — Daraus ist die Intention leicht zu merken. — Die Sachsen haben es aber misbilligt und beim Kaiser nichts angeregt und zwar auch deshalb, weil sie, obgleich sie Parität im geheimen Rat und Reichshofrat gern sähen, doch besorgten, es würden sich damit die Calvinisten, bei denen kein Friede zu hoffen ist, einnisten und endlich die Katholischen und die der a. C. „ausmustern“; sie wollten sich lieber mit den Katholischen bei diesen Aemtern vertragen als die Calvinisten hervorziehen; bei jenen hätten sie bisher Offension und ungebührliche Zunötigung nicht gefunden. — Wenn aber das Regiment noch lange bei diesen Leuten bleiben soll, so können E. kfl. Gn. ermessen, was daraus werden wird: die calvinische Meinung gestattet, ja fordert, dass man auch mit Unwahrheiten den Gegner

---

[1] Rüdiger und Melander waren böhmische Appellationsräte und Protestanten; vgl. no. 284.

[2] Wegen Hans von Aachen vgl. no. 271 und Anm. 3 auf S. 624.

[3] Vgl. no. 262, S. 606, Anm. 1.

[4] Leibärzte des Kaisers waren Dr. Octavian Roboreto (oder Roverete), Hektor Moscaglia, Simon Perger, Anshelm Boetius und Johann Altenstedt (Wiener Hofbibliothek, Hofzahlamtsrechnungen von 1610–1612). Roboreto empfieng das höchste Gehalt (1000 fl.), ausserdem hatte ihm der Kaiser noch ein Haus beim Schloss geschenkt (vgl. Hammer-Purgstall, Ueber die Verhandlungen mit Herrn von Rosenberg etc., Abhandlungen der böhmischen Gesellschaft der Wissenschaften, V. Folge, 3. Bd., S. 811).

Digitized by Google

verhasst und verdächtig macht, wie das Schreiben der böhmischen Stände wegen der Aussage des Mönchs zeigt.[1] — Dem Kaiser ist alles verdächtig und glaubt er alles, was man ihm einbildet, wenn es nur einen Schein hat, dass ihm Gefahr droht, besonders von den Personen, auf die er ohnehin ein Auge hat. Da er ganz verzagt ist, glaubt er sich von jedermann verlassen; „mussen demnach hulf suchen und nehmen, wo sie konnen. Und uber das ligt deroselben hart im sinn (inmassen ich selbsten und coram von dero vernomen), das sie sich besorgen, wan sie herausskommen, so werden die churfursten mit ihro spielen wie die Bohemen und Ostereicher gethan; ein verbrant kind sorgt das feuer.“ Daher haben die Praktikanten gute Gelegenheit, einem so zaghaften und verwirrten Gemüt allerlei ihrem bösen Intent Dienliches einzubilden und sich zu nützen, „bevorab da man auch Gottes und der religion ohne das, als es laider scheinet, nicht viel oder hoch achtet“.[2] Ich bin daher immer noch der Meinung, es sei bei solcher Regierung jeder Augenblick gefährlich oder verderblich, nicht nur wegen der Religion sondern auch wegen „distrahir- und dilapidirung der kaiserlichen und des reichs gueter und beropfung des adlers federen, darin sich die bekante mercenarii itzunder waidlich brauchen und einer dem anderen an stegraif greifen werden.“ Würde sich nun der Kurfürstentag doch verziehen, so sollten E. kfl. Gn. mit Dero geistlichen Mitkurfürsten vertraulich beraten, wie man diesem Unwesen etwas vorbauen könnte, damit die Katholischen nicht ganz neben die Bank gesetzt werden. Ich kann nicht glauben, dass dies Gebahren Spanien oder einem aus dem Hause Oesterreich gefällt. „Rex Hungariae autem eodem laborat morbo; quid sentiant pontifex et reliqui principes catholici, facile potest iudicari.“ Juli 15.

Dass der Kaiser sich mit seinem Bruder in eine neue Traktation eingelassen hat, ist dem vorigen Abschied und den verschiedenen schriftlichen Erklärungen ganz ungemäss und ein Zeichen des Wankelmuts. Die Sache kommt mir um so verdächtiger vor, als der Herzog von Braunschweig sich dabei gebrauchen lässt, „welcher zuevor deme gar zuewider gewesen und alles bis auf der churfursten und des reichs erklerung und guetachten verschieben wollen.“ Ich sorge, dass es nur darauf angesehen ist, damit das Regiment länger zu erhalten. Dass man dabei nach Rebmanns Andeuten den Punkt der Residenz bereits richtig haben soll, hat nicht viel auf sich; der zweite Punkt de modo regnandi et iurisdictionem habendi hat ein viel weiteres Aussehen und fürchte ich, dass dabei Dinge auf die Bahn kommen werden, wobei sich die Katholischen in Böhmen übel befinden und woraus für das Reich ein böses Exempel und Eingang gezogen werden könnte, besonders da der König wegen der Religion und deren Uebung bereits viel zu weit gegangen ist, unwiederbringlichen Nachteil eingeführt hat und keine Hoffnung ist, dass man zurückhandeln könnte. Wegen

[1] Vgl. no. 73, S. 165, Anm. 2.
[2] Vgl. Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II, S. 312, oben no. 256 und unten no. 299.

Digitized by Google

Juli 15. der Jurisdiktion stehe ich auch in Sorgen, „nachdeme sich der konig und die Bohemen vor diesem erzaiget und offentlich vernehmen lassen, es werde damit so viel nicht erlanget oder in solche schranken gebracht werden, wie es die kaiserliche und des heil. reichs ehr, reputation und notturft erfordert.“ Vielleicht könnten E. kfl. Gn. über diesen Punkt sich bei Zeiten etwas genaueren Bericht verschaffen; denn es handelt sich um Sachen, die des Reiches und der Kurfürsten Hoheit und Notdurft betreffen. E. kfl. Gn. könnten den Kaiser etwa durch ein Handschreiben deshalb erinnern.

Dass es mit Pfalz in solchen terminis steht, höre ich gern.[1] Ich habe früher allerdings mehr zu Neuburg geneigt; aber da ich dessen Hartnäckigkeit und Ungehorsam sehe, muss ich nun glauben, dass man mit der Administration Zweibrückens besser fortkommt, besonders wenn es mit dem Successionswesen, wie E. kfl. Gn. von Anhalt vernahmen, Ernst sein soll; doch hat man wegen des gewohnten Gebahrens dieser Leute Ursache zu zweifeln; die „versutiae“ Anhalts sind bekannt. Ich glaube aber, er hätte sich so weit nicht bloss gegeben, wenn er nicht ein Fundament hätte „oder aber habe man an deme ort etwas gewindet, wohien es one das per maiora ausschlagen mogte, dahero man sich darzue itzo, als wan es auch ihr gueter will, bequemet. Quicquid sit, so wird es doch den weg gehen mussen, wofern anderst den catholischen stenden und der ganzen kirchen geholfen sein [soll].“ Aus Gesprächen mit einigen Pfälzern und Hessen entnahm ich, „dass communis vox dahin ausschlagen will, welches dan meines bedunkens kein böse anzaigung ist.“ Das Schreiben an Zuñiga ist in Verstoss geraten; wenn es sich noch findet, möge es, obwol sich die Sache etwas geändert hat, abgesandt werden. Datum Schwalbach den 15. julii a. 1611. — Praes. Aschaffenburg 17. julii 1611.

Wmz., Korrespondenz, Bd. 1. — Or. eigh.[2]

Juli 15. **282.** Die zum Kurfürstentag abgeordneten kurmainzischen Räte an den Kurfürsten von Mainz.

Wir kamen am 5. Juli gleichzeitig mit den Kölnern in Mühlhausen an, am 7. kam Schönberg, am 8. Brandenstein und Gerstenberg, die uns während des Essens schriftlich das Ableben ihres Herrn anzeigten.[3] Da die Trierer noch immer nicht eingetroffen waren, wollten wir und die Kölner bei den Sachsen kondolieren; allein diese weigerten sich, da ihre Gewalt erloschen sei, etwas anderes als ein schriftliches

---

[1] Vgl. no. 273.

[2] Einer der Gewährsmänner Brömsers über die Vorgänge am kaiserlichen Hof war der auf Antrieb Leuchtenbergs im April 1611 entlassene Reichshofrat Dr. Hans Ulrich Hämmerle; vgl. unten no. 291, S. 673, Anm 1.

[3] No. 267, S. 616, Anm. 3.

Digitized by Google

Memorial anzunehmen; der sächsische Sekretär nahm es dann in unserer Wohnung entgegen. Juli 15

Auf Wunsch der Kölner hatten wir mit diesen am 8. eine Unterredung,[1] wobei sie anregten: 1. wie man zur Reassumtion des Kurfürstentags kommen könnte? 2. was man deshalb von Sachsen erfahren habe? 3. ob bei nächstem Kurfürstentag noch neue Punkte proponiert werden sollen? — Bei 1. hielt man dafür, der Kaiser werde die Reassumtion bei diesen Läufen gerne befördert sehen; wegen Zeit und Ort stand man aber an, da nun keines der weltlichen Kurhäuser im Verein und daher vor allem nötig sei, Sachsen die Aufnahme in den Kurverein anzumuten oder abzuwarten, ob es von selbst eintreten werde. Wegen des Administrationsstreits wurde erwogen, ob man den Administrator bei der Beschreibung übergehen solle oder nicht; in dem einen Fall würde Pfalzgraf Johann, im andern Pfalzgraf Philipp Ludwig verletzt werden und könnten E. kfl. Gn. sich hohen Verweis zuziehen: denn der Administrator befinde sich in kundlicher Possession und habe die kaiserliche Bestätigung des kurfürstlichen Testaments und die Admission in das rheinische Kurkolleg für sich, der Neuburger könne sich aber auf das erste Ausschreiben und das kaiserliche Handschreiben berufen, wonach bei dieser Zusammenkunft der Streit vorgenommen werden solle. Da auch wegen der Erteilung des jülichschen Titels an Kurbrandenburg triftige Gründe für und wider bestehen, so hat man diese Punkte wegen Triers Abwesenheit ausgesetzt und beschlossen, die beiderseitigen Gutachten den Kurfürsten von Trier und Köln zu referieren.

Beim 2. Punkt haben wir den Kölnern berichtet, was wir von den Sachsen vernahmen, dass die Consilia sich beim neuen Kurfürsten nicht ändern würden; auch haben wir ihnen Abschrift des kaiserlichen Handschreibens erteilt.

Beim 3. Punkt, den die Kölner auf die prager Handlung und auf die Reformation des Reichshofrats verstanden, haben wir zu Bericht genommen, ob dieser Punkt ins künftige Ausschreiben zum neuen Kurfürstentag zu rücken sei.

Am 8. Juli abends kamen die Trierer, nämlich der Kanzler und Dr. Pütz; ihretwegen blieben die Kölner und hörten am 9. deren Meinung über die drei Punkte bei uns an. Wegen der Beschreibung des Administrators schlugen die Trierer vor, um unsere Herrn alles Verweises zu entheben, dem Kaiser anheim zu geben, dass er seinen verordneten Kommissarien befehle, einige Tage vor dem Kurfürstentag anzukommen und zwischen beiden Teilen zu verhandeln. Man hat dies aber für zeitraubend und bei des Kaisers jetzigem Zustand für ungewiss erachtet und schliesslich bedacht, dass E. kfl. Gn. mit Sachsen und Brandenburg, die an dem Kuratelstreit am meisten interessiert sind, deswegen kommunizieren und von ihnen vernehmen

[1] Das Protokoll der Verhandlungen am 8. und 9. Juli in Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 98; Or. von Heusels Hand.

Digitized by Google

Juli 15., sollten, ob sie die Beschreibung oder die Uebergehung des Administrators für rätlicher ansehen; doch könnte man auch den Kaiser erinnern, seinen Kommissarien wegen Ergänzung des Kollegs Befehl zu erteilen. Die Trierer wollen alles nur referieren, aber die Sache bei ihrem Herrn beschleunigen, damit er sich ehestens gegen E. kfl. Gn. erkläre, ob man sich wegen des Administrators an Sachsen und Brandenburg wenden solle; wegen der andern Punkte könnte sich ihr Herr ungehört der beiden weltlichen Kurfürsten schwerlich erklären.[1] — Am 10. kam noch ein Sekretär des Landgrafen Moriz nach Mühlhausen, um zu vernehmen, wer da sei und ob keine Befehle oder Schreiben aus Prag angelangt seien; wir berichteten ihm den Verlauf. Datum Aschaffenburg den 15. julii a. 1611. — Praes. Aschaffenburg 16. julii 1611.

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 99[1]; Or.

[Juli, erste Hälfte.] 283. Kursächsische Denkschrift wegen der Bestätigung des jüterbogker Vergleichs durch den Kaiser.

Bei Neuburg haben weder die fürstlichen Unterhändler noch Landgraf Moriz etwas ausgerichtet;[2] der junge Pfalzgraf fährt täglich mit beschwerlichen Attentaten fort, der alte hat dieser Tage zu Prag

---

[1] Nach dem Protokoll wurde auch über die Behandlung des Justizpunktes beim Kurfürstentag geredet. Die Kölner hatten erst Bedenken, ob ohne Praejudiz für die Katholischen die Güte bei Entscheidung der schwebenden Streitfälle, besonders der Klostersachen vorgeschlagen werden könnte; die Mainzer meinten, dass man sie als äusserstes und dann unpraejudizierliches Mittel gelten lassen könnte; die Trierer wollten nochmals auf den Abschied von 1598 dringen und dass „pares numero“ zu den Klostersachen deputiert werden; — mit der Güte sei dem Hauptstreit nicht geholfen; „solte das solches auch nit verfangen, muste man den sachen in andere weg nachdenken und entweder die clostersachen ausstellen oder die parteien zur gueto ermahnen“. Schliesslich liessen sich auch die Kölner die Güte, doch ohne Praejudiz für andere beim Kammergericht schwebende Sachen und auf Ansuchen der Parteien gefallen.

[2] Landgraf Moriz hatte dem Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm von Neuburg eine Zusammenkunft vorgeschlagen, um ihn zu der noch ausstehenden Ratifikation des jüterbogker Vertrags durch Neuburg zu bewegen. Nach verschiedenen Ausflüchten des Pfalzgrafen, dass er erst den Rat seiner Leute, der Unierten und der assistierenden Mächte einholen müsste (Drs., l. 8808, 23. Buch jülicher Sachen, f. 301; Kopie), fand am 15./25. Mai die Unterredung zu Büren in Westfalen statt, die ergebnislos verlief, da der Pfalzgraf einen Aufschub von drei Monaten begehrte, um jene Gutachten einzuholen (Landgraf Moriz an das Gesamthaus Sachsen am 21./31. Mai; Drs., a. a. O., f. 475; Or.). Am 21./31. Mai schrieb Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm aber an die Kurfürstin von Brandenburg: er wolle Sachsens Einnahme in den jülicher Besitz um jeden Preis verhindern und Eltern, Landstände, Untertanen und Assistenten zu gleicher Resolution bewegen; er halte aber eine Vergleichung zwischen Neuburg und Kurbrandenburg wegen gemeinsamer Behauptung der Possession in Jülich für nötig und werde deshalb die Reise nach der Mark antreten (Me., Neuburger Archiv, Jülich-Berg, Fasz. 5a, f. 7: Auszug). Der Aufbruch Wolfgang Wilhelms dahin erfolgte am 23. Juni

Digitized by Google

eine starke Kontradiktionsschrift eingegeben.[1] Da zu besorgen ist, dass Sachsen auf diese Weise nur schwer und langsam zu seiner Intention kommen wird, so muss man auf andere Wege dazu denken; diese sind: 1. die kaiserliche Bestätigung des Vergleichs; 2. die Benützung des kurpfälzischen Administrationsstreits. [Juli, erste Hälfte.]

I. Am kaiserlichen Hof wird wegen der Angelegenheiten des Kaisers jetzt besonderer Fleiss angewendet, den Kurfürstentag zu befördern, dagegen bleiben die jülicher Sachen und die Bestätigung des jüterbogker Vertrags stecken. Das verursacht entweder die grosse Bestürzung, in die der Kaiser und seine Räte geraten sind, oder es ist eine Absicht dabei. Hat ersteres statt, so muss man fleissig erinnern und sollizitiren. Nun begehren die kaiserlichen Räte, dass vermöge des jüterbogker Vertrags Brandenburg und Neuburg zugleich mit Sachsen um Bestätigung anhalten sollen. Es kann aber Brandenburg dies

---

(Wolfgang Wilhelm an Kurbrandenburg am 16 Juni aus Cleve; Mc., Jülicher Succession, Fasz. 54, no. 100, II., f. 6; Kpt.). Inzwischen hatte Landgraf Moriz noch einen zweiten Versuch bei Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm gemacht und ihm ein Schreiben der Königin-Regentin von Frankreich vom 14. Mai mitgeteilt, worin diese die Ratifikation des jüterbogker Vertrags für notwendig erklärte (Königin an Landgraf Moriz; Bbg., A 9a, no. 85, f. 11; Auszug); aber auch das verfieng nicht. Des Landgrafen letzte Hoffnung blieb, durch seinen Sohn Otto, der eine Reise nach England machte, dem Pfalzgrafen bei den Generalstaaten und bei Jakob I. den Weg zu verlegen (Landgraf Moriz an Kursachsen am 10./20. Juni; Drs., l. 8808, 24. Buch jülicher Sachen, f. 112; Or.).

[1] Am 20. Juni war ein kaiserliches Dekret ergangen, das den alten Pfalzgrafen verhielt, binnen sechs Wochen seine Erklärung wegen Bestätigung des jüterbogker Vertrags abzugeben, sonst werde der Kaiser auch ohne diese Erklärung einen Bescheid wegen des jüterbogker Vertrags herausgeben; zugleich möge Pfalzgraf Philipp Ludwig seinen Sohn Wolfgang Wilhelm zu mehrerm Respekt und Gehorsam gegen den Kaiser anhalten (Ma., 519/13, f. 57; Kopie). Neuburgs Suchen um Belehnung mit den jülicher Landen war ignoriert worden. — Darauf schrieb am $\frac{\text{21. Juni}}{\text{1. Juli}}$ der Pfalzgraf Philipp Ludwig an den Kaiser: Er habe bisher weder den jüterbogker Rezess noch einige wichtige Beilagen dazu in authentischer Form erhalten und habe sich deshalb bisher nicht erklären können; es wäre befremdlich, dass er etwas ratifizieren solle, was er nicht genau kenne; der Kaiser möge ihn daher nicht durch einen so kurzen Termin übereilen, zumal die Kurfürsten und Fürsten die kaiserliche Bestätigung schwerlich so stark betreiben werden; die Interessenten müssten sich zuerst unter einander vergleichen und könnten sich dann erst insgesamt um die Bestätigung anmelden; Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm sei stets zu allem Gehorsam gegen den Kaiser geneigt; der Kaiser möge sich auch wegen der nachgesuchten Belehnung erklären (Me., Neuburger Archiv, Jülich-Berg, Fasz. 24,6[1]; Kopie). — Tatsächlich war aber Pfalzgraf Philipp Ludwig sehr kleinlaut geworden und ebenso wie sein Kanzler Fröhlich im äussersten Notfall zur Admission Sachsens dem Kaiser zu Ehren bereit, damit Neuburg nicht allein den Unglimpf zu tragen habe (Philipp Ludwig an Wolfgang Wilhelm am $\frac{\text{21. Juni}}{\text{1. Juli}}$; Me., a. a. O.).

Digitized by Google

[Juli, erste Hälfte.] nicht tun: 1. wegen des dortmunder Abschieds[1] und 2. wegen des jüterbogker Vertrags selbst, worin vorgesehen ist, dass zuerst die Ratifikation Neuburgs erhandelt und dann von allen Interessenten insgesamt um die Bestätigung angehalten werden soll. — Da Neuburg es nicht tun will, muss Sachsen das Beste tun und dem Kaiser vorhalten: 1. seine bisherigen Verdienste um ihn; 2. die bisher mit Rücksicht auf ihn erwiesene Geduld; 3. dass nun das ganze Werk auf dessen Resolution beruht; 4. warum Brandenburg die Bestätigung nicht nachsuchen kann, obgleich der Kurfürst mit dem Vertrag zufrieden ist; 5. dass Neuburg keine Ursache zur Verweigerung der Ratifikation hat, da des Pfalzgrafen Interesse genügend gewahrt ist. Es ist nicht zu zweifeln, dass der Kaiser daraufhin die Bestätigung erteilen wird. — Unterbleibt diese aber dennoch, so zaudert man am kaiserlichen Hof vorsätzlich und muss dies Sachsen wol beachten: denn wenn die Bestätigung nicht jetzt erfolgt, da der Kaiser in Nöten ist und Sachsens Hilfe bedarf, so wird sie um so weniger geschehen, wenn seine Sachen wieder in gutem Stand sind. Es sollte zwar dem Kaiser selbst und dessen Räten solches nicht zuzutrauen sein; aber man weiss nun 1. aus Tengnagels Aussagen, was für Anschläge mit Jülich man vorgehabt und dass man diese Länder Sachsen eben so wenig als den Possidierenden gegönnt hat, und 2. dass die Katholischen vom jüterbogker Vertrag ungern hören, wenn ihre Schreiben darüber auch anders lauten. Daraus ist abzunehmen, dass, wenn durch Neuburgs Weigerung sich neuer Misverstand unter den vornehmsten evangelischen Häusern erheben sollte, es an bösen Leuten nicht mangeln würde, die dadurch zu ihrer Intention zu kommen hoffen. Man muss also dem jetzt vorbauen, da der Kaiser Sachsens nicht entraten kann. — Es ist daher zu erwägen, ob nicht der Kurfürst mit dem Kurfürstentag an sich halten und ihn nicht eher fortgehen lassen soll, bis er wegen der Bestätigung eine annehmbare Resolution erlangt hat. Da der Kaiser auf diesen Tag all seine Wolfahrt und die Rettung seiner Reputation und Hoheit setzt, so wird er, ehe er ihn lange aufziehen lässt, lieber Sachsen willfahren, es werden auch die geistlichen Kurfürsten fleissig dazu raten und wird also Sachsen in vierzehn Tagen mehr erreichen als vordem die ganze Zeit her. Man mag einwenden, der Kurfürstentag sei ein gemeines Werk, woran dem ganzen Reich gelegen, die jülicher Sache sei eine private und betreffe nur einige Fürsten, dürfe also die gemeine Sache nicht hindern, — aber die jülicher Sache ist auch eine gemeine in Ansehung der grossen Gefahr für das Reich, wenn es nicht beim jüterbogker Vertrag bleibt, und dem Kaiser ist daran eben so viel wie an dem Kurfürstentag gelegen, da ihm beim Fehlschlagen der Güte die

[1] Vgl. J. du Mont, Corps universel diplomatique. V., 2, S. 103 und Moerner, Kurbrandenburgs Staatsverträge, Berlin 1867, S. 45.

Digitized by Google

vornehmsten Mittel entzogen würden, durch die ihm in seiner jetzigen Bedrängnis geholfen werden könnte. [Juli, erste Hälfte.]

II. Mittel. Wenn Neuburg die kurpfälzische Administration verliert, so sind ihm alle Mittel benommen, wodurch es ermutigt werden möchte, dem jüterbogker Vertrag zu widersprechen; man muss daher verhüten, dass Neuburg zur Administration kommt. Man könnte dem zwar entgegen halten, dass gerade durch die Einräumung der Administration Neuburg zur Ratifikation bewogen werden dürfte. Darauf ist aber zu erwidern, dass dies vielleicht beim alten, nicht aber beim jungen Pfalzgrafen zutreffen mag, der bei Lebzeiten des Vaters doch nicht zur Administration käme, dagegen auf die jülicher Lande so erpicht ist, dass er darüber wol anderes hintansetzt. Und selbst wenn unter dieser Bedingung beide Pfalzgrafen gewonnen werden könnten, so ist doch zu bedenken, dass dadurch nur neue Zerrüttung im Reich entstehen würde: 1. wegen des kurfürstlich pfälzischen Testaments, 2. wegen der kaiserlichen Bestätigung desselben, 3. wegen der schon geleisteten Huldigung, 4. wegen der erfolgten Anerkennung des Administrators durch das Kammergericht und die geistlichen Kurfürsten, 5. da der Administrator im Besitz ist und 6. der junge Kurfürst von keinem andern Administrator wissen will. Auch die Unierten werden den jetzigen Administrator nicht lassen können, der überdies Sachsen in der jülicher Sache nie zuwider gewesen ist sondern zu dessen Einnahme mit Hintansetzung seiner eigenen Interessen geraten hat. Der Kurfürst von Sachsen wird ihm aber 1. grosse Freundschaft erweisen, wenn er ihn bei der Administration erhält und befördert, dass er zum Kurfürstentag beschrieben wird; 2. er wird sich dadurch den jungen Kurfürsten verpflichten und gute Korrespondenz zwischen den beiden Kurhäusern stiften, 3. Gefahr und Unruhe vom Reich abwenden und 4. dem Kaiser einen ansehnlichen Dienst erweisen, dem aufs höchste daran liegt, dass der Kurfürstentag fruchtbar abgeht. Das geschieht aber am besten, wenn das ganze kurfürstliche Kolleg beisammen ist; denn der Administrator soll nicht gewillt sein, den Kurfürstentag zu besuchen oder zu beschicken, wenn er nicht ebenso wie Kurbrandenburg, der noch gar nicht ausgesöhnt ist, beschrieben wird.[1] — Man könnte dagegen einwenden, dass nun die Zeit zur Beschreibung des Administrators zu kurz sei; — aber es ist schon angedeutet worden, dass Sachsen auch wegen der jülicher Sache Ursache hat, mit dem Kurfürstentag etwas an sich zu halten. Da auch des Kaisers Interesse dazu kommt, so ist der Verzug von etwa drei Wochen umso weniger in Anschlag zu bringen als 1. dem Kaiser durch Ergänzung des Kollegs sehr gedient, 2. Sachsen durch die kaiserliche Bestätigung in der jülicher Sache gesichert und 3. Neuburg gewiss dazu gebracht werden wird, sich zur Ratifikation

[1] Die Aussöhnung war inzwischen am 24. Juni erfolgt; vgl. no. 186, S. 449, Anm. 1.

Digitized by Google

[Juli, erste Hälfte.] selbst zu erbieten; 4. der Kurfürst von Sachsen wird im Reich grosse Autorität erlangen, dass durch seine Interposition so grosse Sachen zu wege gebracht werden und auch in Jülich solche Reputation gewinnen, dass der Einnahme Sachsens niemand opponieren wird.[1]

Nota: Man könnte auch an Frankreich, England und die Staaten schreiben und sie neben Danksagung für die geleisteten Dienste ersuchen, Neuburg von seinem Vorhaben abzumahnen. Da auch in Jülich viele zweifeln, dass zu Jüterbogk ein richtiger Vertrag gemacht und von Kurbrandenburg vollzogen worden sei, so könnte Sachsen jemanden mit dem vollzogenen Original dahin abfertigen, um es den Vornehmsten zu zeigen und dadurch des Pfalzgrafen Vorgeben abzulehnen; diese Information würde mehr wirken als wenn Sachsen ebenfalls Patente publizieren liesse. O. D.

Drs., l. 8808, 24. Buch jül. Sachen, f. 162; Kopie.[2]

Juli 16. **284. Peter de Vischere an Erzherzog Albrecht.**

Am 10. ist mit dem von E. fl. D.[4] geschickten Kurier ein Schreiben vom Markgrafen Castiglione[3] aus Spanien gekommen, worin

---

[1] Tatsächlich vollzieht sich zu Anfang des Juli eine kleine Aenderung in der Haltung Sachsens wegen des Administrationsstreits. Noch Colli war in Dresden beschieden worden, der Kurfürst könne sich in dieser Sache nicht abgesondert von den andern erklären und müsse alles auf die mühlhauser Tagung verschieben (vgl. no. 225, S. 530, Anm. 2); in der Instruktion für die zum Kurfürstentag vorausgeschickten Räte (vom $\frac{\text{21. Juni}}{\text{1. Juli}}$) erklärt der Kurfürst es freilich noch für wünschenswert, dass Pfalzgraf Johann dem Pfalzgrafen Philipp Ludwig die Mitadministration lasse oder die Administration wenigstens in dessen Name führe, die Tagungen zugleich mit ihm beschicke und ihm die obere Stelle gebe; wäre aber davon nichts zu erhalten, so müsste man sich, da die andern Kurfürsten Pfalzgraf Johann als Administrator anerkennen, der Mehrheit bequemen und gleichfalls den Zweibrücker als Administrator anerkennen (Drs., l. 7387, I. Buch Kurfürstentags, f. 56; Kpt.). — Am 9. Juli äussert der Kurfürst von Mainz zu Dr. Camerarius, der wegen des Administrationsstreits und wegen der verweigerten Anweisung eines Quartiers zu Mühlhausen für den Administrator nach Aschaffenburg geschickt worden war [vgl. no. 273, S. 629, Anm. 1], Kursachsen sei durch Neuburg beleidigt, weil dieser die Ratifikation des jüterbogker Vertrags verziehe (Ma., 547/14, f. 162; Aufzeichnungen von Camerarius' Hand). — Am $\frac{\text{26. August}}{\text{5. September}}$ schreibt die Kurfürstin von Brandenburg an Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm: „Der itzige kurfurst zu Sachsen hat aussdrucklich gesagt, das er vrsach wehr, das E. L. herr vatter nicht die administration bekem; denn der fogel in Gülich möcht darnach im grösser possen machen als er izt thun kan (Me., Fasz. 126; — Or. eigh.).

[2] Datiert mit Rücksicht auf das neuburgische Schreiben in Anm. 1 auf S. 653; da in der Denkschrift des Ablebens Christians II nicht gedacht ist, so wird sie wol nicht am kurfürstlichen Hoflager entstanden sein.

[3] Franz Gonzaga Marchese von Castiglione, ein Bruder des heil. Aloisius, war seit 1604 kaiserlicher Botschafter in Rom und vertrat seit 1608 den Kaiser in Madrid; vgl. über ihn Briefe und Akten, V., S. 720, Anm. 1 und S. 827, VI., no. 232 und no. 261.

Digitized by Google

dieser den Ehevertrag zwischen Spanien und Frankreich meldet[1] und berichtet, „das I. kgl. M.t und der ganzer hof sehr hoch empfinden und ihr misfalle, das I. ksl. M.t und dero rät so ubel und streng tractiret und nit mehr gerespectiret werden.“[2] An Barvitius schreibt Castiglione, er werde seinen Abschied verlangen, weil er seit langer Zeit weder vom Kaiser noch von den Ministern einen Brief erhalten habe. „Jtz aber schreiben I. M.t S. fl. Gn. wegen der markgrafschaft Final und remittiren das ganze different an I. kgl. M.t von Hispanien und den marchesen, das sie darin disponiren, wie sie es billich befinden.“ Juli 16.

Am 11. ist Proskofsky zum Oberstkämmerer (welches Amt er bis dahin nur verwaltete), Graf Maximilian von Salm zum Oberststallmeister und der von Mollart zum Hofmarschall durch den Landgrafen von Leuchtenberg installiert worden. — „Denselben hat Hannewald mich berichtet, das er vorigen tages gar gnedigste audienz bei I. ksl. M.t wie auch den tag zwemal gehabt und 20000 gulden gnadengeld proprio caesaris motu erlangt habe.“ Nachmittags ist er mit dem Obersten von Trautmannsdorf[3] nach Dresden gereist, wo er auf weiteren Befehl des Kaisers warten soll. — Barvitius und nachher der Kammerdiener Ericius sagten mir, der Kaiser habe es etwas empfunden, dass ich in meinem Anbringen ihm „nicht weiter als geschehn“ kondoliert[4] und ihm keine Hilfe versprochen hätte, wie der Kaiser sich denn überhaupt höchlichst verwundere, dass es von keinem Mitgliede des Hauses geschehen sei. Ich habe das mit Redensarten entschuldigt und ihnen gesagt: E. fl. D.t hätten mich zu den geistlichen Kurfürsten geschickt, um diese zu ermahnen, auf dem Kurfürstentag Mittel zu suchen, „wie die von neuen eingefallenen mishellikeiten wider zu remediren und alles mit reservierung I. ksl. M.t authoritet und respect wider zu ruhigem fridigen stand und guten bruderlichen vernemen zue bringen, wie sie dan auch solches zu thuen sich erboten.“ Beide haben sich über diese Mitteilung gefreut und versichert, der Kaiser sei mit niemandem seines Hauses besser zufrieden als mit E. fl. D.t. — Ericius hat auch erzählt, dass Kurfürst Hans Georg von Sachsen seines Bruders Tod dem Kaiser, nicht aber dem König Matthias durch ein Handschreiben angezeigt habe; der Kaiser habe darauf durch Günterode sogleich einen Indult zum Antritt der kurfürstlichen Regierung überschickt. Der Kaiser hat nach demselben Gewährsmann sich ein „Signet“ machen lassen, soll aber noch Bedenken

---

[1] Der erste Praeliminarvertrag vom 30. April 1611 ist gedruckt bei J. du Mont, Corps universel diplomatique, V., 2., S. 165.

[2] Am 20 Juli weiss auch Geizkofler dem Erzherzog Maximilian zu berichten, dass der Unwillen gegen den König aller Orten zunehme und dass ein ausführlicher „Diskurs“ über das prager Wesen von Villeroy verfasst worden sei, der sich ganz gegen den König richte (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom Juli 1611, no. 36; Or.).

[3] Vgl. no. 270.

[4] Vgl. no. 261.

Digitized by Google

Juli 16. tragen, es zu gebrauchen, da er noch an jenem Tage über siebzig Schriftstücke selbst unterzeichnet hat.

Am 12. hat der königliche Oberstkämmerer Meggau mir gesagt, der König finde sich E. fl. D.[t] wegen Dero Bemühungen bei den geistlichen Kurfürsten sehr verpflichtet. Zugleich hat er sehr über des Kaisers Zögern bei der Verhandlung geklagt, weshalb man das Kriegsvolk mit so vielen Ungelegenheiten und Kosten noch unterhalten müsse.

„Den 13. hat der bischof Glösel mich in des königs anticamera berichtet, das der erzherzog [Maximilian] durch ainen aignen curir ihn und nit I. kgl. M.[t] avisirt habe, das I. fl. D.[t] in vertrauen bericht zukommen, das dise erbländer sich unter einander ohne des kaisers und königs vorwissen von neuem uniren und eine confoederation zu erhaltung ihrer praetendirtem libertet und freiheit aufrichten wöllen; bitten umb seinen [Khlesls] rat, wie solches zue verhueten sei.[1] Solches hab er, bischof, gern thuen wöllen, aber durch schreiben und nomine suo kunn es allerhand ursachen und bedenken halber nit geschehn. Habe derhalben . . . mit der kgl. M.[t] vorwissen I. fl. D.[t] discursweise in tertia persona seine meinung wissen lassen, als ob ihme der discurs von ainem andren zukommen sei und er denselben durchaus approbire. Habe I. fl. D.[t] gleichwol daneben geschrieben, es komme itz darzue, was er vor disem zu Wien, als man der catholischen religion so vile in gegenwart des kunigs und I. fl. D.[t] vergeben, geprognostizirt und und bei seiner protestation eingewendet habe und sei numehr zu spät, der religion mit tractiren und handlen zu helfen sonder muesse man iziger zeit nur dahin sehen und trachten, wie das haus Oesterreich erhalten und durch das politisch regiment die catholische religion restituirt werden möge. Davon zu tractiren und beratschlagen sei hochnötig, das das hauss Oesterreich zuesammenkomme; solches aber muesse unter solchem praetext geschehn, der den erbländern kainen verdacht verursache und kunn er kainen besseren finden als wan der könig in Hungern werde hochzeit halten; das E. fl. D.[t] in der person bei allen erzherzogen und kgl. M.[t] in Hispanien durch gesanten[2] auf derselben erscheine, weil die sache der wichtikait, das des haus Oesterreich und der catholischen religion genzlicher undergang oder aufnemen daran gelegen; dan dise union allein zu erhaltung ihrer vermainten libertet gemaint ist und zu des haus Oesterreich verderben, also das der erbländer union und kaisers Ferdinandi disposition und andere des haus Oesterreich pactata e diametro gegen einander streiten. Derhalben sei hochnötig zu deliberiren, wie man die union der erbländer trenne und die compactata des haus Oesterreich in ihrem esse erhalten und dadurch die catholische religion wider restituiren möge. Er saget mir, das zwar

[1] Das Schreiben Khlesls an Erzherzog Maximilian vom 12. Juli hat sich nicht erhalten, wol aber die Antwort vom 24. Juli; vgl. unten no. 304, S. 696, Anm. 1. Wegen der Gefahr einer Union der österreichischen Erblande vgl. auch no. 232, no. 234 und no. 265, S. 610, Anm. 4.

[2] Die chiffrierte Stelle scheint unrichtig aufgelöst worden zu sein.

Digitized by Google

die erbländer solche union zu werk zu richten neulich vorgehabt und die stende in Behem an Hungern dessetwegen, Hungern an Oesterreich geschickt und geschriben, aber in Oesterreich ob der Ens sei es durch ihn und im land under der Ens durch hern Kain verhindert und bis zue des künigs widerkunft ihre erklärung ausgestellt worden. Jdem fecit Mähren." E. fl. D.t sollten Khlesl ob seines Eifers loben und zum Beharren ermahnen. — Gestern hat der Landgraf von Leuchtenberg mir berichtet, „das der churfurst von Mainz dem kaiser und Barvitio geschriben, man wol acht haben wolte, das sie mit removirung aines catholischen fürsten von den hochen ämbtern und ersetzung mit deme, so in vilen particular- und privatsachen interessirt, nit die catholische chur- und fursten im reich, auch papst und Spanien neben haus Oestereich gar von ihr alienirten; raten derowegen treulich, sie wöllen den landgrafen von Leuchtenberg bei denen diensten continuiren. Hierauf hat der kaiser dem landgrafen noch bis auf weiterer verordnung die hohe ämter zu bedienen ansagen lassen."[1] — Landgraf Moriz von Hessen soll dem Kaiser wegen der braunschweigischen Acht ziemlich stark geschrieben und gedroht haben, der Stadt gegen die Exekution mit aller Macht beizustehen. Dasselbe hat der Gesandte von Lüneburg-Celle in seiner vorgestrigen Audienz erklärt. — Gestern ist ein Glückwunschschreiben des Landgrafen Moriz an Matthias zur böhmischen Krone eingetroffen; derselbe Landgraf soll dem Kaiser auch bedeutet haben, dass er keine Kommission gegen Matthias übernehmen werde. — Der spanische Botschafter hat mir heute gesagt, „er besorget sich, I. ksl. M.t suechen nur die tractation aufzuziehen, bis die churfursten zusamenkomen." Heute hat Matthias fünf Fähnlein böhmischer Reiter und zwölf Fähnlein Fussvolks in seine Pflicht nehmen lassen. Prag den 16. julii 1611. Juli 16.

Brs., Secrèt. d'Allem., no. 96, f. 106; Or. eigh.

285. Koadjutor Ferdinand von Köln an Herzog Maximilian von Baiern. Juli 17.

Jagdangelegenheiten. „E. L. hab ih sonst vor 8 dagen berichtett, dass vnser churfurst den mitwoh zuuor nach Westfahlen vnd von

[1] Colli schreibt am 7./17. Juli an Christian von Anhalt: Das Verbleiben Leuchtenbergs in seiner Stellung ist nicht unabsichtlich: Spanien will immer noch den Rat des Kaisers lenken, Braunschweig wird darauf wol Acht haben müssen (Bbg., A 9 a, no. 107, f. 79; Or. eigh.); vgl. dagegen no. 291. — Am 23. Juli berichtet Vischere: „Den 17. hat mir Barvitio gesagt, das der protestirenden chur- und fursten etliche hart und stark beim kaiser angehalten, damit der herzog von Braunschweig zum directorn im geheimen und inspectorn im reichshofrat publicirt und installirt werden möge. Der hat im posthause verboten, ainige briefe, die ad manus proprias caesaris kommen, jemandem anders als ihm zue überlifern, insonderheit was vom churfursten zu Mainz kumbt. Am 18. haben I. kgl. M.t durch den hern Ernst von Molart dem herzogen von Braunschweig anzaigen lassen, das I. fl. Gn. die direction im geheimen und inspection im reichshofrat annehmen wöllen" (Brs., a. a. O, f. 111; eigh. Or.).

Digitized by Google

Juli 17. dannen nah Milhausen sich begeben wollen; dieweil aber interim der fahl mit dem churfursten zue Saxen sich begeben, hatt der selbich dag biss zue des churfursten von Maintz weittern ausschreiben ein anstandt. Der allmehtich verleihe, dass der jetzig churfurst von Saxen seins bruedern intention volge, so möht noh etwas guets auff dem forstehenden dag zu uerhoffen sein. Sonsten lassen sich aller ortten der catholischen sachen seltzam vnd geferlich genueg ansehen. wie dan zue Achen[1] den andern dag darnach, alss vnser churfurst von dannen gezogen vnd vermaint ghabt, alle sachen in ein guette richtikheitt gebraht zu haben, die khetzer ein tumult angefangen, dem raht die schlissel genomen, in das collegium gefallen, solhes gantz geblindertt, die khirchenaltaria zerschlagen vnd violiert, die guette patres mit sich cum magna furia gefenkhlich darauss gholt, 2 verwunt, auch nach eim geschossen vnd vil mutwillen getriben, sie die patres auff das rahthauss gefirt, von dannen sie gleihwol cum magna difficultate in des thechandt hauss gebraht vnd von ihm alda vnterhalten worden, biss dass die erste furia des pöfels etwas vorüber gewest, welhe sonsten noh nit sopyert, ita quod res catholicorum ibi malo, imo pessimo sint loco. Ih hab es meintheils dem ertzhertzog Albrecht geschriben vnd ihn ersuecht, dass er alss schutzherr die sachen dabey nit lassen wolte, wie E. L. auss der beigelegten copia zu sehen,[2] darauss E. L. das ganze factum desto besser erfahren

---

[1] Ueber die aachner Begebenheiten im Jahre 1611 vgl. E. von Meteren Niederländischer Historien anderer Theil, Amsterdam 1627, S. 252 f. und K. F. Meyer, Aachensche Geschichten, I., Aachen 1781, S. 548 f; weitere Literatur bei Häberlin-Senckenberg, Neuere teutsche Reichsgeschichte, XXIII. Bd., S. 419 und L. Keller, die Gegenreformation in Westphalen und am Niederrhein, III. (Publikationen aus den preussischen Staatsarchiven, 62. Bd.), S. 49 f.

[2] Vom gleichen Tag: Darstellung der Ursachen und des Verlaufs des aachner Tumults. Wenn dem Magistrat und den bedrängten Katholischen nicht Beistand wird, so werden diese aus Kleinmut in die unleidlichen Bedingungen der Gegner (freie Predigt, Zulassung der Unkatholischen zu den Ratsstellen, Vertreibung der Jesuiten und Annahme von Kriegsvolk) willigen müssen, der Magistrat wird wieder mit Unkatholischen besetzt werden, alle bisher aufgewandten Bemühungen und Unkosten werden vergeblich sein und gleich jetzt oder bald werden die Katholischen, wie vordem geschehen, unterdrückt und ins Elend verstossen, Kirchen und Klöster profaniert, die hochheiligen Reliquien geplündert und die katholische Religion ausgerottet werden. Bleibt dies hier ungeahndet und geht es so gemächlich weiter, so werden auch andere Reichsstädte diesem Beispiele folgen. E. L. werden gewiss für sich selbst mit den Katholischen in Aachen Mitleid haben und auf Mittel denken, diesem unleidlichen Uebermut zu steuern und den dortigen Katholischen zu helfen. Wir haben uns auf Ansuchen einiger Katholischer, der verhafteten Jesuiten und anderer an E. L. mit der Bitte wenden wollen, — da E. L. gleichfalls daran interessiert sind, dass Aachen im alten Stande bleibt, und da Sie vermöge uralter Verträge und Rechte auch befugt sind, dem dortigen Magistrat Hilfe und Beistand zu erzeigen und es auch gewiss gern tun werden, — dass E. L. sich dieser Sache annehmen und durch Ihre Interposition es dahin bringen, dass der katholische Magistrat völlig restituiert, die Jesuiten enthaftet, ihnen der zugefügte Schaden ersetzt, die Katholischen in ihrer

Digitized by Google

mögen. Vnd schreib das E. L. zue dem endt, damit Sie auch wissen, wie es diser ortt zugehett et quod omnibus principibus catholicis iam magis quam unquam dictum videatur: vigilate etc. So werden sich ohn zweifl die protestierenden firsten der coniunctur mit dem kayser auch gebrauchen, indem der landtgraff Moritz von Hessen kayserliher commissarius zue Milhausen soll sein, der von Praunschweig Ir M.t obrister hoffmaister werden soll, welhes warlich ein seltzams ansehen, das Ihr M.t solhe firsten zue solhen hohwichtigen commissionibus et officiis gebrauchen. E. L., bitt ih, wollen doh Irsthailss disen sachen zue remediern pro Suo zelo sich gefallen lassen, quia inimicus homo non dormit. Es läge halt vil daran, dass man guette haimliche corespondenz haben möht, was sie doh aller ortten moliern vnd wie aigentlich der jetzig churfurst von Saxen gestimtt sey, welhes E. L. leihtlih werden erfahrn khinden, da Sie bedaht sein, jemants in Saxen zue schikhen vnd das laidt zu klagen. Aliqui dubitare volunt, ob er so wol affectioniert sey contra caesarem et catholicos wie sein herr brueder. E. L. verzeichen mir mein freiheitt, dass ih Sie mit meim schreiben so lang auffhalte, E. L. gottsehlicher eiffer wirtt ohn mein erinnern wol die sachen in obaht nemen. Datum Bon den 17. julii 1611". Juli 17.

Ma., 39/22, f. 139; Or. eigh.[1]

286. Der Kurfürst von Sachsen an den von Mainz. Juli 18.

Auf das Schreiben vom 10. Juli.[2] Dank für die Kondolenz und die Gratulation. E. L. mögen versichert sein, dass wir die alte vertrauliche Korrespondenz zwischen uns beiden auch nach dem Ableben unseres Bruders beständig fortsetzen und dazu auch unsere Nachkommen ermahnen wollen. Es wäre wegen der gefährlichen Läufe im Reiche wol zu wünschen gewesen, dass der Kurfürstentag nicht hätte wendig gemacht werden müssen und seinen Fortgang hätte nehmen können. Wir mussten aber unsere Gesandten von Mühlhausen zurückrufen, da deren Instruktion erloschen war, wollen aber eine neue solche Zusammenkunft möglichst befördern. Nur können wir wegen des Leichenbegängnisses, der Landeshuldigung, der Wiederbestellung unserer Regierungen, Kanzleien und Aemter nicht vor dem 29. September / 9. Oktober

Religionsübung ungestört gelassen und den Widerwärtigen wirklich gezeigt werde, dass E. L. den Magistrat und die Katholischen jetzt und künftig ernstlich schützen wollen (Ma., 39/22, f. 137; Kopie).

[1] In Ma., 39/22, f. 122 liegt noch eine Nachschrift zu obigem Schreiben vor, die ausschliesslich von den berchtesgadischen Angelegenheiten handelt.

[2] Kondolenz, Bitte um Fortsetzung der Korrespondenz und um Mitteilung, wann der neue Kurfürstentag vor sich gehen könne und ob es bei Mühlhausen als Malstatt bleiben solle, da wegen dessen örtlicher Beschränktheit Bamberg vorzuziehen wäre (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 94; Kpt. mit eigenhändigen Zusätzen des Erzbischofs).

Digitized by Google

Juli 18. dazu gelangen noch uns zuvor dazu „habilitiert“ machen.[1] Wir bitten daher E. L. neben Dero Mitkurfürsten, sich diesen Tag zur „Einkunft“ gefallen zu lassen und wünschen auch, dass es bei Mühlhausen als Malstatt bleibt, da der von E. L. vorgeschlagene Ort Bamberg im Kurverein nicht genannt ist,[2] die Kurfürsten in Mühlhausen bereits Quartiere haben, manche auch Vorräte dahin schaffen liessen und wir selbst uns nicht gerne zu weit von unsern Landen entfernen möchten; sonst sind wir alles dem gemeinen Wesen Dienliche zu fördern bereit. Gleichzeitig teilen wir E. L. mit, was wir dem Kaiser und dem König auf deren dieser Tage erfolgtes Anbringen haben antworten lassen.[3] Datum Dressden am 8. julii a. 1611. — Praes. Aschaffenburg 27. julii 1611.

Drs., l. 7387, II. Buch Kurfürstentags, f. 53; Kpt. — Wmz., Reichstagsakten Bd. 104, no. 109; Or.

Juli 20. **287.** Dr. Marx Gerstenberg an den Kurfürsten von Mainz.

Aus E. kfl. Gn. Schreiben entnahm ich, wie sehr Derselben der Tod des Kurfürsten Christian II. zu Gemüte gegangen ist. In solcher unserer Betrübnis ist nächst Gott der beste Trost, dass der Verstorbene einen wolgeeigneten Nachfolger hinterlassen hat;[4] „denn S. chfl. Gn. schiken sich in allem zu einem loblichen regiment, haben den geheimen raht, hofraht und canzlei ohn verenderung meiner person (raro exemplo) widder bestelt und gutem raht zu folgen erboten, das nun alle in der genzlichen zuversicht stehen, I. chfl. Gn. wurde die alte reputation des hauses Sachsen bald redintegriren. So bleiben I. chfl. Gn. allerdings in den alten consiliis, wir E. chfl. Gn. aus den beilagen an die ksl. M.[1] und kgl. W.[3] ferner zu vernemen, wie denn ich und meine collegen (so E. chfl. Gn. allesampt ihre underth.[ste]

---

[1] Unter dem 8./18. Juli sucht Kursachsen bei Kurmainz um Aufnahme in den Kurverein an (Drs., l. 7384, II. Buch kurfürstlicher Verbrüderung, f. 255; Kpt.).

[2] Im Konzept wurde getilgt: [Wir auch besorgen], „es mechten eins theils unser mitchurfursten, so ohne das zu diesem wolgemeinten werke nicht sondern lust haben, ursach nehmen, denselben abzukundigen und anderweit wendig zu machen.“ — Dieselben Bedenken gegen Bamberg machte übrigens auch Kurköln in einem Schreiben an Kurmainz vom 22. Juli geltend (Dü., Kurkölnische Reichssachen, no. 187, f. 40; Kpt.). — Kurbrandenburg teilte am 13./23. Juli aus Beeskau Kurmainz mit, dass sich seine Abwesenheit im Herzogtum Preussen voraussichtlich bis Martini verzögern werde, weshalb man den Termin für den Kurfürstentag nicht zu eng ansetzen möge; als Malstatt schlug er mit Rücksicht auf den Kaiser Regensburg vor (Wmz., a. a. O., no. 134; Or.). — Kurtrier dagegen wollte den Kurfürstentag am liebsten in Gelnhausen oder Frankfurt haben, um sich bei seiner Kränklichkeit („ratione calculi“) die weite Reise zu ersparen, allenfalls in Bamberg (Kurtrier an Kurmainz am 24. Juli; Wmz., a. a. O., no. 124; Or.).

[3] Vgl. no. 277 und no. 279.

[4] Vgl. dazu das Urteil Brömsers in no. 281.

Digitized by Google

dienst zuentbieten lassen) anders nicht resolvirt, dann beneben I. chfl. Gn. uns bei dem religionfrieden iederzeit standhaftig finden zu lassen." Der Kurfürst von Brandenburg hat unsern Kurfürsten persönlich besucht und sich ebenso erboten. Ich hoffe also, dass der mühlhauser Konvent „welchen sich Brandenburg eigentlich zu besuchen erclert", auch dazu helfen wird, gutes Vertrauen zwischen den Angehörigen beider Religionen wieder zu stiften. Können wir dazu helfen, so soll es an uns nicht fehlen. Datum Dresden 10. julii 1611. — Praes. Aschaffenburg 27. julii 1611. Juli 20.

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 112; Or. eigh.

288. Memorial und Verzeichnis der Punkte, die von Kurpfalz beim rotenburger Unionstag zu beachten sind. Juli 20.

1. Es ist zu besorgen, dass Pfalzgraf Philipp Ludwig oder dessen Sohn Herzog August in Rotenburg persönlich erscheinen werden, was nicht nur Hinderungen verursachen sondern auch Württemberg und Baden veranlassen könnte, die zu Schweinfurt vorgeschlagenen Mittel[1] wieder auf die Bahn zu bringen oder gar auf schleunigen Austrag und Komposition in der Administrationssache zu dringen. — In diesem Fall sind die vorigen ablehnenden Gründe zu wiederholen und ist zu erklären, dass man dem Testament, der Possession, dem ergangenen kaiserlichen Reskript,[2] den andern Kurhäusern und dem jungen Kurerben nicht praejudizieren lassen werde. Man möge Württemberg und Baden deshalb gehörig informieren, zur Verhütung etwaiger Tätlichkeiten Ansbach und die Rotenburger um Vorkehrungen ersuchen und den Kurerben an die unierten Fürsten schreiben lassen.

2. Im Ausschreiben[3] wird zwar die Ordnung des schweinfurter Abschieds[4] eingehalten und mit den Rechnungen, auf welche die Städte so sehr gehen, der Anfang gemacht. Da aber auf die Proposition viel ankommt und die Rechnungen, namentlich wenn die Gemüter nicht zuvor durch andere Praeparatoria gewonnen sind, leicht Anstoss und Aufenthalt geben könnten, so soll ihrer zwar in der Proposition gedacht werden, aber nicht gleich anfangs sondern, nachdem Kurbrandenburgs Entschuldigung wegen des Nichterscheinens und dessen Erklärung, die Mehrheitsbeschlüsse zu genehmigen, vorgebracht worden ist.[5] Damit aber den Städten die noch vor Augen schwebende Gefahr gehörig vorgeführt wird und sie veranlasst werden, auf ihr eigenes Heil zu denken und einzusehen, dass man bei dieser Zusammensetzung verharren müsse, soll man vom jetzigen schwierigen Zustand

[1] Vgl. no. 100, Sitzung vom 13. März.
[2] Vom 12. März 1611; vgl. no. 137, S. 333, Anm. 3.
[3] No. 213.
[4] No. 113.
[5] Vom 12./22. Juni; vgl. no. 230, S. 539, Anm. 2.

Digitized by Google

Juli 20. im Reich anheben und ihnen vorstellen, welche Aenderungen sich zugetragen haben und was dabei gesucht werden will und dass das um so mehr zu beachten ist als die Prozesse gegen Donauwörth auch gegen die andern Städte aufgesetzt waren und die Räte, die dazu geraten haben, noch immer fast die nächsten am Brett sind. Würde in der Union einige Trennung verspürt werden, so wäre das den Katholischen die lange erwünschte Gelegenheit, ihr längst praktiziertes und nur durch diese Union aufgehaltenes Vorhaben durchzusetzen. Man muss den Städten auch vorhalten, dass es sich um Dinge handelt, aus denen allen evangelischen Ständen, vor allem aber den unierten, Gefahr, ja gänzliche Unterdrückung erwachsen kann, wie dies der bisherige Verlauf gezeigt hat, indem man nicht nur die vor einem Jahr und seither wider Unionsverwandte ergangenen scharfen Mandate exequieren sondern auch (wenn man sich nicht in Gegenverfassung gesetzt hätte) „die Ungehorsamen und Rebellischen im Reich", wie die Unierten in Instruktionen, kaiserlichen Mandaten und in anderen Akten genannt werden, durch das elsässische Kriegsvolk am Rhein und das passauische heroben Lands zum Gehorsam zwingen wollte, wie aus den Aussagen Tengnagels und der andern verhafteten Räte und aus sonstigen Zeugnissen hervorgeht. — Da allein die Union diesem grimmen Vorsatz vorgebaut hat, so hat man jetzt, da diese Anschläge keineswegs erloschen sind sondern nur auf andere Weise ausgeführt werden sollen, um so mehr Anlass, bei der Union zu verbleiben, sie durch gebührende Mittel zu stärken und etwaige Mängel an ihr zu verbessern.

3. Da ferner Sachen vorfielen, an denen dem ganzen Reich, vor allem aber den evangelischen Unierten viel gelegen ist und die auf dem nun verschobenen Kurfürstentag verhandelt werden sollen, als die Uebertragung der kaiserlichen Residenz ins Reich, der Unterhalt des Kaisers, Reassumtion oder Konsens zu einem neuen Reichstag u. a., so hat der Administrator nicht unterlassen wollen, darüber der Unierten Gutachten zu hören, um seine Absichten auf dem Kurfürstentag darnach zu richten und damit man insgemein bedenke, was bei dieser Gelegenheit der Union zu Gutem in Acht genommen und wie den alten Gravamina und den neuen Beschwerungen, die aus der Uebersiedlung des Kaisers und aus anderm erwachsen könnten, abgeholfen werden möchte. Letzteres haben die Städte um so mehr zu beachten als sie zur Residenz ausersehen werden würden, wie ja einige bereits benannt worden sind; sie können sich aber leicht denken, welche Ungelegenheiten das mit sich bringen dürfte, zumal man wegen des Unterhalts vor allen ihnen zusetzen würde. — Da vermutlich der Unionstag sowol vom Kaiser als von König Matthias beschickt werden wird und dabei die obigen Sachen, die Türkensteuer, Grenzverwahrung u. a. auf die Bahn kommen werden, so hat man sich auch zu unterreden, was man deshalb in einem und andern tun will.

Vor allem muss bei der Proposition Mass gehalten und darf nicht zu viel vorgebracht werden. Damit sie mit desto grösserem Nutzen geschieht, hat man darüber das Gutachten der unierten

Digitized by Google

Fürsten zu vernehmen. — Sollte einer von den Fürsten wegen der Succession Anregung tun, so hat man zu hören, wohin er neigt, doch mit dem Vorbehalt, dass alles geheim bleibt. Man könnte aber von den Fürsten Gutachten annehmen, wie man den Praktiken der Spanier, die stark auf den Erzherzog Albrecht gehen und also die Monarchie auf Spanien bringen wollen, begegnen möchte. Juli 20.

Wegen der vorerwähnten Punkte ist es gut, gleich auf eine gewisse Resolution bedacht zu sein: 1. Die Verlegung der kaiserlichen Residenz ins Reich ist nicht zu raten, weil allen Nachrichten zufolge der Kaiser „cum cupiditate vindictae wegen vorgangenen despecten vornemblich in das reich begehret" und dazu alle möglichen Mittel praktizieren lässt; dadurch würden aber der Hauptkrieg und fremde Nationen ins Vaterland gezogen, auch würde man evangelischen Teils entweder den Ungarn, Böhmen, Schlesiern, Oesterreichern u. a., mit denen man bisher, da sie meist evangelisch sind, in guter Korrespondenz gewesen ist, Hilfe leisten oder einer innerlichen Trennung und eines Kriegs gewärtig sein müssen, von der Last des Unterhalts für den Kaiser ganz zu schweigen. Man soll daher dem Kaiser raten, sich wie bisher in Böhmen aufzuhalten. Gründe dafür sind: Mühe der Uebersiedlung, hohes Alter, Gesundheit, Folgen der Luftveränderung, Gegenanstalten des Königs Matthias für den Fall der Abreise. Auch bei Kursachsen möge man deswegen Erinnerung tun und ihm die zu besorgenden Ungelegenheiten vorstellen, damit er sich von den Gegnern nicht einnehmen lässt. — 2. Ob der Kaiser die Residenz verändert oder nicht, so ist doch für seinen Unterhalt zu sorgen; auch die Kontributionen für den Türkenkrieg, die Grenzsteuern und die Beiträge zum Unterhalt der Räte werden nicht ausbleiben. Solcher Unterhalt ist aber leichter zu tragen, wann die böhmischen Stände mitsteuern. — Da die geistlichen Kurfürsten beim Kurfürstentag sehr auf die Verlegung der Residenz dringen werden, dies auch von Kursachsen und Braunschweig geraten wird, so sind die Vorstimmenden [beim Unionstag] zu hören, was man deshalb tun soll und ist dann ein Schluss zu machen, dessen man sich beim Kurfürstentag bedienen kann. — 3. Einen Beschluss auf Reassumtion des Reichstags würde Kurpfalz nicht hindern können; doch wäre mit den Unionsfürsten ad partem zu besprechen und deren Gutachten anzuhören, ob man es bei der Fortsetzung lassen oder lieber auf einen neuen Reichstag dringen soll. — 4. Wenn das eine oder andere bewilligt wird, ist zu erwägen, ob man nicht bei dieser Gelegenheit auf Abschaffung der schwersten Gravamina ernstlich bestehen soll. Dabei ist ratsam, sich etwas zu nähern und hauptsächlich diejenigen Beschwerden zu betreiben, deren Abhilfe beim Kaiser allein steht, wie dies die Böhmen in ihrem Königreich auch getan haben. Solche Gravamina sind: Aufhebung und Kassierung der scharfen Mandate, die im vorigen Jahre gegen die Unierten ausgegangen sind, Abstellung der Hofprozesse, Abschaffung der widrigen Räte, Verordnung unparteiischer Richter, damit allerseits Unparteilichkeit gehalten und

Digitized by Google

Juli 20. die Justiz administriert werde, endlich die versprochene Restitution von Donauwörth. Es wären dann auf dem Kurfürstentage die Kurfürsten zu verständigen, dass ohne vorhergehende Abhelfung dieser Mängel und ohne Verbesserung des Justizwesens von dem Reichstag doch keine Frucht zu erwarten und keine Kontribution zu erlangen sein werde; auf seiten der Unierten aber müsste man auf dem einmal gefassten Beschluss als dem einzigen Mittel, zur Erleichterung der Gravamina zu kommen, festhalten. Diese Beschlüsse wären auch Kurbrandenburg ehestens mitzuteilen, damit er sich auf dem Kurfürstentag gleichfalls darnach richten kann. Und da die erwähnten Beschwerden nur durch der Jesuiten Praktiken und gefährliche Anschläge im Reich „fomentiert" und bekanntlich alle blutdürstigen Attentate von dorther angestiftet werden, auch beweislich ist, dass sie einige Königreiche ruiniert haben und, wenn ihrem Vorhaben nicht gesteuert wird, sie auch das Reich zerrütten werden, um alles desto besser zu ihrer geplanten Monarchie zu richten, so wäre zu bedenken, ob und wie bei dieser Gelegenheit solchen Gefahren zu begegnen wäre. — Da vermutlich der Kaiser zu diesem Unionstag eine Abordnung schicken wird, so ist zu erwägen, ob man bei den Gesandten mündlich oder beim Kaiser schriftlich wegen Abschaffung der Gravamina bewegliche Erinnerung tun soll; auch ein Erinnerungschreiben an sämtliche Kurfürsten wäre dienlich, wenn dabei der gebührende Respekt gewahrt und nicht solche Sachen gesetzt oder geahndet werden, deren Abhandlung allein vor die Kurfürsten gehört. — Auch König Matthias wird wahrscheinlich den Tag beschicken, daher sind die Akten der früheren Verhandlungen mit ihm mitzunehmen. — Jedenfalls muss man zur aber Erhaltung der Reputation der Union sich aller Parteilichkeit [im Bruderstreit] enthalten und sich nicht zu sehr auf die eine oder andere Seite lehnen.

Der Rechnungssache ist in der Proposition Erwähnung zu tun, weil man es den Städten versprochen hat; die Abhörung der Rechnungen ist besondern Deputierten aufzutragen. Kurpfalz soll sich gefasst halten, um Posten, die bemängelt werden, mit guten Gründen zu behaupten. Besonders hat man sich zu vergleichen, welche Posten man zur Erleichterung der Sache fallen lassen kann, damit man nicht gleich anfangs anstösst und das Richtige um des Zweifelhaften willen zurücksetzt. Es sind aber nicht nur die Unionsrechnungen sondern auch die über die Rechnungen hinaus den Possidierenden getanen Vorschüsse zu liquidieren; dabei wird man die Bestimmungen des Nebenabschiedes von Schwäbisch-Hall[1] über die Rückzahlung dieser Darleihen zu beachten haben, weil Neuburg die gefertigten und von Kurbrandenburg unterschriebenen Obligationen nicht angenommen hat. Deswegen haben sich auch einige assistierende Fürsten verglichen, zu bedenken, ob man sich nicht für dieses

[1] Vgl. Briefe und Akten, III., no. 21.

Digitized by Google

Darlehen an den 400 000 fl. erholen soll, die Sachsen dem jüterbogker Vertrag gemäss den Possidierenden zu erlegen schuldig ist. Was Kurpfalz zum Unterhalt des Agenten in Venedig Joh. Bapt. Lenk vorgeschossen hat, ist den unierten Kurfürsten und Fürsten aufzurechnen. Da der Stadt Nürnberg wiederholt versprochen worden ist, dass man die Assekuration der von ihr vorgeschossenen 40 000 fl. befördern und zu Rotenburg richtig machen helfen will, so sind deswegen die übrigen Interessenten anzumahnen und hat man dahin zu sehen, dass es ein Gesamtwerk wird, denn dies Geld ist zur Bezahlung gemeinen Kriegsvolks verwendet worden; unter den Ständen soll aber Gleichheit gehalten und keiner mehr als der andere belastet werden. Bei Schwierigkeiten hat sich Pfalz ad ratum zu erbieten. — Vor allem ist darauf zu sehen, dass die Auslagen der Kurpfalz zur Erhaltung des Kriegsvolks in der obern Pfalz, soweit sie die Quote überschreiten, wieder erstattet und mit diesem Geld die verschiedenen aufgenommenen Darlehen abgezahlt werden. Juli 20.

Da die Städte die Erledigung der zu Schweinfurt übergebenen Gravamina[1] fordern werden, auch die elsässische Expedition mit den vorgegangenen Anordnungen und erfolgten Bedrohungen wieder vorgebracht werden dürfte, so hat man dem mit den zu Heilbronn und Schweinfurt verwendeten Argumenten zu begegnen und den Städten vorzustellen, wie seither der Ausgang, auch die Aussagen und vorgefundenen Memorialien der kaiserlichen Räte genügend hätten erkennen lassen, was mit der Ansammlung des Kriegsvolks im Elsass gemeint gewesen und dass es, wenn man nicht die Vereinigung beider „Ligae" gehindert hätte, nicht nur den rheinischen Ständen sondern allen Unierten schwer geworden wäre, wie das prager Exempel zeigt, dem zusammengerotteten Schwarm Widerstand zu leisten. Im übrigen hat man sich zu entschuldigen und von den „Vorsitzenden" wie von den Städten selbst Vorschläge wegen der „Beisprungsmittel", wegen der Kriegsverfassung und wegen Besetzung der Aemter zu hören und sich deswegen zu vergleichen. — Auch sind die Städte wegen ihrer vorgebrachten nachbarlichen Irrungen zu vernehmen und soll man einen Vergleich durch gütliche Mittel herbeiführen. — Wegen des zu Schweinfurt angeregten consilium politicum hat man die vorigen Akten anzusehen, die Gründe der Gegenredner anzuhören und sich mit der Mehrheit zu vereinbaren. — Beim ersten Punkt des Ausschreibens wird endlich zu bedenken nötig sein, wie man den „nervus" wieder in Richtigkeit bringt, damit die Restanten und die künftigen Ziele eingebracht und durch einen ständigen Pfennigmeister die täglichen Ausgaben besorgt werden, was bisher allein dem Direktorium obgelegen hat. Da zur „Unterhaltung und Continuation" des „nervus" die Visitationsmittel zu schwach sind, hat man über andere Mittel dazu zu reden.

---

[1] No. 107.

Digitized by Google

Juli 20. Der zweite Punkt des Ausschreibens wegen Vermehrung und Stärkung der Union beruht auf den Berichten derer, denen Verhandlungen mit den übrigen Ständen aufgetragen worden sind. Wegen der Aufnahme der „im Reich gesessenen Stände“ und wegen der Erhaltung guter Korrespondenz mit den benachbarten und ausländischen Potentaten bleibt es bei voriger Instruktion. Da aber gemäss dem schweinfurter Abschied auch von den Städten für gut angesehen worden ist, in Venedig einen Agenten zu unterhalten und man auf Italien ein wachsames Auge haben muss, so hat man sowol wegen der Person als wegen der nötigen Mittel die Vorstimmenden zu hören und besonders darauf zu achten, dass nicht ein Ubiquitist vorgeschlagen wird, worauf man vordem ausgegangen ist. Man hat sich deswegen mit Kurbrandenburg, Culmbach, Ansbach und Hessen zu vergleichen.

Der dritte Hauptpunkt des Ausschreibens betrifft die Frage, wie man bei jetziger Zeit die Union nützlich verwenden kann. Man hat darüber der übrigen Meinung zu hören, besonders wie man wieder zu beständigem Frieden kommen und das alte Vertrauen wieder aufrichten könnte. Da der zu Willstätt mit den Kapitularen des Stifts Zabern geschlossene Frieden[1] nicht, wie versprochen worden, ratifiziert worden ist und man also Dagstein und Molsheim zurückzufordern befugt ist, so sind die betreffenden Akten mitzunehmen und gemeinsam weitere Schritte zu beraten. Auch des Hilfsbegehrens der Stadt Genf[2] und anderer wäre zu gedenken und deren Werbung mitzunehmen.

---

[1] Briefe und Akten, III., no. 239.

[2] Schon am 3./13 April hatten Syndici und Rat von Genf den Altsyndikus Jean Sarrazin zu den Unierten abgefertigt, um eine Geldhilfe für ihre Stadt zu erlangen, die durch die drei Monate währende Bedrängung von seiten des mit Spanien und dem Papst verbündeten Herzogs von Savoyen völlig erschöpft war (Nbg., Unionsakten, Bd. 46, f. 21; Or.). Am 1./11. Juni schreibt die Stadt, die sich eine freie Reichsstadt nennt und darauf beruft, dass sie von den alten römischen Kaisern als „nobile membrum imperii“ bezeichnet worden sei, an die Unierten insgesamt und bittet sie um eine Unterstützung gegen die unaufhörlichen savoyischen Anschläge, von denen die letzten aus einer neuen Liga des Papstes, Spaniens, Savoyens und anderer entsprängen; der Nuntius zu Paris habe sich heftig bemüht, die vom König von Frankreich den Genfern bewilligte Hilfe zu hindern; auch habe des Herzogs Gesandter bei den katholischen Orten der Schweiz vor allem den Vorteil für die katholische Religion betont, wenn Genf, die Ursache alles Uebels in der Christenheit, überwältigt werde; daraus sei zu erkennen, dass es sich um eine Konspiration wider alle Protestanten handle. Von Genf aus sei es leicht, Deutschland mit Heeresmacht zu überziehen, mit dem Verlust Genfs sei es um den grössten Teil des Schweizerlandes geschehen und würde Spanien der Mannschaften daselbst mächtig werden. Diese Türe bleibe aber verschlossen, wenn dem Rat geholfen werde, eine beständige starke Besatzung zu unterhalten; die Fürsten würden daran das Hundertfache ersparen. Der Savoyer habe jetzt zwar sein meistes Kriegsvolk abgedankt, aber die Stadt habe übermässig grosse Auslagen gehabt und 2000 Mann über die gewöhnliche Besatzung erhalten müssen, habe Befestigungen aufgeführt und Proviant angesammelt. Dazu bedürfe sie einer Geldhilfe, die in Deutschland zu deponieren wäre (Stg., Unionsacta, tom. X., f. 391; Kopie).

Digitized by Google

Neuburg hat den zu Schweinfurt schriftlich gegebenen Zusagen wegen der kurpfälzischen Lehen in Jülich trotz alles Anhaltens nicht genügt, ja Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm hat auch die Kurbrandenburger von der Einhaltung abgemahnt; man hat sich daher bei den Unierten deswegen zu beschweren und sie zu bitten, Neuburg an die Gebühr zu erinnern, damit man nicht ernstere Mittel vornehmen müsste. Juli 20.

Da vermöge des ahausner Nebenabschieds das Direktorium im Krieg ausserhalb der Lande der Unierten nunmehr seit dem vergangenen Mai [1611] Neuburg zugefallen ist und einige dieses Direktorium auf alle Unionssachen beziehen wollen, Kurbrandenburg aber, das erst später beigetreten ist, hiedurch umgangen und verkürzt zu sein vermeint, so soll man zunächst berichten, wie weit sich diese Direktion erstreckt, und soll wegen der brandenburgischen Einwendungen die übrigen hören. Signatum den 10. julii 1611.

Mb., 119/2, f. 9; Kpt.

289. Zuñiga an den Kurfürsten von Mainz. Juli 23.

Ich bedaure die Verschiebung des Kurfürstentags sehr, besonders wegen ihres Anlasses, des Todes Christians II., der mit E. kfl. Gn. und den andern geistlichen Fürsten so gut harmoniert hatte, will aber alles aufwenden, damit der Nachfolger in die Fusstapfen des Vorgängers tritt.[1] Der Kaiser hat, so sehr ich dagegen ankämpfte,[2] den Herzog von Braunschweig zum Direktor des geheimen Rats ernannt; der Herzog besitzt zwar Ansehen und Fleiss, aber es war bisher unerhört, dass ein unkatholischer Fürst oder Herr diese Stelle einnimmt, abgesehen davon, dass sie dem Herzog nur wegen seiner beiden Streitigkeiten mit der Stadt Braunschweig und dem Hause Lüneburg wichtig ist. Ich schreibe dies E. kfl. Gn., damit Sie sehen, dass ich meinen Pflichten gegen die Religion genügt habe; E. kfl. Gn. werden gewiss nichts unterlassen, diesem gefährlichen Unheil zuvorzukommen. Aber das Schlimmste ist, dass ein Kammerdiener, „hominem infimae sortis, hereticum et perviciosum, omnium negotiorum pondus in se suscepisse.“[3] Das beängstigt mich wegen des Nachteils, der dem Kaiser daraus erwachsen kann, dem ich nach Geheiss meines Königs bei jeder Gelegenheit gerne diene, besonders in der Sache mit seinem Bruder, wobei ich mich bemühe, mit den für ihn ehrenvollsten Bedingungen die Einigkeit wieder herzustellen; ich bitte E. kfl. Gn., auch dazu zu raten. „Etiam dignetur [Ser.tas V.ra] regisque Hungariae negotia benigne amplecti, praesertim quoad stabilimentum electoralis dignitatis in sua regia persona et introductionem ad successionem imperii, quandoquidem ex supradictis videat Ser.tas V.ra, quanto in discrimine res

[1] Vgl. no. 280 (zweiter Brief).
[2] Vgl. no. 242 und no. 251.
[3] Ericius; vgl. Brömsers Urteil in no. 281 und das Zuñigas in no. 262 mit Anm. 1 auf S. 606.

Digitized by Google

Juli 23. religionis posita sit quantique sit momenti, regis negotiis favere ipsique suggerere et assidue inculcare reverentiam et cultum sacrae caes. M.ti debitum, qua in re maxime ipsi potest bene fieri. Pragae 23. julii 1611". — Praes. Aschaffenburg 5. augusti 1611.

Wms., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 143; Or.

Juli 23. **290.** Baugy an die Königin-Regentin von Frankreich.

„L'empereur m'entretient encores en ceste ville et m'a fait dire souvent que j'aye patience et qu'il m'expediera en bref; je ne l'en presse point pour me gouverner selon l'intention et les commandementz de V. M.té, bien que ce me soit une grande incommodité et despence de demeurer en ceste incertitude. Le traité d'accommodement d'entre luy et le roy de Hongrie son frere s'est continué ceste semaine et leurs deputez en sont venuz si avant, qu'il n'y a que deux points principaux a vuyder.[1] Le premier est touchant le gouvernement de ce royaume que l'empereur veult en toutes façons estre administré en son nom, en quoy ledict s.r roy persiste a dire, que cela n'est pas en son pouvoir, mais qu'il fera bien tout son possible pour y faire consentir les estatz de Bohesme en la premiere diete; le second est touchant la totale conclusion de ce traité que l'empereur tasche de differer jusques a l'approbation et confirmation des electeurs, pour ne les offencer et ne point monstrer, ce dit il, de les mespriser, apres s'en estre rapporté a leur advis. Mais ledict s.r roy desire, que l'on y mette des a present une fin, craignant que ce ne soit tousjours a recommencer et que l'empereur par ce traité vise seulement a tirer les choses en longueur, pour avoir plus de loysir de dresser sa partie et de luy tailler de la besongne avec l'assistence de ceulx qu'il espere luy devoir estre favorables tant dedans que dehors l'Allemagne. Les Espagnolz mesmes, a qui toutes les procedures dudict s.r empereur sont odieuses et suspectes, le sollicitent tant qu'ilz peuvent, de terminer une fois cest affaire et ont conseillé (a ce que j'entens) audict s.r roy et a ses ministres d'user de menaces envers ceulx qu'ilz croyent conforter ledict s.r empereur en son opinion.[2] Ainsy ilz veullent parachever a quelque pris que ce soit ce qu'ilz ont commancé pour

[1] Vgl. Hammer-Purgstall, Khlesls Leben, II., Urkundensammlung, no. 329 bis 332.

[2] Bodenius berichtet am 6. August seinem Herrn: Die Verzögerung des Vergleichsabschlusses misst man dem Herzog von Braunschweig und Ericius zu. Diesem liess Khlesl vor einigen Tagen sagen, wenn er sich dieser Handlung nicht entschlage, wolle ihn der König von des Kaisers Seite nehmen und aus dem Fenster hängen lassen. Ericius erschrak darüber so sehr, dass er seitdem bettlägerig ist, die neue gefährliche Krankheit auf dem Halse hat und zu Grunde gehen dürfte (Mc., Entstehung, Fasz. III, no. 26, f. 136; Or. eigh.). Ericius starb am 9. August (Vischere an Erzherzog Albrecht am 13. August; Brs., Secrét. d'Allem., no. 96, f. 130; Or. eigh.). Wegen der Drohungen vgl. auch Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 302 f.

Digitized by Google

fonder et establir sur la ruyne et depression de l'empereur l'agrandissement dudict s.r roy, lequel ilz se promettent devoir estre entierement a leur devotion. L'une des causes, pourquoy l'empereur recule et ne veult conclure tout a fait cet accord, est l'esperance qu'il a conceue du moderne electeur de Saxe, lequel en la responce qu'il a faite aux lettres, que luy ont portees les ambassadeurs de S. M.té imp., tesmoigne beaucoup de soubmission, de reverence et d'affection a son service jusques a luy offrir sa vie et ses moyens pour la manutention de sa personne et de sa dignité, le priant de n'adjouster foy a qui que ce soit, qui voudroit luy persuader le contraire.[1] L'importance sera que les effectz respondent aux paroles et qu'il se trouve des autres princes en l'empire qui ayent la mesme volonté, comme le jugement d'un chascun est, que le mal entendu et la discorde de ces freres leur fournit une belle ocassion de s'asseurer pour long temps des entreprises et usurpations de la maison d'Austriche, s'ilz avoient autant de courage qu'ont eu quelques uns de leurs predecesseurs. Lesdicts Espagnolz font mine de n'estre gueres satisfaitz de ce que le landgraf de Leichtenberg a este deposedé de sa charge de president du conseil secret de S. M.té imp. et qu'elle la veult confier au duc de Brunsvick avec qualite de directeur de tous ses affaires.[2] Mais s'ilz avoient gagné le premier, ilz ne s'espargneront pas de faire le mesme avec le second par les voyes qui leur sont familieres. C'est tout ce que j'ay a dire pour le present a V. M.té, sinon que l'on tient que l'assemblée electorale de Millhausen est remise a quatre semaines et qu'elle le pourroit estre encores a plus long terme. De Prague le 23e de juillet 1611." Juli 23.

Pa., Coll. Harlay, no. 238, vol. XII., f. 230; Or. eigh.

291. Dr. Hans Ulrich Hämmerle an Hans Reichard Brömser. Juli 23.

Auf das Schreiben vom 30. Juni. Ich besorge, dass mein letztes Schreiben vom 12. Juni nicht in die richtigen Hände gekommen ist. Neues hören wir täglich genug, aber wenig oder nichts, was unserm Regiment zur Besserung gereichte. Ich überschicke das Verzeichnis der neuen verglichenen Punkte, das ich eben erhalten habe.[3] Man sagt, dass die

[1] Vgl. no. 277.

[2] Am 27. Juli zeigt der Herzog von Braunschweig dem Kurfürsten von Sachsen eigenhändig an: „Vnd ist nicht ohn, das die rom. ksl. M.t mein allerg.ster her mir die direction ihm geheimen rahtt vnd also consequenter des gantzen hoffstatts auffgetragen, das ich den mitt hindansetzung viler ansenlicher motiuen, so mich dafor abhaltten mogen, I. ksl. M.t zu ehren vnd dem romischen reich zum besten auff mich genommen. Vnd weyl ich den verstehe, das die romisch ksl. M.t mir den titel oberster director dero ksl. M.t geheimen rahtts geben lassen werden, als hab ichs Derselben also zur nachrichtung auisiren wollen" (Drs., l. 8808, 25. Buch jülicher Sachen, f. 130); Or. eigh.).

[3] Vgl. Anm. 1 auf der vorhergehenden Seite.

Digitized by Google

Juli 23. Kommissarien, besonders Zuñiga, emsig den Kaiser zur Ratifikation antreiben. An Dr. Wackers[1] Praktiken fehlt es nicht, ich glaube, dass er zur deutschen Luft nicht viel Lust hat. Fast keiner von denen, die des Kaisers Ohr haben, rät zum Zug ins Reich; die Hauptursache, warum niemand es tun mag, ist, „das reddere rationem villicationis; andere mainen, sie haben im behmischen luft und wetter ihre intentiones, darumb sie da sein, bessere gelegenheit hinausszubringen.“ Einige jagen dem Kaiser auch Furcht ein, als ob die Kurfürsten mit ihm viel gröblicher verfahren würden, wenn er ins Reich käme „denn sie [ksl. M.t] vermainen; stellen auch die widrige tractation und andere viel sachen, die sich in re nit befinden, zum praetext fur, wie es I. ksl. M.t gueten trewen dienern selbs klagt haben, sonderlich dass sie in diesen so schweren sachen kein einigen rath haben (aufs wenigist, der I. ksl. M.t ohr bisshero gehabt), den sie sicherlich in dieser sach zu rath ziehen mögen.“ Es wäre sehr nötig gewesen, mein Herr [Brömser] wäre noch etwas hier geblieben, da der Kurfürstentag sich doch so lange verzieht und inzwischen die Praktikanten die beste Gelegenheit haben, allerlei zum Praejudiz des Reiches und der katholischen Religion vorzunehmen. — Leuchtenberg ist seines Hofmeisteramts enthoben und aus dem geheimen Rat auf wiederholten Befehl des Kaisers entlassen worden; an seine Stelle wurde der Herzog von Braunschweig gesetzt, der vorhaben soll, die drei Appellationsräte Dr. Rüdiger, Dr. Eisen und Melander zu Reichshofräten zu machen;[2] fast alle sollen calvinisch sein. Man soll ihnen die Beförderung bereits versprochen haben, damit sie zur Veröffentlichung der Acht gegen die Stadt Braunschweig desto williger wären; zur Ernennung wird Wacker, der jetzt das Vizekanzleramt vertritt[3] (denn im Trüben ist gut fischen), treulich helfen. Wenn der Kurfürst wüsste, auf welche Weise sogar mit Drohungen in den Kaiser gesetzt wird, den neuen Vergleich zu ratifizieren,[4] er würde gewiss die Unkosten nicht sparen und einen Gesandten hierher schicken, der durch seine Gegenwart viel Uebles verhüten könnte, da auch der andere Teil auf die Kurfürsten Rücksicht nehmen muss; einige nicht geringe königliche Diener lassen sich eigens verlauten, der Kaiser werde nicht ins Reich kommen oder, wenn er auch wollte, nicht dahin gelassen werden. — Einige verhandeln hier stark, die vornehmsten fälligen Lehen, darunter das Fürstentum Finale, das auf drei Millionen geschätzt wird, zu „verpartieren“.[5] Es wäre gut, wenn der Kaiser erinnert würde, vor dem Kurfürstentag mit Reichslehen und andern wichtigen Sachen keine Aenderung vorzunehmen; denn hier heisst es, „vada il resto“; man will nicht, dass die, die hernach kommen, auch noch etwas finden. Diesen Brief verbrennet. Ich höre, dass man

[1] Reichshofrat und Dr. Hämmerle besonders verfeindet.
[2] Vgl. über diese no. 281.
[3] An Stelle Stralendorfs d. Ae., der aus dem geheimen Rat ausgeschlossen worden war; vgl. no. 251.
[4] Vgl. Baugys Bericht in no. 290.
[5] Vgl. no. 268, S. 619.

Digitized by Google

Zuñiga eine Vollmacht zugeschickt hat, Finale für Spanien zu er- Juli 23.
handeln; der Kaiser hat zwar auf die Warnung treuer Diener hin die Verhandlung hierüber eingestellt, aber die Instruktion könnte dem Kaiser leicht mit anderem zur Unterschrift untergeschoben werden; er soll aber auch deswegen gewarnt werden. Die Erinnerung der Kurfürsten wäre gut, um die Räte abzuschrecken. Prag den 23. julii a. 1611. — Praes. Aschaffenburg 5. augusti 1611.

Wmz., Wahl- und Krönungsakten, Bd. 6; — Or.[1]

292. Gutachten der württembergischen Räte für den rotenburger Unionstag. Juli 26.

Ohne Zweifel werden sowol der Kaiser als der König Gesandte zum Unionstag abordnen, ihre Differenzen daselbst vorbringen und die Hilfe der Union anrufen, sowie auch um Beförderung eines Reichstags und um Bewilligung einer Kontribution zum Unterhalt des Kaisers und zur Verwahrung der ungarischen Grenzen anhalten lassen. Die Unierten müssen sich dagegen vorsehen und bedenken, wie nach jetziger Beschaffenheit das Reichsregiment anzustellen sei, damit die meisten Stände ruhig bleiben, die Gravamina erledigt, das Justizwesen in Gang gebracht und das alte Vertrauen wieder aufgerichtet werde.

1. Wegen der Irrungen zwischen Kaiser und König wäre zu wünschen, dass das Einvernehmen hergestellt und mit allseitigem Zutun den „Reichsobliegen" Rat geschafft werden könnte. Dieser Misverstand berührt aber zunächst die Königreiche und Erblande des Hauses Oesterreich;

---

[1] Wegen Hämmerle vgl. no. 281, S. 650, Anm. 2. Aus seiner Beschwerdeschrift an die Kurfürsten geht hervor, dass er im Jahre 1608 aus der Hofkammer, wo er fast siebzehn Jahre lang das Sekretariat in der Reichsexpedition versehen hatte, in den Reichshofrat berufen wurde, bis ihm im April 1611 der Landgraf von Leuchtenberg durch Dekret den Besuch des Reichshofrats untersagte und ihm die Akten abforderte, angeblich ohne dass der Kaiser von dieser Suspension wusste (Beschwerde vom Oktober 1611; Wmz., Reichstagsakten, Bd. 106; — Or.). Nach anderen Berichten hatten der Herzog von Braunschweig und Dr. Wacker Hämmerles Entfernung durchgesetzt. — Das Bild von dem Getriebe am kaiserlichen Hof wird durch einen Bericht des Agenten Drach vom 24. Juli aus Prag an den Kurfürsten von Mainz ergänzt: Ich höre von vertrauter Seite, dass E. kfl. Gn. jüngstes Handschreiben an den Kaiser [vielleicht das vom 3. Juli; vgl. no. 246, S. 582, Anm. 2] von dessen Tisch verschwunden und dem Herzog von Branschweig mitgeteilt worden sei, um „das freundliche gemüeth dardurch zu corrumpiren." Von einer vornehmen Kammerperson vernehme ich, der Kaiser habe dieser Tage bei sich selbst mit den Worten geklagt: „sie hetten doch keinen einigen mann bei sich, deme sie recht vertrawen oder ihr herz uf ihne setzen dürften und vermerkten auss allen relationibus wohl, dass Dr. Wackher und andere räth dem konig mehr beifielen und I. M.[t] vast genötiget würden, wieder iren willen gegen den könig sich zu resolviren", und „der Dr. Wackher sei nit stabilis sonder vergliche sich salva reverentia einem sawschwanz" (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 145; Or. eigh.).

Digitized by Google

Juli 26. wegen eines Vertrags wird eben verhandelt und würde eine Einmischung von keiner Seite Dank erlangen, dem König könnten auch seine Länder nicht ohne Krieg entzogen werden und würde also dem Kaiser hierin doch kein Genügen geschehen können; daher wird die Union sich dieses Streits nicht annehmen sondern sich zu bemühen haben, neutral zu bleiben. Nun stehen die Unierten mit dem König ohnehin in gutem Vertrauen und sollen sich darin erhalten, dagegen ist der Kaiser Alters und anderer Beschaffenheit halber zum Regiment nicht „belustigt", auch würde sein Regiment, wenn er wieder zu seinen Landen käme, nicht besser werden und wäre nur neues feindseliges Praktizieren wie mit dem passauer Volke zu besorgen, wodurch das Reich immer wieder in Sorgen käme: man soll daher den Kaiser erinnern, den König gegen ein jährliches Deputat bei den Landen und Verträgen zu lassen, und sich erbieten, dass, wenn die Unierten neben den andern Ständen, die sich bisher der Sache unterfiengen, dabei etwas Gutes tun könnten, sie es an sich nicht fehlen lassen wollten. Da aber der Kaiser schwerlich (einerlei ob er die Lande erhält oder nicht) das Mistrauen gegen den König fallen zu lassen oder seine gewohnte Lebensart zu ändern und fleissig dem Regiment abzuwarten zu bewegen sein wird, dagegen den Reichsständen merklich daran gelegen ist, dass bei diesen gefährlichen Läufen, besonders bei dem Misverstande im Hause Oesterreich, das gemeine Wesen in Frieden und Ruhe erhalten werde, so muss man den Kaiser auch ermahnen, dass er mit den Ständen auf einen römischen König bedacht sei, der sich neben dem Kaiser der Stände und des Reichs annimmt und zur Erledigung der Gravamina dermaleinst schreitet, „zumal aber durch fernere unnötige verweilung zue einiger weiterung, so etwo hiernächst daraus entstehen könte, nicht anlass geben werde."[1]

Es dürfte vielleicht auch ein Reichstag urgiert und dabei auf eine Kontribution, besonders zu des Kaisers Unterhalt gegangen werden. Aus den Rechnungen der Union wird sich aber ergeben, dass der Vorrat, den jeder Stand bei Handen haben soll, bereits ausgegeben ist, dass mancher dem andern nicht wenig schuldet und dabei doch jährlich die Summe, welche die Union zum Vorrat fordert, erlegen muss. Es würde daher den Ständen unerträglich fallen, sich darüber hinaus noch anzugreifen und dadurch vielleicht nur Anlass zu geben, dass mit ihrer Hilfe die Brüder noch mehr an einander geraten, während die Stände selbst sich entblössen und sich in weitere Gefahr setzen. Es ist auch im Reich nicht Herkommens, dem Kaiser den

[1] Nicht alle Unierten waren darüber derselben Meinung: Colli schreibt am 14./24. Juli aus Prag an Fürst Christian von Anhalt, dass der Ausgleich zwischen den Brüdern fast perfekt sei, daher ihm der Kurfürstentag überflüssig erscheine; wegen der Wahl eines römischen Königs habe man aber nicht Ursache, sich zu übereilen; man warte ab, bis man gesucht werde und denke nach, was man dem proponieren soll, der das schöne Stück haben will (Bbg., A 9a, no. 107, f. 82; Or. eigh.).

Digitized by Google

Hofstaat zu erhalten und wäre es unratsam, damit einen Eingang zu machen, bei dem es sicherlich dauernd bleiben würde wie beim Unterhalt des Kammergerichts, das früher die Kaiser selbst besoldeten. Das Reich hat daher stets nach einem Kaiser getrachtet, der sich und seine Lande selbst erhalten kann und das Reich nicht mit solchen Steuern beschweren muss. Dabei ist es, wenn für den Kaiser ein Unterhalt begehrt würde, zu lassen und die Resolution auf den Reichstag zu verweisen. Juli 26.

Da aber das Mistrauen zwischen den Ständen, die gegenseitigen Gravamina, die Restitution Donauwörths und das Justizwesen ohne einen „persönlichen" Reichstag nicht hingelegt werden können, so soll man auf des Kaisers Begehren endlich einen Reichstag bewilligen, doch dass zuvorderst Donauwörth restituiert und darauf der Justizpunkt mit allen Anhängen und mit der Sache der Freistellung in den Stiftern vor aller andern Handlung vorgenommen und erörtert werde.[1] Nun wäre es allerdings sehr nötig, dass man auch wie 1576 auf diesem Reichstag die Wahl eines Königs richtig mache,[2] damit derselbe wie 1552 König Ferdinand bei Erhandlung des Religionsfriedens sich desto eifriger wegen der Reichsgravamina interponiere; denn die lange Erfahrung lehrt, dass sich die Stände unter sich nur schwer verständigen können; überdies hat sich König Matthias dazu bereits erboten und kann es wol leisten. Andrerseits ist zu erwägen, ob nicht der, der die königliche Würde anstrebt, nach der Wahl sich bei den Gravamina minder eifrig und parteiischer erweisen werde als zu einer Zeit, da seine Wahl noch zweifelhaft ist; doch werden die Kurfürsten das zu bedenken wissen. Da der Kaiser den Reichstag vermutlich weder persönlich besuchen noch gestatten wird, dass Matthias demselben als kaiserlicher Kommissar beiwohne, so könnten die Kurfürsten vom Kaiser auch begehren,

---

[1] Dass bei der günstigen Konjunktur auch die „Freistellung" wieder auf die Bahn gebracht und darin vom Kaiser etwas nachgegeben werden möchte, war die Sorge der Katholiken. Der speirer Domdechant Adolf Wolf von Gracht, genannt Metternich, allerdings ein Zelot, klagt in einem Schreiben vom 19. Juli dem Herzog Maximilian von Baiern: man spreche vom künftigen Kurfürstentag allerlei „und dass woel hoechst zu beklagen, auch von catholischen leuten, als wan nhunmehr die sachen dahin geraetten, dass man rhuw und fridt im reich zu erhalten etwas nachgeben muisse und der freistellungh halben, nemlich dass auch anderer religions verwanten zu den noch uberigen stifften mit sicheren condition zuzulaessen, etwas muiss nachzugebenn. Es geschehe nhun dessen wenich ader vil, wirt man ihn kurtzem woel sehenn, wass solche teuffelische politica consilia nutzen und fruchten"; der Herzog als einzige Zuflucht der katholischen Religion zur Zeit möge diesem Unheil vorbauen helfen (Ma., 112/1, f. 92; Or. eigh.). Der Herzog erwiderte am 25. Juli, eingedenk der Saumseligkeit der geistlichen Ligastände: die Geistlichen, denen die Gefahr zunächst drohe, möchten nur das ihrige tun und nicht durch Konnivenz und Nachgiebigkeit den Mut der Gegner stärken (Ma., 112/1, f. 94; Kptkopie).

[2] Hier irren die Räte; denn die Wahl Rudolfs II. zu Regensburg (1575 Oktober 27) war dem Reichstag, der am 25. Juni 1576 eröffnet wurde, vorausgegangen; vgl. Moritz, die Wahl Rudolfs II., S. 173.

Digitized by Google

Juli 26. „dass I. M.t, wa nicht den konig dannoch niemands anders als erzherzog Maximilian [verordne], als welcher alberait den ständen und reichssachen bekant und ein sonders vertrauen hat,[1] da dann zu hoffen, I. D.t wurde sich der underhandlung in puncto gravaminum mit eifer underfangen und zue gutem end bringen helfen.“ Da aber sowol der Justizpunkt, bei dem der Religionsfrieden mithereinspielt, als auch die Restitution Donauwörths sich nicht so schnell erledigen lassen werden und die Stände beim Reichstag zu lange aufgehalten würden, so wäre gut, die Sache schon beim Kurfürstentag dahin zu richten, „dass die unirte und ligirte sich mit einander einer engern deputation und persönlichen zusamenkunft (dannn allein durch die rät in solchen weitaussehenden sachen nichts zu richten) verainiget hetten, von solchen und mehr andern reichsobligen praeparatorie zu deliberieren und so vil müglich uf solche mittel zu gedenken, dardurch man zue einhelligem verstand gelangen und hernacher bei folgendem reichstag desto eher und leichter zur decision kommen könne, uf welche deputation sich die sambtliche unirte gewisser ständ und instruction, wie weit in einem und andern puncten zu gehen sein möchte, vergleichen und in allem vor einen mann, wie bei jüngstem reichstag auch geschehen, stehen müsten.“

Die Wahl eines Königs steht zwar allein den Kurfürsten zu, aber es war immer Brauch, dass diese Rat und Gutachten der andern Fürsten und Stände einholten. Dabei hat man wegen der Person zu bedenken. „dieweil kein frembder, so nicht teutsches geblüts, zue solcher dignitet gelangen kan und villeicht dem reich nicht undienlich were, dass dermalen eins auch andere, die nicht auss dem hauss Oesterreich erborn, zum kaiserthum beruefen wurden, dardurch die gar zu gross eingeführte und dem reich zue nachtheil noch immer gebrauchte exemptiones und privilegia, dagegen sich die ständ jederzeit beschwert, etwas mehrers restringirt und der ständ libertet erhalten, zumal auch eine demonstration gethan wurd, dass des heil. römischen reichs haupt nicht gar und allein auf dem hauss Oesterreich sonder welchen das churfurstliche collegium vor taugenlich darzue erkennen würt, bestehe.“ Den evangelischen Ständen wäre zwar zu gönnen, dass das

[1] Wegen des Vertrauens der evangelischen Stände zu Erzherzog Maximilian vgl. A. Chroust, Abraham von Dohna, S. 93, S. 299 mit Anm. 1 und 2, S. 310 mit Anm. 2 und 3 und Briefe und Akten, IX., no. 92, S. 207, Anm. 1. no. 119 mit Anm. 4 auf S. 293 und Anm. 1 auf S. 295. — Als im Juni 1611 in Stuttgart sich das Gerücht verbreitete, König Matthias sei vergiftet worden, liess der Herzog von Württemberg sogleich Zacharias Geizkofler kommen und fragte ihn, ob der Erzherzog in solchem Fall sich der Erblande annehmen würde „und was I. fl. Gn. fur sich selbsten und durch andere darbei thuen kinten“; der Herzog erbot sich, den Erzherzog mit Volk und Geld und durch seine Autorität bei den Unierten zu unterstützen, ja er wollte deshalb sogar einen eilenden Konvent der Unierten zusammenbringen (Geizkofler an Erzherzog Maximilian am 17./27. Juni aus Stuttgart; Ib, Ambraser Akten, Missiven vom Juli 1611, no. 20; Or. eigh.).

Digitized by Google

Reichsregiment auch einmal von einem evangelischen Fürsten geführt werde; doch möge man gedenken, mit wie starken Eiden nicht nur alle geistlichen Kurfürsten, Fürsten und Praelaten dem römischen Papst verbunden sind sondern dass auch die weltlichen papistischen Stände die Exkommunikation ebenso hoch wo nicht höher als die Reichsacht zu halten pflegen. Von jenen ist aber sicher, dass sich keiner einem evangelischen Kaiser unterwerfen sondern dass sie eher von ihm abfallen als ihre Stifter und Pfründen verlieren wollten, wie die Beispiele alter Kaiser, die im Banne starben und verdarben, zu erkennen geben. Das könnte jetzt ebenso geschehen, denn die Jesuiten werden ihr Aeusserstes daran setzen und männiglich dawider hetzen. „Welchem allem dann anderst nicht als mit grosser macht und merklicher coniunction aller potentaten, ja mit gänzlicher verenderung sowol des heil. römischen reich als des bäbstischen regiment in und ausser Teutschland, menschlicher weiss darvon zu schreiben, begegnet werden könte; darzue aber noch der zeit wenig apparents vorhanden.“ Juli 26.

Da diese hohe Würde auch bedeutenden „Verlag“ erfordert, den man nicht vom Reich sondern von jedes Kaisers Erblanden und besonderm Einkommen zu nehmen pflegt, so wird sich nicht leicht ein Reichsstand bewegen lassen, von seinem Vermögen für das Reich so viel hunderttausend Gulden jährlich zu spendieren und mit seinem Schaden eine solche Last auf sich zu nehmen. Und fände sich einer, so ist zu besorgen, dass er den „Nachdruck“ nicht haben wird, wie das Haus Oesterreich mit seinen Königreichen und Erblanden ihn bisher zeigte. Dadurch würde aber das Reich mit geringerer Reputation regiert und zu mehrerer Kontribution bemüssigt werden. Nun ist zwar der König von Dänemark wegen Holstein Reichsstand und aus deutschem Geblüt; aber er muss wegen der Religion ausgeschlossen werden und dürfte doch zu schwach sein, diese schwere kostspielige Last zu tragen; auch würde es andern Ständen und Potentaten kaum gefällig sein, da er im Reich keine Residenz hat, nach Dänemark zu reisen, worin er selbst nicht „absolute“ regieren kann „sonder ad voluntatem statuum leben muess“.

Das Haus Oesterreich ist unter den Reichsständen das mächtigste; es werden daraus Erzherzog Maximilian, weil er nicht genügende Lande besitzt, oder Erzherzog Albrecht als jüngster mit König Matthias kaum kompetieren, mit Albrecht hat es auch wegen Spanien hohe Bedenken; dagegen ist Matthias nun im Besitz aller Lande, die der Kaiser zuvor hatte, ist dazu im Reich wolbekannt, von Natur gütig und mit den Unierten in gutem Einvernehmen, er hat sich auch zur Erledigung der Reichsobliegen wiederholt erboten und wird, weil er seine Erbuntertanen beim Religionsfrieden belässt und zum Frieden geneigt ist, es voraussichtlich auch im Reiche tun und die Unierten sich befohlen sein lassen; — daher wird man vor allen andern ihn zu solcher Würde zu befördern haben. Zwar dürften des

Digitized by Google

Juli 26. Königs Handlungen mit dem Kaiser und dass er seinen Landständen Religionsfreiheit gestattet hat, nicht jedem, besonders nicht den geistlichen Kurfürsten gefallen; da aber sonst kaum ein Kandidat mit solchen Eigenschaften und Umständen zu finden sein wird, so wird besonders Kurpfalz und Kurbrandenburg an die Hand zu geben sein, diese Vorzüge bei künftigem Kurfürstentag in Acht zu nehmen, sich durch die Verwirklichung der Absicht um die Unierten verdient zu machen und dadurch dem König umso mehr Anlass zu geben, sich gleich König Ferdinand wegen der Gravamina eifrig zu interponieren und sich die Union befohlen sein zu lassen. Zu besserer Sicherung wird man aber auf eine solche Kapitulation denken müssen, die den evangelischen Ständen von Nutzen ist. Auch wird es den König gewiss nicht beschweren, den Kaiser mit einem Zuschuss zum Hofstaat zu kontentieren, um das Reich desto weniger zu belasten.

Beim Justizpunkt hat man sich zu erinnern, dass die Sperrung der Justiz von den Klostersachen herkommt.[1] — Da den evangelischen Ständen, die nach dem Religionsfrieden geistliche Güter reformierten oder noch zu reformieren haben, an deren Behauptung viel gelegen ist, so ist bei den Verhandlungen über diesen Punkt darauf zu dringen, dass die Evangelischen bei ihren eingezogenen geistlichen Gütern, es sei die Sache rechtshängig oder nicht, ruhig verbleiben können und auch künftig freie Hand behalten sollen, die in ihrer Obrigkeit gelegenen geistlichen Güter zu reformieren. Ist dies bei den päpstischen Ständen nicht zu erhalten, so wäre es wenigstens dahin zu richten, dass jeder Stand die bisher eingezogenen Güter ruhig behalten, „aber hinfüro dergleichen weiter zue thun bei poen des religionsfridens benommen und darauf am cammergericht im begebenden fall zu sprechen befohlen sein solle", damit nicht wegen dieses Streits das ganze Justizwesen länger erliegt. Findet sich aber ein Mittel, wodurch die Evangelischen an künftiger Reformation nicht gehindert und das Justizwesen doch in Gang gebracht werden würde, so hätte man vor allem dieses zu beachten. Darnach wären die übrigen Revisionssachen am Kammergericht zu expedieren. Da aber die papistischen Stände die Inhaber des Erzstifts Magdeburg und anderer reformierter Stifter nicht für geistliche Fürsten halten, nicht zu den Revisoren rechnen und nicht zu den jährlichen Revisionen und Visitationen des Kammergerichts kommen lassen wollen, so ist gerade deshalb auf Beschreibung jener zu dringen,[2] namentlich aber darauf, dass bei den jährlichen Revisionen und Visitationen Parität gehalten und man vor Ueberstimmung gesichert wird.

Was die Unionsangelegenheiten betrifft, so wird im Ausschreiben I. eines consilium politicum für Fälle gedacht, da man wegen der Gefahr im Verzug nicht die Entscheidung sämtlicher Stände abwarten kann;

---

[1] Vgl. Briefe und Akten, V., S. 518 f.

[2] Vgl. Briefe und Akten, IV. S. 201 f. und das Register des IV., V. und VI. Bandes unter Magdeburg; an den angegebenen Stellen findet sich auch die Spezialliteratur über den magdeburger Sessionsstreit verzeichnet.

Digitized by Google

dadurch sollen auch die Unionstage verringert werden. Dergleichen ist auch bei den Kreisen Herkommen, wo der Kreisoberste zuweilen nur die Nachgeordneten beschreibt, um auch die Sachen besser geheim halten zu können. Da aber kein Kurfürst oder Fürst aus solchem consilium wird bleiben mögen und die Sachen, von denen er selbst Nachricht haben soll, nicht durch andere wird expedieren lassen wollen, wie sich dies bei der Bestellung des Kriegsrats zu Heilbronn schon gezeigt hat, da auch die Städte ihre Stelle nicht bloss durch einige aus ihrer Mitte werden besetzen lassen sondern alle selbst werden dabei sein wollen, wie sie sich ja zu Schweinfurt sehr beklagt haben, dass man nach Heidelberg, Speier und Worms nicht alle Städte beschrieben habe, so wird es schwer fallen, bei der Union zu solch einem engeren Ausschuss zu gelangen, ja man wird vielleicht dadurch nur noch mehr Mistrauen erregen; doch soll sich der Herzog bei Baden und andern deshalb genauer unterrichten. Juli 26.

II. Vom schweinfurter Tag sind verschiedene Punkte auf den bevorstehenden Tag verschoben worden[1] und zwar 1. das Rechnungswesen. Der Herzog hat seine Rechnungen längst eingeschickt und sollen Reichau und Gomer der Rechnungsabhörung beiwohnen. — 2. Die Gravamina der Städte:[2] In Schweinfurt wurde beschlossen, keinen Obersten anzunehmen, bevor er nicht wegen allfälliger Schäden Kaution geleistet hat; auch auf eine engere Kriegsverfassung nach dem Muster der Staaten wollte man bedacht sein. — Wenn die Städte ihre Beschwerden gegen die beiden Markgrafen wieder vorbringen, so wird man den Beschwerdeführern zusprechen und sie auf künftige Verbesserung vertrösten müssen. Sollten Baden und Ansbach dabei ihre Befehle resignieren, so wäre das ganze Werk Fürst Christian aufzutragen oder er wenigstens zu ersuchen, die Oberst[!]leutnantsstelle nochmals anzunehmen. — Wegen des Kriegsrats ist das zu Heilbronn Beschlossene in Schweinfurt approbiert worden, dass nämlich im Felde Ansbach, Baden und Anhalt als Generale den Rat führen, ihnen aber von Pfalz und Brandenburg je einer, von Württemberg, Hessen und Oettingen zusammen zwei und zwei Kriegsräte von den Städten zugeordnet werden sollen, was also neun Vota ergibt. — Das Proviant- und Pfennigmeisteramt ist den Städten anvertraut; da sie bisher keinen Mann dazu namhaft gemacht haben, so hat man jetzt ihren Vorschlag zu vernehmen. Die Stände insgesamt haben auch einen Kommissar vorzuschlagen; Württemberg wird sich deshalb mit den andern Ständen vergleichen. — Der Bericht Brandenburgs und Hessens wegen Behandlung der Stände im sächsischen Kreis ist zu erwarten, ebenso der Anhalts wegen Frankreich, England, Dänemark und wegen der Staaten und das Gutachten der Stände wegen der gräflichen Voten.

III. Wie hat man sich der Union zu bedienen? Der Beschluss des schweinfurter Unionstags ist, soweit er Württemberg betrifft, dem

[1] Vgl. no. 113.
[2] Vgl. no. 107 und no. 235.

Digitized by Google

Juli 26. kleinen Ausschuss der Landschaft vorgehalten worden; doch war bei demselben wegen der 1000 geworbenen Knechte nichts zu erhalten, so dass es bei den bewilligten 2000 Mann Untertanen und 180 Pferden bleiben muss. Die aufgetragene nachbarliche Vergleichung unter den Ständen an der Donau hat man abzuwarten und dann das corpus defensivum an beiden Strömen anzustellen. Dabei ist zu bedenken, ob man nicht den ober- und niederelsässischen Verein beiziehen soll, wie unser Herr schon bei Zweibrücken und Baden in Anregung gebracht hat. Wegen des vom Herzog zu Schweinfurt vorgeschlagenen Magazins wird man beim Unionstag die weitere Erklärung abwarten müssen. Wegen des willstätter Akkords ist jetzt dahin zu sehen, dass Erzherzog Leopold ihn ratifiziert oder den Unierten Dagstein restituiert. Zu der von Kurbrandenburg begehrten Assistenz zum polnischen Reichstag[1] wird man sich gewisser Personen „ufs ingezogenst" zu vergleichen haben.

Wie das Ansuchen des genfer Gesandten um Hilfe oder Geldvorschuss zu beantworten ist,[2] ist sehr zweifelhaft, namentlich im Hinblick auf die grossen Auslagen der Union und auf die Schwierigkeit, zu einem Vorrat zu gelangen. Obwol dem Herzog wegen Mömpelgard mehr als andern daran gelegen ist und man die Stadt wegen des Passes nicht ausser Acht lassen darf, so wird man doch ausweichend antworten müssen, dass die Union jetzt mit grossen Ausgaben beladen sei; sollte es aber zu einer Belagerung kommen und würden die Unierten davon zeitlich verständigt, so werde man sich zur Zufriedenheit erweisen. 1611, 16. julii.

Stg., Unionsacta, tom. X., f. 218; Kpt. von Faber, — f. 234; Or.[3]

Juli 27. **293.** Der Kurfürst von Sachsen an Rudolf II.

Ich erfahre, dass E. M.[t] meinen lieben Getreuen Heinrich von Günterode zu Kurbrandenburg abfertigen und durch ihn den Kurfürsten zur Standhaftigkeit und Affektion gegen E. M.[t] ermahnen lassen wollen. Ich halte dies für gut und nützlich und möchte dabei meine Dienste erweisen. Nun hat der Kurfürst mir unlängst mitteilen lassen,[4] dass er sich in einigen Wochen nach Preussen begeben werde. Ich habe es ihm widerraten; denn ich besorge, dass, wenn er dahin reist, er

---

[1] Vgl. no. 245.

[2] Vgl. no. 288, S. 668, Anm. 2.

[3] Das Gutachten, das zur Information des Herzogs dienen sollte, ist vom Grafen Eberstein, Engelshofen, Buwinckhausen und Faber unterzeichnet. M. Ritter, Politik und Geschichte der Union, führt sie a. a. O., S. 105 an.

[4] Am $\frac{\text{28. Juni}}{\text{8. Juli}}$ schreibt Kurbrandenburg an Kursachsen, dass er wegen der Ausschreibung des polnischen Reichstags den Kurfürstentag nicht persönlich besuchen und auch seine Räte nicht von sich lassen werde können; daher wäre eine Vertagung des Kurfürstentags das Beste (Drs., l. 7387, II. Buch Kurfürstentags, f. 1; Or.).

Digitized by Google

sobald nicht zurückkommen und auch den Kurfürstentag nicht besuchen wird, wodurch wieder Verzögerung verursacht würde. Um dies zu verhüten, erinnere ich E. M.t, den Kurfürsten durch Günterode ersuchen zu lassen, die geplante Reise einzustellen und den Kurfürstentag (den Kurmainz alsbald wieder ausschreiben wird)[1] persönlich zu besuchen. — Da ich ferner bemerke, dass vom König von Ungarn auf die zwischen E. M.t und ihm „der brüderlichen reconciliation halben vorhergegangene tractation des endlichen schlusses wegen in E. M.t gedrungen werden will," so gebe ich E. M.t unmassgeblich zu bedenken, ob Sie bei derselben Schickung nicht auch davon Mitteilung machen und von Kurbrandenburg begehren sollten, mit mir den König schriftlich zu erinnern, dass er, weil bei dieser Verhandlung Punkte vorkämen, die nicht zunächst E. M.t sondern das kurfürstliche Kollegium angiengen, weshalb E. M.t hierin nichts schliessen könnten, wegen des Schlusses nicht in E. M.t dringen sondern auf den Kurfürstentag und der Kurfürsten Resolution warten möge. Ich hoffe, dass Kurbrandenburg sich akkomodieren wird und will ich es an Erinnerungen bei ihm nicht fehlen lassen und alles befördern, was zu E. M.t und des Reiches Gedeihen gereicht. Datum Dressden am 17. julii anno 1611. — Praes. 29. julii 1611. Juli 27.

Wh., Reichstagsakten in genere, Bd. 84b; — Or.

294. Der Kurfürst von Mainz an die Kurfürsten von Trier, Köln, Sachsen und Brandenburg, jedem besonders. Juli 28.

Durch das Ableben des Kurfürsten Christian II. von Sachsen ist der auf den 17. Juli nach Mühlhausen ausgeschriebene Kurfürstentag zerschlagen worden. Als Erzkanzler und gemäss dem Kurverein haben wir uns mit dem neuen Kurfürsten Johann Georg von Sachsen wegen der bei jetziger Zeit unumgänglich nötigen Reassumtion des Tages in Verbindung gesetzt. Dessen Antwort finden E. L. in der Beilage.[2] Da man demnach vor dem 9. Oktober nicht zur Reassumtion gelangen wird, so bezeichnen wir diesen Tag als neuen Termin, an dem E. L. persönlich zu Mühlhausen ankommen mögen, um am nächsten Tage die Beratungen der im vorigen Ausschreiben spezifizierten Punkte und der noch dazu kommenden zu beginnen. E. L. wollen auch ihre Räte wieder acht bis zehn Tage vorher vorausschicken, um den Justizpunkt vorzuberaten. Damit diese Vorberatung um so erspriesslicher wird, haben wir vom Kurfürsten von Sachsen laut beiliegendem Schreiben vom 18. Juli ein Gutachten[3]

[1] Vgl. no. 294.
[2] No. 286.
[3] Vgl. no. 273, S. 629, Anm. 1.

Digitized by Google

Juli 28. begehrt, ob der Administrator der Kurpfalz zu beschreiben sei; denn es ist zu besorgen, dass, falls dies unterbleibt, die kurbrandenburgischen Räte diesmal ebenso wie letzthin wegbleiben möchten.[1] Sobald die Erklärung des Kurfürsten von Sachsen eintrifft, wollen wir sie E. L. mitteilen. Datum Aschaffenburg 28. julii 1611.

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 114; Kpt.[2]

Juli 28. **295.** Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg an die unierten Stände (ausser Kurpfalz und Zweibrücken).

Die Bemühungen einiger Unierter, den Administrationsstreit beizulegen, waren trotz unserer Bereitwilligkeit vergeblich, weil der Gegner die Sache mit Gewalt durchdrücken und uns an das langwierige Recht weisen will. Es hat sich aber auch Pfalzgraf Johann unter dem Vorwand eines Administrators unterstanden, als angemasster Direktor der Union EE. LL. und Euch zuzumuten, unter seiner Direktion zu Schweinfurt zusammenzukommen, welchem Beginnen wir aber durch Schreiben und Schickung widersprochen und dabei dargetan haben, warum wir uns diesem Direktorium nicht unterwerfen können.[3] Wir haben darauf gehofft, es werde der Gegner nicht mehr zur Ausschreibung eines Unionstags schreiten noch EE. LL. und Ihr Euch zu einem solchem vermögen lassen; dennoch sind EE. LL. etc. wieder solcher Ausschreibung gefolgt. Zur Wahrung unserer Rechte ersuchen wir daher EE. LL. etc. abermals, diesem übel ausgeschriebenen Unionstag unter Herzog Johanns Direktorium entweder gar nicht statt zu tun, wieder von einander zu ziehen und sich gegen uns als den rechtmässigen Administrator der Gebühr nach zu erweisen oder sich wenigstens für so lange aller Beratungen zu entschlagen, bis dieser Praejudizialpunkt erledigt ist. Uns wurde ja berichtet, dass die zu Schweinfurt versammelten Unierten sich hätten vernehmen lassen: wenn sie die Schwierigkeit wegen des strittigen Direktoriums vorher gekannt hätten, so hätten sie sich vor Richtigmachung dieses Punkts nicht dahin begeben und wurde unsern Räten zugemutet, sich nur dies eine mal den vorgeschlagenen Mitteln zu bequemen.[4] Ohne solche vorausgehende Regelung können wir daher nicht finden, wie dieser Unionstag ohne unser höchstes Praejudiz zu seinem Ziel gelangen könnte. Dazu werden aber EE. LL. etc. es nicht kommen

---

[1] Kurmainz schreibt am 28. Juli nochmals an Kursachsen wegen des Administrators, der sich über die vorgeschlagene Art der Beschreibung seiner Person in die Nähe der Malstatt beschwere, und gibt zu bedenken, ob man unter solchen Umständen nicht lieber auf die Vorausschickung der Räte ganz verzichten solle (Wmz., a. a. O., no. 115; Kpt.).

[2] Gleichzeitig zeigt der Kurfürst von Mainz dem Kaiser die Reassumtion an (Wmz., a. a. O., no. 117; Kpt.).

[3] Vgl. no. 40, S. 92, Anm. 2.

[4] Vgl. das Protokoll der schweinfurter Verhandlungen in no. 100.

Digitized by Google

lassen, die Sie vermöge der Union verbunden sind, uns bei unserm Recht zu handhaben und uns nicht von dem andern Teil beschweren zu lassen. EE. LL. etc. haben zwar bisher Bedenken getragen, die Hauptsache selbst anzuregen, doch sehen wir nicht, wie Sie beim Unionstag ihr ausweichen wollen, wenn Herzog Johann von EE. LL. etc. das Direktorium begehrt und Sie es ihm gestatten; denn das Direktorium der Union ist von der kurpfälzischen Administration unzertrennlich, man erbiete sich auch gleich zu einer solchen Trennung. Der unverbindliche schweinfurter Abschied zeigt auch im Wortlaut, dass darin allenthalben zur Schädigung der Hauptsache und wider die goldene Bulle Herzog Johann als kurfürstlicher Administrator gesetzt und ihm die Expedition so hoher Sachen anvertraut wird, wie niemals unter dem verstorbenen Kurfürsten geschehen ist. — EE. LL. etc. haben desto mehr Ursache, sich diesem unbefugten Direktorium zu entziehen, da Sie uns stets Dero Neutralität zugesichert haben, die aber nicht bestehen kann, wenn Herzog Johann die Direktion gegeben und wir allein auf eine schlechte Protestation wie im schweinfurter Abschied verwiesen werden, während doch Kaiser und Kurfürsten so behutsam in der Sache gehen und Herzog Johann trotz aller Anstrengungen nicht zum Kurfürstentag beschrieben wird.[1] Dem sollen EE. LL. etc. in Unionssachen, was das Direktorium betrifft, nachfolgen. — Wir versehen uns also von EE. LL. etc. als von unsern Mitunierten, die wir einander zur Erhaltung der Reichsgesetze und der eigenen Rechte verpflichtet sind, dass Ihr Euch nicht dem Invasor durch Auftragung der vornehmsten Befugnisse submittiert und uns, den rechten Administrator, vor die Türe setzt. Wird der Punkt wegen der Direktion auf billigem Weg zu unserer Zufriedenheit richtig gemacht, so erbieten wir uns, gemeinem Wesen zu Gutem uns der Unionsvergleichung gemäss zu erzeigen, wie wir denn auch für Schweinfurt mit den Rechnungen und sonst gefasst gewesen waren, und werden wir es sicherlich an Beförderung des Wolstandes der Union nicht fehlen lassen. Eben darum haben wir uns so vielfach zu unpraejudizierlichen Interimsmitteln wegen des Direktoriums erboten, da wir leicht voraussehen konnten, zu welchem Verzug und Trennung in der Union der Streit um das Direktorium gereichen könnte. Es ist daher EE. LL. etc. umso mehr daran gelegen, diesen Praejudizialpunkt wegzuschaffen.

Würde wider Erwarten der Unionstag unter dem gegnerischen Direktorium wirklich fortgehen und wir wieder zurückgesetzt werden, so werden wir, wie wir hiemit ausdrücklich erklären, auf eine andere Resolution denken müssen;[2] ausserdem soll uns Dero Submission an unsern unzweifelhaften Rechten ohne Schaden sein und halten wir uns durch

Juli 28.

---

[1] Vgl. dagegen no. 211, no. 273, S. 629, Anm. 1 und no. 294.

[2] Schon um diese Zeit tauchen und zwar in Holland die ersten Gerüchte auf, dass Pfalzgraf Philipp Ludwig die Union verlassen und in die Liga eintreten wolle (Johann Barthold von Wonsheim, Statthalter in Cleve, an den Pfalzgrafen Philipp Ludwig am 18./28. Juli; Mb., 343/25; — Or.).

Digitized by Google

Juli 28. das unter solchem Direktorium Verabschiedete nicht verbunden, zumal ohnehin nur bei ergänztem Unionskolleg und in aller Gegenwart richtige und verbindliche Sachen zu verbindlichem Schluss gebracht werden können. Wir erwarten darauf vor aller sonstigen Unions-Proposition und Traktation kategorische Antwort. Datum Neuburg an der Thonau den 18. julii a 1611.

Ka., Kurpfalz, Generalia, no. 5303; — Kopie.[1]

Juli 29. **296.** Der Kurfürst von Brandenburg an den von Sachsen.

Da der Kurfürstentag nächstens wieder ausgeschrieben werden soll, können wir E. L. nicht verhalten, dass wir für gewiss erfahren haben, dass die geistlichen Kurfürsten ganz unverhohlen grosse und wichtige Dinge unter sich verhandeln in der Meinung, dass sie, auch wenn wir beide zusammenhalten, Maiora machen und alles durchsetzen können, da wegen Neuburgs Widerspruch im Administrationsstreit der Administrator der Kurpfalz von der Tagung ausgeschlossen bleiben soll. Diese Nachricht wird noch durch die Ankunft des spanischen Gesandten beim Kurfürstentag,[2] wovon man seit langem spricht, nicht wenig bestärkt.

Wir hören dies sehr ungern; denn wir würden bedauern, wenn zu unseren Zeiten etwas vorgehen sollte, was der so teuer erworbenen deutschen Freiheit in Gewissens- und Profansachen entgegen wäre. Wir wissen auch E. L. bei Antritt Ihres kurfürstlichen Regiments gleichmässig gesinnt und haben daher Derselben davon vertrauliche Mitteilung gemacht und bitten Sie um Gutachten, wie man dem abhelfen könnte. Wir für uns finden kein anderes Mittel als vor aller andern Handlung auf Ergänzung des kurfürstlichen Kollegs und auf Admission des Administrators zu gehen; dadurch würde der Intent der Geistlichen gebrochen, könnten wir Paria machen und bliebe man auch beim alten Herkommen; denn nichts ist gemeinem Wesen schädlicher und den Reichsgesetzen widriger als bei unergänztem Kolleg auf so wichtige Handlungen einzugehen. Dazu hat der Administrator das kurfürstliche Testament für sich und ist es ausser Streit, wenn nicht Testamente von Kurfürsten ungiltiger sein sollen als die des gemeinen Mannes, dass es bei solchem Testament, so lange es nicht mit Recht umgestossen werden kann, zu lassen sei, zumal auch der Kaiser seine Bestätigung erteilt hat. Es ist auch der Administrator im Besitz der Tutel und Administration, wird vom ganzen Land und vielen Potentaten und Fürsten in und ausserhalb des Reiches als Administrator anerkannt und ist ihm von Land und

[1] Wegen der Antwort vgl. unten no. 305, S. 728, Anm. 2.
[2] Vgl. no. 207, S. 496, Anm. 1.

Digitized by Google

Leuten gehuldigt worden; auch haben die geistlichen Kurfürsten ihn zu den Zusammenkünften der rheinischen Kurfürsten zugelassen. Es wäre daher allem Recht entgegen, wenn man den Administrator bei diesem Kurfürstentag bei Seite liesse und ihn seines Besitzes ohne rechtmässige Erkenntnis entsetzte, was wir weltliche Kurfürsten wegen der Konsequenzen nicht so leicht zugeben dürfen; denn wenn blosser Widerspruch an der Ausübung der Possession verhindern kann, so ist niemand mehr in seiner Succession in die kurfürstliche Würde sicher, da stets ein Widersprecher aufzubringen sein wird, der ihm mit vergeblichem Streit Zeit seines Lebens zu schaffen machen kann. Das wäre aber eine ganz gefährliche Neuerung, zu der noch das Absurde käme, dass ein Kurfürst nicht Macht haben solle, seine Kinder mit einem getreuen Vormund zu versorgen, sondern stets, auch wider seinen Willen, an den nächsten Agnaten gebunden wäre; da es oft gerade zwischen den nächsten Vettern tötlichen Hass und Feindschaft gibt, so müsste er seine unmündigen Kinder und was er auf Erden lieb gehabt, seinem ärgsten Feind anvertrauen, was gegen alle natürliche Vernunft und Billigkeit liefe und was sich die weltlichen Fürsten nimmer aufdringen lassen dürften. Wir kennen die goldene Bulle ganz wol; wenn wir aber bedenken, welch grosse Freiheiten das gemeine geschriebene Recht den testamentarischen Vormundschaften einräumt und dass die goldene Bulle solche Vormundschaften nicht ausdrücklich aufhebt, so können wir nimmer glauben, dass durch die Bulle den Kurfürsten verboten sein soll, testamentarische Vormünder zu setzen. Wenn der jetzige Kaiser nicht derselben Meinung wäre, hätte er das Testament des Kurfürsten Friedrich IV. nimmer bestätigt; denn es wäre gegen die kaiserlichen Kapitulationen, etwas zu bestätigen, was der goldenen Bulle abbrüchig ist. Und wie dem allem auch sein mag, schliesslich muss der Possessor, bis der betreffende Passus der goldenen Bulle durch den Kaiser und die Reichsstände erläutert ist, in seinem Besitz gelassen werden. Juli 29.

Wir wiederholen darum bei E. L. obige Bitte und halten auch für gut, an Kurmainz ein Gesamtschreiben unser beider ergehen zu lassen, worin wir S. L. dies alles vorstellen und ihn bitten, den Administrator zum Kurfürstentag zu beschreiben, falls es nicht schon geschehen ist; sonst wäre zu besorgen, dass diese Sache uns sehr lange aufhalten, ja zur Zerschlagung des Kurfürstentags führen könnte, womit Kaiser und Reich bei den jetzigen Läufen wenig gedient wäre. Wir aber dürfen bei der Posterität nicht den Verweis auf uns laden, dass wir schweigend so gefährliche Neuerungen einführen liessen. Wir erbitten hierüber Dero Gutachten. Geben auf unserm hause zum Quartzschen am 19. Juli 1611.

De., A 9a., I a; no. 79, — Kopie.[1]

---

[1] Am 3./13. Juli hatte der Administrator der Kurpfalz den Kurfürsten von Brandenburg ersucht, beim neuen Kurfürsten von Sachsen wegen seiner

Digitized by Google

Juli 29. **297.** Der Markgraf von Ansbach an den Kurfürsten von Sachsen.

„Zu des graffen von Linar[1] wiederkunfft, der itzo alhier bey mihr, hab ich mit sonderem contento verstanden, das E. L. nicht allein seine bey Deroselben abgelegte werbungk wollgemeindt auffgenommen sondern sich auch in puncto der ksl. M.t itzigen bekummerlichen zustandt vndt schmelerungk dero vnndt des reichs hocheitt disscursweis so weidt vermercken lassen, das Sie nochmals daruor haltenn, das von dem konig vndt stenden den sachen in etwas zuuill geschehenn, daher es dem reich verkleinerich, auch an ihm selbst vnuerandtwortlich, das I. rom. ksl. M.t von den stenden des reichs in diesen beschwerlichen zustandt gelassen werden. Wie sich nuhn E. L. versichern mogenn, das, so viell mir bewust, sich iderman vndt alle stendt hierraussenn sich in dieser meinungk mit E. L. conformiren, also wiell ich auch meinestheils auff diesen vnionsthagk, so vbermorgen seinen ahnfangk gewinnen würdt, mich dahin bemuhen, damit vnser schlus E. L. vernunfftigen gedancken ihn allen gleich sein magk, wie Sie dan desselben von mihr zeitlich sollen auisirt werden. Alleine wurdt es an dem mercklichen beruhen, darrin den E. L. die meiste befurderungk erweisen können, das man sich erstlich mit der wahl des römischen konigs nicht vbereilt,[2] in sonderheit mit nomination der pershon; dan wan dasselbige vorjhehen solte, wurden die stendt ehrstlich zu keiner contribution, vill weiniger secours auff einen notfall zu bringen sein; 2. die autoritet vndt respect, so I. ksl. M.t noch bey dero getreuen stenden, wurde mercklich fallen, dan es ohne das naturlich, das man mehr die auffjhehende als niederjhehende sonne achtet; 3. des konigs pershon halber, soldt die wahl auff ihn kömmen, wurden vill stendt ihn reich, auch andere, so neue priuilegia zu gewarten, auch sonsten mehr fauor als recht in ihren sachen bedurffen, gantz vom konig dependiren, dardurch I. ksl. M.t alle mittel benommen, dero autoritet wieder zu recuperiren. So wurden I. ksl. M.t, dar sie noch weiter angefochten vndt bedranget werden solten, sich nicht mainteniren konnen; dan vill den kunfftigen kaiser nicht werden offendiren wollen. Solte dan die wahl auff einenn anderen fallenn, wurd er, konig von Ungarn, bey zeit vhrsach

---

Beschreibung zum Kurfürstentag zu unterbauen, wobei Kurbrandenburg die wesentlichsten der obigen Argumente unter den Fuss gegeben werden (Ma., 547/14, f. 156; Kpt. von Hausmann).

[1] Vgl. no. 28, S. 70, Anm. 1, wo aber statt Markgraf Christian von Culmbach Markgraf Joachim Ernst von Ansbach zu lesen ist. Geizkofler weiss am 20. Juli dem Erzherzog Maximilian zu berichten, dass der Kaiser mit Lynar, dessen Vater ein welscher Baumeister des Kurfürsten von Brandenburg gewesen sei, wegen des Eintritts in den kaiserlichen Dienst verhandeln lasse (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom Juli 1611, no. 36; Or.).

[2] Vgl. no. 292, S. 674, Anm. 1.

Digitized by Google

bekommen, auff andere mittel zu gedencken, dartzu ihm dan Spanien vndt bast [!] gern wurden behulfflich sein vndt wurde der respect, so der konig vndt bomische stende auffs reich, auch fallen; darher mir deucht, das es vorträglicher, das es noch in suspenso gelassen werdt. Zum 2. leudt die itzo vorjhehende vergleichungk des kaisers vndt des konigs mercklich ihn wehge, dan durch dieselbe alle sachen in einen anderen standt kömmen wurden. Ich kan meines theils nicht sehen, wie die vergleichungk mit reputation des kaisers könne gemacht werden; zudem es dem reich nicht weinigk verckleinerich, das nicht chur- vnd fursten sonder der spannische gesahnte darrunter tractiren. Meines erachtens wehre I. ksl. M.t reputierlicher, das sie hierrünnen sich nicht vbereiltenn; inmittelst wurden sie erfahren, was sie sich zu dero reichsstenden zu uersehen hetten: dan der churfürsten-thagk, ingleichen der vnionsthagk der sachen eine erleuchternuss jheben werden. Welches so vor dismahl meine geringe gedancken . . ." Datum Ahnspach den 19. julii [1611]. Juli 29.

Drs., l. 7387, II. Buch Kurfürstentags, f. 111; Or. eigh.[1]

298. Der Herzog von Braunschweig an den Kurfürsten von Sachsen. Juli 30

Stellt seinen Besuch in Aussicht. „Ich hette wol gehofft, das Dein erinnerungsschreiben[2] soltte so viel gewirckt haben, das man den genzlichen schlus zwischen I. ksl. M.t vnd dem konige bis auff den churfurstentagk hette verschiben sollen. Es hatt aber alles erinnern vnd contradiciren nicht verfangen mogen sondern haben rotunde schlislich sich dahin erklertt, wofern I. M.t nicht schlissen wurden, das alsdan der konig wider seinen willen wurde gezwungen werden, das zu exequiren, was ihm landtage geschlossen, das sie dan dahin expliciret: 1. das man I. M.t ein gewisses deputat, nemblich wochentlich zwelffhundertt fl. verordnen, 2. alle herschafften einzihen vnd verkauffen, 3. I. ksl. M.t stercker verwachen, 4. die kaiserlichen rethe alle ihns schlos verweissen wurde.

Also hat man ferner tractiren mussen vnd ist also die sache so weit grathen, das man ahnitzo ahn dem ist, das maus zu papir bringe vnd ist dahin abgehandeltt: 1. Das so lange I. M.t alhie zu

[1] Der Kurfürst erwidert am $\frac{\text{26. Juli}}{\text{5. August}}$: Er freut sich, in der durch Lynar vorgebrachten Sache mit dem Markgrafen einig zu sein und hofft, die Unionsstände werden ihre Gedanken auf das Beste des Kaisers richten und sich gegen die kaiserlichen Kommissarien aller Gebühr erweisen; da durch das kaiserliche Dekret im Administrationsstreit (vgl. unten no. 302) das kurfürstliche Kolleg wieder ergänzt ist, so wird hoffentlich alles in bessern Stand kommen (Be., Rep. 88, Unionsacta, tom. XXII., f. 215; Or.).

[2] An Matthias, no. 279.

Digitized by Google

Juli 30. pleiben vermeinen, sol ihr die residenz allein verpleiben ihm schlos; wan aber der konig zur stelle, wirdet ehr sich ihn den ertzherzogischen zimmern vnd rosenbergischen hausse begnugen lassen vnd sol der schloshauptman I. M.t sowol als dem konig mitt pflicht vnd eyden verwantt sein vnd bleibt die oberstelle den kaiserlichen rethe vnd diener. 2. Die jurisdiction sol I. M.t verpleiben ihn allen dreyen stetten, wie I. M.t dieselbe ihn allen reichstetten haben vnd werden sich beyderseitts marschalken der quartir halben vergleichen. 3. Der punkt, das die regirung ihn I. M.t namen soll gefurett werden, ist bis auff den landttag verschoben; daselbst wil es der konig proponiren. 4. Zum vnderhalt ist gewilliget 300 000 fl., die herschafft Bardewitzs, Brandeys, Lissa, Bschorhoff vnd solhe ohne schulden; auf Benateck wirdett noch gehandeltt vnd mogen I. ksl. M.t auff solhe herschafften anticipiren 200 000 fl. vnd mit dieselbigen nach ihrem willen disponiren. So werden auch I. M.t gefolgett die 100 000 fl. schlesingische donatiff, auch die 102 000 fl. beheimische donatiff.

Ob es noch wol an etzlichen puncten hafftett, verhoffe ich doch, es soll zu gutem wegk gerichtet werden.[1] Wen es zu genzlichem schlus komptt, wil ich es dann alsobaltt zu wissen thun. Man mus sich alles in die zeitt schiken, weyl sie stercker als wir itzo sein, mehr schimps und insolenz zu verhutten. So vil Dein schreiben anlangett, ist schon ihm geheimen rahtt vorgewesen vnd ihn den reichshoffrahtt remittirt vnd wirdet daselbst auff kunfftigem montag verhoffentlich expedirt werden. Sol an meinem fleis vnd befurderung nichts ermanglen vnd thue etc. Datum Prage den 20. julii a. 1611."

Drs., l. 7387, II. Buch Kurfürstentags, f. 87; Or. eigh.[2]

Juli 30. **299.** Peter de Vischere an Erzherzog Albrecht.

Wenzel von Kinsky ist schon seit längerer Zeit auf seinen von Matthias ihm geschenkten Gütern, deshalb habe ich von dem spanischen Ross, um das Kinsky durch mich bei E. fl. D.t angehalten hat, nichts weiter gehört. „Sonst vermainet don Balthazar, das

[1] Vgl. Hammer-Purgstall, Khlesls Leben, II., Urkunden-Sammlung, no. 337. — Gegen Adam Freiherrn von Wolkenstein klagte am gleichen Tag der Herzog von Braunschweig über die grosse Mühe, die beiden Brüder zusammenzubringen; er könne nicht jedermann Recht tun, „insonderheit dem Clössel und Kuhnen; aber Gott werde solche leut zue seiner zeit strafen" (Wolkenstein an Erzherzog Maximilian am 30. Juli aus Prag; Ib., Ambraser Akten, Missiven vom August 1611, no. 13; Or. eigh.).

[2] Der Kurfürst erwidert am $\frac{\text{26. Juli}}{\text{5. August}}$: Er erwartet des Herzogs Ankunft mit Begier. Dass sein Schreiben an den König nicht die gewünschte Wirkung gehabt hat sondern in den Kaiser noch heftiger gedrungen wird, muss er nach Gelegenheit der Sache und nach dem widrigen „Humor" einiger Leute dahin gestellt sein lassen. Man möge aber den Vertrag so verklausulieren, dass ihm ohne ferneres Disputieren nachgelebt und künftige Verbitterung vermieden werden kann (Drs., a. a. O., f. 93; Kptkopie).

Digitized by Google

solches bei ihm nit ubel angewendet were, den er ja dem hause zum besten gethan, was geschehn und sei auf Don Baltasars rat geschehn,[1] das er in der alten statt Prag hinuber gefallen und dieselbe erhalten bis zu des kunigs ankunft, sonst hetten die Böhmen ainen andern frembden ausser dem hause zu ihrem kunig welen und aufwerfen durfen." Juli 30.

Am 26. habe ich E. fl. D.[t] Glückwunsch an König Matthias übergeben. Am 27. hat der Herzog von Braunschweig zum ersten Mal im geheimen Rat präsidiert. Er soll den ganzen Hofstaat reformieren wollen, „modo se primum reformaret."[2] Leuchtenberg ist jetzt als Privatmann hier und dringt sehr auf Anweisung der 80 000 fl. Gnadengeld.

Vom 24. bis 28. Juli haben die Verordneten des Kaisers und des Königs täglich bei Zuñiga verhandelt. Am 28. ist beschlossen worden, dass, weil nur noch Geringfügiges zu erledigen sei, Wacker und Krenberg das Verglichene zu Papier bringen sollten, um es dann beiden Herrschern vorzulegen. „Den abent hat mir her Ernst von Molart geklagt, das der von Braunschweig den Wenzel Kinski ohne vorwissen der andern gehaimen räte in I. M.[t] namen mit heimlicher commission an den churfürsten von Sachsen und Hannewald abgefertigt, welches er und die andere gehaime räte sehr hoch entpfinden. Diss habe allein der secretari Hertel zue wege gebracht. Ist also zue besorgen, das regiment werde auf die weise nit lange bestehen. Barvitius . . . . metuit (quod iam aliquoties mihi dixit), ne Caesar ad apostasiam declinet."[3]

Am 29. habe ich ein Schreiben des Kurfürsten von Mainz erhalten, worin dieser mitteilt, „das fürst Christian zu Anhalt bei ihm gewesen und allerhand ursachen zue seiner entschuldigung furgewendet, worumb er sich der gülchischen länder so weit habe angenommen und sonst vile mit derselben geredet, so sie der feder nicht vertrauen dürfen. Trauen ihm aber nit, brauchen dise worte: »Geschichts, man sichts. Jam ante ictus sapit«."[4]

---

[1] Ueber die Beziehungen Zuñigas zu Wenzel Kinsky vgl. no. 63 mit Anm. 1 auf S. 145, no. 88 und no. 251 mit Anm. 1 auf S. 588.

[2] Der Wandel des Braunschweigers in Prag war nicht sehr erbaulich; schon am 10. Januar 1611 berichtete Bodenius an seinen Herrn: Braunschweig sei hier schon ziemlich bekannt, besonders dem Frauenzimmer, namentlich aber der Tochter des Herrn von Berlichingen (Mc., Entstehung, III., Fasz. 26, f. 11; Or. eigh.). — Geizkofler liess sich von dem lothringischen Gesandten Vateuil, der auf der Rückreise von Prag in Haunsheim einkehrte, über den ärgerlichen, leichtfertigen und unfürstlichen Wandel des Herzogs von Braunschweig erzählen, der auch Schwarzkünstler und Teufelsbanner aus Frankreich nach Prag berufen habe (Geizkofler an Erzherzog Maximilian am $\frac{\text{23. Juli}}{\text{2. August}}$; Ib., Ambraser Akten, Missiven vom August 1611, no. 15; Or.).

[3] Vgl. no. 256, no. 281, S. 649, Anm. 2 und unten no. 302.

[4] Vgl. no. 273.

Digitized by Google

Juli 30. „Der secretari Hertel ist heut nach Dresden verraiset; dessen commission ist, dem neuen churfursten wegen seiner so gueten treuen erklerung zu danken und bei solcher intention zu beharren adhortiren. Der Hannewald ziht von Dresden nach Mainz, den churfurstentag zu befurdern. Der obrister Trautmansdorf wird zum churfursten von Brandenburg geschickt, denselben zue ersuchen, das er in der person dem churfurstentag beiwohnen wölle."[1] Prag den 30. julii 1611.

Brs., Secrét. d'Allem., no. 96, f. 114; eigh. Or.

Juli 30. **300.** Hans Reichard Brömser an den Kurfürsten von Mainz.

Ich freue mich, dass der Kurfürst von Sachsen sich so wol erklärt hat[2] und hoffe, dass dem Erbieten auch wirklich nachgesetzt werden wird, „inmassen ich dan davor halte und waiss, dass man, so viel den konig in Ungarn betrift, derends so weit gangen und sich mehr als E. chfl. Gn. vertieft und abgeworfen hat[3] und also nicht wol die rechnung zue machen oder sich zue befahren, dass man numehr dahien inclinieren werde, da dannen man weniges favors zue gewarten, es wolle dan E. chfl. Gn. und andere deren mitchurfursten auss vorfallenden ursachen sich enderen, auf welchen fall man sich doch auch bei Saxen zuversichtig keiner absonderung oder praejudicirlichen vorantwort vermoge voriger vertrostung zue besorgen. Die affection ad primam literam [Albert] ist mir an deme ort so viel bekant, dass ich mir keinen zweifel daran mache;[4] zue dem anderen buchstaben M [Maximilian] hat man derends gar keinen lust und befrembdet mich, was Pf[alz] darzue bewege,[5] aldeweil gewiss ist, dass Rudolphus so wenig dahien als zue dem anderen mit willen verstehen werde." Ich hoffe von Gerstenberg bald Gewisseres zu erfahren; ich habe ihn am 22. um Mitteilung gebeten, was er bei der vorgegangenen Veränderung für Neigung zum ersten Buchstaben bemerke.

Der Kaiser und der König sollen nach den Zeitungen endlich verglichen und der Kaiser entschlossen sein, in Prag zu bleiben; andere wieder sagen, er habe alles auf das Gutachten der Kurfürsten verschoben. Aus dem Schreiben des Vizekanzlers [Stralendorf d. A.] sehe ich, dass er das Bleiben des Kaisers für gewiss hält. Ich gönne es dem Kaiser gern; aber mich dünkt, es wird ohne Praejudiz und Verkleinerung

[1] Kaiserliche Beglaubigung für Hannewald und Hertel vom 29. Juli (Drs., l. 7387, II. Buch Kurfürstentags, f. 79; Or.). Wegen des Zwecks der Schickung vgl. unten no. 307. Bodenius berichtet am 1. August an Herzog Maximilian, die Schickung Trautmannsdorfs verursache viel Nachdenken; man denke an heimliche Praktiken wegen Dänemark und dass die Protestanten seiner Zeit den Dänenkönig als Nachfolger des Kaisers proklamieren möchten (Mc., Entstehung, Fasz. III., no. 26, f. 133; Or. eigh.); vgl. no. 292.

[2] Vgl. no. 286.

[3] Vgl. no. 279.

[4] Vgl. no. 264, no. 268 mit Anm. 2 auf S. 620 und no. 280.

[5] Vgl. no. 273.

Digitized by Google

des Reichs und der Stände, besonders der katholischen, nicht abgehen, zumal wenn der unordentliche Lauf des jetzigen Regiments und das Vorhaben der Praktikanten nicht alsbald gehemmt wird. Ich höre daher von der langen Verschiebung des Kurfürstentags ungern: „die kinder der finsternus sein schleier als die kinder des lichts und feieret der ohnruig gaist nicht.“ Ich sah heute Schreiben, worin der Landgraf Moriz sein Befremden ausdrückt, dass weder den Landgrafen noch den andern Herzogen von Sachsen das Ableben des Kurfürsten notifiziert worden sei. Dass mit diesem Todesfall das schönbergische Direktorium[1] ein Ende hat, habe ich mir längst gedacht, da ich sah, dass Schönberg beim jetzigen Herrn und fast bei allen vornehmen Leuten „in üblem Willen“ ist. Datum Schwalbach den 30. julii a. 1611. — Praes. Aschaffenburg 31. juli a. 1611. Juli 30.

Wmz., Korrespondenz, Bd. 1; — Or. eigh.

301. Kaiserliches Dekret an Kurpfalz in der Administrationssache. Juli 30.

Was der kurpfälzische Gesandte Hippolyt von Colli wegen der kurpfälzischen Kuratel und Administration vorgebracht hat, ist dem Kaiser berichtet worden.[2] Der Kaiser verschiebt zwar den Austrag der Hauptsache bis zum Eintreffen des Gutachtens sämtlicher Kurfürsten, erklärt aber: da wegen des bevorstehenden Kurfürstentags zur Ergänzung des kurfürstlichen Kollegiums Gewissheit nötig ist, wie es inzwischen bis zu gütlicher oder rechtlicher Beilegung des Streites mit Pfalzgraf Johann „als kraft der kaiserlichen confirmation befundenen ruigen possessorn der Churpfalz land und leut“ gehalten werden solle, so hat es (besonders da die meisten Kurfürsten auch dahin neigen) bei der dem Kurfürsten Friedrich IV. im Jahr 1607 erteilten kaiserlichen Bestätigung des Testaments nochmals zu verbleiben und kann kraft derselben Pfalzgraf Johann (doch ohne Abbruch etwaiger besserer Rechte eines andern) bis zur Entscheidung der Sache dem

[1] Gemeint ist der Präsident des kursächsischen geheimen Rats, Kaspar von Schönberg auf Gürigk.

[2] Colli hatte ausserdem um Belehnung des minderjährigen Kurfürsten nachgesucht, der Kaiser aber am 28. Juli erklärt, darüber erst die Kurfürsten hören zu müssen (Ma., 301/17, f. 70; Kopie). Colli durfte in der Antwort darauf, in der er die Bedenken des Kaisers zu zerstreuen sucht und zugleich günstige Erledigung seines Ansuchens in der Administrationssache empfiehlt, bemerken, dass er davon Anlass haben werde, darüber beim rotenburger Unionstag in einer dem Kaiser besonders erspriesslichen Weise zu berichten; würde es sich aber an diesem Punkt [Anerkennung des Administrators] stossen und dadurch die gemeine Wolfahrt verhindert werden, so wolle er, Colli, vor Gott und Welt entschuldigt sein (Colli an Rudolf II., ohne Datum; Mb., 343/24 [also aus dem neuburgischen Archiv], f. 12; Kopie).

Digitized by Google

Juli 30. kurfürstlichen Kollegium und allen kurfürstlichen Akten beiwohnen. Signatum zu Prag den 30. julii a. 1611.

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 166; Kopie.[1]

---

[1] Das Dekret ist in lateinischer Ueberarbeitung gedruckt bei Johannes Zeschlin, De tutela electorali, Lauingae 1613, pag. 507. Am 26. Juli / 5. August gab der Administrator den Kurfürsten von obigem Dekret Kenntnis und reiste bei Kursachsen und bei Kurbrandenburg eine persönliche Zusammenkunft der weltlichen Kurfürsten oder wenigstens ihrer Räte an (Administrator an Kursachsen; Ma., 547/14, f. 181; Kpt., — an Kurmainz, ebenda, f 178; Kpt., — Administrator an Kurmainz; Wmz., a. a. O., no. 174; Or.). Kurmainz antwortete am 9. August mit der Beschreibung des Administrators zum Kurfürstentag (Wmz., a. a. O., no. 153; Kpt.). — Gross war dagegen die Erbitterung bei den Neuburgern, denen der Kaiser obiges Dekret am 13. August mitteilen liess (Drs., l. 7387, II. Buch Kurfürstentags, f. 178; Kopie). Einer der Anhänger des neuburgischen Hauses, Dr. Simon Toelmann in Augsburg, schreibt am 27. August an den neuburgischen Kanzler Dr. Froelich, dass auch ansehnliche kaiserliche und fürstliche Räte, selbst katholische, mit dem Dekret unzufrieden seien und wüssten, „durch was kreuter solch remedium zuwege gebracht worden, so gleichwol in kainem herbario graeco vel latino zu finden; sagen dabeneben, wann es zum fall geraichte, das 4 augen im Myrtillet [Heidelberg] zugiengen, man wurde eadem distillatoria arte eusserstes fleiss anwenden, in possessoria successione zu verbleiben, quod omen Deus avertat"; käme es wieder zu einer Vormundschaft wie zu Zeiten Casimirs, so würde den Gegnern das wieder Unrecht sein müssen, was sie jetzt „mordicitas" verfechten. „His nempe mysteriis et Romanus papatus ad tantum fastigium pervenit, cuius exemplum imitari et vestigia sequi ad potentiam in orbe adipiscendam plurimum contulit" (Mb., 337/20½, f. 6; Or. eigh.).

Die neuburgischen Gesandten überreichten gleich darauf dem Kaiser eine Protestationsschrift mit der Bitte, das Dekret zu kassieren und Pfalzgraf Johann weder zu belehnen, noch ihm den Titel eines Administrators zu geben (Ka., Kurpfalz, Generalia, no. 5303; — Kopie). Schon am 13 August hatte der Pfalzgraf den Kurfürsten von Mainz um dessen Intervention in der Administrationssache ersucht (Ka., a. a. O.; Kopie) und als dies nichts fruchtete, ja die Beschreibung des Administrators zum Kurfürstentag bekannt wurde, richtete Pfalzgraf Philipp Ludwig am 2./12. September zunächst an Kurmainz, sodann an die beiden anderen geistlichen Kurfürsten die Aufforderung, die Beschreibung des Administrators, die auf grund eines erschlichenen Dekrets erfolgt sei, rückgängig zu machen oder sie nur ad audiendam sententiam declaratoriam zu verstehen, ihn gleichfalls zu beschreiben und den Streit vor jeder andern Handlung beim Kurfürstentag zu erledigen. Das gleiche Ansuchen richtete der Pfalzgraf durch Gesandte auch an den Kaiser (Ka., a. a. O.; Kptkopie). — Diese Gesandten, Hugolt Beer und Dr. Silbermann, wussten ihrem Herrn zu berichten, dass der Kaiser von jenem Dekret gar nichts wisse. Ihr Gewährsmann „Sidonius" [entweder Christoph Pflug oder Martin Hastal, der aber von den Neuburgern sonst Favonius genannt wird] sei im Gespräch mit dem Kaiser wegen der Abfertigung des französischen Gesandten Baugy auch auf die Beschleunigung des Kurfürstentags, die der Kaiser gern sehe, zu reden gekommen; Sidonius habe dabei einfliessen lassen, Kurköln werde sich dazu nicht verstehen, weil man in der Administrationssache so voreilig gehandelt habe; als der Kaiser darauf Bericht begehrt und Sidonius ihm denselben gegeben habe, habe jener erklärt, er wisse von dem Dekret gar nichts (Schreiben Beers und Silbermanns an Pfalzgraf Philipp Ludwig vom 7./17. September; Me., no. 85/5; — Kopie; vgl. dagegen no. 350, wonach Günterode in Anspruch nahm, das Dekret erwirkt zu haben und Kurköln dazu sogar geraten haben soll). Auch der Reichsvizekanzler Stralendorf sagte am 5./15. November zu Dr. Silbermann:

Digitized by Google

302. Hippolyt von Colli an Fürst Christian von Anhalt. Juli 31.

Hinweis auf das Schreiben an den Administrator.[1] Ich hätte gewünscht, beim Kaiser wegen des Administrationsstreits noch mehr zu erreichen; aber man muss sich nach Gestalt der Sachen damit zufrieden geben; da sie einmal A gesagt haben, werden sie auch B, C, D sagen. Viel hat die Autorität E. Exz. geholfen; Günterode kam eben rechtzeitig an, um noch Hand anzulegen. „Il se plaint que Cloesel a semé par ceste court, que luy estant l'autre iour a Anspach, il a maintenu a msgr. le marquis et a V. Exc., que l'empereur n'estoit ny bon Espagnol ny bon Papiste. Il en est mary sui et Caesaris causa, quamvis rem non neget."[2] E. Exz. werden wol ein Mittel ausdenken, um das Geschehene beim Kaiser zu entschuldigen. Der Kaiser zeigte sich E. Exz. ausserordentlich wol gesinnt und wünschte Gelegenheit zu haben, „de Luy erweissen ein rechtschaffen freundstuck." E. Exz. sind hier in Wahrheit ausserordentlich geehrt und geliebt von Hohen und Niedern. Der Administrator wird den kaiserlichen Kommissarien Geizkofler und Westernach zu Rotenburg gewiss so entgegenkommen, dass sie Anlass zu guten Berichten haben. In drei bis vier Tagen reise ich nach Dresden ab. De Prague ce 21. de juillet 1611. — Praes. Rotenburg 25. julii 1611.

Bbg., A 9a, no. 107, f. 88; Or. eigh.

303. „Bedenken rom. ksl. M.t und des heil. reichs zustands a. 1611." [Juli.]

„Was es umb I. ksl. M.t und die cron Böheimb itziger zeit vor einen zustand hat, das ist menniglichen bekant und wissend und obwoln die ursachen solcher grossen vorenderung theils am tage, die ubrigen auch leicht zu deduciren, so sinds doch nunmehr geschehene dinge, die an sich selbst nit zu wiederbringen stehen. Damit aber aber auch das ganze reich und gemeines vaterland nit grösser unheil, schaden und verderb doraus zu gewarten habe, so ist anjezo wol zu bedenken, wie man sich dabei zu verhalten:

Wir haben zwei vornehme subiecta vor uns, dorauf alle publica consilia nunmehr gerichtet werden müssen, den kaiser und den konig in Boheimb und Ungarn; beeden konnen wir propter diversitatem

er wisse von dem Dekret nichts und habe es nicht gegengezeichnet, es müsse ein kaiserliches Handschreiben erpraktiziert worden sein (Silbermann an Pfalzgraf Philipp Ludwig am 9./19. November; Me., no 85/2; — Kopie).

[1] Vom gleichen Tag: Mitteilung über den Stand der brüderlichen Vergleichung und über die Bemühungen, das kaiserliche Dekret vom 30. Juli zu erlangen. Braunschweig hat sich dabei wol erzeigt und Günterode sich sehr bemüht, Wacker und Hertel erwarten eine Danksagung. Der König wird dem Administrator gratulieren, „quod more solito, wan es einem anfengt wol zu gehen, plures facient" (Mb., 101/4; — Or. eigh.).

[2] Vgl. no. 299 mit Anm. 3 auf S 689.

Digitized by Google

[Juli.] zugleich nit assistiren sondern müssen einem allein beistehen oder ein solch medium finden, damit beede contentiret werden können. Das eine ist gefehrlich, das ander schwer und misslich; den gleich wie man ex parte der evangelischen stende gewisslich noch nit sagen kann, welchem teil am sichersten zu trauen sei, bevorab wenn aufs königs theil die anteacta in Osterreich und Mehren und seine vornembste räthe und officirer, die anietzo das regiment führen, und andere umbstende mehr betrachtet werden, also ist auch aus den vorigen zwischen I. M.t und ihme gepflogenen tractationibus geringe hoffnung verhanden, dass zwischen ihnen beeden ein annemblich vorgleichungsmittel getroffen werden könne. Es muss aber endlichen solches alles aus augen gesezet und allein des heil. reichs reputation und wolfart in consideration genommen werden.

Die reputation bestehet darinne, das wir unser haubt und von Gott furgesezte ordentliche obrigkeit mit höchstem ihrem und unserem schimpf, spot und nachteil nit degradiren lassen; die wolfart aber des gemeinen vaterlandes erfordert, dass alle bisshero furgefallene unertregliche mengel in geistlichen und prophansachen abgeschaffen, die liebe justicia wieder aufgerichtet und uberall gut heilsamb regiment bestellet und gefuhret werde. — Wenn nun diss furgesezte ziel erreichet und darbei beede, der kaiser und konig, contentiret werden könten, so möchte es wohl das rechte gluckselige medium concludendi heissen. Ob nun wol hieran nit wenig gezweifelt wird, so muss man doch desswegen nit underlassen, einen versuch zu thuen et patriae debita officia zu praestiren, zuversichtiglich es werde der allerhöchste eine solche gute redliche intention väterlich prosperiren und nit allerdings ler und ohne frucht abgehen lassen.

Der kaiser, wie vorgemelt, ist unser höchste obrigkeit, die wir in itzigen nöten und bedrangnus weder mit ehren noch gutem gewissen verlassen können. Die mengel, so bei seiner regierunge etliche viel jar hero vorgangen, sind gross, wichtig und zum theil unertreglich gewesen, vielmals I. M.t fur augen gestelt, aber nie nit corrigiret worden. Nun ist kein zweifel, I. M.t wurden sich uf erinnerung der interessirten reichsstende anitzo zue allen billichen dingen leichtlich und gern accommodiren und denselben in ihren gravaminibus gute satisfaction erweisen, damit sie nur bei dero kaiserlichen stand und reputation bleiben und erhalten werden möchten. Wenn man aber an einem ort gleichwol I. M.t alter und am andern das considerirt, das derselben nunmehr beede königreich Ungarn und Böheimb entzogen sind und dero kaiserlicher underhalt forthin dem reiche allein obliegen und ausszurichten schwer fallen werde, so will fast dohin geschlossen werden, dass es am besten sei, dass I. M.t mit reputation das keiserthumb resigniren und sich ihres theils zu ruhe begeben.[1] Und damit solches desto mehr mit I. M.t und des reichs eheren und guter satisfaction zugehe, so muste sowol zur resignirung als abhelfung

[1] Vgl. no. 275 und Anm. 2 auf S. 635.

Digitized by Google

der bishero geclagten gravaminum ein allgemeiner reichstag ausgeschrieben und gehalten, inzwischen aber mit dem konig und behmischen stenden dahin gehandelt werden, dass sie I. ksl. M.[t] usque ad comitia zue Praga nit allein verbleiben sondern auch die regierung noch bis dahin entweder lediglich oder mit zuordnung des konigs fuhren liessen und uberall gebuerlichen respectirten, auch hernacher zum abzug mit keinen derogleichen unbillichen und fast schimpflichen anmuthungen, wie alberait geschehen, beschwerten. Und obwol solches etwas schwer zugehen möchte, so ist doch kein zweifel, wenn chur- und fursten im reich disfalls zusammensezen und coniunctis viribus et consiliis das werk undernehmen, es werde beim konig multis rationibus leicht zu erhalten und endlichen bei den stenden mit zuthuung des konigs dohin auch wohl zu richten sein. [Juli.]

Anregende des konigs personen ist sich bei und gegen demselben auch gar wol vorzusehen: denn erstlich so ist noch in frischer gedechtnus, wie er sich hiebevor nach erlangter ungarischen cron gegen den evangelischen stenden in Ungarn, Osterreich und Mehren erzeigt; vors ander wird darfur gehalten, dass er seiner gar nicht mechtig sei sondern totus a nutu et consilio seiner vornembsten officirer dependire.[1] Weil aber dieselben ja so schedliche und böse leute als die kaiserliche ministri bisshero nimmehr gewesen, so ist gut zu erachten, was vor besserung zu hoffen; wie dann desswegen in Böheimb alberait factiones entstehen und die erfolgte crönung dem grosten theil wieder bereuhen soll. Zum dritten soll der konig auch gar ein schwacher herr sein und das ansehen haben, dass der kaiser ihn noch wol uberleben möchte. Und zu setzen, dass er allerdings jung, gesund und stark were, so ists gleichwol vors vierte weniger nicht, dass er gegen seinem herrn bruder grosse und starke excess begangen, dobei es vieleicht so nicht bleiben sondern ihme desswegen noch fort zugesetzt werden möchte. Begäbe sich nun mit ihme ein unvorsehener fall, so wurde es praesertim vivente adhuc Rudolpho ohne neue und grosse verenderunge abermals nit abgehen. Derowegen dann bei vielen noch in zweifel gestellet wirdet, ob man sich nit vielmehr dahin zu bemuhen ursach habe, das der itzige kaiser, jedoch mit vorgehender abhelfunge aller beschwerden und guter satisfaction der stende, zeit seines lebens bei der cron Böheimb und dem reiche designato novo rege Romano erhalten werde, denn das vivente ipso der Matthias darzue gelassen werden solte. Woferne es aber endlichen aus erheblichen und wichtigen ursachen je nit anders sein kann, so

---

[1] Vgl. no. 117, S. 288, Anm. 5, no 169, no. 200, no. 222, S. 524, Anm. 1, no. 256, no. 263, no. 273 und die Zusammenstellung bei A. Chroust, Abraham von Dohna, S. 220, Anm. 1; vgl. auch Gindely, Geschichte des dreissigjährigen Krieges, I., 1., Prag 1869, S. 3; A. Huber, Geschichte Oesterreichs, V., S. 31; M. Ritter, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation, II., S. 376 und den Artikel Khlesl in der Allgemeinen Deutschen Biographie.

Digitized by Google

[Juli.] wird dabei alles dasjenige, was oben bei des kaisers person angedeutet, hiehero in acht zu nehmen und der konig anders nit dan ordinaria via durch wahl der churfursten, wie es im reich herkommen, zue admittiren, fur allen dingen aber und so viel nur immer möglich es dahin zu richten sein, dass die resignirung des kaiserthumbs cum reputatione, gutem willen und vorhergehender abhelfunge der reichsgravaminum zugehe und der neue angehende kaiser solches alles festiglich zu halten und erfolgen verspreche.

Wie hochnötig es nun sei, dass sich chur- und fursten im reich des kaisers und alles dessen, was eine zeit hero vorgangen, annehmen und darunder weder zeit noch gelegenheit mehr verabseumen, das ist aus obigem allen gnugsamb abzunehmen und will damit umb so viel weniger zu feiren sein, dieweil man die gewisse nachrichtung hat, dass I. M.t aus Böheimb eilen und sich förderlichst naher Regenspurg begeben wollen, welches dann viel gute consilia verhindern und umbstossen, auch den zustand nur beschwerlicher machen wurde. Nun kömpt obangeregter consideration sehr wol zu statten, der itzo vorstehende unions- wie auch negchstvolgende angestellte churfurstentag, und gleichwie ohn das bei der unirten stende vorsamblung, dabei sich zweene churfursten des reichs befinden, von diesem allen zweifelsfrei notwendige deliberation gehalten werden wird, als wurde auch zu sehr grosser und guter correspondenz dienen und dem gemeinem wesen nit wenig vortreglich sein, wenn I. chfl. Gn. zue Sachsen durch eine abordnung, die ohne das in den gülichischen sachen von nöten, bei den unirten stenden wegen I. ksl. M.t und des reichs itzigen zustands gute erinnerung thuen liessen.

Der liebe Gott verleihe uberall sana et salutaria consilia, die einzig dahin gerichtet sein, dass friede und ruhe im heiligen reich erhalten, desselben authoritet und reputation conserviret und dessen ansehnliche vires vielmehr gegen den erbfeind gebraucht werden mögen; denn dass wir uns selbst unter einander enerviren, ruiniren und damit endlichen dem erbfeinde und andern das schwert wieder uns selbsten in die hende geben sollen."

Drs., l. 7387, I. Buch Kurfürstentags, f. 81; Kopie.

August 1. **304.** Melchior Khlesl an Erzherzog Maximilian.

Auf das Schreiben vom 24. Juli.[1] Ich freue mich, dass E. D.t sich meinen Einfall gefallen lassen und soll es seiner Zeit auch darnach gerichtet werden, wenn wir nur Erzherzog Albrecht dazu überreden, wozu E. D.t viel tun können. Was die Mitteilung der Avisen anlangt,

[1] Khlesl hatte durch ein Schreiben vom 12. Juli dem Erzherzog wegen der gefährlichen Konfoederation der Erblande [vgl no. 284, S. 658] eine persönliche Zusammenkunft aller österreichischen Erzherzoge vorgeschlagen, welchen Vorschlag der Erzherzog in dem Schreiben vom 24. Juli (Ib., Maximilianische Hofkonzepte im Juli 1611, no. 37; Kpt.) annimmt.

Digitized by Google

„sein die Caluinisten soliche leuth, dergleichen die welt nit hatt.“ August 1.
Anhalt handelt seit einigen Monaten vertraulich mit dem König, aber ebenso, nur anders in der Materie, mit dem Kaiser. „Diser leuth aller intention ist ein interregnum zu machen vnd das vicariat zu practicieren vnd villeicht dass hauss Oesterreich niderzuhalten.[1] Das mitl ergreiffen sy mit denen Catholischen vnd Lutherischen, nämblich die authoritet des kaisers zu erhalten; dise hab ein andere, die Caluinisten widerumb ein andere intention, allein das bäde thail das mitl und schein von der authoritet nemen. Die Caluinisten werden die election eines romischen künigs billichen, aber diser zeitt derhalben widerrathen, damit es der authoritet I. ksl. M.t nicht praeiudicire vnd man mit disem actu electionis I. ksl. M.t nit degradier vnd zuuerstehen gebe, das I. ksl. M.t irer vntaugligkhait halben in gegenwerdige confusion gfallen. Wan nun bäde thail die authoritat zu erhalten sich vergleichen, so haben die Caluinisten vil ein bösseren pretext zu irer intentions erlangung als die Catholischen vnd Lutherischen. — Vnd dises ist mein discurs auf dise auisa; Gott geb, dass ichs nicht errath; vil wierdt die vergleichung I. ksl. vnd kgl. M.t helffen, in der wier alberait zu abhörung der vergleichsnotl [kommen] sein; es thue hernach I. ksl. M.t haimblich, was sy wöllen.“ Am 20. August verreist der König nach Schlesien; Tag und Nacht betreibe ich meinen Abzug nach Wien und hoffe ihn zu erlangen. Prag den 1. augusti 1611. — Praes. 9. aug. 1611.

Ib., Ambraser Akten, Missiven vom August 1611, no. 14; Or. eigh.

305. Protokoll des Unionstages von Rotenburg a./T. August 2. bis Sept. 2.

Verzeichnis der Anwesenden:

Kurpfalz (zugleich für Zweibrücken): der Administrator persönlich; die Räte Johann Engelbert von Lautern, Dr. Michael Loefenius, Dr. Ludwig Camerarius, Theophil Richius; die Sekretäre Dathenus und Hausmann. Kurbrandenburg: unvertreten. Pfalz-Neuburg: Kirchenratssekretär David Widmann. Brandenburg-Culmbach: Johann Casimir Graf zu Lynar, geheimer und Oberkammerrat; Kanzler Friedrich Hulderich von Varel; die Räte: Achaz Georg Wolf von Schaumberg, Dr. Arnold Muhm; Friedrich Thomas Senfft, Amtmann zu Pegnitz. Brandenburg-Ansbach: Markgraf Joachim Ernst und dessen Bruder Johann Georg persönlich; Obermarschall Wilhelm Graf zu Mansfeld; Räte: Hans Albrecht von Wolfstein, Erasmus Schenk zu Limburg, Oberst Hans Philipp Fuchs zu Bimbach, Oberst Valentin von Selbitz, Hans Philipp von Crailsheim, Veit Dietrich von Eyb, Oberstleutnant Wilhelm von Goldstein, Dr. Gernandt, geheimer Rat und Kammermeister, Dr. Simon Eysen, geheimer Rat und Vizekanzler; Baltasar Neu, Geheimsekretär

[1] Vgl. no. 292, S. 674, Anm. 1 und no. 297.

Digitized by Google

August 2. bis Sept. 2. Württemberg: Herzog Johann Friedrich persönlich; Johann Jakob Graf zu Eberstein, Rat und Hofmarschall; Räte: Sebastian Welling von Vehingen, Benjamin Buwinckhausen von Wallmerode, Oberst Melchior von Reichau, Johann Kuelmann; Johann Sigmund Gomer, Kammerrat; Johann Sattler und Johann Lutz, Sekretäre. Hessen-Cassel: unvertreten. Baden: Markgraf Georg Friedrich und dessen Sohn Markgraf Friedrich persönlich; Otto Wild- und Rheingraf, Oberst; Heinrich von Starschedel, geheimer Rat und Hofmeister; Johann Peter Breitenacker, Kanzler; Philipp von Helmstätt; Christoph Kessel, Kammerrat; Johann Thomas Stotz und Hans Wilhelm Abel, Sekretäre. Anhalt: Fürst Christian und Fürst Joachim Ernst persönlich; Burkhard von Schlammersdorf, Hans Christoph von Adolzheim, Adam von Börstell, Oberst Hans Meinhard von Schönburg; Rat Tobias Hübner. Oettingen: Kanzler Liz. Ludwig Müller und Dr. Friedrich Kessler, Rat. Strassburg: Claus Jakob Wurmser, Städtemeister; Peter Starck, Altammeister; Franz Rudolf Ingelt, Dreizehner; Dr. Johann Hartlieb, gen. Walsporn, Advokat. Nürnberg: vom innern Rat Ernst Haller von Hallerstein, Leonhard Grundherr und Endres Im Hof; Dr. Johann Christoph Oelhafen und Dr. Georg Adelbert Burkhard, Advokaten. Ulm (zugleich für Memmingen, Heilbronn und Kempten): Leo Roth des geheimen Rats, Sigmund Schleicher des Rats, Dr. Hieronymus Schleicher, Advokat. Worms: Johann Stephan des innern Rats, Dr. Paul Rennekamp, Advokat. Speier (zugleich für Landau): Bürgermeister Johann Hadamar und Dr. Franz Jugert, Syndikus. Nördlingen: Kaspar Heider und David Gering, Bürgermeister; Dr. Georg Heher, Advokat; Johann Konrad Gundelfinger, Sekretär. Rotenburg: Altbürgermeister Michael Reichshöfer und Johann Offner; die Advokaten Dr. Michael vom Berg und Dr. Michael Bezold. Schwäbisch-Hall: Georg Melchior Clasius und David Wetzeler des innern Rats; Dr. David Schmalkalder, Advokat. Windsheim: Jakob Hofmann, Oberrichter: Philipp Herbst, Syndikus. Giengen: Ratsfreund und Bürgermeister Simon Laister; Advokat Dr. Christoph Mumprecht. Aalen: Bürgermeister Blasius Hunger; Georg Friedrich Sandtwaldt, Syndikus.[1]

Juli 23.
August 2.

Camerarius hält die Proposition und schlägt nach langer Wiederholung der Ereignisse seit 1608 vor, zunächst vom jetzigen Zustand des Reiches zu reden: Die Gefahr ist noch nicht beseitigt, die widerwärtigen kaiserlichen Räte sind nicht entfernt worden und werden sogar erhöht, ja man vernimmt von neuen Praktiken. Da der Kurfürstentag vor der Türe steht, so will der Administrator die Meinung der Unierten über die Punkte hören, die dort vorkommen

[1] Zusammenstellung der Furierzettel in Ma., 131/7, f. 40 und U., Unionsacta, tom. XXIII., no. 2256; Kopien.

Digitized by Google

dürften als da sind: Veränderung der kaiserlichen Residenz und Unterhalt des Kaisers, Abschaffung der Gravamina und Verbesserung des Regiments, Reassumtion des Reichstags und Beratung des Justizpunktes. Vor allem aber möge man sich wegen Beförderung der Rechnungen entschliessen. Mitteilung, dass Kurbrandenburg und Hessen-Cassel ihr Fernbleiben entschuldigt haben. — Nach den üblichen Dankesworten für die Mühewaltung der Kurpfalz wird in der ersten Umfrage beschlossen, es bei der Ordnung des Ausschreibens zu lassen und mit den Rechnungen möglichst zu eilen. — August 2. bis Sept. 2.

In der zweiten Umfrage rühmt Ansbach den bisherigen Nutzen der Union, die die Praktiken der Gegner bisher vereitelt und den Katholischen Furcht eingeflösst habe; aber er warnt vor allzu grosser Sicherheit: Zuñiga soll für Spanien werben, es leben noch die Leute, die im vorigen Jahr gelebt haben, der Vergleich zwischen Kaiser und König will nicht fortgehen, die kaiserlichen Räte denken auf Rache, Spanien will sich um die Succession nach dem Kaiser bewerben und würde grosse Not entstehen, wenn sich ein widriger Fall zutrüge und die Pässe an der Donau nicht verwahrt wären; die Residenz des Kaisers im Reich soll man nach Möglichkeit abwenden und Verbesserung des Regiments beim Kurfürstentag suchen; mit der Wahl eines römischen Königs mögen die Kurfürsten sich nicht übereilen. Baden (persönlich) erinnert an den beharrlichen Intent des Papstes und der Jesuiten, die in ihren Schriften vorgeben, der Religionsfrieden habe aufgehört und brauche man den Ketzern keinen Glauben zu halten; „das begeren gleichwol die meinzischen Jesuiter zu verstreichen, komm aber doch uf ains uss.“ In Rom hat man ein besonderes Kollegium de propaganda fide angestellt. Die Mittel der Gegner sind bekannt; die kaiserlichen Räte sind auf deren Seite, die Zahl der päpstischen Beisitzer beim Kammergericht wird vermehrt und „also understanden, dasjenige, so am kaiserlichen hof verbleibe, durch das cammergericht usszufüeren.“ Beim letzten Reichstag hat man gesehen, dass die Papisten den Religionsfrieden am liebsten ganz aufgehoben hätten. Das Jesuiterwesen reisst immer mehr ein; wenn die Papisten von ihren „vorhabenden mediis“ schon etwas absetzen, bleibt doch noch der Intent jener. „Thue ime das herz wehe, wenn er an Donawörth gedenke; lige solche statt ob irer aller seelen.“ Schon hat man sich vernehmen lassen, mit andern Städten ebenso zu verfahren und war dazu schon ein Verzeichnis gemacht. Die Kaiserlichen haben sich neben ihren Werbungen auch einen Rücken ausserhalb des Reichs gemacht; ihre Gedanken gehen auf Unterdrückung der Religion und der Freiheit. Hinweis auf Tengnagels Aussagen und auf die Gefahr, wenn das passauer und das elsässer Volk sich vereinigt hätten; man musste darum im Elsass die Waffen zur Hand nehmen. Ein vornehmer Gegner hat ihm, Markgrafen, eingestanden, dass die Unierten eben Zeit gehabt hätten, im Elsass den Vorstreich zu gewinnen, sonst wäre ihnen widerfahren, was sie den

Digitized by Google

August 2. bis Sept. 2. andern zugefügt haben. Durch dritte Hand hat man ihn von der Union trennen wollen und ihm dafür Hilfe in seinem Privatstreit[1] versprochen. — Man kann nur Gott um längere Erhaltung der Union bitten. — Käme der Kaiser ins Reich, so würde die betreffende Residenzstadt gleichsam von ihm eingenommen und würde zu vielen Praktiken Anlass gegeben werden. — Die von den Papisten gewünschte Reassumtion des Reichstags ist zu verhindern, derselbe nach Möglichkeit hinauszuschieben und jedenfalls ein neuer auszuschreiben, wobei vor allem die Gravamina zu urgieren wären. — Auf Verbesserung des Regiments ist wenig Hoffnung; denn man befördert Leute, die fast schon unter der Leiter gestanden haben.[2] — Nach Versicherung eines vornehmen Papisten hat Spanien so viel Einverständnis im Reich, dass es fast nicht zu glauben sei; es praetendiert nach Absterben des Kaisers die Succession in allen österreichischen Erblanden und die Kaiserwürde selbst. Man möge daher mit der Wahl nicht zu sehr eilen. Anhalt (persönlich): Die Gefahr für Deutschland ist durchaus noch nicht abgewendet; denn Spanien und der Papst haben nunmehr in Deutschland das arbitrium pacis et belli und zwar durch die bösen Räte. Als man [die Papisten] zu Regensburg nicht vorwärts kam, den Frieden mit den Türken nicht brechen und Erzherzog Ferdinand nicht zum römischen König wählen konnte, da hat man sich mit verschiedenen Heeren gefasst gemacht, die alle ihren starken Rückhalt hatten. Ohne die Union hätte es im vorigen Jahr übel gestanden; aber sie hat sich ein solches Ansehen erworben, dass sie selbst des Auslandes Hilfe gefunden hat, die man, so lange man getrennt war, nicht hat haben können, und dabei waren 90000 Mann und mehr auf den Beinen, wovon nicht über 25000 Mann wider die Union, die übrigen in deren Devotion waren.[3] Auch Sachsen ist jetzt den Papisten entzogen. — Vom Kurfürstentag kann der Union viel Gutes, aber auch viel Uebles kommen. — Der Kaiser würde im Reich Gelegenheit zur Rache suchen. — Zur Verbesserung des Regiments ist dem Kaiser die Abschaffung der bösen Räte zu raten. Der Reichstag ist zu verschieben; jedenfalls darf die Reassumtion nicht gestattet und muss die Abschaffung der

[1] Im eickenschen Streit; vgl. no. 15, S. 36, Anm. 1 und das folgende.

[2] Anspielung auf Hannewald, der angeblich Reichsvizekanzler werden sollte; vgl. no. 263.

[3] In U. (Unionsacta, tom. XXIII., no. 2254) findet sich eine Zusammenstellung der Streitkräfte im Jahr 1610. Darnach hatten vor Jülich die Unierten 2200 Fussknechte, die Possidierenden 5000 z. F., 1600 Pferde und 1000 ausgesetzte Schützen, Frankreich 8000 z. F. und 2000 Pf., England 4000 z. F., die Generalstaaten 9000 z. F. und 2500 Pf. — im ganzen 35300 Mann. Die Union hatte in Süddeutschland 10000 z. F. und 3000 Pf., Matthias und die Erbländer 16000 z. F. und 4000 Pf., die katholischen 24000 z. F. und 6200 Pf. (Besatzung von Jülich 4000 z. F. und 1300 Pf., Elsässer Volk 4000 z. F. und 500 Pf., passauer Volk 6000 z. F. und 2000 Pf., rietbergisches Volk 2000 z. F. und 400 Pf., Bayern 6000 z. F. und 1500 Pf., Würzburg und Bamberg 2000 z. F. und 500 Pf.), insgesamt 98000 Mann ohne Artilleriebedienung, Schanzgräber und Train. — Die Ansätze für die Kontingente der Katholischen sind zu niedrig angenommen.

Digitized by Google

Beschwerden vor Ausschreibung eines neuen Reichstags bedungen werden. Bei der Wahl eines römischen Königs ist darauf zu achten, dass nicht das Erbrecht eingeführt und doch ein rechtes Oberhaupt erwählt wird, vor allem aber, dass das Reich nicht an einen Fremden kommt. Auch der Stadt Braunschweig ist zu gedenken, zumal selbst die geistlichen Kurfürsten den Achtsprozess misbilligen. Culmbach findet die Stabilierung der Union auch für nötig. Württemberg nimmt in Abwesenheit des Herzogs alles nur zu Bericht. Oettingen ist auch für die Erhaltung der Union. Des Intents der Papisten ist man so gewiss wie der „vornehmsten Prinzipien" in der Welt. Sie betreiben ihre Sache gar hitzig; die Jesuiten sind am Weg, die kaiserlichen Räte halten sich an den Papst und an Spanien und misbrauchen des Kaisers Namen; die Ambassadoren haben zu Prag grossen Vorteil; alles wird in ihre Sprache übersetzt und allenthalben verbreitet; päpstliche Nuntien gibt es hin und wieder im Reich.[1] Verträge und der Religionsfrieden gelten nichts, wie das Schicksal des böhmischen Majestätsbriefs erweist, der beinahe gleich nach der Geburt ertränkt worden wäre. Dieser Tage hat man auch die letzten Funken der evangelischen Religion in Donauwörth ausgelöscht.[2] Die Gravamina sind „vulnera imperii" und hätten weiter gegriffen, wenn die kaiserlichen Räte nicht in andere Ungelegenheiten verwickelt worden wären. Gegen all das hilft nur die Erhaltung der Union und die Abstellung der eingerissenen Mängel; so wird ein Schwert das andere in der Scheide halten. Die Reassumtion des Reichstags gestatte man nicht, bevor man sich nicht mit Zuziehung friedliebender Stände wegen der Gravamina verglichen hat, vor deren Abhilfe soll man auch auf dem Reichstag keine Kontribution bewilligen; die Böhmen haben dies Mittel mit Erfolg angewendet. — Augsburg soll als Residenz des Kaisers ausersehen sein, was sehr beschwerlich wäre. Die Städte bitten wegen dieser Punkte um Bedenkzeit; wegen der Rechnungen sind sie mit den Vorstimmenden einig, dass diese in einem besonderen Ausschuss vorgenommen werden. — Nachmittags wird mit den Rechnungen begonnen.[3]

August 2. bis Sept. 2.

---

[1] Zuñiga warnt Philipp III., den Papst um Absendung eines besondern Nuntius nach Deutschland zu ersuchen; zwei seien schon da und ein dritter würde nur die Ketzer mistrauisch machen (Zuñiga an Philipp III. am 22. April 1611; Sim., Fasz. 2497, f. 224; Or.).

[2] Vgl. F. Stieve, Der Kampf um Donauwörth., S. 458.

[3] In U. (Unionsacta, tom. XXIV, no. 2326 a) liegt das Protokoll der Sonderberatungen der unierten Städte [St. Pr.] vor. Am 1. August wird unter Nürnbergs Vorsitz beschlossen, bei den schweinfurter Beschlüssen zu bleiben und die Proposition zu erwarten. — Am 2. August wird das gemeinsame Votum auf die vormittags im Plenum zur Umfrage gestellten Punkte beraten. Nachdem Worms beklagt hatte, dass man in der Proposition der vielen in der Union eingerissenen Mängel nicht gedacht habe und dass die Kontributionen kaum mehr zu erschwingen seien, wird wegen der in der Proposition angeregten Bereithaltung gegen Uebereilung beschlossen, es bei den in der Bundesnotel vorgesehenen Mitteln bewenden zu lassen

Digitized by Google

August 2. bis Sept. 2.

Juli 24.
August 3.

Verordnung eines besonderen Rechnungsausschusses. Darauf votiert Strassburg wegen der gestern proponierten Punkte: Die Union ist fortzusetzen, doch muss auf die Unionsnotel besser gesehen werden. Die Residenz des Kaisers im Reich wäre praejudizierlich; doch wird der Kaiser nach dem Anerbieten seines Bruders nun wol in Prag bleiben, auch werden die Böhmen ihn nicht reisen lassen. Wegen Besserung des kaiserlichen Regiments ist nicht viel zu hoffen, sowol die Schickung nach Prag als auch Kurmainz haben die Mängel vergebens geahndet. Bei der Neuausschreibung des Reichstags ist darauf zu achten, dass den Beschwerden, deren Abschaffung beim Kaiser steht, abgeholfen werde. Am Kammergericht nimmt man Jesuitenzöglinge an, Papisten werden den Evangelischen vorgezogen; der Parität droht Gefahr. Nürnberg wünscht, dass in der Union Gleichheit gehalten und den Beschwerden der Städte abgeholfen werde. Mit den vor die Kurfürsten gehörigen Punkte beladen sich die Städte nicht gerne, damit man ihnen nicht wieder vorwerfen kann, dass sie dem Kaiser die Administration benehmen.[1] Bei einem Reichstag darf man vor Abschaffung der Gravamina zu keiner Beratung schreiten. Durch das Justizwesen sind fast alle Stände beschwert und will man gegen Katholische fast keine Prozesse erkennen Die Kurfürsten mögen auch der Stadt Braunschweig gedenken. — Man lasse sich aber auch nicht durch jede Zeitung in Harnisch bringen. sehe auf die Verfassung der Union, halte gute Korrespondenz und verschone die unvermöglichen Stände mit Kontributionen, da sie sonst bei der Union nicht bleiben könnten. Worms ebenso. Ulm will sich auch nicht von der Union trennen, doch möge man die Mängel beseitigen. Die Verlegung der kaiserlichen Residenz ins Reich ist zu verhüten, aber mit Diskretion; denn 1610 haben sich die evangelischen Stände beschwert, dass ihre Angelegenheiten aus dem Reich nach Böhmen gezogen werden. [Wegen des Unterhalts des Kaisers vgl. die ulmische Instruktion.][2] Wegen des Reichstags hat Anhalt sich verlauten

und auf Erledigung der Gravamina vor allen anderen Punkten zu sehen. Die beim Kurfürstentag vorkommenden Punkte sind den Kurfürsten anzuvertrauen; der Niederlassung des Kaisers im Reich ist vorzubauen, der Unterhalt des Kaisers gehört vor alle Stände; der Reichstag ist neu auszuschreiben, doch der Konsens erst nach Abhilfe der Beschwerden und Erledigung des Justizpunktes zu erteilen; Donauwörths ist besonders zu gedenken. Wegen der Rechnungen zum elässischen Wesen soll nicht gleich anfangs protestiert werden sondern erst, wenn unpassierliche oder auf den elsässer Zug bezügliche Posten auf die Bahn kommen. Besonders Strassburg gab zu bedenken, dass man den Fürsten zur Werbung Ursache gegeben und dass die beiden Markgrafen die Vereinigung des passauer und elsässer Volks verhindert hätten. Ulm erinnerte dagegen, dass die Städte in die Kosten der Offensive nicht willigen könnten.

[1] Vgl. Briefe und Akten, III., no. 218 und F. Stieve, Kampf um Donauwörth, S. 417 f.

[2] No. 245, Zusatz auf S. 581.

Digitized by Google

lassen, dass, wenn Hannewald dahin käme, keine Kontribution bewilligt werden würde; auch wird der Kaiser ohne Donauwörths Restitution zu keinem Reichstag kommen. Ebenso die andern Städte. Pfalz vergleicht sich mit den vorigen Voten und sagt zu, die Uebersiedlung des Kaisers ins Reich nach Kräften zu verhindern, da dadurch nur Zerrüttung entstehen und die päpstlichen Nuntien sich im Reich einnisten würden; käme kein Vergleich zwischen dem Kaiser und dem König zu stande, so würde auch noch „sedes belli" ins Reich kommen. Die Reassumtion des Reichstags wird schon wegen des seither erfolgten Ablebens von drei Kurfürsten nicht verlangt werden; bei der Neuausschreibung sollen die Anregungen wegen der Gravamina, wegen des Justizpunkts und wegen Donauwörth in Acht genommen werden. — Man möge aber Mittel nennen, wie beim Kurfürstentag wegen der Translation der Residenz und wegen des Reichstags Rat geschafft werden könnte. August 2. bis Sept. 2

Nach zwei weiteren Umfragen beschliesst man, die vorigen Vota in einen Abschied zu bringen, ihn Kurbrandenburg zu überschicken und den Kurfürsten dabei zu ersuchen, deshalb auch mit Kursachsen zu kommunizieren; auch Kurmainz soll man informieren. Von der Translation der Residenz soll man den Kaiser durch eine Mittelsperson abmahnen. Die von Oettingen vorgeschlagene Schickung an die Kurfürsten oder ein Schreiben an diese wird unratsam befunden. In den erwähnten Abschied ist auch aufzunehmen, dass bei einem neuen Reichstag vor Abschaffung der Gravamina keine Antizipation oder Kontribution bewilligt werden soll. — Anhalt regt dabei an, vor einem neuen Reichstag einen Unionstag zu halten und auch Sachsen dazu zu beschreiben.

Nachmittagssitzung. Vermehrung der Union. Der Punkt wegen Aufnahme fremder Potentaten soll bis zu Württembergs Ankunft verschoben werden. Baden wünscht ein „Generalverständnis" der ganzen Christenheit, um des Papstes Praktiken zu hindern; da die Nuntien und die spanischen Gesandten allenthalben praktizieren, so sind Agenten der Union in Venedig und Frankreich nötig; ebenso regt Baden eine Korrespondenz mit Erzherzog Maximilian an. Anhalt erinnert an den Einspruch der Städte. — Allgemein wird Verhandlung mit Kursachsen und denen „drinnen Landes" empfohlen, was Kurbrandenburg auf sich nehmen soll; mit den Hansestädten soll nochmals verhandelt werden, mit den Schweizern soll man korrespondieren, desgleichen mit Erzherzog Maximilian. Neu eintretende Stände wie Giengen und Aalen sollen je nach Vermögen einen Teil der bisherigen Kontribution nachzahlen.

---

[1] [St Pr.] 4. August: Die Deputierten zum Rechnungswesen berichten den Städten, dass alle Rechnungen mit den Kosten des elsässer Zugs erfüllt seien. Man beschliesst darauf im Städterat, die Rechnungen nur mit der schriftlich zu übergebenden Verwahrung anzuhören, dass dadurch der Haltung der Städte gegen diese Posten nicht praejudiziert werden solle; es erscheinen darin Posten für spanisches Wachs, Schneidmesser, Säcke; alle Soldmonate sind in unveränderter Höhe angesetzt, als wäre im Elsass nie ein Soldat oder Reiter

Digitized by Google

August 2. bis Sept. 2.

27. Juli.
6. August.

In Gegenwart aller Fürsten, auch Württembergs, teilt Camerarius mit, dass Württemberg alle bisherigen Beschlüsse genehm hält, und proponiert, wie man sich der Union nützlich zu bedienen habe und was man wegen der Gravamina und Donauwörth bei den zu erwartenden kaiserlichen Kommissarien anbringen solle. — Ansbach verweist auf die Unionsverfassung und mahnt, dass man sich in der Union vor Zwiespalt hüten möge. Die Gravamina beim Kaiser zu urgieren ist jetzt bessere Gelegenheit, da er selbst sieht, dass er von seinen Räten verführt worden ist; die Gegner haben jetzt auch den friedfertigen Zweck der Union kennen gelernt und werden vielleicht selbst zur Abhilfe der Beschwerden beitragen; eine Schickung nach Prag wäre vielleicht nicht unratsam. Württemberg wie Ansbach: wegen der Gravamina und Donauwörth soll man die kaiserlichen Kommissarien erwarten, allenfalls könnte auch eine besondere Schickung zum Kaiser geschehen. Die Gravamina der Stände gegen einander sind nur auf einem Reichs- oder Deputationstag zu schlichten; zur Interposition dabei sollen König Matthias und Erzherzog Maximilian ersucht werden; zum Reichstag soll man den Kaiser um einen annehmlichen Kommissar bitten. Baden (persönlich) besorgt, dass das deutsche Geblüt etwas aus der Papisten Gemüt gekommen sei; man möge aber nach dem zu Schweinfurt geschehenen Vorschlag Kurmainz und Baiern durch Kurpfalz ersuchen lassen.[1] Anhalt (persönlich): Zur Abhilfe der Gravamina gehört gute Korrespondenz und gewisse Bereitschaft; die in des Kaisers Hand stehenden Beschwerden sind schon zu Prag urgiert worden, der Erfolg einer neuen Schickung ist ihm zweifelhaft, jedenfalls könnte er sich dazu nicht brauchen lassen. Das Uebel am kaiserlichen Hof ist verjährt, die jetzigen Räte haben weder Art noch Willen noch Vermögen, Gutes zu tun. Man soll den Katholischen vorstellen, dass man durch die Union nicht „harmoniam imperii" aufheben oder die Geistlichen ausrotten will; durch gute Interposition hat man auch den jüterbogker Vertrag erreicht und Krieg verhütet. Culmbach: Donauwörths soll man mit den andern Beschwerden beim Kurfürstentag mit der Klausel gedenken, dass ohne deren Abhilfe kein Reichstag und keine Steuer bewilligt werden würde. Oettingen urgiert

---

gestorben, ja es finden sich mehr Leute zum Sold verrechnet als in der ersten Musterrolle stehen (ebenso berichten die ulmer Gesandten am $\frac{26. \text{ Juli}}{5. \text{ August}}$ in U., Unionsacta, XXIII., no. 2271; Or). — Der Protest der Städte wegen des Rechnungswesens ist vom $\frac{25. \text{ Juli}}{4. \text{ August}}$ datiert: die Städte erklären, dass die Abhörung der Rechnungen der heilbronner Protestation (vgl. Briefe und Akten, III., no. 207 und den schweinfurter Beschwerden (vgl. no 107) nicht praejudizieren soll (Mb., 342/1, f. 146; Kopie).

[1] Vgl. no. 100, S. 235 f.

Digitized by Google

die Veröffentlichung der Refutation der donauwörthischen Relation.[1] Die Städte sind mit den vorigen Ausführungen einverstanden, betonen die Notwendigkeit der Gleichheit in der Union und urgieren die städtischen Gravamina und die donauwörthische Refutation. Ulm empfiehlt die Interposition zwischen den Religionsparteien im Reich. — Camerarius verweist auf den Nutzen der Union und auf die Mehrung ihrer Reputation durch die angekündigten Gesandtschaften des Kaisers und des Königs; die allgemeinen Gravamina soll man sowol beim Kurfürstentag als auch bei den kaiserlichen Gesandten betreiben. In der Korrespondenz mit Kurmainz soll fortgefahren werden, dasselbe mögen die Unierten auch bei den andern katholischen Ständen tun; kann man mit ihnen zusammen beim Reichstag dem Justizwesen Rat schaffen, so ist es umso besser. Die von Faber verfasste Refutation wegen Donauwörth soll gedruckt werden. August 2. bis Sept. 2.

Dann wird wegen des Zeremoniells beim Empfang der kaiserlichen und königlichen Gesandten umgefragt.[2]

Juli 29.
August 8.

In Abwesenheit der Städte proponiert Camerarius, was die Fürsten allein angeht: 1. Einnahme der Grafen und Herrn. Kurpfalz schlägt vor, ihnen gleich den Städten acht Vota zu geben, was mit der Voraussetzung angenommen wird, dass die Grafen nicht helfen werden, die Fürsten mit deren zwölf Voten zu überstimmen; Ansbach und Culmbach bleiben mit ihrem Antrag, den Fürsten sechzehn Voten zuzuerkennen, in der Minderheit. — 2. Einnahme der Hansestädte und der ausländischen Potentaten. Ansbach rät zur Behutsamkeit, weil die dazu notwendigen grossen Ausgaben die Union nur schwächen würden; nur bei England

[1] Zur Geschichte der „Beständigen Informatio iuris et facti, 1611," vgl. F. Stieve, Kampf um Donauwörth, S. 423 f. Wegen der Verfasserschaft vgl. oben das Protokoll, das Stieves Vermutung bestätigt.

[2] [St. Pr.]: Sonntag den 7. August fand eine Zusammenkunft der Städte statt, um zu beraten, wie man die vorgefundenen Mängel in den Rechnungen den höheren Ständen am besten zu erkennen geben könnte. Man beschloss es schriftlich zu tun. — Aus einem Verlass der nürnberger Aeltern vom 8. August auf die Berichte ihrer Gesandten ersieht man, wie auf die Städte wegen der jülicher Rechnungen eingewirkt wurde; Camerarius drohte mit der Verlegung des kaiserlichen Hoflagers nach Nürnberg. Darauf wurde beschlossen, Camerarius hinwider zu erinnern, wie sehr man den Nürnbergern angelegen hatte, dass sie selbst in die Union treten und andere Städte dazu bewegen möchten, die auch meist auf Nürnberg ihr Auge hatten, wogegen die Fürsten verhiessen, sich gegen die Städte „fürstlich" zu erweisen und sie nicht zu „gefähren"; das jetzige gefährliche Dringen in die Städte könnte diese vielleicht veranlassen, sich dieser parteiischen Union zu entschlagen; die Nürnberger hätten sich beim Kaiser und bei den in Prag anwesenden Kurfürsten wegen des elsässer Zugs entschuldigt und dabei müssten sie bleiben, wenn sie nicht das Schicksal von Donauwörth oder Braunschweig befahren wollten (Nbg., Verlässe der Aeltern, no. 25, f. 97' und 101').

Digitized by Google

August 2. bis Sept. 2. kann man auf nähere Verbindung denken, bei den andern genügt gute Korrespondenz. Württemberg ebenso. Baden: Spanien hat den Hansestädten grosse Versprechungen gemacht; man muss sie Spanien entziehen und wenigstens zur Korrespondenz bringen; solche Korrespondenz wäre auch mit den Staaten, mit Oesterreich, Böhmen und Mähren dienlich. Spanien praetendiert die Succession in allen Erblanden nach Abgang der maximilianischen Linie. Anhalt hofft, wenn Kursachsen sich zur Union bewegen lässt, dass auch die Hansestädte sich lieber zu ihr begeben werden. Wegen der Verhandlung mit England berichtet der Fürst, dass der König anfangs wenig Lust gezeigt habe, mit der Union wegen eines Bündnisses zu verhandeln; sowol wegen des Administrationsstreits als wegen des jülicher Wesens suchte er Ausflüchte, dass die Union nicht perfekt, die Grafen nicht darin seien u. s. w. Nachdem Anhalt aber dem König dessen Bedenken ausgeredet hatte, war dieser zufrieden, dass es bei dem bleibe, was Salisbury und Buwinckhausen mit einander abgeredet hatten, und versprach, zur nächsten Tagung der Unierten einen Gesandten zu schicken.[1] Man hat sich also zu entschliessen, wie die Handlung weiter gehen soll. Auch mit Frankreich und den Generalstaaten wären Verhandlungen wieder anzubahnen; in Frankreich einen Agenten zu halten ist man verpflichtet. Culmbach ist einverstanden, mit England zu verhandeln; man möge deshalb jemanden an den englischen Gesandten im Haag[2] abfertigen; die Städte werden sich nicht absondern, wenn sie sehen, dass die Kosten für die Agenten mässig sind. Oettingen findet bedenklich, sich mit ausländischen Potentaten in ein anderes als in blosse Korrespondenz einzulassen; man wirft der Union ohnehin allerlei Neuerungen vor; es könnten andere Stände vom Eintritt abgeschreckt werden; so weit entlegene Hilfen sind auch wenig erspriesslich. Mit den Hansestädten steht es schlimmer als zuvor, ihr Anschlag ist gering; sie werden der Union nichts nützen. Pfalz hält auch die Verhandlung mit den Hansestädten zur Zeit für bedenklich. Wegen der Handlung mit England wird man die Berichte und die Artikel des Bündnisentwurfes zunächst genau zu prüfen haben, um die Sache desto besser reassumieren zu können. Mit Frankreich, den Staaten, Oesterreich, Böhmen, Mähren, der Schweiz bleibt es bei der Korrespondenz; von Dänemark ist vorläufig nichts zu hoffen. Wegen der Agenten ist im Beisein der Städte zu handeln. — Weiter wird proponiert, 3. wie es wegen des willstätter Vertrags zu halten ist? 4. das consilium politicum; 5. was an Hessen-Cassel wegen seines Fernbleibens geschrieben werden soll? 6. Titulatur und Session der Generalstaaten; 7. eickische Sache. — Die Beratung wird auf den Nachmittag verschoben.

[1] Ueber die Verhandlungen Buwinckhausens in England vgl. Briefe und Akten, III., no. 120; über die Anhalts ebenda no. 287 und die spärlichen Anspielungen bei Ralph Winwood, Memorials of affairs of state etc., III., London 1725, S. 227, 230, 240, 243 f. (vgl. oben no. 7, S. 20, Anm. 1 und no. 13, S. 29, Anm. 2.

[2] Ralph Winwood.

Digitized by Google

Nachmittagssitzung (ohne die Städte). 3. Die Ratifikation des willstätter Akkords[1] durch Erzherzog Leopold wird nicht genügend befunden; da der Herzog von Lothringen wiederholt um Richtigmachung der Sache und um Ausantwortung der Reverse sollizitiert hat, so soll Kurpfalz den Herzog ermahnen, von Leopold eine genügende Ratifikation auszubringen, sonst könnte man den Kapitulationsrevers nicht ausantworten und müsste sich an Dagstein halten. 4. Das von Hessen zu Heilbronn vorgeschlagene consilium politicum würde die Unionsgeschäfte mehr hindern als fördern, die Räte würden keine selbständigen Beschlüsse wagen, daher erscheint der Vorschlag unpraktisch; es soll aber darüber noch mit den ausschreibenden Städten geredet werden. 5. Beantwortung des hessischen Entschuldigungsschreibens.[2] Man beschliesst, das Schreiben den Städten vorzuenthalten und den Landgrafen zu ermahnen, die Union künftig besser in Acht zu haben, selbst zu erscheinen oder wenigstens die Tage zu beschicken und für die wichtigen Sachen einer fürstlichen Person Vollmacht aufzutragen. 6. Wegen der Titulatur der Staaten beschliesst man, ihnen mit Rücksicht auf ihre Taten das Prädikat „hochmogende" zuzuerkennen; wegen der begehrten Praezedenz und Session müssen auch die andern Kurfürsten und Fürsten gehört werden. [Die Erledigung wurde nicht protokolliert.] August 2. bis Sept. 2.

Juli 31.
August 10.

In Abwesenheit der Städte werden zur Ausführung der letzten Beschlüsse eine Anzahl Konzepte genehmigt. Camerarius proponiert, dass bei der Abhörung der Rechnungen sich Schwierigkeiten ergeben und die Städte gegen die Kosten des elsässer Zugs protestiert hätten; es wäre gut, wenn einige fürstliche Räte deshalb mit den ausschreibenden Städten verhandelten. Dies wird beschlossen und zugleich von Pfalz angeregt, sich gewisser Regeln zu vergleichen, nach denen die Abhörung und Liquidation der Rechnungen geschehen solle.

August 1./11.

Einführung der kaiserlichen Kommissarien Eustach von Westernach und Zacharias Geizkofler. [Geizkofler Proposition siehe unter no. 315.] Nachdem Camerarius gedankt, entfernen sich die kaiserlichen Gesandten.

Nachmittagsitzung (im Beisein der Städte). Beratung der inzwischen schriftlich übergebenen Proposition der beiden Gesandten, obgleich noch ein

[1] Vgl. Briefe und Akten, III., no. 239 mit Anm. 1.

[2] Vom 13./23. Juli: Der Landgraf kann den Unionstag weder persönlich besuchen noch wegen Kürze der Zeit einem Fürsten Vollmacht auftragen, da er nicht weiss, wer diesen Tag persönlich besuchen wird; wenn er seine Räte abordnet, so werden sie doch zu den geheimen Sachen nicht zugelassen werden und also unnütz sein. Sobald er von den Beschlüssen des Tages verständigt ist, wird er sich so erklären, wie es die Wolfahrt der Union fordert und wie er es für verantwortlich hält (Mb., 119/2, f. 33; Or.).

Digitized by Google

August 2. bis Sept. 2.

dritter Gesandter, Günterode[1], anwesend ist, der seine Werbung noch nicht vorgebracht hat. Es wird in der Umfrage 1. aufmerksam gemacht, dass die Gesandten das Wort „Union“ niemals brauchten und sich Kommissarien nannten, was wol auf Reichs- und Kreistagen, bei derlei fürstlichen Zusammenkünften aber bisher nicht zugelassen worden ist, damit dem Kaiser nicht eingeräumt werde, Fürstentage seines Gefallens zu beschicken, der Fürsten Consilia zu erforschen und sich zu interponieren. 2. Es wurde bedacht, wie diese Schickung aufzunehmen sei, damit die Union davon Vorteil habe. Man beschloss, wenn Günterode nichts anderes brächte und die beiden Gesandten sich diskursweise nicht eines mehrern vernehmen liessen, ihnen nur schriftlich und per generalia zu antworten und die Union zu entschuldigen, dass sie nicht gegen den Kaiser gerichtet sondern nur zur Erhaltung des Reichs und der Reichsgesetze und zur Beförderung des guten Vertrauens gegründet sei; da nach der vorgebrachten Werbung der Kaiser ebenso gesinnt sei, so werde er sich gewiss dessen erinnern, was vordem Fürst Christian im Namen der Union bei ihm angebracht hatte. Wenn der Kaiser dieser Erinnerung stattgeben, der Stände Gravamina, wenigstens so weit sie in seiner Hand liegen, abhelfen, zu den übrigen gewisse Personen mit Zutun des Reichs deputieren, die schädlichen Räte und das böse Regiment ändern, Donauwörth, das keine geringe Ursache zur Union gegeben hat, restituieren und die Achtserklärung gegen Braunschweig auf annehmliche Wege bringen werde, so werde dadurch gewiss seine und des Reichs Autorität befördert, das Vertrauen wieder hergestellt und werden die Unierten umso mehr veranlasst werden, zum Kaiser zu halten. Es sei über ihn, den Kaiser, zwar viel geredet worden, man habe es aber dahin gestellt sein lassen und ihm stets vertraut, dass er sich des Reichs Wolfahrt befohlen sein lassen werde; je nach Befindung werde man durch eine Legation den Kaiser ferner der Notdurft erinnern. — Man beschloss auch, bei den Gesandten zu unterbauen, damit der Kaiser in Böhmen bleibt. Allerseits wird mit Freuden festgestellt, dass des Kaisers Mistrauen gegen die Union gefallen und dass diese Legation als eine besondere Schickung Gottes zu betrachten sei. Anhalt bemerkt noch besonders, dass, seitdem man am kaiserlichen Hof auf „ausländische Consilia“ gegangen, das Vertrauen geschwunden und das schädliche Unwesen erfolgt sei; wenn die beabsichtigte Schickung zum Kaiser annehmlich sei, so solle man Sachsen dazu vermögen. Auch Culmbach empfiehlt eine neue Schickung an den Kaiser. Die Städte bitten, besonders Donauwörths zu gedenken. — Man beschliesst endlich, morgen die königlichen Gesandten zu hören.[2]

[1] Günterodes Anbringen beim Administrator der Kurpfalz geschah am 2./12. August; vgl. no. 315, S. 743, Anm. 1.

[2] [St. Pr. vom 1./11. August]: Besprechung der ausschreibenden Städte mit den Deputierten der Fürsten (Kurpfalz, Baden und Oettingen) wegen der Rechnungen zum elsässer Zug. Die Höhern hoffen, dass die Städte nicht auf den schweinfurter Beschlüssen beharren werden. Das Unternehmen war

Digitized by Google

2./12. August nachmittags. August 2. bis Sept. 2.

Polheim bringt seine Werbung vor.[1] Camerarius erbittet sie schriftlich und stellt schriftlichen Bescheid in Aussicht. — Darauf wird der Bescheid der Unierten an die kaiserlichen Gesandten im Entwurf verlesen.[2] Anlass zu Erörterungen gibt nur der Gebrauch des Worts „Kommissarien" von seiten der kaiserlichen Gesandten und die Einrückung einer Interzession für die Stadt Braunschweig. Namentlich die Städte treten dafür ein, aber Kurpfalz gibt zu bedenken, dass man dadurch dem Herzog von Braunschweig vor den Kopf stossen und dessen Gunst verscherzen würde; man möge also eine andere Gelegenheit abwarten; dagegen wird namentlich auf Oettingens Betreiben eine Beschwerde wegen der an Sulz und Althan erteilten Vollmachten[3] eingeschaltet. — Camerarius lässt noch wegen der von Kurbrandenburg begehrten Assistenz zum polnischen Reichstag umfragen. Die Städte lehnen jede Beteiligung ab, die Sache soll daher nochmals vor die Fürsten allein gebracht werden.[4]

nötig, um die Vereinigung des passauer und elsässer Volks zu hindern; dadurch wurde das jülicher Wesen erleichtert, was auch den Städten wegen ihrer Kommerzien und ihrer Sicherheit zu gute gekommen ist; auch sind die kaiserlichen Mandate und Prozesse gehemmt worden; aber noch droht den Städten die kaiserliche Residenz und ohne die Union hätte der Kaiser die Städte mit besonderen Kontributionen beschwert. Die Mängel bei den Rechnungen werden sich abstellen lassen. — Nach einer Sonderberatung, bei der Strassburg mahnt, den Schaden nicht allzu genau anzusehen, erklärt Oelhafen namens der Städte den Deputierten: Die Städte wollen sich nicht von der Union trennen, aber mit dem elsässischen Wesen können sie sich nicht beladen lassen und müssen bei den schweinfurter Beschwerden beharren. Die Höhern mögen selbst vorschlagen, wie den Mängeln in den Rechnungen abzuhelfen wäre. — Die Deputierten erwidern, dass die Höhern die Verantwortung für das elsässer Wesen auf sich nehmen wollen, dasselbe könne aber in den Rechnungen nicht separiert werden. — Die ausschreibenden Städte antworten mit dem Hinweis auf ihre Instruktion, dass man sich ohne diese Separation in keine weitere Handlung einlassen könnte, da die Städte einmal mit dem elsässer Wesen nichts zu tun haben wollen.

[1] Im Auszug bei M. Ritter, Politik und Geschichte der Union, a. a. O., S. 149. Zum Eingang bringt Polheim die Glückwünsche seines Herrn zur Tagung dar, damit die angestellten Consilia zum Aufnehmen des Reiches und zur Minderung der Verwirrung gedeihen. — Ebenso erbietet er sich am Schluss im Namen des Königs zu aller Gegenaffektion und Dankbarkeit; der König habe aus den Resolutionen der Unierten an seine Gesandten und aus deren Berichten gefunden, dass die Unierten ihm besonders gewogen seien und sich willig zu dem erklärt hätten, was zur Beförderung seiner Ehre und Erhaltung seiner Lande dienlich sei. Bei dieser angefangenen guten Korrespondenz, die er hoch und wert halte, wolle er bleiben. — Die Beglaubigung für Polheim an die Unierten ist vom 3. August datiert (Mb., 119/2, f. 132; Or.).

[2] No. 318.

[3] Vgl. oben no. 49.

[4] [St. Pr. vom 2./12. August]: Nürnberg berichtet der Gesamtheit der Städte über die gestrigen Verhandlungen, bei der die Höhern statt der Vergleichsmittel nur Ermahnungen gehabt und den Städten den heilbronner Abschied vorgehalten hätten, worin diese die Bezahlung des Volkes beim elsässer Wesen ganz auf sich nahmen und den Höhern nur die Verantwortung zuwiesen. Strassburg

Digitized by Google

August 2. bis Sept. 2.

August 3./13.

Der Bescheid an die kaiserlichen Gesandten wird nochmals verlesen und erfährt noch einige Abänderungen. Camerarius teilt ferner den Zweck von Günterodes Abordnung hieher mit: er soll mit den andern Gesandten daran sein, dass deren Anbringen effektuiert werde; auch hat er gebeten, ungleichen Informationen wider den Kaiser nicht Glauben zu schenken.[1]

---

gibt die Vorteile des elsässer Zugs für die Städte zu bedenken, die im speirer und heidelberger Abschied auch das Volk der Markgrafen von Baden und Ansbach in den gemeinsam zu bestreitenden Unterhalt einbeziehen liessen; man müsse auf Vergleichsmittel denken und könnte dem Ding einen andern Namen geben. Ulm will wenigstens das mansfeldische Volk und die Artilleriekosten abgezogen wissen. Die andern Städte ausser Worms wünschen den höhern Ständen entgegenzukommen. — Darauf eröffnet Nürnberg den erschienenen Deputierten der Fürsten: Das elsässer Wesen muss bei den Rechnungen ausgesetzt bleiben, denn man hat das fuchsische und helmstättische Regiment nur zur Verhütung eines Einfalls oder Durchzugs bewilligt; in München hat man ausdrücklich erklärt, dass der Zug ins Elsass ohne Zutun der Städte erfolgt sei; zu Heilbronn haben sich die Städte gegen jede Verantwortung für diesen Zug verwahrt; die Werbungen im Elsass sind ohne Vorwissen der Städte geschehen, die nur für die beiden oben genannten Regimenter aufkommen wollen. Kurpfalz: Die Absicht beim Zug war nur auf Defension gerichtet; zu Heilbronn wurde beschlossen, neben dem fuchsischen und helmstättischen auch das solmsische Regiment auf gemeine Kosten zu unterhalten; die Städte brauchen keinen Tadel zu besorgen, da ja die Rechnungen nicht an den kaiserlichen Hof kommen; man wollte die Städte wegen des elsässer Unternehmens zuvor hören, aber die Zeit liess es nicht zu. Die Städte mögen sich entgegenkommend erklären; der Wortlaut des Abschieds soll die Städte vor Tadel sichern. Strassburg: Bevor die Rechnungen nicht ganz abgehört sind, können die Städte sich nicht endgiltig äussern; mit den Kosten der Belagerungen und mit dem mansfeldischem Volk kann man sich nicht beladen lassen. Nürnberg bezeichnet schliesslich als Vergleichsmittel: Aussetzung der Posten für das mansfeldische Volk, für die Artillerie, für die hohen Befehle und für Ueberflüssiges. Ulm hält eine Separation in den Rechnungen gleichfalls für nötig und klagt über den Markgrafen von Baden, der den Ulmern sein Volk auf den Hals führte und noch ein Darlehen von 100000 fl. forderte. — Kurpfalz erklärt eine Separation der Rechnungen für untunlich, will aber den Mitteln weiter nachdenken.

[1] [St. Pr. vom 3./13. August]: Nürnberg berichtet den Städten insgesamt über die gestrige Verhandlung: Die angeführten Argumente wollten bei den Höheren nicht verfangen, die aus den speirer und neuburger Abschieden allerlei Disputationen auf die Bahn brachten; schliesslich bewilligten sie so viel, dass die Stilisierung des Abschiedes die Städte ausser Gefahr bringen solle. Eine vertraute Person schlug vor, da die Kosten für Artillerie und Munition 98000 fl., für die höhern Befehle 60000 fl., für das mansfeldische Volk 58000 fl. betragen, so dass es sich um 225000 [!] fl. handelt, wovon 75000 fl. auf die Städte treffen, dass man von dieser Summe die noch in der Kasse vorhandenen 25000 fl. abziehe und die Städte dann die 50000 fl. übernehmen; sie würden dessen in anderer Weise geniessen. Demnach fragt Nürnberg um, ob man bei den ausgesetzten Posten etwas nachgeben, ob die ausschreibenden Städte die fernere Handlung führen und ob man sich gleich jetzt oder erst nach Abschluss des Rechnungswerkes erklären solle. Die Nürnberger selbst sind instruiert, sich weder der Munition und Artillerie noch der hohen Befehle und der mansfeldischen Reiter anzunehmen; sie wollen aber ihre Herrn zu mildern Mitteln zu bewegen suchen. — Man beschliesst zunächst den Bericht der Rechnungsverständigen zu hören. — Polheims Werbung wird von den Städten

Digitized by Google

August 5./15.

August 2. bis Sept. 2.

Camerarius stellt Polheims Werbung zur Umfrage. Sie beruht auf vier Begehren: 1. die Unierten sollen sich den brüderlichen Vergleich gefallen lassen; 2. sie sollen ungleichen Informationen über den König nicht glauben; 3. sie sollen die Ratifikation des brüderlichen Vergleichs befördern helfen und 4. im Notfall Hilfe leisten und die Korrespondenz mit Matthias fortsetzen. Ansbach will die abgelegten Werbungen und erteilten Bescheide dem Kaiser und dem König gegenseitig mitteilen und darüber auch mit Kursachsen und Kurbrandenburg kommunizieren; er denkt auch an die Schickung nach Prag zur Urgierung der Gravamina und dass man sich mit Belieben beider Brüder zur Interposition erbiete. Die Begehren soll man allgemein beantworten, um sich in diese Dinge nicht zu verwickeln, zur Beschleunigung des Vergleichs mahnen und bei der Korrespondenz beharren. Württemberg warnt auch, sich in diesen Streit zu mischen, der zunächst das Haus Oesterreich angeht und in den sich schon Höhere geschlagen haben. Wegen der Approbation und Assistenz bleibe man bei allgemeinen Ausdrücken; hatte man diese vorher versprochen, so war sie gegen die Passauer gemeint. Ist die Interposition beiden Teilen annehmlich, so kann man eine Gesandtschaft schicken. Die Werbungen soll man gegenseitig mit der Mahnung mitteilen, dass beide Teile deshalb nicht mit einander in Weiterungen geraten mögen. Baden (persönlich): Die Differenzen bestehen zwischen dem Kaiser, seinem Oberhaupt, und dem König, der ihm, Markgrafen, alle „Cortesi“ und guten Willen erwiesen hat; der Kaiser ist unbeständig, hingegen hat der König einen „schädlichen Mann“ bei sich; der ganze Vergleich rührt vom Papst und von Spanien her. Man muss sehen, dass der Religionsfriede erhalten und der Union gedient werde. Wegen der gegenseitigen Mitteilung der Werbungen, wegen der Approbation des Vergleichs und wegen einer Interposition stimmt er den vorigen zu. Von seiten des Königs hat man zwar das compelle intrare gespielt, aber man hat den Vergleich nicht zu misbilligen und möge sich mit der Erinnerung begnügen, dass der König dabei nicht das Reich beschwere. Bei einer Interposition könnte auch der Gravamina gedacht werden. Die Assistenz fällt beim gegenwärtigen Stand der Dinge weg; im Notfall hat man sich zu dem zu erbieten, was die Reichsgesetze ausweisen und was zur Pflanzung des Friedens gereicht. Anhalt (persönlich): Es ist schwer, den richtigen Weg zu treffen, um keinen Teil zu verletzen, beide zufrieden zu stellen und dem Kurfürstentag nicht vorzugreifen. Man bleibe in „terminis generalissimis“ und deute dem König an, dass er sich bei der Mässigung am

---

für sehr nachdenklich befunden: für die Städte ist es nicht ratsam, sich in die begehrte Assistenz einzulassen; denn der Kaiser ist der Städte einziges Haupt, von dem sie ihre Regalien, Privilegien und Rechte empfangen; man darf sich also dem Kaiser nicht widrig erweisen und muss vielmehr erinnern, dass die Union sich nicht gegen den Kaiser richte. Mit dem König kann man in dessen Eigenschaft als Kurfürst und Erzherzog korrespondieren.

Digitized by Google

August 2. bis Sept. 2. besten befinden werde; man lobe, dass er den Kaiser in Prag erhalte und warne, dass er nicht zu sehr in ihn dringe und ihm Zeit lasse, sich bei den Kurfürsten Rats zu erholen. Polheim könnte man noch andeuten, dass man „violenta consilia“ misbillige, zumal es das Ansehen habe, als dirigierten der Papst und Spanien des Königs Absichten. Wegen der Schickung nach Prag soll man gewahrsam gehen; da aber die Räte nicht zum Kaiser kommen können, nur schriftlich referieren, die Sachen „odios“ anbringen, ist sie nicht ausser Acht zu lassen, doch soll man Sachsen vorher informieren und zu gleicher Erinnerung bewegen, was beim Kurfürstentag geschehen kann; dann wird man sehen, ob die Schickung nötig und die Interposition annehmlich ist. Dem Erzherzog Maximilian soll man die Gravamina und die Intention der Schickung zeitig mitteilen und ihn ersuchen, sich bei der Intervention finden zu lassen. Culmbach: Man soll die ganze Sache „per modum consilii“ auf den Kurfürstentag verweisen; wegen der Assistenz soll man sich so erklären, dass man es beim Kaiser verantworten kann und dass man nicht zu weit geht. Oettingen: Man muss auf den Kaiser Rücksicht nehmen, bei dem man die Abschaffung der Beschwerden sucht, und auf den König wegen der Erbländer, die unserer Religion sind und bisher viel getan haben, auch sorgfältig sind, dass die Union erhalten bleibt. Gegenüber den Begehren des Königs bleibe man in generalitate und hüte sich, den Höhern vorzugreifen. Auf Abhilfe der Gravamina ist wenig zu hoffen: der Kaiser pflegt deshalb mit den geistlichen Kurfürsten zu reden, die bereits geraten haben, den Evangelischen wegen der Hofprozesse nicht zu willfahren; auch von Erzherzog Maximilian ist nicht viel zu erwarten. Strassburg betont die Abhängigkeit der Städte vom Kaiser; mit der Assistenz wird es sehr anstehen; man möge beim Kurfürstentag sehen, dass Ruhe und Frieden erhalten und von den Gravamina geredet werde; dann wird die Schickung desto besser abgehen. Nürnberg will auch den neutralen Standpunkt wahren, warnt, den Kurfürsten vorzugreifen und bezeichnet den Assistenzpunkt als den beschwerlichsten, da er wider die Pflicht gegen den Kaiser ist; doch wird es der Hilfeleistung nicht mehr bedürfen. Auch alle andern Städte betonen die Notwendigkeit, vorsichtig zu gehen und bei der „Generalität“ zu bleiben. — Camerarius: Der Administrator ist der Ansicht, dass die Schickungen des Kaisers und des Königs der Union zu grosser Reputation gereichen.[1] Man muss in den Resolutionen das Aequilibrium und den Respekt wahren, damit der Zweck der Wiederaufrichtung vorigen Vertrauens erreicht wird. Die vorigen Resolutionen wegen der Assistenz sind zu

[1] Auch die ulmer Gesandten stellen in ihrem Bericht vom 2./12. August mit Genugtuung fest: „Hat also die union durch abordnung solcher hohen potentaten zue den unierten stenden dissmal ein mechtig ansehen und reputation gewonnen“ (U., Unionsacta, tom. XXIII., no. 2275; Or.).

Digitized by Google

erläutern,[1] aber nicht zu sehr zu adstringieren; denn das passauer Volk ist abgeschafft. Mainz und der vorige Kurfürst der Pfalz haben sich zur Interposition zwischen den Brüdern anerboten, ebenso Kursachsen und Kurbrandenburg; es wurde aber wenig geachtet. Den Kurfürsten soll man nicht vorgreifen. Die Interposition ist nicht ausser Acht zu lassen, wenn Kaiser und König sie sich gefallen lassen und auch Sachsen sich dazu versteht; sie würde der Union gleichfalls grosse Reputation bringen; dabei möchte auch den andern Gravamina abgeholfen werden, besonders wenn man Erzherzog Maximilian dazu vermögen könnte. — Die Anregung wegen der Schickung nach Prag und die Mitteilung der Werbungen wird zu neuer Umfrage gestellt. Man beschliesst, mit der Schickung, die die Gravamina und die Interposition zum Gegenstand haben soll, bis nach dem Kurfürstentag zu warten und die Werbungen auf Verlangen beiden Teilen mitzuteilen, weil die Kaiserlichen ohnehin schon im Besitz der Werbung Polheims sind. — Die Markgrafen von Ansbach und Baden übergeben ihre Erklärungen wegen der städtischen Beschwerden hinsichtlich des elsässer Zuges.[2] — Da man mit den Rechnungen nur schwer vorwärts kommt, schlägt Camerarius vor, sich bestimmter Rechnungsregeln zu vergleichen, nach welchen die Prüfung der Rechnungen vor sich gehen soll; er teilt mit, dass er davon bereits einen Entwurf hat anfertigen lassen.[3] August 2 bis Sept. 2.

Nachmittagssitzung. Camerarius berichtet das Ersuchen Polheims, weder dessen Werbung noch den Bescheid den Kaiserlichen mitzuteilen. Da Ansbach weiss, dass Polheim den Inhalt der kaiserlichen Proposition kennt, beschliesst man zu warten, bis der eine oder andere Teil die Schriftstücke begehrt. — Das Ansuchen Kurbrandenburgs wegen einer Assistenz der Union beim polnischen Reichstag wird nochmals proponiert; die Fürsten stimmen zu, alle Städte lehnen das Begehren ab; die Sache wird daher vor die Fürsten allein verwiesen. — Auf das Hilfegesuch der Stadt Genf[4] soll geantwortet werden, dass man sie im Notfall nicht verlassen wolle; Nürnberg und Ulm hatten sich auch dagegen ausgesprochen, weil die Stadt nicht im Reich liege und dieser Punkt unter die ausländischen

[1] Ueber die Schwierigkeit, zwischen den Begehren des Kaisers und des Königs durchzusteuern, äussern sich am 4./14. August die culmbachischen Abgesandten an ihren Herrn: Die Deliberation über Polheims Werbung wird gar schwer fallen, „sintemal man dem konig zuvorn allerhand gute verströstung gethan, so man itzo wieder gern im sack hette; dann vieler intentionen gehen dahin, man solle dem kaiser mehr als dem konige beistendig sein.“ Günterode bemühe sich sehr darum und soll auch der neue Kurfürst von Sachsen dem Administrator die Hoffnung ausgesprochen haben, man werde hier nichts handeln, was dem Kaiser zuwider sei (De., A 9 a, I b., no. 11; — Kopie).

[2] Mit dem Datum 1./11. August (Stg., Unionsacta, tom. X., f. 305; Kopie). Vgl. no. 235.

[3] Der erste Entwurf dieser Rechnungsregeln fehlt.

[4] Vgl. no. 288, S. 668, Anm. 2.

Digitized by Google

August 2. bis Sept. 2. Händel gehöre. — Die hier anwesenden donauwörther Exulanten haben eine neue Supplik eingereicht, worin sie mit Erläuterung ihrer ersten Klageschrift ausführen, dass man sich bei der Hinderung ihrer Religionsübung auf ein altes Dekret berufe[1]; auch bitten sie um ein Unterkommen in den Landen der Unierten. Die Fürsten ausser Oettingen wissen darauf keinen Rat als zur Geduld zu mahnen; Oettingen beantragt, Baiern an sein Versprechen zu erinnern, niemanden in seinem Gewissen zu beschweren. Die Städte erklären sich bereit, die Exulanten bei sich aufzunehmen. Das Schreiben an Baiern wird, weil den Donauwörthern gefährlich, unterlassen; zugleich beschliesst man, deren Sache den kaiserlichen Gesandten zu empfehlen.

August 6./16.

Der Entwurf des Bescheids für Polheim[2] wird verlesen und genehmigt. Camerarius legt dem Plenum den Entwurf der Rechnungsregeln vor. Bei der Beratung führt Württemberg aus, dass die Städte sich zuvor zu den Kosten des elsässer Zugs bereit erklärt hätten und nur der Verantwortung überhoben sein wollten, wie sie denn auch die 8 und 27 Monate[3] erlegt haben. Die Culmbacher betonen, dass sie in ihre Rechnungen nicht mehr gesetzt hätten als notwendig auf das Kriegsvolk aufgegangen sei; hätte man das allgemein in Acht genommen, wären viele Unzuträglichkeiten vermieden geblieben. Sie hoffen mit den Vorstimmenden, dass die Städte sich vom elsässer

[1] Die undatierte Bittschrift der sechzehn donauwörther Exulanten in Mb., 119/2, f. 100; Or.; wegen des Dekrets vgl. F. Stieve, Kampf um Donauwörth, S. 457.

[2] Vom 6./16. August; im Auszug bei M. Ritter, Politik und Geschichte der Union, a. a. O., S. 149. Hier ist auch der Bescheid des Herzogs von Württemberg vom 10./20. August auf das besondere Anbringen Polheims mitgeteilt. Die Werbung war: 1. Danksagung für die angebotene Hilfe; 2. „soll ihne zu einem mediator nicht ausschlagen; 3. zu einem romischen konig sich nicht lassen zuwider sein“; 4. Verbesserung der bisher ungenügenden Korrespondenz (Stg., Unionsacta, tom. X., f. 206; Aufzeichnung Fabers nach einer Mitteilung des Herzogs). — Ein ähnliches Anbringen hatte Polheim [am 2./12. August] auch beim Administrator der Kurpfalz getan: 1. Der König dankt für des Administrators willfährige Erklärungen gegen die vorigen Gesandten und bittet, in dieser Willfährigkeit zu verharren. 2. Da der Administrator sich unter dem 3. Oktober 1610 erboten hat, wegen der Abhilfe der allgemeinen Gravamina mit den andern Ständen zu verhandeln und von dem Ergebnis dem König Mitteilung zu machen, so wird Polheim zur Entgegennahme solcher Mitteilungen ermächtigt. 3. Dem König möge von Vorgängen, die ihn angehen, oder von Praktiken wider ihn Mitteilung gemacht werden (Mb., 119/2, f. 141; Or. eigh.). — Der Administrator antwortete am 8./18. August mit der Versicherung seiner fortdauernden Affektion gegen den König; wegen der Gravamina sei das Nötige bei den anwesenden kaiserlichen Gesandten angebracht worden; die Erklärung des Kaisers soll dem König mitgeteilt werden; bisher sei nichts vorgefallen, was den König angienge (Mb., 119/2, f. 171; Kpt.).

[3] Bewilligung des heilbronner Abschiedes, vgl. Briefe und Akten, III., no. 207.

Digitized by Google

Wesen nicht absondern werden. Im wesentlichen erklären sich die Fürsten mit den aufgestellten Regeln einverstanden. Strassburg rechtfertigt die Werbung seiner drei Fähnlein. Die Nürnberger beharren wegen des elsässer Zugs bei der Ablehnung, doch haben sie nochmals nach Hause berichtet und erwarten Bescheid.[1] Die Städte haben sich auch in Heilbronn verwahrt und in diesem Sinn an den kaiserlichen Hof geschrieben; sie können also wegen des elsässer Zugs nichts tun, obwol ihre Obern nicht gesinnt sind, sich wegen des Geldes von der Union zu sondern; übrigens steht die Sache auf fernere Handlung mit den Deputierten. Die aufgestellten Regeln sind in der Hauptsache zu billigen. Worms ebenso. Ulm bittet, wegen des elsässer Zugs die besondere Handlung fortzusetzen; ihr Fähnlein ist dem neuburger Abschied gemäss geworben worden. Die andern Städte ebenso. Camerarius betont, dass die Kurpfalz den grössten Nachteil habe, da sie am meisten Kontribution erlege, in der Oberpfalz habe sie das Kriegsvolk Jahr und Tag liegen gehabt. Das Erbieten der Städte zu besonderer Handlung wird angenommen. Wegen der zahlreichen Erinnerungen zu den Rechnungsregeln soll ein neuer Entwurf angefertigt werden. — Darauf wird die Replik der kaiserlichen Gesandten verlesen.[2] Die begehrte Abordnung zu weiterer Unterredung wegen der Gravamina wird trotz einiger Bedenken beschlossen. — Die Städte übergeben ein Memorial wegen des Rechnungswesens. Man beschliesst, davon bei Gelegenheit der neuen Rechnungsregeln zu reden.

August 2. bis Sept. 2.

August 7./17.

Verhandlung des Ausschusses mit den kaiserlichen Kommissarien wegen der Gravamina[3] und mit den ausschreibenden Städten wegen der Rechnungsregeln.[4]

---

[1] Diesem erwarteten Bescheid liegt ein Verlass der Herrn Aeltern vom 5./15. August zu Grunde: Sie haben gehofft, dass die Fürsten sie nicht von der dem Kaiser und den Kurfürsten gegebenen Erklärung wegen des elsässer Zuges abdrängen und verursachen werden wollen, dass man den Nürnbergern nachsage, sie hätten gegen Treue und Glauben gehandelt; die andern Städte, die derlei Zusagen nicht machten, können den Fürsten eher nachgeben, wozu Nürnberg nicht Mass geben will. Deshalb mögen die Gesandten, die bei der Instruktion zu bleiben haben, im Notfall sich bei diesem Punkt des Direktoriums im Städterat begeben. Damit aber die Fürsten Nürnbergs Haltung nicht als Knauserei auslegen, so dürfen die Gesandten, — doch dass es nicht das Ansehen habe als bewilligten sie etwas für den elsässer Zug, — von den den Fürsten vorgeschossenen 80 000 fl. 10 000 fl. abschreiben lassen, unter dem Vorwand, dass das Geld zur Abdankung und zur Abwendung von Gefahr angewendet worden sei; dagegen ist darauf zu dringen, dass die Nürnberger im Abschied wegen des elsässer Zugs entschuldigt werden. Zugleich sollen sich die Gesandten über die unnachbarlichen Handlungen der Markgrafen beschweren und die Gravamina der Städte urgieren; auch sollen sie anzeigen, dass die Nürnberger wegen ihrer Pflichten gegen den Kaiser dem König keine Assistenz leisten könnten (Nbg., Verlässe der Herrn Aeltern, no. 25, f. 107). — Die Berichte der nürnberger Gesandten sind leider verloren.

[2] Vgl. no. 318, S. 749 Anm. 1.

[3] Vgl. unten no. 322.

[4] [St. Pr. vom 7./17. August]: Verhandlung zwischen den ausschreibenden Städten und den Deputierten der Fürsten. Kurpfalz erinnert an eine

Digitized by Google

August 2. bis Sept. 2.

Nachmittagssitzung. Camerarius legt die neue Redaktion der Rechnungsregeln vor und stellt die Punkte zur Erörterung: 1. Der erste Punkt wegen des elsässer Zuges wird noch ausgesetzt. — 2. Die Posten für Garnisonen können nicht passiert werden; doch begehren die Strassburger wegen ihrer drei Fähnlein eine Ausnahme. Da die Strassburger mit der in der ersten Umfrage bewilligten Passierung von zwei Fähnlein sich nicht zufrieden geben, wird nochmals umgefragt und ihnen auch das dritte bewilligt. — 3. Uebermässige Zehrungen und Reisekosten sind zu moderieren, Privatschickungen nicht zu passieren. Angenommen. — 4. Botenlohn und Postgelder sind nicht zu passieren. Angenommen. — 5. Die Kosten für Munition und Kriegsbedarf sind nach der Taxe zu moderieren und davon abzuziehen, was jeder Stand zurückerhielt. Angenommen. — 6. Geringe Ausgaben für Krankenfuhren, Stallmieten, Scharwerk sind auszusetzen, Ausgaben für Fourage nach billiger Taxe anzuerkennen. Angenommen. — 7. Anbefohlene Verehrungen sind zu moderieren, die andern auszusetzen. Angenommen. — 8. Jeder Stand hat seine Quote auf eigne Kosten zur Legstätte zu liefern. Angenommen. — 9. Proviant- und Kommisslieferungen für ein Tag- oder Nachtlager oder bei Durchzügen sind nicht zu berechnen. Dabei regt Baden an, den Proviant, den man aus den geistlichen Territorien bekommen hat, zu bezahlen. Ulm berechnet den Wert seiner Proviantlieferung auf 27 000 fl. Der Punkt wird angenommen. — 10. Unnötige und „milte" Ausgaben für Entschädigungen, Krankenkosten etc. sind auszusetzen. Angenommen.[1] — Camerarius spricht schliesslich die Hoffnung aus, man werde, da in den neun Punkten den Städten der Wille geschehen sei, sich nunmehr auch wegen des elsässer Zuges mit den Städten verständigen können, weil durch Abstrich obiger Posten

---

Aeusserung der Städte: man möge dem elsässer Wesen nur einen andern Namen geben. Sie sollen nun einen solchen vorschlagen. Nürnberg wird sich vernehmen lassen, wenn seine Herrn wegen der dargeliehenen 80000 fl. versichert sind; auch muss man die Höhe der Artillerie- und Munitionsrechnung kennen. Bevor nicht gemäss den vorgeschlagenen neun Punkten der Rechnungsregeln [siehe oben] Moderation eingetreten ist, können sich die Städte wegen des elsässer Wesens nicht vernehmen lassen. In der Antwort der Fürsten auf die Beschwerden der Städte sind diese ziemlich „angezepft"; das könnte bei ihnen andere Resolutionen verursachen. Strassburg ebenso; es hat einige hunderttausend Gulden Schaden gehabt und drei Fähnlein im Wartegeld zum Schutz des Kriegsvolks der Union erhalten müssen. — Es werden dann die neun Punkte vorgenommen und mit dem zweiten wegen der Garnisonen begonnen, wobei Strassburg seinen Posten für die drei Fähnlein verteidigt und droht, dass, wenn man ihn nicht passieren lässt, ihre Herrn nicht länger in der Union bleiben könnten. Die Verhandlung wird abgebrochen.

[1] Die angenommenen Rechnungsregeln liegen als „Memorial und verzaichnus etlicher verglichener reguln, nach welchen die zu den rechnungen deputirte die verhör und liquidation derselben zu richten" in Stg., Unionsacta, tom X., f. 557; Or., vor; die Regeln sind ein Verzeichnis solcher Posten in den Rechnungen, die entweder ganz ausgesetzt oder ermässigt werden müssen. Nach dem Bericht der Ulmer vom 9./19. August wurde in folge dessen mehr als eine Tonne Golds aus den Rechnungen gestrichen.

Digitized by Google

mehr abgeht als der Anteil der Städte an den Kosten des Zuges beträgt. August 2. bis Sept. 2.

Darauf berichtet der württembergische Vizekanzler Dr. Faber über die Unterredung mit den kaiserlichen Gesandten. In der Umfrage wird beschlossen, die Verhandlung mit diesen als beendet anzusehen und den Gesandten Rückbeglaubigungen auszustellen.

August 8./18.

Abfertigung der kaiserlichen Gesandten.[1]

August 10./20.

Man geht vermöge der Rechnungsregeln verschiedene Posten durch. Wegen der Lehenreiter erregen die Städte eine längere Diskussion und

---

[1] [St. Pr. vom 8./18. August]: Nürnberg: Beim elsässer Wesen handelt es sich um drei Punkte: 1. Aussetzung der Munitions- und Artilleriekosten im Elsass, 2. der Kosten der mansfeldischen Reiter und 3. der Besoldung für die höheren Befehle. Auf die Städte würden daran 75000 fl. treffen, von denen nach einem Vorschlag die Höheren 25000 fl. auf sich nehmen sollen. — Bei der Umfrage fallen die Vota sehr verschieden: Ulm will auf die 50000 fl. eingehen, Nördlingen, Rotenburg und Hall wollen sich zu 30000 fl. herbeilassen, Speier will die Artillerie und Befehle passieren lassen, Worms nimmt nur zur Bericht, Nürnberg rät nach den neuen Befehlen [vgl. Anm. 1 auf S. 715] zur Nachgiebigkeit, da die Höheren im Abschied die Verantwortung auf sich nehmen wollen und versprechen, künftig solche Impresen nur mit Zustimmung der Städte zu unternehmen; man möge zunächst 40000 fl. bieten. — Dieser Vorschlag wird angenommen. Die ausschreibenden Städte haben mit dem Ausschuss der höheren Stände darüber zu verhandeln.

Verhandlung. Nürnberg will zunächst wissen, ob auch die Posten für den ersten Einfall ins Elsass, der meist mit Landvolk geschah, und für die Lehenreiter in den Rechnungen bleiben sollen. Kurpfalz [Schönburg] bejaht dies und betont, dass der Schaden der Kurpfalz mehr als eine Tonne Goldes betrage; doch soll dieser Punkt trotzdem nochmals vor das Plenum kommen. Nürnberg eröffnet unter Verwahrung, dass die Differenz nicht von ihm allein komme, den Beschluss der Städte wegen der 40000 fl. Schönburg erklärt, die Fürsten würden ein solches Anerbieten gar nicht annehmen. Darauf geht Nürnberg auf 50000 fl.; Schönburg verlangt aber, dass die Städte auf 60—65000 fl. gehen, wogegen er es dahin richten wolle, dass der erste Einfall nicht in Rechnung gestellt werde und die Höheren 5000 fl. nachlassen; das Verlangen, die Kosten für die Lehenreiter zu streichen, lehnt er vorläufig ab.

Die Städte treten nochmals zusammen. Nürnberg berichtet, dass, der Anteil der Städte an dem elsässer Wesen 83000 fl. betragen würde, weshalb die Fürsten das Anerbieten von 40000 fl. für einen Spott ansehen; Schönburg hoffe, dass bei einer Bewilligung von 60000 fl. die Kosten für das Volk in der Wanzenau mit 20000 fl. und für den Unterhalt der Lehenreiter in der Oberpfalz mit 30000 fl. fallen gelassen werden. Man bewilligt die 60000 fl., worauf Schönburg anzeigt, dass die Höhern die erwähnten Posten wirklich fahren lassen wollen.

Am 9./19. August wird über die aachner Angelegenheit und über die Bittschrift der evangelischen Bürger von Köln verhandelt und beschlossen, diese Sachen bei den höheren Ständen anzubringen. Ein Städtetag um die Zeit des Kurfürstentags wird angesetzt.

Digitized by Google

August 2. bis Sept. 2. setzen durch, dass sie keinen höhern Sold als die andern Reiter empfangen dürfen und auch diesen nur für die Dauer ihrer Verwendung im Elsass.

Camerarius teilt ferner mit, dass die evangelischen Aachner, desgleichen die evangelische Bürgerschaft in Köln Bittschriften bei den Städten eingereicht hätten.[1]

Nachmittagssitzung. Polheim verabschiedet sich von den Unierten mit Dankesworten für die Resolution und mit Wünschen zu glücklichem Schluss dieser Versammlung. Dabei lässt er einfliessen, dass der König vom Papst, Spanien und vom Hause Oesterreich zum Eintritt in die Liga aufgefordert worden sei; aber der König sehe nur auf Ruhe und Frieden im Reich und wolle bei der Korrespondenz [mit den evangelischen Ständen] beharren. Camerarius dankt und lobt des Königs Entschluss, aus dem ersichtlich sei, dass er in die Fusstapfen seiner Vorfahren treten wolle.

Camerarius fragt um, wie das Rechnungswerk befördert werden könnte? Bei der Umfrage werden Stimmen laut, dass man wegen der Abwesenheit Kurbrandenburgs, Neuburgs und Hessens, die auch ihre Rechnungen nicht überschickt haben, doch kein Ganzes werde machen können. Die Mehrheit, darunter die Städte, beschliesst aber, alles anzuwenden, um das Rechnungswerk vorwärts zu bringen, sowol wegen des Kredits als wegen des Ansehens, das die Union nunmehr geniesse, wie aus Polheims Worten hervorgieng; man möge die erste Rechnung, die kurpfälzische, gemäss den Regeln vornehmen und sich bei den folgenden darnach richten; zur Beschleunigung dieser Arbeit könnten mehrere Ausschüsse eingesetzt werden. — Verlesung verschiedener Briefentwürfe zu Interzessionen sowie zur Antwort an die Stadt Genf.[2]

August 12./22.

Camerarius proponiert: 1. Soll nach Beendigung des Kurfürstentags der Administrator die nächstgesessenen Fürsten und die ausschreibenden Städte beschreiben, um eine Instruktion zur Schickung nach Prag zu beraten? 2. Soll auch Kursachsen dazu bewogen werden und soll man noch vor dem Kurfürstentag deshalb jemanden nach Dresden abordnen? — Man beschliesst den Ausgang des Kurfürstentags abzuwarten, dann will man sich zusammenfinden und über die Schickung schlüssig werden: für die Schickung wird Anhalt in Aussicht genommen; Sachsen soll schon vor dem Kurfürstentag informiert werden, was Ansbach auf sich nehmen soll. — In der Umfrage regt Anhalt an, was zu tun sei, wenn nach dem inzwischen erfolgten Vergleich zwischen

---

[1] Vgl. L. Keller, die Gegenreformation in Westphalen und am Niederrhein (Publikationen aus den preussischen Staatsarchiven, 62. Bd.), S. 50 f. und S. 118; die Supplik der Aachner in Stg., Unionsacta, t. X., f. 301; Kopie. Wegen Köln vgl. unten no. 353.

[2] Schreiben des Administrators vom 12./22. August: Versicherung des Mitleids und Ausdruck der Hoffnung, da die Dinge nun in anderem Stand sind, dass Gott die Stadt ferner vor Gewalt schützen werde; würde ihr aber wieder Gefahr drohen, so werde man sie in Acht nehmen (Mb., 342/1, f. 105; Kopie).

Digitized by Google

Kaiser und König der Kurfürstentag als überflüssig ausfiele? Ferner beantragt er, Kursachsen noch mehr zu gewinnen, indem man Neuburg von hier aus zur Bestätigung des jüterbogker Vertrags ermahnt. Camerarius, der noch erinnert, Sachsen von den hiesigen Verhandlungen mit den kaiserlichen Gesandten zu unterrichten, stellt Anhalts Antrag zur Umfrage. Da aber der Administrator sich wegen seines eigenen Interesses an der jülicher Sache entschuldigt und die Städte von ihr nichts wissen wollen, wird die Sache auf der Fürsten persönliche Vergleichung gestellt. August 2. bis Sept. 2.

Dathenus bringt einige Bemängelungen der Städte an den Rechnungen vor; es handelt sich um Ueberschreitung der in den Bestallungen vorgesehenen Gehaltssummen. Weil das Geld schon ausgegeben ist, werden von der Mehrheit die Posten genehmigt. — Die Entwürfe für die Interzessionsschreiben der Unierten an den König und die Reichsstände von Polen zu gunsten Kurbrandenburgs werden verlesen. Auf die Anfrage, ob die Städte die Schreiben mitausfertigen wollen, schweigen dieselben.[1] — Württemberg übergibt dem Direktorium eine Bittschrift um Assistenz bei der Tagsatzung in Brüssel zur Entscheidung seines Streites mit dem Parlament von Dôl wegen einiger Herrschaften in Mömpelgard.[2]

Nachmittagssitzung. Camerarius proponiert die Bittschrift der evangelischen Aachener[3] und fragt um, ob man deshalb an die possidierenden Fürsten in Jülich schreiben und beim Kurfürstentag und beim Kaiser Anregung tun solle. In der Umfrage wird von Baden hervorgehoben, dass die Sache der Aachener zu den gemeinen Beschwerden gehöre, während Anhalt den Tumult misbilligt und erinnert, dass die Stadt nicht in der Union sei; man möge zuerst bei den Possidierenden anfragen, ob sie sich der Sache annehmen wollen. Oettingen schlägt vor, deshalb mit Sachsen zu kommunizieren. Die Städte treten natürlich nachdrücklich für Aachen ein, dessen man sich bei den Gravamina der Städte stets erinnert habe. Nürnberg verlangt, man möge an die Possidierenden, an Sachsen, an Erzherzog Albrecht wegen der Handelssperre und an den Kaiser schreiben. Camerarius schliesst, dass man sich der Stadt annehmen,

---

[1] Der Gedanke, Hippolyt von Colli auf Kosten der Union zum polnischen Reichstag zu schicken, war mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit und wol auch auf den Widerstand der Städte fallen gelassen worden. Noch am 11./21. August verlassen die Herrn Aeltern von Nürnberg, dass die nürnberger Gesandten dies Begehren entweder ganz ablehnen oder, wenn die Mehrheit der Städte Kurbrandenburg gratifizieren wollte, ihm nur mit der Bedingung zustimmen sollen, dass es sich bei der Bewilligung hiefür um ein donum gratuitum handle (Nbg., Verlässe der Herrn Aeltern, no. 25, f.). — Die Interzessionsschreiben sind vom 19./29. August datiert (Mb., 342/1, f. 97; Kopie).

[2] Vom 9./19. August (Stg., Unionsacta, tom. X., f. 190; Kopie); vgl. Lünig, Bibliothecae deductionum P. IV., S. 120 und Ch. F. Sattler, Geschichte des Herzogtums Württemberg, VI., S. 57.

[3] Vgl. Anm. 1 auf S. 718.

Digitized by Google

August 2. bis Sept. 2. Sachsen dafür disponieren und die Bittsteller an den Kurfürstentag weisen soll; an die Possidierenden ist zu schreiben, damit sie Kommissarien zur Beilegung des Streits abordnen und auch sonst die evangelischen Aachner vor Beschwerungen von seiten des kaiserlichen Hofes bewahren. — Er proponiert sodann die Beschwerdeschrift der evangelischen Bürger Kölns.[1] Man findet kein anderes Mittel, als der Sache bei den Gravamina zu gedenken. Nürnberg hatte angeregt, auch diese Sache den Possidierenden zu empfehlen, ob sie vielleicht den vertriebenen Bürgern in Mühlheim Unterschlupf geben und der Stadt Köln die Kommerzien sperren möchten. — Braunschweigische Achtssache: Man beschliesst, deshalb abzuwarten, was die Kurfürsten bei ihrer Zusammenkunft tun werden; Kursachsen und Kurbrandenburg sollen gebeten werden, sich zu interponieren; die Städte wollen die Stadt Braunschweig zur Schiedlichkeit ermahnen. Auf die Anfragen Nürnbergs und Ulms, wie man sich angesichts der Achtserklärung wegen des Handels verhalten solle, urteilen die höheren Stände, man möge die Schreiben der braunschweigischen Räte wegen der Achtserklärung als privat ignorieren, bis ein kaiserlicher Herold käme; ausserdem solle man sich bei den niedersächsischen Ständen erkundigen, wie sie es des Handels wegen halten; jedenfalls ist den Städten Vorsicht zu empfehlen.[2]

August 13./23.

Verlesung und Genehmigung des Entwurfs für das Interzessionsschreibens an die Possidierenden zu gunsten der Aachner[3]. Beratung der

[1] Vgl. L. Ennen, Geschichte der Stadt Köln, V., Köln 1880, S. 472 f. und unten no. 353.

[2] Der sehr zahme Beschluss in der braunschweigischen Sache erklärt sich aus der begreiflichen Rücksichtnahme auf den so einflussreichen Herzog von Braunschweig, der durch Hippolyt von Colli die Unierten hatte bitten lassen, der Stadt weder Interzessionen noch sonst Hilfe zu gewähren; die unierten Fürsten würden ihn dadurch sehr verpflichten „et feront ce qu'ilz voudroient qu'on leurs fist en cas pareils. Je voudrois" — rät Colli dem Fürsten Christian von Anhalt — „qu'on le retint en amitié et devotion; il peut maintenant beaucoup comme directeur en chose, qui se permettent honestement faire et non pas autrement" (Schreiben vom $\frac{\text{24. Juli}}{\text{3. August}}$; Bbg., A 9a, no. 167, f. 93; Or. eigh.). — [St. Pr. vom 12./22 August]: Nürnberg fragt um, ob man in den Rechnungen noch weiter fortfahren soll, da die Höheren alles per maiora durchsetzen wollen. — In der Umfrage ergibt sich, dass Strassburg, Worms und Speier mit den Rechnungen ganz einhalten, Ulm und Nördlingen in den Rechnungen mit der Verwahrung fortfahren wollen, dass Maiora in „Säckelsachen" nicht zu dulden seien, widrigenfalls man an dem Rechnungswerk nicht länger teilnehmen würde. Dieser Meinung schliessen sich Nürnberg, Rotenburg und Hall an. Man beschliesst eine schriftliche und mündliche Ahndung des Verfahrens der Höheren. — Dr. Burkhard (für Nürnberg) zeigt an, dass Dathenus seinen Protest übel aufgenommen, Schönburg ihm aber einen Befehl des Administrators mitgeteilt habe, mit den Städten nicht zu skrupulieren; lieber wolle er, Administrator, einen Schaden erleiden.

[3] Vom 14./24. August: Während des Unionstages ist den Unierten die Bedrängnis der evangelischen Bürgerschaft in Aachen geklagt worden,

Digitized by Google

Bittschrift der bambergischen Untertanen gegen ihren Bischof und den Abt von Langheim.[1] Bei der Umfrage darüber beantragt Strassburg, den katholischen Assessoren mit der Gehaltssperre zu drohen. Nürnberg rät, an Sachsen zu schreiben, vor allem an den Herzog von Coburg; „wüss man, dass Coburg sondern favor zur union trag.“ Nördlingen weiss, dass das bamberger Domkapitel mit „des Bischofs Faktionen“ nicht ganz zufrieden sei und dass durch des Kapitels Vermittlung manchem Uebel vorgebaut werde. Man beschliesst, an den Bischof von Bamberg, an das Kammergericht und an den Herzog von Coburg zu schreiben. — Memorial der Stadt Worms wegen des Eindringens der Jesuiten.[2] August 2. bis Sept. 2.

---

besonders dass der Rat der Stadt bei schwerer Strafe verboten habe, evangelische Predigten ausserhalb der Stadt zu besuchen, weshalb es unter dem gemeinen Volk zum Aufruhr gekommen sei; die Unierten wurden ersucht, sich der Bedrängten anzunehmen und sie den possidierenden Fürsten zu empfehlen. Ohne genauere Nachricht von den Umständen zu haben, empfinden die Unierten mit jenen Mitleid, tragen aber Bedenken, zur Zeit beim Kaiser oder sonstwo deshalb etwas anzuregen, damit nicht der kaiserliche Hof wie vordem mit geschwinden scharfen Prozessen gegen die Evangelischen verfahre. Da aber dem Herzog von Jülich die Direktion in Kirchen- und Schulsachen gebühren soll und der vorige Rat und die evangelische Bürgerschaft sie allzeit anerkannt hat, so stellen die Unierten beiden Fürsten anheim, sich der Sache weiter anzunehmen, durch Kommissarien einen Vergleich zwischen Rat und Bürgerschaft herbeizuführen, den Evangelischen die Uebung ihres Bekenntnisses zu sichern und zu verhüten, dass es zu den vorigen Hofprozessen komme oder dass ein Dritter, dem der päpstische Rat den Schutz aufgetragen haben soll, sich einmische. Die Unierten werden der Sache der Aachner bei den allgemeinen Beschw den gedenken (K. F. Meyer, Aachensche Geschichten, I., S. 558 f.).

[1] Vgl. no. 321.

[2] Das undatierte Memorial in Stg., Unionsacta, tom. X., f. 345; Kopie: Schon zu Schwäbisch-Hall hatten die Abgesandten der Stadt Worms eine Bittschrift um Abschaffung der hochschädlichen, zu Worms eingeschlichenen Jesuitensekte eingereicht, worauf die Versammelten in reifliche Beratung zogen, wie dies Einschleichen gänzlich abgestellt werden könnte. Es wurde demnach an Kurfürst Friedrich IV. im Namen der Union am 30. Januar 1610 [a. S.] ein Schreiben gerichtet und er darin gebeten, deshalb an den Bischof von Worms zu schreiben und auch sonst auf Mittel zur Abwendung dieses Unheils zu denken. Das Schreiben wurde wirklich ausgefertigt und so hoffte der Rat, es würde darauf die Abschaffung dieses „verführerischen“ Ordens „als des babsts zue Rom aidverpflichten Janitscharn“ erfolgen; aber es kam nur ein Antwortschreiben, das mit vielen irrigen und der „Pfaffheit“ zu Worms selbst verkleinerlichen Narraten unterspickt war und leicht abgelehnt werden konnte. Seit des Kurfürsten Tod ist diese „verführerische sect und fridenszerstörer“ noch weiter eingerissen; einer, P. Augustinus, der bisher die Kanzel im Dom „under schleier weissem schopf- oder chormantel wolfmässig beschritten“, ist als Schulrektor bestellt und sind ihm einige „eiusdem fermenti Esauitici“ als Kollegen beigegeben worden; auch wurde ihm zum Hirtenamt einer gleichen Schrotts und Korns substituiert, so dass Kirche und Schule mit diesem „Jesuitergeschmaiss und ottergezücht“ allerseits besetzt sind. Wenn dem nicht bei Zeiten vorgebaut wird, so werden sie noch „mehr aushecken und vil schöner früchtlein, die man nicht unbillich creaturas Jesuiticas nennet,“ erzielen, auch die Bürgerschaft „mit gleissenden phariseischen geberden und honigsüessen worten und verheissungen“ an sich ziehen zum Abbruch evangelischer Religion, Wiedereinführung des antichristischen Papsttums, Verführung vieler einfältiger, jener „Wolfsstimmen“

Digitized by Google

August 2. bis Sept. 2. In der Umfrage wird ausgesprochen, dass man den Jesuiten schwerlich werde beikommen können, da der Bischof befugt sei, seine eigene Schule zu halten. Nürnberg vertritt die Meinung, dass man die Jesuiten, falls sie nicht unter die Klerisei fallen, die vermöge der „Rachtungen" Bürgerrecht habe, ausschaffen solle. Worms wendet ein, dass die Jesuiten zweifelsohne dagegen beim Kammergericht Prozesse ausbringen würden; eben deshalb begehren ihre Herrn zu wissen, ob sie solchen Prozessen zu parieren oder was sie von der Union an Hilfe zu erwarten hätten; viele Domherrn äussern vertraulich, es wundere sie, dass man die Jesuiten so lange geduldet habe. Man beschliesst, die Sache in Gegenwart der Fürsten nochmals vorzunehmen.[1]

---

unkundiger Herzen und Zerrüttung der Ruhe und der Wolfahrt. Es möge dabei dies Werk beim Unionstag wieder vorgenommen und dabei bedacht werden, wie man, wenn eine neuerliche Verwarnung unfruchtbar bliebe, dies Jesuitennest, das in wenigen Jahren zu einem grossen Kollegium erwachsen kann, zerstreuen, die Jesuiten aus der Stadt und dem Land bringen und deren gefährlichem Vorhaben gründlich abhelfen könnte. — Die Unierten ersuchten darauf am 19./29. August den Bischof von Worms, den hochschädlichen, fremden Orden, der keiner weltlichen Obrigkeit sondern allein dem General unterworfen sei, nicht länger zu unterhalten, zumal er zu guter Nachbarschaft wenig dienen könnte (Stg., a. a O., 348; Kopie).

[1] [St. Pr. vom 13./23. August]: Verlesung und Genehmigung der Beschwerdeschrift der Städte und Beschluss, sich der preussischen Belehnungssache nur durch eine Interzession für Kurbrandenburg teilhaftig zu machen. — Die Protestschrift der Städte an die höheren Stände ist vom 13./23. August datiert und führt aus: Vertrauen ist stets als die Grundlage der Union bezeichnet worden; den Städten hat man bei der Erhandlung zur Union versprochen, sie nicht über die Quote hinaus zu beschweren und mit den Voten Gleichheit zu halten Im Hinblick darauf sind die Städte noch diesmal von ihren vorigen Resolutionen wegen des elsässer Zugs abgewichen und haben in gewisse Regeln gewilligt, nach denen alle Rechnungen zu justifizieren waren; wo aber Zweifel vorfielen, sollte die Entscheidung des Plenums eingeholt werden. Es hat sich aber bei den letzten Beratungen befunden, dass, wenn man im Plenum dergleichen ausgesetzte Posten vortrug und zu gemeiner Stände Ausschlag stellte, man dabei den Städten Schweres und Unverantwortliches zumutete als 1., dass sie sich über Posten, die wegen der Konsequenzen ein merklich Hohes betreffen, sofort erklären sollten, bevor sie sich mit ihren zu den Rechnungen Deputierten unterreden konnten; 2. dass gewöhnlich solche Posten disputierlich gemacht werden, die vermöge der Rechnungsregeln ohne alles Zurückbringen abgesetzt werden sollen; 3. dass bei den Lauf- und Anrittgeldern, Bestallungen etc. die Abschiede und was sonst verglichen worden ist, nicht in Acht genommen werden; 4. dass die unierten Städte auch mit dem belastet werden sollen, was zur anfänglichen Werbung des jülicher Volks verwendet wurde, während die Städte zu „gewisser" Unterhaltung dieses Volks nur dadurch bewegt wurden, dass man zu Neuburg erklärte, es handle sich nur um ein geringes Geld und sei das Volk bereits von der jülichischen Assistenzhilfe geworben; 5. die Maiora werden zuweilen so ausgesprochen, dass man daraus nichts anderes entnehmen kann, als dass die Vota nicht genügend vernommen worden sind; 6. im Rechnungsrat wird das für beschlossen und allerseits bewilligt referiert, was im Plenum durch das Mehr zu künftiger billiger Handlung auszusetzen beliebt worden ist, wie dies eben bei den Lauf-

Digitized by Google

August 15./25. August 2. bis Sept. 2.

Camerarius stellt zur Umfrage: 1. Wie sind die noch nicht erörterten Mängel des Rechnungswesens zu erledigen? wie kann man dem Uebelstand begegnen, dass jeder Stand seine Quote einbehält und darüber besondere Rechnung legt? wie ist dem Anwachsen der Restanten zu wehren und künftig bessere Ordnung anzustellen? 2. Wie sind die Mängel im Kriegswesen zu verbessern, da einige Stände sich beschweren, dass grosse Unternehmungen ohne Vorwissen der andern vorgenommen wurden; auch über das Proviant- und Pfennigmeisteramt wird geklagt. 3. Wie soll es wegen der Bestallungen und Vorteilsgelder gehalten werden? Ansbach: Man bleibe bei den Rechnungsregeln, vergleiche sich gewisser Legstätten, zu denen die Quoten einzuliefern sind, revidiere die Bestallungen und beachte die Beschwerden der Städte. Württemberg: Man muss Kriegs- und Friedenszeiten unterscheiden; die Mängel beziehen sich auf jene, sie werden aber durch Beachtung der Rechnungsregeln gemindert werden. Die Rechnungen werden durch zu viele Personen geführt; darum soll man an einen Generalzahlmeister denken, der alle Quoten einbringt und alle Ausgaben leistet; für den Kriegsfall gibt hierin die Unionsnotel Mass. Die Aemter eines Proviant- und Pfennigmeisters sind nötig, desgleichen ein Kriegsrat. Baden: Es sind zweifellos viele Konfusionen geschehen, so dass man sich wundern muss, dass die Sachen nicht übler ausgiengen. Ein Generalpfennigmeister wäre nötig; aber zu Ahausen sind wichtige Gründe ausgeführt worden, weshalb jeder Stand seine Quote einbehalten dürfe; durch fleissige Visitationen kann auch so Rat geschaffen werden. Zur Behebung der Mängel im Kriegswesen möge man Kriegsverständige zusammenordnen und die Bestallungen revidieren; wo man sich nicht streng an die Ordnungen

---

und Anrittgeldern, Werbungen, Bestallungen, Additionen und Verehrungen geschehen ist. — Da der Bericht über solchen Verlauf bei den Obern der Gesandten allerlei ungleiche Gedanken verursachen möchte, da es auch nicht der sorgfältigen Verfassung voriger Abschiede und jetziger Regeln bedurft hätte, wenn alles auf die Maxime gerichtet werden soll, dass dieser oder jener Posten doch schon ausgegeben worden sei, und da solche Justifikation der Rechnungen nicht erfolgt, um zu wissen, was und wie viel, sondern mit wessen Konsens und wozu das Geld ausgegeben worden ist, damit denen, die ohne Befehl und Schluss den einen oder andern Posten ausgezahlt haben, das Uebermass zur Schonung des nervus der Union abgezogen werde, — so haben die Städte bei den höhern Ständen deshalb Erinnerung tun und sie bitten wollen, deren zu den Rechnungen Verordneten ernstlich zu befehlen, bei den vorigen Abschieden, Erklärungen und jetzigen Regeln zu verharren und abgesetzte und streitige Posten ohne Disput bis zu der beiderseits bewilligten endlichen Vergleichung auszusetzen, wodurch auch Zeit gewonnen würde. Sollte es aber die unverhoffte Meinung haben, dass nach und nach alles passiert werden soll, was von den Rechnungsräten als dubios ans Plenum verwiesen wurde, so werden die Obern in diese hohen ungewöhnlichen Ausgaben nicht willigen noch die Gesandten sich darzu verstehen und müssten sie den ganzen Verlauf referieren, wodurch den Sachen nicht geholfen wäre. Signatum Rottenburg uf der Tauber den 13. augusti a. 1611 (U., Unionsacta, XXIV., no. 2306; Kopie).

Digitized by Google

August 2. bis Sept. 2. halten kann, möge man dem General und dem Kriegsrat vertrauen. Von Impresen ohne Vorwissen der andern Stände ist Baden nichts bekannt; um die im Elsass hat der verstorbene Kurfürst gewusst, sie den beiden Markgrafen anbefohlen und sich deshalb auch mit Hessen verständigt. Anhalt hält auch Verbesserungen im Kriegs- und Rechnungswesen für nötig. Künftig soll man eine Hauptrechnung halten, von der alle Nebenrechnungen abhängen. Wegen der Quoten wäre gut, mit den Legstätten näher zusammenzurücken oder sich zu vergleichen, dass eine gewisse Summe für dringende Bedürfnisse an einem oder zwei Orten niedergelegt werden müsse. Wegen der Restanten könnte man beschliessen, die ausständige Summe auf Kosten der Säumigen aufzunehmen. Bei richtiger Rechnung werden viele Mängel im Kriegswesen fallen. Für das Proviant- und Pfennigmeisteramt wird man schwer Leute finden; Veränderungen der Bestallungen sollten nur mit Vorwissen des Generals, „Hauptimpresen" nur mit Vorwissen aller Unierten geschehen. Culmbach ähnlich; der Gesandte beschwert sich auch über die Partikularkonvente, von denen sein Herr erst nach deren Schluss unterrichtet wurde. Die Städte bitten um Bedacht, worauf die Verhandlung abgebrochen wird.

Nachmittags verhandelt man mit den Städten wegen der Rechnungen.[1]

August 16./26.

Strassburg teilt den gestrigen Beschluss der Städte mit. Nürnberg: Wegen Remedierung und Fortsetzung des Defensionswerks vergleichen sie sich den Vorstimmenden, damit man bei den Papisten die Reputation erhält und weil das Rechnungswerk nun fast richtig ist; künftig möge man sich aber nach den verglichenen Regeln richten, um Unordnungen in den Rechnungen und beim Kriegswesen zu verhüten, deren zwei Arten sind: 1. Man braucht bei den Rechnungen zu viel Personen und hat keine Legstätten. Darum bedarf es eines Generalpfennigmeisters, der aber ohne Befehl des Generals und der Kriegsräte nichts auslegen soll. Die Quoten sind an zwei oder drei Legstätten zu entrichten, die Einnehmer haben dem Generalpfennigmeister zu unterstehen. Die Restanten sind vermöge der

[1] [St. Pr. vom 15./25. August]: Beratung über die Punkte, derentwegen die Städte Bedenkzeit erbeten haben. Die Mehrheit findet Proviant- und Pfennigmeister und Kommissarien noch für unnötig, ebenso die Visitationen, weil doch kein Vorrat vorhanden ist; Legstätten sind untunlich, nur Nürnberg hatte solche gewünscht; wegen der Restanten möge man bei den Höhern Erinnerung tun. Ohne Direktorium und Kriegsräte soll auch im Notfall keine Hauptimpresa vorgenommen werden; ein Kriegsrat ist notwendig; Haupt- und Rechnungsabschied sind zu trennen. Empfehlung des nachbarlichen Sukkurses. — Darauf verhandeln die Deputierten der Höhern nochmals mit den Städten wegen einzelner ausgesetzter Posten, auf die die Beschwerden der Städte giengen; man vergleicht sich, dass vier Posten mit zusammen 34 352 fl. von den Fürsten fallen gelassen werden, wogegen die Städte in den Unionsrechnungen noch 30 000 fl. passieren lassen wollen, wovon auf sie 12 000 fl. treffen.

Digitized by Google

Unionsnotel einzubringen, wogegen die Darlehen zu erstatten sind. 2. Hauptimpresen dürfen nur mit Vorwissen aller Unierten erfolgen; wer davon nicht unterrichtet wird, braucht auch nicht dazu zu zahlen. Die zu Worms[1] verglichene nachbarliche Hilfeleistung ist zu empfehlen. Wegen der Landrettung halte sich jeder in Bereitschaft, auch die Kreishilfen sind heranzuziehen. Ein Kriegsrat ist nötig, die andern Aemter kann man vorläufig entbehren. Wegen der Kriegsdisziplin mag es bei den Bestimmungen des heilbronner Abschieds bleiben, doch soll man die Verschonung der Untertanen der Unierten ausdrücklich betonen. Kein Stand soll über seine Quote hinaus beschwert, keine Privatsache in die Union gezogen, auf Erhaltung des Religions- und Profanfriedens gesehen und die nachbarlichen Irrungen abgetan werden; dann wird die Reputation der Union wachsen und werden Mängel leicht behoben werden. Ihre Herrn werden daran gern mitarbeiten. Worms und die Nachstimmenden ebenso; nur dass sie es vorziehen, dass jeder Stand seine Quote einbehalte; allenfalls könnte man einige Monate in drei Legstätten zusammenlegen. Camerarius schliesst: Man ist einhellig, sich die Stabilierung der Union angelegen sein zu lassen, auch das Direktorium wird es deshalb an sich nicht fehlen lassen. Das Rechnungswesen soll in zwei besondere Abschiede gebracht werden. Von den beklagten Mängeln rührt der erste von der Vielheit der Personen bei den Rechnungen her; man wird daher an einen Generalpfennigmeister denken müssen; die Schaffung eines Vorrats von einigen Monaten an bestimmter Legstätte soll nochmals erörtert werden; wegen des anhaltischen Vorschlags, auf Kosten der säumigen Zahler Anleihen aufzunehmen, soll gleichfalls umgefragt werden. Hauptimpresen sollen künftig nur mit gemeinem Schluss geschehen; die Erinnerung wegen der Partikularkonvente soll in Acht genommen werden. Wegen des nachbarlichen Sukkurses möge es bei dem gegenwärtigen Modus bleiben; jeder Stand soll der Sache weiter nachdenken. Die Besetzung der Aemter lässt man zur Zeit auf sich beruhen. Die geklagten Gravamina sind durch die Rechnungsregeln erledigt. Bei den nachbarlichen Irrungen soll jeder Stand die Union vor Augen haben. — Wegen der Legstätten und Restanten wird nochmals umgefragt. Die Vota fallen verschieden: Württemberg und Culmbach, desgleichen Strassburg, Worms und Nördlingen erinnern an die Bestimmung der Bundesnotel, dass jeder seine Quote bei sich behalte; auch der anhaltische Vorschlag wegen der Aufnahme von Darlehen stösst auf das Bedenken, dass dabei die Gläubiger sich am übelsten befinden würden; doch erlangt der erste Vorschlag wegen der Legstätten die Mehrheit, der andere wird abgelehnt.

August 2. bis Sept. 2.

Darauf werden die Entwürfe der Interzessionsschreiben für die bambergischen Untertanen verlesen und genehmigt.

---

[1] Vgl. no. 56.

Digitized by Google

August 2. bis Sept. 2.

Die wormsische Sache wegen der Jesuiten wird nochmals proponiert. Camerarius berichtet, dass die Jesuiten sich in Worms ebenso einnisten wollen wie in Speier; auf ein Schreiben des verstorbenen Kurfürsten von der Pfalz hat der Bischof von Worms geantwortet: da Predigtstuhl und Kirche einige Zeit her übel bestellt gewesen seien, habe er ein oder zwei Jesuiten angenommen; er sei aber nicht gemeint, ein Kollegium einzurichten. Die Jesuiten gehören nicht zur Klerisei und sind nicht in die „Rachtung" mit der Bürgerschaft eingeschlossen. Ansbach und Württemberg raten zu Schreiben; Baden ist für gewaltsame Ausschaffung, doch ohne Beleidigungen; wenigstens soll man drohen, dass die Unierten der Stadt hierin die Hand bieten werden; Anhalt hält von Schreiben nicht viel; die Stadt möge dem Kaiser unmittelbar Bericht tun; die Jesuiten haben unlängst zu Wien einen Konvent gehalten; der Intent davon wird bald ausbrechen. Strassburg: Predigtstuhl und Schule wird man den Jesuiten nicht verbieten können; aber man kann der Bürgerschaft wehren, ihre Kinder dahinzuschicken; an den Kaiser zu schreiben wird nichts helfen. Nürnberg: Der Punkt wegen der Jesuiten ist wichtig; denn was sie an einem Ort suchen, werden sie auch anderwärts praktizieren. Schreiben helfen nicht viel; doch könnte man bei der geplanten Schickung dem Kaiser das gefährliche Vorhaben dieser Leute zu erkennen geben. Am besten wäre es, sie auszuschaffen; dazu könnte der Administrator der Kurpfalz, wenn die Stadt deshalb angefochten würde, sein Schutzrecht geltend machen. Worms: Ihre Obern sind privilegiert, nicht mehr Ordensleute in die Stadt zu lassen als daselbst vor hundert Jahren waren; daher können sie die Jesuiten nicht dulden, die obendrein Kostgänger halten. Via facti könnte ohne Gewaltanwendung vorgenommen werden, doch wollen sie nicht ohne Vorwissen der Union handeln. Camerarius schliesst: Diese Sekte wäre im ganzen Reich oder wenigstens in den Reichsstädten „auszuschaffen"; sie gehört mit zu den Ursachen des schädlichen Mistrauens im Reich. Darum soll man der Sache bei künftiger Legation an den Kaiser gedenken. — Wegen der vorliegenden Spezialfrage wird nochmals umgefragt und beschlossen, namens der Union an den Bischof zu schreiben; hernach wäre die Ausschaffung der Jesuiten „ohne Getümmel" vorzunehmen und ihnen anzudeuten, dass, wenn sie wieder kämen, sie eine andere Herberge finden würden; kommt es zum Prozess, so soll Kurpfalz wegen seines Schutzrechtes intervenieren. Dieser Beschluss ist aufs strengste geheim zu halten.[1]

---

[1] Das Schreiben an den Bischof hat sich nicht gefunden. Ueber dessen Wirkung schreibt der Administrator der Kurpfalz am 23. September / 3. Oktober an die Unierten: Der Bischof hat das Schreiben dem Kaiser und andern papistischen Ständen zugeschickt und erwartet von dort den Ausschlag wegen seines Verhaltens, vorgeblich weil der Jesuitenorden in des Kaisers besondern

Digitized by Google

August 17./27.

August 2 bis Sept. 2.

Verlesung und Beratung des Entwurfs zum Hauptabschied.[1] Beim zweiten Hauptpunkt verwahren sich die Städte wegen der Einnahme der Grafen und Herren, derentwegen mit den Städten gar nicht geredet worden sei; trotzdem habe man den Grafen dieselbe Stimmenzahl wie den Städten gegeben und habe sich obendrein verwahrt, dass, wenn die geringeren Stände allzu sehr Maiora machen würden, dies den Höheren unpraejudizierlich sein solle. Die Städte begehren Auslassung dieser Bemerkung, die auch dem Zweck der Union, die auf gegenseitigem Vertrauen beruht, widerstreite. Camerarius verspricht, diesen Wunsch zu berücksichtigen und die Sache nochmals vor die Höhern zu bringen. Auf Anhalts Anregung wird ein Schreiben an Erzherzog Maximilian wegen Fortsetzung der Korrespondenz beschlossen.[2] Beim dritten Punkt schlägt Culmbach vor, Pfalz-Neuburg an die Ratifikation des jüterbogker Vertrags zu erinnern.[3] — Die Vorschläge wegen eines consilium politicum und die Beschlüsse wegen der wormser Jesuiten sollen aus dem Abschied wegbleiben. — Verlesung des Entwurfs des

---

Schutz sei und er, Bischof, sich ohne dessen Wissen gegen die Unierten nicht endlich erklären könne. Die Wormser haben überdies ihm, dem Administrator, anzeigen lassen, was für grosse Diffikultäten sich sonst noch in der Sache ereignen und dass sich der bewuste Vorschlag nicht wol praktizieren lassen werde; er sei allzu zeitlich ausgekommen, weshalb die Jesuiten sich zu Hause halten; auch stehe deren Haus ganz und gar unter der Geistlichkeit und habe vier Türen, so dass sie sich gleich in ein anderes benachbartes Pfaffenhaus salvieren könnten. Die Stadt dürfe auch nicht ihrer ganzen Bürgerschaft trauen, da an die sechzig Bürger papistisch seien und könnte durch die Zünfte, unter denen auch Papisten, etwas auskommen; würde man aber die Jesuiten aus der Stadt führen, so wäre zu besorgen, dass die verbitterten evangelischen Bürger Hand an sie legten, woraus neue Ungelegenheiten entstehen könnten; auch würde dem Werk dadurch nicht gründlich geholfen, da die Jesuiten mit Hilfe des Bischofs jederzeit wieder in die Stadt kommen könnten. Die Wormser bitten ihn, den Administrator, um Rat, ob nicht die Sache einzustellen wäre, bis sie beim Reichstag von allen evangelischen Standen bedacht und die Ausschaffung der Jesuiten auch aus andern Reichsstädten verglichen sei. Die Wormser sind also furchtsam und zweifeln, ob sie sich der „gemeinen Vertretung“ aller Unierten zu versehen haben werden. Der Administrator riet ihnen, den Jesuiten unterdessen anzudeuten, sich aus der Stadt zu machen, da die Stadt ihnen keinen Schutz angedeihen lassen würde, wenn ihnen etwas zustiesse (Bbg., A 9a, no. 133[3], f. 2; Or.).

[1] Vgl. no. 330.

[2] Vom 19./29. August: Die Unierten haben des Erzherzogs gute Affektion gegen sie durch die Tat und durch die Mitteilungen des verstorbenen Kurfürsten und des Administrators der Kurpfalz erfahren. Sie danken für diese Korrespondenz und Affektion und versichern den Erzherzog, dass sie ihm gleiche Gesinnung entgegentragen (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom September 1611, zu no. 13; Or, durch Geizkofler übermittelt).

[3] Unter dem 19./29. August schreiben die unierten Fürsten an den Pfalzgrafen Philipp Ludwig wegen der Ratifikation, die ihm zum Besten gereichen und das Haus Sachsen desto eher herbeibringen werde (Stg., Unionsacta, tom. X., f. 339; Kopie).

Digitized by Google

August 2. bis Sept. 2. ersten Nebenabschieds.[1] Verlesung des Entwurfs für das Antwortschreiben an Pfalz-Neuburg wegen der Administration und wegen des Direktoriums.[2] Baden mahnt zu Glimpf, die Städte erklären ihre Neutralität.

Nachmittagssitzung (ohne die Städte): Beschlussfassung über den Artikel des Abschiedes wegen der Einnahme der Grafen und Herrn. Obgleich in der Umfrage wieder die Sorge der Fürsten für ihre Praeeminenz und die Furcht, dass sie überstimmt werden könnten, zum Ausdruck kommt, so beschliesst man doch, den anstössigen Satz aus dem Abschied wegzulassen. Camerarius stellt dann die einzelnen Artikel der Verhandlung mit England, wie sie König Jakob überschickt hat, zur Umfrage.[3] Die in der Umfrage geäusserten Abänderungswünsche sind zusammengestellt in den „Apostilles et conditions adjoustéz aux articles envoyéz de Sa M.té de la Grande Bretagne, touchant l'estroicte correspondance avec les electeurs, princes et estatz uniz."[4] — Zur Verhandlung über die Artikel beantragt Anhalt, sich zunächst bei Winwood schriftlich zu entschuldigen, dass man ihm den Unionstag nicht bekannt gegeben habe; man möge eine Zusammenkunft zwischen Winwood und einem oder zwei Räten der Unierten etwa zu Wesel veranstalten. Württemberg schlägt als Vertreter der Union Vollrad von Plessen vor und gibt seine Zustimmung, dass an den König von England französisch geschrieben werde, obgleich man bisher an Potentaten lateinisch geschrieben habe.

Die Entwürfe der Schreiben an den König von England,[5] an Winwood[6] und an Salisbury werden verlesen; desgleichen ein Schreiben Polheims,[7] worin dieser den getroffenen Vergleich zwischen Kaiser und König anzeigt.[8]

---

[1] Vgl. no. 331.

[2] Vom 17./27. August als Antwort auf das Schreiben vom 18./28. Juli (no. 295): Hinweis auf das ergangene kaiserliche Dekret und auf die Unionsverfassung, die den ordentlichen Weg Rechtens vorschreibt, wo Güte nicht Platz findet; die Union kann sich der Hauptsache nicht unterfangen. Der Pfalzgraf möge sich, weil es nicht anders sein kann, zur Ruhe begeben, in seinen Schriften geschärfte Worte vermeiden, an denen nur die Gegner Freude haben, den letzten und diesen Abschied bestätigen und die künftigen Unionstage besuchen (Stg., Unionsacta, tom. X., f. 350; Kopie).

[3] Der Entwurf in Ralph Winwoods Memorials of affairs of state, III., S. 197 f.

[4] Gedruckt bei Winwood, a. a. O., S. 199.

[5] Vgl. no. 338.

[6] Vgl. Anm. 1 zu no. 338 auf S. 784.

[7] Vom 26. August (Mb., 119/2, f. 177; Or.).

[8] [St. Pr. vom 17./27. August]: Beschluss, Camerarius von seiten der Städte 500 Taler zu verehren. Feststellung des Ausschreibens zum Städtetag (1. Pappenheimische Sache; 2. aachner Unruhen; 3. Beschwerden der evangelischen Bürgerschaft in Köln; 4. Beschwerden der Städte; 5. Rechnungen der Städte; 6. jülichische Lizenten; 7. braunschweigische Unruhen; 8. Ergänzung des Städteausschusses).

Digitized by Google

August 19./29.

August 2. bis Sept. 2.

Verlesung verschiedener Schreiben. Verhandlung über einige Schwierigkeiten beim Rechnungswerk. Nachdem die Städte abgetreten sind, wird der Entwurf des zweiten Nebenabschieds[1] verlesen und genehmigt, ebenso der dritte,[2] ferner die Entwürfe von Schreiben an den König und die Königin-Regentin von Frankreich.[3]

August 22.
September 1.

Lynar, der wegen Culmbach zu den Rechnungen verordnet war, berichtet: Der Schluss der Rechnungen ergibt die Verschuldung der Union; es ist darum die Abtragung dieser Schulden von den Verordneten mit Zuziehung der ausschreibenden Städte erwogen worden. Ein Teil der Schulden trifft die Fürsten allein, der andere die ganze Union; da die Städtegesandten sich zu keiner neuen Anlage herbeilassen dürfen, so bleiben zur Deckung der Schulden nur die Restanten; ausserdem haben die Städte von den acht schweinfurter Monaten noch vier zu bezahlen und sind von den fünfzehn Monaten[4] noch sieben überhaupt erst zu entrichten. Es werden aber noch zwanzig ausserordentliche Monate notwendig sein. Zur Ansammlung dieser Einkünfte möge man sich einer Legstätte vergleichen. In der Umfrage betonen die Fürsten die Notwendigkeit, die Restanten einzubringen und leidliche Ziele anzusetzen; die Restanten und die fünfzehn Monaten werden zur Schuldentilgung genügen, die zwanzig Monate sollen zur Bildung eines neuen Unionsvorrats verwendet werden. Strassburg gibt seiner Ueberraschung über die Höhe der Verschuldung Ausdruck und nimmt die vorgeschlagenen Mittel nur zu Bericht. Nürnberg ist auch nicht zu Bewilligungen instruiert; die sieben Monate genügen zur Schuldentilgung nicht; was an den acht Monaten erübrigt wurde, sollte aber jedem Stand wieder zu Gute kommen; wenn die Städte die erübrigten vier Monate hergeben sollen, müssen die Fürsten dasselbe tun; eine Neuanlage wäre auf zwei oder drei Jahre zu verteilen und von dem Einkommenden zuerst die Darlehen der Städte abzutragen. Ulm ähnlich; es warnt vor einer Mehrzahl von Legstätten. Rotenburg ebenso. Camerarius stimmt den Vorschlägen zu; die Einbringung der Restanten ist zu betreiben; eine Legstätte wird genügen; die Städte sollen die erübrigten

[1] No. 332.
[2] No. 333.
[3] Vom 20./30. August: Wiederholung des Dankes für die vor Jülich geleistete Hilfe und Bitte, die guten Beziehungen zur Union, wie sie unter Heinrich IV. bestanden haben, fortzusetzen; Dank für das neue Erbieten des Königs an den Administrator der Kurpfalz, der Union im Notfall beizuspringen; Mitteilung von dem guten Ausgang des Unionstags, von der Festigung der Union und von den Schickungen des Kaisers und des Königs an die Union (Bbg., A 9 a, no. 132², an den König f. 149, an die Königin f. 153; Kopien).
[4] Sieben zu Speier und acht zu Schweinfurt bewilligte Monate.

Digitized by Google

August 2. bis Sept. 2.

vier Monate zur Schuldentilgung verwenden, zu gleichem Zweck sind die noch ausstehenden sieben Monate zu widmen. Wegen der Ziele einer Neuanlage soll nochmals umgefragt werden; die zwanzig ausserordentlichen Monate soll man bei der „Unionmassa" lassen. — In zweiter Umfrage wird beschlossen, zur Einbringung der Restanten drei Monate Frist zu geben, die sieben Monate nur zur Schuldentilgung zu verwenden und von den acht Monaten so viel, als davon noch nicht zum Unionszweck ausgegeben ist; wie viel man noch darüber hinaus bedarf, wird die Rechnung ergeben; die Ziele einer Neuanlage sind auf drei Jahre zu verteilen, die Legstätte soll in Nürnberg sein. — Die Städte weigern sich, die erübrigten vier Monate zur Schuldentilgung herzugeben, weil die Fürsten ihre acht Monate teils gar nicht, teils ganz ungleichmässig zugeschossen hätten. Darauf erklären sich die Fürsten bereit, über ihre acht Monate besondere Rechnung zu legen; was dabei übrig bleibt, soll zur Abtragung der allein auf den Fürsten lastenden Schulden verwendet werden. — Man berät und billigt den Entwurf eines Ersuchens an den Markgrafen von Culmbach, dass er in seinen Rechnungen die Kosten für die Defension seines Landes streiche.[1] — Den evangelischen Bürgern zu Amsterdam wird eine Interzession an die Generalstaaten wegen Gewährung freier Uebung des augsburger Bekenntnisses bewilligt. Darauf treten die Städte ab. — Die fürstlichen Gesandten verhandeln über das Ansuchen des Hauses Sachsen, den Pfalzgrafen von Neuburg zur Ratifikation des jüterbogker Vergleichs zu bewegen.[2] Bei der Umfrage betont Anhalt den Vorteil, der der Union aus diesem Schreiben erwächst; darum möge sich die Union die Sache angelegen sein lassen. Man soll Sachsen die Abschrift des schon ergangenen Schreibens an Neuburg[3] mitteilen, allenfalls nochmals schreiben und, wenn kein Bescheid erfolgt, durch Württemberg und Baden eine Schickung tun lassen. Neuburg wäre auch eindringlich vorzustellen, dass ohne das jülicher Wesen die Union nicht in solche Schwierigkeiten gekommen wäre. Camerarius verweist auf das eigene Interesse des Administrators an Jülich, weshalb die Fürsten sich ohne Kurpfalz über den Entwurf des Antwortschreibens an Kursachsen ver-

---

[1] Mb., 119/2, f. 283; Kpt.

[2] Schreiben vom 12./22. August an die unierten Fürsten: Es enthält besonders Klagen gegen Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm, der bei den Nachbarn den Vergleich für verhasst anzieht, offene Patente dagegen anschlagen lässt, einen Landtag nach dem andern ausschreibt, die jülichischen Untertanen widerspänstig macht und sie mit starken Exaktionen beschwert. Weder die Bemühungen des Landgrafen Moriz von Hessen noch die Erinnerungen von Verwandten und von auswärtigen Potentaten wollen fruchten; der Pfalzgraf erbietet sich nur pro forma zu einem Prozess, der nie beendigt werden soll; die Unierten mögen auf Neuburg als Bundesverwandten einwirken. Wenn die Ratifikation unterbleibt, so könnte es leicht zu vorigen Extremen kommen, wobei sich Sachsen des Beistands der Unierten getröstet (Drs., 1. 8808, 25. Buch jülicher Sachen, f. 169; Kptkopie.

[3] Vgl. oben Anm. 3 auf S. 727.

Digitized by Google

gleichen sollen.[1] — Die Fürsten unterreden sich, wie die 200000 fl., welche die Fürsten allein zu bezahlen haben, abzutragen wären. Man beschliesst, dazu in drei Zielen zwanzig Monate anzuwenden. August 2. bis Sept. 2.

Nachmittagssitzung. Verlesung des Entwurfs des Rechnungsabschiedes[2] mit den Beilagen. Dabei entspinnt sich eine Erörterung, da die Städte zur Erlegung der 60000 fl. einen weiteren Termin als drei Monate begehren, wogegen die Fürsten Nachsicht des Zinses von den Darlehen der Städte begehren. Der Wunsch der Städte wird erfüllt, der der Fürsten wird zu Bericht genommen.[3]

August 23. / September 2.

Camerarius: Danksagung, dass Gott die Union bisher also erhalten hat; Hinweis auf die Gefahren und bösen Consilia, denen die Union ausgesetzt war, die aber überwunden wurden und der Union zu grosser Reputation verhalfen; gerade die der Union am meisten feindlich waren, mussten es dahin richten, dass der Kaiser und der König zu ihr schickten; auch Sachsen hat seine Gedanken geändert und wird sich hoffentlich der Union konformieren und dadurch den andern drinnen Landes zu gleichem Anlass geben, so dass hoffentlich eine Zusammensetzung aller evangelischen Fürsten stattfinden wird. Was an Geld verloren wurde und sonst Ungleiches vorgieng, das ist zeitlich und vergänglich; der Gewinn ist aber grösser als der Verlust. Die Kurpfalz wird das Direktorium nach ihrer Schuldigkeit weiter führen und dankt, dass die Fürsten erschienen sind und so lange ausgehalten haben. Mängel im Direktorium sollen künftig verbessert werden. Die Gesandten mögen endlich bei ihren Obern dahin wirken, dass alles Verabschiedete ratifiziert werde. Die Städte treten ab.

---

[1] Antwortschreiben vom 23. August / 2. September: Dank für das Vertrauen und Mitteilung des bereits abgegangenen Mahnschreibens an Neuburg und zweier neuer (vom 22. August / 1. September; Drs., l. 8808, 25. Buch jül. Sachen, f. 272 und f. 278, Kopie) an den alten und jungen Pfalzgrafen sowie der geplanten Schickung (Drs., a. a. O., f. 270; Or.).

[2] No. 339.

[3] [St. Pr. vom 22. August / 1. September]: Verhandlung über die Mittel zur Schuldentilgung. Man ist einhellig der Ansicht, dazu neben den Restanten zunächst die ordentlichen Anlagen und die 60000 fl. der Städte zu verwenden, aber eine ausserordentliche Anlage wird nicht zu umgehen sein. — Die 60000 fl. sollen, wenn den Städten die vier erübrigten von den acht schweinfurter Monaten gelassen werden, durch eine besondere Umlage von sechs Monaten gedeckt werden.

Digitized by Google

August 2. bis Sept. 2. Es werden noch die beiden Abschiede wegen der Rechnungen, die die Fürsten allein angehen,[1] und wegen der Rechnungen zur jülicher Assistenz[2] genehmigt.

Stg., Unionsacta, tom. X., f. 589—819, württembergisches Protokoll von Sattlers Hand; — U., Unionsacta, tom. XXIV., no. 2326a; ulmisches Originalprotokoll. — Be., Rep. 88, Unionsacta, tom. XXII., f. 125, Handprotokoll des Markgrafen Joachim Ernst; Or. eigh. — Zur Ergänzung sind noch herangezogen die Berichte der Gesandten der Stadt Ulm in U., Unionsacta, tom. XXIII., no. 2268, 2269, 2271, 2273, 2275, 2276. 2278a, tom. XXIV., no. 2326b, 2327, 2329; Orr. und die Berichte der culmbachischen Gesandten in De., A 9a, Ib., no. 11. — Kopien.

August 2. **306.** Der Kurfürst von Mainz an Herzog Maximilian von Baiern.

E. L. haben uns am 26. Juli berichtet, dass Graf Frobenius von Helfenstein sich wegen der Schickung nach Frankreich entschuldigt und an seiner Stelle seinen Vetter Grafen Rudolf vorgeschlagen hat.[3] Nun wissen E. L., dass wir zwar nichts unterlassen wollen, was dem katholischen Bundeswesen zu Gutem gereicht, dass wir aber schon zu Würzburg unser Bundesoberstenamt, das wir nur auf gemessene und jetzt verstrichene Zeit übernommen haben, aufkünden liessen und dass unsere Abgesandten auf E. L. und der andern Bundesstände Anlangen in die Weiterführung des Amtes nur unter der Bedingung willigten, dass die rheinischen Bundestände dem Abschied wirklich nachkämen. Es wird aber der würzburger Abschied von einem Teil der Bundesstände disputiert und dahin gedeutet, als ob sie, weil ihren Gesandten der Abschied nicht in allen Punkten beliebte, an den Mehrheitsbeschluss nicht gebunden seien. Bei dieser Meinung verharren sie und lassen sich trotz alles Mahnens nicht zur völligen Erstattung ihrer Gebühr bewegen.[4] Dies veranlasst uns, unseren rheinischen Mitständen das Bundesoberstenamt nochmals aufzukünden.

---

[1] No. 340.

[2] Anm. 1 zu no. 340 auf S. 788.

[3] Vgl. den würzburger Abschied in no. 172 mit Anm. 1 auf S. 418. — In seinem Schreiben vom 26. Juli äusserte Herzog Maximilian die Meinung, dass ein Gesamtschreiben der beiden Bundesobersten den Grafen Frobenius wol zur Uebernahme der Schickung bewegen würde (Mc., Entstehung, Fasz. VI., no. 44, f. 15; Kpt.). Denselben Frobenius von Helfenstein erachteten Barvitius und Vischere auch für geeignet, die Direktion des kaiserlichen geheimen Rats zu übernehmen, da der Herzog von Braunschweig vor dem 11. August die Entlassung aus seinem Amt vom Kaiser begehrt hatte, um sich in sein Land zu verfügen (Vischere an Erzherzog Albrecht am 13. August; Brs., Secrét. d'Allemagne, no. 96, f. 130; Or. eigh.). Frobenius von Helfenstein war Präsident am Kammergericht gewesen und am Reichstag von 1608 einer der Assistenzräte des Erzherzogs Ferdinand (vgl. Briefe und Akten, VI., S. 150).

[4] Wie aus no. 197 hervorgeht, war es die Säumigkeit Speiers, die Kurmainz zu diesem Entschluss veranlasste. Speier beharrte darauf, mit der Zahlung von 11 000 fl. seinen Pflichten gegen die Liga im wesentlichen nachgekommen zu sein (vgl no. 197, Anm. 2 auf S. 474), während Kurmainz durch wiederholte Mahnschreiben vom 19. Juni, 9. und 29. Juli die Erlegung der ganzen Quote von 23 598 fl. begehrte, die zur Abdankung des Kriegsvolks im kölner Erzstift und des rietbergischen Volkes nötig sei; zugleich drohte Kurmainz, die Sache an die oberländischen Stände, besonders an Baiern zu

Digitized by Google

Da wir ferner nicht sehen können, was bei so geringer Zahl der Bundesstände und bei dieser Trennung, die nicht verborgen bleiben kann, die Schickung nach Frankreich nützen soll, so geben wir E. L. anheim, sie einzustellen, bis Bericht einläuft, wie die Verhandlungen zur Gewinnung neuer Bundesstände ausschlagen oder bis man sieht, wie der Kurfürstentag abläuft. Bei dieser Tagung wird man auch leicht sehen können, wessen man sich von den protestantischen Ständen und deren Union zu getrösten hat; man wird die Schickung alsdann mit besserem Erfolg vornehmen können. Geschieht sie während des Kurfürstentages, so könnte dies beim Kaiser und bei den weltlichen Kurfürsten allerlei ungleiche Gedanken verursachen. Wir erwarten hierüber Dero weitere Erklärung.[1] Datum Aschaffenburg den 2. augusti a. 1611. August 2.

Mc., Entstehung, Fasz. VI., no. 44, f. 17; Or.

307. Werbung Hannewalds und Hertels beim Kurfürsten von Sachsen. August 3.

Da der Kaiser erfahren hat, dass vor kurzer Zeit der Kurfürst von Brandenburg bei E. kfl. Gn. gewesen ist, so hat er Günterode und uns durch eilenden Kurier aufgetragen, uns bei Kurbrandenburg anzumelden und ihn zu ersuchen, dem Kurfürstentag persönlich beizuwohnen, wozu auch E. kfl. Gn. ihn bewegen sollten. Der Kurier kam erst nach des Kurfürsten Abreise, aber der Kaiser hatte bereits vernommen, dass E. kfl. Gn. dies Ersuchen zuvor schon aus eigenem Antrieb getan hatten und dankt für Dero Eifer zu seiner und des Reiches Wolfahrt durch uns und mit einem Handschreiben. E. kfl. Gn. haben auch den Kaiser durch Günterode erinnert, dass Kurbrandenburg sich nächstens nach Preussen begeben wolle und dass man dies mit äusserstem Fleiss verhüten und begehren müsse, dass der Kurfürst den Kurfürstentag abwarte. Daraufhin hat der Kaiser Adam von Trautmannsdorf zu Kur-

---

bringen. Der Bischof entschuldigte sich am 19. Juli, dass er zur Erstattung seiner Quote an den 52 Ligamonaten bereit sei; was darüber hinaus gehe, hätten seine Gesandten nur zu Bericht genommen und halte er sich dazu bei der Lage seines Stiftes nicht verbunden; in dem Bericht an Baiern möge man seines Stiftes schonen oder dessen Unvermögenheit und die Ungleichheit der Anlage gleichfalls schildern. — Sämtliche Schreiben in Wmz., Religionssachen, Bd. 13; Kpte. und Orr.

[1] Herzog Maximilian antwortete am 14. August: Was die Kündigung des Bundesoberstenamtes betrifft, so „haben wir ein solches, weiln E. L. Ir das gemeine buntwesen auf dato jederzeit im besten und rumblich angelegen sein lassen, ganz ungern vernummen; dannenhero wir der ungezweifften mainung, E. L. werden der catholischen religion und allen derselben unierten stenden zum bösten sich noch weiter solcher direction unternemen, seitemalen hierbei E. L. selbs wolvernünftig zu ermessen, was dergleichen aufkündung bei jezigen selzamen läufen für ungleiche discurs und nachdenken erwecken." Bestehen E. L. aber wider Verhoffen auf Dero Entschluss, so müssen wir ihn allen Bundesständen anzeigen. Wegen der Gesandtschaft nach Frankreich stimmen wir E. L. völlig bei (Mc., a. a. O., f. 20; Kpt.).

Digitized by Google

August 3. brandenburg abgefertigt[1] und diesen versprochen, sich beim König von Polen der kurbrandenburgischen Ansprüche auf Preussen gehörig anzunehmen. Da sich auch der jetzige Administrator der Kurpfalz erboten hat, wegen des Kurfürstentags erspriessliche Dienste zu tun, so hat der Kaiser den nach Prag gesandten kurpfälzischen Rat Hippolyt de Collibus mit einem Bescheid[2] abgefertigt, mit dem der Administrator sich wol begnügen kann und der auch, so viel der Kaiser weiss, E. kfl. Gn. und der geistlichen Kurfürsten Meinung gemäss ist, laut der Abschrift, die wir bei uns haben. Der Kaiser hat auch Johann Eustach von Westernach und Zacharias Geizkofler zum Unionstag nach Rotenburg abgeordnet, um dort wegen Erhaltung des Friedens im Reiche zu verhandeln,[3] was der Administrator treulich zu befördern, „dazu solches Fürst Christian von Anhalt ufzugeben", dem Kaiser versprochen hat.

Da sich aus all dem ergibt, wie sehr der Kaiser bemüht ist, alles zu beseitigen, was den Kurfürstentag hindern könnte, so bittet er E. kfl. Gn. nochmals, nicht nur persönlich dabei zu erscheinen sondern auch alles befördern zu helfen, damit er ohne Aufschub vor sich gehen kann. Da die Reassumtion oder Neuausschreibung des Kurfürstentags durch Mainz noch nicht erfolgt ist, so hat er auch mich, Hannewald, mit einem Anmahnungsschreiben an den Kurfürsten nach Aschaffenburg abgefertigt und bittet, dass E. kfl. Gn. mir ein Promotorialschreiben an Kurmainz mitgeben.[4] Und damit schliesslich nichts versäumt werde, was zur Beförderung dieses Werkes immer dienen mag, so ist der Kaiser auch entschlossen, wofern er für gewiss erfährt, dass der Kurfürst von Brandenburg zur Leichenfeier wieder hieher kommt, den Direktor seines geheimen Rats, den Herzog von Braunschweig, oder sonst einen ansehnlichen Gesandten herüberzuschicken und wegen der sonstigen Notdurft mit E. und S. kfl. Gn. Korrespondenz zu pflegen. Geschehen zu Dresden den 3. augusti a. 1611.

Drs., l. 7387, II. Buch Kurfürstentags, f. 80; Or.[5]

---

[1] Wegen Trautmannsdorfs Abfertigung vgl. no. 299, S. 690, Anm. 1. Hertel reiste am 30. Juli nach Dresden (vgl. Vischeres Bericht in no. 299), während Hannewald sich dort schon längere Zeit aufhielt. Am prager Hof giengen über Hertels Schickung allerlei Gerüchte: Bodenius weiss dem Herzog von Baiern am 1. August zu melden, dass Hertel Hannewald warnen sollte, nicht zu früh nach Prag zurückzukehren, da nach des Königs Abreise die hinterlassenen Direktoren und Regenten auf ihn greifen könnten (Mc., Entstehung, Fasz. III., no. 26, f. 133; Or. eigh.); vgl. no. 309.

[2] No. 301.

[3] Vgl. unten no. 310 und no. 312.

[4] Geschieht unter dem $\frac{\text{26. Juli}}{\text{5. August}}$: der Kurfürst möge Hannewald eine solche Resolution erteilen, wie sie der jetzige Zustand erfordert. Gleichzeitig war aber in Dresden das kurmainzische Schreiben eingelaufen, das den Termin für den Kurfürstentag anberaumte (Drs., a. a. O., f. 92; Kpt.). Hannewald setzte aber die Reise nach Aschaffenburg fort, wo er erfuhr, dass Kurmainz bereits alles vom Kaiser wegen des Kurfürstentags Gewünschte veranlasst hatte (Bericht Hannewalds an den Kaiser vom 29. August; Drs., a. a. O., f. 236; Kopie).

[5] Dem Kaiser antwortete der Kurfürst von Sachsen auf obige Werbung

Digitized by Google

308. Johann Casimir Graf zu Lynar an den Kurfürsten von Sachsen. August 4.

Fürst Christian von Anhalt berichtet mir, dass auf die Nachricht von der Erteilung des kaiserlichen Dekrets[1] im kurpfälzischen Rat u. a. für gut angesehen worden ist, dass E. kfl. Gn., Kurbrandenburg und der Administrator noch vor dem Kurfürstentag ihre geheimen Räte ehestens zusammenordnen und durch sie alle Punkte des mainzischen Ausschreibens beraten lassen sollen, damit man dann umso besser schliessen und ins Werk richten könnte, was zu des Kaisers und des Vaterlandes, besonders aber des evangelischen Wesens Wolfahrt erspriesslich wäre. Dabei soll auch E. kfl. Gn. entdeckt werden, was hier beim Unionstag verhandelt wird und was des Kaisers Abgesandte hier anbringen und zum Bescheid erhalten werden. Ich habe aber für meine Person dafürgehalten, dass dies hochnötige Werk noch mehr Nutzen bringen würde, wenn die weltlichen Kurfürsten mit geringem Gefolge persönlich zusammenkämen, welchem Gedanken Fürst Christian beistimmte und versicherte, wenn E. kfl. Gn. sich solche persönliche Zusammenkunft belieben lassen und auch Kurbrandenburg dazu bewegen würden, dass es an dem Administrator nicht fehlen sollte. Da dies nicht nur dem gemeinen Wesen sondern auch E. kfl. Gn. und Dero Haus in der jülicher Sache wol zu statten käme und durch des Administrators Vermittlung zwischen E. kfl. Gn. und Kurbrandenburg viel Gutes verrichtet werden könnte, so habe ich diesen Vorschlag E. kfl. Gn. vortragen wollen. Datum Rotenburg. an der Tauber den 25. julii a. 1611.

Drs., l. 7387, II. Buch Kurfürstentag, f. 126; Or. eigh.[2]

---

am $\frac{\text{24. Juli}}{\text{3. August}}$: Er wird gern persönlich beim Kurfürstentag erscheinen, der soeben festgesetzt worden ist; gegen Pfalzgraf Johann will er sich aller Billigkeit gemäss erweisen, zumal schon die Räte Christians II. deshalb ganz entsprechend dem kaiserlichen Dekret instruiert waren; seinethalben soll das kurfürstliche Kolleg nicht unergänzt bleiben; sobald sich Kurbrandenburg wegen der Teilnahme an der Leichenfeier erklärt hat, soll der Kaiser oder Braunschweig davon verständigt werden (Drs., a. a. O., f. 94; Kptkopie). Entsprechende Erklärung, respektive Aufforderung Kursachsens an Kurmainz und Kurbrandenburg vom $\frac{\text{27. Juli}}{\text{6. August}}$ in Drs, a. a. O., f. 197, f. 103 und f. 106; Kpte.). — Der Kaiser dankte am 14. August Kursachsen für die willfährige Resolution; den Termin zum Kurfürstentag hätte er gern früher angesetzt gesehen, da die Gefahr im Reich nur zunimmt; ebenso hätte er Kurbrandenburgs persönliches Erscheinen gewünscht und dass er [Kurbrandenburg] „des heil. reichs gemaine wohlfahrt sonderlich gegen den offerten, so ich S. L. durch meinen abgesandten thuen lassen, ihren privatanligen vorgesetzt hette“ (Drs., a. a. O., f. 180; Or.).

[1] No. 301. Vgl. wegen des folgenden dort die Anm. 1 auf S. 692.

[2] Am $\frac{\text{31. Juli}}{\text{10. August}}$ antwortet der Kurfürst, dass er wegen der Beisetzung seines Vorgängers, wegen der Erbhuldigung, Anstellung des Regiments u. s. w. seine Räte nicht von sich lassen könnte; zudem werde ihm berichtet, dass der

Digitized by Google

August 6. **309. Peter de Vischere an Erzherzog Albrecht.**

Am 1. August klagte mir Maximilian von Trautmannsdorf, dass der Herzog von Braunschweig drei Lutherische im Reichshofrate einsetzen[1] und dass er deshalb seinen Abschied nehmen wolle. Man glaubt, der lutherische Minckwitz werde gewiss in den geheimen Rat kommen. Am Vormittag des 2. haben die Verordneten des Kaisers und des Königs sich so verglichen, dass nur noch die Genehmigung des Kaisers fehlt. „Die herschaft Benatek halten I. kgl. M.[t] ihr also bevor, das sie nach getroffenen und beschlossenen accordo bei der ersten persönlichen beisamenkunft I. ksl. M.[t] selbst die übergeben wöllen.“ — Am 2. „bin ich glaubwurdig berichtet, das der secretari Hertel mit andern heimlichen nebencommissionen zu den churfursten von Saxen und Mainz geschickt worden, unter anderm auch den Hannewald zu warnen, das er nicht wider hereinkomen soll, den ihm gedröhet, das man ihn von neuen einzihen wil.“[2] — Am 31. Juli haben der Oberst Trautmannsdorf und nachher sein Bruder Maximilian den Auftrag, ein verschlossenes Schreiben dem Kurfürsten von Brandenburg zu überbringen, abgelehnt, weil ein Kurier dazu genüge.[3] Am 3. August sagte Graf Hohenlohe, der am 31. Juli mit Minckwitz von Braunschweig zurückgekehrt war, er werde abgeschickt werden[4], „doch mit offener instruction, daher zu vermueten, das es sachen sein, die man den catholischen nit vertrauen wöllen.“ — Am 4. „hab ich ein schreiben von dem Hannewald, den 1. diss in Dresden datirt, entpfangen, darin er unter anderm berichtet, das der kuniglicher abgesanter, der von Losenstein[5], ihn im namen des kunigs (als der ein gnedigst gross vertrauen mehr als zue seinen mitgesanten zue ihm trüge) zuegesprochen, wie auch hernach der secretari Schröttel, das er beim churfursten zue Saxen fleiss anwenden wolte, damit der vergleich mit I. ksl. M.[t] geschlossen werde, und gefragt, wie er sonst den churfursten intentionirt fünde. Denen beiden hab er candide geantwortet: zue dem vergleich, als welcher in allweg zwischen dem kaiser und künig notwendig, begerte er treulich zu raten und zu dienen; es wurd es auch seiner mitcommissarien und seine relation ad caesarem anders nit zu erkennen geben; was aber des hiesigen

---

Kurfürst von Brandenburg nächstens nach Preussen verreisen wolle, was dessen Teilnahme am Kurfürstentag leicht verhindern könnte. Da dessen Anwesenheit aber sehr notwendig sei, möge Lynar durch seinen Herrn deshalb unterbauen lassen (Drs., a. a. O., f. 128; Kpt.). — Gleichzeitig lehnt Kursachsen in einem Schreiben unmittelbar an den Administrator den Vorschlag wegen der Zusammenkunft mit denselben Gründen wie oben ab (Drs., a. a. O., f. 124; Kpt.).

[1] Vgl. no. 281 und no. 291.

[2] Vgl. no. 307 mit Anm. 1 auf S. 734.

[3] Vgl. no. 299, S. 690, Anm. 1.

[4] Geschieht am 4. August (Bodenius an den Herzog von Baiern am 6. August; Mc., Entstehung, Fasz. III., no. 26, f. 136; Or. eigh.).

[5] Wegen Losensteins Schickung nach Prag vgl. no. 279.

Digitized by Google

und anderer churfursten intention belange, die beruhe in seiner macht und gewalt gar nicht; die churfursten erklären sich gegen dem kaiser und künig offentlich und beharlich durch gesante und schreiben, nemblich das sie den entlichen schluss gern uf vorstehenden churfurstentag verschoben sehen und stark drauf dringen wurden, der kaiser solle seine residenz ins reich transferiren; das solte niemand, der dem kaiser, dem künig und dem hause Oesterreich guets gunne, abwehren, dan dadurch erhielte man I. M.t beim kaiserthumb und inmittls kunne der künig die regirung in den erlangten kunigreichen und ländern desto besser stabiliren, die gefährliche uniones heraussen verhüten oder doch miltern. Hingegen do I. ksl. M.t sich den churfursten nicht bequemeten, möchten andere frembde practiken über hand nemen oder die churfursten Gott weiss zu was mittlen wider ihren willen gedrungen werden, welche I. kgl. W., dero christlichen kunigreichen und ländern sowol dem haus Oesterreich nit zum besten geraichten, wie ihme dan lauter gesagt worden: Si caesar non ibit in Germaniam ex Bohemia, so werdens die Teutschen machen wie die Hungern, Oesterreicher, Mährer und Böhmen und aine proposition verfassen, die wird haissen: resigna! Obs aber pro domo Austriaca de tempore und genuegsam praeparirt sei, das versteh er nicht." — „Den nachmittag hab ich den don Baltazar des Hannewalds schreiben communicirt; der ist gar ainer anderer und der mainung mit mir, das durchaus nit ratsam, das I. ksl. M.t im reich ihre residenz nemen, allerhand erheblichen ursachen halber und in sonderheit, das dadurch von nouem anlass gegeben wurde zue allerhand practiken, so zu nichts als zue des hauses Oesterreich nachtail dienen kunten." — Am Abend des 4. sagte mir Khlesl: Wacker habe ihm am Vormittag berichtet, „das der kaiser die puncten, uber welche die commissarii sich beraits verglichen, nit eingehn wölte, daher er die ganze handlung fur zerschlagen hielte.[1] Weil ich aber hieran gezweiflet, bin ich noch den abent zu dem von Molart gangen (dan mir wol bewusst, das der bischof seinen passionibus bisweilen zu vile nachgibt) zu erfahren, ob dem also sei. Der mir gesagt, das die ganze differentia principaliter an drei puncten hafte: 1) die belehnung, 2) die herschaft Benatek und 3) die reichscontribution betreffend; vermainet aigentlich, man wurde folgenden tages daruber wol ainig werden." Ebenso hat sich am 5. August Zuñiga geäussert. Am Vormittag des 5. haben die kaiserlichen und königlichen Verordneten bei Matthias verhandelt; Zuñiga wurde dazu geladen, glaubte aber nicht ohne des Kaisers Vorwissen hin gehen zu dürfen. Am Nachmittag gab der Kaiser über das Beschlossene seine Erklärung ab. Morgen soll bei Zuñiga weiter verhandelt werden. Prag den 6. augusti 1611.

August 6.

Brs., Secrét. d'Allem, no. 96, f. 120; eigh. Or.

---

[1] Vgl. Hammer-Purgstall, Khlesls Leben, II., Urkunden-Sammlung, no. 338 und no. 339.

Digitized by Google

August 8. **310. Zacharias Geizkofler an den Reichshofratssekretär Pucher.**

. . . Ich gebe aber dem Herrn zu bedenken, ob dies Reputation ist, wenn man den evangelischen unierten Ständen beim Bann durch einen „Ehrenhold" gebietet, von der Union abzustehen und jetzt Gesandte zu ihnen schickt.[1] Unser Vorbringen ist nur „general" und man wird uns auch general antworten oder die Unierten werden als Mittel, dem Reich zu helfen, abermals das proponieren, was sie zuvor durch Fürst Christian zu Prag haben anbringen lassen, „und schreibt jederman nur von manutention, autoritet, reputation und hocheit und sagt doch nicht, wie und was sie thun wöllen." Ich halte dafür, dass Reputation und Hoheit darin besteht, den Kaiser in die verlorenen Lande wieder einzusetzen. „Ob es aber dem hochlöblichen hauss von Oesterreich rathsamb, sonderlich weil das offendirte haubt in sehr hohem alter und der Türck, auch andere feint und aemuli desselbigen nicht feiern würden, sein eigen land zu ruiniren und sich selbst zue schwechen und ausszuemörgeln, ob es bei der confoederation [der königreich] und erbland mit glücklichem success zue effectuiren. auch beharlich und bestendig zue erhalten, auch ob und was sich auf die grosse promissiones zu verlassen, kan ich bei mir nicht finden und würdet es der ausschlag zu erkennen geben." Auch hat die Erfahrung beim jüngsten prager Konvent gezeigt, wie viel die Interposition so vieler ansehnlicher Kurfürsten und Fürsten genützt hat und gäbe es solcher Beispiele im Hause Oesterreich wol mehr. Ich meine also, „es sei der beste weg, dass sich die herrn [von Oesterreich] unter einander selbst vergleichen und trachten, dass ein römischer könig auss ihnen erwöhlt werde; dan solte der alte frombe löbliche regent ohne statuirung einer succession mit todt abgehen, so würden wir im reich ein schönes gerauf, vielleicht der competitorum mehr haben als man anietzo vermeint; es kan auch die verlengerung der zeit nichts bessern, aber wol ergers causiren".

Nachschrift: Die Infektion droht aller Orten, besonders in Tirol, was dort grossen Schaden verursacht, da der Handel darniederliegt und die Strassen veröden. So sind auch, wie der Herr schreibt, die Gefälle der ober- und unterösterreichischen Lande alle versetzt und angewiesen, so dass man den Zins nicht zahlen kann; das Landvolk ist

---

[1] Die Beglaubigung für Eustach von Westernach und Zacharias Geizkofler zur Schickung nach Rotenburg ist vom 28. Juli datiert (Mb., 119/2, f. 128; Or.). — Die Instruktion fehlt leider (vgl. unten no. 315). Bodenius weiss am 6. August dem Herzog von Baiern zu berichten, dass Leuchtenberg und Barvitius wegen dieser Schickung so viel erreicht hätten, dass die Instruktion für Westernach und Geizkofler, die der Herzog von Braunschweig eigenhändig abgefasst hatte, und ebenso die bereits gefertigten Handschreiben und Beglaubigungen für Günterode wieder kassiert worden seien (Mc., Entstehung, Fasz. III., no. 26, f. 136; Or. eigh.). Diese Nachricht muss Bodenius am 8. August freilich widerrufen (Mc., a. a. O., f. 139, Or eigh.).

Digitized by Google

dort wie in den Vorlanden wegen der passauischen und elsässischen Einlagerung sehr schwierig und wäre zu besorgen, dass, wenn der Kaiser sich dahin begäbe, er dort wenig Freunde und Mittel finden würde.[1] Haunsheimb den 29. julii 1611.[2] August 8.

Mb., 119/2, f. 119; unvollständiger Auszug.

311. Der Nuntius in Köln an den Kurfürsten von Mainz. August 9.

Der Papst hat in Briefen an mich beklagt,[3] dass es in Deutschland so weit gekommen ist, dass der Kaiser unter den katholischen Fürsten keinen Mann findet, dem er die Geschäfte des Reiches anvertrauen kann, so dass er sich und all das seine der lutherischen und calvinistischen Treulosigkeit übergeben hat. Das sind deutliche Zeichen, dass das Reich wankt, was allen Katholischen gerechte Ursache zur Trauer gibt. Ich gedachte darüber mit E. L. und Dero geistlichen Mitkurfürsten auf dem Kurfürstentag zu sprechen.[4] Da dieser sich verzieht, dies Uebel aber keinen Verzug leidet, so glaubte ich zu E. kfl. Gn. als dem heiligen Anker der katholischen Religion in Deutschland meine Zuflucht nehmen und Derselben auf des Papstes Befehl diese Sache aus Herz legen zu sollen; denn an ihr hängt Wol und Wehe der katholischen Religion. Wie könnten der Papst, der König von Spanien und die übrigen katholischen Fürsten mit ketzerischen Dienern des Kaisers verhandeln? wie sollen Katholiken oder die deutschen Kirchen den Ketzern und Feinden ihre Angelegenheiten mitteilen? würde daraus nicht das grösste Mistrauen zwischen dem Kaiser und den Fürsten und Untertanen entstehen? „Nonne multis nova moliendi, ut se defendant, iusta providebitur causa, cum valde sit certum mediante opera ex actibus istorum haereticorum hoc medio catholicos

---

[1] Demnach scheint nochmals der Plan am kaiserlichen Hof erwogen worden zu sein, dass der Kaiser seine Residenz nach Innsbruck verlege.

[2] Geizkofler datiert bald nach altem, bald nach neuem Stil, in Schreiben an Katholische meist nach diesem. Da aber obiges Schreiben vorausgesetzt, dass Geizkofler bereits den Befehl nach Rotenburg zu reisen erhalten hatte, aus einem Schreiben Geizkoflers an Erzherzog Maximilian aber hervorgeht, dass der kaiserliche Befehl erst am 3. August in Haunsheim einlief (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom August 1611, no. 15; Or.), so wird obiges Datum auf den alten Stil zu beziehen sein.

[3] Vgl. no. 255, S. 595, Anm. 1.

[4] Der Papst hatte durch ein Breve vom 2. Juli den Kurfürsten verständigt, dass er ihm durch den Nuntius in Köln einiges mitteilen lassen wolle, was für die Sicherheit des Reiches und die Erhaltung der katholischen Religion förderlich sein werde (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 105, no. 154; Or.); das Breve wurde erst am 29. Oktober in Nürnberg überreicht. — Vorher schon hatte der Nuntius durch ein Mitglied seines Gefolges dem Kurfürsten die Wünsche des Papstes wegen des Kurfürstentags ausdrücken lassen; auf diese Unterredung bezieht sich die in no. 273, S. 627, Anm. 2 erwähnte Antwort des Kurfürsten vom 4. Juli.

Digitized by Google

August 9. opprimendos haereticosque erigendos esse et omnia publica imperii officia inposterum a catholicorum partibus ad haereticos esse transferenda.“ Welchen Plünderungen, Unbilden und Neuerungen würde die katholische Religion in Deutschland ausgesetzt sein! Ich beklage aufs Tiefste, dass der Kaiser von seinen Räten so verblendet wird, dass er den Untergang des Reiches, ja von ganz Deutschland herbeiführen zu wollen scheint; denn es ist zu fürchten, dass Gott seinen gerechten Zorn über uns ergiessen wird. Viele Beispiele zeigen, wie sehr es Gott misfällt, wenn katholische Fürsten sich des Rats und der Hilfe von Ketzern bedienen, z. B. Theodosius d. J., Justinian u. a. Daher bitte ich E. kfl. Gn. nochmals, der Kirche Ihre Arme zu leihen und mit den andern Kurfürsten, denen ich im gleichen Sinne schreibe, für des Reiches Notdurft zu sorgen. Coloniae VIIII. augusto 1611.

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 170; Kopie.[1]

August 10. **312.** Kaiser Rudolf II. an Westernach und Geizkofler.

In Eurem Schreiben aus Neresheim vom 4. August, worin Ihr Euch zur Uebernahme der Kommission bereit erklärt, obgleich Geizkofler unpässlich ist, bittet Ihr wegen einiger Zweifel um weitere Information und Befehl.[2] — Wegen der Dubia bleibt Ihr am besten „in generalitate“ der Instruktion; wegen des ersten und dritten Punktes Eures Schreibens werdet Ihr aber bereits von Günterode weitere Nachricht empfangen haben. „Der ander aber, als die würkliche erledigung und abhelfung deren durch fürst Christian von Anhalt im namen der anjetzt versambleten unirten vor disem bei uns angebrachten gravaminum“, ist von uns bereits vor einem Jahr

[1] Am 30. August überschickt der Nuntius in Köln ein neues päpstliches Breve vom 13. August wegen der Bestellung eines Protestanten zum Präsidenten des geheimen Rats des Kaisers, das ausführt: Der Papst hat Kenntnis davon, was Kurmainz dem Kaiser auf dessen Anfrage wegen Bestellung eines neuen Präsidenten geschrieben hat (vgl. no. 246 und Anm. 2 auf S. 582) und ist überzeugt, dass der Kurfürst sorgen wird, dass das Ansehen der Gegner nicht zum Nachteil der katholischen Religion wachse. Bei dem verwirrten Stand der Dinge ermahnt er, der Papst, den Kurfürsten aber nochmals, sich dieser Gefahr entgegen zu stellen, damit nicht, wie ihm von vielen Seiten berichtet wird, jenes wichtige Amt trotzdem einem Ketzer übertragen werde. Er hat den Kaiser ermahnt, den Ketzern, die dem Hause Oesterreich wie der katholischen Kirche gleichmässig feindlich sind, nicht zu trauen und hat seinem Nuntius in Prag befohlen, deshalb mit dem Kaiser zu reden; aber er vertraut vor allem der Wachsamkeit von Kurmainz und dessen geistlichen Mitkurfürsten, dass sie der drohenden Gefahr in jeder Weise vorbauen und die Pläne der Widerwärtigen zerstören werden (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 105, no. 88; Or.). Vgl. auch des Papstes Breve an Khlesl vom 13. August bei Hammer-Purgstall, Khlesls Leben, II., Urkunden-Sammlung, no. 343. — Am 9. September schreibt der Papst nochmals an Kurmainz, er möge trotz der Unsicherheit des Erfolges bei dem ausharren, was er zur Ehre der Kirche und des Reiches bisher getan hat (Wmz., a. a. O., no. 155; Or.).

[2] Vgl. no. 310 und die Werbung der kaiserlichen Kommissarien vor den Unierten in no. 315.

Digitized by Google

mit den in Prag anwesenden Kurfürsten, Erzherzogen und Fürsten beraten worden und wollen wir die Beratung, doch unsern kaiserlichen Gerechtsamen unpraejudizierlich, bei bevorstehendem Kurfürstentag, der am 8. Oktober beginnen wird, reassumieren. Sollte also wegen dieses Punktes etwas vorkommen, so habt ihr die Versammelten zu ermahnen, sich bis dahin zu gedulden. Der letzte Punkt Eures Schreibens, dass wir den anwesenden Ständen unsern Willen und Meinung eröffnen mögen, wie unsere und des Reiches Autorität und Hoheit erhalten werden solle, gehört nicht vor diese Versammlung und wollen wir hierin den Kurfürsten, denen darüber zu beraten zusteht, nicht vorgreifen. Wir haben nicht die Absicht, uns deswegen mit den Ständen einzulassen sondern unsere Intention ist nur, wie Eure Instruktion ergibt, dass wir uns nicht versehen, es werde etwas unserer kaiserlichen Hoheit und Reputation Nachteiliges von den anwesenden unierten Ständen verhandelt werden. Im unverhofften Fall aber habt Ihr die Stände davon abzumahnen und sie an ihre Pflicht zu erinnern, die Erhaltung unserer und des Reiches Hoheit allem andern vorzusetzen. Demgemäss habt Ihr Eure Handlungen zu Rotenburg anzustellen. Geben auf unserem schloss zue Prag den 10. augusti a. 1611. August 10

Mc., Entstehung, Fasz. III., no. 26, f. 144; Kopie (mitgeteilt von Bodenius.)

313. Vergleich zwischen Kaiser Rudolf II. und König Matthias. August 11.

Gedruckt bei I. C. Lünig, Codex Germaniae diplomaticus, I., Frankfurt 1732, no. 439; Häberlin-Senckenberg, Neuere teutsche Reichsgeschichte, XXIII, S. 400; Hammer-Purgstall, Khlesls Leben, II., Urkunden-Sammlung, no. 342. — Im Auszug bei P. P. Wolf, Geschichte Maximilians I. und seiner Zeit, III., München 1809, S. 255.[1]

314. Kaiser Rudolf II. an jeden der Kurfürsten. August 11.

EE. LL. werden vernommen haben, wie die Verhandlung zwischen uns und unserm Bruder abgelaufen ist. Da sie zur Erhaltung von Ruhe und Frieden und zur Abwendung von Gefahr geschehen ist, so haben wir davon EE. LL. Mitteilung machen wollen, nicht zweifelnd, EE. LL.

---

[1] Die Unterzeichnung des Vergleichs durch den Kaiser erfolgte, wie Vischere am 20. August dem Erzherzog Albrecht berichtet, erst am Abend des 15. August, nachdem Hertel aus Dresden zurückgekehrt war (Brs., Secrét. d'Allem., no. 96, f. 140: Or. eigh.), nach Khlesls Mitteilung an Erzherzog Maximilian erst am 16. August (vgl. unten no. 320); Hannewald schrieb sich daran ein besonderes Verdienst zu (vgl. unten no. 355). — Nach der Unterzeichnung weigerte sich aber der Kaiser, zur völligen Fertigung sein Siegel herzugeben (Spanischer Bericht aus Prag vom 23. August, Sim., Fasz. 2497, f. 93; Or.) und die Vergleichsurkunde dem König zustellen zu lassen; vgl. no. 326.

Digitized by Google

August 11. werden sie sich nicht misfallen lassen „sondern sein des konigs L. um unsertwillen für recommendirt halten.“[1] Geben auf unserm kuniglichen schloss zu Prag den 11. tag augusti a. 1611. — Praes. Nuernberg in consilio electorali 27. octobris 1611.

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 105, no. 161; Or.[2]

---

[1] Auf diese dürftigen Worte beschränkt sich die von König Matthias stets geforderte kaiserliche „Rekommendation“ bei den Kurfürsten (vgl. oben no. 194, Anm. 1 auf S. 466, no. 203, no. 262, Anm. 1 auf S. 608 und Hammer-Purgstall, a. a. O., no. 326, S. 334, no. 327, S. 337, besonders aber no. 336). Da der Kaiser während der Verhandlungen wegen dieser Empfehlung Schwierigkeiten machte, so begnügte sich der König schliesslich mit obiger allgemeiner Formel (vgl. Hammer-Purgstall, a. a. O., no. 338 und no. 339). Aber auch dann wurde es dem Kaiser schwer, die empfehlenden Worte für den verhassten Bruder zu unterfertigen. Wie Vischere und Bodenius übereinstimmend berichten, war, trotzdem die königlichen Räte am 22. August durch Zuñiga deshalb anmahnen liessen (Wi., I A 1, Ka. 2989), das Empfehlungsschreiben am 3. September noch immer nicht vollzogen (Vischere an Erzherzog Albrecht am 3. September; Brs., Secrèt. d'Allem., no. 96, f. 154; Or. eigh. und Bodenius an Herzog Maximilian am 3. September; Ma., 520/16, f. 107; Or. eigh.); am 17. September kennen die neuburgischen Gesandten das Schreiben, aus dessen Wortlaut die schlechte Affektion gegen den König wol zu merken sei (Beer und Silbermann an Pfalzgraf Philipp Ludwig am 7./17. September; Me., no. 85/5; — Kopie). Ungefähr gleichzeitig berichtet ein kursächsischer Agent aus Prag: der König habe vergeblich begehrt, den Entwurf der Empfehlung, von der der Agent eine Abschrift beischliesst, zu sehen; Wacker habe zuerst einen andern Entwurf angefertigt, den der Kaiser aber „propter formam nimis excellentem“ verworfen habe (Drs., l. 7387: II. Buch Kurfürstentags, f. 257; Or.).

In De., A 9a, 1c, no. 4[1] liegt eine Kopie dieses Empfehlungsschreibens in abweichender Fassung vor, worin es nach Mitteilung des Vergleichsabschlusses heisst: Da diese Abhandlung der gemeinen Wolfahrt zum Besten gereicht und besonders zur Verhütung grösserer Unruhen im Reich angesehen ist, wir uns auch bei dieser Handlung gegen unsern Bruder „dermassen mild und bruederlich, derentgegen S. L. herwiederumb gegen uns so gehorsamb und willfährig erzeiget, dass daraus inskünftig ein guetes vernehmen zwischen uns genzlich zu hoffen, als haben wir solches D. L. zu wissen anfuegen wollen, nicht zweiflend, D. L. darob ein gefallen tragen und seiner des königs L. umb unsertwillen in vorfallenden occasionen alles liebes und guetes erweisen werden.“ Die Abschrift stammt aus Dresden; ob sie vielleicht dem erwähnten wackerschen Entwurf entspricht?

[2] König Matthias zeigte am 16. August den Kurfürsten und verschiedenen Fürsten des Reichs den geschlossenen Vergleich an und verhiess nochmals, den Kaiser zu respektieren und alle Zusagen zu halten (Drs., a. a. O., f. 176; Or.). Worauf es dem König bei diesem Vergleich, für den er nahmhafte Opfer gebracht hatte, ankam und weshalb er auf das kaiserliche Empfehlungsschreiben so viel Wert legte, das verrät er in dem Schreiben vom 16. August, mit dem er auch dem Erzherzog Maximilian das Zustandekommen des Vergleichs anzeigt: „Nunmehr haben auch die catholischen oder protestierunden churfursten der ksl. M.t offension halben wider mein person kein billiche exception, weil die sachen verglichen, derentwegen ich dann auch in diser tractation etwas übriges gethon, dergleichen vermainte exceptiones zu benemen und allen denen, so es unserm hauss wol vermainen, glegenheit zu machen und den weeg zu beraiten, damit wier alle zu gewinschtem termino geraichen kunten“ (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom August 1611, no. 35; Or.).

Digitized by Google

315. Werbung der kaiserlichen Kommissarien Westernach und Geizkofler bei den Unierten. August 11.

Der Kaiser hat, obwol etwas spät, von dieser Versammlung einiger Kurfürsten, Fürsten und Stände Nachricht erhalten. Ohne den Zweck der Zusammenkunft genauer zu kennen, hat er die Unterzeichneten hieher geschickt, die sich bei den Versammelten als kaiserliche Kommissarien anzumelden, das Beglaubigungsschreiben zu übergeben und dann Folgendes vorzubringen haben: Der Kaiser zweifelt nicht, es werde hier vornehmlich und allein verhandelt werden, was ihm und dem gemeinen notleidenden Wesen erspriesslich ist, damit das alte Vertrauen wieder aufgerichtet und die Wolfahrt des Reiches bedacht werde; dazu versieht sich der Kaiser von den Versammelten, dass sie ihm vertrauen und ihm von den Vorgängen und Beratungen allhier durch die Kommissarien Mitteilung machen werden. Der Kaiser hat sich in seiner 37jährigen Regierung nichts mehr angelegen sein lassen als Frieden und Vertrauen zwischen den Ständen des Reiches zu erhalten, damit niemand in seinen Freiheiten und Rechten geschmälert sondern eines jeden Standes Wolfahrt gefördert werde; er verharrt noch in dieser Fürsorge und will sie auch in Zukunft erweisen. Ueber den Weg dazu mögen die Kurfürsten, Fürsten und Stände sich mit den Kommissarien vertraulich und ausführlich besprechen. — Sollte sich jemand unterstehen, durch ungleichen Bericht die Kurfürsten etc. vom Kaiser abzuwenden und dessen Eifer herabzusetzen, so hofft der Kaiser, dass die Anwesenden dem nicht statt geben sondern die Erhaltung der kaiserlichen und des Reiches Autorität und Ansehens allem andern voransetzen werden. Dies wird ihnen zu unsterblichem Ruhm, dem Kaiser in seinem hohen Alter aber zu besonderem Troste gereichen und wird er sich dafür dankbar erweisen. Signatum Rottenburg an der Tauber den 1./11. augusti a. 1611.

Mb., 342|1, f. 30; Kopie.[1]

[1] Diese Werbung wird durch das Anbringen Günterodes beim Administrator der Kurpfalz am 2./12. August ergänzt. Günterode, der ein kaiserliches Handschreiben zu überreichen hat, soll den Administrator erinnern, dass er in Betrachtung obiger Ursachen vom Kaiser nicht absetzen, sich auch durch ungleichen Bericht gegen ihn nicht einnehmen lassen sondern es getreulich an nichts fehlen lassen solle, was zu des Kaisers Würde und Hoheit erspriesslich sei. Dem Administrator sei auch nicht unbewust, welchen Nachteil der Kaiser bei den langen ungarischen Kriegen, bei denen er sein Aeusserstes zugesetzt, gehabt habe, da er der bewilligten Reichs- und Kreisanlagen entbehren und mit schweren Zinsen und Unkosten deshalb Geld zum Unterhalt des Kriegsvolkes habe aufnehmen müssen. Da bei Kurpfalz noch ein ansehnlicher Rest hinterstellig sei und der Administrator sich dessen erinnern werde, wozu sich der verstorbene Kurfürst schriftlich und durch Fürst Christian von Anhalt und ebenso der Administrator selbst durch Hippolyt von Colli erboten haben, so hofft der Kaiser, er werde diesen Rest ungesäumt entrichten lassen und als Direktor dieser „Union“ zugleich bei andern daran sein, damit auch dort die Gebühr erfolge (Mb., 119/2, f. 138; Or.). — Der kurpfälzische Rest an der 1603 bewilligten Reichshilfe betrug 80432 fl., wozu noch 1212 fl. für die Abtei Selz kamen, an Kreishilfen waren seit 1605 33336 fl. im Rest geblieben. Ueber Günterodes sonstige Aufträge vergleiche Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, I., S. 314 und unten no. 318, Anm. 1 auf S. 749 und no. 336.

Digitized by Google

August 11. **316. Der Kurfürst von Mainz an den Koadjutor von Köln.**

Der Nuntius in Köln hat uns mitgeteilt, dass er auf Befehl des Papstes sich beim Kurfürstentage einfinden wird.[1] Man kann daraus des Papstes Sorgfalt und Eifer für das katholische Wesen wol abnehmen; daher möchten wir ihm wegen der beabsichtigten Abordnung des Nuntius nicht Mass geben. Doch scheint sie uns mehr ab- als zuträglich zu sein; denn diese Zusammenkunft ist keine allgemeine Reichsversammlung sondern eine partikulare Unterredung der Kurfürsten, bei der weder abschliessende Verhandlungen wegen der Wahl eines römischen Königs stattfinden werden, noch auch vom Religionswesen gehandelt sondern nur von den im Ausschreiben bezeichneten Punkten als Ergänzung des Kollegs, Verbesserung der Justiz, Einrichtung guter Ordnung und von andern politischen Sachen geredet werden soll. Ausserdem herrscht in Mühlhausen nur die augsburgische Konfession; man kann auch dort nicht gut für den Nuntius Quartier bestellen noch deswegen dem Rat zuschreiben: es wird der Nuntius, da die besten Quartiere schon bestellt sind, schwer Unterkunft finden und könnte leicht Ungelegenheiten haben: fiel es doch selbst uns und Trier schwer, unsere Quartiere zu behalten. Dazu wissen E. L., dass wir geistliche Kurfürsten diesen Tag nicht ohne Mühe von den weltlichen erreicht haben und einiger Erscheinen sogar noch ungewiss ist. Wir besorgen daher, dass, wenn des Nuntius Absicht kundbar wird, diese Zusammenkunft gehindert, ja einige ganz wegbleiben werden, so dass also dieses so nützliche und wichtige Werk zurückgehen und unser, der geistlichen Kurfürsten, Intent gerade wegen des Nuntius Anwesenheit nur schwer zu erreichen sein wird. Es würde auch das im Kollegium eingerissene Mistrauen, wenn wir geistliche Kurfürsten mit dem Nuntius verkehren, eher zu- als abnehmen und daraus leicht eine Trennung erfolgen können;[2] enthalten wir uns aber dieses Verkehrs, so würde das beim Papste ungleiche Gedanken machen. Wenn der Papst von diesen Verhältnissen unterrichtet wäre, würde er gewiss die Abordnung lieber unterlassen als fortgesetzt sehen. Damit aber der Nuntius die Gelegenheit erfährt, ersuchen wir E. L., zur Beförderung gemeinen Wesens dem Nuntius dies alles persönlich oder durch einen Ihrer Räte oder schriftlich vorzustellen und ihn zu ersuchen, dies dem Papst umständlich bekannt zu geben und ihn zu bitten, auf diese Abordnung zu verzichten, zugleich aber S. H.lt zu versichern, dass wir geistliche Kurfürsten bei dieser Zusammenkunft auf nichts eingehen werden, was unserer Religion zuwider wäre, sondern dass wir in all dem gute Behutsamkeit brauchen wollen. Datum Aschaffenburg den 11. augusti a. 1611.

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 104, no. 169; Kpt.

[1] Schreiben des Nuntius vom 2. August mit der Bitte, ihm in Mühlhausen ein Quartier zu besorgen (Wmz., a. a. O., no. 168; Or.); vgl. no. 311.

[2] Wegen des Argwohns gegen die Nuntien vgl. no. 305, Anm. 1 auf S. 701.

Digitized by Google

317. Der Kurfürst von Sachsen an den von Brandenburg. August 12

Ich bedaure, dass E. L. diesmal nicht kommen können[1], und wünsche Derselben zu Dero preussischen Reise alles Glück, obgleich Sie auf dem Kurfürstentag, dem Reich und sich selbst zum Besten, viel mehr hätten ausrichten können; es würde E. L. auch in Preussen besseres Glück gegeben haben und hätten wir alle dazu geholfen. Der Fürstentag wird damit auch verschoben „und ehe so das glid in der ketten, die uns feste halten solln, beides als kurfürsten sowol auch als fürsten, der erbvereinigung nicht ganz ist, so ziret sie den mann nicht, den man sie anhenget.“ Ich will mich auf E. L. Begehren Dero Landen und Leuten gern annehmen und wessen ich sonst E. L., gemeinem Wesen und dem Reich zum Besten, erinnern kann, das will ich nicht unterlassen. „Allein bitte ich, E. L. wollens nicht ubel vermerken, auch folgen, wann Sie es guet werden befinden und nicht alleine uf den anfang sehen sondern auch ufs mittel und enden. Ich mus furwar Dier vollendes mein herz eröffnen: die preussische reise, deuchtet mich, sei nicht allerdings Dier gar zum besten angesehen, sintenmalen wann ich betrachte Deine selbst eigene schreiben, dorinnen Du mier andeutest, wie herzlich gern Du die reichssachen gefördert sehest und es nun soweit kommen, dass das churfurstlich collegium ergenzet mit pfalzgrave Hansen als dem vormunden der Pfaltz, es auch im reich erschollen und Du Dich heftig in der sache bemuhet hast. So ziehest Du nun darvon und lessest es an Dier mangeln; — in summa es seind leute, die Dich und mich nicht gern oft beisammen sehen;[2] denn ich weiss, dass Dein herze sich ganz krenket, dass Du Deiner zusage nach wieder Deinen willen nicht kanst hero kommen. Es hat auch schier das ansehen bei mier, als wolte man die gülichische sache dardurch verziehen und uf die lange bank spielen; so wurde auch leichtlich allerlei ungelegenheit wieder daraus erfolgen. Ich bitte Dich umb Gottes willen, sihe Dich wol fur und verzeihe miern, dass ich mich so viel understehe, bei Dier zu erinnern. Dass Du wilt alle Deine und so grosse wichtige und schwere sachen uf einmal richtig machen oder zugleich treiben, ist fast unmüglich: in Preussen, in Gülich und kriegest, do Gott nicht andere mittel dreinschicket, dass das braunschweigische wesen solte fortgehen, auch wieder kriegsvolk uf die seiten und hast Deine sachen am kaiserlichen hofe noch nicht richtig, sowohl auch die böhmische lehen vom könige auch noch nicht. Du bist nicht mit in der churfurstlichen verein, do Du es doch gleichsamb alles itzo in händen hast und were nur um 14[tag] zu thun, dass Du ufn churfurstentag werest, weil

[1] Zu den Beisetzungsfeierlichkeiten: vgl. no. 307, Anm. 5 auf S. 734.

[2] Vielleicht ein Stich auf die Gemahlin des Kurfürsten von Brandenburg, die schon die Zusammenkunft der beiden Kurfürsten zu Jüterbogk zu hintertreiben versucht hatte (vgl. die Korrespondenz der Kurfürstin Anna mit dem Grafen Lynar aus dem Februar und März 1611 in Bamberg, Jülicher Successions-Acta, III., 2.; passim; Orr. eighh.).

Digitized by Google

August 12. das collegium anitzo wie oben gedacht ergenzet ist. Ich vor meine person will gern bei Dier thun uf alle fälle, was sich gebuhret; aber ich alleine werde es nicht ausmachen. Ich wil Dich auch ufm churfurstentage entschuldigen, was mier muglichen. Obs aber alles wirdet guet ufgenommen werden, kann ich nicht wissen. Lieber mache eines nach dem andern richtig und baue ufn grund, so bestehet das haus. Also begib Dich in die verein, komme ufn churfurstentag, hilf das reich in bessern zustand bringen, befördere das gülichische wesen und hilf die erbverbriederung verneuern; alsodann wollen wier in Preussen und den grossen ber fangen, der das siegel von den federn reisset; zum trauren schicken sie sich nicht. Ich bitte Dich nochmals umb Gottes willen: erzeige Dich als ein churfurst des reichs, der gern sehe, dass das heil. röm. reich wieder in ein ufnehmen, ruhlich friedlich leben und gedeien [komme], und thue alles dasjenige darbei, was Dein stand und beruef mit sich bringet.[1] Ich versichere Dich dargegen, dass es nicht alleine Dier sondern dem ganzen reich zu nutzen gemeinet; Du wirdest auch sehen, unser herr Gott wirdet Dier desto besser gluck in Deinen andern sachen geben, wann das erst vorher richtig ist. Ich sei und verbleibe auch etc. Wollest auch diss mein schreiben nicht anders vermerken als dass es getreulich und von grund meines herzens gegen Dier guet gemeinet sei. Und do es jo nicht anders sein soll und mag, dass wier uf dissmal mussen scheiden, so befehle ich Dich nochmals wie forn gedacht, Gott dem allmechtigen, mich aber, der ich das meinige bei Dir erinnert habe, in Dein getreues bruderliches ufrichtiges herze. Und der teufel hole alle diejenigen, die Dier zu ubel rathen; Gott wirdet sie doch noch einmal darumb strafen. Vale. Datum Dressden den 2. augusti a. 1611."

Drs., l. 8552, Schreiben von und an Kurfürst Johann Georg, f. 13; Kopie eines eigenhändigen Schreibens.[2]

---

[1] Ueber Kurbrandenburgs Reichspolitik vgl. A. Chroust, Abraham von Dohna, S. 71 f.

[2] In einem Schreiben vom 6./16. August aus Cüstrin, das vielleicht schon die Antwort auf obiges Handschreiben vorstellt, führt Kurbrandenburg zu seiner Entschuldigung aus: Für das Zusammenfallen des Kurfürstentags mit dem polnischen Reichstag kann er nichts; seine Einwendung, in Mühlhausen nur dann erscheinen zu können, wenn der Kurfürstentag „etwas geraum" angesetzt würde, wurde ignorirt; die preussische Sache betrifft ansehnliche Lande und kann nur durch seine persönliche Anwesenheit zu glücklichem Ende gebracht werden; eine Gelegenheit wie diese würde sich erst in zwei Jahren (denn vorher wird in Polen kein Reichstag gehalten) wieder bieten, aber inzwischen könnte alles in übleren Stand kommen; wegen der Sterbläufe um Mühlhausen muss mit der Verschiebung des Tages gerechnet werden. Der Kurfürst möge ihn beim Kaiser und bei den Mitkurfürsten daher bestens entschuldigen; ausserdem will er durch seine Räte, die er zu dem Tag abordnet, mitraten und mitschliessen helfen; das ist nicht ungebräuchlich, da sich selbst auf Wahltagen Kurfürsten zuweilen vertreten lassen (Drs., l. 7387, II. Buch Kurfürstentags, f. 150; Or.). — Am 22. August brach Johann Sigismund von Cüstrin nach Preussen auf, wie die hinterlassenen Räte am 14./24. August dem Kurfürsten von Mainz auf dessen nochmalige Aufforderung an Kurbrandenburg, beim Kurfürstentag zu erscheinen, mitteilen, indem sie obige Entschuldigungsgründe zum Teil wiederholen (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 105, no. 75; Or.)

Digitized by Google

318. Bescheid der Unierten auf die Werbung der kaiserlichen Kommissarien. August 14.

Dank für die Affektion des Kaisers gegen die Unierten. Dieser Unionstag ist wie die vorigen gemäss der Verfassung und dem Zweck der Union nur dazu angestellt worden, um das gemeine notleidende Wesen in bessern Stand zu bringen, das Mistrauen aufzuheben und ein beständiges friedliches Wesen im Vaterland zu pflanzen. Die unierten Stände haben sich aus diesen Gründen in die Union begeben, aber auch um von sich abzuwenden, womit ihnen seit einiger Zeit friedhässige Leute durch allerlei Beschwerungen wider des Reichs Verfassung, Libertät und Herkommen zugesetzt haben. Darüber hat der Kaiser vorlängst guten Bericht empfangen und wird hoffentlich auch schon im Werk verspürt haben, mit welchem Eifer die Unierten sich die Erhaltung der allgemeinen Wolfahrt, besonders aber der kaiserlichen Autorität angelegen sein lassen. Dass der Kaiser zu demselben Zweck seine Gesandten hierher abgefertigt hat und durch sie erklären lässt, dass er jetzt sowol wie auch während seiner ganzen Regierung nur Ruhe und Frieden erhalten und jeden bei seinen Rechten und Freiheiten handhaben will, wenn ihm dazu Mittel und Wege eröffnet werden, das hören die Unierten gar gern und hoffen, der Kaiser werde in Gnaden vermerken, was sie zum Besten des Reiches und der Stände erinnern wollen, um die mit den ihrigen übereinstimmenden Absichten des Kaisers verwirklichen zu helfen.

1. Zunächst erinnern sie an das vor zwei Jahren erfolgte Anbringen ihrer Schickung nach Prag, dass der Kaiser die unerträglichen und rechtswidrigen Hofprozesse abstellen und die Stände bei ihren Freiheiten, Rechten und bestimmten Richtern erhalten möge. 2. Diese Hofprozesse sind auch der Brunnquell des Trübsals, in das die an Leib und Seele bedrängte Stadt Donauwörth geraten ist; der Kaiser ist damals flehentlich ersucht worden, die Stadt völlig zu restituieren und bei ihrem Kreis und beim Reich zu lassen; er hat sich auch unter seinem Sekretsiegel schriftlich dahin erklärt, dass die Restitution binnen vier Monaten erfolgen solle, worauf die Unierten bestimmt gerechnet haben. 3. Da diese und andere Unzuträglichkeiten von des Kaisers Räten und Regiment herrühren, wie durch verschiedene Beispiele erwiesen worden ist, so haben die Unierten um Verbesserung des Regiments, um Veränderung mit einigen den evangelischen Ständen allzu widrigen Räten sowie darum gebeten, dass der Kaiser sein Regiment mit Beirat der Kurfürsten und Fürsten neu ordnen und also dem gründlich abhelfen möge, was bisher die vornehmste Ursache des Mistrauens gewesen ist. Dabei ist dem Kaiser angezeigt worden, dass man ohne Abhilfe dieser Beschwerden nicht zu einem rechten Vertrauen wird kommen können und dass ihm selbst daraus allerlei Ungelegenheiten erwachsen werden, wie er beim letztem Reichstag erfahren hat. Die Unierten hätten zwar den Kaiser gern mit solchem Ansuchen verschont und lieber das gewöhnliche Mittel des Reichstags gebraucht, wenn nicht der letzte zerschlagen worden und alle bisher angebrachten

Digitized by Google

August 14. Klagen und Beschwerden vergeblich gewesen wären, so dass die Unierten zu diesem Mittel der Schickung ihre Zuflucht nehmen mussten.

Trotzdem sich nun der Kaiser auf diese Punkte willig erboten hat, so ist es doch mit der Ausführung bisher angestanden, ja es ist, offenbar auf Antrieb jener Räte, gegen die man sich beschwert hatte und die sich dadurch beleidigt fühlten, zu grossen Ungelegenheiten und vielfachen Veränderungen im Reich gekommen, indem man ohne vorausgehende Vergleichung mit den Kurfürsten und Kreisobersten Kriegswerbungen anstellte, Musterplätze und Einlagerungen veranstaltete, ja den Obersten Sulz und Althan Generalkommission gab, ihr Kriegsvolk zur Beschützung aller Getreuen und zur Bezwingung aller Widerwärtigen zu gebrauchen, im Notfall in des Kaisers Namen weitere Werbungen anzustellen u. s. w., zu welchem allen ihnen vollkommene Gewalt gegeben wurde.[1] Daraus und aus andern bedenklichen Remonstrationen, da vom kaiserlichen Hof gegen die Unierten als ungehorsame Stände, wie man sie zu Unrecht nannte, ihrer ungehört ganz beschwerliche Mandate ausgiengen, ist grosses Mistrauen enstanden und sind die Unierten mit grossen Unkosten zu „notwendiger Gegenverfassung" gezwungen worden.

Da aber aus des Kaisers jetziger Erklärung zu spüren ist, dass seine Intention auf Wiederbringung des Vertrauens und der Einigkeit gerichtet ist und auch der Unierten Gedanken und Handlungen nur dahin gehen, dass zwischen Haupt und Gliedern beständige Liebe und Vertrauen herrsche, so erkennen sie sich schuldig, den Kaiser mit getreuem Rat zu unterstützen. Sie wissen aber zur Zeit keinen besseren Weg als dass er den obigen Beschwerden, deren Erledigung in seiner Hand liegt, wirklich abhilft und zur Abhilfe der anderen Beschwerden, die die Stände unter sich haben, solche Mittel wählt, die zur Beilegung solcher Streitigkeiten von altersher im Reich gebräuchlich waren, und also grössere Ungelegenheiten verhütet, wie solche die Handlungen beim letzten Reichstag und die plötzlichen Kriegswerbungen mit ihren Einlagerungen und Bedrohungen darstellten. Wenn der Kaiser sich diese Mittel und Wege belieben lässt und sie baldigst ins Werk richtet, so wird die alte deutsche Aufrichtigkeit, Frieden und des Reiches Wolstand zu des Kaisers unsterblichen Ruhm wiedergebracht werden, die Stände werden es fortab mit einander treulich meinen und der Kaiser sie zu schuldiger Devotion umso williger machen. Dazu sind die Unierten nach Anweisung ihrer zur Erhaltung der kaiserlichen Autorität aufgerichteten Union willig und geneigt.

Der Kaiser begehrt ferner, dass, wenn jemand durch ungleichen Bericht der Unierten Gemüter vom Kaiser abwenden und deren Eifer schwächen wollte, man ihm nicht „deferiere". Die Unierten wissen sich der schuldigen Gebühr gegen den Kaiser wol zu erinnern und wird man hoffentlich bei ihnen bisher nicht ein anderes verspürt haben;

[1] Vgl. no. 49 und no. 305, S. 709.

Digitized by Google

sie wollen in dieser Gesinnung auch künftig verharren, „wenn August 14.
sonderlich darbei auch dasjenige, dardurch einzig bei den ständen die gehorsame affection vermehrt und stabilirt werden kan, in gute achtung genommen würd.“ Datum Rottenburg uf der Tauber den 4. augusti a. 1611.

Mb., 119/5, f. 12; Kpt. von Hausmann mit Verbesserungen von Camerarius.[1]

319. Herzog Maximilian von Baiern an den Kurfürsten von Köln. August 16.

Ich höre gern, dass E. L. meinen Diskurs[2] so wol aufnehmen; ich will aber E. L. damit nicht vorgreifen. Gott gebe, dass auf dem Kurfürstentag alles zur Erhaltung der katholischen Religion und der Wolfahrt des Reiches abgeht. Aus Dero Schreiben entnehme ich, dass der Kaiser das Gutachten der geistlichen Kurfürsten wegen des Herzogs von Braunschweig gefordert hat.[3] E. L. werden aber inzwischen vernommen haben, dass der Kaiser unerwartet dieses Gutachtens verfahren ist und dass der Herzog seit einigen Tagen dem geheimen Rate praesidiert, ja dieser Stelle schon so weit Herr ist, dass er nicht nur die Instruktion zum Unionstag selbst verfasst sondern auch ohne Vorwissen einiger geheimen Räte Günterode mit kaiserlichen Handschreiben nach Rotenburg zu den Unierten abgefertigt hat.[4] E. L können sich denken, was unter des Braunschweigers Regiment die katholischen

[1] Auf obigen Bescheid replizieren am 5./15. August die kaiserlichen Kommissarien: Sie ersehen aus dem Bescheid, dass diese Versammlung denselben Zweck hat wie die Schickung des Kaisers: nämlich das Mistrauen im Reich aufzuheben. Auf die angedeuteten Mittel haben sie aber den Versammelten zu berichten, dass sie noch nicht befehligt sind, sich wegen der geklagten Gravamina in Handlung einzulassen oder Versprechungen zu geben; sie haben sich nur mit den Anwesenden zu unterreden, auf welche Weise dem Werke aus dem Grunde abzuhelfen wäre und stellen daher den Versammelten anheim, jemanden aus deren Mitte zu bestimmen, der sich mit ihnen über solche Mittel privatim unterredet, jedem Teile unverfänglich. Sie erbieten sich, auch ihre Gedanken zur Erweisung ihres Eifers für die Einigkeit zu eröffnen und hoffen auf gleiche vertrauliche Gemütserklärung. Jeder Teil kann das Ergebnis der Unterredung dann seinem Auftraggeber berichten und so bei allen Teilen gute Dienste leisten und den Weg für künftige fruchtbare Unterhandlung ebnen (Mb., 119/5, f. 19; Or.). — Auf Günterodes besondere Werbung (vgl. no. 315, Anm. 1 auf S. 743) antwortete der Administrator am 6./16. August mit Beziehung auf den Hauptbescheid und verhiess, sein Absehen auf Frieden, Ruhe und Wiederbringung des Vertrauens zu haben, wohin, wie er sieht, auch des Kaisers Intention geht; wegen der Restanten will sich der Administrator nach der Heimkehr informieren (Stg., Unionsacta, tom. X., f. 196; Kopie). Fast gleichlautend ist der Bescheid des Herzogs von Württemberg vom 8./18. August; er enthält noch die Versicherung, der Kaiser werde aus dem Bescheid der Unierten spüren, dass sie es treulich mit ihm meinen und sich seine Wolfahrt aufs Höchste angelegen sein lassen (Stg., a. a. O., f. 202; Kpt.).

[2] Vgl. no. 275 mit Anm. 2 auf S. 640.

[3] Vgl. no. 246.

[4] Vgl. no. 310, S. 738, Anm. 1.

Digitized by Google

August 16. Stände für Nutzen zu hoffen haben. Man muss daher auf Mittel und Wege denken, den Herzog mit Glimpf vom Hof wieder zu entfernen. E. L. werden zwar gewiss mit Dero geistlichen Mitkurfürsten zunächst darauf bedacht sein, von den Katholischen alles Unheil abzuwenden; aber auch ich habe der Sache nachgedacht und halte es für das Beste, dass sich der Kurfürst von Mainz zum Heil der katholischen Religion und des gemeinen Wesens bei diesen schweren und sorglichen Läufen nach Prag begebe „und, weil S. L. des römischen reichs erzcanzler, auch alle processen, rescripta, erkantnussen und mandata sambt allen dem, was ein römischer kaiser expedirt, under dero hand und approbation mussen ausgehn, in dem reichshofrath und canzlei die oberhand hat, sich des erzcancellariatsambts hisce ulceratissimis temporibus gebrauchte.“ Dadurch würde nicht allein des Braunschweigers Gewalt gemindert sondern er auch um so eher verursacht werden, von Prag wieder abzureisen, obwol er erst dort ein Haus gekauft hat und seine Sachen dahin kommen lässt; gewiss würde ihm aber auf diese Weise das Direktorium, um das es ihm und allen Protestanten, wo nicht völlig so doch guten Teils, zu tun ist, benommen werden. Es brauchte sich auch der Kurfürst gar nicht für lange Zeit am Hof aufzuhalten sondern er könnte cum spe revertendi heimkehren und sich durch den jetzigen Bischof von Speier „als ain wol qualificirten herrn“ vertreten lassen. Würden aber Mainz und Speier wegen der Unkosten Bedenken tragen, so glaube ich, dass alle katholischen Stände geneigt sein werden, sie vorzuschiessen. Ich will aber E. L. mit all dem kein Mass geben.

Von den Vorgängen beim rotenburger Tag habe ich noch keinen Bericht. Ich meine, dass die Protestanten u. a. dort Vorbereitungen für den künftigen Reichstag treffen, unzweifelhaft um das, was sie auf dem letzten zerschlagenen Reichstag nicht haben behaupten können, künftig mit Gewalt durchzusetzen. Dagegen sitzen wir Katholische leider still, nehmen der Sachen nicht mit dem erforderlichen Eifer wahr und entbehren einer vertraulichen „innerlichen“ Korrespondenz, wie sie unsere Gegner besitzen, die daher um so beherzter vorgehen und eines nach dem andern zum Schaden der katholischen Religion tun. Ich möchte E. L. Gutachten darüber hören, wie man diesen Leuten begegnen könnte; denn die katholischen Kurfürsten werden sich die Sache gewiss getreulich angelegen sein lassen und auf Mittel denken, diesen schädlichen Anschlägen zu begegnen und die katholischen Stifter, ja die ganze katholische Religion vor Untergang zu bewahren. Datum München den 16. augusti a. 1611.

Ma., 39/22, f. 156; Kpt. von Donnersberg mit Zusätzen Jochers.[1]

---

[1] Fast gleichzeitig, am 17. August, schreibt der Herzog über dieselbe Angelegenheit an den Papst, damit dieser die geistlichen Kurfürsten ermahne, ihre Autorität beim Kaiser einzusetzen und dem drohenden Unheil abzuwehren; der Nuntius in Prag aber möge mit den kaiserlichen Ministern ver-

Digitized by Google

320. Melchior Khlesl an Erzherzog Maximilian. August 16.

. . . „Der accordo ist geschlossen.[1] E. D.[t] müesten lachen bey allem verdruss. Heut do I. M.[t] vndterschreiben soll, beruffen dieselb ausser Praunschweig ire räth vnd beschwören dieselb wie ein bsessnen, ob sy es rathen? Da sagen sy alle: ja. Nach disem schickhen sy zu Praunschweig ad partem, der bstettigts auch. Dan schickht man nach dem Baruitio, der stimbt den andern zu. Weil aber der von Tona[2] im pedt, müessen sy alle zu im ghehen vnd de nouo ein berathschlagung anstellen. Idem dicunt omnes. Do man I. M.[t] dises referiert, nemen sy mit ghar grossen seufzen die federn vnd vndterschreiben. Wo es also zueghehet, alda ist schwär zu halten. Wie khumbt aber das guet disen hern so schwär an vnd doch wil auch das böse alda entlich khainen fortgang haben! Datum in eil den 16. augusti a. 1611."

Nachschrift: „Hab mit diser gueten zeitung den canzleischreiber das pottenbrott wöllen gewingen lassen. Wo bleibt aber mein podtenbrot? Bey Got in himel, hoff ich."

Ib., Ambraser Akten, Missiven vom August 1611, no. 36; Or. eigh.

321. Die bambergischen Untertanen evangelischen Bekenntnisses der Aemter Burgkundstadt, Lichtenfels und Weissmain an die Unionsstände zu Rotenburg. August 16.

Der jetzt regierende Bischof von Bamberg[3] und dessen Abt zu Langheim wollen uns, die wir seit mehr als siebzig Jahren die freie Uebung des evangelischen Bekenntnisses inne haben, mit Gewalt zum römisch-katholischen Glauben zwingen. Wir haben diesen Gewissenszwang beim Kammergericht geklagt, ohne dass uns mit den erbetenen Mandaten und Prozessen geholfen wird, da die evangelischen Beisitzer von den katholischen überstimmt werden, während früher, „ehe die jesuitische rotte so sehr in Teutschland eingewurzelt," den wegen ihres Bekenntnisses bedrängten Evangelischen „behägliche" Prozesse

---

handeln, damit der Braunschweiger behindert und schliesslich ganz beseitigt werde. Es planeten auch die zu Rotenburg versammelten Unierten, ihre Religion in den Stiftern und allenthalben im Reich einzuführen und beim nächsten Reichstag alles nach ihrem Willen zu richten. Die Katholischen achteten aber darauf so lange nicht, bis man der Gefahr nicht mehr begegnen könne. Der Papst möge auch hierin durch seine Autorität Rat schaffen, da bei diesen Zuständen sein Einfluss in Deutschland auf dem Spiele stehe (Ma., 427/10, f. 45; deutsches Kpt. von Donnersberg mit Zusätzen Jochers.

[1] Vgl. no. 313.

[2] Abraham von Dohna, Präsident der böhmischen Hofkammer.

[3] Johann Gottfried von Aschhausen, seit 1609 Bischof von Bamberg; vgl. über ihn Heinrich Weber, Johann Gottfried von Aschhausen, Würzburg 1889, und A. Steinhuber, Geschichte des Collegium Germanicum, I., Freiburg 1895, S. 355 f.

Digitized by Google

August 16. zuerkannt worden sind. Wir von Greiz und Zeulen neben einigen eingepfarrten Untertanen von Coburg und von einigen Adeligen haben zwar ausser dem interimsweise erlangten Mandat de concedendo libero accessu et recessu auch eine Zitation super turbata possessione in Sachen der Pfarrbestellung am 4./14. Dezember 1609 gegen Bamberg und Würzburg erstritten, aber man will uns die am 6./16. September 1610 erbetene commissio ad perpetuam rei memoriam trotz vielen Anhaltens nicht zuerkennen. In der Zwischenzeit sind uns aber schon vier Zeugen gestorben und laufen wir bei dem hohen Alter der andern Gefahr, unsere Beweismittel zu verlieren. Auch will man uns wichtige gedruckte Beilagen, wonach uns Bischof Friedrich von Würzburg die Uebung unseres Bekenntnisses erlaubte, seit zwei Jahren aus der Kammergerichtskanzlei unter dem Vorwand nicht erfolgen lassen, dass sie verlegt seien. Ein schon erkanntes mandatum moratorium für einige bambergische Dorfschaften des Amts Teuschnitz hat man am Kammergericht aus den Händen des Prokurators, in denen es schon war, wieder abgefordert und es bisher vorenthalten, so dass die bedrängten Leute sich zum Abfall haben bewegen lassen. Und da Bamberg sieht, dass wir arme Leute beim Kammergericht wenig Favor haben, so wird bei solchem Verzug die Bedrängnis und der Gewissenszwang, besonders durch den allzu eifrigen Abt von Langheim, mit Ausfällen, Abnehmung von Viktualien, Türmen, Stöcken und Plagen täglich schlimmer, so dass einige langheimische Untertanen durch Schiessen, Schlagen, Verwunden und Erschrecken tot geblieben sind und wird trotz aller Interzessionen darin immer noch fortgefahren. Es hat auch die neuerliche Interzession des Markgrafen von Culmbach beim Abt von Langheim vom Juli nicht mehr gefruchtet als dass dieser untersuchen liess, wer die Interzession erbeten habe, bei hellem Tag Bewaffnete in die verdächtigen Dörfer schickte, die Leute im Haus und auf dem Feld herumjagen, einige verwunden, andere verhaften und dabei drohen liess, diese ungehorsamen Rebellen noch heftiger zu plagen, weil sie um des Markgrafen Fürbitte („da sie doch selbsten der verstorbenen leut vorbitt zue ihrer seelen wohlfart sich gebrauchen") gebeten hätten. Auch die Fürbitten des verstorbenen Kurfürsten von der Pfalz und des Herzogs von Coburg beim Bischof von Bamberg haben nicht mehr gefruchtet als dass man kurz darauf 300 Reisige vier Monate lang bei uns eingelagert hat, die unsere Vorräte aufzehrten und uns von den Kammergerichtsprozessen abbringen sollten. Jetzt während der Abwesenheit des Bischofs ist zwar der Zwang geringer, aber wir werden täglich mit Hinderung unserer rechtshängigen Sachen beschwert und wird uns zu des Bischofs Wiederkehr mit dem Zwang zu völligem Abfall gedroht. Personen, die uns beispringen und für uns nach Speier reisen, werden, obgleich nicht Stiftsuntertanen sondern Nachbarn und Mitinteressenten, aufs Aeusserste verfolgt und in ihre Ritterlehen schwere Einfälle getan; es wird unter dem Vorwande, „Gartbrüder" aus dem

Digitized by Google

Land zu schaffen, nach ihnen gestreift und würden sie, wenn sie August 16.
sich auf bambergischem Gebiet betreten liessen, als Malefikanten und Rebellen zweifellos am Leben gestraft werden. Dieser unerhörte und dem Religionsfrieden ganz widrige Zwang (bei dem man anfangs keinen der nach Bamberg in die Haft Geführten aus den abscheulichen Gefängnissen trotz grimmiger Winterskälte ohne Abfall vom Glauben hat entlassen wollen, auch wenn er sich zur Auswanderung erbot), der auch von aufrichtigen Katholiken nicht gutgeheissen wird, wird sich bei der Rückkehr des Bischofs nur noch steigern, zumal ihm das Kammergericht so gewogen ist.

Da wir arme Leute für unsere ererbten Gütchen, wenn wir sie auch für den halben Wert losschlagen wollten, keine Käufer zu finden wissen, daher nicht aus dem Lande ziehen können, aber auch nicht von der reinen Lehre des heil. Evangeliums wider unser Gewissen abstehen wollen, so bitten wir EE. kfl. und fl. Gnn. etc., uns mit Rat und Tat beizustehen und uns wenigstens an den Bischof von Bamberg (dem wir sonst ebenso wie dem Abt von Langheim allen Gehorsam mit Steuern und Zinsen gern leisten wollen) eine Interzession zu erteilen, damit er und der Abt uns bis zur Erkenntnis des Kammergerichts bei unserm Bekenntnis (das wir schon vor dem passauer Vertrag und dem Religionsfrieden geübt haben) und bei voriger Libertät und Rechten ungetrübt lassen. Damit aber der Bischof und sein Abt, der jetzt am heftigsten tobt und wütet, diese Interzession besser beachten, wären die benachbarten evangelischen Stände dahin zu vermögen, uns bei fernerem Gewissenszwang beizuspringen, uns zu schützen und uns mit zulässigen Mitteln zu helfen. Datum 6. augusti a. 1611. — Praes. Rotenburg 11. aug. 1611.

Mb., 119/5, f. 23; Or.[1]

[1] Unter dem 16./26. August werden darauf drei Interzessionsschreiben ausgefertigt: 1. an den Bischof von Bamberg, dass er sich nicht durch ungleichen Bericht unruhiger Leute zu dem durch den Religionsfrieden verpönten Gewissenszwang bewegen lasse, vielmehr die Drangsale abschaffe und denen, die auswandern wollen, nach Verkauf ihrer Güter freien Abzug gewähre, widrigenfalls die evangelischen Stände ein gleiches Verfahren gegen ihre papistischen Untertanen üben würden (Mb., 119/5, f. 41; Kpt.); — 2. an die Präsidenten und Beisitzer des Kammergerichts mit der Aufforderung, die Kammergerichtsverfassung und den Religionsfrieden besser in Acht zu nehmen, die Kommissionen nicht zu verweigern, die Dokumente zurückzustellen und den bedrängten bambergischen Untertanen alle Rechtsmittel zu gewähren; „dann da hinfüro die bissher verspürte merkliche ungleichheiten, indem den römisch-catholischen wider die evangelische ohn einig bedenken proces erkant, disen aber wider jene, es seien auch die sachen an sich selbsten beschaffen wie sie wollen, verwaigert, dergestalt continuirt werden solten, würden die evangelische churfürsten, fürsten und ständ nicht unbillich ursach und anlass haben, sich ihrer und der ihrigen umb etwas mehr in acht zu nemen“ (Mb., 119/5, f. 39; Kpt.); — 3. an den Herzog Johann Casimir von Coburg mit der Mitteilung obiger Schreiben und mit der Bitte, sich der Bedrängten weiter anzunehmen und bei Kursachsen zu befördern, dass der Sache beim Kurfürstentag gedacht werde (Mb., 119/5, f. 43; Kpt.).

Wegen der Rekatholisierung der bambergischen Stiftsuntertanen vgl. Weber, a. a. O., S. 14 f. und Jaeck, Geschichte Bambergs, II., S. 160 f., III, S. 34 f.

Digitized by Google

[Aug. 17.] 322. Bericht der Deputierten der Unionsstände über die Unterredung mit den kaiserlichen Kommissarien.

Der Ausschuss der Unierten (Kurpfalz, Württemberg, Culmbach, Oettingen, Strassburg und Nürnberg) findet sich morgens um sieben Uhr bei den kaiserlichen Gesandten in deren Quartier ein. — Nach dem Dank für die Abordnung heben die Gesandten aus der Resolution der Unierten hervor, dass darin die Wiederaufrichtung des alten Vertrauens auf die Bedingung der Beseitigung der Gravamina gestellt und davon zwei Klassen gemacht werden. Sie müssen aber betonen, dass sie nicht auf Versprechungen oder auf Verteidigung dessen, was wegen der Gravamina geschehen ist, instruiert sind, damit man sie nicht für Leute hält, die im Trüben fischen sondern die aus deutschem Gemüt aufrichtig und dem Vaterland zu Gutem vertraulich von diesen Dingen reden wollen; dem Kaiser selber ist das gemeine Wesen hoch angelegen und ist er auch in seinem hohen Alter wol geneigt, sich um das Vaterland verdient zu machen. —

Die Gravamina betreffen die Jurisdiktion des Kaisers, was man Hofprozesse nennt, und die Personen am Regiment. Der Kaiser hat seine Jurisdiktion von seinen Vorfahren ererbt; sie konkurriert mit der des Kammergerichts, in einigen Fällen hat er aber besondere und private Berechtigungen; er ist in richtiger Possession und haben die evangelischen Stände diese Jurisdiktion, „tam active quam passive" anerkannt,[1] und zwar nicht nur die geringeren Stände sondern auch Kursachsen, das in der jülicher Sache, da die andern opponierten, die kaiserliche Jurisdiktion verfocht. Bei solchen „Contradictionen" steht also dies Gravamen nicht beim Kaiser allein sondern berührt sogar hauptsächlich die andern Stände, die deshalb dem Kaiser stark anliegen. Dasselbe Gravamen wegen der Jurisdiktion und wegen der Personen am Regiment ist schon 1551 Karl V. durch Libelle, Supplikationen und Schickungen viel nachdrücklicher als jetzt vorgebracht worden; aber auch damals blieb alles vergeblich, bis König Ferdinand durch Interposition einen Weg zur Abhilfe fand. — Die donauwörther Sache beruht auf demselben Fundament; weil sie eine Religionssache ist, werden von den Evangelischen einige Mängel des Verfahrens angezogen. Nun hat der Kaiser allerdings die Restitution in gemessener Frist versprochen und „ohne verschonung dero aigenen cammerguets" mit Baiern darüber verhandelt; der Herzog hat aber erklärt, „ohne wirkliche refusion" der Exekutionskosten nicht in die Restitution willigen zu können. Dazu kommen die jetzigen Beschwerungen des Kaisers, so dass er noch schwerer Mittel finden kann; Gewalt würde nur Weiterungen, sonst aber geringen Nutzen bringen. Daher ist das Beste, mit Baiern weiter zu verhandeln oder

[1] Die Nürnberger erzählen votando in der Sitzung vom 10./20. August, dass die kaiserlichen Räte zu Prag ihnen entgegengehalten hätten, dass die Unierten Hofprozesse, die ihnen zum Vorteil seien, selber anzögen.

Digitized by Google

auf andere Mittel zu denken, wozu beim Kurfürstentag Gelegenheit [Aug. 17.]
wäre, und eine Interposition wie zu Zeiten Ferdinands I. anzustellen, doch mit Wahrung der kaiserlichen Reputation. — Der Personen am Regiment halber wird der Kaiser Rat schaffen; dass es bisher unterblieben ist, erklärt sich aus des Kaisers hohem Alter, „welches sorgfeltig und suspicios" ist; dem möge man etwas zu Gute halten.

Nach einer Unterredung unter einander erwidern die Deputierten: Die Unierten haben anfangs etwas Bedenken wegen dieser besonderen Handlung gehabt, zumal die „Kommissarien" dazu nicht bevollmächtigt sind. Da diese aber dazu selbst Anleitung gaben, man dieserseits der Sache keine Scheu trägt und hofft, „dass sie, die commissarii, selbsten uf ihre media etwas andeutung zu geben wissen wurden," ist diese Abordnung zu vertraulicher unvorgreiflicher Unterredung erfolgt.

Hierauf entschuldigen die Deputierten des Kaisers Person wegen der bisherigen Beschwerden aufs Beste, rühmen des Kaisers deutsches Herz und wünschen, dass er also noch lange fortfahren möge; die Schuld schieben sie auf jene „Autores", die mehr ihren eigenen Nutzen als des Kaisers Reputation suchen und die zu nennen man sich schon bei der prager Legation erboten hatte; sie erklären endlich ausdrücklich, dass sie dem Kaiser die gebührende und hergebrachte Jurisdiktion durchaus nicht entziehen wollen und dass sie auch die Hofprozesse nicht diffikultieren würden, wenn sie sich in den Grenzen wie unter Karl V., Ferdinand I. und Maximilian II. hielten, Jetzt aber werden der Stände „ordinari Austräg" und Privilegien hintangesetzt; der Reichshofrat drängt sich in die Religionssachen, „die zuvor ex hoc ipso capite für das cammergericht per decreta imperatorum gewiesen"; derselbe Reichshofrat erkennt nur zur Stabilierung seiner Jurisdiktion Prozesse ohne Rücksicht auf die Reichsgesetze, hält keine Formen ein und geht alles ohne Ordnung her, wie dies dem Kaiser schon dargetan worden ist und noch weiter deduziert werden kann. Die Abhilfe dieses Gravamens steht allein beim Kaiser; denn er kann den Imploranten Prozesse abschlagen und sie an die Austräge oder an das Kammergericht verweisen, wie ja vordem zur Einschränkung der Hofjurisdiktion verschiedene kaiserliche Dekrete ergangen sind. — Die Abschaffung der schädlichen Personen steht notorisch ebenfalls beim Kaiser, der dem Fürsten Christian von Anhalt durch den Landgrafen von Leuchtenberg diese Abschaffung binnen vier Tagen versprochen hatte.[1] — Die Zusage wegen der Restitution Donauwörths ist kundbar, die vorgelaufenen Nullitäten sind genugsam dargetan worden und ist nicht zu vermuten, dass der Kaiser damals, als er die Zusage tat, die Mittel nicht besessen hätte, zumal bald darauf die Mittel für die Werbung des passauer Volks gefunden worden sind. Die notwendige Moderation der Auslagen Baierns ist noch nicht erfolgt; dagegen wird die Stadt und die evangelische Bürgerschaft daselbst täglich mehr an

[1] Vgl. dagegen Briefe und Akten, II., no. 200, S. 412.

Digitized by Google

[Aug. 17.] Leib und Seele bedrängt; die Unierten werden sich weder zu den Exekutionskosten noch zu irgend einer Kontribution verstehen; der Kaiser möge die Kosten entweder bei den Sollizitanten der Exekution oder beim Exekutor suchen. — Zur Erledigung der Gravamina unter den Ständen bedarf es eines besondern Modus, worüber die Deputierten den Vorschlag der Gesandten, denen die Gelegenheit am Besten bekannt ist, gern anhören wollen.

Die Kommissarien erwidern, dass sie in einigen Punkten „starken" Gegenbericht geben könnten und stellen nochmals in Abrede, dass die Erledigung der ersten Klasse der Gravamina beim Kaiser allein stehe, was sie damit begründen, dass die kaiserliche Jurisdiktion von vielen anderen Ständen „sustiniert" werde. Sie halten daher auch hier die Interposition für den besten Weg, wie ja selbst Karl V. solche Erledigung auf sich allein zu nehmen Bedenken gehabt hatte, und erinnern, „dass ob hanc ipsam oppositionen künftigen successorn durch die evangelische ständ keine leges praescribirt werden könten; der unordnung möchte zwar leichtlich zu remediren sein, das totum aber hette seine jezverstandene ansehenliche obstacula."

„Weil dann die rürung der hauptsach dergestalt ganz vergeblich und I. M.t in dero gleich jezo empfangenen resolution solche auf den bevorstehenden churfürstentag gewisen, da dann zweiflichen, ob sich die churfürsten derselben undernehmen und zum wenigsten diejenigen, dabei periculum in mora, zur erledigung bringen, das überige aber oder das ganze werk auf ein deputation oder interposition stellen wurden, haben sie forderist beiliegenden extract angezogenen kaiserlichen schreibens[1] communication bewilligt und dan uf interposition einer solchen person, welche authoritet, experienz und dapferkeit halb qualificirt und die lieb und affection bei beeden theilen hette, neben erinnerung, dass man zu beeden theilen die sachen nicht uf die spitzen zu setzen noch sich mit wortgefecht ufzuhalten sondern den gemainen wolstand, altes teutsches vertrauen und guete einträchtigkeit zu bedenken hette, wegweisung gegeben, hierauf auch vor sich Maint und Bayern päbstischen theils, anderseits aber Churpfalz und Württemberg und zu einem mittlern erzherzog Maximilian zue Oesterreich neben Chursachsen per discursum vorgeschlagen, vor welchen coniunctim vel divisim in praesentia der kaiserlichen commissarien die handlung angestelt und erstlich in publicis, hernacher in privatis durch memorialia wie beim passauischen vertrag beschehen, volnzogen werden möchte. Vnd hette man zwar hierzue allerseits desto beweglichere ursachen, weil das periculum vom algemainen erbfeind, dem Türken, herrührend bekant, die französische intention bei diser occasion und jungem regenten ungewiss, darbei auch andere benachbarten ihrer nicht vergessen und die ständ einig machen könten."

Mb., 342,1, f. 51; Kopie.

[1] Vgl. oben no. 312; mitgeteilt wurde das Stück von: „Der ander aber — zu gedulden."

Digitized by Google

323. Der Kurfürst von Sachsen an den von Mainz. August 19.

Der mühlhauser Kurfürstentag ist wegen des Ablebens unseres Vorgängers vom 7./17. Juli auf den $\frac{\text{29. September}}{\text{9. Oktober}}$ verschoben worden. Wir waren entschlossen, den Tag persönlich zu besuchen und hatten bereits Quartier in Mühlhausen bestellt, erfahren aber nun sowol von dem Rate zu Mühlhausen als von unserm Amtsschösser zu Salza,[1] dass die Pestilenz nicht nur in der Umgebung sondern auch in der Stadt Mühlhausen selbst grassiert und in dem für uns bestellten Quartier vier Häuser, wo unsere geheimen Räte und vornehmen Diener einquartiert werden sollten, infiziert hat. Wir machen E. L. davon Mitteilung und schlagen Derselben vor, es aus allerlei nötigen Ursachen zwar bei dem Termine zu lassen, die Malstatt aber nach Nürnberg zu verlegen. Dressden den 9. augusti a. 1611. — Praes. Aschaffenburg 26. aug.[2]

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 105, no. 5; Or.

324. Der Kurfürst von Mainz an Barvitius. Augus 23.

Brömser hatte, als er vor seiner Abreise von Prag erfuhr, dass der Kaiser zu dem damals nahe bevorstehenden Kurfürstentag keinen einzigen Katholiken abordnen wolle,[3] Euch erinnert, beim Kaiser

---

[1] Nach dem Bericht des Schössers Stephan Kisch zu Salza starben in Mühlhausen vom 18./28. Mai bis 3./13. August 132 Personen (Drs., l. 7387, II. Buch Kurfürstentags, f. 144; Or. eigh.).

[2] Kurmainz antwortet am 26. August, dass er es bei diesem neuen Vorschlag bewenden lasse (Wmz., a. a. O., no. 7; Kpt.) und macht von der Veränderung der Malstatt gleichzeitig dem Kaiser (Wmz., a. a. O., no. 8; Kpt.), den Mitkurfürsten (Wmz., a. a. O., no. 6; Kpt.) und am 27. August der Stadt Nürnberg Mitteilung (Nbg., Fehde-Akten, S. VII., no. 646, f. 1; Or.). — Die nürnbergischen Abgeordneten beim Unionstag waren schon am 28. August von der Verlegung des Kurfürstentages nach ihrer Stadt verständigt worden; auch hörten sie, dass man bei dieser Gelegenheit den Kaiser aus Böhmen nach einer Reichsstadt bringen wolle. Sie rieten daher ihren Obern, bei Kurmainz die Seuchengefahr und den Mangel an Quartieren einzuwenden und die Kurfürsten nach Frankfurt zu weisen (Bericht der Gesandten vom 19./29 August; Nbg., a a. O., f. 3; Or.). Die Nürnberger schrieben noch am 20./30. August in diesem Sinn an Kurmainz und betonten auch dabei die grosse Teurung in der Stadt (Nbg., a. a. O., f. 14; Kpt.); unmittelbar darauf schickten sie noch ihren Stadtadvokaten Dr. Oelhafen zum Kurfürsten, um den Kurfürstentag von ihrer Stadt abzuwenden (Oelhafens Werbung am 3. September bei den kurmainzischen Räten in Wmz., Reichstagsakten, Bd. 105, no. 39). Der Kurfürst antwortete noch am 3. September, dass wegen Kürze der Zeit eine abermalige Verlegung des Tages nur bei wirklichem Ausbruch der Seuche in der Stadt erfolgen könnte (Wmz, a. a. O., no. 41; Kpt.).

[3] Vgl. no. 215 mit Anm. 1 auf S. 509. Von Katholiken waren damals der Bischof von Speier, der sich entschuldigte, und Westernach in Aussicht genommen. Inzwischen liess der Kaiser auch mit dem Bischof von Bamberg wegen Teilnahme an der Kommission verhandeln, der sich am 22. August von Wolfsberg in Kärnthen aus zur Uebernahme der Kommission bereit erklärte und zugleich — was für seine auch sonst wolbekannte Eitelkeit bezeichnend ist (vgl. A. Chroust, Abraham von Dohna, S. 267) — bat, ihm das Direktorium der Kommission zu gönnen, da sie ihm sonst schwer fallen würde (Wh., Reichsakten in genere, Bd. 84b; — Or.).

Digitized by Google

August 23. daran zu sein, dass er die Sache weiter bedenken lasse und auch einen Katholiken zur Kommission zuziehe, mit dem die geistlichen Kurfürsten ungescheut verkehren könnten. Wir zweifeln nicht, dass Ihr dies verrichtet und dass auch der Kaiser der Sache nachgedacht haben wird, damit die Verhandlungen ihm selbst desto mehr Frucht bringen. Vorläufig aber haben wir noch nichts von der Zuordnung eines Katholiken gehört, wissen aber, dass viele vornehme katholische Stände die vorige Verordnung sehr befremdet und nachdenklich macht; wir sind auch von einigen ersucht worden, beim Kaiser anzulangen, damit er darin Rat schaffe. Da Ihr selbst ermessen könnt, was für Hinderung dem Kaiser und dem gemeinen Wesen bei Unterlassung solcher neuer Anordnung erwachsen könnte, so ersuchen wir Euch nochmals, daran zu sein, damit noch vor Beginn des Kurfürstentags, der nun wegen der Seuche verlegt wird, die Besorgnisse wegen der Kommissarien beseitigt werden. Datum Aschaffenburg 23. augusti a. 1611.

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 105, no. 10; Kpt. von Faust.

August 24. **325.** Zuñiga an König Philipp III.

„Para negocio tan grande como de la concordia que se a effectuado, no se a hecho promesa ninguna de parte de V. M.^{d}, pero el rey respeto de la penuria con que se alla, dessea mucho, que V. M.^{d} le haga gracia de cien mil florines de los trescientos que a de dar al emp.^{or}, y yo me he ofrecido de proponerlo y solicitarlo con las condiciones siguientes: que se incluian en esta gracia los ciento y cinquenta mil ducados que V. M.^{d} tiene mandados pagar al rey en tres años de manera, que por estos tres años solamente abria de crecer V. M.^{d} de 15000 a 20000 ducados y que con esto se entienda se ayan de apartar de todo genero de peticiones, sino es en caso que se rompiese guerra con el Turco y otro semejante. Pero el aumento principal que se haria, seria que los cinquenta mil ducados los tiene V. M.^{d} prometidos por tres años y agora pretenden, que los cien mil florines sean por los dias del emp.^{or}, aunque creo bien que hallandose S. M.^{d} en edad de 60 años y con acidentes tan peligrosos, como tiene muy de ordinario, que se puede computar su vida por poco mas de tres años, y es de advertir que, si S. M.^{d} ces.^{a} allandose en tal estado acudiese a pedir ayuda a V. M.^{d}, se le podria responder que se dan 100000 florines para su socorro; pero como arriba digo, no he prometido ni empeñado a V. M.^{d} en nada. Pero si he quedado obligado de su suplicarlo a V. M.^{d} con mucha esperança y muy encarecidamente como lo hago, si V. M.^{d} se sirviese de hazer esta gracia al rey, diziendo que por agora se entienda por tres años y que al cabo dellos se vera en que estado se allan las necessidades de V. M.^{d} y las suias, pienso que seria despacho de satisfacion. Aunque yo he sido diputado del emp.^{or}, he hecho mas presto

Digitized by Google

oficio de medianero de Molart y el marichal el qual ha sido gran- August 24.
disima parte para reducir este negocio a este termino." De Praga 24. de agosto 1611.

Sim., Fasz. 2497, f. 168; Or.[1]

326. Peter de Vischere an Erzherzog Albrecht. August 25.

„I. ksl. M.[t] ist zwischen den 20. und 21. zue nacht ein gewaltiger catharen auf die brust gefallen, daran sie ein zimblichen anstoss gelitten.[2] — Den 21. gegen abend haben I. M.[t] auf instendig anmahnung des Barvitio die patenten der bruderlichen tractation vom herzogen von Braunschweig abfoderen und dem spanischen ambasciatorn zuestellen lassen mit der restriction aber, das er sie dem könig vor weiterem und anderem befehlich zur signatur nicht zuestellen solle. — Den 22. hat der Don Balthasar des morgens vor acht lange audienz beim könig gehabt und hernach uber zwo stund mit dem Glesel wegen etlicher differenzen, so sich noch zwischen dem kaiser und kunig befinden und nit de substantia negotii sein, disceptirt, davon er E. fl. D.[t] ohne zweifel particularius berichten wirdet. Sein gleichwol endlich einer mainung geworden. — Den abent hat der von Molart mich berichtet, das I. ksl. M.[t] sich den nachmittag erklärt, sie seien zuefriden, das die abhandlungspatenten I. kgl. M.[t] ad subscribendum et sigillandum zuegestellt werden, es solle aber der Barvitius sie folgenden tags noch wider dran erinnern; auch sei I. M.[t] mit I. kgl. M.[t] erklärung wegen der herschaft Bennatek[3] zufriden und wöllen hergegen ihre kunftige kunigliche gemahlin mit tapezereien und kleinoten also versehn und verehren, das sie damit zufriden sein sollen. — Sic sunt aliquando intervalla optima, quae postea a malis instrumentis turbantur. — Sie werden auch dem kunig auf den tag ihres verraisens von Prag ain banquet im schloss halten; die personliche beisamenkunft und audienz wäre aber noch ungewiss. — Den 23. hat mich Barvitio eben dasselbe berichtet und verhoffet, das abboccament wurde auch succediren und wol abgehen." Am 23. hat der Kaiser durch Barvitius dem Zuñiga erlaubt, die Vergleichsurkunden dem König zuzustellen, der sie sogleich besiegelt und unterschrieben hat; später sah ich ein Exemplar bei Zuñiga. — Am Abend kam der Oberst Günterode auf der Post von Rotenburg a./T. (wohin ihn der Kaiser zum Unionstage geschickt hatte) zurück. — Am 24.

---

[1] Am 25. August beantragt Zuñiga noch ein Hochzeitsgeschenk für die künftige Gemahlin des Königs Matthias (Sim., a. a. O., f. 188; Or.) — Der Staatsrat beschloss, für das Geschenk 20000 Dukaten zu widmen.

[2] Vgl. no. 325.

[3] Wegen der Herrschaft Benatek vgl. oben no. 309; der Kaiser sollte vorher den Vertragsbestimmungen genügt haben

Digitized by Google

August 25. hat Leuchtenberg wie mitgeteilt, „das der Gunterrot in des kaisers anticamera sich beruhmet und verlauten lassen, er habe bei der protestirenden liga I. ksl. M.t zum besten erhandlet 130000 reichsgulden, wofern sie im reich ihre residenz nemen wöllen.[1] Welches die ganze welt weiss, das unmuglich ist; allain werden solche reden ausgesprengt, um dadurch die bruderliche ainikait, so nunmehr Gott lob getroffen, zu hindern und aufzuhalten, wie man dan besorgt, wofern solches ain tag zuvorn I. ksl. M.t zu ohren kommen were, die sachen dadurch wol hetten mögen zurückgehen, weil man solchen seminariis discordiae bisweilen mehr als andren glauben gibt.“ Prag den 25. augusti 1611.

Brs., Secrét. d'Allem., no. 96, f. 144; eigh. Or.

August 25. **327. Bericht über die gemeinsame Beratung der Abgesandten der drei geistlichen Kurfürsten zu Mainz.**

Anwesend für Mainz: Kaspar von Eltz und Kanzler Dr. Faust, für Trier: Kanzler Liz. Schneidt, für Köln: Kanzler Biestervelt.

Die geistlichen Kurfürsten haben wegen des kaiserlichen Schreibens vom 23. Juni an Kurmainz[2] und wegen des aachenschen Tumults für nötig angesehen, ihre geheimen Räte zur Beratung dieser Punkte zu Mainz zusammenzuordnen. Am 22. August kamen die Räte zusammen und begannen am 23. die Beratung über das kaiserliche Schreiben. Dabei wurde zunächst bedacht, da nach eingelaufenen Nachrichten der Herzog von Braunschweig bereits zum Direktor des geheimen Rats bestellt und daher res nicht mehr integra sein soll, einerseits ob es ratsam sei, sich deswegen noch gegen den Kaiser zu äussern und ob nicht besser diese Sache bis zum Kurfürstentag auszusetzen wäre, — andrerseits, wenn man mit Beantwortung des kaiserlichen Schreibens bis nach Beendigung des Kurfürstentags einhielte, ob nicht dadurch den Katholischen Praejudiz oder Gefahr zustehen würde; besonders war aber zu erwägen, wenn man schon schriftlich oder durch vertrauliche Abordnung deswegen etwas vornehmen würde, ob nicht, da am kaiserlichen Hof Geheimnisse bekanntlich sehr übel bewahrt werden, dadurch grosser Anstoss bei den protestantischen Ständen erregt und die weltlichen Kurfürsten so alteriert werden würden, dass alle Hoffnungen, die man auf den Kurfürstentag setzt, vergeblich wären und nur grösseres Mistrauen unter den Kurfürsten entstünde.

Nach reiflicher Erwägung haben die kurfürstlichen Gesandten endlich dafür gehalten: Da man ermessen kann, in welche Ungelegenheiten die katholischen Stände durch die vom Kaiser beabsichtigte neue Direktion des geheimen Rats kommen könnten, so ist grundsätzlich nötig, den Kaiser davon abzumahnen und ihn zu bitten, hierin gleich seinen Vorfahren Verordnung zu tun oder wenigstens mit der Sache nicht zu eilen; wenn diese Vorstellung

[1] Vgl. no. 318, Anm. 1 auf S 749.
[2] No. 246.

Digitized by Google

nicht schriftlich geschehen kann, so muss man sie durch den spanischen Gesandten oder den päpstlichen Nuntius oder durch eine andere vertraute Person beim Kaiser erheben lassen. Aber bei dem Zweifel, ob res noch integra ist, ist es bedenklich, sich zur Zeit der Sache beim Kaiser „hauptsächlich" anzunehmen: denn ist die Anstellung des Herzogs schon erfolgt, so nützt die Vorstellung der Kurfürsten nichts mehr, da der Kaiser seine Anordnung nicht gleich zurücknehmen kann; daneben würde man den Herzog sehr beleidigen und würde sich dieser bei seinen Religionsverwandten beklagen, als wolle man ihn aus allen Würden und Aemtern am Hofe verdrängen; sobald aber die weltlichen Kurfürsten vernehmen werden, dass man sich dieser Sache so eifrig annimmt, werden sie dadurch alteriert werden und wird alles, was zur Herstellung bessern Vertrauens bei den weltlichen Kurfürsten geschehen ist, vergeblich sein. Es ist daher den geistlichen Kurfürsten nicht zu raten, diese Last, die alle katholischen Stände mitbetrifft, allein auf sich zu nehmen; sie sollen vielmehr zur Beratung über die Abhilfe noch andere vornehme katholische Stände heranziehen und die Sache vielleicht auf einem Bundestag beraten lassen. Beim Kaiser könnte man sich in einer Vorantwort entschuldigen, dass man ohne Verständigung mit den andern katholischen Ständen sich nicht resolvieren könne und bis dahin um Einstand der Sache bitte.[1] Daneben soll an den Herzog von Baiern geschrieben und bei ihm angefragt werden, wie er die Sache ansehe und ob man sie nicht nach dem Kurfürstentag in gemeinsame Beratung ziehen solle.[2] August 25.

Bei diesem Punkt bringen die trierischen und kölnischen Räte auch vor, dass der Kaiser den Landgrafen Moriz zu seinem Kommissar für den Kurfürstentag verordnet habe, ohne ihm einen Katholiken beizugeben, was ihre Herrn sehr befremde und weshalb sie den Kaiser erinnert sehen möchten, dass er zu besserer Vertraulichkeit auch

---

[1] Geschieht in dem Gesamtschreiben vom 25. August; zugleich bitten die Kurfürsten auch mit der Besetzung der Reichshofratsstellen vorläufig einzuhalten und zu weiterem Mistrauen keine Ursache zu geben (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 105, no. 12; Kopie).

[2] Unter dem 23. August schreiben die geistlichen Kurfürsten an Baiern: Sie für sich haben allein wegen der Direktion am kaiserlichen Hof dem Kaiser bisher kein Ausschlag gebendes Gutachten erteilen wollen, da an dieser Sache viele andere katholische Stände interessiert sind; sie wissen auch nicht bestimmt, ob Braunschweig die Direktion schon übernommen und der Kaiser deshalb schon ein endgiltige Anordnung getroffen hat. Daher bitten sie den Herzog als nähern Nachbar darüber um Mitteilung sowie um Gutachten, ob man dem ohne Gefahr katholischen Wesens zusehen darf oder ob nicht deshalb ein gemeiner Bundestag anzustellen wäre, was freilich erst nach Beendigung der Kurfürstentags geschehen könnte (Wmz., a. a. O., no. 11; Kpt. von Faust.) — Einen Bundestag regte am 19. August auch der Koadjutor von Köln beim Herzog von Baiern mit Rücksicht auf die Zettelungen der Generalstaaten bei der Koadjutorwahl in Münster an (vgl. L. Keller, die Gegenreformation in Westphalen und am Niederrhein, III [Publikationen aus den k. preussischen Staatsarchiven, 62. Bd.] S. 276 und no. 223 f.). — Der Herzog gab in seiner Antwort vom 11. Oktober dazu prinzipiell seine Zustimmung (Ma., 61/8, f. 4; Kpt.).

Digitized by Google

August 25. hierin eine Aenderung treffe oder wenigstens katholische Kommissarien zuordne. Die Mainzer berichten darauf, was Brömser deswegen mündlich zu Prag erinnert und was ihr Kurfürst an den Kaiser geschrieben hat, worauf die andern Räte es Kurmainz anheimstellen, deswegen nochmals an Barvitius zu schreiben, damit dieser den Kaiser wenigstens zur gedachten Zuordnung bewege. Die Mainzer nehmen dies zu Bericht.[1]

Wegen des aachner Tumults erinnern die kurfürstlichen Räte an die Vorgänge von 1593 und an das damals eröffnete Urteil. Biestervelt berichtet insbesonders, wie dieses Urteil von seinem Herrn neben andern vollstreckt und wie die geächteten aufrührerischen Bürger wieder in die Gnade des Kaisers gebracht worden seien und versprochen hätten, die neue Reformation unveränderlich zu halten; sein Herr habe beim jetzigen Aufstand die Rebellen wieder daran erinnern lassen; seine und Erzherzog Albrechts Abgeordnete hielten sich noch in Aachen auf, weshalb abzuwarten sei, wie die Verhandlungen ablaufen und ob die Rebellen ihnen billige Folge geben würden. — Man liess es dabei noch bewenden. — Da aber den geistlichen Kurfürsten und allen der Stadt benachbarten katholischen Ständen viel daran liegt, dass in Aachen die katholische Religion und das katholische Regiment erhalten bleibt, so hat man sich zu Erinnerungsschreiben an die Stadt und gemeine Bürgerschaft entschlossen, damit diese sich selbst zum Besten in die Sachen schicken, dem Kaiser gehorsamen und die früheren Versprechungen einhalten; desgleichen wurde ein Ersuchsschreiben an den Kaiser beschlossen, damit er zu Erhaltung seiner eigenen Autorität der Sache wahrnehme und dem schon abgegangenen Ersuchen Kurkölns gemäss sich fürderlich erkläre. — Die Mainzer zeigen noch an, dass der Herzog von Braunschweig-Lüneburg um eine Interpositionsschrift an den Kaiser zu Gunsten der Stadt Braunschweig bei ihrem und bei andern Kurfürsten nachgesucht habe. Der Entwurf der bewilligten Interposition wird mitgeteilt. Signatum Mainz den 25. augusti a. 1611.

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 105, no. 14; Kpt. von Faust, — no. 13; Or.[2]

August 25. **328.** Zacharias Geizkofler an Erzherzog Maximilian.

Bericht über den rotenburger Tag. Aufzählung der Anwesenden. Proposition der kaiserlichen Gesandten. Bescheid darauf.[3] — Aus dem Bescheid, namentlich aber aus der Unterredung mit den Deputierten[4] merkten

---

[1] Vgl. no. 324.

[2] Das Protokoll der Beratung (in Wmz., a. a. O., no. 15) ist von Hensel verfasst, ebenda findet sich ein kurzes Handprotokoll von Faust. In den Voten werden allgemein die Fähigkeiten und die Treue des Herzogs von Braunschweig anerkannt, aber die Besorgnis ausgesprochen, dass er in den Reichshofrat Protestanten bringen werde.

[3] No. 315 und no. 318.

[4] No. 322.

Digitized by Google

wir, dass die Stände zu einer Zusammenkunft von beiden Religionen und zu August 25.
einer Interposition, wie sie 1552 durch König Ferdinand geschah, neigen, wozu, jedoch nur „in privato colloquio", E. hfl. D.t vorgeschlagen wurden, gegen Die alle ein besonderes Vertrauen zeigten. Doch kam uns eben eine kaiserliche Resolution zu,[1] mit der der Kaiser diese Handlung auf den Kurfürstentag verweist. — Als die Unierten vernahmen, dass neben Landgraf Moriz auch der Bischof von Bamberg als kaiserlicher Kommissar zum Kurfürstentag kommen soll, haben sie sich darüber sehr entsetzt und besorgen davon, es möchte wenig ausgerichtet werden. Alle wünschen dem Haus Oesterreich und dem Reich zu Gutem E. hfl. D.t als Kommissar, die Sie gewiss auch solche Räte zu sich ziehen würden, die es treulich meinen. Das deuteten uns nicht nur die Fürsten sondern auch die Gesandten an und lassen die Fürsten E. hfl. D.t ihre willigen Dienste vermelden.[2] — Polheims Werbung und Bescheidung.[3] — Die Neigung zum König ist nicht so übel, doch hat man zu seinen Räten, besonders zu Khlesl, kein Vertrauen. Die Stände halten darfür „si solten von personen auss dem reich, sowol als in andern ländern durch die patrioten geschicht, gubernirt werden;" sie haben es Polheim genugsam zu verstehen gegeben. — Mit Hannewald sind sie sehr unzufrieden. Er selbst will nicht mehr nach Prag gehen, ist gegenwärtig zu Mainz, von dort soll er nach Baiern reisen, vorher will er sich aber in Erfurt aufhalten. Auch der Kaiser war willens, sich nach Erfurt zu begeben, um in der Nähe des Kurfürstentags zu sein. Datum Haunssheim den 25. augusti a. 1611. — Praes. 31. aug. 1611.

Ib., Ambraser Akten, Missiven vom August 1611, no. 31; Or.[4]

---

[1] No. 312.

[2] Auch Westernach berichtet am 22. August dem Kanzler des Erzherzogs, Melchior Geuer, dass die Unierten gerne sehen würden, wenn der Erzherzog und Kursachsen sich zwischen Union und Liga ins Mittel schlügen und Einigkeit und Vertrauen wieder herstellten (Ib., a. a. O., zu no. 9; Or. eigh.); ebenso schreibt Fürst Christian von Anhalt am 13./23. August dem Erzherzog: er habe Geizkofler mitgeteilt, dass es erspriesslich und hochnötig sei, dass er, Erzherzog, sich unter irgend einem Vorwand beim Kurfürstentag einstelle (Bbg., A 9a, no. 155², f. 32; Kpt.).

[3] Vgl. no. 305, Anm. 1 auf S. 709 und Anm. 2 auf S. 714.

[4] Am 26. August teilt Geizkofler dem Erzherzog noch mit, dass des Kaisers Vertrauen zum Herzog von Braunschweig nicht mehr so gross sei und dass man jetzt den Grafen Philipp Ludwig von Hanau an den Hof berufen wolle [dasselbe meldet eine Zeitung aus Prag vom 21. August; Wmz., Reichstagsakten, Bd. 105, no. 79; Kopie], so dass also bei diesem Regiment wenig Bestand zu hoffen sei. Fürst Christian gehe fast auf die Resignation des Kaisers, was das beste Mittel wäre; aber der König müsse andere Leute haben, sonst verliere er Willen, Affektion und Kredit bei jedermann (Ib., a. a. O., Missiven vom September 1611, no. 3; Or. eigh.). — Die Bemerkung wegen des Herzogs von Braunschweig war übrigens unzutreffend, wie aus des Reichshofratssekretärs Hertel Schreiben vom 11. September an den in Dresden befindlichen Herzog hervorgeht: der Kaiser trage nach des Herzogs Rückkehr grosses Verlangen und frage täglich, wann er zurückkommen werde, ja am Tag zuvor habe er wörtlich zu Hertel gesagt: „Ich hoffe nit, dass der herzog von Braunschweig mich verlassen werde; was meint Ihr?" (Drs., l. 8808, 25. Buch jülicher Sachen, f. 304; Kopie).

Digitized by Google

August 29. **329. Melchior Khlesl an Erzherzog Maximilian.**

Eben als ich mich mit dem König in den Wagen setzen wollte, um in die Lausitzen zu reisen, erhalte ich Dero Schreiben [fehlt], aus dem ich mit Freuden ersehe, dass E. hfl. D.t mit mir zufrieden sind. Gestern hat der Kaiser den König und dessen ganzen Hof zum Frühmal stattlich traktieren lassen, das „Trühel" mit den österreichischen Freiheiten[1] aber „ghar schwär" zugestellt; ausserdem liess er ihm Tapezereien, Baldachine und ein Bett verehren. „Sobald aber trumel vnd pfeiffen ins schloss khumen, ist angst, wee vnd beghern gewesen, das gedimel abzuschaffen," wie auch geschah. Braunschweig ass mit dem Kaiser und leistete ihm Gesellschaft.

Die siebenbürgischen Sachen wollen wegen der ungarischen Bedingungen umschlagen, die sich täglich ändern.[2] „Fallet ainer hin, der ander her; im glückh sein sy der teufl, in aduersis lauter alte weiber vnd ghar verlorn." Der Palatin und Forgach sind einander zuwider; keiner aber von ihnen wollte deutsches Volk haben, das sie jetzt mit Tränen begehren, doch dass sie das „Dominium" darüber erhalten; „quod ymo fiet, sy werden auf die lezte oder Teuschen haben oder von Türkhen guberniert müessen werden." — Der Papst lässt mir mitteilen, er habe die Königin von Frankreich und deren Anhang auf die Seite meines Herrn gebracht; auf dem Kurfürstentag soll sichs erweisen.[3] Der König hat zu diesem Tag Meggau, Starhemberg, Polheim und Fels bestimmt; doch könnte den ersten die Hochzeit aufhalten. Man ist zu Prag stark auf meine Person gegangen, doch will mich der König nicht von sich lassen, „siche auch khain vrsach, warumben ein weltlicher künig ein pfaffen schickhen vnd sich bey denen protestiereten stendten suspect machen soll; die zeitten vnd

---

[1] Siehe die Vergleichsurkunde bei Hammer-Purgstall, Khlesls Leben, II., Urkunden-Sammlung no. 342., S. 358. — Die Uebergabe der verschlossenen eisernen Truhe geschah am 28. August vormittags an Georg Schröttl; aber erst nachmittags konnte sich der Kaiser von dem Schlüssel trennen, den der Oberstkämmerer Proskofsky endlich dem König einhändigte (Mägerles Tagebuch der königlichen Reise nach Schlesien; Wi., I A 1, Ka. 2990; Kopie).

[2] Vgl. das Schreiben des Königs Matthias an Erzherzog Albrecht [und ebenso an die Kurfürsten und Fürsten des Reichs] vom 28. August in den Monumenta Hungariae historica; Diplomataria IV, Pest 1859, no. 412, S. 45 und A. Huber, Geschichte Oesterreichs, V., S. 61 f.

[3] Zuñiga berichtete schon am 3. August an Philipp III., dass die Königin von Frankreich „se ha offrecido por medio del papa al rey Matias de ayudarle en su pretension a la corona del rey de Romanos" (Sim., Fasz. 2497, f. 149; Or.). Geizkofler schreibt am 5./15. September an Erzherzog Maximilian: Er sei zu Heidenheim mit dem Herzog von Württemberg auf der Hirschfaiste gewesen; dieser habe ihm ein Schreiben Villeroys gezeigt, wonach die Königin-Regentin von Frankreich und ihre Räte sehr billigen, dass die Unierten auf die Wahl eines römischen Königs dringen und erst König Matthias „oder, do der der andern stimmen nicht haben kunt, E. hfl. D.t fürschlagen und werde man ex parte der cron Frankreich solches zue befürdern nicht underlassen" (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom September 1611, no. 30; Or.); vgl. no. 341.

Digitized by Google

vmbständt sein anderss. Was die verichtung anlangend, do es bey Catholischen nach Rom oder sonsten in particular wär, trauet ich mier so wol in der gnad Gottes dieselb zuuerrichten als ein anderer, aber Gott wais, alda wurde ich nit nuzen.“ Ich bitte E. D.[t], es dem König gleichfalls zu widerraten. Ich habe die Instruktion und alle Notdurft verfasst;[1] „wan sy kinder wären vnd khämen nur diser nach, so wär es alles in ordnung.“ Dem Erzherzog Albrecht habe ich dargelegt, warum es gut wäre, dass er persönlich der Hochzeit beiwohne; „dan ghehet dise berathschlagung nit fort,[2] so wurdt das hauss sehen vnd erfahren höchsten schaden vnd verderben.“ Prandteis den 29. augusti a. 1611. — Praes. 11. sept. 1611. August 29.

Ib., Ambraser Akten, Missiven vom Sept. 1611, no. 22; Or. eigh.

330. Hauptabschied des Unionstags zu Rotenburg. August 29.

Beim schweinfurter Unionstag, den eine Anzahl höherer Stände weder besuchen noch beschicken konnte, wurde zwar ein Abschied aufgerichtet, aber es konnte gerade in den wichtigsten Punkten kein endgiltiger Beschluss zu Stande kommen sondern musste ein solcher auf eine persönliche Zusammenkunft der Unierten verschoben werden. Inzwischen liess sich die Lage im Reich drohend an und Veränderungen fielen vor, die wenig Hoffnung auf Erhaltung von Frieden und Vertrauen unter den Ständen gaben. Deshalb schrieb der Administrator der Kurpfalz einen neuen Unionstag nach Rotenburg a. T. zunächst für den Juni aus, beraumte aber, da die Versammlung verschoben werden musste, endlich den 21./31. Juli als Tag für das Eintreffen der Stände an. Kurbrandenburg und Hessen-Cassel haben ihr Fernbleiben entschuldigt und jener die Ratifikation der gefassten Beschlüsse verheissen.[3]

Bevor man zur Erörterung der Punkte in der Reihenfolge schritt, wie sie der schweinfurter Abschied aufwies, hat man auf Vorschlag der Kurpfalz zunächst den gefährlichen Zustand des Reichs und der benachbarten Königreiche und Länder in Betracht gezogen und hat sich dabei erinnert, dass trotz der vielen Schickungen an den kaiserlichen Hof dort nicht nur nichts ausgerichtet und auf die Zusage der Restitution Donauwörths nichts erfolgt ist sondern dass auch die Urheber aller Zerrüttung, die gleichsam die Exekutoren der päpstischen und anderen Praktiken waren und über die die Unierten sich besonders

[1] Vgl. no. 266 mit Anm. 1 auf S. 616.

[2] Auf Anlass der Hochzeit des Königs Matthias wurde eine Versammlung aller österreichischen Erzherzoge zu Wien geplant, um gemeinsame Hausangelegenheiten, besonders aber Mittel zu beraten, die Wahl des Matthias durchzusetzen (vgl. dazu F. Hurter, Geschichte Kaiser Ferdinands II., VII., S. 2 f.; Gindely, Kaiser Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 323 f. und Briefe und Akten, X.

[3] Vgl. no. 230, S. 539, Anm. 2 und no. 274, S. 631, Anm. 2, sowie no. 305, S. 707, Anm. 2.

Digitized by Google

August 29. beschwerten, nicht bestraft sondern sogar noch erhöht wurden. Daraus kann man aber abnehmen, wessen man sich künftig von diesen Leuten zu versehen haben wird, die gegen die evangelischen, besonders gegen die unierten Stände jetzt nur noch rachgieriger sein werden. Dass sie bisher in ihrem Vorhaben zurückgehalten wurden, ist nur der Zusammensetzung der Unierten zu danken; man wird die Anschläge jener durch Fortsetzung der Union hoffentlich auch künftig abwenden können.

Da es eben zur Zeit das Ansehen hat, als ob sich die Gegner aufs Aeusserste bemühen wollten, ihr Intent durch Vorschub des Papstes und seines Anhanges, die „das arbitrium pacis et belli" fast ganz in Händen haben, durchzusetzen und wie im vorigen Jahr dazu Kriegsvolk zu werben, so haben alle Unierten erklärt, bei dieser Union beständig zu bleiben in der Zuversicht, dass, wenn man dem Zweck der Union nachgeht, durch diese Zusammensetzung alles Unheil von ihnen und ihren Untertanen abgewendet werden wird.

I. Hauptpunkt: Erhaltung und Fortsetzung der Union. Man war einhellig der Meinung, dass die Union, wenn ihrer Verfassung und den bisherigen Abschieden nachgegangen wird, — wozu sich alle Unierten geneigt zeigten, — bei männiglich Ansehen gewinnen wird. Bei den verschiedenen Zügen und „geschwinden Empörungen" des vorigen Jahres konnten freilich Mängel nicht ausbleiben, die teils am Rechnungs-, teils am Kriegswesen, endlich an den zu Schweinfurt übergebenen Gravamina der unierten Städte[1] hafteten. Zu künftiger Vermeidung solcher Mängel hat man gleich anfangs die Prüfung der Rechnungen einem besonderen Ausschuss überwiesen; das Ergebnis der Prüfung ist in dem Rechnungsabschied[2] niedergelegt, womit die meisten Mängel beseitigt sind. Da eine Reihe von Unrichtigkeiten daraus entsprungen sind, dass die Rechnungen von zu viel Personen geführt wurden, so soll künftig ein Generalpfennigmeister verordnet werden, dem das ganze Rechnungswesen untersteht und der aus all den Nebenrechnungen ein Ganzes machen und jene als Beilagen in die Hauptrechnung bringen soll; Zahlungen darf er nur mit Wissen des Generals und der Kriegsräte leisten. Ueber Artillerie, Munition, Material- und Fortifikationssachen sind besondere Rechnungen zu führen. — Ein Mangel ist auch, dass einige die Frist zur Entrichtung ihrer Quoten nicht einhalten. Es wurde deshalb vorgeschlagen, sich bestimmter Legstätten zu vergleichen, statt dass jeder Stand vermöge des ahausischen Abschieds seine Quote bei sich behält; man hat es aber mit Rücksicht auf die Abwesenheit einiger Stände diesmal noch bei diesem Abschied und bei der dort vorgesehenen Visitation gelassen. — Da viele Stände mit ihren Quoten ganz im Rückstand bleiben, so ist zur Erhaltung der Gleichheit beschlossen worden, die Säumigen durch Entsendung einer eigenen Person zur Gebühr zu ermahnen. Aus den eingebrachten Restanten sollen dann zunächst jene Stände befriedigt

[1] No. 107.
[2] No. 339.

Digitized by Google

werden, die der Union Vorschüsse getan haben; würden die Restanten nicht zureichen, so ist der Abgang aus gemeiner Union Mitteln zu erstatten, doch dass es bei den im September 1610 aufgerichteten Obligationen für die Darlehen verbleibt. — Wegen der Mängel im Kriegswesen wurde beschlossen, Hauptimpresen oder Offensivkriege nur mit Zustimmung aller Unierten zu unternehmen und Partikularkonvente nach Möglichkeit zu vermeiden. — Wegen des Kriegsrates bleibt es beim heilbronner Abschied[1]; auch wird man sich geeigneter Personen zum Kommissariat, Proviant- und Pfennigmeisteramt zu vergleichen haben, welche Aemter für die Union unentbehrlich sind. — Bei den vorigen Kriegsbestallungen soll es sein Bewenden haben; doch sollen sie vom General und vom Kriegsrat geprüft werden. Ohne deren Zustimmung darf auch niemand zu einem Kommando ausserhalb der ordentlichen Bestallungen gelangen oder Nebenbestallungen, Vorteilsgelder u. s. w. erteilt oder in den Rechnungen passiert werden. — Wegen der eilenden Werbungen im Notfall gibt die Union Mass; wer wirbt, muss sich zuvor mit dem Direktorium oder mit dem General und den Kriegsräten verständigen. Um aber das Mittel der Werbung nicht immer anwenden zu müssen, soll sich jeder Stand in seinem Land gefasst halten und sich auch der Kreishilfen bedienen, welche Mittel die Union nur ergänzen will. — Es ist zwar vor einem Jahr zwischen den Ständen am Rhein ein nachbarlicher Sukkurs verabredet und ist hernach zu Schweinfurt verabschiedet worden, den gleichen Sukkurs auch an der Donau anzustellen; inzwischen haben sich aber die Dinge geändert und steht alles zu fernerer Vergleichung. — Wegen der Kriegsdisziplin soll man den Bestimmungen des heilbronner Abschieds nachgehen und die damals verabschiedeten „Kriegsbedenken" dem Direktorium einschicken; der General und die Kriegsräte werden es künftig so anzustellen wissen, dass die Soldaten niemanden wider Gebühr beschweren. — Die zu Schweinfurt übergebenen Gravamina der unierten Städte sind zumeist in den verglichenen Rechnungen erörtert. Wegen der nachbarlichen Irrungen bleibt es bei der Unionsnotel; sie sind so beizulegen, dass der Union kein Schaden oder Nachrede daraus erwächst. — Wegen des wiederholt angeregten consilium politicum hat man auch diesmal nicht gefunden, dass man es zur Zeit mit Nutzen verwenden könnte.

August 29.

II. Hauptpunkt: Vermehrung der Union. Die Städte Giengen und Aalen sind in die Union aufgenommen worden. — Die Einnahme der wetterauischen und fränkischen Grafen und Herrn haftet an der Schwierigkeit, die Vota auszuteilen. Diesmal haben die anwesenden unierten Fürsten in den Vorschlag gewilligt, ihnen gleich den Städten acht Vota zuzubilligen, so dass sechzehn gräflichen und städtischen Voten zwölf der Kurfürsten und Fürsten gegenüberstehen sollen; doch müssen die abwesenden Stände Kurbrandenburg, Neuburg und Hessen zuvor ihre

[1] Vgl. Briefe und Akten, III., no. 207, S. 351.

Digitized by Google

August 29. Zustimmung geben. Ist diese erlangt, so soll das Direktorium, allenfalls mit Zuziehung von Württemberg und Baden, mit den Grafen weiter verhandeln und sie zum Verzicht auf deren Reservate bringen. — Mit den Hansestädten weiter zu verhandeln, erschien zunächst bedenklich, da sie sich vielleicht der geächteten Stadt Braunschweig annehmen möchten. Da sie aber vielleicht eben deshalb jetzt leichter zu behandeln sind, so soll die Handlung befördert und von Kurbrandenburg und Hessen-Cassel Bericht eingefordert werden, wie weit sie bisher damit gekommen sind und ob sie vermeinen, dass trotz der braunschweiger Irrungen, deren sich die Union nicht teilhaftig machen will, in den Verhandlungen fortzufahren sei. — Zwischen den Häusern Sachsen und Kurbrandenburg ist ein gütlicher Vergleich getroffen und besseres Einvernehmen erzielt worden, so dass die Erhandlung des Hauses Sachsen für die Union nicht ganz hoffnungslos ist. Es soll deshalb auf künftigem Kurfürstentag durch den Administrator und durch Kurbrandenburg bei Sachsen gute Information und Unterbauung geschehen, damit dereinst die Union zu diesem ansehnlichen Zuwachs und man überhaupt zu einer gemeinen Zusammensetzung aller evangelischen Stände gelangen kann; denn es würden der Herzog von Braunschweig und die „drinnen Lands gesessenen" Fürsten, die ihr Auge auf Sachsen haben, sich dann unbedenklich zur Union begeben; der Kurfürst von Brandenburg möge darum hierin sein Bestes tun. — Die Handlung mit Hessen-Darmstadt ist dem Markgrafen von Ansbach übertragen, die mit der Stadt Wimpfen dem Markgrafen von Baden und der Stadt Ulm; wegen der Städte Frankfurt und Regensburg bleibt es zu besserer Gelegenheit gestellt. — Mit Erzherzog Maximilian, mit den evangelischen Schweizern und den böhmischen und österreichischen Ständen bleibt es bei der angefangenen Korrespondenz; Württemberg und Baden sind zu ersuchen, ihrerseits neben dem Administrator diese Korrespondenz mit dem Erzherzog zu unterhalten, wie dazu auch sämtliche Unierte an ihn geschrieben haben.[1] — Wegen der ausländischen Potentaten, besonders wegen des Königs von Dänemark, liess man es schon mit Rücksicht auf den schwedischen Krieg bei voriger Erklärung.[2]

III. Hauptpunkt: Gebrauch der Union zur Herbeiführung beständigen Friedens. Es sollen, wie schon zu Schweinfurt bestimmt worden ist, die Stände es mit einander treulich meinen, die „termini defensionis" nicht überschreiten, Gleichheit halten, in guter Bereitschaft stehen, des Gegners Intent wol auskundschaften und einander mitteilen, kurz bei jetzigen gefährlichen Läufen die Union in gutem Stand halten, sie festigen und ihr Ansehen mehren. Zur Herbeiführung eines beständigen Friedens bleibt es bei den Vorschlägen des schweinfurter Abschieds; wird ihnen nachgesetzt, so werden hoffentlich die ungleichen Gedanken

[1] Vgl. no. 305, S. 727, Anm. 2.
[2] Vgl. den dritten Nebenabschied unter no. 333.

Digitized by Google

gegen die Union fallen und schon dadurch das verlorene deutsche Vertrauen wiedergebracht werden. Die erste eigentliche Ursache des eingerissenen Mistrauens, die beseitigt werden muss, ist die Beschwerung der evangelischen Reichsstände vom kaiserlichen Hof aus mit gesetzwidrigen Prozessen, über die sich die Stände schon oft durch Schreiben und Schickungen, besonders durch die im Jahre 1609, beschwert und um Abstellung gebeten hatten, die aber bisher trotz der erteilten mündlichen Zusagen nicht erfolgt ist; die andere Ursache sind die Beschwerden, die die Stände beider Bekenntnisse gegen einander haben. Durch die Abordnung der kaiserlichen Gesandten zu diesem Unionstag sind aber — sicherlich aus Gottes Schickung — den Unierten Mittel an die Hand gegeben worden, die Brunnquelle beider Arten von Beschwerden zu verstopfen: denn da aus dem Vortrag der kaiserlichen Gesandten am 1./11. August[1] sich ergeben hat, dass der Kaiser Mittel vernehmen will, um das gute Vertrauen wieder herzustellen, so haben die Unierten sowol wegen der Gravamina, deren Abstellung allein beim Kaiser steht, als auch wegen der Gravamina der Stände gegen einander solche schriftliche und mündliche Erinnerung getan,[2] dass dadurch die Abhilfe der Beschwerden wesentlich vorbereitet wird und man Hoffnung auf deren völlige dereinstige Richtigmachung haben darf. Die Unierten hätten zwar darüber mit den kaiserlichen Gesandten gern noch eingehender gehandelt; aber diese waren nur befehligt, die Unierten wegen der Gravamina zur Geduld zu weisen und ihnen anzuzeigen, dass der Kaiser diesen Punkt mit den Mitgliedern des prager Konvents besprochen habe und ihn beim Kurfürstentag reassumieren lassen werde. Daher mussten sich die Unierten darauf beschränken, den Administrator zu ersuchen, diese Sache beim Kurfürstentag selbst zu befördern und bei Kursachsen, Kurbrandenburg und auch Kurmainz, welcher Kurfürst als „Liebhaber des Friedens" berühmt ist, zu unterbauen, damit dies schwere Werk künftig mit gemeinem Zutun vollendet und das Vertrauen endlich wiedergebracht werde. — Unter den Mitteln zur Abschaffung der Beschwerden wurde auch die Wiederholung der Gesandtschaft nach Prag erwogen. Man hat aber für gut befunden, zuvor den Ausgang des Kurfürstentags abzuwarten, und hat der Diskretion des Administrators anvertraut, nach Beendigung des Kurfürstentags eine Zusammenkunft der benachbarten unierten Fürsten und der ausschreibenden Städte anzustellen, um dort zu berichten, was beim Kurfürstentag wegen der Gravamina vorgegangen sei, und dann zu beschliessen, ob man die Schickung an den kaiserlichen Hof geschehen lassen wolle, allenfalls auch um die Instruktion dazu verfassen zu lassen. Solche Schickung würde um so notwendiger sein, wenn beim Kurfürstentag nichts Erspriessliches ausgerichtet würde oder wenn der Tag wegen der erfolgten

August 29.

[1] No. 315.

[2] Bescheid der Unionsstände auf die Werbung der kaiserlichen Kommissarien am 4./14. August in no. 318. — Replik der kaiserlichen Kommissarien am 5./15. August, Anm. 1 auf S. 749. — Unterredung der Deputierten mit den kaiserlichen Kommissarien am 7./17. August in no. 322.

Digitized by Google

August 29. Vergleichung zwischen dem Kaiser und dem König ganz zurückgienge. Geht die Schickung vor sich, so soll sie auf Bitten sämtlicher Stände wieder Fürst Christian von Anhalt übernehmen und wären ihm dieselben Räte beizugeben, die mit ihm in Prag waren. — Man ist auch stets der Meinung gewesen, dass, wenn das Haus Sachsen sich der gemeinen Beschwerden annehmen würde, man desto leichter zum Ziel käme. Nun gibt der jüterbogker Vertrag Hoffnung, dass, wenn Sachsen von der Absicht der Unierten gründlich unterrichtet wird, der Kurfürst nicht nur beim Kurfürstentag gute Dienste leisten sondern sich gleichfalls zu einer Schickung nach Prag bestimmen lassen werde; daher ist für gut befunden worden, dass nach Beendigung des Unionstages einer der unierten Fürsten zu Kursachsen reisen, ihm die Verhandlungen mit den kaiserlichen und königlichen Gesandten und die andern Vorgänge, besonders was wegen der Gravamina beschlossen worden ist, berichten und den Kurfürsten bitten soll, sich dies Werk beim Kurfürstentag angelegen sein zu lassen und im vorerwähnten Fall seine Räte der Schickung nach Prag beizuordnen. Der Markgraf von Ansbach hat es auf sich genommen, diese Reise entweder persönlich zu tun oder eine genehme Persönlichkeit zum Kurfürsten zu schicken. — Das Anbringen des Königs von Ungarn und der Bescheid darauf sind aus den Beilagen ersichtlich.[1]

Die evangelische Bürgerschaft der Stadt Aachen hat ihre Bedrängung durch den katholischen Rat wegen ihres Bekenntnisses vorgebracht und gebeten, sich ihrer anzunehmen. Man konnte aber der Sache Beschaffenheit, besonders wegen des Aufstandes, nicht genau erkunden und hat deshalb nur ein Schreiben an die Possidierenden, die dabei auch interessiert sind, gerichtet.[2] Da aber die Prozesse gegen diese Stadt stets für ein gemeines Gravamen gehalten worden sind, so soll man auch dieser Sache sowol bei der geplanten Schickung an den kaiserlichen Hof wie auch beim Kurfürstentag gedenken, besonders aber bei der Schickung an Kursachsen, der an die eifrige Fürsorge seiner Vorfahren für Aachen und an die Rechte der Herzoge von Jülich in Kirchen- und Schulsachen dortselbst zu erinnern wäre, damit er hierin neben Kurpfalz und Kurbrandenburg beim Kurfürstentag gute Dienste tue. — Es ist auch vorgekommen, dass die evangelische Bürgerschaft von Köln vom dortigen Rat mehr denn je bedrängt werde. Die bisherigen Interzessionen haben aber nichts gefruchtet und am Kammergericht sind keine Prozesse zu erhalten; daher sieht man kein anderes Mittel, sich der Bedrängten anzunehmen, als künftig bei den Gravamina und bei einer allfälligen Deklaration des Religionsfriedens ihrer zu gedenken, unterdessen aber die Possidierenden zu ersuchen, Mittel zur Hilfeleistung vorzuschlagen. — Da der Misverstand

[1] Vgl. no. 305, Anm. 1 auf S. 709 und Anm. 2 auf S. 714.
[2] Vgl. no. 305, S. 720, Anm. 3.

Digitized by Google

zwischen dem Herzog und der Stadt Braunschweig bis zur Achts- August 29.
erklärung gegen diese gediehen ist und daraus ein gefährliches Feuer im Reich entstehen könnte, so haben die Unierten auch dieser Sache nachgedacht, aber befunden, dass ihrer am besten beim Kurfürstentag zu gedenken sei und dass Kurmainz und Kurbrandenburg zu ersuchen wären, den Herzog nochmals zur Güte bewegen, wie er ja einer gütlichen Interposition nicht abgeneigt sein soll; einstweilen könnte man erfahren, was der niedersächsische Kreis deshalb tun will. Es haben auch inzwischen die braunschweigischen Räte die Achtserklärung verschiedenen unierten Ständen zugeschickt und begehrt, sich der geächteten Stadt nicht anzunehmen, worauf diese Stände bei der Union angefragt haben, wie sie sich zu dieser Insinuation und dann zur förmlichen Publikation der Acht durch kaiserliche Herolde verhalten sollen? Man hat dafür gehalten, die Insinuation durch die Räte für ein blosses Privatwerk anzusehen, im andern Fall es aber wie bei der Achtserklärung gegen Donauwörth zu halten; doch wurden die Städte erinnert, dass ihre Bürger wegen der Kommerzien sich etwas vorsehen sollen. — Auch die evangelischen Untertanen im Stift Bamberg haben der Union ihre Bedrängnis geklagt[1] und um Hilfe gebeten; man hat um ihretwillen an den Bischof von Bamberg, an das Kammergericht und an den Herzog von Coburg geschrieben.[2] — Dem Grafen Johann Georg von Hohenzollern wurden wegen einer Erbforderung an seine Vettern Fürschreiben an den Kaiser und an den König von Ungarn und ein Erinnerungsschreiben an seine Vettern gewährt.[3] — Der Kurfürst von Brandenburg will beim nächsten polnischen Reichstag zu Warschau die preussische Belehnungssache völlig richtig machen und hat gebeten, dass die Unierten sich dieser Sache durch eine Schickung und durch Interzessionsschreiben annehmen. Da die Städte nur zu einem Interzessionsschreiben bevollmächtigt waren, auch die Zeit zu einer Schickung zu kurz gewesen wäre, so hat man sich zweier Interzessionsschreiben an den König und die Reichsstände von Polen verglichen.[4] — Ein Hilfegesuch der Stadt Genf wurde laut Beilage beantwortet.[5]

Da endlich die vordem beschlossene Refutation der „donauwörthischen Relation“ fertig ist, aber noch ein Teil der deshalb an das Direktorium einzuschickenden Gutachten aussteht, so sollen zur Beförderung des Druckes die noch mangelnden Gutachten dem Direktorium oder der württembergischen Kanzlei binnen sechs Wochen eingesandt werden. Nach Verlauf dieser Frist ist die Schrift von Württemberg, Oettingen und Ulm nochmals durchzusehen und darauf die Drucklegung zu veranlassen; zugleich hat man sich eines

---

[1] Vgl. no. 321.
[2] Vgl. no. 321, S. 753, Anm. 1.
[3] Sämtliche Schreiben vom 12./22. August (Mb., 119/5, f. 35, 37, 95; Kpte.).
[4] Vgl. no. 305, S. 719, Anm. 1.
[5] Vgl. no. 305, S. 718, Anm. 2.

Digitized by Google

August 29. Titels der Refutationsschrift zu vereinbaren, ihn drucken und bei nächster frankfurter Herbstmesse verbreiten zu lassen.[1] Signatum Rotenburg uf der Tauber den 19. augusti im jahr 1611.

Mb., 119/2, f. 213; Kpt. von Hausmann mit Zusätzen von Camerarius. — Stg. Unionsacta, tom. X., f. 408; württembergisches Original.

August 29. **331.** Erster Nebenabschied des Unionstages zu Rotenburg.

Der Administrator der Kurpfalz hat den Unierten nicht nur durch die Nachschrift seines zweiten Ausschreibens sondern auch in der Proposition des Unionstags berichten lassen, dass bei künftigem Kurfürstentag einige Punkte beraten werden sollen, an denen nicht nur den unierten sondern allen evangelischen Ständen gelegen sein möchte, weshalb er darüber der Unierten Gutachten begehrt, damit er sich darnach zum Besten der Union richten kann.

Diese Punkte sind: 1. Der Kaiser könnte seit den Veränderungen in Böhmen für sich selbst oder auf Erinnerung einiger Reichsstände auf den Gedanken kommen, seine Residenz ins Reich zu verlegen; wie sollen sich die Unierten dazu stellen, zumal in diesem Fall und wegen der Abtretung der Königreiche und Erbländer an den König der Unterhalt des Kaisers den Reichsständen zufallen würde? 2. Der Kaiser und einige Stände dürften auf Reassumtion des vorigen oder Bewilligung eines neuen Reichstags dringen; was erfordert hiebei die Notdurft der Union? 3. Was ist beim Justizpunkt zu bedenken? 4. Wie ist den Gravamina abzuhelfen?

Die Gedanken der Unierten waren zu 1.: Man darf es nicht dahin kommen lassen, dass der Kaiser seine Residenz im Reich anstellt; denn der Unterhalt für ihn würde den Reichsständen zuwachsen, die durch die vielfältigen Steuern und durch das von den bösen Räten des Kaisers verursachte Kriegswesen ohnehin ganz ausgemattet sind und unmöglich eine weitere wahrscheinlich dauernde Belastung auf sich nehmen können. Da noch andere Inkonvenientien sich daraus ergeben möchten, besonders dass die Gesandten des Papstes und Spaniens noch mehr heraus nach Deutschland kommen und ihre Praktiken noch stärker üben würden, so mögen sämtliche Kurfürsten dahin sehen, dass die Verlegung der Residenz verhindert und damit zugleich verhütet werde, dass, wenn der Vergleich zwischen dem Kaiser und dem König nicht zu stande käme oder nicht gehalten würde, „sedes belli" in das Reich gezogen werde. — Zu 2.: Die Unierten wissen nichts von einer Prorogation des 1608 zerschlagenen Reichstags und glauben daher nicht, dass die Kurfürsten eine solche Reassumtion, wenn sie von ihnen begehrt würde, zulassen sollen; sie sollen auch wenn möglich den Konsens zu einem neuen Reichstag verweigern oder die weltlichen Kurfürsten sollen es wenigstens dahin richten, dass bei einem künftigen Ausschreiben der „punctus iustitiae und gravaminum" allen andern vorgezogen und vor dessen

[1] Vgl. F. Stieve, Kampf um Donauwörth, S. 423.

Digitized by Google

Erörterung zu keiner andern Handlung geschritten werde. Und da bisher kein Mittel hat haften wollen, um zur Abhilfe der vielen Beschwerden, besonders derer, die in des Kaisers Hand liegen, zu kommen, so haben die Unierten sich nochmals dahin geeinigt und die Bestimmung aller vorigen Abschiede einhellig wiederholt, sich bei einem künftigen Reichstag weder in eine Beratung einzulassen noch die geringste Kontribution zu bewilligen, bevor nicht den Beschwerden abgeholfen und der Justizpunkt richtig gemacht ist. — Zu 3. und 4.: Diese Punkte fallen mit dem vorigen zusammen; ausserdem ist deshalb noch auf den dritten Hauptpunkt des Hauptabschiedes zu verweisen. August 29.

Der Administrator erbot sich, beim Kurfürstentag diese Punkte in Acht zu nehmen. Da er aber dort nicht alles allein erheben kann, so soll dieser Nebenabschied auch Kurbrandenburg mitgeteilt und der Kurfürst gebeten werden, zur Erreichung des Zweckes nicht nur das seine zu tun sondern deshalb auch bei Kursachsen zu unterbauen, damit durch einhellige Consilia erlangt werde, was bisher durch Schreiben und Schickungen nicht hat ausgerichtet werden können. Und weil der Administrator mit Kurmainz in guter Korrespondenz steht, so möge er vor und während des Kurfürstentages auch mit diesem Kurfürsten von den Sachen vertraulich reden und ihn dahin stimmen, dass er mehr auf des Reiches und der Stände Wolfahrt als auf andere Erwägungen sein Absehen habe. Signatum Rotenburg uf der Tauber den 19. augusti a. 1611.

Mb., 119|2, f. 233; Kpt. von Hausmann mit Zusätzen von Camerarius. — Stg., Unionsacta, tom. X., f. 539; Or.

332. Zweiter Nebenabschied des Unionstages zu Rotenburg. August 29.

Abschied über die Punkte, die in Abwesenheit der Städte unter den Höheren verglichen wurden: 1. Einnahme der Grafen und Herrn. Da gemäss den im Hauptabschied getroffenen Bestimmungen sowol das Aufnehmen der Union als die Praeeminenz der Kurfürsten und Fürsten in Acht zu nehmen ist, so ist verglichen worden, bei der Einnahme der Grafen darauf zu sehen, dass nicht etwa, wie bei andern Bünden geschehen ist, durch Uebereinstimmung der niederen Stände die höheren gefährdet werden und dadurch Ungelegenheiten und schliesslich Trennungen sich ergeben. Der Administrator, dem die Handlung mit den Grafen übertragen ist, wird dies zu beachten wissen und wird sich zur Norm nehmen, was wegen der Voten mit den Grafen und Städten zu Schwäbisch-Hall verhandelt worden ist.[1] Daneben möge er auch dahin sehen, dass die Grafen auch die bereits verfallenen Unionsmonate, die zur Defension aller evangelischen Stände, also auch der Grafen aufgewendet worden sind, neben der laufenden Quote in billigen Fristen erlegen. — 2. Man hat das Schreiben des Erzherzogs Leopold an das strassburger Domkapitel wegen des elsässer Zuges nicht als genügende Ratifikation des willstätter Akkords sondern

[1] Vgl. Briefe und Akten, III., no. 19, S. 38 f.

Digitized by Google

August 29. nur als eine Vollmacht zu solcher Vergleichung ansehen können, weshalb beschlossen worden ist, den Herzog von Lothringen zu ersuchen, dass er das Domkapitel auffordere, eine vollkommene Ratifikation beim Erzherzog auszubringen und dem Administrator zu überschicken, der bis dahin die Originalobligation des Domkapitels in Händen behalten soll.[1] — 3. Der Herzog von Württemberg hat in einem Memorial um Assistenz und Fürschreiben wegen seines vom Hause Burgund und vom Parlament zu Dôle angefochtenen Besitzes der freien Herrschaften in der Grafschaft Mömpelgard gebeten.[2] Nach eingeholter Zustimmung der abwesenden Stände[3] soll dem Administrator Vollmacht aufgetragen werden, einen seiner Räte zu der auf den 5./15. November anberaumten gütlichen Handlung abzufertigen; zugleich hat der Administrator sich erboten, die Sache auch beim Kurfürstentag in Acht zu nehmen; auch werden die erbetenen Schreiben Württemberg bewilligt.[4] — 4. Der Markgraf von Baden hat den unierten Fürsten mitgeteilt, dass der Kurfürst von Trier willens sein soll, den ältesten von den eickenschen Kindern auf den Kurfürstentag zu bringen. Der Markgraf besorgt davon für sich und den ganzen Fürstenstand ein grosses Praejudiz und ersucht den Administrator, ein solches verhüten zu helfen.[5] Der Administrator hat sich dazu bereit erklärt; ausserdem haben die unierten Fürsten deshalb an Kurbrandenburg geschrieben.[6] — 5. Herzog Friedrich Casimir, Statthalter des evangelischen Domkapitels zu Strassburg, hat durch Schreiben[7] und mündlich die unierten Fürsten

---

[1] Vgl. no. 305, S. 707, Anm. 1 und das Schreiben des Administrators der Kurpfalz an den Herzog von Lothringen vom 2./12. August, das obigem Beschluss entspricht (Mb., 342/1, f. 121; Kopie).

[2] Vgl. no. 305, S. 719, Anm. 2.

[3] Diese wird in der Nachschrift eines Schreibens der unierten Fürsten an Kurbrandenburg und an den Landgrafen von Hessen-Cassel am 21./31. August eingeholt und zugleich Vollmacht für den Administrator erbeten (Mb., 342/1, f. 123; Kopie.)

[4] Am 21./31. August schreiben die unierten Fürsten an Erzherzog Albrecht, die Beschwerung Württembergs durch das Parlament von Dôle abzustellen, die Prozesse einzustellen und die brüsseler Handlung abzuwarten (Mb., 342/1, f. 126; Kopie).

[5] Schreiben des Markgrafen an die Unierten vom $\frac{\text{22. Juli}}{\text{1. August}}$ (Mb., 119/2, f. 115; Kopie). Wegen der Streitsache vgl. no. 15, S. 36, Anm. 1.

[6] Am 1./11. August: Empfehlung der Sache des Markgrafen, an der allen kurfürstlichen und fürstlichen Häusern gelegen ist; die Unierten haben sich deshalb auch an Kursachsen gewendet. Würde das Suchen der eickenschen Kinder zum Nachteil der Erbfolge zugelassen werden, so könnte daraus, — zumal es sich um Erweiterung des leidigen Papsttums und um Schwächung der evangelischen Fürstenhäuser handelt, — künftig der Ruin des evangelischen Fürstenstandes erfolgen (Mb., 342/1, f. 127; Kopie).

[7] Schreiben vom $\frac{\text{26. Juli}}{\text{5. August}}$: Die evangelischen Kapitularen haben sich seit siebenundzwanzig Jahren ihrer papistischen Gegner erwehrt; es liegt aber dem gemeinen Religionswesen viel daran, dass nicht nach Ablauf der noch

Digitized by Google

um Unterstützung der evangelischen Kapitularen in Strassburg bitten lassen; wegen Abwesenheit einiger Stände hat man aber diese Sache zu besserer Gelegenheit gestellt und dies dem Statthalter mitgeteilt.[1] — 6. Dem Landgrafen Moriz von Hessen hat man auf dessen Entschuldigungsschreiben wegen des unterlassenen Besuchs des Unionstags die Beschaffenheit der Unionsverfassung schriftlich vorgestellt,[2] wovon man bei ihm grösseren Fleiss in der Besuchung oder Beschickung solcher Tagungen erhofft. — 7. Es haben sich die Stände des untern Elsass einer gemeinsamen Streifung gegen die gartenden Kriegsknechte verglichen; zu gleicher Streifung haben die bischöflich speirischen Amtleute die kurpfälzischen ersucht. Man hat wegen dieser Streifungen für gut angesehen, dass sie jeder unierte Stand für sich in seinem Land vornehme, doch dass die Landstreicher über die Grenzen in das Gebiet „nicht unierter" Stände gewiesen und unverdächtige und ehrliche Soldaten nach Möglichkeit verschont werden; einer durchgehenden gemeinen Streifung hat man sich zur Zeit nicht vergleichen können. Signatum Rotenburg uf der Tauber den 19. augusti a. 1611. August 29.

Mb., 119|2, f. 229; Kpt. von Camerarius. — Stg., Unionsacta, tom. X., f. 508; Or.

333. Dritter Nebenabschied des Uniontags zu Rotenburg. August 29.

Beim Punkt der Korrespondenz mit den fremden Potentaten wurde berichtet, was Fürst Christian von Anhalt vermöge des ihm zu Schwäbisch-Hall erteilten Auftrages bei den Königen von Frankreich und England und bei den Generalstaaten geworben hat, was durch den Administrator der Kurpfalz als Pfalzgrafen von Zweibrücken beim jungen König und bei der Königin-Regentin von Frankreich und durch Herzog Ludwig Friedrich von Württemberg und dessen zugeordneten Räten wieder bei England und den Generalstaaten verrichtet

---

übrigen acht Jahre des „Anstandes" die Gegner ihre Absichten unversehens durchsetzen. Das wird verhindert, wenn im strassburger Bruderhof wenigstens zwei bis drei Kapitularen unterhalten werden, wozu die Unierten einen jährlichen Beitrag für die Dauer des Anstandes leisten mögen (Mb., 342/1, f. 129; Kopie).

[1] Die Unierten weisen den Statthalter auf die Verhandlungen mit den kaiserlichen Gesandten wegen der allgemeinen Beschwerden hin, unter denen die strassburger Stiftssache nicht die geringste ist; durch Interposition der Stände wird hoffentlich dem Hauptwerk abgeholfen werden. Der Statthalter möge sein Anbringen bei den Kurfürsten wiederholen; nehmen sich diese der Sache an, so werden die andern evangelischen Stände gerne folgen (Schreiben vom 19./29. August in Mb., 342/1, f. 131; Kopie).

[2] Undatiertes Schreiben als Antwort auf das in no. 305, S. 707, Anm. 2 erwähnte; zugleich werden damit die Abschiede der besonderen Verhandlungen unter den unierten Fürsten zur Ratifikation überschickt und dabei erinnert, dass, wenn ein Fürst auf einem Unionstag nicht persönlich erscheinen kann, er einem andern Fürsten Vollmacht auftragen soll, der seine Stelle zu vertreten hat, wenn Dinge vorkommen, die allein vor die Fürsten gehören (Mb., 342/1, f. 133; Kopie).

Digitized by Google

August 29. worden ist. Darauf wurde einhellig beschlossen, dem König von Frankreich und dessen Mutter wegen der vor Jülich geleisteten Hilfe namens der unierten Kurfürsten und Fürsten nochmals zu danken.[1] — Der König von England hat auf wiederholtes Ersuchen Artikel entwerfen lassen,[2] auf Grund deren er geneigt ist, sich mit der Union in Korrespondenz einzulassen, und hat seinen Gesandten im Haag bevollmächtigt, darüber zu handeln und zu schliessen und sich dazu bei nächstem Unionstag einzufinden. Man hat daher diese Artikel erwogen und sie mit Anmerkungen versehen;[3] zugleich hat man beschlossen, sich schriftlich sowol beim König wie beim Gesandten zu entschuldigen, dass man diesen wegen der Verschiebung des Termins nicht zum Unionstag habe laden können, und sich bereit zu erklären, zur Abhandlung der Artikel Bevollmächtigte an einen vom englischen Gesandten zu bestimmenden Ort binnen zwei Monaten abzuordnen. Zur Beförderung der Sache sind der Administrator und der Herzog von Württemberg ersucht worden, die Korrespondenz mit England durch geeignete Räte zu reassumieren, wozu ihnen von den Anwesenden Vollmacht[4] erteilt wird. Um die Vollmacht auch von den abwesenden Ständen zu erlangen, soll der Administrator diesen Nebenabschied an Kurbrandenburg, Neuburg und Hessen mitteilen. Als Ort der Verhandlung ist Wesel oder Cleve ins Auge zu fassen. Da der König von England die Artikel in französischer Sprache hat abfassen lassen, soll die Handlung in dieser Sprache fortgesetzt werden. Damit endlich dem, was mit England abgehandelt wird, auch wirklich nachgesetzt und den Versprechungen genügt wird, soll jeder Stand sich mit der dazu gehörigen Anlage gefasst halten und sie, wenn es nötig befunden wird, an einem bestimmten Ort deponieren; gegen die Säumigen ist aber mit den in der Union vorgesehenen Mitteln zu verfahren. Signatum Rotenburg uf der Tauber den 19. augusti a. 1611.

Stg., Unionsacta, tom. X, f. 933; Or.

August 30. **334.** Domdechant Adam Wolf genannt Metternich an Herzog Maximilian von Baiern.

Die vornehmste Ursache des Besuches von Kurmainz beim Bischof von Speier war, wegen des Wahl- und Krönungstages allerlei zu besprechen.[5] „Vnd befint ich Meinz allerdings resoluirt, dass die

---

[1] Vgl. no. 305, S. 729, Anm. 3.
[2] Vgl. no. 305, S. 728, Anm. 3.
[3] Vgl. no. 305, S. 728, Anm. 4.
[4] Vgl. no. 338, S. 783, Anm. 2.
[5] Der Besuch wurde zwischen 17. und 22. August zu Eidenheim unter reichlichen Libationen ausgeführt, wie ein anderer Gewährsmann, Johann Brackenhofer, dem Kanzler des Erzherzogs Maximilian, Melchior Geuer, berichtet (Bericht vom 23. August aus Speier; Ib., Ambraser Akten, Missiven vom September 1611, zu no. 9; Or. eigh.). Als Zweck der Reise des Kur-

Digitized by Google

wahl eines römischen königs sol fürgehenn; glaub auch, wanss dernselbenn nach irem sin ginge, es moecht auff erzherzogen Leopoldum gehenn[1]; beklagen aber zum hoschstenn, dass man ihrem rhaedt nicht gefolgdt vnd dardurch groesse hindernuss verursachet." Andere meinen, dass, so lange der Kaiser lebt, es vergebens sein werde; „dan ob man woel anlass gebe als dass man nichsts anders beger, so habe doch dasselbe solche haekel, dass man nicht werte fortkunnen, vnd dieweil dissen Trier humor zimlich bekant,[2] moecht ihrer meinungh nach der entlicher ausschlagh lichtlich fhallen vnd also vil zeit vnd kosten vergebs, wie mermalen geschehenn, angewent werdenn." — Ich habe auf E. fl. D.t Schreiben vom 25. Juli[3] noch nicht geantwortet, weil ich unter diesen Umständen noch nicht sehe, wie der Sache recht zu tun wäre; überall finde ich etwas, was mich hindert; bei den meisten schlägt man ins Wasser. Den Weg, dem bevorstehenden Unheil vorzubauen, werden diejenigen finden, die Macht, Eifer und Verstand vereinen. — Mainz erzählt, dass der Anhalter bei ihm gewesen sei und ihm bekannt habe, „dass, wan ers nicht verhindert, so were es vber alle stiffter gangen, dann graff Johann von Nassaw habs gantz vnd gar darauff richten wollen; damit es aber verhindert wurde, habe er sich in die hendel geswungen." Daraus sieht man, worauf alle Consilia giengen und was das Conclusum war. „Vnd haldt ich, diss sei nhun ein sonderer griff, sich widder einzubringen, damit man allerhandt sachen erlernen vnd zu gelegener zeit mit erspreislicher effect ihrerseits durchdringen moege"; auf unserer Seite sehe ich aber wenig Vorkehrungen. Alles Unheil dürfte aus uns selbst erwachsen. „Were es muglich, dass vnsere oberen durch ein concilium ader nationale ader prouinctiale ein rechte reformation bei den ertz- vnd andern stifftern anstelleten, dass zum wenigesten die gar grobe mengel aibgeschaifft wurden, so moecht man hoffnungh haben"; aber ich finde nicht nur bei uns in

August 30.

---

fürsten bezeichnet Metternich im nächsten Schreiben an den Herzog vom 6. September die Absicht, den Bischof zu überreden, mit auf den Kurfürstentag zu kommen, was dieser aber ablehnte (Ma., 112/1, f. 102; Or.).

[1] Metternich irrt hierin, wie aus no. 273, S. 629, Anm. 1 hervorgeht, wenn auch die Beziehungen zwischen dem Kurfürsten und dem Erzherzog noch fortdauerten und Kurmainz von verschiedenen Seiten gebeten wurde, sich zu dessen Gunsten bei König Matthias zu interponieren (Herzog Maximilian von Baiern an Kurmainz am 2. August, Kurmainz an König Matthias am 9. August, Erzherzog Ferdinand an Kurmainz am 14. August, sämtliche Schreiben in Ma., 111/11; — Kpt., resp. Or. und Kopie). — Zu Brackenhofer, der wol im Auftrag des Erzherzogs Maximilian Kurmainz wegen der Königswahl zu sondieren hatte, äusserte der Kurfürst: er sei von dem löblichen Haus Oesterreich wiederholt ersucht worden, es sich bei dem vorgelaufenen Unwesen befohlen sein zu lassen; er sei diesem Haus ohnehin stets zugetan gewesen und wolle es noch sein, „wo sich allainig (verba formalia) dasselbe auch accomodieren und besser uf sich sehen werde und was zur befürderung desselben gereichen mechte, so vil an in, nichts nit erwinden zu lassen"; vgl. Anm. 5 auf S. 776.

[2] Wegen der Neigungen Kurtriers vgl. no. 216 und das kurpfälzische Protokoll in no. 273, S. 629, Anm. 1.

[3] Vgl. no. 292, S. 675, Anm. 1.

Digitized by Google

August 30. Deutschland sondern auch zu Rom und bei den Gesandten [Nuntien] solche Mängel und Schläfrigkeit, dass, wenn nicht Gott andere Geister und Mittel schickt, alles gleichsam verloren ist. Datum Speir den 30. augusti a. 11.

Ma., 112/1, f. 99; Or. eigh.

August 31. **335.** Der Administrator der Kurpfalz an den kurpfälzischen Grosshofmeister und die Räte.

Kurmainz hat uns die Verlegung des Kurfürstentages nach Nürnberg angezeigt. „Nun ist zwar nit ohn, dass villeicht insgemein besser sein solte, dass solcher churfurstentag für diessmal seinen vortgang gar nicht erreichte.“ Da es aber auch nicht ratsam wäre, sich merken zu lassen, „dass man diessorts dessen hinderbleibung gern sehen möchte,“ so haben wir Kurmainz erklärt, uns von den andern Kurfürsten nicht absondern zu wollen,[1] zugleich aber Kurbrandenburg und Kursachsen geschrieben,[2] ob sie mit der neuen Malstatt und vorigem Termin einverstanden seien, da uns dieser fast zu eng erscheine. Es sind vorläufig dieselben Anstellungen wie für Mühlhausen zu treffen. Datum Rotenburg uf der Tauber den 21. augusti a. 1611. — Praes. Heidelberg 23. augusti.

Ma., 547/14, f. 252; Kpt., — f. 250; Or.

[August Ende.] **336.** Bericht der zum Unionstag nach Rotenburg abgeordneten kaiserlichen Kommissarien.

Bericht über den Empfang und die Aufnahme. Die Fürsten haben erklärt, „dass die union I. ksl. M.t nicht zu verkleinerung sondern vielmehr zu manutenirung deroselben autoritet und hoheit, wie auch der heilsamen constitutionen und reichsordnungen angesehen gewesen und noch, wie sie auch dorumb I. ksl. M.t die eingerissenen mängel im regiment und beschwerden (dorin sie aber I. ksl. M.t keine schuld geben) durch die vor diesem beschehene ansehenliche abordnung entdeckt, dass sie dodurch ire getreueste affection, liebe und eifer, derselben in iren nöten und anligen zu helfen und under die arme zu greifen, demonstriren wollen. Sei inen aber leid, dass es damals anderst aufgenommen worden und es mit I. ksl. M.t zu den izt beschwerlichen terminis gerathen sei, mit angeheftem hohem erbieten, dass sie I. M.t als ir höchstes einiges haupt respectirn, ehren, lieben

[1] Am 20./30. August (Ma. 547/14, f. 246; Kpt.).

[2] Am 21./31. August (Ma., 547/14, f. 248; Kpt.). In dem Schreiben an Kursachsen bedauert der Administrator, dass sein Vorschlag wegen vorhergehender Zusammenordnung der Räte der weltlichen Kurfürsten sich nicht habe praktizieren lassen, da sein höchster Wunsch sei, mit Sachsen und Brandenburg in den Dingen, die das gemeine evangelische Wesen angehen, gute Korrespondenz und einmütige „Consilia“ zu haben.

Digitized by Google

und nach eusserstem vermügen dienen und an sich nichts erwinden lassen wolten, damit man neher zusammentreten und gutes vertrauen aufgerichtet werden möge, dohin auch dieser conventus eigentlich angesehen gewesen, wie sie sich auch erfreuen theten, dass I. ksl. M.t derselben ebenmessige intention durch diese legation zu erkennen geben. [August Ende.]

In specie hat sich pfalzgraf Johann hoch gegen I. M.t und dass er solches bei dem churfürstlichen collegialtag und sonsten bei allen occasionibus treulich beweisen wolle, erboten. — Fürst Christian von Anhalt hette sich ebenmessig hoch erboten mit andeuten, dass er I. M.t vor diesem treulich vor alle dem, so izo ervolget, gewarnet und wer im leid, dass durch anderer böser leute verhinderung sein guter vorsatz keinen effect erreicht, I. M.t auch dodurch in diese ungelegenheit gerathen were. — Ebenmessiges erbieten hette der marggraf zu Anspach gethan und hette Anspach in specie angedeutet, dass er oft occasion gewünschet, I. ksl. M.t underthenigste getreue affection zu erweisen, wie er dann auch vor etzlichen jaren in der person sich gehorsamblich praesentiren wollen; es weren ime alle zeit rigel vorgestossen worden, die ime seine wolgemeinte intention zu effectuirn verhindert, mit vermeldung, dass der unierten intention allein dohin gerichtet, damit ruhe und frid im reich und I. ksl. M.t autoritet und respect erhalten werden möchte; es müste aber den gravaminibus nach billichen dingen abgeholfen werden und dodurch würden I. M.t ir eine fridsame regierung und immerwehrenden ruhm verschaffen und die stände umb soviel mehr devinciren, wie sie auch diese legationem, dieweil I. ksl. M.t dohin auch inclinirten, vor eine sonderbare schickung Gottes hielten, und solten I. M.t versichert sein, dass keiner under den unirten wer, so nicht begirig sei, bei I. ksl. M.t das euserste zu thun. — Wirtemberg hette sich gleichsfalls gar eiferig und hoch erboten, auch mitangehengt, dass I. ksl. M.t nach dem löblichen exempel kaisers Ferdinandi dohin trachten wolten, wie den beschwerden möchte abgeholfen werden und die heilsame justitia wie auch andere gute und nuzliche ordnung wider in den gang möchten gebracht werden. — Der marggraf von Baden hette von dem gefehrlichen zustand im römischen reich weitleuftig discurrirt und sich dorneben verlauten lassen, dass er I. M.t als sein einiges hochgeehrtes oberhaupt jederzeit von herzen geliebet und venerirt und noch und dass er mit I. M.t wegen itzigen zustands ein grosses getreues mitleiden trüge, sich dorneben entschuldiget, dass er niemals wider I. M.t etwas ungepürlichs vorgenommen, auch nicht gesinnet sei, etwas zu thun, so seinen pflichten und schuldigkeit oder I. ksl. M.t hochgeehrten reputation zuwider sei cum excusatione: was vorgangen, darzu weren sie wider iren willen genötigt worden und sei noch zeit, diesem unheil zu remedirn, do nur I. ksl. M.t gutherzigen rath hören und statt geben wölle mit erbieten, nach seinem vermügen zu thun, wie die schuldigkeit erfordert."

Digitized by Google

[August Ende.] Bericht über Polheims Schickung, dessen Aufnahme, Werbung und ihm erteilten Bescheid;[1] über den Bescheid der Unierten auf die Werbung der kaiserlichen Kommissarien,[2] die Replik[3] darauf und die Unterredung zwischen einem Ausschuss der Unierten und den Kommissarien.[4] — „Hierneben vermelden die commissarii, als inmittels I. M.t fernere erklerung ankommen,[5] dass wegen der gravaminum auf dem churfürstlichen collegialtag etwas vorlaufen möchte, hetten die deputati solches ad referendum angenommen, hetten aber hernach ad partem weitleuftig verstanden, dass geschlossen, man solle des tags erwarten, aber doselbst stark und beweglich entweder durch schickung oder durch auftragen gewalts herzog Johann pfalzgrafen anmanung thun oder, do dieser tag verschoben werden solte, dass man zu erorterung auf andere mittel, wie diesen sachen zu rathen, gedenken müste, welches den ohne frucht verhoffentlich nicht abgehen würde.

Berichten sonsten darneben, dass sie sowol bei den fürsten als den städten gar gute affection gegen I. ksl. M.t gespürt, wie sie auch in iren votis I. ksl. M.t löblichen regirung rühmlich gedacht und, was etwa also vorgelaufen, I. M.t entschuldigt und etzlichen räthen imputirt. Sonsten vermelden die commissarii, aus was ursachen dieser conventus vornemblich angestelt, nemblich dass sie rechnungen abgehört und examinirt, die unionscapitulation revidirt und keine werbung ohne vorwissen der sämptlichen unionsverwandten anzustellen beschlossen und auf künftigen fall mit ansehenlichem vorrath gefast zu sein verabschidet; so wurden sich auch die wetterauischen und andere grafen mit inen conjungirn.“

Beim Abschied wurden die Kommissarien wieder sehr geehrt, von den Fürsten in ihren Quartieren besucht, wobei diese „voriges hohes erbieten und embsige bitte wegen der gravaminum repetirt und darbei das löbliche exemplum kaisers Ferdinandi im jar 52 hochrühmlich allegirt und fast so viel angedeutet, dass auf solche weise, wie domals geschehen, den ständen beider religionen ex fundamento geholfen werden könte.“ O. D.

Drs., l. 7387, II. Buch Kurfürstentags, f. 183; Auszug.[6]

---

[1] Vgl. no. 305, S. 709, Anm. 1 und S. 714, Anm. 2.
[2] No. 318.
[3] No. 318, S. 749, Anm. 1.
[4] No. 322.
[5] No. 312.
[6] Am 2. September richtet der Kaiser an die Unionsstände ein Dankschreiben für die stattliche Aufnahme seiner Abgesandten und für die erteilte Erklärung an sie. Diese Erklärung wird ihm umso mehr Anlass geben, auf Wege zu denken, seine Fürsorge für das Reich und dessen Stände im Werk zu erweisen. Den Vorschlägen zur Aufhebung des Mistrauens und zur Beseitigung der Gravamina will er weiter nachdenken, wie er sich deshalb schon mit sämtlichen Kurfürsten ins Einvernehmen gesetzt hat; vielleicht ergeben sich noch andere Gelegenheiten, um das Mistrauen zu beseitigen und Einigkeit zu erhalten (Mb., 119/2, f. 252; Or.). — Am kaiserlichen Hof war die Hoffnung auf die Ergebnisse dieser Schickung keine geringe: der Reichshofratssekretär Pucher schreibt schon am 25. August an Erzherzog

Digitized by Google

337. Fürst Christian von Anhalt an Erzherzog Maximilian. Sept. 1.

Auf das Schreiben vom 21. August.[1] Gegenerbieten wegen der vertraulichen Korrespondenz. „Anlangent aber die intention, alss ist die vorgeweste alte intention noch bey denen, mit welchen ich vmbgangen, in optimo flore; die ander intention aber belangendt,

---

Maximilian: „Ich hoff, es seie neulich der weg zu ainer vollkomnen pacification im reich zu Rotenburg an der Tauber zimblich gespant worden, wan nur derselbige weg für handen genomen und bei dem kunftigen churfurstlichen collegialtag angeneme, wol intentionirte commissarii und räth gepreucht wurden, dardurch allen ständen im reich, insonderheit aber dem hauss Oesterreich wiederumben aufgeholfen und die wo nicht verlorne, doch sehr geschwechte authoritet und reputation wieder erlangt werden kan“ (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom September 1611, no. 29; Or. eigh.) — Ganz anders lautete natürlich das Urteil der Ligisten. Der kurmainzische Grosshofmeister Kaspar von Eltz schreibt am 8. September seinem Herrn, nachdem er die Werbungen der kaiserlichen und königlichen Gesandten kennen gelernt hatte: Jene ist so beschaffen, dass sie besser unterblieben wäre; denn sie gab den Unierten Ursache, alles zu wiederholen, was sie vordem wegen ihrer Gravamina beim Kaiser gesucht hatten. Sie gaben dabei auch zu verstehen, dass, weil die Versprechungen des Kaisers nicht erfüllt worden seien, man ihnen dadurch Anlass gegeben habe, eine Verfassung und Defension zu bedenken und zu den Waffen zu greifen und dass fast zu allen Unruhen und Empörungen, auch Mistrauen unter den Reichsständen, der Kaiser Ursache gegeben habe. Die Unierten bestehen nochmals darauf, den Kaiser dahin zu bewegen, „alles nach irer meynung vnd fordteyl zu corrigiren vnd fermerktt man so fil aus irer resolution, auff den wiederichen fal I. M.t wenich gehorsams, ohnerachtt ingefoerter gladtter wort, bei inen zu gewartten vnd alles durchzudringen vermeinen, vnd hetten I. ksl. M.t disses ferweis vnd auffropfen boesen regementz wol beubricht bleyben küennden vnd ist keyn zweyfel zu haben, das sie, die protestirende bundschend, bey dissem conuentu sich besser bestercken vnd ligiren werden, sintemal inen sher wol bewust, wie die sachen auff seydten der catholischen bundschend leyder beschaffen.“ Es wird auch nicht ausbleiben, dass die Unierten die ihrigen zum Kurfürstentag abordnen und den Kurfürsten ihr Gutachten, wie alles zu reformieren sei, ernstlich vortragen und eine Konfusion erregen werden; Pfalz und Brandenburg werden tapfer mitstimmen, wenn man sich wird damit beladen lassen, und die kaiserlichen Kommissarien werden es auch ihresteils an sich nicht fehlen lassen. Das Anbringen des Königs Matthias ist nur ein Bericht von dem Verlauf des Zwistes mit dem Kaiser, von den Verhandlungen und dem Vergleich samt einem Erbieten zur Korrespondenz und der Bitte um Assistenz im Notfall. Der Bescheid ist schlecht genug und ganz auf Schrauben gestellt. Bei diesem Wesen müssen die katholischen Stände wachsam sein (Wmz, Reichstagsakten, Bd. 105, no. 58; Or. eigh.).

[1] Der Erzherzog erinnerte in diesem Schreiben den Fürsten an seine alten Intentionen. „Weil dan nun gleichsamb die göttliche disposition und vernunft selbsten dahin lendet und dass solche an sich selbsten recht seie, erweiset, als ersueche E. L. ich hiemit ganz freundlich, Die geruhen Ihro solche auch Ihres thails gefallen und zu gueter befürderung befolhen sein zue lassen, allermassen ich wol weiss, dass E. L. dieselbe merklich promovieren künnen.“ Ich werde E. L. dafür stets dankbar sein und gern die alte vertrauliche Korrespondenz fortsetzen (Bbg., A 9a, no. 155[2], f. 33; Or.).

Digitized by Google

Sept. 1. befinde ich allenthalben grosse erkeltung[1] und dass nach so vielfeltigem sonnenscheyn auss den warmen lendern doch noch zur zeyt nichts auffgehen oder grunen wollen. Deretwegen E. D.t mihr verzeyhen wollen, dass ich noch ettwass zweyffelen muss, ob sich gottliche disposition dahin lende vnd weylen ich darfur halten muss, quod fata viam inuenient." Ich rate daher E. D.t nochmals zum Besuch des Kurfürstentags als einziges Mittel der Versicherung des ganzen gemeinen Wesens.[2] Rotenburg den 22. augusti 1611.

Bbg., A 9a, no. 155[2], f. 34; Kpt. eigh.[3]

Sept. 1. **338.** Die unierten Fürsten an den König von England.

„Sire. Par la resolution que V.re M.té nous a envoiée au mois de juillet de l'année passée sur ce que Lui a esté proposé par nostre cousin et frere le prince Louis Frederic de Wirtemberg et ses adjoinctz[4], et les bons effectz de Vostre notable assistance au faict de Cleves, nous avons assez eu des tesmoignages de Vostre bonne affection au publicq et à ceste nostre union, et y avons ésté confirméz d'avantage par plusieurs autres preuves jusques á present, mais en particulier par les pregnantes lettres que mons. le prince d'Anhalt, nostre cousin et frere, nous a delivréz de Vostre part[5] et le recit qu'il nous a faict ci-devant à chascun en particulier et maintenant en la presente nostre assemblée de ce qui c'est passé entre V.re M.té et lui a son dernier voyage, de quoi nous Vous eussions remerciè plus promptement et accepté l'honneur, qu'il Vous a pleu nous faire d'envoyer Vostre ambassadeur resident à la Haye pour accomplir et conclure entièrement le dict traicté, si plusieurs empechements et choses

[1] Auch Geizkofler muss am 28. September dem Erzherzog Maximilian melden: „König Matthiae favor und beifall nimbt, wie ich vermörk, teglich ab; nit waiss ich, was die ursach. I. kgl. M.t schicken leut in das reich, so die herobige glegenheit nit kennen oder wissen" [wol mit Beziehung auf Polheim] (Ib., Ambraser Akten, Missiven vom Oktober 1611, no. 4; Or. eigh.).

[2] Dem Kurfürsten von Mainz schreibt der Fürst am $\frac{\text{27. August}}{\text{6. September}}$ aus Heidelberg, dass die kaiserlichen Kommissarien angeregt hätten, den Erzherzog Maximilian als Unterhändler bei den beiderseitigen Beschwerden zu gebrauchen; darum sei ihm, dem Fürsten, eingefallen, dass es für verschiedene Intentionen nützlich wäre, den Erzherzog zu bewegen, dass er sich beim Kurfürstentag einfinde; vielleicht wäre dazu ein Vorwand, die Interzession des Gesamthauses Oesterreich für König Matthias persönlich einzulegen; der Kurfürst werde verstehen, wie der Fürst dies meint (Bbg., a. a. O., f. 36; Kpt.).

[3] Der Erzherzog erwidert dem Fürsten am 4. September: Die Erzherzoge haben ihre einhellige Intention bereits an die Kurfürsten gelangen lassen (vgl. no. 249), weshalb er keinen Vorwand sieht, den Kurfürstentag zu besuchen; er vertraut aber, der Fürst werde sich seine, des Erzherzogs, ihm wolbekannte Intention befohlen sein lassen (Bbg., A 9a, no. 133[2], f. 1; Or.).

[4] Briefe und Akten, III., no. 204.

[5] Vgl. oben no. 7, S. 20, Anm. 1.

Digitized by Google

journellement survenus depuis n'eussent rendue ceste nostre assemblée tellement incertaine, qu'il a ésté impossible y faire ce qu'à la verité eust esté nostre debvoir. C'est pourquoi Vous supplions, Sire, de vouloir en cela deferer nos excusez lesquelles nous accompagnons à present des bien-humbles offres, que nous faisons de tout ce qui peut dependre de nous et de nos amiz, pour Vostre service et contentement, le bien de Voz successeurs et la service et repoz de Voz couronnes. Or quant aux articles de nostre alliance que V.re M.té a faict mettre par escript, comme nous les avons tousjours trouvéz fort raisonnable, ainsi les ayants à present conjoinctement ponderéz avec les esclairsissementz que nostre dict cousin le prince d'Anhalt nous a donné sur les conferences qu'il a eu avec Vous et les principaux de Vostre conseil, nous les avons trouvéz conformes à l'intention commune et telles, que horsmiz aucunes additions et esclaircissements[1] remises à la discretion de V.re M.té et des ambassadeurs communs, la substance demeure en son entière. Nous n'y avons changé guères des choses de sorte que ne restant rien plus que le solennel accomplissement de la dicte alliance que nous estimons pouvoir estre fort facilement terminée et effectuée par les dictes ambassadeurs de l'une et de l'autre part, nous supplions donc V.re M.té de vouloir commander à Son ambassadeur qui est à la Haye et a desia Vostre pouvoir, de se trouver au jour et lieu que lui sera nommé des messieurs l'administrateur du Palatinat electoral et le duc de Wurtenberg noz cousins, comme ayans pouvoir entier en tout ce traicté, et nous ne faudrons d'y envoyer pareillement les nostres avec pouvoir et instruction convenable.[2] Sept. 1.

Pour le faict de Cleves et l'accord des maisons de Saxen, Brandenbourg et Neubourg V.re M.té aura desia esté informée de ce qui s'est passé entre les dictz deux electeurs de Saxen et Brandenbourg et encores que monsieur le duc de Neubourg nostre cousin aye jusques à present faict quelque difficulté d'approuver le dict accord. Nous esperons toutesfois que moyennant les interventions et exhortations des electeurs qui se trouveront en bref assembléz à une journée electorale, il pourra estre disposé de s'y conformer, comme de nostre part y apporterons conformement à l'intention de V.re M.té tout ce qu'y penserons pouvoir servir. Quant á la pretention du dict sieur à l'administration du Palatinat electoral Sa. M.té imp. ayant de n'aguères confirmé par decret la possession de la dicte administration à msr. le duc de Deuxpontz, nous voulons semblablement esperer, qu'il se gouvernera en cela selon le voyes ordinaires en tels caz. Or non obstant les differents susdictz et plusieurs autres accidentz, survenuz des troubles

[1] Vgl. oben no. 305, S. 728, Anm. 4.

[2] Am $\frac{\text{22. August}}{\text{1. September}}$ stellen Ansbach, Baden und Anhalt in ihrem und der abwesenden Stände Namen eine Vollmacht für den Administrator der Kurpfalz und den Herzog von Württemberg zur Fortsetzung und zum Abschluss der Verhandlungen mit England aus (Mb., 91/10, f. 99; Or.).

Digitized by Google

Sept. 1. qui ont été en ces quartiers l'année passée n'y la diversité des estatz desquelz est composée ceste union, elle demeure en bon estat et affermie de nouveau par un mutuel consentement, tellement qu'au lieu de la separation que les adversaires ont desirée, nous esperons une augmentation notable de ceste bonne correspondance telle comme elle est arrivée de leur ligue, par l'accession de plusieurs princes et estatz qui jusques-à-present ont suspendu leurs declaration. Et sachantz que V.re M.té entendera volontiers le succes et bonne disposition de ceste nostre union, nous avons estimé Luy en devoir donner particulier adviz. Et sur ce, en attendant par ce porteur Sa favorable responce sur la continuation du traicté susdict, nous supplions l'eternel de La vouloir conserver en prosperité au bien de la chrestienté et advancement de Sa gloire. Donné en nostre assemblée de Rottenbourg en Franconie ce 22. d'aoust 1611."

Stg., Unionsacta, tom. X., f. 940; Kopie [1]

Sept. 2. **339.** Vierter Nebenabschied des Unionstages zu Rotenburg (Allgemeiner Rechnungsabschied).

Zur Rechnungsliquidation, die pari passu mit der Haupthandlung vor sich gegangen ist, hatten die unierten Stände gewisse Personen verordnet, die sich eines Modus zur Abhörung der Rechnungen verglichen und zunächst die kurpfälzische vornahmen. Es fanden aber dabei die Verordneten der Städte, dass in dieser und in des Pfennigmeisters Rechnung sich fast die vornehmsten Posten auf den elsässer Zug bezogen, in den ihre Obern nie gewilligt hatten; daher besorgten sie, dass solche Posten auch in den Spezial- und Nebenrechnungen vorkommen würden, und trugen Bedenken, vor Erörterung dieses Praejudizialpunktes in der Abhörung der Rechnungen fortzufahren, bis sie endlich darüber beruhigt wurden; doch begehrten sie, dass ihr schriftlicher Protest [2] dem Abschied einverleibt werde. — Erst dann schritt man in der Prüfung fort. Da aber ohne Erörterung des elsässer Zuges doch nicht zur Richtigkeit zu kommen war, so hat man mit den Städten wieder verhandelt und sich endlich verglichen, dass man sie bei ihrem Vorbehalt lassen und daher die Posten für die Generale und hohen Befehle, für die Artillerie und Munition, für das mansfeldische Volk und für den ersten Einfall ins Elsass aussetzen und von den höhern Ständen allein tragen lassen solle, wogegen die Städte den höhern Ständen zur völligen Abdankung des

[1] Am gleichen Tag schreiben die unierten Fürsten an Ralph Winwood und entschuldigen sich, dass sie ihn nicht zum Unionstag eingeladen hatten. Sie haben aber die Bündnisangelegenheit beraten und für nötig befunden, sie gemäss beiliegenden Bedingungen (vgl. Anm. 4 auf S. 728) möglichst bald zum Abschluss zu bringen. Winwood möge dies befördern, damit die Unierten ihre Abgeordneten zu passender Zeit abfertigen können (Bbg., A 9a, no. 133², f. 169; Kopie).

[2] Vgl. no. 305, S. 703, Anm. 1.

Digitized by Google

Kriegsvolks und zur Erhaltung von Frieden und Einigkeit 60 000 fl. extraordinarie auf Nativitatis 1611 oder Lichtmess 1612 entrichten sollen; dagegen haben die höheren Stände die „Vertretung und Schadloshaltung" dieses Zuges auf sich genommen. Sept. 2.

Darauf wurde insgemein beschlossen, die Rechnung nur auf die sechzig Monate zu stellen und die auf die acht schweinfurter Monate bezüglichen Rechnungen besonders abzuhören. Da sich aber gleich bei der ersten Prüfung allerlei Posten vorfanden, deren Passierung bedenklich erschien, so hat man sich, um den nervus unionis nicht gänzlich zu erschöpfen, im Plenum bestimmter Regeln verglichen, nach denen die Posten passiert oder abgestrichen werden sollen.[1] Trotzdem ergaben sich aber folgende Dubia: 1. ob dem Obersten von Helmstätt und den andern Obersten die verrechneten $1^1/_2$ fl. an Laufgeld für jeden Kopf zu passieren sind? 2. ob der den Arquebusier-Reitern von den Generalen gewährte Zuschuss über den Sold von zwölf Gulden zu passieren ist? 3. ob das Anritt- und Laufgeld und die Musterungskosten für die Reiterei der Markgrafen von Ansbach und Baden, für das fuchsische Regiment und für die kurpfälzischen Lehenreiter insgemein zu tragen sind; 4. wie es mit einigen schon ausbezahlten Posten für Nebenbestallungen, Vorteilsgelder u. s. w. zu halten ist? Darüber wurde eine besondere Resolution[2] verfasst und mit den Städten vereinbart, dass die Nebenbestallungen und Vorteilsgelder auf gemeine Kassa verrechnet werden dürfen. — Die ambergische Ausgabenrechnung für Artillerie und Munition im Betrag von 15 538 fl. $9^3/_4$ kr. wurde als nicht genügend belegt ausgesetzt und einer Nachprüfung durch Ansbach und Nürnberg überwiesen; was diese passieren lassen, soll der Kurpfalz zu Gutem gerechnet werden. — Obwol nach den verglichenen Regeln alle Posten für Land- und Stadtrettungen und Garnisonen zu streichen sind, hat man doch aus besonderen Ursachen den Strassburgern den Sold für ihre geworbenen drei Fähnlein Knechte auf dreizehn Monate und ebenso den Schweinfurtern für die von ihnen unterhaltenen Soldaten passieren lassen.

Darauf wurden zwei Rechnungsauszüge der Schulden[3] und Gut-

---

[1] Vgl. in no. 305 das Protokoll zum 7./17. August und Anm. 1 auf S. 716.

[2] Mit Rücksicht auf die Schwierigkeit, gute Leute zu bekommen, werden die Ueberschreitungen beim Laufgeld und bei den Reiterbestallungen genehmigt, ebenso die Musterungskosten der Markgrafen und des Obersten Fuchs; die Lehenreiter werden auf gemeine Rechnung übernommen und ebenso die kleineren Posten passiert (Stg., a. a. O., f. 560; Kopie).

[3] Die Union schuldet a) für geleistete Ausgaben 372 092 fl. 4 kr. (an Kurpfalz 284 609 fl. $55^1/_2$ kr., an Culmbach 887 fl. $44^1/_2$ kr., an Ansbach 14 144 fl. 5 kr., an Baden 847 fl. 18 kr., an Hessen 13 144 fl. 48 kr., an Strassburg 58 458 fl. 13 kr.), b) für Darlehen 252 576 fl. 45 kr. (aus der jülichschen Assistenzkasse 57 866 fl. 8 kr. und 1934 fl. 37 kr., von Strassburg 6000 fl., von Nürnberg 80 000 fl., von Ulm 100 000 fl., von Worms 2760 fl., von Speier 2516 fl.; hieher gehört auch ein Posten von 1500 fl., den man dem Grafen Otto von Solms schuldet); Summe aller Schulden: 624 668 fl. 49 kr. Davon gehen 103 006 fl. 42 kr. ab, welche die Fürsten allein zu bezahlen haben, so dass der Gesamtunion zu bezahlen übrig bleiben: 521 662 fl.

Digitized by Google

Sept. 2. haben[1] der Union verfasst und im Plenum angenommen. Wegen der Tilgung der Schulden wurde bestimmt, dass zunächst den Markgrafen von Culmbach, Ansbach und Baden und den Städten Worms und Speier die von ihnen für die Union verausgabten 21 155 fl. 7½ kr. aus den einkommenden Restanten zu entrichten sind; hernach sind der Kurpfalz und den Städten Strassburg, Nürnberg und Ulm deren Auslagen und Darlehen proportionabiliter und pro rata jedes Ausstands zu ersetzen. Zur Ermöglichung der Rückzahlung sind zunächst die ausständigen Restanten vom Direktorium schriftlich oder durch besondere Schickung einzufordern und zwar sind die Restanten an den sechzig Monaten binnen vier Monaten an die unten zu nennenden Legstätten abzuführen; zum selben Zweck sind die noch restierenden sieben an den zu Trinitatis 1611 verfallenen fünfzehn Monaten bis Nativitatis zur Legstätte Nürnberg zu entrichten, wozu die Stadt einen besondern Einnehmer verordnen soll. Der noch unbeglichene Ueberrest an dem Ausstand ist aber aus gemeiner Union Kassa pro rata eines jeden Gläubigers binnen drei Jahren durch eine neue Umlage zu entrichten; dazu sind nach Nürnberg zwanzig Monate, — je zu Trinitatis 1612 neun, 1613 sieben, 1614 vier Monate, — zu erlegen. Würden auch diese zwanzig Monate nicht genügen, so ist der Rest aus dem Unionsvorrat abzutragen, ein etwaiger Ueberschuss soll aber dann der Union zu Gute kommen. Damit die Union bei dem weitaussehenden Wesen mit Mitteln gefasst bleibt, sind die vermöge des ahausischen Nebenmemorials zur Bereithaltung verabschiedeten zwanzig Monate von jedem Stand im Vorrat zu halten. — Um die Unionskasse nicht allzu sehr zu erschöpfen, haben Kurpfalz, Strassburg, Nürnberg und Ulm auf die Zinsen ihrer Ausstände für drei Jahre verzichtet, wenn ihnen die Ausstände selbst binnen dieser Zeit entrichtet werden. Jene unierten Fürsten, welche für solche Darlehen zu Gunsten der Union Assekurationen ausgestellt haben, sind von der Union schadlos zu halten. Die Abgesandten von Ulm haben den Zinsennachlass nur zu Bericht genommen; würden sich deren Obere widrig erklären, so behält sich auch die Kurpfalz ihre Zinsforderungen vor.

---

7 kr. Da das Guthaben der Union [siehe die nächste Anm.] 137 393 fl. 45¾ kr. beträgt, so hat sie noch für 384 268 fl. 21¼ kr. aufzukommen (Stg., a. a. O, f. 567; Or.).

[1] Das Gesamtguthaben der Union besteht am $\frac{\text{23. August}}{\text{2. September}}$ neben einem Barbestand von 2704 fl. aus den Restanten von Kurbrandenburg mit 86 884 fl., von Pfalz-Zweibrücken mit 5811 fl., von Württemberg mit 22 441 fl. 9½ kr., von Anhalt mit 1155 fl. 31½ kr., von Nürnberg mit 9527 fl. 53¾ kr, von Ulm mit 116 fl., von Schweinfurt mit 1274 fl. 11 kr. und von Memmingen mit 2480 fl.; ausserdem schuldet der kurpfälzische Rat zu Amberg, Theophil Richius, der Union 5000 fl., die er zu Nürnberg erhoben hatte; Summa der Guthaben: 137 393 fl. 45¾ kr. (Stg., a. a. O., f. 563; Or.). — Die restierende Quote für Neuburg [45 076 fl. = 59 Monate] ist gar nicht in Rechnung gestellt. — Vgl. über die Finanzlage der Union M. Ritter, Politik und Geschichte der Union, a. a. O., S. 90 f.

Digitized by Google

Die Fürsten sollen ihre Restanten an den acht schweinfurter Monaten binnen vier Monaten an das Direktorium nach Heidelberg oder Amberg entrichten, um damit jene Ausstände zu begleichen, welche die Höheren allein treffen; was aber die Städte an den acht Monaten erübrigt haben, soll ihnen allein bleiben.[1] Die Städtegesandten haben dies nur zu Bericht genommen. — Die Proviantmeisterrechnung konnte mangels wichtiger Belege nicht liquidiert werden; mit der nachträglichen Prüfung werden Ansbach und die amberger Regierung betraut. — Die Artillerie-, Zeugs- und Munitionsrechnungen sind nach Inventierung und Abschätzung des zurückzustellenden Geschütz- und Zeugmaterials und nach Abzug des Wertes in den Rechnungen von Culmbach und Nürnberg zu liquidieren. So geschehen zue Rotenburg uf der Tauber den 23. augusti a. 1611. Sept. 2.

Stg., Unionsacta, tom. X, f. 545; Or.

340. Fünfter Nebenabschied des Unionstages zu Rotenburg (Rechnungsabschied der unierten Kurfürten und Fürsten). Sept. 2.

Die auf Verlangen der Städte ausgesetzten vier Posten für die hohen Befehle, für die Artillerie, für das mansfeldische Volk und für den ersten Einfall ins Elsass, welche Posten die Höhern allein auf sich nehmen wollen, betragen laut Rechnungsauszug[2] 276 918 fl. $^3/_4$ kr.; dazu kommt die Summe aller Legationskosten, die von den Fürsten allein zu tragen sind, mit 18 238 fl. 16 kr.[3] — Zur Deckung dieser Schulden stehen den Fürsten die Restanten an den acht schweinfurter Monaten laut Rechnung[4] mit 35 362 fl. 1$^1/_2$ kr. und die von den Städten bewilligten 60 000 fl. zur Verfügung. Zur Begleichung des Restes sind von jedem fürstlichen Stand neben der regelmässigen Unionsanlage noch besonders zwanzig Monate in den Legstätten Heidelberg oder Amberg zu erlegen, und zwar zu Neujahr 1612 sieben Monate = 69 892 fl. 40 kr., zu Neujahr 1613 sieben Monate = 69 892 fl. 40 kr., zu Neujahr 1614 sechs Monate = 59 908 fl. Den richtigen Einlauf der Restanten und Quoten vorausgesetzt, bleiben schliesslich noch

[1] An den acht schweinfurter Monaten waren von den Städten 28 448 fl. in Nürnberg erlegt worden, wobei Worms, Speier und Heilbronn nur vier Monate entrichtet, andere Städte, darunter Strassburg, Nördlingen, Memmingen, Kempten, Landau und Hall gar nichts bezahlt hatten; die Ausgaben auf Werbungen beliefen sich auf 22 068 fl. 39$^1/_2$ kr., so dass in der Kasse 6379 fl. 20$^1/_2$ kr. blieben (U., Unionsacta, tom. XXIV., no. 2320).

[2] In Stg., Unionsacta, tom. X., f. 577 und 911; Kopien. Die Summe von 276 918 fl. $^3/_4$ kr. setzt sich zusammen aus den Forderungen von Kurpfalz für den elsässer Zug mit 158 387 fl. 30$^3/_4$ kr., von Ansbach mit 53 512 fl. 24 kr., von Württemberg mit 63 fl. 48 kr., von Baden mit 48 954 fl. 18 kr., vom Obersten Fuchs mit 13 000 fl. und von Rheingrafen Otto mit 3000 fl. (Stg., a. a. O, f. 877; Kopie).

[3] Stg., a. a. O., f. 868; Kopie.

[4] Stg., a. a. O., f. 905; Kopie.

Digitized by Google

Sept. 2. 100 fl. 57$^{7}/_{8}$ kr. zu bezahlen übrig, die pro rata auszuteilen sind. Von den einkommenden Geldern sind nach dem ersten Ziel zunächst die „verdienten Besoldungen" zu entrichten, und zwar an den Markgrafen von Ansbach 36 000 fl., an den Markgrafen von Baden 32 000 fl., an den Obersten Fuchs 13 000 fl., an Rheingraf Otto 3000 fl. und an die Erben des Grafen von Solms 15 000 fl.; ferner für Legationskosten an Zweibrücken 7017 fl. 41 kr., an Württemberg 4829 fl. 13 kr., für die venezianische Legation 6391 fl. 22 kr., an Kurpfalz für ein Darlehen 23 000 fl., zur Rückerstattung des Darlehens von 59 800 fl. 45 kr., das die Union aus der jülicher Assistenzkasse nahm, die erste Rate mit 29 800 fl. 45 kr., endlich an Württemberg ein Rest von 63 fl. 48 kr. Nach Verfall des zweiten Zieles sind zu entrichten: die zweite Rate zur Erstattung des Darlehens aus der jülicher Assistenzkassa mit 30 000 fl., sodann nach Proportion ein Teil der Schulden an Kurpfalz, Ansbach, Baden und Hessen; der Rest ist nach Verfall des dritten Zieles zu begleichen. Kurpfalz hat daran 60 941 fl. 57$^{3}/_{8}$ kr., Ansbach 17 512 fl. 24 kr., Baden 16 954 fl. 18 kr. und Hessen 13 144 fl. 48 kr. zu fordern.

Zu nötigen Ausgaben und Schickungen ist beim ersten Ziel noch ein besonderer Monat zu erlegen. So geschehen zu Rotenburg uf der Tauber den 23. augusti a. 1611.

Stg., Unionsacta, tom. X., f. 570; Or.[1]

Sept. 2. **341.** Cardenas an König Philipp III.

„Señor. Estos dias passados se metió la reyna conmigo en platicas sobre las cosas de Alemania, preguntandome lo que en ellas se açia. Respondile que procuraban encaminar el bien de la religion catholica lo mejor que se podia y se tomava lo menos mal, no pudiendo eligir lo bueno y diestramente ablé bien en la persona del rey Mathias. Respondióme la reyna: ablava con misterio en estos negocios,

[1] Ueber die 45 Monate, die von den unierten Fürsten den Possidierenden zum Besten bewilligt worden waren, wurde ein besonderer sechster Nebenabschied verfasst, der Einnahmen und Ausgaben auf zwei Ziele, Neujahr 1612 und 1613, stellt. Die Einnahmen zum ersten Ziel sind mit 65 702 fl. 45 kr. ermittelt (Rückzahlung der ersten Rate des Darlehens zu allgemeinen Zwecken mit 29 800 fl. 45 kr., Rückzahlung eines Darlehens an den Markgrafen von Culmbach mit 1133 fl 20 kr., Restanten an den 45 Monaten, und zwar von Zweibrücken 2543 fl. 20 kr., von Culmbach 23 220 fl., von Baden 7625 fl. 23 kr., von Oettingen 1380 fl.). Davon sind zu entrichten als Rückzahlung eines Darlehens an die Union 2700 fl, an Oberst Schönburg für ein Darlehen 9486 fl. 46 kr. und 2000 fl. als „Rekompens", an Gratifikationen 1400 fl., an Kurpfalz für Vorschüsse 24 926 fl. 16$^{1}/_{4}$ kr., an Württemberg 2633 fl. 20 kr., an die anhaltischen Fürsten 5600 fl., an Fürst Christian von Anhalt besonders 19 227 fl. 16 kr., so dass 2270 fl. 53$^{1}/_{4}$ kr. ungedeckt bleiben. Diese sind aus der Einnahme des zweiten Zieles mit 30 000 fl. (zweite Rate des Darlehens an die Union) zu decken. Der Ueberschuss von 27 729 fl. 6$^{3}/_{4}$ kr. wird den assistierenden Ständen zu Gutem vorbehalten. Der Markgraf von Culmbach hatte an den 45 Monaten nichts erlegt, dagegen 12 080 fl. für Auslösung und Reisezehrung in Rechnung gestellt; diese Gegenrechnung wurde nicht anerkannt und der Markgraf um Zahlung der 45 Monate ersucht (Stg., Unionsacta, tom. X., f 575; Or.

Digitized by Google

porque le ablava en ellos de Alemania y de otras partes, y que se olgava de lo que de mi avia entendido, porque correspondia a las nuevas que le davan, que V. M.[d] asistia y ayudava al rey Mathias, y si bien no selo decia claro, lo juzgava por en la forma que le ablava, que la reyna por si misma era obligada a la casa de Austria, y mientras governase a Francia, avia de procurar que esta corona no diese disgusto a nadie d'ella, y que su marido avia estado siempre bien con el rey Mathias y de presente se olgava ella mucho de concurrir con V. M.[d] en todo lo que se ofreciese.[1] Sept. 2.

Estimé mucho lo que me decia y afirmela que particularmente en este negocio no sabia yo la voluntad de V. M.[d], pero que conforme a lo que yo avia entendido de don Baltasar de Çuniga, aunque nunca en esto no me avia escrito claramente, por no averse ofrecido ocasion, juzgava, era conforme á lo que S. M.[d] ofrecia y yo referia. Supliquéla ayudase a la brevedad y a que no se enredase aquello. Ofrecióme acerlo. He escrito esto á don Baltasar de Çuniga y que me avise particularmente, si conviene que de aqui se aga alguna diligencia, que espero que la reyna la harà. De Paris a 2 de setiembre de 1611."

Auf der Rückseite der Beschluss des geheimen Rats: „Que sele aprueve lo bien que se ha governado en estas platicas, y sele encargue, que la vaya animando, para que se incline y apoye todo lo que ha de ser para bien de la religion catolica."

Pa., Arch. nat., Mon. Hist., K. 1465, no. 33; Or.

342. Baugy an die Königin-Regentin von Frankreich. Sept. 3.

Der König Matthias hielt sich nach seiner Abreise von Prag noch einige Tage in Brandeis auf, angeblich um noch einige Geschäfte zu verrichten,[2] „mais en effet avec quelque esperance d'estre rappellé pour s'abboucher avec S. M.[té] imp.; laquelle ne se l'estant voulu laisser persuader, il se meit en chemin pour continuer son voyage de Lusace et de Slesie. Un des siens m'apporta hyer la lettre cy-jointe pour le roy, me disant que par icelle il luy rend conte de son accord avec S. M.[té] imp. A peine estoit il hors de Prague qu'elle apella celuy, auquel elle a donne charge de dresser mon instruction et luy commanda de la mettre au net pour la revoir et considerer ceste semaine. Jeudy son grand-chambellan, m'ayant fait avertir qu'il avoit a me parler de sa part et l'estant allé trouver, aprez plusieurs honnestes propoz qu'il me voulut tenir, touchant mes comportemens en ceste cour et le contentement que Sadicte M.[té] imp. en a receu, il aiousta que pour en rendre tesmoignage, elles me faisoit present de quelque vaisselle d'argent doré, dont je me reserve a informer de bouche plus particulierement V. M.[té] et du remerciement que je luy en fey, quand il me la delivra, ne m'ayant semblé de me pouvoir

[1] Vgl. no. 329 mit Anm. 3 auf S. 764.
[2] Vgl. darüber Baugys vorausgehende Berichte.

Digitized by Google

Sept. 3. honnestement excuser de la recevoir. Depuis Sadicte M.^{té} imp. m'a faict encores redire qu'elle est bien ayse que je sois retourné a convalescence, qu'elle desire plus que jamais que j'accomplisse le voyage que V. M.^{té} m'avoit permis d'entreprendre pour luy complaire et qu'elle me feroit en bref consigner ladicte instruction et tout ce dont elle me veult charger, pour bien esclaircir V. M.^{té} de son intention. Le s.^{r} de Gunterodt qu'elle a envoyé avec quelques autres a l'assemblee que les princes protestans confederez ont n'agueres tenue a Rottembourg[1], luy a raporte, a ce que j'enten, qu'ilz se monstrent fort enclins a son service et desplaisans des procedures, dont l'on a use en son endroict, s'estans mesmes offertz de la tirer hors de ce royaume avec main forte, quand elle leur fera scavoir d'estre resolue d'en sortir, tellement qu'elle a conceu des grandes esperances de se pouvoir vanger avec leur assistance et de recouvrir avec sa reputation les pais qu'on luy a ostez, monstrant d'attribuer la cause de tout ce qui luy est advenu, aux artifices et sollicitations des Espagnolz et de s'en vouloir ressentir en toutes les occasions qu'elle pourra. Le duc de Brunsvic l'a tant pressée qu'elle a consenty qu'il alle jusques a Dreze pour voir sa femme, qui y est, et visiter le nouveau electeur avec condition de revenir dans huit jours. Cest tout ce que j'ay a mander pour cest'heure a V. M.^{té}, si ce n'est que se ressouvenant de ce que je Luy escrivois par mes precedentes des tapisseries, que ledict s.^{r} empereur devoit donner audict s.^{r} roy, Elle en veuille savoir la suyte, qui est qu'il ne luy en a donné qu'une vieille tente bien enfumée et rehaussée de soye seulement; mais faire se pourra que trois autres tentes que ledict s.^{r} roy a empruntées de S. M.^{té} imp., pour s'en servir a ses noces luy demeureront. De Prague le 3. de septembre 1611."

Pa., Coll. Harlay 238, vol. XII., f. 279; Or. eigh.

Sept. 5. **343.** Kaiser Rudolf II. an den Markgrafen von Ansbach.

Meine Kommissarien nach Rotenburg und Günterode haben mir berichtet,[2] mit welcher Affektion E. L. mir zugetan sind. „Weil ich dan ganz gerne mich mit Derselben persönlich ersehen, auch von sachen, daran nit allain mir sondern dem ganzen heil. reich merklich und vil gelegen, communicirn wolte, als ersuche ich E. L., Sy wolle Ihr so viel abbrechen und ehist möglich zu mir eine raiss guetwillig ubernehmen." Datum Prag den 5. septembris a. 1611.

Be., Rep. 88, Unionsacta ad tom. XII., f. 23, Or.[3]

---

[1] Vgl. no. 315, S. 743, Anm. 1 und no. 326.

[2] Vgl. no. 326 und no. 336.

[3] Der Markgraf antwortet am 19./29. September, er werde sich ehestens beim Kaiser einstellen (Be., a. a. O., f. 25; Kpt.). — Am 12./22. September schreibt Fürst Christian von Anhalt aus Heidelberg an den Markgrafen: er habe sich diesen Nachmittag mit Günterode unterredet und finde, dass der Markgraf diese Reise zum Kaiser nicht abschlagen könne, wenn er auch vor dem Kurfürstentag schwerlich dazu kommen werde; er wolle den Markgrafen am 17./27. besuchen (Be., a. a. O., f. 26; Or. eigh.). — Ueber den Zweck der

Digitized by Google

344. Andreas Hannewald an Dr. Marx Gerstenberg. Sept. 5.

Hinweis auf einen Bericht an den Kurfürsten.[1] Dank für die Bewirtung in Schwerstädt und für alle erwiesenen Aufmerksamkeiten. Den Kurfürsten von Mainz erfreut und tröstet über die Massen, was ich ihm von dem Regierungsantritt des neuen Kurfürsten von Sachsen, von dessen getreuer Affektion gegen Kaiser und Reich, vertraulicher Vereinigung mit dem kurfürstlichen Kollegium und Fortsetzung guter Korrespondenz mit Kurmainz gerühmt und was ich selbst zu Dresden gehört und gesehen habe. Trotz des schriftlichen Meinungsaustausches hätte Kurmainz doch gewünscht, sich mit dem Kurfürsten auch persönlich unterreden zu können. Da dazu nicht zu gelangen war, hat Kurmainz durch Brömser dem Herrn [Gerstenberg] andeuten lassen,[2] ob nicht sie beide [Brömser und G.] etwa zu Erfurt oder auf des Herrn Landgütern in der Nähe zu einer Unterredung zusammenkommen möchten. Da die Erklärung auf diese Anfrage sich verzog, war der Kurfürst noch vor meiner Ankunft entschlossen, Brömser nach Dresden zu schicken. Dieser war aber zuerst durch die schwalbacher Badekur verhindert und muss in einigen Tagen an der Hochzeit einer nahen Blutsverwandten teilnehmen, so dass sich allmälig der Termin des Kurfürstentags nähert und Brömser nicht mehr verschickt werden kann; eine andere Person aber wäre der Verhandlungen in Prag und Wien nicht so erfahren und besässe auch nicht solches Vertrauen beim kursächsischen Hofe. Der Herr sieht daraus, wie sehr Kurmainz daran gelegen ist, mit Kursachsen immer vertrauter zu werden und ein gutes beharrliches Einvernehmen zu stiften, wozu wir und jeder Patriot Kalk und Steine herbeibringen sollen. Der Herr wird dies gewiss gehörigen Ortes anzeigen und (wenn es anders sein kann) auf Mittel denken, damit noch an bequemer Stelle die Zusammenschickung und Besprechung fortgehen kann, allenfalls möge er darüber an Kurmainz schreiben. Hertel

Erforderung des Markgrafen nach Prag schreibt der Kaiser am 10. September an Hannewald: Er höre „von weitem", dass Kurbrandenburg den Markgrafen zum Kurfürstentag bevollmächtigen wolle; daher habe er, — um von seiner Seite nichts zu unterlassen, — den Markgrafen aufgefordert, ihn noch vor dem Kurfürstentag zu besuchen; er wolle dann alles tun, den Markgrafen zu gewinnen. Hannewald möge davon Kursachsen Mitteilung machen (Wh., Reichsakten in genere, Bd. 84b; Kpt.). — Vgl. dazu Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 314.

[1] Am 5. September berichtet Hannewald an den Kurfürsten von Sachsen, dass er bei Kurmainz die ihm vom Kaiser aufgetragene Werbung (vgl. no. 307, S. 734, Anm. 4) abgelegt habe; das sei zu rechter Zeit geschehen, da eben verschiedene Erklärungen vom Administrator der Kurpfalz, von Kurbrandenburg und von den Nürnbergern einliefen, die wegen des Kurfürstentags Schwierigkeiten erhoben; dem Kaiser würden diese unvorgesehenen Bedenken sehr unlieb sein, da er den Kurfürstentag noch früher angesetzt gewünscht hätte; Kursachsen werde zur Beförderung dieses gemeinnützigen Werkes gewiss gern das seine tun; Kurmainz nenne es keinen geringen Trost und Glück, dass Kursachsen sich so wol erkläre (Drs., l. 7387, II. Buch Kurfürstentags, f. 234; Or. eigh.

[2] Gerstenberg bemerkt am Rand, dass nichts an ihn gelangt sei.

Digitized by Google

Sept. 5. schreibt mir aus Prag wegen des Verkaufs meiner Häuser. Ich verbleibe bei meinem Erbieten und erwarte des Kurfürsten Resolution.[1] Die „cribratio aulica“ gegen mich zu Prag ist noch nicht erloschen;[2] es wird durch böse Leute beim König und bei den böhmischen Ständen unter dem Vorwand von Händeln und Reden, die zu Dresden vorgefallen sein sollen, noch immer gegen mich geschürt. Der Herr aber und jedermann weiss, dass mir hierin Unrecht geschieht; ich bitte daher, mich bei Gelegenheit zu schützen und zu entschuldigen. Der Kurfürst erweist mir alle Gnade. Täglich wird gejagt; der Kurfürst will, dass ich eine Weile, wenigstens so lange als ich in Dresden war, auch bei ihm verharre. Ich wäre aber meiner eigenen Sachen halber gern bald in Schwaben und bei Westernach. Datum zue Rotenbuch ufm Spessart den 5. septembris a. 1611.

Nachschrift: Die kurmainzischen Räte verhandeln mit Oelhafen, die Nürnberger wären der Last gerne ledig;[3] da aber der Kurfürst bei dieser Malstatt verharrt, wird es dabei bewenden, besonders wenn auch Kursachsen etwas nachdrückt.

Drs., l. 7387, II. Buch Kurfürstentags, f. 242; Or. eigh.[4]

Sept. 5. **345.** Die Unionstagsgesandten der Stadt Nürnberg an die Aeltern und Geheimen des Rats von Nürnberg.

Bei der Vergleichung zwischen den höhern Ständen und den Städten wegen des elsässer Zugs ist es bei dem geblieben, dass diese zum Aufwand für die Artillerie und Munition, die hohen Aemter und die mansfeldischen Reiter 60 000 fl. beitragen sollen. Ebenso ist nach vieler Mühe ein Schluss mit den Rechnungen gemacht worden, wobei sich befand, dass man insgemein noch über sechs Tonnen Goldes schuldet; davon

---

[1] Gerstenberg am Rand: „Weil er auf resolution wartet, muss er beantwortet werden, do man das gelt noch geben will.“

[2] Hannewald war vom Kaiser verschickt worden (vgl. no. 270), um ihn den Nachstellungen der Königlichen zu entziehen. Am 11. Juli schreibt der Herzog von Braunschweig an den Kurfürsten von Sachsen: Er tue ihm auf besonderen Befehl des Kaisers zu wissen, dass Hannewald die Weisung habe, sich aus gewissen Ursachen eine Zeit lang am kursächsischen Hof aufzuhalten (Drs., a. a. O., f. 67; Or. eigh.). Vgl. no. 307, S. 734, Anm. 1 und unten no 358.

[3] Vgl. no. 323, S. 757, Anm. 2.

[4] Offenbar auf Veranlassung Hannewalds richtete Kurmainz am 3. September ein Schreiben mit eigenhändiger Nachschrift an Dr. Gerstenberg, worin der Kurfürst dessen, Gerstenbergs, Eifer für des Kaisers Ehre, der Kurfürsten Reputation und für den Frieden des Vaterlandes rühmt. Eigenhändig setzt er zu: „Ich hette wol allerhandt vertrewlichs zu schreiben, ist aber der federn nitt zuuertrawen; omnia coram latius. Meinenn vicetumb im Rinckawe hab ich zu Ewerm hern schicken wöllen, hatt sich aber seiner badtchur halber also verweilett, das numehr die zeitt wegen vorstehenden collegialtag zu kurtz; interim verpleibe ich jedoch Ewers herns freundt vnd getrewer vatter per omnia secula seculorum. Die von Nürnberg wöllen impedimenta mouiren; weis nitt, ob die sachen also bewandt; hab inen allerhandt zu gemüht geführdt; muss derselben resolution gewertig sein. Astra nobis videntur contraria sed quid! viuit Deus, cui omnia committend a. Hisce vale“ (Drs, a. a. O., f. 240; Or.).

Digitized by Google

sind freilich die Restanten abzuziehen, die sich auf mehr als 100 000 fl. belaufen, und eine Tonne Goldes, die die Fürsten allein zu tragen haben, so dass die Union insgemein 384 268 fl. zu zahlen schuldig ist;[1] darunter sind alle Darlehen begriffen, welche die Kurpfalz, Nürnberg und andere Städte geleistet haben. Von der Summe gehen aber alle Posten ab, welche zur wirklichen elsässer Expedition und zu obigen drei Posten gehören, was um 52 000 fl. mehr ausmacht als der erste Ueberschlag der höhern Stände berechnete und was vermöge der verglichenen Regeln zu defalzieren war. Die Defalkationen betragen über fünf Tonnen Goldes und wäre es ein ganz Uebermässiges geworden, wenn man sie allenthalben hätte passieren lassen. — Man hat also mit dem Vergleich nicht übel getan, da darnach die Fürsten an den berührten Posten noch ein Grosses allein tragen müssen und den Städten 43 000 fl. erspart wurden, auch die Regel erhalten blieb und nach deren Anleitung über fünf Tonnen Goldes allenthalben abgeschnitten wurden ohne das, was noch bei Kurbrandenburg wegfallen mag; der hatte der Union fast eine Tonne Goldes auf Landrettung aufgerechnet und hätte damit gern seinen Rest beglichen, was man aber nun durch die verglichenen Regeln und die darnach justifizierten Rechnungen abzuwenden hofft. — Man hat dann beraten, wie die Schulden abzutragen sind. Wir hören, dass die Fürsten (ausser dem, was sie bisher getragen haben und was zur jülichischen Assistenz aufgewendet worden ist, worüber sie besondere Rechnungen haben) 35 [!] Monate zusammenlegen und für sich allein kontribuieren sollen[2] und ausserdem müssen sie noch an der restierenden Summe von 384 268 fl. neben den Städten tragen. Die Städte werden an der Abtragung dieser Summe schon deshalb teilnehmen müssen, weil darin auch das nürnberger Anleihen von 80 000 fl. steckt, zu dem man also wieder gelangt, und weil man in die Unterhaltung des geworbenen Kriegsvolks gewilligt und die darüber geführten Rechnungen justifiziert hat. Württemberg hat zur Abstattung der Schulden eine ausserordentliche Kontribution vorgeschlagen, neben der aber auch die jährliche Anlage fortgehen soll, damit man zugleich zu einem Vorrat komme. Wir und die übrigen Städte erklärten aber, uns zu einer neuen Kontribution nicht verstehen zu können und hat man es endlich dahin gerichtet, dass der Ausstand aus der ordentlichen jährlichen Anlage binnen drei Jahren getilgt werden soll. Obwol sich nichts anderes wird tun lassen, so haben wir doch, da wir keine Spezialvollmacht hiezu hatten und der Städte Gesandte ausser denen der ausschreibenden und den Rotenburgern schon abgereist waren, diesen Modus nur zu Bericht genommen und haben nur zugesagt, die endliche Erklärung unserer Oberen binnen vier Wochen dem Direktorium einzusenden. — Es wurde auch eine Ordnung gemacht, wie die Schulden proportionabiliter abzutragen seien, damit keiner vor dem andern beschwert werde; deshalb kann das Guthaben der Städte in diesem Jahr nicht ganz abgetragen werden.

Sept. 5.

[1] Vgl. no. 339, S. 785, Anm. 3.
[2] Vgl. no. 340.

Digitized by Google

Sept. 5. Man hat auch stark in uns gedrungen, die Zinsen des von Nürnberg gegebenen Darlehens bis zu dessen völliger Abtragung fallen zu lassen, wie Kurpfalz getan habe. Wir haben uns aber mit Mangel an Vollmacht entschuldigt, und dabei dargetan, dass es ein anderes Bewandtnis mit einem Darlehen in barem Geld und mit aufgewendeten Unkosten habe und dass auch bei der Aufnahme des Darlehens die Zinsenzahlung ausdrücklich bedingt und versprochen worden sei. Man hielt uns entgegen, dass auch die Kurpfalz Bargeld aufgewendet, ja sogar, um aus dem Labyrinth zu kommen, solches gegen Zins aufgenommen habe und daher ebensowol Zinsen fordern könnte, was sie aber des gemeinen Wesens halber unterlasse. Wir blieben aber bei vorigem und erboten uns nur zu Bericht. Es haben daher die anwesenden Fürsten uns deshalb ein Schreiben an E. E.bten mitgegeben.[1] Nur die Strassburger haben den Fürsten einige Aussicht gemacht, dass sich ihre Herrn zur Zufriedenheit der höhern Stände erklären werden; aber die Forderung der Strassburger ist nicht gross und rührt auch nicht von Bargeld her; dazu hat man ihnen ihre drei Fähnlein, die sie unterhielten, passieren lassen, so dass sie wol etwas tun konnten. Die Ulmer meinten, wenn E. E.bten die Zinsen fallen liessen, würden ihre Herrn dasselbe tun, wiewol sie sich billig an die Obligationen zu halten hätten. — Zur Assekuration der Darlehen wollte man sich anfangs nicht verstehen; denn man hielt dafür, die Städte seien genugsam versichert, weil die Schuld der ganzen Union zugeschrieben worden und schon eine gewisse Anzahl Monate und gewisse Termine zur Abtragung bestimmt seien; die Kontributionen der ganzen Union müssten obendrein in Dero Stadt erlegt und durch den bestellten Pfennigmeister ausgeteilt werden. Auf unsere Vorstellung wurde schliesslich die Assekuration abermals in den Abschied gebracht und vertröstete uns Camerarius, dass der Administrator, sobald er wieder in Heidelberg sein werde, die Obligation ausfertigen und gleiches auch bei Hessen veranlassen werde.

Was die 60 000 fl. betrifft, welche die Städte den Fürsten zum elsässer Zug unter dem andern Namen des Abdankens bewilligten, so haben zwar die höhern Stände, nachdem sie gefunden, dass sie die vier Posten mit 225 000 fl. zu niedrig berechnet hatten und noch 52 000 fl. dazu gehörten[2], ad partem versucht, von den Städten noch einen Zuschuss zu erlangen; es war aber vergeblich. — Zur Bezahlung der 60 000 fl. ist eine besondere Anlage unter den Städten nötig. Da sich in E. E.bten Rechnung über die acht zu Schweinfurt bewilligten Monate befunden hat, dass von den Städten vier Monate ganz erübrigt wurden und auch an den andern vier sich noch ein Ueberschuss ergab, so wurde beschlossen, dass die 60 000 fl. zunächst von diesem Ueberschuss und den übrigen vier Monaten abgetragen werden sollen. Die höhern Stände drangen eine Zeit lang stark auf Einwerfung der vier Monate in die Masse und meinten, es solle die Ersparnis der ganzen Union zu Gute kommen.

---

[1] Vom $\frac{\text{23. August}}{\text{2. September}}$ (Nbg., a. a. O., f. 9; Or.

[2] Vgl. no. 340.

Digitized by Google

Es wurde ihnen aber eingewendet, dass daraus eine grosse Ungleichheit erfolgen würde, denn es würden also die Städte vier Monate mehr als die Fürsten zur Unionsmasse kontribuieren; auch sei den Städten ihr „absonderlich" Volk zu unterhalten bewilligt worden; da sie dies mit vier Monaten gekonnt hätten, müsste ihnen das übrige billig zu Gute kommen, zumal von den Fürsten nichts zugeschossen worden sei. Schliesslich gab man uns nach; wir überliessen dagegen den Fürsten, die ganzen acht Monate unter sich zu verrechnen und, was davon noch nicht bezahlt ist, für sich zu behalten. Neben diesen Ueberschüssen sind zur Erstattung der bewilligten 60 000 fl. noch sechs ganze Monate erforderlich, die die Städte unter sich aufbringen und den höhern Ständen bis 2. Februar 1612 „abrichten" müssen. — Für Camerarius wurde eine Verehrung bewilligt, weil die zu Rotenburg persönlich anwesenden Fürsten ihm wegen seiner vielen Bemühungen in den Unionssachen mit Proponieren, Dirigieren, Verfassen der Schreiben etc. 1000 Reichstaler verehrt und die Städte erinnert hatten, es an sich auch nicht fehlen zu lassen, worauf diese nicht weniger als 500 Reichstaler geben konnten, es ihm auch ankündigten und ihn dabei baten, sich die Städte empfohlen sein zu lassen und besonders daran zu sein, wenn auf künftigen Unionstagen wichtige Punkte beraten werden sollen, dass auch den Städten dies zuvor angekündigt werde, damit sie sich darauf besser gefasst machen könnten. Er versprach es mit dem, dass er selbst nicht immer wisse, was die Fürsten proponieren lassen wollten. — Damit wegen obiger 60 000 fl. und wegen der elsässer Expedition nichts den vorigen Erklärungen der Städte zuwiderläuft, wurde auf deren Begehren in den Rechnungsabschied ein anderer Praetext der Verwendung, nämlich die Abdankung des Kriegsvolks, die Erhaltung von Friede und Einigkeit und die Schadloshaltung aufgenommen. — Culmbach hat um Passierung der von Schirnding geworbenen Reiter und des muffelschen Fussvolks wiederholt angehalten; aber weil dies Volk zur Landrettung gehörte und die Passierung wider die vereinbarten Regeln gewesen wäre, hat man keinen Eingang machen wollen, worüber der culmbachische Gesandte noch vor Fertigung des Abschieds abreiste. — Sept. 5.

Wegen des Salzhandels und wegen der Beschwerden gegen Bamberg wird auf den Kreistag verwiesen. — Wegen der nachbarlichen Irrungen zwischen uns und den Brandenburgern hat Fürst Christian von Anhalt ein Schiedsgericht, bestehend aus Württemberg, Baden und zwei Städten, vorgeschlagen. Da wir sahen, dass E. E.^{bten} dazu nicht geneigt sind, haben wir uns nicht weiter eingelassen und nur bemerkt, dass zu einer fruchtbaren Interposition bessere Vorbereitungen gehörten; man möge beim Markgrafen von Ansbach vorläufig dahin wirken, dass die unnachbarlichen Tätlichkeiten eingestellt und die Amtleute zur Einhaltung der Verträge angewiesen werden. Es wurde uns aber erwidert, der Markgraf führe dieselbe Klage, und hat er sich beim Votieren einmal ausdrücklich verlauten lassen und damit auf uns gestochen, dass man sich zwar mit Worten nachbarlich erzeige, die Tat aber damit nicht über-

Digitized by Google

Sept. 5. einstimme. Doch glauben wir, dass unsere Erinnerungen nicht ganz fruchtlos waren; denn der Markgraf zeigte sich beim Abschied sehr gnädig und sagte uns, dass er wol geneigt sei, mit E. E.bten gute Korrespondenz und Nachbarschaft zu halten und dass wir ihn dergestalt rekommendieren sollten.

Es soll bei der Anstellung eines Partikular-Städtetages des Ausschusses der zwölf deputierten Städte bleiben, der für den 20./30. Oktober nach Worms einzuberufen ist, wenn dies den Frankfurtern gefällig sein wird; Strassburg wird das Ausschreiben verfassen. — Aufzählung der verschiedenen Schreiben, die ausgefertigt wurden. U. a. haben die Religionsverwandten der augsburger Konfession zu Amsterdam, die man dort die Martinisten nennt, den Unionsrat um eine Interzession bei den Staaten gebeten, damit ihnen in Städten, Märkten und Flecken das freie und öffentliche Exercitium der augsburger Konfession zugelassen werde, wie sie es zur Zeit des Grafen von Hohenlohe gehabt und worüber sie zuvor besondere Verträge und Privilegien erlangt hatten. Es wurde ihnen willfahrt.[1]

Nach der Fertigung der Abschiede und nach der Danksagung stellten sich die Fürsten in der Ordnung neben einander auf und nahmen von den noch anwesenden Städtegesandten Abschied, indem sie jedem die Hand reichten, sich zu guter Nachbarschaft und Korrespondenz erboten und sich rekommendierten. Also war, wenn es bei der Handlung auch zuweilen Anstösse gab, das Ende gut. Alle Fürsten haben die Städtegesandten einmal, manche Fürsten sogar zweimal zur Tafel gezogen. Lynar hat im Namen des Markgrafen Christian uns noch besonders versichert, dass der Markgraf zu aller guten Nachbarschaft besonders geneigt sei und dass man bei Irrungen ihm schreiben solle. Signatum den 26. augusti a. 1611.

Nbg., Unionsakten, tom 55, f. 1; Kpt. von Burckhard.[2]

Sept. 11. **346.** Der Kurfürst von Sachsen an Kaiser Rudolf II.

Der Herzog von Braunschweig[3] hat mir mitgeteilt, dass E. M.t sich in gesundem Zustand befinden, worin Gott Sie erhalten, vor aller Widerwärtigkeit bewahren, Derselben glückliche Regierung und Ueberwindung aller Feinde verleihen und alles gewähren wolle, was Seele und Leib erspriesslich ist. Ich habe mich zwar gegen E. M.t wiederholt so erklärt und erwiesen, dass Sie daraus meine treue Affektion verspüren können; ich erkläre aber nochmals, dass ich in solchem Vorsatz

---

[1] Schreiben der Unierten an die Generalstaaten vom $\frac{\text{23. August}}{\text{2. September}}$ (Mb., 119/2, f. 199; Kopie.)

[2] Obiges Schreiben — der Schlussbericht — ist der einzige Bericht der nürnberger Gesandten zum Unionstag, der erhalten geblieben ist; die nürnberger Unionsakten haben starke Verluste erlitten.

[3] Ueber Braunschweigs Reise nach Dresden vgl. no. 328, Anm. 4 auf S. 763.

Digitized by Google

verharren will und bei bevorstehendem Kurfürstentag alles befördern helfen werde, was zur Erhaltung E. M.t Autorität und Reputation und zu Dero Gedeihen gereichen mag. Datum Dressden am 1. septemb. a. 1611.[1] Sept. 11.

Drs., l. 7387, II. Buch Kurfürstags, f. 211; Kptkopie.

347. Domdechant Adam Wolf genannt Metternich an Herzog Maximilian von Baiern. Sept. 13.

Erzherzog Leopold ist bei Mainz und anderen, von denen der Kurfürst sehr abhängt, in guter Rekommendation;[2] „aber wan man zum zill raumet vnnd wie eins voor dass ander zu bringen, mit ernst durchgrundet, so stehet man starck ann vnd ist iemmer die groesse klagh, dass man nicht gefolgdt, dass man sich selbs alles, wass zu richten were gewesenn, vernichtiget.“ Einige aber meinen, dass, da der Kaiser dem Erzherzog noch wol gewogen ist, den Sachen wol zu helfen wäre: „Wan der kaiser sich ins reich begebe, woldt man ihme einen statlichen stado machen (darzu man mit mittelen gefast) vnd wan dan erzherzog Leopold ein zeit als manus dextra were, so wurt sich alles richten vnd die zeit die hindernussen verzeren; aber dweil dass antecedens wirt swer fhallen, sorgh ich woel, dass consequens dorfft auch stecken pleiben. Sunsten spur ich, dass man noch sehr scheuch ist vnd dass man nicht trawe mit könig Matthias propter quaedam praeiuditia. Vnd so vil desto mehr solten woel etliche gedancken sein, man hielte mit der wahl noch ein zeit ein;[3] dan lichtlich ein schlechte enderungh sich erregen moecht, dardurch mann vil anders zum gewunhsten zil kundt; aber andere meinen, es muiss ein ander römischer könig sein, sunsten thue es nicht guidt.“ Datum Speir den 13. septeb. a. 1611.

Ma., 112|1, f. 105; Or. eigh.

---

[1] Diese neue Ergebenheitserklärung des Kurfürsten wird erst völlig verständlich durch ein Schreiben des Reichshofratssekretärs Hertel an den Herzog von Braunschweig vom 11. September, aus dem hervorgeht, dass Kursachsen beim Herzog eifrig die jülicher Sache betrieben und insbesonders begehrt hatte, dass den jülicher Landständen alsbald das in Aussicht gestellte kaiserliche Patent insinuiert werde, das ihnen von der erfolgten kaiserlichen Bestätigung des jüterbogker Vertrag Mitteilung machen und sie gegenüber den Bestrebungen Kurbrandenburgs und Neuburgs zur Neutralität ermahnen sollte. Auf Braunschweigs Erinnerung hin wurde das vom 16. August datierte Dekret am 11. September ausgefertigt und vom Kaiser vollzogen (Drs., l. 8808, 25. Buch jülicher Sachen, f. 304; Kopie) und zugleich Konrad von der Tann mit der Kommission beauftragt, das Patent den jülicher Landständen zu insinuieren (Drs., l. 8808, 26. Buch jülicher Sachen, f. 109; Kopie); da sich aber von der Tann entschuldigte, unterblieb schliesslich dennoch die Schickung.

[2] Vgl. no. 334.

[3] In diesem Punkt traf die Meinung der Ligisten mit der der Unierten zusammen; vgl. no. 292, S. 674, Anm. 1 und no. 297 sowie unten no. 371, ferner Gindely, Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 315 f. und M. Ritter, Politik und Geschichte der Union, a. a. O., S. 108.

Digitized by Google

Sept. 16. **348.** Kaiserliches Dekret an die pfalz-neuburgischen Gesandten.

Beer und Silbermann haben um Aufhebung des Bescheides vom 30. Juli in der kurpfälzischen Administrationssache[1] gebeten. Da die meisten Kurfürsten sich seither diesen Bescheid haben gefallen lassen, so kann der Kaiser „noch zur Zeit" nicht zu dessen Aufhebung schreiten. Damit aber Pfalzgraf Philipp Ludwig nicht Ursache hat, sich zu beklagen, so will der Kaiser noch vor dem Kurfürstentag wegen des Ausschlags in der Hauptsache und wegen der Einsendung der ausstehenden Gutachten anmahnen[2] und, falls sie nicht rechtzeitig einlaufen, auch auf dem Kurfürstentag durch seine Gesandten darum inständig anhalten lassen. Dagegen wird Pfalzgraf Philipp Ludwig ernstlich ermahnt, bei bevorstehendem Kurfürstentag das gemeine Wesen nicht zu hindern sondern des Kaisers Ausschlag (der gleich nach Einlangen der kurfürstlichen Gutachten erfolgen soll) abzuwarten. Signatum zu Prag den 16. septembr. 1611.

Ma., 201|17, f 15; Kopie.[3]

Sept. 17. **349.** Baugy an die Königin-Regentin von Frankreich.

„Madame. Les lettres de l'empereur dont l'expedition avoit esté commise a m.r Baruitz, m'ont este deslivrées. Il a aussy reveu et signé mon instruction et ne reste plus qu'a depescher les lettres

[1] Vgl. no. 301 mit Anm. 1 auf S. 692.

[2] Geschieht unter dem 1. Oktober 1611 (Drs., l. 7388/6, f. 415; Or.). Es hat übrigens langen Betreibens durch die neuburgischen Gesandten bedurft, bis ihnen trotz vieler Gegenwirkungen dies Schreiben am 26. Oktober zur Bestellung übergeben wurde (vgl. Me., no. 85/5; — Or.).

[3] Obiges Dekret wurde noch am 17. September den Neuburgern eingehändigt, die ihrem Herrn rieten, sich trotz der einverleibten Inhibition persönlich zum Kurfürstentag zu begeben, da durch dies Dekret alles in vorigem Stande bleibe (Me., no. 85/5; — Kopie). — Offiziell zeigten die Neuburger natürlich Misvergnügen mit dem neuen Dekret und baten in einer undatierten Eingabe, dass aufs wenigste der Administrationsstreit vor jeder andern Verhandlung beim Kurfürstentag entschieden, inzwischen aber Pfalzgraf Johann nicht zu den kurfürstlichen Akten zugelassen werden solle; bleibe der Streit unerörtert, so würde es grosse Verwirrung geben und würden sich die Stände wegen des unergänzten Kurfürstenkollegs durch keinerlei Abschied verbunden erachten; es sei keine Hinderung gemeinen Wesens, auf den Bestimmungen der goldenen Bulle zu bestehen (Ma., 301/17, f. 100; Kopie). — Die Kurpfälzer fühlten sich durch das neue Dekret sehr beschwert, besonders durch die Klausel, der Kaiser wolle „noch zur Zeit" das Dekret nicht kassieren, was den Argwohn wachrief, dass das erste Dekret nur gelten solle, bis der Kurfürstentag vorüber sei und dass man den Administrator mit der Entscheidung in der Hauptsache übereilen wolle. Fürst Christian drohte, dass Kurpfalz mit den Reichsrestanten zurückhalten werde (Schreiben an den Markgrafen von Ansbach am 4./14. Oktober; Be., Rep. 88, Unionsacta ad tom. XII., f. 167; Or. eigh.), der Administrator gar mit Zerschlagung des Kurfürstentags (Schreiben an den Markgrafen von Ansbach am 5./15. Oktober; Be., a. a. O, f. 153; Or.).

Digitized by Google

particulieres dont il la veult accompagner, ainsy que j'escrivois a V. M.[té] par les miennes du 10.e de ce mois. Elles seroient, comme je croy, entre mes mains sans une petite indisposition que le teint au lit jeudy plus que de coustume, de laquelle bien qu'il soit entierement guery, Dieu mercy, si est ce que l'audiance secrete qu'il a dict me vouloir donner, en a esté pareillement retardée. Cependant je suis adverty qu'il rumine tousjours les moyens de se venger de son frere et qu'il entretient a cest effect des praticques tant en ce pays qu'en l'empire, ou il a envoyé derechef ces jours passez le s.[r] de Kinterodt[1] pour essaier, à ce que l'on dict, de faire venir icy le prince Christian d'Anhalt et le marquis d'Anspach, a fin d'estreindre avec eux et les autres princes et estatz, leurs confederez, une ligue qui aura pour but entre autres choses son restablissement dans les royaulmes et provinces dont il a esté depossedé. L'electeur de Mayence luy a fait savoir que l'assemblée qui avoit esté assignée a Millhausen au 9e du prochain, a esté transferée a Nuremberg pour le mesme jour a cause de quelques maladies contagieuses qui regnoient audict Millhausen.[2] Le bruit est que l'administrateur de Heidelberg, ayant changé d'aviz, n'y interviendra en personne non plus que l'electeur de Brandebourg. Ceux que Sa. M.[té] imp. a destinez pour y assister de sa part, sont le landgrave Maurice de Hesse, l'evesque de Bamberg, le comte de Helfenstein et le s.[r] Annibal. J'ay penetré qu'entre ceux offices qu'elle desiroit du roy et de V. M.[té], l'un des principaux estoit, que Vos. M.[téz] emploiassent Leur nom et auctorité envers lesdicts electeurs, afin qu'en ladicte assemblée il ne se face et ne se determine rien a son desavantage ou contre ce qu'elle leur fera proposer par ses deputez; mais elles en seront deschargées, puisqu'elle fait tant trainer ma depesche et que le tems de ladicte assemblée est si proche, si ce n'est qu'elle soit ancores remise a plus long terme ou qu'elle ne se dissolve si prontement. Peut estre que le duc de Brunsvic qui est Sept. 17.

---

[1] Eine Beglaubigung Günterodes bei derKurfürstin-Witwe von der Pfalz ist vom 15. September datiert: der Kaiser bittet darin, sich gegen den Gesandten so zu erklären, „wie solches unser und des algemein betrangten wesens hoche not insonderheit ervordert.“ Aus den Hofkammer-Akten ergibt sich, dass Günterode beim Administrator der Kurpfalz nochmals die Einbringung der kurpfälzischen Restanten zu betreiben, der Kurfürstin-Witwe aber „aus seinen ursachen“ ein Kleinod im Wert von 3500 Talern zu überreichen hatte (Wk., Hoffinanzakten, September und Oktober 1611). — Im Oktober wusste man sich am prager Hof zu erzählen, dass Günterode eine Heirat zwischen dem Kaiser und der Kurfürstin-Witwe von der Pfalz zu stande bringen wolle (Silbermann an Pfalzgraf Philipp Ludwig am 5./15. Oktober; Me., no. 85/5; — Kopie). Freilich wurden auch die Kurfürstin-Witwe von Sachsen (Zeitung aus Prag vom 14. September; De., A 9a, Ic., no. 4[1] —), ja sogar die Königin-Regentin von Frankreich (Bodenius an den Herzog von Baiern am 20. August; Mc., Entstehung, Fasz., III., no. 26, f. 147; Or. eigh.) vom Hofklatsch dem Kaiser zugedacht; vgl. Gindoly, Rudolf II. und seine Zeit, II, S. 314. Günterode verliess Prag am 13. September (Bodenius an den Herzog von Baiern am 17. September; Mc., a. a. O., f. 153; Or. eigh.).

[2] No. 323.

Digitized by Google

Sept. 17. icy de retour depuis peu de jours[1], aura disposé l'electeur de Saxe a se monstrer par effet aussy affectionné envers Sadicte M.tés imp., comme il se dit estre dans plusieurs medalles et monnoyes qu'il a fait battre depuis le decez de son predecesseur, de quoy je tascheray de m'esclaircir pour en faire relation de bouche ou par escrit a V. M.té. De Prague le 17.e de septembre 1611."

Pa., Coll. Harlay, no. 238, vol. XII., f. 295; Or.

Sept. 17. **350.** Protokoll einer Unterredung neuburgischer Räte mit Geizkofler.

Geizkofler erklärte: der Pfalzgraf Philipp Ludwig habe in der Administrationssache ein treffliches Recht für sich und sei in der goldenen Bulle „wol fundiert"; was die Heidelberger bisher geschrieben, gehe nicht „ad rhombum"; zumal in Gothofreds Büchern[2] stünden lauter Nebensachen und „Bachantereien", als wenn er vom Katheder „deblaterierte". Geizkofler hat in Rotenburg verschiedenen Fürsten, besonders Pfalzgraf Johann, offen gesagt, dass dieser zur Vormundschaft nicht befugt sei. Der Pfalzgraf entschuldigte sich, dass er sich in die Tutel nicht eingedrängt habe sondern dazu erfordert und mit schweren Pflichten verbunden worden sei; er bedaure, mit dem Pfalzgrafen Philipp Ludwig, den er sonst schätze, darüber in schweren Misverstand geraten zu sein; wenn ihm die Tutel mit Recht aberkannt werde, sei er seiner Pflicht quitt. Geizkofler sprach auch mit Lautern, der sich unserm Herrn nicht widerwärtig zeigte. Lautern wollte zwar behaupten, „dass die dispositio bullarum nit vergebens, obschon der nechste und eltiste agnat vormund sein müste sondern dass noch andere singularia darinnen zu befinden." Geizkofler bestritt dies zwar den Heidelbergern, glaubt aber nicht, dass die neuburgischen Räte in Prag die Kassation des Dekrets vom 30. Juli erlangen werden; es sei mit des Kaisers Vorwissen ergangen und habe sogar Kurköln, den I. fl. Gn. sich sehr geneigt halten, eifrig zur Bestätigung der Possession geraten, damit das Kolleg ergänzt sei und der Kurfürstentag fortgehen könne.[3] Zwar scheint das Dekret vom 28. Juli[4] dem vom 30., besonders

---

[1] Der Herzog war am 15. September zurückgekehrt (Bodenius' Bericht vom 17. September, vgl. die vorige Anm.).

[2] Dionysius Gothofredus (vgl. über ihn die Allgemeine deutsche Biographie, 9. Bd., S. 448r) verfasste zum Administrationsstreit die Schrift „De tutelis electoralibus testamentariis legitimas excludentibus libri VI" 1611.

[3] Vgl. dagegen no. 301, S. 692. Anm. 1; Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm, der mit dem Kurfürsten von Köln eine Unterredung hatte, schreibt am 8./18. September seinem Vater aus Cleve, dass der Kurfürst sich über das kaiserliche Dekret sehr verwundert, es für unbillig erachtet und gemeint habe, es würde wol noch Mittel geben, es zu hintertreiben; der Kurfürst wünsche, dass der alte Pfalzgraf oder Wolfgang Wilhelm deshalb zum Kurfürstentag kommen; er wolle das seine tun und bei den geistlichen Kurfürsten unterbauen (Ka., Kurpfalz, Generalia, no 5303; Kpt.).

[4] Vgl. no. 301, S. 691, Anm. 2.

Digitized by Google

wegen der mangelnden kurfürstlichen Gutachten, etwas entgegen zu sein; es muss aber zwischen dem Gutachten super causa principali und super possessorio unterschieden werden. — Als Geizkofler und Westernach im Namen des Kaisers nach Rotenburg giengen, schickten sie von Neresheim einen Kurier nach Prag und erkundigten sich, wie sie sich gegen Pfalzgraf Johann wegen des Titels verhalten sollten, worauf ihnen zu Dinkelsbühl das kaiserliche Dekret überliefert wurde. Unter den Unierten in Rotenburg war darüber grosser Jubel; Württemberg zwar hätte die Sache gern anders geordnet gesehen, doch war er allein der übrigen nicht mächtig. Geizkofler hat daselbst gefunden, dass man gar schlechten Favor zu Neuburg habe und „umb sonderbarer respect willen" viel mehr zur andern Seite neige, „bevorab weil [sie] von derselben in vil wege zum vorteil zu geniessen hoffnung hetten," denn zu Heidelberg gehe alles durcheinander und sei die Einigkeit unter den Räten sehr gering; „die churfürstin, quae mala herba diceretur esse, hette die regierung in der hand und dahin accomodiret sich furst Christian, wendet auch fleiss an, damit die räth in ihrer uneinigkeit erhalten wurden, welcher auch bisweilen eine dispatienz von sich vernehmen liess." Günterode, der nach Rotenburg kam und bei den Kurpfälzern die rückständige Türkensteuer betrieb, worauf er eine Anweisung auf 20 000 fl. erhofft, hat dem Pfalzgrafen Johann gesagt, „dass er allein die ursach, dass zu Prag diss leztere decret for I. fl. Gn. erhalten worden"; das kaiserliche Kredenzschreiben für Günterode an den Administrator gab diesem schon den Titel eines Vormunds und Administrators. — Unter diesen Umständen glaubt Geizkofler nicht, dass in Prag die Kassation des Dekrets zu erlangen sein werde; denn es gehe dort nicht, wie es gehen soll sondern wie es gehen mag; Pfalzgraf Johann, der den Fürsten Christian von Anhalt nach Nürnberg mitnimmt, werde zu den kurfürstlichen Akten zweifellos Zutritt erlangen. — Geizkofler weiss nicht, wie I. fl. Gn. zu deren Recht zu verhelfen wäre; er will aber an Wacker und Barvitius schreiben, damit in die Instruktion für die kaiserlichen Kommissarien eingerückt und auch den Kurfürsten aufgetragen werde, dahin zu trachten, dass der Sache vor aller anderen Handlung beim Kurfürstentag in der Güte oder durch rechtmässigen Ausschlag ein Ende gegeben werde. Ein Schreiben an den Kaiser hält er für vergeblich, da solche Schreiben unterschlagen werden. „Und dieweil er eusserlich bericht empfangen, dass I. M.t [ihne] Geizkoflern auch zu dem churfurstentag abzuordnen gemeint, darwider er doch praeoccupando underbaut, so möcht er wol wissen, ob I. fl. Gn. pfalzgrave Philips Ludwigen und was man for mittel leiden möchte, denen er ferners nachgedenken, zu dem herzogen von Württemberg — solche unvermerkt naher Heidelberg zu bringen — gen Haidenheimb sich begeben und, da er auch zu dem churfurstentag kommen solt, bei den andern kaiserlichen commissarien und dem churfurstlichen collegio daran sein wolte, damit diesem werk in der güete wo moglich möchte abgeholfen werden." Geizkofler selbst denkt an folgendes

Sept. 17.

Digitized by Google

Sept. 17. Mittel: die Heidelberger mögen bekennen, dass die Administration I. fl. Gn. [von Neuburg] gebührt, worauf dieser mit Rücksicht auf sein Alter u. a. m. sein Recht freiwillig dem Herzog Johann, doch ohne Praejudiz für die Zukunft abtritt; das wäre mit allen Klauseln gleichsam in eine neue Bulle zu bringen, die vom Kaiser und den Kurfürsten zu fertigen und den kurpfälzischen Untertanen durch Patente zu verkünden wäre. Geizkofler rät dazu, weil er stets gehört hat, es sei I. fl. Gn. nur um die goldene Bulle und um Verhütung künftiger Fälle zu tun. Der Austrag der Hauptsache gehört s. E. vor Kaiser und Kurfürsten, die deren Erkenntnis nicht gern aus ihren Händen lassen werden, obwol die Heidelberger behaupten, sie gehöre vor den Reichstag; auch der Markgraf von Baden macht eine sehr schwere Sache daraus. 7. sept. a. 1611.

Ka., Kurpfalz, Generalia, no. 5303; Kopie

Sept. 19. **351.** Cardenas an König Philipp III.

„Señor. Hablando con la reyna christ.ma en las cosas de Alemaña me dixo: por las cartas que tenia y por la opinion de su consejo, que era muy de temer que las cosas de nuestra santa religion catolica anduviesen en muy mal estado y se empeorasen muy a priesa, a causa que el emperador, por oponerse a su hermano, se echava en las manos de los herejes y su hermano, para sustentarse poderoso para con lo que avia salido y pretendido, hazia lo mesmo, y venia y ofrecia a los herejes quanto querian, que los herejes trayan platicas para echar la religion catolica de aquellas provincias. Añadió la reyna que ella que avia visto lo que su marido havia hecho y las diligencias y trabajo que costava el tratar con los herejes y que no querian mover sin daño de nuestra santa religion, podia muy bien dezir, que era menester poner cuydado en mirar todas estas cosas, antes que estuviesen sin remedio, que el averse començado la dibision entre los dos hermanos ha sido el daño. Hablavamos muy particularmente yo y la reyna y dixela que pensava escrivir a V. M.d en esto. Respondióme estas palabras: No digais que yo Os lo he dicho, pero dezid que lo aveis entendido acá y bien podeys dezir como de Vuestro, que lo que una pobre muger desde su camarin [puede] lo hago, ayudando á nuestra santa fee catolica y lo haré. Respondile animandola y agradeciendola. Tendré cuydado de escrivir a don Baltasar de Çuniga en esta conformidad. De Paris a 19. de setiembre de 1611. — Recibida a 4 de ottobre.

Pa., Arch. nat., Mon. Hist., K. 1465, no. 44; Or.

Sept. 19. **352.** Der Administrator der Kurpfalz an Michael Loefenius.

Befehl, sich am 9. Oktober zu Nürnberg einzufinden. Da beim Kurfürstentag auch von der Verbesserung des Justizwesens beim

Digitized by Google

Kammergericht geredet werden soll, dieses aber durch die so stark angewachsenen Revisionen, besonders durch die vier Klostersachen „gesteckt“ wird, so wird man in Nürnberg auch von der Beseitigung dieser Hindernisse reden müssen. „Und erinnern wir uns, dass etwan von den mainzischen räthen gleichsamb obiter gedacht worden, wan man pabstischen theils versichert werden könte, dass man diser orts mit einzihung der geistlichen güter nit wieder zugreifen sonder sich an den albereit habenden genug zu lassen bedacht, dass villeicht solches aus den sachen zu kommen ein mittel sein möchte.“[1] Um nun, falls diese Sache beim Kurfürstentag vorkommt, mit gewisser Resolution gefasst zu sein, was wir hierin gegen die andern evangelischen Stände verantworten könnten, so begehren wir hierüber Dein Gutachten. Datum Heidelberg den 9. septembris 1611. Sept. 19.

Ma., 547|14, f. 280; Kpt. von Hausmann.

353. Die Provisoren und die evangelische Gemeinde zu Köln an die Kurfürsten insgesamt. Sept. [zum 22.]

Hinweis auf die Bestimmungen des Religionsfriedens zum Schutz der Bekenner der augsburger Konfession. An diese Satzungen ist der hiesige Rat wiederholt erinnert worden; „es hat sich doch wolermelter raeth dardurch keineswegs erweichen lassen sonder immer vortgefahren, die hochbeschwerliche und wider den religionsfrieden ufgerichte statuta, edicta und morgensprachen mit schmehelichen gefengnissen, unträglichen geltstrafen und stattverweisungen zu exequiren, haben uns auch durch ihre gefährliche anbrengere auf alle wege nachgetrachtet, wie sie uns zum creutz bringen konnen.[2] Da sie in unserm gottsdienst den

[1] Diese Aeusserung fiel bei der bensheimer Unterredung der kurpfälzischen und kurmainzischen Räte am 22. November 1607; vgl. Briefe und Akten, I., no. 508, S. 604, V., no. 897 und unten no. 361 auf S. 827.

[2] Vgl. über die Bedrängnis der evangelischen Bürgerschaft zu Köln ausser L. Ennen, Geschichte der Stadt Köln, V., Düsseldorf 1880, S. 472 f., 548 f. die Verhandlungen beim rotenburger Unionstag in no. 305, S. 720 (Protokoll vom 12./22. August) und den rotenburger Hauptabschied in no. 330, S. 770. — An die Bedrängnis der evangelischen Kölner knüpft auch der mühlheimer Streit an. Die Bedrängten suchten Zuflucht in der „Freiheit“ Mühlheim a. Rh., die im Gebiet der Possidierenden lag. Schon am 15. September 1611 berichtet eine Zeitung aus Köln, da Mühlheim den vertriebenen Kaufleuten aus Köln für deren Handlung wol gelegen sei, so hätten vergangene Woche die Possidierenden ihren Baumeister P. Pasquil und den Amtmann dort geh abt, um die „Gelegenheit“ zu besichtigen und Anstalten zur Erweiterung des Ortes zu treffen; es sollen tausend und mehr Häuser gebaut werden; man habe in diesem Sommer schon einen guten Anfang gemacht und solle im nächsten damit fortgefahren werden; man wolle auch Patente in allen Sprachen anschlagen und grosse Privilegien gewähren (De., A 9a, Ic, no. 10; Avisen). — Besonders Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm nahm sich der Bedrängten an und wandte sich am $\frac{\text{24. August}}{\text{3. September}}$ an den Kurfürsten von Sachsen mit der Bitte, die Sache der Kölner beim Kurfürstentag wahrzunehmen (Drn., l. 7388/6, f. 560; Or.).

Digitized by Google

Sept. [zum 22.] prediger gottlichs worts bekommen, haben sie denselben alspald gefenglich eingezogen, aufs scharpfste examinirt und entwieder dem graefen als einen missthäter geliefert oder uf eine hohe ubermessige geltstrafe angeschlagen und endlich negst deren erlegung der statt verwiesen. Dem burger, bei welchem die zerstorung des gottsdienst geschehen, ist ein ganz jar lang sein haus verschlossen, alle burgerliche nahrung, handlung und wandlung genzlich abgestrickt, pro arbitrio eine grosse merkliche geltstrafe von zwei-, drei- oder vier hondert goltgulden abgefordert worden; hat darneben zu thurn gehen und darin auf gnad und ungnad, ob er der stat verwiesen werden solle oder nicht, erwarten muessen; wie ebenfals die andere angetroffene mitchristen ohne underscheid, es sei man oder frau, son oder dochter, knecht oder magt, jedes haupt vor haupt hondert goltgulden geben, darzu auch nach dess raets gefallen zu thurn gehen und daselbs ein zeit lang haben verstrickt pleiben mussen. Welche auch nit nach papistischer weiss sich zu die ehe befelhen und ihre kinder also taufen lassen, seind wegen jedes puncts in hondert goltgulden gestraft und darfur mit wurklicher pfandschaft heimbgesuecht worden. Den eingebornen kindern, so nit uf papistisch qualificiert und getauft sein, ist die grosse burgerschaft und burgerliche freiheit im kaufen oder verkaufen, wie andern eingebornen papistischen burgerskindern, nit gestattet, auch bisweilen verweigert, dass sie an ihre elterliche verlassene erbschaft zu ordenlichem schrein nach ublichen stattrechten nit haben geschrieben oder erbfast gemacht werden konnen. Wen auch hiebevorn ein ehrlicher und verstendiger burger, so der auspurgischer confession zugethan, auf seinem gaffelhaus durch eine freie wahl in den raeth erkoren oder wen einer ein zeitlang dess raeths gewessen und darnach sich zur auspurgischen confession begeben, demselben ist der raethsgang verpoten und nit mehr zugelassen, als wen solche religionsverwandten laut dess gemeinen burgerlichen verbundbriefs keine ehrliche männer und burger weren. Und seind mit solchen und dergleichen viel mehr beschwernissen die religionsverwandten vor disem geplaget und underdruckt worden.

Aber nachdem vor jahrszeit alhie zu Collen bei der schwerer einleggerung so viles kriegsvolks eine gemeine burgerschätzung (bei welcher die religionsverwandten vor andern zum hochsten angeschlagen und ubermessig geschetzt worden) angerichtet, da hat man erstlich nach vollenziehung solcher beschwerlicher schätzung je mehr und mehr vortgefahren, die religionsverwandten auszutreiben. Haben domals auch alspald die Jesuiter mit ihren giftigen raedtschlägen sich darbei gethaen und neben ihrem zustand zu verdruckung der religionsverwandten eine neue bruderschaft, so sich nennen läst »unser lieber frawen rosenkranz bruederschaft«, angestiftet, darzue sie eine grosse anzaln burger und burgerskinder und sonst allerlei gesindlein ein- und auswendiger verlocket und eingeschwetzet; welche alle, so mit solcher bruederschaft befangen, under anderm sonderlich darzue mit eidspflicht

Digitized by Google

aufgenommen und verstrickt werden, alles dasjenig, was sie in oder ausserhalb Collen sehen, horen oder erfaren, das einigermassen gegen die papistische religion und deren anhang sein oder verstanden werden und was hingegen zu ausrottung der religionsverwandten dienen muchte, solches den Jesuitern schriftlich anzuprengen, welche allerseit in- und anprachte schriftliche zettulen durch die Jesuiter und ihre provisores wochentlich ein oder zweimaln visitirt und ausgeklaubt werden. Da findet sich dan, dass ein nachbaur den andern, ja ein leiblicher brueder den anderen und das kind seine eigene eltern in disem oder jenem falschlich afterredet und angetragen. Und was also die jesuitische rosenkranzesbrudere und andere gefährliche anprengere ausgekundschaft oder aus ihrer bosheit erdichtet, dasselb wird zuletzste einem ersamen raeth durch ihre sonderlich darzue deputirte inquisitores angegeben; werden darauf die denunciati oder angeclagte geschwind vorgenommen, etliche gestracks zu thurn geschleift, andere aber alspald unerhorter sachen mit weib und kinderen der statt verwiesen. Und ob gleich jemand mit seinen nachbaurn oder auch papistischen leuten beweisen wolte, dass er falschlich beim raeth angetragen, mag es doch nit helfen sonder wird den rosenkranz-jesuitischen bruedern und anderen bestelten denunciatoribus so starker glaub zugestelt, dass sie allezeit recht haben und, was nur uf deren falschlich anprengen einmal durch den raeth geschlossen worden, solches muess bleiben, es sei gleich der angeclagten unschuld so offenbar und hell als der tag. Wie dan ein ersamer raeth under sich geschlossen, es solle niemand von ihnen der religionsverwandten supplicationes, defensiones oder andere schriftliche notturft in raethsstatt vorprengen und das under einer geltstrafen, auch eines ersamen raeths hochster ungnaden, ja etliche raethsheren bekennen und sagen ausdrucklich, ein ersamer raeth wolle der religionsverwandten verthetigung mit nichten anhoren. Sept. [zum 22.]

Es het wol ein ersamer raeth in seiner den 11. aprilis dises jars 1611 publicirter morgensprachen denselbigen allen insgemein, welche nit papistisch und sithero des jars 1590 zum burgerrecht eingeschriben und angenommen worden, alle burgerliche frei- und gerechtigkeit aufgekündiget; aber nunmehr pleib es nicht allein bei denen sonder die alte burger und burgerskindere, so vor zwanzig, dreissig und mehr jaren zu Collen gewohnet und in allem politischem wesen, wie ehrlichen burgern geburt, sich still und gehorsam jederzeit gehalten, werden jetzo wieder alle recht und christliche pilligkeit ohne underscheid verstossen und aussgejagt. Welche, um Gottes wort zu horen, nach Mulheim oder andern benachbarten ortern gehen, werden an den statpforten, item im offenen feld und in der stat auf den gassen, bissweilen auch in ihren eigenen hausern mit soldaten und gewaltsdieneren angegriffen, im haftung geworfen und muss endlich jede person hondert goltgulden zur straf geben oder die stat reumen; wo aber ein diener, knecht, dinstmagt oder sonst ein ander haus- oder tischgenoss das vermugen nit hette, die hondert goltgulden auf-

Digitized by Google

Sept. [zum 22.] zuprengen, so muess der herr meister oder wirt dieselbe darschiessen. Die studiosi, welche sich zur wahren auspurgischen confession bekennen und nach Mulheim zur predig gehen, seind auch nit befreiet sonder werden an allen pforten durch die soldaten und gewaltrichtere angefertigt, offentlich zu thurn geführt und darin mit allerhand unzimblichen bedrewungen so weit gedrungen, dass sie bei iren ausdrucklichen eiden globen muessen, sich der mulheimer predigten, als lang sie zu Collen verpleiben wollen, genzlich zu enthalten. Die aber wiederumb betreten sein worden, hat ein ersamer raeth in die schwersten gefengnissen werfen lassen und als meineidige strafen wollen; denen auch aller zugank, menschlicher trost und wart genzlich abgestrickt worden, dermassen dass auch deren eigne eltern und verwandten die behaften nit ansprechen moegen, biss sie nach langweiliger incarceration endlich zu eines raeths wolgefallen sich abermalen eidlich verbinden und als obgedacht haben globen muessen. Es werden auch die leute, so uf fest- oder feirtage von Mulheim oder uber Rein kommen, durch die gewaltrichtere an den pforten absonderlich examinirt und bei ihren eiden abgefragt, ob sie auch zu Mulheim in der predig gewesen; der das nit alspald bereit ist, sich daruber eidlich zu expurgiren, muss geschwind zur haftung hinein und alda seines bescheids abwarten.

Sobald nun jemand am fiscalischen gericht wegen kindertauf oder ehebefehlung wird angeclagt, mussen gestracks die hondert goltgulden erlegt oder die stat aufs lengst innerhalb vierzehn tagen gereumbt werden; damit niemand verschonet noch mit rechtmessiger verthetigung angehort wird. Welche aber in so kurzer, geschwinder zeit nit weichen konnen, diesselbe werden mit den gewaltrichtern, beigewelten und deren dieneren, auch mit soldaten aus ihren häusern gesetzt, ja uber die elenden und kranken, wie auch die junge kinder in der wiegen ist keine erbarmung sonder werden thaetlich vor die thür gestossen und das haus verklaustert. Alle officianten, item der burgerlicher wachten befelchhabere, so nit guet papistisch, seind ihrer empter und dinsten (unerachtet dero vor langen und vilen jaren mit guetem rum und ehren, dass auch die papistische burgere sich daran recht wol genuegen haben lassen, getragener verwaltung) entsetzet, als wen dieselbe treulose leute weren: wie auch den kauf- und handelsleuten ihre winkel- und kramladen verschlossen und sub poena confiscationis bonorum alle handlung mit kaufen und verkaufen verboten worden; ist auch auf allen gaffelen bei hoher straf verboten worden, dass keine knechte oder lehrjungen auf den gaffelen eingeschrieben oder selbigen ihre jahr gestattet noch zu burgern angenommen werden sollen, sie haben sich dan zufurderst auf guet papistisch qualificirt gemacht, unerwogen was ehrlichen herkommens, handels oder wandels die auch sein. Und ob wol bei vorigen jahren die gulische, clevische und marckische underthanen, so ihrer ehrlicher geburt guet gezeugniss vorprengen konnen, ohn fernere qualification seind zu burgern angenommen worden, solle doch mit

Digitized by Google

solchem altem herkommen sich hinferner niemand behelfen, freien oder erfreuen moegen. Dergestalt werden nicht alleine die burgere, unangesehen aller ausgestandener burgerlicher lasten, ihrer mit grossen merklichen kosten hiebevorn erlangter burgerlicher gerechtigkeiten genzlich beraubt sondern auch die knecht und lehrjungen, so wol eingeborne als ausheimische, umb ire zeit und lehrjaren, auch alle angewendte kosten gepracht. Sept. [zum 22.]

Gegen dieses alles helfet gar nit, dass wir wahrer auspurgischer confession verwandten uns uf den religionfrieden beruefen und uns dessen geniessen zu lassen diemuetig pitten, flehen und anhalten, sonder treiben sie mit solchem unserm begehren ihren spott, verlachen den religionfrieden und dieselbe, so sich zu wahrer auspurgischer confession bekennen, schelten uns nur uberall vor ketzer, inmassen auch die Jesuiter und etliche andere papistische pfaffen auf den predigstuelen wider die auspurgische confession und dero zugethane so grausame laster und unnutze spotreden erdichten und auswerfen als niemals zuvorn gehort worden; reizen und treiben damit an nicht allein die obrigkeit zu der scharpfen verfolgung sonder wickelen auch die gemeine burgerschaft auf, gestalt also wider die religionsverwandten ein immerbrennender hass, missvertrauen und uneinigkeit angezundet und gestiftet und dieselbige daher desto geschwinder mit weib und kinderen von aller nahrung ausgejagt und verstossen werden.

Obwoln aber durchs ganze romische reich teutscher nation und schier durch die ganze welt ausgeschollen, wie vil fromme christen vast tyrannischer weis mit unordentlichem, widerrechtlichem gewalt sein uberfallen, der religion und gewissens halber geschendet und gepfendet und entlich aus aller nahrung, handlung und wandlung vertrieben worden, so wollen dannoch die papisten insgemein mit iren tyrannischen thaethandelungen sogar behuetsamb sein und ausserhalb Collen nit horen oder bekennen, als ob sie jemanden der religion halben vertreiben oder verfolgen theten, wollen auch niemandem seines abzugs oder wesshalber er vertrieben worden, einigen den geringsten schein mittheilen, und in summa numehr insgemein und uberall mussen alle und jede, so zum burgerrecht begeren angenommen zu werden, sie sein in- oder auswendig Collen geboren, sich erstlich dem kirspels-pfaffen zeigen, demselbigen ihre ohrenbeicht thuen, dass sie romanisch-catholisch oder papistisch sein, darauf zur mess gehen und auf pabstliche weise communiciren, werden demnegst mit einem zettulgen under des beichtpfaffens hand zu eines ersamen raeths deputirten qualificationmeistern verwiesen; vor denselbigen muess die gethane beicht mit diesem ausdrucklichen eidschwur bestetigt, bethauret und gleichsamb anglobt werden, dass sie der pabstlichen religion von herzen zugethan und dero gemess leben und sterben wollen. Uber das alles hat noch unlengst ein ersamer raeth edictirt und offenlich anschlagen lassen, dass denselben, welchen einmaln die burgerliche beiwohnung aufgekundet, den abzug selbs erwehlet oder

Digitized by Google

Sept. [zum 22.] genommen, hinfüro zu Collen von niemandem einige hausser, kammer, keller, soller oder dergleichen zu ihrem ufenthalt keinerlei weiss vermietet oder eingeraumbt, ihre namen in den amptsbucheren ausgestreichen, ihnen keine amptsgerechtigkeit oder deren gebrauch mehr gestattet oder zugelassen, sonder fur frembd und auswendige gehalten, auch anders nirgentz, wen sie sich in die statt begeben, als in offenen herbergen ufgenommen und logirt werden sollen, alles under peen von 50 goltgulden, die ein jeder, so hiergegen gehandelt, zum ersten und zum andern mal 100 derselben verwirkt, auch nach ubertretung weiterer und ernstlicher straef an gelt oder am leib nach gelegenheit der umbstände zu gewarten haben solle.

Sintemal nun, gnedigst und gnedige herren, die christen alhie zu Collen mit mancherlei wunderbarlichen und vast unzehligen mehr practiken angegriffen werden, eines ersamen raeths und anderer papisten gedanken, raethschläg und thaethandlungen auch dahin genzlich gerichtet sein, inmassen sie sich auch offentlich horen und verlauten lassen, es sollen alle und jede religionsverwandten, sie sein wie sie wollen, allerdings die statt reumen, wo sie sich zu ihrer pabstlichen religion nit ergeben und gehorter massen qualificiren wollen, und aber obgedachte betrangnissen dem hochverpeentem religionfrieden nicht allein gestracks zuwider sonder auch, da diese unchristliche wuterei und mehr als turkische unaufhorliche verfolgung und tirannischen betrangnissen immer vortbrechen und nit etwo gezuckt werden solten, als dan zuletzst mehr schaedliche, hochnachdenkliche bose consequentien daraus zu gewarten sein, hierumb negst Gott almechtigen ruefen EE. chur- und fl. Gnn. wir hiemit an" und bitten Dieselben, auf Mittel und Wege zu denken, wie der Rat von Köln von dieser Verfolgung und Unterdrückung der Christen abgemahnt und dahin gewiesen werden könnte, „das exercitium wahrer auspurgischer confession in Collen offentlich oder je zum wenigsten in unsern hausern und sonst den benachbarten ortern ausserhalb Collen ohne eindrach zu verstatten und freizugeben, die ausgetriebene burgere und burgerskindere in vorigen stand wiederumb zu restituiren, anzunehmen und uns hinferner der religion halber an leib, ehren und guet unbeleidigt bei sich wohnen zu lassen." O. D.[1]

Unterzeichnet sind „die provisores und semptliche gemeine wahrer auspurgischer confession zu Collen."

Drs., l. 7388|6, f. 564; Kopie.[2]

---

[1] Datiert nach dem Bittgesuch der evangelischen Kölner an den Kurfürsten von Sachsen vom 12/.22 September (Drs., a. a. O., f. 563; Or.), wozu obige Denkschrift die Beilage ist.

[2] Der katholische Rat liess darauf den Kurfürsten durch seine Abgesandten zum Kurfürstentag, durch den Bürgermeister Johann Hardenradt und den Stadtsyndikus Johann Cronenburg, folgende Rechtfertigung überreichen: Der Rat der Stadt Köln hat erfahren, dass einige der „widerwärtigen Religion" Zugetane, die in ihrer Stadt eingesessen sind, neben einigen neulich Ausgewiesenen allenthalben verbreiten, dass der Rat sie und andere Glaubens-

Digitized by Google

354. Baugy an die Königin-Regentin von Frankreich. Sept. 24.

„Madame. J'ay en main l'instruction de l'empereur et les lettres secrettes pour le roy et pour V. M.[té] dont je mandois par mes

---

genossen ohne Grund nur der Religion halber wider den Religionsfrieden und andere Reichsgesetze verfolge und aus der Stadt weise. Zwar ist deswegen noch nichts Beständiges an den Rat gekommen; dieser weiss auch gar nicht, zu welcher Religion die Klagenden sich bekennen, da deren viele nicht einer gewissen lutherischen oder calvinischen Religion sondern den Libertinern, Wiedertäufern und andern unzulässigen Sekten zugewandt sind und sich doch mit der gemeinen evangelischen Freiheit schützen wollen. Trotzdem will der Rat einen wahren Gegenbericht geben: Vor ungefähr Jahresfrist wurde zu Mühlheim, einem Flecken gegenüber der Stadt, gewiss auf Beförderung der teils dort teils zu Köln ansässigen Religionsverwandten von den Unkatholischen begonnen, unter starkem Zulauf aus der Stadt Köln sowol an den gebotenen Sonn- und Feiertagen wie auch an Wochentagen öffentliche Predigten zu halten. Darauf hat der Rat zur Vermeidung aller Gefahren und Unruhen, die durch das häufige Ein- und Ausziehen erfolgen könnten, männiglich öffentlich dies Ein- und Ausziehen zu den Predigten bei Strafe von 50 Goldgulden für das erste, 100 für das zweite mal und Aufkündung „bürgerlicher Beiwohnung" bei beharrlichem Ungehorsam verbieten lassen. Trotzdem aber sind die widerwärtigen Religionsgenossen aus bösem Vorsatz und Trotz und zu besonderem Despekt der Obrigkeit in gleicher Zahl wie bisher zu den unkatholischen Predigten und Zeremonien nach Mühlheim gezogen, so dass der Rat zur Handhabung seines Ediktes genötigt war, auf die Verbrecher ernstlich Acht zu haben, sie vorzurufen und auf ihr eigenes Bekenntnis hin von ihnen obige Strafen einzufordern. Diese Strafen wurde aber denen nachgelassen, welche versprachen, dem Edikt künftig zu gehorchen und bei Verwirkung ihrer bürgerlichen Rechte den Predigten nicht mehr beizuwohnen; denen aber, die erklärten, dass sie Gewissens halber den Predigten folgen müssten und dass sie durch das Verbot der weltlichen Obrigkeit sich daran nicht behindern lassen dürften, hat man gemäss den Reichsgesetzen den Abzug auf gewisse Zeit angekündigt und hat ihnen, als sie sich unter Vorwänden länger in der Stadt aufhielten und dabei frevelmütig die verbotenen Predigten besuchten, endlich die Häuser gesperrt und sie wirklich ausgesetzt. Es haben sich auch seit einigen Jahren und besonders während des niederländischen Krieges verschiedene Fremde in der Stadt Köln niedergelassen und unter dem Schein, der katholischen Religion zugetan zu sein, sich bei den Gaffelhäusern ohne vorhergehende Qualifikation entgegen den Edikten des Rates einschreiben lassen; sie haben auch die sogenannte grosse Bürgerschaft beim Rat erworben und die besten Häuser und Winkel zum Seiden- und Tuchschnitt und zum Weinhandel an sich gebracht. Diese Eingewanderten haben einen ausdrücklichen leiblichen Eid auf die katholische Religion abgelegt und haben ihren Bürgerbrief vom Rat nur gegen diesen Eid und die Bedingung erhalten: so lange sie bei der katholischen Religion bleiben. Da aber viele davon von Anfang an nicht der rechten katholischen Religion zugetan waren oder inzwischen von ihr abgefallen sind, so hat der Rat deren Läden verboten und schliessen lassen. — Der Rat hat auch vor Jahren schon alle „Ehebefehlungen" und Kindstaufen ausserhalb der Stadt bei Strafe verbieten und dies Verbot alljährlich erneuern und den bestellten Fiskal gegen die Verbrecher verfahren lassen. Nun hat man eine Zeit lang nicht so scharf darauf gesehen, vielen auch, wenn sie nicht zahlen konnten, die Strafe nachgelassen; als aber die Uebertretungen gar zu gemein wurden, hat der Rat befohlen, die verwirkten Strafen unnachsichtig einzuziehen und mangels eines Pfandes gegen die Personen selbst zu verfahren; es mögen daher viele aus diesem Grunde, als sie des Rates Ernst spürten, gutwillig den Abzug gewählt haben. Der Rat kann daher nicht finden, dass er

Digitized by Google

Sept. 24. precedentes du 17.e de ce mois [1], qu'il la vouloit accompagner. Je n'attens plus que l'audience en laquelle il doibt esclaircir quelques points de ladicte instruction et me declarer de bouche particularitez qu'il m'a faict dire n'avoir trouvé a propos d'y toucher par escript. Incontinent aprez je me mettray en chemin pour en aller rendre conte a. V. M.té — Il luy preit mardy dernier assez soudainement volonté de partir de ceste ville et desia il avoit commandé que ses carosses fussent prestz pour le soir. Les uns disoient que c'estoit seulement pour aller jusques a Pilzen changer d'air, ainsy conseillé de faire par un medecin de Styrie nommé Secundus qu'il a priz n'agueres a son service; les autres que, s'il s'esbranloit une fois et se resolvoit de sortir de ce chasteau, ce ne seroit pas pour s'arrester audict Pilzen, ains qu'il passeroit outre et se retireroit en Allemagne. Quoy qu'il en soit, les Bohemes ont belle peur que cela n'arrive, craignans, s'il s'en va, que ce ne soit en intention de revenir bien tost accompagné, pour se vanger des choses passees.[2] L'ambassadeur d'Espagne en est

---

etwas gegen die Gesetze und Reichsabschiede verbrochen, vielmehr hat er nur das getan, was jede Obrigkeit, der Gottes Ehre und die katholische Religion am Herzen liegt, zu tun schuldig ist und was die Widerwärtigen selber an Orten, wo vor ihren Neuerungen die alte Religion geübt wurde, gegen die Katholischen, wiewol mit grossem Unfug, für recht und billig halten (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 106; — Kopie). — Daneben hatten die beiden Abgesandten des Rats noch die Aufhebung der Lizenten am Rhein zu betreiben (Wmz., a. a. O.; — Or.).

[1] Vgl. no. 349.

[2] Eine Zeitung aus Prag vom 24. September berichtet darüber ausführlicher: Am 20. wollte der Kaiser von hier aufbrechen und hatte schon den Kämmerern, Hatschieren und Trabanten dazu ansagen lassen; weil aber Hatschiere und Trabanten weder Rosse noch Geld hatten, es auch an anderer Notdurft fehlte, wurde die Reise bis zum nächsten Tag eingestellt. Es ist nicht zu glauben, was diese Absicht für einen Schrecken im Volk verursachte. Dabei gehen allerlei Diskurse, dass der Türke dem König den Frieden aufgekündigt, dass Leopold 8000 Mann in Bestallung, dass auch Baiern und Salzburg viel Volk beisammen hätten; hinter der plötzlichen Abreise des Kaisers vermutet man besondere Praktiken, dass Leopold, Baiern und Salzburg über Böhmen, der Türke über Ungarn und Oesterreich herfallen und alles drunter und drüber gehen werde. An des Kaisers Abreise soll vor allem ein Arzt aus Steiermark, Johannes Secundus, schuld sein, der auch ein Prophet sein will und vorgibt, alle bisherigen Krankheiten des Kaisers kämen von der Melancholie her und wäre ihm nicht zu helfen, wenn er nicht Prag verlasse; denn wenn er zum Fenster hinaus auf die Böhmen sehe oder in den Gängen spaziere und betrachte, was ihm von den Böhmen für ein Despekt mit Schiessen, Wachen u. s. w. widerfahren sei, mehre sich seine Melancholie und könnte schliesslich eine gefährliche Krankheit daraus werden [vgl. no. 147, S. 356, Anm. 4]. Trotzdem ist aber die Reise wieder verschoben worden, weil in Pilsen die Pest herrschen soll. Es soll aber der Kaiser endgiltig entschlossen sein, nach Brandeis zu gehen; er fordert Guthaben von der alten böhmischen Kontribution und von der böhmischen Kammer ein und droht mit dem Rechtsweg (Nbg., Unionsakten, tom. 55b, f. 185; Kopie). Der neuburgische Gesandte Hugolt Beer weiss am 16./26. September aus Prag seinem Herrn zu berichten: Gestern hat ihm der kaiserliche Kammermaler Hans von Aachen mitgeteilt, dass der Kaiser ganz entschlossen sei, sich ehestens von hier wegzubegeben; er könne ohne grosse Bekümmernis die Stadt Prag nicht mehr anschauen und

Digitized by Google

aussy tout en allarme, prevoyant qu'une telle resolution renverseroit le dernier acord, pour l'advancement et conclusion duquel il a tant travaillé. C'est pourquoy il a suborne (a. ce que j'enten) plusieurs de ses officiers grandz et petitz, affin de le retenir par une demande importune de ce qui leur est deub de leurs gages, si l'on veult qu'ilz se mettent en equipage pour le suyvre et servir comme il appartient, scachant bien que la chambre aulique (qu'ilz appellent) est entierement epuisee d'argent et de credit et que difficillement il fouillera dans ses coffres pour en tirer ce qui seroit necessaire a ce remuement de mesnage. Davantage ledict s.r ambassadeur faict courir un bruict a ce mesme effet pour le faire parvenir a ses oreilles, que les Bohemes sont en doubte, s'ilz le doibvent laisser sortir du royaume, et en tout cas qu'ilz ne permettront, qu'il en transporte son tresor, qui est ce qu'il semble le plus affectioner en ce monde. Voylà l'entretien de ceste cour, en attendant le tems de l'assembleé electorale qui se doit tenir a Nuremberg, a laquelle on dit que le marquiz d'Anspach interviendra au nom de l'electeur de Brandebourg, qui se doit estre maintenant acheminé en Prusse, pour remedier par sa presence a quelques tumultes qui y sont survenuz contre ceux qui gouvernent, et pour favoriser de plus prez ses droitz et pretensions sur ce duché en la diete de Pologne qui est inthimée a Varsove au 27e de ce mois. De Prague le 24e de septembre 1611". Sept. 24.

Pa., Coll Harlay, no. 238, vol. XII., f. 307; Or. eigh.

355. Peter de Vischere an Erzherzog Albrecht. Sept. 24.

Weil mich Sturmwind und Regenwetter während der Fahrt auf der Elbe nötigten, umzukehren und wieder nach Leitmeritz zu gehen, bin ich erst am 12. September in Dresden angekommen; der Kurfürst war aber verreist, in seiner Begleitung auch der Herzog von Braunschweig. Ein Hauptmann des Kurfürsten erzählte mir, dass der Kurfürst alle Bestallungen und den ganzen Hofstaat sehr reformiere; König Matthias soll dem Grafen Mansfeld, der ihm in Bautzen aufwartete, sein Erstaunen ausgedrückt haben, dass der Kurfürst von Sachsen ihn dort nicht besucht habe. — Am 13. abends kam der Kurfürst zurück, am 14. morgens zwischen sechs und sieben Uhr meldete ich mich beim Hofmarschall an und und wurde nun mit sehr grossen Ehren ins Schloss geleitet und dort einquartiert; während meines ganzen Aufenthaltes in Dresden sind mir Ehren erwiesen worden, wie sie den Gesandten des Königs Matthias und anderer Erzherzoge

---

wolle den für seinen treuen Freund halten, der ihm von hier forthülfe. Dass Braunschweig keine grosse Lust hat, von hier fortzugehen sondern mit dem Bau seines erkauften Hauses stark fortfährt und allerlei Vorrat aus seinem Land verschreibt, will dem Kaiser nicht gefallen. Wohin der Kaiser reisen will, weiss man nicht sicher; es ist von Pilsen, Brandeis, Eger die Rede; viele aber meinen, er werde sich ins Reich begeben (Me., no. 85/5; — Kopie). — Vgl. über die Beweggründe des plötzlichen Entschlusses noch no. 355, besonders die Nachschrift.

Digitized by Google

Sept. 24. nie wiederfahren sind. — Am 15. gab der Kurfürst mir in Gegenwart seiner beiden vornehmsten Räte, Schönbergs und des Reichspfennigmeisters Loss, Audienz. Auf meine Werbung liess er durch Schönberg antworten, sagte aber selbst kein Wort; doch empfieng er mich „mit gar mildem und lachendem gesicht“ und gab mir zwei Mal die Hand. — Am 16. erhielt ich zwei Schreiben des Kurfürsten als Antworten auf das Beileidsschreiben E. fl. D.t und auf das andere Schreiben wegen des jülicher Lehen. Schönberg und zwei andere Räte, welche die Briefe überreichten, baten dabei, E. fl. D.t mögen, „da von den Brandenburgischen oder Neuburgischen etwas bei E. fl. D.t wegen vorgedachten lehnstuck und gueter angebracht oder gesuecht werden solte, I. chfl. Gn. unerhört in nichts sich resolviren und zu dero präjudiz sich erklären, vile weniger etwas, so dem loblichen hause der örter zum schaden und nachtail geraichen mochte, einraumen noch gestatten.“ Ich erhielt eine goldene Kette nebst eine Medaille mit des Kurfürsten Bild. Er gab mir keine Abschiedsaudienz, weil er mit der Huldigung zu sehr beschäftigt war. Deshalb „hab ich I. kgl. M.t zu Hungern und Böhem gruess und erbietung in meliori forma durch dise ministros dem churfursten gehorsamist anbringen lassen und bei der churfurstlichen versamblung I. kgl. M.t person in gueter acht zu haben untertänigst recommandirt, darauf sie mir in generalibus terminis geantwortet. . . . Sonst kan E. fl. D.t ich gehorsamist versicheren, das ich zeit meines anwesens am churfurstlichen hofe aus aller ihrer rät und vom adel, so bei mir gewesen, discursen ain sonderen respect gegen E. fl. D.t und undertänigste affection zue Derselben gespueret habe.“

Am 17. zu Mittag reiste ich von Dresden ab und kam am 19. in Prag an „und hab alsbald erfahren, das der kaiser ex consilio aines neuen medici, Dr. Secundus genent, so von Grätz herberuefen, der I. M.t persuadirt, es sei der luft hie nit guet und veränderung desselben sei I. M.t gesund, von hin auf zwo meil, [nach] aines privaten hernhauss und von dan nach Brandeis oder Pilsen sich retiriren und begeben wöllen, welches noch den 20. gewehret, aber hernach beim vorigen gebliben und wider still geworden“.[1]

„Den abent [des 20.] ist der canonicus Henott (so I. fl. D.t erzherzogen Leopoldum vor disem in Gulich gefuhrt) von Freising auf der post alher kommen, vocatus ab oratore Hispanico, umb mit ihm mundlich wegen versön- und vergleichung I. fl. D.t mit der kgl. M.t zu Hungern und restituierung der passauischen stiftsländer, so in Oesterreich ligen, . . . zue conferiren,[2] welches alsbald bei hofe

[1] Vgl. no. 354.

[2] Zuñigas Instruktion für Hartger Hennot (vgl. über ihn no. 66, S. 151, Anm. 3 und no. 239) zur Schickung an Erzherzog Leopold nach Passau ist vom 22. September; Hennot hatte Leopold die Notwendigkeit der Versöhnung mit Matthias vorzustellen, die in der Bestätigung der alten Verträge Oesterreichs mit Passau und in einer Abbitte bestehen sollte (Wöa., Salzburg, Bd. 10, Fasz. 3; Kopie).

Digitized by Google

allerhand umbras und frembde discursus verursacht hat, welche damit gestillt und diluirt worden, das der don Balthazar dem burkgrafen der cron Behem und andren statthaltern die ursach des Hennots ankunft notificirt hat.“ — Am 21. hat „Barvitius mich in högstem vertrauen berichtet, das canonicus Henot auch bei vorgedachter occasion ein zimblich dickes pagget durch den stubenheizer[1] I. ksl. M.t von erzherzogen Leopoldo und herzog Wilhelmen in Bairn zukommen lassen, welches auf allerhand nebenpraktiken gerichtet ist und insonderheit, das herzog Wilhelm in Bairn gern aine heurat zwischen erzherzog Leopoldo und herzog Wilhelmen tochter und so vort successionem im reich auf erzherzog Leopolden zu richten trachtet,[2] derowegen auch I. ksl. M.t erzherzog Leopoldo geraten, in persona auf dem churfürstentag, allein umb sich bei den samentlichen churfürsten zu insinuiren, zu erscheinen. Er saget mir auch, das I. ksl. M.t uber vorige commissarien, denen Hannewald auch zugeordnet, auf seinen rat und erinnern den graf von Helfenstein zum churfürstentag verordnet habe und verhoffet denselben noch in gehaimen rat und zum kaiserlichen obristen hofmeisteramt zue befurderen. Er ist ain sehr verstendiger catholischer her.“[3] Sept. 24.

Am 22. habe ich die von E. fl. D.t mir überschickten Schriftstücke wegen Aachen nebst dem, was E. fl. D.t mir aufgetragen haben, in der Antecamera zugestellt. Die Räte meinen, der Kaiser werde Bedenken tragen, den Possidierenden zu schreiben, weil es seit deren Widersetzlichkeit nicht mehr geschehen sei; es werde daher besser sein, dies und anderes, was die aufrührerische Gemeinde betrifft, der schon verfassten Kommission einzuverleiben. Alle gut Katholischen und Zuñiga, denen ich mich anschliesse, meinen, E. fl. D.t müssten den Aachenern jetzt gleich deren Handel sperren, wie die geistlichen Kurfürsten ihnen schon die Passbriefe zur frankfurter Messe versagt hätten.[4] — Am Nachmittag ist Hennot wieder zu Erzherzog Leopold gereist; er soll in acht Tagen wieder hier sein.

„Gestern hab ich ein schreiben von Hannewald bekommen, so den 5. septembris zu Rotenbuch ufm Spessart, I. chfl. Gn. zu Mainz lusthauser eins, datirt, darin er mir nach vilen lamentationen wegen

---

[1] Vgl. über diese Persönlichkeit no. 131, S. 316, Anm. 1 und no. 254, S. 594, Anm. 1.

[2] Zu Anfang des September hatte eine Zusammenkunft zwischen Herzog Wilhelm und den Erzherzogen Ferdinand und Leopold zu Judenburg in Steiermark stattgefunden (Bericht aus Prag zum 17. September 1611; Drs., l. 7387, II. Buch Kurfürstentags, f. 257; Or.). — Zu Herzog Wilhelms Bemühungen vgl. no. 142 mit Anm. 1 auf S. 348 und no. 146 mit Anm. 4 auf S. 354.

[3] Vgl. no. 306, S. 732, Anm. 3.

[4] Vgl. no. 285, S. 660, Anm. 1. Es wurde wegen der aachener Sache eine kaiserliche Kommission auf Kurköln und Erzherzog Albrecht erteilt; vgl. L. Keller, die Gegenreformation in Westphalen und am Niederrhein, III., a. a. O., S 51 und no. 128 ff.

Digitized by Google

Sept. 24. seiner persecutionen und widerwertikeiten dise formalia schreibet: »So tichtet und leugt mich je einmal derjenig an, welcher furgibt, das wider den könig ich etwas tentirt habe. Die befurderung des churfursten-convents urgire ich, das ist wahr und ist mir von meinem hern, dem kaiser, uferlegt. Die bruderliche vergleichung zwischen dem kaiser und kunig hab ich nie gehindert sondern mit solchem eifer geraten, das her Hertel mich selbst berichtet, sobald I. M.t meine consilia aus Dresden angehört hetten, weren sie acquietirt worden, hetten ihre cunctation ufgehebt und den accordo subscribirt.[1] Uber das allen, so hab ich solche erinnerung gethan des spanischen botschafters andeutung gemess, das ich versichert bin, die churfursten werden dise composition nicht impugniren, aber mit der approbation wöllen sie sich nit beladen aus ursachen, das man sie im negsten pragerischen vergleich gebrennt, ihre burgschaft in gefahr gestelt und durch den zaun gestochen habe. Ob I. ksl. M.t die residenz in Prag zu continuiren nuzlich, gibt der churfurstentag, vor dessen anfang[2] ich gern mit dem hern an einem bequemen ort heraussen im reich persönlich conversiren wollte; es wurde deme hern oratori nit misfallen und dem hern in seinem officio auch erspriesslich sein. Ich bitte, meine unschuld sampt dem hern oratore an gehörigen örtern wider die boshafte calumnias verteidigen zu helfen, mich und die meinige in bessere securitet zu setzen und nit etwa gar in ein desperation zu sturzen. Was ich rede oder schweige, muess alles gift sein«." Prag den 24. septembris 1611.

Nachschrift: „Gnedigster furst und her. Gleich dise stund hat mich der Barvitius haimgesuecht und berichtet, das I. ksl. M.t vorgester spaet obgedachtes packet entpfangen und erbrochen und dorauf gester gar guets muets gewesen. Erzherzog Leopold und herzog Wilhelm in Baiern suechen mit allem fleiss I. ksl. M.t hinaus ins reich zu zihen, damit ihr vorgedachtes intentum desto besser zu werke gerichtet moege werden. Herzog Wilhelm in Baiern ist erst zu Passau bei erzherzog Leopoldo gewesen und erzherzog Leopold hinab zu München bei herzog Wilhelm und der Tochter. Heute ist I. ksl. M.t wiederumb ainer andern mainung gwest und will nit hinauss; saget, habe sich auf der samentlichen churfürsten noch fürsten hülf nit zu verlassen, sei auch zu spät im jar. Barvitio kunne dise handlung gar nit verstehn, das I. ksl. M.t und don Balthasar baide den Henot ad diversos fines gebrauchen sollen, cum caesari omnia consilia don Baltasari sint suspectissima et odiosissima et ita quasi duo contraria. Henot hat auch ein credenz und vorschreiben vom herzogen zu Braunschweig gehabt, ihm propter quasdam suas particulares praetensiones zu der

---

[1] Vgl. no. 313, S. 741, Anm. 1.

[2] Vischere bemerkt dazu am Rand: „Non videtur oratori neque mihi hoc rerum statu consultum; respondebo secundum mandatum V.rae Cel.atis."

Digitized by Google

audienz beim kaiser befurderlich zu sein. Barvitio berichtet mich, der von Leuchtenberg habe ihm geschriben, das der graf von Hanau[1] ihm unterwegen, umb hieher zu reisen, begegnet und als Barvitio solches I. ksl. M.[t] angezaigt, hat man sich drob erfreuet und gesagt, er hab es schon hergeschriben, unde conjicit, quod vocatus veniat. Was der bringen wird, gibt die Zeit; ohne zweifel nichts guetes.... Prag ut in literis." Sept. 24.

Brs., Secrét. d'Allem., no. 96, f. 160 und f. 171; Or. eigh.

356. Domdechant Adam Wolf genannt Metternich an Herzog Maximilian von Baiern. Sept. 26.

Dieser und anderer Orten jubiliert man wegen des jüngsten protestantischen Unionstages, zumal der Kaiser ihn durch seine Abgesandten hat besuchen lassen; besonders wird Geizkofler gelobt, dass er sich so trefflich gehalten hat. Man soll sich zu Rotenburg stark verbunden und auch die Städte sollen zugestimmt haben, dass sie ihre Religionsverwandten auch im Gebiete anderer Herrschaften verteidigen wollen, wenn nötig mit dem Schwert; das geschah wegen Bamberg. An das Kammergericht haben sie einen schriftlichen Verweis und eine Drohung wegen Partialität gerichtet;[2] der Brief war vom Administrator der Kurpfalz und vielen andern unterzeichnet. Ebenso hat man dem Bischof von Worms zugeschrieben, er solle die Jesuiten abschaffen.[3] Vor acht Tagen ist der Graf von Hanau zum Kaiser nach Prag berufen worden,[4] ebenso der Markgraf von Ansbach.[5] „Scheint, dass der kaiser sich gantzs vnd gar auff die protestierende lendet, darauss jhe nichts guitzs erfolgen kann. Denn stado, wann der kaiser sich ins reich begebe, wurde man auss den reichscontributionen suichen, inmaessen man darauff starcke rechnungh macht auf denn fhal vnd glaub ich, wan man allenthalben her gleich heben woldt, es moecht etwas thuin; obs aber in die hare moecht weren, waiss ich nicht; were ein groesser last. Wan die churfursten wolten die zöl am Rhein, mit welchen Carolus IV. seinen son Wenceslao die wahl gleichsam erlangt, widergeben, mocht mere bestendigkait habenn." Datum 26. septemb. a. 11.

Ma., 112/1, f. 108; Or. eigh.[6]

---

[1] Vgl. no. 328, S. 763, Anm. 4. Der Graf kam am 25. September in Prag an (Agent Paul Hahn an Erzherzog Maximilian; Ib., Ambraser Akten, Missiven vom Oktober 1611, no. 3; Or. eigh.).

[2] Vgl. no. 305, S. 721 und no. 321, S. 753, Anm. 1.

[3] Vgl. no. 305, Protokoll zum 23. und 26. August und Anm. 1 auf S. 726.

[4] Vgl. no. 355.

[5] Vgl. no. 343.

[6] Der Herzog erwidert am 3. Oktober: Es ist zu beklagen, dass der Kaiser solche Subjekte an sich zieht und die Katholischen dessen gleichwol so wenig achten und nicht bedenken, wo die Anschläge der Widersacher endlich hinausgehen und was aus diesem Temporisieren folgen wird. Man muss sich damit

Digitized by Google

Sept. 26. **357. Instruktion Kaiser Rudolfs II. für seine Kommissarien zum Kurfürstentag.**

Die Kommissarien sollen rechtzeitig zu Nürnberg anlangen, sich erst bei Kurmainz, dann bei den übrigen Kurfürsten oder deren Gesandten anmelden und unverzügliches Gehör begehren. Vor der Audienz sollen sie sich aber mit Kurmainz über den modus procedendi unterreden und ihm den der Instruktion einverleibten Vortrag überreichen, wobei wir hoffen, dass wie vordem unsere Vorfahren und wir bei Reichs-, Deputations- und andern Tagen mit den Kurfürsten von Mainz als Erzkanzlern Korrespondenz gehalten und über unsere Propositionen und sonstigen Verhandlungen deren Gutachten vernommen haben, so auch er dieselbe Vertraulichkeit jetzt walten lassen wird. Wegen einer etwa gewünschten Abänderung in der Proposition sollen sich die Kommissarien mit dem Kurfürsten vergleichen.

Der Vortrag soll aber sein: Nachdem der Kaiser von dem Beschluss der Kurfürsten erfahren hatte, teils wegen des Kaisers teils wegen des Reiches schweren Anliegen einen Kurfürstentag auszuschreiben, hat er diese Absicht durch Schickungen und Schreiben stark gefördert und sich auch dem Kollegium zu Ehren zu dieser Abordnung entschlossen in der Hoffnung, dass die Kurfürsten in den Sachen, die ihn und das Reich betreffen, mit seinen Gesandten, die ihnen sein Gemüt eröffnen sollen, kommunizieren werden. Der Kaiser begehrt nichts anderes als dass hier beraten und vollzogen werde, was Gott zu Lob, zur Erhaltung der Christenheit, zu Ruhe und Frieden und zur Wolfahrt deutscher Nation dienen möge, wozu der Kaiser die Kurfürsten ohnedies bereit weiss.

1. Was im Königreich Böhmen und dessen Nebenländern seit einigen Jahren sich begeben und was den Kaiser bewogen hat, beiliegenden Vertrag mit König Matthias[1] unerwartet des Kurfürstentages abzuschliessen, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden, da davon die nach Prag abgeordneten kurfürstlichen Räte berichtet haben werden. Der Kaiser übersendet die brüderliche Abhandlung mit dem ausdrücklichen Bemerken, er wolle in nichts gewilligt haben, was den Kurfürsten oder dem Reich zu Praejudiz ausgelegt werden könnte. Da aus dem Schriftstück auch ersichtlich ist, dass ihm aus den abgetretenen

---

trösten, dass noch einige eifrige Katholische da sind, die es treulich meinen und die ihr Aeusserstes tun wollen; denen wird Gott beistehen. Man hat wiederholt erfahren, wie die Praktiken und Anschläge der Protestanten zu nichte geworden sind; das darf man auch künftig hoffen. Bamberg wird sich um die Drohungen wenig kümmern und sich in seiner von Amts wegen und durch den Religionsfrieden wol befugten Reformation nicht stören lassen; im Fall der Not werden sich andere katholische Fürsten seiner wol annehmen, so dass schliesslich die Protestanten ihre „Schanz" gereuen möchte. Auf den Diskurs der Protestanten wegen des Hofhalts des Kaisers, wenn er sich ins Reich begeben würde, ist nicht viel zu geben (Ma., 112/1, f. 112; Kpt. von Gewold).

[1] No. 313.

Digitized by Google

Königreichen und Ländern an Herrschaften und Geld nicht so viel versprochen worden ist als zur Erhaltung seiner selbst, des kaiserlichen Regiments und Hofstaates und zur Abtragung der schweren, aus dem langwierigen Türkenkrieg stammenden Schuldenlast ausreicht, so mögen die Kurfürsten seine, des Kaisers, lange, mühevolle und gegen die Türken glückliche Regierung bedenken und ihn in seinem hohen Alter nicht verlassen sondern auf Mittel denken, ihn bei Ehren und Würden zu erhalten, Regiment und Hofstaat zu versorgen und die Schuldenlast zu erleichtern. — 2. Der Kaiser weiss zwar nicht, welche Verhandlungen es beim Kurfürstentag geben wird, aber er vermutet, dass man auch davon reden wird, wie das Justizwesen in Gang zu bringen und andern Beschwerden, um deren Abschaffung der Kaiser von den zu Rotenburg versammelten Kurfürsten, Fürsten und Ständen gebeten worden ist, abzuhelfen wäre. Er erinnert dabei die Kurfürsten, welche Mühe er sich schon wegen Verbesserung des Justizwesens gegeben, wie er Mittel und Gutachten auf Reichs-, Deputations-, Kreis- und andern Tagen, besonders auf dem fuldaer Kurfürstentag gesucht und was er wegen der Gravamina noch im vorigen Jahre mit den zu Prag anwesenden Kurfürsten, Erzherzogen und Fürsten besprochen hat. Da aber alle diese Mittel nicht zureichten und die Erfahrung lehrt, wie dies auch der Abschied von 1603 feststellt, dass der Kaiser bei Beratung des Justizwesens mit Beirat aller Kurfürsten verfahren soll, so ersucht er nunmehr diese, in dieser Sache unverzüglich zu beraten und zu beschliessen. — Die übrigen Gravamina sind zum Teil solche, deren Behandlung in des Kaisers eigener Macht liegt, zum Teil ist aber zu deren Abhilfe das Zutun der Kurfürsten und des Reiches nötig. Was die erste Gruppe betrifft, so erklärt der Kaiser, besonders wegen der Reformation der Mängel des Hofregiments, dass er die Abhilfe ehestens vornehmen wird, ja zum Teil schon darin begriffen ist; wegen der andern Beschwerden, besonders wegen der gesteckten Justiz, wissen die Kommissarien, namentlich Hannewald, welche Vorbereitungen er bereits dazu getroffen hat. Wäre der letzte Reichstag nicht zerschlagen worden, so wäre diesem Punkt zweifellos schon gründlich abgeholfen. — 3. Wegen der Restitution Donauwörths hatte der Kaiser im vorigen Jahr gleichfalls zu Prag die Kurfürsten von Mainz und Sachsen bewogen, mit Zuziehung der Abgesandten der Stadt Nürnberg Mittel und Vorschläge zu beraten, wie man diese Beschwerung beseitigen könnte. Es waren aber wider Erwarten die gemachten Vorschläge den Nürnbergern nicht genehm. Deshalb und weil ohne Kostenersatz an den Herzog von Baiern dem Kaiser die völlige Befreiung Donauwörths durchzusetzen unmöglich ist, erwartet er, was die Kurfürsten für Mittel andeuten, raten und zu Wege bringen werden. — 4. Viel Sorge macht dem Kaiser auch der Administrationsstreit. Was deshalb bei ihm angebracht worden ist, hat er den Kurfürsten bereits, um schleuniges Gutachten zu erlangen, mitgeteilt. Da sich aber diese Gutachten bisher verweilt haben und wegen der gefährlichen Läufe auf Ergänzung des Kollegiums

Sept. 26.

Digitized by Google

Sept. 26. zur Beförderung des Kurfürstentags geda cht werden musste, so hat der Kaiser einen Interimsbescheid erlassen,[1] die Entscheidung der Hauptsache aber bis zum Eintreffen der begehrten Gutachten verschoben. Da aber Pfalzgraf Philipp Ludwig dagegen immer heftiger klagt und um endliche Entscheidung der Sache emsig anhält, so ersucht der Kaiser die Kurfürsten, diese Sache mit in Beratung zu ziehen und ihm ihr Gutachten zu eröffnen, wie dieser Streit ehestens gütlich oder rechtlich beigelegt werden könnte. Die Kommissarien werden zu bedenken wissen, was sich in dem einen und andern tun lässt oder nicht. — 5. Sollten neue Punkte vorkommen, die uns jetzt nicht bewusst sind, so sollen die Kommissarien sie anhören und sich darüber, wenn es ohne unser Praejudiz geschehen kann, mit den Kurfürsten vergleichen oder sie zu Bericht nehmen oder, wenn die Sache so lange anstehen kann, uns durch eilenden Boten benachrichtigen und weiteren Bescheid erwarten. Datum Prag den 26. septembris 1611.

Wh., Reichsakten in genere, Bd. 84 b; — Kpikopie.[2]

Sept. 27. 358. Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg an die Unionsstände (ausser Kurpfalz, Zweibrücken und Anhalt).

Auf das Schreiben vom 17./27. August.[3] Wir hätten uns versehen, dass man unser Schreiben[4] von unserm Sekretär annehmen, wegen des darin enthaltenen Praejudizialpunktes gleich darüber beraten und es beantworten werde, um dann mit um so besserem Bestand die Unionssachen verabschieden zu können; aber wir wollen diesen Aufschub an seinen Ort stellen. Zur Sache wissen wir aber wol, was im dritten Punkt der ahauser Union, wegen der Irrungen zwischen Unionsständen vorgesehen ist, dass nämlich zunächst die Güte versucht und, wenn diese fehlschlägt, es bei den herkömmlichen Austrägen gelassen, aber keine Tätlichkeit gestattet werden solle. Nun waren wir nie gemeint, dieser Bestimmung zuwider EE. LL. etc. etwas zuzumuten oder Sie als Richter mit der cognitio causae zu beladen, die ihrer Art nach vor ein anderes

---

[1] No. 301.

[2] Abgehört im geheimen Rat in Gegenwart des Herzogs von Braunschweig, Mollarts und Barvitius'. Die neuburgischen Gesandten zu Prag waren der Ansicht, dass Braunschweig der Verfasser dieser Instruktion sei (Beer und Silbermann an Pfalzgraf Philipp Ludwig am 14./24. September; Me., 85/5; — Kopie); am $\frac{\text{21. September}}{\text{1. Oktober}}$ berichtigt aber Beer, dass die Instruktion von Hertel entworfen worden sei (Beer an Pfalzgraf Philipp Ludwig; Me., 85/5; — Kopie). Vgl. zu obiger Instruktion no. 215.

[3] No. 305, S. 728, Anm. 2.

[4] No. 295.

Digitized by Google

Forum gehört. Dass aber unter diesen Irrungen auch Kontroversen über die Reichsordnungen, wenn sie dem Buchstaben zuwider durch unruhige Leute in Misverstand gezogen werden, begriffen sein sollen, davon wissen wir nichts, wol aber, dass die Unierten verbunden sind, demjenigen, der wider die gemeinen Reichsordnungen beschwert wird, mit Hilfe beizuspringen und ihn bei gleichem Recht erhalten zu helfen; denn obwol unsere Gegner in der Administrationssache alles als petitio principii und als falsch ausgeben, was der goldenen Bulle Wortlaut deutlich mit sich bringt, so kann uns doch um solcher neuer Privatdeutungen willen die Unionshilfe nicht entzogen werden, ganz abgesehen davon dass, wenn die Reichsordnungen disputiert werden, die Grundlage der Union, die auf Erhaltung der Reichsgesetze beruht, vernichtet würde. Gerade solche beschwerliche und vordem erregte eigenwillige „Glossen" über den Verstand der Reichssatzungen haben zu unserm engern Verein den meisten Anlass gegeben, wie denn auch, als einige die konkurrierende Gerichtsbarkeit des Kaisers im Reich und anderes mehr, ja sogar den donauwörther Exekutionsprozess als den Reichsgesetzen entsprechend erklären und ihn in offenem Druck rechtfertigen wollten und es noch tun, die Unierten insgesamt schriftlich und durch Schickungen opponiert und beweglich erinnert haben, dass dies alles den Reichsgesetzen ganz zuwider sei, die Stadt restituiert und die Reichsordnungen erhalten werden müssten. Wenn EE. LL. etc. in der donauwörther Sache, bei der viele andere die Reichssatzungen anders deuteten, die Ahndung das höchste Haupt der Christenheit betraf und es nicht den Schutz eines Mitgliedes der Union galt, so eifrig zu Werk giengen, warum will man jetzt, da es sich um die goldene Bulle und um Ehre und Rechte eines Mitunierten handelt, nicht denselben Eifer gegenüber einer bisher unerhörten Privatinterpretation erweisen, da wir doch bisher redlich das unserige zur Union zugeschossen und den Buchstaben der goldenen Bulle und das jüngste Praejudiz im Hause Kurpfalz für uns haben? Wir wollen nicht glauben, dass EE. LL. etc. sich durch das am 30. Juli zu Prag eroberte Dekret[1] von dem Fundament der Union werden abwenden lassen; denn jenes ist heimlich und in der Eile ohne Vorwissen des Kaisers „per sub- et obreptionem erpraktiziert" worden[2] und allen vorigen kaiserlichen Erklärungen, auch dem Dekret vom 28. Juli[3] und der goldenen Bulle ganz zuwider. EE. LL. erinnern sich auch aus der Unionsverfassung, was man stets gegen solche widerrechtliche Dekrete und Prozesse getan und dass man deshalb in die Instruktion nach Prag gebracht hatte: der Kaiser möge es den Unierten nicht verdenken, wenn sie sich gegen derlei Prozesse künftig bei den Reichsordnungen handhaben würden. Gewiss werden EE. LL. bei dieser Resolution verharren und sich durch dies unrechtmässige Dekret nicht zur Gewährung des Titels und zur Einräumung

Sept. 27.

[1] Nr. 301.
[2] Vgl. Anm. 1 zu no. 301 auf S. 692.
[3] Vgl. Anm. 2 zu no. 301 auf S 691.

Digitized by Google

Sept. 27. der Unionsdirektion an Pfalzgraf Johann verführen lassen. Sollten aber EE. LL. etc. dennoch, wie es nach Dero Schreiben fast das Ansehen hat, dem Gegner in dessen angeblicher Possession zu deferieren gewillt sein, so könnten wir auch in diesem Fall (obwol wir fast von männiglich verlassen sind und von EE. LL. etc. erinnert werden, uns diesmal zur Ruhe zu begeben) zur Verhütung des Praejudizes für die weltlichen Kurhäuser von unserm gerechten Vorhaben nicht absetzen, müssten aber die Sache Gott befehlen, der uns zu seiner Zeit wol helfen wird. Wir haben vom Anfang an gesorgt und gewarnt, dass nicht EE. LL. etc. durch Dero Unterwerfung unter die angemasste Direktion des Gegners auch im Hauptwerk und an andern Orten Ursache zur Nachfolge geben mögen; trotzdem sind EE. LL. etc. wirklich auf des Gegners nichtiges Ausschreiben zu allgemeinen und Partikularkonventen erschienen. — Was EE. LL. etc. wegen unserer Schreiben erinnerten, so wissen wir von keinem scharfen Wort darin sondern wir haben uns stets dahin beflissen, dass nur das Hauptwerk vorgenommen und Nebensachen, die nicht dazu gehören, ausgesetzt werden, während unser Gegner das gar nicht in Acht nahm sondern mit schweren Anzügen und ungegründeten Schmähworten gegen unsere fürstliche Person ausbrach, was wir und unsere Söhne uns billig zu Herzen nehmen mussten, zumal der Gegner diese Diffamationen durch offenen Druck verbreitete und zu Rotenburg in verschiedenen Schriften vorbrachte, mit welchen Privatklagen er EE. LL. etc. die beste Zeit nahm; wenn wir aber zur Rettung unserer Ehre und unseres Rechts nur ein Mandat publizieren, so müssen wir gleich der sein, der das ganze Reich verwirrt und das Wasser trübt. — EE. LL. etc. sind aber billig zu rühmen, dass Sie auch den Gegner zur Bescheidenheit gegen uns in dessen Schriften erinnern wollen; das fordern die Notdurft, die Reichsordnungen und unser engerer Verein. Uns hintansetzen zu lassen, uns der Direktion des Gegners zu unterwerfen und durch unser eigenes Beispiel uns in Nachteil zu setzen, sind wir aber nicht schuldig. — Um aber zu einem Ende dieses Streits zu kommen, ersuchen wir EE. LL. etc., wenn Sie schon Bedenken tragen, uns bei unserm Recht zu handhaben, dass Sie wenigstens den Kaiser erinnern, damit er seine Kommissarien zum Kurfürstentag dahin instruiere und zugleich das kurfürstliche Kollegium dahin ermahne, dass vor allem dieser Rechtsstreit erledigt und zuvor nichts anderes vorgenommen werde. Das kann weder dem Kaiser noch den Kurfürsten entgegen sein, da wir nur „causae principalis resolutionem et iuris iustitiaeque administrationem“ begehren. Datum Neuburg an der Thonau den 17. septembris a. 1611.

Stg., Archiv Pfalz, D. 30b, no. 74b; Kopie.

Sept. 30. **359.** Zuñiga an König Philipp III.

„En los negocios del archiduque Leopoldo[1] he ido siempre procediendo con grandisimo desseo y muy particular de cumplir en lo que

[1] Vgl. no. 355 mit Anm. 2 auf S. 812.

Digitized by Google

a ellos toca con los que V. M.[d] tiene mandado, por ser la cosa en si de tanta importancia y tanta la lastima, de que aquel principe ande, deguiziado del derecho camino y enbaucado de vanidades que le proponen la gente suya, que anda cerca la persona de S. A. Para embiarle a ablar sobre el negocio de su concierto con el rey de Ungria, embie por un clerigo que es favorecido de S. A. y muy diligente. Este se vino primero por Passau, adonde esta el s.[or] archiduque y trujo un despacho para mi muy corto y despues he savido, que por via de un mozo que calienta las estufas del emp.[or], embio a S. M.[d] ces.[a] una carta del duque Guillermo de Baviera, con que rescivio mucho gusto. Es aquel buen viejo santisima persona, pero muy poco prudente en las cosas del mundo y assi temo, que esta siempre en aquel embeleço del casamiento de su hija con Leopoldo y de hazelle gran principe y hazer malos oficios al rey de Ungria, y mientras procede el s.[or] archiduque con estas doblezes, es dificultoso el traelle a camino. Hare en ello, quanto pudiere, intentando todas las trazas posibles el s.[or] archiduque Ferdinando y entiendo, que tambien la s.[ora] archiduquesa vienen con gran aparato a Viena a soleniçar las bodas del rey. Aquella sera buena ocasion, si ha de haver alguna, para acomodar el negocio del s.[or] archiduque Leopoldo. En lo que digo arriva del duque Guillermo, entiendo que esta muy libre de culpa el duque Maximiliano que es el que govierna la casa y muy abentajado en prudencia a su padre y que no ha gustado desta platica de casamiento de su hermana con el archiduque Leopoldo.[1] Pero en no tratar de casar al duque Alberto su hermano no se como se puede essimir de culpa, porque los sucesores son los palatinos de Neoburg hereges y si viniesse este caso, de que Dios nos guarde, no solo la casa de Baviera, pero la de Austria y todo lo que es religion catolica en Alemania, corre ebidentisimo riesgo.[2] Con el elector de Colonia able aora un año muy particularmente sobre esta materia y aora en Norimberg, para donde partire dentro de quatro o seis dias, le tornare a hazer instancia en el negocio que a mi juicio es mas importante que el de la sucesion en el imperio y que quantos ay en Alemania." De Praga 30 de settiembre 1611. Sept. 30.

Sim., Fasz. 2497, f. 97; Or.[3]

---

[1] Vgl. Zuñigas Urteil über Herzog Maximilian in no. 85 und no. 142.

[2] Wegen der Verheiratung des Herzogs Albrecht von Baiern vgl. F. Stieve, Wittelsbacher Briefe, a. a. O., VI., S. 367 ff., VII., S. 666, VIII., S. 6 ff. und A. Chroust, Abraham von Dohna, S. 247, Anm. 1. — Wegen der Furcht, dass die bairische Linie aussterben möchte, vgl. die Wittelsbacher Briefe, VI., S. 374 und A. Chroust, a. a. O., S. 248, Anm. 1.

[3] In einem besonderen Schreiben vom gleichen Tag berichtet Zuñiga über die Absicht des Kaisers, nach Pilsen zu reisen (vgl. no. 354 mit Anm. 2 auf S. 810). „El conde de Hano, gran calvinista, ha venido aqui por mandado del emp.[or] y dizen, que presta a S. M.[d] 200000 florines. Aguardase tambien el marques de Ansbach, llamado para captarle la benevolencia para la asistencia que ha de hazer en el convento electoral, como nombrado por su mayor el elector de Brandemburg, el qual con escusa de

Digitized by Google

Sept. 30. **360.** Peter de Vischere an Erzherzog Albrecht.

Der Graf von Hanau ist am 24. spät am Abend angekommen. Hegenmüller und Lamberg[1] sind zum Erzbischof von Salzburg zur Beilegung des Streites mit Baiern geschickt worden.[2] Hegenmüller hat seine Entlassung als Reichshofrat genommen; Lamberg ist wieder zum geheimen Rat berufen worden. Am 27. hörte ich vom Agenten des Königs Matthias, Dr. Rebmann, „dass der obrister Gunterrot zu wege gebracht, das I. ksl. M.t den grafen von Hanau und den markgrafen von Ansbach hergefodret habe und ist der von Anhalt in der nähe bei dem von Rosenberg, umb alle tage hie zu sein, wan es I. M.t gefellig. Gunterrot ist wider ins reich verschickt, allerhand heimliche sachen zu tractiren. So vile man vermainen und merken kan, sein allerhand selzamen practiken furhanden; deren ausschlag eröffnet die zeit.“[3] Zuñiga hat auf des Barvitius Erinnern dem Hennot geschrieben, er solle nicht wiederkommen, „weil wegen der nebenschreiben, so er ohne des ambasciatorn wissen hergebracht, allerhand reden bei hofe und unter den behmischen statthaltern umbgehn.“[4] — Am 28. hatte der Graf von Hanau zwischen 8 und 9 Uhr ziemlich lange Audienz beim Kaiser. Mollart schickte dem Kaiser ohne jemandes Vorwissen ein verschlossenes Abschiedsgesuch. Zuñiga und ich beredeten ihn dann, „bei diser coniunctur, dass von allen örtern sie bei hofe practiken einschleichen,“ noch eine Zeit lang Geduld zu haben und nicht um Bescheid auf das Gesuch anzuhalten. Gestern teilte mir Barvitius mit, „das der kaiser des herzogs von Braunschweig beraits müde[5] und wol wolte, sie hetten ihm das directorium nie vertraut, weil er beraits auch unterschidliche particulare praetensiones furwendet und kaum in acht tagen ainmal in rat kumbt. Worumb der von Hanau gefodert, waiss er noch keiner hier bei hofe, auch der Herzog von Braunschweig nit; allein hab er erfahren, das I. ksl. M.t, als der graf bei der audienz unter ander zu sehr die treue und eifer der wetterauischen grafen und anderer seiner religionsverwandten gegen I. ksl. M.t exaggeriren und rühmen wollen, ihme zur antwort geben, dass diese offerta nur blösse wort

negocios forçosos que tiene en Prusia, no asistira en persona la; de quien mas se puede fiar aqui. No haze gran caso de esta comunicacion de calvenistas; pienso que no se mueve a ello por confianza que tenga del honbre [?], si no por la noticia, que tiene del miserable estado de su persona; pero yo todavia estoy con cuidado“ (Sim., a. a. O., f. 23; Or.).

[1] Ueber Georg Sigmund von Lamberg vgl. F. Chr. Khevenhiller, Conterfet Kupferstich, II., Leipzig 1722, S. 93, Wissgrill, Schauplatz des niederösterreichischen Adels, III., S. 390, Briefe und Akten, V., S. 812, VI., S. 531. — Die Beglaubigung für Lamberg und Hegenmüller vom 5 Oktober lehrt, dass es dem Kaiser um eine Geldhilfe des Erzbischofs durch Entrichtung ausständiger Kreishilfen zu tun war (Wk., Hoffinanzakten, Oktober 1611; Kpt.).

[2] Vgl. K. Mayr-Deisinger, Wolf Dietrich von Raittenau, S. 142.

[3] Vgl. no. 349 und unten no. 368.

[4] Vgl. no. 355 und no. 359.

[5] Vgl. no. 328, S. 763, Anm. 4.

Digitized by Google

bisher und noch sein, haben wenig effects und werk davon gesehn sonder vilemehr das contrarium erfahren: dan seine beste freund in Prag, der Sudoniz und Müler (so erzcalvinisten), seien ihre ergsten verräter gewesen.[1] Barvitius vermainet nicht, das er hie bei hofe zu einigen diensten gebraucht werden soll sonder verhoffet es dahin zu richten, das der graf von Helfenstein hergefodert[2] und zum obristhofmeister und geheimen rat von I. M.[t] gebraucht werden soll." Barvitius zeigte mir ein Schreiben von Leuchtenberg, worin dieser begehrt, dass, falls er wieder in den Dienst treten soll, er Direktor im geheimen Rat und bestätigter Obersthofmeister sein, den Reichshofratspräsidententitel behalten, sowie das Gehalt von all diesen Aemtern, also 9800 fl. beziehen und das von ihm geforderte Gnadengeschenk von 100 000 fl., ausgezahlt erhalten solle, „welches wol zuvil ist." Prag den 30. septembris 1611. Sept. 30.

Brs., Secrét. d'Allem., no. 96, f. 175; Or. eigh.

361. Memorial für den Administrator der Kurpfalz zum nürnberger Kurfürstentag. Sept. 30.

Es wird beim Kurfürstentag nicht bei den Punkten des kurmainzischen Ausschreibens allein bleiben sondern es werden noch andere auf die Bahn kommen, wie aus zwei kaiserlichen Handschreiben an Kurmainz und Hessen-Kassel[3] hervorgeht, so dass insgesamt folgende Punkte zu bedenken sein werden: 1. Wie ist der Kaiser aus seiner grossen Unsicherheit zu erretten und das Reich wegen seines Haupts zu versichern? 2. Wie kann man vom Kaiser wegen der Nachfolge gewissen Bescheid erlangen? 3. Wie ist das kurfürstliche Kollegium zu ergänzen, — wobei der Administrationsstreit in Betracht kommt, — der Kurverein zu erneuern und das Mistrauen im Kurkollegium zu beseitigen? 4. Wie ist die Justiz am Reichskammergericht und am kaiserlichen Hof und das kaiserliche Regiment zu verbessern? 5. Wie ist der letzte Reichstag zu reassumieren oder soll ein neuer ausgeschrieben werden? 6. Wie soll man bei künftiger Belehnung des Königs von Böhmen des Reiches Autorität wahren? 7. Welches Gutachten soll man dem Kaiser über dessen Vergleich mit dem Bruder auf Verlangen erteilen?

Ueber manche dieser Punkte lässt sich keine gewisse Resolution geben;

[1] Die Namen dieser beiden Männer finde ich nur einmal erwähnt; Sudoniz erinnert an den in den neuburgischen Korrespondenzen oft erwähnten Sidonius.

[2] Vgl. no. 306, S. 732, Anm. 3. — Helfenstein war vom Kaiser zunächst aufgefordert worden, als Kommissar beim Kurfürstentag zu fungieren (Schreiben vom 14. September; Wh., Reichsakten in genere, Bd. 84b; Kpt.), hatte sich aber damit entschuldigt, wie Barvitius an Vischere mitteilte, dass die Infektion in seinem Hause sei; „I. ksl. M.[t] sowol auch alle fromme catholische haben diesen fal gar ungern gehört und vernommen; I. M.[t] haben ein sonders verlangen getragen, ihn zu sehn" (Vischere an Erzherzog Albrecht am 1. Oktober; Brs., a. a. O., f. 181; Or. eigh.).

[3] Vgl. no. 219 und no. 258.

Digitized by Google

Sept. 30. man wird vor allem hören müssen, welche Befehle die kurbrandenburgischen Gesandten haben; dann muss man auch Gelegenheit suchen, mit Kursachsen darüber zu reden.

1. Der erste Punkt wurde in das kurmainzische Schreiben gebracht, als die Dinge in Böhmen und in Prag noch in höchster Verwirrung waren und ein sehr seltsames Aussehen hatten. Seither ist aber zwischen den Brüdern ein Akkord getroffen und dadurch die Unsicherheit aufgehoben worden, so dass vielleicht dieser Punkt nicht mehr so sehr urgiert werden dürfte. Trotzdem könnten aber andere Kurfürsten sich für verpflichtet halten, zuzusehen, wie der Kaiser bei diesem Vergleich sich befindet und ob das Reich seines Kaisers (der an einem Ort residiert, wo er nichts zu befehlen hat, was dem Reich sehr unreputierlich ist) genügend versichert ist, wie auch 1608 bei ähnlicher Veranlassung geschehen ist. — Ferner ist aus des Kaisers Handschreiben an den Landgrafen von Hessen-Cassel abzunehmen, dass er proponieren lassen will, wie er seine Abreise aus Prag anstellen solle und wie es dann mit Residenz und Unterhalt zu halten wäre; auch andere Kurfürsten könnten auf den Gedanken kommen, dass der Kaiser sich ins Reich begeben solle. Es ist dies aber der grossen Beschwerden halber, die den Ständen daraus erwachsen könnten, bedenklich und mit guten Erinnerungen, dass es nicht ratsam und dem Kaiser nicht erschwinglich sei, zu verhindern, wie schon beim rotenburger Unionstag der Administrator ersucht worden ist, zu befördern, dass die Verlegung der kaiserlichen Residenz ins Reich unterbleibe; denn die Stände sind durch Kontributionen ohnehin aufs Aeusserste erschöpft und würde man sie dann noch mehr in Anspruch nehmen wollen; dabei hat der König von Ungarn auch schon Andeutungen wegen Erhaltung der Grenzen gemacht. Die Sache geht übrigens nicht die Kurfürsten allein an und kann in Nürnberg nichts den andern Ständen zu Verfang geschlossen werden. Es ist auch dem Kaiser wegen seiner Leibesgelegenheit nicht zu raten, die gewohnte Luft zu verändern; ferner ist fraglich, ob er im Reich die Mittel zu seinem Unterhalt und die gelegene Wohnung so gut wie zu Prag haben könnte, wo er seinen Schatz hat und die vom König bewilligten jährlichen 300000 fl. behält, die ihm sonst entgehen möchten. Der Aufbruch von Prag würde auch wegen der Reichskanzlei und Registratur Ungelegenheiten machen. — An der zu besorgenden „Disreputation", wenn der Kaiser in Prag bleibt, wäre das Reich nicht schuld, da der ganze Verlauf ohne dessen Wissen geschehen ist; auch muss nicht notwendig „Disreputation" darauf folgen: denn laut des brüderlichen Vergleiches ist der Kaiser von den böhmischen Sachen nicht ganz ausgeschlossen; er hat seine eigenen Güter und Einkünfte in Böhmen und übt daselbst als in einem Reichslehen seine kaiserliche Autorität, so dass er darin wol noch zu gebieten hat. Genau erwogen ist es daher für den Kaiser weniger reputierlich, sich ins Reich zu begeben, wo er nichts zu eigen hat, als in Böhmen

Digitized by Google

zu bleiben. Das Reich und die Stände werden, wenn der Kaiser im Reich residiert, sogar eher in Gefahr gezogen, falls der Kaiser animum vindicandi hat und ihn zu Werk richtet. Es würde dadurch der Krieg ins Reich kommen[1] und der Kaiser wäre doch nicht „bastant", dieses und dessen Stände zu schützen. Sept. 30.

Dies alles ist den übrigen Kurfürsten, besonders aber den kaiserlichen Kommissarien, die diesen Punkt vielleicht urgieren werden, vor allem aber Kursachsen vorzuhalten, wenn dieser etwa andere Gedanken hätte. Im äussersten Fall aber, da es dem Kaiser an genügendem Unterhalt fehlen sollte, wäre besser und ratsamer, dass die Reichsstände, wenn sie des „Herauszugs" des Kaisers geübrigt blieben, zum Unterhalt etwas zuschiessen, als im andern Fall den ganzen Unterhalt auf sich nehmen.[2] Wenn aber die Mehrzahl der Kurfürsten den Abzug des Kaisers aus Böhmen für gut findet, so wird Kurpfalz ihn auch geschehen lassen müssen.

2. Wegen der Nachfolge im Reich wird erinnert, wie auf dem fuldaer Kurfürstentag von 1606 Kursachsen deshalb besondere „Consilia" gehabt und sehr ungern gesehen und geschehen hat lassen, dass dieser Punkt ins Ausschreiben gebracht und davon geredet wurde; es ist damals auch zu nichts weiterem gekommen, als dass auf Ratifikation der Kurfürsten ein Schreiben an den Kaiser aufgesetzt worden ist, um dessen Meinung über diesen Punkt zu vernehmen; auch dies Schreiben blieb unausgefertigt.[3] — Es ist daher zunächst beim Kurfürsten von Sachsen zu erforschen, wie er jetzt in diesem Punkte geneigt ist, und ist ferner zu erwarten, worauf die Proposition sich richten mag und was die kaiserlichen Kommissarien deswegen vorbringen werden; denn man hört, dass der Kaiser erklärt haben soll, alle Erzherzoge „hierunder in gutem recommando zu haben." Die Sache wäre viel leichter zu erheben, wenn die drei weltlichen Kurfürsten einer Meinung wären; darum eben ist an guter Information bei Kursachsen viel gelegen. Es ist zwar nicht zu hoffen, dass man sich diesmal eines gewissen „Subiectums" vergleichen wird; man wird vielmehr „in generalitate" verbleiben und nur des Kaisers Meinung erfahren wollen; doch ist zu achten, „damit nit etwan die gemüeter der andern churfursten mehr uf einen andern, mit deme etwan benachbarte potentaten nicht allerdings zufriden und dahero dem reich neue unruhen zugezogen

[1] Vgl. den ersten rotenburger Nebenabschied in no. 331.

[2] Bei den Beratungen des kurpfälzischen geheimen Rats am 9./19. und und 10./20. September, aus denen obiges Memorial hervorgieng, schlug Kanzler v. d. Grün die Saekularisation zweier reicher Reichspraelaten zu Gunsten des kaiserlichen Unterhalts vor; der Fürst von Anhalt riet, dem Kaiser die Einkünfte der Jesuiten anzuweisen; aber man besorgte, dass alsdann die Katholiken die Restitution der eingezogenen Klöster auf die Bahn bringen möchten (Ma., 547/14, f. 321, Protokoll von Hausmanns Hand). Vgl. zu diesen Vorschlägen Abraham von Dohnas satirisches Gedicht auf den Reichstag von 1613; Vers 2249 ff. in der Ausgabe von A. Chroust, Abraham von Dohna, S. 349.

[3] Vgl. Briefe und Akten, I., no. 422 und V., S. 883 f.

Digitized by Google

Sept. 30. werden möchten, lenken und andere hindansetzen." Dabei sind auch Kursachsens Gedanken wegen des Vikariats zu erforschen.

3. Nachdem der Administrator durch kaiserliches Dekret bestätigt und zu allen kurfürstlichen Akten zugelassen, auch von Kurmainz zum Kurfürstentag beschrieben worden ist, wird die Ergänzung des kurfürstlichen Kollegiums keine Schwierigkeiten machen. Allerdings ist Neuburg noch nicht ruhig und hat neuerdings dem Kaiser eine scharfe Protestschrift[1] überreicht und Kassierung des Dekrets begehrt; er dürfte auch persönlich oder durch Gesandte zu Nürnberg Hinderungen verursachen. Man wird das nicht hintanhalten, wol aber die Kurfürsten an das kaiserliche Dekret und an ihre eigenen Erklärungen erinnern können und dass man sich von ihnen versieht, dass sie Neuburg zur Ruhe und zu ordentlichen Austrag Rechtes weisen werden; dabei sind Kursachsen die Konsequenzen vorzuhalten, wenn es den weltlichen Kurfürsten verwehrt sein sollte, testamentarisch über Vormundschaft und Administration zu verfügen. Wollen aber die Kurfürsten gütliche Handlung pflegen oder gar einen Ausschlag geben, so ist man mit Gründen genügend gefasst, warum man sich diesmal weder auf Güte einlassen kann noch eine endliche Entscheidung erteilt werden darf. Würde Neuburg sich allzusehr in den Weg legen, so sind den Kurfürsten im äussersten Fall die verfassten „causae suspecti" vertraulich mitzuteilen, die Neuburg auch ohne die testamentarische Verfügung von der Administration ausschliessen würden. — Der Administrator hat die Erneuerung des Kurvereins zur Festigung seiner Administration zu vollziehen. — Das Mistrauen im kurfürstlichen Kollegium kann aufgehoben werden, wenn die Kurfürsten es miteinander treulich meinen, des Reiches Wolfahrt in Acht haben und alle ihre „Consilia" dahin richten.

4. Es ist zur Genüge erörtert worden, woher die Steckung der Justiz am Kammergericht erfolgt ist, dass nämlich die übermässig angewachsenen Revisionen zurückblieben und dadurch die Exekutionen gehindert wurden; daran sind aber die vier Klostersachen schuld. Weil die Evangelischen diese wegen des gefährlichen Praejudizes von den Revisionen ausschliessen, die Päpstischen aber einschliessen, so ist man bisher „in extremis" einander gegenübergestanden. Man hat zwar auf dieser Seite begehrt, die Klostersachen vorläufig auszusetzen und inzwischen die übrigen Revisionen vorzunehmen, um die andern Parteien nicht zu hindern; es war dies aber von den Päpstischen nicht zu erreichen, ja beim letzten Reichstag, als man aus guten Gründen die Bestätigung des Religionsfriedens verlangte, sind sie so weit gegangen, zu erklären, sie würden sich zu einer solchen vor Rückstellung der nach dem Religionsfrieden eingezogenen geistlichen Güter nicht verstehen.[2] — Die Päpstischen haben ihrerseits wieder vorgeschlagen, man solle

[1] Vom 3./13. August; vgl. no. 301, S. 692 Anm. 1.

[2] Vgl. Briefe und Akten, VI., S. 203 ff., M. Ritter, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation, II., 226 mit Anm. 1 und die dort angegebene Literatur.

Digitized by Google

die vier Klöster in integrum restituieren oder dem Sequester eines Dritten bis zum Austrag des Streits untergeben; man hat dies aber auf dieser Seite nicht für durchführbar gehalten und hat auf die „Temporalaussetzung" der vier Sachen gedrungen. Zwar haben die Gegner darein nie willigen wollen; es kann aber beim Kurfürstentag dieser Weg wieder vorgeschlagen und die Meinung der Päpstischen angehört werden und soll man sich also bemühen, dies Hindernis aus dem Weg zu räumen, wobei der Administrator sich zu erbieten hat, das seinige zur Beseitigung dieses Hindernisses zu tun. Als 1607 die kurmainzischen und kurpfälzischen Räte zu Bensheim wegen dieses Punktes sich vertraulich unterredeten, „haben die Meinzischen gleichsam obiter und extra mandatum so viel sich vermerken lassen, wann die päbstischen stend versichert sein möchten, dass die evangelischen nit weiter greifen sondern sich an denjenigen geistlichen gütern, so sie albereit in handen, begnügen lassen, dass solches künftig zur vergleichung ein mittel sein möchte."[1] Würden solche Mittel wieder in Vorschlag kommen, so wäre mit Beirat Kursachsens und Kurbrandenburgs weiter nachzudenken, wie weit darauf einzugehen wäre, da sich die Sache auf den geistlichen Vorbehalt bezieht; in schliessliche Entscheidung könnte man sich wegen der andern evangelischen Stände freilich nicht einlassen; doch hätte man sich zu erbieten, ihnen davon zu berichten und sein Bestes zu tun. — Das Kapitel von der Verbesserung der Hofjustiz und des kaiserlichen Regiments gehört zur Verhandlung und Gesandtschaft, die 1609 im Namen aller Unierten an den kaiserlichen Hof gieng, und zu dem, was jüngst zu Rotenburg mit den kaiserlichen Kommissarien und unter den Unierten wegen der Gravamina vorgegangen ist. Da die Kurfürsten und Fürsten, die vor zwei Jahren in Prag waren, die Mängel des geheimen wie des Reichshofrats gleichmässig ahndeten, so könnten deren Gedanken, besonders aber die Kursachsens vernommen und dann abgewartet werden, was die kaiserlichen Kommissarien deshalb vorbringen werden. Das wird nicht unterbleiben, da der Kaiser sich zu Rotenburg durch seine Gesandten hat vernehmen lassen, er wolle, was die Unierten wegen der Gravamina im Jahr 1609 bei ihm gesucht hätten, den Kurfürsten proponieren lassen; man hat sich daher deswegen des rotenburger Abschiedes zu bedienen. — Vordem wurde wol vorgeschlagen, dass zur Abhilfe der Unordnung auch der geheime und der Reichshofrat paritätisch besetzt werden sollen oder dass die Kurfürsten dem Kaiser einige Räte zuordnen mögen. Kommt dieser Vorschlag wieder auf die Bahn, so hat sich die Pfalz der Mehrheit zu vergleichen; vor allem aber muss man sich darüber einigen, welche Sachen vor den Reichshofrat gehören; denn es wäre unratsam, bei der jetzigen Unordnung Religionssachen dahin ziehen zu lassen.

Sept. 30.

---

[1] Vgl. no. 352. Es ist der Vorschlag des „uti possidetis."

Digitized by Google

Sept. 30. 5. Zu Rotenburg sind bereits die Ursachen aufgezeigt worden, weshalb man sich zu keiner Reassumtion des Reichstages verstehen kann: denn er ist nie vertagt worden, es sind inzwischen auch die drei weltlichen Kurfürsten gestorben und ist dadurch deren Konsens erloschen. Würde die Mehrheit sich zu einem neuen Reichstag entschliessen, so wird man sich dem nicht entziehen können; doch wäre zuvor zu erinnern, „zum fall nicht zuvorher den gravaminibus abgeholfen und sonsten bessere praeparatoria als vor diesem dazu gemacht, dass die evangelische stend zu einiger contribution schwerlich zu bewegen sein möchten"; es müsste der Kaiser auch einen den Ständen annehmlichen Kommissar zum Reichstag ernennen; auch wäre darauf zu sehen, dass vor dem Reichstag die Räte der weltlichen Kurfürsten zusammentreten und gute Vorbereitungen treffen.

6. Wegen der Wahrung der Autorität des Reichs bei der künftigen Belehnung des Königs von Böhmen weiss man nicht, wie der Kaiser dies versteht und muss daher die Proposition abwarten; im Allgemeinen wird man auf das Herkommen achten müssen, der König oder die Stände von Böhmen werden schwerlich deswegen etwas Neues suchen.

7. Die brüderliche Vergleichung wird als einmal vollzogen sich nicht „retractieren" lassen.

Dem Administrator sind beim Unionstag noch darüber hinaus einige Punkte aufgetragen worden, um sie beim Kurfürstentag in Acht zu nehmen.[1] Er soll Kursachsen den Zweck der Union dartun und dessen Gedanken sowol wegen der Eventuallegation an den kaiserlichen Hof als wegen der gemeinen Gravamina vernehmen; doch hat man sich in diesem Punkt nach dem Erfolg der Gesandtschaft des Markgrafen von Ansbach in Dresden zu richten. Den Kurfürsten zum Eintritt in die Union zu ersuchen, ist zu Rotenburg nicht für ratsam erachtet worden sondern man hat für besser gehalten, damit nicht zu eilen. Da der Herzog von Sachsen-Coburg nach Nürnberg kommen soll, so wird wol sich irgend ein Anlass zu guter Verrichtung ergeben. Den Modus wird man erst zu Nürnberg finden können, da man noch nicht weiss, welche Räte Kursachsen um sich haben wird. — Bei Mainz wegen der Gravamina zu unterbauen, wird Gelegenheit nicht fehlen. — An der braunschweigischen Sache ist viel gelegen; wenn die Vollstreckung der Acht nicht bei Zeiten gehindert wird, so dürfte wol ein grosses Feuer im Reich ausschlagen. Deshalb muss man schleunigst mit Sachsen und Brandenburg reden und dann mit diesen beiden die geistlichen Kurfürsten, die wegen ihrer Territorien zumeist interessiert sind, erinnern, damit sie Frieden und Ruhe befördern helfen; hierauf wäre zunächst ein Schreiben an den Kaiser um Einstellung der Exekution auszufertigen und hätte man sich beiden Teilen zu gütlicher Interposition anzubieten; denn jene Städte, welche sich der Stadt Braunschweig annehmen, werden solche Interposition gerne sehen und sollen sich auch erboten haben, die Stadt Braunschweig zu einiger Nachgiebigkeit zu ermahnen. — Da der Kurfürst

[1] Vgl. no. 331.

Digitized by Google

von Trier des Vorhabens sein soll, die eickenschen Kinder zum Kurfürstentag mitzunehmen, so ersucht der Markgraf von Baden, ein etwaiges Praejudiz für ihn und den gesamten weltlichen Fürstenstand verhüten zu helfen. Man wird besonders mit Kursachsen wegen der eickenschen Ehe zu reden und ihm die Konsequenzen mit dem Begehren vorzustellen haben, dass auch er verhüten helfe, dass der Sohn Eduard Fortunats als Fürst behandelt werde. — Ebenso ist es mit den württembergischen Beschwerden gegen das Parlament von Dôle und gegen die Grafschaft Burgund zu halten; diese sind dem ganzen Kollegium vorzutragen und ist wo möglich ein Erinnerungsschreiben an Erzherzog Albrecht auszubringen.[1] — Da die kurpfälzischen Untertanen in der obern Pfalz von Baiern und Neuburg mit erhöhten Zöllen beschwert werden und die beiden wider die Konzession der Kurfürsten die schuldigen Reverse hinterhalten, so ist dies dem Kollegium anzuzeigen, damit die Zollerhöhung künftig unterbleibt und die Reverse ausgestellt werden. — Die untere und obere Rechenkammer sollen Gutachten erstatten, ob nicht auch die Kurpfalz um eine Zollerhöhung einschreiten soll. Sept. 30.

Die Festung Rheinberg ist seit Jahren in den Händen der Spanier. Da der getroffene Anstand zu Ende laufen wird oder aufgehoben werden kann und dann „sedes belli" mitten ins Reich käme, so wäre mit Kurköln, dem diese Festung zusteht, publice oder privatim zu reden, wie sie wieder zu erlangen wäre. Allerdings ist wenig Hoffnung, dass von Kurköln hierin etwas zu erreichen sein wird. Heidelberg den 20. septembris a. 1611.

Ma., 547/14, f. 306; Kopie.

362. Kurmainzischer „Discurs vf zukunftigem churfurstentag per modum instructionis."[2] [Sept.]

Der Kaiser hat durch Schreiben bei Kurmainz wegen der künftigen Administration des Reiches ein Ansuchen getan und hat erlangt, dass ihm eine Zusammenkunft der Kurfürsten auf den 17. Juli nach Mühlhausen bewilligt wurde. Wenn die Zusammenkunft, die vertagt werden musste, ihren Fortgang gewinnt, so wird der Kaiser bei der ersten Sitzung nochmals ausführen lassen, was ihn zu solcher „Tagshandlung" verursacht hat und wird damit die Verhandlungen einleiten. Im Rat der Kurfürsten wird der Kurfürst von Mainz die erste Anrede tun müssen, die aus dem Schreiben des Kaisers und aus dem Ausschreiben zum Kurfürstentag[3] zu ziehen sein wird; darauf hat die Beratung der verschiedenen Verhandlungsgegenstände zu beginnen.

[1] Vgl. wegen der eickenschen und mömpelgardischen Sache no. 332.
[2] Der Kurfürst von Mainz bemerkt zum Titel mit eigener Hand: „Diss ist nitt vff das zweite [?] ausschreiben gerichtt."
[3] No. 162.

Digitized by Google

[Sept.] 1. Hauptgegenstand der Beratungen des Kurfürstentages ist die künftige Administration des Reiches und die Designation eines Successors. Es muss daher erstlich bedacht werden, ob es ratsam und gut ist und ob es des Reiches Notdurft erfordert, dass man bei Lebzeiten des Kaisers einen römischen König erwählt oder ob nicht besser der Tod des Kaisers abzuwarten ist. Vielleicht wird das erste für nützlicher angesehen werden in der Erwägung, dass man auch früher durch Wahlen solcher Art die Regierung des Reiches gesichert hat, obgleich damals die Zeitläufe nicht so sorglich und gefährlich waren wie jetzt und eine Zeit her, wo man kein Ende der entstandenen Mishelligkeiten sehen kann. Allerdings hat es auch in der Vergangenheit Zwietracht bei der Wahl und Gegenkönige gegeben „und [wurden] beederweilen gegen der päpstl. H.lt und durch I. H.lt irrungen erwecket;“ aber man war damals in der Religion einig und wurde der Papst im ganzen Abendland als Oberhaupt der Christenheit anerkannt, wodurch eingerissene Widerwärtigkeiten bald wieder zu ruhigem Stand gebracht werden konnten. Zur Zeit aber hat man in Deutschland verschiedene Religionen; die Weltlichen haben sich zumeist von der katholischen Kirche abgesondert, haben das alte Herkommen verlassen, wollen mit dem Papste nichts mehr zu tun haben und denken daran, die Geistlichen in einen geringeren Stand herabzusetzen. Wenn bei dieser gänzlichen Veränderung der Gemüter nicht zu Lebzeiten des Kaisers wegen der künftigen Administration des Reiches Vorsehung getroffen und ein Nachfolger designiert wird, so ist zu besorgen, dass man nach des Kaisers Tod trotz der goldenen Bulle nicht so schnell zu einer Wahl gelangen und alles so hinausgezogen werden wird, bis die Geistlichen unterdrückt und die Sachen „uf ein interregnum gespilt werden möchten, in deme auch respectu vicariatus wenig befürderung zu hoffen, und dass andere weltlich, wie nunmehr etlich jahr im reich fürgangen, die weg zu vernichtung der geistlichen in wehrentem interregno suchen, durch welche sie sich anstatt der geistlichen zu der chur eintringen oder sonst in diesem enderung eingefürt würd.“ Viele in Deutschland sind jetzt auch so gesinnt, dass sie gerne Unordnung sehen möchten, um nach Lösung aller Bande die noch übrigen geistlichen Güter an sich zu bringen, wobei aber gewiss noch andere mehr, die sich dessen gar nicht versehen, zu Schaden kommen dürften; damit würden aber Gericht und Recht zum Stillstand gebracht werden, so dass niemand wüsste, wo er sicher bleiben könnte. Darum ist bei Zeiten auf die Ordnung der Nachfolge zu denken und darf man wol sagen, dass die Kurfürsten dazu verpflichtet sind und den Todesfall nicht abwarten sollen. Bei diesem Fall oder wenn das Wahlgeschäft sich in die Länge ziehen würde, könnten auch andere Nationen und mächtige Königreiche zu Nachdenken verursacht werden, wie sie die Hoheit des Imperiums für sich erlangen könnten; auch der Papst möchte daraus Ursache schöpfen, bei verhinderlichem Aufzug „für sich selbst

Digitized by Google

citra electorum designationem ein römischen kaiser zu einem haupt der christenheit, advocaten und beschirmer der kirchen ufzuwerfen, wie dann I. H.[t] vermög der rechten in constitutione Venerabilem »de electione et electi potestate« solches zu thun macht haben möchten.“ Der Schaden, der aus solcher Veränderung der deutschen Nation erwachsen würde, ist leicht abzunehmen. Man möge darum noch bei Lebzeiten des Kaisers einen Nachfolger designieren, der mit Rat und Beistand des Kaisers beim Papst die Approbation und Konfirmation für sich erlangen und sich so viel als möglich dem Herkommen gemäss gegen den Papst verhalten soll, um weitere Zerrüttungen zu vermeiden. — [Sept.]

Gegen diesen Vorschlag könnte aber eingewendet werden: 1. Man möge bis zum Tod des Kaisers warten, da es sich bei Lebzeiten des Kaisers wol nicht fügen würde, einen aus einem andern Geschlecht als aus dem Haus Oesterreich zu wählen und dem Kaiser beizugeben; es seien aber aus diesem Hause so viele Kaiser unmittelbar auf einander gefolgt, dass dadurch der deutschen Freiheit derogiert und das Reich dem alten Erbrecht wie vor Zeiten unterworfen würde; das würde andere fürstliche Häuser nachdenklich machen und sie zu Unwillen gegen die Kurfürsten bewegen; sie würden auch einem römischen Kaiser in Notfällen desto weniger beistehen und, wenn sie schon jetzt ihren Unwillen verhehlten, so würden sie doch bei Gelegenheit Ursache nehmen, die andern zu beschweren. 2. Es kann ferner bezweifelt werden, ob es den Kurfürsten gebührt, bei Lebzeiten des Kaisers ohne Bewilligung der andern Reichsstände einen römischen König zu wählen; es könnte vielmehr geltend gemacht werden, solches gebühre den Kurfürsten nur bei Erledigung des Reiches. Das ist wirklich bei der Wahl Ferdinands I. von Kursachsen „exceptive“ eingeworfen worden, es haben deshalb auch einige Stände an die Kurfürsten und die Schmalkaldner insgemein an den Kaiser geschrieben und hat die historia Sleidani es unter männiglich ausgebreitet. Würde trotz einem solchen Widerspruch zur Wahl geschritten werden, so ist zu bedenken, was für die Kurfürsten daraus folgen möchte. 3. Es könnte endlich eingeworfen werden, es sei dem Kurverein einverleibt, wer immer nach dem Reiche stünde, dass dem die Kurfürsten vorkommen sollen; denn eine solche Handlung bei Lebzeiten des Kaisers könnte dahin angesehen werden, als ob man auf Nebenwegen das Reich erblich machen wollte.

Aber alle diese Einwürfe sind unerheblich; vielmehr sollen die Kurfürsten bedacht sein, wegen der Succession bei Zeiten Vorsehung zu treffen und sich durch das nicht irren lassen, was man etwa wegen der Erblichkeit einwendet. Den Kurfürsten ist ja doch frei gelassen, den zu wählen, den sie für den Tauglichsten erachten, und sind sie nicht verbunden, künftig aus einem bestimmten Haus zu wählen; daher bleibt es eine freie Wahl. Dass einer auf Empfehlung des andern vorgezogen wird, ist nicht neu (Wahl Heinrichs I.). Es ist übrigens die Königswahl seit Einsetzung der Kurfürsten nie so sehr in deren

Digitized by Google

[Sept.] Macht gestanden als nach Aufrichtung der goldenen Bulle, besonders aber unter der Regierung der österreichischen Herrn. Wenn die Notwendigkeit der Zustimmung der andern Stände besonders nach Tit. 1 und 4 der goldenen Bulle geltend gemacht wird, wo aber nur von der Wahl bei Vakanz des Reiches geredet wird, so gibt es andere Stellen der goldenen Bulle, welche gestatten, dass die Kurfürsten, so oft es nötig ist, zur Wahl eines römischen Königs schreiten (Tit. 1. 18. 19. 12.). Dazu bezieht sich die goldene Bulle oft genug auf das alte Herkommen und findet man aus der Zeit vor Erlassung der goldenen Bulle, dass auch zu Lebzeiten der Kaiser zu Wahlen geschritten worden ist; die Bulle selbst unterscheidet wegen des Zwecks der Zusammenkünfte ja auch zwischen casus inevitabiles und rationabiles und erlaubt, aus vernünftigen erheblichen Ursachen zusammenzukommen (Tit. 12.), um des Reiches Wol zu beraten. Was betrifft aber das Wol des Reiches mehr als dessen Regierung und Administration! Es wäre ja auch ungereimt, dass nur beim Todesfall den Kurfürsten die Wahl zugelassen, dagegen ihnen bei Lebzeiten des Kaisers, auch wenn die Not es erfordert, die Hände gebunden sein sollten, dass sie des Reiches Notdurft nicht bedenken dürften; dadurch würde ihr Amt so eingeengt, dass sie der Wahl halber ohne die andern Stände nichts zu handeln vermöchten. Das ist aber der goldenen Bulle und dem Herkommen ganz zuwider; denn gerade wegen der Gefahr eines Zwiespaltes unter der Vielheit ist die Wahl auf sieben Wähler übertragen worden. Endlich wird die goldene Bulle durch das Herkommen erläutert [es folgt eine Darstellung der Erbfolge von Karl den Grossen bis auf Karl V. bei Unterscheidung der freien Wahl und der Designation]. Man darf also auch bei Lebzeiten eines Kaisers aus vernünftigen Ursachen einen römischen König wählen. — Der zweite Einwurf war, es bedürfe zu solcher Wahl bei des Kaisers Lebzeiten des Vorwissens der gemeinen Stände; er ist mit dem vorigen abgelehnt. — Durch die Wahl eines römischen Königs werden dem Reiche auch nicht zwei Häupter vorgesetzt sondern es bleibt dessen Administration beim Kaiser; der Erwählte kann sich der Regierung nur so weit unterziehen als der Kaiser sie ihm überträgt und soll er diesem Gehorsam leisten; so geschah es auch bei der Wahl Rudolfs II. Der Sorge, dass durch die Wahl die Stände mehr belastet würden, werden die Kurfürsten vorzubeugen wissen. — Es kann auch nichts aus der Einung der Kurfürsten abgeleitet werden, „als ob durch solche tractation nach dem reich gestanden würd;“ die Einung will vielmehr dies gerade hindern: hier will man nur die ordentlichen Wege einschlagen und zu besorgende Unrichtigkeiten verhüten. Darum ist es geradezu ratsam, von künftiger Administration zu reden und die Wahl geschehen zu lassen.

Wenn bei Beratschlagung der Königswahl die Stimmen sich trennen und einige dafür sein würden, den Todesfall abzuwarten, so könnte zwar per maiora verfahren werden; aber es ist fraglich, ob man dies tun soll; denn wenn zwei oder drei Kur-

Digitized by Google

fürsten sich sonderten und sich einen Anhang unter den weltlichen [Sept.]
Fürsten und Ständen erwürben, so dass der Erwählte und die andern Kurfürsten sich nur mit Mühe bei der Wahl behaupten und Empörungen und Widerwärtigkeiten daraus entstehen könnten, so wäre in solchem Fall vielleicht besser, die Sache bis auf künftige Zeit einzustellen, als sich in Gefahr zu setzen und zu Gewalttaten Ursache zu geben. Würde aber nur ein Kurfürst sich absondern, so hätten die andern fünf oder sechs sich zu entschliessen, ob wegen eines Mannes aller Stände Wolfahrt zurückgestellt werden solle; sie werden auch die Mittel zu bedenken haben, wie sie sich mit Beistand des Kaisers und des Erwählten bei ihrer Wahl handhaben und wie Weiterungen verhütet werden möchten. Wenn man sich aber zuerst zur Wahl entschlösse „und ex civilitate quadam fürfiel, die ksl. M.t darfür zu pitten und dass die churfursten mit I. M.t regierung wol genügig und mit deren undertheniglich zufriden, sie auch noch wol des vermögens, die bürd der administration zu tragen, würd [man] sich dieserseits mit den andern in dem wol zu vergleichen wissen.“ Besteht aber der Kaiser, wie wahrscheinlich ist, auf seinem Vornehmen, dass die Wahl vor sich gehen soll, und schlägt er dazu den N. vor, ihn „für anderen zu elegiren“, woraus ersichtlich würde, dass er in keine andere Person willigen wollte, und sollte es davon das Ansehen gewinnen, als ob die Kurfürsten bei der Wahl nicht ganz frei sein sondern an eine Person gebunden werden sollten, so hätte sich Mainz mit den andern zu vergleichen und um freie Wahl anzuhalten, wie bei der Wahl Ferdinands I. mit Erfolg geschehen ist.

Ist man endlich so weit, die Wahl vornehmen zu können, so sind noch die Bedingungen zu bedenken, auf welche hin der Erwählte zugelassen werden soll. Bei der Wahl Ferdinands I. haben der Kaiser, der Erwählte und die Kurfürsten einander zugesagt, sich gegenseitig bei der Wahl zu schirmen. Es ist zu bedenken, ob dies jetzt zu wiederholen ist. — Ferner wird der Modus der Wahl zu erwägen sein. Die Zeremonien werden durch die goldene Bulle bestimmt; aber die weltlichen Kurfürsten werden bei den katholischen Zeremonien nicht zugegen sein und sie nicht durch ihre Anwesenheit billigen wollen; es steht daher bei den drei Erzbischöfen, ob ihnen gebührt, von den hergebrachten Zeremonien abzuweichen und sich mit den andern neuer zu vergleichen oder ob sie für sich zuvor in die Kirche ziehen, die herkömmlichen Zeremonien verrichten und darnach die andern Kurfürsten zur Eidesablegung und zur Wahl erwarten wollen. Es besteht deswegen eine Bestimmung des jüngst aufgerichteten Kurvereins: „Wir sollen und wollen auch beederseits religionen und ceremonien halber keiner den andern uf künftigen wahl-, crönungstagen oder sonst ausschliessen noch unvehig achten oder einigs unwillens uns gegen einander anmassen sonder uns vielmehr freundlichs guten willens beweisen und in allweg keiner den andern gefaren.“ Darnach möge man sich wegen der Zeremonien vergleichen. O. D.

Wmz., Wahl- und Krönungsakten, 1612, Bd. 6; — Kpt.

Digitized by Google

Oktober 1. **363.** Baugy an die Königin-Regentin von Frankreich.

„Madame. L'empereur me fist appeller dimanche secretement et m'esclaircit beaucoup de pointz essentielz qu'il a seulement touchez dans son instruction, confirmant au reste tous les propos et discours que m'a tenuz celuy qu'il a employé a la coucher par escrit avec les lettres particulieres dont il la voulust accompagner. Ainsy croyant que je fusse entierement expedie, je me voulois mettre en chemin, mais il me fist dire que je me retinsse et qu'il desiroit encores me communicquer quelque autre sienne pensee, ce qu'il n'a fait jusques a maintenant. Le jour auparavant qu'il me donnast audience, le comte Philippes de Hanaw qu'il avoit mandé il y a desia quelques semaines, arriva en ceste ville et fuit admiz mercredy a luy faire la reverence. S. M.[té] imp. luy fist ses plainctes et demanda son aviz sur le traictement qu'elle a receu du roy de Hongrie et des autres qui l'ont assisté de conseil et de moyens depuis quelques annees en ça et en fin luy representa qu'elle auroit fort a plaisir que les contéz de Hanaw, desquelz il est directeur, luy fournissent par avance les contributions qu'elle espere d'obtenir en la diete generale de l'empir, laquelle ne se pouvant convocquer si promptement, ceste anticipation luy seroit un tesmoignage tres agreable de leur affection et bonne volonté. Voylá le suget de la venue dudict s.[r] comte, laquelle a miz la puce a l'oreille du nonce du pape et de l'ambassadeur d'Espagne, plus pour estre allie du jeune prince Palatin et du conte Maurice que pour estre de la differente religion, bien que ce dernier soit le pretexte qu'ilz ont priz de s'en esmouvoir et mesmes de blasmer sadicte M.[té], ignorans en quoy elle s'en veult servir. — Ledict s.[r] ambassadeur propose de s'acheminer la semaine prochaine a Nüremberg pour intervenir a l'assemblée des electeurs qui s'y doit commancer le 9e de ce mois, et outre l'argent contant qu'il y trouvera entre les mains des Terreggiais [2], il fait provision de force presens pour y distribuer et practiquer ceulx qu'il jugera estre utiles a l'avanc[ement] des dessains de son maistre, lesquelz neantmoins plusieurs estiment ne luy devoir reussir pour ce coup en ce qui concerne la promotion dez a present dudict s.[r] roy de Hongrie a la couronne des Romains. De Prague le 1[e] d'octobre 1611. Praes le 22. dudict moys.

Pa., Coll. Harlay, no. 238., vol. XII, f. 314; Or. eigh.

Oktober 1. **364.** Instruktion des Königs Matthias für dessen Gesandte zum nürnberger Kurfürstentag.

Vgl. die Instruktion zum mühlhauser Kurfürstentag [oben no. 266 mit Anm. 1 auf S. 613].

Wh., Wahl- und Krönungsakten, Bd. 7, no. 5; Kptkopie.[3]

---

[1] Vgl. no. 359, S. 821 Anm. 3.

[2] Lesart unsicher. Welches Handelshaus gemeint ist, vermag ich nicht zu erkennen.

[3] Vom gleichen Tag ist die Beglaubigung für die königlichen Gesandten Melchior Khlesl, Abraham zu Dohna-Wartenberg, Leonhard Colonna Freiherr von Fels und Gundaker von Polheim datiert (Wmz., Reichstagsakten, Bd. 105, no. 157; Or.). Wegen der Auswahl der Gesandten vgl. oben no. 329 und Hammer-Purgstall, Khlesls Leben, II., Urkunden-Sammlung no. 347.

Digitized by Google

365. Der Nuntius in Prag an Herzog Maximilian von Baiern. Oktober 3.

Obgleich das beifolgende Breve den Bundesfürsten zeigen wird, wie angenehm dem Papst deren Schreiben gewesen sind und wie sehr dieser deren Streben billigt und fördern will, so will ich doch S. H.lt Befehl gemäss das Schreiben noch weiter erläutern. Der Papst wünscht, von lebhaftem Schmerz über die Not der katholischen Sache in Deutschland erfüllt, dass diese so wirksam als möglich sicher gestellt werde. Daher hat er schon früher dem katholischen Bunde Hilfsgelder gewährt und den König von Spanien „ad idem manifestissime praestandum" bewogen. „Nunc porro illi primae declarationi suae propensae voluntatis,.... quod adjiciat, non habet nec aliam ab illa prima deliberationem suscipere modo potest .... Caeterum non est, cur Ser.tas V.ra caeterique confederati principes de constanti S. S.tis voluntate idcirco quicquam addubitent, certo quippe sibi persuadeant, dominus noster suo auxilio unioni tam sanctae, ubi necessitas postulaverit, minime defuturum sed pecuniam (jam deputatam) statim ac in tempore ex proprio aerario, si aliunde non poterit, deprompturum et transmissurum, cuius deinde refusionem ex decimis cleri procurabit, a quo citra aliam necessitatem et causam novam pensionem exigere nec congruum videtur nec expedire." Pragae die tertia octobris 1611.

Mc., Entstehung, Fasz. VI, no. 44, f. 42; Or.[1]

366. [Reichsvizekanzler von Stralendorf] an einen kurmainzischen Rat. Okt. [3.]

1. Nachschrift: Es ist noch immer unsicher, ob wir hier bleiben oder gehen werden.[2] Man hat eine Zeit lang hier alle Kutschen, die von Nürnberg kamen, in Wartegeld genommen, aber sie vor zwei Tagen wieder losgegeben. Der Aufbruch des Kaisers würde viel kosten und die Mittel fehlen; seit 1608 haben wir aus dem Hofzahlamt nichts erhalten. — Man redet seit langem vom Reformieren; was aber erfolgt, ist klar. Vorgestern ist Leuchtenberg zurückgekehrt;[3] Mollart ist noch Vize-

[1] Obiges Schreiben ist die Antwort auf die Vorstellungen, welche die beiden Bundesobersten am 11. Juli zunächst an den prager Nuntius richteten, damit er beim Papst die alsbaldige Auszahlung der ganzen auf drei Jahre bewilligten Hilfe für den katholischen Bund oder wenigstens einer Jahresquote zur Bildung des in Würzburg beschlossenen neuen Vorrats erwirke (Wmz., Religionsakten, Bd. 12, no. 166; Kopie). Ein entsprechendes Bittgesuch der beiden Bundesobersten überreichte der bairische Agent G. B. Crivelli dem Papst persönlich, der, wie Crivelli berichtet, „ha mostrato agradirli con molto affetto, mostrando molto pronta voluntà di voler esser sempre favorevole in ogni accasione verso di essa lega" (Crivelli an den Herzog Maximilian am 13. August aus Rom; Mc., a. a. O., f. 38; Or.). — Das oben erwähnte leider fehlende Breve ist die Antwort auf das durch Crivelli überreichte Bittgesuch.

[2] Vgl. no. 354.

[3] Nach Bodenius' Bericht am 1. Oktober (Bodenius an Herzog Maximilian am 1. Oktober; Mc., Entstehung, Fasz. VI., no. 45, f. 154; Or. eigh.).

Digitized by Google

Okt. [3.] praesident des geheimen Rats und Obersthofmarschall. Braunschweig hat lange keine Audienz mehr gehabt, lässt aber hier noch immer bauen. Ich glaube, dass, wenn er seine Absichten, besonders die Zollerhöhung erlangte, er auch nicht lange bleiben würde. Mollart hat gleichfalls um seine Entlassung nachgesucht, so dass der geheime Rat stark abnimmt. Hegenmüller hat seinen Abschied genommen,[1] ist vor einigen Tagen nach Wien abgereist und soll nach Graz kommen. Trautmannsdorf will auch wegziehen, so dass auch im Reichshofrat nur Minckwitz, mein Sohn, Wacker, Engelhofer und Hertel bleiben. Meinem Sohn ist es beschwerlich, nach Trautmannsdorfs Abzug allein auf der Herrn- und Ritterbank übrig zu bleiben und fast gegen sein Gewissen zu dienen, weil die andern eine Faktion bilden und nach ihrem Willen „Maiora" machen; von seinem Sold hat er in fünf Jahren drei Monate bekommen. Gute Reformation ist also wol nötig.

Der Graf von Hanau ist vor fünf Tagen hieher gekommen und hat vor drei Tagen Audienz beim Kaiser gehabt; ich weiss nicht, was da geredet wurde. Man sagt, die Berufung der Grafen sei noch auf Rat des calvinischen Kammerdieners Johann Ericius von Hamburg erfolgt, der vor einigen Wochen an der ungarischen Krankheit gestorben ist.[2] Der Graf sagt, er wolle bald wegziehen; einige meinen, er solle die Präsidentenstelle beim Reichshofrat übernehmen.

Der Fürst von Anhalt soll schon seit etlichen Tagen bei Herrn von Rosenberg sein und wird nun hier erwartet [*Späterer Zusatz:* ist ausgeblieben], auch der Markgraf von Ansbach soll hieher kommen. Was das für Reformatoren sein werden, gibt die Zeit. Zuñiga bricht übermorgen nach Nürnberg auf, von dort reist er zur Hochzeit des Königs Matthias. Heute hat der Oberstlandhofmeister Wallenstein mir und Mollart erzählt, dass der König Khlesl, den gelähmten Dohna und einen breslauer Canonicus und Halbbruder Wackers[3] nach Nürnberg schicken wird. Ut in literis.[4]

2. Nachschrift: Dies Schreiben habe ich auf Rat meines Sohnes bisher eingestellt, da der Kurfürst und mein Sohn ohnehin in Nürnberg zusammentreffen werden. Inzwischen ist der Graf von Hanau vor zehn Tagen[5] nach langer Audienz beim Kaiser weggezogen. Der Markgraf von Ansbach ist am Samstag abends angelangt,[6] die Audienz erfolgte Montag und dauerte eine Viertelstunde; Samstag oder Montag will er nach Nürberg aufbrechen. Von seiner Verrichtung weiss ich noch nichts. Post datum 20. octob. a. 1611.

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 105, no. 130; Or. eigh.[7]

---

[1] Vgl. no. 360.

[2] Vgl. no. 290, S. 670, Anm. 2.

[3] Gemeint ist der vom König Matthias vielfach verwendete olmützische Kanzler Dr. Johann Jakob Wacker auf Wackernfels; vgl. no. 125, S. 306, Anm. 4.

[4] Datiert nach der Angabe von Leuchtenbergs Ankunft.

[5] Der Graf reiste am 4. Oktober ab; vgl. no. 371.

[6] Vgl. no. 369, S. 840, Anm. 1.

[7] Stralendorfs herbe Kritik an den Zuständen des kaiserlichen Hofes ist aus der Zurücksetzung, die er erfahren hatte, leicht zu erklären; vgl. deshalb

Digitized by Google

367. Instruktion des Erzherzogs Leopold für den kurtrierischen Rat Peter Simonius Ritz zu dessen Schickung an den Kurfürsten von Sachsen. Oktober 4.

Glückwünsche zum Regierungsantritt. Wir hoffen, I. L. werden die hochbeteuerte brüderliche Freundschaft, auf die wir beide uns vordem persönlich zu Dresden verglichen haben, aufrecht erhalten wollen, wie wir nie daran gedacht haben, etwas vorzunehmen, was dem Kurfürsten misfällig sein könnte. Da aber von der jülichischen und böhmischen Kommission und Expedition viel Ungleiches geredet wird, so besorgen wir doch, es möchten I. L. von unkundigen Leuten Dinge vorgebracht worden sein, die zu Verbitterung und zur Abwendung von der bisherigen Freundschaft Anlass geben könnten, obwol wir bezeugen können, auch nicht im Gedanken etwas gegen I. L. und deren Haus vorgenommen zu haben. Wir hatten daher erwartet, der Kurfürst werde uns gleich andern Mitgliedern unseres Hauses den Tod seines Bruders anzeigen. Dass er es unterlassen hat, macht uns Nachdenken, ob nicht wegen der widrigen „Opinionen" bei I. L. eine Alteration gegen uns entstanden ist. Deshalb finden wir für nötig, I. L. summarisch über die Wahrheit zu unterrichten.

Mit dem jülicher Wesen haben wir uns nie beladen wollen. Es hat uns aber der Kaiser inständig ersucht, uns nach Prag zu erheben, wo wir längere Zeit verblieben und uns um Erhaltung der kaiserlichen Autorität und um Abschaffung der Mängel beim Hofwesen bemühten. Darum bildeten einige kaiserliche Räte, die unsere Aufsicht ungern duldeten, dem Kaiser ein, dass er uns die jülicher Kommission auftragen solle, da man durch einen so ansehnlichen Kommissar den kaiserlichen Ernst verspüren und die „okkupierenden Fürsten" und andere desto leichter zum Gehorsam bringen werde. Denen, die diese Kommission sollizitierten, müssen wir aber zumessen, dass sie den wirklichen Nachdruck und Beistand, mit dem wir die Sache zu des Kaisers Ehren hätten zu Ende führen können, bei ihm nicht mit gleichem Eifer wie unsere Abreise getrieben haben, weshalb wir die Festung Jülich verlassen und uns zum Kaiser zurückbegeben mussten. In Prag wurden wir von den Kurfürsten von Mainz, Köln und Sachsen ersucht, die Belehnung des Hauses Sachsen mit den jülicher Landen beim Kaiser

---

no. 251 und no. 281. Der neuburgische Rat Hugolt Beer schreibt darüber am 28. September / 8. Oktober an Pfalzgraf Philipp Ludwig: Man vermutet, dass Stralendorfs Ausschliessung aus dem geheimen Rat teils von Hannewald, teils vom Herzog von Braunschweig herrührt. Dieser ist ihm nicht gut, weil Stralendorf gegen die braunschweigische Achtsdeklaration gewesen ist. Fast aus gleicher Ursache ist Dr. Hämmerlin, der hierin Wacker stark opponiert hatte, des Reichshofratsamts entsetzt worden [vgl. no. 291 mit Anm. 1 auf S. 673]. Hannewald hat nach seiner Erledigung vorgegeben, dass Stralendorf dem König einige im kaiserlichen Rat traktierte Geheimnisse entdeckt und damit verursacht habe, dass man ihn, H., schärfer als sonst examinierte. Der Kaiser weiss von Stralendorfs Ausschliessung (Me., no. 85/5; — Kopie).

Digitized by Google

Oktober 4. zu betreiben. Da wir ihn schon von Jülich aus deshalb ersucht hatten und von Rechtsgelehrten über die Ansprüche des Hauses Sachsen informiert worden waren, haben wir diesen Wunsch um so lieber erfüllt und den Kaiser mit nicht geringer Mühe zur Belehnung bewogen, die auch alsbald darauf erfolgt ist, und wenn wir künftig noch mehr für Sachsen tun können, wollen wir davon nichts unterlassen.

Aehnlich verhält es sich auch mit der böhmischen Sache: Als der Kaiser spürte, dass einige böhmische Stände wider die Verträge bei seinen Lebzeiten mit Aufstellung eines neuen Königs umgiengen und allerlei gefährliche Anschläge vorhatten, ohne dass man der Sache auf den rechten Grund kommen konnte, hat er die bereits abgedankten Regimenter zu behalten befohlen, aber zu niemandes Offension sondern nur zu seinem Schutz, bis der Böhmen Anschläge offenbar wurden „und der einfall in die statt Prag lenger nit verweilet werden konnen, welcher volgends gestillet, mit den Bohemen ein fridlicher anstand gemacht, von inen aber mit irem vorhaben so lang eingehalten worden, biss sie sich gestärkt und die gesambte macht uber I. ksl. M.[1], die damaln die gegenwehr und geprauch des geschütz verpoten, zu derselben untertruckung gezogen, von welcher handlung der ganze verlauf schriftlich verzeichnet.“ Es ist aber weder dem Kaiser noch uns je in den Sinn gekommen, mit dem böhmischen Wesen irgend einen Reichsstand, geschweige das Haus Sachsen und unserm Haus so wol geneigte Verwandte zu beleidigen, viel weniger jemandem dazu Anleitung zu geben. — Sollte Simonius bemerken, dass die sächsischen Herrn anders berichtet wären, so wollen wir ihnen den ganzen Verlauf mit allen Einzelnheiten schriftlich zuschicken und sie überdies durch einen besondern Gesandten, der dem Verlauf beigewohnt hat, gründlich informieren lassen. Signatum in unser statt Passaw am 4. octobris a. 1611.

Ib., Ambraser Akten, Leopoldinische Hofkonzepte von 1611, f. 618; Kpt.[1]

Oktober 4. **368. Ludwig XIII. an die unierten Fürsten.**

Auf das Schreiben vom 20./30. August.[2] Die darin enthaltene Versicherung der gleichen Geneigtheit gegen uns wie gegen unsern Vater hat uns sehr getröstet; wir danken hiefür und versprechen, uns gegen Euch nach demselben Beispiel zu verhalten. Unser Vater hat uns gelehrt, die Wolfahrt der Union in gleicher Obacht wie die unserer eigenen Krone zu halten. Wie Ihr Euch die Erhaltung des Friedens und der Rechte eines jeden angelegen sein lasset, so ist auch unser Bestreben dahin gerichtet. Wir freuen uns auch Eurer Uebereinstimmung wegen der Befestigung der Union,

[1] Einen entsprechenden Auftrag hatte Ritz auch beim Herzog Johann casimir von Coburg zu verrichten.

[2] Vgl. no. 305, S. 729, Anm. 3

Digitized by Google

deren vorzüglichster Beförderer unser Vater war. „Nous aurons à plaisir aussi de favoriser l'accroissement et felicité et comme Voz intentions en la contraictant ont eu pour but principal de conserver la dite paix publique, le feu roi et nous à son imitation depuis son decède avions tousjours bien espere que nostre très cher et très aimé bon frère l'empereur et les autres princes et estatz du s.t empire en approuveroient la perfection et les evenements, comme nous avons appris par Vos dictes lettres et le porteur d'icelles que le dict empereur et le roi de Hongrie ont faict, en Vous faisant visiter par ambassadeurs, envoyéz exprès en V.re assemblée pour ceste effect." De Paris le 4. d'octobre a. 1611. Oktober 4.

Stg., Unionsacta, X., f. 952; Kopie.[1]

369. Dr. Johann Christoph Oelhafen an die Aeltern und Geheimen des Rats von Nürnberg. Oktober 4.

Vergangenen Sonntag [Oktober 2.] ist Fürst Christian von Anhalt mit seiner Gemahlin und den jungen Herrschaften, 70 Personen mit 60 Pferden, in Lauf angekommen. Die fürstlichen Personen neben Christoph zu Dohna und einigen Adeligen liessen sich im Amtshaus quartieren. Der Fürst liess mich rufen, entschuldigte die Einquartierung mit der Kränklichkeit seiner Gemahlin, die in Heidelberg schwer niedergekommen sei, und zeigte mir an: er sei deshalb so stark fortpostiert, um den kaiserlichen Gesandten Günterode noch anzutreffen[2] und ihn wegen der allenthalben spargierten Translation des kaiserlichen Hoflagers[3] ins Reich der Gebühr nach zu erinnern und abzumahnen. Er habe ihn auch unfern von Lauf angetroffen und von ihm so viel verstanden, dass der Kaiser allerdings zum Aufbruch geneigt sei, aber ihn ohne Rat und Einwilligung der Kurfürsten nicht unternehmen werde. Der Fürst will den Kaiser nochmals erinnern, der Kurfürsten Rat abzuwarten.

Günterodes Werbung beim Markgrafen Joachim Ernst bezweckte, diesen zu persönlichem Erscheinen in Prag zu bewegen. Der Fürst hat dann mit Günterode Rat gehalten, wie man bei dieser Gelegenheit das gemeine evangelische Wesen aus dem gegenwärtigen gefährlichen Stand erheben könnte, besonders durch Abhelfung der Beschwerden, Widerratung des Aufbruchs des Kaisers und Aufhebung der Achtsprozesse gegen die Stadt Braunschweig, da der Markgraf beim Herzog von Braunschweig viel vermöge. Günterode sollte in Prag berichten, dass der Markgraf nächsten Sonnabend von Ansbach aufbrechen werde. — Gleich nach Mitternacht kam aber ein reitender Bote in Lauf mit der Mitteilung an, dass des Markgrafen Aufbruch auf Sonntag oder Montag verschoben sei, weil dieser sich vorher mit dem

[1] Vom gleichen Tag ein entsprechendes Schreiben der Königin-Regentin (Stg., a. a. O., f. 950; Kopie).
[2] Vgl. no. 349, S. 799, Anm. 1.
[3] Vgl. no. 354 mit Anm. 2 auf S. 810 und no. 355.

Digitized by Google

Oktober 4. Administrator unterreden möchte; der Markgraf sei auch noch nicht zum kaiserlichen Kommissar beim Kurfürstentag ersucht.[1] — Der Kurfürstentag wird gewiss seinen Fortgang nehmen, aber der Kurfürst von Brandenburg wird nicht dabei erscheinen. — Der Fürst fragte, ob Kurpfalz nahe beim Quartier Kursachsens untergebracht werden könnte und ob sich Erzherzog Maximilian habe anmelden lassen.[2] — Er erkundigte sich auch nach E. E.[bten] Ratifikation der Unionssachen[3] und war sehr sorglich, ob Kurbrandenburg bei den täglichen hohen Unkosten mit den Restanten werde fortkommen können; er will nochmals ernstlich auf Mittel denken, damit auch dort dem Abschied nachgesetzt werde. Der Fürst rühmte ferner Dero Resolution wegen der Zinsen von den 80 000 fl. und erzählte, dass Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm das Schreiben der Union zu Gunsten der Aachener,[4] das in Abwesenheit des Markgrafen Ernst ihm zugestellt worden war, mit einer Protestation zurückgeschickt habe, weil des Administrators Wappen darauf gedruckt war. Er bedauerte auch sehr, dass der jüterbogker Vertrag strittig gemacht werden wolle, glaubt aber, dass das Haus Sachsen gerade dadurch bewogen werden dürfte, zur Union zu treten, deren Interposition es zu Rotenburg gesucht habe;[5] es habe sich auch jetzt wieder durch ein Schreiben fernerer Zuneigung vernehmen lassen; auch seien jene Räte, die bisher ein Zusammengehen mit den Unierten widerraten hatten, nicht mehr in vorigem Ansehen.[6]

In der altdorfer Pfändungssache berichtete der Fürst, dass der Administrator den Markgrafen zu besserer Nachbarschaft ganz beweglich ermahnt habe und dass dieser „den ferreum stylum, den auch zu Rotenburg in andern sachen niemand approbiren konnen," moderiere; er habe auch Vergleichsmittel vorgeschlagen. Signatum Nurmberg den 24. septembris a. 1611.

Nbg., Unionsakten, tom. 55, f. 33; Kpt. eigh.

Oktober 7. **370.** Cardenas an König Philipp III.

„Señor. El estado que las cosas de Alemaña tienen, y lo que estos dias passados ha sucedido, da ocasion á hablar en lo que para adelante se puede esperar. Tratando d'esto con la reyna venimos á hablar en los principes que oy ay de la casa de Austria. Hablóme

[1] Der Markgraf von Ansbach traf am 14. Oktober in Prag ein (Vischers an Erzherzog Albrecht am 15. Oktober; Brs., Secrét. d'Allem., no. 96, f. 194; Or. eigh.).

[2] Vgl. no. 337.

[3] Diese war am 17./27. September unter der Bedingung erfolgt, dass auch die andern Stände den Abschieden nachleben würden. Mit Rücksicht auf die Opferwilligkeit der Kurpfalz liess auch Nürnberg die Zinsen für das Darlehen fallen, doch dass die Fristen für die Kontributionen künftig gehörig eingehalten würden (Nürnberger Rat an den Administrator der Kurpfalz; Nbg., Unionsakten, tom. 55, f. 25; Kpt.).

[4] Vgl. no. 305, S. 720, Anm. 3.

[5] Vgl. no. 305, S. 730, Anm. 2.

[6] Wohl eine Anspielung auf Kaspar von Schönberg; vgl. no. 300.

Digitized by Google

maravillosamente en el s.r archiduque Leopoldo[1] y dixome que era menester hazer caudal d'el, porque de lo que havia en Alemaña de la casa de Austria era lo mejor, refiriendo por tres o quatro vezes que tenia muy buen corage y que era magnanimo; y como todas estas platicas yban fundadas á lo que va creciendo la heregia alli, dezia la reyna, que no se havian de poder mejorar las cosas de la religion catholica, sino era teniendo poder principe que tubiese coraje y que fuese docil á dexarse governar de hombres prudentes, y que todo esto convenia en el archiduque Leopoldo. Aprovéle á la reyna esta opinion y agradicísela, estimando mucho con la claridad que me habla, y la buena intencion que muestra, que es cosa notable con la particularidad y llaneça que lo haze. Oktober 7.

En quanto al rey Mathias es de opinion la reyna[2] que no se ha podido escusarlo que se ha hecho, pero del rey Mathias tiene muy diferente opinion, porque dize, no muestra ni ha mostrado coraje nunca, y es facil a dexarse llebar para qualquier cosa que sea de su negocio, asi de hereges como de catholicos; tienele por de poco caveça, sin embargo que confiesa, es el que mejor se ha correspondido con esta corona y que su marido estaba muy bien con el rey Mathias. Estos discursos que paso con la reyna, tengo yo por cierto, nacen de lo que ella oye á sus ministros y discurre en su consejo de estado, y por estas razones hago d'ellos mucho fundamento.

Nachschrift. Despues de aver escrito la carta que va con esta, sobre las cosas de Alemaña, vino a mi posada Villerroy y me dixo que la reyna le mandava, me diese quenta mas particularmente de lo que en esto avia, y todo lo que me habló, fué dezirme lo mesmo que el emperador se echava en manos de los herejes y que todos sus correspondientes le escriven sobre ello. Dize Villerroy que fuera del servicio de nuestro Señor, [el] perderse la religion catholica en Alemaña trae grandissimo peligro á todas las provincias de Europa y mas que todo á Francia y á Flandes que es de V. M.d y Francia de Su hija mayor de V. M.d, que es menester mirar esto con tiempo y no esperar, hasta que esté sin remedio, porque agora no se siente el daño y dentro de tres ó quatro años estará sin remedio. Dize Villeroy que de pressente procuran de aqui meter desconfiança á los protestantes para fiarse del emperador ni para darle orejas, y esta es la letura que llevan para entretenerlos y divertirlos; que el estado de las cosas y el ser los negocios de Francia de interes de V. M.d, obliga á darle quenta de todo y assi se la dan. El duque de Lorena por cartas frescas me escrive, correspondiendo a lo mesmo que aqui dizen, que el emperador se echa en manos de herejes. De Paris a 7. de octubre de 1611."

Pa., Archives nat., Mon. hist., K. 1465, no. 60 und 61; Kopie.

---

[1] Wegen der Beziehungen des Erzherzogs Leopold zu Frankreich vgl. no. 101 und no. 115.

[2] Vgl. dazu no. 284 mit Anm. 2 auf S. 657 und im Gegensatz hiezu no. 329 mit Anm. 3 auf S. 764.

Digitized by Google

Oktober 8. **371. Peter de Vischere an Erzherzog Albrecht.**

„Den 2. diess ist der canonicus Hennot[1] dess morgens frühe von Passau wider des spanischen ambasciatoren und anderer rat cum omnium admiratione alher kommen und ist denselben nachmittages wider verraiset, sonder das ihn der spanischer ambasciator, Barvitius oder jemand von räten hören oder sehn wöllen, dan sie von etlichen catholischen unter den hinterlassenen statthaltern gewarnet worden, mit ihm gar keine gemeinschaft noch gesprech zu haben, wofern sie sich nit neben ihm in gefahr sezen wolten, auch daneben Barvitio so vile andeuten und sagen lassen, er solte dem canonico sagen lassen, das er sich den tag hie nit aufhielte, dan die uncatholische berait s von seiner anherkunft berichtet und ihn in haften ziehen wolten, welches ihnen zu wehren unmöglich. — Denselben haben I. ksl. M.t abermal von hin sich auf eines hern hauss, so drei meil von hin und ein zimliches alt und verfallenes schloss ist, so nach St. Ivan und Beraun hinauss ligt, retiriren wöllen und sein denselben abent der obrister cammerer Proskowsky, baumeister und andere hinaussgeschickt worden, solches zue besichtigen; es haben sich aber I. M.t, als sie des hauses gelegenheit vernommen, anders bedacht und sieder nichts mehr von verraisen geredet.“ — Am 3. teilte mir Dr. Rebmann mit, dass König Matthias den Khlesl und Abraham von Dohna nach Nürnberg schicke, „worab sich vile verwunderen, weil des bischofs person bei den samptlichen sowol catolischen als uncatolischen churfursten zimlich odios ist. Meines erachtens aber wird er sich wol herdurch arbeiten.“[2] — Am 5. ist Zuñiga nach Nürnberg gereist und am Abend Günterode von Heidelberg, Ansbach und anderen Orten im Reich zurückgekehrt. „Der bringt zeitung, das der administrator der Churpfalz ihm auf des kaisers begeren und erinnern zugesagt, wegen der succession im reich nichts handlen noch schliessen zue wöllen, also wenig auch der von Anspach in namen des churfursten zu Brandenburg, denen ohne zweifel Chursaxen. wenn es I. ksl. M.t begeret, folgen wird. Steht also zu besorgen, es werde auf disem churfurstentag vile disputaten und wenig verrichtung geben. Der Gunterot saget, der von Anspach solle inwendig acht tagen hie sein.“ Der Graf von Hanau hatte lange Audienz beim Kaiser und nahm Abschied. Der Kaiser wird ihm Schreiben an die wetterauer Grafen mitgeben, welches Inhaltes, weiss Barvitius nicht. — „Den 7. hat mich Barvitio berichtet, das I. ksl. M.t an kreften sehr abnemen, habe befohlen auf sein erinnern, das almosen gegeben und messe gelesen werden sollen. Wollte gern, das man des von Braunschweig mit ehren los were. Der saget offentlich auss, das man nit gedenken durfe, das wegen der succession im reich, so lang der kaiser lebet, etwas geschlossen werden solle.“ Prag den 8. octobris 1611.

Brs., Secrét. d'Allem., no. 96, f. 186; Or. eigh.

[1] Vgl. no. 354.

[2] Am 15. November schreibt Vischere an Suarez: Khlesls „ankunft gen Nurenberg ist zwar anfenglich von keinem sehr guet gefunden worden;

Digitized by Google

372. Reichshofratssekretär Gottfried Hertel an den Kurfürsten von Mainz. Oktober 9.

Ich schreibe E. kfl. Gn. auf Hannewalds Aufforderung. Der Graf von Hanau hat vom Kaiser seine Abfertigung erlangt. Des Kaisers Begehren war nur, dass der Graf die korrespondierenden Grafen der Wetterau in der Devotion erhalte und sich wegen Ausschreibung eines Grafentages bemühe, um dort eine Antizipation für den Kaiser zu erlangen, da die Böhmen mit Erlegung der jetzt zu Galli fälligen Quote an den 300 000 fl. säumen und sich damit entschuldigen, dass die Darreichung der 300 000 fl. erst bei den übrigen Ländern erhandelt werden müsse.[1] Der Kaiser ist von Geld ganz entblösst; man bringt mit Mühe den wöchentlichen Unterhalt für die kaiserliche Tafel von den Böhmen auf Abzug heraus. Der Kaiser hat dem Grafen zwei Beglaubigungen an Graf Ludwig von Nassau-Saarbrücken und an Graf Johann von Nassau-Dillenburg erteilt, ebenso auf dessen Begehren Empfehlungen und Beglaubigungen an E. kfl. Gn. und an den Administrator der Kurpfalz.[2] E. kfl. Gn. dürfen aber nicht merken lassen, dass Sie von all dem bereits unterrichtet sind, sonst würde der Graf darüber beim Kaiser Klage führen und würden mir Ungelegenheiten erwachsen. — In Schlesien steht es sehr übel; die Stände wollen dem König erst huldigen, wenn folgende Punkte richtig sind: 1. Zum Oberamt oder zur Hauptmannschaft, die vordem stets ein Bischof versehen hatte, soll niemals mehr ein Bischof zugelassen, auch keinem geistlichen Stande künftig mehr Sitz und Stimme auf Fürstentagen gestattet werden. 2. Die Stände wollen nicht huldigen, bevor nicht der König vom Kaiser die wirkliche Belehnung mit Böhmen und den Nebenländern oder wenigstens einen Indult erlangt hat. 3. Der König soll die Urheber der jüngsten Rebellion und die am Abfall Böhmens vom Kaiser Ursache waren, strafen. 4. Wenn der Kaiser den König überlebt, sollen die Lande wieder an jenen fallen, der sie löblich und klaglos regiert hat und von dem sie nicht gewichen wären, wenn er sie nicht freiwillig losgezählt hätte. 5. Sie wollen zuvor den Kurfürstentag abwarten und hören, was die Kurfürsten zu dieser „Uebereilung" des Kaisers sagen werden. 6. Sie wollen künftig nicht mehr von der Krone Böhmen abhängen sondern wollen ihr Gerichtstribunal im Lande haben oder sich wenigstens die Einsetzung eines deutschen Vizekanzlers und einiger Appellationsräte, die sie selbst besolden, vorbehalten.[3] — Auch in Ungarn stehen die Sachen übel; die Haiduken

I. Hochw. wissen aber mit solcher dexteritet und vigilanz zue procediren, das sie meines erachtens viler gemueter wol werden gewunnen haben" (Brs., a. a. O., f. 222; Or. eigh.).

[1] Vgl. no. 363.

[2] Beide vom 8. Oktober; Wmz., Reichstagsakten, Bd. 105, no. 128; Or. (praes. 22. octobris) und Ma., 547/15, f. 31; Or.

[3] Vgl. über den schlesischen Kanzleienstreit Gindely, Kaiser Rudolf II. und seine Zeit, II., S. 274 f. und S. 308 und A. Huber, Geschichte Oesterreichs, V., S. 36.

Digitized by Google

Oktober 9. und das gemeine Volk wollen mit Hilfe der Türken gewaltsam die Herren vertilgen; daher hat der Palatin den Mährern, diese aber haben gar beweglich den Böhmen zugeschrieben. Ich glaube aber, dass bei dieser Erschöpfung der Länder darauf wenig erfolgen wird; inzwischen werden die Türken nicht feiern und die unter diesen Ländern aufgerichteten Unionen strafen. Was ich E. kfl. Gn. jüngst wegen Ersetzung oder besserer Bestellung des Vizekanzleramtes[1] zugeschrieben habe, hat der Kaiser wieder geändert; ich glaube aber, dass er deswegen und wegen Verstärkung des Reichshofrates mit geeigneten Personen jemanden zu E. kfl. Gn. als Reichserzkanzler um Gutachten abordnen wird. Seit der Abreise Hegenmüllers sind wir im Reichshofrate schwach und kann es auf die Länge so nicht gehen. — Heute erwartet man hier Khlesl und Dohna; die sollen mit Fels, einem Starhemberg und Polheim nach Nürnberg reisen. Vom Landgrafen Moriz ist heute ein Schreiben eingelaufen,[2] worin er um Enthebung von der Kommission zum Kurfürstentag bittet, was für den Kaiser günstiger sein wird als wenn der Landgraf zu Nürnberg erscheint. Hannewald will sich auch entschuldigen, wird aber doch noch Folge geben, da seine Instruktion nichts Bedenkliches enthält. Datum Prag den 9. octobris a. 1611. — Praes. Nürnberg 13. octobris.

Wmz., Reichstagsakten, Bd. 105, no. 129; Or. eigh.

---

[1] Vgl. no. 366.

[2] Schon am 2./12. September hatte der Landgraf den Kaiser gebeten, da die Sachen inzwischen in „mildern" Stand geraten, der Administrationsstreit erledigt, das Kollegium ergänzt und der Streit mit König Matthias beinahe verglichen sei, es also der beabsichtigten Kommission gar nicht bedürfen werde, ihn von ihr zu entheben (Wh., Reichsakten in genere, Bd. 84b; Or.). – Da inzwischen eine Aufforderung des Kaisers vom 10. September in Cassel eingelaufen war, sich rechtzeitig in Nürnberg einzufinden, so wiederholte der Landgraf am 17./27. September die vorige Bitte, indem er noch die Kürze der Zeit, die Entlegenheit des Ortes und die Seuchengefahr als Gründe anführte (Wh., a. a. O.; — Or.). Vgl. Chr. v. Rommel, Geschichte von Hessen, VII., S. 320 und Häberlin-Senckenberg, Neueste teutsche Reichsgeschichte, XXIII., S. 432, Anm.

Digitized by Google

Register.

Aachen, Reichsstadt. Bürgerschaft 660 u. A. 2, 718 f., 720 u. A. 2, 770, 840. Jesuiten 660 u. A. 2. Kaiserliche Kommission 813[4]. Rat 720[2], 770. Tumult von 1611 660 u. A. 1. 2, 717[1], 719, 728[8], 760, 762, 770, 813 u. A. 4.
Aachen, Hans von, Kammerdiener Rudolfs II. und Hofmaler 332[3], 624 u. A. 3, 648 u. A. 2, 810[2].
Aalen, Reichsstadt. Magistrat s. Hunger und Sandtwaldt. Unionsstand 279, 698, 703, 767; Gesandte zum Unionstag 698.
Abel, Hans Wilhelm, markgräflich badischer Sekretär 698.
Administrationsstreit, kurpfälzischer 15 u. A. 2, 38, 113[1], 129, 157, 203, 206 u. A. 1, 265, 471, 500, 800[2], 844[2]. Ausland und Administrationsstreit 38, 112 u. A. 3, 113, 597. Haltung Baierns 203[2], 248[2], 437. Haltung Brandenburgs 157, 177, 248[2], 265, 421, 477[1], 529 f, 530[2], 531[1], 574 f., 597, 629[1], 651 f., 684 f., 685[1]; Haltung der Kurfürsten insgesamt 87[1], 98, 113, 139, 141, 177, 272, 273 u. A. 1, 333 u. A. 3, 368 u. A. 3, 408[2], 472, 476 f., 498 f., 503 f., 512 u. A. 1, 529 f., 572, 574 f., 594, 601, 616[1], 619, 628, 629[1], 638, 650 f., 681, 682 u. A. 1, 684 f., 691 u. A. 2, 692[1], 734, 798 u. A. 3, 800 f., 817 f., 823, 826. Mainz und der Administrationsstreit 273[1], 408[2], 471 f., 476, 477 u. A 1, 498, 503 f., 529, 530 u. A. 2, 531[1], 574, 629[1], 650 f, 656[1], 685, 692[1]. Haltung des Königs Matthias 177, 516, 616[1], 693[1]. Neuburg im Administrationsstreit 112[2], 218 f., 295, 437, 471, 476 f., 503, 512 u A. 1, 530, 574, 616[1], 638, 655, 656 u. A. 1, 682 f., 692[1], 798 u. A. 3, 800 f., 818 f., 826. Politik der Pfalz s. unter Zweibrücken. Rudolf II. und der Administrationsstreit 82 u. A. 4, 98, 273[1], 332, 333[2. 3], 375[1], 408[2], 471, 477, 498 f., 503, 512 u. A. 1, 577[2], 586, 594, 601, 608 f., 651, 663, 685, 687[1], 691 u. A. 1. 2, 692[1], 693 u. A. 1, 727[2], 734 u. A. 5, 735, 783, 798, 800 u. A. 3, 801 f., 817 f., 826. Haltung Sachsens 471 f., 477[1], 498 f., 503 f., 530 u. A. 2, 574, 629[1], 651 f., 655, 656 u. A. 1, 684 f., 692[1], 734[5], 826. Testament Friedrichs IV. 113, 273[1], 333[2], 477, 498, 574, 577[2], 594, 651, 655, 663, 684 f., 691. Stellung der Union 15[2], 37 f., 67 u. A. 1. 2, 77[1], 92[2], 112 u. A. 3, 158 u. A 3, 161, 218 f., 238, 277, 294, 448[1], 516, 530[2], 561, 564, 597, 655, 663, 682 f., 706, 728 u. A. 2, 801, 840. Vermittlungsversuche (Kommunikationstag von Schwäbisch-Hall) 29, 38 u. A. 1, 67 u. A. 1, 92[2], 112 u. A. 3, 148[2], 218 f., 477, 516, 574, 597, 656[1], 663, 682, 801 f., 818, 826. Herzog von Zweibrücken als Administrator 177, 248[2], 273[1], 467 f., 503, 516, 530[2], 574, 577[2], 586, 597, 604, 629[1], 651 f., 655, 656[1], 663, 682 f., 691, 692[1], 800, 819 f., 826, 844.
Administrator der Kurpfalz s. Pfalz.
Administratoren, weltliche, der Hochstifte 576, 678.
Adolzheim, Hans Christoph von, fürstlich anhaltischer Rat 698.
Aegidius, Mönch des Klosters St. Maria im Schneefeuer zu Prag 165[2], 182, 238 u. A. 1, 452[2], 534, 649.

Digitized by Google

Aerssen, Franz, Gesandter der Generalstaaten in Paris 29 u. A. 1, 112, 124, 128 f., 161.
Ahausen (Anhausen), Dorf im Ansbachschen 723.
Alba, Herzog von 249.
Albergati, Antonio, Bischof von Biseglio, Nuntius in Köln 627, 739 u. A. 4, 740[1], 744 u. A. 1.
Albrecht V., Herzog von Baiern s. Baiern.
Albrecht VI., Herzog von Baiern s. Baiern.
Albrecht, Erzherzog von Oesterreich und Statthalter der spanischen Niederlande 2[1], 215[1], 238, 488 u A. 1, 514, 527, 535[2], 541[2], 559, 586, 603[1], 605, 606[1], 628, 629[1], 656, 658 f., 688, 732[3], 741[1], 742[1], 759, 774 u. A. 4, 811, 822, 823 u. A. 2, 829, 842. Aachner Sache 660 u. A. 2, 719, 762, 813 u. A. 4. Gemahlin **Isabella Clara Eugenia** 43, 540. Hausstreit 31, 183, 208[1], 419, 452[2], 606, 696. Jülicher Streit 17, 124 f., 130, 300. Verhältnis zu den geistlichen Kurfürsten 44, 45[1], 488 u. A. 1, 489, 528 f., 535, 540, 541[2], 553, 559, 606, 625, 657 f.; zur Liga 7, 138, 156, 170[1], 337, 339[1], 384, 417 f., 450 u. A 1; zu Mainz 527 u. A. 1, 528, 540, 586 f., 628, 629[1], 690; zu König Matthias 419, 488 u. A. 1. 2, 489, 527[1], 535, 540, 541[2], 553, 554[2], 560, 587, 625, 627 f., 658, 689, 763[2], 764[2], 765, 812. Geheimer Rat 46. Räte und Diener s. unter Boucquoy, Brisvela, Damandi, Fleckhamer, Greisster, Mancicidor, Montmorency, Nivolaysso, Pratz, Salinas, Spinola, Suarez, Vereycken, Vischere, Visconti. Verhältnis zu Kaiser Rudolf II. 560, 657; zu Sachsen 17, 20, 42 f., 44[1], 45 f., 125, 130, 267, 514, 540, 690, 811 f.; zu Spanien 299, 535, 540, 628, 629[1], 637, 665, 677; zur Successionsfrage 115, 245, 313, 346, 361, 488 u. A. 1. 2, 489, 514, 528, 535 f., 540, 560, 586, 625, 627 f., 638, 812; als Kandidat der geistlichen Kurfürsten 628, 629[1], 636 f., 641[1], 643, 665, 677, 690. Anspruch auf Tirol s. Tirol. Verhältnis zu Trier s. Trier.
Albuberque, Herzog von 48[1], 538.
Altdorf bei Nürnberg 840.
Altenburg, Stadt 173[2].
Altenstedt, Johann, Leibarzt Rudolfs II. 648[4].
Althan, Graf Michael Adolf, Feldmarschall des passauer Kriegsvolks 20, 57, 83 u. A. 3, 110[1], 133 u. A. 2, 150, 151[4], 163, 182, 187 f., 296. Einfall in Oesterreich und Böhmen 1 u A. 1, 4 u. A. 3, 20, 21 u. A. 1, 23[1], 25, 58 f., 109[2], 120, 121[1], 240, 258, 260[5], 288[5], 333, 379[1], 412, 461[2], 709, 748. Verhandlung und Aussöhnung mit König Matthias 256[1], 317 u. A. 1, 346, 347 u. A. 1. 2, 463[2], 501[1], 506, 526.
Alt-Oetting in Oberbaiern 21[1], 355.
Amberg in der Oberpfalz 230, 233, 237 f., 280, 419, 515, 787.
Amsterdam, Bürger der A. C. daselbst 730, 796.
Ancre, Marquis d' s. Concini.
Anhalt, Fürstentum. Fürst Christian I. von Anhalt-Bernburg, Statthalter der Oberpfalz 29[1], 70 f., 112 u. A 3, 128 u. A. 1, 129, 158 f, 161[1. 2], 189[2], 190 u. A. 1, 210, 231 f., 238, 256[1], 315[5], 333[1], 387, 400, 408[2], 420[1], 433 u A. 2, 471, 472[5], 497, 585, 586[1], 593, 596, 608, 623, 629[1], 650, 659, 674[1], 693, 720[2], 735, 743[1], 763[2], 790[2], 795, 798[3], 801, 818, 825[2], 839 f. Verhältnis zu den Ständen in Böhmen 418 f., 441 u. A. 1, 451, 452[2], 465, 514, 528, 610[4]. Gemahlin 839. Haltung im österreichischen Hausstreit 375[1], 418 f., 610[4]; im jülicher Erbstreit 70 f., 129, 161[2], 176, 190, 197, 266[1], 268[1], 418, 719. Verhältnis zu Mainz 610[3], 626, 627[2], 629[1], 689, 777; zu König Matthias 175 f., 248[2], 418 f., 441[1], 515 f., 522[2], 544, 697, 711. Räte und Diener s. Adolzheim, Börstell, Bottler, Dohna, Dordt, Hübner, Schlammersdorf, Schönburg. Verhältnis zu Rudolf II. 584, 596, 597[1], 608, 610, 693, 697, 711, 770, 779, 799, 822, 836; zu Sachsen 71 u. A. 1, 161 f., 597, 718; zur Successionsfrage 160 u. A. 1. 2, 515, 626 f., 640 u. A 2. 3, 641[1], 763[3], 781 u. A. 1, 783[3]. Unionsstand 106, 158[1], 176, 509[2], 698, 700, 702 f., 708, 711, 718 f., 724, 726 f., 730, 734, 782[2], 783[2], 786[1], 788[1]; General der Union 73, 471, 679, 689; Schickung nach Prag i. J. 1609

Digitized by Google

342[4], 424[2], 708, 738, 740, 755, 770, 779; Schickung nach England 20[1], 29[1], 72 u. A. 1, 112 u. A. 3, 123 f., 706 u. A. 1, 775, 782 f.; Schickung nach Frankreich 70 f., 775. Fürst Christian II. von Anhalt-Bernburg 2[1]. Fürst Joachim Ernst von Anhalt-Bernburg 698. Fürst Johann Georg I. von Anhalt-Dessau 77[1], 123[2], 128[2], 266[1], 268[1], 315[5], 497. Fürst Rudolf von Anhalt-Zerbst 198[2]. Gesamthaus 778[1].

Anna, Kurfürstin von Brandenburg s. Brandenburg.

Anna, Erzherzogin zu Oesterreich, Tochter Ferdinands von Tirol s. Oesterreich.

Añover, conde de s. Nivolaysso.

Ansbach, Markgrafschaft. Markgraf Joachim Ernst 36, 70[1], 128, 189[2], 315[5], 461[2], 686[1], 693, 697, 732, 798[3], 811, 821[3], 840, 842. Im Administrationsstreit 38[1], 67[1], 112[3], 516, 663. Im jülicher Streit 197, 375, 596. Verhältnis zu König Matthias 177, 406[3], 515 f., 517 u. A. 1. Räte und Diener 67[1]; s. auch unter Crailsheim, Eyb, Eysen, Fuchs, Gernandt, Goldstein, Mansfeld, Neu, Schenk, Selbitz, Wolfstein. Nachbar Nürnbergs 77[1], 228, 563, 566, 715[1], 795 f., 840. Verhältnis zu Rudolf II. 584, 596, 597[1], 610 u. A. 2, 624, 686, 779, 790 u. A. 3; Berufung und Reise nach Prag 597[1], 610, 629[1], 790 u. A. 3, 799, 815, 822, 836, 839, 840[1], 842. Verhältnis zu Sachsen 517, 686 u. A. 1, 687[1], 718, 770, 828. Mitglied der Union 53, 119[1-2], 158[1], 224[1], 233, 244, 376[2], 399, 433, 437[3], 447[1], 539[2], 579, 668, 697, 699, 768, 783[2], 785 u. A. 3, 786, 787 u. A 2, 788; General der Union 75, 105, 470, 546 f., 549[1], 679, 701[3], 709[4], 713, 724; Kriegsvolk 105, 158, 169, 231 f., 244, 280, 387, 516, 546, 567[1], 785 u. A. 2; Gesandte zum Unionstag 697, 704 f., 711, 723, 726.

Ansbach, Stadt 597[1], 693, 839, 842.

Antizipationen s. Reichssteuern.

Antwerpen 71.

Aquensis (Aquentius), P. Heinricus, Beichtvater des Erzherzogs Leopold, s. Vivarius.

Arbaissel, Jakob, Kammerdiener des Erzherzogs Maximilian 487[1].

Arlberg 589.

Arragon, Königreich 48.

Arrostegui, Antonio de, spanischer Staatssekretär 245[2], 413[1].

Artois, Grafschaft 71.

Aschaffenburg 514, 521, 529, 629[1], 656[1], 734 u. A. 4.

Aschhausen, Johann Gottfried von, Bischof von Bamberg s. Bamberg.

Assistenten s. Jülich.

Augsburg, Bistum. Bischof Heinrich V. von Knoeringen. Ligastand 50 u. A. 1, 80[1], 137 f., 156, 200, 243 f., 271 u. A. 1, 275, 337, 381[1], 382 u. A. 1, 384 f., 417 u. A. 1; Gesandte zum Ligatag 269[1], 377. Kriegsschäden des Hochstifts 137. Räte und Diener s. unter Roth und Wanner.

Augsburg, Stadt 200, 201[1], 230, 242, 269, 415, 417, 425[2], 531, 692[1] (s. auch unter Ligatag, augsburger). Im landsberger Bund 135. Kaiserliche Residenz 571, 701. Reichssteuern 635[1].

Augspurger, Franz, Altbürgermeister der Stadt Speier 217.

August, Pfalzgraf von Neuburg s. Neuburg.

August, Kurfürst von Sachsen s. Sachsen.

August, Herzog von Sachsen s. Sachsen.

Auslegerschiffe 15 u. A. 1, 139 f., 157 u. A. 4, 273 u. A. 1.

Aussträge (unter den Reichsständen) 579, 755.

Baden, Markgrafschaft 170[1]. Markgraf Eduard Fortunat 829; dessen Kinder s. unten eickenscher Streit. Markgraf Friedrich 698. Markgraf Georg Friedrich 36, 38, 66[1], 231[1], 294, 399 u. A. 1, 698, 730, 829. Im Administrationsstreit 38[1], 67[1], 92[2], 112[3], 158 u. A. 3, 448[1], 663, 728, 802. Im eickenschen Streit 36 u. A. 1, 77[1], 700 u. A. 1, 706, 774 u. A. 5. 6, 829 u. A. 1. Verhältnis zu König Matthias 343[1], 515, 544, 607, 711. Räte und Diener s. unter Abel, Breitenacker, Fleckenstein, Helmstätt, Kessel, Starschedel, Stotz, Wild- und Rheingraf. Verhältnis zu Rudolf II. 779; zur Union 34[2], 53, 92[2], 119[1], 158, 217, 376[3], 433 u. A. 2, 437[3], 471, 539[2], 547, 562, 580, 679 f., 698 f., 711, 768, 783[2],

Digitized by Google

785[2], 786, 787[2], 788 u. A. 1, 795; General der Union 75, 224, 546, 549[1], 679, 701[2], 709[4], 713, 724; Kriegsvolk 158, 280, 547, 785 u. A. 2; Gesandte bei den Unionstagen 217, 221 f., 225, 228, 232 f, 237, 698, 703 f., 706, 708[2], 716, 719, 723 f., 726.

Baiern, Herzogtum. Land 101, 137, 264, 272, 292, 571, 763. Gesamthaus 388, 550, 600 u. A. 1, 638, 821 u. A. 2. Herzog Albrecht V. 50, 598. Herzog Albrecht VI. (der Leuchtenberger) 821 u. A. 2. Herzog Ernst, Kurfürst von Köln s. Köln. Herzog Ferdinand, Koadjutor von Köln s. Köln. Herzogin Magdalene 2[1], 133. Verheiratung mit Erzherzog Leopold 2[1], 151, 165[2], 189, 245, 813 f., 821; mit König Matthias 133, 254, 287[2], 388.

Herzog Maximilian I. 2[1], 84[2], 131[1], 160[1], 214[1], 265[1], 304[1], 307[3], 313, 354[4], 388, 391[1], 398[1], 408, 410[1], 488[2], 489[1], 493[2. 3. 4], 508[3], 542[3], 553[4], 591[2], 642[2], 659, 690[1], 734[1], 736[4], 738[1], 742[1], 761 u. A. 2, 776 u. A. 5, 777[1], 797, 799[1], 835[2]; zur Charakteristik der Person 51 f., 147, 169 181[2], 183[4], 188 f., 192[1], 193[1], 196[2], 559[2], 607, 609[3], 645, 821 u. A. 4. Im Administrationsstreit 177, 203[2], 248[2], 437, 638. Ansehen 550, 595[1], 633. Verhältnis zu den Brüdern 107, 108 u. A. 1, 190 u. A. 1, 191 u. A. 1, 244, 821 u. A. 2. Haltung im donauwörther Handel 94, 199, 205, 228, 234 f., 238, 281, 714, 754 f., 817; im österreichischen Hausstreit 61[2], 63[2], 99 f., 147, 208[1], 211, 259, 263 f., 306 f. Stellung zur Komposition im Reich 204 f., 207[1], 234 f., 293 f., 295[1], 437 u. A 3, 549 u. A. 2, 550, 597, 704, 756. Maximilian als Landesherr 51 f., 159, 829. Verhältnis zu Erzherzog Leopold 99, 147, 164, 189, 204, 245, 264, 307, 308[1. 2], 313, 348, 354 f., 493 u. A. 5, 531, 638, 821. Stellung in der Liga 5 f., 8[1], 10[2], 14 f., 15[3], 49, 50 u. A. 1, 51, 78 f., 80, 108[1], 134 f., 149, 156, 167 f., 170[1], 190 f., 200, 201[1], 242, 243 u. A. 1, 270 u. A. 2, 271 u. A. 1, 275, 281, 309 f., 314, 334, 336, 339, 341, 377 f., 379[1], 380[1], 382[2], 383 u. A. 2. 3, 384 f., 387, 417[1], 418[1], 520, 536, 550 f., 645, 700[2], 732 u. A. 3. 4, 733[1], 761[2], 835 u. A. 1; Gesandte zum Ligatag 209[1], 334, 338, 376 f; Stellung zur Aufnahme Sachsens in die Liga 49 f., 51[1], 78 f., 97, 134 f., 149, 201[1], 242 f., 269, 270[2], 319, 321 f., 388, 389[1]. Verhältnis zu Mainz 6 f., 8[1], 10[2], 62, 78 f., 88, 97, 134 f., 136, 149, 242 f., 269 f., 315[2], 319, 380[1], 388; zu König Matthias 28, 84, 103, 132[2], 133, 164 u A. 2, 263 f., 306 f., 313, 496[1], 559[2], 631 f., 637[2]. Mistrauen gegen Maximilian 62, 68 u. A. 1, 170, 303, 304[1], 341, 388, 408[2], 493, 536, 559 u. A. 2, 599, 645, 810[2]. Verhältnis zu Neuburg 203 u. A. 2, 206[1], 207[1], 265, 293 f., 437 u A. 1, 549 u. A. 2, 638; zum Haus Oesterreich 164, 169 f., 211, 388, 550, 559, 600 u. A. 1, 821; s. auch oben unter Hausstreit; zum passauer und elsässer Kriegsvolk 1[1], 21 u. A. 1, 26 f., 57, 61, 74, 99, 101 f., 103, 108, 147, 212, 232 f., 257 f., 263 f., 294[1], 307, 308[2], 353, 628; zu Pfalz 34 u. A. 1, 234, 236, 281, 437, 704. Geheimer Rat 57[1], 61[1], 188[5], 597. Kanzlei 201[1]. Räte und Diener 204; s. auch unter Bodenius, Crivelli, Donnersberg, Eisenheimer, Gewold, Haslang, Herwart, Jocher, Lackner, Leuker, Pichler, Reckberg, Tilly, Viepeckh, Wensin. Verhältnis zum Reich 631, 633; zur katholischen Religion 595 u. A. 1, 599 f., 645, 661, 675[1], 749, 750[1], 815 u. A. 6; zu Rudolf II. 26 f., 60 f., 63[2], 88[2], 100 f., 165[2], 187, 203[2], 204, 259, 263 f., 341, 388, 493, 508[2], 559[2], 593, 628, 631 f., 661, 813; zu Sachsen 437 (s. auch oben unter Liga); zu Salzburg 21 u. A. 1, 22, 23[1], 83[2], 264 f, 607, 639, 832; zu Spanien 245 u. A. 1, 531, 536, 609. Haltung in der Successionsfrage 188 u. A. 5, 189, 303, 304[1], 536 u. A. 1, 559 u. A. 2, 628, 636, 637[1], 745. Verhältnis zu Union 7, 8[1], 10[2], 26, 28, 34 u. A. 1, 35, 50, 94, 199, 204, 212 u. A. 1, 224, 228, 232, 236, 278, 281, 294 u. A. 1, 295[1], 437, 628.

Wilhelm V. 133, 821. Ver-

Digitized by Google

hältnis zu Erzherzog Leopold 10[2], 88 f, 147, 189, 308[2], 348 u. A. 1, 354[4], 355, 408, 813 u. A. 2, 814, 821; zu König Matthias 821; zu Rudolf II. 813 f., 821.
Bamberg, Bistum 753. Bischof Johann Gottfried von Aschhausen 15[3], 154[1], 335, 721, 751 u. A. 3, 752, 753 u. A. 1, 771, 815. Domkapitel 721, 834. Gegenreformation 562, 721, 795, 815[6]. Kriegsleiden i. J. 1610 40[1], 169, 700[8]. Ligastand 63[1], 80[1], 88, 244[2], 271 u. A. 1. 2, 336, 382[4], 384, 449, 450[1], 520 f.; Gesandte zum Ligatag 269[1], 376, 383. Verhältnis zu Rudolf II. 165[2], 183[4], 184, 259, 509[1]; kaiserlicher Kommissar zum Kurfürstentag 757[2], 763, 799. Statthalter und Räte 450[1]; s. auch unter Kotzau und Pellheim. Evangelische Untertanen 721, 725, 751 f., 753[1], 771.
Bamberg, Stadt 272, 397, 398 u. A. 1, 435, 498, 520, 661[2], 662 u. A. 2, 753.
Barnevelt s. Oldenbarnevelt.
Barrault (Baraux), mons. de, französischer Gesandter am spanischen, dann savoyischen Hof 130.
Barvitius, Johann, Sekretär des geheimen Rates Rudolfs II., dann geheimer Rat 12, 13[3], 83[1], 196 u. A. 1, 214, 333, 347[4], 349, 363, 394[1], 419, 441[4], 445[4], 461, 463 f., 467, 480, 481 u. A. 1, 486, 525[1], 560, 582[2], 588, 648, 657, 659 u. A. 1, 689, 732[3], 738[1], 751, 757, 759, 762, 798, 801, 813 f., 818[2], 822, 823 u. A. 2, 842.
Basel, Bistum. Bischof Wilhelm Rinck von Baldenstein 339[1].
Basel, Ort der Eidgenossenschaft 230.
Bathory, Gabriel, Fürst von Siebenbürgen 31 u. A. 2, 354 u. A. 3, 390, 414, 489, 615. — Sigmund 412 u. A. 1, 414.
Baugy, Nicolas de, französischer Resident in Prag 24, 82[2], 145[2], 147[2], 184, 216, 285, 305, 413, 505, 506[3], 586, 601 f., 603[1], 608, 672[4], 692[1]. Reise im Auftrag Rudolfs II. 602 f., 632[1], 670, 789 u. A. 2, 790, 798, 809, 834.
Bautzen 811.
Beaulieu, John, Sekretär des englischen Gesandten in Paris 112[3].
Bebenhausen in Württemberg 610[2].
Beck von Leopoldsdorf, Marx, kais. Oberst und Hofkriegsrat 152, 250[2].
Beer von Hugoltstorf, Hugolt, pfalz-neuburgischer Rat 401[2], 512[1], 541, 543, 692[1], 742[1], 798, 810[2], 818[2], 836[7].
Beeskau in der Kurmark 662[2].
Belgien s. Niederlande, spanische.
Bellin, Christian von, kurbrandenburgischer geheimer Rat 29 u. A. 1.
Bemelberg d. J., Konrad von, bairischer Statthalter in Donauwörth 234[1].
Benatek in Böhmen 688, 736 f., 759 u. A. 3.
Benno, Prior des Klosters St. Margarethen bei Prag s. St. Margarethen.
Bensheim an der Bergstrasse. Zusammenkunft daselbst 803[1], 827.
Beraun in Böhmen 118 u. A. 1, 213, 329, 842.
Berbisdorf von, kursächsischer Hofmarschall 617.
Berchtesgaden, Reichspropstei. Propst s. Köln, Kurfürst Ernst; Land 639. Eintritt in die Liga 155, 336. Streit mit Salzburg 661[1].
Berg, Herzogtum 298.
Berg bei Donauwörth 234[1].
Berg, Dr. Michael von, Advokat der Stadt Rotenburg o/T. 218, 698.
Bericht, gründlicher, des Herzogs Heinrich Julius von Braunschweig 1[1], 12[1], 47[2], 94[2], 152[3], 153[2], 290[4], 372[4].
Berka, Ladislaus Freiherr von, gewesener Landeshauptmann in der Markgrafschaft Mähren 188 u. A. 1, 242.
Berlichingen, Burkhard von, kaiserlicher Rat 689[2].
Berlin 73[1], 107 u. A. 1, 266 u. A. 1, 421[1], 433, 531[1].
Bern, Ort der Eidgenossenschaft 129[2], 230, 231[1], 354[2], 413[1].
Bernburg, Stadt 419, 624.
Beschwerden s. Gravamina.
Beyer, Reichart, kurbrandenburgischer geheimer Rat 128.
Bezold, Dr. Michael, Advokat der Stadt Rotenburg o/T. 698.
Bielefeld 98.
Biestervelt, Dietrich, kurkölnischer Kanzler 760, 762.
Bins bei Mariemont in Belgien 42.
Biseglio, Bistum; Bischof s. Albergati.
Blamont bei Mömpelgard 413[1].

Google

Bodenius, Wilhelm, bairischer Agent in Prag 1[1], 2[1], 47[2], 84[2], 109[3], 111[2], 130[1], 131[1], 145[2], 183[4], 196[2], 214[1.2], 304[1], 410[1], 420[1], 441[1.4], 478[1], 508[3], 542[3], 543[2], 553[4], 591[2], 594[1], 606[1], 621[1], 632[1], 642[2], 670[2], 689[2], 690[1], 734[1], 736[4], 738[1], 741, 742[1], 799[1], 800[1], 835[3].

Böhmen, Königreich 10[3], 48[1], 116, 118, 158 f., 172, 176, 186, 239 f., 246, 256[1], 272, 307, 326 f., 330 f., 343[1], 344[1], 347 f., 354 f., 356[4], 364, 372, 376[3], 396[2], 401, 403, 420, 426[4], 452[2], 453, 454 u. A. 1, 455, 457[2], 463[2], 482, 488, 511, 533[1], 542, 544, 571, 610[4], 623[2], 632, 693, 702, 737, 810[2]. **Defensoren** 84[2], 165. **Direktoren** 171[1], 179[2], 215, 241, 282[2]. **Erbeinungen** 254, 468[1], 528, 542, 588. **Jesuiten in Böhmen** 454, 455[1]; **Könige Matthias** s. unter Matthias, **Rudolf II.** s. unter Rudolf II., **Sigismund** 325, **Wenzel** 815, **Wladislaw** 302. **Kreise in Böhmen** 330. **Landesämter** 425[1], 542 u. A. 3, 543[3], 548 u. A. 2, 585, 586[1], 596, 608, 618. **Landesfinanzen und Landessteuern** 111, 180, 255[1], 325, 390, 533[1], 810[2]; **Landeskanzlei** 329, 542. **Landoffiziere** 84 u. A. 1. 2, 131[1], 144, 150, 152, 213 f., 246[3], 254 u. A. 1, 255, 325, 327 f., 401, 468[1], 485[2], 543[3], 584 f., 604, 608, 623. **Landesordnungen** 325, 327, 329. **Landrecht** 468[1]

Landstände überhaupt 4 u. A. 1, 57, 90 f., 118, 131[1], 144, 150, 165[2], 171[1], 173, 178[3], 179 f., 181[1], 182[4], 188[4], 193, 196, 201, 214[1], 239 f., 246 f., 251, 257 f., 282 u. A. 2. 3, 283 u. A. 1. 2, 284 f., 290, 292 u. A. 4, 295, 304, 318, 320[2], 325 f., 344 u. A. 1, 345 u. A. 1, 347, 354 f., 359[1], 361 f., 366[1], 367[1], 369 f., 372 f., 389 f., 394, 401[2], 402 f., 408[2], 409 f., 414, 418 f., 423, 424 u. A. 2, 425[2], 426 u. A. 4, 427, 428[1.2], 429 f., 434[1], 435, 438, 440 f., 444 u. A. 1, 445 u. A. 4, 446, 450 f., 457, 458[3], 459 f., 463, 464 u. A. 1, 466 u. A. 1, 467 f., 475[2], 479 f., 487[2], 489 f., 496, 498, 500 u. A. 1. 2, 505, 510 f., 522 f., 525, 528, 532, 533[1], 534, 537, 542 u. A. 3, 553 u. A. 4, 555, 583 f., 588, 604, 608, 611, 625[1], 633, 636, 649, 670, 695, 792, 810 f., 828, 838, 843; **katholische Stände** 145[1], 146, 165[2], 188[3], 246[3], 327, 403, 411, 424[2], 428[1], 431[1], 489. 618, 649; **akatholische Stände** 146, 165, 202, 254, 282, 295, 327, 403, 424[2], 431[1], 455, 478[1], 634. **Verhältnis zu Braunschweig** 282 u. A. 3, 292[4], 329, 344 u. A. 1, 356 f., 358, 363, 365 u. A. 4, 373 f., 387, 394, 421, 459, 461[2], 531, 535; **zu den österreichischen Erblanden** 101, 180, 254, 329, 461 f., 468[1], 478[1], 479, 512, 533[1], 542, 610[4], 659, 844; **zu den Generalstaaten** 431[1], 445 u. A. 3, 452 u. A. 2, 461[2], 465, 475, 479, 514, 528. **Heer der Stände** 47, 84 u. A. 2, 91 u. A. 3, 109[3], 117, 120 f., 130, 131[1], 144, 146, 152, 165, 171, 180, 183[4], 186 f., 195, 201, 213 f., 241, 246, 252 u. A. 1, 256[1], 271, 282, 290, 303, 306, 316, 328, 330, 344[1], 362, 370, 410, 419, 431[1], 439, 445[4], 470[1], 490, 491 u. A. 1. **Verhältnis zu den Kurfürsten** 393 u. A. 1, 397 u. A. 3, 410, 429, 430, 431[1], 442, 482, 556. **Verhältnis zu Erzherzog Leopold** 91 u. A. 1, 118, 144 f., 146, 165 u. A. 2, 182, 185 f., 188, 194[2], 202, 213, 216 u. A. 1, 290 f., 369, 401[2], 810[2], 838. **Verhältnis zu König Matthias** (s. auch unter Matthias, Designation zum König von Böhmen) 48[1], 60, 84[2], 86[2], 90 u. A. 5, 110, 117, 120 f., 147[2], 164, 171[1], 172, 175 f., 180 f., 187, 188[4], 194 u. A. 1, 201 f., 212, 214, 249, 251, 254, 256[1], 258, 284 u. A. 5, 285 f., 288, 290, 304 f., 320[2], 328 f., 330 f., 357, 359 u. A. 1, 360 f., 362, 363[3], 372 u. A. 1, 374[3], 387, 391, 399, 402, 414, 426[4], 461[1], 468 u. A. 1, 469 u. A. 1, 478 u. A. 1, 479, 485[2], 496, 505, 536, 584 f., 588, 596, 604, 608, 611, 618, 688, 695, 838; **Krönung des Matthias** s. unter Matthias. **Verhältnis zum Hause Oesterreich** 428[2], 440, 466[1], 478[1], 494, 637, 838. **Stände und der Einfall der Passauer** 4, 12[2], 27 f., 57 f., 109[3], 117 f., 121 u. A. 1, 130, 131[1], 144, 146, 150, 165[2], 180, 181[1], 182, 184, 186 u. A. 3, 188, 201, 206[1], 213, 239 f., 257, 259, 289[2], 291, 303, 307, 328, 330, 344[1], 360, 369 f., 372 u. A. 1, 492, 496, 533, 838, s. auch oben unter Heer. **Verhältnis zum Reich** 180, 302, 362 f., 405, 414, 426[4],

427, 431[1], 437, 444, 457 u. A. 2, 462 u. A. 1, 497, 512, 533[1], 534, 558 u. A. 1, 572, 601, 611, 623, 632, 665, 687, 823 f., 828, 843; zu den Reichsständen 254, 418 f., 431[1], 441 u. A. 1, 452[2], 468[1], 472, 500, 514, 528, 588, 610[4]; zu Rudolf II. 13[3], 84 u. A. 2, 86, 90[5], 91, 99 u. A. 5, 102 f., 109[3], 117, 120 f., 152, 165 u. A. 2, 171[1], 178[3], 180, 182, 184, 188 f., 241 f., 246, 250[2], 289 u. A. 2, 291, 325 f., 331, 343 f., 346, 349, 353, 357, 359, 414, 427, 436, 439, 445, 466[1], 567, 571 f., 649 f., 665, 701, 737, 843; Eidesentlassung der Stände durch Rudolf II. 345, 354, 443[4], 444[1], 451, 452[2], 457, 464, 467 f., 469 u. A. 1, 485[2], 496, 552, 623[1], s. auch unter Rudolf II. Verhältnis zu Kursachsen 20, 90[4], 179 u. A. 2, 180, 181[1], 246[3], 282 u. A. 2, 319[1], 356, 364, 365[4], 366[1], 367[1], 373[1], 374, 396[2], 414, 431[1], 435, 439, 542. Uebermut der Stände 292[4], 344[1], 359 f., 365, 375, 387 f., 394, 408[2], 409, 430 f., 444, 445[4], 452[2], 459, 461[2], 463, 467, 468[1], 470[1], 475, 483, 534 f., 571. Verhältnis zur Union 94, 229, 399, 418 f., 445, 475, 610[4], 665, 706, 768. Wahlrecht der Stände und Beschränkung der königlichen Macht 332, 345[1], 349, 357, 359 f., 363, 391 u. A. 4, 395, 428[1], 466[1], 468[1], 478 u. A. 1, 479, 481, 494, 528, 536, 689. Verhältnis zu Zuñiga 145[1], 180, 195 u. A. 3, 239[1], 447, 553, 688, 689[1].

Landstube 441[1]. Landtafel 326, 330. Landtage 12[2], 86[2], 90 f., 152, 201, 241, 255, 257, 259, 289 u. A. 2, 291, 304, 318, 320[2], 326 u. A. 2, 328, 356, 358, 459[2], 464[1], 468[1], 478[1], 496, 533[1], 542, 544, 621, 670, 687 f.; der von 1611 345 u. A. 1, 346, 347[2], 349, 353, 358 f., 363, 374[1], 392, 424[2], 426[4], 432, 435, 441[4], 444[1], 451, 452[2], 456 f., 459 u. A. 1. 2, 464, 467 f., 469 u. A. 1, 485[2], 496, 510, 535, 552, 621, 623[1]. Generallandtage 325, 332, 365[1], 319, 402. Landtagsschlüsse 327 f., 332, 336, 468[1]. Landvolk 165[2], 179, 291, 427[2], 432. Lehen 441, 543, 745. Majestätsbrief 165[2], 175, 240, 258, 327, 332, 468[1], 533[1], 701. Nebenländer 180, 283, 325, 330, 364, 372, 391, 409, 426[3.4], 432, 457, 464[1], 468[1], 486 u. A. 1, 489, 533[1], 611, 843. Privilegien 165 u. A. 2, 175, 214[1], 240, 249, 254, 260[5], 330, 332, 360, 468[1], 577, 583. Religion 180, 240, 250[2], 254, 326 f., 353[2], 391[4], 428[2], 455 u. A. 1, 468[1], 478[1], 536, 542[3]. Residenz Rudolfs II. s. unter Rudolf II. Statthalter in Böhmen 285, 468[1], 813, 822, 842. Succession im Königreich 90[5], 116, 117[1], 118, 146, 160[1], 187, 202, 210[2], 239 f., 286, 292, 301 f., 318, 319[1], 328, 401, 428[2], 466[1], 494, 609, 637, 689. Unruhen in Böhmen (prager Unwesen) 172, 179 f., 184, 189 f., 197, 208, 210[2], 231, 238 f., 246, 247[1], 248 f., 257 f., 271, 276, 290, 307 f., 315 f., 325 f., 343 f., 350 f., 355, 360 f., 366, 370, 392 f., 394 f., 402 f., 409 f., 414, 423 f., 431[1], 433[2], 434 f., 437 u. A. 3, 441[1], 446, 447[1], 454, 456, 458, 475[2], 476, 490, 497, 504 f., 509, 524[1], 536, 549[3], 561, 568 f., 601, 608[4], 627[2], 629[1], 632 f., 657[2], 772, 777[1], 816, 824, 838. Verfassung 360, 363, 468[1]. Wenzelskrone 109, 118, 165[2], 201, 214, 256[1], 330, 359.

Böhmerwald 231.

Böhmisch-Brod 165[2], 251, 284[5].

Börstell, Adam von; fürstlich anhaltischer Rat 698.

Boëtius, Anshelm, Leibarzt Kaiser Rudolfs II. 648[4].

Boissise, Jean Thumery, seigneur de, französischer Gesandter in Deutschland 70, 162.

Bongars, Jacques, französischer Agent in Strassburg 161, 528, 603, 604[1].

Bonn 381[1].

Borghese, Kardinal (Scipio Caffarelli) 112.

Bottler, Diener des Fürsten Christian von Anhalt 175.

Boucquoy, Karl Bonaventura, Graf von 46, 47[1], 48.

Bouillon, Henri de la Tour, Herr von Turenne, Herzog 29[1], 38, 112 u. A. 3, 113, 123 u. A. 2, 161.

Boys, Gisbert de, Kaufmann 490[3].

Brabant, Herzogtum 71; Lehenhof 46.

Brakenhofer, Johann, Hofdiener des Erzherzogs Maximilian 776[5], 777[1].

Brandeis in Böhmen 688, 789, 810[2], 812.

Digitized by Google

Brandenburg, Kurfürstentum. Kurfürstin **Anna**, 69[1], 248 u. A. 2, 745[2]; ihre jülicher Politik 69[1], 268[1], 531[1], 596; ihre Beziehung zu Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm von Neuburg 652[2], 656[1]. **Christian Wilhelm**, Markgraf, Administrator von Magdeburg s. unter Magdeburg. Erbeinungen 20[1], 376, 745 f. **Ernst**, Markgraf von Brandenburg, Statthalter in Cleve 840. Finanzlage des Kurfürstentums 123 f., 127, 266, 267[1], 268; Gesamthaus 268[1], 272, 449[1]. **Joachim I.**, Kurfürst 531. **Joachim Friedrich**, Kurfürst 420[2], 477. **Johann Georg**, Markgraf, s. unter Jägerndorf. **Johann Sigismund**, Kurfürst 20[1], 42[1], 69[2], 73[1], 104, 106, 107[1], 128, 140, 173[2], 189 u. A. 2, 248 f., 265 f., 286, 315[5], 394 f., 400, 435, 476, 531[1], 610, 637, 686[1], 746[2], 828. Haltung im Administrationsstreit s. unter Administrationsstreit. Verhältnis zum Königreich, Böhmen 254, 441, 445, 468[1], 528, 588, 745; zu Braunschweig 422 u. A. 2, 434 u. A. 1, 436[3], 720, s. auch unter Goetze; zu Dänemark 123, 222. Gemahlin s. oben unter Anna. Verhalten im österreichischen Hausstreit 375 u. A. 1, 396[2], 412, 420 u. A. 2. 3, 421[1], 434 u. A. 1, 436[1], 442, 451, 472, 475 u. A 2, 489, 499, 644[2], 681, 713. Hofwesen 265, 266 u. A. 1. Anspruch auf das Herzogtum Jägerndorf 248[2]. Anspruch auf die jülicher Lande 15, 20[1], 29 u. A. 1, 68 u. A. 2, 69[1], 104, 106 f., 122 f., 126, 139 f., 148[2], 158, 162, 166 174, 189[2], 197, 217, 248[2], 258, 265 f., 268[1], 272, 273[1], 298, 434[1], 448, 569, 596, 651, 653 f., 656, 666, 669, 745 f., 797[1], s. auch unter Jülich, Possidierende. Aufnahme ins Kurkolleg und Beschreibung zum Kurfürstentag 139 f., 157, 273[1.2], 368, 388, 398 u. A. 1, 421, 436[3], 454, 475 u. A 2, 488, 504, 530 u. A. 2, 531[1], 558[1], 574, 577[3], 616, 638, 662[2], 666, 681, 690, 692[1], 733, 734[5], 735 u. A. 2, 745, 746[2], 769 f., 773, 778, 780[6], 799, 811, 821[3], 824, 827, 840. Verhältnis zu König Matthias 104, 147, 172 f., 177, 248 f., 256, 268[1], 405, 415, 418, 445, 517[2], 544, 614; zu Neuburg 107 u. A. 1, 123, 126, 652[2], 669. Besorgnis wegen der Passauer 173. Beziehung zur Pfalz 499, 500[2], 529 f., 575, 684, 685[1], 778[2]. Ansprüche auf das Herzogtum Preussen 248[2], 539[2], 566 u. A. 1, 580, 662 u. A. 2, 680 u. A. 4, 709, 713, 719 u. A. 1, 722[1], 733 f., 735[3], 745, 746 u. A. 2, 771. Räte 265 f., 266[1], 268 u. A. 1, 436[1], 680[4], 682, 746[2], s. auch unter Bellin, Beyer, Distelmeyer, Goetze, Pistoris, Pruckmann, Putlitz. Verhältnis zum Reich 441, 447, 448[3], 746[1]; zu Rudolf II. (Aussöhnung mit dem Kaiser) 68[2], 69[1], 124, 126 f., 139 f., 174, 273, 360, 368, 394[1], 415, 420[2.3], 421, 422 u. A. 1, 423, 434[1], 436[3], 441 f., 448, 449 u. A. 1, 454, 489, 504, 514, 517[2], 530, 566, 569, 574, 638, 655 u. A. 1, 680, 733, 736, 745; zu Sachsen 122 f., 139 f., 158, 174, 217, 248, 265, 272, 273[1], 306, 367[1], 368[2], 376, 388, 398, 405, 418, 420 u. A. 1. 2, 421 u. A. 1, 422 f., 431[1], 433, 434 u. A. 1, 436[3], 437[3], 441 f., 448, 449 u. A. 1, 504, 530[2], 569, 574, 638, 663, 680 u. A. 4, 684, 685 u. A. 1, 733, 734 u. A. 5, 745 u. A. 2, 746, 768, 783; s. auch unter Jülich, jüterbogker Vertrag. Söhne Johann Sigismunds 125. Stellung zur Successionsfrage im Reich 160[2], 626 f., 678, 842. Töchter Johann Sigismunds 125. Sein Verhältnis zur Union 33, 39, 42[1], 158, 189, 190[1], 197, 220, 229 f., 268 u. A. 1, 276, 279, 422, 433, 434[1], 448, 508[2], 539[2], 551[1], 562 f., 566 u. A. 1, 604, 630[1], 631[1], 663, 668 f., 679, 697, 699, 703, 711, 718, 722[2], 765, 767 f., 774 u. A. 3, 776, 787[2], 790[2], 791[1], 793, 840. Lehen des Kurstaates 441, 447, 448 u. A. 1, 745, 812. Territorium des Kurstaates 124, 127, 173[2], 268, 652[2]. Untertanen 124 f., 127 f.

Brandenburg-Ansbach s. Ansbach.

Brandenburg-Culmbach s. Culmbach.

Brandenstein auf Oppurg und Knaw, Esaias von, kursächsischer geheimer Rat und Oberhofrichter zu Leipzig 167, 616, 650; — Leipold

Digitized by Google

von, kursächsischer Kammerrat 16.
Brandis, Jakob Andreas Freiherr von, Landeshauptmann an der Etsch 133.
Brandt, Dr. Johann, fürstlich würzburgischer Rat 376.
Braunau in Böhmen, Abt von 165.
Braunschweig, Stadt 452², 606, 702, 720, 736. Achtsexekution gegen die Stadt 543, 552, 588, 594, 605, 618 f., 629¹, 659, 669, 672, 701, 705², 708 f., 720², 728⁸, 745, 762, 768, 770, 828, 836⁷, 839. Kaiserliche Kommission 594, 605. Die Union und die Stadt 720 u. A. 2, 768.
Braunschweig-Lüneburg, Herzogtum. Herzog Ernst 762. Räte und Diener s. unter Grote, Hedemann, Hoyer. Schickung nach Prag 130¹, 144², 659; Streit mit Wolfenbüttel 552, 669.
Braunschweig-Wolfenbüttel, Herzogtum. Herzog Heinrich Julius, zugleich Bischof von Halberstadt 1¹, 18, 58², 256¹, 306², 394, 419, 420³, 487³, 552, 608, 642², 689², 792², 800¹; zur Charakteristik 619, 810², 814, 836⁷. Dessen „gründlicher Bericht" s. unter Bericht. Verhältnis zu den böhmischen Ständen s. unter Böhmen, Landstände; zu Brandenburg s. unter Brandenburg. Kampf mit der Stadt Braunschweig 552, 566, 585, 587, 618 f., 669, 839. Begünstigung der Evangelischen 516, 544, 634, 736, 762². Tätigkeit im österreichischen Hausstreit 1¹, 12, 47 u. A. 2, 58², 60, 67², 68², 84 u. A. 1, 85, 90, 98, 100, 104, 111², 117, 152 f., 163, 178, 210², 246³, 250², 251 u. A. 2, 287, 290 u. A. 2. 4, 315 f., 317 f., 329, 341, 344¹, 356, 357²·⁴, 358, 372, 374 f., 387, 394, 396 u. A. 2, 409, 423, 424¹, 425 u. A. 1, 426, 428 u. A. 1, 429, 431, 434 f., 439, 444 f. 450 f., 457 f., 460¹, 462, 464, 467 f., 475, 480¹, 485 f., 490, 510, 524 f., 532 f., 541 f., 544, 552 f., 560, 571, 583, 585, 618 f., 624, 649, 670², 687, 688¹, 689, 759. Verhalten im jülicher Erbstreit 18 u. A. 1, 54 u. A 1, 157 u. A. 3, 167 u. A. 1. 2. 3, 168, 321. Verhältnis zu den Katholiken 634, 661, 669, 739, 740¹, 749, 750¹, 760, 761 u. A. 2; zu Khlesl 95 f., 153², 358; zu Erzherzog Leopold 501 u. A. 1; zur Liga 7, 54 f., 80, 135, 167 f., 322; zur lüneburger Linie 552, 669; zu Kurmainz 629 u. A. 1, 673¹, zu König Matthias 210², 282 u. A. 3, 290, 292, 316¹, 317², 318¹, 329, 341, 357 u. A. 2. 3. 4, 358, 394, 459, 480¹, 489, 508³, 521³, 525, 531, 541, 552, 560, 595, 764; zum passauer Kriegsvolk 26, 28, 33³, 57, 120², 178³, 344¹, 357⁴, 365; zur Pfalz 500, 609¹, 624, 693¹. Räte 643, 720, 771. Verhältnis zu Rudolf II. 80, 282 u. A. 3, 291, 317, 341, 344 u. A. 1, 356, 357 u. A. 4, 363, 365 u. A. 4, 387, 394, 396 u. A. 2, 422¹, 423, 434¹, 435, 440, 441⁴, 508³, 510, 513¹, 525 u. A. 1, 531, 544, 584, 595, 606¹, 617, 624, 633, 647, 665, 732³, 762², 763⁴, 810², 814, 822, 836, 842; Heinrich Julius als Obersthofmeister und Direktor des kaiserlichen Hofes 508³, 543 u. A. 2, 552, 560, 582 u. A. 1, 584 f., 588, 594 u. A. 1, 604, 606, 608, 624, 629¹, 633 f., 640², 648 f., 659¹, 661¹, 669, 671 u. A. 2, 672, 673¹, 689, 720², 732³, 734 u. A. 5, 736, 738¹, 740¹, 749, 750 u. A. 1, 751, 760, 761 u. A. 2, 763⁴, 797¹, 818², 822, 842; Verhältnis zu Sachsen 167 f., 290², 317 f., 319¹, 322, 344¹, 356 f., 365 u. A. 4, 373¹, 374, 375¹, 422¹, 423¹, 434, 620, 687, 688², 689, 720, 771, 790, 796 u. A. 3, 797¹, 799 f, 811; zur Union 229, 279, 322, 566, 709, 720 u. A 2, 768; zu Zuñiga 524, 525 u. A. 1, 531, 552 f., 560, 624, 659¹, 669.
Brée, Johann von, Hauptmann in rietbergischen Diensten 377.
Breisach 636
Breitenacker, Johann Peter, markgräflich badischer Kanzler 217, 698.
Bresegensant, jülichisches Lehen in Belgien 46.
Breslau, Bistum. Bischof Karl, Erzherzog zu Oesterreich 248 u. A. 1, 296.
Breslau, Stadt 210.
Břewnow (Bschorhof?) in Böhmen 688.
Brisvela, Iñigo de, erster Sekretär des Erzherzogs Albrecht 44.
Brömser von Rüdesheim, Hans Reichard, Vizedom im Rheingau und kurmainzischer geheimer Rat

Digitized by Google

10, 15[8], 62, 87, 143[2], 154, 271[2], 273[1], 315[5], 320[2], 365[4], 366 u. A. 1, 367 u. A. 1, 368[2], 387, 392, 400, 401[1], 492 u. A. 1, 582, 617, 646 u. A. 1, 647, 650[2], 662[4], 669[3], 671, 690, 757, 791, 792[4]. Verhältnis zu Khlesl 545. Schickung nach Prag 365[4], 367, 372[1], 373[1], 388, 393 u. A. 1, 394 f, 396[2], 397 u. A. 3, 398[1], 408[2], 409, 412[2], 414, 420[2], 423 f, 425[1, 2], 428 u. A. 1. 2, 432[1], 435, 438 f., 441[4], 443 u. A. 1, 445 u A. 4, 450 f., 452[2], 454[1], 458 f, 463[1], 470[1], 475, 478, 480, 481[2], 487[3], 490[1], 491, 525[1], 528, 531, 540, 542, 545, 552, 672[1], 762[1].

Bruchsal, Reichsstift 52 f., 88, 376.

Bruckmann, s. Pruckmann.

Brühl bei Bonn 489[1].

Brühl, Karthause bei Regensburg 348[1], 355, 408.

Brügge, 46.

Brüssel 42, 44, 46, 47[1], 71, 535, 719.

Bruneau, Jacques, Sekretär Zuñigas 196, 348 u. A. 2, 456 u. A. 1, 464, 466, 469, 492, 496[1], 540.

Bruyn, Martin de, Sekretär des Grafen von Rietberg 377.

Bubna, Mitglied des böhmischen Ritterstandes 181[2].

Bucholz, Johann Arnold von, Dompropst zu Lüttich und Hildesheim, kurkölnischer geheimer Rat 168, 418[1], 488, 559.

Budowec, Wenzel von, Mitglied des böhmischen Ritterstandes 177 u. A. 5, 332, 419, 500[1].

Budweis in Böhmen 109[3], 117, 120, 121[1], 171[1], 183 u A. 4, 186, 194, 215, 242, 259, 260[5], 282, 291, 306, 329, 331, 347 u. A. 1, 353, 390, 412, 439, 463[2], 490, 501[1], 578, 585.

Büren in Westfalen 652[2].

Bulle, goldene 15[2], 160, 260[6], 303, 498, 512[1], 570, 574, 583[3], 611, 626, 638, 683, 685, 798[3], 800, 802, 819, 830, 832 f.

Bund, schwäbischer 580, 589.

Burgau, Markgrafschaft 589; Markgraf Karl 2[1], 10[2], 589.

Burghausen am Inn 21[1].

Burgkundstadt in Oberfranken 751.

Burgos, Bistum. Bischof Alfons Manrique 301.

Burgund 64, 231[1], 279, 354[2], 413[1], 829. **Fürsten** s. Erzherzog Albrecht. Verbindung mit **Jülich** 42 u. A. 3, 44. **Lehen** 20, 42 f., 44, 47[1], 130, 812. Lehenhof 46. Eintritt in die **Liga** 170[1], 339[1].

Burkhard, Dr. Georg Adelbert, Stadtadvokat von Nürnberg 33, 75[1], 217, 564, 567[1], 698, 720[2], 796.

Buwinckhausen, Benjamin von Wallmerode, genannt B., württembergischer geheimer Rat und Kriegsoberst 82, 128, 207, 294, 437[1], 539[2], 604, 680[3], 698, 706 u. A 1.

Caëtano s. Gaëtano.

Caffarelli, Scipio s. Borghese.

Calvinismus 580, 595.

Calvinisten s. unter Reichsstände.

Camen in Westfalen 98.

Camerarius, Dr. Ludwig, kurpfälzischer geheimer Rat 197, 217, 219 f., 225 f., 476, 504[1], 610[5], 629[1], 656[1], 697 f., 704 f., 749, 772 f., 775, 794 f.

Candale, Graf von, Sohn des Herzogs von Espernon 215.

Cannstatt bei Stuttgart 293.

Capua, Erzbistum. Erzbischof Antonio Gaëtano, Nuntius zu Prag s. unter Gaëtano.

Cardenas, Iñigo de, spanischer Botschafter in Paris 48[1], 788, 802, 840.

Casal, Peter, Geheimsekretär des Erzherzogs Ferdinand 132 u. A. 3, 164 u. A. 1, 208[1], 265, 369.

Cassel 406[3], 844[2].

Castiglione, Franz Gonzaga Marchese von, kaiserlicher Gesandter in Madrid 114, 299 f., 656 u. A. 3, 657.

Castilien 116. Connetable von Castilien s. unter Mailand.

Castillon, Manfrino, Hauptmann im passauer Kriegsvolk 304.

Castro, Francesco de, spanischer Botschafter in Rom 48[1].

Cesta, Hieronymus, Handelsmann in Mainz 473[2].

Cham in der Oberpfalz 237.

Chlumez in Böhmen 587.

Christian I., Fürst von Anhalt-Bernburg s. unter Anhalt.

Christian II., Fürst von Anhalt-Bernburg s. unter Anhalt.

Christian, Markgraf von Brandenburg-Culmbach s. unter Culmbach.

Christian IV., König von Dänemark s. unter Dänemark.

Christian II., Kurfürst von Sachsen s. unter Sachsen.

Digitized by Google

Christian Wilhelm, Markgraf von Brandenburg und Administrator von Magdeburg s. unter Magdeburg.
Clasius, Georg Melchior, Mitglied des innern Rats von Schwäbisch-Hall 218, 698.
Claus bei Spital am Pyhrn in Oesterreich ob der Enns 21[1], 59, 120.
Clemente s. unter San Clemente.
Cleve, Herzogtum 298.
Cleve, Stadt 776, 800[3].
Coblenz am Rhein 490, 582[2], 640[2].
Coburg, Stadt 752.
Colbinger, Abraham, kurpfälzischer Rat 217.
Colli (Collibus), Hippolyt de, kurfürstlicher Hofrichter und Stuhlfauth zu Heidelberg 54 u. A. 1, 82, 90[5], 91[3], 158, 332 u. A. 2. 3, 333 u. A. 1. 2, 334, 471, 472 u. A. 3. 5. 497 f., 500[1. 2], 503, 513[1], 530[2], 584, 586 u. A. 1, 593, 594[4], 597, 604, 606, 608, 609[1], 610[4], 623, 624[3], 656[1], 659[1], 674[1], 691 u. A. 2, 693, 719[1], 720[2], 734, 743[1].
Colloredo, Graf von, Hauptmann im passauer Kriegsvolk 58.
Concini, Concino, Marquis d'Ancre 162.
Concordienformel 77[1].
Condé, Heinrich, Herzog von 629[1].
Constanz s. Konstanz.
Copeyen und Abschriften; Deduktionsschrift des Königs Matthias 1[1], 47[2], 58[2], 90[2], 110[2], 152[2], 163[1], 372[1. 4], 434[1], 596.
Corrregio, Markgrafschaft 592.
Crailsheim, Hans Philipp von, markgräflich ansbachscher Rat 697.
Crivelli, Giulio Cesare, Pfleger zu Tölz 9; — Giovanni Battista, bairischer Agent in Rom 835[1].
Cronberg, Johann Schweikhard von, Kurfürst von Mainz s. unter Mainz.
Cronenberg, Johann, Syndikus der Stadt Köln 808[2].
Croy, Wilhelm von, Hauptmann im passauer Kriegsvolk 354[2].
Culmbach, Markgrafschaft. Markgraf Christian 189[2], 315[5], 542[2], 686[1], 752. Im jülicher Streit 20[1], 68, 106, 197, 596, 727. Kreishauptmann des fränkischen Kreises 520. Markgräfliches Kriegsvolk 714, 795. Verhältnis zur Stadt Nürnberg 77[1], 228, 796. Räte und Diener s. Lynar, Muhm, Rahme, Schaumberg, Schirnding, Senfft, Varel.
Unionsstand 106, 158[1], 232 f., 376[3], 433, 447[1], 539[2], 668, 697, 730, 785[3]; Gesandte beim Unionstag 697, 701, 704 f, 708, 712, 713[1], 714, 724 f., 727, 729, 732, 754, 786 f., 788[1], 795.
Czaslau in Böhmen 251.

Dänemark, Königreich 149, 677. Im pfälzischen Administrationsstreit 177, 248[2]. Verhältnis zu Anhalt 176, 198[2]; zu Brandenburg 123; zu den Hansestädten 228. König Christian IV. 29[1], 43, 199 u. A. 2, 605; Kandidat für die Kaiserkrone 637, 677, 690[1]; Verhältnis zu Rudolf II. 198[2]; Rüstungen 595; Verhältnis zu Schweden 230, 279, 768; zur Union 29[1], 94, 198 u. A. 2, 222, 230, 279, 679, 706, 768.
Dagstein (Dachstein) im Elsass 668, 680, 707.
Damandi, Pierre de, burgundischer Kanzler 44.
Dampierre, Heinrich Duval Graf von, Oberst im Dienst des Königs Matthias 213 u. A. 3, 217, 252 u. A. 1, 260[5], 585.
Dathenus (d'Athènes), Petrus, kurpfälzischer Geheimsekretär 94, 198, 217, 219, 223, 233, 406[3], 697, 719, 720[2].
Daun, Otto Philipp Wildgraf zu Daun und Kirchberg, Rheingraf zu Stein, Kämmerer und Oberst im Dienst des Königs Matthias 24[1], 246[3], 285, 286 u. A. 2, 316[2], 320 u. A. 2, 367, 372 u. A. 2. 3, 427[2]. — Otto, Wild und Rheingraf, Oberst im markgräflich badischen Dienst 698, 787[2], 788.
Deputationstag 598, 704, 816 f.
Deschler, Dr. Johann Jakob, bischöflich konstanzischer Kanzler 269[1], 377, 383[1].
Dessau, Stadt, 268[1], 375[1], 472 u. A. 5, 497, 500[2].
Deutschbrod in Böhmen 250[2], 251 u. A. 2, 287 u. A. 4.
Deutschland s. Reich.
Deutschmeister s. unter Erzherzog Maximilian.
Deutschorden 450[1].
Dezimation der katholischen Geistlichkeit 138, 155, 168, 337, 383 f., 416, 835.

Digitized by Google

Diemantstein, Johann Servatius, fürstlich würzburgischer Rat 376.
Dietrichstein, Franz von, Erzbischof und Kardinal von Olmütz s. unter Olmütz.
Dinkelsbühl, Reichsstadt 801.
Dirr, Konrad, Mitglied des Rats von Heilbronn 218.
Distelmeyer, Christian, kurbrandenburgischer geheimer Rat 268[1].
Doge von Venedig s. unter Venedig.
Dohna, Abraham zu, Präsident der böhmischen Kammer 121[1], 241, 265, 284, 602, 605, 751 u. A. 2, 834[3], 836, 842, 844; — Christoph zu, kurpfälzischer und anhaltischer Rat 53[2], 92[1], 112[3], 123[2], 839. — „Junger" Dohna 186.
Dôle am Doubs; Parlament daselbst 719, 774 u. A. 4, 829.
Domkapitel, deutsche 276 u. A. 2, 383 u. A. 1, 384, 473[1], 576.
Donau 58, 65[1], 120, 230, 232 f., 281, 565, 567[1], 699.
Donauwörth, Reichsstadt 39, 53, 76, 126, 205, 234[1], 461[2], 701 u. A. 3. Haltung Baierns s. Baiern, unter Herzog Maximilian. Exekution 288, 664, 705[2], 771, 819; Exekutionskosten 754, 756, 817. Exulanten 234[1], 714 u. A. 1. Donauwörthische Sache beim Kurfürstentag 567[1]. Donauwörthische Relation und ihre Widerlegung 235 f, 238, 281, 565, 705, 771. Restitution 76, 94, 199, 234, 236, 281, 666, 675 f, 699, 703 f., 708, 747, 754 f., 765, 817. Statthalter s. Bemelberg.
Donnep, Gabriel von, landgräflich hessen-casselscher Stallmeister 334, 500[1].
Donnersberg, Joachim von, bairischer Oberstkanzler und Pfleger zu Marquartstein 6 f., 10 u. A. 2, 14, 15[3], 49, 51 u. A. 1, 78 f., 88, 97, 134 f., 242, 243[1], 244, 269[1], 271, 314, 376, 520, 750 u. A. 1.
Dordt, Johann von, fürstlich anhaltischer Rat 418 f., 420 u. A. 1, 441 u. A. 1, 445 u. A. 3, 451, 452[2], 465 u. A. 1, 514[2].
Dorn, Hauptmann eines Freifähnleins im Heere des Königs Matthias 252 u. A. 1.
Dortmund 126.
Drach, kurmainzischer Agent in Prag 673[1].
Dresden 7, 11[1], 20[1], 24[1], 57, 69[2], 73[1], 97 f., 135, 154[1], 179[2], 183[4], 270[2], 303, 320 u. A. 2, 354[4], 365[4], 366[1], 372[2], 393[1], 405, 438, 445[4], 470[1], 472, 475, 491[1], 497, 500, 513[1], 529, 585, 597[1], 621, 624, 647, 656[1], 657, 690, 693, 718, 734[1, 4], 736 u. A. 5, 741[1], 742[1], 763[4], 790 f., 796[2], 811 f., 814, 837.
Ducker, Johann, geheimer Rat des Erzherzogs Maximilian 2[1].
Düsseldorf 8, 98, 140 f., 203[1], 253, 267, 276, 293 u. A. 1, 437[1].
Duval s. Dampierre.
Dwořezkyl von Alwranowicz, Prokop, Mitglied des böhmischen Ritterstands 165[1].

Eberhard, Dr. Albrecht, Rat im Dienst der schwäbischen Reichsprälaten 269[1], 377.
Eberstein, Johann Jakob Graf von, württembergischer Hofmarschall 680[3], 698.
Ecclesiasticus, Buch des Kaspar Scioppius 599 u. A. 1.
Echter, Julius, von Mespelbrunn, Bischof von Würzburg s. unter Würzburg; — Valentin von Mespelbrunn, Amtmann zu Aschach 269[1], 376.
Eduard Fortunat, Markgraf von Baden-Baden s. unter Baden.
Efferen, Wilhelm von, Bischof von Worms s. unter Worms.
Eger, Kreis 279 f.; Stadt 810[2].
Ehem, Philipp, kurpfälzischer Agent in Prag 2[1], 82[1], 292[3].
Ehingen in Schwaben, Herrschaft 590; Stadt 590.
Ehrenbreitstein 156, 379, 386, 417.
Eichstädt, Bistum. Bischof Johann Konrad von Gemmingen 170.
Eickenscher Streit s. unter Baden.
Eisen, Dr., böhmischer Appellationsrat 672.
Elbe 181, 811.
Ellwangen, Reichsabtei 33[2]. Abt Johann Christoph von Westerstetten. Ligastand 384; Gesandte zum Ligatag 269[1], 377; Kanzler s. unter Schöllhammer.
Elsass 183[4], 231, 633, 703[1]; Oberelsass 66[1], 231[1], 680; Unterelsass 73, 680, 775. Feldzug der Unierten im Elsass 35 f., 38, 40 u. A. 1, 75 f., 77[1], 222 f., 228 f., 235, 261, 263, 277, 547 f.

Digitized by Google

562, 564, 566, 567[1], 580, 667, 699, 701[3], 703[1], 705[2], 708[2], 709[4], 714, 715 u. A. 1, 716, 717 u A. 1, 718, 722[1], 724, 773, 784, 787, 792; s. auch Union, unter elsässer Zug und Städte. Willstätter Vertrag 36, 668, 680, 706 f., 773 f

Elsässer Kriegsvolk 11[2], 38, 65, 92, 141, 170, 172, 183, 205, 220, 227, 232 f., 235, 276, 293[4], 548, 667, 700[8], 739. Abdankung 38, 52, 66[1], 73, 83[8], 86, 231, 264, 353. Absicht 226, 369, 664. Durchzug durch Baiern 264. Führer 231[1], 232; s. auch unter Kriechingen, La Fontaine, Lützelburg, Reuschenberg, Salm. Neue Musterung 231 u. A. 1. Vereinigung mit dem passauer Kriegsvolk 13 u. A. 3, 20[1], 25, 31[1], 61, 66 u. A. 1, 73 f., 101 f, 183[4], 241, 258 f., 413, 667, 699, 701[8], 708[2].

Elsenheimer zu Wolnzach, Dr. Christoph Ulrich, bairischer Hofkammer-Praesident 242, 269[1], 376.

Eltz, Kaspar von, kurmainzischer Groeshofmeister und Amtmann zu Prozelten 15[1-3], 143[2], 154, 157[4], 271[8], 272 f., 313, 315 u. A. 2, 334[2], 337[2], 376, 577[8], 760, 780[6].

Emaus, Kloster bei Prag 144.

Engelhofer, Reichshofrat 836.

Engelshofen, württembergischer Rat 680[8].

England, Königreich 652[2], 706[1]. Einfluss auf den kurpfälzischen Administrationsstreit 112[3], 177, 248[2], 596 f., 706, 783. Verhältnis zu Dänemark 198[2]. Stellung zum jülicher Streit 17, 20[1], 29[1], 43, 71, 72 u A 1, 112[3], 123 f., 266[1], 268[1], 584[3], 597, 652[2], 656, 700[3], 706, 783. Könige Heinrich VIII. 149, 319. Jakob I. 17[1], 112[3], 596 f., 599[1], 604, 706, 728, 782; dessen Verhältnis zu König Matthias 406[8]; Räte und Diener s. Beaulieu, Lesieur, Salisbury, Trumbull, Winwood; Verhältnis zu Rudolf II. 506[3]; zu Sachsen 17, 43, 123, 584[3]; zur Union 20[1], 29[1], 36, 71, 94, 112 u. A. 3, 129, 161[2], 221, 228, 679, 705 f., 728, 775 f., 782, 783 u. A. 2, 784 u. A. 1. Staatsrat 783.

Enikl, Johann Hartmann Freiherr von; Landstand in Oesterreich ob der Enns 83 u. A. 2.

Ensisheim 170, 635[2], 636.

Erbfeind s. Türken.

Erblande, österreichische (s. auch unter Oesterreich) 10[2], 63[2], 84[1], 118, 163, 169, 175, 258, 301 f., 307, 320[2], 392, 401, 466[1], 485[2], 527, 556 f., 634, 675, 676[1]. Beschwerden 424[2], 612. Im Hausstreit 31, 60 f., 97, 102 f., 165, 202, 364, 371[2], 391[4], 424[2], 554, 587, 673. Konfoederationen der Erblande unter sich 86, 163, 254 f., 307, 326, 328, 431[1], 452[2], 461[2], 478[1], 479, 500[2], 512, 545, 610[4], 658 u. A. 1, 696[1], 737 f, 844. Materielle Leistungen der Erblande 255[1], 289, 307, 466[1], 556, 700[8], 844. Verhältnis zu König Matthias 60, 84 u. A. 1, 86, 97, 101 f., 147[2], 152 f., 175 f., 202, 211, 254 f., 289, 307, 328, 364, 391[4], 426[4], 428[1-2], 544, 554, 557, 612, 637, 677, 712, 737, 773; zum Hause Oesterreich 61, 587, 612 s. auch Oesterreich, unter Kompaktate; zum Reich 432[1], 554, 558, 613, 636; zu den Reichsständen 101, 212[1], 462 u. A 1, 479; zur Religion 176, 254 f., 256, 428[2], 546, 634, 677 f., 712; zu Rudolf II. 60, 110, 165[2], 207, 208[1], 211, 260, 296, 372, 493, 511, 522, 587, 612, 632, 772, 799, 816; Abtretung der Erblande an Matthias 176, 207, 208[1], 258, 260, 313, 351[4], 372, 462[1], 466[1], 511, 522, 527, 554, 556, 593, 611, 631, 633, 772, 816; Restitution an Rudolf II. 31, 60 f., 100 f., 165, 176, 187, 240, 253, 258, 296, 313, 328, 586[1], 587, 602, 636, 738, 790, 799, 843. Verhältnis der Erblande zu Spanien s. unter Spanien; Stände der Erblande 364, 546; katholische 101, 254 f., 610[4], 634; unkatholische 165, 254 f., 428[2], 634. Succession in den Erblanden 202 f., 260[5], 296, 301, 313, 428[1], 612, 689, 700. Türkengefahr 636. Verhältnis der Stände zur Union 94, 159, 200, 211, 212[1], 222, 229, 281, 305[1], 334, 472[3], 479, 500[2], 541[2], 610[4], 636, 665, 706, 712. Untertanen in den Erblanden 587.

Erbtruchsess, Christoph Freiherr von 387.

Erfurt 20[1], 107[1], 763, 791.

Digitized by Google

Ericius, Johann, kaiserlicher Kammerdiener 82, 83[1], 332, 345 f., 465, 469[1], 486 f., 606[1], 648, 657, 669 u. A. 3, 670[2], 836.
Erlachsche Schuld 387.
Ernst, Markgraf von Brandenburg; s. unter Brandenburg.
Ernst, Herzog von Braunschweig-Lüneburg; s. unter Braunschweig-Lüneburg.
Ernst, Kurfürst von Köln; s. unter Köln.
Ernst, Erzherzog zu Oesterreich; s. unter Oesterreich.
Espernon, Herzog von 215 u. A. 2, 217.
Esslingen, Reichsstadt 228.
Eyb, Veit Dietrich von, ansbachischer Rat 697.
Eyssen, Dr. Simon, ansbachischer Vizekanzler 697.

Faber, kurmainzischer Sekretär 157[2], 191[2], 339, 378[4], 380[1], 387, 555[2], 597; — Dr. Sebastian, württembergischer Vizekanzler 68, 157[5], 217, 219, 238, 293, 343, 399[1], 680 u. A. 3, 705, 714[2], 717.
Faust, Dr. Franz Philipp, kurmainzischer Kanzler 10, 15[3], 80 f., 143[2], 157[3], 167 u. A. 4, 200[2], 201 u. A. 1, 273 u. A. 1, 308, 310[1], 311, 313, 339, 351 u. A. 1. 2, 388 f., 392, 393[1], 395, 397[4], 398[1], 406, 408[2], 454[1], 458, 474, 475[2], 491[1], 520, 554[2], 568, 577[2. 3], 641[1], 758, 760, 761[2], 762 u. A. 2.
Favonius; s. unter Hastal.
Fels auf Geschiben, Leonhard Colonna von, kaiserlicher Rat, königlicher Kriegsoberst und einer der dreissig Direktoren in Böhmen 91, 144 u. A. 3, 171[1], 177, 186, 188, 214, 240, 249, 419, 464, 610, 764, 834[3], 844.
Ferdinand I., Kaiser 69[1], 169, 301 f., 363, 544, 623[2], 636, 658, 675, 678, 754 f., 763, 779 f., 831, 833; Ferdinandeische Linie im Hause Habsburg 301 f.
Ferdinand, Koadjutor von Köln; s. unter Köln.
Ferdinand, Erzherzog zu Oesterreich, Regierer von Inneröesterreich 2[1], 5, 12[2], 25, 27, 32, 66[1], 111[2], 169, 212[1], 303, 318[1], 488[1], 777[1]. Gemahlin Maria Anna 821. Stellung im Hausstreit 101, 103, 132[3], 147, 162[1], 208 u. A. 1, 209, 210[1], 211, 296, 354[4], 402, 452[2], 522[3]. Beziehung zu den Jesuiten 454, 455[1]; zu Erzherzog Leopold 176, 244 f., 369 f., 371[2], 493[5], 813[2], 821; zur Liga 51[1], 200. Grazer Linie des Hauses Habsburg 301 f. Verhältnis Ferdinands zu König Matthias 147, 164, 254, 348, 371[1], 454, 455 u. A. 1, 553; zu den Protestanten 116, 160[2], 260[5], 302, 637. Räte 183, s. auch unter Casal, Schurf. Reichstagskommissar im Jahr 1608 296, 732[3]. Religionseifer Ferdinands 253, 454 f. Verhältnis zu Rudolf II. 296, 526; zu Spanien 114 f., 244 f., 348; Succession in Böhmen 160[1], 494. Succession im Reich 115 f., 160[1], 245, 260[5], 296, 302, 348, 491 u. A. 2, 526, 553, 629[1], 636 f., 700. Mitbesitzer von Tirol 132 f.
Ferdinand, Erzherzog von Tirol; s. unter Oesterreich.
Ferdinand, Grossherzog von Toskana; s. unter Toskana.
Fernpass in Tirol 589.
Feyerabend, Dr. Jakob, Bürgermeister von Heilbronn 75[1].
Finale, Markgrafschaft 586, 592, 619, 657, 672 f.
Flandern, Grafschaft 841.
Fleckenstein, Friedrich von, markgräflich badischer geheimer Rat 217.
Fleckhamer, Hans Jakob, deutscher Sekretär des Erzherzogs Albrecht (gestorben vor 20. August 1611) 44, 535 u. A. 2.
Fleischbein, Dr. Kaspar, kurmainzischer Rat 575, 577[3].
Förster, Dr. Elias, sachsen-altenburgischer Kanzler 173[2].
Forgach, Sigmund von, königlicher Kriegsoberst in Ungarn 764.
Franken 37.
Frankfurt am Main 79, 88, 97, 134 f, 137 f. 154, 157[5], 201[1], 313[4], 323, 337, 529, 559, 662[2], 757[2], 796; Eintritt in die Union 229, 279, 563, 768.
Frankreich, Königreich 71, 299, 505, 506[3], 598, 624, 689[2], 841. Einmischung in den kurpfälzischen Administrationsstreit 38, 112, 129, 177, 248[2], 597. Beziehung zu Christian von Anhalt 176; zu den Generalstaaten 129. Lage im Innern 25, 29 u. A. 1, 113, 128 f, 161 u. A. 2, 162, 506[3], 552. Eingreifen in den jülicher Streit 17, 29 u. A. 1,

Digitized by Google

43, 70, 72, 113, 123 f., 129, 204, 258, 268[1], 275, 298, 300, 652[2], 656, 776. **Könige Franz I.** 319. **Heinrich IV.** 29 u. A. 1, 53, 70f., 123, 129, 298, 629[1], 668[1], 729[3], 775, 789, 802, 838 f., 841; dessen Kriegszug nach Deutschland 629[1], 700[3], 729[3]. **Ludwig XIII.** 17[1], 29[1], 342[3], 514, 729[3], 756, 775 f., 799, 838. **Marie von Medicis, Königin-Regentin** 17[1], 25, 29 u. A. 1, 48[1], 53, 71, 112[2], 123, 128 f. 145[2], 147[2], 162, 216, 285, 354[2], 413[1], 505, 506[3], 601, 652[2], 670, 729[3], 764 u. A. 3, 775 f., 788 f., 798, 799[1], 802, 809, 834, 839[1], 840 f.; Beziehungen zu Erzherzog Leopold 194, 216, 239 u. A. 1, 258, 285, 348, 536, 841 u. A. 1; zur Liga 9, 10[2], 79, 81, 137, 155, 170[1], 230, 337, 386, 417, 418[1], 732, 733 u. A. 1. **Ligue** in Frankreich 249. Beziehungen Frankreichs zu König **Matthias** 53, 101, 175, 342 u. A. 3, 354, 505, 601, 657[2], 764 u. A. 3, 788, 841; zum Hause **Oesterreich** 354, 789; zum **Papst** 128. **Räte** 128, 764[3], 802, 814; s. auch unter Barrault, Baugy, Boisisse, Bongars, Concini, Preaux, Puysieulx, Villeroy. Beziehung Frankreichs zum **Reich** 298, 528, 756, 788, 799; zu **Rudolf II.** 82 u. A. 2, 505, 506 u. A. 3, 586, 601 f., 604, 624, 632[1], 670, 789 f., 798 f., 809 f., 834; zu **Savoyen** 130, 231[1], 354[2], 413 u. A. 1; zu **Spanien** 29, 48[1], 128 f., 149, 162 f., 506 u. A. 3, 657, 841. **Staatsrat** 506 u. A. 3, 841. Frankreich und die **Succession** im Reich 53, 506[3], 628 f., 764[3]. Verhältnis zu **Trier** 514; zur **Union** 10[2], 36, 53, 81, 94, 112, 128 f., 199[2], 204, 279, 342[3], 679, 703, 706, 729 u. A. 3, 775 f., 838 f.

Franz I., König von Frankreich s. unter Frankreich.

Freiburg im Breisgau 425[2], 635[2], 636.

Freising, Bistum. Bischof Ernst Kurfürst von Köln. Eintritt in die Liga 312, 336, 380[1], 474.

Freising, Stadt 812.

Freistellung; s. unter Reichsstifte.

Friedberg in Baiern 508[3].

Friedrich II., Kaiser 457.

Friedrich, Markgraf von Baden; s. unter Baden.

Friedrich Casimir, Pfalzgraf bei Rhein und Herzog von Zweibrücken, Statthalter des evangelischen Kapitels zu Strassburg; s. unter Strassburg.

Fröhlich, Georg Ludwig, pfalz-neuburgischer Kanzler 559[2], 635[1. 2], 653[1], 692[1].

Fuchs, Peter, sachsen-altenburgischer Rat 42 u. A. 2, 45[1], 47[1], 54[1], 535.

Fuchs von Bimbach, Philipp, ansbachischer geheimer Rat und Kriegsoberst 225 f., 406[3], 516, 546, 549, 564, 567[1], 697, 709[4], 785 u. A. 2, 787[2], 788.

Fürer, Christoph, nürnberger Patrizier 77[1].

Fürstenberg, Landgraf Friedrich IV. auf Weitra, königlicher geheimer Rat 84[2], 150[3], 164[4], 177 u. A. 6, 212[1], 288[5], 292[4], 347[1. 2], 391[4], 419.

Fürstenberg, Friedrich von, kurmainzischer Oberamtmann zu Königstein 271[3], 273[2], 286[2]. — Theodor, Bischof von Paderborn s. unter Paderborn.

Fugger, Antoninische Linie 387; — Marx 168[4], 169.

Fugger von Kirchberg-Weissenhorn, Jakob, Bischof von Konstanz s. unter Konstanz.

Fulda, Reichsabtei 231 u. A. 1.

Gaëtano Antonio, Erzbischof von Capua und Nuntius in Prag 108 u. A. 4, 147, 238, 300, 312.

Gaugler, pfalz-neuburgischer Sekretär 203[2], 293, 295[1].

Gegeninformation, artikulierte 58[2].

Geizkofler von Haunsheim, Zacharias, gewesener Reichspfennigmeister 154[1], 559[2], 592, 610 u. A. 2, 635[1. 2], 657[2], 676[1], 686[1], 689[2], 727[2], 764[3], 800; kaiserlicher Kommissar beim rotenburger Unionstag 693, 707, 734, 738 u. A. 1, 739[2], 740, 743, 762, 763[2. 4], 782[1], 801, 815.

Gelnhausen 662[2].

Gemmingen, Johann Konrad von, Bischof von Eichstätt s. unter Eichstätt.

Generalstaaten 64, 71 f., 363, 451, 580, 683[2], 730. Im **Administrationsstreit** 177, 248[2]. Verhältnis zu Christian von **Anhalt**

Digitized by Google

176. Fünfzehnjähriger Anstand 113, 129. Armee 226, 679. Verhältnis zu den böhmischen Ständen s. Böhmen, unter Landstände; zu Frankreich 129; Generalstatthalter s. unter Moriz von Oranien. Die Generalstaaten im jülicher Erbstreit 10², 17, 20, 29, 72, 98, 123 f., 204, 267, 268¹, 275, 298, 300, 652², 656, 700². Der vierzigjährige Krieg 64, 149, 379, 808². Verhältnis zu König Matthias 452², 463². Anschlag auf das Bistum Münster 382, 761². Rangstreit 162, 706 f. Verhältnis zum Reich 44, 385; zu Spanien 113, 238 f., 249, 258, 267, 298 f., 313, 598 f.; zur Union 36, 71, 94, 129, 161², 204, 229, 679, 706, 775, 796 u. A. 1.

Genf 354², 431 u. A. 1, 668, 680. Rat 668². Bedrängnis durch Savoyen 129 u. A. 2, 231¹, 566, 668². Syndique s. Sarrazin. Verhältnis zur Union 566, 668, 680, 713, 718, 771.

Gent, Stadt 46.

Gent, Kaspar von, Oberst im passauer Kriegsvolk 283.

Georg Friedrich, Markgraf von Baden; s. unter Baden.

Gereon, Dr. Nikolaus, kurmainzischer Vizekanzler 143², 154, 157⁴, 334², 339, 376, 555, 647.

Gering, David, Bürgermeister von Nördlingen 218, 698.

Germersheim 90.

Gernandt, Dr., ansbachischer Rat und Kammermeister 697.

Gersdorf, Georg von, böhmischer Ritter 165¹; — Ulrich von 522².

Gerstenberg auf Schwerstädt und Drakendorf, Dr. Marx, kursächsischer geheimer Rat 12, 13³, 16, 18, 69², 107²·³, 166, 179, 268¹, 366 f., 373¹, 388, 394, 402¹, 404 f., 424¹·², 425 u. A. 1, 431, 439, 441, 450, 456, 465, 481, 487³, 532, 616 f., 620, 647, 650, 662, 690, 791 u. A. 2, 792¹·⁴.

Geuer, Melchior, Kanzler des Erzherzogs Maximilian 763², 776⁵.

Gewold, Dr. Christoph, Geheimsekretär des Herzogs Maximilian von Baiern 80¹, 109 u. A. 1, 276, 815⁶.

Giengen, Reichsstadt 549³; Bürgermeister und Advokaten s. unter Laister, Mumprecht. Mitglied der Union 279, 698, 703, 767; Gesandte zum Unionstag 698.

Glatz, Grafschaft, 284.

Gmunden in Oesterreich ob der Enns 22.

Goedelmann, Dr. Johann, kursächsischer Rat und Agent in Prag 301.

Göllersdorf in Oesterreich unter der Enns 297.

Götze (Götz), Sigmund von, kurbrandenburgischer Rat 396², 422¹, 428¹, 432, 434¹, 436³, 441, 443, 445, 448, 451, 480, 500, 528.

Goldstein, Karl von, kursächsischer Oberstleutnant 68, 69², 179 u. A. 1; — Wilhelm von, Oberstleutnant im ansbachischen Dienst 697.

Goltz, Günther von, Oberst im Dienst des Königs Matthias 251, 252 u. A. 1.

Gomer, Johann Sigmund, württembergischer Kammerrat 217, 679, 698.

Gonzaga, Franz; s. Castiglione.

Gothofredus, Dionysius, kurpfälzischer Rat und Professor in Heidelberg 800 u. A. 2.

Gradisca 501¹.

Graitz in Oberfranken 752.

Granvella 581.

Grapler, Geheimsekretär des Königs Matthias 485².

Graubünden 169, 230, 279.

Gravamina der Reichsstände überhaupt 97, 126, 199, 206¹, 207¹, 221 f., 229, 234 f., 236, 281, 425², 472, 499, 500², 507, 511, 550 f., 572, 577, 579, 585, 637, 664 f., 673 f., 678, 694, 697, 699, 700 u. A. 3, 703 f., 711 f., 714², 715, 719 f., 740, 747, 749¹, 754 f., 769 f., 772 f., 775¹, 778 f., 780 u. A. 6, 817 f., 827 f., 839. Beilegung der Gravamina; s. Komposition. Besondere Gravamina der Evangelischen 67, 94, 294¹, 295¹, 342, 399¹, 562; der Katholischen 10², 89. Stellung des Königs Matthias zu den Beschwerden 399, 704. Gravamina der Reichsstädte 728³. Gravamina auf den Reichstagen 567 u. A. 1, 581, 666, 695, 700, 701 u. A. 3, 702 f., 773, 828; Gravamina und Steuerbewilligung 236, 281, 566, 567 u. A. 1, 579, 666, 701, 703 f., 773, 828. Unterscheidung der Gravamina 551, 665, 702, 704, 708, 711, 748, 754, 756, 769, 773, 817.

Graz in Steiermark 32, 51¹, 133,

Digitized by Google

176, 242, 254, 370, 452[2], 493[5], 596, 812, 836.
Greiffenclau von Vollrats, Georg Friedrich, Dompropst und Kämmerer zu Mainz 143[2], 154, 334[2], 376.
Greisster, Wilhelm de, geheimer Rat des Erzherzogs Albrecht 46.
Grienberger, Franz, Kammerdiener des Erzherzogs Maximilian 30, 32[2], 83, 164.
Grote, braunschweig-lüneburgischer Gesandter 130[1], 186[2].
Grün, Johann Christoph von der, kurpfälzischer Kanzler 53 f., 343[1], 376[3], 477 u. A. 1, 515, 629[1], 640[4], 825[2].
Grünthal zu Kremseck, Wolf Niklas von, niederösterreichischer Regimentsrat 63 u. A. 2, 159 u. A. 1, 162[1], 163, 307; — Hans Joachim von, 516.
Grundherr, Leonhard, Mitglied des Rats von Nürnberg 33, 75[1], 217, 698.
Günterode, Heinrich von, Ritter und Kriegsoberst 179[2], 583, 584[3], 596, 597[1], 610 u. A. 2, 620 u. A. 3, 621, 623 u. A. 4, 624, 642, 644[2], 657, 680 f., 692[1], 693 u. A. 1, 708 u. A. 1, 710, 713[1], 733, 738[1], 740, 743[1], 749 u. A. 1, 759 f., 790 u. A. 3, 799 u. A. 1, 801, 822, 839, 842.
Gundelfinger, Johann Konrad, Sekretär der Stadt Nördlingen 218, 698.
Guttenberg, von, Adeliger 562.

Haag in Holland 112[3], 124, 706, 776, 783.
Hadamar, Johann, Bürgermeister von Speier 698.
Hämmerle, Dr. Hans Ulrich, Reichshofrat 177 u. A. 8, 650[2], 671, 672[1], 673[1], 836[7].
Hafnerzell in Oesterreich ob der Enns 1[1].
Hahn, Paul, Agent des Erzherzogs Maximilian in Prag 352[1], 396[1], 815[1].
Haiduken 615, 843.
Halberstadt, Bistum; s. unter Braunschweig. — Stadt 605.
Hallein in Salzburg 639.
Haller von Hallerstein, Ernst, Mitglied des innern Rats von Nürnberg 217, 447, 698.
Haller, P. Richard S. J., Beichtvater der Königin Margareta von Spanien 51 u. A. 2.
Hamburg 83[1].
Hamm in Westfalen 98.
Hanau, Graf Philipp Ludwig 528, 763[4], 815 u. A. 1, 821[3], 822, 834, 836, 842 f.
Hannewald von Eckersdorf auf Tschirnitz und Damsdorf, Andreas, kaiserlicher geheimer Rat 2[1], 13[3], 133[2], 154[1], 177, 239, 284, 291[2], 293[3], 425[2], 588. Verhältnis zu König Matthias 425[1. 2], 427, 438, 460, 464, 522[2], 555, 558, 734[1], 792 u. A. 2, 814. Mistrauen gegen Hannewald 516, 703 Verhaftung des Hannewald und Prozess 304, 316, 341, 347[4], 355, 394[1], 396[2], 411 f., 425, 438, 441[4], 442, 445, 459[2], 466, 470[1], 523 u. A. 1, 543, 553 u. A. 4, 560. Rehabilitation und Wiederverwendung 583, 585, 587, 608, 621, 624, 625 u. A. 2, 648, 657, 689, 690 u. A. 1, 700, 733, 734 u. A. 1. 4, 736 f., 741[1], 763, 790[3], 791 u. A. 1, 792[2. 4], 799, 813, 817, 836[7], 843 f.
Hansestädte 93, 221, 452[2]. Verbindung mit Spanien 706. Eintritt in die Union 228 f., 279, 703, 705 f., 768.
Hardeck, August Graf von, Rat des Königs Matthias 316[1], 357[4].
Hardenradt, Johann, Bürgermeister der Stadt Köln 808[2].
Harmb von Eyers, Hans Jakob, Rat des Erzherzogs Leopold 265 u. A. 1.
Hartheimsche Händel 387.
Hartlieb, genannt Walsporn, Dr. Johann, Syndikus der Stadt Strassburg 75[1], 217, 698.
Haslang, Alexander von, bairischer Oberst und Generalwachtmeister 188[5], 191 u A. 1, 417[1].
Hastal, Martin (Favonius), Kammerdiener Rudolfs II. 83[1], 543 u. A 1, 692[1].
Hauenstein, Dr. Marquart, bischöflich speirischer Kanzler 154.
Haunsheim bei Lauingen 689[2], 739[2].
Hausen, Wolfgang von, Bischof von Regensburg; s. unter Regensburg.
Hauser, Dr. Christoph, Kammerdiener Rudolfs II. und Alchimist 83[1], 316[2], 452[2], 517 u. A. 3, 519[1. 2].
Hausmann Martin, kurpfälzischer Sekretär 74, 190, 217, 332[2], 500, 503, 685[1], 697, 749, 772 f, 803, 825[2].

Digitized by Google

Hausstreit, österreichischer 2[1], 12 u. A. 2, 63, 82, 97, 160[1], 184 f., 293[4], 296, 307, 606, 611 f., 631, 673 f. Einwirkung Christians von Anhalt 610[4]; des Herzogs von Braunschweig s. unter Braunschweig; der Erzherzoge insgesamt 208[1], 210[1], 211; des Erzherzogs Ferdinand s. unter Ferdinand, des Kurfürsten von Köln s. unter Köln; der Kurfürsten insgesamt 272 f., 273[2], 318, 319[1], 350, 351[2, 4], 365 u. A. 4, 366 f., 367[1], 373, 375 u. A. 1, 388, 390, 392, 393 u. A. 1, 394 f., 396[2], 397 f., 402 f., 405, 408 u. A. 2, 409 f., 412 u. A. 2, 414, 420 u. A. 2. 3, 421 u. A. 1, 423 f., 426 f., 428[2], 430, 431[1], 432 u. A. 1, 434[1], 436, 442 f., 445 u. A. 4, 452[2], 456, 459[2], 465, 468, 469[1], 472, 475[2], 479, 481[1], 482, 483[1], 486, 488 f., 491, 495, 497, 499 f., 500, 510, 514, 516, 524, 525 u. A. 1, 532[2], 533, 542, 552[4], 554[2], 556, 569, 571 f., 583[2], 602, 607, 611, 613 u. A. 1, 621 f., 623 u. A. 1, 625, 644, 657, 662 u. A. 2, 670, 672, 690, 711 f., 736 f., 741, 742[1, 2], 772, 814, 816 f., 824 f., 843; der geistlichen Kurfürsten insbesonders 98, 151 f., 367, 375[1], 393 u. A. 1, 411 f., 414, 526 f., 560, 620, 649, 657. Hausstreit beim Kurfürstentag 398, 481[1], 511 f., 532 u. A. 2, 533, 552[4], 554 u. A. 2, 558[1], 569, 571, 585, 602, 611 f., 622, 623 u. A. 4, 627[2], 644, 657, 659, 674[1], 687, 711 f., 737, 741, 744. Einwirkung des Kurfürsten von Mainz s. unter Mainz. Bedeutung des Hausstreits für das Haus Oesterreich 48[1], 60 f., 102 f., 207, 209 f., 247[1], 253, 317, 344[1], 357[4], 364, 372, 394, 396[2], 401, 410, 428[1], 444, 451, 452[2], 454[1], 459, 461[1], 469, 485[2], 487, 510, 522[3], 524, 527, 529, 545, 554[2], 557, 604 f., 612, 619, 625, 649, 658, 711, 737 f., 765. Einwirkung des Papstes 47, 48[1], 86, 99, 164, 165[2], 201 f., 208 f., 213, 259, 286, 308, 345, 361, 364, 371[2], 419, 427, 534, 625, 711. Prager Konvent der Kurfürsten u. s. w. 7, 10[2], 15[1], 47, 55, 77[1], 79 f., 85 f., 89, 100, 102, 118, 134 f., 146, 161[1], 162[1], 164, 209, 211, 246 f., 257, 271 f., 303, 328 f., 350, 351[1], 357[4], 366[1], 372, 379[3], 393, 398, 430, 504, 515, 521, 522[3], 577, 643, 705[2], 738, 741, 769, 814, 817, 827, 837. Hausstreit und Reich s. unter Reich. Gefahr des Hausstreits für die katholische Religion 254[1], 527, 545, 595, 619, 624, 649, 658, 669, 672. Einwirkung des Hauses Sachsen 13 u. A. 3, 23, 24[1], 147, 178 f., 209, 210[1], 246 u. A. 3, 282, 285, 290, 354[4], 364, 365 u. A. 4, 366 u. A. 1, 367 u. A. 1, 372 f., 373[1], 387 f., 390, 392 f., 394 f., 396[2], 400, 402 f., 405, 408[2], 409 f., 414, 420 u. A. 1. 2, 421 u. A. 1, 429 f., 434[1], 458, 471, 474, 475[2], 489 f., 491[1], 516, 527, 622, 644[2], 688[2], 689, 713, 825. Hausstreit und Spaniens 47, 48[2], 82, 85 f., 118, 146 f., 196, 203, 213, 215, 250 u. A. 2, 251, 259, 285 f., 287, 345 f., 348, 361, 364, 390 f., 401 f., 409, 427 u. A. 2, 428, 444, 447, 451, 452[2], 456 f., 478 f., 482, 492, 494 f., 524, 534, 536 f., 586, 649, 657, 669, 711. Stellung der Union zum Hausstreit 399 u. A. 1, 400[2], 441, 500 u. A. 2, 604, 610[4], 619, 666, 671, 674, 687, 711 f., 713[1]. Vertrag von 1606 296, 301; von 1608 47, 326 u. A. 1, 330, 350, 360, 372, 392, 400, 420[2], 643; von 1610 13, 23[2], 24 u. A. 1, 31[1], 47, 57, 59, 67[2], 85, 86 u. A. 2, 95, 100, 102, 104, 120[2], 165[2], 178, 202, 247 u. A. 1, 328, 341, 351[4], 372, 400, 402 f., 424[2], 432[1], 461[1, 2], 462, 504, 523, 557, 570, 587, 636, 643, 694; Unterhändler des Vergleichs von 1610 351[2, 4], 357[2], 397, 401, 403 f., 421. Vergleich von 1611 2, 12 f., 22, 31 f., 58[2], 60, 63[2], 82, 86, 90[5], 96, 100 f., 104, 120 f., 127, 146, 148[2], 151, 153, 174, 178 f., 196, 207, 210, 246, 250 u. A. 2, 251 u. A. 2, 254[1], 257, 259, 282, 284, 290[2], 292, 308, 315, 318 f., 341, 344 u. A. 1, 346, 349, 351 u. A. 1, 357[4], 362, 364[3], 365, 370, 390 f., 400 f., 405, 408[2], 411, 419, 424[2], 431[1], 457, 461, 462 u. A. 1, 463, 464 f., 466 u. A. 1, 467 f., 469 u. A. 1, 478, 486 f., 488 u. A. 2, 492, 494 f., 505, 510 f., 514, 521 f., 522 u. A. 3, 523 u. A. 1, 524, 525 u. A. 1, 526, 527[1], 529, 532 u. A. 2, 533[1],

Digitized by Google

541 f., 544 f., 546[1], 552 u. A. 4, 553[4], 556, 558[1], 560, 570, 578, 583 u. A. 3, 585 f., 601 u. A. 3, 602, 605, 606[1], 608 u. A. 1, 611, 613[1], 621, 622 u. A. 1—7, 623 u. A. 1. 3. 4, 624[5], 632 f., 644 u. A. 2, 649, 651, 658 f., 669, 670 u. A. 2, 671 f., 674 u. A. 1, 681, 687, 688 u. A. 1. 2, 689 f., 693[1], 697, 699, 703, 711, 718, 728, 736 f., 741 u. A. 1, 742 u. A. 1. 2, 751, 758 f., 760, 764 u. A. 1, 770, 772, 780[6], 789, 811, 814, 816 f., 823 f., 828, 843, 844[2].

Hedemann, Dr. Erich, braunschweig-lüneburgischer Rat 130[1], 186[2].

Hegenmüller, Hans Ruprecht, Reichshofrat 177, 185, 240, 242, 292[3], 296, 300, 333, 516, 588; Schickung zu den geistlichen Kurfürsten 87 u. A. 1, 98 f., 106 u. A. 1, 132[1], 438; Schickung nach Salzburg 2[1], 83[3], 87[1], 132 u. A. 1, 133[2], 149 f., 182, 183[4]; Verhaftung, Prozess und Freilassung 291, 304, 316, 341, 347[4], 353[1], 355, 396[2], 411 f., 425 u. A. 1, 427, 438, 441[4], 442, 445, 459[2], 522[2], 523[1], 553 u. A. 4, 555, 560, 583 u. A. 2, 587, 648, 822 u. A. 1, 836, 844.

Heher, Dr. Georg, Advokat der Stadt Nördlingen 218, 698.

Heidel von Rassenstein, Georg, Primator von Prag 242 u. A. 1, 425[1.2], 553[4].

Heidelberg 28, 50, 52, 53[2], 63[2], 66[1], 70, 112[3], 123, 161[2], 248[2], 261, 472[5], 515, 539[2], 550, 551[3], 626, 629[1], 679, 692[1], 782[2], 787, 790[3], 794, 801, 839, 842.

Heidenheim an der Brenz 764[8], 801.

Heider, Kaspar, Bürgermeister von Nördlingen 218, 698.

Heilbronn, Reichsstadt 36, 39, 40[1], 75, 197 f., 224[1], 279, 667, 679, 707. Konvent der ausschreibenden Unionsstädte daselbst s. Union, unter Städte. Magistrat 75[1]; s. auch unter Dirr, Feyerabend, Orth, Spitzer, Weinmann, Würth. Unionsstand 218, 227[1], 698, 787[1]; Gesandte zum Unionstag 218.

Heinrich I., deutscher König 831.

Heinrich IV., deutscher Kaiser 457.

Heinrich VIII., König von England s. unter England.

Heinrich IV., König von Frankreich s. unter Frankreich.

Heinrich, Herzog von Lothringen s. unter Lothringen.

Heinrich Julius, Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel s. unter Braunschweig.

Helfenstein, Graf Frobenius von, gewesener Präsident am Reichskammergericht 80, 137, 155, 271[3], 337, 382[2], 387, 417, 418[1], 732 u. A. 3, 799, 813, 823 u. A. 2; — Graf Rudolf 732.

Helffrich, Paul, kursächsischer Rat 17[1].

Helmstätt, Philipp von, markgräflich badischer Rat 698; — Pleikhard von, kurpfälzischer Vizedom zu Neustadt a. H., Kriegsoberst der Union 227, 564, 567[1], 709[4], 785.

Henckel von Donnersmark auf Gföhl und Vösendorf, Lazarus, Hofhandelsmann in Prag 240, 334, 585 u. A. 3.

Henneberg, Grafschaft 398[1].

Hennegau, Grafschaft 71.

Hennot, Hartger, kurkölnischer geheimer Rat und Kanonikus 151 u. A. 3, 812 u. A. 2, 813 f., 821 f., 842; — Seraphin, Rat des Erzherzogs Leopold 501[1].

Henricus Aquensis s. Vivarius.

Hensel, Jakob, kurmainzischer Sekretär 10, 114, 379[1], 651[1], 762[2].

Herberstein, Johann Sigismund Freiherr von, Feldmarschall in dem Heer des Königs Matthias 171[1], 175 u. A. 2, 178, 188[4], 194[2], 213 u. A. 2, 214[2], 251, 252 u. A. 1, 254, 256 f., 289 u. A. 1, 362, 402[1], 403, 419, 420 u. A. 1.

Herbst, Philipp, Ratsschreiber und Syndikus der Stadt Windsheim 218, 698.

Hertel, Gottfried, Reichshofratssekretär 239, 444 f., 452[2], 460[1], 461, 467, 543, 601[3], 689, 690 u. A. 1, 693[1], 733, 734[1], 736, 741[1], 763[4], 791, 797[1], 814, 818[2], 836, 843.

Herwart, Dr. Johann Georg, bairischer Landschaftskanzler 109, 188[5], 276.

Hessen-Cassel, Landgrafschaft 539, 650. Erbverbrüderung 20[1], 225. Landgraf Moriz 123[2], 315[5], 400, 594, 604, 634, 637, 691. Dessen Verhältnis zu Frankreich 604. Verhalten im jülicher Streit 20[1], 124, 154, 268[1], 531[1], 605, 652 u. A. 2, 730[2]. Kriegsvolk 562, 564, 567[1]

Digitized by Google

Verhältnis zu König Matthias 343[1], 406[3], 515 f., 544, 594, 614, 618, 659. Räte s. Donnep, Starschedel, Wiedemärcker. Verhältnis zu Rudolf II. 509 u. A. 1, 582, 594; kaiserlicher Kommissar zum Kurfürstentag 544, 552, 560, 582, 585, 588 u. A. 2, 593, 595, 601 u. A. 2. 4, 603, 606 f., 617 f., 629[1], 634, 640[2], 652, 659, 661, 761, 763, 799, 823 f., 844 u. A. 2; Unionsstand 106, 119[1. 2], 217, 222, 225, 230, 279, 433, 500 u. A. 2, 538, 562, 579, 594, 668, 679, 698 f., 706, 707 u. A. 2, 718, 724, 765, 767 f., 774[3], 775 u. A. 2, 776, 785[3], 788, 794. Gesandte zum schweinfurter Unionstag 217, 221, 223, 228, 230, 232 f. 237. Landgraf Otto 652[2]. Landgraf Philipp der Grossmütige 581. Landgraf Wilhelm 515.

Hessen-Darmstadt, Landgrafschaft. Landgraf Ludwig 40[1], 54[1], 315[5], 321. Dessen Verhältnis zu Braunschweig 516. Vermittlung im jülicher Streit 20[1], 68, 106. Verhältnis zu den Katholiken 80, 519[5]. Eintritt in die Liga 135, 312. Verhältnis zu Mainz 167[3], 306[3], 323 u. A. 1, 377[1], 389, 406 u. A. 3, 446, 515, 620[2], 646; zu König Matthias 343[1], 406 u. A. 3, 496[1], 515, 522[3]. Privatpraetensionen 515. Verhältnis zu Rudolf II. 154[1], 185; kaiserlicher Kommissar zum Kurfürstentag 593, 603. Verhältnis zu Sachsen 406 u. A. 3, 515, 582, 646; zu Spanien 496[1], 620[2], 646 u. A. 3; zur Union 228, 279, 768.

Heuchelin, Dr. Kaspar, pfalzneuburgischer Vizekanzler 217, 218 u. A. 1, 219, 295[1], 437[3].

Hildesheim, Bistum. Bischof Ernst Kurfürst von Köln. Domkapitel 168. Landstände 168. Eintritt in die Liga 169, 312, 336, 380[1], 382, 474[2].

Hilpersdorf, abgegangener Ort bei Schweinfurt 105.

Hoditzky, Graf Georg von, Oberstwachtmeister im Heer des Königs Matthias 177 u. A. 2, 178, 289 u. A. 1, 500[1].

Hoë von Hohenegg, Maximilian, Rat des Königs Matthias 90 u. A. 5, 152 u. A. 4.

Höchst am Main 323[1], 389.

Höllerich, Johann, Mitglied des Rats der Stadt Schweinfurt 218.

Hövelich zu Hülchenradt, Johann von der, kurkölnischer Marschall und Generalkommissar der Liga 109[2], 275, 473, 474[2].

Hofkammer, kaiserliche s. unter Rudolf II.

Hofkirchen, Georg Andreas Freiherr von, Oberst im Dienst des Königs Matthias 175 u. A. 5, 402[1], 541. — Wolfgang Freiherr von 175[5], 260.

Hofmann, kaiserlicher Kammerdiener 424[1]. — Jakob, Oberrichter der Stadt Windsheim 218, 698.

Hofprozesse s. unter Reichshofrat.

Hohenberg, Grafschaft 589.

Hoheneck, Otto Heinrich von, Dekan des Stiftes Bruchsal 376.

Hohenlohe, Graf Georg Friedrich, kaiserlicher Kriegsrat und Kriegsoberst 90, 165[1], 282, 319[1], 462, 588, 594, 605[1], 606, 736. — Graf Philipp, Oberst im Dienst der Generalstaaten 796.

Hohenzollern, Graf Eitel Friedrich, Chorbischof und Dompropst zu Köln und kurkölnischer Grosshofmeister 154, 191 u. A. 2, 324[3], 376, 535, 625; — Graf Johann 418[1]; — Graf Johann Georg, Präsident des Reichshofrates 1[1], 11 u. A. 1, 13[3], 17, 24[1], 25, 151, 235, 260, 291, 292[3], 298, 347[4], 379[1], 605, 771; Verwendung im Hausstreit (Schickung nach Wien) 47 u. A. 2, 58[2], 67[2], 68[2], 84 u. A. 1, 85, 98, 111[2], 117, 152 f., 246[1], 287, 372.

Holländer s. unter Generalstaaten.

Holstein, Herzogtum 230, 279, 677; Herzog 315[5].

Horn in Oesterreich unter der Enns 297.

Hoyer, Gesandter des Herzogs von Braunschweig-Lüneburg 130[1], 186[2].

Hübner, Tobias, fürstlich anhaltischer Rat 698.

Hugenotten 598.

Hunger, Blasius, Bürgermeister von Aachen 698.

Husmann von Namedy, Johann Wilhelm von, Chorbischof zu Trier und kurtrierischer geheimer Rat 376.

Jäger, Melchior, württembergischer Kanzler (gestorben vor 11. April

Digitized by Google

1611) 154[1], 293 u. A. 2, 294 f., 550 u. A. 1.
Jägerndorf, Herzogtum. Ansprüche Kurbrandenburgs 248[2]. Herzog Johann Georg, Markgraf von Brandenburg 210, 256, 697; dessen Gesandte 248.
Jägerndorf, Stadt 211.
Jakob I., König von England s. unter England.
Jauer, Fürstentum in Schlesien 153.
Jesuiten 34, 77[1], 90[5], 231, 235 f., 666, 677, 701, 751. In Aachen 660 u. A. 2. Beziehung zu Erzherzog Ferdinand 454 f., 455[1]. Jesuiten in Köln 804 f., 807. Beziehungen zu Erzherzog Leopold 90[5], 425[2]; zum Kurfürsten von Mainz 312, 699. Jesuiten in Prag 145[1], 284, 455 u. A. 1. Stellung zum Religionsfrieden 699. Beziehung zu Rudolf II. 726[1]. Jesuiten in Speier 726; in Wien 425[2], 726; in Worms 721 u. A. 2, 722, 726 u. A. 1, 727, 815. Zöglinge der Jesuiten 702.
Iglau in Mähren 248, 249[1], 250 u. A. 2. 256[1] 287.
Im Hof, Andreas, Mitglied des innern Rats der Stadt Nürnberg 75[1], 217, 698.
Indien (spanische Besitzungen in Westindien) 301, 358.
Infantado, Herzog von, Mitglied des spanischen Staatsrats 48[1], 538.
Ingelheim im Rheingau 90.
Ingelt, Franz Rudolf, Dreizehner der Stadt Strassburg 698.
Ingolstadt 508[3], 599.
Innsbruck 50, 133, 215[1], 216[1], 284, 307[3], 452[2], 636, 739[1].
Interim, augsburger 115.
Interposition im Reich s. bei Reich, unter Herstellung des Vertrauens.
Interregnum im Reich 613, 632, 637, 697, 738, 830.
Joachim I., Kurfürst von Brandenburg s. unter Brandenburg.
Joachim Ernst, Fürst von Anhalt-Bernburg s. unter Anhalt.
Joachim Ernst, Markgraf von Brandenburg-Ansbach s. unter Ansbach.
Joanelli, Hofhandelsmann in Prag 592.
Jocher, Dr. Wilhelm, geheimer Rat des Herzogs Maximilian von Baiern und Pfleger zu Dachau 29, 79, 99 u. A. 1, 137[1], 188[5], 244, 276, 640, 750 u. A. 1.
Johann, Pfalzgraf bei Rhein und Herzog von Zweibrücken s. unter Pfalz, Administrator.
Johann Casimir, Pfalzgraf bei Rhein und Herzog von Zweibrücken s. unter Pfalz.
Johann Casimir, Herzog von Sachsen-Coburg s. unter Sachsen-Coburg.
Johann Christian, Herzog von Liegnitz s. unter Liegnitz.
Johann Friedrich, Herzog von Württemberg s. unter Württemberg.
Johann Georg, Fürst von Anhalt-Dessau s. unter Anhalt.
Johann Georg, Markgraf von Brandenburg, Herzog von Jägerndorf s. unter Jägerndorf.
Johann Georg, Kurfürst von Sachsen s. unter Sachsen.
Johann Sigismund, Kurfürst von Brandenburg s. unter Brandenburg.
Johann Wilhelm, Herzog von Jülich s. unter Jülich.
Johanniterorden-Meister 170[1].
Italien 138, 229, 377[2], 381[2], 501[1], 590, 629[1], 668. Fürsten in Italien 170[1]. Bedrohung der katholischen Kirche in Italien 595. Kriegsvolk in Italien 176, 231[1], 419. Reichslehen in Italien 592, 619.
Judenburg in Steiermark 813[2].
Jülichsche Lande. Anhang Brandenburgs 126; Ansprüche Brandenburgs s. unter Brandenburg; Belehnung Brandenburgs mit Jülich 441, 449 u. A. 1. England und der jülicher Streit s. unter England. Erbstreit 126, 300, 306, 322, 375[1], 418, 434[1], 653 f., 745 f.; Austrag des Rechtsstreits 127, 267 f. Feldzug von 1610 130, 176 f., 276, 629[1], 689. Frankreich und der jülicher Streit s. unter Frankreich. Generalstaaten im Erbstreit s. unter Generalstaaten. Herzoge 720[3], 770; Herzog Johann Wilhelm 267, 301; Herzog Wilhelm IV. 376[1]. — Jüterbogker Vergleich. Dessen Entstehung 20[1], 68 f., 69[2], 72[1], 106 f., 122 f., 158, 161, 272. Verhalten Brandenburgs 107 u. A. 1, 166, 174, 189[2], 265 f., 276, 654. Verhalten Neuburgs 265, 797[1], s. auch unter Ratifikation. Verhalten Sachsens 106 f., 266 f., 563. Handlung 276. Abschluss des Vergleichs 217, 228, 235, 265 f., 268 u. A. 1, 286, 295, 306 u. A. 2,

Digitized by Google

323[1], 368[2], 375, 398, 405, 418, 442, 448 f., 504, 564, 569, 584[3], 596, 605, 610, 653, 656 f., 704, 768, 770, 783. Die Katholiken und der jüterbogker Vertrag 654. Ratifikation durch Neuburg 441, 489, 596, 652[2], 653[1], 654 f., 656[1], 719, 723 u. A. 3, 730 u. A. 2, 783, 840; Ratifikation durch Rudolf II. 69, 107 u. A. 1—3, 394[1], 420[3], 441, 487[3], 489, 531[1], 652, 653 u. A. 1, 654 f., 797[1]; s. auch bei Rudolf II., unter jülicher Politik. Union und jüterbogker Vertrag 279, 399, 730. Unterhändler des Vergleichs 20[1], 68, 69[2], 73[1], 106 f., 220, 652.

Kommission in Köln 16, 18, 20[1], 29[1], 42, 55 f., 57, 65, 89, 106, 174, 268, 465. Kurfürsten und Erbstreit 87[1]. Land und Leute in Jülich 47, 53, 64, 125, 267 f., 276[2], 298, 300 f., 328, 417, 489, 633, 656, 689. Landstände 107[1], 126, 267, 295, 300, 652[2], 730[2], 797[1]. Landtage 98, 730[3]. Lehen in Jülich 20, 42 f., 130, 669, 812. Erzherzog Leopold in Jülich s. unter Leopold. Lizenten in Jülich 728[3] und unter Lizenten. Liga und Erbstreit, s. unter Liga. König Matthias und der Erbstreit s. unter Matthias. Neuburgs jülicher Politik s. unter Neuburg. Absichten des Hauses Oesterreich auf Jülich 43, 53, 66, 101, 124, 241, 654. Bestimmung des passauer Kriegsvolks nach Jülich s. unter passauer Kriegsvolk.

Possidierende Fürsten in Jülich 7 f., 8[1], 11[1], 15[1], 17 f., 20[1], 24[1], 25, 29[1], 43, 55 f., 57, 64, 72 u. A. 1, 98, 101, 123 f., 140 f., 157, 177, 253, 266 f., 298, 300, 385, 417, 563 f., 652[2], 654, 666 f., 700[3], 719, 720 u. A. 3, 770, 788, 803[2], 813, 837. Assistenten der Possidierenden 20[1], 29 u. A. 1, 43, 72, 94, 123 f., 161[2], 204, 267, 268 u. A. 1, 275, 300, 652[2], 653[1], 656, 666, 729[3], 776, 782. Kriegsvolk der Possidierenden 98, 141, 266, 385 f., 417. Prinzipale der Possidierenden 140. Statthalter der Possidierenden 203[2].

Pfälzische Interessen in Jülich s. unter Pfalz; Rudolf II. und der jülicher Streit s. bei Rudolf II., unter jülicher Politik; Exekution der kaiserlichen Mandate 11[1-2], 13[3], 16 u. A. 1, 42 f., 55 f., 61, 101 f., 124 f., 126, 139, 157, 267. Sachsen im jülicher Streit s. bei Sachsen, unter Jülich. Absichten Spaniens s. bei Spanien, unter jülicher Erbstreit. Union und jülicher Erbstreit s. bei Union, unter jülicher Erbstreit. Untertanen 124, 127. Verträge wegen Jülich: Dortmunder Vertrag 126, 654; Haller Vertrag 126, 204. Ansprüche Zweibrückens s. unter Zweibrücken.

Jülich, Stadt und Festung 7, 17, 55 f., 98, 113, 125, 167, 185, 241, 253, 257 f., 260 f., 297 f., 353[1], 420[1], 700[3], 729[3], 776, 812, 837 f.

Jüterbogk, Stadt 107 u. A. 1. 2, 166, 167[3], 189[2], 220, 267 f., 282[2], 745[2]. Jüterbogker Vertrag s. unter Jülich.

Jugert, Dr. Franz, Syndikus der Stadt Speier 218, 698.

Jung, Michael, kurpfälzischer Farier 504[1].

Justizwesen im Reich 10[2], 81, 177, 206[1], 272, 396, 511, 581, 627[2], 631, 676, 702. Verbesserung 567[1], 568, 575, 579, 613, 665 f., 673, 694, 744, 779, 802, 817, 823. Hofprozesse s. unter Reichshofrat. Justizpunkt beim Kurfürstentag 272 f., 558[1], 568, 576, 577[3], 639, 652[1], 681, 699; auf Reichstagen 566, 675, 701[1], 703, 705, 772 f. Sperrung der Justiz 77[1], 97, 235, 572, 678, 826.

Kärnthen, Herzogtum 25, 27, 369, 450[1]. Stände des Landes 176.

Kaiser s. unter Rudolf II.

Kaiserswerth bei Düsseldorf 156, 191, 274[1], 381[1], 385 f., 417.

Kaiserwahl s. unter Succession.

Kaisheim (Kaisersheim), Abtei bei Donauwörth. Streit mit Neuburg 36 u. A. 2, 53, 206[1].

Kalmar in Schweden 605.

Kammergericht s. unter Reichskammergericht.

Kardinalskollegium 202.

Karl der Grosse 832.

Karl IV., deutscher Kaiser 457, 815.

Karl V., deutscher Kaiser 17, 86, 115, 149, 301, 319, 544, 581, 623 u. A. 2, 754 f., 832.

Karl, Bischof von Breslau und Erzherzog zu Oesterreich s. unter Breslau.

Digitized by Google

Karl Emanuel, Herzog von Savoyen s. unter Savoyen.
Karlstein bei Prag 109[3], 118.
Kempten, Reichsabtei. Abt Heinrich 416. Ligastand 269[1], 377.
Kempten, Reichsstadt; Unionsstand 217, 222, 227[1], 698, 787[1].
Kessel, Christoph, badischer Rat und Obervogt zu Ettlingen 217, 698.
Kessler, Dr. Friedrich Gottfried, gräflich öttingenscher Rat 217, 698.
Khevenhillersche Güter in Oesterreich ob der Enns 22.
Khlesl, Melchior, Bischof von Wien und Administrator des Bistums Wiener-Neustadt 13[1], 84[1], 94 f., 145[4], 203[1], 260[4], 284 u. A. 8, 287[2], 304, 316[2], 346, 352[1], 353[1], 363[3], 389 f., 396[2], 402 u. A. 1, 403, 405, 410, 424[2], 455[1], 462[1], 487[1], 522, 543, 552[4], 553, 560, 616[1. 2], 658[1], 693, 696 u. A. 1, 737, 741[1], 759, 764. **Beurteilung** Khlesls 172, 256[1], 429, 481, 523 u. A. 1, 609, 629[1], 711, 763, 842. Verhältnis zu **Brömser** 545; zu den **Erblanden** 546, 658; zu den **Evangelischen** im Reich 253 f., 256[1], 288[5], 334, 419, 503. Verhalten im **Hausstreit** 349, 358, 361 f., 389 f., 410, 438, 452[2], 486 f., 489, 523 u. A. 1, 587, 602, 605, 658, 670[2], 688[1], 751. **Kardinal** 96, 361. Schickung zum **Kurfürstentag** 765, 834[3], 836, 842 u. A. 2, 844. Verhältnis zu **Mainz** 523 u. A. 1, 524[1], 545, 546[1], 628, 629[1]; zu König **Matthias** 95 f., 153[2], 172, 253 f., 256[1], 288 u. A. 5, 358, 361 f., 487, 524[1], 609, 628, 629[1], 711, 764; zu den **Nuntien** 429; zum **Papst** 254, 396[2], 740[1]. Stellung zu den **Religionsparteien** 503, 546, 609, 659. Verhältnis zu **Rudolf** II. 95 f., 153[2], 253, 361, 410, 486, 523[1], 587, 623[3]. **Rücktritt** 697. Beziehung zu **Zuñiga** 390 f.
Khrenberg zu Neuwaldeck und Erdberg auf Kreuzenstein, Ulrich von, Vizekanzler des Königs Matthias 322, 583[3], 602, 605, 689.
Khuen zu Belasy, Freiherr auf Neu-Lengbach, Johann Eusebius, geheimer Rat des Königs Matthias und Oberst zu Komorn 250 u. A. 2, 254 u. A. 1, 284[8], 287[2], 462, 481, 602, 605, 659, 688.
Kinsky, von Wchinitz und Tettau, Adam 145[1]; — Ulrich 145[1], 181[2]; — Wenzel, kaiserlicher und königlicher Rat, später Oberstjägermeister im Königreich Böhmen 91[1], 121[1], 144 f., 145[1. 2], 181[2], 183[4], 186, 188[4], 215, 216[1], 250[2], 252, 284 u. A. 5, 344[1], 346, 425[2], 429 f., 445, 469, 478[1], 557, 586[1], 587, 588[1], 620, 689; Wenzels Beziehungen zu Erzherzog Leopold 188, 194[2]; zu König Matthias 147[2], 588, 688; zu Rudolf II. 146[2]; zu Zuñiga 145[1], 195, 688, 689[1]; — Wilhelm 145, 181[2].
Kirche, katholische. Lage der Kirche und der Katholiken im Reich 455, 508 f., 598, 633 f., 636, 646, 739 u. A. 4, 740 u. A. 1, 744, 749, 750 u. A. 1, 761[2], 778, 802, 821, 835, 841. Reformation in der deutschen Kirche 777. Versicherung der katholischen Religion in Deutschland 634, 636.
Kisch, Stephan, kursächsischer Schösser zu Salza 757[1].
Kitzbühel in Tirol, Herrschaft 170.
Kleinsträtel, kaiserlicher Rat 1[1], 27, 178 u. A. 1.
Klosterstreit s. bei Reichskammergericht, unter Klosterstreit.
Knoeringen, Heinrich von, Bischof von Augsburg s. unter Augsburg.
Koburg s. Coburg.
Koblenz s. Coblenz.
Köler, Hauptmann eines nürnberger Fähnleins 35.
Köln, Kurfürstentum. **Domkapitel** 276 u. A. 2. Kurfürst **Ernst** 140, 247[1], 253 f., 265[1], 271 u. A. 3, 273[2], 306[2], 312 f., 348[1], 351[4], 354 u. A. 2. 4, 387, 398[1], 408, 417, 421, 435, 456[2], 488[2], 489 u. A. 1, 493, 554[2], 558[1], 582[2], 601[4], 631, 635, 651, 659, 749, 821. Im **aachner Handel** 762, 813[4]. Im **pfälzischen Administrationsstreit** 692[1], 800 u. A. 3. Beziehungen zu Erzherzog **Albrecht** 535, 559, 625; zu **Baiern** (Herzog Maximilian) 631 f., 639, 640[2]. Haltung im **österreichischen Hausstreit** 98, 154, 361, 367[1], 375, 392, 393 u. A. 1, 412, 436, 458 u. A. 2, 475[2], 481 u. A. 2, 488 f., 490. Politik im **jülicher Erbstreit** 240, 837. **Kurfürstentag** 504, 577[3], 616, 650 f., 652[1], 662[2], 681. Beziehung zu Erzherzog **Leopold** 628. **Ligamitglied** 6[2], 7, 15 u.

Digitized by Google

A. 3, 63[1], 79 f., 97, 142, 154 f., 168, 314, 323, 324 u. A. 1, 334, 376, 378, 380 u. A. 1, 381 u. A. 1, 382, 384 f., 417. Beziehung zu König Matthias 488, 489 u. A. 1, 514, 529, 541[2], 625 u. A. 1. Beim prager Konvent 7, 79 f., 97, 272, 628. Räte 760 f.; s. auch unter Bucholz Hennot, Hohenzollern, Landsberg, Wintzler. Verhältnis zu Rudolf II. 388, 628; zu Spanien 44, 45[1], 107[4], 361, 609, 829. Stifter des Kurfürsten 8[1], 9, 109[2], 155, 168, 312, 336, 380[1], 382, 386, 474[2]. Haltung in der Successionssache 163 f., 349, 361, 488, 559, 627, 629[1], 641[1]. — Erzstift Köln (Territorium) 9, 10[2], 98, 107 f., 109[2], 138, 156, 190 f., 274 f., 276, 324, 381, 385, 416. — Koadjutor Ferdinand, Herzog von Baiern 9, 107 u. A. 4, 108 u. A. 1, 109[2], 190 f., 244, 274 f., 276 u. A. 2, 306[2], 337, 609, 659, 744. Geldnot 108, 156, 190 u. A. 1, 191 f., 274, 275 u. A. 1, 276, 381[2, 3]. Ligastand 51[1], 63[1], 88, 107 f., 142 u. A. 1, 190 f., 274[1], 314, 324[3], 376, 377[2], 474[2], 761[2]. Räte und Diener s. unter Hoevelich, Wintzler. — Kriegsvolk und Kriegswesen im Erzstift 127, 155 f., 190, 191 u. A. 2, 192, 244, 274 u. A. 1, 275, 313, 377[2], 380[1], 381, 383[2], 385 f., 473, 732[4]. Landstände 276 u. A. 2. Lizenten 380[1], 386. Anschlag in der Matrikel und Moderation derselben 155 f., 324, 336, 381 f., 416.

Köln, Reichsstadt 15[1], 54[1], 89, 106, 127, 268, 297, 473 u. A. 2, 474[2], 490, 720, 803[2], 804 f., 808[2]. Evangelische Bürger in Köln 717[1], 718, 720, 728[8], 770, 803 u. A. 2, 804 f., 808[1, 2]. Eintritt der Stadt in die Liga 382. Rat der Stadt 141, 803 f., 808[2]; s. auch unter Cronenburg und Hardenrath.

Kolin in Böhmen 251, 586 f.

Kollonitsch, Ernst Freiherr von 177; — Ferdinand Freiherr von, Oberst im Heer des Königs Matthias 177, 251, 252 u. A. 1; — Seifried Freiherr von 177, 419.

Kolowrat, Herr von, Kämmerer Rudolfs II. 591, 593.

Kommunikationstag der Ligastände zu Frankfurt s. unter Liga; — von Schwäbisch-Hall s. bei Administrationsstreit, unter Vermittlung.

Komorn in Ungarn 256.

Komposition s. bei Reich, unter Komposition.

Konstanz, Bistum 66. Bischof Jakob Fugger von Kirchberg-Weissenhorn 80[1], 383[1], 384, 590. Domkapitel 383 u. A. 1, 384. Ligastand 269[1], 271, 382; Gesandte zum Ligatag 269[1], 377, 382. Räte s. Deschler.

Konstanz, Reichsstadt 636.

Konvent der Kurfürsten, Erzherzoge und Fürsten zu Prag, s. bei Hausstreit, unter prager Konvent.

Kopenhagen 198[2].

Korrespondierende 136, s. sonst unter Unierte.

Kosaken 187, 283, 304.

Kotzau, Hektor von, Dompropst zu Bamberg 10[2], 376.

Kraft, Hans, Mitglied des ältern Rats von Ulm 33.

Krain, Herzogtum 369.

Krauseneck, Paul Freiherr von, Präsident der kaiserlichen Hofkammer 111, 352[1], 591 u. A. 2, 593.

Kreise s. Reichskreise.

Kriechingen, d. Ae., Freiherr von, Oberst im elsässer Kriegsvolk 66[1]; — d. J., Freiherr von 13[3].

Kronweissenburg s. Weissenburg im Nordgau.

Krumau in Böhmen 12[2], 57 f., 85 u. A. 1, 91 u. A. 3, 109[2], 120, 121[1], 171[1], 178, 183[4], 194, 215, 259, 285, 292, 305[1], 329, 371, 463[2], 490, 493, 501[1].

Kühbach, Christoph, Kammerdiener Rudolfs II. 316[2], 353[1], 519[2].

Küelmann, Jakob, württembergischer Rat 698.

Küstrin in der Kurmark 746[2].

Kufstein, Herrschaft in Tirol 170.

Kurfürsten, insgesamt (Kurkolleg und Kurverein) 74, 126, 139, 141, 148[2], 157 u. A. 4, 162, 239, 247[1], 272 f., 302, 312, 322, 355, 368, 398, 400[3], 401 u. A. 2, 415, 421 u. A. 1, 423, 435, 451, 454, 457, 471 f., 476, 484, 485[2], 490, 504, 508, 509 u. A. 1, 513, 519 u. A. 4, 529, 550, 558 u. A. 1, 566 f., 569, 577[3], 601[4], 618, 628, 631, 633 f., 638, 642, 649, 651, 662 u. A. 1, 666, 673 u. A. 1, 681, 684 f., 701[3], 702, 745, 746 u. A. 2, 748, 757[2], 775[1], 778, 780 u. A. 6, 783, 791, 799, 801, 803, 808[2], 813, 815,

Digitized by Google

817 f., 823, 826, 829, 831 f., 839, 842. Im pfälzischen Administrationsstreit s. unter Administrationsstreit. Stellung Böhmens im Kurkolleg 611, 613, 624. Kurfürsten und braunschweiger Achtssache 720, 828. Direktorium des Kurfürstenkollegs s. unter Mainz. Ergänzung des Kurkollegs 139 f., 160, 268[1], 273, 368[2], 398, 408[2], 421, 477 u. A. 1, 498, 504, 511, 519, 568, 572 f., 577[3], 619, 627[2], 628, 629[1]. 638. 652, 655, 684, 687[1], 691, 734[5], 744 f., 798[3], 800, 817, 823, 826, 844[2]. Erneuerung des Kurvereins 568, 575, 627[2]. Intervention der Kurfürsten im österreichischen Hausstreit s. bei Hausstreit, unter Kurfürsten. Kurfürsten und Komposition im Reich 756. Kurverein s. oben. Verhältnis der Kurfürsten zu König Matthias 392 f., 396 u. A. 2, 397 u. A. 3, 402, 409, 412, 428[1-2], 432 u. A. 1, 442, 454[1], 456, 459[2], 465, 484 f., 488 f., 541[2], 569 f., 610 f., 625 u. A. 1, 644[2]. Mistrauen unter den Kurfürsten 398, 575, 663, 744, 760, 823, 826. Praeeminenz der Kurfürsten 148, 162, 434, 570, 638, 650. Kurfürsten und Reichstag 511, 570, 576, 579, 581, 638; s. auch unter Kurfürstentag. Kurfürsten und Successionsfrage 97, 147 u. A. 1. 2, 148, 159 u. A. 3, 160, 161[1], 164, 272 f., 302, 305, 343[1], 398, 406 u. A. 3, 440, 447, 466[1], 479, 485, 487, 488[2], 489, 492, 515, 553, 568 f., 572, 577, 594, 604, 625 f., 537, 640[3], 675 f., 690, 696, 699, 742[1], 744, 782[2], 812, 830 f. Wahlrecht der Kurfürsten 401[2], 528, 613, 632. Zölle der Kurfürsten 829.

Geistliche Kurfürsten 78, 80, 87 u. A. 2, 94, 97. 106, 113[1], 132[1], 134 f., 139 f., 157 u. A. 4, 199, 215, 272, 294[1], 314, 431[1], 530; Haltung in der aachener Sache 813; im Administrationsstreit 113[1], 177, 248[2], 530, 574 f., 597, 629[1], 655, 684 f., 692[1], 734, 803[5]. Verhältnis zu Erzherzog Albrecht s. unter Albrecht. Geistliche Kurfürsten und die Ausleger im Rhein 157 u. A. 4, 273[1]. Stellung zu den weltlichen Bistumsadministratoren 576; zu Brandenburg 638; zu den Gravamina im Reich 243, 712; zum österreichischen Hausstreit s. bei Hausstreit, unter geistliche Kurfürsten; zum jülicher Erbstreit 7, 298, 377 u. A. 2, 379 u. A. 1, 425[2]. Haltung beim Kurfürstentag 595, 665, 744, 758. Verhältnis zu Erzherzog Leopold 379[1]. Stellung in der Liga 7, 80, 142. Verhältnis zu König Matthias 286, 514, 526 f., 540, 560, 607, 614, 625, 643, 678; zum Papst 595[1], 625, 739, 740[1], 750[1]; zu Rudolf II. und zu dessen Regierung 151 f., 183[4], 184, 273, 362, 379 u. A. 1, 519[5], 582[2], 587, 634 f., 654, 665, 677, 701, 749 f., 760, 761 u. A. 1. 2, 762, 828; zu Sachsen 573, 575, 620; zu Spanien 44, 45 u. A. 1, 147, 496[1], 526. Stellung zur Successionsfrage 148, 159, 160 f., 302, 348, 488[1], 489, 514, 527, 625, 629[1], 641[1], 643, 833. Zusammenkünfte: in Coblenz, resp. Mainz 640[2], 760 f.; in Frankfurt 14, 15 u. A. 3, 78, 97 f., 114, 134 f., 154 f.; in Mainz 80, 139, 379 u. A. 1.

Rheinische Kurfürsten 15[1], 43, 81, 140 f., 183, 273[1], 368. Rheinischer Kurverein 139, 148[2], 157[1], 503, 577[3], 651, 685. Regalien der rheinischen Kurfürsten 140, 157, 273[1]. Rheinzölle 380[1]. Rheinische Kurfürsten und die Succession 626.

Weltliche Kurfürsten 160, 393 u. A. 1. 477[1], 498, 504[1], 573, 576, 733, 744, 760 f., 772, 828. Im Administrationsstreit 530[2] 629[1], 638, 663, 685, 826. Weltliche Kurhäuser 477[1], 503, 651 f., 820. Stellung zur Successionsfrage 160, 527, 825, 833. Zusammenkunft der kurfürstlichen Räte 692[1], 735 u. A. 2, 778[2], 828.

Kurfürstentage: von **1574** (in Mühlhausen) 573; von **1606** (in Fulda) 273, 477, 817, 825; von **1611** (in Mühlhausen, resp. Nürnberg) 62, 87 u. A. 1. 2, 97, 126, 210[2], 247[1], 272, 273 u. A. 2, 354[4], 355, 356 u. A. 1, 368 u. A. 2, 392, 398[1], 401, 406[3], 408[2], 409, 411, 412[2], 414 f., 432[1], 434[1], 435, 439, 448[1], 450[1], 454 u. A. 1, 458, 470[1], 472, 474, 475 u. A. 2, 476, 477 u. A. 1, 488 u. A. 1. 2, 491 u. A. 1. 2,

Digitized by Google

496[1], 500[2], 504, 510, 512[1], 513[1], 514, 519, 521, 526 f., 539[2], 543, 549[3], 550, 558, 560 f., 566, 568, 577[3], 582, 585, 588, 594, 604, 608, 615, 620, 633 f., 647, 666, 691, 701[3], 717[1], 718, 733 f., 739 u. A. 4, 744, 746, 749, 760[1], 761 u. A. 2, 763[2], 768, 770 f., 777[5], 779, 783, 790[3], 797, 798 u. A. 3, 799, 803[3], 808[2], 811, 813 f., 826, 828 f., 840, 842. **Kurfürstentag und Administrationsstreit** s. bei Administrationsstreit, unter Kurfürsten. **Ausschreibung** des Kurfürstentags 368[2, 3], 392, 397, 398 u. A. 1, 434[1], 436[3], 476, 498, 508[2], 509 u. A. 1, 575, 577[3], 611, 623[4], 641[1], 651, 660, 681, 682[2], 734 u. A. 4, 735, 816, 823 f., 829. **Beförderung** des Tages durch den Kaiser 653 f., 690, 692[1], 733 f., 791, 816, 818. **Beschickung** durch den Kaiser, s. unten unter Kommissarien. **Beschreibung** zum Tag 529 f., 573, 651, 655 (s. auch bei Pfalz, unter Kurfürstentag und bei Brandenburg, unter Kurkolleg). **Besuch**, persönlicher 434[1], 439, 504[1], 531[1], 604, 663, 680[4], 681, 690, 733, 734 u. A. 5, 735[2], 745, 746[2], 757, 799. **Donauwörther Handel** beim Kurfürstentag s. unter Donauwörth. **Gesandte** zum Kurfürstentag 614, 616, 650 f., 821[3], 834. **Oesterreichischer Hausstreit** beim Kurfürstentag s. unter Hausstreit. **Hinderung** des Kurfürstentags 530, 531[1], 554[2]. **Instruktionen** zum Kurfürstentag 509 f., 513[1], 594, 610, 618, 622, 631, 634, 640[2], 656[1], 823 f. **Kommissarien**, kaiserliche, und Beschickung durch den Kaiser 432, 439, 458, 504[1], 508, 509 u. A. 1, 510, 519 u. A. 4. 5, 544, 552, 560, 582 u. A. 2, 584 f., 588, 593 f., 601 u. A. 2. 3. 4, 603, 606 f., 610, 612, 614, 617 f., 620, 622, 629[1], 647, 651 f., 661, 675 f., 687[1], 693, 756, 757 u. A. 3, 758, 761 f., 780 u. A. 6, 783[2], 799, 801, 813, 816 f., 820, 823[2], 824 f., 840, 844 u. A. 2; — königliche Kommissarien 610, 615, 757 u. A. 3, 834 u. A. 3, 836, 842, 844. **Kurfürstentag und Komposition** 676, 756, 763 u. A. 2, 769, 782 u. A. 2, 827. **Malstatt** 368 u. A. 2. 3, 397, 398 u. A. 1, 435, 528, 529[1], 661 u. A. 2, 662 u. A. 2, 682[1], 778, 829; **Verlegung der Malstatt** 529[1], 551, 757 u. A. 2, 778, 791[1], 792 u. A. 4, 799, 811, 842 u. A. 2. **König Matthias und Kurfürstentag**, s. unter Matthias. **Mehrheitsentscheidungen** 684. **Nuntien** beim Kurfürstentag 744. **Proposition** 509[1], 577[1], 601[2], 616[2], 825, 828. **Ausschreibung eines Reichstags** 703, 823. **Rudolf II. und Kurfürstentag** s. unter Rudolf II. und oben unter Kommissarien. **Kurfürstentag und Successionsfrage** 398, 466, 514, 527, 541, 553 f., 568 f., 572 f., 585, 608[1], 613 f., 627 f., 629[1], 632, 634 f., 675, 678, 696, 744, 764, 782 u. A. 3, 825, 830 f. **Termin** 368 u. A. 3, 387, 398, 435, 453, 528, 661[2], 662 u. A. 2, 734[1, 4], 746[2], 778, 791. **Kurfürstentag und Union** 579, 700, 763, 769, 772 f., 780[6]. **Verhandlungsgegenstände** des Kurfürstentags 627[1], 628, 630, 639, 652[1], 664, 673[1], 698 f., 705, 719 f., 744, 753[1], 755, 769, 774, 780, 802 f., 829 f. **Verschiebung** des Termins 601[3], 617, 621, 624, 640[2], 641[1], 649, 661 u. A. 2, 669, 671 f., 680[4], 691, 746[2], 757 f., 829. **Zerschlagung** des Kurfürstentags 685, 719, 778, 798[2]. **Vorbereitende Zusammenkunft** der kurfürstlichen Räte, 368, 398, 435, 530 u. A. 2, 575, 577[3], 681, 682[1].

Lackner, Dr. Wolfgang, bairischer Geheimsekretär 109, 308.

Ladenburg am Neckar 62, 626 f.

La Fontaine, Oberst im elsässischen Kriegsvolk 231[1].

Laister, Simon, Bürgermeister und Ratsfreund von Giengen 698

Lambach in Oesterreich ob der Enns 83[2].

Lamberg, Georg Sigmund Freiherr von, kaiserlicher geheimer Rat 300, 822 u. A. 1; — Karl Freiherr von, Erzbischof von Prag, s. unter Prag.

Landau in der Pfalz, Reichsstadt. Unionsstand 35, 119[1, 2], 217, 698, 787[1].

Landfrieden 180.

Landsberg von Erwitte, Jobst, westfälischer Marschall und kurkölnischer geheimer Rat 393[1], 458[2], 542 u. A. 2, 588.

Landsberger Bund 135, 169, 170[1].

Landshut in Niederbaiern 508[3].

Landvogtei in Schwaben s. Schwaben.
Lang, Philipp, Kammerdiener Rudolfs II. 647.
Langen-Schwalbach im Taunus 791.
Langheim, Abtei in Oberfranken. Abt 721, 751 f.
Lasotto, Erich, kaiserlicher Kriegsrat und Abdankungskommissar 1[1], 27.
Lauf an der Pegnitz 839.
Lausitzen, Markgrafschaften 127, 186, 240, 254, 283, 452[2], 457[2], 489, 584, 764, 789. Gesandte zum prager Generallandtag 374, 423, 452[2]. Konfoederation mit Böhmen 542. Loszählung vom Eid 469[1], 486[1]. Stände 284, 365[4], 389, 396[1], 401, 426 u. A. 3, 432, 464[1], 478[1], 485[2].
Lautern, Johann Engelbert von, kurpfälzischer geheimer Rat 148 u. A. 2, 159 u. A. 2, 160, 197, 217, 476, 697, 800.
Leipzig 54[1], 217.
Leitmeritz in Böhmen 144[2], 147[2], 585, 811.
Lenk, Johann Baptist, kurpfälzischer Agent in Venedig 667.
Leon, der Commendador mayor von 245[2], 536, 538.
Leopold, Erzherzog zu Oesterreich, Bischof von Passau und Strassburg 47, 111[2], 115, 152, 154[1], 157, 169, 214[1], 264, 304[3], 333 u. A. 1, 348, 353, 403, 588[1], 680, 707, 773 f. Beziehungen zu **Baiern** 26 u. A. 1, 27, 50, 61[1], 99 f., 189; besonders zu Herzog Maximilian s. bei Baiern, unter Maximilian; zu Herzog Wilhelm s. bei Baiern, unter Wilhelm; Vermählung mit der Herzogin Magdalena s. bei Baiern, unter Magdalena. Absichten auf **Böhmen** 328, 369 und unten, unter Succession in Böhmen. Beziehung zu den **böhmischen Ständen** s. bei Böhmen, unter Erzherzog Leopold. Zur **Charakteristik** der Person 638, 641; Neigung zum geistlichen Stand 115, 194, 245, 369; zum Soldatenstand 260[5], 371[2], 501[1]; Haltung im Misgeschick 86, 182, 194 u. A. 2, 196, 216; Ehrgeiz 91[1], 112, 115, 148[2], 187. Verhältnis zu Erzherzog **Ferdinand** s. unter Ferdinand. Beziehungen zu **Frankreich** s. unter Frankreich; zu den **Jesuiten** 90[5], 425[2], s. auch unter Vivarius. Leopold in **Jülich** 7, 17, 45[1], 76, 240 f., 257 f., 297 f., 300, 328, 353[1], 377[2], 379[1], 564, 812, 837. **Kanzlei** 61[1], 188, 216[1], 239, 301, 425[2], 501[1]. Leopold und der **Kurfürstentag** 813. Leopold und die **Liga** 26, 88, 139, 169, 205, 355, 379 u. A. 1, 380[1], 381[1. 2. 3]. Beziehungen zu **Mainz** 26, 74[1], 88 f., 148[2], 247[1], 297 f., 577 u. A. 1, 628, 629[1], 777 u. A. 1, 797; zu König **Matthias** 159, 172, 175 f., 182, 194[2], 202 f., 213, 216, 250[2], 259, 283 u. A. 1. 2, 285, 304, 308[2], 347, 353[2], 354[4], 355, 370, 371[2], 383, 401[2], 442, 493[5], 501[1], 506 u. A. 2, 526, 531, 553, 607, 777[1], 812 u. A. 2, 821; zu Erzherzog **Maximilian** 307 u. A. 3; zum **Papst** 112, 244, 429. General des **passauer Kriegsvolks** 1, 13[3], 24 u. A. 2, 26 f., 48, 52, 58[2], 59, 65, 66[1], 73 u. A. 1, 91[3], 117, 121[1], 131[1], 144 u. A. 2, 147[2], 148[2], 165, 171, 183[4], 185 f., 201, 211, 213, 238, 241, 257, 260[5], 283[1. 2], 285, 291 f., 305, 307, 308[2], 313, 346 f., 355, 369 f., 412, 501[1], 536, 837 f. **Praktiken** und politische Anschläge Leopolds 69[2], 85, 164 f., 187, 200, 213, 216, 247, 249, 285, 291, 305 u. A. 1, 347[2], 355, 371, 383, 390, 412, 441, 461[2], 463[2], 493, 501 u. A. 1, 542, 553, 607, 810[2], 812 f. **Ratgeber** Leopolds 146, 177, 182, 183[4], 188, 194[2], 204, 240 f., 260, 296 f., 305, 371[2], 403, 425[2], 821, s. auch unter Harmb, Hegenmüller, Hennot, Miraballo, Ramée, Revest, Sulz, Teugnagel, Vivarius. Verhältnis zu **Rudolf II.** 2[1], 48[1], 88 f., 100 f., 117 f., 121[1], 133[2], 144, 145[4], 146, 148[2], 151, 164, 165[2], 171, 184 f., 187, 202 f., 205, 215, 239, 259, 260 u. A. 5, 283 u. A. 1. 2, 296 f., 303, 307, 330, 369 f., 413[1], 463 u. A. 2, 501 u. A. 1, 506[3], 553, 638, 643, 797, 813 f., 821, 837 f.; zu **Sachsen** 11[1], 13[3], 17, 24[1], 57, 68 u. A. 2, 69[2], 87[1], 106, 107[3], 176, 196, 354[4], 403, 837 f.; zu **Salzburg** 607 u. A. 2; zum Herzog von **Savoyen** 354[2], 413 u. A. 1, 553; zu **Spanien** 82, 85, 112, 115 f., 146, 159, 194, 196, 213, 216 u. A. 2, 238 f., 244 f.,

Digitized by Google

258, 260[5], 285, 298 f., 302, 305, 347 f., 369, 506, 536 f., 607, 820 f. Stiftsgüter Leopolds s. unter Passau, Bistum. Leopold und die Succession in Böhmen und im Reich 2[1], 90[5], 115, 118, 146, 147[2], 148[2], 151, 164, 165[2], 187, 202 f., 239 f., 245, 260[5], 289, 296 f., 301 f., 305, 313, 328, 369, 413[1], 425[2], 577 u. A. 1, 628, 629[1], 638, 777 u. A. 1, 797, 813, 821. Leopold und Zuñiga 1[1], 85 f., 112, 146 f., 194 f, 213 f., 216 u. A. 2, 239 u. A. 3, 240, 244, 250[2], 285, 290, 299, 304, 347 f., 506 u. A. 2, 531, 536 f., 553, 812 u. A. 2, 813, 820 f.

Leopoldschlag in Oesterreich ob der Enns 85[1].

Lerma, Herzog von 245[2].

Lesieur, Stephan, Ritter, englischer Gesandter in Deutschland und am Kaiserhof 82 u. A. 3, 181[2], 183.

Leuchtenberg, Landgraf Georg Ludwig, Präsident des kaiserlichen geheimen Rats und Obersthofmeisteramts-Verwalter 2[1], 47, 145 u. A. 4, 186[4], 239, 242, 290, 300, 316[1], 331, 333 u. A. 2, 334, 346, 347[4], 349, 363, 419, 423, 431 f., 439, 441[4], 444, 445 u. A. 4, 450, 452[2], 458 f., 460 u. A. 1, 461 u. A. 2, 467 f., 469[1], 480, 486, 525[1], 587, 594, 650[2], 657, 673[1], 738[1], 755, 760, 815, 822, 835. Entlassung 441[4], 543 u. A. 2, 552, 560, 582, 584 f., 588, 604 f., 618 f., 659 u. A. 1, 671 f., 689, 836[4].

Leuker, Dr. Esaias, bairischer Geheimsekretär 137[1], 160[1, 2], 244, 271, 418, 530[1].

Libertät s. unter Reichsstände.

Lieben in Böhmen 326[1], 350.

Lichtenfels bei Bamberg 751.

Liechtenstein, Karl von, geheimer Rat des Königs Matthias 175 u. A. 4, 177, 254, 284, 419. — N., Adeliger im Dienst des Erzherzogs Maximilian 133.

Liegnitz, Herzogtum. Herzog Johann Christian 374, 391, 489.

Liga (katholische Union, katholischer Bund) 235, 295[1], 303, 323[1], 324, 339[1], 383[2], 384, 386, 416, 450[1], 520 f., 780[6]. Abschiede der Liga 474, s. unten, unter Tagungen. Verhältnis zu Erzherzog Albrecht s. unter Albrecht. Aufhebung der Liga 89, 193, 309, 311 f., 314, 339[1], 380[1], 381, 733. Beziehung zum Ausland 311, 338, 339[1], 378, 416, s. auch unter Albrecht, Frankreich und Spanien. Bestätigung durch Rudolf II. 10[2], 19, 43, 169, 170[1], 311 f., 314, 315[1], 339, s. auch unten, unter Verhältnis zu Rudolf II. Bundesnotel s. unten, unter Verfassung. Dauer der Liga 416. Defensionswesen 138, 156. Dezimation der geistlichen Mitglieder s. unter Dezimation. Direktorium der Liga (Bundesoberste) 5 f., 8[1], 10[2], 15[2], 136, 142, 156 f., 169, 170[1], 200 u. A 2, 243, 270, 274[1], 281, 310 f., 315 u. A. 2. 3, 323 f., 336, 337 u. A. 2, 339 u. A. 1, 377 f., 379[1], 380[1], 385, 387, 416 f., 474, 550, 644, 732[2], 835[1]; s. auch bei Baiern, unter Maximilian, und Mainz. Adjunkten der Obersten 156, 339[1], 378, 382, 385, 387, 417. Erweiterung der Liga 384, 732. Finanzen der Liga 6 f., 8 f., 51, 473 u. A. 1, s. auch unter Kredit, Legstätten, Quote, Restanten, Schulden, Vorrat. Fortsetzung der Liga 384. Verhältnis zu Frankreich s. unter Frankreich. Friedenspolitik der Liga 79, 170[1], 270. Furcht vor der Liga 563. Heer der Liga und dessen Abdankung 7, 8 u. A 1, 15[3], 34, 62, 103, 108[1], 109[2], 137, 155 f., 188[5], 190[1], 191 u. A. 2, 199 f., 204, 244. 274[1], 275 f., 309, 312 f., 378, 381, 382 u. A. 1. 2. 4, 385, 387, 417 u. A. 1, 434[1], 473 u. A. 1, 474[2], 700[2], 732[4]. Die Liga im jülicher Erbstreit 6 f., 10[2], 15, 26, 81, 88 f., 98, 136, 139, 154, 156 f., 172, 244[2], 377, 379 u. A. 1. Liga und die Komposition im Reich 270[1]. Kredit der Liga 473. Legstätten 339 u. A. 1. Beziehung zu Lothringen s. unter Lothringen. Mängel der Liga 10[2], 88, 134 f., 137, 142, 311 f., 314, 334, 339 u. A. 1, 378, 382, 385, 780[6]. Mainz in der Liga s. unter Mainz; Spannung zwischen Mainz und Baiern s. bei Baiern, unter Verhältnis zu Mainz. Verhältnis der Liga zu König Matthias 433[2], 718; zu Erzherzog Maximilian s. unter Erzherzog Maximilian. Mehrheitsbeschlüsse in der Liga 732. Münchener Akkord 7, 8[1], 10[2], 15[3], 26, 33[2], 36, 62, 74, 103, 136, 199, 212 u. A. 1, 224, 228, 234 f.,

Digitized by Google

276, 294[1], 380[1], 386, 417, 550, 628, 709[4]. **Verhältnis zu Neuburg** 683[2]; **zum Hause Oesterreich** 170[1], 339[1], 387, 718; **zum Papst** 6 f., 9, 10[2], 50, 51[1], 79, 107[4], 108, 168, 170[1], 191[2], 244[2], 275, 311, 339[1], 341, 381 f., 383[2], 384 f., 416, 417 u. A. 1, 718, 835 u. A. 1. **Partikularvereinigungen in der Liga** 384 f., 416, 449, 450 u. A. 1, 520 f. **Liga und passauer Kriegsvolk** 275. **Quoten der Bundesmitglieder** 7, 108, 137, 154, 168 f., 191[2], 244, 271, 275, 311, 324, 336 f., 339[1], 340, 378, 379 u. A. 1, 384, 415 f., 473 u. A. 1, 474 u. A. 1, 732[4]. **Rechnungswesen der Liga** 26[1], 155 f., 200 u. A. 2, 242 f., 277 u. A. 1. 2, 309, 311. **Restanten** 191[2], 244, 271 u. A. 2, 387[1], 416, 474 u. A. 1, 675[1], 732 u. A. 4. **Ritterschaft und Liga** s. unter Reichsritterschaft. **Verhältnis der Liga zu Rudolf II. (Bestätigung der Liga)** 10[2], 19, 26, 43, 139, 143, 157, 169, 170[1], 311 f., 314, 315[1], 339, 633, 733; **zu Sachsen (und zu den friedfertigen Protestanten, Aufnahme in die Liga)** 5, 6 u. A. 1. 2, 10[2], 14 f., 15[3], 18 f., 43, 49 f., 50[1], 51[1], 54 f., 62, 63[1], 78 f., 80 u. A. 1, 81, 87 f., 97, 114, 126 f., 134 f., 142 f., 149, 154, 156, 167 f., 200 u. A. 2, 201 u. A. 1, 242 f., 244[2], 268 f., 270[2], 306, 309 f., 319, 321 f., 334 f., 338, 339[1], 377 u. A. 1, 378, 387[1], 388 f., 415, 531 u. A. 2, 700. **Schickungen der Liga** 9 f., 78, 137 f., 155 f., 230, 337, 377[2], 381[2], 386, 418 f., 732, 733 u. A. 1. **Schulden der Liga** 108, 200, 243 f., 271 u. A. 1, 275, 378, 380[1], 382[1-3], 383 f, 387[1], 415, 473[1], 474 u. A. 1. **Verhältnis der Liga zu Spanien** 5 f., 9, 10[2], 50, 51[1], 79, 81, 107[4], 108, 149, 170[1], 238, 242, 244[2], 275, 311 f., 314, 323, 339[1], 341, 345, 381, 384 f., 387[1], 416, 417 u. A. 1, 456, 531, 536 f., 645, 718, 835.

Ligastände 234 f., 274[1], 310, 324, 336, 340, 378, 379[1], 384, 415, 417, 418[1], 473[1], 550 f., 732, 733[1], 835; **kurfürstliche** 377; **fürstliche** 418[1], 520, 675[1]; **Prälaten** 269[1], 271 u. A. 2, 275, 377; **Grafen und Herrn** 269[1], 271 u. A. 2, 275, 377, 382 u. A. 2, 384, 416. **Einteilung der Ligastände nach Kreisen** 378, 382, 415; **bairischer Kreis** s. Baiern und unten, unter Oberländer; **fränkischer Kreis** 379, 382; **rheinischer Kreis** s. unten, unter rheinische Stände; **schwäbischer Kreis** 379. **Trennung in oberländische und rheinische Bundesstände** 243 u. A. 1, 270. **Trennung der beiden Kassen** 9, 108 u. A. 1, 192, 380[1], 387[1]. **Oberländische Stände** 9, 14, 78, 108[1], 136 f., 155 f., 201[1], 242 f., 244, 269, 270 u. A. 2, 274 f., 276 u. A. 2, 314, 323, 378 f., 380[1], 381, 386, 415, 417[1], 520, 732[4]; **oberländische Kassa** 108 u. A. 1, 137 f., 190[1], 274 u. A. 1, 378, 380[1], 381, 417[1], 520. **Rheinische Stände** 9, 14, 62, 78 f., 97, 108[1], 109 u. A. 2, 134 f., 142, 154 f., 191[2], 201[1], 242 f., 270, 274[1], 275, 309, 310 u. A. 1, 315, 324, 335 f., 337[2], 378[4], 380 u. A. 1, 381 f., 385, 415, 417[1], 450, 473, 520, 732; **rheinische Kassa** 108[1], 155 f., 191[2], 244, 270, 274[1], 378, 380[1], 381, 417[1], 473[1], 474 u. A. 1.

Liga und Succession im Reich 797[3].

Ligatagungen 382 f., 416. **Tagung der geistlichen Kurfürsten zu Mainz** (1609 August) 80, 139, 142, 311, 314, 336, 378, 379[1]. **Erster Ligatag zu Würzburg** (1610 Februar) 15[3], 416; **dessen Abschied** 80, 155, 381[2], 416. **Ligatag in München** (1610 September) 8[1], 155, 336, 378. **Versammlung der Oberländer zu Augsburg** (1610 Dezember) 8[1], 10, 26, 50, 134 f., 137 f., 200, 230, 275 f., 309, 378, 415, 417; **deren Abschied** 137, 155 f., 337, 383 f., 386. **Kommunikationstag der rheinischen Stände zu Frankfurt** (1611 Februar) 14, 15 u. A. 3, 50[1], 62, 63[1], 79, 88, 97 f., 114, 134 f., 143[2], 154 f., 157[1-5], 201[1], 309, 310 u. A. 1, 315[3], 323, 334[2], 336[1], 337 u. A. 1, 338[1]. **Zweiter Partikulartag der Oberländer zu Augsburg** (1611 März) 201[1], 242 f., 269 f. **Zweiter Ligatag zu Würzburg** (1611 April) 6 f., 10[2], 14, 15[3], 26, 63[1], 78 f., 97, 142 u. A. 1, 156 f., 191 u. A. 1. 2, 192 f., 274[1], 276 u. A. 2, 389, 449. **Abschied** 385 f., 387 u. A. 1, 415, 417 u. A. 1,

Digitized by Google

520, 531 u. A. 2, 732 u. A. 3, 835. Ausschreiben 26[1], 49, 50 u. A. 1, 79, 134, 136, 200 u. A. 2, 201[1], 270[2], 334, 337. Beschickung 319, 324 u. A. 3, 334[2], 340, 355. Direktion 334. Instruktionen 309 f., 334 f., 338 u. A. 1, 339[1]. Proposition 334. Protokoll 376 f. Rechnungswesen beim Ligatag 50 u. A. 1, 138, 156, 200, 243, 271, 334 f., 377 u. A. 1, 378 f., 473. Aufnahme Sachsens in die Liga 134 f., 154 f., 200, 243, 269, 270 u. A. 2, 306, 321, 378, 415. Ausschreibung eines neuen Tages 761 u. A. 2. Ungleichheit in der Liga 311. Verhältnis der Liga zur Union 74, 148[2], 157[5], 172, 199, 212 u. A. 1, 234 f., 281, 551, 563, 676, 704, 733, 784; zu Venedig 9, 170[1], 418. Verfassung der Liga (Bundesnotel) 5 u. A. 3, 8, 15[3], 62, 79 f., 143, 156, 169, 170[1], 243, 270, 274 u. A. 1, 312, 314, 323, 339[1], 386, 387[1], 415 f.; mainzer Notel 416; münchner Notel 416. Verstärkung der Liga 8, 10[2], 15 u. A. 3, 29[1], 63[1], 137, 142 f., 155, 168 f., 170[1], 200, 309, 311, 313 f., 324, 334, 337 f., 339[1], 377[1], 378, 389, 416, 733, 784. Vorrat der Liga 138, 309, 336, 338 f., 378, 382 f., 415 f., 521, 835[1]. Zweck der Liga 8, 19, 88, 142 f., 154, 156, 167 u. A. 3, 169, 170[1], 190 f., 335, 337 f., 382 f., 384 f.

Ligue, heilige, in Frankreich s. bei Frankreich, unter Ligue.

Lindau, Reichsstadt. Unionsstand 53.

Lingelsheim, Michael, kurpfälzischer Rat 52 f., 54.

Linz an der Donau 58 f.

Lippe, Simon Graf zu 506[3].

Lippe, Stadt in Westfalen 98.

Lipschitz (Libřitz) in Böhmen 177.

Lissa in Böhmen 688.

Lizenten 15[1], 88, 126, 368 u. A. 2, 380[1], 477, 728[8], 808[2].

Lobkowitz, Albert Zdenko Popel von, böhmischer Oberstkanzler 91 u. A. 2, 144 u. A. 3, 284[3], 329, 349, 410, 596. — Polyxena, Gemahlin Alberts 346. — Wilhelm, einer der Führer der böhmischen Stände 91, 171[1], 177, 186, 188, 240, 289, 419, 469[1], 542.

Loefenius auf Hainhof und Ebermannsdorf, Dr. Michael, kurpfälzischer geheimer Rat 37, 94[1], 197, 217, 332, 447, 448 u. A. 1, 697, 802.

Loeffelholz, Wolf, nürnberger Patrizier 36 u. A. 3.

London 20[1].

Losenstein, Wolf Sigmund von, Hofmarschall des Königs Matthias 251 u. A. 1, 2, 252, 254, 316[1], 357[4], 402[1], 405, 419, 451, 464, 479, 480[1], 517[2], 519[2], 522[2], 541, 643, 644[2], 736 u. A. 5.

Loss, Christoph von, kursächsischer geheimer Rat, gewesener Reichspfennigmeister 179[1], 366, 812. — N., lausitzischer Edelmann 426.

Lothringen, Herzogtum 170[1]. Herzog Heinrich 230, 248[2], 707, 774 u. A. 1, 841. Beziehung zur Liga 230, 337, 384, 417, 450[1].

Louise Juliane, Kurfürstin-Witwe von der Pfalz s. unter Pfalz.

Lucan, Heinrich von, Oberstleutnant im Dienst des Königs Matthias und Kursachsens 347[1], 419 u. A. 1, 420, 501[1].

Ludwig XIII., König von Frankreich s. unter Frankreich.

Ludwig, Landgraf von Hessen-Darmstadt s. unter Hessen-Darmstadt.

Lüttich, Bistum 109[2], 535. Bischof Kurfürst Ernst von Köln. Eintritt in die Liga 312, 336, 380[1], 382, 474[2].

Lüttich, Stadt 409, 488 u. A. 2, 489, 541[2], 559.

Lüttichau, Wolf von, kursächsischer geheimer Rat 373[1], 394, 402[2], 424[1], 425[1], 439, 445, 450, 456.

Lützelburg, Oberst im elsässer Kriegsvolk 66[1].

Lukanes (Lukawez?) in Böhmen 165[1].

Luna, Juan de, spanischer Staatssekretär 538[1].

Lutheraner s. unter Reichsstände.

Lutz, Johann Christoph, württembergischer Sekretär 217, 698.

Luxemburg, Stadt 514.

Lynar, Graf Johann Kasimir, markgräflich culmbachischer geheimer Rat und oberster Kammerrat 70 u. A. 1, 73[1], 268[1], 686 u. A. 1, 687[1], 697, 729, 735 u. A. 2, 745[2], 796.

Madrid 349[3], 656[3].

Madruzzo, Gaudentius von, Oberst eines spanischen Regiments in Mailand s. unter Mailänder Volk

Digitized by Google

Mägerle, Kanzlist in der Kanzlei des Königs Matthias 202[1], 250[2], 284[5], 478[1], 486[1].
Mähren, Markgrafschaft 103, 116, 144, 151, 240, 252[1], 292, 328, 364, 452[2], 459[2]. Bauern 165[7]. Union mit den Erblanden 254 f., 512, 542, 659. Finanzen 255 u. A. 1. Landeshauptleute s. unter Berka und Zierotin. Landstände 94, 188[1], 325 f., 358, 424[2], 428[2], 443, 459, 464[1], 844; evangelische 695. Verhältnis zu Matthias und Rudolf II. 101, 175, 289, 326, 694, 737. Einfall der Passauer 28. Städte 255[1]. Verhältnis zur Union 94, 229, 706. Werbungen wegen der Passauer 13, 152 f., 171[1], 193, 213, 214 u. A. 2, 252[1], 271, 291, 316[1], 361, 410.
Magdalena, Herzogin von Baiern s. unter Baiern.
Magdeburg, Erzbistum. Administratoren, weltliche 678 u. A. 1. Administrator Christian Wilhelm, Markgraf von Brandenburg 268[1], 315[5], 544, 678.
Majestätsbrief, böhmischer s. unter Böhmen.
Mailand, Herzogtum 29, 116, 129. Spanischer Vizekönig s. unter Mendoza.
Mailänder (Madruzzisches oder Spanisches) Kriegsvolk 52 f., 66 u. A. 1. 2, 74, 92, 103, 159, 176, 204.
Mainz, Erzbistum. Gebiet 9, 142, 315, 337, 386, 474, 476; Oberstift 336. Kriegsschäden 336, 387. Kurfürsten Daniel von Heusenstamm 135, 573. Johann Schweikhard von Cronberg 6, 14, 78, 80, 113, 139 f., 141[1], 148 u. A. 2, 154[1], 162[1], 163, 167[4], 273[2], 314[1], 322, 324[1. 2. 3], 337[2], 405[1], 407, 409, 432, 454[1], 479, 487[3], 504[1], 525[1], 577[2], 616 f., 638, 662[2], 669, 673[1], 689, 771, 777[1], 780[6], 792 u. A. 4, 813, 817, 829[2], 843. Haltung im pfälzischen Administrationsstreit s. unter Administrationsstreit. Verhältnis zu Erzherzog Albrecht s. unter Albrecht; zu Fürst Christian von Anhalt s. unter Anhalt; zu Maximilian von Baiern s. unter Baiern; zum Herzog von Braunschweig und zu dessen Direktorium am kaiserlichen Hof 659 u. A. 1, 739 u. A. 4, 740[1], 760; s. auch unter Braunschweig und bei Rudolf II., unter Direktion des kaiserlichen Hofes. Mainz als Erzkanzler 475 u. A. 2, 483 u. A. 1, 484, 750, 844. Friedensliebe 167[3], 206, 599, 769. Haltung im österreichischen Hausstreit 98[2], 153, 162[1], 163, 210[2], 246, 247[1], 271 f., 350, 351 u. A. 1. 2. 4, 366, 367 u. A. 1, 368, 375, 392, 393[1], 395, 397, 400, 408[2], 409, 412 u. A. 1, 420[3], 426, 429 f., 432[1], 438, 446, 453, 458 u. A. 3, 483 u. A. 1, 487, 490, 491[1], 495, 509, 514, 523 u. A. 1, 524[1], 527, 545, 554[2], 555 f., 649, 713; s. auch unter Brömser und beim Hausstreit, unter Kurfürsten. Verhältnis zum Landgrafen von Hessen-Darmstadt s. unter Hessen-Darmstadt. Kurmainzische Kanzlei 90, 140, 417[1]. Verhältnis zu Khlesl s. unter Khlesl. Mainz und die Komposition im Reich 76, 203, 294, 295[1], 437[3], 550 f., 704 f., 756, 769, 782[2], 803 u. A. 1. Kriegsvolk von Mainz 309, 311 f., 336, 380[1], 381[2], 386, 473. Mainz und der Kurfürstentag 87[2], 354[4], 366 u. A. 1, 368[2], 397, 408[2], 409, 434[1], 435, 474 f., 477[1], 488, 498, 503 f., 519 u. A. 3. 5, 527, 529 u. A. 1, 551 u. A. 2, 558[1], 577[3], 601[2. 4], 616, 646 f., 650, 652[1], 776[5], 836. Mainz als Direktor des Kurkollegs 355, 398, 414, 420[2], 434[1], 474 f., 509[1], 510, 646, 662[1], 681, 682[1. 2], 734 u. A. 4, 744, 746[2], 757 u. A. 2, 778, 791[1], 792[4], 799, 816, 823, 826, 829. Verhältnis zu Erzherzog Leopold s. unter Leopold. Stellung in der Liga 5, 6 f., 9, 10[2], 78 f., 88 f., 108[1], 109[2], 134 f., 154 f., 166 f., 191 u. A. 2, 200, 242 f., 308 f., 311 f., 323 u. A. 2, 334, 339[1], 340, 341[1], 377 u. A. 1, 380[1], 381 u. A. 2, 382, 383 f., 387[1], 417[1], 418[1], 449, 450[1], 473 u. A. 1. 2. 3, 474[2], 520 f., 732, 733[1]. Bundesoberst der Liga 142, 157, 170[1], 200[2], 310 u. A. 1, 311, 315 u. A. 2, 323 f., 337 u. A. 2, 387, 474, 550 f., 732, 733[1. 4]. Gesandte zum Ligatag 334[2], 340, 376, 378 f., 380[1], 381 f. Austritt aus der Liga 310, 314, 339[1]. — Verhältnis zu König Matthias 306, 349 f., 351 u. A.

Digitized by Google

3. 4. 5, 406 u. A. 3, 419, 432[1], 446, 456, 481 f., 496[1], 515, 527 u. A. 1, 528 f., 540, 545 u. A. 1, 555 f., 558 u A. 1, 625 u. A. 2, 628, 629[1]; zu Neuburg s. unter Neuburg. Mainzische Neutralitätspolitik 315[4]. Verhältnis zum Hause Oesterreich 432[1], 524[1], 527 f., 777[1]; zur Pfalz 63[1], 74[1], 76, 148 u. A. 2, 159, 232, 235 f., 273[1], 281, 408[2], 471 f., 476, 477 u. A. 1, 498 f., 503 f., 529 f., 551, 573, 604, 610 u. A. 3, 626 f., 629[1], 640 f., 650, 692[1], 704, 773, 828. Mainz beim prager Konvent 7, 80, 97, 134 f., 142, 153, 247[1], 273[1], 350, 351 u. A. 4, 392, 412[1], 504, 702, 837. Verhältnis zu den Protestanten 757[3], 762. Räte und Diener 143[2], 310[1], 338[1], 339[1], 340[1], 383[1], 477, 577[3], 629[1], 757[3], 760, 762, 792, 803 u. A. 1, 827, 835; s. auch unter Brömser, Drach, Eltz, Faber, Faust, Fleischbein, Fürstenberg, Gereon, Greiffenclau, Hensel, Rebmann, Reiffenberg, Schenckern. Mainz und die Ausschreibung des Reichstags 475. Verhältnis zu Rudolf II. 87, 247[1], 271 f., 350 f., 351[2], 397, 441[4], 519, 582 u. A. 2, 736, 740[1], 750, 843; zu Sachsen (Verhandlung wegen des Eintritts in die Liga) 6 u. A. 1, 10[2], 14 f., 15[3], 49, 51[1], 62, 63 u. A. 1, 78 f., 97 f, 107[3], 134 f., 142 f., 149, 166 f., 200, 201[1], 242 f, 270 u. A. 2, 271, 306 u. A. 2. 3, 309, 319 u. A. 1, 321 f., 323[1], 334 f., 366 u. A. 1, 367[1], 377[1], 378, 388, 389[1], 409, 422 f., 577[3], 620[2], 647, 661 f., 690, 734[5], 791; zu Spanien 529, 559, 646. Stellung zur Successionsfrage 148 u. A. 2, 159 f., 161[1], 349, 406 u. A. 3, 447, 492, 527, 540, 558, 626 f., 629[1], 640 u. A. 2. 3. 4, 641[1], 690, 776 f., 833. Mainz und die Union 33[2], 38, 54[1], 232, 234, 236, 563, 703. Verhältnis zu Würzburg 387.

Mainz, Stadt 9, 80, 139, 142, 149, 242, 311 f., 336, 379[1], 387, 393[1], 457, 473[1], 477[1], 527, 646, 690, 760, 763.

Maiora s. unter Reichstag.

Mancicidor, Julio de, spanischer Kriegsrat und Sekretär des Erzherzogs Albrecht 2[1], 46.

Mander von Neuhausen, P., 625.

Mansfeld, Graf Bruno, kaiserlicher Kriegsrat 296. — Graf Ernst, Oberst im Dienst der Union 227, 548, 562, 567[1], 710[1], 717[1], 784, 792. — Graf Philipp Ernst, Oberst in kursächsischem Dienst und Amtmann zu Leipzig und Eulenburg 811. — Graf Wilhelm, markgräflich ansbachischer Obermarschall 697.

Mantua, Herzog Vinzenz von Gonzaga 384.

Markort (Markhart), Hans, Kammerdiener und Ofenheizer Rudolfs II. 316[1], 594[1], 813, 821.

Maria, Erzherzogin von Oesterreich s. unter Oesterreich.

Margareta, Königin von Spanien s. unter Spanien.

Maria von Medicis, Königin-Regentin von Frankreich s. unter Frankreich.

Maria im Schneefeuer, Kloster in Prag 144, 165[2], 194.

Mariemont (Marienberg) in Belgien 42, 488, 535 f.

Marra, Placidus de, Bischof von Melfi und Nuntius in Prag 209, 346[1], 506 u. A. 2.

Marradas, Don Balthasar, Oberst im Dienst der Liga 417[1].

Marx Sittich von Hohenems, Erzbischof von Salzburg s. unter Salzburg.

Matthias, König von Ungarn und Böhmen 132[3], 165[2], 181[2], 214[2], 239, 288, 292[4], 352 u. A. 1, 389, 395, 420 u. A. 1, 475[2], 478[1], 553[4], 586[1], 588[1], 617[1]. Zur Charakteristik der Persönlichkeit 554, 637, 677, 695, 841. Haltung im pfälzischen Administrationsstreit s. unter Administrationsstreit. Verhältnis zu Erzherzog Albrecht s. unter Albrecht; zu Fürst Christian von Anhalt s. unter Anhalt. Anschläge auf das Leben des Königs (Vergiftungsversuche) 260, 320[2], 349, 352 f., 391, 403 f., 419, 425[2], 517, 676[1]. Matthias und das Ausland 466[1]. Verhältnis zum Markgrafen von Baden s. unter Baden; zu Baiern s. bei Baiern, unter Maximilian.

Matthias und Böhmen. Belehnung mit Böhmen 533[1], 601, 623 f., 737, 828, 843. Designation zum König von Böhmen 101, 118, 146, 150[3], 165[2], 186[4], 187, 194, 201 f., 203, 210[2], 241, 258, 260, 268[1], 285 f., 289 u. A. 2, 291 f., 305,

316, 318[1], 319[1], 326, 328, 330, 332, 344, 349, 353[2], 359 u. A. 1, 372, 391, 399, 402. **Krönung in Böhmen** 210[2], 289, 291 f., 304, 316, 318 u. A. 1, 332 f.. 345, 349, 353 u. A. 2, 361, 363, 374[1], 389 f.. 394, 397, 401 f., 405, 407, 408 u A. 2, 410, 422[1], 426[3. 4], 427[2], 428[1. 2], 431 u. A. 1, 432, 435, 438 f., 441[4], 443[3. 4], 444 u. A. 1. 2, 445 u. A. 4, 446, 451, 452[2], 453, 456 f., 459[1], 460 u. A. 1, 461 u. A. 2, 462 u. A. 1, 463 u. A. 1. 2, 466 f., 468 u. A. 1, 469 u. A. 1, 470 u. A. 1, 475[2], 478 u. A. 1, 479, 480 u. A. 1, 481[2], 483, 485[2], 487 u. A. 3, 492, 494, 496, 500, 505 f., 516, 521, 524, 528, 532 u. A. 2, 534, 544, 552, 556, 585, 587, 594 f., 602, 611, 627, 632, 695. **Matthias als Kurfürst von Böhmen** 611, 613, 624. **Verhältnis zu den Landständen s. bei Böhmen, unter Landstände. Regierung in Böhmen** 452[2], 462 u. A. 1, 463[2], 528, 533[2]. **Wahl zum König von Böhmen s. bei Böhmen, unter Wahlrecht der Stände. Zug des Matthias nach Böhmen im Jahr 1608** 326, 360; **im Jahr 1611** 13[3], 23, 82, 84 u. A. 1, 86, 119, 131[1], 145 u. A. 2, 146, 147[2], 150, 152, 163 f., 165[1], 171[1], 175 f., 178, 182, 183[1], 187, 193 f., 196, 201, 202 u. A. 1, 210 f., 214 u. A. 1, 215, 246, 248, 251, 252 u. A. 1, 253, 255, 260[5], 271, 283 f., 287 f., 290, 306, 326, 330, 333, 343[1], 354[4], 364, 370, 388, 403, 407, 410, 419, 431[1], 470[1], 585, 658, 689.

Verhältnis zu Brandenburg s. unter Brandenburg; zum Herzog von Braunschweig s. unter Braunschweig. Einkünfte des Matthias 255 u. A. 1. **Verhältnis des Matthias zu England** 406[2]; **zu den Erblanden s. unter Erblande; zu Frankreich s. unter Frankreich. Friedensliebe des Matthias** 405. **Verhältnis zu den Generalstaaten s. unter Generalstaaten. Gesundheitszustand des Königs** 349, 391, 424[2], 427[2], 442, 452[2], 637, 695. **Verhältnis zu Hannewald s. unter Hannewald. Heirat** 133, 254, 287[2], 388, 452[2], 516, 615 u A. 2, 658, 758 u. A. 1, 764, 765 u. A. 2, 821, 836. **Verhältnis zum Landgrafen von Hessen-Cassel s. unter Hessen-Cassel. Hofhaltung des Matthias** 523[1]. **Verhalten im jülicher Erbstreit** 104, 405. **Matthias und Khlesl s. unter Khlesl. Matthias und die Komposition im Reich** 207[1], 234, 236, 399, 437[3], 675, 677, 679, 704, 714[2]. **Verhältnis zu den Kurfürsten (Intervention der Kurfürsten im Hausstreit) s. unter Kurfürsten. Matthias und der Kurfürstentag** 534, 544, 558 u. A. 1, 567, 607, 610, 615, 621, 757 u. A. 3, 764 f., 780 u. A. 6, 834 u. A. 3, 836, 842, 844. **Verhältnis zu Erzherzog Leopold s. unter Leopold; zur Liga s. unter Liga; zu Mainz s. unter Mainz; zu Erzherzog Maximilian** 83 u. A. 4, 101, 132, 160[1], 162 u. A. 1, 163, 176, 211, 236, 255[1], 354[4], 487[1], 491[2], 541[1], 544, 545[1], 553 f., 587, 610[2], 615, 628, 658, 781[1]; **zum Gesamthaus Oesterreich** 466[1], 479, 718; **zum Papst und zur Kurie** 164, 201 f., 208, 212[1], 286, 361, 364, 428[2], 455[1], 625, 627, 687, 712, 718, 764 u. A. 3. **Matthias und das passauer Kriegsvolk** 2[1], 12 f., 23, 24[1], 31 u. A. 1, 32[1], 47 f., 59, 67[2], 119 f., 121[1], 162[1], 163, 171[1], 201 f., 240 f., 246 f., 256[1], 258 f., 307, 317[1], 329 f., 346 347[1. 2], 353, 372, 400, 411, 423 f., 442, 484, 489, 501[1], 506, 515[1], 516, 534. **Verhältnis zur Pfalz** 147, 177, 333, 343[1], 406[3], 407, 472 u. A. 3, 499, 515 f., 517[2], 544, 585, 626 f., 693[1], 714[2]. **Matthias und die Bürgen des prager Vertrags von 1610** 98, 102, 164, 178, 246, 350, 351[1. 2. 4], 357[2], 372 u. A. 1, 393, 397, 403 f., 406[1], 436, 529, 570, 587. **Matthias und die Protestanten (im Reich und in den Erblanden)** 101, 115, 147, 159, 160[1], 173, 175 f., 211, 212[1], 253, 256, 286, 290 u. A. 1, 294 A. 1, 333, 341 u. A. 2, 406 u. A. 3, 407 f., 472 u A. 3, 515 f., 544, 594, 614, 629[1], 636, 659, 694 f., 718, 802. **Räte des Matthias** 31 f., 60, 96 f., 152, 175, 177 f., 183, 249, 254 u. A. 1, 256[1], 284[5], 286, 288, 305[1], 346, 348 f., 357[4], 363[3], 402, 405, 410 f., 419, 431[1], 442, 445, 452[2], 455[1], 481 f., 486 u. A. 1, 487[3], 501[1], 508[3], 523[1], 526, 532, 533[1], 536, 541, 542[3],

Digitized by Google

556, 596, 607, 670, 688[2], 694 f., 742[1], 763 u. A. 4, 792[2]; s. auch unter Dampierre, Daun, Dorn, Fürstenberg, Goltz, Grapler, Grünthal, Hardeck, Herberstein, Hoditzky, Hoš, Hofkirchen, Khlesl, Khrenberg, Kinsky, Kollonitsch, Losenstein, Lucan, Mägerle, Meggau, Polheim, Puchheim, Rebmann, Schröttl, Starhemberg, Teufel, Tiefenbach, Trautson, Wacker. **Matthias und das Reich** 63[1], 65, 152, 248, 263, 320[2], 333, 343[1], 390, 399, 400 u. A. 1, 406 u. A. 3, 407, 408[2], 410, 414, 432[1], 462 u. A. 1, 466[1], 479, 481 f., 483[1], 484, 489, 515 f., 528 f., 533[1], 540, 544, 545[1], 611, 613, 615, 625 u. A. 1, 629[1], 632, 677, 687, 711, 811, 823. **Matthias auf den Reichstagen** 425[2], 675 f. **Matthias und die Religion** 172 f., 176, 202, 249 f., 250, 253 f., 256[1], 288, 343[1], 353[2], 455 u. A. 1, 478[1], 542, 545, 618, 649, 658, 677 f., 695, 841. **Residenz des Matthias** 533[1]. **Verhältnis zu Rudolf II.** 2, 12 f., 31 f., 32[1], 58[2], 82, 90[5], 96, 100 f., 117, 120 f., 148[2], 152 f., 178, 194, 196, 207, 246, 250 u. A. 2, 251 u. A. 2, 256[1], 259, 282, 287 f., 292, 320[2], 349, 351, 358, 374[3], 390, 391 u. A. 1, 394[1], 408[2], 451, 459 f., 461, 462 u. A. 1, 463 f., 466 u. A. 1, 467 f., 469 u. A. 1, 492, 494 f., 496[1], 505, 510 f., 521 f., 523[1], 524, 525 u. A. 1, 526, 529, 532[2], 533[1], 540 f., 544 f., 552 u. A. 4, 556, 558[1], 560, 578, 583 u. A. 3, 585, 587 f., 601 u. A. 3, 602, 608[1], 611 f., 621, 622 u. A. 1—7, 623 u. A. 1. 3. 4, 644 u. A. 2, 650, 670, 687, 688 u. A. 1. 2, 689 f., 699, 703, 718, 728, 736 f., 741, 742 u. A. 1. 2, 759, 780[6], 789 f., 816 f.; s. auch unter Hausstreit und Rudolf II. **Verhältnis zu Sachsen** 12, 23, 24 u. A. 1, 173[2], 175 f., 177 f., 246 u. A. 3, 286 u. A. 2, 290[2], 316[2], 320 u. A. 2, 364, 365[4], 366[1], 367 u. A. 1, 372 f., 388, 390, 392, 396 u. A. 2, 402 f., 404 f., 406 u. A. 3, 410 f., 418 f., 432[1], 451, 515 f., 527 f., 540, 556, 594, 614, 621 u. A. 1, 628, 629[1], 643, 644 u. A. 2, 646, 657, 662, 687, 688[2], 690, 693, 811; **zu Salzburg** 31[1], 63 f., 83 u. A. 2. 3, 84, 162 f., 419; **zu Savoyen** 354. **Schulden des Matthias** 255, 466[1]. **Verhältnis zu Spanien** 47, 82, 115, 118, 146 f., 164, 172 u A. 1, 175, 203, 213, 245, 286 f., 290[1], 299, 305, 346, 348, 361, 364, 390 f., 413, 428, 442, 447, 455[1], 456, 463[2], 478, 481 f., 484, 492, 496[1], 536 f., 540, 541[1. 2], 627, 629[1], 637, 642 f., 669 f., 671, 687, 712, 718, 758, 759[1], 789, 834. **Stimmung für Matthias** 489, 496[1], 526 f., 540, 545[1], 555, 558[1], 618, 627 f., 629[1], 637, 643, 644[2], 646, 657, 677, 694 f., 763 u. A. 4, 782 u A. 1, 797. **Matthias und die Succession im Reich** 53, 115, 118, 160[1], 163 f., 203, 211, 245, 253, 286, 305, 341, 342 u. A. 2, 343[1], 346, 348, 353[2], 361, 401 u. A. 2, 405, 406 u. A. 3, 410, 432[1], 442, 479, 483[1], 485, 487 u. A. 3, 488 u. A. 1. 2, 489 f., 496[1], 506, 514 f., 526, 527 u. A. 1, 528, 538[1], 540, 541[1. 2], 554, 556, 558, 586, 594, 613 f., 625, 627 f., 629[1], 636 f., 640, 641[1], 677, 686, 690, 695, 714[2], 742[2], 764 u. A. 3, 797, 834. **Empfehlung des Matthias bei den Kurfürsten** 428[1. 2], 440, 442, 466[1], 487, 488[1. 2], 491[2], 492 f., 516, 526, 527 u. A. 1, 545[1], 553, 554 u. A. 2, 558, 560, 608[1], 627 f., 640[3], 642 f., 669, 742 u. A. 1, 764 u. A. 3, 782[2], 812. **Kandidat für die Kaiserwürde** 642; **Kandidat für die römische Krone** 642 f., 677, 690, 695, 697, 714[2], 742[2], 765[2], 797. **Matthias im Türkenkrieg** 326, 341, 406, 554, 824. **Matthias und Ungarn** 101, 175 f., 354, 372, 393, 414, 459[2], 611, 615. **Verhältnis zur Union** 53, 63[2], 65 f., 67[2], 94, 104[2], 159, 164, 172 f., 175 f., 200, 211, 212 u A. 1, 222, 228 f., 234, 236, 248 u. A. 2, 250[1], 256, 281, 341 u. A. 2, 342 u. A. 2. 3, 343[1], 399 u. A. 1, 400 u. A. 1, 406[2], 418, 441[1. 3], 472[2], 490[1], 500[2], 515 f., 517[1], 522[2], 567, 580[1], 585, 594, 604, 607, 614, 618, 631, 659, 664, 666, 673 f., 677 f., 686, 704, 709 u. A. 1. 4, 710[1], 711 f., 713[1], 714[2], 719, 729[2], 731, 764[2], 770, 780 u. A. 6, 782. **Gesandte des Matthias beim rotenburger Unionstag** 616[2], 631, 664, 666, 673, 705, 709 u. A. 1, 710[1], 711, 712 u. A. 1, 714[2], 729[2], 731, 738 u.

Digitized by Google

A. 1, 780 u. A. 6, 839; s. auch unter Polheim. Vergiftungsversuche an Matthias s. oben, unter Anschläge. Verhaftungen in Prag 316 u. A. 2, 320[2], 349 u. A. 2, 351[3], 353[1], 356, 362, 367[1], 373, 374[3], 389, 395, 406[3], 412 u. A. 1, 414, 425[1. 2], 426, 428, 438, 440, 441[4], 442, 443[3], 444[2], 459[2], 460, 462[1], 464 u. A. 1, 466[1], 482, 484, 489, 499, 510, 522 u. A. 2, 523, 533[1], 534, 555, 558[1], 569 f., 587, 836[7]. Verhältnis des Matthias zu Württemberg 65 f., 104[3], 294[1], 341, 401[1. 3], 515, 522[3], 610, 677, 714[2].

Maximilian I., deutscher Kaiser 531, 589.

Maximilian II, deutscher Kaiser 135, 260[5], 363, 401, 515, 573, 755; dessen Linie 301, 637, 706.

Maximilian, Erzherzog zu Oesterreich, Hoch- und Deutschmeister, Regent in Tirol 183, 212[1], 245, 265[1], 286[2], 288[3], 305[1], 318[1], 347[1. 2], 352 u. A. 1, 353[1. 2], 389, 391[4], 396[1], 442[3], 478[1], 488[1], 494, 519[2], 610[2], 616[2], 623[2], 625, 644[2], 657[2], 686[1], 688[1], 689[2], 696 u. A. 1, 739[2], 741[1], 742[2], 751, 762, 763[2. 4], 764[3], 780[6], 782[1. 3], 815[1]. Zur Charakteristik 169, 281. Haltung im pfälzischen Administrationsstreit 177, 248[2]. Als Deutschmeister 335. Im österreichischen Hausstreit 208[1], 209, 210[1], 402. Verhältnis zu Khlesl 658 u. A. 1, 764. Besuch des Kurfürstentags 763[2], 840. Maximilian und die Komposition im Reich 207[1], 235, 293 u. A. 4, 294 u. A. 1, 295[1], 550, 704, 712, 756 f., 763 u. A. 2, 782 u. A. 2. Verhältnis zu Erzherzog Leopold s. unter Leopold. Eintritt in die Liga 168 f., 170[1], 200, 387, 416, 590. Verhältnis zu Matthias s. unter Matthias. Räte und Diener s. unter Arbaissel, Brackenhofer, Brandis, Ducker, Geuer, Grienberger, Hahn, Pötting, Saurgrein, Wolkenstein. Verhältnis zu Rudolf II. 32[1], 101, 160[1], 293[4], 550, 628, 690; zu Salzburg 83[3], 84, 132 f., 151[4], 163, 207[1], 211, 607[1]. Verhältnis zum schwäbischen Schirmverein 589 f. Als Statthalter in Böhmen 285, in Oesterreich 658. Maximilian und die Succession im Reich 115, 160[2], 163, 346, 354[4], 361, 491[2], 553, 554 u. A. 2, 627 f., 629[1], 677, 690, 764[3], 777[1], 781 u. A. 1, 782[3]. Sorge um Tirol 2[1], 5, 12[2], 23[1], 27, 31 f., 66[1], 83[3], 84, 103, 133, 151[4], 211, 284 f., 352[1], 589. Verhältnis zur Union 37 f., 52 f., 66[1], 94, 229 f., 279, 281, 293 u. A. 4, 294 u. A. 1, 399 u. A. 1, 676 u. A. 1, 677, 703 f., 712 f., 727 u. A. 2, 768. Vertrauen der Reichsstände zu Maximilian 229, 541[1], 544, 550, 676 u. A. 1, 712 f., 727[2], 763 u. A. 2, 782 u. A. 2.

Maximilian Ernst, Erzherzog zu Oesterreich s. unter Oesterreich.

Maximilian, Herzog von Baiern, s. unter Baiern.

Mayrle, Wenzel, Bürger von Soběslau 165[1].

Meckbach, Dr. Bernhard Wilhelm, Hofkammerrat 181[2], 183, 216 u. A. 3.

Medicis, Juliano de, Gesandter des Grossherzogs von Toskana 196.

Meggau, Leonhard Helfrich von, Freiherr auf Kreuzen, Hauptmann von Eisenstadt und Forchtenstein, königlicher Oberstkämmerer und Oberhofmeisteramtsverwalter 248, 252, 254 u. A. 1, 256, 284[8], 288, 291 u. A. 1, 396[2], 402[1], 482, 483[1], 602, 605, 610, 616, 658, 764.

Meissen, Markgrafschaft 127.

Melander, Otto, böhmischer Appellationsrat 648 u. A. 1, 672.

Melfi, Bistum; Bischof Placidus de Marra, Nuntius in Wien s. unter Marra.

Memmingen, Reichsstadt. Armut 232. Unionsstand 36[3], 222, 227[1], 232, 698, 786[1], 787[1].

Memmo, Marc Antonio, Doge von Venedig s. unter Venedig.

Mendoza, Juan, Statthalter von Mailand und Connetable von Castilien 66[2], 129, 204.

Mergentheim an der Tauber 541[1].

Mertz, Dr. Simprecht, bischöflich regensburgischer Kanzler 269[1].

Metternich, Adam Wolf von Gracht genannt Metternich, Domdechant zu Speier 675[1], 776 u. A. 5, 777[1], 797, 815.

Metternich, Lothar von, Kurfürst von Trier, s. unter Trier.

Metz, Stadt 514.

Minckwitz, Ehrnfried Freiherr von, Reichshofrat 151[1], 154[1], 178[3], 183

Digitized by Google

u. A. 2. 4, 187, 246[2], 394[1], 395, 422[1], 423, 428[1], 429, 451, 452[2], 461, 463 u. A. 2, 464 f., 467, 509 u. A. 1, 553, 560, 588, 596, 602, 605 f., 614, 648, 736, 836.
Miraballo (Mirabaldo), Graf Antonio, Kämmerer des Erzherzogs Leopold 147[1], 182, 194 u. A. 2, 290, 348, 506 u. A. 2, 526, 607.
Mödlingen (Mödingen) bei Lauingen, Kloster 549[3].
Mömpelgard, Grafschaft 680, 719, 774, 829 u. A. 1.
Mörsberg, Freiherr von, Oberst im Kriegsvolk der Liga 188[5], 417[1].
Moldau, Fluss in Böhmen 171[1].
Moldau, Fürstentum 615. Gesandte des Hospodaren der Moldau 354, 364, 390, 489.
Moll, Friedrich, bischöflich passauischer Rat 377.
Mollart, Ernst Freiherr von, kaiserlicher geheimer Rat und Hofmarschall 145 u. A. 4, 186[4], 288 u. A. 2, 291, 346, 347[4], 349, 363, 423, 428[3], 431, 439, 441[4], 444, 445[4], 451, 452[2], 461, 464, 467, 480, 525[1], 543, 588, 602, 605 f., 608, 619, 648, 657, 659[1], 689, 737, 759, 818[2], 822, 835 f.
Molsheim im Elsass 668.
Mondsee, Marktflecken in Oesterreich ob der Enns 22.
Mondorf am Rhein (s. auch Monheim) 15[1], 140.
Monfalcone in Istrien 501[1].
Monheim am Rhein, s. Mondorf.
Montalto, Kardinal, s. unter Peretto.
Montañana, Pedro de, Sekretär von Zuñiga 213 f.
Montepulciano, Erzbistum. Erzbischof Robert Ubaldini s. unter Ubaldini.
Montmorency, Nicolas de, Chef der burgundischen Finanzen 44.
Moriz, Landgraf von Hessen-Cassel, s. unter Hessen-Cassel.
Moriz, Prinz von Oranien, Erbstatthalter der Niederlande, s. unter Oranien.
Moscaglia, Hektor, Leibarzt Rudolfs II. 648[4].
Mosel, Fluss 98.
Mühlhausen in Thüringen, Reichsstadt 368 u. A. 3, 387, 397, 398[1], 435, 439, 488, 504[1], 508, 509[1], 526, 528, 530[2], 531[1], 532[2], 533, 541[1], 550, 551 u. A. 2, 552 u. A. 4, 553, 585, 595, 610, 617 f., 621, 623[4], 627[2], 628, 629[1], 650, 652, 656, 660, 661 u. A. 2, 662, 681, 744[1], 746[2], 757, 778, 829. Pest in Mühlhausen 528, 529[1], 616, 744, 746[2], 758, 799. Rat der Stadt 435, 617, 744, 757.
Mühlheim am Rhein 720, 803[2], 805 f., 808[2].
Mühlheimischer Streit 803[2].
Müllem, Hans, Sekretär der böhmischen Landeskanzlei 542.
Müller, Ludwig, Liz., gräflich öttingenscher Kanzler 217, 698. — N., kaiserlicher Hofdiener 823.
München 8[1], 63[2], 79, 108, 132[2], 147, 149, 155, 164[1], 183, 203[2], 207[1], 236, 263, 265 u. A. 3, 297, 307[3], 336, 352[1], 379[1], 437 u. A. 1, 456[1], 508[3], 550 601[1], 607, 814.
Münster, Bistum Bischof Kurfürst Ernst von Köln. — Gefährdung durch die Generalstaaten s. unter Generalstaaten. Eintritt in die Liga 8[1], 109[2], 312, 336, 380[1], 382, 474[2]. Stiftsgebiet 98.
Münsterberg, Herzog Karl von 131[1], 153[1], 365 u. A. 1, 486[1].
Münzwesen 477, 579. Münzprobationstage 598.
Muffel, Hauptmann in nürnbergischen Diensten 795.
Muhm, Dr. Arnold, markgräflich culmbachischer Rat 697.
Mumprecht, Dr. Christoph, Advokat der Stadt Giengen.

Nassau-Dillenburg, Graf Johann von, Oberst im Dienst der Pfalz und der Union 34 f., 36 u. A. 3, 547, 777, 843.
Nassau-Saarbrücken, Graf Ludwig von 843.
Nationalkonzil, deutsches 777.
Naumburg 617.
Nollenburg, Landgrafschaft 589.
Neresheim in Württemberg 740, 801.
Neu, Balthasar, markgräflich ansbachischer Geheimsekretär 697.
Neuburg, Herzogtum. Pfalzgraf August 437 u. A. 1, 549[2], 601[1], 663. Pfalzgraf Philipp Ludwig 11[1], 15 u. A. 2, 20[1], 29[1], 36, 48[1], 63[2], 65[1], 67[2], 73[1], 84[2], 92[2], 98, 109[2], 110[2. 3], 121[1], 161, 165[1], 203 u. A. 2, 231[1], 293, 295[1], 332[2], 333[2], 394[1], 399[1], 401[2], 436, 437[3], 468[1], 471, 501[1], 512 u. A. 1, 531[1], 541, 549[2. 3], 553[1], 559[2], 616[1],

Digitized by Google

635[1. 2], 638, 651, 653[1], 655, 656[1], 663, 683[2], 692[1], 742[1], 798, 799[1], 800 u. A. 1, 801 f., 818 u. A. 2, 836[7]. Im Administrationsstreit s. unter Administrationsstreit. Verhältnis zu Baiern s. bei Baiern, unter Maximilian; zu Brandenburg s. unter Brandenburg. Erbrecht der neuburgischen Linie 821. Finanzen Neuburgs 126, 566. Im österreichischen Hausstreit 425[1], 426, 428, 437, 442. Im jülicher Erbstreit 20[1], 29[1], 38, 70, 107 f., 112[3], 123, 126, 129, 140, 148[2], 203[2], 206[1], 298, 652 u. A. 2, 653[1], 656, 669, 812; s. auch bei Jülich, unter Jüterbogker Vergleich und Possidierende Fürsten. Kaisheimscher Streit s. unter Kaisheim. Bemühungen um die Komposition im Reich 203 f., 206[1], 293 f., 436 f., 489, 549 u. A. 2. 3, 550, 601[1], 652 u. A. 2, 653 u. A. 1, 730 u. A. 2, 731[1]. Philipp Ludwig und der Kurfürstentag 408[2], 476, 477[1], 501 u. A. 1, 530, 574, 577[3]. 585, 617, 682 f., 684, 692[1], 826. Verhältnis zur Liga s. unter Liga; zu Mainz 477[1], 503, 629[1], 650, 692[1]; zu König Matthias 516; zur Pfalz s. unter Administrationsstreit. Neuburgischer Rat 400[3], 437[3], 549, 800; Räte und Diener s. unter Beer, Fröhlich, Gaugler, Heuchelin, Pistorius, Silbermann, Sperberseck, Widmann, Wonsheim, Zeschlin. Verhältnis zu Rudolf II. 375[1], 422[1], 442, 499, 512[1], 543[1]. Gesandte in Prag 391[1], 425[1], 428, 431[1], 451, 468[1], 480, 483[1], 500, 512[1], 517[2], 519[1], 541, 692[1], 742[1], 798 u. A. 2. 3, 800, 818[2]. Verhältnis zu Sachsen 126, 437, 656[1]; zur Union 37, 158 u. A. 3, 217 f., 232 f., 282[1], 437, 539[2], 564, 631[2], 652[2], 663, 666, 682, 683 u. A. 1, 697, 718, 727 u. A. 3, 728 u. A. 1. 730, 731 u. A. 1, 767, 776, 786[1]; Gesandte zum Unionstag 217, 218 u. A. 1, 219[2], 220 u. A. 4, 471, 697; Ausschreibung des nördlinger Partikularkonvents 92[2], 158, 218[1]. Zollsachen 829.

Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm 70, 141, 203 u. A. 2, 206[1], 293[1], 436, 437[1], 655, 800[3]. Dessen Verhältnis zu Maximilian von Baiern 203 u. A. 2, 207[1], 265, 276, 293 f., 437[1], 549[2]; zu Brandenburg 531[1], 652[3], 656[1], 669. Verhalten im jülicher Erbstreit 652 u. A. 2, 653[1], 655, 803[2]; Wolfgang Wilhelm als possidierender Fürst 203[2], 266[1], 730[2], 840. Wolfgang Wilhelm und die Komposition im Reich 293, 436, 437[3], 549[2]. Verhältnis zu Mainz 629[1], Räte 652[2]. Verheiratung 126.

Neuburg an der Donau, Stadt 38, 63[2], 203[2], 207[1], 266, 293[1], 437[3], 516, 722[1].

Neu-Oetting in Oberbaiern 21[1].

Neuschloss (bei Lampertsheim in Hessen) 148, 160[1], 626.

Neustadt am Kocher 610.

Neutralisten 322, 323[1], 382.

Nevers, Herzog von 17[1].

Niederburgund 42[3], 43 f., 45[1].

Niederlande, freie s. unter Holland; — spanische 238 f., 249, 253, 298, 301, 313, 490, 629[1], 637.

Niederösterreich (als Ländergruppe) 103, 738.

Niedersachsen 181[2].

Niederschwaben 590.

Niederungarn 176, 364.

Nivolaysso, Don Rodrigo, conde de Añover, spanischer Kriegsrat und oberster Kammerherr des Erzherzogs Albrecht 44 f.

Nördlingen, Reichsstadt 33, 225. Besprechung der ausschreibenden Unionsstädte in Nördlingen 33, 39[1]. Mitglieder des Rats und Advokaten der Stadt s. unter Gering, Gundelfinger, Heher, Heider. Unionsstand 33, 218, 227[1], 698, 787[1]; Gesandte zu den Unionstagen 218, 698, 717[1], 720[2], 721, 725. Unionstag in Nördlingen 92[2], 158, 218[1].

Nürnberg, Reichsstadt 225, 232, 280, 282[1], 297, 332, 447[1], 516, 529, 559, 730, 739[4], 786 u. A. 1, 787[1], 801 f., 816 f., 821, 824, 826, 828, 834 f., 844 u. A. 2. Bürgerschaft 222. Nachbarliche Irrungen 77[1], 228, 564, 566, 715[1]. Verlegung des Kurfürstentags nach Nürnberg 529[1], 551, 757 u. A. 2, 778, 791[1], 792 u. A. 4, 799. 811, 842 u. A. 2. Nürnberg im Landsberger Bund 135. Rat der Stadt 33[3], 39, 40[1], 42[1], 75[1], 222, 237, 447, 561, 565, 567[1], 705[2], 715[1. 4], 719[1], 757[3], 792, 839, 840[3]; Mitglieder des Rats, Advokaten und Diener der Stadt s. unter Burkhard, Fürer, Grundherr, Haller,

Digitized by Google

Im Hof, Löffelholz, Muffel, Oelhafen, Schwarz, Volckhamer. Nürnberg und Rudolf II. 566, 715[2]; Residenz Rudolfs II. in Nürnberg 564, 566, 705[2]; Schickung der Nürnberger nach Prag im Jahr 1609 38 u. A. 1, 77[1], 226. Rüstungen der Stadt 232, 237, 280. Nürnberg in der Union 33 u. A. 2, 34 f., 39, 77[1], 217, 563 f., 566, 580, 698, 785, 786 u. A. 1, 787, 840[3]. Ausschreibende Stadt in der Union 33, 75[1]. Darlehen an die Union 35 f., 198, 227, 667, 715[4], 785[3], 786, 793 f., 840[3]. Direktorium im Städterat 715. Verhältnis zu den höheren Ständen 564, 757[3], 792, 796[2]. Kontributionen für die Union 227[1], 232 f. Legstätte der Union 233, 564. Gesandte zu den Unionstagen 217, 222 f., 224[1], 226 f., 230[1], 232 f., 236, 237 u. A. 1, 238, 561, 567[1], 698, 701[3], 702, 709[4], 710[1], 712 f., 715 u. A. 1. 4, 717[1], 719 u. A. 1, 720 u. A. 2, 721 f, 724 u. A. 1, 726, 729, 754 u. A. 1, 757[3], 792, 796[2]. Unionstag in Nürnberg 189[2].

Nuntien, päpstliche 7, 25, 48[1], 50, 79 f., 86, 108, 112, 115, 118, 134, 183, 240, 286, 361, 506 u. A. 2, 595 u. A. 1, 627, 668, 701 u. A. 1, 703, 744 u. A. 2, 772, 778. Nuntius in Köln s. Albergati; in Paris s. Ubaldini; in Prag s. Gaëtano und Salvaggo; in Wien s. Marra.

Obentraut, Raimund von, Rittmeister im Dienst der Kurpfalz 231 f., 280, 562, 564, 567[1].

Oberelsass s. unter Elsass.

Oberhaus ob Passau 308[2], 354[4], 355, 531.

Oberösterreich (als Ländergruppe) 32[1], 168 f., 589; s. auch unter Tirol. Finanzen 738. Eintritt in die Liga 168 u. A. 1. Regierung 168 u. A. 1, 589 f. Eintritt in den schwäbischen Schirmverein 589 f.

Oberpfalz 177, 189 f., 199, 211, 441 u. A. 1, 829. Kriegsvolk in der Oberpfalz 34 u. A. 1, 36[3], 92[2], 441[2], 565, 667, 715, 717[1]. Gefährdung durch das passauer Kriegsvolk 230 u. A. 2, 231 f., 279. Regierung (in Amberg) 230 u. A. 2, 237 f., 441[2], 551[1], 787.

Oberschwaben 591.

Oberungarn 354, 364, 615.

Ochsenhausen bei Biberach, Reichsabtei 271[2].

Odenheim (Udenheim), Reichspropstei 52, 376, 387, 776[5].

Oelhafen, Dr. Johann Christoph, Stadtadvokat von Nürnberg 33, 12, 75[1], 77[1], 217, 564 f, 698, 70[illegible], 757[3], 792, 839.

Oesterreich. Gesamthaus 67[2], 96, 100 f., 103, 118, 132[3], 146, 147 u. A. 2, 150[2], 164, 168, 173 f., 195, 202, 213, 253, 256[1], 296, 302, 307 f., 317, 344[1], 351 u. A. 4, 352[1], 354, 357 u. A. 4, 364, 372, 394, 396[2], 401 f., 404, 410, 462[1], 463[2], 488[2], 489, 559, 579, 589, 637, 763, 780[6], 812[2]. Ansehen des Hauses 677, 780[6]. Verhältnis zu Baiern s. bei Baiern, unter Maximilian. Bündnisse gegen das Haus 528, 697. — Erzherzoge des Hauses insgesamt 79, 137, 169, 401, 444, 451, 454[1], 462[1], 468, 485[2], 492, 514, 528, 545[1], 554[2], 591, 599 f., 640[3], 657 f., 782[3], 825, 840. Albrecht s. unter Albrecht. Anna, Tochter des Erzherzogs Ferdinand von Tirol, später Gemahlin des Königs Matthias 287[2], 452[2], 615[2], 759[1]. Ernst 587. Ferdinand d. Ae. von Tirol 287[2], 452[2], 615[2]. Ferdinand d. J. von Innerösterreich s. unter Ferdinand. Karl, *Bischof* von Breslau, s. unter Breslau. Leopold s. unter Leopold. Maria, Gemahlin des Erzherzogs Karl von Innerösterreich 244, 369. Matthias, König von Ungarn und Böhmen, s. unter Matthias. Maximilian, Hoch- und Deutschmeister, s. unter Maximilian. Maximilian Ernst, 553. Rudolf II. s. unter Rudolf II. — Zusammenkunft der Erzherzoge 163 f., 208[1], 210[1], 296, 370, 658, 696[1], 765[2]. Haus Oesterreich und Frankreich s. unter Frankreich. Hausgesetze 203, 211, 302, 371[2], 583[2]. Hausstreit s. unter Hausstreit. Kompaktate mit den Erblanden 466[1], 494, 658, 764. Verhältnis des Gesamthauses zu Erzherzog Leopold 369 f.; zur Liga s. unter Liga. Deutsche Linie des Hauses 116. Verhältnis des Gesamthauses zu Mainz s. unter Mainz; zu Matthias s. unter

Matthias. Stellung des Gesamthauses zum Einfall der Passauer 369. Verhältnis zu den Protestanten 590, 740[1]. Haus Oesterreich und das Reich 298, 492, 554 u. A. 2, 671. Verhältnis zu Rudolf II. 540, 612, 619, 659; zu Sachsen 42[3], 43 f., 48, 162, 301, 396[2], 402, 405, 489, 644, 646; zu Salzburg 163, 207, 208[1]; zu Spanien 493, 646, 658. Haus Oesterreich und die Succession in den Erblanden s. bei Erblande, unter Succession; Succession des Hauses im Reich 116, 202, 211, 245, 296, 301 f., 305, 353[2], 370, 424[2], 488[1], 489, 491[2], 492, 514, 526 f., 540, 541[2], 545[1], 553, 559, 625, 627, 637, 640[3], 676 f., 738, 765[2], 777[1], 782 u. A. 2. 3, 825, 831. Verhältnis zu Trier 514.

Oesterreich (Erzherzogtümer, Niederösterreich) 301, 326, 328, 364, 372, 401, 404, 452[2], 457[2], 459[2], 481, 526, 633 f., 637, 810[2], 812. Konföderation mit Böhmen und Ungarn 101, 159, 211, 212[1], 334. Landstände insgesamt 101, 255[1], 292, 297, 326, 404, 411, 424[2], 428[1. 2], 438, 442, 459, 585; evangelische 212[1], 254, 695; katholische 53, 523[1]; Prälaten 255[1]. Verhältnis zu König Matthias 255, 289, 351[2], 694, 737. Verbindung der Stände mit der Pfalz 499. Religionsprivilegien der Erzherzogtümer 253. Verhältnis der Lande zu Rudolf II. 211, 213, 297, 632, 649. Truppen der Lande 361, 410, 440. Verbindung mit der Union 211, 212[1], 222, 228, 500[2], 665, 706, 768; mit den Unkatholischen im Reich 101, 159, 211, 212[1], 334.

Oesterreich ob der Enns 30, 285, 292. Bauern 165[2]. Finanzen 255[1]. Haltung im Hausstreit 255. Konföderation mit den andern Erblanden 659. Landeshauptmann s. unter Volkersdorf. Landstände überhaupt 58 u. A. 2, 83 u. A. 2, 90, 98, 152 f., 306; evangelische Landstände 175 u. A. 3; Verordnete der Landstände 58[2], 84, 305[1]. Einfall des passauer Kriegsvolks s. unter Passauer Kriegsvolk. Bündnis mit Salzburg 83 u. A. 2, 163. Truppenwerbungen 13, 152 f., 178, 252[1], Beziehungen zur Union 200, 305[1].

Oesterreich unter der Enns. Bauern 165[2]. Finanzen 255[1]. Im Hausstreit 255. Konföderation mit den andern Erblanden 659. Landstände 90. 94. Beziehung zu König Matthias 254 f. Truppenwerbungen 13, 171[1], 252[1]. Verbindung mit der Union 94.

Oettingen, Gottfried Graf von. Räte s. unter Kessler, Müller. Unionsstand 37, 217, 679, 698; Gesandte zu den Unionstagen 217, 221, 223, 225, 227, 229, 231, 233 f., 698, 701, 703 f., 706, 708[2], 709, 712, 714, 719, 754, 771, 788[1]; Teilnehmer am nördlinger Tag des Pfalzgrafen von Neuburg 218[1].

Offner, Johann, Bürgermeister von Rotenburg o. T. 698.

Oldenbarnevelt, Jan van, Advokat der Staaten von Holland 72[1], 112, 124.

Olmütz, Erzbistum. Erzbischof Franz von Dietrichstein, Kardinal 284 u. A. 7, 452[1], 480.

Olmütz in Mähren, Stadt 311.

Oñate, Graf von, Mitglied des spanischen Staatsrates 357.

Onolzbach s. Ansbach.

Oppenheim, kurpfälzisches Amt 90.

Oppenheimer, Dr. Johann Jakob, Syndikus der schwäbischen Grafen und Herrn 269[1], 377.

Oranien, Moriz Prinz von, Erbstatthalter der Niederlande 72[1], 112[3], 267, 597, 834.

Orden, geistliche 576, 633.

Orth, Philipp, Mitglied des Rats von Heilbronn 75[1].

Osnabrück, Bistum. Eintritt in die Liga 8[1], 312.

Ostfriesland s. unter Rietberg.

Otto, Landgraf von Hessen-Cassel, s. unter Hessen-Cassel.

Padavino, Marc Antonio, venezianischer Orator in Prag 87, 121[1], 130[1], 144[2].

Paderborn, Bistum 98, 386 Eintritt in die Liga 8[1], 312, 314.

Pape, Beichtvater Rudolfs II. 591, 593.

Papisten s. unter Reichsstände, katholische.

Digitized by Google

Papst s. unter Paul V.
Pappenheim, Maximilian Freiherr von, Reichserbmarschall 435, 504[1]. Dessen Streit mit den Reichsstädten 728[8].
Pardubitz in Böhmen 688.
Paracelsus, Theophrastus 452[2].
Paris 53, 112[3], 298, 632[1]; Parlament, pariser 599[1].
Pasquilini, Johann, Baumeister im Dienst der possidierenden Fürsten zu Jülich 803[2].
Passau, Bistum 48[2], 215, 292, 347 f., 370, 371[2], 463[2], 493[4]. Bischof Erzherzog Leopold, s. unter Leopold. Ligastand 335, 382; Gesandte zum Ligatag 376. Moderation des Anschlags 382 f. Musterplatz für das passauer Kriegsvolk 1[1], 2[1], 4, 12[2], 26, 28, 257, 328. Verhältnis des Stifts zu Oesterreich 812[2]. Räte s. unter Moll und Planck. Stiftsgüter 283 u. A. 1, 285, 292, 308[2], 355, 370, 371 u. A. 2, 493[4], 501[1], 526, 812.
Passau, Stadt 39, 57, 119, 178[1], 185, 187, 297, 305 u. A. 1, 307[3], 308[2], 328, 347, 354[4], 355, 412, 493 u. A. 4, 531, 536, 812[2], 814, 821, 842. Schloss ob Passau s. unter Oberhaus.
Passauer Kriegsvolk (kaiserliches Kriegsvolk) 210, 260[5], 276, 308[2], 313, 333, 344[1], 372[1], 374[3], 419, 425[3], 431[1], 462, 492, 493[5], 495 f., 499, 587, 600, 601[1], 628, 636, 700[3], 739. Abdankung 1[1], 2[1], 5, 12 u. A. 1. 2, 26 f., 33[2], 52 f., 57 f., 73, 74[1], 85 f., 91[3], 98 u. A. 2, 102, 109[3], 119 f., 121[1], 150, 171 u. A. 1, 174, 179, 182 f., 183[1], 194, 210[2], 213, 239, 241[1], 247[1], 257, 265, 283 u. A. 1. 2, 285, 290, 292, 307, 308 u. A. 2, 328 f., 334[1], 351[2. 4], 355, 371, 401[2]. Absicht des Volkes 69, 91[1], 100 f., 109 f., 121[1], 130 f., 146, 147 u. A. 1, 148[2], 159, 165 u. A. 2, 173, 184 f, 187, 201 f., 240 f., 257 f., 303, 328, 369, 643 f., 709, 838. Abzug des Volkes aus Prag und Böhmen 121[1], 171[1], 182, 183 u. A. 4, 189, 194, 213 f., 216 u. A. 1, 246, 260[5], 265, 283 u. A. 1. 2, 285, 291 f., 361, 401[2] Aechtung des Volkes 283 u. A. 2, 329, 331, 345, 347, 400, 423, 424 u. A. 1, 443[3], 444, 445[1], 452[2], 458[3], 459, 461[2], 470[1], 491 u. A. 1, 501[1], 534. Passauer und Baiern s. unter Baiern. Befehlshaber des Volkes 120 u. A. 1, 121 u. A. 1, 171 u. A. 1, 183[4], 201, 232, 239, 241 f., 246, 260[5], 292, 347[7], 412, 463[2], 489 f., 501[1], 503, 709; s. auch unter Althan, Castillos, Colloredo, Croy, Gent, Leopold, Ramée, Rottental, Schwendi, Sulz, Trautmannsdorf, Ubezko. Passauer und die Stände in Böhmen s. unter Böhmen. Passauer und der Herzog von Braunschweig s. unter Braunschweig. Einfall der Passauer in Oesterreich und Böhmen 1[1], 2[1], 4 f., 12 u. A. 3, 13[3], 21 u. A. 1, 23, 24[1], 26 f., 34, 47, 48 u. A. 1, 57, 58 u. A. 2, 63[2], 64, 65[7], 66 u. A. 1, 67[2], 83[3], 84 f., 91, 99, 102 f., 104 u. A. 3, 109[3], 117 f., 119, 120 u. A. 2, 121[1], 130[1], 143 f., 145 u. A. 4, 150, 152, 162 f., 178 f., 201, 215, 226, 230 u. A. 2, 232, 240, 246, 248, 258 f., 260[5], 263, 289[2], 304, 307, 329 f., 344[1], 350, 360, 365, 369 f., 372, 403 f., 418, 427, 429 f., 439 f., 466[1], 499, 538. Vereinigung des passauer mit dem elsässer Volk s. unter Elsässer Volk. Verwendung in Jülich s. unter Jülich. Quartierung in Krumau 109[3]. Stellung des Erzherzogs Leopold zum Volk s. unter Leopold. Passauer und König Matthias (Verhandlungen und Gewinnung für diesen) 131[1], 153, 171[1], 179, 187, 256[1], 285, 290 f., 317[1], 346, 347[1. 2], 353, 390, 411, 419[1], 420, 439, 442, 445[4], 458[3], 463[2], 484 f., 489 f., 491[1], 501[1], 506, 516, 526, 534, 552, 557, 560 f., 579, 591[1]; s. auch unter Matthias. Meuterei 28, 58, 187, 206[1]. Einwirkung auf die Nachbarschaft 21 u. A. 1, 26 f., 34, 62, 66 u. A. 1, 73 f., 91[3], 158, 172, 190 u. A. 1, 197, 199 u. A. 2, 205, 206[1], 207, 218[1], 220, 224[1], 229 f., 232, 248 f., 289, 342. Einwirkung auf das Reich 26 f., 74, 91[3], 176, 264, 268, 275 f., 279 f., 307, 420, 434[1], 484, 507, 564 f., 567[1], 578, 711, 713. Passauer und Rudolf II. 48, 57 f., 60 f., 64, 74, 85, 90, 91 u. A. 3, 98, 100 f., 109 u. A. 3, 117 f., 120, 121 u. A. 1, 130, 131 u. A. 1, 145 u. A. 4, 150 f., 165 u. A. 2, 171 u. A. 1, 178, 182, 183[4], 184 f., 201 f., 213,

Digitized by Google

240 f., 246 u. A. 2, 253, 258 f., 283 u. A. 1. 2, 292, 303, 307, 327 f., 330 f., 350, 351[2], 369 f., 400, 423, 443[3], 444, 445[1], 463[2], 495, 501[1], 643, 674, 838. Anwerbung des Volkes durch Sachsen 11[1. 2], 13 u. A. 3, 20[1], 48, 57 f., 61, 90, 102 f., 127. Anschlag der Passauer auf Tirol 1[1], 2[1], 4 f., 12 u. A. 2, 13, 21 f., 23, 25, 27 f., 31, 32 u. A. 1, 34, 53, 58 f., 67[2], 102 f., 120, 258, 369 f. Passauer Kriegsvolk und Union s. unter Union. Werbungen für das passauer Volk 110, 131[1], 151[4], 153, 165[2], 181, 183 u. A. 4, 187, 210, 217, 259, 260[5], 264, 283[1], 304, 328, 331, 344[1], 347, 507, 748, 755.

Passauer Vertrag (von 1552) 235, 294, 753, 756, 780.

Paul V., Papst 96, 254, 595, 830 f. Approbationsrecht des Papstes 831. Papst und Baiern 595 u. A. 1. Einkommen des Papstes 108. Papst und Frankreich 71, 128, 764 u. A. 3. Friedenspolitik des Papstes 79, 312, 598. Papst und Hausstreit s. unter Hausstreit. Papst und Khlesl s. unter Khlesl. Papst und der deutsche Klerus 168, 677, 744, 750[1]. Päpstliche Kurie 778. Papst und Erzherzog Leopold s. unter Leopold. Papst und Liga s. unter Liga. Papst und König Matthias s. unter Matthias. Päpstliche Nuntien s. unter Nuntien. Praktiken des Papstes 40, 238, 361, 701, 703. Papst und Protestantismus 312, 595, 598, 600, 701, 739. Papst und das Reich 700, 701 u. A. 1, 703, 739 u. A. 4, 740[1], 744, 772. Papst und Religionsfrieden 312, 699. Verhältnis des Papstes zu Rudolf II. 165[2], 196, 341, 345, 361, 364, 396[2], 582[2], 595 f., 649, 659, 739; zu Savoyen 668[2]; zu Spanien 25[1], 29[1], 114. Papst und die Succession im Reich 361, 527, 625, 627, 629[1], 637 f., 687, 764 u. A. 3, 830 f.

Paul, Karl, kurpfälzischer Rat 618.

Pellheim, Johann Onuphrius von, Amtmann zu Senftenberg und bischöflich bambergischer Hofmarschall 244[2], 269[1], 376.

Peretto, Alexander, Kardinal Montalto 201.

Perg, österreichische Herrschaft in Schwaben 590.

Perger, Simon, Leibarzt Rudolfs II. 648[4]. — Thomas, Geheimsekretär des Erzbischofs von Salzburg 21[1], 208[1].

Peronne an der Somme 71.

Perser 598.

Pfalz, Kurfürstentum. Administrationsstreit s. unter Administrationsstreit.

Administratoren Pfalzgraf Johann von Zweibrücken 15 u. A. 2, 29[1], 33 f., 37 f., 40[1], 42[1], 53, 63[2], 66[1], 73 f., 76, 90[5], 92 u. A. 2, 98, 104[3], 105, 113, 119[1], 124, 129[2], 140, 142, 148, 157 u. A. 2, 158, 161, 162[2], 177, 185, 189 u. A. 2, 212[1], 215, 218 u. A. 1, 222, 231[1], 235 f., 248[2], 273 u. A. 2, 276, 281, 282[1], 293[4], 332 u. A. 2, 333 f., 343, 375 u. A. 1, 376[3], 399 u. A. 1, 406[3], 407, 413[1], 421 f., 433 u. A. 2, 434[1], 437[3], 441[2], 447[1], 470 f., 472[3. 5], 476, 477 u. A. 1, 497, 499, 500[2], 503, 504 u. A. 1, 507, 508[2], 509[1], 512, 513[1], 516, 529, 530[2], 538, 539[2], 574 f., 584, 586, 594 u. A. 4, 597, 605, 608, 609[1], 610[4], 625[5], 626 f., 629[1], 630, 631[1], 638, 640 u. A. 4, 651 f., 655, 656[1], 682 f., 685 u. A. 1, 691, 692[1], 693, 697 f., 708[1], 712, 713[1], 718 u. A. 2, 719, 726 u. A. 1, 727[2], 729[3], 735[2], 749[1], 765, 768 f., 772 f., 774 u. A. 1. 3, 775 f., 780, 798[3], 799 u. A. 1, 800, 802, 818, 824, 826 f., 840 u. A. 3. Belehnung des Administrators 692[1]. Dessen Direktorium in der Union 38, 92[2], 198, 218, 221, 223, 277, 422, 434[1], 470 f., 507, 547, 551, 630, 682 f., 707, 731, 743[1], 765, 820. Verhältnis zu den geistlichen Kurfürsten 431[1], 574 f., 629[1]. Beschreibung zum Kurfürstentag 272, 273[2], 368 u. A. 2, 408[2], 476, 477 u. A. 1, 498, 504 u. A. 1, 529, 530 u. A. 2, 574, 585, 604, 617, 628, 629[1], 641[1], 651 f., 655, 664 f., 682 u. A. 1, 683 f., 691, 692[1], 734 u. A. 5, 735, 745, 772 f., 778 u. A. 2, 780[6], 791[1], 798[3], 801, 823 f., 826, 828, 840. Aufnahme des Administrators in den Kurverein 530[2], 558[1], 574, 577[3], 629[1], 691 f.; Aufnahme in den rheinischen Verein 139, 148[2], 157, 577[3], 685. Verhältnis des Admini-

Digitized by Google

strators zu Mainz s. unter Mainz; zu König Matthias s. unter Matthias; zu Erzherzog Maximilian 230, 690, 768; zu Rudolf II. 54, 233, 333 u. A. 1, 497 f., 499, 517[2], 597, 608, 624, 743[1], 779, 843, s. auch unter Rudolf II.; zu Sachsen 471 f., 498 f., 530[2], 586, 640[4], 655, 656[1], 734[5], 735, 768, 773, 828; zur Union 34[2], 52, 158, 189, 197, 217, 222, 279, 547, 563, 565, 579, 663, 666 f., 679 f., 697, 699, 717[1], 720[2], 770, 772, 783 u. A 2, 785 u. A. 3, 786, 787[2], 788 u. A. 1, 793 f., 815, 840[3]; Gesandte zum Unionstag 217 f., 448, 471, 697 f., 708[2], 754. Pfalzgraf Johann Casimir 692.[1]

Ansehen der Pfalz 38. Beziehung zu Baiern s. unter Baiern; zu Böhmen 468[1]; zu Brandenburg s. unter Brandenburg. Gesamthaus 248[2], 476, 477[1], 530, 566, 574, 609[1]. Haltung im österreichischen Hausstreit 147, 154[1], 163, 375 u A. 1, 434[1], 471 f., 497 f., 713. Nachbarliche Irrungen 227 Interessen in Jülich 376, 669. Pfälzische Kanzlei 38. Pfalz und die Komposition im Reich 756, 769. Kriegsvolk der Pfalz 34[1], 280, 441[2], 667, 715. Lehenreiter 564, 567[1], 717 u. A. 1, 785 u. A. 2.

Kurfürsten: Friedrich IV. 15[2], 113, 148, 160 u A. 2, 222, 229 f., 322, 334, 470 f., 476 f., 498, 547, 574, 594, 626, 629[1], 683, 685, 691, 713, 721[2], 724, 726, 727[2], 743[1], 752; Gemahlin Louise Juliane und Tochter Louise Juliane s. unten; Sohn Friedrich V., Kurerbe 15[2], 53, 112[3], 142, 221, 333 f., 477[1], 498, 608, 655, 663, 834; dessen Vormünder 113, 477; dessen Belehnung 54, 82[4], 332[2], 499 f., 586[1], 608, 691[2]; Grossjährigkeitserklärung des Kurerben 594, 638. Kurfürstin-Witwe Louise Juliane 53, 113, 159, 476, 799[1], 801. Pfalzgräfin Louise Juliane (später Gemahlin des Administrators Johann) 158 u. A. 4.

Kurlande 10[2], 38, 74, 328, 477. Lehen der Kurpfalz 89 f.; s. auch bei Jülich, unter Lehen. Stellung zur Liga s. bei Liga, unter Münchner Akkord. Verhältnis zu Neuburg s. unter Administrationsstreit. Pfalz und der Einfall des passauer Kriegsvolks 27, 34, 73 f., 92 u. A. 2, 148[2], 189, 199; s. auch unter Oberpfalz. Pfalz als Führer der Protestanten 639. Räte 66, 148, 293[4], 332, 551, 574 f., 577[3], 626, 628, 629[1], 650, 735, 775, 778, 800 f., 803[1], 825[2], 827; s. auch unter Camerarius, Colbinger, Colli, Dathenus, Ehem, Gothofredus, Grün, Hausmann, Helmstätt, Jung, Lautern, Lenk, Lingelsheim, Loefenius, Nassau, Obentraut, Paul, Plessen, Richius, Saugenfinger, Schönburg, Solms. Verhältnis der Pfalz zum Reich 530[1]. Zahlung der Reichssteuern 608, 743[1], 749[1], 798[3], 799[1], 801. Verhältnis zu Rudolf II. 54, 154[1], 185, 332, 333 u. A 1, 334, 498 f., 517[2], 608, 624, 743[1], 799[1], 843; zum Bistum Speier 52, 88, 90, 387 Pfalz und die Succession im Reich 148, 159 f., 343[1], 626 f, 640 u. A. 4, 641[1], 650, 678, 690, 842. Pfalz und die Union s. oben, unter Administrator Untertanen der Pfalz 27, 189, 802, 829. Vikariat der Pfalz s. unter Reichsvikariat. Streit mit der Stadt Worms 228. Zollsachen 829.

Pflug, Christoph von, gräflich oldenburgischer Rat 343, 347[4], 360, 365 u. A. 1, 366 u. A. 3, 368 u A. 1, 388[3], 393, 395, 509[1], 553 u. A. 1, 603, 692[1].

Pfretzschner, Dr. Ambrosius, kursächsischer Rat und Agent in Prag (gestorben am 26. Mai 1611) 16, 84[2], 90 u. A. 3, 144[2], 147[2], 188[4], 214[1], 217 u. A. 1, 246[2-3], 254[1], 260[5], 282 u. A. 2 3, 283[1], 284[8], 291[2-4], 292[4], 316[1-2], 485[1], 517[3].

Philipp der Grossmütige, Landgraf von Hessen-Cassel s. unter Hessen-Cassel.

Philipp II., König von Spanien, und Philipp III., König von Spanien, s. unter Spanien.

Philipp Ludwig, Pfalzgraf von Neuburg s. unter Neuburg.

Philippis, Johann Maria, kaiserlicher Baumeister 508[3], 560, 591[1], 842.

Picarden in Böhmen 364.

Digitized by Google

Picatrix, nigromantisches Buch (des Pico von Mirandula: de arte cabbalistica?) 517.
Pichler, Konrad, bairischer Kanzlist 52.
Piesport, Dietrich, Sekretär Fleckhamers 535 f.
Pilsen in Böhmen 258, 297, 325, 390, 443[3], 453, 454[1], 464[1], 488, 810 u. A. 2, 812, 821[3].
Piombino, Markgrafschaft 592 f.
Pistoris von Seuselitz, Dr. Simon Ulrich, kurbrandenburgischer geheimer Rat 128.
Pistorius, Jeremias, pfalz-neuburgischer Agent in Prag 501[1], 553[4].
Pistorius, Johann, Beichtvater Rudolfs II. 361 u. A. 2, 425[2].
Placidus de Marra, Bischof von Melfi, Nuntius in Wien, s. unter Marra.
Planck, Dr. Stephan, bischöflich passauischer Kanzler 376.
Platteis von Plattenstein, Johann, Sekretär der Reichskanzlei 431[1].
Pless, Herrschaft in Schlesien 283, 304[3].
Plessen, Vollrad von, kurpfälzischer geheimer Rat 160[2], 728.
Pötting, Ortlieb von, Kämmerer und Oberststallmeister des Erzherzogs Maximilian 2[1], 86, 307[3].
Polen, Königreich 183[4], 187, 210, 260[5], 426[4], 580, 615. **König Sigismund III.** 719, 734. **Reichsstände** 719. **Reichstag** in Warschau 539[2], 680 u. A. 4, 709, 713, 719[1], 746[2], 771, 811.
Polheim auf Lichteneck, Gundaker von, königlicher Rat und niederösterreichischer Regimentsrat 1[1], 53[2], 63[2], 65, 173 u. A. 2, 320[2], 341[3], 372 u. A. 1, 388, 404, 421 u. A. 1, 425[1], 431[1], 585, 594, 610, 613. Abgesandter des Königs Matthias zum rotenburger Unionstag 709 u. A. 1, 710[1], 711 f., 713 u. A. 1, 714 u. A. 2, 718, 728, 763, 780 u. A. 6, 782[1]; zum Kurfürstentag 764, 834[3], 814
Popel, s. unter Lobkowitz.
Portugal, Königreich 48.
Possidierende Fürsten in Jülich s. unter Jülich.
Prada, Andrea de, spanischer Staatssekretär 413[1].
Praetorius, Hofkaplan Rudolfs II. 316[2], 353[1], 452[2], 519[1].
Prag, Erzbistum; Erzbischof Karl Freiherr von Lamberg 452[2].
Prag, Stadt 7, 10[2], 15[1], 16, 21, 31, 32[1], 38, 48[1], 54 u A. 1, 56 f., 68[2], 69 u. A. 1, 77[1], 79 f., 83[1], 85, 88[2], 90[4], 97, 99, 108, 109[3], 116, 118, 131[1], 132, 141 f., 145[4], 157[5], 158, 161[1], 162[1], 164, 165 u. A. 1. 2, 167 u. A. 3, 171[1], 182, 186, 188[4], 189, 202, 207, 246, 251 u. A. 2, 252, 254, 256 u. A. 1, 265, 268, 271 f., 273[1], 285, 287, 288 u. A. 5, 297 f., 303, 307, 312, 315[1], 321, 330, 332 u. A. 3, 333, 335, 342 u. A. 1, 349[2. 3], 350, 355, 356[4], 360, 362, 363 u. A. 3, 365 u. A. 4, 366 u. A. 1, 367 u. A. 1. 368, 370, 372, 373[1], 375[1], 379[1], 388, 393[1], 394, 397, 398 u. A. 1. 399, 403, 405, 408[2], 414, 416, 420[1. 2. 3], 421 f., 434 u. A. 1, 435, 436 u. A. 3, 437, 440, 442 u. A. 4, 443, 444[2], 445[4], 454[2], 455, 458 f., 463[2], 468[1], 471 f., 474, 475 u. A. 2, 478, 485[1], 487[1. 3], 488 u. A. 2, 489, 491, 494, 497 f., 501[1], 503, 508[3], 511, 514, 519[1], 520, 533[1], 542[2], 543[2], 553[4], 559, 569, 571 f., 575, 577, 584[3], 597[1], 604, 606, 607[1], 610, 618 f., 628, 632[1], 635 f., 642[2], 652, 673[1], 674[1], 688 u. A. 1, 689[2], 690, 701 f., 704, 712, 718, 734 u. A. 1, 738, 742[1], 750, 757, 759, 762 f., 770, 789, 790[3], 791[1], 792, 799[1], 801, 810[2], 812, 813[1], 815 u. A. 1, 816 f., 823 f., 837, 839, 840[1]. **Alt- und Neustadt** 131[1], 144, 150, 165, 180, 193, 214, 240, 330. **Altstadt** 145[2], 175, 183[4], 194, 196 f., 212, 260[5], 283, 291, 330, 359, 410, 412, 689, **Hradschin** 144, 146, 176, 213, 252, 283, 316[1], 396, 410, 442, 480, 533[1]. **Kleinseite** 131[1], 143 f., 146 f., 150, 176, 180, 182, 183[4], 186, 201, 240, 242, 259, 288, 330, 440, 533[1]. **Neustadt** 165[2], 260[5]. **Sachsenhaus** 180. **Schloss** 109[3], 118, 158, 165[2], 171[1], 201, 213, 214 u. A 2, 256[1], 271, 288 f., 291, 316, 325, 329 f, 361, 367[1], 402, 410, 424, 440, 459[2], 466, 468[1], 485[2], 511, 518, 532[2], 533[1], 542, 552[4], 557, 571, 583[3], 602, 687 f., 759. **Einfall der Passauer** 91 u. A. 1, 117, 121[1], 130[1], 143 f, 145 u. A. 4, 150 u. A. 3, 152, 165[2], 172 f., 179[2], 180, 184 f., 193, 201, 210[1], 239, 258 f., 260[5], 271, 304, 403, 410 f, 466[1]. **Rat der prager**

Digitized by Google

Städte 84[2], 542.
Pratz, Philipp, niederländischer Sekretär des Erzherzogs Albrecht 46.
Preaux, mons. de 506[3].
Pregarten in Oesterreich ob der Enns 85[1].
Preussen, Herzogtum 662[2], 680, 733, 735[2], 745 f., 811, 821[3]. Ansprüche Kurbrandenburgs auf Preussen s. unter Brandenburg.
Promnitz, Weikhard von, Mitglied des schlesischen Herrnstandes 426.
Propaganda (Kongregation de fide propaganda) 699.
Proskofsky, Ulrich Desiderius von, kaiserlicher Oberstkämmereramts-Verwalter 87, 441[4], 468[1], 480, 560, 588, 591[1], 605, 657, 764[1], 789, 842.
Pruckmann, Dr. Friedrich, kurbrandenburgischer Vizekanzler 128 u. A. 2, 268[1].
Prückner, Dr. Paul, Advokat der Stadt Schweinfurt 218.
Prüm, Reichsabtei 380[1].
Pucher J. R., Reichshofratssekretär 739, 780[6].
Puchheim, Georg Ehrenreich von 260, 297. — Hans Christoph von, Oberst im Heer des Königs Matthias 213 u. A. 3, 251, 252 u. A. 1, 254[1], 260[1].
Pühler, Gabriel, Kontrolor des kaiserlichen Hofzahlamts 352[1].
Pütz, Bernhard zum, kurtrierischer Rat 651.
Putlitz, Adam Gans von, kurbrandenburgischer geheimer Rat und Statthalter in der Mark 128. — Wedigo Reimar von, kurbrandenburgischer geheimer Rat 128.
Puysieulx, Pierre Bruslart de, französischer Staatssekretär 24, 82[2], 147[2], 184, 216, 285, 305, 413, 506[3], 586.

Raab in Ungarn 256.
Raabs an der Thaya in Oesterreich unter der Enns 347[2].
Radul Weida, Wojwode der Wallachei 414.
Rahme, Eberhard, markgräflich culmbachischer Agent in Prag 542[2].
Raitenau, Wolf Dietrich von, Erzbischof von Salzburg s. unter Salzburg.
Raitenau in Schwaben, Johanniterordens-Comthurei 170[1].
Ramée, Lorenz von, Generaloberstwachtmeister des passauer Kriegsvolks 39, 110, 185, 240, 257, 264, 283[1], 304, 305[1], 307 u. A. 3, 308 u. A. 2, 313, 347[1], 352[1], 353, 354[2], 355, 412 f., 493[5], 501[1], 595. Dessen Einfall in Oesterreich und Böhmen 1[1], 4 u. A. 3, 13[3], 21[1], 25, 58 u. A. 2, 59, 85 u. A. 1, 91[3], 109[3], 119 f., 121[1], 143 f., 145[4], 165[2], 181 u. A. 2, 185 f., 222, 240, 260[5], 303. Rückzug aus Böhmen 213, 217, 232, 285. Neue Werbungen 110[1], 187, 210, 260[5], 347.
Rattenberg in Tirol, Herrschaft 170.
Rauschenberg s. unter Reuschenberg.
Ravenstein, Grafschaft 130.
Rebmann, Dr. Johann Martin, Rat des Kurfürsten von Mainz und des Königs Matthias 12, 372 u. A. 2, 405[1], 412, 432, 464, 545[2], 555 u. A. 2, 557, 558 u. A. 1, 577[3], 649, 822, 842.
Rechberg zu Hohenrechberg und Rotenlöwen, Wolf Konrad, Reichsfreiherr, Obersthofmeister des Herzogs Maximilian von Baiern 61[1], 609[1].
Rechenberg, Kaspar von, Freiherr auf Klitschdorf und Pruckenau, Oberamtmann in Schlesien 153, 186.
Regensburg, Bistum. Bischof Wolfgang von Hausen 508[3]. Kanzler s. unter Mertz. Ligastand 269[1], 271[2], 377. Gesandte zum Ligatag 269[3].
Regensburg, Reichsstadt 110[1], 296, 348 u. A. 1, 355, 519 u. A. 1, 662[2], 675[2], 700. Verhältnis zu Baiern 228. Rat der Stadt 110[1]. Residenz für Rudolf II. 439, 454, 481[2], 485[2], 508 u. A. 3, 509, 511, 522, 525 u. A. 1, 532[2], 569, 571, 633, 696. Eintritt in die Union 228 f., 279, 563, 768.
Reich (Deutschland) 66[2], 71, 176, 178, 232, 292, 369, 413[1], 459[2], 481[1], 508 f., 511. Gefahr eines Aufstandes der Untertanen im Reich 247 u. A. 1, 292, 317, 364, 513. Verhältnis Böhmens zum Reich s. unter Böhmen. Bündnisse im Reich s. unter Landsberger Bund, Liga, Union. Frankreich und das Reich 298, 528. Fremde im Reich und ihr Einfluss 632, 701, 830; besonders des Papstes und Spaniens 456, 700 f., 772, 829. Gegenreformation im Reich 596. Das Reich und der öster

Digitized by Google

reichische Hausstreit 347, 355, 364, 371[2], 373, 392, 395, 397, 399, 408, 410, 412, 415, 426[4], 427[2], 428[2], 431[1], 432[1], 436, 440, 444, 445[4], 452[2], 454[1], 458[2], 459, 461[1. 2], 465, 470[1], 478, 482, 490, 497, 499, 507, 532, 533[1], 534, 569 f., 572, 619, 633, 644[2], 672, 686 f., 691, 772, 824 f. Ketzerei im Reich 538 u. A. 1. Katholische Kirche im Reich s. unter Kirche. Klerus in Deutschland 138, 777. Komposition (Herstellung des Vertrauens) im Reich 10[2], 33[2], 49, 65, 67 u. A. 2, 76, 94, 173, 178, 199, 203 f., 207[1], 234 f., 250[1], 281, 293 u. A. 4, 294 u. A. 1, 436 f., 437[3], 499, 507, 549 u. A. 2, 551, 558[1], 577[3], 579, 601[1], 611, 613, 640[8], 663, 668, 673, 675 f., 705, 708, 711 f., 743, 747 f., 749[1], 754, 756, 761, 762[2], 769, 775[1], 780 u. A. 6, 803; s. auch bei Kurfürstentag, Matthias und Erzherzog Maximilian. Lage des Reiches 368[2], 462, 482, 561, 595, 597 f., 626, 629[1], 631, 636, 646, 661, 693, 696, 698, 739, 746, 765, 779, 840 f. Libertät im Reich s. unter Reichsstände. Reich und König Matthias s. unter Matthias. Mistrauen im Reich s. unter Reichsstände. Reich und Haus Oesterreich s. unter Oesterreich Praktiken im Reich 528. Reich und Rudolf II. 10[2], 88, 100, 107, 209[2], 404, 430, 454, 465, 466[1], 468 f., 482, 485[1], 511 f., 524, 525[1], 532[2], 533[1], 561, 563, 581, 585, 605, 618 f., 631, 636, 664, 672, 686 f., 694, 700, 701 u. A. 3, 702 f., 737, 747, 755, 772, 810 u. A. 2, 815, 823 f., 829; s. auch unter Rudolf II. Sorge für die Ruhe Deutschlands 640[4], 643, 700. Reich und Savoyen 354[2], 409, 413. Reich und Succession s. unter Succession. Unruhen im Reich 329, 549, 575 f., 633, 638 f., 655, 665 f., 703, 734[5], 740, 742[1], 768, 828. Drohender Untergang des Reiches 174, 604. Vormauer des Reiches s. unter Ungarn.

Reichsabschiede 206[1], 808[2]; Abschied von 1603 817.

Reichsacht und deren Exekution 8, 11[1. 2], 16 u. A. 1, 17, 41, 42 u. A. 3, 43, 81, 89 f., 124, 126, 267, 283 u. A. 2, 677.

Reichsarchiv 459, 487[3], 556, 585.

Reichserbämter s. unter Pappenheim.

Reichserzämter. Erzkanzler 514, 750, 816, 844; s. auch unter Mainz und Trier. Erzmarschall 509, 532[2].

Reichsfürsten 264, 363, 404, 502, 534, 774 u. A. 6. Friedliebende 206[1], 295[1]. Geistliche 208, 294[1], 669, 677 f. Weltliche 576, 829; katholische 607, 649, 661, 677, 739, 815[6]; protestantische 212[2], 253, 292[3], 341[2], 544, 590, 661, 731, 774[6].

Reichsgesetze 17, 19, 40, 56, 74[1], 80 f., 206[1], 207[1], 243, 257, 262, 270, 322, 570, 575, 577, 632, 634, 708, 711, 755, 778, 808[2], 819 f.

Reichsgrafen und Herrn. Eintritt in die Liga 382 u. A. 2, 384. — Fränkische 93; deren Eintritt in die Union 93, 198, 229, 279. — Schwäbische 589; Mitglieder der Liga 269[1], 271 u. A. 2, 377, 416. — Wetterauische 93, 198, 822, 834, 842 f.; deren Eintritt in die Union 198, 222, 228 f., 279; deren Grafentag 222; 843.

Reichsgravamina s. unter Gravamina.

Reichsgut 649.

Reichshofrat 673[1], 688, 699, 750, 836. Besetzung 582, 634, 761, 762[2], 844. Einstellung der Tätigkeit 619. Inspektion 659[1]. Kanzlei 412, 483[1]. Parität 648, 736, 827. Präsident 823, 836; s. auch unter Hohenzollern. Prozesse (Hofprozesse) 10[2], 44, 77[1], 89, 205, 234, 281, 398, 563, 579, 636, 665, 708[2], 712, 720 u. A. 3, 747, 754 u. A. 1, 755, 769, 819, 823, 827. Räte 17, 98, 367[1], 373, 395, 400[3], 411, 419[2], 425 u. A. 2, 426, 432[1], 440, 441[4], 459 u. A. 2, 482, 488, 510, 672, 736, 755; s. auch unter Eisen, Engelhofer, Hämmerle, Hegenmüller, Melander, Minckwitz, Rüdiger, Stralendorf. Referendar s. unter Wacker. Sekretäre s. unter Hertel, Pucher. Verbesserung des Reichshofrates 400[3], 568, 577, 651, 827.

Reichshofregistratur 459, 475[2], 824.

Reichskammergericht 416, 457, 652[1], 655, 675, 678, 698, 721 f.,

Digitized by Google

751 f., 753 u. A. 1, 754 f., 770 f., 803, 815, 823. **Assessoren** 17, 699, 721, 751, 753[1]. **Kammerrichter** 15[3], 62, 340, 509[1]; s. auch unter Speier, Bischof. **Kanzlei** 752. **Klosterstreit** (Vier Klosterstreit) 652[1], 678, 803, 826 f. **Konkurrenz mit dem Reichshofrat** 754, 819 **Mandate des Kammergerichts** 262. **Parität** 678, 702. **Präsidenten** 732[2], 753[1]; s. auch unter Helfenstein. **Revisionen** 575 f., 678, 803, 826 f. **Sperrung der Justiz** 826. **Visitationen** 575, 577, 678.

Reichskanzlei 459 u. A 2, 475[2], 483, 485[2], 486, 556, 572, 619, 750, 824.

Reichskreise 679. **Bairischer** 65[1], 206[1], 493[5]; **Kreistag** 206[1]. **Fränkischer** 280, 379; **Kreistag** 520 f., 795. **Kurrheinischer** 43, 323 f., 380[1]. **Niedersächsischer** 181[2], 222, 229, 679, 771; **Kreisstände** 720; **Kreistag** 585, 594, 605. **Oberrheinischer** 280. **Schwäbischer** 35, 379, 589; **Kreisstände** 589. **Westfälischer** 43. — **Kreisanlagen** 509[1]. **Kreishilfen** 40[1], 41, 63[2], 111, 222, 231 f, 237, 264, 280, 592, 725, 743[1], 822[1]. **Kreisoberste** 65[1], 679, 748; deren Adjunkten 679. **Kreisordnungen** 562. **Kreistage** 476, 597, 639, 708, 817. **Kreisverfassung** 590.

Reichslehen 89 f., 592, 619, 672.

Reichsmatrikel 8, 10[2], 81, 324, 339[1], 378 f., 382, 416, 457[2], 533[1], 581. Deren **Moderation** 155 f., 324, 340, 379, 416; s. auch unter Köln, Speier, Trier.

Reichspfennigmeisteramt 592 f.; s. auch unter Geizkofler, Loss, Schmitt, Welser.

Reichsprälaten 269[1], 271 u. A. 2, 377, 633, 677.

Reichsritterschaft 93, 572. **Fränkische** 279; **rheinische** 279; **schwäbische** 170[1]. Deren **Eintritt in die Liga** 155, 170[1]; **in die Union** 93, 198 u. A. 2, 279.

Reichsstädte 81, 322, 566, 581, 636, 660[2], 726 u. A. 1. **Konflikt mit dem Erbmarschall** 728[8]. **Gravamina** 728[8]. **Reichsvogtei über die Städte** 40[1]. **Verhältnis zu Rudolf II.** 571, 688, 708[2], 710[1], 712, 715. **Städtesteuern** 635[1], 708[2]. **Städtetage** 567[1], 717[1], 728[8], 796.

Reichsstände (überhaupt) 60, 100, 103, 110, 172[2], 174, 177, 179, 181, 182[4], 329, 342, 343[1], 351[2], 360, 362 f., 389, 393, 414, 426[2], 431, 434[1], 437[3], 451, 453 f., 468, 469[1], 475, 482, 484, 485[2], 513, 550 f., 558[1], 564, 566 f., 569 f., 575 f., 632, 639, 648, 674, 676, 685 f., 691, 754, 772, 824 f., 828, 831 f., 838. **Calviner** 10[2], 81, 160[1], 167, 295, 437 u. A. 3, 544, 550, 634, 648, 697, 739, 821[3]. **Evangelische** (überhaupt) 19, 53, 70, 79, 101, 126, 135, 142, 172, 192, 204, 212 u. A. 1, 220. 235, 247, 249, 250 u. A. 1, 253, 256, 268, 295[1], 311 f., 342, 346, 382, 385 f., 387[1], 409, 413[1], 437, 507 f., 561, 563, 565 f., 576, 578 f., 589, 596, 598 f., 629[1], 633 f., 639, 648, 664, 668[2], 676, 678, 690[1], 703, 712, 726[1], 740[1], 750, 753[1], 754, 760, 764, 766, 769, 772, 775[1], 803, 815[6], 826 f. **Friedfertige** 80, 134, 142, 308, 312, 382, 414, 484, 507, 701. **Gehorsame** 8, 26, 89, 101 f., 174, 257, 270, 393[1]. **Geistliche** 199, 294[1], 573, 576, 675[1], 704, 830. **Katholische** (Papisten) 19, 33[2], 39, 54[1], 70 f., 79, 81, 88 f., 135, 142, 167, 170[1], 172, 192, 198[3], 200, 205, 212, 221, 225, 228, 231 f., 235, 250[1], 281, 294[1], 295 u. A. 1, 296, 309 f., 314, 321 f., 335, 388 f., 412, 437 u. A. 3, 516, 550, 563, 576, 577[3], 582, 595, 599 f., 633 f., 637, 639, 646 f., 652[1], 654, 660 u. A. 2, 664, 675[1], 677 f., 691, 697, 699 f., 704 f, 724, 736, 739 f., 749, 750 u. A. 1, 753[1], 757[3], 758, 760, 761 u. A. 2, 765, 780[6], 808[2], 813, 815[6], 825[7], 826 f. **Lutheraner** (Augustaner) 10[2], 115, 648, 697, 739. **Ungehorsame** 89, 748. **Weltliche** 830, 833. — **Korrespondenz zwischen den katholischen und evangelischen Ständen** 597 f., 600, 705. **Libertät der Stände** 70, 172, 632, 676, 684, 699, 747, 831. **Mistrauen unter den Ständen** 10[2], 53, 88 f., 135, 148[2], 154, 167, 170[1], 199, 201, 204 f., 206[1], 207[1], 228, 246, 414, 434[1], 578, 619, 626, 675, 701, 726, 747. **Verhalten der**

Digitized by Google

Reichsstände gegen Rudolf II. 496[1], 580, 595.
Reichssteuern 40[1], 111, 181[2], 231, 281, 324, 379, 466[1], 506[2], 509[1], 581, 592, 638, 673 f., 686, 737, 743[1], 772, 815, 824. Antizipationen 181[2], 298, 592, 703, 834, 843. Gravamina und Steuerbewilligung s. unter Gravamina. Restanten 608, 798[3], 799[1]. Türkensteuern 664 f.
Reichsstifte 677. Bedrängung durch die Evangelischen 19, 52 f., 205, 576, 633. Freistellung 168, 579, 634, 675 u. A. 1. Säkularisation 156, 634, 675[1], 750 u. A. 1, 777. Sicherung der Stifte für die Katholiken 573.
Reichstage überhaupt 10[2], 19, 56, 81, 126, 174, 221, 234, 236 f., 268[1], 281, 322, 466[1], 474, 533[1], 551, 575, 592, 597, 634, 639, 675, 708, 726[1], 750 u. A. 1, 773, 802, 816 f., 834. Reichstag von 1576 675[2]; von 1582 581; von 1603 817; von 1608 111[2], 205, 296, 425[2], 699 f., 732[3], 747 f., 750, 772, 817, 826. Abhaltung eines neuen Reichstags 87[1], 631, 673, 700 f.; s. auch unten bei Reassumtion. Ausschreibung eines neuen Reichstags 414 f., 454, 475, 519, 570 f., 581, 701[2], 703, 823, 828. Direktion beim Reichstag 414. Gravamina beim Reichstag s. unter Gravamina. Hausstreit und Reichstag 572. Kaiserliche Kommissare beim Reichstag 554, 704, 828. Komposition auf dem Reichstag 207[1], 294, 676. Konsens der Kurfürsten zu einem Reichstag 475, 511, 570, 572, 579, 664 f., 701[3], 703 f., 772. Mehrheitsbeschlüsse auf Reichstagen 10[2], 576. Proposition für den neuen Reichstag 414. Reassumtion des Reichstags von 1608 87[1], 511, 519, 566 f., 581, 628, 631, 664 f., 699 f., 703, 772, 823, 828. Successionsfrage beim Reichstag 614, 675. Verhandlungsgegenstände 674, 705. Verschiebung 700.
Reichsunmittelbarkeit 36[2].
Reichsvikariat 619, 697, 826, 830; pfälzisches 215, 626, 632; sächsisches 632.
Reichsvogtei s. unter Reichsstädte.
Reichau, Melchior von, Obervogt zu Blaubeuren, württembergischer Rat und Kriegsoberst 217, 679, 698.
Reichshöfer, Michael, Altbürgermeister von Rotenburg o. T. 218, 698
Reiffenberg, Johann Dietrich von, kurmainzischer Kriegsoberst 312 f., 336, 381[2], 383[2].
Relation, donauwörthische s. unter Donauwörth.
Relation, wahrhafte, von der kölnischen Handlung 56[1].
Relation, zollernsche 235.
Religionsfrieden 8, 10[2], 15[3], 16, 19, 40 f., 43, 49, 55, 79 f., 142 f., 147, 156, 174, 200, 205, 206[1], 207[1], 212[1], 243, 249, 256, 263, 270, 312, 322, 335, 338, 351, 361, 387[1], 397, 424[2], 437, 507, 511, 550, 554, 565, 573, 579, 598, 663, 675 f., 678, 711, 725, 753 u. A. 1, 803, 807, 808 u. A. 2, 815[6]. Ausdehnung 634, 639. Auslegung 575, 770. Beseitigung 172, 699, 701. Bestätigung 314, 600, 639, 826. Freistellung s. unter Reichsstifte. Gewissenszwang 753[1]. Schicksal der geistlichen Güter: Einziehung 678, 803, 830; Restitution 826 f. Papst und Religionsfrieden s. unter Paul V. Vorbehalt, geistlicher 335, 387[1], 827.
Rennekamp, Dr. Paul, Advokat der Stadt Worms 217, 698.
Reuschenberg (Rauschenberg), Johann von, Amtmann zu Jülich und kaiserlicher Kriegsoberst 66[2], 231[1].
Reutlingen, Reichsstadt 228.
Revest, mons. de, Kämmerer im Dienst des Erzherzogs Leopold 216.
Rhein 139, 141, 170, 199, 230, 232 f., 273 u. A. 1, 281, 311, 339[1], 385, 565, 567[1], 664, 806.
Rheinberg 829.
Rheinfels, Oberamtmann von 582, 617 f.
Rheingau 87.
Rheingraf zu Stein s. unter Dann.
Rheinlande 138.
Rheinzölle 380[1], 386, 477, 815; s. auch unter Lizenten.
Richius, Theophil, kurpfälzischer Rat bei der amberger Regierung 77[1], 292[4], 697, 786[1].
Rietberg, Johann Graf zu Ostfriesland, General der Artillerie der

Digitized by Google

Liga. Sein Kriegsvolk und dessen Abdankung 8 u. A. 1, 108[1], 109[2], 127, 155, 273[2], 275, 313, 385[1], 386 f., 472 u. A. 1, 474[2], 700[3], 732[4]. Eintritt in die Liga 382; Gesandte zum Ligatag 377, 385, 415. Räte und Diener s. unter Brée und Bruyn.
Rinck von Baldenstein, Jakob, bischöflich speirischer Rat 341[1], 376, 472 u. A. 1. — Wilhelm, Bischof von Basel s. unter Basel.
Ritterorden, geistliche 576.
Ritz, Peter Simonius, kurtrierischer Rat 837, 838 u. A. 1.
Robereto (Rovereto), Dr. Octavian, Leibarzt Rudolfs II. 648[4].
Rodenkirchen am Rhein 15[1].
Rom 108[1], 147, 203, 244, 656[3], 699, 765, 778.
Rosenberg, Peter Wok von, Herr auf Krumau 85 u. A 1, 178, 212[1], 317[1], 347[1], 419[1], 542, 624[3], 822, 836; seine Teiche 260[5].
Rotenbuch im Spessart 813.
Rotenburg ob der Tauber, Reichsstadt 448. Bürgermeister und Advokaten s. unter Berg, Bezold, Offner, Reichshöfer. Unionsstand 35[1], 36[3], 40[1], 218, 227[1], 698. Abhaltung des Unionstages daselbst 507, 539[2], 549 u. A. 1, 561, 610, 631, 663, 667, 693, 734, 738[1], 739[2], 741, 749, 750[1], 759, 780[6], 790, 795, 800 f., 815, 820, 827 f., 840. Vertreter der Stadt bei den Unionstagen 218, 698, 717[1], 720[2], 729, 793.
Roth, Dr. Johann Leonhard, kaiserlicher und bischöflich augsburgischer Rat 377. — Leo, Mitglied des geheimen Rats von Ulm 75[1], 217, 698. — Dr. Veit, Syndikus von Weissenburg im Nordgau 218.
Rottenburg in Württemberg 636.
Rottenthal, Freiherr von, Hauptmann im passauer Kriegsvolk 58.
Rudolf I. von Habsburg, deutscher König 457.
Rudolf II., deutscher Kaiser. Sein Aberglaube 48[1], 316[2], 352 f., 517 f., Rudolf und der Administrationsstreit s. unter Administrationsstreit. Beziehung zum Markgrafen von Ansbach s. unter Ansbach. Anschläge auf das Leben des Königs Matthias s. bei Matthias, unter Anschläge. Architekt Rudolfs II. s. unter Philippis. Argwohn Rudolfs 649. Absetzung Rudolfs 353. Rudolf und die Astrologie 48 u. A. 1. Audienzen 11, 13[3], 48, 54, 100, 103, 214, 299, 325, 327, 329, 332 f., 346, 373[1], 394, 396[1], 403, 409, 412, 422[1], 424[2], 428[1], 429, 431, 487 u. A. 3, 492, 542[2], 586[1], 588, 602 f., 605, 608, 632[1], 657, 799, 810. Verhältnis zu Baiern s. unter Baiern. Beichtväter Rudolfs II. s. unter Pape und Pistorius. Bewachung Rudolfs im prager Schloss 214 u. A. 2, 247[1], 256[1], 260[5], 271 u. A. 4, 289, 291, 316 u. A. 1, 343, 355, 356 u. A. 4, 357[3. 4], 362 f., 366, 367[1], 368[2], 373 u. A. 1, 395, 402, 404, 410 u. A. 1, 412 u. A. 2, 414, 439, 442, 445[4], 470[1], 474, 485[2], 489, 514, 532[2], 534 f., 552[4], 556 f., 569 f., 602, 608, 622, 687.
Rudolf als König von Böhmen: Abzug aus Böhmen und Prag 187, 260[5], 272, 431 f., 439 f., 443[3], 445[4], 453, 454 u. A. 1, 559 u. A. 2, 463, 474, 475 u. A. 2, 481[1. 2], 482, 483 u. A. 1, 508 u. A. 3, 509, 511, 521, 522 u. A. 3, 524, 525 u. A. 1, 526, 542, 557, 560 f., 564 f., 571 f., 577, 593, 601, 619, 632 f., 696, 737, 739[1]; s. auch unter Residenz im Reich. Rudolfs Regierung in Böhmen 210[2], 246, 289[2], 291 f., 316, 318 u. A. 1, 344, 357, 361, 364, 394, 399, 401, 403, 422[1], 439 f., 443[3], 444[1. 2], 451, 453, 466[1], 483, 533[1], 632, 670, 824. Residenz in Böhmen und Prag 318 u. A. 1, 319[1], 374[2], 390 f., 401[2], 422[1], 444[2], 453, 454[1], 459[2], 462 u. A. 1, 464[1], 466[1], 482, 483 u. A. 1, 488, 495 f., 511, 552 u. A. 4, 553[4], 571, 636, 643, 665, 688, 690, 695 f., 702, 708, 712, 757[2], 810 f., 814, 824 f. Rudolf II. und die böhmischen Stände 131[1], 150, 152, 186, 193 f., 202 f., 210, 214 u. A. 1, 316, 318 u. A 1, 349, 359; s. auch bei Böhmen, unter Landstände. Führung des Titels eines böhmischen Königs 374[2], 401, 426[4], 443[3], 459[1], 460[1], 462[1], 495 f., 533[1], 649, 670, 688, 824. Verzicht auf die Regierung in Böhmen (resp. deren Verlust) 120, 165[2], 186[4], 210[2], 246, 250[2], 256[1], 286, 289 u. A. 2, 292 f., 326, 332, 344, 345 u. A. 1, 349, 359, 364, 390, 394, 407, 424[2], 435,

Digitized by Google

439 f., 441[4], 443[3], 444[2], 451, 452[2], 454 u. A. 1, 457, 459[2], 462[1], 464[1], 466[1], 483 u. A. 1, 528, 570 f., 595, 611, 632, 694.
Verhältnis Rudolfs zu Brandenburg s. unter Brandenburg; zu Braunschweig s. unter Braunschweig; zu den Brüdern 2[1], 32[1], 83[3], 86, 160[1], 293[4], 296, 540, 560, 628, 690. Charakterzüge 60, 67[2], 82, 118, 150, 185, 208[1], 253, 395, 409, 424[2], 431 f., 439 f., 467, 483[1], 496, 542[2], 587, 603, 611, 619, 623[2], 649, 711, 755, 814; Umschwung im Charakter 352 u. A. 2. Verhältnis Rudolfs zu Dänemark 198[2]; zu England s. unter England. Rudolf und die österreichischen Erblande s. unter Erblande. Verhältnis zu den Evangelischen im Reich 595 f., 597[1], 606, 608, 610 u. A. 4, 633 f., 689, 693, 739, 740[1], 790 u. A. 3, 802, 815, 822, 841. Finanzen Rudolfs 12[2], 102, 111 u. A. 2, 181[2], 182, 241, 255[1], 506[3], 581, 591 u. A. 1, 635 u. A 1, 743[1], 810[2], 811, 822[1], 824, 834, 836, 843; s. auch unter Hofkammer. Verhältnis zu Frankreich s. unter Frankreich. Friedensliebe Rudolfs 107. Gesundheitszustand Rudolfs 349, 359 u A. 4, 405 u. A. 1, 410[1], 422[1], 424[2], 427[2], 442 u A. 1, 588, 612 f., 758 f., 796, 799, 824, 842. Gnadengeschenke 443[3], 444[2], 459[2], 462[1], 464, 466[1]. Rudolf und die Gravamina 234, 342, 511, 551, 665, 702, 704, 708, 740, 747 f., 755 f., 773, 775[1], 817. Güter Rudolfs in Böhmen 374[3], 390, 443[3], 444[2], 454[1], 459[2], 460[1], 462[1], 464[1], 466[1], 511, 533[1], 585, 687 f., 824. Rudolf und der Graf von Hanau s. unter Hanau. Rudolf im Hausstreit s. unter Hausstreit und bei Matthias, unter Verhältnis zu Rudolf II. Heiratspläne Rudolfs 612, 615, 799[1] — Hof Rudolfs 234, 236, 281, 295, 399[1], 400[3], 404, 468, 469 u. A. 1, 483 u. A. 1, 485[2], 513[1], 552[4], 563, 592 f., 597, 636, 650[2], 654, 673[1], 675, 704, 708, 709[4], 734, 739[1], 750, 760, 763[4], 780[6], 799[1], 801, 812, 822 f., 836[7], 837. Hofämter 111[2]. Hofkaplan s. unter Praetorius. Hofmaler s. unter Aachen, ans von. Hofstaat und dessen Reformation 459, 511, 532[1], 542 u. A. 2, 543[2], 569, 581, 584, 632 f, 671[2], 678, 689, 815[6], 817. Kammerdiener 83[1], 316[2], 325, 332, 403, 588, 647 f., 699; s. auch unter Aachen, Ericius, Hastal, Hauser, Hofmann, Kühbach, Lang. Korruption am Hof 619. Obersthofmeister 508[3], 543 u. A. 2, 560, 585, 594 u. A. 1, 604, 606, 608, 624, 634, 640[2], 661, 669, 671 u. A. 2, 672, 750, 760, 761[2], 813, 822 f.; s. auch unter Braunschweig. Praktiken am Hof 31, 32[1], 67[2], 82, 91[3], 104, 117, 165 u. A. 2, 239, 342; s. auch unter Nebenräte. Stubenheizer 316[1], 594, 813, 821; s. auch unter Marckert. — Hofkammer 111, 457[2]. Anforderungen an sie 591 u. A. 1. Geldnot 111 u. A. 2, 591 u. A. 1, 592, 811. Kredit 593. Präsident 111, 591, 593; s. auch unter Krauseneck. Räte 111, 591, 673[1]; s. auch unter Meckbach, Schmitt, Zach, Zeller. Visitation der Hofkammer 111, 592 f — Hofprozesse s. unter Reichshofrat. Hofzahlamt 835. — Rudolf und die Jesuiten 726[1]. Rudolf und der jülicher Erbstreit 7, 11[1], 16 f., 29[1], 42 u. A. 3, 45[1], 48, 53, 55 f., 61, 87[1], 101 f., 104, 106 f., 124, 139, 157, 174, 240 f., 268, 297 f., 329, 375[1], 379[1], 394[1], 414 f., 420[3], 434[1], 436[3], 448, 449 u. A. 1, 489, 531[1], 563, 652, 653 u. A. 1, 654, 754, 797[1], 837 f. Jurisdiktion Rudolfs 688, 695, 754 f. Kaiserwürde Rudolfs 440. Verhältnis Rudolfs zu Khlesl s. unter Khlesl. Rudolf und die Kurfürsten 388, 393 f., 397 u. A. 3, 409, 411, 415, 435, 442, 458 f., 496, 510, 635; wegen der geistlichen s. auch unter Kurfürsten, geistliche. Rudolf und der Kurfürstentag 87 u. A. 1, 273[2], 504[1], 569, 577, 584 f., 586[1], 588, 594, 624, 733, 734 u. A. 5, 757 u. A. 3, 763, 791[1]; s. auch bei Kurfürstentag, unter Komissarien. Lage Rudolfs II. seit dem Einzug des Matthias 282, 289, 313, 343 f., 360 f, 366 f., 373, 388, 396[1], 410, 414, 427, 431, 432[1], 434, 453, 454[1], 504, 556, 564, 577, 693, 696, 821[3], 823. Leibärzte Rudolfs II. s. unter

Digitized by Google

Altenstedt, Boëtius, Moscaglia, Perger, Roboreto, Secundus. — Rudolf II. und Erzherzog Leopold s. unter Leopold. — Verhältnis zur Liga s. unter Liga; zu Mainz s. unter Mainz. Verhältnis zu König Matthias 13[3], 25, 60 f., 100 f., 118, 131[1], 147[2], 151 f., 165 u. A. 2, 184 f., 202, 240 f., 253, 258 f., 291, 296 f., 343, 349, 352 f., 390 f., 394, 402, 409 f., 419, 517 f., 526, 612, 625, 674, 742[1. 2], 799, 834. Rudolf und die Krönung des Matthias in Böhmen 318[1], 358 u. A. 1, 363 u. A. 3, 401 f., 428 u. A. 1. 2, 431 u. A. 1, 435, 439 f., 444[2], 445[4], 452[2], 453, 454[1], 456 f., 462 u. A. 1, 463. 467 f., 480, 483, 485[2], 500, 532, 534, 556, 611. Empfehlung des Matthias zur römischen Krone 428[1. 2], 440, 442, 466[1], 487, 491, 516, 526, 594, 608[1], 627, 742 u. A. 1. — Mutter Rudolfs II. 587. Nebenräte („böse" Räte, Winkelräte, Praktikanten), 2[1], 12, 25, 48, 61[1], 74, 91, 96, 133[2], 150, 165[2], 180, 184, 209, 210[2], 214[1], 256, 260, 290[2], 291, 317, 320[2], 326 f., 331, 342, 365[1], 370, 400[1], 401, 403, 448, 466[1], 485[2], 495, 521 f., 525[1], 611, 613[1], 619, 647 f., 672, 691, 700, 708, 740, 748, 755, 759 f., 765, 772, 779. Verhältnis zum Papst s. unter Paul V. Rudolf und das passauer Kriegsvolk s. unter Passauer Kriegsvolk. Rudolf und die Pfalz s. unter Pfalz. Rachegelüste Rudolfs 349, 352 f., 392, 413, 532, 610[2. 3], 632 f., 642, 665, 700, 790, 799, 810, 825. Räte Rudolfs überhaupt 16, 47, 54, 121[1], 176, 246[3], 268[1], 284, 287, 327, 332, 344[1], 351[3], 368[2], 406[3], 428, 445, 451, 452[2], 459 u. A. 2, 460[1], 461[2], 462[1], 484, 485[2], 487[3], 489, 494 f., 499, 532[2], 533[1], 534 f., 552 u. A. 4, 558[1], 560, 563, 587, 597, 633, 636, 653 f., 657, 664 f., 667, 687 f., 695, 698, 701, 704, 712, 750[1], 751, 754[1], 813, 837, 842. Geheime Räte 1, 12, 13[3], 69[2], 124, 185 f., 214, 258, 300, 349, 359, 362, 363[3], 367[1], 373, 395, 400[3], 410[1], 411, 413, 424 u. A. 1, 440, 441 u. A. 4, 443 f., 460 f., 464, 466, 469, 482, 485[2], 488, 499, 510 f., 525 u. A. 1, 531 f., 577, 588, 591 u. A. 1, 593 f., 634, 648, 672[3], 688 f., 732[2], 736, 749, 760, 818[2], 822, 827, 837 u. A. 7. Direktion des geheimen Rats s. unter Braunschweig. Zuordnung von Räten aus dem Reich 412[2], 635, 750, 827. Hofkammerräte s. oben unter Hofkammer. Reichshofräte s. unter Reichshofrat. Vgl. auch unter Barvitius, Braunschweig, Castiglione, Eisen, Engelhofer, Günterode, Hämmerle, Hannewald, Hegenmüller, Hertel, Hohenlohe, Hohenzollern, Lamberg, Lasotto, Leuchtenberg, Kleinsträtel, Krauseneck, Mansfeld, Melander, Minckwitz, Mollart, Pflug, Platteis, Proskofsky, Pucher, Pühler, Rüdiger, Salm, Schmitt, Stralendorf, Trautmannsdorf, Wacker, Wallenstein, Wehr, Zach, Zeller. — Regiment am kaiserlichen Hof und dessen Verbesserung 77[1], 82, 97, 163, 210[2], 222, 229, 235, 254[1], 256, 272, 291, 293, 317, 318 u. A. 1, 319[1], 320[2], 325 f., 398, 399[1], 400[1], 401, 430, 451, 466[1], 511, 516, 519, 550, 560, 563, 569, 577, 612, 619 f., 627[2], 628, 632, 634 f., 648 f., 671, 673 f., 691, 694, 699 f., 702, 747, 754, 763[4], 778, 780[6], 817, 823, 827, 829, 835 f. — Rudolf und das Reich s. unter Reich und unten unter Residenz. Autorität Rudolfs im Reich 81, 88, 109, 156, 165, 208[1], 296, 303, 344[1], 373[1], 580, 582[2], 743, 747. Regiment Rudolfs im Reich 397, 403 f., 430, 454, 465, 466[1], 482 f., 485[1], 619, 694, 747, 755. Residenz Rudolfs im Reich 215 u. A. 1, 284 u. A. 9, 454 u. A. 1, 495, 508 u. A. 1, 509, 511, 532 u. A. 1, 533 u. A. 1, 566, 571, 585, 588, 605, 606[1], 631, 635 f., 664 f., 672, 699, 700, 701 u. A. 3, 702. 705[2], 708[2], 739[1], 757[2], 760, 772, 790, 797, 810 u. A. 2, 814, 815 u. A. 6, 821[3], 823 f. 835, 839, 842. — Rudolf und die Reichsfürsten 165[2], 360, 364 f., 367[1]. Rudolf und die Reichsstädte 38 f., 76, 226, 563. 566 f., 571, 688, 708[2], 810[1], 712, 715, Rudolf und der Reichstag 414, 454, 519, 570, 828. Rudolf und die Religion 165[2], 582, 619, 649, 693. Verhältnis Rudolfs zu Sachsen 5, 11 u. A. 1. 2, 16 f, 23 f., 24[1], 42 f., 48, 56 f., 61, 68 f., 87[1], 90, 102, 106 f., 127, 150, 154[1],

Digitized by Google

162, 176 f., 178 f., 202, 246 f., 268, 286[2], 290[2], 319[1], 345, 347 u A. 4, 354[4], 356, 361, 364 f., 365[4], 366 u. A. 1, 367 u. A. 1, 373[1], 374, 387, 394 f., 396[2], 400[3], 402, 404, 422[1], 423, 441[4], 453 f., 454[1], 508, 513[1], 536, 563, 594 f., 620 u. A. 1, 621 u. A. 1, 623[4], 633 f., 642 f., 646, 654, 656 f., 662, 665, 669, 671, 680 f., 686, 687 u. A. 1, 689 f., 708, 712[1], 733, 734[5], 736, 754, 790 f., 796 u. A. 1, 797[1], 800. Verhältnis zu Salzburg 2[1], 21[1], 63, 83 u. A. 3, 89, 132 f., 149 f., 163 f., 165[2], 182 f., 207 f., 259 f., 822[1]. Schätze des Kaisers 165[2], 184, 187, 213, 217, 260[5], 364, 390, 401[2], 440, 454[1], 570, 811, 824. Rudolf und Schlesien 389, 391, 396[1], 409, 423, 426 u. A. 4, 485[2], 486 u. A. 1, 489, 843. Schulden Rudolfs 374[3], 390, 443[3], 459[2], 462[1], 464[1], 466[1], 468[1], 585, 591 u. A. 1, 592, 817. Sistierung der kaiserlichen Gewalt 619. Verhältnis Rudolfs zu Spanien 82, 86, 165[2], 196, 213 f., 238 f., 260[5], 287 f., 299, 305, 341, 345 f., 361, 364, 388, 390, 413, 447, 451, 456, 482, 492, 494 f., 506 u. A. 3, 510, 595 f, 657, 659 u. A. 1, 669 f, 693, 739, 758, 790, 814. Rudolf und die Succession im Reich 87[1], 151, 160[1], 161[1], 164, 165[2], 202 f, 272, 296 f., 302, 305, 341, 361, 401 u. A. 2, 406 u. A. 3, 413[1], 428[1, 2], 447, 490, 526, 572 f., 575, 577, 608[1], 627 f., 629[1], 632[1], 636, 674, 777, 813, 823, 833, 842. Rudolf und Tirol 2[1], 22, 32 u. A. 1, 67[2], 83[3], 132 f, 150, 211, 215 u. A. 1, 284 u. A 9, 352[1], 369 f., 462[1], 466[1], 571, 635, 739[1]. Rudolf und Ungarn 326, 393, 404, 441[4], 444[2], 459[2], 461[2], 528, 694, 743[1], 817. Rudolf und die Union 19, 33[2], 36, 38 f., 40[1], 54, 66, 82, 83[1], 94, 106, 231, 234, 311 f., 314, 342, 399[1], 400, 512, 563, 565, 567, 596, 597[1], 604, 618, 634, 664, 666, 673, 686, 687 u. A. 1, 691[2], 696 f., 704 f., 708, 710, 712, 713 u. A. 1, 714[2], 715, 726, 729[3], 731, 734 f., 738, 740, 747, 749, 754 f., 778, 780 u. A. 6, 790, 799, 817. Verhältnis zu den unierten Städten 38 u. A. 1, 40[1], 76, 77[1], 105, 226, 230[1], 563 f., 566 f., 705[2], 708[2], 710[1], 715[1]. Rudolf und der Unionstag zu Rotenburg 596, 597[1], 664, 666, 673, 704 f., 710, 712 u. A. 1, 717, 729[3], 734 f., 738, 740 u. A. 2, 743 u. A. 1, 747, 749 u. A. 1, 754 f., 759, 762, 769, 775[1], 778 f., 780 u. A. 6, 790, 801, 815, 827, 839; s. auch unter Geizkofler und Westernach. Unterhalt des Kaisers 389, 444[2], 454[1], 459[2], 462[1], 464[1], 466[1], 474, 485[2], 487, 495 f, 511, 532[2], 533[1], 552[4], 566, 577, 581, 583, 585, 601, 605, 622, 631 f., 636, 664 f., 673 f., 678, 687 f., 694, 699, 701[3], 760, 772, 817, 824, 825 u. A. 2. Verzicht Rudolfs auf die Kaiserkrone 341, 346, 368[2], 406 u. A. 3, 447, 482 f., 485[1], 525, 538[1], 571, 577, 622, 629[1], 635, 642 f., 694, 696, 737, 763. Wahl Rudolfs II. 573, 675[2], 832. Winkelräte s. oben unter Nebenräte. Zauberer im Dienst Rudolfs II. 48, 316[2], 349, 352, 353 u. A. 1, 355, 362, 373, 391 u. A. 1, 403 f., 419, 517 f., 596. Zugeständnisse, erzwungene, Rudolfs II. 468[1], 510, 532, 556 f.

Rudolf, Fürst von Anhalt-Zerbst s. unter Zerbst.

Rüdiger, Dr., böhmischer Appellationsrat 648 u. A. 1, 672.

Ruppa, Wenzel Wilhelm von 177 u. A. 4, 214[1].

Sachsen, Kurfürstentum. Im Administrationsstreit s. unter Administrationsstreit. — Sachsen und Erzherzog Albrecht s. unter Albrecht. Beziehung zu Ansbach s. unter Ansbach. Ansehen Sachsens im Reich 47. Verhältnis zu Baiern 437, 598; s. auch bei Baiern, unter Aufnahme Sachsens. Verhältnis zu Böhmen s. unter Böhmen; zu Brandenburg s. unter Brandenburg; zu Braunschweig s. unter Braunschweig; zu England s. unter England. Erbeinungen 20[1], 181 u. A. 1, 255, 365, 376; s. auch bei Böhmen, unter Erbeinungen. Erzmarschallamt 509, 532[2]. Verhältnis zu Frankreich 17[1]. Geldmangel 20 u. A. 1. Sächsisches Gesamthaus 644, 652[2], 662, 837 f; Zusammenkunft des Gesamthauses 11[1], 20[1], 57, 106, 315 u. A. 5, 319[1]. Sachsen und die Gravamina

Digitized by Google

der Evangelischen 770. Sachsen im österreichischen Hausstreit s. unter Hausstreit. Sachsen und Landgraf Ludwig von Hessen s. unter Hessen. Sächsischer Hof 656[2]. — Sachsen im jülicher Erbstreit 6 f., 10[2], 11[1. 2], 16 f., 20[1], 42 f., 54 f., 61, 68 f., 81, 106 f., 120 f., 123 f., 158 231, 258, 267, 300 f., 306 u. A. 2, 449, 563, 596, 652 f., 696, 719 f., 730 u. A. 2, 735, 797[1], 838. Sachsens Admission in den Besitz von Jülich 20[1], 29[1], 44[1], 70, 72 u. A. 1, 73[1], 113, 122, 123 u. A. 1, 129, 161 f., 166, 174, 253, 266 f., 268 u. A. 1, 301, 306[2], 652[2], 653[1], 656, 667, 735, 754, 797[1], 838. Belehnung mit Jülich 10[2], 42 f., 53, 449, 837 f. Sachsen bei der Kommission in Köln 29[1], 42 f., 55, 106 Sachsen und die jülichschen Lehen in Burgund 20, 42 f., 44 f., 46, 47[1], 812. Sachsen bei der jüterbogker Handlung 197, 266, 563, 652 f. — Verhältnis Sachsens zu den Katholiken 80 f. Sachsen und die Komposition im Reich 295 u. A. 1, 437[3], 756, 763[2], 769, 827. Sachsen und die geistlichen Kurfürsten s. unter Kurfürsten, geistliche. — Sächsische Kurfürsten und Herzoge: Kurfürst August 573. Herzog August 315[6], 646. Kurfürst Christian II. 1[1], 2[1], 5 f., 38, 68 f., 79, 90[4], 106, 140, 167, 179[2], 271 u. A. 3. 4, 273[2], 286, 303, 315[5], 323[1], 335, 366 u. A. 1, 367 u. A. 1, 368 u. A. 2. 3, 388, 394[1], 400, 414, 437, 439, 450, 456, 457[2], 458[2. 3], 472, 487[3], 497 f., 509[1], 529[1], 535, 537, 540, 561, 573, 583[2], 586, 597[1]. Sein Ableben 554[2], 566 u. A. 1, 597[1], 616 u. A. 2, 617, 620 u. A. 3, 621, 624, 629[1], 642, 644 f., 650, 656[2], 657, 660, 662, 669, 681, 691, 757, 800, 837. Gemahlin 799[1]. Kurfürst Johann Friedrich 831. Kurfürst Johann Georg I.: als Herzog 11[2], 13[3], 68 u. A. 2, 69[1. 2], 315[5], 366 f., 375[1], 441, 471 f., 497 f., 597, 620, 651; als Kurfürst (seit 4. Juli 1611) 566, 620, 623[4], 642[2], 656[1], 660 f., 671[2], 680 u. A. 4, 681, 682[1], 735 u. A. 2, 753[1], 774[6], 790[3], 791 u. A 1, 792 u. A. 2, 803[2], 808[1], 811 f., 837, 840; Charakterzüge 617, 647. Aufnahme in den Kurverein 651, 662[1], 791. Spanischer Pensionär 609, 620 u. A. 2, 645 f. — Sachsen und der Kurfürstentag 387, 397 f., 435, 439, 453, 488, 5[illegible] 530[2], 531[1], 577[3], 585, 623[4], 6[illegible] 651, 682, 757, 770, 778 u. A. 1 792, 797. Gesandte zum Kurfürstentag 614, 616 u. A. 3, 62[illegible] 661. Sachsen und der Kurverein 558[1]; s. auch oben, unter Johann Georg. Land 368[2], 507, 6[illegible] Landstände 20[1]. Lehen, böhmische 543; burgundische 20, 42 f., 44 f., 46, 47[1], 812. Verhältnis zu Erzherzog Leopold s. unter Leopold. Sachsen und die Liga (Eintritt in die Liga) s. bei Liga, unter Sachsen. Verhältnis zu Mainz s. unter Mainz; zu Matthias s. unter Matthias; zu Neuburg s. unter Neuburg. Sachsens Neutralitätspolitik 312, 321 f., 323[1]. Orden 47[1]. Sachsen und das Haus Oesterreich s. unter Oesterreich. Sachsen und das passauer Kriegsvolk s. unter Passauer Kriegsvolk. Verhältnis zur Pfalz 471 f., 498 f., 655, 685[1], 692[1], 734[5], 735 u. A. 2, 778[2]. Privilegien Sachsens 301. Räte und Diener 97 f., 143, 173[2], 272, 320[2], 341, 366 u. A. 1, 367 f., 373[1], 388, 390, 437, 491[1], 498 f., 553, 577[3], 644[2], 662, 691, 734[5], 735[2], 828, 840; s. auch unter Berbisdorf, Brandenstein, Gerstenberg, Goedelmann, Goldstein, Helffrich, Kisch, Loss, Lucan, Lüttichau, Mansfeld, Pfretzschner, Schönberg. Sächsisches Reichsvikariat 632, 826 Sachsen und der Religionsfrieden 335. Sachsen und Rudolf II. s. bei Rudolf II., unter Sachsen. Rüstungen Sachsens wegen Jülich 20[1], 43, 45 u. A. 1, 46, 48, 55 f., 61, 90, 102 f., 123, 127. Schickungen an den prager Hof 12, 13[3], 16, 20[1], 55, 68 f. 69[2], 178 u. A. 3, 179[1], 365[4], 36[illegible] 367[1], 373[1], 374, 388, 390, 394 f., 396[2], 400 f., 402 f., 408[2], 409 f., 412 u. A. 2, 414, 420[1. 3], 422 u. A. 1, 423, 424[2], 425 u. A. 1. 2, 426, 427 u. A. 2, 429, 431[1], 432[1], 435, 436 u. A. 3, 439 f., 441[1], 444, 445 u. A 3. 4, 448[2], 451, 452[2], 456, 457[2], 459[1], 460 u. A. 1, 461 u. A. 2, 462, 463 u. A. 1. 2, 464, 465 u. A. 1, 467 f., 470[1], 475,

Digitized by Google

478, 480 u. A. 1, 481[2], 483 u. A. 2, 484, 485 u. A. 1, 486, 487 u. A. 3, 489, 495, 499, 509, 514, 525[1], 528, 531, 536, 542, 552, 556, 569, 648. Säkularisationen Sachsens 156. Verhältnis Sachsens zu Savoyen 231; zu Spanien 20, 44, 45[1], 47f, 162, 402, 537, 609, 620 u. A. 2, 645 f., Sachsen und die Succession im Reich 160[2], 405, 406 u. A. 3, 514, 540, 573, 594, 626 f., 629[1], 637, 643, 690, 812, 825, 842. Sachsen und die Union (Gewinnung für die Union) 40[1], 81, 88, 114, 127, 136, 154, 229, 235, 243, 279, 376, 389, 424[2], 564, 566, 567[1], 597, 686, 687[1], 696, 703, 706, 708, 712, 718 f., 727[3], 730 u. A, 2, 731, 763[2], 768, 770, 773, 828, 840.

Sachsen-Coburg, Herzogtum 126. Herzog Johann Casimir 6[1], 11[1], 42[2], 80, 321, 378, 721, 752, 753[1], 771, 828; dessen Neigung zu den Unierten 721, 753[1], 838[1].

Sachsen-Eisenach, Herzog Wilhelm von 11[1].

Salinas, Vizepräsident des geheimen Rats in Brüssel 44, 46.

Salisbury, Robert Cecil Graf von, Minister Jakobs I. 706, 728.

Salm, Graf Maximilian, kaiserlicher Oberststallmeister 584, 657.

Salm-Reifferscheid, Graf Wilhelm Salentin, Oberst im elsässer Kriegsvolk 66[1], 231[1].

Salvaggo, Giovanni Battista, Bischof von Luni-Sarzana, Nuntius in Prag 7, 25, 50, 79 f., 86, 112, 118, 134, 137, 146, 147 u. A. 1, 180, 195[2], 196, 254, 256[1], 341, 346[1], 416, 480, 487, 560, 565, 596, 740[1], 750[1], 761, 834, 835 u. A. 1. Verhasst bei den Böhmen 429. Vermittlung im Hausstreit 145 u. A. 1, 215, 250 u. A. 2, 251 u. A. 2, 287, 396[2], 419, 428 u. A. 1. 2, 429, 451, 458 f., 532. Verhältnis zu Erzherzog Leopold 429, 506 u. A. 2. Nuntius und Succession im Reich 629[1].

Salza bei Nordhausen 620, 757.

Salzburg, Erzbistum. Erzbischöfe Marx Sittich von Hohenems 2[1]; Wolf Dietrich von Raitenau 1[1], 2[1], 5, 31[1], 640. Dessen Verhältnis zu Baiern s. bei Baiern, unter Maximilian; zu Erzherzog Ferdinand 208[1]. Einmischung in den österreichischen Hausstreit 22 f., 63 f., 83 u. A. 3, 88, 132 u. A. 2, 162 f., 182 f., 207 f., 211. Kreisoberst 65[1], 206[1]. Verhältnis zu Erzherzog Leopold s. unter Leopold; zur Liga 89, 170; zu König Matthias s. unter Matthias; zu Erzherzog Maximilian s. unter Maximilian. Neutralitätspolitik 234. Verhandlung mit den Ständen Oesterreichs ob der Enns 83 u. A. 2, 162. Wolf Dietrich und das passauer Kriegsvolk 21 u. A. 1, 27, 65[1], 258, 353. Verhältnis zu den Protestanten 89 u. A. 1, 234. Räte und Diener s. unter Perger. Beziehung zu Rudolf II. s. unter Rudolf II. Verbindung mit den Ständen Tirols 133.

Salzburg, Stadt 21[1], 83, 132[3], 151[4], 208[1], 307[3], 352[1].

San Clemente, Guillen, spanischer Orator in Prag 115 u. A. 1, 116, 117[1].

Sandtwaldt, Georg Friedrich, Syndikus der Stadt Aalen 698.

Sarrazin, Jean, Altsyndique von Genf 668[2].

Sassella, Grafschaft 592.

Sattler, Johann, württembergischer Sekretär 217, 238, 698, 732.

Saugenfinger, Gottfried, kurpfälzischer Rat 217.

Saurgrein, Sekretär des Erzherzogs Maximilian 168[4].

Savoyen, Herzogtum 588. Herzog Karl Emanuel 17[1], 115, 231[1], 413 u. A. 1. Verhältnis zu Frankreich s. unter Frankreich. Anschlag auf Genf s. unter Genf. Verhältnis zu Erzherzog Leopold s. unter Leopold. Kriegsvolk 74, 230 f., 354 u. A. 2, 409, 413 u. A. 1. Anschlag aufs Reich 354[2], 409, 413 u. A. 1. Rüstungen Savoyens 227, 413 u. A. 1. Verhältnis zu Sachsen 331; zu Spanien 66[2], 129[2], 231[1], 409, 413[1], 668[2].

Schaffhausen als Ort der Eidgenossenschaft 230.

Schaumberg, Achaz Georg Wolf von, markgräflich culmbachischer Rat 697.

Schelklingen bei Ulm 590.

Schenk zu Limburg, Eberhard, württembergischer Landhofmeister 515. — Erasmus, markgräflich ansbachischer Rat 697.

Digitized by Google

Schenckern s. unter Waldenburg.
Schifer, Dietmar Freiherr von, Oberstleutnant im Dienst der Landstände von Oesterreich ob der Enns 120.
Schirmverein s. unter Schwaben und Vorderösterreich.
Schirnding, Rittmeister in markgräflich culmbachischen Diensten 795.
Schlammersdorf, Burkhard von, anhaltischer Rat 698.
Schleicher, Dr. Hieronymus, Advokat der Stadt Ulm 33, 75[1], 77[1], 217, 238, 698. — Sigmund, Mitglied des Rats von Ulm 217, 698.
Schlesien, Herzogtum 86, 116, 183[4], 240, 304, 426[4], 452[2], 459[2], 584, 591[2], 699, 789. Bauern 165[2]. Verhältnis zu Böhmen 391, 409, 426[4], 464[1], 468[1], 542; s. auch unten, unter Kompaktate. Finanzlage 255[1]. Fürsten und Stände Schlesiens 94, 153, 182[4], 210, 358, 365 u. A. 1. 4, 396[1], 401, 426 u. A. 3, 452[2], 478[1], 843. Fürstentag 210, 843. Beschickung des Generallandtages in Prag 365[1], 374, 389, 391, 409, 423, 426 u. A. 4. Schlesische Kammer 111. Kanzleienstreit 843[3]. Kompaktate mit Böhmen 478[1], 489. Konföderationen mit den Erblanden 254. Oberamt in Schlesien 131[1], 153, 210, 843; Oberamtmann s. unter Rechenberg. Schlesien und das passauer Kriegsvolk 131[1], 151, 210, 283 f. Schlesien und das Reich 426[3]. Verhältnis zu Rudolf II. 396[1], 426 u. A. 4, 431[1], 432, 485[2], 486 u. A. 1, 489, 843; Loszählung Schlesiens vom Eid 468[1], 486. Rüstungen Schlesiens 210. Steuern 111, 592, 688. Beziehungen zur Union 94, 665.
Schlick, Graf Joachim Andreas, Mitglied des böhmischen Direktoriums 283 u. A. 2, 425[2], 427, 464, 481.
Schlobitten in Ostpreussen 268[1].
Schmalkalder, Dr. David, Advokat der Stadt Schwäbisch-Hall 218, 698.
Schmalkaldischer Bund 831.
Schmalkaldischer Krieg 633.
Schmidt, Michael, Mitglied des Rats von Weissenburg im Nordgau 218.
Schmitt, Stephan, Reichspfennigmeister und Hofkammerrat 591 u. A. 1, 592 f.
Schneidt, Peter, Liz. iur., kurtrierischer Kanzler 154, 376, 651, 760.
Schöllhammer, Dr. Gebhard, Kanzler des Abts von Ellwangen 269[1], 377.
Schönberg auf Gürigk, Kaspar von, Präsident des kursächsischen geheimen Rates 84[2], 90, 144[2], 179 u. A. 1, 181[1], 214[1], 246[2-3], 254[1], 260[5], 282 u. A. 3, 316[2], 320[2], 323, 366 f., 406[3], 420[3], 421[1], 454, 491[1], 513[1], 517[3], 616, 650, 690 u. A. 1, 812, 840[6].
Schönburg, Hans Meinhard von, Ritter, kurpfälzischer geheimer Rat und Kriegsoberst 72[1], 172 f., 175 f., 210, 248 u. A. 2, 250[1-2], 252[1], 256[1], 260[5], 284[6], 286[1], 288[5], 316[2], 418 f., 698, 717[1], 720[2], 788[1].
Schopp, Kaspar s. unter Scioppius.
Schrick, Georg, Bürger von Lukanes in Böhmen 165[1].
Schröttl von Schrottenstein, Georg, Rat des Königs Matthias 83 u. A. 4, 84, 163 u. A. 2, 164 u. A. 2, 211, 263, 265[3], 736, 764[1].
Schurf, Karl Ritter von, Rat des Erzherzogs Ferdinand von Inneröesterreich 132.
Schwaben 633, 791. Oesterreichische Herrschaften in Schwaben 169, 170 u. A. 1, 589 f. Kriegsereignisse in Schwaben im Jahr 1610 169, 589 f. Landvogtei in Schwaben 590. Schirmverein in Schwaben 589.
Schwäbisch-Hall, Reichsstadt 67[1], 70, 92[2], 126, 148[2], 204, 303, 731[2], 773, 775. Bürgermeister und Stadtadvokaten s. unter Schmalkalder und Wetzeler. Unionsstand 36, 218, 698, 787[1]; Gesandte zum Unionstag 218, 698, 717[1], 720[2].
Schwarz, Paul, Sekretär der Stadt Nürnberg 217. — N., Sekretär der Stadt Ulm 33.
Schweden, Königreich 230, 279. Krieg mit Dänemark s. unter Dänemark.
Schweidnitz in Schlesien, Fürstentum 153.
Schweinfurt, Reichsstadt 94, 157[5], 197, 200, 230[2], 293, 448[1], 471. Besatzung 785. Nachbarliche Beschwerden 105. Rat der

Digitized by Google

Stadt 105; s. auch unter Höllerich, Prückner, Spon. Unionsstand 36[3], 105, 218, 227[1], 786. Abhaltung des Unionstages in Schweinfurt 105 f., 190 u. A. 1, 276, 507 f., 539[1], 546, 567[1], 663, 667, 669, 679 f., 683, 704, 767 f. Vertreter der Stadt beim Unionstag 218.
Schweiz 279, 668[2]. Evangelische Orte 229 f., 279, 452[2]; katholische 170[1], 668[2]. Beziehungen zur Union 229 f., 279, 703, 706, 768. Verfassung 363.
Schwendi, Lazarus von, Oberstleutnant im passauer Kriegsvolk 347[2], 493.
Schwerstädt bei Weimar 791.
Scioppius (Schopp) Kaspar, polemischer Schriftsteller 599.
Secundus, Johannes, Leibarzt Rudolfs II. 810 u. A. 2, 812.
Seeland, Provinz der Generalstaaten s. unter Generalstaaten.
Selbitz, Valentin von, markgräflich ansbachischer Kriegsoberst 697
Selz am Rhein, Reichsabtei 743[1].
Senfft, Thomas, markgräflich culmbachischer Rat und Amtmann zu Pegnitz 697.
Sidonius, Deckname für einen kaiserlichen Diener (Sudoniz?) 692[1], 823[1].
Siebenbürgen, Fürstentum 364, 412, 764. Fürsten s. unter Bathory.
Sigismund, deutscher Kaiser und König von Ungarn und Böhmen 325.
Sigismund III., König von Polen s. unter Polen.
Sigismund, Erzherzog von Oesterreich, Herr in Tirol 589.
Silbermann, Dr. Gregor, pfalzneuburgischer Rat 11[1], 48[1], 84[2], 109[3], 121[1], 165[1], 333 u. A. 2, 401[2], 512[1], 517[2], 541, 692[1], 798, 799[1], 818[2].
Sitten, Bistum. Bischof Adrian II von Riedmatten 129.
Slawata, Wilhelm von, Burggraf von Karlstein, später Obershoflehnrichter in Böhmen 188 u. A. 2, 241, 341, 349, 411, 425 u. A. 1, 442, 489, 542[3], 584[2], 596.
Sleidan, Johannes, Geschichtschreiber 581; dessen Geschichtswerk 831.
Smeczansky, Mitglied des böhmischen Herrenstandes 188 u. A. 3, 241, 341, 425 u. A. 1, 442, 489, 542[3].
Soběslau in Böhmen 165[1].
Soetern, Philipp Christoph von, Bischof von Speier s. unter Speier.
Solms, Graf Otto, Oberst im Heer der Union 709[4], 785[3], 788.
Solms-Braunfels, Johann Albrecht Graf von, Grosshofmeister der Kurpfalz 53, 66[1], 158 u. A. 1, 161[1], 190[1], 231[1], 333[1], 504[1], 515, 778.
Soranzo, Girolamo, venezianischer Orator am Kaiserhof 635[1].
Spanien, Königreich 45, 64, 149, 258, 299, 302, 536, 656. Verhältnis zu Erzherzog Albrecht s. unter Albrecht; zu Baiern s. bei Baiern, unter Maximilian. Spaniens Absichten auf Böhmen und die Erblande 116, 118, 145[1], 239, 260[5], 313, 479, 553, 609, 700, 706. Verhältnis zu Erzherzog Ferdinand s. unter Ferdinand. Finanzlage Spaniens 51 u. A. 1, 286, 537. Verhältnis zu Frankreich s. unter Frankreich; zu den deutschen Fürsten 47, 71, 162. Furcht vor Spanien 40, 70 f., 77[1], 113, 147[2], 159, 260[5], 369, 665, 699; s. auch unter Weltmonarchie. Spanien und die Generalstaaten s. unter Generalstaaten. Gesandte Spaniens in Deutschland 772; s. auch unter San Clemente und Zuñiga. Spanien und die Hansestädte 706. Haltung im österreichischen Hausstreit s. unter Hausstreit. Hof, spanischer 657. Infanten: deren Erziehung 116. Infant **Don Carlos** (zugleich Kandidat für die römische Krone) 115, 346, 538[1], 609, 642 f. Inquisition 346. Spaniens Politik in Italien 619, 673. Spanien und der jülicher Erbstreit 70, 81, 113, 125 f., 130, 238, 240, 267 f., 298 f., 564. Könige **Philipp II.** 149, 238. **Philipp III.** 1, 2[1], 5, 9, 29[1], 84, 86[2], 112, 117, 143, 172[1], 188, 193, 212, 215[1], 238 f., 244, 286, 298 f., 300, 304, 313, 316[2], 319, 347, 363[3], 369, 390, 427, 442, 444, 447, 478, 482, 492, 494, 501[1], 514, 524, 538[1], 540, 552 f, 606, 609, 642, 643[1], 645, 701[1], 758, 764[3], 802, 820, 810; dessen Gemahlin, Königin **Margarete** 51[2], 112, 238, 299 f. Kinder s. oben unter Infanten. Kriegsvolk Spaniens s. unter Mailänder Volk. Spanien und die

Digitized by Google

geistlichen Kurfürsten s. unter geistliche Kurfürsten. Spanien und der Kurfürstentag 514. Spanien und Erzherzog Leopold s. unter Leopold. Spaniens Verhältnis zur Liga s. unter Liga; zu König Matthias s. unter Matthias; zum Hause Oesterreich s. unter Oesterreich, Haus. Pensionäre Spaniens 496[1], 529, 559, 609, 620 u. A. 2, 645, 646 u. A. 3, 758. Spaniens Einfluss in Prag 25, 77[1], 196, 299, 346, 361, 553, 596, 602, 701. Räte und Diener s. unter Albuberque, Arrostegui, Bruneau, Cardenas, Castro, Commendador de Leon, Infantado, Lerma, Luna, Mendoza, Montañana, Oñate, Prada, San Clemente, Toledo, Velada, Zuñiga. Spanien und das Reich 700, 703, 829. Spanien und die Religion 115, 537, 646. Verhältnis zu Rudolf II. s. unter Rudolf II.; zu Sachsen s. unter Sachsen; zu Savoyen s. unter Savoyen. Spanischer Staatsrat 48[1], 245[2], 290[1], 302, 536, 759[1], 789. Spanien und die Succession im Reich 114 f., 117[1], 118, 203, 231[1], 239, 245, 286 f., 301 f., 304[1], 305, 341, 346, 348, 361, 364, 369, 409, 492, 496[1], 506[2], 514, 538[1], 540, 541[1, 2], 586, 604, 609, 627, 629[1], 637, 642 f., 665, 669, 687, 699 f., 834; s. auch oben unter Don Carlos. Beziehung zu Trier 44, 45[1], 514, 559. Spanische Weltmonarchie 29, 70, 147[2], 231, 305, 361, 665 f.

Sparrenberg in Westfalen 98.

Speier, Bistum 33[2], 386. Bischöfe Eberhard 340[1]. Philipp Christoph von Soetern 9, 14, 15[3], 52, 62, 79, 88, 298, 339[1], 340 u. A. 1, 381[2], 425[2], 496[1], 750, 776 u. A. 5. Bruchsalischer Streit s. bei Pfalz, unter Speier. Domkapitel 62, 340, 473 u. A. 1. Kammerrichteramt 15[3], 62, 340, 509[1]. Kriegsschäden des Hochstifts 335, 381[3]. Bischof als kaiserlicher Kommissar zum Kurfürstentag 509 u. A. 1, 553, 560, 583, 588 u. A. 2, 594, 604, 757[3], 776[5]. Ligastand 134, 137, 139, 154 f., 191[2], 309, 336, 340, 380[1], 381 u. A. 1. 3, 384 f., 417, 473 u. A. 1, 474[2], 732[1]. Gesandte zum Ligatag 334, 376, 473. Beziehungen zu Mainz 496[1], 545[1]; zu Rudolf II. und dessen Hof 509 u. A. 1, 635, 750. Räte 62, 775; s. auch unter Hauenstein, Hohenecк, Rinck. Beziehung zu Spanien 496[1].

Speier, Reichsstadt 33[1], 34[2], 39, 53, 62, 199[2], 224[1], 280, 679. Jesuiten in Speier 726. Rat 35[1]; s. auch unter Augsburger, Jugert, Hadamar. Reichskammergericht 752. Unionsstand 119[1], 217, 227[1], 698, 785[3], 786, 787[1]. Gesandte zu den Unionstagen 217, 221, 224[1], 227, 229, 232, 235, 471, 698, 717[1], 720[2].

Sperberseck, Johann von, pfalzneuburgischer Hofmeister 217.

Spinola, Ambrosius Markgraf von 44 f., 47[1], 538, 629[1].

Spitzer, Dr. Georg, Stadtadvokat von Heilbronn 75[1].

Spon, Georg, Mitglied des Rats von Schweinfurt 218.

St. Emmeram in Regensburg, Reichsabtei. Abt Hieronymus II. 508[3].

St. Ivan bei Prag 842.

St. Margarethen, Kloster bei Prag 121[1]; dessen Prior Benno 165.

St. Nikola bei Passau 27.

Stablo, Reichsabtei 109[2], 380[1], 474[2].

Starck, Peter, Altammeister von Strassburg 75[1], 217, 698.

Starhemberg, Reichard von, Rat des Königs Matthias und Landstand in Oesterreich ob der Enns 63[2], 177 u. A. 3, 248, 341 u. A. 2, 342[2], 343[1], 372[1], 376, 400 u. A. 1, 406 u. A. 3, 407, 419, 441[2], 515 f., 551[1, 3], 604 u. A. 2, 610, 613, 767, 844.

Starschedel, Heinrich von, markgräflich badischer geheimer Rat und Hofmeister 698. — Otto von, Präsident des hessen-casselschen geheimen Rats 217.

Steiermark, Herzogtum 301. Landschaft 27, 176. Bedrohung durch die Passauer 5, 21[1], 25, 27, 31, 103.

Steig, goldener (Pass von Kuschwarda) im Böhmerwald 305[1].

Stephan, Johann, Mitglied des innern Rats von Worms 698

Sternberg, Graf Adam, Oberstburggraf in Böhmen 144 u. A. 2, 188[3], 431[1], 479, 542[3], 596, 813.

Steyer, Stadt in Oesterreich ob der Enns 255[1].

Digitized by Google

Stotz, Johann Thomas, markgräflich badischer Sekretär 217, 698.
Strahow, Abtei bei Prag 176.
Stralendorf d. Ae., Leopold von, Reichsvizekanzler 284 u. A. 3, 347[4], 394[1], 445[4], 475[3], 480, 483 u. A. 1, 484, 588, 648, 672[3], 690, 692[1], 835, 837[7]. — d. J., Peter Heinrich von, Reichshofrat 284[3], 836.
Strassburg, Bistum 33[2], 67, 75. Bischof Erzherzog Leopold s. unter Leopold. Kapitelstreit 774[7], 775[1]. Evangelisches Kapitel im Bruderhof 774 u. A. 7, 775; Statthalter desselben Pfalzgraf Friedrich Casimir von Zweibrücken 774, 775[1]. Katholisches Kapitel in Zabern 668, 773 f. — Kriegsschäden von 1610 169, 205, 335, 382. Ligastand 88, 382 f.
Strassburg, Reichsstadt 528. Bruderhof in Strassburg 774[7]. Dreizehner in Strassburg 35[1], 66[1], 75; Mitglieder des Rats und Stadtadvokaten: s. unter Clussrath, Hartlieb, Ingelt, Starck, Wendt, Wurmser. Krieg von 1610 75[1], 216, 547 f., 715[4]. Truppen der Stadt 232 f., 237, 715 u. A. 4, 716, 785, 794. Unionsstand 34[2], 35[2], 38, 53, 75 u. A. 1, 77[1], 119[1 2], 217, 227[1], 698, 787[1]. Ausschreibende Stadt in der Union 796. Darlehen für die Union 785[3], 786. Verhältnis zu den höheren Ständen 563 f., 794. Gesandte zu den Unionstagen 217, 220[2], 221 f., 224[1], 226 f., 231 f., 237 u. A. 1, 471, 698, 701[3], 702, 708[2·4], 712, 715 u. A. 4, 720[2], 721, 724 f., 729, 754.
Straubing an der Donau 296.
Stroza, Pietro, päpstlicher Brevensekretär 99, 209.
Stuttgart 92[2], 293 u. A. 4, 610 u. A. 2, 676[1].
Suarez, Antonio, Sekretär des Erzherzogs Albrecht 42, 44, 842[2].
Succession im Reich 2[1], 10[2], 81, 203, 313, 364, 410, 540, 821. Erzherzog Albrecht und die Succession s. unter Albrecht. Ausländische Kandidaturen 626, 629[1], 632 u. A. 1, 677, 701, 830. Baierns Haltung s. unter Baiern. Böhmen und die Succession im Reich 368[2], 427[2], 431[1]. Designation eines römischen Königs 695, 830 f. Erbrecht an der Krone 676, 701, 831. Erzherzog Ferdinands Haltung s. unter Ferdinand. Haltung der Kurfürsten insgesamt s. unter Kurfürsten; der geistlichen insbesondere s. unter geistliche Kurfürsten. Kurfürstentag und Successionsfrage s. unter Kurfürstentag. Kandidatur des Erzherzogs Leopold s. unter Leopold. Kandidatur des Königs Matthias s. bei Matthias, unter Succession. Erzherzog Maximilian und die Succession s. unter Maximilian. Haus Oesterreich und die Succession s. unter Oesterreich. Papst und Succession s. unter Paul V. Pfalz und Succession s. unter Pfalz. Reichstag und Succession s. unter Reichstag. Rudolf II. und die Succession s. unter Rudolf II. Sachsens Haltung s. unter Sachsen. Savoyen und die Succession 231[1]. Spaniens Absichten s. unter Spanien. Politik der Union 342[2], 343[1], 406[3], 433[1], 490, 515 f., 665, 674 u. A. 1, 676 f., 686 f., 696, 699 f., 764[3], 797[3], 825. Wahl eines römischen Königs 401[2], 406 u. A. 3, 447, 485, 487, 488[1], 490, 492, 525, 527, 535, 585, 604, 625, 627, 635, 674 f., 696 f., 699, 701, 776, 777 u. A. 1, 830 f. Approbation der Wahl 831. Erzwingung der Wahl durch die Böhmen 516, 528, 556, 640. Freiheit der Wahl 830 f. Kandidat (Subjekt) 573, 626 f., 636, 641 u. A. 1, 676, 686, 781 u. A. 1, 825, 833; evangelische Bewerber 677; Vermöglichkeit der Bewerber 636. — Kostspieligkeit der Wahl 677. Verzögerung der Wahl 686, 697, 700, 797 u. A. 3. Wahlkapitulationen s. unter diesem Schlagwort. Wahltag 157[5], 627 f., 746[2], 833.
Sudoniz (Sidonius?), kaiserlicher Hofdiener 823 u. A. 1.
Sulz, Graf Karl Ludwig, Generalleutnant im passauer Kriegsvolk 1[1], 2[1], 12, 13[3], 91, 109 u. A. 3, 110[1], 111[2], 120[2], 121[1], 133[2], 164, 188, 211, 239 f., 258, 260[5], 284, 296 f., 300, 305[1], 355, 412, 493[4], 501[1], 560, 709, 748.

Tabor in Böhmen 109[3], 117, 120, 121[1], 171[1], 178[3], 191, 215, 240, 259, 283[1], 329.

Digitized by Google

Tann, Konrad von der, fürstlich fuldaischer Rat 797[1].
Tartaren 202.
Tengnagel, Franz Gansneb zum Khomp[Kamp?], genannt T., geheimer Rat des Erzherzogs Leopold 91[1], 145[4], 154[1], 239, 297, 304, 341, 606[1]. Schickung nach Spanien und Frankreich 238 u. A. 1, 239, 258, 298 f., Schickung ins Reich 100 u. A. 1, 151 u. A. 1, 152 f., 239, 241, 259. Gefangennahme und Prozess 181 u. A. 2, 183 u. A. 4, 184 f., 188[4], 196, 216, 283 u. A. 1, 292, 347, 352 u. A. 1, 362 u. A. 3, 363, 388, 394[1], 411, 440, 452[2], 560. Aussagen 184, 217, 238, 246 u. A. 2, 247[1], 257 f., 260[5], 285, 295 f., 304[1], 328 u. A. 1, 331, 349 u. A. 4, 353, 389, 408, 489, 564, 591[2], 654, 664, 667, 699.
Teschen, Herzogtum in Schlesien. Herzog Adam Wenzel 187, 240, 283 f., 304.
Teufel, Hans Georg, Freiherr zu Gundersdorf auf Eckartsau, kaiserlicher und königlicher Rat und niederösterreichischer Regimentsrat 63[2], 306[4], 350[1], 489[1], 522[2], 523 u. A. 1, 524[1], 546[1].
Teuschnitz in Oberfranken 752.
Thüngen, Konrad Friedrich von, Domdechant zu Würzburg 376.
Thurn, Graf Heinrich Matthias, Burggraf von Karlstein 84[2], 91, 121[1], 143 f., 171[1], 177, 185, 187, 194[2], 213, 214 u. A. 1. 2, 216, 240, 259, 352[1], 420, 439, 596; dessen Beziehungen zu Fürst Christian von Anhalt 177, 419, 420[1].
Thurzó, Graf Georg, Palatin von Ungarn 177 u. A. 1, 178, 419, 615, 764, 844.
Tiefenbach, Rudolf von, Kriegsoberst im Dienst des Königs Matthias 252 u. A. 1.
Tilly, Johann Tzerclaes Freiherr von, Generaloberstleutnant im Dienste Maximilians von Baiern 183 u. A. 1, 191 u. A. 1, 387.
Tirol, gefürstete Grafschaft 86, 279, 301, 369, 589 f., 636 f., 738. Ansprüche des Erzherzogs Albrecht 462[1], 466[1]. Gemeinbesitz des Hauses Oesterreich 2[1], 27, 32, 132 f., 369, 462[1], 591. Landesfürsten s. unter Ferdinand d. Ae., Maximilian, Sigismund. Landeshauptmann an der Etsch s. unter Brandis. Landschaft 2[1], 27, 32, 132 u. A. 2, 150, 169 f., 255[1], 590. Landtag 132 f., 151[4], 163, 170. Erzherzog Leopolds Absichten auf Tirol 2[1]. Eintritt Tirols in die Liga 169 f. Durchzug des mailänder Kriegsvolkes 66. Bedrohung durch das passauer Kriegsvolk s. unter Passauer Kriegsvolk. Residenz Rudolfs II. in Tirol 215, 284 u. A. 9, 571, 635. Absichten Rudolfs II. auf Tirol s. bei Rudolf II., unter Tirol.
Toelmann, Dr. Simon 692[1].
Toledo, Erzbistum. Erzbischof Bernard Sandoval y Roxas 537 f.
Torgau 217, 282[1], 315 u. A. 5, 319[1], 343, 347[4], 366[1], 375 f., 395, 422, 433, 447[1], 451.
Toskana, Grossherzogtum. Grossherzog Ferdinand 17[1], 299. Toskanisches Haus 254. Gesandter s. unter Medicis.
Traun, Fluss in Oesterreich ob der Enns 21[1].
Trautmannsdorf, Adam Freiherr von, kaiserlicher Kriegsoberst, später Guardihauptmann 25, 27 f., 58, 91[3], 109[3], 110, 120, 121[1], 183[4], 501[1], 621, 624, 657, 690 u. A. 1, 733, 734[1], 736. — Maximilian, dessen Bruder 736.
Trautson, Graf Paul Sixt, Präsident des geheimen Rates des Königs Matthias 32[1].
Trier, Kurfürstentum. Kurfürst Lothar von Metternich 50[1], 62, 63[1], 97, 113, 140, 247[1], 271 u. A. 3, 272, 273 u. A. 2, 297 f., 306[3], 337 u. A. 2, 340 u. A. 1, 351[4], 367[1], 392 f., 398[1], 417, 421, 435, 456, 582[2], 651, 774, 828. Im Administrationsstreit 652. Verhältnis zu Erzherzog Albrecht 514, 629[1], 777 u. A. 2. Domkapitel 473[1]. Erzkanzleramt 514. Beziehung zu Frankreich 514. Trier im österreichischen Haussstreit 375, 393[1], 412, 436, 458 u. A. 2, 481[2], 490, 514. Trier und der jülicher Erbstreit 10[2], 156, 377. Trier im Klosterstreit 652[1]. Vierzigjähriger Krieg 155, 379. Kriegsvolk Triers 380[1], 386. Trier und der Kurfürstentag 504, 616, 650 f., 662[2], 681, 744. Im Kurverein 558[1]. Landstände 155, 379, 384, 416. Liga-

politik 7, 63[1], 88, 135, 154 f., 191, 315 u. A 1, 377 u. A. 2, 379, 380[1], 382, 384 f., 450 u. A. 1, 473 u. A. 3, 474[2], 520 f. Moderation der Ligaquote 378 f., 381 u. A. 1, 382 f., 416. Gesandte zum Ligatag 334 f., 376, 417. Beziehung zu König Matthias 496[1], 514; zum Hause Oesterreich 514. Räte 577[3], 760 f.; s. auch unter Husmann, Pütz, Ritz, Schneidt, Zant. Verhältnis zu Rudolf II. 154; zu Spanien s. unter Spanien. Trier und die Succession im Reich 514, 627, 629[1].

Trier, Stadt 62, 393[1], 514.

Trumbull, William, englischer Geschäftsträger in Brüssel 112[3].

Tschernembl auf Windeck und Schwertberg, Erasmus, österreichischer Landstand 175 u. A. 3, 177, 292[4], 419, 604[2]

Türken 67[2], 86, 169, 178, 202, 256, 296, 307 f., 320[2], 326, 401, 432[1], 557, 611, 613, 636, 638, 696, 738, 756, 764, 844. Türkenfrieden 390, 598. Türkengefahr für die Erblande 636. Türkenkriege 255 u. A. 1, 325, 404, 406, 419, 468[1], 554, 664, 700, 758, 810[2], 817.

Turin 413[1], 414.

Tycho de Brahe, Hofmathematiker Rudolfs II. 154[1].

Ubaldini, Robert, Erzbischof von Montepulciano, Nuntius in Paris 668[2].

Ubezko, Henning, oberster Proviantmeister im passauer Kriegsvolk 12[2], 57 f., 61[1], 99 f., 120, 145[4], 185, 187 f., 240, 303.

Ubiquitismus 668.

Udenheim s. unter Odenheim.

Ulm, Hans Ludwig von, kaiserlicher Rat, später Reichsvizekanzler 80, 137, 155, 337.

Ulm, Reichsstadt 39, 40[1], 75, 225, 567[1]. Verhältnis zu Oesterreich 579. Rat der Stadt 75[1], 223[2], 224[1], 447, 448[1]; s. auch unter Kraft, Roth, Schleicher, Schwarz, Wick. Erlittene Schäden 37, 716. Truppen der Stadt 715. Unionsstand 33 f., 77[1], 200[1], 227[1], 561, 567[1], 580, 768, 771. Ausschreibende Stadt 33 f., 77[1], 217, 698. Darleben für die Union 198, 223 f., 226, 227 u. A. 1, 785[3], 786, 794. Gesandte zu den Unionstagen 217, 219[1], 220[2, 3], 222, 223[2], 224[1], 226 f., 229, 232 f., 235, 236[1], 579, 698, 701[2], 702, 703[1], 705, 709[4], 712[1], 713, 715 u. A. 4, 716[1], 720 u. A. 2, 729, 732.

Umstadt im Odenwald 123[2].

Ungarn 103, 118, 151, 253, 256, 258, 292, 320[2], 326, 328, 401, 452[2], 459[2], 462[1], 533[1], 615, 634, 637. Bauernstand 165[2]. Finanzen 255 u. A. 1. Grenzverteidigung und Kriegswesen 255 u. A. 1, 256, 307, 326, 341, 372, 390, 556, 592, 611, 615, 664 f., 673, 743[1], 764, 810[2], 824. Konfoederation mit Böhmen und den Erbländern 468[1], 512, 542, 659. Verhältnis zu König Matthias s. unter Matthias. Palatin s. unter Thurzó. Verhältnis Ungarns zum Reich (Vormauer des Reiches) 554. Ungarn und Rudolf II. 632, 737. Stände in Ungarn 326, 424[2], 615. Succession in Ungarn 202, 301 f. Truppen 215, 252[1]. Beziehungen Ungarns zur Union 94, 228 f., 665. Unruhen in Ungarn 843. Werbungen 152 f.

Union, evangelische, überhaupt 105, 124, 189 u. A. 2, 198, 223 f., 227 f., 257, 277 f., 281, 303, 322, 434[1], 447, 508 u. A. 2, 549[1], 550, 561 f., 565, 567, 630, 666, 698, 720[3], 721[2], 722, 726[1], 729, 751, 772, 774[5, 6], 775[1], 796[1], 818 f. Union und aachener Sache 840.

Abschiede der Union: 225 f., 261 f., 277, 281, 722[1], 766, 775[2], 840[3]. Ahauser Hauptabschied 470, 766, 818; Nebenabschied 470, 669, 786. Heidelberger Abschied 76, 198, 261 f., 549, 709[4], 767. Heilbronner Abschied 36, 76, 200[1], 223, 224[1], 225 f., 228, 261, 278, 703[1], 709[4], 714[3], 725. Neuburger Abschied 261, 710[1], 715, 722[1]. Erster rotenburger Abschied 470; zweiter rotenburger Abschied s. unter Unionstag von Rotenburg. Schweinfurter Abschied s. unter Unionstag von Schweinfurt. Schwäbisch-Haller Nebenabschied 666. Speierer Partikularabschied 33[1], 34[1], 66[1], 92[2], 119, 224[1], 230[1], 233, 261, 280, 709[4], 710[1], 729[4]. Wormser Partikularabschied 119, 199, 224[1], 233, 280, 580, 725.

Digitized by Google

Union und Administrationsstreit s. unter Administrationsstreit. **Aemter** der Union 93, 198, 225 f., 228, 237, 263, 278, 580, 667, 679, 723, 724 u. A. 1, 725, 766 f. **Anlass** zur Union 819. **Ansehen** der Union 712 u. A. 1, 718, 725. **Assistenz**, nachbarliche, unter den Unierten 119, 199 u. A. 1, 232, 236, 280 f. 580, 680, 724[1], 725, 767. **Aufhebung** der Union 106, 226, 250, 309, 311, 314, 664, 702, 704, 738. **Ausland** und Union 19, 29[1], 40, 93 f., 112 u. A. 3, 128 f., 148[2], 221, 228 f., 250[1], 279, 668, 199, 700, 703, 705 f., 713, 728, 729 u. A. 3, 768, 775; s. ferner unter Dänemark, England, Frankreich, Generalstaaten, Schweiz, Venedig. Verhältnis zu **Baiern** s. unter Baiern. Union und die **Bekenntnisse** 250[1]. Union und die Wirren in **Böhmen** 433[2]. Union und **Brandenburg** s. unter Brandenburg. Verhältnis zu **Braunschweig** s. unter Braunschweig. **Consilium politicum** in der Union 221 f., 228, 278, 539 u. A. 1, 567, 579, 631, 667, 678 f., 706 f., 767. Beziehung zu **Dänemark** s. unter Dänemark. **Defensionswesen** in der Union 119, 230 f., 236, 237[1], 263, 279 f., 680, 701[3], 724 f., 767 f. **Direktorium** der Union 37 f., 77[1], 218 f., 294, 322, 631[3], 667, 669, 724[1], 725, 728, 767 f., 771, 787, 793; s. auch bei Pfalz, unter Administrator. **Donauwörther Handel** 756 f. Union und **elsässer Kriegsvolk** 53, 66 u. A. 1, 92[2], 220, 224 f., 227, 232, 261, 276, 664, 784. **Elsässer Zug** 35, 37, 40, 66 u. A. 1, 76, 77[1], 222 f., 261, 263, 277, 546 f., 563 f., 667, 699, 706, 709[4], 714, 715 u. A. 1, 724, 792; s. auch unter Städte. Beziehungen zu **England** s. unter England; zu den österreichischen **Erblanden** s. unter Erblande. **Ergänzung** der Union 684. **Erhaltung** und Fortsetzung der Union 93, 197, 221 f., 261, 277, 561, 663, 700 f., 725, 729[3], 766, 773, 784, 815, 839. **Erschöpfung** der Union 231, 262.

Finanzen der Union: Anlagen (Quoten) 34 u. A. 2, 35, 40 u. A. 1, 190[1], 199 u. A. 2, 223, 224 u. A. 1, 227 u. A. 1, 233, 262 f., 278, 280, 549, 565, 567[1], 703, 715, 722[1], 723 f., 729 f., 731[3], 766, 773, 776, 780, 787, 793 f., 840[3]. **Ausgaben** der Union 680. **Belastung** 35 u. A. 1, 75 f., 77[1], 224 f., 701[3], 702, 729. **Darlehensempfang und Vorschüsse** 35 f., 40 u. A. 1, 76, 77[1], 93, 198, 222, 224 f., 227[1], 228, 262 f., 278, 280, 548, 562, 565 f., 667, 709[4], 725, 766, 786, 793 f. **Guthaben** der Union 785 u. A. 3, 786[1]. **Kasse** der Union 225, 262 f., 280, 565, 667, 786, 794 f. **Legstätten** 565, 723, 724 u. A. 1, 725, 729 f., 766, 785. **Matrikel** der Union 237, 278. **Neubewilligungen** 38, 232 f., 236 f., 280, 441[2], 729 f., 786 f, 793 f. — **Rechnungswesen** 35, 37, 40 u. A. 1, 41, 75, 93, 158, 189, 190[1], 197 f., 219, 221 f., 224 u. A. 1, 225 f., 230[1], 232, 236 u. A. 1, 237, 262 f., 277, 280, 282[1], 447 f., 507 f., 539[2], 561 f., 565 f., 567[1], 578, 663, 666, 674, 679, 683, 699, 701 u. A. 3, 703[1], 705[1], 707, 708[2], 709[4], 710[1], 713 f., 715 u. A. 4, 718 f., 720[2], 722[1], 723, 724 u. A. 1, 725, 729, 732, 766 f., 784 f., 792 f. **Rechnungsabschiede** 724[1], 731, 766, 784, 787, 794 f. **Rechnungrat** beim Unionstag 702, 722[1]. **Rechnungsregeln** 707, 713 u. A. 3, 714, 715 u. A. 4, 716 f., 722[1], 723 f., 785, 793 f. **Rechnungstage** 76, 223, 224[1], 277, 282[1], 508. — **Restanten** 35, 40 u. A. 1, 41, 77[1], 93, 190[1], 198, 199[2], 221, 223 f., 226, 262 f., 277 f., 561, 667, 723, 724 u. A. 1, 729 f., 731[3], 766 f., 786 f., 793, 840. **Schulden** der Union 674, 729 f., 731 u. A. 3, 785 u. A. 3, 786, 792 f. **Volkshilfe** statt Geldhilfe 236 f., 237[1], 238, 280. **Vorrat** der Union an Geld 40 u. A. 1, 41, 76, 77[1], 222, 262 f., 565, 578, 667, 674, 680, 724[1], 725, 729 f., 780, 786, 793.

Union und **Frankreich** s. unter Frankreich. **Verhältnis** der Union zu den **Generalstaaten** s. unter Generalstaaten; zu **Genf** s. unter Genf. Union und **Gravamina** 35, 40 u. A. 1, 77[1], 93, 218[1], 221 f., 294[1], 295[1], 399 u. A. 1, 507, 551, 562, 566, 567 u. A. 1, 579, 666, 675 f., 702 f., 704 f., 712 f., 719, 740, 754 f.,

Digitized by Google

769, 780 u. A. 6, 817, 827. Grundlage der Union 819. Union und österreichischer Hausstreit s. unter Hausstreit. Hilfe, eilende, unter den Unierten 236, 281, 767. Irrungen unter den Unionsständen s. unten, unter Unionsstände. Union und jülicher Erbstreit 20[1], 35, 37, 40 u. A. 1, 71, 76, 77[1], 94, 124, 129 f., 161, 197, 199[2], 204 f., 225 f., 263, 268[1], 300, 562 f., 564 f., 629[1], 666, 669, 700 u. A. 3, 708[2], 719, 722[1], 725, 727 u. A. 3, 729[3], 730, 732, 785[3], 788 u. A. 1, 793. Union und Komposition 207[1], 437[3], 676, 704, 713, 756, 763 u. A. 2, 767, 769, 780[6], 782[2]. Krieg von 1610 19, 33[2], 40[1], 71, 75 f., 105, 198, 204, 222, 225 f., 261, 546 f., 579, 629[1], 700, 784.

Kriegswesen der Union 40[1], 76, 221 f., 224 f., 261, 263, 278, 548, 565, 578, 667, 679, 715[1], 723 f., 766 f. Bestallungen in der Union 76, 236, 278, 723 f., 767, 785. Generale 228, 470 f., 679. Kriegsrat 679, 723, 724 u. A. 1, 725, 767. Kriegsvolk 105, 137, 158, 204 f., 225 f., 278, 294[1], 512, 547 f., 700[3], 766; Abdankung des Kriegsvolkes 7, 33[2], 34 u. A. 2, 35, 54, 67, 74, 76, 92[2], 158, 197, 225, 261, 564, 566, 667, 715[1], 784, 794 f. Neuannahme von Kriegsvolk 199 u. A. 2, 222, 230 u. A. 2, 231 f., 262, 279 f., 780, 787[1], 793.

Union und Kurfürstentag s. unter Kurfürstentag. Verhältnis zur Liga s. bei Liga, unter Münchner Akkord und Union. Magazine der Union 232, 281, 565, 567[1], 680. Verhältnis zu König Matthias s. unter Matthias; zu Erzherzog Maximilian s. unter Maximilian. Mehrheitsbeschlüsse in der Union 36, 40 u. A. 1, 720[2], 722[1], 727 f., 773. Stellung Neuburgs in der Union s. unter Neuburg. Organisation der Union 228. Union und passauer Kriegsvolk 24[1], 34, 52, 74, 92[2], 189, 190 u. A. 1, 197, 199, 212, 218[1], 220, 227, 230 f., 276, 279 f., 342, 420, 561, 564, 578 f., 664. Stellung der Pfalz in der Union s. bei Pfalz, unter Direktorium. Union und preussische Sache 566 u. A. 2, 580, 709, 713, 719 u. A. 1, 722[1]. Union und Reichstag 700 f. Union und Reichsritterschaft s. unten, unter Stände in der Union. Union und Rudolf II. s. unter Rudolf II. Verhältnis zu Sachsen (Gewinnung für die Union) s. unter Sachsen; zu Sachsen-Coburg s. unter Sachsen-Coburg. Schickungen der Union 704, 708, 711 f., 718, 726, 769 f., 787 f., 828. Schickung nach Prag im Jahr 1609 36, 38 u. A. 1, 702, 708, 738, 740, 747 f., 755, 765, 769, 778, 819, 827. Schwäche der Union 211, 222, 311, 562, 701[3], 702, 766. Beziehung zur Schweiz 229 f., 279, 703, 706.

Stände der Union: Oberländische 767. Rheinische 280, 667, 767. — Fürstliche (Höhere Stände) 35, 94, 190[1], 218[1], 222, 224 f., 230[1], 232, 237 f., 261, 277, 279 f., 282[1], 448, 539, 562 f., 565 f., 567[1], 579, 581, 663, 665, 705[2], 708[2], 709[4], 710[1], 713 f., 715 u. A. 1, 717[1], 719, 720 u. A. 2, 722 u. A. 1, 724[1], 727[3], 729, 730 u. A. 2, 731 f., 767, 773, 774 u. A. 3. 4, 776, 778, 780, 782, 784 u. A. 1, 785 u. A. 3, 786 f., 791[1], 794 f., 796. Fürsten in der Union und elsässer Zug 566, 567[1]; Gesandte der Fürsten 237. Nachbarliche Irrungen 75, 77[1], 221, 224, 226, 228, 262, 278, 667, 725, 767, 795 f. Praeeminenz in der Union 728. Schulden 731, 787, 788[1], 793. Verhalten gegen die Städte 36 u. A. 3, 75, 94, 222, 224[1], 236 f., 250[1], 792. Schlechte Zahler 35, 40[1], 75 f., 190[1], 262, 565. — Grafen und Herrn (Eintritt in die Union) 40[1], 93, 198, 222, 229, 279, 705 f., 727 f., 767 f., 773, 780. Voten der Grafen 679, 705, 767, 773. — Reichsritterschaft 93, 198 u. A. 3, 228 f, 279, 572. — Städte, insgesamt 33[2], 39 f., 106[1], 158, 189, 190[1], 197 f., 218[1], 224 f., 236, 238, 261, 278, 433, 448[1], 471, 539[2], 546, 561, 579, 663 f., 666 f., 679, 702, 703 u. A. 1, 706, 708 u. A. 2, 709 u. A. 4, 710[1], 712, 714, 715 u. A. 1. 4, 716 f., 719 u. A. 1, 720 u. A. 2, 722[1], 724 u. A. 1, 727, 728[2], 729 f., 731 u. A. 3, 767, 773, 780, 784 f., 787, 792, 794 f., 815. — Fränkische Städte 77[1], 227[1], 229;

Digitized by Google

rheinische 37, 40[1], 227[1], 563, 565, 567[1]; schwäbische 227[1]. — Ausschreibende 33 u. A. 1, 37, 39, 40[1], 75 u. A. 1, 76, 77[1], 200[1], 218[1], 225, 227, 376[3], 433, 707, 708[2], 710[1], 715 u. A. 4, 717[1], 729, 793; Konvent der ausschreibenden Städte zu Heilbronn 33 u. A. 1, 39, 75 u. A. 1, 218[1], 261. Städte und Administrationsstreit 38, 218[1], 219[1], 220[2], 561, 564, 728. Städte und Ausland 36, 40, 229, 279, 706. Darleben der Städte 36, 75 f, 222, 224, 228, 262 f., 548, 566 f., 667. Städte und elsässer Zug 36 f., 40[1], 75 f., 77[1], 223 f., 227 f., 230[1], 277, 548 f., 562, 564 f., 567[1], 580, 667, 701[3], 703[1], 707, 708[2], 709[4], 714, 715 u. A. 1. 4, 717 u. A. 1, 722[1], 784. Erschöpfung der Städte durch Kontributionen 77[1], 223, 227[1]. Gewinnung der Städte für die Union 722[1]. Gravamina der Städte 34, 35 u. A. 1, 37 f, 40 u. A. 1, 75 f., 77[1], 93, 218[1], 220[1], 222 f., 224 u. A. 1, 225, 227, 230[1], 238, 261 f., 277, 447 f., 546 f., 562, 667, 679, 702, 703[1], 705, 708[2], 713, 715[1. 4], 719, 722[1], 723, 724[1], 725, 766 f. Städte und jülicher Sache 38, 40 u. A. 1, 76 f., 94, 226, 263, 562, 564, 705[2], 719. Leistungen der Städte für die Union 227 u. A. 1. Mistrauen der Städte gegen die höheren Stände 33[3], 35 u. A. 1, 36 f, 39, 40 u. A. 1, 41, 75 f, 189, 190[1], 223, 224 u. A. 1, 226, 236 f., 250[1], 277, 282[1], 322, 447 u. A. 1, 539[2], 562 f., 702 f., 705[2], 715[4], 727. Verhältnis der Städte zu Rudolf II. 38 u. A. 1, 40[1], 76, 77[1], 105, 226, 230[1], 563 f., 567, 710[1], 715[1]. Städtegesandte bei den Unionstagen 263, 277, 280, 561 f., 722[1], 729, 784, 793, 796. Städterat auf Unionstagen 218[1], 220[2], 224[1], 230[1], 237[1], 561, 567[1], 701[3], 703[1], 705[2], 715[1]. Trennung der Städte von der Union 36, 39, 41, 77[1], 197 f., 237, 563, 702, 705[2], 708[2], 715 u. A. 4. Untertanen der Städteobrigkeiten 40[1], 77[1], 222. Volkshilfe der Städte 236 f., 280. Zurückhaltung der Kontributionen 77[1], 218[1], 224[1].

Union und die Succession im Reich s. unter Succession.

Unionstage, allgemeine 728[2], 795, 820. Beschränkung der Tagungen 539, 679. Hinderung durch den Administrationsstreit 37, 92[2]. Unionstage als Verdachtsursache bei den Gegnern 168, 448[1]. — Partikulartage 34 u. A. 2, 35 f, 40 u. A. 1, 75, 221 f., 224 f., 228, 262 f., 278, 433 u. A. 2, 447[1], 724 f., 767, 820. — Heidelberger Tag 70, 198. Heilbronner Tag 36 f., 40[1], 197 f., 667. Nördlinger Tag 92[2], 158, 218[1]. Rotenburger Tag 189 f., 197, 225, 227, 230 u. A. 1, 236, 278 f., 281, 282[1], 376, 399, 433[2], 447 u. A. 1, 448 u. A. 1, 470 f, 508[2], 517[1], 522[2], 546, 549[2], 551, 565 f., 663, 679 f., 686, 776. Abschied desselben 709[4], 717[1], 724[1], 727, 728[2], 729, 732, 765, 772 f., 775 f., 784, 787, 794, 803[2], 825[1], 827 f., 840. Ausschreiben 376[3], 418, 433, 507, 538, 539[2], 561, 578, 630[1], 631[2], 663, 667 f., 682, 699, 765. Persönlicher Besuch 538, 539[2], 630[1], 707[2], 775 u. A. 2. Ergänzung des Unionskollegs 684. Instruktionen 561, 567[1], 578, 673. Matthias und der rotenburger Unionstag s. unter Matthias. Präsenzliste des Unionstages 697 f. Proposition 433, 663 f., 667, 684, 698, 701[2], 772. Protokolle 697 f., 732, 785[1], 803[2]. Rudolf II. und der Unionstag s. unter Rudolf II. Schickungen zum rotenburger Unionstag 604, 706, 712 u. A. 1, 728. Termin 508[2], 610, 631[2]. Verlauf 720[3], 729[3], 735, 747, 750, 762, 770, 780 u. A. 6, 783, 784[2], 803[2], 815, 824. Verschiebung 539[2], 551[1], 565, 604, 630, 765, 776. Schwäbisch-Haller Tag 70, 204 f., 721[2]. Schweinfurter Tag 35 f., 38 f, 41, 63[2], 75 f., 105 u. A. 1, 106, 119, 148[2], 158, 174, 666, 679, 765. Abschied 190, 238, 276, 282[1], 399[1], 437. 507 f., 561, 663, 668, 701[3], 729[4], 731[2], 785, 787[1], 794. Ausschreiben 92 u. A. 2, 189, 197, 221, 228, 261, 277, 294[1], 508, 683. Besuch 158 u. A. 3, 189, 200, 220 f. Direktion 218 f., 682. Instruktionen 197, 198[2], 200[1], 294[1], 562. Proposition 198, 218 u. A. 1, 219 f., 277. Protokoll 217, 682[4]. Schickungen 176, 212[1], 248, 256, 342, 562. Verlauf 217 f., 294, 539, 546. Vertagung 158[1], 189[2], 190[1], 220, 276. Speierer Tag 34, 52, 54, 66[1], 75[1], 92 u. A. 2, 119, 199[2], 224[1], 280. Wormser

Digitized by Google

Tag 66[1], 119, 224[1], 280. — Vorschlag eines neuen Unionstages 703.
Ungleichheit in der Union 77[1], 221 f., 224[1], 225, 263, 277 f., 280, 565, 580, 667, 702, 705, 725, 768. Beziehung der Union zu Venedig 229 f., 279, 452[2], 667 f., 703, 788. Verbesserung der Mängel in der Union 93, 198, 261 f., 277 f., 664, 701. Verfassung der Union 75 f., 224, 226, 237, 277, 728[2], 747, 766, 775, 780, 819. Erste Notel (von Ahausen) 39, 41, 222, 229, 261 f., 701[3], 702, 704, 723, 725, 767, 818. Partikularbeschlüsse 34, 35 u. A. 1, 40 u. A. 1, 75, 77[1], 222. Ueberschreitung der Verfassung 35, 40 u. A. 1, 75 f. Vermehrung der Union 93, 198 f., 219, 221 f., 228 f., 263, 279, 562, 567[1], 664, 668, 679, 703, 705, 767, 784. Vorteile der Union 563, 699 f., 705, 766. Vota in der Union 34, 40[1], 198, 229, 279, 679, 705, 722[1], 727 f., 767, 773. Zweck der Union 199, 230, 234, 250[1], 263, 281, 499, 507, 562, 580, 668, 679, 704, 708, 727, 748, 766, 778 f., 819, 838 f.
Unna in Westfalen 98.
Unterelsass s. unter Elsass.
Ursberg an der Mindel, Reichsabtei 271.
Utraquisten 165[2].

Valette, mons. de la, Sohn des Herzogs von Espernon, 215.
Varel auf Alten-Trebgast, Friedrich Hulderich von, markgräflich culmbachischer Kanzler 697.
Vateuil (Vatteville?), mons. de, lothringischer Gesandter 689[2].
Velada, marques de, Mitglied des spanischen Staatsrates 48[1], 537.
Venedig, Signorie 162, 169, 279, 598. Doge Marc Antonio Memmi 87, 121[1], 144[2]. Gesandte am Kaiserhof s. unter Padavin und Soranzo. Verhältnis zur Liga s. unter Liga; zur Union s. unter Union. Venezianerkrieg 589.
Vereycken, Ludwig, Audienziorer des Erzherzogs Albrecht 44.
Viepeckh von Haimbausen, Theodor, bairischer Hofrat 21[1], 23[1], 31[1], 88[2], 99 f., 103, 105[2], 308[1], 493[4], 531 u. A. 2.
Villeroy de Neufville, Nicolas de, französischer Staatssekretär 123, 161[2], 216, 603, 657[2], 764, 841.
Vischere, Peter von, Agent des Erzherzogs Albrecht am Kaiserhof 488 u. A. 1. 2, 514, 527 u. A 1, 541[2], 559, 587, 603[1], 605, 606[1], 617[1], 620[3], 656, 659[1], 688, 732[3], 734[1], 736, 741[1], 742[1], 759, 811, 814[2], 822, 823[2], 842 u. A. 2.
Visconti, Ottavio, Graf von Gamalerio, Kämmerer und Kriegsrat des Erzherzogs Albrecht 42 f., 452[2].
Vivarius, Henricus Aquensis, S. J., Beichtvater des Erzherzogs Leopold 183[4], 241 f., 352[1], 425[2], 501[1].
Vliessordon 169.
Vöcklabruck in Oesterreich ob der Enns 21[1], 22, 83[2].
Volckhamer, Georg, Mitglied des Rats von Nürnberg 33, 39.
Volckersdorf, Wilhelm von, Landeshauptmann in Oesterreich ob der Enns 58, 120 u. A. 1, 305[1].
Volpi, Johann Paul, Handelsmann in Mainz 473[2].
Vorarlberg 169 f., 589 f.
Vorbehalt, geistlicher s. unter Religionsfrieden.
Vorderösterreich (Vorlande) 2[1], 31, 168 u. A. 4, 589 f., 636, 739. Krieg im Jahr 1610 178, 589 f. Landstände 170[1]. Eintritt in die Liga 168 f., 171[1]. Prälaten des Landes 170[1]. Regierung 66[1], 168 u. A. 4, 170 u. A. 1. Ritterschaft 170[1]. Abtretung an Rudolf II. 83[3]. Schirmverein 170 u. A. 1, 589.

Waadtland 129, 413.
Wacker von Wackernfels auf Jungferndorf, Dr. Johann Jakob, erzbischöflich olmützischer Kanzler 63[2], 306[4], 350[1], 489[1], 610, 836 u. A. 3. — Dr. Johann Matthias, Referendar des Reichshofrates 419 u. A. 2, 441, 451, 461, 467, 588, 602, 605 f., 608, 609[1], 648, 672 u. A. 1, 673[1], 689, 693[1], 737, 742[1], 801, 836 u. A. 7.
Wahl des römischen Königs s. unter Succession.
Wahlkapitulation 141, 322, 424[2], 573, 575, 577, 678, 833.
Waibstadt in Baden 90.
Waldenburg, Gerhard von, genannt Schenckern, kurmainzischer geheimer Rat 577[3], 617, 647.
Wallachei 364, 615. Gesandte

Digitized by Google

bei König Matthias 354, 390, 414, 489. Wojwode Radul 414.
Wallenstein d. J., Adam von, kaiserlicher Oberststallmeister und Oberstlandrichter in Böhmen, später Landhofmeister in Böhmen 165[1], 194 u. A. 1, 251 f., 282 u. A. 4, 287, 288[1], 419, 439, 461[2], 542[3], 584, 759, 836.
Wallern im Böhmerwald 347[2].
Wallmerodes. unter Buwinckhausen.
Wanner, Dr. Matthäus, bischöflich augsburgischer Kanzler 269[1], 377.
Wanzenau im Unterelsass 717[1].
Warschau 539[2], 566, 771, 811.
Wartenberg, Karl von, Mitglied des böhmischen Herrenstandes 179 u. A. 2, 181 u. A. 1, 183.
Weber, Johann Philipp, Altschultheiss der Stadt Worms 217.
Wehr, Simon, kaiserlicher Diener 506[1].
Weimar, Stadt 497.
Weingarten in Württemberg, Reichsabtei 271[2].
Weinmann, Simon, Bürgermeister von Heilbronn 75[1], 218.
Weissenburg im Elsass, Reichsstadt. Unionsstand 35[1], 119[1, 2], 217, 227[1].
Weissenburg im Nordgau (auch „am Sand" und Kronweissenburg), Reichsstadt. Magistrat s. unter Roth und Schmidt. Unionsstand 35[1], 40[1], 218, 227[1]; Gesandte zum Unionstag 218.
Weisser Berg bei Prag 121[1], 329, 530[1].
Weissmain in Oberfranken 751.
Welling von Vehingen, Sebastian, württembergischer Kriegsoberst und Obervogt zu Kirchheim 217, 698.
Wels in Oesterreich ob der Enns 21[1].
Welser, Matthäus, gewesener Reichspfennigmeister 181[2], 183[4], 291[2], 304, 341, 425[2], 438, 441[4], 442 u. A. 3, 592.
Weltmonarchie s. unter Spanien.
Welwarn bei Prag 154[1], 181[2].
Wendt, Dr., Advokat der Stadt Strassburg 217.
Wensin auf Kronwinkel, Lorenz, herzoglich bairischer Kämmerer und Jägermeister 263, 265, 631, 635, 639, 640[2].
Wenzel, deutscher König und König von Böhmen 815.
Wesel am Rhein 267, 728, 776.
Weser, Fluss 98.
Westernach, Johann Eustach von, Deutschordens-Komthur von Kapfenburg 509, 553, 660, 663, 693, 763[2], 792; als kaiserlicher Kommissar beim rotenburger Unionstag 707, 734, 740, 743, 757[3], 801.
Westfalen 312, 659.
Westminster in London 123.
Wetzeler, David, Mitglied des innern Rats der Stadt Schwäbisch-Hall 218, 698.
Wick, Johann Rudolf, Advokat der Stadt Ulm 217.
Widmann, David, pfalz-neuburgischer Kirchenratssekretär 217, 697.
Wiedemärcker, Kaspar, Oberstleutnant im Dienst des Landgrafen von Hessen-Cassel und Amtmann zu Vacha 217.
Wien 30, 47 u. A. 2, 54[1], 68[2], 82, 83[3], 86, 90, 98, 100[1], 101, 118, 145, 150 f., 152[3], 179[1], 210, 215, 255[1], 290[4], 296, 357[4], 370, 425[2], 533[1], 545, 584[3], 658, 697, 726, 765[2], 791, 821.
Wienenthal, jülichisches Lehen in Belgien 46.
Wildenegg, Herrschaft in Oesterreich ob der Enns 22.
Wild- und Rheingraf s. unter Daun.
Wilhelm, Herzog von Baiern s. unter Baiern.
Wilhelm, Landgraf von Hessen-Cassel s. unter Hessen-Cassel.
Wilhelm IV., Herzog von Jülich s. unter Jülich.
Willstätter Vertrag s. unter Elsass.
Wimpfen am Berg, Reichsstadt 279; Eintritt in die Union 768.
Windsheim, Reichsstadt. Magistrat s. unter Herbst und Hofmann. Unionsstand 35, 40[1], 218, 227[1], 698; Gesandte zum Unionstag 218, 698.
Wintzler, Christoph, Liz iur., kurkölnischer Kanzler 109[2], 135, 141 u. A. 1, 154, 191[2], 376, 458[2].
Winwood, Ralph, englischer Gesandter im Haag 706 u. A. 2, 728, 776, 782 f., 784[1].
Wittingau in Böhmen 177 u. A. 7, 212[1], 332, 501[1].
Wladislaw, König von Böhmen s. unter Böhmen.
Wolfenbüttel, Stadt 618.
Wolfgang Wilhelm, Pfalzgraf von Neuburg s. unter Neuburg.

Digitized by Google

Wolfsberg, bambergisches Vizedominat in Kärnthen 757[3].
Wolfstein, Hans Albrecht von, markgräflich ansbachischer Rat 697.
Wolkenstein, Karl Freiherr von, geheimer Rat der Erzherzogs Maximilian 52 f., 442. — Adam Freiherr von 644[2], 688[1].
Wonsheim, Johann Barthold von, pfalz-neuburgischer Statthalter in den jülicher Landen 683[2].
Worms, Bistum. Bischof **Wilhelm** von Efferen 9, 14, 62, 88, 721[2], 722, 726 u. A. 1, 815. **Ligastand** 108[1], 134, 139, 157[2], 309, 336, 417[1], 473, 474[2]; Gesandte zum Ligatag 334.
Worms, Reichsstadt 199, 224[1], 280, 679, 796. **Bürger** 726[1]. **Jesuiten** 721 u. A. 2, 722, 726 u. A. 1, 727. Nachbarliche **Irrungen** 228. **Kommunikationstag** in Worms 66[1], 199, 725. **Magistrat** 726; s. auch unter Rennekamp, Stephan, Weber. **Unionsstand** 34[2], 53, 66[1], 119[1], 217, 227[1], 698, 785[3], 786, 787[1]; Gesandte zu den Unionstagen 217, 223, 224[1], 228, 232, 698, 701[3], 702, 709[4], 715, 717[1], 720[2], 725.
Würth, Dr. Johann Georg, Stadtadvokat von Heilbronn 218.
Württemberg, Herzogtum 170[1]. Vermittlung im **Administrationsstreit** 38, 67 u. A. 2, 92[2], 113[2], 158, 218, 516, 663, 801. **Herzog Johann Friedrich** 157[5], 170[1], 171[1], 219[2], 223[2], 413[1], 596, 698, 703 f., 730, 764[3]; dessen Bruder **Ludwig Friedrich** 775, 782. Württemberg und die **Komposition** 206, 207 u. A. 1, 293 u. A. 4, 294 u. A. 1, 295 u. A. 1, 436, 437 u. A. 3, 549 u. A. 3, 551, 601[1], 676, 756. **Landesverteidigung** 232 f. **Landschaft** 680. Verhältnis zu **König Matthias** s. unter Matthias; zu Erzherzog **Maximilian** 37, 66[1], 293 u. A. 4, 294[1], 676[1]. **Mömpelgardische** Sache 680, 719, 774 u. A. 4, 829. **Räte** und Diener 293[4], 400[1], 470, 775; s. auch unter Buwinckhausen, Eberstein, Engelshofen, Faber, Gomer, Jäger, Küelmann, Lutz, Reichau, Sattler, Schenck, Welling. Verhältnis zu **Rudolf II.** 597[1], 749[1], 779. **Unionsstand** 34[2], 37 f., 53, 92[2], 119[1], 158[1], 198[3], 200[1], 217, 376[3], 399 u. A. 1, 433[1], 470, 539[2], 579 f., 673, 679 f., 698, 768, 771, 776, 783 u. A. 2, 786[1], 787[2], 788 u. A. 1, 793, 795. Verhältnis zu den unierten Städten 37, 77[1]. Gesandte zu den Unionstagen 217 f., 219[2], 220 u. A. 3, 221, 223 u. A. 2, 224, 228, 231 f., 236[1], 237, 294 u. A. 1, 342, 701, 706, 714, 723, 726, 728, 732, 754.
Würzburg, Bistum 633. **Bischöfe Friedrich** von Wirsberg 752; **Julius** Echter von Mespelbrunn 15[3], 106[1], 154[1], 183[4], 206, 419, 752. **Einlagerung** der Unierten im Hochstift im Jahre 1610 40[1], 105, 169, 335, 387, 564. **Ligastand** 63[1], 80[1], 88, 244, 271 u. A. 2, 382[4], 384, 417, 450 u. A. 1, 520. Gesandte zu den Ligatagen 269[1], 376. Truppenwerbungen 382[2]. Vorschüsse für die Liga 271 u. A. 1. Verhältnis zu **Mainz** (Hartheimische Händel) 387; zu **König Matthias** 496[1]. **Räte** s. unter Brandt, Diemantstein, Echter, Thüngen. Verhältnis zu **Rudolf II.** 165[2], 184, 259, 593. Verhältnis zur Stadt **Schweinfurt** 105.
Würzburg, Stadt 50[1], 200[2], 201, 276, 319, 324, 380[1], 389, 415 f., 473, 520, 732.
Wurmser, Claus Jakob, Städtemeister von Strassburg 217, 698.

Zabern im Elsass 547, 668.
Zach, Sebastian, Rat der kaiserlichen Hofkammer 591, 593.
Zant von Merle, Johann, kurtrierischer Landhofmeister 393[1], 458[2], 514.
Zeller, Michael, Rat der kaiserlichen Hofkammer 591.
Zeschlin, Dr. Georg, pfalz-neuburgischer Pfennigmeister 217. — Dr. Johann, pfalz-neuburgischer Vizekanzler 400[3], 489, 692[1].
Zeuln bei Lichtenfels in Oberfranken 752.
Zierotin, Karl d. Ac., Freiherr von, Landeshauptmann in Mähren 175 u. A. 1, 177, 211, 248, 254, 305[1], 402[1], 419, 424[2], 500[1].
Ziska, Johann, Husitenführer 403, 427[2].
Znaim in Mähren 188[4].
Zossen in der Mark 158[1].
Zürich, Stadt. **Rat** 66[2], 129[2], 230.

Digitized by Google

Zuñiga y Requesens, Don Balthasar, spanischer Orator am Kaiserhof 1, 2[1], 79 f., 130[1], 143, 182[3], 183, 188, 193, 214[1], 239, 286, 287 u. A. 2. 3, 304, 312 f., 316[2], 319, 348[1], 363[3], 413[1], 416, 487, 492[1], 501[1], 531, 538[1], 559 f., 606 u. A. 1, 620, 643[1], 650, 669[3], 673, 699, 701[1], 764[3], 789, 802, 813, 821[1. 3], 822. Verhältnis zu Baiern 609[1], 645; zu den Ständen in Böhmen s. bei Böhmen, unter Landstände; zum Herzog von Braunschweig s. unter Braunschweig. Vermittlung im österreichischen Hausstreit 47, 48 u. A. 1, 85 f., 118, 145 f. 196, 213 f., 250 u. A. 2, 251 u. A. 2, 284 f., 287 f., 390, 391 u. A. 1, 396[2], 409, 419, 427 u. A. 2, 428 u. A. 1, 429, 447, 451, 459 462 u A. 1, 463 u. A. 2, 464, 466 f., 478 f., 480, 482 f., 485 f., 492, 494 f., 510, 524, 525 u. A. 1, 532 u. A. 2, 536 f., 541, 544, 552 u. A. 4, 582[3], 602, 605, 608 u. A. 1, 622 u. A. 1, 659, 687, 689, 732, 737, 742[1], 759, 810, 814. Zuñiga und der Kurfürstentag 585, 684, 821, 834, 836, 842. Verhältnis zu Erzherzog Leopold s. unter Leopold; zur Liga 5, 7, 50, 79 f., 108, 134 f., 137, 149, 319; zu Mainz 529, 540, 669; zu König Matthias und dessen Räten 254, 287, 348, 447, 456, 482 f., 484, 536, 614, 758, 759[1], 834; zu Rudolf II. und dessen Hof 25, 48, 146, 299 f., 304, 341, 346, 492, 494 f., 524 f., 543, 552[4], 565, 588, 596, 761, 814; zu Sachsen 20, 609, 645. Sekretäre s. unter Bruneau und Montañana. Zuñiga und die Successionsfrage 114 f., 245, 348, 492, 496[1], 540, 541[1. 2], 609, 629[1], 669, 834.

Zweibrücken, Herzogtum. Pfalzgrafen und Herzoge Friedrich Casimir, Statthalter des protestantischen Kapitels in Strassburg s. unter Strassburg; Johann, Administrator der Kurpfalz s. unter Pfalz. Pfalzgräfin und Herzogin Magdalene 376 u. A. 1. Deren Ansprüche auf Jülich 376, 655, 719, 730. Unionsstand 199[2], 217, 682, 786[1], 788 u. A. 1, 818.

Digitized by Google

Berichtigungen und Nachträge.

S. 2, Anm. 1, Z. 4 v. u. lies A 9a statt Aqa.

S. 9, Z. 5 v. u. lies den Bestimmungen über die Bündnisse im Reich etc.

S. 44, Z. 10 v. u. lies Julio statt Johann de Mancicidor.

S. 48, Z. 13 v. o. ist nach todo [no] zu ergänzen.

S. 63, Anm. 2, Z. 12 v. u. liess no. 2988 statt 2983. Z. 6 v. u. ergänze nach „dem König" die Worte „durch das Mittel".

S. 75, Anm. 1, Z. 5 v. u. lies Starck statt Storck.

S. 83, Anm. 1, Z. 3 v. o. lies Christoph Hauser statt Jakob Hauser.

S. 87, Anm. 2 zu S. 86, Z. 3 v. o. lies del rey statt en el rey.

S. 98, Z. 5 v. u. lies Sparrenberg statt Spornberg.

S. 104, Z. 1 v. u. (Signatur) lies Wolfenbüttel statt Bo.

S. 111, Anm. 1 lies Paul Freiherr von Krauseneck statt Abraham zu Dohna.

S. 112, Z. 16 v. o. lies Mandome statt Mandeme.

S. 115, Anm. 1, Z. 2 lies Briefe und Akten V., VI., besonders S. 538, Anm. 2 und das Register.

S. 117, Anm. 1, Z. 8 v. u. lies abone statt abona.

S. 130, Anm. 1, Z. 2 v. u. lies Hedemann statt Heydemann.

S. 144, Anm. 3 lies Albert Zdenko statt Wilhelm.

S. 147, Z. 11 ist abzuteilen por medio. De los hereges . . . Palatino entiendo que etc.

S. 177, Z. 4 v. u. und Anm. 8 lies Hämmerle statt Hemmerle. Anm. 3 lies Reichard statt Richard.

S. 190 sind die Anmerkungen der Reihe nach von 1 bis 3 zu bezeichnen.

S. 208, Anm. 1, Z. 4 v. u. lies Erzherzoge statt Herzoge.

S. 218, Z. 5 v. o. lies Wetzeler statt Wetzel.

S. 241, Z. 2 v. u. lies Aquensis statt Aquentius.

S. 269, Anm. 1, Z. 4 v. u. lies Dr. Matthäus Wanner statt Dr. Matthes. Z. 2 v. u. lies Eberhard statt Everhart.

S. 299, Z. 15 ff. ist die Interpunktion in Unordnung geraten: nach concesserit (Z. 15) ist ein Beistrich zu setzen, nach fuerunt (Z. 18) ein Doppelpunkt.

S. 307, Anm. 3, Z. 2 v. u. lies Ortlieb statt Hartlieb.

S. 316, Anm. 2, Z. 3 v. u. lies no. 123, Anm. 2 auf S. 320.

S. 361, Z. 12 v. u. ist der Beistrich nach „ksl. M.t" zu streichen.

S. 376, Z. 14 v. u. lies Prozelten statt Brotfelden.

S. 396, Anm 2, Z. 3 v. u. lies Götze statt Götz.

S. 429, Anm. (zu S. 428), Z. 2 v. u. ergänze nach Wmz. das Wort „Korrespondenz".

S. 536, Anm. 1 lies no. 242 statt no. 238.

S. 549, Anm. 2, Z. 2 v. o. lies zu schicken gedacht statt geschickt.

Digitized by Google

S. 601, Anm. 3, Z. 4 v. o. lies Reichshofrats-Sekretär.

S. 610, Anm. 3, Z. 2
S. 630, Anm. (zu S. 629), Z. 13 v. o.
S. 631, Anm. 2, Z. 1 v. u.
S. 640, Anm. 4, Z. 2 v. u.
} lies Ma. statt Mb.

S. 692, Anm. 1, Z. 13 v. u. Vielleicht ist Sidonius mit dem auf S. 823, Z. 3 v. o. genannten kaiserlichen Diener Sudoniz identisch.

S. 719, Z. 19 v. o. lies Dôle statt Dôl. Anm. 1, Z. 3 v. u. füge nach f. die Zahl 111 ein.

S. 726, Anm. 1. Der erste Satz ist zu streichen.

S. 736, Anm. 5 lies Dresden statt Prag.

S. 752, Z. 1 v. o. lies Graitz und Zeuln statt Greiz und Zeulen.

S. 776, Anm. 5, Z. 1 v. o. lies Odenheim statt Eidenheim.

S. 794, Anm. 1 ist statt a. a. O. die Signatur Nbg., Unionsakten, Bd. 55 einzusetzen.

S. 804, Z. 2 v. u. lies eingeschwerzet statt eingeschwetzet.

S 812, Z. 10 v. u. Ob sich nicht hinter „zwo meil“ ein verderbter tschechischer Ortsnamen birgt?

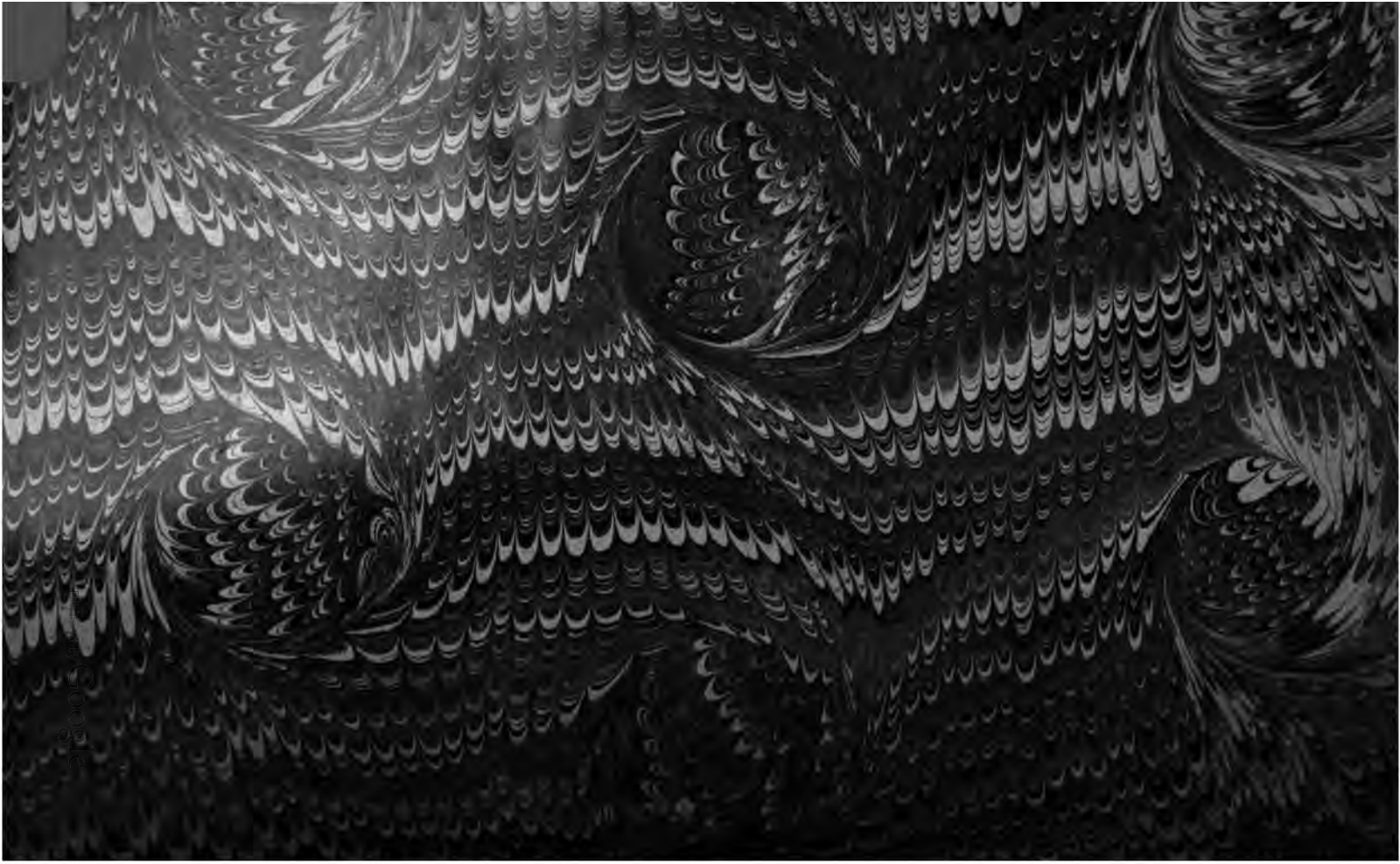
Digitized by Google

J. P. Himmer'sche Buchdruckerei, Augsburg.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google



Digitized by Google

Digitized by Google